

Geleitwort

„Deutschland im Kampf“ ist der Titel dieser Sonderausgabe des Archiv.

„Befindet sich das Reich nicht seit 1914 ununterbrochen im Kampf, im Kampf um seine innere und im Kampf um seine äußere Freiheit?“ Gewiß — aber nun hat dieser Kampf seine höchste Steigerung gefunden. Nun heißt es für das deutsche Volk, sich zu bewähren und, um mit einem Wort von Goethe zu sprechen: allen Gewalten zum Trutz sich zu erhalten; gilt es, den Ring zu sprengen, den Deutschlands Gegner um seine Grenzen zu legen sich mühten, das Würgeband zu zerreißen, das Deutschland erdrosseln soll. Das deutsche Volk ist in diesen Kampf mit einer Geschlossenheit und Entschlossenheit hineingegangen wie nie zuvor in der Geschichte. Es ist in diesen Kampf gegangen mit der festen Gewißheit, daraus als Sieger hervorzugehen und für diesen Sieg ohne Rücksicht und ohne Zögern Alles einzusetzen.

So trägt der Kampf, der Deutschland jetzt aufgezwungen wurde, einen ganz anderen Charakter als frühere Kriege. Es fehlten die stürmischen Begeisterungskundgebungen beim Auszug der Truppen, es fehlten aber auch die großen Siegesfeiern und die starken Worte. Es fehlt die Biertischpolitik und das Parlamentsgeschwätz, es fehlen die "Vereinsreden von der stolzen Größe unserer Zeit". Um so mehr empfindet jeder Deutsche bis in die letzte Hütte hinein diese Größe. Es fühlt jeder, daß der geschichtliche Entscheidungskampf entbrannt ist, von dem Sein oder Nichtsein Deutschlands und des deutschen Volkes abhängen wird. Wir wissen, daß wir siegen werden, wenn wir niemals die Lehren der Geschichte und die Lehren der letzten 25 Jahre vergessen.

Um das Geschehen dieser Tage, das für jeden Deutschen zur stolzesten Erinnerung seines Lebens gehören wird, für alle Zeiten festzuhalten und jedem Deutschen die Möglichkeit zu geben, sich, rückschauend die Vorgänge seit den letzten Augusttagen unseres Jahres 1939 wieder gegenwärtig zu machen, ist dieses Werk ins Leben gerufen worden: „Deutschland im Kampf“.

Wer als Kind den Weltkrieg erlebte, der wird sich erinnern, wie damals die Schüler die wöchentlich erscheinende Ausgabe des Gesamtwerkes erstanden, das den Titel trug „Der Weltkrieg“. Gewiß, sie verstanden oft noch gar nicht, welches Geschehen hinter diesen Schlachtberichten stand, die gezeichnet waren: Der Generalquartiermeister gez. von Stein. Trotzdem haben sie mit heißem Herzen über den Heften gesessen und ein Bild daraus gewonnen, wie die Väter und Brüder draußen an den Fronten kämpften.

So soll diese Folge „Deutschland im Kampf“ nicht nur dem Erwachsenen in der Heintatfront, nicht nur unseren Soldaten und unserer kämpfenden Wehrmacht das eigene Erlebnis festhalten, sondern auch der Jugend die Möglichkeit geben, die Geschichte unserer Zeit im Werden zu verfolgen und verstehen zu lernen, damit sie alle die große Verpflichtung spüren, die der deutschen Nation vom Jüngling bis zum Greis in diesem großen Kampf am deutschen Schicksal erwächst. Im gesamten deutschen Volk aber soll sie das Gedächtnis an den Freiheitskampf Deutschlands verankern.

Berlin, im September 1939.

Die Herausgeber

Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1941

Mai-Lieferung

(Nr. 41/42 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Die Rede des Führers im Reichstag

Der Führer gab in der Reichstagssitzung am 4. Mai folgende Erklärung der Reichsregierung ab:

Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstags!

73 In einer Zeit, da Taten alles und Worte wenig sind, ist es nicht meine Absicht, vor Sie als die erwählten Vertreter des deutschen Volkes öfter- als unbedingt notwendig hinzutreten.

Zum erstenmal habe ich mich bei Kriegsausbruch an Sie gewendet in dem Augenblick, da dank der englisch-französischen Verschwörung gegen den Frieden jeder Versuch eines sonst sicher möglichen Ausgleichs mit Polen gescheitert war. Die gewissenlosesten Männer der Gegenwart, die — wie sie es heute zugeben — schon seit dem Jahre 1936 den Entschluß gefaßt hatten, das ihnen in seiner friedlichen Aufbauarbeit zu machtvoll werdende Reich in einem neuen blutigen Krieg zu verwüsten und, wenn möglich, zu vernichten, hatten es glücklich fertiggebracht, in Polen endlich den Staat zu finden, der als erster bereit war, für ihre Interessen und Ziele das Schwert zu ziehen. Alle meine Versuche, gerade mit England zu einer Verständigung, ja zu einer dauernden und freundschaftlichen Zusammenarbeit zu kommen, scheiterten damit an dem Wunsch und Willen einer kleinen Clique, die — sei es aus Haß oder aus materiellen Gesichtspunkten — jeden deutschen Vorschlag einer Verständigung mit dem nicht verhehlten Entschluß abtaten, den Krieg unter allen Umständen zu wollen.

Der treibende Mann dieses ebenso fanatischen wie teuflischen Planes — koste es, was es wolle, einen Krieg zu bekommen — war schon damals Mister Churchill; seine Gehilfen die Männer, die zur Zeit die britische Regierung bilden. Die stärkste offene und versteckte Förderung wurden diesen Bestrebungen zuteil aus den sogenannten „großen Demokratien“ diesselts und jenseits des Ozeans. In einer Zeit steigender Unzufriedenheit der Völker mit ihren versagenden Regierungskünsten glaubten dort die verantwortlichen Männer am ehesten durch einen erfolgreichen Krieg der sonst doch nicht mehr lösbaren Probleme Herr werden zu können. Hinter ihnen stand das große internationale jüdische Bank-, Börsen- und Rüstungskapital, das wieder, wie schon einst, die Möglichkeit eines, wenn auch schmutzigen, so doch großen Geschäftes witterte. Und so wie früher war man ohne Skrupel bereit, zugunsten ihres Goldes das Blut der Völker zu vergießen. So nahm dieser Krieg seinen Anfang! Wenige Wochen später war der Staat, der sich als erster leichtfertig genug für die Finanz- und Kapitalsinteressen dieser Kriegshetzer einspannen ließ,

74 geschlagen und vernichtet. Ich glaubte, es unter diesen Umständen unserem eigenen deutschen Volk und zahllosen an sich ebenso anständigen wie unschuldigen Menschen einer anderen Welt schuldig zu sein, erneut einen Appell an die Einsicht und das Gewissen der anderen Staatsmänner zu richten. Am 6. Oktober 1939 stellte ich daher abermals fest, daß Deutschland weder von England noch von Frankreich etwas verlangt habe, noch verlangen wolle, daß die Fortsetzung des Krieges Wahnsinn sei, daß vor allem der Schrecken der modernen Kriegswaffen, so wie diese erst einmal in Tätigkeit treten würden, große Gebiete vernichten müßten. Ich warnte vor dem Kampf der schweren und weittragenden Artillerie gegen zivile Orte in der Erkenntnis, daß daraus nur eine beiderseitige Zerstörung tiefer Landstriche kommen könnte. Ich wies vor allem darauf hin, daß der Einsatz der Luftwaffe mit ihrer Fernwirkung zur Vernichtung alles dessen führen müßte, was jahrhundertlang Arbeit mühselig aufgebaut und in Europa als Kulturwerte geschaffen haben.

So wie aber schon mein Appell am 1. September 1939 vergeblich blieb, so verfiel auch der neue einer geradezu entrüsteten Ablehnung. Die britischen Kriegshetzer und ihre jüdisch-kapitalistischen Hintermänner hatten für meinen Appell der Menschlichkeit keine andere Erklärung als die Annahme des Vorhandenseins einer deutschen Schwäche. Man versicherte den Völkern in England und in Frankreich, daß Deutschland vor der Auseinandersetzung im Frühjahr 1940 zittere und aus Angst vor der ihm dabei bevorstehenden Vernichtung gerne Frieden schließen möchte. Man erklärte aber, daß so ein Friede unter keinen Umständen kommen dürfte, bevor nicht das Deutsche Reich zertrümmert und die deutschen Menschen so weit geschlagen und verelendet wären, bis sie endlich an den Feldküchen ihrer Gegner anstehen würden, um sich dort etwas Essen zu erbetteln.

Schon damals begann, geblendet von den mit eiserner Stirn vorgetragenen Prophezeiungen Mister Churchills, die norwegische Regierung mit dem Gedanken einer britischen Invasion zu spielen, um über den Weg der Duldung einer Besetzung norwegischer Häfen und des schwedischen Erzgebietes zur Vernichtung Deutschlands beizutragen. So sicher wurden endlich die Herren Churchill und Paul Reynaud des Erfolgs ihres neuen Anschlags, daß sie — sei es aus Leichtsinn oder unter alkoholischem Einfluß — ihre Absichten glaubten, nicht mehr verheimlichen zu müssen. Dieser Schwatzhaftigkeit der beiden Herren verdankte damals die deutsche Regierung die Kenntnis der gegen das Reich geschmiedeten Pläne, das deutsche Volk damit vielleicht aber seinen entscheidendsten Gegenhieb in diesem Kriege. Denn der britische Anschlag gegen Norwegen war ohne Zweifel die für das Reich bedrohlichste Aktion.

75 Wenige Wochen darauf war diese Gefahr gebannt. Eine der kühnsten Waffentaten der Kriegsgeschichte aller Zeiten vereitelte den Angriff der englischen und französischen Armeen gegen die rechte Flanke unserer Verteidigungsfront. Diese so überaus erfolgreiche deutsche Abwehr führte zu einer

solchen Stärkung unserer europäischen Stellung, daß sie strategisch überhaupt nicht hoch genug bewertet werden kann.

Sofort nach dem Versagen dieser Pläne setzte ein erhöhter Druck der englischen Kriegshetzer auf Belgien und Holland ein. Das Ziel war nunmehr — nachdem der Anschlag gegen die Erzzufuhr mißlungen war —, durch das Mitreißen der belgisch-holländischen Staaten die Front an den Rhein vorzutragen und damit die das Erz verarbeitenden Stätten zu bedrohen und auszuschalten.

Am 10. Mai des vergangenen Jahres begann der denkwürdigste Kampf vielleicht in unserer deutschen Geschichte überhaupt. In wenigen Tagen wurden die feindlichen Fronten aufgebrochen und die Voraussetzung zu jener Operation geschaffen, die zu den größten Vernichtungsschlachten der Weltgeschichte führte. So brach Frankreich nieder. Belgien und Holland waren besetzt, die britischen Verbände verließen, zusammengeschlagen und waffenlos, in Trümmern den europäischen Kontinent.

Am 19. Juli 1940 rief ich daraufhin zum dritten Male den Deutschen Reichstag zusammen zu jenem großen Rechenschaftsbericht, dessen Sie sich alle noch erinnern. Die Sitzung verschaffte mir die Möglichkeit, dem Dank der Nation an ihre Soldaten jenen Ausdruck zu verleihen, der der einmaligen Größe der Ereignisse entsprach. Ich habe aber auch diese Zusammenkunft wahrgenommen, um noch einmal die Welt zum Frieden zu mahnen. Ich ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß meine Hoffnungen in dieser Richtung auf Grund der Erfahrungen nur geringe sein konnten. Denn die Männer, die den Krieg gewollt hatten, handelten ja nicht aus irgendeiner idealen Überzeugung. Hinter ihnen stand als treibende Kraft der jüdisch-demokratische Kapitalismus, dem sie verpflichtet und damit verfallen waren. Die von diesen Kriegsinteressenten aber schon festgelegten, weil investierten Milliardenkapitalien schriee nach Verzinsung und Amortisation. Daher erschreckte sie auch die lange Dauer des Krieges nicht nur nicht, sondern, im Gegenteil, sie ist ihnen erwünscht. Denn dieses Kapital braucht in der Gestalt seiner Anlage in Fabriken und Maschinen Zeit zum Anlaufen und erst recht Zeit zur Ausschüttung der erwarteten Gewinne.

76 Diesen jüdisch-demokratischen Kriegsinteressenten ist daher von vornherein nichts verhaßter als der Gedanke, es könnte einem Appell an die Vernunft der Völker vielleicht noch in letzter Minute gelingen, den Krieg ohne weiteres Blutvergießen zu beenden, und damit die Gewinne ihrer angelegten Milliarden zu beschränken.

So wie ich es damals vorausahnte und vorhersagte, kam es. Mein Friedensangebot wurde als das Zeichen der Angst und Feigheit hingestellt. Es gelang den europäischen und amerikanischen Kriegshetzern, die gesamte Vernunft der breiten Massen, die keinen Gewinn von diesem Kriege haben können, abermals zu benebeln, durch lügenhafte Darstellung neue Hoffnungen zu erwecken und damit endlich mittels der von ihrer Presse dirigierten öffentlichen Meinung die Völker aufs neue für eine Fortsetzung des Kampfes zu verpflichten.

Auch meine Warnungen gegen die Anwendung des von Herrn Churchill propagierten Nachtbombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung wurde nur als Zeichen der deutschen Ohnmacht ausgelegt. Dieser blutigste Dilettant der Geschichte aller Zeiten glaubte im Ernst, die monatelange Zurückhaltung der deutschen Luftwaffe nur als einen Beweis für ihre Unfähigkeit, in der Nacht fliegen zu können, ansehen zu dürfen. So ließ der Mann durch seine bezahlten Schreiber monatelang dem englischen Volk vorlügen, daß die britische Luftwaffe allein und als einzige in der Lage sei, auf solche Weise Krieg zu führen, und daß man damit das Mittel gefunden hätte, um durch den rücksichtslosen Kampf der englischen Luftwaffe gegen die deutsche Zivilbevölkerung in Verbindung mit der Hungerblockade das Reich niederzuzwingen. Ich habe gerade davor immer wieder gewarnt, und zwar über dreieinhalb Monate lang. Daß diese Warnungen auf Herrn Churchill ohne Eindruck blieben, wundert mich nicht. Was gilt diesem Mann das Leben anderer? Was gilt ihm die Kultur, was gelten ihm Bauwerke? Er hat es ja bei Beginn des Krieges bereits ausgesprochen, daß er seinen Krieg haben will, auch wenn selbst die Städte Englands dabei in Schutt und Trümmer sinken sollten.

Er hat nun diesen Krieg bekommen. Meine Versicherung, daß wir von einem gewissen Augenblick an jede Bombe — wenn nötig — hundertfach vergelten würden, hat diesen Mann nicht bewegen können, auch nur einmal über das Verbrecherische seines Handelns nachzudenken. Er erklärt, daß ihn dies nicht bedrücke, ja, er versichert uns sogar, daß auch das britische Volk ihn nach solchen Bombenangriffen erst recht nur mit strahlender Heiterkeit angesehen hätte, so daß er immer wieder neu gestärkt nach London zurückgekehrt sei. Es mag sein, daß also Herr Churchill in seinem an sich festliegenden Entschluß, den Krieg auch auf diesem Wege weiterzuführen, neu gestärkt wurde. Wir sind aber nicht minder ent-

77 schlossen, für jede Bombe auch in der Zukunft, wenn notwendig, hundert zurückzuschlagen, und zwar so lange, bis das britische Volk sich dieses Verbrechers und seiner Methoden entledigt. Und wenn Herr Churchill von Zeit zu Zeit glaubt, die Kraft und Eindringlichkeit seines Krieges durch Propaganda verstärken zu müssen, dann sind wir bereit, endlich auch auf diesem Wege den Krieg zu beginnen. Der Appell dieses Narren und seiner Trabanten an das deutsche Volk anlässlich gerade des 1. Mai, mich zu verlassen, kann nur erklärt werden entweder durch eine paralytische Erkrankung oder mit dem Wahn eines Säufers.

Aus dieser anormalen geistigen Verfassung heraus stammt auch der Entschluß, den Balkan in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln. Wie ein Wahnsinniger läuft dieser Mann seit bald fünf Jahren durch Europa und sucht irgend etwas, was brennen könnte. Leider finden sich immer wieder bezahlte Elemente, die diesem internationalen Brandstifter die Tore ihrer Länder öffnen. Nachdem er es im Laufe des Winters fertigbrachte, dem britischen Volke durch eine Wolke von Behauptungen und Schwindeleien die Meinung aufzuoktroyieren, als wäre das Deutsche Reich, erschöpft durch den Feldzug des vergangenen Jahres, vollkommen am Ende seiner Kraft, sah er sich nun verpflichtet, um dem Erwachen vorzubeugen, wieder einen neuen Brandherd in Europa zu schaffen. Er kehrte dabei zu jenem Projekt zurück, das ihm schon im Herbst 1939 und Frühjahr 1940 vorschwebte. Sie erinnern sich, meine Abgeordneten, Männer des Reichstages, an die veröffentlichten Dokumente von La Charite, in denen der Versuch enthüllt wurde, schon im Winter 1939/40 aus dem Balkan einen europäischen Kriegsschauplatz zu machen. Die hauptsächlichsten Arrangeure dieses Unternehmens waren damals Herr Churchill, Halifax, Daladier, Paul Reynaud, General Weigand und General Gamelin. Wie aus diesen Akten hervorgeht, rechnete man mit der Möglichkeit, im Falle des Gelingens dieses Attentats gegen den Frieden im Südosten Europas, etwa hundert Divisionen für die Interessen Englands mobilisieren zu können. Der jähe Zusammenbruch im Mai und Juni des vergangenen Jahres brachte auch diese Pläne zunächst wieder zum Einschlafen. Allein, schon im Herbst des vergangenen Jahres begann Herr Churchill erneut, dieses Problem in den Bereich seiner Erwägungen zu ziehen. Wenn dieser Versuch nun schwieriger geworden war, so deshalb, weil unterdes auf dem Balkan selbst insofern eine Wandlung eintrat, als durch die Veränderung in Rumänien dieser Staat für England endgültig ausfiel. Das neue Rumänien unter Führung des Generals Antonescu begann eine ausschließlich rumänische Politik zu treiben, ohne Rücksicht auf die Hoffnungen britischer Kriegsinteressenten. Dazu kam die Haltung Deutschlands selbst.

78 Wenn ich, meine Abgeordneten, heute über diese Frage spreche, dann will ich zuerst eine kurze Darstellung der Ziele der deutschen Balkanpolitik geben, so wie sie mir vorschwebten und wie wir sie zu erreichen uns bemühten.

1. Das Deutsche Reich vertrat auf dem Balkan — wie seit jeher — keine territorialen und auch keine eigensüchtigen politischen Interessen. Das heißt, das Deutsche Reich war an den Fragen der territorialen Probleme und der inneren Verhältnisse in diesen Staaten aus irgendwelchen egoistischen Gründen überhaupt nicht interessiert.

2. Das Deutsche Reich hat sich aber bemüht, gerade mit diesen Staaten enge wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und diese zu vertiefen. Dies lag aber nicht nur im Interesse des Reiches, sondern auch im Interesse dieser Länder selbst, denn, wenn sich irgendwo die Nationalwirtschaften zweier Handelspartner vernünftig ergänzen, dann war es zwischen den Balkanstaaten und Deutschland der Fall. Deutschland ist ein Industriestaat und benötigt Lebensmittel und Rohstoffe. Die Balkanstaaten sind Landwirtschafts- und Rohstoffgebiete und benötigen Industrieprodukte. Daraus ergab sich zwangsläufig die Möglichkeit eines außerordentlich fruchtbaren Ausbaues der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Wenn englische oder gar amerikanische Kreise darin ein unberechtigtes Durchdringen des Balkans durch Deutschland feststellen wollten, dann war dies eine ebenso dumme wie unverschämte Anmaßung, denn jeder Staat wird sich seine Wirtschaftspolitik nach seinen volklichen Interessen aufbauen und nicht nach den Interessen fremder, wurzelloser jüdisch-demokratischer Kapitalisten. Außerdem: sowohl England als auch Amerika konnten in diesen Gebieten höchstens als Verkäufer, aber selbst niemals als Käufer auftreten. Es gehört aber die ganze volkswirtschaftliche Beschränktheit kapitalistischer Demokraten dazu, um sich einzubilden, daß auf die Dauer Staaten existieren können, wenn sie wohl verpflichtet sind, bei jemand einzukaufen, der von ihnen selber aber weder etwas kaufen will noch kaufen kann. Deutschland hat aber nach den Balkanstaaten nicht nur verkauft, sondern es war dort vor allem auch der größte Einkäufer, und zwar ein dauerhafter und solider Einkäufer, der die Produkte des Balkanbauern mit der Arbeit des deutschen Industriearbeiters bezahlte und nicht mit schwindelhaften Valuten und Devisen, die schon seit Jahren

nicht mit schwindelhaften Valuten und Devisen, die schon seit Jahren ohnehin an einer chronisch gewordenen Entwertung litten.

3. In Anbetracht dessen hat das Deutsche Reich — wenn man überhaupt von politischen Interessen sprechen will — nur ein Interesse gehabt, nämlich die Handelspartner innerlich gesund und kräftig zu sehen. Das Deutsche Reich hat daher alles getan, um durch seinen Einfluß und durch seine Hilfe, durch

79 Rat und Tat diesen Ländern beizustehen und der Festigung ihrer eigenen Existenz, ihrer inneren Ordnung, ohne Rücksicht auf ihre besonderen Staatsformen. Die Befolgung dieser Gesichtspunkte führte auch tatsächlich nicht nur zu einer steigenden Prosperität in diesen Ländern, sondern auch zu einem sich allmählich anbahnenden gegenseitigen Vertrauen.

Um so größer war das Bestreben des Weltbrandstifters Churchill, diese friedliche Entwicklung zu unterbrechen und durch das unverschämte Aufkrotzieren von an sich gänzlich wertlosen britischen Hilfsversprechen, britischen Garantien und so weiter in dieses befriedete europäische Gebiet die Elemente der Unruhe, der Unsicherheit, des Mißtrauens und endlich des Streites zu tragen. Er fand dabei eine Unterstützung bei all jenen obskuren Erscheinungen, die, sei es wirtschaftlich, sei es ideell, unter britischem Einfluß stehend, bereit waren, die Interessen ihrer eigenen Völker gegenüber den Wünschen ihrer materiellen und geistigen Auftraggeber zurückzustellen. Mit diesen „Garantien“ wurde einst erst der rumänische Staat eingefangen und später dann vor allem der griechische. Daß hinter diesen Garantien überhaupt keinerlei Macht stand, wirkliche Hilfe zu geben, sondern, daß es sich nur darum handelte, Staaten auf die abschüssige Bahn der britischen Interessenpolitik zu verlocken, dürfte unterdessen wahrscheinlich doch schon genügend bewiesen sein. Rumänien hat seine Garantie, die es mit Absicht den Achsenmächten entfremden sollte, bitter bezahlen müssen.

Griechenland, das gerade diese Garantie am allerwenigsten vonnöten hatte, war ebenfalls bereit, dem englischen Lockruf folgend, sein Schicksal mit dem des Geld- und Auftraggebers seines königlichen Herrn zu verbinden. Denn ich muß auch heute noch — ich glaube, dies der historischen Wahrheit schuldig zu sein — einen Unterschied machen zwischen dem griechischen Volke und jener dünnen Schicht einer verderbten Führung, die von einem englandhörigen Könige inspiriert, weniger die wahren Aufgaben der griechischen Staatsführung im Auge hatte, als sie sich vielmehr die Ziele der britischen Kriegspolitik zu eigen machte.

Ich habe dies aufrichtig bedauert, es war für mich als Deutschen, der schon durch die Erziehung in seiner Jugend und durch seinen späteren Lebenslauf eine tiefste Verehrung für die Kultur und Kunst eines Landes besaß, von dem einst das erste Licht menschlicher Schönheit und Würde ausging, sehr schwer und bitter, diese Entwicklung zu sehen und nichts dagegen unternehmen zu können. Wir hatten durch die Akten von La Charite einen Einblick bekommen in das Treiben der Kräfte, die früher oder später den griechischen Staat nur in ein maßloses Unglück führen mußten. Im Spätsommer des vergangenen Jahres gelang

80 es Herrn Churchill, die platonischen Garantieverprechen an Griechenland in den Köpfen gewisser Kreise so zu substantiieren, daß sich daraus eine ganze Reihe fortgesetzter Neutralitätsverletzungen ableiten ließ. In erster Linie war davon Italien betroffen. Es fühlte sich deshalb auch veranlaßt, im Oktober 1940 der griechischen Regierung Vorschläge zu unterbreiten und Garantien zu fordern, die geeignet erschienen, diesem für Italien unerträglichen Zustand ein Ende zu bereiten. Unter dem Einfluß der britischen Kriegshetzer stehend, erfuhr dieses Ersuchen eine brüske Ablehnung und damit der Friede des Balkans sein Ende. Die einbrechende Ungunst des Wetters, Schnee, Sturm und Regen gaben in Verbindung mit einem — ich muß es der geschichtlichen Gerechtigkeit wegen feststellen — überaus tapferen Widerstand der griechischen Soldaten der Athener Regierung genügend Zeit, um sich die Folgen ihres unglücklichen Entschlusses zu überlegen und sich nach den Möglichkeiten einer vernünftigen Lösung der Situation umzusehen.

Deutschland hat in der leisen Hoffnung, vielleicht doch noch irgendwie zu einer Klärung der Frage beitragen zu können, einerseits die Beziehungen zu Griechenland nicht abgebrochen. Ich mußte aber auch schon damals pflichtgemäß vor der ganzen Welt darauf hinweisen, daß wir einer Wiederaufnahme der alten Saloniki-Idee des Weltkrieges nicht tatenlos zusehen würden. Leider wurde meine Warnung, daß, wenn sich irgendwo in Europa der Engländer festsetzen würde, wir ihn augenblicklich in das Meer zurückzutreiben entschlossen seien, nicht ernst genug genommen. So konnten wir denn im Laufe dieses Winters sehen, wie England in steigendem Maße begann, sich die Basen für die Bildung einer solchen neuen Saloniki-Armee auszubauen. Man begann mit der Anlegung von Flugplätzen, schaffte sich erst die notwendigen Bodenorganisationen in der Überzeugung, daß die Belegung der

Plätze selbst dann sehr schnell stattfinden konnte. Endlich kamen in laufenden Materialtransporten die Ausrüstungen für eine Armee, die — nach der Auffassung und Einsicht des Herrn Churchill — dann im Laufe weniger Wochen nach Griechenland zu bringen waren.

Der Rückschlag, den die italienische Armee in Nordafrika infolge einer technischen Unterlegenheit der Panzerabwehr und der Panzerwaffe selbst erlitt, führte endlich Herrn Churchill zur Überzeugung, daß nunmehr der Moment gekommen sei, um den Kriegsschauplatz von Libyen weg nach Griechenland zu verlegen. Er veranlaßte den Abtransport der noch vorhandenen Panzer- sowie den der hauptsächlich aus Australiern und Neuseeländern bestehenden Infanterie-Divisionen und war überzeugt, nunmehr jenen Coup starten lassen zu können, der mit einem Schlage den Balkan in Feuer setzen würde. Herr Churchill

81 hat damit strategisch mit einen der größten Fehler dieses Krieges gemacht. Sowie ein Zweifel über die Absicht Englands, sich auf dem Balkan festzusetzen, nicht mehr möglich war, habe ich die notwendigen Schritte eingeleitet, um auch deutscherseits Zug um Zug auf diesem für uns lebenswichtigen Platz jene Kräfte bereitzustellen, die notwendig waren, um jedem eventuellen Unfug dieses Herrn sofort entgegenzutreten zu können. Ich muß hier ausdrücklich feststellen, daß sich dies nicht gegen Griechenland richtete. Der Duce selbst hat mich nie darum gebeten, ihm für diesen Fall auch nur eine deutsche Division zur Verfügung zu stellen. Er war der Überzeugung, daß mit dem Einbruch der guten Jahreszeit der Kampf gegen Griechenland PO oder so schnell zu einem Erfolg führen werde. Ich selbst war derselben Meinung. Es handelte sich also beim Aufmarsch der deutschen Kräfte nicht um eine Hilfe für Italien gegen Griechenland, sondern um eine vorbeugende Maßnahme gegen den britischen Versuch, gedeckt im Getöse des italienisch-griechischen Krieges sich auf dem Balkan im geheimen einzunisten, um von dort nach dem Vorbild der Saloniki-Armee des Weltkrieges eine Entscheidung herbeizuführen, vor allem aber, um damit auch noch weitere Kräfte in den Strudel des Krieges mit hineinzureißen. Diese Hoffnung stützte sich dabei unter anderem auf zwei Staaten:

auf die Türkei und auf Jugoslawien. Gerade mit diesen beiden Staaten aber habe ich mich seit den Jahren der Machtübernahme bemüht, eine enge, auf wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten basierende Zusammenarbeit herbeizuführen. Jugoslawien war, soweit es sich um den serbischen Kern handelte, im Weltkrieg unser Gegner gewesen. Ja, von Belgrad aus hat der Weltkrieg seinen Anfang genommen. Trotzdem war im deutschen Volk, das von Natur aus nicht nachtragend ist, keinerlei Haß dagegen vorhanden. Die Türkei war im Weltkrieg unser Verbündeter. Sein unglücklicher Ausgang lastete auf diesem Land genau so schwer wie auf uns selbst. Der große geniale Neuschöpfer der jungen Türkei gab als erster ein wunderbares Vorbild für die Erhebung der damals vom Glück verlassen und vom Schicksal so entsetzlich geschlagenen Verbündeten. Während sich nun die Türkei dank der realistischen Haltung ihrer Staatsführung die Unabhängigkeit des eigenen Entschlusses wahrte, fiel Jugoslawien britischen Intrigen zum Opfer.

Meine Abgeordneten! Männer des Deutschen Reichstages!

Die meisten von Ihnen, vor allem Sie, meine alten Parteigenossen, wissen, wie sehr ich mich bemüht habe, zwischen Deutschland und Jugoslawien aufrichtige Beziehungen des Verständnisses, ja der Freundschaft herzustellen. Ich habe daran jahrelang gearbeitet. Ich glaubte, mich dabei unterstützt zu sehen von

82 einzelnen Vertretern dieses Landes, die, so wie ich, sich von einer engen Zusammenarbeit unserer beiden Staaten nur Nützliches zu versprechen schienen. Als sich dem Balkan infolge der britischen Intrige die Gefahr näherte, früher oder später in den Krieg hineingerissen zu werden, war es erst recht mein Bemühen, alles zu tun, um Jugoslawien vor einer so gefährlichen Verstrickung zu bewahren. Unser Außenminister, Parteigenosse Ribbentrop, hat in diesem Sinn mit der ihm eigenen Geduld und genialen Beharrlichkeit in zahlreichen Zusammenkünften und Besprechungen immer wieder auf die Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit hingewiesen, wenigstens diesen Teil Europas aus dem unseligen Krieg herauszuhalten. Er hat in diesem Sinne der jugoslawischen Regierung Vorschläge unterbreitet, die so hervorragend und loyal waren, daß sich endlich auch im damaligen jugoslawischen Staat die Stimmen zu mehren schienen, die einer solchen engen Zusammenarbeit das Wort redeten. Es ist daher vollkommen richtig, wenn Mister Halifax heute erklärt, daß es nicht die deutsche Absicht gewesen war, auf dem Balkan einen Krieg herbeizuführen. Ja, es ist richtig, daß es demgegenüber unser aufrichtiges Bestreben war, über den Weg der Anbahnung einer engen Zusammenarbeit mit Jugoslawien vielleicht sogar noch die Möglichkeit einer für die berechtigten italienischen Wünsche tragbaren Beilegung des Konfliktes mit Griechenland zu erreichen. Der Duce hat dem Versuch, Jugoslawien in eine

enge Interessengemeinschaft mit unseren Friedenszielen zu bringen, nicht nur zugestimmt, sondern ihn mit allen Mitteln unterstützt. So wurde es endlich möglich, die jugoslawische Regierung zum Beitritt zum Dreierpakt zu bewegen, der an Jugoslawien überhaupt keine Forderungen stellte, sondern diesem Lande nur Vorteile bot. Denn ich muß dies heute der geschichtlichen Wahrheit wegen feststellen, daß in diesem Pakt und durch die mit ihm verbundenen Zusatzabkommen Jugoslawien zu keinerlei Hilfeleistung verpflichtet war. Im Gegenteil, es erhielt von den Dreierpaktmächten die feierliche Versicherung, nicht nur um keine Hilfeleistung angegangen zu werden, sondern wir waren bereit, sogar auf jeden Durchtransport von Kriegsmaterial von Anfang an zu verzichten. Darüber hinaus aber hatte Jugoslawien auf die substantiierte Forderung seiner Regierung hin die Zusicherung erhalten, im Falle von territorialen Veränderungen auf dem Balkan einen der jugoslawischen Souveränität unterstehenden Zugang zum Ägäischen Meer zu bekommen, der unter anderem auch die Stadt Saloniki umfassen sollte. So wurde am 25. März dieses Jahres in Wien ein Pakt unterzeichnet, der dem jugoslawischen Staat die größte Zukunft bot und dem Balkan den Frieden sichern konnte.

83 Sie werden verstehen, meine Abgeordneten, daß ich an diesem Tage mit einem wahrhaft glücklichen Gefühl die schöne Donaustadt verließ, nicht nur, daß sich damit eine fast achtjährige außenpolitische Arbeit ihren Lohn zu holen schien, nein, ich glaubte auch, daß damit vielleicht noch in letzter Minute das deutsche Eingreifen auf dem Balkan überhaupt überflüssig werden könnte. Zwei Tage darauf erschütterte uns alle die Nachricht von jenem Streich einer Handvoll gedungener Putschisten, die jene Tat vollbrachten, die den britischen Premierminister zu dem Jubelruf hinriß, er habe nun endlich etwas Gutes zu berichten. Sie werden weiter verstehen, meine Abgeordneten, daß ich nunmehr aber sofort den Befehl zum Angriff gab. Denn es ist unmöglich, daß man in dieser Weise mit dem Deutschen Reich verfährt. Man kann nicht jahrelang um eine Freundschaft bitten, man kann auch nicht einen Vertrag abschließen, der nur dem anderen zugute kommt, und es dann erleben, daß dieser Vertrag nicht nur über Nacht gebrochen wurde, sondern daß nun als Antwort der Vertreter des Deutschen Reiches insultiert, der Militärattache bedroht, der Gehilfe dieses Militärattachés verletzt, zahlreiche andere Deutsche mißhandelt werden, daß man Büros, Schulen, Ausstellungsräume und so weiter demoliert, die Wohnungen von Reichsdeutschen zerstört und Volksdeutsche überhaupt wieder einmal als rechtloses Wild hetzt und tötet. Ich habe weiß Gott den Frieden gewollt. Wenn aber ein Mister Halifax mit Hohn erklärt, daß man das sehr wohl wußte und gerade deshalb uns zwang, zu kämpfen, so, als ob dies also ein besonderer Triumph der britischen Staatskunst sei, dann kann ich einer solchen Bosheit gegenüber nichts anderes tun als die Interessen des Reiches mit den Mitteln in Schutz zu nehmen, die uns Gott sei Dank zur Verfügung stehen.

Ich konnte diesen Entschluß in diesem Augenblick um so ruhiger treffen, als ich mich dabei in Übereinstimmung wußte:

erstens mit der dem Deutschen Reich unwandelbar gleich treu gebliebenen Gesinnung und Haltung Bulgariens und zweitens mit der nunmehr ebenfalls mit Recht empörten Auffassung Ungarns. Unsere beiden alten Kriegsverbündeten mußten diesen Akt als eine Provokation empfinden, ausgehend von einem Staat, der schon einmal ganz Europa in Brand gesetzt und in der Folge für Deutschland, Ungarn und Bulgarien so unsagbar großes Leid auf dem Gewissen hat.

Die noch am 27. März von mir durch das Oberkommando der Wehrmacht ausgegebenen allgemeinen Operationsanweisungen stellten das Heer und die Luftwaffe vor eine sehr schwere Aufgabe. Es mußte förmlich aus dem Handgelenk heraus ein neuer zusätzlicher großer Aufmarsch eingeleitet werden, Verschiebungen bereits eingetroffener Verbände mußten stattfinden, der Materialnachschub mußte sichergestellt sein, die Luftwaffe außerdem zahlreiche improvisierte Einsatzhäfen beziehen, die zum Teil zunächst auch unter Wasser standen.

84 Ohne die verständnisvolle Mithilfe Ungarns sowie die überaus loyale Haltung Rumäniens wäre es uns nur sehr schwer gelungen, in der vorgesehenen kurzen Zeit die befohlenen Anordnungen durchzuführen. Als Termin des Angriffs wurde von mir der 6. April bestimmt. An diesem Tag war die in Bulgarien stehende Südgruppe angriffsbereit. Der Einsatz der weiteren Armeen sollte sofort nach der Herstellung ihrer Bereitschaft stattfinden. Als Termine waren vorgesehen der 8., 10. und 11. April. Der Gedanke der Operationen war:

1. Mit einer Armee aus dem bulgarischen Raum gegen das griechische Thrazien in Richtung auf das Ägäische Meer vorzugehen. Der Schwerpunkt lag auf dem rechten Flügel, wo unter Einsatz von Gebirgsdivisionen und einer Panzerdivision 4er Durchbruch auf Saloniki erzwungen werden sollte.

2. Mit einer zweiten Armee in Richtung auf S k o p l j e durchzustoßen mit dem Ziel, auf schnellstem Wege eine Verbindung mit den in Albanien stehenden italienischen Kräften herbeizuführen. Diese beiden Operationen sollten am 6. April beginnen.

3. Die am 8. April anlaufende weitere Operation sah den Durchbruch einer Armee aus Bulgarien in der allgemeinen Richtung auf N i s c h vor mit dem Ziele, den Raum um Belgrad zu erreichen. Im Zusammenwirken damit sollte ein deutsches Korps am 10. April das Banal besetzen und damit von Norden her vor Belgrad eintreffen.

4. Am 11. April sollte eine weitere in Kärnten-Steiermark und Westungarn aufmarschierende Armee zum Angriff in der allgemeinen Richtung auf Agram, Sarajewo und Belgrad antreten.

Im Zusammenhang damit waren freie Abmachungen getroffen worden mit unseren Verbündeten Italien und Ungarn. Die italienische Wehrmacht hatte die Absicht, von ihrer julischen Front aus den Küsten entlang in allgemeiner Richtung auf Albanien vorzugehen, von Albanien aus über Skutari diesen Verbänden entgegen die Hände zu reichen, ebenso die jugoslawischen Grenzstellungen an der jugoslawisch-albanischen Grenze gegenüber Skoplje zu durchbrechen, um die Verbindung mit der dort vorgehenden deutschen Armee zu gewinnen und endlich die griechische Front in Albanien selbst zu durchbrechen und, wenn möglich, umfassend gegen das Meer zu drücken. Im Zusammenhang damit sollten die dalmatinischen und jonischen Inseln besetzt, alle sonstigen Stützpunkte genommen werden. Auch zwischen den beiden Luftwaffen waren Vereinbarungen über die Zusammenarbeit getroffen worden.

Die Führung der gegen Mazedonien und Griechenland angesetzten deutschen Armeen lag in den Händen des schon in den bisherigen Feldzügen sich überaus hoch bewährt habenden Generalfeldmarschalls

85 von List. Er hat auch dieses Mal und unter den schwersten Bedingungen die ihm gestellten Aufgaben in wahrhaft überlegener Weise gelöst. Die aus dem Südwesten des Reiches und aus Ungarn gegen Jugoslawien vorgehenden Kräfte standen unter dem Befehl des Generalobersten von W e i c h s. Auch er hat in kürzester Zeit mit den ihm unterstellten Verbänden seine Ziele erreicht. So haben die unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls von B r a u c h i t s c h und dem Chef des Generalstabes, Generaloberst H a l d e r, operierenden Armeen des Heeres und der Waffen-SS schon nach fünf Tagen die griechisch-thrazische Armee zur Kapitulation gezwungen, die Verbindung mit den aus Albanien vorgehenden italienischen Kräften hergestellt, Saloniki fest in deutsche Hand gebracht, nach zwölf Tagen Serbien zur Kapitulation gezwungen und damit die allgemeine Voraussetzung geschaffen zum ebenso harten wie ruhmvollen Durchbruch über Larissa nach Athen. Die Krönung fand diese Operation durch die Besetzung des Peloponnes und zahlreicher griechischer Inseln. Eine eingehende Würdigung dieser wahrhaft geschichtlichen Leistungen aber wird das Oberkommando der Wehrmacht vornehmen, dessen Chef, Generalfeldmarschall K e i t e l, und General J o d l wie immer auch bei diesen Operationen hervorragend arbeiteten.

Die unter dem persönlichen Oberbefehl des Reichsmarschalls und seines Chefs des Generalstabes, Generals Jeschonnek, eingesetzte Luftwaffe stand in zwei Gruppen gegliedert unter den Befehlen des Generalobersten L ö h r und des Generals von Richthofen. Ihre Aufgabe war es: 1. die feindliche Luftwaffe zu zerschlagen, ihre Bodenorganisationen zu vernichten, 2. die Verschwörerzentrale Belgrad in allen militärisch wichtigen Objekten anzugreifen und damit von Anfang an auszuschalten, 3. der kämpfenden deutschen Truppe im aktivsten Einsatz durch Flieger und Flak überall zu helfen, den Widerstand des Gegners zu brechen, seine Flucht zu erschweren, seine spätere Einschiffung — wenn irgend möglich — zu verhindern, durch den Einsatz von Luftlande- und Fallschirmtruppen den Aufgaben des Heeres eine weitere wichtige Hilfe zu geben.

In diesem Feldzuge hat sich die deutsche Wehrmacht selbst übertreffen. Schon der Aufmarsch des Heeres bot ungeheure Schwierigkeiten. Der Angriff auf die zum Teil stark befestigten Stellungen, besonders an der thrazischen Front, gehörte mit zu den schwersten Aufgaben, die einer Armee gestellt werden können. In diesem Feldzug haben Panzerverbände in einem Gelände gekämpft, das bisher für den Tank als gänzlich unpassierbar galt. Motorisierte Verbände vollbrachten Leistungen, die für sich das höchste Lob darstellen, für den Mann, sein Können, seinen Mut, seine Ausdauer, aber auch für die Güte des Materials.

86 Infanterie-, Panzer- und Gebirgs-Divisionen sowie die Verbände der Waffen-SS wetteiferten miteinander im rastlosen Einsatz an Tapferkeit und an Hingabe, an Ausdauer und an Zähigkeit in der Erkämpfung der befohlenen Ziele. Die Arbeit des Generalstabes war wieder wahrhaft her- vorragend.

Die Luftwaffe aber hat ihrem schon geschichtlich gewordenen Ruhm einen neuen besonderen hinzugefügt:

Mit einer Aufopferung und einer Kühnheit, die nur der ermessen kann, der die Schwierigkeiten dieses Geländes kennt, hat sie unter tagelangen, oft schlechtesten klimatischen Bedingungen Angriffe geflogen, die man noch vor kurzem für gänzlich unmöglich gehalten hätte. Flakgeschütze begleiteten wie immer die Infanterie- und Panzer-Divisionen auf Wegen, die kaum als Saumwege gelten konnten. Über diesen Feldzug kann man daher nur einen Satz schreiben; Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich. Die Fahrer der Kampffahrzeuge sowohl als die der Kolonnen, die Fahrer des Nachschubs, der Zugmaschinen, der Artillerie- und der Flakwaffe müssen auf diesem Kriegsschauplatz besonders erwähnt werden. Im Kampf gegen die befestigten Stellungen sowie in der Herstellung von Brücken und Straßen haben sich unsere Pioniere ein besonderes Ruhmesblatt verdient. Die Nachrichtentruppen verdienen das höchste Lob. Auf grundlosen Wegen, über gesprengte Straßen, auf Steinhalden und Geröll, in engsten Felspfaden und durch reißende Gewässer, über zerbrochene Brücken, durch himmelhohe Pässe und über kahle Felsenrücken hinweg hat dieser Siegeszug in kaum drei Wochen in zwei Staaten den Krieg gelöscht.

Wir sind uns dabei bewußt, daß einen hohen Anteil an diesen Erfolgen unsere Verbündeten besitzen, daß besonders der sechs Monate lange unter schwersten Bedingungen und größten Opfern durchgehaltene Kampf Italiens gegen Griechenland nicht nur die Hauptmasse der griechischen Verbände band, sondern sie vor allem so schwächte, daß ihr Zusammenbruch an sich schon unvermeidlich geworden war. Auch die ungarische Armee hat ihren alten Waffenruhm wieder unter Beweis gestellt. Sie besetzte die Batschka und marschierte mit motorisierten Verbänden über die Save vorwärts. Die geschichtliche Gerechtigkeit aber verpflichtet mich, festzustellen, daß von den uns gegenübergetretenen Gegnern besonders der griechische Soldat ebenfalls mit höchstem Todesmut kämpfte. Er kapitulierte erst, als der weitere Widerstand unmöglich und damit zwecklos war.

Ich bin nun aber auch gezwungen, nunmehr über den Gegner zu sprechen, der Anlaß und Ursache dieses Kampfes war. Ich halte es als Deutscher und als Soldat für unwürdig, jemals einen tapferen Feind zu schmähen. Es scheint mir aber notwendig zu sein, die Wahrheit gegenüber den Flunkereien eines Mannes

87 in Schutz zu nehmen, der als Soldat ein miserabler Politiker und als Politiker ein ebenso miserabler Soldat ist. Herr Churchill, der auch diesen Kampf begann, versucht, so wie in Norwegen oder bei Dünkirchen auch hier etwas zu sagen, was früher oder später vielleicht doch noch zum Erfolg umgelogen werden könnte. Ich finde das nicht als ehrenhaft, aber ich finde es bei diesem Mann allerdings als verständlich. Wenn jemals ein anderer als Politiker so viele Niederlagen und als Soldat so viele Katastrophen erlebt hätte, dann wäre dieser wohl keine sechs Monate im Amt geblieben, es sei denn, er hätte sich ebenfalls im Besitz jener Fähigkeit befunden, die Mr. Churchill als einzige auszeichnet, nämlich der Fähigkeit, mit gottergebener Miene zu lügen und die Wahrheit so lange zu verdrehen, bis am Ende aus den furchtbarsten Niederlagen sogar noch glorreiche Siege werden. Herr Churchill kann damit seine Landsleute benebeln, er kann aber nicht die Folgen seiner Niederlagen beseitigen. In Griechenland ist eine britische Armee von 60 oder 70 000 Mann gelandet worden. Vor der Katastrophe behauptete übrigens der gleiche Mann, es seien 240 000 Mann gewesen. Das Ziel dieser Armee war, Deutschland vom Süden her anzugreifen, ihm eine Niederlage beizufügen und von hier aus wie 1918 den Krieg zu wenden. Der von Churchill wieder einmal in das Unglück hineingejagte Mithelfer — in diesem Falle Jugoslawien — war kaum zwei Wochen nach Beginn der Aktion vernichtet. Die britischen Truppen aber selbst sind drei Wochen später in Griechenland entweder gefallen, verwundet, gefangen, ertrunken oder verjagt worden. Das sind die Tatsachen. Ich habe also auch in dem Fall in meiner letzten Rede, da ich ankündigte, daß, wo immer Briten auf das Festland kommen, sie von uns angegriffen und in das Meer gejagt würden, richtiger prophezeit als Herr Churchill.

Er erklärt nun mit seiner dreisten Stirn, daß dieser Krieg uns 75 000 Tote gekostet habe, also mehr als das Doppelte des Westfeldzuges. Ja, er geht noch weiter: er läßt seinen schon selten intelligenten Engländern durch eine seiner bezahlten Kreaturen mitteilen, daß sich die Briten, nachdem sie ungeheure Massen von Deutschen erschlagen hätten, endlich abwendeten aus Abscheu vor diesem Morden und sich sozusagen nur deshalb zurückzogen. Also: die Australier und Neuseeländer würden überhaupt noch in Griechenland sein, wenn nicht die Engländer in ihrer seltenen Mischung von Löwenmut und Kinderweichherzigkeit so viele Deutschen erschlagen hätten, daß sie sich endlich aus Abscheu und Grauen vor ihren eigenen Heldentaten zurückzogen, auf die Schiffe stiegen und auf und davon

führen. Daher kam es dann wohl auch, daß wir fast nur Australier und Neuseeländer als Tote fanden oder zu Gefangenen machten. So was kann man also in einer Demokratie seinem Publikum erzählen.

88 Ich werde Ihnen nun die Ergebnisse dieses Feldzuges in ein paar kurzen Zahlen vorlegen: Im Zuge der Operationen gegen Jugoslawien wurden ohne Berücksichtigung der Soldaten deutscher Volkszugehörigkeit sowie der Kroaten und Mazedonier, die zumeist sofort wieder freigelassen worden waren, an rein serbischen Gefangenen gemacht:

6298 Offiziere,
337864 Mann.

Auch diese Zahlen sind keine endgültigen, sondern stellen nur das Ergebnis bisheriger Zählungen dar. Die Zahl der griechischen Gefangenen mit rund

8000 Offizieren und
210000 Mann

ist demgegenüber nicht gleich zu bewerten, da sie, insoweit es sich um die griechische, mazedonische und Epirus-Armee handelt, nur infolge der gemeinsamen deutsch-italienischen Operationen zur Kapitulation gezwungen worden sind. Auch die griechischen Gefangenen wurden und werden mit Rücksicht auf die allgemein tapfere Haltung dieser Soldaten sofort entlassen. Die Zahl der gefangenen Engländer, Neuseeländer und Australier beträgt an Offizieren und Mannschaften über 9000. Die Beute kann zur Zeit noch nicht annähernd übersehen werden.

Der infolge der deutschen Waffenwirkung auf uns entfallende Anteil beträgt nach den jetzt vorliegenden Zählungen schon über eine halbe Million Gewehre, weit über tausend Geschütze, viele tausend Maschinengewehre, Flakwaffen, Mörser, zahlreiche Fahrzeuge und große Mengen an Munition und Ausrüstungsgegenständen.

Hierzu möchte ich noch anfügen die Zahlen der durch die Luftwaffe versenkten feindlichen Tonnage. Es wurden vernichtet 75 Schiffe mit 400000 Tonnen, es wurden beschädigt 147 Schiffe mit 700000 Tonnen.

Diese Ergebnisse wurden erzielt durch den Einsatz folgender deutscher Kräfte:

1. Für die Operationen im Südosten waren insgesamt vorgesehen 31 volle und zwei halbe Divisionen. Der Aufmarsch dieser Kräfte wurde in sieben Tagen bearbeitet.

2. Davon sind tatsächlich im Kampf gewesen: elf Infanterie- und Gebirgsdivisionen, sechs Panzerdivisionen, drei volle und zwei halbe motorisierte Divisionen des Heeres und der Waffen-SS.

3. Von diesen Verbänden waren elf mehr als sechs Tage und zehn weniger als sechs Tage im Einsatz.

4. Überhaupt nicht zum Einsatz gekommen sind elf Verbände.

5. Schon vor Abschluß der Operationen in Griechenland konnten drei Verbände herausgezogen werden;

89 drei weitere Verbände wurden, weil nicht mehr benötigt, nicht mehr antransportiert; zwei Verbände sind aus dem gleichen Grunde in den Auslageräumen angehalten worden.

6. Mit den Engländern im Kampf gestanden sind davon überhaupt nur fünf Verbände. Von den darin enthaltenen drei Panzerdivisionen waren jedoch nur zwei eingesetzt. Die dritte wurde schon im Zuge der Operationen angehalten und als nicht mehr benötigt zurückgezogen.

Ich stelle daher abschließend hier fest, daß im Kampf gegen Engländer, Neuseeländer und Australier praktisch überhaupt nur zwei Panzerdivisionen, eine Gebirgsdivision und die Leibstandarte gestanden sind.

Die Verluste des deutschen Heeres und der deutschen Luftwaffe sowie der Waffen-SS sind nun in diesem Feldzug die geringsten, die wir bisher hatten. Die deutsche Wehrmacht hat im Kampf gegen Jugoslawien, Griechenland und Großbritannien in Griechenland verloren:

Im Heer und in der Waffen-SS:

57 Offiziere und 1042 Unteroffiziere und Mannschaften tot,
181 Offiziere und 3571 Unteroffiziere und Mannschaften verwundet,
13 Offiziere und 372 Unteroffiziere und Mannschaften vermißt.

In der Luftwaffe:

10 Offiziere und 42 Unteroffiziere und Mannschaften tot,
36 Offiziere und 104 Unteroffiziere und Mannschaften vermißt.

Meine Abgeordneten! Ich kann wieder nur sagen, daß wir die Schwere des Opfers für die einzelnen betroffenen Familien empfinden, daß ihnen das ganze deutsche Volk aus tiefstem Herzen dankt. Im

großen gesehen, sind diese Verluste aber so gering, daß sie wohl die höchste Rechtfertigung darstellen,

1. für den Ansatz und die Zeitbestimmung dieses Feldzuges,
2. für die Führung der Operationen und 3. für ihre Durchführung.

Es ist die über alle Vergleiche erhabene Ausbildung unseres Führerkorps, das hohe Können unserer Soldaten, die Überlegenheit unserer Ausrüstung, die Güte unserer Munition sowie die eiskalte Tapferkeit des einzelnen Mannes, die uns einen geschichtlich wahrhaft entscheidenden Erfolg mit so geringen Opfern erringen ließen, und dies in der gleichen Zeit, da die beiden verbündeten Achsenmächte in Nordafrika in wenigen Wochen den sogenannten Erfolg der dortigen britischen Streitkräfte ebenfalls wieder zunichte machen konnten. Denn wir können diese mit dem Namen des Generals R o m m e l verbundenen Aktionen des Deutschen Afrikakorps und

90 der italienischen Streitkräfte im Kampf um die Cyrenaika nicht trennen von dem Einsatz auf dem Balkan. Einer der stümperhaftesten Strategen hat hier zwei Kriegsschauplätze mit einem Schlag verloren. Daß dieser Mann, der in jedem anderen Volk vor ein Kriegsgericht käme, in seinem Lande als Premierminister eine neue Bewunderung erfährt, ist nicht das Zeichen der antiken Größe römischer Senatoren ihren ehrenvoll unterlegenen Feldherrn gegenüber, sondern der Beweis jener ewigen Blindheit, mit der die Götter diejenigen schlagen, die sie vernichten wollen. Die Konsequenzen dieses Feldzuges sind außerordentliche. Angesichts der durch die Umstände erwiesenen Möglichkeit, daß in Belgrad immer wieder ein kleiner Klüngel von Verschwörern in der Lage sein konnte, im Dienste außerkontinentaler Interessen einen Brandherd anzufachen, bedeutet es eine Entspannung für ganz Europa, daß diese Gefahr nunmehr endgültig beseitigt ist. Die Donau als wichtigste Verkehrsstraße ist damit für alle Zukunft gegen weitere Sabotageakte gesichert. Der Verkehr selbst ist bereits wieder in vollem Umfange aufgenommen.

Das Deutsche Reich hat außer einer bescheidenen Korrektur seiner ihm durch den Weltkriegsausgang verletzten Grenzen keine besonderen territorialen Interessen an diesen Gebieten. Politisch sind wir nur interessiert an der Sicherung des Friedens in diesem Räume, wirtschaftlich an der Herstellung einer Ordnung, die es ermöglicht, zum Nutzen aller die Erzeugung der Güter zu fördern und den Austausch der Waren wieder einzuleiten. Es liegt aber nur im Interesse einer höheren Gerechtigkeit, wenn dabei auch jene Interessen ihre Berücksichtigung finden, die in ethnographischen, historischen oder auch wirtschaftlichen Bedingungen begründet sind. An dieser Entwicklung aber ist Deutschland nur ein interessierter Zuschauer. Wir begrüßen es, daß unsere Verbündeten ihre gerechten nationalen und politischen Ambitionen nunmehr zu befriedigen vermögen. Wir freuen uns über die Entstehung eines unabhängigen kroatischen Staates, mit dem wir für alle Zukunft hoffen, in Freundschaft und Vertrauen zusammenarbeiten zu können. Besonders auf wirtschaftlichem Gebiet kann dies nur zu beiderseitigem Nutzen führen. Daß das ungarische Volk einen weiteren Schritt in der Revision der ihm einst auferlegten ungerechten Friedensverträge vollziehen kann, erfüllt uns mit herzlicher Anteilnahme. Daß an Bulgarien das ihm einst zugefügte Unrecht wieder gutgemacht wird, bewegt uns dabei besonders, denn indem das deutsche Volk diese Revision durch seine Waffen ermöglichte, glauben wir uns einer historischen Dankesschuld entledigt zu haben gegenüber unserem treuen Waffengefährten aus dem großen Krieg. Daß aber das mit uns verbündete Italien territorial und politisch den Einfluß in dem ihm allein zukommenden Lebensraum erhält, hat es sich

91 selbst mehr als verdient durch die überaus große Blutlast, die es seit dem Oktober des vergangenen Jahres für die Zukunft der Achse zu tragen hatte. Dem besiegten, unglücklichen griechischen Volk gegenüber erfüllt uns aufrichtiges Mitleid. Es ist das Opfer seines Königs und einer kleinen, verblendeten Führungsschicht. Es hat jedoch so tapfer gekämpft, daß ihm auch die Achtung seiner Feinde nicht versagt werden kann. Das serbische Volk aber wird aus dieser seiner Katastrophe vielleicht doch noch einmal den einzig richtigen Schluß ziehen, daß die putschistischen Offiziere auch für dieses Land nur ein Unglück sind.

Alle die Betroffenen aber werden vielleicht dieses Mal nicht mehr so schnell die so überaus vornehme Art und Weise vergessen, in der sie der Staat und seine Führer, für die sie die Ehre hatten, sich aufopfern zu dürfen, abgeschrieben haben nach dem schönen Grundsatz, daß der Mohr, so er seine Schuldigkeit getan, dann ruhig gehen möge. Es ist wohl selten mit einem größeren Zynismus des Opfers kleiner Völker gedacht worden als in diesem Fall. Denn Nationen als Gehilfen in einen Krieg zu hetzen und dann zu erklären, daß man von vornherein nicht an einen Erfolg geglaubt habe, sondern daß man es nur tat, um einen anderen, der auf diesem Kriegsschauplatz nicht kämpfen wollte, zum Kampf zu zwingen, ist wohl das Schamloseste, was die Weltgeschichte zu bieten vermag. Nur ein

Zeitalter, in dem kapitalistische Geldgier und politische Heuchelei sich so vereinen, wie dies in unseren Demokratien heute der Fall ist, kann ein solches Verfahren als so wenig entehrend empfinden, daß seine verantwortlichen Macher sich dessen sogar noch öffentlich rühmen dürfen.

Wenn wir diesen letzten Feldzug überblicken, dann wird uns erst wieder so recht bewußt, welche Bedeutung der besten Ausbildung des Soldaten, aber auch seiner besten Ausrüstung zukommt. Es ist so viel Blut gespart worden, nur weil vorher sehr viel Schweiß geopfert wurde. Was in unentwegter mühevoller Ausbildung unseren Soldaten an Können beigebracht wurde, führte gerade in diesem Einsatz zu hohem Nutzen. Mit einem Minimum von Blut wird dank dieser Ausbildung, dank dem Können des deutschen Soldaten und seiner Führung ein Maximum an Wirkung erreicht. Allein, das Minimum an Opfern erfordert auch ein Maximum an Waffen, an Güte dieser Waffen, an Munition und an Güte dieser Munition. Ich gehöre nicht zu den Menschen, die im Krieg nur ein materielles Problem sehen; denn das Material ist tot, der Mensch allein belebt es. Allein, auch der beste Soldat muß scheitern, wenn ihm eine schlechte oder ungenügende Waffe in die Hand gegeben wird. Das Leben vieler unserer Söhne liegt daher in den Händen der Heimat. Auch ihr Schweiß kann das Blut unserer Soldaten ersparen. Es ist daher die höchste Pflicht

92 des deutschen Volkes, im Blick auf unsere kämpfende Front alles zu tun, um ihr die Waffen zu geben, die sie benötigt, denn neben all den anderen Ursachen, die einst zum Verlust des Weltkrieges führten, war es am Ende doch auch das Fehlen einer damals schon kriegsentscheidenden neuen Waffe für den Angriff und das Fehlen der dafür geeigneten Waffen der Abwehr. Was unsere Soldaten zu leisten vermögen, haben sie gerade in diesem Feldzuge bewiesen. Die Summe der Anstrengungen im einzelnen sowie im gesamten kann die Heimat nie ermessen. Was sie auch an eigener Arbeitskraft der Nationen in ihrem Schicksalskampf zur Verfügung stellt, steht in keinem Verhältnis zu dem, was die Millionen unserer Männer an den Fronten geleistet haben, leisten müssen und leisten werden. Und ich möchte nicht, daß uns in dieser Leistung jemals ein anderer Staat übertreffen wird. Ja, nicht nur das, wir alle sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Vorsprung, den wir besitzen, sich nicht verkleinert, sondern daß er ständig größer wird. Dies ist kein Problem des Kapitals, sondern ausschließlich ein Problem der Arbeit und damit unseres Willens und unserer Fähigkeiten.

Ich glaube, daß dabei vor allem auch das deutsche Mädchen und die deutsche Frau noch einen zusätzlichen Beitrag leisten können. Denn Millionen deutscher Frauen sind auf dem Lande auf dem Felde und müssen dabei in härtester Arbeit die Männer ersetzen. Millionen deutscher Frauen und Mädchen arbeiten in Fabriken, Werkstätten und Büros und stellen auch dort ihren Mann. Es ist nicht unrecht, wenn wir verlangen, daß sich diese Millionen deutscher schaffender Volksgenossinnen noch viele Hunderttausende andere zum Vorbild nehmen. Denn wenn wir auch heute in der Lage sind, mehr als die Hälfte Europas arbeitsmäßig für diesen Kampf zu mobilisieren, dann steht aber als wertvollste Substanz in diesem Arbeitsprozeß weitaus an der Spitze unser eigenes Volk. Wenn heute die demokratischen Hetzer eines Landes, denen das deutsche Volk nie etwas getan hat, und deren Behauptung, daß es die Absicht hätte, ihnen etwas zu tun, geradezu eine absurde Lüge ist, drohen, den ihnen unbequemen nationalsozialistischen Volksstaat mit der Wucht ihres kapitalistischen Systems, ihrer materiellen Produktion zu ersticken, dann kann es dagegen auch nur eine einzige Antwort geben: Das deutsche Volk wird niemals mehr ein Jahr 1918 erleben, sondern zu einer nur noch höheren Leistung auf allen Gebieten des nationalen Widerstandes emporsteigen. Es wird sich immer fanatischer zu jenem Satz bekennen, den ich schon in meiner ersten Reichstagsrede aussprach, daß weder Waffengewalt noch Zeit uns je zu beugen, geschweige denn zu brechen vermögen. Es wird daher die Überlegenheit seiner Rüstung festhalten und unter keinen Umständen den Vorsprung vermindern lassen. Wenn der deutsche Soldat schon jetzt die besten Waffen der Welt be

93 sitzt, dann wird er schon in diesem und im nächsten Jahr noch bessere bekommen. Wenn schon jetzt die materielle Seite des Kampfes ihn zum Unterschied vom Weltkrieg nicht belastet, dann wird dies in Zukunft erst recht nicht schlechter, sondern noch günstiger werden. Wir sind daher verpflichtet, die Arbeitskraft der ganzen Nation in diesen gewaltigen Rüstungsprozeß der Weltgeschichte einzugliedern. Die dazu notwendigen Maßnahmen werden mit nationalsozialistischer Entschlossenheit und Gründlichkeit getroffen.

Im übrigen kann ich Ihnen, meine Abgeordneten, Männer des Reichstages, nur die Versicherung geben, daß ich mit voller Ruhe und höchster Zuversicht in die Zukunft blicke. Das Deutsche Reich und seine Verbündeten stellen militärisch, wirtschaftlich und vor allem moralisch eine Macht dar, die jeder denkbaren Koalition der Welt überlegen ist. Die deutsche Wehrmacht aber wird stets dann und dort eingreifen, wann und wo es notwendig ist. Das deutsche Volk wird dabei mit seinem Vertrauen

den Weg seiner Soldaten begleiten. Es weiß, daß der Krieg dieser Welt nur die Folge der Habgier einiger internationaler Kriegshetzer und des Hasses der dahinter stehenden jüdischen Demokratien ist. Diese Verbrecher haben jede deutsche Friedensbereitschaft abgelehnt, weil sie ihren kapitalistischen Interessen widerspricht.

Wer aber dann zu einem so satanischen Beginnen sich auch noch untersteht, das Wort „Gott“ in den Mund zu nehmen, der lästert die Vorsehung und kann nach unserem tiefsten Glauben nichts anderes ernten als die Vernichtung. So kämpfen wir heute darüber hinaus nicht nur um unsere eigene Existenz, sondern um die Befreiung der Welt von einer Verschwörung, die in skrupelloser Weise das Glück der Völker und Menschen ihrem gemeinen Egoismus unterordnet. Die nationalsozialistische Bewegung hat einst im Innern in einem fünfzehnjährigen Ringen diese Feinde bezwungen, der nationalsozialistische Staat wird sich ihrer auch nach außen erwehren können. Das Jahr 1941 soll und wird in die Geschichte eingehen als das größte Jahr unserer Erhebung. Die deutsche Wehrmacht, Heer, Marine und Luftwaffe, werden in diesem Sinne ihre höchste Pflicht erfüllen.

Lassen Sie mich nun an dieser Stelle meinen Dank aussprechen den deutschen Soldaten, die in dem neuen Feldzug wieder so Übertragendes geleistet haben, den Dank aber auch für das deutsche Volk in Stadt und Land, das durch seinen Fleiß mit die Voraussetzung für diese Erfolge geschaffen hat, besonders danken denjenigen deutschen Volksgenossen, die als Opfer dieses Krieges gefallen oder verwundet sind und jenen, die als Angehörige diese Opfer betrauern. Wenn wir bei alledem zum allmächtigen Lenker der

94 Schicksale blicken, dann wollen wir besonders dankbar sein dafür, daß er es ermöglichte, diese großen Erfolge mit so wenig Blut zu erreichen. Wir können ihn nur bitten, auch in Zukunft unser Volk nicht zu verlassen. Was in unseren Kräften liegt, uns unserer Feinde zu erwehren, das soll geschehen. In diesem Lande ist ein Geist lebendig geworden, den bisher die Welt noch nie überwunden hat. Ein gläubiges Gemeinschaftsgefühl erfaßt unser Volk. Was wir uns nach einem langen Irrweg innerer Kämpfe erstritten haben und was uns so stolz macht anderen Völkern gegenüber, wird keine Macht der Welt uns mehr entreißen. Im Zeitalter des jüdisch-kapitalistischen Geld-, Standes- und Klassenwahns steht der nationalsozialistische Volksstaat wie ein ehernes Denkmal sozialer Gerechtigkeit und klarer Vernunft. Er wird nicht nur diesen Krieg überdauern, sondern das kommende Jahrtausend.



Innenpolitik

95 Am Anfang des Monats Mai steht der Feiertag des schaffenden deutschen Volkes, der Tag der Arbeit. Die deutsche Nation beging ihn auch in diesem Jahre in Arbeitsruhe. Einmal sollten die Maschinen und Motoren innehalten, um das für den Verteidigungskampf arbeitende Volk zur Besinnung zu bringen, um ihm Zeit zum Nachdenken zu geben über die Größe des gegenwärtigen Schicksalskampfes. Reichsleiter Dr. L e y erließ an Arbeiter und Arbeiterinnen, Betriebsführer und Gefolgschaften einen Aufruf, in dem er erklärte, daß kein Volk der Welt das Fest der Arbeit mit mehr Recht feiern dürfe als das deutsche. Der Aufruf Dr. Leys schloß mit den siegesgewissen Worten, daß der Feind fallen werde: Der deutsche nationalsozialistische Staat der schaffenden Arbeit werde leben, die Freiheit, die Schönheit und die Würde unserer deutschen Zukunft werde in der heutigen Zeit erstritten! Erstritten durch jeden Mann und jede Frau an den Plätzen, an die sie gestellt sind! Durch den deut-

schen Soldaten im Einsatz an der Front, durch den deutschen Arbeiter und den deutschen Bauern, durch Mann und Frau am Arbeitsplatz in der Heimat.

Am Ehrentag der deutschen Arbeit trat die Reichsarbeitskammer in feierlicher Tagung in einer Werkhalle der Messerschmitt-Flugzeugwerke in Augsburg zusammen. Bei dieser Gelegenheit erhielten drei um die Entwicklung der deutschen Arbeitskraft hochverdiente Männer die höchsten Auszeichnungen, die das nationalsozialistische Deutschland in der Schlacht der Arbeit zu vergeben hat: Reichsleiter Max A m a n n , Reichspostminister Dr. Ohnesorge und Prof. Willy M e s s e r s c h m i t t wurden zu „Pionieren der Arbeit“ ernannt. Zugleich erhielten 419 deutsche Betriebe goldene Fahnen der Arbeit als Anerkennung für ihre außerordentlichen Leistungen.

Am Sonntag, den 4. Mai, trat der Großdeutsche Reichstag zusammen. Auf seiner Tagesordnung stand die „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung“. Der Führer gab in dieser denkwürdigen Sitzung den Abschlußbericht über die Vorgeschichte und Abwicklung des Balkanfeldzuges (siehe Seite 73). Es war eine Sieges- und Kampf rede, die der Führer im Reichstag hielt. Sie war eine Abrechnung mit

96 Churchill, wie sie in dieser Schärfe noch nicht erlebt worden ist. Sie war politisch und militärisch ein Rechenschaftsbericht, der vor der Welt zeigte, daß sich die Waage des Sieges endgültig zugunsten Deutschlands neigt. „Die deutsche Wehrmacht hat sich selbst übertroffen, und dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich!“ Diese Sätze stellte Adolf Hitler über seinen Bericht. Wenn überhaupt Worte in der Lage sind, die Leistung des deutschen Soldaten und seiner Führung in diesen beiden Feldzügen nachzuzeichnen, so hat das die Anerkennung aus dem Munde des Obersten Befehlshabers in dieser Reichstagsrede getan. „Aus dem Handgelenk heraus mußte in wenigen Tagen ein neuer Aufmarsch improvisiert werden. Der endliche Erfolg einer so hingeworfenen Planung stellt der Generalstabsarbeit und der Truppe das höchste Zeugnis aus.“ Der Führer nannte die verantwortlichen Befehlshaber und spendet⁰ ihnen uneingeschränktes Lob: Generalfeldmarschall List und Generaloberst von W e i c h s , von der Luftwaffe Generaloberst L Ö h r und General von Richthofen, für die Gesamtleitung Generalfeldmarschall von Brauchitsch und Generaloberst H a l d e r , der Reichsmarschall mit seinem Generalstabschef, General Jeschonnek, sowie Generalfeldmarschall K e i t e l und General J o d l . Bewundernswert für die Kampfleistung der Truppen vor dem Feind ist die Tatsache, daß zahlreiche Divisionen überhaupt nicht eingesetzt zu werden brauchten. Mit größter Dankbarkeit vernahm das deutsche Volk, daß die Verluste bei den Kampfhandlungen über alles Erwarten gering waren: an Toten wenig mehr als 1000 Mann. Das ist in erster Linie der glänzenden Schulung des deutschen Soldaten, seiner hervorragenden Führung und seiner unvergleichlichen Ausrüstung zu verdanken. Das letzte Geheimnis des Sieges aber liegt in dem Genie des Feldherrn Adolf Hitler, der die Ziele gewiesen und die Pläne im großen entworfen hat.

Am 10. Mai jährte sich der Tag, an dem die deutsche Westarmee zum Angriff gegen die Feindmächtige Frankreich und England sowie ihre beiden Vasallenstaaten Belgien und Holland schritt. Die deutsche Presse gedachte in würdiger Form in Artikeln und Betrachtungen dieser denkwürdigen Stunde. Unter allen militärischen Würdigungen der ruhmreichen Kämpfe im Westen ist besonders bemerkenswert ein Aufsatz von Reichsarbeitsführer Oberst Konstantin H i e r l über die „Deutsche Oberste Führung im Westfeldzug und der Schlieffenplan“. In seinen Ausführungen arbeitet Reichsleiter Hierl den Unterschied der strategischen Pläne des einstigen Generalstabschefs und des Feldherrn Adolf Hitler heraus. Den Kern seiner Betrachtungen enthalten folgende Sätze: „Während im Geiste des Schlieffenplanes und der Schlieffenschen Operationslehre die Fortführung der Operationen mit starkem, rechtem Heeresflügel westlich um Paris

97 herum zur Umfassung ausholend gelegen hätte, entschloß sich der Führer, die Entscheidung im Durchbruch durch die feindliche Front südlich der Aisne herbeizuführen.“ — „Nicht in Anlehnung an den Schlieffenplan oder auf dem Boden der Cannae-Doktrin oder sonstiger starrer Lehrmeinungen, sondern im freien künstlerischen Schaffen, aus der Eingebung des kriegerischen Genius heraus hat der Führer die deutsche Wehrmacht zum glorreichsten Siege ihrer ruhmreichen Geschichte geführt.“ Reichsleiter Hierl schließt seine bemerkenswerten strategischen Betrachtungen mit der Erkenntnis, daß der Führer durch diese genial angelegten Feldzugspläne im Westen auch auf dem Gebiete der Kriegführung revolutionär gewirkt habe.

Während England noch glaubte, Deutschland benötige noch weitere Zeit, die Früchte seines Sieges im Balkan zu pflücken, schritt die deutsche Führung zu weiteren ruhmvollen Taten. Am 24. Mai gab das Oberkommando der Wehrmacht bekannt, daß deutsche Fallschirmjäger und Luftlandetruppen seit den frühen Morgenstunden des 20. Mai auf der Insel Kreta im Kampf gegen Teile des britischen Hee-

res stünden. In kühnem Angriff aus der Luft eroberten sie, unterstützt durch Jagd-, Zerstörer-, Kampf- und Sturzkampffliegerverbände taktisch wichtige Punkte der Insel. Nach weiterer Verstärkung durch Verbände des Heeres gingen die deutschen Truppen zum Angriff über. In harten, zähen Kämpfen auf unwegsamem Gelände drangen die durch Luft- und Seestreitkräfte gelandeten Verbände Schritt um Schritt vor. Die einzelnen deutschen Widerstandsnester vereinigten sich miteinander. Nach zehn Tagen war der Sieg entschieden, die Engländer verließen fluchtartig, soweit sie nicht vernichtet oder gefangen waren, die Insel, von der Churchill gesagt hatte, sie würde bis zum letzten Mann verteidigt werden. In seiner ersten Erklärung über die Kämpfe in Kreta erfrechte sich der britische Premier zu behaupten, daß deutsche Fallschirmjäger in der Umform neuseeländischer Truppen abgesetzt worden seien. Selbstverständlich war diese Behauptung unwahr. Diese lügenhafte Erklärung Churchills sollte offenbar nur eine nachträgliche Begründung dafür sein, daß deutsche Fallschirmjäger, entgegen allen Regeln des Völkerrechts grausam mißhandelt und gequält worden sind. Der Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht kündigte für dieses neue britische Verbrechen eine entsprechende Vergeltung an der zehnfachen Anzahl britischer Kriegsgefangener an. Die gesamte Weltpresse, nicht zuletzt die englische Presse sah in dem siegreichen Feldzug auf Kreta den Beweis dafür, daß der deutschen Wehrmacht nichts unmöglich sei. Die deutsche Luftwaffe hatte entscheidenden Anteil an diesem Siege. Der Prestige-Verlust, den England mit dem Verlust Kretas erlitt, der Stimmungsrückschlag, den diese Niederlage in England selbst auslöste, war ungeheuer.

98 Am 23. Mai meldete der Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht einen schmerzlichen Verlust, an dem das ganze deutsche Volk Anteil nahm. „Das von Korvettenkapitän Günther P r i e n geführte Unterseeboot ist von seiner letzten Fahrt gegen den Feind nicht zurückgekehrt. Mit dem Verlust dieses Bootes muß gerechnet werden.“ In ehrenden Worten gedachte der OKW-Bericht dieses vorbildlichen U-Boots-Kommandanten:

„Korvettenkapitän Günther Prien, der Held von Scapa-Flow, der vom Führer in Anerkennung seiner überragenden Verdienste mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet worden war, und seine tapfere Besatzung leben im Herzen aller Deutschen fort.“ Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral R a e d e r, würdigte in einem Tagesbefehl die Leistungen des Siegers von Scapa-Flow.

Als 12. Offizier der deutschen Wehrmacht überreichte der Führer dem Oberleutnant der Luftwaffe Müncheberg das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz. In 40 Luftkämpfen war Oberleutnant Müncheberg Sieger über den englischen Gegner geblieben. — Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Raeder, hat für besonders hervorragende Taten der Schlachtschiffe und Kreuzer bei ihren weittragenden und wagemutigen Unternehmungen ein Flottenkriegsabzeichen gestiftet. — Ein weiteres Abzeichen wurde für die Besatzungen der im Kreuzerkrieg eingesetzten Hilfskreuzer gestiftet.

Die Soldaten des Deutschen Afrikakorps führten während des ganzen Monats Mai unter heißer afrikanischer Sonne mit dem zurückgeworfenen britischen Gegner, der sich bei Sollum und Tobruk verschanzt hat, einen erbitterten Kampf. Für höchsten persönlichen Einsatz verlieh der Führer mehrfach Offizieren des Deutschen Afrikakorps das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz. Im Bewußtsein, in Ägypten eine Schlüsselstellung des britischen Empire zu verteidigen, kämpften die Engländer mit einer außergewöhnlichen Zähigkeit. Die Hitze der afrikanischen Wüste tut ein übriges, um von den deutschen Soldaten das Höchste an Einsatz zu fordern.

Am 22. Mai jährte sich zum zweitenmal der Tag, an dem Deutschland und Italien den Freundschafts- und Bündnisvertrag abschlossen, der die beiden autoritären Nationen im Kampf gegen die Demokratien vereinte. An diesem Tage empfing der Führer auf dem Obersalzberg den italienischen Botschafter, Dino A l f i e r i, in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen, von Ribbentrop, und des Reichspressechefs, Dr. Dietrich. Als vor zwei Jahren der deutsch-italienische Pakt in Kraft trat, waren die europäischen Spannungen schon sehr fühlbar. Die Warnung, die in diesem Paktab-schluß lag, wurde freilich damals ebensowenig gehört wie die Friedensbemühungen, die auf Grund der deutsch-italienischen

99 Solidarität späterhin von deutscher Seite und besonders auch vom Duce buchstäblich bis in die letzte Minute fortgesetzt wurden.

Ereignisse, die im deutschen Volke höchsten Stolz und zugleich tiefste Trauer auslösten, waren Sieg und Untergang des heldenmütigen Schlachtschiffes „B i s m a r c k“. Am 24. Mai meldete das Oberkommando der Wehrmacht, daß die „Bismarck“, die im Atlantik in einem Flottenverband unter Führung des Flottenchefs Admiral Lütjens operierte, im Kampf gegen schwere feindliche Seestreitkräfte die „Hood“ vernichtet und ein weiteres englisches Schlachtschiff zum Abdrehen gezwungen habe. Seit

der Stunde dieses siegreichen Kampfes war die „Bismarck“ das Ziel ausgedehntester britischer Flottenoperationen. Zur Niederkämpfung des deutschen Schlachtschiffes zogen die Engländer alle ihnen zur Verfügung stehenden schweren und schwersten Einheiten, unter ihnen zwei Flugzeugträger, zusammen. Im Kampfe gegen die sich allmählich verstärkenden feindlichen Seestreitkräfte focht das Schlachtschiff „Bismarck“ in seinem bewegungsunfähigen Zustande, bis es endlich am 27. Mai vormittags das Opfer der Übermacht von drei britischen Schlachtschiffen, einem Flugzeugträger, mehreren Kreuzern und Zerstörern geworden ist.

Wenn auch Trauer das ganze deutsche Volk erfüllte über diesen schweren Verlust der jungen deutschen Kriegsmarine, so bewegte doch Stolz jeden einzelnen Deutschen bei dem Gedanken, daß die „Bismarck“ nur in ruhmvollem Kampfe überwunden werden konnte. Der Verlauf des Kampfes hat gezeigt, daß der Mut der deutschen Seemänner unerschütterlich und die Konstruktion des Schiffes hervorragend waren; denn erst nach dem neunten Torpedotreffer versank das Schlachtschiff in den Wellen, während die „Hood“ nach einem einzigen wohlgezielten Artillerievolltreffer in die Luft flog.

Mit größter Anteilnahme vernahm das deutsche Volk in seiner Gesamtheit das Schicksal von Rudolf Heß, der einen Weg ging, auf dem ihm das Verständnis des Volkes nicht folgen konnte. Am 12. Mai wurde parteiamtlich mitgeteilt: „Parteigenosse Heß, dem es auf Grund einer seit Jahren fortschreitenden Krankheit vom Führer strengstens verboten war, sich noch weiter fliegerisch zu betätigen, hat entgegen diesem vorliegenden Befehl es vermocht, sich in letzter Zeit wieder in den Besitz eines Flugzeuges zu bringen.

Am Samstag, den 10. Mai, gegen 18 Uhr, startete Parteigenosse Heß in Augsburg wieder zu einem Flug, von dem er bis zum heutigen Tage nicht mehr zurückgekehrt ist. Ein zurückgelassener Brief zeigte in seiner Verworrenheit leider die Spuren einer geistigen Zerrüttung, die befürchten läßt, daß Parteigenosse Heß das Opfer von Wahnvorstellungen wurde.

Der Führer hat sofort angeordnet, daß die Adjutanten des Parteigenossen Heß, die von diesen Flügen

100 allein Kenntnis hatten, und sie entgegen dem ihnen bekannten Verbot des Führers nicht verhinderten, beziehungsweise nicht sofort meldeten, verhaftet wurden.

Unter diesen Umständen muß also leider die nationalsozialistische Bewegung damit rechnen, daß Parteigenosse Heß auf seinem Flug irgendwo abgestürzt bzw. verunglückt ist.“ — So weit die Erklärung vom 12. Mai. Am Tage darauf gab die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz die Aufklärung dieses die deutsche Öffentlichkeit erschütternden Vorganges. Diese zweite Veröffentlichung lautet: „Soweit die bisher vorgenommene Durchsicht der von Rudolf Heß zurückgelassenen Papiere ergibt, scheint Heß in dem Wahn gelebt zu haben, durch einen persönlichen Schritt bei ihm von früher her bekannten Engländern doch noch eine Verständigung zwischen Deutschland und England herbeiführen zu können. Tatsächlich ist er auch, wie unterdes durch eine Mitteilung aus London bestätigt wurde, in Schottland vom Flugzeug in der Nähe des Ortes, den er aufsuchen wollte, abgesprungen und wurde dort anscheinend verletzt aufgefunden.

Rudolf Heß, der seit Jahren, wie es in der Partei bekannt war, körperlich schwer litt, nahm in letzter Zeit steigend seine Zuflucht zu den verschiedensten Hilfen, Magnetisuren, Astrologen usw. Inwieweit auch diese Personen eine Schuld trifft in der Herbeiführung einer geistigen Verwirrung, die ihn zu diesem Schritt veranlaßte, wird zu klären versucht. Es wäre aber auch denkbar, daß Heß am Ende von englischer Seite bewußt in eine Falle gelockt wurde.

Die ganze Art seines Vorgehens bestätigt jedenfalls die schon in der ersten Mitteilung gegebene Tatsache, daß er unter Wahnvorstellungen gelitten hat. Er kannte die zahlreichen, aus ehrlichem Herzen gekommenen Friedensvorschläge des Führers besser als irgendein anderer. Anscheinend lebte er sich nun in die Vorstellung hinein, durch ein persönliches Opfer einer Entwicklung vorbeugen zu können, die in seinen Augen nur mit der vollkommenen Vernichtung des britischen Imperiums enden würde. Heß, dessen Aufgabenbereich, wie bekannt, ausschließlich in der Partei lag, hat daher auch, soweit es aus seinen Aufzeichnungen hervorgeht, irgendeine klare Vorstellung über die Durchführung oder gar über die Folgen seines Schrittes nicht gehabt.

Die Nationalsozialistische Partei bedauert, daß dieser Idealist einer so verhängnisvollen Wahnvorstellung zum Opfer fiel. An der dem deutschen Volke aufgezwungenen Fortführung des Krieges gegen England ändert sich dadurch nichts. Er wird so lange fortgeführt, bis — wie der Führer auch in seiner letzten Rede unterstrich — die britischen Machthaber gestürzt bzw. friedensbereit sind.“

101 Tief bewegt vernahm das deutsche Volk diesen Bericht von der menschlichen Tragödie eines Idealisten, der sich um die Partei, um die Wiederaufrichtung Deutschlands außerordentliche Verdien-

ste erworben hat. Wenn London und alle Feinde des Reiches geglaubt haben, die Persönlichkeit von Rudolf Heß benutzen zu können, um dem Reiche Schaden zuzufügen, so sahen sie sich bald bitter enttäuscht. Nach allen möglichen und unmöglichen Kombinationen, die das schwindende Selbstbewußtsein der britischen Massen aufputschen und Zweifel erwecken sollten an dem Siegeswillen des deutschen Volkes, wurde es sehr bald still und stiller in der britischen Agitation zum Fall Heß. Es blieb den Briten nichts als ein Kriegsgefangener, der unter ungewöhnlichen Umständen und mit einer ungewöhnlichen Vorstellung und Absicht nach England gekommen war. Für die Partei und für das deutsche Volk war die Angelegenheit Heß abgeschlossen, nachdem der Führer am 13. Mai die Reichsleiter und Gauleiter bei sich empfangen hatte. Wie die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz mitteilte, bereitete die Parteiführerschaft dem Führer, der zu den Versammelten sprach, eine vom entschlossenen Siegeswillen getragene überwältigende Kundgebung.

Die bisherige Dienststelle des Stellvertreters des Führers führt, wie eine Verfügung Adolf Hitlers vom 12. Mai bekanntgab, die Bezeichnung „Parteikanzlei“. Sie ist dem Führer persönlich unterstellt. Ihr Leiter ist wie bisher Reichsleiter Martin B o r m a n n.

Einen bemerkenswerten Erlaß gab das Oberkommando der Wehrmacht am 23. Mai bekannt. Er entstand aus den Erfahrungen des Krieges. Schon im Frieden sei das Schwarzsenden vermittels einer Funkanlage grundsätzlich mit Zuchthausstrafe bedroht gewesen. Im Kriege störe jedes Schwarzsenden alle für die Landesverteidigung unerläßlichen Maßnahmen der Wehrmacht und leiste damit dem Feinde Vorschub. „Wer im Kriege schwarz sendet, stellt sich daher außerhalb der Volksgemeinschaft und hat damit zu rechnen, als Landesverräter mit Zuchthaus- oder Todesstrafe bestraft zu werden.“

Am 18. Mai beging das deutsche Volk den Muttertag. Eine Ringsendung des Großdeutschen Rundfunks aus diesem Anlaß wurde eingeleitet durch eine Ansprache des Reichsministers Dr. F r i c k. Sein erster Gruß galt den Müttern, die mit dem Verlust ihres Sohnes oder ihres Mannes das schmerzlichste Opfer bringen mußten. Er gedachte nicht minder herzlich der Frauen und Mütter, die heute noch um ihre Lieben im Felde bangen. Reichsminister Dr. Frick erklärte, daß das nationalsozialistische Deutschland sich bemühe, diesen Frauen wenigstens die wirtschaftlichen Sorgen für sich und die Ihrigen abzunehmen. Er gedachte mit besonderem Dank derjenigen Frauen, die dem Rufe des Führers folgend sich in die Reihe der

102 schaffenden Deutschen eingegliedert haben, um den Mann zu ersetzen im Munitions- und Rüstungsbetriebe, an Schaltern und Schreibtischen, in Zügen und Straßenbahnen. Sie haben Unermeßliches dazu beigetragen, die Kraft des deutschen Volkes zu stärken und zu erhalten. In herzlichen Worten sprach Dr. Frick auch von den Frauen, die dem deutschen Volke in diesem Jahre Kinder geschenkt haben. Er verkündete, daß die Geburtenzahl des Jahres 1940 nicht hinter der des Vorjahres zurückstünde. — Frau S c h o l l z - K l i n k, die Reichsfrauenführerin, machte sich zur Sprecherin aller deutschen Frauen, um an diesem Tage dem Führer die Liebe und Verehrung aller Mütter entgegenzubringen.

Mit Rücksicht auf die Erfordernisse der Kriegswirtschaft sind in diesem Jahre der Himmelfahrtstag (22. Mai) und der Fronleichnamstag (12. Juni) auf die nächstfolgenden Sonntage verlegt worden. Mit Verständnis nahm die Öffentlichkeit diese Entscheidung auf.

Auf Einladung des Reichswirtschaftsministers und Reichsbankpräsidenten Funk fand am Freitag, den 23. Mai, im großen Sitzungssaal der Reichsbank eine Tagung der Gauleiter, Reichsstatthalter, Oberpräsidenten und Gauwirtschaftsberater aus allen Gauen Großdeutschlands statt. Reichswirtschaftsminister Funk gab vor diesem Gremium einen Überblick über die kriegswirtschaftliche Lage im Großdeutschen Reich und in den besetzten Gebieten, insbesondere über die Rohstoffe, den Außenhandel und das Geld- und Kreditwesen. Danach ist die kriegsnotwendige Rohstoffversorgung gesichert. Die Zinssenkung hat eine wesentliche Erleichterung der Kriegsfinanzierung herbeigeführt. All diese Probleme wurden weiterhin in Vorträgen von Unterstaatssekretär General von Hanneken, Unterstaatssekretär von Jagwitz und Ministerialdirigent Dr. Riehle eingehender zur Darstellung gebracht. Staatssekretär Dr. Landfried hielt das Schlußreferat, das sich mit grundsätzlichen Fragen der deutschen Wirtschaftsstruktur unter besonderer Berücksichtigung des Handels befaßte.

Ein Zeugnis für die ununterbrochene Betriebsamkeit der deutschen Wirtschaft legte die 2. Breslauer Kriegsmesse ab. Sie wurde am 21. Mai in Anwesenheit des Ministerialdirektors Gutterer sowie der Berliner Botschafter und Gesandten der an der Messe beteiligten Südoststaaten, ferner Vertretern des Generalgouverneurs und des Reichsprotectors durch den Gauleiter von Oberschlesien, Parteigenossen Bracht, eröffnet. In seiner Rede gab Gauleiter Bracht Unterlagen dafür, daß die Wirtschaft des gesamten Ostraumes auf verschiedenen Gebieten zu jener Höchstleistung aufgestiegen sei, wie sie die Indu-

strie im übrigen Reiche seit langem schon zeige. Dadurch, daß die Breslauer Messe die Menschen des neuen deutschen

- 103 Ostens mit jenen alten Reichsgebieten zusammenführe, sei sie nicht nur im wirtschaftlichen Sinnraumverbindend, sondern vielmehr gleichzeitig auch Mittlerin der engsten volkspolitischen Verbundenheit. Durch die besondere Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen zum europäischen Osten und Südosten habe die Breslauer Messe die gegenseitigen Blickfelder in Gegenwart und Zukunft ausgedehnet. Die für die Zukunft vorbereitete Verkehrsplanung unterstreiche die Brückenstellung, die Breslau als Bindeglied für den deutschen Raum und darüber hinaus im europäischen Raum zukomme. Es sei darum Breslaus Aufgabe, nicht nur zwischen der deutschen, besonders ostdeutschen Wirtschaft und jener des Auslandes, vor allem des Ostens und Südostens, zu vermitteln, sondern darüber hinaus Breslau zu einem Berührungspunkt der volkswirtschaftlichen Beziehungen zwischen den nordischen Staaten und dem Südosten Europas zu machen.

Am 23. Mai publizierte die deutsche Presse, daß der Führer auf Vorschlag von Reichsminister Dr. Goebbels den Ministerialdirektor Leopold G u l l e r z zum Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ernannt habe. Mit dem Parteigenossen Gutterer übernimmt ein erprobter Nationalsozialist die bedeutsamen Funktionen dieses Amtes, dessen Gewicht im Kriege besonders schwer und ausschlaggebend ist.

Die Assimilierung des Altreichs und der dem Reiche eingegliederten Gebiete macht weiterhin Fortschritte. In Bad I s c h l fand eine Tagung der Akademie für D e u t s c h e s Recht statt, die zum Ziele hatte, die Rechtsangleichung des österreichischen Strafrechts an das Strafrecht des Reiches vorwärtzutreiben. Grundsätzlich geht man bei diesem Problem davon aus, daß das Strafrecht des Altreichs in der Ostmark nicht so eingeführt werden soll, wie es heute ist, daß vielmehr die beiden Rechtsformen vorerst nebeneinander bestehen bleiben, um nur schrittweise einander nähergebracht zu werden. Es wurden zuerst jene Gebiete behandelt, in denen Einrichtungen des österreichischen Strafrechts im Altreich neu eingeführt werden sollen, und zwar aus dem allgemeinen Teil: der Versuch, die versuchte Verleitung, die Verjährung. Aus dem besonderen Teil: die Strafbarkeit der unbeeideten falschen Aussage vor Gericht und weitere Einzelfragen, insbesondere auch die Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes für den gesetzlichen Unterhalt, ferner Einrichtungen, die für den Strafprozeß im Altreich eine wesentliche Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens ermöglichen. Unter anderem auch die Wiederaufnahme des Strafverfahrens. Umgekehrt sollen auch Einrichtungen des deutschen Strafrechts in das österreichische Strafrecht organisch eingebaut werden. Hier handelt es sich insbesondere um jene Neuerungen, die im Altreich seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus durchgeführt wurden.

- 104 Weitere Fragen sollen in späteren Tagungen durchberaten werden, nachdem sie im Reichsjustizministerium ausgearbeitet worden sind.

Am Mittwoch, den 14. Mai, führte Reichsminister Dr. F r i c k den Präsidenten des neuerrichteten Reichsverwaltungsgerichtes) Walther Sommer, feierlich in sein Amt ein. Diese oberste Behörde der Verwaltungsrechtspflege wurde durch Erlaß des Führers vom 3. April für den Bereich des Gesamtreiches geschaffen. Dr. Frick wies darauf hin, daß dieser Abschluß im Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit von der Gestaltungskraft des Reiches mitten im Kriege zeuge. Er stelle einen bedeutsamen Schritt dar auf dem Wege zur Vereinheitlichung des Reiches. Die bedeutungsvollen Aufgaben dieser obersten Spruchbehörde bestehen in der Fortbildung des deutschen Verwaltungsrechts und in der Gewährleistung der Rechtseinheit und damit der Gerechtigkeit.

Bei einer Feier aus Anlaß der Errichtung neuer Lehrstühle für koloniale und ausländische Forstwirtschaft, für koloniale Bodenkunde und Kulturtechnik, für koloniale Tierzucht, für Kolonial- und Wirtschaftsgeographie an der Hamburger Universität umriß Reichserziehungsminister R u s t Aufgaben und Begrenzung des kolonialen Studiums. Die Errichtung kolonialer Lehrstühle könne keinesfalls an allen oder mehreren Universitäten vorgenommen werden. Dies würde dem Gesetz der Ökonomie der Kräfte widersprechen, denn es gebe weder die erforderliche Anzahl qualifizierter Lehrkräfte noch eine genügend große Zahl von Hörern. Auch der Gedanke einer eigenen Kolonialhochschule scheide aus. Die Vorbildung für die kolonialen Berufe sei der Hamburger und der Göttinger Universität vorbehalten. Sie könne nur in einem Ergänzungsstudium zu den abgeschlossenen Ausbildungen in den entsprechenden Fächern bestehen. Die Atmosphäre der Welthandelsstadt Hamburg lege es nahe, hier eine Universität mit besonderem kolonialen Akzent zu entwickeln. Aus diesem Grunde seien die eingangs genannten vier neuen Lehrstühle mit den dazugehörigen Instituten eröffnet worden.

Im Bewußtsein dessen, daß der Wehrdienst für jeden einzelnen Soldaten gewisse Nachteile in seinem bürgerlichen Beruf, in seiner Ausbildung mit sich bringt, bemüht sich der nationalsozialistische Staat, auf der anderen Seite alle Schwierigkeiten für die Fortentwicklung des einzelnen beiseite zu räumen. Im Rahmen des schon bekannten Förderungswerkes für Kriegsteilnehmer, die sich einer weiteren Ausbildung unterziehen wollen, hat der Reichserziehungsminister bestimmt, daß auf die praktische Tätigkeit ein Teil der Wehrdienstzeit anzurechnen ist. Und zwar werden angerechnet der über zwei Jahre hinausgehende Wehrdienst bis zur Höchstgrenze eines Jahres bei nichttechnischen Truppen und bis zu zwei Jahren bei

105 technischen Truppen. Unter diesen Erlaß fällt das Studium an Bau- und Ingenieurschulen, Textilschulen, Chemieschulen, Bergschulen, Meisterschulen des Deutschen Handwerks, Seefahrtsschulen usw. Besonders begabte Kriegsteilnehmer können unter bestimmten Voraussetzungen ein Semester überspringen, Versehrte brauchen kein Schulgeld zu bezahlen. — Mit Rücksicht auf mancherlei Schwierigkeiten, die durch die Einberufung insbesondere bei selbständigen Gewerbetreibenden entstanden sind, hat der Reichsfinanzminister eine Anzahl von Erleichterungen und Vereinfachungen steuerlicher Art eingeführt. Oberregierungsrat Dr. Oeftering vom Reichsfinanzministerium behandelte sie in der Deutschen Steuerzeitung anfangs Mai.

Um die Mitte des Monats legte Staatssekretär Fritz Reinhardt! vor Vertretern der Presse einen Rechenschaftsbericht über das Steuerjahr 1940 ab, das am 31. März abgelaufen war. „Man hatte bei Beginn des Rechnungsjahres das Steueraufkommen des Reiches auf insgesamt 25 Milliarden geschätzt, in Wirklichkeit aber ist eine Ziffer von 27,2 Milliarden Reichsmark erreicht worden, eine Entwicklung, aus der sich ergibt, daß die Wirtschaftskraft des Reiches auch im Kriege noch fortgesetzt zunimmt, und daß die Aufwärtsentwicklung ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Das Steueraufkommen im laufenden Jahre wird auf 30 Milliarden geschätzt.“ In seiner Rede kündigte Staatssekretär Reinhardt an, daß nach dem Kriege mit einer Neugestaltung und Vereinfachung der Einkommensteuer zu rechnen sein würde. Es sei auch nicht beabsichtigt, den Kriegszuschlag zur Einkommensteuer zu verewigen.

Diesem günstigen Bericht über die Finanzlage des Reiches entspricht ein Überblick über den Stand des deutschen Sparwesens. Der Bestand der deutschen öffentlichen Spareinlagen hat im Jahre 1940, wie Präsident Dr. Heinze vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband mitteilte, die 33-Milliarden-Grenze überschritten. Das sind Zahlen, die in der Sparkassengeschichte ohne Beispiel sind. Die Ergebnisse aller Vorjahre sind um das drei- bis vierfache übertroffen worden, und auch in den ersten Monaten des Jahres 1941 hat sich der ungewöhnlich günstige Einlagezuschuß nicht nur fortgesetzt, sondern sogar weiter verstärkt. Wenn auch eine solche Kapitalansammlung größtenteils darauf zurückzuführen ist, daß der einzelne sein Geld in Waren und Gebrauchsgegenständen nicht anlegen kann, so zeugt dennoch diese Anhäufung der Rücklagen auf eine in Kriegszeiten gesunde Entwicklung des deutschen Volksvermögens. — Im Reichsgesetzblatt vom 27. Mai ist eine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung veröffentlicht über den weiteren Ausbau der knappschaftlichen Versicherung der Bergleute. Sie bringt erhebliche Ver-

106 besserungen in der Berufsversicherung dieses Standes, der von wesentlicher Bedeutung für die Wehrkraft des Reiches ist (siehe Seite 143).

Im Reichsarbeitsblatt behandelt um die Mitte des Monats ein Bericht den Kriegsgefangeneneinsatz im zweiten Kriegsjahr. Er zeigt, daß die Arbeit der Kriegsgefangenen aus dem Westen eine bedeutende Rolle gespielt hat. Weit mehr als 1 1/2 Millionen westlicher Kriegsgefangener wurden dem Bericht nach zum Einsatz gebracht. Jetzt werden die ersten Kriegsgefangenen aus dem Südosten zur Arbeit kommandiert. Die Organisation des Kriegsgefangenenwesens habe sich glänzend bewährt. Zuzeiten sei der Kriegsgefangeneneinsatz in der Landwirtschaft 95% gewesen. Gegen Ende des Jahres betrug er noch 52%. Dagegen stieg der Einsatz im Bergbau, in der gewerblichen Wirtschaft und in öffentlichen Verwaltungen von zunächst nur 5 auf 48%. Der Bericht gibt auch Aufschluß über die große Aktion zur Erfassung und Umsetzung Kriegsgefangener Facharbeiter. Sie wurden fast ausschließlich von den Arbeitsämtern in ihren erlernten Berufen eingesetzt.

Die Hoheitsträger der Auslandsorganisation der NSDAP aus 20 Ländern traten im Mai in der Reichshauptstadt zu einer Kriegstagung zusammen, die an Stelle der großen Kundgebungen stattfand, die zu Friedenszeiten in Stuttgart, der Stadt der Auslandsdeutschen, abgehalten werden. Den Höhepunkt des Tages bildete eine Ansprache des Leiters der Auslandsorganisation, Gauleiters Bohle, über „Haltung und Tätigkeit des Auslandsdeutchtums im Kriege“.

Am 1. Mai, dem Tag, an dem in Deutschland das Fest der Arbeit gefeiert wird, wandte sich Reichskommissar Terboven in einer Massenversammlung, die über sämtliche norwegische Rundfunksender übertragen wurde, an das norwegische Volk, um einen Rückblick über dieses erste Jahr unter deutscher Besetzung zu geben. Zunächst unterstrich der Reichskommissar noch einmal seine Erklärung vom 25. September, nach der die einzige staatstragende Partei in Norwegen die Quisling-Bewegung, Nasjonal Sämning, sei. Er erklärte, daß Norwegen nur durch sie den Weg zu einer selbständigen Stellung im Rahmen eines neuen Europa finden werde. Er wies sodann auf die Erfolge hin, die die Zivilverwaltung des Landes unter seiner Leitung bisher gehabt habe. Vor allem gehöre dazu das schnelle Verschwinden der Arbeitslosigkeit, die von 100 000 auf 20000 Arbeitslose zurückgegangen sei. An praktischen Aufgaben, die bereits in Angriff genommen wurden, nannte der Reichskommissar den Ausbau der Wasserkräfte im Rahmen eines Zehnjahresplanes und die Durchführung einer gesunden Forstwirtschaft, die den bisherigen Raubbau in Norwegens Wäldern beenden soll. Ferner nannte er die Erschließung der norwegischen Bodenschätze, von denen Norwegen selbst bisher noch nichts gewußt habe, und die den wirklichen Reichtum

107 des Landes ausmachen. Am Schluß seiner Rede ermahnte Reichskommissar Terboven seine norwegischen Hörer, mitzuarbeiten an dem Werk der Wiederaufrichtung eines selbständigen, unabhängigen Norwegens. Den Feinden einer neuen Zeit gegen- über erklärte er, nicht einmal den norwegischen Englandfreunden zuliebe werde sich das Rad der Geschichte zurückdrehen.

Einen bedeutsamen Tag beging am 24. Mai die Nasjonal Sämning. Von Oslo kommend besuchte an diesem Tage zusammen mit Vidkun Quisling Reichsführer SS Himmler die erste Division norwegischer SS-Männer, die im Laufe der letzten Monate auf einem deutschen Truppenübungsplatz ausgebildet worden war. Mit herzlichen Worten wandte sich Reichsführer SS an die norwegischen Kameraden: „Wenn ihr vom Einsatz heim- kommt, so werdet ihr Zeugen und Künder sein für die große germanische Gemeinschaft. Denn ihr werdet sagen können, an der Gestaltung Europas haben wir mit der Waffe in der Hand teilgenommen!“ Vidkun Quisling überbrachte seinen jungen Mitkämpfern die Grüße der Heimat und sagte ihnen, daß der Einfluß ihrer Bewegung, der Nasjonal Sämning, in Norwegen von Tag zu Tag zunehme. Wenn sich das Verständnis für die neue Zeit in Norwegen langsam Bahn bricht, dann ist dies nicht zuletzt dem deutschen Bemühen zu verdanken, alle Gebiete der revolutionären nationalsozialistischen Lebensgestaltung dem norwegischen Volke nahezubringen. Unter diesem Gesichtspunkte muß auch eine Ausstellung der Deutschen Arbeitsfront genannt werden, die am 15. Mai in Oslo eröffnet wurde. Sie zeigt Leistungen der Sozialfürsorge, Siedlungshäuser und zweckmäßige Inneneinrichtungen, vermittelt einen Eindruck von der Aktion Schönheit der Arbeit und den zahlreichen Möglichkeiten des deutschen Volksbildungswerkes und der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude.

Nicht unerwähnt dürfen auch bleiben die zahlreichen Reisen von maßgebenden Norwegern nach dem Reich. So folgten fünfzehn Führer der Nasjonal Sämning einer 14tägigen Einladung von Reichsorganisationsleiter Dr. Ley zu einer Deutschlandreise.

Nicht zuletzt hat auch die „Deutsche Zeitung in N o r w e g e n“ in der Zeit ihres einjährigen Bestehens ein Wesentliches dazu beigetragen, deutsches Denken verständlich zu machen und das politische Wollen des nationalsozialistischen Deutschlands den Norwegern nahezubringen. Das Blatt ist zur zweitgrößten Zeitung Norwegens geworden. Für die Jubiläumsnummer am 20. Mai haben namhafte Männer, unter diesen Reichskommissar Terboven, der Wehrmachtbefehlshaber von Norwegen, Generaloberst von Falkenhorst, und Reichspressechef Dr. Dietrich Beiträge zur Verfügung gestellt.

108 Im Elsaß und in Lothringen macht der deutsche Kulturaufbau weiterhin auch im Kriege seine Fortschritte. In S t r a ß b u r g ist die Erneuerung der Universität fast schon vollendet. Das Straßburger Theater rüstet sich, seine weitgesteckten Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. Es ist das Ziel aller Verantwortlichen, daß Straßburger Theater zu einer repräsentativen Reichsbühne zu erheben. Die Verpflichtungen für Schauspieler, Orchester sind in die Wege geleitet. Man vergewisserte sich auch namhafter Kräfte aus dem Reich zu Gastspielen. In Metz zeigen sich ebenfalls die ersten Ansätze einer neuen Blüte im kulturellen Leben dieser Stadt. Aus dem Wehrmachtstheater entwickelt sich langsam eine Bühne, an der die gesamte Bevölkerung Anteil nimmt. In der nächsten Spielzeit wird man sich der Pflege der Klassiker und des Gegenwartsdramas widmen. Die Gründung einer Tanzakademie ist in Aussicht genommen. Das Musikleben hat eine Keimzelle in der neugebildeten Kammermusikvereinigung gefunden.

Generalgouverneur Dr. Frank hat in seinem Aufbauprogramm die kulturelle Betreuung des Landes aufgenommen. Ihr dient, soweit die deutsche Führerschicht in Frage kommt, das Institut für deutsche

Ostarbeit und die Krakauer Volksbildungsstätte der NSDAP. Unter deutscher Führung soll aber auch das völkische Eigenleben Polens wieder erstarben. So beginnt man das Schulwesen des 14 Millionen zählenden Generalgouvernements neu zu ordnen. Die Philharmonie des Generalgouvernements, bestehend aus Professoren und Lehrern polnischer Musikschulen und Instrumentalisten früherer Posener und Warschauer Orchester, hat ihre Konzerttätigkeit unter dem Münchner Dirigenten Dr. Hanns Rohr aufgenommen. — Am 8. Mai wurde im Institut für deutsche Ostarbeit eine Veit-Stoß-Ausstellung eröffnet, der durch Generalgouverneur Dr. Frank das Geleitwort gegeben wurde. In seiner Rede verkündete Dr. Frank, daß er in Krakau eine „Veit-Stoß-Akademie für Bildende Künste“ ins Leben rufen werde, ferner einen Preis von 50 000 Zloty für hervorragende deutsche Kunstleistungen im Generalgouvernement gestiftet habe.

Am 11. Mai hatte die diesjährige Buchhändler-Kantate in Leipzig ihren Höhepunkt. Vor führenden Männern des Geisteslebens der Partei und der Wehrmacht legte Reichsleiter Baldur von Schirach ein heißes Bekenntnis des Zusammengehörens von Jugend und Buch ab. Er würdigte die Bedeutung der deutschen Sprache für die Wesensbildung des deutschen Volkes. In bedeutsamen Ausführungen befaßte sich Baldur von Schirach mit der notwendigen Verbindung von schöpferischer Einsamkeit und dem Gemeinschaftsleben und erklärte: „Gerade die Polarität von Einsamkeit und Gemeinschaft schafft erst die schöpferische Spannung, in der zu leben eine Lust und in der zu handeln eine Erlösung bedeutet. Der Gedanke ist einsam, aber seine Durchführung kann das Werk der Gemeinschaft sein, und ohne Gemeinschaft

109 scheint uns heute alles Denken sinnlos.“ Am Schluß seiner Rede richtete Baldur von Schirach einen Appell an die Verleger, neben den Werken der Großen die Erstlingswerke der Kommenden nicht zu vergessen.

Am Sonntag, den 25. Mai, sendete der Großdeutsche Rundfunk das 75. Wehrmachtswunschkonzert, das letzte vor der Sommerpause. Heinz Goedecke gab dabei einen Rückblick, eine stolze Bilanz: In 75 Wunschkonzerten wurden insgesamt 52 797 Soldaten und Wehrmachtseinheiten genannt, die Geburt von 9297 Kindern wurde angezeigt. An Geldspenden allein gingen 15 477 375 RM. ein. Vom ersten bis zum letzten Wunschkonzert hat diese Veranstaltung des Großdeutschen Rundfunks die Anteilnahme und den Beifall von Front und Heimat gehabt.

Auf Veranlassung von Reichsminister Dr. Goebbels sendet der Großdeutsche Rundfunk ab 23. Mai allabendlich drei verschiedene Rundfunkprogramme, um sowohl dem einfachen wie auch dem anspruchsvollen Hörer Auswahl zu bieten. Wer die umfangreichen Kriegsaufgaben des Rundfunks kennt, wird diese kulturelle Leistung der deutschen Sender und ihrer politischen Führung zu würdigen wissen.

Im Bereich des Großdeutschen Rundfunks sind verschiedene Änderungen durch Reichsminister Dr. Goebbels verfügt worden. Eine Veröffentlichung vom 8. Mai verkündet, daß der bisherige stellvertretende Intendant des Deutschen Kurzwellensenders, Dr. Toni Winkeinkemper, zum Auslandsdirektor der Reichsrundfunkgesellschaft, der bisherige Abteilungsleiter Horst C l e i n o w zum stellvertretenden Intendanten des Deutschen Kurzwellensenders, der bisherige Leiter des Drahtlosen Dienstes, Walter Wilhelm D i l l m a r , zum Intendanten der deutschen Europasender und Sendeleiter Dr. Harald Diettrich zum Auslandsinspektor der Reichsrundfunkgesellschaft ernannt wurde.



110 Deutschlands Politik und Kriegführung hat die nach der Winterpause im April steil aufwärts gerichtete Kurve der Aktion und des Erfolges, über die der Führer am 4. Mai vor dem Reichstag seinen stolzen Bericht gegeben hat, im Mai fortgesetzt. Am 20. Mai begann die Eroberung Kretas, das

die Engländer nach dem Ausbruch des italienisch-griechischen Konfliktes besetzt hatten, durch Luftlandtruppen von den Flugplätzen Griechenlands aus. Am 1. Juni konnte die völlige Besetzung der Insel und das Ende der Kampfhandlungen gegen die griechischen und Empiretruppen verkündet werden.

Damit war eine Kriegshandlung abgeschlossen, die Deutschlands Kriegführung auf der Höhe wahrhaft revolutionären Handelns gezeigt hat. Die Eroberung eines so großen Landgebietes auf eine so große Entfernung über See und durch die Luft hat erneut erwiesen, daß die Auswertung der neuen Kriegsmittel und die Einstellung der Strategie auf die neuen technischen Möglichkeiten nur von der deutschen Kriegführung erkannt worden sind. Die Luftmacht hat sich beim Kampf in engen Gewässern der Seemacht überlegen gezeigt.

Von englischer Seite wurde in einer Übersicht über die Kriegslage am 21. Mai darauf hingewiesen, der Kampf um Kreta sei nur ein Teil der Schlacht um Suez, die die Achsenmächte von Libyen aus und aus der Richtung des Ägäischen Meeres zu gewinnen suchten. Es sei die wichtigste Schlacht des ganzen Krieges, und die Aussichten für England würden düster sein, wenn Deutschland sie gewinnen würde. Die Seeherrschaft der englischen Flotte im Mittelmeer sei in diesem Kampf der wichtigste Faktor zugunsten Englands.

Die Seeherrschaft Englands im Mittelmeer ist jetzt bedroht. Ihre Stützpunkte können von Libyen und von den Inseln des Ägäischen Meeres aus angegriffen werden. Eine mindestens zeitweilige Schließung des Suezkanals durch Luftangriffe ist möglich und hat sich bereits ereignet. Die Zerstörung der Brennstofftankanlagen in Haifa und Alexandria, kombiniert mit einer Unterbrechung des Schiffsverkehrs im Suezkanal, würde die englische Flotte im östlichen Mittelmeer der Aktionsfähigkeit berauben, weil ihr bald der Brennstoff fehlen müßte. Die Eroberung Kretas bedeutet andererseits den Ausschluß Englands aus dem Ägäischen Meer und die Unmöglichkeit für die Engländer, mit Handelsschiffen ins Schwarze

111 Meer zu gelangen, während für die Achsenmächte nunmehr der Seeweg vom Schwarzen Meer durch die Ägäis und den Golf von Korinth nach der Adria möglich wird, was besonders für Italiens Versorgung mit Treibstoff wichtig ist.

Die historische Mittelmeerstellung Englands ist durch die Ereignisse der Monate April und Mai stark reduziert und schwer bedroht. Die Vision eines englandfreien Europas, das durch ein englandfreies Mittelmeer mit einem englandfreien Vorderen Orient und Nordafrika in Verbindung steht, hebt sich zu Beginn des letzten Viertels des zweiten Kriegsjahres über den Horizont der politischen und militärischen Wirklichkeit. Man kann sich unschwer ausmalen, was die Verwirklichung dieser Vision für England, für die Achsenmächte und für die weitere Entwicklung des Krieges, besonders auch im Hinblick auf Englands Blockade und die Gegenblockade der Achsenmächte bedeuten würde. Der Ring Englands um die Stellung der Achsenmächte, der über Gibraltar, Malta, Kreta, Vorderer Orient liegt, wäre zerbrochen, England aus gewaltigen Gebieten ausgeschlossen, die mit allen ihren Erzeugnissen nur mehr den Achsenmächten zur Verfügung ständen.

Die am 14. Mai bekanntgegebene Warnung der Reichsregierung vor dem Befahren des nördlichen Teiles des Roten Meeres (siehe Seite 71), die Antwort auf die Freigabe dieses Seegebietes für die USA-Schifffahrt durch eine Erklärung Roosevelts vom 10. April, ist in diesem Zusammenhang zu beachten.

Mit dem Vordringen der Achsenmächte im östlichen Mittelmeerraum geht die weitere innere Konsolidierung ihrer Kontinentalstellung einher. Der Balkan ist dem politischen System der Achse nunmehr ganz eingegliedert. Der neuerstandene kroatische Staat, mit dem Deutschland am 13. Mai einen Staatsvertrag über die Festlegung der Grenze abschloß, und mit dem am 18. Mai entsprechende Abkommen durch Italien erfolgten, hat mit einem Umfang von etwa 115 000 qkm und einer Einwohnerzahl von sieben Millionen hierbei eine besondere Bedeutung. Im Westen hat Frankreich, das so lange gezögert hat, seitdem in Montoir der erste grundsätzliche Schritt zur Zusammenarbeit mit Deutschland getan worden war, durch das Abkommen vom 7. Mai und durch die Besprechung Darlans mit dem Führer am 13. Mai den Weg der Eingliederung in das neue Europa praktisch betreten. Der Kontinent schließt sich immer mehr zusammen.

Am 22. Mai konnte der zweite Jahrestag des Abschlusses des deutsch-italienischen Bündnisses, des stählernen Paktes, wie er in Italien mit Vorliebe genannt wird, gefeiert werden. Die beiden seit dem Paktabschluß verflossenen Jahre gehören zu den denkwürdigsten der Geschichte Europas. Sie haben die Struktur des Kontinents gründlich geändert. Das politisch-militärische Bündnis der Achsenmächte hat sich als

112 ein Instrument von ungeheurer Durchschlagskraft erwiesen und ist zum politischen Kern eines neuen Europas geworden. Es ist ein seltsames Zusammentreffen, daß im gleichen Monat, am 10. Mai, sich der Beginn der deutschen Westoffensive des Jahres 1940, durch die die Achse in Westeuropa sich Raum schuf, zum ersten Male jährt.

Die Kampfgemeinschaft der Achsenmächte ist in und um Kreta besonders wirksam geworden. Sie hat von deutscher Seite ihre besondere Anerkennung gefunden. In der Cyrenaika, vor Tobruk und an der Grenze Ägyptens ist diese Kampfgemeinschaft weiter erprobt worden. In Italienisch-Ostafrika hat der Führer der italienischen Streitkräfte, der Herzog von Aosta, mit dem Hauptteil der noch übrigen Truppen den Kampf aufgeben müssen, der jedoch von zwei weiteren italienischen Kampfgruppen gegen große feindliche Überlegenheit zäh fortgesetzt wird. Auch der Gegner hat die Tapferkeit der italienischen Truppen durch die ehrenvolle Form, in der sich die Übergabe vollzog, anerkannt. Der Herzog von Aosta und der Duce haben in einem letzten Telegrammwechsel die Gewißheit der Erwartung ausgesprochen, daß die jetzt verlorengegangenen Gebiete wieder gewonnen werden. Ihr Schicksal wird selbstverständlich durch den Ausgang des Kampfes mit England im ganzen entschieden werden.

Italien hat durch die Eingliederung der Provinz L a i b a c h ins italienische Königreich und durch die Abmachungen mit Kroatien über die gegenseitige Grenzfestsetzung das politische Ergebnis seines Kampfes um den Balkan eingebracht. Die Provinz Laibach erhält mit autonomer Verwaltung unter einem Oberkommissar, ohne Militärdienstpflicht der slowenischen Bevölkerung und mit weitgehender Kulturautonomie eine Sonderstellung im Rahmen des italienischen Staates. Kroatien wird eine Monarchie unter einem Zweige des Hauses Savoyen. Die Maßnahmen, die der neue Staat hinsichtlich seiner Organisation und seines Aufbaues bisher getroffen hat, zeigen, daß er hierbei das politische und wirtschaftliche Gedankengut der Achse zugrundelegt. Am 18. Mai wurde eine Gruppe von Abkommen zwischen Italien und Kroatien unterzeichnet, nämlich ein Vertrag über die Festlegung der Grenzen zwischen Italien und Kroatien, ein Abkommen über das adriatische Küstengebiet betreffend militärische Zonen, ein Vertrag der Garantie und der Zusammenarbeit, ein Notenaustausch bezüglich der Verwaltung der Städte Spalato und der Insel Kurzola und ein Schlußprotokoll. Der gegen Italien begründete jugoslawische Staat, oder wie er ursprünglich hieß, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, und die Erfindung einer „südslawischen Nation“, haben ihr Ende gefunden. Der Faschismus hat das Ziel, die Adria politisch und militärisch

113 zum mare nostrum zu machen, erreicht. Der südslawische Traum ist ausgeträumt. Die Slowenen treten als autonome Provinz in den Verband des italienischen Staates, die Kroaten werden eine durch die Verwandtschaft des Herrscherhauses und durch politische Verträge eng mit Italien verbundene Monarchie, und die Serben werden in ihrer Volkszahl entsprechendes Eigenleben führen. Die adriatische Küste ist militärisch in der Hand Italiens. Montenegro und Albanien sind weitere Glieder für Italiens Sicherheit auf dem Balkan.

Von den drei Halbinseln, mit denen sich der europäische Kontinent nach Süden erstreckt, dem Balkan, Italien und der Pyrenäen-Halbinsel, sind die beiden ersteren nunmehr der politischen und militärischen Einwirkung Englands entzogen. Die Pyrenäen-Halbinsel, an deren Südküste die englische Zwingburg Gibraltar liegt, und deren westlicher Teil Portugal das älteste Bündnis der Geschichte mit England verbindet, hat sich aus der geistigen Hörigkeit Englands ebenfalls gelöst. Ihre beiden Staaten sind, Portugal seit dem Mai 1926, Spanien seit dem Bürgerkriege, autoritär. Beide Staaten stehen deshalb, jeder auf seine Weise, in der großen Auseinandersetzung der Gegenwart ideologisch auf der Seite des neuen Europa gegen die Angelsachsen. Dies gilt auch hinsichtlich der Lagerung der politischen Interessen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß weder der Staat Salazars, noch der Francos einen Sieg der Angelsachsen überleben würde. Jene Kräfte, die in Portugal durch das ebenso weitblickende wie zähe Wirken Salazars ausgeschaltet wurden und niedergehalten werden, und die in Spanien durch einen beinahe dreijährigen Krieg aus der Macht geworfen wurden, würden wieder zur Macht gelangen und mit ihnen innere Zerrissenheit, äußere Machtlosigkeit und englische Gefolgschaft. Das wissen die Führenden in Madrid und Lissabon sehr wohl, ebenso, daß der angelsächsische Imperialismus sich anschickt, ihnen die letzten geistigen und moralischen Positionen, die sie noch in ihren früheren Kolonialreichen in Süd- und Mittelamerika besitzen, streitig zu machen.

Diese Situation hat im Monat Mai durch verschiedene Ereignisse eine bemerkenswerte Beleuchtung erfahren. Als der zum Außenminister seines Landes ernannte bisherige Botschafter Argentinens in Rom, Ruiz G u i n a z u , auf der Heimreise durch Madrid und Lissabon kam, wurde er ostentativ ge-

feiert. Auf einem ihm am 2. Mai vom portugiesischen Ministerpräsidenten Salazar gegebenen Essen sagte dieser: „Für uns alle, die beiden Staaten der Pyrenäen-Halbinsel, wie die Länder Latein-Amerikas gibt es ein gemeinsames Erbe an Traditionen, Anschauungen und Idealen, und damit geistige Bande, die die Jahrhunderte überdauern, und Sympathien und Freundschaften, die in ihrem Kern auch von Zeitströmungen nicht

114 berührt werden. Von dem jetzt so aufgewühlten Europa aus scheint es, als wenn der Atlantische Ozean die lateinischen Länder Amerikas von ihm trennt, und doch können wir sie nur als zu ihm gehörig betrachten. Ohne sie wäre Europa nur ein geographischer Begriff ohne geistigen Gehalt, weil für den schöpferischen Geist und die Vitalität Europas durch Jahrhunderte kein besserer und reicherer Zeuge existiert, als die gegenwärtig hier versammelten Nationen, die wirklich Fleisch seines Fleisches und Blut seines Blutes sind. Im Grunde sind wir alle eine große Familie.“

Der führende Staatsmann Portugals hat damit Gedanken geäußert, wie sie vom spanischen Außenminister, wenn er über das Problem Hispanität sprach, mehrfach zum Ausdruck gebracht worden sind. Die beiden Staaten der iberischen Halbinsel wollen nicht, daß ihr historisches Verdienst der Entdeckung, Erschließung und Besiedlung von Süd- und Mittelamerika, die größte Leistung, die sie außerhalb des Mutterlandes vollbracht haben, ihnen von den Nordamerikanern sozusagen weggenommen wird, daß im Namen eines durchsichtigen USA-Interessen dienenden Panamerikanismus eine völlige Eingliederung der ibero-amerikanischen Welt in die der USA erfolgt. Denn es liegt auf der Hand — und die intensiven Bemühungen der USA, auch kulturpolitisch die Ibero-Amerikaner zu überfremden, beweisen es —, daß auch die aus den Mutterländern überkommenen Werte auf dem Spiele stehen. Die kulturelle Überfremdung durch die Vereinigten Staaten würde auch die letzte Geltung, die Spanien und Portugal von ihrer Kolonisationstätigkeit in Amerika geblieben ist, in Frage stellen.

Portugal hat aber gegenüber den Vereinigten Staaten noch unmittelbarere Sorgen. Am 9. Mai sah sich die portugiesische Regierung veranlaßt, in einer offiziellen Erklärung gegen in den Vereinigten Staaten lautgewordene Bestrebungen auf Besetzung der Kapverdischen Inseln und der Azoren Stellung zu nehmen. Die Erklärung schloß mit folgenden Feststellungen: „Der portugiesischen Regierung ist bisher kein Antrag oder Vorschlag bezüglich einer eventuellen Benutzung irgendwelcher Häfen oder Stützpunkte der portugiesischen Küste oder Inseln durch irgendeinen der Kriegführenden gegen den anderen oder durch dritte Staaten gemacht worden. Die Regierung hat sich mit der Verteidigung der drei Inselgruppen des Atlantik beschäftigt, und die bestehenden Einrichtungen verstärkt als Bestätigung ihrer Souveränität, aber auch um einem Angriff Widerstand leisten zu können, obwohl sie ihn nicht erwartet.“ Am 5. Mai wurde der erste von mehreren Transporten von Artillerie- und Infanterie-Einheiten nach den Kapverdischen Inseln, und am 23. Mai weitere Truppenverstärkungen nach den Azoren von Lissabon abgesandt. Portugal

115 ist also offenbar nicht geneigt, dem Imperialismus der Angelsachsen seine Inselstellung im Atlantik kampflos preiszugeben.

Am 28. Mai konnte Portugal den fünfzehnten Jahrestag der Beseitigung des parlamentarisch-demokratischen Systems und des Übergangs zum autoritären Staat feierlich begehen. Das Regierungsblatt „Diario da Manha“ stellte dazu fest, die Revolution sei noch nicht abgeschlossen, sondern gehe weiter, bis auch der letzte Portugiese zum neuen Staat gefunden habe. Aus dem korrupten System des demokratisch-liberalistischen Niederganges habe Portugal durch diese Revolution sich selbst den Weg zu neuer Größe und nationaler Würde geöffnet.

Ein Jubiläum anderer Art beging Spanien am 2. Mai, dem Jahrestag seiner Erhebung gegen Napoleon. Der spanische Außenminister hielt dabei eine Rede mit heftigen Angriffen gegen die Plutokratien und ihre Machenschaften in Spanien, und betonte, diejenigen, die Spanien zweihundert Jahre lang ihren Willen aufzwingen, hätten kein Wort mitzureden, wenn Spanien sein Schicksal heute selbst in die Hand nehme.

In solchen Ereignissen und Äußerungen leuchtet eine iberische Schicksalsgemeinschaft auf, die zugleich eine europäische ist. Sie reicht als iberische und europäische hinüber über den Atlantik nach Süd- und Mittelamerika. Im weiteren Verlaufe der gegenwärtigen großen Auseinandersetzungen wird auch die Schicksalsfrage der iberischen und der ibero-amerikanischen Völker eine Antwort finden.

Zur europäischen Schicksalsfrage, die allmählich klarer auch als die eigene erkannt wird, hat Frankreich im Monat Mai eine realistischere Einstellung gefunden. Sie hat sich nach geraumem Zögern zur praktischen Zusammenarbeit entschlossen. Das deutsch-französische Abkommen vom 7. Mai und der Besuch Darlans beim Führer vom 13. Mai wurden schon erwähnt. Marschall P e t a i n hat in einer Rundfunkansprache am 16. Mai einen ebenso schlichten wie dringlichen Appell an das französische

Volk gerichtet, ihm auf dem Wege der Zusammenarbeit mit Deutschland als dem „der Ehre und des nationalen Interesses“ zu folgen: „Wenn es uns gelingt, die im Gange befindlichen Verhandlungen bei einer straffen Disziplin unserer öffentlichen Meinung zum Guten zu führen, kann Frankreich seine Niederlage überwinden und sich in der Welt den Rang einer europäischen und Kolonialmacht erhalten“, so schloß der Marschall. Der stellvertretende französische Ministerpräsident, D a r l a n, wandte sich am 23. Mai an die Franzosen. Er dementierte zunächst verschiedene Gerüchte über angebliche deutsche Forderungen und sagte, von dem Wege, auf den Frankreich sich begeben, hänge seine Gegenwart und seine Zukunft ab. Es werde den Frieden bekommen, den es sich selbst erwerbe, und innerhalb der europäischen Organisation den Platz ein

116 nehmen, den es sich selbst vorbereite. Frankreich habe in der Vergangenheit sich dazu hinreißen lassen, fremde Interessen zu verteidigen und eine zusammenhanglose Politik geführt. Jeder habe die Pflicht, jetzt Petain zu folgen und die Politik der Zusammenarbeit zu unterstützen. Noch deutlicher wurde Darlan in einem Interview mit der Zeitschrift „Gringoire“ vom 29. Mai. „England hat diesen Konflikt angestiftet. Wir waren nur ein Spielzeug in seinen Händen. Von 1919 bis 1936 hat England, getreu seiner jahrhundertelangen Politik, alles getan, um Frankreich daran zu hindern, aus seinem Sieg zu profitieren.“ Darlan, der als einer der Schöpfer der modernen französischen Flotte zu gelten hat, machte anschließend Angaben über die Bemühungen der Engländer, den Ausbau der französischen Flotte nach dem Weltkrieg hinten zu halten. Diese Bemühungen sind bekannt, neu ist jedoch die Mitteilung Darlans, daß die Engländer noch nach 1936 die französischen Flottenbaupläne durch direkte Einwirkung auf das französische Außenministerium zu durchkreuzen versucht haben.

Die Hinwendung der französischen Politik zur praktischen Zusammenarbeit mit Deutschland und zur Bejahung des neuen Europa hat zu scharfen Reaktionen in London und Washington geführt. Englische Flugzeuge warfen über Syrien Flugblätter mit der Aufforderung zum Abfall von Vichy und zum Anschluß an de Gaulle ab. Bald folgten Bombenabwürfe auf syrische Flugplätze und auf die Häfen von Beirut in Syrien und auf S f a x in Tunis. Im englischen Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär im Foreign Office, künftig würden Navicerts für französische Schiffe nicht mehr ausgegeben. Die englische Presse drohte mit Bombenangriffen auf das unbesetzte Frankreich, de Gaulle erließ Aufrufe an die Bevölkerung Syriens und gegen die Zusammenarbeit mit Deutschland. Der französische Oberkommissar in Syrien, General D e n t z, erklärte demgegenüber am 19. Mai, er sei beauftragt, die Stellung Frankreichs in der Levante zu verteidigen. Gewalt werde mit Gewalt beantwortet werden.

Beinahe symbolisch erscheint es, daß im Rahmen der Gedenkfeiern am Tage der Jeanne d'Arc am 11. Mai die in Orleans wiederhergestellte Loire-Brücke, bei der Jeanne d'Arc im Kampf gegen die Engländer verwundet wurde, wieder auf ihren alten Namen „Pont de Tournelles“ umgetauft wurde. Das englandhörige Frankreich hatte sie vor Jahren auf englische Veranlassung „King George V.-Brücke“ getauft!

Da Roosevelt sich in der Rolle des englischen Sekundanten um jeden Preis und bei jeder Gelegenheit gefällt, hat der Entschluß Vichys zur praktischen Zusammenarbeit mit Deutschland natürlich das stärkste Mißfallen in Washington erregt. Roosevelt beantwortete die erwähnte Rundfunkansprache Petains am 16.

117 Mai mit einer Erklärung, in der er sich auf den deutsch-französischen Waffenstillstand berief, wie wenn er durch ihn Rechtsansprüche an Frankreich erworben hätte, die es Frankreich verböten, eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland zu betreiben. Er appellierte an das französische Volk gegen die eigene Regierung und konstruierte eine „Bedrohung für Friede und Sicherheit der westlichen Hemisphäre“ aus einem Zusammengehen Frankreichs mit Deutschland. Gleichzeitig mit dieser Erklärung wurden zehn in amerikanischen Häfen liegende französische Schiffe, darunter das größte Schiff der französischen Handelsflotte, die „Normandie“, militärisch besetzt. Am 21. Mai erfuhr man aus New York, die amerikanische Regierung sei an die französische mit dem Verlangen herangetreten, sie müsse ihre Zukunftspläne gegenüber Deutschland mitteilen. Hull habe dem französischen Botschafter eröffnet, die einzige Hoffnung auf eine Wiederherstellung der guten Beziehungen zwischen Frankreich und Nordamerika sei eine schriftliche Verpflichtung der französischen Regierung, sich in Zukunft bei den Verhandlungen mit Berlin streng an das Waffenstillstandsabkommen vom Juni 1940 zu halten. Das bedeutet also, die Vereinigten Staaten verlangen von Frankreich, es solle seine Politik künftig unter die Aufsicht Washingtons stellen. Das Maß der Einmischung in die europäischen Verhältnisse von selten Roosevelts hat wirklich einen Grad erreicht, der kaum noch gesteigert werden kann! Die französische Regierung hat es denn auch an einer scharf ablehnenden Gegenerklärung nicht fehlen lassen. Die französische Presse unterstrich Roosevelts Mitverantwortung an Frankreichs Un-

glück. Angesichts der in den Vereinigten Staaten lautgewordenen Absicht auf Wegnahme der französischen Besitzungen im Karibischen Meer erhielten die französischen Land-, See- und Luftstreitkräfte auf Martinique den Befehl, die notwendigen Maßnahmen zur Verteidigung der Inseln gegen einen eventuellen Angriff der Vereinigten Staaten zu ergreifen. Dies erklärte auch der französische Botschafter Staatssekretär Hull in aller Form. Botschafter de Brinon erklärte gegenüber amerikanischen Pressevertretern, wenn die Vereinigten Staaten Dakar zu nehmen beabsichtigten, müßten sie das mit Gewalt tun. Wenn die USA in den Krieg eintreten würden, würde die gemeinsame Aufgabe Europas darin bestehen, auch eine gemeinsame Verteidigung zu organisieren.

Marschall P e t a i n und seine Regierung sind also offenbar willens, sich von dem früheren Verbündeten, der Frankreich im Sommer 1940 im Stich ließ, und von den Kriegshetzern in USA nicht die Linie ihres Handelns vorschreiben zu lassen, sondern diese nach dem nationalen französischen Interesse festzulegen. Dieses Interesse fordert aber das Zusammengehen mit Deutschland und die Eingliederung in das neue Europa.

118 Es ist nur logisch, daß die französische Regierung gegen die im englischen Solde stehende Verräterbewegung des Generals de Gaulle im Wege der Strafverfolgung und mit anderen Mitteln vorgeht. De Gaulle und seine Anhänger versuchen durch Aufrufe und sonstige Propaganda die französischen Truppen in Syrien zum Abfall von Vichy zu bringen. Sie sind ferner bemüht, mit Hilfe der englischen Propagandamittel auch auf die Franzosen in Frankreich unmittelbar einzuwirken. In Vichy hat man dagegen wiederholt scharf reagiert. Der Staatssekretär für die Kolonien, Admiral P l a t o n, konnte in einem Presseinterview vom 28. Mai die beruhigende Feststellung machen, daß nur ein Sechzehntel der Bevölkerung des französischen Kolonialreiches von der Bewegung de Gaulles erfaßt worden sei, und daß man diese schon seit dem Herbst 1940 als bezwungen ansehen könne. Tatsächlich hat de Gaulle nur in solchen Gebieten Erfolg gehabt, in denen er von den Engländern militärische und sonstige Unterstützung erhalten konnte, und wo nur geringe französische militärische Kräfte vorhanden waren.

Im Innern hat Frankreich das Judenproblem energischer angefaßt. Man will 125 000 ausländische Juden, die sich in Paris und Umgebung aufhalten, ausweisen. Das gleiche beabsichtigt man mit den 175 000 ausländischen Juden in der besetzten und unbesetzten Zone. Botschafter de Brinon, der dies mitteilte, fügte hinzu: „Im Zusammenhang mit der Reorganisation des neuen Europa müssen die Juden aus Frankreich entfernt werden. Wenn sie dies nicht können, werden wir sie in besonderen Lagern unterbringen.“ Dies wird verständlich, wenn die französische Zeitschrift „Au Pilon“ am 19. Mai feststellen konnte, daß der Besitzanteil der Juden bei Bankunternehmungen 57%, im Edelsteinhandel 45%, im Pelzwarenhandel 56%, bei Feinmanufakturen 61%, im Musikverlag 71%, im Konfektionshandel 47% usw. betrug.

Die neue nach dem Vorbild des Faschismus und Nationalsozialismus geformte Einstellung der Regierung Petain zu den sozialen Fragen kam am 1. Mai zum Ausdruck. Zum ersten Male wurde dieser Tag nicht wie bisher im Sinne marxistischer Klassenkampfdieen, sondern im Zeichen des sozialen Friedens als Tag der Arbeit gefeiert. Arbeiter und Unternehmer nahmen an den veranstalteten Feiern teil. Marschall Petain sprach in einer großen Versammlung von Arbeitern und Unternehmern. In einer Ansprache bezeichnete er die Arbeit als das versöhnende Element für alle Franzosen. Der 1. Mai, bisher ein Symbol der Entzweiung und des Hasses, werde in Zukunft ein Symbol der Einheit und der Freundschaft sein. Die Arbeit sei eine Voraussetzung für die gute moralische und physische Gesundheit. Dies gelte für den Einzelnen wie für die Gesamtheit. Die in Vorbereitung befindliche soziale Neuordnung müsse das Prinzip

119 verlassen, daß der Einzelne isoliert gegenüber dem Staate stehe und Arbeitergewerkschaften und Unternehmerorganisationen sich gegeneinanderstellten. Die Neuordnung werde Arbeiter und Unternehmer in korporativen Gruppen vereinigen. Zum erstenmal erhielten die französischen Arbeiter am 1. Mai, der Feiertag war, Lohn gezahlt.

Über den Wiederaufbau Frankreichs seit dem Waffenstillstand machte Verkehrsminister Berthelot am 30. Mai interessante Angaben. Danach sind in Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzungsbehörden von 5200 km durch Kriegshandlungen unbefahrbar gewordener Wasserwege bereits 5000 km wieder befahrbar, von 2332 gesprengten Brücken 1674 wiederhergestellt. Über 140 000 Arbeiter sind für derartige Arbeiten eingesetzt.

In den Ländern Nord-, Ost- und Südosteuropas sind für den Monat Mai nur wenige Ereignisse von Bedeutung zu verzeichnen.

In Schweden hat Außenminister Günther am 3. Mai eine Rede über die schwedische Außenpolitik gehalten, in der er die Bedeutung eines guten Verhältnisses zu Deutschland unterstrich. In einer weiteren Rede am 28. Mai über die Außenhandelslage Schwedens betonte er die Wichtigkeit des Handelsverkehrs mit Deutschland, der einen großen Teil des infolge des Krieges eingetretenen Ausfalls der alten Handelsbeziehungen wettgemacht habe.

Wie sehr die Schifffahrt der nordischen Länder unter den Auswirkungen der völkerrechtswidrigen englischen Seekriegsführung zu leiden hat, ergibt sich aus folgenden Ziffern: die norwegische Handelsflotte hat bisher 186 Schiffe mit 681000 Bruttoregistertonnen, die schwedische 102 Schiffe mit 392000 BRT und die dänische ungefähr 100 000 BRT verloren.

Die völkerrechtswidrige Besetzung Islands durch englische Truppen hat offenbar Englands angeblichen Kampf für die freien Völker befruchtet: Das isländische Alting hat am 17. Mai die Aufhebung des Bundes mit Dänemark beschlossen und die Absicht bekundet, Island zu einer Republik zumachen.

In Bulgarien konnte Ministerpräsident Filoff am 14. Mai in der Kammer feststellen, daß die glückliche Beendigung des Krieges auf dem Balkan die Befreiung der bulgarischen Gebiete in Thrazien, Mazedonien und längs der Westgrenze, die sich unter griechischem und serbischem Joch befunden hätten, bedeute. Ein mächtiges und geeintes Bulgarien von der Donau bis zum Ägäischen Meere bedeute die Verwirklichung des nationalen Ideals des bulgarischen Volkes, das bei der Festigung der Neuordnung im Südosten Europas eine wichtige Aufgabe zu erfüllen habe.

In Rußland wurde am 6. Mai bekanntgegeben, daß Molotow auf seinen Wunsch von der Erfüllung der

120 Pflichten des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare entbunden worden sei, daß Stalin den Vorsitz des Rates der Volkskommissare übernommen habe, und daß Molotow zum stellvertretenden Vorsitzenden ernannt worden sei. Damit hat der mächtigste Mann der Sowjetunion, der Stalin schon seit langen Jahren unbestreitbar ist, auch die nach außen wichtigste politische Stellung, die Ministerpräsidentenschaft, übernommen.

Am 12. Mai hat die Sowjetunion mit dem inzwischen in den Krieg mit England eingetretenen Irak offizielle diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Für England war auch der Monat Mai ein ausgesprochen schlechter Monat, der schwere Mißerfolge gebracht hat. Obwohl das englische Parlament mit Rücksicht auf die Wirkung im Auslande von dem Recht auf Kritik nur noch einen bescheidenen Gebrauch macht, war die Erregung und Mißstimmung über die dauernden Mißerfolge und Niederlagen so stark geworden, daß in den Parlamentssitzungen des 6. und 7. Mai eine heftige Debatte entstand. Das Parlament hatte sich in Spannung und gereizter Stimmung versammelt. Lloyd Georg und mehrere andere Redner gaben der Mißstimmung durch eine heftige Kritik an der Regierung Ausdruck. Lloyd George gab eine ziemlich realistische Schilderung der Lage Englands und der gegenwärtigen Machtverhältnisse und wies nach, wie sehr viel günstiger die Lage Deutschlands heute gegenüber der Zeit des Weltkrieges sei.

Außenminister Eden verteidigte Politik und Kriegführung der Regierung. Er schilderte die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Balkan und im Nahen Osten. Die Hauptschuld am Zusammenbruch der englischen Politik auf dem Balkan schob er Jugoslawien zu, das unter der Regierung des Prinzen Paul sich den englischen Wünschen auf Mobilisierung der Armee versagt habe. Erst nach dem Staatsstreich habe die neue Regierung einen wirklichen und dringenden Versuch gemacht, ihre Armeen in Bereitschaft zu bringen. „Aber, so fuhr Eden fort, es war beim besten Willen der Welt schon zu spät geworden, die Armeen zu mobilisieren und sie dort zu konzentrieren, wo sie die von uns geforderte Unterstützung und Hilfe hätten leisten können. Und so kam es denn, wie es kommen mußte. Trotz aller Tapferkeit der jugoslawischen Armee war diese nicht mehr in der Lage, den deutschen Vorstoß aufzuhalten.“

Eden sprach also nicht von der Hilfe, die England Jugoslawien bringen wollte, sondern von der Hilfe Jugoslawiens für England! Zynischer kann man den Sinn der englischen Politik nicht zum Ausdruck bringen. Nach einigen Komplimenten an die Adresse der Türkei, Drohungen gegen den Irak und der grotesken Behauptung, England kämpfe für die Freiheit der Araber, schloß Eden mit einem dringenden Hilferuf an die Vereinigten Staaten.

121 Zum Abschluß der Debatte sprach Churchill am 7. Mai. Er suchte sich gegen die Angriffe Lloyd Georges und der anderen Kritiker zu verteidigen. Er gab zu, daß der Verlust der britischen Stellung im Mittelmeer und im Niltal die schwersten Schläge sein würden, die man Großbritannien zufügen könnte. England sei jedoch entschlossen, für diese Stellung zu kämpfen und „Kreta und Tobruk bis zum Tode und ohne irgendeinen Gedanken an Rückzug zu verteidigen“. Drei Wochen später war der Rückzug

aus Kreta freilich eine Tatsache. Die Niederlage am Balkan suchte er mit der Bemerkung zu beschönigen, man habe Griechenland „aus Gründen der Ehre“ helfen müssen. Daß das englische gegenüber der gewaltigen militärischen Überlegenheit der Achsenmächte von vornherein illusorische Hilfsversprechen Griechenland überhaupt erst in den Kampf getrieben hat, verschwieg Churchill natürlich. Auch er schloß mit einem Hilferuf an die Vereinigten Staaten.

An englischen Ministerreden des Monats Mai sind noch die beiden Reden Edens vom 22. Mai im Unterhaus und vom 29. Mai im Mansionhaus zu erwähnen. Am 2. Mai griff Eden die Regierung Petains wegen der Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland scharf an und ließ es an Drohungen nicht fehlen. Besonders bezeichnend war Edens Rede vom 29. Mai. Er begann mit einem Lob- und Preisgesang auf Roosevelt wegen seiner Kriegshetzrede vom 27. Mai, die Eden als Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung feierte. Dann folgten wüste Beschimpfungen gegen Deutschland und die deutschen Pläne zur Neuordnung Europas, die natürlich als denkbar verwerflich und böse bezeichnet wurden. Anschließend entwickelte Eden das Zukunftsbild Europas, wie England es nach seinem Siege angeblich plant. Dieser typische Vertreter der englischen Gleichgewichtspolitik, d. h. der Politik des Gegeneinanderhetzens der europäischen Völker prägte dabei Sätze von geradezu monumentaler Verlogenheit wie: „Ein dauernder und internationaler Friede auf dem Kontinent ist unser einziges Ziel.“ Wie dieser Friede für Deutschland aussehen würde, dafür nur folgendes Zitat: „Wir dürfen niemals vergessen, daß Deutschland der schlimmste Herr ist, den Europa je gekannt hat. Fünfmal im letzten Jahrhundert hat es den Frieden gebrochen. Niemals darf es in der Lage sein, dies wieder zu tun. Unsere politischen und militärischen Friedensbedingungen werden so abgefaßt werden, daß eine Wiederholung der deutschen Untaten unmöglich ist.“ Offenbar ist also Eden der gleichen Meinung wie diejenigen, die glauben, daß das Versailler Diktat noch viel zu menschlich mit Deutschland verfahren sei.

Der Erzbischof von Canterbury, der australische Ministerpräsident Menzies, der südafrikanische Ministerpräsident Smuts und Churchill selbst wiederholten bei den verschiedensten Gelegenheiten die

- 122 bekannten Phrasen vom Kampf für die Freiheit, die Zivilisation und gegen Tyrannei und Unfreiheit. Es wirkt besonders seltsam, wenn Leute wie Menzies, Vertreter des zuletzt entdeckten aller Erdteile, der bisher zur Menschheitskultur nicht einen Namen, nicht eine Schöpfung beigetragen hat, gegen das Deutschland, das ein Vielfache solcher Namen und Schöpfungen aufweisen kann als alle englischsprechenden Völker zusammen, den Kampf für die menschliche Kultur durchfechten will!

Das A und O der englischen Hoffnungen und Wünsche, ist die Hilfe der Vereinigten Staaten. England gibt sich deshalb die größte Mühe, Roosevelt und seine Leute beim Aufhetzen der öffentlichen Meinung in USA gegen die Achsenmächte und im Sinne des Kriegseintritts gegen diese zu unterstützen. Englands Botschafter in USA, Lord Halifax, unternahm im Mai einen längeren Redefeldzug durch den Mittelwesten der Vereinigten Staaten, um der überwiegend isolationistisch eingestellten Bevölkerung klarzumachen, daß die Hilfe für England ihre höchste Pflicht sei. Seine zahlreichen bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden gipfelten in Sätzen wie: „Wir kämpfen, um zu verhindern, daß die Zivilisation, und zwar die Zivilisation der ganzen Welt, gemordet wird. Das ist eine Angelegenheit, die Amerika sehr ernsthaft angeht. Denn es gibt kein freies Amerika, wenn Europa in Ketten liegt.“ Auch der australische Premier Menzies machte eine Propagandatournee durch die Vereinigten Staaten. Der britische Wirtschaftsdelegierte in USA, J. M. Keynes, konstatierte trocken, England sehe die sieben Milliarden Dollar, die die Vereinigten Staaten für die Englandhilfe bereitstellten, nur als erste Rate an. Die Summe müßte erhöht werden, und zwar bald. Am 21. Mai erklärte als erste englische Zeitung „News Chronicle“, jetzt müsse Amerika in den Krieg eintreten, wozu eine amerikanische Zeitung bemerkte, hierin spiegele sich das Gefühl der verzweifelt ernsten Lage Englands offenbar wider.

Auch Irland möchten die Engländer in ihren Krieg hineinziehen. Aber Irland ist entschlossen, auch weiterhin neutral zu bleiben. Am 17. Mai hat de Valera dies erneut bestätigt mit dem Hinzufügen, nötigenfalls werde Irland sich bis zum äußersten verteidigen. Als die englische Regierung die Absicht aussprach, in Nordirland die Wehrpflicht einzuführen, ging über Nord- und Südirland eine so heftige Welle des Protestes hinweg, daß Churchill am 27. Mai im Unterhaus erklärte, die Regierung verzichte darauf, „da die Einführung der Wehrpflicht mehr Ärger verursachen würde als sie wert ist“.

Wie sehr die englischen Schiffsverluste, die im Monat April nach der am 10. Mai in London bekanntgegebenen, wie wir wissen, noch sehr unvollständigen Übersicht die größten seit dem Juni 1940 waren, die englische Lebenshaltung einschränken, und wie andererseits der Schleichhandel in England blüht, ergibt

123 sich aus vielen Meldungen. Die Rationierung wird immer weiter ausgedehnt und ebenso die Einschränkung. Am 5. Mai wurden Gemüsekonserven und Käse rationiert, am 15. Mai die Herstellung von Kakaoprodukten unter Lizenz gestellt, ab 1. Juni die Ausgabe von Zucker für warme Getränke in öffentlichen Gaststätten eingestellt. Das Bier ist ebenso knapp wie die Fische, für die zudem unerschwingliche Preise verlangt werden. Die Kohlenproduktion wird als ungenügend bezeichnet. Auch Benzin ist knapp geworden, so daß einen Tag der Woche sämtliche Heereskraftwagen stillgelegt wurden. Der Benzinverbrauch wurde außerdem allgemein erneut herabgesetzt.

Die Kriegshetze, die von Roosevelt, Frau Roosevelt, Roosevelts Ministern, Staatssekretären, Diplomaten, Parteifreunden und journalistischen Mitläufern in einem unaufhörlichen Crescendo auf das Volk der Vereinigten Staaten losgelassen wird, und von der man im April hätte glauben mögen, sie könne nicht mehr überboten werden, hat sich im Mai erneut selbst übertroffen und geradezu überschlagen. Roosevelt hat sich in seiner Rolle als Weltfriedensfeind und Kriegshetzer Nr. 1 erneut bestätigt.

Wenn man die Reden und Proklamationen Roosevelts und seiner Leute aus dem Monat Mai hintereinander liest und auf sich wirken läßt, greift man sich an den Kopf und fragt, ob man es mit einer Produktion aus dem Tollhaus zu tun habe;

einer so haßerfüllten Verzerrung der Tatsachen steht man gegenüber. Aber, ist es schon Unsinn, hat es doch Methode. Allen diesen Äußerungen liegt in gleicher Weise Haß und Feindschaft und eine geradezu übermenschliche Fähigkeit der Lüge und Verdrehung zugrunde.

Das Glanzstück aller bisherigen Leistungen Roosevelts in der Haßpropaganda gegen die Achsenmächte und der Kriegshetze ist seine „Rede am Kamin“ vom 27. Mai. Diese mehrfach verschobene und mit absichtlich gesteigerter Spannung erwartete Rede enthielt nur ganz wenige Gedanken, die aber mehrfach variiert und gesteigert wurden. Roosevelt begann mit der Behauptung, der ganze amerikanische Kontinent sei aufs schwerste bedroht. Schon näherte sich Hitler Afrika und den Inseln im Atlantik, und wenn die „Demokratien“ Amerikas ihm nicht zuvorkämen, würden sie von ihm unterjocht werden. Deshalb sei es die nationale Pflicht, Widerstand zu leisten, und ein Teil dieses Widerstandes sei es, England zu unterstützen. Gegen die Kritiker seiner Kriegspolitik ging Roosevelt mit Anklagen und Verdächtigungen vor, um schließlich den ganzen verlogenen Phrasenschwall vom Kampf zwischen Freiheit und Demokratie usw. in Formulierungen zu wiederholen, die auch von den schlimmsten Entente-Propaganda es

124 Weltkrieges kaum übertroffen worden sind. Er schloß mit einem Appell an die Amerikaner des gesamten Kontinents und erkündete den „Zustand eines unbegrenzten nationalen Notstandes“.

In England, wo man gehofft hatte, Roosevelt werde den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg bekanntgeben, war man enttäuscht, weil Roosevelt zwar sich zum Kampf bereiterklärt, aber nicht mitgeteilt habe, wann er in diesen eintreten würde. Offenbar ist also Roosevelt noch nicht davon überzeugt, daß seine und seiner Helfer Kriegshetze die Urteilsfähigkeit des amerikanischen Volkes genügend verdunkelt hat, um es trotz seines gegenteiligen Willens in den Krieg zu treiben. Der von Roosevelt erklärte „Zustand des unbegrenzten nationalen Notzustandes“ gibt Roosevelt freilich sehr erhebliche weitere Vollmachten, besonders auch zu Eingriffen in die persönliche Freiheit und in die Wirtschaft. Roosevelt kann jetzt außer einer Kriegserklärung so ziemlich alles durch einfache Proklamation ohne die Volksvertretung durchsetzen. Der Vorkämpfer gegen die Diktatoren hat sich diktatorische Vollmachten gegeben!

Roosevelts Hetzrede am Kamin war aber nicht die einzige, die er im Monat Mai gehalten hat. Am 4. Mai hielt er am Geburtshaus des Präsidenten Wilson eine kürzere, aber nicht in der gehässigen und verlogenen Rede über Freiheit und Demokratie, für die angeblich Wilson stets gekämpft habe. Die Methoden der Pariser Friedenskonferenz und des Versailler Vertrages sind für Roosevelt also offenbar schönste Blüten der Demokratie und der Freiheit!

Mit Roosevelt singt ein ganzer Chor von Stimmen, Frau Roosevelt, die Minister Stimson, Knox, Ickes, der unvermeidliche Willkie und viele andere denselben lügnerischen Haßgesang, um das amerikanische Volk in Kriegspsychose zu versetzen und in den Krieg hineinzudrängen.

Aber auch einige Stimmen der Vernunft machen sich bemerkbar. Die Lindbergh, Wheeler, Kennedy, Taft, Reynolds, Hutchins, Hearst, Karl v. Wiegand, Hoover, Clark, Fish und manche andere reisen ebenfalls durch das Land, halten Massenversammlungen ab, sprechen im Rundfunk und schreiben Artikel und Interviews. Sie zerpflücken Roosevelts Argumente, weisen ihre Halt- und Sinnlosigkeit nach und appellieren an den Realitätssinn und an den gesunden Menschenverstand ihrer Landsleute.

Noch steht der Kampf, noch kann Roosevelt offenbar den Sprung in den Krieg nicht wagen. Aber daß er alles darauf anlegt, ihn zu tun, und daß er auch vor den verwerflichsten Mitteln nicht zurückschrecken wird, um den Absprung in den Krieg zu vollziehen, darüber kann kein Zweifel sein.

125 Solange er noch nicht so weit ist, tut er weiterhin alles, um einerseits die Produktion von Rüstungsmaterial und von Schiffen aufs äußerste zu steigern und zu beschleunigen, andererseits England in jeder nur denkbaren Weise zu helfen. In kurzen Abständen drängt er die Industrie, mehr Schiffe oder mehr Bombenflugzeuge zu produzieren. Von den letzteren verlangte er eine Monatsproduktion von 500 Stück, während bisher angeblich nur fünfzig im Monat hergestellt werden. Entsprechend werden die Rüstungsausgaben sprunghaft gesteigert. Die Staatsausgaben sollen ab Juli ds. Js. 2 Milliarden Dollar monatlich betragen. Das sind schon sechseinhalb Milliarden Dollar jährlich mehr als der im Januar von Roosevelt dem Kongreß vorgelegte Haushalt vorsah. Mit der unaufhaltsamen und uferlosen Steigerung der Rüstungsausgaben kann aber offenbar die Industrie nicht Schritt halten. Vieles geht lange nicht so schnell, wie es sollte, besonders auch in der Flugzeugproduktion.

Da die amerikanischen Werften nicht in der Lage sind, England den immer mehr fehlenden Schiffsraum herzustellen, hat Roosevelt Befehl zur Bildung einer Art von Handelsschiffahrtspool gegeben, der mindestens 2 Millionen Tonnen umfassen und zu beschleunigter Hilfeleistung „für die bedrohten Demokratien“ eingesetzt werden soll. Die durch die Herausnahme dieser Schiffe aus dem amerikanischen Frachtverkehr entstehenden Folgen für die Einschränkung der amerikanischen Versorgung selbst, müssen, so stellte Roosevelt fest, eben in Kauf genommen werden. Der Amerikaner muß sich also im Benzinverbrauch usw. Beschränkungen auferlegen, um damit „den bedrohten Demokratien zu helfen“. Die Größe der englischen Schiffsraumnot wird hierdurch drastisch beleuchtet. Im gleichen Sinne wurde ein Gesetz angenommen, durch das Roosevelt ermächtigt wurde, zu Zwecken der nationalen Verteidigung ausländische Schiffe, die unbenutzt in amerikanischen Häfen liegen, zu requirieren. Es handelt sich um 83 Schiffe. Begehrliche Blicke richten sich ferner auf den etwa eine Million Tonnen umfassenden Schiffsraum, der in süd- und mittelamerikanischen Häfen aufliegt. Die südamerikanischen Staaten sind jedoch bisher diesen Wünschen im allgemeinen nicht entgegengekommen.

Wie der „Patrouillendienst“, der auf Roosevelts Befehl von der amerikanischen Flotte „in den Gewässern der westlichen Hemisphäre“ durchgeführt werden soll, gemeint ist, geht aus einer Meldung aus Washington vom 4. Mai hervor, wonach es nicht Aufgabe der patrouillierenden Schiffe sei, Schiffe, Unterseeboote oder Flugzeuge der Achsenmächte zu vernichten, sondern ihre Anwesenheit festzustellen, darüber zu berichten und in Kontakt mit ihnen zu bleiben, bis britische Streitkräfte eintrüfen“. Auch eine Illustration zu Roosevelts infamer Behauptung, die USA kämpften für die Freiheit der Meere!

126 Im übrigen hat Roosevelt seine Politik der Einmischung allüberall, des schrankenlosen Imperialismus und der Kriegstreiberei rund um den Erdball auch im Mai fortgesetzt. Der polnische „Premierminister“ Sikorski erklärte am 20. Mai, er habe mit Präsident Roosevelt ein Projekt für die zukünftige Gestaltung Europas besprochen, das Roosevelts Billigung gefunden habe. Das Projekt sieht die Aufteilung Europas in einzelne „Blocks“ vor, von denen keiner stark genug wäre, eine Hegemonie in Europa aufzurichten. Aufgeteilt würde danach natürlich vor allem Deutschland! Roosevelts Sohn James ist nach Kairo entsandt worden „als militärischer Beobachter“. Er ist, wie sich das für einen Abgesandten von so hoher Stelle geziemt, kurz hintereinander von drei Königen, nämlich dem ägyptischen, dem griechischen und dem jugoslawischen empfangen worden, obwohl es die beiden letzteren bekanntlich nur noch dem Namen nach gibt. Dem ägyptischen König und dem griechischen überbrachte er persönliche Botschaften seines Vaters. Daß Roosevelt auch den Negus von Abessinien zu seiner Rückkehr nach Addis Abeba beglückwünschte, durfte natürlich nicht ausbleiben. Nach der Südafrikanischen Union hat Roosevelt Wehrmachts-Attaches entsandt. Es soll angeblich über die Anlage von Flottenstützpunkten an den Küsten der Union verhandelt werden. Daß Roosevelt nicht nur die Inseln im Atlantischen Ozean, sondern auch die Westküste Afrikas, besonders Dakar, in die „amerikanische Sicherheitszone“ einbezieht, also am liebsten morgen in Besitz nehmen würde, hat er in seiner Kaminrede vom 27. Mai selbst ausgesprochen.

Roosevelts unbegrenzter Imperialismus umfaßt aber nicht nur ganz Nord- und Südamerika, was erneut demonstriert wurde, indem Roosevelt seine Kaminrede in Anwesenheit der diplomatischen Vertreter aller amerikanischen Staaten von Kanada bis Argentinien und Chile hielt, und mit dem Anspruch, in ihrem Auftrag zu reden, sondern auch den ganzen Atlantischen Ozean, Europa, Afrika und natürlich erst recht Asien. Die Demokratie, für die er in Asien kämpft, ist das Diktatoriat von Tschiangkaischek regierte Rumpfchina. Ende Mai ist mit Tschiangkaischek die Lieferung von Kriegsmate-

rial im Werte von 100 Millionen Dollar im Rahmen des Englandhilfsgesetzes vereinbart worden. Die panamerikanische Luftfahrtgesellschaft hat einen Flugdienst von den Philippinen nach Singapur eröffnet, der zwar kommerziell sei, „jedoch im Kriegsfall auch militärisch große Bedeutung haben würde, da er eine glänzende Gelegenheit für USA-Piloten sei, sich mit den Flugproblemen auf der neuen Route vertraut zu machen“. Der Kommandeur der amerikanischen Luftwaffe auf den Philippinen ist Mitte Mai zu längerem Aufenthalt in

127 Tschungking eingetroffen. Offenbar soll er die Möglichkeiten einer wirkungsvollen Unterstützung der chinesischen Flugwaffe durch die USA studieren.

Auf die Staaten Mittel- und Südamerikas läßt Washington Welle auf Welle der Propaganda, der Beeinflussung jeder Art, der Lockung und des Drucks los, um diese Staaten für die eigenen Ziele gefügig zu machen. Man entsendet Filmgrößen, Wirtschaftsleute und Politiker, lädt südamerikanische Militärs und Marineleute zu Besuchen nach den Vereinigten Staaten ein usw. Neuerdings hat man begonnen, den gesamten südamerikanischen Flugverkehr, der zum Teil von deutschen und italienischen Fluggesellschaften aufgebaut worden ist, an sich zu reißen. Mit amerikanischen Krediten sollen diese Fluggesellschaften durch die betreffenden Staaten „nationalisiert“ und dann mit Hilfe amerikanischer Flugzeuge und Piloten „ausgebaut“ werden. Unter Führung von Nelson Rockefeller arbeitet ein „Büro zur Pflege der Beziehungen mit den iberio-amerikanischen Ländern“ daran, aus dem Handel zwischen Süd- und Nordamerika alle „achsenfreundlichen Vertreter und Firmen“ auszuschalten. Demnächst soll durch Gründung eines Interamerikanischen Kulturinstituts eine Zusammenfassung sämtlicher kulturpropagandistischen Bestrebungen nach den iberio-amerikanischen Ländern hin erfolgen.

Gegenüber Japan wird, wie schon erwähnt, die Politik der Unterstützung Chinas, aber auch die der handelspolitischen Bekämpfung fortgesetzt. Die Philippinen sind Ende Mai in die Kontrolle der Ausfuhr einbezogen worden. Aus den Philippinen hat Japan bisher beträchtliche Mengen von Eisenerz, Kupferkonzentraten, Hanf u. a. bezogen. Diese Ausfuhr will Roosevelt nun verhindern, ohne Rücksicht darauf, was aus der Wirtschaft der Philippinen wird. Die seit vielen Monaten im Gang befindlichen Wirtschaftsverhandlungen Japans mit Niederländisch-Ostindien sind auch im Mai nicht zum Abschluß, sondern anscheinend endgültig auf den toten Punkt gekommen. Natürlich stecken hinter der ablehnenden Haltung Holländisch-Ostindiens England und die Vereinigten Staaten.

In Tokio läßt man offiziell und offiziös keinen Zweifel darüber, daß man bereit und willens sei, Japans Verpflichtungen aus dem Dreimächtepakt jedenfalls zu erfüllen, d. h. der Kriegseintritt Amerikas werde den Japans zur Folge haben. Dies erklärte der japanische Kriegsminister Hidoki am 14. Mai und Außenminister Matsuoka am 30. Mai. Der Sprecher des Marineministeriums gab am 27. Mai eindeutige Erklärungen über Japans Bereitschaft im Stillen Ozean ab.

Der Friedensfeind und Kriegshetzer in Washington hat es also in der Hand, ob der gegenwärtige Krieg sich zum Weltkrieg im vollsten Sinne des Wortes ausweiten wird.



Weißbuch Nr. 7

Dokumente beweisen die neutralitätswidrige Politik Jugoslawiens und Griechenlands

Das Auswärtige Amt veröffentlichte die in der Proklamation des Führers und in den Erklärungen der Reichsregierung erwähnten Urkunden und Dokumente über die neutralitätswidrige Politik Jugoslawiens und Griechenlands in einem Weißbuch Nr. 7. Aus dem in Vorbereitung befindlichen Weißbuch wurden in mehreren Veröffentlichungen folgende Dokumente wiedergegeben:

I. Die Westmächte wollten eine Balkanfront schaffen

128 Aufzeichnung des Oberbefehlshabers der französischen Levantetruppen, General Weygand, vom 9. Dezember 1939 über eine Intervention der Alliierten auf dem Balkan

... Deutschland und die Westmächte stehen sich auf einem Schlachtfeld von begrenzter Ausdehnung gegenüber, das auf beiden Seiten mit guten Truppen dicht besetzt ist, deren Abwehrkraft aufs höchste gesteigert wird durch die machtvolle Organisation, auf die sie sich stützen. Diese Westfront bietet für sich allein, wenn sie nicht durch irgendein anderweitiges Unternehmen erweitert wird, wenig Aussichten auf entscheidende Manöver oder Aktionen. Und doch ist zur Erreichung der Kriegsziele der Alliierten ein voller, unstreitiger Sieg nötig.

Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge kann in Europa nur der Balkankriegsschauplatz die Möglichkeit günstiger Ereignisse bieten, sei es durch die Zermürbung, die die Eröffnung einer neuen Front für den Gegner bedeuten würde, sei es durch einen erfolgreichen Umgehungsangriff auf seine lebenswichtigen Punkte ...

2. Griechische und serbische Hilfstruppen zur Erdrosselung Deutschlands

Aufzeichnung des Oberbefehlshabers des französischen Heeres,
General Gamelin, vom 10. März 1940. Streng geheim!

Nr. 104/1.

Aufzeichnung betreffend die Teilnahme französisch-britischer Streitkräfte an den Operationen in Finnland

... Die Eröffnung eines nordischen Kriegsschauplatzes bietet vom Standpunkt der Kriegführung aus gesehen ein hervorragendes Interesse. Abgesehen von den moralischen Vorteilen wird die Blockade umfassender, vor allem aber ist es die Sperrung des Erztransportes nach Deutschland, auf die es ankommt.

In diesem Zusammenhang wäre ein Vorgehen auf dem Balkan, wenn es mit der skandinavischen Unternehmung kombiniert würde, geeignet, die wirtschaftliche Abdrosselung des Reiches zu verstärken. Deutschland verfügte dann nur noch über einen einzigen Ausgang aus dem

129 Blockadering, nämlich über seine Grenze mit Sowjetrußland, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Ausbeutung der russischen Rohstoffquellen noch langer Fristen bedarf.

Auf militärischem Gebiet wäre eine Aktion auf dem Balkan für Frankreich viel vorteilhafter als eine solche in Skandinavien: der Kriegsschauplatz wurde in größerem Maßstab erweitert. Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und die Türkei würden uns eine Verstärkung von ungefähr 100 Divisionen zuführen. Schweden und Norwegen würden uns nur die schwache Unterstützung von ungefähr 10 Divisionen verschaffen. Die Stärke der Truppen, die die Deutschen von ihrer Westfront wegziehen müßten, um gegen unsere neuen Unternehmungen vorzugehen, würden sich zweifellos in dem gleichen Verhältnis bewegen . .

Unsere skandinavischen Pläne müssen also entschlossen weiterverfolgt werden, um Finnland zu retten oder doch mindestens, um die Hand auf das schwedische Erz und die norwegischen Häfen zu legen. Lassen wir uns aber gesagt sein, daß vom Standpunkt der Kriegführung aus der Balkan und der Kaukasus, durch die man Deutschland auch vom Petroleum abschneiden kann, von viel größerem Nutzen sind. Den Schlüssel zum Balkan hält jedoch Italien in der Hand.

M. Gamelin.

3. Vorbereitung der Landung in Saloniki mit Hilfe Griechenlands.

Handscreiben des Oberbefehlshabers der französischen Levantetruppen.

General Weygand.

An den Oberbefehlshaber des französischen Heeres,

General Gamelin.

Beirut, den 9. 9. 1939.

... Sie kennen die Gründe der Verzögerung meiner Reise nach Ankara. Ein Telegramm von Massigli läßt mich heute auf eine rasche Beseitigung der noch nicht behobenen Schwierigkeiten hoffen. Er teilt mir auch mit, daß der griechische Generalstab noch nicht in der Lage ist, meinen Besuch zu wünschen, daß er jedoch einen Offizier entsenden wird, mit dem ich eine geheime Besprechung haben werde. Alle diese Verzögerungen und Vorsichtsmaßnahmen, die ich begreife, sind mir äußerst unangenehm, weil sie die Frage von Saloniki in Verwirrung bringen. Falls die gegenwärtige politische Stellung gegenüber Italien eine sofortige Festsetzung der alliierten Truppen in Saloniki nicht gestattet, so kann man meiner Ansicht nach von Griechenland zunächst verlangen, eine sehr weitgehende Vorbereitung dieser Besetzung zuzulassen — insbesondere die Entsendung von Spezialisten für die Einrichtung von Stützpunkten und für die Aufstapelung von Vorräten und vielleicht auch die Ausführung gewisser

Arbeiten zum Ausbau der Straßen oder der Verteidigungswerke durch die Griechen selbst. Dies werde ich bei der ersten Unterhaltung zu erreichen suchen, die ich mit dem Griechen in Ankara haben werde.
gez. Wey-
gand.

4. Griechische Wünsche für die Zusammensetzung des Expeditionskorps.

Der Oberbefehlshaber der französischen Levantetruppen, General Weygand,
an den Oberbefehlshaber des französischen Heeres, General Gamelin.
Telegramm.
(Auszug)

Beirut, den 15. September
1939.

3. Die von Oberst D o v a s, dem Leiter des 3. Griechischen Büros, überreichte Note fordert aus Gründen gleicher Art die sofortige Verstärkung durch vollständige französische oder englische Luftwaffenformationen und erklärt, die Vorhut eines französischen Expeditionskorps in Saloniki müsse aus vollständigen Luftwaffeneinheiten bestehen.

130

5. Serbien läßt alles Kriegsmaterial für Polen durch.

Der französische Militärattache in Belgrad an das französische
Kriegsministerium.
Telegramm.
(in Ziffern)

Nr. 0116. Belgrad, den 5. September 1939.
21.16 Uhr.

Jugoslawien hat Genehmigung aller Transporte für Polen bestimmten Kriegsmaterials durch sein Gebiet erteilt.

6. Sperrt aber Durchfuhr für Deutschland und Ungarn.

Der französische Militärattache in Belgrad an das französische Kriegsministerium
Telegramm (Entzifferung).
(Auszug)

Nr. 127. Belgrad, den 9. September
1939. 21.35 Uhr.

Deutsches Material für Bulgarien weiterhin gesperrt. Versuch, zwei als Obsttransporte getarnte Züge durchfahren zu lassen, ist gescheitert.

Ungarn hat 65 Tonnen Antimon in Jugoslawien bestellt, 30 Tonnen sind geliefert. Es ist uns gelungen, den Rest zurückzuhalten.

Wir haben den Versand des Kupfers aus den Bergwerken von Bor nach Ungarn untersagt.

300 Tonnen wurden auf Ragusa umgeleitet. Sie werden für den Bestimmungshafen Antwerpen verladen werden.

Sollten Sie mit dem Verbot nicht einverstanden sein, so teilen Sie mir dies bitte mit.

7. Griechischer Staatssekretär stellt aktive Unterstützung Saloniki-Unternehmens in Aussicht und wünscht Mitwirkung Jugoslawiens.

Der französische Marineattache in Athen, Fregattenkapitän Pol-Lahalle, an den Admiral der Flotte, Oberbefehlshaber der französischen Marinestreitkräfte.

Athen, den 5. Oktober 1939.

Nr. 22. Geheim und persönlich!

Betrifft: Ansicht der griechischen Regierung über die etwaige Landung alliierter Truppen in Saloniki.

In meinem Schreiben Nr. 11 vom 22. September wies ich darauf hin, daß trotz des Wohlwollens der griechischen Regierung uns gegenüber das gegenwärtige Stadium der diplomatischen und militärischen Lage nicht gestattet, auf ihre Zustimmung zu der offenen Vorbereitung einer Expedition nach Saloniki zu rechnen.

Diese Ansicht wird bestätigt durch die völlig zufällige Unterhaltung, welche der Unterstaatssekretär im Außenministerium Herr Mavroudis und unser Gesandter in Athen über diese Frage gehabt haben.

Im Verlauf dieser weder systematischen noch amtlichen Unterhaltung erklärte Herr Mavroudis Herrn Maugras, daß, wenn wir zu gegebener Zeit eine Armee in Saloniki landen wollten, Griechenland dem nicht nur keinen Widerstand entgegensetzen, sondern sogar seine Streitkräfte den unseren beigesellen würde „unter der Voraussetzung, daß durch eine diplomatische und militärische Vorbereitung der Erfolg der Operation sichergestellt ist“.

„Zu dieser Voraussetzung, präzisierte Herr Mavroudis, gehört die Mitwirkung Jugoslawiens, dessen Armee die Vorhut der Expedition bilden müßte.“

131 Herr Maugras hat in einem Telegramm vom 25. September seiner Behörde über die Äußerungen des Herrn Mavroudis berichtet, die, obwohl als persönliche Ansicht dargestellt und im Verlauf eines Privatgesprächs vorgebracht, voraussehen lassen, welchen Standpunkt die griechische Regierung einnehmen würde, wenn sie amtlich befragt wäre.

Lahalle.

8. Griechische Handeisschiffahrt erhält amtliche Weisung, sich in Dienst Englands zu stellen. Bericht des französischen Marineattachés in Athen.

(Auszug)

Athen, den 30. Oktober 1939.

Nachrichtenzusammenstellung Nr. 23 Griechenland.

Kap. IX, Art. 90 der Nachrichtenzusammenstellung

Nr. 23 Griechenland vom 1. November 1939.

Inhalt: Die griechische Handelsflotte und England.

Quelle: Griechischer Reeder.

Ein griechischer Reeder teilt mit, daß unlängst der griechische Ministerpräsident ihn zu sich in sein Arbeitszimmer hat kommen lassen gleichzeitig mit allen seinen Berufskollegen.

Der Ministerpräsident hat ihnen mitgeteilt, daß die englische Regierung von ihnen verlangt habe, die Hälfte der griechischen Handelsflotte Großbritannien zur Verfügung zu stellen. Er hat hinzugefügt, daß er im Namen der griechischen Regierung geantwortet habe, diese könne nicht ohne gegen ihre Neutralität zu verstoßen und sich berechtigten Vorwürfen auszusetzen, einen Teil der privaten griechischen Handelsflotte zum Nutzen einer kriegführenden Nation requirieren, aber er hat nichtsdestoweniger den anwesenden Reedern empfohlen, sich, soweit sie dies nur könnten und in streng persönlicher Weise, in den Dienst Englands zu stellen.

Einzelne Reeder haben um Aufschluß gebeten über die Bedingungen, die die britische Admiralität ihnen stellen würde. Es wurde ihnen geantwortet, daß diese letztere die Charterung 10 bis 15 v. H. teurer bezahlen würde als sie dies bei ihren eigenen Handelsschiffen täte; daß sie die Schiffe schützen würde, indem sie sie im Konvoy fahren ließe, und daß die englischen Versicherungsgesellschaften die Versicherungsprämien herabsetzen würden.

.9. Serbien bittet um engere Zusammenarbeit mit dem französischen Generalstab.

Schreiben des Generals Gamelin an den französischen Ministerpräsidenten
Geheim!

Nr. 26 — Cab./D-N.

Großes Hauptquartier.

1939.

Den 27. November

Mit Telegramm Nr. 9177 vom 23. November 1939, wovon Sie eine Kopie erhielten, berichtet unser Militärattaché in Belgrad über den Wunsch des Prinzregenten und des jugoslawischen Generalstabs, die Verbindung mit unserem militärischen Vertreter enger zu gestalten. Er berichtet gleichfalls die Bitte des Kriegsministers, eine jugoslawische Militärmission nach Frankreich schicken zu dürfen.

Was den ersten Punkt anlangt, so habe ich, im Einverständnis mit Herrn Brugere, der in dieser Frage Ihre grundsätzliche Zustimmung besaß, die Ehre, Sie davon zu verständigen, daß ich, in meinem eigenen Namen, einen Offizier meines Generalstabs nach Belgrad schicke, um die zur Herstellung engerer Beziehungen notwendigen Verbindungen mit dem serbischen Oberkommando aufzunehmen.

132 Was die Entsendung einer jugoslawischen Mission anlangt, so bin ich der Ansicht, daß sie nur von Vorteil sein kann, und unter dem Vorbehalt, daß Sie meine Auffassung teilen, werde ich unserem Militärattache sagen lassen, daß wir die Entsendung dieser Mission nach Frankreich akzeptieren,
gez. Gamelin.

10. Griechenland bleibt den Westmächten treu!

Aufzeichnung für den französischen Ministerrat.

(Auszug)

20. September 1939.

Griechenland: Bleibt den Westmächten treu. Es ist von der italienischen Regierung aufgefordert worden, einen Freundschaftsvertrag, der im kommenden Oktober abläuft, zu erneuern. Es würde jedoch vorziehen, nur einen Neutralitätsvertrag abzuschließen. Überdies wird es einen solchen nur insoweit abschließen, wie eine derartige Abmachung nicht die Bildung einer Ostfront behindern würde. (Erklärung des griechischen Gesandten Politis an Herrn Coulondre vom 18. September 1939.)

11. Griechenland sabotiert italienische Freundschaftsbemühungen.

Der französische Marineattaché in Athen, Kapitän zur See Po-Lahalle, an den Admiral der Flotte, Oberbefehlshaber der französischen Marinestreitkräfte.

Athen, den 31. Oktober 1939.

Geheim!

Nr. 55.

Betrifft: Italienisch-griechische Beziehungen.

Mein Telegramm Nr. 45/46 vom 25. Oktober 1939 hat Ihnen die unmittelbar bevorstehende Veröffentlichung eines Schreibens der griechischen Regierung angekündigt, in dem die zwischen den beiden Ländern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen testgestellt werden.

Darin soll sogar das Wort „Zusammenarbeit“ gebraucht werden: Diese Erklärung ist von Italien erbeten worden, dessen Nichtangriffspakt mit Griechenland abgelaufen war. Um der Erneuerung dieses Vertrages auszuweichen, hat die griechische Regierung den Brieffaustausch angenommen, der, wie sie behauptet, nicht die gleiche Tragweite wie ein zweiseitiger Vertrag hätte und Athen freie Hände ließe, Frankreich und England bei gewissen Möglichkeiten seine Mitwirkung zu gewähren.

Ein Schreiben der faschistischen Regierung, das in den gleichen Ausdrücken abgefaßt ist wie das der griechischen Regierung, soll gleichzeitig veröffentlicht werden.

Auf jeden Fall besteht kein Geheimvertrag zwischen Italien und Griechenland, wie man behauptet hat, und der angekündigte Brieffaustausch darf nicht als eine Änderung in der politischen Orientierung Griechenlands ausgelegt werden.

Anliegend wird Abschrift eines Berichts unseres Militärattachés vom 21. Oktober über das gleiche Thema vorgelegt.
Lahalle.

12. Erklärung des griechischen Generalstabes: Griechenland bewahrt seine Handlungsfreiheit an der Seite der Alliierten.

Der Militärattache bei der französischen Gesandtschaft in Griechenland an den Herrn Ministerpräsidenten, Landesverteidigungs- und Kriegsminister
(Generalstab der Armee — 2. Büro — S.A.E.).
(Auszug)

Nr. 122/S.

Betr.: Gespräch mit General Papagos.

Athen, den 30. Oktober 1939.

Ich habe heute morgen General Papagos, den Chef des Generalstabes der griechischen Armee, aufgesucht, um ihn zu seiner Ernennung zum Inhaber des Großkreuzes der Ehrenlegion zu beglückwünschen...

133 Der Generalstabschef der griechischen Regierung hat mir .versichert, daß der in meinem Bericht Nr. 121/S vom 29. Oktober angekündigte Briefaustausch sehr bald stattfinden wird, aber daß dies keine Bedeutung hätte und daß Griechenland sich geweigert habe, den Nichtangriffspakt zu erneuern, um, falls es notwendig wäre, seine Handlungsfreiheit an der Seite der Alliierten zu bewahren . . .

Ich habe diese Gelegenheit benutzt, um mit General Papagos über die geheimen Kriegshäfen in der Gegend von Kavalla zu sprechen . . .

gez.: Oberstleutnant de Lóbit,
Militärattache.

13. Griechenlands Neutralitätspolitik — eine heuchlerische Tarnung.

Aufzeichnung des Unterdirektors der Europa-Abteilung des
französischen Außenministeriums.

(Auszug)

Diplomatische Lage auf dem Balkan.

20. September 1939.

...Griechenland: Die griechische Regierung führt eine Neutralitätspolitik durch, die amtlich äußerst strikt, im geheimen jedoch in der Richtung auf eine etwaige französisch-englische Zusammenarbeit ausgerichtet ist. Ein griechischer Generalstabsoffizier ist nach Ankara geschickt worden, um mit General Weygand in Fühlung zu treten und an der Ausarbeitung gewisser Pläne für eine gemeinsame Aktion teilzunehmen. Italienische Fühler zwecks Erneuerung von italienisch-griechischen Nichtangriffsverträgen sind von General Metaxas nur mit äußerster Reserve aufgenommen worden . . .

14. Serbien verbessert die Eisenbahnen nach Saloniki, dem Landungshafen der Alliierten.

Der französische Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen an das
Kriegsministerium (2. Büro) und an General Gamelin.

Betrifft: Lieferung von Kriegsmaterial an Jugoslawien.

....

Der Chef des Generalstabes gibt unserem Militärattaché Beweise wachsenden Vertrauens. Schon jetzt werden Maßnahmen getroffen, um die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen in der Richtung nach Saloniki zu verbessern.

Indem er betont, daß die Atmosphäre, in der am 27. November unsere Handelsvertragsverhandlungen beginnen werden, sich als günstig ankündigt, teilt Herr Brugere mit, daß diese Verhandlungen, die eine ausschlaggebende Bedeutung für unsere Interessen in Jugoslawien und für die Verschärfung der Blockade Deutschlands haben sollen, nur in dem Maß Erfolg haben werden, in dem wir damit einverstanden sein werden, Jugoslawien das Kriegsmaterial zu liefern, das es unbedingt braucht.

Herr Brugere zieht den Schluß, daß es daher Sache der französischen Regierung sei, zu entscheiden, ob die große Unterstützung, die Jugoslawien bei der Verschärfung der Blockade Deutschlands leisten kann, die Überlassung eines kleinen Teils unserer Reserven an Kriegsmaterial wert ist oder nicht wert ist.

Ich beehre mich, Ihre Aufmerksamkeit auf die vorstehend entwickelten Gedankengänge zu lenken.

Das Schriftstück trägt folgenden Vermerk:

Herr des Boisanger, 10. November 1939.

Tel. 834 vom 8. November aus Belgrad.

134

15. Besprechungen über die Zusammenarbeit des serbischen Generalstabs mit Frankreich.

Der französische Gesandte in Belgrad an das französische Ministerium des Äußern.

Telegramm (Entzifferung).

(Auszug)

Nr. 938.

Belgrad, den 5. Dezember 1939, 0.40 Uhr.

Eingegangen: 5. Dezember 1939, 2.40 Uhr.

Wenn wir zu unseren Gunsten ein wenig Ordnung in dem Chaos, das sich vorbereitet, sicherstellen wollen, so ist es dringlich, daß wir durch angemessene Militärabmachungen unsere Lage und unsere Bemühungen sowohl nach der türkischen wie nach der jugoslawischen Seite hin konsolidieren. Unter diesem Gesichtspunkt besteht meiner Ansicht nach ein unmittelbares Interesse an den Besprechungen, die gegenwärtig eingeleitet werden, sowohl auf dem Gebiet der Jugoslawien zu liefernden Rüstungen wie über die etwaige Zusammenarbeit der beiden Generalstäbe.

Bru-
gere.

16. Der griechische Generalstab regt Besprechungen über die Landungshafen an.

Der französische Militärattache in Athen an das französische Kriegsministerium.
Chiffriertes Telegramm.

Athen, den 4. Dezember 1939, 15.10 Uhr.

Der Chef des hellenischen Generalstabes hat dem britischen Militärattache und mir selbst gegenüber den Wunsch geäußert, Besprechungen über die militärischen Fragen aufzunehmen, die sich aus den Griechenland erteilten Garantien ergeben.

Er möchte zunächst die Unterstützung durch die Luftwaffe und die Frage der Luftabwehr für den Landungshafen (Name ausgelassen)

prüfen, zur Wahrung einer vollständigen Geheimhaltung lehnt er jedoch die Entsendung einer Mission oder einer offiziellen Persönlichkeit nach Athen ab.

Der französische Gesandte in Athen hat mit dem Unterstaatssekretär des Äußern in der gleichen Angelegenheit eine Besprechung gehabt.

17. Griechische Regierung befiehlt Auslieferung militärischer Geheimnisse an die Westmächte.

Der französische Militärattache in Athen an das französische Kriegsministerium.
Chiffriertes Telegramm.

Athen, den 8. Dezember 1939.

Der Unterstaatssekretär im Außenministerium hat dem französischen Gesandten mitgeteilt, der Chef des Generalstabes habe Befehl erhalten, unsere Bitten um Auskünfte zu beantworten. Im Einverständnis mit dem britischen Militärattache bereite ich eine kurze Zusammenstellung der ersten zu stellenden Fragen vor und erwarte Ihre Weisungen, die ich Sie zur Ausnutzung der günstigen Einstellung schnellstens zu senden bitte.

135

19. Die Sondermission eines französischen Militärbevollmächtigten in Athen.

Der Oberbefehlshaber des französischen Heeres, General Gamelin,

an den Oberbefehlshaber der französischen Kriegsmarine, Admiral der Flotte Darlan.

Nr. 163 Cab/DN

Den 15. Dezember

1939.

Geheim!

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich
den Obersten Mariot und
den Bataillonschef Ganeval

mit einer Mission betraut habe. Der erste begibt sich nach Griechenland, der letztgenannte nach Schweden und Finnland. Die Aufgabe dieser Offiziere besteht darin, an Ort und Stelle die allgemeinen Bedingungen zu prüfen, unter denen eine militärische Zusammenarbeit mit diesen Ländern in Aussicht genommen werden könnte.

Die Abreise der beiden Offiziere ist von mir auf Mittwoch, den 20. Dezember, festgesetzt worden.

Falls Sie an einen der beiden Offiziere oder an beide bestimmte Fragen richten wollen oder die Aktion dieser beiden Offiziere in einem bestimmten Sinn zu beeinflussen wünschen, bitte ich Sie, mir dies sofort mitzuteilen, wenn nötig durch Entsendung eines Verbindungsoffiziers.

Ga-
melin.

19. *Griechenland übernimmt Garantie für Landung eines alliierten Expeditionskorps in Saloniki.*

Aufzeichnung über eine eventuelle interalliierte Intervention auf dem Balkan.

(Auszug)

Großes Hauptquartier.
1940.

4. Januar

Der Chef des Großen Generalstabes der griechischen Armee hat wissen lassen, daß er unter Vorbehalt einer ausreichenden Unterstützung mit Luftstreitkräften und Luftabwehrkräften in der Lage wäre, die Landung eines interalliierten Expeditionskorps in Saloniki zu garantieren.

Das französische Oberkommando wird unter Wahrung der größten Diskretion weiter mit dem jugoslawischen, dem rumänischen und dem griechischen Oberkommando Fühlung halten, ohne die Chefs der britischen Generalstäbe irgendwie festzulegen.

Gamelin.

20. *Griechenland richtet Stützpunkte für die Luftwaffe der Westmächte ein.*

Armeegeneral Weygand, Oberkommandierender des Kriegsschauplatzes
Ost-Mittelmeer, an den Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte

(Kabinett).

(Auszug)

Oberbefehlshaber des Kriegsschauplatzes Ost-Mittelmeer
Generalstab

3. Büro. Nr. 333/3 S.

Inhalt: Fühlungnahme mit den
Generalstäben des Balkans.

Hauptquartier, den 14. März 1940.
Geheim!

Ich habe die Ehre, Ihnen zu berichten, wie weit unsere Fühlungnahmen mit den verschiedenen Generalstäben des Balkans gelangt sind und welche Ergebnisse erzielt wurden. ...

136 In Griechenland hat ein Offizier der Leitung des Transport- und Trainwesens, Major Cherriere, soeben eine Erkundung über die Stützpunkte beendet, welche ungefähr eine Woche gedauert hat. Der Bericht hierüber ist noch nicht in meinem Besitz.

Der griechische Generalstab hatte auch die Erkundungsreisen zweier Offiziere der Luftwaffe gestattet. Diese Offiziere sind soeben zurückgekehrt. Ihr Bericht ist befriedigend. Ihre Erkundungen haben gestattet, festzustellen, welche erheblichen Bemühungen der griechische Generalstab unternommen hat, um eine Bodenorganisation zu schaffen, welche das schnelle Eingreifen moderner Luftwaffengruppen ermöglicht. Der griechische Generalstab stellt uns von jetzt an folgende Stützpunkte zur Verfügung:

In Thessalien: Kardista, Pharsala, Nea Agchicios, Turnavos, Almyros;
in Mazedonien: Guida, Neo Pella, Lembet, Mikra Megala, Mikra, Gorgop Cheiseru, Livadogluri, Florina, Ptolimay.

Abgesehen von einigen Abänderungen, um die wir gebeten haben, entsprechen diese Flugplätze den zum Ausdruck gebrachten Bedürfnissen. Sie werden mit den Nachschubbasen durch Zugangswege verbunden werden. Unsere Offiziere der Luftwaffe sind über ihre Aufnahme und die ihnen vom griechischen Generalstab gewährten Erleichterungen sehr befriedigt gewesen.

Der General

Oberbefehlshaber des Kriegsschauplatzes Ost-Mittelmeer.

gez.: Weygand.

21. *Griechenland zur Übernahme von alliiertem Kriegsmaterial für die Landungstruppen bereit — Tarnung durch Scheinkauf.*

Telegramm der französischen Admiralität an das französische Außenministerium vom 19. Mai 1940. Das Telegramm trägt auf dem Umschlag folgende handschriftliche Notiz:

„Die griechische Regierung ist bereit, schon jetzt Material entgegenzunehmen, das für etwaige alliierte Landungstruppen bestimmt ist.“

Text des Telegramms:

Nr. 4213.

„... Dieses Material, welches von keinem Personal begleitet sein darf, würde zum Schein an griechische Regierung verkauft. Nach Landung im Piräus würde es auf griechisches Gebiet verteilt gemäß Angaben Generalstabs französischer Armee.“

22. Serbien bittet um Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit.

Der französische Gesandte in Belgrad an das französische Ministerium des Auswärtigen.

Telegramm.

Belgrad, den 16. April 1940, 21.35

Uhr.

Eingegangen am 17. April, 1.30 Uhr.

Nr. 364—366.

heim!

Ge-

Wie es mit dem Prinzregenten abgemacht war, habe ich heute nachmittag mit General Neditsch den Gedankenaustausch über die beste Art der erneuten Aufnahme der Generalstabsbesprechungen weitergeführt. Da nach Ansicht General Weygands die Frage der Flugplätze und ihrer Ausnutzung die dringendste ist, würde General Neditsch zustimmen, daß ein geeigneter Mitarbeiter General Weygands unter größter Geheimhaltung in Zivil hierherkommt, der im Lande herumreisen könnte und dem ein jugoslawischer Offizier, ebenfalls in Zivil, alle bestehenden Anlagen zeigen würde.

Außerdem würde man den jetzigen Militärattache in Ankara durch einen Offizier ersetzen, der das volle Vertrauen des Oberkommandos genießt und der bei uns ausgebildet ist. Dieser würde dann der zuständige

137 Verbindungsmann bei General Weygand sein. Ich bin der Meinung, daß diese beiden Vorschläge geeignet sind, den Meinungsaustausch und die Nachrichtenübermittlung zu erleichtern, ohne die von einem außerordentlich engen Netz deutscher Spione umgebenen Jugoslawen zu großen Risiken aussetzen. Ich lasse dieses Telegramm General Weygand unmittelbar mitteilen.

Bru-
gere.

23. Nach dem Zusammenbruch Frankreichs ist Serbien noch immer bereit, sofort auf die Seite der Westmächte zu treten, wenn das Blatt sich wenden sollte.

Telegramm des französischen Gesandten in Belgrad.

Außenministerium

Geheim

M. D.

Belgrad, den 11. Juni 1940, 22.10

Uhr.

Nr. 697.

Eingegangen am 12. Juni, 8.00 Uhr.

Ich nahm selbstverständlich mit dem Außenminister die Fragen wieder auf, die ich vor einigen Tagen mit dem Prinzregenten, besprochen hatte. Ich warnte den Prinzregenten vor der moralischen Unterstützung, zu welcher Jugoslawien durch Abgabe einer offensichtlich überflüssigen Neutralitätserklärung unseren Feinden gegenüber bewußt oder unbewußt veranlaßt werden könnte. Der Minister versicherte mir, daß sowohl seine Gesinnung als auch die aller seiner Landsleute zu eindeutig auf unserer Seite läge, als daß er die Lage, in der sich sein Land gegenwärtig befinde, nicht schmerzlich empfinden müsse.

Er rechnet damit, daß die gegenwärtige Lage sich möglicherweise ändern wird, und bei einer derartigen günstigen Gelegenheit wird Jugoslawien sich beeilen, auf unsere Seite zu treten.

Beim jugoslawischen Generalstab sind die gleichen Eindrücke gewonnen worden.

Bru-
gere.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1941

Juni-Lieferung

(Nr. 43/44 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



Innenpolitik

95 Am Beginn des Monats Juni war die in der Geschichte in ihrer Art einzig dastehende Aktion der Eroberung Kretas mit dem vollständigen deutschen Sieg abgeschlossen. Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Hermann Göring, erließ aus diesem Anlaß an seine Soldaten einen Tagesbefehl, in dem er den Fallschirmjägern und Luftlandtruppen, den Fliegern und den Kameraden des Heeres Dank sagte für ihren todesmutigen Einsatz. Der Tagesbefehl des Reichsmarschalls gipfelte in dem Satze, der Bezug nimmt auf ein früheres Wort des Führers: „Es gibt keine uneinnehmbaren Inseln mehr.“ — Am 4. 6. veröffentlichte auch der Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, einen Tagesbefehl an die auf Kreta eingesetzten Truppen des Heeres. In seinen Worten kamen noch einmal die besonderen Schwierigkeiten dieses Kampfes zum Ausdruck, die von den deutschen Kretakämpfern unter härtester Anstrengung überwunden wurden.

Eine Sondermeldung des OKW vom 21. 6. bezifferte die endgültige Zahl der auf Kreta Gefangenen mit 18 735, wovon 13 123 Briten und 5608 Gefangene Griechen waren. Mit dieser Meldung darf die ruhmreiche Kretaaktion als abgeschlossen gelten. Die deutsche Armeeführung hat damit eine Phase dieses Krieges wiederum mit dem völligen Sieg der deutschen Waffen beschlossen.

Zur gleichen Zeit schon bereiteten sich neue Dinge vor, die das ganze Interesse der deutschen Öffentlichkeit beanspruchten. Der Schwerpunkt aller weltgeschichtlichen Ereignisse im Juni liegt bei dem so plötzlich vor die Öffentlichkeit getretenen deutsch-russischen Konflikt, bei dem Kriegsausbruch zwischen Deutschland und der UdSSR. Rückschauend dürfen wohl auch die Ereignisse dargestellt werden, die lange schon das größte Interesse der breitesten Kreise beschäftigten, ohne daß Presse und Rundfunk davon Notiz nehmen konnten. Seit Wochen sprach man in Deutschland von jenen Truppenverschiebungen, die vom Westen nach dem Osten vor sich gingen. Obwohl amtliche Verlautbarungen über diese Vorgänge nichts

96 aussagten, so bewegte doch das ganze deutsche Volk die Frage, welche Entwicklung sich im Osten anbahne. Als dann am 22. Juni die Proklamation des Führers den Schleier des Geheimnisses zerriß, und Rußland als der große Verräter, die Sowjetarmee als die gefährliche Bedrohung der europäischen Sicherheit dastand, atmete ganz Deutschland auf. Viele Vorgänge, die vorher keine Erklärung finden konnten, stellten sich nun als selbstverständlich und zwingend dar.

Dem großen Ereignis voraus gingen zahlreiche höchst wichtige diplomatische Besprechungen. Am 2. Juni trafen sich der Führer und der Duce in Anwesenheit ihrer Außenminister am Brenner. Am 14. Juni weilte Reichsaußenminister von Ribbentrop in Venedig, wo Kroatien seinen Beitritt zum Dreierpakt vollzog. Am 7. Juni war König Boris von Bulgarien Gast des Führers auf dem Berghof. Am 11. Juni weilte der rumänische Staatschef, General Antonescu, auf Einladung der Reichsregierung in München. Dort hatte er im Führerbau der NSDAP eine Begegnung mit Adolf Hitler.

Eine große Perspektive eröffnete auch der am 18. Juni in Ankara von dem deutschen Botschafter von Papen im Auftrage der Reichsregierung und dem türkischen Außenminister Saracoglu namens der türkischen Regierung abgeschlossene Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und der Türkei. Dieses Abkommen, in dem sich die beiden Staaten verpflichten, gegenseitig die Integrität und Unverletzlichkeit ihres Staatsgebietes zu respektieren und keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, die sich direkt oder indirekt gegen den anderen Vertragspartner richten, wurde in Deutschland als ein Meisterstück der deutschen Diplomatie, insbesondere des Botschafters von Papen gewürdigt. In England empfand man diesen Vertrag als eine schwere Schlappe. In dem Notenwechsel, der anlässlich dieses Vertragsabschlusses zwischen Deutschland und der Türkei ausgetauscht wurde, zeichneten sich neue Möglichkeiten für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern ab. Dazu kommt eine nicht unwichtige gemeinsame Erklärung über Presse und Rundfunk, deren Auswirkungen sich insbesondere auf eine Mäßigung der zum Teil sehr deutsch-feindlichen türkischen Presse richteten, während Deutschland auf diesem Gebiete seinen alten Gepflogenheiten entsprechend stets eine korrekte Sprache geführt hat. Zwischen dem Führer und Präsident İnönü sowie zwischen den beiden Außenministern wurden Telegramme gewechselt. Am 19. Juni suchte der türkische Botschafter in Berlin den Führer in der Reichskanzlei auf, um ihm ein Handschreiben des türkischen Staatspräsidenten zu überreichen.

Auf dem Hintergrund der späteren Ereignisse gewinnen diese Besuche, wie auch der des kroatischen Staatschefs Dr. Pavelić am 6. 6., ihre ganz besondere Bedeutung, sie kündeten an, daß zum

97 mindesten neue und große Entscheidungen bevorstünden. Sie trugen dazu bei, die Spannung, die über dem ganzen deutschen Volke lag, zu erhöhen.

Die Proklamation des Führers vom 22. Juni bestätigt vollauf, daß dieses Gefühl des Volkes, einer Ungewissen Gefahr gegenüberzustehen, berechtigt war. Sagt doch der Führer in seiner Proklamation selbst, daß, von schweren Sorgen bedrückt, zu monatelangem Schweigen verurteilt, nun die Stunde gekommen sei, in der er endlich offen sprechen könne. Die ins einzelne gehende Darstellung des seinem Wesen nach von Anfang an kompliziert gelagerten deutsch-russischen Verhältnisses klärt alle Fragen, die von jedem Deutschen insgeheim, oft aber auch laut in den letzten Monaten gestellt wurden. Sie zeigt die Gefahr der internationalen bolschewistischen Weltverschwörung, die nunmehr den Zeitpunkt für gekommen ansah, dem nationalsozialistischen Deutschland in seinem Lebenskampfe gegen die britische Plutokratie in den Rücken zu fallen. Jetzt erst erfuhr das deutsche Volk, daß die Politik des Kremls dem Reich gegenüber eine permanente Kette niederträchtigster Erpressungen und übelsten Verrates gewesen ist. Die weiteren Dokumente haben in einer Note an die Sowjetregierung ihren Niederschlag gefunden. Sie sind ferner in einem Bericht des Auswärtigen Amtes über die Propaganda und politische Agitation der Sowjetregierung, des Oberkommandos der Wehrmacht über den sowjetrussischen Aufmarsch gegen Deutschland und des Reichsministers des Innern sowie des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei über die gegen Deutschland und den Nationalsozialismus gerichtete Zersetzungsarbeit der UdSSR zusammengefaßt. Sie beweisen auf das eindrucklichste die Gefahr, in der sich Deutschland und damit Europa befand. All diese Dokumente sind so reich an Beweisen für die von Sowjetrußland drohende Gefahr, daß die Umwandlung des Friedenszustandes in den Kriegszustand, wie er sich so plötzlich noch nie vollzogen hatte, von jedem einzelnen Deutschen begriffen und gebilligt wurde. Insbesondere die Angehörigen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, groß geworden im Kampf gegen den Bolschewismus, sahen in dem Aufbruch der deutschen Wehrmacht am 22. Juni in der Morgenfrühe die geradlinige Fortsetzung des alten antibolschewistischen und a n t i j ü d i s c h e n Kampfes der früheren Jahre. Nur zu gut war gerade in den Kreisen der Partei verstanden worden, daß der Paktabschluß mit Sowjetrußland eine überaus weitsichtige und für den Freiheitskampf des Reiches gegen die britische Plutokratie notwendige Maßnahme war, daß aber auch mancherlei Gründe bestanden, an der wirklichen Geisteswandlung der Herrscher im Kreml zu zweifeln.

Die ersten Wochen des deutsch-russischen Feldzuges, die Hintergründe der verhängnisvollen sowjet

98 russischen Angriffsabsichten, die unmenschlichen Methoden der GPU und der Sowjetsoldateska, die sich schon in den ersten Kriegstagen schonungslos enthüllten, haben in einer Art und Weise ein gemeinsames Fühlen und Denken der europäischen Völker enthüllt, wie man es bis dahin noch nicht gekannt hat. Noch vor Monatsende sind Rumänien, Finnland, Ungarn und die Slowakei an Deutschlands Seite getreten. Freiwillige aus allen anderen europäischen Staaten, ausgenommen aus der Schweiz, meldeten sich für die Freiwilligenverbände zum Kampf gegen den Weltfeind. Sympathieerklärungen aus anderen Teilen der Welt, insbesondere aus Südamerika, sind dem deutschen Volke in solch spontaner Herzlichkeit dargebracht worden, daß mit Recht von einem „Kreuzzug für Europa“ gesprochen werden kann. Die nationalsozialistische Auffassung dieses Kampfes geht noch einen Schritt weiter. Sie erkennt und hat Beweise dafür, daß die Plutokratien und der Bolschewismus aus einer Wurzel gespeist werden, daß in ihnen das internationale Judentum am Werk ist, dessen Ziel es immer war und auch bleiben wird, den Nationalsozialismus und damit das deutsche Volk zu vernichten.

Zum denkwürdigen 22. Juni erließ der Führer einen Tagesbefehl an die Soldaten der Ostfront, in dem er ihnen die Aufklärung gibt, die er der Heimat in seinem Aufruf an das deutsche Volk gab. Seit den frühen Morgenstunden des 22. Juni 3.05 Uhr kämpfen die deutschen Divisionen mit dem gleichen Elan, der sie im Westen beflügelt hat, gegen die sowjetrussischen Regimenter. Die antibolschewistische Parole, die fast zwei Jahre geschwiegen hatte, beherrscht nunmehr wieder das politische Feld. Die führenden Männer der nationalsozialistischen Bewegung, unter ihnen Reichsorganisationsleiter Dr. L e y und Reichsleiter Rosenberg, nahmen kurz nach Kriegsausbruch zu den durch diesen Kampf aufgeworfenen Fragen Stellung. Dr. Ley sprach am 23. 6. in der Breslauer Jahrhunderthalle. Er würdigte die weltgeschichtlich bedeutsame Entscheidung des Führers und zeigte die Gemeinsamkeiten zwischen Plutokratie und Bolschewismus auf. Der heutige Tag erinnere uns an jene Zeit, so betonte der Reichsorganisationsleiter, da wir den Kampf gegen den Marxismus begannen und damals schon dem Führer glaubten, der ohne „wenn“ und „aber“ die Entscheidung zwischen dem Bolschewismus als

dem Triumph des Judentums und der neuen deutschen Weltanschauung predigte. Es sei immer ein Kampf zwischen beiden Welten gewesen und nur ganz harmlose Menschen könnten erhebliche Unterschiede erblicken zwischen der Welt der Plutokratie eines Churchill und dem auf der gleichen materialistischen Ebene fußenden Bolschewismus. Beides seien Mächte der Verneinung. Ihnen stehe gegenüber unsere Auffassung von Arbeit, Leistung, Ehre und Gemein-

99 schaftsg Geist. Deutschland kämpfe um seine nackte Existenz, und zwar seit 1914. Früher habe man nur nicht gewußt, um was es gegangen sei. Deshalb sei ein 1918 gekommen mit dem vollkommenen Niederbruch Deutschlands. Als Dr. Ley ausrief: „Der Glaube Adolf Hitlers hat Berge versetzt, und ich glaube daran, daß dieser Glaube an das deutsche Volk stärker ist als die Welt der Plutokratie und des Bolschewismus“, wurde er minutenlang von stürmischem Beifall unterbrochen. Stalin habe sich kürzlich dahingehend geäußert, daß Deutschland nur noch bis August warten müsse, dann sei Rußland auch so weit. „Deutschland wartet nicht, Adolf Hitler schlägt zu, wenn es Zeit ist.“ So mancher frühere Marxist habe wohl heute im ersten Augenblicke gedacht, warum machen wir Verträge mit den Russen, wenn sie unsere Feinde sind? Diese Pakte mußten versucht werden, wie der Führer auch alles versucht hat, um mit England in Frieden auszukommen. Rußland hat sie gebrochen. Was würde es uns helfen, wenn wir gegen England den Krieg gewinnen und seine jüdischen Verbündeten in Moskau würden dann über uns herfallen? Wenn wir heute mit dem Führer, der immer Recht hatte und dem wir deshalb vertrauen, den entscheidenden Kampf um die Freiheit, die zugleich unsere Nahrungsfreiheit ist, wagen, dann wissen wir, daß wir es schaffen. Wer nicht kämpfen will, geht unter, heute oder morgen. Wenn wir unser tägliches Brot für die Jahrhunderte sichern wollen, dann jetzt!

In der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz veröffentlichte am 23. Juni der Reichsleiter Alfred Rosenberg einen Artikel, dessen bemerkenswerteste Ausführungen in den folgenden beiden Absätzen enthalten sind: „Wir alle haben gewußt, welche eine Überwindung und welche Härte einer nüchternen Staatseinsicht notwendig gewesen sind, um den Vertrag mit der Sowjetunion 1939 herbeizuführen. Wir haben den Bolschewismus als die extremste Erscheinung der marxistischen Gedankenwelt als unseren Todfeind 14 Jahre bekämpft, und wir haben erlebt, wie nach der Machtübernahme alle seine offenen und getarnten Freunde in der Welt eine Hetze gegen Deutschland entfachten. Der Pakt mit der Sowjetunion hatte zum Zweck, durch eine kalte Staatsraison Deutschland vor einem gleichzeitigen Zweifrontenkrieg zu bewahren und damit die Chancen des Krieges im Westen entscheidend zu erhöhen.“

Heute, wo durch die dauernden Erpressungen des Bolschewismus der Kampf um die nationalsozialistische Revolution und ein verjüngtes Europa in das Stadium der letzten Entscheidung getreten ist, da dürfen wir wohl aussprechen, daß dieser für den Führer schwere, aber von der Staatsnotwendigkeit diktierte Entschluß wohl Zehntausenden und aber Zehntausenden deutschen Soldaten das Leben bewahrt und die gesamte Kampfkraft der deutschen Wehrmacht entscheidend gesteigert hat.“ So führt nun Deutschland einen

100 Verteidigungskampf von weltgeschichtlichem Ausmaß. Die deutschen Divisionen heften erneut Sieg um Sieg an ihre Fahnen.

Im Zusammenhang mit dem schmerzlichen Verlust der „B i s m a r c k“ standen noch zwei Meldungen im Juni. Die erste vom 5. Juni berichtete, daß kurz nach der Vernichtung der „Hood“ der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht auf Vorschlag des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, Großadmiral Raeder, dem Ersten Artillerieoffizier des Schlachtschiffes „Bismarck“, Korvettenkapitän Schneider, das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz verliehen habe. Die Verleihung erreichte Korvettenkapitän Schneider noch auf funkentelegraphischem Wege. Er hat durch den glänzenden Einsatz der schweren Artillerie des Schiffes den britischen Schlachtkreuzer „Hood“ bereits nach 5 Minuten vernichtet und anschließend sofort nach dem Zielwechsel auf das britische Schlachtschiff „Prince of Wales“ Treffer erzielt, die den Feind zum Abdrehen zwangen. Man wird auch nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß die schweren Beschädigungen der „Rodney“, die Vernichtung der beiden vorderen Geschütztürme, ebenfalls auf die hervorragenden artilleristischen Fähigkeiten von Korvettenkapitän Schneider und seiner Mannschaft zurückzuführen sind. Sie wurden erst beim Einlaufen der „Rodney“ in einen amerikanischen Hafen, wo das Schiff für mehrere Monate ins Dock gehen mußte, anfangs Juli bekannt. Die zweite Meldung bestätigte den Tod des Flottenchefs, Admiral Luetjens, beim Untergang des Schlachtschiffes „Bismarck“. Zu seinem Nachfolger hat der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht den bisherigen Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Admiral S c h n i e w i n d, ernannt.

Den beiden erfolgreichsten deutschen Jagdfliegern, Oberstleutnant G a l l a n d und Oberstleutnant M ö l d e r s , ließ der Führer erstmalig eine ganz besondere Ehrung zuteil werden. Er verlieh den bei-

den Fliegeroffizieren am 23. Juni, Oberstleutnant Mölders für die Vernichtung seines 72. Gegners und Oberstleutnant Galland für die Vernichtung seines 69. Gegners, das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Der Führer richtete an die beiden Offiziere aus diesem Anlaß herzlich gehaltene Glückwunschtelegramme.

Drei weitere verdiente U-Bootskommandanten erhielten im Laufe des Juni vom Führer das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Es sind dies Kapitänleutnant Liebe, Oberleutnant zur See E n d r a ß und Kapitänleutnant Schultze. Hauptmann Ihlefeld, Kommandeur einer Jagdgruppe, errang am 26. Juni seinen 39. und 40. Luftsieg. Als 16. Offizier der deutschen Wehrmacht erhielt er das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.

101 Eine bemerkenswerte Leistung vollbrachte der Steuermannsmaat Paul Meyer, der vom Oberbefehlshaber der Kriegsmarine wegen besonderer Auszeichnung vor dem Feinde zum Leutnant zur See befördert wurde. Meyer befand sich als Unteroffizier an Bord eines deutschen Hilfskreuzers und erhielt den Auftrag, eine wertvolle Prise in die Heimat zu bringen. Er hat das aufgebrachte Schiff als Prisenkommandant mehr als 10 000 Seemeilen sicher geführt. Mit einer Prisenbesatzung von nur wenigen Mann hat der 23jährige Unteroffizier die Besatzung des aufgebrachten Schiffes auf wochenlanger Seefahrt durch vom Feind patrouillierte Gewässer in Schach gehalten. Mit der glücklichen Einbringung dieses Schiffes in einen heimischen Stützpunkt ist für die deutsche Ernährungswirtschaft ein besonders wertvoller Beitrag geleistet worden.

Vom 3. bis 19. Juni haben in Berlin Verhandlungen zwischen Deutschland und Italien über die kriegswirtschaftliche Zusammenarbeit und über eine Reihe weiterer, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern betreffenden Fragen stattgefunden. Insbesondere wurden dabei auch die Probleme behandelt, die sich aus den letzten politischen Veränderungen in Südosteuropa für die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Italiens in den betreffenden Gebieten ergeben. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlung war die Ausarbeitung eines allen Bedürfnissen der Kriegswirtschaft Rechnung tragenden gemeinsamen Programms für die Rohstoffversorgung der beiden Länder für die zweite Hälfte des bis zum 31. Dezember 1941 laufenden Vertragsjahres.

Auf Einladung des Reichsministers Dr. Goebbels traf am 21. Juni der italienische Minister für Volkskultur, Alessandro Pavolini, zu einem mehrtägigen Besuch in der Reichshauptstadt ein. Dr. Goebbels und Reichspressechef Dr. Dietrich hatten mehrfach Besprechungen mit dem italienischen Gast. Pavolini wurde auch vom Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop empfangen. Am 23. Juni empfing der Führer Minister Pavolini in Gegenwart von Reichsminister Dr. Goebbels.

Am 15. Juni bereitete die Stadt Hannover dem Kaiserlich Japanischen Botschafter in Berlin, General O s h i m a, einen Tag deutsch-japanischer Freundschaft. Anlaß zu diesem Besuch war die Tatsache, daß die Universität Göttingen Botschafter Oshima das Ehrenbürgerrecht verlieh. Die Stadt Hannover empfing den japanischen Botschafter aufs herzlichste. Am Nachmittag fand im Leineschloß die Gründung einer Zweigstelle der Deutsch-Japanischen Gesellschaft statt. Hierbei würdigte Gauleiter Lauterbacher die Verdienste des Botschafters um das Zustandekommen des Dreimächtepaktes. General Oshima erklärte in einer längeren Ansprache, das Verhältnis zwischen der arteigenen Kultur Japans und Deutschlands zueinander sei

102 erfreulich in die Breite und Tiefe gewachsen. Der Weg zu dem sich Deutschland, Italien und Japan zusammengefunden hätten, sei der geradeste und kürzeste Weg zum Weltfrieden.

Am 13. Juni gab Reichspressechef Dr. Dietrich im Kaiserhof zu Ehren des in Berlin weilenden Pressechefs der bulgarischen Regierung, Dr. N i c o l a e f f, einen Empfang, der im Zeichen der deutsch-bulgarischen Freundschaft und der Zusammenarbeit beider Völker auf dem Gebiet der Presse stand. An dem Empfang nahm auch der bulgarische Gesandte in Berlin, Draganoff, teil. In einer kurzen Ansprache hob Dr. Dietrich die freundschaftlichen Gefühle hervor, mit denen Deutschland den Weg Bulgariens in die Zukunft des neuen Europa begleitet. Der Reichspressechef skizzierte sodann die Grundgedanken einer neuen Presseordnung, die getragen ist von der Idee wirklicher nationaler, journalistischer Verantwortung und der vertrauensvollen pressepolitischen Zusammenarbeit von Volk zu Volk. Der bulgarische Pressechef, Dr. Nicolaeff, brachte in seiner Erwiderung die politische und kulturelle Verbundenheit Deutschlands und Bulgariens zum Ausdruck. Der ewige Dank des bulgarischen Volkes gegenüber dem deutschen Volk und seinem Führer habe sich in Dank und Liebe für den deutschen Soldaten verwandelt, der nach kaum 24 Stunden das Herz des gesamten bulgarischen Volkes für sich gewann. Das Gelöbnis Treue um Treue sei die stärkste Prophezeiung für die Zukunft Bulgariens.

Während an der Grenze des Generalgouvernements die Bedrohung des Bolschewismus ihr Haupt erhob, plante Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank unbeirrt den weiteren Ausbau seines Re-

gierungssitzes. Nach seinem Wunsche soll die alte deutsche Handels- und Hansestadt Krakau wieder zu einem Zentrum des deutschen geistigen und kulturellen Lebens werden. Nachdem bereits vor mehr als Jahresfrist das Institut für deutsche Ostarbeit gegründet, das Staatstheater des Generalgouvernements geschaffen und eine Philharmonie ins Leben gerufen worden ist, wurde in diesem Jahre die Staatsbibliothek, das modernste Bibliotheksgebäude Europas, eingeweiht. Ferner hat der Generalgouverneur durch Stiftung eines Copernikus- und eines Veit Stoß-Preises sowie durch die kürzlich vollzogene Gründung der Veit Stoß-Akademie für Bildende Künste in Krakau das Fundament des deutschen Geisteslebens wesentlich erweitert. Als Krönung des großen Aufbauwerkes ist die Schaffung der C o p p e r n i k u s-Universität anzusehen, die in einem eigenen Krakauer Stadtviertel untergebracht werden wird. Der mit der Planung für dieses Werk beauftragte Präsident der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des

103 Generalgouvernements, W a t z k e , äußerte sich über die Aufgaben dieser neuen Ostuniversität. Sie wird drei Fakultäten, eine geisteswissenschaftliche, eine biologische und eine mathematisch-technisch-physikalische besitzen, wobei hervorzuheben ist, daß die biologische Fakultät etwas Neues im deutschen Hochschulleben sein wird. Diese neue Ostuniversität soll ein typisch nationalsozialistisches Gepräge erhalten und auf dem Grundsatz der Gemeinschaftserziehung errichtet werden.

Aus Den Haag wird unter dem 3. Juni berichtet, daß dort für die männliche und weibliche Jugend vom 18. Jahre ab die Arbeitsdienstpflicht eingeführt ist. Es besteht der Plan, den Arbeitsdienst auf eine jährliche Stärke von 50000 Mann zu bringen, die in 160 Abteilungen untergebracht werden sollen.

Am 17. Juni waren es fünf Jahre, daß der Führer den Reichsführer *Iff*, Himmler, zum Chef der Deutschen Polizei ernannte. Dieses Amt ist eine Neuschöpfung der nationalsozialistischen Revolution. Im Zuge der Konzentration der Kräfte hatte der Reichsführer ^ seit den Märztagen 1933 zunächst schrittweise die Leitung der Länderpolizeien übernommen, eine Entwicklung, die dann vor fünf Jahren in der Schöpfung des Amtes des „Chefs der Deutsehen Polizei“ ihren Abschluß fand. So wurden auf einem der wesentlichsten Sektoren des öffentlichen Lebens die Ziele der Reichseinheit und der Einheitlichkeit der staatlichen Exekutive eine noch nie vorhandene Stärkung der polizeilichen Schlagkraft erreicht.

Reichsführer ^ Himmler hat in stiller, zäher und energischer Arbeit die deutsche Polizei geschaffen. Der Dienst in der Polizei ist soldatischer Dienst. Er entspricht den modernsten Anforderungen. Reichsführer SS Himmler hat in vielen Erlassen und bei vielen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß die deutsche Polizei allen anständigen Menschen Freund und Helfer, den Volks- und Staatsfeinden aber ein stets überlegener Gegner und ein gerechter Vollstrecker des Volkswillens sein soll. SS und Polizei stehen nach dem Willen des Führers vereint bereit, die innere Sicherheit des Großdeutschen Reiches zu gewährleisten. Der Krieg hat die Aufgaben der deutschen Polizei vervielfältigt. Die Männer der Polizei wurden in den letzten Jahren vor bisher unbekannte Aufgaben gestellt und haben sie überall bewältigt. Viele von ihnen kämpfen in den Reihen der Wehrmacht, der Waffen-SS und der SS-Polizeidivision.

In Anwesenheit des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley eröffnete Reichspostminister Dr. Ohnesorge am 6. Juni das von der Deutschen Reichspost geschaffene Schulungs1 a g e r für die weiblichen Gefolgschaftsmitglieder der Deutschen Reichspost. Dr. Ley zeigte den Teilnehmerinnen des ersten Schulungslagers den Weg der Partei von der Idee zu einer Macht auf, die über die Erde hinwegbraust. „Wir stehen an

104 der Wende einer neuen Zeit, eine alte Welt bricht zusammen und wir sind die Träger einer neuen. Gerade in großen Zeiten sei es notwendig, über die weltanschaulichen Fragen nachzudenken, und dazu sei auch das neue Schulungslager entstanden. Dr. Ley betonte auch, keine Frau solle bei aller Pflichterfüllung und Berufstreue vergessen, daß es ihre höchste und wichtigste Berufung sei, einmal Mutter zu werden.

Der Gauleiter und Reichsstatthalter von Mecklenburg, Hildebrandt, hat an die Parteidienststellen und Behörden Richtlinien für den Bau von Landarbeiterwohnungen und die Anlage von Wohndörfern gegeben, die von ihm auf Grund jahrelanger persönlicher Studien bearbeitet wurden. Sie dürften in ihrer Klarheit richtunggebend für das ganze Reich werden, wo immer ländlicher Wohnungsbau zur Debatte steht. Im Gau Mecklenburg werden diese Richtlinien und die darin enthaltenen Bedingungen zugleich Voraussetzung bilden für die Möglichkeit staatlicherseits Zuschüsse für den Wohnungsbau zu erhalten. Niemand, der die Frage des Arbeitermangels auf dem Lande und das Problem der Landflucht kennt, wird die Bedeutsamkeit der Pläne des Gauleiters und Reichsstatthalters Hildebrandt unterschätzen. Während der Landarbeiter-Wohnungsbau bisher durchweg nach materialistischen Ge-

sichtspunkten durchgeführt wurde, sollen die neuen Bauten losgelöst vom Wirtschaftsbetrieb sein, unter Ausnutzung hygienischer und kultureller Erfahrungen und unter Betonung des Gemeinschaftsgedankens. In jedem Kreise Mecklenburgs wird mindestens ein Mustergut und ein Musterbauernhof entwickelt werden, die beispielgebend sein sollen für die weiteren Planungen. Bei Neuanlagen von Wohndörfern sollen diese frei von Quellen und Wasseradern sein, da diese erfahrungsgemäß die Gesundheit beeinträchtigen und die Gefahren des Blitzschlages erhöhen. Außerdem sind sie in günstiger Sonnenlage zu errichten. Für die Häuser sind Doppelfenster vorgesehen, sie sollen ausreichende Keller besitzen, Wohn- und Schlafzimmer sollen zur Sonnenseite gerichtet sein, und die Wasserversorgung soll unabhängig vom Hof angelegt werden. Diese Richtlinien sind Ausgangspunkt einer Entwicklung, die sofort nach der siegreichen Beendigung des Krieges beginnen wird. Gauleiter Hildebrandt, der bekanntlich selbst aus dem Landarbeiterstand hervorgegangen ist, hat hier ein Programm aufgestellt, das unter Mitwirkung von Staat, Partei und Betriebsführern auch in dieser Hinsicht eine Umwertung der Landarbeit bringen wird.

Auch auf dem Gebiete des städtischen Wohnungsbaues werden zur Zeit schon immer mehr Konsequenzen aus dem Erlaß des Führers vom 15. November 1940 gezogen, der eine grundlegende Umgestaltung des bisherigen sozialen Wohnungsbaues in Aussicht stellt. Obwohl die Grundsätze dieses Führerer-

105 lasses erst für den Wohnungsbau in der Zeit nach dem Kriege Geltung haben sollten, hat der Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau dennoch bestimmt, daß die vom Führer Testgesetzten Richtlinien bezüglich der Raumgröße und der Ausstattung auch schon auf die jetzt im Bau befindlichen Wohnbauten, soweit wie irgend möglich angewendet werden. Nach Möglichkeit sollen auch jetzt schon während des Krieges Vierraumwohnungen erstellt werden, da diese Kategorie der Wohnungen am meisten gefragt ist.

Die Deutsche Arbeitsfront hat auf Initiative von Reichsorganisationsleiter Dr. L e y eine grundsätzlich neue bedeutsame Institution geschaffen, deren Aufgabe es sein soll, dem vorbildlichen nationalsozialistischen Betriebsführer von morgen das letzte Gepräge zu geben. Bei der neuen Institution handelt es sich um die erste Betriebsführerakademie der D A F., die demnächst in Wien ihre Arbeit aufnehmen soll. Eine zweite Akademie dieser Art wird später in Berlin errichtet werden. Wie dazu vom Amt für Berufserziehung und Betriebsführung der DAF mitgeteilt wird, soll dieses Institut sinnfälliger Ausdruck der nationalsozialistischen Auffassung von Arbeit, Bewertung des Arbeiters und verantwortungsbewußter Menschenführung sein und damit den Gegensatz zu Bolschewismus und Plutokratie zeigen. Es sei, so wird weiter gesagt, nur selbstverständlich, daß bei dieser Entwicklung der Betriebsführer ein „gelernter Betriebsführer“ sein müsse, ein berufliches und menschliches Vorbild seiner Gefolgschaft, ein Mann, der nicht deshalb auf seinem Platze steht, weil er der reichste, sondern weil er der beste ist. Wie ferner die Wehrmacht ihre Generalstäbler hat, so solle auch die Wirtschaft einmal ihre „Werkstäbler“ haben. Schon seit langem hat die DAF Reichsschulen für Arbeitsführung geschaffen, in denen Werkmeister, Anlernerinnen, Arbeitsführungslehrgänge für betriebliche Unterführer durchgeführt werden. Die Ergebnisse der Leistungswettkämpfe zeigen, wie stark das deutsche Unternehmertum schon vom nationalsozialistischen Gedankengut erfaßt sei. Die allerbesten der Betriebsführer, die Leiter der NS-Musterbetriebe und hervorragend bewährten Inhaber von Gaudiplomen sollen auf der neuen Betriebsführerakademie für zunächst 10 Tage vereint werden. Persönlichkeitsgestaltung, Betriebskultur und Menschenpflege sind einige Grundthemen der Akademie, nicht zuletzt auch das für den Arbeitseinsatz so fundamentale Gebiet der Frau im Betriebe. Die Pioniere des vorbildlichen nationalsozialistischen Betriebsführertyps, die von hier ausgehen würden, bildeten überhaupt erst die Voraussetzung für die allmähliche Schaffung eines deutschen Betriebsführernachwuchses. Dieser Nachwuchs würde einmal nach Abschluß seiner schulischen und beruflichen Ausbildung mindestens ein halbes Jahr auf diese Akademie gehen. Er werde danach ein Betriebsführerprakti-

106 kum unter einem bewährten Betriebsführer selbst zu absolvieren haben, ehe er ein fertiger Betriebsführer sein könne.

Die Aufgaben, die auf die deutsche Arbeitskraft nach dem Kriege warten, sind riesengroß, größer als vor diesem und während dieses Krieges. So wird ein großzügiges Aufbauprogramm für das deutsche Bauerntum durchgeführt werden müssen, für das ein Investitionsbedarf von mehr als 40 Milliarden Mark veranschlagt worden ist. Die deutsche Kohlenwirtschaft wird für die Versorgung Europas mit Heizmaterial größere Aufgaben zu bewältigen haben. Dazu kommen der Ausbau deutscher Städte und der Wiederaufbau in den neuen Gebieten, die Reichsautobahnen, die Wasserstraßen, der soziale Wohnungsbau, die Energiewirtschaft. Schließlich werden wir auch in Zukunft dafür sorgen müssen,

daß wir die beste und technisch vollkommenste Wehrmacht der Welt behalten. Dies alles erklärt, daß man sich heute schon Sorge macht über die Spannung zwischen dem Bedarf und dem Angebot an Arbeitskräften. In der „Wirtschaftspolitischen Parole“ untersucht Dr. Stothfang, der persönliche Referent des Staatssekretärs Syrup im Reichsarbeitsministerium, die Frage, wie diesem Problem entgegengetreten werden kann. Die verstärkte Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte wird auch nach dem Kriege zur Deckung des Bedarfes beitragen müssen. Weiter wird es notwendig sein, einen hohen Stand der Frauenbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Desgleichen wird Wert auf die stärkere Mitarbeit der Älteren gelegt. Altersfürsorge, Berufserziehungswerk, Nachwuchslenkung und Ausbau der Gesundheitsführung werden dazu beitragen, die Kapazität der Arbeitskraft auszuweiten. Dr. Stothfang verbreitet sich des weiteren in diesem Aufsatz über die Probleme der stärkeren Konzentration der volkswirtschaftlichen Produktion und fordert auch energisch eine Einschränkung der oft ungebührlich aufgeblähten Verwaltungstätigkeit.

Das kulturelle Leben wird auch im kommenden Sommer nach Möglichkeit im bisherigen Umfange weiter geführt werden. Die Festspiele der verschiedenen Art werden aber ganz besonders den deutschen Soldaten zugute kommen. So werden die in der Zeit vom 2. bis 24. August wieder in Salzburg stattfindenden Festspiele auf Veranlassung von Reichsminister Dr. Goebbels in erster Linie von Angehörigen der Wehrmacht besucht werden. Im Gedenkjahre des 150. Todestages von Mozart sollen besonders glanzvolle Aufführungen des „Don Juan“ und von „Figaros Hochzeit“ vorbereitet werden. Daneben werden der „Rosenkavalier“ von Strauß und Shakespeares „Viel Lärm um nichts“ im Spielplan enthalten sein. Zahlreiche Mozartkonzerte werden das Salzburger Festspielprogramm umrahmen und den deutschen Soldaten Entspannung und Freude vermitteln.

107 Im Laufe des Juni wurden von der Reichsjugendführung erneut Richtlinien für den Einsatz der Jugend in der Landwirtschaft herausgegeben. In Anlehnung an die Bestimmung des Vorjahres wird angeordnet, daß wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Gauen die Gauleiter über den Umfang des Jugendeinsatzes und die Notwendigkeit einer Schließung von Schulen oder Klassen für ihren Bereich die Entscheidung treffen. Eine allgemeine Schließung der Schulen auf längere Zeit erscheint dabei unzweckmäßig und dürfte auch nicht notwendig sein. — Am 10. Juni sprach in der Aktion „Frontkämpfer sprechen zur Hitlerjugend“ im Berliner Sportpalast Ritterkreuzträger Korvettenkapitän Erdmenger über den Einsatz der deutschen Kriegsmarine bei der Besetzung Norwegens im Frühjahr 1940. Der Sportpalast stand im Zeichen des für diese Aktion bezeichnenden Leitsatzes: „Nicht Schiffe kämpfen, sondern Menschen.“

In einem Staatsakt im großen Saal des Gewandhauses zu Leipzig erfolgte am Sonntag, den 8. Juni, die Umbenennung des Landeskonservatoriums in die „Staatlichen Hochschulen für Musik, Musikerziehung und Darstellende Kunst“ durch Reichsminister R u s t. In seiner Eröffnungsrede erinnerte der Minister daran, daß vor nahezu 100 Jahren, im Jahre 1843, das erste Konservatorium für Musik in Deutschland in der Stadt Leipzig gegründet worden sei. Reichsminister Rust betonte, daß diese zweite Musikhochschule nach dem Muster der ersten Hochschule ihrer Art, wie sie vor 2 Jahren in Salzburg gegründet wurde, aufgebaut sein soll.

Am 24. Juni beging Staatsrat Heinz T i e t j e n , Generalintendant der Preußischen Staatstheater, seinen 60. Geburtstag. Der Führer hat dem verdienten Künstler aus diesem Anlaß in Anerkennung seiner erfolgreichen Arbeit im Dienst der deutschen Kunst die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen. Reichsmarschall Göring übermittelte dem Generalintendanten ebenfalls seine herzlichen Glückwünsche und würdigte dabei das verdienstvolle Schaffen Tietjens als Generalintendant der Preußischen Staatstheater und Leiter der Staatsoper.

Am 4. Juni ist der ehemalige Kaiser Wilhelm II. um 11.30 Uhr im 83. Lebensjahre gestorben. Seinem eigenen Wunsche entsprechend wurde der frühere Kaiser im Park des Schlosses Doorn mit militärischen Ehren beigesetzt. Als Vertreter des Führers nahm der Reichskommissar für die Niederlande, Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, an der Beisetzung teil. Er legte auch den Kranz des Führers nieder. Die militärischen Ehren erwies ein aus den drei Wehrmachtteilen zusammengesetztes Ehrenbataillon. Unter den zahlreichen Trauergästen waren zugegen der greise Feldmarschall v. Mackensen, der Führer des Nationalso-

108 zialistischen Kriegerbundes, General der Infanterie Reinhard, als Vertreter der einzelnen Wehrmachtteile waren erschienen General der Flieger Christiansen für den Reichsmarschall und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Admiral Densch für den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaloberst Haase für den Oberbefehlshaber des Heeres und Admiral Canaris für den Chef des Oberkommandos der

Wehrmacht. Unter Trommelwirbel und der Retraite wurde der Sarg in der Gruft beigesetzt, während drei Ehrensalven ertönten.

Die deutsche Presse ging in Gedenkartikeln auf das Leben und die Person des früheren Kaisers ein. Aus dem Gesichtspunkt unserer nationalsozialistischen Gegenwart wurden dabei auch Worte der Kritik gesprochen, denen allerdings — ein schönes Zeichen für den versöhnenden Geist der Zeit — jegliche Bitterkeit fehlte. In fast allen Aufsätzen wurden die glänzenden Anlagen Wilhelms II. anerkannt. Auch wurden nirgends Zweifel geäußert, an seinem ehrlichen Willen, als Herrscher das Beste zu tun. Die in seiner Regierungszeit in Erscheinung tretenden Schwächen seines Wesens wurden erkannt als Folgen eines mangelnden festen Willens. In den Kreis der Betrachtungen wurden auch die Ereignisse gezogen, die zum Ausbruch des Weltkrieges führten. Nie ist von deutscher Seite die Friedensliebe des Kaisers in Zweifel gezogen worden, sogar Geschichtsschreiber aus den Reihen der Gegner im Weltkriege haben, nachdem die erste Zeit ungerechter Beurteilung nach dem Weltkrieg vorübergegangen war, dem früheren Kaiser in dieser Angelegenheit Gerechtigkeit zukommen lassen. Wilhelm II. wird in der Geschichte, das ist im wesentlichen der Tenor der deutschen Presse gewesen, eingehen als ein typischer Vertreter seiner Zeit, ihres Glanzes und ihrer Schwäche. Mit ihm scheidet der letzte Vertreter einer Zeit, die durch die kraftvolle Erscheinung der nationalsozialistischen Revolution geschichtlich überwunden ist.



109 Deutschlands Politik und Kriegführung hat nach den großartigen Erfolgen der Monate April und Mai im Juni neue Erfolge erzielt, und zu noch gewaltigeren Taten ausgeholt. Nachdem am 1. Juni die Eroberung von Kreta als abgeschlossen gemeldet werden konnte, ist am 18. Juni in Ankara ein Freundschaftsvertrag zwischen der Türkei und Deutschland (siehe Seite 93) unterzeichnet worden. Gleichzeitig wurde in einem Notenwechsel vereinbart, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern möglichst auszuweiten. Ferner wurde eine gemeinsame Erklärung abgegeben, nach der Presse und Rundfunk beider Länder in ihren Veröffentlichungen und Sendungen stets dem Geist der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens Rechnung tragen sollen, der die deutsch-türkischen Beziehungen charakterisiert.

Dieses Vertragswerk bedeutet einen wesentlichen Erfolg der deutschen Politik, wie allenthalben in der Welt bemerkt worden ist. Es stellt zugleich, wie auch der türkische Außenminister Saracoglu in seiner anlässlich der Ratifikationsdebatte über den Vertrag im türkischen Parlament gehaltenen Rede unterstrichen hat, die Rückkehr zu einem Zustand der deutsch-türkischen Beziehungen dar, der als historisch bezeichnet werden kann, und demgegenüber die durch das Bündnis der Türkei mit England erfolgte Störung nur als ein Intermezzo anzusehen ist. Wenn man sich erinnert, welche Absichten und Hoffnungen die englische Politik hinsichtlich der Türkei seit dem Ausbruch des Krieges gehabt hat, wie sie auch durch die in den Weißbüchern 6 und 7 veröffentlichten Dokumente vielfach bestätigt werden, so erscheint der deutsch-türkische Freundschaftsvertrag als vorläufiger Abschluß einer diesen englischen Absichten und Hoffnungen zuwiderlaufenden Entwicklung. Das türkische Parlament hat den Vertrag am 25. Juni einstimmig gutgeheißen.

Vier Tage nach dem Abschluß des deutsch – türkischen Freundschaftsvertrages begann eine neue Aktion der deutschen Politik, die die an Überraschungen von deutscher Seite allmählich gewohnte Welt geradezu erschütterte und die gesamte Menschheit irgendwie zur Stellungnahme zwang: In den frühen Morgenstunden des 22. Juni trat die deutsche Wehrmacht im Osten zum Kampf gegen den Bolschewismus, zur militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetmacht an.

110 Durch den Aufruf des Führers an das deutsche Volk (siehe Seite 73), den Reichsminister Dr. Goebbels im Rundfunk bekanntgab, durch die Note des Auswärtigen Amtes (siehe Seite 80), die der

Reichsminister des Auswärtigen, von R i b b e n t r o p, im historischen Bundesratsaal des Auswärtigen Amtes der Weltpresse und dem deutschen Volke mitteilten, und durch die gleichzeitig erfolgte Veröffentlichung eines Berichts des Auswärtigen Amtes über die Propaganda und politische Agitation der Sowjetregierung, ferner eines Berichts des Oberkommandos der Wehrmacht an die Reichsregierung über den sowjetrussischen Aufmarsch gegen Deutschland sowie eines Berichtes des Reichsministers des Innern und des Reichsführers ^ an die Reichsregierung über die gegen Deutschland und den Nationalsozialismus gerichtete Zersetzungsarbeit der Sowjetunion erfuhr das deutsche Volk und die ganze Welt, daß die Stunde einer welthistorischen Entscheidung geschlagen habe, und erfuhren sie zugleich die Hintergründe dieser Entscheidung: Die Periode des Ausgleichs und der Verständigung zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus, zwischen Großdeutschland und der Sowjetunion, die mit dem Abschluß eines Nichtangriffspakts am 23. August 1939 und eines Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28. September 1939 begonnen hatte, war beendet. Es begann die Phase des unerbittlichen Kampfes, der letzten Auseinandersetzung auf Leben und Tod. Die genannten Dokumente beleuchten alle Seiten dieser großen Wandlung und geben ihre Gründe bekannt: Mit dem Bolschewismus ist keine Verständigung möglich, weil seine politische und soziale Doktrin die Vernichtung alles dessen bedeuten und bezwecken, was den Sinn unseres Lebens und unserer Auffassung von Staat, Gesellschaft, Kultur, vom privaten und öffentlichen Leben ausmacht.

Für den Kreml war der gegenwärtige Krieg von Anfang an nur eine Etappe auf dem Wege zur Weltrevolution und zur Eingliederung Europas in das wirtschaftliche und politische System der Sowjetmacht und des Bolschewismus. Die Verständigung mit Deutschland hat Stalin nur angenommen, um den Kriegsausbruch sicherzustellen, um die Völker Europas auf das äußerste zu schwächen, dabei möglichst großen territorialen Gewinn einzustreichen, und um dann im geeigneten Moment Deutschland und damit Europa in den Rücken zu fallen. Die von Stalin und der ganzen bolschewistischen Lehre stets vertretene Auffassung, daß die Rote Armee die Armee der Weltrevolution sei, daß der ganze mit ungeheuerlichem Menschenverschleiß durchgeführte Industrieaufbau der Fünfjahrespläne nur die machtmäßige Grundlage für die militärische Durchsetzung der Weltrevolution schaffen sollte, all dies war durch die scheinbare deutsch-sowjetische Verständigung des Herbstes 1939 unberührt geblieben.

111 Deutschland ist durch die ungeheuren Erfolge Adolf Hitlers in die Führerrolle in Europa hineingewachsen. Aus dieser Stellung ergibt sich zwangsläufig die Aufgabe der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus. Nachdem Deutschland den Kontinent englandfrei und militärisch zu einem geschlossenen Gebiet gemacht hat, fällt ihm in gleicher Weise die Aufgabe zu, diesen Zustand gegen die angelsächsischen Mächte auf der einen und gegen den Bolschewismus auf der anderen Seite zu verteidigen und endgültig zu sichern. Der gegenwärtige Krieg ist damit in eine neue entscheidende Phase getreten. Sein europäischer und grundsätzlicher Charakter enthüllt sich nun erst in ganzer Größe. Deutschland erscheint nunmehr nicht nur als der Schöpfer einer neuen europäischen Ordnung, sondern auch als der Verteidiger der abendländischen Kultur gegen bolschewistisch-asiatische Barbarei. Die Resonanz, die das gewaltige Ereignis des 22. Juni innerhalb und außerhalb Europas gefunden hat, zeigt, daß die Erkenntnis solcher Zusammenhänge auch in vielen Köpfen dämmert, die bisher von der Phraseologie Englands und seiner Mitläufer verdunkelt worden sind. Auch in der Tatsache, daß in den Kampf gegen den Bolschewismus Finnland, die Slowakei, Ungarn und Rumänien miteingegriffen haben, daß italienische Truppen auf dem Anmarsch zur russischen Front sind, und daß in den nordischen Ländern und in Spanien sich Freiwillige in großer Zahl sammeln, um an der europäischen Aufgabe dieses Kampfes mitzuwirken, ist ein Beweis für diese Erkenntnis.

Über der Würdigung der Bedeutung des 22. Juni darf man die genaue Lektüre der an diesem Tage von der deutschen Regierung veröffentlichten Dokumente nicht vergessen. Sie stellen in ihrer Gesamtheit ein neues Weißbuch von durchschlagender Beweiskraft dar, aus dem wir eine Fülle höchst wissenschaftlicher und wichtiger Dinge erfahren, die bisher unbekannt geblieben sind, weil, wie der Führer selbst es in seinem Aufruf mehrfach unterstrich, die deutsche Politik sich lange Schweigen auferlegen mußte. Die aggressive imperialistische Politik der Sowjetunion wird durch die neuen Dokumente erwiesen. Von höchstem Interesse ist besonders, was wir über den Besuch Molotows in Berlin erfahren und von den vier Forderungen, die Molotow bei dieser Gelegenheit vorbrachte, nämlich die Auslieferung Rumäniens und Finnlands an die Sowjets, die militärische Besetzung Bulgariens und der Meerengen durch sowjetische Truppen, Forderungen, die natürlich abgelehnt wurden, abgelehnt werden mußten. Betrachtet man die Karte Europas, wie sie nach Erfüllung der Forderungen Molotows ausgesehen haben würde, so wird klar, daß der Bolschewismus dann nicht nur Skandinavien, sondern auch den Balkan militärisch beherrscht und damit die Aus-

112 gangsstellung zu einer Umfassung Europas von den beiden Flügeln her besessen hätte. In den vier Forderungen Molotows enthüllt sich ein Imperialismus, der aufs Ganze geht, der Finnland, Schweden und Norwegen, die Türkei, Rumänien, Bulgarien, alle Völker des Donaubeckens und des Balkans ebenso umfaßt, wie die Mitte Europas selbst. Von allem Material, das die Dokumente des 22. Juni sonst noch enthalten, abgesehen, erweisen die vier Forderungen Molotows allein die ungeheure Gefahr, die die sowjetische Politik für ganz Europa bedeutet, und damit die Zwangsläufigkeit der kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Träger dieser Gefahr, der bolschewistischen Räteunion.

Unsere Kenntnis der außenpolitischen Zusammenhänge und der Hintergründe der politischen und militärischen Ereignisse dieses Krieges ist noch durch zwei weitere deutsche Veröffentlichungen des Monats Juni wesentlich bereichert worden, nämlich durch die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Weißbücher Nr. 6 und 7. Weißbuch Nr. 6 (Die Geheimakten des französischen Generalstabes) und Nr. 7 (Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland) beleuchten die Vorgeschichte und teilweise auch den Ablauf des Krieges in Norwegen, der Schlacht im Westen und des Kampfes auf dem Balkan. Sie zeigen erneut, in welchem Zusammenhang Deutschland den Krieg der Waffen und den der Dokumente führt, d. h. wie eng Kriegführung und Propaganda heute zusammengehen. Dies hat schon der ganze Verlauf des Krieges erwiesen. In jeder Phase hat die Führung des Reiches die militärische Vorbereitung und Durchführung durch eine gleich weitblickende und gründliche hinsichtlich der Aufklärung des eigenen Volkes und des Auslandes ergänzt. Die Funde in den eroberten Archiven unserer Feinde haben uns dabei sehr geholfen, und aus solchen Dokumenten sind die beiden neuen Weißbücher wieder hauptsächlich zusammengestellt.

Weißbuch Nr. 6 gibt die Unterlagen für die Bemühungen der Westmächte im Jahre 1940 um die Ausweitung des Krieges im Sinne einer Umklammerung Deutschlands vom Norden und vom Südosten her. Was Molotow durch seine vier Forderungen vom Osten her erreichen wollte, wollten England—Frankreich durch ihre Kriegsausweitungspläne auf der skandinavischen und auf der Balkanseite vom Westen her. Die Umklammerung sollte in erster Linie der Vervollständigung der völkerrechtswidrigen englischen Blockade dienen. Deutschland sollte von den kriegswichtigen Rohstoffen Erz und Erdöl ausgeschlossen werden. Der russisch-finnische Krieg sollte in Form der Hilfeleistung der „westlichen Demokratien“ für Finnland Gelegenheit zur militärischen Besetzung von Nordnorwegen und Nordschweden und damit der Erzgruben Skandinaviens bieten. Als durch den Friedensschluß zwischen Finnland und Rußland diese Möglichkeit verbaut war, sollte das gleiche Ziel durch

113 Im Osten liefen die Pläne der Westmächte ferner darauf hinaus, die Ölfelder Bakus durch massive Luftangriffe aus Syrien und Mesopotamien zu zerstören, damit die Lieferung von russischem Öl nach Deutschland zu unterbinden, außerdem darauf, den Wasserweg der Donau durch Sabotage als Verkehrsweg für Deutschland ungangbar zu machen, und schließlich die Zerstörung der rumänischen Petroleumquellen und Raffinerien ebenfalls im Wege der Sabotage herbeizuführen. Zahlreiche Dokumente beleuchten diese Pläne bis in alle Einzelheiten. So finden wir als Dokumente Nr. 34 und 38 genaue Aufstellungen über die Ziele, die im russischen Petroleumgebiet von Baku angegriffen werden sollten, sowie einen genauen Fahrplan für die Zerstörungsaktion. Dokument Nr. 36 enthält über einen von der rumänischen Regierung noch rechtzeitig entdeckten großangelegten Versuch der Engländer, die Donau durch Sabotageakte zu sperren, genaueste Angaben.

Die auf die Schlacht im Westen bezüglichen Dokumente des Weißbuches Nr. 6 werfen ein bezeichnendes Licht auf die Art, wie die Engländer sich gegenüber dem französischen Bundesgenossen verhielten, wie sie ihn ausnutzten, immer wieder die ganze Last des Kampfes auf ihn legten und ihn schließlich aufs schmachlichste im Stiche ließen. Diese Dokumente sind heute, da England Vichy mit allen Mitteln von der Zusammenarbeit mit Deutschland abhalten möchte und sich als Vorkämpfer für eine spätere „Befreiung“ Frankreichs aufspielt, besonders aktuell. Alle Franzosen sollten diese Dokumente aufmerksam lesen, besonders die Dokumente 52 bis 55, 64, 69 und 70. Sie geben eine ganze Reihe immer dringlicher werdender Hilferufe des französischen Oberkommandos und der französischen Regierung um Unterstützung für die verzweifelt kämpfenden französischen Truppen durch die englische Luftwaffe wieder. Diese aber kam nicht, sondern zog es vor, ihre Kräfte für die Verteidigung der englischen Insel zurückzuhalten, d. h. den französischen Bundesgenossen einfach in Stich zu lassen.

Besonders interessant ist sodann Dokument Nr. 61, das einen Vortrag des französischen Oberkommandierenden Weygand vom 22. Mai über die Kriegslage, also vier Wochen vor dem Waffenstillstand, wiedergibt. Schon damals hielt Weygand die Schlacht im Westen für verloren. Die Frage des

Abschlusses eines Sonderfriedens mit Deutschland wurde im Anschluß an seinen Vortrag erörtert. Schon damals fühlte man sich von England verlassen, wie sich aus Dokument Nr. 61 klar ergibt.

Das Weißbuch Nr. 7 (Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland) enthält als Einleitung

114 den Aufruf des Führers an das deutsche Volk vom 6. April, die gleichzeitige amtliche Erklärung der Reichsregierung, das ihr als Anlage beigefügte Memorandum, die Note der Reichsregierung an die griechische Regierung vom 6. April und das ihr beigefügte Memorandum. Diese seit dem 6. April bereits bekannten Dokumente, die die Gründe von Deutschlands militärischem Eingreifen gegen Jugoslawien, Griechenland und das englische Expeditionskorps auf griechischem Boden ausführlich darlegen, erhalten nun durch die anschließenden 144 Dokumente ihren dokumentarischen Unterbau. Vor uns wird die ganze Geschichte der deutsch-jugoslawischen Beziehungen seit dem Weltkrieg aufgerollt, wir überblicken die langjährigen Bemühungen der deutschen Politik, um mit diesem Staat, trotzdem er einen wesentlichen Teil des Versailler Zwangssystems darstellte, sich zu verständigen, eine Politik, die im Anschluß Jugoslawiens an den Dreierpakt und der damit verbundenen Garantierung seines Besitzstandes ihre Krönung fand. Wie diese Politik von den Westmächten systematisch gestört und bekämpft wurde, wie die Politik Jugoslawiens immer wieder zweigleisig war, einerseits die Freundschaft mit Deutschland zu pflegen schien, andererseits mit Deutschlands Feinden engsten Kontakt behielt, erfahren wir bis ins einzelne, nicht minder, wie schließlich Jugoslawien sich völlig zum Werkzeug der englischen Kriegspolitik machte.

Die Dokumente hinsichtlich des Konflikts mit Griechenland (Nr. 103 bis 144) zeigen das enge Zusammenspiel der griechischen Regierung mit den Westmächten schon vor und erst recht nach dem Ausbruch des Krieges. Es ergibt sich ganz einwandfrei, daß Griechenland vom Beginn des Krieges an nicht neutral war, sondern auf der Seite der Westmächte stand, diese in jeder Weise unterstützte und ihnen das griechische Territorium für ihre kriegerischen Vorbereitungen gegen die Achsenmächte zur Verfügung stellte, schließlich daß mindestens vom November 1940 an sich der Aufmarsch englischer Streitkräfte auf griechischem Boden vollzog. Deutschlands militärische Aktion erscheint so als der unausweichbare Gegenschlag gegen die englische Politik der Einmischung und Festsetzung auf dem Balkan.

Mit den Dokumenten des 22. Juni und den Weißbüchern Nr. 6 und 7 haben wir wiederum drei Sammlungen von Dokumenten vor uns, die in ihrer Gesamtheit die Schlagkraft der deutschen Außenpolitik in diesem Kriege glänzend bestätigen. Sie erweisen erneut die scharfe Durchdringung der politischen Problematik, die hinter der kriegerischen Auseinandersetzung steht, und deren souveräne Beherrschung durch die deutsche Führung. Sie beweisen auch erneut, wie die politische und militärische Führung in diesem Kriege bei uns auf gleicher Höhe sind, ein geschlossenes Ganzes bilden, und wie alle Aktionen der deut-

115 schen Führung auf militärischem und politischem Gebiet' sich aus einer genialer Einsicht und Voraussicht entspringenden Planung entwickeln.

Der Krieg gegen die Sowjetunion hat bis Ende des Monats Juni bereits zu gewaltigern Erfolgen geführt. Die riesigen, von den Sowjets an den deutschen Grenzen gesammelten Streitkräfte wurden in scharfem Zupacken teils zerschlagen, teils zurückgedrängt. Am größten ist offenbar der Erfolg gegen die sowjetische Luftwaffe, der durch das schnelle und durchschlagende Eingreifen der deutschen Luftwaffe jede Möglichkeit offensiven Vorgehens gegen den deutschen Luftraum genommen worden ist, ein Erfolg, der angesichts der zahlenmäßigen Stärke der sowjetischen Luftstreitkräfte und der im deutschen Osten und Südosten liegenden industriellen und sonstigen Werte von kriegswichtiger Bedeutung nicht genug unterstrichen werden kann. Daß z. B. von den Tausenden sowjetischer Flugzeuge auch nicht eines die Reichshauptstadt erreicht hat, übertrifft jede auch noch so optimistische Erwartung, die man vor dem Konflikt in dieser Hinsicht haben konnte.

Die Wirkung des Beginns der kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus ist auf der ganzen Welt ungeheuer. In England und den Vereinigten Staaten haben die Regierenden sich beeilt, die Sowjetmacht als Bundesgenossen im „Kampf für die Demokratie und Zivilisation“ zu begrüßen! Niemand konnte von Churchill oder von Roosevelt etwas anderes erwarten. Man sprach von einer Atempause, die England dadurch erhalte, wenn man auch sehr schnell feststellen mußte, daß der Krieg zur See und in der Luft gegen die englischen Inseln mit gleicher Heftigkeit und mit gleichen Erfolgen weitergeht. In Europa jedoch hat Deutschlands Kriegserklärung an den Bolschewismus ein bemerkenswertes Echo gehabt. Alle Staaten, die mit Deutschland das gefährliche Schicksal teilen. Grenz-

nachbarn der Sowjetunion zu sein, sind an seiner Seite in den Krieg eingetreten, Finnland, die Slowakei, Ungarn und Rumänien.

Finnland ist in Beantwortung russischer Angriffe in der Luft und zu Lande in den Krieg eingetreten. Am 25. Juni wurde in Helsinki ein Blauweißbuch über das Verhältnis zwischen Finnland und der Sowjetunion veröffentlicht, das den Nachweis führt, daß Moskau sofort nach dem Friedensschluß vom 12. März 1940 begann, immer neue Forderungen an Finnland zu stellen mit der deutlichen Absicht, Finnland dadurch und durch Einmischung in seine inneren Verhältnisse ebenso zu unterjochen, wie dies mit den Randstaaten geschah. Molotows zweite Forderung während seines Berliner Aufenthaltes, Deutschland solle Moskau gegenüber Finnland freie Hand lassen, erfährt durch die im finnischen Blauweißbuch veröffentlichten Dokumente eine eindeutige Beleuchtung. Die Feststellung des Blauweißbuches „es geht um die Existenz

116 des ganzen Volkes, sie wird in diesem Kampf für lange Zeit entschieden werden" ist nur zu richtig. Am 27. Juni gab Finnlands Staatspräsident R y t i in einer eindrucksvollen Rundfunkansprache noch einmal einen Überblick über die Politik der Feindseligkeit, Bedrohung und Einmischung, die von Moskau gegenüber Finnland geführt worden ist. Er dankte dem Führer dafür, daß er Molotows Forderung zurückgewiesen habe, und rief das finnische Volk zum Verteidigungskampf gegen den Erbfeind auf. Dies tat auch der greise Feldmarschall Mannerheim in einem Tagesbefehl an die finnische Wehrmacht vom 29. Juni.

Die Reaktion Londons und Washingtons auf diese von der bittersten Notwendigkeit diktierte Haltung Finnlands war wirklich beschämend. Während Finnland im finnisch-russischen Konflikt von 1939/40 als der heldenhafte Vorkämpfer für die Demokratie und Freiheit, dem man mit allen Mitteln helfen müsse, gefeiert wurde, weil man damals im finnisch-russischen Krieg eine günstige Gelegenheit zu finden hoffte, um Deutschland das Erz Schwedens wegzunehmen und das Reich vom Norden aus anzugreifen, wurde nun in London und Washington heftig protestiert, die englische Blockade auf Finnland ausgedehnt und ließ Roosevelt die Guthaben Finnlands in USA einfrieren!

Die Slowakei brach am 22. Juni die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion ab, und am 24. Juni teilte Präsident T i s o in einem Aufruf an das slowakische Volk mit, daß die slowakische Armee die Grenzen der Slowakei überschritten habe, um sich der kämpfenden deutschen Wehrmacht anzuschließen.

Ungarn erklärte am 27. Juni den Kriegszustand mit der Sowjetunion. Seine Divisionen fechten wie im Weltkrieg Seite an Seite mit der deutschen Wehrmacht.

Rumänien erklärte in der Nacht des 22. Juni die allgemeine Mobilmachung, und General Antonescu erließ einen Aufruf an die rumänische Wehrmacht und an das rumänische Volk zum Kampf gegen die Sowjets und zur Rückeroberung Bessarabiens und der Bukowina. Wenige Tage später, am 28. Juni, war der erste Jahrestag des sowjetischen Ultimatus an Rumänien zur Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina.

So herrschte an der ganzen langen Grenze der Sowjetunion vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer der Kriegszustand, und hatte sich die vordere Linie einer gemeinsamen europäischen Phalanx gegen den Bolschewismus gebildet. In sie traten schnell neue Kämpfer ein. Italien hatte sich am 22. Juni 5.30 Uhr morgens als im Kriegszustand mit der Sowjetunion befindlich erklärt, und bereits am 26. Juni besichtigte Mussolini die erste motorisierte Division des für die russische Front bestimmten Expeditionskorps.

117 In Spanien löste die Kampfansage des Führers an den Bolschewismus einen Sturm der Begeisterung und eine wahre Kreuzzugsstimmung aus. Die Bemühungen der deutschen Politik um eine Verständigung mit Moskau waren in Spanien nie populär; denn man hatte im spanischen Bürgerkrieg das Wüten des Bolschewismus allzusehr am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Um so uneingeschränkter begrüßte man es nun, daß die deutsche Wehrmacht zum Entscheidungskampf gegen den Bolschewismus antrat. In allen Teilen des Landes meldeten sich Zehntausende von Freiwilligen. Die Aufstellung einer kriegsstarke Division, in der jedoch nur ein kleiner Teil der gemeldeten Freiwilligen Platz finden kann, ist im Gange.

In Portugal gab die gesamte Presse der Überzeugung Ausdruck, daß der Kampf gegen den Bolschewismus einer Notwendigkeit entspreche, und das Regierungsblatt „Diario de Manha" äußerte am 24. Juni, Portugal habe aus seiner antibolschewistischen Einstellung nie ein Hehl gemacht, und der Staat Salazars müsse fortfahren, wie dies im spanischen Bürgerkrieg geschehen sei, einen scharf antibolschewistischen Kurs z.u steuern.

Dänemark hat am 26. Juni die Beziehungen mit Sowjetrußland abgebrochen. Freiwillige eilen aus Dänemark, ebenso wie aus Schweden, Finnland zu Hilfe. In Norwegen gab Reichskommissar Terboven am 29. Juni bekannt, daß der Führer der Aufstellung einer norwegischen Legion zugestimmt habe. In Schweden nahmen Ministerpräsident Hansson und Kultusminister Bagge in öffentlichen Reden Stellung. Sie begründeten die von der schwedischen Regierung gegebene Erlaubnis zum Durchmarsch deutscher Truppen aus Norwegen nach Finnland, und erklärten im übrigen Schwedens Absicht, aus dem Konflikt herauszubleiben.

Die französische Regierung gab am 30. Juni folgende Erklärung heraus: „Die französische Regierung hat, nachdem sie die Gewißheit erlangt hat, daß die diplomatischen und konsularischen sowjetrussischen Agenten in Frankreich eine die öffentliche Ordnung und Sicherheit des Staates gefährdende Tätigkeit ausübten, beschlossen, die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abzubrechen.“ Botschafter de B r i n o n teilte am 29. Juni der Presse mit, daß die Pariser Polizei in den letzten Tagen etwa 250 ausländische Kommunisten verhaftet habe, die zu den seit dem Juli des letzten Jahres verhafteten 16888 hinzukämen. Die kommunistische Propaganda versuche, die durch den Krieg in Frankreich verursachten Leiden der Bevölkerung, besonders die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung, für ihre Zwecke auszunutzen. Das Ziel sei, das gegenwärtige Regime zu beseitigen und eine Sowjetrepublik in Frankreich zu errichten.

118 Es ergibt sich also, daß Deutschlands Kampf gegen den Bolschewismus nicht nur in der Idee und in der Perspektive der Gestaltung der Zukunft, sondern in der politischen und militärischen Realität der europäischen Gegenwart ein Verteidigungskampf Europas gegen eine gemeinsame Gefahr ist, und daß es sich nicht um eine Machtauseinandersetzung üblicher Art, sondern eine grundsätzliche Entscheidung über das Schicksal unseres Erdteils handelt.

Daß in diesem Kampf das verbündete Italien in selbstverständlicher Kampfgemeinschaft mit Großdeutschland zusammensteht, wurde schon erwähnt. Eine amtliche Erklärung vom 23. Juni schloß mit folgendem Satz: „Das faschistische Italien, das geschlossen hinter dem Duce, dem Hüter seiner höchsten Werte, als ein Block in Waffen steht, begrüßt den Vormarsch der neuen europäischen Kultur gegen die dunklen barbarischen Kräfte des Kommunismus, die dabei waren, den Plutokraten die Hand zu reichen, die in ungeheuerlichem Zusammenschluß der verneinenden Kräfte heute gegen die junge Kraft der Achse und den schöpferischen Geist der beiden Revolutionen des neuen Europa nicht aufkommen können.“

Am 10. Juni beging Italien den ersten Jahrestag seines Eintritts in den Krieg. Der Duce hielt in einer Sitzung der faschistischen korporativen Kammer eine Rede, in der er einen Überblick über den Kriegsverlauf gab mit interessanten Zahlenangaben über die italienischen Leistungen und Verluste. Er schilderte sodann die politischen Folgen des siegreichen Balkankrieges und unterstrich mit Befriedigung die Lösung des Problems der Sicherheit in der Adria als Folge dieses Sieges. Ferner stellte er fest, daß Griechenland in den italienischen Lebensraum im Mittelmeer eintrete. Nach einem Überblick über die Entwicklung des Krieges in Italienisch Nord- und Ostafrika formulierte Mussolini in seiner prägnanten und eindrucksvollen Art das Wesen der Achsenpolitik: „Wir arbeiten zusammen, wir marschieren zusammen, wir kämpfen zusammen, und wir werden zusammen siegen. Die Kameradschaft zwischen den Kampftruppen ist im Begriff, zur Kameradschaft zwischen den Völkern zu werden. Zwei Völker — ein Krieg! Das ist die lapidare Formel, die unsere Handlungsweise eindeutig erklärt, eine Handlungsweise, die auch nach dem Siege fort dauern wird.“ Über Spanien sagte der Duce: „Es ist klar, daß Spanien trotz aller mit erpresserischen Drohungen abwechselnden Schmeicheleien nicht darauf verzichten kann, die einzigartige Gelegenheit wahrzunehmen, die Spanien geboten wird, um für in anderen Zeiten erlittene Ungerechtigkeiten Wiedergutmachung zu erlangen. Wir verlangen von Spanien in keiner Weise eine Entscheidung, die von den verantwortlichen Stellen in voller Freiheit getroffen werden muß. Wir beschränken uns darauf, zu denken

119 und zu glauben, daß Spanien weiß, auf welcher Seite seine erprobten Freunde und seine ebenso erwiesenen Feinde stehen.“ Hinsichtlich der Vereinigten Staaten 'a'-te Mussolini: „Man möge wissen, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg uns nicht übermäßig aufregt. Eine ausdrückliche Kriegserklärung würde an der gegenwärtigen Lage nichts ändern, die schon der Krieg de facto, wenn auch nicht de jure ist. Der amerikanische Kriegseintritt würde auch nichts mehr ändern. Der Kriegseintritt Amerikas wird erstens Großbritannien den Sieg nicht schenken, sondern den Krieg verlängern, er wird zweitens den Krieg räumlich nicht beschränken, sondern auf andere Weltmeere ausdehnen, und wird drittens die Herrschaftsform der USA in eine autoritäre und totalitäre umwandeln.“ Mit einem flammenden „wir werden siegen“ schloß der Duce inmitten gewaltiger Begeisterung seine Rede.

Mit größter Freude wurde in Italien die dreitägige Panzerschlacht bei Sollum vom 15. bis 17. Juni zur Kenntnis genommen, die zur Vernichtung von über zweihundert englischen Panzerwagen geführt hat, und den Versuch der Engländer, Tobruk zu entsetzen und womöglich die Cyrenaika wieder zu erobern, vereitelt hat.

Italiens Mitwirkung am politischen Geschehen kam im übrigen im Zusammentreffen des Duce mit dem Führer am 2. Juni, im Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten von Bardossy in Rom, am 5. Juni, und dem des Königs Boris von Bulgarien sowie in der feierlichen Unterzeichnung des Dreimächtepaktes durch Kroatien am 14. Juni in Venedig zum Ausdruck.

Der geistigen Unterbauung des politischen Verhältnisses der Achsenmächte dient die Annahme des Statuts des italienischen Instituts für deutsche Studien durch den italienischen Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten am 7. Juni, bei der betont wurde, „daß es notwendig sei, eine immer größere Anzahl von Lehrern für die deutsche Sprache und das deutsche Schrifttum an den italienischen Schulen heranzubilden und so zu einem immer größeren Austausch zwischen den beiden befreundeten und verbündeten Nationen auf kulturellem Gebiet zu gelangen.“

In Spanien hat, wie schon erwähnt, die Eröffnung des Kampfes gegen den Bolschewismus eine wahre Kreuzzugsstimmung ausgelöst. Am Tage der Eröffnung der Meldebüros für die spanische Legion meldeten sich allein über 40 000 Freiwillige. Große Sympathiekundgebungen für Deutschland fanden im ganzen Lande statt, die spanische Presse feierte in zahlreichen Artikeln die geistige Kampfgemeinschaft zwischen Spanien und Deutschland im Kampf gegen den Kommunismus.

Am 27. Juni hat Spanien mit dem Vatikan nach langen Verhandlungen ein Abkommen über die Frage

120 der Ernennung der Bischöfe abgeschlossen, als ersten Schritt zu einem neuen Konkordat, daß das alte von 1851 ersetzen soll. Dieses, das der spanischen Krone in der Investiturfrage besondere Vorrechte sicherte, wird vom Vatikan als durch das Intermezzo seiner Nichtgültigkeit in der Zeit der spanischen Republik seit 1931 als obsolet geworden angesehen. Die ersten vier Paragraphen des Konkordats von 1851, die Spanien als Staat katholischer Prägung definieren, bleiben jedoch in Gültigkeit.

Hinsichtlich Spaniens Verhältnis zu Südamerika ist bemerkenswert, daß der 26. Juni, der Todestag des Eroberers von Peru, Pizarro, der aus Trujillo in Estremadura, woher bekanntlich viele der Eroberer Südamerikas gekommen sind, stammte, sowohl in Spanien wie in der von Pizarro gegründeten Hauptstadt Perus, Lima, festlich begangen wurde. Die historische Verbindung Perus mit Spanien wurde hervorgehoben und die Hispanität, die geistige Einheit der spanisch sprechenden Völker, gefeiert.

Der andere Staat der iberischen Halbinsel, Portugal, hat sich auch im Monat Juni intensiv mit dem Imperialismus der USA auseinandersetzen müssen. Am 12. Juni wurde in Lissabon ein Notenwechsel mit Washington veröffentlicht: Die portugiesische Note vom 30. Mai brachte die Verwunderung und Beunruhigung Portugals über die auf die portugiesischen Inseln im Atlantik bezüglichen Ausführungen Roosevelts in seiner kriegshetzerischen Kaminrede vom 27. Mai zum Ausdruck und verlangte Aufklärung darüber, wie diese Ausführungen zu verstehen seien. Die portugiesische Note unterstrich ferner den absoluten Willen Portugals, die Neutralität und die Souveränitätsrechte Portugals gegen jeden Angriff zu verteidigen. Die Antwortnote Hulls vom 11. Juni, die versicherte, die USA hätten keine aggressiven Absichten gegen Portugal, jedoch einer eindeutigen Stellungnahme auswich und indirekt die imperialistischen Ausführungen Roosevelts aufrechterhielt, wurde in Lissabon als sehr wenig befriedigend angesehen und von der Presse auch entsprechend kommentiert. Ähnlich war die Reaktion in Brasilien, wo die Presse Portugal Hilfsstellung leistete. Beide portugiesisch sprechenden Länder sind eben vom Imperialismus der USA bedroht.

Portugal hat es jedoch mit Worten nicht bewenden lassen, sondern im Laufe des Monats Juni laufend weitere erhebliche Verstärkungen an Truppen- und Kriegsmaterial nach seinen Inseln im Atlantik geschickt. Als Roosevelts Sohn James auf dem Rückweg von seiner Informations- und Kriegstreiberreise im Fernen, Mittleren und Nahen Osten nach Lissabon kam und sich von einer Lissaboner Zeitung interviewen ließ, verbot die portugiesische Zensur den größten Teil des Interviews ebenso wie die Veröffentlichung von Bildern über Ankunft und Abreise des Sohnes des imperialistischen USA-Diktators.

121 Daß der angelsächsische Imperialismus sich gegen Europa im ganzen richtet, und daß jede Entwicklung, die sich im Sinne europäischer Einheit anbahnt oder vollzieht, von ihm mit allen Mitteln und ohne jede Einschränkung bekämpft wird. Hat Frankreich im Monat Juni eindringlich erfahren müssen. Die Hinwendung der französischen Politik zur Zusammenarbeit mit Deutschland ist den Engländern und Amerikanern ein Dorn im Auge.

Vichy hat aber seine Entschlossenheit zu dieser Politik mehrfach mit aller Deutlichkeit geäußert. Admiral Darlan hat in einer Presseerklärung vom 31. Mai die Engländer wegen der Luftangriffe auf den tunesischen Hafen Sfax scharf angegriffen und bei dieser Gelegenheit ein Sündenregister der Engländer aufgestellt. Die Bilanz der „Akte englischer Seeräuberei“ sei die folgende: „90 Schiffe mit 370000 Tonnen wurden von England bis Ende Juni 1940 beschlagnahmt, 10 Schiffe mit 36000 Tonnen wurden von den Engländern in den abtrünnigen Kolonien beschlagnahmt, 33 Schiffe mit 158000 Tonnen wurden von den Engländern seit dem 26. Juni 1940 auf den Meeren beschlagnahmt, 13 Schiffe mit 142 000 Tonnen wurden auf Verlangen der Engländer in Amerika blockiert, 21 Schiffe mit 86 000 Tonnen gingen seit Juli 1940 durch Bombardierung, Torpedierung oder freiwillige Versenkung angesichts der englischen Drohung der Wegnahme verloren. Im ganzen ist das ein Verlust von 792 000 Tonnen, die einen Wert von 120 Milliarden Franken darstellen.“ Nach Aufzählung weiterer Gewaltakte der Engländer erklärte Darlan, all dies sei bedingt durch Englands Willen, Frankreich als Seemacht zu zerstören, trotzdem es bis Ende Juni 1940 der Verbündete Großbritanniens gewesen sei. England habe in der ganzen Nachkriegszeit die Macht Frankreichs zu beschränken versucht. Als Deutschland dann als militärische Macht und als Faktor der Einigung Europas erschienen war, so führte Darlan weiter aus, habe sich England auf seine Allianz mit Frankreich besonnen und von der Dummheit französischer Politiker profitiert, um Frankreich in diesen Krieg zu verwickeln, in dem Recht und Freiheit die Vorwände waren. Weil heute Frankreich in Marschall Petain endlich einen klarsehenden Chef habe, stürze sich England mit Heftigkeit und Heuchelei über es her. England wolle Frankreich aushungern und sich seiner Kolonien und Schiffe bemächtigen. Es wolle Frankreich verbieten, an einer neuen europäischen Ordnung teilzunehmen und es verhindern, die Einheit seines Territoriums und seines Kolonialreiches aufrechtzuerhalten. Bezüglich der Ansichten, daß ein Sieg Englands Frankreich wieder wie einst erstehen lassen würde, müsse man sagen, daß selbst in dem unwahrscheinlichen Falle eines englischen Sieges man sehr gut wisse, daß England sich nur von seinen ei-

122 genen Interessen leiten lassen würde, ganz gleich, welches die Haltung Frankreichs während des Krieges gewesen wäre. Man brauche nur an 1919 zu denken. In einer siegenden angelsächsischen Welt würde Frankreich nur ein Dominium zweiten Ranges sein, ein Fremdkörper in einem System, in dem es keine ehrenwerte Rolle spielen könnte. Abschließend erklärte Darlan, Frankreich sei immer noch stark genug, um die englische Gewaltpolitik abweisen zu können.

Am 10. Juni hielt Darlan eine Rundfunkansprache an das französische Volk, das er warnte, der Propaganda de Gaulles zu glauben. Er umriß die schwere Aufgabe, vor der die Regierung Petains stehe und verlangte Mut und Glauben an den Marschall.

Am 8. Juni schritten die Engländer von Palästina aus, zusammen mit Streitkräften des Verrätergenerals de Gaulle, zum Angriff auf das französische Mandatsgebiet Syrien mit der fadenscheinigen und völlig unwahren Begründung, daß sich in Syrien deutsche Truppen befänden. Der im Auftrag de Gaulles auftretende General Catroux richtete an die französischen Truppen in Syrien einen Aufruf mit der Aufforderung, nicht zu kämpfen und Syrien zu übergeben. Die englische Propaganda hatte es vorher so dargestellt, als ob eine friedliche Besetzung Syriens zu erwarten sei. Dies erwies sich jedoch als ein großer Irrtum. Die französische Syrien-Armee unter Befehl des Generals Dentz nahm den Kampf an. Marschall Petain erließ eine Botschaft an die Armee in Syrien, in der er den englischen Angriff als vollkommen unberechtigt bezeichnete und die Erwartung aussprach, daß die französischen Truppen die Integrität Syriens zu verteidigen wissen würden. In Vichy wurden empörte und entrüstete Erklärungen gegen die Engländer und ihren Helfer de Gaulle ausgegeben: „England begeht einen neuen ungerechtfertigten Angriffsakt gegen das französische Imperium, und wir werden dieses Imperium bis zur äußersten Grenze unserer Kraft verteidigen. Wir kämpfen gegen einen Angreifer, der die augenblickliche Lage Frankreichs feige ausnützt.“ General Dentz rief seine Armee zum entschlossenen Widerstand auf. Die französische Regierung richtete über den englischen Botschafter in Madrid, Sir Samuel Hoare, eine scharfe Protestnote an England wegen des ungerechtfertigten Überfalls und erklärte ihre Entschlossenheit, bis zum letzten Widerstand zu leisten. Die englische Antwortnote vom 13. Juni gipfelte in der impertinenten Forderung, Vichy solle die französischen Truppen in Syrien anweisen, keinen Widerstand zu leisten. Diese englische Note wurde in Vichy scharf abgelehnt und als Anmaßung bezeichnet. In einer Erklärung des französischen Kriegsministeriums vom 16. Juni wurde Englands Angriff gegen Syrien schändlich und jämmerlich genannt.

123 Die französische Syrien-Armee, die durch die Demobilisierung des größten Teiles der weißen Truppen nach dem Waffenstillstand eine starke Verminderung erfahren hatte, hat ich gegen den engli-

schen Angriff tapfer zur Wehr gesetzt, und trotz großer Überlegenheit konnten die Engländer bis Ende Juni in drei Kampfwochen nicht weit vordringen.

Am 21. Juni wurde aus Vichy gemeldet, daß die französische Regierung eine neue Protestnote an England gerichtet habe. diesmal wegen Englands Haltung gegenüber F r a n z ö s i s c h-Somaliland. Am 9. Juni hatte der Befehlshaber der englischen Streitkräfte in Afrika Französisch-Somaliland aufgefordert, sich de Gaulle anzuschließen, und gedroht, im Weigerungsfalle die Kolonie zu blockieren und auszuhungern. Der französische Protest hiergegen hat jedoch offenbar bisher keine Wirkung gehabt.

Die Politik der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich wird in Washington ebenso abgelehnt und bekämpft wie in London. Roosevelt hat seinen Botschafter L e a h y ja hauptsächlich zu dem Zweck nach Vichy geschickt, um der Politik der Zusammenarbeit entgegenzuwirken. Admiral Darlan sah sich am 17. Juni veranlaßt, Leahy, der offenbar im gegenteiligen Sinne insistiert hatte, die Entschlossenheit Frankreichs zum Ausdruck zu bringen, Syrien mit allen Mitteln zu verteidigen. Der französische Botschafter in Washington, H a y e, machte der USA-Presse ähnliche Erklärungen.

So steht die Regierung von Vichy nach verschiedenen Seiten im Kampf. Sie muß sich zur Wehr setzen gegen den Verräter General de Gaulle und seine von England finanzierte Propaganda draußen im französischen Kolonialreich und über den englischen Rundfunk in Frankreich selbst, ferner gegen England und USA, die mit allen Mitteln der Propaganda, des politischen Drucks, der Blockade und der kriegerischen Gewaltanwendung den früheren Verbündeten verhindern wollen das zu tun, was nach Lage der Sache für ihn das allein mögliche ist, nämlich die Niederlage anzuerkennen, aus ihr die Folgerungen zu ziehen und sich in das in der Bildung begriffene Europa einzufügen.

Frankreichs Haltung gegenüber dem Kampf Europas gegen den Bolschewismus wurde schon erwähnt. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau hat Frankreich von der Verschwörerzentrale befreit, die diplomatische und konsularische Sowjetvertretungen in jedem Lande, darstellen.

Die Loslösung von bisherigen Anschauungen und Grundsätzen, die für den Zusammenbruch mitverantwortlich gemacht werden, geht aber weiter. In der Lösung der Judenfrage hat Vichy durch die Veröffentlichung von zwei neuen Gesetzen am 13. Juni einen weiteren Schritt getan. Sie bringen Verschärfun-

124 gen der bisherigen Vorschriften, z. B. totale Berufsverbote für Juden in Rundfunk, Presse und Film, den numerus clausus für jüdische Studierende an den Universitäten und genaue statistische Erfassung der Juden. Die endgültige Regelung der Judenfrage wird, besonders weil man die Juden gegenwärtig nicht aus Frankreich entfernen könne, auf die Zeit nach 1| Kriegsende aufgeschoben.

Die Nachrichten aus der Sowjetunion waren in den Wochen vor dem 22. Juni recht spärlich. Auf die besonders von London aus schon seit längerer Zeit verbreiteten Nachrichten von deutsch-russischer Spannung, bevorstehenden deutschsowjetischen Verhandlungen und nahem Konflikt antwortete Moskau mehrfach mit Dementis. Im Lichte der Dokumente des 22. Juni erklären sich diese Dementis, deren gereizter Ton auffällig war, einfach genug: Es war Moskau unangenehm, wenn von einem bevorstehenden Konflikt geredet wurde, solange der Aufmarsch der Sowjetarmeen für den beabsichtigten Angriff gegen Deutschland noch nicht beendet war.

Als der Schleier zerrissen war, zeigte sich das Gesicht des Bolschewismus wieder offen und unverhüllt. M o l o t o w sprach im Rundfunk am 22. Juni, bezeichnete Deutschland als Angreifer und die Sache Moskaus als die gerechte Sache und den bolschewistischen Krieg als einen „Krieg des Vaterlandes für Heimat, Ehre und Freiheit“. Er rief die „Sowjetpatrioten“ zum äußersten Widerstand auf. Daß die Rote Armee nun nicht für die Weltrevolution, sondern für Vaterland und Heimat kämpfe, war schon eine Drehung der bisherigen Phraseologie um 180%, daß aber nach wenigen Tagen von London über die Welt verbreitet wurde „in der Kathedrale von Moskau und in allen anderen fünfundzwanzig Kirchen der Hauptstadt hätten Gottesdienste für den Sieg der russischen Waffen stattgefunden, und in der Kathedrale habe der Patriarch eine Botschaft verlesen, in der allen, die die Grenzen des Vaterlandes verteidigen, der Segen erteilt worden sei“, das übersteigt doch alle Begriffe von Lüge und Heuchelei. Plötzlich sollte die jahrzehntelange systematische Ausrottung jeder Religion, die blutige Unterdrückung des kirchlichen Lebens, die vom Staat ins Leben gerufene und geförderte Gottlosenbewegung nicht mehr wahr sein, und wandelte sich der Staat der Weltrevolution, des Atheismus und der blutigsten Tyrannei in ein Vaterland betender Patrioten und Kämpfer für Ehre und Freiheit! Nichts kann auch die Skrupellosigkeit der englischen Propaganda und ihre Instinktilosigkeit klarer dartun als die Tatsache, daß der Londoner Propagandaapparat sich voll und ganz in den Dienst derartig offenkundiger und törichter Lügen stellte. England braucht eben Bundesgenossen und Hilfe um jeden Preis.

Nach dem Zusammenbruch aller seiner Bundesgenossen auf dem Kontinent kommt ihm die Aussicht, Rußland als Bundesgenossen zu haben, offensichtlich geradezu verlockend vor.

125 Die Lage Englands auf dem vitalsten Gebiet, dem der Schifffahrt, gibt die Erklärung. Zwar wird die Lage von der Regierung möglichst verschleiert, wie schon die ganz unvollständigen Angaben über die Schiffsverluste zeigen. Die englische Regierung hat sich denn auch dem aus parlamentarischen Kreisen lautgewordenen Wunsch, die Lage der Schifffahrt und den Stand der „Schlacht im Atlantik“ im Unterhaus zu diskutieren, versagt. Churchill erklärte am 19. Juni, „daß die Debatte über die Handelsmarine in geheimer Sitzung stattfinden müsse, da sonst eine ernste Gefahr für das öffentliche Interesse bestehen würde, wenn man die Angelegenheit öffentlich diskutierte. Der Abgeordnete Shinwell erklärte auf dem Kongreß der Arbeiterpartei am 4. Juni, Roosevelts Erklärung, daß die Versenkungen dreimal größer seien als die Kapazität der britischen Werften, lege die Lage nicht vollkommen klar. Die Lage sei viel schlimmer. Es handle sich nicht mehr um ein Schifffahrtsproblem, sondern um eine Frage, die die Einfuhr, die Rationierung und die Herabsetzung des gesamten zivilen Verbrauchs berühre. Jetzt sei eine Umlegung des gesamten Wirtschaftslebens notwendig. Wenn die Engländer nicht schnell ihre beschädigten Schiffe reparieren und die verlorene Tonnage ersetzen könnten, dann wisse er nicht, ob ein Sieg in Sicht sei.

Die Engländer haben ihre im Stillen Ozean fahrenden Schiffe fast ganz aus der Fahrt nehmen müssen, um sie in der „Schlacht im Atlantik“ einzusetzen, mit der Folge, daß die Verfrachtungsmöglichkeiten in den pazifischen Teilen ihres Reiches katastrophal geworden sind.

Die unmittelbare Folge der Schiffsraumnot sind immer weitere Einschränkungen der englischen Versorgung und eine Erweiterung der Rationierungsmaßnahmen auf immer neue Gebiete. Am 1. Juni wurde die Kleiderkarte in England eingeführt. Auch jede andere Art von Textilien, und sogar der Handel mit alten Kleidern soll baldigst rationiert werden, im England der Textilindustrie, in dessen Weltreich Baumwolle und Wolle in Überfluß produziert wird, gewiß ein bezeichnender Vorgang. Über die Knappheit an Futtermitteln und die sich daraus ergebende Notwendigkeit umfangreicher Viehschlachtungen kamen Mitte Juni verschiedene Meldungen aus London.

Arbeitsminister B e v i n wandte sich am 23. Juni in einem Aufruf an die Bergarbeiter und die Bergwerksindustrie und unterstrich die Notwendigkeit der Steigerung der Kohlenproduktion. Es müßten wöchentlich eine halbe Million Tonnen Kohle mehr gefördert werden, wenn England nur einigermaßen für den kommenden Winter gerüstet sein wolle. Auch Papier ist knapp, so daß man sogar die Größe der Scheckformulare um ein Drittel verkleinert hat. Das auf seinen Individualismus so stolze England sieht

126 sich genötigt, durch Gesetz eine Standardisierung von Stoffen, Trikotwaren und Hausrat festzulegen, ebenso von Küchengeräten, Eßservicen, Pfannen usw. Die Preise sind in Folge der Knappheit stark gestiegen, im Großhandel durchschnittlich um 54% seit Beginn des Krieges, bei Lebensmitteln sogar um 59,5%. Neuerdings muß man sogar in den Gebieten, aus denen England seine Versorgung erhält, an Einschränkungen denken. Nach einer Meldung aus New York haben Beamte des USALandwirtschaftsministeriums erklärt, daß der Verbrauch in USA an Butter, Käse, Sahne und Milch und auch an Konserven eingeschränkt werden müsse, wolle man Englands Mindestforderungen erfüllen. Die kanadische Bevölkerung wurde amtlich aufgefordert, den Verzehr an Schweinefleisch herabzusetzen, um die Englandlieferungen zu erhöhen, damit England seinen beliebten Frühstücksspeck bekommen könne. Über die Ernährungslage der englischen Arbeiter machte ein Artikel der Zeitschrift „Spectator“ vom 26. Juni interessante Angaben, der diese Ernährung als völlig ungenügend bezeichnete.

Die unaufhörlichen Niederlagen Englands, zuletzt die in Kreta, haben im Monat Juni zu einem Anschwellen der Kritik geführt, wie es bisher in England noch kaum wahrzunehmen war. Der „Daily Herald“ schrieb am 5. Juni: „Wir müssen sagen, was man nicht sagen darf. Wir müssen unsere Gedanken auf das Udenkbare konzentrieren. England kann den Krieg verlieren.“ Der parlamentarische Sekretär des ersten Lords der Admiralität, Fletcher, erklärte am 7. Juni: „Wir haben eine vollkommen neue Art von Krieg zu führen. Es geht um unsere Existenz. Bisher wurde viel zu viel darüber gesprochen, daß wir auch in der Vergangenheit schwierige Krisen überstanden und schließlich immer die letzte Schlacht gewonnen haben. Die Niederlage kann nur durch eine viel größere Leistung vermieden werden sowie durch einen viel größeren Erfolg als den, den wir bisher verzeichnen konnten.“ Der frühere jüdische Kriegsminister Höre Belisha kritisierte in einer Rede in Edinburgh am 25. Juni die englische Kriegführung scharf. Jeder Rückzug finde die gleichen unvollkommenen Erklärungen, und immer werde falsches Vertrauen in die Zukunft als Narkotikum verabreicht.

Im Unterhaus fand am 10. Juni eine Debatte über Kreta statt, bei der die Regierung und die englische Kriegführung einer scharfen Kritik unterzogen wurden.

Um so mehr muß sich die englische Propaganda bemühen, dem eigenen Volke und der Welt die Lage Englands im günstigen Lichte erscheinen zu lassen und den englischen Kampfwillen und die Siegesaussichten möglichst wirkungsvoll hinzustellen. Dieser Aufgabe hat sich Churchill in drei Reden unterzogen,

127 am 10. Juni im Unterhaus, als er auf die Kritik wegen der Niederlage in Kreta antwortete, bei einer Konferenz der Vertreter aller Regierungen des englischen Reiches und der vielen Scheinregierungen von Englands besiegten Bundesgenossen auf dem Festlande, die am 12. Juni in London stattfand, und schließlich in einer Rundfunkrede vom 22. Juni, als Churchill zum Beginn des europäischen Kampfes gegen den Bolschewismus Stellung nahm.

Die Unterhausrede war im ersten Teil ein gequälter Versuch, das Parlament und die englische Öffentlichkeit über Kreta zu beruhigen, und durch phantastische Angaben über angebliche deutsche Verluste glauben zu machen, der Kampf um Kreta sei im großen und ganzen gesehen doch für England nützlich gewesen. Dabei verstieg sich Churchill zu einer niederträchtigen Verleumdung der deutschen Armee. Einige Tage zuvor hatte er gesagt, die deutschen Fallschirmtruppen seien in neuseeländischen Uniformen abgesprungen. Das widerrief er nun und sagte, sein Irrtum sei dadurch entstanden, daß die Deutschen auf Kreta gefangene Neuseeländer vor sich hergetrieben hätten. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die moralischen Qualitäten Churchills, daß er sich auf ein so niedriges Niveau der Lügenpropaganda herunterbegibt. Im zweiten Teil seiner Unterhausrede versuchte er dann, die Lage Englands im östlichen Mittelmeer und in Afrika möglichst günstig hinzustellen, und auf diesem Hintergrund die Niederlage auf Kreta als geringfügig erscheinen zu lassen.

Churchills Rede vom 12. Juni war eine reine Propagandarede, hauptsächlich für die Wirkung im Ausland bestimmt. Er hielt sie zur Eröffnung einer Konferenz, die mit der Annahme einer Entschlie-
ßung durch die Vertreter aller Teile des englischen Reiches und aller von Deutschland niedergekämpften Bundesgenossen Englands endete, und in der es hieß, daß alle diese „Regierungen“, „die zusammenstehen im Kampf gegen die Bedrückung, beschlossen haben, daß sie den Kampf gegen die deutschen und italienischen Angreifer fortsetzen werden, bis der Sieg erreicht ist, und daß sie sich gegenseitig in ihrem Kampf bis zur Grenze des Möglichen unterstützen werden“. Auf dieser Versammlung einer Koalition machtloser Scheinregierungen hielt Churchill eine Rede, die ein wilder Haßgesang gegen den Führer und das nationalsozialistische Deutschland und ein ebenso wilder Racheschwur war, Deutschland bis auf den Grund zu vernichten. Natürlich erschien in dieser Rede England als der Vorkämpfer für die Freiheit Europas und der ganzen Menschheit.

Schließlich die Rede vom 22. Juni: Sie überbot an haßerfüllter Demagogie alles, was Churchill sich bisher geleistet hat. Man spürt in jedem Satz Churchills Wut darüber, daß der so feingesponnene Plan, die bolschewistische Massenheere an dem von Stalin und Churchill gewählten günstigen, d. h. für Deutsch-

128 land ungünstigen Augenblick, im Rücken Deutschlands losbrechen zu lassen, durch den Führer vereitelt und daß die bolschewistische Zange zerbrochen wurde, noch bevor sie zum Zugriff ansetzen konnte. Alle Register wurden von Churchill gezogen, und unversehens war es nicht mehr das blutbefleckte und verbrecherische Bolschewikenregime der Gottlosenbewegung, sondern das gute, fromme, betende russische Volk, gegen das sich die „blutdürstige, tyrannische Nazikriegsmaschine“ in Bewegung setzte. Ganz natürlich folgte darauf die Ankündigung Churchills, daß England die Sowjets mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen werde. „Die Gefahr Rußlands ist unsere Gefahr und die Gefahr der Vereinigten Staaten“, so schloß Churchill. Diese in vieler Hinsicht aufschlußreiche Rede enthüllte vor allem die Hohlheit der englischen Phrasen über Freiheit und Demokratie ebenso wie die schon lange im Gange befindliche Konspiration zwischen London und Moskau, denn Churchill gestand an einer Stelle seiner Rede, er habe Stalin schon lange vor Hitlers Plänen gewarnt! Die Reise des englischen Botschafters in Moskau, Sir Stafford Cripps, nach London Anfang Juni und was über ihren Zweck in die Öffentlichkeit gedrungen ist, beweist das Zusammenspiel Moskau—London ebenfalls. England ist eben heute wie seit dreihundert Jahren jedes Mittel und jedes Bündnis recht, um Europa zu beherrschen.

Londons Propaganda wandte sich aber nach wie vor in erster Linie an Amerika, besonders an USA, aber auch an Südamerika. So suchte Eden in einer Rundfunkansprache an Südamerika am 13. Juni seine Hörer glauben zu machen, daß England einen Krieg des Glaubens und der Überzeugungen und nicht des englischen Nutzens und Machtwillens führe, und daß ihm der Sieg sicher sei. Am 16. Juni

wandte sich Churchill an die Vereinigten Staaten in einer Rundfunkrede. Sie bestand aus den bekannten haßerfüllten Phrasen vom Kampf für höchste Ideale und endete natürlich mit der Schlußfolgerung, daß alle in diesem edlen Kampf England helfen mußten. Die Hilfe aus USA, letztlich die aktive Kriegsunterstützung, ist und bleibt das wichtigste Ziel der englischen Politik, die darin die einzige Chance der Rettung sieht.

Seit dem 22. Juni hat die englische Propaganda jedoch eine neue Aufgabe und ein neues Ziel: Das politische und militärische Zusammengehen mit dem Kreml muß dem eigenen Volk und der Welt schmackhaft und notwendig erscheinen. Dabei ist man nicht verlegen in der Wahl der Mittel. Churchill begann diese Propagandaaktion in seiner Rede vom 22. Juni. Außenminister Eden hielt am 24. Juni im Unterhaus eine Rede zu diesem Thema, in der die Sowjets als bedauernswertes Opfer eines völlig unprovokierten und ungerechtfertigten deutschen Angriffs hingestellt wurden. Eden hat allerdings, ähnlich wie Churchill

129 am 22. Juni, das Geständnis nicht unterdrücken können, daß London schon seit Wochen mit Moskau in engem Gedankenaustausch gestanden habe „über die Gefahr, in der Rußland schwebte“. Eden teilte mit, daß eine enge militärische und politische Zusammenarbeit zwischen London und Moskau in Vorbereitung sei, und daß Moskau mitgeteilt habe, das englische Angebot, militärische und wirtschaftliche Missionen nach Rußland zu schicken, wurde gerne angenommen. Das Unterhaus stellte sich ohne Zögern in die Linie des Zusammengehens mit Moskau, und die konservative und aristokratische „Times“ schrieben am 25. Juni, „der Außenminister hat die volle und herzliche Unterstützung des Unterhauses für die Politik der Zusammenarbeit mit Rußland“. Das Oberhaus nahm dieselbe Haltung ein.

In den Vereinigten Staaten folgte man nach kurzer Überlegung dem englischen Beispiel hinsichtlich der Stellungnahme zu Deutschlands Kampf gegen den Bolschewismus. Nachdem der englische Botschafter, Halifax, am 23. Juni zwei Stunden mit Sumner Welles konferiert hatte, gab dieser am gleichen Tage eine gehässige und beleidigende Erklärung heraus, die von deutscher Welteroberung, grausamer und brutaler Versklavung, verräterischem Angriff usw. sprach und mit dem Satz endigte: „Hitlers Armeen sind heute die Hauptgefahr für die amerikanischen Länder.“ Tags darauf erklärte Roosevelt, die Vereinigten Staaten würden Rußland alle nur mögliche Hilfe leisten. Vorläufig seien freilich nur solche Dinge wie Socken oder Schuhe verfügbar. Der jüdische Finanzminister Morgenthau hob am 25. Juni die Einfrierungsbestimmungen betreffs der russischen Guthaben in den Vereinigten Staaten auf. Welles erklärte, es sei nicht beabsichtigt, Wladiwostok als Kriegszone zu erklären, was bedeutet, daß USA-Schiffe jederzeit dorthin fahren, d. h. amerikanisches Kriegsmaterial nach Rußland bringen dürfen.

Aber die Regierungsbegeisterung für die Sowjets trifft offensichtlich auf erhebliche Widerstände und die Aussicht, Seite an Seite mit den Bolschewiken „für Demokratie und Freiheit“ zu kämpfen, erscheint der Mehrheit der Amerikaner offensichtlich gar nicht verlockend. Der ehemalige Präsident Hoover gab dieser Stimmung durch eine Rundfunkansprache am 30. Juni scharfen Ausdruck.

Die Hinwendung Frankreichs zur Zusammenarbeit mit Deutschland stößt dagegen auf schärfste Ablehnung in Washington. Hull gab am 6. Juni dieserhalb eine drohende Erklärung an Vichys Adresse ab. Wenn Vichy sich für eine aktive Zusammenarbeit mit Deutschland gegen England entscheide, so müßte die USA-Regierung das als Angriffsakt und als feindliche Haltung gegenüber den Interessen des französischen Volkes betrachten. Zu Englands Angriff auf Syrien erklärte Hull am 14. Juni, er sei völlig gerechtfertigt.

130 Deutschland und Italien sind auch im Monat Juni, wie schon seit langem, von der USA-Regierung mit offener Feindseligkeit behandelt worden. Am 16. Juni verlangte Welles durch Verbalnote an die deutsche Botschaft in Washington die sofortige Schließung aller deutschen Konsulate und die Abreise aller Beamten und Angestellten bis zum 10. Juli mit der fadenscheinigen Begründung, ihr weiterer Verbleib sei unvereinbar mit der Wohlfahrt der USA. Deutschland und Italien erwiderten diese Unverfrorenheit sofort damit, daß sie die Schließung der USA-Konsulate in ihrem gesamten Machtbereich verlangten bzw. veranlaßten. Wenige Tage zuvor hatte Roosevelt die deutschen und italienischen Guthaben einfrieren lassen, was natürlich prompt mit entsprechenden Maßnahmen der Achsenmächte erwidert wurde.

Besonders bezeichnend war Roosevelts und seiner Helfer Haltung in der Frage der Versenkung des USA-Frachters „Robin Moor“, der mit Bannware nach englischen Häfen unterwegs gewesen war. Roosevelt richtete an den Kongreß am 21. Juni eine von bössartigen und niederträchtigen Beschimpfungen Deutschlands strotzende Botschaft, durch die er aus dem Fall „Robin Moor“ möglichst Kapital für seine Kriegshetze zu schlagen sich bemühte. Roosevelts Außenminister aber trieb die Unverfro-

renheit so weit, dieses minderwertige Pamphlet mit Verbalnote der deutschen Botschaft zu übersenden! Das schon seit langem beobachtete Bestreben Roosevelts, Deutschland zu provozieren, Zwischenfälle zu schaffen, um weiteren Stoff für seine Kriegshetze zu finden und das widerstrebende amerikanische Volk endlich doch noch in den Krieg hineinzustoßen, gibt die Erklärung für derartiges, den guten Sitten und dem primitivsten Rechtsgefühl gleichermaßen widersprechenden Verhalten.

Genau umgekehrt wie zu Deutschland verhält sich Roosevelt natürlich gegenüber England. Beinahe täglich wurde im Monat Juni irgendeine Maßnahme zur Unterstützung Englands gemeldet, besonders nachdem Roosevelts Botschafter Winant, der zur Berichterstattung nach Washington gekommen war, über Englands Lage einen offenbar sehr pessimistischen Bericht geliefert hatte. Was an Schiffen nur aufzutreiben ist, wird England zur Verfügung gestellt. Man legt sich selbst Beschränkungen auf, um Schiffe für die Engländer frei zu machen. Roosevelt erklärt, jeder Amerikaner könne ohne weiteres in die englische Armee eintreten. Englische Piloten werden in USA ausgebildet usw. Die Kriegslieferungen werden immer noch größer geplant und immer neue Milliardenbeträge bewilligt. Als Jedoch Roosevelt am 11. Juni den im Englandhilfsgesetz vorgesehenen Bericht über die zwischen dem 11. März und 31. Mai d. J. auf Grund dieses Gesetzes gemachten Lieferungen „an die Demokratien“ vorlegte, ergab sich, daß in diesen beinahe

131 drei Monaten für ganze 75 Millionen Dollar geliefert worden war! Die Anglophilen fanden die Summe denn auch enttäuschend niedrig. Die weiteren Pläne Roosevelts ist besonders bezeichnend, sein Kriegsminister am 28. Juni den Kongreß in einem vertraulichen Schreiben aufforderte, ein Gesetz zu erlassen, da die Entsendung einer amerikanischen Expeditionsarmee nach irgendeinem Teil der Welt gestatten würde. Die juristische Voraussetzung für die Entsendung amerikanischer Truppen auf die Schlachtfelder Englands soll also offensichtlich geschaffen werden.

Nur mit solchen Absichten können die ungeheuerlichen Kredite erklärt werden, die Roosevelt für den Ausbau der Armee anfordert. Am 10. Juni nahm das Repräsentantenhaus einen Rekordkredit von 10 009 Millionen Dollar für die Armee an. Vorläufig ist nach der Manöverkritik eines USA-Generals, die von einer USA-Zeitung am 21. Juni wiedergegeben wurde, freilich der Stand der Ausbildung und Bewaffung der Armee offenbar noch ganz in den Anfängen. Dies dürfte auf die Kriegslust Roosevelts einstweilen noch etwas dämpfend wirken.

Auch die öffentliche Meinung ist noch nicht weit genug. Zwar hämmern Roosevelt und seine Leute nach wie vor beinahe täglich mit ihrer hetzerischen und verlogenen Phraseologie auf die Seele des amerikanischen Volkes, aber auch die Gegner des Krieges sind nicht müßig, und die neue Freundschaft mit Moskau hat den Krieg offensichtlich nicht populärer gemacht. Das Ansteigen der Preise für Lebenshaltung wird allmählich fühlbar. Streiks kommen weiter vor. Neuerdings hat Roosevelt sie jedoch mit dem Einsatz von Militär bekämpft.

Auch hinsichtlich Südamerikas verfolgt Roosevelt seinen schrankenlosen Imperialismus unentwegt weiter. Wirtschaftliche, militärische, politische und propagandistische Überfremdung ist nach wie vor die Parole, natürlich mit dem Ziel, nachdem es Roosevelt gelungen sein sollte, sein Land in den Krieg zu bringen, auch die Staaten Ibero-Amerikas dazu zu veranlassen. Vorläufig sind freilich, besonders in den ABC-Staaten, die Widerstände gegen eine derartige Politik recht beträchtlich. Man kennt dort aus Erfahrung die Gefährlichkeit der „Politik der guten Nachbarschaft“ Onkel Sams zur Genüge. Aber je länger Südamerika von Europa wirtschaftlich abgeschnitten ist, um so größer werden die Möglichkeiten der USA, durch wirtschaftlichen Druck ihre imperialistischen Ziele in Südamerika zu verfolgen.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1941

Juli-Lieferung

(Nr. 45/46 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



Innenpolitik

86 Der gesamte Monat August stand im Zeichen des gigantischen Ringens gegen die Heere der Sowjet-Union. Am 21. Juli waren es vier Wochen, daß die deutschen Truppen gegen die bolschewistische Bedrohung der deutschen Ostgrenze angetreten waren. Die deutsche Presse würdigte in diesen Tagen den Kampf, dessen Ausmaße die Welt bisher noch nicht erlebte. Der Kriegsschauplatz umspannt die riesige Front von 2500 Kilometern. Dem OKW-Bericht vom 17. Juli zufolge stehen an der Ostfront im Ringen um die Entscheidung 9 Millionen Soldaten einander gegenüber. An diesem Tage, wie auch an allen anderen meldete das deutsche Oberkommando, daß sich die Operationen planmäßig und erfolgreich entwickeln.

Die unvergleichlichen deutschen Soldaten sind schneller als jeder Optimismus es erwartete, in die weiten Länder Rußlands hineinmarschiert und haben Siege erfochten, die von weltentscheidender Bedeutung sind. In 20 Tagen sind die deutschen Armeen stellenweise mehr als 550 Kilometer tief in die Sowjet-Union vorgestoßen. Sie haben riesige feindliche Armeen vernichtet und die Stalin-Linie, auf die der Feind alle Hoffnung gesetzt hatte, überall durchbrochen. Ostwärts dieser Befestigung toben bereits neue große Vernichtungsschlachten, die den Feind zwingen, letzte Reserven, schlecht ausgebildete Truppen, für andere Zwecke vorgesehene Spezialverbände in die Schlacht zu werfen. Sie alle werden von dem unvergleichlichen Zusammenspiel des deutschen Heeres und der Luftwaffe niedergewungen. „Die deutsche Offensive ist heute souverän“, stellt in einem Kommentar der französische General Duval im Journal fest, „und niemand findet gegen sie eine günstige Parade.“

Die Kämpfe im Osten sind außerordentlich schwer, der Gegner kämpft zäh, haßerfüllt und erbittert. Der deutsche Soldat aber ist ihm an jeder Stelle der Front an Geist und Waffen überlegen. Er kämpft aus dem tiefen Bewußtsein heraus, daß es in diesem Krieg gegen die Sowjet-Union keinen Kompromiß gibt, daß nur die Vernichtung des Gegners die Schlacht und den Feldzug entscheidet. Der deutsche Soldat weiß

87 zugleich, daß er hier im Osten nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa kämpft. Dieses Wissen hat sich auch in anderen Ländern Europas durchgesetzt. An der Seite der deutschen Divisionen kämpfen darum heute nicht nur die verbündeten Italiener, Finnen, Slowaken, Ungarn und Rumänen, sondern auch Kroaten, Schweden, Norweger, Dänen, Flamen, Belgier, Franzosen, Spanier. Der Kreuzzug für Europa ist Wirklichkeit geworden. Der Leiter des dänischen Freikorps, Oberstleutnant Kryssing, erklärte im dänischen Rundfunk, das Freikorps der Dänen wolle beweisen, daß es mehr gebe als nur eine „Phrase von der nordischen Bruderschaft“. Auch er nennt den Krieg gegen den Bolschewismus einen Kreuzzug gegen das Vaterland der Gottlosen. Der Wert des dänischen Einsatzes liege darin, daß sich die Dänen als Nation und freies Volk in Waffenbruderschaft mit denjenigen Nationen zusammengeschlossen hätten, die gegen den Feind Europas angetreten seien.

Anläßlich der Aufstellung der beiden Freiwilligen-Regimenter „Flandern“ und „Wallonien“ schreiben die belgischen Blätter, daß nunmehr auch „Belgien am gigantischen Kampf dieser Zeit für die Zivilisation, für die Einheit und Freiheit Europas, für die Herstellung einer besseren sozialen Ordnung und eines dauerhaften Friedens teilnehmen wolle“.

Der Kampf gegen den Bolschewismus hat seine weltgeschichtliche Bedeutung, er ist aber auch in gleicher Weise innenpolitisch gesehen ein entscheidendes Ereignis, gewissermaßen die überzeugende Schlußphase der innerpolitischen Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus. Umfangreich ist das Material, das in den Jahren des Aufstiegs des Nationalsozialismus über das Wesen der Sowjet-Union und über die Zustände in diesem „Arbeiterparadies“ veröffentlicht wurde. Die deutsche Aufklärungsarbeit hat in jenen Jahren bereits Unendliches geleistet, um aller Welt das wahre Gesicht des Bolschewismus zu zeigen. In diesen Tagen und Wochen haben nun Hunderttausende deutscher Soldaten die Grenze des alten eigentlichen Sowjetreiches überschritten. Dabei mußten sie erkennen, daß all das, was sie bisher über das bolschewistische Paradies wußten, so grauenhaft es auch war, noch in keinem Verhältnis steht zu dem, was sie mit ihren eigenen Augen nunmehr sehen. Die Worte der menschlichen Sprache reichen nach den jetzt vorliegenden Erlebnissen, wie sie in den Berichten der Presse und in Hunderttausenden von Briefen geschildert werden, kaum aus, um das Maß an Elend zu zeichnen, das die bolschewistische Diktatur entstehen ließ und schließlich über den ganzen Erdball ausdehnen wollte. Wenn es wirklich noch Deutsche gab, die sich über die wahren Zustände Sowjet-Rußlands Illusionen machten, dann werden sie durch die Schilderung all der

grauenhaften Zustände belehrt worden sein, denen die deutschen Soldaten auf ihren Siegesmärschen überall begegnet sind. So gesehen, bedeutet der Krieg gegen

88 Sowjet-Rußland innerpolitisch eine ungeheure Stärkung der Nation in ihrem Existenzkampf gegenüber Bolschewismus und Plutokratie.

Von Millionen deutschen Soldaten werden Einzelleistungen vollbracht, die allerhöchster Bewunderung und höchsten Lobes wert sind. Aus ihnen heraus aber heben sich Taten, die der Führer ganz besonderer Ehrung würdigte. Im Laufe des Juni wurde zahlreichen Offizieren das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen. Die Reihe der Ritterkreuzträger ergänzt sich vom 17. bis zum 25. Träger des Ritterkreuzes in folgender Reihenfolge: Hauptmann der Luftwaffe Balthasar; Leutnant der Luftwaffe Schnell; Kommandierender General eines Armeekorps General der Panzertruppen Schmidt; Oberleutnant der Luftwaffe Baumbach; Oberstleutnant D i n o r t, Kommodore eines Sturzkampfgeschwaders; Major S t o r p, Kommodore eines Kampfgeschwaders; Korvettenkapitän Schütze, Kommandant eines Unterseebootes; Befehlshaber einer Panzergruppe Generaloberst G u d e r i a n; Befehlshaber einer Panzergruppe Generaloberst Hoth; Kommandierender General eines Fliegerkorps, General der Flieger Freiherr von Richthofen; sie alle haben Außergewöhnliches vollbracht im Kampfe gegen den Feind in Ost und West.

Im Laufe des Juli überreichte der Führer den verdientesten aller deutschen Jagdflieger persönlich das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes: Oberstleutnant G a l l a n d als erstem Offizier, Oberstleutnant M ö l d e r s als zweitem und Hauptmann O e s a u als drittem Offizier der deutschen Wehrmacht. Oberstleutnant Galland, der bei Luftkämpfen im Westen verwundet war und eine Kampfpause einlegen mußte, war am Ende des Monats schon wieder am Feind.

Das Jagdgeschwader des Oberstleutnants Mölders schoß seit Beginn der Kampfhandlungen im Osten bis zum 12. Juli 500 Sowjetflugzeuge bei nur drei eigenen Verlusten ab. Das Geschwader hat damit am 12. Juli insgesamt 1200 Luftsiege erkämpft.

Am 16. Juli gab das Oberkommando der Wehrmacht bekannt:

Bei den Kämpfen an der Ostfront schoß Oberstleutnant Mölders, Kommodore eines Jagdgeschwaders, gestern fünf Sowjetflugzeuge ab. Er hat damit in diesem Kriege insgesamt 101 Abschüsse erzielt und einschließlich seiner 14 Abschüsse im Spanien-Feldzug insgesamt 115 Luftsiege errungen. Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat diesem heldenhaften Vorbild der Luftwaffe und erfolgreichstem Jagdflieger der Welt als erstem Offizier der Wehrmacht die höchste deutsche Tapferkeitsauszeichnung, das Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen K r e u z e s verliehen. Der

89 Führer würdigte diese Tat des Oberstleutnant Mölders durch ein Handschreiben, in dem er dem verdienten Offizier seinen und des ganzen deutschen Volkes Dank sowie seine besten Wünsche für die Zukunft übermittelte. Auch Reichsmarschall Hermann Göring sandte an Oberstleutnant Mölders einen herzlich gehaltenen Glückwunsch.

Auch das Jagdgeschwader Trautloft hat am 18. Juli seinen 500. Luftsieg an der Ostfront errungen und damit insgesamt seine Abschüsse seit Kriegsbeginn auf mehr als 800 Luftsiege erhöht.

Am 17. Juli empfing der Führer in seinem Hauptquartier die für ihren heldenhaften Einsatz beim Angriff auf Kreta mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichneten Angehörigen der Fallschirmtruppe und der Gebirgsjäger. Mit anerkennenden Worten dankte der Führer den Kreta-Kämpfern, an ihrer Spitze den Befehlshabern des Unternehmens, General der Flieger Student, und Generalmajor Ringi, Kommandeur einer Gebirgsdivision. Der Führer brachte zum Ausdruck, daß diese kühne Tat mit eine der Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung unseres Freiheitskampfes schuf. Er ehrte mit diesem Empfang zugleich die vorbildliche Tapferkeit aller Kretakämpfer.

Am 10. Juli berichteten die deutsche Presse und der deutsche Rundfunk den Heldentod des soeben mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichneten Hauptmanns Balthasar. Mit ihm fiel einer der Besten der deutschen Luftwaffe.

Ein beinahe in der Öffentlichkeit unbeachtetes Ereignis, das dennoch von großer politischer Bedeutung ist, war der Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch – türkischen Freundschaftsvertrages am 5. Juli in Berlin. Den Austausch nahmen vor von deutscher Seite der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker, von türkischer Seite der türkische Botschafter in Berlin, Hüsrev Gereede, und der stellvertretende Generalsekretär im türkischen Außenministerium, Cevad Acikalın, der zu diesem Zwecke aus Ankara nach Berlin entsandt worden war.

SA-Obergruppenführer von J a g o w, der in den diplomatischen Dienst übergetreten ist — er wurde als Gesandter nach Budapest geschickt —, legte am Grabe Horst Wessels am 22. Juli auf dem Nikolai-

Friedhof einen Kranz nieder. Mit dieser Ehrung der im Kampf um Berlin gefallenen SA-Männer verabschiedete sich Obergruppenführer v. Jagow von der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, an deren Spitze er sieben Jahre gestanden hatte.

Im Rahmen der „Weimar-Festspiele der deutschen Jugend“ feierte in diesem Jahre die Hitlerjugend den

90 15. Jahrestag ihrer Namensgebung. Am 4. Juli fand eine Feierstunde im Deutschen Nationaltheater statt, bei der der bevollmächtigte Vertreter des Reichsjugendführers, Stabsführer Helmut M ö c k e l, das Wort nahm, um einen Rückblick auf die Tage der Kampfzeit zu geben und der bedeutsamen Entscheidung zu gedenken, da der Führer der Jugend des Reiches seinen Namen gegeben hatte. Auch Reichsleiter von S c h i r a c h ließ in einer Ansprache noch einmal die Erlebnisse jener Tage aufklingen. Mannigfach seien die Ausstrahlungen Weimars im Großdeutschen Raum in den vergangenen Jahrhunderten gewesen. Der deutschen Jugend, die hier Jahr um Jahr an den klassischen Stätten deutschen Geistes weilt, rief der Redner ins Gedächtnis, daß die wahre Größe aus der Einsamkeit und der inneren Schau erwachsen müsse. Der Reichsleiter kam sodann auf die gegenwärtig in Weimar stattfindenden Festspiele der deutschen Jugend zu sprechen und sagte, es scheine ein Gegensatz zu bestehen, wenn gewissermaßen im Schatten der Schlacht sich hier in Weimar die Jugend mit den Dichtern und Denkern ihres Volkes befasse. Wer dieser Auffassung huldige, habe aber den Sinn des deutschen Kampfes nicht begriffen. Es gehe nicht um den äußeren Ruhm, sondern um die Behauptung und Durchsetzung der deutschen Kulturidee. Die nationalsozialistische Revolution habe aus der Tiefe der deutschen Sprache geschöpft und mit dieser Sprache den deutschen Menschen bezwungen. Nachdem v. Schirach die für die Hitler-Jugend in den vergangenen 15 Jahren geleistete Arbeit kurz gewürdigt hatte, gedachte er in ehrenden Worten des Einsatzes der jungen Deutschen im jetzigen Kriege. Viele Führer der HJ hätten ihre Treue zu Führer und Volk mit dem Tode besiegelt. Der Reichsleiter schloß mit den Sätzen: „Nicht allein das Große zu wollen, sondern das Große zu t u n ist entscheidend. Das hat uns Adolf Hitler vorgelebt, wir tragen nicht nur seinen Namen, sondern wir tragen auch seine Idee. Generation auf Generation deutscher Jugend wird sich in seinem Geiste in Weimar versammeln, um das Treuegelöbnis zu erneuern. Reichsleiter von Schirach nahm am Tage darauf die Enthüllung einer Gedenktafel an den Armbrust-Gaststätten vor. Er übergab sie in die Obhut der Stadt Weimar. Die Tafel trägt die Inschrift: „In diesem Hause erhielt die Jugend Großdeutschlands auf dem Reichsparteitag der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei am 4. Juli 1926 den Namen des Führers: „Hitlerjugend.“

Eine an sich weniger bedeutende Tagung im Rahmen der großen Ereignisse war die Führerschaftstagung des Kreistages München der -NSDAP. Sie verdient aber dennoch gewürdigt zu werden, da sie beispielhaft ist für Geist und Haltung der Partei im Kriege. Eingeleitet wurde der Kreistag durch einen Tag der schaffenden Front und Tag der Deutschen Frau. Darauf folgte ein Tag der Kultur, der zu einem ein

91 dringlichen Appell an die Kunstschaffenden in der Stadt der deutschen Kunst wurde, ihr Werk in nationalsozialistischem Geiste zu vollenden. Im festlich geschmückten Saal des Deutschen Museums sprach Gauleiter Staatsminister Adolf Wagner zu den Kulturschaffenden der Stadt. Seine Rede wurde zu einem mitreißenden Aufruf. Die gewaltigen Aufgaben, aber auch die Pläne, die der Führer gerade für München, die Stadt der deutschen Kunst und die Hauptstadt der Bewegung, vorsehe, seien eine Verpflichtung, deren wir gerecht werden müssen. München werde die größte und schönste Oper der Welt bekommen. Neben dem Hause der deutschen Kunst werde das Haus der Architektur erbaut, das neue Odeon werde zu einer einzigartigen Pflegestätte der Musik werden. Neue wissenschaftliche Institute, ein Museum für Zeitgeschichte seien vorgesehen, die Grundlage der Planungen seien fertiggestellt. Der Gauleiter rief alle Schaffenden auf, Anteil an diesen Plänen zu nehmen und das Erlebte wahrhaft künstlerisch zu gestalten. — Eine bedeutsame Rede im Rahmen dieses Kreistages hielt Reichsschatzmeister Schwarz vor den Politischen Leitern. Der Reichsschatzmeister betonte dabei einleitend, daß sich infolge der Opferwilligkeit der Parteigenossen die finanzielle Lage der Bewegung trotz des Krieges befriedigend gestaltet habe. Sie sei auch von dieser Seite her in der Lage, die ihr vom Führer gestellten großen Aufgaben voll zu erfüllen. Die Grundlagen der Finanzen der Partei seien die Mitgliedsbeiträge. Der Reichsschatzmeister streifte das Verbot der Partei, Sammlungen vorzunehmen, sowie das Verbot, Geldmittel von Gemeinden und Gemeindeverbänden anzunehmen. In der Frage der Versorgungsordnung innerhalb der Partei bekannte sich der Reichsschatzmeister zu dem Grundsatz, daß die erste Sorge den Hinterbliebenen von Gefallenen und den Kriegsbeschädigten zu gelten habe. Zu den Bauplänen des Führers in den Gauen der NSDAP erklärte Reichsschatzmeister Schwarz, daß

der Führer gerade in der Hauptstadt der Bewegung nach dem Kriege große Bauten vorgesehen habe. Im Rahmen dieser Planung beabsichtige er in München ein beispielgebendes Mustergemeinschaftshaus für eine Ortsgruppe zu bauen. An ihm solle man erkennen, wieviel ihm als Reichsschatzmeister daran liege, die politische Führung gerade auch im Bereiche der Ortsgruppe in zweckmäßige Weise unterzubringen und auszustatten. Aber nicht nur mit diesem großen Bauvorhaben der NSDAP selbst habe er sich zu befassen, sondern auch mit der Errichtung einer mustergültigen Wohnstadt in München, der sogenannten Südstadt, die ein ganz neuer Stadtteil sein werde. Er habe sich als Reichsschatzmeister der NSDAP an diesem Wohnungsbeschaffungsvorhaben gerade in München mit Rücksicht darauf beteiligt, daß die Hauptstadt der Bewegung als Urheimat der Partei die besondere Unterstützung

92 der nationalsozialistischen Bewegung genießen müsse. Zum Abschluß seiner Rede befaßte sich der Reichsschatzmeister mit der Frage der Parteiverwaltung und den besonderen Schwierigkeiten dieser Riesenorganisation, die zur Zeit gekennzeichnet ist durch die starken Einberufungen aus den Kreisen der Parteigenossenschaft. Stets sei es seine oberste Sorge gewesen, die Sauberkeit der Bewegung zu gewährleisten. Er werde auch in Zukunft mit allem Nachdruck dafür Sorge tragen, den Schild der Bewegung vor dem deutschen Volke rein und sauber zu halten. Die politische und weltanschauliche Führung müsse fehlschlagen, wenn nicht eine gute, straffe und saubere Verwaltung die Voraussetzung dafür schaffe. Seine Arbeit und die seiner Mitarbeiter stünden immer unter dem Leitsatz: Nichts für uns, alles für den Führer und die Bewegung!

Welch tiefgreifende Wirkungen die Einbeziehung der früher dem Reich benachbarten deutschen Gebiete auf das Leben und die Struktur dieser Länder ausübt und ausgeübt hat, ist oft nur mittelbar zu erkennen. Aus dem Bericht, den Stadtkämmerer Dr. Hanke vor den Wiener Ratsherren am 12. Juli über das letzte Rechnungsjahr gemacht hat, ergeben sich in dieser Beziehung interessante Schlüsse. Sie beweisen, daß der Wirtschaftsaufschwung seit dem Umbruch im Jahre 1938 auch für Wien ein entscheidender und bedeutender gewesen ist. Der Geburtenzuwachs in Wien ist seit dieser Zeit so stark, daß im Jahre 1945/46 mehr als doppelt soviel Kinder mit dem Schulbesuch beginnen werden als heute. Aus diesem Grunde wird die Stadt Wien in Kürze den Neubau von Schulen anfangen und die lange vernachlässigten 343 Schulgebäude von Großwien möglichst bald erneuern und ausbauen. Wie es mit Wien ohne den Anschluß rapid abwärts gegangen wäre, zeigt die Tatsache, daß für das beginnende Schuljahr 1941/42 in den Wiener Volksschulen nur 10 920 Kinder eingeschrieben wurden, um 1975 Schüler weniger als im Vorjahr; es ist ein Absinken, das noch andauern und erst 1945 durch ein Anwachsen abgelöst werden wird.

Als Krönung einer langjährigen Erziehungsarbeit ist der **K r i e g s e i n s a t z** der deutschen Studentinnen anzusehen. Wie das Amt der Reichsstudentenführung mitteilt, werden auch in diesem Jahre die deutschen Studentinnen geschlossen in den vorlesungsfreien Monaten dieses Sommers als zusätzliche Arbeitskräfte in die Rüstungsindustrie gehen. Der Fabrikdienst als jüngstes Arbeitsgebiet im Frauendienst wurde im Jahre 1934 erstmalig freiwillig durchgeführt. Seit dieser Zeit haben Studentinnen in jedem Jahre erholungsbedürftige Frauen in den Betrieben abgelöst und ihnen durch ihren Einsatz einen zusätzlich bezahlten Urlaub verschafft. Nunmehr ist der Fabrikdienst 1940 pflichtmäßig eingeführt worden. Es kann nach den

93 Erfahrungen dieser Kriegsmonate gesagt werden, die Erziehung zum Einsatz hat Stand gehalten. Im Vorjahre haben etwa 4000 Studentinnen 1 Million Arbeitsstunden in den Betrieben abgeleistet. Das ist eine beachtliche Zahl, die nicht nur einen ideellen Wert verkörpert, sondern auch einen sehr praktischen Nutzen im Rahmen der Produktion in sich beschließt.

Einen bedeutsamen Schritt, das Problem der Hausgehilfinnen der Lösung näher zu bringen, ist mit einer Durchführungsvorschrift des Reichsarbeitsministers zu einer Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 12. Mai 1941 getan worden. Demzufolge werden Haushaltsgehilfinnen deutscher Volkszugehörigkeit eine Ausstattungsbeihilfe erhalten, wenn sie in Haushaltungen deutscher Staatsangehöriger mit mindestens 3 Kindern unter 14 Jahren wenigstens 4 Jahre tätig waren. Die Beihilfe kann auch für eine Tätigkeit in Volksdeutschen Haushalten gewährt werden. Es sollen hierbei Beschäftigungszeiten oder Lehrzeiten im kinderreichen Haushalt seit dem 1. Januar 1939 berücksichtigt werden. Die Beihilfe beträgt nach vierjähriger Tätigkeit 600 RM und erhöht sich für jedes weitere Jahr um 150 RM. Der Höchstbetrag der Beihilfe, der nach 10 jähriger Haushaltshilfe erreicht wird, beträgt 1500 RM. Die Ausstattungsbeihilfe wird der Hausgehilfin bei ihrer Heirat oder nach Vollendung des 30. Lebensjahres ausgezahlt. Ist die Anwartschaft schon früher erworben, so wird die Beihilfe bis dahin auf einem verzinslichen Sperrguthaben bei einer Sparkasse angelegt. Nach einer dritten

Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels vom 10. Juli 1941 müssen Haushaltungen, die am 15. August 1941 mehr als eine Hausgehilfin oder Haushaltsangestellte beschäftigen, dies bis zum 1. September 1941 dem Arbeitsamt anzeigen. Dem Arbeitsamt ist die Möglichkeit gegeben, nach entsprechender Prüfung eine dieser Arbeitskräfte einem anderen Einsatz zuzuführen. Soll zu einer Haushaltshilfe späterhin in einem Mehrkinderhaushalt eine zweite Arbeitskraft eingestellt werden, so bedarf auch dies der Zustimmung des Arbeitsamtes.

Der Reichsminister des Innern hat die Bestimmungen über die Abgeltung von Kriegsschäden und Nutzungsschäden weiter ergänzt. Nach der neuen Anweisung können auch schriftliche Ausarbeitungen, z. B. Handschriften für Aufsätze in Zeitschriften, größere Arbeiten in Buchform, Gutachten oder Urkundensammlungen bei Verlust oder Beschädigung unter den Voraussetzungen der Kriegsschädenverordnung mit Kriegsentschädigung bedacht werden. Eine allgemein gültige Richtlinie über die Wertermittlung läßt sich zwar nicht feststellen, es soll aber auf die Umstände im einzelnen Falle Rücksicht genommen werden, die Beurteilung bleibt dem pflichtgemäßen Ermessen der Entschädigungsbehörde überlassen.

94 Nachdem das Oberkommando der Wehrmacht durch eine Verordnung vom 20. April 1941 die Zuwendung für Frontkämpfer und Kriegsbeschädigte des Weltkrieges durch Gewährung einer Alterszulage erhöht hat, ist durch eine weitere Verordnung vom 12. Mai eine weitere Verbesserung in der Versorgung der Kriegsbeschädigten des Weltkrieges und ihrer Hinterbliebenen angeordnet worden. Unter den Bestimmungen sind folgende Punkte von Wichtigkeit: 1. Die Voraussetzung der Bedürftigkeit wird für die Hinterbliebenen im allgemeinen beseitigt. 2. Schwerbeschädigte erhalten künftig Zusatzrente, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, eine ihren Kenntnissen und Fähigkeiten billigerweise zumutbare Erwerbstätigkeit auszuüben. 3. Die Zusatzrenten der Schwerbeschädigten sind um 15 RM monatlich erhöht worden. 4. Witwen und Waisen erhalten die Zusatzrente künftig ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse. — Diese Regelung zeigt, daß der nationalsozialistische Staat nach Kräften bemüht ist, den Dank an den Frontkämpfer des Weltkrieges abzustatten.

Zur Schaffung einer textilen Rohstoffreserve hat der Reichskommissar für Altmaterialverwertung und Reichsbeauftragte der NSDAP für Altmaterialerfassung, Hans Heck, einen Aufruf erlassen zur Reichsspinnstoffsammlung in der Zeit vom 28. Juli bis 23. August 1941. Alle Abfälle von Stoffen, Teppichen, Vorhängen, Kleidungs- und Wäschestücken sollen dieser Reserve zugeführt werden, die eine große Bedeutung für die Neuproduktion auf dem Gebiete des textilen Marktes hat.

Gegen Ende des Monats Juli stand die Ordensburg Sonthofen im Zeichen der Leistungswoche der Adolf-Hitler-Schule n. 1400 Adolf-Hitler-Schüler legten hier Zeugnis ab von ihrem Können auf wissenschaftlichem, musischem und sportlichem Gebiete und maßen sich im Wettkampf. Nachdem Reichsminister Rust zu Beginn des Monats die Leistungen der Adolf-Hitler-Schüler auf der Ordensburg überprüft hatte, trafen am 24. Juli Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, Reichsschatzmeister Schwarz, Reichsleiter v. Schirach sowie Stabsführer Möckel auf der Ordensburg ein, um die Schüler in ihrem Wettkampf zu sehen. Die Gäste überzeugten sich von der systematischen wissenschaftlichen, musischen und körperlichen Erziehung, die auf diesen Schulen in revolutionärer Weise aufgebaut worden ist.

Zu Beginn des Ernteeinsatzes der Hitler-Jugend legte Oberstammführer Stolle, Abteilungsleiter im Amt Bauerntum und Landdienst der Reichsjugendführung, Rechenschaft ab über den Arbeitseinsatz. Ein wesentliches Kriterium für die Bedeutung der Landdienstlager ist die Zahl der Jugendlichen, die späterhin,

95 auch nach ihrem Einsatz im Landdienst bleiben wollen. 75% aller Landdienstführer haben diesen Wunsch, und das ist zweifelsohne eine hohe Zahl. Am 1. April des Jahres 1940 wurden 1063 Landdienstlager eröffnet. 18 400 Jugendliche waren in 406 Jungen- und 657 Mädelscharen eingesetzt. 26 v. H. der männlichen und 25 v. H. der weiblichen im Landdienst eingesetzten Jugendlichen wählten landwirtschaftliche Berufe und sind damit für das Land zurückgewonnen. Von den Jungens sind im Landdienst im vergangenen Jahr 1 500 000, von den Mädels 2 680 000 Arbeitstage geschafft worden. Heute läßt sich schon übersehen, daß der Gesamteinsatz im neuen Jahr um 25% steigen wird.

Die Reichsjugendführung hat mit der bulgarischen Staatsjugendführung ein Abkommen getroffen, wonach 125 deutsche und 125 bulgarische Jugendführer wechselseitig eine Reise in das befreundete Land machen. Am 29. Juli reisten die deutschen Jugendführer zu einem achttägigen Aufenthalt in die Lager der bulgarischen Staatsjugend, um daran anschließend eine mehrtägige Fahrt durch verschiedene bulgarische Provinzen zu unternehmen. Vor ihrer Abfahrt wurden die HJ-Führer dem bulgarischen

Gesandten in Berlin, Draganoff, vorgestellt, der sie verabschiedete mit einer kurzen Rede über die Grundlage und die Bedeutung der deutsch-bulgarischen Zusammenarbeit.

Am 12. Juli begannen in Bayreuth die diesjährigen Kriegsfestspiele. Wie im vergangenen Jahre wehte auch dieses Mal in Bayreuth eine ganz besondere Atmosphäre, die vom Geist des Nationalsozialismus erfüllt ist: deutschen Soldaten, Urlaubern und in der Genesung begriffenen Verwundeten, deutschen Arbeitern aus den Rüstungsbetrieben, Arbeiterinnen und Rote-Kreuz-Schwestern, all denen, für die es Herzenssache ist, deutsche Kunst in sich aufzunehmen, hat der Führer die Möglichkeit geboten, in der Festspielzeit die Werke Richard Wagners in Bayreuth zu erleben. Bis Ende des Monats war die Wagner-Stadt erfüllt vom Gehen und Kommen immer neuer Gäste, die, aufnahmebereit wie nur je Besucher dieser Festspiele, Wort und Musik des Bayreuther Meisters erlebten. Unter der Betreuung von „Kraft durch Freude“ haben Tausende in diesen Tagen Entspannung und Bereicherung gefunden. Frau Winifried Wagner als die Leiterin der Festspiele, aber auch alle Künstler gaben ihr Bestes, um den Gästen das wahre Bild Bayreuther Kunst nahe zu bringen. Dr. L e y und andere führende Männer des nationalsozialistischen Staates bekundeten durch kurze Besuche ihre Anteilnahme an diesem Werk nationalsozialistischer Kultur und Gemeinschaftssinns.

Am 26. Juli wurde in München die Große deutsche Kunstausstellung von Reichsminister Dr. Goebbels

96 in Gegenwart zahlreicher Mitglieder des Diplomatischen Korps, zahlreicher Reichsminister und Gauleiter, vieler Künstler und Kunstfreunde im Haus der deutschen Kunst eröffnet. An Stelle des Führers, der sonst alljährlich diese Schau eröffnete, sprach in diesem Jahr Reichsminister Dr. Goebbels. Der Minister ging in seiner Rede davon aus, daß in diesen Wochen die deutschen Soldaten in triumphalen Feldzügen die Existenz des deutschen Volkes verteidigen, aber auch ihr Schwert erheben für die deutsche Kultur, für die deutsche Kunst. Denn auch die Kunst gehöre zu den unabdingbaren Funktionen unseres nationalen Daseins. Und das erst gebe dem gegenwärtigen Kriege seine unwiderstehliche Stoßkraft, daß er für dieses nationale Dasein unseres Volkes insgesamt geführt werde. Unsere Soldaten verteidigten alles, was wir besäßen: unsere Äcker und Felder, unsere Fabriken und Maschinen, unsere Städte und Provinzen, unsere Frauen, Kinder und Familien, aber auch das, was wir den deutschen Geist schlechthin nennen. Die deutsche Kunst und die deutsche Wissenschaft, die Freiheit der Forschung, die Ehre und die Würde der Nation. Es sei eine Anmaßung sondergleichen, wenn unser Gegner im Osten auf seine kulturschützerische Mission pocht, dessen ganze Geschichte doch von den blutigen Spuren seines Barbarismus, seiner Kulturlosigkeit und Zivilisationsfeindschaft gekennzeichnet sei. Die westlerische Plutokratie dagegen empfinde auch jetzt nicht einmal eine Spur von Scham darüber, wenn sie das aufreizende Konkubinat mit dem Bolschewismus heuchlerisch als Schutzwehr gegen die angebliche Bedrohung des freien Geisteslebens durch uns preise. Europa stehe heute vor einem ähnlichen Prozeß, wie wir ihn im Inneren durchgemacht haben, als wir die in der demokratischen Republik getarnten Kräfte der geistigen Unterwelt aus dem Wege schafften. Im Zeichen dieser neuen geschichtlichen Auseinandersetzung, in der Reiche zerfielen und in der unser Erdteil in einer erdbebenartigen Erschütterung seine neue Formung erfahre, versammle sich die deutsche Kunstwelt wie alljährlich in München im Haus der deutschen Kunst zur Eröffnung der großen deutschen Kunstausstellung. Dr. Goebbels würdigte sodann diese Schau als Sache des ganzen deutschen Volkes. Er schloß mit einem Gruß an den Führer. Gauleiter Staatsminister Dr. Wagner eröffnete sodann die Große deutsche Kunstausstellung 1941. Die 5. Jahresschau der deutschen Bildenden Kunst umfaßt 1350 Werke. Bemerkenswert ist, daß neben allen Themen die Gestaltung des Kriegserlebnisses in den Vordergrund tritt und eindrucksvolle Werke aufweisen kann.

Am Montag, dem 21. Juli, empfing Reichsminister Dr. Goebbels im Thronsaal seines Ministeriums die zur Tagung der Internationalen Filmkammer in Berlin versammelten Delegationen aus 17 Ländern Europas. Im Auftrage des neugewählten Präsidenten der Internationalen Filmkammer, Graf Volpi di Misurata,

97 gab der Generaldirektor der Abteilung Film im italienischen Ministerium für Volkskultur, Avv. comm. Eitel Monaco, einen Überblick über die auf der Tagung geleistete Arbeit. In einer längeren Ansprache behandelte sodann Reichsminister Dr. Goebbels grundsätzliche Fragen der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Films. Bisher habe Europa anderen Kontinenten gegenüber ein Bild völliger Atomisierung geboten. Es sei deshalb auch in seiner Entwicklung weit hinter den anderen Erdteilen zurückgeblieben. Solange dieser Zustand angedauert habe, hätte das Lebensniveau in ganz Europa zwangsläufig absinken müssen. Eine Lösung auf revolutionärem Wege könnte sich einmal drohend am Horizont abzeichnen, wenn nicht im gegenwärtigen Kriege die Lösung all dieser Probleme in die

Wege geleitet würde. Daß eine Bereinigung auf bloßem Verhandlungswege nicht mehr möglich gewesen sei, habe die Vergangenheit zur Evidenz erwiesen. Dr. Goebbels zeigte im einzelnen, ein wie unwürdiger Zustand es gewesen sei, daß bisher der Erdteil, der der wahrhaft kulturtragende sei, so stark auf die Filmeinfuhr aus einem Lande angewiesen war, das einen großen Teil seiner Kultur von Europa bezogen habe. Die bisherige Zersplitterung in Europa habe sogar dazu geführt, daß kulturschöpferische Kräfte, die sich hier segensreich hätten auswirken sollen, in das Land der bisher größeren Möglichkeiten ausgewandert seien. Wenn sich der europäische Film gegen diesen Zustand nicht energisch zur Wehr setzen wolle, so sei er allerdings für die Zukunft dem amerikanischen gegenüber hilflos unterlegen.

Deutschland stehe nun freilich auf dem Gebiete der Filmproduktion so sehr auf eigenen Füßen, es sei so unabhängig von allen *Fragen* der Einfuhr und Ausfuhr auf diesem Gebiet, daß ihm diese Entwicklung gleichgültig sein könnte, wenn es nicht wirklich ganz uneigennützig die europäischen Interessen über seine eigenen stellte. Dr. Goebbels entwarf sodann das Bild eines großen europäischen Filmkongresses, auf dem sich nach dem Kriege in einer gewaltigen Demonstration europäisches Kulturbewußtsein werde manifestieren können. Dann werde der für jeden europäischen Kulturmenschen unerträgliche Zustand der Vergangenheit angehören, daß sich die USA jede Kränkung gerade der kleinen Länder Europas auf diesem Gebiete erlauben können, weil der Kontinent mit der weitest- und tiefgreifendsten Kultur auf die Einfuhr amerikanischer Filmzeugnisse bedingungslos angewiesen war. Deutschland liege nichts ferner als die Absicht, das Filmschaffen kleinerer Länder zu unterdrücken. Es wolle seinen Ehrgeiz daransetzen, nicht so sehr in der Zahl wie in der Qualität der Filme zu glänzen. Daneben bleibe mehr als genug Spiel

98 raum und Betätigungsfeld für alle anderen filmschaffenden Völker in Europa. Es seien wirklich alle Voraussetzungen für eine fruchtbare und erfolgversprechende Zusammenarbeit gegeben. Aus der Internationalen Filmkammer aber könne eine bahnbrechende Organisation werden, die den Weg frei mache — auf einem zunächst klein erscheinenden Gebiete — für eine moderne Zusammenarbeit der Völker Europas.

Diese von Dr. Goebbels angedeuteten Perspektiven scheinen hier und dort schon Wirklichkeit werden zu wollen. Bisher hatte es z. B. kein norwegischer Regisseur gewagt, sich des Kulturfilms anzunehmen, da bei der übermächtigen Konkurrenz der amerikanischen Filme, die von der früheren norwegischen Regierung sogar noch gefördert wurde, auch nicht annähernd mit einem Kassenerfolg gerechnet werden konnte. Vor einem Jahr wurde in Norwegen endlich begonnen, zunächst versuchsweise kleine Vorfilme zu zeigen, deren Niveau allmählich gesteigert wurde, bis man schließlich auch die deutschen Kulturfilme zeigte. Diese Art der Filme hat sich in Norwegen nicht leicht, aber nun doch entschieden durchgesetzt. Nach diesen Erfahrungen hat sich nun der norwegische staatliche Filmdirektor Leif Sinding entschlossen, zwei norwegische Filmregisseure zu beauftragen, mit der Herstellung norwegischer Kulturfilme zu beginnen. Der erste Film wird in erster Linie unbekannte Gegenden Nord-Norwegens, der zweite Film die Landschaft Telemark im Sommer zeigen. Mit dieser Eigenproduktion wird die norwegische Filmindustrie sicherlich nicht nur in der Heimat, sondern auch jenseits ihrer Grenzen Erfolg haben.

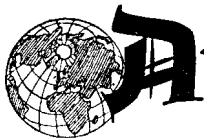
Um den großen Aufgaben der Zukunft gerecht zu werden, hat der Präsident der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, einen großzügigen Ausbau der Reichskulturkammer veranlaßt. Es wurden der Wichtigkeit der Sachgebiete entsprechend fünf Abteilungen gebildet: Organisation, an der Spitze der bisherige Geschäftsführer der Reichsfilmkammer Heinz Tackmann; berufsständische Betreuung SS-Standartenführer Waldemar Owens; Abteilung Propaganda Referent Erich Kochanowski; Abteilung Kulturpersonalien Obersturmführer Helmut v. Loebell; Abteilung Sonderaufgaben NSKK-Standartenführer Regierungsrat Hans Schrade. Den Leiter der Abteilung Reichskulturkammer im Propagandaministerium, Hans H i n k e l, bestellte Reichsminister Dr. Goebbels zum Hauptgeschäftsführer der Reichskulturkammer mit der Dienstbezeichnung Generalsekretär.

In der Nacht zum 8. Juli ist Agnes Sträub, die große deutsche Schauspielerin, im Alter von 51 Jahren unvermutet einer Embolie erlegen. Das deutsche Theater hat mit ihr eine seiner stärksten, eigenwilligsten Begabungen verloren. Vor dem Weltkrieg war Agnes Sträub zuerst auf dem Kleinen Theater Unter den

99 Linden aufgetaucht. Unverkennbar waren an ihr die Züge einer großen Schauspielkunst. Nach dem Weltkrieg sah man sie als Penthesilea, Minna von Barnhelm, aber auch in Werken, die mit der ganzen Problematik der damaligen Zeit geladen waren, etwa in Barlachs „Toter Tag“, ferner in vielen modernen Gesellschaftsstücken. Am hinreißendsten war sie in den Momenten, in denen ein Mensch oder ein

Werk ihr die Grenzen entgegenbaute, deren wohl jeder zur letzten Vollendung bedarf. Im Herbst 1938 hatte Agnes Sträub einen schweren Autounfall erlitten, der ihr die Bewegungsfreiheit des rechten Armes lahmte. Ihre Leidenschaft zur Darstellung kämpfte auch diese Behinderung nieder. Gleichsam mitten aus der Szene heraus wurde sie von der Bühne abgerufen, die ihre ganze Welt gewesen ist.

An den Folgen eines Unfalls, den er in Belgrad, wo er als Militärbefehlshaber Serbien wirkte, erlitten hat, ist der Präsident des Reichsluftschutzbundes, General Ludwig v. Schröder, in Hohenlychen gestorben. Der General hatte sich bei einem Flugzeugunfall einen Oberschenkelbruch zugezogen, einer plötzlich aufgetretenen Embolie ist er am 29. Juli 1941 erlegen. Seit 1937 gehörte General v. Schröder dem Präsidium des Luftschutzbundes als Vizepräsident an. In den letzten Jahren führte er diese riesige Organisation, in der 13 Millionen Deutsche zusammengefaßt sind, verantwortlich. Seiner Tätigkeit ist es zu danken, daß das Amtsträgerkorps des Reichsluftschutzbundes in unermüdlicher Schulung heute zu einem zivilen Schutzkörper der Nation ausgestattet worden ist, der sich vielfach bei den britischen Angriffen auf die deutsche Zivilbevölkerung bewährt hat. An den Erfolgen der modernen deutschen Luftverteidigung ist v. Schröder, der der zweite General der Flakartillerie der deutschen Wehrmacht war, in hervorragender Weise beteiligt.



Außenpolitik

100 Deutschlands Politik und Kriegführung im Monat Juli kennzeichnen sich durch die erste Phase des siegreichen Kampfes gegen die Sowjetunion, die zur Durchbrechung der beiden an den neuen und an den alten Grenzen der Sowjetunion errichteten Befestigungszonen geführt hat, durch eine weitere Bekräftigung des gesamteuropäischen Charakters dieses Kampfes mit einer Verstärkung der militärischen Mitarbeit aus Gesamteuropa, durch die unerbittliche Fortsetzung des Kampfes gegen England und durch eine weitere ganz der Gegenseite zur Last fallende Verschärfung der Beziehungen zu den USA.

Der Kampf gegen den Bolschewismus hat sowohl durch seinen Verlauf selbst, wie durch das Bekanntwerden weiterer Dokumente zu seiner Vorgeschichte und durch die Entwicklung der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den angelsächsischen Mächten eine neue Rechtfertigung erhalten, die freilich an sich gar nicht nötig wäre.

Die ungeheueren an den deutschen Grenzen aufmarschierten Massen an sowjetischen Menschen und Kriegsmaterial, besonders an Tanks und Artillerie, die verbissene Härte des Kampfes und die wilde, durch Fanatismus und Zwang gesteigerte Einsatzbereitschaft der bolschewistischen Truppen haben erst die Größe der Gefahr enthüllt, der Deutschland und Europa sich gegenüberbefanden. Der von Moskau aus immer wieder zur Schau gestellte angebliche „sozialistische Aufbau“ in der Sowjetunion hat sich vor aller Augen jetzt als das erwiesen, was er für Kenner schon immer gewesen ist, der Aufbau einer industriellen und militärischen Angriffsmaschinerie zur Vollstreckung der bolschewistischen Weltrevolution.

Zwei im „Journal de Geneve“ am 12. Juli veröffentlichte oder besser gesagt früher vertuschte und jetzt wieder in Erinnerung gebrachte Dokumente bestätigen dies. Das eine Dokument enthält Erklärungen, die Stalin am 19. August 1939 unmittelbar nach der Unterzeichnung der deutsch-russischen Verständigung vor dem Politbüro, dem höchsten sowjetischen Parteigremium, abgegeben hat. Stalin verteidigte den Abschluß mit Deutschland als einen Akt der Realpolitik. Er führte aus, das Abkommen mit Deutschland habe den Zweck, den Ausbruch des Krieges sicherzustellen. Die kommunistische Diktatur sei nur möglich

101 durch einen großen Krieg. Man müsse während desselben Deutschland wirtschaftlich helfen, damit es den Krieg möglichst lange aushalten könne mit der Folge einer allgemeinen Schwächung, die dann der am Kriege nichtbeteiligten Sowjet-Union seine Chance geben werde. Stalin kam zu der Schlußfolge-

rung: „Es ist in unserem Interesse, daß der Krieg zwischen Deutschland und dem englisch-französischen Block ausbricht. Es ist wesentlich für uns, daß dieser Krieg solange als möglich dauert. Wir müssen die kommunistische Arbeit in den kriegführenden Ländern intensivieren, um gut vorbereitet zu sein für den Moment, wo der Krieg zu Ende geht.“ Das zweite Dokument ist eine Instruktion an Kominternbeauftragte in Frankreich und Belgien vom 25. November 1939, die die Gedanken Stalins über den Krieg, der die günstigen Umstände und Bedingungen zur Entfesselung der Weltrevolution schaffe, näher ausführt.

Es entspricht diesem europäischen Charakter, daß die im Juni bereits klar abgezeichnete Bewegung innerhalb der europäischen Völker, den Kampf gegen den Bolschewismus als europäische Aufgabe zu begreifen, sich weiter verstärkt hat. In A g r a hat der Staatsführer am 2. Juli kroatische Freiwillige aufgerufen, um „mit der Waffe in der Hand, Schulter an Schulter mit seinen jahrhundertalten Kriegskameraden, den unbesiegbaren deutschen Soldaten zu kämpfen, und die geschichtliche Waffenbrüderschaft zu erneuern.“ Das erste Bataillon des Freiwilligenkorps Dänemark ist am 19. Juli aus Kopenhagen ausgerückt. Auch in Frankreich ist ein zahlenmäßig anscheinend sogar recht starkes Freikorps in der Bildung begriffen. Die spanische „Blaue Division“ ist bereits in Deutschland eingetroffen. Die Bundesgenossen aber, Finnland, die Slowakei, Ungarn und Rumänien stehen mit ihren Verbänden Seite an Seite mit der deutschen Wehrmacht schon tief im Feindesland, und die italienischen Verbände sind auf dem Wege zur Front. Das einzige Land, aus dem bisher keine Freiwilligen sich gemeldet haben und wo dies sogar als mit der „historischen Neutralität“ unvereinbar erklärt wird, ist die Schweiz.

Hinsichtlich der politisch-diplomatischen Hintergründe des Kampfes gegen die Sowjets haben wir aus dem erst im Monat Juli im einzelnen bekanntgewordenen finnischen Blau-Weiß-Buch über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion seit dem „Friedensschluß“ des 11. März 1940, der den russisch-finnischen Krieg beendigte, und aus einer am 18. Juli dazu erfolgten Verlautbarung des schwedischen Außenministeriums recht bemerkenswerte Einzelheiten erfahren. Das finnische Blau-Weiß-Buch bringt ein umfangreiches Material über die feindselige, erpresserische und drohende Haltung

102 Moskaus gegenüber Finnland. Es ergibt sich zweifelsfrei, daß die Sowjetunion ihr Ziel, Finnland zu unterjochen, dem sie zuerst durch den Krieg mit Finnland nachgegangen war, nach Abschluß des Friedens durch eine extensive und räuberische Anwendung des Friedensvertrags, durch die Stellung immer neuer übersteigerter Forderungen sowie durch innere Aushöhlung des finnischen Staatswesens auf dem Wege kommunistischer Propaganda und der Gewinnung wirtschaftlicher Positionen in Finnland zu erreichen gesucht hat. Als die drei nordischen Staaten, aufgeschreckt durch den sowjetischen Angriff gegen Finnland, während der finnisch-sowjetischen Friedensverhandlungen und nachher die Frage des Abschlusses eines gemeinsamen Verteidigungsbündnisses prüften, griff Moskau scharf ein mit der Drohung, ein solches Defensivbündnis als die Außerkraftsetzung des finnisch-sowjetischen Friedensvertrages anzusehen. Finnland sollte eben jeder Stütze entbehren, um dem sowjetischen Imperialismus im gegebenen Moment allein und möglichst schwach gegenüberzustehen. Natürlich war Finnland für Moskau nur eine Station auf dem Wege nach den eisfreien Häfen an der Nordküste der skandinavischen Halbinsel und nach den wertvollen Rohstoffen der skandinavischen Länder.

Diese Erkenntnis wird heute auch in Schweden offen ausgesprochen, obwohl beträchtliche Teile der schwedischen Presse und die politisch Führenden aus ideologischer, parlamentarischdemokratischer Voreingenommenheit sich der Anerkennung der Folgerungen aus solcher Erkenntnis hinsichtlich der Rolle Deutschlands und der Notwendigkeit für Schweden, zu ihr positiv Stellung zu nehmen, entziehen möchten. Aber Schweden wird, wie es die englische Wirtschaftszeitung „Economist“ ausdrückte, „ständig und unentrinnbar zu einem Teil des deutschen Europa verwandelt“, oder wie „Svenska Dagbladet“ vom 4. Juli sagte, Schweden sei eine Enklave in der Machtsphäre der Achse geworden. In der gewaltigen Auseinandersetzung zwischen dem neuen Europa der Achse und dem Bolschewismus gibt es im Grunde keine Möglichkeit der Neutralität, eine Erkenntnis, die in Schweden freilich noch lange nicht allgemein geworden ist, aber doch auch von bedeutenden Presseorganen bereits offen vertreten wird.

Die innere und äußere Zwangsläufigkeit der Entwicklung der neuen Struktur Europas unter der Führung der Achse, die im Osten eine Befreiung vom Druck der Sowjetmacht und des Bolschewismus und im Westen eine solche von der historischen Einnichtungs- und Veruneinigungspolitik Englands bedeutet, findet seit dem Beginn der kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus bei den Völkern Europas offensichtlich wachsendes Verständnis.

Im außereuropäischen Bezirk hat die deutsche Politik durch die am 1. Juli erfolgte Anerkennung der

103 na tionalen chinesischen Regierung in Nanking, die gleichzeitig mit der durch Italien erfolgt ist, zu der Lage im Fernen Osten Stellung genommen. Die von Japan begonnene Neuordnung des ostasiatischen Raumes hat hierdurch von selten von Japans Verbündeten im Dreierpakt eine Anerkennung und diplomatisch-politische Unterstützung erhalten.

Dafür ist das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten womöglich noch schlechter geworden, obwohl die offene Feindschaft und haßerfüllte Gesinnung Roosevelts und seiner Leute Deutschland gegenüber eigentlich keiner Steigerung mehr fähig erscheint. Ein bekannter USA-Publizist schrieb, zwischen den USA und Deutschland bestehe bereits der ideologische und der Wirtschaftskrieg, es fehle nur noch der offene Ausbruch des „Schießkrieges“. Das Buch des Präsidenten der amerikanischen Friedensliga, Theodor N. Kaufmann, „Deutschland muß vernichtet werden“, über das die deutsche Presse am 23. Juli ausführlich berichtete, ist bezeichnend. Die von der deutschen Presse veröffentlichte, in einer norwegischen Freimaurerloge gefundene Fotografie, die Roosevelt als Hochgradfreimaurer mit seinen drei Söhnen in mitten einer jüdisch-freimaurerischen Gesellschaft zeigt, ist eine weitere Illustration. Ganz offensichtlich ist der Haß- und Vernichtungswille des Kreml gegen die Achsenmächte nicht größer als der des Weißen Hauses. Beidemale ist die ideologische Feindschaft eng verknüpft mit imperialistischem Machtstreben. Molotows Forderungen bei seinem Aufenthalt in Berlin und Roosevelts Griff nach Grönland, Island, Nordirland, den Inseln des Atlantik und der Westküste Afrikas geschehen mit ideologischen Begründungen sehr antithetischen Charakters, aber mit grundsätzlich gleichartigem machtpolitischen Wollen: Das in der Bildung begriffene geeinte Europa, nach Volkszahl und Leistungsfähigkeit die stärkste Potenz des zukünftigen Weltgeschehens, soll im Entstehen erstickt, umklammert, unmöglich gemacht werden.

Den Kampf um den Sieg des neuen Europa führt auch das verbündete Italien unentwegt weiter. In Italienisch-Ostafrika ist die Kampfgruppe von Galla und Sidamo nach langem Ringen gegen eine gewaltige Übermacht und nachdem alle Vorräte an Lebensmitteln und Munition verbraucht waren, ausgeschieden. Sie mußte in ehrenvoller Form die Waffen strecken. Jetzt hält nur noch eine italienische Kampfgruppe, die im Gebirgsland von G o n d a r , stand. Im Mittelmeer, im Atlantischen Ozean und an der Grenze Ägyptens geht der Kampf mit England weiter.

Auf dem Balkan ist Montenegro am 12. Juli durch die Proklamation der Unabhängigkeit seiner konstituierenden Nationalversammlung zu neuem staatlichen Dasein wieder erstanden. Punkt 3 der Proklamati

104 on besagt, Montenegro werde als souveräner und unabhängiger Staat in der Form einer konstitutionellen Monarchie wiederhergestellt. Weg und Schicksal Montenegros sollten mit denen Italiens verknüpft und der König von Italien gebeten werden, einen Regenten zu ernennen. Italiens Stellung an der Adria und auf dem Balkan erfährt dadurch eine weitere Konsolidierung.

Es liegt auf der Hand, daß Italiens neue Stellung am Balkan es zu jenem Staat, der als der stärkste Balkanstaat aus dem Kampf hervorgegangen ist, zu Bulgarien, in ein neues Verhältnis bringen muß. Beide Staaten sind Grenznachbarn geworden. Die bulgarischen Staatsmänner Ministerpräsident F i l o f f und Außenminister P o p o f f haben sich vom 20. bis 23. Juli in R o m aufgehalten. Wie offiziös verlautet, wollte man sich u. a. über die durch die Auflösung des ehemaligen Jugoslawien ergebende Lage auf dem Balkan unterhalten, ausgehend von der Überzeugung, daß die italienisch-bulgarische Solidarität gegenwärtig das stärkste Element der Ordnung und Sicherheit auf dem Balkan darstelle.

Im fernöstlichen Raum hat Italien gleichzeitig mit Deutschland im Geiste des Dreierpaktes die Anerkennung der chinesischen Nationalregierung in Nanking vollzogen.

Die als Staaten autoritärer Herrschaftsform ideologisch und durch ihre Interessenlage auch materiell im gegenwärtigen Weltkonflikt auf der Seite des neuen Europa stehenden Länder der iberischen Halbinsel haben diese Einstellung und Interessenlage auch im Monat Juli in bedeutsamer Weise unterstrichen.

Spaniens Außenminister Serrano S u n e r hat in einem Gespräch mit dem Madrider Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ die Stellung Spaniens klar umrissen: „Spaniens Stellung gegenüber dem deutsch-russischen Kriege kann nur die der entschlossenen moralischen Kriegführung an der Seite unserer Freunde und gegen den am meisten verhaßten Feind aller Spanier sein. Diese moralische Kriegführung muß und wird ihre Ergänzung in der Teilnahme spanischer Kämpfer auf dem Schlachtfeld finden Deutschlands Kampf ist ein Kreuzzug der europäischen Ordnung gegen die asiatische Bar-

barei. Der Sieg über Rußland ist die unbedingte Voraussetzung für die Reorganisation und die Zukunft Europas."

Noch deutlicher äußerte sich Spaniens Staatschef, General F r a n c o, am fünften Jahrestage der nationalen spanischen Revolution in einer feierlichen Sitzung des Nationalrates der Falange am 17. Juli. Franco führte aus: In dieser Stunde wird um das Schicksal Europas gekämpft, das auch das unsrige ist. Aber dieses Schicksal ist bereits entschieden, denn der Untergang des russischen Kommunismus, der wie ein Alpdruck auf unserer Generation lastete, ist unvermeidlich. Keine menschliche Gewalt wird diesen Lauf des

105 Schicksals ändern können, auch nicht der Irrsinn, mit dem die Politiker gewisser Länder Europa in ein neues Unglück stürzen möchten. Gegen solche Versuche müssen wir gewappnet sein, damit die Welt weiß, daß wir uns unsere Unabhängigkeit und Rechte nicht nehmen lassen. Spanien ist wie kein anderes Land dazu berechtigt, festzustellen, daß Europa keinerlei Ambitionen in Amerika hat. Ein Entscheidungskampf zwischen den beiden Kontinenten ist unmöglich; er würde nur einen ergebnislosen, unabsehbar langen Krieg bedeuten mit ungeheuren Schiffsverlusten, unerhörten Kriegsgewinnen einiger Weniger und den Niedergang jeglichen friedlichen Welthandels bedeuten.

Nach einem Überblick über die bisherige Entwicklung des Krieges sagte Franco weiter: „Der amerikanische Kontinent kann an keine Intervention in Europa denken, ohne sich selbst in eine Katastrophe zu stürzen. Ebenso wenig kann Amerika behaupten, daß seine Küsten durch europäische Kriegsziele bedroht seien. Dies wäre eine Verdrehung der Tatsachen. Die Freiheit der Meere ist ein Sarkasmus für die Völker, die unter dem Krieg leiden. Ebenso ist der Begriff internationales Recht, dem die unmenschliche Hungerblockade Hohn spricht, und die sogenannte Verteidigung der bedrohten Völker nichts als ein großartiger Schwindel, an den kein Mensch mehr glaubt. Die Behauptung, daß das Schicksal dieses Krieges durch den Eintritt eines dritten Landes geändert werden könnte, ist auf Grund dieser Erkenntnis ein verbrecherischer Wahnsinn und würde zu einem Weltkrieg ohne absehbares Ende führen, der jahrelang dauern und den Ruin aller Nationen herbeiführen würde, die im Welthandel ihre natürliche Existenzgrundlage haben. An diesen Tatsachen läßt sich nicht rütteln. Die Blockierung Europas würde eine Autarkie im Gefolge haben, die auch Südamerika schwer schädigen würde. Der Krieg wurde ungeschickt vom Zaun gebrochen. Die Alliierten haben ihn verloren. Die verantwortlichen Männer geben selbst unumwunden zu, daß sie aus eigener Kraft nichts mehr zu erreichen vermögen und daß sie daher ihre letzten Hoffnungen auf einen neuen Krieg setzen, den Krieg zwischen den Kontinenten, der ihre Agonie verlängern und ihnen noch ein Schattendasein gewähren soll. Aus Liebe zu Amerika wünschen wir, daß dieser neue Krieg nicht kommt. Der Feldzug gegen Sowjetrußland, mit dem sich die plutokratische Welt solidarisch erklärt, würde an den verheerenden Folgen des Krieges zwischen den Kontinenten nichts ändern.

Die Welt steht seit zwanzig Jahren unter dem Druck der verbrecherischen Agitation des russischen Kommunismus, und Spanien kann wie kein anderes Volk die Reichweite der Folgen des gegenwärtigen Kampfes beurteilen, denn es lieferte dem Kommunismus die erste und blutigste Schlacht. Das kommuni

106 stische Gold und die jüdische Presse mögen vielleicht die Welt gegenüber den revolutionären Umtrieben der Komintern blind gemacht haben, auch die südamerikanischen Nationen mögen bislang nicht gewußt haben, daß die Komintern sie als semikoloniale Völker bezeichnete und ihnen ihre besondere Aufmerksamkeit widmete, jetzt ist aber die Stunde gekommen, in der sich niemand der Erkenntnis dessen verschließen kann, was für eine ungeheure Gefahr das schändliche Sowjet-Regime in sich birgt. Unsere nationale Erhebung hat heute vor der Welt ihre allerhöchste Rechtfertigung erfahren. In dieser Stunde, da Deutschland eine Schlacht aufnimmt, die Europa und die ganze Christenheit seit so vielen Jahren herbeisehnte, und bei der auch unsere Jugend zugegen ist, erneuert Spanien das felsenfeste Vertrauen auf seine Zukunft, über die die Wehrmacht und die Falange gemeinsam wachen."

Die von den Angelsachsen gegenüber Spanien in seiner schweren wirtschaftlichen Not geübte Erpressung kennzeichnete Franco wie folgt: „Zwei Millionen Tonnen Getreide mußten aus fernen Ländern herbeigeschafft werden. Als die Not im vergangenen Jahre am größten war und das Brot für unser Volk zur Neige ging, verhinderte Nordamerika die Verschiffung von hunderttausend Tonnen Getreide, das bereits gekauft und verschiffungsbereit lag. Alle unsere Bemühungen scheiterten an den Verfügungen der nordamerikanischen Regierung. Jede wirtschaftliche Hilfe, die man uns anbot, wurde mit politischen Forderungen verknüpft, die mit der Würde und Unabhängigkeit eines freien Volkes nicht vereinbar waren. Die Stunde ist gekommen, wo ich offen zu euch über diese hinterlistigen Ma-

chenschaften sprechen kann. Jedes Volk kann sich nur auf Grund seiner eigenen Arbeitskraft und Opfer behaupten. Es ist ein schwerer Irrtum, zu glauben, daß die Plutokratien ihr Gold für großmütige Hilfsaktionen hergeben. Das Gold erniedrigt die Nationen ebenso wie die Menschen. Gibt es einen besseren Beweis dafür als den Tausch von den Gliedern des Körpers eines Imperiums gegen fünfzig veraltete Zerstörer?"

Der spanische Staatschef schloß mit einem Appell an die Einheit, den Opfergeist und den Selbstbehauptungswillen des spanischen Volkes.

Francos Worte haben an der Adresse, an die sie gerichtet waren, in London und Washington, verärgerte Unfreundlichkeit und erneute Drohungen mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen hervorgerufen.

Der englisch-amerikanische Imperialismus bedroht auch den anderen Staat der iberischen Halbinsel, Portugal, mit wachsender Stärke. Aber auch im Monat Juli hat Portugals Regierung sich in ihrem entschiedenen Willen zur Selbstbehauptung nicht beeinträchtigen lassen. Staatspräsident C a r m o n a hat am

107 23. Juli eine auf einen Monat berechnete Reise nach den Azoren angetreten. Als politischen und moralischen Zweck der Reise bezeichnete das Regierungsblatt „Diario da Manha“, durch die Anwesenheit des Staatspräsidenten sollten die physischen und seelischen Bande, die die Völker und Länder des portugiesischen Imperiums verbinden, wenn möglich noch enger gestaltet werden. Die Reise des Präsidenten zeige die enge Verbundenheit, die das ganze portugiesische Volk mit seinem überseeischen Besitz verbinde. Weitere beträchtliche Truppentransporte sind im Monat Juni, wie schon in den vorhergehenden Monaten, nach den Kapverdischen Inseln und nach den Azoren verschifft worden. Es ist klar: eine Besetzung der portugiesischen Inseln im Atlantik in der Art, wie Roosevelt Grönland oder Island besetzte, nämlich mit dem durch verlogene Manöver bewirkten Schein der Zustimmung der Vergewaltigten, wird nicht möglich sein.

Am 9. Juli haben sich auf Einladung der brasilianischen Regierung der Direktor des portugiesischen Propagandasekretariats und der Leiter der Kolonialverwaltung im Kolonialministerium nach Brasilien eingeschifft, um dort eine Reihe von Vorträgen zur Vertiefung der portugiesisch-brasilianischen Freundschaft zu halten. Die portugiesische Presse unterstrich bei dieser Gelegenheit, wie schon öfter in den letzten Monaten, die historische und kulturelle Verbundenheit der beiden Länder, die Interessengemeinschaft, die sie über den Atlantik hinweg verbindet, und die Notwendigkeit, „irgendwelche egoistische Einmischungen, Intrigen und Begehrlichkeiten auszuschalten.“

Den angelsächsischen Imperialismus hat auch Frankreich im Monat Juli in gesteigertem Maße erfahren müssen. Nach fünfwöchigem tapferen und hartnäckigen Kampf gegen die technisch und zahlenmäßig stark überlegene englische Invasionsarmee haben sich die französischen Truppen in Syrien vor der Unmöglichkeit gesehen, den Kampf fortzusetzen. Die zuerst von englischer Seite gestellten Bedingungen für einen Waffenstillstand enthielten die Forderung, den Verrätergeneral de Gaulle als Vertragspartner anzuerkennen und den französischen Offizieren und Soldaten den Eintritt in die Streitkräfte de Gaulles freizustellen. Vichy hat dies rundweg abgelehnt und ausdrücklich festgestellt, Frankreich sei nicht bereit, aus welchem Vorwand es auch sei, mit Leuten wie de Gaulle und Catroux, die ihr Land verraten hätten, in Verhandlungen einzutreten. Gleichzeitig wurde der Kommandeur der französischen Truppen in Syrien, General D e n t z, ermächtigt, „die der tatsächlichen Lage entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen“. Am 14. Juli kam dann zwischen dem englischen Kommandeur Wilson und General Dentz ein Waffenstillstand streng militärischen Charakters zustande, der die Ehre der französischen Waffen respektierte, und vor

108 allem jede Anerkennung de Gaulles vermied. Syrien wurde nun, soweit es nicht schon während der Kampfhandlungen von den Engländern erobert worden war, von diesen besetzt. Nachdem die Erhebung des Irak gegen England, die Anfang Mai begonnen hatte, Anfang Juni nach vier Wochen Kampf gegen materiell und personell weit überlegene englische Truppen mit der Eroberung Bagdads und dem Zusammenbruch der irakischen Nationalregierung geendigt hatte, hat England durch die Besetzung des Iraks und Syriens eine beträchtliche Verstärkung seiner Position im vorderen Orient erreicht. Über die Interessen seines früheren Bundesgenossen Frankreich ist es dabei mit der üblichen Rücksichtslosigkeit hinweggegangen. Die erfolgreichen Angriffe der deutschen und italienischen Flugwaffe auf Englands Stützpunkte auf Cypern, in Haifa, Suez und Alexandrien zeigen jedoch, daß England sich dieser Position nach der Besetzung des gesamten Balkans, Kretas und der Inseln des Mittelmeers keineswegs ungestört erfreuen kann.

In einem anderen, dem fernöstlichen Teil des französischen Kolonialreichs, in Indochina, haben die Dinge jedoch einen anderen Verlauf genommen, als England es wohl beabsichtigt hat. Dort ist Japan, das durch seine Vermittlung den Streit zwischen Thailand und Indochina seine Stellung als führende Macht in Ostasien bewiesen hat, dem englisch-amerikanischen Zugriff zuvorgekommen. Am 24. Juli wurde zwischen Vichy und Tokio ein Abkommen über die gemeinsame Verteidigung von Französisch-Indochina abgeschlossen. Unter Wahrung und Garantierung der französischen Souveränität und territorialen Integrität wurde die Besetzung der strategisch wichtigsten Punkte Indochinas durch Japan bestimmt. Japan hat dadurch seine Stellung wesentlich verstärkt, und zwar sowohl für seinen Kampf mit Tschiangkaischek, wie für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung mit England und USA, nicht zuletzt aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht, da Indochina eine bedeutende Ausfuhr von Reis, Gummi u. a. kriegswirtschaftlich wichtigen Rohstoffen hat. Die Bereitschaft Vichys zu dem Vertrag mit Japan ist sicher durch Englands Angriff auf Syrien wesentlich herbeigeführt worden.

Hinsichtlich des Krieges in Europa ist festzustellen, daß die positive Stellungnahme Frankreichs im Sinne der Achsenmächte verstärkt erscheint. Die Bildung eines zahlenmäßig recht starken Korps von Freiwilligen zum Kampf gegen den Bolschewismus ist im Gange. Die kommunistischen Zellen in Frankreich werden, wo man sie zu fassen bekommt, aufgehoben.

Marschall P e t a i n hat vor dem Nationalrat, der mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt ist, am 8. Juli eine bemerkenswerte Rede gehalten, in der er die Grundsätze, nach denen die künftige Verfassung ausgerichtet werden soll, dargelegt hat. Diese Grundsätze enthalten eine Absage an die bishe

109 rige parlamentarisch-demokratische Einstellung und an die Prinzipien der Revolution von 1789, ein Zurückgehen auf die konstitutionellen Werte und Kräfte der Nation, besonders die Familie, den Gemeinschaftssinn und die Autorität. Man wird gespannt sein dürfen, wie die neue Verfassung im einzelnen aussehen und wie der neue politische Kern der französischen Nation, dessen Bildung Petain als notwendig bezeichnete, entwickelt werden wird.

Wie sehr sich Frankreich bemüht, im Staatsleben wieder Ordnung zu schaffen, zeigt die Tatsache, daß bereits Anfang Juli für das zweite Halbjahr 1941, zum erstenmal seit Frankreichs Zusammenbruch, wieder ein ordentlicher Staatshaushalt aufgestellt worden ist.

Die Sowjetunion, der Feind Europas, ist durch die gewaltigen Erfolge der deutschen und verbündeten Truppen bereits in schwere Bedrängnis geraten. Die wenigen Nachrichten, die, außer Propagandameldungen, zu uns gelangen, zeigen dies deutlich. Stalin sah sich genötigt, am 1. Juli den Vorsitz des neugebildeten Verteidigungsrates zu übernehmen, in dessen Hände die gesamte Regierungsgewalt gelegt wurde. Als Grund für die Bildung des Verteidigungsrates wurden die „augenblicklichen außergewöhnlichen Umstände“ angegeben. Wenn man sich erinnert, bis zu welchem Grade in der Sowjetunion die Staatsmacht bereits zentralisiert war, und wie absolut Stalins Wille schon immer Gesetz gewesen ist, dann muß man zur Schlußfolgerung kommen, daß die Bildung des Verteidigungsrates, zu dem außer Stalin nur Molotow als stellvertretender Vorsitzender und Woroschilow als Verteidigungskommissar und der Innenkommissar Beria gehören, der Ausdruck eines schon weit fortgeschrittenen Notzustandes sein muß.

Nicht minder bezeichnend war der Aufruf, den Stalin am 3. Juli als Vorsitzender des Verteidigungsrates erließ. Er verheimlichte nicht die Größe der Gefahr, sprach von einem Kampf auf Leben und Tod, sagte allen Panikmachern, die den Widerstand lahmten, den Kampf an und rief unter heftigen Beschimpfungen gegen Deutschland und seine Führung zum Kampf bis aufs Messer auf. Als wesentlich für diesen Kampf bezeichnete er, daß dem Feinde nichts, was ihm von Nutzen sein könnte, in die Hände fallen dürfe. Das rollende Material der Bahnen, alle Vorräte, alles Getreide müßten zerstört und die Wälder niedergebrannt werden. Hinter der Front müsse der Partisanenkrieg, d. h. also der völkerrechtswidrige Heckenschützenkrieg, bis aufs äußerste geführt werden. Im gleichen Atem sprach Stalin von „der demokratischen Einheitsfront aller freigesinnten Völker“ und berief sich auf die Unterstützung Churchills und Roosevelts! In einer für England bestimmten Rundfunkrede äußerte der frühere langjährige Außenkommissar der So

110 wjetunion, der plötzlich von Stalin wieder aus der Versenkung hervorgeholte L i t w i n o w: „Wir führen diesen Kampf gemeinsam für Wahrheit und für die Befreiung versklavter Völker!“

Die „Freiheit“, in der die Völker der Sowjetunion leben, erfuhr eine besondere Beleuchtung durch ein am 17. Juli veröffentlichtes Dekret des Obersten Verteidigungsrates über die Reorganisierung der politischen Propagandabehörden und die Einführung des Instituts militärischer Kommissare in der Roten Armee. Danach werden die politischen Kommissare, deren Tätigkeit in der nach dem finnisch-

russischen Krieg durchgeführten Reorganisation der Roten Armee wesentlich eingeschränkt worden war, wieder bis hinunter zu den Kompanien, Batterien und Schwadronen eingeführt. Diese Kommissare müssen Kommandeure und Soldaten überwachen, melden, „wenn die Kommandeure nicht die Befehle erfüllen und nicht ehrlich ihre Pflicht tun . . ., müssen erzwingen, daß die militärischen Befehle erfüllt werden . . ., müssen einen unerbittlichen Kampf gegen die Feiglinge, die Panikmacher und Deserteure führen, müssen bis auf den Grund den Verrat ausmerzen“.

Der Militärsachverständige der „New York Times“ vom 18. Juli meinte hierzu, die Wiedereinführung des Systems der politischen Kommissare sei höchst entmutigend. Wenn Stalin es für nötig finde, die Zuverlässigkeit und Treue seiner Generale zu überwachen, sei dies nur ermutigend für Hitler.

Wie die Verordnung vom 17. Juli im einzelnen durchgeführt wird, und welch blutigen Terror die Kommissare gegenüber Soldaten und Offizieren der Roten Armee ausüben, ist im übrigen durch zahlreiche Gefangenenaussagen und durch die Beobachtung der deutschen Truppen hundertfach bestätigt worden. Ein Ende Juli von finnischen Truppen erbeuteter Tagesbefehl Stalins vom 22. Juli gab bekannt, es seien „wegen schimpflicher Flucht, Panikmacherei, Unfähigkeit zum Führen, Untergrabung der Kriegführung, kampflöser Preisgabe von Waffen an den Feind und eigenmächtigem Verlassen der Stellung“ eine ganze Anzahl von Sowjetgeneralen, die einzeln genannt werden, verhaftet und vor das Kriegsgericht gestellt worden. Der Tagesbefehl schloß mit dem Aufruf an alle Kommandeure und politischen Kommissare, alle Feiglinge, Panikmacher und Deserteure zu beseitigen und selbst mit gutem Beispiel voranzugehen.

Blutiger Terror, die Bedrohung mit Mord, ist eben im Kriege wie im Frieden des Bolschewismus und Stalins einziges Argument. Stalins Aufruf zum Heckenschützenkrieg, zum Terror gegen die eigene Truppe und zur Verteidigung der demokratischen Freiheit ist eine wahrhaft bezeichnende Kombination!

111 Was im übrigen nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in die von der Sowjetunion im Verlauf dieses Krieges neu unterjochten Gebiete an blutigstem Verbrechen, an qualvollem Morden und barbarischer Zerstörung aller Kulturwerte zur Kenntnis der Welt gelangt ist, ist wahrhaft erschütternd und kann den Wunsch und die Entschlossenheit, das bolschewistische Regime mit Stumpf und Stiel auszurotten, nur noch verstärken und als eine europäische Notwendigkeit erweisen.

England jedoch, und zwei der Scheinregierungen, die es in London aushält, die polnische und die sogenannte tschechoslowakische, schließen mit Moskau Bündnisverträge!!

Die Haltung Englands zur Frage von Krieg und Frieden hat durch die Tatsache, den Bolschewismus als offenen Mitkämpfer zu haben, nur noch eine weitere Vertiefung erfahren — falls dies überhaupt noch möglich war. Der zähe russische Widerstand und die gewaltigen Ausmaße des Kampfes haben der englischen Propaganda reichlich Stoff gegeben, um das eigene Volk und die Weltöffentlichkeit glauben zu machen, daß die deutsche Kraft zum Sieg nicht ausreichen oder doch bei der Niederringung des Bolschewismus eine wesentliche Schwächung erfahren werde. Nach der Niederwerfung aller Verbündeten auf dem europäischen Festlande nun in der Sowjetunion einen neuen Festlandsdegen zu besitzen, und gar einen, der sogar stärker erscheint wie alle anderen, wird von der englischen Propaganda besonders freudig ausgewertet. Freilich fehlen die kritischen Stimmen nicht, und die Erfolge der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten tun das ihrige, um allzu laute Freudenausbrüche an der Themse einzuschränken.

Die Kritik an der eigenen Regierung ist in England denn auch im Monat Juli keineswegs verstummt. Bezeichnend waren hierfür die Debatten über das Informationsministerium, in dem Ende Juli schon der vierte Ministerwechsel stattgefunden hat, und über die Rüstungsindustrie. Die Regierung mußte beide Male scharfe Vorwürfe hinnehmen, wenn es auch Churchill gelang, sich schließlich durchzusetzen. General W a v e 11, einst wegen seiner Erfolge in Italienisch-Nordafrika als „Napoleon der Wüste“ laut gefeiert, wurde Anfang Juli nach Indien versetzt. Churchill weigerte sich, im Unterhaus die Gründe, die in den deutsch-italienischen Erfolgen in der Cyrenaika und dem katastrophalen Ausgang der Schlacht von Sollum klar zutage liegen; anzugeben. Gegenüber dem von Churchill meist zur Schau getragenen Zweckoptimismus steht die Erklärung des Ersten Lords der Admiralität, Alexander, vom 16. Juli, der schlimmste Teil des Krieges stehe noch bevor.

An Ministerreden, die in England ja immer gewisse, wenn auch oft nur in Spiegelschrift zu lesende Erläuterungen der Situation bieten, sind eine Rede Edens vom 5. Juli in Leeds und zwei Reden Churchills vom 14. Juli im Londoner Rathaus und vom 29. Juli im Unterhaus zu erwähnen. Eden gefällt sich hin und

112 wieder in vagen Erklärungen über die Friedensziele Englands. Diesmal kündigte er ganz offen als Ziel Englands nach einem Sieg über Deutschland einen bewaffneten Frieden zwecks dauernder Niederhaltung Deutschlands an. England hat natürlich nach Eden keinerlei materielle, sondern nur ideelle Kriegsziele. Wie Churchill es bei jeder Gelegenheit tut, erklärte auch Eden, mit Hitler werde unter keiner Bedingung Frieden gemacht werden. Denn die Vernichtung Hitlers und seines Regimes sei das Ziel. Deshalb sei auch jeder willkommen, der bei diesem Kampf mithelfe, der Bolschewismus also jetzt vor allem. Den Sowjets versprach Eden „auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet mit unserer gesamten Stärke und Loyalität“ zu helfen. Wie diese Hilfe durchgeführt werden solle, hat Eden freilich nicht gesagt. Eden hat auch ebenso wie der englische Botschafter in USA, Halifax, dies am 18. Juli in San Francisco getan hat, davon gesprochen, Hitler werde wohl bald ein Friedensangebot machen, aber England werde es auf jeden Fall und unbesehen ablehnen. Solche angeblich bevorstehenden Friedensangebote des Führers werden von der englischen Propaganda immer wieder erfunden. Man will dadurch den Eindruck erwecken, als ob Deutschland es nötig hätte, sich um Frieden zu bemühen, d. h. man will die deutsche Lage als schwierig erscheinen lassen, um dann mit der Betonung, man werde jedes Friedensangebot ablehnen, sich selbst um so stärker hinzustellen. Die wiederholte Anwendung dieses Tricks macht ihn weder wirksamer, noch vergrößert er den Eindruck wirklicher Selbstsicherheit und Stärke.

In seiner Rede vom 14. Juli im Londoner Rathaus gab Churchill einen Überblick über die Wirkung der deutschen Luftangriffe auf London im letzten Herbst und Winter, der gegenüber der Vertuschung von früher bemerkenswerte Eingeständnisse enthielt. Darauf malte er aus, wie künftig die deutschen Städte bombardiert werden würden, wenn erst England dazu genügend vorbereitet sei. Churchills wilde und haßerfüllte Natur kam dabei wieder einmal klar zum Durchbruch. Churchill wiederholte auch die Lüge, daß Deutschland mit „dem unbeschränkten Bombardieren“ von Städten angefangen habe, und nannte Warschau und Rotterdam als Beispiele. In Wirklichkeit handelte es sich dabei bekanntlich nicht um offene, sondern um militärisch verteidigte Städte, und es ist die englische Luftwaffe gewesen, die im Sommer 1940 mit der wahllosen Bombardierung offener Städte begonnen hat. Erst nach mehrmonatlichem Warten und Warnen ist dann die deutsche Vergeltung erfolgt.

Churchills Unterhausrede vom 29. Juli enthielt einige bemerkenswerte Geständnisse. Churchill mußte die Regierung gegen Vorwürfe verteidigen, daß die Rüstungsproduktion nicht genügend arbeite, die Leistung der Arbeiter nur noch 75% von früher betrage und die Organisation der Industrie große Mängel auf

113 weise. Natürlich wies Churchill alle diese Vorwürfe zurück, gestand aber dabei, daß die Leistungen der Arbeiter tatsächlich nicht mehr auf der früheren Höhe hätten gehalten werden können. Er sagte: „Überdies muß auch die sehr ernste Veränderung in der Ernährung der Schwerarbeiter berücksichtigt werden, die jetzt bedeutend weniger arbeitsfördernd wirkt als vor einem Jahr. Mit Ausnahme unserer Wehrmachtsteile sind wir in großem Ausmaße von Fleischessern zu Pflanzenessern geworden, was Ernährungswissenschaftlern Grund zur Genugtuung verschaffen mag, jedoch eine entschiedene Auswirkung auf die Leistungen der Schwerarbeiter zur Folge gehabt hat.“ Das andere Eingeständnis Churchills ergibt sich aus seinen Bemerkungen zu der Kritik an der Organisation der Rüstungsindustrie. Er teilte mit, daß Roosevelts Beauftragter für die Kontrolle der Durchführung des Pacht- und Leihgesetzes, Harry Hopkins, an Besprechungen über die englische Rüstungsindustrie teilgenommen habe, und fuhr fort: „Wir sind natürlich mit unseren amerikanischen Freunden und Helfern zu einem genau umrissenen Abkommen gelangt. Sie unternehmen in der gemeinsamen Sache ungeheure Anstrengungen, und sie verlangen daher natürlich sehr vollständige Angaben darüber, was mit den von ihnen gelieferten Gütern geschieht, und ob irgendwelche Verschwendung oder schlechte Leitung besteht. Es ist unsere Pflicht, sie darüber zu vergewissern, daß es kein Durcheinander gibt oder daß das Durcheinander bis auf ein Minimum reduziert wird, und daß sie für ihr Geld auch den entsprechenden Gegenwert bekommen.“ Deutlicher kann nicht gesagt werden, daß das einst weltbeherrschende England unter Kuratel der USA steht!

Über die Wirkungen des Krieges auf Englands Wirtschaft und Finanzen liegen aus dem Monat Juli mancherlei Nachrichten vor. Man will alle Frauen bis zum Alter von 40 Jahren und alle nichtwehropflichtigen Männer bis zum Alter von 50 Jahren allmählich mobilisieren, um sie in der Kriegsindustrie einzusetzen. Möglicherweise erfolgt diese der „englischen Freiheit“ so widersprechende Maßnahme unter sanftem Druck aus USA.

Die englischen Staatsfinanzen stehen unter dem immer stärker werdenden Druck der Kriegsausgaben. Die Übersicht über die Entwicklung der Staatsausgaben im ersten Vierteljahr des Rechnungsjahres

1941/42, die vom Schatzamt Anfang Juli herausgegeben wurde, zeigt, daß die Einnahmen mit 319 Millionen Pfund nur erheblich weniger als ein Drittel der Ausgaben mit 1,1 Milliarden Pfund ausmachten, und daß die Einnahmen erheblich unter dem Voranschlag zurückblieben, während die Ausgaben über ihn hinausgingen. Steuern zahlen, Sparen zwecks Bereitstellung des Geldes für Anleihen und drastische Ver-

- 114 minderung des zivilen Verbrauches sind daher die immer wieder verkündete Losung. Damit ist jedoch die Tatsache, daß die Preis- und Lohnschraube sich immer schneller und beängstigender dreht, wie „Financial News“ am 1. Juli feststellte, nicht in Einklang zu bringen. Noch schärfere Rationierung und noch rigoroseres Sparen sei deshalb zu fordern. Die „Times“ schrieben am 23. Juli in einem „die Schraube ohne Ende“ betitelten Leitartikel, die Inflation müsse auf jeden Fall vermieden werden. Jede Erhöhung der Produktionskosten und der Preise sei zu vermeiden.

Die Rationierungsmaßnahmen und ihr weiterer Ausbau beschäftigen die englische Öffentlichkeit sehr. „Daily Express“ vom 14. Juli wußte mitzuteilen, daß die neuen Versuche der Regierung, eine Steigerung der Kohlenproduktion hervorzurufen, unter den Bergleuten „einfach verhaßt seien“. Minister und Gewerkschaftsführer wenden sich immer wieder mit Aufrufen an die Bergarbeiter, doch ja mehr zu produzieren, da davon der Sieg und im nächsten Winter die Moral des ganzen englischen Volkes abhängen. Die Lebensmittelknappheit, die Verteilung der Lebensmittel, der Schleichhandel usw., auch der Benzin-, Bier- und Tabakmangel beschäftigen die englische Presse erheblich. Neuerdings dürfen die Inspektoren des britischen Ernährungsministeriums, um das Hamstern zu verhindern, sogar — ein schrecklicher Eingriff in die private Freiheit und die Unantastbarkeit des häuslichen Herdes — die Speisekammern untersuchen!

Dafür traten Mitte Juli in Washington Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Kanadas, Australiens und Argentinens zusammen, um Probleme zu besprechen, die aus dem enormen Weizenüberschuß entstanden sind, den die englische Blockade in diesen Ländern hervorgerufen hat. Auch über die Überschüsse an Baumwolle in verschiedenen Ländern sowie an Meiereiprodukten in Australien und Neuseeland wurde gesprochen. Zwischen England und seinen Dominien steht ferner das Problem, wie die durch die Forcierung der Rüstungsindustrie in den Dominien schnell fortschreitende Industrialisierung derselben nach dem Krieg sich auf die Absatzmöglichkeiten der englischen Industrie auswirken werde.

Die größte und dringlichste Sorge Englands ist und bleibt aber die Frage des Handelsschiffsraums, besonders auch an Tankschiffen. Die Vereinigten Staaten haben schon alles Verfügbare abgegeben, aber Roosevelt plant weitere Abgabe von Tankern mit der notwendigen Folge einer Einschränkung der Versorgung in den USA selbst. Neuerdings planen nach einer Mitteilung der „Financial News“ vom 22. Juli die in beiden Ländern für Handeisschiffahrt zuständigen Behörden, sämtlichen neutralen Schiffsraum für ihre

- 115 Rüstungstransporte in Anspruch zu nehmen, d. h. zu requirieren mit der Drohung, daß im Weigerungsfalle den neutralen Schiffen das Anlaufen britischer und amerikanischer Häfen verboten würde. Auch dies ein Beitrag zu dem angeblich von Roosevelt geführten Kampf für die Freiheit der Meere!

Außenpolitisch ist in London neben den Vereinigten Staaten, die immer noch an erster Stelle stehen, die Sowjetunion Trumpf. Mitte Juli wurde zwischen Moskau und London ein Vertrag gegenseitiger Waffenhilfe mit der Verpflichtung, nur gemeinsam Frieden zu schließen, unterschrieben. Eine sowjetische Militärdelegation wurde am 8. Juli in London enthusiastisch empfangen und gefeiert. In der Kathedrale von Canterbury beteten der Dompropst und die Gemeinde zusammen für die Sowjetunion, und eine Londoner Zeitung verstieg sich zu der Behauptung, daß drei große Persönlichkeiten führend in der Verteidigung der menschlichen Freiheit seien, nämlich Churchill, Stalin und Roosevelt! Im Unterhaus aber sagte Churchill am 15. Juli, England segne die Waffen der Sowjets und wünsche ihnen allen Erfolg.

Die finnische Regierung hat aus dieser Haltung Englands am 29. Juli die Schlußfolgerung gezogen, die diplomatischen Beziehungen mit England abzubrechen.

Englands Beziehungen zu Spanien sind durch die oben erwähnten Erklärungen Francos nicht verbessert worden. Eden erwiderte am 24. Juli im Unterhaus mit einer verlogenen Darstellung über die angebliche uneigennützigte Hilfe, die England Spanien bei seinem Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg habe angedeihen lassen, und schloß mit unverhüllten Drohungen gegen Spanien.

Auch mit Japan haben sich Englands Beziehungen weiter verschlechtert. Das französisch-japanische Abkommen über die gemeinsame Verteidigung von Indochina erregte den größten Unwillen Londons.

England kündigte am 26. Juli den britischjapanischen Handels- und Schiffahrtsvertrag von 1911 und die Handelsvereinbarungen Japans mit Indien und Burma von 1934 und ließ die japanischen Guthaben einfrieren. Die englischen Dominien folgten England sofort auf diesem Wege.

Irland hat mit einer Diskussion im Parlament am 25. Juli erneut seinen Willen zur Neutralität zum Ausdruck gebracht. Unmißverständlich erklärte Ministerpräsident de V a l e r a , ähnlich wie bei verschiedenen anderen Gelegenheiten, Irland werde sich gegen jeden Angriff zur Wehr setzen, woher er auch kommen möge. Solange Irland nicht seine Einheit gefunden habe, habe es „keinen Zweck, über die großen Prinzipien zu reden, für die die eine Seite angeblich kämpft, und die die andere Seite angeblich vernachlässigt“.

116 Diese Äußerung de V a l e r a s paßt auf die verlogene Phraseologie Londons so gut wie auf die Washingtons, und Irland hatte als Bestätigung für die Richtigkeit seiner Neutralitätspolitik das Schicksal Islands. In einer Sonderbotschaft an den Kongreß teilte Roosevelt am 7. Juli mit, daß „amerikanische Truppen auf Grund eines Übereinkommens zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten in Island, heute in Island eingetroffen seien. Die amerikanischen Marinetruppen sollten die britischen Streitkräfte ergänzen und möglicherweise ersetzen. Die Vereinigten Staaten könnten eine Besetzung von strategischen Vorposten durch Deutschland, die als Luft- oder Flottenbasen für einen eventuellen Angriff auf die Westhemisphäre benutzt werden könnten, nicht dulden“. Gleichzeitig wurde de" Briefwechsel zwischen Roosevelt und dem Ministerpräsidenten Islands veröffentlicht. Der Brief des Isländers läßt aus den darin für die Besetzung formulierten Bedingungen deutlich die Besorgnisse der Isländer, ihr inneres Widerstreben und damit die unter dem Schein der Freiwilligkeit erfolgte Vergewaltigung der Isländer erkennen.

Die Besetzung Islands wurde allenthalben als ein offensiver Akt gegen Europa und ein Hinausgreifen über die westliche Hemisphäre erkannt, und von der gesamten nicht England- und USA-hörigen Presse, besonders auch der mit Island stammverwandten nordischen Länder, scharf kritisiert.

Daß Roosevelt diesen Angriffsakt auf einen zweifellosen Teil des europäischen Raumes unternahm, in einem Augenblick, in dem Europa im Existenzkampf gegen den alle menschlichen Werte bedrohenden Bolschewismus steht, ist ein neuer Beweis für seine wirkliche Gesinnung. Sie kam übrigens treffend zum Ausdruck, als Roosevelt am 9. Juli von Pressevertretern darauf hingewiesen wurde, daß er doch noch vor wenigen Monaten Island als nicht zur westlichen Hemisphäre gehörig bezeichnet habe. Roosevelt erwiderte lächelnd, seine Ansicht, was zur westlichen Hemisphäre gehört, richte sich danach, mit welchem Geographen er zuletzt gesprochen habe. Er habe es aufgegeben, Gebiete und Interessensphären der westlichen Halbkugel innerhalb genauer Grenzen zu definieren.

Derselbe Roosevelt hat am 21. Juli in einer an den Kongreß gerichteten Botschaft, mit der er die unbeschränkte Verlängerung der Dienstzeit der USA-Armee forderte, gesagt, es sei die übereinstimmende Meinung aller sachlich unterrichteten, „daß die Absichten und Pläne der Angreifernationen so augenscheinlich gegen die amerikanische Sicherheit gerichtet sind, daß die Vereinigten Staaten und die übrigen amerikanischen Länder tatsächlich in ihren nationalen Interessen bedroht sind. Aus diesem Grunde stelle ich widerstrebend fest, daß ein unbeschränkter nationaler Notstand besteht“. Als Grund für diese unsinni

117 ge Behauptung gab Roosevelt u. a. den Anschluß der Ostmark an das Reich an! Wahrhaftig, die zynische Verlogenheit dieses Mannes kann kaum noch übersteigert werden.

Die Minister und engsten Mitarbeiter Roosevelts, die Stimson, Knoxs, Ickes, Willkie usw. setzen ihre Kriegshetze natürlich ebenso unentwegt fort wie ihr Meister. Der stellvertretende Außenminister, Sumner W e l l e s , trieb die heuchlerische Verlogenheit in einer Rede vom 23. Juli so weit, für die Nachkriegszeit einen neuen Völkerbund im Stile Wilsons mit allerlei angeblichen idealen Zielsetzungen zu fordern. Die Presse so ziemlich aller europäischen Länder, besonders die deutsche, hat darauf unter ausgiebiger Verwendung von historischen Hinweisen auf den Genfer Völkerbund und sein schmähliches Versagen die entsprechende Antwort erteilt.

Die Gegner von Roosevelts Kriegspolitik, Wheeler, Lindbergh, Taft, Clark, Hearst u. a. haben auch im Monat Juli ihren Kampf zäh fortgesetzt, um die USA aus dem Kriege herauszuhalten. Offensichtlich ist die große Mehrheit der Bevölkerung der USA nach wie vor gegen einen Kriegseintritt. Roosevelt, der durch Strohänner die Aufhebung des bisher noch bestehenden gesetzlichen Verbotes, USA-Truppen außerhalb der Westhemisphäre zu entsenden, betrieben hatte, mußte angesichts der starken Reaktion im Kongreß und in der öffentlichen Meinung gegen diese Absichten diese zunächst aufgeben. Er hat jedoch, ohne den Kongreß zu fragen, unter Hinweis auf seine Befehlsgewalt als Oberbefehlshaber der Armee, Truppen nach der östlichen Hemisphäre, und zwar nach Island geschickt.

Wenn man sich die Rüstungsziffern der USA ansieht — ein neuer Kredit von über 8 Milliarden Dollar ist gegen Ende Juli vom Kongreß verlangt worden —, wenn man erfährt, daß allein die Armee für das am 1. Juli beginnende Finanzjahr über 15,3 Milliarden Dollar verfügen soll, daß die USA-Armee sich jetzt bereits der Zwei-Millionen-Grenze nähert und auf drei Millionen vermehrt werden soll, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß all diese riesigen Rüstungen nie und nimmer für die Verteidigung des amerikanischen Kontinents, sondern zum Angriff gegen andere Kontinente gedacht und geplant sind. Die sogenannte Verteidigung der westlichen Hemisphäre, die angebliche Gefährdung der USA, die Notwendigkeit der Rüstung, um dieser Gefahr zu begegnen, sind nichts anderes als verlogene Schlagworte. Roosevelts Politik zielt auf Einmischung überall, ist in Wirklichkeit unbegrenzter Imperialismus, bedeutet Aggressivität nach allen Richtungen, besonders aber gegen Europa.

Allerdings zeigen sich auch gewisse Schranken für diesen Imperialismus auf dem Gebiet von Wirtschaft

118 und Produktion. Selbst die sehr große Produktionskraft der USA-Wirtschaft ist dem Ansturm immer neuer Milliardenziffern an Rüstungsaufträgen nicht gewachsen. Anläßlich der Beendigung des Haushaltsjahres am 1. Juli erfuhr man aus einem Artikel des „Washington Evening Star“, daß von den im abgeschlossenen Haushaltsjahr gesetzlich für Rüstungszwecke zur Verfügung gestellten 20 Milliarden Dollars vom Schatzamt nur 6 Milliarden ausgegeben waren, daß für weitere 5,7 Milliarden Aufträge erteilt, für 8,7 Milliarden aber noch keine Verwendung gefunden war. Nach dem 1. Juli sind weitere 10 Milliarden allein für die USA-Armee bewilligt worden, ohne nähere Einzelprüfung, „weil man überhaupt nicht mehr übersehen könne, was, wann und wie teuer fabriziert werden könne“. Eine ernste und gefährliche Verknappung von Aluminium, Stahl, Mangan, Kautschuk und anderen Rohmaterialien, z. B. auch Zinn und Zink, sei eingetreten. Am 14. Juli erklärte der Preiskoordinator Henderson, die wachsenden Anforderungen an diesen Rohstoffen zwingen dazu, deren Verbrauch in der Privatindustrie einzuschränken. Diese Rationierung sei der Preis, den man für die Rüstung zahlen müsse. Es bestehe auch eine schwere Gefahr der Inflation, der man nur durch verstärktes Sparen und gesteigerte Steuern vorbeugen könne.

Neuerdings sieht man sich in den USA und England gezwungen, sich mit der Frage einer Neuverteilung der Rüstungslieferungen aus USA zu beschäftigen. Harry Hopkins hat sich gegen Ende Juli nach England begeben, um festzustellen, „ob England in den kommenden Monaten einen Teil der ursprünglich vorgesehenen USA-Materialhilfe entbehren könne, damit diese nach dem Fernen Osten geleitet werden könne. Die Bedürfnisse dort seien gestiegen, sowohl für China wie für Niederländisch-Indien und auch für Rußland. Die USA-Regierung erwarte, daß die Engländer ihre Ansprüche verringern könnten.“ Hopkins hat dann im englischen Rundfunk durch eine aufmunternde Rede den Engländern die im Gang befindliche Rüstungshilfe der USA, freilich ohne Zahlen zu nennen, in den glühendsten Farben geschildert.

Der nach allen Seiten ausgreifende Imperialismus Roosevelts beunruhigt weiterhin auch die Länder der Iberischen Halbinsel. Dem Unterstaatssekretär Sumner Welles ist am 21. Juli bei einer Bemerkung an die Adresse des spanischen Staatschef Franco über dessen Rede (siehe Seite 104) ein bemerkenswertes Geständnis entschlüpft. Er sagte, was Francos Äußerungen über die Freiheit der Meere angehe, „sei die amerikanische Geschichte auf die Bedingung gegründet, daß die Meere völlig frei, oder in der Kontrolle befreundeter Mächte seien. Die Kontrolle durch unfreundliche Mächte würde Amerikas Freiheit der Meere töten“. Es darf als nur jene „Freiheit der Meere“ geben, über die die Angelsachsen ausschließlich zu bestimmen haben!

119 Das Zusammengehen mit dem Bolschewismus ist für Roosevelt und seine Leute im Monat Juli schon eine Selbstverständlichkeit geworden. Bullitt, einst Roosevelts Botschafter in Moskau und später in Paris, äußerte in einer Rede am 15. Juli, Stalin bekämpfe die Macht Hitlers und helfe dadurch der Zivilisation!

Über die tatsächliche, wirtschaftliche und Kriegsmaterialhilfe der USA, an die Sowjets ist bisher noch nicht viel bekannt geworden. Am 25. Juli teilte Sumner Welles mit, Moskau wolle eine Sonderkommission nach den USA entsenden, um über den Ankauf von Kriegsmaterial zu verhandeln. Eine Einbeziehung der Sowjetunion in das sogenannte Pacht- und Leihgesetz ist bisher wenigstens noch nicht erfolgt. Es scheinen doch noch erhebliche Widerstände dagegen zu bestehen, daß das Geld der USA-Steuerzahler in Form von Kriegsmaterial den Bolschewiken zur Verfügung gestellt wird. Einstweilen betont man in Washington, man werde an Moskau nur gegen Barzahlung liefern. Auch hat die USA-Regierung das Ersuchen der Sowjets, ihre diplomatische Vertretung in Vichy mit zu übernehmen, abgelehnt.

Hinsichtlich des Fernen Ostens hat sich die Haltung des USA-Imperialismus weiter verschärft. Am 9. Juli verlautete aus Washington, daß die Hilfe an die Tschungking-Regierung weiter verstärkt werden solle. Die Burma-Straße, der einzige Verkehrsweg, der Tschungking noch einigermaßen offensteht, solle mit amerikanischer Hilfe verbessert und das zu seiner Benutzung nötige Transportmaterial geliefert werden, ferner Benzin, Öl, Flugzeuge und andere Waffen. Die Hilfe an China erscheine Washington sogar noch wichtiger als die an Rußland.

Entsprechend wächst die Feindschaft und die Gegenaktion gegen Japan. Die gemeinsamen französisch-japanischen Verteidigungsmaßnahmen in Indochina haben in Washington Ausbrüche heftiger und feindseliger Ablehnung hervorgerufen. Das Außenamt gab eine Erklärung heraus, in der es u. a. hieß:

„Die japanische Regierung hat durch die Art ihres Verhaltens, welches sie in bezug auf Indochina beobachtet hat und weiter beobachtet, den klaren Beweis dafür geliefert, daß sie entschlossen ist, ein Expansionsziel durch Gewalt oder Gewaltandrohung zu erreichen ... Im Lichte der vergangenen Entwicklungen bringen derartige Maßnahmen, wie sie jetzt die japanische Regierung ergriffen hat, die Benutzung des Pazifik durch die friedliebenden Völker in Gefahr. Sie bringen die Belieferung der Vereinigten Staaten mit wichtigen Rohstoffen, wie Zinn und Kautschuk, die für den normalen Wirtschaftsgang Amerikas und für die Durchführung unseres Rüstungsprogrammes notwendig sind, in Gefahr. Das Recht zum Einkauf von

120 Zinn, Kautschuk, Erdöl oder von anderen Rohstoffen im Pazifikraum auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen Nationen ist Japan niemals verweigert worden. Die Maßnahmen, die die japanische Regierung ergriffen hat, bringen auch die Sicherheit anderer Gebiete im Stillen Ozean, darunter auch die Philippinen, in Gefahr. Die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten sind sich vollständig darüber im klaren, daß derartige Entwicklungen unmittelbar das lebenswichtige Problem unserer nationalen Sicherheit berühren.“ So viel Sätze, so viel Verdrehungen der Tatsachen. Näher an der Wirklichkeit blieb — ausnahmsweise — Roosevelt, als er am 24. Juli erklärte, man habe bisher Japan Öl geliefert, um zu verhindern, daß Japan Niederländisch-Indien besetze. Diese Hoffnung, Japan aus dem Krieg herauszuhalten, sei seit zwei Jahren im Interesse Amerikas, Englands und der Freiheit der Meere in Erfüllung gegangen. Amerika habe sich seit Kriegsausbruch bemüht, eine Ausweitung des Weltkrieges auf dem Pazifik zu verhindern, denn es beziehe wichtige Materialien, darunter Gummi und Zinn, aus Niederländisch-Indien, den Straits Settlements und Indochina. Außerdem habe Amerika helfen müssen, australische Überschüsse an Fleisch und Getreide nach England zu schaffen. Es seien also eigennützige Gründe gewesen, wenn man versucht habe, in der dortigen Gegend einen Kriegsausbruch zu verhindern.

Am 26. Juli ließ Roosevelt als Vergeltungsmaßnahme gegen die nach vertraglicher Vereinbarung mit der französischen Regierung erfolgte Landung japanischer Truppen in Indochina alle japanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten einfrieren und die gesamte Ausfuhr nach Japan blockieren, bzw. unter Lizenzzwang stellen. Offenbar hatte man auch Absichten auf die in USA-Häfen liegenden oder dort ankommenden japanischen Schiffe. Fünfundvierzig japanische Schiffe, die in Fahrt auf USA-Häfen waren, wurden jedoch von der japanischen Regierung durch Funkspruch angehalten, und erst nach entsprechenden Sicherungen wurde ihnen das Einlaufen in die USA-Häfen erlaubt. Die Durchfahrt durch den Panamakanal wurde einer Anzahl japanischer Schiffe durch Verwaltungsschikanen unmöglich gemacht. Die angelsächsische „Freiheit der Meere“ hat eben immer wieder dasselbe Gesicht! Nach einer Erklärung von Sumner Welles vom 29. Juli wollen die USA auch die Staaten Süd- und Mittelamerikas zu ähnlichen Maßnahmen der Wirtschaftsblockade gegen Japan veranlassen, ebenso wie man durch Aufstellung von Schwarzen Listen, auf die man alle Firmen dieser Länder, die mit den Achsenmächten Handel treiben, gesetzt hat, die englische Blockade und den eigenen Wirtschafts-imperialismus gegenüber Süd- und Mittelamerika zu fördern bemüht ist. Am 29. Juli hat Roosevelt einen Teil der Streitkräfte der Philippinen in die USA-Armee einberufen.

121 Rossevelts Imperialismus zielt seit der französisch-japanischen Vereinbarung über Indochina im Fernen Osten offener und rücksichtsloser als bisher auf die wirtschaftliche Niederringung und militärische Einkreisung Japans. Durch eine möglichst lückenlose Wirtschaftsblockade soll Japan wirtschaftlich niedergedrückt werden. Die verstärkte Unterstützung Tschungkings und die Hilfe für die Sowjetunion bezeichnen die zwei Seiten einer Zange, die vom asiatischen Kontinent gegen Japan angesetzt werden soll. Schon spricht man von Stützpunkten an der Nordostküste Asiens, von einer angeblichen Bedrohung Alaskas, wenn die Sowjetunion unter den deutschen Schlägen völlig zusammenbreche,

und stellt Erwägungen darüber an, welche nützliche Rolle die fernöstliche Armee der Sowjets und deren Bombengeschwader in Wladiwostok gegen das japanische Inselreich spielen könnten.

Der USA-Imperialismus gegenüber Süd- und Mittelamerika ist im Monat Juli noch gesteigerter aktiv gewesen. Was zunächst die Propaganda angeht, so hat Roosevelt selbst anlässlich des Unabhängigkeitstages Argentiniens am 9. Juli eine Rundfunkbotschaft verlesen, in der folgender Passus vorkam:

„In diesen kritischen Zeiten, wo die amerikanischen Republiken sich einer aktiven Gefahr gegenübersehen in Form einer Herausforderung von außerhalb an die christliche Zivilisation, die sie als ein köstliches Erbe hochhalten, ist es besonders herzerfrischend, teilzunehmen an den beredten Ausdruck gemeinsamer Ideale, die die Kette der freien Republiken dieses Erdteils fest verbinden.“ Ein bemerkenswertes Stück Heuchelei von dem Hochgradfreimaurer Roosevelt, der sich als Bundesgenosse des antichristlichen, jede Freiheit und Menschenwürde zertretenden Bolschewismus fühlt und betätigt!

Diese Art der Propaganda ist in Washington längst aufs beste organisiert. Roosevelt hat für sie mit Geldmitteln reichlich ausgestattete Helfer und Organisationen bereit. Nelson A. Rockefeller aus der bekannten Plutokratenfamilie dirigiert ein „Büro für Angleichung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den amerikanischen Republiken zur nationalen Verteidigung“, das über 5 Millionen Dollar verfügt und über dessen Pläne Mitte Juli interessante Einzelangaben bekannt wurden. Für Presse-, Film-, Radio- usw. Beeinflussung in Süd- und Mittelamerika sollen Millionenbeträge ausgegeben werden. Freilich haben der Filmschauspieler Douglas Fairbank s, der Anfang Juli von einer im Auftrag Roosevelts mit großem Tamtam durchgeführten Propagandatournee aus Südamerika zurückkehrte, und der Ibero-Fachmann Leon P e a r s o n darauf hingewiesen, daß die Ibero-Amerikaner nicht so sehr erpicht seien, die Demokratie und das britische Empire zu retten, da England jahrelang und zuerst Ibero-Amerika wirt

122 schaftlich ausgebeutet habe. Was mit der „kulturellen“ Filmbeeinflussung Südamerikas in Wirklichkeit gemeint ist, geht aus Zahlen über die gewaltigen Einnahmeverluste Hollywoods im Auslandsfilmgeschäft hervor. Während in Normalzeiten 40% der Bruttoeinnahmen aus dem Ausland stammten, verminderte sich dieser Anteil im letzten Jahre auf etwa 15%. Durch die Kriegereignisse seien die USA-Filme aus über 20 000 Filmtheatern ausgeschlossen worden. Demgegenüber besäßen die iberoamerikanischen Staaten, der Ferne und Nahe Osten, Kanada und Afrika insgesamt nur 15000 Filmtheater! Man redet von Kultur und meint Profit aus den Kinos der ganzen Welt. Sicher will man auch der Kultur in erster Linie dienen, wenn man, wie „New York Times“ am 7. Juli meldete, für das USA-Heer ein militärisches Wörterbuch in portugiesisch-englisch herausbringt!

Ziel der USA-Propaganda in Süd- und Mittelamerika ist wesentlich die Hetze gegen Deutschland und die Achsenmächte. Sie hat im Monat Juli zu zwei Zwischenfällen geführt, die geradezu unerhört in der Geschichte der Diplomatie genannt werden müssen. Mitte Juli wurde dem deutschen Gesandten in Bolivien vom bolivianischen Außenministerium plötzlich eröffnet, er sei nicht mehr persona grata und solle schleunigst das Land verlassen. Gleichzeitig wurde ein angeblicher Brief des bolivianischen Militärattachés in Berlin, des Majors Belmonte, an den deutschen Gesandten veröffentlicht, der gemeinsame Pläne zu einem Umsturz in Bolivien enthüllen sollte. Der deutsche Gesandte erklärte, diesen Brief nie erhalten und Belmonte, ihn nie geschrieben zu haben. Er ist also eine Fälschung, wie sich inzwischen ergeben hat, eine in Washington hergestellte und von dort der bolivianischen Regierung zugespielte. Das „Deutsche Nachrichtenbüro“ hat in einer Verlautbarung vom 26. Juli dazu bemerkt: „Dem Präsidenten Roosevelt blieb es vorbehalten, nun auch auf dem Gebiete der Diplomatie zwischen Kulturvölkern die Mittel und die Moral von Gangstern eingeführt zu haben.“ In Argentinien ließ ein nach nordamerikanischem Vorbild und unter USA-Einfluß gebildeter parlamentarischer Untersuchungsausschuß deutsches diplomatisches Kuriergepäck wegnehmen und öffnen, um mit dem Inhalt eine wüste Pressekampagne zu inszenieren.

Die deutsche Regierung hat in beiden Fällen energisch protestiert, den bolivianischen Geschäftsträger in Berlin aus dem Reichsgebiet verwiesen und von der argentinischen Regierung Genugtuung verlangt.

Der USA-Imperialismus in Ibero-Amerika ist bekanntlich stets stark wirtschaftlich orientiert gewesen. Das Geschäft in Ibero-Amerika, die Ausbeutung der dortigen Bodenschätze, die wirtschaftliche Beherrschung sind das Ziel. Dazu kommt, daß die Verknappung aller kriegswirtschaftlich wichtigen Rohstoffe,

123 die möglichst ausschließliche Erfassung derselben in Ibero-Amerika den USA als besonders dringlich erscheinen läßt. Geplant sind Ankäufe in Höhe von 500 Millionen Dollar. Mit Brasilien und neuerdings mit Mexiko sind entsprechende Abkommen bereits abgeschlossen, während mit Argentinien

über ein solches verhandelt wird. Natürlich ist wichtiges Nebenziel hierbei, Japan den Bezug solcher Rohstoffe aus Ibero-Amerika unmöglich zu machen.

Japan hat sich nach dem Beginn des Kampfes Europas gegen den Bolschewismus zu einer gründlichen Überprüfung seiner weltpolitischen Lage veranlaßt gesehen. Diese Überprüfung gipfelte in einer Kaiserkonferenz am 2. Juli, nach der erklärt wurde, daß auf ihr eine Entscheidung über die Nationalpolitik Japans getroffen worden sei, um der gegenwärtigen Lage zu begegnen. Wie diese Entscheidung ausfiel und welche Politik Japan auf Grund derselben einschlagen würde, wurde nicht bekanntgegeben. Wenige Tage später, am 5. Juli, trat das japanische Volk in das fünfte Jahr des Krieges mit China ein. In zahllosen Versammlungen und Demonstrationen wurde der Wille zur Entschlossenheit, den Chinakonflikt gegen alle Widerstände zum erfolgreichen Ende zu bringen und den ostasiatischen Raum gegen alle Eingriffe und Bedrohungen der Angelsachsen zu sichern, zum Ausdruck gebracht. Ein weiteres Durchgreifen der Regierung im Innern im Sinne autoritärer Staats- und Wirtschaftsführung wurde zugleich als notwendig bezeichnet.

Um diese Politik nach innen und außen mit möglicher Stärke durchzuführen, erschien eine Regierungsneubildung notwendig. Das Kabinett K o n o y e trat am 16. Juli zurück, genau ein Jahr nach seiner Bildung. Es hatte innerpolitisch die Auflösung aller politischen Parteien zwecks Aufbaues einer totalitären nationalen Struktur, außenpolitisch den Abschluß des Dreimächtepaktes und die Unterzeichnung des Vertrages mit der Nankingregierung Wangtschingweis durchgeführt. Am 18. Juli bildete Konoye ein neues Kabinett, in dem Außenminister Matsuoka durch Admiral T o y o d a ersetzt wurde. Am 22. Juli wurde offiziell erklärt: „Es gibt keinerlei Wechsel in der auswärtigen Politik Japans, welche sich um den Dreimächtepakt dreht, trotz der Veränderungen im Kabinett. Wir unterstützen auch weiter den Geist und die Ziele des Dreimächtepaktes.“

Es lag in der Linie dieser Ereignisse, daß Japan, für das die Beendigung des Krieges mit China das A und O der Politik sein muß, den angelsächsischen Bemühungen, das Rest-China von Tschungking in verstärktem Maße zu unterstützen, einen Riegel vorzuschieben sich entschloß. Die früheren erfolgreichen Verhandlungen zur Wiederherstellung des Friedens zwischen Thailand und Indochina, die durch den feierlichen Austausch der Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages und seiner Zusatzprotokolle am 5. Juli

124 in Tokio ihren Abschluß gefunden hatten, boten dazu eine ausgezeichnete diplomatische Grundlage. Englands unprovocierter Angriff gegen Syrien und die angelsächsischen Rüstungen und sonstigen Vorbereitungen im hinterindischen Raum brachten Japan und Frankreich am 25. Juli zu dem schon erwähnten Einverständnis über die gemeinsame Verteidigung Indochinas. Damit hat Japan eine starke Flankenstellung gegen Singapur und Niederländischindien sowohl wie gegen die Burmastraße, die Lebensader für Tschungking, bezogen. Auf die ebenfalls schon erwähnten von den Angelsachsen und ihren Hilfsvölkern gegen Japan ergriffenen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen hat Tokio mit denselben Maßnahmen gegen alle auf der Gegenseite Beteiligten geantwortet. Inwieweit der gegenseitige Handel, besonders auch die Zufuhr von Öl aus den Vereinigten Staaten und Niederländisch-Indien nach Japan dadurch abgeschnitten wird, d. h. praktisch in welchem Maße durch die Erteilung von Ausfuhrlizenzen nach Japan ein Wirtschaftskampf bis zum äußersten vermieden oder doch gemäßigt wird, ist noch nicht zu übersehn. Es scheint, daß man in Washington und London die Gefahr, Japan zu äußersten Maßnahmen zu zwingen, nicht unterschätzt. Nicht unwichtig wird auch Japans Haltung gegenüber den geplanten Kriegsmaterialzufuhren aus USA nach Wladiwostok sein. Man hat in Tokio bereits erklärt, daß diese Frage Japan nicht gleichgültig lassen könne.



Moskaus Verrat an Europa

Wir bringen nachstehend von den zu Beginn der Operationen im Osten von deutscher Seile veröffentlichten Berichten und Dokumenten den Bericht des Auswärtigen Amtes über die Propaganda und politische Agitation der Sowjetregierung.

125 **Der Bericht des Auswärtigen Amtes**

Das Auswärtige Amt ist im Besitz umfassender Beweise, daß von Moskau aus in dritten Ländern eine großangelegte Wühl- und Umsturzpropaganda in betont deutschfeindlichem Sinne betrieben wird. Der alte Gedanke der Weltrevolution wird unverändert weiterverfolgt. Deutschland aber wird auch nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Freundschaftsabkommens auf eine Stufe mit England und Frankreich gestellt und gilt auch weiterhin als kapitalistischer Staat, der vernichtet werden muß. Die Verträge mit Deutschland dienen hierbei lediglich als taktisches Mittel zur Ausnutzung einer günstigen politischen Konjunktur.

Diese Tendenzen zeigen sich übereinstimmend in der von Sowjetrußland in allen Ländern betriebenen Propaganda. Sie werden besonders klar definiert in den im Oktober 1939 herausgegebenen „Richtlinien für die innerparteiliche, organisatorische und ideologische Kampagne der kommunistischen Partei der Slowakei“. Diese Richtlinien knüpfen an einen Ausspruch Lenins an, wonach auch mit einzelnen kapitalistischen Ländern Pakte abgeschlossen werden können, wenn sie den Interessen der Sowjetunion dienen und die Möglichkeit schaffen, den Gegner unschädlich zu machen. Die taktische Zusammenarbeit mit Deutschland, so heißt es in diesen Richtlinien weiter, entspreche völlig diesen Worten Lenins. Das Ziel der sowjetischen Politik wird mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Die Sowjetunion und ihre rote Armee können sich ohne Verluste bereit halten, im geeigneten Augenblick an geeigneter Stelle den geschwächten Feind anzugreifen.“

Der gleiche Gedankengang kehrt in Flugblättern wieder, die in verschiedensten Ländern Europas verbreitet worden sind. So wird in einem in der Schweiz gedruckten Flugblatt die aktuelle Sowjetpolitik mit einem anderen Ausspruch Lenins umschrieben: „Sobald wir stark genug sein werden, um den gesamten Kapitalismus niederzuschlagen, werden wir ihm sofort an den Kragen gehen.“

Auch die in Moskau erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften geben den Kommunisten aller Länder immer wieder die Parole der Weltrevolution. Bezeichnend ist z. B. ein Leitartikel der Zeitschrift „Internationalnij Majak“ (1941 Nr. 1), der unter der Überschrift „Die Sache Lenins wird in der ganzen Welt siegen“ ausführt: „Unter der Führung des großen Fortsetzers des Werkes Lenins, des Genossen Stalin, schreitet unser Land kühn und überzeugt vorwärts zum Kommunismus. Das internationale Proletariat, die unterdrückten und verelendeten Massen der ganzen Welt wiederholen in fester Hoffnung die prophetischen Leninschen Worte: Soll die Bourgeoisie vorläufig noch wüten, soll sie ruhig Tausende von Arbeitern morden, der Sieg ist mit uns, der Sieg der kommunistischen Weltrevolution ist gewährleistet.“ Und weiter: „Unter diesem kämpferischen revolutionären Banner, dem Banner der kommunistischen Internationale, vereinen sich die Proletarier und Werktätigen der ganzen Welt zu dein letzten und entscheidenden Schlag gegen den Kapitalismus, für den Sieg der sozialistischen Revolution, für den Kommunismus.“ (Jahrg. 41 Nr. 4.)

Im gleichen Sinne betonen die führenden Persönlichkeiten in Moskau immer wieder die internationale Mission der Sowjetunion, so Molotow in einer Rede vom Dezember 1939: „Für die internationale kommunistische Bewegung ist Stalin nicht nur der Führer des Bolschewismus und der UdSSR, sondern auch

126 der natürliche Führer des Weltkommunismus“; und in einem Artikel vom März 1940: „Wir werden dem Vermächtnis, daß der Kommunismus stets international bleiben muß, bis ans Ende treu bleiben.“ Und Stalin sagt in einer Rede im Januar 1940: „Mit Lenins Fahnen haben wir im Kampfe für die Oktober-Revolution gesiegt. Mit derselben Fahne werden wir bei der proletarischen Revolution in der ganzen Welt siegen.“

Hand in Hand mit dieser Aufhetzung zur Weltrevolution geht eine für das Inland bestimmte und sich ständig verschärfende Kriegs- und Rüstungspropaganda in der Sowjetunion selbst. In zahllosen Reden und Proklamationen wird das Volk zur militärischen Bereitschaft und Einsatzfreudigkeit aufgerufen. Es genügt in diesem Zusammenhange, an das Manifest des Marschalls B u d j e n n y zum Jahreswechsel 1940/41 zu erinnern, in dem die Jugend aufgefordert wird, immer daran zu denken, „daß im Augenblick, in dem fast die ganze Erdkugel vom Kriege ergriffen ist, die Weisung Stalins heilig erfüllt werden muß: Unermüdlich das ganze Land im Zustand ständiger kämpferischer mobilisierter Bereitschaft zu halten. Man muß sich täglich, stündlich der Kriegswissenschaft bemächtigen, indem man sich auf die Erfüllung des Kampfgebotes vorbereitet. Man muß beharrlich daran denken, daß nur ein Krieger, der sich in vollem Umfang der Militärwissenschaften bemächtigt hat, dem Feind den tödlichen Stoß versetzen kann.“ Ende Mai 1941 schreibt Gebietskommissar B a t a n o w in der „Prawda“, es sei notwendig, „daß die Sowjetunion sich von Tag zu Tag auf den Krieg vorbereite.“ Immer

wieder bringt die gesamte Sowjetpresse das gleiche Motto: „Unsere rote Armee ist eine Armee der Weltrevolution und des Weltproletariats.“

Diese allgemeinen, überall in Europa propagierten Gedankengänge der fortdauernden Hinarbeit auf die Weltrevolution und die innersowjetische militärische Vorbereitung darauf werden unter dem Eindruck der militärischen Erfolge der Achsenmächte in zunehmendem Maße auf Deutschland abgestellt und in den einzelnen Ländern durch eine konkrete, sich ständig verstärkende Agitation gegen das Reich ergänzt. Alle außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten der verschiedenen europäischen Staaten müssen in diesem Hetzfeldzug Argumente liefern. In Rumänien ist die Hetze der Kommunisten nicht einmal in den ersten Monaten nach Abschluß des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages gemildert worden. Von amtlicher rumänischer Seite wurde dem deutschen Gesandten am 15. Februar 1940 erklärt, die rumänischen Kommunisten seien in ihren Äußerungen und Rundschreiben stark anti-nationalsozialistisch und antideutsch; durch die offizielle Politik von Moskau und Berlin ließen sie sich in keiner Weise beeinflussen. In Übereinstimmung mit dieser Feststellung betont die kommunistische Propaganda in Rumänien, daß für die innerpolitischen Schwierigkeiten und für die wirtschaftliche Notlage lediglich Deutschland verantwortlich sei. Die durch die Lösung der siebenbürgischen Frage aufgewühlten nationalistischen Leidenschaften werden zur Hetze gegen den Wiener Schiedsspruch und damit gegen die Reichsregierung ausgebeutet. Nach dem Beitritt Rumäniens zum Dreimächtepakt wird — wenn auch vergeblich — versucht, die Bevölkerung gegen die deutschen Truppen aufzuhetzen. Und das alles geschieht mit Druckschriften und Flugblättern, deren Form- und Drucktechnik erkennen läßt, daß sie im Ausland hergestellt wurden, und die nach Mitteilung der zuständigen rumänischen Behörden durch Kuriere der Sowjetgesandtschaft nach Bukarest gebracht worden sind.

In Jugoslawien läßt sich vom Spätsommer 1940 an gleichfalls eine Wendung der kommunistischen Propaganda in antideutschem Sinne beobachten. In einem Rundschreiben der Verwaltung des Draubanats in Laibach an die nachgeordneten Behörden vom 5. August 1940 heißt es, daß nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen die kommunistische Propaganda im Gegensatz zu früher darauf ausgehe, „in Zukunft Manifestationen im feindlichen Sinne gegen Deutschland und Italien zu veranstalten“. Diese Behauptung

127 der serbischen Behörden wird durch die besonders in Slowenien verbreiteten kommunistischen Flugblätter bestätigt. So wird in einem anlässlich des Jahrestages des deutsch-russischen Vertrages am 23. August 1940 verbreiteten Flugblatt die jugoslawische Regierung angegriffen, weil sie eine Annäherungspolitik an Rom und Berlin betreibe und Jugoslawien „vor den imperialistischen Wagen Deutschlands und Italiens spannen“ wolle. Außenpolitisch verlangt diese Propaganda die Anlehnung Jugoslawiens an Rußland. Ähnlich wird in einem im November in Agram vertriebenen kommunistischen Flugblatt Macek angegriffen, weil er das Land „an die faschistischen Imperialisten in Berlin und Rom verkaufen wolle“. In einem in Slowenien zirkulierenden Flugblatt zum russischen Revolutionstag am 7. November 1940 wird zum Protest aufgerufen „gegen das Paktieren des Regimes Cvetkovic mit den imperialistischen Regierungen von Berlin und Rom“. Dem gleichen Ziel dienten Massendemonstrationen, die von sowjetischer Seite in Szene gesetzt wurden; als gelegentlich einer solchen Kundgebung von der jugoslawischen Polizei Verhaftungen vorgenommen wurden, stellte sich heraus, daß sich unter den Verhafteten Angestellte der Belgrader Sowjetgesandtschaft befanden.

Mitunter werden in kommunistischen Kreisen offen russische Eroberungsabsichten auf dem Balkan und gegen Deutschland proklamiert. So berichtet die Deutsche Gesandtschaft in Belgrad am 13. September 1940, vor einigen Wochen sei auf einer Tagung kommunistischer Parteifunktionäre in Agram von einem Teilnehmer erklärt worden, „daß nach den aus Rußland eingegangenen Informationen die Gebiete der Slowakei, Ungarns, Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens sowie des zur Zeit von den deutschen Truppen besetzten polnischen Raumes als russisches Protektorat bezeichnet werden sollten. Die Neuregelung könne aber erst nach Eintritt der zu erwartenden militärischen Schwächung Deutschlands durchgeführt werden“.

Daß derartige Parolen über ein kommendes Vorhaben Sowjetrußlands gegen Deutschland wirklich von russischer Seite den serbischen Kommunisten und Sowjetfreunden erteilt worden sind, zeitigt ein nach der Besetzung Belgrads in der dortigen Sowjetgesandtschaft aufgefundenes Schriftstück, in dem zusammengefaßt ist, in welcher Weise man russischerseits die Haltung der Sowjetunion nach dem Anschluß Rumäniens an die Achsenmächte den russophilen serbischen Gruppen darstellte. Es heißt in diesem in russischer Sprache abgefaßten, nach seinem Inhalt aus dem Herbst 1940 stammenden Schriftstück:

„Die UdSSR wird erst im gegebenen Moment reagieren. Die Achsenmächte haben ihre Streitkräfte weiter verzettelt und deshalb wird die UdSSR plötzlich gegen Deutschland losschlagen. Dabei wird die UdSSR die Karpaten überschreiten, was das Signal für eine Revolution in Ungarn sein wird, und durch Ungarn werden die Truppen nach Jugoslawien ziehen und an die Adria vordringen, werden den Balkan und den Nahen Osten von Deutschland trennen. Wann wird das geschehen? In dem Augenblick, den die Sowjets für einen Erfolg dieses Unternehmens am geeignetsten halten! Gleichzeitig damit wird die Revolution in Frankreich ausbrechen. In Jugoslawien werden die Massen in dem Maße, wie sich die heutige wirtschaftliche Lage verschlechtert, immer mehr radikalisiert werden. Wenn der Winter ebenso kalt wie hungrig wird, dann wird Jugoslawien im Frühling zu einem Pulverfaß, an das man nur ein Streichholz zu halten braucht.“

In Bulgarien wurde der deutsch-sowjetische Freundschaftspakt von der kommunistischen Propaganda als volle Kapitulation Deutschlands vor der Stärke Rußlands ausgegeben, und unter ungeheuerlichen Beschimpfungen Deutschlands wurde zur Weiterführung des Kampfes gegen den Faschismus und die deutsch-italienische Aggression aufgerufen. Von bulgarischer amtlicher Seite mußte im Sommer 1940 eine allgemeine Verstärkung der bolschewistischen Propaganda in den südosteuropäischen Staaten fest-

128 gestellt werden. Auch in Bulgarien suchte sich die bolschewistische Propaganda nationalistischer Parolen zu bemächtigen. So wurde in der Dobrudschafrage die maßvolle und verantwortungsbewußte Politik der bulgarischen Regierung als schwächlich gebrandmarkt und die Unterstützung der Sowjetunion für ein weitergehendes Vorgehen in Aussicht gestellt.

In Ungarn konnte die bolschewistische Propaganda kaum Helfer finden, da hier die Erinnerung an die Schreckensherrschaft Bela Khuns noch lebendig ist. Um so ungehemmter verfolgt deshalb die Sowjetunion in den im März 1939 Ungarn zurückgegebenen Gebieten mit ruthenischer Minderheit ihre unterirdische Propaganda, die sie hier mit annexionistischen Zielen verbindet. So berichtet z. B. die Amsterdamer Zeitung „Algemeen Handelsblad“ am 30. Dezember 1939, daß man in jenen Gebieten überall Sowjetsterne und Hammer-und-Sichelzeichen auf den Mauern sähe. Es würden fortwährend und in großem Umfang Flugzettel verteilt, die höchstwahrscheinlich aus Rußland eingeschmuggelt seien. Die Flugzettel besagten, daß Väterchen Stalin, der Vater aller Russen und stammverwandten Gruppen, und Bruder Woroschilow das arme unterdrückte ruthenische Volk von seinen ungarischen Gwalt herrschern befreien wollten. Daß die Sowjetunion tatsächlich aggressive Absichten gegen Ungarn hegte, wird in einem in Athen aufgefundenen Bericht des griechischen Gesandten in Ankara vom 3. Februar 1941 bezeugt. Danach hat der Sowjetgesandte seinem griechischen Kollegen gegenüber erklärt, „daß Ungarn noch nichts von seiten Rußlands zu befürchten habe“, wobei er „das Gegenteil für die Zukunft keineswegs ausschloß“.

In der Slowakei stand die Propaganda ganz im Geiste der bereits erwähnten „Richtlinien“, die ins einzelne gehende Anweisungen für die Arbeit der kommunistischen Partei enthielten. Der Kampf gegen die bestehende Regierung sollte durch Eindringen in die Hlinka-Garde und die staatlichen Gewerkschaften vorangetrieben werden. Tatsächlich ist eine überaus rege Agitation mit Flugblättern, Maueranschriften, Handzetteln und kommunistischen Symbolen betrieben worden, wobei die scharfe anti-deutsche Tendenz Hand in Hand ging mit Bestrebungen, die offen auf eine Angliederung des Landes an die Sowjetunion hinzielten. Die Leitung der Propaganda durch die Sowjetgesandtschaft in Preßburg ist hier besonders augenfällig in Erscheinung getreten; wie Havas Anfang März 1940 bezeugt, wurde das Agitationsmaterial im Gebäude dieser Gesandtschaft gedruckt. Besonders intensiv waren die sowjetrussischen Umtriebe in der Ostslowakei, wo die verwickelten Volkstumsverhältnisse den Vorwand für nationalistische und panslawistische Parolen boten.

In Schweden ist die kommunistische Partei zwar zahlenmäßig nicht besonders groß, doch kommt ihr im Rahmen der internationalen Tätigkeit der Komintern eine besondere Bedeutung zu. Da Schweden das einzige Land Europas ist, das den Kommunismus nicht verboten hat, ist ein Teil der früher in der deutschen Ostmark, der ehemaligen Tschechoslowakei, der Schweiz und Frankreich ausgeübten kommunistischen Tätigkeit nach Schweden verlegt worden. So wird z. B. das früher in Basel erscheinende offizielle Organ der Komintern „Die Rundschau“ nunmehr in Stockholm gedruckt. Hauptpropagandaorgan der schwedischen Kommunisten ist die Tageszeitung „Ny Dag“, die für die Sowjetunion von besonderer Bedeutung ist, da sie wohl die einzige noch regelmäßig legal erscheinende kommunistische Tageszeitung in einem neutralen Lande Europas darstellt. Die Haltung dieses von Sowjetrußland ausgehaltenen Blattes ist zunehmend deutschfeindlich; überdies wird dafür Sorge getragen, daß die deutschfeindlichen Veröffentlichungen des „Ny Dag“ in der ganzen Welt Verbreitung finden. So

publizierte das Blatt z. B. Ende April 1941 ein angebliches Manifest der deutschen kommunistischen Jugend, in dem die deutschen Maßnahmen gegen Jugoslawien aufs schärfste verurteilt wurden. Wie für die internationale Weiterleitung dieses deutschfeindlichen Artikels Sorge getragen wurde, schildert die folgende Meldung des Berichterstatters

129 der „New York Times“ in Stockholm vom 29. April d. J.: „Die heutige Ausgabe der kommunistischen schwedischen Zeitung wurde den englischen und amerikanischen Zeitungskorrespondenten in verschlossenem Umschlag zugeschickt. Das erwähnte Manifest war blau angestrichen, als legte die schwedische Sektion der kommunistischen Internationale besonderen Wert auf die Veröffentlichung des Manifestes im Ausland. Dieses ungewöhnliche Dokument mit dem heftigen Angriff auf Hitler und dessen Politik enthält einen klaren Aufruf zum Aufstand und zum Defaitismus. Es droht mit Moskaus Mißbilligung. Das Dokument kommt in Wirklichkeit, so ist die allgemeine Auffassung hier, von den Komintern in Moskau. Beobachter in Stockholm betrachten das Manifest als ein neues und eindrucksvolles Zeichen für die schnelle Verschlechterung der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland.“

In Finnland war die bolschewistische Propaganda während des finnisch-russischen Krieges zum Stillstand gekommen. Nach Friedensschluß ging die Sowjetgesandtschaft in Helsinki sofort an den Wiederaufbau der kommunistischen Partei, die zunächst in Form von kleinen Zellen organisiert wurde. Für die eigentliche Propaganda wurde die „Vereinigung für Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion“ geschaffen, unter deren Mitgliedern sich — laut finnischem Gerichtsurteil — zahlreiche kriminelle Elemente bestanden. Für die Propaganda wurde vom russischen Staatsrundfunk in der Nähe der finnischen Grenze der Sender Petroskoi errichtet, der in zahllosen Affitationssendungen das innerpolitische Leben Finnlands zu stören und die finnische Regierung ständig unter Druck zu halten suchte. Auch hierbei wird das Ziel verfolgt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Finnland und dem Deutschen Reich zu trüben.

In Frankreich wurden die Bemühungen französischer Politiker, die nach der Niederlage der 3. Republik die französische Bevölkerung für eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland und der europäischen Solidarität zu gewinnen suchten, von Moskau systematisch gestört. Die Mitglieder der Regierung Petain wurden als käufliche Verräter und Söldlinge kleiner hochkapitalistischer Gruppen hingestellt. Die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten Frankreichs nach der Niederlage wurden ausschließlich auf die Besetzung des Landes durch Deutschland zurückgeführt. Fast alle Flugblätter und illegalen Zeitungen enden mit dem Aufruf zur bolschewistischen Revolution und zur Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, die zur Behebung aller Nöte der Gegenwart führen werde. Auch in Belgien und Holland ist die antideutsche kommunistische Agitation im gleichen Sinne überaus reg.

Im Generalgouvernement hat sofort nach Abgrenzung der deutschen und russischen Interessengebiete die Sowjetpropaganda eingesetzt. Sie wendet sich hier vor allem mit der panslawistischen Idee an den polnischen Nationalismus und sucht sich diesen Kreisen als zukünftiger Befreier von der deutschen Herrschaft vorzustellen. Andererseits verschmähen es die Russen natürlich nicht, sich besonders der Juden für Paßfälschungen und Nachrichtenübermittlung zu bedienen. Neuerdings wird auch der vergebliche Versuch unternommen, mit hetzerischer Zersetzungspropaganda an die deutschen Truppen heranzutreten.

Sogar in Griechenland haben nach Berichten des dortigen Bevollmächtigten des Reiches in den wenigen Wochen, die seit dem deutschen Einmarsch verstrichen sind, die Bolschewiken bereits versucht, das von England im Stich gelassene griechische Volk erneut gegen Deutschland und Italien aufzuhetzen. Wie überall in den besetzten Gebieten wird auch hier für den Fall eines deutsch-russischen Krieges die Revolution vorbereitet und der Anschluß an die Sowjetunion als Allheilmittel für die Überwindung der Schwierigkeiten verkündet.

So hat die russische Propaganda in allen Ländern Europas die Schwierigkeiten und Umwälzungen, die der Krieg mit sich brachte, für ihre weltrevolutionären Umtriebe auszunutzen versucht. Überall ist diese

130 revolutionäre Agitation mit einer von Monat zu Monat zunehmenden Hetze gegen das Reich und seine Versuche, eine neue stabile Ordnung in Europa zu schaffen, verbunden worden.

II.

In genauer Übereinstimmung mit der vorstehend geschilderten unterirdischen Propaganda stehen die sonstigen Mittel der politischen Agitation, die die Sowjetunion in den genannten Ländern verwendet.

So hat Moskau immer wieder versucht, die vermittelnde Rolle Deutschlands bei der Beilegung der territorialen Streitigkeiten zwischen Rumänien, Ungarn und Bulgarien zu stören und den Beitritt der Balkanstaaten zum Dreimächtepakt zu verhindern. Die deutsch-italienische Garantie für die neuen rumänischen Grenzen wurde von der kommunistischen Agitation in eine antirussische Kampfmaßnahme umgefälscht. Gegen den Anschluß Bulgariens an den Dreier-Pakt hat Moskau mit besonderem Nachdruck gearbeitet. Ein Sonderdelegierter der Sowjetunion wurde Ende November 1940 zu König Boris entsandt, um die Annäherung Bulgariens an die Achsenmächte zu hintertreiben und gleichzeitig Bulgarien durch das Angebot eines Garantiepaktes in das sowjetische Fahrwasser zu ziehen. Die Russen versuchten, diese Mission durch Mobilisierung der bulgarischen Kommunisten zu unterstützen, die fingierte Massenpetitionen an die Regierung in Szene setzen mußten. Als wenige Monate später Bulgarien die Zustimmung zum Einmarsch deutscher Truppen erteilte, machte sich die Sowjetregierung, obwohl sie vorher von der Reichsregierung über die Gründe und Ziele der deutschen Maßnahmen auf dem Balkan auf das genaueste unterrichtet worden war, geradezu zu einem Werkzeug der britischen Propaganda, indem sie in einer gewollt feindlichen öffentlichen Erklärung behauptete, daß die bulgarische Haltung zur Hineinziehung dieses Landes in den Krieg führen würde — eine Behauptung, die inzwischen durch die Tatsachen hinreichend widerlegt worden ist.

In Rumänien verfolgten seit dem Herbst 1940 die russischen Bestrebungen das Ziel, die innerpolitischen Schwierigkeiten des neuen Regimes in jeder Weise zu verstärken und durch Hervorrufen von Unruhen den Bürgerkrieg vorzubereiten. Schon im November 1940 wurden Kommunisten und bezahlte Agenten in die Legionär-Bewegung eingeschuggelt, die die inneren rumänischen Gegensätze für die trüben Zwecke Moskaus auszunutzen versuchten. Den Höhepunkt der kommunistischen Aktion, die sich bereits im November 1940 in lokalen Putschplänen, insbesondere im Erdölgebiet angekündigt hatte, bildete der Aufstandsversuch der extremen Legionäre am 23. und 24. Januar 1941, der, wie einwandfrei feststeht, weitgehend von bolschewistischen Agenten und lokalen Kommunistenführern ins Leben gerufen worden ist. Nach Scheitern des Putsches flüchteten sich einige Führer des Aufstandes in die Sowjetgesandtschaft, um so ihrer Festnahme zu entgehen. Der deutsche Gesandte in Bukarest hat am 11. Februar 1941 über die Hintergründe des Putschversuches zusammenfassend folgendes berichtet: „Der Umsturz ist geplant von russischen Elementen, die hierdurch die Brücken bilden wollten nach Bulgarien über Rumänien sowie durch Agenten des Secret Service. Beide haben die Situation sofort erkannt und haben sie sich zunutze gemacht. Wer ihre Methoden kennt, ist sich vollkommen klar darüber, daß sie ihre Hand im Spiel gehabt haben. Plan: Mache Wirrwarr um jeden Preis, um Rumänien als Wirtschafts- und Aufmarschgebiet für Deutschland in Unruhe zu bringen.“

Ebenso deutlich zeigen sich die russischen Intrigen in der Haltung Moskaus gegenüber Jugoslawien. Aus aufgefundenen französischen Dokumenten sind der Reichsregierung Äußerungen des russischen Außenkommissars Molotow bekannt geworden, die dieser im Mai 1940 gegenüber dem jugoslawischen Delegierten Georgewitsch getan hat und die deutlich beweisen, daß Molotow in den Gesprächen mit Jugoslawien von vornherein bemüht war, sich als gegen Deutschland eingestellt zu zeigen, während er über

131 Frankreich und England in Ausdrücken sprach, die kein übelwollen zeigten". Dabei hat Molotow, wie Georgewitsch berichtet, offen die Möglichkeit angedeutet, daß sich Rußland jedem Vorgehen Italiens und Deutschlands im Donaugebiet widersetzen würde. Überdies hat die Sowjetregierung bei dieser Gelegenheit Jugoslawien zu beschleunigter Aufrüstung angetrieben und mitgeteilt, daß sie bereit sei, diese Aufrüstung durch Lieferung von Waffen auf Kredit zu unterstützen.

Georgewitsch hat in Moskau den Eindruck gewonnen, daß man Deutschland dort als den Gegner von morgen ansah. „Schon jetzt ist Deutschland der mächtige Feind, gegen den man sich in Moskau vorbereite t.“ Auch glaubt der jugoslawische Delegierte sagen zu können, daß man in Rußland „mit allen Mitteln die Deutschland versprochenen Lieferungen zu verlangsamen und nicht zu erleichtern sucht“. Von den militärischen Stellen Belgrads wurde die russische Haltung ähnlich beurteilt. In einer, in den Akten des jugoslawischen Generalstabs aufgefundenen Aufzeichnung vom 24. Juni 1940 wird gesagt, daß „die Außenpolitik der UdSSR völlig unabhängig von Deutschland ist und daß daher auch für Deutschland selbst Überraschungen nicht ausgeschlossen sind“.

Die Grundhaltung Rußlands zeigt sich besonders deutlich in der Frage der russischen Waffenlieferungen an Serbien, worüber die in Belgrad aufgefundenen Akten des serbischen Kriegsministeriums Aufschluß geben:

Entsprechend der Anregung der Sowjetregierung überreicht am 14. November 1940 der serbische Gesandte in Moskau dem Gehilfen des Außenkommissars Wischinski ein Verzeichnis des von Serbien

gewünschten Kriegsmaterials. Bereits eine Woche später, am 21. November, wurde dem serbischen Militärattache vom russischen Generalstabschef die Antwort erteilt: „Wir geben alles Angeforderte, und zwar sofort.“ Das russische Entgegenkommen ging noch weiter: noch mehr Material könne geliefert werden; auch könne Jugoslawien die Preise und die Zahlungsweise selbst bestimmen. Der jugoslawische Militärattache konnte melden, daß russischerseits „die Bereitschaft zu einer umfassenden Kriegsversorgung bestehe“. Einzige Bedingung der Russen war absolute Diskretion; insbesondere sollte verhindert werden, daß Deutschland, Bulgarien oder Rumänien etwas von den Lieferungen erfahren. Seitens des jugoslawischen Militärattachés in Moskau ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, daß diese Verhandlungen ausschließlich über die militärischen Stellen laufen sollten, da sonst Indiskretionen zu befürchten seien. Die Befürchtungen der Militärs gingen vor allem dahin, daß die Achsenmächte von den geplanten Käufen Kenntnis erhalten könnten. Hieraus ist ersichtlich, daß die jugoslawischen Militärkreise die von Rußland angeregte Aufrüstung als eine gegen die Achse gerichtete Maßnahme verstanden. Das Drängen der Russen auf schnellen Abschluß der Verhandlungen äußerte sich weiter darin, daß bereits am folgenden Tage — dem 22. November — vom russischen Generalstab verlangt wurde, schon bis zum nächsten Tage Einzelangaben über den Typ der angeforderten Waffen zu geben. Die Russen betonten dabei, es läge im eigensten Interesse der Jugoslawen, sofort zu antworten. „Jede Verzögerung sei sehr gefährlich.“ Die Jugoslawen übersandten daraufhin am 23. November die angeforderten Einzelangaben. In den folgenden Wochen werden dann aber die Verhandlungen russischerseits verzögert. Als Begründung gibt man zunächst technische Umstände, später aber auch offen politische Argumente an. Offensichtlich soll der Waffenhandel als Druckmittel gegen die damals beginnende Annäherung der Cvetkovic-Regierung an die Achsenmächte benutzt werden. Nachdem einige Wochen mit Versuchen der Behebung der von Rußland vorgeschobenen technischen Gründe vergangen waren, meldet der jugoslawische Militärattache in Moskau am 4. Februar 1941 wörtlich folgendes: „Am 4. Februar hat mir das sowjetrussische Kriegsministerium mitgeteilt, die Verhandlungen über die Lieferung des Kriegsmaterials seien durch die Unterzeichnung

132 unseres Paktes mit Ungarn und des Handelsvertrages mit Deutschland verzögert worden. Diese Verträge legt man als Abkehr von Rußland aus. Hierin zeigt sich ebenso wie in der Betonung, der Preis spiele keine Rolle, daß sie unseren Wunsch für ein politisches Spiel auszunutzen versuchen.“ Offenbar ist es unter der Regierung Cvetkovic nicht zum Abschluß dieser Verhandlungen gekommen.

Bekanntlich wurde der Belgrader Staatsstreich und die Regierung Simowitsch vom russischen Rundfunk und von der russischen Presse lebhaft begrüßt. Zweifellos sind die Putschisten bereits vor dem Umsturz durch Hoffnungen auf russische Hilfe in ihren Plänen bestärkt worden. Die Erwartungen der Simowitsch-Gruppe schienen sich zu erfüllen, als am 5. April 1941 der russisch-jugoslawische Freundschafts- und Nichtangriffspakt in Moskau unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag kann nach der ganzen Lage der Umstände nur als eine direkte Provokation Deutschlands und als eine Ermutigung der antideutschen Haltung der Regierung Simowitsch aufgefaßt werden und hat in der ganzen Weltpresse seinerzeit ein entsprechendes Echo gefunden. Überall wird die Unvereinbarkeit dieses Vertrages mit den deutsch-russischen Abmachungen hervorgehoben. Er wird als entscheidende Wendung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen angesehen: es wird sogar von der Möglichkeit eines Kriegseintritts der Sowjetunion gegen Deutschland gesprochen.

Der Unterstaatssekretär der Vereinigten Staaten, Sumner W e l l e s, kommentiert den russischen Schritt folgendermaßen, nachdem er vorher mehrere Besprechungen mit dem Sowjetbotschafter in Washington gehabt hatte: „Der jugoslawisch-russische Freundschaftspakt kann unter Umständen von allergrößter Bedeutung sein. Der Pakt wird auf vielseitiges Interesse stoßen. Es sind Gründe vorhanden, um anzunehmen, daß er mehr als lediglich ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt ist.“ Daß der Vertragsabschluß auch von der Regierung Simowitsch als Aufforderung zum Kampf gegen das Reich verstanden wurde, geht aus einer urkundlich vorliegenden Feststellung des Gesandten Nintschitsch — des Bruders des Außenministers der Staatsstreichregierung — einwandfrei hervor. Für die starke Verbundenheit zwischen Simowitsch und Sowjetrußland spricht weiter der Umstand, daß nach Ausbruch der Kampfhandlungen eine große Anzahl jugoslawischer Militärflugzeuge nach Rußland geflogen sind, um sich der Vernichtung zu entziehen. Außerdem wurde nach zuverlässigen Nachrichten jugoslawischen Offizieren von der Sowjetregierung die Verwendung im Sowjetdienst angeboten.

Ferner liegen urkundliche Beweise dafür vor, daß Sowjetrußland dem jugoslawischen und griechischen Generalstab Nachrichten über Stand und Bewegung deutscher und italienischer Truppen übermittelt hat. Aus einwandfreier Quelle ist schließlich bekannt geworden, daß die Sowjetregierung am 10. April dem jugoslawischen Gesandten die Lieferung von Kriegsmaterial durch das Schwarze Meer

vorgeschlagen hat. Das Kriegsmaterial sollte zunächst nach dem Piräus gebracht werden. Diese Nachricht zeigt, daß die Sowjetregierung den jugoslawischen Kampf gegen das Reich wenigstens durch Waffenlieferungen zu unterstützen und damit dem Reich in seinem Existenzkampf in den Rücken zu fallen gewillt war.

Diese ganze Politik beruht offenkundig auf einer politischen und militärischen Zusammenarbeit der Sowjetunion mit England und neuerdings auch mit Amerika. Ein weiteres Zeichen dieser Zusammenarbeit ist z. B. in der am 18. März ergangenen Verordnung des Außenhandelskommissars Mikojan zu erkennen, wonach der Durchtransport von Kriegsmaterial durch das Gebiet der Sowjetunion verboten wird. Es ist ganz offensichtlich, daß diese Bestimmung, die in erster Linie gegen die Zufuhr Deutschlands aus Ostasi

133 en gerichtet ist, einseitig die Interessen der Gegner Deutschlands begünstigt. Sie wird von der englischen und amerikanischen Presse ganz offen in diesem Sinne kommentiert und begrüßt.

Etwa zu gleicher Zeit tritt auch die diplomatische Unterstützung, die Rußland der englischen Regierung auf dem Balkan gewährt, offen zu Tage. Bekanntlich verfolgte die Reise des englischen Außenministers Eden nach Istanbul den Zweck, eine Balkanfront unter Einbeziehung der Türkei aufzubauen und womöglich auch die Sowjetunion in diesen Kreis einzuspannen, was durch eine Reise Edens nach Moskau angebahnt werden sollte. Wenn auch diese Reise nicht zustande kam, weil die Sowjetunion den Zeitpunkt noch nicht für gekommen ansah, um förmlich auf die Seite der Gegner Deutschlands zu treten, so war Moskau doch entschlossen, in engem Kontakt mit England vorzugehen, was durch die Reise des englischen Botschafters Cripps mit einem russischen Militärflugzeug nach Ankara und durch Vermittlung des dortigen Sowjetbotschafters erreicht wurde. Das Ergebnis dieser Besprechung war die am 25. März 1941 veröffentlichte Erklärung, in der die Sowjetunion unter Berufung auf den bestehenden Nichtangriffspakt der Türkei vollste Neutralität für den Fall etwaiger Konflikte zusicherte. Welches hierbei das Ziel der Sowjetunion war, wurde von dem Korrespondenten der Associated Press in Ankara mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Durch Ausschaltung einer möglichen russischen Gegenaktion für den Fall eines türkischen Kriegseintritts an der Seite Englands arbeitet Moskau zum ersten Male offen und eindrucksvoll gegen die deutsche Diplomati e.“ Wenn die englischen Kriegsausweitungspläne damals an der realistischen Haltung der Türkei scheiterten, so ändert das nichts an der Tatsache, daß Rußland den englischen Absichten Vorschub leistete. Die gleiche Politik verfolgte Moskau mit mehr Erfolg gegenüber Jugoslawien, als es die Belgrader Putschisten in voller Übereinstimmung mit England zum Staatsstreich ermunterte und durch Abschluß des Freundschaftsvertrages in ihrem Kriegswillen bestärkte. Seitdem haben sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und England auf politischem und militärischem Gebiet immer enger gestaltet, wie namentlich aus den in letzter Zeit eingegangenen Nachrichten über die Reise des Botschafters Cripps nach London hervorgeht.

Schließlich liegen noch urkundliche Beweise dafür vor, daß auch Verhandlungen zwischen Moskau und Washington im Gange sind, die eine engere politische Verbindung zwischen diesen beiden Staaten zum Ziele haben. Ein vertrauliches Zirkularschreiben, das der Sowjetgesandte in Bukarest am 8. Juni an eine Reihe von ihm politisch nahestehenden Diplomaten gerichtet hat, bezeichnet ein solches Bündnis triumphierend als die größte militärische und wirtschaftliche Macht der Welt.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1941

August-Lieferung

(Nr. 47/48 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



Innenpolitik

75 Der Siegeslauf der deutschen Armeen im Osten prägte auch im Monat August dem innerdeutschen Leben seinen Stempel auf. Gewaltig war der Eindruck, den der Rechenschaftsbericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 6. August machte, der das bisherige Ergebnis der Siege im Osten durch ungeheure Vernichtungszahlen umriß: 895 000 Gefangene, darüber hinaus schwerste blutige Verluste der Bolschewisten, 13145 Panzerkampfwagen, 10 388 Geschütze, 9082 Flugzeuge kennzeichnen die Größe der Waffentaten der deutschen Wehrmacht, zugleich aber auch das katastrophale Ausmaß der Niederlage der Roten Armee. Das deutsche Volk erfuhr durch diesen Bericht zum erstenmal zusammenfassend von dem Ablauf der grandiosen militärischen Operationen an der Ostfront, von dem Vormarsch in den Ostseeländern, von dem Durchbruch zur Umfassungsschlacht in der Ukraine und von dem entscheidenden Sieg von Smolensk, von Unternehmungen, in denen feindliche Millionenheere nicht nur geschlagen, sondern völlig vernichtet wurden.

Wie sprunghaft die Erfolgswahlen im Laufe dieses Ostfeldzuges in die Höhe schnellten, erwies eine weitere Erfolgsmeldung des Oberkommandos der Wehrmacht am 22. August. Es war zugleich der Rechenschaftsbericht über 2 Monate Krieg gegen den Bolschewismus. Er zählte 1 250 000 Gefangene, 14 000 Panzer, 15 000 Geschütze, 11 250 Flugzeuge auf. Aus diesem Bericht erfuhr das deutsche Volk, daß seine Armeen tief in Feindesland, am Dnjepr, ostwärts von Gomel und nicht weit vor Leningrad stünden. Am 19. August war das ganze Gebiet westlich des Dnjepr in deutscher Hand, der Angriff auf Odessa eingeleitet, das größte Erzgebiet der Sowjet-Union, das Industrieviertel von Krywoi Rog ebenfalls in deutschem Besitz, Nikolajew, die wichtige Industrie- und Großstadt der Südukraine genommen. Am 20. August kündigten die Fanfaren des deutschen Rundfunks eine neue Sondermeldung an, derzufolge im Raum um und nördlich Gomel eine Schlacht stattgefunden habe, in der 17 sowjetische Schützendivisionen, 1 motorisierte, 2 Panzer- und 5 Kavalleriedivisionen sowie 2 Luftbrigaden geschlagen, vernichtet oder ge-

76 fangengenommen worden waren. Am 26. August berichtete eine weitere Sondermeldung, daß nach schwerem Kampfe der Brückenkopf von Dnjepropetrowsk sowie die Stadt selbst im Sturm genommen sei. Wiederum werden 83 596 Gefangene eingebracht und zahlloses Kriegsmaterial erbeute:

Das Ende des Monats stand im Zeichen der Siege an der Nordfront. Am 21. August war Nowgorod und Narwa genommen, am 29. August wurde Reval nach hartem Kampfe bezwungen und der sowjetische Kriegshafen Baltisch Port erobert. Hier haben die deutsche Luftwaffe und die deutsche Kriegsmarine der Sowjetflotte gewaltige Verluste beigebracht: 19 Truppentransporter und 10 Kriegsfahrzeuge wurden versenkt, 1 Schwerer Kreuzer und 6 weitere Kriegsschiffe wurden schwer beschädigt.

Diese nüchterne Aufzählung umreißt eine Reihe beispielloser Siege. Es sind in erster Linie Waffentaten der deutschen Truppen. Bei zahlreichen Gelegenheiten aber hat das Oberkommando der deutschen Wehrmacht nicht versäumt, darauf hinzuweisen, daß sich auch die Truppen der verbündeten Mächte hervorragend geschlagen haben. Rumänen, Finnen, Slowaken und Ungarn wetteiferten im heldenmütigen Einsatz mit den deutschen Divisionen. — Aus Anlaß der Befreiung Bessarabiens von bolschewistischer Zwangsherrschaft verlieh der Führer und Oberste Befehlshaber der deutschen Wehrmacht dem rumänischen Staatsführer und Oberbefehlshaber deutscher und rumänischer Truppen, dem General Antonescu, das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Der Führer nahm die Auszeichnung am 6. August an der Südfront des östlichen Kriegsschauplatzes persönlich vor. — Am Ende des Monats nach der Eroberung der karelischen Hauptstadt durch finnische Truppen verlieh der Führer dem Oberbefehlshaber der finnischen Armee, Feldmarschall Mannerheim, ebenfalls das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz. Solche Ehrungen von Heerführern der verbündeten Nationen führten dem deutschen Volke und der Welt vor Augen, daß dieser Krieg, dessen Hauptlast zwar von der deutschen Wehrmacht getragen wird, eine Sache aller europäischen Völker ist. Dies Bewußtsein, im gegenwärtigen Schicksalskampfe eine internationale Mission zu erfüllen, hat immer tiefer im deutschen Volke Wurzel geschlagen.

Im August verlieh der Führer an weitere deutsche Fliegeroffiziere das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes: Rittmeister Niemack, Kommandeur einer Aufklärungsabteilung in einer Infanteriedivision für seinen heldenhaften Einsatz im Ostfeldzug; Leutnant Bär erhielt diese Ehrung aus Anlaß seines 60. Luftsieges, Hauptmann Hahn, Kommandeur einer Jagdgruppe, aus Anlaß seines 42. Abschusses und Oberleutnant Philipp anläßlich seines 62. Luftsieges. — Am 29. August meldete der Wehrmachtbericht

77 einen schmerzlichen Verlust: Hauptmann J o p p i e n, Inhaber des Eichenlaubes zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, Gruppenkommandeur in einem Jagdgeschwader, war nach seinem 70. Luftsieg vom Feindflug nicht zurückgekehrt. Mit ihm verlor die Luftwaffe einen ihrer kühnsten und erfolgreichsten Jagdflieger.

Die englische Agitation versuchte während der Zeit der großen deutschen Erfolge im Osten der Welt einzureden, daß die Royal Air Force in einer Non-Stop-Offensive die deutsche Luftwaffe schwer bedränge, ihre Stützpunkte schwer beschädige und die deutsche Rüstungsindustrie vernichtend treffe. Die Wirklichkeit sah allerdings ganz anders aus. Jedesmal, wenn die englischen Flieger über dem besetzten Gebiet oder über Reichsgebiet erschienen, holten sie sich schwere Verluste. Um die Mitte des Monats, am 12. und 13. August, sind allein 60 britische Flugzeuge abgeschossen worden. An anderen Tagen waren die Ergebnisse von gleicher Höhe. Eine Addition der Verlustziffern der britischen Luftwaffe in der Zeit ihrer „Non-Stop-Offensive“ vom 22. Juni bis 20. August ergibt die stattliche Summe von 931 Flugzeugen und 2800 Piloten. Demgegenüber stehen ganz minimale deutsche Verluste. Die Einbuße an Maschinen ist für die Engländer sicherlich recht spürbar, noch empfindlicher aber wird sie der Verlust an fliegendem Personal treffen, an dem die britische Luftwaffe ohnehin starken Mangel leidet.

Am Ende des 2. Kriegsjahres zeigt sich dem deutschen Volke somit ein Bild, das jedes Vertrauen, auch das höchstgespannte, auf den Endsieg rechtfertigt. Nichts vermag dieses Volk von seinem mit Entschlossenheit eingeschlagenen Wege abzubringen, am wenigsten aber Schalmeienklänge, die altbekannte Melodien in neuer Tonart lebendig werden lassen: wir meinen die Churchill - Rooseveltische Atlantik-Erklärung! „Heisere Trompeter“ hat man mit Recht diese beiden Verschwörer genannt, die Wilsons Programm in neuer Auflage der Welt und dem deutschen Volke offerierten. Der Nationalsozialismus hat das deutsche Volk erkennen gelehrt, daß alles Unglück Deutschlands in den Jahren 1918 bis 1932 herrührte von dem Vertrauen, das es auf das Wort eines amerikanischen Präsidenten gesetzt hat.

Die Kommentare der deutschen Presse haben diese Roosevelt-Churchill-Erklärung scharf angegriffen und im richtigen Lichte dargestellt. Die wahre Absicht und die letzten Hintergründe dieser Übereinkunft hat aber Churchill wenige Tage später durch eine neue Rede gedeutet, in der er eine Herrschaft der englisch sprechenden Völker über alle Kontinente proklamierte. Einen Kommentar zu diesen Worten stellte vollends der englisch-sowjetische Überfall auf den Iran dar. Er demonstrierte dem deutschen Volk und der Welt in der Praxis, was von den amerikanisch-englischen Weltbeglückungsplänen zu halten ist.

78 Demgegenüber steht die festfundierte Erklärung aus dem Führerhauptquartier vom 31. August, die dem deutschen Volke Kunde gab von dem Treffen des Führers mit dem Duce (siehe Seite 72). Hier an der Front, inmitten ihrer kämpfenden Truppen hielten die beiden Staatsmänner Zwiesprache über den Stand der militärischen Operationen und über die Konsequenzen, die sich aus Siegen der deutschen Waffen und aus der vernichtenden Niederwerfung der bolschewistischen Armeen ergibt. Als Wesentlichstes an dieser Erklärung aber wurden von der gesamten Weltpresse die Sätze gewürdigt, die sich auf die Organisation des Friedens und auf das Zusammenleben der europäischen Völker nach dem Kriege bezogen. Hier handelt es sich nicht um Phrasen, sondern um Worte, die gegründet sind auf Tatsachen und Ereignisse, die aller Welt sichtbar sind, die nicht von einer Gewaltherrschaft, sondern von einer gerechten und neuen Ordnung künden. Das deutsche und italienische Volk, darüber hinaus aber auch alle Völker wissen, daß auf solchen Begegnungen Taten folgen, daß es nicht bei leeren programmatischen Erklärungen bleibt, wie sie die Welt von den demokratischen Politikern seit Jahren kennt.

Auf dem innerpolitischen Sektor hat der Führer eine für die Zukunft bedeutsame Entscheidung getroffen. Er hat für alle Aufgaben der Wasser- und Energiewirtschaft eine Neuregelung unter einheitlicher Leitung angeordnet. Die bisher in vier verschiedenen Ministerien liegenden Zuständigkeiten gehen an den vom Führer bestellten „Generalinspektor für Wasser und Energie“ über. Dieser hat die Stellung und Befugnisse eines Reichsministers. Der Führer ernannte zum „Generalinspektor für Wasser und Energie“ Reichsminister Dr. Ing. T o d t. Dr. Todt behält seine bisherigen Aufgabengebiete bei. Straßenbau, Wasserbau, Energieausbau und Regelung der Bauwirtschaft sind damit durch diese Neuordnung im Interesse erhöhter Leistung, einheitlicher Führung des Personals und auch im Sinne wesentlicher Vereinfachung der Verwaltung zusammengefaßt. Die Größe der Aufgaben, die nunmehr Dr. Todt in seiner Hand vereinigt, ist bisher einmalig. Die Perspektiven, die sich der Energiewirtschaft in den kommenden Jahren im Leben der europäischen Völker eröffnen, lassen dieses Aufgabengebiet

als besonders wichtig erscheinen. Die Bildung eines ersten großen technischen Ministeriums wird die sich stellenden Probleme am ehesten zu meistern vermögen. Nicht nur für Deutschland, sondern auch für die besetzten Gebiete ist der neue, dem Reichsminister Dr. Todt erteilte Auftrag von besonderer Bedeutung, ermöglicht er doch den planmäßigen Einsatz der besten Ingenieure und die Zusammenfassung der wichtigsten Aufgaben in einer Hand. Daher werden für die besetzten Gebiete keine Einzelstellen für Wasser, Kulturbau usw. vorgesehen, die von ver-

79 schiedenen Ressorts abhängig; sind, sondern es wird jeweils ein Ingenieur für die Leitung der drei Arbeitsgebiete Wasser-, Straßen- und Kulturbau eingesetzt werden. Der dem Reichsminister erteilte Auftrag bietet einen besonderen Vorteil, als die Erzeugung von Aluminium, Treibstoff, Pulver, Brennstoff und Buna große Energiemengen voraussetzt, abgesehen davon, daß für die Rüstung ganz allgemein die Schaffung neuer Energiequellen, ihre zweckvolle Ausnutzung sowie beste Verkehrswege überaus wichtig sind.

Im Bereich des Bildungswesens ist ein Erlaß des Reichserziehungsministers erschienen, der das schwierige Problem der richtigen Auslese der Schüler der Hauptschule für die Oberschule bewältigen soll. In diesem Zusammenhang interessiert ein Aufsatz über die deutsche Hauptschule in der Zeitschrift des NS-Lehrerbundes, den mit berufener Feder Dr. Koller, Gauhauptstellenleiter für Erziehung und Unterricht in Oberdonau geschrieben hat. Aus den Erfahrungen, die während des 70 jährigen Bestehens der Hauptschule im alten Österreich gemacht worden sind, bestätigt Dr. Koller, daß das Verhältnis zwischen Oberschule und Hauptschule stets ungetrübt war. Durch das gute Einvernehmen mit den Hauptschullehrern hätten sie einen tieferen Einblick in die Verhältnisse der Hauptschulen erhalten, hätten ihre Bedürfnisse und Anforderungen kennengelernt. Während die Oberschule in erster Linie zur Hochschulreife zu führen habe, bestehe die Aufgabe der Hauptschule darin, eine über das Volksschulziel hinausreichende, abschließende Bildung zu vermitteln und ihre Schüler vor allem zum Eintritt in das praktische Leben, aber auch zum Übertritt in weiterführende Bildungsanstalten vorzubereiten. Sie sei Lebensschule und habe nie eine „verkleinerte Oberschule“ sein sollen.

Auch die im Altreich so bekämpfte und für die Förderung der begabten Schüler so hinderliche Schulgeldbarriere der Oberschule habe in der Ostmark im Verhältnis zur schulgeldfreien; Hauptschule so gut wie gar keine Rolle gespielt, da das Schulgeld an der Oberschule sehr niedrig gewesen sei. Im Altreich würden nun auch gewisse Verbindungen organisatorischer und lehrplanmäßiger Art zwischen allen Schulen geschaffen werden müssen. Die wirklich sozialen Schulgeldeinrichtungen der Ostmark müßten beibehalten und auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Die vollkommene Schulgeldfreiheit werde das Endziel sein.

Millionen deutscher Frauen leisten heute in Büros, Fabriken, Krankenhäusern und vor allem auch in der Landwirtschaft einen zusätzlichen Dienst, in dem sie die Arbeitskraft der Männer ersetzen müssen. Aber auch an die Hausfrauen und die Mütter, die nicht in einem Kriegsberuf stehen, werden heute erhöhte Anforderungen gestellt. Ihnen allen Erleichterungen zu schaffen, ist das Ziel des Deutschen Frauenwerks,

80 dessen Mitglieder freiwillig und ehrenamtlich neben ihrer Arbeit Kriegseinsatz leisten. Wie groß die Bereitschaft zu diesem Kriegseinsatz ist, zeigt die Tatsache, daß seit Kriegsbeginn die Mitgliederzahl des Deutschen Frauenwerks um 20%, das sind 1,1 Millionen Mitglieder, stieg. In mehr als 200000 Kursen wurden seit Kriegsbeginn 10350400 Frauen mit den besonderen Bedingungen der Kriegswirtschaft in ihrem Wirkungskreis vertraut gemacht. Jede 10. Frau im Deutschen Frauenwerk hat z. B. 14 Tage im Jahr in der Nachbarschaftshilfe gearbeitet. 4129 000 Frauen halfen jede 12 Sonntage oder eine entsprechend lange Urlaubszeit in der Ernte, 1 Million Frauen haben in 20 Millionen Stunden Arbeiterinnen von ihrem Arbeitsplatz abgelöst, damit diese einen zusätzlich bezahlten Urlaub erhalten können. Dazu wurden IV_2 Millionen Mahlzeiten für Kranke und Wöchnerinnen gekocht. Außerdem sind an Militärtransporte auf den Heimatbahnhöfen mehr als 8 Millionen Essensportionen ausgegeben worden. Und schließlich haben 353 000 Frauen in der Lazarettbetreuung ihren Teil am großen Dienst erfüllt. So zeigt dieser Ausschnitt aus der Arbeit des Deutschen Frauenwerks einen Teil des Kriegseinsatzes, zu dem sich alle Schichten des Volkes verpflichtet fühlen.

Auch das tschechische Volk, das im Schütze der deutschen Waffen ruhig seiner Arbeit nachgehen kann, hat in weiten Kreisen den Wunsch, seinen Beitrag zu leisten am Schicksalskampf, der von den deutschen Waffen für ganz Europa ausgefochten wird. Eine unter der tschechischen Bevölkerung des Protektorats durchgeführte Sammlung zugunsten des Deutschen Roten Kreuzes hat einen Betrag von 4,35 Millionen Reichsmark erbracht. Staatspräsident Dr. H a c h a und die Regierung des Protektorats stellten hierzu in zwei Kundgebungen fest, daß mit diesem Ertrag das Ergebnis der gleichen Samm-

lung im Vorjahre beträchtlich übertroffen wurde, und daß insbesondere auch die Zahl der kleinen Spender stark angestiegen sei. Die Sammlung sei ein beredtes Zeugnis dafür, daß das tschechische Volk auf den Boden der realen Erfassung seiner Lage beharre und sich in keiner Weise von dem Wege der Arbeit der Ruhe und der Ausdauer abbringen lasse. Die tschechische Bevölkerung habe damit ihr Verständnis für den großen Kampf bekundet, den das Deutsche Reich gegenwärtig führt. — Am 2. August fand in Luxemburg eine Großkundgebung der Volksdeutschen statt. Auf ihr sprach Dr. L e y, der in großen Zügen den Schicksalskampf des deutschen Volkes vor seinen Hörern schilderte. Die Entwicklung und die Festigung der Volksdeutschen Bewegung in Luxemburg, die durch diese machtvolle Kundgebung großartig demonstriert wurde, zeigt, daß das Deutschtum auch auf diesem Vorposten des Reiches vorwärtsschreitet.

81 Am 12. August wurde aus Krakau gemeldet, daß der bisher unter Militärverwaltung stehende Teil des früheren polnischen Galizien unter die Verwaltung des Generalgouverneur Dr. Frank gestellt wurde. Der Militärbefehlshaber von Lemberg, General von Roques, übertrug seine Funktion an den Generalgouverneur, Reichsminister Dr. Frank, im Beisein von Vertretern der Wehrmacht, von Abordnungen der verbündeten slowakischen Armee mit ihrem Oberkommandierenden, General Catlos, und der verbündeten königl. ungarischen Armee mit Feldmarschalleutnant von Scombathelyi. Zu den bisher bestehenden vier Distrikten des Generalgouvernements: Krakau, Warschau, Radom und Lublin ist damit ein fünfter getreten. An seine Spitze hat Reichsminister Dr. Frank den bisherigen Chef des Distrikts Radom, Gouverneur Dr. Karl Lasch, berufen, an dessen Stelle in Radom der bisher in der Regierung des Generalgouvernements als Unterstaatssekretär tätige Ernst K u n d t trat, der aus dem sudetendeutschen Freiheitskampfe bekannt ist. Der neue Distrikt umfaßt die ehemaligen polnischen Woiwodschaften Lemberg, Tarnopol und Stanislaw. Er weist eine Bevölkerung von etwa 6 Millionen Menschen auf. Dadurch hat sich die Einwohnerzahl des Generalgouvernements auf etwa 18 Millionen Einwohner erhöht. Amtssitz des Distriktschefs ist Lemberg. Mit dieser Verwaltungsmaßnahme ist Galizien wieder in die europäische Kulturgemeinschaft eingegliedert, aus der es durch den Bolschewismus herausgedrängt worden war. Der deutschen Verwaltung harret in Galizien eine gewaltige Aufgabe. Man denke nur allein an die riesigen Probleme, die die Wiedereinführung des Privateigentums nach der Enteignung sämtlicher Häuser, Geschäfte, Landbesitzungen und Industrieunternehmungen mit sich bringt. Wie weitgehend die gesamte Bevölkerung dieses Gebietes bewußt proletarisiert worden ist, geht daraus hervor, daß die Bolschewisten im November 1939 von einem Tage zum ändern das polnische Geld als Zahlungsmittel abschafften, ohne daß die Möglichkeit des Umtausches bestand, so daß mit einem einzigen Federstrich sämtliche Ersparnisse und Barvermögen vernichtet wurden.

Um die Mitte des Monats August fand in Krakau ein Generalmitgliederappell der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt. Dr. Frank umriß auf einer Großkundgebung die bisher geleistete Arbeit und den bis jetzt vollzogenen organisatorischen Aufbau der Partei und der Verwaltung im Generalgouvernement. Die Partei sei hier im Osten das Rückgrat der Gesinnung jedes einzelnen und damit der Garant für die Zukunft des Ganzen. Dr. Frank bezeichnete es als vornehmste Aufgabe der Partei, einen harten, verantwortungsvollen Typ von deutschen Menschen zu erziehen, denn hier im Osten gelte nicht die Theorie, sondern einzig und allein die harte praktische Arbeit. Im Rahmen dieses Deutschen Tages

82 sprachen u. a. Dr. Ley, Frau Scholtz-Klinck und Reichshauptamtsleiter Sündermann. Seinen Höhepunkt fand dieser Deutsche Tag mit einem Appell der politischen Leiter vor Dr. Ley auf dem Burghof. Generalgouverneur Dr. Frank ließ ihn ausklingen mit einer Heldenehrung.

Zum Abschluß einer Gauschulungswoche sprach in der Bremer Kampfbahn Reichsleiter Alfred Rosenberg vor vielen tausend Bremern. Reichsleiter Rosenberg stellte am Eingang seiner Rede die für den Schicksalskampf so bedeutsame Frage, ob dieser Krieg notwendig gewesen oder ob er irgendwie zu vermeiden gewesen sei. Diese Frage, so sagte er, ist tatsächlich für den Kampf und das ganze übrige Leben des Einzelnen entscheidend. Denn es ist nicht gleichgültig, wie eine Nation diese Frage beantwortet. Rosenberg schilderte sodann in großen Zügen das Bemühen des Führers, immer wieder sichere Grundlagen für einen dauernden Frieden zu finden. Systematisch und bewußt haben aber zur gleichen Zeit alle Feinde an der Vernichtung der deutschen Nation gearbeitet. Der Führer selbst hat in Erkenntnis dieser Gefahr über Deutschland gewacht, und gerade in diesen Wochen erlebten wir, wie notwendig diese Wachsamkeit gewesen sei, wie bedroht Deutschland und der ganze europäische Kontinent gewesen seien. Wenn nun die demokratischen Politiker über dem Atlantik die alten verlogenen Parolen von einst wieder aufleben lassen wollten, so wisse das deutsche Volk aus bitterer Erfahrung, was es davon zu halten habe. „Als dieser Krieg uns aufgezwungen wurde“, so schloß Reichsleiter Ro-

senberg, „hatten wir vor der Weltgeschichte nur die eine Wahl: entweder zu kämpfen oder kampflös zu fallen. Nicht wir sind unersättlich, sondern sie, die die halbe Welt beherrschen und nun noch ein 80-Millionen-Volk versklaven wollen.“

Die Fragen kriegsbedingter, ständig zunehmender Arbeitsfülle, die von der Partei der NSV übertragen worden sind, veranlaßten um die Monatswende Juli/August Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt, zu einer Besprechung in der Gauschule der NSV in Berlin-Wannsee einzuladen. Immer stärker, so führte er vor den Anwesenden aus, trete in den Mittelpunkt der Aufgaben die fachliche Vertiefung der volkspflegerischen Arbeit der NSV. Der reiche Arbeitsanfall machte es notwendig, daß die ehrenamtliche Tätigkeit weiter ausgedehnt wurde, und so sind heute trotz des Krieges insgesamt 150 000 Blockwalter und Blockwalterinnen in der volkspflegerischen Arbeit mehr eingesetzt als im Frieden. Die Ausbildung von Fachkräften hat weiterhin 10 000 ausgebildete Mitarbeiter in die NSV-Arbeit einschalten können. Vor allem sind es die Strukturveränderung mancher Gaue und die Volkstumsfragen in Grenzgebieten sowie die gesundheitliche Betreuung in den neuen Gauen, die das Gesetz und das Arbeitstempo der volkspflegerischen Tätig

83 keit bestimmen. Die großen Gesichtspunkte dieser vielfältigen Arbeitsgebiete verlangen vor allem eine größere Zahl verantwortungsbewußter Volkspflegerinnen und Schwestern. Man werde in Zukunft die sozialpflegerischen Frauenberufe noch stärker in den Mittelpunkt der Berufswahl stellen müssen. Hier habe die Nachwuchslenkung ganzbesondere Aufgaben zu erfüllen.

Reichsminister S e l d t e gibt in einem Aufsatz in der neuen europäischen Wirtschaftswochenzeitung „Europa-Kabel“ eine Leistungsbilanz über den Arbeitseinsatz im Westen. Die Arbeitseinsatzverwaltung hätte in den Westgebieten aus dem Nichts in kürzester Zeit geschaffen werden müssen. Obgleich man sich bei der Organisation auf deutscher Seite auf ein Mindestmaß beschränkte, konnten außerordentliche Erfolge erzielt werden. Außer der Bereitstellung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft, für die noch im vorigen Herbst mit einem Fehlbetrag von 400—500 000 gerechnet wurde, konnten aus dem Gebiet des Militärbefehlshabers in Frankreich bisher etwa 70 000 Arbeiter nach dem Reich vermittelt werden, wobei der Prozentsatz der Nationalfranzosen dauernd gestiegen ist, der heute rund 80% beträgt. Während im November 1940 im besetzten Frankreich noch über eine Million Arbeitslose gezählt wurden, ist die Zahl jetzt auf 120 000 männliche Arbeitslose gesunken. Aus Holland sind für den Einsatz in Deutschland 156 000 niederländische Arbeitskräfte geworben worden, wozu noch 27 000 Vermittlungen in die besetzten Westgebiete sowie weitere 40 000 zu wichtigen kriegswirtschaftlichen Arbeiten kommen. Auch die Arbeitslosigkeit in Belgien, die während der Kriegstage auf 600 000 hinaufschnelle, habe jetzt den Stand der Arbeitslosigkeit des gleichen Monats im Jahre 1938 bereits um 200 000 unterschritten und betrage nur etwa 86 000 Arbeitslose. Auch aus Belgien sind 190 000 Arbeitskräfte für den Einsatz in Deutschland angeworben worden. Reichsarbeitsminister Seldte schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die Leistungen, die damit die deutsche Arbeitseinsatzverwaltung in den besetzten Westgebieten nicht allein für das Reich, sondern auch zum Wohle dieser Länder selbst aufweisen kann.

Eine Ausstellung, die Beachtung verdient wegen der Breite des Fundaments, auf der sie gegründet ist, wurde in Köln am 16. August eröffnet. Es ist die Ausstellung „Seefahrt ist n o t“, die wie der gleichnamige Schülerwettbewerb von der Reichswaltung des NS-Lehrerbundes in Verbindung mit dem Oberkommando der Kriegsmarine veranstaltet wird. Millionen deutscher Jungen und Mädels machten diesen Wettkampf mit. Die Ausstellung zeigt in den Kölner Messehallen 20 000 der besten Arbeiten, die aus einigen hunderttausend Einzelarbeiten ausgewählt sind. Gebietsführer Hohoff erklärte vor den Gästen der Ausstellungseröffnung, daß die Hitlerjugend die Nachwuchssicherung für die Kriegsmarine und die Handelsmarine als

84 eine besonders wichtige Aufgabe betrachte. Vizeadmiral Warzecha würdigte in warmen Worten die große Arbeit, die in diesem Wettbewerb von Erzieherchaft und Jugend geleistet wurde — eine Arbeit, die in der Stille getan worden sei und die nun um so glänzender vor die Öffentlichkeit trete. Die eigentliche Eröffnung der Ausstellung nahm Gauleiter Wächtler, der Reichswalter des NS-Lehrerbundes, vor.

Der Führer hat, so meldete am 2. August das „Deutsche Nachrichtenbüro“, den Obergeneralarbeitsführer Konteradmiral z. V. B u s s e als Nachfolger des verstorbenen Admirals Staatsrat v. Trotha zum Leiter des Reichsbunde' Deutscher Seegelung ernannt.

In der Leitung des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart ist in der letzten Zeit eine Änderung eingetreten. Am 20. August wurde gemeldet, daß zum neuen Leiter des Deutschen Auslandsinstituts Dr. Hermann Rüdiger berufen worden sei, der bisher schon Stellvertretender Leiter des Instituts gewe-

sen ist. Der bisherige Direktor des DAI, Dr. C s a k i, übernimmt den wissenschaftlichen Ausbau und die Intensivierung der Auslandskunde, namentlich im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für Auslandskunde an den württembergischen Hochschulen sowie die Neuplanung des auslandskundlichen Museumswesens.

Vor einem kleinen Kreise geladener Gäste machte Reichsintendant Dr. G l a s m e i e r bemerkenswerte Mitteilungen über die Rundfunkarbeit im Kriege und über Neuerungen, die in technischer Hinsicht aber auch in der Programmgestaltung demnächst ihren Ausdruck finden werden. Wahrscheinlich schon im September werde das Wunschkonzert in seiner bewährten Form wieder aufgenommen werden. Die Truppenbetreuung betrachte der deutsche Rundfunk als eine seiner vornehmsten und zugleich dankbarsten Aufgaben. Über den Auslandsrundfunk gab Dr. Winkeinkemper interessante Einzelheiten bekannt. Die Leistungen, die der Auslandsrundfunk täglich vollbringe, übersteigen alle Vorstellungen. Allein die deutschen Europasender, die täglich in 27 verschiedenen Fremdsprachen senden, bewältigen ein Programm, das ein Vielfaches der Sendeleistung eines Reichssenders darstellt. Hinzu komme der Deutsche Kurzwellensender, der, in verschiedene Regionen gegliedert, bis in die entferntesten Winkel der Erde reiche. Eine großangelegte Abhöreinrichtung, die alle wichtigen ausländischen Sender kontrolliere, insbesondere den Nachrichten- und Propagandadienst der Feindmächte, versetze den deutschen Auslandsrundfunk in die Lage, sich täglich ein klares Bild der feindlichen Propagandaabsichten zu verschaffen und darauf entsprechend zu reagieren. So sei es dem deutschen Rundfunk gelungen, die vom Feinde beabsichtigte geistige

85 Blockade Deutschlands zu durchbrechen. Die deutsche Rundfunkpropaganda stelle eines der wirksamsten Kampfmittel in diesem Kriege dar. Als interessante technische Neuerung wurde bei dieser Gelegenheit das neue Magnetophonverfahren gezeigt, ein neues Tonaufzeichnungssystem, das von der AEG im engsten Einvernehmen mit dem Rundfunk entwickelt worden ist. Es löst die Schallplatte und die Lichttonaufzeichnung ab und setzt an die Stelle der bisherigen Verfahren das magnetisierbare Filmband, das sowohl technisch wie auch künstlerisch den bisherigen Tonaufzeichnungsverfahren weit überlegen ist, zumal es praktisch leichter zu handhaben und bedeutend billiger ist als die Wachsplatte oder das tönende Lichtband.

Die innere Verbundenheit zwischen Deutschland und dem faschistischen Italien kommt in verschiedenen Besuchen namhafter Italiener zum Ausdruck, die sie auch im Laufe des Monats August im Reich abstatteten. So empfing Reichsminister Dr. Goebbels verschiedene italienische Journalisten, die sich auf einer Deutschlandreise befinden: den Direktor der „Gazetta del Populo“, Bertuetti, den Hauptschriftleiter des „Popolo d'Italia“, Dr. P i n i, und den militärischen Schriftleiter der gleichen Zeitung, General Fetterappa, sowie den außenpolitischen Schriftleiter der „Tribuna“, Prof. P u c c i o. — Am 21. August suchten der Chef der Abteilung Wehrmachtpropaganda im Oberkommando der italienischen Wehrmacht, Oberst der Luftwaffe V e c c h i, der Chef der Propagandaabteilung im italienischen Luftfahrtministerium, Oberstleutnant Cepeccione, und der Korvettenkapitän M a z e l l i von der Propagandaabteilung des italienischen Marineministeriums Reichsminister Dr. Goebbels auf. — Am 26. August trafen 64 Jugendführer der ungarischen Jugendorganisation zu einem mehrtägigen Besuch in Berlin ein, nachdem sie sich schon 14 Tage im Deutschen Reich aufgehalten hatten. Nach einem kurzen Aufenthalt in Wien hatten die ungarischen Jugendführer der Stadt der Reichsparteitage einen Besuch abgestattet und waren dann über Jena nach Weimar gefahren, von wo aus sie das Gebietsausbildungslager Bad Berka und das Segelfliegerlager der Hitler-Jugend in Blankenhain (Thüringen) besuchten und mit Einrichtungen und Organisationsformen der Hitler-Jugend bekanntgemacht wurden. Zum Abschluß ihrer Reise fuhren die ungarischen Jugendführer nach Breslau, um dort den Sommerkampfspielen der Hitler-Jugend beizuwohnen.

Nachdem Ende Juli mit der „Götterdämmerung“ als der letzten „Ring“-Vorstellung die diesjährigen Kriegsfestspiele in Bayreuth zu Ende gegangen waren, begannen am 2. August die Salzburger Festspiele. Auch sie standen im Zeichen des Dankes an die deutsche Wehrmacht. 20 000 Plätze sind in Salzburg für

86 Soldaten reserviert worden, aber auch Männer der Organisation Todt und des Arbeitsdienstes sind eingeladen worden. Für die Auswahl der Gäste waren Musikverständnis und Vorliebe für hervorragende Darstellungskunst maßgebend. Bevorzugt wurden in erster Linie Träger von Kriegsauszeichnungen und genesende Verwundete. Die Festspielgäste sahen stets zwei Vorstellungen, da sich ihr Besuch in Salzburg auf zwei Tage erstreckte. Vorgesehen waren insgesamt 16 Opernaufführungen von Mozarts „Zauberflöte“, „Don Giovanni“, „Figaros Hochzeit“ und des „Rosenkavaliers“ von Richard

Strauß, 6 Schauspielvorstellungen von Shakespeares „Viel Lärm um nichts“ sowie verschiedene Konzerte.

Ein eindrucksvoller Beweis für die Anziehungskraft, die die Kunst auch in Zeiten des Krieges auf breite Massen des deutschen Volkes ausübt, sind die Besucherzahlen, die auch in diesem Jahre das Haus der Deutschen Kunst aufzuweisen hat. Seit der am 26. Juli erfolgten Eröffnung der Ausstellung hält der gegenüber dem Vorjahr noch erheblich verstärkte Besucherandrang unvermindert an. In 14 Ausstellungstagen haben nicht weniger als 100 000 Volksgenossen die Ausstellung besucht. Die Schau hat auch in diesem Jahre einen ungewöhnlich starken Verkaufserfolg zu verzeichnen. Bisher wurden 380 Werke, also beinahe die Hälfte aller ausgestellten Arbeiten verkauft. Der der Künstlerschaft hieraus zufließende Betragelös beträgt 1,5 Millionen Reichsmark.

Ein Jubiläum besonderer Art verzeichnete der deutsche Film im Monat August: In den ersten Augusttagen lief zum ersten Male die 100. Kriegswochenschau über die Leinwand. Dieses Ereignis ist erwähnenswert, besonders, wenn man bedenkt, welche ungeheure wichtige Rolle als Vermittler des Kriegserlebnisses die deutsche Wochenschau in diesem Kriege übernommen hat. All die großen Ereignisse vom ersten Kriegstage an sind durch die Wochenschauen Millionen und aber Millionen nahegebracht worden. Der heldenmütige Kampf der deutschen Armeen an allen Fronten ist durch sie jedem einzelnen Deutschen in seiner Größe und in seiner Schwere zum Bewußtsein gebracht worden. Wenn das deutsche Volk leidenschaftlichen Anteil nimmt an dem Geschehen draußen, so ist das nicht zuletzt ein Verdienst der Wochenschauen, die unter Einsatz des Lebens der Kameramänner aufgenommen worden sind. Die 100. Kriegswochenschau, die noch unter dem Eindruck der überwältigenden deutschen Siegesmeldungen vom östlichen Kriegsschauplatz stand, zeigte den Führer und Obersten Befehlshaber an der Front im Osten, sie brachte eindrucksvolle Aufnahmen von allen Teilen der Ostfront, von dem Einsatz der Luftwaffe und auch vom verantwortungsvollen und schwierigen Werk der Organisation Todt.

Im Künstlerhaus zu München fand im August die 8. Tagung der Auslandslektoren der Deutschen Akademie

87 demie statt. Der Rektor der Universität München, Prof. Dr. Walther Wüst, stellvertretender Präsident, stellte dabei fest, daß sich die Deutsche Akademie im Laufe der letzten Jahre in sehr starkem Maße entwickelt und im In- und Auslande mit ihrer Arbeit weitgehendste Beachtung gefunden habe. Die Kulturarbeit der deutschen Akademie und besonders ihre Ausstrahlung ins Ausland ist während des Krieges nicht nur machtvoll vorwärts getrieben worden, sie hat auch einen tieferen Sinn bekommen. Deutschland schicke sich an, ein neues Europa aufzubauen. In diesem Kampf hat auch die deutsche Akademie ihren Platz. Die Lektoren sollten nicht Sprachlehrer im verflachten Sinne des Wortes sein, sondern ausgezeichnete Methodiker, sattelfeste Germanisten, Kenner der auswärtigen Kulturpolitik, Sendboten des geistigen Deutschland. Der Leiter der Abteilung Auslandslektorate, Dr. Heinz Nitschke, umriß im einzelnen die besonderen Aufgaben eines Lektors. Er solle an seinem Platz im Auslande Sprachlehrgänge für erwachsene Ausländer veranstalten, die an der deutschen Kultur teilnehmenden Menschen um sich sammeln und allmählich ein deutsches Haus entstehen lassen, das allen Menschen offen steht, denen deutscher Geist etwas zu sagen hat. Höchster Sinn und Zweck der Auslandsarbeit bestehe darin, unserer heiligen deutschen Muttersprache zu dienen und für sie in aller Welt zu werben.

Der Goethepreis der Stadt Frankfurt a. M. wurde in diesem Jahre dem Dichter Dr. h. c. Wilhelm Schäfer verliehen. Damit erfuhr ein Dichter eine verdiente Ehrung, der seit langem in der Reihe derjenigen Männer steht, die Zeit ihres Lebens in ihrer Kunst bewußt aus dem Volksganzen und für dieses Ganze gewirkt haben.

Am 1. August konnte Reichspressechef Dr. Dietrich auf eine 10 jährige Tätigkeit als Reichspressechef der NSDAP zurückblicken. Die deutsche Presse würdigte anläßlich dieses Tages die Arbeit und die Leistungen Dr. Dietrichs. Auch die Presse der befreundeten Nationen widmeten dem Reichspressechef anerkennende Worte, die seine Arbeit umrissen. So stellte der „Popolo d'Italia“ zu der 10 jährigen Tätigkeit Dr. Dietrichs als Reichspressechef fest, daß er stets die Lügen der plutokratischen Presse aufs heftigste bekämpft und schon lange vor dem Kriege die gefährlichen Auswirkungen ihrer verantwortungslosen Hetze aufgezeigt habe.





Außenpolitik

88 Im Monat August haben Deutschlands Politik und Kriegführung mit der unerbittlichen Konsequenz und Zähigkeit, die sie kennzeichnen, das begonnene große Werk erfolgreich fortgesetzt. Der Kampf gegen den Bolschewismus hat zu neuen gewaltigen Erfolgen geführt, die am 22. August, am Ende des zweiten Kriegsmonats gegen den Bolschewismus wie folgt unterstrichen werden konnten: Nach zweimonatiger

Dauer des Ostfeldzuges steht die deutsche Wehrmacht mit ihren Verbündeten in ungebrochener Kraft tief in Feindesland. Auf der gesamten Front sind die Operationen in vollem Fluß. In der Südukraine werden die letzten Stützpunkte des Gegners am Dnjepr planmäßig und unter schwersten Verlusten des Gegners beseitigt. Nordwestlich Kiew weicht der Feind hinter den Dnjepr. Im Raum ostwärts Gomel wird die Verfolgung des geschlagenen Gegners fortgesetzt. An der Front vor Leningrad und in Estland kämpfen sich unsere Truppen stetig vorwärts. Auch die Angriffe an der finnischen Front beiderseits des Ladogasees gewinnen täglich an Boden. In einer Folge schwerer Vernichtungsschläge hat die Sowjetwehrmacht unvorstellbar blutige Verluste erlitten. Seit Beginn des Feldzuges sind nunmehr über 1 250 000 Gefangene eingebracht, rund 14000 Panzerkampfwagen und 15000 Geschütze erbeutet oder vernichtet worden. Die Sowjetluftwaffe verlor insgesamt 11 250 Flugzeuge; davon wurden 5633 am Boden zerstört, die übrigen in Luftkämpfen und durch Flakartillerie abgeschossen. Außerdem wurde schon jetzt der feindlichen Kriegführung durch die Wegnahme wichtiger Rohstoff- und Industriegebiete schwerster Schaden zugefügt.

Bis zum Ende des Monats August war der untere Dnjeprbogen und das ganze darin liegende reiche Industriegebiet in deutscher Hand. Die Sowjets hatten das erste ihrer für die Kriegswirtschaft lebenswichtigen Industriegebiete verloren. Im Norden war die Säuberung Lettlands und Estlands vollendet oder im Gange und zeichnete sich der konzentrische Angriff auf Leningrad ab. Konnte man Ende Juli feststellen, daß die im Aufmarsch begriffenen Angriffsarmeen Moskaus zerschlagen, die beiden Befestigungslinien,

89 die erste an den deutschen Grenzen liegend, und die zweite, hinter der alten Grenze der Sowjetunion errichtete Stalinlinie, durchstoßen und damit der Zugang zur inneren Sowjetunion aufgebrochen war, so brachte der Monat August die Eroberung der Ukraine bis zum Dnjepr, den Besitz des ersten großen Industriegebietes der Sowjets und eines bedeutenden Teiles der Schwarzmeerküste. Der deutsche Vormarsch hatte auf der ganzen Front zwischen Ostsee und Schwarzem Meer eine Tiefe von 700 bis 800 km und darüber erreicht und war überall in weiterem Fortschreiten.

Die bedrohliche Lage der Bolschewiken verursachte in Moskau selbst und bei den Verbündeten und Helfern in London und Washington die größten Besorgnisse, die mit propagandistisch bedingtem Zweckoptimismus abwechselten, wenn der deutsche Vormarsch zeitweilig langsamer fortschritt oder an einzelnen Stellen der Front verhielt. Dann wurden abwegige Vergleiche mit Napoleons Rußlandfeldzug von 1812 gezogen, bei denen die wesentlichsten Vergleichspunkte absichtlich übersehen oder verdreht wurden. Die wesentlichsten Unterschiede zwischen damals und heute sind, daß Napoleon auf einer Straße über Smolensk nach Moskau vorstieß und sich dadurch im russischen Raum verlor, während sich der deutsche Vormarsch auf der ganzen Front vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer vollzieht, und die ganze gewaltige Ländermasse, die von den deutschen und verbündeten Truppen durchschritten wird, gleichzeitig militärisch gesäubert, verkehrlich organisiert und wirtschaftlich nutzbar gemacht wird. Während sich die russische Armee 1812 Napoleon nicht zum Kampf stellte, ist mit dem deutschen Vormarsch die systematische Vernichtung der bolschewistischen Millionenarmeen und ihres in vielen Jahren durch Sklavenarbeit und Entbehrungen von 180 Millionen Menschen erzeugten Kriegsmaterials erfolgt. Wie eine riesige, unwiderstehlich einmal schneller, dann wieder langsamer sich vorwärtsbewegende Maschine greift die deutsche Wehrmacht mit ihren Verbündeten über den sowjetrussischen Raum, zertrümmert die Angriffs- und Verteidigungskraft der bolschewistischen Heere und unterwirft das von der bolschewistischen Herrschaft befreite Gebiet dem politischen Willen

Deutschlands und seiner Verbündeten. Die Organisierung und Ordnung des gewonnenen Raumes ist mit den modernen Verkehrsmitteln ein durchaus lösbares Problem. Überblickt man am Ende von zwei Monaten Krieg im Osten die militärischen Ereignisse seit dem 22. August, so kann man sie kaum anders als wie den Gang eines eisernen, unabwendbaren Schicksals empfinden, das sich am Bolschewismus vollzieht.

Wenn die angelsächsischen Plutokratien den Beginn der militärischen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus freudig begrüßt hatten in der Hoffnung, dieser Kampf werde Deutschlands Kräfte verzehren und von ihm nicht gewonnen werden, und er werde eine sofortige und dauernde fühlbare Entlastung

90 für England bedeuten, so wurden diese Hoffnungen schwer enttäuscht. Kaum zwei Monate nach Beginn der Auseinandersetzung im Osten sah sich Churchill veranlaßt, sich in aller Heimlichkeit mit Roosevelt im Atlantik nahe der USA-Küste zu treffen, um über die Lage zu beraten, weitere Hilfe zu fordern und nach Auswegen aus den Schwierigkeiten zu suchen. Dieses Zusammentreffen war ein deutlicher Hinweis auf die Lage am Ende des zweiten Kriegsjahres, an das uns der Ablauf des Monats August herangeführt hat.

Jedem sind die politischen und militärischen Erfolge der Achse in den zwei ersten Kriegsjahren gegenwärtig. Man braucht sie nicht im einzelnen aufzuzählen, und ein Blick auf die Karte Europas, wie sie in diesen zwei Jahren gestaltet worden ist, vermag jedem die Größe der Ereignisse, unserer Erfolge und die der gegnerischen Niederlagen vor Augen zu führen. Auch die letzte Karte Englands auf dem Kontinent, die bolschewistische, hat sich als schlecht erwiesen; sie sticht nicht, und der Zeitpunkt, wo sie ebenso wie früher die polnische, französische, serbische und griechische aus dem Spiel ausfällt, ist bereits in Sicht. Da bleibt für England nur eine Hoffnung, die Hilfe der Vereinigten Staaten, besser gesagt, Roosevelt und seine Hintermänner und die vage Spekulation auf die Auswirkungen der Blockade auf Wirtschaft und Psychologie der Achsenvölker.

Churchills Reise zu Roosevelt erhält dadurch ihren Sinn als Bittgang in der Not, als Reise zum letzten Freund, als Griff nach dem letzten Hoffnungsanker. Nachdem alles und alle versagt haben, sollen die Vereinigten Staaten in allem und jedem helfen. Aber sie müssen zunächst sich selbst helfen, d. h. ihre eigene Rüstung entwickeln, sie müssen England helfen und China und jetzt auch noch Rußland. Eines der Gesprächsthemen zwischen Churchill und Roosevelt war denn auch zugegebenermaßen, wie man England und den Bolschewisten gleichzeitig helfen könne und was Churchill eventuell entbehren könnte, damit es Stalin zugute käme. Freilich kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Hilfe für Stalin in erster Linie ein Propagandatrick ist. Wies doch die Presse in England und USA immer wieder darauf hin, daß es, abgesehen von der Bereitstellung des Kriegsmaterials für die Sowjets, so sehr schwierig sei, dieses Kriegsmaterial nach Rußland zu bringen. Tatsächlich muß man, wenn man die gewaltigen Verlustziffern der Bolschewiken an Kriegsmaterial und Gefangenen sich vergegenwärtigt, fragen, wie diese Verluste zunächst produktionsmäßig von England und USA ersetzt werden könnten, vor allem aber, wie sie auf die Schlachtfelder des Ostens gebracht werden könnten. Dies ist, da weder vom Eismeer noch vom Schwarzen Meer etwas nach der Sowjetunion gelangen kann, und also nur die transsibirische Bahn zur Verfügung

91 steht, ein unlösbares Problem. Deshalb hat man offenbar einen anderen Weg im Auge, den über den Vorderen Orient, über den Irak und Iran, den Kaukasus und die Landbrücke zwischen dem Schwarzen und Kaspischen Meer.

Auch hier steht freilich nur eine eingleisige Bahn von geringer Leistungsfähigkeit zur Verfügung und müssen Entfernungen von 2000 km und mehr allein auf dem Landweg zurückgelegt werden. Ob im übrigen die Engländer, wenn sie Hilfe für Rußland sagen, ihrer Gewohnheit entsprechend, nicht etwas ganz anderes meinen, in diesem Falle Ausdehnung des Glacis vor den Ölquellen des Iraks und Irans und zum Schutz Ägyptens und des Suezkanals und, wenn der deutsche Angriff bis zum Kaukasus vorgedrungen ist, die Zerstörung der sowjetrussischen Ölfelder nach dem Vorbild der Zerstörung der rumänischen Ölquellen während des Weltkrieges, ist noch wieder eine andere Frage. Vor allem aber soll durch die laut verkündete „Hilfe für die Sowjetunion“ deren Kampf- und Opferbereitschaft gesteigert werden. Sie hat für England und USA propagandistisch einmal den Sinn, die Sowjets selbst widerstandsbereiter und ausdauernder zu machen, sodann die Kommunisten in der ganzen Welt für den Krieg der ansonsten verhaßten Plutokratien zu gewinnen, schließlich dem eigenen Volk das Phantom eines Zweifrontenkrieges vorzutauschen, in dem Deutschland angeblich begriffen ist und seine Kräfte erschöpft.

Was den zweiten Punkt angeht, so treffen sich die Kominternbemühungen mit denen der Plutokratien. Schon lange arbeitet die Propaganda Englands und der Vereinigten Staaten mit dem Schlagwort, man kämpfe für die „Befreiung der unterdrückten Völker“, d. h. also der unter militärischer Besetzung der Achsenmächte stehenden Gebiete, und deren Einwohner müßten sich daher in gleichem Sinne betätigen, mit anderen Worten Anschläge gegen das Leben der Besatzungstruppen, Sabotage gegen Verkehrseinrichtungen, die Lebensmittelversorgung und gegen die industrielle Produktion begehen, mit dem Endzweck, sich gegen die „Unterdrücker“ in Massen zu erheben und zusammen mit einer zukünftigen englischen Landungsarmee das Gebäude der Machtstellung der Achsenmächte zum Einsturz zu bringen. Die Weltrevolutionspläne der Sowjets und die „Befreiungspläne“ der Plutokratien bewegen sich also brüderlich auf derselben Ebene und in gleicher Richtung. In Attentats- und Sabotageversuchen finden sich der Intelligence Service der Plutokraten, über dessen Wirken in Bulgarien Anfang August beim Prozeß gegen den englischen Hauptagenten Dimitroff und Konsorten höchst aufschlußreiches Material bekannt wurde, und das kommunistische Verschwörertum, ob es sich um Aktionen serbischer Banden oder die von Attentätern in Norwegen oder dem besetzten Frankreich handelt. Die einzige Wirkung solcher Betätigung kann nur sein,

92 die militärische Besetzung dieser Länder, die grundsätzlich so milde und schonend gehandhabt wird wie möglich, für die Bevölkerung drückender zu machen und den Sieger zu zwingen, seine durch nichts zu erschütternde Kraft fühlbarer zu zeigen.

Diese unerschütterliche Kraft und Siegesgewißheit ist durch die Begegnung des Duce mit dem Führer der Welt erneut vor Augen geführt worden (siehe Seite 72). Bedingungsloser Siegeswille, europäisches Verantwortungsbewußtsein, Ausschaltung der das Leben unseres Kontinentes und seine Eini-gung bedrohenden Kräfte, also ganz klar umschriebene realistische Zielsetzungen wurden aufgestellt bzw. neu bekräftigt; keine nebelhaften, unaufrichtigen angeblichen Weltverbesserungspläne, wie sie in dem von Churchill und Roosevelt am 14. August nach ihrer Zusammenkunft bekanntgegebenen „Pro-gramm“ vorkommen, sondern klare, offene Realpolitik auf der Grundlage kraftvoller Selbstsicherheit.

Die Beurteilung der acht Churchill-Roosevelt-Punkte ist im gesamten nichtbolschewistischen euro-päischen Raum ziemlich einheitlich gewesen: Eine verschlechterte Neuauflage einiger von Wilsons vierzehn Punkten, grobes Täuschungsmanöver, Spekulation auf das kurze Gedächtnis der europäi-schen Menschheit, die jedoch keineswegs vergessen hat, am wenigsten in Deutschland selbst, daß die Angelsachsen schon einmal die Macht in der Hand hatten, um die Welt besser und glücklicher zu ma-chen, nämlich nach dem Weltkrieg, und daß sie bei dieser Aufgabe vollkommen versagt haben, daß sie weder das Selbstbestimmungsrecht der Völker geachtet, noch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten erkannt oder zu befriedigen vermocht haben, daß sie weder Abrüstung noch Sicherheit zu bringen vermochten, kurz, daß sie alle acht Punkte der „Atlantik-Deklaration“ schon früher einmal als Plan und Versprechen verkündet und nachher aus Unfähigkeit und schlechtem Willen in der Durchführung schmähslich versagt haben. Die mit der Churchill-Roosevelt-Erklärung beabsichtigte Propagandaaktion war schon drei Tage nach ihrem Beginn gescheitert. Es erwies sich wieder einmal die Wahrheit des Satzes, daß Propaganda nur wirksam ist und sein kann, wenn sie durch Tatsachen gestützt wird und nicht auf unüberwindliche psychologische Hindernisse stößt, im Kriege also nur dann, wenn sie mit militärischen Erfolgen parallel geht. Diese aber waren auch im Monat August beim Gegner, nämlich bei den Achsenmächten.

Um so eifriger waren die „Demokratien“ um politische und propagandistische Erfolge gegen die Achsenmächte auf anderen Schlachtfeldern bemüht. In Mittel- und Südamerika ging die Hetze gegen Deutschland und seine diplomatischen und konsularischen Vertreter, sowie gegen die dort ansässigen Reichs- und Volksdeutschen in verstärktem Maße weiter. In Argentinien wurde mit der unter Bruch des Völkerrechts

93 erfolgten Durchsuchung von Kurierepäck der deutschen Botschaft in Buenos Aires eine laute Hetzkampagne gegen die deutsche Botschaft und den deutschen Botschafter persönlich durchgeführt. Der argentinische sogenannte Taborda-Ausschuß, eine Nachbildung des berühmten Dies-Ausschusses in den Vereinigten Staaten, der mit diesem in engster Arbeitsgemeinschaft steht, d. h. ein Instrument Rooseveltischer Kriegshetze ist, hat sich dabei besonders hervorgetan und sich auch nicht gescheut, den argentinischen Außenminister, der sich bemühte, die völkerrechtlichen Spielregeln zu wahren, dieserhalb scharf anzugreifen. Mexiko, auf das der USA-Dollarimperialismus seine besondere Aufmerksamkeit konzentriert, hat am 22. August die deutschen Konsuln unter fadenscheinigen Vor-wänden ausgewiesen und die deutschen Vorstellungen wegen Duldung der Schwarzen Listen der USA gegen den deutschen Handel Anfang August brüsk abgelehnt. Die wirtschaftliche und geistige Hörig-

keit gegenüber dem Dollarimperialismus ist eben in manchen Kreisen von Süd- und Mittelamerika offensichtlich sehr weit vorgeschritten. Wie sehr dies nach siegreicher Beendigung des Krieges durch Deutschland für die Staaten Ibero-Amerikas und ihrer Wirtschaft schädlich werden kann, ist in der deutschen Note an die mexikanische Regierung deutlich genug zum Ausdruck gebracht: „Die resignierte Annahme der fraglichen Maßnahme (Schwarze Listen) durch die mexikanische Regierung, wird nicht ohne Einfluß auf die Entschließungen der deutschen Regierung bei Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen nach dem Kriege bleiben.“ Der wirtschaftliche Neuaufbau Europas wird Deutschland in ein ganz anderes, sehr viel freieres wirtschaftliches Verhältnis zu Amerika setzen, das es gestatten wird, Kauf und Verkauf ausschließlich so zu lenken, wie es unseren eigenen Interessen entsprechen wird.

Der Gedanke der Einordnung in dieses in der Bildung begriffene Europa hat bisher am wenigsten Fortschritte in der Schweiz gemacht. Die Gedenkfeiern aus Anlaß des 650. Jahrestages der Begründung der Schweizer Eidgenossenschaft, die dabei gehaltenen Reden und veröffentlichten Presseartikel, haben dies wieder gezeigt. Eigenbrötlerisch, will man das bleiben, was man bisher war, und stellt einen veralteten einseitig individualistischen Freiheitsbegriff, sowohl innerpolitisch und innerwirtschaftlich, wie außenpolitisch und außenwirtschaftlich in den Vordergrund. Ähnliches ist in Schweden zu beobachten, wo man sich immer noch nicht zu durchgreifenden Maßnahmen gegen den Kommunismus hat entschließen wollen, wie dies in Dänemark Ende August durch ein Gesetz gegen den Kommunismus geschehen ist.

Am Krieg gegen den Kommunismus, zweifellos eine der größten Unternehmungen der Weltgeschichte, nehmen auch italienische Divisionen, die Blaue Division aus Spanien und Verbände aus Frankreich teil.

94 Wo und seit wann sie eingesetzt sind, ist nicht im einzelnen bekannt. In Frankreich sind die ersten Verbände noch in der Bildung begriffen. So ist tatsächlich von allen Staaten Europas nur die Schweiz an diesem gesamteuropäischen Unternehmen nicht beteiligt.

Frankreich befindet sich hinsichtlich des Kampfes gegen den Kommunismus in einer besonderen Lage. Noch vor wenigen Jahren herrschte in Frankreich die Volksfront und waren die Kommunisten, wenn auch nicht in der Regierung, so doch regierungsfähig. Die kommunistische Irrlehre hatte weite Volkskreise erfaßt, und die Kommunistische Partei zählte etwa dreihunderttausend eingeschriebene Mitglieder und über eine Million Wähler. Die Beamtenschaft, besonders die Lehrerschaft, war weitgehend kommunistisch infiziert. Dazu kam, daß Marxismus und Radikalsozialismus in ihren verschiedenen Spielarten Kinder derselben Ideologie waren wie der Kommunismus.

Die durch die Niederlage verursachte Abkehr von der Ideologie der Revolution von 1789 und die Gegnerschaft gegen die daraus erwachsenen Staats- und Gesellschaftsauffassungen haben das Frankreich Petains auch in eine scharfe Kampfstellung gegen den Kommunismus hineingezwungen. Trotz Verhaftung von Zehntausenden von Kommunisten, dem Verbot der Kommunistischen Partei und der Verfolgung aller ihrer Lebensäußerungen, der sich besonders der Innenminister P u c h e u widmet, ist der Kommunismus in Frankreich keineswegs tot, sondern offenbar nach wie vor eine durchorganisierte und tätige Organisation und Macht. Seit Beginn der militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion steht diese Organisation sowohl im unterirdischen Kampf gegen die deutsche Besatzungsmacht in Frankreich wie gegen die Regierung Petain und gegen die Politik der deutsch-französischen Verständigung. Der Kommunismus in Frankreich vollstreckt die Befehle Moskaus und handelt als Verbündeter Englands und des französischen Landesverrätters de Gaulle. Der europäische Kampf gegen den Bolschewismus reicht somit ins Innerste des französischen Lebens und berührt unmittelbar die wichtigsten Fragen der französischen Existenz. Für das Frankreich Petains ist der Sieg Europas über den Bolschewismus eine Lebensfrage. Hinsichtlich der Bekämpfung des Kommunismus im Innern Frankreichs besteht hierüber in Vichy wohl auch kaum ein Zweifel. Aber die Propaganda de Gaulles, für den der Kommunismus ebenso wie für London der Bundesgenosse ist, verwirrt viele französische Köpfe. So wird das militärische Geschehen in den Ebenen Rußlands vielfach mit stillen Wünschen und Hoffnungen begleitet, die sich gegen den Sieg Deutschlands richten, und die nicht erkennen wollen, daß die militärische Niederwerfung der Sowjetmacht und die Liquidierung des Kommunismus in Frankreich nur zwei Seiten desselben Problems sind, und daß

95 der Sieg der Sowjets zugleich der Untergang des bürgerlichen Frankreich und die Vernichtung aller geistigen und kulturellen Werte und Traditionen der französischen Nation zur Folge haben würde.

Seit Versailles war die französische Außenpolitik immer und immer wieder eine solche der verpaßten Gelegenheiten. Die Politik Vichys bleibt trotz der grundsätzlichen Bejahung der Zusammenarbeit

mit Deutschland in dieser Linie. Man kann sich nicht entschließen, die neue Lage in Europa vorbehaltlos anzuerkennen, den deutschen Sieg als entschieden zu betrachten, und sich entschlossen in der Richtung dieser Erkenntnis und der sich aus ihr ergebenden Folgerungen zu orientieren. Immer noch haben viele und maßgebende Franzosen die innere Umstellung von der historischen Europapolitik im Geiste Richelieus auf das im Werden begriffene neue europäische Dasein nicht vollzogen und träumen von der Wiederkehr des Vergangenen. Sie machen sich nicht klar, daß das Vergangene selbst im Falle einer glücklicherweise außer jedem Betracht stehenden Niederlage der Achsenmächte niemals wiederkehren könnte, und daß Frankreich nur die Wahl hätte, eine Provinz der Sowjetunion oder ein Brückenkopf und damit ein Dominion Englands zu werden, während es im Rahmen des neuen Europas die seinen geographischen und völkischen Gegebenheiten entsprechende Stellung zu erwarten hat.

Inzwischen bemühen sich Petain und seine Mitarbeiter wie bisher, zwischen den vielen Schwierigkeiten hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit dem Nötigsten, der Heilung der Kriegsfolgen, durch das staatliche und innerpolitische Trümmerfeld den Weg in die Zukunft zu finden bzw. offen zu halten. Der alte Marschall ist als Staatschef das Symbol für die Werte der Vergangenheit und für die nationale Wiedergeburt. Sein Name und seine Gestalt sind der Mythos, um den sich die Kräfte der Nation gruppieren und aufrichten sollen. Ein autoritärer Staat, der sich auf Bürokratie, Polizei, Armee, Besitz und Kirche stützt und zugleich sozialen Tendenzen huldigt, der die wirklichen Werte des Bodens, der Familie, den Gemeinschaftsgedanken und den nationalen Selbstbehauptungswillen pflegt, und der im Namen des Marschalls eine neue Intekration dieser Werte in Staat und Gesellschaft erstrebt, das ist die staatliche Doktrin, die von Vichy ausgeht. Sie ist von ihrer Verwirklichung weit entfernt. Dessen ist man sich in Vichy sicher sehr bewußt. Man fühlt dort auch das Bedürfnis, außer der mythischen Figur des Marschalls und den ausführenden Organen, die ihm zur Verfügung stehen, noch andere tragende Kräfte zu entwickeln. Die Legion der Frontkämpfer des gegenwärtigen und des Weltkrieges, verstärkt durch die Aufnahme auch von Nichtfrontkämpfern, soll die tragende Bewegung innerhalb des Volkes werden. In diesem Sinne wurde am

96 31. August der erste Jahrestag der Begründung der Legion gefeiert. Marschall P e t a i n richtete an diesem Tage an die Legion eine Botschaft, in der er ihre Mitglieder zur Arbeit an der Wiedergeburt, zur beispielhaften Haltung im privaten und öffentlichen Leben und die Nation zur Einheit und zur Arbeit für die Gemeinschaft aufrief.

Daß Petain sich wohl keiner Täuschung über die Schwierigkeit seiner Aufgabe und über die keineswegs geklärte innere Lage des französischen Volkes hingibt, kam in einer längeren Rundfunkansprache zum Ausdruck, die er am 12. August gehalten hat. Mit bemerkenswerter Offenheit ging er auf die krisenhafte psychologische Lage der Nation ein und entwickelte anschließend zwölf Programmpunkte:

1. Die Bestätigung der politischen Parteien und der Gruppen politischen Ursprungs ist bis auf weiteres in der Freien Zone suspendiert. Diese Parteien werden weder öffentliche noch private Versammlungen mehr abhalten können. Sie werden auf jede Verteilung von Flugschriften und Plakaten verzichten müssen. Diejenigen, die sich diesen Bestimmungen nicht fügen sollten, werden aufgelöst.

2. Die Auszahlung der parlamentarischen Tagegelder wird vom 30. September ab eingestellt.

3. Die ersten disziplinarischen Strafmaßnahmen gegen diejenigen Beamten, die sich falscher Erklärungen hinsichtlich der geheimen Gesellschaften schuldig gemacht haben, sind ergriffen worden. Die Namen dieser Beamten sind heute morgen im Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Die Inhaber der hohen freimaurerischen Grade, deren erste Liste soeben veröffentlicht worden ist, werden kein öffentliches Amt mehr ausüben können.

4. Die Legion bleibt in der Freien Zone das beste Werkzeug der nationalen Revolution. Aber sie wird ihre Aufgabe nur dann richtig und rasch erfüllen können, wenn sie hinsichtlich aller ihrer Dienstgrade der Regierung untergeordnet bleibt.

5. Ich werde die Aktionsmittel der Polizei verdoppeln, deren Disziplin und Loyalität die öffentliche Ordnung gewährleisten müssen.

6. Es ist ein Cadre für die Kommissare der Regierungsgewalt geschaffen worden. Diese hohen Beamten werden beauftragt sein, den Geist zu prüfen, in welchem die Gesetze, Verordnungen, Verfügungen und Weisungen der Zentralgewalt durchgeführt werden. Sie werden die Aufgabe haben, die Hindernisse aufzudecken und zu vernichten, wo die Betätigung der geheimen Gesellschaften sich dem Werk der nationalen Wiederaufrichtung widersetzt.

7. Die Vollmacht der regionalen Präfekten wird verstärkt, ihre Initiative gegenüber den Verwaltungs-

97 hören ist erhöht, ihre Befehlsgewalt über alle leitenden Beamten der örtlichen Amtsstellen wird unmittelbar und vollständig sein.

8. Das Arbeitsgesetz, das bestimmt ist, gemäß den Grundsätzen meiner Rede von St. Etienne die Beziehungen der Arbeiter, der Handwerker, der Techniker und der Betriebsführer in Eintracht und unter gegenseitigem Verständnis zu regeln, war Gegenstand eines soeben abgeschlossenen feierlichen Abkommens, das unverzüglich verkündet werden wird.

9. Das vorläufige Statut für die Wirtschaftsorganisation wird auf der Grundlage der Lockerung und der Umgestaltung der Komitees umgebildet werden. Es wird eine breitere Vertretung der Kleinindustrie und der Handwerker eingerichtet werden. Eine Umgestaltung der Grundbesitzverwaltung und ihrer Durchführung zusammen mit den provinziellen Schiedsgerichtskommissionen wird vorgenommen werden.

10. Die Vollmachten, die Rolle und die Organisation der nationalen Versorgungsämter werden gemäß Richtlinien abgeändert, die unter Wahrung der Verbraucherinteressen die Ausübung der Staatsautorität auf dem nationalen und auf dem regionalen Gebiet ermöglichen.

11. Ich habe beschlossen, die Vollmachten auszuüben, die mir die Verfassungsakte Nr. 7 verleiht, um die an unserem Unheil Schuldigen abzuurteilen. Ein politischer beratender Gerichtshof ist für diesen Zweck geschaffen worden. Er wird mir seine Vorschläge noch vor dem 15. Oktober unterbreiten.

12. In Anwendung derselben Verfassungsakte werden mir alle Minister und hohen Beamten den Treueid schwören und sich verpflichten müssen, ihre Amtsobliegenheiten zum Besten des Staates nach den Gesetzen der Ehre und Rechtschaffenheit auszuüben.

Zugleich gab Petain bekannt, daß der Vizepräsident seines Ministeriums, Admiral D a r l a n , erweiterte Vollmachten erhalten habe, und unterstrich die Notwendigkeit der Einheit des Volkes.

Die zwölf Punkte sind kein Programm, sondern eine Reihe von Einzelmaßnahmen sehr unterschiedlicher Tragweite. Ihre Lektüre vermittelt einen ziemlich deutlichen Eindruck dessen, was Vichy bedeutet und was es nicht bedeutet. Die schöpferische Persönlichkeit, die das Neue intuitiv erkennt und gestaltet, fehlt in Vichy. Inmitten eines Trümmerfeldes, das durch den gewaltigen Ansturm einer neuen Ideologie und einer sie vollstreckenden und von ihr erfüllten überlegenen Wehrmacht entstanden ist, sucht der alte

98 Marschall mit einer Gruppe sehr unterschiedlich zu bewertender Mitarbeiter, von denen die einen vom Hauch der Zeit berührt sind, während die anderen sich nur notgedrungen damit abfinden, seinen Weg. Frankreich, das im Laufe der europäischen Geschichte mehr als einmal die Rolle des zukunftsicheren Fackelträgers zu spielen vermochte, ist mühsam bestrebt, dem Zeitgeschehen zu folgen und sich in ihm, so gut es gehen mag, zurechtzufinden. Die nach einer langen Periode des Individualismus nach wie vor auseinanderstrebenden Kräfte sollen durch die Autorität des Marschalls zusammengehalten werden. Diesem Zweck dienen auch die am 17. August neuerdings veröffentlichten Verfassungsakte Nr. 8 und 9, die die Ablegung eines Treueides auf den Staatsherrn zur Bedingung jeder Stellung in Armee und Verwaltung machen. Die Gefolgschaftstreue zum Staatsherrn soll der Kristallisationspunkt der staatlichen Ordnung sein. Eine wichtige Stelle hat neben dem Staatsherrn der Staatsrat, bei dessen Verteidigung am 19. August Petain seine Rolle im Staatsleben und sein Verhältnis zum Staatsherrn darlegte.

Schon im Monat Juli war von London und Moskau aus eine Propagandaaktion gegen den Iran begonnen worden, durch welche die im Iran lebenden Deutschen als angebliche „fünfte Kolonne“ denunziert und die iranische Regierung bedroht und von ihr gefordert wurde, alle Deutschen im Iran des Landes zu verweisen, da durch ihre Anwesenheit die Sicherheit der Sowjetunion bzw. des englischen Empires bedroht werde. Die offiziöse iranische Telegrafengeneraldirektion und die iranische Presse wiesen diese Propaganda gebührend zurück.

Auf die Pression über Presse und Rundfunk folgte schnell die diplomatische in der Form von Vorstellungen und Forderungen des britischen und des sowjetischen Gesandten bei der Regierung in Teheran. Diese hielt ihre von Anfang an eingenommene Stellung, daß es keine fünfte Kolonne gebe, und daß keine Veranlassung zur Ausweisung der Deutschen vorliege, aufrecht. Darauf antworteten Moskau und London am 25. August mit einer durch ihre Gesandten beim iranischen Außenminister gemeinsam vorgenommenen Demarche, durch die der Einmarsch sowjetischer und englischer Truppen mitgeteilt wurde. Gleichzeitig wurden iranische Häfen und offene Städte von sowjetischen und englischen Flugzeugen bombardiert. Etwa sieben sowjetische und vier bis fünf englische Divisionen drangen in den Iran ein, dessen Wehrmacht gegen die Invasion Widerstand leistete. Aber schon am 28. August sah sich die iranische Regierung gezwungen, angesichts der ungeheuren Überlegenheit der

Die Reaktion auf die Vergewaltigung des Iran war recht bemerkenswert. Überall in Europa außerhalb des bolschewistischen Machtbereiches wurde die sowjetisch-englische Handlungsweise als das bezeichnet was sie war, als Überfall und Gewalttat gegen eine Regierung und ein Volk, die keinerlei Anlaß hierzu gegeben hatten. Diese Auffassung brachte auch die türkische Presse ohne Umschweife zum Ausdruck, während die türkische Regierung ihre Neutralität erklärte. In London, Washington und Moskau bemühte man sich, den Gewaltakt zu beschönigen und Englands Außenminister Eden gab hierüber am 31. August im Unterhaus eine jener salbungsvollen und heuchlerischen Erklärungen ab, mit denen englische Staatsmänner in solchen Fällen darzutun pflegen, daß die englische Politik nicht nur durchaus begründet und richtig, sondern sogar im Interesse des Vergewaltigten selbst liegt. In Washington enthielt man sich offizieller Kommentare, wohl in dem Bewußtsein, daß die englisch-sowjetische Gewaltpolitik gegen den Iran in allzu schreiendem Gegensatz gegen die acht Punkte der Roosevelt-Churchill-Erklärung vom 14. August stehe. Dafür war aber die Presse um so deutlicher, wenn sie ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck brachte, daß durch die Besetzung des Irans nunmehr ein neuer Weg für die USA-Waffenlieferungen nach der Sowjetunion offen stehe.

Das stetige Vordringen der deutschen Armeen in der Sowjetunion und die riesigen Materialverluste der Sowjets lassen deren Lage eben immer gefährlicher und unhaltbarer erscheinen. Hierfür ist auch die Tatsache bezeichnend, daß die sowjetische Führung, für die Völkerrecht wie Recht überhaupt grundsätzlich nur Propagandawert haben, jede Rücksicht habe fallen lassen und in wiederholten Aufrufen an die Zivilbevölkerung sowohl der von den deutschen Armeen schon besetzten wie der noch unbesetzten Gebiete

101 diese zur aktiven Teilnahme an den Kampfhandlungen, zum Heckenschützen- und Partisanenkrieg aufgerufen habe. Daß die Folge davon nur eine entsprechende Gegenaktion der deutschen Truppen sein kann, die für die Zivilbevölkerung äußerst nachteilig sein muß, liegt auf der Hand.

Zusammen mit London hat Moskau die Vergewaltigung des Irans auch durch eine diplomatische Aktion in der Türkei vorbereitet. Am 14. August übergaben der sowjetische und der englische Gesandte in Ankara gleichlautende Noten, die das Versprechen der Respektierung der territorialen Integrität der Türkei und das der Hilfeleistung im Falle eines Angriffs einer dritten Macht auf die Türkei enthielten. Man wollte die Türkei beruhigen und davon abhalten, etwa dem Iran zu Hilfe zu kommen.

Auch in Kabul erhoben England und die Sowjets Vorstellungen wegen der angeblich in Afghanistan sich aufhaltenden „deutschen Techniker“. Aber der König von Afghanistan erklärte am 27. August, sein Land sei nie von einem fremden Eroberer bezwungen worden und würde sich gegen jeden derartigen Versuch verteidigen.

In England haben verschiedene Minister im Monat August wieder ziemlich viel Reden innerhalb und außerhalb des Parlaments gehalten. Besonders Außenminister Eden war geschwätzig und nahm mehrfach zu Fragen des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens, des Verhältnisses zu den USA, zur Frage des Friedens und der Zeit nach dem Kriege Stellung. Viel Neues ist bei all diesen Reden nicht zum Vorschein gekommen. Die englische Propagandathese, man werde keineswegs mit Hitler Frieden schließen oder auch nur in irgendwelche Besprechungen eintreten, wurde von Eden mehrfach wiederholt, zugleich mit der sinnlosen Unterstellung, „demnächst“ sei ein Friedensangebot des Führers zu erwarten, weil der Krieg gegen die Sowjets angeblich nicht den deutschen Wünschen entsprechend verlaufe, England denke aber nicht daran, auf ein solches Angebot einzugehen. Eden hat damit nur nach der bekannten Methode gehandelt, dem Gegner den Wunsch auf Eröffnung von Friedensverhandlungen anzudichten, dadurch dessen Stellung als geschwächt und des Friedens bedürftig hinzustellen, um dann mit der Ablehnung solcher angeblichen Wünsche die englische Stellung als besonders stark erscheinen zu lassen, und damit Eindruck zu machen. Dem entsprechend tat Eden in seinen Reden auch betont siegesgewiß, mit dem ja auch nicht mehr gerade neuem Hinweis auf die angeblich unbegrenzten englischen und amerikanischen Hilfsquellen. Schließlich entwarf Eden Wunschbilder davon, wie der Friede aussehen sollte. Auch hierbei sagte er nichts Neues. Die „Daily Mail“ gab im Anschluß an eine der Reden Edens am 20. August den Sinn des Krieges für Eng

102 land und das englische Kriegsziel etwas deutlicher als Eden selbst u. a. wie folgt an: Das Ziel der Alliierten bei einem Friedensschluß muß sein, Preußen zu schwächen und die Einheit des Reiches zu zerstören. Preußen im alten Sinne dürfe nicht mehr bestehen bleiben, sondern werde auf Gebietsteile jenseits der Elbe beschränkt und umfasse etwa 70000 Quadratmeilen und 20 Millionen Einwohner. Dieses Preußen würde kein Land für sich darstellen, sondern bilde den Teil einer autonomen deutschen Staatengemeinschaft, sei wirtschaftlich und verwaltungsmäßig — aber nicht politisch — selbständig.

Wir wissen also wieder einmal, woran wir sind, und was wir von all den Phrasen über Freiheit und Selbstbestimmung zu halten haben. Es fehlte freilich im Laufe des Monats August auch nicht an Erklärungen englischer Minister, die auf die Größe der England drohenden Gefahren und auf die ungeheuren Schwierigkeiten der englischen Lage hinwiesen. So stellte Attlee fest, die Atlantikschlacht sei noch keineswegs gewonnen und es ständen noch schwere Prüfungen bevor.

Der Wert der bolschewistischen Karte im englischen Spiel, d. h. die Kampfkraft der sowjetischen Armeen, beherrschte nach wie vor die Gedanken der Engländer. Freilich haben die Erfolge der deutschen Wehrmacht die englischen Hoffnungen schon stark heruntergedrückt, und die Aktion gegen den Iran ist ja nur ein Ausdruck für die Erkenntnis der Gefahr, in der sich die Sowjets befinden, nicht minder die wiederholten Aufforderungen hoher englischer Geistlicher, die Bolschewiken in die englischen Gebete für den Sieg einzuschließen. Der höchste Geistliche der englischen Hochkirche, der Erzbischof von Canterbury, der Anfang August durch Rundschreiben die ihm unterstehenden Geistlichen aufforderte, für die Sowjets zu beten, erfuhr von Seiten des finnischen Erzbischofs Erkki unter Hinweis auf die Erfahrungen, die man in Finnland mit den Sowjets gemacht hat, eine energische Abfuhr. Erkki erinnerte daran, daß am 1. Februar 1940, als die Engländer aus bekannten Gründen noch mit den gegen die Sowjets kämpfenden Finnen sympathisierten, derselbe Erzbischof von Canterbury erklärt habe, Finnland verteidige die christliche Kultur gegen Gottesleugnung und rohe Gewalt.

Die größte Anstrengung der englischen und USA-Propaganda knüpfte sich aber an die Zusammenkunft zwischen Churchill und Roosevelt in der Nähe der USA-Küste im Atlantik, und das im Anschluß daran am 14. August veröffentlichte „Programm“ von acht Punkten. Man hatte dadurch, daß die Zusammenkunft heimlich, ohne vorherige Ankündigung und ohne Zuziehung der Presse, stattfand, und daß man nur allmählich etwas über sie durchsickern ließ, den Eindruck erwecken wollen, es sei etwas ganz Großes im Gange, und die öffentliche Meinung absichtlich in einen Spannungszustand zu versetzen sich bemüht. Am

103 14. August wurde dann eine offizielle Verlautbarung herausgegeben, in der es u. a. hieß: „Der Präsident und der Ministerpräsident haben mehrere Begegnungen gehabt. Sie haben' die Gefahren geprüft, denen die Weltkultur dadurch ausgesetzt ist, daß die Hitlerische Regierung in Deutschland eine Politik der Beherrschung und der militärischen Eroberung verfolgt, und sie haben die Maßnahmen klargestellt, die ihre beiden Länder ergreifen, um angesichts dieser Gefahren ihre Sicherheit zu gewährleisten. Sie haben sich darauf geeinigt, folgende gemeinsame Erklärung zu veröffentlichen: „Nach ihrer Begegnung waren Roosevelt und Churchill der Meinung, es sei richtig, die gemeinsamen Grundsätze der Politik ihrer beiden Länder bekanntzumachen, auf die sie ihre Hoffnung auf eine bessere Welt gründen:

1. England und die Vereinigten Staaten erstreben keinen territorialen Gewinn. 2. Sie wünschen keinerlei territoriale Veränderung, die nicht in Übereinstimmung mit der frei zum Ausdruck gebrachten Meinung der interessierten Völker in Einklang wäre. 3. Sie erkennen das Recht aller Völker an, die Regierungsform zu wählen, unter der sie zu leben wünschen, und sie wünschen die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der selbständigen Regierungsform bei all den Völkern, denen dieselben mit Gewalt genommen worden sind. 4. Sie werden sich bemühen, unter Berücksichtigung ihrer gegenwärtigen Verpflichtungen allen Völkern, ob groß oder klein, ob Sieger oder Besiegte, Rechtsgleichheit hinsichtlich des Handels und des Zuganges zu den Rohstoffen in der Welt, deren sie bedürfen, zu sichern. 5. Sie wünschen eine möglichst vollständige wirtschaftliche Zusammenarbeit unter allen Nationen zu verwirklichen, um allen bessere Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten. 6. Nach der endgültigen Zerstörung der Nazityrannei hoffen sie, Zeugen der Herbeiführung eines Friedens zu sein, der allen Nationen erlaubt, innerhalb ihrer Grenzen zu leben sowie allen Menschen ihr Leben frei von Gefahr und Not zu leben. 7. Ein solcher Friede würde allen Menschen die Benutzung der Meere und den freien Verkehr auf ihnen ermöglichen. 8. Schließlich sind sie der Ansicht, daß alle Nationen der Erde aus materiellen und geistigen Gründen auf den Gebrauch der Gewalt verzichten sollen. Da kein künftiger Friede aufrecht erhalten werden kann, solange die Rüstungen von solchen Staaten benutzt werden können, die andere Staaten außerhalb ihrer Grenzen mit Angriff bedrohen, sind sie der Meinung, daß die Entwaffnung dieser Nationen grundlegend wichtig ist, bis die Herbeiführung eines dauernden und umfassenderen Systems der nationalen Sicherheit gelungen ist. Deshalb werden sie auch alle praktischen Maßnahmen unterstützen und ermöglichen, die den Druck der Rüstungen für die friedlichen Völker erleichtern.“

104 Die gesamte nichtengland- und USA-hörige Weltpresse hat auf dieses wahrhaft erstaunliche Dokument spontan die richtige Antwort gegeben und es als eine verschlechterte Neuauflage der vier-

zehn Punkte Wilsons, als ein Dokument der Heuchelei und zugleich der Schwäche bezeichnet. Bei einer näheren Prüfung kann man nur zum selben Ergebnis kommen. Es ist ein schwaches und geistesarmes Dokument, ein kümmerliches Programm und ein deutlicher Beweis dafür, wie sehr die Angelsachsen sich ideologisch in der Defensive befinden, wie wenig sie in der Lage sind, zu der gegenwärtigen großen Auseinandersetzung etwas Neues, In-die-Zukunft-Weisendes zu sagen. Nichts anderes als diese längst durch die Tatsachen widerlegte Phraseologie, deren Verlogenheit dieselben Mächte durch ihre Politik seit dem Weltkrieg hundertfach erwiesen haben, vermögen sie zu wiederholen. Die Engländer haben diesen Krieg ganz nach dem Vorbilde des Weltkrieges von 1914/18 vorbereitet, begonnen und bisher geführt. Sie betreiben auch ihre Propaganda ganz nach dem Vorbild des Weltkrieges, und sie wollen auch den ideologischen und propagandistischen Kampf um den Frieden genau so führen. Dies wird durch das Programm der acht Punkte klar erwiesen. Aber die Geschichte wiederholt sich nie, und wie sehr die Lage heute von der des Weltkrieges verschieden ist, ist offenkundig genug. Die Bemühungen der englischen und USA-Propaganda, die acht Punkte vom 14. August als ein großes Programm des Friedens und der zukünftigen Weltentwicklung hinzustellen, sind denn auch kläglich gescheitert. Die Propaganda Londons und Washingtons hat diese Bemühungen deshalb schon wenige Tage nach der Veröffentlichung der acht Punkte aufgegeben, besonders wohl auch deshalb, weil die Reaktion in den Vereinigten Staaten selbst durchaus negativ war.

Dafür sprechen die Nachrichten aus England über die Auswirkungen des Krieges auf das englische Leben eine um so deutlichere Sprache. Weitere Rationierungsmaßnahmen und Herabsetzungen der bisherigen Rationen wurden gemeldet. Über die steigende Verknappung aller Konsumgüter, die inflationistische Erscheinung in der englischen Geldwirtschaft, die steigende Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt, hörte man aus England ebenfalls vielerlei Nachrichten.

Gegen alle diese Übel sollen die USA helfen. Von ihnen erwartet London nicht nur unbeschränkte Geldmittel — Roosevelt hat denn auch weitere sechs Milliarden Dollar im Rahmen des Englandhilfegesetzes angefordert —, sondern auch gesteigerte Zufuhren an Lebensmitteln, Treibstoffen, neuen Schiffen und besonders an Flugzeugen. Hierzu ist Roosevelt vollkommen bereit. Seine Bereitschaft wird nur einge-

105 schränkt durch die noch lange nicht genügende Produktionsfähigkeit der USA-Industrie, die Transport-schwierigkeiten und dadurch, daß auch andere Länder als England starke Bedürfnisse zeigen. Die ungeheuren Materialverluste der Sowjets werfen neue schwere Probleme auf.

Im Anschluß an die Acht-Punkte-Erklärung vom 14. August haben England und die USA an Stalin eine Botschaft gerichtet, in der sie ihm jede materielle Hilfe zusagten und anregten, mit möglicher Beschleunigung in Moskau eine Dreimächtekonferenz zu veranstalten, um die Frage der Hilfeleistung an die Sowjets gemeinsam zu prüfen. Während in der Acht-Punkte-Erklärung von Sowjetrußland offenbar absichtlich — man wollte die Verlogenheit dieser Friedensphraseologie nicht durch Nennung der Bolschewiken noch besonders unterstreichen — nicht die Rede war, hat die Besorgnis wegen der unaufhörlichen sowjetischen Niederlagen bei den Beratungen zwischen Churchill und Roosevelt offenbar eine große Rolle gespielt und ebenso das sich aus der Notwendigkeit großer Lieferungen an die Sowjets ergebende Problem, wie dann die Bedürfnisse Englands befriedigt werden könnten. Schon Ende Juli hatte Hopkins Stalin in Moskau eine Note Roosevelts mit Versprechungen über Hilfeleistung überreicht, in der er auch Roosevelts „festen Glauben, daß Rußland seinen Anteil bei der Zerstörung des Hitlerismus beitragen werde“ zum Ausdruck brachte. Roosevelt treibt also Rußland gegenüber dasselbe Spiel wie früher gegenüber Polen, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland: Er hetzt zu Krieg und Widerstand, obwohl er im Falle der Sowjetunion genau so wenig helfen kann, wie in den früheren Fällen.

Umgekehrt versucht man von Washington aus Japan im Verein mit England in steigendem Maße unter Druck zu setzen. Die nach Abschluß der Vereinbarungen zwischen Japan und Frankreich über die gemeinsame Verteidigung von Indochina von den Angelsachsen und den Holländern ergriffenen finanziellen und wirtschaftlichen Sperrmaßnahmen wurden weiter verschärft, und den bald einsetzenden japanischen Bemühungen auf einen, wenigstens teilweisen Abbau dieser Maßnahmen zäher Widerstand entgegengesetzt. Am 27. August teilte Roosevelt der Presse mit, daß er eine Militärmission nach Tschungking entsenden werde, und Hüll erklärte am gleichen Tage, daß die USA für die Entsendung von Kriegsmaterial nach Wladiwostok am Grundsatz der Freiheit der Meere festhielten. Also wirtschaftliche Abschnürung und Unterstützung der tatsächlichen oder möglichen Kriegsgegner Japans.

Im gleichen Sinne fand man in Washington jedesmal Worte scharfer Kritik und ernster Drohung, sobald man Anzeichen für eine verstärkte Neigung der französischen Regierung zur Aktivierung der Politik der

106 Zusammenarbeit mit Deutschland zu erblicken glaubte. Die Rede des Marschalls Petain vom 12. August, in der die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit unterstrichen wurde, wurde in Washington scharf abgelehnt, und ebenso die kurz darauf erfolgte Umbildung der französischen Regierung und die damit verbundene Erweiterung der Machtbefugnisse des Admirals Darlan.

Roosevelts Politik der Kriegsverlängerung fand in Presseerklärungen des Präsidenten nach seiner Rückkehr von der Begegnung mit Churchill einen besonders deutlichen Ausdruck in Roosevelts Mitteilung, er habe Anweisung gegeben, nicht nur Aufstellungen über die Rüstungsbedürfnisse für 1942, sondern auch für 1943 zu machen. Der Krieg müsse nötigenfalls solange geführt werden. Mit der ihm eigenen Unwahrhaftigkeit fügte Roosevelt hinzu, seine Zusammenkunft mit Churchill habe die Vereinigten Staaten nicht näher an den Krieg herangebracht.

Die Kriegsgegner in USA waren freilich anderer Meinung und kritisierten Roosevelts kriegstreiberische Politik kräftig. Roosevelts Hilfeleistung an die Bolschewisten hat offensichtlich den Kriegsgegnern in USA erheblichen Auftrieb gegeben. Die Aussicht, Hand in Hand mit dem blutbefleckten und verbrecherischen Moskauer Regime aufzutreten oder gar Krieg zu führen, geht offenbar der großen Mehrheit der Amerikaner doch sehr gegen den Strich. Die Kriegsstimmung in USA wird auch zweifellos nicht dadurch gefördert, daß Roosevelts Rüstungs- und Kriegspolitik für Wirtschaft und Lebenshaltung der Amerikaner in steigendem Maße unerfreuliche Rückwirkungen zeitigt. Es wird ihnen zugemutet, weniger Benzin zu verbrauchen, weniger zu essen und sich auch in anderen Dingen einzuschränken, damit die Engländer genügend beliefert werden könnten, von erhöhten Steuern ganz abgesehen. Es scheint durchaus, als ob die große Masse des USA-Volkes heute innerlich einer aktiven Beteiligung am Kriege abgeneigter ist als vor drei oder vor sechs Monaten.

Diese Stimmungslage in USA ist offensichtlich das einzige Hemmnis für Roosevelts haßerfüllte kriegstreiberische Politik. Er sucht mit allen Mitteln dieses Hemmnis loszuwerden, um doch noch aktiv in den Krieg eingreifen zu können. Er hofft auf Zwischenfälle, mit deren Hilfe es ihm gelingen könnte, einen Stimmungsumschwung zu erzielen, und die Amerikaner mit sich fort und in den Krieg hineinzureißen.

Sowohl im Fernen Osten wie in Süd- und Mittelamerika hat Roosevelt auch im Monat August seine Politik imperialistischer Expansion fortgesetzt. Die in Südamerika durch diese Politik hervorgerufenen Zwischenfälle wurden bereits erwähnt. Im Fernen Osten hat diese Politik zu einer erheblichen Verstärkung der politischen Spannungen geführt. Es ist nicht klar ersichtlich, ob man Japan zum Kriege provozieren oder

107 es beruhigen will, das letztere mit dem Ziel, es dem Dreierpakt zu entfremden. Japan scheint demgegenüber die Politik des elastischen Widerstandes bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung seiner Positionen und gleichzeitigem Bemühen um Abschwächung des wirtschaftlichen Druckes zu verfolgen.



Moskaus Verrat an Europa

108 Die Berichte des Oberkommandos der Wehrmacht

Oberkommando der Wehrmacht

F. H. Qu.,

WFST / Abt. L (I Op)

den 13. I. 1941.

Geheime Kommandosache

Nr. 00 110 a/41 g. Kdos.

Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

An das Auswärtige Amt, z. H. Herrn Botschafter Ritter. Nachdem bereits im Herbst des vergangenen Jahres vereinzelt Flugzeuge der UdSSR die Demarkationslinie nach Westen in großer Höhe überflogen, teilt das Oberkommando der Wehrmacht mit, daß neuerdings am 10. I. 1941 bei Wojciechowice eine fremde Maschine bis tief über deutsches Gebiet einflog. Flughöhe ca. 1200 m. Gestalt und Abzeichen ließen einwandfrei erkennen, daß es sich um ein Flugzeug der UdSSR handelte. Das Oberkommando der Wehrmacht wird von Gegenmaßnahmen zunächst absehen, hat aber Anweisung erteilt, etwaige weitere Grenzverletzungen fortlaufend zu melden.

Das Auswärtige Amt wird von hier entsprechend unterrichtet.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Im Auftrag: (gez.) Warlimont.

Oberkommando der Wehrmacht F. H. Qu., den 1. März 1941.

WFSt / Abt. L (I Op)

Geheime Kommandosache

Nr. 00369a/41 g. Kdos.

Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

An das Auswärtige Amt, z. Hd. Herrn Botschafter Ritter.

Das Oberkommando der Wehrmacht teilt mit, daß in den Monaten Januar und Februar wiederum, abgesehen von dem im Schreiben vom 13. Januar erwähnten Falle, an den verschiedensten Stellen der Demarkationslinie sowjetrussische Grenzüberflüge stattfanden. Meldungen liegen insbesondere aus der Gegend ostwärts Cholm und Ostrolenka vor.

Da in dieser Gegend die deutsch-russische Interessengrenze durch den Bug besonders deutlich gekennzeichnet und daher eine Orientierung aus der Luft sehr leicht ist, ist das Oberkommando der Wehrmacht nunmehr zu der Überzeugung gelangt, daß es sich bei den Grenzverletzungen um bewußte Provokationen handelt.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die dem Auswärtigen Amt bekannten Äußerungen sowjetrussischer Offiziere über deutsch-russische Spannungen hingewiesen, die in ihrer haßerfüllten Art der deutschfeindlichen Propaganda nicht nur in der russischen Wehrmacht, sondern auch im russischen Volke Vorschub leisten.

Das Oberkommando der Wehrmacht weist auf den Ernst der hierdurch möglicherweise entstehenden Folgen hin.

Die deutsche Luftwaffe ist nach wie vor zur äußersten Zurückhaltung angewiesen worden.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Im Auftrage: (gez.) Jodl.

Oberkommando der Wehrmacht

F. H. Qu., den 23. April 1941.

WFST / Abt. L (I Op)

Geheime Kommandosache

Nr. 00731a/41 g. Kdos.

Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

An das Auswärtige Amt, z. Hd. Herrn Botschafter Ritter. Fast täglich einlaufende Meldungen über weitere

109 Grenzverletzungen sowjetrussischer Flugzeuge bestätigen die im Schreiben vom 1. März dem Auswärtigen Amt übermittelte Auffassung des Oberkommandos der Wehrmacht, daß es sich hierbei um bewußte Provokationen von sowjetrussischer Seite handelt.

Am 11. April überflogen zwei zweimotorige Flugzeuge vom Typ SB 2 die Stadt Beiz in großer Höhe. Am 11. April wurde je ein Flugzeug bei Malkinia und Ostrow-Mazowike gesichtet. Ebenfalls wurde am 14. April ein sowjetrussisches Flugzeug über Langszorgen gemeldet. Mehrere Flugzeuge überflogen am 15. April im Raum Dynow-Lodzina — s. Losko — die Interessengrenze. Am 17. April wurden allein 8 Flugzeuge über deutschem Gebiet festgestellt, und zwar je 4 bei Deumenrode und Swiddern, am 19. April zwei Flugzeuge über Malkinia, ein weiteres in 200 m Höhe (!) über Ostrowice.

Außerdem wurde noch eine Reihe weiterer Flugzeuge gemeldet, deren Nationalität jedoch infolge der Flughöhe nicht einwandfrei erkannt werden konnte. Es besteht jedoch nach Flugrichtung und den

bei den dort eingesetzten deutschen Verbänden gemachten Feststellungen kein Zweifel, daß es sich hierbei ebenfalls um Grenzüberflüge durch Flugzeuge der UdSSR handelt.

Das Oberkommando der Wehrmacht muß nunmehr feststellen, daß die sich ständig steigenden Grenzüberfliegungen nur noch als planmäßiger Einsatz der Luftwaffe der UdSSR über dem Hoheitsgebiet des Reiches gewertet werden können. Da inzwischen auf Grund der Truppenverstärkungen auf der anderen Seite der deutschen Ostgrenze auch weitere deutsche Verbände zur Sicherung herangeführt werden mußten, ist mit erhöhter Gefahr von folgenschweren Grenzzwischenfällen zu rechnen.

Die Anordnungen des Oberkommandos der Wehrmacht zur äußersten Zurückhaltung sind trotzdem weiterhin in Kraft.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Im Auftrage: (gez.) Jodl.

Oberkommando der Wehrmacht

F. H. Qu., den 6. Mai 1941.

WFST / Abti. L (I Op)

Geheime Kommandosache

Nr.: 00805/41 g. Kdos.

Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

An das Auswärtige Amt, z. Hd. Herrn Botschafter Ritter. Im Nachgang zum Schreiben vom 23. April teilt das Oberkommando der Wehrmacht mit, daß nunmehr auch Grenzverletzungen sowjetrussischer Soldaten in besorgniserregendem Umfange zunehmen.

1. Bereits Anfang Dezember 1940 wurden im Gebiet zwischen Jaroslau und Sokal an verschiedenen Stellen bewaffnete Offiziere und Soldaten gesichtet, die offenbar systematisch das deutschrussische Grenzgebiet beobachteten. In Einzelfällen wurden fotografische Aufnahmen gemacht. Ob es sich hierbei um Angehörige der sowjetrussischen Wehrmacht oder um Beamte des russischen Zollgrenzschutzes handelt, konnte nicht immer einwandfrei festgestellt werden. In jedem Falle gelang es den Russen, bei Annäherung deutscher Grenzposten in dem dichten Unterholz zu entkommen.

2. Neuerdings wurden gleiche Beobachtungen auch bei Smalodarsen, Kamiencyk, Terespol und Cabuce gemacht. In den drei letzten Fällen handelt es sich um sowjetrussische Offiziere und Soldaten, die mit einem Motorboot am deutschen Bugufer anlegten und anschließend längere Zeit das deutsche Grenzgebiet mit Doppelgläsern absuchten.

3. Unter Bezugnahme auf die fernschriftlich vorausgemeldete Beschießung des Obltn. Dallinger vom Div.-Stab der 291. Div. gibt das Oberkommando der Wehrmacht nachstehend den ausführlichen Bericht des AOK 18 im Wortlaut wieder:

„Der Obltn. d. R. Dallinger, Leiter der Kartenstelle der 291. Inf.-Div., hatte den dienstlichen Auftrag, mit

110 dem Gefr. Gießen der Div.-Kartenstelle die durch Bodensicht und durch die russischen Beobachtungstürme eingesehenen Räume zu überprüfen und genau festzulegen.

Bei Ausübung dieser Tätigkeit in der Nähe des Grenzgrabens wurde Obltn. Dallinger am 25. April 1941, um 16.30 Uhr, im Raum nordostwärts von Ramutten von einem russischen Posten beschossen. Obltn. Dallinger und der Gefr. Gießen nahmen sofort Deckung, stellten Uhrzeit und genauen Aufenthaltsort fest und setzten darauf ihre Erkundungen, nunmehr allerdings in mehr als 100 m Entfernung von der Grenze, fort. Einem in der Nähe befindlichen Beamten der Grenzaufsicht, der durch den Schuß auf den Vorfall aufmerksam gemacht war, hat Obltn. Dallinger den Vorfall sofort mitgeteilt.

Obltn. Dallinger, dem der Verlauf der Grenze genau bekannt war, befand sich einwandfrei auf deutschem Gebiet. Genaue Lageskizze wird beigelegt."

Das Oberkommando der Wehrmacht muß aus diesen Tatsachen in Verbindung mit den zahlreichen sich fortwährend noch steigenden Grenzüberflügen die Überzeugung gewinnen, daß die sowjetrussische Heeresleitung alle ihr zur Verfügung stehenden Aufklärungsmittel systematisch einsetzt.

Wenn auch die Anordnungen des Oberkommandos der Wehrmacht, völlige Zurückhaltung zu bewahren, nach wie vor aufrecht erhalten werden, so muß das Oberkommando der Wehrmacht doch nachdrücklichst darauf hinweisen, daß sich aus dem Grade des Spannungszustandes, der nunmehr vorliegt, jederzeit bewaffnete Zusammenstöße, auch größeren Umfangs, entwickeln können.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Im Auftrage: (gez.) Jodl.

Der Chef
des Oberkommandos der Wehrmacht
F. H. Qu.,
WFSt / Abt. L, (I Op)
Nr.: 00886/41 g. Kdos.
An den

den 11. Mai 1941.
Geheime Kommandosache

Herrn Reichsminister des Äußern.

Sehr verehrter Herr Reichsminister!

Das Oberkommando der Wehrmacht beobachtet seit Monaten mit ständig wachsender Besorgnis die Entwicklung, die der Aufmarsch russischer Streitkräfte entlang der deutschen Ostgrenze nimmt.

Nach den hier vorliegenden Meldungen befanden sich bei Kriegsausbruch 1039 etwa 77 russische Schützen-Divisionen im europäischen Rußland, davon nur wenig mehr als die Hälfte im west-russischen Grenzraum. Nach Beendigung des Polenfeldzuges erhöhte sich diese Zahl auf 114. Wenn das Oberkommando der Wehrmacht damals eine gewisse Begründung dieser Maßnahme in der allerdings fast kampfflosen Besetzung Ost-Polens durch russische Truppen sah, so mußte es nach planmäßigem Abschluß dieser Operationen mit um so größerem Befremden ein noch weiteres Anwachsen dieser Zahl auf 121 feststellen.

Seit Beginn dieses Jahres aber liefen fast täglich beim Oberkommando der Wehrmacht von allen Teilen der Grenze Meldungen ein, die in ihrer Gesamtauswertung das Bild einer umfassenden russischen Truppenkonzentration an der deutschen Ostgrenze ergaben. Unter rücksichtslosem Abtransport von Schützen-, mot. und Pz.-Divisionen aus dem asiatischen Raum und Kaukasien — besonders nach dem russisch-japanischen Nichtangriffspakt — erhöhte sich die Zahl allein der festgestellten Schützen-Divisionen im europäischen Rußland am 1. Mai 1941 auf 143. Davon befanden sich 119 Divisionen im deutsch-russischen Grenzraum.

Bei den Pz.-Brigaden und Pz.-Divisionen ist diese wachsende Schwerpunktbildung noch erheblich ausgesprochener. Seit Jahresbeginn befinden sich fast sämtliche überhaupt festgestellten mot. und Pz.-

111 Einheiten in West-Rußland. Hinzu kommen weitere 20 Kav.-Divisionen und mehrere Fallschirm-Bataillone.

Eine gleiche Entwicklung ist auch bei der russischen Luftwaffe zu erkennen. Mit der ständig zunehmenden Anhäufung leichter Fliegerverbände zur Unterstützung des Heeres läßt der rasche Fortgang des Ausbaues der Bodenorganisation in Grenznähe die Vorbereitung weitreichender Bombenangriffe starker Kampffliegereinheiten in das Deutsche Reich hinein erkennen.

Weiterhin weist das Oberkommando der Wehrmacht erneut auf die wiederholten Äußerungen höherer sowjetrussischer Offiziere hin, die bei Planspielen und Truppenübungen offen von einer baldigen russischen Offensive sprachen.

Das Oberkommando der Wehrmacht ist durch diese Tatsachen in Verbindung mit den dem Auswärtigen Amt laufend mitgeteilten Grenzverletzungen sowjetrussischer Flugzeuge und Soldaten zu der Überzeugung gekommen, daß dieses, einer Mobilmachung praktisch gleichkommende Ausmaß des russischen Aufmarsches an der deutschen Ostgrenze, nur noch als Vorbereitung für russische Offensivmaßnahmen größten Umfanges gedeutet werden kann. Die Gefahr eines bewaffneten Konflikts rückt daher in bedrohliche Nähe.

Der annähernd abgeschlossene Aufmarsch ihrer Wehrmacht ermöglicht der sowjetrussischen Staatsführung dabei die freie Wahl des Angriffsbeginns. Entsprechende deutsche Gegenmaßnahmen werden nunmehr unumgänglich.

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener
gez. Keitel.

Geheime Kommandosache.

Oberkommando der Wehrmacht
F. H. Qu.,
WFST / Abt. L (I Op)
Nr. 00 1096a/41 g. Kdos.

den 8. Juni 1941.

Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

An das

Auswärtige Amt

z. Hd. Herrn Botschafter Ritter.

In der Anlage überreicht das Oberkommando der Wehrmacht eine Zusammenstellung der Grenzverletzungen durch russische Flugzeuge und Soldaten seit Jahresbeginn. Dazu wird bemerkt, daß sich diese Liste auf solche Fälle beschränkt, deren Tatbestand von verschiedener Seite bestätigt wurde. Daß darüber hinaus noch eine Anzahl weiterer Grenzverletzungen vorgekommen sind, wurde bereits im Schreiben vom 23. April erwähnt.

Auf die im Schreiben vom 6. Mai aufgezeichneten bedrohlichen Folgen dieser Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze wird aus diesem Anlaß erneut und mit stärkstem Nachdruck hingewiesen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Im Auftrage: gez. Jodl.

(Anlage enthält Verzeichnis von 41 Grenzverletzungen in der Zeit vom
10. Januar bis 6. Juni 1941.)

Geheime Kommandosache.

Oberkommando der Wehrmacht

Berlin, den 11. Juni 1941.

Aus!. Nr. 212/41 g. Kdos. Chefs.

Chefsache.

Nur durch Offizier!

An die Reichsregierung, über den Herrn Reichsminister des Auswärtigen.

Das Oberkommando der Wehrmacht hat die Reichsregierung fortlaufend darüber unterrichtet gehalten,

112 wie sehr die militärische Haltung Sowjetrußlands in wachsendem Maße einen bedrohlichen Charakter angenommen hat. Wenn die politische Haltung der Sowjetunion ein wechselndes Gesicht zeigte und die Erfüllung der Verträge auf wirtschaftlichem Gebiet im wesentlichen keine Veranlassung zu Beanstandungen gab, so hat sich doch inzwischen klar erwiesen, daß die militärischen Maßnahmen der Sowjet-Union eindeutig auf die Vorbereitung eines Angriffs auf das Deutsche Reich eingestellt sind.

Diese Entwicklung, die zu einem Großaufmarsch der Roten Armee vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee geführt hat, stellt sich wie folgt dar:

Um die Jahreswende 1939/40 bestanden noch keine Besorgnisse für die Sicherheit der deutschen Ostgrenze. Die Sowjet-Union hatte bei der Liquidierung Polens eine äußerlich freundschaftliche Haltung gezeigt. Bereits Anfang 1940 mußte jedoch mit Befremden festgestellt werden, daß die Sowjet-Union nicht nur ihre Westgrenze stark zu befestigen begann, daß sie nicht nur die bekannte tote Zone entlang der Grenze schaffte und die Verlegung der Industrie in das Innere einleitete, sondern daß sie in immer steigendem Maße eine Verstärkung der Grenztruppen vornahm.

Am 1. September 1939 hatten in dem Gebiet westlich der Linie Archangelsk—Kalinin—Poltawa—Westspitze Krim gestanden:

44 Schützen-Divisionen,
20 Kavallerie-Divisionen und
3 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Aus Anlaß des Polenfeldzuges hat die Sowjet-Union bis zum 28. November 1939 diese Truppen um 47 Divisionen und motorisierte und Panzer-Brigaden verstärkt auf

76 Schützen-Divisionen,
21 Kavallerie-Divisionen und
17 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Trotz der Beendigung des Polenfeldzuges wurden die Verstärkungen in großem Umfange fortgesetzt. So kamen bis zum 12. März 1940 mindestens weitere 16, wahrscheinlich sogar 25 Divisionen und motorisierte Brigaden neu hinzu. Die Gesamtstärke der sowjetrussischen Truppen im westlichen Grenzgebiet betrug danach Mitte März 1940:

86—95 Schützen-Divisionen,
22 Kavallerie-Divisionen und
22 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Nachdem anfänglich die Zusammenarbeit der deutschen und sowjetrussischen Stellen an der neuen Grenze im früheren Polen scheinbar förderlich und reibungslos vor sich gegangen war, kam es

im Winter 1939/40 immer häufiger zu ernststen Zwischenfällen. Diese Zwischenfälle enthüllten eine ausgesprochene Abneigung und deutschfeindliche Einstellung der sowjetrussischen Grenztruppen. Ihr Verhalten war völlig unbegründet, da man deutscherseits offen seine friedlichen Absichten zeigte und sich um ein friedliches Zusammenleben an der Grenze bemühte. Während die deutschen Grenzverletzungen sich in der Regel als geringfügig und immer als unbeabsichtigt erwiesen, waren die sowjetrussischen Grenzverletzungen viel zahlreicher, ungleich schwerer und hatten häufig Todesfälle auf deutschem Gebiet zur Folge. Erst auf ernsthafte Vorstellungen der Deutschen Reichsregierung hin sind die sowjetrussischen Grenzverletzungen wenigstens zeitweise zurückgegangen.

Bei der Besetzung der baltischen Staaten durch Sowjet-Rußland war durch Verträge eine Höchststärke der Besatzung von insgesamt 70 000 Mann vereinbart worden. Diese Zahl ist zunächst nicht einmal erreicht worden. So war die Stärke der Besatzungsarmee am 28. Januar 1939 53 000 Mann und am 1. Februar 1940 57 500 Mann. Die Besetzung ging widerstandslos vonstatten; auch in der weiteren Besatzungszeit

113 ist es in den besetzten Gebieten niemals zu einem Zustand gekommen, der eine Erhöhung der sowjetrussischen Besatzungszahlen militärisch erforderlich gemacht haben würde. Trotzdem ging die Sowjet-Union, nachdem sie die drei Länder völlig einverleibt hatte, daran, diese Gebiete mit einer überstarken Truppenmacht aller Waffengattungen zu besetzen. Im Frühsommer 1940 hatte die Besatzung eine Gesamtstärke von rund 250 000 Mann erreicht; zur Zeit stehen schätzungsweise 650 000 Mann in dem Gebiet der früheren baltischen Staaten. Eine weitere schwere Bedrohung Deutschlands stellte der Aufmarsch russischer Kräfte an der russisch-rumänischen Grenze dar, der im Oktober 1940 begann. Als im September 1940 auf Wunsch der damaligen rumänischen Regierung die Entsendung einer deutschen Militärmission nach Rumänien erwogen und später durchgeführt wurde, benutzte die Regierung der UdSSR diesen Umstand zum Anlaß, erhebliche Truppenmengen des Heeres und der Luftwaffe in Bessarabien und in der Bukowina an der rumänischen Grenze zusammenzuziehen und dort zu belassen. Aufgabe dieser Kräfte war zunächst, durch Ausübung eines Drucks auf die Balkanstaaten den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu mindern und die auf friedliche Durchführung gerichteten Absichten Deutschlands auf dem Balkan zu zunichte zu machen. Seit dem immer stärker werdenden Auftreten englischer Kräfte in Griechenland bestand jedoch die Aufgabe der an der rumänischen Grenze versammelten russischen Kräfte offensichtlich darin, bei der nach dem Putsch in Belgrad vom 27. März 1941 unvermeidlich gewordenen bewaffneten Auseinandersetzung einzugreifen und, in westlicher Richtung vorstoßend, die Verbindung mit der jugoslawischen Wehrmacht aufzunehmen sowie die deutschen Balkankräfte von ihren Nachschublinien abzuschneiden. Die Voraussetzungen für einen angriffsweisen Einsatz wurden geschaffen, grenznahe Flugplätze angelegt, Versorgungsbasen geschaffen, Panzerverbände herangeführt, die rückwärtigen Verbindungen verbessert und zahlreiche Vormarschmöglichkeiten durch das Gebirge zur Grenze geschaffen. Nur durch die schnellen und entscheidenden deutschen Waffenerfolge wurden diese Pläne durchkreuzt.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Jahre 1940 und 1941 eine ununterbrochene Kette von Verletzungen der deutschen Hoheitsgrenze durch die sowjetrussische Luftwaffe. So ist allein im Monat Mai 1941 die deutsche Grenze von sowjetrussischen Flugzeugen 27mal überflogen worden. Auch die Grenzverletzungen durch sowjetrussische Soldaten lebten mit Beginn des Jahres 1941 wieder auf und nahmen allmählich unerträgliche Formen an.

Ein eindringliches Bild der außerordentlichen sowjetrussischen Truppenzusammenziehungen an der Westgrenze gibt die nachstehende Aufstellung:

1. September 1939:

44 Schützen-Divisionen,
20 Kavallerie-Divisionen,
3 motorisierte und Panzer-Brigaden

(zusammen ca. 65 Divisionen). 28. November 1939:

76 Schützen-Divisionen,
21 Kavallerie-Divisionen,
17 motorisierte und Panzer-Brigaden

(zusammen ca. 106 Divisionen). 1. Mai 1941:

118 Schützen-Divisionen,
20 Kavallerie-Divisionen,
40 motorisierte und Panzer-Brigaden

(zusammen ca. 158 Divisionen).

Das Oberkommando der Wehrmacht hat angesichts dieser Truppenverstärkungen der Roten Armee nach und nach erhebliche Kräfte an die deutsche Ostgrenze verlegen müssen. Diese Umgruppierung ist unmit-

114 telbar und ausschließlich durch den bedrohlichen sowjetrussischen Aufmarsch veranlaßt worden.

Der Bedrohung, die aus dem Aufmarsch der sowjetrussischen Armee für Deutschland erwächst, entspricht der in ihr hochgezüchtete deutschfeindliche Geist der dauernd geschürt und wachgehalten wird durch eine feindselige Propaganda. Hierfür liegen zahllose Nachrichten auch von befreundeten und neutralen Beobachtern vor.

Daraus ergibt sich, daß der Aufmarsch der Roten Armee im wesentlichen als abgeschlossen angesehen werden muß. Denn von insgesamt

170 Schützen-Divisionen,
33 1/2 Kavallerie-Divisionen,
46 motorisierten und Panzer-Brigaden

befinden sich im westlichen Grenzgebiet:

118 Schützen-Divisionen,
20 Kavallerie-Divisionen,
40 motorisierte und Panzer-Brigaden,

im übrigen europäischen Rußland nur

27 Schützen-Divisionen,
5 1/2 Kavallerie-Divisionen,
1 motorisierte und Panzer-Brigade,

im Fernen Osten lediglich

25 Schützen-Divisionen,
8 Kavallerie-Divisionen,
5 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Es ergibt sich also das Bild, daß der russische Aufmarsch immer näher an die Grenze vorgeschoben worden ist. Die einzelnen Verbände des Heeres und der Luftwaffe haben in sich nach vorne aufgeschlossen: grenznahe Flugplätze sind mit starken Verbänden der Luftwaffe belegt worden. Die Erkundungstätigkeit hat auffallend zugenommen und ist teilweise durch höchste Offiziere mit großen Stäben ausgeführt worden.

Alle diese Tatsachen, verbunden mit dem in der russischen Wehrmacht gezüchteten Vernichtungswillen gegen Deutschland zwingen notwendig zu dem Schluß, daß die Sowjetunion sich bereit macht, in jedem ihr geeignet scheinenden Augenblick zum Angriff gegen das Großdeutsche Reich anzutreten.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

gez. Keitel.

Oberkommando der Wehrmacht
WFST / Abt. L. (I Op)
Nr. 001161/41 g. K.
Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

Berlin, den 20. Juni 1941.

Geheime Kommandosache.

An

das Auswärtige Amt
z. Hd. Herrn Botschafter Ritter.

Am 17. Juni 1941 um 8.25 Uhr überschritten bewaffnete russische Soldaten im Abschnitt des deutschen VI. A.-K. östlich der Romintener Heide bei Eiszeryszki (15 km westl. Kalvarija) die russische Grenze und bewegten sich sichernd auf deutschem Gebiet. Als deutsche Posten Gewehrschüsse auf die russischen Soldaten abgaben, nahmen sie Deckung. Nach einem kurzen Feuergefecht zogen sich dann die Russen wieder auf ihr Gebiet zurück.

Dieser Vorfall ist im Zusammenhang mit dem gerade gegenüber Ostpreußen besonders massierten Aufmarsch sowjetrussischer Kräfte ein erneutes Anzeichen für die provokativen Absichten Sowjetrußlands.

115 Seit 11. Juni d. J. sind allein gegenüber dem Grenzabschnitt Suwaike —Memel 20 Inf.-Div., 2 Pz.-Div. und 5 Pz.-Brigaden einwandfrei festgestellt.

In dem weit nach Westen vorspringenden Bogen um Bialystok sind 19 Inf.-Div., 7 Kav.-Div., 1 Pz.-Div. und 5 Pz.-Brigaden zusammengezogen.

Dahinter um Baranowitschi ist eine Reserve-Armee von 10 Inf.-Div. und 2 Pz.-Brig. versammelt.

Daraus geht hervor, daß sich jeden Augenblick eine ungeheure sowjetrussische Truppenmacht, die in 4 Armeen gegliedert ist und

49 Inf.-Div., darunter zahlreiche motorisierte,
3 Pz.-Div., 12 Pz.-Brigaden und
7 Kav.-Div.

umfaßt, von Osten und Südosten her gegen Ostpreußen und gegen das Mündungsgebiet von Bug und Narew nördlich Warschau in Bewegung setzen kann.

Ein solcher Angriff kann nach den vorliegenden Meldungen über die Belegung der sowjetrussischen Flugplätze nördlich der Pripet-Sümpfe von nahezu 2000 Flugzeugen unterstützt werden.

Daß auch an der gesamten übrigen Ostfront die sowjetrussischen Kräfte in ähnlicher, wenn auch nicht solch ausgesprochener Masse konzentriert sind, wurde dem Auswärtigen Amt schon am 11. Mai eingehend erläutert. In den letzten Wochen hat sich das Lagebild über den Aufmarsch der Sowjettruppen nur insofern geändert, als in Südbessarabien ausschließlich schnelle Kräfte (Panzer-Div. und -Brigaden sowie motorisierte und Kav. Div.) versammelt sind, was eindeutig auf offensive Absichten schließen läßt.

Abschließend muß das Oberkommando der Wehrmacht feststellen, daß eine derartige militärische Situation einem Staate gegenüber, mit dem ein Freundschaftspakt besteht, als einzigartig zu bezeichnen ist.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Sowjetrußland diesen Pakt seit Monaten nur mehr als eine Sicherung betrachtet hat, um möglichst ungestört im Sinne Englands den gewaltigsten militärischen Aufmarsch seiner Geschichte gegen Deutschland zu vollziehen.

Die Sicherheit des Reiches macht es erforderlich, diese Bedrohung unverzüglich zu beseitigen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

i. A.: gez. Jodl.

Der Bericht des Reichsministers des Innern und des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei an die Reichsregierung

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD.
IV E L 17/41 gRS.

Berlin, den 10. Juni 1941.

Geheime Reichssache.

Bericht

an den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei. Die zersetzende Tätigkeit der kommunistischen Internationale bis zum Abschluß des deutsch-sowjetrussischen Konsultativ- und Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 gegenüber den Achsenmächten, insbesondere gegen das nationalsozialistische Deutschland, ist allgemein bekannt.

Die Hoffnung, Sowjetrußland würde sich nach Abschluß dieses Paktes entsprechend den Vertragsabmachungen loyal verhalten und die Wühlarbeit gegen das Reich einstellen, war trügerisch. Im Gegenteil: Kommunistische Zersetzung, Sabotage- und Terrorversuche und äußerste Forcierung des militärischen,

116 wirtschaftlichen und politischen Nachrichtendienstes waren die unverrückbaren — jedoch erkannten — Ziele der sowjetrussischen Machthaber.

Das einzige, was man geändert hatte, war die Methode, die durch stets neue Formen und raffinierte Tarnungen der Abwehr dauernd neue Aufgaben stellte.

7. Aufbau und Zielsetzung der Komintern.

Die kommunistische Internationale (Komintern) ist die sowjetrussische Organisation (Sitz Moskau) mit dem Ziel (§ 1 des Statuts): „Die kommunistischen Parteien aller Länder zu einer Weltpartei zu vereinen, für die Gewinnung der Arbeiterklasse sowie die Grundsätze des Kommunismus und der Diktatur des Proletariats zu kämpfen.“ Noch heute gehören Stalin — als I. Sekretär der kommunistischen Partei der SU — dem Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern an, ebenso wie Molotow, ferner der deutsche Emigrant P i e c k, als Vertreter der deutschen Sektion der kommunistischen Internationale, der französische Kommunistenführer T h o r e z und als Vorsitzender der aus dem Reichstagsbrand bekannte bulgarische Terrorist D i m i t r o f f.

Für die amtlichen Stellen der SU bedeutet die Komintern den unbelasteten — inoffiziellen, d. h. nicht staatlichen Apparat —, der für jede Zersetzungsarbeit im internationalen Maßstab eingesetzt werden kann. Neben den Spezialnachrichten- und Spionagediensten wird aber auch die Komintern zu diesen Spezialaufgaben im Ausland angesetzt, so daß eine genaue Trennung bei der Bekämpfung nur schwer durchzuführen ist.

Mit einem intensiven Aufwand an Menschen und Geld wurde gerade während des Krieges die Wührarbeit der Komintern gesteigert. Ganz Europa wurde mit Aufrufen und Weisungen der einzelnen Ländersektionen überschüttet mit dem Ziel, die Anhänger der kommunistischen Ideologie zu angestrengtester und ausdauerndster Zersetzungsarbeit gegen den „imperialistischen Krieg Deutschlands“ anzufeuern, nicht zuletzt, um durch diese Steigerung der Aktivität die für die Sowjetunion vermuteten nachteiligen Wirkungen des Paktabschlusses mit dem nationalsozialistischen Deutschland auszugleichen.

II. Die neue Methode der illegalen Zersetzungsarbeit.

1. Gegen das Reich.

Infolge der rücksichtslosen Bekämpfung und Vernichtung der kommunistischen Partei — von 1933 an — als notwendige Folge der kompromißlosen Kampfstellung des Nationalsozialismus — waren in der Zeit vor dem Paktabschluß sowohl die schärfsten Bemühungen der Komintern vom Ausland her, als auch die — überwachte — Arbeit kleinerer Restbestandteile der KP, mit ihren AM- und BB-Gruppen (AM = Abteilung für Militärpolitik, BB = Betriebsspionage) umsonst.

Dem gesteigerten Druck der polizeilichen Abwehr gegenüber antwortete die Komintern mit methodischen Anweisungen einer verfeinerten Zersetzungstaktik. Nach dem Beispiel des „Trojanischen Pferdes“ sollte noch mehr von innen heraus — nach dem Schulbeispiel des spanischen Bürgerkrieges — gearbeitet werden. Durch den Paktabschluß vom 23. August 1939 wurde diesem Vorgehen jede propagandistische Resonanz genommen, der das Exekutivkomitee der Komintern mit einer gesteigerten Tätigkeit zur Erneuerung eines umfassenden AM- und BB-Apparates begegnen wollte. Während in den besetzten Gebieten durch die immer noch bestehenden starken Auffangapparate der kommunistischen Parteien selbst die Komintern leichtere Arbeit hatte, kamen ihre Bemühungen gegen das Reich aus dem Stadium des Versuches durch rechtzeitigen Zugriff nie heraus.

Durch fortlaufende Beobachtung wurde festgestellt, daß in den europäischen Ländern die Verbindungsstellen der Komintern erneut stark ausgebaut wurden mit dem alleinigen Ziel, die zersetzende und nachrichtendienstliche Tätigkeit nach Deutschland zu steigern.

117 So befindet sich eine Hauptverbindungsstelle bei der schwedisch-kommunistischen Partei in Stockholm. Diese Stelle ist eine der rührigsten und gefährlichsten Einsatzzentren der Komintern. Ihre Methode gegen das Reich soll aus der Vielzahl des vorliegenden Materials im nachstehenden näher beschrieben werden.

Zur Arbeit gegen das Reich wurden ehemalige deutsche kommunistische Spitzenfunktionäre, die in langjähriger Ausbildung in Moskau und anderen Städten Europas geschult waren, bevorzugt benutzt. Sie wurden erstmalig im Jahre 1939 in das Reich eingeschleust. Einem der Gerissensten gelang es, in umfassender Weise mit den von früher her bekannten Genossen in Berlin in Verbindung zu kommen und in systematischer Arbeit in Berliner Großbetrieben, in denen wehrwichtige Arbeit durchgeführt wurde, erneut kommunistische Betriebszellen aufzuziehen. Der eindeutig verfolgte Zweck dieser Unternehmung war sowohl die Belegschaft zu zersetzen als sie zur Sabotage anzuleiten und dabei gleichzeitig Betriebsspionage auszuüben. Auf geschickt ausgebauten Kurierwagen wurden fortlaufend Material, Befehle und Geld von den Komintern-Instrukteuren aus Stockholm und Kopenhagen bezogen. Führenden Anteil in der Steuerung dieser im gefährlichen Maße sich ausbauenden Organisation hatte der schwedische Reichstagsabgeordnete L i n d e r o t h, der der Vertreter des europäischen Büros der Komintern in Stockholm ist. Er erledigte besonders Aufträge, die ihm vom Exekutiv-Komitee der kommunistischen Internationale für die einzelnen Länder übertragen wurden. Linderoth aktivierte von Stockholm aus in Kopenhagen unmittelbare Beauftragte der Komintern in der Arbeit gegen das Reich, die auch von ihm finanziert wurden. Um die zum Einsatz gelangenden Spitzenfunktionäre, wie z. B. Arthur Emmerlich, geb. 20. September 1907 in Niederwiese, oder Willy G a 11, geb. 3. Oktober 1908 in Falkenstein/Vogtland, oder Rudolf Hallmeyer, geb. 3. Februar 1908 in Flauen, oder Heinrich S c h m e e r, geb. 20. März 1906, gegen Zugriffe der Sicherheitspolizei (SD) weitgehend zu schützen, wurden sie über die vermutliche polizeiliche Arbeitsweise von den Beauftragten des Linderoth geschult.

Die Schulung wurde durch den hier bestens bekannten Kommissar der GPU — die seit dem 3. Februar 1941 Teil des vereinigten Volkskommissariats für innere Angelegenheiten geworden ist, mit dem Titel „Volkskommissariat für Staatssicherheit“ — Dimitri Fedosejewitsch Krylow betrieben.

Die von den obengenannten Spitzenfunktionären ausgebaute Organisation arbeitete über eine inzwischen in Hamburg fest eingebaute Kurierstelle über Kopenhagen, Stockholm nach Moskau mit dem Ziel, gegen Erhalt von Geldmitteln und Weisungen über den wichtigsten Fabrikations- und Produktionsstand neuartigster Waffen in Deutschland zu berichten.

Der Organisation oblag neben diesen Aufgaben auch die laufende Herstellung zersetzender Flugblätter. Aus dem zuletzt — Ende Mai 1941 — an Emmerlich gelangenden Befehl der Komintern aus Moskau ist auffallend ersichtlich, daß gerade für die nächsten zwei Monate die Entsendung einer größeren Zahl weiterer Instrukteure, aufgegliedert nach den einzelnen Gauen des Reiches, vorbereitet und in Durchführung begriffen war.

Da die fortlaufende Beobachtung durch den Umfang der Organisation nicht mehr in der Lage war, tatsächliche Schäden zu verhindern, erfolgte Ende Mai 1941 rechtzeitig der Zugriff und die Festsetzung sämtlicher Beteiligten.

2. Gegen die von Deutschland besetzten Gebiete.

Die Technik der illegalen Zersetzung durch die Komintern in den von Deutschland besetzten Gebietsteilen verläuft in der Form ähnlich wie oben beschrieben.

118 Im einzelnen ist hervorzuheben:

a) Im Protektorat.

Bereits vor der Besetzung der ehemaligen Tschecho-Slowakei war die kommunistische Partei sehr rege, die aber vor allem nach Errichtung des Protektorats in ihrer Illegalität voll zur Auswirkung gelangte. In den letzten Jahren waren aus diesem Gebiet laufend kommunistische Funktionäre auf die Lenin-Schule nach Moskau berufen worden, wo sie in einem militär-politischen Unterricht in der Theorie und Praxis des Bürger- und Terrorkriegs geschult wurden.

Diese qualifizierten Funktionäre wurden nach Errichtung des Protektorats in Ansatz gebracht. Sie begannen unverzüglich mit dem Auf- und Ausbau der illegalen KPD. Die Verbindung mit der Komintern und die Überwachung und Leitung der Parteiarbeit wurde durch das Generalkonsulat der UdSSR in Prag aufrecht erhalten und durchgeführt. Als Verbindungsmann zum sowjetrussischen Generalkonsulat arbeitet der T a ß korrespondent und Pressereferent beim sowjetrussischen Generalkonsulat Kurt Beer (Jude!). In Ausübung seiner Funktion erhielt er von der diplomatischen Vertretung russische Zeitungen und kommunistisches Propagandamaterial, das er weisungsgemäß den Spitzenfunktionären der KPD überließ. Er war auch Vermittler riesiger Geldbeträge für die Unterstützung der illegalen Parteiarbeit.

Außer dieser Verbindung über das sowjetrussische General-Konsulat bestand im Protektorat noch eine direkte Funkverbindung der Komintern mit Moskau. Die mit der Leitung dieses Kominterngeheimsenders in Prag beauftragten Funktionäre waren ebenfalls in einem Spezialkursus in Moskau auf der Schule für Radio-Telegraphie ausgebildet. (Diese Schule wird von den Komintern beaufsichtigt und steht unter Bewachung der roten Armee.) Die Lehrgänge werden auf breitester Basis durchgeführt und haben die Bezeichnung „Oms“, d. h. Organizacia mezdunarodnowa sojedinemina (Organisation der internationalen Verbindungen).

Der funktechnische Apparat in Prag, der bis vor einigen Tagen in Tätigkeit war, bestand aus einer großen Sende- und Empfangsanlage.

Auf funkentelegraphischem Wege wurden von Prag aus Berichte über die allgemeine innenpolitische Lage, über die Anleitung und den Verlauf der durch die Partei durchgeführten Aktionen, über die Sitzungen der gesamten Zentraleitung und die dabei getroffenen Entschlüsse sowie über die Lage, Stimmung und Tätigkeit der Partei durchgegeben und entsprechende Befehle und Anweisungen des Exekutivkomitees der Komintern aus Moskau empfangen. Die sichergestellten beiderseitigen Funkgespräche sind der vollendete Beweis für die unnachsichtige Revolutionsidee der Komintern, gerichtet auf die Vernichtung des Nationalsozialismus.

b) Im besetzten Teil Frankreichs.

Weiteres Augenmerk hat die Komintern besonders der französischen kommunistischen Partei geschenkt, zumal Frankreich schon nach Ansicht Lenins das bolschewistische Bollwerk Westeuropas werden sollte. Bei der derzeitigen Zersplitterung und inneren Schwäche Frankreichs hofft die kom-

unistische Internationale, die vor dem Krieg über eine zahlreiche Anhängerschaft verfügte, zum Erfolg zu gelangen.

Auch hier wieder wurde die einwandfreie Feststellung getroffen, daß die Kommunisten in Frankreich von den diplomatischen Vertretungen der Sowjetunion in jeder Form mit Geld und Propagandamitteln ausgestattet werden.

Auch hier spielte der Pakt vom 23. August 1939 keine Rolle, höchstens insoweit, als man von diesem Zeitpunkt ab in indirekter Arbeit die Aktivität der französischen Kommunisten gegen Deutschland steigerte. Schlagkräftigster und zugleich objektivster Beweis hierfür ist ein bei der Überprüfung in Paris sichergestellter Akt der „Surete nationale“ (franz. Geheimpolizei) betr. die französische Tageszeitung

119 „L'Ordre“. Ausweislich der authentischen Unterlagen der französischen Polizei war an der im November 1939 durchgeführten Sanierung neben dem Chef des Pressedienstes der jugoslawischen Gesandtschaft, V u t z e v i t s c h , und Jaques E b s t e i n , Liebhaber der Lady Stanley, einer Schwester des Lord Derby, der tschechische Jude Otto K a t z alias Karl Simon, der im sowjetrussischen Dienst stand, beteiligt. Im November 1939 hat der Sowjetbotschafter S u r i t z in Paris zusammen mit dem ehemaligen rot-spanischen Minister N e g r i n und im Januar/Februar 1940 mit dem Sekretär der Botschaft, B i r i u k o t f , den Hauptschriftleiter der Zeitung „Bure“ in seiner Villa in Saint Cloud besucht. Bei dieser Gelegenheit wurde vereinbart, daß ein gewisser Etevenont als offizieller Beauftragter der sowjetrussischen Botschaft in der Verwaltung des „L'Ordre“ beschäftigt wird. Die hierfür gewährte Unterstützung wurde Ende März auf 800000 Francs monatlich erhöht. Den kommunistischen Führern wurde nach der Auflösung ihrer Partei in Frankreich der ausdrückliche Befehl gegeben, ihren Anhängern Weisung zu erteilen, den „L'Ordre“ als deutschfeindlich-zuverlässig zu lesen.

c) In den übrigen besetzten Gebieten.

In Norwegen ist es ebenfalls die Sowjetgesandtschaft in Oslo, die den Mittelpunkt der Komintern-Zersetzungspropaganda darstellt. Hier konnten Angehörige der Gesandtschaft bei Ausführung der Tat ermittelt werden.

In Holland, Belgien, im ehemaligen Jugoslawien ist die gleiche Arbeitsmethode, wie gegen das Reich zum Einsatz gebracht, bewiesen.

Es würde den gestellten Rahmen dieses Kurzberichts weit überschreiten, wenn das umfangreich dokumentarisch belegte Zeugen- und Schriftmaterial, was über die Zersetzungs- und Ausspähungsarbeit der Komintern im einzelnen vorliegt, erschöpfend angeführt würde.

Wichtig hervorzuheben bleibt die immer wieder festzustellende Erkenntnis, daß das Verhalten der Sowjetunion gegenüber dem Reich und den von ihm besetzten Gebieten unaufrichtig und die Zersetzungsarbeit der Komintern seit 1940 fieberhaft zugenommen hat.

III. Sabotage durch die Komintern.

Bereits ein Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges war die Komintern dazu übergegangen, erprobte Kommunisten aller Sektionen nach Sowjetrußland zu beordern und sie dort auf den einschlägigen Schulen insbesondere im Sabotage- und Sprengstoffwesen zu unterrichten. So wurden seit dem Jahre 1930 die sogenannten militärpolitischen Schulungskurse in Moskau

mit besonderer Intensität wieder aufgenommen und bis heute nicht wieder eingestellt. Da die Komintern bei Verwirklichung ihrer weltpolitischen Machtgelüste stets mit der Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung rechnete, gab sie auf ihren Weltkongressen Richtlinien heraus, die eindeutig ihre Anhänger zur Durchführung von Terror- und Sabotageakten aufforderten und diese Gewaltverbrechen als politische Notwendigkeit hinstellten.

Die Vielzahl der von der Sicherheitspolizei (SD) im Reichsgebiet aufgedeckten Terror- und Sabotagegruppen, die auf Befehl der Komintern gegründet worden sind, ist bezeichnend für die Haltung der Sowjetunion dem Reich gegenüber. Sabotageanschlagsvorbereitungen gegen kriegswichtige Objekte, Brücken, Sprengungen wichtiger Eisenbahndurchgangsstrecken, Zerstörung und Lahmlegung bedeutender Industrieanlagen sind Angriffsziele dieser rein kommunistischen Gruppen gewesen, die bei Durchführung ihrer Aktionen auch davor nicht zurückschreckten, Menschenleben zu vernichten. Neben den Aufträgen zur Ausübung von Sabotageakten erhielten die Täter Anweisung zur Durchführung von Attentaten gegen führende Persönlichkeiten des Reiches.

120 Obwohl angenommen werden konnte, daß die Serie dieser von der Komintern durchgeführten bzw. in Vorbereitung befindlichen Gewaltverbrechen mit Abschluß des deutsch-russischen Konsultativ- und Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 ihren Abschluß finden würde, haben sich durch die

umfassenden Ermittlungen, insbesondere auch in den von Deutschland besetzten Gebieten, Beweise ergeben, daß die Komintern nicht gewillt ist, ihre verbrecherische Tätigkeit gegen das Reich einzustellen.

Neben den von England auf Weisung des Secret Service gebildeten Schiffssabotagegruppen, deren Ziel schon im Frieden die Vernichtung deutschen Schiffsraums, bestand eine noch weit verzweigtere von der Komintern aufgezoogene Terrororganisation, deren Aufgabe hauptsächlich in der Vernichtung der Schiffe derjenigen Staaten bestand, die seinerzeit im Antikominternblock zusammengeschlossen waren.

Nachweisbar waren Mitglieder dieser Organisation bis Ende 1940 tätig und versuchten, von Dänemark aus erneut ins Reichsgebiet hineinzuarbeiten. Leiter dieser Organisation war der deutsche Emigrant Ernst Wollweber, der 1931 Mitglied der Reichsleitung der RGO (Rote Gewerkschafts-Opposition) war und im November 1932 als Abgeordneter der KPD in den Reichstag gewählt wurde. Wollweber übernahm nach seiner Emigration nach Kopenhagen im Jahre 1933 die Leitung der ISH, die als Berufsinternationale der Seeleute und Hafendarbeiter die Trägerin der von der Komintern angeordneten Sabotageaktionen, insbesondere gegen deutsche Schiffe, ist. Er ist maßgeblich verantwortlich für den Aufbau und aktiven Einsatz der auf Weisung Moskaus gebildeten Sabotagegruppen in Deutschland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich und den ehemals baltischen Randstaaten. Im großen Maßstab überwachte er die Beschaffung und den Transport von Sprengstoffen und anderem Sabotagematerial und verfügte über die in reichem Maße zur Finanzierung der Organisation und zur Entlohnung der Agenten von der Komintern bereitgestellten Geldmittel. Wollweber floh nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Oslo im Mai 1940 nach Schweden, wo er sich bis zum heutigen Tage in Stockholm in Haft befindet. Von Seiten der Sowjetregierung sind bei der schwedischen Regierung Schritte unternommen worden, Wollweber nach Sowjetrußland auszuliefern, zumal ihm inzwischen wegen seiner erfolgreichen Arbeit für die Komintern die sowjetische Staatsangehörigkeit zuerkannt worden ist.

Auf die Tätigkeit dieser über ganz Europa verbreiteten kommunistischen Terrorgruppen sind fortlaufend Sabotageanschläge auf 16 deutsche, 3 italienische, 2 japanische Schiffe zurückzuführen, die in zwei Fällen zum Totalverlust wertvollster Schiffe führten. Während die Täter zuerst die Vernichtung der Schiffe durch Brandsätze herbeizuführen versuchten, gingen sie, da diese Methode meist nicht zum Totalverlust der Schiffe führte, in neuester Zeit dazu über, Sprengstoffanschläge gegen die in der Ost- und Nordsee verkehrenden Schiffe durchzuführen. Ihre Hauptstützpunkte befinden sich insbesondere in den Häfen Hamburg, Bremen, Danzig, Rotterdam, Amsterdam, Kopenhagen, Oslo, Reval und Riga.

Die in Holland, Belgien und Frankreich gebildeten kommunistischen Sabotagegruppen standen unter der Leitung des holländischen Kommunisten Josef Rimbortus S c h a p , der als Leiter des Interklubs in Rotterdam tätig war und engste Verbindung mit den Spitzenfunktionären der Gesamtorganisation in Skandinavien unterhielt. Ihm unmittelbar unterstellt war der frühere Hamburger RFB-Organisationsleiter Karl B a r g s t ä d t , dem in der Gesamtorganisation die technische Durchführung der Sprengstoffanschläge oblag. Das für die Sabotageakte notwendige Sprengmaterial stammte aus nordskandinavischen Erzminen und wurde den kommunistischen Sabotagegruppen in Holland, Belgien und Frankreich durch holländische Seeleute über den norwegischen Erzhafen Narvik und den schwedischen Erzhafen Luleä zugeführt. Als

121 einer der markantesten Sprengstoffkuriere konnte der holländische Kommunist Willem van Vreeswijk in Rotterdam festgenommen werden.

Sowohl die holländische als auch die belgische Gruppe unterhielten einige Laboratorien, in denen sie Brand- und Sprengbomben herstellten. Die Sabotageanschläge auf den italienischen Dampfer „Boccaccio“ und den japanischen Dampfer „K a s i j M a r u“ sind auf die Tätigkeit dieser Gruppen zurückzuführen. Vorbereitete Sabotageaktionen gegen deutsche Schiffe in den Häfen von Amsterdam und Rotterdam konnten rechtzeitig entdeckt und verhindert werden.

Im Zuge der weiteren Ermittlungen gelang es der Sicherheitspolizei (SD), 24 kommunistische Terroristen festzunehmen, unter denen sich auch der Leiter der holländischen Sabotagegruppe Achille Beguin und der Leiter der belgischen Sabotagegruppe Alfons Fictels befinden.

S c h a p selbst konnte am 1. August 1940 von der dänischen Polizei in Kopenhagen festgenommen werden, als er im Begriff war, die schon in Dänemark bestehende Schiffssabotageorganisation erneut in Aktion zu setzen.

Wie sehr die Komintern bestrebt ist, auch im Ostseeraum die deutsche Schifffahrt durch Sabotageakte vernichtend zu treffen, geht daraus hervor, daß es in den Monaten Februar bis April 1941 der Sicherheitspolizei (SD) zusammen mit der dänischen Polizei gelang, führende Funktionäre der Kommunistischen Partei Dänemarks festzunehmen, die kommunistische Sabotagegruppen aktiv handelnd unterstützt haben. Unter ihnen befinden sich u. a. da; Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Dänemarks und der Generalsekretär der ISH, Richard J e n s e n , der Redakteur der dänischen kommunistischen Zeitung „Arbeiterblatt“ in Kopenhagen, Thöser Thögensen, und das Vorstandsmitglied des Bundes der Freunde der Sowjetunion Dänemarks, der Halbjude Otto Melchior.

Auf das Konto der kommunistischen Sabotagegruppen in Dänemark sind insbesondere die Anschläge auf den deutschen Dampfer „S a a r“ im Hafen von Reval und den deutschen Frachtdampfer „Phil a“ im Hafen von Königsberg zurückzuführen, wobei bei letzterem durch eine heftige Explosion ein großes Leck in der Schiffswand des Vorderschiffes in Höhe der Wasserlinie entstand. Die Anbordbringung der chemischen Zeitzünderpäckung erfolgte im Hafen von Riga.

Von der dänisch-kommunistischen Organisation verwandte chemischmechanische Zündsprengstoffe und Zündschnüre kamen aus Schweden und wurden jeweils durch besonderen Kurier aus einem Herrenbekleidungsgeschäft in Malmö, wo sie lagerten, nach Kopenhagen transportiert.

Wichtigste Hinweise für die Arbeit der Komintern gegen Deutschland haben sich auch durch die Aussagen weiterer kommunistischer Terroristen in Dänemark ergeben.

So wurde von der Komintern besonderer Wert auf die Gewinnung skandinavischer Seeleute als Mitarbeiter gelegt, da man die Ansicht vertrat, daß in einem kommenden Kriege die skandinavischen Staaten allein neutral bleiben würden und nur die Angehörigen dieser Länder dann die Möglichkeit besäßen, in deutschen Häfen bzw. auf deutschen Schiffen Terrorakte durchzuführen. Darüber hinaus bestand die dringende Anweisung, die Ladung ihrer eigenen Schiffe durch Brand- und Sprengsätze zu vernichten, falls dies den Interessen der Sowjetunion dienlich sei. Wollweber selbst hatte an die einzelnen Sabotagegruppen in den Ostseestaaten und den deutschen Nordseehäfen die Anweisung erteilt, auf allen in diesem Raum fahrenden Schiffen mindestens einen zuverlässigen Mitarbeiter zu werben, der für seine künftige Arbeit im Sinne der 3. Internationale bestens geschult werden sollte.

Auf seine Anordnung ist auch der Versuch einer Gründung einer Sabotagegruppe in Danzig zurückzuführen.

Führende ISH-Funktionäre dieser Gruppen, unter ihnen der aus Oslo stammende norwegische Staatsangehörige Arthur S a m s i n g, der längere Zeit in der Sowjetunion aufhältlich war, konnten

122 festgenommen werden und haben ausführliche Angaben über ihre im Auftrage Wollwebers gegen das Reich gerichteten Sabotageakte gemacht. Im Auftrage der Komintern errichtete Wollweber gleichfalls Stützpunkte auf den Ostseeinseln D a g ö und Ö s e l. Die auf diesen Inseln angeworbenen Mitarbeiter sollten jedoch erst in Aktion treten, falls in einem Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion diese Inseln von deutschen Truppen bzw. von der Kriegsmarine in Besitz genommen würden. Die Sabotageakte sollten sich dann in erster Linie gegen U-Boot-Basen, Flugplätze und Ö l l a g e r r i c h t e n.

Wie sehr der Bolschewismus auch im Reich selbst eine Tätigkeit zu entfalten versuchte, geht aus der Tatsache hervor, daß seit März 1941 Feststellungen in Oberschlesien und im Generalgouvernement durch die Sicherheitspolizei (SD) getroffen werden konnten, wonach als Leiter polnischer Sabotage- und Terrororganisationen in vermehrtem Umfange kommunistische Elemente eingesetzt worden sind. Auch hier zeigt die Organisierung von in letzter Zeit durchgeführten Gewaltverbrechen typisch kommunistische Ausführungsmethoden, wie sie von der Komintern bei Aufstellung der „Kriegsthesen“ auf dem VI. und VII. Weltkongreß in Moskau an alle Sektionen herausgegeben worden sind.

IV. Die sowjetrussische Spionage (wirtschaftlicher, militärischer und politischer Nachrichtendienst) gegen das Reich.

1. GPU-Methoden gegen Volksdeutsche Umsiedler.

Als durch den deutsch-russischen Grenzvertrag vom 29. September 1939 Rußland die Früchte des deutschen Sieges über Polen durch einen erheblichen Gebietszuwachs in einem großen Umfange auch für sich verbuchen konnte, hat es die Aufrichtung der deutsch-russischen Interessengrenze dazu benutzt, die erstmalig wieder in Erscheinung getretene Landberührung mit dem Großdeutschen Reiche zum Einfallstor für zahllose Spionageagenten im Gebiet seines Nichtangriffspartners auszubauen.

Die großzügige Aktion des Führers zur Heimführung der auf russischem Territorium lebenden Volksdeutschen wurde in schmälicher Weise zu obengenannten Zwecken ausgenutzt.

Als die Volksdeutschen, dem Rufe des Führers folgend, sich in Massen zur Umsiedlung meldeten, trat die berüchtigte GPÜ — die seit dem 3. Februar 1941 Teil des vereinigten Volkskommissariats für innere Angelegenheiten geworden ist, mit dem Titel „Volkskommissariat für Staatssicherheit“ — auf den Plan, und zwar um viele dieser deutschen Menschen unter Anwendung verwerflichster Mittel, sich für eine Spionagetätigkeit gegen das Land, in das sie von Heimatliebe getrieben zurückzukehren sich anschickten, zu verpflichten. Wenn auch die GPU kaum praktische Erfolge zu verzeichnen hatte, weil die meisten dieser so mit Gewalt zu Spionageverpflichtungen Gepreßten auf deutschem Boden hiervon sofort Mitteilung machten, so bleibt trotzdem diese Tatsache als ein Schandmal für die Arbeitsmethoden der GPU und damit der sowjetischen Machthaber bestehen.

Die deutschen Umsiedler wurden in solchen Fällen von der GPÜ vorgeladen, stundenlang verhört und es wurde ihnen angedroht, daß sie von der Umsiedlung ausgeschlossen würden, wenn sie sich dem Ansinnen der GPU nicht gefügig zeigten. Beliebte war auch die Methode, den angegangenen Umsiedlern zu erklären, daß man sich an zurückbleibenden Angehörigen schadlos halten und diese als Geiseln behandeln würde, wenn sie den unter Zwang übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen oder es wagen sollten, in Deutschland Anzeige zu erstatten. Man drohte ihnen weiter, daß der lange Arm der GPU sie auch in Deutschland erreichen würde, eine Drohung, die auf den einzelnen — kleinen — Umsiedler ihren Eindruck nicht verfehlte. Nicht nur Männer, sondern auch Frauen wurden in dieser schamlosen Weise zu Verpflichtungserklärungen gepreßt. Nachstehend sollen aus den in die Hunderte gehenden Fällen einige

123 angeführt werden, die ein bezeichnendes Beispiel darstellen, wie man mit deutschen Menschen verfahren hat.

a) Im Zuge der Umsiedlung von Bessarabiendeutschen ins Reich erschien die Frau Maria Baumann aus Tschernowitz, die durch andere Zeugeneide erhärtet angab, daß der russische Geheimdienst sie für Spionagezwecke in Deutschland pressen wollte. Sie sei wiederholt zu maßgebenden Dienststellen der GPU bestellt worden, wo man mit allen Mitteln auf sie einwirkte, sich dem Ansinnen der Spionagearbeit gefügig zu zeigen. Da sie Mutter von fünf unversorgten Kindern ist (Witwe), versprach man ihr hohe Verdienstmöglichkeiten, wobei man äußerte, daß auch Summen von 10 000 RM und höher keine Rolle spielten. Sie war für eine Spionagetätigkeit in Prag eingeteilt. Sie führte bereits Material und Unterlagen mit sich, die den Umfang der spezialisierten Schulung erkennen ließen.

b) Die Ehefrau Elisabeth K r e u t e l, deren Mann in Tschernowitz ein Bandagengeschäft betrieb, wurde gelegentlich der Vorlage der Reisepässe Gleichfalls von der GPU angegangen. Sie sollte in Sachsen russischen Spionagedienst ausüben. Auch sie brachte wichtiges Schulungsmaterial zur Kenntnis der deutschen Abwehr.

Diese Anführung von begründeten Einzelbeispielen könnte auf Hunderte von Fällen ausgedehnt werden, da es feststeht, daß die GPU nach vorsichtiger Schätzung an etwa 50% der Umsiedler herantreten ist, um sie durch erpresserische Drohungen oder riesenhafte Geldversprechungen zur Mitarbeit zu zwingen.

Aber nicht genug damit, daß die GPU diese deutschen Menschen, unter Anwendung verwerflichster Mittel, zu Verrätern an ihrer Heimat zu machen versuchte, haben es ihre Organe sogar fertiggebracht, diese Leute in vielen Fällen auszufleddern, ihnen Ausweispapiere, Geld und Wertsachen zu s t e h l e n. In 16 Fällen liegen Beweise dafür vor, daß der Diebstahl von Ausweispapieren zu dem Zweck geschehen ist, um damit russische Spionageagenten auszustatten. In sechs weiteren Fällen besteht sogar der dringende Verdacht, daß die GPU für diesen Zweck Volksdeutsche gemordet hat, um deren Papiere für den unauffälligen Agentenschmuggel ins Reich zu benutzen.

2. Sowjetrussische diplomatische Vertretungen als Zentren der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Nachrichtendienste gegen das Reich mit der eindeutigen Zielsetzung, einer K r i e g s v o r b e r e i t u n g zu dienen.

Seit dem Paktabschluß hat sich der russische Spezial-Spionagedienst in einer fast provozierend wirkenden Form in seiner Arbeitsweise gezeigt. Er ging bei seinen bereits üblichen rücksichtslosen Methoden nunmehr auch dazu über, die russischen Vertretungen im Reich — und hier an der Spitze die Russische Botschaft in Berlin — für seine Ausspähungszwecke weitgehendst einzuschalten. Als vor einiger Zeit der damalige russische Botschafter Schkwarzew in Berlin abberufen und durch den Bot-

schafter Dekanasow ersetzt wurde, war dieser Wechsel auf dem Botschafterposten das Signal zu noch stärkerer Intensivierung der Ausspähung in Form der politischen, wirtschaftlichen und militärischen nachrichtendienstlichen Tätigkeit. Dekanasow, ein Vertrauter Stalins, war in Rußland Leiter der Nachrichtenabteilung des NKWD (des russischen Volkskommissariats des Innern), dem die GPU als Spionage-Spezialabteilung angehört. Seine Aufgabe, die er aus Moskau mitbrachte, war dahin festgelegt, durch ein auszubauendes Vertrauensmännernetz in die Reichsbehörden Eingang zu finden und vor allem Berichte über militärische Stärke und die operativen Pläne des Reiches zu beschaffen. Sein getreuer Gehilfe war der GPU-Angehörige und sogenannte „Botschaftsrat“ K o b u l o w, der eine intensive Tätigkeit auf dem Spionagegebiet entwickelte

124 unter rücksichtsloser Ausnutzung seiner exterritorialen Stellung. Das Ziel der russischen Spionage im Reich ging dahin, neben der rein militärischen Nachrichtengewinnung die politische Planung des Reiches zu erfahren und durch Ausbau geheimer Schwarzsendeanlagen an vielen Stellen Deutschlands Meldeköpfe bereit zu haben, die nach einem ausgeklügelten Chiffriersystem alle für Rußland wichtigen Meldungen durchgeben sollten. Es war also seit 1940 eine großangelegte Mobilisationsvorbereitung auf dem Spionagegebiet im Gange, die unter Einsatz unvorstellbarer Geldmittel in Szene gesetzt wurde. (Der deutsche Abwehrdienst konnte sich rechtzeitig einschalten.)

Die Erfahrung, daß der wachsende Druck der russischen Spionage vor allem in den deutschen Ostgebieten — und hier an erster Stelle im Generalgouvernement und im Protektorat — in Erscheinung trat, war die Veranlassung, gerade diesen gefährlichen Gebieten besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es wurde dabei festgestellt, daß der Angehörige des russischen Generalkonsulats in Prag, Leonid M o c h o v, der Kopf eines russischen Spionagenetzes war, das die GPU im Protektorat aufgezogen hatte. Man hatte ehemalige Angehörige der tschechischen Legion, die im Krieg gegen Polen auf polnischer Seite kämpften und sich hauptsächlich aus Kreisen von Anhängern der ehemaligen kommunistischen Partei in der Tschecho-Slowakei zusammensetzten und die nach dem Niederbruch Polens in russische Kriegsgefangenschaft kamen, zum russischen Spionagedienst gepreßt und vor allem in der Bedienung von Schwarzsendern geschult. Man sandte diese Leute mit gefälschten Ausweispapieren in das Protektorat, wo sie unter Leitung des erwähnten russischen Konsulatsmitgliedes Mochov tätig wurden. Als der Zugriff erfolgte, konnten weit über 60 Personen dieses russischen Spionagenetzes festgenommen und ein Dutzend in Betrieb befindliche Schwarzsendeanlagen beschlagnahmt werden. (Hinweis: Dieses Netz arbeitete völlig unabhängig von dem durch die Komintern im Protektorat aufgezogenen illegalen Apparat.)

In Berlin war inzwischen der russische Botschaftsrat und GPU-Beamte K o b u l o w auch nicht untätig. Es ist nicht ohne Interesse, hier die Aussage eines der Deutschfreundlichkeit nicht verdächtigen ehemaligen jugoslawischen Diplomaten, des früheren jugoslawischen Militärattachés in Berlin, Oberst V a u h n i k, anzuführen, der mit Bezug auf den Gehilfen des russischen Militärattachés in Berlin, Oberst Korniakow, erklärt hat, daß dieser sich ausschließlich mit dem Nachrichtendienst — mit soviel Geld als irgendwie notwendig — abgebe. Ziel des Kobulow an der Spitze gemeinsam mit dem russischen Militärattaché Tupikow und seinem Gehilfen Skornjakow war, in der Reichshauptstadt sowie allen wichtigen Städten des Großdeutschen Reiches Schwarzsendeanlagen zur Nachrichtenübermittlung aufzubauen.

Aus dem umfangreichen vorliegenden Material über die Tätigkeit dieser Herren und ihres weiteren Mitarbeiterstabes sollen als Beispiel nur folgende zwei Fälle angeführt werden:

a) Der Bäckermeister Wietold P a k u l a t aus Mariampol im Litauischen, der Mitglied des Deutschen Kulturbundes in Litauen war und im Reich — vor allem in Berlin — Verwandte besaß, wurde eines Tages nach Kowno vor die GPU zitiert. Hier drohte man ihm, einen Spionageprozeß gegen ihn anzustrengen. Die Tatsache, daß er Angehöriger des Kulturbundes war und zwecks Besuchs seines Bruders in Memel einige Male von Litauen nach Deutschland gegangen war, war der GPU genug, gegen ihn ein Polizeiverfahren wegen Spionage einzuleiten. Dem verängstigten Manne versprach man Straffreiheit nur dann, wenn er sich bereit erklärte, unter der Maske eines Volksdeutschen Flüchtlings nach Berlin umzusiedeln und dort nach bestimmten Weisungen für Rußland zu arbeiten. Unter Zurücklassung von Frau und Kind, die als Geiseln in den Händen der GPU blieben, wurde er ins Reich geschickt. Auch ihm gab man die

125 Drohung mit, daß der Arm der GPU lang sei und ihn in Berlin bei Verrat sicher treffen würde. Trotz dieser Drohung und obgleich er Angehörige in der Macht der GPU zurücklassen mußte, hat auch dieser Volksdeutsche seine Pflicht erkannt und sich mit der Sicherheitspolizei (SD) in Verbindung gesetzt. So gelang es, in dem den Russen unbekannt gebliebenen Gegenspiel alle ihre Absichten zu

durchkreuzen und ihre Tätigkeit von Anfang an unter Kontrolle zu halten. In Berlin wurde Pakulat durch einen Mittelsmann der GPU aus der russischen Botschaft mit laufenden Weisungen und Befehlen versehen. Er mußte hier eine Wohnung mieten, in die die GPU eine große Schwarzsendeanlage einbaute. Er mußte weiter auf russischen Befehl ein kleines Hotel mit Bierlokal übernehmen, um dessen Räume als Quartier für durchreisende russische Agenten und Kuriere bereitzustellen. Er bekam fortlaufend Aufträge, sich an Spezialarbeiter der Rüstungsindustrie heranzumachen, um Verratsmaterial zu erlangen. Der russische Spionagedienst zielte mit Vorbedacht auf eine kriegsmäßige Vorbereitung ab, die neben der Bezeichnung von Zielpunkten für künftige Luftbombardements auch auf unauffällige Verstecks auf öffentlichen Plätzen und Anlagen, an denen Verratsmaterial und Sabotagegegenstände zur Abholung im geeigneten Augenblick bereit gelegt werden konnten, sich erstreckte.

Allein in diesem Fall zahlte die GPU rund 100 000 RM, um alle die oben nur kurz skizzierten Vorbereitungen in die Wege zu leiten. Für seine Schwarzsendeanlage hat der russische Nachrichtendienst über Pakulat einen deutschen Funker von der Fa. Siemens geworben, den ihm die Sicherheitspolizei (SD) — im Gegenspiel — zur Verfügung gestellt hat. Der russische Nachrichtendienst rechnete fest damit, daß Pakulat inzwischen ein zuverlässiges Vertrauensmännernetz von 60 Deutschen geworben hätte, die neben reichlichen Spionageaufträgen auch zersetzend wirken sollten. Das im Gegenspiel gesteuerte Netz hatte bereits eine Ausdehnung bis Königsberg, wo gerade jetzt begonnen werden sollte, kriegswichtige Betriebe im Stadtplan zu markieren.

b) Ein anderer Fall verwerflicher Erpressung eines Reichsdeutschen wurde gleichfalls in Berlin aufgegriffen. Dieser in Petersburg geborene Reichsdeutsche, dessen Name aus begrifflichen Gründen zur Zeit noch nicht genannt werden kann, kehrte nach wiederholtem Aufenthalt in Deutschland im Jahre 1936 endgültig nach Berlin zurück. Er hatte in Rußland nach russischem Recht geheiratet. Aus der Ehe war eine Tochter hervorgegangen. Da nach russischem Recht die Ehefrau russische Staatsangehörige geblieben war, wurde ihm nicht erlaubt, sie in das Reich mitzunehmen. Von Berlin aus bemühte er sich mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes wiederholt um die notwendigen Personalpapiere, um die russische Ehe nach deutschem Recht anerkannt zu bekommen. Da er schwer lungenkrank ist und daher auch schon aus diesem Grunde auf eine baldige Vereinigung mit seiner Familie Wert legte, sah er in seiner Lage keinen anderen Ausweg, als selbst noch einmal nach Petersburg zu fahren, um dort die Beschaffung der Urkunden zu betreiben und Frau und Kind endlich ins Reich zu bekommen. Er wandte sich zu diesem Zweck an das russische Reisebüro Intourist und erbat dort die notwendigen Papiere zur Einreise nach Rußland. Als der Leiter dieses Büros, der Russe Schachanow, aus seinen Schilderungen heraushörte, daß dieser kranke Mann in großer Sorge um seine Familie lebte, begann er mit ihm ein Spiel schmachvollster Niedrigkeit. Schachanow stellte ihm die Einreise nach Petersburg in Aussicht unter der Voraussetzung, daß er sich als Deutscher zum Verrat gegen sein Vaterland bereitfinden würde. Immer wieder drang Schachanow auf den verzweifelten Menschen ein, der damit dem Selbstmord nahegebracht wurde. Schachanow spielte immer wieder Frau und Kind gegen ihn aus und machte Andeutungen dahin, daß sie als Geiseln in der Hand der GPU wären. Der in Rede stehende Reichsdeutsche offenbarte sich schließlich der deutschen Abwehr. Unter ihrer Anleitung ging er zum Schein auf die Wünsche des GPU-Agenten Schachanow ein und mietete in

126 dessen Auftrag eine große Wohnung, die gleichfalls für die Installierung eines Schwarzsenders in Angriff genommen wurde.

Zur Abrundung diene die Tatsache, daß engstes Einvernehmen zwischen Schachanow und dem „Botschaftsrat“ Kobulow bestand.

c) Durch fortlaufende Beobachtung des Funkspezialisten der Berliner russischen Botschaft, der verschiedentlich in Danzig auftauchte, konnte auch hier — im Gegenspiel — die Installierung eines Schwarzsenders nebst zugehörigem politischem und wirtschaftlichem Vertrauensmännernetz in die Wege geleitet werden. Auch hier ist durch rechtzeitige Anzeige der Danziger Staatsangehörigen Gebrüder Formella, die in die Dienste der GPU gepreßt werden sollten, der Erfolg des russischen Spionagevorhabens durchkreuzt worden.

Diese Serie von Beispielen könnte beliebig fortgesetzt werden, da der russische Nachrichtendienst in allen ihm wichtig erscheinenden deutschen Städten in der gleichen Weise gearbeitet hat.

V. Grenzzwischenfälle.

Abschließend muß noch darauf hingewiesen werden, daß seitens der Sowjets fortlaufend, aber seit Februar 1941 gesteigert, Grenzzwischenfälle hervorgerufen werden, die auf der deutschen Grenzbevölkerung im Osten wie ein Alpdruck liegen. Schuldhaftige Erschießung deutscher Staatsangehöriger

und fortlaufende Abgabe von Schüssen von russischer Seite auf deutsches Hoheitsgebiet wechseln in nichtabreißender Kette miteinander ab.

VI. Zusammenfassung.

Die gesamte, gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtete Tätigkeit der Sowjetunion zeigt an den aus der Fülle des Materials herausgegriffenen namentlich angeführten Beispielen, in welchem Umfange illegale Zersetzung, Sabotage, Terror und kriegsvorbereitende Spionage in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht betrieben wurde.

Diese feindlichen Bestrebungen haben nach dem Abschluß des Konsultativ- und Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 sich nicht vermindert, sondern sind im Gegenteil in Umfang und Stärke gesteigert worden.

gez. Heydrich.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1941

September-Lieferung
(Nr. 49/50 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



Innenpolitik

94 Anfangs September jährte sich zum zweiten Male der Tag, an dem Deutschland die Waffen erhob zum gigantischen Ringen um seine Freiheit, um das Recht, „nach seiner Art zu leben“. Das deutsche Volk blickte an diesem Tage zurück auf eine Reihe unvergleichlicher Feldzüge, in denen England und seine Trabanten vernichtend geschlagen wurden, wo auch immer sie sich den deutschen Armeen entgegengestellt hatten. Alles Denken und alle Erinnerung an diese zwei Jahre des Kampfes wurden aber überschattet durch die Gegenwart, in der das deutsche Millionenheer in entscheidungsvollen Schlachten vom Finnischen Meerbusen bis hinunter zum Schwarzen Meer den bolschewistischen Gegner vernichtet. Mochte auch mancher Deutsche vor zwei Jahren geglaubt haben, daß dieser Krieg in kürzeren Zeiträumen sein Ende finden würde — der Blitzkrieg der 18 Tage gegen Polen schien diese Hoffnung zu bestätigen —, so hat doch inzwischen das ganze deutsche Volk erkannt, daß dieser Krieg Entscheidungen bringen wird, die für Jahrhunderte das Gesicht Europas, ja das der Welt bestimmen werden. So steht neben dem Gefühl der Siegesgewißheit der Wille unbedingter Entschlossenheit. In solcher Geisteshaltung tritt Großdeutschland in den dritten Kriegswinter. Nicht die Frage der Dauer des Krieges steht für das deutsche Volk an erster Stelle, sondern jeder einzelne Deutsche weiß, daß es heute darauf ankommt, eine eindeutige Entscheidung für Jahrhunderte zu erzwingen, einen vollständigen deutschen Sieg zu erringen.

Die Stimmung des deutschen Volkes ist nicht zuletzt dadurch bestimmt worden, daß von der Gegenseite, die sich auch nach den letzten furchtbaren Schlägen noch in Illusionen zu wiegen versucht, Stimmen laut werden, die den Vernichtungswillen der britisch-amerikanisch-jüdischen Plutokratie aufs deutlichste kennzeichnen. Wenn der „Manchester Guardian“ am Beginn des 3. Kriegsjahres erklärt, „man möge zwar die Notwendigkeit, Zivilisten anzugreifen, aus christlichen Gründen beklagen, es sei aber notwendig, so viel Deutsche zu töten, wie man könne, ob sie nun Uniform trügen oder nicht“, wenn Roosevelts Ratgeber

95 Kaufman verkündet, Deutschland muß vernichtet werden, seine Volkskraft zerstört, sämtliche deutsche Soldaten müßten sterilisiert werden, dann sind das Äußerungen, die den Lebensund Widerstandswillen der gesamten Nation bis zum letzten aufpeitschen.

Mit Genugtuung wurden darum allenthalben in Deutschland die großen Erfolge der Unterseeboots- und Luftwaffe im Kampf gegen England zur Kenntnis genommen. Mehrfach wurden im September große Geleitzüge angegriffen und vernichtet. Der Taktik der deutschen Seekriegsführung hat die britische Admiralität kein wirksames Mittel entgegenzusetzen. 683 460 BRT wurden im September versenkt. Der Anteil der U-Boote beträgt allein daran 452 000 BRT. — Demgegenüber erlebte die britische „Non-Stop-Offensive“ erneut so starke Mißerfolge, daß man von ihrem völligen Zusammenbruch sprechen kann.

Die eindrucksvollen Ereignisse des Krieges spielten sich aber auch im Monat September im Osten ab. Am 19. September meldete der OKW-Bericht, daß die Heeresgruppen Rundstedt und Bock ostwärts Kiew einen riesigen Kessel geschlossen hätten, in dem 4 Sowjet-Armeen isoliert wurden. In gigantischen Vernichtungskämpfen ist hier das Heer Budjennys vernichtet worden. Am 27. September meldete der OKW-Bericht aus dem Führerhauptquartier, daß die große Schlacht bei Kiew beendet sei. Im Verlaufe der in engstem Zusammenwirken von Heer und Luftwaffe durchgeführten Operationen wurden insgesamt 665 000 Gefangene eingebracht, 884 Panzerkampfwagen, 3718 Geschütze und ungezählte Mengen an sonstigem Kriegsmaterial erbeutet oder vernichtet. Damit war ein Schlachtensieg errungen, wie ihn die Geschichte bisher nicht gekannt hat. Der vielsagende Satz des OKW-Berichts, „die Ausnutzung dieses Erfolges ist im Gange“ ließ auf weitere große Operationen schließen.

Der Kampf gegen den Bolschewismus ist von Monat zu Monat stärker die gemeinsame Sache aller europäischen Völker des Kontinents geworden. Der belgische Rexistenführer D e g r e l l e bekannte sich in einem Aufruf, der am 16. September durch die deutsche Presse ging, zu Deutschlands Kampf

gegen den Bolschewismus. Wie überall, so stünden auch heute in Belgien die jungen Kräfte der nationalsozialistischen Revolution im Kampf gegen die rote Gefahr. Zahlreich seien die rexistischen Kameraden, die sich in der wallonischen Legion an die Ostfront begeben hätten, um ihre Kräfte und ihr Leben für die gemeinsame Sache einzusetzen. Zahlreich seien auch jene, die im Lande selber kämpften. Die flämischen Nationalisten machten die gleichen Anstrengungen. Alle seien von demselben revolutionären Glauben beseelt. — Im Laufe des September begab sich auch die französische Legion, die zum Kampf gegen den Bolschewismus aufgestellt wurde, an die Ostfront. — In dem großen Ringen im Osten leisten die Bundesgenossen

96 des Reiches, in erster Linie die Finnen, Rumänen und Italiener, aber auch die Ungarn und Slowaken ihren wertvollen und von selten des Reiches stets anerkannten Beitrag.

Aus Anlaß des ersten Jahrestages der Unterzeichnung des Dreimächtepaktes fanden in Berlin verschiedene Veranstaltungen statt, die alle erkennen ließen, daß der Dreimächtepakt, dieses Instrument zur Herbeiführung einer gerechteren Weltordnung, heute so lebendig und wirksam ist wie vor einem Jahre. Am 27. September veröffentlichte die deutsche Presse die Telegramme, die der Führer (siehe Seite 93) und Reichsaußenminister von Ribbentrop mit den führenden Staatsmännern Italiens und Japans wechselten. Der Zusammenschluß der drei autoritären Mächte wird in diesen Botschaften als die Voraussetzung und Vorbedingung für eine Neuordnung und eine glückliche Zukunft der Welt gefeiert. Ein Presseempfang des Reichsaußenministers in Berlin, an dem auch die Botschafter und Gesandten aller dem Dreimächtepakt angeschlossenen Mächte teilnahmen, unterstrich die Bedeutung dieses Tages ebenso, wie ein Empfang namhafter politischer Persönlichkeiten durch die Deutsch-Italienische Gesellschaft im Haus der Flieger zu Berlin. — Nicht nur an Jubiläumstagen, auch im Alltag sind die Beziehungen zwischen den Dreimächtepakt - Staaten lebendig. Dies bewies das deutsch-italienische Kulturtreffen in Hannover, bei dem Staatsminister Farinacci und Gauleiter Lauterbacher über den gemeinsamen Kampf für Europas Kultur sprachen. Bei einer Großkundgebung in der Stadthalle zu Hannover knüpfte Staatsminister *F a r i n a c c i* seine Rede an das gemeinsame geschichtliche Erleben Italiens und Deutschlands im Heiligen Römischen Reiche an. Die moderne europäische Kultur, so unterstrich er, sei die Frucht eines Italiens, das in der Zeit von Dante bis Galilei lebte und eines Deutschlands aus der Zeit von Luther bis Fichte. Gauleiter Lauterbacher betonte, daß die deutsch-italienische Begegnung in Hannover im Zeichen der gemeinsamen Revolution beider Völker stünde, jedem sei es heute klar, daß der gegenwärtige Kampf nicht allein um die Freiheit des Brotes, sondern auch um die Freiheit der europäischen Kultur gehe. — Am 25. September fand in *B r e s l a u* die feierliche Gründung einer Zweigstelle der Deutsch-Japanischen Gesellschaft statt. Gauleiter Oberpräsident Hanke gab bei dieser Gelegenheit der Erwartung Ausdruck, daß die Arbeit der Gesellschaft, der durch die Anwesenheit von Botschafter Oshima ein so hoffnungsvoller Auftakt gegeben worden sei, sich für die Festigung der deutsch-japanischen Freundschaft bedeutsam und segensreich auswirken möge. — Nicht minder bedeutsam ist die Gründung einer Deutsch-Slowakischen Gesellschaft, die auf

97 einer Freundschaftskundgebung beider Völker am 12. September in Berlin vollzogen wurde. Der Präsident der Vereinigung zwischenstaatlicher Verbände und Einrichtungen, SS-Obergruppenführer Lorenz, hat zum Präsidenten der Deutsch-Slowakischen Gesellschaft den Generaldirektor Dr. *V o s s*, einen hervorragenden Kenner slowakischer Verhältnisse, berufen. Zu Ehrenpräsidenten der Gesellschaft wurden die Staatssekretäre Gutterer, Keppler und Alpers ernannt, zu Ehrenmitgliedern der slowakische Staatspräsident Dr. Tiso, der slowakische Ministerpräsident Dr. Tuka, der slowakische Gesandte in Berlin, Cernak, sowie der Führer der Deutschen Volksgruppe in der Slowakei, Staatssekretär Karmasin.

Staatsminister Farinacci, der sich nach seinem Besuch in Hannover nach Berlin begeben hatte, besuchte dort Reichsminister Dr. Goebbels, mit dem er eine längere Aussprache über Fragen des deutsch-italienischen Kulturaustausches hatte. — Gegen Ende des Monats traf der italienische Minister für nationale Erziehung Giuseppe *B o l l a i* zu einem mehrtägigen Besuch in Berlin ein. Als Gast des Reichsministers Rust ließ er sich über die verschiedensten Fragen des deutschen Erziehungswesens unterrichten und nahm in zahlreiche Erziehungsstätten und wissenschaftliche Institute Einblick. — Auch mit Spanien wurde im September der Gedankenaustausch weiter gepflegt. Die Reichsfrauenführerin Frau Scholtz-Klink empfing am 2. September die in Deutschland weilende Leiterin der spanischen Frauen- und Mädelschaft, Pilar Primo de *R i v e r a*. Bei dieser Begegnung wurde über die gemeinsamen Ziele der deutschen und spanischen Frauenarbeit gesprochen.

Eine sehr bedeutsame Entscheidung auf dem innerpolitischen Gebiete wurde vom Führer am 27. September für das Protektorat getroffen. Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren, Reichsminister

Freiherr von Neurath, hat sich genötigt gesehen, beim Führer einen längeren Urlaub zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit zu beantragen. Mit Rücksicht darauf, daß die gegenwärtige Kriegszeit den vollen Einsatz des Reichsprotektors verlangt, hat Herr von Neurath den Führer gleichzeitig gebeten, ihn bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit von seinen Geschäften vorübergehend zu entbinden und während dieser Zeit einen Vertreter für ihn zu bestellen. Der Führer hat unter diesen Umständen nicht umhin gekonnt, dem Ansinnen des Reichsprotektors zu entsprechen und hat den SS-Obergruppenführer Heydrich für die Dauer der Erkrankung des Reichsministers von Neurath mit der Führung der Geschäfte des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren beauftragt. Es ist kein Zweifel, daß mit dem Amtsantritt des SS-Obergruppenführers Heydrich ein neuer Abschnitt in den Beziehungen des Protektorats zum Reich begann, nicht auf Veranlassung des Reiches, sondern hervorgerufen durch eine kleine Clique englandhöriger, chauvinistischer Politiker und Verschwörer, die im Laufe der vergangenen Monate reichsfeindliche

98 Bestrebungen angezettelt hatten. An der Spitze standen, wie die Erhebungen der Geheimen Staatspolizei ergaben, ehemalige tschechische Offiziere, darunter der Ministerpräsident der Protektoratsregierung, Ingenieur E l i a s. Am 28. September sind eine Reihe dieser Verschwörer verhaftet und den Sondergerichten zugeleitet worden, die eine harte und gerechte Sühne verlangten. Eine Anzahl dieser Verschwörer wurden nach kurzer Verhandlung, die ihre Schuld erwies, erschossen. In einzelnen Bezirken des Protektorats wurde zugleich der zivile Ausnahmezustand verhängt. Jedem Einsichtigen ist klar, daß das Reich in seinem Existenzkampf weder Verschwörung noch Sabotage dulden kann. Am ehesten hätten sich das die tschechischen Politiker sagen sollen, deren Volk in diesem Kriege keinen Blutzoll zu zahlen hat, das vielmehr im Schutze der deutschen Wehrmacht seiner friedlichen Arbeit nachgehen kann.

Im Monat September hat die deutsche Presse mehrfach Gelegenheit genommen, sich mit der Frage des Abhörens feindlicher Sender zu befassen. Aus verschiedenen Anzeichen mußte geschlossen werden, daß unverantwortliche Kreise trotz des strengen Verbotes ihre Apparate auf ausländische, insbesondere englische Sender einstellten. Anlaß dazu mag gewesen sein, daß die deutsche Presse wochenlang Schweigen bewahrte über die im Gang befindlichen großen militärischen Operationen im Osten, ein Schweigen, das den Feind in Unkenntnis ließ über den Stand der Ereignisse und dadurch Tausenden und Zehntausenden deutscher Soldaten das Leben erhielt. Die Korrektheit der deutschen Wehrmachtberichte hätte auch diese Kreise bestimmen sollen, Disziplin zu wahren. Da sie es nicht taten, haben die Sondergerichte mehrfach zu schwersten Strafen gegriffen und Todesstrafen sowie schwere Zuchthausstrafen ausgesprochen. Staatssekretär Freisler befaßte sich am 23. September im „Rundfunkarchiv“ mit dem Rundfunkverbrechen. Er wies darauf hin, daß im totalen Krieg auch der Rundfunk als Waffe eingesetzt wird. Die Erfahrungen des Weltkrieges hätten uns voraussehen lassen, daß England den Ätherkrieg nicht mit der Mannhaftigkeit der Wahrheit, sondern mit der Giftwaffe der Lüge führen würde. Deshalb mußte die notwendige Abwehr bereitgestellt werden. Sie liegt zunächst und in erster Linie in der Immunisierung des deutschen Volkes gegen die Lüge des Feindes. Das Verbot des Abhörens wird in den breitesten Kreisen des deutschen Volkes durch das Anstandsgefühl der Volksgenossen und durch ein Gebot der gesunden Vernunft gesichert. Die Rundfunkgesetzgebung richtet sich darum nur gegen die wenigen Unbelehrbaren und Verstockten, die zumeist Reichsfeinde sind und die das Gesetz mit voller Strafe treffen muß. Es verhängt deshalb Zuchthausstrafen, in schweren Fällen sogar die Todesstrafe.

99 Am 12. September wurde das deutsche Volk wie in jedem Jahre zum Winterhilfswerk aufgerufen. Diesmal begann das neue Kriegswinterhilfswerk zu einer Zeit, in der die Front in vollem Einsatz gegenüber einem an Masse und Material gewaltig starken Feinde stand. Das soziale Hilfswerk des WHW ist seit dem ersten Male ein besonders sinnfälliger Ausdruck der neuen sozialen Auffassung des nationalsozialistischen Reiches geworden. Der Führer sprach in seinem am 12. September veröffentlichten Aufruf (siehe Seite 91) von der dem Reiche heute feindlichen Welt des jüdischen Kapitalismus und des Bolschewismus, die sich gegen Deutschland verbündet haben. Das neue Deutschland, das sich in den vergangenen acht Jahren aus Not und Elend durch nichts als eine epochale gemeinschaftliche Arbeitsleistung zu seinem heutigen Stand erhoben hat, ist sich bewußt, daß das wesentlichste Bindemittel für die Stärke und den Erfolg in der Zukunft die aufgeschlossene soziale Haltung gegenüber allen Menschen seines Reiches ist. Wenn der Führer sagt, daß der Einsatz der Heimat in diesen entscheidenden Monaten dazu mithelfen soll, das große nationalsozialistische Gemeinschaftsideal zu verwirklichen, so ist in diesem Appell die Gewißheit eingeschlossen, daß Front und Heimat wie in keinem anderen Lande der Erde untrennbar zusammenstehen.

In feierlichen Kundgebungen im ganzen Reich wurde am Sonntag, dem 28. September, die Überweisung des Jahrganges 1923 aus der Hitlerjugend in die Partei und die Überführung in die Gliederungen vollzogen. Nach vierjähriger Erziehung und Schulung in HJ und BDM beginnt nun für diese jungen Menschen die neue härtere Bewährungsprobe. Der Bedeutung dieses Tages gedachte bei einer Sportveranstaltung in Berlin-Grünau der bevollmächtigte Vertreter des Jugendführers des Deutschen Reiches, Stabsführer Helmut M ö c k e l. In dem stolzen Bewußtsein, daß die Partei einst dieses Reich erkämpft und den Aufbau vollzogen habe, sei die Jugend in die NSDAP aufgenommen worden. Jeder der sich für die Nation einzusetzen wisse, gleich wo er hingestellt sei, diene durch diesen Einsatz dem Führer.

Trotz dem Kriege führt die Partei auch in den Gliederungen ihre politische Arbeit weiterhin durch, erfüllt von dem Bewußtsein, daß sie mitten im Kriege, aber auch nach dem Kriege große Aufgaben zu lösen hat und haben wird, die nur sie allein übernehmen kann. Eine Veranstaltung größeren Ausmaßes führte die SA-Gruppe Berlin-Brandenburg mit ihrem zweitägigen großen Führerappell durch, der am 14./15. September auf dem Reichssportfeld stattfand. An diesem Appell nahmen die Führer sämtlicher Brigaden, Standarten, Sturmabteilungen und Stürme, die Verwaltungs- und z. V.-Führer sowie als geladene Gäste führen

100 de Vertreter der Wehrmacht, der Polizei, des Reichsarbeitsdienstes und der Gauleitung teil. Obergruppenführer L u y k e n kennzeichnete die innere Geisteshaltung und die historische Mission der SA im Rahmen des Werdens und Wachsens der Partei, das Aufbauwerk nach der Machtergreifung und das weltgeschichtliche Ringen der Gegenwart um Freiheit und Weltgeltung des Reiches. Nach dem Willen des Führers von Anfang an Trägerin und Kündlerin des Wehrgedankens, habe sich die SA unentwegt ihrer Aufgabe gewidmet, Wehrgeist und Wehrwillen in das deutsche Volk zu tragen. Auf die besonderen Aufgaben der SA eingehend, betonte der Obergruppenführer, daß man über die vordringliche Gegenwartsaufgabe der Aufstellung und Ausbildung von SA-Wehrmannschaften niemals den eigentlichen Auftrag der SA vergessen dürfe: die Wehrgemeinschaft des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit zu schaffen, sie zu erhalten und bis zum Siege zu vertiefen. Aus einem Rechenschaftsbericht über die Arbeit der SA-Gruppe in den beiden ersten Kriegsjahren ging deutlich hervor, daß die SA in außergewöhnlich hohem Prozentsatz ihre Führer und Männer an die Front gestellt hat. Sämtliche 6 Brigadeführer, 26 von 29 Standartenführern und 80% der Sturmabteilung- und Sturmführer des Gruppenbereiches sowie weitere 27 000 SA-Kameraden, darunter 2100 als Offiziere und 5500 als Unteroffiziere stehen an der Front. Solche Zahlen unterstreichen sehr nachträglich den Kriegseinsatz der Partei.

Um die Mitte des Monats hat die Partei erneut das große soziale Werk der Kinderlandverschickung aufgenommen. Nach dem Willen des Führers soll es der Gesunderhaltung jener Jugendlichen dienen, deren Eltern durch die angespannte Kriegsarbeit im Einsatz stehen. Die Verschickungsdauer beträgt für die kommende Periode mindestens 6 Monate. Die Eltern verpflichten sich durch Unterschrift auf dem Anmeldebogen, diesen Termin einzuhalten. Die Kinderlandverschickung zeigt für diesen Winter, gestützt auf die Erfahrungen des ersten Jahres, eine sehr klare Gliederung. Die wichtigsten Fragen sind nunmehr reichseinheitlich geklärt.

Am Anfang des Monats September gedachte die Hitlerjugend in zwei großen Veranstaltungen zweier Ereignisse, die am Beginn dieses Krieges standen: Am Vorabend des Tages, an dem vor zwei Jahren Hunderte von Volksdeutschen Bürgern Brombergs und seiner Umgebung dem polnischen Blutterror zum Opfer fielen, vereinte sich am Dienstag die deutsche Bevölkerung Brombergs mit der Hitlerjugend des Gauebietes zu einer feierlichen Stunde des ehrenden Gedenkens. Die Kundgebung bildete zugleich den Abschluß und Höhepunkt des Sternmarsches der Hitlerjugend des Gaues Danzig-Westpreußen, die aus allen Bannern des Gaues Abordnungen mit 645 Fahnen nach Bromberg entsandt hatten.

101 Und weiterhin trafen sich Abteilungen der Hitlerjugend aus allen Bannern des Warthelandes am 1. September zu einer Gedenkfeier an den großen Sieg von K u t n o, der ersten Einkreisungsschlacht, die Entscheidung brachte über das Schicksal sowohl der polnischen Armee wie des polnischen Staates. Auf ihrem Marsch nach Kutno sind die Jungen die gleichen Straßen entlang marschiert, auf denen vor zwei Jahren die Volksdeutschen von polnischen Terrorbanden getrieben wurden und zu vielen Tausenden ihre Treue zum deutschen Volkstum mit dem Tode besiegelten.

Wie alljährlich im Herbst, so fand auch in diesem Jahre anfangs September in Leipzig die große Reichsmesse statt, deren Eröffnung zahlreiche diplomatische Vertreter ausländischer Staaten beiwohnten. Bei einem Empfang des Reichsmesseamtes brachte der Präsident, Ludwig Fichte, zum Ausdruck, daß Deutschland heute mitten im gewaltigsten Völkerringen die Hand am Pfluge habe, um das Feld

der wirtschaftlichen Beziehungen unter den Völkern neu zu bestellen, damit es in Zukunft Früchte für alle tragen könne. Im Namen der Ehrengäste dankte der türkische Botschafter Gerede. Es bedeute ein wertvolles Erlebnis, die vielfachen Eindrücke Leipzigs auf sich wirken zu lassen und an dieser wahrhaft kulturfördernden völkerverbindenden Wirtschaftsschau teilzunehmen. Im Laufe der Zeit sei das Ausland immer mehr dazu übergegangen, die Reichsmesse zu besuchen und sich hier den bedeutenden Absatzmarkt Deutschlands zu erschließen. Zum Schluß seiner Rede nahm der türkische Botschafter die Gelegenheit wahr, seiner Befriedigung über den deutsch-türkischen Freundschaftsvertrag Ausdruck zu geben. Dieser Vertrag, so erklärte er, sei seiner Ansicht nach kein lediglich zeitgebundener und formeller Pakt, sondern er sei nur ein neuer Ausdruck und eine neue Bestätigung der seit Jahrhunderten zwischen den beiden Nationen bestehenden aufrichtigen Freundschaft. Deutschland und die Türkei seien zwei Länder, die einander in ökonomisch struktureller Beziehung hervorragend ergänzten. Er schloß mit dem Wunsche, daß die zur Zeit laufenden Verhandlungen über einen neuen deutsch-türkischen Handelsvertrag mit einem vollen Erfolg enden möchten. — Im Rahmen eines Empfanges aus Anlaß der diesjährigen Leipziger Herbstmesse sprach auch Staatssekretär Dr. Landfried. Er erklärte, daß nach dem Willen des Führers die Leipziger Herbstmesse halbjährlich die Bilanz der deutschen Wirtschaft ziehen solle, um die Erfolge und Fortschritte nationalsozialistischer Wirtschaftsführung vor der breitesten Öffentlichkeit aufzuzeigen. — Unter den Ehrengästen der Leipziger Messe weilte in diesem Jahre auch der spanische Wirtschaftsminister D. Demeetri Carceller-Fegura. Die Gelegenheit seines Besuches hat der Minister zu Aussprachen mit dem

102 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Landfried und Staatssekretär Körner über schwebende Wirtschaftsfragen benutzt.

Kaum hatte die Leipziger Messe ihre Pforten geschlossen, wurde die Wiener Herbstmesse eröffnet. Zahlreiche Ehrengäste waren bei der Eröffnung zugegen, sie alle hörten mit größter Spannung einen Vortrag des Generalbevollmächtigten für das Kraftfahrwesen, Generalmajor und Unterstaatssekretär im Reichsverkehrsministerium v. Schell. Seinen Vortrag ergänzten in anschaulichster Weise eine Schau von Traktoren, bei der auch die neuesten Sauggaskraftfahrzeuge und Maschinen zu sehen waren. Die Wiener Herbstmesse vermittelte in ihrer Gesamtheit eine lebendige Anschauung von Deutschlands wachsendem Wirtschaftseinfluß und steigendem Güteraustausch auf dem Balkan.

Mit größerer Anteilnahme als in Friedenszeiten verfolgt das deutsche Volk im Kriege das Wachsen und Gedeihen der Ernte. Jeder weiß, daß vom Fleiß und Einsatz des Bauern für die Gesamtheit der Nation unendlich viel abhängt. So begegnet auch die Tatsache großem Interesse, wenn Reichsminister Darre Bauern empfängt, die sich in der Erzeugungsschlacht besonders hervorgetan haben. Am 18. September ehrte er auf einem Empfang im Reichsernährungsministerium 104 Reichssieger des Milchleistungskampfes. In einer Ansprache dankte der Minister den Bauern und Bäuerinnen für ihren Einsatz. Wertvoller als der Dank der Gegenwart werde für unser Landvolk die Anerkennung vor der Geschichte und der Dank der Kinder und Enkelkinder sein, den diese einst dem deutschen Landvolk für seine entscheidenden Kriegsleistungen zollen werden. Man werde dann allgemein erkennen, daß die Landwirtschaft die Gardetruppe der deutschen Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland und in dem entscheidenden Freiheitskampfe des deutschen Volkes gewesen ist. Auf die Fragen der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus übergehend, erklärte der Minister, daß es zwischen Bauerntum und Bolschewismus keinen Kompromiß geben könne. Um so fanatischer aber werde gerade deshalb das deutsche Landvolk an seinem Frontabschnitt kämpfen, um den Krieg zu gewinnen.

Zu der so sehr wichtigen Frage der Kartoffelversorgung im kommenden Winter nahm Staatssekretär Backe Stellung. Er stellte fest, daß wir mit einem guten Ergebnis der Kartoffelernte zu rechnen hätten, daß die Ansprüche in diesem Jahre aber außergewöhnlich hoch seien. Darum müsse mit äußerster Sparsamkeit umgegangen werden. An der Spitze des zu befriedigenden Kartoffelbedarfs stehe die Versorgung des Volkes mit Speisekartoffeln. Die Frage der Kartoffelversorgung werde kompliziert durch die angespannte Transportlage der Reichsbahn. Aus dem Artikel von Staatssekretär Backe ging erneut hervor, daß die füh-

103 renden Männer der deutschen Ernährungswirtschaft aus verschiedenen Gründen die Kartoffel nicht bewirtschaften wollen. Es soll aber dafür Sorge getragen werden, daß die Einkellerung sachgemäß geschieht. Staatssekretär Backe gab verschiedene Hinweise für eine pflegliche Behandlung. Zugleich verkündete er die Absicht, in Gaststätten die sogenannten „Salzkartoffeln“ von der Speisekarte zu streichen und nur Schalkartoffeln zu verabfolgen.

Reichsgesundheitsführer Dr. C o n t i ist zusammen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestrebt gewesen, die wissenschaftliche Forschung über die Vitaminfrage und deren

Umsetzung in die Ernährungspraxis durch eine bisher noch fehlende zentrale Arbeitsstätte in die Wege zu leiten. Beide Dienststellen gingen dabei von der Überlegung aus, daß die Ernährung im Kriege nicht nur mengenmäßig ausreichen, sondern auch in bezug auf die Qualität allen Anforderungen entsprechen und dem neuesten Stand der Wissenschaft entsprechen muß. Durch einen Erlaß des Führers vom 15. August über die Errichtung einer „Reichsanstalt für Vitaminprüfung und Vitaminforschung“ mit dem Sitz in Berlin hat dieses wichtige Aufgabengebiet nunmehr die ihm zukommende ideelle und materielle Anerkennung erfahren. Die neue Reichsanstalt soll nach dem Wortlaut des Führererlasses zur Beratung der Reichsregierung bei den auf dem Gebiete der Vitaminversorgung des deutschen Volkes entstehenden Fragen tätig werden. Ihre Unterstellung unter die gemeinsame Aufsicht der Reichsminister des Innern und für Ernährung und Landwirtschaft bringt zum Ausdruck, daß sie sowohl für die Erzeugung und Gewinnung der Lebensmittel als auch für deren Verbrauch wichtige wissenschaftliche und praktische Grundlagen erarbeiten soll. Die Reichsanstalt wird bis zur Fertigstellung des für sie vorgesehenen Dienstgebäudes in Berlin ihre Arbeit unter Leitung des bekannten deutschen Vitaminforschers Prof. Dr. Scheunert im räumlichen Anschluß an die Leipziger Universität aufnehmen.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, gibt in der Deutschen Steuerzeitung im Rahmen eines Aufsatzes über den Finanzbedarf des Reiches interessante Zahlen über Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen und Ausbildungsbeihilfen. Demnach sind seit August 1933 1,8 Mill. Ehestandsdarlehen, seit Oktober 1935 1,1 Mill. einmalige Kinderbeihilfen, seit April 1938 400000 Ausbildungsbeihilfen und seit Oktober 1938 180000 Einrichtungszuschüsse und Einrichtungsdarlehen für die Landbevölkerung gewährt worden. Seit August 1936 werden auch laufende Kinderbeihilfen gewährt. Gegenwärtig an 2,5 Mill. Familien für 5 Mill. Kinder. Die Aufwendungen für diese Maßnahmen sind mit dem Aufbau von Jahr zu Jahr gestiegen. Sie betragen bis jetzt etwas mehr als 3 Milliarden Reichsmark und erreichen im laufenden

104 Rechnungsjahr mindestens 1 Milliarde. Die Zahl der Eheschließungen im Altreich sind von 527 000 im Jahre 1933 auf 772 000 im Jahre 1939 gestiegen. Im ehemaligen Österreich von 49 000 im Jahre 1937 auf 121 000 im Jahre 1939. Die Zahl der lebend Geborenen hat im Altreich betragen im Jahre 1933 971 000 oder 14,7 vom Tausend der Bevölkerung, im Jahre 1939 1 407 000 oder 20,3 vom Tausend der Bevölkerung.

Der Reichsminister des Innern hat kürzlich ein Sonderrecht für die Kriegerbraut und das etwa vorhandene uneheliche Kind auf den Namen des Bräutigams geschaffen. Es werden darin der Kriegerbraut Vergünstigungen eingeräumt, die sie bei der Namensgebung so stellen, als ob die beabsichtigte Ehe nicht durch den Heldentod des Bräutigams unmöglich gemacht worden wäre. Während andere Namensänderungsanträge während der Kriegszeit aus Personalmangel nicht bearbeitet werden, sind diese Anträge nach der Vorschrift des Ministers sofort zu erledigen.

Im Laufe der Zeit sollen in allen Teilen des Deutschen Reiches deutsche Heimschulen errichtet werden. Sie sind bestimmt, Kinder Gefallener aufzunehmen und Kinder von Eltern, die im Auslande ihren Wohnsitz haben oder außerhalb des Reiches ihrem Beruf nachgehen, die als politische Leiter, Offiziere, Beamte oder Kaufleute ihren Dienst häufig wechseln müssen, oder aus beruflichen Gründen sich nicht in ausreichendem Maße der Erziehung ihrer Kinder widmen können. Die Heimschulen werden für Jungen und Mädchen eingerichtet, und zwar als Schulen aller Gattungen. Reichsminister Rust hat die oberste Leitung der deutschen Heimschulen dem SS-Obergruppenführer Heißmeyer als „Inspekteur der deutschen Heimschulen“ übertragen. Die mittlere Schulaufsicht verbleibt in den einzelnen Gauen bei den bisher zuständigen Schulaufsichtsbehörden des Reiches bzw. der Länder.

Der Reichsarbeitsminister hat durch Erlaß vom September 1941 Mittel bereitgestellt, um Reichszuschüsse für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden und Wohnräumen auch in den Teilen des Reiches zu gewähren, die nicht zu den Grenzgebieten gehören. Die Arbeiten müssen notwendig sein, um zu verhindern, daß die Wohngebäude oder Wohnräume unbenutzbar werden. Eine Prüfung der Dringlichkeit unterliegt der NSV; die Genehmigung erteilt der Landrat oder Oberbürgermeister. Die Zuschüsse betragen in der Regel 20% und steigen in Ausnahmefällen bei Bedürftigkeit des Antragstellers auf 50, ja sogar auf 75%.

Zur planmäßigen kulturellen Durchdringung, und Erschließung des in der Tradition des Deutschen Ritterordens wurzelnden Reichsgaues Danzig-Westpreußen hat Gauleiter Reichsstatthalter Forster das Kulturwerk „Deutsches Orden s l a n d“ errichtet. Präsident dieses Werkes ist der Gauleiter selbst, den Ehren

105 schutz übernahm Reichsminister Dr. Goebbels. Das Kulturwerk hat die Aufgabe, aller deutschen Kulturinstitutionen des Gaues sowie die schaffenden Künstler zu fördern und zu unterstützen. Soweit

es sich um den ostdeutschen Dichterkreis handelt, soll diesen Dichtern Gelegenheit gegeben werden, das Ordensland kennenzulernen, um sie zu neuem Schaffen anzuregen.

In zwei Jahren deutscher Herrschaft ist im ehemaligen Ostoberschlesien viel Elend in den Kreisen der Volksdeutschen gelindert worden. Anfang September hat aber Gauleiter Bracht erneut eine große Sanierungsaktion, die der NSV. übertragen wurde, in die Wege geleitet. Dieser bisher in Art und Ausmaß wohl einzig dastehende Plan, der in seinen Anfängen bereits in die Praxis umgesetzt ist, sieht im einzelnen vor: Instandsetzung von etwa 21 000 Wohnungen im Werte von über 1,5 Millionen Reichsmark, die Beschaffung von über 66 000 Möbeln aller Art im Werte von 2,8 Millionen Reichsmark sowie die Deckung eines Kleider- und Wäschebedarfs im Werte von 4 Millionen Reichsmark. Der Plan umfaßt ferner eine Betreuung von 40000 Müttern und Kindern sowie 20000 Säuglingen mit Milch. Weiterhin werden an 60 000 Kinder ein halbes Jahr hindurch je 1 kg Obst wöchentlich zusätzlich ausgegeben. 60 000 Mütter, Säuglinge und Kleinkinder erhalten zusätzliche Stärkemittel. Insgesamt erfordert diese Sanierungsaktion, die auch einen Teil des alten beim Reich verbliebenen Oberschlesiens umfaßt, einen Aufwand von über 16 Millionen Reichsmark. Auf diese Weise wird hier im Südosten des Reiches, wo die Not unter den Volksdeutschen groß war, eine wirkliche Tat des deutschen Sozialismus durchgeführt.

Am 13. September führte Generalgouverneur Dr. Frank auf der Burg zu Krakau Staatssekretär Dr. Böpple in sein neues Amt als Stellvertreter des Leiters der Regierung des Generalgouvernements ein. — Am 10. September fand unter dem Vorsitz des Generalgouverneurs Dr. Frank in Anwesenheit des Stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs der NSDAP, des Distriktschefs sowie des Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Krakau eine Regierungssitzung statt, auf der alle vordringlichen Fragen erörtert wurden, die insbesondere durch den Ostfeldzug dem Generalgouvernement gestellt wurden. Bei dieser Gelegenheit erklärte Dr. Frank, daß das Generalgouvernement nicht nur ein Bestandteil des deutschen Machtbereichs, sondern des Großdeutschen Reiches schlechthin sei. Es gelte darum heute mehr denn je, alle Energiequellen auch dieses Landes bis aufs äußerste einzuspannen, um dem Großdeutschen Reich in dem gewaltigsten Ringen aller Zeiten den Endsieg zu sichern. Der Leiter des neu eingegliederten Distrikts Galizien, Gouverneur Dr. Lasch, wies auf die in seinem Distrikt besonders großen Aufgaben des Straßenbaues hin, wo

106 durch ein hoher Bedarf an Arbeitskräften vorliege. Er berichtete ferner von der Stabilisierung des Brotpreises und der Wohnungsmieten sowie von der erfolgten Einführung der Zloty-Währung als Übergangsmaßnahme. Andere Referate berichteten über die Einbringung der diesjährigen Ernte, aus der die Volksernährung im Generalgouvernement sichergestellt sei. — Am 13. September wurde in Krakau die Ausstellung „Germanenerbe im Weichselraum“ durch Generalgouverneur Dr. Frank eröffnet, die vom Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau veranstaltet wird. In seiner Eröffnungsansprache betonte Dr. Frank die hohe Aktualität dieser Ausstellung, die darin liege, daß sie in wissenschaftlich exakter Weise den überzeugenden Beweis dafür erbringe, daß in diesem Raum germanisches Blut schon seit Jahrtausenden anwesend war. Frühgeschichtliche Funde und Zeugnisse bis in die letzten Jahrhunderte dokumentieren, wie lebendig von frühester Zeit an germanisches Leben und germanische Kulturmission in diesem Ostland gewesen sind.

Die Lebendigkeit des deutschen Kulturlebens im Kriege erwies sich auch im Monat September durch verschiedene größere Veranstaltungen. Die bedeutendste dieser Veranstaltungen war die Tagung „Deutsches Kulturschaffen“ in München um die Mitte des Monats. Unter den Referaten seien als bedeutendste hier aufgeführt der Vortrag des Vizepräsidenten der Deutschen Akademie Prof. Walter Wüst mit dem Thema „Die deutsche Akademie und ihre Spracharbeit“, ferner der Vortrag von Ministerialrat Dr. Ziegler „Der deutsche Schicksalsweg“. Und schließlich die Rede von Staatssekretär Gutterer, der die Grundzüge der deutschen Kulturpolitik und des deutschen künstlerischen und kulturellen Schaffens darlegte. — Eine Tagung, die über den Rahmen einer innerdeutschen Veranstaltung hinausging, war die Paracelsus F e i e r in Salzburg am 23. September. Hier gedachten Vertreter deutscher Wissenschaft und Wissenschaftler aus weiteren 18 Nationen des genialen Theophrastus von Hohenheim. Reichsminister Dr. Frick wohnte dieser Feier bei; Reichsgesundheitsführer Dr. Conti würdigte in einer großangelegten Rede die Persönlichkeit und das Werk des Paracelsus.

Am 28. September fand im Leipziger Gewandhaus ein Festakt zur Einweihung des in Leipzig gegründeten Musischen Gymnasiums statt. Reichsminister Rust und der italienische Minister für nationale Erziehung Bottai wohnten der Feier bei.

Ein Zeugnis von der starken Kraft kultureller Eigenständigkeit erbringen von Zeit zu Zeit in der Reichshauptstadt einzelne Gauen durch Veranstaltungen, in denen sie schöpferische Leistungen ihrer

Künstler darstellen. Im September trat der Gau Moselland mit einer ganzen Veranstaltungsreihe an die Berliner

107 Öffentlichkeit. Gastspiele des Moselländischen Landestheaters, der Moselland-Puppenspiele und eine Kunstausstellung im Schloß Schönhausen hinterließen in Berlin nachhaltigen Eindruck. Derartige Kulturveranstaltungen haben im Laufe der letzten Jahre mehrfach das geistige Leben der Reichshauptstadt angeregt und befruchtet.

Mit Beginn der Spielzeit hat Generalintendant Lothar M ü t h e l in Wien, wo er schon seit zwei Jahren Direktor des Burgtheaters ist, offiziell die Gesamtleitung der W i e n e r Staatstheater, also auch der Staatsoper, übernommen.

Die zweite Posener Musikwoche wurde am 1. September mit einem Festakt in der Aula der Reichsuniversität eröffnet. Nach einer Begrüßungsansprache des Landeskulturwalters Maul gab Oberbürgermeister Dr. Scheffler die Träger des Musikpreises Reichsgau Wartheland bekannt. Es sind dies zu gleichen Teilen der Kapellmeister an den Reichsgautheatern zu Posen, Willfried Zillig, und der balten-deutsche Komponist A. M. Schnabel, der Posener und Litzmannstädter Bachchor sowie der Balten-deutsche Prof. Johannes Paulsen.

Zum Nachfolger des als Ministerialdirektor in das Reichsministerium des Innern berufenen Sonder-treuhänders für die kulturschaffenden Berufe, Regierungspräsident Rüdiger, ist auf Vorschlag von Reichsminister Dr. Goebbels der Generalsekretär der Reichskulturkammer und Ministerialdirektor im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Hans H i n k e l, ernannt worden.

Am Anfang des Monats verschied in München der um das deutsche Verlagswesen hochverdiente Verleger Hugo B r u c k m a n n. Der Führer hat für ihn ein Staatsbegräbnis angeordnet. In Anwesenheit namhafter Vertreter des Staates und der Partei würdigte bei dieser Trauerfeier Gauleiter Adolf Wagner die Persönlichkeit und das Werk des Verstorbenen. In einer Zeit, in der nur eine kleine Schar von Männern sich um Adolf Hitler versammelte, habe sich Bruckmann schon als einer der ersten Vertreter des deutschen Geisteslebens auf die Seite der jungen nationalsozialistischen Bewegung gestellt und ihr jede nur mögliche geistige und materielle Hilfe gegeben. Im Namen und Auftrag des Führers legte Gauleiter Wagner einen Kranz am Sarge des Verstorbenen nieder. — Am 23. September wurde Robert B o s c h, der weltbekannte deutsche Erfinder und Wirtschaftler, 80 Jahre alt. Der Führer hat den Dr. Ing. Geh. Robert Bosch zu diesem Tage telegraphisch herzlichste Glückwünsche übermittelt und verlieh ihm durch Reichsorganisationsleiter Dr. Ley die Urkunde und Ehrennadel in Gold zur Auszeichnung „Pionier der Arbeit“. — Am 16. September feierte Generaldirektor Ludwig Klitzsch den 60. Geburtstag. Die

108 Verdienste des Jubilars um Film und Verlagswesen würdigte Reichsminister Dr. Goebbels persönlich bei einem Besuch in herzlichen Worten.

Einer der hervorragendsten Soldaten des nationalsozialistischen Reiches, Generalfeldmarschall Ritter von L e e b, feierte am 4. September seinen 65. Geburtstag. Der Führer übermittelte dem Feldmarschall seine Glückwünsche zu diesem Tage durch ein Handschreiben. — Am gleichen Tage feierte Generalmajor Dr. T o d t seinen 50. Geburtstag. Auch ihm übermittelte der Führer seine Glückwünsche. — Am 12. September wurde der Führer des NSKK, Reichsleiter Adolf H ü h n l e i n, 60 Jahre alt. Auch dieses Tages gedachte Adolf Hitler, der sowohl in Dr. Todt wie in Reichsleiter Hühnlein treue und um die Nation höchst verdiente Mitarbeiter besitzt.

Am 12. September meldete der Wehrmachtbericht, daß Generaloberst Ritter v. Schober t, Oberbefehlshaber einer Armee, in den Kämpfen an der Ostfront gefallen sei. Die Tatsache, daß wiederum ein so hoher militärischer Führer vor dem Feinde geblieben ist, bezeugt den heldenhaften Einsatz des deutschen Soldaten in diesem Kriege, in dem kein Unterschied im Heldenmut bei Offizier und Mann zu finden ist.

Unter den führenden Männern der Partei, die an der Front ihr Leben ließen, sind im September zu nennen SA-Obergruppenführer M a n t h e y, der im Osten fiel, und SA-Obergruppenführer R a e c k e, der in einem Luftwaffenlazarett auf Kreta starb.

Schließlich beklagt die Partei einen sehr verdienten Parteigenossen: Am 25. September starb in München der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder. Als Vorkämpfer und Theoretiker der Partei hat er sich in der Kampfzeit hochverdient gemacht. In dem Nachruf heißt es: sein Name werde für immer in der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung unvergessen bleiben.



109

Deutschlands Politik und Kriegführung standen im Monat September im Zeichen neuer großer Erfolge, die durch zwei Gedenktage, die in diesen Monat fielen, den zweiten Jahrestag des Kriegsausbruchs und den ersten des Abschlusses des Dreierpaktes, in ihrer Bedeutung noch besonders unterstrichen wurden.

An allen Fronten des Krieges haben die deutschen und verbündeten Truppen neue gewaltige Erfolge errungen. Im Osten hat die gewaltige Schlacht im Raum östlich Kiew die Überwindung der Dnjeprlinie und die Vernichtung von vier Sowjetarmeen gebracht. Auf einem Raum, der in den Größenmaßen etwa dem des Dreieckes Köln—München—Stettin entspricht, wurde die größte Vernichtungsschlacht der Weltgeschichte ausgefochten, mit Gefangenen- und Beutezahlen, wie sie die Kriegsgeschichte bisher nicht gekannt hat. Das wichtigste Industriegebiet der Sowjetunion, das Donezbecken, wurde dem deutschen Zugriff geöffnet, und ebenso der Weg nach Rostow am Don, wo die Ölleitung aus dem Kaukasus endigt und die einzige leistungsfähige Bahn aus dem Kaukasusgebiet nach Moskau vorbeiführt.

Am 22. September, drei Monate nach Beginn der kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus, ist der Krieg im Osten in seine entscheidende Phase eingetreten. Das Ziel der Vernichtung der bolschewistischen Kampfkraft ist in greifbare Nähe gerückt, und mit eisernem Schritt geht das Schicksal seinen Gang über die weiten Ebenen Rußlands. Das größte militärische Unternehmen, das die Weltgeschichte bisher zu verzeichnen hat — nie ist auf so langer Front, unter Einsatz von so viel Menschen und Kriegsmaterial und in so weitem Raum um die militärische Entscheidung nicht nur zwischen zwei militärischen und politischen Gegnern, sondern zwischen zwei grundverschiedenen Auffassungen von Mensch, Staat und Gesellschaft gerungen worden —, nähert sich wie eine gewaltige Tragödie dem Moment der höchsten Spannung und dem Umschwung.

Kein Wunder, daß von interessierter gegnerischer Seite Waffenstillstandsgerüchte ausgestreut wurden. Sie haben deutscherseits sofort die einzigmögliche Richtigstellung erfahren:

110

Mit dem Bolschewismus gibt es keinen Waffenstillstand, er wird vielmehr besiegt und vernichtet. Dieser gefährliche Infektionsherd im Körper Europas muß verschwinden, wenn Europa endlich seine politische und wirtschaftliche Einheit finden soll. Zum erstenmal steht gegen das Riesenreich im Osten, das den größeren Teil der Fläche von Gesamteuropa umfaßt, eine Kriegsmacht, gegenüber der jener Faktor, der bisher immer eine wirkliche militärische Niederwerfung des russischen Staatsgebildes unmöglich gemacht hat, der der Weite des russischen Raumes, sich nicht mehr durchsetzen kann. Dies muß in der Zukunft weittragende Auswirkungen haben. Die militärische Beherrschung dieses Raumes durch die Kräfte aus der Mitte Europas erscheint geeignet, das ganze Bild unseres Kontinents auf lange Zeit grundlegend zu verändern. Eine ungeheure Perspektive öffnet sich vor uns, wenn wir das militärische Geschehen in den weiten Räumen des Ostens unter historischen Gesichtspunkten betrachten: Eine Umgestaltung Europas von wahrhaft welthistorischem Ausmaß ist in Sicht, wenn die alten Kernlande der europäischen Kultur auf absehbare Zeit von der Bedrohung aus dem Osten befreit werden, wenn andererseits die Eingliederung des Ostens in den Kreislauf europäischen Lebens und die Nutzbarmachung ihrer großen wirtschaftlichen Werte und Möglichkeiten in Aussicht steht. Das militärische Geschehen im Osten erscheint so als die Vorbereitung einer Strukturwandlung unseres Kontinents, deren Folgen und Auswirkungen sich heute noch gar nicht übersehen und nur mit einer an geschichtlichen Vergleichsmaßstäben orientierten Phantasie ahnen lassen.

Das Zarenreich ist stets ein kulturell und wirtschaftlich hinter Mittel- und Westeuropa weit rückständiges Gebiet gewesen, dessen Bodenschätze, landwirtschaftliche Möglichkeiten und Menschen-

kräfte nie wirklich dem wirtschaftlichen Kreislauf Europas und damit dessen wirtschaftlicher Kraft nutzbar geworden sind. Der Bolschewismus hat darin nichts geändert. Er hat zwar riesige Programme industrieller Entfaltung aufgestellt und z. T. auch durchgeführt, aber einseitig zu militärischen Zwecken, in der Absicht, mit diesen Rüstungen die Weltrevolution zu machen, wozu der erste Schritt die Eingliederung Mittel- und Westeuropas in den Sowjetstaat sein sollte. Die Weite, die Menschenfülle und die Wirtschaftskräfte des Ostens sollten dazu benutzt werden, um auch wirtschaftlich und politisch aus dem übrigen Europa das zu machen, was es geographisch eigentlich darstellt, nämlich eine vielgegliederte Halbinsel am eurasischen Kontinent. Der gewaltige Waffengang, der sich in den Räumen des Ostens abspielt, führt zu der entgegengesetzten Entwicklung: der geographisch, völkisch, politisch und kulturell so reich gegliederte und bisher des halb auch so gespaltene und uneinige Westen, überwältigt unter Deutschlands Führung den ungestal-

111 ten Osten und unterwirft ihn seinem Gesetz. Das Abendland rückt siegreich weit in den Osten vor und wird ihm seine Form aufzwingen.

Zu solchen Ausblicken konnten auch die beiden Gedenktage des Monats September anregen, der zweite Jahrestag des Dreimächtepaktes am 26. September.

Seitdem am 3. September 1939 England den Krieg entfesselte — heute wissen wir, daß England Frankreichs ihm hörige Regierung in den Krieg geführt hat —, hat die Welt eine ununterbrochene Folge deutscher Siege und englischer Niederlagen gesehen. Alle Bundesgenossen Englands auf dem Festlande sind niedergerungen, und der Kampf mit dem letzten, dem Bolschewismus, ist ins Endstadium eingetreten. Der europäische Raum wird damit gänzlich von England frei, und keine Macht der Welt wird dieses Ergebnis von zwei Kriegsjahren ändern können. Weder die Mengen an Kriegsmaterial, noch die Truppen, die nötig wären, um dieses Ergebnis in Frage zu stellen, sind irgendwo auf der Welt vorhanden oder könnten in Zukunft bereitgestellt und ins Spiel gesetzt werden. Dies ist das Ergebnis zweier Kriegsjahre auf dem europäischen Festlande. Auf der See ist Englands Macht an allen Küsten Europas ausgeschaltet oder in Frage gestellt, während die Schlacht im Atlantik mit schwersten englischen Verlusten und gefährlichen Auswirkungen auf Englands Leben unentwegt weitergeht.

Der zweite Gedenktag des Monats, der erste Jahrestag des Abschlusses des Dreimächtepaktes, der am 26. September gefeiert wurde und in einem Telegrammwechsel zwischen dem Führer, dem Duce und dem Fürsten Konoye (siehe Seite 93) sowie in einem solchen zwischen den Außenministern der drei Länder unterstrichen wurde, bot Gelegenheit, Kriegführung und Außenpolitik Deutschlands unter noch weiterem Gesichtswinkel als dem europäischen zu betrachten.

Der Dreierpakt, der das Zusammengehen der Achsenmächte und Japans zum Zwecke der Durchsetzung einer neuen Ordnung in Europa und im Fernen Osten und der Verhinderung einer weiteren Ausdehnung des Krieges abgeschlossen wurde, hat die auf ihn gesetzten Hoffnungen durchaus erfüllt. Er hat in Europa durch den Beitritt der Slowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Kroatiens die neue Ordnung beträchtlich gefördert. Im Fernen Osten hat er Japan bei seinen Bemühungen um eine neue Ordnung in Ostasien unterstützt und sicher auch sehr zur Einschränkung des Kriegswillens in den Vereinigten Staaten beigetragen. Die Anerkennung der Regierung in Nanking, Japans Vermittlung im Streit zwischen Thailand und Indochina und die gemeinsame Verteidigung Indochinas durch Japan und Frankreich, all diese

112 Ereignisse standen im Zeichen des Dreierpaktes. Er hat sich in Europa und in Ostasien als Kern- und Kristallisationspunkt einer neuen Ordnung durchaus bewährt.

Der Telegrammwechsel zwischen den Regierungschefs und Außenministern der Dreierpaktmächte war im übrigen ein eindrucksvolles Dementi aller jener Zweckmeldungen, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen, die Japan über Einzelfragen in den USA fortlaufend führt, von gegnerischer Seite immer wieder in die Welt gesetzt worden sind. Im gleichen Sinne wirkte die Art und Weise, wie die japanische Presse den Jahrestag der Unterzeichnung des Paktes herausstellte.

Wenn es der im Texte des Dreierpaktes ausdrücklich genannte Zweck des Paktes war und ist, einer weiteren Ausdehnung des Krieges entgegenzuwirken, so hat die Regierung der Macht, deren Eintritt in den Krieg die Interessen aller Dreierpaktmächte wesentlich berühren müßte, nämlich die der Vereinigten Staaten, auch im Monat September alles getan, um dieser friedwilligen Zielsetzung des Dreierpaktes entgegenzuwirken. Roosevelt und seine Leute setzen ihre bisherige Taktik ununterbrochener Kriegshetze, verbunden mit einem hartnäckigen Bemühen um die Schaffung von Zwischenfällen, mit Hilfe deren sie die Kriegsstimmung steigern und den Kriegseintritt der USA herbeiführen wollen, eifrig fort. Ihre kriegshetzerischen Reden finden in Deutschland die Beachtung, die sie verdienen. Ihre verlogene und hinterhältige Argumentation wird von der Presse und auch in offiziöser Form zurückge-

wiesen, aber die führenden Persönlichkeiten des Reiches haben es bisher noch kaum für nötig befunden, sich mit der schmutzigen Flut von Beschimpfungen und Verleumdungen zu beschäftigen, die der USA-Präsident und seine Helfer beinahe täglich in Gang setzen. Gegenüber Roosevelts Politik der Schaffung von Zwischenfällen wird eine ähnliche Haltung eingenommen. Die Fahrt von im USA-Auftrag tätigen Handelsschiffe in die von Deutschland erklärten Sperrzonen um England kann natürlich die deutsche Seekriegsführung in keiner Weise aufhalten. Mehrere dieser Schiffe wurden bereits torpediert, und jedesmal stellte es sich heraus, daß die Versenkung seekriegsrechtlich völlig einwandfrei war. Das Geschrei Roosevelts und seiner Pressemeute blieb, auch in USA, ohne wesentliche Wirkung. Besonders bezeichnend war der Zwischenfall mit dem USA-Zerstörer „G r e e r“, den Roosevelt, da es sich um ein USA-Kriegsschiff handelte, besonders aufdringlich für seine Hetzzwecke auszunutzen sich bemühte. Am 6. September erfolgte dazu von deutscher Seite folgende amtliche Feststellung:

„Am 4. September wurde auf 62 Grad 31 Minuten Nord und 27 Grad 06 Minuten West ein deutsches U-Boot um 11 Uhr 30 im deutschen Blockadegebiet mit Wasserbomben angegriffen und laufend verfolgt.

- 113 Das deutsche U-Boot war nicht in der Lage, die Nationalität des angreifenden Zerstörers festzustellen. Es hat in berechtigter Abwehr daraufhin um 14 Uhr 39 als Abwehr einen Zweierfächer geschossen, der fehlging. Der Zerstörer setzte die Verfolgung mit Wasserbomben bis gegen Mitternacht erfolglos fort. Wenn von einer amtlichen amerikanischen Stelle, nämlich dem USA-Marinedepartement behauptet wird, der Angriff sei von dem deutschen U-Boot ausgegangen, dann kann das nur bezwecken, dem neutralitätswidrigen Angriff eines amerikanischen Zerstörers auf das deutsche U-Boot wenigstens den Anschein eines Rechtes zu verleihen. Der Angriff selbst ist der Beweis dafür, daß Herr Roosevelt entgegen seinen Behauptungen schon früher den amerikanischen Zerstörern allgemein den Befehl erteilt hat, den Standort deutscher Schiffe und U-Boote nicht nur neutralitätswidrig zu melden, sondern darüber hinaus diese selbst anzugreifen. Herr Roosevelt versucht auch dadurch mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, Zwischenfälle zu provozieren, um das amerikanische Volk gegen Deutschland in den Krieg zu hetzen.“

Dieser amtlichen Verlautbarung braucht nichts hinzugefügt zu werden.

Die Stimmungsmache gegen Deutschland und die offene Kriegshetze Roosevelts und seiner Leute beschränkt sich aber nach wie vor nicht auf die USA, sondern ist auch weiterhin besonders lebendig in Südamerika, mit dem Zweck, die Staaten Südamerikas dadurch immer mehr in die Gefolgschaft der USA hineinzuzwingen und sie den Kriegsplänen und -Vorbereitungen Roosevelts gefügig zu machen, zum ändern, um die deutschen Interessen in den Ländern möglichst auszuschalten. Auch im Monat September haben daher die USA-hörigen und direkt oder indirekt von den USA ausgehaltenen Vereinigungen, Verbände und Einzelpersonen mit den niedrigsten Mitteln gegen Deutschland, die in Südamerika ansässigen Deutschen und sogar die konsularischen und diplomatischen Vertretungen Deutschlands in Süd- und Mittelamerika gehetzt, wobei sich besonders der berüchtigte Taborda-Ausschuß in Argentinien hervorgetan hat. Hiergegen mußte sich der deutsche Botschafter in Buenos Aires, von T h e r m a n n, am 17. September in einer energischen Erklärung wenden, die ungeschminkt die unerhörten Methoden des Taborda-Ausschusses, der immerhin eine Kommission des argentinischen Parlamentes ist, kennzeichnete.

Die wiederholten Verhaftungen von Reichsdeutschen, die in verschiedenen Staaten Südamerikas unter fadenscheinigen Vorwänden erfolgten, und die nichts anderes darstellten als einen Teil der gegen Deutschland und alles Deutsche betriebenen Hetze, ist damit beantwortet worden, daß man sich in Deutschland und in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten die Staatsangehörigen der fraglichen

- 114 südamerikanischen Länder etwas näher auf etwaige staatsgefährliche Betätigung ansah. Das Großdeutsche Reich wird heute und in Zukunft Mittel und Wege finden, um Verunglimpfungen abzuwehren und sich mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, durchzusetzen.

Die Bekämpfung und Verfolgung alles Deutschen, wie wir sie aus dem Weltkrieg kennen, und wie sie England jetzt wieder mit Hilfe der USA mit Schwarzen Listen, Pressekampagnen, bestellten Parlamentsdebatten, mit durch allerlei Machinationen bewirkten Verhaftungen und vielen anderen Mitteln, durchzuführen sich bemüht, hat im Iran einen Höhepunkt erreicht. Nach dem Einmarsch der sowjetischen und englischen Truppen mußten alle Deutschen das Land verlassen oder wurden in Gefangenschaft geführt. Die Frauen und Kinder der Reichsdeutschen im Iran haben nach entbehrungsreicher Fahrt die Heimat erreicht, während die Männer größtenteils zurückgehalten und zum Teil den Bol-

schewiken ausgeliefert wurden. Dieselbe Taktik, die England im Weltkrieg befolgte, als es Deutsche, um das deutsche Ansehen zu treffen, durch Neger verhaften und bewachen ließ und überhaupt die Auslandsdeutschen der Verunglimpfung durch Kolonialvölker preisgab, wird auch in diesem Kriege wieder angewandt. Die völlige Ausplünderung der aus dem Iran vertriebenen deutschen Reichsangehörigen auf dem Weg zwischen Teheran und der türkischen Grenze trotz der vorherigen Zusicherung freien und sicheren Geleites, reiht sich den vielen Schandtaten, die England auf sein Schuldkonto zu buchen hat, würdig an.

Auch sonst handelt die englische Politik nach den im Weltkrieg angewandten Methoden. Damals hatte sie schließlich Erfolg mit der unterirdischen Wühlarbeit in den Ländern der Mittelmächte. Sie führte in Deutschland zur Revolte von 1918 und im damaligen Österreich-Ungarn zum Aufstand der Nationalitäten gegen die Doppelmonarchie. Englands Propaganda verfolgt heute offen ähnliche Ziele mit gleichen Methoden wie ehemals. Sie übersieht nur, daß die Ansatzmöglichkeiten hierfür heute nicht mehr bestehen. Eine Reihe von Attentaten im besetzten Frankreich, die der englisch-kommunistischen Wühlarbeit zuzuschreiben sind und dazu bestimmt waren, das gute Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der Besatzungsarmee zu stören, sind ohne diese Wirkung geblieben und haben zu entsprechenden Gegenmaßnahmen geführt. Ähnlich ist die unterirdische Wühlarbeit im Protektorat durch schnelles und scharfes Zugreifen gefaßt worden. In beiden Fällen, im besetzten Frankreich wie im Protektorat, wurde die Wühlarbeit vom Kommunismus und Chauvinismus im engsten Verein mit der englischen Propaganda getragen. Die Opfer, die die Ausmerzungen solcher Wühlarbeit erforderte, kommen auf Londons. und Moskaus Konto.

115 Die englisch - gaullistisch - kommunistische Propaganda in Frankreich richtet sich nicht nur gegen Deutschland, sondern ebenso sehr gegen die französische Regierung in Vichy selbst. Marschall Petain sah sich deshalb am 21. September veranlaßt, in einer Rede an die Bevölkerung des besetzten Gebietes diese vor derartigen Wühlereien zu warnen. Die französische Polizei und Justiz aber faßten Kommunisten und de Gaullisten scharf an.

Für das gegen die Interessen Frankreichs gerichtete Wirken de Gaulles ist dessen Haltung in Syrien besonders bezeichnend. Sein Beauftragter in Syrien, General Catroux, hat am 27. September die Beseitigung des französischen Mandats über Syrien und die Unabhängigkeit Syriens erklärt. Ein Leitartikel der „Times“ vom 29. September machte dazu bemerkenswerte Ausführungen, die deutlich zeigten, was in Wirklichkeit hinter der Unabhängigkeitserklärung Catroux steckt. Die „Times“ stellten es so dar, als ob die im Schatten der englischen Bajonette gebildete „Regierung“ Syriens sich in völliger Unabhängigkeit bilde und Syrien tatsächlich frei würde. Die zukünftigen Beziehungen Syriens zu den benachbarten arabischen Staaten seien im Rahmen der Zukunftsvision einer arabischen Föderation zu betrachten, d. h. also, England beabsichtigt, das nach dem Weltkrieg im Vorderen Orient aufgebaute System scheinbar unabhängiger, aber in Wirklichkeit von England abhängiger Staaten weiter auszubauen und Syrien diesem System einzugliedern, d. h. es Frankreich wegzunehmen.

Die Reaktion Vichys gab am 29. September ein Sprecher der dortigen Regierung wie folgt wieder: „Die Unabhängigkeitserklärung Syriens durch den Verräter-General Catroux ändert nichts an der von der französischen Regierung schon mehrfach gemachten Feststellung, daß Frankreich auf seine Rechte in der Levante nicht verzichte und irgendwelche politischen und territorialen Veränderungen, die Syrien und Libanon betreffen, nicht anerkennt.“ Der Sprecher der französischen Regierung fügte hinzu, daß die Proklamation von Catroux in keiner Weise die Haltung Frankreichs beeinflussen könne.

De Gaulle wird von seinen englischen Auftraggebern auf dem Wege des Verrats immer weitergetrieben. Am 25. September gab er die Bildung eines „französischen Nationalausschusses“ von neun Mitgliedern, also die Bildung einer Gegenregierung gegen Vichy, bekannt. Durch einen Briefwechsel zwischen de Gaulle und dem Sowjetbotschafter M a i s k y in London fand diese neue „Regierung“ die freilich etwas verklausulierte Anerkennung Moskaus. London beherbergt also nun noch eine weitere Scheinregierung, die ebenso wie alle anderen, die es dort gibt, Instrumente gegen die in der Bildung begriffene Einheit Eu

116 ropas sein sollen. Mit blinder Konsequenz geht England seinen Weg weiter und will es in den alten Bahnen der „Gleichgewichtspolitik“, d. h. der Veruneinigung und Beherrschung Europas verharren, obwohl die Siege der deutschen Waffen dieser Politik bereits den Boden entzogen haben und die Niederwerfung der Sowjetunion den letzten Zweifel am Ergebnis des Krieges beseitigen müßte.

Die französische Regierung in Vichy bemüht sich unter der Führung des Marschalls P e t a i n weiterhin, mit den vielen schweren Problemen, vor denen Frankreich steht, so gut es gehen will, fertig zu werden. Die Umbildung des staatlichen, administrativen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Le-

bens vom individualistischen, parlamentarisch-demokratischen auf das autoritäre System wird weiter fortgesetzt. Die Ausschaltung der Freimaurerei, der alten Parlamentarier und der bisherigen Organisationsformen geht weiter. Es fehlt jedoch bei diesem Tun der schöpferische Hauch des Revolutionären und der geistige und moralische Schwung, wie er nur von einer großen Persönlichkeit und einer aufsteigenden Idee ausgeht. Alles, was sich in Vichy vollzieht, geht langsam und mühevoll vor sich. Das Neue ist Stückwerk und trägt den Stempel des Ausgleichs divergierender Einflüsse und nicht selten auch den der Zusammenhanglosigkeit an der Stirne. Frankreich hat den Weg in die Zukunft im Innern und nach außen noch nicht gefunden. Es bietet sich auch weiterhin das Bild eines Landes und Volkes, das sein Gleichgewicht noch nicht wiedergefunden hat, und das nur zögernd sich vom Alten löst und den Weg in die Zukunft unsicher und schwankend beschreitet.

Gegenüber England und den Vereinigten Staaten befindet sich Vichy nach wie vor in einer wenig erfreulichen Lage der Verteidigung. Die englische Begehrlichkeit richtet sich nicht nur auf Syrien, sondern auch auf Französisch-Somaliland, das die Briten auf dem Wege der Blockade und der buchstäblichen Aushungerung zum Anschluß an de Gaulle zwingen und damit zur Einordnung in englische Machtpläne bringen wollen. Auch im Monat September hat England französische Schiffe aufgebracht und versenkt. Von Washington wird alles nur Mögliche getan, um de Gaulle zu fördern und auf Vichy in einem gegen den Anschluß Frankreichs an die neue europäische Ordnung gerichteten Sinne Druck auszuüben.

Es liegt auf der Hand, daß die Möglichkeiten dieses Drucks um so geringer werden, je schwächer die Stellung Englands im ganzen wird und je geringer in Vichy selbst die Bereitschaft ist, diesem Druck nachzugeben. Beide Faktoren hängen wesentlich mit der Kriegslage im Osten zusammen. So lange die englische Propaganda noch mit einem Schein von Glaubhaftigkeit es so hinstellen konnte, als ob die Sowjets wenn nicht zeitlich unbeschränkt, so doch noch auf lange hinaus Widerstand leisten könnten, und daß die

117 deutsche Kraft in den Kämpfen im Osten sich erschöpfen würde, fühlten sich alle jene Kreise in Vichy gestärkt, die im Abwarten, im Fühlunghalten mit Washington und in mehr oder weniger verschleierte Nachgiebigkeit gegenüber England und USA den richtigen Sinn einer nationalen französischen Politik sahen. Das rasche Fortschreiten der militärischen Operationen im Osten ist geeignet, diese Leute zum Nachdenken zu veranlassen.

Die Lage der Sowjetunion ist durch die kriegerischen Ereignisse des Monats September schon sehr schwierig geworden. Das beweisen am deutlichsten die wiederholten und immer dringlicher werdenden Hilferufe, die aus Moskau nach London und Washington gesandt werden, ebenso aber auch die Deklamationen der Sowjetpropaganda, durch die auf die öffentliche Meinung in den „demokratischen Ländern“ Eindruck gemacht werden soll und von denen eine Erklärung des Sowjetbotschafters in London, Maisky, vom 14. September auf der dort abgehaltenen „interalliierten Konferenz“ ein besonders treffendes Beispiel darstellt. Maisky erklärte, der Angriff Hitlers auf die Sowjetunion bringe Kultur und Zivilisation in Gefahr. Man dürfe nicht dulden, daß die „friedlichen Völker der Sowjetunion unter das Nazijoch kämen“. Seine Erklärung schloß mit folgender in der Geschichte der Verwendung der Lüge zu politischen Zwecken wirklich bemerkenswerten Äußerung:

„Die Sowjetunion verteidigt das Recht einer jeden Nation auf Unabhängigkeit und territoriale Integrität. Sie kämpft ebenso für das Recht eines jeden Landes, seine soziale Struktur und seine Regierungsform, die es für günstig und notwendig hält, um seinen Wohlstand auf wirtschaftlichem Gebiet zu steigern, selbst zu wählen. Die Sowjetunion hat immer jede Verletzung der souveränen Rechte der Völker durch Aggression verurteilt. Die Regierung der Sowjets teilt mit, daß sie die grundlegenden Prinzipien der Erklärung Churchills und Roosevelts anerkennt. Die energische Anwendung dieser Prinzipien wird die unbedingte Unterstützung der Sowjet-Regierung finden. Die Sowjetunion ist in der Lage, den Völkern, die das Opfer einer Aggression wurden und für die Unabhängigkeit ihres Heimatlandes kämpfen, jede nur mögliche Hilfe zukommen zu lassen. Rußland war immer für eine allgemeine Abrüstung.“

Es liegt in der gleichen Linie, wenn Moskau an die bulgarische Regierung eine entrüstete Note schickte, in der Bulgarien mit Vorwürfen wegen Begünstigung der Feinde der Sowjetunion und angeblicher kriegerischer Vorbereitungen gegen diese überhäuft wurde, während gleichzeitig aus England und den USA eine scharfe Propagandakampagne gegen Bulgarien inszeniert wurde. Die bulgarische Antwortnote vom 15. September ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie konnte darauf hinweisen, daß über bulgarischem Gebiet mehrfach sowjetische Fallschirmspringer abgesprungen seien, die Propaganda und Kriegs

118 material in großen Mengen mit sich führten. Aus wiederholten Veröffentlichungen der bulgarischen Polizei erfuhr man Einzelheiten über diese sowjetischen Fallschirmspringer, deren Aufgabe es war, Verkehrseinrichtungen zu sprengen, kommunistische Propaganda zu machen und Unruhe zu stiften. Sie wurden aber alle in kürzester Zeit unschädlich gemacht.

Aus Schweden und der Schweiz kamen im September mehrfach Meldungen über verstärkte kommunistische Umtriebe. Die Komintern-Propaganda sollte offenbar allenthalben die bedrängte Sowjetunion entlasten.

Am 28. September begann in Moskau eine Konferenz zwischen sowjetischen, englischen und USA-Vertretern über die Frage der den Sowjets durch England und USA zu liefernden Kriegsmaterialien, auf deren „Ergebnisse“ man neugierig sein kann.

In England verfolgt man die Entwicklung des Krieges im Osten mit wachsender Besorgnis. Man unterstreicht einerseits, daß England alles nur Mögliche tun werde, um Rußland zu helfen, andererseits weist man auf die großen produktionsmäßigen, verkehrlichen und strategischen Schwierigkeiten hin, die dieser Hilfe Einschränkungen auferlegten. Der englische Gewerkschaftskongreß beschloß am 2. September, „der Sowjetunion jede nur mögliche Hilfe zu leisten“. Ferner wurde die Bildung eines britisch-sowjetischen Gewerkschaftsrates beschlossen, der alljährlich abwechselnd in England und in der Sowjetunion tagen soll. Am 6. September erklärte Schatzkanzler Kingsley-Wood, England werde der Sowjetunion jede nur mögliche Hilfe gewähren, und die finanzielle Hilfe werde unbegrenzt sein. Das sagte derselbe englische Schatzkanzler, der ohne die auf Grund des Pacht- und Leihgesetzes von Roosevelt England zur Verfügung gestellten Dollarmilliarden längst am Ende seines finanziellen Lateins wäre. Am 8. September erfuhr man aus London, daß britische Frauen aus allen berufstätigen Kreisen und religiösen, politischen, sozialen und sportlichen Gemeinschaften eine Begrüßungsbotschaft an eine Massentagung der Sowjetfrauen gesandt hätten, in der es u. a. hieß: „Wir Frauen Großbritanniens begrüßen die sowjetischen Frauen als unsere Kameradinnen im Kampf aller freien Völker. Wir sind durch euren Heroismus und eure Beständigkeit bewegt und ermutigt. Wir erwarten den Tag, wo die Frauen der Welt an dem Aufbau der zukünftigen Freiheit und Gerechtigkeit für die gesamte Menschheit mitarbeiten werden.“ Vom 7. bis 14. September wurde in der ehrwürdigen und feudalen Universitätsstadt Cambridge eine britisch-sowjetische Freundschaftswoche abgehalten. Die Woche wurde durch den Bürgermeister von Cambridge eröffnet. Das Organisationskomitee bestand aus vierundzwanzig prominenten Bürgern, darunter dem stellvertretenden Rektor der Universität, zwölf Professoren und Vertretern der Kirche. In London wurde eine Ausstellung

119 „Leben in der Sowjetunion“ eröffnet, die am ersten Tage so überfüllt gewesen sein soll, daß sie geschlossen werden mußte. „Bilder und Photos von den Sowjetziehungsmethoden, von Ackerbau, Industrie und besonders vom Theater in der Sowjetunion erregten tiefes Interesse“, so hieß es in der Londoner Meldung darüber. Der britische „Ausschuß für Pressefreiheit“ nahm gar eine Entschliebung an, in der die sofortige Aufhebung des Verbots der kommunistischen Zeitung „Daily Worker“ „angesichts der durch das Bündnis Englands mit der Sowjetunion geschaffenen Lage“ gefordert wurde. Der englische Rüstungsminister Lord Beaverbrook richtete, bevor er London verließ, um sich nach Moskau zu einer sowjetisch-englisch-amerikanischen Konferenz über die Unterstützung der Bolschewiken mit Rüstungsmaterial zu begeben, eine Botschaft an die englischen Rüstungsarbeiter mit der Aufforderung, ihm an die sowjetischen Arbeiter das Versprechen mit auf den Weg zu geben, die englische Rüstungsproduktion aufs höchste zu steigern, damit er den russischen Soldaten und Arbeitern dieses Versprechen übermitteln könne. Churchill hat nach einer Londoner Meldung vom 22. September Sir Charles Wilson, den Präsidenten des Royal Medical Institut, nach Moskau geschickt, damit er über die für die Sowjets notwendige medizinische Hilfe berichten könne.

Die innige geistige gegenseitige Durchdringung mit den Bolschewiken und die Hilfe für sie ist also den humanen Engländern offenbar schon geradezu ein Herzensbedürfnis geworden!

Die Kommentare über die Lage in der Sowjetunion sind freilich mit dem immer weiteren Ansteigen der deutschen Siegeskurve immer düsterer geworden. Noch vor dem Fall Kiew sagte der bekannte Kommentator Cyrill Laykin im englischen Rundfunk, „die Lage ist definitiv kritisch“. Am 19. September sagte der Erste Lord der Admiralität, Alexander, England verfolge mit äußerster Besorgnis die Entwicklung des Widerstandes der Bolschewiken. Bei den schrecklichen Schlachten im Osten stehe für England viel auf dem Spiele. England erkenne auch an, was von den Bolschewiken für die englische Sache getan werde. Englands guter Wille und Entschlossenheit zur Hilfeleistung an die Sowjetunion werde leider durch physische Schwierigkeiten begrenzt. Alles, was getan werden könne, um den

Bolschewiken zu helfen, werde bereits getan. „Wir gehen in dieser Sache mit den Bolschewisten bis zum Tode“, so schloß Alexander.

Englands schwere Besorgnis um den sowjetischen Bundesgenossen war auch eine wesentliche Ursache für den gemeinsamen englisch-bolschewistischen Überfall auf den Iran, der im August begann und im September sich fortsetzte.

Das englisch-russische „Zusammenwirken“ im Iran hat sich in sehr bezeichnenden Formen vollzogen.

120 Schah Pahlaevi, der zwanzig Jahre lang sein Land mit großem Erfolg durch alle Schwierigkeiten hindurchgeführt hat, die sich besonders aus dem Verhältnis zu England ergaben, und der für die Entwicklung des Verkehrswesens, der Landwirtschaft, der Industrie und des Unterrichtswesens Außerordentliches geleistet hat, mußte am 16. September abdanken. Der Iran wurde dadurch der stärksten Kraft für die Durchführung einer nationalen Politik beraubt. Schon am 12. September hatte Reuter freudig gemeldet, daß die iranischen Erdölfelder jetzt ganz unter englischer Kontrolle ständen. Die Meldung besagte weiter, die britischen Streitkräfte hätten zusammen mit den sowjetischen die strategisch wichtigen Punkte der iranischen Verkehrslinien besetzt. Die britische und sowjetische Regierung prüfen jetzt eingehend das Problem der Transporte von Kriegsmaterial nach der Sowjetunion durch den Iran. Nur eine Bahn durchquere das Land, das dreimal so groß sei wie Frankreich. Große Schwierigkeiten würden zu überwinden sein. Da die Bahnlinie von Teheran über das Gebirge nach dem Kaspischen Meer führt, sei es wahrscheinlich, daß diese Linie sehr bald verschneit sein werde. Das Material, das mit der Eisenbahn vom Persischen Golf nach Teheran transportiert würde, müsse nach dem Kaspischen Meer weitergeleitet und von dort nach Baku verschifft werden. Zu den weiteren Schwierigkeiten gehört, wie Reuter betont, daß die iranischen Eisenbahnen knapp an rollendem Material seien und weiterhin das Problem des Schnees auf den Gebirgslinien drei oder vier Monate lang bestehe.

Schon Mitte September gingen Nachrichten ein, daß die Sowjetunion die Bolschewisierung der von Sowjettruppen besetzten Teile des Iran und darüber hinaus von ganz Nordiran in sehr raschem Tempo nach den in den früheren Ostseestaaten angewandten Methoden vorbereitete. Die staatliche Selbständigkeit Irans hat praktisch aufgehört zu bestehen. Das Land ist ähnlich wie nach dem russisch-englischen Vertrag von 1907 ein britisch-russisches Kondominium geworden.

Am anderen Ende der langen Ostfront hat England im September mit einer diplomatischen Entlastungsoffensive zugunsten der Sowjetunion begonnen. Es ließ in Helsinki eine am 26. September veröffentlichte Note überreichen, in der es u. a. hieß:

Solange Finnland im Bündnis mit Deutschland einen aggressiven Krieg gegen die Sowjetunion fortsetzt, wird die Regierung seiner Majestät gezwungen sein, Finnland als ein Mitglied der Achse zu betrachten, da es unmöglich ist, den Kampf, den Finnland gegen die Sowjetunion führt, von dem allgemeinen europäischen Kriege unterscheiden zu können. Großbritannien wird also gezwungen sein, Finnland — nicht nur während des jetzigen Krieges, sondern auch nach Friedensschluß — als Feind zu betrachten. Die Regie-

121 rung seiner Majestät würde, angesichts der traditionellen Freundschaft, die zwischen beiden Ländern existiert hat, diese Lage äußerst bedauern. Obwohl die finnische Regierung den britischen Gesandten in Helsinki ausgewiesen hat, wäre Großbritannien bereit, diese unfreundliche und unhöfliche Geste zu vergessen und eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu begrüßen. Die Voraussetzung dafür wäre aber selbstverständlich die Einstellung der Feindseligkeiten Finnlands der Sowjetunion gegenüber und die Räumung aller Gebiete jenseits der Grenze von 1939. Sobald dies geschehen sei, wäre die Regierung seiner Majestät bereit, die Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern im freundschaftlichen Sinne zu untersuchen, wenn auch die Anwesenheit deutscher Formationen auf dem finnischen Hoheitsgebiet eine vollständige Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen vorläufig verhindern würde.

Die finnische Antwort wurde bereits durch eine Erklärung, des finnischen Handelsministers T a n n e r vom 24. September vorweggenommen, der sich unter Bezugnahme auf die von London aus verbreiteten Zweckgerüchte, Finnland beabsichtige einen Separatfrieden mit den Sowjets, sich dahin äußerte, daß von einem Separatfrieden mit der Sowjetunion keine Rede sein könne. Die wiederholten Wort- und Vertragsbrüche der Sowjets, besonders in der letzten Zeit, hätten Finnland jedes Vertrauen zu den Machthabern im Kreml verlieren lassen. Finnland werde an der Seite Deutschlands bis zum Endsiege kämpfen.

Das englische Interesse an einem Separatfrieden Finnlands mit der Sowjetunion liegt auf der Hand. Abgesehen von der beträchtlichen militärischen Entlastung, die er den Bolschewiken bringen würde,

würde er den Weg für eine Unterstützung der Sowjetunion über das Nördliche Eismeer und die Häfen Murmansk und Archangelsk freizumachen geeignet sein.

Je hilfsbedürftiger aber die Sowjetunion wird, um so entscheidender erscheint London die Unterstützung aus USA. Dort mit allen Mitteln zu arbeiten, ist deshalb das Gebot der Stunde. Am 8. September meldeten die „New York Times“, daß der Stab der englischen Diplomaten, Beamten, Techniker und Propagandisten in den USA die noch nie dagewesene Zahl von 4626 Personen gegenüber 219 Personen bei Kriegsausbruch erreicht habe. Allein das britische Botschaftspersonal sei von 45 auf 288 Personen, das Konsulatspersonal von 150 auf 449 gestiegen. Diese Tatsache habe bereits dazu geführt, daß die Isolationisten im Kongreß eine Untersuchung über die englischen Missionen in den USA gefordert hätten. Senator Wheeler habe erklärt, England gebe 150 Millionen Dollar aus, um die USA in den Krieg hineinzuziehen.

122 Die große Mehrheit der US-Amerikaner wünscht aber nach wie vor dem Kriege fernzubleiben, so sehr die Unterstützung Englands von ihr vielleicht gebilligt wird. Freilich ist man in England mit der Produktionsleistung der us-amerikanischen Rüstungsindustrie längst nicht zufrieden, obwohl man ihr angebliches lawinenhaftes Anschwellen aus Propagandagründen gerne unterstreicht. So schrieb der bekannte Publizist Garvin am 20. September im „Observer“: Es gibt keine Aussichten eines Sieges weder in der Atlantikschlacht, noch auf anderen Fronten, ehe die Proportion der industriellen Produktionskapazität der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet des Rüstungsmaterials verdoppelt oder verdreifacht wird. Amerikanische Sachverständige schätzen die gegenwärtige Produktion auf ungefähr 20% des Gesamtpotentials ein. Die einzige Möglichkeit auf der Welt, die hitlerische Produktion zu übertreffen und damit den Krieg und den Frieden zu gewinnen, ist, diesen Prozentsatz zu verdoppeln und zu verdreifachen. Ähnliche Stimmen gab es im Monat September in England ziemlich viele.

Auch die Rede, die Churchill am 29. September in einer Ausschußsitzung des Unterhauses über die Kriegslage hielt, brachte die Besorgnis um die Zukunft deutlich zum Ausdruck. Churchill sagte, er und seine Kollegen müßten in ihren Erklärungen und Voraussagen sehr vorsichtig sein, da sie auch auf die alliierten Regierungen Rücksicht nehmen müßten, d. h. also mit Rücksicht auf die alliierten Bolschewiken hielt es Churchill offenbar nicht für angebracht, über die Lage in der Sowjetunion zu sprechen. In der weitverbreiteten USA-Zeitschrift „Life“ schrieb Ende September ein bekannter Militärschriftsteller über die Lage Englands, daß die deutschen Streitkräfte voll ausgerüstet, gut ausgebildet und mit der Schlachterfahrung siegreicher Feldzüge gewappnet seien. Von den englischen Landdivisionen könne nur ein kleiner Prozentsatz als gut ausgebildet betrachtet werden und ein noch kleinerer als gut ausgerüstet. Weiterhin wird festgestellt, daß die deutsche Produktionskapazität im Flugzeugbau die britische weit übertreffe. Außerdem habe die britische Rüstungsindustrie mit mancherlei sehr ernsten Schwierigkeiten zu kämpfen, die durch die deutschen Luftangriffe und die Rohstoffknappheit hervorgerufen würden. Die deutsche Kriegsproduktion laufe mühelos, weil Deutschland vorgesorgt habe und infolgedessen die Anforderungen begrenzt seien. Baldwin hält die deutsche Blockade Englands für wirksamer als die britische Blockade des europäischen Kontinents. Deutschland habe England gegenüber hundert Häfen in dem gewaltigen Küstenbogen von Spitzbergen bis zur Biscaya zur Verfügung. Heute verspüre England und nicht Deutschland wirklichen Hunger und wachsende Verknappung. Keiner der Häfen der britischen Ostküste südlich von

123 Schottland und kein Hafen der Südküste werde noch viel benutzt, es sei denn für Küstenverkehr. England „atme“ durch Glasgow, Liverpool und die Städte des Bristol-Kanals, und auch diese seien von Bomben gezeichnet und weiter verletzlich. Die Chancen seien für Deutschland, erklärte Baldwin, und wenn Deutschland die Sowjetunion besiegt habe, werde die britische Blockade überhaupt zur Farce werden. England sei im Begriff gewesen, die Schlacht im Atlantik zu verlieren, es habe sich kaum in der Schlacht um England halten können, die Schlacht im Mittelmeer habe es klar verloren. Ohne die „Shooting“-Hilfe der USA habe England vor der Niederlage gestanden. Wenn Deutschland nach einem Siege über die Sowjetunion noch niedergedrungen werden könne, dann augenscheinlich nicht durch das britische Empire. Denn wenn die Sowjetunion und ihre Hilfsquellen in den Kreis Deutschlands fielen, liege der Sieg außerhalb der britischen Reichweite.

Angesichts solcher Einschätzung der Lage durch nüchterne Beobachter klingt das, was wir aus England über englische Kriegsziele und Friedensvorstellungen hören, wahrhaft grotesk. Forderte doch das bekannte englische Finanzblatt „Financial News“ am 11. September die Vernichtung der hochentwickelten deutschen Industrie, insbesondere der Werkzeugmaschinenfabriken, die für den Aufbau der neuen Industrien aller jungen Länder von größter Wichtigkeit ist. In der Vernichtung dieser Fabriken sieht „Financial News“ das hauptsächliche Kriegsziel Englands und der USA. Durch die Niederle-

gung ganzer deutscher Industriekomplexe soll die Wiedereroberung der durch die deutsche Konkurrenz verloren gegangenen überseeischen Märkte für die englische und nordamerikanische Industrie erzwungen werden. Die Zeitung weist auf den hohen Anteil der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie bei der Wiederaufrichtung Deutschlands hin. Deshalb müßten nicht nur sämtliche Werkzeugmaschinen an die „Sieger“ ausgeliefert, sondern auch die künftige Herstellung dieser Maschinen in Deutschland müßte unterbunden werden. Die Zeitung fordert als eine notwendige künftige Maßnahme Deutschland gegenüber eine Zerstörung derartiger deutscher Fabrikanlagen vom Dach bis zum Keller, desgleichen die Vernichtung aller Anlagen zur Herstellung synthetischen Benzins, künstlichen Gummis und der Zellwolle. Schließlich bezeichnet das Blatt die Beschränkung der deutschen Handelsbeziehungen zum europäischen Südosten und zum übrigen Europa als letzten Abschnitt der wirtschaftlichen Abrüstung Deutschlands. Seine Rohstoffe solle Deutschland von Übersee einführen.

Am 24. September wandte sich dasselbe Blatt energisch gegen den Gedanken, daß „ein blühendes und wirtschaftlich starkes Deutschland geduldet werden dürfe“. Denn ein solches Deutschland würde immer eine Gefahr für England bedeuten. Den Wahnsinn des Versailler Diktates mit der militärischen und wirt

124 schaftlichen Abrüstung Deutschlands möchte man also offenbar in verstärkter Auflage wiederholen — wenn man dazu nur in der Lage wäre!

Hierzu ist noch der luftmilitärische Mitarbeiter der „Sunday Times“ vom 7. September zu zitieren, der schrieb, erst im Sommer 1943 werde die englische Luftwaffe so groß sein, daß Deutschland sie nicht mehr schlagen könne. Noch vor wenigen Monaten las man es anders, daß nämlich die englische Luftwaffe infolge der ungeheuren Lieferungen aus USA spätestens 1942 so stark sein werde, daß der Himmel Europas von deutschen Flugzeugen leer gefegt werden würde. Jetzt vertröstet man sich schon auf 1943 und mit der Hoffnung, daß Deutschland die englische Luftwaffe dann nicht mehr schlagen könne.

Wie wenig der von England vom Zaun gebrochene Luftkrieg im übrigen zugunsten Englands verlaufen ist, geht aus einer am 28. September veröffentlichten offiziellen Mitteilung über die Verluste bei der deutschen Zivilbevölkerung infolge englischer Luftangriffe hervor: Bis Anfang August 1941 hatte die deutsche Zivilbevölkerung 3853 Todesopfer zu beklagen, während die englische nach offiziellen englischen Angaben 41 900 Tote verloren hatte.

Je trüber Englands Aussichten werden, um so leidenschaftlicher betreibt Roosevelt mit seinen Leuten seine Kriegspolitik. Auch im Monat September ist er dieser Politik der Kriegshetze und des Nachlaufens hinter dem Krieg treu geblieben. Den Höhepunkt der Kriegshetze dieses Monats bildete Roosevelts Rede am 12. September. Er nahm den schon erwähnten Zwischenfall mit dem USA-Zerstörer „Greer“ zum Anlaß, um es den Amerikanern und der Welt gegenüber so hinzustellen, als ob die USA angegriffen seien. Es folgten die übliche verlogene Phraseologie von der angeblichen Bedrohung der Freiheit der Meere durch Deutschland und dessen angebliches Bestreben nach Beherrschung der Weltmeere. Weiter gab Roosevelt eine lange Liste von Sabotageakten, Verschwörungen und Umtrieben, die angeblich auf das Schuldkonto der bösen Nazis zu setzen seien, um daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Amerikaner jetzt endlich einsehen müßten, sie dürften nicht länger die ungeheure Gefahr übersehen, die ihnen von Deutschland drohe. Jetzt müßten die USA gegen die Piraten und internationalen Verbrecher verteidigt werden und sei die Stunde der aktiven Verteidigung gekommen. Die USA-Flotte und -Luftwaffe werde von jetzt an „alle Handelsschiffe, nicht nur die amerikanischen, sondern auch alle anderen unter anderer Flagge, die in den amerikanischen „Verteidigungsgewässern“ Handel treiben, schützen. Es ist keineswegs ein Kriegsakt, wenn wir uns entschließen, die Meere zu schützen; die für die amerikanische Verteidigung lebenswichtig

125 sind. Der Angriff kommt nicht von uns, für uns handelt es sich lediglich um eine Verteidigung“.

Das war wieder eine echte Roosevelt-Rede, scheinheilig und verlogen von A bis Z! Weil Roosevelt sich in Europa einmischt, das ihn nichts angeht, weil er den Engländern um jeden Preis helfen will, nachdem sie Deutschland aus rein machtpolitischen Gründen den Krieg erklärt haben, und weil die deutsche Seekriegsführung die Waffenlieferungen aus USA, die diesem Zwecke dienen, so behandelt, wie sie nach Völkerrecht behandelt werden müssen und dürfen, nämlich als Bannware, sind die USA angegriffen und müssen sich verteidigen!

Roosevelt hat in seiner Rede eine Definition dessen unterlassen, was er unter Verteidigungsgewässern der USA versteht. Eine solche Definition ist auch von niemand anders gegeben worden. Ob man nur die Gewässer zwischen USA und Island, den ganzen Atlantik zwischen USA und England und eventuell auch zwischen USA und Afrika meint, wird verschwiegen. Der USA-Admiral Stirling äußert

te am 13. September, daß zwar sämtliche Meere mangels genauer Definierung des Präsidenten als wichtige Verteidigungsgewässer bezeichnet werden können, daß aber die USA-Flotte unmöglich ein derart riesiges Seegebiet durchsuchen und patrouillieren könne. Die USA-Flottentätigkeit werde daher zum größten Teil auf die Seegebiete um Amerika beschränkt sein sowie auf die wichtigen USA-Liefererrouten: Für England Mittel- und Nordatlantik, für Südafrika Südatlantik, über den zur Zeit viele USA-Lieferungen gingen. Dann die Strecken, über denen amerikanische Kriegsflugzeuge nach England bzw. dem alliierten Afrika geflogen werden, weiter die Pazifikroute nach Wladiwostok und Rangoon, zuletzt der Seeweg zum Roten Meer.

Es ist also offenbar Roosevelts Politik, Zwischenfälle, d. h. Zusammenstöße mit deutschen See- oder Luftstreitkräften überall da zu suchen, wo sie überhaupt zu finden sind, ob im Nord-, Mittel- oder Südatlantik, im Roten Meer oder sonst irgendwo. Es wäre ja auch zu ärgerlich, wenn man die USA-Verteidigungsgewässer irgendwie durch eine offizielle Erklärung begrenzt hätte und es würde ein propagandistisch wertvoller, d. h. für die Kriegshetzer besonders geeigneter Zwischenfall dann außerhalb dieser Grenzen sich ereignen.

Aber auch dies scheint Roosevelt für seine Kriegspolitik noch nicht zu genügen. Er hat deshalb gleich im Anschluß an seine Rede vom 12. September eine lebhaftige Kampagne zur Beseitigung oder mindestens zur Änderung des Neutralitätsgesetzes begonnen, das bekanntlich den USA-Schiffen das Befahren der Kriegszonen untersagt. Die sattsam bekannte Garde der Kriegshetzer, Stimson und Knox an der Spitze, führen seitdem diese Kampagne mit der erklärten Absicht, dadurch eine Gesetzesvorlage an den Kongreß vorzubereiten

126 **Roosevelts** Rede vom 12. September ist von den Gegnern seiner Kriegspolitik scharf kritisiert worden. Diese setzen auch der Propaganda für die Änderung des Neutralitätsgesetzes zähen Widerstand entgegen. Oberst **Lindbergh** führte in einer Rede am 12. September aus, die drei Gruppen, die in der Kriegshetze in Amerika führend seien, die Engländer, die Juden und die USA-Regierung selbst, hätten zuerst den Plan gehabt, Amerika unter der Tarnung einer „Verteidigung“ in den Krieg hineinzuführen. Der zweite Schritt, den sie getan hätten, sei der Versuch gewesen, Amerika in den Krieg zu verwickeln, ohne daß sich das USA-Volk dieser Tatsache bewußt würde. Dann hätten sie versucht, Zwischenfälle herbeizuführen, die Amerika zwingen würden, in den Krieg einzutreten. Jedoch hätten bisher solche für einen Kriegseintritt genügenden Zwischenfälle gefehlt, obwohl sie bereits sichtlich in Vorbereitung seien. Englands Lage bezeichnet Lindbergh als „verzweifelt“. England sei nicht stark genug, um auf dem europäischen Kontinent einzufallen und den Krieg zu gewinnen, den es an Deutschland erklärt habe. England könne auch nicht den Krieg in der Luft gewinnen, gleichgültig, wieviel Flugzeuge ihm aus Amerika geschickt würden. Selbst ein Eintritt der USA in den Krieg könne kaum die Lage ändern. Wenn England, so meinte Lindbergh, nicht von den USA finanziell wie militärisch unterstützt worden wäre, hätten die Engländer bereits vor Monaten Friedensverhandlungen anzubahnen versucht. Lindbergh warnte dann die Juden davor, sich für eine Kriegsteilnahme der USA einzusetzen, da sie die ersten sein würden, die die Konsequenzen zu fühlen bekämen. Lindbergh führte weiter aus, die internationale Lage sei dazu benutzt worden, um **Roosevelt** einen dritten Amtstermin als USA-Präsidenten zu sichern. Roosevelts Machtbeibehaltung sei abhängig von der Aufrechterhaltung des nationalen Krisenzustandes. Die Regierung Roosevelt sei gefährlich, weil sie mit Ausflüchten arbeite. Während sie dem Volk die Erhaltung des Friedens verspreche, habe sie die USA tatsächlich an den Kriegsbrand geführt, ungeachtet der gegebenen Versprechungen, das Land aus dem Krieg fernzuhalten. Sobald die Engländer, Juden und die **Roosevelt-Administratoren** ihre Kriegsagitiation einstellen, bestehe keinerlei Gefahr mehr, daß die USA in den Krieg verwickelt würden. Lindbergh griff dann das England-Hilfsgesetz an, daß die Überlastung der Hauptproduktion der Rüstungswirtschaft der USA an England vorsieht. Heute, zwei Jahre nach Kriegsbeginn, hätten die USA nur einige hundert Flugzeuge für ihre eigenen Zwecke zur Verfügung, stellte Lindbergh fest. Weiter kritisierte er das Rüstungsprogramm der USA, das in der Hauptsache von einer Kriegsführung in Europa an Stelle einer Verteidigung der USA ausgehe.

127 Recht bezeichnend ist, was eine amerikanische Zeitschrift von Äußerungen des Marineministers **Knox** zu berichten wußte, die **Knox** getan hat, als er noch nicht Kabinettsmitglied war, sondern noch zur republikanischen Opposition gehörte. **Knox** habe in verschiedenen Reden über **Roosevelt** erklärt: „Er hat praktisch jedes Versprechen gebrochen, das er je dem Volk gegeben hat“, oder „wenn der Präsident sich auch als beides hinstellt, so ist er dennoch weder ein wahrer Demokrat noch ein wahrer Liberaler, sondern ein aristokratischer Dilettant mit radikalen Neigungen und einem außergewöhnlichen Hunger nach persönlicher Macht“. Über **Roosevelts** Führerrolle im Falle eines Krieges habe

Knox gesagt: „Es ist schlimm genug, in Friedenszeiten als Präsident einen Mann zu haben, der allzu anmaßend, unvorsichtig, selbstherrlich, unsicher und unzuverlässig ist. In Kriegszeiten wäre das katastrophal.“

Man versteht, warum Roosevelt gerade Herrn Knox, obwohl er zur republikanischen Opposition gehörte, zum Minister gemacht und damit aus der Reihe seiner Gegner und Kritiker ausgeschaltet hat!

Da die Politik der USA sich völlig der englischen untergeordnet und sich mit der Hilfe für England als identisch erklärt hat, sind Englands Feinde auch die Feinde der USA und dessen Bundesgenossen auch die der Vereinigten Staaten. Also muß Rußland geholfen werden, wird der Überfall auf den Iran gebilligt, ist man gegen Japan unversöhnlich und unterstützt China und sogar den Verrätergeneral de Gaulle. Die Bolschewiken erhalten Waffen und Kredite und ihr Krieg ist Amerikas Krieg. USA-Kommissionen fahren nach Moskau und bolschewistische Kommissionen nach den USA, um über amerikanische Lieferungen und über die Möglichkeit ihrer Durchführung zu beraten. Sogar den Vatikan will man für die Zwecke von Roosevelts Kriegspolitik bemühen, wozu im Auftrag des Präsidenten dessen „persönlicher Botschafter für den Vatikan, Myron Taylor, nach Rom geschickt wurde, ohne indes das anscheinend erstrebte gute Leumundszeugnis für die Machthaber im Kreml vom Papst zu erreichen.

Um allen und überall helfen und den Krieg auszudehnen und verlängern zu können, soll die Rüstungsproduktion immer weiter gesteigert werden, und immer neue Milliarden muß der Kongreß bewilligen, was immer weitere Milliarden an Steuern notwendig macht. Aber mit der forcierten und unproduktiven Rüstungsproduktion steigen die Preise, die der Lebensmittel auch *deswegen*, weil große Mengen nach England ausgeführt werden. Die Folge sind zahlreiche Streiks, da die Arbeiter die Steigerung der Lebenshaltungskosten natürlich durch Lohnerhöhungen ausgeglichen haben wollen.

Roosevelts Kriegspolitik und die angelsächsische Wirtschaftsblockade gegen Japan haben Tokio ver-

128 laßt, die *Konzentration* aller Kräfte des Landes und des von Japan politisch und militärisch beherrschten Raumes mit der größten Energie zu betreiben, und andererseits um eine Entspannung mit den USA bemüht zu sein. Es scheint jedoch, daß in Washington keinerlei Bereitschaft zu irgendwelchen nennenswerten Entgegenkommen besteht, daß man dort vielmehr darauf aus ist, Japans gesamte Stellung im ostasiatischen Raum in Frage zu stellen und Entgegenkommen auf dem Wirtschaftsgebiet von einer politischen Unterwerfung Japans abhängig zu machen. Es liegt auf der Hand, daß Japan diesen Weg nicht betreten kann, da es damit seine ganze Politik der letzten zehn Jahre verleugnen und seinen Führungsanspruch in Ostasien aufgeben müßte. Daß es dazu nicht bereit ist, hat es anläßlich des ersten Jahrestages des Abschlusses des Dreimächtepaktes zum Ausdruck gebracht. Was Washington von Japan fordert, ist ein Verzicht, zu dem Japan nur nach einem verlorenen Kriege sich bereit finden könnte. In solcher Lage pflegen Völker den Krieg vorzuziehen, selbst wenn die Siegeschancen gering sind, was bei Japan jedoch keineswegs der Fall ist.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1941

Oktober-Lieferung
(Nr. 51/52 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Die Rede des Führers zur Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes

Bei der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes 1941/42 im Berliner Sportpalast hielt der Führer am 3. Oktober folgende Rede (DNB);

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

77 Wenn ich heute nach langen Monaten wieder zu Ihnen spreche, dann geschieht es nicht, um etwa einem jener Staatsmänner Rede und Antwort zu stehen, die sich vor kurzem wunderten, warum ich so lange geschwiegen habe. Die Nachwelt wird einmal abwägen und feststellen können, was in diesen dreieinhalb Monaten mehr Gewicht hatte: Die Reden des Herrn Churchill oder meine Handlungen.

Ich bin heute hierher gekommen, um wie immer dem Winterhilfswerk eine kurze Einleitung zu geben. Dieses Mal wurde mir das Herkommen allerdings sehr schwer, weil sich in diesen Stunden an unserer Ostfront eine neu eingeleitete Operation wieder als gewaltiges Ereignis vollzieht. Seit 48 Stunden ist sie in gigantischem Ausmaß im Gange! Sie wird mithelfen, den Gegner im Osten zu zerschmettern.

Ich spreche nunmehr zu Ihnen im Namen der Millionen, die in diesem Augenblick kämpfen, um Sie, die deutsche Heimat, aufzufordern, zu allen sonstigen Opfern auch in diesem Jahr das zusätzliche Winterhilfswerk auf sich zu nehmen.

Seit dem 22. Juni tobt ein Kampf von einer wahrhaft weltentscheidenden Bedeutung. Umfang und Auswirkung dieses Ereignisses wird erst eine Nachwelt klar erkennen. Sie wird dereinst feststellen, daß damit eine neue Zeitenwende begann.

Aber auch dieser Kampf wurde von mir nicht gewollt. Seit dem Januar 1933, in dem mir die Vorsehung die Führung und Lenkung des Reiches anvertraute, hatte ich ein Ziel vor Augen, das im wesentlichen im Programm unserer nationalsozialistischen Partei umrissen war. Ich bin diesem Ziel nie untreu geworden, ich habe mein Programm niemals aufgegeben. Ich habe mich damals bemüht, den inneren Wiederaufbau eines Volkes herbeizuführen, das nach einem durch eigene Schuld verlorenen Krieg den tiefsten Sturz in seiner Geschichte hinter sich hatte. — Allein schon eine riesenhafte Aufgabe! Ich begann dabei diese Aufgabe in dem Augenblick, als alle anderen an ihr entweder gescheitert waren oder nicht mehr an die Möglichkeit der Erfüllung eines solchen Programms glaubten.

Was wir nun in diesen Jahren im friedlichen Aufbau geleistet haben, ist einmalig. Für mich und meine

78 Mitarbeiter ist es daher oft geradezu eine Beleidigung, uns mit jenen demokratischen Nullen abgeben zu müssen, die selbst noch auf keine einzige wahre große Lebensleistung zurückzublicken in der Lage sind.

Ich und meine Mitarbeiter hätten diesen Krieg nicht notwendig gehabt, um dadurch etwa unsere Namen zu verewigen. Dafür würden die Werke des Friedens gesorgt haben, und zwar genügend gesorgt. Und außerdem: Wir waren nicht etwa am Ende unserer schöpferischen Arbeit angekommen, sondern wir standen auf manchen Gebieten erst am Beginn. So war die innere Sanierung des Reiches unter den schwersten Voraussetzungen gelungen. Denn immerhin müssen in Deutschland 140 Menschen auf den Quadratkilometer ernährt werden. Die andere Welt hat es hier leichter. Trotzdem aber haben wir unsere Probleme gelöst, während die andere demokratische Welt zum großen Teil gerade an diesen Problemen scheiterte. Unsere Ziele waren dabei folgende:

Erstens die innere Konsolidierung der deutschen Nation, zweitens die Erringung unserer Gleichberechtigung nach außen und drittens die Einigung des deutschen Volkes und damit die Wiederherstellung eines naturgegebenen Zustandes, der durch Jahrhunderte nur künstlich unterbrochen worden war. Damit, meine Volksgenossen, war also auch unser äußeres Programm von vornherein festgelegt, die dazu nötigen Maßnahmen von vornherein bestimmt. Keineswegs aber war damit gesagt, daß wir jemals nach einem Kriege strebten. Nur eins war sicher, daß wir unter keinen Umständen auf die Wiederherstellung der deutschen Freiheit und damit auf die Voraussetzung zum deutschen Wiederaufstieg verzichten würden.

Ich habe aus diesen Gedanken heraus der Welt sehr viele Vorschläge unterbreitet. Ich brauche sie hier nicht zu wiederholen; das besorgt die täglich publizistische Tätigkeit meiner Mitarbeiter. Wie viele Friedensangebote ich aber auch dieser anderen Welt machte, Abrüstungsvorschläge, Vorschläge zur friedlichen Herbeiführung neuer vernünftiger wirtschaftlicher Ordnungen usw. — sie sind alle abgelehnt worden, und zwar im wesentlichen von jenen abgelehnt worden, die ersichtlich nicht glaubten, durch eine Friedensarbeit ihre eigenen Aufgaben erfüllen oder, besser gesagt, ihr eigenes Regime am Ruder erhalten zu können.

Trotzdem ist es uns allmählich gelungen, in jahrelanger friedlicher Arbeit nicht nur das innere große Reformwerk durchzuführen, sondern auch die Einigung der deutschen Nation einzuleiten, das Großdeutsche Reich zu schaffen, Millionen deutscher Volksgenossen wieder in ihre eigentliche Heimat

zurückzuholen und damit auch das Gewicht ihrer Zahl dem deutschen Volk als machtpolitischen Faktor

79 zur Verfügung zu stellen. In dieser Zeit gelang es mir, eine Anzahl von Bundesgenossen zu erwerben, an der Spitze Italien, mit dessen Staatsmann mich eine persönliche enge und innige Freundschaft verbindet.

Auch zu Japan wurden unsere Beziehungen immer besser. In Europa hatten wir außerdem von früher her eine Reihe von Völkern und Staaten, die uns in einer immer gleichbleibenden Sympathie freundschaftlich gegenüberstanden, vor allem Ungarn und einige nordische Staaten. Es sind zu diesen Völkern andere hinzugekommen, leider nicht das Volk, um das ich in meinem Leben am meisten erworben habe, das britische. Nicht, daß etwa das englische Volk in seiner Gesamtheit dafür allein die Verantwortung trägt. Nein: aber einige Menschen sind es, die in ihrem verbohrtten Haß und Wahnwitz jeden solchen Versuch einer Verständigung sabotierten, unterstützt von jenem internationalen Weltfeind, den wir alle kennen, dem internationalen Judentum. So gelang es leider nicht, Großbritannien, vor allem das englische Volk, mit Deutschland in jene Verbindung zu bringen, die ich immer erhofft hatte. Deshalb kam eben, genau wie 1914, der Tag, da die harte Entscheidung getroffen werden mußte. Ich bin nun allerdings auch davor nicht zurückgeschreckt. Denn über eines war ich mir im klaren: Wenn es eben nicht gelingen konnte, die englische Freundschaft zu erringen, dann war es besser, seine Feindschaft traf Deutschland in einem Augenblick, in dem ich selbst noch an der Führung des Reiches stand. Denn wenn durch meine Maßnahmen und durch mein Entgegenkommen diese englische Freundschaft nicht zu erwerben war, dann war sie für alle Zukunft verloren; dann blieb nichts anderes übrig als der Kampf, und ich bin dem Schicksal nur dankbar, daß dieser Kampf denn von mir selbst geführt werden kann.

Ich bin daher auch der Überzeugung, daß es mit diesen Männern wirklich keine Verständigung gibt. Es sind das wahnsinnige Narren, Leute, die schon seit zehn Jahren kein anderes Wort mehr kannten als das eine: „Wir wollen wieder einen Krieg mit Deutschland!“ Denn in all den Jahren, in denen ich mich bemühte, unter allen Umständen eine Verständigung herbeizuführen, da hat Herr Churchill immer nur eines gerufen: „Ich will meinen Krieg haben!“ Er hat ihn jetzt! Und alle seine Mithetzer, die nichts anderes zu sagen wußten, als daß das „ein reizender Krieg“ sein wird, und die sich damals am 1. September 1939 gegenseitig beglückwünschten zu diesem kommenden reizenden Krieg — sie werden wohl unterdes über diesen reizenden Krieg schon jetzt anders denken gelernt haben! Und wenn sie es noch nicht wissen sollten, daß dieser Krieg für England keine reizende Sache wird, so werden sie es sicher mit der Zeit noch merken, so wahr ich hier stehe!

80 Diese Kriegshetzer — nicht nur in der Alten, sondern auch in der Neuen Welt — haben es fertig gebracht, zunächst P o l e n vorzuschieben. Schlau haben sie ihm eingeredet, daß erstens Deutschland sowieso nicht das sei, was es zu sein vorgebe, und zweitens, daß man ja die Garantie besäße, unter allen Umständen die notwendige Hilfe zu bekommen. Das war die Zeit, in der England noch nicht seinerseits in der Welt um Hilfe herumgebettelt hat, sondern noch jedem großmütig seine Hilfe versprach. Das hat sich ja seitdem schon wesentlich geändert. Jetzt hören wir ja nicht mehr, daß England einen Staat in den Krieg führt mit dem Versprechen, ihm zu helfen, sondern jetzt hören wir, daß England in der Welt herumbettelt, es möchte ihm in seinem Krieg geholfen werden.

Ich habe damals gerade Polen gegenüber. Vorschläge gemacht, von denen ich heute, nachdem die Ereignisse gegen unseren Willen einen anderen Verlauf genommen haben, geradezu sagen muß: Es war die Vorsehung, die allmächtige Vorsehung, die es damals verhindert hat, daß dieses mein Angebot angenommen wurde. Sie hat wohl gewußt, warum das nicht so sein durfte, und heute weiß auch ich es und wir alle wissen es! Diese Verschwörung von Demokraten, Juden und Freimaurern hat es also damals vor zwei Jahren fertig gebracht, Europa in den Krieg zu stürzen. Es mußten die Waffen entscheiden.

Seitdem findet nun ein Kampf statt zwischen der Wahrheit und der Lüge. Und wie immer, so wird aber auch dieser Kampf am Ende für die Wahrheit siegreich ausgehen. Das heißt mit anderen Worten: Was immer auch die britische Propaganda, was immer das internationale Weltjudentum und seine demokratischen Helfershelfer zusammenlügen, an den historischen Tatsachen werden sie nichts ändern! Und die historische Tatsache ist, daß nicht die Engländer in Deutschland stehen, daß nicht die anderen Staaten etwa Berlin erobert haben, daß sie nicht nach dem Westen oder nach dem Osten vorgeückt sind, sondern die historische Wahrheit ist, daß seit nunmehr zwei Jahren Deutschland einen Gegner nach dem anderen niedergeworfen hat. Ich habe das gar nicht gewollt. Sofort nach der ersten Auseinandersetzung gab ich ihnen wieder meine Hand. Ich war selbst Soldat und weiß, wie schwer

Siege zu erkämpfen, wieviel Blut und Elend, Jammer, Entbehrungen und Opfer damit verbunden sind. Meine Hand wurde aber noch brüsker zurückgestoßen, und seitdem haben wir es ja erlebt, daß jedes Friedensangebot von mir sogleich dem Kriegshetzer Churchill und seinem Anhang dazu diente, um den betrogenen Völkern zu erklären, das sei der Beweis der deutschen Schwäche. Das sei der Beweis, daß wir nicht mehr kämpfen

81 könnten und vor der Kapitulation stünden. Ich habe es daher aufgegeben, noch einmal diesen Weg zu versuchen. Ich habe mich zu der Überzeugung durchgerungen: H i e r m u ß nunmehr eine ganz klare Entscheidung, und zwar eine weltgeschichtliche Entscheidung für die nächsten hundert Jahre erkämpft werden!

Immer in dem Bestreben, den Umfang des Krieges zu begrenzen, habe ich mich im Jahre 1939 zu etwas entschlossen, was vor allem Sie, meine alten Parteigenossen, als das schwerste begreifen, was ich, ich möchte fast sagen, an menschlicher Demütigung hinnehmen mußte: Ich habe damals meine Minister nach Moskau geschickt. Es war die bitterste Überwindung meines Gefühls, aber in solchen Augenblicken, in denen es sich um das Wohl von Millionen anderer handelt, darf ja nicht das Gefühl entscheiden. Ich habe versucht, hier zu einer Verständigung zu kommen. Sie wissen selber am besten, wie ehrlich und aufrichtig ich diese Verpflichtungen dann gehalten habe. Weder in unserer Presse ist damals auch nur ein Wort mehr gegen Rußland geschrieben, noch in unseren Versammlungen ein Wort über den Bolschewismus gesagt worden. Leider hat sich die andere Seite von Anfang an nicht daran gehalten. Die Folge dieser Abmachungen war ein Verrat, der zunächst den ganzen Nordosten Europas liquidierte. Was es für uns damals bedeutete, stillschweigend zusehen zu müssen, als das kleine finnische Volk abgewürgt wurde, das wissen Sie alle selbst. Ich habe aber geschwiegen. Wie es uns endlich traf, als die baltischen Staaten ebenfalls überwältigt wurden, das kann nur der ermessen, der die deutsche Geschichte kennt und weiß, daß es dort kein Quadratkilometer gibt, der nicht einst durch deutsche Pionierarbeit der menschlichen Kultur und Zivilisation erschlossen worden war. Trotzdem habe ich auch dazu geschwiegen, erst als ich von Woche zu Woche mehr empfand, daß Sowjetrußland nunmehr die Stunde gekommen sah, gegen uns selbst vorzugehen, als sich in einem Augenblick, da wir knapp drei Divisionen in Ostpreußen besaßen, 22 sowjetische Divisionen dort ansammelten, als ich allmählich die Unterlagen erhielt, wie an unserer Grenze Flugplatz an Flugplatz entstand, wie eine Division nach der anderen aus dem riesenhaften Sowjetreich hierher zusammengeballt wurde, da war ich nun verpflichtet, auch meinerseits besorgt zu sein. Denn es gibt in der Geschichte keine Entschuldigung für ein Versehen, eine Entschuldigung, die etwa darin besteht, daß man nachträglich erklärt: Ich habe das nicht gemerkt, oder ich habe nicht daran geglaubt. An der Spitze des Deutschen Reiches stehend, fühle ich mich nun einmal verantwortlich für das deutsche Volk, für sein Dasein, für seine Gegenwart und, soweit möglich, gerade auch für seine Zukunft. Ich war

82 daher gezwungen, Abwehrmaßnahmen einzuleiten. Sie waren rein defensiver Natur. Immerhin ergab sich bereits im August und September des vergangenen Jahres eine Erkenntnis: Eine Auseinandersetzung im Westen mit England, die vor allem die ganze deutsche Luftwaffe gebunden hätte, war nicht mehr möglich, denn in unserem Rücken stand ein Staat, der sich täglich mehr fertig machte, in einem solchen Augenblick gegen das Reich vorzugehen. Wieweit allerdings diese seine Vorbereitungen bereits getroffen waren, das haben wir erst jetzt in vollem Umfang kennengelernt.

Ich wollte damals noch einmal das ganze Problem klären und habe deshalb M o l o t o w nach Berlin eingeladen. Er stellte mir die Ihnen bekannten vier Bedingungen. Erstens: Deutschland müsse endgültig einwilligen, daß, nachdem sich die Sowjetunion erneut von Finnland bedroht fühle, sie zu einer Liquidierung Finnlands schreiten dürfe. Ich konnte nicht anders, als diese Zustimmung verweigern.

Die zweite Frage betraf Rumänien. Es war die Frage, ob die deutsche Garantie Rumäniens auch gegen Sowjetrußland schützen würde. Ich mußte auch hier zu meinem einmal gegebenen Wort stehen. Ich bereue es nicht, daß ich es getan habe, denn ich habe auch in Rumänien in General Antonescu einen Ehrenmann gefunden, der auch seinerseits blind zu seinem Wort gestanden hat.

Die dritte Frage betraf Bulgarien. Molotow forderte, daß Sowjetrußland das Recht erhalte, nach Bulgarien Garnisonen zu legen, um damit über diesen Staat eine russische Garantie auszuüben. Was das heißt, wußten wir ja unterdes von Estland, Lettland und Litauen her zur Genüge. Ich konnte mich hier darauf berufen, daß eine solche Garantie doch bedingt sei von dem Wunsch des zu Garantierenden. Mir sei aber von einem solchen Wunsche nichts bekannt, und ich müßte mich daher erst rückerkundigen und mich mit meinen Verbündeten besprechen.

Die vierte Frage betraf die Dardanellen. Rußland forderte Stützpunkte an den Dardanellen. Wenn Molotow das jetzt abzustreiten versucht, ist es nicht weiter verwunderlich. Er wird, wenn er morgen oder übermorgen nicht mehr in Moskau sein wird, wahrscheinlich auch abstreiten, daß er nicht mehr in Moskau ist. Er hat aber diese Forderungen gestellt, und ich habe sie abgelehnt. Ich mußte sie ablehnen, und damit war ich mir allerdings klar, daß nunmehr höchste Vorsicht am Platze war. Ich habe seitdem Sowjetrußland sorgfältig beobachtet. Jede Division, die wir feststellen konnten, wurde bei uns gewissenhaft eingetragen und durch Gegenmaßnahmen pflichtgemäß beantwortet. Die Lage war bereits im Mai so weit verdüstert, daß es keinen Zweifel mehr darüber geben konnte, daß Rußland die Absicht hatte, bei der ersten Gelegenheit über uns herzufallen. Gegen Ende Mai verdichteten sich diese Momente

83 so, daß man nunmehr den Gedanken einer drohenden Auseinandersetzung auf Leben und Tod nicht mehr von sich weisen konnte.

Ich mußte nun damals immer schweigen, und es ist mir das doppelt schwer geworden. Nicht so schwer vielleicht der Heimat gegenüber; denn letzten Endes muß sie begreifen, daß es Augenblicke gibt, in denen man nicht reden kann, wenn man nicht die ganze Nation in Gefahr bringen will. Viel schlimmer ist mir das Schweigen meinen Soldaten gegenüber gefallen, die nun Division an Division an der Ostgrenze des Reiches standen und doch nicht wußten, was eigentlich vor sich ging, die keine Ahnung hatten von dem, was sich unterdes in Wirklichkeit verändert hatte, und die aber eines Tages vielleicht zu einem schweren, ja dem schwersten Waffengang aller Zeiten antreten mußten. Und gerade ihretwegen durfte ich ja nicht reden, denn hätte ich auch nur ein Wort verloren, dann hätte dies nicht im geringsten Herrn Stalins Entschluß geändert, aber die Überraschungsmöglichkeit, die mir als letzte Waffe blieb, wäre dann weggefallen. Und jede solche Vorankündigung, ja jede Andeutung hätte Hunderttausenden von unseren Kameraden das Leben gekostet.

Ich habe deshalb auch in dem Augenblick noch geschwiegen, in dem ich mich endgültig entschloß, nunmehr selber den ersten Schritt zu tun. Denn wenn ich schon einmal sehe, daß ein Gegner das Gewehr anlegt, dann werde ich nicht warten, bis er abzieht, sondern dann bin ich entschlossen, lieber selber vorher abzudrücken. Es war, das darf ich heute hier aussprechen, der schwerste Entschluß meines ganzen bisherigen Lebens. Ein jeder solcher Schritt öffnet ein Tor, hinter dem sich nur Geheimnisse verbergen, und erst die Nachwelt weiß genau, wie es kam und was geschah. So kann man sich nur im Innern mit seinem Gewissen abfinden, das Vertrauen auf sein Volk, auf die selbst geschmiedete Waffenstärke und schließlich — was ich früher oft sagte — den Herrgott bitten, daß er dem den Segen gibt, der selbst bereit und gewillt ist, heilig und opfervoll für sein Dasein zu kämpfen.

Am 22. Juni morgens setzte nun dieser größte Kampf der Weltgeschichte ein. Seitdem sind etwas über 3 1/2 Monate vergangen, und ich kann heute hier eine Feststellung treffen: Es ist alles seitdem planmäßig verlaufen! Was immer auch vielleicht im einzelnen der Soldat oder die Truppe an Überraschendem erleben mußte — der Führung ist in dieser ganzen Zeit in keiner Sekunde das Gesetz des Handelns aus der Hand gewunden worden. Im Gegenteil: Bis zum heutigen Tage ist jede Aktion genau so planmäßig verlaufen wie einst im Osten gegen Polen, dann gegen Norwegen und endlich gegen den Westen und auf dem Balkan.

84 Und noch eines muß ich hier feststellen: Wir haben uns weder in der Richtigkeit der Pläne getäuscht, noch in der Tüchtigkeit, in der einmaligen geschichtlichen Tapferkeit des deutschen Soldaten — wir haben uns schließlich auch nicht getäuscht über die Güte unserer Waffen!

Wir haben uns nicht getäuscht über das reibungslose Funktionieren unserer ganzen Organisation der Front, über die Beherrschung der gigantischen hinteren Räume und auch nicht getäuscht über die deutsche Heimat.

Wir haben uns aber über etwas getäuscht: Wir hatten keine Ahnung davon, wie gigantisch die Vorbereitungen dieses Gegners gegen Deutschland und Europa waren und wie ungeheuer groß diese Gefahr war, wie haarscharf wir diesmal vorbeigekommen sind an der Vernichtung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas. Das kann ich heute hier aussprechen!

Ich spreche das erst heute aus, weil ich es heute sagen darf, daß dieser Gegner bereits gebrochen und sich nie mehr erheben wird!

Hier hat sich gegen Europa eine Macht zusammengeballt, von der leider die meisten keine Ahnung hatten und viele heute noch keine Ahnung besitzen. Es wäre dies ein zweiter Mongolensturm eines neuen Dschingis Khan geworden. Daß diese Gefahr abgewendet wurde, das verdanken wir zunächst der Tapferkeit, der Ausdauer und Opferwilligkeit unserer deutschen Soldaten und dann auch den Op-

fern aller derer, die mit uns marschiert sind. Denn zum erstenmal ist diesmal doch so etwas wie ein europäisches Erwachen durch diesen Kontinent gegangen.

Im Norden kämpft Finnland — ein wahres Heidenvolk. In seinen weiten Räumen steht es oft ganz allein, nur auf seine eigene Kraft, auf seinen Mut, auf seine Tapferkeit und seine Zähigkeit angewiesen. Im Süden kämpft Rumänien. Es hat sich aus einer der schwersten Staatskrisen, die ein Volk und ein Land befallen können, in staunenswerter Schnelligkeit erholt unter einem ebenso tapferen wie entschlußfreudigen Mann.

Und damit umfassen wir auch bereits die ganze Weite dieses Kriegsschauplatzes vom Weißen bis zum Schwarzen Meer. Und in diesen Räumen kämpfen nun unsere deutschen Soldaten und in ihren Reihen und mit ihnen gemeinsam Italiener, die Finnen, die Ungarn, die Rumänen, Slowaken, Kroaten sind im Anmarsch, Spanier — sie rücken jetzt in die Schlacht, Belgier, Holländer, Dänen, Norweger, ja selbst Franzosen sind eingerückt in diese große Front oder werden es demnächst sein.

85 Der Ablauf dieses einmaligen Geschehens ist Ihnen, soweit es zurückliegt, im großen bereits jetzt bekannt. Drei deutsche Heeresgruppen traten an. Eine hatte die Aufgabe, die Mitte aufzubrechen. Eine der beiden Flanken hatte den Auftrag, gegen Leningrad vorzustoßen, und die andere, die Ukraine zu besetzen. Im wesentlichen sind diese ersten Aufgaben gelöst.

Wenn die Gegner in dieser Zeit gewaltigster, weltgeschichtlich einmaliger Kämpfe oft sagten: „Warum geschieht jetzt nichts?“ — nun, es ist immer etwas geschehen! Gerade weil etwas geschah, konnten wir auch nicht reden!

Wenn ich heute englischer Ministerpräsident sein müßte, würde ich unter diesen Umständen vielleicht auch dauernd reden — weil dort eben nichts geschieht. Aber gerade das ist der Unterschied! Meine Volksgenossen, ich muß das heute hier vor dem ganzen deutschen Volk einmal aussprechen: Es konnte oft einfach nicht geredet werden: nicht etwa, weil wir die ununterbrochenen gewaltigen Leistungen unserer Soldaten nicht genügend würdigen, sondern weil wir dem Gegner nicht voreilig von Situationen Kenntnis geben dürfen, die ihm selbst, bei seinem miserablen Nachrichtendienst, oft Tage, ja manchmal erst Wochen später bewußt werden.

Denn — ich habe das neulich schon im Wehrmachtbericht bringen lassen —: Der deutsche Wehrmachtbericht ist ein Bericht der Wahrheit.

Wenn irgendein blöder britischer Zeitungslümmel nun erklärt, das müßte erst bestätigt werden: Der deutsche Wehrmachtbericht ist bisher schon gründlich bestätigt worden! Es gibt doch wohl keinen Zweifel, daß wir in Polen gesiegt haben und nicht die Polen, obwohl die britische Presse es anders behauptet hat. Es gibt auch keinen Zweifel, daß wir in Norwegen sitzen und nicht die Engländer. Es gibt auch keinen Zweifel, daß wir in Belgien und in Holland erfolgreich gewesen sind und nicht die Engländer. Und es gibt auch keinen Zweifel, daß Deutschland Frankreich besiegt hat und nicht umgekehrt. Es gibt endlich auch keinen Zweifel, daß wir in Griechenland sind und wiederum nicht die Engländer oder Neuseeländer, und auch auf Kreta sind nicht sie, sondern wir. Also hat der deutsche Heeresbericht die Wahrheit gesagt und nicht der...(das Ende des Satzes geht im tosenden Beifallsjubel der Tausenden unter).

Und jetzt im Osten ist es nicht anders. Nach der englischen Version haben wir dort seit drei Monaten eine Niederlage nach der anderen erlitten. Aber wir stehen tausend Kilometer jenseits unserer Grenzen, wir stehen östlich von Smolensk, wir stehen vor Leningrad, und wir stehen am Schwarzen Meer. Wir stehen vor der Krim, und nicht die Russen etwa am Rhein. Wenn bisher die Sowjets dauernd gesiegt haben, dann haben sie ihre Siege jedenfalls schlecht ausgenutzt, sondern sie sind nach jedem Sieg hundert

86 oder zweihundert Kilometer sofort zurückmarschiert, wahrscheinlich, um uns in die Tiefe des Raumes zu locken!

Im übrigen sprechen für die Größe dieses Kampfes Zahlen. Es sind viele unter Ihnen, die noch den Weltkrieg mitgemacht hatten, und die wissen, was es heißt, Gefangene zu machen und gleichzeitig hundert Kilometer vorwärts zu erobern. Die Zahl der Gefangenen ist nunmehr auf rund 2,5 Millionen Sowjetrussen gewachsen. Die Zahl der erbeuteten oder vernichteten, also bei uns befindlichen Geschütze beträgt jetzt rund 22 000. Die Zahl der vernichteten oder erbeuteten, also bei uns befindlichen Panzer beträgt jetzt bereits über 18 000. Die Zahl der vernichteten, zerstörten und abgeschossenen Flugzeuge über 14% Tausend. Und hinter unseren Truppen liegt nun schon ein Raum, der zweimal so groß ist, als das Deutsche Reich war, als ich 1933 die Führung erhielt, oder viermal so groß als England.

Die Luftlinie aber, die die deutschen Soldaten zurückgelegt haben, beträgt fast durchgehend heute über 800 bis 1000 Kilometer. Das ist Luftlinie. An Marschkilometern bedeutet das oft das 1 1/2 fache und Doppelte — auf einer Frontlänge, die gigantisch ist, und einem Gegner gegenüber, der — das muß ich hier aussprechen — nicht aus Menschen besteht, sondern aus Tieren, aus Bestien.

Was der Bolschewismus aus Menschen machen kann, das haben wir jetzt gesehen. Wir können der Heimat gar nicht die Bilder bringen, die uns da zur Verfügung stehen. Es ist das Grauenshafteste, was Menschengehirne sich ersinnen können, ein Gegner, der einerseits aus tierischer Blutgier kämpft und zugleich aus Feigheit und Angst vor seinen Kommissaren andererseits. Es ist ein Land, das nach fast 25jährigem bolschewistischem Dasein unsere Soldaten nunmehr kennengelernt haben. Und ich weiß eines: Wer dort war und im Herzen in irgendeiner Falte vielleicht noch Kommunist gewesen sein sollte, sei es auch nur im idealsten Sinne, der kehrt von dieser Auffassung geheilt zurück. Davon können Sie überzeugt sein.

Das „Paradies der Arbeiter und Bauern“ habe ich immer richtig geschildert. Nach Beendigung dieses Feldzuges werden fünf oder sechs Millionen Soldaten mir bestätigen, daß ich die Wahrheit aussprach. Sie werden Zeugen sein, die ich dann aufrufen kann. Sie sind über die Straßen dieses Paradieses marschiert. Sie haben in den elenden Katen dieses Paradieses nicht leben können, denn sie gehen gar nicht hinein, wenn es nicht unbedingt notwendig ist. Sie haben die Einrichtungen dieses Paradieses gesehen. Es ist nichts als eine einzige Waffenfabrik auf Kosten des Lebensstandards der Menschen. Eine Waffenfabrik gegen Europa!

87 Und gegen diesen grausamen, bestialischen, tierischen Gegner, gegen diesen Gegner mit seiner gewaltigen Rüstung, haben unsere Soldaten ihre gewaltigen Siege erkämpft. Ich weiß kein Wort, das ihrer Leistung gerecht werden könnte. Was sie an Mut und Tapferkeit hier dauernd vollbringen, an unermeßlichen Anstrengungen — das ist unvorstellbar! Ob es sich um unsere Panzerdivisionen oder die Motorverbände handelt, ob es sich um unsere Artillerie oder Pioniere dreht, ob wir unsere Flieger nehmen — Jäger, Sturzkampfbomber oder Schlachtflyer — oder ob wir an unsere Marine denken, an die Besatzungen der U-Boote, ob wir endlich von unseren Gebirgstruppen im Norden sprechen oder von den Männern unserer Waffen-SS: Sie sind alle gleich! Über allem aber — und das möchte ich wieder besonders betonen —, über allem steht in seiner Leistung der deutsche Infanterist, der deutsche Musketier!

Denn, meine Freunde, wir haben dort Divisionen, die seit dem Frühjahr über 2500 bis 3000 Kilometer zu Fuß marschiert sind, zahlreiche Divisionen, die ein- und anderthalb- und zweitausend Kilometer zurückgelegt haben. Das spricht sich leicht aus. Ich kann nur sagen: Wenn man von Blitzkrieg redet, dann verdienen es diese Soldaten, daß man ihre Leistungen als blitzartig bezeichnet! Denn in der Geschichte sind sie im *V o r w ä r t s m a r s c h i e r e n* noch nie übertroffen worden, höchstens im Rückzug von einigen englischen Regimentern.

Es gibt da ein paar historische Blitzrückzüge, die diese Aktionen an Schnelligkeit übertroffen haben. Aber dabei handelte es sich nicht um so große Entfernungen, weil man sich von vornherein immer etwas näher an der Küste hielt. Ich will nun nicht etwa den Gegner schmähen; ich will nur dem deutschen Soldaten die Gerechtigkeit zuteil werden lassen, die er verdient! Er hat Unübertreffliches geleistet! Und mit ihm auch alle die Organisationen, deren Männer heute Arbeiter sind und zugleich auch Soldaten. Denn in diesem gewaltigen Raum ist heute fast jeder Soldat. Jeder Arbeitsmann ist Soldat, jeder Eisenbahner dort ist Soldat. In diesem ganzen Gebiet muß jeder dauernd mit der Waffe Dienst tun. Und es ist ein Riesengebiet! Was hinter dieser Front geschaffen wird, ist in seiner Art genau so gewaltig wie die Leistungen der Front. Über 25 000 Kilometer russische Bahnen sind wieder im Betrieb, über 15 000 Kilometer russische Bahnen sind wieder auf deutsche Spur umgewandelt worden. Wissen Sie, meine Volksgenossen, was das heißt? Das heißt, daß der größte Querschnitt des Deutschen Reiches von einst, etwa von Stettin bis zu den bayerischen Bergen, also eine Linie von rund 1000 Kilometern, fünfzehnmal nebeneinander im Osten auf deutsche Spur gelegt worden ist. Was das an Anstrengungen und Schweiß kostet, das kann vielleicht die Heimat noch gar nicht so recht ermessen. Und hinter dem allem da sind die

88 Arbeitsbataillone des Arbeitsdienstes, unserer Organisationen, vor allem die Organisation Todt und die Organisationen unseres Berliner *S p e e r*, und all die anderen, die wieder zu deren Betreuung da sind.

Im Dienste dieser ganzen gigantischen Front steht unser Rotes Kreuz, stehen Sanitätsoffiziere, Sanitätspersonal und Rote-Kreuz-Schwester. Sie alle opfern sich wahrhaft auf! Und hinter dieser Front baut sich bereits die neue Verwaltung auf, die dafür sorgen wird, daß, wenn dieser Krieg länger dauert,

diese riesigen Gebiete der deutschen Heimat und unseren Verbündeten nützen werden. Ihr Nutzen wird ein ungeheurer sein, und keiner soll zweifeln, daß wir diese Gebiete nicht zu organisieren verstehen.

Wenn ich Ihnen so in kurzen Zügen ein Bild der einmaligen Leistungen unserer Soldaten und aller gebe, die heute hier im Osten kämpfen oder tätig sind, dann möchte ich auch der Heimat den Dank der Front übermitteln! Den Dank unserer Soldaten für die Waffen, die die Heimat geschaffen hat, für diese ausgezeichneten und erstklassigen Waffen, den Dank für die Munition, die dieses Mal zum Unterschied des Weltkrieges in unbegrenzten Massen zur Verfügung steht. Das ist heute nur ein Transportproblem. Wir haben so vorgesorgt, daß ich mitten in diesem gigantischen Materialkrieg auf großen Gebieten die weitere Produktion nunmehr einstellen kann, weil ich weiß, daß es jetzt keinen Gegner mehr gibt, den wir nicht mit den vorhandenen Munitionsmengen niederringen würden.

Wenn Sie aber manches Mal in der Zeitung etwas lesen über die gigantischen Pläne anderer Staaten, was diese alles zu tun gedenken und was sie alles beginnen wollen, und wenn Sie dabei von Milliardensummen hören, so, meine Volksgenossen, erinnern Sie sich an das, was ich jetzt sage:

1. Auch wir stellen in den Dienst unseres Kampfes einen ganzen Kontinent,
2. wir reden nicht vom Kapital, sondern von Arbeitskraft, und diese Arbeitskraft setzen wir hundertprozentig ein, und
3. wenn wir darüber nicht reden, dann heißt das nicht, daß wir nichts tun.

Ich weiß ganz genau, daß die anderen alles besser können als wir. Sie bauen Tanks, die unüberwindlich sind, sie sind schneller als die unseren, stärker gepanzert als die unseren, sie haben bessere Kanonen als die unseren, und sie brauchen gar kein Benzin. — Aber im Kampf haben wir sie bisher noch überall abgeschossen! Und das ist das Entscheidende! Sie bauen Wunderflugzeuge. Es sind immer Wunderdinge, die sie machen, alles unbegreiflich, auch technisch unbegreiflich. Aber sie haben noch keine Maschinen, die die unseren übertreffen. Und die Maschinen, die bei uns heute fahren oder schießen oder fliegen, sind

89 nicht jene Maschinen, mit denen wir nächstes Jahr fahren, schießen oder fliegen werden! Ich glaube, daß das für jede Deutschen genügen wird. Alles andere, das wird durch unsere Erfinder und durch unsere deutschen Arbeiter und auch durch die deutsche Arbeiterin besorgt.

Hinter dieser Front des Opfers, des Todesmutes und des Lebenseinsatzes steht die Front der Heimat, eine Front, die gebildet wird von Stadt und Land. Millionen deutscher Bauern, zum großen Teil auch oft ersetzt durch Greise, Jugendliche oder durch die Frauen, sie erfüllen im höchsten Grade ihre Pflicht. Millionen und aber Millionen deutscher Arbeiter, sie schaffen unentwegt, es ist bewunderungswürdig, was sie leisten. Und über allen auch hier wieder die deutsche Frau, das deutsche Mädchen, die Millionen von Männern ersetzen, die heute an der Front sind.

Wir können wirklich sagen: Zum ersten Male in der Geschichte ist ein ganzes Volk jetzt im Kampf — teils an der Front, teils in der Heimat.

Wenn ich aber das ausspreche, dann ergibt sich für mich als altem Nationalsozialisten daraus eine zwingende Erkenntnis:

Wir haben nun zwei Extreme kennengelernt. Das eine sind die kapitalistischen Staaten, die mit Lügen oder mit Betrügereien ihren Völkern die natürlichsten Lebensrechte verweigern, die ausschließlich ihre Finanzinteressen im Auge behalten, die jederzeit bereit sind, dafür Millionen Menschen zu opfern. Auf der anderen Seite da sehen wir das kommunistische Extrem, einen Staat, der unsagbares Elend über Millionen und Millionen gebracht hat und auch das Glück aller anderen nur seiner Doktrin opfert.

Daraus kann sich nun in meinen Augen für uns nur eine Verpflichtung ergeben: unserem nationalen und sozialistischen Ideal mehr den je zuzustreben! Denn über eines müssen wir uns im klaren sein: Wenn dieser Krieg einst beendet sein wird, dann hat ihn der deutsche Soldat gewonnen, der aus den Bauernhöfen, aus den Fabriken usw. stammt, der in seiner Gesamtheit wirklich die Masse unseres Volkes darstellt. Und es hat ihn gewonnen die deutsche Heimat mit den Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen. Es haben ihn gewonnen die schaffenden Menschen im Kontor und im Beruf. Alle diese Millionen Menschen, die tätig sind, die haben ihn gewonnen! Und auf diese Menschen hin muß dann dieser Staat ausschließlich ausgerichtet werden.

90 Wenn dieser Krieg zu Ende sein wird, dann werde ich aus ihm zurückkehren als ein noch viel fanatischerer Nationalsozialist, als ich es früher war! Ebenso wird es bei all denen sein, die zur Führung berufen sind; denn in diesem Staat herrscht ja nicht, wie in Sowjetrußland, das Prinzip der sogenannten Gleichheit, sondern das Prinzip der Gerechtigkeit. Wer als Führer geeignet ist, sei es politisch, militärisch oder wirtschaftlich, der ist uns immer gleich wert. Aber genau so wert muß auch derjenige

sein, ohne dessen Mitarbeit jede Führung ein leeres Tun und nur Gedankenakrobatik bliebe. Und das ist das Entscheidende. Das deutsche Volk kann heute stolz sein: Es hat die besten politischen Führer, es hat die besten Feldherrn, es hat die besten Ingenieure, Wirtschaftsführer und Organisatoren, es hat aber auch den besten Arbeiter und den besten Bauern.

Alle diese Menschen in eine Gemeinschaft zu verschmelzen, war einst die Aufgabe, die wir uns als Nationalsozialisten stellten, eine Aufgabe, die uns heute noch viel klarer ist als je zuvor. Ich werde aus diesem Krieg einst zurückkehren wieder mit meinem alten Parteiprogramm, dessen Erfüllung mir jetzt noch wichtiger erscheint als vielleicht am ersten Tag!

Diese Erkenntnis hat mich auch heute nur ganz kurz hierher geführt, um zum deutschen Volke zu sprechen. Denn es hat auch im Winterhilfswerk wieder eine Gelegenheit, den Geist dieser Gemeinschaft zu bekunden.

Was die Front opfert, das kann überhaupt durch nichts vergolten werden. Aber auch das, was die Heimat leistet, muß vor der Geschichte dereinst bestehen können!

Es ist notwendig, daß der Soldat an der Front weiß, daß zu Hause sich die Heimat um jeden Zurückgebliebenen bekümmert und für ihn nach bester Möglichkeit sorgt. Das muß er wissen, und das muß sein, damit auch diese Heimat dereinst in Ehren genannt wird neben den gewaltigen Leistungen der Front.

Jeder weiß, was er tun muß in dieser Zeit. Jede Frau, jeder Mann, sie wissen, was man mit Recht von ihnen fordert und was zu geben sie verpflichtet sind.

Wenn sie nur einmal auf die Straßen gehen und im Zweifel sein sollten, ob sie noch einmal geben sollen, geben müssen oder nicht, dann mögen sie nur einen Blick seitwärts wenden: vielleicht wird ihnen dann einer begegnen, der viel mehr als sie für Deutschland geopfert hat. Nur dann, wenn dieses ganze deutsche Volk zu einer einzigen Opfergemeinschaft wird, dann allein können wir hoffen und erwarten, daß uns die Vorsehung auch in der Zukunft beistehen wird.

Der Herrgott hat noch niemals einem Faulen geholfen, er hilft auch keinem Feigen, er hilft auf keinem Fall dem, der sich nicht selber helfen will. Hier gilt im größten der Grundsatz:

Volk hilf dir selbst, dann wird auch der Herrgott dir seine Hilfe nicht verweigern!



Innenpolitik

- 91 Das Ereignis, das dem Monat Oktober seinen Stempel aufdrückte, war die Eröffnung des Winterhilfswerkes am 3. Oktober, bei der der Führer eine großangelegte Rede (Wortlaut siehe Seite 77) hielt. Erst am Mittag dieses Tages wurde die Führerrede dem deutschen Volke angekündigt. Es war die Stimme des Siegers an der Ostfront, die an diesem Tage zum deutschen Volke und zu der Welt sprach. Zu Beginn dieser Sportpalastkundgebung gab Reichsminister Dr. Goebbels den Rechenschaftsbericht über das Kriegs-Winterhilfswerk 1940/41. Er teilte dabei mit, daß das Gesamtaufkommen der Sammlungen des vergangenen Winters 916 240 000 Reichsmark gegenüber 681 Millionen Reichsmark im vorvergangenen Jahre betrage. Nahezu 2/3 des Gesamtaufkommens des vorjährigen Kriegs-WHW konnten als Zuwendung an die Hilfswerke der NSV abgeführt werden, während das letzte Drittel zur Linderung von Not, vor allem in den neu zum Reich gekommenen Gebieten aufgewendet worden sei.

Dr. Goebbels nannte im weiteren Verlauf seiner Rede imponierende Zahlen, die die Größe dieses Sozialwerkes vor aller Welt anschaulich belegten. Das Erfreulichste wohl ist, daß der 1. Opfersonntag in diesem Jahre, der 14. September, mehr als 23 Millionen Reichsmark erbrachte und damit eine Steigerung um mehr als 24% gegenüber dem Vorjahre ausmachte.

Dem Führer wurde im Sportpalast ein stürmischer, jubelnder Empfang bereitet. Die ersten Worte seiner Rede waren ein Bekenntnis zur Front. Er eröffnete dabei zugleich der Nation die Tatsache, daß seit 48 Stunden neue militärische Operationen in Gang gesetzt wurden von einem Ausmaß, wie sie die Welt bisher noch niemals gesehen hat. Der Feldherr sprach, seines Sieges sicher. Im weiteren Verlauf seiner Rede, in der jede Minute das ungeheure Ringen unserer Soldaten vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer gegenwärtig war, enthüllte der Führer das ganze gigantische Ausmaß der bolschewistischen Gefahr, einer Gefahr, von der wir keine Ahnung gehabt hätten, so daß Deutschland und Europa haarscharf an der Vernichtung vorbeigekommen sind. „Ich spreche das erst heute aus, weil ich heute sagen darf, daß dieser

92 Gegner bereits gebrochen ist und sich nie mehr erheben wird.“ Tiefen Eindruck hinterließ bei seinen Hörern wiederum die Erkenntnis, daß zu ihnen ein Mann sprach, der den Krieg nicht gewollt hat, der ihn nie gebraucht hätte, um sein hohes Ziel zu erreichen, der ihn aber seit der Stunde seiner Unabwendbarkeit im vollen Bewußtsein seiner persönlichen und historischen Verantwortung annahm und führte. So zeichnete der Führer noch einmal in großen Zügen die Vorgeschichte des Krieges, in der von seiner Seite alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung der europäischen Probleme erschöpft worden sind. Er fand für den deutschen Soldaten Worte heißen Dankes und vermittelte der Heimat einen Überblick in die gewaltige Arbeit, die hinter der Front heute schon geleistet wird. Zum Schluß richtete Adolf Hitler den Blick der Nation auf die noch in der Zukunft liegende siegreiche Beendigung des Krieges: „Wenn dieser Krieg“, so sagte er, „zu Ende sein wird, dann werde ich aus ihm zurückkehren als ein noch fanatischerer Nationalsozialist, als ich es früher war... Ich werde aus diesem Kriege einst zurückkehren wieder mit meinem alten Parteiprogramm, dessen Erfüllung mir jetzt noch wichtiger erscheint als vielleicht am ersten Tage.“ Diese Rede des Führers hinterließ im deutschen Volke tiefsten Eindruck, sie wirkte in Tagen und Wochen nach, zumal schon wenige Stunden danach die ersten Erfolge jener Operationen offenbar wurden, von denen der Führer am Anfang seiner Ausführungen gesprochen hatte. Es ist aber auch kein Zweifel, daß Europa den Führer verstanden hat. In den Kommentaren der italienischen, japanischen, ungarischen, rumänischen, finnischen und slowakischen, ja sogar aus der französischen Presse ging hervor, daß die Völker des Kontinents das Gemeinsame dieses Verteidigungskampfes zutiefst empfinden. In all diesen Ländern sah man in des Führers Worten den Ausdruck der Kraft und der unerschütterlichen Siegeszuversicht, die das deutsche Volk beherrschen. Die Blätter unterstreichen insbesondere die Stellen der Führerrede, in denen die Überzeugung des siegreichen Feldherrn zum Ausdruck kam, daß die Gefahr des Bolschewismus von Europa nunmehr endgültig gebannt sei.

Der Rede folgte, wie immer beim Führer, die vollbrachte Tat: Am 8. Oktober gab das Oberkommando der Wehrmacht aus dem Führerhauptquartier bekannt, daß in der Ukraine die Angriffs- und Verfolgungsoperationen im Flusse seien und der am 2. Oktober eingeleitete Durchbruch in der Mitte der Ostfront zu einer neuen Folge gewaltiger Vernichtungsschlachten geführt habe. Allein im Raum von Wjasma seien mehrere sowjetische Armeen eingeschlossen. Am 9. Oktober meldete das Oberkommando einen weiteren Erfolg: die Einkesselung von drei weiteren bolschewistischen Armeen bei Brjansk, die

93 ebenfalls ihrer Vernichtung entgegengehen würden. Marschall Timoschenko habe damit die letzten vollkampffähigen Armeen der sowjetischen Gesamtfront geopfert.

Am gleichen Tage veröffentlichte die deutsche Presse einen Tagesbefehl des Führers vom 2. Oktober (siehe Seite 74), in dem der Führer die Soldaten der Ostfront zur letzten Entscheidungsschlacht dieses Jahres aufgefordert hatte. Zwei Erkenntnisse unterstrich der Führer in diesem Aufruf: 1. Daß dieser Gegner sich für seinen Angriff militärisch in einem so enormen Ausmaß gerüstet habe, daß die stärksten Befürchtungen noch übertroffen worden seien, 2. Gnade Gott unserem Volk und der gesamten europäischen Welt, wenn dieser barbarische Feind seine Zehntausende von Panzern vor uns in Bewegung hätte setzen können. Ganz Europa wäre verloren gewesen. Denn dieser Feind bestehe nicht aus Soldaten, sondern zum großen Teil nur aus Bestien. Vor seinen Soldaten, die den Bolschewismus mit eigenen Augen gesehen haben, weist der Führer auf die Träger dieses Systems hin: es seien Juden und nur Juden. Der Aufruf schließt mit einer Bitte an den Herrgott, er möge den deutschen Armeen den Sieg verleihen, die wichtigste Voraussetzung für den Frieden.

Am gleichen Tage, am 9. Oktober, sprach Reichspressechef Dr. Dietrich vor der Pressekonferenz der Reichsregierung über die Bedeutung der angelaufenen, gigantischen Operationen. Die Ausführungen des Reichspressechefs gipfelten in der Feststellung, daß mit der Zertrümmerung der Heeresgruppe Timoschenko — nachdem Woroschilow in Leningrad eingeschlossen und Budjenny im Süden vernichtend geschlagen wurde — der Feldzug im Osten entschieden sei. Damit ist sehr klar gesagt, daß weder der Krieg beendet noch der Ostfeldzug zu Ende ist, wohl aber, daß dem Feinde das Rückgrat gebrochen ist.

Es bleibt nun noch chronologisch zu verzeichnen, wie die Vernichtung des Gegners vor sich ging: Am 14. meldete das OKW, daß die Feindkräfte im Raum von Wjasma vernichtet seien. Die Gefangenenzahl betrug mehr als 500 000, die Gesamtzahl aller seit Beginn des Ostfeldzuges eingebrachten sowjetischen Gefangenen hatte zu diesem Zeitpunkt die Höhe von 3 Millionen weit überschritten. Am 18. berichtete das OKW, daß auch die Schlacht von Brjansk siegreich beendet sei. 648 000 Gefangene wurden dabei gemacht, unübersehbares Kriegsmaterial fiel in deutsche Hand. Man rechnet, daß bis zum 24. Oktober 260 sowjetische Divisionen, darunter 226 Schützendivisionen, ferner 40 Panzerdivisionen und zahlreiche andere Einheiten aus dem Felde geschlagen wurden, d. h. vernichtet oder gefangen sind.

Auch an der Südfront reihte sich ein Erfolg an den anderen: Am 16. Oktober haben die rumänischen Truppen Odessa eingenommen. Wenige Tage darauf näherte sich der deutsche Vorstoß dem

94 Donezbecken, einem der wichtigsten Rüstungs- und Wirtschaftszentren der Sowjetunion. Am 24. Oktober wurde Charkow genommen. Am 29. berichtete das OKW, daß in hartnäckigen Kämpfen Infanteriedivisionen im Zusammenwirken mit Verbänden der Luftwaffe den Zugang zur Halbinsel Krim erzwungen hätten. Im Zusammenhang mit diesen Operationen wurden die sowjetischen Seestreitkräfte im Schwarzen Meer hart bedrängt.

An der Nordfront brachte auch das Monatsende abschließende Erfolge: Am 21. gab das Oberkommando der Wehrmacht bekannt, daß die Insel D a g ö genommen sei. Damit waren alle baltischen Inseln in deutscher Hand und der gesamte baltische Raum vom Feinde befreit. Ein Abschlußbericht über die Operationen der hier kämpfenden Heeresgruppe Leeb nannte neben den operativen und strategischen Erfolgen die Zahl von 300000 Gefangenen.

Während dieser weltgeschichtlich bedeutsamen Kämpfe im Osten wurde der Kampf gegen die britische Insel mit unverminderter Härte fortgeführt. Die Versenkungsziffer für den Monat September, am 3. Oktober veröffentlicht, beträgt 700 000 Bruttoregistertonnen. Damit haben die feindlichen Handelsschiffsverluste die Gesamtziffer von fast 13,8 Millionen BRT erreicht. Auch im Oktober selbst führte die Kriegsmarine und die Luftwaffe harte Schläge gegen Englands Versorgungsschiffahrt. Eine Sondermeldung vom 18. Oktober berichtet, daß ein von USA nach England fahrender Geleitzug von deutschen U-Booten gefaßt wurde, die 10 feindliche Handelsschiffe, darunter drei vollbeladene Tanker, mit zusammen 60 000 BRT herauschossen. Am 23. versanken wiederum vier feindliche Schiffe mit zusammen 32 000 BRT in den Fluten, unter ihnen war der 14 000 BRT große britische Truppentransporter „Aurania“. Am 29. Oktober wurde schließlich wiederum ein Geleitzug, diesmal auf der Gibraltar-Route, vernichtet. 27 000 Bruttoregistertonnen sowie einen Zerstörer verlor die englische Marine.

Das Echo der großen Ereignisse an der Ostfront nahm sich in russischer oder englischer Sprache zumeist sehr sonderbar aus, stimmte jedenfalls nie mit der Wirklichkeit überein. Moskau, London und Neuyork setzten täglich über den Gang der Operationen die haarsträubendsten Lügen in die Welt. Aber die Welt hat sich längst an die Zuverlässigkeit der OKW-Berichte und der Nachrichten sowohl der deutschen Presse als auch des deutschen Rundfunks gewöhnt, deren Zuverlässigkeit und Wahrheitstreue bisher niemand in der Welt erschüttern konnte.

So fühlte man auch in anderen Ländern instinktiv, daß gerade das deutsche Pressewesen in hervorragendem Maße Ausdruck einer neuen Geisteshaltung darstellt. Dies ist wohl auch der Grund,

95 weshalb immer wieder Pressedelegationen aus anderen Staaten nach Deutschland kommen. Am 17. Oktober weilten unter Führung des bulgarischen Pressechefs, Gesandten Dr. Nikolaeff, bulgarische Journalisten in Deutschland.

Auf Einladung des Führers weilte am 21. Oktober der slowakische Staatspräsident, Dr. T i s o, und der slowakische Ministerpräsident, Dr. T u k a, in deren Begleitung sich u. a. Innenminister Sano Mach und der Verteidigungsminister General Catlos sowie der slowakische Gesandte in Berlin, Cernak, und der deutsche Gesandte in Preßburg, Ludin, befanden, zu einem Besuch im Führerhauptquartier. Die politischen und militärischen Besprechungen beim Führer verliefen im Geiste der herzlichen Freundschaft zwischen den beiden Völkern und standen im Zeichen der Waffenbrüderschaft, die durch

den Kampf deutscher und slowakischer Truppen gegen den gemeinsamen bolschewistischen Feind erneut ihre Bewährung findet. Die slowakischen Staatsmänner besuchten auch das Hauptquartier des Reichsmarschalls und des Oberbefehlshabers des Heeres.

Der Chef des Generalstabes der italienischen Luftwaffe, Unterstaatssekretär Generaloberst P r i c o l o, besuchte in der Zeit vom 30. September bis 8. Oktober auf Einladung des Reichsmarschalls das Hauptquartier der deutschen Luftwaffe und unternahm von dort aus eine Inspektionsreise zu den italienischen Einheiten an der Ostfront. In den Gesprächen zwischen den Oberbefehlshabern der deutschen und der italienischen Luftwaffe wurden alle wichtigen Probleme erörtert, die die Luftstreitkräfte der Achse interessieren.

Zu einer erneuten Bestätigung der deutsch-italienischen Freundschaft wurde eine Kundgebung der Deutsch-Italienischen Gesellschaft im Haus der Flieger am 28. Oktober, die damit in ein neues Arbeitsjahr eintrat. Der Führer hatte dem Präsidenten der Gesellschaft, Reichssportführer von Tschäm in er und Osten, die besten Wünsche für eine erfolgreiche Tätigkeit der Gesellschaft übermittelt. Nachdem Präsident von Tschammer und Osten das gemeinsame Streben beider Völker gewürdigt hatte, hielt der Militärattache an der Königlich Italienischen Botschaft in Berlin, Generalleutnant M a r r a s, einen Vortrag über „Die militärische Geschichte Italiens in den letzten 30 Jahren“. Der Vortrag klang aus in einem Gelöbnis zum gemeinsamen Kampf bis zum Endsieg. — Am Vortage des Dia de la Raza wurde in feierlicher Form das neue Gebäude des Ibero-Amerikanischen Instituts in Berlin-Lankwitz eingeweiht. In dem großen Saal der einstigen Siemens-Villa versammelten sich die Vertreter von Staat, Partei, Wehrmacht, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam mit den Botschaftern Spaniens und Chiles, den Gesandten von Portugal und den Geschäftsträgern und Mitgliedern der Missionen Ibero-Amerikas. Der

96 Präsident des Instituts, Botschafter a. D. General F a u p e l, sprach den anwesenden Diplomaten seine Glückwünsche zum Dia de la Raza aus. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Atlantische Ozean sich in Zukunft wieder als verbindende Brücke zwischen den Ländern Ibero-Amerikas und dem europäischen Kontinent erweisen möge. Die ibero-amerikanische Kultur werde in dem neuen Hause wie bisher in dem alten und längst zu eng gewordenen Institut jedes Verständnis und treueste Pflege finden. — In Fortsetzung einer ersten deutsch-französischen energiewirtschaftlichen Tagung in Paris im Juli dieses Jahres hat der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Reichsminister Dr. T o d t, auf Vorschlag des Militärbefehlshabers in Frankreich eine Gruppe französischer Ingenieure aus der Elektrizitäts- und Bauwirtschaft nach Deutschland eingeladen. Die französischen Ingenieure weilten vom 13. bis 18. Oktober zu einer Vortragsveranstaltung in Freiburg im Breisgau, um anschließend eine Studienfahrt zu südwestdeutschen Wasserkraftanlagen zu unternehmen. Deutsche Ingenieure von Elektrizitätsversorgungsunternehmen von Wasserwirtschaftsverbänden und Baugesellschaften nahmen an den Besprechungen teil, um Erfahrungen über den Ausbau von Wasserkraften auszutauschen. Gleichfalls wurden erneut Fragen eines deutsch-französischen Höchstspannungs-Verbundbetriebes erörtert, nachdem in der Zwischenzeit die wesentlichen Voraussetzungen zur Aufnahme eines derartigen Betriebes geklärt werden konnten.

Der Präsident der Stiftung deutsches Auslandswerk, Dr. Hans Friedrich B I u n c k, hat auf eigenen Wunsch wegen Arbeitsüberlastung sein Amt niedergelegt. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda und der Reichsminister des Auswärtigen haben daraufhin SS-Obergruppenführer Lorenz zum Präsidenten und Dr. Blunck in Anerkennung seiner Verdienste zum Ehrenpräsidenten der Stiftung ernannt. Dr. Blunck wird sich auch weiterhin an den Aufgaben des deutschen Auslandswerks beteiligen.

In der Zeit vom 7. bis 12. Oktober fand in Berlin im Gästehaus der Reichsfrauenführung ein internationales Frauentreffen statt. Vertreterinnen aus 14 Staaten versammelten sich hier, um eine Aussprache über die im Augenblick wichtigen Frauenfragen herbeizuführen und um sich kennen und verstehen zu lernen. Bedeutsame Referate hielten auf dieser Tagung die Gattin des japanischen Botschafters, Frau O s h i m a, die spanische Frauenführerin, Pilar P r i m o d e R i v e r a, für Italien Marchesa Olga M e d i c i und für Finnland Frau Helle K a n n i l a, Präsidentin des Verbandes nationalfinnischer Frauen, und die Präsidentin der Lotta-Bewegung, Frau Fanny Luukkonen.

Ihrer Aufgabe, das Volk zu führen und die Probleme der Gegenwart in aller Offenheit zu erörtern, hat

97 sich die Partei auch im Monat Oktober mit Gewissenhaftigkeit unterzogen. Im Bewußtsein, daß der kommende Winter harte Anforderungen an die geistigen und physischen Kräfte des deutschen Volkes stellen werde, hat die NSDAP, in fast allen Gauen größere Versammlungsaktionen eingeleitet. Der

Gau Berlin führte vom 5. bis 19. Oktober eine Versammlungswelle durch. Der Kreis IV des Gaues Berlin veranstaltete am 31. Oktober eine Großkundgebung im Sportpalast, auf der Reichshauptamtsleiter Wächter sprach. Er stellte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die Forderung, alles Trennende auszuschalten und die Volksgemeinschaft noch enger zusammenzuschließen. Gegenüber den Strapazen und den Opfern der Soldaten an der Front sei alles, was die Heimat an Erschwerung und Entbehrung zu ertragen hätte, ein Nichts. Alle Einschränkungen, die wir auf uns nehmen müßten, seien notwendig im Dienste des Sieges. Am Ende stünde das Ziel: Deutschlands Sieg — Brot und Freiheit für unser Volk und Europa.

Reichsminister Dr. Goebbels sprach am 15. Oktober auf einem Appell der Berliner SA-Führerschaft im Kriegervereinshaus. Der Feind habe es allmählich erfahren müssen, so sagte der Minister, daß das Reich sowohl militärisch als auch wirtschaftlich unangreifbar geworden sei. Daher unternehme er in seiner letzten Verzweiflung einen hoffnungslosen Ansturm auf die Seele des deutschen Volkes. Es entspringe daher einem Gebot der Selbstdisziplin und der Selbsterhaltung, wenn die nationalsozialistische Staatsführung das deutsche Volk abschirme gegen das Gift, das die Feindpropaganda ständig der Nation in ihrer Gesamtheit einzuimpfen versuche. Die Partei sei heute das stets wache Gewissen unseres Volkes, ihre vornehmste Aufgabe bestehe darin, die Heimat stark zu machen in ihrem opferbereiten Einsatz für den Sieg. — Reichsminister Dr. Goebbels sprach auch am 6. Oktober in zwei Großkundgebungen der NSDAP, in Saarbrücken und Metz. Der Minister würdigte zu Beginn seiner Rede in Saarbrücken die tapfere Haltung der Bevölkerung dieser Stadt, einer Stadt, die im ersten Kriegsjahre am meisten habe leiden müssen. Er gab sodann ein großzügiges Bild des gegenwärtigen deutschen Schicksalskampfes. Er schloß mit der Aufforderung, daß der Vernichtungswille unserer Gegner an zwei unüberwindlichen Fronten zerbrechen müsse: an der tapfersten und bestgerüsteten Wehrmacht der Welt und an der unermüdlich schaffenden Heimat, die alle Kräfte auf den Sieg konzentriere und bereit sei, jedes Opfer dafür zu bringen. In Metz erinnerte Dr. Goebbels an die wechselvolle Geschichte dieser Stadt, die im Wandel der Jahrhunderte immer Gegenstand blutigen Streits gewesen sei. Nun aber sei sie endlich heimgekehrt in den Schoß eines mächtigen Reiches, das als führende Macht Europas auch Metz die Möglichkeit einer großen Entwicklung erschließe.

98 Auch in Sachsen wurde gegen Ende des Monats eine Versammlungswelle unter der Losung „Wo Adolf Hitler führt, ist der Sieg“ durchgeführt. Machtvoller Auftakt dieser Aktion war eine Großkundgebung in Dresden, bei der Reichsinnenminister Dr. Frick zu 5000 Dresdnern sprach.

Einen Gedenktag, der die Erinnerung an ein entscheidendes Datum der Parteigeschichte weckte, beging der Gau Berlin der NSDAP am 27. Oktober: Vor 15 Jahren wurde an diesem Tage Dr. Goebbels vom Führer in die Reichshauptstadt gerufen, um die Leitung des Gaues Berlin zu übernehmen. Gauleiter Dr. Goebbels wandte sich an diesem Erinnerungstage rückblickend an seine Berliner, um ihnen Dank zu sagen für alle Beweise der Anhänglichkeit und Gefolgschaftstreue, die sie ihm in guten und schlechten Tagen stets entgegengebracht hätten. Daneben sprach er der gesamten Berliner Bevölkerung Worte der Anerkennung aus für die tadellose Haltung, die sie besonders in den zwei Kriegsjahren gezeigt hätten. Der Artikel des Ministers, der in allen Berliner Zeitungen erschien, ist ein warmes Bekenntnis zu dieser so viel geschmähten Stadt und ihren so oft verkannten Bewohnern.

Am 18. Oktober erfolgte in Würzburg in Gegenwart des Reichsstudentenführers die feierliche Neugründung des Nationalsozialistischen Altherrenbundes. Am 1. Oktober war der NS-Altherrenbund vermögensrechtlich aus der Reichskassenverwaltung des NSD-Studentenbundes ausgegliedert worden und hatte seine eigene Verwaltung bekommen. Der Leiter der Parteikanzlei hat den weltanschaulichen Erziehungsauftrag des Studentenbundes auch auf den NS-Altherrenbund ausgedehnt und damit engste politische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hoch- und Fachschule ermöglicht. Der Reichsschatzmeister nahm die Vermögensselbstverwaltung des Bundes in seinen Schutz und die Reichsorganisationsleitung hat die zur weiteren festen Verankerung in der Bewegung notwendigen Organisationsmaßnahmen verfügt.

Bei Abschluß der Semesterferien hat der Reichsstudentenführer dem Führer Meldung erstattet über den Kriegseinsatz der deutschen Studentenschaft. Demnach sind 26000 Studentinnen und Studenten für 10 Wochen im Großeinsatz der Rüstungsindustrie verpflichtet gewesen. Der Führer hat den Reichsstudentenführer gebeten, den Studenten und Studentinnen seinen Dank zu übermitteln.

Reichsarbeitsführer Hierl versammelte am 15. Oktober seine ältesten Mitarbeiter aus dem ganzen Reich zu einem Erinnerungstag an den 15. Oktober 19ö1, an dem mit der Schaffung des „Vereins zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte“ der Grundstein zu dem heutigen gewaltigen Instrument des Reichsarbeitsdienstes gelegt wurde. Bei dieser Gelegenheit konnte Reichsarbeitsführer Hierl den

99 dienstältesten 38 Arbeitsführern, darunter zwei Generaloberarbeitsführern und vier Generalarbeitsführern, als Zeichen der Anerkennung und des Dankes im Auftrag des Führers ein Bild des Führers mit dessen eigenhändiger Unterschrift überreichen. Der Reichsminister des Innern Dr. F r i c k empfing diesen Kreis der Arbeitsführer am gleichen Tage. Er dankte ihnen für ihren unermüdlichen und beispielhaften Einsatz.

Der 13. Oktober war ein Ehrentag unserer Verwundeten. Reichsminister Dr. Goebbels empfing an diesem Tage eine größere Anzahl von ihnen und lud sie anschließend zu einem Mittagessen in die blaue Schinkelgalerie seines Ministeriums ein. Der Minister widmete sich den ganzen Tag seinen Gästen und sprach am Nachmittag bei der 300. Veranstaltung der Berliner Künstlerfahrt im Kuppelsaal des Reichssportfeldes zu den Verwundeten. 2000 Verwundete hatten sich hier eingefunden, um ein erlesenes künstlerisches und kabarettistisches Programm zu sehen. Mit Worten tiefsten Dankes hatte der Minister zu Beginn der Veranstaltung des Heldentums und der übermenschlichen Leistungen unserer gegen den Bolschewismus kämpfenden Soldaten gedacht. Diesen tapferen Männern gehöre die ganze Liebe der Heimat, die sich erst recht offenbare, wenn es darum gehe, die Verwundeten zu umsorgen und zu betreuen. Der nationalsozialistische Staat betrachte es als seine Ehrenpflicht, für die Zukunft der Verwundeten in der großzügigsten Weise zu sorgen. Im Gegensatz zu den hohlen Phrasen, mit denen vielfach in der Zeit der Republik die Verwundeten getröstet worden seien, indem man ihnen versicherte, „der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß“, werde sich die heutige Führung des Staates in praktischer Fürsorge für unsere Verwundeten betätigen. Verwundete, denen eine Fortführung ihres bisherigen Berufes nicht möglich sei, würden in besonderen Lehrgängen und Instituten auf einen neuen Beruf vorbereitet werden. Die wenigen jedoch, die keinerlei Beruf mehr ausüben könnten, würden als Ehrenpensionäre der Nation für dauernd in die Obhut des Staates genommen. An der Veranstaltung nahmen neben Reichssportführer von Tschammer und Osten Generaloberstabsarzt Käfer, Generalleutnant Reinecke, der Königlich Italienische Botschafter Alfieri sowie der Königlich Bulgarische Gesandte Draganoff teil.

Der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe hat anfangs des Monats Veranlassung genommen, einen Erlaß herauszugeben, der die Pflicht zur Hilfeleistung bei Luftangriffen genau umschreibt. Demnach können bei Gefahr im Verzuge die ordentlichen Polizeibehörden und die polizeilich herangezogenen Werkluftschutzleiter, Betriebsluftschutzleiter und Luftschutzwarte alle in ihrem Zuständigkeitsbereich Anwesenden zur vorübergehenden Hilfeleistung heranziehen. Wer sich

100 fahrlässig oder böswillig aus der Schutzgemeinschaft ausschließt, kann empfindlich bestraft werden.

Am 17. Oktober wurde in Prag in feierlicher Weise ein Staatsakt vollzogen, der weit über die Grenzen des Protektorats hinaus als ein Markstein in der Entwicklung des deutschen Kulturlebens von bleibender Bedeutung sein wird. Das einst als deutsche Kulturstätte geschaffene, durch das ehemalige tschechische Regime enteignete Rudolphinum, das bis zum Jahre 1938 als Parlamentsgebäude verwendet wurde, ist seiner ursprünglichen Zweckbestimmung zurückgegeben worden. In Gegenwart zahlreicher Ehrengäste gab der stellvertretende Reichsprotektor, SS-Obergruppenführer Heydrich, dieses Haus seiner ursprünglichen Bestimmung zurück: der Durchführung deutscher Konzertveranstaltungen. Nachdem der erkrankte Reichsprotektor Freiherr von Neurath am 11. April 1940 eine bauliche Erneuerung dieses Hauses angeordnet hat, entspricht das Rudolphinum nunmehr in geradezu idealer Weise den an dieses Haus gestellten Anforderungen. Bei dem festlichen Staatsakt schilderte SS-Obergruppenführer Heydrich den Werdegang und die Geschichte des Rudolphinums, um es schließlich dem Führer Adolf Hitler als dem größten Künstler und Gestalter unserer Gegenwart zu weihen.

Zum Abschluß des diesjährigen studentischen Facheinsatzes Ost fand in der Reichsuniversität Posen am 6. Oktober ein Empfang statt, bei dem ein Bild von der Bedeutung des studentischen Siedlungs- und Facheinsatzes gegeben wurde. Der Leiter des Presseamtes der Reichsstudentenführung, Dr. W o l f f, wies bei dieser Veranstaltung darauf hin, daß das junge Akademikertum in der gesamten Berufsausbildung systematisch nach dem Osten ausgerichtet werden müsse. Seit Beginn des Siedlungseinsatzes seien rund 4000 Studierende nach dem Osten gekommen. Seit 1936 seien es bisher 60 000 Studierende gewesen, die in der praktischen Ostarbeit tätig waren. Als letzte große Aufgabe des studentischen Facheinsatzes Ost habe sich der Leistungskampf im Interesse der städtebaulichen Neugestaltung des Ostens herausgebildet. Eine kleine Ausstellung gab ein eindrucksvolles Bild von den bisher geleisteten wertvollen Arbeiten im Interesse des künftigen Wiederaufbaus.

Am 28. Oktober wurde im Rahmen des wartheländischen Freiheitstages in Posen der Clausewitz-Preis durch Gauleiter und Reichsstatthalter Arthur Greiser verliehen. Die in diesem Preis ausgeworfenen Geldmittel sollen den Trägern gestatten, im Warthegau Grund und Boden zu erwerben, um so ihr

Leben und das ihrer Familien fest mit diesem heißumstrittenen Ostgau zu verbinden. Er ist in diesem Jahre auf 20000 Mark festgesetzt worden und gelangt in die Hände solcher Männer, die durch ihren persönlichen

101 Einsatz und durch ihr Wirken entscheidend zur Förderung und Stärkung des Wehrwillens und der Wehrkraft des deutschen Volkes beigetragen haben. Der diesjährige Preis wird geteilt, ihn erhalten zu gleichen Teilen Sturmann Fritz Christen, ein verdienter Ritterkreuzträger aus Pommern, und der Schriftsteller und Dichter Ehrhard Witteck, der in dem wartheländischen Städtchen Wrongrowitz geboren ist. Die bekanntesten seiner Werke sind sein Kriegsbuch „Durchbruch anno 18“ und sein Buch „Männer“, das mit einem starken Bekenntnis des Dichters zu dem Land an der Warthe ausklingt.

Am 26. Oktober vollendete das Generalgouvernement das 2. Jahr seines Bestehens. In den vergangenen Monaten hat es als Aufmarschgebiet des zum Kampf gegen den Weltfeind Bolschewismus an-tretenden deutschen Heeres eine Aufgabe von wahrhaft geschichtlicher Bedeutung erfüllt. War das erste Jahr des Generalgouvernements dem Ausbau des deutschen Führungsapparates und den Haupterfordernissen des schnell vorwärtsgetriebenen Aufbaus gewidmet, so stellt das Jahr 1941 die wichtige Epoche der Konsolidierung und der Bewährung des Geschaffenen dar. Die gewaltige Summe der Arbeit, die die Deutschen im Generalgouvernement mitten im Kriege im Aufbau des durch den Krieg zerstörten Gebietes geleistet haben, erhielt ihre schönste Anerkennung dadurch, daß das erste durch die deutsche Wehrmacht von den Bolschewisten befreite Gebiet im Osten, der Distrikt G a l i z i e n dem Generalgouvernement eingegliedert wurde. Damit umfaßt das Generalgouvernement auf 150 000 qkm eine Bevölkerung von etwa 17 Millionen Menschen. Am Sonntag, dem 26. Oktober, stand Krakau im Zeichen nationalsozialistischer Flaggen. An den Feiern nahmen Reichsminister Dr. Seyß-Inquart und Staatssekretär Gutterer vom Propagandaministerium, der bei der Eröffnung der Ausstellung „Kampf im Osten“ die Festrede hielt, teil. Es gelte, so führte er aus, in den deutschen Schicksalsraum im Osten nicht die Schlechten, sondern die Besten zu schicken. Die Stärke der Grenzräume sichere die Kraftzentren des Kerns, und es sei nicht nur eine geistige, sondern in vielen Fällen auch eine organisatorische Frage, den Ostraum geistig und kulturell so stark zu machen, daß er ein für allemal gegen jedes Abgleiten und Zerflattern geschützt und gesichert wird. Es blieb dem größten Sohn der deutschen Ostmark, Adolf Hitler, vorbehalten, den deutschen Ostkampf und den deutschen Kolonisationsgedanken zum tragenden Reichsgedanken schlechthin und damit zum deutschen Schicksal zu machen. Den Höhepunkt der 2-Jahres-Feier des Generalgouvernements bildete ein Staatsakt auf der Burg. Dabei stellte Generalgouverneur Dr. Frank fest, daß man heute auf allen Gebieten einen Aufstieg feststellen könne, der zu den großartigsten Hoffnungen berechtige. Das Generalgouvernement sei nunmehr nach der

102 Unterstellung unter die deutsche Führung dazu berufen, alle früheren Vorurteile über Ostarbeit und Osteinsatz zu beseitigen. Mit der Einbeziehung des Distrikts Galizien habe das Generalgouvernement am 1. August eine Verkehrs- und ernährungsmäßig sowie der Wirtschaftsstruktur nach außerordentlich zukunftsreiche Erweiterung erfahren. Das Generalgouvernement hat in diesen beiden Jahren, das ging aus allen Rückblicken hervor, vorbildliche Arbeit geleistet. Es ist zugleich eine harte Schule für alle diejenigen gewesen, die ihre Osterfahrung nun in weiteren östlichen Gebieten einsetzen können.

Am 13. Oktober hat die 29. deutsche Ostmesse in Königsberg ihre Pforten geöffnet. Seit je hat sich die Königsberger Messe die Aufgabe gestellt, der deutschen Wirtschaft den europäischen Osten zu erschließen und die so lange vom Reich geographisch getrennte Provinz an die Wirtschaft des Reiches zu binden. Aus der diesjährigen Messe, die ein eindrucksvolles Bild auch der ostpreußischen Wirtschaft vermittelte, konnte man die strukturelle Wandlung der Wirtschaft dieser Provinz erkennen, die sich immer mehr von der reinen Landwirtschaft zu einer gesunden Mischung von agrarischem und industriellem Charakter wandelt. Ein besonderer Teil der Ausstellung gab an Hand von realistischen Darstellungen und Modellen einen Einblick in die sowjetische Landwirtschaft. Sie zeigte, wie der ungeheure und unfruchtbar arbeitende Apparat der Verwaltung und Organisation den Lebensstandard des Kolchosbauern herabgedrückt hat und wie wenig bei diesem System aus dem Boden herausgeholt wurde, obwohl in den kollektivierten Betrieben der Theorie nach alle modernen Hilfsmittel zur Verfügung standen. Vergleichszahlen mögen dies belegen. Der Ernteertrag je Hektar bei Weizen stellte sich im Durchschnitt der letzten Jahre in Sowjetrußland auf 7,3 dz, in Deutschland auf 21,2 dz, bei Roggen wird der Ernteertrag in Deutschland mit 17,2 dz, in Sowjetrußland mit 8,7 dz angegeben. Diese Zahlen mögen ahnen lassen, welche Möglichkeiten im Ostraum für die Ernährung Europas liegen. Bei der Eröffnungsfeier der Messe sprach der Reichswirtschaftsminister, Reichsbankpräsident Walther Funk. Er entwickelte großzügige Gedanken für eine politische und wirtschaftliche Neugestaltung des osteu-

ropäischen Raumes. Durch die Gewinnung eines unermeßlichen Hinterlandes eröffne sich für die ostdeutsche Wirtschaft, nicht zuletzt für die Ostpreußens und Königsbergs, eine große Zukunft. Als vorrangigste Aufgabe betrachtete es der Minister, die im wesentlichen agrarische Produktion der baltischen Länder der Ernährungswirtschaft des Reiches dienstbar und nach der Beseitigung der katastrophalen wirtschaftlichen Desorganisation der ehemals russischen Gebiete auch diese der Ernährung Europas nutzbar zu machen. Auch die Werte und

103 Kräfte des weiten rohstoffreichen Gebietes gelte es für unser Kriegspotential auszunutzen. Aus all dem ergibt sich, daß der europäische Kontinent nach dem Siege der deutschen Waffen eine weitgehende, in sich geschlossene Ergänzung finden kann. Als Ziele stellte Reichsminister Funk heraus: Wir wollen einmal das System des plutokratischen Imperialismus zerbrechen und den internationalen Handel zu einem sauberen Instrument gegenseitiger Wirtschaftsförderung neugestalten. Wir wollen weiterhin, daß der Schwerpunkt des Europahandels, vor allem in den Ernährungsgrundstoffen und den lebenswichtigen Rohstoffen im europäischen Machtbereich bleibt. Denn künftige Kriege werden am sichersten dadurch unterbunden, daß wirtschaftliche Kampfmaßnahmen keine Aussicht auf Erfolg mehr bieten.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz R e i n h a r d t, hat am Vorabend des Nationalen Spartages im Rundfunk eine Rede gehalten, in der er auf eine gegen Ende des Monats erscheinende Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung hinwies, die ein steuerfreies „Eisernes Sparen“ ermögliche. Es sei Pflicht, so sagte er, für jeden Volksgenossen, seinen privaten Bedarf an Gütern und Leistungen auf das unbedingt Erforderliche einzuschränken, der Verzicht der Heimat sei aber die Voraussetzung für eine fortgesetzte Steigerung der Schlagkraft unserer Wehrmacht an der Front. Jeder müsse daher bestrebt sein, den größtmöglichen Teil seines Einkommens für die Zeit nach Beendigung des Krieges zurückzulegen. Es sei ein Gebot der Stunde, zumindest einen Teil der vereinnahmten Gelder zur Sparkasse oder zur Bank zu bringen. Dieses Sparen solle nunmehr belohnt werden durch einen spürbaren Steuernachlaß. Voraussetzung für diese Belohnung aber ist, daß der Lohn- und Gehaltsempfänger für die Dauer des Krieges darauf verzichtet, das Sparguthaben zu kündigen. Sparkonten solcher Art sind eiserne Sparkonten. Durch diese Maßnahme erwartet der Staat eine Einsparung von etwa 4 bis 5 Milliarden Reichsmark. Zum Vergleich sei bemerkt, daß sich die Sparkasseneinlagen bei Kriegsbeginn auf etwa 19 bis 20 Milliarden stellten, sie betragen jetzt etwa 35 Milliarden Reichsmark, so daß der hier sichtbare Sparbetrag bisher jährlich rund 7 Milliarden beträgt. Um diese Summen ist die Kaufkraft gebunden worden und soll in Zukunft durch die neue Maßnahme noch stärker festgelegt werden. Die Wirkung des eisernen Sparens liegt also auf warenmarktpolitischen und preispolitischen Gebiet. Die Verordnung sieht die Anlage von Sparkonten vor, die nach Beendigung des Krieges mit 12monatiger *Frist* gekündigt werden können. Der Staatssekretär unterstrich ausdrücklich die Sicherheit dieser Sparguthaben, sie würden dem Sparer niemals irgendwelchen Nachteil, sondern nur Nutzen bringen.

104 Am 15. Oktober wurde die neue, die dritte Reichskleiderkarte verteilt. Sie enthält 120 Punkte, ihre Geltungsdauer läuft bis zum Dezember 1942. Die Kürzung ist das Ergebnis einer sehr sorgfältigen Bilanz der gesamten zivilen Versorgung, die selbstverständlich den ungeheuren Ansprüchen der Wehrmacht gegenüber zurückzustehen hat. Einmal ist die Rohstoffdecke in mancher Hinsicht knapper geworden, vor allem in Baumwolle und Wolle. Und zweitens sind die Fabriken so häufig „durchgekämmt“ worden, daß für die zivile Produktion nur noch eine beschränkte Zahl von Arbeitskräften zur Verfügung steht.

In Franzensbad, dem berühmten Moorbad im Sudetenland, wurde am 16. Oktober eine neue Forschungsstätte der deutschen Bäderwissenschaft, das „Moorforschungsinstitut für das deutsche Bäderwesen“ feierlich eröffnet. Dieses neue Institut schließt eine Lücke in der großangelegten wissenschaftlichen Arbeit, die in den Jahren seit 1933 in Deutschland so planmäßig vorwärtsgetrieben wurde, daß wir heute in der Balneologie unbestreitbar den ersten Platz in der Welt einnehmen. Die Eröffnungsfeier fand statt in Gegenwart von Staatssekretär Esser und Gauleiter Henlein. — Gegen Ende des Monats eröffnete Staatssekretär Esser ein weiteres Institut, das „Institut für Kochwissenschaft“ in Frankfurt am Main. In seiner Rede wies Staatssekretär Esser auf die Wichtigkeit einer ausreichenden und richtigen Verpflegung im Kriege hin. Sie sei für die Heimat wie für den Frontsoldaten gleich wichtig. Die Bedeutung einer hochwertigen Ernährung für den Soldaten erklärt auch das Interesse und die Anteilnahme des Oberkommandos der Wehrmacht an dieser neuen Forschungsstätte.

Eine Anregung, die für die künftige Volksgesundheit nicht unwichtig sein mag, gab Reichsgesundheitsführer Dr. C o n t i, auf den Erfahrungen fußend, die deutsche Soldaten in Finnland gemacht ha-

ben. Der Reichsgesundheitsführer ordnete an, daß sich die Ärzte mit dem Saunabad eingehender befassen und Erfahrungen sammeln sollen, um das Saunabad auch in Deutschland allgemein zur Gesunderhaltung und schnelleren Wiederherstellung nach bestimmten Krankheiten heranzuziehen. Er regte weiterhin an, auch bei der klimatischen Forschung und Heilung die Sauna in Forschungsstätten aller Art einzurichten, in Heilbädern, Kurorten und Erholungsstätten. Sie sei auch ein unentbehrliches Mittel der Körperpflege in allen Schulungsstätten und Lagern und solle bei der Ausübung des Sports und in der militärischen und vormilitärischen Ertüchtigung eingeführt werden.

Am Anfang des Monats veröffentlichte die deutsche Presse eine Verordnung des Führers vom 28. September, in der ein „Kriegsorden des Deutschen Kreuzes“ gestiftet wurde. Der Orden wird in Silber verliehen für vielfache außergewöhnliche Verdienste in der militärischen Kriegsführung. Das Deutsche

105 Kreuz in Gold wird verliehen für vielfach bewiesene außergewöhnliche Tapferkeit oder für vielfache hervorragende Verdienste in der Truppenführung. Voraussetzung für die Verleihung des Deutschen Kreuzes in Silber und Gold ist der Besitz des Eisernen Kreuzes Erster Klasse von 1939 oder die Spange zum Eisernen Kreuz I. Klasse des Weltkrieges oder des Kriegsverdienstkreuzes I. Klasse mit Schwertern.

Am Sonnabend, dem 25. Oktober, wurde in Weimar in Anwesenheit von Reichsminister Dr. Goebbels die *K r i e g s b u c h w o c h e* eröffnet. Der Minister gab einen Rechenschaftsbericht über die Leistungen und Erfolge des deutschen Schrifttums im zweiten Kriegsjahr und umriß in umfassender Darstellung die Bedeutung des deutschen Buches als Spiegel unserer Zeit und als Bindeglied der Heimat zur kämpfenden Front. Dr. Goebbels zeigte in einer Reihe imponierender Zahlen den Erfolg unserer Buchpflege, die der Krieg zu noch größeren Leistungen angespornt habe. 250 Millionen Bücher und Schriften seien im abgelaufenen Berichtsjahr im Reich herausgebracht worden. An erster Stelle steht auch in dieser Zeit das schöngeistige Schrifttum mit einer Gesamterzeugung von 72 Millionen Büchern, worunter wiederum 39 Millionen Bücher Neuerscheinungen seien. An zweiter Stelle stehe die politische und dokumentarische Literatur unserer Zeit mit einer Gesamtauflage von über 56 Millionen. Daneben sei im deutschen Volke starkes Interesse am Schrifttum der uns befreundeten Nationen lebendig; allein 641 ausländische Werke seien im Berichtsjahr ins deutsche übertragen worden. Der Minister unterstrich die Notwendigkeit, auch im kommenden Winter den deutschen Soldaten mit Millionen von Büchern zu versehen. Diesem Zwecke dienten auch "Aufrufe der Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile, Aufrufe des Reichsministers Dr. Goebbels und des Reichsleiters Rosenberg an die deutsche Öffentlichkeit. Ein weiteres Ergebnis des deutschen Dichtertages in Weimar ist die Gründung eines europäischen Schriftstellerverbandes unter Vorsitz von Hans Carossa.

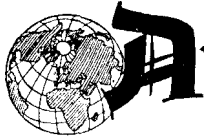
Am 13. Oktober eröffnete Reichsminister Dr. Goebbels in einer Feierstunde im Ufapalast am Zoo zu Berlin die diesjährigen Filmfeierstunden der deutschen Jugend. Der Minister wies in seiner Rede darauf hin, daß die größten Filmkunstwerke der vergangenen zwei Jahre Ergebnisse von Auftragserteilungen der staatlichen Führungsinstanzen gewesen seien. Der Minister erwähnte in diesem Zusammenhang die Filme „Ohm Krüger“, „Bismarck“, „Jud Süß“, „Wunschkonzert“, „Annelie“, „Ich klage an“ und „Heimkehr“. Wir wollen mit diesen Filmen, so sagte Dr. Goebbels, keine Propaganda treiben, wir wollen mit ihnen Kunst schaffen, und zwar Kunst, die ihrem höchsten Sinne nach volkserzieherisch wirkt.

Am 4. Oktober feierte der Oberbefehlshaber des Heeres Generalfeldmarschall v. Brauchitsch seinen 60.

106 Geburtstag. Der Führer und Oberste Befehlshaber überbrachte dem Generalfeldmarschall v. Brauchitsch persönlich seine Glückwünsche. Der Oberbefehlshaber des Heeres konnte an diesem Tage auch von allen führenden Männern des nationalsozialistischen Deutschland aufrichtige und herzliche Glückwünsche entgegennehmen. Aus den Reihen der kämpfenden Truppe empfing er vielfache Beweise des Treuegelöbnisses seiner Soldaten.

Im Laufe der letzten Monate erhielt eine Anzahl von Offizieren der deutschen Wehrmacht und auch ein Oberfeldwebel das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Der Führer überreichte ihnen die Auszeichnung persönlich und beglückwünschte jeden von ihnen herzlich dazu. Im einzelnen erhielten das Eichenlaub zum Ritterkreuz: Major L ü t z o w und Oberleutnant P r i l l e r am 20. Juli 1941; Major Freiherr von Maltzahn am 24. Juli 1941; Rittmeister N i e m a c k am 10. August 1941; Hauptmann Hahn und Leutnant B a e r am 14. August 1941; Oberleutnant Philipp am 25. August 1941; Generalleutnant C r ü w e 11 am 1. September 1941; Oberleutnant Nordmann am 17. September 1941;

Oberfeldwebel H o f f m a n n am 19. Oktober 1941; Oberst Freiherr von Lützow am 22. Oktober 1941; Hauptmann G o l l o b am 25. Oktober 1941 und Oberleutnant Graf von K a g e n e c k am 27. Oktober 1941 (siehe auch die Bildbeilage).



Außenpolitik

107 Deutschlands Politik und Kriegführung im Monat Oktober, dem sechsundzwanzigsten des Krieges und dem zweiten des dritten Kriegsjahres, haben sich, uneingeschränkt durch die beginnende schlechte Jahreszeit, auf der gleichen Höhe des Erfolges gehalten, wie in den vorhergehenden Monaten des Sommers und des Herbstes.

Der Führer hat zu den Ereignissen zweimal im Monat Oktober selbst das Wort ergriffen, am 3. bei Eröffnung des dritten Winterhilfswerkes (siehe Seite 77) und mit seinem Aufruf an die Wehrmacht vom 2. Oktober (siehe Seite 74).

Bei Eröffnung des Winterhilfswerkes 1941/42 hat der Führer och einmal die Hintergründe und das Wesen des Kampfes gegen die Sowjetunion aufgezeigt. Er unterstrich die Verantwortung Englands und besonders Churchills am Ausbruch des Krieges, erinnerte an seine eigenen Verständigungsbemühungen, auch mit Moskau, und an die vier Forderungen Molotows, als dieser auf Einladung des Führers im November 1940 in Berlin war, jene vier Forderungen, die darauf hinausliefen, Finnland, Rumänien, Bulgarien und die Dardanellen, und damit die Tore zu Nord- und Südeuropa, dem Bolschewismus auszuliefern. Die Bedeutung des sowjetischen Faktors im Kampf gegen England kennzeichnete der Führer mit den Worten: „Es ergab sich bereits im August und September des vergangenen Jahres eine Erkenntnis: Eine Auseinandersetzung im Westen ist England, die vor allem die ganze deutsche Luftwaffe gebunden hätte, war nicht mehr möglich, denn in meinem Rücken stand ein Staat, der sich bereits fertig machte, in einem solchen Augenblick gegen uns vorzugehen.“

Der Bolschewismus war also der stille Bundesgenosse Englands, lange bevor die kriegerische Auseinandersetzung mit hm von Deutschland begonnen wurde.

Der Führer unterstrich dann den planmäßigen Verlauf der Operationen im Osten, um fortzufahren: „Wir haben uns allerdings über etwas getäuscht: Wir hatten keine Ahnung davon, wie gigantisch die Vorbereitungen dieses Gegners gegen Deutschland und Europa waren und wie ungeheuer groß die Gefahr war, wie haarscharf wir diesmal vorbeigekommen sind an der Vernichtung nicht nur Deutschlands,

108 sondern Europas. Daß dann ich heute hier aussprechen. Ich spreche das erst heute aus, weil ich es heute aussprechen darf, daß dieser Gegner bereits gebrochen ist und nie sich mehr erheben wird. Hier hat ich gegen Europa eine Macht zusammengeballt, von der leider die meisten keine Ahnung hatten und viele heute noch keine Ahnung besitzen. Es wäre dies ein Sturm eines Dschingis Kans geworden.“

Dem gesamteuropäischen Charakter der Gefahr entspricht er europäische Charakter des Feldzuges im Osten, den der Führer mit den Worten unterstrich: „Und in diesen Räumen kämpfen nun unsere deutschen Soldaten. Und in ihren Reihen und mit ihnen gemeinsam die Finnen, die Italiener, die Ungarn, die Rumänen, Slowaken. Die Kroaten sind im Anmarsch, die panier, sie rücken jetzt in die Schlacht. Belgier, Holländer, Dänen, Norweger, ja selbst Franzosen sind eingerückt in diese große Front.“

Die wirtschaftliche Bedeutung des siegreichen Krieges im Osten hat der Führer in seinem Geleitwort zur Eröffnung der neunundzwanzigsten deutschen Ostmesse in Königsberg wie folgt unterstrichen: „Die durch den aufopfernden Einsatz der deutschen Soldaten im Osten geschaffenen neuen Verhältnisse eröffnen der neunundzwanzigsten deutschen Ostmesse neue Wege für die wirtschaftliche Erschließung weitester Gebiete.“

Die gewaltigen militärischen Erfolge, die bereits Anfang Oktober im Osten erzielt waren, und die ungeheure Leistung inter der Front in der Organisation des riesigen Raumes, charakterisierte der Führer mit eindrucksvollen Zahlen: Zweieinhalb Millionen Kriegsgefangene, zweiundzwanzigtausend Geschütze, achtzehntausend Panzerwagen, vierzehntausendfünfhundert Flugzeuge in deutscher Hand, fünfundzwanzigtausend Kilometer russischer Eisenbahn wieder in Betrieb, davon fünfzehntausend auf deutsche Spurweite umgenagelt, dazu der Beginn des Aufbaus einer neuen Verwaltung.

Der Führer verwies schließlich auf eine Tatsache, die ebenso einen europäischen Sinn dieses Kampfes wie seine soziale und kulturelle Tragweite beleuchtet, darauf nämlich, daß die Sowjetunion eine einzige Waffenfabrik auf Kosten des Lebensstandards der in ihr lebenden Völker darstellt. Die ungeheuren Massen von Rüstungsmaterial, die im Osten gegen Deutschland und ganz Europa angehäuft worden sind, konnten nur produziert werden, weil eine Bevölkerungsmasse von 180 Millionen Menschen zur Fronarbeit für die Rüstung eingesetzt und die Herstellung von Verbrauchsgütern auf ein Minimum eingeschränkt wurde. Niedrigster Lebensstandard, um eine riesige und unwiderstehliche Rüstung aufzubauen, das war die soziale Realität in der Sowjetunion. Sie war nur die Folge des Programms der Weltrevolution: Nicht das Glück der im Sowjetstaat lebenden Menschen, sondern ihre Organisation, Ausnützung und ihr Einsatz

109 zur Bekämpfung und Vernichtung jeder anders gearteten sozialen Ordnung in Europa, war der Sinn der Politik der Sowjetmacht.

Die sich geschichtlich aus dem antiken Cäsarentum herleitende universal-monarchische Tendenz des Zarentums und die Ideologie der kommunistischen Weltrevolution, asiatischer Rang ins Grenzenlose, auch hinsichtlich der Beherrschung von Mensch und Raum, und marxistischer Materialismus im Sinne der Mobilisierung der Massen und der Ausbeutung der wirtschaftlichen Hilfsquellen sind in der Politik Moskaus zu einer Gesamterscheinung zusammengefließen, deren dämonische, unmenschliche, gewalttätige, kulturzerstörende Physiognomie jeden Betrachter, der aus der europäischen Sphäre kommt, mit Schrecken erfüllen muß. Volle Dankbarkeit schulden wir allen, deren Tat und Opfer wir es verdanken, daß dieser neue Sturm eines Dschingis Khan, wie der Führer es so treffend ausgedrückt hat, nicht über Europa hereinbrechen konnte.

Der Schluß der Führerrede hat die soziale Problematik des Kampfes im Osten noch einmal klargestellt: Das Erlebnis des „Sowjetparadieses“ durch Millionen deutscher Soldaten ist die endgültige Desavouierung der kommunistischen Phraseologie. Für sich selbst aber stellte der Führer fest: „Wenn dieser Krieg zu Ende sein wird, dann werde ich aus ihm zurückkehren als ein noch viel fanatischerer Nationalsozialist als ich es früher war. Ich komme aus diesem Krieg einst zurück wieder mit meinem alten Parteiprogramm, dessen Erfüllung mir noch wichtiger ist und zu sein scheint als vielleicht am ersten Tag.“

Die sozialen Inhalte des Nationalsozialismus werden durch den Sieg im Osten ihre tatsächliche Überlegenheit über den Kommunismus erweisen. Der Führer aber bekennt sich am Beginn des dritten Winterhilfswerkes, nachdem die deutsche Wehrmacht das „Paradies der Arbeiter und Bauern“ persönlich erlebt hat, überzeugter denn je zum nationalsozialistischen Programm, zur sozialen Tat. Daß für das Ende des Krieges der Sieger den Aufbau eines Europas sozialer Gestaltung sieht und plant, gibt für die europäischen Völker, besonders für deren breite Massen, dem gewaltigen Ringen im Osten seinen wahren Sinn.

Am 2. Oktober wandte sich der Führer mit einem Aufruf an seine Soldaten und kündigte eine neue Offensive an, die an diesem Tage begann und wiederum gewaltige Erfolge gebracht hat.

Die Bilanz der kriegerischen Ereignisse, die Anfang Oktober gezogen werden konnte, enthielt für den September eine Versenkungsziffer von 683 400 Tonnen und für den Ostfeldzug für die Zeit vom 22. Juni bis Ende September die Vernichtung von 260 Sowjet-Divisionen, darunter 226 Schützendivisionen und 40 Panzer-Divisionen. In einer Verlautbarung vom 2. Oktober hieß es hierüber: 260 Divisionen mit dem dazu

110 gehörigen Kriegsgerät, das bedeutet nicht nur die Zerschlagung der zum Angriff gegen das Reich und Europa bereitgestellten Sowjetarmeen, sondern darüber hinaus auch der hinter der Aufmarschfront angetretenen zweiten und dritten Welle. Die deutsche Wehrmacht hat die bolschewistische Gefahr für Europa endgültig gebannt.

Diese ungeheuren Erfolge haben im Oktober ihre Fortsetzung erfahren. Am 14. Oktober konnte der deutsche Heeresbericht melden, daß die im Räume von Wjasma eingeschlossenen Kräfte vernichtet und über 500 000 Gefangene gemacht, daß damit die Gefangenenzahl auf über 3 Millionen angestiegen sei. Am 16. Oktober wurde die Einnahme von Odessa, am 21. Oktober die Besetzung der Insel

Dagö und damit die völlige Befreiung des baltischen Raumes vom Feinde, am 24. Oktober die Einnahme von Charkow, des Zentrums des Donezbeckens, gemeldet.

Alle Hoffnungen und Wünsche unserer offenen und versteckten Gegner, die Weite des russischen Raumes und die Größe der sowjetischen Rüstungen an Menschen und Material könnten uns aufhalten und schließlich unsere Kräfte verzehren, sind also auch im Monat Oktober wieder gescheitert. Das gleiche gilt für die Bemühungen Englands, eine zweite Front im Westen, wenigstens hinsichtlich des Luftkrieges zu bilden. Die immer wieder mit großer Propaganda angekündigten englischen Luftoffensiven im Westen sind kläglich zusammengebrochen, und die Hilferufe und -forderungen aus Moskau, eine Entlastungsfront auf dem Kontinent durch eine Landung englischer Streitkräfte zu schaffen, haben aus England nur das Echo wiederholter Erklärungen, daß England dazu nicht imstande sei, gefunden.

Es liegt auf der Hand, daß dieses offene Eingeständnis englischer Unfähigkeit, dem verbündeten Bolschewismus, dem die deutschen Waffen eine schwere Niederlage nach der anderen zufügen und der bereits die wertvollsten .Landwirtschafts- und Rüstungsgebiete verloren hat, auf alle Völker Europas einen tiefen Eindruck machen muß, besonders aber auf die Bewohner jener Länder, die von der englischen Propaganda immer wieder als diejenigen bezeichnet werden, von denen die „Befreiung“ Europas ausgehen soll, in erster Linie also in Frankreich. Wenn die Franzosen erleben, wie die Vernichtung des Bolschewismus, ungehindert durch England, fortschreitet, wenn sie hören, daß London selbst sich außerstande erklärt, etwas für die Sowjets zu tun, daß es nicht daran denken kann, im Westen , einen Landungsversuch zu unternehmen, während es die Bevölkerung der besetzten Gebiete, die waffenlos ist, zum Aufstand auffordert, und Attentate gegen die Besatzungsmacht anzettelt, müssen die Franzosen ganz

111 von selbst zu der Überzeugung kommen, daß England sie für selbstsüchtige Zwecke in ein hoffnungsloses Abenteuer treiben will. Die Verbreitung dieser Erkenntnis bedeutet aber für die englische und die Gaullistische Propaganda eine entscheidende Niederlage.

Deutschlands Außenpolitik hat im Monat Oktober auf den bisherigen Linien mit Erfolg weiteroperiert. Der grundlegende Tatbestand im Verhältnis zwischen Deutschland und seinem Bundesgenossen in Europa ist der gemeinsame Krieg im Osten. Immer wieder unterstreicht der deutsche Wehrmachtbericht den Anteil der verbündeten Truppen, und der Führer hat ihn in seiner Rede vom 3. Oktober besonders hervorgehoben. Der Besuch der führenden slowakischen Staatsmänner im Führerhauptquartier am 20. und 21. Oktober, der des italienischen Außenministers, Grafen Ciano, am 25. Oktober, der herzliche Telegrammwechsel zwischen dem Führer und dem König von Italien sowie dem Duce anlässlich des Jahrestages des Marsches auf Rom, der Besuch des Reichswirtschaftsministers Funk in Rom waren weitere Anzeichen der dauernden und engen Verbindung zwischen der Führung des Reiches und den leitenden Männern unserer Bundesgenossen. Rumänien konnte durch die am 19. Oktober erklärte Eingliederung Odessas in das rumänische Verwaltungsgebiet jenseits des Dnjestr als Hauptstadt von Transnistriens dem militärischen Erfolg bereits den politischen hinzufügen. Die deutsche Außen- und Außenhandelspolitik hat mit dem am 9. Oktober abgeschlossenen deutsch-türkischen Handelsvertrag einen sehr bedeutenden Erfolg erzielt. Die Verhandlungen, die mit diesem Verträge schließlich erfolgreich beendet wurden, haben sehr lange gedauert, und wurden immer wieder durch politische Einflüsse gestört. Noch kurz vor dem Abschluß haben London und Moskau diese Störung mit allen nur denkbaren Mitteln betrieben. Die deutsche und die türkische Regierung sahen sich deshalb am 8. Oktober zu folgender gemeinsamer Erklärung veranlaßt: „In den letzten Tagen haben Presse- und Radiomeldungen verschiedener fremder Quellen zu wiederholten Malen und in verschiedensten Variationen versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob das Deutsche Reich durch Forderung und Pressionen sowie Truppenaufmärsche in Bulgarien im Begriff stände, die Türkei anzugreifen. Die türkische und die deutsche Regierung, welche in keinem Augenblick diesen tendenziösen Gerüchten auch nur die geringste Bedeutung beigemessen haben, sind trotzdem übereingekommen, festzustellen, daß solche jeglicher Begründung entbehrenden Veröffentlichungen in gar keiner Weise geeignet sind, die Beziehungen der vertrauensvollen Freundschaft zu stören, welche die beiden Länder durch ihr Übereinkommen vom 18. Juni betätigt haben.“ Das war eine deutliche Abfuhr für die britisch-bolschewistischen Brunnenvergifter!

Ihr folgte am 9. Oktober der Abschluß des Handelsvertrags auf dem Fuße. Er regelt den Handelsverkehr

112 zwischen den beiden Ländern bis zum 31. März 1943. Wie der Staatssekretär im türkischen Außenministerium, Menemcioglu, in einer Unterredung mit der türkischen Zeitung Ulus am 15. Oktober fest-

stellte, fanden die Interessen beider Länder wert- und warenmäßig in gleicher Weise Berücksichtigung. Im Rahmen des Abkommens haben die Staatsaufträge den Vorrang vor privaten. In zwei Listen sind im einzelnen die Waren aufgeführt, die gegenseitig zur Lieferung kommen. Die erste Liste bezieht sich wertmäßig auf 110 Millionen RM. Sie sieht seitens des Reiches die Lieferung von Kriegsmaterial vor, wie von Eisen- und Stahlwaren, Maschinen, Transportmitteln, Lokomotiven, pharmazeutischen Produkten, Papier, Zellulose und Zuckerrübensamen. Die Türkei exportiert im Rahmen dieser ersten Liste Mineralien und Metalle, Olivenöl, Erbsen, Kleie, Putzwolle und kondensierte Milch, Baumwolle, Ölsamen, Opium, Häute, Hanf, Flachs, Rohseide, Bohnen, Linsen. Die zweite Liste umfaßt Waren im Gesamtwert von 82 Millionen RM und sieht für die Türkei den Export von frischem Tabak, getrockneten Früchten, Nüssen, Eiern, Wein, Kognak und anderen Waren vor.

Die Türkei ist mit diesem Abkommen zu dem traditionellen Status der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland zurückgekehrt, der dadurch gekennzeichnet ist, daß nach dem Handelsvertrag vom 19. Mai 1936 48% der türkischen Einfuhr aus Deutschland kam, während 52% der türkischen Ausfuhr nach Deutschland ging. Es hat sich in der Folgezeit gezeigt, nachdem die Türkei die englische Garantie angenommen und sich zeitweilig wirtschaftlich wie politisch stark nach England orientiert hatte, daß England trotz aller Bemühungen nicht in der Lage war, als Abnehmer und Kunde an die Stelle Deutschlands zu treten. Der deutsch-türkische Handelsvertrag bedeutet einen ebenso großen Erfolg für die deutsche Politik, wie er ein Mißerfolg für die englische ist. Das natürliche Schwergewicht des infolge des bisherigen Verlaufes des Krieges zusammengeschlossenen Wirtschaftsraumes macht sich auch über Europa hinaus auf dem Vorderen Orient geltend. Die Türkei ist durch den neuen Vertrag an diesen Wirtschaftsraum herangerückt und hat sich für die Zukunft ihren Platz an der Seite der neuen europäischen Wirtschaftsordnung gesichert.

Um so mehr bemüht sich England, im Mittleren Orient jeglichen Einfluß Deutschlands und der Achsenmächte mit allen, auch den fragwürdigsten Mitteln auszuschalten. Nachdem durch die britisch-bolschewistische Vergewaltigung Irans eine Landverbindung mit der Sowjetunion hergestellt wurde, setzte ein verstärkter Druck auf Afghanistan ein, um auch von dort die diplomatischen Vertretungen der Achsenmächte zu entfernen und deren Staatsangehörige aus dem Lande zu vertreiben. Am 22. Oktober

113 meldete „Stephani“ aus Kabul, der Generaldirektor für auswärtige Angelegenheiten im afghanischen Außenministerium habe im Rundfunk eine Erklärung über die erzwungene Heimschaffung der deutschen und italienischen Staatsangehörigen abgegeben, aus der sich ergab, daß diese Heimschaffung der Regierung Afghanistans aufgezwungen worden ist. Nach einer längeren Pressekampagne hätten schließlich am 17. und 19. Oktober der britische und der sowjetische Botschafter die Ausweisung und Heimschaffung der Deutschen und Italiener gefordert. Der afghanische Ministerrat habe sich dieser Forderung gebeugt. Die afghanische Regierung sei äußerst schmerzlich durch die Abreise der Deutschen und Italiener berührt, sie habe aber zugestimmt, um jedes Motiv für Kontroversen zu beseitigen.

Afghanistan hat also, durch das Schicksal des Iran eingeschüchtert, dem britisch-bolschewistischen Druck nachgegeben. Auch ein Beitrag für Englands angeblichen Kampf für die kleinen Völker!

Deutschlands Verhältnis zu den Vereinigten Staaten oder besser gesagt zu Roosevelt und seinem Kriegshetzerkreis ist nach wie vor gespannt und denkbar schlecht. Roosevelt tut auch weiterhin alles, was in seinen Kräften steht, um es zu verschlechtern, mit dem Endziel, die in der großen Mehrheit widerstrebende USA-Bevölkerung in den Krieg gegen die Achsenmächte zu bringen. Die deutsche Reaktion gegen Roosevelts und seiner Leute wüste Kriegshetze hat sich sichtlich verschärft.

Mit England war im Monat Oktober ein Austausch von Schwerverwundeten vorgesehen, der leider im letzten Moment daran gescheitert ist, daß man in London auf die von Deutschland vorgeschlagene Austauschmethode nicht eingehen wollte.

Gegen Ende des Monats wurde von London her, wie schon mehrfach während dieses Krieges, Behauptungen über angebliche deutsche Friedensfühler in die Welt gesetzt, bei denen der Name des Herzogs von Bedford eine Rolle spielte. Diese Gerüchte erfuhren von Berlin eine scharfe Zurückweisung mit dem Hinweis darauf, daß der Krieg nicht durch Friedensgerüchte und bestellte Unterhausdebatten, sondern allein durch den Sieg der deutschen Waffen sein Ende finden werde.

Hinsichtlich des Fernen Ostens hat die deutsche Politik durch die am 17. Oktober bekanntgegebene Ernennung des Botschafters Stahmer zum Botschafter in Nanking einen weiteren Schritt auf dem Weg der im Rahmen des Dreierpaktes orientierten Auffassung von der zukünftigen Gestaltung des fernöstlichen Raumes getan, die mit der Anerkennung der Regierung von Nanking bereits ihren völkerrechtlichen Ausdruck gefunden hatte.

Deutschlands Verhältnis zu dem besiegten und zu Dreifünfteln von deutschen Truppen besetzten
 114 Frankreich hat im Monat Oktober zeitweilig eine Belastung dadurch erfahren, daß in Nantes und in
 Bordeaux in kurzem Abstand je ein deutscher Offizier hinterhältig niedergeschossen worden ist und
 die Attentäter entkommen konnten. Die deutsche Antwort war die Erschießung von je 50 Geiseln, die
 wegen irgendwelcher Verbrechen und wegen kommunistischer Umtriebe bereits lange verhaftet wa-
 ren. Die Vergeltung traf also Personen, die zweifellos zum Kreis der geistigen und materiellen Urhe-
 ber der Attentate gehörten. Die französische Polizei, die von der Regierung in Vichy zu äußerster Ak-
 tivität angetrieben wurde, konnte bald darauf in Paris und in anderen Orten zahlreiche Verhaftungen
 vornehmen und dabei wichtige kommunistische Zentralen mit geheimen Druckereien und großen
 Geldbeständen ausheben. Marschall Petain und Admiral Darlan wandten sich in ernstestem Aufrufen an
 das französische Volk und warnten vor solchen im Auftrage des Auslandes vollbrachten verbrecheri-
 schen Attentaten gegen Mitglieder der Besatzungstruppen.

Interessant war in diesem Zusammenhang die Haltung der englischen und der Gaullistischen Propa-
 ganda. Sie sprach zuerst davon, daß „französische Patrioten“ sich gegen die Besatzungsmacht erhoben
 hätten und „daß die Erschießung der Geiseln den Widerstand Frankreichs noch verstärken würde“. Man sprach auch davon, daß die „deutsch-französischen Beziehungen zu einem plötzlichen Stillstand
 verurteilt seien“. In Wirklichkeit hat die gemeinsame Abwehr gegen so sinnlose und letzten Endes das
 französische Volk selbst am meisten schädigende verbrecherische Anschläge die deutschen Besat-
 zungsbehörden und die französische Regierung und deren Organe nur zu einer um so engeren Zu-
 sammenarbeit auf polizeilichem und auf anderem Gebiet geführt, während die ungeheure Mehrheit
 des französischen Volkes im besetzten und im unbesetzten Gebiet, besonders auch durch Vermittlung
 der Presse, ihren Abscheu über solche Taten zum Ausdruck brachte und alle Franzosen dazu auffor-
 derte, mitzuhelfen, um die Täter aufzuspüren und weitere Attentate zu verhindern.

Die Attentate des Monats Oktober gegen Angehörige der deutschen Besatzungsarmee in Frankreich
 haben offensichtlich das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen sollten, nämlich eine tiefge-
 gehende Störung des an sich guten Verhältnisses zwischen der Besatzungsarmee und der französischen
 Bevölkerung und die besonders auf wirtschaftlichem Gebiet sich günstig entwickelnde Zusammenar-
 beit zwischen Deutschland und Frankreich.

Es war sicher kein Zufall, daß die beiden Attentate gerade in die Zeit fielen, als am 22. und 24. Ok-
 tober sich der Tag von Montoire jährte, an dem der Führer dem damaligen französischen Ministerprä-
 sidenten Laval und dem Marschall Petain zur Zusammenarbeit die Hand bot. Die französische Presse
 hat diesen

115 Jahrestag sehr stark unterstrichen und seine historische Bedeutung herausgestellt, freilich auch nicht
 unterlassen, darauf hinzuweisen, daß lange nicht alle Hoffnungen sich verwirklicht hätten, daß die
 Politik der Zusammenarbeit lange nicht die Früchte getragen habe, die man von ihr erwartete, und daß
 dafür die Haltung von Vichy in erster Linie verantwortlich zu machen sei.

Tatsächlich muß man rückblickend feststellen, daß die französische Politik, die seit dem Versailler
 Diktat in beinahe ununterbrochener Folge die der verpaßten Gelegenheiten war, diesen Charakter auch
 nach Montoire grundsätzlich behalten hat. Sie hat die große Gelegenheit, die ihr der Führer in Montoi-
 re geboten hat, nicht oder doch nur sehr unvollständig ergriffen. Laval hatte die Bedeutung des Au-
 genblickes zweifellos verstanden und gedachte ihn für sein Land zu nützen, aber er wurde durch einen
 in seinen Hintergründen auch heute noch nicht völlig aufgeklärten Gewaltstreich am 13. Dezember
 1940 aus der Macht geworfen, und in Vichy wurde an Stelle einer Politik des Zugreifens, der aktiven
 Beteiligung am politischen Geschehen eine solche des Abwartens und des Hinhaltens gemacht. Die
 französische Politik hatte die Chancen, sich aus der Rolle des besiegten Feindes in die des mitkämp-
 fenden und damit schließlich mitsiegenden Freundes zu begeben und damit sich einen moralischen
 Anspruch auf einen besonders bevorzugten Platz im neuen Europa zu erwerben, während bisher das
 Konto Frankreichs mit der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges belastet ist, und der katastro-
 phale Zusammenbruch der französischen Machtstellung, das Versagen des französischen Volkes in der
 großen Auseinandersetzung der Gegenwart jedenfalls nichts weniger als eine positive Bewertung ver-
 dient.

In dieser Perspektive gesehen sind die wahren französischen Patrioten zweifellos nicht jene, die mit
 Bitterkeit im Herzen abwarten, ob nicht vielleicht doch die Angelsachsen das Kriegsglück zu ihren
 Gunsten wenden oder doch vielleicht bei künftigen Friedensverhandlungen ihren Einfluß für Frank-
 reich in die Waagschale werfen könnten, sondern jene, die sich entschlossen und offen zum neuen

Europa bekennen und sich bemühen, an der Seite der Achsenmächte an seiner Gestaltung mitzuwirken.

Von den heute führenden Männern Frankreichs haben offenbar nur die wenigsten die Lage ihres Landes und seine Aufgabe in diesem Sinne begriffen. Man bemüht sich in Vichy, das Nötigste, das, was sich nicht vermeiden läßt, zu tun. Die Verantwortlichen für die Niederlage sollen nun endlich verurteilt werden. Der Beginn des Prozesses von Riom ist nunmehr endgültig auf den 15. Januar festgesetzt. Marschall P e t a i n hat am 16. Oktober vorläufige Strafmaßnahmen gegen die Hauptverantwortlichen

116 bekanntgegeben und die Internierung Daladiers, Leon Blums und des Generals Gamelin in Pourtalet, einem Felsenfort in den Pyrenäen, und von Guy la Chambre und Jacomet in Bourassol verfügt, während Paul Reynaud und George Mandel, die als besonders schuldig betrachtet werden, ebenfalls vorläufig interniert wurden. Die genannten Persönlichkeiten werden in erster Linie für die französische Niederlage verantwortlich gemacht.

Über die Anklagen, die gegen die einzelnen erhoben werden, wurde am 17. Oktober aus Vichy auf Grund des Berichts des von Petain zur Beurteilung der Verantwortlichkeiten gebildeten politischen Rates folgendes gemeldet:

Bezüglich Daladier wird angeführt, daß Frankreich unter seiner Regierung ohne ausreichende Vorbereitung und ohne Betragen des Obersten Kriegsrates in den Krieg eintrat. Es sei völliges Versagen bei nahezu allen für die militärische Bereitschaft Frankreichs notwendigen Maßnahmen festgestellt. Ferner falle Daladier zur Last: schlechte Organisation des Oberkommandos, schuldhaftes Unterwerfung unter politische Einflüsse, Lieferung zahlreicher Flugzeuge an die spanische Volksfront sowie zahlreiche andere Verstöße, die im Zusammenhang mit den erwähnten Handlungen stehen. Infolge dieses Versagens habe sich Frankreich im Kriege moralisch und materiell entwaffnet und ohne unerläßliche Mittel für die Durchführung seiner Aufgaben gesehen. Daladier habe seine Amtspflichten verletzt.

Dem Generalstabschef, General Gamelin, wird zur Last gelegt, daß er aus Mangel an Energie und Charakter eine Erhöhung der Mängel in der Rüstung und Kriegsvorbereitung zugelassen und im Laufe des Krieges durch seine katastrophalen Entscheidungen das Kommando desorganisiert habe. Leon Blum habe seine Pflichten mißachtet und es versäumt, der Rüstungsindustrie den der Lage entsprechenden Impuls zu geben. Durch seine Autorität habe er die unheilvolle Tätigkeit seiner Minister Daladier und Pierre Cot gedeckt. Reformen der Arbeitsordnung habe er zu Instrumenten des Klassenkampfes und die moralische Stärke des Landes in gefährlicher Weise geschwächt. Er habe Frankreich ins Verderben gestürzt. Pierre Cot habe während seiner zweimaligen Amtstätigkeit als Luftfahrtminister trotz wiederholter Warnungen vernachlässigt, Frankreich die Luftwaffe zu geben, die die Lage verlangte. Er habe die Luftarmee desorganisiert, die Disziplinlosigkeit begünstigt und seinen parteipolitischen Ideen die Interessen des Landes geopfert. Durch lügenhafte Versicherungen habe er das Parlament und das Land zu täuschen versucht, obwohl Frankreichs Sicherheit in nicht wiedergutzumachender Weise kompromittiert war.

Die Formulierung der Verantwortlichkeit, d. h. der Schuldfrage, ist bemerkenswert. In Versailles wurde

117 Deutschland bekanntlich im Artikel 231 des Diktates und in anderen Dokumenten die alleinige Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges aufgebürdet. Deutschlands angebliche Schuld am Kriege war der große Vorwurf, mit der man die Härte des Diktates begründen wollte. Die deutschen Linksparteien haben diese Propagandathese der Gegner zu der ihrigen gemacht und sogar einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Deutschen Reichstags zum Beweis dieser These eingesetzt, um damit dem kaiserlichen Deutschland den Prozeß zu machen. Freilich haben die Verhandlungen dieses Ausschusses dann zu gegenteiligen Ergebnissen geführt.

Die Anklage, die das besiegte Frankreich gegen die von ihm als verantwortlich erklärten Männer erhebt, lautet ganz anders:

Nicht daß sie den Krieg erklärten und daß sie durch ihre wesentlich unter englischem Einfluß getätigte Politik den gegenwärtigen Krieg mit allen seinen Opfern auf dem Gewissen haben, wird ihnen zum Vorwurf gemacht, sondern daß sie den Krieg nicht genügend vorbereitet und nicht erfolgreich geführt haben. Die Schuldfrage wird also in Vichy und in Riom ausschließlich vom Standpunkt des französischen Nationalinteresses, ohne jede moralische Note und keineswegs vom Standpunkt europäischer oder menschlicher Verantwortung gestellt. Dies liegt freilich ganz in der Linie französischer politischer Tradition.

Innerpolitisch wurde in Frankreich im Monat Oktober der Kampf außer gegen den Kommunismus auch gegen die Freimaurer fortgesetzt. Es wurden Hunderte von Namen im Gesetzblatt veröffentlicht, deren Träger Freimaurer sind oder waren, und die daher als unfähig erklärt wurden, künftig amtliche Stellungen einzunehmen. Die Zahl der aktiven französischen Freimaurer hat nach einer auf Grund der beschlagnahmten Freimaurerarchive aufgestellten Statistik in Frankreich über 60000 betragen. Es ist auch festgestellt, daß über die Freimaurerei der englische Einfluß in Frankreich sich stark geltend gemacht hat.

Vielleicht das bemerkenswerteste Ereignis der inneren Politik in Frankreich war aber der Besuch des Erzbischofs Suhard von Paris in Vichy, der den Fragen des weltlichen und geistlichen Unterrichtes galt. Die kirchlichen Kreise haben anscheinend eine Subventionierung der „freien“, d. h. religiösen Schulen erreicht, ein vom Standpunkt der Geschichte der dritten französischen Republik ganz unerhörter Vorgang. Wenn man sich erinnert, daß einer der Kernpunkte des Programms dieser Republik, wie es im wesentlichen im Programm der radikalen Partei auf deren Kongreß von Belleville im Jahre 1869, also noch unter dem Kaiserreich formuliert worden war, der Laizismus, d. h. die grundsätzlich freidenkerische,

118 religions- und kirchenfeindliche Haltung gewesen ist, daß obligatorischer, staatlicher und religionsloser Unterricht gefordert und daß die Durchführung dieses Programms die innere Politik der dritten Republik jahrzehntelang immer wieder leidenschaftlich bewegte, daß schließlich diese Programmpunkte durchgeführt und gesetzlich verankert wurden, dann wird man das grundsätzlich Neue des Vorgangs der staatlichen Subventionierung religiöser Schulen in Frankreich verstehen.

Was man aus der Sowjetunion und über dieselbe außer aus den deutschen Wehrmachtberichten im Monat Oktober erfahren hat, ist bezeichnend für deren Lage. Das Diplomatische Korps hat Moskau Mitte Oktober auf Befehl der Sowjetregierung plötzlich verlassen müssen. Die Sowjetregierung selbst ist nach Samara und Kasan, viele hundert Kilometer hinter Moskau, übergesiedelt. Daß die Lage kritisch, ja äußerst kritisch sei, wurde in Moskau selbst ebenso betont wie in London und Washington. Der bestialische Charakter der bolschewistischen Kriegsführung, der letzten Endes in wilder Zerstörungswut endet, äußerte sich auch darin, daß man von dem festen Entschluß der sowjetischen Führung sprach, Leningrad und Moskau nur als Trümmerhaufen in deutsche Hand fallen zu lassen. Das Schicksal der Millionen Einwohner dieser Städte ist den bolschewistischen Machthabern natürlich grundsätzlich ebenso gleichgültig wie das der vielen Millionen Menschen, die sie ihrer Tyrannei und ihren bolschewistischen Wirtschaftsmethoden seit der Oktoberrevolution von 1917 geopfert haben.

Neues dokumentarisches Material aus Bulgarien, Rumänien, Finnland, Estland und Spanien, das im Monat Oktober bekanntgeworden ist, hat die Größe der bolschewistischen Gefahr für Europa und den Charakter des bolschewistischen Systems wieder erneut bewiesen. Nicht weniger als 160 000 Estländer sind in der kurzen Zeit der bolschewistischen Herrschaft entweder ermordet oder verschleppt oder in die Reihen des bolschewistischen Heeres gezwungen worden. Allein in Reval werden 40 000 Menschen vermißt. Es waren offensichtlich Vorbereitungen getroffen worden, um die gesamte estnische Bevölkerung zu evakuieren, d. h. also praktisch auszulöschen.

In Bessarabien hat man, wie die Bukarester Zeitung „Universul“ am 6. Oktober meldete, eine weitverzweigte bolschewistische Terroristen-Organisation aufgedeckt, mit Terroristenschulen, Folterkammern und all den vielen schon bekannten Requisiten bolschewistischer „Menschheitsbeglückung“.

In der bulgarischen Hauptstadt Sofia wurde im Oktober eine Ausstellung aller jener Gegenstände gezeigt, die man bei den rechtzeitig unschädlich gemachten sowjetischen Fallschirmspringern gefunden hat, mit deren Hilfe Moskau in Bulgarien eine Revolution entfesseln und eine transdanubische Sowjetrepublik auszurufen gedachte. Fallschirmspringer und von sowjetischen U-Booten gelandete

119 Sabotagegruppen sollten Bulgarien von innen heraus für das Sowjetparadies gewinnen; ein schlechter Scherz möchte man sagen, wenn man den nationalen Elan der Bulgaren und die großen Erfolge des Landes auf außenpolitischem Gebiet während der letzten Jahre überdenkt, aber ein Zeichen dafür, wie sehr man in Moskau durch intensive unterirdische Propaganda das Terrain vorbereitet zu haben glaubte.

In Helsinki wurde ebenfalls interessantes Material über bolschewistische Umtriebe bekanntgegeben. Dort haben die Sowjets nach dem sowjetisch-finnischen „Frieden“ vom 31. März 1940 unter der Firma der „Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion“ eine systematische Wühlarbeit gegen den finnischen Staat und die bestehende soziale Ordnung durchgeführt, die dazu bestimmt war, der politischen Einmischung Moskaus Handhaben zu verschaffen und die Vernichtung der staatlichen Selbständigkeit Finnlands in die Wege zu leiten.

In Lissabon wurde Mitte Oktober ein Sonderbeauftragter der Kommunistischen Partei verhaftet, der mit Hilfe anderer inzwischen in Spanien dingfest gemachter Kommunisten ein neues rotes Regime in Spanien vorbereiten sollte. Das Verhör dieses Agenten führte außerdem zu Geständnissen über kommunistische Zentralen in Mexiko und in ibero-amerikanischen Ländern.

So sehen die Bundesgenossen Churchills und Roosevelts im „Kampf für die Freiheit“ aus, mit denen zusammen General Wavell die Verteidigung des Kaukasus vorbereitet. Dieser für die moralische Stellung der Angelsachsen so abträgliche Verbündete ist auch sonst nicht bequem. Er fordert nicht nur Waffen- und Kriegsmaterial jeder Art in größten Mengen — Stalin hat nach USA-Meldungen gegenüber den Abgesandten Roosevelts und Churchills, Harry Hopkins und Lord Beaverbrook, während der Moskauer Tagung über die den Sowjets zu gewährende Hilfe „sehr unverblümt gesprochen“ und an Kriegsmaterial die Hälfte der britischen Produktion und von der in USA den größten Teil gefordert —, er verlangt auch, daß England, wie der diplomatische Mitarbeiter von Reuter in Bestätigung von Washingtoner Berichten zu melden mußte, Finnland, Ungarn und Rumänien den Krieg erklären solle. London scheint dieser Forderung Moskaus nicht entsprechen zu wollen. Denn es hat zunächst die Regierungen der Dominien befragt, was man in London meist dann tut, wenn man sich nicht entschließen will oder kann und Zeit zu gewinnen sucht.

Darauf ist letzten Endes Englands Gesamtpolitik eingestellt. Man will Zeit gewinnen, um die eigenen Rüstungen, die man selbst immer wieder, sowohl in personeller wie in materieller Hinsicht, als ungenügend bezeichnet, zu entwickeln und auf den höchsten Stand zu bringen, man will Zeit gewinnen,

120 damit die Vereinigten Staaten ihre Aufrüstung ebenfalls so weit als möglich steigern können, man will Zeit gewinnen, bis Deutschlands Kraft sich vielleicht erschöpft haben könnte, und man will Zeit gewinnen, weil man immer noch auf die Wirkungen der Blockade hofft.

Inzwischen muß man feststellen, daß der Seekrieg gegen die englischen Inseln unentwegt weitergeht, daß der Luftkrieg, obwohl die deutsche Luftwaffe im Osten und im Mittelmeer sehr stark engagiert ist, gegen die englische Versorgung und gegen die englische Insel selbst wirkungsvoll weitergeht und daß z. B. die Zahl der Toten, Vermißten und Schwerverletzten, die der Luftkrieg zwischen April und September d. J. den Engländern gekostet hat, erheblich größer ist als im vergangenen Jahr, daß der Krieg im Osten also in der Luft England keine Entlastung gebracht hat. Der englische Luftfahrtminister Sinclair erklärte denn auch in einer Rede am 2. Oktober, England müsse darauf vorbereitet sein, daß die deutsche Luftwaffe im bevorstehenden Winter wieder schwere Angriffe gegen England führen werde, die ebenso hart, wenn nicht noch härter sein würden als im letzten Jahre. Anschließend kam er dann auf den alten englischen Wunschtraum zurück, Deutschland durch immer stärkere Bombenangriffe auf die Knie zu zwingen. Die Londoner „Daily Mail“ bemerkte dazu am 3. Oktober, die britische Luftoffensive sei ungewöhnlich verlustreich, und die besten englischen Flieger seien dabei bereits umgekommen. Englands Luftkrieg gegen Deutschland wird neuerdings besonders unter dem Gesichtspunkt der Hilfe für Rußland gesehen und diskutiert. Die gewaltigen Erfolge der deutschen Wehrmacht im Osten erregen in London die schwersten Besorgnisse. Sie sind im Monat Oktober in Unterhausdebatten, in der Presse und in öffentlichen Reden aufs stärkste zum Ausdruck gekommen. So erklärte der bekannte Labour-Abgeordnete Noel Baker am 23. Oktober im Unterhaus: „Es herrscht eine stark ausgeprägte Unruhe über den Verlauf des Krieges in Sowjetrußland und darüber, was Großbritannien unternahm, um Rußland in seiner schweren Stunde beizustehen. Manche Beobachter meinen, Hitlers Heer und Luftwaffe seien in gefährlicher Weise vorgedrungen. Englands Front liege an der Wolga und am Don. Indien, Irak, Ägypten und Afrika müßten an der ukrainischen Front verteidigt werden. Außenminister Eden stellte während derselben Unterhausdebatte die besorgte Frage: „Was wird aus uns, wenn Rußland nicht aushält?“

Der englische Arbeitsminister B e v i n forderte in einer Rede am 20. Oktober die britischen Rüstungsarbeiter auf, nachdrücklicher und schneller zu arbeiten, und der englische Rüstungsminister Lord Beaverbrook rief am 22. Oktober im Oberhaus die Werktätigen auf, für Rußland zu arbeiten, denn nach der Niederringung Rußlands würde England darankommen.

121 Wenn es sich so um Englands höchste Interessen handelt, dürfen die englischen Bischöfe nicht fehlen. Der Erzbischof von Canterbury hat auf einer in London abgehaltenen Bischofskonferenz zu einer Sammlung zugunsten der Sowjetunion aufgerufen und dabei folgendes erklärt: „Wir haben gute Gründe, auf unseren Alliierten stolz zu sein. Zweifellos, wenn wir an die Vergangenheit denken, kann dieses Bündnis als sonderbar empfunden werden. Es gibt Leute, die dieses Bündnis bis jetzt noch nicht vor ihrem Gewissen rechtfertigen können; wir müssen aber alle in dieser Frage nicht an die Vergan-

genheit, sondern vor allem an die jetzige Lage und an die Zukunft denken. Wir müssen daran denken, daß die Hauptnot der sowjetischen Armeen und der zivilen Bevölkerung, die an ihrer Seite kämpft, in dem Mangel an Medikamenten und sonstigen sanitären Mitteln besteht."

Darüber freilich, wie den Bolschewiken praktisch geholfen werden könne, gingen die Meinungen stark auseinander. Es wurden viele Stimmen laut, die die einzige Rettung in der Schaffung einer zweiten Front gegen Deutschland sahen. Offenbar waren die sowjetische Botschaft und die kommunistisch eingestellten Arbeiterkreise eifrig tätig, um diese Meinung zu propagieren. Versammlungen in Industriebetrieben nach sowjetischem Muster wurden abgehalten, die mit Entschließungen zugunsten einer englischen Offensive auf dem Kontinent endigten. In einer Entschließung, die angeblich 500 000 Fabrikarbeiter hinter sich hatte, wurde der Verdacht ausgesprochen, daß die britische Regierung die Sowjets verraten hätte und daß gewisse Regierungsmitglieder absichtlich die Bildung einer zweiten Front verhinderten. England müsse dieselben Opfer bringen wie die Sowjetunion, und es müsse beschleunigt eine Westfront gegen Deutschland hergestellt werden. Am 26. Oktober demonstrierten Zehntausende von Menschen im Zentrum Londons und verlangten mehr Hilfe für die Sowjetunion. Die Kundgebung, die von der Arbeiterpartei ausging, endigte mit Hochrufen auf die Sowjets, dem Absingen der Internationale und dem Schwenken roter Fahnen.

Die maßgebliche englische Presse erklärte sich aber gegen jedes Abenteuer auf dem Kontinent und warnte vor unüberlegten Aktionen. Am besten könnte den Sowjets durch Kriegsmateriallieferungen geholfen werden, es sei besser, dieses Kriegsmaterial für die russischen Millionenarmeen in England zu produzieren anstatt englische Soldaten in den Kampf zu schicken. Die alte englische Methode, andere Völker für sich bluten zu lassen und das eigene teure Leben möglichst zu schonen! Ein merkwürdiges Durcheinander der Meinungen, das eine deutliche Ratlosigkeit verriet, kam in der Unterhausdebatte vom 25. Oktober zum Ausdruck. Einem der Abgeordneten erschien als der Weisheit letzter Schluß, die

122 englische Luftwaffe müsse ihre Angriffe gegen, die Moral der deutschen Bevölkerung richten. Deutschlands Kriegspotential sei bereits so gewaltig geworden, daß ihm die englische Luftwaffe nichts mehr anhaben können.

Mehrere Berichte aus London während des Monats Oktober schilderten die gedrückte und mißmutige Stimmung, die sich besonders aus der Beobachtung ergab, die die Engländer machen mußten, daß die deutsche Wehrmacht im Osten unaufhaltsam vordrang, daß Deutschland ungestört die russischen Armeen vernichten konnte, ohne daß die Engländer selbst etwas dagegen zu unternehmen vermochten. Diese Beobachtung führte in Presse und Parlament zu scharfer Kritik an der Regierung und besonders gegen einzelne Minister, die man für diese unbefriedigende Lage hauptsächlich verantwortlich machte.

Ernste und sachlich denkende Beobachter der Lage machten sich Gedanken darüber, auf welchem Wege die englische und amerikanische Hilfe nach der Sowjetunion gelangen könne. Sie prüften die drei Wege, den über Archangelsk, den über Iran und den über Wladiwostok, um festzustellen, daß der erste demnächst zufrieren würde, daß der zweite völlig ungenügend und daß der dritte viel zu lang sei. Es gab deshalb sogar Stimmen, die rieten, man solle den Sowjets dadurch helfen, daß man ihnen ermögliche, ihre fernöstliche Armee nach dem Westen zu ziehen, indem England und die Vereinigten Staaten die fernöstlichen Grenzen der Sowjetunion gegen Japan garantierten und Stützpunkte in diesen Gebieten besetzten.

Man wird annehmen dürfen, daß die englische Regierung sich dieser schwierigen Sachlage durchaus bewußt ist. Wenn die englischen Minister trotzdem immer wieder erklären, England werde alles tun, um den Sowjets zu helfen, wenn sie Kabinettsmitglieder nach Moskau schicken, um mit Stalin über das Ausmaß und die Einzelheiten dieser Hilfe zu verhandeln, wenn der englische Gewerkschaftsführer Walter Citrine, der vor Jahren nach längerem Aufenthalt in der Sowjetunion ein dickes Buch geschrieben hat, das eine einzige vernichtende Kritik des Bolschewismus und seiner politischen und wirtschaftlichen Methoden darstellt, nun wieder in der Sowjetunion herumreist und die sowjetischen Arbeiter zur Arbeit in den Rüstungsfabriken und zum letzten Einsatz auf dem Schlachtfeld aufruft, dann liegt auf der Hand, daß dies alles nicht in der ehrlichen Überzeugung geschieht, den Sowjets wirksam Hilfe leisten zu können, sondern in der Absicht, sie bis zum letzten für England zum Einsatz zu bringen. Ein amerikanischer Journalist hat auf einer Pressekonferenz, die Roosevelts Sendbote, Harriman, nach seiner Rückkehr aus Moskau Mitte Oktober in London abhielt, auf dessen Erklärung, daß England und die Vereinigten Staaten

123 hinter der Sowjetunion ständen, die wirkliche Lage recht treffend durch die Frage gekennzeichnet: „Sagen Sie, Mister Harriman, wie weit hinten stehen eigentlich England und die USA?“

Tatsächlich können die ungeheuren Materialverluste der Sowjets und der Ausfall ihrer von der deutschen Wehrmacht besetzten Rüstungsindustrien nicht ausgeglichen werden, am wenigsten durch England, dessen Bevölkerung von 46 Millionen einfach nicht ausreicht, um die englische Flotte zu besetzen, eine Millionenlandarmee aufzustellen, eine Luftwaffe, die stärker sein soll als die deutsche, zu entwickeln und nun noch für diese die Menschenreserven Englands bereits in anspruchnehmende militärische Anstrengung das nötige Rüstungsmaterial herzustellen und außerdem noch große Mengen davon an die Sowjetunion zu liefern.

Einen Einblick in die wirkliche Lage gab Außenminister Eden, als er im Unterhaus am 23. Oktober ausführte: „Wir verloren in Frankreich ungefähr tausend Kanonen, und damals blieben uns in England viel weniger als tausend. Wir besaßen einmal in unserem Lande sogar keine einzige ausgebildete und ausgerüstete Division. Unsere Verteidigungsmittel waren einfach nicht vorhanden und unseren Truppen im Mittleren Osten fehlte es buchstäblich an jeglicher moderner Ausrüstung.“ Dies war Englands Lage im Sommer vor einem Jahr! Die Sowjets aber haben nicht tausend, sondern zweiundzwanzigtausend Geschütze verloren.

Nicht weniger bezeichnend ist eine Erklärung des Lordsiegelbewahrs A t l l e e bei seiner Ankunft in Neuyork am 25. Oktober, England leide unter beträchtlichem Arbeitermangel. Deshalb müßten England und die Vereinigten Staaten ihre Rohstoffquellen und ihr Menschenmaterial in größtmöglichem Einsatz gemeinsam ausnutzen. Associated Preß meldete am 2. Oktober aus London, es verbreite sich dort die Auffassung, das Menschenmaterial Englands sei, soweit nicht aus den Kolonien verfügbar, erschöpft. Eine Vergrößerung der Armee für Offensivzwecke werde kaum möglich sein. Wahrscheinlich werde das Unterhaus demnächst in einer Geheimsitzung die Frage erörtern, ob England weitere Aushebungen vornehmen könne, ohne die Kriegsindustrie ernstlich zu schwächen. Es verlautete auch, daß keine rein britischen Truppenverbände mehr aufgestellt würden, da die wichtigen Industrien jeden Mann brauchten und der Einsatz der Frauen bei weitem nicht genüge, um die Lücken zu füllen.

Wie weit der Kampf Deutschlands gegen die englische Versorgung im einzelnen wirksam ist, läßt sich infolge des englischen Bemühens, diese Frage möglichst ungeklärt zu lassen, schwer nachweisen. Immerhin erklärten zwei von einer Englandreise zurückgekehrte Beamte des USA-Landwirtschaftsministeriums

124 nach einem Bericht von Associated Preß vom 1. Oktober in einem Presse-Interview, jeder von ihnen habe während seines vierwöchentlichen Aufenthalts in England 8 Pfund an Gewicht verloren.

Nachdem es den Engländern immer klarer wird, daß die russische Karte nicht sticht und daß sie selbst militärisch nicht in der Lage sein können, das Blatt zu wenden, richten sich ihre Hoffnungen erneut auf die Vereinigten Staaten, von denen man allein noch eine günstige Wendung erhofft. Der südafrikanische Premierminister S m u t s erklärte denn auch ganz offen am 4. Oktober, er glaube nicht, daß England den Krieg gewinnen könne, wenn die Vereinigten Staaten nicht in den Krieg einträten. Um den letzten Weltkrieg zu gewinnen, sei die Teilnahme der USA am Kriege notwendig gewesen. Um diesen Krieg zu gewinnen, sei die Teilnahme der USA ebenfalls notwendig. Smuts pries die Widerstandskraft Englands, betonte aber, Widerstand leisten und den Krieg gewinnen seien zwei verschiedene Dinge.

Eine empfindliche diplomatische Zurechtweisung mußte sich England Anfang Oktober von Finnland gefallen lassen. Die englische Regierung hatte sich durch Vermittlung der schwedischen an die finnische gewandt und sie mit Versprechungen und Drohungen zu einem Separatfrieden mit der Sowjetunion aufgefordert. In einer ausführlichen Note wies die finnische Regierung dieses Ansinnen zurück. In dieser Note, die am 6. Oktober durch schwedische Vermittlung nach London geleitet wurde, heißt es u. a.: „Die finnische Regierung hält es für angebracht, auf folgende Tatsachen hinzuweisen: Am 30. November 1939 begann die Sowjetunion einen unbegründeten und unprovzierten Angriff auf Finnland. Am 14. Dezember erklärte der Völkerbund aus diesem Grunde gemäß Artikel 16 des Völkerbundstatuts die Sowjetunion zum Angreifer und schloß sie aus dem Völkerbund aus. England nahm an dieser Abstimmung teil. Finnland wurde in seiner Kriegführung allein gelassen, und es wurde nicht die Frage aufgeworfen, wie der Angreifer die Folgen seines Angriffes wiedergutzumachen hätte. Am 12. März 1940 mußte Finnland mit der Sowjetunion den Moskauer Zwangsfrieden abschließen. Hierbei konnte Finnland die Abtretung wesentlicher Teile seines Territoriums an den Feind nicht vermeiden, worüber hinaus es seine Einwilligung zu dem Bau einer die Sicherheit Finn-

lands und ganz Skandinaviens bedrohenden strategischen Eisenbahn zugunsten des Angreifers erteilen mußte. Gleich nach Abschluß des Friedens setzte von selten der Sowjetunion eine rücksichtslose Erpressungspolitik Finnland gegenüber ein, ebenso wie eine zum Teil von innen her erfolgende Einmischung in das staatliche Leben Finnlands. Mit dieser Tätigkeit strebte die Sowjetunion dasselbe Endziel an wie schon durch den einige Zeit früher erfolgten bewaffneten Angriff:

125 Die Vernichtung Finnlands. Am 22. Juni 1941 leiteten die Streitkräfte der Sowjetunion wieder die Feindseligkeiten gegen Finnland ein. Am 25. Juni entwickelte sich die Feindseligkeit von Seiten der Sowjetunion zu einem systematischen Angriff. Nachdem Finnland festgestellt hatte, wiederum Gegenstand eines bewaffneten Angriffs geworden zu sein, ging es erst Anfang Juli zu aktiven Abwehrmaßnahmen über. Der Kampf Finnlands war und ist Selbstverteidigung. Wichtige Gebiete innerhalb der Grenzen von 1939 sind immer noch in Feindeshand und diese ebenso wie die außerhalb der erwähnten Grenze befindlichen Gebiete, bis zu denen finnische Truppen im Verlaufe der Kämpfe vorgedrungen sind, wurden als Ausgangspunkt eines Angriffes auf Finnland benutzt. Die Sowjetregierung hat diese Gebiete als denkbar vollständige Stützpunkte für nach dem Westen gerichtete Angriffe ausgerüstet. Dies konnte nunmehr an Ort und Stelle festgestellt werden. Die sowjetischen Maßnahmen enthüllen unbestreitbar die Angriffspläne der Sowjetunion und die unhaltbare strategische Lage, in die Finnland auf Grund dieser Vorbereitungen geraten war. Eine effektive Verteidigung, zu der niemand Finnland das Recht versagen kann, ist für das Land nur möglich durch die Verschiebung seiner Verteidigung auf diese Gebiete selbst. Diese jenseits der alten Ostgrenze liegenden Gebiete sind auch nicht „rein russisch“, sondern ihre Bevölkerung ist in erster Linie finnisch. Finnland führt seinen Verteidigungskrieg ohne politische Verpflichtungen. Das Land ist dafür dankbar, daß es diesmal nicht allein zu kämpfen braucht. Finnland kann es nicht verstehen, daß Großbritannien, mit dem es die Beibehaltung friedlicher Beziehungen gewünscht hat und dies noch immer tut, nur aus dem Grunde, weil Finnland jetzt nicht allein gegen die Sowjetunion kämpft, sich als berechtigt oder gar als verpflichtet fühlen kann, Finnland als offenen Feind zu behandeln."

Die Politik der Vereinigten Staaten ist auch im Oktober, und sogar in verstärktem Maße, in den Bahnen weitergelaufen, die ihr Roosevelts Haß und Machtgier seit langem vorgezeichnet haben. Die Rede, die Roosevelt am 27. Oktober anlässlich des sogenannten Tages der Marine gehalten hat, war ein neuer Gipfelpunkt seiner schon krankhaft anmutenden haßerfüllten Kriegspropaganda. Diesmal schreckte er auch nicht davor zurück, mit bewußten Fälschungen zu arbeiten. Er sprach von einer Landkarte, die in seinem Besitz sei und aus der sich ergebe, daß Deutschland Süd- und Mittelamerika unter seine Herrschaft bringen und neu aufteilen wolle. Weiter behauptete er, Dokumente in Händen zu haben, die bewiesen, daß Deutschland alle Religionen auf der ganzen Welt ausrotten und den Nationalsozialismus als Religion an ihre Stelle setzen wolle. Deshalb müsse USA alles daransetzen, um sich selbst den amerikanischen

126 Kontinent und die höchsten Güter der Menschheit zu verteidigen. Deshalb auch müßten die amerikanischen Handelsschiffe bewaffnet werden, habe die amerikanische Kriegsflotte den Schießbefehl, müßte die Sowjetunion unterstützt und ein Höchstmaß von Rüstungen durchgeführt werden. Eine der bedeutendsten USA-Zeitungen, die „Chicago-Tribüne“, nannte diese Rede eine Politik des Selbstmordes. Staatssekretär Hull aber rückte von den angeblichen Dokumenten Roosevelts, als er von der Presse darauf angesprochen wurde, mit der Bemerkung ab, er habe damit nichts zu tun gehabt und die Journalisten sollten sich „an direktere Stellen“ wenden. Derselbe Hull hat freilich, als ihn am 20. Oktober die Presse fragte, ob die USA-Regierung gegen die Torpedierung des USA-Zerstörers „Kearney“ protestieren würde, zu äußern gewagt: „Diplomatische Noten werden selten an internationale Banditen geschickt.“

Auf dieser Tonart ist die Haß- und Hetzpropaganda Roosevelts und seiner Leute also angelangt. Eine Steigerung in Worten ist kaum mehr denkbar. Aber wir wußten ja auch so schon längst, wie es gemeint war. Roosevelt ist in seinem Hasse gegen uns jeder Bundesgenosse, und wenn es der Teufel selbst wäre, recht, und Stalin und die Bolschewiken sind als Freunde und Helfer hochwillkommen. Roosevelt verstieg sich, als er von Presseleuten gefragt wurde, wie es denn mit der Religionsfreiheit in Rußland stehe, da er doch die Freiheit und besonders auch die Religionsfreiheit gegen die bösen Nazis verteidige, zu der Behauptung, die Sowjetverfassung gewährleiste die religiöse Freiheit genau so wie die amerikanische. Diese freche Lüge hat denn doch einen wahren Sturm der Entrüstung in „Gottes eigenem Land“ hervorgerufen. Der größte Teil der Presse, vor allem aber die kirchlichen Kreise, protestierten heftig, erinnerten an die systematische Unterdrückung und Vernichtung jeder Religion in der Sowjetunion und kritisierten aufs schärfste, daß die Sowjets mit Waffen und gar mit Geld unterstützt

würden. Aber Roosevelt läßt sich dadurch natürlich nicht beirren. Er hat seine Stellung längst bezogen. Dies zeigte der am 8. Oktober veröffentlichte Brief an Stalin, den Roosevelt durch Harriman, den Leiter der USA-Delegation auf der schon erwähnten Konferenz in Moskau über die englisch-amerikanische Unterstützung an die Sowjets überreichen ließ. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Mein lieber Freund Stalin. Dieser Brief wird Ihnen durch meinen Freund Harriman überreicht werden, den ich beauftragt habe, der Leiter unserer Moskauer Delegation zu sein. Herr Harriman ist ein guter Kenner ihrer Probleme und wird, das weiß ich, alles tun, was er kann, um die Verhandlungen in Moskau zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Harry Hopkins berichtete in langen Ausführungen über seine erfolgreichen und befriedigenden Besuche beim Außenministerium. Ich kann nicht sagen, wie tief wir alle

127 beeindruckt sind von den Leistungen der tapferen sowjetischen Armeen. Wir werden geeignete Wege finden, das Material und die Ausrüstung zu beschaffen, die erforderlich sind, um Hitler an allen Fronten zu bekämpfen, einschließlich der Sowjetfront. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um mein großes Vertrauen darüber zum Ausdruck zu bringen, daß Ihre Armeen zum Schluß über Hitler siegen werden und versichere Sie der größten Entschlossenheit, den erforderlichen materiellen Beistand zu leisten. Ihr in Freundschaft ergebener Franklin D. Roosevelt."

Dieser Brief, der natürlich keineswegs zur Veröffentlichung bestimmt war, hat allenthalben, besonders aber in USA selbst, berechtigtes Aufsehen erregt. Aber im Grunde besagt er auch nicht viel mehr als die am 1. Oktober in Moskau veröffentlichte Erklärung der Chefs der englischen und USA-Delegation auf der genannten Konferenz, des Lords Beaverbrook und Harrimans, die wie folgt lautet: „Die Konferenz der Vertreter der Regierungen Sowjetrußlands, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens hat ihr Ende erreicht. Die Mitglieder der Konferenz waren beauftragt, zu prüfen, welche Lieferungen aus den USA und Großbritannien Sowjetrußland benötigt, um die Achsenmächte zu besiegen. Die Konferenz fand unter dem Vorsitz Molotows statt und tagte seit Montag. Alle möglichen der Sowjetunion zur Verfügung stehenden Hilfsquellen und die Herstellungsmöglichkeiten der USA und Großbritanniens wurden geprüft. Es wurde beschlossen, der Sowjetunion fast jedes von Militär- und Zivilstellen geforderte Material zur Verfügung zu stellen- Die Sowjetunion wird Großbritannien und den USA große Mengen von Rohstoffen liefern, die diese Länder dringend benötigen. Transportmöglichkeiten waren Gegenstand eingehendster Untersuchungen; Pläne zur Erweiterung des Verkehrs nach allen Richtungen hin wurden ausgearbeitet. Stalin ermächtigte Harriman und Beaverbrook, den USA und Großbritannien seinen Dank für die reichliche Hilfe an Rohstoffen, Maschinen, Munition und Kriegsmaterial auszusprechen. Die Hilfe sei großmütig gewesen und hätte sofort die Sowjet-Truppen instandgesetzt, ihre Verteidigung hartnäckig zu gestalten und gewaltige Angriffe gegen den eindringenden Feind zu unternehmen. Harriman und Beaverbrook sagten im Namen ihrer Regierungen, diese Staaten erhielten große Mengen Rohstoffe von der sowjetrussischen Regierung, was die Rüstungsproduktion sehr steigern. Harriman und Beaverbrook unterstrichen besonders die freundschaftliche Atmosphäre der Konferenz, die den schnellen Abschluß — ein Rekord — der Verhandlungen ermöglichte. Sie betonten vor allem, Stalin brächte stets Beweise des Verständnisses und der Kameradschaftlichkeit entgegen. Sie dankten Molotow für die sachkundige Art, der Konferenz vorzustehen, und allen sowjetrussischen Vertretern für ihre Mitarbeit.

128 Zum Abschluß kommt die Konferenz zu dem Entschluß der drei Regierungen: Nach einer endgültigen Vernichtung der Nazityrannei soll der dann entstandene Frieden allen Menschen gestatten, in ihren diesbezüglichen Ländern ohne Furcht und ohne Not zu leben."

Allerdings stellte sich bald heraus, daß die in dieser Erklärung zum Ausdruck gebrachte Übereinstimmung und Zuversicht offenbar nicht vorhanden war, und in der amerikanischen Öffentlichkeit selbst erhoben sich zahlreiche Stimmen, die darlegten, daß eine Unterstützung der Sowjets schon aus Transportgründen in irgendeinem namhaften Umfang gar nicht möglich sei.

Was man über den Fortschritt des USA-Rüstungsprogrammes hört, weist in die gleiche Richtung. Es zeigt sich immer mehr, daß man den Mund zwar ungeheuer voll nimmt, daß die Wirklichkeit aber doch ziemlich anders aussieht: So wurde am 1. Oktober aus Washington gemeldet: „Die wirtschaftspolitische Erörterung des Rüstungsprogramms verrät immer mehr, daß sich sowohl in der Finanzpresse als auch in den Kreisen der Regierung neuerdings eine wachsende Beunruhigung bemerkbar macht, die auf das unveränderte Mißverhältnis zwischen der tatsächlichen Erzeugung von Kriegsgerät und den unvergleichlich höheren Ansprüchen des Auslandes und der USA-Wehrmacht an die Wirtschaft der Vereinigten Staaten zurückzuführen ist. Durch die Bildung der gewaltigen Fronten in Rußland und im mittleren Osten erfährt das bisher in den USA produzierte Kriegsgerät eine starke relative Verrin-

gerung. Gleichzeitig unterstreichen die Kritiker, was bisher in puncto Wirtschaftsplanung grundlegend versäumt worden ist. Hierbei werden folgende Hauptmängel hervorgehoben: 1. Da bis Mitte 1940 eine Wehrwirtschaft in den USA praktisch so gut wie nicht bestanden hat, ergibt sich die Notwendigkeit, eine solche völlig neu von unten her aufzubauen. Demgegenüber ist festzustellen, daß das aufgestellte Programm noch nicht einmal im Baustadium durchgeführt worden ist. Der Leiter der OPM, William Knudsen, hat erst neuerdings zum Ausdruck gebracht, daß mit voller Kapazitätsausnutzung der neuen Rüstungswerke nicht vor dem Frühjahr 1943 zu rechnen ist. 2. Die von vornherein unzureichende Planung einer Erweiterung der Rohstoffkapazität hat die Erschöpfung der ohnehin knappen Rohstofflager, besonders bei Metallen, beschleunigt. Auch durch diese Produktionseinschränkung können nicht mehr zusätzliche Rohstoff-Reserven geschaffen werden. 3. Immer stärker macht sich jetzt der Fehler bemerkbar, daß man einseitig nur die großen Firmen in die Durchführung des Rüstungsprogramms eingeschaltet hat. Es wurden also lediglich die großindustriellen Energien mobilisiert, durch die nur etwa 20 bis 25% der USA-Industrie repräsentiert werden. Die

129 Mittel- und Kleinindustrie aber steht heute vor einer schweren Massenkrise. Auf lange Sicht hofft man das Problem der jetzt wünschenswert erscheinenden Einschaltung der mittleren und kleinen Betriebe zu lösen, fürs erste dürfte aber die laufende Erzeugung durch die Einschaltung eher vermindert als vermehrt werden. Als Ergebnis dieser drei Versäumnisse wird festgestellt, daß Washington auf eine eigene Aufrüstung ganz verzichten müßte, wenn es den dringenden Bedarf der Sowjetunion an Kriegsgerät auch nur teilweise decken will.

Knudsen, der Direktor des Produktionsamtes, erklärte am 6. Oktober, die Amerikaner müßten alle möglichen Anstrengungen machen, damit die Kriegsmaterialherstellung der USA „in ein oder zwei Jahren die Deutschlands übersteigt“. Noch vor wenigen Monaten tat man so, als ob die Rüstungsproduktion der USA die deutsche bereits überholt hätte. Jetzt rechnet man schon mit zwei Jahren, bis dies der Fall sein könnte! Nach einer Meldung vom 18. Oktober hat Roosevelt Armee, Marine und Produktionsamt beauftragt, ein „Siegsprogramm“ auszuarbeiten und die Rüstungsproduktion noch einmal zu verdoppeln. Ein bekannter amerikanischer Publizist kam bei einer genauen Untersuchung des bisher von USA an England gelieferten Rüstungsmaterials zu dem Schluß, daß „anstatt eines Niagara-Wasserfalles nur ein Tröpfeln festzustellen sei“.

Trotzdem ist nach einer Mitteilung des USA-Finanzministeriums ein Defizit der USA-Finzen von 12 1/2 Milliarden Dollar im laufenden Finanzjahr zu erwarten. Für den Amerikaner wirkt sich die Verlagerung der Produktion auf den Rüstungssektor bereits in Rationierungsmaßnahmen auf dem zivilen aus. Seit August dieses Jahres haben bereits 700 000 Arbeiter der Zivilindustrie infolge des Mangels an Material ihre Stellung verloren. Kein Wunder, wenn man hört, daß z. B. Kupfer vom 1. Januar 1942 an für zivile Zwecke nicht mehr benutzt werden darf.

So große Mühe sich Roosevelt und seine Leute auch geben, das widerstrebende amerikanische Volk kriegswillig und kriegsbereit zu machen, um so aktiver werden die zahlreichen Persönlichkeiten und Kräfte, die dagegen arbeiten. Auch im Monat Oktober hat es an Versammlungen, Reden, Erklärungen und publizistischen Äußerungen dieser Art nicht gefehlt. Roosevelt gab durch seine Äußerungen über die angebliche Religionsfreiheit im Sowjetparadies und durch andere offenkundige Lügen seinen Gegnern auch reichlich Anhaltspunkte zur Kritik und Widerlegung.

Er geht jedoch stur seinen Weg weiter und räumt juristische und sonstige Hindernisse auf seinem Wege zum Kriege so gut er kann beiseite. Am 8. Oktober richtete er eine Botschaft an den Kongreß, um die Änderungen des Neutralitätsgesetzes herbeizuführen. Das Verbot der Bewaffnung von Handelsschiffen und

130 das ihrer Entsendung in die Kriegszone soll beseitigt werden, damit die USA um so besser hinter dem Kriege herlaufen und ihn vielleicht doch noch erreichen könnte. Die zweite Frage war die Erhöhung der im Rahmen des Pacht- und Leihgesetzes England zur Verfügung zu stellenden Mittel. Am 28. Oktober konnte Roosevelt ein Gesetz unterzeichnen, das weitere Mittel in Höhe von fast 6 Milliarden England zur Verfügung stellt. Gleichzeitig wurde das Pacht- und Leihgesetz auch auf Mittel- und Südamerika ausgedehnt. Roosevelt hat damit praktisch unbeschränkte Mittel zur Durchführung seines Dollarimperialismus in Ibero-Amerika erhalten.

Mit welchen Methoden der USA-Imperialismus in Ibero-Amerika arbeitet, zeigte ein Zwischenfall in Panama. Da das Neutralitätsgesetz USA-Schiffen das Fahren in die Kriegszone bisher verbot, wurden zahlreiche USA-Reedereien gehörende und mit Kriegstransporten nach England fahrende Schiffe in Panama registriert und fuhren unter der Flagge dieses Landes. Als Roosevelt die Bewaffnung der USA-Handelsschiffe in Angriff nahm, erschien Washington auch die Bewaffnung der unter ihrer

Flagge fahrenden Schiffe nötig, da man deren für England bestimmte Ladungen möglichst schützen wollte. Die Regierung von Panama aber weigerte sich. Dies machte in Washington natürlich einen „höchst- ungünstigen“ Eindruck, um so mehr, als die Bewaffnung der panamesischen Schiffe von der USA-Marine praktisch bereits durchgeführt war, ohne daß man sich darüber vorher mit Panama verständigt hätte. Dies erklärte Hüll am 7. Oktober ganz ungeniert vor der Presse. Wenige Tage später wurde bekannt, daß der Staatspräsident von Panama, Arias, plötzlich nach Cuba geflohen sei. Dort erklärte er dem Vertreter einer amerikanischen Zeitung, ernste Schwierigkeiten hätten ihn gezwungen, die Präsidentschaft Panamas aufzugeben und nach Cuba zu fliehen, um sein Leben zu retten. Seine Weigerung, die Schiffe Panamas zu bewaffnen, wie es von Washington verlangt wurde, habe einen starken diplomatischen Druck auf sein Land und eine unmittelbare Lebensgefahr für ihn selbst hervorgerufen.

Herr Roosevelt und Herr Hull sind wahrlich außerordentlich legitimiert, von den Regierenden anderer Länder als von Banditen und Gangstern zu sprechen!

Was man dem kleinen Panama gegenüber ohne weiteres riskiert, möchte man am liebsten natürlich auch gegenüber den anderen Staaten Amerikas tun. Vorläufig bevorzugt man aber noch die indirekten Methoden. Man kauft die Presse, finanziert hetzerische Ausschüsse, wie den Untersuchungsausschuß des Mädchenhändlers Taborda in Argentinien, gibt Anleihen über Anleihen, stützt Währungen, die man vorher selbst ins Wanken gebracht hat, bietet mit Hilfe des Pacht- und Leihgesetzes Millionenbeträge für

131 Rüstungen gegen den angeblichen gemeinsamen Feind, und bei alledem verdienen so viel einflußreiche Leute, daß der politische Widerstand gegen den USA-Imperialismus schwächer und schwächer wird.

Gegenüber Japan versucht man es in erster Linie mit wirtschaftlichem Druck und politischer Einkreisung. Der Rücktritt des Kabinetts Konoye am 15. Oktober und die Neubildung des Kabinetts durch den General Tojo war offensichtlich die Antwort auf diese Politik der USA. Man wollte ein Kabinett der stärksten Persönlichkeiten, nicht zuletzt wohl, um die Verhandlungsposition gegenüber der USA-Regierung zu stärken. Ob die zur Zeit im Gang befindlichen Verhandlungen von beiden Seiten etwas anderes bedeuten als ein Arbeiten auf Zeitgewinn, ist noch nicht ersichtlich.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1941

November-Lieferung
(Nr. 53/54 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Die Rede des Führers in München

**Die Rede des Führers am Vorabend des 9. November in München hatte folgenden Wortlaut
(DNB):**

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Deutsche Volksgenossen!

84 Ich bin wieder auf wenige Stunden hierhergekommen, um, dem alten Brauche treu, mit Ihnen, meine ersten Anhänger und Mitkämpfer, zu sprechen und jene zu ehren, die damals das größte Opfer, das sie bringen konnten, für unsere Bewegung und damit für Deutschland gebracht haben. Als ich das letztmal hier vor Ihnen stand, lag hinter uns ein ruhmvolles Jahr großer Geschehnisse. Ich weiß nicht, wie viele Menschen außerhalb des Reiches sich vor dem Jahre 1940 eine klare Vorstellung von dem gemacht hatten, was sich ereignen würde. Selbst in unserem eigenen Volk gab es wohl nur ganz wenige, die eine Ahnung besaßen von dem, was damals bevorstand, was gelingen mußte und was gelungen ist.

Als im Jahre 1939 auch meine letzten Bemühungen, die notwendige Revision auf friedlichem Wege zu erreichen, schließlich gescheitert waren, nachdem es also endlich den internationalen demokratischen Hetzern gelungen war, Europa in den Krieg zu stürzen, war zunächst unsere erste Aufgabe, den einen Feind im Osten zu beseitigen. Das geschah in 18 Tagen. Eigentlich hätten sich die nicht ganz vom Geist Verlassenen schon nach wenigen Wochen Rechenschaft darüber ablegen müssen, wie aussichtslos ihr Versuch war, das Deutsche Reich noch einmal niederzuzwingen. Sie taten es nicht, im Gegenteil, die Friedenshand, die ich ihnen entgegenstreckte, wurde zurückgestoßen. Ich wurde persönlich dafür beschimpft und der Feigheit bezichtigt. So blieb nichts anderes übrig, als das Jahr 1940 mit dem Entschluß zu beginnen, nunmehr den westlichen Gegner des Reiches endgültig niederzuwerfen. Nur durch Unvorsichtigkeiten und Schwatzhaftigkeit der Gegner erfuhren wir, daß man unter dem Motto, Finnland helfen zu wollen, einen Handstreich gegen Norwegen, in Wirklichkeit gegen die schwedische Erzbahn und die schwedischen Erzgruben, plante. Sie haben schon damals nicht mit unserer und mit meiner Entschlußkraft gerechnet! Sie haben sich das Bild meiner Persönlichkeit von jenen Emigranten zeichnen lassen, die gerade wegen mir Deutschland verlassen mußten.

Dieses Bild stimmt allerdings nicht ganz genau; es ist falsch. Ich habe mich nämlich im Gegensatz zu den Erwartungen dieser Gegner sehr schnell entschlossen, zunächst die norwegische Frage in unserem Sinn zu lösen. Das ist gelungen. Und kurze Zeit darauf kam dann jener beispiellose Siegeszug, der den

85 Gegner im Westen niederwarf und England zu jenem „ruhmvollen“ Rückzug zwang, der, wie man behauptet, einer der Ehrentitel der britischen Militärgeschichte für alle Zeiten sein wird. Ich habe die Spuren dieser „ruhmreichen“ Aktion persönlich gesehen, sie sahen aber sehr unordentlich aus.

Ich habe mich auch dann noch einmal, zum letzten Male — und dies habe ich ausdrücklich betont — entschlossen, England die Hand hinzustrecken und es darauf hinzuweisen, daß eine Weiterführung dieses Krieges gerade für England nur sinnlos sein könnte, und daß es nichts gebe, was einen vernünftigen Friedensschluß verhindern könnte, ja, daß zwischen England und Deutschland an sich keine Gegensätze vorhanden seien, außer solchen, die künstlich gemacht würden. Der wahnsinnige Säufer, der nun seit Jahren England dirigiert, hat auch darin sofort wieder ein neues Zeichen meiner Schwäche erblickt. Ich wurde abermals als ein Mann hingestellt, der sich die Zukunft schwarz vorstellt und sich deshalb nicht mehr getraut, den Kampf fortzusetzen. In Wirklichkeit habe ich die Zukunft nicht anders gesehen, als sie sich abspielte. Aber ich habe neben all dem Glorreichen auch die Opfer vorausgesehen, und ich wollte diese Opfer nur allen Seiten ersparen.

Zuerst wollte ich sie unserem eigenen Volke ersparen, aber auch der übrigen Welt gegenüber glaubte ich als Sieger es verantworten zu können, die versöhnende Hand hinzuhalten. Das wurde, wie gesagt, von jenen nicht begriffen, die ja selbst noch nie in ihrem Leben Opfer gebracht hatten und die auch keine nähere Berührung mit den Opfern ihres eigenen Volkes besaßen.

So blieb uns nichts anderes übrig, als nunmehr den Helm endgültig festzuschnallen und den Weg anzutreten, der uns für alle Zeit von den Gefahren befreien wird, die nicht nur das Deutsche Reich, sondern ganz Europa bedrohen.

Als ich das letztmal hier zu Ihnen sprach, meine alten Parteigenossen, da konnte ich im Vollgefühl eines Sieges sprechen wie kaum je ein Sterblicher vor mir. Und trotzdem lastete damals auf mir eine schwere Sorge, denn ich war mir im klaren, daß hinter diesem Kriege als letzter derjenige Brandstifter zu suchen ist, der immer von den Händeln der Nationen gelebt hat:

der internationale Jude! Ich wäre kein Nationalsozialist mehr gewesen, wenn ich mich von dieser Erkenntnis je entfernt hätte. Wir haben seine Spuren verfolgt durch so viele Jahre, wir haben, wohl zum erstenmal, in diesem Reich wissenschaftlich planmäßig dieses Problem für alle Zeiten geklärt und so recht die Worte eines großen Juden begriffen, der sagte, die Rassenfrage sei der Schlüssel zur Weltgeschichte. Wir wußten daher auch ganz genau, und ich wußte es vor allem, daß hinter diesem Geschehen der Jude die treibende Kraft war, und daß es — wie immer in der Geschichte — Strohköpfe sind,

die bereit waren, für ihn einzutreten: teils charakterlose, bezahlte Subjekte, teils Leute, die Geschäfte machen wollten und

86 nicht davor zurückschrecken, für solche Geschäfte jederzeit Blut vergießen zu lassen. Ich habe diese Juden als die Weltbrandstifter kennengelernt. Man sah ja, wie sie in den Jahren vorher über den Umweg von Presse, von Rundfunk, von Film und Theater usw. langsam die Völker vergiftet hatten, man sah, wie diese Vergiftung weiterlief, man sah, wie ihre Finanzen, ihre Geldgeschäfte in diesem Sinne arbeiten mußten. Und in den ersten Tagen des Krieges haben es ja gewisse Engländer — es waren nur Rüstungsaktieninhaber — auch ganz offen ausgesprochen: „Der Krieg muß mindestens drei Jahre dauern! Er wird und darf vor drei Jahren nicht enden!“ — So sagten sie. Das war selbstverständlich, denn sie hatten ja ihre Kapitalien festgelegt und konnten nicht hoffen, „daß sie unter drei Jahren eine Amortisation würden erreichen können. Gewiß, für uns Nationalsozialisten, meine Parteigenossen und -genossinnen, ist das fast unverständlich. Aber in dieser demokratischen Welt ist es eben so. Man ist Ministerpräsident oder Kriegsminister und zugleich Inhaber zahlloser Aktienpakete von Rüstungsfabriken. Die Interessen sind damit geklärt.

Wir haben diese Gefahr als die treibende Kraft in unserem inneren Kampf einst kennengelernt. Wir hatten diese schwarz-rot-goldene Koalition vor uns, diese Vermischung von Heuchelei, Mißbrauch von Religion auf der einen und Kapitalsinteressen auf der anderen Seite, und endlich die wirklich jüdisch-marxistischen Ziele. Wir sind mit dieser Koalition im Innern in einem harten Kampf restlos fertig geworden. Nun steht dieser Feind im Äußeren genau so vor uns, er ist ja der Inspirator der Weltkoalition gegen das deutsche Volk und gegen das Deutsche Reich.

Er hatte einst Polen vorgeschoben, dann später Frankreich, Belgien, Holland und Norwegen in den Bann seiner Dienste gezwungen. England war dabei von vornherein eine treibende Kraft. Aber was war verständlicher, als daß eines Tages auch die Macht gegen uns antreten würde, die diesen jüdischen Geist als klarsten Herrscher besitzt: die Sowjetunion, die nun einmal der größte Diener des Judentums ist. Die Zeit hat unterdessen das bestätigt, was wir Nationalsozialisten viele Jahre hindurch behauptet hatten; es ist wirklich ein Staat, in dem die gesamte nationale Intelligenz abgeschlachtet worden war und ein geistloses mit Gewalt proletarisierendes Untermenschentum übrigblieb, über dem sich eine riesige Organisation jüdischer Kommissare — das heißt in Wirklichkeit Sklavenhalter erhebt. Es gab oft Zweifel, ob nicht vielleicht doch in diesem Staat die nationale Tendenz siegen würde. Man hat dabei nur ganz vergessen, daß es ja die Träger einer bewußten nationalen Einsicht gar nicht mehr gibt, daß letzten Endes der Mann, der vorübergehend der Herr dieses Staates wurde, nichts anderes ist als ein Instrument in der Hand dieses allmächtigen Judentums, und daß, wenn Stalin auf der Bühne vor dem Vorhang sichtbar ist, hinter ihm

87 jedenfalls Kaganowitsch und alle diejenigen Juden stehen, die in einer zehntausendfachen Verästelung dieses gewaltige Reich führen.

Als ich damals im vergangenen Jahr zu Ihnen hier sprach, bedrückte mich bereits die Einsicht in eine Entwicklung, die nicht mehr mißdeutet werden konnte. Während wir gerade den Aufmarsch im Westen durchführten, begann Sowjetrußland schon mit dem Aufmarsch im Osten. Es trat ein Moment ein, da standen von uns in Ostpreußen 3 Divisionen, während Rußland im baltischen Raum 22 mobilisiert hatte. Und das verstärkte sich nun von Monat zu Monat. Es blieb uns das nicht verborgen, fast Monat für Monat konnten wir bei jedem einzelnen Verband genau feststellen, wo, wie und wann er einrückte. Damit verbunden war eine ungeheure Arbeit an unseren Ostgrenzen, die auch nicht übersehen werden konnte. Im Laufe von wenigen Monaten wurden nicht weniger als 900 Flugplätze in Bau gegeben und zum Teil fertiggestellt; man konnte sich ausrechnen, zu welchem Zweck eine so gigantische, über alle Vorstellungen hinausreichende Massierung der russischen Flugwaffe stattfand. Dazu begann nun das Auffüllen einer Basis für einen Aufmarsch, einer Basis, die so gewaltig war, daß man schon daraus wieder auf die Größe des Aufmarsches schließen konnte. Parallel damit ging eine ins Unerhörte gesteigerte Rüstungsproduktion. Neue Fabriken wurden eingerichtet. Fabriken, von denen Sie sich, meine Parteigenossen, zum Teil vielleicht keine Vorstellungen machen können. Wo vor zwei Jahren noch ein Bauerndorf stand, wurden in dieser Zeit Rüstungsfabriken aufgerichtet, die nunmehr 65 000 Arbeiter beschäftigten! Vor Lehmhöhlen wurden Fabrikanlagen und Verwaltungsgebäude der GPU gebaut. Vorne Paläste, rückwärts Gefängniszellen für grausamste Marterung! Parallel damit ging nun eine Verschiebung von Truppen an unsere Grenze, nicht nur aus dem Innern Rußlands, sondern sogar aus dem fernen Osten dieses Weltreiches. Division reihte sich an Division. Schließlich waren es über 100, dann 120, 140, 170 Divisionen und darüber hinaus.

Unter diesen bedrückenden Erkenntnissen habe ich damals Molotow nach Berlin geladen. Sie kennen die Ergebnisse der Berliner Besprechung. Sie ließen keinen Zweifel darüber, daß Rußland entschlossen war, spätestens in diesem Herbst vorzugehen, möglicherweise bereits im Sommer. Er verlangte, daß wir selbst, ich möchte sagen, das Tor des Aufmarsches friedlich öffnen sollten. Ich gehöre nun nicht zu den Menschen, die gewisse Tiere nachahmen, die sich ihre Schlächter selbst aussuchen. Ich habe daher auch Molotow damals in Berlin kurz verabschiedet. Ich war mir im klaren, daß nunmehr die Würfel gefallen waren, und daß uns der schwerste Gang nicht mehr erspart bleiben würde. Dies wurde

88 durch die Tätigkeit Sowjetrußlands vor allem auf dem Balkan bestätigt, durch jene unterirdische Wühlarbeit, die wir ja von Deutschland her zur Genüge kennen. Überall bolschewistische Agenten, überall Verhetzung und Zersetzung, die man nach kurzer Zeit schon gar nicht mehr verheimlichen wollte und auch gar nicht mehr verheimlichen konnte. Auch bei uns begann man aufs neue mit der bolschewistischen Propaganda. Sie war allerdings nicht erfolgreich; denn die Wirksamkeit der nationalsozialistischen Arbeit hatte sich unterdes gezeigt.

Endlich kam der Moment, da man den Abschluß des russischen Aufmarsches daran erkennen konnte, daß es — ausgenommen ein paar Divisionen in Moskau, die man ersichtlich zurückhielt als Handhabe gegen das eigene Volk, und einige Divisionen im Osten — nichts mehr gab, was nicht an der Westfront war. Und zu all dem brach in Serbien, von Rußland geschürt, der Ihnen bekannte Aufstand los, der Putsch der bolschewistischen Agenten, von englischen Emissären angezettelt, und gleich darauf der Unterstützungspakt Rußlands mit Serbien. Damals war Herr Stalin der Überzeugung, daß schon dieser Feldzug uns vielleicht das ganze Jahr festhalten würde, und daß dann bald der Moment kommen konnte, wo er nicht mit Waffen und Material, sondern mit seinem ganzen Menschenreservoir würde in Erscheinung treten können. Heute aber kann ich es zum ersten Male aussprechen: Es war noch etwas weiteres, was uns darüber belehrt hat.

Im Jahre 1940 fanden in London eine Anzahl von sogenannten Geheimsitzungen des britischen Unterhauses statt. Und in diesen Geheimsitzungen hat der whiskyselige Herr Churchill seine Gedanken geäußert, seine Hoffnungen und endlich seine Überzeugung, nämlich daß Rußland zu England hin auf dem Marsch sei, daß er von Mister Cripps die absoluten Unterlagen besitze, daß es höchstens 1 bis 1,5 Jahre dauere, bis Rußland in die Erscheinung treten würde und man daher höchstens noch 1 bis 1,5 Jahre aushalten müßte. Das war auch der Grund für diesen damals nicht begreiflichen Mut dieses Herrn. Wir haben davon Kenntnis erhalten, laufend Kenntnis erhalten.

Ich habe nun daraus die Konsequenzen gezogen. Die erste war die der Freimachung unserer Südostflanke. Ich kann nur sagen, wir müssen heute, nach Kenntnis von all dem, was vorgefallen war, Mussolini wirklich danken, daß er noch im Jahre 1940 in diese Eiterbeule hineingestoßen und gestochen hat. Es war uns in wenigen Wochen mit Hilfe der zu uns stehenden europäischen Staaten gelungen, dieses Problem endgültig zu lösen und mit der Einnahme von Kreta und damit der Vorlegung eines Riegels vor die Dardanellen siegreich abzuschließen.

89 Ich habe schon oft über die Leistungen unserer Wehrmacht gesprochen. Sie hat sich auch in diesem Feldzug ruhmvoll bewährt, sowohl da? Heer als auch die Luftwaffe.

Und nun achtete ich auf jede Bewegung unseres großen Gegners im Osten. Ich war seit April und Mai, ich möchte sagen fortgesetzt, auf der Beobachtungsstation und sah mir ununterbrochen jeden Vorgang an, entschlossen, in jedem Moment, in dem mir bewußt wurde, daß der Gegner Anstalten machte, seinerseits anzugreifen, wenn notwendig 24 Stunden vorher loszuschlagen.

Mitte Juni wurden die Anzeichen drohend, und in der zweiten Hälfte des Juni konnte es keinen Zweifel mehr geben, daß es sich hier um eine Frage von Wochen, ja vielleicht Tagen handeln würde. So gab ich den Befehl für den 22. Juni, nun unsererseits sofort anzutreten. Glauben Sie mir, meine alten Parteigenossen, es war das der schwerste Entschluß meines ganzen bisherigen Lebens, ein Entschluß, von dem ich wußte, daß er uns in einen sehr schweren Kampf verwickeln würde, von dem ich aber hoffte, daß die Chancen, ihn zu gewinnen, um so größer waren, je schneller wir dem anderen zuvorkommen würden.

Wie war nun damals die Lage? Der Westen war an sich gesichert. Dabei möchte ich gleich eines vorwegnehmen: es gibt sogenannte geniale Politiker im Lager unserer Gegner, die jetzt sagen, ich hätte gewußt, daß man uns im Westen nicht angreife, daher hätte ich den Mut gehabt, im Osten anzupacken. Diesen Genies kann ich nur sagen: sie verkennen meine Vorsicht. Ich habe mich im Westen so vorbereitet, daß sie jederzeit antreten können. Wenn es den Herren Engländern beliebt, sei es in Norwegen, sei es an unserer deutschen Küste oder sei es in Holland, in Belgien oder in Frankreich eine

Offensive zu unternehmen, so können wir nur sagen: Tretet an, ihr werdet schneller wieder abtreten, als ihr gekommen seid! Wir haben diese Küsten heute in einen anderen Zustand versetzt als sie es noch vor einem Jahr gewesen waren. Es ist dort gearbeitet worden, und zwar mit nationalsozialistischer Gründlichkeit. Der Chef eines großen Teiles dieser Arbeit — um nur einen einzigen Namen zu sagen — war unser T o d t.

Und es wird dort natürlich dauernd noch weiter gearbeitet. Sie kennen mich ja aus unserer Parteizeit her. Ich habe niemals den Stillstand gekannt, sondern wenn irgendwo zehn Batterien stehen, dann kommen noch fünf dazu, und wenn fünfzehn stehen, dann noch einmal fünf weitere und noch weitere dazu — unsere Gegner liefern uns ja die Kanonen selber.

Wir haben auch überall genügend Kräfte gelassen, um jederzeit bereit zu sein. Sie sind nicht gekommen. Auch gut! Ich will gar kein Blut vergießen. Aber wenn sie gekommen wären, dann — wie gesagt — würden sie längst wieder gegangen sein. Hier waren wir also sicher.

90 Den Balkan hatten wir auch gesäubert. In Nordafrika war es unseren gemeinsamen Bestrebungen gelungen, ebenfalls eine stabile Ordnung herzustellen. Finnland erklärte sich bereit, an unsere Seite zu treten. Rumänien desgleichen. Bulgarien begriff ebenfalls die Gefahr. Ungarn erkannte die große historische Stunde und faßte einen heroischen Entschluß, so daß ich es, als der 22. Juni kam, vor meinem Gewissen verantworten zu können glaubte, dieser Gefahr — und wenn auch nur mit wenigen Tagen Vorsprung — entgegenzutreten.

Dieser Kampf ist nun, meine alten Parteigenossen, ein Kampf wirklich nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, ein Kampf um Sein oder um Nichtsein!

Sie kennen unsere Verbündeten, angefangen vom Norden das tapfere kleine Heldenvolk der Finnen, das sich wieder so über alle Maßen bewährt hat. Aber dazu sind dann gekommen Slowaken, Ungarn, Rumänen und endlich Verbündete aus ganz Europa: Italiener, Spanier, Kroaten, Holländer, dänische Freiwillige, selbst französische und belgische Freiwillige. Ich kann wirklich sagen, daß im Osten vielleicht zum ersten Male in einer gemeinsamen Erkenntnis ganz Europa kämpft: so wie einst gegen die Hunnen, so diesmal gegen diesen Mongolenstaat eines zweiten Dschingis Khan.

Das Ziel dieses Kampfes war 1. die Vernichtung der feindlichen Macht, d. h. der feindlichen Streitkraft, und 2. die Besetzung der feindlichen Rüstungs- und Ernährungsgrundlagen. Prestigemomente spielen bei uns überhaupt keine Rolle. Wenn daher heute einer sagt: „Sie sind bei Leningrad ja in der Defensive“, dann komme ich und antworte: Wir waren vor Leningrad genau so lange offensiv, als dies notwendig war, um Leningrad einzuschließen. Jetzt sind wir defensiv, und der andere muß jetzt auszubrechen versuchen, aber er wird in Leningrad verhungern!

Ich werde sicher nicht einen Mann mehr opfern, als unbedingt notwendig ist. Wenn heute jemand da wäre, um Leningrad zu entsetzen, dann würde ich den Befehl geben, es zu stürmen, und wir würden es stürmen. Denn wer von der ostpreußischen Grenze bis 10 Kilometer vor Leningrad gestürmt ist, der kann auch noch die 10 Kilometer vor Leningrad bis in die Stadt hinein marschieren.

Aber das ist nicht notwendig. Die Stadt ist umklammert. Niemand wird sie mehr befreien, und sie fällt in unsere Hand. Und wenn man sagt: „Nur als Trümmerhaufen“ — ich habe gar kein Interesse an irgendeiner Stadt Leningrad, sondern nur an der Vernichtung des Industriezentrums Leningrads. Wenn es den Russen gefällt, ihre Städte in die Luft zu sprengen, ersparen sie uns selbst vielleicht manche Arbeit.

91 Prestigemomente — ich wiederhole es — spielen bei uns überhaupt keine Rolle. Wenn man z. B. sagt: „Warum marschieren wir denn jetzt nicht?“ — Weil es momentan regnet oder schneit, oder vielleicht, weil wir die Bahnen noch nicht ganz fertig haben! Das Tempo dieses Vormarsches bestimmen nicht jene wunderbaren britischen Strategen, die das Tempo ihrer Rückzüge bestimmten, sondern das bestimmen ausschließlich wir. Und zweitens:

Besetzung der feindlichen Rüstungs- und Ernährungsgrundlagen. Auch hier werden wir planmäßig vorgehen! Es genügt manchmal die Zerstörung eines einzigen Werkes, um sehr viele Werke lahmzulegen.

Wenn ich nun zusammenfassend den bisherigen Erfolg dieses Feldzuges umreißen will, dann hat die Zahl der Gefangenen nunmehr rund 3,6 Millionen erreicht, d. h. 3 600 000 Gefangene, und ich verbitte mir, daß hier ein englischer Strohkopf kommt und sagt, das sei nicht bestätigt. Wenn eine deutsche militärische Stelle etwas gezählt hat, dann stimmt das!

Zwischen einem deutschen Offizier und einem britischen Börsenjobber ist jedenfalls immerhin noch ein wesentlicher Unterschied. Das stimmt also genau so, wie ja auch unsere Angaben über die französischen und die englischen Gefangenen gestimmt haben!

Die Engländer wissen es ja selbst sehr gut, weil sie sich ja dauernd um ihre Gefangenen kümmern wollen. Wenn ich nun 3,6 Millionen Gefangene auf der einen Seite sehe, und ich nehme nur die Weltkriegsverhältnisse, dann entspricht dies mindestens der gleichen Zahl an Gefallenen. Es würde für Herrn Stalin ein schlechtes Zeugnis sein, wenn seine Leute jetzt weniger tapfer kämpfen würden, als sie das im Weltkriege getan haben; im Gegenteil, sie kämpfen ja teils aus Furcht und teils mit tierischem fanatischem Wahnwitz. Wenn ich nun annehme, daß in Rußland ähnlich wie bei uns auf einen Gefallenen drei bis vier Verwundete kommen, dann ergibt das eine Zahl, die einen absoluten Ausfall von mindestens acht bis zehn Millionen bedeutet, und zwar ohne die leichter Verwundeten, die vielleicht noch einmal geheilt und eingesetzt werden können. Meine Parteigenossen, davon erholt sich keine Armee der Welt mehr, auch die russische nicht! Wenn nun Stalin plötzlich sagt, wir hätten 4Y2 Millionen Menschen verloren, dagegen Rußland nur 378 000 Vermißte — und das können dann nur Gefangene sein —, 350 000 Tote und 1 000 000 Verwundete, dann kann man nur fragen: Warum sind die Russen dann eineinhalbtausend Kilometer zurückgelaufen, wenn sie bei ihren riesigen Truppenmassen nur die Hälfte der Opfer hatten als wir?

Es ist wirklich schon stark jüdisch, was dieser Kremlgewaltige hier von sich gibt. Im übrigen werden

92 sich ja die Gefangenen langsam den europäischen Gefilden nähern. Hier werden wir sie nützlich in die Produktion einbauen, und man wird sehen, daß es nicht 378 000, sondern wirklich 3,6 Millionen sind.

Das Material, das wir in dieser Zeit erbeuteten, ist unermesslich. Zur Zeit sind es 15000 Flugzeuge, über 22000 Panzer, über 27 000 Geschütze. Es ist ein wirklich gewaltiges Material. Die ganze Industrie der Welt, einschließlich selbst unserer deutschen, könnte dieses Material nur langsam ersetzen. Die Industrie unserer Demokraten ersetzt es jedenfalls in den nächsten Jahren nicht!

Und nun komme ich zum Territorialen. Wir haben bisher 1 670 000 Quadratkilometer besetzt. Das ist also immerhin ein Gebiet, das rund drei- bis viermal Frankreich und etwa fünfmal England umfaßt. In diesem Gebiet liegen 60 bis 75 v. H. aller Industrien und aller Rohstoffe, die Rußland besitzt. Ich hoffe, daß wir in kurzer Zeit noch ein paar weitere Maßnahmen treffen können, durch die wir ihnen Strang um Strang langsam aber sicher abschneiden werden.

Wenn nun jemand sagt: „Ja, aber Sie haben sich in der Zeit geirrt“ — diese Leute also wissen genau, was ich für Zeitmaße habe! Wir haben Frankreich in rund sechs Wochen befliegt; das besetzte Gebiet ist nur ein Bruchteil dessen, was wir im Osten eroberten. — Jetzt kommt jemand und sagt, wir hätten erwartet, daß wir im Osten das in eineinhalb Monaten machen. Blitzkriege in allen Ehren! Aber marschieren muß man dabei trotzdem! Und was nun unsere Infanterie hierbei geleistet hat im Marschieren, ist weltgeschichtlich überhaupt einmalig. Natürlich, wenn man von Dünkirchen nach Ostende geht und sich dann von Ostende wieder nach Dünkirchen zurückzieht, dann geht das leichter, das gebe ich zu. Aber wenn man immerhin von der deutschen Grenze bis nach Rostow oder bis zur Krim oder bis nach Leningrad marschiert, dann sind das Entfernungen, besonders wenn man die Straßen des „Paradieses der Arbeiter und Bauern“ berücksichtigt. Ich habe noch nie das Wort Blitzkrieg verwendet, weil es ein ganz blödsinniges Wort ist. Wenn es sich überhaupt auf einen Feldzug anwenden läßt, dann aber auf diesen! Noch niemals ist ein Riesenreich in kürzerer Zeit zertrümmert und niedergeschlagen worden als dieses Mal Sowjetrußland! Geschehen und gelingen konnte dies nur durch die unerhörte einmalige Tapferkeit und Opferwilligkeit unserer deutschen Wehrmacht, die unvorstellbare Strapazen auf sich nimmt.

Was hier alles die deutschen Waffen geleistet haben, das ist in Worten nicht auszudrücken. Wir können uns nur vor unseren Helden auf das tiefste verneigen. Ich habe schon in Berlin gesagt, ob wir unsere

93 Panzerschützen nehmen oder unsere Pioniere, unsere Artillerie, unsere Nachrichtentruppen, unsere Flieger, unsere Sturzkampfbomber, unsere Jäger oder Aufklärer oder unsere Marine — wen wir immer nehmen, am Ende kommt man doch stets zu dem Resultat: Die Krone gebührt dem deutschen Infanteristen, dem deutschen Musketier. Er marschierte in endlosen Weiten auf grundlosen Wegen, durch Morast, durch Sümpfe, er marschierte im Sonnenbrand über die endlosen Felder der Ukraine oder im Regen, Schnee und Frost, und er kämpfte Bunker um Bunker nieder. Mit seinen Sturm-pionieren reißt er Front um Front auf. Es ist wirklich ein Heldenlied, was er sich hier selber singt.

Hinter dieser Front aber steht nun die zweite Front, und das ist die deutsche Heimat. Und hinter dieser deutschen Heimat steht eine dritte Front, und die heißt Europa. Wenn mir in der letzten Zeit so oft gesagt wird, daß nunmehr die Demokratien rüsten — so habe ich es schon oft erwähnt, daß wir doch nicht nichts tun. Ich habe ja die deutsche Rüstung in den Jahren 1939/40 und 1941 nicht eingestellt.

Was wir bisher auf diesem Gebiete leisteten, war doch allerhand. Und wir rüsten weiter. Ich habe nur die Rüstung jetzt auf einige besondere Gebiete verlagert. Wenn die Herren dauernd mit ihren Zahlen kommen — ich rede nicht von Zahlen, aber ich spreche nur das eine aus: Sie werden staunen, mit was wir eines Tages antreten!

Wir haben das, meine alten Parteigenossen, ja auch im Innern erlebt. Jedes Jahr hörten wir, was die Demokraten machen, was die Sozialdemokraten machen, was das Zentrum oder die Bayerische Volkspartei macht, was meinetwegen die bürgerlichen oder sonstigen Gruppen machen oder was gar die Kommunisten tun. Wir haben auch etwas gemacht, und zwar am Ende mehr als diese ganze Koalition zusammen: denn wir haben sie niedergeschmettert!

Man sagt mir: „Ja, aber da ist Amerika mit 125 Millionen Menschen.“ — Das Reichsgebiet mit Protektorat und Gouvernement umfaßt aber auch 125 Millionen Menschen! Das Gebiet, das heute direkt für uns arbeitet, umfaßt weit mehr als 250 Millionen Menschen. Das Gebiet, das in Europa indirekt aber für diesen Kampf arbeitet, umfaßt schon jetzt über 350 Millionen! Soweit es sich nun um das deutsche Gebiet handelt, das Gebiet, das wir besetzt haben, das Gebiet, das wir jetzt in unsere Verwaltung genommen haben — so soll man nicht daran zweifeln, daß wir es fertig bringen, es in die Arbeit restlos einzuspannen. — Das kann man uns glauben!

94 Es ist nicht das deutsche Volk des Weltkrieges, das heute im Kampfe steht. Es ist ein ganz anderes deutsches Volk! Es ist das Unglück unserer Gegner, daß sie das nicht begriffen haben, und daß sie diesen jüdischen Strohköpfen nachlaufen, die immer wieder erklären: „Man braucht es nur genau so zu machen, wie man es schon einmal gemacht hat.“ — Das nehme nicht einmal ich von unseren Gegnern an, obwohl ich sie nicht für gescheit halte. Selbst ich tue niemals das gleiche, sondern immer etwas anderes. Sie sollten es erst recht aber endlich aufgeben, immer auf das Alte zu hoffen! So sagen sie jetzt z. B.: „In der Etappe wird ein Aufruhr ausbrechen.“ — Es kann vielleicht irgendeinen Dummkopf geben, der auf englische Rundfunkmeldungen sich plötzlich rührt. Aber nicht lange! Wir werden mit solchen Dingen fertig! Man soll sich darüber keiner Täuschung hingeben, solche Versuche brechen sehr schnell zusammen, denn heute tritt ihnen nicht mehr ein bürgerliches Deutschland mit Glacehandschuhen entgegen, sondern das nationalsozialistische, und das hat harte Fäuste!

Wir sind überall dort, wo wir Gebiete besetzen, sehr höflich und sehr anständig zur Zivilbevölkerung, vielleicht manches Mal zu anständig, zu entgegenkommend. Bei uns wird niemand vergewaltigt da drüben, aus vielerlei Gründen nicht. Es finden auch keine Einbruchsdiebstähle der deutschen Soldaten statt, die dort auf Raub und Plünderung ausgehen. So etwas wird dort sogar härter bestraft als in der Heimat. Wir schützen diese Bevölkerung. Wenn aber einer glaubt, sich gegen die Besatzung auflehnen oder durch Meuchelmord sie vielleicht erschüttern zu können, dann werden wir zuschlagen, so wie wir es zu Hause getan haben in den Jahren, wo unsere Gegner glaubten, uns terrorisieren zu können. Am Ende sind wir mit ihrem Terror fertig geworden; wir hatten uns die Organisationen dafür geschaffen. Wir werden auch mit dem Terror unserer heutigen Gegner fertig!

Dann kommen nun die allerblödesten Hoffnungen, nämlich, in Deutschland breche ein Aufstand, eine Revolution aus. Die Leute, die hier eine Revolution machen könnten, die sind gar nicht mehr da. Die sind nämlich schon lange in England, in Amerika und in Kanada usw. Die haben wir also nicht mehr. Die Leute aber, die vielleicht eine Revolution machen wollten, sind so wenige und so belanglose, daß es geradezu ein Witz ist, auf ihre Hilfe zu hoffen. Sollte aber irgendeiner ernstlich bei uns hoffen, unsere Front stören zu können, ganz gleich, woher er stammt, aus welchem Lager er kommt, so — Sie kennen meine Methode — sehe ich dem immer eine gewisse Zeitlang zu. Das ist die Bewährungsfrist. Aber dann kommt der Augenblick, an dem ich blitzartig zuschlage und das sehr schnell beseitige. Und dann hilft alle Tarnung nicht, auch nicht die Tarnung mit der Religion. Aber, wie gesagt, das wird ja bei uns gar nicht notwendig sein, weil ja vor allem dieses ganze deutsche Volk heute in einer Bewegung organisiert ist, was

95 unsere Gegner nur nicht begriffen haben, eine Bewegung, die bis in jedes Haus hineinreicht, die eifersüchtig darüber wacht, daß sich ein November 1918 niemals mehr wiederholt. Ich bin so oft Prophet gewesen in meinem Leben. Man hat mich immer ausgelacht, aber ich habe doch recht bekommen. Ich möchte es wieder sein:

Niemals wird sich in Deutschland ein November 1918 wiederholen! Er kann sich gar nicht wiederholen. Alles ist denkbar, nur eines nicht: daß Deutschland jemals kapituliert!

Wenn unsere Gegner sagen: „Ja, dann dauert eben der Kampf bis zum Jahre 1942“ — er kann dauern, solange er will — das letzte Bataillon aber auf diesem Feld wird ein deutsches sein!

Es ist auch ganz zwecklos, mich irgendwie einschüchtern zu wollen. Sie wissen, daß ich oft monatelang, ja oft jahrelang über eine Sache schweige. Es heißt nicht, daß ich sie nicht berücksichtige oder daß ich sie nicht erkenne. Wenn heute, besonders von Amerika aus, immer neue Drohungen gegen Deutschland ausgestoßen werden, so habe ich auch das beizeiten ins Auge gefaßt. Ich habe schon vor über einem Jahr erklärt: Was für ein Schiff auch immer Kriegsmaterial bringt, also Material, um Mannschaften zu töten, es wird torpediert werden! Wenn nun der amerikanische Präsident Roosevelt, der einst schon verantwortlich war für den Eintritt Polens in den Kampf, der, was wir ihm heute genau belegen können, Frankreich bestimmte, in diesen Krieg einzutreten, glaubt, durch einen Schießbefehl uns vielleicht mürbe machen zu können, so kann ich diesem Herrn nur eines zur Antwort geben: Herr Präsident Roosevelt hat seinen Schiffen befohlen, zu schießen, sobald sie deutsche Schiffe sehen. Und ich habe den deutschen Schiffen befohlen, wenn sie amerikanische sehen — nicht darauf zu schießen, aber sich zu wehren, sobald sie angegriffen werden. Einen deutschen Offizier, der sich nicht wehrt, stelle ich vor ein Kriegsgericht.

Wenn also ein amerikanisches Schiff auf Grund des Befehls seines Präsidenten schießt, dann wird es das auf eigene Gefahr hin tun. Das deutsche Schiff wird sich wehren, und unsere Torpedos werden treffen.

Ich habe auch gar keine Lust, mich mit diesen lächerlichen Fälschungen abzugeben, z. B. daß ich durch deutsche Experten eine Landkarte fabriziert hätte. Da kann ich Herrn Roosevelt nur sagen: Ich habe auf gewissen Gebieten überhaupt keine Experten. Bei mir genügt immer mein Kopf ganz allein. Ich habe keinen Gehirntrust zu meiner Unterstützung notwendig. Wenn also wirklich eine Veränderung irgendwo

96 stattfinden soll, dann entsteht das zunächst in meinem Gehirn und nicht im Gehirn anderer, auch nicht in dem von Experten. Ich bin auch kein Gymnasiast, der in einem Schulatlas Karten einzeichnet. Südamerika liegt so weit weg wie meinetwegen der Mond. Es sind das dümmste Behauptungen.

Aber nehmen wir die zweite Fälschung, wir wollten alle Religionen der Welt auslöschen. Ich bin jetzt 52 Jahre alt und habe etwas anderes zu tun, als mich mit Kindereien oder Dummheiten zu beschäftigen. Außerdem interessiert es mich gar nicht, welche Arten von Religionen in der Welt sind und wie die Völker zu diesen Religionen stehen. Das interessiert nur den Herrn amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Im Deutschen Reich — und nach unserer Auffassung kann jeder nach seiner Fasson selig werden!

Ich habe gelesen, daß es in den Vereinigten Staaten verboten ist, daß ein Prediger gegen den Staat redet, und daß es Soldaten verboten ist, solche Predigten zu besuchen. Es ist das gleiche wie bei uns, nur mit einem Unterschied, nämlich dem, daß im Deutschen Reich die Konfessionen fast 900 Millionen Mark jährlich von Staats wegen bekommen, in Amerika aber keinen Pfennig! Es ist auch im Deutschen Reich kein Priester jemals wegen seiner Glaubensgrundsätze verfolgt worden, sondern nur dann, wenn er von den Glaubensgrundsätzen weg sich in Staatsgrundsätze einmischte. Das haben aber immer nur sehr wenige getan. Die große Mehrzahl steht in diesem Kampf hinter dem deutschen Staat. Sie weiß ganz genau, daß, wenn dieser Kampf für das Deutsche Reich verloren würde, unter dem Protektorat von Stalin jedenfalls die Religion schlechter fahren würde als unter unserem.

Alle Versuche, von außen her vielleicht auf das deutsche Volk einzuwirken, sind kindisch und lächerlich. Das deutsche Volk kennt nun das nationalsozialistische Regime als Partei seit bald zwanzig Jahren, als Staatsführung jetzt ebenfalls schon acht Jahre, und ich glaube, daß es keine Zeit der deutschen Geschichte gibt, innerhalb der in acht Jahren so Gewaltiges geleistet worden ist als im Deutschen Reich unter der Führung der nationalsozialistischen Bewegung.

Die größten Zeugen für das Wirken unserer Bewegung werden diejenigen sein, die von der Front zurückkommen und ein 23jähriges Wirken des Kommunismus mit dem unsrigen vergleichen konnten. Sie können ein Urteil abgeben, was der Nationalsozialismus geleistet hat und was unserem Europa bevorstünde, wenn diese andere Welt siegreich sein sollte. Sie verstehen unsere große Zielsetzung: daß wir in diesem Kampf nunmehr endlich die Gefahr des Ostens von Europa nehmen und dadurch diesen Osten in seiner unermeßlichen Fruchtbarkeit, mit seinem unermeßlichen Reichtum an Bodenschätzen und

97 Erzen nicht mehr gegen Europa mobilisieren lassen, sondern ihn in den Dienst Europas stellen.

Das ist ein gewaltiges Ziel, das weit über die Grenzen unseres Deutschen Reiches hinausreicht, gewaltig nicht nur als Leistung, sondern auch gewaltig in den Folgen. Der bisherige Zustand ist doch ein Wahnsinn — dieses Europa, in dem auf manchen Gebieten — ich brauche nur an den Westen zu denken — bis zu 260 Menschen auf dem Quadratkilometer leben!

Ich sehe alle diese Dinge von einer — ich darf wohl sagen — höheren Warte. Ich unterscheide zwischen den Franzosen und ihren Juden, zwischen den Belgiern und ihren Juden, zwischen den Holländern und ihren Juden. Ich weiß, daß dort zahllose Menschen leben, die auch die Opfer dieser wahnwitzigen europäischen Konstruktion sind, nach der tatsächlich der reichste Teil Europas gegen Europa fortgesetzt mobilisiert wird, ohne daß dabei die eigenen Menschen dort auch nur den primitivsten Lebensstandard besitzen. Das haben ja auch unsere Soldaten gesehen: In einem Land, in dem die Fruchtbarkeit nur so aus dem Boden quillt, in einem Land, in dem man mit einem Bruchteil der Arbeit ein Vielfältiges an Gewinn erzielen würde wie bei uns, da haben die Menschen kaum so viel, daß sie auch nur einen Kochtopf ihr eigen nennen; in elenden Katen hausen sie, verkommen, verlaust und verdreckt. Vor wenigen Tagen habe ich gelesen, daß man bei einem deutschen Kriegsgefangenen im Osten Läuse gefunden haben sollte. Das läßt Herr Stalin verbreiten. Ich nehme an, daß er doch nicht glauben machen will, dieser Kriegsgefangene habe die Läuse etwa von München oder von Berlin nach Rußland mitgebracht. Im Sowjetparadies existiert wirklich das Miserabelste, was es an Sklaventum überhaupt auf dieser Welt je gegeben hat, Millionen verängstigter, unterdrückter, verkommener Menschen, halbverhungert! Darüber allerdings steht ein Regime von Kommissaren, zu 90 Prozent jüdischer Herkunft, das diesen ganzen Sklavenstab dirigiert.

Es wird für Europa eine wahre Erlösung sein, wenn nicht nur diese Gefahr verschwindet, sondern wenn die Fruchtbarkeit dieser Erde ganz Europa zugute kommt. Das ist eine gewaltige Aufgabe, die uns gestellt ist, und ich bin nun allerdings so viel Materialist, daß ich sie als viel wichtiger ansehe, als mich etwa darum zu kümmern, welche Religionen in den verschiedenen Ländern herrschen.

Wir haben ein Ziel, es umfaßt diesen Kontinent, primär unser Vaterland, dann darüber hinaus aber auch alle diejenigen, die in gleicher Not leben wie wir auch. Und dann bin ich der Überzeugung, daß dieser Kontinent nicht der zweite der Welt sein, sondern daß er nach wie vor der erste bleiben wird.

Und wenn Herr Willkie, dieser Ehrenmann, erklärt, es gebe nur zwei Möglichkeiten, entweder Berlin wird Welthauptstadt oder Washington — dann kann ich nur sagen: Berlin will gar nicht Welthauptstadt

98 sein, und Washington wird nie Welthauptstadt werden! In Europa würde, so glaube ich, ein halbes Hundert sogar von Mittelstädten gegen eine derartige Kulturbelastung der Menschheit protestieren.

Unser großes Ziel im Osten ist im Grunde genommen nur die letzte Auswertung unseres Programms, nach dem wir einst angetreten sind, dieses nüchternen Programms, das die menschliche Arbeit und damit den Menschen selbst in den Mittelpunkt des Handelns, des Strebens und auch des Erfüllens rückt. Wir haben damals gegen die Begriffe von Gold und Kapital den Begriff, Mensch, Volksgenosse und Arbeit gesetzt, und wir setzen heute gegen diese Begriffe wieder den Menschen und seine Arbeit. Wir umfassen damit auch alle diejenigen, die mit uns heute als Verbündete stehen, in erster Linie den Staat, der unter der gleichen Not, zum Teil unter einer noch viel größeren leidet als Deutschland selbst: Italien. Der Duce — ich weiß es —, er empfindet diesen Kampf nicht anders als wir: auch sein Land ist arm, übervölkert, immer benachteiligt, nicht wissend, woher das tägliche Brot genommen werden soll. E r h a t sich mit mir verschworen, und diesen Bund wird und kann keine Gewalt der Welt lösen! Es sind zwei Revolutionen, die zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Formen, aber doch mit gleichen Zielen angetreten sind. Sie werden gemeinsam diese Ziele erreichen.

Zu uns sind nun eine ganze Anzahl weiterer europäischer Staaten gestoßen. Wir können sagen, daß fast ganz Südosteuropa heute in unserem Lager steht, und daß große Teile des übrigen Europa sich, wenn auch nicht staatlich, dann wenigstens gesinnungsmäßig in unserer Front befinden. So kämpfen wir als Nationalsozialisten heute nicht mehr allein, sondern in einer gewaltigen europäischen Front. Und wir können am Ende dieses Jahres wohl sagen, daß durch diese europäische Front die größte Gefahr bereits abgewendet worden i s t. Als ich neulich in Berlin sprach, da standen wir gerade vor dem Anlauf zu einem letzten gigantischen Hieb. Er ist über alle Maßen gelungen. Rund 75 Divisionen wurden mit einem Schlag ausgelöscht und vernichtet.

Und die Führung dieses Kampfes sowohl als die Ausführung wird nicht ermüden und nicht ermaten. Was der Heldenmut an der Front geleistet hat, ist unsterblich, und für eine so u n sterbliche Tat wird auch — das können wir als Menschen, die an eine Vorsehung glauben, annehmen — ein unvergänglicher Lohn kommen!

Wir dürfen keinen Zweifel darüber haben, daß in dieser Zeit jetzt das Schicksal Europas für die nächsten tausend Jahre entschieden wird. Wir alle können glücklich sein, daß wir diese Zeit anbahnen, und Sie, meine Freunde aus alter Zeit, Sie können stolz darauf sein, daß Sie mir, den die Vorsehung

99 bestimmt hat, diesen Weg zu beschreiten, schon damals in einer Zeit und unter Umständen folgten, in denen ich in dieser Stadt noch als ein unbekannter Mann meinen Weg begann.

Wir dürfen gerade in diesem Jahr mit noch mehr Stolz vor die Gräber unserer alten Kameraden hintreten. Im vergangenen Jahr konnte uns vielleicht vor ihnen etwas belasten. Wir haben nicht mehr gegen Rotfront gekämpft, das Schicksal hatte uns gezwungen, mit ihm einen Waffenstillstand zu schließen. Ich habe diesen Waffenstillstand ehrlich gehalten. Von der anderen Seite ist die Entbindung von dieser Verpflichtung erfolgt. Ich blicke jetzt fast wie erlöst in diesem Jahr zu den Gräbern unserer Parteigenossen hin, denn ich weiß, daß diese Parteigenossen ja einst alle das gleiche Ziel hatten: den Kampf gegen diesen marxistischen Weltfeind und seine Verbündeten. Sie sind damals unter den Kugeln dieser Front, die sich von einer dummen Reaktion bis zum fanatisierten Wahnwitz des Bolschewismus hin erstreckte, gefallen.

Wir erinnern uns gerade in diesem Jahr dieser Gefallenen mit besonderer Rührung und mit besonderer Ergriffenheit. Meine eigenen Empfindungen werden Sie verstehen. Ich bin nur wenige Stunden wieder hier in dieser Stadt, von der ich einst auszog, aber ich bin so glücklich, Sie wieder hier zu sehen, meine alten Gefährten, meine alten Kampfgenossen. Und Sie dürfen mir schon glauben, daß mir in diesem Jahre eine ungeheure Last vom Herzen genommen worden ist. Ich empfinde so recht die ganzen Opfer, die wir bringen mußten: alle unsere vielen jungen und alten Freunde, die jetzt wieder mit ihrem Blut Deutschlands Rettung bezahlen mußten und vielleicht noch bezahlen müssen.

Allein es ist der alte, ewige Streit und der alte, ewige Kampf. Er fand eben im Jahre 1918 kein Ende. Damals hat man uns um den Sieg betrogen. Damals haben wir zwei Millionen Tote geopfert, über 7 Millionen Verwundete gehabt und sind trotzdem durch den Wahnwitz einer inneren Revolution um den Sieg gebracht worden. Es war aber nur der Anfang, das erste Stück dieses Dramas, das zweite und der Schluß werden jetzt geschrieben, und wir werden diesmal nun das einholen, um was man uns damals betrogen hat. Punkt um Punkt und Position um Position wird jetzt wieder in Rechnung gestellt und einkassiert werden.

Es wird die Stunde kommen, da wir auch vor die Gräber der Gefallenen des großen Krieges hintreten und sagen werden können: „Kameraden, auch ihr seid nicht umsonst gefallen.“ Das, was wir einst vor der Feldherrnhalle aussprachen, das werden wir noch mit einem tausendmal größeren Recht vor den Gräbern unserer Weltkriegssoldaten verkünden können: „Kameraden, ihr habt doch gesiegt!“



Innenpolitik

100 Mit großer Spannung erwartet in jedem November das deutsche Volk die Rede des Führers zum Gedenktag der Münchner Heldenehrung. Noch in jedem Jahre hat der Führer in seiner Rede, die dem Gedächtnis der Toten vom 9. November gewidmet ist, grundlegende, richtungweisende Worte zum deutschen Volke gesprochen. So auch in diesem Jahre. In großen Zügen schilderte der Führer in seiner Rede die politische Entwicklung, die zum Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der Sowjetunion führte. Erschütternd war es zu hören, welche schwere Sorgen den Führer schon zu einer Zeit bedrückten, als die Welt noch meinte, zwischen dem Reich und seinem östlichen Nach-

bar wäre alles zum Guten geregelt. Mit großer Eindringlichkeit schilderte er das ungeheuerere Ausmaß der Gefahr, von der das Reich und Europa bedroht waren. Eindrucksvoll waren die Zahlen, die er für die bisherigen Erfolge im Ostfeldzug anführte. Scharf war seine Abrechnung mit London und Washington, flammend sein Bekenntnis zu den alten Kampfparolen der Bewegung. Der Appell an die gesamte Nation, diesen Kampf allen Fährnissen und Widerwärtigkeiten zum Trotz bis zum endgültigen Sieg durchzufechten, ist von allen Deutschen bis zum letzten Mann begriffen worden. Wie immer ging von dieser Rede des Führers ein Kraftstrom ins Volk, der Heimat und Front mit dem gleichen Willen zum Sieg beseelte. Wortlaut der Führerrede siehe Seite 84).

Die Münchner Feiern fanden im traditionellen Rahmen statt. Die Feiern, die allenthalben im Reich stattfanden, waren in schlichter Form gestaltet worden. Vielfach hatte man mit ihnen eine Totenehrung der Gefallenen des Weltkrieges und des gegenwärtigen Schicksalskampfes verbunden.

Die Kriegsereignisse im Osten und im Kampf gegen England nahmen im Laufe des November weiterhin ihren Fortgang. Hart und schwer war das Ringen insbesondere an der großen Front vom Finnischen Meerbusen bis hinunter zum Schwarzen Meer. Die Ungunst des Wetters verzögerte den

101 Siegeslauf der deutschen Armeen im gewissen Sinne und bereitete den Soldaten unendliche Strapazen, deren sie mit der ganzen zähen und verbissenen Kraft des deutschen Menschen Herr wurden. Am 8. November veröffentlichte das OKW die Zahl der Gefangenen, die bis zum 1. November im Ostfeldzug gemacht wurden:

3 230 614 bolschewistische Gefangene waren bis dahin in deutscher Hand. Die Masse des vernichteten sowjetischen Kriegsmaterials, die Zahl der erbeuteten Tanks, Fahrzeuge, Geschütze und sonstiger leichter Waffen ist gar nicht zu übersehen. Aus alledem ergibt sich, daß des Führers Wort, von einem solchen Schlage könne sich keine Armee der Welt erholen, auf harte Tatsachen gegründet ist. Den bisherigen Gesamtverlust der Sowjetarmeen beziffert das OKW mit 7 bis 8 Millionen Sowjetarmisten. Eine genaue Nachprüfung ergab, daß in der Zeit zwischen dem 22. Juni und 30. September 1941 nahezu 300 sowjetische Divisionen mit der Masse ihrer Mannschaften und ihres Kriegsgeräts vernichtet worden sind. Im Laufe des Oktobers setzten sich die schweren Verluste fort. Allein zwischen 30. September 1941 und Anfang November verloren die Sowjets 76 Schützendivisionen, 6 Kavalleriedivisionen, 7 Panzerdivisionen und 6 Panzerbrigaden. Insgesamt rechnet man, daß 389 geschlossene größere Verbände des bolschewistischen Feindes zerschlagen sind, deren Ersatz ihm nicht mehr möglich sein wird. Diese Zahlen umreißen völlig eindeutig die Größe der Gefahr, in der sich die europäische Kultur durch den Aufmarsch dieser Kräfte befand. Die deutsche Wehrmacht hat diese Gefahr beseitigt. Im Kampf gegen England war die U-Bootswaffe auch in dem durch Witterungsunbilden so gefährvollen Monat weiterhin erfolgreich. Vor allem die britische Kriegsmarine hat schwere Schläge erhalten.

Mit großem Aplomb- starteten die Engländer um die Mitte des Monats mit einer riesigen Übermacht an Panzer- und motorisierten Verbänden einen wohlvorbereiteten Angriff auf die Divisionen des Generals Rommel und die italienischen Verbände in der Marmarica. Die gesamte englische und amerikanische Presse sprach von „Blitzkrieg“ und der in wenig Tagen abzusehenden völligen Vernichtung der deutsch-italienischen Truppen. Die gesamte Propagandamaschinerie Churchills lief auf hohen Touren. Demgegenüber hielt sich das deutsche Oberkommando äußerst zurück. Wie immer, wenn schwere Kämpfe im Gange waren, verlautete nichts über den vermutlichen Ausgang und die Entwicklung der Operationen. Gegen Ende November wurde es aber offenbar, daß die Truppen Rommels, hervorragend geführt, mit unerhörtem Schneid kämpfend, zusammen mit den vortrefflich fechtenden italienischen Divisionen den englischen Angriff aufgehalten und dem Feinde schwere Verluste zugefügt hatten. Am Monatsende waren die Kämpfe noch im Gange, aber die englische Presse und der englische Rundfunk sind wesentlich kleinlauter geworden.

102 Auch die britische Non-stop-Offensive, die den Russen Entlastung bringen sollte, erfuhr im Monat November schwere Rückschläge. Bei den stärkeren Angriffen, so in der Nacht vom 7. zum 8. November und am Monatsende, wurden außerordentlich zahlreiche britische Maschinen abgeschossen und vernichtet. In der Nacht vom 7. zum 8. November fielen allein 27 der angreifenden Bomber der deutschen Abwehr zum Opfer. Ein weiteres knappes Dutzend erreichte ebenfalls in dieser Nacht die heimischen Flugplätze nicht mehr. Auch die Verluste der Briten in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember waren unverhältnismäßig hoch. 19 englische Maschinen gingen dabei verloren-

Ein großes Ereignis, das weit über die Bedeutung eines innerpolitischen Vorgangs hinausging, war der Staatsakt anläßlich der Verlängerung des Antikominternpaktes, der am 25. November im Botschaftersaal der Neuen Reichskanzlei stattfand. Die Bedeutung dieses Staatsaktes wurde dadurch erhöht, daß weitere sieben Staaten, und zwar Bulgarien, Dänemark, Finnland, Kroatien, Rumänien, Slo-

wakei und China diesem Pakt beitraten. Reichsminister von Ribbentrop hielt dabei eine vielbeachtete Rede, die Deutschlands Stellung in Europa, Europas Haltung zu den Problemen der Weltpolitik in klarer und eindeutiger Weise festlegte. Der Rahmen, in dem diese Feierlichkeit stattfand, ließ erkennen, welches Gewicht die nationalsozialistische Staatsführung der Erweiterung dieses Paktes beimißt. In der Tat deutete sich an diesem 21. November zum erstenmal die Form des neuen Europa an, das sich ebenso gegen den Bolschewismus geeint fühlt, wie es eine gemeinsame Abwehrfront gegen den Blockadekampf der westlichen Demokratien England und die Vereinigten Staaten zu bilden bereit ist. Nachdem der Reichsminister des Auswärtigen am Mittwoch Einzelbesprechungen mit den verschiedenen Staatsmännern geführt hatte, empfing am 27. November der F ü h r e r in Gegenwart des Reichsaußenministers die einzelnen Delegationsführer. Alle die verschiedenen, die Völker Europas bewegenden Fragen wurden bei dieser Gelegenheit unter dem Aspekt der neuen Ordnung unseres Kontinents besprochen. Am Mittag des gleichen Tages sah der Führer die anwesenden Staatsmänner und die Berliner Missionschefs der Antikominternmächte bei sich zu Gäste. Führende Männer des nationalsozialistischen Staates waren bei diesem Empfang zugegen.

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Protokolls über die Verlängerung des Abkommens gegen die kommunistische Internationale und des Beitritts weiterer sieben Staaten sandte der Führer an die Staatsoberhäupter der im Antikominternpakt vereinigten Mächte sowie an den Duce und den Staatsherrn Rumäniens herzlich gehaltene Glückwunschtelegramme. Diese Grüße wurden auf das herzlichste erwidert. Auch Reichsmarschall

103 Hermann Göring gab den in Berlin weilenden Vertretern der Vertragsmächte am 26. November in seinem Berliner Hause einen Nachmittagsempfang. Der Bedeutung dieses Berliner Paktabschlusses entsprach weiterhin das deutsche und das ausländische Presseecho. In Deutschland und in den übrigen Staaten des Antikominternpaktes wurden die Berliner Tage als Beginn einer neuen europäischen Epoche gewürdigt, vom feindlichen Ausland her aber mit gehässigen und verkleinernden Kommentaren begleitet. Aber sogar aus diesen Stimmen des feindlichen Auslandes ging hervor, welche entscheidende Bedeutung man dort diesem großartigen politischen Akt für die weitere Entwicklung des Krieges beimißt.

Der Monat November brachte der deutschen Wehrmacht eine ganze Reihe schmerzlicher Schläge durch den Tod hervorragender Offiziere. Am 17. November erlitt der Generalflugzeugmeister, Generaloberst U d e t, bei Erprobung einer neuen Waffe einen so schweren Unglücksfall, daß er an den Verletzungen auf dem Transport verschied. Der Führer hat für den auf so tragische Weise in Erfüllung seiner Pflicht dahingegangenen Offizier ein Staatsbegräbnis angeordnet. In Anerkennung der hervorragenden Leistungen des im Weltkrieg in 62 Luftkämpfen siegreichen Jagdfliegers und in Würdigung der hohen Verdienste bei dem Aufbau der Luftwaffe hat der Führer den Generaloberst Udet durch Verleihung seines Namens an das Jagdgeschwader 3 ausgezeichnet. Am 21. November fand im Ehrensaal des Reichsluftfahrtministeriums der Staatsakt für Generaloberst Udet in Gegenwart des Führers statt. Reichsmarschall Göring würdigte in seiner Rede die Persönlichkeit und das Werk Ernst Udets. Auf dem Invalidenfriedhof in der Nähe des Grabes Manfred von Richthofens fand der erste Generalflugzeugmeister der nationalsozialistischen Luftwaffe seine Grabstätte.

Ein hartes Geschick hat es gefügt, daß die deutsche Luftwaffe wenige Tage nach dem Heimgange des Fliegerhelden aus dem Weltkriege auch den kühnsten und besten aus dem Reich ihrer jungen Jagdflieger verlor. Der Inspekteur der Jagdflieger, Oberst Werner M ö l d e r s, ist am 22. November auf einem Dienstflug bei der Rückkehr aus der Krim nach einer Zwischenlandung in Lemberg durch Ausfall beider Motoren — eine tragische und seltene Verkettung von Umständen — in einem Kurierflugzeug, das er nicht selbst steuerte, bei Breslau abgestürzt. Vom Feinde unbesiegt, fand der Sieger in 115 Luftkämpfen auf so tragische Weise den Fliegertod. In Würdigung des einmaligen Verdienstes des Obersten Mölders hat der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht verfügt, daß das bisher von Mölders zu gewaltigen Siegen geführte Jagdgeschwader in Zukunft seinen Namen tragen soll. Zugleich hat der Führer

104 für den jungen Helden ein Staatsbegräbnis angeordnet. Unter gewaltiger Anteilnahme des ganzen deutschen Volkes wurde Werner Mölders, der erste und bisher einzige Träger des Eichenlaubs mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, am 28. November nach einem feierlichen Staatsakt, der ebenfalls in Anwesenheit des Führers stattfand, auf dem Invalidenfriedhof beigelegt. — Der bevollmächtigte Vertreter des Reichsjugendführers, Stabsführer M ö c k e l, erließ aus Anlaß des Todes dieser beiden vorbildlichen Soldaten einen Tagesbefehl, der die Jugend aufforderte,

im Geiste der beiden Flieger, des Generaloberst Udet, des Oberst Werner Mölders, zu leben und wie sie im Einsatz für das Reich niemals müde zu werden.

Auch General der Flieger W i l b e r g, einer der ältesten Fliegeroffiziere der deutschen Wehrmacht, verunglückte am 20. November tödlich auf einem Dienstflug. General der Flieger Wilberg hat sich im Weltkriege als Inspekteur der Fliegertruppen und als Kommandeur der Flieger der IV. Armee große Verdienste erworben. Nach dem Kriegsende wirkte er im Reichswehrministerium und kämpfte um die Erhaltung des Fliegergedankens in Wehrmacht und Volk. An der Aufstellung der Legion Condor war er maßgebend beteiligt, seit Kriegsbeginn stellte General der Flieger Wilberg sein Können und seine Erfahrung als höherer Fliegerausbildungskommandeur in den Dienst der Luftwaffe.

Am 22. November meldete der Wehrmachtbericht, daß der Kommandierende General eines Armeekorps, General der Infanterie von Briesen, in den Kämpfen der Ostfront den Heldentod starb. General von Briesen hat mehrfach bei den Operationen im Osten sowohl im Polenfeldzug als auch jetzt bei den Kämpfen in der Sowjetunion in vorderster Linie gestanden und seinen Soldaten ein ganz persönliches Beispiel gegeben. Im Polenfeldzug wurde der General verwundet, trotzdem blieb er nach Anlegung eines Notverbandes auf dem Schlachtfelde. Der Führer hat dieses tapferen Offiziers in seiner Reichstagsrede vom 6. November 1939 gedacht. General von Briesen war es auch, der vor dem Arc de Triumphe in Paris den Vorbeimarsch der deutschen Truppen abnahm.

Um die Mitte des Monats weilte der rumänische Handelsminister Marinescu in Berlin. Er hatte hier mit Reichswirtschaftsminister Funk bedeutsame Besprechungen über den deutsch-rumänischen Handelsverkehr. Auf Einladung des Reichskriegführers Generals der Infanterie, SS-Gruppenführers Reinhardt, weilte zu Anfang des Monats der Führer des italienischen Kriegerbundes, Generalleutnant Rossi, in Deutschland.

Ein Führererlaß von weittragender Bedeutung wurde am 17. November veröffentlicht. Er ernannte den

105 Reichsleiter Alfred Rosenberg zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und bestimmte die Einrichtung der Zivilverwaltungen im Osten. Zum ständigen Vertreter von Reichsminister Rosenberg hat der Führer den Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Alfred Meyer bestellt. Zunächst sind die Zivilverwaltungen in dem Gebiet der früheren Freistaaten Litauen, Lettland, Estland und in Teilen von Weißruthenien eingeführt worden. Die Gebiete bilden zusammen das Reichskommissariat O s t l a n d. Zum Reichskommissar für das Ostland hat der Führer den Gauleiter und Oberpräsidenten Hinrich L o h s e bestellt. Auch in Teilen der Ukraine ist bereits die Zivilverwaltung eingerichtet worden. Hier wurde Gauleiter und Oberpräsident Erich Koch zum Reichskommissar bestellt. Damit ist für die Entwicklung der vom Bolschewismus befreiten Gebiete eine neue und bessere Zukunft vorgezeichnet. Die ersten Aufgaben dieser Zivilverwaltung sind die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens.

Zum Generalkommissar in Litauen wurde der Hauptdienstleiter der NSDAP Dr. v. Renteln, zum Generalkommissar für Lettland der Oberbürgermeister von Lübeck, Drechsler, zum Generalkommissar für Estland der SA.-Obergruppenführer Litzmann und zum Generalkommissar für Weißruthenien der Gauleiter und Oberpräsident a. D. K u b e ernannt.

Die Verwaltungsakademie eröffnete am 19. November in der Berliner Universität eine kriegs- und wehrwirtschaftliche Vortragsreihe mit einem Vortrag des Generalgouverneurs, Reichsminister Dr. Frank, über das Generalgouvernement. Dr. Frank leitete aus der geschichtlichen Entwicklung und der Erschließung dieses Raumes durch deutsche Stämme und deutscher Kolonisatoren das Recht des Deutschtums her, an der Weichsel wiederum die Führung zu übernehmen. Lange bevor die slawischen Volksteile ins Land kamen, hätten in diesem Raum schon germanische Stämme, besonders Goten und Vandalen, gelebt und gewirkt. Durch die ganze mittelalterliche Geschichte ließe sich die dauernde Abhängigkeit des Polentums vom Deutschen Reiche lückenlos verfolgen. Deutsche Künstler und Städtebauer seien es gewesen, die den Weichselraum mit Kultur erfüllt hätten. Allein 181 Städte verdankten ihr Entstehen dem Magdeburgischen Recht. Der Polenkrieg 1939 habe die polnische Gefahr für alle Zeiten gebannt und damit eine endgültige Sicherung des deutschen Lebens geschaffen. In seinen weiteren Ausführungen ging Dr. Frank auf Verwaltungsfragen im Generalgouvernement ein. Die Erfolge, die die deutsche Verwaltung in zwei Jahren errungen habe, seien ungeheuer groß. Heute herrsche wieder Ordnung, die Aufbauarbeit sei in vollem Gange. Fast eineinhalbtausend Kilometer Straßen seien gebaut,

106 die Eisenbahnstrecken überholt und 1700 Kilometer zusätzlich dem Verkehr übergeben. Sämtliche großen Fabriken seien in den Produktionsapparat eingespannt worden. Der Boden wurde bestellt und

die Ernte überall geborgen. Über 2000 Schulen wurden neu eröffnet, das Bauwesen belebt; in Krakau selbst wurden ein großes Theater und die Philharmonie gegründet. Besondere Bedeutung komme dem Ausbau der Weichsel als einer der wichtigsten Wasserstraßen des Ostens zu. Ein Polenproblem, so schloß der Generalgouverneur, gäbe es nicht mehr. Die vom Kriege hart mitgenommene Bevölkerung stehe heute wieder in Arbeit und Brot. Diese Tatsache allein beweise die Richtigkeit der von der deutschen Verwaltung beschrittenen Wege.

Am 20. November fand in der Wenzelskapelle des Veitsdoms in Prag ein symbolischer Akt statt. Der stellvertretende Reichsprotektor, SS-Obergruppenführer General der Polizei H e y d r i c h , und der Staatspräsident Dr. Emil H a c h a besichtigten die böhmischen Krönungskleinodien. Bei dieser Gelegenheit überreichte der Staatspräsident dem Reichsprotektor als dem Beauftragten des Führers im Protektorat die in seinem Besitz befindlichen Schlüssel der Krönungskammer. Der Reichsprotektor übernahm sie und damit den Schutz der Insignien. Er richtete dabei folgende Worte an den Staatspräsidenten: „Wie die Krönungskleinodien als Symbol der Treue Böhmens und Mährens zum Reich gelten, sind Sie, Herr Staatspräsident, heute der vom Führer anerkannte Garant der Verbundenheit und Treue des Protektorats zum Reich. So gebe ich Ihnen von den in meinem Besitz befindlichen sieben Schlüsseln drei in Ihre Obhut zurück. Sehen Sie darin Vertrauen und Verpflichtung zugleich. Ich bitte Sie, Herr Staatspräsident, mit mir die Krönungskammer zu betreten.“

Generalleutnant von Hanneken, der Generalbevollmächtigte für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung und Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, hatte der schwedischen Zeitung „Svenska Dagbladet“ ein Interview gegeben, das von diesem Blatt unter der Überschrift „Das deutsche Kriegspotential reicht für den Sieg“ veröffentlicht wurde. Die deutsche Presse entnahm diesen Ausführungen bedeutsame Absätze. General von Hanneken weist in seinen Ausführungen darauf hin, daß die deutsche Luftrüstung bei Ausbruch des Krieges bedeutend über der englischen Produktion lag und während des Krieges ständig gesteigert wurde. Deutschlands Vorsprung auf diesem Gebiet könne nicht mehr eingeholt werden. Zur Frage der amerikanischen Rüstung erklärte der General: „Wir besitzen bereits die Rüstungsmaschinerie, die auf der anderen Seite des Ozeans als „nächstes Ziel“ jetzt angesetzt wird. Wir haben bereits Methoden für die Bewirtschaftung und die organisatorischen und persönlichen Erfahrungen, die uns in die Lage versetzen, unter allen Umständen das für die Kriegführung notwendige

107 Material herbeizuschaffen und dieses auf anderem, nicht kriegswichtigem Gebiete einzusparen.“ Die Rohstoffherzeugung des sich jetzt abzeichnenden europäischen Großraumes liege hinsichtlich der wichtigen Rohstoffe wie Eisen, Kohle und Aluminium weit über dem, was Deutschland selbst 1938 hervorbringen konnte. Kein Weltmeer schiebe sich zwischen unseren Produktionsplan und seine Durchführung.

In drei maßgebenden Führungsstellen des Reiches, in den Gauen Salzburg und Kärnten, hat der Führer Neuernennungen vorgenommen. Gauleiter in Westfalen-Süd wurde der stellv. Gauleiter SA-Obergruppenführer Paul G i e s l e r. Den Gauleiter und Reichsstatthalter in Salzburg, Dr. Friedrich Rainer, ernannte der Führer zum Gauleiter und Reichsstatthalter des Gaus Kärnten und den Reichsstudentenführer, Oberdienstleiter Dr. Gustav Adolf Scheel, zum Gauleiter und Reichsstatthalter des Gaus Salzburg. Gleichzeitig hat der Reichsführer SS mit Genehmigung des Führers den Stellvertretenden Gauleiter ^-Brigadeführer Franz K u t s c h e r a, der an Stelle des verstorbenen Gauleiters Klausner die Geschäfte der Gauleitung Kärnten geführt hat, in die Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums berufen. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley führte am Sonnabend, dem 29. November, Gauleiter Scheel und am 30. November Gauleiter Dr. Rainer in ihre Ämter ein.

In einem aufschlußreichen Vortrag vor Vertretern der Wirtschaft, Partei, Wehrmacht und Verwaltung über die wirtschaftlichen Aufgaben und insbesondere über den Aufbau Niederschlesiens gab Gauleiter Hanke bekannt, daß der Gau Niederschlesien in demselben Umfang wie die Ostmark und der Sudetengau in den Genuß der Oststeuerhilfeverordnung kommen wird. Mit dieser Maßnahme ist der erste Schritt zu einer wirtschaftlichen Angleichung des Gaus Niederschlesien an den Aufschwung all jener Gebiete gemacht worden, die durch die deutschen Siege im Osten vor einer großen Zukunft stehen.

Aus dem Gau Oberschlesien wird von der Inangriffnahme einer großen Wohnungsbauaktion berichtet. In der Polenzeit ist dieses vordringlichste Problem Oberschlesiens völlig vernachlässigt worden. Zur Zeit rechnet man mit einem Fehlbestand von 16 000 Wohnungen, der sich jährlich um 22 400 Wohnungen vergrößern wird. Im Regierungsbezirk Kattowitz werden zur Zeit mehrere tausend Woh-

nungen gebaut, in Laband bei Gleiwitz entsteht zur Zeit eine neue Wohnstadt aus zwei- und dreigeschossigen Heimstätten von insgesamt 3000 Wohnungen. 700 Wohnungen dieser in Grünflächen eingebetteten Stadt werden um die Jahreswende bezugsfertig sein. Auch in Kattowitz und Königshütte sind bereits Hunderte von Wohnungen im Bau, an anderen Orten in der Planung begriffen.

108 Oberschlesiens Gauleiter ist sich darüber klar, daß das Wohnungsproblem ein Volkstumsproblem ist, und daß die Schaffung von Städtesiedlungen, die alle Forderungen nationalsozialistischer Wohnungs- und Lebenskultur erfüllen, die Grundlage der restlosen Wiedereindeutschung der rückgegliederten Teile des Gaues ist. Deshalb wird diese Aufgabe auch für nicht weniger wichtig betrachtet als die Rationalisierung der oberschlesischen Industrie. Die Krönung der großangelegten Städtebauplanung in Oberschlesien soll die Errichtung einer neuen Gauhauptstadt sein.

Am 27. November veröffentlichte der Staatssekretär für den Fremdenverkehr im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Esser, eine Anordnung, die bestimmt, daß der Beherbergungsraum in allen Fremdenverkehrsorten in diesem Winter nur denen zur Verfügung gestellt werden kann, die kriegswichtige Arbeit leisten und somit der Erholung bedürfen. Man hat jedoch diesen Rahmen weit gezogen. Außer den Urlaubern der Wehrmacht, des Reichsarbeitsdienstes und anderen ähnlichen Organisationen darf jeder zur Wintererholung fahren, der nachweist, daß er kriegswichtige Arbeit in einem Betriebe, einer Behörde oder Dienststelle leistet und daß ihm rechtmäßig Urlaub zusteht. Dasselbe gilt für selbständige Gewerbetreibende und für Angehörige der freien Berufe. Außerdem hat jeder, der ein begründetes ärztliches Attest vorlegt, die Berechtigung zu einem Kuraufenthalt. Grund für diese Maßnahme ist, daß von dem vor dem Kriege vorhandenen Beherbergungsraum nur etwa 50 Prozent zur Verfügung stehen. Die andere Hälfte mußte für Zwecke der Wehrmacht oder des großen sozialen Hilfswerks der NSV abgegeben werden. Demgegenüber waren in den letzten Jahren die Ziffern der Beherbergungen in allen Erholungs- und Wintersportplätzen gewaltig in die Höhe gegangen, zum Teil mehr als 100 Prozent. Aus diesem Grunde müssen nun alle Reisen, die nicht notwendig sind, zurückgestellt werden.

Die gesundheitliche Betreuung der Schulkinder ist zum erstenmal in Sachsen mit der HJ-Gesundheitspflege unter dem Begriff „Jugendgesundheitspflege“ vereinigt worden. Die Jugend wird durch sie vom 6. bis 18. Jahre auch über die Schule hinaus erfaßt. Röntgen-Reihenuntersuchungen, besonders der Lunge und des Herzens, sind als wichtigste Teile der Untersuchungen vorgesehen. In den größten sächsischen Städten Dresden, Chemnitz und Leipzig sind bisher 40000 Jugendliche untersucht worden. Diese Reihenuntersuchungen sollen, wenn sie sich in Sachsen bewähren, auf das ganze Reich ausgedehnt werden und die Grundlage für neue gesetzgeberische Maßnahmen schaffen. Diese Arbeiten werden von Jugendärzten, die man richtigerweise wohl als Jugendfachärzte bezeichnet, durchgeführt. In Sachsen

109 plant man für die Zukunft die Errichtung einer Jugendärztlichen Akademie in Leipzig. Hier sollen alle Voraussetzungen geschaffen werden für die großzügige Inangriffnahme der Jugendgesundheitspflege.

Am 10. November wurde eine Durchführungsverordnung über das Eiserne Sparen veröffentlicht, die im einzelnen den Kreis der sparberechtigten Personen, die Höhe der Sparbeträge, die Geltungsdauer der Erklärung und ähnliches festlegt.

Interessante Ausführungen über die deutsche Kriegsfinanzierung machte Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk in einem Vortrag vor der bulgarisch-deutschen Gesellschaft in Sofia. Die deutsche Wirtschaftskraft werde durch ein Volkseinkommen dokumentiert, das während des Krieges nicht gesunken, sondern noch gestiegen sei und rund 100 Milliarden betrage. Deutschland habe bisher die Hälfte der gesamten Aufwendungen während des Krieges durch ordentliche Einnahmen gedeckt und werde das auch zukünftig tun. England stehe auch auf diesem Gebiet — im Gegensatz zum Weltkrieg — weit hinter Deutschland zurück. Die Reserven, die Deutschland noch auf steuerlichem Gebiet und im Sparwillen des deutschen Volkes habe, würden ausreichen, um auch künftig, wie lange der Krieg auch dauern möge, den Vorsprung gegenüber den Feindmächten zu erhalten und Deutschland vor einer Inflation zu bewahren. Die Verschuldung des Reiches stehe zur Finanzkraft des deutschen Volkes in einem Verhältnis, das zu keinerlei Sorge Anlaß gebe. Während die Staatsschuld der Feindländer das Volkseinkommen längst weit überschritten hat, habe die deutsche Reichsschuld erst Mitte 1941 den Betrag des jährlichen Volkseinkommens erreicht.

In Braunschweig wurde Anfang November in feierlicher Form ein Haus der Technik eröffnet, dessen Aufgabe es sein soll, unter Führung des Amtes der Technik der NSDAP den Technikern in enger Zusammenarbeit mit den im NS-Bund Deutscher Technik zusammengefaßten technisch-wissenschaftlichen Organisationen den neuesten Stand der Wissenschaft und der Praxis zu vermitteln.

Ministerialrat Dorsch von der Organisation Todt sprach aus diesem Anlaß über den Fronteinsatz der Technik. Ihr Einsatz und der Einsatz des lebenden Menschen seien in der Organisation Todt zur höchsten Synthese gekommen. Aus dem verachteten Schipper von 1914—18 habe sich der Frontarbeiter entwickelt, der diesen Namen mit Stolz trage. Ein großer Erfolg sei es auch, daß es gelungen sei, die ausländischen Arbeiter im Rahmen der Organisation Todt für lebenswichtige Arbeiten einzusetzen. Der braunschweigische Ministerpräsident, K l a g g e s , erklärte in seinem Schlußwort, Reichsminister Todt habe mit den Häusern der Technik etwas geschaffen, dessen Bedeutung sich erst in der Zukunft zeigen werde. Diese Gründung werde dazu beitragen, daß die deutsche Technik alle Aufgaben, die ihr

110 für Krieg und Frieden gestellt habe, lösen werde.

Ende Oktober fand, wie die deutsche Presse am 1. November berichtete, im Thronsaal des Reichspropagandaministeriums unter Leitung von Ministerialdirektor B e r n d t die Mitgliederversammlung der „Deutschen Kongreßzentrale“ statt. Geschäftsführer Dr. Schweig gab den Jahresbericht. Aus ihm war die ungeheuer umfangreiche und segensreiche Tätigkeit der Kongreßzentrale zu erkennen. Auch im vergangenen Jahr wurden wieder rund 160 genehmigungs- und meldepflichtige Veranstaltungen mit internationalem Charakter betreut. Betreuung heißt hier: Planung und Garantierung eines reibungslosen Verlaufes eines jeden Kongresses. Einen großen Teil ihrer Aufmerksamkeit hat aber auch jetzt schon die Kongreßzentrale den Vorbereitungen für die neuen großen Aufgaben gewidmet, die nach dem Kriege an sie herantreten werden. Als Aufgaben solcher Art zeichnen sich eine große Zahl neuer Kongresse und die Übernahme mancher Verbände, die bisher ihren Sitz im Ausland hatten, sowie eine Neuordnung des gesamten recht verwickelten internationalen Verbandswesens an. Die Führung der Kongreßzentrale wird in Zukunft als Präsident Staatssekretär Gutterer, als Vizepräsident Ministerialdirektor B e r n d t und als geschäftsführender Vizepräsident Dr. Schweig innehaben.

Der Reichswalter des NS-Lehrerbundes, Gauleiter Wächtler, nahm am 28. November in den Räumen der Verbindungsstelle des NSLB in Berlin die Verteilung der Preise im Wettbewerb des „Hans-Schemm-Preises“ und des „H i l f - mit-Preises“ vor. Die Themenstellung für die Jugendwettbewerbe lehnte sich nahe an die Aktion „Seefahrt ist not“, diese Gemeinschaftsarbeit des NSLB und des Oberkommandos der Kriegsmarine, an. Den ersten Preis erhielt das Buch „Mein Weg nach Scapa Flow“ von Günther P r i e n , den zweiten Preis erhielten die ausgezeichneten Bücher von Frau Erika Müller-Hennig, Bücher, in denen Rußlandschicksale in lebensnaher Schilderung Gestalt geworden sind. Anschließend eröffnete Gauleiter Wächtler eine kleine, aber eindrucksvolle Schau unterhaltenden und lehrhaften Schrifttums, das sich mit dem Gedanken der Seegeltung und der Seefahrt befaßt.

In Anwesenheit des Chefs der Kanzlei des Führers, des Reichsleiters Bouhler, wurde am 28. November die erste Arbeitstagung der „Reichsarbeitsgemeinschaft für das Geschichtsbuch“ eröffnet, bei der Oberdienstleiter Hederich über den gegenwärtigen Stand des Geschichtsunterrichts und im besonderen über die Aufgaben des Geschichtsbuches für die Volksschulen sprach. Vom nationalsozialistischen Gesichtspunkt aus müßte das Geschichtsbuch, so führte er aus, für alle Schularten von ein und denselben

111 politischen Grundsätzen und Zielsetzungen bestimmt werden. In großen Zügen umriß der Redner hierauf die weltanschaulichen und wissenschaftlichen Aufgabenstellungen des neu zu schaffenden Geschichtsbuches, dem wissenschaftliche Treue, verbunden mit politischer Bestimmtheit und Eindeutigkeit, als vordringlichste Forderungen gestellt sind. Aus den Geschichtsbüchern müßten alle partikularistischen, dynastischen oder gar konfessionellen Maßstäbe überwunden werden. Es sei selbstverständlich, daß im Geschichtsunterricht nicht der Einzelfall, sondern das Ganze, nicht die Heimat, sondern das Reich Ausgangspunkt und Mittelpunkt jeder geschichtlichen Betrachtung zu sein habe.

Am 24. November wurde in Gegenwart des Reichserziehungsministers R u s t in großer Feierlichkeit die Reichsuniversität Straßburg eröffnet. Aus diesem Anlaß hielt der Reichserziehungsminister eine Rede, in der er Lehrende und Lernende aufforderte, in das Erbe der kämpfenden Geschlechter mit den Waffen des Geistes einzutreten, um für eine Erneuerung eines kämpferischen, nur der Wahrheit verschworenen Forschergeistes eines erwachten Europas zu wirken. Bezugnehmend auf die jüngste politische Entwicklung Europas erklärte der Minister, dieser Krieg werde zugleich zur geistigen Selbstbefreiung des Kontinents führen, zur Befreiung nicht nur von der Bedrohung durch ein Zwietracht säendes und von der Zwietracht lebendes England, sondern zugleich zur Befreiung von dem Alpdruck einer seelisch geistigen Bevormundung durch unwahrhaftige Doktrinen. Reichsminister Rust gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß die Universität Straßburg, ihres alten Ruhmes eingedenk, an der

Grenzscheide zweier Völker nicht nur eine Stätte freier Wissenschaften sein, sondern auch zu ihrem Teil an der Befreiung und Einigung Europas mitwirken werde.

Im großen Konzerthausaal zu W i e n fand am 28. November die festliche Eröffnung der Mozart-Woche des Deutschen Reiches aus Anlaß der 150. Wiederkehr des Todestages Mozarts statt. Bei dieser Feier würdigte Reichsleiter von Schirach die hohe Bedeutung, die Mozarts Werke für die deutschen Bühnen haben. Baldur von Schirach feierte den Genius Mozarts als eine der edelsten Gestalten der deutschen Nation, die zum Symbol der menschlichen Kunst überhaupt geworden ist. Nie sei Mozart lebendiger gewesen als heute. Hundertfünfzig Jahre, nachdem er einsam zu Grabe getragen wurde, sei er allen Guten gegenwärtig.

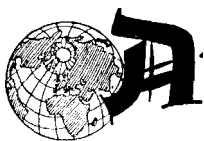
Dem Meister der Operette Paul Linke wurde am 7. November im Festsaal des Berliner Rathauses aus Anlaß seines 75. Geburtstages der Ehrenbürgerbrief der Reichshauptstadt und die Goethemedaille überreicht. In einer Rede umriß Reichsminister Dr. Goebbels das Lebenswerk Paul Linkes, dessen Musik

112 stets von neuem ein Quell der Lebensfreude in unserer so ernsten Zeit war und geblieben ist.

Während einer Kulturtagung des Deutschen Gemeindetages wurde durch Reichsleiter Rosenberg an die beiden Schriftsteller Berchtold Gierer und Karl Götz der Volkspreis der deutschen Gemeinden für deutsche Dichtung verteilt. Berchtold Gierer erhielt den Preis für den Roman „Geschlechter am See“, Karl Götz für „Die große Heimkehr“, seine Darstellung der Heimkehr der Wolhyniendeutschen.

Am 24. November feierte der große deutsche Chirurg und Philosoph August Bier seinen 80. Geburtstag. Der Führer übermittelte dem Jubilar telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche und ließ ihm durch SS-Oberfeldarzt Prof. Dr. Karl Brandt sein Bild mit herzlicher Widmung überreichen. Reichsgesundheitsführer Dr. Conti überbrachte dem um die Heilkunde und um die Biologie hochverdienten Arzt die Glückwünsche der deutschen Ärzteschaft.

Am 19. November ist der berühmte Physiker Geheimrat Prof. Dr. Walter N e r n s t auf seiner Besetzung bei Muskau im Alter von 77 Jahren gestorben. Mit diesem großen Physiker, der einst als Lehrer an der Berliner Universität wirkte, verlieren die deutschen Naturwissenschaften eine ihrer führenden Gestalten, einen Wissenschaftler, der vom theoretischen wie vom praktischen her der Physik eine Fülle von Anregungen gegeben hat und der als Denker und praktischer Konstrukteur die abstrakten wie die konkreten Bereiche seiner Wissenschaft in gleicher Weise befruchtend erweitert hat.



Außenpolitik

113 Deutschlands Außenpolitik und Kriegführung im Monat November haben wiederum große Erfolge zu verzeichnen. Der gefährliche und bösartige Gegner im Osten, die bolschewistische Sowjetunion, hat weitere schwere Schläge erhalten, auf dem Schlachtfeld und in der Politik. Nach fünf Monaten Ostfeldzug am 22. November waren 1 700 000 qkm Gebiet im Osten besetzt mit 75 Millionen von den insgesamt 190 Millionen der Sowjetunion. Die sowjetische Wehrmacht hatte 3 792 600 Gefangene verloren, 389 Divisionen waren zerschlagen und ein Gesamtausfall von über 8 Millionen Soldaten eingetreten. Mehr als 22000 Panzerkampfwagen, 27452 Geschütze, 15877 Flugzeuge wurden zerstört oder erbeutet. Dazu kommen gewaltige Verluste an Kriegs- und Handelsschiffen, an Transportmaterial und drei Viertel der gesamten Industrie des Landes. Jene Teile des Sowjetgebietes, in denen die Kriegshandlungen zu Ende sind, konnten unter dem hierzu neugeschaffenen Ostministerium unter deutsche Verwaltung genommen werden. Der „Berliner Kongreß von 1941“, die feierliche Erneuerung des Antikominternpaktes und der Beitritt von sieben weiteren Staaten zu ihm am 25. November, war zugleich ein neuer diplomatisch-politischer Triumph über die Sowjetunion und ein Grundstein für das neue in der Bildung begriffene Europa. Die zornige und haßvolle Reaktion, die dieses Ereignis in

London und Washington gefunden hat, zeigte, wie sehr man dort den wahren Sinn und die Tragweite des Berliner Kongresses begriffen hat.

Die Erfolge im Osten fanden ihre Parallele durch hervorragende Taten unserer Kriegsmarine gegen die englische Flotte und durch die energische Abwehr der von Churchill selbst geradezu als kriegswendend angekündigten und mit einer vielfachen Übermacht begonnenen englischen Offensive in Libyen durch die Truppen der Achse unter dem Befehl des Generals Rommel.

Deutschlands militärische und politische Aktion, seine Erfolge auf beiden Gebieten, die Kriegslage im ganzen und die weltpolitische Situation, wurden dem deutschen Volke und der Welt durch zwei überaus wichtige Reden verdeutlicht, durch die Rede des Führers am 8. November in München (siehe Seite 84) und die des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop am 26. November in Berlin. Beide Reden

114 sind das Bedeutsamste, was im Monat November überhaupt über die militärischen und politischen Fragen der Gegenwart geäußert worden ist. Sie stehen natürlich in einem engen inneren Zusammenhang und erfordern eine gründliche Lektüre und Analyse, weil sie alle wesentliche Elemente für die Beurteilung der genannten Fragen enthalten.

Das vom Führer in seiner Rede berufene neue geeinigte Europa trat sichtbar als politische Tatsache in Erscheinung, als sich am 25. November die Vertreter Deutschlands, Italiens, Japans, Ungarns, Mandschukuos und Spaniens in der Neuen Reichskanzlei in Berlin zu einem feierlichen Staatsakt zusammenfanden, um ein Protokoll über die Verlängerung des Antikominternpaktes auf weitere fünf Jahre zu unterzeichnen, und als im Anschluß hieran die Vertreter Bulgariens, Dänemarks, Finnlands, Kroatiens, Rumäniens und der Slowakei den Beitritt ihrer Länder zu diesem Pakt vollzogen und der Beitritt der chinesischen Nationalregierung in Nanking mitgeteilt wurde (siehe Seite 74).

Die Erklärungen, die bei diesem Staatsakt von den Vertretern der genannten Mächte abgegeben wurden, waren vom Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus durchdrungen. Die versammelten Staatsmänner gaben alle ihrem Vertrauen darauf Ausdruck, daß aus dem gegenwärtigen Kampf gegen den Bolschewismus sich der Sieg der europäischen Ordnung und Einheit ergeben werde.

Der Führer empfing in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop am 27. November die in der Reichshauptstadt weilenden europäischen Staatsmänner der in der antibolschewistischen Front vereinigten Mächte: den slowakischen Ministerpräsidenten, Professor T u k a, den ungarischen Ministerpräsidenten und Außenminister von Bardossy, den rumänischen Vizeministerpräsidenten Mihai Antonescu, den italienischen Außenminister Graf C i a n o, den bulgarischen Minister des Äußern P o p o f f, den dänischen Außenminister Scavenius, den spanischen Außenminister S e r r a n o S u n e r, den finnischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten W i t t i n g, den kroatischen Außenminister L o r c o v i c sowie die Bevollmächtigten der kaiserlich japanischen Regierung, Botschafter O s h i m a, und der Regierung des Kaiserreichs Mandschukuo, Gesandten Lü-I-Wen.

Auf einem Empfang, den Reichsaußenminister v. Ribbentrop am 26. November den ausländischen Staatsmännern gab, hielt er eine hochbedeutsame Rede, die er selbst als „einen Überblick über die Entstehung und den Verlauf des Krieges und über die Auffassung der Reichsregierung zur gegenwärtigen außenpolitischen Lage“ bezeichnete. Reichsaußenminister v. Ribbentrop zeichnete das Bild der historischen Entwicklung, die zum gegenwärtigen Krieg geführt hat, die englische Politik der

115 Veruneinigung des Kontinents und der Niederkämpfung jedes Gegners dieser Politik durch europäische Bündnisse. Nach Niederwerfung aller Bundesgenossen Englands galten alle Hoffnungen Churchills und seiner Helfershelfer dem Osten. Auch der Reichsaußenminister erwähnte jene Geheimsitzungen des englischen Unterhauses, von denen der Führer am 8. November in München gesprochen hatte. Aus den Unterlagen der Reichsregierung über diese Geheimsitzungen, so stellte der Reichsaußenminister fest, geht völlig einwandfrei hervor, daß das Unterhaus nach dem Zusammenbruch Frankreichs über den Fortgang und die Chancen des Krieges begreiflicherweise außerordentlich besorgt war. Herr Churchill hat nach den uns vorliegenden Unterlagen dann versucht, das englische Volk erneut für seine Kriegspolitik zu gewinnen, indem er vor dem Unterhaus folgendes erklärte: 1. Er habe auf Grund der in Moskau geführten Verhandlungen nunmehr die präzise Zusage erhalten, daß Sowjetrußland in den Krieg auf englischer Seite eintreten würde, und 2. er habe die uneingeschränkte Zusage des Präsidenten Roosevelt zur Unterstützung der englischen Kriegführung. Das Ziel des englisch-russischen Planes war, die auf dem Balkan befindlichen deutschen Truppen nach Möglichkeit von drei Seiten anzugreifen, ein Plan, der bekanntlich dank der Haltung unserer Balkanfreunde und der türkischen Regierung durch die schnellen und entscheidenden Siege der Achse vereitelt wurde. Die kurz nach Ausbruch der deutschrussischen Feindseligkeiten zwischen London und Moskau veröffentlichte

Bündnisabmachung war nur die offizielle Bestätigung eines Zustandes, der in Wirklichkeit bereits im geheimen seit langem bestanden hatte. Tatsächlich liegt heute vor aller Welt klar, daß der Vabanque-Spieler Churchill, indem er Sowjetrußland zum Bruch mit Deutschland trieb, wobei sich seine Wünsche mit denen Roosevelts und Stalins trafen, seine letzte Karte in Europa gegen Deutschland ausspielte und sich von dieser alles erhoffte.

Die Haltung der „Demokratien“ zum Kampf gegen den Bolschewismus geißelte der Reichsaußenminister wie folgt:

In selten unwürdiger Weise wurde jetzt von den westlichen Demokratien über Nacht das aggressive Bündnis mit dem Bolschewismus verherrlicht. Sogar Erzbischöfe, Bischöfe und Kardinale, die noch bis vor kurzem Rußland als Wiege des Atheismus in heiligem Eifer bekämpft hatten, verkündeten plötzlich, die Sowjetunion sei immer die Wiege des Christentums gewesen und heute ihr Beschützer, und der Erzbischof von Canterbury betete im offiziellen Gottesdienst für die Rote Armee und seinen Freund Stalin. Alles überschlug sich in den westlichen Demokratien an erbärmlichen Liebes- und Sympathiebezeugungen für den jüdisch-bolschewistischen Verbrecherstaat, während die von Stalin ersehnte materielle Hilfe allerdings ausblieb.

- 116 Angesichts der deutschen Erfolge im Osten klammert sich nun Churchills letzte Hoffnung an die Hilfe des letzten noch möglichen Bundesgenossen, die Vereinigten Staaten. An diese Feststellung ließ der Reichsaußenminister eine an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglassende Klarstellung unseres Verhältnisses zu den USA und zu Roosevelt folgen. Die infame Kriegshetze Roosevelts wurde an den Pranger gestellt, ebenso wie die geheimen Hintergründe seiner Kriegspolitik. Der Reichsaußenminister erinnerte an die verhängnisvolle kriegshetzerische Tätigkeit Roosevelts schon vor dem gegenwärtigen Kriege, wie sie uns aus den inzwischen veröffentlichten Berichten seiner Botschafter bekanntgeworden sind, und stellte fest: „Aus diesen Berichten sowie aus zahllosen weiteren authentischen Nachrichten, die über die Haltung des amerikanischen Präsidenten in den letzten Jahren bekanntgeworden sind, ergibt sich die erschreckende Tatsache, daß Präsident Roosevelt als der letzte Urheber und damit als der Hauptschuldige an diesem Kriege bezeichnet werden muß.“ v. Ribbentrop schloß mit folgender, auf die politische Zukunft Europas und des Fernen Ostens hinweisenden Feststellung: „Über eines sind sich die meisten Menschen Europas schon heute völlig einig: Daß England auf dem Kontinent für alle Zukunft nichts mehr zu suchen hat. Europa will von der englischen Politik ein für allemal nichts mehr wissen. Selbst in Frankreich beginnt sich in diesem Sinne das europäische Gewissen zu regen. Die Völker Europas sind näher zusammengedrückt. Europa zum erstenmal in seiner Geschichte auf dem Wege zur Einigung. Fürwahr, eine bedeutsame Entwicklung. Heute kämpfen die Söhne von fast allen europäischen Ländern im Osten für die Erhaltung des Lebens und der Kultur unseres Erdteils. Das in diesem gemeinsamen Kampfe vergossene Blut aber wird schwerer wiegen als alle Überlieferungen eines vergangenen Zeitalters. Das neue Europa marschiert. Unbeirrbar — unaufhaltsam. Ob Herr Churchill und Herr Roosevelt und deren jüdische Hintermänner dies wollen oder nicht. Militärisch unangreifbar und wirtschaftlich gesichert können wir unseren Erdteil politisch organisieren, als ob Frieden wäre. Tatsächlich könnte Europa heute, wenn es sein müßte, einen dreißigjährigen Krieg führen, ohne daß unser Kontinent dadurch jemals in ernste Gefahr geraten würde. Und mit der neuen europäischen Ordnung unter Führung der Achse und ihrer Freunde marschiert die Neuordnung in Ostasien unter der Führung von Japan und seinen Freunden. Niemand kann diese Entwicklung auf die Dauer aufhalten.“

- 117 Die Rede des Reichsministers des Auswärtigen hat den historischen und weltpolitischen Rahmen gezeichnet, in dem die Staatsmännerzusammenkunft in Berlin vom 25. November, der Berliner Kongreß von 1941, zu sehen ist. Mit diesem Kongreß wurde das Fazit aus dem bisherigen Verlauf des gegenwärtigen Krieges gezogen und die Planung für die Zukunft aufgestellt. Kongreß und Rede erscheinen als außenpolitisches Ereignis von größter Tragweite. Deutschlands Politik und Kriegführung haben damit einen neuen Erfolg erreicht, von dessen Höhe die künftige Entwicklung klar abzusehen und das Bild Europas nach dem Siege bereits deutlich zu erkennen ist.

Die am 17. November bekanntgegebene Verordnung des Führers, daß in den Teilen der von deutschen Truppen neubesetzten Ostgebiete, in denen die Kampfhandlungen beendet sind, Zivilverwaltungen eingerichtet werden, gehört bereits zu diesem Zukunftsbild. Deutschland hat damit eine neue gewaltige Aufgabe von geschichtlichen Ausmaßen angetreten, die des Neuaufbaus im Osten, der Eingliederung des Ostens in Europa und für die Dauer des Krieges der Nutzbarmachung dieser Gebiete für den Sieg der neuen europäischen Ordnung.

In den Rahmen dieser Ordnung, deren Kern die Achse ist, gehört das deutsch-italienische Abkommen über die Umsiedlung deutscher Staatsangehöriger und Volksdeutscher aus der Provinz Laibach. Wenn es sich dabei auch um eine verhältnismäßig geringe Zahl von Volksdeutschen, nämlich um vierzehntausend, handelt, so unterstreicht sie doch die vorbildliche Art der Lösung von Volkstumsfragen zwischen den Achsenmächten.

Bulgariens Rolle beim Kampf um die neue Ordnung unterstrich Ministerpräsident Filoff am 19. November in der Sobranje. Er wies auf das Schicksalhafte des gegenwärtigen Kampfes hin, in dem die Mächte der Achse für die neue Ordnung Europas kämpfen. Bei diesem Kampf, so erklärte Filoff, kann Bulgarien nicht zur Seite stehen. Es vollzog den Anschluß an die Achsenmächte, denen es schon seit langem herzlich und tief verbunden war. Die Ungerechtigkeiten der Friedensverträge waren der Grundstein einer späteren Politik, die dagegen ankämpfen mußte. Aus diesem Grunde verhinderte Bulgarien die Vollendung des Balkanpaktes und machte das Ziel der 100 Divisionen zunichte, die gegen die Achse einmal eingesetzt werden sollten. Als der italienisch-griechische Krieg ausbrach, war die Zeit für Bulgarien gekommen, sich dem Dreierpakt anzuschließen. Filoff erinnerte an seinen Besuch in Wien und an den Einmarsch deutscher Truppen. Die Art, wie das bulgarische Volk die deutschen Soldaten aufnahm, sagte Filoff, sei das beste Plebiszit für die bulgarische Regierung gewesen. Das Verhältnis zur Achse habe sich auch weiter auf das günstigste entwickelt und sei durch die Worte zu umschreiben: Gegenseitiges Vertrauen und Freundschaft. Bulgariens Politik sei völlig klar. Sein Weg entspreche einzig

118 und allein den Belangen des bulgarischen Volkes. Bulgarien glaube an den Sieg Deutschlands, weil Deutschland und seine Bundesgenossen für den Sieg der Gerechtigkeit kämpfen. Filoff wandte sich darauf gegen die Sendungen des englischen und des sowjetischen Rundfunks in bulgarischer Sprache. Ihre Agitation, so erklärte er, sei vergeblich, weil ihr der gesunde nationale Geist des bulgarischen Volkes entgegenstehe. Dafür sei auch ein Beweis die Angelegenheit der Fallschirmspringer, die in Kürze festgenommen werden konnten dank der Mithilfe bulgarischer Bauern und Bürger. Bulgarien müsse gegen den Bolschewismus kämpfen, nachdem es bisher schon eine ablehnende Haltung gegenüber dem Bolschewismus eingenommen habe. Der Bolschewismus stelle eines der größten Hindernisse bei der Schaffung der Neuordnung dar."

In diesem Zusammenhang ist auch die Rundfunkansprache zu erwähnen, die Staatspräsident H a c h a am 28. November an das tschechische Volk richtete, und in der er nachdrücklich darlegte, daß dessen Interesse aufs engste mit dem des Großdeutschen Reiches verbunden sei, und daß es deshalb die höchste Zeit sei, männlich und entschlossen an die realste und aufrichtige Erfüllung der Pflicht dem Reiche gegenüber zu gehen.

Man muß andererseits leider feststellen, daß aus zwei Ländern Europas mißtönende Stimmen über den Berliner Kongreß von 1941 und die in ihm angekündigte neue Ordnung Europas zu hören waren, nämlich aus Schweden und aus der Schweiz. In Schweden, wo man mit historischem Romantizismus noch Führerideen im Sinne des nordischen Gedankens nachhängt, fühlt man die Isolierung, nachdem sich Finnland und Dänemark dem Antikominternpakt, d. h. dem neuen Europa, angeschlossen haben. Was die Schweiz angeht, so kennt man deren eigenbrötlerische, uneuropäische und kurzsichtige Haltung zu gut, um sich über schweizerische Pressestimmen noch zu wundern.

Besondere Aufmerksamkeit durfte im Monat November Finnland beanspruchen. „Das tapfere Heldenvolk der Finnen“, wie der Führer es in seiner Münchener Rede vom 9. November nannte, hat diesem Namen nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch auf dem Felde der Diplomatie alle Ehre gemacht. Nachdem schon früher zunächst England vergebens versucht hatte, zwecks Entlastung des bolschewistischen Bundesgenossen die finnische Regierung zur Aufgabe des Kampfes und zum Abschluß eines Waffenstillstandes mit Moskau zu bringen, hat sich am 30. Oktober die USA-Regierung in gleicher Richtung bemüht und die Einstellung der Kriegshandlungen durch Finnland und die Zurückziehung der finnischen Truppen auf die Grenzen von 1939 verlangt. Hierauf hat die finnische Regierung mit einer

119 ausführlichen Note geantwortet, die am 7. November durch den finnischen Außenminister dem USA-Gesandten in Helsinki überreicht wurde.

Sie ist ein vortreffliches diplomatisches Dokument. Unter den verschiedensten Gesichtspunkten weist es die Halt- und Sinnlosigkeit der USA-Forderungen nach. Der zweimalige Angriff der Sowjets auf Finnland 1939 und 1941, die zwischen den beiden Kriegen liegenden unaufhörlichen Versuche der Sowjets, die finnische Kraft von innen heraus zu unterhöhlen, und die ungeheuren Angriffsvorbereitungen der Bolschewiken gegen Finnland werden eindrucksvoll aufgezählt. Die finnische Note stellt

fest, daß die Forderungen der USA-Regierung für die Sicherheit Finnlands verhängnisvoll seien und im Widerspruch mit den Lebensinteressen Finnlands stünden. Gegenüber der in dem USA-Memorandum vom 30. Oktober aufgestellten grotesken Behauptung, die finnischen Operationen seien eine direkte Gefahr für die Sicherheit der USA, sagt die finnische Note: „Die von zwei Weltmeeren geschützten und durch zahlreiche Stützpunkte gesicherten USA können von der finnischen Wehrmacht nicht bedroht werden, und die finnische Regierung kann auch nicht glauben, daß eine Besetzung derjenigen Gebiete durch finnische Truppen, von denen aus die finnische Sicherheit fortwährend bedroht wurde, im Widerspruch mit den Forderungen der amerikanischen Sicherheit stehen könne. Die Besorgnis der USA für ihre eigene Sicherheit gibt Finnland das Recht, bei Regierung und Volk der USA Verständnis dafür zu erwarten, daß Finnland gewillt ist, sein Leben zu schützen, seine Sicherheit zu erhöhen und seine alte demokratische Freiheit zu verteidigen, zumal es in einer Zeit von nicht einmal zwei Jahren zweimal durch das mächtige bolschewistische Regime zum Gegenstand eines unrechtmäßigen bewaffneten Angriffs gemacht wurde, ohne daß dies Amerika oder irgendein anderes Land verhindern oder Garantien dafür abgeben konnte, daß sich dieser Angriff nicht mehr wiederholt.“

Auf die Bedeutung der deutschen Hilfe weist die finnische Note mit dem Satze hin: „Es ist ohne weiteres klar, welche ungeheure Bedeutung für Finnland darin liegt, daß während es in einen fortgesetzten Verteidigungskrieg gegen die Sowjetunion geraten ist, gleichzeitig auch Deutschland gegen diesen Feind Finnlands kämpft. Ein neuer Krieg, in dem Finnland wiederum allein gestanden hätte, wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung Finnlands und aller nordischen Länder gewesen.“ Die finnische Note schließt mit folgender Absage an das größtenwahnsinnige Begehren der USA-Regierung: „Das finnische Volk, das die Rechte von niemandem verletzt und nichts anderes wünscht, als in Frieden zu leben und arbeiten zu dürfen, führt den Krieg gegen die Sowjetunion nur so lange weiter, bis seine Sicherheit und sein Arbeitsfrieden endgültig sichergestellt sind.“

120 Ein Aufruf des Feldmarschalls Mannerheim an das finnische Volk und eine Erklärung des finnischen Ministerpräsidenten, R a n g e 11, vom 30. November haben Finnlands Entschlossenheit und gutes Recht zur Sicherung seines Lebensraumes und seines Volkstums nochmals energisch unterstrichen. Gleichzeitig wurden dem finnischen Reichstag mehrere Gesetze vorgelegt, die die Beseitigung des Moskauer Friedens vom 12. März 1940 und aller seiner Folgen, vor allem die Wiedervereinigung aller in ihm abgetretenen Gebiete mit der finnischen Heimat vorsehen. Der finnische Reichstag billigte einhellig die Haltung der Regierung. Finnland hat so die politischen Früchte seines opferreichen Ringens noch mitten im Kriege pflücken können.

Der Bundesgenosse am anderen, am südlichen Ende der europäischen Front gegen den Bolschewismus, Rumänien, hat im Monat November durch eine Volksabstimmung, die beinahe mit Einstimmigkeit zugunsten des Marschalls Antonescu entschied, die große Leistung dieses Mannes und seiner Regierung anerkannt und sich zum weiteren Kampf gegen den Bolschewismus und zum neuen Europa bekannt.

Der südliche Anlieger des Schwarzen Meeres, dessen nördliches Ufer durch die Erfolge der deutschen und verbündeten Truppen dem Machtbereich des neuen Europa eingegliedert worden ist, die Türkei, befindet sich nach dem siegreichen Balkanfeldzug dieses Frühjahrs und nach unseren Waffenerfolgen gegen die Sowjetunion, nach der Besetzung Syriens, des Iraks und großer Teile des Irans durch die Engländer mitten zwischen den feindlichen Fronten. Diese Lage, die den Vorteil bietet, von beiden Seiten begehrt zu sein, hat aber auch zur Folge, sich mit den antithetischen Interessen der Kriegsgegner dauernd in Fühlung zu befinden. Die türkische Politik, die sich seit der Annahme des englischen Garantieangebotes nach dem Anschluß Albaniens an Italien zeitweilig sehr stark nach England hin orientierte und auch während des gegenwärtigen Krieges lange in dieser Haltung verharrete, hat sich allmählich wieder in die Bahnen des traditionellen freundschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland zurückgefunden.

Über die gegenwärtige außenpolitische Einstellung der Türkei machte Staatspräsident Ismet İnönü am 1. November im türkischen Parlament bemerkenswerte Ausführungen. Die militärischen Bewegungen, so führte er aus, die sich nach und nach auf alle Nachbarländer der Türkei bezogen und schließlich zur Tragödie der Besetzung Irans geführt hätten, hätten die Wachsamkeit der Türkei auf das allerhöchste gesteigert, deren Wunsch nach Frieden und nach Wahrung ihrer Ehre und Sicherheit stets der Angelpunkt ihrer Politik gewesen sei. Nachdem die Regierung ihre Neutralität im gegenwärtigen Konflikt erklärt

121 hatte, seien die Beziehungen der Türkei zu allen kriegführenden Staaten durch alte oder neue Verträge bestimmt gewesen. Die Bestimmungen dieser Verträge seien in vollem Umfange in Kraft.

Über die Beziehungen zu Deutschland führte İnönü aus: „Unsere Beziehungen zu Deutschland durchschritten die schwierigste Probe während der Ereignisse auf dem Balkan. Im damaligen Augenblick hat das hervorragende Oberhaupt des Deutschen Reiches, Hitler, der unsere Interessen und unsere Beunruhigung sah und völlig verstand, in einer persönlichen Botschaft, die er an mich richtete, seine Freundschaft für unser Land bekundet. Die Antwort, die ich ihm im Einvernehmen mit der Regierung sandte und der darauffolgende neue Austausch von Botschaften schaffte eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens, die dem deutsch-türkischen Vertrag vom 18. Juni als Grundlage diente. Ich möchte dies mit großer Befriedigung hervorheben. Die deutsch-türkischen Beziehungen entwickelten sich seither in einer ungetrübten Freundschaft. Die Bestimmungen des Vertrages der Freundschaft und Nichtangriffes vom 18. Juni haben ihre Wirkungen gezeigt und werden es in vollem Umfange weiter zeigen. Das deutsch-türkische Wirtschaftsabkommen, das kürzlich unterzeichnet wurde und das Ihnen bald zur Genehmigung vorgelegt werden wird, darf als glückliche Folge dieser Politik der Freundschaft und des Vertrauens betrachtet werden.“

Nachdem der Staatspräsident erklärt hatte, daß die Türkei ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber England treu bleiben wolle, fuhr er fort: „Unsere Außenpolitik, die sich auch fernerhin auf die gleichen Grundsätze der Verteidigung und der Unversehrtheit stützen wird, betrachtet die Treue zu Verpflichtungen als den einzigen Grundsatz, der dem Charakter des türkischen Volkes, den Interessen der Allgemeinheit und der internationalen Moral entspricht. Die Politik, die ich Ihnen erläutert habe, entspringt der geographischen Lage unseres Landes und der Besonderheit der Entwicklung des Krieges. Diese Politik findet ihren Ausdruck in Loyalität, die nunmehr überall angenommen und als solche gewürdigt werden muß. Unabhängig, stark und Herrin ihrer Handlungen fordert die Türkei niemanden heraus. Wir haben ein Recht darauf, zu glauben, daß die Ziele der Politik unseres Landes nach ihrem wirklichen Wert beurteilt werden. Die Türkei will also eine nüchterne nationale Interessenpolitik der Selbsterhaltung und des Fernbleibens vom Kriege betreiben. Dementsprechend hat die türkische Regierung, wie am 15. November aus Ankara gemeldet wurde, eine Note an die britische Botschaft gerichtet mit der Forderung, die britische Propaganda in der Türkei einzuschränken und vor allem von einer Art Propaganda abzusehen, die der

122 Türkei befreundete Mächte beleidige und die Beziehungen der Türkei zu dritten Mächten belasten könnte.

Die Vergewaltigung des Irans durch die Sowjets und durch England hat offenbar in der Türkei ernüchternd gegenüber England gewirkt. Diese Vergewaltigung wurde wieder in lebhaftere Erinnerung gerufen, als der frühere deutsche Gesandte in Iran, E 11 e 1, am 10. November vor der in- und ausländischen Presse in Berlin über das Verhalten der Engländer und der Sowjets gegenüber den diplomatischen Vertretern des Reiches und der deutschen Kolonie in Iran Erklärungen abgab. Wir kennen britische Fairneß in Kriegszeiten ja aus dem Weltkrieg zur Genüge. Im Iran gab es davon eine neue Auflage schändlichster Art, die darin gipfelte, nicht nur diplomatische Vertreter gegen jede völkerrechtliche Verpflichtung und Frauen und Kinder als Freiwild zu behandeln, sondern schließlich sogar deutsche Männer den Bolschewisten auszuliefern. Ein ähnlich übles Verhalten der Engländer mußte auch der deutsche Generalkonsul in Island über sich ergehen lassen. Die Briten haben freilich seit Jahrhunderten ihren angeblichen Kampf für Recht und Zivilisation immer in dieser Weise geführt!

Ihr Bundesgenosse jenseits des Ozeans, mindestens soweit er durch die Person Roosevelts vertreten wird, bleibt in dieser Hinsicht allerdings nicht zurück. Wenn Lügen eine Kunst ist, dann wird diese Kunst von Roosevelt wirklich virtuos beherrscht. In seiner Rede vom Ende Oktober hatte er dafür neue Beweise gegeben. Während man von deutscher Seite gegenüber Roosevelt lange Zeit eine realpolitisch wohlbegründete Zurückhaltung übte, ist diese neuerdings aufgegeben worden. Aus dem Führerhauptquartier wurde am 1. November eine Verlautbarung der Reichsregierung bekanntgegeben, die sich in schärfster Form gegen Roosevelts Fälschungen richtete (siehe Seite 72).

Die Verlautbarung der Reichsregierung wurde allen neutralen Regierungen notifiziert, ebenfalls der französischen Regierung. Der Führer hat in seiner Rede vom 8. November und der Reichsaußenminister in seiner Rede vom 26. November eine scharfe Abrechnung mit dem Kriegstreiber und Kriegsverantwortlichen Roosevelt gehalten.

Das mit den westlichen Demokratien bis zu seinem Zusammenbruch verbündete Frankreich hat im Monat November neue drastische Beweise für die Haltung und Gesinnung bekommen, die England seinen Bundesgenossen gegenüber zur Anwendung zu bringen pflegt. Am 2. November wurden 200

Kilometer südlich des südafrikanischen Hafens Durban fünf französische Handelsschiffe, die im Geleitzug unter dem Schutz eines kleinen Kriegsschiffes auf dem Wege von Madagaskar nach Dakar fuhren, von einem britischen Geschwader in Stärke von vier Kreuzern und sechs Patrouillenbooten aufgebracht.

123 An Bord der fünf Schiffe befanden sich zahlreiche französische Kolonisten, die nach Frankreich zurückkehren wollten, sowie umfangreiche Ladungen an Lebensmitteln für Französisch-Westafrika und das unbesetzte Frankreich, u. a. 9000 t Zucker, 5000 t Kaffee, 2000 t Reis und vieles andere. Die Proteste der französischen Regierung gegen diese Gewaltmaßnahme, die das französische Volk großer Mengen in seinen gegenwärtigen Ernährungsschwierigkeiten besonders wertvoller Waren beraubte, blieb natürlich völlig wirkungslos. Frankreich hat seit dem Waffenstillstand im ganzen über 800 000 t Handelsschiffsraum infolge englischer Gewaltmaßnahmen verloren.

Am 11. November kehrte der französische Kolonialminister, Admiral P l a t o n, von einem auf dem Luftwege durchgeführten Besuch in Dschibuti, der Kolonie Frankreichs am Roten Meer, zurück. Diese Kolonie wird von England seit Monaten blockiert, um sie zur Übergabe zu zwingen. Platon erklärte nach der Rückkehr, der Zweck seiner Reise sei gewesen, zu beweisen, daß für die gegenwärtige Situation Dschibutis nicht die französische Regierung die Schuld treffe, sondern daß deren Standpunkt darin bestehe, daß Frankreich seine politische Freiheit wiedergewonnen habe, und daß die Zeit vorüber sei, wo die französische Regierung jeden Befehl Englands willenlos durchführe. Die Treue Dschibutis zur Regierung in Vichy stehe über jeden Zweifel. Die französische Presse stellte die Erklärungen Platons stark heraus und griff London scharf an.

Hinsichtlich des von England Frankreich gewaltsam entrissenen Syrien erklärte der de Gaulleistische General Catroux am 26. November die Unabhängigkeit des Libanon. „Unabhängigkeit“ bedeutet die Loslösung von Frankreich und Einordnung in die Gruppe britischer Vasallenstaaten im Vorderen Orient.

Am 20. November trat der Generaldelegierte Vichys für Afrika, General W e y g a n d, der nach der Schlacht in Flandern und dem Einbruch der deutschen Heere ins nördliche Frankreich als französischer Generalissimus versuchte, in der sogenannten Weygandlinie den Widerstand neu zu organisieren, der Schüler und Vertraute des Marschalls Foch beim Waffenstillstand 1918 und während der Friedensverhandlungen, in einem Alter, das erheblich über der für französische Offiziere festgelegten Altersgrenze liegt, in den Ruhestand. Zugleich erfolgte eine Neuorganisation der Befehlsverhältnisse in den west- und nordafrikanischen Teilen des französischen Kolonialreiches. In London und Washington erhob sich ein wahrer Sturm der Entrüstung, ganz, als ob Frankreich noch der „Bundesgenosse“ ohne eigenen politischen Willen sei, der wie zu Reynauds und Mandels Herrschaft nichts ohne Zustimmung

124 und Auftrag Churchills und Roosevelts tun dürfte. Man hatte nach Weygands ganzer Vergangenheit in London und Washington, besonders aber auch im Kreis de Gaulles, große Hoffnungen auf den angeblichen Widerstand Weygands gegen die Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland gesetzt und von einem möglichen Anschluß der unter seiner Leitung stehenden Gebiete an de Gaulle geträumt. Jetzt beschuldigte man Vichy, Weygand unter deutschem Druck in Pension geschickt zu haben und ließ es an Drohungen gegen Vichy nicht fehlen. Auch zu Handlungen schritt man. Am 21. November gab das Staatsdepartement in Washington bekannt, daß infolge der Amtsenthebung General Weygands, die einem deutschen Druck zuzuschreiben sei, die Vereinigten Staaten alle wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen für Französisch-Nordafrika einstellen würden. Unterstaatssekretär Welles aber unterrichtete den französischen Botschafter in USA, daß der Vorschlag der französischen Regierung, den französischen Kriegsgefangenen in Deutschland Lebensmittel aus den USA zu schicken, nicht eher geprüft werden könne, „ehe die Lage in Frankreich geklärt sei“.

Die Behandlung, die Frankreich von den angelsächsischen Mächten erfährt, ist ein eindringlicher Anschauungsunterricht über die Notwendigkeit der Umschulung des französischen Denkens auf europäisches Bewußtsein!

Im Innern setzt die französische Regierung ihre Bemühungen um Besserung der in vieler Hinsicht so schwierigen Lage fort. Die Arbeitslosigkeit ist vom Februar bis Anfang November dieses Jahres um 70% zurückgegangen, was wesentlich durch die großen Aufträge, die von deutscher Seite der französischen Industrie gegeben wurden, bedingt ist.

Gegen Kommunisten, Freimaurer und Juden wird mancherlei, wenn auch kaum alles wirklich Mögliche, getan. Die französische Legion zum Kampf gegen den Bolschewismus übt eine steigende Anziehungskraft aus, wie denn die Einsicht in die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Bolschewismus

offenbar

im Wachsen begriffen ist. Marschall P e t a i n ließ am 5. November eine Botschaft an den Führer dieser Legion, Oberst L a b o n n e, bekanntgeben. Darin hieß es, der Marschall sei glücklich, zu wissen, daß die französischen Freiwilligen sich darüber klar seien, die französische militärische Ehre zu verteidigen. Durch ihr Handeln hätten sie Frankreich das Vertrauen in seine Tugenden wiedergegeben und durch ihre Teilnahme an dem von Deutschland geführten Kreuzzug erfüllten sie gleichzeitig die noch konkretere Aufgabe, das Land vor der bolschewistischen Gefahr zu schützen. Am 29. November erfuhr man, daß der bekannte Rektor der katholischen Universität in Paris, Kardinal Baudrillart, sich an die Spitze eines Komitees zum Kampf gegen den Bolschewismus gestellt habe, dem hervorragende Mitglieder der Akademie und des Institut de France angehören.

125 Die Notwendigkeit dieses Kampfes wird immer wieder durch alle Nachrichten bestätigt, die aus Sowjetrußland zu uns gelangen oder die wir anderweitig über die Tätigkeit des Kommunismus erhalten. Am 6. November wurde in Moskau der vierundzwanzigste Jahrestag der Oktoberrevolution gefeiert. Sie zeigte erneut, daß Stalin und der Bolschewismus entgegen aller in London und Washington beliebten Schönfärbereien über einen angeblichen Wandel zum Besseren nichts von ihrer weltrevolutionären Ideologie und ihrem imperialen Machtwillen verloren haben, daß sie nach wie vor die alten Ziele weiter verfolgen, und daß die deutsche Auffassung, mit dem Bolschewismus sei jede Verständigung unmöglich, wieder bestätigt worden ist.

Die Rede Stalins in Moskau zum 6. November, deren Verbreitung sich die Londoner Reuter-Agentur besonders angelegen sein ließ, bemühte sich, die Lage der Sowjets entgegen neuen Tatsachen möglichst günstig hinzustellen, Siegeszuversicht zum Ausdruck zu bringen, das enge Einvernehmen mit England und den USA zu unterstreichen und Hoffnungen auf riesigen Zustrom von Kriegsmaterial aus diesen Ländern zu erwecken. Freilich stellte Stalin auch Betrachtungen über „die Gründe für das militärische Unglück der Roten Armee“ an. Einer der Hauptgründe sei, daß keine zweite Front gegen Deutschland in Europa bestehe. Die Deutschen könnten deshalb ihre Front im Westen als sicher ansehen und ihre ganze Kraft und die ihrer Bundesgenossen gegen die Sowjets werfen. Es gebe keinen Zweifel darüber, daß die Schaffung einer zweiten Front auf dem europäischen Kontinent — und sie müsse bestimmt in nächster Zukunft geschaffen werden — die Lage der Sowjets in bedeutendem Maße erleichtern würde. Ferner leide die Sowjetarmee unter dem Mangel an Flaks, Flugzeugen und vor allem an Tanks. Die bolschewistischen Niederlagen dem Mangel an Kriegsmaterial zuzuschreiben, ist angesichts der gewaltigen deutschen Beuteziffern, die ein geradezu ungeheures Ausmaß von Rüstungen bei den Bolschewiken erweisen, eine drastische Verdrehung der Tatsachen! Noch erstaunlicher war freilich, was Stalin über die Höhe der sowjetischen Verluste zu sagen wagte. Er sprach von 350000 Toten, 368000 Vermißten und 1020000 Verwundeten. Er gab also die Zahl der Gefangenen, denn das sind die Vermißten, auf gerade 10% der Wirklichkeit an! Am 26. November gab man in Moskau etwas andere Ziffern an, nämlich 490 000 Tote, 520000 Vermißte und 1112 000 Verwundete. Die Deutschen hätten 15000 Tanks, 13000 Flugzeuge und 19000 Kanonen verloren, die Sowjets dagegen 7900 Tanks, 6400 Flugzeuge und 12900 Kanonen. Jeder wird sich fragen, wie die deutschen Truppen bei ihrem siegreichen Vormarsch 19 000 Kanonen gegen nur

126 12 900 der in riesigen Kesselschlachten millionenweise gefangenen Russen verloren haben könnten!

Von maßgeblichen militärischen Kritikern in England und USA wurde freilich die militärische Lage der Sowjetunion ganz anders eingeschätzt, nämlich sehr pessimistisch. Die riesigen Verluste an Menschen und Kriegsmaterial, an Rohstoffen und Rüstungsindustrien wurden immer wieder unterstrichen und Zweifel darüber geäußert, wie lange die Sowjets noch Widerstand würden leisten können.

Die völlig völkerrechtswidrige Art, mit der die Bolschewisten kämpfen — nur die Anwendung der Methoden, die dieses Regime im Innern gebraucht, bei dem Kampf auf dem Schlachtfeld —, ist bekannt. Ermordung, Verstümmelung und Marterung von Kriegsgefangenen sind den Bolschewisten genau so selbstverständlich wie bei politischen Gefangenen. Der Außenkommissar dieses Verbrecherstaates, Molotow, hat Ende November an alle Botschafter und Gesandten der Staaten, die mit der Sowjetunion diplomatische Beziehungen unterhalten, eine Notgerichtet, in der er sich über angeblich systematische völkerrechtswidrige Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen durch Deutschland beschwerte! Andererseits hat die Sowjetregierung jede Initiative des Roten Kreuzes hinsichtlich eines Nachrichtenaustausches über Kriegsgefangene und des Besuchs von Gefangenenlagern durch Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes, dem bezeichnenderweise die Sowjetunion gar nicht angehört, rundweg abgelehnt. Moskau muß eben ängstlich jeden Lichtstrahl scheuen, der auf die von ihm angewandte Art der Behandlung von Kriegsgefangenen fallen könnte.

Das wahre Gesicht der Sowjetunion wurde wieder einmal durch Veröffentlichungen des bulgarischen Regierungsblattes „W e t s c h e r“ vom 7. November beleuchtet. Es brachte die Ergebnisse der Untersuchung von Fallschirmspringern auf bulgarischem Gebiet und der Landung von Saboteuren durch sowjetische U-Boote. Danach sind auf bulgarischem Gebiet insgesamt fünf Gruppen von Fallschirmspringern gelandet, die zum Teil getötet, zum Teil gefangen wurden. Es waren früher aus Bulgarien geflohene Kommunisten. Sie wurden systematisch ausgebildet und der Generalsekretär der Komintern, Dimitroff, gab ihnen vor dem Abflug nach Bulgarien persönlich Instruktionen. Sie sollten Lager und Fabriken anzünden, Bahnhöfe und Eisenbahnlinien zerstören, führende deutsche und bulgarische Persönlichkeiten ermorden. Die durch Unterseeboote gelandeten Saboteure hatten die Aufgabe, eine umfangreiche Verschwörer- und Agitationstätigkeit zu entfalten. Sie sollten Bulgarien in Bezirke einteilen, bewaffnete Trupps bilden, Sabotageakte verüben, Aufstände vorbereiten usw. Man hatte diesen Sendlingen in der Sowjetunion glauben gemacht, das bulgarische Volk warte nur auf sie und sei bereit, ihnen bei der Durchführung ihrer Instruktionen behilflich zu sein.

127

Ähnliches Material über die Richtlinien, die die Komintern den Kommunisten in Finnland gegeben hat, in der Zeit zwischen dem finnisch-sowjetischen Frieden des 12. März 1940 und dem Beginn der neuen Feindseligkeiten mit der Sowjetunion, wurden in Helsinki veröffentlicht. Sabotageakte in Fabriken und Verkehrseinrichtungen und in der Armee, Streiks, die Gründung von Kampfgruppen, besonders auch mit der Aufgabe, bolschewistischen Fallschirmtruppen zu helfen, Spionage jeder Art usw. waren die Aufgaben, die die Komintern aus Moskau den finnischen Kommunisten stellten.

Wirklich bezeichnend nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für die Regierungsclique in Washington ist die Tatsache, daß Anfang November der ehemalige bolschewistische Außenminister, der Jude Litwinow-Finkelstein, der ebenso wie Stalin seine politische Karriere mit Attentaten und Raubüberfällen begonnen hat und später im Genfer Völkerbund die Sicherheitstrommel gegen Deutschland rührte, zum sowjetischen Botschafter in den USA ernannt wurde. Die „New York Times“, die als die vornehmste Zeitung in den USA gilt, meldete dazu aus Washington am 8. November, dort herrsche die Ansicht vor, daß Stalin mit dieser Ernennung „seinen tüchtigsten Diplomaten“ in die USA entsende, der sich in Washington großen Ansehens erfreue. Stalin habe Litwinow fraglos deshalb nach Washington entsandt, weil er das Gefühl habe, daß er dadurch großen Einfluß in der Bundeshauptstadt ausüben könne. Diese Hoffnung Stalins ist freilich erklärlich genug, wenn man an den entscheidenden Einfluß des Judentums auf Roosevelt und seine Umgebung denkt.

Das mit den Bolschewisten so eng verbündete und, wenn man Londoner Versicherungen glauben darf, so herzlich befreundete konservative England gibt sich bei offiziellen und kirchlichen Anlässen die größte Mühe, sich zu dieser Freundschaft zu bekennen. Der englische König ließ es sich in seiner bei Eröffnung der neuen Parlamentssitzung am 12. November gehaltenen Rede nicht nehmen, die Entschlossenheit Englands festzustellen, „bis zum äußersten die Sowjetunion in ihrem heroischen Kampfe zu unterstützen. Ich begrüße herzlich als Verbündeten die große sozialistische Sowjetrepublik“, geruhten sich Ihre Majestät zu äußern. In einem von einem englischen Bischof abgehaltenen Gottesdienst, bei dem der Herr Bischof zum Gebet für die Bolschewiken aufforderte, wurde eine Botschaft des sowjetischen Botschafters Maisky verlesen, die für möglichst enge Zusammenarbeit zwischen England und der Sowjetunion zwecks baldiger Erringung des Sieges plädierte. Der englische Rüstungsminister Lord Beaverbrook freilich

128

erklärte vor Abgeordneten der britischen Gewerkschaften, man dürfe sich nicht auf den sowjetischen Widerstand verlassen. Was die Engländer in der kommenden Zeit auf sich nehmen und leiden müssen, sei viel schwerer als das, was sie bis jetzt gelitten hätten, denn sie müßten die Last, die die Bolschewisten heute trügen, morgen auf ihre Schultern nehmen.

Auf ähnliche Töne war eine Rede Churchills gestimmt, die er am 9. November bei Einführung des neuen Lordmayors hielt. Auch Churchill feierte die Bolschewiken als Bundesgenossen im schweren Kampf für die Freiheit. Auffällig waren seine scharfen Drohungen gegen Japan, falls es zu einem Krieg im Pazifik kommen sollte. Mit diesen Drohungen wollte Churchill offenbar Druck auf die japanischen Unterhändler in Washington ausüben.

Was den Krieg angeht und seine Folgen für England, so wurden im November verschiedentlich neue Rationierungsmaßnahmen aus England gemeldet. Am 19. November kündigte Churchill eine große Offensive in Libyen an, die er geradezu als eine bevorstehende Wendung des Kriegsglückes zugunsten Englands anpries. Aber schon am 23. November mußte der britische Nachrichtendienst aus Kairo die Erklärung des militärischen Sprechers der britischen Armee mitteilen: „Es muß zugegeben werden, daß wir auf harten, ja, sehr harten Widerstand stoßen und daß die Kämpfe sehr schwer sind.“

Wenige Tage später gab man in London offen zu, die erste Runde in Libyen sei zugunsten Rommels ausgegangen. Die deutschitalienische Waffenbrüderschaft hat bei der Abwehr der englischen Offensive sich erneut hervorragend bewährt.

Englands angeblicher Kampf für die Freiheit wurde neuerdings wieder durch einige Meldungen aus Indien beleuchtet. Die Volkszählung ergab, daß in diesem Lande, das die Engländer seit zweihundert Jahren beherrschen, immer noch 88% der 388 Millionen starken indischen Bevölkerung Analphabeten sind. Ganz sinngemäß erklärte der englische Außenminister Eden, der die Freiheit der Welt so oft im Munde führt, am 28. November im Unterhaus gegenüber dem Antrag eines linksstehenden Abgeordneten, Indien Autonomie zu gewähren, eine solche Autonomie sei für Indien „höchst unnötig und absurd“. Ähnliche Äußerungen machte der Indienminister A m e r y. In Ägypten suchte der britische Botschafter in Kairo König Faruk auf, um ihm mitzuteilen, eventuelle Ausgleichsversuche zwischen der Wafdpartei und der ägyptischen Regierung mit dem Ziel, die Wafdpartei an die Regierung zu bringen, würden gegebenenfalls gewaltsam unterbunden werden. Die Engländer hätten kein Vertrauen zum Wafd — er ist die Partei des ägyptischen Nationalismus — und seien entschlossen, diesen mit Gewalt zu verhindern, an die Macht zu kommen. Demokratie und Freiheit sind eben nur dann gut, wenn sie englischen Interessen dienen!

129 Daß Roosevelt auch im Monat November die gleiche verlogene Phraseologie wiederholt und verkündet hat, daß er weiter gegen Deutschland gehetzt und zum Kriege getrieben, daß er sich weiter bemüht hat, die großen Widerstände innerhalb des amerikanischen Volkes gegen diese Politik zu beseitigen, wird niemand wundernehmen, der das Wirken dieses Mannes laufend verfolgt hat. Der 11. November, der Waffenstillstandstag, bot ihm eine besondere Gelegenheit, seine Phrasen von Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie, für die die Amerikaner angeblich im Weltkrieg gefallen seien, zu wiederholen und dazu aufzufordern, zum gleichen Opfer jetzt, wo die Tyrannei wieder die Welt bedrohe, bereit zu sein. Die gleiche kriegshetzerische Phraseologie ließ Roosevelt auch bei mehreren anderen Gelegenheiten los, nicht ohne daß er von den zahlreichen Gegnern seiner Politik wiederholt scharfe Abfuhren bezogen hätte. Dies geschah besonders von seiten des früheren Präsidenten Hoover, der in einer Rundfunkansprache am 19. November das Unsinnige von Roosevelts Kriegspolitik mit scharfen Worten charakterisierte.

Wie wenig sich Roosevelt und die anderen Kriegshetzer im Einklang mit der wirklichen Stimmung des amerikanischen Volkes befinden, zeigte sich deutlich bei der Abstimmung über die Änderung des Neutralitätsgesetzes im Kongreß. Das Neutralitätsgesetz sollte dahingehend geändert werden, daß die Bewaffnung amerikanischer Handelsschiffe und Fahrten ins Kriegsgebiet künftig nicht mehr wie bisher verboten, sondern erlaubt sein sollten. Der Kongreß nahm diesen Antrag mit 212 gegen 194 Stimmen an. Da er 435 Abgeordnete zählt, stellten die 212 Ja-sager nicht einmal die absolute Mehrheit dar. Der Antrag ging nur durch, weil eine größere Anzahl von Abgeordneten der Abstimmung aus Gründen, über die jegliche Vermutung gestattet ist, ferngeblieben waren. Immerhin ist durch die Annahme der Abänderung des Neutralitätsgesetzes Roosevelt seinem heißersehten Ziel, sein Land in den Krieg zu bringen, einen guten Schritt nähergekommen.

Nicht weniger kann es wundernehmen, daß Roosevelt auch im Monat November seine Freundschaftspolitik mit dem anderen großen Verteidiger von Freiheit und Demokratie, mit dem blutigen Erztyrannen Stalin, eifrig gepflegt hat. Er richtete am 30. Oktober an Stalin einen freundlichen Brief, in dem er ihm seiner vollen Unterstützung hinsichtlich der Lieferungen von Kriegsgerät versicherte und ihm in Aussicht stellte, ihm im Rahmen des Pacht- und Leihgesetzes einen Kredit bis zu einer Milliarde Dollar zur Verfügung zu stellen. Roosevelt sprach am Schluß seines Briefes seine Bereitschaft und seinen Wunsch nach persönlichem Kontakt mit Stalin aus. Stalin erklärte sich in seinem Antwortbrief vom

130 4. November gern bereit, Roosevelts Angebote anzunehmen sowie von Herzen dem Vorschlag eines direkten persönlichen Kontaktes nachzukommen. Der USA-Botschafter in Washington wollte dahinter nun natürlich nicht zurückbleiben und richtete am 7. November ein Schreiben an das bolschewistische Hauptorgan „Iswestia“, in dem er versicherte, „das amerikanische Volk bewundert das heldenmütige sowjetische Volk“. Roosevelts Vertreter bei der im Oktober in Moskau abgehaltenen sowjetisch-englisch-amerikanischen Konferenz über die gegenseitige Hilfeleistung, Harriman, von Hause ein ganz großer Plutokrat, konnte sich in einer Rundfunkansprache vom 23. November an Lobsprüchen und Bewunderungsausdrücken für die Bolschewiken nicht genug tun.

Hinsichtlich der Unterstützung der Tschungkingregierung, der immer weiteren Einbeziehung der südamerikanischen Staaten in die Kriegshetze und die Zielsetzungen des Dollarimperialismus und in

der Bekämpfung Japans blieb Roosevelt auch im Monat November so konsequent wie bisher. Während des ganzen Monats wurden jedoch die Verhandlungen zwischen Japan und den USA, zu denen Tokio im Oktober die Initiative ergriffen hatte, und zu denen als Unterstützung für den japanischen Botschafter in Washington der frühere Botschafter in Berlin, K u r u s u, entsandt wurde, fortgesetzt. Die Japaner ließen es an wiederholten Erklärungen ihrer Verständigungsbereitschaft nicht fehlen, unterstrichen jedoch nicht weniger deutlich ihre feste Absicht, auf ihre Lebensraumpolitik im Fernen Osten keinesfalls zu verzichten. Hierfür waren besonders die Erklärungen kennzeichnend, die Ministerpräsident T o j o und Außenminister T o g o in den Sitzungen des japanischen Reichstags vom 16. und 17. November abgaben, sowie die Entschließungen, die beide Kammern des Reichstages gemeinsam annahmen und in denen die Regierung aufgefordert wurde, die Ziele Japans unerschütterlich mit Unterstützung des gesamten Volkes durchzuführen.

Über die Einzelheiten der japanisch-amerikanischen Verhandlungen in Washington wurde wenig bekannt. Es wurde aber offensichtlich, daß Washington völlig intransigent blieb und auf den bisherigen Forderungen an Japan, die letzten Endes auf die Wiederherstellung des Status quo vor dem Beginn des Chinakrieges hinauslaufen, beharrte. Die Erfüllung dieser Forderung würde den Verzicht Japans auf die Ergebnisse eines vierjährigen opferreichen Krieges, auf seine Lebensraumpolitik und seinen Führungsanspruch in Ostasien und auf seine Stellung als Weltmacht, ja sogar als Großmacht, sowie die Unterwerfung unter angelsächsisches Diktat darstellen. Es bedeutet das Eintreten des Falles, von dem Außenminister Togo in seiner schon erwähnten Reichstagsrede vom 1. November sprach, als er sagte:

131 „Die internationale Lage ist Tag für Tag gespannter geworden und der Druck Englands und der USA gegenüber Japan stellt eine wirklich ernste Frage dar, die die Existenz unseres Kaiserreiches tief berührt. Sollte sich wirklich der Fall ergeben, der die tatsächliche Existenz des Kaiserreiches bedrohen oder das Prestige Japans als einer Großmacht bloßstellen könnte, so ist es selbstverständlich, daß Japan demgegenüber mit fester Entschlossenheit auftreten muß.“

Das Barometer der Spannungen im Pazifischen Ozean stand deshalb im Monat November immer mehr auf Sturm. Die Politik Roosevelts war auch in diesem Raum sichtlich erfolgreich im Sinne der Kriegshetze des amerikanischen Präsidenten. Dr. S.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1941

Dezember-Lieferung
(Nr.55/56 der **Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Die Rede des Führers vor dem Großdeutschen Reichstag

**Der Führer hielt am 11. Dezember vor dem Großdeutschen Reichstag folgende Ansprache
(DNB):**

Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstages!

70 Ein Jahr weltgeschichtlicher Ereignisse geht zur Neige, ein Jahr größter Entscheidungen steht vor uns. In dieser ernsten Zeit spreche ich zu Ihnen, Abgeordnete des Reichstags, als den Vertretern der deutschen Nation. Allein darüber hinaus soll das ganze deutsche Volk von diesem Rückblick Kenntnis nehmen und von den Entscheidungen, die uns Gegenwart und Zukunft aufzwingen.

Nach der abermaligen Ablehnung meines Friedensangebotes im Jahre 1940 durch den derzeitigen britischen Ministerpräsidenten und der ihn tragenden oder beherrschenden Clique war es im Herbst 1940 klar, daß dieser Krieg gegen alle Gründe der Vernunft und der Notwendigkeit mit den Waffen bis zum Ende durchgekämpft werden muß. Sie kennen mich, meine alten Parteigenossen, daß ich stets ein Feind halber oder schwächerer Entschlüsse war. Wenn die Vorsehung es so gewollt hat, daß dem deutschen Volk dieser Kampf nicht erspart werden kann, dann will ich ihr dafür dankbar sein, daß sie mich mit der Führung eines historischen Ringens betraute, das für die nächsten 500 oder 1000 Jahre nicht nur unsere deutsche Geschichte, sondern die Geschichte Europas, ja der ganzen Welt entscheidend gestalten wird.

Das deutsche Volk und seine Soldaten arbeiten und kämpfen, heute nicht nur für sich und ihre Zeit, sondern für kommende, ja fernste Generationen. Eine geschichtliche Revision einmaligen Ausmaßes wurde uns vom Schöpfer aufgetragen, die zu vollziehen wir nunmehr verpflichtet sind. Der schon kurz nach der Beendigung des Kampfes in Norwegen mögliche Waffenstillstand im Westen zwang die deutsche Führung zuallererst, die gewonnenen politisch, strategisch und wirtschaftlich wichtigen Gebiete militärisch zu sichern.

So haben die damals eroberten Länder seitdem ihre Widerstandsmöglichkeit wesentlich verändert. Von Kirkenes bis zur spanischen Grenze erstreckt sich ein Gürtel von Stützpunkten und Befestigungen größten Ausmaßes. Zahllose Flugplätze wurden gebaut oder im hohen Norden zum Teil aus dem Urgestein des Granits gesprengt. Marinebasen erhielten Schutzbauten für U-Boote in einem Ausmaß und in einer Stärke, daß sie sowohl von See aus als auch von der Luft aus praktisch unverletzbar sind. Der

71 Verteidigung selbst dienen mehr als eineinhalbtausend neue B a t t e r i e n , deren Stellungen erkundet, geplant und ausgebaut werden mußten. Ein Netz von Straßen und Eisenbahnen wurde angelegt, so daß heute die Verbindung zwischen der spanischen Grenze bis Petsamo unabhängig vom Meer sichergestellt ist. Pioniere und Baubataillone der Marine, des Heeres und der Luftwaffe in Verbindung mit der Organisation Todt haben hier Anlagen geschaffen, die dem Westwall in nichts nachstehen. An ihrer Verstärkung wird unentwegt weitergearbeitet. Es ist mein unbeirrbarer Entschluß, diese europäische Front für jeden Feind unangreifbar zu machen. Diese auch über den letzten Winter hin fortgesetzte Arbeit defensiver Art fand ihre Ergänzung durch eine offensive Kriegführung, wie sie, durch die jahreszeitlichen Verhältnisse bedingt, möglich war. Deutsche Überwasser- und Unterwasser-Seestreitkräfte führten ihren stetigen Vernichtungskrieg gegen die britische und die ihr dienstbare Kriegs- und Handelsmarine weiter. Die deutsche Luftwaffe unterstützte durch Angriffe, durch Aufklärung die Schädigung der feindlichen Tonnage und brachte in zahllosen Vergeltungsflügen dem Engländer eine bessere Vorstellung über den „reizenden Krieg“ bei, dessen Urheber mit in erster Linie sein heutiger Premierminister ist.

In diesem Kampf wurde in der Mitte des vergangenen Jahres Deutschland vor allem durch seinen italienischen Bundesgenossen unterstützt. Viele Monate lastete das Gewicht eines großen Teiles der britischen Macht auf den Schultern des mit uns verbündeten italienischen Staates. Nur infolge der enormen Überlegenheit an schweren Panzern gelang es den Engländern, in Nordafrika vorübergehend eine Krise herbeizuführen. Schon am 24. März des vergangenen Jahres aber begann eine kleine Gemeinschaft deutsch-italienischer Verbände unter der Führung R o m m e l s zum Gegenangriff anzutreten. Am 2. April fiel A g e d a b i a . Am 4. wurde B e n g a s i erreicht. Am 8. zogen unsere gemeinsamen Verbände in D e r n a ein, am 11. wurde T o b r u k eingeschlossen und am 12. April B a r d i a besetzt. Das Deutsche Afrika-Korps hat um so Hervorragenderes geleistet, als den Deutschen rein klimatisch dieser Kriegsschauplatz vollkommen fremd und ungewohnt war. So wie einst in Spanien sind nunmehr in Nordafrika Deutsche und Italiener dem gleichen Feinde stets gemeinsam gegenübergetreten.

Während durch diese kühnen Maßnahmen die nordafrikanische Front unserer beiden verbündeten Länder mit dem Blute deutscher und italienischer Soldaten wieder gesichert wurde, zog sich über Europa bereits der unheilvolle Schatten einer entsetzlichen Gefahr zusammen. Der bittersten Not gehorchend habe ich mich im Herbst 1939 entschlossen, wenigstens den Versuch zu machen, durch das Ausschalten

72 der akuten deutschrussischen Spannung die Voraussetzung für einen allgemeinen Frieden zu schaffen. Dies war psychologisch schwer infolge der Gesamteinstellung des deutschen Volkes und vor allem der Partei gegenüber dem Bolschewismus, sachlich genommen aber leicht, da Deutschland in all den Gebieten, die England als von uns bedroht erklärte und mit Beistandspakten überfiel, tatsächlich immer nur wirtschaftliche Interessen gesehen und vertreten hatte. Denn ich darf Sie erinnern, meine Abgeordneten, daß England im ganzen Früh- und Hochsommer des Jahres 1939 zahlreichen Staaten und Ländern seinen Beistand anbot mit der Behauptung, Deutschland besäße die Absicht, bei ihnen einzufallen und sie ihrer Freiheit zu berauben. Das Deutsche Reich und seine Regierung konnten mit bestem Gewissen daher versichern, daß es sich dabei nur um Unterstellungen handelte, die der Wahrheit in keiner Weise entsprachen.

Es kam dazu noch die nüchterne militärische Erkenntnis, daß im Falle eines Krieges, der durch die britische Diplomatie dem deutschen Volk aufgezwungen werden sollte, der Kampf nach zwei Fronten ohnehin nur mit sehr schweren Opfern durchführbar schien. Nachdem außerdem die baltischen Staaten, Rumänien usw. der Annahme der britischen Beistandspakte zugeneigt waren und damit zu erkennen gaben, daß sie ebenfalls an eine solche Bedrohung glaubten, war es für die deutsche Reichsregierung nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht, ihrerseits die Grenzen der deutschen Interessen zu bestimmen. Die betroffenen Länder mußten allerdings — auch zum Leidwesen des Deutschen Reiches selbst — in kurzer Zeit erkennen, daß der einzige Faktor, der der stärkste Garant gegenüber dem drohenden Osten sein konnte, nur Deutschland war. So wie sie durch ihre eigene Politik die Verbindungen zum Deutschen Reich durchschnitten hatten und statt dessen sich dem Beistand der Macht anvertrauten, die in ihrem sprichwörtlichen Egoismus seit Jahrhunderten nie Beistand gab, sondern stets nur Hilfe forderte, waren sie verloren.

Dennoch erregte das Schicksal dieser Länder das stärkste Mitempfinden des deutschen Volkes. Der Winterkampf der Finnen zwang uns ein Gefühl, gemischt aus Bitternis und Bewunderung, auf. Bewunderung, weil wir selbst als Soldatenvolk für Heldentum und Aufopferung ein empfängliches Herz besitzen, Bitternis, weil wir mit dem Blick auf den drohenden Feind 'im Westen und auf die Gefahr im Osten militärisch zu helfen nicht in der Lage waren. Sowie es klar wurde, daß Sowjetrußland aus der Abgrenzung der politischen deutschen Einflußsphäre das Recht ableitete, die außerhalb lebenden Nationen praktisch auszurotten, war das weitere Verhältnis nur noch ein zweckbestimmtes, dem Vernunft und Gefühle feindlich gegenüberstanden.

73 Von Monat zu Monat mehr wurde schon im Jahre 1940 die Erkenntnis gewonnen, daß die Pläne der Männer im Kreml bewußt auf die Beherrschung und damit Vernichtung ganz Europas hinielen. Ich habe der Nation schon ein Bild des Aufmarsches der russischen militärischen Machtmittel im Osten gegeben, zu einer Zeit, in der Deutschland nur wenige Divisionen in den an Rußland angrenzenden Provinzen besaß. Nur ein Blinder konnte es übersehen, daß sich hier ein Aufmarsch von weltgeschichtlich einmaligen Dimensionen vollzog. Und zwar nicht um etwas zu verteidigen, was nicht bedroht war, sondern nur um etwas anzugreifen, was zur Verteidigung nicht mehr fähig zu sein schien. Wenn die blitzartige Beendigung des Feldzuges im Westen den Moskauer Machthabern auch die Möglichkeit nahm, mit einer sofortigen Erschöpfung des Deutschen Reiches rechnen zu können, so beseitigte dies keineswegs ihre Absichten, sondern verschob nur den Zeitpunkt des Angriffes. Im Sommer 1941 glaubte man den günstigsten Moment des Losschlagens zu sehen. Nun sollte ein neuer Mongolensturm über Europa hinwegbrausen.

Für die gleiche Zeit aber versprach Mister Churchill auch die Wende des englischen Kampfes gegen Deutschland. Er versucht heute in feiger Weise abzuleugnen, daß er in den Geheimsitzungen des Jahres 1940 im englischen Unterhaus als wesentlichsten Faktor für die erfolgreiche Fortführung und Beendigung dieses Krieges auf den sowjetischen Kriegseintritt hinwies, der spätestens im Jahre 1941 kommen sollte und der England dann in die Lage versetzen würde, auch seinerseits zum Angriff überzugehen. Im Frühling dieses Jahres verfolgten wir deshalb in gewissenhafter Pflicht den Aufmarsch einer Weltmacht, die an Menschen und Material über unerschöpfliche Reserven zu verfügen schien. Schwere Wolken begannen sich über Europa zusammenzuziehen.

Denn, meine Abgeordneten, was ist Europa? Es gibt keine geographische Definition unseres Kontinents, sondern nur eine volkliche und kulturelle. Nicht der Ural ist die Grenze dieses Kontinents, sondern immer jene Linie, die das Lebensbild des Westens von dem des Ostens trennt. Es gab eine Zeit, da war Europa jenes griechische Eiland, in das nordische Stämme vorgedrungen waren, um von dort aus zum ersten Male ein Licht anzuzünden, das seitdem langsam aber stetig die Welt der Menschen zu erhellen begann. Und als diese Griechen den Einbruch der persischen Eroberer abwehrten, da vertei-

digten sie nicht ihre engere Heimat, die Griechenland war, sondern jenen Begriff, der heute Europa heißt. Und dann wanderte Europa von Hellas nach Rom. Mit dem griechischen Geist und der griechischen Kultur

74 verbanden sich römisches Denken und römische Staatskunst. Ein Weltreich wurde geschaffen, das auch heute noch in seiner Bedeutung und fortzeugenden Kraft nicht erreicht, geschweige denn übertroffen ist. Als aber die römischen Legionen gegenüber dem afrikanischen Ansturm Karthagos in drei schweren Kriegen Italien verteidigten und endlich den Sieg erfochten, war es wieder nicht Rom, für das sie kämpften, sondern das die griechischrömische Welt umfassende damalige Europa.

Der nächste Einbruch gegen diesen Heimatboden der neuen menschlichen Kultur erfolgte aus den Weiten des Ostens. Ein furchtbarer Strom kulturloser Horden ergoß sich aus dem inneren Asien bis tief in das Herz des heutigen europäischen Kontinents, brennend, sengend und mordend als wahre Geißel des Herrn. In der Schlacht auf den Katalaunischen Feldern traten zum ersten Male in einem Schicksalskampf von unabsehbarer Bedeutung Römer und Germanen gemeinsam für eine Kultur ein, die, von den Griechen ausgehend, über die Römer hinweg nunmehr auch die Germanen in ihren Bann gezogen hatte.

Europa war gewachsen. Aus Hellas und Rom entstand das Abendland, und seine Verteidigung war nunmehr für viele Jahrhunderte nicht nur die Aufgabe der Römer, sondern vor allem auch die Aufgabe der Germanen. In eben dem Maße aber, in dem das Abendland beleuchtet von griechischer Kultur, erfüllt vom Eindruck der gewaltigen Überlieferungen des Römischen Reiches durch die germanische Kolonisation seine Räume erweiterte, dehnte sich räumlich jener Begriff, den wir Europa nennen. Ganz gleich, ob nun deutsche Kaiser an der Unstrut oder auf dem Lechfeld die Einbrüche aus dem Osten abwehrten oder Afrika in langen Kämpfen aus Spanien zurückgedrängt wurde, es war immer ein Kampf des werdenden Europa gegenüber einer ihm im tiefsten Wesen fremden Umwelt. Wenn einst Rom seine unvergänglichen Verdienste an der Schöpfung und Verteidigung dieses Kontinents zukamen, dann übernahmen nunmehr auch Germanen die Verteidigung und den Schutz einer Völkerfamilie, die unter sich in der politischen Gestaltung und Zielsetzung noch so differenziert und auseinanderweichend sein mochte: im Gesamtbild aber doch eine blutmäßig und kulturell teils gleiche, teils sich ergänzende Einheit darstellt.

Und von diesem Europa aus ging nicht nur eine Besiedelung anderer Erdteile vor sich, sondern eine geistige und kulturelle Befruchtung, deren sich nur jener bewußt wird, der gewillt ist, die Wahrheit zu suchen, statt sie zu verleugnen. Es hat deshalb auch nicht England den Kontinent kultiviert, sondern Splitter germanischen Volkstums unseres Kontinents sind als Angelsachsen und Normannen auf diese Insel gezogen und haben ihr eine Entwicklung ermöglicht, die sicher einmalig ist. Ebenso hat nicht

75 Amerika Europa entdeckt, sondern umgekehrt. Und all das, was Amerika nicht aus Europa bezogen hat, mag wohl einer verjudeten Mischrasse als bewunderungswürdig erscheinen, Europa aber sieht darin nur ein Zeichen des Verfalls in Kunst und kultureller Lebenshaltung, das Erbe jüdischen oder vernegerten Bluteinschlags.

Meine Abgeordneten! Männer des Deutschen Reichstages! Ich muß diese Ausführungen machen, denn der Kampf, der sich in den ersten Monaten dieses Jahres allmählich als unausbleiblich abzuzeichnen begann und zu dessen Führung dieses Mal in erster Linie das Deutsche Reich berufen ist, geht ebenfalls über die Interessen unseres eigenen Volkes und Landes weit hinaus. Denn so wie einst die Griechen gegenüber den Persern nicht Griechenland und die Römer gegenüber den Karthagern nicht Rom, Römer und Germanen gegenüber den Hunnen nicht das Abendland, deutsche Kaiser gegenüber Mongolen nicht Deutschland, spanische Helden gegenüber Afrika nicht Spanien, sondern alle Europa verteidigt haben, so kämpft Deutschland auch heute nicht für sich selbst, sondern für unseren gesamten Kontinent. Und es ist ein glückliches Zeichen, daß diese Erkenntnis im Unterbewußtsein der meisten europäischen Völker heute so tief ist, daß sie, sei es durch offene Stellungnahme, sei es durch den Zustrom von Freiwilligen, an diesem Kampfe teilnehmen.

Als die deutschen und italienischen Armeen am 6. April dieses Jahres zum Angriff gegen Jugoslawien und Griechenland antraten, war dies die Einleitung des großen Kampfes, in dem wir uns zur Zeit noch befinden. Denn die Revolte, die in Belgrad zum Sturz des ehemaligen Prinzregenten und seiner Regierung führte, war bestimmend für den weiteren Ablauf der Geschehnisse in diesem Raum Europas. Wenn auch England an diesem Putsch maßgebendst beteiligt war, so spielte doch die Hauptrolle Sowjetrußland. Was ich Herrn Molotow anläßlich seines Besuches in Berlin verweigert hatte, glaubte Stalin nunmehr auf dem Umweg einer revolutionären Bewegung auch gegen unseren Willen erreichen zu können. Ohne Rücksicht auf die abgeschlossenen Verträge weiteten sich die Absichten der bol-

schewistischen Machthaber. Der Freundschaftspakt mit dem neuen revolutionären Regime erhellte blitzartig die Nähe der drohenden Gefahr. Was von der deutschen Wehrmacht in diesem Feldzuge geleistet wurde, fand im Deutschen Reichstag am 4. Mai 1941 seine Würdigung. Was auszusprechen mir damals aber leider versagt bleiben mußte, war die Erkenntnis, daß wir mit rasender Schnelligkeit der Auseinandersetzung mit einem Staat entgegengehen, der im Augenblick des Balkanfeldzuges nur deshalb noch nicht eingriff, weil sein Aufmarsch noch nicht vollendet und die Benutzung der Flughäfen vor allem infolge der um diese

76 Jahreszeit erst einsetzenden Schneeschmelze und damit der Grundlosmachung der Rollfelder unmöglich war.

Meine Abgeordneten!

Sowie mir im Jahre 1940 durch Mitteilungen aus dem englischen Unterhaus und durch Beobachtung der russischen Truppenverschiebungen an unseren Grenzen die Möglichkeit der Entstehung einer Gefahr im Osten des Reiches bewußt wurde, erteilte ich sofort die Anweisung zur Aufstellung zahlreicher neuer Panzer-, Mot- und Infanteriedivisionen. Die Voraussetzungen dafür waren sowohl personell als auch materiell reichlich vorhanden. Wie ich Ihnen, meine Abgeordneten, und überhaupt dem ganzen deutschen Volk nur eine Versicherung geben kann: wenn man auch in den Demokratien, wie leicht begreiflich, sehr viel redet, dann wird aber trotzdem im nationalsozialistischen Deutschland dafür immer noch mehr gearbeitet. Es war in der Vergangenheit so und es ist dies auch heute nicht anders. Jedes Jahr wird uns mit vermehrten und vor allem auch besseren Waffen dort finden, wo die Entscheidungen fallen.

Trotz aller Einsicht in die Notwendigkeit, unter keinen Umständen dem Gegner die Möglichkeit zu bieten, den ersten Stoß in unser Herz tun zu können, war der Entschluß in diesem Fall doch ein sehr schwerer. Wenn die Artikel Schreiber unserer demokratischen Zeitungen heute erklären, daß ich bei genauerer Kenntnis der Stärke des bolschewistischen Gegners es mir überlegt haben würde, zum Angriff zu schreiten, so verkennen sie ebensowenig die Lage wie meine Person. I c h h a b e keinen Krieg gesucht, sondern habe im Gegenteil alles getan, um ihn zu vermeiden. Ich würde aber pflichtvergesen und gewissenlos handeln, wenn ich es trotz der Kenntnis der Unvermeidbarkeit eines Waffenganges versäumen würde, die daraus einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen. Weil ich Sowjetrußland für die tödlichste Gefahr nicht nur des Deutschen Reiches, sondern für ganz Europa hielt, habe ich mich entschlossen, wenn möglich noch wenige Tage vor Ausbruch dieser Auseinandersetzung selbst das Signal zum Angriff zu geben. Für die Tatsache der Absicht aber des russischen Angriffs liegt heute einwahrhaft erdrückendes und authentisches Material vor. Ebenso sind wir uns im klaren über den Zeitpunkt, an dem dieser Angriff stattfinden sollte. Angesichts der uns vielleicht im ganzen Umfang aber wirklich erst heute bewußt gewordenen Größe der Gefahr kann ich dem Herrgott nur danken, daß er mich zur richtigen Stunde erleuchtet und mir die Kraft schenkte, das zu tun, was getan werden mußte. Dem verdanken nicht nur Millionen deutscher Soldaten ihr Leben, sondern ganz Europa sein Dasein. Denn das darf ich heute

77 aussprechen: Wenn sich diese Welle von über 20000 Panzern, Hunderten an Divisionen, Zehntausenden an Geschützen, begleitet von mehr als 10000 Flugzeugen, unversehens über das Reich hin in Bewegung gesetzt haben würde, wäre Europa verloren gewesen! Das Schicksal hat eine Reihe von Völkern bestimmt, durch den Einsatz ihres Blutes diesem Stoß zuvorzukommen bzw. ihn aufzufangen. Hätte sich Finnland nicht sofort entschlossen, zum zweiten Male die Waffen zu ergreifen, dann würde die gemächliche Bürgerlichkeit der anderen nordischen Staaten schnell ihr Ende gefunden haben.

Wäre das Deutsche Reich nicht mit seinen Soldaten und Waffen vor diesen Gegner getreten, würde ein Strom über Europa gebrandet sein, der die lächerliche britische Idee der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts in ihrer ganzen Geistlosigkeit und stupiden Tradition einmal für immer erledigt hätte. Würden nicht Slowaken, Ungarn und Rumänen den Schutz dieser europäischen Welt mit übernommen haben, dann wären die bolschewistischen Horden wie der Hunnenschwarm eines Attila über die Donauländer gebräust, und an den Gefilden des Ionischen Meeres würden heute Tartaren und Mongolen die Revision des Vertrages von Montreux erzwingen. Hätten nicht Italien, Spanien, Kroatien ihre Divisionen gesendet, dann würde nicht die Abwehr einer europäischen Front entstanden sein, die als Proklamation des Begriffs des neuen Europas ihre werbende Kraft auch auf alle anderen Völker ausstrahlen ließ. Aus diesem ahnungsvollen Erkennen heraus sind von Nord- und Westeuropa die Freiwilligen gekommen: Norweger, Dänen, Holländer, Flamen, Belgier usw., ja selbst Franzosen, die dem Kampf der verbündeten Mächte der Achse im wahrsten Sinne des Wortes den Charakter eines europäischen Kreuzzuges geben.

Es ist noch nicht die Zeit, über die Planung und Führung dieses Feldzuges zu sprechen. Allein ich glaube schon jetzt, in diesem gewaltigsten Kampfe aller Zeiten, bei dem sich durch die Größe des Raumes, die Vielzahl und Gewalt der Ereignisse nur zu leicht die einzelnen Eindrücke verwischen, in der Erinnerung verblässen, in wenigen Sätzen auf das Erreichte hinweisen zu dürfen.

Am 22. Juni begann im grauen Morgen der Angriff. Mit unwiderstehlicher Kühnheit waren jene Grenzbefestigungen

durchstoßen worden, die bestimmt waren, den russischen Aufmarsch gegen uns vor jener Überraschung zu sichern. Schon am 23. Juni war G r o d n o gefallen. Am 24. Juni waren nach der Einnahme von Brest-Litowsk die Zitadelle niedergekämpft und ebenso W i l n a und K o w n o genommen. Am 26. Juni fiel Dünaburg. Am 10. Juli wurden die ersten beiden großen Umfangsschlachten bei Bialistok und Minsk

78 abgeschlossen. 324 000 Gefangene, 3332 Panzer und 1809 Geschütze fielen in unsere Hand. Schon am 13. Juli erfolgte an fast allen entscheidenden Stellen der Durchbruch durch die Stalin-Linie. Am 16. Juli fiel nach schweren Kämpfen S m o l e n s k, während am 19. Juli deutsche und rumänische Verbände den Übergang über den D n j e s t r erzwingen. Am 6. August wurde in vielen Kesseln die Schlacht von Smolensk beendet. Wieder marschierten in deutsche Gefangenschaft 310000 Russen, während 3205 Panzer und 3120 Geschütze teils als vernichtet teils als Beute gezählt werden konnten. Schon drei Tage später vollendete sich das Schicksal einer weiteren russischen Heeresgruppe. Am 9. August wurden in der Schlacht von U m a n wieder 103 000 Sowjetrussen gefangen, 317 Panzer, 1100 Geschütze zerstört oder erbeutet. Am 17. August fiel N i k o l a j e w, am 21. August wurde C h e r s o n genommen. Am selben Tage fand die Schlacht bei G o m e l ihren Abschluß mit 84 000 Gefangenen und 144 Panzern und 848 Geschützen, die abermals teils erbeutet, teils vernichtet worden waren. Am 21. August wurden die russischen Stellungen zwischen dem 11 m e n - und Peipus-See durchbrochen, während am 26. August der Brückenkopf um D n j e propetrowsk in unsere Hände kam. Schon am 28. des gleichen Monats zogen deutsche Truppen nach schweren Kämpfen in R e v a l und Baltisch-Port ein, während am 30. August V i i p u r i durch die Finnen genommen wurde. Mit der am 8. September erfolgten Eroberung von Schlüsselburg wurde Leningrad endgültig auch nach dem Süden hin abgeschlossen. Am 16. September gelang es, die Brückenköpfe über den Dnjepr zu bilden, und schon am 18. September fiel P o l i a w a in die Hand unserer Soldaten. Am 19. September erstürmten deutsche Verbände die Zitadelle von Kiew und am 22. September wurde die Eroberung von Ö s e l durch die Einnahme der Hauptstadt gekrönt.

Nunmehr aber erst reiften die größten Operationen zu den erwarteten Erfolgen heran. Am 27. September war die Schlacht bei Kiew abgeschlossen. 665 000 Gefangene setzten sich in endlosen Kolonnen nach Westen in Bewegung. 884 Panzer, 3178 Geschütze aber blieben in den Kesseln als Beute liegen. Schon am 2. Oktober begann die Durchbruchsschlacht nunmehr in der Mitte der Ostfront, während am 11. Oktober die Schlacht am Asowschen Meer ihren erfolgreichen Abschluß fand. Wieder wurden 107 000 Gefangene, 212 Panzer und 672 Geschütze gezählt. Am 16. Oktober erfolgte nach hartem Kampf der Einzug der deutschen und rumänischen Verbände in O d e s s a. Am 18. Oktober war die am 2. Oktober begonnene Durchbruchsschlacht in der Mitte der Ostfront mit einem neuen weltgeschichtlich einmaligen Erfolg beendet. 663 000 Gefangene waren das eine Ergebnis, 1242 Panzer, 5452 Geschütze teils

79 vernichtet und teils erbeutet das andere. Am 21. Oktober wurde die Eroberung von D a g ö abgeschlossen, am 24. Oktober das Industriezentrum Charkow genommen, am 28. Oktober in schwersten Kämpfen der Zugang zur Krim endgültig erzwungen und schon am 2. November die Hauptstadt Simferopol erstürmt. Am 16. November war die Krim durchstoßen bis K e r t s c h. Am 1. Dezember aber betrug die Gesamtzahl der gefangenen Sowjetrussen 3 806 865. Die Zahl der vernichteten oder erbeuteten Panzer betrug 21 391, die der Geschütze 32541 und die der Flugzeuge 17322.

Im gleichen Zeitraum wurden 2191 britische Flugzeuge abgeschossen, durch die Kriegsmarine 4170611 BRT, durch die Luftwaffe 2346180 BRT versenkt, also zusammen 6516791 BRT vernichtet.

Meine Abgeordneten! Mein deutsches Volk!

Das sind nüchterne Tatsachen und vielleicht trockene Zahlen. Mögen sie aber nie der Geschichte und vor allem dem Bewußtsein und der Erinnerung unseres eigenen deutschen Volkes entswinden! Denn hinter diesen Zahlen verbergen sich die Leistungen, Opfer und Entbehrungen, stehen der Heldenmut und die Todesbereitschaft von Millionen der besten Männer unseres eigenen Volkes und der mit uns verbündeten Staaten.

Alles das mußte erkämpft werden mit dem Einsatz der Gesundheit und des Lebens und unter Anstrengungen, von denen die Heimat wohl kaum eine Ahnung hat. In endlose Fernen marschierend, gequält von Hitze und Durst, oft fast bis zur Verzweiflung gehemmt durch den Schlamm grundloser Wege, vom Weißen bis zum Schwarzen Meer den Unbilden eines Klimas ausgesetzt, das von der Glut der Juli- und Augusttage sich senkt bis zu den Winterstürmen des November und Dezember, gepeinigt von Insekten, leidend unter Schmutz und Ungeziefer, frierend in Schnee und Eis, haben sie gekämpft, die Deutschen und die Finnen, die Italiener, Slowaken, Ungarn und Rumänen, die Kroaten, die Freiwilligen aus den nordischen und westeuropäischen Ländern, alles in allem: die Soldaten der Ostfront! Der Einbruch des Winters allein wird dieser Bewegung nunmehr eine Hemmung auferlegen. Der Einbruch des Sommers wird die Bewegung wieder nicht mehr verhindern können.

Ich will an diesem Tag keine einzelnen Waffen nennen, will keine Führung rühmen, sie haben alle ihr Höchstes gegeben. Und doch verpflichten Einsicht und Gerechtigkeit, eines immer wieder festzustellen: von all unseren deutschen Soldaten trägt so wie einst auch heute die schwerste Last des Kampfes unsere einzig dastehende Infanterie.

80 Vom 22. Juni bis 1. Dezember hat das deutsche Heer in diesem Heldenkampf verloren:

158773 Tote,
563 082 Verwundete und
31191 Vermißte;

die Luftwaffe 3231 Tote,
8453 Verwundete und
2028 Vermißte;

die Kriegsmarine
310 Tote,
232 Verwundete und
115 Vermißte.

Mithin die deutsche Wehrmacht zusammen:

162314 Tote,
571 767 Verwundete und
33 334 Vermißte.

Also an Toten und Verwundeten etwas mehr als das Doppelte der Sommeschlacht des Weltkrieges, an Vermißen etwas weniger als die Hälfte der damaligen Zahl, alles aber Väter und Söhne unseres deutschen Volkes.

Und nun lassen Sie mich demgegenüber zu jener anderen Welt Stellung nehmen, die ihren Repräsentanten in dem Mann hat, der, während die Völker und ihre Soldaten in Schnee und Eis kämpfen, in taktvoller Weise vom Kaminfeuer aus zu plaudern pflegt, und damit also vor allem von jenem Mann, der der Hauptschuldige an diesem Kriege ist. Als sich im Jahre 1939 die Lage der Nationalitäten im damaligen polnischen Staat als immer unerträglicher erwies, versuchte ich zunächst auf dem Wege eines billigen Ausgleichs die untragbar gewordenen Zustände zu beseitigen. Es schien eine gewisse Zeit so, als ob die polnische Regierung selber ernstlich erwogen hätte, einer vernünftigen Lösung zuzustimmen. Ich darf hier noch einfügen, daß bei all diesen Vorschlägen von deutscher Seite nichts gefordert wurde, was nicht schon früher deutsches Eigentum gewesen war, ja daß wir im Gegenteil auf sehr viel Verzicht leisteten, was vor dem Weltkrieg Deutschland gehörte. Sie erinnern sich noch der dramatischen Entwicklung dieser Zeit, der sich fortgesetzt erhöhenden Opfer der deutschen Volksgruppe. Sie sind, meine Abgeordneten, am besten in der Lage, die Schwere dieser Blutopfer zu ermessen, wenn Sie sie in Vergleich setzen zu den Opfern des jetzigen Krieges. Denn der bisherige Feldzug im Osten hat die gesamte deutsche Wehrmacht rund 160000 Tote gekostet, allein im tiefsten Frieden sind damals in wenigen Monaten in Polen über 62000 Volksdeutsche zum Teil unter den grausamsten Martern getötet

81 worden. Daß das Deutsche Reich ein Recht besaß, solche Zustände an seiner Grenze zu beanstanden und auf ihre Beseitigung zu drängen, überhaupt auch auf seine Sicherheit bedacht zu sein, dürfte wohl kaum bestritten werden in einer Zeit, in der andere Länder Elemente ihrer Sicherheit sogar in fremden Kontinenten suchen. Die Probleme, die korrigiert werden sollten, waren territorial genommen unbedeutend. Im wesentlichen handelte es sich um D a n z i g und um die Verbindung der abgerissenen Provinz Ostpreußen mit dem übrigen Reich. Schwer wogen die grausamen Verfolgungen, denen die Deutschen gerade in Polen ausgesetzt waren.

Ein nicht minder schweres Schicksal hatten dort übrigens auch die anderen Minoritäten zu erdulden. Als sich nun in den Augusttagen die Haltung Polens dank der als Blankovollmacht ausgestellten Garantie Englands immer mehr versteifte, sah sich die deutsche Reichsregierung, und zwar zum letztenmal, veranlaßt, einen Vorschlag zu unterbreiten, auf Grund dessen sie bereit war, in Verhandlungen mit Polen einzutreten und von dem sie dem damaligen englischen Botschafter wörtlich Kenntnis gab.

Ich darf diese Vorschläge am heutigen Tage der Vergessenheit entreißen und sie Ihnen wieder zur Erinnerung bringen.

Vorschlag für eine Regelung des Danzig-Ko r r i d o r - P r o b l e m s sowie der deutsch-polnischen Minderheitenfrage

Die Lage zwischen dem Deutschen Reich und Polen ist zur Zeit so, daß jeder weitere Zwischenfall zu einer Entladung der beiderseits in Stellung gegangenen militärischen Streitkräfte führen kann. Jede friedliche Lösung muß so beschaffen sein, daß sich nicht bei nächster Gelegenheit die diesen Zustand ursächlich bedingenden Ereignisse wiederholen können und dadurch nicht nur der Osten Europas, sondern auch andere Gebiete in die gleiche Spannung versetzt werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen

1. in der unmöglichen Grenzziehung, wie sie durch das Versailler Diktat vorgenommen wurde,
2. in der unmöglichen Behandlung der Minderheit in den abgetrennten Gebieten.

Die deutsche Reichsregierung geht daher bei diesen Vorschlägen von dem Gedanken aus, eine endgültige Lösung zu finden, die die unmögliche Situation der Grenzziehung beseitigt, beiden Teilen ihre lebenswichtigen Verbindungsstraßen sichert, das Minderheitenproblem — soweit irgend möglich — beseitigt und, soweit dies nicht möglich ist, das Schicksal der Minderheiten durch eine sichere Garantie ihrer Rechte erträglich gestaltet.

82 Die deutsche Reichsregierung ist überzeugt, daß es dabei unerläßlich ist, wirtschaftliche und physische Schädigungen, die seit dem Jahre 1918 stattgefunden haben, aufzudecken und in vollem Umfange wieder gutzumachen. Sie sieht selbstverständlich diese Verpflichtung als eine für beide Teile bindende an.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich folgende praktische Vorschläge:

1. Die Freie Stadt D a n z i g kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.
2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder—Graudenz—Kulm—Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.
3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück.

Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen G d i n g e n, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt.

Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von zwölf Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung

83 mit dem Meer unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung — ganz gleich, wie diese ausgehen möge — die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow, Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d. h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, d. h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12. Die Halbinsel Heia, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein. Das gleiche betrifft die Vorschläge über die Sicherung der Minoritäten. Es ist dies ein Vorschlag, wie er loyaler und großzügiger überhaupt von keiner Regierung gemacht werden kann, als von der nationalsozialistischen Führung des Deutschen Reiches.

13. Da die deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese

84

Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.

Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorgekommenen wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wieder gutzumachen bzw. alle Entzignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisation zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilmachung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

Die damalige polnische Regierung hat es abgelehnt, auf diese Vorschläge auch nur zu reagieren. Es erhebt sich dabei aber doch die Frage: Wie konnte es ein so unbedeutender Staat wagen, solche Vorschläge einfach zu negieren und darüber hinaus nicht nur zu weiteren Grausamkeiten gegenüber den Deutschen, die diesem Lande die ganze Kultur geschenkt hatten, zu greifen, sondern sogar noch die allgemeine Mobilmachung anzuordnen?

Der Einblick in die Dokumente des Auswärtigen Amtes in Warschau hat uns allen später die überraschende Erklärung gegeben: Ein Mann war es, der mit teuflischer Gewissenlosigkeit seinen gesamten Einfluß zur Anwendung brachte, um Polen in seinem Widerstand zu bestärken und jede Möglichkeit einer Verständigung auszuschalten. Die Berichte, die der damalige polnische Gesandte in

85 Washington, Graf Potocki, seiner Regierung in Warschau schickte, sind Dokumente, aus denen mit erschreckender Deutlichkeit hervorgeht, wie sehr ein einziger Mann und die ihn treibenden Kräfte mit der Verantwortung für den zweiten Weltkrieg belastet sind.

Es erhebt sich zunächst die Frage, aus welchen Gründen konnte dieser Mann in eine so fanatische Feindschaft gegenüber einem Land verfallen, das bisher in seiner ganzen Geschichte weder Amerika noch ihm selbst irgendein Leid zugefügt hatte?

Soweit es sich um die Stellung Deutschlands zu Amerika handelt, ist folgendes zu sagen:

1. Deutschland ist vielleicht die einzige Großmacht, die weder auf dem nord- noch südamerikanischen Kontinent jemals eine Kolonie besessen oder sich sonst politisch betätigt hat, es sei denn durch die Auswanderung vieler Millionen Deutscher und deren Mitarbeit, aus der der amerikanische Kontinent, insonderheit die Vereinigten Staaten, nur Nutzen gezogen haben.

2. Das Deutsche Reich hat in der ganzen Geschichte der Entstehung und des Bestehens der Vereinigten Staaten niemals eine politisch ablehnende oder gar feindliche Haltung eingenommen, wohl aber mit dem Blut vieler seiner Söhne mitgeholfen, die USA zu verteidigen.

3. Das Deutsche Reich hat sich an keinem Krieg gegen die Vereinigten Staaten selbst beteiligt, wohl aber wurde es von den Vereinigten Staaten im Jahre 1917 mit Krieg überzogen, und zwar aus Gründen, die durch einen Ausschuß restlos aufgeklärt worden sind, den der jetzige Präsident Roosevelt zur Prüfung dieser Frage selbst eingesetzt hatte. Gerade dieser Untersuchungsausschuß zur Klärung der Gründe des amerikanischen Kriegseintritts hat einwandfrei festgestellt, daß diese für den amerikanischen Kriegseintritt 1917 ausschließlich auf dem Gebiet der kapitalistischen Interessen einiger kleiner Gruppen lagen, daß Deutschland selbst jedenfalls keinerlei Absicht hatte, mit Amerika in einen Konflikt zu geraten.

Auch sonst gibt es zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volk keine Gegensätze, seien sie territorialer oder politischer Art, die irgendwie die Interessen oder gar die Existenz der Vereinigten Staaten berühren könnten. Die Verschiedenheit der Staatsformen war immer gegeben. Sie kann aber überhaupt nicht als ein Grund für Feindseligkeiten im Völkerleben herangezogen werden, solange sich nicht eine Staatsform bemüht, außerhalb des ihr natürlich gegebenen Bereiches in andere einzugreifen.

Amerika ist eine von einem Präsidenten mit großer autoritärer Vollmacht geleitete Republik.

86 Deutschland war einst eine von einer bedingten Autorität geführte Monarchie, später eine autoritätslose Demokratie, heute eine von starker Autorität geführte Republik. Zwischen beiden Staaten liegt ein Ozean. Die Divergenzen zwischen dem kapitalistischen Amerika und dem bolschewistischen Rußland müßten, wenn überhaupt diese Begriffe etwas Wahres in sich hätten, wesentlich größer sein als zwischen dem von einem Präsidenten geführten Amerika und dem von einem Führer geleiteten Deutschland.

Es ist nun aber eine Tatsache, daß die beiden historischen Konflikte zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, wenn auch von der gleichen Kraft inspiriert, doch ausschließlich durch zwei Männer der USA angefacht worden sind, nämlich durch den Präsidenten Wilson und durch Franklin Roosevelt. Das Urteil über Wilson hat die Geschichte selbst gesprochen. Sein Name bleibt verbunden mit einem der gemeinsten Wortbrüche aller Zeiten. Die Folgen seines Wortbruchs waren eine Zerrüttung des Lebens der Völker nicht nur bei den sogenannten Besiegten, sondern auch bei den Siegern selbst. Das durch seinen Wortbruch allein ermöglichte Diktat von Versailles hat Staaten zerrissen, Kulturen zerstört und die Wirtschaft aller ruiniert.

Wir wissen heute, daß hinter Wilson eine Gesellschaft interessierter Finanziere stand, die sich dieses paralytischen Professors bedienten, um Amerika in den Krieg zu führen, von dem sie sich erhöhte Geschäfte erhofften. Daß das deutsche Volk diesem Mann einst geglaubt hatte, mußte es mit dem Zusammenbruch seiner politischen und wirtschaftlichen Existenz bezahlen.

Welches ist nun der Grund, daß nach so bitteren Erfahrungen sich wieder ein Präsident der Vereinigten Staaten findet, der erneut seine einzige Aufgabe darin sieht, Kriege entstehen zu lassen und vor allem die Feindschaft gegen Deutschland bis zum Kriegsausbruch zu steigern? Der Nationalsozialismus kam in Deutschland im selben Jahre zur Macht, in dem Roosevelt zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde. Es ist nun wichtig, die Momente zu prüfen, die als Ursache der heutigen Entwicklung angesehen werden müssen:

Zunächst die persönliche Seite:

Ich verstehe nur zu wohl, daß zwischen der Lebensauffassung und -einstellung des Präsidenten Roosevelt und meiner eigenen ein weltweiter Abstand ist. Roosevelt stammt aus einer steinreichen Familie, gehörte von vornherein zu jener Klasse von Menschen, denen Geburt und Herkunft in den Demo-

kratien den Weg des Lebens ebnen und damit den Aufstieg sichern. Ich selbst war nur das Kind einer kleinen und armen Familie und mußte mir unter unsäglichen Mühen durch Arbeit und Fleiß meinen Weg erkämpfen. Als der Weltkrieg kam, hatte Roosevelt in einer unter dem Schatten Wilsons

87 befindlichen Stellung den Krieg aus der Sphäre des Verdienstes miterlebt. Er kennt daher nur die angenehmen Folgen der Auseinandersetzung von Völkern und Staaten, die sich für den ergeben, der dort Geschäfte macht, wo andere verbluten. In dieser gleichen Zeit war mein eigenes Leben wieder auf der ganz anderen Seite gelegen. Ich gehörte nicht zu denen, die Geschichte oder gar Geschäfte machten, sondern nur zu denen, die Befehle ausführten. Als gewöhnlicher Soldat habe ich mich bemüht, in diesen vier Jahren vor dem Feinde meine Pflicht zu erfüllen, und kehrte aus dem Kriege natürlich gerade so arm zurück, wie ich im Herbst 1914 in ihn gezogen war. Ich habe also mein Schicksal mit dem von Millionen geteilt, Herr Franklin Roosevelt das seine mit dem der sogenannten oberen Zehntausend. Während Herr Roosevelt nach dem Kriege schon seine Fähigkeiten in Finanzspekulationen erprobte, um aus der Inflation, d. h. dem Elend der anderen, persönlichen Nutzen zu ziehen, lag ich noch, ebenso wie viele andere Hunderttausend, im Lazarett.

Und als Herr Roosevelt endlich die Laufbahn des normalen geschäftlich erfahrenen, wirtschaftlich fundierten, herkunftsmäßig protegierten Politikers beschritt, kämpfte ich als namenloser Unbekannter für die Wiedererhebung meines Volkes, dem das schwerste Unrecht in seiner ganzen Geschichte ange-tan worden war. Zwei Lebenswege! Als Franklin Roosevelt an die Spitze der Vereinigten Staaten trat, war er der Kandidat einer durch und durch kapitalistischen Partei, die sich seiner bediente. Und als ich Kanzler des Deutschen Reiches wurde, war ich der Führer einer Volksbewegung, die ich selbst geschaffen hatte. Die Kräfte, die Herrn Roosevelt trugen, waren die Kräfte, die ich auf Grund des Schicksals meines Volkes und meiner heiligsten inneren Überzeugung bekämpfte. Der „Gehirntrutz“, dessen sich der neue amerikanische Präsident bedienen mußte, bestand aus Angehörigen desselben Volkes, das wir als eine parasitäre Erscheinung der Menschheit in Deutschland bekämpften und aus dem öffentlichen Leben zu entfernen begannen.

Und doch hatten wir beide etwas Gemeinsames:

Franklin Roosevelt übernahm einen Staat mit einer infolge der demokratischen Einflüsse verfallenen Wirtschaft, und ich trat an die Spitze eines Reiches, das sich ebenfalls dank der Demokratie vor dem vollkommenen Ruin befand. Die Vereinigten Staaten besaßen 13 Millionen Erwerbslose, Deutschland

88 7 Millionen und allerdings noch weitere 7 Millionen Kurzarbeiter. In beiden Staaten waren die öffentlichen Finanzen zerrüttet, das Absinken des allgemeinen wirtschaftlichen Lebens schien kaum mehr aufzuhalten.

In diesem Moment beginnt in den Vereinigten Staaten und im Deutschen Reich nunmehr eine Entwicklung, die es der Nachwelt leicht machen wird, über die Richtigkeit der Theorien ein abschließendes Urteil zu fällen. Während im Deutschen Reich unter der nationalsozialistischen Führung in wenigen Jahren ein ungeheurer Aufstieg des Lebens, der Wirtschaft, der Kultur, der Kunst usw. einsetzte, war es dem Präsidenten Roosevelt nicht gelungen, auch nur die geringsten Verbesserungen in seinem eigenen Lande herbeizuführen. Wieviel leichter aber mußte diese Arbeit in den Vereinigten Staaten sein, in denen knapp 15 Menschen auf den Quadratkilometer leben gegenüber 140 in Deutschland. Wenn es in diesem Lande nicht gelingt, eine wirtschaftliche Blüte herbeizuführen, dann hängt es nur zusammen entweder mit dem schlechten Willen einer herrschenden Führung oder mit einer vollkommenen Unfähigkeit der berufenen Menschen in knapp fünf Jahren waren in Deutschland die wirtschaftlichen Probleme gelöst und die Erwerbslosigkeit beseitigt. In derselben Zeit hat der Präsident Roosevelt die Staatsschulden seines Landes auf das ungeheuerlichste erhöht, den Dollar entwertet, die Wirtschaft noch mehr zerrüttet und die Erwerbslosenzahl beibehalten.

Dies ist aber nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Geister, die dieser Mann zu seiner Unterstützung gerufen hat, oder besser, die ihn gerufen hatten, zu jenen Elementen gehören, die als Juden ein Interesse nur an der Zerrüttung und niemals an der Ordnung besitzen können! Während wir im nationalsozialistischen Deutschland die Spekulation bekämpften, erlebte sie unter der Ära Roosevelt eine staunenswerte Blüte. Die Gesetzgebung des New Deals dieses Mannes war falsch und damit der größte Fehlschlag, den je ein Mann erlitten hatte. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß eine Fortsetzung dieser Wirtschaftspolitik in Friedenszeiten diesen Präsidenten früher oder später trotz all seiner dialektischen Geschicklichkeit zum Scheitern gebracht haben würde. In europäischen Staaten würde er sicherlich sein Ende vor dem Staatsgerichtshof wegen willkürlicher Verschleuderung des nationalen

Vermögens gefunden haben. vor einem bürgerlichen Gericht aber wegen schuldhafter Geschäftsgebarung dem Gefängnis kaum entgangen sein.

Dieses Urteil oder besser diese Erkenntnis besitzen auch viele und auch angesehene Amerikaner. Eine

89 drohende Opposition braute sich über dem Haupt dieses Mannes zusammen. Sie ließ ihn ahnen, daß nur eine Ablenkung der Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von seiner inneren Politik zur äußeren hin Rettung bringen konnte. Es ist interessant, in diesem Zusammenhang die Berichte des polnischen Gesandten Potocki aus Washington zu studieren, der immer wieder darauf hinweist, daß sich Roosevelt der Gefahr des Zusammenbruchs seines ganzen wirtschaftlichen Kartenhauses genau bewußt sei und deshalb unter allen Umständen eine außenpolitische Ablenkung benötige. Er wurde darin bestärkt durch den Kreis der ihn umgebenden Juden, die aus alttestamentarischer Rachsucht in den Vereinigten Staaten das Instrument zu sehen glaubten, um mit ihm den europäischen, immer antisemitischer werdenden Nationen ein zweites Purim bereiten zu können. Es war der Jude in seiner ganzen satanischen Niedertracht, der sich um diesen Mann scharte und nach dem dieser Mann aber auch griff. So beginnt denn steigend der Einfluß des amerikanischen Präsidenten sich in dem Sinne auszuwirken, Konflikte zu schaffen oder vorhandene Konflikte zu vertiefen, auf alle Fälle aber zu verhindern, daß Konflikte eine friedliche Lösung finden. Jahrelang hat dieser Mann nur einen einzigen Wunsch, daß irgendwo in der Welt ein Streit ausbricht, am besten in Europa, der ihm die Möglichkeit gibt, durch Verpflichtung der amerikanischen Wirtschaft an einem der beiden Streitenden eine politische Interessenverflechtung herzustellen, die geeignet sein konnte, Amerika einem solchen Konflikt langsam näherzubringen und damit die Aufmerksamkeit von seiner zerfahrenen Wirtschaftspolitik im Inneren nach außen hin abzulenken.

Besonders brüsk ant war sein Vorgehen in diesem Sinne gegen das Deutsche Reich. Vom Jahre 1937 ab setzten eine Anzahl von Reden ein, darunter eine besonders niederträchtige vom 5. Oktober 1937 in Chicago, in denen dieser Mann planmäßig beginnt, die amerikanische Öffentlichkeit gegen Deutschland aufzuhetzen. Er droht mit der Aufrichtung einer Art von Quarantäne gegen die sogenannten autoritären Staaten. Im Vollzug dieser sich nun dauernd steigernden Hetzreden des Präsidenten Roosevelt beruft er nach neuerlichen beleidigenden Erklärungen den amerikanischen Botschafter in Berlin zur Berichterstattung nach Washington. Seitdem sind die beiden Staaten nur noch durch Geschäftsträger vertreten.

Vom November 1938 ab beginnt er planmäßig und bewußt jede Möglichkeit einer europäischen Befriedungspolitik zu sabotieren. Er heuchelt dabei nach außen hin Interesse am Frieden, droht aber jedem Staat, der bereit ist, die Politik einer friedlichen Verständigung zu betreiben, mit Sperrung von Anleihen, mit wirtschaftlichen Repressalien, mit Kündigung von Darlehn usw. Hier geben einen erschütternden

90 Einblick die Berichte der polnischen Botschafter in Washington, London, Paris und Brüssel.

Im Januar 1939 beginnt dieser Mann seine Hetzkampagne zu verstärken und droht mit allen Maßnahmen vor dem Kongreß, gegen die autoritären Staaten vorzugehen außer mit Krieg. Während er dauernd behauptet, daß andere Staaten versuchten, sich in amerikanische Angelegenheiten einzumischen und auf die Aufrechterhaltung der Monroe-Doktrin pocht, beginnt er seit dem März 1939 in innereuropäische Angelegenheiten hineinzureden, die den Präsidenten der Vereinigten Staaten überhaupt nichts angehen. Erstens versteht er diese Probleme nicht, und zweitens, selbst wenn er sie verstünde und die geschichtlichen Hergänge begriffe, hätte er ebenso wenig das Recht, sich um den mitteleuropäischen Raum zu kümmern, wie etwa das deutsche Staatsoberhaupt ein Recht hat, über die Verhältnisse in einem Staat der USA zu urteilen oder gar zu ihnen Stellung zu nehmen.

Ja, Herr Roosevelt geht noch weiter. Entgegen allen völkerrechtlichen Bestimmungen erklärt er, Regierungen, die ihm nicht passen, nicht anzuerkennen, Neuordnungen nicht entgegenzunehmen, Gesandtschaften von längst aufgelösten Staaten zu belassen oder gar als rechtmäßige Regierungen einzusetzen. Ja endlich geht er soweit, mit solchen Gesandten Verträge abzuschließen, die ihm dann sogar das Recht geben, fremde Territorien einfach zu besetzen. Am 15. April 1939 kam der berühmte Appell Roosevelts an mich und den Duce, der eine Mischung von geographischer und politischer Unkenntnis einerseits, gepaart mit der Arroganz eines Angehörigen bestimmter Millionärskreise andererseits, darstellte und in dem wir aufgefordert wurden, Erklärungen abzugeben und mit x-beliebigen Staaten Nichtangriffspakte zu schließen, dabei zum großen Teil mit Staaten, die überhaupt nicht im Besitz ihrer Freiheit waren, weil sie von den Bundesgenossen des Herrn Roosevelt entweder annektiert oder in Protektorate verwandelt worden sind. Sie erinnern sich, meine Abgeordneten, daß ich damals diesen

zudringlichen Herren eine ebenso höfliche wie deutliche Antwort gab, was immerhin wenigstens für einige Monate den Strom der Redseligkeit dieses biedereren Kriegshetzers abstoppte.

An seine Stelle trat aber nun die ehrenwerte Frau Gemahlin. Sie lehnte es ab, mit ihren Söhnen in einer Welt leben zu wollen, wie wir sie besitzen. Das ist allerdings verständlich. Denn dies ist eine Welt der Arbeit und nicht eine solche des Betruges und der Schiebungen. Nach kurzer Erholung aber setzt dann der Mann dieser Frau dafür am 4. November 1939 die Abänderung des Neutralitätsgesetzes so durch, daß

91 nunmehr das Waffenausfuhrverbot aufgehoben wird, und zwar zugunsten einer einseitigen Belieferung der Gegner Deutschlands. Er beginnt dann so ähnlich wie in Ostasien mit China, auch hier über den Umweg einer wirtschaftlichen Verflechtung, eine früher oder später wirksam werdende Interessengemeinschaft herzustellen. Noch im selben Monat erkennt er einen Haufen von polnischen Emigranten als sogenannte Exilregierung an, deren einziges politisches Fundament ein paar Millionen von Warschau mitgenommener polnischer Goldstücke gewesen ist. Schon am 9. April geht er weiter und verfügt nunmehr eine Sperrung der norwegischen und dänischen Guthaben mit dem verlogenen Vorwand, einen deutschen Zugriff dadurch zu verhindern, obwohl ihm genau bekannt ist, daß z. B. die dänische Regierung in ihrer Vermögensverwaltung von Deutschland überhaupt nicht beachtet, geschweige denn kontrolliert wird.

Zu den verschiedenen Exilregierungen wird nun weiter von ihm auch noch eine norwegische anerkannt. Schon am 15. Mai 1940 kommen zu diesen nun auch noch holländische und belgische Emigrantenregierungen, und ebenso tritt eine Sperrung der holländischen und belgischen Guthaben ein. Allein die wahre Gesinnung dieses Mannes enthüllt sich erst in einem Telegramm vom 15. Juni an den französischen Ministerpräsidenten Reynaud. Er teilt ihm mit, daß die amerikanische Regierung die Hilfeleistungen an Frankreich verdoppeln wird, vorausgesetzt, daß Frankreich den Krieg gegen Deutschland fortsetzt. Um diesem Wunsch nach Kriegsverlängerung noch besonders Nachdruck zu geben, gibt er die Erklärung ab, daß die amerikanische Regierung die Ergebnisse der Eroberung, d. h. also die Rückgewinnung z. B. der einst Deutschland geraubten Gebiete, nicht anerkennen werde. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, meine Herren Abgeordneten, daß es jeder deutschen Regierung gänzlich gleichgültig ist, ob der Präsident der Vereinigten Staaten eine Grenze in Europa anerkennt oder nicht und auch in der Zukunft gleichgültig sein wird.

Ich führe den Fall nur zur Charakterisierung der planmäßigen Hetze dieses Mannes an, der von Frieden heuchelt und ewig nur zum Kriege hetzt. Denn nun überfällt ihn die Angst, daß im Falle des Zustandekommens eines europäischen Friedens die Milliardenvergeudung seiner Aufrüstung in kurzer Zeit als glatter Betrug erkannt wird, da niemand Amerika dann angreift, wenn dieses nicht selbst den Angriff provoziert! Am 17. Juni 1940 verfügt der Präsident der Vereinigten Staaten die Sperrung der französischen Guthaben, um, wie er sich ausdrückt, sie dem deutschen Zugriff zu entziehen, in Wirklichkeit aber, um mit Hilfe eines amerikanischen Kreuzers das Gold von Casablanca nach Amerika abzuführen.

92 Vom Juli 1940 steigern sich die Maßnahmen Roosevelts immer mehr, um, sei es durch den Eintritt amerikanischer Staatsangehöriger in die britische Luftwaffe oder durch die Ausbildung von englischem Flugpersonal in den Vereinigten Staaten, den Weg zum Kriege selbst zu finden, und schon im August 1940 erfolgte die gemeinsame Aufstellung eines militärischen Programms für die Vereinigten Staaten und Kanada. Um aber nun die Bildung eines amerikanisch-kanadischen Verteidigungskomitees wenigstens den größten Dummköpfen plausibel erscheinen zu lassen, erfindet er von Zeit zu Zeit Krisen, in denen er tut, als ob Amerika von einem Überfall bedroht sei, was er seinem — schon wirklich erbarmungswürdigen — Anhang dadurch einsuggeriert, daß er plötzlich Reisen abbricht, in höchster Eile nach Washington zurückfährt, um solcherart die Gefährlichkeit der Situation zu unterstreichen.

Im September 1940 nähert er sich dem Krieg noch mehr. Er tritt an die englische Flotte 50 Zerstörer der amerikanischen Flotte ab, wofür er allerdings militärische Stützpunkte in den britischen Besitzungen von Nord- und Mittelamerika übernimmt. Wie denn überhaupt eines erst die Nachwelt klären wird, nämlich inwieweit bei all diesem Haß gegen das soziale Deutschland auch noch die Absicht mitspielt, das britische Empire in der Stunde des Verfalls möglichst sicher und gefahrlos übernehmen zu können.

Nachdem nun England nicht mehr in der Lage ist, mit barem Gelde amerikanische Lieferungen bezahlen zu können, preßt er dem amerikanischen Volk das Pacht-Leih-Gesetz auf. Als Präsident erhält er nun Vollmachten zur Pacht und leihweisen Unterstützung der Länder, deren Verteidigung ihm, Roosevelt, für Amerika als lebenswichtig erscheinen. Allein im März 1941 geht dieser Mann,

Roosevelt, für Amerika als lebenswichtig erscheinen. Allein im März 1941 geht dieser Mann, nachdem Deutschland unter keinen Umständen zu bewegen ist, auf seine fortgesetzten Anfehlungen zu reagieren, wieder einen Schritt weiter.

Schon am 19. Dezember 1939 haben amerikanische Kreuzer innerhalb der Sicherheitszone den Dampfer „C o l u m b u s“ britischen Kriegsschiffen in die Hände gespielt. Er mußte deshalb versenkt werden. Am selben Tage haben USA-Streitkräfte mitgewirkt bei dem Aufbringungsversuch des deutschen Dampfers „A r a u c a“. Am 27. Januar 1940 hat der USA-Kreuzer „T r e n t o n“ wieder völkerrechtswidrig von Bewegungen der deutschen Handelsdampfer „A r a u c a“, „L a P l a t a“ und „W a n g o n i“ die feindlichen Seestreitkräfte unterrichtet. Am 27. Juni verfügte er vollständig völkerrechtswidrig eine Beschränkung der Freizügigkeit ausländischer Handelsschiffe in USA-Häfen.

Im November 1940 ließ er die deutschen Dampfer „P h r y g i a“, „I d a r w a l d“ und „R h e i n“ durch

93 USA-Kriegsschiffe so lange, verfolgen, bis sich diese Dampfer endlich selbst versenken mußten, um nicht dem Feinde in die Hand zu fallen. Am 13. April 1941 erfolgte die Freigabe des Verkehrs durch das Rote Meer für USA-Schiffe zur Versorgung der britischen Armeen im Nahen Osten. Im Monat März war unterdes bereits die Beschlagnahme aller deutschen Schiffe durch die amerikanischen Behörden erfolgt. Deutsche Reichsangehörige wurden dabei in der entwürdigendsten Weise behandelt, ihnen gänzlich völkerrechtswidrig bestimmte Aufenthaltsorte angewiesen, Reisebeschränkungen auferlegt usw.

Zwei aus kanadischer Gefangenschaft entkommene deutsche Offiziere wurden ebenfalls entgegen allen völkerrechtlichen Bestimmungen gefesselt und wieder an die kanadischen Behörden ausgeliefert. Am 27. März begrüßt derselbe Präsident, der gegen jede Aggression ist, die durch eine Aggression in Belgrad nach dem Sturz der legalen Regierung ans Ruder gekommene Putschistenclique Simowitsch und Genossen. Der Präsident Roosevelt schickte schon monatelang vorher den Oberst Donovan, ein vollständig minderwertiges Subjekt, in seinem Auftrag auf den Balkan, um dort zu versuchen, in Sofia und in Belgrad einen Aufstand gegen Deutschland und Italien herbeizuführen. Er verspricht darauf im April Jugoslawien und Griechenland Hilfe auf Grund des Leih- und Pachtgesetzes. Noch Ende April erkennt dieser Mann die jugoslawischen und griechischen Emigranten wieder als Exilregierung an und sperrt im übrigen erneut völkerrechtswidrig die jugoslawischen und griechischen Guthaben. Von Mitte April ab erfolgt außerdem eine weitere Überwachung des Westatlantiks durch USA-Patrouillen und deren Meldungen an die Engländer.

Am 26. April liefert Roosevelt an England 20 Schnellboote und zugleich finden laufend Reparaturen britischer Kriegsschiffe in USA-Häfen statt. Am 12. Mai erfolgt die völkerrechtswidrige Bewaffnung und Reparatur norwegischer Dampfer, die für England fahren. Am 4. Juni treffen amerikanische Truppentransporte in Grönland zum Flugplatzbau ein. Und am 9. Juni kommt die erste englische Meldung, daß auf Grund eines Befehls des Präsidenten Roosevelt ein USA-Kriegsschiff ein deutsches Unterseeboot bei Grönland mit Wasserbomben bekämpft habe.

Am 14. Juni erfolgt wieder völkerrechtswidrig die Sperrung der deutschen Guthaben in den Vereinigten Staaten. Am 17. Juni verlangt Präsident Roosevelt unter verlogenen Vorwänden die Zurückziehung der deutschen Konsuln und Schließung der deutschen Konsulate. Er verlangt weiter die Schließung der deutschen Presseagentur „Transocean“, der deutschen Informationsbibliothek und der deutschen

94 Reichsbahnzentrale. Am 6. und 7. Juli erfolgt die Besetzung des in der deutschen Kampfzone gelegenen Island auf den Befehl Roosevelts durch amerikanische Streitkräfte. Er hofft dadurch nun bestimmt

1. Deutschland endlich zum Kriege zu zwingen,

2. ansonsten den deutschen Unterseebootkrieg genau so wertlos zu machen wie etwa im Jahre 1915/16.

Zur gleichen Zeit schickt er ein amerikanisches Hilfsversprechen an die Sowjetunion ab. Am 10. Juli gibt plötzlich der Marineminister Knox bekannt, daß die USA einen Schießbefehl gegen die Achsenkriegsschiffe besitze. Am 4. September operiert der USA-Zerstörer „Greer“ entsprechend dem ihm gegebenen Befehl mit englischen Flugzeugen gegen deutsche Unterseeboote im Atlantik.

Fünf Tage später stellt ein deutsches Unterseeboot USA-Zerstörer als Geleitfahrzeuge im englischen Convoy fest. Am 11. September endlich hält Roosevelt jene Rede, in der er selbst den Befehl zum Schießen gegen alle Achsenschiffe bestätigt und neu erteilt. Am 29. September greifen USA-Bewacher ein deutsches Unterseeboot östlich Grönland mit Wasserbomben an. Am 17. Oktober be-

kämpft der USA-Zerstörer „K e a r n e y“, im Geleitschutz für England fahrend, wieder ein deutsches Unterseeboot mit Wasserbomben, und am 6. November endlich kapern USA-Streitkräfte völkerrechtswidrig den deutschen Dampfer „O d e n w a l d“, schleppen ihn in einen amerikanischen Hafen und setzen die Besatzung gefangen.

Die beleidigenden Angriffe und Anfleigelungen dieses sogenannten Präsidenten gegen mich persönlich will ich dabei als belanglos übergehen. Daß er mich einen Gangster nennt, ist um so gleichgültiger, als dieser Begriff wohl mangels an derartigen Subjekten nicht aus Europa, sondern aus den USA stammt. Aber abgesehen davon, kann ich von Herrn Roosevelt überhaupt nicht beleidigt werden, denn ich halte ihn so wie einst es Woodrow Wilson war, ebenfalls für geisteskrank.

Daß dieser Mann mit seinem jüdischen Anhang seit Jahren nun mit den gleichen Mitteln gegen Japan kämpft, ist uns bekannt. Ich brauche sie hier nicht zur Sprache bringen. Auch hier sind dieselben Methoden zur Anwendung gekommen. Erst hetzt dieser Mann zum Krieg, dann fälscht er die Ursachen, stellt willkürliche Behauptungen auf, hüllt sich dann in widerwärtiger Weise in eine Wolke christlicher Heuchelei und führt so langsam aber sicher die Menschheit dem Krieg entgegen, nicht ohne dann als alter Freimaurer dabei Gott zum Zeugen anzurufen für die Ehrbarkeit seines Handelns.

95 Ich glaube, Sie alle werden es als eine Erlösung empfunden haben, daß nunmehr endlich ein Staat als erster gegen diese in der Geschichte einmalige und unverschämte Mißhandlung der Mann ja gewünscht hat und über den er sich daher jetzt nicht wundern oder gar beschweren darf. Daß die japanische Regierung es nach jahrelangem Verhandeln mit diesem Fälscher endlich satt hatte, sich noch weiter in so unwürdiger Weise verhöhnen zu lassen, erfüllt uns alle, das deutsche Volk und ich glaube auch die übrigen anständigen Menschen auf der ganzen Welt, mit einer tiefen Genugtuung.

Wir wissen, welche Kraft hinter Roosevelt steht. Es ist jener ewige Jude, der seine Zeit als gekommen erachtet, um das auch an uns zu vollstrecken, was wir in Sowjetrußland alle schauernd sehen und erleben mußten. Wir haben das jüdische Paradies auf Erden nunmehr kennengelernt. Millionen deutscher Soldaten haben den persönlichen Einblick gewinnen können in ein Land, in dem dieser internationale Jude Mensch und Gut zerstörte und vernichtete. Der Präsident der Vereinigten Staaten mag das vielleicht selbst nicht begreifen. Dann spricht dies nur für seine geistige Beschränktheit. Wir aber wissen, daß dies das Ziel seines ganzen Kampfes ist: Auch wenn wir nicht im Bündnis mit Japan stünden, wären wir uns darüber im klaren, daß es die Absicht der Juden und ihres Franklin Roosevelt ist, einen Staat nach dem anderen allein zu vernichten. Das heutige Deutsche Reich hat aber nun nichts mehr gemein mit dem Deutschland von einst. Wir werden daher auch von unserer Seite nun das tun, was dieser Provokateur seit Jahren zu erreichen versuchte. Nicht nur, weil wir Verbündete von Japan sind, sondern weil Deutschland und Italien in ihrer derzeitigen Führung genügend Einsicht und Stärke besitzen, um zu begreifen, daß in dieser historischen Zeit das Sein oder Nichtsein der Nationen bestimmt wird, vielleicht für immer. Was diese andere Welt mit uns vorhat, ist uns klar. Sie haben das demokratische Deutschland von einst zum Verhungern gebracht, sie würden das sozialistische von heute ausrotten. Wenn Herr Roosevelt oder Herr Churchill erklären, daß sie dann später eine neue soziale Ordnung aufbauen wollen, dann ist das ungefähr so, als wenn ein Friseur mit kahlem Kopf ein untrügliches Haarwuchsmittel empfiehlt. Die Herren, die in den sozial rückständigsten Staaten leben, hätten, statt für Kriege zu hetzen, sich um ihre Erwerbslosen kümmern sollen. Sie haben in ihren Ländern Not und Elend genug, um sich dort im Sinne einer Verteilung von Lebensmitteln zu beschäftigen. Was das deutsche Volk betrifft, so braucht es weder von Herrn

96 Churchill noch einem Herrn Roosevelt oder gar von einem Mister Eden Almosen, sondern es will nur sein Recht. Und dieses Recht zum Leben wird es sich sicherstellen, auch wenn tausend Churchills oder Roosevelts sich dagegen verschwören wollten. Dieses Volk hier hat nun eine fast zweitausendjährige Geschichte hinter sich. Es war in dieser langen Zeit noch nie so einig und geschlossen wie heute und wie es, dank der nationalsozialistischen Bewegung, für alle Zukunft sein wird. Es war aber auch vielleicht noch nie so hellsehend und selten so ehrbewußt. Ich habe daher heute dem amerikanischen Geschäftsträger die Pässe zustellen lassen und ihm folgendes eröffnen lassen:

In Verfolg der immer weiteren Ausdehnung einer auf unbegrenzte Weltherrschaftsdiktatur gerichteten Politik des Präsidenten Roosevelt sind die Vereinigten Staaten von Amerika im Verein mit England vor keinem Mittel zurückgewichen, um dem deutschen, dem italienischen und auch dem japanischen Volke die Voraussetzungen ihrer natürlichen Lebenshaltung zu bestreiten. Die Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika haben sich aus diesem Grunde nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für alle Zukunft jeder berechtigten Revision zur Herbeiführung einer besseren Neuordnung der Welt entgegengesetzt.

Seit Kriegsbeginn hat sich der amerikanische Präsident Roosevelt in steigendem Maße eine Reihe schwerster völkerrechtswidriger Verbrechen zuschulden kommen lassen. Gesetzlose Übergriffe auf Schiffe und sonstiges Eigentum deutscher und italienischer Staatsbürger verbanden sich mit der Bedrohung, ja der willkürlichen Beraubung der persönlichen Freiheit der Betroffenen durch Internierungen usw. Die sich auch sonst weiter verschärfenden Angriffe des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Roosevelt, führten am Ende so weit, daß er der amerikanischen Marine den Befehl erteilte, entgegen allen Völkerrechtsbestimmungen Schiffe deutscher und italienischer Nationalität überall sofort anzugreifen, zu beschießen und sie zu versenken. Amerikanische Minister rühmten sich auch, auf diese verbrecherische Weise deutsche Unterseeboote vernichtet zu haben. Deutsche und italienische Handelsschiffe wurden von amerikanischen Kreuzern überfallen, gekapert und ihre friedliche Besatzung in Gefängnisse abgeführt. Ohne jeden Versuch einer amtlichen Widerlegung von seiten der amerikanischen Regierung wurde aber darüber hinaus nunmehr in Amerika der Plan des Präsidenten Roosevelt veröffentlicht, spätestens im Jahre 1943 Deutschland und Italien mit militärischen Machtmitteln in Europa selbst angreifen zu wollen.

97 Dadurch ist das aufrichtige und von beispielloser Langmut zeugende Bestreben Deutschlands und Italiens, trotz der seit Jahren erfolgten unerträglichen Provokationen durch den Präsidenten Roosevelt eine Erweiterung des Krieges zu verhüten und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten, zum Scheitern gebracht worden.

Deutschland und Italien haben demgegenüber sich nunmehr endlich gezwungen gesehen, getreu den Bestimmungen des Dreimächtepakts vom 27. September 1940 Seite an Seite mit Japan den Kampf zur Verteidigung und damit zur Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Völker und Reiche gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und England gemeinsam zu Ende zu führen.

Die drei Mächte haben deshalb das folgende Abkommen abgeschlossen und am heutigen Tage in Berlin unterzeichnet:

In dem unerschütterlichen Entschluß, die Waffen nicht niederzulegen, bis der gemeinsame Krieg gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und England zum erfolgreichen Ende geführt worden ist, haben sich die deutsche Regierung, die italienische Regierung und die japanische Regierung über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1

Deutschland, Italien und Japan werden den ihnen von den Vereinigten Staaten von Amerika und England aufgezwungenen Krieg mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln gemeinsam bis zum siegreichen Ende führen.

Artikel 2

Deutschland, Italien und Japan verpflichten sich, ohne volles gegenseitiges Einverständnis weder mit den Vereinigten Staaten von Amerika noch mit England Waffenstillstand oder Frieden zu schließen.

Artikel 3

Deutschland, Italien und Japan werden auch nach siegreicher Beendigung des Krieges zum Zwecke der Herbeiführung einer gerechten Neuordnung im Sinne des von ihnen am 27. September 1940 abgeschlossenen Dreimächtepaktes auf das engste zusammenarbeiten.

Artikel 4

98 Dieses Abkommen tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft und bleibt ebensolange wie der Dreimächtepakt vom 27. September 1940 in Geltung. Die Hohen Vertragschließenden Teile werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Geltungsdauer über die weitere Gestaltung ihrer im Artikel 3 dieses Abkommens vorgesehenen Zusammenarbeit verständigen.

Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstages!

Wir sind uns schon seit der Ablehnung meines letzten Friedensvorschlages vom Juli 1940 im klaren, daß dieser Kampf bis zur letzten Konsequenz durchgekämpft werden muß. Daß sich die angelsächsisch-jüdischkapitalistische Welt mit dem Bolschewismus dabei in einer Front befindet, ist für uns Nationalsozialisten keine Überraschung. Wir haben sie im Inneren stets in der gleichen Gemeinschaft befunden. Allein wir haben diesen Kampf im Innern erfolgreich bestanden und unsere Gegner endlich nach 16-jährigem Ringen um die Macht vernichtet. Als ich mich vor 23 Jahren entschloß, in das politische Leben einzutreten, um die Nation aus ihrem Verfall wieder emporzuführen, war ich ein namenlo-

ser unbekannter Soldat. Viele unter Ihnen wissen, wie schwer die ersten Jahre dieses Kampfes gewesen sind. Der Weg der kleinen Bewegung von sieben Mann bis zur Übernahme der verantwortlichen Regierung am 30. Januar 1933 war ein so wundersamer, daß nur die Vorsehung selbst durch ihren Segen dies ermöglicht haben kann.

Heute stehe ich an der Spitze des stärksten Heeres der Welt, der gewaltigsten Luftwaffe und einer stolzen Marine. Hinter mir und um mich als eine verschworene Gemeinschaft weiß ich die Partei, mit der ich groß geworden bin und die durch mich groß geworden ist.

Die Gegner, die ich vor mir sehe, sind die bekannten Feinde seit über 20 Jahren. Allein der Weg, der vor mir liegt, ist nicht zu vergleichen mit dem Weg, auf den ich zurückblicken kann. Das deutsche Volk steht in der Erkenntnis der entscheidenden Stunde seines Daseins. Millionen von Soldaten erfüllen unter den schwersten Bedingungen gehorsam und treu ihre Pflicht. Millionen deutscher Bauern und Arbeiter, deutscher Frauen und Mädchen stehen in den Fabriken und Kontoren, auf den Feldern und Äckern und schaffen im Schweiß ihres Angesichts der Heimat das Brot und der Front die Waffen. Mit uns im Bunde sind starke Völker, die, von der gleichen Not gequält, die gleichen Feinde vor sich finden.

Der amerikanische Präsident und seine plutokratische Clique haben uns als die Völker der Habenichtse getauft. Das ist richtig! Die Habenichtse aber wollen leben, und sie werden auf alle Fälle erreichen, daß das Wenige, das sie zum Leben besitzen, ihnen nicht auch noch von den Besitzenden geraubt wird. Sie

99 kennen, meine Parteigenossen, meine unerbittliche Entschlossenheit, einen einmal begonnenen Kampf bis zum erfolgreichen Ende durchzuführen. Sie kennen meinen Willen, in so einem Kampf vor nichts zurückzuschrecken, alle Widerstände zu brechen, die gebrochen werden müssen.

Ich habe Ihnen in meiner ersten Rede am 1. September 1939 versichert, daß in diesem Krieg weder Waffengewalt noch Zeit Deutschland niederzwingen werden. Ich will meinen Gegnern auch versichern, daß uns nicht nur die Waffengewalt oder die Zeit nicht bezwingen werden, sondern daß uns auch kein innerer Zweifel wankend machen kann in der Erfüllung unserer Pflicht. Wenn wir an die Opfer unserer Soldaten denken, an ihren Einsatz, dann ist jedes Opfer der Heimat gänzlich belanglos und unbedeutend. Wenn wir aber die Zahl all jener uns überlegen, die in den Generationen schon vor uns für des deutschen Volkes Bestehen und Größe gefallen sind, dann wird uns erst recht die Größe der Pflicht bewußt, die auf uns selbst lastet. Wer aber dieser Pflicht sich zu entziehen beabsichtigt, der hat keinen Anspruch darauf, in unserer Mitte als Volksgenosse bewertet zu werden. So wie wir mitleidslos hart gewesen sind im Kampf um die Macht, werden wir genau so mitleidslos und, hart sein im Kampf um die Erhaltung unseres Volkes. In einer Zeit, in der Tausende unserer besten Männer, Väter und Söhne unseres Volkes fallen, soll keiner mit dem Leben rechnen, der in der Heimat die Opfer der Front entwerten will. Ganz gleich, unter welchen Tarnungen jemals der Versuch gemacht werden würde, diese deutsche Front zu stören, den Widerstandswillen unseres Volkes zu untergraben, die Autorität des Regimes zu schwächen, die Leistungen der Heimat zu sabotieren. Der Schuldige wird fallen! Nur mit einem Unterschied, daß der Soldat an der Front dieses Opfer in höchster Ehre bringt, während der andere, der dieses Ehrenopfer entwertet, in Schande stirbt.

Unsere Gegner sollen sich nicht täuschen. In den zweitausend Jahren der uns bekannten deutschen Geschichte ist unser Volk niemals geschlossener und einiger gewesen als heute. Der Herr der Welten hat so Großes in den letzten Jahren an uns getan, daß wir in Dankbarkeit uns vor einer Vorsehung verneigen, die uns gestattet hat, Angehörige eines so großen Volkes sein zu dürfen. Wir danken ihm, daß wir angesichts der früheren und kommenden Generationen des deutschen Volkes auch uns in Ehren eintragen können in das unvergängliche Buch der deutschen Geschichte!





Innenpolitik

100 Verschiedene große Ereignisse außenpolitischer wie innerpolitischer Art drücken dem Monat Dezember ihren Stempel auf. Spannungen, die den ganzen Erdball umfassen und ihre explosionsartige Auslösung im Fernen Osten finden, strahlen ihre Reflexe zurück auf den Krieg in Europa und finden im deutschen Volke selbst ein lebhaftes Echo. Das weltpolitische Ereignis dieses Monats ist der Ausbruch des Krieges zwischen Japan und den beiden Plutokratien, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und England. Mit verhaltenem Atem hatte das deutsche Volk die immer kritischer werdende Situation in Ostasien verfolgt. Roosevelts Provokationen gegen Japan waren von Deutschland mit Ingrimm und Abscheu beobachtet worden, die stolze Haltung des befreundeten Japan diesen Unverschämtheiten des größten Kriegshetzers aller Zeiten gegenüber war mit steigender Bewunderung beachtet worden. Das blitzschnelle Zuschlagen der japanischen Waffen auf Hawaii, auf den Philippinen und die harten Schläge gegen Englands Flotte an der Ostküste der Malaienhalbinsel haben stürmische Begeisterung in Deutschland ausgelöst. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen die Erfolge der Japaner aufzuzählen. Es muß aber hier gesagt werden, daß die Bewunderung für Japans glänzende Waffentaten im deutschen Volke schrankenlos ist, um so höher, als Deutschland, selbst in hartem Kampfe, den Wert und die Bedeutung der amerikanischen und britischen Verluste abzuschätzen vermag. Jedermann in Deutschland war sich darüber klar, daß der Kriegszustand in Ostasien nunmehr auch eine Klärung des schwebenden Verhältnisses zwischen den beiden Achsenmächten und den USA bringen würde.

Am 11. Dezember kam diese erwartete Klärung: der Führer verkündete vor dem Reichstag die unauflösliche Waffengemeinschaft Deutschlands mit Italien und Japan, während der Duce in gleich kompromißloser Form Italiens Willen zum gemeinsamen Entscheidungskampf manifestierte. Wie immer, wenn der Führer vor dem Reichstag sprach, wurde seine Rede (siehe Seite 70) zu einer großartigen Rückschau, zu einer weiten Perspektive und schließlich zu einer vernichtenden Abrechnung mit den

101 Gegnern, an diesem Tage mit Präsident Roosevelt, den der Führer als größten Kriegshetzer aller Zeiten und als unübertroffenen Scharlatan kennzeichnete. Die Rede des Führers vom 11. Dezember griff in der Weite ihrer Betrachtung hinaus über alle voraufgegangenen. Sie galt nicht mehr allein einer Deutung unseres eigenen Schicksals und der Revolution unseres europäischen Erdteils, sie umspannte vielmehr die ganze Welt und brachte uns zum Bewußtsein, daß sich vor unseren Augen und unter unseren Händen das Antlitz des Erdballs für die kommenden Jahrhunderte zu formen beginnt. Von innenpolitisch großer Bedeutung waren des Führers Sätze über den bisherigen Verlauf des Krieges im Osten. Den immensen Verlusten des Feindes stellte er gegenüber die Zahl der eigenen Verluste, die im Verlaufe des Kampfes vom 22. Juni bis 1. Dezember 1941 zu verzeichnen waren. Demnach starben 162 314 deutsche Soldaten den Heldentod im Kampf gegen den bolschewistischen Feind. Die Zahl mag hoch erscheinen im Vergleich zu den unverhältnismäßig geringen Verlusten der übrigen Feldzüge dieses Krieges. In Vergleich gesetzt aber zu den Zahlen der großen Schlachten des Weltkrieges und in ihrem Erfolge ist sie gering. Dies dankt das deutsche Volk dem Führer. Es erkennt auch zugleich, daß diese Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus eine geschichtliche Notwendigkeit war, die, das beweist gerade die Härte dieses Kampfes, in letzter Stunde begonnen worden ist. Nach einer messerscharfen Abrechnung mit Herrn Roosevelt verkündete Adolf Hitler in seiner Rede das Abkommen über die gemeinsame Kriegsführung der Dreierpaktmächte. Der Führer schließt mit einer neuen Bekundung und Bekräftigung seines Willens, diesen Krieg allen Gegnern zum Trotze zum siegreichen Ende zu führen. Er versichert, daß uns weder Waffengewalt noch die Zeit bezwingen werden, daß uns auch kein innerer Zweifel wankend machen könne in der Erfüllung unserer Pflicht. So wie wir mitleidlos hart gewesen seien im Kampf um die Macht, würden wir genau so mitleidlos und hart sein im Kampf um die Erhaltung unseres Volkes.

Am 13. Dezember 1941 empfing der Führer in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen den japanischen Botschafter in Berlin, General O s h i m a, in Sonderaudienz, um ihm in Anerkennung

seiner hervorragenden Verdienste um das Zustandekommen des Dreimächtepaktes die höchste Auszeichnung, die Deutschland zu vergeben hat, das Großkreuz des Ordens vom deutschen Adler in Gold, zu überreichen.

Am 15. Dezember fand unter Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop eine Sondertagung der Dreierpaktmächte in Berlin statt, auf der die politischen und militärischen

102 Konsequenzen gezogen wurden, die sich aus der Erweiterung des Krieges ergaben. Als Vertreter der italienischen Regierung nahm an der Tagung Botschafter A l f i e r i, als Vertreter der japanischen Regierung Botschafter O s h i m a teil. Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Keitel sprach dem neuen Waffengefährten die Bewunderung der deutschen Wehrmacht für die großen Erfolge in den ersten Tagen der Kriegführung im Pazifik aus. Sodann wurde im einzelnen der Plan für die Fortführung und Erweiterung der gemeinsamen Aufgaben festgelegt.

Mit Recht viel bemerkt wurde in Deutschland, aber auch jenseits der Grenzen, eine kleine Notiz, die das DNB am 9. Dezember 1941 verbreitete, des Inhalts, daß der Führer den Großmufti von Palästina Sayid Amin al Hussein! zu einer herzlichen und für die Zukunft der arabischen Länder bedeutungsvollen Unterredung empfangen hatte.

Am 24. Dezember 1941 erschien in der deutschen Presse ein Interview, das Reichsaußenminister von Ribbentrop einem Vertreter der spanischen Nachrichtenagentur EFE gegeben hatte. In diesem Interview nagelte der Reichsminister nochmals die Schuld Roosevelts am Ausbruch dieses Weltkrieges fest und gab dem Willen der im Dreierpakt verbündeten Mächte zum kompromißlosen Kampf bis zum Endsieg Ausdruck. Sehr energisch und eindeutig setzte sich von Ribbentrop mit den von der Gegenseite im Umlauf gesetzten sogenannten deutschen Friedensfühlern auseinander. Er bezeichnete sie als dummes Geschwätz. Über den weiteren Verlauf des Krieges im Osten befragt, erklärte der Reichsaußenminister, daß die deutsche Wehrmacht im kommenden Jahr die russische Frage endgültig bereinigen werde. Die Ausführungen des Reichsaußenministers schlossen mit einem festen und zuversichtlichen Bekenntnis zum Endsieg.

Im Laufe des Dezember, am 16. ds. Mts., verlieh der Führer dem Kommandanten des am 15. Juli im Kampf mit dem britischen Kreuzer „Cornwall“ untergegangenen Hilfskreuzers „Pinguin“, Kapitänleutnant Ernst Felix K r ü d e r, das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Damit ehrte der Führer den Heldenkampf und die erfolgreiche Seekriegsführung dieses lange Monate in überseeischen Gewässern operierenden Hilfskreuzers und seiner tapferen Besatzung. — Am 21. Dezember 1941 fand bei den harten Kämpfen im mittleren Abschnitt der Ostfront der Kommandeur einer Infanteriedivision, Generalleutnant Friedrich Bergmann, den Heldentod. In vorderster Linie führte er seine Kampftruppe. Er starb als leuchtendes Vorbild.

Keine Frage, daß der in diesem Jahre frühzeitig hereinbrechende Winter den Kampf an allen Fronten erschwert. Unvermindert wurde im Dezember der Kampf gegen Englands Kriegsmarine und Handeisschiffahrt fortgeführt.

103 An der Afrikafront setzte das britische Oberkommando im letzten Drittel des Monats November die gewaltigen aus dem gesamten Empire und aus USA herbeigezogenen Kräfte in Bewegung, um das deutsche Afrikakorps und die italienischen Divisionen zu vernichten und die Küste Nordafrikas von deutschitalienischen Truppen freizufegen. In harten, erbitterten, mit großem Geschick geführten Abwehrkämpfen schlug General Rommel den ersten Ansturm unter größten Verlusten für den Feind zurück. In den weiteren Operationen mußte er zwar zunächst die Cyrenaika nach Vernichtung aller für den Feind wichtigen Anlagen, so der Häfen, aufgeben, behauptete aber die strategisch bedeutsame Stellung in der Großen Syrthe bei El Agheila, aus der er am 31. März 1941 seinen Vormarsch angetreten hatte, und brachte damit den englischen Offensivstoß um sein strategisches Ziel. Von Tag zu Tag verfolgte das deutsche Volk diesen Kampf in den kurzen Darstellungen der Wehrmachtberichte; voll Stolz und Bewunderung stellte es wieder einmal fest, daß der unübertreffliche Mut und die hohe Kunst der Führung weit überlegenen Kräften gegenüber eine strategische Position mit Erfolg verteidigte, die der Feind mit einem Schwall großer Worte und im Vertrauen auf die Masse der konzentrierten Kräfte schon in seinen Händen sah.

Am 17. Dezember 1941 brachte der Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht die wichtige Mitteilung, daß an der Ostfront im Zuge des Übergangs zum Stellungskrieg der Wintermonate an verschiedenen Abschnitten der Ostfront die erforderlichen Frontverbesserungen und Frontverkürzungen planmäßig vorgenommen würden. Der stets seit Mitte dieses Monats in den OKW-Berichten enthaltene Satz, daß harte Kämpfe, insbesondere im mittleren Abschnitt der Front stattfinden, bezeugte, daß die Russen den verzweifelten Versuch machen, diese planmäßigen Rückverlegungen an der Front zu

taktischen Erfolgen auszunutzen. Die Rückwärtsbewegung bezieht sich in erster Linie auf die für Angriffsoperationen vorbereiteten Einbrüche in die feindliche Front. Die hinhaltend kämpfenden Divisionen haben unter der Einwirkung der feindlichen Nachstöße und des winterlichen Wetters größte Strapazen auszubauen. Das Bewußtsein, daß nunmehr in den Wintermonaten jeder einzelne Soldat das letzte an Willenskraft und Kampfbereitschaft einzusetzen habe, ist in diesen Monaten Allgemeingut des ganzen deutschen Volkes geworden. Mit dem Herzen weilte die Heimat mehr denn je in diesen Wochen an der Front.

Als am 22. Dezember 1941 aus dem Führerhauptquartier gemeldet wurde, daß der Führer am 19. Dezember mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte den Oberbefehl des Heeres selbst übernehme, da ging eine Welle der Bewegung durch das deutsche Volk. Es fühlte, daß in

104 entscheidender Stunde wiederum einmal der Führer dort seine Person zu restlosem Einsatz brachte, wo allein eine völlige Zusammenfassung der Kräfte den Erfolg verbürgen konnte. Diese Meldung aus dem Führerhauptquartier gab auch der deutschen Öffentlichkeit einen Tagesbefehl des Führers vom 19. Dezember 1941 zur Kenntnis, der sich an die Soldaten des Heeres und der Waffen-SS wendet. In diesem Aufruf umreißt der Führer in klaren und prägnanten Sätzen die militärisch-strategische Situation und die sich aus ihr ergebenden Konsequenzen, die in der Umdisposition des Oberkommandos des Heeres ihren sichtbaren Ausdruck finden. Diese Sätze unterstreichen ebenso klar wie entschieden, daß während der gegenwärtigen Kampfpause in der Heimat, in der Rüstung, hinter der Front und in der Aufstellung neuer Verbände alles getan werde, um im Frühjahr den offensiven Kampf bis zur endgültigen Vernichtung des Gegners im Osten weiter zu führen. (Text des Aufrufes auf Seite 67.)

Die Größe dieser Entscheidung, besonders hinsichtlich des persönlichen Opfers, das der Führer in dieser Schicksalsstunde der Nation gebracht hat, ist überall im deutschen Volke verstanden und mit Dankbarkeit gewürdigt worden. Der bisherige Befehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, der unter voller Würdigung seiner Verdienste von seinem Amt zurückgetreten war, erließ am 22. Dezember einen Tagesbefehl an die Soldaten des Heeres, worin er seinen Soldaten dankt. Große Aufgaben seien erfüllt, große und schwere stünden noch bevor. Er sei überzeugt, daß das deutsche Heer auch diese lösen werde. Der Führer, so schließt der Aufruf, wird uns zum Siege führen. Stahlhart den Willen, vorwärts den Blick, alles für Deutschland!

Eine Aktion, die das ganze deutsche Volk im letzten Drittel des Monats Dezember völlig beschäftigte und in ihren Bann schlug, war die Sammlung von Pelz-, Woll- und Wintersachen für die Front, die von der Partei unter Leitung von Reichsleiter Dr. Goebbels für das Ostheer mit äußerster Energie und unter Einsatz ihrer gesamten Organisation durchgeführt wurde. Der früh hereinbrechende Winter hat das deutsche Heer in den unendlichen Weiten Rußlands mit einer für mitteleuropäische Verhältnisse unvorstellbaren Härte überrascht. Es war deshalb notwendig, über das hinaus, was schon vom Oberkommando des Heeres vorgesehen war, zusätzlich weitere Pelz-, Woll- und Wintersachen an die Front zu schaffen. Wie immer übernahm die Partei mit gewohnter Schlagkraft diese Aufgabe, obwohl ein außerordentlich hoher Prozentsatz ihrer Politischen Leiter und Mitglieder an der Front steht. Am 20. Dezember 1941 verkündete Reichsminister Dr. Goebbels einen Aufruf des Führers, der sich an alle

105 deutschen Männer und Frauen wendete. In eindringlichen Worten ergänzte Dr. Goebbels den Aufruf des Führers. Er gab bekannt, daß die Sammlung am 27. Dezember beginnen und mit dem 4. Januar 1942 ihren Abschluß finden würde. Tatsächlich ist dann die Sammlung bei beispiellosem Erfolge bis zum 11. Januar durchgeführt worden. Auf unzähligen Sammelstellen, von Millionen von Sammlern, ist mit einer Einsatzfreudigkeit ohnegleichen ein großartiges Hilfswerk durchgeführt worden. Hunderttausende von Frauen und Handwerkern nähten und verarbeiteten die eingelaufenen Sachen zu nützlichen Kleidungsstücken. Die Gebefreudigkeit der Bevölkerung bezeugte, daß diese Hilfe für die kämpfende Front Herzenssache des ganzen Volkes gewesen ist. Überall sah man Bilder, die denen aus den Freiheitskriegen in nichts nachstanden, als das Volk Gold für Eisen gab und die Frauen ihr Haar auf dem Altar des Vaterlandes für die Freiheit und den Sieg opferten. Schon am 2. und 3. Sammeltage gingen die ersten Transporte an die Front. Truppentransporte nach dem Osten wurden auf verschiedenen Heimatbahnhöfen fix und fertig eingekleidet. Wenn je das Wort, daß, wer schnell gibt, doppelt gibt, einen Sinn hatte, so erfüllte es ihn hier.

Dieser Wollsammlung schloß sich eine Sammlung von Schi- und Schistiefeln an. Hier konnte es nicht dabei bleiben, die private Gebefreudigkeit anzusprechen, sondern hier mußte mit einem gewissen Nachdruck von allen Kreisen der Bevölkerung dieses Opfer für die Front gefordert werden. So erließ der Reichsverkehrsminister für alle öffentlichen Verkehrsmittel ein Verbot für den Transport von Schi.

Als zur Weiterbenutzung der Schi moralisch berechtigt erklärt wurden lediglich die Bergbevölkerung und die Hitlerjugend, soweit sie die Schi in der vormilitärischen Ausbildung benötigt, ferner Schilehrer, Forstbeamte und ähnliche Berufe. Die Sammlung von Pelz-, Woll- und Wintersachen für die Front kam einer Volksabstimmung gleich. Sie zeigte, daß die Heimat geschlossen hinter der Front steht.

Dem Schutz der Sammlung von Pelz-, W o 11 - und Wintersachen für die Front diene eine Verordnung des Führers vom 23. Dezember 1941, die denjenigen mit dem Tode bestraft, der sich in irgendeiner Form an der Sammlung bereichert. Die Verordnung gilt sowohl im Reich wie im Generalgouvernement und in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten. — Die Reichsfrauenführerin forderte in einem Aufruf vom 27. Dezember 1941 die Mitglieder der Frauenschaft, darüber hinaus aber alle deutschen Frauen auf, ihre Mitarbeit in den Nähstuben zur Verfügung zu stellen. Auch dieser Aufruf ist über Erwarten in breitesten Kreisen befolgt worden.

Im Rahmen einer großen wirtschaftspolitischen Tagung, die von der Südosteuropa-Gesellschaft in Wien

106 und der Deutschen Gesellschaft für Wirtschaft in Böhmen und Mähren am 17. und 18. Dezember veranstaltet wurde, hatte der stellv. Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer Heydrich, in Gemeinschaft mit dem Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft, Reichsleiter Baldur von Schirach, die Tagungsteilnehmer zu einer Kundgebung auf die Prager Burg geladen. Hier nahmen SS-Obergruppenführer Heydrich, Reichsleiter von Schirach und Reichswirtschaftsminister Funk Stellung zu den Aufgaben der Großdeutschen Wirtschaft bei der Neuordnung des europäischen Raumes. Nach einem Hinweis auf die nun mehr klare weltpolitische Situation, die Scheidung der Fronten, befaßte sich der stellvertretende Reichsprotektor mit der politischen und wirtschaftlichen Lage im Protektorat. Die Auswirkungen der Lösung vom 16. März 1939 im Protektorat und die kluge, loyale Einstellung des Staatspräsidenten im Sinne der Wenzeltradition kämen auf der Ebene der Wirtschaft in besonders prägnanter und plastischer Weise zum Ausdruck. Hier schienen die alten Wunden am raschesten zu heilen und der Übergang vollziehe sich in einer natürlichen Gesetzmäßigkeit und Folgerichtigkeit. Der stellvertr. Reichsprotektor betonte, daß der größte Teil der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, das Handwerk und die gewerbliche Wirtschaft real denkend den Weg des Reiches verstünden. Damit sei die Konzentration der Kräfte gerade auf dem wirtschaftlichen Sektor im Sinne der europäischen Zukunft besonders gefördert worden. Auch die Zusammenführung bedeutsamster Wirtschaftszweige mit der des Reiches sei im Wege der freien Vereinbarungen vollzogen worden. Reichswirtschaftsminister Funk deutete in längeren Ausführungen die Wandlung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Kontinents, deren Auswirkung wir heute erst zu erkennen beginnen (siehe Seite 157).

Zur gleichen Zeit, am 18. Dezember, fand in Krakau die letzte diesjährige Sitzung der Regierung des Generalgouvernements statt. Hier erteilte der Generalgouverneur Dr. Frank dem Gouverneur des Distrikts Galizien, Dr. Lasch, den Auftrag, im nächsten Jahre zum ersten Male eine Lemberger Messe, die künftig zwischen der Königsberger und Wiener Messe liegen soll, vorzubereiten. Dr. Frank legte des weiteren den Modus der künftigen Zusammenarbeit mit den neugebildeten Ostkommisariaten dar, und unterstrich die Bedeutung der nunmehr gesicherten deutschen Verwaltung in diesem Ostraume. Wenn es im Generalgouvernement gelungen sei, aus einem Katastrophengebiet ein Land mit normalen, allerdings dem Kriege entsprechenden Verhältnissen zu machen, dann sei dies bezeichnend für die großartige Einsatzbereitschaft und den opfervollen Dienst der hier eingesetzten Deutschen. — Reichsverkehrsminister

107 Dr. Dorpmüller besichtigte um die Mitte des Monats das Generalgouvernement, um sich an verschiedenen Stellen über den Stand der von der Ostbahn dauernd vorangetriebenen Arbeiten und der Verbesserung der Verkehrsbedingungen des Gouvernements zu unterrichten.

Auch im Westen beginnen sich in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten die Fronten zu klären. Als ein Symptom dafür kann man die Tatsache gelten lassen, daß es, wie Reichskommissar Dr. Seyß-Inquart auf der Zehnjahrestagung der Nationalsozialistischen Bewegung in den Niederlanden in Utrecht verkündete, nach Auflösung aller alten Parteien in den Niederlanden nur noch einen politischen Willen, den der NSB, der Mussert-Bewegung, geben wird. Der Leiter der NSB, A. A. Mussert, nahm in der gleichen Kundgebung auf seine Begegnung mit dem Führer Bezug, der erklärt habe, daß das Wohl und der Fortbestand der Niederlande einzig in der Schicksalsverbundenheit aller germanischer Völker gewährleistet werden könne. Am 23. Dezember sprach Mussert auf einer öffentlichen Versammlung in Groningen. Nach einer Darstellung des Schicksal entscheidenden Kampfes, in dem sich Europa zur Zeit befindet, forderte er die Niederländer auf, selbst dafür Sorge zu

tragen, daß ihr Land im neuen Europa den ihm gebührenden Platz einnehme. Dies könne nur gelingen, wenn die Niederlande gemeinsam mit Deutschland zusammenstünden.

Am 23. Dezember erschien im Verordnungsblatt des Generalsekretärs des Ministeriums für Justiz in Den Haag ein Erlaß, der eine weitere Gleichstellung von Deutschen und .Niederländern vor den Zivilgerichten der beiden Länder verfügt. Mehr als viele Worte bezeugt eine solche praktische Maßnahme, daß allenthalben die Überwindung des alten zersplitterten Europa auf dem Wege ist.

Am 16. Dezember führte Reichsminister Dr. F r i c k den Gauleiter Dr. R a i n e r in sein neues Amt als Reichsstatthalter des Reichsgaues Kärnten ein. Die wesentlichste Aufgabe in diesem Gebiet werde für den Reichsstatthalter darin bestehen, die neuen Gebiete Südkärntens und Oberkrains restlos einzugliedern und zu wertvollen Teilen dieses Gaues zu machen. Die Rechtsangleichung der befreiten Gebiete werde besonders sorgfältiger Prüfung bedürfen. Die formelle Eingliederung werde in Kürze durchgeführt werden können. Alle verwaltungsmäßigen Aufgaben stünden aber zurück hinter der letzten Endes entscheidenden Frage der völkischen Eingliederung des Landes südlich der Karawanken. Ohne die Schaffung eines Walles von deutschen Menschen in diesem Lande und ohne die politische Aktivierung des letzten Deutschen werde jedes noch so schöne Verwaltungsgebäude mehr oder minder bald zusammenbrechen. — Am Tage darauf führte der Reichsinnenminister den Gauleiter Dr. Gustav Adolf

108 Scheel als Reichsstatthalter des Reichsgaues Salzburg in sein neues Amt ein. Der Minister umriß dabei die Grundgedanken des Verwaltungsaufbaus der Ostmarkgaue. Der Anschluß der Ostmark habe die Gelegenheit geboten, durch Schaffung der Reichsgaue beispielgebend für die künftige Gestaltung im Altreich in ein veraltungspolitisches Neuland vorzustoßen. Dabei habe sich aus der nationalsozialistischen Auffassung von der Reichseinheit und vom Führerprinzip die grundlegende Regelung ergeben: Größtmögliche Konzentration der gesamten öffentlichen Verwaltung in der Mittelstufe im Interesse größtmöglicher Schlagkraft und Beweglichkeit der Verwaltung. Die Reichsstatthalter als Behörden der Mittelstufe auf Grund des Ostmarkgesetzes seien berufen, im Rahmen der ihnen zugehenden allgemeinen Weisungen der Zentralbehörden weitgehend aus eigenem Entschluß zu handeln. Sie hätten nach den allgemeinen Weisungen selbstschöpferisch tätig zu werden und damit wahre Verwaltungskunst zu üben. Aus der tatsächlichen und natürlichen Gegebenheit der Landschaft heraus halte man die Gauselbtverwaltung für das hervorragendste Mittel zur Durchführung eigener landschaftsgebundener Gemeinschaftsaufgaben.

Wie alljährlich, so fand auch in diesem Jahre anfangs Dezember in München eine Dienstbesprechung der Gebietsführer und Gebietsmädelführerinnen der H J statt. Reichsschatzmeister Schwarz sprach bei dieser Tagung über die Prinzipien, die ihn bei dem Aufbau der Verwaltung der Partei geleitet hätten. Über die Zusammenarbeit von HJ und Gemeinden sprach Reichsleiter F i e h l e r. Er wies darauf hin, daß die Gemeinden im Interesse nationalsozialistischer Jugendführung viele Opfer auf sich genommen hätten. Er erklärte, daß in der Frage der Heimbeschaffung die Gemeinden willens seien, alles in ihren Kräften stehende zu tun. Die Jugend solle darin ein Bekenntnis des nationalsozialistischen Staates zu ihrer Arbeit sehen. — Auch Reichserziehungsminister R u s t, wie auch Reichsinnenminister Dr. F r i c k sprachen vor den HJ-Führern. Der Reichserziehungsminister gab einen Überblick über die Nachwuchsfrage auf dem Gebiet des Erziehungs- und Bildungswesens. Der Reichsinnenminister nahm Bezug auf seinen Erlaß zur Schaffung von Jugendwohnheimen, der einem dringenden Bedürfnis entspreche. Der Zweckbestimmung dieser Räume gemäß sei zu erwarten, daß die Wirtschaft sich an der Finanzierung angemessen beteilige. In der Abschlußbesprechung sprachen Reichsjugendführer A x m a n n und Reichsleiter von S c h i r ä c h. Baldur von Schirach widmete der Frage des Lehrernachwuchses eine längere Darstellung. Zwischen Jugendführer und Lehrer herrsche heute im allgemeinen ein erfreuliches Vertrauensverhältnis. Die HJ habe die Auslese für den Lehrernachwuchs übernommen und mit ihrem Jugendführerkorps dem

109 Berufsstand der Erzieher junge und zur Erziehung berufene Menschen zugeführt. Reichsjugendführer Axmann, der nach seiner schweren Verwundung seinen Dienst wieder aufgenommen hat, befaßte sich mit der Entwicklung der Jugendarbeit im Kriege und mit den Ostaufgaben, die insbesondere der deutschen Jugend gestellt sind.

Im Anfang des Monats weilte Reichsorganisationsleiter Dr. L e y mehrere Tage in der Westmark, wo er Arbeitsstätten in größeren Betrieben, in Hütten und im Bergbau besichtigte. Am 9. Dezember fand in Metz eine große öffentliche Kundgebung statt, die zu einem Bekenntnis der Tausende zum deutschen Volkstum wurde. Vor seinen Hörern, die zum größten Teil nicht Zeuge des gewaltigen sozialistischen Aufbauwerks vor diesem Kriege waren, schilderte Dr. Ley das nationalsozialistische Ide-

al der Arbeits- und Volksgemeinschaft, aus der allein heraus die großen Leistungen in Krieg und Frieden seit 1933 zu verstehen sind.

Am 15. Dezember hatte Reichsleiter Dr. Ley im großen Saal des Gürzenich in Köln mehrere hundert Kinder gefallener politischer Leiter mit ihren Angehörigen versammelt, um ihnen in einer würdigen Feierstunde das Gedenken des Führers und der Nation auszudrücken. Zu gleicher Zeit fanden auch in mehreren anderen Gauhauptstädten des Reiches gleiche Veranstaltungen statt, bei denen den Kindern nützliche Gaben überreicht wurden. Dr. Ley kennzeichnete den Sinn dieser Feierstunde, indem er erklärte, in diesem Augenblick trete die ganze Nation als Vater vor sie. Die Kinder der Gefallenen seien Glieder der Gemeinschaft. Sie zeige ihnen, daß ihnen angesichts der deutschen Opfer die Liebe der Gemeinschaft ganz besonders gehöre.

Das Weihnachtsfest des deutschen Volkes wurde in diesem Jahre als wirkliches Kriegsweihnachten, d. h. in Gedanken an die Soldaten vor dem Feinde gefeiert. Lange vor dem Fest war die Frist gesetzt für die Absendung der letzten Weihnachtsfeldpostpäckchen. So war zu erwarten, daß jeder einzelne Soldat zur richtigen Zeit die Grüße und Gaben seiner Lieben erhalten würde. Ungeheures hat in diesen Wochen und Tagen die Reichspost und die Reichsbahn geleistet. — Es war nur selbstverständlich, daß an die Zivilbevölkerung verschiedene Aufforderungen gerichtet wurden, Post und Eisenbahn zu entlasten. Für den zivilen Reiseverkehr wurden in der Weihnachtszeit scharfe Einschränkungen verfügt. Gegen die Übersendung von Weihnachts- und Neujahrsgratulationen nahm der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Stellung. Glückwunschtelegramme, auch Brieffelegramme für Neujahrs- und Weihnachtsglückwünsche wurden gesperrt. — Der Reichspropagandaminister hatte auch

110 um die Mitte des Monats die Bevölkerung aufgefordert, mit Zurückhaltung an den Einkauf von Weihnachtsgeschenken heranzugehen. Wichtiger als Geschenkartikel für Erwachsene und Kinder sei die Kriegsproduktion. Die Transportmittel würden in erster Linie für die Versorgung unserer Truppen im Osten und für den Transport von Kohle und Kartoffeln benötigt. Allein die Feldpost befördere täglich 15 Millionen Postsendungen.

Mit großer Genugtuung nahm die deutsche Öffentlichkeit eine Meldung des Deutschen Roten Kreuzes entgegen. Sie berichtete, daß das Deutsche Rote Kreuz allen deutschen Wehrmachtangehörigen, die in Kriegsgefangenschaft geraten sind, einen Weihnachtsgruß und ein Weihnachtspaket zugesandt habe. Tausende von liebevoll und sorgfältig gepackten Weihnachtssendungen sind seit Oktober an die deutschen Vertrauensleute der Lager deutscher Kriegsgefangener in England, Kanada, Ägypten und Australien unterwegs. Die Zustellung der Pakete erfolgte durch die Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf in den Feindländern. Die Zahl der Pakete war so reichlich bemessen, daß wohl jeder deutsche Kriegsgefangene diese persönliche Gabe des Deutschen Roten Kreuzes erhalten hat.

Reichsjugendführer A x m a n n wandte sich zum Weihnachtsfest in einer Veröffentlichung an alle Eltern und Soldaten und brachte unter anderem folgendes zum Ausdruck: An diesem Tage gedenke die Jugend in tiefer Dankbarkeit der Soldaten. Wenn am Weihnachtsfeste an den Bäumen die Lichter brennen,

dann wanderten die Gedanken der Jugend hinaus zu den namenlosen Kämpfern, die an allen Fronten auf einsamen Posten stehen. Die Jugend denke an die Kameraden in den Lazaretten und öffne ihr Herz dem Gedenken an die Gefallenen, die durch das Opfer ihres eigenen Lebens unsterblich geworden sind. Mit Liebe umfange sie ihre hinterbliebenen Flauen, Bräute, Mütter, Väter und Geschwister. Der Reichsjugendführer wies auf die Arbeit und den Einsatz der Jugend im vergangenen Jahre hin und betonte insbesondere, daß die Hitlerjugend glücklich sei über das Vertrauen, mit dem die Eltern die Arbeit der HJ trotz der kleinen Schwächen des Alltags ausgezeichnet hätten. Zu Weihnachten danke sie ihnen, die dem deutschen Volke so tapfere Söhne gaben, mit aufrichtigem Herzen dafür. Ihr selbstloses Dasein für die Jugend wolle die HJ lohnen mit Bescheidenheit, Gehorsam und Fleiß. Die Jugend verspreche den Eltern in die Hand, daß sie ihnen viel Freude machen wolle.

Am Nachmittag des 24. Dezember versammelten sich im Löwenbräukeller wie alljährlich viele der Alten Kämpfer, die auf ihrem Posten in der Heimat ausharren müssen, um als Gäste des Führers sich in Gedanken mit dem Manne zu vereinen, der in diesem Jahre im Hauptquartier bei seinen Soldaten lebt und

111 für sie arbeitet. Gauleiter Adolf Wagner überbrachte den Alten Kämpfern die herzlichsten Grüße und Wünsche des Führers. Die Weihnachtsstunde klang aus mit einem Treueschwur der Alten Kämpfer.

Von Interesse ist eine Stellungnahme der Fachgruppen Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel gegenüber den sogenannten Tauschgeschäften. Der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe wies daraufhin, daß es Pflicht der Großorganisation sei, an ihre Mitgliedsbetriebe zu appellieren, daß sie jedes Ansinnen ablehnen, das darauf gerichtet ist, zusätzlich Mangelwaren durch Austausch gegen andere Waren zu erhalten. Ein wirklich begrüßenswerter Erlaß!

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung hat in einer neuen Verordnung vom 4. Dezember (RGB1. I, S. 759) das Strafrecht gegenüber Polen und Juden in den eingegliederten Gebieten geordnet. Das neue Polenstrafrecht dient in erster Linie dem Schütze des deutschen Volkes gegenüber ordnungsstörenden Angriffen des Polentums. Es bietet die Möglichkeit, gegenüber allen Ausschreitungen von Polen und Juden schärfste Strafen anzuwenden und ist verfahrensrechtlich durch große Schnelligkeit, gepaart mit sofortiger Vollstreckbarkeit des Urteils gekennzeichnet. Jede gehässige oder hetzerische Bekundung deutschfeindlicher Gesinnung wird mit schweren Strafen bedroht.

Auf einer Kundgebung der deutschen Ärzteschaft im deutschen Hygienemuseum in Dresden am 12. Dezember 1941 kennzeichnete der Reichsgesundheitsführer Dr. C o n t i den. gegenwärtigen Gesundheitszustand des deutschen Volkes im Verhältnis zu dem bisherigen Kriege als so günstig, wie wir ihn uns nicht besser wünschen könnten. Die ärztliche Kunst und Leistungsfähigkeit werde auch weiterhin in der Lage sein, die Kampf- und Arbeitskraft des deutschen Volkes voll zu erhalten. Ohne die Zusammenarbeit von Staat und Partei auf dem Gebiete der Gesundheitsführung könne die Idee der Gesundheitspflicht in das deutsche Volk nicht hineingetragen werden. Im weiteren Verlauf seiner Rede forderte Dr. Conti die Ärzteschaft auf, den hier und da anzutreffenden Mißbrauch von Schlafmitteln auszumerzen. Der Arzt dürfe seine Aufgabe nicht nur als Betreuer des einzelnen, sondern als Arzt der Nation betrachten. — Zur Jahreswende erließ der Reichsgesundheitsführer einen Aufruf, an dessen Spitze der Dank für die Blutopfer steht, die von der deutschen Ärzteschaft an den Fronten des Krieges Seite an Seite mit den deutschen Soldaten für die Freiheit unseres Volkes gebracht worden sind. In dem Aufruf heißt es weiter, es sei seine Überzeugung, daß der deutsche Mensch die freie Wahl des Arztes brauche und daß wahres Arzttum sich nur bei Wahrung der beruflichen Freiheit entfalten könne. Mehr Vertrauen

112 und weniger Bürokratie! Mehr ärztliche Leistung und weniger Papierkrieg! Mehr Selbstverantwortung und eigene ärztliche Entscheidung als Kontrolle und Überwachung! Das seien die Grundsätze, die allein letzten Endes die ärztliche Leistung für das Volk gewährleisten.

Am 18. Dezember 1941 wurde in Braunschweig an der Bernhard-Rust-Hochschule ein Staatsinstitut für landwirtschaftlichen Unterricht eröffnet. Ministerpräsident Klagges dankte dem Reichserziehungsminister für die Überweisung eines der fünf deutschen Staatsinstitute für landwirtschaftlichen Unterricht nach Braunschweig. In Zukunft werden in diesen Instituten nicht nur die landwirtschaftlichen Referendare, sondern auch die Lehrer und Lehrerinnen der Landwirtschaftlichen Fach-, Berufs- und Haushaltungsschulen ausgebildet werden. Sie werden außerdem auch als Prüf- und Forschungsstelle für alle landwirtschaftlichen Lehrmittel besondere Bedeutung haben.

Zu Beginn des Monats Dezember ehrte das kulturelle Deutschland den musikalischen Genius Wolfgang Amadeus Mozarts aus Anlaß der 150. Wiederkehr seines Todestages durch eine Mozart-Woche in Wien. Mustergültige Aufführungen von Mozarts Werken auf deutschen Bühnen und in deutschen Konzertsälen bezeugten, daß dieses Meisters Genius im deutschen Volke heute so lebendig wie je ist. Ein Mozart-Kongreß in der Akademie der Wissenschaften zu Wien, an der die Vertreter von 18 Nationen teilnahmen, unterstrich, daß Mozarts Klangwelt bei allen Völkern Eingang gefunden hat. Verschiedene Vorträge namhafter Mozartforscher vertieften das Wissen um Wesen und Werk dieses Genius. Am 5. Dezember, in der Todesstunde Mozarts, ehrten die Teilnehmer der Mozartwoche, mit ihnen aber auch das ganze deutsche Volk und die musikalische Welt das Gedächtnis Mozarts durch einen Huldigungsakt vor dem Stephansdom. Der Reichsstatthalter in Wien, Reichsleiter Baldur von S c h i r a c h , legte hier an den Stufen eines flammengekrönten Katafalks einen Lorbeerkranz des Führers nieder, der die Verehrung des deutschen Volkes für Wolfgang Amadeus Mozart sinnfällig zum Ausdruck bringen sollte. In einem Staatsakt am 4. Dezember 1941 würdigte Reichsminister Dr. Goebels das Werk Mozarts, wobei er die Mission der Kunst im Leben des Volkes in den Brennpunkt seiner Ausführungen stellte.

Eines anderen großen Toten gedachte das deutsche Volk am 21. Dezember. Reichsleiter Alfred Rosenberg würdigte in einer Morgenfeier in der Staatsoper am Königsplatz zu Berlin das Gedächtnis Paul de Lagardes, dessen Todestag sich an diesem Sonntag zum 50. Male jährte. Reichsleiter Rosen-

berg beschäftigte sich in seinen Ausführungen eingehendst mit dem politischen Programm dieses Denkers, der

113 von Anbeginn seines Wirkens die Einheit des Reiches verkündet hatte. Rosenberg zeigte das Seherische im Werk de Lagardes, er wies auf die frühzeitige Erkenntnis dieses Politikers von der jüdischen Gefahr hin und unterstrich, wieviel lebendiges Gedankengut der Nationalsozialismus dem Denker Paul de Lagarde verdankte.

Wie alljährlich im Dezember, so trat auch in diesem Jahre am 23. Dezember 1941 der Ehrenausschuß der „Stiftung für Opfer der Arbeit“ zu seiner üblichen Jahressitzung zusammen. Von 4277 Anträgen wurden 2468 Anträge mit einem Gesamtbetrage von 449 768 RM bedacht. Insgesamt wurden seit Bestehen der Stiftung rund 7,1 Million RM an die Hinterbliebenen von im Berufe tödlich Verunglückten ausgeschüttet.

Nach einer kurzen Pause eröffnete am 1. Weihnachtstage das Haus der Deutschen Kunst seine Pforten wieder, nachdem die inzwischen verkauften Werke ihren neuen Besitzern ausgehändigt worden waren. 535 neue Arbeiten kamen neu in die Ausstellung — davon sind 365 Arbeiten Werke der Malerei, 122 Graphiken, 47 Plastiken und 1 Gobelin. Da eine weitgehende Umhängung vorgenommen wurde, bietet sich die Große Deutsche Kunstausstellung in einer völlig neuen Gestalt der Öffentlichkeit dar.

Generalfeldmarschall von Böhm-Ermolli, der verdiente österreichische Heerführer im Weltkrieg, starb am 10. Dezember in Troppau. Am 14. Dezember fand auf dem Heldenplatz der Hofburg in Wien zu Ehren des verdienten Soldaten ein Staatsakt auf Befehl des Führers statt, bei dem Generalfeldmarschall Keitel die Trauerrede hielt. In Troppau wurde Generalfeldmarschall von Böhm-Ermolli zur letzten Ruhe gebettet. — Am 14. Dezember 1941 verstarb plötzlich an den Folgen eines Herzschlages Reichsminister SA.-Obergruppenführer Hanns K e r r l. Auch für diesen in langen Jahren bewährten alten Mitkämpfer ordnete der Führer ein Staatsbegräbnis an. Es fand am 16. Dezember in Gegenwart des Reichsmarschalls Hermann Göring statt, der bei dem Staatsakt im Marmorsaal der Neuen Reichskanzlei Worte des Gedenkens sprach. Der Reichsmarschall wie auch Reichsminister R u s t würdigten hier die Verdienste des Verstorbenen.



114 Der Dezember des Jahres 1941 bedeutet nicht nur für Deutschlands Politik und Kriegführung, sondern für den Gang der Weltgeschichte im eigentlichsten Sinne des Wortes, d.h., für die gesamte Menschenwelt eine Wende, deren Wesen und Wirkung heute noch nicht überschaut werden kann. Der Krieg der in Mitteleuropa begann, sich allmählich auf Gesamteuropa das Mittelmeer und Afrika ausgedehnt hat und zugleich auf den Weltmeeren gegen England geführt wurde, der nach dem Ausscheiden aller europäischen Gegner der Achse mit dem Kampf gegen die Sowjetunion ideologisch und militärisch den Charakter einer europäischen Auseinandersetzung gegen die bolschewistische Barbarei und für die Einigung Europas bekommen hatte, ist nunmehr zum Weltkrieg geworden. Der Kampf um die Bildung des europäischen Lebensraumes hat sich zum Ringen um die Gliederung der ganzen Erde in große völkisch und geographisch geordnete Lebensräume entwickelt. Er wird geführt gegen das Britentum, das in seinem grundsätzlich auf die Beherrschung und Ausnutzung aller Völker und Kontinente gerichteten kapitalistischen Imperialismus jede Abgrenzung von unter der Führung anderer als nichtbritischer Völker stehenden Lebensräume verhindern will, weil es dadurch seine auf Seeherr-

schaft und Kapitalmacht gegründeten Weltherrschaftspläne bedroht sieht. Der gegenwärtige Weltkrieg vollzieht sich einerseits als Kampf um Europa zwischen dem Bolschewismus und allen gesunden Kräften innerhalb des Kreises der abendländischen Kultur, andererseits als Kampf zwischen den Briten und allen deren Weltherrschaft widerstrebenden und zur Abwehr bereiten und fähigen Kräften innerhalb und außerhalb Europas.

Wie allen großen geschichtlichen Ereignissen, wohnt auch der Erweiterung des europäisch-mediterran-afrikanische Kriegen zum Weltkrieg eine unbestreitbare Logik inne. Wenn England die Einigung Europas verhindern will, weil *sie eine historische Gleichgewichts-, d. h. Beherrschungspolitik unmöglich machen und England im Verhältnis zu Europa zu dem reduzieren würde* was es geographisch ist, eine Insel von der Bodenfläche eines Mittelstaates, die sich irgendwie dem Kontinent ein-, d.h., unterordnen müßte, so wollen England und USA die Bildung einer unter japanischer Führung stehenden asiatisch-pazifischen

115 Ordnung verhindern. Die Vereinigten Staaten, einst eine Schöpfung des englischen Kolonialimperialismus, dann mit der Monroe-Doktrin Vertreterin eines amerikanischen Kontinentalismus gegen jede, besonders auch englische interkontinentale Machtpolitik, haben sich längst in die Fußtapfen jenes Imperialismus begeben, dem sie zunächst ihre Entstehung verdankten, gegen den sie sich dann erhoben und als dessen mindestens teilweisen Erben sie jetzt auftreten. War der englische Imperialismus von jeher kapitalistisch orientiert und selbst wieder Triebkraft und Sprungbrett des Kapitalismus, so war der USA-Imperialismus immer zugleich und wesentlich Dollar-Imperialismus. Wenn Geldmacht, Macht des Goldes, Kapital als Mittel der Beherrschung und Ausbeutung nicht nur bestimmter Schichten innerhalb des eigenen Volkes, sondern auch anderer Völker, ja ganzer Kontinente, jüdisch ist, von jüdischem Geist am konsequentesten entwickelt würde, ist es nicht verwunderlich, daß der englisch-amerikanische Kampf gegen auf völkischer Grundlage und nationaler Arbeit aufgebaute politisch-wirtschaftliche Großräume wesentlich von jüdischem Einfluß bestimmt wird.

Immer wieder haben Churchill und Roosevelt vor diesem Kriege und während desselben in ihren Reden versichert, die autoritären Staaten verträten grundsätzlich eine Lebens- und Staatsführung, die sich mit der der plutokratischen Länder nicht vereinbaren lasse, die autoritären Führer erstrebten eine Welt, mit der das Weltbild Englands und der USA sich nicht verständigen könne oder wolle. Diese wesentlich zu Propagandazwecken aufgestellte und immer wieder variierte Phraseologie ist keineswegs so verlogen, wie sie erscheint. Verlogen ist an ihr nur die idealistische Aufmachung, ihr Kern ist wahr und realistisch: USA und England, selbst im Besitz von Großräumen, die überreichlich alle Güter der Erde enthalten und die sich über mehrere Kontinente ausdehnen, wollen die Bildung kontinentaler Großräume in Europa, Afrika und Asien verhindern, weil dies den von ihnen entwickelten politischen und wirtschaftlichen Herrschaftssphären und -formen zuwiderläuft. Im Bestreben, jede Beeinträchtigung ihre macht- und wirtschaftspolitischen und finanziellen Positionen zu verhindern, treten sie mit der Forderung der tatsächlichen Weltherrschaft auf. So heißt z. B. die von England und den USA während dieses Krieges vertretene Auffassung von der „Freiheit der Meere“ nichts anderes als Herrschaft auf allen Meeren und Unterwerfung des gesamten Seeverkehrs unter ihren Willen.

Niemand hat diese Politik auf den von den Meeren umgebenen Kontinenten eindeutiger und konsequenter in die Praxis umgesetzt als Roosevelt. Ob seine diplomatischen Vertreter Polen oder Frankreich, Griechenland oder Jugoslawien in den Krieg hetzten, ob er in Süd- oder Mittelamerika jede

116 nichtenglische oder Nicht-USA-Position mit Schwarzen Listen oder politische Agitation angriff, wenn er sich mit Moskau offen verbündete, als noch das Neutralitätsgesetz in Geltung war, und das gleiche mit Tschungking tat, wenn er die Völker des Vorderen Orients zum Einsatz gegen die Achsenmächte zu bringen suchte, kurz, wenn Roosevelt sich überall und stets einmischte und die Sicherheit der USA selbst durch die Fortsetzung des finnischen Freiheitskampfes gegen die Sowjets als bedroht erklärte, so erscheint uns das auf den ersten Blick zwar immer als geradezu unsinnig, es ist aber doch sehr logisch: Die neuen kontinentalen Lebensraumziele der Dreierpaktstaaten sollen überall und bei jeder Gelegenheit bekämpft werden, weil sie grundsätzlich als gegenpolig zum plutokratischen Weltimperialismus empfunden werden. Die Bildung von politisch und wirtschaftlich gegen die plutokratische Einwirkung immunen kontinentalen Lebensräumen bedroht das auf interkontinentale Herrschaft aufgebaute und darauf zielende politische und wirtschaftliche Machtsystem der USA und Englands von Grund aus. Es soll ja gerade die Völker, die Schöpfer und Kern dieser neuen Lebensräume sind, von englisch-amerikanischer Beherrschung freimachen.

Dies wollen London und Washington verhindern. Hierzu erscheint jedes Mittel recht, selbst das Bündnis mit dem Kommunismus, obwohl dieser der Weltherrschaft der Angelsachsen und dem pluto-

kratischen Imperialismus die Zielsetzung der Weltrevolution entgegenstellt. Die gewaltigen Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion erweisen ja eindeutig, daß das Wort Stalins, die Rote Armee sei die Armee der Weltrevolution, keine Phrase, sondern ein politisches Programm darstellt. Aber man dünkt sich in London und Washington höchst realpolitisch, wenn man über diese Antithese hinwegsieht und sich mit der Sowjetunion verbündet. Gegen Kommunismus im eigenen Lande glaubt man sich gefeit, von den eigenen Machtsphären hofft man ihn jedenfalls fernhalten zu können, und in Europa ist man bereit, ihm große Konzessionen zu machen, im stillen hoffend, daß er sich im Kampf gegen die Achsenmächte auf jeden Fall genügend verbluten werde.

In blinder Überschätzung der eigenen wirtschaftlichen Machtmöglichkeiten haben England und USA geglaubt, in Ostasien ohne Kampf zum Ziel zu kommen — bis am 7. Dezember Japan plötzlich das lange und zähe von London und Washington um die japanische Inselstellung herumgezogene Netz mit schnellen Schlägen zerhieb. Jene wesentlich wirtschaftlich und kapitalistisch orientierte Einstellung, aus der heraus England Jahre hindurch vor dem Kriege die Möglichkeit des nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungsaufbaus in Deutschland leugnete oder nicht wahrhaben wollte, dann während des Krieges mit Hilfe der Blockade schnell zu zerbrechen hoffte, hat auch die Einstellung und Haltung gegenüber Japan bedingt:

117 Wieder wurde Wirtschaftsaufbau und Rüstung, die aus der Armut, aber mit neuen ideologischen Grundlagen und Methoden entwickelt wurden, in Wert und Wirkung verkannt und die Antriebs- und Schöpferkraft des nationalen Idealismus nicht verstanden.

Japans blitzartiger Übergang von geduldigem Verhandeln zur militärischen Tat war für England und USA in jeder Hinsicht eine Überraschung, die ihre Berechnungen über den Haufen warf. Man hatte den immer wieder betonten und praktisch betätigten Verhandlungswillen Tokios als Schwäche, als Angst vor der „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, nämlich durch die militärische Aktion, angesehen und geglaubt, man habe Zeit, die eigene Rüstung in aller Ruhe aufs höchste zu steigern, um dann den Moment der Entscheidung selbst zu wählen. Dies hat sich als ein großer, und wie bereits sichtbar ist, folgenschwerer Irrtum erwiesen. Die japanische Mentalität wurde ebenso verkannt wie die tatsächlichen Machtverhältnisse im Pazifischen Ozean.

Für Deutschlands Politik und Kriegführung bedeutet der Kriegseintritt Japans, wenn auch freilich im Gegensinne, die Folgerung aus einer politischen Planung, wie sie im Dreierpakt ihren Ausdruck gefunden hatte, und die Gewinnung eines militärischen Bundesgenossen vom höchsten Wert. Der Dreierpakt war Ausdruck gleichgerichteter politischer Überzeugungen und nach Sinn und Wortlaut friedenswillig. Er war eines der von der deutschen Politik angewandten Mittel, um den Krieg zu verhindern oder in seiner Ausdehnung zu beschränken. Diese Zielsetzung des Dreierpaktes wurde durch den Kriegswillen Roosevelts vereitelt. Roosevelts schrankenloser Imperialismus stellte sich dem Friedensprogramm des Dreierpaktes entgegen.

Der Einkreisungs- und Blockadekrieg, den England zunächst in Mitteleuropa gegen uns geführt und nach dem Zusammenbruch seiner Bundesgenossen auf Gesamteuropa ausgedehnt hat, wendet sich nun gegen England und die USA selbst. War bisher schon die Atlantikschlacht und unser ganzer Krieg gegen die englische Versorgungsschiffahrt eine kräftige Antwort auf die Blockadekriegführung Englands, so trifft der Krieg im Pazifik beide -Länder in dem Sektor, auf den sie erklärtermaßen immer wieder ihre Siegeshoffnungen setzten. „Die unbeschränkten Hilfsmittel des englischen Empires“ und „die unbeschränkte industrielle Leistungsfähigkeit der Vereinigten Staaten“ waren Hauptschlagworte der Feindpropaganda. Die Hilfsmittel der ganzen Welt stehen uns zur Verfügung, daher ist unser Sieg nur eine Frage der Zeit, so und ähnlich pflügten Churchill und die anderen englischen Propagandisten zu sagen, wenn die Waffenerfolge der Achsenmächte die englischen Gemüter zu sehr verdüsterten.

118 *Graphik: Einkreisungsring der USA und Englands gegen Japan*

119 Der Krieg im Pazifik bedroht die Angelsachsen an dieser Grundlage ihrer Siegeshoffnung. Die Philippinen, Indochina, Thailand, die Malaiische Halbinsel und Niederländisch-Indien sind zusammengekommen ein unentbehrliches Kernstück der wirtschaftlichen Kriegführung der Angelsachsen. Aus diesen Gebieten Japan auszuschließen und sie der eigenen Nutzung vorzubehalten, war ja der ganze Sinn der politischen und wirtschaftlichen Einkreisungspolitik, die die Angelsachsen gegen Japan geführt haben. Worum es sich wirtschaftlich handelt, zeigen folgende Ziffern:

In diesen Gebieten werden hohe Prozentsätze an kolonialen Landwirtschaftsprodukten wie Tee und Zucker, 57% des Palmöls, 73% der Koprproduktion, über 90% der Weltproduktion von Rohgummi, nämlich auf der malaiischen Halbinsel 400 000 Tonnen, in Holländisch-Indien 300 000 Tonnen, Britisch-Borneo 36 000 Tonnen, Thailand 42 000 Tonnen, Indochina 66 000 Tonnen gewonnen. In den

genannten Gebieten werden 63% der Zinnproduktion der Welt gewonnen, dazu in Holländisch-Indien allein 8 Millionen Tonnen Petroleum. Kriegswichtige Erze jeder Art, an denen Japan bisher ebenso Mangel hatte wie an Petroleum und Gummi, finden sich in den jetzt schon größtenteils in seiner Hand befindlichen oder nach aller Wahrscheinlichkeit bald von ihm besetzten Gebieten in großer Mengen. Eine an landwirtschaftlicher Produktion und Bodenschätzen jeder Art besonders reiche Weltgegend wird also den Angelsachsen entzogen und der Kriegführung Japans dienstbar.

Darüber hinaus bedroht aber das japanische Vordringen, das sich fächerförmig über den ganzen Umkreis des chinesischen Meeres, über die westlich bis Indien und südlich bis Australien sich ausdehnende Inselwelt erstreckt, das nur schwach besiedelte Australien und das nach Freiheit von englischer Beherrschung strebende Burma und Indien. Mit dem Fall Hongkongs und der völligen Besetzung der Philippinen, die nur noch eine Frage kurzer Zeit ist, der Wegnahme der USA-Flotten- und Flugzeugstützpunkte Guam und Wake, der Besetzung Thailands und dem Militärbündnis mit diesem Staat, mit der Besetzung Nordborneos und dem schnell vordringenden Angriff auf Singapur, alles das ermöglicht und gesichert durch die blitzartigen Schläge gegen die englische Schlachtflotte vor Singapur und die USA-Pazifikflotte in Hawaii, hat sich Japan bereits zum wesentlichen Teile nicht nur jeder Bedrohung der eigenen Inseln entledigt, sondern die See- und Luftherrschaft im Räume des japanischen und chinesischen Meeres mindestens vorläufig gesichert. Es hat alle Vorteile des Operierens auf der inneren Linie, ähnlich wie die Achsenmächte im europäischen Raum bis an die Ostfront wirtschaftliche und militärische Bewegungsfreiheit auf der inneren Linie besitzen.

120 Überlegt man sich die Konsequenzen dieser durch wenige Wochen japanischer Kriegführung geschaffenen Lage im Pazifik, so beantwortet sich die Frage, wie die Angelsachsen voraussichtlich darauf reagieren werden, ziemlich einfach. Sie müssen ihre ganzen Machtmittel einsetzen, um Japan an der Durchführung seines klar vor Augen liegenden und durch die geographischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten bedingten Kriegsplanes zu verhindern bzw. das bereits Erreichte rückgängig zu machen. Dies können sie nach Lage der Dinge nur durch Einsatz ihrer Flottenmacht versuchen. Nur wenn es den Angelsachsen gelänge, die See- und Luftherrschaft in den umkämpften Gebieten an sich zu bringen, hätten sie Aussicht auf Erfolg. Die USA-Pazifikflotte, die etwa die Hälfte der gesamten USA-Flotte ausmache, ist aber in Hawaii entweder vernichtet oder für lange Zeit außer Gefecht gesetzt worden, wenigstens was die Schlachtschiffe angeht. Das gleiche gilt für die schweren Seestreitkräfte, die England im Poemen Osten hatte. Die Angelsachsen müssen also ihre Atlantikflotten einsetzen, wenn sie gegen Japan antreten wollen. Inwieweit ihre Luftrüstung zu solchem Einsatz genügt, ist dann noch eine andere Frage.

Der Krieg im Pazifik, den die Angelsachsen durch ihre Politik gegen Japan herausgefordert haben, und für den sie die ungeteilte Verantwortung tragen, wird aller Voraussicht nach den Freiheitskampf der Achsenmächte für ein neues und geeintes Europa wesentlich beeinflussen.

Als am 7. Dezember die große Nachricht vom Kriegseintritt Japans die Welt durcheilte, war es klar, daß der Krieg im Pazifik und im Atlantik, in Europa und in Afrika eine politischmilitärische Einheit sein würde. Am 11. Dezember zog der Führer vor dem Reichstag die Schlußfolgerungen aus der Lage: Deutschland erklärte den Kriegszustand mit den USA und der Führer gab am Schluß seiner Rede einen am gleichen Tage zwischen den Dreierpaktmächten unterzeichneten Vertrag bekannt, der ein förmliches Kriegsbündnis darstellt und die Verpflichtung enthält, nur gemeinsam Frieden zu machen und auch nach dem Frieden politisch eng zusammenzuarbeiten (siehe Seite 70). Dieser Vertrag ist die durch Roosevelts Kriegspolitik erzwungene Folge und Ergänzung des Dreimächtepaktes, dessen Teilnehmer er zum Kampf auf Leben und Tod zusammenschließt.

Der Ring ist geschlossen: Roosevelt und seine jüdisch-kapitalistischen Hintermänner haben den von ihnen so eifrig erstrebten Krieg. Er hat freilich einen ganz anderen Anfang und bisher auch Verlauf genommen, als man es sich in London und Washington vorgestellt hat. Für die Achsenmächte wird praktisch insofern nichts Wesentliches geändert, als die Hilfskräfte der USA schon vorher ganz zur

121 Verfügung unserer Feinde gestanden haben, aber es macht einen großen Unterschied, daß die USA und England sich jetzt einem neuen und, wie sich gezeigt hat, außerordentlich gefährlichen und starken Gegner zuwenden müssen.

Deutschlands Kriegführung ist im Osten in eine neue Phase, die des Aufhörens der Offensivbewegung und des Beziehens einer Verteidigungsstellung für die Zeit des Winters, eingetreten. Am 19. Dezember hat der Führer selbst das Oberkommando über das deutsche Heer unter ehrenvoller Entlassung des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch aus seiner bisherigen Stellung übernommen. Der Aufruf des Führers an die Soldaten vom 19. Dezember zeigt Tragweite und Bedeutung dieses Führer-

entschlusses im Rahmen der Kriegführung und der weltpolitischen Lage auf, ebenso die Zielsetzung für das kommende Frühjahr: „Die Vorbereitungen zur sofortigen Wiederaufnahme des offensiven Kampfes im Frühjahr bis zur endgültigen Vernichtung des Gegners im Osten müssen unverzüglich getroffen werden.“

An der einzigen Front, die die Siege der Achsenmächte neben der Ostfront übriggelassen haben, an der libyschen, ist die im November von den Engländern begonnene große Offensive fortgesetzt worden. Sie hat örtliche Erfolge erzielt, die aber teuer bezahlt werden mußten. Am 20. Dezember wurde mitgeteilt, daß die deutschen und italienischen Truppen dauernd gegen eine große zahlenmäßige Überlegenheit gekämpft und dabei 12 000 Gefangene, darunter fünf Generale, gemacht, über 1100 Panzerwagen zerstört oder erbeutet und 271 Flugzeuge abgeschossen hatten. Am Ende des Monats Dezember war die englische Offensive zum Stehen gekommen. Das von Churchill bei ihrem Beginn angekündigte Ziel, nämlich ganz Italienisch-Nordafrika zu erobern, wurde nicht erreicht. Der im Besitze Englands befindliche Teil der Mittelmeerküste hat sich um ein relativ kleines Stück vergrößert. Die strategische Position der Achsenmächte in Nordafrika ist nicht wesentlich verringert. In England ist in der Presse daran Kritik geübt worden, daß die Offensive in Libyen zuviele Kräfte gebunden habe, die in Hongkong, auf der malaiischen Halbinsel und in Singapur gefehlt hätten. In Australien und Neuseeland hat man die Entsendung der eigenen Divisionen nach Libyen bereits bereut. Im Gesamtrahmen der Kriegführung und Politik ist festzustellen, daß die im nordafrikanischen Raum versammelten englischen Streitkräfte trotz größter Opfer das gesetzte strategische Ziel nicht erreicht haben, und daß ihr Fehlen auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz für die ganze Stellung Englands in diesem Raum verhängnisvolle Folgen hervorgerufen hat.

In dem politisch und wirtschaftlich von den Achsenmächten geführten europäischen Raum waren im Monat Dezember keine besonderen Ereignisse zu verzeichnen. Daß Deutschlands Bundesgenossen

122 *Graphik der Stützpunkte im Stillen Ozean*

123 und Freunde, an der Spitze Italien, die vom Führer am 11. Dezember verkündete Politik mitmachten, daß also auch Ungarn, die Slowakei, Kroatien, Finnland sowie Bulgarien mit den USA brachen, war nur folgerichtig. Denn alle diese Staaten kämpfen einen gemeinsamen Schicksalskampf.

Die Türkei hat im Krieg zwischen den Dreierpaktmächten und den Angelsachsen ihre Neutralität, Spanien wie schon bisher im gegenwärtigen Kriege die Position der Nichtkriegführung eingenommen, und Frankreich hat ebenfalls Neutralität erklärt. Portugal hat jedoch sehr schnell höchst unerfreuliche Wirkungen des Krieges im Pazifik erfahren. Am 17. Dezember drangen holländische und australische Truppen vom holländischen in den portugiesischen Teil der Insel Timor ein und besetzten dieses zwischen den holländischen Kolonien und Australien gelegene Stück des portugiesischen Kolonialreiches. Portugals Ministerpräsident, S a l a z a r , hat zu diesem Ereignis in einer großen Rede im portugiesischen Parlament am 19. Dezember Stellung genommen und genaue Einzelheiten über die Vorgeschichte dieses englischen Gewaltaktes gegen das seit Jahrhunderten mit Großbritannien verbündete Portugal mitgeteilt. „Ich übergehe mit Stillschweigen“, so sagte Salazar, „die Kampagne, die vor einigen Wochen in einem gewissen Sektor der Weltpresse hinsichtlich Timor und der Besorgnisse über die portugiesische Kolonialpolitik entfacht wurde, eine Kampagne, die zwischen interessiert und lächerlich schwankt und worin Forderungen auf nicht gewährte Monopole und der Schreck vor der japanischen Infiltration, die aus 14 japanischen Untertanen besteht, eine Rolle spielten. Am 4. November stellte das Foreign Office der portugiesischen Regierung folgende drei Fragen: a) Welches ist die Haltung Portugals im Falle eines japanischen Angriffs auf Timor? b) Ist die portugiesische Regierung gewillt, unter dieser Voraussetzung die britische Hilfe anzunehmen? c) Wenn ja, würde es nicht vorteilhaft sein, einen Plan für eine gemeinsame Aktion auszuarbeiten? Es war unsere Überzeugung, fuhr Salazar fort, daß ein japanischer Angriff auf die portugiesische Besetzung Timor als unwahrscheinlich betrachtet werden mußte, nicht nur weil unsere freundschaftlichen Beziehungen zu dem japanischen Reich diesem entgegenstanden, sondern auch "weil dafür keine strategischen Gründe vorhanden waren.“

Ans der englischen Anfrage entwickelten sich Verhandlungen, bei denen Portugal sich bereit erklärte, englische Waffenhilfe anzunehmen, falls Timor von Japan angegriffen würde, „aber da in der Besprechung in London ein nicht ganz klares Wort gefallen war, wurde der dortige portugiesische Botschafter unterrichtet, daß er keinen Zweifel aufkommen lassen solle, daß eine Zusammenarbeit mit ausländischen Truppen nur im Falle eines Angriffs in Frage käme und daß diese Zusammenarbeit keinen

124 Präventivcharakter haben könne, wie man es vielleicht in London wünsche“. Salazar teilte weiter mit, daß am 9. November und 12. Dezember australische Flugzeuge verschiedentlich Timor überflogen hätten, „eine nicht zu rechtfertigende Verletzung unseres Territoriums und eine offensichtliche Gefahr für die portugiesische Neutralität. In London wurde der notwendige Protest erhoben und die Hoffnung ausgesprochen, daß diese herausfordernden Flüge aufhörten“. Ohne die Beendigung der Verhandlungen abzuwarten, ließ London dann Portugiesisch-Timor besetzen.

Die Darstellung Salazars über die Vorgeschichte der Vergewaltigung eines Teils des portugiesischen Kolonialreiches durch England, an deren Sachlichkeit nicht zu zweifeln ist, ist ein neues Schulbeispiel dafür, was England unter dem Schutz der kleinen Nationen versteht. England hat dabei ganz nach der Methode verfahren, die wir aus den Akten über die Vorgeschichte der Garantien kennen, die es in einer für die betroffenen Länder schließlich so verhängnisvollen Weise Polen, Jugoslawien und Griechenland gegeben hat. Die Schilderung Salazars gab andererseits interessante Einblicke in die diplomatischen und militärischen Kriegsvorbereitungen Englands im pazifischen Raum und die systematische Einkreisungspolitik gegenüber Japan.

Das portugiesische Parlament nahm im Anschluß an die Rede Salazars folgende Entschließung an, die an Deutlichkeit gegenüber England nichts zu wünschen übrig läßt: „Angesichts der Darlegung des Herrn Ministerpräsidenten und Außenministers über die kürzlichen Ereignisse in Timor, in deren Verlauf trotz der portugiesischen Neutralität und der vollkommenen Treue in der Erfüllung der internationalen Verpflichtungen unsere Hoheitsrechte mißachtet wurden, beschließt die Nationalversammlung, indem sie in ruhiger Weise das Gefühl und die Wünsche der Nation zum Ausdruck bringt, folgendes:

a) Sie drückt der Außenpolitik der Regierung ihren bedingungslosesten Beifall aus. b) Sie erklärt die portugiesische Souveränität über sämtliche nationalen Territorien als unantastbar und unwandelbar, c) Sie drückt ihre formelle Zurückweisung gegen das in Timor auf die Jahrhunderte alte und friedliche portugiesische Souveränität begangene Attentat aus. d) Sie vertraut ganz auf die Lösung, die die Regierung bei einer für die Nation ehrenvollen und würdigen Behandlung der schwebenden Angelegenheiten in Übereinstimmung mit dem patriotischen Gefühl aller Portugiesen treffen wird."

Daß von Deutschland mit den europäischen Ländern fortlaufend neue wirtschaftliche Abreden getroffen werden, so am 4. Dezember ein Zusatzabkommen über Verkehrsfragen mit der Türkei, mit Schweden am 19. Dezember ein wichtiger Handelsvertrag, mit Rumänien eine Vereinbarung über den Einsatz einer

125 größeren Anzahl von rumänischen Arbeitskräften in Deutschland, ist nur natürlich.

Das verbündete Finnland konnte am 25. Dezember den vierundzwanzigsten Jahrestag seiner staatlichen Selbständigkeit feiern. Staatspräsident Ryti hat bei dieser Gelegenheit die Wiedervereinigung der Finnland durch den Moskauer Diktatfrieden vom 12. März 1940 entrissenen Gebiete bekanntgegeben.

Englands früherer Verbündeter Frankreich bekam auch im Monat Dezember weiter die Wirkungen der „britischen Freundschaft" zu spüren. Abgesehen von der Einbeziehung Frankreichs und der ihm treugebliebenen Kolonialgebiete in die englische Blockade, die an den Ernährungsschwierigkeiten Frankreichs die Hauptschuld trägt, und der oft wiederholten Bombardierungen nordfranzösischer Küstenstädte, unterstützen England und die USA weiterhin offen den Verrätergeneral de Gaulle, und bedrohen die Vichy treugebliebenen Teile des französischen Kolonialreiches. Der Beginn des Krieges in Ostasien hat die Lage der fernöstlichen Kolonien Frankreichs weiter erschwert. Vichy hat durch Verordnung vom 20. Dezember sämtliche Besitzungen im Fernen Osten, im Indischen Ozean, im Pazifik und in Ozeanien dem Generalgouverneur von Indochina unterstellt und gewisse nicht näherbezeichnete Sicherungsmaßnahmen angeordnet. Die indochinesische Regierung hat mit Japan am 10. Dezember ein Zusatzabkommen zu dem im Juli 1941 in Tokio abgeschlossenen Vertrag über die gemeinsame Verteidigung Indochinas geschlossen. In Vichy wurde dazu erklärt, dies bedeute keineswegs, daß Frankreich die von ihm erklärte und den kriegführenden Mächten notifizierte Neutralität im Pazifik aufgeben wolle. Vorstellungen von seiten der USA über eine angebliche Verstärkung der japanischen Truppen in Indochina über die im Abkommen vom Juli 1941 vorgesehene Zahl von 50 000 Mann wurden von Vichy zurückgewiesen. Gegen die Einmischungsabsichten der USA in Fragen, die Frankreich und sein Kolonialreich angehen, wandte sich am 4. Dezember das Informationsministerium in Vichy mit einer Erklärung, in der u. a. gegen die Unterstützung de Gaulles durch Washington protestiert wurde. Der französische Botschafter in Washington hat bei der USA-Regierung in ähnlichem Sinne Vorstellungen erhoben.

Der schon öfter in Washington und London sichtbar gewordene Appetit auf Dakar und überhaupt auf Französisch-Westafrika, hat den französischen Kolonialminister Admiral P l a ton nach seiner

Rückkehr von einer Inspektionsreise durch Westafrika am 23. Dezember zu folgender Erklärung veranlaßt:

126 „Auf militärischem Gebiet ist alles getan worden. Es sind Mittel in einer Menge angehäuft worden, die geeignet sind, die Angriffsideen derjenigen zu entmutigen, die sich für die Kosten des von ihnen fortgesetzten Krieges in unserem Imperium bezahlt machen möchten. Das Material ist beträchtlich vermehrt worden und Waffen treffen in immer stärkerem Maße ein. Die Moral unserer Truppen gibt uns die Gewißheit, daß wir vor jeder Überraschung sicher sind. Alles in allem ist die Lage zufriedenstellend. Der Staatschef kann sich materiell und moralisch auf unser Imperium verlassen, daß eine der wichtigsten Karten unserer Politik und unserer Wiederaufrichtung ist.“

Die am 8. Dezember erfolgte Eröffnung der ersten Teilstrecke der Transsaharabahn, die Französisch-Nordafrika mit dem französischen Kolonialgebiet am Niger verbinden soll, ist ein weiteres Zeichen des französischen Willens, das Kolonialreich nach Möglichkeit zu erhalten und zu sichern.

Ein wenn auch nicht sehr bedeutender anderer Teil des französischen Kolonialbesitzes, die Inseln St. Pierre und Miquelon bei Neufundland, wurden am 25. Dezember von „Seestreitkräften der freien Franzosen“, d. h. des Verrätergenerals de Gaulle, besetzt. In Washington und London beeilte man sich zu erklären, daß dies ohne Wissen und gegen den Willen der englischen und USA-Regierung geschehen sei. In Vichy betonte man, England und USA müßten die Besetzung wieder rückgängig machen, da die Aufrechterhaltung des Status quo hinsichtlich der französischen Besitzungen in der Neuen Welt von Washington wiederholt versprochen worden sei. Frankreich rechne daher mit der schnellen Wiederherstellung der früheren Lage. Es ist nicht klar, ob die de Gaullisten tatsächlich ohne Wissen Washingtons und Londons gehandelt haben oder was sonst hinter der Sache steckt.

Mitte Dezember wurden von den USA-Behörden die französischen Besatzungen von den in den USA-Häfen liegenden französischen Schiffen entfernt, wozu aus Washington verlautete, diese Schiffe, unter denen sich das größte Schiff der französischen Handelsflotte, die „Normandie“, befindet, würden von der USA-Marine in Gebrauch genommen werden. Vichy hatte erneut Gelegenheit, in Washington einen Protest anzubringen.

Hinsichtlich der Lage Frankreichs in Europa hat sich bis zum Jahresende 1941 nichts geändert. Im Innern wurden die Bemühungen der Regierung um den Wiederaufbau der Zerstörungen des Krieges, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Festigung des neuen autoritären Regimes und die Bekämpfung des Kommunismus fortgesetzt. Die Arbeitslosigkeit ist, wesentlich infolge der von Deutschland der französischen Industrie gegebenen Aufträge, weiter zurückgegangen. Außenpolitisch bedeutsam war die Begegnung des französischen Staatschefs Petain mit Reichsmarschall Göring am 1. Dezember und die Begegnung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Admiral Darlan mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano am 10. Dezember in Turin. Die Begegnung Petain—Göring setzte jene in

127 Montoire begonnene Reihe von Besprechungen zwischen führenden deutschen und französischen politischen Persönlichkeiten fort, die der Politik der Zusammenarbeit Grundlage und Gestalt gegeben haben. Zu der Begegnung Darlan—Ciano wurde französischerseits darauf hingewiesen, „daß es sich bei dem Treffen von Turin um die erste offizielle französisch-italienische Fühlungnahme seit dem Waffenstillstand handelt. Man stellt fest, daß sich die Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern in einer sehr herzlichen Atmosphäre abgespielt hat. Man gibt in den genannten Kreisen zu, daß die Unterredung einen sehr allgemeinen Charakter getragen hat, und daß es noch verfrüht ist, für den Augenblick irgendwelche Schlußfolgerungen aus dem Meinungs austausch zu ziehen.“

Frankreichs Verhältnis zu Deutschland ist im Monat Dezember wiederholt durch Attentate gegen Angehörige der deutschen Besatzungsarmee gestört worden. Daß diese Attentate von Agenten des Auslandes angestiftet werden und darauf hinzielen, die normale Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zu stören, ist längst klar. Die deutschen Gegenmaßnahmen, die sich gegen Juden und Kommunisten richteten, sind daher auch vom französischen Volk im allgemeinen richtig verstanden worden. Von selten der Regierung in Vichy ist mehrfach die Überzeugung ausgesprochen worden, daß die Anstifter der Attentate im Ausland zu suchen seien.

Was die aus England gekommenen Verlautbarungen zur politischen und militärischen Lage nach dem Kriegseintritt Japans angeht — England erklärte natürlich sofort den Kriegszustand mit Japan —, so waren sie zunächst recht hochmütig, wurden aber schnell bescheiden und sehr besorgt, als die ersten Schläge der japanischen Wehrmacht so erfolgreich waren. Als die beiden englischen Schlachtschiffe „Prince of Wales“ und „Repulse“ vor der malaiischen Küste durch die japanische Flugwaffe versenkt wurden, mußte Churchill am 11. Dezember im Unterhaus gestehen, „diese beiden mächtigen

Schiffe seien wesentliche Figuren in den britischen Plänen gewesen und er könne sich keines schwereren Schlages gegen die englische Flotte entsinnen als dieses. Kurz vorher, Anfang Dezember, hatte der britische Nachrichtendienst stolz die Ankunft eines Flottenverbandes unter Führung der „Prince of Wales“ in Singapur gemeldet, sowie daß dies in Washington große Befriedigung ausgelöst habe und als ein neuer Beweis für die Übereinstimmung der britischen und USA-Politik im Fernen Osten angesehen worden sei.

Die englische Presse war noch offener im Ausdruck der schweren Besorgnisse, die die japanischen Erfolge in London auslösten. Die Gefahr für unsere gemeinsame Sache ist ebenso groß wie bei
128 Dünkirchen, schrieb „News Chronicie“. Jede Neigung, die neueste Vermehrung in den Reihen unserer Feinde auf die leichte Schulter zu nehmen, wird durch die furchtbaren Schläge, die England und die USA von selten Japans erlitten haben, entschwinden, schrieben die „Times“. Daß in den Stammländern des Kapitalismus auch die Börsen entsprechend reagierten, und in London und New York Mitte Dezember die größte Baisse seit Kriegsausbruch erlitten, ist nicht verwunderlich. Erregte Rufe nach mehr Streitkräften und Rüstungsmaterial wurden laut, aber, so führte der englische Publizist Frazer aus, „es ist ein Problem, wie man die Streitkräfte einsetzen müßte. Eine Hurricane-Maschine kann nicht zugleich an der Moskauer Front und in Malaya eingesetzt werden, ein Kreuzer nicht zugleich in Libyen und in Südchina, und ein gleichzeitiger Einsatz in den Kampfabschnitten der mittelöstlichen Front sowie im Gebiet von Kehda ist ebenso unmöglich“.

Damit hat Frazer allerdings auf eine wesentliche Seite der Lage aufmerksam gemacht: Der neue Kriegsschauplatz und der Einsatz des japanischen Hundertmillionen-Volkes muß alle bisherigen Berechnungen der angelsächsischen Mächte über den Haufen werfen und sich auf jedem Kriegsschauplatz geltend machen. Die Frage, wie man die vorhandenen Streitkräfte und Kampfmittel auf die verschiedenen Kriegsschauplätze verteilen, wie man zu einem gemeinsamen Kriegsplan kommen könne, stand denn auch schon wenige Tage nach den ersten Schlägen der japanischen Wehrmacht in London und Washington an erster Stelle. Ein oberster Kriegsrat, eine Koordinierung, ein gemeinsamer Oberbefehl wurde gefordert. Die Bedeutung von Singapur für den Schutz Indiens und für die Versorgung Tschungkings mit Kriegsmaterial, für die Lebenslinien des englischen Empires und für die ganze Stellung der Angelsachsen im ostasiatischen Raum wurde dabei immer wieder unterstrichen.

Am 22. Dezember wurde in London bekanntgegeben, daß Churchill in den USA angekommen sei, „um mit dem Präsidenten Roosevelt alle die Kriegsanstrengungen betreffenden laufenden Fragen zu besprechen“. Eines der Hauptziele von Churchills Besuch sei, „die Zerstörung des Hitlerismus auf der ganzen Welt“. Die Konferenz Roosevelt-Churchill werde die erste einer Reihe anderer Besprechungen sein, an denen offiziell Rußland, China, die Niederlande und die englischen Dominien teilnehmen würden.

Am 26. Dezember hielt Churchill im USA-Senat eine Rede, die alle Charakteristiken solcher Reden des englischen Ministerpräsidenten enthielt. Einerseits pflegt Churchill mit einer gewissen Offenheit die Schwierigkeiten der Lage Englands, wenn auch unter Umbiegung wesentlicher Faktoren, zuzugeben, um dann möglichst viele Argumente anzuführen, die angeblich zur Hoffnung auf den Endsieg berechtigen.

Churchill meinte, im Jahre 1942 könnten England und die Vereinigten Staaten noch nichts Großes
129 unternehmen, dies würde erst von 1943 an möglich sein. Churchill verschiebt die Siegeshoffnungen also von einem Jahr in das andere, denn in früheren Reden hat er mehrfach vom Jahre 1942 als von dem Jahr gesprochen, in dem England erst seine volle Kraft werde entfalten können. Auch ein von ihm immer wieder angewandter Propagandatricksatz, zu behaupten, vor so und so viel Monaten hätte England gar nicht zu hoffen gewagt, sich in so günstiger Lage zu befinden wie gerade jetzt, wurde auch diesmal von Churchill nicht verschmäht. Am Schluß von Churchills Rede kam dann in verhüllter Form das wirkliche Kriegsziel zum Vorschein, das der Auslöschung von Deutschland, Italien und Japan als Faktoren der Weltpolitik und deren völlige und dauernde Unterwerfung unter den Willen der Angelsachsen, d. h. also, ohne Umschweife ausgedrückt, die ungeschmälerte Weltherrschaft der Angelsachsen, natürlich als edles Menschheitsziel formuliert.

Einen Gipfelpunkt der Heuchelei von gerade gotteslästerlichem Charakter stellten angesichts solcher Pläne, für deren Verwirklichung man ja doch in erster Linie auf die Hilfe des Bolschewismus zählt, dem man Europa offenbar preiszugeben bereit ist, die Reden Roosevelts und Churchills dar, die sie am 25. Dezember „beim Anzünden des nationalen Weihnachtsbaumes durch den Präsidenten“, die unter Zustrom einer großen Menschenmenge in der südlichen Säulenhalle des Weißen Hauses erfolgte, gehalten haben. Die imperialistischen, von jüdischem Kapitalismus inspirierten Weltherrschafts-

pläne Roosevelts und Churchills wurden als Kampf gegen das Böse „im Glauben an die menschliche Liebe und die göttliche Fürsorge“ erklärt. Die beiden Erzkriegshetzer traten ganz ungeniert in der Rolle salbungsvoller Prediger auf. Die Herren kennen eben den urteilslosen religiös gefärbten Sentimentalismus des Durchschnittsamerikaners.

Die Verlautbarungen, die über die verschiedenen Sitzungen des „Obersten Kriegsrats Englands und der USA“ erfolgten, klangen freilich realistischer und zeigten die Sorgen, mit denen man sich auseinanderzusetzen hatte. So meldete der englische Nachrichtendienst am 27. Dezember, bei der am 26. Dezember abgehaltenen zweiten Sitzung seien Fragen der militärischen und Flottenstrategie Hauptgegenstand der Besprechungen gewesen, das Problem der Lieferung und Produktion sei dabei mehr in den Hintergrund gerückt. Der Ausdruck „Fragen der Flottenstrategie“ kann nur bedeuten, daß man über den Einsatz der englischen und USA-Hochseeflotte zur Rettung von Singapur und vielleicht auch der Philippinen gesprochen hat. Über die Beschlüsse, die gefaßt wurden, hat man natürlich nichts erfahren. Über sie werden die künftigen Ereignisse Auskunft geben.

130 Über eines freilich kann kein Zweifel bestehen, über den Charakter von Churchills Besuch in Washington. Es war die Reise eines Bittstellers. Der erste Politiker des in schweren Nöten befindlichen englischen Empire suchte Rat und Hilfe bei dem „starken“ Vetter jenseits des Atlantik. Daß die Führung von London nach Washington übergegangen ist, wurde wieder einmal offenkundig. Tatsächlich wäre England unter den gegenwärtigen Verhältnissen aus eigener Kraft nicht einmal zu einem Versuch imstande, sich Japan im Fernen Osten entgegenzustellen.

Dies hat man innerhalb des englischen Empires, besonders in dem am nächsten bedrohten Dominion, Australien, auch klar erkannt. Auf einer Konferenz der Premiers der australischen Provinzen erklärte der australische Ministerpräsident C u r t i n , daß die Australien bedrohende Gefahr groß sei. Bei anderer Gelegenheit sagte Curtin, Australien blicke in erster Linie auf Amerika, und die australische Politik strebe an, mit den USA einen Plan für die Strategie im Pazifik auszuarbeiten. Australien gehöre jetzt zur Front und müsse einem mächtigen, gutgeführten und unglaublich mutigen Feind ins Auge sehen. Am 27. Dezember richtete derselbe Curtin an Churchill und Roosevelt in Washington ein Telegramm, in dem es hieß, Australien sei über den Mangel an britischen Luft- und Seestreitkräften sowie über die mögliche Aussicht, daß Singapur von den Japanern erobert werde, erschüttert. Die Gefahr für Australien werde unerbittlich größer, wenn die Japaner weitere Erfolge zu erzielen vermöchten. Die Landung der Japaner auf den Philippinen würde ein grelles Schlaglicht auf die Schwäche der Alliierten. Offenbar habe die anglo-amerikanische Luftwaffe im Pazifik keinerlei Aussicht, mit der japanischen Luftwaffe fertig zu werden.

Dasselbe England, daß nicht in der Lage ist, seine eigenen Dominions zu schützen und hierfür an die Hilfe der Vereinigten Staaten appellieren muß, hat sich unter dem Druck Moskaus veranlaßt gesehen, am 30. November an Rumänien, Ungarn und Finnland ultimativ die Forderung zu stellen, ihren im eigensten Lebensinteresse wie in dem Europas geführten Abwehrkampf gegen den Bolschewismus bis zum 5. Dezember abubrechen, andernfalls würde sich England vom 6. Dezember Mitternacht an mit ihnen als im Kriege befindlich ansehen. Die drei genannten Staaten haben diese englische Forderung natürlich eindeutig abgelehnt und dabei die durchschlagenden Argumente für die unabänderliche Notwendigkeit ihres Existenz- und Freiheitskampfes noch einmal wiederholt.

131 Der Notenwechsel zwischen England und Finnland, Ungarn und Rumänien ist eine drastische Illustration zu Englands Behauptung, es kämpfe für die Freiheit der kleinen Völker und, was sehr viel ernster ist, dafür, daß England offenbar bereit ist, Europa den Sowjets zu überlassen, weil es die bolschewistische Kriegshilfe bedingungslos nötig hat. Letzten Endes wird es damit jedoch Europa, das es wie so oft in der Geschichte verrät, einen Dienst erweisen: Es hämmert die Notwendigkeit der europäischen Einheit und das Bewußtsein der europäischen Schicksalsgemeinschaft auch in widerstrebende Köpfe.

Daß die englischen Vasallenstaaten — Dominion heißt ja Herrschaftsbereich — Kanada, die Südafrikanische Union, Australien, Neuseeland, deren Stellungnahme im Freiheitskampf europäischer Staaten gegen den Bolschewismus eine besonders dreiste raumfremde Einmischung darstellt, Finnland, Rumänien und Ungarn dann ebenfalls den Krieg erklärten, beleuchtet die englische Politik gegenüber Europa erst recht deutlich.

Diese Akte der englischen Politik fanden bezeichnende Parallelen in den „Verträgen“, die England gemeinsam mit den Sowjets im Dezember dem Iran und Afghanistan und für sich allein dem Irak aufgenötigt hat. Der „Vertrag“ mit dem Iran unterwirft dieses Land völlig den Erfordernissen der englischsowjetischen Kriegsführung. Freier Durchzug für Truppen und Kriegsmaterial, jede Art Hilfe für

die Durchfuhr, Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Achsenmächten, Einführung einer Zensur, die jede nationale Regung gegen diese Vergewaltigung unmöglich machen soll, was freilich nicht verhindert, daß das iranische Unabhängigkeitsbewußtsein sich in Überfällen gegen englische Transporte äußert, sind die Hauptpunkte dieses „Vertrages“. Die afghanische Regierung hat sich unter dem gemeinsamen Druck der Sowjets und Englands und unter dem Eindruck der bösen Erfahrungen des benachbarten Iran gezwungen gesehen, die Benutzung der afghanischen Transitstrecke von Quetta über Kandahar und Herat nach Kuschk, dem Endpunkt der von der Turksibbahn zur afghanischen Grenze abzweigenden Stichbahn für Waffen- und Materialtransporte zuzugestehen.

Die Regierung des Irak, wie die des Iran ja nur eine von England aufgezwungene Marionettenregierung, hat sich durch einen Anfang Dezember bekanntgewordenen Vertrag bereit erklärt, Basra und den etwas weiter südlich gelegenen Ort Fao Großbritannien als Flottenstützpunkt auf unbestimmte Zeit auszuliefern. England hat sich damit zugleich die Kontrolle über den gesamten Überseehandel des Irak gesichert.

Daß andererseits in Ägypten die Wafdpartei, die Trägerin des ägyptischen Unabhängigkeitsgedankens gegen die englische Vergewaltigung der Lebensinteressen des Landes, sich wenn auch nur demonstrativ immer wieder auflehnt, daß die Vorkämpfer für die Befreiung Indiens von englischer Beherrschung und Ausnutzung immer wieder ihre Forderungen erheben, weshalb sich der englische Vizekönig am 15.

132 Dezember zu einem Aufruf veranlaßt sah, die „inneren Streitigkeiten“ zu vergessen, zeigt von anderer Seite, wie es in Wirklichkeit mit Churchills Propagandabehauptung, England kämpfe „im Namen der großen Mehrheit der Menschen“, steht. Auch Englands Ultimatum an Thailand vom 9. Dezember, das den Anschluß dieses Landes an Japan nicht verhindern konnte, und der am 27. Dezember bekanntgebene Abschluß eines Militärbündnisses zwischen Großbritannien und Tschungking runden das Bild der englischen Politik: In Europa, im Vorderen, Mittleren und Fernen Osten verlangt England Gefolgschaft und Waffenhilfe, will es überall den bodenständigen Nationalismus niederhalten und die Kräfte der Staaten und das Blut ihrer Völker für seine grundsätzlich allen Kontinenten feindliche überkontinentale Machtpolitik einsetzen. Das England zunächst gelegene Irland, das die Engländer aus jahrhundertelanger trauriger Erfahrung freilich am besten kennt, hat auch nach dem Kriegseintritt der USA seine bisherige Stellungnahme zum Krieg, die der Neutralität und der Bereitschaft, diese wenn nötig mit den Waffen zu verteidigen, aufrecht erhalten.

Von den Verhältnissen auf der englischen Insel selbst wurde im Monat Dezember nicht sehr viel Neues bekannt. Bemerkenswert ist, daß das englische Lebensmittelministerium Mitte Dezember einen neuen „Schnallt-den-Leibriemen-enger“-Feldzug begonnen hat, weil eine starke Verminderung der Lebensmittelzufuhr nach England zu erwarten sei. Das kriegführende Amerika könne nicht mehr soviel Lebensmittel schicken wie das neutrale. Dies paßt ganz zu Churchills Erklärung im Unterhaus vom 11. Dezember: „Auf jeden Fall müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß der Umfang der amerikanischen Lieferungen an Großbritannien und das Maß an Unterstützung, daß uns die amerikanische Flotte gewährte, zurückgehen wird.“

Anfang Dezember wurde das englische Unterhaus mit einem Gesetzentwurf befaßt, durch den die Achtzehnjährigen zum Militärdienst einberufen und überhaupt die letzten Menschenreserven Englands, besonders auch an Frauen, und bis herab zu den Jungen und Mädchen zwischen 16 und 18 Jahren zum Arbeitseinsatz einberufen werden sollen. Dies zeigt, daß die für einen Kampf gegen Europa ja viel zu geringen Menschenreserven Englands offenbar bereits bis zum letzten beansprucht sind.

Wie man die von Churchill aus Propagandagründen immer wieder verkündeten Siegeshoffnungen in Washington tatsächlich einschätzt, zeigt ein Anfang Dezember von den beiden USA-Zeitungen „Washington Times Herald“ und „Chicago Tribune“ veröffentlichtes Dokument. Es ist ein auf Veranlassung Roosevelts entworfener und vom 11. September 1941 datierter Kriegsplan. Er wurde als Antwort auf einen Brief Roosevelts an den Kriegsminister Stimson von einem gemeinsamen Ausschuß der

133 Armee und Marine, der das Oberkommando der USA darstellt, ausgearbeitet. Diesem Ausschuß gehören die Chefs der Generalstäbe der Marine, des Heeres und der Luftwaffe und andere führende Generale und Admirale an. Interessant ist, daß der Bericht von Roosevelt schon vor seiner ersten Zusammenkunft mit Churchill auf dem „Potomac“ am 14. August in Auftrag gegeben wurde und somit anzunehmen ist, daß sein Inhalt schon Gegenstand der ersten Besprechungen zwischen Roosevelt und Churchill gewesen ist, mit anderen Worten, daß die sogenannte Atlantikcharta schon auf seinen Gedankengängen basiert.

Der Bericht enthält einen großen Kriegsplan für das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg auf dem europäischen Kontinent. Er geht von der darin auch klar ausgesprochenen Überzeugung aus, daß die bisherigen Gegner Deutschlands, daß England und die Sowjetunion keineswegs in der Lage seien, Deutschland zu besiegen, daß deshalb die USA in den Krieg in Europa in größtem Umfang durch Entsendung einer Armee von mindestens fünf Millionen Mann mit allem dazugehörigen Kriegsmaterial und einer entsprechenden Luftwaffe eingreifen müßten. Die einzelnen Stadien der Vorbereitung und Durchführung dieses Unternehmens, das von Roosevelt zur Planung und Vorbereitung durch seine militärischen Fachleute befohlen worden ist, als das Neutralitätsgesetz noch die Entsendung von USA-Streitkräften nach Europa formell verbot — ein neuer Beweis, wie systematisch der Kriegshetzer Roosevelt sein eigenes Volk hinterging —, werden in dem Bericht im einzelnen dargelegt. Der Kriegsplan sieht nicht nur die Einbeziehung Gesamteuropas einschließlich der iberischen Halbinsel, sondern auch Japans in den Kreis der von den USA zu bekämpfenden Feinde vor. Im Lichte der inzwischen eingetretenen kriegerischen Ereignisse in Ostasien erweisen die in dem Bericht gegen Japan vorgesehenen kriegerischen Maßnahmen eine erstaunliche Unterschätzung des japanischen Gegners, den man hauptsächlich durch Wirtschaftsblockade und ohne wesentlichen Einsatz von USA-Streitkräften niederzuhalten hoffte.

Mag dieser USA-Kriegsplan vom 11. September 1941 auch reichlich dilettantisch anmuten, obwohl die ersten militärischen Fachmänner der USA ihn unterzeichnet haben, er erweist endgültig Roosevelts im Widerspruch zu der damaligen großen Mehrheit des amerikanischen Volkes stehenden Kriegswillen, seine Absicht, gegen Europa, wie in dem Bericht ausdrücklich gesagt wird, auch nach einem militärischen Zusammenbruch der Sowjetunion und Englands, einen totalen Krieg zu führen, der mit der von Roosevelt immer wieder lügnerisch im Munde geführten „Verteidigung der westlichen Hemisphäre“ nichts zu tun hat, sondern nur dem großenwahnsinnigen Plan dienen sollte, Europa und Asien einer

134 Weltherrschaft zu unterwerfen. Unter den vielen Dokumenten, die die Kriegsverantwortlichkeit Roosevelts erweisen, ist dieser Kriegsplan vom 11. September 1941 vielleicht das schlagendste aller Beweisstücke. Kriegsminister S t i m s o n gab am 5. Dezember die Echtheit des Dokumentes zu.

Der Krieg hat eine andere Wendung genommen, als Roosevelts Kriegsplan voraussah. Japan hat nicht gewartet, wie sich das Roosevelt vorgestellt hat, bis die Wirtschaftsblockade die in Washington und London erhofften Wirkungen erzielt hatte, sondern hat im rechten Moment die heimtückischen Pläne seiner Gegner zerschlagen. Roosevelt, dessen Kriegsplan vom 11. September davon ausging, daß er im Pazifischen Ozean den Rücken frei haben würde, um alle Kräfte der USA zum Angriff auf Afrika und Europa zu konzentrieren, hat bereits das ganze zusammen mit England in vielen Jahren gegen Japan aufgebaute Stützpunkt-, Einkreisungs- und -angriffssystem in wenigen Wochen zusammenbrechen sehen. Der Kriegsplan vom 11. September hat sich als eine dilettantische Fehlrechnung erwiesen.

Dieser Plan wirft übrigens ein bezeichnendes Licht auf die Verhandlungen, die zwischen Washington und Tokio bis zum 7. Dezember, dem Beginn der japanischen Operationen im Pazifik, geführt worden sind. Sie hatten von Roosevelts Standpunkt aus nur den Sinn, Japan hinzuhalten, damit es die Kriegspläne der USA möglichst wenig störe.

Daß Roosevelt nach dem Kriegseintritt Japans den neuen Botschafter Stalins in Washington, Litwinow-Finkelstein, mit besonderer Herzlichkeit empfing und von Freundschaftsbeteuerungen für „die Völker der Sowjetunion“ überströmte, daß er seine Bemühungen, die Länder Südamerikas immer mehr dem USA-Imperialismus zu unterwerfen, fortsetzte, wird niemand wundernehmen, auch nicht, daß er Herrn Bullitt, als Kriegshetzer auf dem Botschafterposten in Paris nach Ausweis der später bekanntgewordenen diplomatischen Geheimdokumente bestens bewährt, nach dem Nahen Osten entsandte, um dort ganz im Sinne der Kriegspläne Roosevelts vom 11. September 1941 die politisch-militärische Einkreisung Europas zu fördern.

Nicht vergessen sei eine für Roosevelt und seine Leute bezeichnende Episode nach dem Kriegsausbruch im Pazifik. Roosevelt ließ die deutschen und italienischen Pressevertreter in den USA verhaften, um sie für die Dauer des Krieges mundtot zu machen. Erst als die USA-Pressevertreter in den von den Achsenmächten beherrschten Gebieten Europas ebenfalls festgesetzt worden waren, erklärte sich Washington bereit, die Pressevertreter der Achsenmächte wie die Diplomaten zu behandeln, d. h. auszutauschen. Leute wie Roosevelt verstehen eben nur die Sprache der Handgreiflichkeit.

135 Sie ist von Japan nach jahrelangem geduldigen Verhandeln, durch das Tokio sich immer wieder bemüht hat, Washington zu einer Anerkennung der japanischen Lebensinteressen in Ostasien zu brin-

gen, schließlich mit einer nicht nur die Angelsachsen verblüffenden Schlagkraft und Energie zur Anwendung gebracht worden. Über den Verlauf der letzten Verhandlungsperiode, die dem Entschluß Japans, die Politik schließlich mit anderen Mitteln fortzusetzen, vorausgegangen ist, sind wir durch die am 7. Dezember dem Staatssekretär Hüll von den beiden japanischen Unterhändlern N o m u r a und K u r u s u übergebene abschließende Stellungnahme Japans, die veröffentlicht worden ist, unterrichtet. In ihr sind die Forderungen Japans, die von den offiziellen Sprechern Tokios und von der japanischen Presse ja seit Jahren immer wieder formuliert worden sind, noch einmal zusammengefaßt. Sie lauten darauf hinaus, daß Japan den seit der Begründung Mandschukuos geschaffenen Status quo in Ostasien anerkennt, die Unterstützung Tschiangkaischeks durch Washington aufzugeben und den Wirtschaftskrieg der Angelsachsen und Niederländisch-Indiens gegen Japan eingestellt sehen wollte. Auf diese Forderung hat die USA-Regierung zuletzt am 26. November 1941 ausführlich und völlig negativ geantwortet. Diese Antwort enthielt nicht nur die Forderung auf einen Verzicht Japans auf sämtliche im Sinne seines Führungsanspruchs in Ostasien unter großen Opfern gewonnenen Positionen, sondern auch den Verzicht auf den Führungsanspruch selbst und die Unterwerfung Japans unter die angelsächsischen, im Sinne der kolonialen Epoche formulierten Herrschaftsansprüche in Ostasien und im Pazifik.

Die Gegenüberstellung der japanischen und amerikanischen Zielsetzungen in Ostasien, wie sie in der japanischen Note vom 7. Dezember enthalten ist, läßt die Schlußfolgerung dieser Note, die japanische Regierung sehe sich angesichts der Haltung der USA-Regierung zu der Feststellung gezwungen, daß weitere Verhandlungen zwecklos sein würden, als vollkommen berechtigt und den Tatsachen entsprechend erscheinen. Die Forderungen Washingtons waren so, daß nur ein völlig geschlagenes Japan sie hätte annehmen können. Also blieb Japan nichts anderes übrig, als mit dem Schwert sein Recht gegen die raumfremden Herrschaftsansprüche der Angelsachsen in Ostasien durchzusetzen.

Der kaiserliche Erlaß vom 8. Dezember, in dem die Kriegserklärung an die USA und England mitgeteilt wurde, wiederholte noch einmal in prägnanter Zusammenfassung die Gründe für Japans Kriegseintritt. Außenminister Togo hat in seiner Reichstagsrede vom 16. Dezember Japans Politik noch einmal dargelegt und dabei das Bündnis mit Deutschland und Italien als ein Ereignis von allergrößter geschichtlicher

136 Bedeutung bezeichnet. Die Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten werde ganz ohne Zweifel von größtem Erfolg gekrönt sein.

Kriegserklärungen gab es nach den Ereignissen des 7. Dezember in großer Anzahl. Den Großmächten folgten die mit ihnen befreundeten oder von ihnen abhängigen Staaten. An Japan erklärten außer USA und England den Krieg: Kanada, Costarica, Australien, Nicaragua, Niederländisch-Indien, die Dominikanische Republik, Haiti, Honduras, Cuba, El Salvador, Mexiko, Panama, die Südafrikanische Union und Neuseeland. Tschungking erklärte den Krieg an Japan, Deutschland und Italien. Andererseits stellten sich Mandschukuo und die chinesische Nationalregierung in Hankau an Japans Seite. Thailand schloß am 8. Dezember ein Übereinkommen mit Japan über den Durchmarsch japanischer Truppen durch das thailändische Staatsgebiet. Am 21. September wurde zwischen Japan und Thailand ein Vertrag über ein zehnjähriges militärisches, politisches und wirtschaftliches Bündnis abgeschlossen. Wie der thailändische Ministerpräsident Vertretern der japanischen Presse in Bangkok hierzu erklärte, wurden zugleich mit dem Abschluß des Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Thailand und Japan automatisch die Beziehungen Thailands zu England und den Vereinigten Staaten abgebrochen. Eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Japan sei ebenfalls beabsichtigt.

Die Sowjetunion hat zum Krieg in Ostasien und im Pazifik eine abwartende Haltung eingenommen. Litwinow hat am 12. Dezember offen erklärt, die Sowjetunion fürchte einen Zweifrontenkrieg, der den sowjetischen Widerstand gegen Deutschland schwächen würde. Die USA-Regierung sei mit dieser Haltung Moskaus einverstanden. USA und England müssen den Krieg in Ostasien also allein ausfechten.

Sie haben sich dieser Aufgabe bisher als durchaus nicht gewachsen gezeigt. Auf die schlagartige Vernichtung eines großen Teiles der USA-Pazifikflotte folgten die Versenkung der zwei englischen Schlachtschiffe „Prince of Wales“ und „Repulse“, die Wegnahme der amerikanischen Flottenstützpunkte Guam und Wake. Die englische Niederlassung in Tientsin wurde ebenso wie die internationale Niederlassung in Schanghai am 8. Dezember von japanischen Truppen besetzt. Am 26. Dezember fiel Hongkong, das zusammen mit den Philippinen Japans Vordringen nach Süden sperren sollte. Landungen starker japanischer Kräfte auf den Philippinen führten schnell zur Besetzung aller entscheidender Punkte dieses großen, an Natur- und Bodenschätzen reichen Archipels. Die malaiische Halbinsel war

Gegenstand wahrhaft erstaunlicher Landungs- und militärischer Operationen, die die japanischen Truppen in kurzer Zeit Hunderte von Kilometern weit in Richtung auf Singapur vorstoßen ließen. Japans Marine und

137 Luftwaffe beherrscht die ausgedehnten Land- und Seegebiete, in denen sich alle diese Operationen vollzogen, vollkommen. Kriegsvorbereitung und -führung Japans zeigte sich der der USA und Englands in wahrhaft erstaunlichem Maße überlegen.

Die von Japan in so kurzer Zeit besetzten Ländergebiete enthalten an Nahrungsmitteln und kriegswirtschaftlichen Rohstoffen alles, was Japan selbst für eine vieljährige Dauer des Krieges benötigen könnte.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

Januar-Lieferung
(Nr. 57/58 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Rede des Führers zum 30. Januar

Der Führer hielt zum 9. Jahrestage der Machtergreifung im Berliner Sportpalast am 30. Januar 1942 folgende Rede (DNB):

72 Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen! Meine Kameraden!
Jeder spricht in dieser Zeit vor dem Forum, das ihm am geeignetsten erscheint, der eine vor einem Parlament, dessen Existenz, Zusammensetzung und Entstehung uns allen zur Genüge bekannt ist — ich aber glaube an diesem Tage dorthin wieder zurückkehren zu müssen, woher ich gekommen bin, nämlich zum Volk! Alle diejenigen, die hier vor mir sitzen, sind nämlich auch Abgeordnete des Volkes, nur mit dem Unterschied, daß sie keine Diäten beziehen und es oft schwieriger haben, zu einer solchen Kundgebung zu kommen, als die sogenannten berufenen Vertreter der Demokratien.

Ehe wir in das zehnte Jahr des nationalsozialistischen Deutschen Reiches eintreten, ist es wohl angebracht, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen und sich wieder einmal mit den Ursachen unseres Daseins, unseres Werdens und unseres Sieges zu beschäftigen.

Wir hören heute sehr oft die Bemerkung, daß dieser Krieg eigentlich der zweite Weltkrieg sei, d. h. also, man identifiziert diesen Kampf mit dem ersten, den wir selbst noch zum großen Teil als Soldaten miterlebt. Und das ist nicht nur richtig etwa in dem Sinne, daß auch dieser Kampf wirklich fast die ganze Welt umfaßt, sondern es ist noch viel mehr richtig, wenn man bedenkt, daß die gleichen Kräfte, die schon den ersten Weltkrieg veranlaßten, auch für den jetzigen verantwortlich sind, und daß diese Kräfte und Mächte die gleichen Ziele anstreben, die sie damals vielleicht nicht im ersten Augenblick vorgaben erreichen zu wollen, die aber doch im tiefsten Grunde den Absichten ihres Kampfes zugrunde lagen. Es sind aber nicht nur gleiche Ursachen, sondern es sind vor allem die gleichen verantwortlichen Personen. Ich darf mit Stolz sagen, daß eine Ausnahme davon gerade die Staaten machen, die heute als Verbündete durch das Deutsche Reich, Italien und Japan verkörpert werden. Denn eins kann man doch wohl nicht bestreiten: daß Churchill bereits vor den Jahren 1914 einer der gemeinsten Kriegshetzer der damaligen Zeit war — daß Herr Roosevelt damals der junge Mann des Präsidenten Wilson gewesen ist, daß die kapitalistischen Männer von heute auch damals bereits das Gewicht ihres Einflusses in die Waagschale für den Krieg geworfen haben, während umgekehrt niemand leugnen kann, daß w i r an dem damaligen Krieg gänzlich

73 unschuldig gewesen sind. Wir waren alle nur ganz kleine Soldaten, so wie Sie jetzt, meine lieben Verwundeten, hier vor mir sitzen, unbekannte Namenlose, die einfach die Pflicht gerufen hatte und weiter gar nichts, also Männer, die damals ihre Pflicht, so brav sie konnten, erfüllten.

Die gleichen treibenden Kräfte, die den ersten Weltkrieg verschuldeten, sind auch für diesen zweiten verantwortlich. Dabei möchte ich hier gleich eines einfügen: Das damalige Deutschland war eine Monarchie, also keine nationalsozialistische Diktatur, das damalige Deutschland war demokratisch, also kein nationalsozialistischer Staat, und das damalige Deutschland war parlamentarisch, also auch nicht das, was das heutige Deutschland ist, von allen sonstigen Unterschieden abgesehen. Es müssen also Gründe sein, die nicht in der Staatsform liegen, die damals so wie heute als Anlaß zum Angriff gegen uns verwendet wurden, obwohl unsere Feinde in beiden Fällen behaupteten, daß es gerade die Staatsform sei, die sie auf den Plan gerufen hätte. Wir Deutsche können uns allerdings überhaupt nicht vorstellen, daß wir, wenn ein Volk sich plötzlich eine bestimmte Staatsform zulegt, nun deshalb erklären, wir müßten dagegen in einen Krieg eintreten, nur weil uns diese Staatsform nicht passe. Das verstehen wir nicht, und das meinen natürlich auch die anderen im Ernst nicht. Sie sind daher auch gar nicht deshalb in den Krieg eingetreten, weil die Staatsform sie irgendwie irritiert hätte. Nein! Sie bringen es ja fertig, die gemeinste Staatsform, wenn notwendig, zu umarmen, um mit ihr Brüderschaft zu trinken. Nein, nein, das ist es nicht. Es ist nicht die Staatsform, sondern es sind andere Gründe, die sie schon 1914 zum Krieg gegen das Deutsche Reich getrieben hatten!

England war damals der Haupthetzer gegen Deutschland, jenes England, das sich im Laufe von 300 Jahren nur durch Gewalt, durch eine einzige Folge blutiger Kriege etwa ein Viertel der ganzen Erdoberfläche unterworfen hat. Denn es war doch nicht so, daß etwa eines Tages indische Fürsten oder indische Stämme oder deren Deputationen nach London gekommen sind mit der Bitte: „Engländer, kommt nach Indien und regiert uns!“, sondern die Engländer sind nach Indien gegangen, und zwar obwohl die Inder sie gar nicht haben wollten. Sie gingen mit Gewalt dorthin und waren auch nicht mehr hinauszutreiben. Mit Gewalt allein haben sie sich einst dieses riesige Gebiet mit etwa 380 Millionen Menschen unterworfen und es in der Unterdrückung erhalten. Nur mit Gewalt haben sie sich Staat um Staat tribut- und zinspflichtig gemacht. Hinter all dem stand natürlich jene andere uns bekannte Macht, die überall dort Geschäfte wittert, wo es Unruhen gibt: das internationale Judentum. So hat sich England im Laufe von einigen Jahrhunderten die Welt erobert, und um diese Welteroberung, die Völkerunterdrückung sicher

74 zustellen, hat es sich bemüht, in Europa das sogenannte „Gleichgewicht der Kräfte“ aufrechtzuerhalten, das heißt also, dahin zu streben, daß kein europäischer Staat über ein gewisses Maß hinaus an Kraft gewinnen konnte, um vielleicht dadurch zu einer führenden Rolle in Europa aufzusteigen. Was sie wollten, das war das zersplitterte und in sich aufgelöste, in seinen Kräften ewig gebundene Europa, und um dieses Ziel zu erreichen, hat England Krieg

mit Europa geführt, einen Krieg nach dem anderen. Erst sahen sie ihre Vormachtstellung bedroht durch Spanien; nachdem sie endlich Spanien besiegt hatten, wandte sich ihr Interesse den Niederlanden zu; und als dann Holland keine Gefahr mehr zu sein schien, konzentrierte sich der britische Haß auf Frankreich, und als Frankreich mit Hilfe ganz Europas gebrochen wurde, da glaubten sie in Deutschland den Faktor sehen zu müssen, der geeignet sein könnte, Europa vielleicht zu einigen. Und deshalb begann nun der Kampf gegen Deutschland, nicht aus Liebe zu den Völkern, sondern nur aus eigenstem, nüchternstem Interesse, dabei unterstützt von jenem ewigen Judentum, das in jedem Völkerstreit, in Zwist und Hader, immer zu verdienen versteht und zu gewinnen vermag.

Als sie im Jahre 1914 zum erstenmal eine Weltkoalition gegen das damalige Deutsche Reich zusammenbrauten, da hatten sie sonderbare Begründungen. Sie sagten: „Deutschland muß zunächst von seinem Kaiser befreit werden!“ An sich wäre das die Engländer gar nichts angegangen, sondern eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes gewesen. Aber die Engländer sind immer um andere Nationen besorgt, und sie wollten also Deutschland von seinem Kaiser befreien. Sie sagten weiter: „Der Militarismus ist es, der das deutsche Volk unglücklich macht und bedrückt!“ Und die Engländer sind ja bekanntlich überall gegen Bedrückung und gegen das Unglück, das den Völkern aufgebürdet wird. Und endlich versicherten sie noch: „Es muß überhaupt mit dem Krieg ein Ende nehmen, also Krieg dem Kriege!“ — Eine wunderbare, verlockende, herrliche Perspektive! Wenn man sie rückwirkend anwenden wollte, das heißt, wenn man erklärt haben würde, wir Engländer sehen ein, daß der Krieg ein Unrecht ist, denn es entscheidet in ihm nur die brutale Gewalt, und deshalb wollen wir Gewalt für alle Zukunft ausschalten und nun alles annullieren, was durch Gewalt entstanden ist. Das wäre natürlich ein sehr schwieriges Beginnen, weil die ganze Welt sich bisher nur nach dem Prinzip des Rechtes des Stärkeren aufgebaut hat. Aber immerhin, es wäre wunderbar gewesen, wenn England in seinem Abscheu vor dem Kriege der Welt dadurch vorangegangen wäre, daß es auf die Resultate seiner Kriege verzichtet, das heißt sie also der Welt zurückerstattet hätte. Würde England

75

das getan und erklärt haben: „Wir verabscheuen den Krieg und ziehen uns daher aus Südafrika zurück, wir verabscheuen den Krieg und verlassen daher Indien, das wir nur durch den Krieg erworben haben, wir verabscheuen den Krieg und gehen daher aus Ägypten heraus, denn auch Ägypten haben wir nur mit Gewalt unterworfen, wir geben auch den ganzen Nahen Osten auf, den wir auch nur gewaltsam besetzten“, dann wäre das eine wunderbare Geste gewesen, um auf diese Weise dem Kriege den Krieg anzusagen!

Aber unter der Parole „Krieg dem Kriege“ verstand man in England etwas anderes, nämlich die Verhinderung jeder Möglichkeit, das zugefügte Unrecht auf dieser Welt wieder einmal gutzumachen. Man verstand darunter, die Mächtigen noch mächtiger und die Machtlosen noch machtloser zu machen. Es ist ungefähr so, wie wir das auch innerpolitisch kennen, wenn Leute sagen: „Wir wollen keine Änderung der Gesellschaftsordnung mehr. Wer reich ist, soll reich bleiben, wer arm ist, muß arm bleiben; so wie es gegeben ist, ist es gewollt, und so wie es gewollt ist, soll es sein; denn der Mensch soll sich nicht aufbäumen gegen dasjenige, was gewollt ist, indem es gegeben wurde.“

Sie kennen nun, meine Volksgenossen, im Gegensatz hierzu unsere nationalsozialistische Auffassung. Wir sehen zu jeder Zeit in dem bestehenden Zustand auf dieser Welt das Ergebnis eines sich nie unterbrechenden Lebens- und damit Entwicklungsprozesses. Es ist unmöglich, in einem bestimmten Augenblick zu sagen: Nun hört dieser Prozeß auf. Es liegt in der Natur der Entwicklung aller Dinge, daß jede Stagnation zu einem Absterben führen muß. Es liegt im Wesen der Natur, daß immer wieder der Tüchtigere emporgehoben und herausgehoben wird, das heißt also, daß man im Innern der Völker die Bahn dem Tüchtigen freimachen muß und sie nicht durch Gesellschaftsordnungen verriegeln darf. Man muß dafür sorgen, daß fortgesetzt ein Strom frischen Blutes von unten nach oben fließt, und daß alles das, was oben faul ist und absterben soll, weil es zum Absterben reif ist, auch tatsächlich absterbt.

Es ist also der „Krieg gegen den Krieg“ nur eine durch und durch verlogene Parole gewesen. Der beste Beweis war der, daß in dem Moment, in dem der Krieg zu Ende war, weder die Voraussetzungen noch die Instrumente zur Führung neuer Kriege beseitigt wurden. Es wäre eine wunderbare Geste gewesen, wenn nach der Abrüstung Deutschlands, so wie es vertraglich zugesichert war, auch Amerika, England und Frankreich abgerüstet hätten. Wir haben sie ja so oft ermahnt, in der Weimarer Republik gebeten, später dann gefordert, daß sie das tun müßten. Sie dachten gar nicht daran! Im Gegenteil, die Kriege gingen weiter. Nur der Unterlegene, das deutsche Volk, hatte damit jede Aussicht verloren, sein Dasein auf dieser Welt noch einmal zu seinen Gunsten zu verändern.

76

Die Methoden, mit denen man im ersten Weltkrieg kämpfte, waren ähnlich den heutigen. Zunächst Kampf von außen in Form der Zusammenbringung von Koalitionen. Es gehört schon ein Stück Churchillscher Unverschämtheit dazu, heute zu sagen: „England war niemals in der Lage, allein aus eigener Kraft mit Italien oder Deutschland Krieg zu führen.“ Er gibt jetzt also selber zu, daß er gar nicht in der Lage gewesen wäre, allein zu kämpfen. Aber dieser gleiche Mann hat jahrelang der ganzen Welt durch seinen Vordermann Garantieversprechungen anbieten lassen. Sie liefen herum und haben jedem Staat der Welt versichert: „Großbritannien wird mit seiner ganzen Macht hinter euch treten und wird euch beschützen.“ Und heute sagt dieser gleiche Erzlügner: „Wir waren überhaupt nicht in der Lage, einen Krieg allein zu führen.“ Und das ist richtig! Sie waren auch im Weltkrieg nicht in der Lage, den Krieg allein zu führen. Sie haben deshalb eine Koalition weltweiten Ausmaßes zusammengebraut. Es wa-

ren die gleichen Methoden: Versprechungen an alle diejenigen Kleingläubigen, Leichtgläubigen oder Dummen, die darauf hereinfallen wollten und hereingefallen sind — und im übrigen der Versuch, möglichst viel fremdes Blut für die eigenen Interessen kämpfen zu lassen. So hat das britische Weltreich im Verlauf von 400 Jahren seiner Entstehung kaum 10 v. H. von dem Blut verloren, das Deutschland in zahllosen Kriegen vergießen mußte, nur um seine nackte Existenz zu verteidigen. Und trotzdem sind wir dabei immer kleiner und ärmer geworden.

Daß das damals so war, hängt zusammen mit unserer inneren Zersplitterung. In der Zeit, in der das britische Weltreich entstand, hat sich Deutschland selbst geschwächt. Es waren Gedankengänge, die wir heute nicht mehr verstehen, Gedankengänge religiöser Art, die leider mit dem Schwert ausgefochten worden waren, Gedankengänge, die aber entsetzlich in ihren Folgen wurden, obwohl sie uns heute in ihrem inneren Wesen gänzlich belanglos erscheinen. Allein diese furchtbaren inneren religiösen Kämpfe, die das deutsche Volk unendlich viel Blut kosteten, haben England die Möglichkeit gegeben, in dieser gleichen Zeit einen Weltanspruch zu erheben, der ihm weder an Zahl noch an Bedeutung jemals zugestanden hat. Denn ich muß immer wieder darauf hinweisen, daß nicht etwa wir Deutsche die Emporkömmlinge sind. Wenn man schon von Emporkömmlingen reden will, dann sind das höchstens die Engländer selbst und nicht wir! Wir haben eine ältere Geschichte als sie. In einer Zeit, in der Europa ein gewaltiges deutsches Kaiserreich kannte, war England nur eine ganz unbedeutende grüne Insel.

Im vergangenen Weltkrieg nun sah man die Möglichkeit einer solchen Zersplitterung auf einem anderen Gebiet.

77 Nachdem die religiösen Fragen nicht mehr zum Blutvergießen ausreichten, sintemalen die Priester selbst nicht mehr bereit gewesen wären, sich für diese Ideen totschiagen zu lassen, fand man nach der Unmöglichkeit, das deutsche Volk noch in dynastische innere Krisen zu verwickeln — eine neue Möglichkeit im Ausspielen der Parteien. Wir haben das damals erlebt: Parteien der Rechten und der Linken, in sich selbst wieder zerfallen, ein halbes Dutzend bürgerlicher und ein halbes Dutzend proletarischer Erscheinungen. Und mit diesen Parteien, angefangen von den Bürgerlichen über das Zentrum bis zur KPD., ist es gelungen, das deutsche Volk im Innern langsam auszuhöhlen und zu zermürben. Trotzdem war der Verlauf des Krieges ein glorreicher. Die Jahre 1914 bis 1918 beweisen, daß nicht etwa der Gegner gesiegt hat; es war eine gemeine Revolte, angezettelt von marxistischen, zentrümlichen, liberalistischen, kapitalistischen Subjekten, und hinter allem als treibende Kraft der ewige Jude, die Deutschland damals zu Fall gebracht hatte.

Wir wissen heute aus den Aussprüchen der Engländer selbst, daß sie im Jahre 1918 am Ende waren und vor ihrem eigenen Zusammenbruch standen, als sich gerade noch eine Viertelstunde vor zwölf die ersehnte Revolte in Deutschland verwirklichen ließ. Dazu kamen die Feigheit der damals Regierenden, ihre Unentschlossenheit und Halbheit sowie die eigene Unsicherheit. Und so allein konnte der erste Weltkrieg verloren werden, nicht infolge der Verdienste unserer Gegner, sondern ausschließlich durch unsere eigene Schuld.

Die Folgen dieses Zusammenbruchs im November 1918 waren nun nicht etwa die Aufnahme Deutschlands in die offenen Arme der Weltdemokratie, waren nicht die Sorgen der anderen um die Befreiung des deutschen Volkes von seinen Lasten, um eine Hebung des deutschen Volkes auf eine höhere Kulturstufe, das konnten sie schon deshalb gar nicht fertigbringen, weil sie selbst auf einer viel tieferen waren, sondern die Folge war nur der entsetzlichste Zusammenbruch politischer und wirtschaftlicher Natur, den jemals ein Volk erlebte. Damals trat uns ein Mann entgegen, der dem deutschen Volk unermeßlichen Schaden zugefügt hat: Woodrow Wilson, der Mann, der mit eiserner Stirn log, wenn Deutschland die Waffen niederlegen würde, bekäme es einen Frieden der Versöhnung und der Verständigung, dann würde es nicht seine Kolonien verlieren, sondern es sollen dann nur die Kolonialprobleme gerecht geordnet werden. Der Mann log uns vor, daß eine allgemeine Verständigung die Folge sei, daß wir aufgenommen würden in einen gleichen Bund aller Völker. Er log weiter, daß damit die Geheimdiplomatie beseitigt werde und dann endlich ein neues Zeitalter des Friedens, der Gleichberechtigung, der Vernunft usw. die Welt befriedete. Der junge

Mann dieses Heuchlers war der heutige Präsident Roose-v e 11. Er war seine rechte Hand. Diesem Manne aber hatte unser deutsches Volk damals vertraut. Es besaß keine Ahnung, daß es sich hier um einen amerikanischen Präsidenten handelte, d. h. also um einen Mann, der nicht zur Wahrheit verpflichtet ist, der z. B. vor einer Wahl ruhig sagen kann: „Ich werde gegen den Krieg eintreten“ — und nach der Wahl erklären darf: „Ich trete für den Krieg ein“, und der, wenn er dann zur Rede gestellt wird, es ebenso ruhig aussprechen kann: „Ja, das habe ich allerdings vorher gesagt, weil ich glaubte, daß es in den USA Dumme genug geben würde, die das für Wahrheit nehmen.“ Das deutsche Volk hat aber noch etwas nicht gewußt, daß es sich hier um einen Paralytiker gehandelt hat, um einen Irrsinnigen, der das USA-Volk damals führte, ein Volk, mit dem das deutsche in seiner Geschichte noch nie zuvor einen Konflikt gehabt hatte. So kamen die Stunden jener bittersten Enttäuschung, die schon in dem Augenblick begannen, als die deutschen Unterhändler im Wald von Compiègne zu dem Salonwagen hintraten und dort mit der barschen Frage angefahren wurden: „Was wollen die Herren hier?“ Es kam ein Waffenstillstand, der in Wirklichkeit bereits die totale Wehrlosmachung bedeutete. Und die Folge dieses Waffenstillstandes war dann der Friedensvertrag, die vollkommene Entwaffnung unseres Volkes, seine Rechtlosmachung und damit die ermöglichte Ausplünderung und Ausbeutung durch ein internationales Finanzkomplott, das unser Volk in das tiefste Elend warf. Vorher hatte man erklärt: „Wer behauptet, daß wir die Absicht haben, Deutschland die Kolonien

wegzunehmen, der lügt." Man hat sie uns weggenommen! Man sagte: „Wer behauptet, daß wir uns mit dem Gedanken tragen, Deutschland etwa seine Handelsflotte wegzunehmen, der spricht nicht die Wahrheit." Man hat sie uns weggenommen! Man hat vorher gesagt: „Wer behauptet, daß wir vom deutschen Volk Teile wegreißen wollen, der hetzt das Volk auf." Man hat uns später einen Teil nach dem anderen weggenommen! Man hat alle Versprechungen gebrochen! Das deutsche Volk sank in wenigen Monaten in eine unvorstellbare tiefe, verzweifelte Verzagttheit, an allen Ecken und Enden nirgends mehr eine Hoffnung, ein ausgehungertes Volk, dem man selbst dann seine Kriegsgefangenen nicht zurückgab, als es bereits den Waffenstillstand und den Frieden unterzeichnet hatte, ein Volk, dem man auch dann keine Lebensmittel gab, als es bereits waffenlos war, das man nur immer wieder erpreßte und dem man immer wieder mit einer neuen Erpressung eine neue Unterwerfung abforderte und abzwang. Wenn man sich das heute vor Augen hält, dann kommt man jetzt noch in den Zustand eines Grimms und eines Hasses hinein gegen eine Welt, in der so etwas geschehen konnte.

79 In dieser Zeit, meine Volksgenossen, als alles zerbrochen war, als die oberste Spitze des Reiches nach dem Ausland floh, als andere kapitulierten, als die Wehrmacht ihre Waffen abliefern mußte und das Volk sich selbst freiwillig entwaffnete, in der Zeit, in der sogar noch Deutsche gegen Deutschland im Innern wüteten, da man schrie: „Es ist gut, daß wir den Krieg verloren haben", als es Subjekte gab, die erklärten: „Wir durften diesen Krieg gar nicht gewinnen", in dem Moment, da jeder angespien wurde, der überhaupt noch von Deutschland redete, in einer Zeit, in der man den Lebensverzicht, den Verzicht darauf, als Deutscher in der Welt zu gelten, als vernünftig pries, in der Zeit, meine Volksgenossen, bin ich in das politische Leben eingetreten mit dem Entschluß, dieses verlorene und verratene Deutschland wieder aufzurichten. Es war ein so wahnwitziger Entschluß in den Augen vieler anderer, daß mich meine nächsten Freunde gar nicht verstanden. Ich habe die Kraft zu diesem Entschluß nur gewonnen aus der Kenntnis des Volkes. Hätte ich damals nur die oberen Zehntausend gekannt, glauben Sie mir, meine Volksgenossen, ich stünde heute nicht vor Ihnen. Ich hätte nie den Mut gefunden, dieses Volk in eine bessere Zukunft zu führen. Ich kannte damals aber in erster Linie das breite Volk, vor allem meine Kameraden. Ich wußte, daß diese Männer Unermeßliches und Unvorstellbares geleistet hatten. Ich wußte vor allem, wie treu und zuverlässig sie waren.

Ich wußte, daß, wenn sie nur die richtige Führung gehabt hätten, sie niemals zu einer Kapitulation zu bewegen gewesen wären, schon ihrer Kameraden wegen nicht, weil sich jeder sagte: für das, für was ich kämpfe, sind schon so viele meiner Kameraden gefallen. Ich darf sie nicht im Stich lassen, das wäre ein Verrat an ihnen. Auch sie haben ihr Leben eingesetzt!

Ich hatte die breite Masse des Volkes gekannt aus meinem damaligen Leben. Und diese Masse hat mir den Glauben an das deutsche Volk nicht nur erhalten, sondern neu gegeben, wenn später all die Jahre hindurch widrige Umstände oder irgendein Unglück doch noch gegen die Verwirklichung meines Planes zu sprechen schienen.

80 Ich war mir im klaren, daß die Entwicklung so, wie wir sie in den letzten 20 bis 30 Jahren vor dem Kriege gesehen haben, zu nichts anderem als zum Zusammenbruch führen mußte. Und ich hatte daher den Entschluß gefaßt, nun von Grund auf dieser Entwicklung den Kampf anzusagen, d. h. also nicht einfach zu erklären: Ich will, daß Deutschland wieder eine Wehrmacht bekommt, eine Armee oder eine Luftwaffe, sondern ich war mir im klaren, daß zunächst unsere innere Struktur und die Gesellschaftsordnung umgestaltet werden mußten, daß wir in dem abgestorbenen Körper unseres Volkes das Blut von unten nachsteigen lassen mußten und daß zu dem Zwecke schwere Eingriffe in die Gesellschaftsordnung notwendig waren. Ich habe es nicht für möglich angesehen, diesen Eingriff erst nach dem Erreichen der Macht vorzunehmen, sondern ich war der Überzeugung, daß einst die Macht überhaupt nur dem Körper zuteil werden könne, der das Gesicht und das Wesen des neuen Zustandes schon in sich verkörpern würde, das heißt also, ich war entschlossen, mit wenigen Menschen beginnend, eine Bewegung aufzubauen, die in sich das bereits verkörpern sollte, was mir später als wesentlich und für die Gesamtheit notwendig vorschwebte. Und es war dies vielleicht doch nicht so schwer, als manche dachten, insofern, als ich ja vor der Gefahr bewahrt blieb, daß damals unwürdige Streber oder eigensüchtige Menschen in meine Reihen kamen. Denn wer in den Jahren 1919, 1920, 1921, 1922, 1923 zu dieser Bewegung stieß, der mußte ein grenzenloser Idealist sein. Alle anderen konnten nur sagen: „Da ist ein vollständiger Narr, der will ein neues Volk aufbauen, der will einen neuen Staat gründen, der will eine neue Wehrmacht aufrichten, der will Deutschland wieder freimachen, und dabei hat er nicht einmal einen Namen, kein Kapital, keine Presse, keine Partei, gar nichts hat er — also mit einem Wort: ein Verrückter!" Es mußten schon grenzenlose Idealisten sein, die damals zu mir kamen, denn sie hatten gar nichts zu gewinnen, sondern immer nur zu verlieren, immer nur zu opfern. Und das kann ich von meinen damaligen Kämpfern sagen: Viele haben alles verloren, manche sogar das Leben.

Ich habe diesen Kampf nun zunächst gegen die Dummheit begonnen, gegen die Dummheit und Trägheit unserer sogenannten oberen Schichten. Ich habe ihn angefangen gegen die Feigheit, die sich überall breitmachte, diese Feigheit, die immer als Klugheit getarnt einherging und sagte, man muß sich fügen, man muß geduldig sein, oder, wie Herr Erzberger es ausdrückte: „Alles unterschreiben, was sie uns vorlegen, dann werden sie uns verzeihen, und alles wird wieder gut werden." Mit dieser maßlosen Feigheit, die alles andere vorzog als standhalten, habe ich damals kämpfen müssen im kleineren und ebenso bald im größeren Kreis. Wie oft habe ich erlebt, daß dieses Bürger-

tum uns vorwarf: „Warum gehen Sie auf die Straße, Sie sehen doch, das wollen die anderen nicht, das kommt zu Konflikten. — Warum also? — Halten Sie sich zurück, seien Sie doch stille.“ Wir aber sind nicht stille gewesen, ja, ich habe damals das Programm aufgestellt: Die deutsche Straße gehört den deutschen Männern und nicht den Juden (der Schluß des letzten Satzes geht in einem Beifallssturm unter), und ich habe sie diesen deutschen Männern erobert, nicht durch die Klugheit der Feiglinge, sondern durch die Tapferkeit dieser Draufgänger, die sich

81 damals mir angeschlossen hatten und mit mir bereit gewesen sind, die Straßen freizukämpfen von unseren Feinden und Gegnern und langsam wieder die deutschen Farben in diese deutschen Straßen der deutschen Märkte, Dörfer und Städte hineinzupflanzen. Und ich mußte damals weiter ankämpfen gegen so viele Interessen aller einzelnen. Der Mann von links sagte mir: „Du gehst gegen meine Interessen vor. Ich habe ein Klasseninteresse, und dieses Klasseninteresse verpflichtet mich, den anderen umzubringen!“ Und der andere erwiderte: „Herr, bleiben Sie weg von uns. Wir haben unsere alten Standesinteressen.“ Ich mußte mich gegen beide Seiten wenden. Und über alle diese Interessen, die im Stand oder in der Klasse verankert schienen, die Interessen stellen, die im Volkstum liegen, dieser unlösbaren Gemeinschaft. Das sieht heute alles so selbstverständlich aus, aber meine alten Mitkämpfer wissen, daß es nicht selbstverständlich war, diese Binsenwahrheit in die Querschädel von links und rechts hineinzubringen. Die einen wollten diesen Gedanken nicht aufnehmen, einfach aus Verbissenheit: „Was, wir werden den anderen den Schädel einschlagen!“ war ihre Parole. Und die anderen wollten sie nicht aufnehmen aus Dummheit oder aus trägem Gedankenfluß, weil sie sagten: Das war bisher so, warum sollen wir uns jetzt plötzlich ändern. Überhaupt, Sie können von mir nicht verlangen, daß ich mich plötzlich mit diesen Leuten aus dem einfachen Volke abgebe, das kann ich einfach nicht. Am Ende verlangen Sie von mir noch, daß ich mich in der Trambahn zu ihnen hinsetze. Alles, was recht ist, ich bin selbstverständlich auch der Meinung: Wir sollen sein ein einzig Volk von Brüdern, aber mit Abstand, meine Herren, mit Abstand, nicht zu nahe, und vor allem nur bei Wahlzeiten, sonst nicht. Das war also alles nicht so einfach, langsam einen nach dem anderen aus diesem Volk herauszuholen, und wie viele sind mir wieder davongelaufen. Es war ja nicht so, meine Volksgenossen, als ob jeder, der damals zu mir gekommen ist, auch etwa bei mir geblieben wäre. Manchesmal hatte ich 50, 60 irgendwo in einem Ort gewonnen, und drei Monate später waren es wieder bloß 6, 7 oder 8. Man mußte wieder anfangen. Aber ich habe mir damals eine Rechnung aufgestellt: wenn ich 100 gewinne und es bleiben mir immer nur 10 und die anderen 90 gehen wieder weg, dann werden es, wenn ich 1000 gewinne, 100 sein, wenn ich 10 000 gewinne, werden 1000 bleiben, und allmählich wird die Zahl derer, die bleiben, immer größer und größer werden, und wenn einer das zweite und dritte Mal wieder weggelaufen ist, geniert er sich vielleicht, das fünfte Mal wieder davonzugehen. Er wird dann doch dabeibleiben. Und so werde ich langsam mit Geduld und Beharrlichkeit mir eine neue Volksgemeinschaft im Deutschen Reich selbst aufbauen, die anderen mögen lachen oder spotten, soviel wie sie wollen. Das ist gleich. Sie

82 mögen gegen uns vorgehen, auch dies ist gleich, dann werden wir uns wehren. Wir werden nicht von der Straße gehen, nicht unsere Plätze räumen, sondern werden uns so lange schlagen, bis wir entweder liegenbleiben oder die anderen weichen und uns der Weg frei wird. Diese Grundsätze sind für uns Nationalsozialisten heute selbstverständlich, damals waren sie aber ganz neue Vorstellungen und Erkenntnisse, die von vielen weder begriffen noch als selbstverständlich angenommen wurden. Dann kam noch ein Weiteres hinzu: die verfluchte Tradition, in der jeder einzelne groß geworden war und von der er glaubte, sich nicht loslösen zu können, überhaupt dieses ganze Problem der Erziehung, diese Eierschalen, die der einzelne ja viel schwerer ablegt als alles andere, die Meinung, er sei nun eben anders geboren als der andere, er könne sich nun eben nicht mit dem breiten Volk vermischen, aus dem Grunde, weil er von einer besonderen Gesellschaftsschicht stammt, der andere aber kann es nicht, weil er wieder von einer anderen kommt. Es war ein Kampf gegen Traditionen und natürlich auch gegen die Bildungselemente, die man nur zu leicht mit dem Wert der Menschen verwechselt. Denn man sagte: „Sie können doch mir nicht als Gebildetem zumuten, daß ich mich in eine Ortsgruppe hineinbebe, in der meinerwegen ein Tagelöhner oder so etwas der Führer ist. Ich mußte den Menschen erst beibringen, daß Führen mit einem abstrakten Wissen, das man in einer Studienanstalt eingepaukt bekommt, gar nichts zu tun hat. Das eine ist eingelernt — und oft eingetrichtert in weiß Gott wieviel Nachhilfestunden, und das andere ist angeboren und wird sich immer durchsetzen. Und hier nun eine Synthese zu finden zwischen der natürlichen Veranlagung zum Führen und dem notwendigen Wissen, das war die gestellte große Aufgabe. Das begriff man damals gar nicht. Es war ein Kampf gegen fast alle Lebensgewohnheiten und dazu außerdem noch ein Kampf gegen die natürlichsten Interessen, in dem der einzelne sagte: „Ja, hören Sie, wenn ich Ihnen beitrete, verliere ich mein Geschäft!“ und der andere wieder: „Dann fliege ich aus meinem Arbeitsplatz heraus. Meine Kollegen, die dulden das ja nicht!“ — Glauben Sie, meine Volksgenossen, es war damals ein Heldentum, erster Nationalsozialist in einer Grube, in mancher Fabrik zu sein, aber es gehörte auch fast ein Heldentum dazu, erster Nationalsozialist in einem Salon zu sein, für die einen, weil sie körperlich, und die anderen, weil sie geistig bedroht worden sind. Und ich weiß nicht, was schlimmer ist: eine körperliche Bedrohung oder eine geistige Anblödelung, die unter Umständen vielleicht einen Menschen noch schneller kaputt machen kann als eine körperliche Mißhandlung. Es sind Idealisten gewesen, die damals zu uns gekommen sind, und ich möchte hier noch etwas erklären: Diese Helden haben in Wirklichkeit den

83 Krieg 1914/18 ja nur fortgesetzt. Man hat es später oft so dargestellt, als ob etwa hier Soldaten wären und dort die Partei. Nein, das waren einst die Soldaten gewesen, und zwar die besten Soldaten, nämlich jene ewigen Soldaten, die die Unterwerfung nicht ertragen wollten und nicht konnten, so wie ich heute der Überzeugung bin, daß ein wirklich guter Nationalsozialist auch in Zukunft der beste Soldat sein wird. Und nun kamen noch die organisierten Gegner. Das waren zunächst so ungefähr 46 oder 47 Parteien. Das schwankte, je nachdem sich die Radfahrer oder die Kleingärtner oder Häusler oder sonst irgendwelche Leute zusammengeschlossen hatten. Aber es waren manchmal bis zu 46 Parteien. Organisierte Gegnerschaft! Und hier vor allem die Parteisekretäre, ihre Funktionäre, die in uns naturgemäß den Ruin ihres ganzen Daseins sahen, denn wo sollte endlich eine bürgerliche Parteienwelt, repräsentiert durch ihre Syndizi, Parteisekretäre usw., hinkommen, und wo eine proletarische, repräsentiert durch Gewerkschaftsführer und auch wieder durch Parteisekretäre, wenn nun plötzlich einer kommt und sagt: „Dieser ganze Kampf ist an sich ein heller Wahnsinn, ihr streitet hier für etwas, was niemand einen Nutzen bringt, ihr werdet beide von eurem hohen Roß heruntersteigen müssen, auf die Dauer könnt ihr jedoch ohne einander nicht auskommen, also laßt das Gezeter und kommt einmal vernünftiger miteinander aus, als daß ihr euch erst gegenseitig zugrunde richtet.“ Das konnte man natürlich dem einzelnen sagen, aber es einem Parteisekretär sagen, hieß, den Mann sofort zum Nachdenken zu bringen, und das Nachdenken führte bei dem zur Erkenntnis, daß damit seine ganze Existenz vorbei war. Wenn ich erst einmal zugebe, daß man um Konfessionen keine politischen Kämpfe führen soll, wo kommt dann der Zentrumsinteressent hin? Wenn ich sage, ich kann keinen politischen Kampf führen, beispielsweise um Gegensätze, die rein wirtschaftlicher Art sind, und da er nicht mit brachialer Gewalt ausgekämpft, sondern mit Vernunft ausgeglichen werden müsse, wo kommen die Gewerkschaftssekretäre und Syndizi hin? Und wo kommen vor allem dann die lieben Juden hin, die in beiden Lagern ihre Interessenten haben, die auf der einen sowohl das Kapital dirigierten, als auf der anderen Seite die Antikapitalisten anführten und oft in einer Familie zwei Brüder in beiden Lagern hatten?

Meine Volksgenossen! Als ich diesen Kampf damals begann, war ich mir genau bewußt, daß es ein Kampf gegen eine ganze Welt war, und wie schwer er war, können nur meine alten Mitkämpfer wissen. Ich kann sagen, daß für mich der Krieg seit dem Jahre 1914 kein Ende gefunden hatte. Ich habe weitergekämpft, sowie ich erst reden konnte, und bin landauf, landein von Ort zu Ort gezogen, habe geredet und geredet, gearbeitet, immer nur mit dem einen Gedanken, das deutsche Volk aus dieser Zersplitterung zu erlösen, aus seiner Lethargie herauszureißen, es aus seinem Schlaf zu erwecken und wieder zu einer bewußten Kraft zusammenzuschließen.

84 Ich habe im Laufe dieser Jahre nicht nur politische Mitkämpfer gefunden, sondern auch unzählige Menschen, die uns nur mit ihrer Arbeit geholfen haben. Frauen und Männer, die ihr Leben hingegeben haben für die Partei, die ihr alles war. Das konnten die anderen, diese armseligen Bürgerlichen zum Beispiel, überhaupt nicht verstehen, was der Nationalsozialismus für so viele Familien bedeutete, für Menschen, die den ganzen Tag nur an ihre Bewegung gedacht hatten, alles dafür gaben, die dafür gearbeitet haben, jedes Opfer einsetzten! Heute weiß es die ganze Nation. Denn was damals kleine Gruppen waren, das sind heute die Millionen deutscher Volksgenossen, die zu den Sammelstellen hingehen und heute als Angehörige unserer Gemeinschaft für unsere Wehrmacht, unsere Soldaten, ihre letzten Pelze oder Pullover hingeben!

Dieses Glück, einer Sache dienen zu können, für sie opfern zu dürfen, das heute Millionen haben, das hatten damals nur die wenigen Nationalsozialisten unserer Bewegung. Wie groß deren Glück aber war, können nur die ermessen, die heute auch von sich sagen können: Ich tue alles für mein Volk, alles für unsere Soldaten, damit sie bestehen können in ihrem Kampf für uns alle! Aus der damaligen kleinen Bewegung ist eben doch die deutsche Volksgemeinschaft geworden, wenn auch langsam, aber das war gut so. Sie brauchte Zeit. Aber sie wurde. Dieser Kampf um die Sache unseres Volkes verlief nun nicht ununterbrochen in einem gleichförmigen Aufstieg. Es sind auch wieder Tage gekommen schwerster Bedrängnis, Zeiten des tiefsten Rückschlages. Ich brauche Sie nur erinnern an das Jahr 19 2 3. Ich habe damals gekämpft. Im Ruhrgebiet standen unsere Feinde. Deutschland war von der Inflation ruiniert. Das ganze deutsche Volk schien einem Elend ohnegleichen entgegenzugehen. Und über alles triumphierte der Jude. Er profitierte an unserem Unglück. Da versuchte ich damals als ein Mann die Macht in die Faust zu bekommen, um dem noch Einhalt zu gebieten. In dem Augenblick aber, in dem ich nun glauben durfte, die Macht zu erhalten, da schlug mich das Schicksal zu Boden, und statt an die Macht zu kommen, kam ich in das Gefängnis.

85 In dieser Zeit mußte sich die Bewegung bewähren. Selbstverständlich auch ich mich selbst. Und ich darf es schon aussprechen, daß ich in diesem Augenblick, kaum daß mir erst wieder die Besinnung gekommen war, sofort neuen Mut gefaßt und meinen alten Glauben wiedergewonnen hatte. Meine Gegner sagten: „Jetzt ist er tot! Man braucht überhaupt gar keine Rücksicht mehr auf ihn zu nehmen, man braucht ihn auch nicht mehr zu erwähnen. Der Nationalsozialismus ist eine erledigte Angelegenheit.“ Nach 13 Monaten kehrte ich aber wieder zurück und begann nun von neuem. Und ich glaube, daß das vielleicht das Entscheidende für unsere Partei war: Siege ertragen kann jeder Schwächling, Schicksalsschläge aushalten, das können nur die Starken! Die Vorsehung gibt aber nur jenen den letzten und höchsten Preis, die es vermögen, mit Schicksalsschlägen fertig zu werden.

Ich habe damals in der Bewegung den ersten schweren Schlag großen Ausmaßes bekommen. Er war wenige Jahre später überwunden. Was es an Arbeit kostete und an Nervenstärke, das wissen diejenigen, die mir damals nahestanden. Aber ich habe auch dieses unbändige Vertrauen erhalten, auch zu meiner eigenen Person, daß mich gar nichts, was immer es auch sei, jemals aus dem Sattel werfen kann, daß mich nichts mehr zu erschüttern vermag. Derjenige geht daher fehl, der da glaubt, mich durch irgend etwas erschrecken oder gar verblüffen zu können. Ich habe mir die Worte eines großen deutschen Philosophen zu Herzen genommen: „Ein Stoß, der einen starken Mann nicht umwirft, der stärkt ihn nur noch mehr!“

Und wie verhielt sich nun damals das Ausland? Von uns nahm es ja keine Notiz; denn es wurde unterrichtet von seinen Diplomaten, und die Diplomaten verkehrten in Kreisen, in denen wir Nationalsozialisten nicht verkehren konnten und nicht verkehren wollten und von mir aus auch nicht verkehren durften. Diese Diplomaten haben wunderbare Berichte an ihre Regierungen geschickt, in denen sie das ganze Kräftespiel des Reiches aufhellten, aber dabei die Kraft übersahen, die das ganze Reich eines Tages zu übernehmen bestimmt war. Sie behandelten das damalige Deutschland, als ob es überhaupt keinen Nationalsozialismus geben würde.

Wie haben sie nun aber dieses Deutschland selbst behandelt? Ihr Deutschland! Ihr demokratisches Deutschland! Das Kind, das sie selbst einst gezeugt hatten, diese Mißgeburt parlamentarischer Demokratie, Weimarer Verfassung und Versailler Gesetzgebung! Wie haben sie dieses Kind mißhandelt, erpreßt und ausgedrückt. Wenn sie heute so tun, als ob sie gegen uns Nationalsozialisten wären oder das nationalsozialistische Deutschland ablehnten. Was haben sie denn dem demokratischen Deutschland zugefügt? Es gibt hier nur einen Unterschied: Uns können sie ja gar nicht bedrücken, aber das demokratische Deutschland konnten sie.

86

Ich habe nie einen Wert darauf gelegt, wie das Ausland über mich urteilt. Es ist mir dies ganz gleichgültig. Wenn mich einmal meine Feinde loben sollten, dann kann mich das deutsche Volk zum Teufel jagen. Also uns und mir war das gleichgültig. Aber das demokratische Deutschland haben sie mißhandelt, dieses Deutschland, das dann in den Völkerbund hineinkroch, das dort herumwinselte und bettelte, von einer Anleihe zur andern kam, und doch nur abgespeist wurde mit einigen Brosamen, die vom Tisch dieser sogenannten Besitzenden herunterfielen. Sie sind wirklich als Habenichtse behandelt worden, aber sie hatten dafür den Vorzug, in Genf sitzen zu dürfen. Man hat ihnen alle Menschenrechte verweigert, aber sie hatten die Ehre, hie und da an einer internationalen Konferenz teilnehmen oder in ihr sogar präsidieren zu dürfen. Man hat das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in dieser Zeit mißhandelt, man hat sich um nichts gekümmert, aber sie durften wenigstens vom Selbstbestimmungsrecht anderer Nationen im Genfer Völkerbundsparlament sprechen, und sie waren damit schon glücklich und zufrieden.

Die Abrüstung: Wenn man heute sagt, dieses Deutschland, dieses nationalsozialistische Deutschland, es hat uns zur Rüstung gezwungen, so ist dies eine grobe Lüge. Abgesehen davon, daß ich ihnen ja selbst so oft Vorschläge zur Abrüstung vorgelegt habe, gab es einst ja ein Deutschland, das überhaupt keine Rüstung hatte. Warum haben sie denn damals nicht ebenfalls abgerüstet? Sie konnten das doch tun. Oder glaubte man, daß etwa Stresemann oder Marx oder irgendein anderer dieser Herren, Wirth, Bauer, Ebert, Scheidemann usw., der Welt den Krieg erklärt haben würden? Nein, das können sie niemand vormachen. Das haben sie auch selbst nicht geglaubt. Damals also konnten sie abrüsten. Sie haben es nicht getan. Im Gegenteil, sie haben Kriege geführt. Die einen setzten sich da fest, die anderen dort. Die Engländer haben sich um ihre europäischen Verbündeten nicht mehr gekümmert. Sie haben die Araber um ihr Selbstbestimmungsrecht betrogen: Den Indern, denen sie, als sie sie im Kriege brauchten, Versprechungen gemacht hatten, wurden später alle Zusagen kurzerhand wieder gebrochen. Aber sie wußten genau, warum Deutschland abrüsten mußte! Denn was haben sie alles dieser deutschen Demokratie zugefügt! Und wo blieb angesichts der ungeheuren Erwerbslosigkeit und des wirtschaftlichen Elends die wirtschaftliche Hilfe der Welt? Wo waren sie denn damals, die Tausendkünstler? Wenn ich heute in der Zeitung lese, daß Herr Präsident Roosevelt erklärt, Amerika werde der Welt ein neues Wirtschaftssystem geben, ein neues schon, aber es wird ein miserables sein, nämlich das System, mit dem er selbst schon bankrott gemacht hat, so daß er endlich glaubte, sich nur durch einen Krieg vor der Volksjustiz retten zu können. So hat auch wirtschaftlich das deutsche Volk nicht das bekommen, was man ihm einst vor dem Versailler Vertrag in Aussicht stellte.

Im Gegenteil. Die Erwerbslosigkeit stieg und wurde immer größer. Die Jahre von 1923 bis 1930 sind Jahre eines fortgesetzten Experimentierens, eines dauernden wirtschaftlichen Verfalls, einer ununterbrochenen Preisgabe wirtschaftlicher Hoheitsrechte des deutschen Volkes, Verlust aber auch seiner wirtschaftlichen Substanz. Und das alles mußte man in diesen Jahren mit ansehen. Ich habe nun dagegen gekämpft. Aber auch in diesen Jahren, meine Volksgenossen, gab es viele Rückschläge: Verbot der Partei, dann durfte ich selbst wieder zwei Jahre lang überhaupt nicht reden, bald wurden wieder Ortsgruppen aufgelöst, dann wieder in ganzen deutschen Bundesstaaten die Bewegung verboten; kurz und gut, ein dauernder Kampf mit ununterbrochenen Rückschlägen. Dann kam endlich der September 1930, und wir zogen nun mit unseren 106 Mandaten und einem dazu, also 107 Mann, in den Reichstag ein.

Nun hätte man uns eigentlich an der Regierung beteiligen sollen. Im Gegenteil! Jetzt begann erst recht die Unterdrückung, und sie steigerte sich ununterbrochen. Es war ein fortgesetzter Kampf, der sich nunmehr auch des Ter-

rors bediente. Wertvolle Parteigenossen haben wir in dieser Zeit verloren, alle meuchlerisch getötet. Über 40 000 nationalsozialistische Verletzte sind in diesen Jahren zu zählen. Dann kam das Jahr 1932. Erste Präsidentenwahl. Ein Rückschlag. Die zweite Präsidentenwahl hat die Partei wieder in Form gesehen. Und dann folgte Wahl um Wahl, Schlag um Schlag in diesem Kampf um die innere Macht im Staat. Es war ein Ringen, bei dem auch alles auf dem Spiel stand. Viele mußten dieses Jahr wieder mit ihrem Leben bezahlen, zahlreiche Parteigenossen sind in die Gefängnisse gewandert. Und dann kam der Juli 1932 mit einem überwältigenden Sieg. Und nun rief alles: Jetzt ist die Stunde der Machtübernahme gekommen! Und die Stunde verging wieder; sie mußte wieder vergehen. Und dann kam abermals ein Rückschlag und dann eine letzte Schlacht und endlich der Tag, dessen Erinnerung wir heute feiern.

Nun, meine Volksgenossen, ich habe Ihnen das nur ganz kurz hier vor Augen gehalten, um Ihnen vor allem eins zu zeigen: Der Sieg, den wir heute hier feiern, ist uns damals nicht als ein leichtes Geschenk in den Schoß gefallen, sondern der Sieg ist verbunden gewesen mit Anstrengungen, mit Opfern, mit Entbehrungen, mit unausgesetzten Arbeiten und mit Rückschlägen sondergleichen. Und wenn Sie noch am 25. Januar jemanden gefragt hätten: „Glauben Sie, daß dieser Mensch — damit meinte man damals nur mich — zur Macht kommen wird?“, dann hätte er noch am 25., ja noch am 28. versichert: „Niemals!“ Und selbst als ich am 30. endlich zur Macht kam, sagte noch ein weiser Mann: „Nur auf sechs Wochen!“ Und heute sind es neun Jahre!

88 Und nun, meine Volksgenossen, muß ich noch etwas erwähnen. Ich sagte Ihnen, was ich im Jahre 1919 auf 20, als ich die Partei ins Leben rief, vorfand; ich schilderte Ihnen, wie die Lage nach meinem ersten großen Zusammenbruch war. Ich muß Ihnen nun aber auch in wenigen Sätzen ins Gedächtnis zurückrufen, was ich an diesem 30. Januar übernommen hatte: Es war eine Erbschaft, die schon gar keiner mehr antreten wollte: Alles ruiniert, die Wirtschaft vernichtet, sieben Millionen Menschen erwerbslos, und das stieg von Woche zu Woche, sieben Millionen Kurzarbeiter, die Reichsfinanzen ein gigantisches Defizit von fast drei Milliarden, die Landesfinanzen ungeheure Defizite, die Gemeinden verschuldet, das Bauerntum vor dem vollkommenen Zusammenbruch, vor der Versteigerung von Grund und Boden, der Handel gelähmt, der Verkehr stillgelegt, unsere Schifffahrt nicht mehr vorhanden. Deutschland schien tot zu sein. Das habe ich damals übernommen! Es war keine glänzende Erbschaft, aber ich habe es als meine Ehre angesehen, etwas zu übernehmen, nicht in dem Augenblick, in dem es floriert, sondern es zu übernehmen in dem Augenblick, in dem andere sagten: „Da ist bereits alles verloren, da kann niemand mehr helfen.“ Ich habe es damals gewagt, ich zweifelte nicht, daß, wenn es nicht gelungen wäre, man mich wahrscheinlich gesteinigt hätte. Ich wäre totgeschlagen worden und man hätte erklärt: Nun habt ihr es! Ich aber habe es gewagt, und wir haben es gewonnen. In wenigen Jahren sind wir mit diesen Problemen fertig geworden. 1933/34 habe ich zunächst im Innern Ordnung geschaffen, die Parteien mit ihrem ganzen Unfug sofort beseitigt. Ich habe mit der Gründung der Deutschen Arbeitsfront unter Parteigenossen Ley die Voraussetzungen erhalten, um endlich überhaupt vernünftig an die wirtschaftlichen Probleme herantreten zu können, ohne von zwei Seiten gestört zu werden, der einen, indem sie dauernd sagte: „Ich sperre aus“, und der anderen, die erklärte: „Ich streike.“ Die Leidenden waren alle Teile. Ich habe begonnen, die deutsche Währung zu stabilisieren, und zwar durch rücksichtslosen Druck von oben. Ich habe aber begonnen, sie nicht nur zu stabilisieren durch Druck von oben, sondern auch dadurch, daß ich hinter die deutsche Mark wieder eine deutsche Produktion setzte.

Das spricht sich heute alles leicht aus. Aber damals war es nicht so. Denn wenn es so leicht gewesen wäre, warum haben es meine Gegner dann nicht selbst gemacht! Ich habe zugleich damit begonnen, alle die volksfremden Elemente in Deutschland zurückzudrücken, vor allem unsere Weltbürger. Ich habe in dieser Zeit aber auch angefangen, die einzelnen Länder in das Reich endgültig einzufügen. Als das Jahr 1934 kam, war ich im Innern mit den wesentlichsten Voraussetzungen, um das deutsche Volk nunmehr in den Genuß seiner Arbeit zu bringen, fertig geworden. An Stelle zahlloser Länder und Parlamente gab es nur eine einzige Reichssouveränität. An Stelle zahlloser Parteien nur eine einzige Führung des deutschen Volkes. An Stelle zahlloser Wirtschaftsorganisationen eine Zusammenfassung aller in einer einzigen Hand. Natürlich hat jeder, der in seinen Interessen bedroht war, zunächst geschimpft. Aber das eine kann doch niemand bestreiten, weder von rechts noch von links, am Ende ist es allen besser gegangen als zuvor. Und was auch der eine vielleicht im Augenblick abgeben mußte, er hat es doch wiedergewonnen, gewonnen durch die Vernunft, die nun allen Handlungen zugrunde lag, und durch die Einsicht in das Notwendige. 1935 begann nun der Kampf um die Freiheit nach außen. Sie wissen das alles noch: Einführung der Wehrpflicht, 1936 Beseitigung dieser drückenden Versailler Fessel, die das Rheinland betraf, damit Wiederherstellung der vollen Reichssouveränität, 1937 und 1938 Vollendung unserer Aufrüstung, nicht ohne daß ich vorher zahllose Angebote den anderen machte, uns diese Aufrüstung zu ersparen.

Denn das eine, meine Volksgenossen, müssen Sie doch alle zugeben: Wo Sie auch her sein mögen, überall sehen Sie heute Werke des Friedens, die wir durch den Krieg nicht fortführen konnten. Überall sehen Sie heute Siedlungen, Schulen usw., die nur der Krieg verhinderte, weiterzubauen.

Ehe ich in den Krieg trat, hatte ich ein Riesenprogramm kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Arbeit angefangen, begonnen oder zum Teil auch schon vollendet. Überall aber entstanden neue Pläne, neue Projekte von mir und meinen Mitarbeitern.

Wenn ich mir demgegenüber meine Gegner ansehe: Was haben sie nun wirklich geschaffen? Sie konnten sehr leicht zum Kriege drängen, denn sie hatten ja keine Friedenstaten aufzuweisen. Sie hatten nichts geleistet, was für sie sprach. Dieser Schwätzer und Trunkenbold Churchill, was hat er wirklich an dauernden Werten geschaffen, dieses verlogene Subjekt, dieser Faulpelz ersten Ranges? Wenn dieser Krieg nicht gekommen wäre, dann hätten Jahrhunderte von unserem Zeitalter und auch von uns allen und auch von meiner Person geredet als Schöpfer großer Werke des Friedens. Wenn aber Mister Churchill dieser Krieg nicht gelang, wer würde von ihm reden? So aber wird er allerdings weiterleben als der Zerstörer eines Imperiums, das er und nicht wir vernichteten. Eine der erbärmlichsten Herostratennaturen der Weltgeschichte, unfähig, irgend etwas Positives zu schaffen oder zu leisten, eine schöpferische Tat zu vollbringen, nur fähig, zu vernichten. Und von seinem Spießgesellen im Weißen Haus möchte ich dabei gar nicht reden, denn dieser ist nur ein armseliger Irrer.

90 Allerdings, je mehr wir arbeiteten, je mehr wir Deutschland in Ordnung brachten, um so mehr wuchs der Haß. Denn nun kam der bornierte Haß von Gesellschaftsschichten im Auslande hinzu, daß das soziale deutsche Vorbild unter Umständen auch dort angewendet werden könnte. Ich habe so oft gehört, wie mir Ausländer selber sagten: „Aber für uns sind diese nationalsozialistischen Gedanken nicht durchführbar.“ Ich entgegnete: Ich verlange es auch gar nicht, im Gegenteil, ich bin nicht dafür da, daß ich für das Glück anderer Völker Sorge, sondern ich fühle mich allein verantwortlich für mein eigenes Volk. Ich werde mir zu meinen schlaflosen Nächten nicht noch solche für das Ausland dazubürden. Und trotzdem sagten sie: „Nein, es ist schon das Beispiel, das Beispiel ist es eben. Es verdirbt die guten Sitten“, das heißt in diesem Falle die schlechten Gewohnheiten oder die schlechten Untugenden. Sie sagten: „Sie fahren mit ihren KdF-Schiffen, wir können nicht erlauben, daß sie bei uns landen. Das verdirbt unsere Arbeiterschaft.“ Wieso soll das die Arbeiterschaft verderben? Das sehe ich nicht ein. Der deutsche Arbeiter hat mehr gearbeitet als je zuvor, warum soll er sich nicht erholen? Ist es nicht geradezu ein Witz, wenn heute der Mann aus dem Weißen Hause sagt: „Wir haben ein Weltprogramm, und dieses Weltprogramm soll den Menschen Freiheit und das Recht auf Arbeit geben“? Herr Roosevelt! Machen Sie Ihre Augen auf — das haben wir in Deutschland schon längst, oder wenn er sagt, es soll für die Kranken gesorgt werden. Gehen Sie aus den Gärten unseres Parteiprogramms hinaus, das sind nationalsozialistische und nicht Ihre „Lehren, mein Herr. Das ist Häresie für einen Demokraten. Oder wenn er sagt: „Wir wollen, daß der Arbeiter auch einen Urlaub bekommt.“ Das wollen Sie sehr spät, das haben wir schon in der Praxis durchgeführt. Und wir wären noch viel weiter, wenn Herr Roosevelt nicht dazwischengekommen wäre. Oder wenn er sagt: „Wir wollen die Prosperität erhöhen, auch für die breite Masse der Arbeiter.“ Das sind lauter Dinge, die in unserem Programm stehen! Er hätte sie vielleicht durchführen können, wenn er keinen Krieg angefangen hätte. Denn wir haben das ja auch vor dem Kriege getan. Nein, diese kapitalistischen Hyänen denken nicht daran, so etwas zu tun. Sie sehen in uns nur das bedenkliche Vorbild, und nur um jetzt ihre eigenen Völker zu ködern, müssen sie in unser Parteiprogramm einsteigen und einzelne Sätze herausfischen, diese armseligen Stümper. Und dabei machen sie selbst das noch unvollkommen.

Wir haben eine geschlossene Welt hier gegen uns gehabt. Natürlich nicht nur von rechts, sondern auch von links. Denn die Linken befürchteten, wenn dieses Experiment gelingt, und er schafft es tatsächlich und bringt die Wohnungsnot weg, und er bringt es fertig und führt ein Schulsystem ein, auf Grund dessen ein talentierter Junge, ganz
91 egal welcher Art die Eltern sind, weiß Gott welche Stellung einnehmen kann, und er bringt das fertig, er macht schon jetzt aus einem ehemaligen Landarbeiter einen Reichsstatthalter, wenn er wirklich eine Altersversorgung für das ganze Volk einführt, tatsächlich dem ganzen Volk einen Urlaub sichert, wo er Schiffe baut und sie in eine geordnete, gesicherte Lebenshaltung hineinbringt, ja, was machen wir dann? Wir leben doch davon, daß das nicht da ist. Davon leben wir, also müssen wir gegen den Nationalsozialismus kämpfen. Was aber die anderen geschaffen haben, das konnten unsere Kameraden am besten in Rußland sehen. Wir sind jetzt neun Jahre am Ruder. Der Bolschewismus seit dem Jahre 1917 — also bald 25 Jahre. Jeder kann ein Urteil abgeben, der nur dieses Rußland mit Deutschland vergleicht. Was haben wir alles in den neun Jahren getan, wie sieht das deutsche Volk aus, und was hat man dort geschaffen? Von den kapitalistischen Staaten will ich gar nicht erst reden. Die kümmern sich nicht um ihre Erwerbslosen, denn ein amerikanischer Millionär kommt ja nicht in die Gegend, wo diese leben, und der Arbeitslose nicht in die Gegend der Millionäre. Es werden wohl Hungermärsche nach Washington und zum Weißen Haus organisiert, die aber unterwegs meistens von der Polizei mit Gummiknüppeln und Tränengas auseinandergetrieben werden, alles Dinge, die im autokratischen Deutschland nicht vorhanden sind. Wir werden ohne diese Sachen — Gummiknüppel und Tränengas — mit solchen Problemen fertig.

Mit anderen Worten: Wir haben wirklich eine geschlossene Welt an Gegnern gegen uns gehabt, und es ist selbstverständlich, daß im Augenblick der Machtübernahme sich das nur steigerte. Ich habe versucht, eine bestimmte Außenpolitik einzuleiten. Sie kennen sie schon aus der Kampfzeit. Ich wollte mit drei Ländern in ein enges Verhältnis treten, mit England, Italien und Japan.

Jeder Versuch, mit England zu einer Verständigung zu kommen, war gänzlich zwecklos. Es waren hier Menschen, die von ihrer Voreingenommenheit, wahnsinnigen Ideologie und Verböhrtheit nicht mehr loszukommen schienen. Sie sahen in Deutschland einen Feind. Daß die Welt sich seit den Zeiten ihrer großen Königin Victoria wesentlich geändert hat, das wurde diesen Menschen gar nicht bewußt. Daß nicht Deutschland letzten Endes ihr Empire be-

droht, sondern daß dieses Empire überhaupt nur aufrechtzuerhalten war, wenn England die Verbindung zu Europa fand, wurde ihnen nicht klar. Im Gegenteil: sie kämpften mit Europa bei jeder Gelegenheit, und es war vor allem der Mann, den ich schon ein paarmal erwähnte: Churchill. Jeder Versuch, an diesen Mann auch nur den Gedanken einer Verständigung heranzubringen, scheiterte an seinem sturen: „Ich will einen Krieg haben.“ Mit diesem Mann war daher überhaupt nicht zu reden, und um ihn stand eine Clique — Duff Cooper usw. Es ist ja traurig, wenn man ihren Namen nennt, es sind nur Nullen. Das macht nichts. Es sind unzerbrechliche Eier: wo sie auch hinfallen, bleiben sie eine Zeitlang liegen. Man kann sie, so oft man will, selbst von Engländern, wie z. B. Wavell, irgendwo hinauswerfen. Sie sind eben durchgehend zu lange in Kalk gelegen, schon seit Jahrhunderten. Sie sind — von den Juden will ich hierbei nicht reden — unsere alten unversöhnlichen Gegner, sie haben durch uns eine Durchkreuzung ihrer Pläne oder ihres Lebens befürchtet, sie hassen uns, geradeso wie wir sie deshalb hassen müssen. Wir sind uns dabei im klaren darüber, daß der Krieg nur damit enden kann, daß entweder die arischen Völker ausgerottet werden oder daß das Judentum aus Europa verschwindet. Ich habe am 1. September 1939 im Deutschen Reichstag es schon ausgesprochen — und ich hüte mich vor voreiligen Prophezeiungen —, daß dieser Krieg nicht so ausgehen wird, wie es sich die Juden vorstellen, nämlich daß die europäischarischen Völker ausgerottet werden, sondern daß das Ergebnis dieses Krieges die Vernichtung des Judentums sein wird. Zum erstenmal werden nicht andere Völker verbluten, sondern zum erstenmal wird diesmal das echt altjüdische Gesetz angewendet: Aug um Aug, Zahn um Zahn!

Und je weiter sich diese Kämpfe ausweiten, um so mehr wird sich — das mag sich das Weltjudentum gesagt sein lassen — der Antisemitismus verbreiten. Er wird Nahrung finden in jedem Gefangenenlager, in jeder Familie, die aufgeklärt wird, warum sie letzten Endes ihr Opfer zu bringen hat. Und es wird die Stunde kommen, da der böseste Weltfeind aller Zeiten wenigstens auf ein Jahrtausend seine Rolle ausgespielt haben wird.

Mit England war der Versuch der Verständigung zu meinem tiefsten Leidwesen vergeblich, was ich auch alles getan habe, wie oft ich auch die Hand hinhielt, was ich ihnen auch anbot.

Ich war um so glücklicher, daß ich dafür mit dem zweiten Staat jenes Verhältnis gefunden habe, das wir einst anstrebten. Und das ist eigentlich gar kein Wunder, sondern es wäre fast verwunderlich, wenn es anders gekommen wäre. Denn es ist doch — ich habe das heute einer Deputation gesagt — kein reiner Zufall, wenn zwei Völker im Laufe von kaum hundert Jahren fast genau die gleichen Schicksale erlebten. Deutschland und Italien: beide kämpften im vergangenen Jahrhundert um ihre staatliche Wiedergeburt und Einigung, und zum ersten Male sind damals beide Staaten eng miteinander gegangen. Dann gehen beide Staaten wieder auseinander und finden nun nicht mehr ihr Glück. In beiden Staaten kommt es fast zur selben Zeit zu einer Revolution, deren Ideen so ähnlich sind, wie das bei zwei Völkern überhaupt nur denkbar ist. Beide Revolutionen nehmen fast den gleichen Verlauf. Überall schwere Rückschläge, am Ende doch der Sieg. Das Programm beider ist die soziale und nationale Wiedergeburt. Beide Revolutionen führen dieses Programm unbeirrbar durch. Beide erregen den Haß ihrer Umwelt, beide Revolutionen vertreten Völker, die auf ihrem eigenen Grund und Boden trotz allen Fleißes nicht das tägliche Brot finden. Beide Völker stehen eines Tages ohne ihren Willen den gleichen Feinden gegenüber, der gleichen internationalen Koalition. Es begann schon im Jahre 1935, als sich plötzlich England ohne jede Veranlassung gegen Italien wandte. Italien hat England gar nichts genommen. England wollte nur nicht, daß Italien seine Lebensfreiheit bekommt. Genau wie bei uns, wo England ebenfalls nicht will, daß Deutschland seine Lebensfreiheit erhält. Was haben wir England genommen? Was konnten wir von England nehmen, was Frankreich oder gar Amerika? — gar nichts! Wie oft habe ich ihnen den Frieden angeboten. Überhaupt, was sollte ich ihnen denn noch anbieten. Es waren Männer, die einfach wie Herr Churchill sagte: „Ich will den Krieg haben“, und mit ihnen eine gewisse Clique und hinter diesen bestechlichen, betrunkenen Subjekten die zahlenden Kräfte eines internationalen Judentums, und auf der anderen Seite ein alter Freimaurer, der nur durch einen Krieg glaubte, seine bankrotte Wirtschaft vielleicht noch einmal sanieren zu können oder Zeit zu gewinnen. So stehen wieder beide Staaten den gleichen Feinden gegenüber, aus ganz den gleichen Gründen. Und sie sind gezwungen, miteinander zu kämpfen, den gleichen Kampf zu führen, auf Leben und Tod miteinander verbunden zu sein.

Und dann kommt noch ein Viertes: In beiden Fällen sind es Männer, zwei Männer, die aus dem Volk gekommen sind, die Revolutionen entflammt und die die Staaten emporführten. Ich habe in den letzten Wochen in den wenigen freien Stunden, die ich hatte, sehr viel auch über die italienische faschistische Revolution gelesen, und mir kam es dabei vor, als wenn ich die Geschichte meiner eigenen Partei vor mir hätte: So ähnlich, so gleich, dasselbe Ringen, die gleichen Feinde, die gleichen Gegner, die gleichen Argumente, wirklich ein Wunder. Und nun kämpfen wir auch auf den gleichen Kriegsschauplätzen, Deutsche in Afrika, Italiener im Osten. Wir kämpfen gemeinsam, und man soll sich nicht täuschen: dieser Kampf wird bis zum gemeinsamen Sieg durchgeführt!

Und nun ist endlich auch der dritte Staat zu uns gestoßen, zu dem ich auch immer gute Beziehungen haben wollte seit vielen Jahren. Sie kennen das alle aus meinem Kampf: Japan!

Und damit sind nun die drei großen Habenichtse vereint, und wir wollen nun sehen, wer in diesem Kampf die Stärkeren sind: diejenigen, die nichts zu verlieren und alles zu gewinnen haben, oder diejenigen, die alles zu verlieren

94 haben und nichts gewinnen können. Denn was will England gewinnen? Was will Amerika gewinnen? Was wollen sie alle gewinnen? Sie haben so viel, daß sie mit dem, was sie besitzen, nichts anzufangen wissen: wenige Menschen auf dem Quadratkilometer brauchen sie zu ernähren, sie haben alle die Sorgen nicht, unter denen wir leiden. Eine einzige schlechte Ernte bedeutet für uns ein nationales Unglück — ihnen steht die ganze Welt zur Verfügung. Sie haben uns jahrzehntelang ausgeplündert und ausgebeutet und ausgepreßt, und trotzdem konnten sie ihre eigene Wirtschaftsnot nicht beseitigen. Sie haben Rohstoffe, mehr als sie überhaupt brauchen können, und sie bringen es nicht fertig, für ihre Probleme eine vernünftige Lösung zu finden. Wir werden nun sehen, wem die Vorsehung in diesem Kampf den Siegespreis gibt! Demjenigen, der alles hat und der dem anderen, der fast nichts hat, noch das Letzte wegnehmen will, oder demjenigen, der das verteidigt, was er als sein Letztes sein eigen nennt! Und wenn ein britischer Erzbischof zu Gott betet, daß er den Bolschewismus über Deutschland und über Europa als Strafe schicken möchte, so kann ich nur sagen: über Deutschland kommt er nicht. Aber ob er nicht England trifft, das ist eine andere Frage. Dann kann dieser alte Sünder und Gottesfrevler erst einmal versuchen, ob er mit seinem Gebet diese Gefahr selber bannen wird. Wir haben England, Frankreich und Amerika nie etwas getan. Trotzdem erfolgte im Jahre 1939 die Kriegserklärung. Sie hat sich nunmehr erweitert.

Nun müssen Sie mich aus meiner ganzen Entwicklung heraus aber auch richtig verstehen. Ich habe einmal ein Wort ausgesprochen, das das Ausland gar nicht begriff. Ich sagte: Wenn schon der Krieg unvermeidlich ist, dann will ich ihn lieber selbst führen; nicht weil ich nach diesem Ruhm dürste — im Gegenteil: ich verzichte hier auf jeden Ruhm gerne, denn es ist hier in meinen Augen gar kein Ruhm. Mein Stolz wird, wenn mir die Vorsehung das Leben erhält, einmal doch in den großen Werken des Friedens bestehen, die ich noch zu schaffen gedenke! Aber weil ich glaube, daß, wenn schon die Vorsehung es so gefügt hat, dieser Kampf nach ihrem unerforschlichen Willen ausgefochten werden muß, dann allerdings kann ich die Vorsehung nur bitten, daß sie mich mit der Last dieses Kampfes betraut, daß sie sie mir aufbürdet. Ich will sie tragen und will vor keiner Verantwortung zurückscheuen. Ich will in jeder Stunde, in der eine Not kommt, diese auf mich nehmen. Jede Verantwortung will ich tragen, so wie ich sie bisher getragen habe. Ich habe die größte Autorität in diesem Volk. Es kennt mich, es weiß, was ich in diesen Jahren vor dem Kriege an Plänen vorhatte. Es sind überall die Zeugen des Beginns unserer Arbeit und zum

95 Teil auch die Dokumente der Vollendung. Ich weiß, daß dieses Volk mir vertraut; ich bin so glücklich, das zu wissen. Das deutsche Volk darf aber auch von einem überzeugt sein: Ein Jahr 1918 wird, solange ich lebe, nie passieren! Denn ich werde niemals die Fahne senken!

Ich bin glücklich, daß zu unseren Soldaten nun so viele Verbündete gestoßen sind: Im Süden Italien, ganz im Norden Finnland und dazwischen nun all die anderen Nationen, die auch ihre Söhne nach dem Osten schicken: Ob das nun Rumänen sind oder Ungarn, Slowaken, Kroaten, Spanier, Belgier, ja selbst Franzosen beteiligen sich an diesem Kampf, und dazu die Freiwilligen unserer germanischen Staaten aus dem Norden und aus dem Westen. Es ist schon heute ein Krieg Europas! Und schließlich im Osten als neuer Verbündeter, der einem Herrn seine lächerlichen Phrasen schon ausgetrieben hat: Japan.

Über den Krieg selbst will ich wenig sprechen. Hier spricht bereits die Geschichte: 1939 die Erledigung von Polen, 1940 Norwegen, Frankreich und England, Niederlande und Belgien, 1941 erst der Balkan und dann endlich der Staat, von dem uns Mister Cripps erst vor ein paar Tagen mit seiner Plauderhaftigkeit versichert hat, daß er sich schon seit Jahren auf die Auseinandersetzung mit Deutschland vorbereitet hatte. Ich begriff das in dem Moment, in dem mir bewußt geworden war, daß hier ein falsches Spiel getrieben wurde. In dem Augenblick, als ich erfuhr, daß Churchill bereits in seinen Geheimsitzungen auf diesen neuen Verbündeten hinwies, war mir die Lage klar. Und in der Stunde, in der sich hier in Berlin Molotow verabschiedete, und zwar verabschiedete unter dem Eindruck seiner gescheiterten Forderungen, war es feststehend, daß diese Auseinandersetzung kommen mußte. Und nun bin ich dem Schicksal dankbar, daß es mich an die Spitze des Reiches gestellt hat und daß es mir 14 Tage oder drei Wochen früher die Zeit vergönnt hat, den ersten Stoß zu führen. Denn wenn schon gekämpft werden muß, dann stehe ich auf dem Standpunkt, daß der erste Hieb schon der entscheidende sein kann.

Und wir haben das auch in Ostasien erlebt. Wir können Japan nur beglückwünschen, daß es, statt sich noch länger von diesen verlogenen Subjekten provozieren zu lassen, kurzerhand zugeschlagen hat.

Und nun kämpfen seit diesem 22. Juni unsere Soldaten des Heeres und der Waffen-SS im Osten einen Kampf, der einmal in die Geschichte eingehen wird als ein Heldenlied unseres Volkes.

Auf dem Meere aber werden unsere Seestreitkräfte, unsere Unterseeboote das zuschanden machen, was dieser Prä-

96 sident Roosevelt beabsichtigt hatte. Denn er wollte durch immer neue Deklarationen amerikanischer Hoheitsgebiete die deutsche Unterseebootwaffe allmählich aus dem Ozean durch einfache papierne Akte verdrängen und auf einen ganz kleinen Raum zwingen, der von den britischen Seestreitkräften hätte geschützt werden können.

Und das, meine Volksgenossen, war auch der Grund des Zurückgehens der Versenkungsziffern, nicht etwa die mangelnde Qualität oder die sinkende Zahl der Unterseeboote. — Im Gegenteil! Sie ist ungeheuer gestiegen. Auch nicht etwa der mangelnde Mut unserer Besatzungen, auch nicht die Unmöglichkeit, überhaupt anzugreifen, sondern ausschließlich dieses Verfahren, uns durch das Mittel von Deklarationen in unserer Handlungsfreiheit einzuknechten. Sie werden verstehen, daß es für mich immer eine Überwindung war, abzuwägen, ob man nun mit diesem

Lug und Trug Schluß machen solle, oder um des lieben Friedens willen sich noch eine neue Beschränkung auferlegen lassen müsse. Der Angriff Japans hat uns endlich dieser Not enthoben. Jetzt werden sie Geleitzüge bilden müssen auf allen Ozeanen der Welt, und jetzt werden sie sehen, wie unsere Unterseeboote arbeiten. Und was sie auch für Pläne haben mögen und wie diese auch aussehen, wir sind für alles gewappnet vom höchsten Norden bis zum Süden, von der Wüste bis zum Osten, über eines mögen sie sich auch im klaren sein: Sie stoßen heute auf ein anderes Deutschland als auf das Deutschland von einst, sie stoßen jetzt wieder auf ein friderizianisches Deutschland. Wir stehen fest, und wo wir stehen, wird kein Fußbreit Boden ohne Kampf aufgegeben. Und wenn wir einen Fußbreit aufgeben, wird sofort wieder nachgestoßen. Und wir sind glücklich, es seit gestern zu wissen, daß unser Generaloberst R o m m e l mit seinen tapferen italienischen und deutschen Panzern und Mot.-Verbänden in dem Moment, wo sie alle glaubten, ihn geschlagen zu haben, sofort kehrt machte und sie wieder zurücktrieb. Und sie werden das so lange und so oft erleben, bis dieser Krieg mit unserem Sieg geendet haben wird.

Zu diesen beiden Waffen kommt als dritte unsere Luftwaffe. Ihr Ruhm ist ein unvergänglicher. Was sie geleistet hat in Einsätzen in der arktischen Kälte im hohen Norden, im Osten oder in der Hitze der Wüste oder im Westen: Es ist überall das gleiche: ein Heldentum, das man mit Auszeichnungen überhaupt nicht belohnen kann.

Diese drei Waffen umfassen nun all das, was zu ihnen gehört, denn ich kann nicht eine einzelne Sonderwaffe herausheben. Nur eine muß ich immer wieder besonders nennen: Es ist das unsere Infanterie.

97 Hinter diesen Waffen steht eine Verkehrsorganisation mit Zehntausenden und aber Zehntausenden Kraftfahrern und Eisenbahnern, und sie alle setzen sich ein und werden auch die schwersten Aufgaben meistern, denn eines ist selbstverständlich: leicht war die Umstellung vom Vorwärtskrieg zur Verteidigung im Osten nicht. Die Verteidigung hat uns nicht der Russe aufgezwungen, sondern nur die 38, 40, 42 und zum Teil 45 Grad Kälte waren es. In dieser Kälte aber kann keine Truppe, die das von sich aus nicht gewöhnt ist, kämpfen, so wenig als sie es in der Gluthitze der Wüste in den heißen Monaten kann. In dem Moment aber, da diese Umstellung nötig war, habe ich es als meine Pflicht angesehen, die Verantwortung auch dafür auf meine Schultern zu nehmen. Ich wollte dadurch auch meinen Soldaten noch näherrücken, und ich will ihnen an dieser Stelle, soweit sie es heute an diesen eisigen Fronten hören, nur versichern: Ich weiß, was sie leisten, aber ich weiß auch, daß das Schwerste hinter uns liegt. Wir haben heute den 30. Januar. Der Winter war die große Hoffnung des ostischen Gegners. Er wird ihm diese Hoffnung nicht erfüllen. In vier Monaten waren wir fast bis Moskau und Leningrad gerückt. Vier Monate des Winters im Norden sind jetzt vorbei. Der Feind ist an einzelnen Stellen wenige Kilometer vorwärtsgekommen und hat dabei Hekatomben an Blut und Menschenleben geopfert. Es mag ihm das gleichgültig sein. Aber es wird sich schon in wenigen Wochen im Süden der Winter brechen, und dann zieht der Frühling langsam weiter nach Norden, das Eis wird schmelzen, und es wird die Stunde kommen, wo der Boden wieder hart und fest sein wird und der deutsche Musketier mit seinen Geräten auf ihm wieder operieren kann und neue Waffen aus der Heimat nachströmen werden... (die nächsten Worte des Führers gehen in einem ungeheuren Beifallssturm unter), wo wir den Feind schlagen werden und diejenigen rächen wollen, die jetzt nur allein diesem Frost zum Opfer gefallen sind. Denn das kann ich ihnen sagen, der Soldat vorn hat das Gefühl seiner turmhohen Überlegenheit über den Russen nicht verloren. Ihn mit jenem zu vergleichen, würde eine Beleidigung sein. Das Entscheidende ist aber, daß diese Umstellung vom Angriff zur Verteidigung gelang, und ich darf sagen: sie ist gelungen. Diese Fronten — sie stehen, und wo an einzelnen Stellen die Russen durchbrachen und wo sie irgendwo glaubten, einmal Ortschaften zu besetzen, sind es keine Ortschaften mehr, sondern nur noch Trümmerhaufen. Was bedeutet das gegenüber dem, was wir besetzt haben, was wir in Ordnung bringen und was wir im kommenden Frühjahr und vom Frühjahr ab in Ordnung bringen werden!

98 Denn hinter dieser Front steht heute eine ihrer würdige deutsche Heimat. Ich habe neulich angesichts der Erkenntnis, daß das, was alles vorbereitet war, zum Schütze gegen den Frost noch lange nicht genügen konnte, einen Appell an das deutsche Volk gerichtet. Ich wollte nun ihm selbst, diesem Volk, meinen Dank aussprechen. Dieser Appell war auch eine Abstimmung. Wenn die anderen von Demokratie reden: Das ist wahre Demokratie! Wie, das hat sich gezeigt in diesen Tagen — und ich weiß, was so viele kleine Menschen dabei gegeben haben, aber diesmal waren es auch viele, viele, denen es schwer geworden ist, oder bei denen es früher aussichtslos erschienen wäre, daß sie sich von ihren kostbaren Pelzen trennen können. Sie haben sie heute aber doch gegeben in der Erkenntnis, daß der kleinste Musketier mehr wert ist als der kostbarste Pelz. Und ich habe dafür gesorgt, daß es dabei nicht so zugeht wie im Weltkrieg, da die Heimat Kupfer ablieferte und eine Kupferablieferungsgesellschaft 2260 v. H. Dividende auszahlte, daß die Heimat Leder ablieferte und eine Lederverwertungsgesellschaft 2700 v. H. Dividende ausgezahlt hat. Wer sich im Dritten Reich am Kriege bereichert, der stirbt! Denn niemand weiß, ob nicht da vorn ein kleiner armer Musketier ist, dem vielleicht durch ein Paar Handschuhe seine Hand gerettet werden könnte, oder der vielleicht vor einer Erfrierung geschützt werden könnte durch eine warme Weste, die ihm zu Hause einer wegnimmt. Ich werde hier die Interessen der Soldaten vertreten, und ich weiß, daß das ganze deutsche Volk dabei hinter mir steht!

So kann ich nur eins versichern an diesem 30. Januar: Wie dieses Jahr ausgehen wird, weiß ich nicht. Ob darin der Krieg sein Ende nimmt, kann niemand sagen. Aber eins weiß ich: Wo der Gegner auch auftritt, wir werden ihn in

diesem Jahre wieder schlagen, genau wie bisher! Es wird wieder ein Jahr großer Siege sein. Und so wie ich früher die Fahne zu jeder Zeit trug, so werde ich sie jetzt erst recht hochhalten, denn in welcher anderen Lage befinde ich mich heute!

99 Meine deutschen Volksgenossen! Meine Soldaten! Wir haben hinter uns eine glorreiche Geschichte und man zieht so gerne Vergleiche mit dieser Geschichte. In ihr haben oft deutsche Helden gekämpft in scheinbar aussichtslosem Unterlegensein. Wir dürfen aber keine Vergleiche ziehen etwa zur friderizianischen Zeit. Dazu haben wir kein Recht. Wir haben die stärkste Armee der Welt. Wir haben die stärkste Luftwaffe der Welt. Friedrich der Große mußte gegen eine Übermacht kämpfen, die geradezu erdrückend war. Als er den ersten Schlesischen Krieg führte, standen 2,7 Millionen Preußen gegen einen Staat von damals immerhin 15 Millionen. Als er den dritten zu führen gezwungen war in sieben Jahren, da standen 3,7 oder 3,8 Millionen Preußen gegen rund 50 oder 54 Millionen andere. Ein Mann mit eisernem Willen hat durch alle Rückschläge das Banner hochgehalten und an seinem Volke nie verzagt, und wenn er verzagen wollte, sich immer wieder selbst zurechtgerissen und dann erneut die Fahne in seine starke Hand genommen. Was wollen wir heute von uns reden? Wir haben einen Gegner vor uns, der uns jetzt zahlenmäßig überlegen sein mag. Aber im Frühjahr wird sich auch das wieder ändern. Wir werden ihn wieder schlagen. Denn es kommt dann wieder unsere Zeit. Und so wird es überall sein. Vor allem aber: Wir haben heute Verbündete, es ist nicht mehr so wie im Weltkrieg. Was allein Japan im Osten leistet, ist für uns nicht abschätzbar. Uns bleibt auch kein anderer Weg als der des Kampfes und der Weg des Erfolges. Er mag schwer sein, oder er mag leicht sein — er ist niemals schwerer als die Kämpfe unserer Vorfahren waren. Wir dürfen aber auch nicht erwarten, daß er leichter sein kann. Damit aber erfassen wir so recht die ganzen Opfer, die unsere Soldaten bringen. Wer kann das mehr begreifen als ich, der ich einst selbst Soldat gewesen bin. Ich fühle mich auch heute nur als der erste Musketier des Reiches. In der Zeit, da ich selbst nur Soldat war, habe ich meine Pflicht erfüllt. Ich erfülle sie heute genau so unbeirrbar. Aber ich verstehe alles Leid meiner Kameraden, weiß alles, wie es um sie ist. Ich kann daher und will daher gar keine Phrasen gebrauchen. Denn das würden sie nicht verstehen. Ich kann ihnen nur eines sagen, die Heimat ahnt es schon, meine Kameraden, was ihr durchzumachen habt. Die Heimat ahnt es, was es heißt, bei 35, 38, 40, 42 Grad Kälte in Schnee und Eis zu liegen, um Deutschland zu verteidigen. Aber weil die Heimat es weiß, will sie auch alles tun, was sie nur kann. Sie will arbeiten und sie wird arbeiten! Und ich muß Sie selbst auffordern:

Deutsche Volksgenossen zu Hause, arbeitet, schafft Waffen, schafft Munition, schafft wieder Waffen und wieder Munition! Ihr spart dadurch zahlreichen Kameraden da vorn das Leben. Schafft und arbeitet an unseren Transportmitteln, damit das alles nach vorn kommt. Die Front wird dann stehen, sie wird ihre Pflicht erfüllen, dann kann die deutsche Heimat beruhigt sein. Und das Gebet dieses teuflischen Priesters, der wünscht, daß Europa durch den Bolschewismus bestraft werde, wird sich nicht erfüllen, sondern ein anderes Gebet wird in Erfüllung gehen:

Herrgott, gib uns die Kraft, daß wir uns die Freiheit erhalten, unserem Volk, unseren Kindern und Kindeskindern, und nicht nur unserem deutschen Volk, sondern auch den anderen Völkern Europas. Denn es ist nicht ein Krieg, den wir diesmal für unser deutsches Volk allein führen, sondern es ist ein Kampf für ganz Europa und damit für die ganze zivilisierte Menschheit.



Innenpolitik

100 Zur Jahreswende erließ der Führer aus seinem Hauptquartier an das deutsche Volk einen Aufruf, in dem er in großen Zügen die inneren Gesetze des Kampfes, zu dem das Großdeutsche Reich angetreten ist, bloßlegte (siehe Seite 62). Er stellte der jüdisch-angelsächsischen Finanzverschörung gegenüber das Lebensrecht der jungen Völker, die um ihre Existenz ringen. Er wies das deutsche Volk auf seine Bemühungen um einen dauerhaften Frieden und auf die Werke der Kultur hin, die das nationalsozialistische Regime in sechs Friedensjahren hervorgebracht hat. Aus dem Bewußtsein der Stärke heraus wies der Führer auf die gewaltige Front nationaler Staaten, die vom Kanal bis nach Ostasien reicht und die im Kampf steht gegen die jüdisch-kapitalistisch-bolschewistische Weltverschörung. Der Führer bezeichnete das erste Jahr dieses hinter uns liegenden Kampfes als das Jahr der größten Siege der menschlichen Geschichte. Das kommende Jahr werde gewaltige Anforderungen an uns stellen, die Front

und Heimat erfüllen würden. Der Aufruf des Führers klingt aus in einer Bitte an den Allmächtigen, daß er dem deutschen Volk und seinen Soldaten die Kraft geben möge, das mit Fleiß und tapferem Herzen zu bestehen, was erforderlich sei, um uns Freiheit und Zukunft zu erhalten. Diese starken und siegeszuversichtlichen Worte des Führers, in denen er die Schwere des Kampfes und die Größe der Entscheidung vor seinem Volke betont, hat in den Herzen jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau in Front und Heimat einen lebhaften Widerhall gefunden.

101 Während des ganzen Januar führte die deutsche Wehrmacht an der Ostfront härteste und erbitterteste Abwehrkämpfe. Immer wieder unterstrichen die täglichen Wehrmachtberichte den Heldenmut der deutschen Truppen, die bei 30, 40 und mehr Kältegraden wütende Angriffe der Bolschewisten zurückwiesen, Meter um Meter der unendlichen russischen Weiten nur nach zähestem Kampfe aufgaben, um sich auf die befohlenen und vorbereiteten Verteidigungspositionen zurückzuziehen. Was Offizier und Mann in diesen Wintermonaten geleistet haben, das wird erst eine spätere Zeit in allen Einzelheiten erfahren. Die Zusammenarbeit von Verbänden des Heeres und der Luftwaffe feierte auch hier in Schneestürmen und eisigster Kälte ihre Triumphe. Die Luftwaffe hat täglich in todesmutigen Einsätzen in die Erdkämpfe eingegriffen und in zahlreichen Fällen die Bereitstellungen des Gegners zerschlagen. In kühnen Gegenangriffen haben Verbände des Heeres insbesondere auf der Krim bemerkenswerte Erfolge erzielt. Am 7. Januar meldete der Wehrmachtbericht, daß feindliche Kräfte, die unter dem Schutz von Kriegsschiffen in Jewpatoria gelandet waren, durch raschen Zugriff in zähem Häuserkampf vernichtet wurden. Am 19. Januar wurde die Stadt Feodosia in entschlossenem Angriff wieder in Besitz genommen, wobei mehr als 4600 Gefangene eingebracht, 73 Panzerkampfwagen, 77 Geschütze und zahlreiches anderes Kriegsgerät erbeutet wurden. Am 20. Januar meldete der Wehrmachtbericht, daß die nord-ostwärts Feodosia kämpfenden feindlichen Kräfte weiter nach Osten zurückgeworfen worden seien. Am Tage darauf berichtete das OKW, daß die Beute in der Schlacht von Feodosia sich auf 10 605 Gefangene, 85 Panzer und 177 Geschütze erhöht habe. Ein wahrhaft stolzer Erfolg, der zeigt, daß der deutsche Soldat auch unter härtesten Bedingungen und ungünstigsten winterlichen Umständen dem Feinde überlegen ist.

Es scheint fast verständlich, daß der Feind, der sich durch die erfolgreichen Abwehrkämpfe an allen Teilen der Ostfront von dem Ziel seiner gewaltigen Anstrengungen, dem operativen Durchbruch durch die deutsche Front, abgedrängt sieht, zu den verzweifelten Mitteln der Lüge greift. Nicht genug damit, daß die sowjetische Agitation von gewaltigen Siegen und Vernichtungsschlägen geschrieben hat, Herr M o l o t o w entblödete sich nicht, in einer an Umfang kaum überbietbaren Note der deutschen Wehrmacht all jene Scheußlichkeiten und Greuelthaten vorzuwerfen, die die Bolschewisten seit Jahren an den unterdrückten Völkern ihres Staates verübt haben. Die deutsche Presse nahm scharf und schneidend am 7. Januar 1942 zu dieser bolschewistischen Ungeheuerlichkeit Stellung und zeigte, daß es ganz allein die Bolschewisten sind, die sich an der Bevölkerung der von ihnen zurückgewonnenen Dörfer und Städte grausam rächen.

102 Ein Ereignis, das zur Herzenssache des deutschen Volkes geworden war, die Sammlung von Pelz-, Woll- und Wintersachen für die Front, beschäftigte in den ersten Januartagen die Heimat in allen Schichten und in allen Gauen. Von Tag zu Tag steigerten sich die Ergebnisse, die ersten Eisenbahnzüge waren um die Jahreswende längst an die Ostfront unterwegs. Diese Sammlung hat gezeigt, daß das deutsche Volk für seine Soldaten zu beispiellosen Leistungen bereit ist. Obwohl es für manche Familie nicht leicht war, sich von ihren Woll- und Pelzsachen zu trennen, da sie schließlich in Deutschland nicht im Überfluß vorhanden sind, wurde die Wollsammlung doch ein überwältigender Erfolg, als moralischer Erfolg ebenso hoch einzuschätzen, wie ihr tatsächlicher Wert für die Ostfront zu begrüßen war. Über den zuerst festgesetzten Termin wurde die Sammlung bis zum 11. Januar 1942 verlängert. Insgesamt wurden über 67 Millionen Einzelstücke Pelz- und Wollsachen abgegeben. Das war ein Ergebnis, wie es niemand erwartet hatte und mit dem sich das deutsche Volk ein glänzendes Zeugnis seiner Hilfsbereitschaft ausgestellt hat. Es erbrachte damit eine Gemeinschaftstat, die für immer mit der Geschichte des Krieges gegen die Sowjet-Union verbunden bleiben wird. Mit der Bekanntgabe dieses Ergebnisses übermittelte Reichsminister Dr. Goebbels am 14. Januar durch den Rundfunk dem deutschen Volk den Dank des Führers. Der Minister dankte den Spendern, aber auch den Millionen deutscher Frauen, die in mehr als 24 000 Nähstuben unermüdlich geschafft hatten, um warme Kleidungsstücke für unsere Soldaten umzuändern, herzustellen und instand zu setzen. Er dankte der deutschen Jugend und allen Organisations der Partei, die sich unter Führung der Gauleiter selbstlos und einsatzfreudig der schnellsten und großzügigsten Durchführung dieser Sammlung zur Verfügung gestellt hatten. Reichsminister Dr. Goebbels fand auch anerkennende Worte für Presse, Rundfunk und Film, deren Propaganda wesentlich zum Gelingen der Sammlung beigetragen hatte. Ein besonders herzliches Dankeswort richtete Reichsminister Dr. Goebbels an die Schiläufer, die fast ausnahmslos willig und gern den Soldaten ihre Bretter zur Verfügung gestellt haben. In seiner Rundfunksprache bezeichnete der Minister das Sammelergebnis als eine überwältigende Volksabstimmung für das nationalsozialistische Regime und den Führer, dem das deutsche Volk ein Vertrauensvotum überzeugendster Art dargebracht habe. Wenn sich das deutsche Volk die in dieser Gemeinschaftstat zum Ausdruck gekommene Gesinnung durch den ganzen Krieg hindurch und für alle Zukunft bewahre, dann würden wir mit allen Schwierigkeiten des Krieges fertig werden und unentwegt dem Siege näher marschieren.

Auf dem Frontsektor gegen England war die deutsche Kriegführung auch im Januar weiterhin erfolgreich. Der Vollständigkeit halber seien hier auch in diesem Zusammenhang die im Wehrmachtbericht vom 4. Januar 1942 genannten Versenkungsziffern des Dezember 1941 aufgeführt: Die britische Versorgungsschiffahrt verlor in diesem einen Monat 74 Handelsschiffe mit zusammen 257 000 BRT. Davon vernichtete die Unterseebootwaffe 23 Schiffe mit 115 700 BRT. Die britische Kriegsmarine verlor außerdem in der gleichen Zeit durch Waffenwirkung deutscher See- und Luftstreitkräfte 3 Kreuzer, einen Flugzeugträger, 3 Zerstörer, 3 Schnellboote, 1 Kanonenboot, ein Unterseeboot. Außerdem wurden zum Teil schwer beschädigt 6 Kreuzer, 5 Zerstörer, 4 Schnellboote, 1 Minenleger, 2 Bewacher und 2 Unterseeboote.

Bemerkenswert waren die deutschen Seekriegserfolge im Monat Januar insbesondere an der nordamerikanischen Küste, wo deutsche U-Boote der feindlichen Handelsschiffahrt empfindliche Verluste zufügten. Am 24. Januar wurde zum erstenmal in einer Sondermeldung von dem Auftreten deutscher U-Boote an der amerikanischen Atlantikküste gesprochen. An diesem Tage wurde gemeldet, daß unmittelbar vor der feindlichen Küste 18 Handelsschiffe mit zusammen 125 000 BRT versenkt wurden. An dieser Ziffer ist das Boot des Kapitänleutnants Hardegen mit 8 Schiffen von 53000 BRT beteiligt. Am 27. Januar erhöhte sich die Zahl dieser Versenkungen auf 30 Handelsschiffe mit zusammen 228 000 BRT. Am 30. Januar wurde die Vernichtung weiterer 13 Schiffe mit 24 000 BRT gemeldet, so daß insgesamt 43 feindliche Handelsschiffe mit insgesamt 302 000 BRT in den Gewässern jenseits des Atlantischen Ozeans versenkt worden sind. Bei den letztgenannten Erfolgen zeichnete sich das Unterseeboot des Korvettenkapitäns Kais besonders aus. Bei diesen hohen Verlustziffern allein in einem Seegebiet nimmt es nicht Wunder, daß die Gesamtzahl der versenkten feindlichen Tonnage im Monat Januar besonders hoch war. Sie beträgt 400 600 BRT, wie der Wehrmachtbericht am 3. Februar 1942 bekannt gab.

Auch auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz hielten im Januar die erbitterten Kämpfe weiterhin an. Die Rückwärtsbewegungen der deutsch-italienischen Verbände auf vorbereitete Stellungen bei El Agheila, näher an die Versorgungsbasis heran, wurden von General Rommel mit größtem Geschick durchgeführt. Die deutsch-italienischen Verbände haben sich in diesen schwierigen Kämpfen erneut hervorragend bewährt. Die umzingelten und von Artillerie aller Kaliber von der See, vom Lande sowie aus der Luft ununterbrochen beschossenen Stellungen von Sollum und Halfaya, die seit Tagen wegen des schlechten Wetters ohne Zufuhr aus der Luft, insbesondere von Wasser auch für die Verwundeten waren, wurden nach zwei Monaten heldenhaften Widerstandes am 18. Januar gezwungen, den Kampf aufzugeben. Bis zur letzten Patrone hatten sich die tapferen deutschen und italienischen Verteidiger gewehrt. Im weiteren Verlauf der Operationen zeigte es sich, daß gerade diese Kämpfe im besonderen dazu beigetragen haben, die Stoßkraft der britischen Offensive zum Erliegen zu bringen. Das deutsche Volk verfolgte mit brennendem Herzen diese gegen überwältigende feindliche Übermacht geführten Operationen.

Die geschickte Kriegführung des Generals R o m m e l hatte die Engländer um ihren Sieg gebracht, die mit ihrer Libyen-Offensive kein geringeres Ziel verfolgten, als die deutsch-italienischen Verbände in Afrika völlig zu vernichten und durchzustößen bis nach Französisch-Tunis. — In Anerkennung dieses Abwehresieges verlieh der Führer am 20. Januar dem General der Panzertruppen Rommel, Befehlshaber der Panzergruppe Afrika als 6. Offizier der deutschen Wehrmacht das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.

Die nun folgenden Ereignisse sind ein leuchtender Beweis für die hohe Führungskunst General Rommels, für die Einsatzfreudigkeit seiner Truppen und für die Güte seiner Waffen. Am 21. Januar nämlich brachen die deutsch-italienischen motorisierten und Panzerstreitkräfte zum Gegenangriff aus dem Gebiet von El Agheila hervor. Sie überwand den ersten Widerstand der am weitesten vorgeschobenen britischen Lager und rückten längs der Via Balbia gegen Agedabia und auf Wüstenpfaden gegen El Haleiat vor. Starke britische Einheiten wurden im unwiderstehlichen Vorstoß schnell überwältigt und nahezu vernichtet. Rommels Vormarsch wandte sich nach Norden und Osten. Antelat und Msus wurden besetzt, und nach nur 10 Tagen wurde, wie eine Sondermeldung am 30. Januar verkündete, Bengasi durch deutsche und italienische Truppen genommen. Große Beutevorräte aller Art fielen ihnen in die Hände. Weiter im Innern gingen die Panzerverbände im Djebel der Cyrenaika vor, in Östlicher Richtung auf El Mechili in nordöstlicher Richtung auf Barce und Cirene. Gegen Monatsende waren die siegreichen Operationen, die das ganze Gebäude britischer Hoffnungen und bombastischer Propaganda zu Fall brachten, noch nicht abgeschlossen.

In Anerkennung seiner hohen Verdienste hat der Führer am 30. Januar den Oberbefehlshaber der Panzerarmee in Afrika, General Rommel, zum Generaloberst befördert.

Außergewöhnliche Auszeichnungen verlieh der Führer im Laufe des Monats Januar an zwei weitere Offiziere der deutschen Wehrmacht: Am 28. Januar 1942 überreichte der Führer in Gegenwart der Generalfeldmarschälle Keitel und Milch dem Oberst G a l l a n d als zweitem Offizier der deutschen Wehrmacht die höchste deutsche Tapferkeitsauszeichnung, das Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Oberst Galland schoß in unermüdlichem, heldenhaftem Einsatz 94 Gegner, vornehmlich britische Jäger, im Luftkampf ab. Nach dem Tode von Oberst Mölders wurde Oberst Galland als dessen Nachfolger zum Inspekteur der Jagdflieger ernannt. Am 16. Januar wurde aus dem Hauptquartier gemeldet, daß der Führer dem Korvettenkapitän K r e t s c h m e r als 5. Offizier der deutschen Wehrmacht das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreu

- 105 zes verliehen habe. Wie der Wehrmachtbericht vom 25. April 1941 mitgeteilt hatte, hat Korvettenkapitän Kretschmer 313 611 BRT feindlichen Schiffsraums, darunter 3 Hilfskreuzer und 3 feindliche Zerstörer vernichtet. Korvettenkapitän Kretschmer fiel mit einem Teil seiner tapferen Besatzung in englische Gefangenschaft. Eine ganze Reihe von Offizieren erhielten im Januar in Anerkennung ihrer Verdienste das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Es waren folgende Offiziere, die wir in der Reihenfolge der Verleihungen, vom 41. bis zum 69. Soldaten nacheinander aufzählen: am 1. Januar 41. General der Waffen-SS Obergruppenführer Sepp Dietrich, 42. Oberst Eberbach, 43. Oberst Scheidies, 44. Oberleutnant Buchterkirch, 45. Kapitän zur See Rogge, 46. Hauptmann Pelz. Am 2. Januar Hauptmann Schulz (47.), Major Eckinger (48.), Major Hoffmann-Schönborn (49.), Oberst Eibl (50.), Kapitänleutnant Lehmann-Willenbrock (51.), Major Weiß (52.). Am 3. Januar Rittmeister Frhr. v. Boeselager (53.), Generalmajor v. Seydlitz-Kurzbach (54.), Generalmajor Horte (55.), Oberleutnant z. See Suhren (56.), Major Hitscholt (57.). Am 12. Januar Oberstleutnant v. Boddien (58.), am 17. Januar Oberst Jordan (59.), Oberst Specht (60.), Major Frhr. v. Wolff (61.), Generalmajor Hube (62.), Oberleutnant Noak (63.), Hauptmann Heibig (64.), Oberleutnant Hitzfeld (65.). Am 19. Januar Oberst Wegener (66.), am 23. Januar Oberst Kraut (67.), am 25. Januar Generalmajor Frhr. von und zu Gisa (68.) und am 31. Januar als 69. Soldaten der deutschen Wehrmacht Generalmajor Breith.
- Am 30. Januar, einem Zeitpunkt, an dem der längste und wohl auch härteste Teil des Winters bereits überwunden ist, eines Winters, auf dessen Prüfungen die Feinde des Reiches ihre ganze Hoffnung gesetzt hatten, sprach der Führer zum deutschen Volk. Auf wenige Stunden war er von der Ostfront gekommen, in deren Schneestürmen die deutsche Wehrmacht eisern verteidigt und mit fast übermenschlichem Einsatz hält, was sie im Sommer eroberte. Mit denen, aus deren Reihen er gekommen ist, mit den Parteigenossen, mit den breiten Massen der Nation wollte er des Tages gedenken, an dem vor neun Jahren das neue Reich geboren wurde. In seinen Begrüßungsworten sprach Reichsminister Dr. Goebbels das aus, was das ganze deutsche Volk an diesem Tage empfand. Viele Jahre schwersten Kampfes, stolzester Siege, aber auch aufreibendster Rückschläge hätten am 30. Januar hinter der Partei gelegen. Aber niemals in all diesen Jahren habe des Führers Alte Garde am Siege gezweifelt. „Der Sieg“, so wendete sich Dr. Goebbels an den Führer, „war uns eine Sache des Glaubens, und zwar eine Sache des Glaubens an
- 106 Ihre Person. Heute nun steht das ganze deutsche Volk, an seiner Spitze unsere stolze Wehrmacht, im Kampf um die Verteidigung der Errungenschaften unserer Revolution, der Sicherung unseres Reiches und des Lebensraumes unseres Volkes. Was damals für uns eine Sache des Glaubens war, nämlich der Sieg, das ist heute für uns eine Sache der Gewißheit. Wie die Front für den Sieg kämpft, so arbeitet die Heimat für den Sieg. Das ganze deutsche Volk fühlt sich geeint in dem Bewußtsein der Stärke und einer souveränen inneren Sicherheit.“ Aus dieser Gewißheit des Sieges heraus sprach auch der Führer an diesem Tage (siehe Seite 72). Er vermittelte der ganzen Nation die Überzeugung, daß nach der schweren Zeit erbitterter Abwehrkämpfe die Phase neuer siegreicher entscheidungsvoller Operationen kommen werde. Die Rede des Führers klang aus in einem Appell an die Heimat: „Arbeitet, schafft Waffen, schafft Munition, schafft wieder Waffen und wieder Munition! Der Herrgott möge uns die Kraft geben, daß wir uns die Freiheit erhalten, unserem Volk, unseren Kindern und Kindeskindern und nicht nur unserem deutschen Volk, sondern auch den anderen Völkern Europas.“
- An der großen Sportpalastkundgebung mit der Führerrede nahm auch eine Delegation der Faschistischen Partei unter Führung des Generalsekretärs der Fasci im Ausland, Exe. De Cicco, teil. Die Abordnung überbrachte dem Führer die Glückwünsche der italienischen Schwarzhemden zum Jahrestag der Machtübernahme. Sie wurde in der Neuen Reichskanzlei vom Führer empfangen und besuchte während ihres mehrtägigen Aufenthalts die verschiedensten Einrichtungen der Partei. Der Duce selbst übermittelte dem Führer aus gleichem Anlaß am 30. Januar ein Glückwunschtelegramm, in dem er seinem felsenfesten Vertrauen auf den gemeinsamen Endsieg Ausdruck gab. — Der deutsch-italienischen Zusammenarbeit diene auch ein Besuch des italienischen Verkehrsministers Exe. Host Venturi, der auf Einladung des Reichspostministers die Reichshauptstadt besuchte. Der italienische Verkehrsminister traf am 8. Januar mit seiner Begleitung in Berlin ein, um in mehreren Besprechungen mit dem Reichspostminister einen Gedankenaustausch über schwebende gemeinsame Probleme zu haben.
- Eine bedeutsame Begegnung hatten am 14. und 15. Januar in Garmisch-Partenkirchen der Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine, Großadmiral Raeder, und der königl. italienische Flottenadmiral Riccardi, Unterstaatssekretär und Admiralstabschef der italienischen Kriegsmarine. Die Besprechung galt der operativen Zusammenarbeit der beiden Kriegsmarinen und erbrachte vollständige Übereinstimmung der Auffassungen hinsichtlich der Niederringung des gemeinsamen Feindes.
- 107 Der Pflege und Förderung der deutsch-ungarischen Beziehungen galt ein Besuch des Reichsministers des Auswärtigen v. Ribbentrop in Ungarn. Nachdem der Reichsaußenminister zwei Tage lang Gast des Reichsverweisers auf dem Lande gewesen war, begab er sich am 8. Januar nach Budapest, wo er herzliche und eingehende Besprechungen mit dem königl. ungarischen Ministerpräsidenten und Außenminister v. Bar-dossy hatte. — Wenige Tage danach begab sich auch der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, nach Budapest zu Besprechungen mit dem Generalstabschef der Honvedarmee. — Zu fast der gleichen Zeit besuchte der Präsident des königl. ungarischen Abgeordnetenhauses v. Tasnádi-Nagy die Reichshauptstadt. v. Tasná-

di war hier Gast des Präsidiums des Großdeutschen Reichstages. Der Vizepräsident des Reichstages, Staatsrat Dr. Dr. h. c. v. S t a u ß, hieß auf einem Empfang im Haus der Flieger Präsident v. Tasnádi-Nagy herzlich willkommen und unterstrich in seinen Ausführungen die in Jahrtausenden entwickelte und bewährte Schicksalsgemeinschaft des deutschen und ungarischen Volkes. Der ungarische Gast betonte, daß Ungarn heute mit voller Überzeugung hinter dem gigantischen Kampf für ein neues Europa der Gerechtigkeit stehe. Ungarn sei glücklich, an der Seite des mächtigen deutschen Volkes kämpfen zu können.

Das große Interesse für den Schicksalskampf Japans, das in allen Schichten des deutschen Volkes rege ist, hat in verschiedenen Begebenheiten im Laufe des Januar sichtbaren Ausdruck erhalten. Die deutsche Presse zitierte am 3. Januar Auszüge eines Interviews, das Reichsminister Dr. Goebbels japanischen Pressevertretern in Berlin gegeben hatte. Der Minister hatte den japanischen Pressevertretern gegenüber die Bewunderung des deutschen Volkes für Japans Waffenerfolge zum Ausdruck gebracht. — In gleicher Weise äußerte sich in einer von Tokio nach Deutschland gesendeten Rundfunkansprache der japanische Außenminister Togo, der seinerseits den erfolgreichen Kämpfen der deutschen Wehrmacht höchste Anerkennung zollte.

Am 10. Januar wurde in St. Anton die 4. deutsch-japanische Akademikertagung durch Reichsstatthalter H o f e r eröffnet. Sie galt der Vertiefung der deutsch-japanischen Studentearbeit und war fruchtbringendem Gedankenaustausch gewidmet. An der Tagung nahmen auch der Leiter des Japan-Instituts in Berlin, Prof. R a m i n, der Direktor des japanisch-deutschen Kulturinstituts in Tokio, Dr. D o n a t h, sowie Botschafter General O s h i m a und Reichsstudentenführer Dr. Scheel teil.

108 Ein bedeutsames innerpolitisches Ereignis war die Tatsache, Staatspräsident Dr. Hacha mit Zustimmung des stellvertretenden Reichsprotektors in Prag, SS-Obergruppenführer H e y d r i c h, am 20. Januar eine neue Regierung berufen hat. Mit der Leitung dieser neuen Regierung wurde der bisherige Vorsitzende der Protektoratsregierung und Justizminister Dr. K r e j c i betraut. Mitglied dieser Regierung ist auch ein Deutscher, der bisherige Leiter der Abteilung Wirtschaft beim Reichsprotektor, Ministerialdirigent Dr. Walter B e r t s c h, der das Amt eines Ministers für Arbeit und Wirtschaft führt. Der Regierung gehören ferner an der bisherige Präsident von Böhmen Richard B i e n e r t als Innenminister, der ehemalige tschechische Generalstabsobers Emanuel M o - r a v e c als Minister für Schulwesen und Volkserziehung, der Präsident des tschechischen Landeskulturrates für Böhmen Adolf H r u b y als Minister für Land- und Forstwirtschaft, ferner wie bisher Dr. Camenicky als Verkehrsminister und Dr. K a l f u s als Finanzminister. Bei einem Empfang der neuen Regierung betonte der Staatspräsident Dr. Hacha, er habe sich zur Umbildung der Regierung mit Rücksicht auf die Tatsache entschlossen, daß sich heute fast alle souveränen Staaten Europas eindeutig zur Neuordnung des Kontinents nach dem Willen des Führers bekannt hätten und aktiv mit dem Reich zusammenarbeiteten. Darum sei es auch notwendig, daß im Protektorat ein vollständig neuer Regierungskurs der positiven und aktivistischen Kräfte eingeschlagen werde. In der Regierungserklärung heißt es: Wir haben endgültig den Mut zur Wahrheit. Zum Wohl des tschechischen Volkes gehen wir diesen Schritt offenen Herzens und sauberen Sinnes, im Bekenntnis zu Führer und Reich, in der Gewißheit um den Sieg der neuen europäischen Ordnung und in eindeutiger und schärfster Verurteilung und Ablehnung der bolschewistischen und plutokratischen Mächte. Auf einem Empfang der neuen Regierung in der Burg betonte der stellvertretende Reichsprotektor, SS-Obergruppenführer General der Polizei Heydrich, daß es sich nicht um einen üblichen Personenwechsel, sondern um einen geschichtlich bedeutsamen Richtungswechsel handle. Nachdem er der Regierung grundsätzliche Richtlinien für ihre zukünftige Arbeit gegeben hatte, sprach der stellvertretende Reichsprotektor den neuen Ministern sein Vertrauen aus.

109 Der Aufbau in den besetzten Ostgebieten hinter der kämpfenden Front schreitet Zug um Zug vorwärts. In Luck (Wolhynien) erschien am 24. Januar erstmals die „Deutsche Ukrainezeitung“ als neues deutsches Organ für die gesamte Ukraine. In der ersten Ausgabe des Blattes wenden sich Reichsminister Rosenberg und Reichskommissar Koch in Aufrufen an die ukrainische Bevölkerung. Das Deutsche Reich, so stellt Reichsminister Rosenberg fest, habe die Verwaltung der Ukraine übernommen, um für alle Zeiten die Wiederkehr bolschewistischer Zustände und eine Herrschaft des Judentums zu verhindern. Die deutsche Verwaltung erwarte den Einsatz aller Ukrainer, um die Schätze des Bodens zu heben, während sie ihrerseits alle Anstrengungen machen werde, um nach furchtbarer Zeit der Zerstörung eine Epoche des Aufbaues einzuleiten. Die Leistung jedes Ukrainers wird dabei entsprechend anerkannt und belohnt werden. Reichskommissar Koch fordert in seinem Aufruf die ukrainische Bevölkerung auf, durch Arbeit und Leistung den deutschen Soldaten ihren Dank für die Befreiung vom Bolschewismus abzustatten. Jeder Faulenzer und Störenfried werde bestraft werden, jeder Ukrainer aber habe die Möglichkeit, nach seiner Auffassung zu leben und glücklich zu werden. Die „Deutsche Ukraine-Zeitung“ stellt zu diesem Aufruf fest, daß der Bevölkerung dieses Landes eine Chance gegeben sei, wie sie selten einem Volke zuteil werde.

Über die Aufbauarbeit im Warthegau veröffentlicht die DAZ am 8. Januar einen aufschlußreichen Bericht aus Posen. Nicht nur in der Gauhauptstadt und in den Städten des Gaus, besonders auf dem Lande hat die deutsche Verwaltung hier große Wandlungen geschaffen. Das eingeströmte neue Bauerntum beginnt bereits dem Lande ein freundlicheres Gesicht zu geben. Im Warthegau sind bis zum Herbst des vergangenen Jahres rund 48 800 deutsche bäuerliche Familien mit etwa 200 000 Köpfen eingesetzt worden. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine unermeß-

liche Fülle von Arbeit. Die unter polnischer Herrschaft größtenteils verfallenen Gehöfte mußten, soweit es die Kriegsverhältnisse erlaubten, in einen einigermaßen wohnlichen und betriebsfähigen Zustand versetzt werden. Allein für die Beschaffung des notwendigen Inventars und für die Bereitstellung von Saatgut und Düngemittel sind nach dem Stande von Ende Oktober in einem Jahr 23 Millionen RM zur Verfügung gestellt worden. Bis zum gleichen Zeitpunkt waren bereits an 10 290 bäuerlichen Stellen Instandsetzungsarbeiten durchgeführt worden. Rund 2000 Stellen sind in der Zwischenzeit erneuert worden. Für die nächste Zukunft ist auf Grund der vorhandenen Grundlagen die Planung von 25 Hauptdörfern in einer Größe von zusammen 3000 qkm eingeleitet. Nach diesem Planungsvorhaben werden auch im Warthegau nach dem Kriege 6000 Stellen in 150 neuen Dörfern entstehen. Diese wenigen Zahlen geben heute schon ein eindrucksvolles Bild von den bisherigen Leistungen und von der großzügigen Planung, die bereits in Angriff genommen worden ist.

Durch die Eröffnung der 4. Staatsbibliothek des Generalgouvernements in Lublin ist eine Stätte ihrer Bestimmung übergeben worden, die einen wichtigen Beitrag zur deutschen Ostforschung leisten wird. Mit der beachtlichen Zahl von 223 000 Bänden, zu der noch einige kleine Sammlungen hinzukommen, ist diese Bibliothek größer als die mancher Großstädte des Reiches. Ihre Aufstellung bezeugt den Kulturwillen der deutschen Führungsschicht in
110 diesem östlichen Nebenlande des Reiches.

Zu Anfang des Monats weilte der Leiter der nationalsozialistischen Bewegung in den Niederlanden, Dipl.-Ing. Mussert, in Berlin. Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei empfing Mussert zusammen mit seinen beiden Stellvertretern, van Geelkerken und Rost van Toningen, sowie dem Kommandanten der niederländischen SS, Feldmeyer, in seinem Hauptquartier. Ferner wurde Mussert von Reichsminister Dr. Goebbels, Reichsminister Rosenberg und Reichsarbeitsführer Hierl empfangen.

Bemerkenswert sind die Zahlen, die Mitte Januar die Deutsche Reichsbahn über ihre Einnahmen im Jahre 1941 veröffentlichte. Sie liegen etwa um 18% höher als im vorvergangenen Jahre und sind auf rund 9 Milliarden gestiegen. Da der Personenverkehr aus leicht erfindlichen Gründen gedrosselt wurde, liegt die Steigerung der Gesamteinnahme beim Güterverkehr. Nimmt man an, daß die Güter, die größere Frachteinnahmen bringen, mehr in den Vordergrund treten, solche, die weniger bringen, aber in die zweite Linie absinken — beispielsweise gingen die Baustofftransporte zurück, während mehr hochwertiges Rüstungsgut befördert wurde —, bedenkt man weiter, daß sich das Tätigkeitsfeld der Reichsbahn im Osten gewaltig ausgedehnt hat und die besetzten Westgebiete zum erstenmal für ein ganzes Jahr in der Rechnung der Reichsbahn erscheinen, so wird damit hinreichend diese Steigerung der Einnahmen erklärt. Hinter diesen 18% steckt aber eine gewaltige, nochmals gesteigerte Arbeitsleistung, für die es in der Geschichte der Deutschen Reichsbahn keinen Vergleich gibt. Die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit der Deutschen Reichsbahn, Eigenschaften, von der insbesondere die Wehrmacht zu berichten weiß, haben sich auch unter den schwierigsten Kriegsbedingungen in höchstem Maße bewährt.

Es ist zwar nur ein kleiner Beitrag aus dem Leben unseres Volkes im Kriege, wenn wir verzeichnen, daß seit Mitte Januar am Montag und Donnerstag jeder Woche auf den Speisekarten aller Gaststätten im Reich während des ganzen Tages das „F e l d k ü c h e n g e r i c h t“ steht. Front und Heimat werden gewissermaßen aus einem Topf essen. Der Sinn dieser Anordnung des Staatssekretärs für den Fremdenverkehr ist die Absicht, dem schwer beanspruchten Gaststättengewerbe, insbesondere den Bedienungen, dringend notwendige Erleichterungen und Vereinfachungen zu gewähren. Das Institut für Koch-Wissenschaften in Frankfurt a. M. hat sich um die Aufstellung eines rationellen, nahrhaften und schmackhaften Speisezettels für diese Feldküchengerichte verdient gemacht. Ein nicht unbedeutender Beitrag zur Meisterung der Ernährungslage ist durch diese Einrichtung geschaffen worden.

111 Am 18. Januar fanden im Lippischen Lande eindrucksvolle Erinnerungsfeiern an den entscheidenden Wahlsieg der NSDAP im Jahre 1933 statt, an diesen Sieg, der den Führer und seine Bewegung an die Schwelle der Machtergreifung geführt hatte. In der alten Hansestadt Lemgo sprach aus diesem Anlaß Reichsminister Dr. F r i c k. Der Minister verglich die Wegstrecke des Führers vom Unbekannten Soldaten bis zum unbestrittenen Führer des deutschen Volkes mit dem zweiten Abschnitt vom Obersten Befehlshaber der stärksten Wehrmacht der Welt bis zum kommenden Endsieg und erklärte, daß die erste Etappe sicherlich weitaus schwerer gewesen sei als die zweite. Über die Größe und Schwere des Kampfes, in dem wir stehen, so sagte Dr. Frick, wollen wir uns keinen Illusionen hingeben. Es gehe gegen einen zähen, erbitterten, entseelten und vertierten Feind, mit dem kein Kompromißfriede möglich sei. Die Parole laute: wir können siegen, wir müssen siegen und wir werden siegen. In Detmold sprach Reichsleiter Dr. Ley. Wenn der Wahlsieg in Lippe, was die Zahl betreffe, auch klein gewesen sei, so sei er doch seiner Bedeutung nach der Sieg der Partei über ihre Gegner gewesen, ein Sieg des Ideals, des Geistes, des Willens, der Tapferkeit, des Opfers, des Einsatzes und des Glaubens. Dr. Ley würdigte in diesem Zusammenhang den persönlichen Einsatz des Führers, der damals wie heute die Fahne trage. Dr. Ley zeichnete den gegenwärtigen Kampf als eine dem deutschen Volke vom Schicksal übertragene Bewährungsprobe. Je härter der Kampf sei, desto härter wollten auch wir sein, desto gläubiger wollten wir zum Führer aufblicken.

Wie schon so oft in diesem Kriege, ergriff auch im Januar Reichsminister Dr. Goebbels das Wort in großen Kundgebungen, um die gegenwärtige Situation deutschen Freiheitskampfes zu deuten. Am 15. Januar sprach Dr. Goebbels vor den führenden Männern der Hansestadt Hamburg, am 17. Januar aus Anlaß der Errichtung des „Kultur-

werkes Deutsches Ordensland" im Artushof zu Danzig. Jedesmal entwickelte der Minister ein hinreißendes Bild des weltgeschichtlichen Ringens unserer Tage. Wichtiger noch als die Frage, wann dieser Krieg zu Ende gehe, sei die Frage, w i e er zu Ende gehe. Gewinnen wir ihn, dann ist alles gewonnen: Rohstoff und Ernährungsfreiheit, Lebensraum, Grundlage der sozialen Neugestaltung unseres Staates und die Möglichkeit des völkischen Sichauslebens für die Achsenmächte. Verlören wir ihn, so wäre alles verloren: nämlich unser nationales Leben überhaupt und insgesamt.

112 Am 6. Januar gab der Reichsjugendführer bekannt, daß auf Grund der Jugenddienstverordnung im Jahre 1942 alle 10jährigen Jungen und Mädchen zum Dienst in der Hitler-Jugend zu erfassen und anzumelden sind. Der Jahrgang 1931 und 1932 umfaßt die zwischen dem 1. Juli 1931 und dem 30. Juni 1932 Geborenen. In den Reichsgauen der Ostmark und des Sudetenlandes wird der Geburtsjahrgang 1932 erfaßt. Weiter sind alle bei der Erfassung im Vorjahre zurückgestellten Jugendlichen nochmals listenmäßig zusammenzufassen, da über ihre Heranziehung erneut entschieden werden soll. — Gelegentlich der Weihe von 300 Fahnen der wartheländischen Hitlerjugend sprach am 5. Januar 1942 Reichsjugendführer A x m a n n in Posen zu der deutschen Jugend des Warthelandes. Nach einer Würdigung der bisher im Wartheland geleisteten Aufbauarbeit bezeichnete der Reichsjugendführer die Ausrichtung der Jugend auf den Osten als die große Zukunftsaufgabe. In den Ostgebieten werde darum der Landdienst der HJ seinen stärksten Ausbau erfahren. Denn mit dem Landdienst sei eine große Bewegung zum Osten und zum Boden geschaffen worden, deren Ziel es sei, der Neubildung neuen Bauerntums die besten Kräfte zur Verfügung zu stellen. — Am 12. Januar eröffnete in einer eindrucksvollen Kundgebung Reichsleiter v. Schirach, der vom Führer beauftragte Leiter der Kinderlandverschickung, in der National-Galerie zu Berlin eine Ausstellung über die erweiterte Kinderlandverschickung unter dem Thema „Jugend im Reich". Baldur v. Schirach würdigte die Leistung der Lehrerschaft und der Hitlerjugendführer, die gemeinsam für die geistige und körperliche Fortbildung der Jugend mit bestem Erfolge gewirkt hätten. Anerkennende Worte fand der Reichsleiter auch für die Partei, für die Hilfe des Reichsministers des Inneren, des Reichsernährungsministers und Reichswirtschaftsministers. Rühmend hob der Redner auch hervor, daß die Sonderzuteilungen für die KLV-Lager an Fett, Brot, Käse, Zucker, Marmelade, Kartoffeln, Frischgemüse und Frischobst eine hervorragende Ernährung gewährleistet hätten. Bei der sorgfältigen ärztlichen Betreuung, für die der Reichsärztführer Sorge getragen habe, sei dies immer wieder erneut festgestellt worden. Über die politische Bedeutung der Kinderlandverschickung, die nach den Worten Schirachs astronomische Summen gekostet habe, sei zu sagen, daß sie das wirksamste Unternehmen zur Beseitigung des Stammesdünkels darstelle. Falsche Vorstellungen sozialer und stammesmäßiger Art würden durch die KLV überwunden und die Jugend werde sich zutiefst der Tatsache bewußt, einem einzigen großen Reiche anzugehören. Am 9. Januar legte das Winterhilfswerk die Ergebnisse der Vierten Reichsstraßensammlung vor, die am 20./21. Dezember 1941 von der Hitlerjugend und dem BDM durchgeführt wurde. Das Gesamtergebnis stellt sich im Reichsgebiet auf 19 712 314,98 RM. Dies Ergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 37%, d. h. um 5 369113,81 RM. erhöht.

113 Ein wahrhaft stolzes Sammelergebnis, das Sammler und Spender ehrt!

Bei dem außerordentlichen Umfang der Aufgaben, die dem Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt mit der Übertragung der Rüstungsbauvorhaben der Luftwaffe überantwortet wurde, war die baldige Schaffung einer eigenen Transportorganisation unerlässlich. So wurde schon wenige Wochen nach Kriegsausbruch die „NSKK-Transportstandarte Speer" aufgestellt, die sowohl bei den Rüstungsbauten der Luftwaffe wie auch bald im unmittelbaren Fronteinsatz Verwendung fand. Mehrere ihrer KW-Regimenter stehen weit im Osten und in Afrika, um Treibstoff und Munition zu den Feldflughäfen zu fahren. Zur weiteren Verstärkung der Transport-Organisation ist nun auch eine eigene „T r a n p o r t f l o t t e Speer" ins Leben gerufen worden. Mit der Führung dieser Flotte hat der Generalbauinspektor den Kommandeur der „Transportstandarte Speer", Brigadeführer Nagel, beauftragt. Schon heute umfaßt diese Flotte mehrere hundert Binnenkähne, die jetzt in erster Linie eingesetzt wurden, die Versorgung Berlins mit Kohle und lebenswichtigen Gütern zu gewährleisten. Mitten im Kriege ist so ein Instrument geschaffen worden, das völlig auf die Friedensaufgaben ausgerichtet ist, dem aber schon jetzt bei der Behebung wichtiger Transportprobleme eine äußerst bedeutsame Rolle zukommt.

Im Laufe des Januar legte das deutsche Volksbildungswerk in der NSG „Kraft durch Freude" seinen jüngsten Jahresbericht vor. Aus ihm ergibt sich, daß auch auf diesem Kultursektor die Arbeit trotz des Krieges erfolgreich weiter gehen konnte. Gegenüber dem letzten Friedensjahr, in dem sich rund 8,1 Millionen Menschen an den Einrichtungen dieses Bildungswerkes beteiligten, haben im letzten Berichtsjahr nicht weniger als 10,6 Millionen Gebrauch von seinen Einrichtungen gemacht. Dazu kommen die sehr hohen Zahlen aus der Wehrmachtbetreuung, über die vorerst Genaueres nicht mitgeteilt werden kann. Bei einigen Gauen aber lagen die für die Wehrmachtbetreuung ermittelten Zahlen um ein Vielfaches höher als die Zahlen für die Zivilbetreuung.

Wie alljährlich in Erinnerung an den Geburtstag Friedrichs des Großen am 24. Januar veranstaltete auch in diesem Jahre die Preußische Akademie der Wissenschaften eine Festsitzung, an der führende Männer des nationalsozialistischen Staates, vor allem aber die bedeutendsten Wissenschaftler und Künstler der Reichshauptstadt teilnahmen. Der Präsident der Akademie, SS-Oberführer Prof. Vahlen, wies auf den entscheidenden geistig-seelischen Unter-

schied hin, der den Deutschen vom Engländer unüberbrückbar trenne. An den Beispielen des schöpferischen Humanisten Erasmus von Rotterdam und des Engländers Thomas Morus als dem Sinnbild einer satten und faulen Lebensauffassung zeigte der Redner diesen Unterschied. Den Jahresbericht der Akademie gab in kurzer gedrängter Form Prof. Grapow. Den Höhepunkt der Festsitzung bildete ein Vortrag von Prof. Wilhelm Pinder über die „Sonderleistungen der deutschen Kunst“. Die Ausführungen Pinders waren ein überzeugender Beweis, daß das deutsche Volk in der selbständigen Wahl von Form und Gegenständen der künstlerischen Darstellung durch keine andere Nation übertroffen worden ist. Mit einer Fülle von Beispielen aus der Kunstgeschichte der letzten tausend Jahre belegte Prof. Pinder diese seine These.

Am 12. Januar gedachte das ganze deutsche Volk in Verehrung des Reichsmarschalls Hermann Göring, der an diesem Tage seinen 49. Geburtstag feierte. In Hermann Göring sieht das deutsche Volk den getreuesten Paladin des Führers, den es gerade um dieser Treue willen — von seinen unvergänglichen Verdiensten als Soldat und Oberbefehlshaber der Luftwaffe sei hier nicht gesprochen — besonders liebt.

Am 11. Januar blickte einer der bedeutendsten deutschen Musiker der Gegenwart, Paul Graener, auf sieben Jahrzehnte eines schaffensreichen Lebens zurück. Neben Richard Strauß und Hans Pfitzner steht sein Werk in der Musik unserer Zeit unbestritten. Sein Wirken als Vorsitzender des Berufsstandes der deutschen Komponisten war ebenso segensreich wie seine Tätigkeit als Leiter einer Meisterklasse der Akademie der Künste, und noch heute ist Dr. h. c. Prof. Paul Graener Vizepräsident der Reichsmusikkammer. Reichsminister Dr. Goebbels übermittelte dem Jubilar zu diesem Tage seine herzlichsten Glückwünsche.

Einen schweren und tiefen Verlust erlitt das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht durch den plötzlichen Tod des Generalfeldmarschalls v. Reichenau. Durch einen Schlaganfall war der Generalfeldmarschall mitten aus der Führung seiner Armeen herausgerissen worden. Während seiner Überführung in die Heimat ist er am 17. Januar verstorben. Der Führer hat für den so verdienten Feldmarschall ein Staatsbegräbnis angeordnet. Mit seiner Vertretung als Führer der deutschen Nation hat der Führer Reichsmarschall Hermann Göring und in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber des Heeres den Generalfeldmarschall v. Rundstedt beauftragt. Die Nachricht vom Tode Reichenaus hat im ganzen Volke aufrichtige Trauer hervorgerufen. Weit über die Kreise der Wehrmacht hinaus war die außergewöhnliche, jugendfrische Gestalt dieses Offiziers, der eine beispiellose militärische Laufbahn hinter sich hat, beliebt und verehrt. Der Führer hat am 18. Januar einen Tagesbefehl an das Heer erlassen, in dem er den Tugenden des Generalfeldmarschalls höchste Anerkennung zollte. Bei dem feierlichen Staatsakt, der zu Ehren des Verstorbenen am 23. Januar im Berliner Zeughaus, der Ruhmesstätte preußisch-deutschen Soldatentums stattfand, hielt Reichsmarschall Hermann Göring die Gedenkrede. Der Verlust treffe das deutsche Volk ungeheuer schwer, denn mit dem Feldmarschall v. Reichenau sei ein Soldat von uns gegangen, der so ganz ausgefüllt war von den großen Aufgaben dieser Zeit, der, durch und durch Soldat und Heerführer, auch von ganzer Seele der neuen Weltanschauung aufgeschlossen war. Reichsmarschall Hermann Göring sprach dem Verstorbenen seinen ganz persönlichen heißen Dank aus für alle die Hilfe und Aufgeschlossenheit, die Feldmarschall v. Reichenau in seinem früheren Wirkungskreis im Kriegsministerium dem Aufbau der Luftwaffe entgegengebracht habe. Sodann würdigte er die vorbildliche unerschrockene Persönlichkeit des Toten, der in jeder Situation, als Offizier und Kamerad, seinen Soldaten vorgelebt habe. — Auch Generalfeldmarschall v. Rundstedt, der der Trauer der deutschen Wehrmacht Ausdruck gab, gedachte der soldatischen Eigenschaften v. Reichenaus, die der Verewigte in drei Feldzügen, in Polen, Frankreich und Rußland, in höchstem Maße bewiesen hatte.



Antropolitik

116 Im Monat Januar 1942, dem ersten des vierten Kalenderjahres, in dem der Krieg bereits währt und der die Kriegsdauer auf zweiundeinhalb Jahre brachte, ging der Kampf auf der Hauptfront, im Osten, wie es der Führer in seiner Neujahrsbotschaft vom 31. Dezember ausdrückte, auf und ab, um langsam zu erstarren. An der Afrikafront führte er die Armee Rommels, die von der Defensive plötzlich und höchst unerwartet für den Gegner zur Offensive übergegangen war, zu glänzendem Sieg, der dem Gegner beinahe den ganzen in zwei Monaten unter schwersten Opfern gemachten Geländegewinn wieder nahm und die deutsch-italienischen Streitkräfte bis in die Nähe von Tobruk führte. In Ostasien setzte Japan die glänzende Reihe seiner Erfolge fort. Die Malaiische Halbinsel und Teile Burmas, Borneo, große Teile von Celebes und zahlreiche Inseln und Stützpunkte wurden erobert. Der Weltkrieg,

der mit dem Eintritt Japans am 7. Dezember 1941 erst wirklich begann, hat sich auch im Januar für die Mächte des Dreierpakts und ihrer Bundesgenossen sehr günstig entwickelt. Große Erfolge der deutschen U-Boote an den Küsten Kanadas und der USA haben den Krieg, den Roosevelt seit Jahr und Tag in allen Kontinenten schürte, nun auch den USA vor die eigene Tür gebracht.

Zu Beginn und am Ende des Monats Januar hat der Führer selbst zur Kriegs- und Weltlage sich geäußert und dem deutschen Volk durch seinen Aufruf zum Jahreswechsel am 31. Dezember (siehe S. 62) und durch die Rede am Jahrestag der Machtübernahme am 30. Januar (siehe S. 72) Richtlinien und Sinngebung für den weiteren Kampf vermittelt. Dabei hat der Führer die Frage nach der Verantwortlichkeit an diesem Kriege erneut gestellt und mit gewohnter Klarheit und Überzeugungskraft die Kriegsschuld Englands, Churchills und Roosevelts und ihrer jüdischen Hintermänner herausgestellt. In beiden Verlautbarungen kam der Führer zum gleichen Schluß: Der Kampf muß mit Aufbietung aller Kraft fortgesetzt werden, denn es geht um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Im Osten war die Umstellung von der Offensive zur Defensive Ende Januar vollzogen, die bolschewistischen Versuche, unsere Front zu durchbrechen, waren gescheitert. Im Frühjahr wird der Endkampf gegen den Bolschewismus mit zahlenmäßig gleichen Kräften und verbesserter Rüstung beginnen.

117

Deutschlands Politik und Kriegführung im Monat Januar kennzeichnet sich im Osten durch das infolge der Härte des russischen Winters schwere Ringen gegen die unter ungeheurem Menscheneinsatz und Menschenverlust geführten bolschewistischen Angriffe, die nirgends zu einem wirklichen Erfolg geführt haben, in Afrika durch die großartigen Taten Rommels, auf dem Ozean durch den höchst erfolgreichen Beginn des Angriffs der deutschen U-Bootschwärme auf die USA-Schiffahrt, während auf politischem Gebiet als wichtigstes Ereignis die deutsch-italienisch-japanische Militärkonvention zu verzeichnen ist. Sie wurde am 18. Januar in Berlin unterzeichnet, legte die Richtlinien der gemeinsamen Operationen gegen die gemeinsamen Gegner fest und stellt die natürliche Folge aus dem vom Führer in seiner Reichstagsrede vom 11. Dezember bekanntgegebenen deutsch-japanischen Kriegsbündnis dar.

Die Diskussion, die in England über die Ereignisse in Ostasien und in Nordafrika in Presse und Parlament stattgefunden haben, zeigen deutlich, daß man sich in London über den inneren Zusammenhang zwischen den Ereignissen auf diesen beiden Kriegsschauplätzen sehr wohl im klaren ist. Da Englands Kraft nicht ausreiche, um überall stark zu sein, habe man in erster Linie auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz stark sein wollen, um so mehr, als Japan damals noch nicht im Kriege gewesen sei. Der Krieg in Nordafrika hat also England veranlaßt, Truppen und Kriegsmaterial, darunter hauptsächlich Divisionen aus Australien, Neuseeland und Indien für den Kampf ums Mittelmeer einzusetzen, die dann in Hongkong und Singapur, auf der Malaiischen Halbinsel und in Burma nicht zur Stelle waren, als Japan plötzlich zuschlug. Dieses Beispiel zeigt, wie zeitgemäß und sinnvoll die deutsch-italienisch-japanische Militärkonvention ist: Sie ist das Instrument, mit dem die Dreierpakt-Mächte die Planung ihrer weltweiten Kriegführung vornehmen können; sie ermöglicht eine oberste Kriegsleitung der drei Mächte, die die Richtlinien für den gemeinsamen Kampf gegen die britisch-amerikanischen Weltherrschaftspläne festzulegen hat. Die Hilferufe, die aus Australien und Niederländisch-Indien angesichts des unaufhaltsamen japanischen Vordringens nach London und Washington gesandt wurden, die heftige Unzufriedenheit, die besonders in Australien und Neuseeland laut wurde, weil die besten Truppen dieser Länder im Mittelmeerraum eingesetzt waren, während die japanische Gefahr sich blitzschnell dem eigenen Lande näherte, machen es deutlich, wie sehr das durch Kontinente getrennte militärische Handeln der Dreierpakt-Mächte sich in

117der Auswirkung trifft und unterstützt. Der gegenwärtige Krieg ist somit nicht nur der zweite Weltkrieg, sondern er ist erst Weltkrieg im vollsten Sinne des Wortes, weil Kriegsplanung und -führung sich erst jetzt wirklich auf den ganzen Erdball erstrecken und über seine ganze Ausdehnung hin als ein großes Unternehmen in Erscheinung treten.

Im europäischen Raum sind während des Monats Januar wenig Ereignisse von Bedeutung zu verzeichnen. Die durch den Krieg mehr als je zur Notwendigkeit gewordene Ausbildung einer europäischen Wirtschaft setzte sich auch im Monat Januar fort. Am 23. Januar wurde durch Vertreter der dänischen, deutschen, finnischen und schwedischen Regierungen in Berlin ein Abkommen unterzeichnet, das Vorkehrungen trifft für eine enge Zusammenarbeit dieser Länder in allen forst- und holzwirtschaftlichen und -wissenschaftlichen Fragen. Das Abkommen soll vor allem einen geregelten Austausch der Holzüberschüsse auf möglichst breiter Grundlage herbeiführen und sieht auch ausdrücklich die Beitrittsmöglichkeit anderer europäischer Staaten vor. Am 17. Januar wurden neue deutsch-rumänische Wirtschaftsvereinbarungen abgeschlossen, die den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen den beiden Ländern für das Jahr 1942 festlegen.

Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Rosenberg, und der Reichskommissar für die Ukraine, Koch, fordern in der „Deutschen Ukrainezeitung“, die am 24. Januar zum erstenmal als Organ für die gesamte Ukraine erschienen ist, die ukrainische Bevölkerung zur Mitarbeit am Wiederaufbau des Landes auf. Die endgültige Befreiung vom Kommunismus soll der ukrainischen Bevölkerung die Möglichkeit eines Aufbaus geben, innerhalb dessen jeder durch Arbeit und Leistung sich ein gesichertes Dasein schaffen kann. Die Bildung eines großen euro-

päischen Wirtschaftsraumes werde in den weiten Gebieten, die die deutschen Waffen der bolschewistischen Herrschaft entzogen haben, große Möglichkeiten bieten.

Noch wissen wir nicht, wie das neue Europa, das zu formen und zu sichern der Sinn dieses Krieges ist, im einzelnen aussehen wird, wie die mannigfaltigen Kräfte, die das Wirken der Geschichte im europäischen Raum hat entstehen lassen, zusammengeordnet, auf einen Nenner gebracht und zur harmonischen Entfaltung gebracht werden können, wie die politische Karte des zukünftigen Europas aussehen wird, welches im einzelnen Natur und Form der europäischen Gesamtwirtschaft sein wird. Während des Krieges stehen naturgemäß die Fragen der Kriegswirtschaft an erster Stelle und werden für die wirtschaftlichen wie für die politischen Beziehungen der europäischen Staaten untereinander die Fragen der Kriegführung das Entscheidende bleiben. Der Krieg ist ein harter Lehrmeister. Er zwingt auch diejenigen Kräfte, die sich am liebsten der Ein- und Unterordnung entziehen möchten, unter das Gesetz seines großen Geschehens. Er formt in Wirklichkeit ein neues Europa.

119

Auf dem politisch-diplomatischen Gebiet wie auf dem wirtschaftlichen bilden die täglichen Ereignisse nur den Ausdruck der Bei- und Zuordnung, der Neugruppierung und des Ausgleichs im europäischen Kräftefeld. Der Besuch des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop in Ungarn gegen Mitte des Monats Januar gab Gelegenheit zu Besprechungen mit Reichsverweser Horthy, den Mitgliedern der ungarischen Regierung und maßgebenden militärischen Stellen über die Zusammenarbeit Ungarns mit den Achsenmächten im allgemeinen und zwischen Ungarn und Deutschland im besonderen.

In Holland konnte die nationalsozialistische Bewegung der Niederlande am 4. Januar ihr zehnjähriges Bestehen feiern. Ihr Leiter, M u s e r t, bekannte sich zum neuen Europa. Nicht an der Seite Englands gegen Europa, sondern an der Deutschlands für Europa hätte Holland kämpfen müssen. Ebenso falsch wie die Unterordnung der holländischen Politik unter die englische sei die Kriegserklärung Niederländisch-Indiens an Japan, durch die Indien den Holländern verlorengehen werde. So sei die See, der seit Jahrhunderten Hollands Blick zugewandt gewesen sei, verschlossen und Holland wende sich Europa zu. Mussert teilte weiter mit, daß seine Bewegung als Trägerin des Willens des niederländischen Volkes und als einzige Staatspartei zugelassen sei. Damit erscheint hinsichtlich Hollands der Schleier ein wenig gelüftet, der das zukünftige Europa noch unseren Blicken verbirgt.

Auch diejenigen Staaten Europas, die an den kriegerischen Ereignissen nicht oder nicht mehr teilnehmen, bleiben von den Wirkungen des Krieges, je länger um so weniger, ausgenommen und können sich den europäischen Notwendigkeiten nicht entziehen. Das am äußersten Südwestende des europäischen Kontinents gelegene Portugal, dessen überseeische Besitzungen sich über mehrere Kontinente erstrecken und dessen Insel-Besitz im Atlantik durch Roosevelts Kriegspläne gegen Europa besonders gefährdet ist, hat durch die feste Haltung seines hervorragenden Ministerpräsidenten gegenüber England einen bemerkenswerten politischen Erfolg erzielen können. Nachdem holländische und australische Truppen den portugiesischen Teil der Insel Timor, die nördlich von Australien liegt, besetzt hatten, was zu einer scharfen Reaktion Portugals geführt hatte, veröffentlichte die Kanzlei des Ministerpräsidenten S a l a z a r am 23. Januar folgende Bekanntmachung: „Als Folge, der mit der britischen Regierung gepflogenen Besprechungen erhalten die in Lourenzo Marques bereitstehenden Truppen den Befehl zur Abfahrt

120

nach Timor, um die Verteidigung des portugiesischen Teiles der Insel zu übernehmen. Das Transportschiff João Belo wird von einem Kriegsschiff begleitet werden.“ Salazar hat also die Räumung des portugiesischen Teils der Insel Timor von den holländischen und australischen Eindringlingen erreicht. Zu diesem Erfolg wurde in Lissabon folgender Kommentar von unterrichteter politischer Seite gegeben: 1. Angesichts der festen Haltung der portugiesischen Regierung hätte Londons Bestehen auf der Besetzung Timors logischerweise nur zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen können. 2. Dieser Abbruch wäre für die englischen Interessen abträglich. 3. London hat sich inzwischen überzeugt, daß die Gefahr eines japanischen Angriffs auf Timor durch die kriegerischen Ereignisse im Fernen Osten überholt ist. Die Japaner sind auf Celebes, auf New Britain gelandet und haben gleichfalls den englischen Teil Borneos besetzt. Die damit gewonnene strategische Stellung kann Tokio auf die Insel Timor verzichten lassen, denn Ausgangspunkte für einen Angriff auf Sumatra und Australien sind nunmehr genügend vorhanden. Unter Berücksichtigung aller dieser Punkte hat London eingesehen, daß es sich nicht mehr lohnt, die Position Portugal in Europa zu verlieren. Der Staat Salazars hat mit der Bereinigung des Timor-Zwischenfalles nicht nur alle internationalen Spekulationen über die portugiesische Haltung, sondern gleichzeitig alle innerpolitischen Manöver mit einem Schlag beseitigt. Die portugiesische Regierung wurde nach innen und außen gefestigt und ihr Ansehen erhöht.

Die andere sehr viel größere Gefahr, in der sich Portugal befindet, bedroht jedoch seine Küsten und die weit draußen im Atlantik vor ihnen liegenden Inseln. Die Stärkung der Verteidigungskraft dieser Inseln ist von Portugal auch im Januar fortgesetzt worden. Man weiß in Lissabon sehr wohl, welche begehrliche Augen die plutokratischen Machthaber auf diese Inseln geworfen haben, und Salazar ist entschlossen, das Höchstmögliche für ihre Verteidigung zu tun, wie dies bekanntlich auch der Wille Spaniens hinsichtlich seines kanarischen Inselbesitzes ist. Der Inselbesitz der beiden iberischen Staaten im Atlantik ist eine Vorpostenstellung vor den Küsten Europas. Churchill und Roosevelt möchten sie ebenso wie Irland als Ausgangsstellung zum Angriff gegen den Kontinent gewinnen.

Wenn man sich an den bekannten vom 9. September 1941 datierten Kriegsplan Roosevelts erinnert, der zum größten Ärger des Weißen Hauses in der USA-Presse veröffentlicht wurde, so ist klar, daß die Westküste Afrikas, der spanische und portugiesische Inselbesitz und Irland für die Durchführung des von Roosevelt geplanten Angriffs auf Europa von gleicher Wichtigkeit sind. Als Flotten- und Luftstützpunkte gegen den Kontinent sollen sie in diesem Angriffsplan eine wichtige Rolle spielen. Aber ebensowenig wie das Spanien Francos und das Portugal Salazar ist das Irland de Valeras bereit, die ihm von Roosevelt zugedachte Rolle freiwillig zu spielen. Alle drei Länder haben im Laufe der letzten Jahrhunderte die englische Machtpolitik und Unterdrückung zur Genüge kennen gelernt, und der ganze Sinn ihrer Politik, seitdem diese Staaten unter der Leitung ihrer gegenwärtigen Führer stehen, ist ja darauf gerichtet, der englischen Beherrschung und Beeinflussung durch die Entwicklung der eigenen nationalen Kräfte zu entgehen, und die Gestaltung des eigenen Schicksals nicht nach englischen Wünschen, sondern ausschließlich nach den eigenen nationalen Bedürfnissen vorzunehmen.

121

Als USA-Truppen gegen Ende Januar in Nord-Irland landeten, wo USA-Ingenieure und -Arbeiter schon seit Monaten am Ausbau von Marine- und Luftstützpunkten arbeiteten, hat de Valera in Washington scharf protestiert. Die irische Regierung hat die Losreißung von Ulster aus der irischen Gemeinschaft nie anerkannt. Sie betrachtet die irische Insel als ein unteilbares Ganzes, das dem irischen Volke gehört und früher oder später auch eine politische Einheit bilden kann. Es ist klar, daß ein englischer Sieg dieses nationale Ziel der Iren für jede absehbare Zukunft von der Realisierung ausschließen würde, und daß die Einbeziehung Irlands in den Krieg die unter so schweren Opfern gewonnene Befreiung vom englischen Joch mit Sicherheit beseitigen würde. Denn wer könnte nach allen Analogien der englischen Geschichte glauben, daß ein siegreiches England die während des Krieges besetzten irischen „Stützpunkte“ nach dem Kriege wieder aufgeben würde? Wenn de Valera sich bisher gegen die Hergabe solcher Stützpunkte geweigert hat, so hat er damit nur vitalste Interessen seines Landes verteidigt. Sein zweimal wiederholter Protest gegen die Landung von Amerikanern in Nordirland hat denselben Sinn, und wenn Roosevelt am 28. Januar der Presse erklärte, er sei über diesen Protest de Valeras sehr erstaunt, so hat er, wie meist, wenn er etwas sagt, gelogen. Denn er weiß ganz genau, daß im Rahmen seiner Kriegspläne die Amerikaner in Ulster nicht Selbstzweck sind. Er möchte ganz Irland in seinen Kriegsplan gegen Europa einspannen.

In jenem Kriegsplan Roosevelts vom 9. September 1941 waren außer Portugal und Spanien auch Frankreich, und zwar ausdrücklich das besetzte und das unbesetzte Frankreich, unter den Feinden aufgezählt. London und Washington befinden sich Frankreich gegenüber in einem Zwiespalt, in einer Art Zwitterstellung. Diese zwiespältige Politik führt dazu, daß auf der einen Seite Roosevelts Botschafter in Vichy, Admiral Leahy, mit Lockung und Drohung, mit Propaganda und Bestechung Vichys Politik der Zusammenarbeit mit den Achsenmächten zu hindern und zu sabotieren sucht, daß die USA durch freilich kleindosierte Lieferungen von Zucker, Tee und Benzin nach Französisch-Nordafrika ihre durch ein zahlreiches über das ganze Gebiet verstreutes konsularisches und Agenten-Personal betriebenen Bemühungen, die Franzosen und Einheimischen für sich zu gewinnen, zu unterstützen sich bemühen, während gleichzeitig der Verrätergeneral de Gaulle und die von ihm aufgestellte Gegenregierung gegen Vichy jede Förderung in London und Washington finden, und die von de Gaulle zusammengebrachten Streitkräfte verschiedentlich in den englischen Heeresberichten wie selbständige Bundesgenossen erwähnt werden.

122

Ein besonders deutlicher Ausdruck dieser zwiespältigen Politik ist die Geschichte der Besetzung der bei Neufundland liegenden französischen Inseln Saint Pierre und Miquelon. Am 20. Januar wurde aus Vichy gemeldet, der französische Botschafter in Washington, Henry Haye, sei erneut beim USA-Staatssekretär des Auswärtigen, Hull, in der Angelegenheit der genannten Inseln vorstellig geworden. Dies sei die siebente Demarche, die die französische Regierung in dieser Angelegenheit in Washington unternommen habe! Vichy vertritt den einzig möglichen Standpunkt, daß die von den Streitkräften de Gaulles besetzten Inseln wieder geräumt werden müssen, besonders da zwischen Vichy und Washington eine Vereinbarung besteht, daß am Status quo hinsichtlich der französischen Besitzungen in der westlichen Hemisphäre während des Krieges nichts geändert werden solle. Inzwischen haben die de Gaullisten auf den Inseln den französischen Gouverneur abgesetzt, und zwar auf dem Wege des „Volksentscheids“. Reuter meldete am 29. Dezember aus Washington, die Regierungen Großbritanniens, Kanadas und der Vereinigten Staaten hätten über die Ereignisse auf den französischen Inseln Saint Pierre und Miquelon beraten. Die drei Regierungen stehen der Tatsache des von Admiral Muselier veranstalteten Volksentscheids gegenüber. „Es ist noch zu früh, um vorauszusagen, welche Entscheidungen getroffen werden. Es ist aber unwahrscheinlich, daß man die Bevölkerung dieser Inseln zwingen wird, gegen ihren Willen unter der Herrschaft Vichys zu leben.“ Das Spiel ist also klar. Die de Gaullisten haben die Inseln natürlich im stillen Einverständnis mit den USA besetzt, und diese denken nicht daran, der Forderung Vichys auf Wiederherstellung der französischen Souveränität zu entsprechen.

An einer anderen für das französische Bewußtsein aus historischen und kulturpolitischen Gründen empfindlichen Stelle Afrikas, in Ägypten, hat die englische Politik Frankreich einen weiteren Schlag versetzt. Ägypten hat am 10. Januar die diplomatischen Beziehungen mit Frankreich abgebrochen und Frankreichs diplomatische und konsularische Vertreter aus dem Lande verwiesen. Dies ist auf englischen Druck hin erfolgt. Man erfuhr, daß die ägyptische Regierung sich dieser englischen Forderung lange widersetzte. Die britische Botschaft beharrte jedoch auf ihrer Forderung, und das ägyptische Außenministerium sah sich schließlich gezwungen nachzugeben, und den von der

123

britischen Botschaft ihm übersandten Entwurf zu der Note an Frankreich, in der der Abbruch mitgeteilt wurde, dem französischen Gesandten zu übergeben. Das kann man wahrhaftig in aller Form ägyptische Außenpolitik nach englischem Diktat nennen!

Die französischen Interessen in Ägypten sind ziemlich beträchtlich. Die Zahl der französischen Staatsangehörigen wird auf 30 000 angegeben. Die kulturpolitische Position Frankreichs in Ägypten, wo es zahlreiche französische Schulen und Institute mit vielen Tausenden von Schülern gibt, sowie auch die wirtschaftlichen Interessen in der Suezkanalgesellschaft, der Baumwollindustrie und zahlreichen Handelsunternehmungen sind beträchtlich. Ob die englische Politik, die aus einer langen historischen Entwicklung seit Napoleons Ägyptenfeldzugs entwickelte Stellung Frankreichs in Ägypten immer ein Dorn im Auge war, die Gelegenheit benutzen will, um diese Stellung zu beseitigen oder ob es ihr nur darum zu tun ist, die Franzosen und ihre wirtschaftlichen Kräfte in Ägypten zum Einsatz für de Gaulle zu bringen und eventuell einige tausend Mann französisches Kanonenfutter zu mobilisieren, wird sich noch zeigen müssen.

Die ungeheuren Erfolge Japans im ostasiatischen Raum lassen Englands Sorgen um die Bereitstellung weiterer Hilfsvölker ja besonders dringlich erscheinen. Japans kriegerische Aktion übersteigt die kühnsten Erwartungen. Das Blitzkriegtempo, mit dem die Japaner am 7. Dezember den Krieg gegen Roosevelts und Churchills Einkreisung, Blockierung und gehässige Provokationen begonnen haben, haben sie auch während des ganzen Monats Januar unvermindert durchgehalten. Am Ende des Monats standen sie am Südende der Malayischen Halbinsel dicht vor der Insel Singapur, im Norden weniger als hundert Kilometer von Burmas Hauptstadt Rangoon entfernt, sie hatten die Philippinen außer einem kleinen Teil der größten Insel Luzon, wo die amerikanischen Streitkräfte eng zusammengedrängt einen hoffnungslosen Widerstand leisten, ganz holländisch und englisch Borneo, den größten Teil von Celebes und zahlreiche Inseln und Stützpunkte, einschließlich der früheren Bismarckinseln und Teile von Neu-Guinea, besetzt. Die Inseln Java und Sumatra waren bereits zu Angriffsobjekten der japanischen Luftwaffe geworden. Nirgends hatten Japans Gegner diesem Vordringen mehr als einen nur kurze Zeit hindurchhaltenden Widerstand entgegensetzen können. Am 21. Januar kennzeichnete Ministerpräsident Tojo in einer umfassenden Rede vor dem Reichstag die politische und militärische Situation. In einem kurzen Zeitraum haben die japanischen Streitkräfte bereits die meisten der strategischen Punkte des Feindes in Großostasien vernichtet. Auch gegen das Tschungkingregime wurde der japanische Druck zunehmend verstärkt, während die japanische Verteidigung im Norden sicher und unangreifbar ist. Als wichtigste Ziele des gegenwärtigen Krieges bezeichnete der Ministerpräsident die Sicherung strategischer Stützpunkte in Großostasien und die Einbringung der über wichtige Hilfsquellen verfügenden Gebiete unter japanische Kontrolle, um damit — wie Tojo erklärte — die Kampfkraft Japans zu erhöhen und in engem Zusammenwirken mit Deutschland und Italien das Ausmaß der Operationen immer mehr auszuweiten und zu verschärfen, bis die USA und das britische Empire auf die Knie gezwungen sind. Das Grundprinzip der japanischen Politik nannte Tojo die Schaffung einer Sphäre gemeinsamen Wohlstandes in Großostasien in Zusammenarbeit mit den Völkern dieses Gebietes. Der Ministerpräsident sprach von der rücksichtslosen Ausbeutung dieser Gebiete durch die Vereinigten Staaten und Großbritannien während der letzten 100 Jahre und betonte, daß mit dem Beginn einer neuen Epoche der Geschichte auch eine neue Auffassung zutage getreten ist, die sich den Aufbau einer neuen Weltordnung zum Ziel gesetzt hat, für die Japan zusammen mit seinen Verbündeten und den befreundeten Mächten Europas arbeitet. Tojo erwähnte sodann die militärische Besetzung strategisch wichtiger Punkte Niederländisch-Indiens sowie Hongkongs und der Malaya-Halbinsel und teilte mit, daß Japan diese Gebiete in „Bollwerke für die Verteidigung Großostasiens“ zu verwandeln gedenkt. Die Philippinen würden, falls ihre Bevölkerung die wahren Absichten Japans verstehen und an der Schaffung der großostasiatischen Wohlstandspläne mitarbeiten werde, „die Ehre der Unabhängigkeit“ genießen. Ähnliche Absichten habe man mit Burma, falls Niederländisch-Indien und Australien, so erklärte der japanische Premierminister weiter, ihre gegenwärtig gezeigte Haltung des Widerstandes gegen Japan nicht aufgeben, werden wir keine Rücksicht kennen und sie zerschmettern. Falls aber ihre Völker die wahren Absichten Japans verstehen lernen und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit uns aussprechen würden, würden wir nicht zögern, ihnen unsere Hilfe zu gewähren. Tojo bezeichnete es als bedauerlich, daß das Tschungking-Regime seinen sinnlosen Widerstand gegen Japan immer noch fortsetze. Japan werde dieses Regime gründlich vernichten. Als Hauptgrund der bisherigen Haltung Tschungkings sei seine Abhängigkeit von den USA und Großbritannien anzusehen. „Es ist für uns eine große Befriedigung“, so stellte der Ministerpräsident weiter fest, „daß unsere Verbündeten, besonders Deutschland und Italien, neben Japan fortgesetzt Siege erringen, die zur Schaffung der neuen Weltordnung führen werden. Japan beabsichtigt, die Solidarität mit diesen verbündeten Mächten auf militärischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und anderen Gebieten weiter zu stärken und in der Verfolgung des gemeinsamen Sieges weiterzuschreiten.“

Ministerpräsident Tojo gab des weiteren in seiner Rede die Absicht der Regierung bekannt, zum Zweck der Aufrechterhaltung und Erhöhung des Kriegsproduktionspotentials die Rohstoffe, Arbeitskräfte und Kapitalien in erster Linie für wichtige und vordringliche Unternehmungen bereitzustellen. Besondere Aufmerksamkeit solle der Produktionssteigerung der Rüstungsindustrien geschenkt werden. Auf dem Gebiet des Transportwesens werde insbesondere der Schiffsbau intensiviert werden. Tojo kündigte an, daß die Regierung weitgehende Verbesserungen auf

dem Gebiet der Ernährung sowie der gesundheitlichen Betreuung und Erziehung des japanischen Volkes schaffen wolle. „Zum Schluß“, so betonte der Ministerpräsident, „möchte ich unseren tiefgefühlten Dank für den guten Willen zum Ausdruck bringen, den unsere Verbündeten und die befreundeten Mächte unserem Land gegenüber bewiesen haben.“

In einem Vortrag über alle Sender Ostasiens gab ein Sprecher des kaiserlichen Hauptquartiers der Marine am 11. Januar einen Überblick über die militärische Lage:

Entscheidend für den Verlauf der Operationen sei die Tatsache, daß die USA nicht mit dem Angriff auf Hawaii und schon gar nicht mit dem Verlust der Flotte in Pearl Harbour rechneten, die den einzigen Rückhalt für die gegen Japan versuchte Einkreisung hätten bilden können. Der japanische Vormarsch nach Süden vollzog sich planmäßig, nachdem in Saigon und Bangkok politische und militärische Sicherungen gegen die englische Bedrohung von Burma oder Malaya eingeschaltet waren. Die Wegnahme Hongkongs beseitigte die letzte Flankenbedrohung. In kurzer Zeit wurden an verschiedenen Küstenplätzen Landungsköpfe erkämpft, als Ausgangspunkt der Operationen, die in knapp drei Wochen zur Einkesselung der feindlichen Land- und Seestreitkräfte in der Bucht von Manila führten. Einige Schiffe, die vor der Einschließung nach Niederländisch-Indien oder Hawaii zu entkommen versuchten, fielen japanischen U-Booten zum Opfer, wie der Flugzeugtender „Heron“ und der Flugzeugträger „Lengley“ und 2 U-Boote. Im Zusammenhang mit den Kämpfen in Singapur und den Landungsoperationen in Britisch-Borneo sowie die im Angriffsabschnitt zwischen Sumatra und Neu-Guinea vorbereiteten und zum Teil schon angesetzten Operationen kann Japan im Gegensatz zum Gegner auf die gesicherte Zuführung unbegrenzter Reserven rechnen. An der endgültigen Niederlage Englands und seiner Hilfstruppen kann kein Zweifel bestehen. Wenn von

126

einer neuen Verteidigungsfront Englands und Amerikas gesprochen wird, so sind damit die verzweifelten Versuche gemeint, sich in Niederländisch-Indien festzusetzen und hier die noch verbliebenen Reste aus Malaya und den Philippinen zu sammeln. Das japanische Oberkommando hat sich grundsätzlich zum Ziele gesetzt, Ostasien von fremden Einflüssen jeder Art zu säubern. Das würde voraussetzen, daß gegen den Indischen Ozean und Indien selbst aus Richtung Burma Sicherungen geschaffen werden, die einen Versuch der Gegner, mit Hilfe Tschungkings neue Kräfte zu mobilisieren, unmöglich macht. Gegenüber Amerika hat Japan bereits gezeigt, daß es entschlossen ist, „keine irgendwie geartete Einmischung der USA in ein neugeordnetes Ostasien zu dulden“.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Japan nach der Zerschlagung der anglo-amerikanischen Streitkräfte im gewaltigen Operationsraum zwischen Amerika und dem Indischen Ozean nicht nur die absolute Seeherrschaft erlangt, sondern auch gleichzeitig die Zugänge zum Pazifik über Hawaii und Singapur kontrolliert. Das bedeutet, daß weder die USA noch England für absehbare Zeit in der Lage sind, mit neuen Kräften im Pazifik aktiv zu werden oder die von Japan diktierte Entwicklung aufzuhalten, die sich nach vier Wochen Kriegführung deutlich abzeichnet. Diese Entwicklung wurde durch „die weltumspannende Achsenstrategie“ möglich gemacht, die dem Gegner eine Kraftgruppierung aufzwingt, die wesentliche Verschiebungen nicht mehr gestattet.

Am 17. Januar verlautete in Tokio über die militärische Lage, immer deutlicher trete der Plan des japanischen Oberkommandos hervor, eine mögliche anglo-amerikanische Kräftevereinigung im Pazifik zu verhindern und den südlichen Angriffsraum zwischen Singapur und Neu-Guinea zu isolieren. Nach Beseitigung der aus dem Abschnitt Panamakanal—Hawaii möglichen Flankenbedrohung beschränkte sich die Tätigkeit der Flotte auf die seestrategische Sicherung im östlichen Pazifik. Hierbei gelang es der japanischen Flotte, nicht nur das USA-Inselgebiet zwischen Midway und Hawaii, sondern auch die in britischem Besitz befindlichen Gilbert-, Ellice- und Phoenix-Inseln als Ausgangsbasen für feindliche Störungen gegen die linke Flanke der zwischen Singapur und Neu-Guinea operierenden japanischen Wehrmacht auszuschalten. Bei diesen Operationen spielten Flugzeugträger und U-Boote gleichermaßen eine besondere Rolle. Angelehnt an diese östliche Flankendeckung vollziehen sich die zur Sicherstellung des neuen großasiatischen Raumes angesetzten Operationen als südwärts gerichtete Bewegung mit erstaunlicher Schnelligkeit und Sicherheit. Hierbei sind zu unterscheiden:

1. die am äußersten rechten Flügel vorläufig zur Luft angesetzte Offensive gegen eine englische Flankenbedrohung von Burma her,
2. der Angriff auf Singapur,
3. der gleichzeitige Angriff auf die Philippinen,
4. die Einnahme Britisch-Borneos,
5. Angriffe der japanischen Flotte auf Feindziele zwischen Borneo und Neu-Guinea.

Die erstaunlichen japanischen Erfolgsmeldungen zeigen, mit welcher Großzügigkeit im ganzen und welcher Genauigkeit im einzelnen Tokio das gewaltige Unternehmen, das es gegen England und USA im pazifischen Raum begann, geplant und vorbereitet hat. Man muß sich die ungeheuren Räume auf der Karte vergegenwärtigen, die Entfernungen etwa von Tokio nach Singapur, von Singapur nach Rangoon, von Tokio nach Manila, nach Borneo oder nach dem Bismarck-Archipel, muß sich klarmachen, welche ausgedehnten Operationen die japanische Kriegsmarine durchzuführen hatte, um den Transport von Hunderttausenden von Soldaten mit ihrem Kriegsmaterial und ihrem Nachschub zu decken und wieviel Planung z. B. auf dem Gebiet des Transportwesens nötig war. Dann wird man die geistige Arbeit, die in den Ämtern und Stäben geleistet wurde, nicht weniger bewundern als die

hervorragende Tapferkeit des japanischen Soldaten, den Stand seiner Ausbildung und die Güte der Führung. Demgegenüber steht auf amerikanischer und englischer Seite ein fast ebenso lückenloses Versagen.

Aber in Tokio hat man nicht nur für den Krieg und seine unmittelbaren Bedürfnisse, sondern auch für die kriegswirtschaftliche Organisierung der gewonnenen riesigen Räume und an deren friedensmäßige Gestaltung nach dem Krieg gedacht.

Im ostasiatischen Raum trifft der englisch-amerikanische Kolonial-Imperialismus kapitalistischer Prägung mit dem japanischen Nationalgedanken und seinem Führungsanspruch in Groß-Asien zusammen. Der japanische Führungsanspruch ist etwas anderes als der englisch-amerikanische kapitalistische Imperialismus. Der japanische Führungsanspruch bezieht sich auf rassenverwandte Völker in einem gemeinsamen geographischen Lebensraum. Der englisch-amerikanische Imperialismus basiert auf dem Gedanken der kapitalistischen Ausbeutung von grundsätzlich als minderwertig betrachteten Rassen in einem fremden Lebensraum. Wenn man diese Antithese mit Sinn für geschichtliche Dynamik betrachtet, so ist klar, daß England und die USA im Kampf um Groß-Asien die Vergangenheit, Japan aber die Zukunft vertritt. Sehr bezeichnend erscheint in diesem Zusammenhang die Haltung Thailands. Am 25. Januar wurde in Thailands Hauptstadt Bangkok bekanntgegeben, daß Thailand England und den USA den Krieg erklärt habe. Gleichzeitig trat die thailändische Armee in der beachtlichen Stärke von hunderttausend Mann an der Seite der japanischen Truppen den Vormarsch gegen Burma an. Japan wendet sich wie an die Thailänder

128 auch an die anderen Völker im großasiatischen Raum. Tojo hat den Philippinen die Unabhängigkeit versprochen, an die Einwohner Burmas erging der Ruf, sich Japan anzuschließen. Ein burmesisches Freiwilligenkorps wurde gebildet und Tausende von indischen Kriegsgefangenen haben sich in einem „all-indischen Regiment“ zusammengefunden. Es gibt ein „freies indisches Hauptquartier“ in Bangkok, das sich vom Sender Bangkok aus an die Inder wendet und die indischen Soldaten an allen britischen Fronten auffordert, für die Freiheit Indiens zu kämpfen. Der Tag rückt näher, an welchem Burma an die Seite Japans, Chinas, Mandschukuos und Thailands als die fünfte freie Nation im Fernen Osten treten wird, so schrieb eine Zeitung in Bangkok. In einem Rundfunkaufruf forderte der Befehlshaber der japanischen Streitkräfte in Burma das burmesische Volk zur Zusammenarbeit mit Japan auf, dessen Ziel die Befreiung Burmas von den Fesseln des jahrhundertealten britischen Imperialismus sei. England habe Burma rücksichtslos ausgebeutet. Mit Japans Unterstützung werde Burma seinen Wunsch nach Selbständigkeit verwirklichen können.

Auch mit dem China Tschiangkaischeks erklärt sich Japan zur Zusammenarbeit bereit. Ministerpräsident Tojo erklärte am 22. Januar, daß Japan bereit sei, von Tschungking Vorschläge für eine friedliche Versöhnung zu erhalten, wenn dieses Regime seine Haltung ändere. Tojo erklärte, „obwohl Japan in den letzten 5 Jahren gegen Tschungking gekämpft hat, so betrachtet es China immer noch als Schwesternation, und sein Wille, Tschungking mit offenen Armen zu empfangen, wenn es nur seine irrigen Ideen aufgibt, ist unverändert. Japan hat sein verdorbenes Kind zurechtgewiesen, das von England und Amerika verzärtelt worden war. Alle seine Fehler in der Vergangenheit werden vergessen sein mit dem Verschwinden des englischen und amerikanischen Einflusses. Jetzt ist die Zeit für Tschungking gekommen, zu erwachen, und ich benutze diese Gelegenheit, um es dazu aufzufordern.

Es hat bisher nicht den Anschein, als ob Tschungking, d. h. also Tschiangkaischek, der die Seele des Widerstandes gegen Japan ist, bereit wäre, den Weg der Zusammenarbeit mit Japan zu betreten. Deshalb ist die Hoffnung, die riesigen Bevölkerungsmassen der chinesischen Gebiete, die noch zum Machtbereich Tschungkings gehören, gegen Japan zu mobilisieren, eine der entscheidendsten Hoffnungen Englands und der USA. Aber diese Mobilisierung ist unmöglich, wenn es nicht gelingt, Tschungking riesige Mengen von Kriegsmaterial, besonders an Flugzeugen, Tanks, Automobilen, Artillerie usw. zukommen zu lassen. Der einzige Weg hierfür ist die Burmastraße. Schon stehen die japanischen Truppen, nachdem sie den Salweenfluß in Burma erreicht haben, nur einige Tagemärsche

129 von dieser Straße entfernt, die bereits auf weite Strecken im Aktionsbereich der japanischen Luftwaffe liegt. Es ist das Hauptziel der japanischen Offensive gegen Burma, die Unterbindung des Verkehrs auf der Burmastraße herbeizuführen. Denn wenn es gelingt, die Zufuhr an Kriegsmaterial für Tschiangkaischek zu verhindern, muß dessen Widerstand auf die Dauer erlahmen. Japans Ziel, den Krieg in China zu beendigen, wäre dann der Verwirklichung nahe. Es liegt auf der Hand, daß dies militärisch und wirtschaftlich eine entscheidende Entlastung für Japan bedeuten würde. Wird doch die Zahl der im weiten chinesischen Raum engagierten japanischen Truppen auf etwa eine Million Mann geschätzt.

Am 11. Januar begann Japan die Feindseligkeiten gegen Niederländisch-Indien. Hierzu wurde am 12. Januar durch das amtliche Informationsbüro in Tokio eine Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. hieß:

„Obwohl die japanische Regierung an die USA und das britische Empire den Krieg erklärte, sah sie davon ab, irgendwelche feindlichen Maßnahmen gegen Niederländisch-Indien zu ergreifen. Sie tat das in dem aufrichtigen Wunsch, wenn möglich, zu vermeiden, daß auch die Bewohner Niederländisch-Indiens von den Schrecken des Krieges heimgesucht werden. Die Regierung Niederländisch-Indiens jedoch hat der japanischen Regierung mitgeteilt, daß sie sich genötigt sehe, angesichts der beginnenden Feindseligkeiten seitens Japans gegenüber den USA und dem britischen Empire, mit denen Niederländisch-Indien untrennbar verbunden sei, den Kriegszustand zwischen Japan und Niederländisch-Indien festzustellen. Darüber hinaus haben die niederländisch-indischen Streit-

kräfte seitdem die verschiedensten feindseligen Handlungen gegenüber Japan begangen. Japan hegt gegenüber der schuldlosen Bevölkerung Niederländisch-Indiens keinerlei feindselige Absichten. Angesichts der Notwendigkeit jedoch, das feindselige Vorgehen Niederländisch-Indiens zu unterdrücken und Leben und Eigentum der dort ansässigen Japaner zu schützen, haben das Militär und die Marine-Streitkräfte Japans am 11. Januar die militärischen Operationen gegen die Streitkräfte Niederländisch-Indiens eingeleitet.

Die japanische Zeitung „Yomiuri Shimbun“ führte hierzu aus, daß Japan ursprünglich nur den anglo-amerikanischen Einfluß in Ostasien vernichten wollte und keine weiteren Absichten gegen andere Mächte hatte. Unklugerweise habe sich die Londoner Exilregierung von England und den USA zum Kriege gegen Japan aufputzen lassen und Niederländischindien habe sogar die Festung Soerabaja dem englischen Oberbefehlshaber als Hauptquartier zur Verfügung gestellt. Auch die Überbleibsel der britischen Ostasienflotte in Singapur seien in Soerabaja stationiert. England und die USA versuchten nunmehr, nach dem Verlust wichtiger Stützpunkte, in Niederländisch-Indien letzte Verteidigungsstellungen zu beziehen.

Diese Äußerung der japanischen Zeitung kommt zu demselben Ergebnis wie der Führer der holländischen Nationalsozialisten Mussert (siehe S. 119).

Hinsichtlich der südamerikanischen Staaten, die außer Argentinien und Chile im Anschluß an die Konferenz von Rio de Janeiro mit Japan die diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben, erklärte der Sprecher der japanischen Regierung am 19. Januar in Tokio, Japan hege keinerlei Absichten irgendwie feindseliger Art gegenüber den südamerikanischen Ländern. Die japanische Einstellung wurde, wie der Sprecher feststellte, durch die Botschaft geklärt, die Außenminister Togo kürzlich an die Außenminister von Argentinien, Brasilien, Chile und Peru richtete. Japan wird alles in seiner Macht stehende tun, um den lateinamerikanischen Ländern ungünstige Auswirkungen des Krieges zu ersparen. Japan ist trotz des Krieges bestrebt, engere Wirtschaftsbeziehungen zu den südamerikanischen Ländern herbeizuführen, die ihre Neutralität aufrechtzuerhalten wünschen. Japan ist auch bereit, so weit dies möglich ist, die Sicherheit der von diesen südamerikanischen Ländern mit ihren eigenen Schiffen und für ihren eigenen Handel befahrenen Verkehrsstraßen weitestgehend zu berücksichtigen. Der Sprecher bedauerte, daß einige Länder Japan den Krieg erklärt oder die Beziehungen zu Japan abgebrochen haben. Er warnte die südamerikanischen Länder davor, durch die von den USA geschaffene Auslegung der hemisphärischen Solidarität den Krieg auf sich zu ziehen. Ich bin der Meinung, so erklärte der Sprecher, daß eine blinde Annahme der Forderungen der USA und die Vornahme von Schritten, wie z. B. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Japan, Maßnahmen sind, die kein verantwortlicher Staatsmann der südamerikanischen Länder treffen würde. Es ist sehr zu hoffen, daß die Regierungen der neutralen Länder Südamerikas es ablehnen werden, für die USA die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Japans Politik und Kriegführung bietet somit das Bild einer weitsichtigen, einheitlichen und bis ins einzelne genau berechneten Planung, aus der sich eine mit höchstem geistigen, moralischen und materiellen Einsatz und Erfolg geführte Aktion entwickelt. Nirgends ein Versagen oder ein Rückschlag, keine einzige Fehlrechnung. Planung und Aktion entwickeln sich mit harmonischer Präzision zu allseitigem Erfolg.

Wie anders ist das Bild, das Japans Gegner, England und die Vereinigten Staaten und ihre Satelliten, bieten. Planung und Vorbereitung erweisen sich bei ihnen als fehlerhaft und ungenügend, und die militärische Aktion führt von Mißerfolg zu Mißerfolg. Heftige Kritik in Presse und Parlament erheben sich in England gegen Churchill. Jeder Trostversuch beim Eintreffen schlechter Nachrichten wird nach wenigen Tagen durch noch schlechtere Nachrichten illusorisch. In Australien wird stärkste Besorgnis und scharfe Kritik gegen England laut, das sich als unfähig erweist, den Schutz des fernen, nur wenig bevölkerten Dominiens sicherzustellen.

Churchill war gegen Ende Dezember nach Washington gefahren und landete am 17. Januar wieder auf englischem Boden. In langen Beratungen wurde zwischen ihm und Roosevelt über die Fragen der Kriegführung, die Schaffung eines gemeinsamen Oberbefehls, die Verteilung der Leitung des Krieges auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen und die Möglichkeiten des Einsatzes gesprochen. Einer der Gegenstände der Beratung war offenbar die Frage, ob man durch den Einsatz der USA-Flotte Japans Vordringen Einhalt gebieten könne. Churchill soll den Einsatz der amerikanischen Atlantikflotte hierzu gefordert, Roosevelt ihn abgelehnt haben. Tatsache ist, daß das einzige Mittel, die ungestüme Ausdehnung Japans im pazifischen Raum aufzuhalten, nämlich die Rückgewinnung der durch die Vernichtung des größten Teiles der englischen und amerikanischen schweren Seestreitkräfte im Pazifik verlorene Seeherrschaft nicht versucht worden ist. Dies bedeutet, daß man sich hierzu offenbar nicht in der Lage fühlte. Der Verbündete in Washington war also nicht imstande und nicht willens, den japanischen Stoß gegen die wichtigsten Nahtstellen des englischen Empires zu parieren. In der Kernfrage war also Churchills Besuch in Washington ein Mißerfolg.

Das einzige, was in Washington erreicht wurde, war die Ausstellung von Wechseln auf die Zukunft. Am 1. Januar wurde, um das alte Jahr, das mit so schweren Mißerfolgen geendigt hatte, hoffnungsvoll zu beenden und dem neuen einen guten Auftakt zu geben, eine „Erklärung der sechszwanzig Nationen“ veröffentlicht, die folgenden Wortlaut hatte: „1. Jede Regierung verpflichtet sich, ihre gesamten militärischen und wirtschaftlichen Hilfsquellen gegen die Mitglieder des Dreierpaktes und die dazu beigetretenen, mit denen sich jede einzelne Regierung im

Kriegszustand befindet, einzusetzen. 2. Jede Regierung verpflichtet sich, mit den diese Erklärung unterzeichnenden Regierungen zusammenzuarbeiten und weder einen Separatfrieden noch einen Waffenstillstand mit den Feinden abzuschließen. Die obige Erklärung steht auch dem Beitritt anderer Nationen offen, die materielle oder andere Hilfe im Kampfe zur Besiegung des Hitlerismus leisten oder leisten werden."

132 Auf sechszwanzig Nationen kam man durch die Beiziehung der zahlreichen Schattenregierungen, wie z. B. der tschechischen oder polnischen, und der mittelamerikanischen Satellitenstaaten der USA, die auf einen Wink Washingtons den Achsenmächten und Japan den Krieg erklärt haben. Die Washingtoner Erklärung vom 1. Januar wurde von der englischen und amerikanischen Propaganda zu einem unumstößlichen Beweis für die Sicherheit des Endsieges hingestellt, da ein Bündnis so vieler Staaten eine absolute Gewähr für ihren Sieg sei.

Einen anderen Wechsel auf die Zukunft stellte Roosevelt in seiner Rede an den Kongreß am 7. Januar aus. Nach allgemein gehaltenen Drohungen gegen die Dreierpaktmächte mit dem Einsatz der amerikanischen Macht, gab Roosevelt ungeheuerliche Produktionspläne für Flugzeuge, Tanks, Geschütze und Schiffsraum bekannt. Es war die alte Walze von der unbeschränkten Waffenproduktion der Vereinigten Staaten, die irgendwann in der Zukunft einmal die Gegner geradezu wie von selbst zermalmen würde. Die typisch materialistische Weltauffassung Roosevelts und seiner Helfer, die sich in der Einschätzung von Japans Kräften und Möglichkeiten so gründlich verrechnet hat, kam hier wieder einmal zum Ausdruck. Wenn es auf die Anhäufung riesiger Mengen von Kriegsmaterial ankäme, dann müßten die Sowjetarmeen nicht vor Moskau, sondern mindestens am Rhein stehen!

Noch bevor Churchill wieder nach England zurückgekommen war, beschäftigte sich die englische Öffentlichkeit mit den Fragen, die man ihm im Parlament vorlegen würde, mit neuen Regierungskombinationen, mit deren Hilfe Churchill die Kritik parieren und das geschundene Vertrauen wiedergewinnen wollte. Aber Churchill hatte es gar nicht eilig, sich seinen Kritikern zu stellen, und erst nach über acht Tagen war er hierzu bereit. Die Rede, mit der Churchill am 28. Januar die britischen Niederlagen zwar nicht zu rechtfertigen, aber doch zu erklären versuchte, ist merkwürdig genug. Weil vieles schlecht gegangen ist und noch Schlimmeres bevorsteht, verlange ich ein Vertrauensvotum, mit diesem paradoxen Satz begegnete Churchill der Kritik. Er verlangte das Vertrauensvotum nicht, wie das sonst im parlamentarischen System üblich ist, am Ende, sondern am Anfang seiner Verteidigungsrede. Dann schilderte er die Kriegslage. Er begann mit den Kämpfen im Osten und stellte sie so dar, als ob die Bolschewiken drauf und dran wären, die deutsche Wehrmacht einfach über den Haufen zu rennen. Dann kam er auf die Kämpfe in Libyen zu sprechen. Er gab zu, daß das Ziel der englischen Offensive die Vernichtung der Armee Rommels gewesen sei, daß dieses Ziel aber nicht erreicht wurde, daß man die Cyrenaika zwar gewonnen, sie aber auch hätte halten müssen, was bekanntlich nicht gelang. Ein wahrhaft klägliches Eingeständnis für das Versagen der englischen Politik war aber, was Churchill über den Krieg im Pazifik sagte. Er führte aus, England sei nie in der Lage

133 gewesen, wirksam für die Verteidigung des Fernen Ostens gegen einen japanischen Angriff zu sorgen. „Es gab nie einen Augenblick“, so erklärte Churchill, „und es hätte nie einen Augenblick geben können, in welchem Großbritannien oder das britische Empire hätten allein gegen Deutschland und Italien kämpfen oder sich in Großbritannien, im Atlantik, im Mittleren Osten gleichzeitig schlagen und sich dabei vollständig bereithalten zu können in Burma, in Malaya und im Fernen Osten überhaupt gegen den Ansturm eines so starken Militärstaates wie Japan, das über mehr als siebzig bewegliche Divisionen verfügt sowie über eine Kriegsflotte, die an dritter Stelle unter den großen Seemächten der Welt steht, des weiteren über eine starke Luftflotte und über achtzig bis neunzig Millionen kühne, zum Kampf bereite Asiaten. Wenn wir angefangen hätten, unsere Streitkräfte auf die riesigen Gebiete des Fernen Ostens zu zerstreuen, so wären wir verloren gewesen.“

Churchill sagte weiter, England habe nie die nötige Tonnage gehabt, um Kriegsmaterial und Truppen in der nötigen Menge nach dem Fernen Osten zu entsenden. „Wir konnten der hypothetischen Gefahr eines japanischen Angriffs im Fernen Osten nur teilweise und bescheiden begegnen. Gewiß wurden in Singapur sechzigtausend Mann konzentriert, indessen wurde die Priorität an Flugzeugen, Tanks, Munition, Luftabwehrgeschützen und Antitankgeschützen dem Niltal zugesprochen.“ Das bedeutet also: England hat nicht genügend Truppen und Kriegsmaterial gehabt, um zugleich die Offensive in Libyen zum Schutze des Niltals zu machen und um im Fernen Osten stark genug zu sein.

Die Frage, worum es sich bei dem von ihm geforderten Vertrauensvotum handle, sei folgende: „Die Regierung hatte recht, wenn sie bei der Verteilung des zugänglichen Kriegsmaterials und der Mannschftsbestände die Priorität Rußland und Libyen und in geringem Maße auch der Front von der Levante bis zum Kaspischen Meere einräumte, auf Kosten der Bedürfnisse im Fernen Osten. Tatsache ist jedoch, daß im Fernen Osten Frieden herrschte und daß auf den übrigen Kriegsschauplätzen eben Krieg war. Es wäre eine schlechte Politik gewesen, in Indien, Burma und auf Malaya große Mannschftsbestände und große Mengen Kriegsmaterial zu immobilisieren, da diese Gegenden als ruhig angesehen werden konnten. Wir hätten, im Falle, daß wir anders gehandelt haben würden, unsere Verpflichtungen gegenüber Rußland nicht einhalten können, und wir hätten die Schlacht in der Cyrenaika, die wir übrigens noch nicht gewonnen haben, verloren. Das Problem kann aber nicht völlig gelöst werden, ohne auf eine weitere Frage Antwort zu geben, nämlich die Frage nach der Wahrscheinlichkeit, daß o s t a s i e n durch

134 die japanischen Angriffe zu einem neuen Kriegsschauplatz wenden würde. Eine Tatsache muß dabei betont werden, nämlich die, daß im Herbst 1940 Großbritannien schwach und allein war. Japan hat damals nicht in den Krieg eingegriffen. Es schien unwahrscheinlich, daß Japan eine Invasion auf der Halbinsel Malaya, einen Sturm auf die Festung Singapur und einen Angriff auf Niederländisch-Indien wagen würde bei Anwesenheit der großen amerikanischen Flotte auf seiner Flanke und seinen rückwärtigen Verbindungen. Wir schickten die ‚Prince of Wales‘ und die ‚Repulse‘. Wir verstärkten Singapur nach Möglichkeit und ergriffen auch andere Vorsichtsmaßnahmen."

Klarer konnte Churchill nicht gestehen, wie sehr sich die englische Politik hinsichtlich Japans getäuscht hat! Allerdings vergaß er ganz darauf hinzuweisen, wie London und Washington Japan jahrelang bis aufs Blut gereizt und wirtschaftlich zu erdrosseln versucht hatten, natürlich doch nur, weil sie glaubten, daß Japan nicht in der Lage sein würde, sich dagegen mit Erfolg zur Wehr zu setzen. Churchill schloß seine Rede mit dem bei ihm üblichen Hinweis auf eine hoffnungsvollere Zukunft, nämlich auf die Hilfe der Vereinigten Staaten, die schon so oft angekündigte „umfassende Luftoffensive gegen Deutschland“, die Entsendung großer amerikanischer Armeen über See und die Zurückeroberung der Seeherrschaft im Pazifik, wo der Sturm gegen Japan das große Ereignis des Jahres 1942 oder 1943 sein würde, und nicht die Invasion der Japaner in Australien.

Das englische Unterhaus aber sprach Churchill das Vertrauen aus. Je mehr Niederlagen, um so mehr Vertrauen!

Während Churchill sich um die Bündnishilfe der Vereinigten Staaten in Washington bemühte, ohne dabei einen praktischen Erfolg zu erzielen — Marineminister Knox erklärte am 12. Januar, daß „kein baldiger wesentlicher Waffengang mit der japanischen Flotte erwartet werden könne, die Zeit, die Entfernung, die notwendig bedingte weite Verteilung der USA-Marinestreitkräfte ließen das nicht zu“ —, bemühte sich Englands mit politischen Mißerfolgen während seiner Laufbahn ebenfalls reich gesegneter Außenminister Eden um den anderen Verbündeten im Kampf für Demokratie und Freiheit, um den Massenmörder Stalin. Über seine Reise nach Moskau gab Eden am 5. Januar im Unterhaus eine lange Erklärung ab. Er konnte den „höflichen und freundschaftlichen Empfang“, der ihm in der Sowjetunion zuteil wurde, die kriegerischen Leistungen der Bolschewiken und das völlige Einverständnis, das er mit Stalin und Molotow nicht nur über die weitere Kriegführung, sondern auch über die Gestaltung der Zukunft Europas erreicht habe, nicht genug loben. Daß es zwischen Moskau und London Interessengegensätze geben könne, leugnete er einfach. Kurz nach dieser Rede Edens erfuhr man von einer Note Molotows, die auf die persönliche Initiative Stalins zurückzuführen sei und in der, „um Mißverständnisse in der Zukunft auszuschließen“, die Forderungen Moskaus hinsichtlich des künftigen Friedens formuliert wurden. Diese Forderungen laufen ganz einfach auf die Beherrschung Mitteleuropas und damit Europas überhaupt durch Moskau hinaus. Herr Eden aber meint, daß dies englischem Interesse nicht im mindesten widerspreche, und die „Times“ vom 6. Januar fand dies ganz in der Ordnung!

135 Bekanntlich hat England in erster Linie deswegen den Krieg begonnen, um Deutschland zu verhindern, eine führende Stellung in Europa zu entwickeln. Jetzt ist es bereit, der bolschewistischen Sowjetunion Europa schlechthin auszuliefern. Wahrhaftig, es steht schlecht um England!

Angesichts des völligen Zusammenbruchs seiner pazifischen und ostasiatischen Politik hat Roosevelt in einer weniger gefährlichen Richtung, nämlich nach Mittel- und Südamerika, dem traditionellen Betätigungsfeld des Dollarimperialismus, den man gern als Pan-Amerikanismus tarnt, einen Vorstoß unternommen, der den Zweck verfolgte, Südamerika ebenfalls in den Krieg zu treiben. Am 15. Januar begann die Konferenz in Rio de Janeiro, auf der Roosevelts Abgesandter, der ehrgeizige Unterstaatssekretär Sumner Welles, alle Register politischen und wirtschaftlichen Drucks zog, um Süd- und Mittelamerika bedingungslos an die Seite der USA zu bringen. Nur zwei Staaten, Chile und Argentinien, haben einen nachhaltigeren Widerstand geleistet und haben den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Mächten des Dreierpakt nicht vollzogen. Die ibero-amerikanischen Staaten haben die Chance nicht erkannt, die ihnen die Kriegslage gibt. Der Verlust der Rohstoffgebiete im Pazifik macht Süd- und Mittelamerika als Lieferant für England und die Vereinigten Staaten geradezu lebensnotwendig. Ihre Produktion an Rohstoffen und Nahrungsmitteln, für deren Absatz sie nach dem Ausfall Europas als Abnehmer infolge der englischen Blockade auf den guten Willen und auf die Hilfe Englands und der Vereinigten Staaten angewiesen waren, wird für diese jetzt zur Notwendigkeit. Ibero-Amerikas Gewicht in der Waagschale mußte damit stärker und wertvoller werden. Die große Mehrheit der Staaten Ibero-Amerikas hat diese Chance nicht wahrzunehmen vermocht. Die Folgen für solch falsches Handeln werden ihnen nicht erspart bleiben.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

Februar-Lieferung
(Nr. 59/60 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Der Führer ehrte Dr. Todt

76 Unter außerordentlich starker Anteilnahme der Berliner Bevölkerung, der Frontarbeiter, der Schaffenden aus der deutschen Rüstungsindustrie und seiner alten Mitkämpfer aus der Bewegung wurde am 12. Februar der tödlich verunglückte Reichsminister Dr.-Ing. Fritz Todt zu Grabe getragen. Der Führer selbst gab der tiefen Trauer des ganzen deutschen Volkes bei dem feierlichen Staatsakt in der neuen Reichskanzlei, dem die Spitzen des gesamten öffentlichen Lebens beiwohnten, in einem warm empfundenen Nachruf auf seinen getreuen Gefolgsmann und genialen Mitarbeiter Ausdruck. In dichten Reihen bildete die Bevölkerung der Reichshauptstadt bei der letzten Fahrt Dr. Todts das Trauerspalier, um den großen Toten zu ehren, der auf dem Invalidenfriedhof zur letzten Ruhe gebettet wurde. Im Herzen der Nation aber wird Dr. Todt für immer weiter, leben.

Der Nachruf des Führers hatte folgenden Wortlaut (DNB):

Verehrte Trauergäste! Liebe Frau Todt!

Es ist sehr schwer für mich, eines Mannes zu gedenken, von dem die Taten lauter und eindringlicher zeugen, als es je Worte zu tun vermögen. Als wir die schreckliche Nachricht von dem Unglück erhielten, dem unser lieber Parteigenosse Dr. Todt zum Opfer gefallen war, hatten wohl viele Millionen Deutsche die gleiche Empfindung von jener Leere, die immer dann eintritt, wenn ein unersetzbarer Mann seinen Mitmenschen genommen wird. Daß aber der Tod dieses Mannes für uns einen unersetzbaren Verlust bedeutet, weiß das ganze deutsche Volk. Dabei ist es nicht nur die schöpferische Persönlichkeit, die uns genommen wurde, sondern es ist auch der treue Mann und unvergeßliche Kamerad, dessen Weggang uns so schwer trifft.

Dr. Todt war Nationalsozialist, und er war dies nicht nur verstandesmäßig seit dem Augenblick, da er zum erstenmal Kenntnis von der Bewegung erhielt, sondern auch aus seinem ganzen Herzen heraus. Die erste Berührung mit der Partei im Jahre 1922, die erste Begegnung mit mir selbst, haben diesen Mann nicht nur sofort innerlich zu mir geführt, sondern ihn verpflichtet, auch nach außen hin zu dem zu stehen, was er als einzige Möglichkeit einer deutschen Wiedergeburt ansah. Dem Techniker und Ingenieur, der sich vorübergehend selbst durch seiner Hände Arbeit das Brot verdienen mußte, erschien die Verbindung des nationalen mit dem sozialen Gedanken nicht als ein Problem oder gar als
77 eine Frage, sondern als die kategorische Pflicht des Kampfes für eine wahrhafte deutsche Wiederauferstehung, die mehr sein mußte als eine bloße Restauration einer durch den Zusammenbruch sich selbst schon als überlebt erwiesenen äußeren staatlichen Form. Schon im Jahre 1922 war es diesem Manne klar, daß das Ziel der deutschen Erhebung nicht eine Restaurierung zerbrochener alter Formen, sondern eine Revolutionierung des deutschen Geistes, des deutschen Denkens und damit des deutschen Volkes und seiner inneren gesellschaftlichen Ordnung sein mußte.

Als Dr. Todt zur Bewegung stieß, zählte er 31 Jahre. Hinter ihm lag ein Leben, das, von der Volksschule angefangen, das Humanistische Gymnasium einschloß. Von 1910 bis 1911 diente der Einjährig-Freiwillige beim Feld-Artillerie-Regiment 14 in Karlsruhe. Von 1911 bis zum August 1914 studierte er wieder als Bauingenieur an den Technischen Hochschulen in München und Karlsruhe. Schon 1913 bestand er das erste Vorexamen an der Technischen Hochschule zu München. Der Kriegsausbruch führte ihn im Feld-Artillerie-Regiment 14 zur Westfront. Im Oktober 1914 wird er als Leutnant der Reserve zum Grenadier-Regiment 110 abkommandiert. In ihm kämpft er bis zum Januar 1916. Dann tritt er über zur Luftwaffe, wird Fliegerbeobachter und ist endlich Führer einer selbständigen Fliegerformation bis Kriegsende an der Westfront. Im Luftkampf wird er auch verwundet.

1919 beendet er sein Studium und besteht im Winter 1920 an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe sein Diplom-Examen. Seiner Doktorpromotion an der Technischen Hochschule in München aber liegt das Thema zugrunde: „Fehlerquellen beim Bau von Landstraßendecken aus Teer und Asphalt.“

Am 5. Januar 1923 tritt dieser Doktor-Ingenieur Fritz Todt aus Pforzheim endgültig der NSDAP bei, und zwar in der Ortsgruppe Eitting in Bayern. Sofort nach Aufhebung des Verbotes der Partei vom November 1923 bis 1925 wird er wieder Mitglied. In der Zwischenzeit agitiert er unentwegt, und erst 1924 werden die verschiedenen gegen ihn angelaufenen Strafverfolgungen eingestellt. 1931 kommt er zur SA, und zwar wie ein wahrer Nationalsozialist beginnend als einfacher SA-Mann. Er wird dann Scharführer. Im selben Jahr erfolgt noch seine Beförderung zum Standartenführer, um in der Zeit bis 1938 zum Oberführer, Brigadeführer, Gruppen- und Obergruppenführer emporzusteigen. Allein seine Tätigkeit in der Partei geht nicht im Dienste der SA allein auf. Er ist anfangs Mitarbeiter des Kampf-

bundes Deutscher Architekten und Ingenieure in München und außerdem Fachberater für Straßenbau im damaligen Amt für Wirtschaftstechnik und Arbeitbeschaffung der NSDAP. 1932 wird er Leiter der Fachgruppe Bauingenieure und Landesleiter des Kampfbundes Deutscher Architekten und Ingenieure. 1934 erfolgt dann der Zusammenschluß der von ihm geleiteten Abteilung mit der des Kampfbundes Deutscher Architekten und Ingenieure zum Amt für Technik und endlich zum NS-Bund Deutscher Technik unter seiner Führung. 1936 wird das Amt für Technik wegen der besonderen Leistungen zum Hauptamt für Technik erhoben.

Unterdes erfolgt der Eintritt dieses Mannes in jenen Wirkungsbereich, da ihn zum erstenmal nicht nur das deutsche Volk, sondern darüber hinaus ein großer Teil der übrigen Welt kennenlernen sollte.

Anschließend an die im Jahre 1933 erfolgte Eröffnung der Automobil-Ausstellung versuchte ich, die damals proklamierten Grundsätze auch auf dem Gebiet nicht nur der Verbesserung des schon vorhandenen deutschen Straßennetzes, sondern der Erbauung besonderer Autostraßen zu verwirklichen. Es war dies eine allgemeine Planung, die im wesentlichen nur das Grundsätzliche umfaßte. In Dr. Todt glaubte ich nach langen Prüfungen und Erwägungen den Mann gefunden zu haben, der geeignet war, eine theoretische Absicht in die praktische Wirklichkeit umzusetzen.

Eine von ihm herausgegebene Broschüre über neue Wege des Straßenbaues wurde mir vorgelegt und bestärkte mich noch besonders in dieser Hoffnung. Nach langen Aussprachen übertrug ich ihm am 30. Juni 1933 die Aufgabe des Baues der neuen Reichsautobahnen und im Zusammenhang damit überhaupt die Reformierung des gesamten deutschen Straßenbauwesens als Generalinspektor für das deutsche Straßenbauwesen. Damit hatte dieser Mann nun einen Rahmen gefunden, den er in wahrhaft unvergleichlicher und unvergänglicher Weise auszufüllen begann. Die deutschen Reichsautobahnen sind in der Planung der Anlage und Ausführung das Werk dieser ganz einmaligen technischen und dabei auch künstlerischen Begnadung.

Diese Straßen sind aus dem Deutschen Reich nicht mehr wegzudenken, sie werden aber in der Zukunft als selbstverständliche große Verbindungslinien im gesamteuropäischen Verkehrsraum ihre Fortsetzung finden. Was aber nebenbei noch in dieser gleichen Zeit in Deutschland an Straßen verbreitert, verbessert, vergeradet, an schlechten Kurven beseitigt und an Brücken erbaut worden ist, ist so umfangreich, daß nur ein eingehendes Studium einen annähernd dieser Leistung gerecht werdenden Gesamteindruck vermitteln kann. Sie alle, meine lieben Parteigenossen, erinnern sich noch der eindrucksvollen Minuten, in denen unser Generalinspektor für das Straßenwesen, Dr. Todt, auf den Reichsparteitagen in Nürnberg, kurz und prägnant zusammengefaßt, das Bild des Werdens einer Aufgabe zeigte, die weit über den Rahmen aller bisherigen Ingenieurbauten der Welt hinauszuwachsen begann.

Es war daher nur selbstverständlich, daß dieser Mann endlich zum Generalbevollmächtigten der Regelung der gesamten Bauwirtschaft ernannt wurde und dann auch im Vierjahresplan als Generalinspektor für Sonderaufgaben seine besondere Stellung erhielt.

Unterdes begannen rings um Deutschland die Wolken einer mehr und mehr drohenden Kriegsgefahr aufzusteigen. Als es sich, besonders infolge der unentwegten Hetzreden Churchills und seines Anhanges in England, nicht mehr übersehen ließ, daß sich bei den labilen Verhältnissen der parlamentarischen Demokratien in diesen Ländern eines Tages ein Wechsel des Regimes gegen den Frieden ergeben könnte, sah ich mich veranlaßt, die Verteidigung des Reiches beschleunigt und großzügig sicherzustellen.

Ich hatte den Plan gefaßt, gegenüber der Maginot-Linie, aber nach anderen Gesichtspunkten, ein Festungswerk aufzurichten, das unter allen Umständen, selbst im Falle der Bindung großer deutscher Streitkräfte im Osten, den lebenswichtigen Westen des Reiches vor jedem Angriff schützen konnte.

Es gab nur einen einzigen Mann, der in der Lage war, diese ganz einmalige ingenieurtechnische Aufgabe in der Weltgeschichte zu lösen, und zwar in kürzester Zeit zu lösen. Als ich am 28. Mai 1938 der Armee und Luftwaffe meinen Entschluß bekanntgab, erteilte ich zugleich dem Generalinspektor Dr. Todt den Auftrag, in Zusammenarbeit mit den zuständigen militärischen Stellen die Verantwortung und Bauleitung über den gewaltigsten Teil dieses neuen Riesenwerkes zu übernehmen unter der Bedingung, daß bereits spätestens September 1938 mindestens 5000 Beton- und Panzerwerke fertig bzw. verwendbar sein sollten. Das erste Programm wurde mit insgesamt 12 000 Objekten festgelegt, eine Zahl, die sich durch dauernde Erweiterungen im gesamten dann einschließlich der Bauten der Luftwaffe sowie der Festungspioniere in knapp ^xh Jahren auf rund 23 000 erhöhte. Auch die jetzigen Kriegserfahrungen haben die Überzeugung nur noch verstärkt, daß es keiner Macht der Welt gelungen wäre, diese gigantischste Festungszone aller Zeiten zu durchbrechen. Dieses Wunderwerk ist in seiner

bautechnischen Planung sowie den rein organisatorischen Maßnahmen des Baues sowie des technischen Ausbaues selbst für alle Zeiten mit dem Namen Dr. Todt verbunden.

80 Der ausbrechende Krieg aber gab diesem gewaltigsten Organisator der neueren Zeit sofort neue zusätzliche Aufträge. Ein System großer Aufmarschstraßen mußte in kürzester Frist in Gebieten des Reiches erstellt werden, die bisher gerade in ihren Verkehrswegen sehr vernachlässigt worden waren. Tausende und aber Tausende Kilometer von Straßen wurden entweder neu gebaut oder verbreitert, mit harten Decken versehen und staubfrei gemacht. Ja, als endlich der Kampf begann, marschierten die von diesem einmaligen Organisationstalent ins Leben gerufenen Verbände hinter und mit den Truppen vorwärts, beseitigten Hindernisse und zerstörte Brücken, verbesserten Straßen, schufen überall neue Übergänge über Täler, Schluchten, Flüsse, Kanäle und ergänzten so in einer unersetzbaren Weise die Pioniertruppen, die durch diese Entlastung befähigt wurden, sich enger an die vorwärtsdrängende Front zu hängen und dadurch noch mehr aktiv in den Kampf eingreifen konnten, bei dem sie sonst oft nicht zur Stelle hätten sein können.

Der Sieg in Norwegen und der Sieg im Westen brachte neue Aufgaben. Nachdem schon vorher Parteigenosse Todt zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition ernannt worden war und damit ein neues wahrhaft ungeheures Gebiet zu ordnen und zu steuern hatte, trat nunmehr hinzu die Aufgabe, die eroberten Küsten gegen feindliche Angriffe durch die Anlage neuer gewaltiger Befestigungen zu schützen. Darüber hinaus sollten Heimat und Front mit Bauwerken des passiven und aktiven Luftschutzes versehen werden, die in ihrer Art ebenfalls in der Geschichte einmalig und bisher unerreicht sind und es wohl noch lange bleiben werden.

So war es seinem Erfindungs- und Organisationsgenie gelungen, in kürzester Frist für zahlreiche Unterseeboote Betonbauten zu errichten, die auch durch schwerste Bomben gänzlich unzerstörbar sind.

Gigantische Batterieanlagen aus Beton und Stahl sind unter seiner Leitung entstanden. Für zahllose Hunderttausende an Menschen wurden Luftschutzräume und Bunker zum Teil in Ausführungen erstellt, die ebenfalls ihresgleichen in keinem Lande der Welt besitzen.

Der Krieg im Osten hat die Organisation Todt wieder vor neue Aufgaben gestellt. Die Kilometerlängen der ausgebesserten Straßen sowohl, als die Zahlen der neu gebauten Brücken gehen in das Unendliche. Dieses ganze ungeheure Werk aber einschließlich seiner Tätigkeit als Reichsminister für Bewaffnung und Munition meisterte dieser Mann mit einem Minimum an Hilfskräften. Er war ohne Zweifel auf diesem Gebiete der bisher größte Organisator, den das deutsche Volk sein eigen nannte. Fern jeder Bürokratisierung verstand er es, mit einem denkbar geringsten eigenen Apparat sich all der Stellen und Kräfte zu bedienen, die für die Lösung seiner Aufgabe entweder früher zuständig oder sonst dafür brauchbar zu sein schienen.

81 Vieles von dem, was dieser Mann geschaffen hat, wird erst nach dem Kriege dem deutschen Volk zur Kenntnis und damit wohl zum bewundernden Staunen gebracht werden können.

Es ist so Einmaliges, was dieser Mann geschaffen hat, daß wir ihm alle nicht genug dafür danken können.

Wenn ich nun von dem Techniker und Organisator Fritz Todt sprach, dann muß ich aber auch noch besonders des Menschen gedenken, der uns allen so nahe gestanden hat. Es kann keine bessere Charakterisierung seiner Persönlichkeit geben als die Feststellung, daß dieser gewaltigste Menschenlenker der Heimat weder in der Bewegung noch unter seinen Mitarbeitern jemals einen Feind besessen hat.

Ich selbst muß ihm besonders dafür danken, daß er das nationalsozialistische Gedankengut, die Ziele der Bewegung im Übermaß seiner Arbeitsbelastung nicht nur nie verloren oder verlassen hat, sondern im Gegenteil zum Mitschöpfer unserer Ideenwelt geworden war. Und dies gilt besonders für seine Einstellung zu den sozialen Problemen des Lebens. Der Mann, der selbst Millionen von Arbeitern dirigierte, war nicht nur verstandesmäßig, sondern vor allem seinem Herzen nach ein wirklicher Sozialist. Ihn, den größten Straßenbaumeister aller Zeiten, hat das Schicksal einst genau so wie mich in meinen jungen Jahren gezwungen, sich als einfacher Arbeiter das tägliche Brot selbst zu verdienen. Er hat sich dessen nicht nur nie geschämt, sondern im Gegenteil: es waren später stets Augenblicke stolzer und beglückender Erinnerungen, wenn er, der gewaltigste Bauleiter, den die Welt bisher hatte, sein eigenes Bild betrachten oder zeigen konnte, auf dem er selbst noch von Staub und Schmutz bedeckt, mit zerrissenem Arbeitskleid an der Straße arbeitete oder vor dem kochenden Teerkessel stand. Er hatte deshalb auch seine deutschen Straßenbauer —■ wie er sie nannte — besonders in sein Herz eingeschlossen. Es war sein ununterbrochenes Streben, ihre sozialen, oft so schweren Lebensbedingungen zu verbessern, an die Stelle der früheren erbärmlichen Zelte moderne Schlaf- und Aufenthaltsräume zu setzen, den Lagern den Charakter liebloser Massenquartiere zu nehmen und vor allem im Arbeiter

selbst das Gefühl zu erwecken, daß der Straßenbau — wie überhaupt das ganze Bauhandwerk — eine Tätigkeit ist, auf die der einzelne jederzeit besonders stolz sein kann, weil sie Dokumente nicht nur von höchster menschlicher Wichtigkeit, sondern auch von längster Dauer schaffen. Vor dem Dr. Todt war die Tätigkeit des Straßenarbeiters nur ein gering angesehener Beruf. Heute sind die Zehntausende deutscher Straßenbauer eine stolze Gemeinschaft geworden, die sich ihres Wertes bewußt ist. Er hat

82 damit hier ein Stück nationalsozialistischer Erziehungsarbeit geleistet, für das wir ihm besonders auch heute noch dankbar sein müssen; denn wenn jeder menschliche Fortschritt ein Vorbild besitzt, dann hat die Organisation Todt hier dauernde soziale Vorbilder geschaffen, und sie war im Begriff, diese immer weiter zu entwickeln. Allmählich sollte hier nicht nur ein soziales Unrecht, sondern eine menschliche gedankenlose Dummheit beseitigt werden, und zwar beseitigt für alle Zeiten.

Ob daher dieser Mann mit einem Arbeiter, mit einem Minister oder einem General verkehrte, er ist immer der gleiche geblieben: ein ebenso selbstbewußter wie bescheidener Führer und besorgter Freund aller anständig schaffenden Volksgenossen.

Es ist daher nicht zu verwundern, wenn dieser Mann, der so sein Volk liebte, in gleicher zärtlicher Liebe an seiner Familie, seiner Frau und seinen Kindern hing. Den Schöpfer der größten Bauwerke der Technik führte jede freie Stunde — wenn irgend möglich — hinein in die großen Schöpfungen der Natur, in das kleine Häuschen am See inmitten seiner geliebten bayerischen Berge.

Als zum Teil schon unter dem Feuer feindlicher Geschütze der Westwall seine Vollendung fand, während sich in Polen die Kolonnen der Organisation Todt zum erstenmal den vormarschierenden Armeen anschlossen und ihnen die Sicherheit des Nachschubs gaben, trug ich mich mit dem Gedanken, ihm als einem der führenden Köpfe des deutschen Widerstandes überhaupt und des deutschen Selbstbehauptungswillens im Kriege das Ritterkreuz zu verleihen. Ich bin davon abgekommen, weil diese Auszeichnung — so ruhmvoll sie ist — der Bedeutung dieses Einmaligen niemals hätte gerecht werden können.

Ich hatte schon vorher den Entschluß gefaßt, einen deutschen Orden zu stiften, der, auf dem Grundzeichen unserer Bewegung errichtet, in einigen Klassen die höchsten Verdienste ehren soll, die ein Deutscher sich für sein Volk erwerben kann. Ich habe nach dem Abschluß des Feldzuges gegen Frankreich Dr. Todt gesagt, daß ich ihm die Anerkennung für seine einmaligen Verdienste einst dadurch bekunden will, daß er der erste sein wird, dem ich die höchste Klasse dieses Ordens verleihen werde. Er wollte in seiner Bescheidenheit damals davon nichts wissen. So wie nun der Nationalorden für Kunst und Wissenschaft, den auch Dr. Todt trägt, als Erstem dem verstorbenen Professor Troost verliehen wurde, so überreiche ich heute namens des deutschen Volkes und seiner nationalsozialistischen Bewegung den neuen Orden als Erstem unserem lieben und unvergeßlichen Parteigenossen Dr. Todt, dem

83 Generalinspekteur unserer Straßen, dem Erbauer unseres Westwalls, dem Organisator der Waffen und Munition im größten Kriege unseres Volkes um seine Freiheit und um seine Zukunft.

Ich selbst kann für mich dem nur wenige Worte anschließen: Ich habe in diesem Mann einen meiner treuesten Mitarbeiter und Freunde verloren. Ich fasse seinen Tod auf als einen Beitrag der nationalsozialistischen Bewegung zum Freiheitskampf unseres Volkes.

Innenpolitik

84 Am 8. Februar 1942 erhielt das deutsche Volk die erschütternde Nachricht, daß Reichsminister Generalmajor Dr. Todt in soldatischer Pflichterfüllung bei Durchführung seiner militärischen Aufgaben durch Flugzeugabsturz tödlich verunglückt ist. Der Führer hat für Reichsminister Dr. Todt ein Staatsbegräbnis angeordnet. Diese Meldung war für das deutsche Volk ein schwerer Schlag, denn Dr. Todt wurde aus einem Leben herausgerissen, dessen Energien auf zahllose Gebiete und zahllose Menschen ausstrahlte und für die Kriegführung von außerordentlicher Bedeutung war.

Die erste große Leistung, mit der Reichsminister Dr. Todt in das Blickfeld der Öffentlichkeit trat, war der Bau der Reichsautobahnen. Von den 7000 Kilometern dieser Straßen, die für das Altreich zunächst geplant waren, lagen als Leistung von nur sechs Jahren bei Kriegsbeginn 4000 Kilometer fertig da, während sich weitere 1600 Kilometer im Bau befanden. Vor dem Kriege hatte der Führer Reichsminister Dr. Todt neue Aufgaben anvertraut. Millionenheere von Arbeitern setzte er in Bewegung, um den Westwall zu bauen, der dem Reiche im ersten Kriegsjahre ein starker, unzerbrechlicher Schutz war. Als Generalbevollmächtigter für die deutsche Bauwirtschaft lenkte er darüber hinaus den Gesamteinsatz auf diesem Gebiet. Am 17. März 1940 wurde Dr. Todt zum Reichsminister für Bewaffnung und

Munition ernannt. Zu diesen Ämtern kam 1941 noch die Leitung der gesamten deutschen Wasser- und Energiewirtschaft hinzu, die er als Generalinspektor des Führers übernahm. Im Rahmen dieser Aufgaben reichte sein Einfluß in alle Zweige der Kriegswirtschaft hinein und machte auch nicht an den deutschen Grenzen halt. Die Männer der „Organisation Todt“ rückten mit der kämpfenden Truppe in Feindesland ein, sie bauten Straßen, Brücken, Eisenbahnen, Lagerhäuser, Unterkunftshäuser und Befestigungen. Wenn die Küsten von Norwegen bis zur Biskaya heute in einem Verteidigungszustand sind, der den Briten jede Lust nimmt, einen ernsthaften Angriffsversuch zu unternehmen, dann ist dies das Werk Dr. Todts. Der technische Minister des Deutschen Reiches gehörte der Wehrmacht als Generalmajor der Luftwaffe an. Das Amt eines Waffenschmiedes der Nation verband er mit dem unmittelbaren soldatischen Einsatz seiner Energien und Organisation für die Front. Die Genialität seiner Persönlichkeit beruhte darin, daß sie Planung und Ausführung in sich vereinigte. Deutschland verlor mit Reichsminister Dr. Todt einen seiner genialsten und befähigsten Köpfe.

85

Der Staatsakt für Reichsminister Dr. Todt fand am 12. Februar im Mosaiksaal der Neuen Reichskanzlei statt. Alle führenden Männer des nationalsozialistischen Staates, die an diesem Tage den Ort ihrer Pflicht verlassen konnten, nahmen an der erhebenden Trauerfeier teil. Der Führer selbst würdigte in einer ergreifenden Rede den Werdegang und das Werk Dr. Todts (siehe S. 76). Mit Worten, die von tiefster Anteilnahme erfüllt waren, zeichnete er die Persönlichkeit des viel zu früh Dahingegangenen aus. Er selbst habe, so sagte der Führer, in diesem Manne einen seiner treuesten Mitarbeiter und Freunde verloren. Er fasse seinen Tod auf als einen Beitrag der nationalsozialistischen Bewegung zum Freiheitskampf des deutschen Volkes. Namens des deutschen Volkes und seiner nationalsozialistischen Bewegung verlieh der Führer dem Reichsminister Dr. Todt als erstem Deutschen den Nationalorden, „dem Generalinspektor unserer Straßen, dem Erbauer unseres Westwalls, dem Organisator der Waffen und Munition im größten Kriege unseres Volkes um seine Freiheit und um seine Zukunft“. An dem Geschick Dr. Todts und an den Trauerfeierlichkeiten nahm das deutsche Volk in seiner Gesamtheit den tiefsten Anteil; denn die Persönlichkeit dieses Mannes war allen stets ein Inbegriff der Lauterkeit und der selbstlosen Hingabe an ein großes Werk.

Am 9. Februar wurde bekanntgegeben, daß der bisherige Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Dipl.-Ing. Prof. Albert Speer unter Beibehaltung seiner bisherigen Ämter die Nachfolgeschafft des Reichsministers Dr. Todt angetreten habe. Folgende Aufgaben sind damit in die Hände Albert Speers gelegt: die des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen und des Generalinspektors für Wasser und Energie. Am 14. Februar gab die Reichspressestelle der NSDAP bekannt, daß der Führer an Stelle des tödlich verunglückten Parteigenossen Todt den Parteigenossen Albert Speer auch zum Leiter des Hauptamtes für Technik und zum Leiter des nationalsozialistischen Bundes deutscher Technik ernannt hat. — Ferner wurde amtlich mitgeteilt, daß Reichsmarschall Göring den Reichsminister Speer zum Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft ernannte. Damit ist Reichsminister Speer Nachfolger Dr. Todts in allen Ämtern geworden. Die Fülle der Aufgaben, die auf dem jüngsten der Reichsminister ruht, ist gewaltig. Die großen bisherigen Leistungen, die Reichsminister Speer in den vergangenen Jahren als

86

Architekt und Organisator vollbracht hat, lassen hoffen, daß er diese Fülle der Aufgaben bewältigen wird.

Am 13. Februar erließ Reichsminister Speer einen Aufruf an die Männer der Organisation Todt, daß der Name ihrer Organisation auch in der Zukunft erhalten bleiben werde. Die Männer des Baustabes Speer werden in die OT eingegliedert und gemeinsam mit ihnen an ihre großen Aufgaben herangehen.

Am 21. Februar berichtete die deutsche Presse, daß die mit Reichsminister Dr. Todt zugleich tödlich verunglückten Männer Flugzeugführer Leutnant Holz, Funker Heilfort und Bordmechaniker Unteroffizier Hauptmann in ihren Heimatorten durch ein Ehrenbegräbnis beigesetzt worden sind.

Unter den Kriegseignissen stehen im Monat Februar die Erfolge der U-Boot-Waffe an erster Stelle. In kühnen Angriffen haben die deutschen U-Boote dem Feinde an seiner eigenen Küste schwerste Verluste zugefügt. Bis zum 10. Februar waren seit dem ersten Auftreten deutscher U-Boote vor dem amerikanischen Kontinent 61 Schiffe mit 421 500 BRT versenkt worden. Sondermeldungen in Presse und Rundfunk verkündeten mehrfach, daß diese Reihe der Versenkungen nicht abriß. Am 21. Februar hatte die USA-Schiffahrt seit Kriegsbeginn insgesamt 80 Schiffe mit 532 900 BRT verloren. Am 24. Februar wurden weitere 8 Schiffe aus Geleitzügen im Atlantik mit zusammen 23 000 BRT versenkt. Insgesamt wurden im Monat Februar 525 400 BRT versenkt, woran die U-Boot-Waffe mit 66 Schiffen von zusammen 448 400 BRT hervorragend beteiligt ist. 44 weitere Handelsschiffe des Feindes wurden zum Teil schwer beschädigt.

An der Afrikafront haben die Operationen Generaloberst Rommels, die um die Monatswende Januar/Februar in vollem Fluß waren, vorläufig ihren Abschluß gefunden. Am 5. Februar konnte berichtet werden, daß der Vorstoß deutsch-italienischer Truppen über Derna hinaus vorgetragen wurde. Damit sind in knapp 14 Tagen 600 Kilometer der Via Balbia den Engländern wieder entrissen. Diese Tatsache allein zeugt von dem kühnen und ungebrochenen Angriffsgeist der verbündeten Afrikakämpfer.

87 Ein Unternehmen, das an Kühnheit einzig dasteht, war die Durchfahrt der deutschen Schlachtschiffe „S c h a r n h o r s t“ und „Gneisenau“ und des Schweren Kreuzers „Prinz Eugen“ durch den Kanal. Der Wehrmachtbericht vom 13. Februar berichtet darüber: „Am 12. Februar kam es im Zuge von Operationen deutscher Seestreitkräfte im Kanal sowie in der westlichen Nordsee zu Gefechtsberührung mit englischen Streitkräften. Durch den unter Führung des Vizeadmirals C i l i a x stehenden Verband, der aus den Schlachtschiffen „Scharnhorst“, „Gneisenau“ und dem Kreuzer „Prinz Eugen“ bestand, wurde nach den bisherigen Meldungen ein englischer Zerstörer versenkt und ein weiterer in Brand geschossen. Die angreifenden starken Verbände der englischen Luftwaffe wurden unter schweren Verlusten abgewehrt. Nur ein deutsches Torpedoboot wurde durch Bombentreffer leicht beschädigt. Ein Vorpostenboot ist gesunken, nachdem es das angreifende Flugzeug abgeschossen hatte.

Die Operationen unserer Seestreitkräfte wurden durch starke Luftwaffenverbände unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls S p e r r l e unterstützt. Die Verluste der feindlichen Luftwaffe betragen nach den ersten Meldungen 43 Flugzeuge, von denen die Mehrzahl durch deutsche Jagdflugzeuge, die übrigen durch die Flakartillerie der Seestreitkräfte und der Luftwaffe abgeschossen wurden. Im Verlauf der heftigen Luftkämpfe gingen 7 eigene Flugzeuge verloren.“ Diese großartige Unternehmung der deutschen Seestreitkräfte im Bereich der englischen Küste und der seebeherrschenden britischen Flotte hat in London wie ein Schock gewirkt. Das englische Volk fragte sich, wie so etwas möglich sei. Churchill und die Admiralität mußten bittere Vorwürfe einstecken. Die Debatte und die Kritik an der britischen Seekriegführung sind durch dieses Ereignis und durch den Fall von Singapur so scharf ausgefallen, daß Churchill sich sehr gegen seinen Willen zur Regierungsumbildung entschließen mußte (siehe Seite 119).

Am 14. Februar sprach der Führer im Sportpalast vor soeben beförderten Offizieren des Heeres und kurz vor ihrer Beförderung zum Offizier stehenden Offizieranwärtern der Kriegsmarine und Luftwaffe sowie Junkern der Waffen-SS. Reichsmarschall Hermann Göring meldete dem Führer 9833 angetretene junge Offiziere und Offizieranwärter. Ausgehend von der deutschen Geschichte und Volkwerdung, die ihre Krönung im Sieg der nationalsozialistischen Bewegung fand, gab der Führer den jungen Soldaten die Parole für ihre späteren Pflichten als Offiziere und Führer in der nationalsozialistischen Wehrmacht.

Am 17. Februar hat der Führer dem Hauptmann Bär, Staffelpolitiker im Jagdgeschwader Mölders, das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen. Hauptmann Bär erhielt diese hohe Auszeichnung als 7. Offizier der deutschen Wehrmacht anläßlich seines 90. Luftsieges.

88 Im Februar erhielten weitere zehn Angehörige der deutschen Wehrmacht, und zwar vom 70. bis zum 79. Soldaten das Eichenlaub zum Ritterkreuz: Hauptmann K a l d r a c k (70.), Hauptmann Bergmann (71.), Generaloberst v. Kleist (72), General der Panzertruppen Reinhardt (73.), General der Panzertruppen Model (74.), Generalmajor Freiherr von Langermann und Erlencamp (75.), Generalmajor W e s s e l (76.), Oberstleutnant Hagen (77.), Generalfeldmarschall Kesselring (78.) und Feldwebel Koepen (79.). Der Führer beglückwünschte Generalfeldmarschall Kesselring mit einem besonders herzlich gehaltenen Telegramm. Auch Reichsmarschall Göring sandte aus gleichem Anlaß dem Feldmarschall ein Handschreiben, in dem er dem an allen Fronten siegreichen Flottenchef die aufrichtigsten Glückwünsche übermittelte. Der Führer habe mit dieser Verleihung auch den Heldenmut seiner Verbände anerkannt, die sich immer und überall tapfer geschlagen hätten. Generalfeldmarschall Kesselrings Luftflotte hat im wesentlichen dazu beigetragen, im Laufe der letzten Monate von Sizilien aus den Nachschub für das Afrika-Korps zu sichern.

Als Zeichen der Verbundenheit der gegen den Bolschewismus angetretenen Mächte und als Anerkennung für hervorragende Verdienste verlieh der Führer auch im Februar Offizieren verbündeter Nationen das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz: am 4. Februar erhielt diese hohe Auszeichnung General Augustin M a l a r , der Kommandeur einer slowakischen Division. In der Begründung zur Verleihung dieses Ritterkreuzes wird die hohe Tapferkeit der slowakischen Truppen zur Zeit des Polenfeldzuges und des Rußlandkrieges gewürdigt, ferner wird die zielsichere Führung und der tapfere persönliche Einsatz des Generals Malar hervorgehoben. — Am 16. Februar verlieh der Führer dem Chef des italienischen Wehrmachtgeneralstabes, Generaloberst Graf Caballero, das Ritterkreuz zum Eisernen

Kreuz in Anbetracht seiner großen Verdienste um die erfolgreiche gemeinsame Wehrmachtführung. Auch ein anderer italienischer General, General Hugo de Carolis, erhielt vom Führer das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. General de Carolis hat sich in den Abwehrkämpfen an der Ostfront ganz besonders ausgezeichnet. Als die von ihm geführte Division bei einem Angriff im stärksten Abwehrfeuer der Sowjets liegen blieb, ging er selbst nach vorn, um seine Truppen vorzureißen. Sein Beispiel wirkte. Der von ihm angesetzte Angriff gelang. Während dieses Angriffes ist der tapfere italienische General gefallen.

Zwei höhere Führer aus den Gliederungen der Partei starben im Monat Februar den Heldentod, weitere Beiträge, die die Bewegung aus den Reihen ihrer führenden Männer für den Freiheitskampf des deutschen Volkes leistete: Nach mehrfacher schwerer Verwundung starb am 7. Februar im Reservelazarett Kaiserswerth der Führer der Motorgruppe Niederrhein NSKK-Obergruppenführer Helmut Stifft. — Am 8. Februar fiel an der Ostfront SS-Gruppenführer Paul Moder, im Frieden zuletzt ständiger Vertreter des Führers des SS-Oberabschnitts Spree, SS-Gruppenführer Paul Moder kämpfte in den Reihen der Waffen-SS als SS-Sturmbannführer der Reserve. Er war zuletzt Führer einer Kampfgruppe, der auch Einheiten des Heeres unterstellt waren.

89

Am 2. Februar wurde berichtet, daß der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches sich seit dem 27. Januar in Italien befindet. Reichsmarschall Göring wurde in Rom von Seiner Majestät dem König und Kaiser und zweimal in mehrstündigen Unterredungen vom Duce empfangen. Der Besuch des Reichsmarschalls galt in erster Linie den deutschen Luftwaffenverbänden in Süditalien und Sizilien, die in scharfem, erfolgreichem Einsatz gegen Malta und die britische Schifffahrt im Mittelmeer stehen. Das Oberkommando des Heeres hat vor einiger Zeit die Zurückziehung aus der kämpfenden Truppe bei besonderen Anlässen geregelt. Jetzt ist eine Ergänzung dieser Bestimmungen erfolgt. Es wird angeordnet, daß, wenn eine Familie besonders hohe Blutopfer gebracht hat, der letzte überlebende Sohn auf jeden Fall aus der kämpfenden Truppe zurückzuziehen und in einer weniger gefährdeten Stelle, in der Regel im Ersatzheer, zu verwenden ist, auch wenn der betreffende Soldat die Erklärung zum freiwilligen Verbleib in der kämpfenden Truppe abgeben will oder abgegeben hat. Dieser Fall ist nach dem Erlaß beispielsweise gegeben, wenn von vier im aktiven Wehrdienst stehenden Söhnen drei gefallen sind.

Ein kleines Beispiel von der vielseitigen Arbeit der rückwärtigen Dienste der deutschen Wehrmacht geben die Leistungen der deutschen Feldpost, deren Leistungsziffern im einzelnen gewaltig sind. Allein durch die Feldpostleitstelle einer einzigen Heeresgruppe im Osten wurden im vergangenen Monat 2557 Güterwagen mit Feldpost entladen und wieder beladen. Das entspricht einem Eisenbahnzug von 27 Kilometer Länge. So verlassen Tag für Tag Hunderttausende von Briefen, Päckchen und Zeitungen aus allen Teilen des Reiches die Postämter, um mit allen verfügbaren Verkehrsmitteln an die verschiedenen Fronten vom Weißen bis zum Schwarzen Meer, vom Nordkap bis nach Afrika gebracht zu werden.

Die Kriegsergebnisse im Fernen Osten nahmen auch im Monat Februar ihren überraschend schnellen Fortgang. Nur ganz kurz können hier die Tatsachen vermerkt werden, deren Echo in der deutschen Presse und beim deutschen Volke gewaltig war. Am 5. Februar berichtete Tokio, daß der Angriff auf Singapur begonnen habe. Wenige Tage danach, am 11. Februar, fiel die „unbezwingbare“ britische Festung. Der Schock in England war ungeheuer, der Jubel in Japan groß. Der Führer hat dem Tenno zur Einnahme von Singapur die herzlichsten Glückwünsche übersandt, für die der Tenno dankte und zugleich dem festen Entschluß Ausdruck gab, „im Zusammenwirken mit den Verbündeten alle Anstrengungen zu machen für den endgültigen Erfolg dieses Krieges Großostasiens“. Der Fall von Singapur und die stetig harten Schläge, die den vereinigten alliierten Flottenstreitkräften durch die japanische Marine und Luftwaffe ausgeteilt wurden, stellen wesentliche Etappen in dem Bemühen Japans dar, im Westpazifik die völlige Herrschaft an sich zu reißen.

90

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen steht ohne Frage die Tatsache, daß am 24. Februar unter dem Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop der ständige Rat der Dreierpaktmächte in Berlin zu einer Sondertagung zusammentrat. Als Vertreter ihrer Regierungen nahmen Botschafter Alfieri und Botschafter Oshima teil. Auch die Leiter der verschiedenen Kommissionen des Dreimächtepaktes waren zugegen.

Eine Welle der Entrüstung und des Abscheus ging durch das deutsche Volk, als am 25. Februar gemeldet wurde, daß auf den deutschen Botschafter in Ankara, Herrn von Papen, und seine Frau ein Attentat verübt worden sei, das allerdings seine Absicht nicht erreicht hat. Der Führer hat dem Botschafter von Papen telegraphisch seine Glückwünsche ausgesprochen, gleichfalls der Reichsaußenmi-

nister. Die Urheber dieses Verbrechens wird man im Intelligence Service und bei der GPU zu suchen haben.

Herzliche Gefühle des deutschen Volkes empfangen den Staatsführer Marschall Antonescu, der auf Einladung des Führers am 11. Februar dem Hauptquartier einen Besuch abstattete. Während des Aufenthalts des Marschalls Antonescu an der Ostfront fanden Besprechungen zwischen dem Führer und dem rumänischen Staatsführer über die politische und militärische Lage statt. Von deutscher Seite nahmen an den Besprechungen teil Reichsaußenminister von Ribbentrop und der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel.

Der Führer überreichte dem rumänischen Staatsführer Marschall Antonescu anlässlich seines Besuches im Hauptquartier das Großkreuz vom Deutschen Adler. Anschließend war der Marschall noch Gast des Reichsmarschalls und des Reichsaußenministers.

Ein Ereignis, das bezeugt, wie sehr Deutschland bemüht ist, den Völkern der besetzten Gebiete normale Zustände wiederzugeben, ist die Schaffung einer eigenen nationalen Regierung in Norwegen. Am 1. Februar stand Oslo im Zeichen dieses für die norwegische Geschichte bedeutsamen Ereignisses. In einem feierlichen Staatsakt im Rittersaal der Festung Akershus übernahm die Regierung Quisling die Regierungsgeschäfte. Der Reichskommissar Terboven hatte den Rücktritt der bisherigen Minister angenommen, nachdem diese zuvor den Führer der Nasjonal Sämling, Vidkun Quisling, unter Beifügung eines staatsrechtlichen Gutachtens des norwegischen höchsten Gerichts gebeten hatten, als Ministerpräsident die Bildung eines nationalen Kabinetts zu übernehmen. — Am 12. Februar traf Ministerpräsident Quisling zu einem mehrtägigen Besuch in Berlin ein. Am 13. wurde er vom Führer in Anwesenheit des Reichsministers Lammers, des Leiters der Partei-Kanzlei Bormann und des Reichskommissars Terboven zu einer längeren Aussprache empfangen. Vidkun Quisling besuchte in den folgenden Tagen eine Reihe weiterer führender Männer des Reiches, unter ihnen Reichsleiter Hierl und Reichsminister Rosenberg.

Die herzlichen Gefühle des deutschen Volkes für das tapfere finnische Volk kamen bei einem Besuch finnischer Hauptschriftleiter in der Reichshauptstadt mehrfach zum Ausdruck. Die finnischen Schriftleiter konnten diese Gefühle aus berufenem Munde bei Empfängen des Reichsministers Dr. Goebbels und des Reichspressechefs Dr. Dietrich entgegennehmen. Am 23. Februar waren sie Gäste dieser beiden führenden Männer der deutschen Presse.

Der Vertiefung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien galt ein Besuch des Königl. Italienischen Ministers für nationale Erziehung, Giuseppe Bottai, in Berlin. Als Gast des Reichsministers Rust besuchte Minister Bottai die italienische Buchausstellung in der Akademie der Künste. Am 16. Februar hatte er eine längere Aussprache mit Reichsmarschall Hermann Göring.

Am 24. Februar fand wie alljährlich eine Erinnerungsfeier an den Tag statt, an dem der Führer im Jahre 1920 das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verkündet hatte. Dem Führer selbst war es an diesem Tage nicht möglich gewesen, im Kreise seiner ältesten Mitkämpfer zu verweilen. Aus diesem Grunde verlas der Gauleiter des Traditionsgaues, Staatsminister Wagner, eine Botschaft des Führers, in der das enthalten ist, was der Führer selbst ausgesprochen hätte, hielt ihn nicht die Pflicht an der Front. (Siehe Seite 71).

In lapidaren Sätzen umreißt der Führer die Härte, aber auch die Größe des gegenwärtigen Winterfeldzuges. Er verkündet, daß des Feindes Hoffnungen an der Tapferkeit und der Zähigkeit des deutschen Soldaten zuschanden wurden, daß er niemals sein Ziel, die Ausrottung der arischen Völker und Menschen, erreichen werde. Seherisch prophezeit der Führer, wie schon früher einmal, daß diese Vernichtung nicht die Völker Europas, sondern den Juden treffen werde, und daß nach der Beseitigung dieser Parasiten über die leidende Welt eine lange Zeit der Völkerverständigung und damit des wahren Friedens kommen werde. Der Führeraufruf schließt mit der Bekundung einer unbeirrbaren Zuversicht und des heiligen Glaubens, daß der gewaltige Kampf, in dem wir heute stehen und der damals am 24. Februar 1920 von der Kundgebungsstätte dieses Tages seinen Ausgang nahm, nicht anders enden könne und nicht anders enden werde, wie das wunderbare Ringen der nationalsozialistischen Bewegung im Deutschen Reich.

Am 24. und 25. Februar fand zugleich in München eine Tagung der Reichsleiter und Gauleiter der NSDAP, statt, in deren Verlauf Reichsminister Speer, die Staatssekretäre Backe und Reinhardt, Reichsjugendführer Axmann, der Reichskommissar für die Preisbildung, Dr. Fischböck, sowie der Leiter des Amtes für soziale Selbstverantwortung in der DAF, Oberdienstleiter Dr. Hupfauer, über aktuelle Fragen ihrer Arbeitsgebiete berichteten. Die Tagung wurde vom Leiter der Parteikanzlei Reichsleiter Bormann geleitet.

Zur Erinnerung an den Tag der Verkündung des Parteiprogramms veranstalteten die Dienststelle des Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP und die Gauleitung Berlin in der Krolloper am Königsplatz eine Sonntagmorgenfeier. In dieser Feierstunde ergriff Reichsleiter Rosenberg das Wort zu einer Rede mit dem Thema: „Über die innere und äußere Freiheit des Menschen.“ Der Reichsleiter ging von der geschichtlichen Tatsache aus, daß überall da, wo eine große Bewegung im religiösen, wissenschaftlichen oder politischen Leben auftrat, sie fast immer mit dem Gedanken der Freiheit verbunden worden war. Rosenberg umriß in seiner Rede die besondere deutsche Auffassung der Freiheit, die nicht so sehr mit Rechten als mit Pflichten zusammengedacht wird. Obwohl das deutsche Volk das unrevolutionärste Volk Europas sei, so sei es doch zugleich jene Nation, von der aus alle zündenden Gedanken der inneren Freiheit ausgegangen sind. „Macht und Idee, Freiheit und Pflicht“, so schloß Reichsleiter Rosenberg, „sollen bei uns eine untrennbare Einheit ergeben, und die große Stunde des Deutschen soll damit zugleich die Stunde der Wiedergeburt auch für die anderen schöpferischen Nationen Europas werden.“

93

Anfang Februar fand in Berlin die zweite Kriegsarbeitstagung der Auslandsorganisation statt. Gauleiter Bohle eröffnete sie. Während noch der inzwischen tödlich verunglückte Reichsminister Dr. T o d t am ersten Abend der Tagung einen Überblick über den Kriegseinsatz und die Ziele der großdeutschen Technik gab, schilderte am Tage darauf Reichsleiter Dr. L e y den Teilnehmern der Tagung den Einsatz des deutschen Menschen in die Kriegsproduktion. Anschließend gab Reichsminister Dr. Goebbels den Männern der AO einen ausführlichen Überblick über die militärische und politische Lage und entwickelte ihnen im Anschluß daran die sich für ihren Tätigkeitsbereich ergebenden besonderen Aufgaben. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine grundlegende Rede von Gauleiter Bohle, der die Entwicklung der Auslandsorganisation zeichnete und ihr den ihr zukommenden bedeutsamen Platz beim Kriegseinsatz der Heimat zuwies. Die Landesgruppenleiter der AO waren schließlich bei Reichswirtschaftsminister Funk, der sich in einer längeren Ansprache mit Fragen des deutschen Außenhandels und der europäischen Wirtschaft sowie mit der engen Zusammenarbeit seines Ministeriums mit der Auslandsorganisation der NSDAP befaßte.

Am 19. und 20. Februar versammelten sich die Leiter der Reichspropagandaämter und die Reichs- und Stoßtruppredner der Partei zu einer Arbeitstagung, die ihren Höhepunkt fand in einer programmatischen Rede von Reichsminister Dr. Goebbels. Wie in der Kampfzeit müßten die Propagandisten dem deutschen Volke, das vertrauensvoll hinter seiner Führung stehe, über alle Probleme offen und nüchtern Rechenschaft ablegen und ihm darüber hinaus bei der Überwindung von Schwierigkeiten helfend zur Seite stehen. Eine große Anzahl führender Männer entwickelte vor dem gleichen Gremium die sich in ihrem Wirkungsbereich ergebenden besonderen Probleme. Es sprachen Reichsminister Funk, die Staatssekretäre Gutterer, Esser, Backe und Kleinmann sowie eine Reihe weiterer Persönlichkeiten aus Partei, Staat, Wehrmacht und Wirtschaft.

Am 7. Februar wurde das Ergebnis der im Januar durchgeführten Gaustraßensammlungen des Kriegs-Whw veröffentlicht. Es erbrachte die bisher höchste Summe von 37 210 766,43 RM. Das sind über 15 Millionen RM mehr als im Vorjahr. An dieser gewaltigen Steigerung konnte das Ausland das Ausmaß des Vertrauens zur nationalsozialistischen Führung ermessen. Man wird sich der scharfen Bestimmungen des Führers erinnern, die denjenigen treffen sollen, der sich an der Sammlung von Pelz-, Woll- und Wintersachen bereichern wollte. Die Zahl der Fälle, in denen sich eine solche niederträchtige Gesinnung offenbarte, ist verschwindend gering gewesen. Wo aber doch ein unlauterer Charakter den Versuch gemacht hat, die Soldaten um die Spenden, und seien es die kleinsten, zu bringen, den hat die scharfe Strafe getroffen. Im Zusammenhang mit diesem Führererlaß sind tatsächlich auch einige Todesstrafen gefällt worden, für die die Öffentlichkeit das größte Verständnis, ja die tiefste Genugtuung gehabt hat.

94

Im Zusammenhang mit der Pelz-, Woll- und Wintersachensammlung verdient eine Spende schwedischer Frauen, die in Finnland wohnen, Beachtung. Diese schwedischen Frauen, die in Finnland die Gefahr des Bolschewismus aus nächster Nähe erkannt haben, sandten dem Führer eine Geldspende zum Dank für des Führers Werk und als Zeichen ihrer Bewunderung für die kämpferischen Eigenschaften des deutschen Soldaten mit der Bitte, das Geld für die Erholung deutscher Soldaten, die in Finnland verwundet wurden, zu verwenden. Der Führer hat den schwedischen Frauen mit einem in herzlichen Worten gehaltenen Telegramm gedankt.

Der Krieg hat auch auf dem Gebiet der Förderung der besten Schaffenskräfte in der Volksgemeinschaft einen neuen Weg gebracht: die Ausleselager im Arbeitseinsatz. Zum erstenmal waren 1941 aus den verschiedenen Bereichen des Arbeitslebens tüchtige, aufstrebende junge Kräfte in solchen Ausle-

selagern zusammengefaßt worden. Im ersten Jahr dieser neuen Auslese, die von der Hitlerjugend und der Deutschen Arbeitsfront gemeinsam durchgeführt wird, sind 26 Lager für Jungen und 10 Lager für Mädchen eingerichtet worden. Die Lager haben die Aufgabe, die besondere Begabung, den Grad der Entwicklungsmöglichkeit, die charakterlichen Werte und die körperliche und gesundheitliche Belastungsfähigkeit festzustellen. Für die verschiedenen Berufe wurden verschiedene Lager, für Eisen und Metall allein 15 Ausleselager aufgestellt. Die Ergebnisse, die in den meisten Fällen zu sehr beachtlichen und erfreulichen Begutachtungen führten, haben für zahlreiche tüchtige Menschen den Weg zu einer freien und wünschenswerten Fortentwicklung geführt. Insgesamt sind im Jahre 1941 2110 Teilnehmer und Teilnehmerinnen durch die Ausleselager gegangen.

Im Mittelpunkt einer großen Kundgebung, die am 7. Februar im Berliner Sportpalast stattfand, stand eine Rede von Dr. L e y. „Wir machen heute den totalen Krieg durch, der den ganzen Menschen und das ganze Volk verlangt. Wir verteidigen die deutsche Substanz. Wir wollen und werden diesen Kampf meistern“, so rief Dr. Ley aus. Er richtete seinen Appell an alle Betriebe des Gaues und des Reiches überhaupt, sich auf den Sieg zu konzentrieren. Er forderte von jedem Deutschen die ganze Schaffenskraft, das ganze Können und den ganzen Fleiß. Der Reichsorganisationsleiter würdigte ferner auch den hingebungsvollen Einsatz der Frau im Betriebe, „die es darum verdient, vom Manne so geachtet und ritterlich behandelt zu werden, wie er das für die eigene Frau wünscht und erwartet“. Mahnende Worte richtete er auch besonders an die Meister und sonstigen Unterführer in den Betrieben, deren Aufgabe es sei, den Menschen immer wieder neue Kraft und Zuversicht zu geben. — Wie in Berlin, so sprach Dr. Ley auch in anderen Städten des Reiches zum gleichen Thema.

95 Am 14. Februar berichtete die deutsche Presse von einer interessanten Unterredung, die ein ungarischer Publizist mit Dr. Ley über die Kriegsproduktion und die Betreuung der jetzt in Deutschland tätigen ausländischen Arbeitskräfte führte. Als Grundlage der hohen Leistung des deutschen schaffenden Menschen bezeichnete Dr. Ley die umfassende Fürsorge, die seit Jahren von der Arbeitsfront übernommen wurde. Unsere Gesundheitsbetreuung, das segensreiche Wirken der Betriebsärzte, die besondere Aufmerksamkeit, die wir den arbeitenden Frauen in den Betrieben widmen, unsere Einrichtung für die Berufserziehung, für die pflegliche Beobachtung des Facharbeiternachwuchses und schließlich unsere Bemühungen, auch während des Krieges den kulturellen Dingen volle Gültigkeit zu gewährleisten, haben die schaffenden deutschen Menschen hart und zähe, aber nicht seelenlos gemacht. Zum Schluß betonte Dr. Ley, daß ihm von den verschiedensten deutschen Betriebsführern über die überaus befriedigenden Ergebnisse des Einsatzes der von den befreundeten Nationen nach Deutschland entsandten ausländischen Arbeiter fortlaufend die besten Berichte erstattet worden seien. „Die ausländischen Arbeiter haben“, so sagte Dr. Ley, „erkannt, daß sie ja keineswegs nur für Deutschland hier arbeiten, sondern daß ihr Einsatz in Deutschland sich letzten Endes für ihre eigene Heimat nützlich auswirkt.“

In Posen fand am 16. Februar der 1. Landesbauerntag des Warthegaues statt, der durch die Anwesenheit des Gauleiters Reichsstatthalter Greiser und des Reichsobmannes des Reichsnährstandes, Gustav Behrends, besondere Bedeutung erhielt. Dieser 1. Landesbauerntag stand ganz im Zeichen der Ausrichtung des für unsere Ernährung so bedeutsamen Warthegaues auf die Aufgaben der Kriegserzeugungsschlacht. Reichsobmann Behrends stellte hierbei besonders die Parolen heraus, nach denen in der Kriegsernährungswirtschaft 1942 alle Landesbauernschaften zu arbeiten haben. Im Vordergrund steht hier die Erweiterung des Hackfrucht- und besonders des Kartoffelbaues, des Ölfruchtanbaus und der Gemüseanbaufläche. Nicht weniger wichtig ist die Erhaltung der Brotgetreideanbaufläche, der Intensität der Milchwirtschaft und der Schweinehaltung. Das deutsche Landvolk wird all seine Kraft einsetzen, um auch diesen Forderungen gerecht zu werden.

96 Eine der letzten großzügigen Planungen des Reichsministers Dr. T o d t auf dem ihm ureigenen Gebiet ist die Planung der Autobahnen im Ostraum. Wie das Deutsche Nachrichtenbüro am 7. Februar meldete, hatte der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen zur Vorbereitung von Autobahnplänen im Ostraum zwei Planungsgruppen eingesetzt, und zwar die Planungsgruppe Südost mit dem Sitz in Lemberg und die Planungsgruppe Nordost mit dem Sitz in Riga. Beide Planungsgruppen haben den Auftrag, im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen der Wehrmacht und der Zivilverwaltung die Möglichkeiten für eine Ausdehnung des Autobahnnetzes auf den Ostraum zu untersuchen. Die Wiederherstellung zerstörter Straßenverbindungen wird zur Zeit von der Wehrmacht und von der Organisation Todt als vordringliche Maßnahme ausgeführt.

Das Krakauer Kunstleben hatte im Februar in den zwei Gastvorstellungen der Berliner Staatsoper mit Mozarts „Cosi fan tutte“ einen besonders glänzenden Höhepunkt. Das Staatstheater des Generalgou-

vernements war bis auf den letzten Platz besetzt mit einer aufgeschlossenen beifallsfreudigen deutschen Kunstgemeinde, die in Gegenwart der Vertreter der Regierungsbehörden und der Wehrmacht den Berliner Künstlern begeistert zujubelte.

Wie in anderen großen Städten europäischer Länder wurde in Brüssel am 25. Februar eine große deutsche Buchausstellung eröffnet. Die Ausstellungsräume im Palast der Schönen Künste beherbergen nunmehr für mehrere Wochen mehr als 3000 deutsche Bücher, die zusammen einen Überblick über das deutsche Buch der Gegenwart als Repräsentant des neuen deutschen Schrifttums geben. Neben den politischen Büchern der nationalsozialistischen Revolution erstreckt sich die Schau auf die schöngeistige, wissenschaftliche und wirtschaftliche Literatur. Mit besonderer Sorgfalt wird auch die Bedeutung des flämischen Schrifttums im deutschen Buchwesen und umgekehrt, die Einflußnahme der deutschen Literatur im flämischen Buchwesen, vor Augen geführt. In seiner Begrüßungsansprache erklärte der Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, General von Falkenhausen, daß diese Ausstellung zeige, wie sehr Deutschland auch während der Kriegszeit bestrebt sei, Kultur und Wissenschaft zu pflegen und zu fördern. Der flämische Dichter de Pillecijn sprach über die Verwandtschaft und gegenseitige Befruchtung der deutschen und flämischen Literatur, der Vorsitzende der wallonischen Kulturgemeinschaft, Pierre Hubermont, drückte die Hoffnung aus, daß auch das wallonische Schrifttum wieder den Anschluß an die geistigen Kräfte des Reiches finden werde. Ministerialdirigent Haegert wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß das nationalsozialistische Deutschland aus seinem volkhafte Denken heraus immer bestrebt gewesen sei, seine enge Verbundenheit mit den germanischen Brudervölkern zu betonen. Es sei zu hoffen, daß das gemeinsame geistige Leben mit Deutschland wie für die Flamen so auch für die Wallonen zur Wahrheit werde. Ministerialdirigent Haegert nahm sodann im Namen von Reichsminister Dr. Goebbels die Eröffnung der Buchausstellung vor.

97 Unter Beteiligung zahlreicher Vertreter von Partei, Staat und Wirtschaft fand unter dem Vorsitz seines Präsidenten, des Reichsministers R u s t, am 26. Februar eine Vollsitzung des Reichsforschungsrates im Haus der deutschen Forschung in Berlin statt. Sie befaßte sich mit Problemen der modernen Physik, die im Interesse der Landesverteidigung und der gesamten deutschen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sind. Führende deutsche Wissenschaftler sprachen zu den einzelnen Fachgebieten. Reichsminister Rust verpflichtete als neue Präsidialmitglieder des Reichsforschungsrates Reichsstudienführer Reichsstatthalter Gauleiter Dr. Scheel, Generaladmiral W i t z e l l, General der Artillerie L e e b und die Staatssekretäre Gutterer, Muhs und Stuckardt. Am Todestage Horst W e s s e l s, der vor nunmehr zwölf Jahren am 23. Februar 1930 den durch einen feigen, jüdischkommunistischen Mordüberfall erlittenen Verletzungen erlag, fand an seinem Grabe eine kurze Gedenkfeier statt. Der Stabschef der SA, Viktor L u t z e, sowie der Führer der Gruppe Berlin-Brandenburg legten Kränze nieder. Auch der Gauleiter von Berlin ehrte an diesem Tage seinen alten Mitkämpfer. Vor dem Ehrenmal Unter den Linden nahm Stabschef Lutze, nachdem er zu Ehren der Gefallenen dieses Krieges einen Kranz niedergelegt hatte, zusammen mit dem Kommandanten von Berlin, Generalleutnant von Hase, den Vorbeimarsch eines Ehrensturms der SA-Standarte Feldherrnhalle ab. Am 24. Februar verstarb im Alter von 81 Jahren der verdiente Luftfahrtpionier Prof. Dr.-Ing. h. c. August von Parseval. Mit August von Parseval verliert nicht nur Deutschland, sondern die gesamte Kulturwelt einen Mann, der sich auf dem Gebiet der Luftfahrtforschung unvergängliche Verdienste erworben hat. Im Gegensatz zu Zeppelin, der das starre System bevorzugte, konstruierte er u. a. den Typ des nach ihm benannten halbstarren Luftschiffes, das hauptsächlich für militärische Zwecke gedacht war, von dem man aber später aus verschiedenen taktischen Gründen absah.

Am 25. Februar starb nach schwerer Krankheit der Gründer des „Deutschen Arbeitervereins“, der Parteigenosse mit der Mitgliedsnummer 1, Anton D r e x l e r. Ein um die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hochverdienter Mann schied damit aus den Kämpferreihen der Bewegung Adolf Hitlers aus. Drexler unternahm nach dem Weltkrieg einen ersten Versuch, den deutschen Arbeiter dem Einfluß des Marxismus zu entreißen und ihn auf einen nationalen Boden zu führen. So wurde im Januar 1919 in einem Nebenzimmer des Sternecker ein deutscher Arbeiterverein gegründet. An der Gründungsversammlung hatte auch Adolf Hitler teilgenommen. Damals gab Drexler ihm seine Broschüre „Mein politisches Erwachen“, von dem der Führer in „Mein Kampf“ sagt, daß die Lektüre ihm das Gefühl des ehrlichen Strebens ihres Verfassers gegeben habe.

98 Deutschlands Politik und Kriegführung im Monat Februar charakterisieren sich durch die erfolgreiche Abwehr zahlreicher, zum Teil mit starken Kräften geführten Angriffe der Sowjetarmeen im Osten, das Vordringen Rommels in Lybien bis über Derna hinaus, eine neue außerordentlich erfolgreiche Offensive unserer U-Boote an den Küsten der Vereinigten Staaten und im Karibischen Meer, durch den

unter schweren Verlusten, besonders für Englands Luftwaffe, erfolgten Durchbruch der deutschen Großkampfschiffe „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ und des Kreuzers „Prinz Eugen“ durch den Kanal, durch diplomatische und militärische Besprechungen mit den Bundesgenossen, mit Italien Anfang Februar durch Reichsmarschall Göring, mit Rumänien durch Besprechungen des Führers mit Marschall Antonescu am 11. Februar und durch Besuche des Generalfeldmarschalls Keitel in Ungarn und in der Slowakei.

All diese militärischen und politischen Aktionen bilden eine Einheit. Die Fortsetzung und Intensivierung des U-Boot-Krieges gegen England und USA, die Abwehr der bolschewistischen Angriffe im Osten und der Krieg in Afrika zeigen, daß mitten im Winter nur an der Ostfront der Kampf aus klimatischen Gründen von uns defensiv geführt wird, daß er jedoch an der Seefront und in Afrika offensiv weitergeht. Bemerkenswert ist dabei besonders auch, daß sich im Mittelmeer die Verluste der englischen Flotte sehr stark ausgewirkt haben. Es scheint, daß die Engländer im Mittelmeer nach der Versenkung des Schlachtschiffes „Barham“ und eines Flugzeugträgers durch deutsche U-Boote und der Beschädigung weiterer dreier Großkampfschiffe nicht mehr über kampffähige Schlachtschiffe verfügen, wodurch der Krieg in Libyen, der zu Lande und zur See besonders schwere Nachschubprobleme aufwirft, sein Gesicht sehr zugunsten der Achsenmächte verändert hat.

Der Führer hat in seiner Proklamation zur zweiundzwanzigsten Jahresfeier der Verkündung des Parteiprogramms der NSDAP sein erstmaliges Fernbleiben von dieser traditionellen Feier damit begründet, daß er das Hauptquartier gerade in der Zeit nicht verlassen könne, „in der sich ein Winter seinem
99 Ende nähert, von dem unsere Gegner alles erhofft haben, und die Vorbereitungen getroffen werden für die endgültige Auseinandersetzung und Abrechnung mit jener Verschwörung, die von den Bankhäusern der plutokratischen Welt bis in die Gewölbe des Kreml das gleiche Ziel verfolgt“ (siehe Seite 71). Zum Unterschied von Roosevelt, der es liebt, mit großen Zahlen über das, was man angeblich produzieren will, Eindruck zu machen, wird in Deutschland natürlich über Kriegsvorbereitungen und -rüstungen nur in Andeutungen gesprochen.

In dem von den deutschen Waffen beherrschten europäischen Raum sind während des Monats Februar in zwei Gebieten, nämlich in den Niederlanden und in Norwegen, bedeutsame Ereignisse zu verzeichnen. In Norwegen übernahm am 1. Februar Vidkun Quisling die Ministerpräsidentschaft und bildete ein neues Kabinett (siehe Seite 90). Die Bildung der Regierung Quisling ist als ein neuer Schritt zum Aufbau des neuen Europa zu bewerten, in dem die von den Achsenmächten zuerst entwickelten Ordnungsprinzipien vorherrschen werden.

Im gleichen Sinn dürfte eine Rede zu verstehen sein, die der Leiter des NSB in den Niederlanden, M u s s e r t, vor den Führern des niederländischen Arbeitsdienstes am 18. Februar gehalten hat, und in der er ausführte, in der Erziehung bilde der Arbeitsdienst nur ein Bindeglied zwischen Elternhaus und Wehrmacht. In Zukunft werde der niederländische Soldat einen Teil der großen germanischen Wehrmacht bilden und dort sein Vaterland verteidigen, wo dies nötig sei. Das englische Imperium gehe jetzt zugrunde, und die Art, durch die der niederländische Kolonialbesitz an englische Garantien gebunden wurde, mache es möglich, daß auch noch der letzte Rest dieses Kolonialbesitzes verloren gehe. Energisch und zielbewußt müsse daher das niederländische Volk an die Arbeit gehen, um sein neues Schicksal zu meistern. Aufgabe des Arbeitsdienstes wird es daher sein, die niederländische Jugend zu lehren, daß sie einen neuen Weg in die Zukunft bahnen müsse.

Die Niederlande, die bis zum Westfälischen Frieden, jenem politischen Instrument, das die Einheit des mittelalterlichen Deutschen Reiches so verhängnisvoll zerstörte, zum Reich gehört hatten, die dann zeitweilig eine europäische Großmacht waren, standen im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert eigentlich zwischen Europa und England und waren zugleich eine pazifische Macht. Ihre Stellung im Weltkrieg und in der Zeit nachher hat diese Zwischenstellung noch verstärkt, und der Aufstieg des
100 Nationalsozialismus zur Macht in Deutschland hat dann dazu geführt, daß diese Zwischenstellung sich zu einer solchen gegen das neue Europa an der Seite Englands entwickelte. Ihre führenden Schichten fühlten sich geistig und politisch in Paris und London zu Hause. Sie waren liberalistisch, parlamentarisch-demokratisch und kapitalistisch und sahen hinsichtlich ihres Kolonialreiches, das für sie ein Hauptquell ihrer kapitalistischen Position war, in England die Garantie des Status quo. So banden sie ihr Schicksal an das Englands. Wie weit dieses Einverständnis ging, hat neuerdings das am 18. Februar veröffentlichte Dokument aus den Papieren Daladiers erwiesen (siehe Seite 73). Es ist ein Bericht des französischen Gesandten im Haag, Vitrolles, über ein Gespräch mit dem niederländischen Außenminister. Es ergibt sich daraus, daß dieser nicht nur über die innere Struktur Deutschlands sich wirklichen Wahnvorstellungen hingab, sondern sich auch einbildete, Mittel zu besitzen, um eine Art

politischen Umsturzes in Deutschland herbeizuführen. Von dem gewaltigen Prozeß der Umformung, in dem sich Europa befindet, hatte er nicht einen Hauch verspürt.

So ist denn die Entwicklung im niederländischen Mutterlande und in den Kolonien über die führenden Schichten und über die Positionen, die sie in Europa und im Pazifik einnahmen, hinweggegangen. Aber geblieben ist das Volk mit all den großen Werten, die es besitzt, und mit seiner starken völkischen Kraft. Der Wiedereinbau dieser Werte in Europa und ihr Einsatz für den europäischen Aufbau ist eine große Aufgabe, die äußerlich vielleicht weniger glänzend, im finanziellen Ergebnis für die bisherige kapitalistische Oberschicht weniger ergiebig sein wird, die jedoch für die breiten Massen auf die Dauer segensreicher sein dürfte als der frühere Zustand.

Ein Land, das lange eine Zwischenstellung anderer Art eingenommen hat, nämlich zwischen Europa und dem Osten, hat sich rechtzeitig und im Bewußtsein seiner vitalen Interessen und, ohne sich in dieser Entscheidung durch noch so starke gegenteilige Einflüsse beirren zu lassen, für Europa entschieden und kämpft mit äußerster Kraft und Konsequenz für diese Entscheidung, Finnland. Der finnische Staatspräsident, Ryti, hat in einer Rede, die er zur Eröffnung der ersten Sitzung des finnischen Reichstages im Jahre 1942 am 3. Februar hielt, die außenpolitische Lage Finnlands eindeutig klargestellt. Im Verlaufe der finnischen Geschichte habe es, von Rußland abgesehen, keinen Feind gegeben, der es versucht hätte, Finnland durch Krieg zu erobern. Rußland jedoch habe zu diesem Zweck etwa fünfundzwanzig Kriege gegen Finnland geführt, auch in Zukunft brauche Finnland kaum Eroberungsversuche von anderer Seite zu fürchten. Der gegenwärtige Kampf müsse bis zum siegreichen Abschluß geführt werden, denn der Bolschewismus sei für Finnland und ganz Europa immer noch die größte Gefahr. Deutschland sei die einzige Großmacht, die in östlicher Richtung dieselben Interessen habe wie Finnland, zugleich habe es die Möglichkeit, für Finnland im Osten wirksam einzutreten. Die treue Waffenbrüderschaft gegen den Bolschewismus zwischen Deutschland und Finnland sei deshalb unter allen Umständen natürlich. Finnland hat sich eindeutig für das neue Europa erklärt, für das es mit dem vollsten Einsatz und Heldenmut kämpft.

101

Schließlich ein drittes Land, das zu Europa eine Zwischenstellung, freilich in ganz anderer Weise, einnimmt, die Türkei. Deutschlands Verhältnis zu ihr fand in der Wiener Wochenzeitschrift „Süd Echo“ in einem Leitartikel, der als inspiriert bezeichnet wurde, eine bemerkenswert klare Charakterisierung in folgenden fünf Punkten:

1. Der natürliche Wirtschaftspartner der Türkei ist das von Deutschland organisierte neue Europa. In normalen Zeiten erschienen England und Nordamerika nicht als Abnehmer wesentlicher Güter auf dem türkischen Markt, während die gesamte türkische Erzeugung mühelos von Europa aufgenommen werden kann.
2. Die Türkei als europäische Macht kann niemals am Schicksal Europas in seiner Gesamtheit uninteressiert sein. Sofern die Türkei ihr Interesse an der europäischen Neuordnung bekundet und durch Taten beweist, bestehen keine Hemmnisse, sie daran auch zu beteiligen.
3. Deutschland anerkennt die europäische Stellung und die Mission der Türkei als Hüter der Meerengen.
4. Deutschland befreit Europa und damit zugleich auch die Türkei von einem jahrhundertealten moskowitzischen Druck.
5. Deutschland bejahte seit je rückhaltlos die nationale Revolution des großen Kemal. Zwischen Deutschland und der Türkei hat eine alte Freundschaft bestanden und auch heute sind keine Gegensätze vorhanden.

Im Grunde handelt es sich für die vier genannten Staaten, Norwegen, die Niederlande, Finnland und die Türkei, in sehr verschiedener Weise um die gleichen Probleme, um ihr Verhältnis zu Europa, ihre Stellung in ihm, um die Frage, ob sie fest und unzweifelhaft zu dem großen Länderblock gehören wollen, an dem sie geographisch teilnehmen, jeder von ihnen in andersartiger Randlage. Die traditionelle Stellung Englands zu Europa, diese für Europa so gefährliche Sonderstellung und Gegenstellung und die aus ihr entwickelte Möglichkeit, die europäischen Staaten gegeneinander in Bewegung zu setzen, die in der Randlage befindlichen besonders stark an England heran und von Europa abzuziehen und jede Einheit Europas immer wieder zu verhindern, hat wesentlich das Schicksal und die wirtschaftliche und politische Haltung dieser Staaten bestimmt.

102

Jetzt, wo es sich um die Beseitigung dieser Sonder- und Gegenstellung Englands zu Europa und um die Begründung einer europäischen Einheit handelt, die ganz natürlich um die Mitte des Kontinents sich aufbaut und von der Mitte aus bestimmt wird, ist es klar, daß sich bei den in Randlage befindlichen

europäischen Staaten grundlegende Wandlungen der politischen und wirtschaftlichen Struktur und ihrer Orientierung vollziehen müssen.

Das ungeheure und so faszinierende Geschehen, das wir miterleben, schreitet überall fort, und der tragische Irrtum, den die führenden Schichten in Norwegen und den Niederlanden begingen, als sie die Zeichen der Zeit nicht sahen oder nicht verstehen wollten, enthüllt sich immer deutlicher. Finnland hat, durch schweres Leid erleuchtet, den rechten Weg beschriften. Die Türkei hat mindestens nicht den falschen betreten.

Auch Frankreich liegt am Rande Europas, hat sich dem Gang des europäischen Schicksals entgegengestellt, und ist von ihm niedergestreckt worden. Die natürlicherweise für jeden nachdenklichen Franzosen bedrückende Frage, wie es dazu kam, warum sich das ereignete und welcher Sinn hinter diesem schmerzlichen Geschehen steht, hat zu dem Prozeß geführt, der am 19. Februar in der alten, einige dreißig Kilometer von Vichy entfernt liegenden Juristenstadt R i o m begann. Die Schuldfrage, um die es sich bei diesem Prozeß handelt, ist aber unverständlicherweise von vornherein bewußt auf die Frage nach der Schuld an der französischen Niederlage eingeschränkt worden, und zwar noch in einem ganz bestimmten Sinn. Der Begriff der Niederlage wird auf das rein juristische beschränkt, d. h. die Angeklagten haben sich zu verantworten gegenüber dem Vorwurf, daß sie den Krieg militärisch ungenügend vorbereitet und schlecht geführt haben. Nicht warum die Regierung Daladier Deutschland am 3. September 1939 den Krieg erklärte und warum sie das Friedensangebot des Führers nach dem Zusammenbruch Polens ausschlug, auch nicht nach den Einflüssen wird gefragt, welche die französischen Politiker damals zu diesen Handlungen veranlaßt haben. Die politische Verantwortung soll grundsätzlich unerörtert bleiben. Warum dies geschieht, haben nationalistische Blätter aus dem unbesetzten französischen Gebiet mit aller Deutlichkeit erklärt: D i e Aufrollung der Frage der politischen Verantwortlichkeit für Krieg und Niederlage würde die Kriegsschuld Frankreichs erweisen und auch einen sehr harten Frieden rechtfertigen.

103 Es liegt auf der Hand, daß dies ein kurzsichtiges Verfahren ist. Es läßt sich sehr wohl darüber streiten, ob ein Prozeß zur Feststellung der Schuld an einem verlorenen Kriege überhaupt sinnvoll ist, aber wenn man ihn beginnt, dann soll man am Kern der Sache nicht vorbeigehen. Frankreich hätte um so mehr Grund dies zu tun, als nach allem, was uns die bisher veröffentlichten Dokumente enthüllt haben, heute schon als feststehend gelten kann, daß eine Gruppe mittelmäßiger Politiker unter jüdischem Einfluß und unter dem Londons und Washingtons den Krieg erklärt und auch nach dem Zusammenbruch Polens nicht beendet hat, weil die Einflüsse, durch die sie dazu bestimmt wurden, dahin zielten, die neuen Ideen und politischen Formen, die von den Achsenmächten heraufgeführt wurden, mit der Macht der Waffen niederzuwerfen, da man sich ihrer anders nicht erwehren zu können glaubte.

Die Fragestellung im Prozeß von Riom ist ein typischer Ausdruck der unentschlossenen, abwartenden Politik Vichys, die man Attentismus zu nennen sich gewöhnt hat. Man möchte zwar gerne in Riom dem parlamentarisch-demokratischen Regime der dritten Republik den Prozeß machen, um das, was man „nationale Revolution“ zu nennen pflegt, nämlich die Existenz des gegenwärtigen Regimes P e t a i n, zu rechtfertigen. Zugleich dem Bündnis mit Polen und England und dem Hauptkriegsverantwortlichen, Roosevelt, der traditionellen, hegemonialen Europapolitik nach den Grundsätzen Richelieus, die sich in der Kriegserklärung wegen Danzig und dem Korridor ausdrückte, den Prozeß zu machen, dazu ist man in Vichy aber keineswegs bereit. Denn hieraus müßte sich zwangsläufig der Schluß ergeben, daß die französische Politik völlig fehlging, indem sie sich Europa widersetzte, und daß nur in der eindeutigen, entschlossenen Einordnung in das von den Achsenmächten geführte neue Europa unter Verzicht auf jeden Kompromiß zwischen Europa und dem angelsächsischen Wertimperialismus das Heil Frankreichs liegt.

Dies alles, obwohl London und Washington keine Gelegenheit versäumen, um den früheren Bundesgenossen zu mißhandeln und zu schädigen. Sie betreiben der Regierung in Vichy gegenüber eine Politik der systematischen Vergewaltigung und Einmischung in rein französische Angelegenheiten.

Das größte Schiff der Welt, der Stolz der französischen Handelsflotte, der Luxusdampfer „Normandie“, der in einem USA-Hafen lag, ist schon vor Monaten von der USA-Regierung „beschlagnahmt“ worden. Er sollte zum Flugzeugträger umgebaut werden und ist, offenbar infolge Fahrlässigkeit, in Brand geraten und gekentert. Dies wurde in Frankreich als ein wahres nationales Unglück empfunden. Allzu sachlich und in dem offenbaren Bestreben, die Amerikaner ja nicht zu reizen, gab die französische Admiralität am 13. Februar folgendes bekannt:

„Um jedes Mißverständnis zu vermeiden und um gewissen Gerüchten ein Ende zu setzen, muß festgestellt werden, daß der französische Passagierdampfer ‚Normandie‘, der seit September 1939 im Hafen

104 von New York festlag, von der USA-Regierung am 16. Dezember 1941 requiriert worden ist. Die französische Besatzung wurde gleichzeitig ohne weitere Umstände aufgefördert, das Schiff zu verlassen. Sie wurde durch eine amerikanische Besatzung abgelöst. Weder die französische Besatzung noch die Compagnie Generale Transatlantique noch die französische Admiralität tragen die Verantwortung an der jetzt eingetretenen Katastrophe. Die französische Regierung erwartet, daß die Regierung der USA sich zu der ‚legitimen Kompensation‘ äußert, die sie versprochen hatte, als sie von dem Schiff Besitz nahm und zu seiner Requirierung schritt. Eine in diesem Sinne gehaltene Note der französischen Regierung an die Washingtoner Regierung dürfte vom französischen Botschafter in Washington, Henry Haye, überreicht werden oder bereits überreicht worden sein."

Die Angelegenheit der Besetzung der beiden Inseln Saint Pierre und Miquelon durch Streitkräfte des Verrätergenerals de Gaulle hat sich auch im Monat Februar weiter hingeschoben, ohne daß den wiederholten Forderungen Vichys auf Wiederherstellung der französischen Souveränität stattgegeben worden wäre. Es kann kaum mehr ein Zweifel sein, daß die Besetzung durch die Leute de Gaulles im Einverständnis mit USA und England stattgefunden hat, und daß alle gegenteiligen Behauptungen glatte Lügen sind.

Die englische Niederlage auf der malaiischen Halbinsel, der Fall Singapurs und das Vordringen der Japaner in Holländisch-Indien wurden von der englischen und USA-Presse immer wieder damit begründet, daß Französisch-Indochina mit Japan ein Abkommen über die gemeinsame Verteidigung abgeschlossen und damit Japans Truppen den Weg nach Siam, Burma und Malaya geöffnet habe. Auch von einer anderen Kolonie Frankreichs, der Insel Madagaskar im Indischen Ozean, war plötzlich viel die Rede. Es wurden Meldungen ausgestreut, nach denen Frankreich mit Japan ein geheimes Abkommen geschlossen hätte, durch das Madagaskar den Japanern zwecks Errichtung von Marine- und Luftstützpunkten überlassen werden sollte, doch offenbar nur, weil England selbst ein Auge auf diese Insel geworfen hat, die freilich eine große strategische Wichtigkeit gewinnen würde, wenn die Japaner erst in die westliche Hälfte des Indischen Ozeans vorgedrungen sein würden.

Die englisch-amerikanischen Kriegs- und Weltherrschaftspläne sind auch für die beiden Staaten der iberischen Halbinsel, Portugal und Spanien, eine stete Gefahr. Die Erkenntnis derselben und das Bemühen, sich über sie auszusprechen und zu verständigen, hat offensichtlich zu der Begegnung zwischen Portugals Ministerpräsidenten S a l z a r und Spaniens Staatschef F r a n c o und seinem Außenminister Serrano Suner in Sevilla am 12. und 13. Februar geführt. Am 13. Februar wurde über die Begegnung folgende amtliche Mitteilung gegeben:

„In Verfolg des Freundschafts- und Nichtangriffspaktes vom 17. März 1939 und des Zusatzabkommens, welches die spanische und portugiesische Regierung unterzeichneten und worin ein direkter Meinungs-austausch zwischen beiden Regierungen vorgesehen ist, haben der spanische Staatschef, Generalissimus Franco, der Außenminister Spaniens, Serrano Suner, und der Ministerpräsident und Außenminister Portugals, Oliveira Salazar, am Donnerstag in Sevilla eine Zusammenkunft gehabt. Bei dieser Zusammenkunft wurden im Geiste der Freundschaft und der Gleichartigkeit, welche die Beziehungen beider Länder der Ibero-Halbinsel kennzeichnet, sowohl die durch die gegenwärtige Weltlage bedingten allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Probleme wie auch die internen Fragen der beiden Staaten besprochen.

Es wurde beschlossen, künftig zur Wahrung der gemeinsamen Interessen einen möglichst engen Kontakt aufrechtzuerhalten, und zwar im Rahmen der getroffenen Abmachungen. Der Konferenz wohnten der spanische Botschafter in Portugal, Nicolas Franco, sowie der portugiesische Botschafter in Spanien, Theodorio Pereira, bei."

Die Presse beider Länder führte im Anschluß an diese amtliche Mitteilung aus, Spanien und Portugal bildeten einen Block, der den augenblicklichen Schwierigkeiten entgegenrete und der sich auf die Gleichheit von aus geographischen und geschichtlichen Wirklichkeiten hergeleiteten Interessen gründe. Spanien und Portugal wollen angesichts drohender Gefahren sich aneinander anlehnen und denen, die sie mit Gefahr bedrohen, diese Blockbildung zum Bewußtsein bringen. Dies ist der Sinn der Zusammenkunft von Sevilla.

Portugal hat am 8. Februar seinen Staatspräsidenten C a r - m o n a mit sehr großer Stimmenmehrheit wiedergewählt und dadurch zum Ausdruck gebracht, daß es die von Carmona und Salazar geführte Politik, die dem Lande zum größten Segen geworden ist, weiter fortgesetzt sehen will.

Die Tatsache, daß auf der iberischen Halbinsel zwei autoritäre Staaten bestehen, deren antibolschewistische und antidemokratische Haltung für ihr Regime eine Lebensfrage bedeutet, ist nicht nur im Sinne der zukünftigen Neuordnung Europas, sondern auch für den gegenwärtigen Krieg von großer Be-

deutung. Dies wird deutlich, sobald man sich das Gegenteil vorstellt, nämlich ein parlamentarisch-demokratisches Portugal, das dann natürlich ganz englisches Einflußgebiet wäre, und ein Volksfront-Spanien mit bolschewistischen Tendenzen. Die Lage im Mittelmeer und in Südwesteuropa hätte unter solchen Umständen ein ganz anderes Gesicht. Kein Wunder, daß auf der iberischen Halbinsel viel

106

angelsächsische Intrige gesponnen wird, und daß dabei die infolge Bürgerkrieg und gegenwärtiger Blockade recht schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Spanien, die auch in Portugal nicht fehlen, hierbei möglichst ausgenutzt werden. Aber beide Staaten erscheinen innerlich stark genug, um sich solcher Gefahren zu erwehren. Bieten sich so für den angelsächsischen Imperialismus in Europa kaum noch irgendwelche Ansatzpunkte, so erleidet er auf der anderen Seite des Erdballs, in Ostasien, einen ungeheuren Zusammenbruch. Der Siegeslauf der japanischen Wehrmacht ist auch im Monat Februar mit derselben unaufhaltsamen Kraft und präzisionsartigen Sicherheit weitergegangen, wie in den beiden ersten Monaten nach Japans Kriegseintritt, ja, er hat auf einen Höhepunkt von wahrhaft weltgeschichtlicher Bedeutung geführt, zur Eroberung Singapurs, in das die ersten japanischen Truppen am 11. Februar, am zweitausendsechshundertzweiten Gründungstag des japanischen Kaiserreiches, eindringen, und dessen Kommandant, der englische General Percival, am 15. Februar bedingungslos kapitulierte, nachdem es der japanischen Armee am 8. Februar gelungen war, die Straße von Johore, den Meeresarm, der die Insel Singapur von der Halbinsel Malaya trennt, im kühnen Angriff zu überqueren. Der Bericht, den das Hauptquartier des Tenno am 21. Februar über diesen siebentägigen Feldzug gegen die Insel und Festung Singapur herausgab, besagt, daß die japanischen Streitkräfte in dieser Zeit mehr als 73 000 britische Soldaten gefangen genommen, 300 Geschütze, 2000 Maschinengewehre, 50 000 Gewehre, 200 Panzer und Panzerwagen, 10 000 Automobile, zahlreiche Schiffe und enorme Mengen von Kriegsmaterial erbeuteten. Die Befestigungen der Insel haben sich als eine riesige Fehlrechnung erwiesen. Die Insel war nur als Seefestung, d. h. nur gegen einen Angriff von See her, gebaut, und die gewaltigen Batterien, die im Fort Changi die Einfahrt in den Kriegshafen verteidigen sollten, erwiesen sich als völlig wirkungslos. Diese Giganten der Artillerie mit Kaliber 45 cm, Geschützrohren von dreißig Meter Länge und einer Schußweite von dreißig Meilen kamen überhaupt nicht zum Schuß, da sie gar nicht in die Richtung schießen konnten, aus der angegriffen wurde.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Bedeutung Singapur im System des englischen Empires zukam, wie sehr es geradezu den Stolz und die Macht Englands im Fernen Osten symbolisierte, welche große Mittel England für seine Befestigung in der Zeit nach dem Weltkriege ausgab, daß diese Seefestung für jeden Briten als völlig uneinnehmbar galt, wie wenig der Gedanke, daß diese Verkörperung der englischen Weltmachtstellung von einem der östlichen Völker angegriffen, geschweige denn er-

107

obert werden könnte, noch vor einem Jahr überhaupt in Erwägung gezogen worden wäre, dann versteht man die Niedergeschlagenheit der englischen Unterhändler, die zu den Kapitulationsverhandlungen mit dem japanischen Oberbefehlshaber an der Malaya-Front gekommen waren. Japanische Augenzeugen haben uns von dieser Begegnung berichtet. Man versteht erst recht die Bestürzung und die tiefe Besorgnis, die der Fall Singapurs überall in England auslöste.

Über die militärische und politische Tragweite der Eroberung von Singapur liegen von japanischer Seite bemerkenswerte Äußerungen vor. Japans Militär- und Luftattache in Rom erklärte dazu in einem Presse-Interview:

Diese Eroberung eröffnet ein neues Kapitel für die Bildung Groß-Ostasiens. Roosevelt hatte erklärt, der Fall Singapurs sei die größte Gefahr für die Amerikaner, da sie dadurch Japan nicht mehr blockieren könnten. „Das englische Imperium ist nunmehr ein Nachen, in dem durch ein nicht zu schließendes Loch Wasser eindringt.“ Ohne Singapur existiert kein Burma, kein Australien, kein Indien, kein Niederländisch-Indien und kein englisches Imperium mehr. Engländer und Amerikaner werden getrennt, während die Streitkräfte der Achse sich einander nähern, eine Tatsache, die unter den Laien im Weißen Hause und Downing Street Bestürzung hervorrufen wird. Wirtschaftlich werden sich die Staaten der Achse ergänzen, ihr Kriegspotential wird sich gleichfalls erhöhen. Die Träume Roosevelts und Churchills werden immer nur Wunschträume bleiben. Die für ihre Aufrüstung so notwendigen Rohstoffe sind nun in Japans Händen, die gerade mit diesen Rohstoffen besiegt werden sollten.

Der japanische Admiral Suetsugu schrieb am 16. Februar, es werde nicht mehr lange dauern, dann werde auch das Schicksal der feindlichen Flottenbasen Surabaya auf Java und Port Darwin in Australien besiegelt sein. Alle übrigen Flottenstützpunkte des Gegners im Südpazifik seien bereits in den Händen der Japaner. Singapurs Fall bedeute daher nicht nur die endgültige Vertreibung Englands aus Ostasien, sondern auch den Verlust Australiens, Neuseelands und Niederländisch-Indiens, was wie-

derum das Ende der Beherrschung des Indischen Ozeans sowie Indiens zur Folge haben werde. Die Eroberung Singapurs sei das Vorspiel für den Zusammenbruch der englischen Weltmacht.

108 Japans Ministerpräsident Tojo richtete im Rahmen einer Massenkundgebung im Hibiya-Park anlässlich der Feier des Falles von Singapur eine Ansprache an die japanische Nation. Er erklärte, daß der malaiische Feldzug die Tapferkeit und den Wert der japanischen Offiziere und Soldaten bezeugt hat. „Mit dem Fall Singapurs ist der Schlüsselpunkt der angelsächsischen Vorherrschaft in Ostasien in unsere Hände gefallen und die Fundamente für den Aufbau eines größeren Ostasien werden jetzt erstehen. Die Einnahme von Singapur bedeutet die Geburt eines neuen Asien und einen Wendepunkt der Weltgeschichte. Die Entwicklung des Krieges im Pazifik hat die großen Fehler der englischen und amerikanischen Regierenden enthüllt, welche die wirkliche Macht Japans unterschätzt und versucht haben, Japan durch eine Wirtschaftsblockade und bewaffnete Einkreisung zu unterwerfen.“ Tojo forderte die Japaner auf, ihre Anstrengungen auch weiterhin mit denen Deutschlands und Italiens zu vereinigen, bis die Feinde der Achsenmächte niedergezwungen sind.

Der Sprecher der japanischen Gesandtschaft in Hanoi sprach am 23. Februar von der Notwendigkeit, die Briten aus Aden und Suez zu vertreiben und eine Verbindung zwischen Europa und Asien herzustellen. Dadurch könnte auch Deutschland aus der Eroberung der Gummi- und Ölgebiete durch die Japaner Nutzen ziehen, um den Krieg zu einem baldigen Abschluß zu bringen. Japan verfüge jetzt über mehr Gummi und Öl, als es benötige.

Daß man mindestens die militärische Bedeutung des Falls von Singapur in London ähnlich einschätzte wie in Tokio, zeigt unter vielen Stimmen eine Äußerung des militärischen Korrespondenten des „Daily Express“ vom 13. Februar. Er fragte: „Was geschieht nach Singapur? Wenn es den Japanern gelänge, auch noch Sumatra, Java und Burma zu erobern, dann wird ihre militärische Position im südwestlichen Pazifik so stark, daß man sie ihnen nicht so leicht wieder abringen kann.“ Sämtliche Flottenstützpunkte befänden sich dann in ihren Händen und die nächstgelegenen Stützpunkte der Verbündeten seien dann Port Darwin und Pearl Harbour. Dabei sei Port Darwin nur im begrenzten Umfange ein Stützpunkt, denn es sei nicht ganz dafür eingerichtet. Das Bild, das man heute von der militärischen Lage in Ostasien entwerfen könne, sei vom Standpunkt der Verbündeten äußerst düster und sogar melancholisch.

Wie systematisch Japan in den eroberten Gebieten vorgeht, ergibt sich aus einer Meldung aus Tokio vom 19. Februar, wonach tags zuvor die japanische Militärverwaltung im Gesamtgebiet Malayas ihre Tätigkeit aufgenommen habe. In allen Provinzen seien Verwaltungsorgane eingerichtet worden, einschließlich in Singapur. Eine der Hauptaufgaben der japanischen Verwaltungsorgane auf der Insel Singapur sei der Wiederaufbau des Hafens und seiner militärischen Einrichtungen.

110 Aber die Halbinsel Malaya mit Singapur ist in japanischer Hand nicht nur ein Riegel gegen den Golf von Bengalen, sie ist zugleich eine Landbrückenachse nach Burma und Indien, die Ansatzstelle des letzten Glieds der Kette für die Einkreisung Tschungking-Chinas, dessen völlige Abschließung vom Handelsverkehr mit USA und England durch die Unterbrechung der Burmastraße nunmehr eine greifbare Möglichkeit geworden ist.

Japans Wehrmacht hatte bald nach den ersten gelungenen Landungen auf der Malaya-Halbinsel nicht nur den Marsch nach Süden auf Singapur, sondern auch nach Norden auf Rangun angetreten. Man darf nie vergessen, daß der gegenwärtige Krieg in Ostasien aus dem japanisch-chinesischen Konflikt entstanden ist, der schon im fünften Jahre währt. Immer weiter stieß Japan während dieser Zeit in den chinesischen Raum hinein und suchte ihn zugleich in immer weiter gespanntem Bogen von den Grenzen Mandschukuos bis hinunter nach Indochina zu umfassen. Der Schutzvertrag mit Französisch-Indochina, schließlich das Bündnis mit Thailand spannten den Kreis der Umfassung bis zu den Grenzen Burmas. Die Landung starker japanischer Armeen auf der Halbinsel Malaya und der Vormarsch gegen Rangun sollen den Kreis nun schließen und die Burmastraße, die letzte Verkehrsader, durch die Tschungking das Rüstungsmaterial zur Fortsetzung des Krieges aus den Vereinigten Staaten und England zuströmt, versperren. Nach dem Fall Singapurs kann der von Rangun nur noch eine Frage ganz kurzer Zeit sein.

Die Eroberung Burmas würde aber Japan nicht nur dem Ende des Krieges in China durch die Niederwerfung Tschiangkaischeks greifbar nahebringen, sondern ihm auch den Weg nach dem wichtigsten Stück des englischen Weltreiches, nach Indien, öffnen, dessen Kaiserkrone seine großbritannische Majestät bekanntlich trägt. Der Golf von Bengalen, an dessen nördlichem Ende Kalkutta, und an dessen südwestlichem Ceylon liegt, ist für die japanischen Bombengeschwader und seine Seestreitkräfte geöffnet. Indien ist in Gefahr. Japan hat offenbar nicht die Absicht, vor seinen offenen Toren stehen zu

bleiben. Es gibt schon einen indischen Nationalrat, indische Gesellschaften zur Unterstützung Japans in japanischen Städten, ein „Freies indisches Hauptquartier“ in Bangkok, und Ministerpräsident T o j o erklärte in seiner Reichstagsrede vom 16. Februar, daß Indien jetzt die beste Gelegenheit habe, den rücksichtslosen Despotismus Großbritanniens abzuschütteln und ein „Indien für die Inder“ herzustellen.

Die gewaltige Kraftanstrengung, die der erstaunlich schnelle und erfolgreiche Feldzug auf der Malaya-Halbinsel und in Burma darstellt, hatte jedoch die japanische Wehrmacht nicht verhindert, gegen Niederländisch-Indien und Australien mit gleicher Energie und nicht geringerem Erfolg vorzugehen. Am 9. Februar fiel die Hauptstadt der Insel Celebes, Macassar, in japanische Hand, nachdem am 4. Februar in der Java-See ein großer Teil der niederländischen Flotte vernichtet worden war, wobei besonders
111 die japanische Marine-Luftwaffe, wie schon früher gegen die englische und die USA-Flotte, wirksam eingesetzt wurde. Mit welcher Gründlichkeit sich Japan auf die gegenwärtige weltpolitische Auseinandersetzung vorbereitete, zeigen Erklärungen des Chefs der Luftwaffe im japanischen Marineministerium, des Konteradmirals Matsunaga, gegenüber der japanischen Zeitung „Yomiuri Schimbun“ am 6. Februar:

„Die außerordentlichen Erfolge, die gerade Japans Marineluftwaffe in diesem Kriege erzielte, sind das Ergebnis zwanzigjähriger, harter, bitterer Erfahrungen.“ Ebenso wie in der Schlacht auf der Höhe von Malaya, dürften auch an der Java-Schlacht junge Piloten teilgenommen haben, die auf eine mindestens sechsjährige Ausbildung zurückblicken. Die ersten drei Jahre werden fast ausschließlich auf Charakterbildung verwandt. Im ersten Jahre muß im jungen Piloten die Bereitwilligkeit geweckt werden, für die Sache des Vaterlandes zu sterben. Im zweiten Jahr wird er dahin erzogen, daß die Vernichtung des Feindes wichtiger ist als sein eigener Tod. Erst vom dritten oder vierten Jahr an beginnt die fliegerische Ausbildung. Während im vierten Jahr Motorentchnik und Fliegen einschließlich Kunstfliegen gelehrt werden, werden ihm im fünften die Kenntnisse im Nachtfliegen, Funken, Schießen, Bombenabwerfen und Sturzfliegen beigebracht. Außerdem erhält der Pilot Unterricht im Abschießen von Lufttorpedos. Im sechsten Jahr wird das Landen auf dem Deck eines Flugzeugträgers gelehrt. Eine wirklich erstklassige Ausbildung der Marineflieger erfordert jedoch noch zwei weitere Jahre, in denen die bis dahin gewonnenen Kenntnisse praktisch angewandt werden.

Am 3. Februar erfolgte der erste Massenangriff der japanischen Luftwaffe gegen den Hauptflottenstützpunkt Niederländisch-Indiens, Surabaja auf Java, nachdem schon einige Tage vorher die Insel Amboina, der zweitwichtigste Flottenstützpunkt in Niederländisch-Indien, von den Japanern erobert worden und dabei die Seeverbindung nach Australien unter japanische Kontrolle gekommen war. Am 19. Februar erfolgte der erste große Luftangriff auf Port Darwin, Australiens nördliche Flotten- und Luftbasis. Port Darwin bildete mit Singapur und Pearl Harbour ein vielberufenes weltpolitisches und flottenstrategisches Dreieck, das als Rückgrat der seestrategischen Einkreisung Japans galt. Kein Zweifel, daß die Japaner die Absicht haben, Port Darwin ebenso zu erobern wie Singapur.

Der südöstliche Teil Sumatras, der besonders reich an Ölvorkommen ist, wurde von den Japanern kurz nach der Kapitulation Singapurs, teilweise mit Hilfe von Fallschirmtruppen, besetzt. Schon am 17. Februar äußerte der bekannte englische Kommentator Frazer:

Die Japaner befinden sich bereits in Sumatra, Borneo, Celebes und Amboina, so daß Java durch eine
112 Zangenbewegung eingeschlossen wird. Die Invasion zur See in Sumatra hat, wie Frazer weiter bemerkte, nicht verhindert werden können. Die Alliierten sind nicht in der Lage gewesen, den riesigen Geleitzug der Japaner anzugreifen. Die Schatten von Pearl Harbour, Manila, der Versenkung der „Repulse“ und „Prince of Wales“, liegen noch über den Alliierten. Japan hat durch die Besetzung von Palembang sich in den Besitz großer Ölvorräte gesetzt, deren Verlust für die Alliierten sehr unbequem ist. Japan hat die günstigen Umstände in Ostasien intensiv ausgenutzt. Die Alliierten mußten sich zurückziehen. Ihre Verluste im Dezember und Januar sind größer als erwartet. Die Japaner können von Singapur aus Sumatra, Java und Burma angreifen. Burma wird Japan große Vorteile bieten. Der chinesische Widerstand wird verschwinden und der Indische Ozean steht für japanische Kriegsschiffe offen. Auch können die Japaner nach Indien vorstoßen.

Hinsichtlich Australiens und Neuseelands erklärte Ministerpräsident T o j o am 16. Februar, diese Länder sollten einen unnützen Krieg vermeiden, bei dem sie sich auf die USA und Großbritannien verlassen müßten. Die Zukunft Australiens wird davon abhängen, ob es Japan gegenüber eine gerechte und billige Haltung einnehmen wird.

Wie Tokio es wiederholt gegenüber Niederländisch-Indien getan hatte, bevor es zum Angriff schritt, so bot es auch gegenüber Australien und Neuseeland Verständigung an. Aber es liegt auf der Hand,

daß diese englischen Dominien nicht daran denken können und wollen, etwa mit Japan irgendwelche Sonderabkommen zu schließen, die natürlich japanischerseits nicht ohne eine wirksame militärische Kontrolle beider Dominien denkbar wären.

Eine besondere Erwähnung bedarf die Besetzung der portugiesischen Insel Timor durch die Japaner. Am 20. Februar wurde in Tokio folgende Erklärung der japanischen Regierung bekanntgegeben:

„Am 17. Dezember des letzten Jahres landeten englische und niederländisch-indische Truppen trotz des Protestes des portugiesischen Generalgouverneurs auf dem portugiesischen Teil der Insel Timor und besetzten dieses Gebiet. Seit diesem Zeitpunkt wurden zwischen England und Portugal Verhandlungen über den Rückzug dieser Truppen geführt. Die portugiesische Regierung hat sich, wie es scheint, um eine Änderung dieser Entwicklung bemüht. Sie konnte jedoch bis jetzt noch keine Besserung der Lage erzielen. Mit dem Fortschreiten der japanischen Operationen in dem niederländisch-indischen Teil der Insel Timor sehen sich die japanischen Streitkräfte nunmehr in Verfolg ihrer Selbstverteidigung vor die Notwendigkeit gestellt, durch die Besetzung des portugiesischen Teiles der Insel Timor die englischen und niederländisch-indischen Truppen aus diesem Gebiet zu vertreiben.“

113 „Die japanische Regierung würdigt voll die Lage Portugals, das durch das Vorgehen Großbritanniens und Niederländisch-Indiens, deren Verhalten im Widerspruch zu den internationalen Gepflogenheiten von Treue und Glauben steht, ernsten Schwierigkeiten ausgesetzt ist. Gleichzeitig stellt die japanische Regierung fest, daß sie sich bereit erklärt, die territoriale Unversehrtheit des portugiesischen Teils von Timor zuzusichern. Die Regierung stellt ferner fest, daß sie nach Erreichung des auf Selbstverteidigung begrenzten Zieles die japanischen Streitkräfte zurückziehen wird, sofern die portugiesische Regierung ihre neutrale Haltung aufrechterhält. Japan verfolgt gegenüber Portugal keine Absichten.“

Am gleichen Tage gab das kaiserliche Hauptquartier in Tokio bekannt, daß japanische Armee- und Marinestreitkräfte in engster Zusammenarbeit eine erfolgreiche Landung in der Nachbarschaft der Hauptstadt von Niederländisch-Timor, Koerang, sowie der Hauptstadt von Portugiesisch-Timor, Deli, durchgeführt hätten. Die Souveränität Portugals über den portugiesischen Teil Timors werde japanischerseits anerkannt, und die Zurückziehung der japanischen Truppen werde erfolgen, sobald das Ziel der Operationen erreicht sei. Am 21. Februar gab Ministerpräsident Salazar vor der portugiesischen Nationalversammlung eine Erklärung ab und teilte mit, die portugiesische Regierung habe in Tokio einen Schritt gegen die japanische Besetzung von Timor unternommen. Dieser Schritt hatte offenbar den Zweck, den Rechtsstandpunkt Portugals und seine Souveränitätsansprüche hinsichtlich Timors zu wahren.

Der Fortgang der Operationen der japanischen Wehrmacht wird nicht nur von knappen und sachlichen Meldungen über die erzielten Erfolge, sondern auch von Erklärungen von Regierungspersonlichkeiten begleitet, in denen Auskunft über die politischen, kulturpolitischen und wirtschaftlichen Absichten gegeben wird, auf deren Verwirklichung die militärische Aktion abzielt. Die innere Einheit von Politik und Kriegführung kommt in ihnen mit bemerkenswerter Kraft zum Ausdruck.

In allgemeiner Form erklärte am 27. Februar der „Zentralausschuß der Bewegung zur Unterstützung des Kaiserthrones“, der bekannten, vom Fürsten Konoye ins Leben gerufenen politischen Einheitsbewegung Japans: „Nach dem Fall wichtiger anglo-amerikanischer Stützpunkte, von denen aus England und Amerika Ostasien zu beherrschen versuchten, ist der Grundstein für die Errichtung der neuen großasiatischen Ordnung gelegt. Das verdanken wir den hehren Tugenden seiner Majestät und den heldenmütigen Anstrengungen von Japans Heer und Flotte. Wir Kämpfer der Heimatfront verpflichten uns hiermit, unser Bestes zu geben, um Ostasien durch Vernichtung Amerikas und Englands zu dauerhaftem Frieden zu verhelfen.“

114 Ausführlicher äußerte sich Ministerpräsident Tojo am 16. Februar vor dem japanischen Reichstag zur Lage in Ostasien nach der Übergabe von Singapur:

Der Fall Singapurs bedeute die Besetzung aller wichtigen britischen und USA-Stützpunkte in Ostasien durch die japanischen Truppen, welche fortlaufend die Offensivoperationen in Burma weiterführen würden, um die britischen militärischen Stützpunkte zu erobern und um diese anglo-amerikanische Versorgungsstraße für Tschungking abzuschneiden. Die Japaner dächten nicht im geringsten daran, die burmesische Bevölkerung als ihren Feind zu betrachten. Wenn die Bevölkerung Burmas bereit sei, mit Japan bei der Abschüttelung der britischen Fesseln mitzuarbeiten, so werde Japan gern der Bevölkerung Burmas seine positive Arbeit zur Einrichtung eines „Burmas für die Burmesen“ gewähren. Tojo bemerkte ferner, daß Indien jetzt die beste Gelegenheit habe, den rücksichtslosen Despotismus Großbritanniens abzuschütteln und am Aufbau der großasiatischen Wohlstandssphäre teilzunehmen. „Japan erwartet, so führte der Premier aus, daß Indien den ihm zukommenden Status eines „Indien für

die Inder" wiederherstellen wird und daß es bei der Gewährung von Unterstützung für die patriotischen Anstrengungen der Inder sich nicht als geizig erweisen wird." Des weiteren versicherte Tojo, daß Japan auch die Wünsche und die Tradition der Bevölkerung Niederländisch-Indiens respektieren werde, falls diese die Absichten Japans begreife und bereit sei, am Aufbau eines größeren Ostasiens mitzuarbeiten. Mit Bezug auf Tschungking-China erklärte Tojo, daß dieses angesichts des unaufhaltsamen Vormarsches der japanischen Truppen in Burma dazu verurteilt sei, in Kürze abgeschnitten zu werden. Dem Regime Tschiangkaischeks, das isoliert und hilflos sei, werde Japan mit Entschlossenheit den Todesstreich versetzen. Doch die Einstellung Japans der Bevölkerung gegenüber sei die, daß es einen brüderlichen Zusammenschluß suche. Mit Bezug auf Südamerika und andere neutrale Staaten erklärte Tojo, er hege den festen Glauben, daß sie die wirklichen Absichten Japans verstehen und sich nicht unter dem Druck der USA und Englands dazu veranlaßt sehen würden, für diese die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Im übrigen dürfte der Fall Singapurs kein Nachlassen in der Moral des japanischen Volkes und keine Überheblichkeit erzeugen. Japan werde mit seinen Verbündeten noch enger zusammenarbeiten und die militärischen Operationen kraftvoll weiterführen, um den USA, Großbritannien und ihren Satelliten die vernichtendsten Schläge zu erteilen.

Der Chef der Militärangelegenheiten im japanischen Kriegsministerium, Generalmajor S a t o , erklärte im Unterhaus am 10. Februar, England werde nach dem Zusammenbruch seines Imperiums totsicher eine bloße Kolonie Amerikas werden. Dies sei kein Krieg, der auf halbem Wege mit einem Waffenstillstand beendet werden könne. Japan werde seine Angriffe nicht einstellen, solange nicht der Gegner endgültig niedergezwungen sei. Diplomatisch und militärisch habe sich Amerika in geradezu aufsehenerregender Weise verrechnet.

Zur Frage des ostasiatischen Wirtschaftsraum wurde am 13. Februar aus Tokio gemeldet, das japanische Kabinett habe die Schaffung einer ihm direkt unterstellten Kommission zur Untersuchung aller mit dem Aufbau Großostasiens zusammenhängenden Probleme beschlossen. Die Kommission, deren Vorsitz Premierminister Tojo selbst führt, wird aus höchstens vierzig Mitgliedern bestehen. Zu Mitgliedern der Kommission werden befähigte Persönlichkeiten aus militärischen, parlamentarischen, pressepolitischen, diplomatischen und finanziellen Kreisen ernannt werden, damit alle verfügbaren Kenntnisse und Erfahrungen für die Verwirklichung der Ziele des großasiatischen Krieges erfaßt werden.

Graf Hideo K o d a m a faßte am 12. Februar in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des zuständigen Ausschusses die Politik der japanischen Regierung über die wirtschaftliche Entwicklung der Südgebiete folgendermaßen zusammen:

1. Die Rohstoffquellen sollen in genügendem Ausmaß zur Kriegführung wie zur Errichtung eines großasiatischen Wirtschaftsraumes mobilisiert werden.
2. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, um die südlichen Hilfsquellen zu sichern, den Transport von Rohstoffen an feindliche Länder zu verhindern und die japanischen Truppen in den besetzten Gebieten in lebenswichtigen Gütern autark zu machen sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Japan und den Südgebieten zu fördern.
3. Über Nachfrage und Verteilung der einzelnen Warengattungen wird von den Zentralbehörden entsprechend dem Materialmobilisierungsprogramm entschieden.
4. Zwecks voller Ausnutzung der verfügbaren Transportmöglichkeiten erfolgt der Warentransport unter Leitung von Heer und Marine.
5. Export und Import werden ausschließlich von der Regierung geregelt.
6. Die Gründung neuer Unternehmungen bleibt einstweilen verboten, wird aber später entsprechend der Weiterentwicklung innerhalb festgelegter Grenzen gestattet werden.

Die dem japanischen Auswärtigen Amt nahestehende Zeitung „Japans Times and Advertiser" umschrieb am 23. Februar die Grundsätze der japanischen Politik für die Errichtung einer gesunden ostasiatischen Großraumwirtschaft wie folgt:

- 116 1. Die Wirtschaft Französisch-Indochinas, Malayens, Niederländisch-Indiens und der Philippinen war bisher Ausbeutungsobjekt der kapitalistischen Länder Amerikas und Europas, die auch die wirtschaftlichen Richtlinien festlegten. Künftig werden diese Gebiete Bestandteile der gemeinsamen großasiatischen Prosperitätszone bilden. Deshalb muß ihr Wirtschaftssystem mehr oder weniger großen Veränderungen unterworfen werden.
2. Da der Goldstandard in der ganzen Welt suspendiert ist, ist die Regelung der Währungsfrage unter den Ländern Ostasiens außerordentlich wichtig. Zweifellos besteht die dringende Notwendigkeit für den Abschluß eines allgemeinen, für Ostasien gültigen Währungsabkommens mit Japan als Mit-

telpunkt. Die Währungen der Länder Großasiens sollten daher ihre Beziehungen zum Sterling oder Dollar lösen und statt dessen sich dem Yen anschließen. Natürlich ist es nicht Japans Absicht, an Stelle Englands und der USA die Länder Ostasiens auszubeuten. Vielmehr besteht sein wahres Ziel in der Emanzipierung der Völker Ostasiens aus den Klauen Englands und Amerikas. Daher wird Japan beim Abschluß eines sich auf den japanischen Yen gründenden Währungsabkommens zweifellos die Interessen der gesamten gemeinsamen Prosperitätszone und nicht die Vorteile Japans allein berücksichtigen.

Botschaftssekretär K o m u r o von der Kaiserlich Japanischen Botschaft in Berlin sprach am 14. Februar über die wirtschaftliche Kapazität und die Bedeutung des großasiatischen Raumes und führte folgendes aus: Die lebenswichtige Bedeutung dieses Großraumes für Japan ergibt sich daraus, daß Japan noch stärker als Deutschland und Italien ein überbevölkertes Land mit unzureichenden eigenen Rohstoffquellen ist. Nachdem zunächst Mandschukuo und China als neue Versorgungsgebiete Japans erschlossen werden konnten und damit eine fast völlige Selbstversorgung in Eisen und Kohle ermöglicht wurde, wird nun der ostasatische Großraum unter Führung Japans durch den Eintritt Indochinas, Thailands, der Philippinen, der Malaiischen Staaten, Burmas und Niederländisch-Indiens hinsichtlich aller wichtigen Rohstoffe zu etwa 90% autark.

Reis z. B. als Hauptnahrungsmittel in diesem Raum wird jährlich in einer Menge von mehr als 90 Millionen t erzeugt, wovon 4 Millionen t ausgeführt werden. Unter Berücksichtigung Australiens kann auch mit einem Weizenüberschuß gerechnet werden. An Futtermitteln ist im Hinblick auf den geringen Eigenbedarf der Bevölkerung dieses Raumes an Fleisch noch ein Überschuß für die Ausfuhr vorhanden. Ebenso ergibt sich ein Zuckerüberschuß von 1,6 Millionen t. Bei den verschiedenen Ölpflanzen macht der Ertrag insgesamt 21 Millionen t aus, wovon 2,4 Millionen t für die Ausfuhr zur Verfügung stehen. Schließlich sind in diesem Zusammenhang noch die großen Ausfuhrüberschüsse an Tee, Tabak und Kaffee von bester Qualität zu erwähnen. Bezüglich der Mineralien hat der ostasiatische Großraum eine Monopolstellung für Zinn, Antimon und Wolfram. Darüber hinaus liefert er rund 10 Millionen t Erdöl sowie große Mengen an Kohle, Eisenerz und Chromerz.

117

Die Frage, ob Japan in der Lage ist, diesen gewaltigen Raum mit einer Gebietsausdehnung von 16 Millionen qkm und einer Bevölkerung von 700 Millionen Menschen zu erschließen, ist im wesentlichen eine Frage der Industrie- und Transportkraft Japans; sie kann unter Hinweis auf die gewaltige industriewirtschaftliche Entwicklung Japans in der kurzen Zeit von 75 Jahren und auf die Bedeutung Japans als Außenhandelsmacht ohne weiteres bejaht werden. Daß es sich bei dem ostasiatischen Großraum im wesentlichen um einen maritimen Großraum handelt, wie umgekehrt der europäische Großraum als kontinentaler Großraum bezeichnet wird, kommt naturgemäß der Seeschifffahrt in diesem Räume eine außerordentlich wichtige Bedeutung zu.

Angesichts der Bedeutung der Sicherung dieses Raumes für die Achsenmächte und gegen den anglo-amerikanischen Unterdrückungswillen ist Japan fest davon überzeugt, daß der Aufbau des ostasiatischen Großraumes Hand in Hand gehen muß mit dem Aufbau des europäischen Großraumes. Sobald in der Zukunft eine regelmäßige Verkehrsverbindung gesichert sein wird, wird zweifellos die wechselseitige Lieferungskraft Ostasiens und Europas sehr bedeutend sein. In diesem Zusammenhange braucht nur daran erinnert zu werden, daß z. B. 1938 außer Kautschuk und Zinn u. a. 50 000 t bearbeitete Öle und Fette, 12 000 t Eier, 4600 t Kaffee und 17 000 t Tabak aus diesem Großraum nach Deutschland geliefert wurden, das seinerseits im gleichen Jahre u. a. Maschinen im Gesamtwert von 130 Millionen RM nach Ostasien geliefert hat.

Welch unmittelbare Vorteile Japan aus seinem siegreichen Vordringen in den Südseegebieten erwachsen, geht aus einer Mitteilung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des japanischen Reichstages, H a y a s h i, hervor, der bekanntgab, daß bis zum 1. Februar aus den Südprovinzen abtransportiert worden seien 45 000 t Reis, 37 000 t Zucker und 16 000 t Gummi.

Japans systematische Planung für die Zukunft erhellt sich noch aus folgenden Meldungen: Am 5. Februar wurde die gesamte japanische Schiffsbauindustrie durch kaiserlichen Erlaß der Staatskontrolle unterstellt. Diese Maßnahme bezweckt die Beschleunigung von Neubauten und Ausbesserungen von Schiffen, die sowohl zur Kriegführung wie zur wirtschaftlichen Entwicklung der Südseegebiete benötigt werden. Das Marineministerium steuert den zweckmäßigen Einsatz des Schiffbaumaterials.

118

Nach einer Mitteilung des japanischen Kultusministers vom 19. Februar sind japanische Lehrbücher für alle bisher von den Japanern besetzten Südseegebiete in Vorbereitung. Japanisch wird in Malaya und auf den Philippinen und anderswo an die Stelle von Englisch treten. Um die Bevölkerung der südostasiatischen Länder mit dem japanischen Leben vertraut zu machen, plant die japanische Fremden-

verkehrsorganisation die Gründung zahlreicher neuer Büros in den eroberten Gebieten, deren Aufgabe u. a. darin bestehen soll, in den Sprachen der verschiedenen Länder gehaltene Filme, Broschüren und Flugblätter herauszugeben.

Hinsichtlich der Möglichkeit einer Verständigung zwischen Japan und Tschungking-China erklärte am 1. Februar Außenminister Togo auf eine diesbezügliche Anfrage im Budgetaustausch des Reichstages, daß Japan bereit sei, Friedensvorschläge von seiten Tschungkings zu erwägen, sobald Tschiangkai-schek „aus seinem bösen Traum erwache“. Japan sei jedoch nicht bereit, von sich aus Friedensschritte zu tun. Am 23. Februar erklärte der thailändische Premierminister zu dieser Frage:

„Thailand ist in den Krieg mit der Absicht eingetreten, Japan zu unterstützen, den Endsieg in dem Kampf im Pazifik so schnell wie möglich zu gewinnen.“ Er betonte weiter, daß die thailändisch-japanische Militäralianz abgeschlossen worden sei, um ein vollständiges Zusammenwirken unter den ostasiatischen Nationen für die Errichtung einer neuen Ordnung zu verwirklichen. Auf die Frage, ob er bereits die Hoffnung aufgegeben habe, Tschiangkai-schek zur Einstellung der Feindseligkeiten gegen Japan zu überreden, antwortete der thailändische Premierminister: „Ich glaube, es ist eine Ehrensache geworden, Tschiangkai-schek dazu zu bringen, Japans wirkliche Absichten zu verstehen. Ich erwäge daher die Art und Weise, wie ich mich mit Tschiangkai-schek in Verbindung setzen kann.“

So günstig die Monatsbilanz der kriegerischen und politischen Ereignisse des Monats Februar für die Mächte des Dreierpaktcs abschließt, so ungünstig ist sie für England und die Vereinigten Staaten. Der Februar 1942 wurde in England als der schlechteste Monat seit dem Juni 1940, seit dem Tage von Dünkirchen und dem Zusammenbruch des französischen Bundesgenossen bezeichnet. Der Fall Singapurs hat England aufs tiefste erregt und in schwere Besorgnis gestürzt. In einem Artikel „Nach Singapur“ schrieben die „Times“ vom 17. Februar, der japanische Sieg gefährde nicht nur die Sicherheit Australiens, Indiens und noch unmittelbarer Niederländisch-Ostindiens, sondern auch das Nervensystem der gesamten Allianz. Dieses Gebiet sei von überragender Bedeutung für die Alliierten, denn der Indische Ozean sei für das Empire eine noch wichtigere Lebensader als das Mittelmeer. „Daily Telegraph“ aber schrieb gleichzeitig, mit dem Fall von Singapur hätten die Alliierten den einzigen Stützpunkt zwischen Durban und Pearl Harbour verloren, der über Trockendocks verfüge, groß genug, um ein modernes Schlachtschiff aufzunehmen. „Sunday Times“ vom 25. Februar aber führt aus, die Sorgen und die Verzweiflung, die man überall in London und im ganzen Lande habe zu spüren bekommen, gingen in ihrer Ursache sehr tief. Es sei eine geistige Verzweiflung und das im britischen Volke weit verbreitete Gefühl, daß das Räderwerk der Regierung stillstehe. Man habe das Empfinden gehabt, als breche die Regierung Churchill unter dem Gewicht der Verantwortung ihrer eigenen Organisation zusammen und als werde der Staat das Opfer der der Regierung innewohnenden Schwäche. Diese Äußerungen der „Sunday Times“ bezogen sich auf die schwere politische Krise, die der Zusammenbruch der englischen Macht auf der Malayen-Halbinsel und der über alles Erwarteten schnelle Fall Singapurs im englischen Volk hervorrief und zu einer zweimaligen Kabinettsumbildung innerhalb von vierzehn Tagen führte.

Die innerpolitische Krisenstimmung führte nach dem Fall Singapurs schließlich dazu, daß Churchill am 19. Februar eine Kabinettsumbildung vornehmen mußte, bei der Lord Beaverbrook, der wenige Wochen vorher zum Munitionsminister ernannt worden war, ausgeschiedt wurde und C r i p p s ins Kabinett eintrat. Diesmal half Churchill alles Sträuben gegen die Kritik des Parlaments und gegen die Mißstimmung im Lande nichts. Er mußte ihnen durch Opferung einiger Minister und Hereinnahme von Cripps in die Regierung Rechnung tragen. Mit Cripps trat eine Persönlichkeit in die vorderste Linie des politischen Lebens Englands, die für ein Zusammengehen mit den Sowjets durch dick und dünn unter Erfüllung aller Wünsche Moskaus bis zur Opferung auch innerpolitischer Positionen in England selbst eintritt. Cripps hat in einer Rede im Unterhaus am 24. Februar eine sehr düstere Schilderung der Lage Englands gegeben, sich ganz im Sinne Moskaus aufs heftigste gegen das weitere ungenierte und vergnügliche Wohlleben der obersten Schichten gewandt und die Sowjethere und die Mobilisierung Indiens als große Hoffnungen Englands bezeichnet.

Höchst charakteristisch für die Tiefe der politischen Krise und für die Erschütterung des englischen Vertrauens war die Rede, die Churchill am 15. Februar im Rundfunk hielt, an deren Ende die Verkündung des Falles von Singapur stand. Es war eine richtige Klagerede im pastoralen Ton, auf Sentimentalismus abgestellt. An politischen Momenten war in dieser Rede bedeutsam das Zugeständnis, daß England nie habe hoffen können, Ostasien allein gegen Japan zu verteidigen, sondern daß es dabei auf die Hilfe der amerikanischen Schlachtflotte gebaut habe. Ferner, daß man in London nicht geglaubt habe, Japan würde in einen Krieg mit England und den USA eintreten, daß Churchill große Hoffnun-

gen auf die Sowjetunion setzte, und im übrigen wieder einmal, wie schon so oft, einen Wechsel für die Zukunft ausstellte, wenn nämlich die Alliierten „ihre Kräfte gesammelt hätten“. Bis dahin freilich lägen viel Unglück, schwere Verluste, Wehmut und qualvolle Ängste vor dem englischen Volk. Noch mehrfach hat Churchill im englischen Unterhaus gesprochen, ohne etwas wirklich Neues vorbringen zu können. Seiner Methode, einen Teil der Verluste zuzugeben, richtige oder falsche Gründe dafür anzugeben, andererseits möglichst viele Elemente anzuführen, die zu einer Besserung der Lage in der Zukunft berechtigen, und mit einer Mahnung, ihm weiter auf seinem für England bisher so katastrophalen Wege zu folgen, abzuschließen, blieb Churchill eisern treu.

Die auf Täuschung des Hörers abzielende Beredsamkeit Churchills trieb besonders schöne Blüten, als Churchill zum Durchbruch der deutschen Kriegsschiffe „Scharnhorst“, „Gneisenau“ und „Prinz Eugen“ durch den Kanal erklärte, diese deutsche Flottenaktion sei für England entschieden vorteilhaft gewesen und habe die britische Position zur See im Atlantik verbessert, und als er bei einem Überblick über die Kriegslage im Fernen Osten nach dem Fall Singapurs erklärte, Japan verfüge zurzeit „allerdings in abnehmendem Maße“ über die Seeherrschaft, zwei völlig unverständliche Ansichten, besonders auch die letztere, da Japan auch zur See in ungestörtem Vordringen begriffen ist.

Daß es im Unglück schön sei, Freunde zu haben, sagt schon ein altes römisches Sprichwort. Die Freunde, mit denen sich England im gegenwärtigen Unglück trösten will, heißen USA, Sowjetrußland, China und Indien. Gegenüber den Bolschewiken sind alle Hemmungen, die das aristo-kratich-plutokratische England früher reichlich hatte, gefallen. Man ist zu rückhaltloser Umarmung bereit. Der Jahrestag der Roten Armee wurde in England und im ganzen Empire wie ein Festtag gefeiert, und Churchill sandte dazu am 23. Februar eine Botschaft an Stalin, in der er seine Bewunderung und seinen Dank für die Leistungen der Sowjethere ausdrückt. Cripps feierte die bolschewistische Armee in öffentlicher Rede. Derselbe Cripps hatte kurz vorher in einer Rede in Bristol erklärt, es gebe am Kommunismus viel zu bewundern, zweifellos werde, wenn die Alliierten den Sieg erringen würden, die größte europäische Macht die Sowjetunion sein, mit der die Briten dann eine freundschaftliche

121 Zusammenarbeit suchen müßten. Die einzige gesunde Lösung für die Nachkriegszeit könnte durch ein Abkommen zwischen Großbritannien, den USA und der Sowjetunion geschaffen werden. Dasselbe England, das die Existenz Großdeutschlands nicht dulden wollte, das deshalb den gegenwärtigen Krieg provozierte, ist jetzt so weit, daß es Europa dem Bolschewismus auszuliefern bereit ist. Um einen Sieg Deutschlands und eine Einigung Europas unter deutscher Führung zu verhindern, ist das plutokratische England willens, Europa dem Kommunismus auszuliefern und den Bolschewiken zu erlauben, wie Cripps es wörtlich ausdrückte, den Krieg mit dem Sitz in Berlin zu beenden! Kann Haß und Verblendung und die Angst vor dem eigenen Zusammenbruch schlimmere Pläne zum Vorschein bringen? Für die Blindheit und Torheit von Cripps sind Sätze aus einem Interview bezeichnend, das er am 8. Februar gab. Er erklärte, er sei aus Rußland zurückgekehrt, um alle Anstrengungen zu machen zwecks engster Zusammenarbeit mit Rußland. Stalin habe ihm versichert, die russische Regierung habe nicht die Absicht, sich in die Angelegenheiten der anderen Länder einzumischen. Es hege nicht im geringsten den Wunsch, einen Weltkommunismus zu schaffen. Je enger England mit Rußland zusammenarbeite, desto weniger brauche es den Kommunismus zu fürchten.

Kann es mehr Blindheit und Geistesverwirrung geben, angesichts alles dessen, was der Bolschewismus seit zwanzig Jahren geplant und ausgeführt hat?

Sogar bolschewistische Gewerkschaftskommissionen reisen in England umher und nehmen öffentlich Stellung zu den Problemen der englischen Kriegsindustrie, tadeln deren Mängel und machen dabei bolschewistische Propaganda. Daß die englischen Kommunisten Morgenluft wittern und ihre seit je von Moskau finanzierte Propaganda verstärken, ist nur logisch.

Mit der Sowjetunion sind es natürlich in erster Linie auch weiterhin die USA, auf die England in seiner verzweifelten Lage hofft. Dies hat auch Churchill in seiner schon erwähnten Rede vom 15. Februar erneut mit Emphase ausgesprochen.

Schließlich hofft man auf China und auf Indien. Da die sechsundvierzig Millionen Engländer schon zahlenmäßig nicht die leiseste Hoffnung haben können, in Europa das Blatt zu wenden oder gar mit Japan fertig zu werden, die Engländer außerdem nach Tradition und Einstellung auch gar nicht geneigt sind, die Kastanien des Sieges selbst aus dem Glutofen des Krieges zu holen, suchen sie immer wieder nach Bundesgenossen, am liebsten nach solchen, die Massenheere auf die Beine bringen könnten. Deshalb ist Tschungking für London jetzt so interessant. Man berauscht sich gerne an der Idee von

122 Millionenheeren Tschiangkaischeks, die, mit englischen und amerikanischen Waffen versehen, die Japaner aus dem asiatischen Kontinent hinauswerfen und die so „bedrohte demokratische Freiheit“

retten könnten. Aber Japans Truppen stehen vor Rangun und die Burmastraße ist bereits versperrt. Trotzdem wurde die Reise Tschiangkaischeks nach Indien, wo er sowohl mit englischen hohen Militärs wie mit einheimischen indischen Führern, wie Pandit Nehru, verhandelte und die Inder aufforderte, sich für England zu schlagen, in London mit freudigen Hoffnungen begrüßt. Der Vizekönig von Indien nahm bei einem Empfang, der zu Ehren Tschiangkaischeks in Neu-Delhi gegeben wurde, den Mund recht voll und erklärte: „Diese Zusammenkunft weihet augenscheinlich die Waffenbrüderschaft der beiden großen Nationen, die achthundert Millionen Seelen, d. h. ein Drittel der Bevölkerung der Erde zählen.“ Achthundert Millionen Chinesen und Inder, bereit für England zu bluten, eine wahrhaft wundervolle Vision — wenn sie wirklich kämpfen könnten und wollten! Der Sprecher der englischen Regierung im Oberhaus, Lord Cranborne, drückte am 24. Februar die Freude der englischen Regierung darüber aus, daß „zwischen den Völkern Indiens und Chinas engstes Einvernehmen bestehe“; auch sie bitte, ebenso wie dies Tschiangkaischek während seines Aufenthalts in Indien in einem Aufruf an das indische Volk getan habe, „Indien dringend, sich der Sache der Freiheit anzuschließen“. Die britische Regierung stehe dem Wunsche Indiens nach politischer Freiheit „günstig gegenüber“.

Das Indien-Problem ist, nachdem die Japaner vor Rangun stehen, plötzlich in England auf die politische Tagesordnung gekommen. Die edlen Lords fühlten sich in der Sitzung des Oberhauses vom 3. Februar zu einer lebhaften Debatte über Indien bewogen, und der Sprecher der Regierung, der Unterstaatssekretär für Indien, der Herzog von Devonshire, gab, wie der englische Nachrichtendienst zu melden wußte, ein „endgültiges Versprechen“ ab, daß die britische Regierung bereit sei, nach Beendigung des Krieges in die Einsetzung eines Ausschusses einzuwilligen, der die hauptsächlichsten Elemente im nationalen Leben Indiens vertreten solle. Dieser Ausschuß solle den Rahmen für eine neue Verfassung festlegen. Die englische Regierung ist also jetzt, wie schon im Weltkrieg, bereit, einen Ausschuß einzusetzen, mit dessen Hilfe man die Inder, wenn man sie nicht mehr brauchen würde, ebenso um die Erfüllung der gegebenen Versprechungen betrügen könnte, wie dies bekanntlich nach dem Weltkrieg geschehen ist. Den Sinn der Operation verriet Lord Wedgewood, als er erklärte, die indische Armee müßte auf fünf Millionen Mann gebracht werden. Er meinte freilich als echter Tory, man müßte sich den Indern nicht mit politischen Versprechungen zu nähern suchen, sondern es wie

123 Churchill machen und ihnen Blut, Tränen und Schweiß bieten!

Es hat durchaus den Anschein, als ob man in England solange über die geeignetste Methode diskutieren wird, wie man Indien aufs neue um seinen Freiheitsanspruch betrügen und für England bluten lassen kann, bis die Japaner die Tore Indiens aufgerissen und das indische Volk gemeinsam mit dessen eigenen Freiheitskämpfern zur wirklichen Freiheit, nämlich zu der Loslösung von England, aufgerufen haben.

Das wahre, unverhüllte England zeigte sein Gesicht, als sich Anfang Februar in Tanger bei der Ausladung englischen diplomatischen Kuriergepäcks, das aus Gibraltar zu Schiff angekommen war, plötzlich eine furchterliche Explosion ereignete, die aus den zerrissenen Kuriertaschen nicht bloß Tod und Verderben in die Reihen der Umstehenden, sondern auch große Massen englischer Propagandaliteratur schleuderte, und als wenige Meter von dem deutschen Botschafter von P a p e n , der von einem Spaziergang mit seiner Gattin ins Botschaftsgebäude zurückging, eine Bombe explodierte und deren Träger in Stücke riß. In Tanger brachte die Untersuchung große Mengen weiterer Sprengstoffe und zur Aufwiegelung der Eingeborenen bestimmte Propagandaschriften im Keller eines von der englischen diplomatischen Vertretung bewohnten Hotels zum Vorschein, während die Untersuchung in Ankara über das Attentat gegen Botschafter von Papen auf den englischen Intelligence Service im engsten Verein mit bolschewistischen Aktionen hinführt.

Auch in den Vereinigten Staaten sieht man in der Sowjetunion den Hoffnungsanker. Erklärte doch der frühere USA-Botschafter in Moskau, Josef Davis, in einer Massenversammlung für die Kriegshilfe an Sowjetrußland: „Die Sowjets halten die Wälle unserer Zivilisation“ und er habe „höchste Achtung vor dem Idealismus der Bestrebungen der Sowjets und ihrer Energie, mit der sie ihre Ziele aufstellen und verwirklichen“. Roosevelt hat denn auch Mitte Februar den Bolschewiken neue große Kredite gewährt. Wie sich das Weltbild in den Köpfen mancher Amerikaner, die nicht zu den Einflußlosen gehören, spiegelt, zeigte sich in einer Kundgebung in Philadelphia, die vom amerikanischen Komitee zur medizinischen Hilfeleistung an die Sowjetunion veranstaltet wurde. Ein Verwaltungsmittglied der amerikanischen Kriegsproduktion erklärte, der Ausgang des gegenwärtigen Kampfes „wird von unseren Führern Roosevelt, Churchill, Stalin und Tschiangkai-schek abhängen“. Stalin und Tschiangkaischek als Führer Amerikas!

Man versteht diese Geistesverwirrung, wenn man die Rede Roosevelts liest, die er anlässlich des Geburtstages Washingtons am 23. Februar gehalten hat. Auch in dieser Rede spielten China und die Sowjetunion eine wichtige Rolle. Roosevelt entwarf ein Bild von den verschiedenen Wegen, auf denen das amerikanische Kriegsmaterial nach England, Sowjetrußland und China kommen müsse und unterstrich die Notwendigkeit, diese Wege auf jeden Fall offenzuhalten. (Der nach China ist inzwischen schon geschlossen, und einige der anderen sind in größter Gefahr!) Roosevelts Rede unterschied sich im übrigen sehr von seinen früheren großsprecherischen Verlautbarungen und ließ die Hilflosigkeit und die Sorge des Kriegshetzers im Weißen Hause über die Entwicklung, die der von ihm provozierte Krieg in den letzten drei Monaten genommen hat, deutlich fühlbar werden. Auch Roosevelt schloß seine Rede, wie Churchill die seinige, mit der Hoffnung auf die Zukunft. Er sprach von der „siegreichen Mentalität“ auf Seiten der USA und ihrer Verbündeten, die eine Garantie des Sieges sei! Im übrigen ist die USA-Propaganda nach wie vor darauf eingestellt, die angeblich unbeschränkte Rüstungskapazität der Vereinigten Staaten als Bürgschaft des Sieges hinzustellen.

Daß jedoch die wirtschaftlichen Möglichkeiten der USA keineswegs unbeschränkt sind, zeigen die Nachrichten über Mangel an gewissen Rohstoffen, Werkzeugmaschinen, gelernten Arbeitern sowie über Rationierungsmaßnahmen, die das angeblich in jeglichem Überfluß schwimmende Land auf sich nehmen muß. Schon wird der Zucker rationiert, das Benzin muß gespart werden, und der Vorsitzende der Organisation zur Steuerung der Kriegsproduktion, Nelson, sagte am 3. Februar, man müsse ein umfassendes Rationierungssystem entwickeln und die Verteilung von kriegswichtigen Metallen wie Stahl, Kupfer usw. ganz genau regeln. Andererseits ist unter den Arbeitern der Streik nach wie vor ein beliebtes Mittel, um sich von dem Milliardensegnen der Rüstungsverdiener ihren Teil zu sichern.

Denn mit Riesenmilliardenbeträgen für die Rüstung spart Roosevelt nach wie vor nicht. Die Höchstgrenze für die bundesstaatliche Schuld muß nach einer Erklärung des jüdischen Finanzministers Roosevelts, Morgenthau, demnächst auf die Hundert-Milliarden-Dollargrenze hinaufgesetzt oder, wie er sagte, überhaupt möglichst abgeschafft werden. Das Schuldenmachen soll also künftig nicht mehr limitiert sein.

Die Amerikaner bekommen so sehr viel schneller als sie wahrscheinlich erwartet haben, zu spüren, in welches ungeheure Abenteuer sie die Kriegspolitik Roosevelts und seiner jüdischen Hintermänner gestürzt hat.

Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

März-Lieferung

(Nr. 61/62 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Die Rede des Führers zum Heldengedenktag am 15. März 1942

Der F i h r e r hielt zum Heldengedenktag im Berliner Zeughaus folgende Rede*) (DNB):

74 Als wir im Jahre 1940 zum erstenmal in dieser Halle den Heldengedenktag unseres Volkes feierten, befanden sich das deutsche Volk und seine Wehrmacht nach Jahrzehnten demütigendster Versklavung wieder im Kampf um seine Freiheit und Zukunft gegen die alten Feinde. Die wehrlose Ohnmacht des

Reiches vermochte sie ebensowenig zu beruhigen, wie sie die wirtschaftliche Verelendung, die uns aufgezwungen worden war, zufriedenstellte.

Es findet nun in diesen Tagen in Frankreich ein Prozeß statt, dessen charakteristisches Merkmal es ist, daß mit keinem Wort die Schuld der Verantwortlichen für diesen Krieg beklagt wird, sondern ausschließlich die zu geringe Vorbereitung des Krieges. Wir blicken hier in eine Mentalität, die uns unverständlich erscheinen will, die aber vielleicht besser geeignet ist als alles andere, die Ursachen des neuen Krieges zu enthüllen.

Im Jahre 1918 hatten die damals für den Krieg verantwortlichen Staatsmänner Englands, Frankreichs und Amerikas den wahnsinnigen Entschluß gefaßt, das Deutsche Reich unter keinen Umständen wieder zu einem gleichberechtigten Faktor des wirtschaftlichen oder gar des politischen Lebens emporsteigen zu lassen. Aus diesem Vorsatz leiten sich alle weiteren Maßnahmen und Ungerechtigkeiten ab, denen das Reich seit dem unseligen Tag des Waffenstillstandes ausgesetzt gewesen war. Das an seiner Führung und an sich selbst irregewordene deutsche Volk aber fand keinen Weg, um ein Schicksal zu wenden, das man nicht durch Unterwürfigkeit besänftigen, sondern nur durch einheitliche Willenskraft und Tapferkeit besiegen konnte. Die Folgen dieser energielosen Ergebung in den uns auferlegten Zwangszustand waren nicht nur politisch und militärisch entehrende, sondern besonders wirtschaftlich wahrhaft vernichtende. Eines der fleißigsten Völker der Welt erlebte den fortschreitenden Abbau seiner wirtschaftlichen Grundlagen und damit den Zusammenbruch seiner Existenz. Es war voraussehen, in welchem kurzem Zeitraum zahlenmäßig unser Volk aus seiner materiellen Not heraus immer mehr zurückgehen mußte und damit das Deutsche Reich der ihm aufoktroierten Vernichtung durch seinen eigenen menschlichen Kräfteverfall überhaupt nicht mehr entgegentreten würde können. Dieser wirtschaftliche Zusammenbruch des stärksten Volkes Mitteleuropas brachte aber auch den Gegnern keinen Segen; denn ihnen war in ihrem Haß verborgen geblieben, daß die Verelendung der deutschen Nation keineswegs gleichbedeutend

*) Inhaltstext erscheint im 5. Band des von Reichsleiter Bouhler herausgegebenen „Großdeutschen Freiheitskampfes“.

75 sein konnte mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der sogenannten Sieger. So begannen die in ihrer Führung durch und durch jüdisch-kapitalistisch verseuchten Staaten die Erwerbslosenzahlen des Deutschen Reiches nicht nur einzuholen, sondern zum Teil sogar noch zu übertreffen trotz ihres unermeßlichen Reichtums an allen Produkten und Schätzen der Erde.

Aber auch diese Entwicklung vermochte nicht, dem verblendeten Haß der im wesentlichen von jüdischen Elementen dirigierten Führung unserer alten Feinde eine klare Einsicht über die wahren Notwendigkeiten der Zukunft des Lebens aller Völker zu vermitteln. Sofort nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus begannen sie — statt an den vorbildlichen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen Deutschlands zu lernen — die alten Hetzparolen wieder vorzunehmen, um ihre Völker für die neue Kampfansage innerlich erneut propagandistisch reif zu machen.

Wir wissen es heute, daß schon in den Jahren 35 auf 36 in England, in Frankreich und insbesondere in Amerika bei den wirklich allein maßgebenden jüdischen Kreisen und der ihnen hörigen politischen Führungsschicht der Entschluß zum neuen Krieg gefaßt worden war. Wir erleben daher jetzt das erschütternde Schauspiel, daß sich die Anklage der betrogenen und so schwer geschlagenen Völker nicht gegen die wahnwitzige Absicht der Herbeiführung des neuen Krieges an sich wendet, sondern ausschließlich nur gegen die vernachlässigte und damit in ihren Augen ungenügende rüstungsmäßige Vorbereitung.

Gerade diese so fremde, ja unverständliche Mentalität muß uns darüber belehren, wie notwendig nach der Ablehnung aller deutschen Abrüstungs- und Verständigungsangebote die militärische Vorbereitung des deutschen Volkes selbst gewesen war, um dem zweiten Angriff gegen seine Freiheit mit mehr Erfolg begegnen zu können, als dies beim ersten Weltkrieg 1914 der Fall gewesen war.

Als wir deshalb im Jahre 1940 die Heldengedenkfeier unseres Volkes zum erstenmal wieder im Krieg begehen mußten, taten wir dies in dem stolzen Bewußtsein, den ersten Akt einer Auseinandersetzung gewonnen zu haben, die uns gegen unseren Willen aufgezwungen worden war. Mit höchster Zuversicht durften wir hoffen, auch den zweiten erfolgreich zu bestehen.

Und tatsächlich lagen schon im März 1941 die Ergebnisse eines Kampfes hinter uns von weltgeschichtlich wahrhaft einmaligem Ausmaß. In einem Siegeszug ohnegleichen wurde der Norden und

Westen Europas von den kontinentalfeindlichen Kräften gesäubert. Italien war als treuer Bundesgenosse in diesem Kampf der Habenichtse um Sein oder Nichtsein an unsere Seite getreten.

76 Was immer aber auch die deutschen Armeen in diesen Feldzügen geleistet hatten, es tritt verblissend zurück gegenüber dem, was das Schicksal unserer Wehrmacht und den mit uns Verbündeten im letzten Jahr zu lösen und zu bewältigen auferlegt hat.

Und heute erst erkennen wir das ganze Ausmaß der Vorbereitungen unserer Feinde. Heute sehen wir das Zusammenspiel der jüdischen Drahtzieher über eine ganze Welt verteilt, das im gemeinsamen Angriff einer Verschwörung, die Demokratie und Bolschewismus zu einer Interessengemeinschaft vereinte, ganz Europa vernichten zu können hoffte.

Daß die Vorsehung uns dieser Koalition des jüdischen Marxismus und Kapitalismus gegenüber auf allen Schlachtfeldern siegreich standhalten ließ, läßt uns aus tiefstem Herzen jenem danken, ohne dessen Schutz und Schirm alle menschliche Kraft, aller Fleiß und jeder Mut vergeblich sein würden. Denn hinter uns liegt ein Jahr nicht nur der größten Kämpfe der Weltgeschichte, sondern auch der härtesten Erprobung unseres eigenen Volkes. Eine Erprobung, der die Front sowohl als die Heimat, das darf ausgesprochen werden, standgehalten haben. Daß sich der Deutsche vor menschlichem Drohen nicht fürchtet, hat er in seiner Geschichte oft genug bewiesen. Diesmal aber erprobte sich an ihm nicht nur die Gewalt feindlicher Waffen sowie ein zahlenmäßig scheinbar unerschöpflicher Blutstrom primitivster Völkerschaften, sondern darüber hinaus noch die grausamste Härte der Natur. Denn heute kann es mitgeteilt werden, daß hinter uns ein Winter liegt, wie ihn Mittel- und Osteuropa seit über 140 Jahren nicht erlebten. Wahrlich, unsere Soldaten und diejenigen unserer Verbündeten sind in den letzten vier Monaten von der Vorsehung grausam gewogen worden auf ihren wirklichen inneren Wert. Sie haben diese Prüfung aber so bestanden, daß wohl keiner berechtigt ist, daran zu zweifeln, daß, was immer in der Zukunft das Schicksal auch noch bringen mag, es nur leichter sein kann als das, was hinter uns liegt. In knapp vier Monaten Sommer hat die deutsche Wehrmacht nach der glücklichen Durchführung des Balkanfeldzuges im Jahre 1941 ihren Marsch in die Weite des russischen Raumes angetreten. Schlachten wurden geschlagen und Siege erfochten, die noch in fernsten Zeiten als einmalige Ruhmestaten gelten werden. Im Verein mit ihren tapferen Verbündeten hat sie die immer neuen russischen Aufgebote angegriffen, geschlagen, ausgelöscht, um neuen Menschenmassen gegenüberzutreten. In vier Monaten wurde ein endloser Weg zurückgelegt in einer Offensive, die in ihrer Tiefe und Breite keinen Vergleich in der Geschichte besitzt.

77 Wochenlang früher aber, als jede Erfahrung oder wissenschaftliche Voraussicht es annehmen ließen, brach ein Winter über unsere Armeen herein, der nunmehr dem Gegner vier Monate Zeit gab, seinerseits die Wende in diesem schicksalhaften Ringen herbeizuführen. Und das war ja auch die einzige Hoffnung der Machthaber des Kremls, in diesem selbst für sie noch nie erlebten Aufstand der Elemente der Natur der deutschen Wehrmacht das napoleonische Schicksal von 1812 zufügen zu können.

In übermenschlichem Ringen unter Einsatz der letzten Kraft der Seele und des Körpers haben die deutschen und die mit uns verbündeten Soldaten diese Prüfung überstanden und damit überwunden. Die Geschichte wird nun wohl schon in wenigen Monaten festzustellen in der Lage sein, ob das Hineintreiben von Hekatomben russischer Leben in diesen Kampf eine militärisch richtige oder falsche Handlung war. Wir wissen aber eines schon heute: die bolschewistischen Horden, die den deutschen und die verbündeten Soldaten in diesem Winter nicht zu besiegen vermochten, werden von uns in dem kommenden Sommer bis zur Vernichtung geschlagen sein. Der bolschewistische Koloß, den wir in seiner ganzen grausamen Gefährlichkeit erst jetzt erkennen, darf — und dies ist unser unumstößlicher Entschluß — die gesegneten Gefilde Europas nie mehr berühren, sondern soll in weitem Abstand von ihnen seine endgültige Grenze finden!

Wir alle empfinden in diesem Augenblick die Größe der Zeit, in der wir leben. Eine Welt wird neu gestaltet. Während im Fernen Osten das japanische Heldenvolk — genau so provoziert, geschmäht und wirtschaftlich gedrosselt wie das deutsche und italienische — in gewaltigen Schlägen zur See, in der Luft und zu Lande die demokratisch-kapitalistischen Zwingburgen zerbricht, werden in Europa die Voraussetzungen geschaffen, diesem Kontinent seine wahre Unabhängigkeit zu geben. Denn es ist unerträglich, daß das Leben von Hunderten von Millionen Menschen von höchstem kulturellen Wert und emsigsten Fleiß für immer abhängig sein soll vom Wollen einer kleinen, wahrhaft verbrecherischen Gemeinschaft jüdisch-kapitalistischer Weltverschwörer und der von ihnen vergewaltigten öffentlichen Meinung einiger dadurch allein gegen Europa eingestellter Völker und Staaten. Es kann daher auch nur eine einzige Lösung geben, nämlich: diesen Kampf so lange zu führen, bis die Sicher-

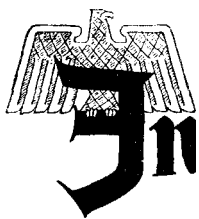
heit eines dauernden Friedens gegeben ist, das heißt aber bis zur Vernichtung der Feinde dieses Friedens!

Indem wir aber diesen Entschluß als feierliches Bekenntnis proklamieren, werden wir am meisten der Opfer gerecht, die die Kriege des Jahres 1914—18, der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung um die Wiederauferstehung unseres Volkes im Innern und endlich der Kampf der Gegenwart von uns gefor-

78 dert haben und noch weiter fordern werden. Wie die andere Welt ihr Leben gestaltet, ist unserem deutschen Volke gleichgültig. Der Versuch aber von seiten außerkontinentaler Mächte, fortgesetzt in innereuropäische Angelegenheiten und insonderheit in die Belange unseres eigenen Volkes einzugreifen, wird nunmehr einmal für immer abgewehrt und verhindert werden. Ob und in welcher Welt der amerikanische Präsident zu leben gedenkt, ist uns Deutschen gänzlich gleichgültig, seine Meinung aber, die deutsche oder gar die europäische Welt nach seinen Bedürfnissen auszurichten, das heißt die uns liebgewordene eigene Welt zu stürzen und eine uns verhaßte fremde aufzurichten, wird nicht nur mißlingen, sondern im Gegenteil: Bei diesem Versuch wird nur seine eigene Welt zugrunde gehen. Was aber die Absicht betrifft, Europa mit dem Bolschewismus zu bestrafen, so habe ich es schon an einer anderen Stelle ausgesprochen, daß der Staat, der sich dem Bolschewismus selbst am meisten verschrieben hat, ihm wahrscheinlich auch am ehesten zum Opfer fallen wird. Das deutsche Volk ist über die Segnungen dieser bestialischen Lehre heute aufgeklärt und vor allem genügend stark, um sich dieser tödlichsten Gefahr seines Daseins mit Erfolg widersetzen zu können.

Angesichts des großen zurückliegenden Jahres und des — wie wir überzeugt sind — nicht minder großen kommenden gedenken wir daher unserer Helden und derjenigen unserer tapferen Verbündeten in der Vergangenheit und Gegenwart mit dem festen Willen, dafür zu sorgen, daß alle diese Opfer keine vergeblichen gewesen sind, noch sein werden. Wir können diese Feier nicht aufrechter begehen als in dem Bewußtsein, daß die heutige Generation den großen Zeiten der Vergangenheit wieder ebenbürtig geworden ist. Und zwar ebenbürtig in seinen Soldaten an der Front wie in seinen Männern und Frauen in der Heimat. Was auch das Schicksal von uns fordern mag: diese Jahre des Kampfes werden trotz allem kürzere sein als die Zeiten jenes langen und gesegneten Friedens, der das Ergebnis des heutigen Ringens sein wird. Diesen Frieden aber so zu gestalten, daß er dem Opfer unserer Soldaten aus allen Schichten unseres Volkes heraus gerecht wird, ist die zukünftige Aufgabe des nationalsozialistischen Staates; denn sie alle sind gefallen für das ewige deutsche Volk, unser gemeinsames Großdeutsches Reich und eine bessere Gemeinschaft der Nationen unseres Kontinents.

Möge uns allen der Herrgott deshalb die Kraft verleihen, auch in der Zukunft das zu tun, was die Pflicht von uns fordert. Mit dieser Bitte verneigen wir uns in Ehrfurcht vor den toten Helden und vor den um sie trauernden Angehörigen und allen sonstigen Opfern dieses Krieges.



Innenpolitik

79 Den ersten Tag des Monats März beging das deutsche Volk in Erinnerung an die Gründung seiner Luftwaffe. Der Reichsmarschall erließ aus diesem Anlaß zum 1. März, dem „Tag der Luftwaffe“, an seine Kameraden einen Tagesbefehl, in dem er seine von unerschütterlichem Kampfgeist beseelten Männer mit Stolz und Dankbarkeit grüßte. In knappen sieben Jahren, so sagte er, habe sich die junge deutsche Luftwaffe eine Geschichte geschrieben, die den kühnsten Heldenliedern aller Zeiten gleichkomme. Mit steigender Sonne werde Deutschlands Luftwaffe in vielfacher Wucht den Gegner treffen. Der Tagesbefehl des Reichsmarschalls schließt mit einem Gedenken an die toten Kameraden. (Siehe Seite 73).

Am 15. März, dem diesjährigen Heldengedenktag, vereinte sich das deutsche Volk zu einer erhebenden Feierstunde im Gedenken an die gefallenen Helden des Weltkrieges und des gegenwärtigen

Freiheitskampfes. Stolz gedachten dabei alle Deutschen in Front und Heimat derer, die für das Vaterland ihr Leben gaben. Im Zeughaus zu Berlin sprach der Führer. Höchste Offiziere der deutschen Wehrmacht, fast alle Reichsminister und Reichsleiter, sowie die diplomatischen Vertreter der befreunden Nationen waren zugegen. Besondere Ehrenplätze waren den Hinterbliebenen gefallener Soldaten und einer großen Zahl von Verwundeten aus Berliner Lazaretten vorbehalten. Nach der Weihestunde im Ehrenhof des Zeughauses legte der Führer am Ehrenmal Unter den Linden einen Kranz nieder und nahm darauf den Vorbeimarsch des Ehrenbataillons ab, das von Ritterkreuzträger Fregattenkapitän Hartmann kommandiert wurde. Unter Vorantritt von 60 Fahnen, 30 ruhmbedeckten Feldzeichen der Armee des Weltkrieges und 30 sieggekrönten Fahnen der nationalsozialistischen Wehrmacht marschierte das Ehrenbataillon am Führer vorbei. Tausende waren Zeugen der würdigen Feier. In seiner Rede kam der Führer auf die beispiellosen Leistungen des deutschen Ostheeres zu sprechen, wobei er die ungeheuren Strapazen des zu Ende gehenden Winters unterstrich. Der Führer zeigte, daß dieser Heldenkampf der deutschen Divisionen die stärkste

80 Hoffnung des Gegners zunichte gemacht habe. Eine Welt werde heute neu gestaltet. Der Führer erklärte, daß es unerträglich sei, wenn das Leben von Hunderten von Millionen Menschen von höchstem kulturellem Niveau und emsigstem Fleiß für immer abhängig sein solle vom Willen einer kleinen, wahrhaft verbrecherischen Gemeinschaft jüdisch-kapitalistischer Weltverschwörer. Es werde darum auch nur eine Lösung geben, nämlich diesen Kampf so lange zu führen, bis die Sicherheit eines dauernden Friedens gegeben ist. (Text der Rede auf Seite 74.)

An der Kanalküste fand am gleichen Tage eine Feierstunde statt, in deren Verlauf eine der schwersten Fernkampfbatterien auf den Namen ihres Erbauers, Dr. T o d t, getauft wurde. Im Schutze einer der Burgen aus Beton und Stahl, in denen die Geschütze gegen jeden Angriff aus der Luft oder von der See her unverletzlich eingebaut sind, hatten Abordnungen der Marine, des Heeres und der Luftwaffe Aufstellung genommen. Der Marinebefehlshaber Nordfrankreich gedachte zunächst der Gefallenen dieses Krieges. Der Admiral würdigte sodann die unsterblichen Verdienste, die sich Dr. Todt mit der Errichtung der gewaltigen Schutzbauten für die Kriegsmarine am Kanal und an der Atlantikküste erworben hat. Diese riesigen Bauten seien das unvergängliche Denkmal, das er sich setzen konnte. Auf Befehl des Großadmirals Raeder taufte er sodann diese Batterie auf den Namen „Batterie Todt“. Der Boden bebte, als die erste Laufsalue aus den Rohren fuhr.

Der Seekrieg gegen England brachte im Monat März außerordentliche Erfolge. Die Tätigkeit der deutschen U-Boote an der amerikanischen Küste, in den Gewässern um England und im Mittelmeer fügte dem Feinde hohen Schaden zu. Am 12. März meldete der OKW-Bericht, daß erneut 109000 BRT vor der amerikanischen Küste versenkt worden seien. Am 14. März schon berichtete eine neue Meldung, daß weitere 12 Handelsschiffe mit 70000 BRT vernichtet worden seien. Insgesamt sind damit bis zu diesem Tage vor Amerika 151 Schiffe mit zusammen 1 029 000 BRT, darunter 58 Tanker mit 442000 BRT, vernichtet. Der Führer hat aus diesem Anlaß auf Vorschlag des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, Großadmiral Raeder, den Befehlshaber der Unterseeboote, Vizeadmiral Karl D ö n i t z, in Anerkennung seiner hohen Verdienste um die Führung und den Einsatz der Unterseebootwaffe zum Admiral befördert.

Eine Sondermeldung vom 28. März berichtete, daß ein von Moskau geforderter Versuch der Engländer, an der Atlantikküste zu landen, kläglich gescheitert sei. Die angreifenden britischen Einheiten wurden in der Nacht vom 27. zum 28. März in der Bucht von St. Nazaire von Marine- und Flakartillerie unter Feuer

81 genommen und hatten schwere Verluste. Soweit es dem Gegner gelang, Kräfte an Land zu setzen, wurden diese durch raschen Zugriff von Truppen aller Wehrmachtteile umzingelt und vernichtet. Eine größere Anzahl von Gefangenen blieb in deutscher Hand. Zahlreiche Schiffseinheiten des Gegners wurden versenkt, der Rest ist fluchtartig abgelaufen.

Das Mißlingen dieser militärischen Operation hat in London zweifelsohne ein solches Gefühl der Ohnmacht ausgelöst, daß sich Churchill zu Handlungen hinreißen ließ, die weder militärischen Wert besitzen noch irgendwie moralisch zu rechtfertigen sind, da sie sich gegen die Zivilbevölkerung und gegen Kulturgüter wendeten, die in der ganzen Welt bekannt sind. Den Höhepunkt dieser terroristischen Kriegführung erklomm die britische Luftwaffe mit ihrem Angriff auf die Altstadt von Lübeck in der Nacht vom 28. auf den 29. März. Nach dem Beispiel der militärisch und wirtschaftlich völlig sinnlosen Angriffe auf Münster und Aachen sind auch in Lübeck in blinder Zerstörungswut unersetzliche Kulturgüter vernichtet worden. Die Mordbrenner Churchills konzentrierten ihre nächtlichen Angriffe auf die Lübecker Altstadt, wo neben den herrlichsten Bürgerbauten aus der Blütezeit der Hanse die

wundervolle Marienkirche, der Dom, die Petrikerche und das Museum in Schutt und Asche sanken. Mehrere hundert Zivilisten, unter ihnen sehr viel Frauen und Kinder, kamen ums Leben oder wurden schwer verletzt. Mehr als zehntausend Einwohner verloren ihre Wohnstätte. Alle Nachrichten aus der schwergetroffenen Stadt bezeugten aber, daß die Zivilbevölkerung in ihrer Moral durch diesen sinnlosen Angriff nicht erschüttert wurde, daß im Gegenteil der Haß gegen England zu hellen Flammen emporloderte. Es ist dabei interessant, daß — sogar am gleichen Tage — der britische Nachrichtendienst die Zwecklosigkeit solcher unsoldatischen, verbrecherischen Kriegführung bestätigte. Er legte nämlich das sensationelle Geständnis ab, daß nicht das geringste Anzeichen für einen Zusammenbruch der deutschen Armee festzustellen und auch die Moral in Deutschland nicht im geringsten geschwächt sei. In die Reihe dieser sinnlosen Verbrechen gehört auch der Angriff auf die Arbeitervorstädte von Paris, den die Engländer am Anfang des Monats durchführten. Hier fügten die Briten zur Brutalität noch den Hohn: Churchill sprach wenige Tage danach den Franzosen das Beileid aus zum Tode der beinahe tausend Opfer, die dieser Angriff gefordert hatte.

Gegen Ende des Monats März fanden zwischen Deutschland und Bulgarien Besprechungen statt, die im Geiste der Waffenbrüderschaft und Freundschaft verliefen. Der Führer empfing am 24. März in seinem Hauptquartier König Boris von Bulgarien und hatte mit ihm eine lange und herzliche Aussprache. Abends

82 war König Boris Gast des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop. Am Tage darauf stattete König Boris dem Reichsmarschall in Karinhall einen Besuch ab.

Am 12. März verlieh der Führer Hauptmann Philipp, Gruppenkommandeur in einem Jagdgeschwader, das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Hauptmann Philipp erhielt das Eichenlaub mit Schwertern als 8. Offizier der deutschen Wehrmacht aus Anlaß seines 86. Luftsieges. — Das Eichenlaub zum Ritterkreuz erhielten folgende Soldaten der deutschen Wehrmacht: Hauptmann U b b e n. Gruppenkommandeur in einem Jagdgeschwader, als 80. Soldat; ferner Oberleutnant Ostermann, Staffelpatän in einem Jagdgeschwader, als 81. Soldat; Hauptmann Eckerle, Gruppenkommandeur in einem Jagdgeschwader, als 82. Soldat; Oberleutnant Wolf-Dieter Huy, Staffelpatän in einem Jagdgeschwader, als 83. Soldat, und Leutnant Hans S t r e l o w, Flugzeugführer in einem Jagdgeschwader, als 84. Soldat der deutschen Wehrmacht.

Unter den zahlreichen Ritterkreuzträgern dieses Monats verdienen hervorgehoben zu werden Vizeadmiral Otto C i l i a x, Befehlshaber der Schlachtschiffe, und Kapitän zur See Kurt Hoffmann, Kommandant des Schlachtschiffes „Scharnhorst“. Vizeadmiral Ciliax erhielt die hohe Auszeichnung für seine zu den kühnsten Taten der Seegeschichte gehörende Unternehmung im Kanal, bei der er die Schlachtschiffe umsichtig und mit größtem Schneid geführt hatte. Kapitän zur See Hoffmann hat seit Beginn des Krieges bei allen Feindoperationen hervorragende Tapferkeit und größten Schneid bewiesen; er zeigte auch seine außerordentliche Einsatzbereitschaft und persönliche Unerschrockenheit beim Seegefecht im Kanal.

Eine Auszeichnung, die bisher einmalig ist, erhielt der Kriegsbericht der Luftwaffe Leutnant Fritz Dettmann. Als Beobachter in einem Kampfgeschwader erhielt er als erster Kriegsbericht der Deutsche Kreuz in Gold. Leutnant Dettmann, der in selten hervorragender Weise den Typ des deutschen Kriegsberichters verkörpert, besitzt das EK II und EK I sowie die goldene Frontflugsperre.

Eine hohe Anerkennung des spanischen Beitrages zum Kampf gegen den Bolschewismus liegt in der Verleihung des Ritterkreuzes an den Kommandeur der spanischen Freiwilligendivision Generalleutnant Munoz Grande. In der Begründung zur Verleihung wird gesagt, daß der General die Seele des Widerstandes der spanischen Truppen sei. Seine tatkräftige Führung und die Tapferkeit seiner Kameraden erwies sich bei der Durchführung entscheidender Abwehrkämpfe als von höchster Bedeutung.

Verschiedene Beförderungen verdienter Generale wurden im Laufe des März durch den Führer vorgenommen. Zu Generalobersten wurden befördert am 1. März General der Flieger von Richthofen, am 8.

83 März General der Infanterie von Manstein, am 9. März der Chef des Generalstabes der Luftwaffe General der Flieger Jeschonnek und am 16. März die Generale der Panzertruppe Reinhard und Schmidt.

Am 30. März beging Generalfeldmarschall Milch, Staatssekretär der Luftfahrt und Generalinspekteur der Luftwaffe, seinen 50. Geburtstag. Mit Freude und Stolz blickte an diesem Tage der Jubilar auf ein seit 27 Jahren im Dienste der Fliegerei vollbrachtes und an Erfolgen überreiches Leben zurück. Der Führer übermittelte dem Generalfeldmarschall sein Bild mit einer herzlich gehaltenen Widmung und übersandte ihm ein Handschreiben, in dem er der hohen Verdienste und der verantwortungsvollen

Arbeit des Feldmarschalls gedachte. — Der Reichsmarschall sprach seinem bewährten Mitarbeiter und treuen Waffenkameraden seine eigenen Glückwünsche und die der gesamten Luftwaffe aus.

Am 22. März beging Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, einer der hervorragendsten Heerführer dieses Krieges, das 50jährige Jubiläum seines Eintritts in die Armee. Der Führer ließ durch seinen Chefadjutanten dem Feldmarschall seine Glückwünsche übermitteln; in einem Handschreiben würdigte er die Verdienste des Jubilars.

Am 12. März beging der Reichsminister des Innern, Dr. Wilhelm Frick, seinen 65. Geburtstag. Als einer der ersten Mitkämpfer des Führers ist er zugleich Fachminister von hohen Qualitäten. Dr. Frick ging aus der Laufbahn des bayerischen Verwaltungsbeamten hervor. Nach dem Kriege tat er Dienst im Münchener Polizeipräsidium unter Poehner. Als Teilnehmer des Münchener Aufstandes 1923 wurde der damalige Oberregierungsrat Frick zu fünfviertel Jahren Festung verurteilt. 1924 wurde Dr. Frick Reichstagsabgeordneter der NSDAP, deren Fraktionsführer er heute noch ist. 1930 wurde er der erste nationalsozialistische Minister in Deutschland, und zwar Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen. Bei der Machtübernahme übernahm er das Reichsministerium des Innern. In diesem Ministerium hat Dr. Frick die Reichsreform angebahnt. Die Neuformung des Beamtenrechts und des Gemeinderechts sind besondere Marksteine seines Schaffens. Die Wiedergewinnung deutschen Lebensraumes im Frieden und im Kriege stellte den Minister vor neue Aufgaben, die sich in den Kriegsaufgaben der staatlichen Verwaltung noch weiter ausdehnten. Seit Kriegsbeginn ist Dr. Frick Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung. Ihm untersteht die einheitliche Führung der nicht-militärischen Verwaltungen, mit Ausnahme der wirtschaftlichen. Seine Kompetenz greift daher heute weit über das eigentliche Reichsministerium des Innern hinaus.

84 Dr. Frick blickt an seinem 65. Geburtstag auf ein Lebenswerk zurück, das schon der Geschichte angehört. In der Kampfzeit, in den Friedensjahren und im Kriege hat er sich als einer jener Männer bewährt, die in der ersten Reihe um den Führer Großes für Deutschland geleistet haben. — Unter den zahlreichen Ehrungen, die Reichsminister Dr. Frick an diesem Tage zuteil wurden, steht der Glückwunsch des Führers, den SS-Gruppenführer Schaub überbrachte, an erster Stelle. Fast alle führenden Männer des nationalsozialistischen Deutschlands aus Staat, Partei und Wehrmacht gratulierten dem Minister;

zahlreiche hohe Persönlichkeiten des Auslandes sprachen ihm ebenfalls ihre Glückwünsche aus. In einer Feierstunde im Ministerium würdigte Staatssekretär Pfundtner das Wirken des Ministers. An der Spitze einer größeren Abordnung von Reichsstatthaltern und Oberpräsidenten erschien Reichsstatthalter General Ritter von Epp, der, wie Reichsarbeitsführer Hierl für den RAD, die herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck brachte.

Um den wachsenden Erfordernissen der Rüstung im Rahmen des Vierjahresplanes die notwendige Geltung zu verschaffen, hat der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches als Beauftragter für den Vierjahresplan den Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Parteigenossen Speer, zum Generalbevollmächtigten für die Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan ernannt.

In der deutschen Ernährungswirtschaft wurden im März einschneidende Maßnahmen getroffen. Am 18. März erließ Reichsmarschall Göring einen Aufruf an das deutsche Landvolk, worin er, ausgehend von dem besonders schweren und langanhaltenden Winter, das deutsche Landvolk aufforderte, im kommenden Jahre die höchsten Leistungen zu vollbringen. Der Reichsmarschall verspricht, alle noch auf dem Lande und in den Landstädten einsatzfähigen Arbeitsreserven für die Landwirtschaft heranzuziehen. Eine neue Verordnung werde diesen zusätzlichen Arbeitseinsatz auf dem Lande regeln. Auch Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten des Ostens würden zur Unterstützung herangezogen werden. Für die Bereitstellung von Düngemitteln sei gesorgt. Auf der Reichsbahn rollten für den Transport von Dünger und Saatgut alle nur verfügbaren Waggons. In der Treibstoffzuteilung seien zugunsten der Landwirtschaft in allen Gewerbebezügen der übrigen Wirtschaft erneut starke Abstriche gemacht worden. Der im Kriege stark abgedrosselten Landmaschinenindustrie seien zur vermehrten Produktion besondere Rohstoffkontingente zugeteilt worden. Die Ersatzteilbeschaffungswerkstätten hätten zur Ermöglichung der Reparaturen eine besondere Förderung erfahren. Der Aufruf des Reichsmarschalls schließt mit dem Hinweis, daß die Arbeit des Land

85 volks genau so kriegsentscheidend wie der Kampf und Sieg des deutschen Soldaten vor dem Feinde sei. (Siehe Seite 70.)

Am Tage darauf, am 19. März, veröffentlichten Presse und Rundfunk eine Verordnung des Reichsernährungsministeriums, nach der in der 35. Zuteilungsperiode vom 6. April an eine Verringerung der Rationen von Brot, Fett und Fleisch eintrete. Die Abstriche sind im einzelnen nicht sehr groß, im Ver-

hältnis zu den an sich nicht sehr reichlichen Zuteilungsmengen dennoch recht spürbar. Die Brotration der Kinder und Jugendlichen von 6 bis 20 Jahren sowie die Brotzulagen der Schwer-, Schwerst-, Lang- und Nachtarbeiter bleiben unverändert. Dagegen wird die Brotration der Normalverbraucher um wöchentlich 250 Gramm und die Brot ration der Kinder bis zu 3 Jahren um 200 Gramm wöchentlich gesenkt. Der Normalverbraucher erhält von nun an 2000 Gramm Brot in der Woche. Das sind, gemessen an den Rationen anderer europäischer Völker, noch sehr beachtliche Mengen. Die Fleischrationen werden beim Normalverbraucher ebenfalls um 100 Gramm gekürzt, die der Kinder um 50 Gramm. Der Normalverbraucher erhält in Zukunft 300 Gramm Fleisch wöchentlich. Die Fett rationen werden für die Zuteilungsperiode (4 Wochen) beim Normalverbraucher um 250 Gramm, bei Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren um 125 Gramm gekürzt. Die Gesamtfett rationen der Kinder bis zu 14 Jahren und die Fettzulagen der Lang- und Nachtarbeiter bleiben unverändert. Das sind im wesentlichen die Abstriche, die nach Erklärung von maßgeblicher Stelle gemacht werden müssen, um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte zu gewährleisten. Zwei Gründe sind es besonders, die am Ende des dritten Kriegswinters eine Anpassung der Lebensmittelrationen an die gegebenen Deckungsmöglichkeiten erforderlich machen: die nur gerade durchschnittlichen Ernten der beiden letzten Jahre nicht nur in Deutschland allein, sondern in fast ganz Europa und der infolge des Krieges erheblich gestiegene Bedarf (siehe S. 140). In einem Aufsatz „Sicherung der Zukunft“ schildert der Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Backe, die Gründe für die eingetretene Verknappung. Es sind im wesentlichen folgende: Die Verstärkung der Wehrmacht brachte eine Steigerung des Nahrungsmittelbedarfs für die Armee. Die Vergrößerung der Rüstung hat die Vermehrung der Zahl der Schwer- und Schwerstarbeiter, der Lang- und Nachtarbeiter gebracht. Etwa 2,5 Millionen ausländische Arbeitskräfte wurden zum Ersatz deutscher Arbeiter, die zum Kriegsdienst eingezogen sind, der deutschen Industrie zur Verfügung gestellt. Sie müssen ernährt werden, wie auch für mehrere Millionen Kriegsgefangene ein bestimmtes Quantum an Nahrung vorhanden sein muß. An die Arbeiterschaft der für uns arbeitenden Industrie der besetzten Gebiete mußten wir Lebensmittelzuschüsse, vor allem Brotgetreide, abgeben. Und schließlich verpflichtete uns das Gebot der Treue, dem heldenhaft kämpfenden Finnland bei der Überwindung seiner Ernährungsschwierigkeiten zu helfen. Niemand in Deutschland wird sich diesen Argumenten verschließen. Jeder aber wird fordern, daß der Lebensmittelhandel in den vorgeschriebenen Bahnen verläuft, daß Wucher- und Schiebertum rücksichtslos bekämpft werden.

Zu diesem Thema hat Reichsminister Dr. Goebbels in der Zeitschrift „Das Reich“ gegen Ende des Monats sehr eindeutig und klar das Wort ergriffen: „Im Kriege gehören alle Waren und Lebensmittel dem ganzen Volke. Sie müssen deshalb gleichmäßig und gerecht verteilt werden. Wer sich gegen diesen Grundsatz versündigt, schädigt die Versorgung der Gesamtheit. Der Bauer, der Kaufmann, der Handwerker müssen sich dessen bewußt sein. Das Gefühl für Recht und Unrecht bei jedermann ist die sicherste Garantie einer befriedigenden Verteilung. Die deutsche Hausfrau erwarte und verlange vom Verkäufer nur, was ihr zusteht, die Hingabe von Überpreisen und Schmiergeldern ist ihrer nicht würdig und außerdem strafbar. Tauschhandel, Schleichhandel, Wucher, Preisüberbietung und Bestechung werden bestraft. In besonders schweren Fällen werden Vermögenseinziehung und Todesstrafe verhängt.“ — Die deutschen Gerichte haben gezeigt, daß es ihnen Ernst ist mit der Verfolgung solcher allgemein als gültig anerkannten Regeln. Sondergerichte haben in verschiedenen Orten des Reiches für Lebensmitteldiebstähle und Verschleudungen die Todesstrafe verhängt. Die Veröffentlichung solcher Urteile ist vom Volke einhellig begrüßt worden.

Das deutsche Volk steht heute auf dem Standpunkt, daß der Krieg gewonnen werden muß, und zwar um jeden Preis. Diesem fanatischen Willen verlieh Dr. Goebbels Ausdruck in einer Rede, die er am 23. März an der alten Kampfstätte der Berliner Bewegung im großen Saalbau des Friedrichshains vor dem Führerkorps der Partei des Gaues Berlin hielt. Wenn im dritten Weltkriegsjahr das deutsche Volk weithingehend die Meinung vertreten habe, „Frieden um jeden Preis“, dann laute jetzt die Losung „Sieg um jeden Preis“. Dr. Goebbels zeichnete in seiner Rede ein großzügig geschautes Bild der gegenwärtigen politischen und militärischen Lage. Er zeigte auf, wie alle Hoffnungen der Gegner schmählich enttäuscht worden seien, das deutsche Volk aber nach neuer Kraftsammlung vorbereitet sei für endgültige und große Entscheidungen.

Nicht nur auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft, sondern auch auf anderen Gebieten wurden im März kriegsmäßige Einschränkungen verfügt. Vor allen Dingen sind im Bereich des Reiseverkehrs weitgehende Einschränkungen durchgeführt worden. Das Jahr 1941 hat für die Reichsbahn eine erneute ge-

87 waltige Steigerung ihrer Verkehrsaufgaben gebracht. Die Anforderungen der Wehrmacht und Kriegswirtschaft schwollen an. Die Transporte nach dem Osten, die plötzliche Umstellung nach dem Südosten forderten von der Reichsbahn eine ungeheure Elastizität und Einsatzbereitschaft. Zu den rein militärischen Aufgaben kamen auch noch im Innern des Landes diejenigen des Verkehrs mit kriegs- und lebenswichtigen Wirtschaftsgütern. Diese starke Beanspruchung des rollenden Materials hat Staatssekretär Kleinmann veranlaßt, am 11. März vor den Leitern der Reichspropagandaämter und den Reichsrednern der Partei einen eindringlichen Appell zur Drosselung des privaten Reiseverkehrs auszusprechen. (Siehe Seite 155.)

In einem Erlaß an die Öffentlichkeit ging Reichsminister Dr. Goebbels in dieser Frage am 22. März noch weiter. Er richtete an die Bevölkerung die kategorische Aufforderung, jede nicht notwendige oder ausreichend begründete Reise unter allen Umständen zu unterlassen. Reisende, die entgegen dieser Aufforderung die mit kriegswichtigen Transporten überlastete Reichsbahn zum Vergnügen benutzen, haben Strafen, bei schweren Verstößen Überführung in ein Konzentrationslager zu gewärtigen. Berufsreisende oder Personen, welche nach Anordnung des Staatssekretärs für Fremdenverkehr vom 26. November 1941 berechtigt sind, ein Heilbad oder anerkannten Erholungsplatz aufzusuchen, werden aufgefordert, ihre Reise nur dann anzutreten, wenn sie mit einwandfreien Ausweispapieren versehen sind. (Siehe Seite 71.)

Auch auf dem Gebiet der Bauwirtschaft wurden im März hohe Strafen verhängt wegen Umgehung der Vorschriften über Einschränkung des Bauens. Am 19. März veröffentlichte die deutsche Presse ein Urteil, das auf Veranlassung von Reichsminister S p e e r gefällt wurde. Nach dieser Meldung sind ein Bauunternehmer, weil er an seinem eigenen Wohnhaus einen Wintergarten und ein Schwimmbad bauen ließ, ein Oberbaurat, weil er an ihm unterstellten stillgelegten Bauten weiterbauen ließ, und ein anderer Baurat, weil er in friedensmäßiger Weise weitergebaut hat, zu Freiheitsstrafen bzw. zu hohen Geldstrafen verurteilt worden. Nicht nur der Soldat an der Front, auch die Verantwortlichen in der Heimat müssen Disziplin wahren und jede Maßnahme vermeiden, die die Kriegswirtschaft, wenn auch im kleinen, zu stören geeignet sei.

Die Frage des Arbeitseinsatzes hat sich nach und nach zu einer der lebenswichtigsten Fragen des kämpfenden Volkes herausgebildet. Nur eine starke und sichere Hand kann hier das Richtige tun. Der Führer hat, so wurde am 28. März gemeldet, einem seiner bewährtesten Mitarbeiter umfassende Voll-

88 macht gewährt. Er ernannte den Reichsstatthalter und Gauleiter Fritz S a u c k e l zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. In dieser Eigenschaft ist Reichsstatthalter Sauckel dem Reichsmarschall unmittelbar unterstellt. Sein Auftrag erstreckt sich auf die Regelung des Einsatzes sämtlicher verfügbarer Arbeitskräfte einschließlich der angeworbenen Ausländer und der Kriegsgefangenen, insbesondere in der Kriegs- und Ernährungswirtschaft, sowie auf die Mobilisierung aller noch unausgenutzten Arbeitskräfte. Gauleiter Sauckel wird auf seinem neuen Tätigkeitsgebiet eng mit dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition zusammenarbeiten. Im Zuge dieser Neuordnung geht die Tätigkeit der bisherigen Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz des Vierjahresplans, die Beschaffung und Verteilung der Arbeitskräfte sowie die Regelung der Arbeitsbedingungen auf den Generalbevollmächtigten über. Der Reichsmarschall hat dem Staatssekretär Syrup für seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit seinen Dank und seine Anerkennung ausgesprochen. (Siehe Seite 123.)

Trotz dieser Erschwernisse, die der Krieg auf mancherlei Gebieten zwangsweise mit sich bringt, glaubt das deutsche Volk felsenfest an den Sieg und tut auch in der Heimat alles, um ihn herbeizuführen. Sichtbarster Ausdruck dessen ist das glänzende Ergebnis des am 8. März durchgeführten 7. und letzten Opfersonntags im Kriegs-WHW 1941/42. Er beweist mit seinem Ergebnis von 37817306,05 RM, dem bisher höchsten Ergebnis eines Opfersonntags, die ungebrochene Kraft der deutschen Heimat. Gegenüber dem Vorjahr hat diese Sammlung eine Erhöhung um 36,23 v. H. ergeben, das sind insgesamt über 10 Millionen RM mehr als im Vorjahr.

Am 22. März hatte die deutsche Jugend im ganzen Reich mit der Verpflichtung der Jugend, mit der die 14jährigen Jungen und Mädchen in die Hitlerjugend und in den Bund deutscher Mädchen aufgenommen wurden, ihr großes und festliches Erlebnis. Die bedeutendste der vielen örtlichen Feierstunden war die Reichsfeier im Deutschen Opernhaus zu Berlin, bei der Reichsjugendführer Artur A x m a n n zu seinen Kameraden und Kameradinnen über den abgeschlossenen Lebensabschnitt und über die vor ihnen liegenden Aufgaben und Verpflichtungen sprach, die sich aus ihren Pflichten gegenüber dem deutschen Volk in diesem Schicksalskampf ohnegleichen ergeben. Vorher richtete der stellvertretende Gauleiter G ö r l i t z e r einen Appell an die Berliner Jugend. Mit besonderer Betonung hatte die Partei

die Übernahme der Jungen und Mädels aus Jungvolk und Jungmädelschaft in die Hitlerjugend und den BDM zu einer bedeutsamen Feier gestaltet. Der Tag, an dem die junge Generation auf den Führer verpflichtet wird, soll in der Erinnerung dieser heranwachsenden jungen Menschen als ein großes Ereignis, als eine lichte Erinnerung

89 stunde stehen und alles überstrahlen, was ihnen sonst von der Schule und anderer Seite gegeben werden kann. Zum ersten Male nahmen in diesem Jahre auch Eltern und Erzieher an dieser feierlichen Verpflichtung teil.

Der gleiche Rhythmus des pulsierenden Lebens, wie er in der steten Wiederkehr gleicher Formen an allen Orten des Großdeutschen Reiches zum Ausdruck kommt, hat etwas Imponierendes, Mitreißendes. So hinterläßt es tiefen Eindruck, wenn man hört, daß auch im Generalgouvernement die Verpflichtungsfeiern der Jugend in gleicher Weise vorgenommen wurden. Hier sprach der Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank zu den Jungen und Mädeln. Er richtete ihre Blicke auf Führer, Volk und Reich, verlangte von ihnen einen unerschütterlichen Mut zum Ideal des nationalsozialistischen Glaubens und eine unbesiegbare Tapferkeit zum Bestehen des harten Lebenskampfes in diesem Räume. Er forderte von ihnen eine bewußte Vertiefung der seelischen und geistigen Kräfte, denn die Vergrößerung des deutschen Lebensraumes verlange auch eine größere Charakterstärke und mutvollere Menschen sowie höhere Fähigkeiten.

Am Tage vorher wurde der erste Jahrgang der Adolf-Hitler-Schulen bei einem Schlußappell auf der Ordensburg Sonthofen in das Leben und den Beruf entlassen. Hier nahmen an der Feier Reichsleiter Dr. L e y und Reichsleiter von Schirach teil. Die eindrucksvolle Feier, bei der auch beachtenswerte musische Leistungen von den Schülern zu Gehör gebracht wurden, atmete den Geist einer neuen Erziehung, die die Ausbildung des einzelnen zur geschlossenen Führerpersönlichkeit als Ziel ihrer Bemühungen erstrebt. Reichsleiter von Schirach erinnerte an den Tag, da die nunmehr Erwachsenen als Pimpfe bei der Gründung der Schulen vor ihm und Dr. Ley gestanden hätten. Er sprach davon, daß er von den im Frieden zur Entlassung gelangenden Jahrgängen noch größere Leistungen werde verlangen müssen. Der Name des Mannes, den sie trügen, verpflichte Lehrer wie Schüler gleichermaßen, niemals mit sich selbst und dem Erreichten zufrieden zu sein. In seinem Schlußwort wies Dr. Ley darauf hin, daß mit den Adolf-Hitler-Schulen eines der schönsten Werke der Partei, ein Werk von revolutionärer Tiefe geschaffen wurde. „Unsere Feinde hatten gehofft, daß mit uns der Nationalsozialismus aussterben werde. Sie haben sich verrechnet. Ihr wachst heran, Ihr werdet die Fahne weitertragen und die Führung der Partei für alle Zeiten sichern.“

Von reger Lebendigkeit war das propagandistische Wirken zahlreicher führender Männer der Partei im Monat März. Reichsminister Dr. Goebbels sprach mehrmals in diesem Monat vor den verschiedensten Gremien. Am 6. März sprach der Minister vor einem größeren Kreis von Offizieren der Panzertruppe auf

90 einem Truppenübungsplatz. Der Minister gab dem Offizierkorps einen umfassenden Überblick über die Gesamtlage des Reiches und entwickelte ihnen an Hand von Beispielen Grundsätze und Arbeitsweise der nationalsozialistischen Nachrichtenpolitik und Propaganda in der weltpolitischen Auseinandersetzung der letzten Jahre. — Kaum eine Woche später sprach der Minister in Erinnerung an den Befreiungstag der Donau- und Alpengaue im März 1938 vor Hunderttausenden in Wien, Graz und Linz. Auf dem Boden, von dem aus eine kleine Clique erneut den Kampf gegen die Einheit des Reiches hatte beginnen wollen, schilderte Dr. Goebbels das große Werk der Einigung aller deutschen Stämme, das der Führer und die nationalsozialistische Bewegung vollendet haben. Die Kundgebungen wurden zu einem einzigen Bekenntnis des unwandelbaren Glaubens an den Führer und des Willens zum Siege. — Auch Dr. L e y führte die Reihe seiner Betriebsappelle im März weiter fort. Am 10. März sprach er in verschiedenen Rüstungsbetrieben der westlichen Gaue. In der großen endgültigen Auseinandersetzung dieses Krieges habe das gesamte deutsche Volk eine gewaltige Kraftprobe zu bestehen. Niemand sei davon ausgenommen. Jedes Mannes Arbeitskraft und Treue, jeder Frau Einsatzbereitschaft und Opfermut sowie der Jugend begeisterungsfähige Kraftentfaltung und kämpferisches Wollen, alle Energien der Menschen, der Politik, der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens seien auf das einzige Ziel der Sicherung des Sieges ausgerichtet. „Der Sieg bedeutet für uns Sicherstellung des täglichen Brotes für alle Zeiten. Dafür bluten unsere Soldaten, dafür arbeiten unsere Arbeiter.“ Gegen Ende des Monats sprach Dr. Ley im oberschlesischen Bergbauggebiet. Hier ließ sich Dr. Ley unter Tage mit einem erstmalig im oberschlesischen Bergbau eingeführten Panzerpflug mit Querraumförderung bekannt machen. Er überzeugte sich vor Ort von der Leistungsfähigkeit dieser mechanischen Kohlenge-

Kreise von leitenden Kräften kriegswichtiger Bergbaubetriebe hielt Dr. Ley einen zündenden Appell ab. Er forderte, daß Deutschland trotz Krieg und Einschränkungen aller Art den Vorsprung vor den Feindmächten innehalten müsse.

Zu Beginn des Monats sprach der Stabschef der SA Viktor L u t z e in Magdeburg aus Anlaß des 10. Gründungstages der SA Gruppe Mitte. Der Stabschef erinnerte zunächst an den alten Kämpfer, der, ohne Mittel und ohne Waffen, aber unbeirrbar in der Idee und in seinem felsenfesten Glauben an den Führer sich opferbereit für die Erneuerung Deutschlands einsetzte, bis die SA als Sieger durch das Brandenburger Tor marschieren konnte. Jetzt sei Großdeutschland angetreten, um den gleichen Kampf gegen die ganze alte Welt zu bestehen.

91 Auch hier müsse sich der alte SA-Mann in gleicher Weise wieder einsetzen, nicht mit einem Lippenbekenntnis, sondern mit der Tat.

Auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung ist es der deutschen Wissenschaft, wie Reichsgesundheitsführer Dr. C o n t i am 27. März in einem Artikel des „Völkischen Beobachters“ mitteilte, gelungen, dem Fleckfieber seine Gefahr zu nehmen. Um nicht weniger als 70 v. H. sind die Neuerkrankungen im März des Jahres 1942 gegenüber den Neuerkrankungen des Monats Dezember 1941 zurückgegangen. Das Reich ist während der ganzen Wintermonate vom Fleckfieber so weitgehend freigebieben, daß von einer Seuche ins Reichsgebiet überhaupt nicht gesprochen werden kann. Lediglich Einzelherde und beschränkte Gruppenerkrankungen, die sofort isoliert wurden, sind festgestellt worden. Deutsche Sanitätsoffiziere, unter ihnen von Prowazek, haben sich große Verdienste um die erfolgreiche Bekämpfung dieser Krankheit bemüht. Prowazek selbst und zahlreiche andere Ärzte bezahlten ihre Forschungen mit dem Leben. Dr. Conti weist mit Recht darauf hin, daß die gelungene Bekämpfung des Fleckfiebers dem Gegner eine seiner Hoffnungen genommen hat. Mit der Bannung dieser Seuchengefahr aus dem Osten habe Deutschland erneut eine europäische Aufgabe erfüllt.

Auf dem Gebiete der Gesundheitsführung ist eine Maßnahme des Reichsführers SS von Bedeutung, der den SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Prof. Dr. Grawitz, Geschäftsführenden Präsidenten des Roten Kreuzes zum Reichsarzt SS und Polizei ernannt hat.

In einem feierlichen akademischen Festakt an der Technischen Hochschule in Breslau wurde durch Reichsminister Rust am Anfang des Monats ein „Institut für die chemische Technologie synthetischer Fasern“ eingeweiht. Dies Institut ist das erste seiner Art und unterstreicht die Stellung Schlesiens als führendes Textilland in Deutschland.

Ebenfalls anfangs des Monats wurde im Zusammenhang mit einer Tagung des Internationalen Kongresses für Kurzschriftwesen in Salzburg ein „Institut für Kurzschriftwesen“ in der Mozartstadt aus der Taufe gehoben. In Anwesenheit zahlreicher Ausländer, unter ihnen eine besonders starke Abordnung Italiens, wurde das Institut seiner Bestimmung zugeführt.

In Gegenwart zahlreicher deutscher und belgischer Persönlichkeiten wurde am 16. März im Brüsseler Kulturpark-Museum die Ausstellung „Deutsche Größe — Bilder aus deutscher Vergangenheit“ feierlich eröffnet. In Prag und in einigen Städten des Reiches ist diese Ausstellung schon mit großem Erfolg gezeigt

92 worden. Sie ist ihrem Aufbau und ihrem Inhalt nach hervorragend geeignet, die gesamteuropäische Aufgabe des Reiches im Laufe seiner geschichtlichen Entwicklung darzustellen, sie soll, wie Reichsamtsleiter Hagemeyer vom Amt Rosenberg erklärte, den belgischen Besucher davon überzeugen, wie notwendig es ist, daß auch sein Land hineinwächst in die Einheit des europäischen Kontinents.

Am 3. März 1942 wurde im Ufapalast am Zoo in der Reichshauptstadt in Gegenwart von Reichsminister Dr. Goebbels der Veit-Harlan-Film der Tobis „Der große König“ unter großem Beifall uraufgeführt. Die deutsche Filmkunst hat damit erneut ein Werk geschaffen, das ebenso eine künstlerische Spitzenleistung wie eine politische Tat darstellt. Denn das Werk stellt aus der großen Vergangenheit eine beispielhafte Episode in eine große Zeit hinein. Der Führer hat Otto Gebühr, den Träger der Titelrolle dieses Films, zum Staatsschauspieler ernannt. Reichsminister Dr. Goebbels hat den Film durch das höchste Prädikat „Film der Nation“ ausgezeichnet; der deutsche Filmring, der mit diesem Prädikat verliehen wird, wurde dem Regisseur Veit Harlan zuerkannt, nachdem diese Auszeichnung bisher Emil Jannings für den Film „Ohm Krüger“ und Gustav Ucicky für den Film „Heimkehr“ erhalten hatten.

Reichsminister Dr. Goebbels versammelte am 25. März 1942 die hervorragendsten Vertreter des Berliner Kulturlebens in seinem Ministerium und besprach mit ihnen aktuelle Fragen des kulturellen Schaffens der Reichshauptstadt. In seiner Ansprache gab er bekannt, daß er für die besonderen kultu-

rellen Kriegsbedürfnisse der Reichshauptstadt ein Generalreferat unter Oberregierungsrat Scherler eingerichtet habe. In der Reichshauptstadt lebe eine Bevölkerung, die mit besonderer weltstädtischer Aufgeschlossenheit, Aufnahmebereitschaft und sicherem künstlerischen Urteil dem kulturellen Leben in allen seinen Regungen und Schattierungen gegenüberstehe. Daran habe der Krieg nicht nur nichts ändern können, sondern das kulturelle Bedürfnis der Reichshauptstadt sei in seinem Verlaufe im Gegenteil erheblich gestiegen. Dieser Tatsache müsse von allen beteiligten Stellen in vermehrtem Umfange Rechnung getragen werden. Unser kultureller Bestand dürfe während des Krieges in gar keiner Weise zu Schaden kommen.

Einer der bedeutendsten Chöre im Großdeutschen Reich, der Bruno Kittelsche Chor, konnte im Laufe dieses Monats auf sein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Am 19. und 20. März beging der Chor dieses Jubiläum durch zwei Festkonzerte, das eine unter Bruno Kittel, das andere unter Wilhelm Furtwängler. Der Führer sprach dem Chor in anerkennender Würdigung seines für das Berliner Musikleben bedeutsamen Wirkens telegraphisch die herzlichsten Glückwünsche aus. Reichsminister Dr. Goebbels teilte in

93 seinem Glückwunschtelegramm Prof. Bruno Kittel mit, daß er sich entschlossen habe, angesichts der großen künstlerischen Bedeutung, die der Kittelsche Chor besonders in Zusammenarbeit mit dem Berliner Philharmonischen Orchester gewonnen habe, den Chor unmittelbar in die Obhut und Betreuung des Reiches zu nehmen und damit sein Bestehen auch für alle Zukunft zu sichern.

Noch ein zweites Jubiläum ähnlicher Art fiel in den Monat März: Am 28. d. M. jährte sich zum 100. Male der Tag, an dem das von Otto Nicolai gegründete Orchester der Wiener Philharmoniker sein erstes Konzert im Redoutensaal der Wiener Hofburg gab. Eine Reihe festlicher Veranstaltungen, vor allem Konzerte des Orchesters unter Wilhelm Furtwängler, Clemens Krauß, Hans Knappertsbusch, Karl Böhm und Richard Strauß hoben die Bedeutung dieses Gedenktages würdig hervor.

Am 17. und 18. März hatten der Königl. Italienische Minister für Volkskultur, P a v o l i n i, und Reichsminister Dr. Goebbels in München eingehende Besprechungen über kulturelle Fragen der beiden Völker. Das nach außen sichtbare Ergebnis der Verhandlungen wird eine weitere Befestigung der Beziehungen sein, die die Achsenmächte auch auf kulturellem Gebiet verbinden. — Am 19. März wurde im Kronprinzenpalais in Berlin eine große spanische Kunstausstellung durch den spanischen Botschafter Exe. Graf Mayalde feierlich eröffnet. Die Ausstellung vermittelt einen interessanten Einblick in das reichhaltige, lebensprühende Kunstschaffen der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart Spaniens.

Am 13. März berichtete die deutsche Presse, daß in Kassel, der Stadt der Reichskriegertage, auf Anordnung des Reichskriegertageführers, General der Infanterie, ^-Obergruppenführer Reinhardt ein Reichskriegermuseum geschaffen werden wird. Es soll ein Spiegelbild des NS-Reichskriegerbundes sein und die Pflege der übernommenen Tradition und den Austausch des soldatischen Erlebens fördern.

Am 10. März feierte ein Soldat seinen 75. Geburtstag, dessen Name für immer mit der Geschichte der deutschen Militärfliegerei verknüpft bleiben wird: es ist dies der General der Flieger von der Lieth-Thomsen, der im Weltkrieg der erste Chef der deutschen Luftwaffe gewesen ist. Ihm ist es zu verdanken, daß sich die deutsche Luftwaffe bereits während des Weltkrieges zu einem Kriegsinstrument allerersten Ranges entwickelt hat. General von der Lieth-Thomsen, der auch noch heute trotz seiner Erblindung in aktivem Kontakt mit der Luftwaffe steht, konnte mit der Schaffung der deutschen Luftwaffe die Vollendung seines Werkes erleben. Er sah ihren Aufstieg und ihren Sieg an allen Fronten dieses großen Krieges.

94 Am 31. März vollendete der Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters“, SA-Obergruppenführer Hauptmann Wilhelm Weiß das 50. Lebensjahr. Hauptmann Weiß hat sich um den Aufbau des „Völkischen Beobachters“ große Verdienste erworben. Er gehört zu den ersten Journalisten der Bewegung. Er ist heute Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse. Hauptmann Weiß empfing an seinem Ehrentage die besonderen Glückwünsche des Führers. Reichsminister Dr. Goebbels und Reichspressechef Dr. Dietrich würdigten in persönlich gehaltenen Schreiben die Verdienste dieses bewährten Journalisten der nationalsozialistischen Presse.





95 Der Monat März bezeichnet in unseren Zonen den Übergang vom Winter zum Frühjahr. Er stimmt zum Rückblick auf die sich lösende Erstarrungszeit des Winters und zum Ausblick auf die anhebende Zeit der erwachenden und wiedererwachten Natur.

Auf dem Staatsakt zum Heldengedenktag im Zeughaus hat der Führer am 15. März diesem zwischenzeitlichen Charakter des Augenblicks entsprechend einen Rückblick und einen Ausblick gegeben. Er rief dem deutschen Volk die gewaltigen Leistungen des bisherigen Krieges, vor allem aber die des zu Ende gehenden Winters ins Gedächtnis zurück. Die Herrscher des Kremls hätten gehofft, „in diesem selbst für sie noch nie erlebten Aufstand der Elemente der Natur der deutschen Wehrmacht das napoleonische Schicksal von 1812 zufügen zu können. In übermenschlichem Ringen unter Einsatz der letzten Kraft der Seele und des Körpers haben die deutsche Wehrmacht und die mit uns verbündeten Soldaten diese Prüfung überstanden und damit überwunden. . . . Heute kann es mitgeteilt werden, daß hinter uns ein Winter liegt, wie ihn Mitteleuropa seit über 140 Jahren nicht erlebte. Wahrlich, unsere Soldaten und diejenigen unserer Verbündeten sind in den letzten vier Monaten von der Vorsehung grausam gewogen worden auf ihren wirklichen inneren Wert.“

Damit hat der Führer das übermenschliche Maß von Leistung gewürdigt, das der Winterkrieg von unseren Soldaten gefordert hat. Er hat zugleich unterstrichen, was nun folgen soll: „Die Geschichte wird nun schon in wenigen Monaten festzustellen in der Lage sein, ob das Hineintreiben von Hekatomben russischer Leben in diesen Kampf eine militärisch richtige oder falsche Handlung war. Wir wissen aber eines schon heute: Die bolschewistischen Horden, die den deutschen und die verbündeten Soldaten in diesem Winter nicht zu besiegen vermochten, werden von uns im kommenden Sommer bis zur Vernichtung geschlagen sein.“ Die Befreiung Europas von der Gefahr des Bolschewismus und von jeder Einmischung außerkontinentaler Mächte und schließlich der Aufbau eines gesicherten Friedens bezeichnete der Führer als das Ziel des gegenwärtigen gewaltigen Ringens (siehe Seite 74).

96 Die Kriegslage am Ende des Winters ist auch von der Militärkritik so notorisch feindselig zu Deutschland eingestellter Blätter, wie der „Tribüne de Lausanne“, dahin gekennzeichnet worden, daß die mit größten Opfern durchgeführte sowjetrussische Offensive ihr Ziel nicht erreicht habe. Es sei den Sowjets nicht gelungen, die Hauptstützpunkte der deutschen Front einzunehmen. Man könne deshalb nicht von einer Änderung der strategischen Lage durch die Sowjetoffensive sprechen.

Dafür hat der Winter auf anderen Kriegsgebieten freilich große Überraschungen zuungunsten unserer Feinde gebracht. Die Aufnahme des U-Boot-Krieges an den Küsten der Vereinigten Staaten und im Karibischen Meer hatte schon Mitte März zur Vernichtung von insgesamt 151 feindlichen Handelsschiffen mit zusammen 1 029 000 BRT, darunter 58 Tankern mit 442 000 BRT geführt. Dazu kommen schwere Schiffsverluste, die die italienische U-Boot-Waffe herbeigeführt hat, und weitere im Mittelmeer, in den Gewässern um England, im Fernen Osten und selbst an der Westküste der Vereinigten Staaten.

Die größte Überraschung für unsere Feinde während dieses Winters war jedoch der unerhörte Siegeszug der japanischen Wehrmacht, der diese vor die Tore Australiens und Indiens und zum Verlust der riesigen See- und Inselgebiete zwischen Asien und Australien und zum Anschluß großer Teile des asiatischen Kontinents an Japan geführt hat. Die Feindmächte haben dadurch wertvolle und sogar unersetzliche Rohstoffquellen verloren. Ihre Seeherrschaft ist auf weiten und entscheidend wichtigen Seegebieten beseitigt worden. Im größten Teil des ausgedehntesten der Weltmeere, des Pazifischen Ozeans, ist ihre Schifffahrt unmöglich oder höchst gefährlich geworden. Japans Luft- und Marinewaffe greift die Schifffahrt Englands und der USA in dem ganzen riesigen Gebiet zwischen den Küsten Kaliforniens, Australiens und Indiens an, und der Tag erscheint nahegerückt, wo der gesamte Indische Ozean in ihren Aktionsbereich einbezogen sein wird. Da Deutschlands und Italiens Luftstreitkräfte und Marine außer dem Mittelmeer den gesamten nördlichen und mittleren Atlantik in ihren Bereich gezogen haben, liegt nur noch ein verhältnismäßig kleiner Teil des Weltmeeres außerhalb des Wirkungsbereiches der Waffen der Dreierpaktmächte.

Nichts zeigt den Unterschied der strategischen Lage im gegenwärtigen Kriege gegenüber der des Weltkrieges deutlicher als ein solcher Blick auf den Seekrieg, wie er sich im Laufe der Wintermonate entwickelt hat. Kein Wunder, daß Einschränkungs- und Rationierungsmaßnahmen, die man in den Feindländern als typisch für die Lage bei uns und unseren Verbündeten und als entscheidendes Argument für den eigenen Sieg zu bezeichnen pflegte, nunmehr nicht nur in England, sondern auch in den Vereinigten Staaten

97 an der Tagesordnung sind und auf immer weitere Gebiete von Wirtschaft und Ernährung ausgedehnt werden. Die Vernichtung von gewaltigen Mengen Schiffsraumes hat aber auch eine unmittelbare Bedeutung für die Kriegführung. Nur die Bewegung von Millionenarmeen mit allem notwendigen Kriegsmaterial und die Sicherung ihres Nachschubes über lange Seewege von vielen Tausenden von Kilometern Länge können unseren Kriegsgegnern überhaupt die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens gegen uns verschonen. Wie wollen England und USA die Kontinentalstellung der Achsenmächte und ihrer Verbündeten in Europa angreifen, ohne Millionenheere an den Küsten Europas zu landen? Wie wollen sie Japans bisherige und zukünftige Eroberungen ihm bestreiten, ohne im ostasiatischen Raum Massenheere zum Einsatz zu bringen? Diese Fragen stellen heißt, die Frage nach dem Schiffsraum aufwerfen, der für die Beförderung von großen Armeen über See notwendig ist, ganz abgesehen davon, daß man diesen Schiffsraum gesichert über See bringen, daß man landen und die von den Dreierpaktmächten besetzten ausgedehnten Ländergebiete zurückerobern müßte. Es ist merkwürdig, daß in den Reden der englischen und USA-Politiker und Militärs diese Art der Fragestellung nie vorkommt, ebensowenig in ihrer Presse. Man beschränkt sich vielmehr auf eine allgemeine Phraseologie von ungeheuren Hilfsquellen, über die man angeblich verfügt, über den Faktor Zeit, der auf der eigenen Seite zur Wirkung komme, auf die Rüstungskapazität der Vereinigten Staaten usw. Aber man vermeidet es wohlweislich, das Problem der siegreichen Beendigung des Krieges in seiner Totalität und praktischen Durchführbarkeit zu behandeln, ganz offenbar in der Erkenntnis, daß eine solche Fragestellung das Gegenteil einer propagandistisch günstigen Wirkung haben würde.

Deutschlands und seiner Verbündeten Kriegführung hat somit auch während des Winters im ganzen gesehen die aufsteigende Kurve des Erfolges und Sieges fortgesetzt. Im Osten durch die Härte des Winters zum Verhalten und zur Defensive gezwungen, haben die militärischen Kräfte der Dreierpaktmächte zur See und in der Luft, in Nordafrika und in Ostasien auch zu Lande gewaltige Offensiverfolge errungen. Was während des Winters an materiellen und personellen Vorbereitungen getroffen worden ist, um auch im Osten die Offensivbewegung wieder aufzunehmen, können wir nach den Andeutungen des Führers in seiner Rede am Heldengedenktag nur ahnen. Aber wir wissen, daß die gesamte ungeheure Rüstungskapazität Europas und die Menschenreserven einer Bevölkerung von über 150 Millionen Menschen für die kommenden Offensivaktionen im Osten eingesetzt werden können.

Inzwischen geht die Organisation der eroberten Ostgebiete ihren Gang. Auf die Verkündung einer neu

98 en Agrarordnung im Osten, die dazu bestimmt ist, die Bolschewisierung der Landwirtschaft des Ostens zu beseitigen und die Entwicklung eines gesunden Bauerntums wieder zu ermöglichen, sind am 18. März vom Reichskommissar für die Ukraine die ersten drei Anordnungen zur Neuordnung des Handwerks in der Ukraine erlassen worden. Der Bolschewismus hat das freie Handwerk ebenso vernichtet wie das freie Bauerntum. Auch hier ist ein Neuaufbau unabweisbar. In denselben Tagen wurde durch einen Erlaß des Reichsministers für die Ostgebiete den Generalbezirken Litauens, Lettlands und Estlands eine weitgehende Selbstverwaltung gewährt. Auch hierdurch sollen Kräfte wiedererweckt und zum Einsatz gebracht werden, die durch den Bolschewismus der Vernichtung anheimgefallen waren oder davon bedroht gewesen sind (siehe S. 157).

Neben fünf deutschen Tageszeitungen sind in den Ostgebieten bisher 120 fremdsprachige Zeitungen und Zeitschriften in estnischer, lettischer, litauischer, weißruthenischer, ukrainischer, russischer und tatarischer Sprache ins Leben gerufen worden. Die geistige Führung und Umstellung der riesigen Gebiete, die der Siegeslauf unserer Truppen vom Bolschewismus befreit hat, ist eine nicht minder wichtige Aufgabe als die wirtschaftliche Führung und der Wiederaufbau auf allen Sektoren des materiellen Lebens. Wenn man bedenkt, welche Verhältnisse auf dem Gebiete von Presse und Nachrichtenwesen in dem riesigen europäischen Raum zwischen der gegenwärtigen Ostfront und den Küsten des Atlantischen Ozeans, vom Nordkap bis nach Spanien und bis zu den nördlichen Küsten des Mittelmeeres bestanden haben, als Anfang September 1939 der gegenwärtige Krieg ausbrach, und wie sich diese Verhältnisse inzwischen gewandelt haben, welche Ansprüche an die deutsche Führung sich hinsichtlich des Presse- und Nachrichtenwesens daraus ergaben, so versteht man wieder von einer anderen

Seite her den ungeheuren Wandel, in dem Europa begriffen ist. Ein Gebiet von weit über einer Million Quadratkilometer mit sechzig bis siebzig Millionen Einwohnern ist dem Machtbereich der bolschewistischen Presse- und Nachrichtendiktatur entrissen. Ein Gebiet ungefähr halb so groß an Ausdehnung und Bevölkerung ist der Presse- und Nachrichtenpolitik des polnischen Chauvinismus weggenommen worden. Auf dem gesamten Balkan ist der Presse- und Nachrichteneinfluß englisch-französisch-amerikanischer, demokratisch-parlamentarischer Prägung ausgeschaltet und durch den der Achsenmächte ersetzt worden. In Norwegen, Dänemark und im besetzten Frankreich hat sich Ähnliches vollzogen, und im unbesetzten Frankreich ist, wenn auch nicht so vollständig und eindeutig, dasselbe festzustellen. Auf der Iberischen Halbinsel steht die Presse Spaniens politisch und nachrichtenmäßig eng an der Seite der Achse. Dies bedeutet, daß presse- und nachrichtenpoli-

99 tisch unsere Kriegsgegner aus Europa, wenn man von Schweden und der Schweiz absieht, ausgeschaltet worden sind. Nur in diesen beiden Ländern und in geringerem Maße in Portugal haben Presse- und Nachrichtenpolitik der „Demokratien“ noch freie Betätigungsmöglichkeit, kann sich „Objektivität“ hinsichtlich der Beurteilung des gewaltigen Geschehens, dessen wir Zeuge sind, im Sinne unserer Kriegsgegner geltend machen.

Der Kampf der Waffen, der zugleich ein Kampf der Ideen und ein Kampf um neue Lebensformen ist, hat auch im geistigen Bereich große Wandlungen herbeigeführt oder angebahnt. Erinnert man sich wieder an die Zeit des Weltkrieges, in dem die Zentralmächte auch nachrichten- und pressepolitisch auf einen engen Raum beschränkt waren und „die öffentliche Meinung der Welt“ von ihren Kriegsgegnern beherrscht, d. h. also gegen sie eingesetzt wurde, so ist der Unterschied im gegenwärtigen Kriege wahrhaft aufregend groß. Denn dem presse- und nachrichtenpolitischen Herrschaftsbereich der Achsenmächte und ihrer Verbündeten in Europa entspricht der Japans im ostasiatischen Großraum. Die Sender und die Presse- und Nachrichtenpositionen der Engländer und Amerikaner im gesamten von den Japanern besetzten oder einflußmäßig beherrschten ostasiatischen Großraum, d. h. also zwischen Wladiwostok und Port Darwin und Rangun, sind dem angelsächsischen Einfluß entzogen und in den Dienst von Japans Nachrichten- und Kulturpolitik gestellt worden und wirken aus diesem Großraum heraus auf weitere Räume, besonders auf Indien.

Wenn man sich das einmal auf einer Weltkarte vergegenwärtigt und die oben erwähnten Verhältnisse auf dem Gebiete des See- und Luftkrieges gleichzeitig geographisch verzeichnet, gewinnt man den richtigen Eindruck von der Größe der Erfolge der Mächte des Dreierpaktes im bisherigen Verlauf des Krieges und erkennt das Ausmaß der Verluste unserer Gegner.

Im europäischen Raum sind während des Monats März nicht viele politische Ereignisse zu verzeichnen. Der Abschluß eines Wirtschaftsabkommens mit Italien Mitte März dient dem Zweck, das Programm für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern für ein weiteres Jahr festzulegen. Der Austausch von Rohstoffen, bei dem deutscherseits Kohle, Eisen und Stahl an erster Stelle stehen, soll gesteigert werden. Gleichzeitig wurden auch Abreden über die Versorgung Griechenlands getroffen.

Am 24. März besuchte König Boris von Bulgarien den Führer „und hatte mit ihm eine lange und herzliche Aussprache. Die Besprechung verlief im Geiste der im Weltkrieg begründeten Waffenbrüderschaft und Freundschaft zwischen Deutschland und Bulgarien“, hieß es in der offiziellen Verlautbarung über den

100 Besuch. Der bulgarische Ministerpräsident F i l o f f erklärte am 27. März in der Sobranje: „In dem Ringen, das das Schicksal Europas entscheiden wird, können wir nicht untätig dabeistehen. Ich bin überzeugt, daß das bulgarische Volk, wie in der Vergangenheit, zu allen Opfern und Anstrengungen für die Erhaltung seiner Freiheit und Unabhängigkeit immer bereit sein wird, indem es seinen Verbündeten eine volle Unterstützung in größtmöglichem Ausmaße gewährt. Unser Schicksal ist unlöslich mit demjenigen unserer Verbündeten verwoben. Das Gedeihen unseres Landes kann nicht getrennt von der neuen europäischen Gemeinschaft vor sich gehen. Die erste Bedingung für die Errichtung dieser neuen Ordnung ist die Vernichtung des Bolschewismus, der eine der größten Gefahren für Europa und seine jahrhundertealte Zivilisation darstellt.“

Der neue ungarische Ministerpräsident und Außenminister, Nikolaus von K a l l a y, hat in seinen Programmreden im Unterhaus und Oberhaus am 18. und 19. März ausgeführt, Ungarn kämpfe im gegenwärtigen Krieg in erster Linie für ungarische Interessen. Wenn der Krieg auch in einer Entfernung von mehr als tausend Kilometern ausgefochten werde, so gehe es dabei doch auch um die Verteidigung der ungarischen Grenzen. Die ungarische Nation kämpfe getreu ihrer geschichtlichen Sendung gegen die Gefahr des Bolschewismus. Ferner bedeute die ungarische Außenpolitik Treue und Ausdau-

er an der Seite der Achsenmächte im gemeinsamen Kampf für eine gerechte Ordnung und für das neue Europa.

Rumäniens stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister, Mihail Antonescu, führte in einer Rede in der Bukarester Universität am 19. März aus, niemand dürfe die europäische Gemeinschaft, zu deren Verteidigung der gegenwärtige Krieg geführt werde, als eine Abstraktion bezeichnen. Rumänien habe ebenso wie Finnland am eigenen Leibe erfahren, wo die Abstraktion aufhöre und die Brutalität der Tatsachen beginne. Das von den rumänischen Soldaten an der Seite seiner Verbündeten vergossene Blut enthalte das Bekenntnis, daß, wenn in Europa ein Verteidiger der gemeinsamen Güter auftrete, jedes europäische Volk die Pflicht habe, ihm zu folgen. Die geographische Lage Rumäniens rufe das rumänische Volk heute dazu auf, seine Stellung im neuen Europa durch Arbeit und Opfer zu sichern.

Die Türkei, früher jahrhundertlang Gegner und Gefahr Europas, kulturell und glaubensmäßig ehemals der Feind des Abendlandes, bis sie im 20. Jahrhundert ein neues Gesicht erhielt und sich zum modernen europäischen wandelte, wird durch die Ereignisse in steigendem Maße zur Erkenntnis genötigt, daß ihr

101 Schicksal von dem Europas nicht zu trennen ist, und daß nur der Sieg Europas unter der Führung der Achsenmächte ihren eigenen Bestand als selbständigen nationalen Staat sichern kann. Zwei Ereignisse haben zur Förderung dieser Überzeugung beigetragen: das Attentat auf den deutschen Botschafter von Papen am 24. Februar und seine inzwischen geklärten Hintergründe und das Vordringen des Bolschewismus in dem benachbarten Iran. Noch ist das Urteil gegen die Anstifter des Attentats gegen Herrn von Papen nicht gesprochen. Aber die Spuren führten u. a. in das sowjetische Generalkonsulat in Istanbul, das am 5. März von einem starken Polizeiaufgebot durchsucht wurde. Die Beteiligung sowjetischer Staatsangehöriger an dem Attentat ist erwiesen. Im Zusammenhang mit der Haussuchung im sowjetischen Generalkonsulat in Istanbul wurden über zweihundert türkische Studenten verhaftet, die sich in kommunistischem Sinne betätigt hatten. Nachweislich hatte jeder dieser Verhafteten fünfzig türkische Pfund oder mehr aus Mitteln der Komintern erhalten. Wie schon so oft, hat sich die Komintern also auch in der Türkei mit besonderem Erfolg an das studentische Proletariat gewandt.

Die Ereignisse im benachbarten Iran sind geeignet, in der Türkei das vielfach noch fehlende richtige Verständnis für die wahre Lage des Landes zu fördern. Seitdem England und Sowjetrußland sich durch gemeinsamen völlig unprovokierten Angriff des Irans bemächtigt, den Schah Rezah Khan zur Abdankung gezwungen und unter dessen jugendlichen Sohn eine Schattenregierung ans Ruder gebracht hatten, ist der englische Einfluß in Iran immer weiter zurückgegangen und der bolschewistische gewachsen. Nicht nur ist die ursprüngliche Demarkationslinie zwischen dem englischen und sowjetischen Einflußgebiet zuungunsten der Engländer erheblich weiter nach Südwesten verlegt worden, sondern die Sowjets haben in den von ihnen besetzten Gebieten die Bolschewisierung des Landes nach längst bekanntem Muster in Angriff genommen: Verhaftung, Verschickung und Ermordung aller derer, die nach Herkunft und Stellung Träger der nationalen Tradition und der bisherigen sozialen Gliederung waren, Beseitigung der nationalen Verwaltung, Polizei und Armee, Bewaffnung des Untermenschentums, kurz, die Vorbereitung der Eingliederung des Landes als „autonome Republik“ in die Sowjetunion. Die Agenten der Sowjets aber verbreiten sich bereits über den Irak, Syrien und Palästina. Sowjetische Truppen wurden schon in der Nähe der Ölgebiete von Mossul gemeldet.

102 Kann man sich wundern, daß eine solche Entwicklung in der Türkei mit ernster Besorgnis verfolgt wird? Dieses Herumgreifen des Bolschewismus um das türkische Staatsgebiet und das gleichzeitige Zurückweichen des englischen Einflusses ist geeignet, die bisherigen geographischen und politischen Grundlagen der türkischen Außenpolitik von Grund aus zu erschüttern. Noch am 18. März erklärte der türkische Staatspräsident Ismet I n ö n ü, der Hauptgrundsatz der türkischen Außenpolitik sei die Erhaltung der strikten Neutralität des Landes. Die Türkei sei bereit, diese Neutralität gegen jeden zu verteidigen. In ähnlichem Sinne äußerte sich der türkische Außenminister Saradcoğlu. Die Türkei hat Verträge mit Deutschland und mit England und hatte schon unter Atatürk enge politische Beziehungen mit der Sowjetunion. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Politik nur möglich ist, solange die politischen Kräfteverhältnisse ringsum irgendwie sich in einem Gleichgewicht befinden. Dieses Gleichgewicht droht durch den Vormarsch des Bolschewismus in Iran und im weiteren Mittleren Orient und durch das Zurücksinken des englischen Einflusses sehr zuungunsten der Türkei gestört zu werden. Die bolschewistische Wühlarbeit im Innern der Türkei, deren staatlicher und sozialer Aufbau durchaus antibolschewistisch ist, ist ein weiteres Anzeichen für die veränderte Lage.

Auf der anderen Seite Europas drängt der Gang der weltpolitischen Ereignisse in verwandtem Sinne in ähnlicher Richtung. Das besiegte Frankreich, dessen Regierung in Vichy zwar formell die Zusammen-

arbeit mit Deutschland und die Eingliederung in das neue Europa bejaht, aber immer wieder Einflüssen unterliegt, die gegen diese Politik gerichtet sind und die, wenn nicht auf den Sieg der angelsächsischen Mächte, so wenigstens auf deren Behauptung, d. h. also auf eine Art Vergleichsfrieden zwischen den Kriegsgegnern eingestellt sind, hat im Monat März das Zwiespältige seiner Lage und die Rücksichtslosigkeit seiner früheren Bundesgenossen kräftig zu spüren bekommen.

Am 3. März überfielen englische Bombengeschwader die südwestlichen Vorstädte von Paris, angeblich um Industriewerke, die für Deutschland tätig seien, zu zerstören, während sie in Wirklichkeit Hunderte von Wohnhäusern demolierten und viele Hunderte von Toten und Verwundeten verursachten. Die französische Presse des besetzten und unbesetzten Gebiets und die französische Regierung erhoben sich gegen diese Gewalttat in einmütiger Entrüstung. In London dürfte man sich inzwischen klar geworden sein, daß der Überfall auf Paris ein psychologischer Fehlgriff erster Ordnung gewesen ist.

Das Verhältnis zur Regierung in Vichy und deren künftige Absichten hinsichtlich der immer noch beträchtlichen französischen Kriegsflotte und hinsichtlich gewisser Teile des französischen Kolonialreiches sind in London und Washington eifrig diskutiert worden. Als das Schlachtschiff Dunkerque, das bei dem feigen Überfall der englischen Flotte auf Oran kurz nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand schwer beschädigt worden war, nach Toulon fuhr, gab es in London und

103 Washington eine große Aufregung. Englische Zeitungen stellten fest, daß jetzt in Toulon drei Schlachtschiffe, vier Schwere Kreuzer, drei Leichte Kreuzer, zwanzig Zerstörer, fünfundzwanzig U-Boote und ein Flugzeugträger lägen, und daß diese Flotte eine schwere Gefahr für Englands Mittelmeerstellung, besser gesagt, für das, was davon übrig ist, darstelle.

Eine große Rolle spielte sodann in der englischen und amerikanischen Presse die französische Insel Madagaskar. Japans Vordringen in den Indischen Ozean, das mit der Besetzung der Adaman-Inseln und des Hafens von Rangun Ende März besonders fühlbar wurde, ließ in England und USA angebliche oder tatsächliche Besorgnisse entstehen, Frankreich könnte Madagaskar Japan zur Verfügung stellen, so wie Indochina früher mit Japan ein Abkommen zur gemeinsamen Verteidigung abgeschlossen hatte, durch das nach dem Anschluß Thailands an Japan das Vordringen der Japaner in Malaya und Burma möglich wurde. Die angelsächsische Presse malte die Gefahren aus, die ein von den Japanern besetztes Madagaskar für den englischen Seeverkehr nach dem Orient um das Kap der Guten Hoffnung herum darstellen würde, nachdem der Verkehr durch das Mittelmeer schon nicht mehr funktioniere. Es klang so, als ob London und Washington einen Vorwand suchten, um sich selbst Madagaskars zu bemächtigen. Französischerseits wurde die Behauptung, Madagaskar solle Japan zur Verfügung gestellt werden, energisch dementiert und versichert, die französischen Truppen würden Madagaskar gegen jeden Angriff verteidigen. Ein Blick auf die Karte genügt im übrigen, um festzustellen, daß Japan andere Möglichkeiten besitzt, um Englands Seeverkehr nach dem Mittleren Orient zu unterbrechen, wenn es erst die seinem gegenwärtigen Machtbereich sehr viel näherliegenden Gebiete zwischen dem Golf von Bengalen und der Meerenge von Aden in seinen Besitz gebracht hat.

Ein weiteres Diskussionsthema, besonders zwischen Frankreich und den USA, war die französische Insel Martinique im Karibischen Meer. Dort liegt ein nicht unbedeutender Teil der französischen Goldbestände, einige französische Flotteneinheiten, darunter ein Flugzeugträger. Vor allem aber reizt die französische Inselgruppe den Rooseveltischen Imperialismus. Vichy bemüht sich durch Beteuerungen, Martinique werde keinesfalls deutschen U-Booten als Basis dienen, die angeblich beunruhigten Amerikaner zu beruhigen. Wie lange dies gelingen wird, ist zweifelhaft.

Eine andere Inselgruppe Frankreichs, das nordöstlich von Australien gelegene Neukaledonien, ist bereits, unter der Form des Übergangs zu dem Verrätergeneral de Gaulle, in den Machtbereich der USA gezogen worden. Am 3. März gab Washington den Wortlaut einer Note bekannt, die von dem amerikanischen

104 Generalkonsul in Neukaledonien an den zu de Gaulle übergetretenen französischen Gouverneur der Inselgruppe gerichtet wurde. Danach hat Washington anerkannt, daß Neukaledonien „unter der wirksamen Kontrolle des in London errichteten französischen Nationalkomitees steht. Die Behörden der Vereinigten Staaten von Nordamerika arbeiten für die Verteidigung der Inseln zusammen mit den von dem französischen Nationalkomitee in London gebildeten Behörden“. In Vichy wurde dazu am 5. März bekanntgegeben, man habe diese Nachricht „mit lebhaftem Erstaunen aufgenommen, da die Regierung der USA mit Frankreich normale diplomatische Beziehungen unterhält und dadurch die Souveränität der französischen Regierung über die Gebiete des Mutterlandes und des Imperiums anerkennt. Beim Staatsdepartement in Washington wurden deshalb Demarchen unternommen“. Diesen

Demarchen wird schwerlich mehr Erfolg beschieden sein als denen, die die französische Regierung Monate hindurch gleichsam am laufenden Band in Washington wegen der Besetzung der französischen Inseln Saint Pierre und Miquelon durch Streitkräfte des Verrätergenerals de Gaulle unternommen hat. Für den Erbschleicher Roosevelt ist eben nicht nur englisches und südamerikanisches Hoheitsgebiet begehrenswert.

Eine besonders bezeichnende Rolle spielen im Verhältnis zwischen Vichy und Washington Lieferungen aus USA nach den nordafrikanischen Gebieten Frankreichs. Da man in Washington, besonders solange der General Weygand noch in Nordafrika befehligte, hoffte, diese Gebiete würden sich de Gaulle anschließen, hat man Weygand gewisse Lieferungen an Brennstoff, Zucker usw. zugestanden, obwohl Frankreich selbst in die angelsächsische Blockade rücksichtslos einbezogen wurde. Diese übrigens nicht sehr bedeutenden Lieferungen werden seitdem Vichy gegenüber sozusagen täglich als politisches Druckmittel benützt. Mit ihrer Hilfe will man die logische Weiterentwicklung der Kollaborationspolitik zwischen Deutschland und Frankreich verhindern.

Die seltsame Zwischenstellung zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen der Politik gegen Europa mit England und der Politik für Europa mit Deutschland, wird durch den bisherigen Verlauf des Prozesses in Riom und durch dessen ganze Anlage gekennzeichnet. Man sucht nach den Schuldigen an der Niederlage, anstatt die Verantwortlichen für den Krieg ausfindig zu machen. Wenn man nach den letzteren suchte, würde man sehr bald auf das internationale Judentum, auf Churchill, auf Roosevelt und Bullit stoßen, und die Fragestellung mit oder gegen Europa würde in ihrer strukturellen Zwangsläufigkeit dem französischen Volke durch den Prozeß um die Kriegsverantwortung deutlich gemacht werden können. Der Führer hat in seiner Rede am Heldengedenktag hierzu ausgeführt: „Es findet nun in diesen Tagen in Frankreich

105 ein Prozeß statt, dessen charakteristisches Merkmal es ist, daß mit keinem Wort die Schuld der Verantwortlichen für diesen Krieg beklagt wird, sondern ausschließlich die zu geringe Vorbereitung des Krieges. Wir blicken hier in eine Mentalität, die uns unverständlich erscheinen will, die aber vielleicht besser als alles andere geeignet ist, die Ursachen des neuen Krieges zu enthüllen. Wir erleben jetzt das erschütternde Schauspiel, daß sich die Anklage der betrogenen und so schwer geschlagenen Völker nicht gegen die wahnwitzige Absicht der Herbeiführung des neuen Krieges an sich wendet, sondern ausschließlich nur gegen die vernachlässigte und damit in ihren Augen ungenügende rüstungsmäßige Vorbereitung" (siehe Seite 74). Diese Worte des Führers haben in Frankreich beträchtliches Aufsehen erregt. Sie wurden dahin gedeutet, daß der Führer durch den Verlauf des Prozesses in Riom dazu veranlaßt werde, daran zu zweifeln, daß sich in Frankreich eine aufrichtige Hinwendung zur Politik der Zusammenarbeit vollzogen habe, und daß der Prozeß sich allmählich zu einer Gefahr für die französische Politik und die französische Zukunft auszuwachsen drohe. Ein großer Teil der Franzosen hat begriffen, daß es für Frankreich keine Möglichkeit der Wahl nach der einen oder nach der anderen Seite mehr gibt, daß vielmehr Frankreichs Platz nur im Rahmen des neuen Europas sein kann, und daß vorübergehende oder dauernde Verluste, die sich daraus in dem auf der ganzen Welt verstreuten Kolonialreich Frankreichs ergeben können, eben getragen werden müssen. Diese noch sehr in der Minderheit befindlichen Franzosen sind sich auch klar darüber, daß selbst der von den Anhängern de Gaulles gewünschte und erhoffte Sieg der Engländer und Amerikaner keineswegs bedeuten würde, daß Frankreich sich wieder in einer ähnlichen Lage befinden würde wie etwa 1919, sondern daß ein englisch-amerikanischer Sieg gleichzeitig ein solcher des Bolschewismus wäre, der Frankreichs gesamte Kultur und alle seine historischen Werte mit der Vernichtung bedrohen würde, und daß sich Frankreich dagegen, wenn überhaupt, nur retten könnte, wenn es ein englisch-amerikanisches Dominion werden wollte.

In England selbst hat der Monat März einen Tiefstand der Stimmung erzeugt, wie er während des ganzen bisherigen Verlaufs des Krieges wohl noch nicht beobachtet werden konnte. In zahlreichen Reden englischer Minister und Militärs fand diese Stimmung einen deutlichen Ausdruck. Churchill, der erste Lord der britischen Admiralität, Alexander, der neu ins Oberhaus eingetretene frühere langjährige tatsächliche Leiter des englischen Außenministeriums, Vansittard, mehrere Lords im Oberhaus, Kolonialminister Lord Cranborne, Indienminister Amery, General Wavell, führende Militärkritiker und schließlich der englische

106 König selbst in einer Rede vom 28. März haben den ungeheuren Ernst der Lage, in der sich England befindet, unterstrichen. Alle diese Äußerungen waren auf einen besorgten und oft sogar pessimistischen Ton abgestimmt. Es ist ein schwerer Krieg, mit schrecklichen Problemen; es wird noch mehr schwere Rückschläge geben; wenn wir unterliegen, werden wir praktisch ausgelöscht werden; die

englische Flotte hat schwere Schläge erhalten, sie geht ernsten Zeiten entgegen; die Lage, in der sich die britische Flotte befindet, ist wahrscheinlich die ernsteste ihrer ganzen Geschichte; die britische Flotte ist, gemessen an den Weltproblemen, denen wir gegenüberstehen, viel zu klein; das Empire hat seit dem Kriegseintritt Japans 1,2 Millionen Quadratmeilen Gebiet verloren; daß in Singapur 80 000 Mann britische Truppen die Waffen streckten, war wahrscheinlich die größte Katastrophe, die die britischen Heere jemals erlebten; wir hatten viele und harte Niederlagen im Fernen Osten, der ganze Mittlere Osten ist bedroht; wir stehen gegen eine Weltrevolution, die sich mit eigenartiger explosiver Kraft ihren Weg bahnt und nationale Bestrebungen bestärkt, jedoch in sich selbst ein die ganze Welt umfassendes Phänomen darstellt; die Engländer dürfen sich nicht wundern, wenn in absehbarer Zeit ihr Lebensstandard weiter gesenkt werden muß — dies ist eine kleine Blütenlese aus den erwähnten Reden englischer Politiker, die leicht vermehrt werden könnte.

Ihnen seien zwei Äußerungen von Militärs hinzugefügt. Der „Daily Sketch“ berichtete am 24. März über eine Unterredung mit General Wavell, der bekanntlich eine kurze Zeit die Rolle des Oberkommandierenden über die alliierten Streitkräfte im südöstlichen Pazifik spielte, sich aber rechtzeitig aus Java vor dem japanischen Angriff nach Indien in Sicherheit gebracht hat. Wavell erklärte, es treffe zu, daß die Verbündeten für einen Krieg mit Japan nicht genügend vorbereitet waren. Schuld daran seien die Materialtransporte zum Mittleren Osten und nach der Sowjetunion, die es für England notwendig machten, das Risiko eines relativ verteidigungslosen Pazifikraumes auf sich zu nehmen. Das endgültige Ziel der Alliierten sei — so habe Wavell ferner geäußert —, die Seeherrschaft von Japan zurückzuerobern. Die Luftherrschaft zu erringen sei aber für die unmittelbaren Kriegsziele von größerer Bedeutung. Die Meerengen und Küstengewässer beherrsche derjenige, der den Luftraum kontrolliere. Auch auf See sei eine Flotte ziemlich machtlos, sobald der Feind Bomben- und Kampfflugzeuge von Land aus einsetzen könne. Gleich zu Beginn der Kämpfe im Pazifik hätten die Verbündeten sowohl die Luft- als auch die Seeherrschaft verloren. Er, Wavell, sei sich völlig dessen bewußt, so sagte der General, daß man in England gern von einer Offensive rede. Man dürfe aber nicht vergessen, daß eine moderne Offensive

107 gewaltige Reserven an Kriegsmaterial erfordert. Diese Reserven hätten England niemals seit Beginn des Krieges zur Verfügung gestanden. Sowohl in Westeuropa 1940 als auch im Mittleren und Fernen Osten seien sämtliche Operationen der Verbündeten durch die Nachschubschwierigkeiten wesentlich beeinträchtigt worden. Auch jetzt in der Defensive habe man niemals mit wirklich ausreichenden "Waffen, Schiffen, Flugzeugen und Soldaten kämpfen können.

Der bekannte englische Militärschriftsteller Liddell Hart schrieb in der „Daily Mail“ vom 27. Februar: Die kritischen Äußerungen verschiedener Parlamentsabgeordneter in jüngster Zeit spiegelten lediglich in sehr milder Form das wieder, was man heute in der breiteren Öffentlichkeit in England sage und denke. Allzu lange habe man das angebliche „Nichtvorbereitetsein auf diesen Krieg“ als eine Entschuldigung der Regierung gelten lassen. Durch die ständige Wiederholung dieser Entschuldigung habe sie inzwischen an Überzeugungskraft verloren. Man frage sich jetzt, ob die dauernden Rückschläge, die nach 2½ Jahren Krieg noch immer kein Ende nehmen, wirklich auf diese als Entschuldigung angegebene Ursache zurückzuführen seien. Wenn es den Engländern nicht einmal gelinge, einen kleinen Teil der deutschen Armee auf einem Kriegsschauplatz, der so wie der nordafrikanische durch die See isoliert sei, zu schlagen, nachdem man alles nur zur Verfügung stehende Kriegsmaterial zu diesem Zweck dorthin brachte, wie könne dann die britische Regierung auch nur hoffen, jemals die Deutschen auf dem europäischen Festlande entscheidend zu treffen.

In der Londoner Wochenzeitschrift „Illustrated London News“ konnte man am 20. März über die in England herrschende Stimmung lesen, England habe jetzt einen kritischen Augenblick in diesem Kriege erreicht. Leute in England, die noch vor einiger Zeit sagten, England könne nicht verloren sein, geben nunmehr offen zu, daß dieser Krieg sehr wohl von den Alliierten verloren werden könne. Im Fernen Osten habe sich die militärische Lage ungünstiger entwickelt, als die nüchternsten Beobachter je erwarteten. Indien und Australien schwebten in unmittelbarer Gefahr, und der Gedanke, daß Japan und Deutschland sich im Mittleren Osten einmal würden die Hände reichen können, habe aufgehört, „reine Phantasie eines Träumers“ zu sein. Die jetzt in England herrschende Depressionsstimmung sei ernsthaft genug, und im Hinblick darauf, daß die Mehrzahl der jungen Männer und auch ein beträchtlicher Teil der jungen Frauen des Landes sich im Kriegsdienst befänden, könne dieser Niedergeschlagenheit noch sehr gefährlich werden. Hinzu komme, daß gerade das Heer in England sehr empfänglich sei, da die Truppe völlig inaktiv in ihren Garnisonen umherläge. Was man heute in England brauche, sei ein Führer. In Ermangelung eines wahren Führers greife ein großer Teil des englischen Volkes

- 109 auf bolschewistische Ideale zurück. Weder die britische Regierung noch das Parlament, die Presse oder der Rundfunk leisteten heute dem englischen Volk den Dienst, den es in dieser Hinsicht brauche. Besonders schwere Sorgen machten den Engländern die steigenden Schiffsverluste, die unmittelbar das Leben jedes Engländers bedrohen. Tatsächlich sind neue Rationierungsmaßnahmen auf verschiedenen Gebieten durchgeführt worden. Der Lordpräsident Sir John Anderson erklärte am 17. März, die neuen Einschränkungen für Kleidung, Benzin und Heizmaterial seien notwendig geworden, um Schiffsraum zu sparen, „unsere Lage erfordert äußerste Anstrengung von der ganzen Nation, wir haben bereits vieles wegfallen lassen, aber wir müssen immer noch mit mehr Abstrichen rechnen“. Anfang März wurde jede Vernichtung von altem Papier, sogar das Anheizen der Öfen mit Papier, unter Strafe gestellt. Durch Kartoffelbeimengung zum Brot will man ebenfalls Schiffsraum sparen. Die Wirkungen des Unterseebootskriegs und die Gesamtwirkungen des Krieges auf die englische Schifffahrt sind also offensichtlich beträchtlich im Ansteigen (siehe Seite 43).
- Eines der größten Sorgenkinder der Engländer ist durch das rasche Vordringen der Japaner in Burma Indien geworden. Churchill sah sich am 12. März zu einer Erklärung veranlaßt, daß die durch das rasche Vordringen herbeigeführte Krise in Indien die englische Regierung zu dem Wunsche veranlaßt habe, alle Kräfte Indiens gegen Japan zu mobilisieren. Die englische Regierung habe deshalb Cripps nach Indien entsandt, um an Ort und Stelle den zukünftigen Status von Indien innerhalb des englischen Reiches zu prüfen. Cripps ist Ende März in Indien eingetroffen und hat Besprechungen mit indischen Führern aufgenommen. Was über den angeblichen Inhalt des englischen Angebotes in der Presse bekannt wurde, zeigt deutlich, daß London offenbar den Betrug, den es Indien während des Weltkrieges gegenüber durchgeführt hat, wiederholen möchte. Damals wurde Indien, um es zum vollen Bluteinsatz für England zu gewinnen, der Dominionstatus versprochen, und dieses Versprechen blieb dann unerfüllt. Auch jetzt will man wieder Versprechungen machen, vielleicht etwas konkretere als während des Weltkrieges, aber man will nach wie vor nicht nur für den weiteren Verlauf des Krieges die tatsächliche Macht in der Hand behalten, sondern auch für die Nachkriegszeit alle Türen offen lassen, um auch dann Indien unter englischer Botmäßigkeit zu halten. Die Erklärungen indischer Führer, sowohl der Hindus wie der Moslems, zur Reise von Cripps machen es aber deutlich, daß die indischen Führer sich diesmal von London nicht werden täuschen lassen, und daß sie sich nicht auf Scheinerfolge einlassen, sondern die tatsächliche Unabhängigkeit ihres Landes und das Aufhören der englischen Ausbeutung fordern.
- 110 Offensichtlich kommt England mit seinen Angeboten an die Inder nicht nur zu spät, sondern diese Angebote sind auch inhaltlich ungenügend. Der japanische Vormarsch kann naturgemäß durch derartige politische Winkelzüge nicht aufgehalten werden.
- In seinen schweren Nöten sucht England Hilfe vor allem bei der Sowjetunion. Die konservative „Times“, von Haus aus gewiß nicht kommunistisch eingestellt, schrieb am 6. März, man müsse alle Forderungen der Sowjets hinsichtlich ihrer künftigen Grenzen in Europa anerkennen. Es sei wenig Phantasie nötig, um sich die katastrophalen Folgen eines deutschen Sieges über die Sowjetunion auszumalen, oder um zu begreifen, wie sich die Kriegslage im Stillen Ozean und auch überall sonst verändern würde, wenn Deutschland im Sommer die Russen besiegen würde. Man dürfe nicht vergessen, so ließ der britische Nachrichtendienst am 10. März verlauten, wenn die Sowjetunion falle, falle auch Großbritannien. Die Sowjetunion müsse deshalb als vollgültiger Verbündeter behandelt werden. Großbritannien, die USA und die Sowjetunion müßten volle Verbündete im Krieg und im Frieden werden. Der Erzbischof von Canterbury aber ließ ein von ihm eigens verfaßtes Gebet verlesen, in dem es hieß: „Allmächtiger Gott, Herrscher über alle Nationen, wir rufen deinen Segen über die Völker Großbritanniens und Rußlands herab. Vereinige sie in Freundschaft und im gemeinsamen Dienst für die Sache der Freiheit!“ Dazu bedarf es wahrlich keines Kommentars mehr.
- In den Vereinigten Staaten, wenigstens in den Regierungskreisen, hat man dieselbe Einstellung. Je weniger der Krieg, den Roosevelt vom Zaun gebrochen hat, nach Wunsch verläuft, um so mehr Bedürfnis fühlt man natürlich nach Anlehnung und Hilfestellung. Sowjetrußland, China und Indien sind, außer dem beinahe mystischen Glauben an die Naturgewalt der eigenen Rüstungsproduktion, die Hoffungssterne. Überall hin entsendet man Kommissionen, Beauftragte und Botschaften. Inzwischen macht sich der Krieg, nicht zuletzt infolge der zahlreichen Schiffsversenkungen, allmählich im eigenen Lande geltend.

Hierfür ist bezeichnend ein Artikel in der USA-Zeitschrift „Time“. In ihm wurde ausgeführt, daß die alliierten Sachverständigen sich den Kopf darüber zerbrächen, woher man das für den Krieg notwendige Öl hernehmen solle. Vor Pearl Harbour hätten sich die Flotten der USA und Englands aus den Ölfeldern der westlichen Erdhalbkugel versorgt, die Sowjetunion und die Armee des Mittleren Ostens seien von Batum und Baku mit Öl versorgt worden, während Australien und Singapur ihr Öl von Niederländisch-Indien bezogen hätten. Bis vor kurzem also hätten die Alliierten 97,5% der Weltproduktion kontrolliert.

- 111 Jetzt aber seien die Japaner Herren der alliierten Tankstationen im Fernen Osten. Die USA seien neuerdings durch die ständigen U-Boot-Angriffe an ihrer Küste ebenfalls in eine schwierige Lage versetzt worden, da sie nicht mehr genug Tanker hätten. Dabei müsse man sich vergegenwärtigen, daß die USA-Tanker-Produktion 1941 nur 15 Schiffe betrug. Jetzt wolle man in USA 1942/43 215 neue Tanker bauen, doch — so meint „Time“ — könnten diese Zahlen die Tatsache nicht auslöschen, daß die ehemalige alliierte Trumpfkarte, das Öl, nicht mehr Trumpf sei. Die U-Boote, die die Raffinerien von Aruba und Kalifornien unter Feuer nahmen, hätten es auf lebenswichtige USA-Stellungen, nämlich auf solche Raffinerien abgesehen, die hochwertiges Flugzeugbenzin produzieren. Seitdem seien die USA gezwungen, ihren Ölbedarf aus weit entfernten Gebieten zu holen, wozu eine Tankerflotte notwendig sei, über die man nicht verfüge, denn zwischen San Franzisko und Melbourne lägen nahezu 7000 Meilen, und ein Tanker brauche für diese Strecke hin und zurück rund vier Monate. Von San Franzisko nach Kalkutta betrage die Entfernung sogar 16 500 Meilen, dies seien aber außerdem Seewege, die eine USA-Handelsflotte nur mit allergrößtem Schutz durch Kriegsschiffe befahren könne. Die USA ständen daher zur Zeit einem so schwierigen Transport- und Nachschubproblem gegenüber, wie noch nie zuvor eine Nation im Kriege.

Anfang März brachten die „New York Times“, die gewöhnlich als das führende Blatt auf dem Gebiete der Außenpolitik angesehen werden, einen Leitartikel unter der Überschrift „Die Krisis ist jetzt da“, in dem es u. a. hieß: „Als im Dezember vorigen Jahres nach Monaten der Unentschlossenheit und der Debatten der Krieg über uns losbrach, hofften wir, daß der Ausgang nicht lange zweifelhaft sein würde. Als uns die volle Bedeutung von Pearl Harbour, Singapur und Burma klar wurde, verstanden wir, daß wir keinen schnellen und leichten Sieg erwarten könnten. Das gewaltige Produktionsprogramm hat uns wieder getröstet, aber wir können uns nicht länger mit zukünftigen Programmen trösten. Der Sieg hängt von erhöhter Produktion im jetzigen Augenblick ab. Man hat es nicht nötig, den Ernst der japanischen Erfolge zu übertreiben. Die Japaner haben das letzte Hindernis außer Australien angegriffen, das sie noch von der Herrschaft im südwestlichen Stillen Ozean trennt. Angesichts dieser Rückschläge darf es keine Bequemlichkeiten mehr geben. Wir haben die Art der Bedrohungen besser mit dem Verstand als mit dem Herzen erfaßt. Java erscheint uns noch weit weg und undeutlich. Wir befinden uns in der gleichen Lage wie die Engländer vor Dünkirchen. Jetzt ist die kritischste Stunde gekommen, und wir müssen eine Verwandlung durchmachen wie die Engländer nach Dünkirchen.“

Das klingt schon alles ganz anders, als die großsprecherischen Reden, die Roosevelt und seine Leute noch vor kurzem ge-

112 Graphik

- 113 halten haben. Roosevelts Finanzminister aber sah sich genötigt, die Grenze der Bundesschuld von 65 auf 130 Milliarden Dollar hinaufzusetzen. Es ist also nicht nur ein verlustreicher, sondern ein recht kostspieliger Krieg. Der einzige militärische Erfolg, wenn man es einen solchen nennen will, war bisher der „triumphale“ Empfang, den der USA-General Mac Arthur, der auf den Philippinen befehligt hatte und seine dort von den Japanern eingeschlossenen Truppen verließ, in Australien hatte, als er dort eintraf, um das militärische Oberkommando zu übernehmen!

Um so größer waren dafür im Monat März die Erfolge der Japaner. Nach der Besetzung von Java, der letzten und zugleich wirtschaftlich wichtigsten Insel Holländisch-Indiens, konnte Japans Ministerpräsident T o j o am 11. März im japanischen Reichstag eine stolze Übersicht über die Lage geben. Er wies darauf hin, daß das Schicksal ganz Niederländisch-Ostindiens mit der vollständigen Unterwerfung Javas am 9. März besiegelt worden sei. In Burma sei durch die Einnahme von Rangun, einem der wichtigsten britischen Stützpunkte in Ostasien, der bisher als das einzige Tor für die nordamerikanischen und britischen Hilfssendungen nach Tschungking diene, die sog. Burma-Straße vollständig zusammengebrochen. „Infolge des Falles von Niederländisch-Ostindien und von Rangun stehen jetzt Australien und Indien der Macht der kaiserlichen Streitkräfte unmittelbar gegenüber.“ Die Australier müßten sich selbst über die Tatsache im klaren sein, daß es Australien mit seiner außerordentlich geringen Bevölkerung angesichts seiner großen Entfernung von den USA und Großbritannien vollstän-

dig unmöglich sein werde, sich gegen die Macht der japanischen Streitkräfte zu verteidigen. Es sei daher klar, welche Haltung Australien einnehmen sollte, um das Wohlergehen seines Volkes zu sichern. Sollte aber Australien seine gegenwärtige Einstellung nicht berichtigen, so werde es unvermeidlicherweise das Schicksal Niederländisch-Ostindiens teilen. Er — Tojo — hoffe, daß Australien, unberührt durch alte Beziehungen und andere Erwägungen, der bestehenden Lage Rechnung tragen werde. Hinsichtlich des indischen Volkes, führte Tojo weiter aus, hege Japan natürlich nicht den geringsten Gedanken, ihm irgendwie feindlich gegenüberzutreten. Die Entschlossenheit Japans, den nordamerikanischen und den britischen Einfluß gründlich zu vernichten, werde aber keine Veränderung erfahren. „Burma den Burmesen“ — dieser Ruf sei bereits auf dem Wege zur Verwirklichung. Jetzt sei es nach seiner festen Überzeugung an der Zeit, ein „Indien für die Inder“ zu schaffen, was seit vielen Jahren der geheime Wunsch der 400 Millionen Inder sei. „Großbritannien“, sagte der Ministerpräsident, „hat seit langem seine unrechtmäßige Herrschaft über Indien fortgesetzt und das

114 indische Volk getäuscht. Jetzt ist Großbritannien wieder dabei, Indien mit allen Arten von Schmeicheln zu täuschen. Wenn die Führer Indiens, irreführt durch derartige britische Schmeicheleien, die langgehegten Wünsche des indischen Volkes verraten und damit diese vom Himmel gesandte Gelegenheit von sich werfen, so glaube ich, daß es keine Möglichkeit geben wird, Indien jemals zu retten, und es wird für die 400 Millionen des indischen Volkes kein größeres Unglück geben. Indien steht jetzt vor der Entscheidung, seine Vergangenheit zu liquidieren, die neue Lage klar und richtig zu sehen und eine endgültige Entscheidung zu treffen.“

Tojo wandte sich dann der Lage Tschungkings zu. „Nachdem durch den Fall von Rangun seine Verbindung zu den USA und zu Großbritannien vollständig abgeschnitten ist“, sagte Tojo, „steht das Tschungking-Regime jetzt im wahren Sinne des Wortes völlig isoliert da. Was die USA und Großbritannien dem Tschungking-Regime geben werden, ist nur nutzloses Geld, für das diese Mächte als Gegenleistung das Fleisch und Blut des chinesischen Volkes fordern. Gegen die Führer in Tschung-king, die immer noch nicht zur Vernunft kommen wollen, obwohl sie vor ihren eigenen Augen die lebendige Tatsache sehen, daß die USA und Großbritannien die verschiedenen Länder und Völker durch Täuschung und Schmeicheleien zur Aufopferung für ihre eigene Sache überreden und nach Niederringung der betreffenden Nationen ihnen keinerlei Beachtung mehr schenken, richtet sich meine begründete Entrüstung. Manchmal kann ich mich eines Mitleides für das chinesische Volk nicht erwehren, das in dieser Morgenröte Großasiens unnötigen Leiden ausgesetzt wird, indem es blind diesen Führern in ihrem nutzlosen Widerstand gegen Japan folgt.“

„Die USA und Großbritannien, die die nationale Stärke Japans unterschätzen, hatten vor dem Krieg die Uneinnehmbarkeit ihrer Stellung gerühmt und schließlich Japan dazu gezwungen, die Feindseligkeiten zu eröffnen, nachdem sie es abgelehnt hatten, Japans berechnete Ansprüche zu befriedigen. Die nordamerikanische und die britische Regierung halten die schwache Hoffnung auf eine ferne Zukunft aufrecht, und sie prahlen mit ihren ausgedehnten Rüstungsprogrammen. Diese Haltung soll nur dazu dienen, um die strategische Überlegenheit zu verdecken, die Japan ihnen im Pazifik abgerungen hat.“

„Es ist außerordentlich zu begrüßen, fuhr Tojo fort, daß unsere Verbündeten in Europa, insbesondere Deutschland und Italien, unablässig große Siege erringen, die mit unseren militärischen Operationen parallel laufen. Unsere Absicht ist es, unsere Zusammenarbeit mit ihnen noch weiter zu verstärken und dadurch im Zusammenwirken mit diesen Ländern das Ziel dieses Krieges zu erreichen. Für die unablässige

115 Zusammenarbeit, die wir seitens Mandschukuos, der Nationalregierung von China, Thailands und anderer erfahren, ist Japan außerordentlich dankbar. Das Zusammenwirken mit diesen Nationen, die an den Aufgaben des Aufbaus von Groß-Ostasien teilnehmen, will Japan noch weiter verstärken und tatkräftigst vorwärtsschreiten, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen.“

Anschließend gab Tojo bekannt, daß die japanischen Truppen seit Kriegsbeginn bis zum 10. März mehr als 210 000 Kriegsgefangene machten. Außerdem zerstörte die japanische Wehrmacht 1600 Flugzeuge und erbeutete 2100 Geschütze, 190 000 Gewehre, Maschinengewehre und Revolver und 28 000 Panzer, Lastwagen und Eisenbahnwagen. Diese Ergebnisse werden „eine beträchtliche Steigerung“ erfahren, sobald die Beute nach der Besetzung Ranguns bekannt wird.

Die Beute im niederländisch-indischen Feldzug wurde vom japanischen Hauptquartier am 11. März wie folgt angegeben:

Es wurden 93 000 Gefangene gemacht, darunter 2000 Offiziere. 60 000 Mann dieser Truppen wurden auf der Insel Java gefangenengenommen, 18 000 Mann in anderen Teilen Niederländisch-Ostindiens und 15 000 Mann freiwillige Truppen. Ferner wurde folgendes Kriegsmaterial erbeutet: 152 unbe-

schädigte Flugzeuge, darunter 24 Bomber, 45 Jagdflugzeuge und 83 Flugzeuge anderer Muster, 367 Panzer und Panzerwagen, 732 Geschütze, 1567 MGs, der größte Teil für die Luftabwehr, 97 384 Gewehre, 4105 Luftbomben, 120 000 Kisten Sprengstoffe, 330 000 Schuß Geschützmunition, 34 000 Handgranaten, 72 317100 Schuß Gewehr- und Maschinengewehrmunition.

Diese eindrucksvollen Beuteziffern zeigen, wie sehr Japans Rüstungen dadurch unmittelbar gefördert werden. Mit der bisher gemachten Beute kann eine größere Anzahl von neuen Divisionen ausgerüstet werden.

Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

April-Lieferung

(Nr. 63/64 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Die Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag

In der Reichstagssitzung vom 26. April 1942 gab der Führer folgende Regierungserklärung ab*)

(DNB):

Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstages!

78 Am 11. Dezember 1941, als ich zuletzt zu Ihnen sprechen konnte, war es mir vergönnt, einen Rechenschaftsbericht vorzulegen über den Ablauf der Ereignisse des vergangenen Jahres. Sie sind in ihrer geschichtlichen Größe und fortwirkenden politischen Bedeutung von einem Ausmaß, das vielleicht erst Jahrhunderte später in seinem ganzen Umfang erkannt werden wird. Nach der Niederschlagung der von England und Moskau gemeinsam angezettelten Revolte in Belgrad wurde sich schon wenige Wochen später Europa zum erstenmal seit vielleicht Jahrhunderten der gemeinsamen Bedrohung aus dem Osten bewußt, von deren erfolgreicher Abwehr das Sein oder Nichtsein unseres Kontinents schon so oft abhing.

Für viele Menschen erschienen nunmehr die Ursachen des blutigen Krieges, der uns seit dem September 1939 aufgezwungen worden war, deutlicher zu werden. Denn dieser Krieg trug nicht mehr die Merkmale der von früher her gewohnten innereuropäischen Auseinandersetzungen in sich. In zunehmendem Maße begann sich der Eindruck zu vertiefen, daß man diesem geschichtlichen Ringen überhaupt nicht mit den Gründen der üblichen oder auch nur vernünftig gesehenen Interessen der einzelnen Länder gerecht wird, sondern daß es sich dabei um eine jener elementaren Auseinandersetzungen handelt, die — indem sie die Welt oft in Jahrtausenden einmal erschüttern — das Jahrtausend eines neuen Zeitabschnittes einleiten. Viele der dabei auftretenden geschichtlichen Erscheinungen sind sich des tiefsten Auftrags und Sinnes ihres Handelns so wenig bewußt, wie es der kleine Soldat zu sein vermag im Rahmen einer großen militärischen Operation. Auch sind die Zeiträume solcher eruptiver Epochen so groß, daß das einzelne menschliche Leben nur zu leicht den Zusammenhang oder gar die Bedeutung seines Einsatzes im Verhältnis zum Ablauf des gesamten Geschehens verkennt. Aber trotzdem sind auch da, wo scheinbar der Sinn und Nutzen eines solchen, die Völker oder gar Kontinente erschütternden Prozesses nicht zu sehen ist, Nutznießer vorhanden. Viele glauben deshalb zu treiben und sind selbst nur die Getriebenen, und andere wollen schlagen und sind am Ende die Geschlagenen.

*) Inhaltstext erscheint im 3. Band des von Reichsleiter Bouhler herausgegebenen „Großdeutschen Freiheitskampfes“.

79 Als am 3. September 1939 nach endlosen deutschen Friedensbemühungen dem neuen Reiche die Kriegserklärungen Frankreichs und Englands überreicht worden waren, nachdem diese Staaten durch die Ausstellung einer Blankovollmacht zunächst Polen als auslösende Kraft vorgestoßen hatten, mußte man wohl an der Vernunft einer Welt verzweifeln, die scheinbar ohne jeden Grund, statt das Unglück eines solchen wahnsinnigen Krieges zu meiden, die Katastrophe förmlich herbeizwang.

Nun wissen wir alle, daß seit der inneren staatlichen Desorganisation des europäischen Kontinents sich England einer politischen Doktrin verschworen hatte, die in der Zersplitterung des Festlandes die erste Voraussetzung für das Gedeihen und die Vermehrung des britischen Weltreiches zu erkennen meinte. Zweifellos hatte dieser die Tätigkeit der englischen Politik beherrschende Gedanke sehr viel Bestechendes an sich. Während Europa in zahllosen inneren Kriegen verblutete, gelang es Großbritannien mit einem Minimum an Bluteinsatz, ein weltweites Gebäude zu errichten. Der ihm verliehene Titel eines „Imperiums“ war seinem Charakter nach aber mit dem imperialen Rom genau so wenig zu vergleichen wie ein internationaler Handelskonzern mit einem werteschaaffenden Weltunternehmen.

Dabei ist es eine Überschätzung der britischen staatsmännischen Kunst sowohl als des simplen politischen und militärischen Könnens der Engländer, annehmen zu wollen, daß etwa in ihrem Wirken die Ursache des destruktiven Zerfalls Europas gelegen sei. Hier wird die Entstehung eines Zustandes mit seiner Ausnützung verwechselt. Denn Europa ist zerfallen teils aus der natürlichen Überalterung der nach dem Zusammenbruch des römischen Weltreiches führenden kontinentalen Macht, teils infolge der Unterspülung der Elemente, die diesem damaligen Zentrum des Abendlandes die volkliche und staatliche Grundlage gegeben hatten. Im Zwiespalt der antiken römischen Staatsidee einerseits und der nicht minder imperiale Ansprüche erhebenden römischen Kirche andererseits wurden die Fundamente der zentralen Staatsbildung Europas allmählich zerstört. Dazu kam noch der tiefe Ernst, mit dem sich die damalige Welt in Fragen versenkte, die geeignet waren, Europa in endlose religiöse innere Kämpfe zu verwickeln, während die gleichen Probleme heute als staatlich vollkommen belanglos erkannt sind und demgemäß bewertet werden. So ist der Zusammenbruch des alten Deutschen Reiches und damit des in dieser Zeit vorherrschenden Mittelpunktes einer inneren europäischen Organisation genau so wenig von den Engländern herbeigeführt als der Zusammenbruch Roms einst von den Germanen. In beiden Fällen ergaben sich aber aus inneren Schwächemomenten

Germanen. In beiden Fällen ergaben sich aber aus inneren Schwächemomenten heraus Situationen, die das Eingreifen außenstehender Kräfte ermöglichten

80 ten und damit der Weltgeschichte für viele Jahrhunderte einen neuen Lauf aufzwingen. So hat England selbst nicht primär den Kontinent zu zersplittern vermocht — denn dazu war es als staatliches Gebilde damals viel zu unbedeutend —, wohl aber gelang es, aus der entstehenden europäischen Zersplitterung insofern einen Nutzen zu ziehen, als es dank seiner insularen Lage nur noch ein Minimum an Kraft bei allerdings einem Maximum an Schlaueit benötigte, um die europäische Ohnmacht weiter aufrechtzuerhalten und mit der ihm selbst fast restlos verbliebenen eigenen Stärke eine teils unerforschte oder zumindest kulturell und wehrmäßig unterlegene, teils in ewigen inneren Kämpfen sich selbst erschöpfende andere Welt zu erobern. Nur ein Törichter kann dabei übersehen oder bestreiten, daß — wie jeder politische Ordnungsprozeß — auch dieser seinen Nutzen für die Menschheit gehabt hat. Aber ebenso töricht war es anzunehmen, daß das britische Imperium das sogenannte Gleichgewicht der Kräfte in Europa für ewig würde aufrechterhalten können. Die zur Einigung strebenden blutmäßig und gedanklich gleich orientierten rassistischen Bestandteile dieses Kontinents konnten an ihrem Zusammenschluß auf die Dauer weder verhindert werden, wie es darüber hinaus überhaupt unsinnig war anzunehmen, daß im Falle des Auftretens einer die Existenz aller Völker Europas gleichmäßig bedrohenden Gefahr eine Vereinigung der Betroffenen dagegen verhindert werden könnte.

Alle die Kriege, die England seit Jahrhunderten in ununterbrochener Folge gegen den Kontinent führte, konnten im wesentlichen nur so lange erfolgreich verlaufen, als es sich um die Bekämpfung rein staatlicher Gebilde dynastischen Charakters durch andere ähnliche Erscheinungen handelte. Im Moment, in dem aber über dynastische Interessen hinaus die Völker zu erwachen begannen, mußten die Mittel der bisherigen britischen Europapolitik scheitern. Trotz zahlreicher Kriege war es England auf die Dauer nicht möglich, den französischen Nationalstaat zu vernichten, trotz aller Versuche gelang es ihm nicht, den Zusammenschluß der Italiener zu verhindern, und trotz aller Eingriffe ist das Deutsche Reich aus seinen einstigen Trümmern durch den Willen der deutschen Stämme und dank dem Wirken großer Heroen in dem Augenblick entstanden, da es in dem überlegenen Genius eines Bismarck nicht nur die Reife der Zeit, sondern den zur Vollendung bestimmten Mann erhalten hatte.

Je staatlich gefestigter und vom eigenen Werte durchdrungener die europäischen Völker wurden, um so schwieriger mußte die Aufrechterhaltung einer europäischen Situation werden, die als sogenanntes Gleichgewicht der Kräfte den wahren Verhältnissen der Kraft nicht mehr entsprach. Sich einzubilden, auf die Dauer mit den Mätzchen schwatzhafter Argumente die europäischen Nationen in sich zu zersplittern

81 oder gegeneinander verhetzen zu können, mußte deshalb immer mehr scheitern, und damit war England gezwungen, vom bequemen Nutznießer eines gegebenen Zustandes zu seinem Verteidiger oder gar zum dauernden Erhalter zu werden. Damit aber hörte die Kunst des Intrigierens auf, und an ihre Stelle trat der Zwang zum eigenen Kampf und nicht nur der Wille zu ihm, sondern auch das Können. Das Können aber unter Berücksichtigung der unterdes selbst gigantisch angewachsenen Belastung des Weltreichs einerseits und des immer höher erforderlichen Bluteinsatzes für die gewünschte europäische Zersplitterung andererseits. Die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichtes hatte aber — wenigstens ursprünglich — doch nur den Sinn, England Blut sparen zu helfen, um es dadurch zu befähigen, den Aufgaben seiner gedachten Weltmission leichter gerecht zu werden. Sowie dieses Reich aber gezwungen wurde, in Europa selbst sein Blut zu vergießen, muß einmal der Augenblick kommen, in dem die Beibehaltung der europäischen Zerrissenheit von England mehr Kraft fordert, als es zur Erhaltung seines eigenen Weltreiches entbehren kann. Die tiefe Ermattung nach den napoleonischen Kriegen, die dabei noch wesentlich von kontinentalen Kräften geführt worden waren, war das erste Anzeichen des sich allmählichen Überlebens der britischen Doktrin von der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichtes.

Davon aber abgesehen, war die Meinung, daß das britische Weltreich als Voraussetzung seiner Existenz ein in Ohnmacht zersplittertes Europa nötig habe, überhaupt nur so lange gegeben, als an der Peripherie des Weltreiches selbst keine es bedrohenden ebenbürtigen Staaten vorhanden waren. Im Moment, in dem sich der russische Koloß von Europa den Weg durch Asien bis nach dem Fernen Osten hin erkämpfte, im Augenblick, da die nordamerikanische Union ein von England ebenso unabhängiges wie gänzlich unangreifbares Gebilde wurde, und noch mehr in der Zeit, da das japanische Kaiserreich — ähnlich wie Italien und Deutschland — aus seinem Schlafe erwachend zur Vormacht im Fernen Osten emporstieg, waren die Voraussetzungen des Bestandes des britischen Weltreiches

überhaupt grundsätzlich andere geworden. Nicht gegen Europa konnte dieses Gebilde auf die Dauer erhalten werden, sondern höchstens mit Europa.

Als daher 1914 England trotz langer deutscher Friedensbemühungen — wieder im Sinne seiner alten Doktrin — dem damaligen Reich mit einer überlegenen Koalition von Mächten den Krieg erklärte, hatte es wohl Deutschland selbst vorübergehend in seiner Bedeutung oder in seiner Stellung in Europa geschwächt und aus der übrigen Welt verdrängt. Allein zwei Tatsachen mußte jeder nicht völlig Verblendete am Ende dieses bisher blutigsten Ringens der Weltgeschichte einsehen und zugeben:

82 1. Daß es nur eine Frage der Zeit war, bis sich Deutschland der ihm auferlegten Bande entledigen würde. Denn eine Nation, die über vier Jahre lang einer ganzen Welt gegenüber standhält und nur infolge von Schwindeleien und Lügen durch einen inneren Aufruhr nach Versailles gezwungen werden kann, wird eines Tages den ihm angetanen Betrug nicht nur erkennen, sondern seine Folgen selbstverständlich kraft der ja grundsätzlich vorhandenen Stärke auch wieder beseitigen.

2. Die von England im Laufe dieses Krieges selbst erbetenen Hilfen waren nicht mehr rückgängig zu machen, das heißt: der Appell der englischen Regierung in letzter Not an Amerika hat diesen Kontinent zu einer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung gebracht, die England selbst zu beseitigen nie mehr in der Lage sein wird.

Als England in den Weltkrieg eintrat, kämpfte es für seinen Zweimächtestandard zur See und war nicht bereit, dem Deutschen Reich eine Stärke von 5 oder gar 6 zu 10 zuzubilligen. Als England den Krieg — wie es glaubte — siegreich beendet hatte, war Japan an die Stelle Deutschlands getreten und Amerika an die Stelle Englands selbst.

Das Gefüge des britischen Weltreiches aber hatte durch diesen Kampf nicht an innerer Stärke gewonnen, sondern es begann sich zu lockern, und wenn man aus taktischen Gründen später an Stelle des Wortes Imperium lieber den vagen Begriff des Weltreiches setzte, dann geschah es nur, um aus einer nicht mehr zu beseitigenden Not eine Tugend zu machen. Und wenn man sich in der damaligen Zeit schwerster militärischer Krisen Hilfen erbat mit Versprechungen, die man von Anfang an später nicht zu halten gedachte, so war es klar, daß eines Tages die Betrogenen auf die Erfüllung der Zusicherungen pochen würden, daß also Wechsel ausgestellt worden waren, die früher oder später einmal eingelöst werden mußten. Weder die indische noch die arabische Welt wird die Zusicherungen aus dem Gedächtnis verlieren, durch die man sie einst zur Opferbereitschaft für die Erhaltung des britischen Weltreiches verführte.

Daß England dabei wirtschaftlich selbst auf das schwerste gestört, finanziell belastet und blutmäßig erschöpft aus dem Kriege hervorging, kann als weiterer Beweis dafür dienen, daß schon der erste Weltkrieg ein Pyrrhussieg war, also ein Erfolg, der nur der Vater späterer Niederlagen sein konnte.

Noch ein solcher Krieg zur Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts und England müßte dann zwangsläufig im Rahmen des Weltreiches das erforderliche eigene Gleichgewicht verlieren, das heißt die zur Verteidigung einer unmöglichen europäischen Ordnung vergeudete Kraft geht dem Zusammenhalt und der Verteidigung des eigenen Imperiums verloren. Deshalb kann und wird der neue Krieg nur

83 mit einer Katastrophe des britischen Weltreiches enden. Mit wem immer sich auch England verbindet, es wird am Ende dieses Krieges seinen Verbündeten stärker sehen, als es selbst ist und sein kann. Es mögen seine Erzkapitalisten die bolschewistischen Staatsmänner mit noch so großer heuchlerischer Freundschaft begrüßen, es mögen seine Erzbischöfe die blutigen Bestien des bolschewistischen Atheismus noch so innig umarmen: je mehr Lügen, Heuchelei und Betrug angewendet werden müssen, um die widernatürlichen Koalitionen dieses Reiches vor dem eigenen Volke oder der anderen Menschheit moralisch zu decken, um so weniger werden sie in der Lage sein, die sehenden Völker wirklich zu täuschen und den natürlichen Weg einer zwangsläufigen geschichtlichen Entwicklung zu verhindern. Es gibt ein weises antikes Sprichwort, das besagt, daß die Götter denjenigen, den sie zur Verdammung bestimmt haben, vorher blenden.

Ich weiß nicht, ob noch alle Engländer es heute als eine weise, erleuchtete Tat ansehen werden, die zahlreichen Verständigungsmöglichkeiten, die ich seit dem Jahre 1933 vorgeschlagen hatte, abgelehnt zu haben. Ob sie alle auch heute noch so überzeugt sind, daß es klug war, meine Bündnisangebote, die ich noch am 1. September 1939 erneuert hatte, ausgeschlagen und meine Friedensvorschläge nach dem polnischen und nach dem französischen Feldzuge zurückgestoßen zu haben. Ich kenne nun aber noch ein anderes Gebot. Es besagt, daß der Mensch das, was die Götter zum Fall bestimmt haben, selbst noch stoßen soll.

So wird denn also geschehen, was geschehen muß.

Wenn aber im Völkerleben die Einsicht und Vernunft scheinbar ganz zum Schweigen gebracht sind, dann ist damit trotzdem nicht gesagt, daß nicht doch ein denkender Wille auch dort vorhanden ist, wo von außen her nur Dummheit oder Verbohrtheit als einzige Ursache zu sehen sind. Der britische Jude Lord Disraeli hat es einst ausgesprochen, daß die Rassenfrage der Schlüssel zur Weltgeschichte sei. Wir Nationalsozialisten sind in dieser Erkenntnis groß geworden. Indem wir dem Wesen der Rassenfrage unsere Aufmerksamkeit widmeten, haben wir die Aufklärung für viele Vorgänge gefunden, die an sich sonst unbegreiflich erscheinen müßten. Die verborgenen Kräfte, die England schon im Jahre 1914 in den ersten Weltkrieg gehetzt haben, sind Juden gewesen. Die Kraft, die uns selbst damals lahmte und endlich unter der Parole, daß Deutschland seine Fahne nicht mehr siegreich nach Hause tragen dürfe, zur Übergabe zwang, war eine jüdische. Juden zettelten in unserem Volke die Revolution an und raubten uns damit jedes weitere Widerstandsvermögen. Juden aber haben seit 1939 auch das

84 britische Weltreich in seine gefährlichste Krise hineinmanövriert. Juden waren die Träger jener bolschewistischen Infektion, die einst Europa zu vernichten drohte. Sie waren aber auch zugleich die Kriegshetzer in den Reihen der Plutokratien. Ein Kreis von Juden hat einst Amerika gegen alle eigenen Interessen dieses Landes in den Krieg mit hineingetrieben, einzig und allein aus jüdisch-kapitalistischen Gesichtspunkten. Und der Präsident Roosevelt besitzt in Ermangelung eigener Fähigkeit jenen geistigen Unterstützungstrust, dessen leitende Männer ich nicht namentlich aufzuführen brauche: es sind nur Juden.

Durch sie wurde wiederum wie im Jahre 1917 die USA Zug um Zug von dem jüdisch infizierten Präsidenten und seiner volljüdischen Umgebung in einen Krieg gehetzt, ohne jeden Grund und ohne jeden Sinn gegen Nationen, die Amerika nie etwas getan haben, gegen Völker, von denen Amerika nie etwas gewinnen kann. Denn worin liegt der Sinn eines Krieges, den ein Staat führt, der einen Raum ohne Volk darstellt, gegen Völker ohne Raum? Es handelte sich daher in diesem Kriege politisch gesehen gar nicht mehr um die Interessen einzelner Völker, sondern es handelt sich um eine Auseinandersetzung zwischen Nationen, die für ihre Angehörigen das Leben auf dieser Welt sicherstellen wollen, und Völkern, die zu willenslosen Werkzeugen eines internationalen Weltparasiten geworden sind. Das tatsächliche Wirken dieser jüdisch-internationalen Kriegshetze aber haben die deutschen und verbündeten Soldaten in jenem Lande am besten kennengelernt, da das Judentum seine ausschließliche Diktatur ausübt und das es als das staatliche Weltidol einer kommenden Menschheit predigen läßt, und dem minderwertigen Subjekte anderer Völker, genau so wie einst bei uns, in unverständlicher Hörigkeit verfallen sind. Und in diesem Augenblick, da erhebt dieses scheinbar alternde Europa wieder — wie immer in der Geschichte — die Fackel einer Erkenntnis hoch und seine Männermarschieren heute als die Repräsentanten einer neuen und besseren Ordnung, als die wahre Jugend der sozialen und nationalen Freiheit der Welt!

Wenn ich heute namens dieser wahren Jugend Europas und damit einer jüngeren Welt zu Ihnen spreche, dann tue ich es in dem Gefühl eines Mannes, der für eine heilige Aufgabe den schlimmsten Kampf seines Lebens hinter sich hat. Ich spreche weiter zu Ihnen als der Führer von Armeen, die ein Schicksal meisterten, das als schwerste Prüfung der Vorsehung nur jenen auferlegt werden kann, die zu Höchstem berufen sind.

Wenn die Götter nur jene lieben, die Unmögliches von ihnen fordern, dann gibt der Herrgott seinen Segen auch nur dem, der im Unmöglichen standhaft bleibt!

85 Meine Abgeordneten!

In diesem Winter ist ein Weltkampf entschieden worden, der in der Stellung seiner Probleme weit über das hinausreicht, was in normalen Kriegen gelöst werden soll und kann.

Als im November 1918 das deutsche Volk von der verlogenen Phraseologie des damaligen amerikanischen Präsidenten Wilson umnebelt, unbesiegt die Waffen niederlegend, das Schlachtfeld verließ, handelte es unter Einwirkung jener jüdischen Rasse, die nun hoffte, im Herzen Europas dem Bolschewismus ein sicheres Bollwerk errichten zu können. Wir kennen das theoretische Prinzip und die grausame Wahrheit der Ziele dieser Weltpest. Herrschaft des Proletariats heißt es und Diktatur des Judentums ist es! Ausrottung der nationalen Führung und Intelligenz der Völker und Beherrschung des dann führungs- und damit aus eigener Schuld wehrlos gewordenen Proletariats durch die allein jüdisch-internationalen Verbrecher. Was sich in Rußland in so grauenhaftem Umfang vollzogen hatte, die Ausrottung unzähliger Millionen führender Köpfe, sollte sich in Deutschland fortsetzen. Wenn diese Absicht mißlang, dann lag die Ursache darin, daß zu viele gesunde Abwehrkräfte in unserem Volke noch vorhanden waren und daß es vor allem auf der bolschewistischen Seite — soweit es die Führung betraf, die nur aus Juden bestand — an eigenem Mut, beim geführten Proletariat aber an einheitlicher

Zustimmung fehlte, um in Deutschland allgemein das zu vollziehen, was in Rußland gelungen war. Immerhin haben wir in einigen Teilen des Reiches die Einleitung dieses Zustandes erlebt und unter Einsatz des Blutes zahlreicher Idealisten wieder beseitigt.

Schwerer lastete der Fluch dieses Satanswerkes auf U n g a r n. Auch dort gelang es nur mit nationaler Gewalt, die Macht der jüdischen Gewalt zu brechen. Der Name des Mannes, der als Führer im Streit gegen dieses Verbrechen zum Retter Ungarns wurde, ist noch heute lebend unter uns als einer der ersten Repräsentanten der beginnenden europäischen Erhebung.

Die schwerste Auseinandersetzung gegen die drohende Vernichtung von Volk und Staat aber vollzog sich in Italien. In einem heroischen Aufruhr sondergleichen haben italienische Kriegsteilnehmer und italienische Jugend unter der Führung auch eines einmalig Begnadeten das Kompromiß demokratischer Feigheit und bolschewistischer Gewalt in blutigem Ringen niedergeworfen und an ihre Stelle eine neue positive Volks- und Staatsidee gesetzt. Ich empfehle jedem Deutschen das Studium der Geschichte der faschistischen Revolution, und er wird dann nicht ohne innere Ergriffenheit den Weg und die Bewegung

86 eines Mannes verfolgen, die soviel mit uns Gemeinsames haben, daß wir ihren Kampf geradezu als ein Stück des eigenen Schicksals empfinden. Erst mit dem Siege des Faschismus konnte man von einer beginnenden Rettung Europas sprechen. Denn nun war an die Stelle eines Gedanken-Konglomerats destruktiver und auflösender Natur nicht die bloße Gewalt der Bajonette, sondern eine wahrhaft konstruktive neue Idee getreten. Zum erstenmal wurden in einem Staate die Bolschewisten nicht nur geschlagen, sondern vor allem die Marxisten gewonnen. Gewonnen für den Neuaufbau einer besseren und gesünderen Gesellschaftsordnung, die im Staate nicht den Träger der Protektion einer bestimmten Gesellschaftsschicht, sondern die Voraussetzung zur Lebenserhaltung aller sieht.

In der gleichen Zeit, in der sich diese geschichtsbildenden Ereignisse vollzogen, wuchs die nationalsozialistische Bewegung zur Erfüllung ihrer Mission in unserem eigenen Volke. Auch hier kam die Stunde, da in der Auseinandersetzung zwischen jüdischem Internationalismus und nationalsozialistischem Volks- und Staatsgedanken die gesunde Natur zum Durchbruch kam. Aber auch in den meisten der übrigen europäischen Länder kam es zu diesem Konflikt, nur mit dem Unterschiede, daß er in dem einen oder anderen Land mit Kompromissen zunächst überdeckt, in anderen mit staatlichen Mitteln vorübergehend ausgeschaltet wurde. Wir alle erinnern uns aber noch der nächsten großen und entscheidenden Auseinandersetzung in Spanien, wo auch unter der Führung eines einzigen Mannes eine klare und endgültige Entscheidung erzwungen wurde und ebenfalls nach einem blutigen Bürgerkriege die nationale Revolution den bolschewistischen Erzfeind zu Boden warf. Mit der steigenden Erkenntnis des Juden als des parasitären Erregers dieser Krankheiten wurde nun in den letzten Jahren fast Staat um Staat in Europa zur Stellungnahme in dieser Schicksalsfrage der Völker gezwungen. Aus dem Selbsterhaltungstrieb heraus mußten sie jene Maßnahmen treffen, die geeignet waren, die eigenen Völker vor dieser internationalen Vergiftung endgültig in Schutz zu nehmen.

Wenn nun auch das bolschewistische Rußland das plastische Produkt dieser jüdischen Infektion ist, so darf man doch nicht vergessen, daß der demokratische Kapitalismus die Voraussetzungen dafür schafft. Hier bereiten die Juden das vor, was die gleichen Juden im zweiten Akt dieses Prozesses vollenden. Im ersten Stadium entrechteten sie die Millionen Massen der Menschen zu hilflosen Sklaven oder — wie sie selbst sagen — zu exproprierten Proletariern, um sie dann als fanatisierte Masse zur Vernichtung ihrer Staatsgrundlagen anzufeuern. Später folgt die Ausrottung ihrer eigenen nationalen Intelligenz und endlich die Beseitigung aller jener kulturellen Grundlagen, die als tausendjährige Erbmasse diesen Völkern einen

87 inneren Wert geben oder als Mahner für die Zukunft wirken könnten. Was dann noch übrigbleibt, ist das Tier im Menschen und eine jüdische Schichte, die, zur Führung gebracht, als Parasit am Ende den eigenen Nährboden zerstört, auf dem sie gedeiht. Diesem Prozeß, der, wie Mommsen sagt, von den Juden betriebenen Dekomposition von Völkern und Staaten hat nun das junge, erwachende Europa den Krieg angesagt. Mit ihm haben sich verbunden stolze und ehrbewußte Völker auch in anderen Weltteilen, und zu ihnen werden Hunderte von Millionen Menschen noch stoßen, Unterjochte, die — ganz gleich, wie ihre derzeitigen Führer es auch sehen mögen — eines Tages die Ketten zerbrechen werden. Es wird das Ende der Lügner kommen, die die Welt vor einer sie bedrohenden fremden Beherrschung zu beschützen vorgeben und in Wahrheit nur ihre eigene Weltherrschaft zu retten versuchen.

In diesem gewaltigen, wahrhaft geschichtlichen Aufbruch der Völker befinden wir uns nun alle, teils als führende, handelnde oder ausübende Menschen. Auf der einen Seite stehen die Männer der Demo-

kratie, das heißt des jüdischen Kapitalismus mit ihrem ganzen Ballast verstaubter Staatstheorien, ihrer parlamentarischen Korruption, ihrer veralteten Gesellschaftsordnung, ihren jüdischen Gehirnrüsten, ihren jüdischen Zeitungen, Börsen und Banken — ein Konzern, gemischt aus politischen und wirtschaftlichen Schiefern schlimmster Art, und an ihrer Seite der bolschewistische Staat, das heißt jene Masse einer vertierten Menschheit, über die der Jude wie in Sowjetrußland seine blutige Geißel schwingt. Und auf der anderen Seite stehen die Völker, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, und die vor allem kämpfen für die Sicherung des täglichen Brotes ihrer Menschen. Also die sogenannten „Besitzenden“ von den Kellern des Kreml bis zu den Gewölben der Bankhäuser in New York gegen die Habenichtse, das heißt jene Nationen, für die eine einzige schlechte Ernte Not und Hunger bedeutet, und die bei allem Fleiß ihrer Bewohner in derselben Zeit nicht das tägliche Brot zum Leben finden, in der in den Staaten und Ländern der Besitzenden der Weizen, Mais, Kaffee usw. verbrannt und verfeuert werden, nur um etwas höhere Preise zu erzielen. Im Osten Europas aber liegt der Kampfplatz, auf dem die Entscheidung fallen wird.

Über die Erfolge der hinter uns liegenden Kampfjahre habe ich zu Ihnen, meine Abgeordneten, immer dann gesprochen, wenn Zeit und Umstände es mir geboten und möglich sein ließen — über die Kampfhandlungen des vergangenen Jahres zum letztenmal am 11. Dezember 1941. Ich möchte hier besonders betonen, daß diese Reden in erster Linie immer dem deutschen Volke und dann seinen Freunden gelten.

88 Ich spreche nicht, um Menschen von etwas zu überzeugen, die, sei es aus Dummheit oder aus böser Absicht, die Wahrheit geflissentlich weder sehen können noch hören wollen. Denn wenn ich nur — um ein Beispiel herauszugreifen — den wirklichen Ablauf der Dinge mit jenen Schlußfolgerungen vergleiche, die Mister Churchill daraus zieht, dann erscheint hier eine so klaffende Diskrepanz zwischen den Ereignissen und ihrer Auslegung, daß jeder Versuch der Überbrückung dieser gegenteiligen Auffassung vergeblich sein muß. Seit dem September 1939, ja überhaupt seit Beginn der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus bin ich nur Irrtümern erlegen und habe nur Fehlgriffe getan. Demgegenüber gibt es keine Phase in diesem Geschehen, dem nicht Herr Churchill den Charakter einer „Ermutigung“ zugesprochen hat und wohl auch bis zur letzten Minute zusprechen wird. Daß uns England einst den Krieg erklärt hat, war ein ermutigendes Zeichen seiner inneren Stärke. Daß sich andere gefunden haben, um sich für den britischen Egoismus auf die Schlachtbank führen zu lassen, war nicht minder ermutigend. Schon eine bloße Zusammenkunft Churchills mit Daladier oder Paul Reynaud zeitigte ermutigende Symptome. Die Besprechung zweier oder mehrerer alliierter Generale sind ebenso ermutigende Beweise für den Fortschritt der militärischen Seite der demokratischen Sache wie eine Kaminplauderei des kranken Mannes aus dem Weißen Haus für den geistigen. Als Herr Cripps zum erstenmal nach Moskau flog, war das nicht weniger ermutigend wie sein Rückflug aus Indien. Daß es General Mac Arthur fertiggebracht hat, von den Philippinen gerade noch zur rechten Zeit zu entkommen, war ebenfalls ein ermutigender Faktor. Genau so wie es ermutigend ist, wenn es 20 Engländern gelingt, mit geschwärzten Gesichtern auf Gummisohlen mit einem britischen Floßsack sich an irgendeiner Stelle der von uns besetzten Küsten anzuschleichen, ans Land zu setzen, um beim Erscheinen einer deutschen Streife wieder glücklich abzuhauen. Wenn eine Emigrantenregierung, das heißt also eine Sammlung von Nullen, eine Erklärung gegen Deutschland abgibt, dann wirkt dies ermutigend, genau so als wenn Herr Churchill die Vernichtung der deutschen U-Boote verkündet oder von einer neuen Erfindung oder einer neuen Offensive oder einer zweiten Front und so weiter spricht.

Dagegen ist nun nichts zu machen. Jedes Volk hat seine Art von Ermutigungen. Ich zum Beispiel habe es einst als ermutigend angesehen, daß es uns gelang, binnen 18 Tagen den polnischen Staat mit immerhin 33 Millionen Menschen in einer Anzahl gewaltigster Vernichtungsschlachten wegzufegen. Ich sah es weiter als ermutigend an, daß in dieser ganzen Zeit weder Frankreich noch gar England es wagten, an den

89 Westwall auch nur heranzufühlen. Ich glaube, daß es auch ermutigend war, als wir in Norwegen landen konnten, und zwar nicht nachts mit geschwärzten Gesichtern und auf Gummisohlen, sondern bei hellem Tag und mit genagelten Bergstiefeln, und daß wir dieses Norwegen in kaum 6 Wochen restlos in unsere Hand brachten. Es war jedenfalls für uns alle sehr ermutigend, zu erleben, wie die britische Expeditionsarmee in wenigen Wochen aus Norwegen hinausgetrieben worden war.

Ebenso glaube ich, daß wir allen Grund besitzen, es als ermutigend zu empfinden, daß es uns möglich wurde, in knapp 6 Wochen die französisch-britischen Armeen bis zur völligen Vernichtung zu schlagen, in noch nicht einer Woche Holland und in knapp 3 Wochen auch Belgien endgültig in unsere Gewalt zu bringen, die britischen Streitkräfte aber zu zerschlagen, gefangenzunehmen oder bei

Dünkirchen in das Meer zu treiben. Ich selbst empfand es als eine besondere Ermutigung, daß wir mit Italien gemeinsam nicht nur in Frankreich, sondern auch in Nordafrika große Erfolge erringen konnten. Ebenso ermutigend war es in meinen Augen, daß wir es fertigbrachten, die serbische Revolte, die von Washington und London inspiriert und von Moskau angezettelt worden war, mit unseren Verbündeten in wenigen Wochen zusammenzuschlagen. Es war für uns weiter ermutigend, zu erleben, wie die britische Expeditionsarmee auch dort in schnellstem Tempo erst nach dem Peloponnes und dann über Kreta endlich meerwärts verschwand, soweit sie nicht von uns ebenfalls vernichtet wurde oder in Gefangenschaft geriet. Nicht weniger ermutigend aber war es für das deutsche Volk, daß wir seit dem 22. Juni des vergangenen Jahres mit unseren Verbündeten in weltgeschichtlich einmaligen Schlachten die bolschewistische Gefahr von unseren Grenzen über 1000 Kilometer weit zurückschlagen konnten, und daß in der gleichen Zeit unsere U-Boot- und Luftwaffe sowohl als unsere übrigen Seestreitkräfte schon mehr als 16 Millionen Bruttoregistertonnen feindlichen Handelsschiffsraums versenkt hatten und heute immer noch weiter versenken und versenken werden. Ich sehe es als eine Ermutigung an, daß es uns dabei gelang, in den Weiten des Ostens ein Eisenbahnnetz auf unsere Spurweite zu bringen und zu betreiben, das zur Zeit größer ist als das des ganzen englischen Mutterlandes. Auch zu den japanischen Heldentaten, diesem einzigartigen Siegeszug, kann ich nichts anderes sagen, als daß sie in unseren Augen ebenfalls überaus ermutigend sind. So könnte ich gegenüber den ermutigenden Elementen, von denen Herr Churchill und Herr Roosevelt leben, zahllose Taten anführen, die für uns eine Ermutigung bedeuten. Allerdings das Ermutigendste vielleicht, das ich für Deutschland und seine Verbündeten überhaupt sehe, ist, daß Mister Churchill und Roosevelt in London

90 und Washington wirken und nicht in Berlin oder Rom. Die Engländer werden das nicht glauben, aber es ist doch so!

Meine Abgeordneten! Männer des Reichstages!

Als ich zum letztenmal zu Ihnen sprach, senkte sich über den Osten ein Winter, wie er in Europa auch in diesen Gebieten seit über 140 Jahren nicht erlebt worden war. In wenigen Tagen stürzte das Thermometer von 0 Grad und darüber bis minus 47 Grad und darunter. Was das bedeutet, kann wohl überhaupt niemand ermessen, der es nicht selbst erlebt hat. Vier Wochen früher, als es vorauszusehen war, fanden damit alle weiteren Operationen ein jähes Ende. Die inmitten einer Vorwärtsbewegung befindliche Front durfte weder zurückfluten, noch konnte sie in den Positionen belassen werden, in denen sie sich in diesem Augenblick befand. Es erfolgte deshalb die Zurücknahme in eine allgemeine Linie, die von Taganrog zum Ladogasee reicht. Ich darf heute aussprechen, daß dieser Vorgang hier wohl leicht darzustellen, in der Wirklichkeit unendlich schwer durchzuführen war. Der blitzartige Einbruch einer selbst in diesen Gebieten nur alle hundert Jahre wiederkehrenden Kältewelle solchen Grades lähmte nicht nur den Menschen, sondern vor allem die Maschinen. Es gab Augenblicke, in denen beide zu erstarren drohten. Wer die Weiten dieses Ostens sieht, hat dabei mit einer psychologischen Belastung zu rechnen, die 1812 die französischen Heere vernichtete und gerade deshalb heute noch als Erinnerung die Tatkraft schwächerer Naturen zu lahmen imstande ist. Die Hauptlast des Kampfes lag nun beim Heer und den mit ihm verbündeten fremden Verbänden. Ich habe es daher als meine Ehrenpflicht angesehen, in diesem Augenblick meinen Namen mit dem Schicksal der Armee zu verbinden. Ich fühle mich als Soldat so sehr verantwortlich für die Führung dieses Kampfes, daß ich es für unerträglich gehalten hätte, in dieser schwersten Stunde nicht mit meiner Person vor all das zu treten, was die Vorsehung mit uns vorzuhaben schien. Daß es nun gelungen ist, die drohende Katastrophe restlos zu meistern, verdanke ich in erster und ausschließlicher Linie der Tapferkeit, der Treue und der unmenschlichen L e i d e n s b e r e i t s c h a f t unserer braven Soldaten. Sie allein haben es mir ermöglicht, eine Front zu halten, gegen die nun der Gegner Hekatomben von Menschen anzusetzen begann. Monatelang rannten immer neue, kaum ausgebildete Massen aus den Weiten Innerasiens oder des Kaukasus gegen unsere Linien an, die besonders nachts nur stützpunktartig gehalten werden konnten. Denn es ist unmöglich, bei 30, 40 oder noch mehr Grad Kälte im freien Felde ohne Dek-

91 kung zu liegen. Wenn der Russe nun seinerseits trotzdem zwischen diesen kaum befestigten Orten in immer neuen Angriffswellen durchstieß oder -sickerte, dann geschah es unter Opferung von Hunderttausenden und aber Hunderttausenden von Menschen. Das Problem, das in dieser Zeit uns aber am meisten bedrückte, war das des Nachschubs. Denn weder der deutsche Mensch noch der deutsche Panzer, aber auch leider nicht unsere deutschen Lokomotiven waren für Kältegrade vorbereitet, wie sie uns überfallmäßig nun getroffen haben. Und doch hing von der Aufrechterhaltung unseres Nachschubs Sein oder Nichtsein der Armeen ab. Sie werden es daher verstehen und sicher billigen, daß ich

indem einen oder anderen Fall rücksichtslos und hart zugegriffen habe, um unter Einsatz der grimmigsten Entschlossenheit einem Schicksal Herr zu werden, dem wir sonst vielleicht hätten erliegen müssen. Denn, meine Herren Abgeordneten! Als im Jahre 1812 die napoleonischen Armeen von Moskau zurückfluteten und endlich aufgerieben wurden, lag die tiefste Kälte etwa um 25 Grad unter Null. In diesem Jahre aber war der tiefste Kältegrad, den wir an einer Stelle an der Ostfront gemessen hatten, genau 52 Grad unter Null.

Wenn ich zusammenfassend nun zu den Leistungen der Truppe selbst Stellung nehme, dann kann ich nur sagen, sie haben alle ihre höchste Pflicht getan. An der Spitze aber steht sicher wieder die deutsche Infanterie. Tausende von Kilometern Märsche hinter sich, ewig im Angriff liegend, stürzte sie plötzlich fast über Nacht in einen Winter, den sie in dieser Form weder geahnt, geschweige denn je erlebt hatte. Wir alle kennen die lähmende Wirkung der Kälte. Sie wirkt einschläfernd auf den Menschen und tötet ihn dadurch schmerzlos. Daß in den kritischen Wochen dieses Schicksal uns erspart blieb, verdanken wir der übermenschlichen Leistungsfähigkeit und Willensstärke nicht nur dieser Soldaten, sondern vor allem auch der Unteroffiziere, Offiziere bis herauf zu jenen Generalen, die in Erkenntnis der drohenden Gefahr mit höchstem Einsatz ihres eigenen Lebens die Männer immer wieder emporrissen und zu jener verschworenen Gemeinschaft formten, die heute wohl das Beste ist, was jemals als Soldat das deutsche Volk sein eigen nannte.

Wenn ich von dieser Infanterie spreche, dann möchte ich heute aber auch zum erstenmal besonders hervorheben die stets gleiche und vorbildliche Tapferkeit und Härte meiner braven SS-Divisionen und SS-Polizeiverbände. Ich habe sie von vornherein als eine unerschütterliche Truppe angesehen, gehorsam, treu und tapfer im Krieg, wie sie es im Frieden zu sein gelobt hatten.

In den Reihen dieser Infanterie aber kämpften genau so der Panzermann und Panzer Jäger, der Pionier

92 und Kanonier, der Nachrichtenmann und nicht zuletzt die Fahrer unserer Kolonnen. Sie alle haben den Dank der Heimat verdient.

Die Luftwaffe hat mit heroischem Einsatz diesen braven Soldaten immer und immer wieder geholfen, und zwar nicht nur durch ihre heldenmütigen Jäger und Kampfflieger, Aufklärer, Beobachter und Transportflieger, sondern auch dort, wo es notwendig war, durch Flak- und Luftwaffenbataillone, die im Erdkampf ihre Flugplätze und endlich auch besonders bedrohte Frontabschnitte unverrückbar schützten.

Bautruppen der Organisation Todt und der Standarte Speer halfen in grimmiger Kälte mit, die Adern des Verkehrs immer wieder von Störungen zu befreien und die Verkehrswege selbst — wenn notwendig — mit ihrem eigenen Blute gegen Partisanen zu verteidigen. Männer des Arbeitsdienstes fochten abwechselnd bald mit dem Spaten und bald mit dem Gewehr. Übermenschliches wurde gefordert von Sanitätsoffizieren und -Unteroffizieren, den Krankenträgern, Krankenwärtern und vor allem von den Schwestern des Deutschen Roten Kreuzes und der NSV.

Eisenbahnpioniere stellten immer neue Linien, Brücken und Übergänge fertig in einer Zeit, da der Stahl oft so spröde war, daß Schienen durch das bloße Befahren zu zerspringen anfangen. Übermüdet hat das Zugs- und Rangierpersonal versucht, den Kameraden an der Front zu helfen. Denn es gab eine Zeit, da hing alles oft von einzelnen Strecken und Zügen ab. Daß dies gemeistert werden konnte, verdanken wir einem Todesmut und einer Einsatzbereitschaft zahlloser namenloser Helden, die als unvergängliche Ruhmestat in der Geschichte unseres Volkes weiterleben wird.

Es würde ein großes Unrecht sein, wollte ich am heutigen Tage nicht auch derer gedenken, die mit uns das gleiche Leid geteilt haben. Über unsere finnischen Waffengefährten zu sprechen, ist kaum nötig. Sie sind so hervorragend und vor allem auch so erfahren in diesem Kampf, daß sie schlechterdings nur immer als Vorbilder gelten dürfen. Sie besaßen vor allem die größte Ruhe gegenüber eingebrochenen oder durchgesickerten russischen Verbänden. Indem sie vorn ihre Reihen schlossen, begannen sie mit der Vernichtung der hinter ihrem Rücken operierenden Bolschewisten. Wenn ich aber nun vom Norden beginne, dann muß ich weiter die Soldaten einer Division nennen, die aus dem Süden Europas stammt, und die am Ilmensee alles das mitgemacht haben, was von unseren eigenen Männern gefordert werden mußte! Wenn die spanische Division dereinst in ihre Heimat zurückkehrt, werden wir ihr und ihrem tapferen General kein anderes Zeugnis ausstellen können als die Anerkennung der Treue und Tapferkeit bis in den Tod! Diese gleiche Wertung aber gebührt auch all den anderen Verbänden, sowohl den ungarischen als den

93 slowakischen und kroatischen Verbündeten; sie haben in höchster Tapferkeit und Zuverlässigkeit ihre Aufgabe erfüllt. Die drei italienischen Divisionen sind den ganzen Winter über trotz einer für sie besonders schmerzhaften Kälte geblieben, wo sie waren. Auch bei ihnen ist dank ihrer Tapferkeit jeder

sonders schmerzhaften Kälte geblieben, wo sie waren. Auch bei ihnen ist dank ihrer Tapferkeit jeder russische Einbruch zum Scheitern verurteilt gewesen. Das gleiche gilt für die tapferen Soldaten der verbündeten rumänischen Armee unter dem Befehl ihres Marschalls Antonescu, wie überhaupt in der ganzen Front ein allmähliches Zusammenschmelzen der verschiedensten europäischen Völker bemerkbar ist gegenüber dem gemeinsamen Todfeind. Dies betrifft nicht nur die germanischen Freiwilligen in den SS-Verbänden, sondern auch die belgischen und französischen Teilnehmer an diesem gemeinsamen Einsatz. Ja sogar Litauer, Letten und Esten, Ukrainer und Tataren beteiligten sich am Kampf gegen den bolschewistischen Weltfeind. Auch die Luftwaffe unserer Verbündeten haben, angefangen von den Finnen bis zu den italienischen Jägern, dem Feinde schwere Verluste beigefügt.

Bei diesem gewaltigen geschichtlichen Erfolge war es notwendig, nur in ganz wenigen einzelnen Fällen von mir einzugreifen. Nur dort, wo die Nerven brachen, der Gehorsam versagte oder mangelndes Pflichtbewußtsein bei der Meisterung der Aufgaben in Erscheinung trat, habe ich harte Entscheidungen getroffen, und zwar kraft des souveränen Rechtes, das ich glaube, von meinem deutschen Volke hierfür bekommen zu haben. Daß mich in diesem Kampfe die Heimat unterstützte, danke ich hier nicht nur in meinem eigenen, sondern vor allem im Namen unserer Soldaten.

Es erfüllt mich mit großem Stolz und tiefer Befriedigung, daß sich nunmehr die Erziehung unseres Volkes durch den Nationalsozialismus immer stärker auszuwirken beginnt. Trotzdem die Partei selbst die weitaus große Masse nicht nur ihrer Anhänger, sondern auch ihrer Führer an den Fronten hat, Millionen Männer der Politischen Organisation, der SA, des NSKK usw. als Soldaten ihrer Pflicht gehorchen, wirkt sie in ihrer Führung wahrhaft beispielhaft. Nicht nur der oft schwer bedrängten Heimat hilft sie durch ihre Organisation, der Arbeitsfront und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt usw., sondern auch den Soldaten im Felde.

Mein Aufruf zur Wollspende hat es ermöglicht, in kürzester Frist, verbunden mit vielen organisatorischen Verbesserungen des Nachschubs, der Truppe eine vor allem wärmere Ausrüstung zu geben, als dies vordem geschehen war. Es darf uns daher alle gemeinsam — und sie spreche ich in diesem Augenblicke besonders für den Soldaten in vorderster Linie aus — eine stolze Empfindung erfüllen: Wir haben ein

94 Schicksal gemeistert, das einen anderen vor 130 Jahren zerbrochen hat. Die Prüfung, die dieser Winter aber für Front und Heimat brachte, soll für uns alle auch eine Lehre sein. Rein organisatorisch habe ich jene Verfügungen getroffen, die notwendig sind, um von vornherein einer Wiederholung ähnlicher Notstände vorzubeugen. Die Deutsche Reichsbahn wird in dem kommenden Winter, ganz gleich, wo er uns findet, ihrer Aufgabe besser gerecht werden als im vergangenen. Von den Lokomotiven angefangen bis zu den Panzern, Traktoren, Zugmaschinen und Lastkraftwagen wird das Heer im Osten besser gerüstet sein, für den einzelnen Mann aber wird — selbst wenn sich eine solche Naturkatastrophe wiederholen sollte — aus Erfahrung und Arbeit kein ähnlicher Zustand mehr entstehen, wie wir ihn erlebten. Daß ich entschlossen bin, hier alles zu tun, um diesen Aufgaben gerecht zu werden, werden Sie, meine alten Mitkämpfer, nicht bezweifeln.

Ich erwarte dazu allerdings eines: daß mir die Nation das Recht gibt, überall dort, wo nicht bedingungslos im Dienste der größeren Aufgabe, bei der es um Sein oder Nichtsein geht, gehorcht und gehandelt wird, sofort einzugreifen und dementsprechend selbst handeln zu dürfen. Front und Heimat, Transportwesen, Verwaltung und Justiz haben nur einem einzigen Gedanken zu gehorchen, nämlich dem der Erringung des Sieges. Es kann in dieser Zeit keiner auf seine wohl erworbenen Rechte pochen, sondern jeder muß wissen, daß es heute nur Pflichten gibt. Ich bitte deshalb den Deutschen Reichstag um die ausdrückliche Bestätigung, daß ich das gesetzliche Recht besitze, jeden zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten beziehungsweise denjenigen, der seine Pflichten nach meiner Ansicht und gewissenhaften Einsicht nicht erfüllt, entweder zur gemeinen Kassation zu verurteilen oder ihn aus Amt und Stellung zu entfernen ohne Rücksicht, wer er auch sei oder welche erworbenen Rechte er besitze. Und zwar gerade deshalb, weil es sich unter Millionen Anständiger nur um ganz wenige einzelne Ausnahmen handelt. Denn über allen Rechten, auch dieser Ausnahmen, steht heute eine einzige gemeinsame Pflicht. Es interessiert mich daher nicht, ob während der jetzigen Notzeit in jedem einzelnen Fall bei Beamten oder auch bei Angestellten Urlaub usw. gewährt werden kann oder nicht, und ich verbitte mir auch, daß dieser Urlaub, der nicht gegeben werden kann, etwa aufgerechnet wird für spätere Zeiten. Wenn überhaupt jemand das Recht besäße, Urlaub zu verlangen, dann wäre das in erster Linie nur unser Frontsoldat und in zweiter der Arbeiter oder die Arbeiterin für die Front. Und wenn ich nun nicht in der Lage war, seit Monaten der Front im Osten im

95 ganzen diesen Urlaub zu geben, dann komme mir keiner zu Hause mit einem sogenannten „wohlerworbenen Recht“ auf Urlaub in irgendeinem Amt. Ich selbst bin berechtigt, das abzulehnen, weil ich — was diesen Persönlichkeiten vielleicht nicht bekannt sein wird — selbst seit dem Jahre 1933 noch keine drei freien Tage als Urlaub für mich in Anspruch genommen habe. Ebenso erwarte ich, daß die deutsche Justiz versteht, daß nicht die Nation ihretwegen, sondern daß sie der Nation wegen da ist, das heißt, daß nicht die Welt zugrunde gehen darf, in der auch Deutschland eingeschlossen ist, damit ein formales Recht lebt, sondern daß Deutschland leben muß, ganz gleich, wie immer auch formale Auffassungen der Justiz dem widersprechen mögen. Ich habe — um nur ein Beispiel zu erwähnen — kein Verständnis dafür, daß ein Verbrecher, der im Jahre 37 heiratete und dann seine Frau so lange mißhandelte, bis sie endlich geistesgestört wird und an den Folgen einer letzten Mißhandlung stirbt, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wird in einem Augenblick, in dem zehntausende brave deutsche Männer sterben müssen, um der Heimat die Vernichtung durch den Bolschewismus zu ersparen, das heißt also, um ihre Frauen und Kinder zu schützen. Ich werde von jetzt ab in diesen Fällen eingreifen und Richter, die ersichtlich das Gebot der Stunde nicht erkennen, ihres Amtes entheben. Was der deutsche Soldat, der deutsche Arbeiter, der Bauer, unsere Frauen in Stadt und Land, was Millionen unseres Mittelstandes usw. leisten und an Opfern bringen, alle nur in dem einen Gedanken an den Sieg, fordert eine kongeniale Einstellung auch bei denjenigen, die vom Volke selbst berufen sind, seine Interessen wahrzunehmen. In dieser Zeit gibt es keine selbstheiligen Erscheinungen mit wohlerworbenen Rechten, sondern wir alle sind nur gehorsame Diener an den Interessen unseres Volkes.

Meine Abgeordneten! Männer des Reichstags!

Wir haben eine gewaltige Winterschlacht hinter uns. Es wird die Stunde kommen, da sich die Fronten wieder aus ihrer Erstarrung lösen werden, und dann soll die Geschichteentscheiden, wer in diesem Winter gesiegt hat:

der Angreifer, der seine M e n s c h e n m a s s e idiotisch opferte, oder der Verteidiger, der einfach seine Stellung hielt. Ich lese in diesen Wochen fortgesetzt von den gewaltigen Drohungen unserer Gegner. Sie wissen, daß ich meine Aufgabe viel zu heilig und ernst nehme, um jemals leichtfertig zu sein. Was Menschen tun können, um Gefahren vorzubeugen, das habe ich getan, und werde ich auch in Zukunft tun. Und

96 wie weit unsere Vorbereitungen für die Überwindung dieser Gefahren genügende sind, wird die Zukunft erweisen. Die großen Feldherren Englands und der USA jagen mir weder Furcht noch Schrecken ein. In meinen Augen besitzen Generale wie Mac Arthur keineswegs, wie die britische Presse glaubt, hinreißende, sondern höchstens ausreißende Fähigkeiten. Wie ich überhaupt die Genügsamkeit meiner Gegner bewundere in der Anlegung des Maßstabes für die Größe ihrer eigenen Erfolge oder ihrer Person.

Sollte sich aber in England der Gedanke, den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung mit neuen Mitteln weiterzuführen, durchsetzen, dann möchte ich schon jetzt vor aller Welt folgendes feststellen:

Herr Churchill hat im Mai 1940 mit diesem Krieg begonnen. Ich habe vier Monate lang gewarnt und gewartet. Es kam dann die Zeit, in der ich gezwungen war, zu handeln. Der für diese Art von Kampf allein Verantwortliche begann dann zu jammern. Auch jetzt ist mein Warten nicht Schwäche. Möge dieser Mann nicht wieder klagen und wimmern, wenn ich mich nun gezwungen sehen werde, eine Antwort zu geben, die sehr viel Leid über sein eigenes Volk bringen wird. Ich werde von jetzt ab wieder Schlag um Schlag vergelten, bis dieser Verbrecher fällt und sein Werk zerbricht.

Wenn ich auf die Welt blicke, die wir verkörpern, und auf alle die Männer, mit denen ich das Glück habe, befreundet oder verbündet zu sein, wenn ich weiter sehe auf die Schar meiner politischen Führer im Reiche, auf meine Reichsleiter, Gauleiter, Reichsstatthalter, Generalgouverneure, Reichskommissare, auf meine Minister usw., auf meinen Reichsmarschall, die Feldmarschälle und Admirale und Generalobersten und die zahlreichen anderen Führer an den Fronten, dann sehe ich mit stärkster Zuversicht in eine Zukunft, in der nicht Possenreißer, sondern Männer Geschichte machen werden. Der Kampf im Osten wird seine Fortsetzung finden. Der bolschewistische Koloß wird von uns so lange geschlagen werden, bis er zertrümmert ist. Gegen England selbst aber kommt zunächst als erstes die deutsche U-Boot-Waffe immer mehr zum Tragen. Herr Churchill hat bereits im Herbst 1939, nachdem er fast jeden Tag ungefähr zehn U-Boote versenkt hatte, dem englischen Volke versichert, daß er der U-Bootgefahr Herr geworden sei. Nun will ich ihm heute versichern, daß diese Gefahr eher noch seiner Herr werden wird. Ich habe es schon an anderer Stelle ausgesprochen, daß die Lähmung des deutschen U-Boot-Einsatzes im vergangenen Jahr ausschließlich dem Bestreben zuzuschreiben war,

jeden denkbaren Anlaß zu einem Konflikt mit Amerika zu vermeiden. Dies konnte aber nicht verhindern, daß der Präsident der amerikanischen Union,
97 von seinen jüdischen Auftraggebern getrieben, durch immer neue Maßnahmen versuchte, die deutsche Kriegführung einzuengen und uns durch das Mittel völkerrechtswidriger Deklarationen den U-Bootkrieg überhaupt unmöglich zu machen. Es war daher für uns eine Erlösung, als sich das tapfere japanische Volk entschlossen hat, den unverschämten Provokationen dieses Geisteskranken so zu antworten, wie man es allein vor dem eigenen Volke und der Weltgeschichte verantworten kann. Damit wurde endlich auch der deutschen U-Boot-Waffe der Ozean im weitesten Maß des Wortes freigegeben. Und wenn die britisch-amerikanische Presse auch jede Woche von neuen Erfindungen faselt, die zur unrettbaren Vernichtung der U-Boote führen werden, so ist dies ebensowenig neu, wie es umgekehrt auch nicht neu ist, daß sich die deutschen und unsere verbündeten U-Boote und ihre Waffen von Jahr zu Jahr verbessern. Was die deutsche Marine trotz ihrer zahlenmäßigen Kleinheit getan hat, überragt weitaus das, was unsere um so viel größere im Weltkriege zu leisten fähig war. Wie unsere U-Boote aber wirken können, das wird sich von Monat zu Monat mehr erweisen. Denn entgegen der weinseligen Behauptung Churchills im Herbst 1939 vom Ende der deutschen U-Boote kann ich ihm nur versichern, daß ihre Zahl nach einem festen Rhythmus von Monat zu Monat wächst, und daß sie heute bereits die Höchstzahl der U-Boote des Weltkrieges weit hinter sich gelassen hat. Wenn die italienisch-deutsche Zusammenarbeit im Mittelmeer zu einer immer engeren Kameradschaft und zu immer steigendem Erfolg geführt hat, dann wird die Zusammenarbeit Deutschlands mit Italien, Japan und den übrigen Verbündeten auch auf den anderen Kriegsschauplätzen nicht minder große Ergebnisse zeigen. Daß die Provokation Japans zum Eintritt in diesen Krieg aber wohl die geistloseste und dümmste Handlung unserer Gegner war, hat der Heldenkampf dieses Volkes schon in wenigen Monaten erwiesen. Ich weiß nicht, ob auch heute noch jeder Engländer so felsenfest davon überzeugt ist, daß die politischen Methoden Mister Churchills und Roosevelts richtig gewesen sind und ob der Einsatz in diesem Kampf jemals dem möglichen Gewinn hätte entsprechen können. Wir Deutsche haben in diesem Ringen um Sein oder Nichtsein nur alles zu gewinnen. Denn der Verlust dieses Krieges würde ohnehin unser Ende sein. Die innerasiatische Barbarei würde über Europa kommen wie zu Zeiten der Hunnen oder der Mongolenstürme. Niemand weiß dies besser als der deutsche Soldat und die mit ihm verbündeten Nationen, die an der Front das Wesen der bolschewistischen Menschheitsbefreiung kennenlernten, die mit ihren eigenen Augen sehen, wie das Paradies der Arbeiter
98 und Bauern in Wirklichkeit aussieht, und wer es nun richtig geschildert hat, der Nationalsozialismus und der Faschismus oder unsere Gegner. England aber kann in diesem Kriege nichts gewinnen, es wird verlieren. Und es wird dann vielleicht einmal in seine Geschichte die Erkenntnis eingehen, daß man das Schicksal von Völkern und Staaten weder zynischen Trinkern noch Geisteskranken anvertrauen soll.

In diesem Kampfe wird am Ende die Wahrheit siegen! Sie aber ist bei uns!

Daß mich die Vorsehung ausersehen hat, in einer so großen Zeit das deutsche Volk führen zu dürfen, ist mein einziger Stolz. Meinen Namen und mein Leben will ich bedingungslos verbinden mit seinem Schicksal. Ich habe an den Allmächtigen keine andere Bitte zu richten, als uns in Zukunft genau so wie in der Vergangenheit zu segnen, und mir das Leben so lange zu lassen, als es für den Schicksalskampf des deutschen Volkes in seinen Augen notwendig ist. Denn es gibt keinen größeren Ruhm als die Ehre, in schweren Zeiten Führer eines Volkes und damit Träger der Verantwortung zu sein! Und ich kann kein größeres Glück fühlen als das Bewußtsein, daß dieses Volk mein deutsches ist!



Am 20. April gedachte das ganze deutsche Volk in Liebe und Dankbarkeit seines Führers, der in diesem Jahre das 53. Lebensjahr vollendete. Der Führer verbrachte diesen Tag inmitten seiner Arbeit in seinem Hauptquartier. Seinem Wunsche entsprechend waren alle großen Festlichkeiten abgesagt. Am Vorabend dieses Tages fand lediglich in der Philharmonie zu Berlin eine Kundgebung der Partei statt, bei der Reichsminister Dr. Goebbels in einer herzlichen Ansprache dem Führer die Glückwünsche des deutschen Volkes zum Ausdruck brachte. Reichsminister Dr. Goebbels sprach in dieser Rede aus, was das deutsche Volk in diesen Zeiten ernstesten Ringens für seinen Führer empfindet. Dr. Goebbels schilderte die geniale Persönlichkeit des Führers und ihre Leistungen, ausgehend von einem Vergleiche mit Friedrich dem Großen. Jedermann hat begriffen, daß der Führer mit gleicher Stärke der Seele und des Herzens im Laufe des vergangenen Winters unermesslichen Gefahren widerstanden hatte, wie es auch der große Preußenkönig während des Siebenjährigen Krieges getan hat. Die würdige Feier in der Philharmonie fand ihren Ausklang in der Neunten Symphonie Beethovens, die unter der Stabführung von Wilhelm Furtwängler von den Berliner Philharmonikern als Huldigung für den Führer aufgeführt wurde.

Am Abend des gleichen Tages stellte sich in einer Ringsendung des Großdeutschen Rundfunks zu mitternächtlicher Stunde die deutsche Jugend als Gratulant ein. Sie gelobte dem Führer Treue und Gehorsam und versprach, zu ihrem Teile dazu beizutragen, daß der Sieg errungen werde. Wie in jedem Jahr, so wurden auch in diesem die zehnjährigen Jungen und Mädels aus Jungvolk und Jungmädelschaft in die HJ und den BDM übernommen. Hunderttausende weihten sich und ihr junges Leben dem Führer.

Reichsmarschall Göring erließ am 20. April einen Aufruf zum Geburtstag des Führers, in dem mit plastischen und eindringlichen Worten des Führers Verdienst an dem sieghaften Verteidigungskampf des vergangenen Winters dargestellt wurde. „In den harten Abwehrkämpfen dieses grausamen Winters“, so

100 sagte der Reichsmarschall, „haben sich unseres Führers eiserne Energie und unbeugsamer Widerstandswille in kühner Beharrlichkeit durchgesetzt. Welch unermüdliche Arbeit, wieviel Sorgen und tausendfältige Mühen haben sein vergangenes Lebensjahr erfüllt! Mit seiner ganzen seelischen Kraft hat der Führer um die großen epochalen Entschlüsse gerungen und, wie die Geschichte gelehrt hat, die richtige Entscheidung getroffen.“ Niemals sei darum die Verbundenheit des deutschen Volkes mit seinem Führer fester und innerlicher gewesen als in dieser Zeit. Mit dankbarem Herzen erneuere das deutsche Volk seinen Schwur: tapfer zu sein, kein Opfer und keine Gefahr zu scheuen, in der Anspannung aller Kräfte nicht müde zu werden, bis der Endsieg und des Großdeutschen Reiches Macht und Herrlichkeit für alle Zukunft gewährleistet sind (siehe Seite 76).

Im Hauptquartier sprachen zu Beginn der militärischen Besprechungen der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, und der Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Halder, dem Führer zugleich im Namen des Heeres ihre Glückwünsche aus. Gegen Mittag überbrachten der Reichsmarschall und Großadmiral Raeder die Glückwünsche der Luftwaffe und der Kriegsmarine. Zur Gratulation hatten sich außerdem eingefunden der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop, der Chef der deutschen Polizei, Reichsführer SS Himmler, die Reichsleiter Dr. Ley, Bormann und Dr. Dietrich, Reichsminister Dr. Lammers und der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Albert Speer.

Von zahlreichen Staatsoberhäuptern empfing der Führer telegraphische Glückwünsche, unter denen die des Kaisers und Königs von Italien und des Duce besonders herzlich gehalten waren. In diesen Gratulationen und den Antworttelegrammen des Führers kam die Siegeszuversicht der verbündeten Völker überzeugend zum Ausdruck.

Einen weiteren Höhepunkt des Monats April bildete die Rede des Führers vor dem Reichstag am 26. April. Für das deutsche Volk und die Welt überraschend war an diesem Tag die Vertretung der Nation zusammengerufen worden. Die Rede war in ihren wesentlichen Teilen eine großartige Darstellung des Weltkampfes, der zum Zerfall des britischen Empire führen wird. Des Führers Darlegungen von der Härte des Winterkampfes im Osten führte dem deutschen Volke noch einmal mit unheimlicher Klarheit vor Augen, in welcher Gefahr das Reich in den vergangenen Monaten geschwebt hatte. Der Führer schilderte hier, welche übermenschlichen Kräfte es bedurft hatte, eine Katastrophe abzuwenden,

wie sie Napoleon im Jahre 1812 vernichtet hatte. Wenn die Abwehrschlacht im Osten gewonnen wurde, dann war das, wie der

101 Führer sagte, der Leidens- und Opferbereitschaft des deutschen Soldaten zu verdanken, der überall Wunder der Tapferkeit und der Treue vollbracht hat. Dieser Kampf nicht nur gegen einen entmenschten, kein Opfer scheuenden Feind, sondern auch gegen einen Winter von ungewöhnlicher Härte werde immer das größte Ruhmesblatt des deutschen Soldatentums bleiben. Die Aufforderung des Führers an die Heimat, überall die letzte und äußerste Kraft einzusetzen, wurde darum von jedem Deutschen als berechtigt und gerecht anerkannt. Die daraus sich ergebende, vom Führer gestellte verfassungsrechtliche Forderung, daß er selbst über alle entscheidenden Fragen der Nation bestimmen kann, ist darum nur logisch und konsequent. In der von Hermann Göring in seiner Schlußansprache verlesenen Feststellung werden des Führer in dieser Stunde geforderte Machtbefugnisse klar umrissen: „Der Führer muß — ohne an bestehende Rechtsvorschriften gebunden zu sein — in seiner Eigenschaft als Führer der Nation, als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht, als Regierungschef und Oberster Inhaber der vollziehenden Gewalt, als Oberster Gerichtsherr und als Führer der Partei — jederzeit in der Lage sein, nötigenfalls jeden Deutschen — sei er einfacher Soldat oder Offizier, niedriger oder hoher Beamter oder Richter, leitender oder dienender Funktionär der Partei, Arbeiter oder Angestellter — mit allen ihm geeignet erscheinenden Mitteln zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten und bei Verletzung dieser Pflichten nach gewissenhafter Prüfung ohne Rücksicht auf sogenannte wohlerworbene Rechte mit der ihm gebührenden Sühne zu belegen, ihn im besonderen ohne Einleitung vorgeschriebener Verfahren aus seinem Amte, aus seinem Rahmen und seiner Stellung zu entfernen.“ (Siehe Seite 75). Der Reichstag bestätigte einmütig diese Feststellung.

Das Urteil der Welt über dieses Ereignis gipfelt in der Feststellung, daß Adolf Hitler im gegenwärtigen Augenblick, vor dem Beginn neuer kriegsentscheidender Operationen die höchste Konzentration aller Kräfte vorgenommen habe. Der in der Führerrede manifestierte Wille, Europa gegen den Vernichtungswillen des Bolschewismus und der Plutokratien zu einigen und einer neuen Zukunft entgegenzuführen, wurde im deutschen Volke selbst und bei den befreundeten Völkern und den übrigen Staaten des Kontinents, die an eine neue Ordnung glauben, mit begeisterter Zustimmung aufgenommen.

In seiner Rede würdigte der Führer auch die großen Kriegserfolge der Japaner, die im Monat April im Seekrieg den Engländern und Amerikanern schwere Verluste zufügten, auf den Philippinen 60000 Mann zur Kapitulation zwangen und zur gleichen Zeit in Burma einen glänzenden Feldzug führten, der in den

102 ersten Maitagen mit der Sperrung der Burmastraße zu einem großen Erfolge führte. Diese Ereignisse, zusammen mit der endlichen Überwindung des Winters, festigten im deutschen Volke das Vertrauen in den gemeinsamen Endsieg.

Auch die deutsche Kriegsmarine reihte im April Erfolg an Erfolg. Die Zahl der Sondermeldungen, stets große Ziffern versenkter feindlicher Handelstonnage enthaltend, war beträchtlich. Am Anfang des Monats stand der stolze Rückblick des OKW-Berichts vom 3. April für den Monat März. 649 900BRT wurden in diesem Monat an feindlicher Handelstonnage versenkt. Insgesamt betrug nach einer Meldung des OKW vom 4. April das Gesamtergebnis des versenkten feindlichen Handelsschiffsraums in diesem Kriege mehr als 16 Millionen BRT, von denen sich die Kriegsmarine 12,078 Millionen BRT, davon die Unterseebootwaffe 9,032 Millionen BRT und die Luftwaffe 4,196 Millionen BRT zugute rechnen können. Am 8. April verkündete eine Sondermeldung, daß der Feind vor der amerikanischen und afrikanischen Küste 16 Handelsschiffe mit zusammen 104 000 BRT verlor. Am 11. April berichtete eine weitere Meldung von der Versenkung von 94 000 BRT.

Am 14. April folgten weitere 12 feindliche Handelsschiffe mit zusammen 104 000 BRT auf den Meeresgrund, und am 30. April nannte der Wehrmachtbericht erneut 33000 BRT. Während des Monats April veröffentlichten auch die Italiener ihre Erfolge im U-Bootkrieg, den sie nicht nur im Mittelmeer, sondern auch im Atlantik führen. Dort, auf dem Weltmeer, vernichteten fünf der erfolgreichsten italienischen U-Bootkommandanten 16 Dampfer mit zusammen 114000 BRT! Die Gesamtziffer der von U-Booten und Luftwaffe im April versenkten feindlichen Handelstonnage beträgt 576000 BRT. Viele Anzeichen, insbesondere zahlreiche Pressestimmen aus England und Amerika, lassen erkennen, daß der Feind diese Verluste empfindlich zu spüren beginnt.

Am 4. April meldete der OKW-Bericht über die deutschen Erfolge im Abwehrkampf des Winters gegen die Russen: Seit 4 Monaten berennen die Bolschewisten mit starker Übermacht die deutsche Ostfront. Um jeden Preis sollte der Winterkrieg, dessen Technik die Sowjets monopolartig zu beherr-

schen glaubten, zu einem durchschlagenden Erfolg werden und günstige Bedingungen für die Fortführung des Kampfes im Frühjahr schaffen. Das Ergebnis dieses Unterfangens war, daß der Feind trotz rücksichtsloser Aufopferung seiner Verbände nirgends entscheidend durchzubrechen vermochte. Welche Verluste er dabei erlitt, zeigt der OKW-Bericht über die Kämpfe seit Jahresbeginn, der 104 128 Gefangene verzeichnet und dazu eine Materialeinbuße der Sowjets von 2167 Panzern, 2519 Geschützen und 2720 Flugzeugen. Diese

103 großen Verluste der Sowjets zeigen aber auch, wie schwer die Kämpfe gewesen sind, in denen das deutsche Ostheer eines immer noch gewaltig gerüsteten Gegners Herr geworden ist.

Folgende Angehörige der Wehrmacht erhielten im Monat April das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes: Hauptmann Wilhelm Spieß (85.), Oberst Friedrich-Wilhelm Müller (86.), Kapitänleutnant Topp (87.), SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Theodor E i c k e (88.), Kapitänleutnant Reinhard Hardegen (89.), Oberleutnant Wolf gang Späte (90.), SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Alfred W ü n n e b e r g als 91. Soldat der deutschen Wehrmacht.

Am 24. April erhielt Hauptmann Herbert Ihlefeldt anläßlich seines 101. Luftsieges als 9. Offizier der Wehrmacht das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.

Am 7. April berichtete das OKW, daß das Jagdgeschwader Mölders seinen 3000. Luftsieg errungen habe, Eine wahrhaft stolze Kette ruhmreicher Siege!

Ein weiteres Ereignis, daß weitreichende Perspektiven in die Zukunft der nächsten Monate eröffnet, war die Begegnung, die Führer und Duce am 29. und 30. April in Salzburg hatten. Die Besprechungen zwischen den beiden Regierungschefs waren getragen von dem Geiste der engen Freundschaft und unlösbaren Waffenbrüderschaft der beiden Völker und ergaben die völlige Übereinstimmung der Auffassungen über die durch die überwältigenden Siege der Dreierpakt-Mächte geschaffenen Lage und über die weitere Kriegführung der beiden Nationen auf politischem und militärischem Gebiet. Die harte Entschlossenheit Deutschlands, Italiens und ihrer Verbündeten, den endgültigen Sieg mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln sicherzustellen, kam darin erneut zum Ausdruck. Neben den politischen Besprechungen, die Reichsminister v. Ribbentrop mit dem Königlich Italienischen Außenminister Graf C i a n o über aktuelle außenpolitische Fragen hatte, standen im Mittelpunkt des Interesses des deutschen Volkes und der Welt die militärischen Besprechungen zwischen dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall K e i t e l, und dem Chef des italienischen Wehrmachtgeneralstabes, Generaloberst Graf C a v a l l e r o. Einzelheiten sind naturgemäß über diese Besprechungen nicht bekannt geworden. Es versteht sich aber aus der bisherigen Methodik der Kriegführung der Achsenmächte von selbst, daß hier für die kommenden Operationen klare Ziele gesteckt wurden.

Im Gegensatz zu diesen auf die Niederwerfung der militärischen Kraft des Feindes ausgerichteten Kriegsanstrengungen und politisch-militärischen Besprechungen stehen die verzweifelten Versuche der

104 Briten, aus ihrer Ohnmacht heraus der Welt zumindest den Anschein militärischer Aktivität zu geben. Nach allen Richtungen hin wurde auch im April das Thema einer Invasion auf dem Kontinent erörtert. Auf das deutsche Volk konnte London damit nicht den geringsten Eindruck machen. Auch die zweite Methode, das deutsche Volk zu treffen und seine Kriegentschlossenheit zu zermürben, konnte nicht zum Erfolg führen: es sind dies die britischen Terrorangriffe auf die Wohnviertel deutscher Städte. Mit satanischer Zerstörungswut hatten die Briten schon im März begonnen, die schöne alte Hansestadt Lübeck zu zerstören. Es war ihnen hier gelungen, herrliche Baudenkmäler der deutschen Hanse, Zeugen einer einzigartigen Bürgerkultur, zu vernichten. Wenige Tage darauf richteten die Briten ihre verbrecherischen Angriffe auf die Wohnviertel von Rostock und Köln. Wohl gelang es auch in diesen Städten erheblichen Schaden anzurichten — vornehmlich Rostock wurde schwer getroffen — doch vermochten die Engländer nicht die Moral der Bevölkerung zu beeinflussen. Im Gegenteil, die großartige Haltung der Rostocker Bevölkerung, ihre beispielhafte Hilfsbereitschaft, ihre Disziplin und ihr klagloses Hinnehmen der Verluste an Gut und Leben zeigen, welcher Geist in diesem deutschen Volke wohnt. Der Wille zum Sieg ist durch diesen britischen Terror nur noch stärker geworden.

Mit großer Genugtuung vernahm daher die Nation, insbesondere die von der englischen Mordgier betroffene Bevölkerung, daß der Führer der deutschen Luftwaffe befohlen hat, in harten und vernichtenden Vergeltungsangriffen zurückzuschlagen. Die deutschen Schläge gegen E x e t e r, Bath, Norwich, York zeigten den Briten, daß das nationalsozialistische Deutschland nicht gewillt ist, diesen Terror gegen die Zivilbevölkerung hinzunehmen und daß die deutsche Luftwaffe trotz ihrer Beanspruchung im Osten stark genug ist, auch im Westen mit gleicher Wucht zurückzuschlagen.

Am 28. März hatte der Führer den Gauleiter und Reichsstatthalter Fritz Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ernannt. Diese Ernennung erfolgte im Hinblick darauf, daß das deutsche Volk im gegenwärtigen Schicksalsringen auch in der Heimat die letzten Kraft- und Produktionsreserven einsetzen müsse, wenn sie vor der Front, die Beispiellooses leistet, bestehen will. In einem Interview, das anfangs April in der deutschen Presse veröffentlicht wurde, wies der Generalbevollmächtigte darauf hin, daß der Führer, der Reichsmarschall und der Minister für Bewaffnung und Munition unaufhörlich dafür Sorge trügen, daß den siegreichen deutschen Soldaten fortlaufend in größtem Ausmaße, immer wieder verbessert und vervollkommenet, Waffen, Geräte und Munition zur Verfügung stünden. Für diese Aufgabe wie für die Er-

105 Grafik: Hier trafen die Vergeltungsschläge der Luftwaffe

106 nährung der Heimat müßten nunmehr alle Hilfsquellen und Arbeitskräfte, auch die der besetzten Gebiete, voll ausgenutzt werden. Gauleiter Sauckel betont sehr nachdrücklich, daß die Notwendigkeiten der Rüstung und Ernährung für ihn unwiderruflich an erster Stelle stünden. In der gerechten Verteilung der Arbeitslast und der besten Betreuung aller Schaffenden sieht der Bevollmächtigte die erste und wichtigste Voraussetzung seiner Arbeit. Das Vertrauen zur Gerechtigkeit in der persönlichen Behandlung, Entlohnung und Fürsorge für Gesundheit und Unterbringung werde den vorhandenen Einsatzwillen aller deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen festigen und steigern. Ohne einen großen neuen Apparat aufzuziehen, will Gauleiter Sauckel die ihm übertragene Aufgabe durchführen. Er ernannte mit Zustimmung des Leiters der Partei-Kanzlei, Reichsleiter Bormann, die Gauleiter der NSDAP, zu Bevollmächtigten für den Arbeitseinsatz in den Gauen.

Zur Mobilisierung aller Arbeitskräfte wies Gauleiter Sauckel darauf hin, daß die Erfahrung gezeigt habe, daß in fast allen Betrieben noch Arbeitskräfte frei gemacht werden können. Jeder deutsche Betriebsführer müsse aus eigener Verantwortung und unter Anlegung schärfster Maßstäbe seine Gefolgschaft überprüfen. Wer jetzt noch Arbeitskräfte für nichtkriegsentscheidende Aufgaben zurückhalte, begehe die schwerste Pflichtverletzung, deren er sich im Kriege schuldig machen könne. Darüber hinaus deutete Gauleiter Sauckel an, daß Hitlerjugend und BDM in wesentlich verstärktem Maße bei der Ernte beschäftigt werden würden. Er wies darauf hin, daß man erneut an die deutsche Frau appellieren werde, sich freiwillig den deutschen Rüstungsbetrieben oder der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Auch der Einsatz fremdländischer Arbeitskräfte, sowohl Kriegsgefangener als auch Zivilarbeiter und -arbeiterinnen aus fast allen europäischen Ländern werde verstärkt werden. Die Ausländer müßten aus dem Bewußtsein, daß Europa heute eine Schicksalsgemeinschaft sei, an ihre Arbeit herangehen. Von der Sicherung der europäischen Ernährung z. B. hänge das Schicksal auch derjenigen Völker ab, aus denen unsere Kriegsgefangenen stammen. Der Kriegsgefangene, aber auch der Zivilarbeiter, arbeite daher in den Grenzen des Reiches nicht nur für Deutschland, sondern auch für sein eigenes Land.

Am 18. April beging die NSV den Tag ihres zehnjährigen Bestehens. Die gesamte deutsche Presse gab aus diesem Anlaß einen Rückblick über das weitverzweigte und tief in die soziale Struktur des deutschen Volkes eingreifende Wirken der NSV. Reichsminister Dr. Goebbels empfing am 17. April Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt mit einer großen Zahl seiner aktivsten und ältesten Mitarbeiter. Bei diesem Empfang wür-

107 digte der Minister die große Arbeit der NSV. Er gab dabei bekannt, daß heute die Organisation 16 Millionen Mitglieder zähle und über rund 1 350 000 ehrenamtliche Helfer und Helferinnen verfüge. Schon in ihren Anfängen habe die NSV, die von einem kleinen Kreise von Parteigenossen im Jahre 1932 gegründet wurde, alle Züge einer neuen sozialen Idee getragen. Nach der Machtübernahme sei die NSV zur größten sozialen Organisation des deutschen Volkes geworden. „Die NSV hat“, so sagte Dr. Goebbels, „durch Tatsachen und Leistungen im ganzen Lande die Überzeugung gefestigt, daß bei uns der Gedanke der Gemeinschaft kein hohles Schlagwort ist.“ Das beweisen auch einige Zahlen, die der Minister nannte. So hat das WHW von seiner Einführung im Herbst 1933 an bis heute eine Gesamtsumme von über 5000 Millionen RM erbracht. Das sind 1000 Millionen RM mehr, als Frankreich nach dem verlorenen Kriege von 1870 als Kriegsentschädigung bezahlt hat.

Am 22. April wurde das Sammelergebnis vom diesjährigen „Tag der Wehrmacht“ veröffentlicht. Insgesamt wurden an diesem Tage fast 57 Millionen Reichsmark gespendet, gegenüber einem Gesamtergebnis von etwas mehr als 30 Millionen Reichsmark im vorigen Jahr. Zugleich wurde auch

bekannt, daß das Feldheer für das Kriegswinterhilfswerk 1941/42 mehr als 28 Millionen Reichsmark und außerdem für den Tag der Wehrmacht 3,64 Millionen Reichsmark, zusammen also 31,64 Millionen Reichsmark, gesammelt hat. Rührend sind die Beweise der Spendefreudigkeit, die von einzelnen Formationen der Wehrmacht vorliegen. So schreibt ein Kommandeur an Reichsminister Dr. Goebbels, daß 300 Mann seiner Abteilung die stolze Summe von 18 650 RM gesammelt haben. „Der Aufruf zur Wintersammlung“, so heißt es in dem Brief, „erfolgte nach einem der schwersten Einsätze, die meine Männer während dieses Winters gehabt haben. Sie hatten gerade über eine Woche im Freien, in Eis und Schnee, einer vielfachen Überlegenheit der Bolschewisten standgehalten.“

Am 22. April erließ der Führer einen Aufruf zur Eröffnung des 3. Kriegshilfswerks für das Deutsche Rote Kreuz. Der Führer verweist darin die Heimat darauf, daß hinter dem deutschen Soldaten eine Prüfungszeit liege, die alle bisher von ihm in diesem Kriege gebrachten Opfer weit übertreffe. „Was die Front für unser Volk opfert, das kann von der Heimat wohl nie vergolten werden.“ Das dritte Kriegshilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz könne darum nur einen bescheidenen Ausdruck des Dankes der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft an unsere Soldaten darstellen. (S. Seite 75.)

108 Im Gemeinschaftshaus der Deutschen Arbeitsfront in Berlin fand am Ende des Monats April eine Kriegsarbeitstagung der Gauobmänner und Amtsleiter der Deutschen Arbeitsfront statt. An dieser Tagung nahmen auch die Reichsfrauenführerin Frau Scholtz-Klink und die Reichstreuhand der Arbeit teil. Oberbefehlsleiter Marrenbach eröffnete die Tagung; er wies auf die kriegswichtigen Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront, auf ihre hohe Verantwortung in der Frage der Menschenführung und damit der Produktionssteigerung hin. Es sprachen auf der Tagung der Reichskommissar für die Preisbildung, Staatssekretär Dr. Fischböck, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, ferner die Reichsminister Speer und Funk. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley faßte das Ergebnis der Arbeitstagung in einer grundsätzlichen Rede zusammen.

Das bisherige preußische Institut für Infektionskrankheiten „Robert Koch“ wurde am 1. April unter dem Namen „Robert Koch Institut, Reichsanstalt zur Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten“ in die Obhut des Reiches übernommen. In einer Feierstunde unterstrich der Reichsgesundheitsführer, Staatssekretär Dr. Conti, die Bedeutung der Arbeit dieses Instituts und wies Prof. Gildemeister, den Leiter des Instituts, in die ihm gestellten Aufgaben ein.

Am 1. April fand in München eine kriegswichtige Tagung des Hauptamtes für Volksgesundheit der NSDAP unter Leitung des Reichsgesundheitsführers Dr. Conti statt. Auf dieser Tagung sprachen über bevölkerungspolitische Probleme der Leiter des Reichssippenamtes, Dr. Meyer, über die Jugendgesundheitspflege der K. Chef des Amtes Gesundheit in der HJ, Dr. Liebenow, über die Gesundheitsführung der NSV Dr. Strohschneider. Ferner hielten Referate der Reichsarzt SS Prof. Dr. Grawitz, Reichsapothekerführer Schmierer über Arzneimittelfragen, Prof. Dr. Wirtz sowie weitere Redner. Dr. Conti gab einen Überblick über alle aktuellen Probleme seines Arbeitsgebietes.

Vom 8. bis 12. April fand in Venedig ein Kongreß der „Union Nationaler Journalistenverbände“ statt. Diese vor wenigen Monaten auf deutsche Anregung hin gegründete Vereinigung der Journalistenverbände richtete von Venedig aus eine scharfe und harte Kampfansage an die verbrecherische und entartete Publizistik der Demokratien und des Bolschewismus. Neben deutschen und italienischen führenden Männern der Feder kamen auch namhafte Journalisten der den Achsenmächten verbündeten Staaten zu Wort, unter ihnen die Vertreter Finnlands, Bulgariens, Rumäniens und der Slowakei. Sehr aufschlußreich waren die Ausführungen des tschechischen, norwegischen und niederländischen Vertreters. Sie brachten ein erdrückendes Beweismaterial für die völkerverhetzende, verleumderische und verlogene Presseführung des in-

109 ternationalen Judentums ans Licht der Weltöffentlichkeit. Unter der Wucht dieser aus berufenem Munde vorgetragenen Argumente faßte der Kongreß eine Entschliebung, die sich an alle heute noch der kapitalistischen Lügenpresse ausgelieferten Völker richtet. Durch zahlreiche Dokumente sei es unwiderleglich bewiesen, daß die von internationalen kapitalistischen Einflüssen abhängige Presse mitschuldig sei am Ausbruch und an der Ausweitung des gegenwärtigen Krieges. Als Werkzeug verbrecherischer Kriegstreiber habe eine verantwortungslose Presse zahlreiche Völker getäuscht und die öffentliche Meinung in diesen Ländern irreführt. Erst nach bitteren und furchtbaren Erfahrungen hätten diese Völker den wahren Charakter jener angeblich freien Presse erkannt. Die Entschliebung gipfelte in einem Aufruf an die Journalisten aller Länder, den verbrecherischen Methoden einer entarteten internationalen Publizistik den Kampf anzusagen. Der Journalismus sei kein Geschäft, sondern eine Mission, zu der nur diejenigen Journalisten berufen seien, die sich frei von allen anonymen Bin-

dungen ausschließlich zur Verantwortung gegenüber dem nationalen Gewissen und dem Urteil der Geschichte bekennen.

Am 17. April wurde in Dresden die wissenschaftliche Tagung des ersten europäischen Studenten-Frontkämpfertreffens eröffnet. Der Tagung wohnten Reichserziehungsminister R u s t und Gauleiter und Reichsstatthalter Mutschmann neben zahlreichen führenden Männern aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft, von Partei, Staat und Wehrmacht teil. In seiner Begrüßungsansprache betonte Reichsstudentenführer Dr. Scheel, daß die Akademikerschaft dieser Kriegsgeneration berufen sei, ein Bekenntnis abzulegen zu einem harmonischen Aufbau des Kontinents und die Pflicht habe, mitzuwirken an einer glückhaften Ordnung aller kontinentaler Völker Europas in einer unzertrennlichen Schicksalsgemeinschaft. Die Kundgebung solle der Welt zeigen, daß Europa erwacht sei und beginne, europäisch zu denken und zu handeln, zumal aus dem anfänglich begrenzten Kampf ein Ringen von wahrhaft geschichtlicher Größe erwachsen sei.

Im Rahmen der deutsch-italienischen Freundschaft hielt am 28. April der Präsident des Nationalinstituts für faschistische Kultur in Rom, Nationalrat Prof. Camillo Pellizzi, einen V o r t r a g über Prinzipien und Grundgedanken des Faschismus. Die Verbundenheit, das Zueinanderstreben der großen geschichtlichen Linien, so führte der Präsident unter anderem aus, von denen der Nationalsozialismus sowie der Faschismus geleitet würden, und die Solidarität, die uns im gegenwärtigen Entscheidungskampf vereine, müßten zu einem immer eingehenderen Studium der besonderen geschichtlichen Umweltbedingungen führen, die

110 die beiden Völker und damit auch ihre Regierungsformen und ihre Politik auszeichnen. Es sei wichtig für uns, darüber Klarheit zu gewinnen, daß die Zusammenarbeit der beiden Völker um so stärker und fruchtbarer sein werde, je klarer und schärfer umrissen die Eigenart eines jeden von ihnen sei.

In den vom Bolschewismus aufs schwerste heimgesuchten ukrainischen Städten regt sich nach Überwindung des harten Winters überall neues Leben. Trotz stärkster bolschewistischer Zerstörungen geht die deutsche Verwaltung in Zusammenarbeit mit der arbeitswilligen Bevölkerung tatkräftig an den Wiederaufbau. Man beginnt mit dem Neubau der zerstörten Ortschaften. In vielen Städten ist die Wasser- und Elektrizitätsversorgung wieder sichergestellt. Brücken- und Kanalisierungsarbeiten schreiten rüstig voran. Inzwischen ist auch eine einheitliche Regelung für die Benennung der einzelnen Behörden getroffen. Aus den Kreisen der Landesbevölkerung werden folgende Dienststellen besetzt: An der Spitze eines Dorfes steht der Dorfschulze, während die aus mehreren Dörfern bestehende Landgemeinde ebenso wie jede Stadtgemeinde von einem Bürgermeister betreut wird. An der Spitze eines Rayons, das heißt eines aus mehreren Dörfern, Land- und Stadtgemeinden bestehenden Verwaltungsbezirks, steht ein Rayonchef. Deutsche Behördenleiter versehen folgende Ämter: An der Spitze von Städten mit dem Sitz deutscher Dienststellen ist ein dem Gebietskommissar unterstehender deutscher Bürgermeister tätig. Dem Gebietskommissar obliegt die Leitung eines aus mehreren Rayons oder Stadtgemeinden bestehenden Kreisgebietes. An der Spitze einer größeren Mittel- oder Großstadt steht ein Stadtkommissar. Die Generalkommissare sind Leiter eines aus mehreren Kreis- und Stadtbezirken bestehenden Generalbezirks.

Das Zentralbodenamt beim Reichsführer SS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums hat eine Bestandsaufnahme des gesamten Grund und Bodens in den eingegliederten Ostgebieten durchgeführt. Sobald die Erhebungen gesichtet sind, werden sich für die landwirtschaftlichen Grundstücke aller Betriebsgrößen die grundlegenden Daten in bezug auf den vorhandenen Acker, die Wiesen und Weiden, die Gesamtgröße, den Anteil von Wald, von Wasser, den Zustand der Gebäude, Inventar- und Viehbestand in den auf den Bodenämtern und im Zentralbodenamt eingerichteten Grundstückskarteien befinden. Etwa 1 Million Erfassungsbogen sind bereits im Zentralamt eingegangen. Bis zum 31. Dezember 1941 lagen für insgesamt fast 921 000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Fläche von mehr als 8,2 Millionen Hektar die Erfassungsbogen vor. Eine solche umfassende Landaufnahme in den neuen deutschen Ostgebieten ist die unerläßliche Voraussetzung für die hier im Interesse der Sicherung der deutschen Volkser-

111 nährung durchzuführenden Aufbaumaßnahmen aller Art. Die eingegliederten Ostgebiete sollen Bauernland werden. Die sichergestellten volks- und reichsfeindlichen landwirtschaftlichen Vermögen werden deshalb in erster Linie für geeignete volks- und reichsdeutsche Bauernfamilien zur Verfügung gestellt werden. Voraussetzung dafür ist nicht zuletzt die restlose, rechtzeitige Erschließung dieses Gebietes und die Schaffung von bodenständigen gewerblichen und industriellen Unternehmungen.

Am 28. April empfing der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, drei Bauernabordnungen aus der Ukraine, aus Weißruthenien und aus dem Gebiet von Smolensk, die ihm den

Dank für die neue Agrarordnung zum Ausdruck brachten. Die moderne Bauernbefreiung, die in den besetzten Ostgebieten zur Zeit durchgeführt wird, ist das deutlichste Zeichen dafür, daß die deutschen Armeen nicht als brutale Eroberer, sondern als Befreier in die Ostgebiete gekommen sind. Darum ist auch das Maß der Dankbarkeit der Landbevölkerung, die endlich von dem verhaßten bolschewistischen Kolchossystem befreit wurde, unendlich. Für den größten Teil der Bauern war der Empfang bei Reichsminister Rosenberg der krönende Abschluß einer Besichtigungsreise nach Westfalen, auf der den Bauern größere und kleinere Bauernhöfe sowie genossenschaftliche Einrichtungen gezeigt wurden;

sie erhielten damit eine anschauliche Vorstellung vom Hochstand des deutschen Bauerntums.

Nachdem in der kurzen Zeit des bolschewistischen Regimes im O s t l a n d die Bevölkerung, vor allem in ihren intelligenten Schichten, ungeheure Opfer an Gut und Blut hatte bringen müssen, geht nunmehr ein langsamer aber zielbewußter Wiederaufbau vor sich. In Lettland wurden von den Bolschewisten etwa 500 Lehrer ausgewiesen oder der „Liquidierung“ preisgegeben. In Litauen waren es 1000 Lehrer. Ein Teil von ihnen konnte befreit werden. Unter deutscher Führung erlebt in all diesen Gebieten auch das Schulwesen wieder einen Aufstieg. Der Aufbau des Schulwesens im Warthegau schreitet stetig voran; schon seit mehr als zwei Jahren wird an diesem Aufbau gearbeitet. Der Warthegau verfügt heute, nach knapp 2¹/₂ Jahren deutscher Verwaltung, über 1700 Schulen mit 2700 Klassen. Die Schulen, an denen von 2500 Lehrkräften unterrichtet wird, werden von rund 110000 Kindern besucht. Um der katastrophalen Not an Volksschullehrern entgegenzutreten, sind allein im vergangenen Jahr acht Lehrerbildungsanstalten im Warthegau neu errichtet worden. Zu den 23 bestehenden Mittelschulen sind bis Ende des vergangenen Jahres noch weitere 15 hinzugekommen. Sie sind sämtlich in Hauptschulen umgewandelt worden. Außerdem besitzt der Gau noch 28 höhere Schulen. Dem Agrarcharakter des Landes Rechnung tragend, soll das gesamte

112 wartheländische Schulwesen fast ausschließlich auf die landwirtschaftlichen Erfordernisse und Interessen abgestimmt werden. Auch die Abwehr gegen die Landflucht soll Erziehungswerk der Schule sein. Viel verspricht man sich zur Erreichung dieses Zieles davon, daß man den Erziehern selbst ein Gefühl der Verbundenheit mit dem Lande gibt. Die maßgeblichen Stellen des Warthelandes tragen sich daher mit dem Plan, die Lehrerstellen künftig wieder mit Landbesitz zu verbinden. Über die Funktion des Jugenderziehers hinaus soll der Lehrer späterhin zum geistigen Führer und Vertrauensmann der gesamten bäuerlichen Bevölkerung werden.

Generalgouverneur SA-Obergruppenführer Dr. Frank hat anlässlich des Staatsaktes am Führergeburtstag auf der Burg zu Krakau die auf Befehl des Stabschefs erfolgte Aufstellung der „S A-Einheit Generalgouvernement“ bekanntgegeben und gleichzeitig deren Führung übernommen. Bisher wickelte sich in diesem Nebenland des Reiches die Arbeit der Partei ausschließlich im Rahmen des „Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP“ ab. Der Generalgouverneur hatte damit zunächst einen geschlossenen Block geschaffen, der einen zweckmäßigen und schlagkräftigen Einsatz aller vorhandenen Kräfte der Partei gewährleistete. Nunmehr sind die Voraussetzungen geschaffen, daß auch hier die SA die ihr vom Führer übertragene Aufgabe in Angriff nimmt. SA-Wehrmannschaften wurden zugleich gebildet; sie haben den Wehrerziehungsauftrag übernommen. So wird die SA in Zukunft auch im Generalgouvernement Vortrupp und Sturmabteilung für den Nationalsozialismus sein.

Am 6. April berichtete die deutsche Presse, daß der Reichsführer SS Himmler und der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Leiter der Deutschen Arbeitsfront Dr. L e y eine enge Zusammenarbeit zwischen der gesamten SS und dem Deutschen Volksbildungswerk vereinbart haben. Ausführungen hierzu erläßt der Chef des SS-Hauptamtes in Verbindung mit der Reichsdienststelle des deutschen Volksbildungswerkes,

In der Leitung der Reichstheaterkammer trat im April eine wesentliche Veränderung ein. Der bisherige Präsident Ludwig Körner ist, wie am 21. April gemeldet wurde, von seinem Amt und den damit im Zusammenhang stehenden Aufträgen entbunden worden, da er sich wieder der praktischen Arbeit des Theaters widmen will. Der Präsident der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, hat den Staatsschauspieler Paul Hartmann zum Präsidenten der Reichstheater k a m m e r ernannt. Mit Paul Hartmann tritt einer der vornehmsten und nobelsten Schauspieler, den das neue Deutschland hat, an die Spitze seiner Berufskammer. Achtung und Vertrauen begegnen diesem Künstler, der nicht nur am Theater, sondern vor

113 allem auch im Film mit bedeutenden historischen Rollen hervorgetreten ist.

Zur Feier des 1200. Geburtstages Karls des Großen veranstaltete das Hauptkulturamt der NSDAP in der alten Kaiserstadt Aachen am 2. April eine Gedenkstunde. Es sollte damit das Gedächtnis geweckt

werden an den Mann, der als vorausschauender und kühner Politiker vor mehr als 1000 Jahren aus der Vielzahl der widerstrebenden Stämme das Römische Reich deutscher Nation schuf, den Bestand des Abendlandes unter germanischer Führung gegen die von Osten anstürmenden Völker sicherte und damit zum Begründer der deutschen Ostmark wurde.

Im Laufe des Monats April verlieh der Führer mehrfach verdienten Männern die Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft: Am 8. April dem Maler Prof. Walter Petersen in Düsseldorf aus Anlaß der Vollendung seines 80. Lebensjahres und in Würdigung seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Bildnismalerei; am 15. April wurde sie dem Bildhauer Prof. Georg K o l b e verliehen zum vollendeten 65. Lebensjahr und in Anerkennung seiner Verdienste um die deutsche bildende Kunst; am 29. April erhielt der Generaldirektor a. D. der staatlichen Museen in Berlin, Prof. Dr. Otto Ritter von F a l c k e , die Goethemedaille aus Anlaß der Vollendung seines 80. Lebensjahres in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste als Museumsleiter und Kunstforscher.

Nicht unbeachtet ging am 24. April der Tag vorbei, an dem der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral R a e d e r, sein 66. Lebensjahr vollendete. Mit der Kriegsmarine, an deren Wiederaufbau nach Versailles und deren raschem Wachstum nach 1933 der Großadmiral wesentlichen Anteil hat, gedachte das deutsche Volk dieses vorbildlichen Soldaten und Seemannes. Seit 1928 an der Spitze der Kriegsmarine, haben es seine Haltung und sein persönliches Beispiel bewirkt, daß der Geist von Skagerrak und der Geist der ungezählten U-Bootsfahrten des Weltkrieges die junge Marine des Dritten Reiches in diesem Kriege zu neuen Taten und zu neuem Ruhm führen.



Außenpolitik

114 Politik und Kriegführung zeigten im Monat April, ebenso wie im März, den Charakter des Übergangs von der durch die Witterung bedingten verhaltenden zur offensiven Kriegführung, wenigstens in der entscheidenden Kampfzone der europäischen Ostfront, während freilich der Seekrieg gegen die englisch-amerikanische Versorgungsschiffahrt ebenso offensiv und erfolgreich weiterging, wie der in der tropischen Zone in unaufhaltsamem Siegeslauf fortschreitende Angriff der Japaner gegen die amerikanischen Restpositionen auf den Philippinen und gegen die englisch-chinesische Front in Burma.

Nachdem der Krieg durch den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und Japans wirklich zum Weltkrieg geworden ist, haben unsere Gegner den Vorteil verloren, der ihnen im Kriege 1914/18 so außerordentlich nützlich war, daß sie während des Winters, der die Mittelmächte zur defensiven Kriegführung zwang, bei der sie gleichwohl ihre Kräfte verbrauchten, selbst in anderen Weltteilen ungestört ihre Hilfsquellen an Menschen und Material entwickeln konnten, um sie später auf den Schlachtfeldern Europas einzusetzen. Dieser Vorteil, den vor allem die Briten der weltweiten Ausdehnung der unter ihrer Macht befindlichen Ländergebiete verdankten, ist ihnen durch das rasche Vordringen der Japaner und durch die Ausdehnung des Seekriegs bis an die Küsten Amerikas und Indiens weitgehend verloren gegangen. Der zu Ende gehende Winter war für sie keine Zeit ungestörter Kräfesammlung in den Ländern außerhalb der europäischen Kampfzonen, sondern eine solche schwerster und unersetzlicher Verluste.

Millionen Tonnen Frachtschiffsraum, zahlreiche Einheiten schwerer, mittlerer und leichter See- streitkräfte wurden versenkt, über eine viertel Million Kriegsgefangene neben hohen blutigen Verlusten mit riesigen Mengen von Kriegsmaterial gingen im Raum zwischen Hongkong, den Philippinen und den Grenzen Australiens und Indiens verloren und dazu die ganzen gewaltigen Ländergebiete zwischen diesen Punkten mit allen Reichtümern an kriegswirtschaftlich so wichtigen Rohstoffen wie Gummi, Petroleum, Zinn usw. und den Nahrungs- und Genußmitteln wie Reis und Tee, die es dort

gibt. Dies ist ein Faktum von ungeheurer Tragweite. Es gibt dem gegenwärtigen Kriege, abgesehen davon, daß

115 die Lage innerhalb Europas grundverschieden ist von der des letzten Weltkrieges, außerhalb Europas ein völlig anderes Gesicht. Das englische Weltreich ist an entscheidenden Stellen durch die japanischen Erfolge tödlich getroffen und seine Hilfsquellen sind für England zu einem großen Teil verloren. Indien, das reichste Kleinod in der englischen Reichskrone, ist schwer bedroht. Durch die Sperrung der Burmastraße ist das China Tschiangkaischeks von der Zufuhr von Kriegsmaterial abgeschnitten und damit die Aussicht für England, die Millionenmassen Chinas als Kanonenfutter für den englisch-amerikanischen Imperialismus einzusetzen, ausgeschaltet. Der Mißerfolg von Cripps in Indien und die Erklärung des indischen Kongresses, den Japanern sich nicht mit Waffengewalt, sondern höchstens mit passiver Resistenz zu widersetzen, erledigt auch die englischen Hoffnungen, die indischen Millionenmassen für sich bluten zu lassen. So verengt sich der Kreis derer immer mehr, die für Englands Krieg ihr Blut hergeben können oder wollen. Ganz Europa, außer dem Bolschewismus, ist schon ausgefallen. Der Ausfall Chinas, Indiens und Polynesiens ist Tatsache oder wird bald Tatsache sein. So bleibt als Blutspender von Bedeutung außer der weißen Bevölkerung Englands und der USA nur noch der Bolschewismus übrig.

Gegen ihn wird der Kampf beginnen, sobald die Jahreszeit es erlaubt.

In seiner Rede vor dem Reichstag am 25. April (siehe Seite 78) hat der Führer, bevor er die Bestätigung der von ihm für die Weiterführung und Entscheidung des Krieges in Anspruch genommenen Rechte verlangte und erhielt, in einem großartigen Rückblick auf Entstehung und Wesen des englischen Weltreiches den Rahmen des geschichtlichen Geschehens gezeichnet, das man als den im Gang befindlichen Zusammenbruch dieses Reiches bezeichnen kann. Wer den Weltkrieg und die Zeit zwischen den beiden Kriegen miterlebt hat, kennt das relative Sinken der englischen Macht trotz des Sieges. Im Weltkrieg und nachher ging England tatsächlich die Seeherrschaft verloren, die es bis 1914 besaß. Während es nicht bereit war, mit dem Deutschen Reiche vor 1914 ein Kräfteverhältnis von zehn zu sechs hinsichtlich der Flottenstärken anzunehmen, mußte es im Washingtoner Flottenvertrag von 1922 die Flottengleichheit mit den USA und das Stärkeverhältnis fünf zu drei mit Japan annehmen. Seitdem ist Japans Flotte, deren wirkliche Stärke unbekannt ist, auch über dieses Kräfteverhältnis weit hinausgewachsen, und die Entwicklung der Luftwaffe und des Unterseebootes hat Englands Seeherrschaft weiter wesentlich vermindert. Der schnelle Fall so entscheidender Flottenstützpunkte wie Hongkong und Singapur, die praktische Unpassierbarkeit des Mittelmeers für die englische Schifffahrt, sind die Folgen dieser neuen Faktoren.

116 In schlagenden Formulierungen hat der Führer dargetan, daß Englands Kraft, 'sobald sie eingesetzt werden muß im Kampf um Europa, nicht mehr genügen kann, um das britische Weltreich zu verteidigen, wenn dies außerhalb Europas von einer starken Macht angegriffen wird. „Deshalb kann und wird der neue Krieg nur mit einer Katastrophe des britischen Weltreichs endigen. So wird denn also geschehen, was geschehen muß.“

Über den Kampf an der Ostfront während des Winters sagte der Führer, daß in ihm ein Weltkampf entschieden worden sei. Er stellte diesen Kampf hinein in die Reihe der Kämpfe, die seit dem Weltkrieg in verschiedenen Ländern Europas, zuletzt in Spanien gegen den Bolschewismus geführt wurden, und in dem heute an der Ostfront Truppen aus fast allen Ländern Europas gemeinsam kämpfen. Über den Ernst, die Schwere und die ungeheuren Opfer dieses Kampfes fand der Führer erschütternde Worte, die zugleich Dank und Verpflichtung gegenüber den Männern zum Ausdruck brachten, die in diesem furchtbaren Winter von der deutschen Wehrmacht und damit vom deutschen Volke und ganz Europa eine Katastrophe abgewandt haben, die herbeizuführen sich die Natur selbst mit dem Bolschewismus verbündet zu haben schien. Der Führer gedachte in dankbarer Anerkennung aller derer, die von den verbündeten und befreundeten Nationen oder als Freiwillige aus fast allen Ländern Europas Schulter an Schulter mit den deutschen Waffengefährten der Härte des russischen Winters und dem Massenansturm der bolschewistischen Heere siegreich widerstanden. Des Führers Aufzählung aller Nationen, die in der kämpfenden Front des Ostens gegen den Bolschewismus vertreten sind, enthält eine politische Feststellung von größter Bedeutung: Das vereinte Europa gegen den Bolschewismus, die auf dem Schlachtfeld gegen den gemeinsamen Feind sich besiegelnde Einheit des Kontinents wurde vom Führer Europa und der Welt vorgestellt. Konnte der gegenwärtige Krieg vor dem 22. Juni 1941, so sehr er schon den Charakter des Kampfes für Europa gegen raumfremde Mächte trug, doch noch gleichsam als Bürgerkrieg zwischen europäischen Nationen gelten, so ist er seitdem in ein ganz

neues Stadium, das des Kampfes des nichtbolschewistischen Europas gegen den Bolschewismus getreten.

Der politische Kern, um den sich diese europäische Kampfgemeinschaft allmählich gebildet hat, ist die Achse, das Bündnis Deutschlands und Italiens, die Freundschaft zwischen F ü h r e r und Duce. Beide Männer trafen sich am 29. und 30. April. Die offizielle Mitteilung über die Zusammenkunft besagte folgendes:

Die Besprechungen zwischen den beiden Regierungschefs waren getragen von dem Geiste der engen

117 Freundschaft und unlösbaren Waffenbrüderschaft der beiden Völker und ihrer Führer. Sie ergaben die völlige Übereinstimmung der Auffassungen über die durch die überwältigenden Siege der Dreierpaktmächte geschaffene Lage und über die weitere Kriegführung der beiden Nationen auf politischem und militärischem Gebiet. Die harte Entschlossenheit Deutschlands, Italiens und ihrer Verbündeten, den endgültigen Sieg mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Machtmitteln sicherzustellen, kam dabei erneut zum Ausdruck. An den politischen Besprechungen nahmen der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop und der königlich italienische Außenminister Graf Ciano teil. Die beiden Außenminister der Achse hatten hierbei Gelegenheit, die aktuellen außenpolitischen Fragen zu erörtern. An den militärischen Besprechungen nahmen von deutscher Seite der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, und von italienischer Seite der Chef des italienischen Wehrmachtsgeneralstabes, Generaloberst Graf Cavallero, teil.

Aus der zweitägigen Dauer der Besprechungen und aus der Beteiligung der Außenminister und der politischen Chefs läßt sich erraten, daß ein umfassender und vielseitiger politischer und militärischer Beratungsstoff vorlag. Es liegt auf der Hand, daß die Achsenpartner sich angesichts bevorstehender entscheidungsvoller neuer Kämpfe aussprechen und die Planung für das Kommende klarzustellen hatten. Kein Wunder, daß in London und Washington ein eifriges Rätselraten über Inhalt und Ergebnisse der Besprechungen von Salzburg einsetzte. Schon seit Wochen fragt man sich bei unseren Kriegsgegnern, wann und wo die nächsten Schläge der Achsenmächte niedergehen werden. Deutschland und Europa können in Ruhe und sieggewohnter Zuversicht abwarten, bis die Würfel fallen.

Die Überzeugung, daß die Kriegsentscheidung zugunsten Deutschlands und seiner Bundesgenossen näherrückt, ist einer der tieferen Gründe für den Regierungswechsel, der sich am 18. April in Frankreich vollzog. Am 2. April hatte die Öffentlichkeit durch eine Erklärung Lavals vor der Presse erfahren, daß eine politische Entscheidung in Vichy bevorstand. „Da ich Verfechter der Politik von Montoire bin“, sagte Laval, „und die Ansicht vertrete, daß sich die außenpolitische Lage Frankreichs von Tag zu Tag verschlimmert, habe ich es für meine Pflicht gehalten, mich darüber mit dem Marschall zu unterhalten. Die Besprechungen fanden zwischen dem Staatschef und mir statt und wurden heute durch eine letzte Konferenz beendet.“ Am 16. April richtete Admiral Darlan an Marschall Petain ein Schreiben, in dem er nun seine Demission als stellvertretender Ministerpräsident, Verteidigungsminister, Marine- und Außenmini-

118 ster bat. Am 18. April wurde in Vichy offiziell die neue Ministerliste mitgeteilt. Der Staatssekretär für Informationen, Marion, teilte folgendes mit:

„Staatschef Marschall Petain schritt im Anschluß an Unterhaltungen mit dem Präsidenten Pierre Laval im Laufe der letzten Tage zu einer Prüfung der politischen Lage mit Flottenadmiral Darlan und dem Präsidenten Laval. Nach diesem Meinungsaustausch gelangte der Staatschef zu der Überzeugung, daß die gegenwärtige Form der Regierung nicht mehr den Notwendigkeiten der Innen- und Außenpolitik Frankreichs entspricht. Dem Ausnahmecharakter der Funktion des Flottenadmirals Darlan und eventuellen Nachfolgers des Staatschefs Rechnung tragend, hat der Marschall beschlossen, ihm das Oberkommando der militärischen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu übertragen. Diese Befugnisse werden Flottenadmiral Darlan den Zutritt zu den Ministerratssitzungen ermöglichen, sofern Fragen behandelt werden, die mit seinen Befugnissen in Verbindung stehen. Der Staatschef hat außerdem folgende Beschlüsse gefaßt: Im Interesse einer nachhaltigen und wirksamen Aktionsfähigkeit hat er beschlossen, einen Regierungschef zu ernennen. Präsident Laval wird diese Funktionen unter der hohen Autorität des Staatschefs übernehmen, demgegenüber er verantwortlich ist und dem er über seine Initiativen und Handlungen Rechenschaft abzulegen hat. Es obliegt ihm daher, die Minister dem Staatschef zur Zustimmung zu unterbreiten. Er wird die aktive Leitung der Außen- und Innenpolitik Frankreichs übernehmen. Außer diesen Funktionen als Regierungschef wird Präsident Laval persönlich die Funktionen des Innenministers, des Außenministers und des Informationsministers übernehmen. Er wird sich bei diesen verschiedenen Funktionen durch

nehmen. Er wird sich bei diesen verschiedenen Funktionen durch Staatssekretäre und Generalsekretäre unterstützen lassen."

Es wurde weiter ein Gesetz über die Schaffung eines Oberbefehles des Heeres, der Flotte und der Luftwaffe veröffentlicht, der unmittelbar dem Befehl des Staatschefs unterstellt wurde und an dessen Spitze der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Admiral Darlan trat.

Bis zur Umbildung der Regierung in Vichy war Marschall Petain zugleich Staatschef und Regierungschef. Admiral Darlan war nur der stellvertretende Ministerpräsident. Nunmehr hat Petain die Ministerpräsidentschaft, d. h. die Führung der Regierungsgeschäfte an Laval abgegeben, der außer dem Ministerpräsidium noch die drei Ministerien des Äußeren, des Innern und der Information selbst führt. Laval hat also eine große Machtfülle in seiner Hand vereinigt. Darlan bleibt nach wie vor der durch Gesetz bestimmte Vertreter und Nachfolger des Staatschefs Petain, falls dieser seine Funktionen nicht mehr ausüben könnte, und ist außerdem Oberkommandierender der drei Wehrmachtteile.

119 Man erinnert sich, daß Laval am 13. Dezember 1940 unter dramatischen Umständen aus seiner damaligen Stellung als stellvertretender Ministerpräsident entfernt wurde, und daß hinter der Palastrevolution, in deren Form sich diese Entfernung vollzog, Kreise standen, die der zwischen dem Führer, Petain und Laval in Montoire verabredeten Politik der deutsch-französischen Zusammenarbeit feindlich bzw. abwartend gegenüberstanden. Die Wiederberufung Lavals an die Macht und in eine gegenüber der vor dem 13. Dezember 1940 wesentlich verstärkte Position sowie die Entlassung gerade derjenigen Männer aus der Regierung und aus der unmittelbaren Umgebung des Marschalls, die an dem Putsch gegen Laval am 13. Dezember 1940 beteiligt waren oder sich später als mehr oder weniger offene Gegner von Lavals Politik gezeigt hatten, all dies beweist, daß der Regierungsumbildung in Vichy eine beträchtliche außenpolitische Bedeutung zukommt. Laval hat sich in einer Rundfunkrede vom 20. April über seine Ziele deutlich ausgesprochen, nachdem Marschall Petain tags zuvor in einem kurzen Aufruf an das französische Volk sich wie folgt geäußert hatte:

„Franzosen, eine neue Regierung ist gebildet. Admiral Darlan, der mein designierter Nachfolger bleibt, wird die Verteidigung unseres Territoriums und unseres Imperiums wahrnehmen. Pierre Laval wird unter meiner Autorität die Führung der Innen- und Außenpolitik des Landes übernehmen. Mit ihm habe ich im tragischen Augenblick unserer Katastrophe die neue Ordnung gegründet, die die Wiederaufrichtung Frankreichs gewährleisten soll. Heute in einem ebenso entscheidenden Augenblick wie im Juni 1940 finde ich mich mit ihm zusammen, um das Werk der europäischen Organisation wieder aufzunehmen, für das wir gemeinsam die Grundlage gelegt haben. Franzosen! Eure Klugheit, eure Geduld, euer Patriotismus werden uns helfen, über die Prüfungen und unser Elend zu triumphieren. Kommt von ganzem Herzen und schart euch um die Regierung. Sie wird euch neuen Grund geben zu glauben und zu hoffen."

Die Rede L a v a l s besagte u. a.:

„Ich habe in meinem politischen Leben schwierige Momente gekannt, wo das Schicksal Frankreichs in Gefahr war. Immer in solchen Stunden gelangte ich an die Macht. Im Jahre 1936, als ich die Regierung aufgeben mußte, habe ich ein starkes und von allen respektiertes Frankreich zurückgelassen. Drei Jahre haben genügt und das Einverständnis der einen, die Parteileidenschaft der anderen und der Verrat gewisser Elemente triumphierten über dieses Frankreich. Ein letztes Verbrechen war noch zu begehen, das war die Kriegserklärung. Die Niederlage ist gekommen mit ihrem Elend und ihren Ruinen. Erneut befinde ich

120 mich vor euch, beauftragt vom Marschall. unter seiner hohen Autorität die Geschäfte Frankreichs in dem tragischsten Augenblick seiner Geschichte zu lenken, während Flottenadmiral Darlan als Chef im Namen des Marschalls die militärischen Streitkräfte befehligen wird. Ich werde alles tun, um zu versuchen, das Wohl unseres Volkes sicherzustellen, und ich fühle mich um so stärker, es zu verteidigen, als ich keine Verantwortung für das Elend habe, das sich über uns gesenkt hat. Wir durchleben harte Tage. Unser Leben kennt Entbehrungen anstatt des Überflusses. Im übrigen befinden sich alle Völker an diesem Punkt. Es ist die unvermeidliche Folge des Krieges, und alle die, die an der Front stehen, leiden noch mehr. Die Regierung wird ihre Pflicht tun, um zu versuchen, eure Leiden zu verringern. Nichts wird unterlassen werden, um das schwierige Los zu verbessern, das auf euch lastet. Aber nur durch eure Arbeit, durch nachhaltige feurige und hartnäckige Anstrengungen werdet ihr, jeder an seinem Platze, dazu beitragen, die Wiederaufrichtung unseres Landes zu gewährleisten. Wir können nur auf uns selbst zählen, und Frankreich muß in diesen Stunden seinen Willen und seine Lebenskraft unter Beweis stellen.

Ihr kennt unsere unzähligen Schwierigkeiten. Die Versorgung ist auf Grund der Umstände natürlich schwierig. Der Egoismus und die Gewinnsucht erschweren eine an sich unzulängliche Verteilung der Lebensmittel. Die Regierung kann euch nicht die Rückkehr des Überflusses für morgen ankündigen, aber sie wird nichts unterlassen, um alle, bis zum letzten Franzosen, ernähren und kleiden zu können. Ich glaube, die Seele des Bauern zu kennen. Ich kenne seine Großherzigkeit, wenn das Leben Frankreichs auf dem Spiele steht. Bauern Frankreichs, ich fordere euch auf, euren Boden mit derselben Geduld zu bearbeiten, wie wir ihn verteidigen.

Der Arbeitsfront will ich sagen, daß sie von dem kommenden Regime nichts zu befürchten, sondern im Gegenteil alles zu erhoffen hat. Dieser Krieg trägt in sich die Keime einer regelrechten Revolution. Dem Arbeiter Frankreichs würde der Bolschewismus genau wie den Massen des russischen Volkes nur Bedrückung und Elend bringen. Im neuen Europa wird sich überall der Sozialismus einrichten, unter Berücksichtigung des Charakters und der nationalen Wünsche eines jeden Volkes. In der neuen Ordnung wird der Arbeiter geschützt, geehrt und ausgezeichnet. Ebenso werden sich die geistigen und moralischen Werte darin entwickeln können. Das verletzte Frankreich leidet in seiner Katastrophe an einer Krise des Elends und insbesondere an einer moralischen Krise. Wir lieben die Freiheit. Zu ihrer Eroberung hat unser Land gelitten. Wir werden sie in der Disziplin und in der Ordnung wiederfinden."

121 Pierre Laval ging dann auf die deutsch-französischen Beziehungen ein und sagte u. a.: „Ich komme jetzt zu der Erklärung, die Sie von mir erwartet haben, denn meine Rückkehr an die Macht hat eine Bedeutung, die niemandem entgeht. Seit langem, seitdem ich in das öffentliche Leben eingetreten bin, habe ich immer versichert, daß die Annäherung Frankreichs und Deutschlands die Voraussetzung des Friedens in Europa sei. Wie ein Besessener habe ich immer bei jeder Gelegenheit eine Verständigung gesucht. Sie sollte dem tragischen Mißverständnis ein Ende setzen, das in der Vergangenheit zu oft die beiden großen Völker gegeneinander gerichtet hat. Dazu wäre eine französische — eine ausschließlich französische — Politik, frei von jenen ausländischen Einflüssen notwendig gewesen, die in der Geschichte und heute noch zur Geltung gelangt sind und noch gelangen, um unsere Entzweiung zu nähren und um erneut den Frieden unserer Heimat in Frage zu stellen. Erneut ist der Krieg über Frankreich hinweggegangen. Was aber gestern notwendig gewesen wäre, ist es heute nicht weniger. Dieses Gefühl hat mich beseelt, als ich im Juli 1940 Gespräche angebahnt habe, die wenige Wochen später den Marschall und mich nach Montoire führen sollten. Wir haben dort eine Tatsache ohne Vorbild gefunden, nämlich einen Sieger, der sich bereit erklärte, seinen Sieg nicht zu mißbrauchen und der Frankreich in einem neuen Europa einen seiner Vergangenheit würdigen Platz anbot. In Montoire wurde das Prinzip einer neuen Politik angenommen, wo weder die Ehre noch die vitalen Interessen Frankreich geopfert wurden. Der Marschall hatte wenige Tage nach dieser Begegnung erklärt: ‚Die Wahl steht zunächst dem Sieger zu. Sie hängt aber auch vom Besiegten ab. Wenn alle Wege verschlossen sind, werden wir warten und leiden. Wenn aber eine gegenteilige Hoffnung sich über der Welt erhebt, werden wir unsere Erniedrigung, unsere Trauer und unsere Ruinen zu überwinden wissen. Gegenüber einem Sieger, der seinen Sieg zu beherrschen verstand, werden wir unsere Niederlage zu beherrschen verstehen. Durch diese edlen Worte hat der Staatschef euch den zu verfolgenden Weg gewiesen. Auf diesen Weg habe ich mich festgelegt. Es ist der Weg, auf dem ich fortfahren werde. Ich sehe keinen anderen, m das Wohl meines Landes sicherzustellen. Es ist gewiß, daß die Niederlage uns in unserer Seele verletzt hat. Aber wir haben eine Vergangenheit, die reich genug an Ruhm ist, um diese Politik machen zu können. Als ich früher im Namen des siegreichen Frankreich sprach, habe ich niemals daran gedacht, Deutschland zu erniedrigen. Das Schicksal ist uns ungünstig gewesen, und ich muß meinen deutschen Gesprächspartnern diese Ehre erweisen, daß sie niemals daran gedacht haben, Frankreich zu erniedrigen, und ihr müßt wissen, daß ich niemals die Sprache eines Besiegten sprechen mußte.

122 Seit Montoire, seit Oktober 1940, hat sich der Krieg auf alle Kontinente ausgedehnt, und er hat eine neue Bedeutung erhalten. Zu den Gründen, die uns bestimmten, mit Deutschland eine Politik der Verständigung und der Wiederversöhnung zu suchen, kommen heute noch andere gebieterische hinzu. Die gigantischen Kämpfe, die Deutschland gegen den Bolschewismus führt, haben nicht nur den Krieg ausgedehnt, sie haben auch seinen ganzen Sinn enthüllt. Glaubt ihr, daß die Sowjets, wenn sie Sieger wären, an unseren Grenzen halt machen würden? Würdet ihr es dulden, daß sie mit der Zustimmung Englands ein Regime aufrichten, das die Mechanisierung des Arbeiters und die Ausrottung der Elite mit sich bringen würde? Wir sind also vor folgende Alternative gestellt: Entweder müssen wir uns unter Respektierung unserer Ehre und unserer vitalen Interessen in ein neues Europa eingliedern, das morgen aus der großen Völkerschlacht hervorgehen wird, oder wir müssen uns bereitfinden, unsere

Zivilisation verschwinden zu sehen. Die Politik der Verständigung und der Wiederversöhnung mit Deutschland muß mit Loyalität betrieben werden. Sie erfordert ein gegenseitiges Vertrauen, damit sie wirksam ist. Aus ihr muß jede Zweideutigkeit ausgeschlossen werden, und nur aus der Aufrichtigkeit in den Worten und in den Taten kann eine dauerhafte Verständigung und Wiederversöhnung aufgebaut werden.

In der Vergangenheit habe ich es immer abgelehnt, mich irgendeinem ausländischen Einfluß zu unterwerfen. Aus diesem Grunde erklärt sich die Entfesselung der Leidenschaften, die ich so oft in England, insbesondere gegen meine Politik und meine Person hervorgerufen habe. Das war insbesondere der Fall, als ich mich bemühte, mit Italien die Grundlagen einer Mittelmeerpolitik zu finden. Heute wird keine Drohung mich daran hindern, die Verständigung und Wiederversöhnung mit Deutschland fortzusetzen, da diese Politik mir ausschließlich durch die Sorge um Frankreich angegeben ist, dessen höheres Interesse immer mein Leitstern war, bleibt und bleiben wird.

Ich habe dem Marschall in einer Unterredung vor einigen Tagen meine Beunruhigung über die auswärtige Lage unseres Landes zum Ausdruck gebracht. Wenn ich mich heute an euch als Regierungschef wende, dann sage ich, daß diese Lage ernst ist. Franzosen unseres Imperiums, die ihr mich alle heute abend in Afrika, in Asien auf den Inseln des Pazifik hört, auf dem Boden Amerikas, wo sich zum erstenmal die kolonialisatorische Eignung unserer Rasse gezeigt hat, ich fühle eure Bewegung und weiß, daß ihr unsere Besorgnis um die Geschicke des Imperiums teilt. Ihr habt ständig Frankreich den rührenden Beweis eurer Anhänglichkeit bewiesen, während das Drama des Mutterlandes sich abspielte. Französische Emigranten,

123 die mit Unterstützung des Auslandes ihr Vaterland verleugnet haben, haben sich nicht gescheut, sich auf verschiedenen unserer Gebiete einzurichten. Ihr, die ihr diese Gebiete bewohnt und die ihr Frankreich treu geblieben seid, ich sage euch, wir geben euch nicht auf. Ihr werdet Franzosen bleiben. Meine Gedanken richten sich insbesondere auf die unter euch, die Angriffe eines ehemaligen Alliierten erlitten haben, der sich um so mehr in unser Gebiet verbiß, als er sich unfähig zeigte, seine eigenen zu verteidigen. Nachdem er uns in den Krieg gestürzt hat, nachdem er uns im Kampf aufgegeben hat, hat er versucht, unsere Flotte zu zerstören und unsere Bevölkerung auszuhungern, hat er unsere Matrosen hingemordet. Heute kehren seine Flugzeuge an den Himmel Frankreichs zurück, den sie im Augenblick der Gefahr verlassen haben.

Franzosen, ich widme mich dem unablässlichen Werk und ich werde mich nicht mehr davon losmachen, bevor das Wohl Frankreichs nicht sichergestellt ist. Ich fordere euch auf, den Sinn dieses Werkes zu verstehen und meine Anstrengungen zu unterstützen. Wenn ihr es tut, dann wird Frankreich in diesem neuen Europa wieder auferstehen."

Diese Verlautbarungen zeigen deutlich den Sinn, den die neue Regierung selbst der Tatsache ihrer Bildung gibt. Die Zeit zwischen dem 13. Dezember 1940 und dem 18. April 1942 erscheint so als ein Zwischenspiel innerhalb einer politischen Entwicklung, die mit dem Zusammentreffen zwischen dem Führer, Petain und Laval in Montoire begonnen wurde. Kein Zweifel, daß Frankreich durch dieses Zwischenspiel nichts gewonnen, aber sehr viel Zeit verloren hat, und daß sich Laval der Tatsache gegenüber sieht, wieder ganz von vorn anfangen zu müssen. Aus seiner Rundfunkrede und aus anderen seiner Äußerungen geht hervor, daß er an den Sieg Deutschlands und seiner Verbündeten glaubt und ihn wünscht, beides als realistischer Patriot. Er hat offenbar begriffen, daß in einem Krieg, der Europa ebenso vor der Zerstörung durch den Bolschewismus wie von einer jüdisch-angelsächsischen Beherrschung bewahren soll und wird, Frankreichs Platz an der Seite der Mächte zu sein hat, die für Europa kämpfen. Solche Überzeugung will uns selbstverständlich, ja als die einzig mögliche erscheinen. Trotzdem ist zu ihr bis heute nur eine Minderheit der Franzosen gelangt und erstaunlicherweise auch nur eine Minderheit der oberen Schichten, obwohl gerade für sie ein Sieg des Bolschewismus lebensgefährlich sein müßte. Die aus der Niederlage erwachsenen Resentiments und die großen Schwierigkeiten des täglichen Lebens sind die Hauptursachen der mangelnden Erkenntnis.

Wer die Zukunft des deutsch-französischen Verhältnisses skeptisch und mißtrauisch nur nach der Vergangenheit einschätzen wollte, würde in die Irre gehen. Der gewaltige Umbruch, in dem sich Europa be-

124 findet, ist auch auf Frankreich nicht ohne Wirkung geblieben, und wenn auch der französische Volksgeist von den Kräften der Tradition weiter genährt wird, so verhindert seine Lebendigkeit ebenso wie die gebieterische Notwendigkeit der Tatsachen, daß er sich dem stürmischen Werden der Zeit verschließt. Viele der besten Franzosen sind von der Erkenntnis durchdrungen, daß Frankreich nicht

feindselig oder gekränkt beiseitestehen und abwarten müsse, sondern daß es nur durch mittätiges Handeln das eigene Schicksal mitgestalten könne.

Von London und Washington sucht man in dieses Schwanken zwischen gestern und morgen, in diesen Zustand der Spaltung und des Mühens um neue Orientierungen mit allen Mitteln der Propaganda und des politischen und wirtschaftlichen Drucks einzugreifen, um die Entwicklung in einem gegen die Achsenmächte gerichteten Sinne zu beeinflussen. Dies wurde besonders deutlich während und nach der Bildung der Regierung Laval. Es hagelte nur so Unfreundlichkeiten und Drohungen. Als die neue Regierung Laval gebildet war, rief Roosevelt seinen Botschafter Leahy aus Vichy „zur Berichterstattung“ nach Washington zurück. Die amerikanische Presse drohte unverhüllt mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und beschimpfte Laval und seine Mitarbeiter als Verräter. Lavais Rede vom 20. April, in der er sich zur Zusammenarbeit mit Deutschland und für das neue Europa erklärte, wurde aufs schärfste kritisiert.

Aber auch an Taten ließ man es, freilich schon vor der Bildung der Regierung Laval, nicht fehlen. Am 4. April teilte die amerikanische Regierung die Anerkennung des gaullistischen Teiles der französischen Gebiete in Afrika mit. In Brazaville, der Hauptstadt von Französisch-Äquatorial-Afrika, wurde ein USA-Generalkonsul ernannt. Auf den Protest Vichys in Washington antwortete das USA-Staatsdepartement mit einer unverschämten Note, die einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten Frankreichs darstellte.

Die Haltung der USA-Regierung gegenüber denjenigen Gebieten, die sich dem Verrätergeneral de Gaulle angeschlossen haben, widerspricht jedem völkerrechtlichen Grundsatz. Das Völkerrecht ist freilich für Roosevelt nie etwas anderes als eine leere Phrase gewesen. Gegenüber einem anderen Teil des französischen Kolonialreiches, der Inselgruppe Neukaledonien im Pazifischen Ozean, östlich von Australien, hat Roosevelt dieselbe völkerrechtswidrige und feindselige Politik eingeschlagen. Die Inselgruppe hat sich schon im September 1940 de Gaulle angeschlossen. Im Zuge der Kampfhandlungen im Pazifischen Ozean haben in der zweiten Aprilhälfte USA-Truppen die Inselgruppe besetzt. Die französische Regierung hat

125 am 25. April in Washington dagegen Protest erhoben. Im Staatsdepartement in Washington wurde zu diesem Protest erklärt, daß die USA-Regierung nur „mit denjenigen verhandeln könne, die die wirkliche Kontrolle über die französischen Besitzungen besäßen“.

Englands Haltung gegenüber Vichy entspricht ganz der der Vereinigten Staaten. Am 23. April hat die Südafrikanische Union, natürlich im Einverständnis mit London, die diplomatischen Beziehungen mit Vichy abgebrochen. Dies war freilich nur eine Formsache, da die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern schon seit Juni 1941 eingestellt waren, und der südafrikanische Gesandte einige Tage vor dem deutsch-französischen Waffenstillstand mit dem englischen Botschafter Frankreich verlassen hat. Die Hintergründe des formellen Abbruchs der diplomatischen Beziehungen seitens der Südafrikanischen Union wurden jedoch durch eine Meldung aus London vom 25. April beleuchtet, in der es hieß, Madagaskar stehe infolge des Bruchs zwischen der Südafrikanischen Union und Vichy stark im Vordergrund des politischen Interesses und man betrachte es als eine logische Folge, daß der nächste Schritt eine Besetzung der Insel seitens Südafrikas sein werde, „um hierdurch einer japanischen Eroberung zuvorzukommen“. In der englischen und amerikanischen Presse wurde die Frage der Besetzung Madagaskars lebhaft diskutiert. Offenbar ist auch dieser Teil des französischen Kolonialreiches Gegenstand englisch-amerikanischer Begehrlichkeit. Madagaskar, das an Oberfläche größer ist als ganz Frankreich, und um das, bis es von Frankreich erobert wurde, ein langer Streit mit England bestand, wird in London und Washington als für die See- und Luftstrategie im Indischen Ozean entscheidend wichtig bezeichnet. Mit der Behauptung angeblicher Absichten der Japaner auf diese Insel und angeblicher Verhandlungen zwischen Vichy und Tokio über eine Überlassung der Insel an Japan, die von Vichy verschiedentlich energisch dementiert worden sind, versucht man offensichtlich für eine eigene Unternehmung gegen Madagaskar Stimmung zu machen.

Das französische Volk erfährt wahrhaftig einen außerordentlich eindrucksvollen Anschauungsunterricht über Wert und Gesinnung seiner angelsächsischen früheren Bundesgenossen.

Auf dem Gebiet der inneren Politik Frankreichs ist zu erwähnen, daß am 14. April ein Gesetz über die Vertagung des Prozesses von Riom veröffentlicht worden ist, zugleich mit einer Begründung des damals noch amtierenden stellvertretenden Ministerpräsidenten Darlan und des Justizministers Barthélemy, in der eingangs darauf hingewiesen wird, daß der Oberste Gerichtshof seine Aufgabe auftragsgemäß darauf beschränkt habe, nur einen Teil der Verantwortlichkeit für die mangelnde Vorbereitung der Landesverteidi-

126 gung zu erforschen, zumal es sich um Tatsachen gehandelt habe, die unter den gegenwärtigen Umständen leichter zu untersuchen seien.

Barthelemy erklärte einer großen Pariser Tageszeitung gegenüber, der Prozeß in Riom sei auf Grund einer zu beschränkten Fragestellung begonnen worden, man müsse ohne Scheuklappen und Tarnung noch einmal anfangen. Der Prozeß soll demnach auf die Frage der Kriegsverantwortlichkeit ausgedehnt werden. Dadurch wird eine Zweideutigkeit beseitigt, die innerhalb und außerhalb Frankreichs sehr bemerkt und kommentiert wurde.

Das verbündete Japan hat auf den ausgedehnten Land-, See- und Luftfronten, an denen es kämpft, auch im Monat April seinen Siegeslauf fortgesetzt. Auf den Philippinen ist das letzte große Widerstandszentrum der Amerikaner auf der Hauptinsel Luzon, die Halbinsel B a t a a n , gefallen, auf die Inselfestung Corregidor am Eingang der Bucht von Manila wurde von den Japanern der Schlußangriff eingeleitet. Was an amerikanischen und philippinischen Truppen auf anderen Inseln des Archipels noch im Felde steht, wird von den Japanern schnell und sicher unschädlich gemacht. Am 22. April konnten bereits 62 000 Mann Gefangene auf den Philippinen gemeldet werden.

Weiter südlich haben die Japaner das ganze See- und Inselgebiet östlich von Celebes bis hinüber nach den Salomon-Inseln in ihre Hand gebracht, und von der großen und an Bodenschätzen, besonders auch an öl reichen Insel Neu-Guinea verbleibt Japans Kriegsgegnern nur noch ein wichtiger Stützpunkt im Südosten der Insel, Port Moresby.

Der Feldzug in B u r m a ist mit der Eroberung von Mandalai und Lashio in sein Endstadium getreten. Die völlige Besetzung Burmas kann nur noch kurze Zeit dauern. Die Japaner sehen sich dadurch vor der Möglichkeit, sowohl den Vormarsch nach Indien auf Kalkutta, wie über die Burmastraße in Richtung Tschungking anzutreten. Die mit so großen Anstrengungen als Lebens- und Versorgungsader für Tschungking gebaute Burmastraße ist nun zur Vormarschstraße Japans in die Kernprovinzen Tschiangkaischeks geworden.

Im Golf von Bengalen haben Japans Flotte und Luftwaffe große Erfolge erzielt. Am 5. April wurden zwei schwere englische Kreuzer, am 9. April der englische Flugzeugträger „Hermes“ versenkt. Die englische Versorgungsschiffahrt wurde durch Versenkung von 140 000 Tonnen Schiffsraum und durch Beschädigung weiterer zahlreicher Schiffseinheiten schwer in Mitleidenschaft gezogen, und der letzte englische Flottenstützpunkt von Bedeutung in Indien und damit der letzte vor Aden, bzw. Durban, Trincomali auf der Insel Ceylon, wurde von der japanischen Luftwaffe schwer bombardiert. Der Krieg ist bereits an die Tore Indiens herangetragen worden. Der Sprecher des japanischen Marineamtes, Kapitän Hideo Hirai-

127 de, erklärte am 11. April, die Operationen in den Gewässern von Ceylon seien nur die Einleitungen zu einer Kampfhandlung Japans, die das Ziel verfolge, den Einfluß der Alliierten aus Indien auszuschalten. Die britische Indienflotte habe bereits einen vernichtenden Schlag erhalten.

In Tokio fand Anfang April in Anwesenheit einer Anzahl indischer Nationalistenführer eine Kundgebung statt, die mit einer Entschließung endigte, in der es heißt, daß es in diesem Kriege darum gehe, alles zu unternehmen, um Indiens völlige Unabhängigkeit zu erzielen. Die Inder in Malaya und Thailand haben sich zu einem Unabhängigkeitsverband zusammengeschlossen, um zur Befreiung Indiens vom britischen Joch beizutragen. Kein Zweifel also, daß Japan entschlossen ist, die Karte der Befreiung Indiens von der englischen Herrschaft mit aller Konsequenz auszuspielen. Es hat durchaus den Anschein, daß die Völker Indiens nicht bereit sind, sich für England zu schlagen, sondern den Japanern höchstens passiven Widerstand entgegenzusetzen werden.

Japan ist eifrig bestrebt, den militärisch gewonnenen großasiatischen Raum wirtschaftlich nutzbar zu machen. Wie Oberst Okata vom japanischen Kriegsministerium vor der Presse erklärte, wurden bis Ende März aus diesen Gebieten 220 000 Tonnen Lebensmittel und 100 000 Tonnen Zucker nach Japan transportiert. Künftig könne man damit rechnen, daß jährlich etwa 3 Millionen Tonnen Güter verschiedenster Art, darunter vor allem Öl, aus dem Süden nach Japan verschifft würden. Die Ölzuteilung an die Industrie werde erhöht, da alle mit der Ölfrage zusammenhängenden Probleme für Japan in Kürze gelöst sein würden.

Von den nicht am Krieg beteiligten Staaten hat die Türkei seit Kriegsbeginn die Aufmerksamkeit, meist sehr gegen ihren Willen, immer wieder auf sich gezogen. Die Türkei hat sich allen Bemühungen Englands, sie in den Konflikt hineinzuziehen, trotz der zwischen beiden Ländern bestehenden vertraglichen Bindungen widersetzt. Sie hat offenbar die Absicht, auch weiterhin dem Kriege fernzubleiben. Das Attentat gegen den deutschen Botschafter von Papen und der Prozeß gegen dessen Täter bzw. Anstifter haben jedoch die Gefahren, die der Türkei von der Sowjetunion her drohen, grell beleuchtet.

Der Prozeß, der am 1. April in Ankara begann, und bei dem zwei Sowjetstaatsangehörige namens Kornilow und Pawlow auf der Anklagebank sitzen, ist zwar noch nicht beendet, aber die Schuld der beiden Sowjetstaatsangehörigen ist bereits erwiesen. Kornilow war Leiter der Transportabteilung der Handelsvertretung des sowjetischen Generalkonsulats in Istanbul. Als er 1940 mehrere Monate in einem Istanbuler Krankenhaus in Behandlung war, erhielt er dort regelmäßige Besuche des sowjetischen Generalkonsuls und des sowjetischen Bot-

128 schafters, ja sogar einmal ein Telegramm von Stalin selbst. Er muß also ein hochgestellter Sowjetfunktionär sein. Kein Wunder, daß die Sowjetpresse ihm mit einer heftigen Einschüchterungskampagne gegen die Türkei zu Hilfe kam, die die türkische Regierung veranlaßte, eine Protestnote an die Sowjetregierung zu richten und diese zu ersuchen, die Pressehetze abzustellen, widrigenfalls die türkische Presse aus ihrer bisher bewahrten Zurückhaltung heraustreten müßte. Die Einmischung sowjetischer Presseorgane in ein Gerichtsverfahren in der Türkei müsse aufs energischste zurückgewiesen werden.

Die Lage Englands ist auch im Monat April weiter ungünstiger geworden. Die Frage Indiens ist nach der militärischen Seite hin bereits erörtert worden. In politischer Hinsicht ist ein sehr wesentliches neues und für England sehr fatales Moment zu verzeichnen: das Scheitern der Cripps'schen Mission. Folgende Vorschläge, die er für Indien aus London mitgebracht hatte, wurden von ihm am 30. März in Neu-Delhi der Presse bekanntgegeben. Sie lauteten wie folgt:

1. Sofort nach Einstellung der Feindseligkeiten werden Maßnahmen getroffen werden, um einen Rat zu bestimmen, dessen Aufgabe sein wird, eine neue Verfassung für Indien zu gründen.

2. Es werden Maßnahmen getroffen werden, um die Beteiligung indischer Staaten an dem Verfassungsrat zu sichern.

3. Die Regierung Seiner Majestät verpflichtet sich, die so gegründete Verfassung mit nur folgendem Vorbehalt sofort in Kraft treten zu lassen: a) Das Recht, daß irgendeine britischindische Provinz, die die neue Verfassung nicht annehmen will, ihre augenblickliche verfassungsmäßige Stellung beibehält. Es sind Maßnahmen getroffen, damit sie, wenn sie es einmal bestimmt, später beitreten kann. Den nicht einverstandenen Provinzen gegenüber ist die Regierung Seiner Majestät bereit, im Falle, daß diese es wünschen, ihnen die neue Verfassung, sogar die vollständigen Statuten der Indischen Union einzuräumen. b) Die Unterzeichnung des zwischen der Regierung Seiner Majestät und dem gewählten Rat abzuschließenden Vertrages. Dieser Vertrag wird alle wesentlichen Themata über eine vollständige Übertragung der Verantwortung aus britischen in indische Hände behandeln. Entsprechend den Verpflichtungen der Regierung Seiner Majestät zum Schutze rassischer und religiöser Minderheiten, werden Maßnahmen getroffen werden; es werden jedoch der Indischen Union keine Einschränkungen auferlegt, in Zukunft ihre Beziehungen zu anderen Mitgliedern des britischen Commonwealth selbst zu bestimmen. Ob ein indischer Staat sich zur neuen Verfassung entschließt oder nicht, so wird doch — je nach den Anforderungen der Lage — über eine Prüfung seiner vertraglichen Verpflichtungen verhandelt werden müssen.

129 4. Der Verfassungsrat wird sich — falls sich die Führer der indischen Meinung in den Hauptgemeinschaften nicht zu einer anderen Form vor Beendigung der Feindseligkeiten entschließen — folgendermaßen zusammensetzen: Sobald das Ergebnis der Provinzwahlen bekannt ist, sollen alle Mitglieder der Provinzwahlversammlungen in einer Sitzung den Rat wählen. Die Anzahl dieses neuen Rates dürfte ungefähr ein Zehntel der Zahl der Mitglieder der Wahlversammlung sein. Die Zahl der indischen aufgeforderten Vertreter steht im gleichen Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wie die Zahl der britisch-indischen Vertreter zu der Gesamtbevölkerung. Sie haben die gleichen Rechte wie die britisch-indischen Vertreter.

5. Während der kritischen Periode, die Indien im Augenblick erlebt, und bis zur Ausarbeitung der neuen Verfassung, sieht sich die Regierung Seiner Majestät gezwungen, unvermeidlich die Verantwortung über die Kontrolle und Leitung der Verteidigung Indiens, das einen Teil seiner Kriegsanstrengungen darstellt, zu tragen, und sie muß auch diese Kontrolle behalten. Sie wird aber versuchen, eine militärische und materielle Zusammenarbeit einzurichten. Die Regierung Seiner Majestät wünscht und fordert die Führer der hauptsächlichsten Parteien Indiens auf, an den Versammlungen ihres Landes, des Commonwealth und der Vereinigten Nationen teilzunehmen. So können sie helfen, die für die zukünftige Freiheit Indiens wichtige und vitale Aufgabe zu erfüllen.

Diese Vorschläge wurden von allen Vertretungen Indiens, vom Kongreß, von der Moslemliga und vom Ausschuß der Sikhs abgelehnt. Dies bedeutet für England eine politische Niederlage von außerordentlicher Tragweite. Der Fehlschlag der Mission Cripps erweist, daß die Inder keinerlei Vertrauen mehr in englische Versprechungen setzen, daß sie den trügerischen Charakter dieser Versprechungen

durchschaut haben, und daß sie offenbar zu der Ansicht gelangt sind, für die Erreichung ihres Zieles, nämlich die Befreiung von der englischen Herrschaft, nicht mehr auf den englischen Willen angewiesen zu sein. Sie sind deshalb auch nicht bereit, für die Erlangung ihrer Wünsche ihre Völker für England bluten zu lassen.

Eine auch nur flüchtige Lektüre der englischen Vorschläge erweist deren trügerischen Charakter und die aus ihnen erkennbare Absicht der englischen Regierung, die tatsächliche Macht in Indien so lange in der Hand zu behalten, bis man nicht mehr auf die Zustimmung des indischen Volkes angewiesen sein würde, nämlich bis nach Kriegsende, das man sich natürlich als siegreich erhofft.

Daß die Cripps'schen Vorschläge von vornherein so und nicht anders gemeint waren, geht auch aus der Erklärung hervor, die Stafford Cripps am 28. April über seine Indienmission abgab. Er betonte, weiter, als

130 man Indien gegenüber gegangen sei, könne man nicht gehen. Der Zusammenbruch der Verhandlungen sei schließlich erfolgt, weil nach englischer Auffassung die derzeitige Regierung in Indien bis Kriegsende an der Macht bleiben sollte. Die „derzeitige Regierung“ ist aber eben die englische Herrschaft, und welche Garantie hätten die Inder, daß England diese Herrschaft aufgeben würde, wenn es den Krieg siegreich beendet hätte, d. h. dann wieder in der Lage wäre, die Herrschaft in Indien zu behaupten?

Es ist schon so, wie es der indische nationale Führer Subhas Chandra Böse in einem Aufruf an das indische Volk am 1. April formulierte, daß Indiens einzige Hoffnung auf Freiheit in einem restlosen Zusammenbruch des britischen Imperialismus liegt, daß der Sieg der Dreierpaktmächte für Indien die unmittelbare Befreiung von der britischen Fremdherrschaft bedeutet, und diese deshalb die natürlichen Freunde und Bundesgenossen der Inder sind.

Mit London hat aber auch Washington in Indien eine politische Niederlage erlitten. Am 6. April wurde aus Neu-Delhi gemeldet, Roosevelts persönlicher Vertreter, Oberst Johnson, habe eine zweieinhalbstündige Unterredung mit dem indischen Führer Nehru gehabt. Es habe sich für Johnson darum gehandelt, „zu erkennen, was er zur Bereinigung der Schwierigkeiten tun könne“. Johnson sei im Besitz eines Briefes von Roosevelt an einen der indischen Führer gewesen. Auch den Indern gegenüber hat also Roosevelt seine über alle Kontinente hin angewandte Einmischung nicht versäumen wollen, natürlich in gleichem Sinne wie bei allen früheren Gelegenheiten, dem der Kriegshetze. Aber die Inder haben offenbar auf Rooseveltsche Ratschläge keinen Wert gelegt, und Johnson mußte ebenso unverrichteter Dinge abreisen wie Cripps.

Die Beteiligung eines Beauftragten Roosevelts an den indischen Verhandlungen zeigt, wie weit Roosevelts Einfluß auf die Angelegenheiten des englischen Empires sich entwickelt hat. Dafür ist nicht minder bezeichnend die Betrauung des amerikanischen Generals Mac Arthur mit dem Oberbefehl der „Alliierten Streitkräfte im südöstlichen Pazifik“, d. h. also hauptsächlich in Australien, obwohl es in Australien kaum amerikanische Truppen in nennenswerter Zahl geben dürfte, wie die Entsendung des amerikanischen Vizeadmirals Robert Gaumley nach Neuseeland, „um ein einheitlich neuseeländisch-amerikanisches Kommando zu bilden“. Roosevelt nimmt im englischen Empire eben jede Gelegenheit wahr, um Kommandostellen mit seinen Leuten zu besetzen und den amerikanischen Einfluß auszudehnen. Die Vereinigten Staaten als Erben des in der Auflösung begriffenen englischen Reiches!

Englands prekäre Lage wird auch sonst sichtbar. In Ägypten, wo die Engländer König Faruk gegen seinen Willen Nahas Pascha als Ministerpräsident aufgezwungen haben, ist eine deutliche Gärung vorhan-

131 den. Der ägyptische Nationalismus wehrt sich gegen' die englische Vergewaltigung, und Nahas Pascha hat religiöse und geistige Führer des ägyptischen Nationalismus verhaftet, ebenso wie den früheren Ministerpräsidenten A] i Mäher. Auch zu Attentaten gegen Nahas Pascha und andere englandhörige Politiker ist es bereits gekommen.

Im Iran spielt England eine klägliche Rolle. Es hat mit scharfem politischen Druck von der Regierung in Teheran den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Japan erzwungen und weicht vor dem sowjetischen Einfluß überall zurück. Auch im Iran sind bereits Aufstände ausgebrochen, die zu heftigen Kämpfen gegen die bolschewistischen und englischen Eindringlinge geführt haben.

Hinsichtlich der Sowjet-Union ist in London die Losung, den Bolschewismus nicht etwa verabscheuungswürdig, sondern als eine politische Erscheinung wie andere auch zu betrachten, weil man mit den sowjetrussischen Armeen als der einzigen militärischen Kraft rechnet, die gegen die Achsenmächte auf dem Kontinent noch im Felde steht. Die angeblichen Taten und Leistungen der Sowjetar-

mee werden in England hoch gefeiert, und englische Bischöfe geben dem Bolschewismus ihren uneingeschränkten Segen. In London wurde Mitte April ein „Seminar zum Studium der Sowjetunion“ für die Lehrer Londons eröffnet, wobei auch der Sowjetbotschafter Maisky sprach. Der britische Minister für Volksbildung erklärte dazu, kein anderes Land besitze eine solche Bedeutung wie die Sowjetunion, die das einzige Land sei, über das man nicht genug wissen könne. In London herrsche ein besonders starkes Bestreben aller Kreise der Bevölkerung, soviel wie nur möglich über das Sowjetvolk zu erfahren. Die „Fragen der Sowjetkultur und der Sowjetgeschichte“ würden eifrig studiert werden. Die bolschewistische Propaganda, die Rußland von jeher als „Paradies der Bauern und Arbeiter“ hingestellt hat, wird also in England von der englischen Regierung selbst unterstützt. Das hat freilich auch zur Folge, daß Stalins Vertreter in England und USA immer wieder dringliche Hilferufe nach Unterstützung und Bildung einer „zweiten Front“ gegen Deutschland erheben. So forderte Litwinow am 10. Mai auf einer Sitzung der amerikanischen Akademie für politische und soziale Wissenschaften in Philadelphia eine „Offensive der USA gegen Deutschland“, denn mit der Blockade oder durch Bombenangriffe auf deutsche Städte könne Deutschland nicht besiegt werden.

Diese Bildung einer zweiten Front, d. h. also die Landung einer englisch-amerikanischen Armee irgendwo an der Westküste Europas, wird in England und den USA leidenschaftlich diskutiert, wobei die offiziellen Kreise eine bemerkenswerte Zurückhaltung an den Tag legen, und, soweit sie überhaupt Stel-

132 lung nehmen, dies mit vielen Wenn und Aber tun. Von allem anderen abgesehen, ist ein englischer Landungsversuch auf dem Kontinent eine Schiffsraumfrage, und die in steigendem Maße sich vollziehende Vernichtung des feindlichen Schiffsraums ist keineswegs geeignet, diese Frage für die Engländer in einem positiven Lichte erscheinen zu lassen.

Wie es um den Schiffsraum steht, beweisen die sich weiter häufenden Nachrichten über weitere Rationierungsmaßnahmen in England. Ende April bereitete der parlamentarische Staatssekretär des britischen Landwirtschaftsministeriums das englische Volk auf eine weitere Herabsetzung der englischen Fleischration vor. Der Produktionsminister Oliver Lyttleton sagte am 26. April, daß Stockungen in der Industrie nicht nur vom schlechten Willen einzelner oder dem Mangel an behördlicher Planung herkämen. Es gäbe noch einen dritten Grund:

die mangelnde Rohstoffzufuhr. „Wir leben“, erklärte Lyttleton, „in einer Zeit, wo viele Schiffe, die wir erwarten, verspätet ankommen oder verlorengehen.“ Am 21. April herrschte im englischen Unterhaus „eine kritische, wenn nicht gar feindliche Stimmung, als die Regierung ihren neuen Plan zur weiteren Einschränkung von Lebensmitteln bekanntgab“. Die Stimmung im Unterhaus war derart, daß die Regierung ihren Plan einer Änderung unterziehen mußte. Die Gummiverarbeitenden Fabriken sollen wegen Gummiknappheit zusammengelegt werden. Neue Einschränkungen für Kohle, Koks und Elektrizität wurden Ende April ebenfalls angekündigt. Der englische Versorgungsminister Lord Winterton erklärte zu diesen neuen Einschränkungsplänen, sie würden „eine enorme Änderung in der Lebensführung des einzelnen bedeuten“. Die amerikanische Zeitschrift „Time“ führte Ende April unter der Überschrift „Wie England fühlt“ aus, nur wenige Engländer würden sich gern des Jahresbeginns 1942 erinnern. Die längste Kältewelle eines Jahrhunderts habe nicht aufhören wollen, zumal es auch ohne die Kältewelle trostlos genug in England gewesen sei. Die meilenlangen Ruinen in den britischen Großstädten hätten während des vergangenen Winters nicht mehr das frühere stolze Kampfgefühl in der Bevölkerung erweckt. Die bombardierten Stadtteile seien vielmehr von einer „Stimmung vernachlässigter Leere“ umgeben gewesen. Sie hätten angemutet, als habe in jede der betroffenen Städte ein Bauunternehmer Kolonnen von Arbeitern zum Abreißen von Häusern und Gebäuden ausgeschickt, was er eigentlich dort habe neu aufbauen wollen. Sowohl für Männer als auch für Frauen habe heutzutage das Leben in Großbritannien ungeahnte Schwierigkeiten. Reisen in England, gleichgültig ob bei Tag oder bei Nacht, seien entweder unmöglich oder höchst unerfreulich. Die Hotels seien bis zum Bersten gefüllt, und die Verpflegung sei knapp und dürftig.

133 Was die Kleidung angehe, so sei die englische Frau zwar niemals wegen ihrer Eleganz berühmt gewesen, jetzt aber, wenn man sie sehe, habe man den Eindruck, daß sie auch den letzten Versuch, gut gekleidet auszusehen, aufgegeben habe. Außerdem komme man mit dem Krieg nicht voran. Vom englischen Standpunkt aus gesehen, stehe es sehr schlecht um diesen Krieg.

Die englische Zeitschrift „Financial News“ meldete, daß bis Ende März dieses Jahres der allgemeine Preisindex in England um 62%, die Lebensmittelpreise sogar um 75% seit Kriegsausbruch gestiegen seien. England, das mit der Blockade einen leichten und schnellen Sieg über Deutschland zu er-

ringen hoffte, bekommt die Wirkungen der deutschen Gegenblockade auf allen Gebieten in steigendem Maße zu spüren.

Über die seestrategische Lage Englands stellte der Flottenkorrespondent der „Daily Mail“ am 16. April fest, daß, alles zusammengenommen, die britische Flotte zahlenmäßig den verbündeten Achsenmächten in nahezu allen Schiffsklassen unterlegen sei. In den letzten Wochen seien die Kriegs- und Handelsschiffsverluste der Alliierten geradezu als katastrophal zu bezeichnen. Eine Seeherrschaft beruhe auf Schiffen, Flottenstützpunkten und der Versorgung der Flotten mit Brennstoff. Von diesem Standpunkt aus gesehen müsse man heute feststellen, daß trotz aller Anstrengungen der britischen Kriegsmarine Italien absolut berechtigt sei, das Mittelmeer als das „Mare nostrum“ anzusehen. Auch die Flotten der anderen Achsenmächte seien alle bestimmt stärker, als man es in der britischen Öffentlichkeit gern wahrhaben möchte. So müsse man u. a. annehmen, daß Japan mehr Flugzeugträger als Großbritannien besitze. Am negativsten wirke sich für England das Fehlen gutausgerüsteter Flottenstützpunkte aus. Während Malta dauernden und heftigen Bombenangriffen unterworfen sei, könne die britische Marine im Mittelmeer nur noch den Hafen von Alexandria mit seinen geringen Dockmöglichkeiten und Gibraltar als Stützpunkte gebrauchen. Im Indischen Ozean könne man Colombo und Trincomali auf Ceylon nach den schweren Niederlagen im Indischen Ozean nicht mehr als nennenswerte Flottenstützpunkte ansehen. Mit Ausnahme der kleinen Flottenbasen in Bombay und Aden, die keine größeren Flottenverbände aufnehmen könnten, lägen die noch verbleibenden Stützpunkte Durban und Simonstown 3000 Meilen von Ceylon entfernt. Wie ungeheuer ernst der Verlust Singapurs sei, werde hieraus deutlich. Was die Brennstoffversorgung der englischen Flotte anbelange, so sei sie ausschließlich auf Öl als Brennstoff angewiesen. Sie sei durch die japanischen Erfolge aber des Öls aus Ostasien beraubt. Die Ölvorräte Rumäniens ständen auch nicht mehr zur Verfügung. Im Karibischen Meer unterlägen die Öllieferungen Venezuelas heftigen Angriffen durch die

134 U-Boote der Achse. Auch die USA hätten einen steigenden Bedarf an Öl, der dadurch noch größer werde, daß immer mehr amerikanische Tanker an der Küste Amerikas versenkt würden. Unter diesen Gesichtspunkten sieht der Flottenkorrespondent der „Daily Mail“ äußerst düster für Großbritannien. Die Lage der britischen Flotte auf allen Weltmeeren sei, so stellt er fest, augenblicklich derartig, daß sie unter der großen Last zusammenbrechen müsse. Wolle England unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Versuch machen, irgendeinen großen und entscheidenden Seesieg zu erringen, dann sei es jetzt dazu gezwungen, seine Flotte zu konzentrieren. Kein Teil der britischen Flotte, weder die Hörne Fleet noch die Mittelmeerflotte, noch die Fernostflotte, seien noch in' der Lage, unabhängig von einander erfolgreich eine entscheidende Seeschlacht zu schlagen. Hieraus resultiere, daß die Seeherrschaft für England so gut wie verloren sei. Ein Sieg Großbritanniens und seiner Verbündeten sei jedoch ohne die Beherrschung der Weltmeere nicht möglich.

Solche nüchternen Feststellungen eines Flottensachverständigen sind bezeichnender für die wirkliche Lage als der von Churchill zur Schau getragene Zweckoptimismus.

Auch aus den Vereinigten Staaten häufen sich die Nachrichten über eine im Gange befindliche Inflation, gefährliche Preissteigerungen, Rationierungsmaßnahmen und Mangelercheinungen an verschiedenen kriegswirtschaftlich wichtigen Rohstoffen. Roosevelt sieht sich gezwungen, Programme für eine dirigierte Wirtschaft zu verkünden, um diesen Gefahren zu begegnen. Er muß also gerade das tun, was er den autoritären Staaten immer vorgeworfen hat. Während er vorgab, für die Erhaltung der liberalen Wirtschaft und individualistischer Lebensauffassung und Führung einen Freiheitskampf zu führen, wird er gezwungen, die Methoden des Gegners nachzuahmen. Dies ist an sich schon eine Niederlage von weittragender Bedeutung.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

Mai-Lieferung

(Nr. 65/66 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Rede des Reichsmarschalls Göring anlässlich der 1. Verleihung des Ritterkreuzes zum Kriegsverdienstkreuz

Auf dem Staatsakt aus Anlaß der Verleihung des Ritterkreuzes zum Kriegsverdienstkreuz an einen Rüstungsarbeiter am 20. Mai 1942 hielt Reichsmarschall Hermann Göring folgende Rede:

Deutsche Volksgenossen!

79 Ein einmaliger Staatsakt hat soeben stattgefunden, wie er bisher in der Geschichte unseres Volkes und noch viel weniger bei anderen Völkern bekannt ist. Aber dieser neue und einmalige Staatsakt zeigt, wie sich die Auffassungen über den Wert der Arbeit und die Bewertung der Leistung des Arbeiters und der Arbeiterin im nationalsozialistischen Staat grundsätzlich gewandelt haben.

In der Demokratie, die wir selbst in der Systemzeit erleben mußten, wurde der Arbeiter bis zum letzten ausgenutzt. Seine Arbeitskraft wurde nur für den persönlichen Profit verwendet, der nicht ihm, sondern fremden Aktionären zugute kam, und das Ziel seiner Arbeit war, diese Aktien und ihren Wert steigen zu lassen.

Noch weit schlimmer ist das Los des Arbeiters im Zeichen des Bolschewismus. Hier herrscht Unterdrückung und rücksichtslose Vernichtung des Arbeiters, und das Endziel war die Vernichtung aller Kultur. Das sogenannte „Paradies der Arbeiter und der Bauern“ kennen jetzt Millionen deutscher Volksgenossen, und unter diesen Millionen deutscher Volksgenossen, die heute an der schwersten aller Fronten kämpfen und siegen, befindet sich so mancher, der früher einst selbst der Anschauung des Kommunismus gehuldigt hat. Wie viele glaubten in der vergangenen Zeit, wo der Arbeiter wirklich keine Hoffnungen hatte und wo es schwer für ihn war, an ein Vaterland zu glauben, sich diesem Fanatismus und der bolschewistischen Idee in die Arme werfen zu müssen. Jetzt sahen sie dieses „Paradies“ und konnten die „Errungenschaften des Bolschewismus und Kommunismus“ selbst an Ort und Stelle feststellen. Und in vielen tausend Briefen haben diese ehemals Verblendeten nun geschrieben und immer wieder anerkennen müssen, daß nur der Nationalsozialismus allein dem deutschen Arbeiter und seiner Arbeit den wahren Wert beimißt, und daß nur in der Volksverbundenheit unseres Staates das wahre Leben auch für den Arbeiter und den Bauern zu finden ist. Denn der Nationalsozialismus hat als einen seiner wichtigsten Punkte die Anerkennung des Arbeiters, des Bauern, seines Fleißes, seiner Arbeit und seines Werkes auf sein Programm geschrieben, und das Ziel war nicht mehr der Gewinn für einzelne, sondern die Zusammenballung

80 aller Kräfte für die Gesamtheit der deutschen Volksgemeinschaft und für die Nation.

Es ist das große und gewaltige Werk unseres Führers gewesen, daß er in den friedlichen Jahren, beginnend mit seinen sieben Männern bis zu den Hunderttausenden und Millionen, jenen einzigartigen Kampf um die Schaffung der Volksgemeinschaft geführt hat. Und diese Volksgemeinschaft besitzen wir nun heute. Sie ist unser größtes Glück; sie stellt aber auch unsere größte Kraft dar. Unser Glück deshalb, weil wir nun empfinden, daß es nicht mehr einzelne Stände und Berufe und Klassen und Religionen gibt, sondern daß es nur ein einziges gewaltiges Zusammenhalten im Rahmen unserer Volksgenossenschaft gibt. Wir alle fühlen uns nun als Mitglieder dieses einen großen Volkes. In jedem einzelnen sehen wir nun wieder den gleichberechtigten Volksgenossen, und über allem steht die Gewißheit, daß wir alle nur gemeinsam vorwärtskommen, oder, wenn es sein muß, gemeinsam untergehen können. Es war die Absicht des Führers, in friedlicher Arbeit dieses Werk weiter auszugestalten und auszubauen. In wiederholten Reden hat der Führer schon angekündigt, wie dieser Ausbau der Volksgemeinschaft, und insonderheit, wie auch der Einbau des deutschen Arbeiters und Bauern in diese Volksgemeinschaft immer weiter ausgestaltet werden sollte.

Zu dieser Arbeit brauchte der Führer Frieden, und sein ganzes Bestreben war es nur, diesen Frieden zu erhalten, um im Ausbau dieser Volksgemeinschaft und im Aufbau einer wundervollen neuen Kultur Werke von unvergänglichem Ausmaß für sein deutsches Volk schaffen zu können. Aus diesem Grunde richtete der Führer, wie ihr alle wißt, immer wieder neue Vorschläge an die anderen Staaten. Es waren Vorschläge, die an die allgemeine Vernunft appellierten, Vorschläge, die darauf abzielten, daß an Stelle gegenseitigen Zerfleischens in der Welt in friedlichem Aufbau große Werke geschaffen werden sollten.

Aber es war selbstverständlich, daß bei aller Friedfertigkeit des Führers und des deutschen Volkes gewisse Rechte gewahrt werden mußten, die für den Führer und für die deutsche Nation unabdingbar

waren, Rechte, die uns keiner nehmen und niemand bestreiten konnte, und die auch wieder Recht werden mußten. Dazu zählten in erster Linie der Anschluß unserer Ostmark, in der 6 Millionen Deutsche, nur deutsche Menschen wohnten, dann die Sicherung jenes großen Teils des Deutschtums in der Tscheche! und schließlich die Eingliederung des rein deutschen Danzigs. Es waren dies selbstverständliche Forderungen, es war dies ein heiliges Recht, das durch die Gemeinschaft des Blutes verbrieft war, ein Recht, an dem kein vernünftiger Staatsmann vorbeigehen konnte. Eigentlich hätten diese Staatsmänner von sich aus dafür sorgen müssen, diese für die Einigung Europas so wichtigen

81 Voraussetzungen rechtzeitig zu schaffen. Aber im Gegenteil: statt auf diese gemäßigten Vorschläge des Führers einzugehen, begann sofort — ja, eigentlich im gleichen Augenblick, da unsere Fahne, das Hakenkreuz, als Siegeszeichen über Deutschland emporstieg — die Einkesselung des Reiches von allen Seiten. Und wenn wir näher hinsahen, wer denn nun diese Staatsmänner waren, die diese Einkesselung betrieben, so konnten wir hinter ihnen immer wieder die Fratze des Juden sehen, der überall gegen Deutschland hetzte, gegen ein Deutschland, das nichts anderes wollte, als in friedlichem Aufbau das Reich aus Not und Elend wieder zu stolzer Höhe aufzurichten. Es waren dieselben Staaten, die schon einmal vor Jahrzehnten gegen das Reich angetreten waren, die auch seinerzeit das Aufblühen des Reiches nicht ertragen konnten und dann aus Neid und Mißgunst das damalige Deutschland überfielen.

Ihr alle wißt, welche furchtbaren Zeiten der Schmach, der Schande und der Ohnmacht wir dann durchleben mußten. Tiefer und tiefer sanken wir hinab. Das deutsche Volk drohte sich aufzulösen: Bruder stand gegen Bruder, Schwester gegen Schwester! Und das Ausland, das feindlich gesinnte, triumphierte über das der Vernichtung anheimgegebene Reich.

In letzter Stunde aber kam der Führer, kam seine tapfere Bewegung, und das schier Unmögliche geschah. Das Unfaßbare wurde Wirklichkeit: Aus Ohnmacht und Schande wuchs ein neues Reich, eine neue Nation, stolzer und stärker denn je zuvor. Und wieder wurde nun von allen Seiten das Emporsteigen dieses neuen deutschen Volkes und Reiches mit Neid und Mißgunst betrachtet. Größer und größer wurde die Gefahr, so daß wiederum der Gegner nur Zeit suchte, um gegen das neue Deutschland vorzugehen.

Die Voraussetzungen hierfür glaubte er geschaffen zu haben in jenem Völkerbund, der in erster Linie die Abrüstung des völlig abgerüsteten Reiches weiter forderte. Der Führer sah sich schließlich gezwungen, diesen eigenartigen Verein, der nichts anderes als die Demütigung und Vernichtung Deutschlands wollte, zu verlassen. Er entschied sich dafür, nunmehr Deutschland jene Rüstung zu geben, die die Voraussetzung sein sollte, jeden Kampf zu bestehen, wenn er eines Tages dem deutschen Volke aufgezwungen werden sollte.

Gewaltig war die Rüstung, die nun einsetzte. Ganze Rüstungsweige mußten neu aufgebaut werden, denn in jenem Schandvertrag von Versailles waren Deutschland alle Waffen genommen worden, die für die Führung eines Kampfes allein entscheidend waren. Jetzt wurden sie neu aufgebaut, und in wenigen Jahren wuchsen Fabriken um Fabriken. In kürzester Zeit wurden wieder 6% Millionen Arbeitslose in den Arbeitsprozeß eingegliedert. Jeder stand wieder an seinem Platze.

82 Wieder drehten sich die Räder, wieder sausten die Hämmer, und ein gewaltiges Arbeiten begann an der Sicherung des Reiches.

Gleichzeitig mit dem Aufbau der Rüstung schuf der Führer die neue deutsche Wehrmacht. Aus dem kleinen 100 000-Mann-Heer, das uns jener Schandfriede ließ, wurde wieder eine gewaltige Volksarmee, bildete sich wieder aus dem deutschen Volk heraus eine neue Marine und schließlich eine neue strahlende Luftwaffe. So wurden auf der einen Seite das deutsche Volk und seine Männer, vor allem seine Jugend, wieder herangezogen zum edelsten aller Berufe für den Deutschen, wieder die Waffen tragen und führen zu dürfen. Und die anderen wurden herangezogen, diese Waffen zu schmieden und das deutsche Schwert wieder zu schärfen.

Und heute nun stehen wir wieder im Kampf, und dieser Kampf hat Ausmaße angenommen von einer Größe, daß man wohl sagen darf: Noch niemals stand Deutschland in einem gewaltigeren Kriege denn in dem jetzigen. Zwei Fronten sind es, die wir vor uns sehen: die Front draußen und die Front in der Heimat. Die Aufgabe der Front draußen ist es in all diesen Jahren gewesen und wird es bis zum endgültigen Sieg bleiben, die Heimat zu schützen und den Sieg zu erringen. Jahre hindurch kämpfen nun eure Söhne, eure Brüder, eure Männer, um die Heimat zu schützen. In gewaltigen Schlägen und Siegen überrannten sie den Gegner.

In wenigen Tagen wurde Polen niedergeworfen. Ein blitz- j artiges Zufassen sicherte uns Norwegen als Voraussetzung gegen einen englischen Überfall. Und dann trat die deutsche Wehrmacht mit flie-

genden Fahnen und unerschütterlicher Siegeszuversicht an jenem 10. Mai 1940 zum großen Sturm an. In weniger als sechs Wochen rollte hier ein gewaltiges Kriegsgeschehen ab. Das stolze Frankreich zerbrach und sah Deutschland als Sieger im Westen. Bald darauf hörten wir von deutschen Siegen in den Wüsten Afrikas. Kurze Zeit darauf zwang uns der Verrat auf dem Balkan, dort einzugreifen. Auch hier lag der Feind nach wenigen Wochen am Boden. Den Abschluß bildete jenes unerhört kühne und überraschende Angriffsmanöver auf die schwer befestigte Insel Kreta, aus der der Engländer in wenigen Tagen hinausgeworfen wurde.

Und dann kam der Kampf gegen England, zunächst nur auf der See und in der Luft. Unentwegt und pausenlos schlugen wir zu. Und wenn heute an manchen Orten im Deutschen Reich englische Angriffe Verwüstungen angerichtet haben, dann kann ich dazu nur eines versichern: so schwer auch diese Zerstörungen für uns sind, so schwer jeder Verlust wertvollen und kulturellen Gutes uns trifft, und vor allen Dingen, so schwer uns jeder Verlust an Menschen leiden läßt, so ist das doch nichts gegenüber dem, was der Feind an schweren Schlägen hinnehmen mußte. Es wird einmal die Zeit kommen, da auch das offenbar wird. Erst dann wird man erkennen können, wie ungleich auch hier die Verhältnisse lagen und wie auch hier Deutschland dem Gegner überlegen war.

83

In dieser ganzen Zeit war es das Bestreben des Führers, mit Rußland zu irgendeiner Verständigung zu kommen, denn der Führer wollte dem deutschen Volk jeden unnötigen Kampf ersparen. Scheinbar ging Rußland darauf ein. Aber schon bald mußten wir erkennen, daß das bolschewistische Rußland diese Zeit ausschließlich dazu benutzte, um eine Rüstung weiter auszubauen und zu vollenden, die niemals ihresgleichen gehabt hat.

Und wenn nun heute gefragt wird: Wie war es möglich, daß die Sowjetunion eine solch große Rüstung aufbauen konnte, dann kann die Antwort nur lauten: Nicht aus jenen edlen Gefühlen für Volk, Vaterland und Führung, die euch bewegen, ist dort drüben so wahnsinnig geschuftet worden, sondern nur weil der Mensch dort nichts bedeutet; weil der Arbeiter dort nichts anderes ist als Sklave. Nur unter Maschinengewehren und mit der Peitsche wurden die Arbeiter Sowjetrußlands an ihre Arbeitsstätte getrieben. Dabei war es gleichgültig, ob der Arbeiter in der Lage war, die Waffen fertigzustellen oder nicht. Waren sie nicht fertig, verfiel er dem Tode. Ein Morden, wie es die Welt nie gesehen hat, ging durch dieses Rußland. An dieser Rüstung klebt das Blut Millionen russischer Arbeiter und Arbeiterinnen. Rücksichtslos wie dieser Dschingiskan in diesem Winter, bar jeder militärischen Vernunft, immer wieder seine Regimenter gegen den deutschen Wall anbrausen und zusammenkartätschen ließ, genau so rücksichtslos und ohne jedes Bedenken, ohne jede Rücksicht auf Menschen schuf er seine Rüstung. Ganze Dörfer wurden nachts umstellt und die Bewohner in die Fabriken getrieben. Die Kinder wurden in irgendeine Anstalt gebracht und durch die Bolschewisten erzogen. Ehepaare wurden auseinandergerissen, die Männer hierhin, die Frauen dorthin verschickt, nie wieder bekamen sie sich zu sehen. Das war die bolschewistische Methode, zu arbeiten und anzupeitschen.

Und so unterscheidet sich unsere Arbeit, der Einsatz unserer deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, unserer Bauern und Bäuerinnen weiß Gott grundsätzlich von jener Methode, die dort in dem „Paradies der Arbeiter und Bauern“ üblich war und heute noch üblich ist. Was auch immer die Lügenpropaganda des Auslandes sagen mag, jeder einzelne von euch weiß, daß wir gewiß jetzt viel vom deutschen Arbeiter verlangen und verlangen müssen und ebenso vom Bauern und der Bauersfrau. Aber nie wurden in Deutschland Maschinengewehre aufgestellt, um deutsche Arbeiter zur Arbeit zu treiben. Denn der deutsche Arbeiter geht aus eigenem Antrieb, aus der Leidenschaft des Herzens heraus zur Arbeit, um für seinen Führer und seine Wehrmacht die Waffen zu schaffen. Man braucht ihn nicht zu kommandieren, und man braucht ihn nicht zu peitschen wie dort drüben.

84

Darum mußte der Führer einen Entschluß fassen, als er erkannte, wie der Bolschewismus seine Rüstungen immer mehr verstärkte, wie aus tausend Panzern zehntausend, und aus zehntausend zwanzig- und dreißigtausend Panzer wurden und ebensoviel Flugzeuge, und wie wir erkannten, daß in den neu erworbenen Gebieten Polens allein in einem Jahr fast tausend neue Flugplätze von den Bolschewisten angelegt wurden. Mit klaren Augen und mit der ihm angeborenen Genialität sah der Führer, daß das ja alles nur geschah, um im gegebenen Augenblick Deutschland zu überfallen und zu vernichten. Langsam schoben sich die bolschewistischen Kolonnen erst im Norden gegen Finnland vor. Im Süden nahmen sie die Positionen Rumäniens ein. Und weiter und weiter hätten sie sich im Norden über Skandinavien und im Süden über den Balkan herangeschoben, um Deutschland aus dieser Zange den letzten Stoß zu geben.

Glauben Sie mir, liebe Volksgenossen, unser Führer hat viele Entschlüsse fassen müssen und ungeheuer schwere. Der schwerste Entschluß seines Lebens aber war der, klar zu erkennen, was dem deut-

schen Volk drohte, welche gewaltige Macht dort drüben stand, und doch den ersten Schritt zu tun, der unabänderlich getan werden mußte. Als das feststand, da allerdings führte dann der Führer diesen ersten Schlag mit jener Kraft und jener Genialität, mit der nur er Schläge zu führen weiß.

In unerhörten Siegen wurde die russische Wehrmacht überrannt und zerbrochen, 1500 Kilometer tief und mehr drangen wir in den russischen Raum ein. Und als gerade zu einem neuen gewaltigen Stoß ausgeholt werden sollte, da trat uns ein neuer Feind entgegen, nicht die bolschewistischen Divisionen, nicht die bolschewistischen Waffen, es waren die Elemente, die nun wider uns waren. Ungeahnt und plötzlich brach der Winter herein, in drei Tagen ungeheure Kältegrade erzeugend. Und nun kam ein Winter, wie wir ihn in der Geschichte deutscher Kämpfe wohl noch nicht erlebt haben. Jetzt mußte sich die Bewährung unserer Front im russischen Winter erweisen. Es ist leichter, im siegreichen Vorwärtsstürmen Siege an die Fahnen zu heften, als im schweren Abwehrkampf gegen Feind und Elemente zu stehen und doch nicht zu versagen. Es war keine Front in dem Sinne, wie wir alten Welt- 1 kriegskämpfer sie aus dem Stellungskrieg kannten, hier mal ein Schützenloch, dort ein Schützenloch, hier ein Dorf leicht befestigt oder ein Waldrand. — Nein, ein unendlicher Raum von vielen tausend

85 Kilometern spannte sich von dem letzten Soldaten im hohen Norden bis zum südlichsten Teil der Front; Sümpfe, Seen, reißende Flüsse dazwischen. Und dann plötzlich war das Land still geworden, die reißenden Ströme waren zu Eis erstarrt und ebenso Sümpfe und Seen. Eine einzige weiße Decke des Todes dehnte sich über das unendliche Land. Und während vorher noch natürliche Hindernisse erlaubten, an manchen Fronten mit schwächeren Kräften zu kämpfen, war es nun den Russen in einzelnen Vorstößen möglich, über die zugefrorenen Flüsse, Seen und Sümpfe während der Nächte in den Rücken der deutschen Front zu gelangen. Hiobsbotschaft folgte auf Hiobsbotschaft. Partisanengruppen sprengten Bahnen und lauerten dem Nachschub auf. Die wahnsinnige Kälte ließ unsere Truppen fast erstarren.

Es wurde notwendig, auf schnellstem Weg unseren Soldaten warme Kleidung zuzuführen, aber diese Kälte hinderte auch die Bahn daran. Die Schienen sprangen bei eisiger Kälte, die Lokomotiven konnten nicht mehr fahren. Ganze Tage lang blieb die Front ohne Nachschub, ohne Munition, ohne Nahrung, ohne Kleidung, und doch lag tagelang der tapfere Musketier da draußen im eisigen Schnee. Die Finger klamm. Faßte er den Gewehrlauf an, blieb die Haut daran hängen. Motore versagten, sprangen nicht mehr an. Panzer fuhren sich im hohen Schnee fest. Und so kam eins zum anderen. Die Front lernte zum ersten Male jenen schauerlichen russischen Winter kennen in einer Stärke und in einem Ausmaß, wie er seit einem Jahrhundert nicht gewesen ist.

Jedem von euch ist ja bekannt, wie einst der große Korse Napoleon I. von Moskau aus den Rückzug antrat, wie im russischen Winter seine ganze große Armee bis auf den letzten Mann vernichtet wurde. Ein einziges gewaltiges Leichenfeld blieb damals zurück. Da konnten dem einen oder anderen schon Gedanken aufkommen — denn es sind ja nicht alle Menschen gleich stark —, und so mancher mag an jene grausigen Ereignisse von 1812 gedacht haben. Eins aber ist klar, schwer war dem deutschen Soldaten nur der Kampf gegen die Elemente, denn selbst im eisigsten Sturm fühlte sich der deutsche Soldat seinem Gegner immer noch turmhoch überlegen. Kam es zum Kampfe, Waffe gegen Waffe, Mann gegen Mann, wurde der Bolschewist geschlagen, wo immer er angriff. Nur dort, wo eisige Stürme, gefrorene Hindernisse und tiefe Wälder es ihm ermöglichten, konnte er in den Rücken der deutschen Front eindringen. Aber auch ein Zweites ist klar: wären wir erst einmal ausgewichen oder zurückgegangen, was wäre dann aus der Front geworden? Es gab keine ausgehobenen Schützengräben wie im Weltkrieg, keine Unterstände, nichts dergleichen, die Ortschaften auf viele Kilometer zerschossene Trümmerhaufen, sonst nichts. Es kam nur darauf an, daß die Front stand. Und sie stand. Aber was es

86 bedeutet, in solch einem Kampfe zäh und eisern eine Front zu halten, weiß nur der, der diese kampfreichen Tage, Wochen und Monate miterlebt hat.

Ich habe schon im Reichstag gesagt: Zwei Dinge waren es, die den größten aller Siege der Weltgeschichte, nämlich den Sieg in dieser Winter Schlacht, erreichen ließen: die Tapferkeit des deutschen Soldaten und unser Führer. Ich bin unendlich glücklich darüber, daß ich in jenen Stunden so oft beim Führer verweilen durfte, daß ich die Tage miterleben konnte, da nun all diese Nachrichten auf ihn einstürmten. Ihr kennt alle euren Führer, und ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich ihn vielleicht noch besser kenne als ihr alle, daß ich vor allem die unendliche Güte seines großen Herzens kenne, und daß ich weiß, wie unsagbar und unendlich der Führer in diesen Wochen gelitten hat. Nicht um seinetwillen, sondern um seiner tapferen Soldaten da draußen. Er hat mit ihnen gefühlt, er war ja selbst einst Soldat. Er wußte ja, wie es dem einzelnen Musketier ging, was er dachte, was er fühlte. Er litt unsagbar. Er wußte, was er von ihm fordern mußte: beinahe Unmögliches, und doch mußte es

möglich gemacht werden. Er durfte nicht nachgeben. Nur eins konnte hier helfen, Härte bis zum äußersten, und so erlebten wir das Wunderbare, wie in einem und demselben Menschen unendliche Güte und eiserne Härte zusammen wohnen können. Aber diese Härte war doch nur letzten Endes wieder Liebe zu seinem Volk. Zu genau wußte der Führer, verlangte er jetzt nicht von seinen Soldaten das Letzte und Äußerste, dann wären alle die bisher erkämpften Siege vielleicht nutzlos gewesen.

Auf und ab ging der Führer in seinem Bunker, eine unendliche Kraft strömte von ihm aus, und man fühlte, wie in diesem genialen Hirn alles durchdacht wurde, was überhaupt zu erwägen war, um der Front zu helfen. Um alle Einzelheiten, ja um das Letzte kümmerte sich der Führer, jeden Zugtransport dirigierte er selbst, jedes Bataillon wies er an, in welche Stellung es zu gehen hatte, um Durchbrüche abzuriegeln. Das Gefühl der Kraft, das von jenem kleinen Bunker des Führerhauptquartiers ausging, diese übermenschliche Kraft strömte vor zur Front und hielt so den letzten Mann. Und als der Frühling anbrach, da hatte der Russe nicht die deutsche Armee vernichtet. Sie stand, wo sie bei Beginn des Winters gestanden hatte. Die deutschen Divisionen stehen zur Stunde vor Moskau genau so, wie sie im Herbst vor Moskau gestanden haben. Der gewaltigste Sieg ist erfochten aus der Kraft und dem Genie eines Mannes und der unsagbaren Energie deutscher Männer. Mag die feindliche Lügenpropaganda reden, was sie will, mag sie jetzt sprechen, die deutsche Elitewehrmacht wäre vernichtet — sie

87 hat es in diesen Tagen zu fühlen bekommen, der erste Schlag, den die deutsche Wehrmacht wieder geführt hat, hat zu einem neuen gewaltigen Sieg geführt.

Wenn ich euch, meine lieben Volksgenossen, in dieser Stunde diesen schrecklichen Winter in die Erinnerung rückgerufen habe, jetzt, wo draußen die Sonne strahlt, da unsere Männer vorn sich wieder in der Wärme dehnen und wieder zu neuer Kampfeslust erwacht sind, und sie darauf brennen, nun das heimzahlen zu können, was sie im Winter erleben mußten, so tue ich es deshalb, damit auch ihr versteht, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, deutsche Bauern und Bauersfrauen, daß man manchmal hart sein muß, und daß in gewissen Fällen nur die Härte allein zum Siege führen kann.

Ich weiß, auch von euch wird Schweres gefordert, und glaubt mir, es fällt uns sehr schwer, wenn wir aus Sicherheitsgründen zeitweise Einschränkungen in der Ernährung vornehmen müssen. Ich weiß, wie unendlich schwer der Bauer und die Bauersfrau es heute haben, um die Ernährung zu sichern. Besonders schwer deshalb, weil wir wirklich von den Elementen sehr stiefmütterlich behandelt wurden. Drei unendlich schwere Winter liegen hinter uns. Aber auch sonst war die Witterung der Aussaat und Ernte nicht günstig. Wie freute ich mich im vorigen Jahr, als zunächst die Saat so stand, daß man glauben konnte, es würde eine Rekordernte. Aber wieder schlugen die Regenschloßen bei der Ernte dazwischen und verminderten den Ertrag erheblich. Aber alle diese Dinge dürfen euch nicht entmutigen. Ich weiß, es ist zum Verzweifeln, wenn man im Herbst mit Fleiß gesät hat und nun im Frühjahr dann sieht, daß große Teile nicht aufgegangen sind. Aber das nützt nichts, es muß dann umgebrochen und neu gesät werden. Denn die Ernte muß sichergestellt sein. Alle diese Hindernisse dürfen euch nicht schrecken. Solltet ihr aber einmal verzweifeln, dann denkt zurück, was Millionen eurer Brüder, Männer, Väter und Söhne dort draußen im Osten erduldet und erlitten haben, dann werden euch diese Schwierigkeiten wie ein Nichts erscheinen.

Ich weiß, und es wurde hier vorhin vom Parteigenossen Speer schon ausgeführt, daß die Rüstungsindustrie ihr Äußerstes tut und getan hat und uns in diesem Frühjahr mehr und bessere Waffen geliefert hat, als wir hoffen und erwarten konnten. Aber nun darf niemand glauben, daß wir nun heute nach diesem Staatsakt etwa feiern können. Nein, es war dies nur ein Augenblick der Besinnung für Führung und Gefolgschaft, für die Führung, nach einem gewissen Abschnitt die Gefolgschaft zu ehren, und für die Gefolgschaft, nach dieser Feierstunde mit neuer innerer Kraft an die Arbeit zu gehen und Neues zu schaffen. Es gibt für Sie nur einen Ehrenpunkt: die Forderung, die der Führer aufgestellt hat, d. h. die Erfüllung seiner Programme. Mögen sie noch so hart gestellt sein, noch so umfangreich und noch so

88 groß, mögen sie mehr als täglich zehn Stunden erfordern, was der Führer verlangt, ist ebenso notwendig wie sein Befehl damals an die Musketiere, ein zerschossenes Nest zu halten, und wenn es mit zehnfacher Übermacht von den Bolschewiken umzingelt war. Jeder muß jetzt seine Pflicht tun, seine Tapferkeit und seinen Einsatz beweisen, wohin ihn der Befehl des Führers gestellt hat.

Darum spreche ich von zwei Fronten. Sie sind verschiedener Art, aber sie müssen erfüllt werden von der gleichen Gesinnung, von der gleichen Treue und von dem gleichen Pflichtgefühl. Und so wie draußen die Truppe zusammenhält, die Kompanie, die Batterie, die Staffel, die Mannschaft eines Schiffes, so sollt auch ihr in eurem Betrieb eng zusammenstehen als Kameraden der Front der Heimat. Mit eurem Betriebsführer an der Spitze sollt ihr eine Einheit bilden, die in geschlossener Zusammen-

arbeit das Letzte und Äußerste aus dem Betrieb herausholt. Einen weiteren Vergleich möchte ich zwischen beiden Fronten ziehen.

So wie es draußen an der militärischen Front Stoßtrupps gibt, Stoßtrupps besonders tüchtiger und tapferer Männer, die den Auftrag haben, besonders schwere Hindernisse zu beseitigen, Bunker zu erstürmen, Minen zu räumen, Brückenköpfe zu erkämpfen, so gibt es auch Stoßtrupps in der deutschen Arbeiterschaft, und solche Stoßtruppführer seid nun ihr, die ihr vorhin hier gestanden habt. Auch ihr habt über das allgemeine Maß hinaus geleistet, geschuftet, gearbeitet und Werke geschaffen. Und so wie der tapfere Stoßtrupp draußen ausgezeichnet wird, besonders ausgezeichnet wird mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse, so seid ihr jetzt als Stoßtrupp der deutschen Arbeiterschaft und Bauernschaft durch den Führer mit dieser hohen Auszeichnung der I. Klasse des Verdienstkreuzes geehrt worden.

Aber weit darüber hinaus ist heute nun eine einmalige Ehrung vollzogen worden, indem einem Arbeiter vor allen anderen eine Auszeichnung zuteil wurde, die der Führer zum ersten Male verliehen hat. Und das mag euch auch wieder zeigen, wie grundsätzlich sich die Auffassungen und die Prinzipien seit der Systemzeit geändert haben. Aber, wie vorhin schon gesagt wurde, in diesem einen soll nun durch ihn und durch euch die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Betrieben und die Bauern auf dem Lande geehrt werden. Es ist eine Ehrung, die all den braven und treuen Volksgenossen zuteil wird, die heute schaffend und arbeitend in der Heimatfront stehen.

89 So ist nun diese hohe Auszeichnung dem Werkmeister Hahne zuteil geworden für eine ganz besondere Leistung in der Panzerherstellung. Auch er hat eine scheinbar unlösliche Aufgabe erfüllt und möglich gemacht. Und hinter ihm standet nun heute ihr Männer und Frauen, die ihr ebenfalls aus den Händen der Führung als besondere Auszeichnung das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse erhalten habt.

Eine symbolische Handlung von tiefster innerer Bedeutung verschönt diesen Festakt dadurch, daß ein kühner, mit dem Ritterkreuz ausgezeichnete Stoßtruppführer, ein junger unbekannter Soldat der Front, als Sonderbeauftragter des Führers euch den Dank der Wehrmacht hier überbracht hat. Die kämpfende Truppe dankt so der Front der Arbeiter und der Bauern. Wahrlich ein herrliches Zeichen unserer Volksgemeinschaft, wie es schöner nicht sein kann. Aber auch ihr müßt ein tiefes und echtes Dankgefühl für die Front haben, denn sie schützt euch weit, weitab von feindlichen Truppen, daß ihr in Ruhe arbeiten und leben könnt.

Aber so wichtig die Lieferung der Waffen ist, so entscheidend die Sicherung der Ernährung für die Kriegführung ist, so kommt aber wiederum etwas hinzu für die Heimatfront, das sie genau so in sich tragen muß, wie draußen die Front der kämpfenden Männer. Ich habe vorhin von der Härte gesprochen, die jeder deutsche Soldat, der in diesem Winter in Rußland kämpfte, bewiesen hat, und deshalb erwarte ich, daß auch in der Heimat jeder einzelne härter und härter wird und sich sagt, dieser Krieg muß durchgestanden werden, gleichgültig wie lange er dauert. Am Ende steht der Sieg, und das allein ist entscheidend. Diese Generation muß wiedergutmachen, was sie einst versäumte, und die Jugend hilft ihr schon dabei. Das, was wir jetzt ertragen und aushalten, das ersparen wir unseren Kindern und denen, die nach uns kommen. Ich verlange von jedem einzelnen in der Heimatfront die gleiche Härte, wie sie draußen die kämpfende Front besitzt. Dazu gehört vor allem aber das Zusammenstehen und das Zusammenhalten untereinander; wie draußen die Front durch das Blut zusammengeschweißt wird, so sollt ihr durch die Arbeit verbunden sein. In stolzer Verachtung wollen wir alle Feindpropaganda zurückweisen, denn es sind doch nichts anderes als Lügen. Der Jude lügt heute genau das gleiche vom Himmel herunter wie damals in seinen schmierigen Zeitungen in der Systemzeit. Nur Gott sei Dank nicht mehr in Deutschland, sondern vom Ausland her. Mit lächerlicher Einfalt versucht er das, was seinem Gehirn entsprungen ist, auf allen möglichen Wegen der Propaganda in das deutsche Volk hineinzutragen. Er irrt sich. Auch hier haben die Zeiten sich geändert. Aus diesem wüsten Durcheinander, das sich einstmals deutsches Volk nannte, in dem der Bruder dem Bruder den Schädel einschlug, ist nun, und das möge der Jude zur Kenntnis nehmen, eine Volksgemeinschaft entstanden, die

90 wie ein granitener Block fest in sich ruht und alles zu ertragen vermag. Glaubt nicht immer alles, was erzählt wird, und weist stolz alle Lügen zurück.

Befolgt die Kriegsgesetze. Sie wurden ja nicht von uns gegeben, meine lieben Volksgenossen und Volksgenossinnen, um euch zu drangsalieren, um euch zu ärgern oder euch das Leben zu erschweren, sie sind erlassen worden, weil sie notwendig sind, um das deutsche Volk zu erhalten und seinen Sieg zu sichern. Und darum ist ihre Befolgung auch notwendig. Es mag manchmal etwas nebensächlich erscheinen, das vermag der einzelne nicht so zu durchschauen. Die Führung aber hat die Pflicht, vorausschauend die Dinge zu erkennen und vorausschauend dafür zu sorgen, daß Schwierigkeiten, die den Bestand der Nation bedrohen könnten, vom deutschen Volk abgewendet werden. Weil die Füh-

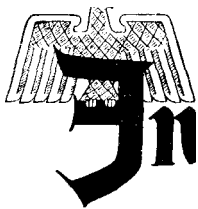
rung sich anstrengt, alles für das Volk zu tun, deshalb muß auch das Volk brav und anständig sein und Verständnis und Vertrauen für die Handlungen der Führung besitzen. Es sind ja nur immer einzelne, ganz wenige, die sich aus der Gemeinschaft ausschließen. Man kennt sie bereits am Typ, man kennt sie an ihrer früheren Einstellung. Sie sind mit nichts zufrieden, es ist alles falsch, was gemacht wird. Sie selbst können natürlich nichts besser, aber weil es wenige sind, können sie leicht von uns ausgeschwitzt werden. Die Hauptsache ist: das große deutsche Volk muß nun in gegenseitigem Vertrauen diese riesige Aufgabe, die Freiheit der deutschen Nation endgültig zu erkämpfen, gemeinsam meistern. Es sind die Zeiten vorbei, da sich das deutsche Volk dumm machen ließ, wie einst in den Jahren 1917 und 1918, und dann schließlich an seiner Dummheit daran zugrundegegangen ist.

Wir sind uns vollends klar darüber, daß das deutsche Volk dazu bereit ist, die notwendige Härte dieses Krieges auf sich zu nehmen und diesen Krieg, gleichgültig wie lange er immer dauern mag, eisern durchzustehen. Dafür hat der Führer seinem Volke neulich im Reichstag auch Dank und Anerkennung ausgesprochen. Aber in dieser Stunde hat das deutsche Volk sowohl an der Front als auch in der Heimat Grund, seinerseits dem Führer für seine gewaltigen Leistungen zu danken. Er ist der große und der erste Waffenschmied unserer Rüstung. Er ist der geniale und heroische Feldherr unserer Kriegsmacht, er ist vor allem der Garant des deutschen Sieges.

91 Ich habe euch vorhin einen Einblick gegeben in die gewaltigen Erschütterungen, denen der Führer ausgesetzt war. Ich habe euch gezeigt, wie stark er gewesen ist, das Schwerste zu tragen und doch alles zum Besten zu führen, wie er alles gemeistert hat, alle Hindernisse, woher sie auch kamen, wie er alle Schwäche ausgerottet hat, wo immer sie sich zeigte. Ein solcher Führer ist der Garant des Sieges, und diesen Führer hat das deutsche Volk und kein anderes, und deshalb allein schon können wir mit stolzer Sicherheit auf das Ende dieses Kampfes als ein siegreiches hinblicken. Das Vertrauen der kämpfenden Front zu ihrem Obersten Kriegsherrn ist ein überwältigendes. Der letzte kleine Infanterist weiß, wenn der Führer heute befiehlt, daß angetreten wird, daß das so sein muß, und daß dann auch die Entscheidung fällt. Er weiß, daß der Sieg dann sicher ist.

Ewigen Dank schulden wir dem Führer, dem unbekanntem Soldaten des Weltkrieges, der durch seine eigene Kraft und sein eigenes Genie heute schon nicht nur zum mächtigen Führer der deutschen Nation, sondern auch schon zum Symbol fast aller europäischen Völker geworden ist. Der Allmächtige hat uns gesegnet, weil er uns diesen Führer gegeben hat. Aus der Treue des Führers zu seinem Volke erwächst uns die Verpflichtung zur fortgesetzten Bereitschaft, und das Entscheidende ist, daß diese Bereitschaft aus dem Herzen kommt, denn sonst wäre sie nichts wert. Nur so kann das große Werk gelingen.

Und nun wollen wir abschließen, und unser ganzes Flehen zum Allmächtigen gelte dem einen und dem einen Gedanken, er möge Schutz für unseren Führer geben und seinen Segen für des Führers Werk, den Sieg!



Innenpolitik

92 Der Nationalfeiertag des deutschen Volkes wurde im Jahre 1942 vom 1. Mai, einem Freitag, auf den 2. Mai, einen Sonnabend, gelegt, damit die schaffenden Menschen Muße zu Ruhe und Erholung finden. Aus dem gleichen Grunde waren alle Einzelveranstaltungen, öffentliche Feiern und Feste unterblieben. Es fand lediglich in Berlin in der Neuen Reichskanzlei ein Staatsakt statt, bei dem eine größere Anzahl von Betrieben zu Kriegsmusterbetrieben ernannt wurden. Zum Nationalfeiertag hatte Dr. L e y einen Aufruf an alle Werktätigen erlassen. Nach einem Rückblick über den schweren und harten Winter und

seine Kämpfe zollte der Reichsorganisationsleiter den deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen für die einmaligen Leistungen, die sie vor dem Kriege und in diesem Kriege vollbracht hatten, höchstes Lob. Mit den Waffen, die sie geschmiedet hätten, habe die deutsche Wehrmacht Wunder vollbracht. Die Werkstätigen wüßten aber auch, daß neue bessere Waffen, neue und bessere Munition in Produktion sei oder in kurzer Zeit in Produktion gehen werde. Die Hoffnung unserer Gegner, uns auf diesem Gebiet jemals zu schlagen, müßten die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen vernichten. Dr. Ley sprach sodann allen Schaffenden den Dank dafür aus, daß sie jede Last und Beschränkung, alle denkbaren Opfer auf sich genommen hätten. Er dankte vor allem der deutschen Frau, die als Arbeiterin in Stadt und Land die höchste Anerkennung für ihren unermüdlichen Einsatz verdient habe.

76 Betriebe wurden zu „Nationalsozialistischen Musterbetrieben“ und 19 Betriebe zu „Kriegsmusterbetrieben“ ernannt. Ferner hat Reichsorganisationsleiter Dr. Ley 416 Betrieben bestätigt, daß sie die ihnen verliehenen Goldenen Fahnen weiterführen dürfen. Im Leistungskampf 1941/42 wurden ferner an 1066 Betriebe Leistungsabzeichen verliehen. Davon erhielten 162 Betriebe Leistungsabzeichen für vorbildliche Berufserziehung, 267 für vorbildliche Sorge für die Volksgesundheit, 176 für vorbildliche Förderung von „Kraft durch Freude“, und 68 Betriebe für den Bau von vorbildlichen Heimstätten und Wohnungen. Außerdem wurden 353 Betriebe zu beispielhaften Kleinbetrieben ernannt. 1400 Betriebe konnten mit dem Gaudiplom für hervorragende Leistung neu ausgezeichnet werden, während 6400 Betriebe, die das Diplom bereits besitzen, eine Bestätigung erhielten.

93

Der Geist, den das kämpfende Deutschland Adolf Hitlers trägt und treibt, konnte sich kaum deutlicher manifestieren, als durch den feierlichen Staatsakt in der Neuen Reichskanzlei am 20. Mai, bei dem Rüstungsarbeitern und Rüstungsarbeiterinnen, Bergmännern und Hüttenarbeitern, Bauern, Bäuerinnen und Landarbeitern die ihnen vom Führer verliehenen Kriegsauszeichnungen überreicht wurden, — darunter zum ersten Male auch das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes. Daß zu solchen hohen Ehrungen Anlaß bestand, ist ein eindringliches Zeugnis für die unbeugsame Kampfesentschlossenheit und den opferbereiten Arbeitswillen in allen Schichten der Nation. Daß aber diese Form der öffentlichen Anerkennung und des Dankes gewählt worden ist, darin kommt von neuem die Gesinnung zum Ausdruck, die das Grundelement unseres Staatslebens ist: Ein Sozialismus, der die Wertkategorien der liberalistisch-kapitalistischen Zeit durch die ausschließlich gültige Wertung des Einsatzes in Kampf und Arbeit ersetzt hat. Hohe und höchste Vertreter der Wehrmacht, der Partei, des Staates und der Wirtschaft waren zugegen. Zuerst wandte sich Reichsminister Speer an die Rüstungsarbeiter. Die Auszeichnungen wurden vom Reichsmarschall, Reichsminister Speer, Reichswirtschaftsminister Funk, Generalfeldmarschall K e i t e l, Generalfeldmarschall Milch, Generaloberst Fromm, Generaloberst v. L e e b, Generaladmiral W i t z e l l, Reichsorganisationsleiter Dr. L e y und Staatssekretär Backe überreicht. Es sind 137 Männer und Frauen aus allen Teilen des Reiches, die das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse erhalten. Die II. Klasse dieser Auszeichnung wird an weitere 1000 für die Rüstung Schaffende verliehen.

Die höchste Ehrung aber wird dem Werkmeister eines Rüstungsbetriebes Hans Hahne zuteil. Er empfängt das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz durch einen Sonderbeauftragten des Führers, einen Ritterkreuzträger, einen Gefreiten des Heeres, einen unbekanntes Musketier aus der großen Millionenfront. Der Reichsmarschall würdigt in einer großangelegten Rede das Pflichtgefühl von Front und Heimat. Vor aller Augen entrollt er noch einmal das gewaltige Bild des siegreich bestandenen gewaltigen Abwehrkampfes im vergangenen Winter, der übermenschliche Leistungen von jedem einzelnen Soldaten, höchste Entschlußkraft aber vom Führer verlangt hat. Aus der Rede des Reichsmarschalls erkannte die breite Masse des deutschen Volkes erst mit völliger Klarheit, wie groß die Gefahr der vergangenen Monate gewesen ist, und daß nur der Heldenmut der Front und die Genialität des Führers eine Katastrophe abgewendet haben. (Wortlaut der Rede des Reichsmarschalls auf Seite 79.)

94

Am 22. Mai jährte sich zum drittenmal der Tag, an dem der d e u t s c h - i t a l i e n i s c h e F r e u n d s c h a f t s - und Bündnisvertrag abgeschlossen wurde. Aus diesem Anlaß fand zwischen dem Führer, König Viktor Emanuel III. und dem Duce ein Telegrammwechsel statt. Der Führer spricht in seinem Glückwunsch an den Kaiser und König von dem „untrennbaren Bündnis“ und in seinem Telegramm an den Duce von der „unverbrüchlichen Gemeinschaft der beiden Völker“. Der Duce seinerseits würdigt den im Zeichen und getreu dem Buchstaben des Stahlpaktes vom 22. Mai 1939 geführten Kampf, „den unsere beiden Völker mit ungebrochener Kraft an allen Fronten führen“.

Am 13. Mai berichtete die deutsche Presse, daß in Berlin der irakische Ministerpräsident Raschid-Ali-el-Galani und der Großmufti von Palästina Amin Al Husseini eingetroffen seien. Bei ihrer Ankunft

wurden sie von Angehörigen des Auswärtigen Amtes, der italienischen Botschaft und der arabischen Kolonie empfangen.

Die Anwesenheit eines anderen bedeutenden Politikers im Reich erregte in der deutschen Öffentlichkeit das gleiche Interesse: der Führer empfing, wie am 29. Mai gemeldet wurde, in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop den Vorkämpfer der indischen Freiheitsbewegung S u b h a s Chandra Böse zu einer längeren Unterredung. Vorher hatte der Reichsaußenminister mit dem indischen Freiheitskämpfer eine Besprechung und — wie man zugleich vernahm — hatte Subhas Chandra Böse wenige Tage vorher eine Begegnung mit dem Duce gehabt. Die Anteilnahme an diesen Ereignissen war besonders deshalb so groß, weil Chandra Böse durch seine Aufrufe zum Freiheitskampf der Inder in der ganzen Welt größtes Aufsehen erregt hatte. War es doch bekannt, daß diese Aufrufe es gewesen sind, die den indischen Widerstandswillen gegenüber den britischen Vorschlägen von Cripps versteift hatten. In Indien hatte die Nachricht vom Empfang des indischen Nationalistenführers durch den Führer im Hauptquartier größte Begeisterung hervorgerufen. Der Sprecher des indischen Nationalrates in Bangkok erklärte, daß dieses historische Treffen in Indien wie ein Blitz eingeschlagen und im indischen Volk die größte Freude hervorgerufen, dagegen in den anglo-amerikanischen Ländern große Niedergeschlagenheit erzeugt hätte. Jeder Inder wisse, daß Subhas Chandra Böse den Interessen seines Vaterlandes diene. Sein Treffen mit dem Führer sei deshalb ein weiterer Beweis, daß Deutschland genau wie Japan aufrichtig wünsche, Indien frei zu sehen. Die Inder seien bereit, den Befehlen Böses Folge zu leisten, wie immer dieselben auch lauten mögen.

95 Obwohl die Phase des Winterfeldzuges schon seit mehreren Wochen beendet ist, brachte auch jetzt noch der OKW-Bericht mehrmals Einzelheiten, die Einblick gestatteten in die besondere Art dieser Kämpfe. So berichtete der Wehrmachtbericht vom 6. Mai, daß im nördlichen Abschnitt der Ostfront deutsche Truppen in kühnem, planmäßig vorbereitetem Angriff die Verbindung zu einem vom Feinde eingeschlossenen wichtigen Stützpunkt wiederhergestellt hätten. Die unter dem Kommando des Generalmajors S c h e r e r stehende Besatzung dieses Stützpunktes hat seit dem 21. Januar in hartem Abwehrkampf zahlreichen Angriffen überlegener feindlicher Kräfte mit hervorragender Tapferkeit standgehalten. Diesen Kampf der Gruppe Scherer hat man mit den heldenmütigen Verteidigern von Narvik und vom Alcazar verglichen. Unter schwersten Bedingungen gegen einen übermächtigen Feind haben hier deutsche Soldaten, allein durch die Luft versorgt und mit allem notwendigen Material versorgt, monatelang auf sich selbst gestellt, gefochten. Der Führer ehrte Generalmajor Scherer am 6. Mai durch Verleihung des Eichenlaubs zum Ritterkreuz, das dieser vorbildliche Offizier als 92. Soldat der deutschen Wehrmacht erhielt.

Am 17. Mai erhielten das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes Leutnant der Luftwaffe Hermann G r a f , am 19. Leutnant Adolf Dickfeld und am 27. General der Kavallerie Eberhard v. Mackensen.

Die hohe Auszeichnung des Eichenlaubs mit S c h w e r t e r n erhielten Oberleutnant Ostermann am 17. Mai aus Anlaß seines 100. Luftsieges und Leutnant Graf am 19. Mai anläßlich seines 104. siegreichen Luftkampfes.

Der Führer hat, wie am 29. Mai gemeldet wurde, eine Medaille „Winterschlacht im Osten 1941/42“ (Ostmedaille) gestiftet. Sie wird verliehen als Anerkennung für Bewährung im Kampf gegen den bolschewistischen Feind und . den russischen Winter innerhalb des Zeitraumes vom 25. November 1941 bis 15. April 1942. Der Führer hat den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht beauftragt, Durchführungsbestimmungen für die Verleihung zu erlassen.

Mit großer Genugtuung entnahm das deutsche Volk aus dem Wehrmachtbericht vom 12. Mai, daß am 8. Mai deutsche und rumänische Truppen, von starken Kräften der Luftwaffe unterstützt, auf der Halbinsel Kertsch zum Angriff angetreten seien. Am 13. Mai konnte ein erstes Teilergebnis gemeldet werden: in einer Sondermeldung wurde verkündet, daß die Durchbruchsschlacht auf der Landenge von Kertsch entschieden sei. Bis zu diesem Tage verlor der Feind über 40 000 Gefangene, 197 Panzerkampfwagen, 598 Geschütze und 260 Flugzeuge. Am 16. Mai berichtete eine Sondermeldung, daß deutsche Truppen nach Überwindung zähen Widerstandes am 15. Mai in Kertsch eingedrungen seien,

96 Stadt und Hafen befänden sich in deutscher Hand. Am 19. Mai war die Schlacht beendet. Unter dem Oberbefehl des Generalobersten v. Manstein wurde die Meerenge von Kertsch von den deutschen Truppen in ganzer Breite erreicht. Drei sowjetische Armeen mit 17 Schützendivisionen, 3 Schützenbrigaden, 2 Kavalleriedivisionen und 4 Panzerbrigaden wurden vernichtet. Neben hohen blutigen Verlusten ließ der Feind 149 256 Gefangene, 1133 Geschütze, 372 Granatwerfer, 258 Panzerkampfwagen, 3814 Kraftfahrzeuge in deutscher Hand. An diesem gewaltigen Erfolg haben starke Luftwaffenver-

bände unter Führung der Generalobersten Löhr und Freiherr v. Richthofen hervorragenden Anteil. Die erste Schlacht dieses Jahres war gewonnen.

Während diese Operationen im äußersten Osten der Halbinsel Krim noch im Gange waren, zeichnete sich ein neues großes Ereignis ab. Die Russen hatten zur Entlastung ihrer auf der Halbinsel Kertsch stark bedrängten Verbände im Raum von Charkow angegriffen mit dem Ziel, diese wichtige Stadt zu nehmen. In drei Stoßrichtungen von Nordosten, von Osten und Südosten brachen sie hervor. In härtesten Kämpfen wurden die beiden erstgenannten Stöße abgefangen, während die Russen im Süden mit starken Kräften vorwärtskamen. Die dadurch entstehende Ausbuchtung gab der obersten deutschen Führung die Möglichkeit, ihrerseits zum Angriff anzutreten. Nachdem die Schlacht schon mehrere Tage im Gange war, berichtete der Wehrmachtbericht am 22. Mai, daß nunmehr das Gesetz des Handelns in deutsche Hände übergegangen sei. Am 25. Mai wurde berichtet, daß sich die Operationen südlich von Charkow zu einer großen Kesselschlacht entwickelt haben. Am 29. Mai lag der Schlußbericht für diese gigantische Operation vor: im Frontabschnitt des Generalfeldmarschalls v. Bock haben die Armeen des Generalobersten v. Kleist und des Generals der Panzertruppen Paulus die Abwehr in einen stolzen Vernichtungssieg verwandelt. Die sowjetische 6., 9. und 57. Armee mit rund 20 Schützendivisionen, 7 Kavalleriedivisionen und 14 Panzerbrigaden wurden vernichtet. 240 000 Gefangene wurden gemacht. Die Zahlen des erbeuteten oder im Kampf vernichteten Kriegsmaterials sind gewaltig: 1249 Panzerkampfwagen, 2026 Geschütze, 538 Flugzeuge und ungezählte Mengen sonstiger Waffen und Geräte. Auch diese Schlacht war gewonnen, der Sieg von der Heimat mit großer Genugtuung und tiefem Dank aufgenommen. Die Feindpropaganda aber wollte schließlich, nachdem sie anfangs riesige Sowjetsiege angekündigt hatte, von einer Schlacht bei Charkow überhaupt nichts mehr wissen.

Auch in der Cyrenaika sind deutsche und italienische Truppen am 26. Mai zum Angriff auf die feindlichen Stellungen angetreten. Am Ende des Monats war die erbitterte Schlacht noch im Gange, deren

97 Ergebnisse sich erst im Juni absehen lassen werden. Damit haben die deutschen Truppen wieder das Gesetz des Handelns an allen Fronten in die Hand genommen. Es mag verständlich sein, daß die Briten diesen neuen deutschen Waffentaten mit Ingrim und Erbitterung zusehen. Man kann es verstehen, wenn Stalins Hilferufe immer dringlicher werden. Es ist aber ein typisch britischer Weg, den sich die Engländer aus ihrem Dilemma suchen, wenn sie nunmehr erneut Terrorangriffe auf die deutsche Zivilbevölkerung vornehmen. Mit stärkeren Kräften als früher griffen sie im Mai Rostock, Warnemünde, Köln und Essen an. Die Schäden an zivilen Bauten und unter der friedlichen Bevölkerung sind zum Teil schwer. Die deutsche Luftwaffe schlug darum hart und energisch zurück: auch englische Städte wurden erneut angegriffen, unter ihnen Norwich und Canterbury.

Dort aber, wo die Engländer wirklich militärisch hätten Ruhm ernten können, sind sie unter großen Verlusten zurückgeworfen worden. So berichtete das Oberkommando der Wehrmacht am 18. Mai, daß die Briten den Kreuzer „Prinz Eugen“ erfolglos angegriffen haben. Sie wurden unter schwersten Verlusten zurückgeschlagen und verloren 22 der angreifenden Bomber. Im übrigen waren die Flugzeugverluste der Briten bei ihren Angriffen auf das Reich und die Kanalküste stets sehr schwer.

Der Monat Mai brachte eine Rekordzahl an Schiffsversenkungen. Insgesamt verminderten die deutschen U-Boote im Mai die feindliche Handelstonnage um 767 400 BRT. Die deutsche Luftwaffe versenkte 157000 BRT. 17 0 feindliche Handelsschiffe mit 924 400 BRT sind damit allein im Mai für die feindliche Kriegführung verloren. Rechnet man dazu, daß die Italiener und die Japaner bemerkenswerte Erfolge im Handelskrieg hatten, so darf man ohne weiteres annehmen, daß die anglo-amerikanischen Mächte weit mehr als eine Million BRT im Mai verloren haben.

Auch die amerikanische Kriegsmarine erlitt im Mai empfindliche Verluste. In der Seeschlacht im Korallenmeer versenkten die Japaner nach einer Meldung des Kaiserlichen Hauptquartiers vom 8. Mai zwei Flugzeugträger, die „Yorktown“ und „Sarätoga“, ferner ein Kriegsschiff vom „California“-Typ sowie ein nordamerikanisches Unterseeboot. Ein britisches Kriegsschiff vom Typ der „Warspite“-Klasse und ein britisches Unterseeboot wurden schwer beschädigt. Auch hier haben Amerikaner und Engländer ihre alte Taktik angewendet, über ihre Verluste nichts zu melden. Im Gegenteil, sie logen diesen japanischen Sieg in einen englisch-amerikanischen um. Im ostasiatischen Krieg ist im Mai noch ein weiterer Erfolg zu melden. Die Inselfestung Corregidor, der Schlüssel zur Manilabucht, wurde von 98 japanischen Truppen am 6. Mai eingenommen. Damit fiel die letzte Verteidigungsposition der Amerikaner auf den Philippinen.

In Frankfurt a. M. wurden am 20. Mai die aus Amerika zurückgekehrten Diplomaten und Schriftleiter von Vertretern des Staates, der Partei und der Wehrmacht auf das herzlichste begrüßt. Staatssekretär v. Weizsäcker würdigte bei einem Begrüßungsakt im Festsaal des Römer den aufopferungsvollen Einsatz

der Amerikadeutschen für die deutsche Sache. Der Führer verlieh dem bisherigen deutschen Geschäftsträger in Washington, Gesandten Dr. Hans Thom sen , für seine besonderen Verdienste als diplomatischer Vertreter des Reiches das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz. Zugleich erhielt der bisherige deutsche Militärattache in Washington, General der Artillerie Friedrich v. Boetticher, in Anerkennung seiner besonderen Verdienste das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern. Am 6. Mai wurde berichtet, daß der Reichsminister für Bewaffnung und Munition einen Rüstungsrat gebildet habe, dem Generalfeldmarschall Milch, Generaloberst Fromm, Generaladmiral W i t z e 11, General der Infanterie Thomas und General der Artillerie Leeb angehören. Aus der Rüstungsindustrie hat der Reichsminister für Bewaffnung und Munition Geh. Rat Hermann Bücher, Generaldirektor Philipp Keßler, Generaldirektor Karl P l e i g e r , Generaldirektor Dr. Ernst Pönsgen, Kommerzienrat Dr. Röchling, Generaldirektor Helmut Röhnert, Generaldirektor Albert V ö g - 1 e r und Generaldirektor Wilhelm Zangen in den neugebildeten Rüstungsrat berufen.

Die Konzentration aller wirtschaftlichen Kräfte auf die Erringung des Sieges machte eine weitere Zusammenfassung und Ausrichtung aller in die Rüstung eingeschalteten Dienststellen unter einheitlicher Leitung notwendig, wie am 22. Mai berichtet wurde. Um den geschlossenen Einsatz und eine den wechselnden Anforderungen der Front entsprechende Schlagkraft der Rüstungsorganisation zu ermöglichen, hat der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Teile des ihm unterstellten Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition Speer als Rüstungsamt zur Verfügung gestellt. Zum Chef dieses Rüstungsamtes wurde General der Infanterie Thomas unter Beibehaltung seiner Stellung als Chef des Wehrwirtschaftsamtes im OKW ernannt. Gleichzeitig wurden die Rüstungsinspektionen und Rüstungskommandos unter Erweiterung ihrer Befugnisse und Aufgaben Außenstellen des Reichsministers für Bewaffnung und Munition. Sie sind damit nachgeordnete Dienststellen des Rüstungsamtes. Für die Rationalisierung der Rüstungsfertigung wurden im Rahmen

99 der Selbstverantwortung der Rüstungsindustrie nach dem Willen des Führers vor allem der Betriebsführer und Ingenieur eingeschaltet.

Gegen den stellvertretenden Reichsprotector in Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer Heydrich, wurde am Vormittag des 27. Mai in Prag von bisher unbekanntem Tätern ein Anschlag verübt. Die Verletzungen des Obergruppenführers Heydrich waren sehr schwer und führten in den ersten Junitagen zum Tode. Der Mordanschlag riß den stellvertretenden Reichsprotector, nachdem er mit seinen Sofortmaßnahmen das politische Leben im Protektorat befriedet hatte, aus einer Fülle von aufbauenden Plänen, die im Interesse ebenso sehr der Tschechen wie des Reiches lagen. Namentlich in der Masse der tschechischen Arbeiter- und Bauernschaft fanden die Maßnahmen des Stellvertretenden Reichsprotectors zur Sicherung von Wirtschaft und Arbeit — insbesondere auch in sozialpolitischer Beziehung — zunehmendes Verständnis. Mit der Vertretung Heydrichs wurde SS-Oberstgruppenführer und Generaloberst der Polizei D a l u e g e beauftragt.

Am 15. Mai verstarb in Berlin im 54. Lebensjahr der weit über die Grenzen seines Gaus hinaus bekannte Gauleiter des Gaus Weser-Ems und Reichsstatthalter in Oldenburg-Bremen, Karl Rover. Mit dem Verstorbenen verlor die nationalsozialistische Bewegung einen ihrer ältesten und mannhaftesten Kämpfer, der noch wenige Tage vorher vor der Gefolgschaft eines neuen NS-Musterbetriebes über die Größe und Einmaligkeit des gegenwärtigen großdeutschen und europäischen Freiheitskampfes gesprochen hatte. Der Führer ehrte den Verstorbenen durch einen Staatsakt. Bei dieser Ehrung war der Führer im Mosaiksaal der Neuen Reichskanzlei selbst zugegen. Reichsminister Rosenberg würdigte dabei die Persönlichkeit Karl Rovers als die eines kompromißlosen völkischen und nationalsozialistischen Kämpfers. — An Stelle des verstorbenen Gauleiters und Reichsstatthalters ernannte der Führer den stellvertretenden Gauleiter der Mark Brandenburg, Paul Wegener, zum Gauleiter des Gaus Weser-Ems der NSDAP und zum Reichsstatthalter in Oldenburg und Bremen. Paul Wegener war in der letzten Zeit Vertreter des Reichskommissars für die besetzten norwegischen Gebiete in Oslo. Er hat in den Reihen der Waffen-SS am Kriege teilgenommen und wurde mit dem EKII ausgezeichnet.

Am 23. Mai trat Reichsminister Walther Darre aus gesundheitlichen Gründen einen längeren Urlaub an. Der Führer hat für diese Zeit den Staatssekretär im Reichsernährungsministerium Hermann Backe mit der Führung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsbauernführers und des preußischen Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft beauftragt.

100 Der Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Dr.-Ing. e.h. Kl e i n m a n n hat nach einer Meldung vom 27. Mai den Führer aus gesundheitlichen Gründen um Entbindung von seinen Dienstgeschäften gebeten. Der Führer hat dieser Bitte stattgegeben und den bisherigen Leiter der Haupteisenbahndirektion Ost in Poltawa, Dr.-Ing. Ganzenmüller, zu seinem Nachfolger unter gleichzeitiger Ernennung zum

Staatssekretär bestellt. Dr. Ganzenmüller trat 1932 in den Dienst der Deutschen Reichsbahn, wo er vielseitige Verwendung fand. Im Oktober 1941 wurde er nach Poltawa abgeordnet und im Februar 1942 zum Eisenbahngeneralkommissar ernannt. Dr. Ganzenmüller verfügt damit über reiche Erfahrungen in allen Kriegsaufgaben der Reichsbahn.

Um breitesten Schichten der Bevölkerung einen anschaulichen Begriff von den Zuständen in der Sowjetunion und von den Leistungen unserer Soldaten im Osten zu vermitteln, veranstaltete die Reichspropagandaleitung im Mai und Juni im Berliner Lustgarten eine Ausstellung „Das Sowjetparadies“. Die Ausstellung wurde am 8. Mai mit einer Rede des Staatssekretärs Gutterer feierlich eröffnet. Sie zeigt am Anfang eine knappe, aber eindringliche Darstellung des gewaltigen Reichtums der Sowjetgebiete. Demgegenüber stellt sie den durch den Bolschewismus entwickelten Tiefstand der Lebenshaltung, die allen bisherigen Begriffen von Zivilisation und Kultur Hohn spricht. Sehr eindrucksvoll wird gezeigt, daß der Bolschewismus den Reichtum des russischen Landes fast ausschließlich zur Schaffung jener riesigen Angriffsarmee benutzte, mit deren Hilfe die jüdische Weltrevolution verwirklicht werden sollte. Die Ausstellung zeigt auch, wie der germanische Lebensstrom mehrfach nach dem Osten gezogen ist und sich segensreich auswirkte im Bauwesen, in der Bausiedlung, in Wissenschaft und Technik. Erschütternd sind die Zeugnisse bolschewistischer Unkultur, vor allem in der Wohnungskultur, erschreckend die Zeugnisse bolschewistischer Herrschaftsmethoden, für die ein GPU-Keller aus Minsk — ein Originalkeller mit seiner Folterkammer und Todeszelle — grauenvolle Beispiele sind. Der letzte Raum der Ausstellung veranschaulicht jene Kräfte, die verhindert haben, daß Europa der Barbarei des Bolschewismus ausgeliefert wurde. Der Besuch der Ausstellung ist außerordentlich hoch. Niemand, der diese Schau gesehen hat, ist sich im Zweifel darüber, welche Seite siegen muß, wenn Europa als Kulturfaktor fortbestehen soll.

101 Im Monat Mai wurden die Ergebnisse der letzten Reichsstraßensammlung des Kriegs-WHW vom 11. und 12. April und der ersten Haussammlung für das Deutsche Rote Kreuz in diesem Jahre veröffentlicht. Es waren stolze Zahlen. Das WHW-Ergebnis betrug 44 314246,16 RM. Diese Zahl bedeutet eine Zunahme um 31 v. H., d. h. um fast 10,5 Mill. RM gegenüber der gleichen Sammlung des Vorjahres. Die erste Haussammlung für das Deutsche Rote Kreuz erbrachte 42 560 644,45 RM. Hier macht die Zunahme 19,42 v. H. aus, das sind beinahe 7 Mill. RM.

Für die Zeit vom 1. bis 15. Juni wird, wie ein Aufruf des Reichswirtschaftsministers Funk vom 26. Mai bekanntgab, im ganzen Reich eine Altkleider- und Spinnstoffsammlung durchgeführt. Sie soll notwendige Bekleidungsreserven für diejenigen schaffen, die in einer neuen Tätigkeit im Frontbereich, in der Rüstungsindustrie und in der Landwirtschaft Kleidungsstücke dringend benötigen.

Am 6. Mai wurde durch die Presse eine Verfügung bekanntgegeben, daß es in diesem Jahre verboten sei, Obst und Gemüse direkt vom Erzeuger zu kaufen. Diese Maßnahme ist notwendig geworden, nachdem im vergangenen Jahre für den Allgemeinbedarf deutlich spürbare Mengen auf diesem Wege verlorengegangen sind. Man hat errechnet, daß im vergangenen Jahr die Erfassung der Erdbeerernte im Vergleich zum vorvergangenen Jahr von 91 v. H. auf 46 v. H. zurückgegangen ist. Ausgenommen von dieser Verfügung sind Klein- und Schrebergärtner sowie Hausgartenbesitzer, die Obst nicht gewerbsmäßig anbauen.

Die deutschen Gerichte gehen auch weiterhin scharf gegen Volksschädlinge vor. Eine ganze Reihe von Urteilsveröffentlichungen im Monat Mai bezeugen, daß Todesstrafen und Zuchthausstrafen für Schleichhändler und Schieber und gegen untreue Beamte in der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung verhängt worden sind. Für die Entziehung von 1800 Tonnen Eisen, die dem Betrüger einen Gewinn von 15 000 RM einbrachten, wurde der Angestellte einer Lokomotivfabrik in Wien vom Sondergericht zum Tode verurteilt. — Der Leiter einer Wirtschaftsstelle in Danzig wurde für die Unterschlagung von Lebensmittelkarten und Entnahme einer Kleider- und Raucherkarte für sich selbst zum Tode verurteilt. Mithelferinnen, seine Mutter und seine Braut, wurden zu je 2 1/2 Jahren Zuchthaus abgeurteilt. — Ein Schleichhändler in Nürnberg, der 55 Gänse und 6 Hühner auf unrechtmäßige Weise erwarb, erhielt drei Jahre, sein Helfer anderthalb Jahre Zuchthaus. Dies sind unerfreuliche Erscheinungen der Kriegszeit, denen aber das Gesetz rücksichtslos zu Leibe geht.

Eine Aktion ganz besonderer Art wurde im Mai durch Gauleiter Reichsminister Dr. Goebbels angeordnet. Den stets I wiederkehrenden und, wie man festgestellt hat, durchaus berechtigten Klagen zahlreicher Volksgenossen Gehör schenkend, unternahm es der Berliner Gauleiter, in der Reichshauptstadt der Unhöflichkeit, dem schlechten Benehmen und der Rücksichtslosigkeit den Kampf anzusagen. In Erkenntnis der Tatsache, daß der Krieg vom einzelnen Volksgenossen erhöhte Leistungen und Ner-

102 venanspannung verlange, forderte der Minister auf, den Tageslauf durch Höflichkeit und Herzlichkeit im Umgang zu erleichtern. Die Berliner Bevölkerung soll mithelfen während der Zeit des Wettbewerbs, der zuerst vom 5. Mai bis 1. Juni geplant war, dann aber bis zum 15. Juni verlängert wurde, den höflichsten Berliner und die höflichste Berlinerin zu finden. Sie sollen ausgezeichnet werden. Tatsächlich hat es diese Aktion dahin gebracht, daß die Höflichkeit vier Wochen im Mittelpunkt der Gespräche und der Aufmerksamkeit stand. Es ist auch kein Zweifel, daß im Laufe dieser Wochen manche Ecke abgeschliffen wurde und manch erfreuliches Beispiel, deren zahlreiche in der Presse veröffentlicht wurden, zur Nacheiferung angeregt hat.

Reichsminister Rosenberg machte im Laufe des Mai seine erste größere Besichtigungsfahrt durch den Bereich seines Ministeriums. Der Reichsminister besuchte bei dieser Gelegenheit Riga, Reval und zahlreiche Städte des früher russischen Gebietes. In den befreiten Städten der baltischen Staaten wurden Reichsminister Rosenberg viele Bezeugungen der Dankbarkeit für die Befreiung vom bolschewistischen Joch zuteil. Der Pressechef des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Major Karl Cranz, veröffentlichte in der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz einen Artikel, der die Eindrücke von dieser Reise eindrucksvoll wiedergab. In seiner Ansprache vor den Männern der deutschen Zivilverwaltung, der landeseigenen Verwaltung in den Generalbezirken und zahlreicher Abordnungen der estnischen, litauischen und lettischen Bevölkerung betonte Reichsminister Rosenberg immer wieder die Tatsache, daß wir alle unter dem Gesetz des Krieges stünden und alle Kraft in den Dienst dieses Krieges zu stellen haben. Die deutsche Zivilverwaltung habe planmäßig und bei möglichst weitgehender freizügiger Beteiligung aller landeseigenen Kräfte die fühlbarsten Schäden bolschewistischer Mißwirtschaft beseitigt.

Die deutsche Verwaltung hat auch planmäßig die Voraussetzungen für den Wiederaufstieg des Wirtschaftslebens geschaffen. So hat auch das kulturelle Leben in den meisten größeren Städten wieder begonnen. In Dorpat, der ersten Hochschule im Reichskommissariat Ostland, haben die medizinische, tierärztliche und landwirtschaftliche Fakultät wieder ihre Tätigkeit aufgenommen. Aus dem Trümmerhaufen des bolschewistischen Chaos wächst allenthalben unter weitsichtiger deutscher Führung ein neues Leben. Es gliedern sich die Länder und Völker des Ostens mehr und mehr ein in die große Front des neuen Europa.

Viel zu wenig bekannt sind die Leistungen, die das Deutschtum im Laufe der Jahrhunderte im Ost-
raum vollbracht hat. Um die Kenntnis davon zu verbreiten, hat die Werbestelle des Generalgouverne-
ments Unter den ‚Linden eine Sonderschau „Geschichtliche Leistung der Deutschen im Weichselraum“
103 eröffnet. Aus dieser Schau beweist sich aufs neue, daß alles, was kulturell, wirtschaftlich und sozial in diesem Raum geschichtsbildend war, immer wieder von deutschen Kolonisten geschaffen worden ist. So ist z. B. das alte Krakau nach Anlage und Wesen eine echt deutsche Kolonialstadt. Besonders deutlich wird die überragende geschichtliche Leistung der Deutschen im Ostraum, wenn man das Bildmaterial bäuerlicher Siedlungen betrachtet. So weisen z. B. die Rodedörfer im Karpatenvorland aus der Zeit vom 13. bis zum 15. Jahrhundert trotz des Versuchs einer intensiven Polonisierung unverkennbar deutsche Züge auf. Jahrhundertlang sind es auch deutsche Burgen gewesen, die als Bollwerke den europäischen Lebensraum gegen asiatisches Chaos sicherten.

Über die Eindeutschung Krakaus gibt eine Notiz des DNB vom 16. Mai aufschlußreiche Zahlen. Die letzte polnische Volkszählung vom Jahre 1933 wies nur 500 Deutsche in Krakau aus. Heute leben in Krakau bereits wieder 24 800 Deutsche. Die Verwaltung der Stadt hat es sich zur Aufgabe gemacht, der Stadt wieder ein ausschließlich deutsches Gesicht zu geben, wie sie es auch früher schon besaß. Es ist geplant, das Zentrum der Stadt nur von Deutschen zu besiedeln, eine Auslese deutschen Kaufmannstums um den Adolf-Hitler-Platz zu konzentrieren, um gleichsam damit ein Schaufenster deutscher Leistung im Osten entstehen zu lassen. Im Rahmen der Entwicklung Krakaus zu einer deutschen Stadt wurde auch die Judenfrage grundsätzlich gelöst. Jenseits der Weichsel wurde ein Judenwohnbezirk gebildet, der die rund 18 000 in der Stadt verbliebenen Juden von der übrigen Bevölkerung scheidet.

Am 10. Mai, dem Tage des Ausbruchs der Feindseligkeiten zwischen den Niederlanden und Deutschland im Jahre 1940 fand in Amsterdam eine Gemeinschaftskundgebung der Deutschen Arbeitsfront und der neugeschaffenen niederländischen Arbeitsfront statt. Der niederländische Sprecher, der Leiter dieser Organisation, Woudenberg, erklärte: „Wir wollen daran mitarbeiten, daß ein 10. Mai nicht wiederkehren kann. Wir wollen mitarbeiten im großgermanischen Reich der Zukunft.“ Dr. L e y betonte, daß der heutige Krieg nicht als Zwist zwischen Deutschland und den Niederlanden oder den anderen europäischen Völkern aufzufassen sei, sondern ein Krieg der nationalbewußten Völker und Menschen

gegen Juda ist. „Wir Deutschen bewundern die Niederländer und ihre alte Kultur. Durch den Raum, das Blut, die artverwandte Kultur und das gemeinsame europäische Schicksal werden Deutsche und Niederländer zueinander gezwungen.“ Deswegen sei Deutschland auch bereit, den Niederländern beim Aufbau einer neuen nationalsozialistischen Wirtschafts- und Lebensordnung zu helfen.

104

Auf Vorschlag des Reichsministers für Bewaffnung und Munition haben der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz und der Reichsarbeitsminister den Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Hessen, Dr. Schmelter, zum Sondertreuhänder der Arbeit für die Organisation Todt bestellt, mit dem Auftrage, die Arbeitsbedingungen aller von der Organisation Todt beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder zu regeln. Ihm obliegt es vor allem, die Löhne dieser Gefolgschaftsmitglieder zu überprüfen und sie in Anpassung an die allgemeinen Erfordernisse der Lohnpolitik neu zu ordnen. Auch die Arbeitsbedingungen der von dem bisherigen Baustab Speer beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder gehören zum Arbeitsbereich des Sondertreuhänders.

Unter dem Titel „Arbeitsschutz und Jugend“ fanden im Monat Mai in verschiedenen Teilen des Reiches Tagungen statt. Der große Bedarf an Arbeitskräften zwingt auch, an die Arbeitskraft der Jugend höhere Anforderungen zu stellen. Daraus ergeben sich für alle, die den Arbeitseinsatz der Jugend sowie ihre Arbeit betreuen, erhöhte Pflichten. Es gilt vor allem, die Jugend vor Gefahren und Schädigungen an Leben und Gesundheit zu schützen. Aus diesem Grunde fanden sich Betriebsführer, Ausbildungsleiter, Lehrmeister, Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und Betriebsjugendwälder zusammen, um den für die Zukunft der Jugend so wichtigen Gedanken des Arbeitsschutzes in die Tat umzusetzen. Die Verleihung von Auszeichnungen als Kriegsmusterbetrieb hat die Frage der beruflichen Fortbildung im Betrieb in den Vordergrund gerückt. Man stellte fest, daß im Leistungskampf der Betriebe die Nachwuchserziehung und die berufliche Fortbildung für Erwachsene eine besondere Stellung einnehmen. Diese Fortbildung hat in doppelter Hinsicht große Bedeutung: sie erweitert den Kreis der hochqualifizierten Arbeitskräfte, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden, und sie verschafft dem einzelnen nicht nur Aufstiegsmöglichkeiten sozialer Art, sondern trägt auch zweifelsohne zur Steigerung seines Lebensgefühls bei. Ein Beispiel sei hier nur aufgeführt: Ein Reichsbahnausbesserungswerk bildet seine sämtlichen Meister und einen großen Teil der Ingenieure aus dem eigenen Betriebe heraus. So ermöglichte das Werk im letzten Jahre 37 Schlossern einen Schweißkursus von drei Wochen Dauer. Während der Kurse wurde der Lohn voll weitergezahlt. Acht Söhne von Werksangehörigen besuchen eine Fachschule, ebenso fünf Werksangehörige. Die Kosten — je 1500 RM — trägt das Werk. In ähnlicher Weise werden andere Betriebsangehörige beruflich gefördert.

105

Die Leitung der Auslandsorganisation der NSDAP hatte die Amtsleiter für Technik in den europäischen Landesgruppen der AO zu einer mehrtägigen Besprechung gerufen, die unter dem Vorsitz des Gauamtsleiters Prof. Dr.-Ing. e. h. Bohle stand.

Im Rahmen einer Feierstunde wurde für die in der Reichshauptstadt lebenden Volksdeutschen im Hause des Gauverbandes Berlin des Volksbundes für das Deutschtum im Auslande in der Motzstraße ein Kameradschaftsheim eröffnet, das nunmehr eine Stätte froher Gemeinschaft und geselliger Zusammenkünfte der dem VDA angehörenden Volksdeutschen Männer und Frauen in Berlin bilden wird.

Die so wichtige Frage des Erziehernachwuchses wird auch im Kriege mit allem Nachdruck gefördert. In Ohrdruf wurde am 11. Mai durch den thüringischen Ministerpräsident Marschler eine neue Lehrerbildungsanstalt, die dritte in Thüringen, eröffnet. Sie hat in einem früheren Kaufmannserholungsheim Unterkunft gefunden. Eine vierte Thüringer Lehrerbildungsanstalt wird in Meiningen errichtet. Eine weitere besteht bereits in Gera, während eine Lehrerinnenbildungsanstalt in Schwarzburg besteht.

Im kommenden Jahr wird die wehrgeistige Erziehung an allen deutschen Schulen unter dem Thema „Der Kampf im Osten“ stehen. Zur Eröffnung dieser Aktion hatte der NSLB namhafte Vertreter des Erziehungswesens, der Wehrmacht, der Partei und des kulturellen Lebens zu einer Vortragsveranstaltung in seine Verbindungsstelle gebeten. Oberbereichsleiter Hansen betonte, daß es das Ziel der wehrgeistigen Erziehung sei, schon jetzt die Grundlage dafür zu schaffen, daß das deutsche Volk die Früchte des kommenden Sieges ernten könne. Die Jugend vor allem müsse aus dem Erlebnis des Krieges auf die hohe Verantwortung der ihr im späteren Leben gestellten Aufgaben vorbereitet werden. Anschließend sprach Oberst Prof. Dr. Hesse von der Inspektion des Erziehungs- und Bildungswesens im Oberkommando des Heeres. Der Vortragende gab einen eindrucksvollen Überblick über die Vorgeschichte des Krieges im Osten und seine einzelnen Phasen.

Der Stabschef der SA hatte die Führer der SA-Gruppen Anfang Mai zu einer Dienstbesprechung nach Berlin befohlen. Sie befaßte sich ausschließlich mit kriegswichtigen Fragen. Der Stabschef ehrte dabei

die vor dem Feinde gebliebenen SA-Führer: „Die letzte, härteste und höchste Bewährungsprobe sieht die SA in vorderster Linie. Sie stellt dem Führer denselben Typ des Kämpfers, den sie im Ringen um die Macht schon eingesetzt hat.“

106 Am 17. Mai war in diesem Jahre der Muttertag. Es sprachen an diesem Tage Reichsminister Dr. Frick und die Reichsfrauenführerin Frau Scholtz-Klink. Dr. Frick führte dabei aus, daß für die Mütter und Frauen der Krieg eine doppelte Belastung bedeute. Abgesehen von der steten Sorge, mit der sie um Geschick und glückliche Heimkehr ihrer Männer, Söhne und Brüder bangen, hat sich auch ihre arbeitsmäßige Beanspruchung immer mehr erhöht. Nicht nur, daß manche Schwierigkeiten ihre häuslichen Sorgen steigern, heißt es vielfach für sie, auch den Mann zu ersetzen, seine Arbeit zu tun. Unermessliche Werte hätten in diesem Kriegseinsatz unsere Frauen geschaffen. Besondere Hochachtung verdiene die Landfrau, von deren rechtzeitiger Aussaat und Erntearbeit heute vielfach das Leben unseres Volkes und die Zukunft der Nation abhängen. Dr. Frick schloß mit einer Ehrung derjenigen Frauen, die im Kriege den Mann, den Sohn, den Verlobten verloren. Die Reichsfrauenführerin, Frau Scholtz-Klink, richtete im Rahmen ihrer Ansprache an alle Frauen und Mädchen unseres Volkes, die weder in einem geregelten Arbeitsverhältnis stehen, noch Mütter kleinerer Kinder sind, die Bitte, der Gemeinschaft ein paar Stunden ihrer freien Zeit für diejenigen zu geben, denen diese Stunden Erleichterung oder Hilfe bedeuten können.

Vom 7. bis 9. Mai sind in Berlin unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Stuckart führende Verwaltungswissenschaftler aus 14 Nationen zu einer Arbeitstagung zusammengetreten. Dr. Stuckart übernahm auf einhelligen Wunsch der Tagungsteilnehmer die Präsidentschaft der neugegründeten „Akademie für internationale Verwaltungswissenschaft“. Als erste praktische Leistung hat die Akademie die finanzielle und wirtschaftliche Förderung eines Sammelwerkes „Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgesetze der Völker“ vorgenommen. Der erste Band der Reihe, der Norwegen behandelt, liegt schon vor, ein zweiter Band über die Niederlande befindet sich im Druck, weitere Bände über Japan, Italien, Bulgarien, Dänemark und Schweden sind in Vorbereitung.

Auf einer vielbeachteten Veranstaltung des Wirtschaftsrats der Deutschen Akademie und der Industrie- und Handelskammer sprach am 16. Mai der Präsident der Deutschen Akademie, Ministerpräsident Dr. Ludwig Siebert. Dabei gab er einen Überblick über die wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie. Sie würden in mehreren Abteilungen durchgeführt, so in den Abteilungen für deutsche Sprache, für deutsche Ge- j schichte, für deutsche Bildende Kunst, für deutsche Musik, für j deutsche Staats- und Wirtschaftskunde, für deutsche Ostbeziehungen und für deutsch-balkanische Beziehungen. Die Deutsche Akademie solle jederzeit eine geistige Waffe der Nation sein und ein wesentlicher Baustein in dem ungeheuren Aufbauwerk für die Zukunft des deutschen Volkes und des Abendlandes.

107 Am 22. Mai machte Ministerialdirektor Hinke l vor den Mitgliedern der Deutschen Akademie in Berlin Ausführungen über den Kriegseinsatz des deutschen Kunstschaffens. Er gab dabei bekannt, daß allein 16 bis 18 000 deutsche Künstler ständig im Werk der Truppenbetreuung eingesetzt seien. Für die Lebendigkeit des künstlerischen Lebens zeuge, daß im Jahre 1941 auf deutschen Bühnen 294 Uraufführungen dargeboten wurden, wobei der Anteil der Oper 98 Werke beträgt. Der deutsche Film brachte 73 Uraufführungen hervor. Das sind Zahlen, die sich wirklich sehen lassen können.

Über die Grenzen des Landes hinaus trägt auch im Kriege das deutsche Kunstschaffen den Ruhm deutscher Kultur. Die Berliner Philharmoniker unter Clemens Krauß gastierten im Mai in Lissabon, in Madrid sowie im unbesetzten Frankreich. Der Erfolg war ungeheuer. Auch eine deutsche Architektur- ausstellung wurde im Mai in Madrid eröffnet. Die auf Veranlassung des Reichsministers Speer veranstaltete Ausstellung wurde nicht nur von führenden Männern Spaniens, unter ihnen von General Franco, sondern auch von breitesten Volksschichten besucht.

Ein besonderes Ereignis war die Ausstellung, die Arno Breker mit seinen Werken in der Orangerie der Tuilerien in Paris veranstaltete. Diese Ausstellung des meistgenannten Bildhauers im Großdeutschen Reich erregte in Paris größtes Aufsehen und Interesse.

In Salzburg legte um die Mitte des Monats Mai die deutsche Jugend ein Bekenntnis zu deutscher Kultur ab. Die Kulturtage der Hitler-Jugend, auf denen die Jugend zu allen Gebieten der Kunst Stellung nahm und sich befruchten ließ, waren gekennzeichnet durch die Anwesenheit führender Männer des deutschen Kulturlebens, die hier das Wort ergriffen. Prof. Wilhelm Pinder sprach vor der Jugend über „das Deutsche in der Bildenden Kunst“. Der Dichter Kolbenheyer legte das Verhältnis zwischen Jugend und Dichtung dar. Paul Alverdes las aus seinen Werken, wie auch Agnes Miegel und Josefa Behrens-Totenohl. Auch die Musik kam bei dieser Veranstaltung zu ihrem Recht, auch das Schauspiel und die Oper. Obergabetsführer C e r f f sprach über „Nationalsozialistische Kulturarbeit“. Reichsleiter

Baldur von Schirach nahm in einer großen Schlußrede zu allen Kulturfragen der Jugend in weitgefaßter Schau Stellung.



Außenpolitik

108 Im Monat Mai sind an der Hauptkampffront im Osten die klimatischen Voraussetzungen eingetreten, um von der defensiven zur offensiven Kriegführung überzugehen und damit die militärischen Voraussetzungen auch für politische Entscheidungen zu schaffen. Auf der Halbinsel Kertsch und im Raum von Charkow haben die deutschen und verbündeten Truppen die ruhmreiche Tradition der Durchbruchs- und Kesselschlachten, die im Osten mit dem 22. Juni 1941 anhub, fortgesetzt. Am 31. Mai konnte darüber eine zusammenfassende und abschließende Darstellung veröffentlicht werden. Aus ihr ergibt sich, daß beide Schlachten einer von der sowjetischen Heeresleitung geplanten großen Zangenschlacht zuvorkamen und die hierfür bereitgestellten zahlreichen Angriffsddivisionen und deren gewaltiges Kriegsmaterial vernichteten bzw. in deutsche Gefangenschaft brachten. Von der Halbinsel Kertsch, wo auf engstem Raum drei bolschewistische Armeen massiert wurden, sollte die Krim wiedererobert, Sewastopol entsetzt und über die Landenge von Perekop ein Stoß in den Rücken der nördlich des Asowschen Meeres stehenden deutschen Streitkräfte geführt werden. Diese südliche Zangenbewegung sollte durch eine nördlich im Raum von Charkow in der allgemeinen Richtung gegen das Dnjepr-Knie geführte ergänzt werden.

Ein Blick auf die Karte zeigt, welche strategische Bedeutung diesem sowjetischen Plan zukam. Er sollte einerseits jede Offensivmöglichkeit von deutscher Seite in der Richtung Wolgamündung oder Kaukasus ausschalten, andererseits die Wiedereroberung der für die Sowjets rüstungswirtschaftlich und landwirtschaftlich so wichtigen Ukraine einleiten. Die sowjetischen Zangen wurden zerbrochen, noch ehe sie angesetzt werden konnten. Über vierhunderttausend Gefangene und eine riesige Beute an Kriegsmaterial fielen in deutsche Hand. So brachte der Monat Mai einen verheißungsvollen Auftakt für unsere offensive Kriegführung im Sommer 1942.

In Afrika sind die deutschen und italienischen Streitkräfte am 26. Mai zum Angriff angetreten und haben schon in den ersten Tagen bedeutende Erfolge erzielt.

109 Der Unterseeboots- und Luftkrieg gegen die Versorgungsschiffahrt unserer Feinde, die Antwort auf die völkerrechtswidrige Blockade Englands und der Vereinigten Staaten gegen Europa, hat im Monat Mai den größten Erfolg während seines ganzen bisherigen Verlaufs erzielt. Die Tonnage des versenkten Schiffsraums hat mit 924 000 Tonnen die Millionengrenze beinahe erreicht. Rechnet man hinzu, was italienische und japanische Streitkräfte an feindlichem Handelsschiffsraum auf den Grund des Meeres geschickt haben, so überschreiten die feindlichen Verluste eine Million Tonnen wahrscheinlich sogar erheblich. Da anzunehmen ist, daß die versenkten Schiffe im allgemeinen bis zur Grenze ihrer Ladefähigkeit beladen gewesen sind, so ist also weit über eine Million Tonnen an Rohstoffen, Lebensmitteln und Kriegsmaterial dem Feind verlorengegangen. Kein Wunder, daß die Schiffsraum-sorgen unserer Gegner trotz aller Vertuschungsversuche immer stärker zum Ausdruck kommen.

Wahrhaft erstaunlich ist dabei, in welch ausgedehnten und fern voneinander liegenden Seegebieten die deutschen See- und Luftstreitkräfte operieren. Die feindlichen Geleitzüge werden ebensogut im Nördlichen Eismeer zwischen dem Nordkap und Spitzbergen und in der Kolabucht, wie längs der gesamten Ostküste Nord- und Mittelamerikas, ja sogar des nördlichen Teils von Südamerika, im St.-Lorenz-Strom ebenso wie an der Mündung des Mississippi oder vor dem Kanal von Panama angegriffen, wie dies auch rings um die englischen Inseln, vor den Küsten Portugals und im ganzen Mittelmeer geschieht. Nimmt man hinzu, daß die See- und Luftstreitkräfte des verbündeten Japan in den riesigen Räumen des Pazifischen Ozeans bis hinunter an die Küsten Australiens und bis in den Golf von Bengalen, ja bis auf die Reede von Diego Suarez an der Nordspitze Madagaskars und bis vor den Kriegs- und Handelshafen von Durban in Südafrika operieren, so wird erst richtig klar, wie sehr sich die see-

strategische Lage in diesem Kriege gegenüber der in der Zeit des Weltkrieges verändert hat. Beinahe auf allen wichtigen Seehandelsstraßen der Welt sind die See- und Luftstreitkräfte der Achsenmächte gegen die Versorgungsschiffahrt der Angelsachsen und ihrer Verbündeten im erfolgreichsten Einsatz. Es ist bezeichnend für die stets schwieriger werdende Lage der angelsächsischen Schifffahrt, daß auf politischen Druck hin auch andere Staaten, die sich nicht im Kriegszustand mit den Dreierpaktmächten befinden, ihre Handelsschiffe bewaffnen, natürlich nur deswegen, weil sie in angelsächsischen Diensten oder in deren Interessen fahren. Hierzu wurde am 30. Mai in Berlin folgendes erklärt: „Von deutscher Seite ist schon wiederholt auf die Gefahr hingewiesen worden, der Handelsschiffe sich dadurch aussetzen, daß sie sich bewaffnen. Bis vor kurzem haben nur die Handelsschiffe der Kriegführenden zu dem Mittel der Bewaffnung gegriffen. Nach Zeitungsmeldungen bewaffnen jetzt aber auch andere

110 Staaten, gleichviel ob sie sich als nichtkriegführend oder als noch neutral bezeichnen, oder ob sie grundlos die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen haben, planmäßig ihre Handelsschiffe. Dies gibt Anlaß, auf folgendes hinzuweisen: Die Handelsschiffe von Staaten, die nicht im Kriegszustand mit Deutschland sind, haben von deutschen Streitkräften außerhalb der erklärten Operationsgebiete nichts zu befürchten, wenn sie sich entsprechend dem Völkerrecht verhalten. Wenn sie sich deutlich als neutrale Handelsschiffe erkennbar machen und ihre Abzeichen bei Nacht klar beleuchten, wenn sie nicht im Geleit fahren, wenn sie sich nicht durch Zickzackfahren oder sonstige Maßnahmen einer Verwechslung mit Feindschiffen aussetzen, und wenn sie sich dem völkerrechtlich anerkannten Recht des Kriegführenden auf Anhaltung und Durchsuchung unterwerfen, werden sie außerhalb der erklärten Operationsgebiete von deutschen Streitkräften nicht angegriffen. Bewaffnen sich solche Schiffe jedoch, so bekunden sie damit die Absicht, dem legitimen Recht der deutschen Streitkräfte auf Anhaltung und Durchsuchung Gewalt entgegenzusetzen. Sie geben dadurch ihre Eigenschaft als friedliche Handelsschiffe auf und stellen sich außerhalb des Völkerrechts. Sie setzen sich damit der Gefahr aus, so stellt man an hiesiger zuständiger Stelle fest, daß die deutschen Streitkräfte von ihren Waffen gegen sie Gebrauch machen. Sie haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie infolge ihrer Bewaffnung Schaden erleiden.“

Am 22. Mai war der dritte Jahrestag des deutsch-italienischen Freundschafts- und Bündnispaktes. Ein Rückblick auf die politischen und militärischen Ereignisse seit dem Abschluß des Paktes, der ja zugleich das Fundament des weltpolitischen Dreiecks Berlin-Rom-Tokio bildet, zeigt dessen welthistorische Bedeutung und erweist die Worte, die der Reichsminister des Äußeren von Ribbentrop beim Abschluß des Paktes im Mai 1939 aussprach, als wahrhaft vorausschauend. Der Minister sagte damals: „Gegenüber allen Illusionen und Ränken stellt der neue Pakt in einer über jede Anzweiflung und Mißdeutung erhabenen Weise die unzerbrechliche Zusammengehörigkeit der unter der einmaligen historischen Führung von Adolf Hitler und Benito Mussolini verbündeten 150 Millionen Menschen fest. Deutschland und Italien bilden zusammen mit ihren mächtigen und treuen Freunden in aller Welt einen gewaltigen und unbesiegbaren Block von 300 Millionen Menschen, die bereit sind, jedem die Hand zur Freundschaft zu reichen, aber auch entschlossen, jeden Feind mit ihrer zusammengeballten Kraft zu zerbrechen.“ Wenn man sich erinnert, mit welch mißgünstigen und vielfach hochmütigen Kommentaren seinerzeit in Paris, London, Washington und in manchen anderen Hauptstädten die Unterzeichnung des deutsch-italienischen Paktes begleitet worden ist, wenn man sich andererseits

111 vergegenwärtigt, wie fundamental die Weltlage sich seitdem militärisch und politisch zugunsten der Achsenmächte und ihrer Verbündeten gewandelt hat, dann wird es klar, daß der 22. Mai 1939 als ein historisches Datum von größter Bedeutung anzusehen ist.

Nicht weniger klar ist, daß man das Verhältnis einzelner europäischer Staaten zu Italien oder zu Deutschland in erster Linie als ein Verhältnis dieser Staaten zur Achse anzusprechen hat. Dies gilt z. B. hinsichtlich des Verhältnisses Frankreichs zu Deutschland oder Italien. Es ist in erster Linie unter dem Gesichtswinkel von Frankreichs Verhältnis zur Achse, d. h. also im Rahmen der Gesamtprobleme zu betrachten, die zwischen Frankreich und der Achse sich stellen.

In dem von den Achsenmächten militärisch und politisch bestimmten europäischen Raum waren im Monat Mai politische Ereignisse von Bedeutung kaum zu verzeichnen. In Kopenhagen gab der Tod des langjährigen Ministerpräsidenten S t a u n i n g und die Wiederbetreuung desselben Ministeriums unter der Führung des Finanzministers Buhl Anlaß zu einer Programmklärung der dänischen Regierung vom 5. Mai, die wie folgt lautet:

„Es ist die Absicht der Regierung, auf der Grundlage der bestehenden politischen Zusammenarbeit die bisher vom Ministerium Stauning geführte Politik fortzusetzen. Diese Politik hat zuerst mit dem Aufruf des Königs und der Regierung an das dänische Volk vom 9. April 1940 und dann in verschiedenen

späteren Kundgebungen und Beschlüssen ihren Ausdruck gefunden, so in der Erklärung des Außenministers vom 6. Juli 1940 wie in den Auslassungen der Regierung vom 26. Juli 1941 und vom 25. November 1941. Es wird daher ständig die erste Aufgabe der Regierung sein, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande zu sichern und für ein korrektes, würdiges und loyales Auftreten der Bevölkerung gegenüber allen, die eine Autorität auszuüben haben, zu sorgen. Eine glückliche Durchführung dieser Aufgabe ist von fundamentaler und entscheidender Bedeutung dafür, daß es gelingen kann, Dänemark wohlbehalten durch diese Zeiten des Unfriedens zu führen und unsere nationalen Werte zu bewahren. Aber das kann nur durch ein gutes und nachbarlich-freundschaftliches Verhältnis zur deutschen Nation erreicht werden. Die Zusammenarbeit zu fördern und zu entwickeln zum gegenseitigen Vorteil und Nutzen wird sich die dänische Regierung weiter angelegen sein lassen. Der Wunsch Dänemarks, sich aus dem Kampf der großen Staaten herauszuhalten, ist durch Menschenalter hindurch bestimmend für unsere Politik gewesen. Es glückte uns, diese unsere traditionelle Politik während des Weltkrieges 1914/18 durchzuführen, und auch in der gegenwärtigen großen

112 Waffenauseinandersetzung stehen wir nicht als Teilnehmer. Wir können uns ihr jedoch nicht gleichgültig gegenüber verhalten, denn bei dem Kampf gegen den Kommunismus dreht es sich um ein gemeinsames europäisches Interesse, das alle Länder auf dem Kontinent berührt. Insoweit das Maßnahmen gegen den Kommunismus auf unserem eigenen Territorium anlangt, ist die politische Linie durch das Gesetz vom 22. August 1941 und durch Dänemarks Anschluß an den Antikominternpakt festgelegt. Diese Linie wird weiterhin befolgt werden. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist das positive Ziel der Entwicklung, in der sich die Länder Europas nun befinden, durch ein vernünftiges Zusammenwirken zwischen den Ländern und die Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Staaten zu erreichen. Deutschland nimmt hier die Zentralstellung ein. Dänemark hat seinen Willen zur Lösung der praktischen Aufgaben, die sich melden, erwiesen und ist ferner bereit, an einer loyalen und positiven Zusammenarbeit auf diesem Gebiet teilzunehmen. Dank dem rücksichtsvollen Auftreten der Besatzungsmacht einerseits, der Besonnenheit der Bevölkerung und ihrem Verständnis für die Schwierigkeiten der Zeit andererseits ist es bisher geglückt, die Linie, die am 9. April 1940 festgelegt wurde, durchzuführen und durch die letzten zwei Jahre unter Verhältnissen durchzukommen, die günstiger gewesen sind als von vornherein zu erwarten war. Selbst wenn sich die Schwierigkeiten in der kommenden Zeit verschärfen sollten, sind wir berechtigt, im Vertrauen auf das deutsche Versprechen einer Wahrung der Integrität und politischen Unabhängigkeit Dänemarks die Hoffnung auf eine für unser Vaterland fortgesetzt glückliche Entwicklung zu nähren."

Diese Programmerkklärung der dänischen Regierung zeichnet ziemlich genau die gegenwärtige und zukünftige Interessenlage Dänemarks, das durch seine geographische Lage und durch seine wirtschaftlichen Interessen in gleicher Weise dazu bestimmt ist, im großeuropäischen Räume, der in der Bildung begriffen ist, seinen Platz zu finden. Dieser Platz wird in Zukunft weit mehr als in der Vergangenheit durch das politische und wirtschaftliche Verhältnis Dänemarks zum Deutschen Reich bestimmt sein.

Die eigene Mitbestimmung daran, welchen Platz im neuen Europa das geschlagene Frankreich haben wird, selbst in die Hand zu nehmen, kann man als den Sinn der Politik ansehen, die Laval als französischer Ministerpräsident führt. Er ist der Überzeugung, daß der Krieg mit dem Siege der Achsenmächte endigen wird, und daß die Stellung der einzelnen Staaten Europas im neuen Europa wesentlich dadurch bestimmt werden wird, was sie während des Krieges für das neue Europa geleistet haben. Erst eine Minderheit des französischen Volkes hat den nationalen Sinn dieser Politik begriffen und folgt ihr mit innerer Zustimmung. Wie es meist zu sein pflegt, hat auch im gegenwärtigen Frankreich die grö-

113 ßere Mehrheit weder eine klare Vorstellung von den Notwendigkeiten der Stunde, noch das nötige Abstraktionsvermögen, um über dringliche Notwendigkeiten des Augenblickes und die aus ihnen sich ergebenden Stimmungselemente hinaus zu einer realistischen Konzeption der nationalen Belange vorzudringen. Jahrzehntlang ist das französische Volk mit systematischer Propaganda, die wesentlich von London her bestimmt wurde, in antideutsche Gedankengänge und Gefühle hineingedrängt worden. Drei Fünftel des Landes und seiner Bevölkerung stehen seit bald zwei Jahren unter deutscher Besetzung. Die Mehrheit der städtischen Bevölkerung leidet stark unter den Einschränkungen der Verpflegung. Eine massive Propaganda durch den Rundfunk wird aus England und den Vereinigten Staaten unaufhörlich auf das französische Volk losgelassen. Kein Wunder also, daß vielerlei Stimmungselemente gegen die realistische Politik Lavais wirksam sind. Trotzdem ist festzustellen, daß Laval, seitdem er im April die Regierungsgewalt wieder übernommen hat, langsam innerhalb der öffentlichen Meinung seines Landes Boden gewonnen hat. In realistischer Erkenntnis der Tatsache, daß die Verpflegungsschwierigkeiten bei der an gutes Leben gewöhnten französischen Bevölkerung ein

entscheidendes Stimmungselement bilden, hat sich Laval den Fragen der Lebensmittelversorgung zugewandt und mancherlei Fehler, die seine Vorgänger in dieser Hinsicht gemacht haben, verbessert. Er hat neue Männer in die entscheidenden Stellen berufen und hat selbst seine Regierungstätigkeit stark auf diese wichtige Frage konzentriert.

Laval hat ferner sehr wohl verstanden, daß das Regime, das sich in Vichy entwickelt hat, keine genügende Verbindung zum Volke besitzt, sondern psychologisch in einer Art luftleerem Raum lebte. Der Übergang vom parlamentarisch-demokratischen Regime, wo wenigstens scheinbar der Volkswille fortwährend irgendwie angesprochen wurde, zu einem autoritären Regime, in dem durch Verwaltung, Polizei und Presse der Wille einer weder homogenen noch konsequenten Regierungsführung dem Volke übermittelt wurde, ohne daß dieses den Eindruck gewann, daß die Regierungsentscheidung überwiegend von Einsicht und Weitblick diktiert seien, hat zwischen Vichy und dem französischen Volk im besetzten und noch mehr im unbesetzten Gebiet Spannungen und innere Gegensätze erzeugt, die sich zudem nur sehr ungenügend äußern konnten. Laval hat die Gefahr eines solchen Zustandes erkannt. Er bemüht sich deshalb, mit möglichst viel Gruppen innerhalb des französischen Volkes in persönlichen Kontakt zu treten und z. B. den Führungsgruppen der Landwirtschaft, der Arbeiterschaft oder der Industriellen die Notwendigkeiten der Lage und den Sinn seiner Politik und der aus ihr sich ergebenden Einzelmaßnahmen klarzulegen. Es ist in diesem Sinne zu verstehen, daß Laval am 16. Mai dem Ministerrat einen Gesetzentwurf unterbreitete, durch den in jedem Departement ein Departementsrat geschaffen werden soll, dessen Befugnisse denjenigen entsprechen sollen, die die Generalräte unter dem Regime der Dritten Republik auf dem Gebiete der Verwaltung und der Finanzen hatten. Wenn man sich erinnert, welche Rolle die Generalräte im politischen und administrativen Leben der Dritten Republik gespielt haben, versteht man den Sinn von Lavais Initiative. In den Generalräten spielten die lokalen politischen Größen eine Hauptrolle, nicht zuletzt im Sinne eines Gegengewichts gegen die Administration und im Sinne der Verbindung mit breiteren Volkskreisen im Departement. Die französische Verwaltung, der durch den Übergang von der freien zur gelenkten Wirtschaft und zur rationierten Lebensmittelversorgung umfangreiche und schwierige Aufgaben erwachsen sind, auf die sie in keiner Weise vorbereitet war, ist natürlicherweise Gegenstand vielfältiger Kritik, die sich mittelbar gegen die Regierung in Vichy und die an ihrer Spitze stehenden Persönlichkeiten richtet. Die Mitbeteiligung zahlreicher Persönlichkeiten, die außerhalb der Verwaltung stehen, aber lokale Geltung und Ansehen besitzen, an der Tätigkeit der Verwaltung erscheint Laval offenbar geeignet, nicht nur die Mitarbeit weiterer Kreise am Werk der Regierung zu fördern, sondern auch die Kritik an ihr auf einen dem Regierungsapparat nicht angehörenden erweiterten Personenkreis auszudehnen, d. h. also abzuschwächen.

Die Zielsetzungen Lavais, einerseits die Eingliederung Frankreichs in das von Deutschland geführte neue Europa vorzubereiten und zu verwirklichen, andererseits das französische Volk zur aktiven Mitarbeit an dieser Politik und zum vollen Einsatz für sie zu gewinnen, und damit auf alle von London und Washington und von der Propaganda de Gaulles genährten Hoffnungen, eine Lösung der französischen Schicksalsfragen von der Chimäre eines Sieges der früheren Verbündeten anstatt von eigener Leistung zu erhoffen, Verzicht zu leisten, sind natürlich nicht dazu angetan, um den angloamerikanischen Mächten zu gefallen. Lavais Persönlichkeit und seine Politik sind deshalb Gegenstand unausgesetzter Angriffe der gegnerischen Propaganda und politischen Aktion. England und die Vereinigten Staaten haben hierbei während des Monats Mai mit verteilten Rollen denselben Zielen zugestrebt. Ihre Propaganda in Reden, Presse und Rundfunk ging dabei parallel, ihre politisch-militärische Aktion konzentrierte sich jedoch auf verschiedene Teile des französischen Kolonialreichs, die Englands auf die Insel Madagaskar, die der USA auf die Insel Martinique.

Am 5. Mai teilte London mit, daß britische und Empirestreitkräfte im Morgengrauen dieses Tages auf der Insel Madagaskar gelandet seien, „nachdem die vereinigten Nationen beschlossen haben, dem japanischen Angriff auf die fran-

115 Graphik

- 116 und die Fahne hoch und entschlossen. Verteidigt euch bis an die Grenze der Möglichkeit und laßt die Briten ihren Straßenräuberstreich so teuer wie möglich bezahlen. Ganz Frankreich und das ganze französische Empire sind im Herzen bei euch. Vergeßt nicht, daß uns die Engländer in Flandern verraten haben, daß sie uns in verräterischer Weise in Mars el Kebir, Dakar und Syrien angegriffen haben, daß sie die Zivilbevölkerung der Hauptstadt hingemordet haben und versuchten, die Frauen und Kinder

Dschibutis verhungern zu lassen. Verteidigt euch, verteidigt die französische Ehre. Es kommt der Tag, wo England die Schuld bezahlen wird. Es lebe Frankreich."

Auf einer Pressekonferenz gab Laval auf die Frage, ob Japan je irgendwelche Forderungen bezüglich Madagaskars gestellt habe, folgende Antwort:

„Ich bin Ihnen für diese Frage dankbar, weil sie mir Gelegenheit gibt, auf die Pressekampagne zu antworten, die in der letzten Zeit über Madagaskar geführt wurde. Ich wiederhole, daß von Japan bezüglich Madagaskars kein militärischer oder diplomatischer Versuch unternommen worden ist. Die jüngsten Ereignisse haben für Frankreich mehr denn je die Notwendigkeit des von Vichy eingeschlagenen Kurses bewiesen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Franzosen die Wahrheit über die gegenwärtigen Ereignisse und die Haltung, die Frankreich einnehmen muß, erfahren. Mehr denn je ist die Politik der Annäherung an Deutschland eine Notwendigkeit. Mehr denn je ist der Anteil, den Frankreich an Europas Wiederaufbau nehmen kann, berechtigt. Frankreich wird sich mit allen Mitteln in Madagaskar verteidigen."

Washington beeilte sich, London beim Angriff auf Madagaskar zu sekundieren. Das Staatsdepartement teilte am gleichen Tage, an dem der englische Angriff begann, folgendes mit: „Der französische Botschafter wurde Montag abend wie folgt unterrichtet: „Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten wurde mitgeteilt, daß Madagaskar von britischen Truppen besetzt worden sei. Diese Besetzung genießt volle Zustimmung und Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten. Es besteht eine große Gefahr, daß Madagaskar von Achsenmächten — besonders von Japan — besetzt und ausgenützt werden könnte. Diese Besetzung durch Achsenstaaten stellt für die Vereinigten Nationen im Kampf für die Erhaltung der Zivilisation, in den Frankreich und die Vereinigten Nationen schon seit so langer Zeit hineingezogen wurden, eine deutliche und ernste Gefahr dar. Die Regierung der Vereinigten Staaten befindet sich mit den Achsenmächten im Kriegszustand, und wenn es sich als nötig erweist oder für die Truppen oder Schiffe der USA wünschenswert erscheint, für die gemeinsame Sache Madagaskar zu verwenden, werden die USA keinen Augenblick zögern, dies zu tun. Großbritannien und die

117 Vereinigten Staaten sind sich über die Tatsache einig, daß wohlverstandenen Madagaskar Frankreich entweder nach dem Kriege oder wenn eine Besetzung für die gemeinsame Sache der Vereinigten Nationen nicht mehr notwendig erscheint, Frankreich wiedergegeben wird. Madagaskar soll Frankreich erhalten bleiben, und es soll vor jedem Angriff der Achsenstaaten geschützt werden. Jede kriegerische Handlung, die von der französischen Regierung gebilligt, gegen die Regierung Großbritanniens oder der USA gerichtet werden sollte, muß von der USA-Regierung als Angriff gegen die Gesamtheit der Vereinigten Nationen angesehen werden." Der interimistische USA-Geschäftsträger in Vichy wurde gebeten, der französischen Regierung diese Botschaft zu übermitteln.

Der Schlußsatz der amerikanischen Note ist ein wahres Kabinettsstück von Unverfrorenheit: Wenn die französische Regierung ihren Truppen auf Madagaskar den Befehl gibt, gegen einen englischen Angriff Widerstand zu leisten, so sieht die USA-Regierung darin einen „Angriff gegen die Gesamtheit der Vereinigten Nationen", d. h. auch auf die USA!

Laval übermittelte dem USA-Geschäftsträger in Vichy eine Antwortnote, in der es u. a. hieß: Die französische Regierung erhebt energischsten Protest gegen die Aggression, der Madagaskar durch britische Streitkräfte ausgesetzt wurde. Sie nimmt die gegebene Versicherung zur Kenntnis, daß Madagaskar eines Tages Frankreich zurückgegeben wird. Die französische Regierung weist die Forderung der USA-Regierung, daß es Frankreich verboten wird, sich zu verteidigen, wenn sein Gebiet angegriffen wird, als unzulässig zurück. Die französische Regierung ist einzig und allein Richter darüber, welche Verpflichtungen ihre Ehre ihr auferlegt. Diese Auffassung haben sich die Verteidiger Madagaskars übrigens bereits zu eigen gemacht. Weiter heißt es in der Note: „England hat seit dem Waffenstillstand derartig oft seine Feindseligkeit gegenüber Frankreich bewiesen, daß die jetzt gegen Madagaskar unternommene Aggression die französische Regierung nicht überrascht hat." Abschließend erklärt die Note, daß die französische Regierung Roosevelt „den Teil der Verantwortung überlassen muß, der ihm aus den Folgen, die sich aus dieser Aggression ergeben, zufällt".

Am 10. und 16. Mai kam es in der Gegend von Dakar zu einem englisch-französischen Zwischenfall. An beiden Tagen wurde je ein englisches Flugzeug, das französisches Gebiet überflog, heruntergeholt. Am 19. Mai ereignete sich in den algerischen Hoheitsgewässern ein ähnlicher Zwischenfall, über den in Vichy folgendes bekanntgegeben wurde: „Ein britisches Wasserflugzeug überflog unsere Hoheitsgewässer. Die französische Luftwaffe tat ihre Pflicht, indem sie sich bemühte, es entsprechend dem

118 internationalen Gesetz anzuhalten. Als es Widerstand leistete, wurde es gezwungen, aufs Wasser niederzugehen. Ein britisches Torpedoboot zögerte nicht, auf unsere Flugzeuge das Feuer zu eröffnen.

Ein Gefecht folgte, in dessen Verlauf ein zweites deutsches Flugzeug abstürzte. Wieder einmal können die Franzosen sich von den Methoden unseres ehemaligen Verbündeten überzeugen."

Gleichzeitig mit dem englischen Angriff auf Madagaskar erklärte der USA-Staatssekretär Cordell Hull, daß die Lage auf der Insel Martinique „mit äußerstem Interesse beobachtet werde". Eine amerikanische Nachrichtenagentur meldete am gleichen Tage aus Washington, man betrachte in diplomatischen Kreisen den französischen Widerstand auf Madagaskar als einen Akt, der als feindselig ausgelegt werden könne. Hieraus könne sich für die Vereinigten Staaten die Möglichkeit ergeben, gegen die von Vichy kontrollierten Stützpunkte im karibischen Gebiet vorzugehen. Am 9. Mai erschien bei dem französischen Admiral R o b e r t auf Martinique der amerikanische Admiral H o o v e r und überreichte ihm eine Note Washingtons, die eine ganze Reihe von Forderungen und Drohungen hinsichtlich Martiniques enthielt. Die wesentlichsten waren, daß die französischen Kriegsschiffe auf Martinique sofort „immobilisiert" werden, und daß die etwa 140 000 Tonnen betragenden französischen Handelsschiffe auf Martinique den angelsächsischen Mächten zur Verfügung gestellt werden sollten, schließlich, daß eine Kontrolle der telegraphischen und Postverbindungen des Handelsverkehrs und des Aus- und Einreiseverkehrs durch die Amerikaner erfolgen solle.

Am 13. Mai antwortete L a v a l hierauf mit einer längeren Note, in der er zwar der Immobilisierung der Kriegsschiffe zustimmte, aber die Auslieferung der Handelsschiffe ablehnte, weil sie mit dem deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrag nicht im Einklang gewesen wäre. Washington legte es bei seinem Vorgehen gegen Martinique offensichtlich darauf an, nicht nur des zur Hälfte aus Tankern bestehenden Schiffsraums auf den französischen Antillen habhaft zu werden und durch Entwaffnung der französischen Kriegsschiffe und Einsetzung weitgehender Kontrollinstanzen auf den Inseln für alle Fälle die Hand auf diese zu legen, sondern auch die Regierung Laval bei der ganzen Angelegenheit auszuschalten und vor dem eigenen Volk zu diskreditieren. Die Angelegenheit wurde deshalb nicht auf dem normalen diplomatischen Weg, wie er zwischen Staaten, die diplomatische Beziehungen unterhalten, üblich ist, d. h. also über den amerikanischen Geschäftsträger in Vichy oder den französischen Botschafter in Washington, aufgenommen, sondern Roosevelt schickte einen Unterhändler zu dem Kommandierenden Admiral auf den Antillen. Noch am 14. Mai wurde im Staatsdepartement in Washington erklärt, man sei nicht gewillt, über die Antillen mit Vichy zu verhandeln. Jede Intervention von Seiten der französischen Regierung müsse abgelehnt werden, denn man sei nur bereit, mit Admiral Robert zu verhandeln, dies, obwohl der französische Botschafter in Washington das Befremden seiner Regierung über die amerikanische Methode zum Ausdruck gebracht und betont hatte, Admiral Robert verhandle ausschließlich unter der Autorität von Vichy. Die USA-Regierung wollte also offensichtlich mit Robert ein ähnliches Spiel spielen, wie sie es früher mit dem dänischen Gesandten Kaufmann hinsichtlich Islands fertigbrachte. Kaufmann ließ sich dazu verleiten, einen „Vertrag" über die Besetzung Islands durch USA-Truppen zu unterzeichnen, der völkerrechtlich natürlich ohne jede Bedeutung ist. Admiral Robert ließ sich jedoch nicht zum Landesverrat verleiten und verhandelte im Rahmen der ihm von Laval erteilten Weisung.

119

Die Antwortnote Lavais vom 9. Mai schloß ebenso wie eine frühere Erklärung Vichys damit, den Vereinigten Staaten die Verantwortung für einen eventuellen Bruch eindeutig zu überlassen. Die Taktik Lavais und die Haltung Roberts haben Roosevelt offenbar in eine peinliche Lage gebracht. Er mußte entweder den Teil seiner Forderungen, den Vichy nicht annehmen wollte, fallen lassen, oder aber Gewalt gebrauchen, was zum Kriegszustand mit Frankreich geführt hätte. Zum letzteren konnte er sich offenbar nicht entschließen. In Vichy erklärte man noch in den letzten Tagen des Monats Mai, daß man keinesfalls von dem in der Note Lavais vom 13. Mai formulierten Standpunkt abgehen werde.

In den Beziehungen Frankreichs zu Kanada ergab sich eine bezeichnende Entwicklung. Nachdem Ende April verschiedentlich die Meldung verbreitet worden war, Kanada werde, ähnlich wie dies kurz zuvor die Südafrikanische Union getan hätte, die diplomatischen Beziehungen zu Vichy abbrechen, erklärte der kanadische Ministerpräsident am 19. Mai, die kanadische Regierung habe beschlossen, in ihren augenblicklichen Beziehungen zur Vichy-Regierung keine sofortige Änderung vorzunehmen, jedoch wurden die französischen Konsulate in Kanada geschlossen. Offenbar hat der Widerstand der französischen Kanadier den wahrscheinlich von London und Washington geforderten Abbruch wenigstens vorläufig verhindert.

Der Bundesgenosse der Achsenmächte, der im großasiatischen Raum dieselbe Aufgabe der Neugestaltung und Neuordnung übernommen hat wie die Achsenmächte in Europa, Japan, hat im Monat Mai den großartigen Siegeslauf, den es mit seinem Kriegseintritt im Dezember 1941 begonnen hat, weiter fortgesetzt. Auf den Philippinen, in Burma, in China und auf hoher See haben die Streitkräfte des

120 Tenno die bisherigen Erfolge ergänzt und vergrößert. Auf den Philippinen fiel die letzte Zitadelle der Amerikaner, die als uneinnehmbar bezeichnete Inselfestung Corregidor am 6. Mai. Zwölftausend Mann Gefangene und eine riesige Kriegsbeute kamen in japanische Hand. Auf der zweitgrößten Insel der Philippinen, Mindanao, mußte sich die letzte amerikanisch-philippinische Streitmacht auf den Philippinen in Stärke von zwanzigtausend Mann am 10. Mai ergeben, und der Amtssitz der geflüchteten ehemaligen philippinischen Regierung und ihrer Armeeleitung wurde von den Japanern besetzt. Die Philippinen sind nun völlig in japanischer Hand. Dasselbe gilt für Burma, wo die japanischen Truppen in rastloser Verfolgung die geschlagene englische und chinesische Armee vernichtet und gefangengenommen haben. Nur geringe Reste konnten sich über die indische Grenze retten. Die Burmastraße, die letzte Zufuhrmöglichkeit Tschiangkaischeks für Kriegsmaterial, wurde damit endgültig gesperrt. Gleichzeitig wurde den japanischen Truppen die Burmastraße zum Einmarsch in die Kernprovinzen Tschungking-Chinas geöffnet.

Oberstleutnant T a k e d a von der Presseabteilung des japanischen Kriegsministeriums schilderte am 20. Mai die Lage wie folgt: „Die japanischen Streitkräfte in Burma haben nicht nur die Burmastraße abgeschnitten, sondern sind auch in der Lage, nach Juennan und Tschungking vorzurücken. Nach dem erfolgreichen Abschluß der japanischen Operationen in Burma haben sich die Sorgen Tschungkings sehr vergrößert. Tschungking hat die Elite seiner mechanisierten Streitkräfte in Burma verloren, die äußerst wichtige Südgrenze wurde durchstoßen, und die Provinzen Juennan und Tschetschuan wurden in eine sehr gefährliche Lage versetzt. Der größte Schlag für Tschungking ist der Verlust der Burmastraße und die vollständige Abschnürung von den englischen und nordamerikanischen Lieferungen.' Bei Ausbruch des Krieges erhielt Tschungking ungefähr 15 000 Tonnen Waren monatlich von England und den USA über die Burmastraße, das heißt, gerade genug, um seinen Widerstand gegen Japan fortsetzen zu können. Die Leiter der Tschungking-Regierung sind durch den Verlust der Burmastraße demoralisiert, noch größere Besorgnisse haben jedoch die Engländer und Nordamerikaner, denn, wenn Tschiangkaischek kapituliert, so wird Japan freie Hand haben, seine Pläne in Indien oder Australien durchzuführen. Nachdem Burma sich in den Händen der japanischen Truppen und der Indische Ozean unter der Kontrolle der japanischen Flotte befindet, ist die einzige Art und Weise, wie England und die USA Hilfe nach Tschungking gelangen lassen können, die Beförderung durch Flugzeuge. Tschungking, das von allen Seiten isoliert ist, kann nur noch den Zusammenbruch erwarten, ein Schicksal, das es mit England teilen wird."

121 Die japanischen Truppen haben so ziemlich auf allen Fronten in China von der Provinz Tschekiang im Norden bis nach Yünan im Südwesten den Vormarsch angetreten, um den Widerstand der Tschungking-Armeen zu brechen. Da diese nicht mehr in der Lage sind, ihre Verluste an Kriegsmaterial aufzufüllen und schwere Waffen und Flugzeuge sowie Benzin aus dem Ausland erhalten müssen, steht die Möglichkeit einer siegreichen Beendigung des Chinafeldzugs, der bereits fünf Jahre dauert, in Aussicht. Die großen Erfolge zu Lande haben die Truppen des Tenno jedoch nicht verhindert, auch zur See weitere bedeutsame Leistungen zu vollbringen. Am 15. Mai gab das kaiserliche Hauptquartier bekannt, daß japanische U-Boote seit Beginn des Krieges 65 feindliche Handelsschiffe mit einer Gesamttonnage von 444 000 Tonnen versenkt. Am 7. und 8. Mai fand im Korallenmeer östlich von Australien eine Seeschlacht zwischen japanischen und englisch-amerikanischen Streitkräften statt, bei der die Amerikaner zwei ihrer modernsten Flugzeugträger, ein Schlachtschiff und verschiedene andere Schiffe verloren. Am 26. Mai gab das kaiserliche Hauptquartier eine zusammenfassende Darstellung über die von der japanischen Marine versenkten feindlichen Schiffe heraus. Insgesamt hatte die japanische Marine und Marineluftwaffe acht feindliche Schlachtschiffe zerstört und sechs weitere schwer beschädigt, ferner sechs Flugzeugträger, zahlreiche Schwere und Leichte Kreuzer. Insgesamt wurden 169 feindliche Schiffe mit einer Tonnage von 934 000 Tonnen versenkt.

Mit aufrichtiger Bewunderung muß man feststellen, daß die japanischen Streitkräfte zu Land, in der Luft und zur See in knappen sechs Monaten, die seit dem Kriegseintritt Japans verstrichen sind, Leistungen vollbracht haben, die in der ganzen Kriegsgeschichte geradezu einzigartig sind. Sie erweisen die katastrophale Fehlrechnung, die Roosevelt und Churchill begingen, als sie Japan in völliger Verkennung der wirklichen Kräfteverhältnisse zum Kriege herausforderten.

Als der japanische Reichstag am 27. Mai zu einer Sondersitzung zusammentrat, die durch eine feierliche Proklamation des Tenno eröffnet wurde, konnte Ministerpräsident Tojo einen stolzen Rechenschaftsbericht und ein für Japan und seine Verbündeten höchst erfreuliches Bild der Lage zeichnen. Ministerpräsident Tojo führte aus: „In der kurzen Zeit von weniger als einem halben Jahr seit dem Ausbruch des Krieges in Großostasien haben die kaiserlichen Streitkräfte die Kräfte des Feindes zer-

122 schlagen, wo immer sie auch auftraten. Wichtige Gebiete im großostasiatischen Raum wurden von unseren Streitkräften besetzt und die Seestreitkräfte der USA und Englands wurden im Pazifik und im Indischen Ozean praktisch ausgetilgt. Gleichzeitig mit den fortgesetzten Siegen, die in der Welt einzigartig dastehen, sind neue Aufbauunternehmungen großen Stils in allen diesen Gebieten im Gange, und das Ziel des Krieges in Großostasien wird weiterhin unablässig verfolgt. Neben den militärischen Operationen in den südöstlichen Gebieten wird durch die Tätigkeit der kaiserlichen Streitkräfte in China die Macht der Tschungking-Streitkräfte weiterhin stetig geschwächt. Die Sicherheit unserer Verteidigung steht fest wie ein Fels. Außerordentlich zu begrüßen ist es, daß die Völker Großasiens, die bisher unter den Fesseln der USA und Englands schmachteten, nun ihren ursprünglichen und ihnen zukommenden Status wieder erlangt haben und zusammen mit uns an die Aufgabe der Schaffung einer neuen Weltordnung herangehen. Gleichzeitig mit den hervorragenden Taten unserer Expeditionstreitkräfte wurden die verschiedenen Einrichtungen unserer Heimatverteidigung ständig ergänzt und verstärkt. Die gegenwärtig günstige Lage sowohl in der Heimat als auch außerhalb bedeutet indessen nur ein Vorspiel zum schließlichen Endsieg in diesem Kriege. Ich bin fest davon überzeugt, daß seit dem Ausbruch des Krieges und dem damit verbundenen kaiserlichen Reskript unsere gesamte Nation von der unbeugsamen Entschlossenheit erfüllt war und weiter sein wird, niemals das Schwert der gerechten Sache einzustecken, bis nicht der Einfluß der angelsächsischen Mächte mit allen ihren Träumen von der Weltherrschaft vollständig ausgetilgt sein wird. Der Kardinalpunkt der weiteren Fortführung des Krieges wird daher einerseits sein, die glänzend koordinierten Operationen der Armee und der Marine weiterzuführen und den Feind aufzusuchen und ihn unfehlbar niederzuschlagen, so daß den bereits zu Beginn des Krieges errungenen Siegen noch immer weitere hinzugefügt werden und andererseits parallel zu den großangelegten und schlagkräftigen militärischen Operationen ein großes Aufbauwerk durchzuführen, um die Gesamtkraft unserer Nation in entscheidender Weise zu erhöhen und damit unserem Land die Grundlage für die Sicherung des Sieges zu schaffen. Von diesem Geist erfüllt, wagte es die Regierung kürzlich inmitten des Krieges, an den Thron heranzutreten und die Abhaltung allgemeiner Wahlen zu erbitten.

Die politischen Wünsche und Hoffnungen der gesamten Nation haben ihren Ausdruck in der Organisation „Yokusan Seijikai“ oder der Gesellschaft zur Unterstützung der Tenno-Politik gefunden. Es ist für uns außerordentlich erfreulich, daß wir die interne Struktur unseres Landes derartig vervollkommen konnten, daß sich unser gesamtes Hundertmillionen-Volk als eine geschlossene Einheit von Regierung und Volk in die Schlachtfront einreihet, um die USA und Großbritannien zu vernichten.

123 Die Wirtschaft Japans hatte früher die Tendenz, sich auf die USA und Großbritannien zu verlassen, was für diese Mächte ein Anlaß war, uns stetig zu behindern und zu bedrohen. Die Regierung hat nach Ausbruch des China-Konfliktes in rechtzeitiger Erkenntnis der Lage die höchsten Anstrengungen gemacht, die Lücken in der Wirtschaft unseres Landes auszufüllen und hinsichtlich der wichtigen Bestände an Rohstoffen für die Verteidigung zu ergänzen. Als Ergebnis dieser Bemühungen wuchs unsere wirtschaftliche Stärke derart, daß unmittelbar vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges unser Land nicht allein in der Lage war, dem angloamerikanischen Druck Widerstand zu leisten, sondern letzten Endes auch in den großostasiatischen Krieg einzutreten. Dank den glänzenden Siegen der kaiserlichen Truppen seit Beginn des großostasiatischen Krieges sind alle wichtigen Quellen in den südlichen Gebieten, die für die nationale Verteidigung von Interesse sind, wie Erdölvorkommen, Gummi, Zinn usw., in unsere Hände übergegangen, so daß die Lage unserer Nationalwirtschaft aus ihrer Abhängigkeit gelöst und weiter autark gestaltet werden konnte. Mit anderen Worten: Durch die gemeinsamen Hilfsquellen Japans, Mandschukuos, Chinas und der Südseeländer ist die Grundlage der wirtschaftlichen Produktion unseres Empire so vollkommen konsolidiert und unsere Kriegswirtschaft so weit gestärkt worden, daß wir jederzeit die Vorräte ergänzen können, deren Verbrauch durch die Weiterführung des Krieges bedingt ist. Ebenso haben wir unsere Pläne zur Vergrößerung unserer Kampfkraft auf einem unerschütterlichen Fundament aufgebaut. Durch den Gang der Ereignisse wurden gleichzeitig die Rohstoffquellen für die nationale Verteidigung der Feindländer abgeschnitten, was für diese einen außerordentlich schweren Schlag darstellt. In Anbetracht der Bedeutung der Sicherung des Lebensstandards unseres Volkes für die Weiterführung des totalen Krieges, besonders hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln, wird die Regierung nichts unversucht lassen, um die Hilfsquellen ganz Großasiens zum Einsatz zu bringen, wobei sie gleichzeitig den wirtschaftlichen Bedürfnissen der verschiedenen diese Gegenden bewohnenden Völker Rechnung tragen wird. Es besteht kein Grund zu irgendwelchen Befürchtungen wegen der künftigen Versorgung des Volkes, gleichgültig, wie lange der Krieg auch dauern mag."

Ministerpräsident Tojo wandte sich dann den Beziehungen Japans zum Ausland zu und bezeichnete es als außerordentlich ermutigend, daß Japan, Mandschukuo, China und Thailand die gleichen Ziele im gegenwärtigen Krieg verfolgen, und daß die gegenseitigen Beziehungen immer herzlicher werden. Tojo gab dann der tiefen Ehrfurcht der japanischen Regierung vor Japans Alliierten, Deutschland und Italien, und den anderen befreundeten Mächten Ausdruck, da diese Länder, wie er sagte, unermüdlich

125

und unter Überwindung großer Schwierigkeiten Sieg um Sieg erringen, um dem gemeinsamen Kriegsziel näher zu kommen. „Japan“, so fuhr der Ministerpräsident fort, „ist fest entschlossen, seine bisher siegreichen Feldzüge fortzuführen und wird sein Äußerstes hergeben, um als Teilhaber des großartigen Kampfes Deutschlands und Italiens gegen die USA und Großbritannien seinen Beitrag zu den umfassenden Siegen dieser Länder zu leisten. Japan hat ein besonderes Interesse, in strategischer Hinsicht mit seinen Alliierten aufs engste zusammenzuarbeiten und dadurch eine neue Weltordnung aufzurichten. Die Welt weiß bereits, daß die geeinte Entschlossenheit der Achsenmächte, die auf der Grundlage der Gerechtigkeit Hand in Hand arbeiten, nicht im geringsten durch böswillige Behauptungen der anglo-amerikanischen Mächte erschüttert werden kann. Außerdem ist die durchtriebene Politik der USA und Großbritanniens, die sich eigenen Machtzuwachs und ein bequemes Leben auf Kosten anderer Völker zu sichern wünschen, jetzt vor der ganzen Welt bloßgestellt worden. Es ist außerordentlich ermutigend für uns“, führte Tojo weiter aus, „daß in Burma, das durch den mutigen Vormarsch der kaiserlichen Truppen vom Feinde gesäubert wurde, das gesamte burmesische Volk jetzt in friedlicher Arbeit, geführt von unserer Armee, seine glorreiche Unabhängigkeit immer schneller verwirklicht. Da sich alle vorgeschobenen Stützpunkte des britischen Empires für die Verteidigung Indiens jetzt im Besitz der kaiserlichen Truppen befinden, steht dem indischen Volk die goldene Gelegenheit offen, sich zu erheben und die Unabhängigkeit zu erringen, die es seit langem ersehnt hat. Die Tatsache, daß die britisch-indischen Verhandlungen, bei denen Cripps die Hauptrolle spielte, ohne das geringste Ergebnis abgebrochen wurden, ist ein Beweis dafür, daß Indien bereits geistig unabhängig von Großbritannien ist. Somit können wir ruhig behaupten, daß die geistige Grundlage einer britischen Herrschaft in Indien bereits verschwunden ist, und daß der erste historische Schritt für eine Unabhängigkeit Indiens soeben vollzogen wurde. Zur Zeit bestehen in Indien noch das äußere Gefüge der britischen Herrschaft, die verschiedenen militärischen Einrichtungen und die Truppen, die ständig verstärkt werden. Solange jedoch anglo-amerikanische Truppen in Indien verbleiben, ist Japan unbeugsam entschlossen, sie restlos zu vernichten. Es ist bedauerlicherweise unvermeidlich, daß bei der Durchführung eines derartigen Feldzuges auch die unschuldige indische Bevölkerung mit den Schrecken des Krieges bekanntgemacht wird. Ich hoffe jedoch, daß das indische Volk sich unerschrocken erheben wird, um die anglo-amerikanischen Truppen und ihren Einfluß restlos aus Indien zu vertreiben und dadurch die Unabhängigkeit seines Vaterlandes zu verwirklichen. Durch die Niederringung der feindlichen Truppen in

126

Burma ist nun endlich auch das Tschungking-Regime isoliert worden. Es geht seinem unvermeidlichen Fall entgegen. Japan hat die Absicht, der Widerstandskraft des Tschungking-Regimes den letzten niederschmetternden Schlag zu versetzen. Nachdem nunmehr der südwestliche Pazifik vollständig unter unsere Kontrolle gebracht worden ist, ist Australien das sogenannte ‚Waisenkind‘ im Pazifik geworden. Infolge der kürzlichen Schlacht im Korallenmeer sind die zur Verteidigung Australiens bereitgestellten Marineeinheiten beseitigt, so daß Australien jetzt hilflos dem Angriff der japanischen Armee entgegenseht. Ich möchte daher den Führern Australiens noch einmal meinen aufrichtigen Wunsch übermitteln, daß sie sich über die internationale Lage klar werden und die geographische Umgebung Australiens in Betracht ziehen, um dann mutig über den für Australien bedeutsamsten Schritt zu entscheiden.“

Tojo stellte sodann fest, daß Hongkong, Schonan, die Philippinen und andere Gebiete im Begriff stehen, Stützpunkte der Sphäre des Wiederaufbaues zu werden. „Friede und Ordnung ist wieder in diese Länder eingezogen, und sie kehren mit Riesenschritten in ihre alte Ordnung zurück. Unsere Herrschaft über den Pazifik und Indischen Ozean erweitert sich von Tag zu Tag. Im Gegensatz hierzu“, fuhr der Ministerpräsident fort, „hat Großbritannien seine wichtigen überseeischen Besitzungen verloren und damit auch die entsprechenden Rohstoffquellen, während das interne System und Gefüge Großbritanniens noch nicht vollständig ausgebaut ist, so daß sich das Land zur Zeit einer äußerst heiklen Lage gegenüber sieht. Da die USA Niederlage auf Niederlage einzustecken hatten und bemüht sind, ihre fatale Lage vor der Öffentlichkeit zu verbergen, nehmen sie ihre Zuflucht zu falscher Propaganda, um die Kritik im eigenen Lande mundtot zu machen und um das Absinken der Achtung der neutralen Länder zu vermeiden. Mir kann die Bevölkerung der USA und Großbritanniens nur leid tun, da sie

unter derartigen Führern zu kämpfen haben, die, obwohl sie eine Vertrauensstellung als Oberkommandierende hatten, fliehen und dabei Offiziere und Mannschaften zurückließen, die ferner ihre Niederlage dadurch zu verwischen suchten, daß sie sich einer Guerilla-Kriegführung zur See rühmten, die ebenso sinnlos wie unbedeutend ist. Mit dem festen Glauben an den Endsieg führt Japan seine Operationen weiter. Die Gesetzesvorschläge, die bei dieser Sitzung vorgelegt werden", so schloß Tojo, „sind in Anbetracht der Lage unumgänglich notwendig. Ich erwähne nur als Beispiel den Gesetzesentwurf, der die Durchführung der Schiffsbauten sicherstellen soll. Ich bitte Sie, diese Vorschläge zu überprüfen und sie umgehend anzunehmen. Abschließend möchte ich noch einmal unseren Alliierten und den befreundeten Mächten die tiefe Dankbarkeit der japanischen Regierung für ihre Mitarbeit zum Aus-

127

druck bringen und gleichzeitig allen unseren Staatsangehörigen für ihren selbstaufopfernden patriotischen Geist und ihre unermüdlichen Anstrengungen im Dienst für den Staat danken." Anschließend an die Rede des Ministerpräsidenten Tojo sprachen Außenminister Togo und Marineminister Admiral Shimada sowie Finanzminister Kaya über die ihre Ressorts betreffenden Fragen. Auch ihre Reden vermittelten das Bild einer weitsichtigen und planvollen realistischen Politik und das der Stärke, der Zielsicherheit und der Siegesgewißheit. Das große Ziel der Bildung eines großasiatischen Wirtschafts- und Lebensraumes unter japanischer Führung trat in seinen wesentlichsten Zügen klar hervor. Daß hierfür die Beendigung des Krieges in China, die Ausschaltung Englands und der Vereinigten Staaten aus diesem ganzen großen Lebensraum, einschließlich aus Indien, eine notwendige Voraussetzung sei, und daß Japan deswegen den Krieg an der Seite der Achsenmächte bis zur völligen Niederringung Englands und der Vereinigten Staaten führen müsse und werde, wurde in diesen Ministerreden unter verschiedenen Gesichtspunkten herausgestellt.

Der Aufbau des großasiatischen Raumes wird von Japan systematisch durchgeführt. Ende Mai wurde ein Verband zur Erschließung Asiens unter Führung hervorragender Persönlichkeiten gegründet. Der Verband beschloß, neun Ämter einzurichten, darunter ein Amt für allgemeine Politik und ein Amt für weltanschauliche Probleme. Am 12. Mai wurde gemeldet, daß gegen Ende September die religiösen Führer Mandshukuos, Chinas, der Mongolei, Französisch-Indochinas, Thailands, Burmas, Indiens, Ceylons, der Philippinen, Malayas, Ostindiens und Japans in Tokio zusammentreffen sollen, um eine Konferenz zur Errichtung einer Liga der religiösen Zusammenarbeit in Ostasien abzuhalten. Von Tokio aus will man also offenbar nicht nur die militärischen und wirtschaftlichen, sondern auch die weltanschaulichen und kulturpolitischen Grundlagen für den Zusammenschluß der Völker Ostasiens schaffen.

Der stolzen Bilanz von sechs Monaten Krieg, die die japanischen Staatsmänner ihrem Reichstag vorlegten, konnte Churchill, als er am 10. Mai sich anlässlich des zweiten . Jahrestages seiner Ernennung zum englischen Ministerpräsident mit einer Rundfunkrede an England und die Welt wandte, nichts Ähnliches gegenüberstellen. Auf Siege und Erfolge konnte er nicht hinweisen. Er malte vielmehr die Gefahren, Nöte und Niederlagen, die England in diesem Kriege bisher erlitten hat, aus, um zu zeigen, durch welche dunklen Täler England bereits hindurchgegangen sei, und um anschließend seinen Hörern hoffnungsvolle Zukunftsbilder und Ausblicke auf den Endsieg vorzugaukeln. Daß dabei die angeblich unerschöpflichen Hilfsmittel der Vereinigten Staaten, die Kampfkraft der Bolschewiken und

128

die Luftinvasion gegen Deutschland die größte Rolle spielten, braucht nicht zu verwundern. Churchills Rede war typisch für die Art der Propaganda, die im steigenden Maße von unseren Kriegsgegnern zur Anwendung gebracht wird: Je weniger Erfolge sie auf dem Schlachtfeld haben, je schwerer ihre Niederlagen und je geringer ihre Siegesaussichten sind, um so mehr reden sie vom künftigen Sieg und von dem, was angeblich nach dem Sieg sein soll. Während die Reden der Staatsmänner und die Propaganda der Dreierpaktmächte sich mit der tatsächlichen Kriegslage, den erreichten Erfolgen und den sich daraus ergebenden weiteren Maßnahmen beschäftigen, wird auf der Feindseite von Zukunftsmöglichkeiten und -absichten, von angeblichen Friedensplänen und von der Anwendung des Sieges gesprochen, den man angeblich schon am Horizont sieht.

Freilich lassen sich auch realistischere Betrachtungen bei unseren Kriegsgegnern nicht unterdrücken. Im englischen Unterhaus ging es Mitte Mai bei einer Debatte über die Kriegslage sehr stürmisch zu, und heftige Kritik an der britischen Kriegführung wurde laut. Cripps hatte am Schluß der Unterhausdebatte größte Mühe, die Regierung zu verteidigen und der Lage Englands einige günstige Momente abzugewinnen. Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Kriegslage äußert sich besonders in dem Ruf nach der von Moskau immer aufs neue geforderten „zweiten Front“. Über sie werden immer wieder heftige Diskussionen geführt. Von offizieller Seite kommt man jedoch hierbei über viele Wenn und Aber nicht hinaus. Offenbar möchte man die englischen Hilferufe mit Luftangriffen auf offene

Städte beantworten, die freilich weniger gefährlich und opferreich sind, als es ein Landungsversuch großen Stiles irgendwo an der Atlantikküste sein würde.

Über die innerpolitische Lage Englands fehlt es nicht an Nachrichten, die bezeugen, daß die Unzufriedenheit über die Mißerfolge von Churchills Politik und Kriegführung weite Kreise ergriffen hat. Als die Arbeiterpartei Ende Mai über die Fortsetzung des parteipolitischen Burgfriedens abstimmte, gab es für die Fortsetzung des Burgfriedens nur eine ganz verschwindende Mehrheit.

Über die finanziellen, wirtschaftlichen und Ernährungsschwierigkeiten, die der Krieg und besonders der Unterseebootkrieg, England verursacht, geben die Nachrichten über weitere Einschränkungen in der Lebensmittelrationierung, über die Rationierung der Brennstoffe usw. deutliche Kunde.

Die Sorgen, die der sichtbare Zerfall des englischen Reiches in London notwendigerweise verursacht, kommen ebenfalls immer wieder zum Ausdruck. Die Entwicklung in Indien ist dabei von besonderer Wichtigkeit. Offensichtlich orientieren sich die indischen Führer in Indien immer stärker nach dersel-

129 ben Richtung, in der die außerhalb Indiens für die indische Befreiung wirkenden nationalen indischen Führer tätig sind, nämlich nach der völligen und endgültigen Befreiung Indiens von der englischen Herrschaft. Es bestätigt sich, daß die Inder einer japanischen Invasion keineswegs mit den Waffen entgegentreten wollen, und daß Gandhi die sofortige Räumung Indiens durch die britischen Truppen gefordert hat. Englands Absicht, die indische Volkskraft in großem Umfang militärisch gegen Japan einzusetzen, wird ein Wunschtraum bleiben.

Auch in Südafrika besteht keineswegs ein einheitlicher Wille, sich für England zu schlagen. Eine starke Minderheit in der burischen Bevölkerung ist offensichtlich dagegen. Andererseits sind die französischen Kanadier, ein gutes Drittel der Bevölkerung Kanadas, ebenfalls gegen den Einsatz kanadischer Truppen außerhalb Kanadas.

Um so mehr ist die Sowjetunion nach wie vor in England Trumpf. Man kann sich nicht genug daran tun, ihr zu huldigen und sie zu loben, ihr Hilfe zu versprechen und von der zweiten Front zu reden, die man zu ihrer Entlastung in Westeuropa angeblich zu bilden hofft. Sogar englische Bischöfe wetteifern darin, die Bolschewiken und ihr System als gut und schön und eine enge Verbindung mit ihm als moralisch einwandfrei und zweckmäßig darzustellen. Damit bleibt England freilich durchaus in seiner geschichtlichen Linie, denn es war immer der Feind Europas, ist durch dessen Uneinigkeit und Unglück groß geworden und hat auch heute nicht das geringste Bedenken, Europa an den Kommunismus zu verraten, weil es dadurch hofft, den eigenen Untergang zu vermeiden.

So wenig wie England konnten die Vereinigten Staaten im Monat Mai militärische Erfolge verzeichnen. Sie mußten nur weitere Niederlagen einstecken. Um so mehr wurde von weiteren Kriegsplänen, großen Rüstungen, angeblichen sicheren Siegesaussichten und unerschöpflichen Hilfsquellen geredet. Daneben wirkten freilich zahlreiche Meldungen über Rationierungsmaßnahmen, Verbrauchseinschränkungen und Rohstoffschwierigkeiten in den Vereinigten Staaten recht ernüchternd. Die gewaltigen Schiffsverluste der angelsächsischen Mächte, die allein seit dem Kriegseintritt Amerikas zwischen drei und vier Millionen Tonnen betragen, wirken sich zusammen mit den weitgreifenden Eroberungen Japans im ostasiatischen Raum auf die Wirtschaft der USA außerordentlich nachteilig aus. Die Notwendigkeit, infolge des Schiffsraummangels große Gütermengen, die früher zu Schiff befördert wurden, auf die Bahnen umzulegen, hat zu großen Transportschwierigkeiten innerhalb Amerikas selbst geführt. Daß auch die amerikanischen Werften nicht in der Lage sind, den von den Dreierpaktmächten versenkten Schiffsraum zu ersetzen, wird immer wieder, wenn auch höchst ungerne, eingestanden. Das

130 USA-Kriegsproduktionsamt hat sich auch bereits genötigt gesehen, alle Kontrakte für die Errichtung von Fabrikneubauten sowie für die Ausdehnung bestehender Fabriken, deren Durchführung bis 1943 nicht gewährleistet erscheint, aufzuheben, da dies durch die Entwicklung der Rohstoffversorgung notwendig geworden sei. In immer stärkerem Maße zeigt sich, daß auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Vereinigten Staaten beschränkt sind, und daß die Propagandaphrase von der unbeschränkten Leistungsfähigkeit der USA eben eine Phrase ist.

Trotzdem hat Roosevelt Ende Mai Tschungking und Moskau eine verstärkte Materialhilfe im Rahmen des Pacht- und Leihgesetzes zugestanden, dies offenbar als Antwort auf die immer dringlicher werdenden Hilferufe, die besonders Stalins jüdischer Botschafter in Washington, Litwinow, auch in der Öffentlichkeit immer wieder ausstößt. Für Tschungking ist freilich jede Waffenhilfe aus USA durch die japanischen Erfolge eine Unmöglichkeit geworden, und die Geleitzüge, die englisches und USA-Kriegsmaterial nach Murmansk oder Archangelsk bringen wollen, haben einen weiten, gefährlichen und, wie die fast völlige Vernichtung eines großen Geleitzuges dieser Art im nördlichen Atlantik und

im Eismeer durch deutsche See- und Luftstreitkräfte beweist, auch sehr gefährlichen Weg zurückzulegen.

„Erfolge“ hat Roosevelt eigentlich nur in Südamerika zu verzeichnen, wo die Unterjochung der ibero-amerikanischen Staaten mit Ausnahme Argentiniens und Chiles, die bisher dem Druck der USA zu widerstehen vermochten, immer weiter fortschreitet. Der Kriegsausgang wird freilich auch darüber entscheiden, inwieweit diese Erfolge Roosevelts von Dauer sein werden.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

Juni-Lieferung

(Nr. 67/68 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



- 104 Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht stattete am 4. Juni 1942, begleitet von Generalfeldmarschall Keitel dem Marschall von Finnland, Freiherrn Mannerheim, zu dessen 75. Geburtstag in Finnland an einem Ort hinter der Front einen Besuch ab, um dem finnischen Freiheitshelden die herzlichsten Glückwünsche des deutschen Volkes und der deutschen Wehrmacht zu überbringen. Bei dieser Gelegenheit traf der Führer auch mit dem finnischen Staatspräsidenten R y t i zusammen. Als Zeichen der deutsch-finnischen Schicksalsgemeinschaft und engen Waffenbrüderschaft überreichte der Führer dem Marschall Finnlands das Goldene Großkreuz vom Deutschen Adlerorden. Im weiteren Verlauf des Besuches fand zwischen dem Führer, dem finnischen Staatspräsidenten, Freiherrn Mannerheim und Generalfeldmarschall Keitel eine vom Geist der herzlichen Freundschaft zwischen den beiden Völkern getragene längere Aussprache statt. In seinem Glückwunsch brachte der Führer zum Ausdruck, wie sehr er sich glücklich schätze, dem Marschall seine Gratulation persönlich überbringen zu können. Er spreche seine Glückwünsche im Namen des ganzen deutschen Volkes und aller deutschen Soldaten aus, die mit wirklicher Bewunderung auf die finnischen Kameraden und ihren großen Feldherrn blickten. Der Führer erinnerte an die historische Waffenbrüderschaft beider Völker und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß dieser zweite Kampf die Bindungen für alle Zeiten stärken werde. Marschall Mannerheim brachte dem Führer seinen Dank für diese Glückwünsche zum Ausdruck. Die Bedeutung und der Wert der ihm zuteil gewordenen Ehre werde durch die Anwesenheit des Führers aufs höchste hervorgehoben. Marschall Mannerheim schloß seine Rede mit der Hoffnung, daß die waffenbrüderlich vereinten Kämpfer der beiden Nationen ihren Völkern den Frieden und ganz Europa die Rettung aus einer Gefahr bringen möchten, die mehr als zwei Jahrzehnte wie ein Alpdruck an den östlichen Grenzen drohte.
- Am 27. Juni stattete Freiherr Mannerheim dem Führer in seinem Hauptquartier einen Gegenbesuch ab.
- 105 Der finnische Marschall wurde begleitet von Generalleutnant Tuompo, dem Chef des Kommandostabes im finnischen Oberkommando. Auch dieser in außerordentlich herzlicher Form verlaufene Besuch war die Begegnung zweier Soldaten, die an der Spitze der Armeen ihrer im Schicksalskampf gegen den Bolschewismus vereinten Nationen stehen und die sich miteinander verbunden wissen in dem eisernen Willen, die Freiheit, die sie ihren Völkern erkämpft haben, für immer zu erhalten. Zum Abschluß seines Aufenthaltes war der Marschall von Finnland Gast im Hauptquartier des Reichsmarschalls Hermann G ö r i n g.
- Ein weiterer Besuch von Bedeutung war die Anwesenheit des königl. ungarischen Ministerpräsidenten und Außenministers v. K a l l a y im Führerhauptquartier am 7. Juni. Der ungarische Gesandte in Berlin, Sztojaj, und der deutsche Gesandte in Budapest, v. Jagow, waren bei den Empfängen zugegen. Der Führer und der ungarische Ministerpräsident hatten im Hauptquartier eine Besprechung über die politische Lage, an der auch der Reichsminister des Auswärtigen, v. Ribbentrop, teilnahm. Die Unterredung war getragen von dem Geiste der traditionellen deutsch-ungarischen Freundschaft. Anschließend fand eine militärische Lagebesprechung statt, an der Generalfeldmarschall Keitel und General Jodl beteiligt waren. Am Sonntag, dem 7. Juni, war Ungarns Regierungschef Gast des Reichsministers des Auswärtigen v. Ribbentrop und hatte mit ihm eine eingehende Aussprache über aktuelle politische Fragen.
- Die Kriegsergebnisse im Monat Juni spielten sich an drei verschiedenen Fronten ab. Auf den Meeren, wo mit unverminderter Kraft die Schlacht gegen die feindliche Handelstonnage geführt wird, in Afrika, wo Generalfeldmarschall Rommel unvergleichliche Siegeslorbeeren einbrachte, und an der Ostfront, wo im Laufe des Juni die deutschen Truppen zum Angriff angetreten sind.
- Am 4. Juni durcheilte die Meldung das Reich, daß der stellvertretende Reichsprotektor in Böhmen und Mähren und Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Obergruppenführer und General der Polizei Reinhard Heydrich, an den Folgen des auf ihn verübten Mordanschlages in Prag verstorben sei. Der Führer hat für den stellvertretenden Reichsprotektor ein Staatsbegräbnis angeordnet. Nach einer würdigen Trauerfeier auf der Prager Burg am 7. Juni fand am 9. der Staatsakt in der Neuen Reichskanzlei

statt. Der Führer ehrte den einer feigen Mordhetze zum Opfer gefallenen SS-Obergruppenführer durch seine Teilnahme an der Trauerfeier und durch Worte höchster Anerkennung. „Er war“, so sagte er, „einer der besten Nationalsozialisten, einer der stärksten Verteidiger des deutschen Reichsgedankens, einer der größten Gegner aller Feinde dieses Reiches.“ Der Führer verlieh ihm als zweitem Deutschen die höchste Auszeichnung die Oberste Stufe des Deutschen Ordens. Reichsführer SS Heinrich Himmler hielt die Gedenkrede. Er zeigte ein Bild der Persönlichkeit Reinhard Heydrichs auf und betonte, welche ungewöhnliche Fähigkeiten der Verstorbene gehabt hat und mit welcher Leidenschaftlichkeit er als Nationalsozialist und als SS-Mann der Idee des Führers verpflichtet und ergeben war. Die Rede des Reichsführers vermittelte einen hohen Begriff von dem Wesen und dem Geist der SS. Zugleich gab sie einen aufschlußreichen Einblick in das deutsche Polizeirecht, dessen Förderer Reinhard Heydrich stets gewesen ist und das gerade er mit einem hohen Ethos zu erfüllen bestrebt war.

Am Tage des Staatsbegräbnisses empfing der Führer in der Neuen Reichskanzlei Staatspräsident Hacha an der Spitze der Protektoratsregierung und nahm aus dem Munde des Präsidenten das Beileid aller Tschechen entgegen, die durch die geschichtliche Entwicklung in Europa belehrt worden sind. Im ganzen Protektorat fanden im Juni eine Reihe von Kundgebungen statt, die die Mordpolitik des emigrierten Benesch und des Intelligence Service scharf verurteilten.

Eine amtliche Meldung vom 19. aus Prag berichtete, daß die Mörder des stellvertretenden Reichsprotektors, SS-Obergruppenführer Heydrich, in den Morgenstunden des 18. Juni in einer Prager Kirche, in der sie lange Zeit Unterschlupf gefunden hatten, gestellt und bei der Festnahme erschossen worden seien. Gleichzeitig sei es gelungen, den nächsten Helferkreis der Mörder unschädlich zu machen. Es wurde festgestellt, daß sämtliche Beteiligten Angehörige tschechischen Volkstums sind, die von britischen Flugzeugen zur Ausübung des Attentats im Protektorat abgesetzt worden waren. Wenige Tage darauf verzeichnete eine kleine Meldung, daß die Belohnungen in Höhe von zweimal 10 Millionen Kronen an Personen verteilt wurden, die zur Ergreifung der Mörder beigetragen hatten.

Einen weiteren schweren Verlust hatte das nationalsozialistische Deutschland durch den Tod des Korpsführers Hühnlein zu beklagen, der nach schwerer Krankheit am 18. Juni in München gestorben ist. Auch für ihn ordnete der Führer einen Staatsakt an, der am 21. Juni im Armeemuseum zu München stattfand. Auch dem verdienstvollen Korpsführer des NSKK verlieh der Führer die Oberste Stufe des Deutschen Ordens. Reichsminister Dr. Goebbels, der die Trauerrede für Korpsführer Hühnlein hielt, zeigte dem deutschen Volke die außerordentlichen Verdienste des Verstorbenen um die Motorisierung, deren hoher Stand im wesentlichen zu den Erfolgen dieses Krieges beigetragen habe.

Zum Nachfolger Hühnleins wurde vom Führer NSKK-Obergruppenführer Kraus bestimmt. In einem Aufruf an seine Männer vom 25. Juni forderte der neue Korpsführer von ihnen ganze Hingabe und die gleiche Bewährung wie bisher.

Am 26. Juni gab eine Notiz der Reichspressestelle der NSDAP bekannt, daß der bayerische Staatsminister und Gauleiter Adolf Wagner, München, schwer erkrankt sei. Der Führer habe mit der vertretungsweisen Führung der Geschäfte den Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd, Paul Giesler, betraut. Zugleich sei er beauftragt mit der Vertretung Adolf Wagners in dessen Stellung als bayerischer Staatsminister des Inneren sowie als Minister für Unterricht und Kultur. Auch hat Gauleiter Giesler im Auftrage von Reichsmarschall Göring die Geschäfte des Reichsverteidigungskommissars für die Wehrkreise VII und VIII übernommen.

Während seines Besuches bei Feldmarschall Mannerheim beförderte der Führer den Oberbefehlshaber einer Armee, den General der Gebirgstruppen Dietl, zum Generaloberst. Dietl und seine Männer haben im Laufe des letzten Jahres an der Front im hohen Norden einen schweren und verbissenen Kampf geführt.

Als 12. Offizier der deutschen Wehrmacht verlieh der Führer dem Oberleutnant Marseille, Staffelpatrolle in einem Jagdgeschwader, die Schwerter zum Eichenlaub des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes. Oberleutnant Marseille hat bei den Kämpfen in Afrika eine beispiellose Kette von Luftsiegen errungen. Allein in der Zeit vom 3. bis 17. Juni bezwang er 21 britische Jäger. 101 Luftsiege hatte er bis zum 19. Juni erfochten. Als 14. Offizier der deutschen Wehrmacht erwarb sich Hauptmann Golob, Kommodore eines Jagdgeschwaders, die gleiche Auszeichnung. Beiden Offizieren sandte der Reichsmarschall herzlich gehaltene Glückwunschschriften, in denen er ihnen für ihren stets vorbildlichen heldenhaften Einsatz seine besondere Anerkennung ausdrückte. Am 25. wurde auch dem Oberfeldwebel Leo Steinbatz das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen; diese Ehrung wurde dem hervorragenden Flieger zuteil, nachdem das Oberkommando der Wehrmacht gemeldet hatte, daß er von einem Feindflug nicht zurückgekehrt sei.

Das Eichenlaub zum Ritterkreuz erhielten im Monat Juni als 96. Soldat der deutschen Wehrmacht Oberfeldwebel Leopold Steinbatz, als 97. Oberleutnant Hans-Joachim Marseille. Dann folgen Hauptmann Helmut Lent, Freiherr v. Malapert, gen. Neufville, Generalmajor Ludwig Wolff, Oberleutnant Friedrich Geißhardt, Oberleutnant Heinrich Setz und als 103. Soldat General der Infanterie Walter Graf Brockdorff-Ahlefeld.

108 Bei einem Empfang durch den Staatssekretär im Auswärtigen Amt Keppler äußerte sich der in Berlin weilende Vorkämpfer für ein freies Indien Subhas Chandra Böse über Indiens Kampf und Unabhängigkeit. Vor Vertretern der deutschen und der ausländischen Presse erklärte Böse, daß jeder Schlag, der gegen das britische Weltreich geführt werde, eine Hilfe sei für Indien in seinem Freiheitskampfe. Wenn der rechte Augenblick gekommen ist, so werde ihn niemand daran hindern können, nach Indien zurückzukehren. Diese Erklärungen Böses, die am 15. Juni durch die gesamte deutsche Presse liefen, fanden im Orient, insbesondere in Indien, lebhaftesten Widerhall.

Anfang Juni wurde das Ergebnis der zweiten Haussammlung für das Rote Kreuz bekanntgegeben. Die Sammelaktion vom 17. Mai hatte demnach ein Ergebnis von 43 472 313 RM. Damit wurden über 9 390 000 RM mehr gespendet als am gleichen Sonntag des Vorjahres.

Am Sonntag, den 1. Juni, führte Reichsorganisationsleiter Dr. Ley den vom Führer als Nachfolger des verstorbenen Gauleiters Rover neuernannten Gauleiter Paul Wegener in sein Amt ein. Dr. Ley sprach bei der Amtseinführung über den Begriff der Menschenführung und das Prinzip der Auslese. Wenige Tage darauf wies Reichsminister Dr. Frick Gauleiter Wegener auch in sein Amt als Reichsstatthalter von Oldenburg und Bremen ein. Dr. Frick würdigte dabei noch einmal die Arbeit und das Werk Karl Rovers und zollte zugleich den Verdiensten Anerkennung, die sich Gauleiter und Reichsstatthalter Wegener in seinen verschiedenen Arbeitsbereichen, insbesondere in Norwegen, erworben habe.

Am 1. Juni ging auf Befehl des Reichsmarschalls der Sicherheits- und Hilfsdienst mit sofortiger Wirkung in den Befehlsbereich des Reichsführers jf und Chefs der deutschen Polizei über. Der SHD wurde mit diesem Tage der Ordnungspolizei unterstellt und führte den Namen „Luftschutzpolizei“.

Auf einer Wirtschaftstagung in Hannover sprach am 3. Juni der Reichskommissar für die Preisbildung, Staatssekretär Dr. Fischböck, über die Preisstabilität. Wenn sich heute die Tätigkeit der Preisbehörden einer gewissen Unbeliebtheit erfreuten, so sei dies kein schlechtes Zeichen, denn es handele sich darum, die Preis- und Währungsstabilität durchzusetzen. Der Preiskommissar erklärte, daß den Preiserhöhungen, die sich nicht vermeiden ließen, bestimmte Preissenkungen gegenüberstehen müßten. Jede Preissenkung führe dazu, das Vertrauen in die Preis- und Währungsstabilität zu stärken und den Sparwillen zu erhöhen.

109 Das Reichskriegsschädenamt hat, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 25. Juni berichtete, in einer Entscheidung zu den Kriegsschäden an gewerblichen Unternehmungen Stellung genommen. Demnach kann ein gewerbliches Unternehmen, das die in seinem Betriebe eingetretenen Kriegsschäden unter Einsatz eigener Arbeitskräfte und eigenen Materials selbst beseitigt, auch auf Erstattung der üblichen allgemeinen Verwaltungskosten Anspruch erheben.

Im Jahre 1936 wurde vom Reichsgesundheitsamt eine Forschungsstelle geschaffen, die ihre Arbeit der Erforschung der nichtseßhaften Bevölkerung, vor allen Dingen der Zigeuner und Zigeunerbastarde, widmen soll. Nunmehr veröffentlicht der Leiter dieser Forschungsstelle, Dr. Ritter, in der Zeitschrift für Standesamtswesen interessante Einzelheiten. Er sagt z. B., daß die Zigeuner fast ausnahmslos versuchen, ihre Familienzusammenhänge zu verschleiern. Die Nachforschungen ergaben, daß Tausende von Zigeunern falsche Namen führten. Von großer Bedeutung ist die Erkenntnis, daß die Zigeuner nicht etwa stammechte Nomaden, sondern Mischlinge verschiedener Schattierungen und Zusammensetzungen sind. Stammechte Zigeuner gibt es in Deutschland kaum 100 Familien. Die in den letzten drei Jahren ausgearbeitete Genealogie der rund 20 000 Zigeuner und Zigeunermischlinge im Altreich lehrt, daß sich die Zigeuner vorwiegend mit asozialen und erbminderwertigen Elementen gepaart haben. Deshalb ging aus diesen Mischungen größtenteils ein asoziales Lumpenproletariat hervor. Diese Erkenntnisse werden die Grundlage sowohl für die rassenhygienische, als auch für die vorbeugenden Maßnahmen der Polizei bilden müssen.

Am 14. Juni ging durch die deutsche Presse ein Interview, das der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, dem Chefkorrespondenten des DNB, H. B. Lanz, gewährt hatte. Der Minister äußerte sich dabei über die Schwierigkeiten, zwei so großräumige Reichskommissariate zu verwalten, die geschichtlich und völkisch eine sehr verschiedene Struktur aufweisen. Solche Aufgabe bedinge die Heranziehung von Persönlichkeiten, die die Probleme des Ostens nicht schematisch,

sondern vielfältig zu sehen imstande seien. Reichsminister Rosenberg unterstrich sehr nachdrücklich, daß die Verwaltungsmethoden den verschiedenen Gebieten angepaßt würden. So beziehe sich z. B. die neue Agrarordnung ausschließlich auf die altsowjetischen Gebiete. Der Sinn dieser neuen Ordnung im Osten sei die Beseitigung des bolschewistischen Kollektivs. Darum würden von dieser Neuordnung die baltischen Gebiete nicht betroffen. Mit Genugtuung habe er in den letzten Tagen davon Kenntnis genommen, daß in Weißruthenien bereits wenige Monate nach Erlaß der neuen Agrarordnung kein Kolchosbetrieb mehr bestehe. Hier wurden in knapp acht Wochen nicht weniger als 1400 Kolchosen beseitigt. Nichts liege der deutschen Verwaltung mehr fern, als etwa irgendwelche Zustände aus der Zeit vor 1917 wiederherzustellen. In Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft, vor allem im Handwerk, erkenne die deutsche Verwaltung das Leistungsprinzip voll an. Rosenberg verwies auch

110 auf das neuemporbühende kulturelle Eigenleben in verschiedenen Gebieten des besetzten Ostens. Besonders in der Ukraine sei der kulturelle Selbstbehauptungswille seit dem deutschen Einmarsch äußerst lebhaft gewachsen. Dem Ministerium in Berlin und den Reichskommissaren stünden ungeheure Aufgaben bevor. Es bedürfe eines großen Verständnisses für alle Fragen, um hier ohne Schematismus, von den Tatsachen des Lebens ausgehend, das zu verwirklichen, was für die Sicherung Europas notwendig sei. Bei sparsamstem Kräfteinsatz, dafür aber mit doppelter Energie werde schon nach wenigen Jahren der Osten ein anderes Gesicht haben. Die Vielgestaltigkeit und die Eigenart der Völker des Ostraums solle geachtet und verstanden werden. Alle produktiven Kräfte sollen, so schloß der Minister, in einer gemeinsamen europäischen Aufgabe unter dem Schutz Großdeutschlands zusammenfließen, das sich das Recht, ja die Pflicht zur Führung ehrlich erstritten habe.

Reichsminister Rosenberg führte um die Mitte des Monats eine längere Reise durch das Reichskommissariat Ukraine durch und überzeugte sich an Ort und Stelle über den Fortgang der Aufbauarbeit.

Am 23. und 24. Juni fand in Berlin eine Tagung der führenden Männer für Landwirtschaft aus den besetzten Ostgebieten statt, auf der der mit der Führung der Geschäfte des Reichsernährungsministers beauftragte Staatssekretär Backe sprach. Im Vordergrund der Tagung standen die Berichte über die Frühjahrsbestellung und die Ernteaussichten. Die einzelnen Berichte ergaben ein eindrucksvolles Bild von den zu überwindenden großen Schwierigkeiten. Es habe sich aber gezeigt, daß sie Dank der Tatkraft der deutschen Landwirtschaftsführung so weit beseitigt wurden, daß die Frühjahrsbestellung in weit größerem Umfang durchgeführt wurde, als man es zuerst angenommen habe. Die Ernteaussichten würden verschieden beurteilt. Der Stand der Sommersaaten, deren Anbau vielfach vergrößert wurde, zeige im allgemeinen ein günstigeres Bild als der der Wintersaaten. Aus den Referaten der Tagung ging hervor, daß trotz der durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten auf dem landwirtschaftlichen Sektor im Osten Vorbildliches geleistet worden ist.

Durch eine Verordnung des Reichskommissars für die Ukraine wurde, wie DNB am 12. Juni berichtete, in Ergänzung zu der bereits erlassenen Verordnung über die Gerichtsbarkeit im Reichskommissariat bestimmt, daß einheimische Schöffen zur Bestrafung von leichteren Vergehen einzusetzen sind. Sie haben eine Strafgewalt für Urteile bis zu zwei Jahren Gefängnis über die einheimische nichtdeutsche Bevölkerung, sofern die Straftat die deutschen Belange nicht berührt. Durch diese Verordnung wird die Aufrechterhaltung des Rechtsfriedens in der Ukraine in die Hand der Einheimischen gegeben,

111 solange es sich nicht um schwerer zu ahndende Taten handelt, für die deutsche Gerichte oder das Sondergericht zuständig sind.

Anfang Juni besuchte der Beauftragte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, das Reichskommissariat U k r a i n e. Zweck seines Besuches war es, sich einen Überblick über die Lage der dortigen Arbeitseinsatzmöglichkeiten für das Reich zu verschaffen. Gauleiter Sauckel sprach in einer Kundgebung über die besonderen Fürsorgemaßnahmen für die in das Reich zum Arbeitseinsatz kommenden Ukrainer und ihrer Angehörigen. Gauleiter Sauckel zeigte, daß sich diese Fürsorge auf die Ernährung, ärztliche Kontrolle, kulturelle Betreuung und eine großzügige Lohngestaltung erstreckt. Eine besondere Anerkennung sprach Gauleiter Sauckel am Schluß seiner Rede denjenigen Ukrainern aus, die sich bereits in Deutschland durch Haltung und Leistung bewährt haben.

Auf einer Dienstbesprechung von Führern und Führerinnen des Obergebietes Südost der Hitlerjugend in Prag sprach Reichsjugendführer A x m a n n. Er wandte sich an die Führerschaft der Jugend des Sudetenlandes, der Alpen- und Donauländer, Böhmens und Mährens und gab ihr Richtlinien im Rahmen des Kriegseinsatzes und der Erntearbeit. Besonders eindrucksvoll zeigte sich bei den Arbeitsberichten der einzelnen Gebietsführer die Leistung der Hitlerjugend im Protektorat Böhmen und Mähren. Die Mitgliederzahl der dortigen HJ hat sich in kurzer Zeit verdreifacht. Die Stadt Prag war Mittelpunkt verschiedener Reichsveranstaltungen. Tausende von Jungen und Mädchen der Kinderlandverschickung

aus dem Reich lernten diese Stadt kennen. 34 Lehrlingsheime mit 3100 Jungen wurden ihrer Bestimmung übergeben. 1700 Jugendliche werden als Facharbeiternachwuchs in weiteren Lagern bis zum Herbst dieses Jahres Aufnahme finden. Daneben konnten 59 Schülerheime mit 4000 Jungen und Mädchen eröffnet werden. 16 Landdienstlager bereiten die deutsche Jugend des Protektorats auf ihren späteren bäuerlichen Beruf vor. Noch in diesem Jahre wird ein vorbildlicher Landdienstlehrhof in Betrieb genommen werden, und schließlich sind in den neu errichteten Bannern Böhmens und Mährens 18 Kleinheime als Wirkungsstätten des deutschen Volkstums neu erstanden.

Eine Veröffentlichung vom 12. Juni ist von allgemeinem Interesse, worin mitgeteilt wurde, daß in diesem Jahre für den Urlaubs- und Ferienreiseverkehr keine zusätzlichen Züge gefahren werden können. — In am 23. Juni erlassenen Durchführungsverordnungen zu der Anordnung, die der Staatssekretär für Fremdenverkehr, Hermann Esser, zur Regelung des Reiseverkehrs am 20. April erlassen hatte, wurde die Praxis der Urlaubsreisen genauestens umschrieben. Demnach dürfen die Beherbergungsbetriebe mit Angehörigen der Dringlichkeitsstufe I, den Fronturlaubern, ohne Vorbehalt einen Beherbergungsvertrag abschließen. Mit Personen der Stufe II, die kriegswichtige Arbeit leisten, kann ebenfalls ein Beherbergungsvertrag eingegangen werden, jedoch unter der Bedingung, daß der Raum nicht 14 Tage vor dem ersten Aufenthaltstag zur Unterbringung eines Fronturlaubers benötigt wird. Die Urlaubsdauer beträgt grundsätzlich nur drei Wochen. Ärztliche Atteste berechtigen zur bevorzugten Unterbringung nur noch in Heilbädern und heilklimatischen Kurorten, nicht aber in Seebädern, Luftkurorten und Sommerfrischen.

In allen Gauen des Reiches wird, wie eine Notiz in der deutschen Presse am 6. Juni bekanntmachte, in absehbarer Zeit von der Deutschen Arbeitsfront in engster Zusammenarbeit mit den Gauleitern und den Gauheimstättenämtern eine Aktion zur Freimachung von ungenügend ausgenutztem Wohnraum durchgeführt werden. Auf freiwilliger Grundlage sollen Wohnräume zur Deckung des dringendsten Wohnbedarfs für kinderreiche Familien, für Volksgenossen in schlechten Wohnverhältnissen, vor allem aber für Frontkämpfer, Verwundete und Kriegshinterbliebene geschaffen werden. Die bisher versuchsweise durchgeführte Aktion in einigen Kreisen des Gaus Düsseldorf hat überraschend gute Ergebnisse gehabt. Amtswalter der DAF und der Heimstättenämter haben die in Frage kommenden Besitzer der Großwohnungen in vielen Fällen beraten und für diese so notwendige Aktion gewonnen.

In der Zeit vom 1. bis zum 15. Juni wurde im ganzen Reich eine Altkleider- und Spinnstoffsammlung durchgeführt. Sie wurde über diesen Termin hinaus noch bis zum 21. Juni weitergeführt. Reichsminister Funk forderte vor Beginn dieser Sammlung zu reger Beteiligung auf. Es sollen Kleider beschafft werden für Werktätige in solchen Betrieben, in denen der Bekleidungsverschleiß besonders stark ist. Vor allen Dingen sollen Kriegsdienstverpflichtete, die im Frontbereich, in der Rüstungsindustrie und in der Landwirtschaft eine neue Tätigkeit ausüben, mit diesen Kleidungsstücken bedacht werden. Da die Rohstoffdecke auf dem Textilsektor zur Neubeschaffung dieser Arbeitskleidung nicht ausreicht, sollen Kleidungsstücke in Haushaltungen, wo sie nicht gebraucht werden, keinesfalls in den Schränken und auf den Böden vermodern. Jede Spende zur Altkleider- und Spinnstoffsammlung 1942 diene, wie Reichsminister Funk erklärte, unmittelbar der Front.

Am -45. Juni zeichnete Reichsminister Dr. Goebbels in seinem Ministerium die höflichsten Berliner und Berlinerinnen aus, die durch einen Wettbewerb ermittelt worden waren. In seiner Ansprache hatte Reichsminister Dr. Goebbels darauf hingewiesen, daß es die Pflicht jedes einzelnen Volksgenossen sei, durch hilfsbereites Wesen und Höflichkeit den an sich schon schweren Alltag in Kriegszeiten zu erleichtern.

Am 10. Juni hielt in der Berliner Universität Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank einen Vortrag über „Rechtsidee und Volksgemeinschaft“. Er erklärte dabei u. a., daß das Großdeutsche Reich, das aus diesem Kriege zu ungeahnter geschichtlicher Größe emporsteigen werde, nicht denkbar sei ohne Recht. Reich und Recht gehörten, wie die weltgeschichtliche Erfahrung lehre, zusammen. „Ich glaube“, so betonte Dr. Frank, „an die Verbindungsmöglichkeit von autoritärer Staatsführung und richterlicher Unabhängigkeit. Ich glaube an die Möglichkeit des Einbaues von Rechtssicherheit im weitesten Sinne in die autoritäre Staatsführung.“ Der Reichsminister erinnerte zugleich an die bahnbrechenden Taten des Nationalsozialismus auf dem Gebiete der Rechtspflege. So u. a. an die Weiterbildung des Reichsrechts, an das Erbhofgesetz und die Arbeitsgesetzgebung, an Wehr-, Kultur- und Rasserecht. Nach Beendigung des Krieges werde er dem Führer den Entwurf des großen deutschen Volksgesetzbuches vorlegen, das die Erkenntnisse nationalsozialistischer Rechtspflege endgültig zusammenfassen wird.

Die Partei hat auch im Laufe des Monats Juni in zahlreichen Veranstaltungen und Kundgebungen dem deutschen Volke die politische Ausrichtung gegeben. In diesem Rahmen verdienen verzeichnet zu werden eine Rede, die Reichsminister Dr. Goebbels am 15. Juni vor den Kreis- und Ortsgruppenleitern des Gaues Berlin in seinem Ministerium hielt, worin er eine große Übersicht über den Verlauf des Krieges und über die sicheren Aussichten für den Endsieg gab, eine Rede des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley am 11. auf einer Kundgebung in Wien, bei der er klar umrissene Gesichtspunkte für die Betreuung der Schaffenden des Gaues Wien entwickelte, und schließlich eine Rede, die Stabschef Lutze am 8. Juni in Kattowitz bei der Vereidigung von 1200 SA-Männern des Gaues Oberschlesien hielt.

Am 11. Juni übergab der bisherige Stabsleiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP und Präsident des Instituts für deutsche Kultur- und Wirtschaftspropaganda, Oberbefehlsleiter Hugo Fischer seine Dienstgeschäfte an den bisherigen Reichssendeleiter Hadamowski als seinen Nachfolger.

Die Blindenstudienanstalt in Marburg konnte am Ende des Monats Juni auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus Anlaß dieses Jubiläums stattete Reichsarbeitsminister S e l d t e der Anstalt einen Besuch ab. Er sprach in der Aula der Universität über das Thema „Sozialpolitik und Forschung“. Er unterstrich dabei, daß eine gesunde und weitgehende Sozialpolitik ein wesentlicher Beitrag zur Kriegsrüstung sei. Er wies darauf hin, daß wir durch unsere Sozialpolitik die soziale Entrechtung im Innern beseitigt hätten. Nun müsse man eine überstaatliche soziale Neuordnung verlangen, damit alle arbeitswilligen Völker an den Reichtümern der Erde teilnehmen könnten. Der Reichsminister besuchte anschließend die einzelnen Abteilungen der Studienanstalt, wo zur Zeit mehr als 720 berufstätige Blinde, darunter viele Kriegsblinde, ihre geistige Weiterbildung finden. Die Anstalt ernannte Reichsminister Seldte zu ihrem Ehrenmitglied.

114

Am 16. Juni wurde in Berchtesgaden das Dietrich-Eckart-Krankenhaus durch seinen Bauherrn, Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt, seiner Bestimmung übergeben. Er gedachte mit Worten des Dankes des verstorbenen Reichsministers Dr. Todt, der den Bau maßgebend gefördert habe, und insbesondere der großzügigen Förderung des Werkes durch Reichsschatzmeister Schwarz. Als vorbildliche Heilstätte soll dieses Haus weit über die Grenzen des engeren Bezirkes beispielgebend wirken.

Am 24. Juni wurde in Weimar eine große Kundgebung der europäischen Jugend abgeschlossen, die in Florenz ihren Fortgang nahm. In Deutschland wie in Italien hatten sich die Jugendführer Deutschlands, Italiens, Finnlands, Rumäniens, der Slowakei, Kroatiens, Ungarns, Bulgariens, Spaniens, Dänemarks, Belgiens und der Niederlande zusammengefunden, um ein Bekenntnis zur neuen europäischen Ordnung und zur europäischen Zukunft abzulegen. Reichsjugendführer A x m a n n bekannte sich in seiner Rede zu dieser Neuordnung, an der die Jugend der Völker Europas gestaltend mitwirken will, und die man erreichen werde auf dem Wege über eine soziale Neugestaltung und Hinwendung zu den gemeinsamen Bildungsgütern der europäischen Völker.

Am 1. Juni wurden in der Nationalgalerie in Berlin die Berliner Kunstwochen eröffnet. Sie standen unter dem Thema „Die Kunst dem Volke“, umfaßten alle Gebiete der Kunst und boten allen Schichten des Volkes, insbesondere aber Soldaten, Rüstungsarbeitern und Werktätigen erlesenste Darbietungen namhaftester Künstler. Opern und Theateraufführungen, Dichterlesungen, Symphonie- und Kammerkonzerte reihten sich drei Wochen lang aneinander und vermittelten einen glänzenden Beweis kultureller Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes im Kriege.

Am 16. Juni empfing Reichsminister Dr. Goebbels die Teilnehmer an der Tagung des „Ständigen Rats für internationale Zusammenarbeit der Komponisten“, die in Berlin erfolgreich beendet worden war. Richard Strauß, der für weitere fünf Jahre zum Präsidenten dieses Gremiums gewählt wurde, dankte dem Minister für die fördernde Unterstützung, die Dr. Goebbels den Bestrebungen der Tagung zuteil werden ließ. An dem Empfang nahmen die bedeutendsten Komponisten aus fast allen Ländern Europas teil. Sie nahmen die Erklärung des Ministers mit Beifall auf, daß die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiete schon jetzt die Vorahnung einer europäischen Solidarität sei und sich befruchtend auf die politische Entwicklung auswirken werde.

115

In Wien wurde am Monatsende eine „Gesellschaft der Freunde der Deutschen Akademie“ gegründet, deren Präsident Reichsleiter v. Schirach wurde. Zugleich wurden die diesjährigen Preise verteilt. Den Preis für deutsche Sprache und Literatur erhielt Prof. Dr. Georg Baesecke für sein Werk „Vorgeschichte deutschen Schrifttums“ und Prof. v. Kralik, Wien, für sein Werk „Die Siegfried-Trilogie im Nibelungenlied und in der Thidreks-Sage“, den Preis für zwischenstaatliche Geistesbeziehungen Dozent Ulrich Noack für den ersten Band der „Geschichte der nordischen Völker“ und der verstorbene Prof. Werner Reese für sein Werk „Die Niederlande und das Deutsche Reich“.

Zum letztenmal eröffnete in den letzten Junitagen eine Ausstellung des Hilfswerks für Bildende Kunst ihre Pforten. Diese Ausstellung des Künstlerhilfswerks der NSV zeigt im Museum für Völkerkunde zu Berlin die Ergebnisse eines Wettbewerbes, der unter dem Thema „Mutter und Kind“ stand. Das Hilfswerk stellt seine Tätigkeit ein, da nunmehr, nicht zuletzt durch seine Hilfe, der größte Teil der deutschen Maler einen Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat, der dem einzelnen Künstler eine ausreichende Existenz verbürgt.



Außenpolitik

- 116 Deutschlands Politik und Kriegführung im Monat Juni, dem ersten Monat dieses Sommers, charakterisiert sich durch eine gesteigerte und erfolgreiche Angriffstätigkeit an allen Fronten und durch eine damit eng verbundene vielseitige politische Tätigkeit. Der Seekrieg, der Krieg in Afrika und der an der Ostfront haben zu neuen großen Erfolgen geführt. Mit Italien, Finnland, Ungarn und Rumänien wurde in gegenseitigen Besuchen und wichtigen Besprechungen das gemeinsame Handeln auf allen Gebieten weiterentwickelt und festgelegt, mit der Türkei ein auch politisch hoch bedeutsames Kreditabkommen geschlossen und mit Argentinien ein Zwischenfall des Seekrieges beigelegt. Die „Schlacht im Atlantik“, wie unsere Gegner unseren Kampf gegen die feindliche Versorgungsschiffahrt zu nennen pflegen, hat seit Anfang dieses Jahres eine steil ansteigende Erfolgskurve zu unseren Gunsten gezeigt. Im Januar betrug die versenkte Tonnage 400 600 BRT, im Februar 525 400 BRT, im März 646 900 BRT, im April 585 000 BRT, im Mai 924 400 BRT und im Juni 892 000 BRT. In diesen Schiffsverlusten sind diejenigen nicht enthalten, die die Engländer im Pazifik und anderen östlichen Meeren erlitten haben. Im Mai und Juni dürften die Gesamtverluste an feindlichem Schiffsraum je über eine Million BRT betragen. Es hat sich die für den Kriegstreiber Roosevelt sicher ebenso unerwartete wie schmerzliche Tatsache ergeben, daß sich der Kriegseintritt der USA für die Führung des Unterseebootkrieges als eine große Erleichterung ausgewirkt hat, und daß die Gewässer an den amerikanischen Küsten für die deutschen und italienischen U-Boote zu den ergiebigsten Jagdgründen geworden sind. Solange die Vereinigten Staaten in einer formalen Neutralität verharrten, waren den Kommandanten der deutschen U-Boote die Hände gebunden, da sie dauernd aufpassen mußten, ob sie Handelsschiffe der Vereinigten Staaten vor sich hatten. Es war genugsam bekannt, daß Roosevelt dem Krieg auf allen Meeren nachlief und nichts mehr wünschte als Zwischenfälle, die er für seine Kriegshetze gegenüber dem eigenen Volke ausnutzen konnte. Seit dem Kriegszustand mit den Vereinigten Staaten, d. h. seit dem 8. Dezember 1941, können die deutschen U-
- 117 in den Gewässern Amerikas arbeiten, und die Entwicklung der Versenkungsziffern zeigt, mit welchem Erfolg dies geschieht. Schon sind die Knappheit an Schiffsraum und alle sich hieraus ergebenden Folgen für die Versorgung und Kriegführung unserer Feinde das am meisten erörterte Thema bei deren politischen Zusammenkünften und in den Erörterungen ihrer öffentlichen Meinung. Eine schwere Transportkrise zeichnet sich offensichtlich bei ihnen ab. England und die Vereinigten Staaten müssen den Krieg über ungeheure Entfernungen zur See führen. Ob sie dem sowjetischen Bundesgenossen, der militärisch in ihren Erwägungen den stärksten Trumpf darstellt, auf der nördlichen Linie nach den Häfen Murmansk und Archangelsk oder auf der Südlinie über den Persischen Golf und Iran Kriegsmaterial schicken wollen, ob sie ihren eigenen Armeen in Libyen, Ägypten, dem Vorderen Orient und Indien Truppen, Kriegsmaterial und Verpflegung zuführen, ob sie dies nach dem von Japan schwer bedrohten Australien tun wollen, oder ob sie die sogenannte zweite Front bilden, d. h. irgendwo an den Westküsten Europas eine kriegerische Aktion großen Stils — nur eine solche hätte Sinn — beginnen wollen, immer ist die Frage des genügenden Schiffsraumes die Vor- und Grundfrage jeder Aktion. Denn Truppen und Kriegsmaterial müssen in jedem Falle viele Tausende von Kilometern weit über See herangeführt werden, bevor sie zum Einsatz kommen können. Auf allen diesen langen Seewegen sind aber die See- und Luftstreitkräfte der Dreierpaktmächte gegenwärtig, und England und die USA verfügen nicht über die nötigen See- und Luftstreitkräfte, um dieser Drohung zu begegnen.

Das Mittelmeer, das als Seeverkehrsstraße erster Ordnung stets im Kalkül der Engländer für Friedens- und Kriegszeiten eine erste Rolle gespielt hat, ist praktisch unbefahrbar geworden. Dies hat sich Mitte Juni besonders deutlich gezeigt, als zwei große englische Geleitzüge, der eine in östlicher Richtung von Gibraltar kommend und für Malta bestimmt, der andere in westlicher Richtung aus Alexandrien kommend und offenbar für Tobruk bestimmt, von den Luftstreitkräften der Achsenmächte gefaßt, größtenteils vernichtet und mit Ausnahme von wenigen Schiffen, die nach Malta gelangen konnten, am Erreichen ihrer Ziele verhindert wurden. Es hat sich gezeigt, daß dies auf den Gang der militärischen Ereignisse auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz von mitentscheidender Wirkung gewesen ist. Im Seekrieg gegen die englisch-amerikanische Versorgungsschiffahrt wurde am 13. Juni deutscherseits eine Erweiterung des Sperrgebietes bekanntgegeben, durch die das gesamte Seegebiet zwischen der Küste Kanadas und der Vereinigten Staaten, sowie den gegenüberliegenden Küsten Europas für jede Schiffahrt als gesperrt erklärt wurde (siehe Seite 102). In dem ganzen ungeheuren Seeraum, der

118 sich zwischen Europa und dem nordamerikanischen Kontinent ausdehnt, haben die See- und Luftstreitkräfte der Achsenmächte damit seit dem 26. Juni ein uneingeschränktes Feld der Betätigung, in dem jedes fahrende Schiff wie ein feindliches behandelt werden kann. Vergleicht man dieses Sperrgebiet mit dem des Weltkrieges, und fügt man hinzu, daß das gesamte Mittelmeer praktisch ebenfalls Sperrgebiet ist und Japans See- und Luftstreitkräfte in den gesamten noch viel ausgedehnteren Seeräumen des Pazifik und des Indischen Ozeans die angloamerikanische Schiffahrt angreifen, so wird die seestrategische Lage in diesem Kriege eindeutig klar.

Die Lehre, daß, wer die See beherrsche, am Ende den Krieg gewinnen müsse, war zweifellos mitbestimmend dafür, daß England den gegenwärtigen Krieg überhaupt anfang. Der bisherige Kriegsverlauf zeigt bereits klar und deutlich, daß unsere Gegner die See nicht mehr beherrschen oder mindestens für ihre Handelsschiffahrt nicht mehr sichern können. So nimmt es nicht wunder, daß der „Manchester Guardian“ Anfang Juni schreiben konnte: „Wenn die Verbündeten diesen Krieg verlieren, dann wahrscheinlich wohl aus dem Grunde, daß ihnen Schiffe fehlen.“ In diesem Satze lasse sich — heißt es weiter — das Urteil gutunterrichteter USA-Kreise zusammenfassen. Immer wieder werde in diesen Kreisen festgestellt, daß der Mangel an Schiffsraum für die Alliierten eine der größten Gefahren bilde. Zu dieser Schiffsraumnot komme noch der nicht zu unterschätzende Nachteil, daß die heute noch für die alliierte Schiffahrt in Frage kommenden Dockanlagen in den wichtigsten Teilen der Welt vollständig unzulänglich seien. Eine andere englische Zeitung, der „Observer“, stellte gleichzeitig fest, das britische Empire und die Verbündeten als Ganzes genommen hingen, wenn sie aus diesem Kriege siegreich hervorgingen oder auch nur ihr Leben retten wollten, von der Aufrechterhaltung ihrer Verbindungen mit Übersee ab. Wenn ihre Stellung auf See unter einen gewissen Standart sinke, der es ihnen nicht mehr ermögliche, in angemessenem Umfang ihren Überseeverkehr aufrechtzuerhalten, dann sei schließlich die Niederlage ihr Los. Die Lage der Schiffahrt sei ernst, ja sogar viel ernster, als sich das der Durchschnittsleser einer Tageszeitung vor Augen führe.

Der gegenwärtige Krieg ist wie alle Kriege, die England im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert geführt hat, mit in erster Linie ein Krieg um Seeverbindungen und um die Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln. Neben der unmittelbaren Erwidern der englischen Kampfweise, die sich in dem Begriff der Blockade zusammenfaßt, durch die Gegenblockade, d. h. durch die systematische Vernichtung der englischen Versorgungsschiffahrt, ist für die Kriegsentscheidung die Organisierung
119 der eigenen Versorgung in den von den Achsenmächten und ihren Verbündeten beherrschten Räumen von ausschlaggebender Bedeutung. Hierzu gehört wesentlich die Organisierung der großen Landgebiete, die die deutschen und verbündeten Truppen bisher von der bolschewistischen Herrschaft befreit haben. Nach der Zerstörung der militärischen und politischen Macht des Kommunismus in den östlichen Gebieten muß dessen Wirtschaftssystem ebenso beseitigt werden wie seine Erziehungsmethoden und sein gesamter geistiger Einfluß. Bedenkt man, daß es sich dabei um Gebiete handelt, die weit ausgedehnter sind als Großdeutschland und um Bevölkerungsmassen von Dutzenden von Millionen Menschen, so wird man sich der Größe dieser Aufgabe bewußt, die der militärische Sieg uns bringt.

Für ihre Durchführung alle Kräfte des bisherigen Europas zusammenzufassen und einzusetzen, ist nur die Gegenseite desselben Problems. Wenn am 10. Juni der zweite Jahrestag des italienischen Kriegseintrittes gewesen ist, so heißt dies, daß das verbündete Italien seit zwei Jahren an unserer Seite die Last des Kampfes mitträgt. Die volle Solidarität der beiden Achsenmächte kommt durch nichts deutlicher zum Ausdruck als durch die Tatsache, daß italienische Divisionen an der Ostfront und deutsche in Nordafrika, daß deutsche Seestreitkräfte im Mittelländischen Meer und italienische im Schwarzen Meer ebenso kämpfen wie deutsche Fliegerverbände über dem Mittelmeer und Nordafrika

und italienische über der Ostfront. Militärisch und politisch ist die Achse das Rückgrat des neuen Europa.

Der gewaltigen Kräftekombination, die die Achse darstellt, haben sich andere Völker angeschlossen. Das Bündnis mit Finnland fand durch den Besuch des Führers in Finnland zum fünfundsiebzigsten Geburtstag des Oberbefehlshabers der heldenhaften finnischen Armee, des Freiherrn v. Mannerheim, am 4. Juni und dem Gegenbesuch Mannerheims im Hauptquartier des Führers am 27. Juni einen besonderen Ausdruck. Beim Besuch des Führers in Finnland lernte der Führer auch den finnischen Staatspräsidenten, die Mitglieder der finnischen Regierung, das Präsidium des finnischen Reichstages und Vertreter der finnischen Arbeiterschaft kennen (siehe Seite 104).

Am 6. Juni besuchte Ungarns Ministerpräsident und Außenminister v. K a 11 a y den Führer in seinem Hauptquartier zu einer Besprechung über die politische Lage, an der auch der Reichsminister des Auswärtigen v. Ribbentrop teilnahm. Anschließend folgte eine militärische Lagebesprechung unter Beteiligung hoher Militärs. Bei seiner Berichterstattung über diesen Besuch am 11. Juni in Budapest unterstrich Kallay, wie tief ihn die Entschlossenheit und das Zielbewußtsein des Führers und des deut-

120

schen Volkes, sowie die ausgezeichnet ausgerüstete und zur Lösung jeder Aufgabe fähige deutsche Wehrmacht beeindruckt hätten. Mit besonderer Genugtuung hob v. Kallay hervor, daß über die im Laufe seiner Besprechung aufgetauchten militärischen und politischen Fragen vollkommene Übereinstimmung zustande gekommen sei.

Am 22. Juni war der erste Jahrestag des Beginns des großen Kampfes im Osten gegen den Bolschewismus. Dieser Tag wird als einer der entscheidendsten Tage des geschichtlichen Geschehens auf lange hinaus zu gelten haben. Dies gilt nicht nur für die gesamte Staatenwelt Europas, sondern auch für die des Vorderen Asiens. Die Geschichte der Expansion aus dem russischen Raum lehrt, daß diese nicht nur gegen Europa, sondern besonders auch auf die Nahtstelle zwischen Europa und Vorderasien, die Meerengen zwischen dem Schwarzen und dem Ägäischen Meer, sowie auf die Ländergebiete zwischen Mittelmeer und Persischen Golf gerichtet ist. Molotow forderte bei seinem Berliner Besuch im November 1940 neben der Besetzung Bulgariens auch die der im türkischen Besitz befindlichen Meerengen.

Ein Sieg der Sowjetunion in dem gegenwärtigen Ringen würde, wie man hieraus folgern kann, auch die Türkei in die unmittelbare Gefahr nicht nur des Verlustes der Meerengen, sondern auch der Vernichtung ihrer Selbständigkeit und ihrer Eingliederung in die Sowjetunion bringen. Diese Gefahr ist der Türkei sehr deutlich geworden, seitdem die Sowjets im Einvernehmen mit den Engländern beträchtliche Teile Irans bis beinahe hinüber nach dem Irak militärisch besetzt und dort mit der Bolschewisierung des Landes begonnen haben. Der Kampf um die Freiheit Europas gegen den Bolschewismus vollzieht sich demnach auch im Lebensinteresse der Türkei und der übrigen Länder des Vorderen Orients.

Auch wenn man an die wirtschaftliche Neugestaltung Europas nach dem Sieg der Achsenmächte denkt, erscheint es einleuchtend, daß die Türkei in dem gewaltigen Wirtschaftskörper eines geeinten und gesicherten Europas ihren natürlichen wirtschaftlichen Partner finden wird, der alle ihre Produkte abnehmen und alle ihre Einfuhrbedürfnisse befriedigen kann. Das Anfang Juni abgeschlossene deutsch-türkische Kreditabkommen, das in London und Washington großes Mißbehagen erregte, ist ein weiteres Glied einer im Verlaufe dieses Krieges sich langsam aber sicher entwickelnden Interessengemeinschaft zwischen der Türkei und der Führungsmacht des europäischen Kontinents.

Im Verhältnis Deutschlands zu Südamerika ist festzustellen, daß bisher alle Bemühungen unserer Gegner, auch die beiden letzten neutral gebliebenen Staaten Südamerikas, Argentinien und Chile, gegen die Achsenmächte in Bewegung zu bringen, erfolglos geblieben sind. Um so bedauerlicher ist es,

121

daß die Reichsregierung sich am 29. Juni gezwungen sah, ein Kommuniqué über die schlechte Behandlung der Deutschen in Brasilien zu veröffentlichen (siehe Seite 101), in dem es u. a. heißt, daß in Brasilien seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland in steigendem Maße deutschfeindliche Aktionen durchgeführt wurden. An der Spitze einer Roosevelt dienstbaren Clique steht, wie das Kommuniqué hervorhebt, der frühere brasilianische Botschafter in Washington und jetzige Außenminister Aranha, der als Leiter der brasilianischen Außenpolitik in erster Linie die Verantwortung für das barbarische Vorgehen gegen die Deutschen trägt. Nach Aufzählung einer Anzahl von völkerrechtswidrigen Ausschreitungen gegen deutsche Konsularbeamte wird der Fall des deutschen Vizekonsuls in Paranaguá, Brand, erwähnt, der am Tage des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen in seiner Wohnung verhaftet und wie ein Schwerverbrecher ins Polizeigefängnis gebracht, vollständig ausgeraubt und von schwerbewaffneten Polizisten bewacht wurde, ohne daß man ihm die

geringste Nahrung gab. Aus dem Gefängnis wurde Konsul Brand ins Zuchthaus gebracht, in dem er mehrere Monate wie ein Verbrecher behandelt wurde. Trotz der vom Präsidenten Vargas dem deutschen Botschafter kurz vor dem Abbruch der Beziehungen gegebenen Zusage, daß den Deutschen kein Leid zugefügt werde, sind Reichsdeutsche und eine große Anzahl Volksdeutscher verhaftet worden. Als Anlaß zu den zahlreichen Verhaftungen genügte, daß die USA-Botschaft in Rio de Janeiro eine Namensliste derjenigen Personen vorlegte, deren Verhaftung der USA-Regierung erwünscht erschien. Besonders grausame Behandlung wurde den Deutschen im Polizeigefängnis von Rio de Janeiro zuteil. Die Gefangenen wurden in Zellen von weniger als 2 Quadratmeter untergebracht oder in großer Zahl in kleinen, stinkenden und von Schmutz starrenden Räumen zusammengedrängt. Die Verhöre gingen unter Quälereien, Verprügelungen durch Neger und ständiges Wachhalten der Gefangenen vor sich. Dem Kommunique zufolge hat sich der Staatskommissar von Rio de Janeiro, Amaral Peixoto, vor der Presse damit gebrüstet, daß es gelungen sei, dem Volksdeutschen Albrecht Engels Geständnisse abzupressen, nachdem man ihn fünf Tage und Nächte hindurch im Verhör hielt, ohne ihn schlafen zu lassen. Der Polizeichef von Rio de Janeiro hat offen zugegeben, daß die Reklamationen über die schlechte Behandlung gefangener Deutscher „teilweise“ begründet seien. Abschließend stellt das Kommunique fest, daß das jetzige unverantwortliche Vorgehen im Dienste Washingtons stehender Agenten besonders verwerflich sei, da das Deutschtum an dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau Brasiliens seit mehr als 100 Jahren den größten Anteil hat. Sofern die brasilianische Regierung nicht alsbald für Abstellung dieser unerhörten Mißstände sorgt, wird die Reichsregierung zu Gegenmaßnahmen greifen.

122

Brasilien, an Ausdehnung und Bevölkerung der bei weitem größte Staat Südamerikas, ist leider ohne wirkliche Notwendigkeit dem Dollarimperialismus der USA erlegen und hat sich zum politischen Werkzeug der Nordamerikaner degradiert, während die politische Tradition des Landes, das mit Argentinien und Chile die Gruppe der sogenannten ABC-Staaten bildete, die oft gemeinsam politisch aufgetreten sind, ihm nahegelegt hätte, dieselbe Haltung wie Argentinien und Chile im gegenwärtigen Weltkonflikt einzunehmen.

Nachdem die Reichsregierung seit längerer Zeit kein Material mehr über die Vorgeschichte dieses Krieges herausgebracht hat, ist in der „Zeitschrift für auswärtige Politik“ neuerdings unter dem Titel „Englische Gewaltpolitik im Lichte des Storting“ eine amtliche Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes erschienen, die an Hand der in Oslo gefundenen Protokolle die Gewaltpolitik Englands gegenüber Norwegen aufzeigt.

Das erste Protokoll betrifft die Sitzung vom 7. Oktober 1939. In ihr berichtet Außenminister Koht über die Forderungen, die England unmittelbar nach Kriegsausbruch, nämlich am 5. September, gestellt hatte. Verlangt wurde die Aufstellung von Maximalquoten für die Ausfuhr nach Deutschland und die Auslieferung norwegischer Schiffe. Hiermit war die Drohung verbunden, daß — falls ein Abkommen über die Abtretung eines Teiles der norwegischen Tonnage nicht schnell zustande käme — England unter Einsetzung seiner Machtmittel die Kohlenausfuhr nach Norwegen sperren würde. Trotz des Widerstandes der norwegischen Reeder kommt es unter dem Druck ständiger englischer Drohungen zu Verhandlungen, bei denen England zehn neue Forderungen vorbringt. U. a. soll der Transitverkehr nach Deutschland völlig abgebrochen werden, während andererseits der Transitverkehr von den Ostseeländern nach England über Norwegen geleitet werden soll. Damit sind — wie Koht feststellt — zwei Forderungen erhoben, „die, wenn wir sie beide erfüllen wollten, uns aus der Neutralität herausführen würden“. Noch weitere Beschwerden über Englands Willkür kommen in dieser Sitzung zur Sprache, so die verlustreiche Durchsuchung der Schiffe, die „schikanöse“ Behandlung der Schiffsfracht und die rigorose Anwendung der englischen schwarzen Listen.

In der Sitzung vom 22. Dezember 1939 sprach Koht unumwunden aus, daß es das Ziel der englischen Regierung sei, „Norwegen aus der Neutralität in den Krieg zu treiben“. London fordert, daß Norwegen seinen Handel mit Deutschland abbrechen und vor allem keine Lebensmittel mehr nach Deutschland

123

liefern solle. „So also“, fährt Koht fort, „will man versuchen, Deutschland mit Hilfe Norwegens auszuhungern.“ England, so habe der englische Delegierte erklärt, habe das Recht, auf Norwegen einen Druck auszuüben, „weil es die Macht dazu hat“. Der Delegierte habe keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, „daß England alle Hebel in Bewegung setzen würde, um Norwegen zu zwingen, Partei zu ergreifen“. Abschließend sagte Koht: „England kümmert sich nicht darum, ob wir neutral sind und als Neutrale Rechte haben, es baut nur auf seine Macht und will uns aus der Neutralität herauszwingen.“

Am 8. Januar 1940 sagte Koht in einer geheimen Vollsitzung des Storting: „Die britische Regierung ist nicht wie ein ehrlicher Mann mit Norwegen verfahren.“ Seine ganze Rede ist eine Anklage gegen die willkürliche Drosselung des norwegischen Handels durch England. „Die schlimmste Neutralitätsverletzung aber hat sich vor wenigen Tagen ereignet“: Unter Berufung auf teils nachweislich unrichtige, teils unbewiesene Behauptungen über deutsche Torpedierungen in norwegischen Hoheitsgewässern hat der britische Außenminister Halifax dem norwegischen Gesandten in London erklärt, Großbritannien werde seine Kriegsschiffe in das norwegische Seegebiet einfahren lassen und dieses nunmehr für seine eigenen Kriegsunternehmungen benützen. „Eine stärkere Bedrohung“, führt Koht aus, „ist gegen unsere Neutralität noch niemals unternommen worden.“ Koht ist jedoch nicht entschlossen, die Neutralität Norwegens um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Es könne eine Stunde kommen, so meint er, wo es „gefährlich“ sein könnte, neutral zu sein. Und weshalb? „Weil Norwegen dann in Feindschaft mit denen geraten könnte, die meinen, daß sie uns brauchen können und die uns gegebenenfalls gegen Angriffe von anderer Seite helfen würden.“ Kohts Rede, die eine einzige Anklage gegen England darstellt, gelangt zu dem Abschluß: Neutralität, ja. Aber vor allen Dingen — keine Feindschaft mit England. Mit dieser Einstellung behandelte Norwegen dann den „Altmark-Fall“. Am 2. März 1940 kommt es zu der Forderung, alliierten Truppen den Durchmarsch nach Finnland zu gestatten. Norwegen ist von vornherein nicht gewillt, einen solchen Durchmarsch zu verhindern. Als Begründung erklärt Koht: „Wir sollten uns nicht so einstellen, daß wir auf der falschen Seite in den Krieg eintreten, wenn wir es schon nicht vermeiden können, hineingezogen zu werden.“

In der Nacht vom 7. zum 8. April legten englische Schiffe Minen in norwegischen Hoheitsgewässern. Die am 8. April sogleich einberufene Sitzung des außenpolitischen Ausschusses — es war seine letzte — fand in einer schwülen Atmosphäre statt. Durch die Verhandlungen zieht sich die Sorge, daß die Protestnote, die angesichts der Völkerrechtsverletzung unvermeidlich war, nur ja nicht allzu scharfe Wendungen enthalten möge. Typisch ist das Bekenntnis des Abgeordneten Mowinkel:

124 „Wir waren uns doch schon im September darüber im klaren, daß — was auch geschehen möge — wir nicht in einen Krieg mit England geraten dürften.“ An eine Gegenaktion der deutschen Flotte glaubte Mowinkel nicht: „Dazu ist die deutsche Flotte zu schwach, und an die Möglichkeit, Landungstruppen nach Norwegen herüberzubringen, glaube ich schon gar nicht.“ Zwei Tage vor dieser denkwürdigen Sitzung aber wurden in englischen Häfen Landungstruppen auf Schiffe gebracht. Die Befehle, die sie in der Tasche trugen, hat die deutsche Regierung bereits vor zwei Jahren der Welt bekanntgegeben. So schließt sich wieder eine Beweiskette für die Kriegsverantwortlichkeit Englands. Wenn auch die neu veröffentlichten Dokumente auf das größte Interesse beim norwegischen Volke rechnen können, weil sie ihm zeigen, wessen Politik Norwegen in den Krieg hineingezogen hat, so haben sie darüber hinaus auch eine allgemeine Bedeutung. Verdeutlichen sie doch erneut Englands grundsätzlich antieuropäische Politik.

Das größte Opfer dieser Politik ist im gegenwärtigen Konflikt zweifellos Frankreich, das im Juni an zwei bedeutenden Jahrestagen, dem der Regierungsübernahme Petains, dem 17. Juni 1940, und dem des Abschlusses des deutsch-französischen Waffenstillstandes, dem 25. Juni 1940, Anlaß hatte, das eigene Schicksal zu überdenken und über die Ursachen des gewaltigen Zusammenbruchs, den das Land erfahren hat, und die Rolle, die England dabei gespielt hat, nachzusinnen. Die französische Presse hat es an diesen Jahrestagen an Artikeln, die eine ehrliche Gewissenserforschung über diese Fragen darstellten, nicht fehlen lassen. Englands Verantwortung an Frankreichs schwerem Schicksal wurde dabei stark unterstrichen.

Wer sich die Außenpolitik Frankreichs seit dem Abschluß der französisch-englischen Entente von 1904 vergegenwärtigt, wird zu dem Urteil kommen müssen, daß Frankreich fast seit der Jahrhundertwende keine wirklich nationale französische Interessenpolitik getrieben hat, sondern außenpolitisch im Kielwasser Englands fuhr. Besonders auffällig ist dabei, daß die Politiker, die diese englandhörige und den Lebensinteressen des französischen Volkes nicht entsprechende Politik gemacht haben, die Delcasse, Clemenceau, Poincare, Tardieu usw., dem französischen Volke selbst und der Welt als die wahren Hüter nationaler französischer Tradition und die Wortführer des höchsten nationalen Interesses präsentiert wurden.

Wenige Franzosen sind bereits willens und fähig, die Geschichte Frankreichs im zwanzigsten Jahrhundert in dieser Perspektive zu sehen. Hierzu fehlt freilich bisher auch die wissenschaftliche und publizistische Vorarbeit. Die französische Geschichtswissenschaft und Publizistik folgte so einseitig
125 der von der französischen Politik nach der letzten Aufwallung des französischen Nationalgefühls und -interesses gegen England anläßlich Faschodas (1898) eingeschlagenen Richtung, daß es völlig an Lite-

ratur fehlt, aus der sich der nach wirklicher Erkenntnis über die fraglichen Zusammenhänge suchende Franzose orientieren könnte. Dagegen ist die Erkenntnis, daß die französische Politik, als sie sich von England 1939 in den Krieg treiben ließ, einen Riesenfehler und ein Verbrechen an der Nation beging, schon recht weit verbreitet, und der Tag des Waffenstillstandes bot Anlaß, diese Erkenntnis zu erneuern und zu vertiefen.

Der Jahrestag von Petains Regierungsantritt, der ja nicht nur einen außenpolitischen Wendepunkt, sondern zugleich einen Wechsel des Regimes von der parlamentarisch-demokratischen Republik zur autoritären Staatsform darstellt, wurde ebenfalls zum Anlaß genommen, um das französische Volk daran zu erinnern, daß die späteren Ereignisse Petains Ersuchen um Waffenstillstand und die Abwendung Frankreichs von England als berechtigt erwiesen hätten. Das Informationsministerium veröffentlichte einen Kommentar, in dem es u. a. hieß:

„Wir hatten im Juni 1940 keinen Grund, den Krieg fortzusetzen. Wir hätten heute noch weniger Grund dazu, wo unter europäischen Gesichtspunkten der Kampf nicht mehr zwischen England und Deutschland, sondern in erster Linie zwischen dem Bolschewismus und Europa geführt wird. Wir würden also heute gegen unsere eigenen vitalen Interessen und für den Feind unserer Zivilisation kämpfen. Ein englisch-sowjetischer Sieg würde bedeuten: Das Imperium an die Engländer, Frankreich an die Sowjets.“

Ministerpräsident Laval wandte sich am 22. Juni in einer Rundfunkansprache an das französische Volk und insbesondere an die Arbeiter, um ihnen die Schwierigkeit seiner Aufgabe und seine Ziele zu erklären. Im Laufe dieser Rede führte Laval u. a. aus: „Wir haben im Jahre 1939 Unrecht getan, als wir den Krieg erklärten. Es war unrecht von uns, im Jahre 1919 nach dem Siege nicht einen Frieden der Verständigung mit Deutschland zu organisieren. Heute müssen wir versuchen, dies zu tun. Wir müssen alle Mittel anwenden, um die Grundlage für eine endgültige Versöhnung zu finden. Ich meinerseits will mich nicht damit zufrieden geben, alle fünfundzwanzig oder dreißig Jahre die Jugend unserer beiden Länder auf dem Schlachtfeld verbluten zu sehen. Für wen und wofür? Der Tatsache, daß ich an der Regierung bin, kommt eine Bedeutung zu, die niemand, weder in Deutschland noch im Auslande, übersehen kann: Ich bin willens, mit Deutschland und mit Italien normale und vertrauensvolle Beziehungen wiederherzustellen.“

126 Aus diesem Kriege wird unweigerlich ein neues Europa entstehen. Man spricht viel von Europa. An dieses Wort ist man in Frankreich noch nicht sehr gewöhnt. Man liebt sein Land, weil man sein Dorf liebt. Ich meinerseits möchte als Franzose, daß wir morgen ein Europa zu lieben vermöchten, in dem Frankreich einen seiner würdigen Platz erhalten hat. Um dieses Europa aufzubauen, ist Deutschland im Begriffe, einen gigantischen Kampf zu liefern. Deutschland muß zusammen mit anderen Nationen hierfür ungeheure Opfer bringen, und es spart das Blut seiner Jugend nicht. Um seine Jugend in die Schlacht zu werfen, holt es sie aus den Fabriken und von den Feldern. Ich wünsche den Sieg Deutschlands, denn ohne ihn würde der Bolschewismus sich morgen überall festsetzen.

Wie ich euch schon am 20. April gesagt habe, stehen wir vor der Alternative, uns in ein neues und befriedetes Europa, in dem unsere Ehre und unsere Lebensinteressen berücksichtigt werden, einzufügen oder aber uns mit dem Verschwinden unserer Kultur abzufinden.

Ich habe immer zu sehr mein Land geliebt, um nach Volkstümlichkeit zu streben. Ich muß meine Aufgabe als Führer erfüllen. Wenn ich euch sage, daß diese meine Politik die einzige ist, die das Heil Frankreichs sicherstellt und seine Entfaltung im zukünftigen Frieden garantieren kann, müßt ihr mir das glauben und mir folgen. Während der letzten Wochen habe ich zu den militärischen Führern, zu den Präfekten, zu den Journalisten, zu den Arbeitern und zu den Arbeitgebern und zur Legion der Frontkämpfer gesprochen. Ich habe ihnen ausführlich und umfassend über Frankreich gesprochen, ohne ihnen die Schwere der gegenwärtigen Lage zu verheimlichen. Ich hatte ihnen nichts zu verbergen, und mit tiefer Befriedigung konnte ich feststellen, daß ich auf Verständnis stieß.“

Anschließend rief Laval die französische Arbeiterschaft auf, sich zur Arbeit in Deutschland zu melden und teilte mit, daß französische Landwirte aus deutscher Kriegsgefangenschaft entlassen werden würden, sobald französische Industriearbeiter in genügender Anzahl nach Deutschland gegangen seien.

Lavals Rede enthält ein klares und konsequentes Programm einer neuen französischen Europapolitik, das eine völlige Wendung gegenüber der traditionellen Europapolitik Frankreichs darstellt. Laval erkennt den deutschen Sieg und die sich daraus ergebende Führungsstellung Deutschlands an und ist bereit, Frankreich in das von den Achsenmächten geführte neue Europa einzugliedern. Er wünscht den deutschen Sieg in der Erkenntnis, daß ein Sieg des Bolschewismus zur Vernichtung aller Kulturwerte

Frankreichs führen müßte. Die französische Arbeiterschaft soll sich für die ungeheure wirtschaftliche Kriegsanstrengung Deutschlands zur Gewinnung des Sieges zur Verfügung stellen.

127 Marschall Petain hat sich mit der Politik Lavais in aller Form solidarisch erklärt und betont, daß Laval im engsten Einvernehmen mit ihm diese Politik durchführe. Das französische Volk, das durch Erziehung und Gewohnheit auf eine so grundsätzliche Richtungsänderung der französischen Politik keineswegs vorbereitet ist, scheint ihr steigendes Verständnis entgegenzubringen. Das völlige Versagen Englands auf allen Kriegsschauplätzen und die großartigen Siege der deutschen Waffen sind zweifellos geeignet, dieses Verständnis zu fördern. Trotz aller Schwierigkeiten der Lage, die sich aus den Folgen der Niederlage und besonders aus der ungenügenden Versorgung mit Lebensmitteln in den größeren Städten ergeben, kann man die Aussichten der Politik Lavais günstig beurteilen.

Es lag in der Richtung dieser Politik, wenn gegen Ende Juni die Freiwilligenlegion zum Kampf gegen den Bolschewismus, die sich 1941 in Anlehnung an verschiedene politische Gruppen gebildet hat, und der gegenüber sich Vichy vor dem Wiedereintritt Lavais in die Regierung recht zurückhaltend verhielt, nunmehr staatlich sanktioniert wurde. Den Vorsitz des Zentralausschusses der Legion übernahm Staatssekretär Benoist-Mechin, die Legion erhielt den Namen Legion Tricolore, um ihren nationalen Charakter zum Ausdruck zu bringen. Die Mitglieder der Legion sollen den Soldaten der französischen Armee in allem gleichgestellt, die Rekrutierung soll staatlich gefördert und aktiven Offizieren der Eintritt in die Legion gestattet werden.

London legt es durch seine Handlungen geradezu darauf an, die Entwicklung in Frankreich, die immer stärker gegen England läuft, zu fördern, obwohl die englische und gaullistische Propaganda sich im gegenteiligen Sinne bemüht. Als Anfang Juni einige Vorstädte von Paris erneut von der englischen Luftwaffe bombardiert wurden, führte dies zu heftigen Protesten der öffentlichen Meinung, denen der Staatssekretär für Information, Marion, am 3. Juni durch folgende Erklärung eindeutigen Ausdruck verlieh:

128 „Zum drittenmal hat die britische Luftwaffe ein heftiges Bombardement auf das Gebiet von Paris unternommen. Nach den seit 18 Monaten ununterbrochen wiederholten Zerstörungen unserer schönsten Städte am Kanal und am Atlantik hat die RAF nunmehr beschlossen, ihre heftigste Zerstörungsarbeit gegen unsere Hauptstadt zu tragen. Der Vorwand für diese Angriffe sei nach den Angaben der offiziellen englischen Stellen und nach den Aussagen der in ihrem Sold stehenden französischen Agenten die Notwendigkeit, in der sich das britische Imperium befinde, die Fabriken, die für Deutschland arbeiten, in ihrer Tätigkeit zu lähmen, ganz gleich, wo sie sich befinden. Wenn das Tatsache wäre, warum behält England von den neutralen Ländern, die sich in die europäische Wirtschaft eingegliedert haben, gerade Frankreich allein seine Schläge vor? Im übrigen, je häufiger derartige britische Flüge sind, um so mehr werden sie auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet durch die Verteidigungsmaßnahmen unwirksam gemacht, aber um so mörderischer sind sie für unsere Zivilbevölkerung und insbesondere für unsere Arbeiterklasse. In Wirklichkeit ist England daran gelegen, Ablenkungsmanöver zur Maskierung seiner in beiden Hemisphären erlittenen wiederholten Niederlagen zu unternehmen. Ferner hat es ein Interesse daran, seinem bolschewistischen Partner die Illusion einer zweiten Front zu geben. Aus diesem Grunde richtet es seine Schläge feige gegen einen ehemaligen Alliierten, der heute entwaffnet und der notwendigen Mittel zu einer unverzüglichen Gegenwehr beraubt ist.

In demselben Augenblick — was eine eigenartige Übereinstimmung ist — fügen die Berufsterroristen, die den Befehlen der Sowjets gehorchen, ihre Attentate gegen Mitglieder der Besatzungsarmee, gegen französische Bürger, Händler, Beamte, Journalisten hinzu. Derartige Sitten unterstehen nicht mehr den Gesetzen des Krieges, sondern der Organisierung des kollektiven und privaten Mordes. Diese Solidarität im Verbrechen der Männer von London und von Moskau beweist weniger ihre Stärke als vielmehr ihre Furcht. Vergeblich werden sie versuchen, sich gegen die nationale Wiederaufrichtung Frankreichs, wie sie vom Staatschef Marschall Petain unternommen wird, aufzulehnen. Vergeblich werden sie versuchen, Frankreich mit dem Bürgerkrieg zu überziehen. Als Interpret der öffentlichen Meinung verurteilt die französische Regierung den Mord, verabscheut diese Verbrechen und wird sie nie vergessen.“

Mit größerer Vorsicht als London verhält sich Washington zu Vichy. Von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, über den nach dem Regierungsantritt Lavais in den USA so laut gesprochen wurde, hörte man neuerdings nur noch, daß dadurch nur wenig zu gewinnen sei und der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Senats erklärte sogar, die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen zu Vichy erscheine ihm wünschenswert. Es war sogar davon die Rede, daß die USA gewisse Exporte nach Französisch-Nordafrika wieder in Gang setzen wollten, und auch hinsicht-

lich der französischen Antillen hütete man sich in Washington sehr, die anfänglich so brüske Tonart fortzusetzen.

Das mit den Achsenmächten verbündete Japan hat im Monat Juni in durch ungeheure Entfernungen getrennten Gebieten eine erstaunlich vielseitige militärische und politische Aktion entfaltet. Nur wenig wird begreiflicherweise darüber bekannt, wie Japan die riesigen Land- und Seegebiete, die es seit seinem Kriegseintritt unter seine Herrschaft gebracht hat, militärisch sichert und wirtschaftlich organisiert. Aus Einzelmeldungen aber ergibt sich, daß dies offenbar mit großzügiger Planung, mit Konsequenz und Erfolg geschieht, und daß die dauernde Eingliederung dieser Gebiete in das japanische Reich mit allen Mitteln vorbereitet und durchgeführt wird. Durch einen neuen Handelsvertrag zwischen Japan und Indochina hat sich Japan den beträchtlichen Reisüberschuß Indochinas und die Ausfuhr wichtiger Rohmaterialien gesichert. In dem eroberten Burma bemüht sich Japan mit Erfolg um die Zusammenarbeit der Burmesen beim Neuaufbau Asiens. In Bangkok fand Ende Juni ein indischer Unabhängigkeitskongreß statt, zu dem der japanische Premierminister Tojo und Außenminister Togo Begrüßungstelegramme schickten. In dem Telegramm T o j o s heißt es:

„Indien für die Inder, das ist auch unser Ziel. Augenblicklich übt jedoch England noch immer Kolonialmethoden gegenüber dem indischen Volk aus. England unterhält in Indien nicht nur militärische Einrichtungen, sondern verstärkt dort auch täglich seine Streitkräfte. Japan ist fest entschlossen, die englischen Streitkräfte zu vernichten, solange sie sich in Indien aufhalten. Um daher Indien vor den Schrecken des Krieges zu bewahren, gibt es nur die Möglichkeit, daß entweder England seine Herrschaftsgelüste gegenüber Indien aufgibt, oder daß Indien aus eigener Initiative seine Beziehungen zu England ändert. Der gegenwärtige Kongreß in Bangkok, der die öffentliche Meinung der in Großasien lebenden Inder vertritt, findet in seinen Unabhängigkeitsbestrebungen meine vollste Unterstützung.“

Außenminister Togo stellte in seinem Telegramm fest, Japan habe schon mehrfach bekanntgegeben, daß es keine Beherrschungsabsichten gegenüber Indien habe, sondern die Befreiung des indischen Volkes wünsche. Japan sei andererseits entschlossen, den Zusammenbruch Englands und Amerikas herbeizuführen. Die Führer Indiens sollten die jetzige große Gelegenheit ergreifen, um durch einen weitsichtigen Standpunkt die Einigung des indischen Volkes zu erzielen. Wenn durch die Zusammenarbeit Indiens mit Japan, Deutschland und Italien das britische Empire vernichtet sei, dann gingen damit auch die Wünsche des indischen Volkes nach Freiheit und Unabhängigkeit in Erfüllung.

Für unsere Kriegsgegner England und die Vereinigten Staaten war der Monat Juni ein ausgesprochen schlechter Monat. Die schwere Niederlage der englischen achten Armee in Libyen, der schnelle Fall Tobruks und das rasche Vordringen Rommels bis in die Nähe Alexandriens lösten in England stürmische Kritik an der militärischen und politischen Führung aus, um so mehr, als die englische Propaganda, offenbar unter dem persönlichen Einfluß von Churchill, noch kurz vorher in Optimismus gemacht, von englischer Überlegenheit in Nordafrika gesprochen und baldige militärische Erfolge in Aussicht gestellt hatte. Die gleichzeitigen großen Erfolge der deutschen und verbündeten Truppen an der Ostfront, die schweren Verluste englischer Geleitzüge und die unaufhörlichen Versenkungen englischer und für England fahrenden Schiffsraums, brachten die Stimmung in England auf einen niedrigen Punkt und die Kritik an der Regierung zu um so stärkerer Entfaltung. Die Londoner Propaganda hatte es schwer, dagegen aufzukommen, sie wurde in den Strudel der Kritik mit hineingezogen.

Churchill weilte, als die Achsentruppen die achte englische Armee in Nordafrika zusammenschlugen und Tobruk nahmen, in Washington, wohin er im Flugzeug geeilt war, um bei Roosevelt Trost und Hilfe zu suchen, vielleicht auch, weil er als alter parlamentarischer Taktiker auf diese Weise am ehesten der Kritik zu entgehen hoffte. Tatsächlich operierten seine nächsten Anhänger in seiner Abwesenheit gegenüber der Kritik der Opposition und deren Forderung auf Churchills Rücktritt mit dem Argument, man müsse auf jeden Fall warten, bis Churchill zurück sei, und man dürfe keineswegs durch laute Kritik zu Hause die so wichtigen Verhandlungen des Premierministers in Washington stören. Churchill dehnte denn auch seinen Aufenthalt in den USA so lange aus, bis der Hauptsturm zu Hause vorüber war.

Über Churchills Verhandlungen in Washington hörte man während deren Verlauf zwar öfter typische Propagandameldungen, wie, beide „Staatsmänner“ hätten den ganzen Tag mit den und den Sachverständigen eifrigst beraten, oder sie hätten bis spät in die Nacht hinein gearbeitet, und nach Abschluß der Besprechungen gab es eine Verlautbarung über das engste Einvernehmen, die Absicht, die gemeinsamen Kriegsanstrengungen aufs höchste zu steigern, die Überzeugung, daß die Lage gegenwärtig besser sei als bei der ihrer Zusammenkunft; aber etwas Konkretes wurde nicht gesagt. Offensicht-

lich sahen sich die Verhandlungspartner außerordentlichen Schwierigkeiten gegenüber, und diese Tatsache leuchtet durch alle Kommentare und propagandistischen Zweckmeldungen deutlich hindurch. Churchill reiste in einem Moment schwerer Mißerfolge und auch persönlicher großer politischer Schwierigkeiten zu Roosevelt, der selbst unmittelbare Hilfe nicht bieten, sondern nur Versprechungen machen und Hoffnungen erwecken konnte. Die völlige Abhängigkeit Englands von den USA kam durch Churchills Besuch bei Roosevelt jedenfalls erneut zum Ausdruck.

131 Eines der Themen, die zwischen Churchill und Roosevelt besprochen wurden, war offensichtlich die Einrichtung der sogenannten „zweiten Front“, die von Moskau und allen seinen Beauftragten und Anhängern immer stürmischer gefordert wird. In der englischen und amerikanischen Presse wurde über die „zweite Front“ lebhaft diskutiert. Die einen waren dafür, die anderen dagegen, die Regierungen äußerten sich sehr vorsichtig. Um den bolschewistischen Verbündeten zu trösten und aufzumuntern, wurde eifrig von der Luftfront gegen Deutschland gesprochen. Durch Angriffe auf die Wohnviertel deutscher Großstädte, besonders auf Köln, und deren starke propagandistische Auswertung war man bemüht, sich selbst und die Sowjets glauben zu machen, daß so etwas wie eine zweite Front im Rücken Deutschlands wenigstens in der Luft schon existierte. Durch Presseerörterungen über die immer schwieriger werdende Lage der Schifffahrt infolge der steigenden Verluste bemühte man sich gleichzeitig darzutun, daß der Zeitpunkt für die Errichtung einer zweiten Front zu Lande, d. h. zu einer Landung großen Stils irgendwo an den Küsten Europas, noch nicht gekommen sei.

Die englisch-amerikanische Propaganda wirkte sehr zwiespältig. Einerseits kamen Kritik und schwere Sorge über die dauernden Niederlagen stark zum Ausdruck, andererseits wurde ein offensichtlicher Zweckoptimismus zur Schau gestellt, der dann wieder eingeschränkt wurde durch Hinweise auf die Unvollständigkeit der Rüstung, die Transportschwierigkeiten usw. Die innere Unsicherheit, Verlegenheit, ja Ratlosigkeit bei unseren Kriegsgegnern war eben trotz aller Propagandaregie nicht zu verbergen.

Auch über die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Englands sickerte manches durch. Man hörte, daß der gegenwärtige Krieg England bereits über zehn Milliarden Pfund, d. h. erheblich mehr als der ganze Weltkrieg, gekostet habe, daß die Reserven an Arbeitskräften erschöpft seien, daß großer Mangel an Facharbeitern bestehe, und daß England, das so laut die unerschöpflichen Hilfsquellen seines Empires zu preisen pflegte, Mangel an kriegswichtigen Rohstoffen habe. Hieß es doch Ende Juni in einem Aufruf des englischen Versorgungsministeriums: „Die Streitkräfte brauchen schleunigst ihren Gummi. Der Feind hat 90% der Weltvorräte an natürlichem Gummi in den Händen. Jedes Stückchen alten Gummis im Lande muß für Kriegszwecke Verwendung finden.“ England, in Friedenszeiten der größte Kohlenexporteur der Welt, hat jetzt große Brennstoffschwierigkeiten. Sie haben dazu geführt, daß die gesamte Kohlenindustrie unter staatliche Aufsicht gestellt wurde, weil einerseits die Kohlenförderung absinkt, andererseits die Rationierung der Kohle nicht recht funktioniert. England, das angeblich für Freiheit und Individualismus auch auf wirtschaftlichem Gebiet kämpft, sieht sich genötigt, in fortschreitendem Maße die Organisationsmethoden des verhaßten Gegners selbst anzuwenden.

132 Nichts kann jedoch mehr die Bedrängnis illustrieren, in der sich England befindet, als der am 26. Mai 1942 in London in Anwesenheit des sowjetrussischen Außenkommissars Molotow abgeschlossene und am 11. Juni veröffentlichte Bündnisvertrag im Kriege gegen Deutschland und seine Verbündeten in Europa und Vertrag über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung nach dem Kriege.“ Schon bald nach der Veröffentlichung dieses Vertrages wurde aus verschiedenen Quellen bekannt, daß das englisch-sowjetische Abkommen durch Geheimabmachungen ergänzt wurde, die jene Dinge enthalten, die man aus propagandistischen Gründen der Öffentlichkeit vorenthalten wollte. In der Geschichte der Diplomatie gibt es ja genügend Beispiele dieser Art. Eines der bekanntesten ist das englisch-französische Ententeabkommen von 1904, das in seinem nicht geheimen Teil eine Garantie für die Unabhängigkeit Marokkos enthielt, während geheime Sonderbestimmungen Marokko der französischen Unterwerfung öffnete. Ähnlich ist man in London hinsichtlich Europas verfahren. Während der veröffentlichte Bündnisvertrag im Artikel 5 scheinheilig auf Gebietserweiterungen und auf Einmischung in fremde Staaten verzichtet, liefert das Geheimabkommen nach der Veröffentlichung der schwedischen Zeitung „Göteborgs Morgenpost“ ganz Europa dem Bolschewismus aus, indem es u. a. vorsieht:

„1. Die Forderungen Moskaus hinsichtlich der strategischen Grenzen mit Finnland, den Baltenstaaten, Polen und Rumänien werden anerkannt. Ein Sonderabkommen wurde in bezug auf den Iran abgeschlossen.

2. Die meisten Grenz- und Nachbarländer der Sowjetunion, darunter Finnland, ein bestimmter Teil Nordskandinaviens, die Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien werden als sowjetische Interessensphäre anerkannt.

3. Als Garantie gegen künftige Angriffe der Achsenmächte wird der Sowjetunion das Recht eingeräumt, auf dem Wege von Pachtverträgen Stützpunkte und Garnisonen einzurichten. Der Sowjetunion wird außerdem die freie Durchfahrt von der Ost- zur Nordsee und vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer garantiert.

4. In einer Zusatzklausel zum veröffentlichten Artikel 3 des Paktes (außerordentliche Schutzmaßnahmen nach dem Kriege gegen einen neuen Angriff) wird der Sowjetunion das Recht eingeräumt, im Einvernehmen mit England eine militärische und politische Kontrolle über Finnland, Deutschland, Ungarn, Rumänien und Bulgarien auszuüben.

5. Beide Parteien verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß aus ganz Europa das nationalsozialistische und faschistische Regime sowie alle ähnlichen Regierungsformen vertrieben werden."

Wer ist bei diesen Abmachungen der Betrüger und wer der Betrogene? Sicher nimmt Molotow an, daß er der Betrüger sei. Aber ebenso sicher nehmen diesen Titel auch Churchill und sein Außenminister

133 Eden für sich in Anspruch. Sicher ist, daß, wenn der militärisch-politische Zweck des Vertrages erreicht würde, nämlich die Niederlage der Achsenmächte, England der Betrogene wäre. Denn in diesem Falle wäre Stalin der unbeschränkte Herr Europas, und weder England noch Amerika wären in der Lage, Europa oder auch nur einen wesentlichen Teil davon jemals dem Bolschewismus zu entreißen. Während seiner ganzen Geschichte hat England den europäischen Kontinent immer wieder seiner Machtpolitik geopfert. Aber das englisch-sowjetische Abkommen übertrifft alles bisher Dagewesene, freilich auch in dem Sinne, daß es eine völlige Verneinung der traditionellen englischen Politik der „Balance of Power“, des sogenannten Mächtegleichgewichts in Europa, bedeutet. War es nicht Sinn der englischen Kriegshetze gegen Deutschland und des gegenwärtigen Krieges, zunächst die Bildung Großdeutschlands und dann die Verwirklichung von dessen natürlichem Führungsanspruch auf dem Kontinent zu verhindern? Jetzt aber ist man bereit, denselben Kontinent nicht nur einer anderen Großmacht, der Sowjetunion, einfach zu überlassen, sondern damit zugleich dem Bolschewismus Tür und Tor zu öffnen und den Todfeind der eigenen demokratisch-plutokratischen Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur in Europa zur Herrschaft zu verhelfen.

Überdenkt man diese Zusammenhänge und die notwendigen Konsequenzen für den Fall, daß der Vertrag seinen Zweck erfüllen würde, so kann man keine andere Schlußfolgerung aus seiner Unterzeichnung ziehen, als daß England angesichts der drohenden Niederlage sich gegenüber Moskau zu Zugeständnissen bereitfand, die kaum anders als ein Akt der Verzweiflung angesehen werden können.

Eine Betrachtung der englisch-sowjetischen Abmachungen im einzelnen und ein Vergleich mit den sogenannten Hilfeleistungspakten, die die Sowjetunion unter Drohung mit Gewalt seinerzeit mit Estland, Lettland und Litauen abgeschlossen hat, würde interessante Ergebnisse zeitigen. Jene „Hilfeleistungsverträge“ waren ja bekanntlich nur der erste, freilich entscheidende Schritt zur Eingliederung der drei Staaten in die Sowjetunion und ihrer mit allen Mitteln brutalster Grausamkeit durchgeführten Bolschewisierung. Auch diese Verträge garantierten die Selbständigkeit dieser drei Staaten. Aber nachdem die Rote Armee mit riesigen Kontingenten die vereinbarten „Stützpunkte“ besetzt hatte, wurden mit Hilfe der örtlichen kommunistischen Kreise und mit allen Druckmitteln versteckter und offener Gewalt „Volksabstimmungen“ organisiert, die natürlich die Einverleibung in die Sowjetunion beschlossen. Dieser historische Vorgang zeigt, was von vertraglichen Verpflichtungen, die die Sowjetunion eingeht, und von Garantien, die sie bietet, zu halten ist; wie also der Schlußpassus von Artikel

134 5 des anglo-sowjetischen Abkommens, „keine territorialen Vergrößerungen für sich selbst zu suchen und nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzugreifen“ in Wirklichkeit zu verstehen ist. Die Verpflichtung, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, hat die Sowjetregierung ja auch sonst oft genug vertraglich übernommen und — ebenso oft gebrochen. Denn jede kommunistische Partei in jedem Lande, wo sie legal oder illegal existiert, wird von Moskau aus geleitet und finanziert.

Daß der englisch-sowjetische Vertrag Europa dem Bolschewismus ausliefern würde, wenn er seinen Zweck, die Vertragspartner zum Siege zu führen, erfüllen würde, steht also außer jedem Zweifel.

Wie die englische Politik, besonders die gegenüber der Sowjetunion, vom europäischen Standpunkt aus zu beurteilen ist, zeigt die Rundfunkrede des portugiesischen Ministerpräsidenten S a l z a r vom 26. Juni. Portugal steht bekanntlich mit England in einem jahrhundertalten Bündnisverhältnis. Dies gibt Salazars von hohem Verantwortungsgefühl getragenen Ausführungen eine besondere Bedeu-

tung. Salazar erklärte unter anderem, die portugiesische Regierung habe ihre Haltung zu den großen Problemen der Gegenwart klar festgelegt. Weiterhin führte er aus:

„Ich beziehe mich besonders auf die unweigerliche Verwirrung der Geister, die durch die anglo-russische Allianz hervorgerufen wurde, und auf die schmerzliche Beunruhigung, die sich allerorts, selbst im Schöße der sogenannten vereinigten Nationen, angesichts der Solidarität der englischen und der USA-Demokratie mit der Sowjetregierung bemerkbar macht. Wir würden nichts gewinnen, wenn wir die Augen schließen würden vor den vielleicht beängstigendsten Problemen unserer Zeit.“

Seiner Ansicht nach sei die „Überheblichkeit etwas anmaßend und voller Gefahren“, in der das englische Volk immun zu sein glaube gegen die Unordnung und den wirtschaftlichen und sozialen Kampf, der mehr oder minder ganz Europa nach dem letzten Krieg bis zur spanischen Tragödie angesteckt habe. Es gebe viele, die daran interessiert seien, aus einem eventuellen englischen Sieg einen ideologischen Sieg zu machen, der die Hauptverantwortlichen für die Unordnung und die Fehler in Europa in den letzten 20 Jahren an ihre Stellen zurückbringen solle. Niemand könne ernstlich annehmen, daß dieser Krieg zu dem Zweck begonnen wurde, um einige politische Regime wieder einzusetzen, die verbannt oder abgetan seien. Durch die Erfahrung sei die Tatsache bestätigt, daß Demokratie und Liberalismus sich im letzten Jahrhundert erschöpften. Der letzte Krieg sei das letzte große Ereignis, das die neuen Regime hervorrief infolge der allgemeinen Notwendigkeit, der Unordnung und dem Elend zu entfliehen, das er hinterließ. „Nur England hatte Schwierigkeiten, zu verstehen, daß das Auftauchen der neuen Regime ihm hier und da Möglichkeiten nehmen konnte, daß sie aber nichts wesentlich Antibritisches an sich hatten. Jetzt, mitten in der Schlacht, nimmt Großbritannien einige Vorteile der neuen Regime an. Es revolutioniert sein Leben und erfaßt die neue Zeit. Dies ist ihm nicht nur nötig, um den Krieg zu führen, sondern es hätte ihn möglicherweise verhindert, wenn es dies früher getan hätte. Dasselbe gilt für Amerika und für viele andere.“

135

Die Aufgabe, die der Wiederaufbau der Welt nach dem Kriege stellen werde, sei, wie Salazar sagte, unvereinbar mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Unordnung, in die Europa infolge des vorigen Krieges versank. Die gegenwärtige Epoche werde unter einem dreifachen Zeichen stehen: Der Autorität, der Arbeit und der sozialen Fürsorge. Keine Nation werde sich einer starken Autorität, kein Mensch werde sich der Pflicht der Arbeit, und kein Betrieb und kein Reichtum werde sich dem Kriterium seiner sozialen Nützlichkeit entziehen können.

Die Verhältnisse in Indien entwickeln sich weiter in einem für England durchaus ungünstigen Sinne. Auch aus dem Monat Juni gibt es eine ganze Anzahl von Äußerungen der indischen Führer, wie Gandhi und Nehru, die ihre Forderung auf völlige Unabhängigkeit Indiens unterstreichen und präzisieren. Offensichtlich finden fortlaufend Besprechungen zwischen den einzelnen Führern und den von ihnen repräsentierten Richtungen mit dem Ziele statt, über alle Unterschiede der Auffassungen hinweg zu einer einheitlichen Stellungnahme und Handlungen zu kommen, deren Sinn und Zweck die Unabhängigkeit Indiens, und zwar Gesamtindiens sein soll. Eine Bewegung allgemeinen Ungehorsams, d. h. allgemeiner passiver Resistenz, zeichnet sich deutlich ab. Von außerhalb Indiens wird von den indischen Führern und Gruppen, die in den von den Dreierpaktmächten beherrschten Gebieten leben, eine intensive Propaganda für die indische Unabhängigkeit geführt. In der Hauptstadt Thailands, Bangkok, wurde ein indischer Unabhängigkeitsrat mit Unterkommissionen und mit Zweigstellen in verschiedenen Ländern gegründet, eine deutliche Vorstufe zu einer unabhängigen indischen Regierung.

Nicht minder wie für England war auch für die Vereinigten Staaten von Nordamerika der Monat Juni ein ausgesprochen schlechter Monat. Im gesamten Pazifik waren die militärische Initiative und der Erfolg auf Seiten Japans. Im Atlantik hielten die ungeheuren, vielfach in unmittelbarer Nähe der amerikanischen Küsten stattfindenden Schiffsverluste an, und Marineminister Knox mußte in einer Erklärung vor dem Senat eingestehen, daß man bisher die U-Boot-Gefahr nicht bannen können. Die englischen Niederlagen erregten heftigen Unwillen in den USA, was sogar zur Forderung führte, Roosevelt die oberste Leitung der alliierten Kriegführung zu übertragen — eine fürchterliche Drohung für die Dreierpaktmächte, wenn man an die ununterbrochene Serie von Mißerfolgen und Niederlagen der amerikanischen Kriegführung selbst denkt!

136

Die USA, die immer so reichlich mit Prahlereien über die Unerschöpflichkeit ihrer Hilfsquellen umgingen und die früher nicht genug über Altmethylsammlungen in Deutschland spotten konnten, müssen nun selbst Einschränkungen, Rationierungen und Altmaterialsammlungen vornehmen. Roosevelt sah sich in einer Rundfunkansprache aus Anlaß des Beginns der Gummisammlung zu folgender Erklärung veranlaßt: „Weder die Lager, die wir haben, noch die Fabriken für synthetischen Gummi, die jetzt

gebaut werden, noch beide zusammen, reichen für den Bedarf unserer Armeen und Flotten, noch für den Zivilbedarf aus."

Über die Folgen des Unterseebootkrieges für die Vereinigten Staaten wußte die englische Zeitung „Evening Standard“ in einem Bericht aus Amerika Anfang Juni zu melden:

Seit Kriegseintritt der USA und vor allem aber seit Einsetzen der feindlichen U-Boot-Operationen an der amerikanischen Atlantikküste stellte die USA Schiffsraum nur noch für Kriegsmaterial und Truppentransporte zur Verfügung. Exporte in friedenszeitlichem Sinne des Wortes hätten für die amerikanische Handelsmarine so gut wie aufgehört. Das sei besonders klar auf einer in Chicago stattgefundenen Wirtschaftskonferenz zum Ausdruck gekommen. Hier habe man die gegenwärtige Lage des amerikanischen Exportwesens ganz kurz dahin zusammengefaßt, daß erstens nach Großbritannien nur noch Frachtraum für Kriegsmaterialsendungen und in keiner Weise mehr für Verbrauchsgüter des täglichen Lebens freigemacht werden, zweitens für Transporte nach Südafrika gar kein Schiffsraum, es sei denn für ganz besonders wichtiges Kriegsmaterial, in Frage komme, drittens mit Neuseeland bereits seit vier Monaten kein Warenaustausch mehr erfolge, viertens nach den Häfen der Karibischen See nur noch Heereslieferungen die USA verlassen, fünftens die nach Südamerika aus den USA abgehenden Schiffe derart mit Regierungstransportaufträgen überlastet seien, daß sie nur gelegentlich gewöhnliche Frachten mitnehmen könnten, sechstens mit Indien gar kein normaler Gütertausch bestehe und schließlich siebentens für Australien in den kommenden Monaten vielleicht einiger Frachtraum für nichtmilitärischen Zwecken dienende Verbrauchsgüter freigemacht werden müsse.

Um die Exportschwierigkeiten großer amerikanischer Ausfuhrfirmen durch ein praktisches Beispiel zu illustrieren, verweist „Evening Standard“ auf die in Friedenszeiten gewaltigen Ausfuhren des bekannten Einheitspreisunternehmens Woolworth. Dieser Firma sei es während der letzten drei Monate

136

trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen, ihre auf Kuba gelegenen Zweigniederlassungen mit Waren zu versorgen. Die ständigen Schiffsversenkungen seien einer der Gründe für diese akute Schiffskalamität der USA. Aber, so bemerkt das Blatt, selbst wenn kein amerikanisches Handelsschiff durch feindliche Aktionen unterginge, so stelle doch jede militärische Aktion der Alliierten neue und erhöhte Anforderungen an die seit Kriegseintritt Amerikas nicht wesentlich gesteigerte Handelsschiffstonnage.

In der „New York Herald Tribune“ wurde am 1. Juni festgestellt, das Haupthindernis für die Kriegsanstrengungen der USA sei nach wie vor die katastrophale Lage der eigenen Schifffahrt. Zwar baue man in den Werften der USA wie wild, doch hielten die Schiffsn Neubauten mit den Versenkungen nicht mehr Schritt. Die Schlacht, die zur Zeit zwischen den amerikanischen Werften und den feindlichen U-Booten tobe, sei bisher ausschließlich für den Feind siegreich verlaufen. Vor allem wisse man nicht, wie Deutschland seine U-Boot-Produktion in absehbarer Zeit noch steigern werde und welche neuen unerwarteten Rückschläge den Verbündeten noch blühten.

Was die Produktion von Kriegsmaterial angeht, deren angeblich unbegrenzte mengenmäßige Möglichkeiten von der angloamerikanischen Propaganda so unentwegt als der sicherste Garant des Sieges hingestellt wurde, so ist festzustellen, daß zahlreiche Stimmen vorliegen, die besagen, die Produktion genüge leider immer noch nicht den gestellten Anforderungen. Ihre Verteilung auf die verschiedenen Kriegsschauplätze mache viele Sorgen, da man sich vielfach nicht darüber einig sei, welcher Kriegsschauplatz besonders bevorzugt zu behandeln sei. Die erstrebte technische Überlegenheit über die Waffen der Achsenmächte sei keineswegs erreicht. Man müsse die englische und amerikanische Kriegsmaterialproduktion aufs engste koppeln und praktisch zu einer Einheit verschmelzen. Nicht wenige Stimmen sprachen von der Sorge, was die ganze Kriegsmaterialproduktion nütze, wenn man nicht genug Schiffe habe, um sie zu befördern, und wenn das Kriegsmaterial, das verschifft werde, nachher anstatt auf den Kriegsschauplätzen auf dem Grund der See ankomme.

Wie für England, so ist auch für die Vereinigten Staaten die Sowjetunion die große Hoffnung. Molotow traf am 29. Mai in Washington ein und verhandelte tagelang mit Roosevelt. Die Lieferung von Waffen war das Hauptthema. Auch die Notwendigkeit der Bildung einer zweiten Front zur Unterstützung der Sowjets in Europa wurde besprochen. Natürlich fehlte es auch nicht an hochtönenden Phrasen über die „gemeinsamen Anstrengungen für Friede und Sicherheit nach dem Kriege“ und die enge Zusammenarbeit in Friedenszeiten.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

Juli-Lieferung

(Nr. 69/70 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



Innenpolitik

- 100 Weitere große militärische Erfolge — Eroberung der Festung Sewastopol, Offensive im Donbogen, Einnahme von Rostow, starke Verluste der feindlichen Versorgungsschiffahrt — kennzeichnen die Geschehnisse im Monat Juli.
- Am 17. Juli meldete DNB, daß der Führer eine Tapferkeits- und Verdienstauszeichnung für Angehörige der Ostvölker gestiftet habe. Sie wird verliehen als Anerkennung für Tapferkeit und für besondere Verdienste im besetzten Ostgebiet. Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht ist beauftragt, Durchführungsbestimmungen für ihre Verleihung zu erlassen (siehe Seite 94).
- Das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes erhielt am 18. Juli der Oberbefehlshaber der im Mittelmeerraum und in Nordafrika eingesetzten Verbände der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Kesselring, als 15. Soldat der deutschen Wehrmacht.
- Anläßlich einer längeren Besprechung in seinem Hauptquartier verlieh Reichsmarschall Göring dem Reichsführer ff Heinrich Himmler als Zeichen kameradschaftlicher Verbundenheit der Luftwaffe mit der Waffen-SS das goldene Fliegerabzeichen mit Brillanten.
- Das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes erhielten folgende Soldaten der deutschen Wehrmacht: Als 104. Soldat Kapitänleutnant Rolf Mützelburg und Kapitänleutnant Adalbert Schnee am 15. Juli, Oberleutnant Erwin Clausen am 24. Juli und als 107. Soldat der deutschen Wehrmacht Oberleutnant Viktor Bauer, Staffelpkapitän in einem Jagdgeschwader, am 27. Juli.
- Am 14. Juli beging der Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Halder, sein 40jähriges Dienstjubiläum. Der verdienstvolle Offizier hat an den großen Operationen dieses Krieges entscheidenden Anteil. Durch die Verleihung des Ritterkreuzes nach dem Polenfeldzug und die Beförderung zum Generalobersten, die der Führer in der Reichstagssitzung vom 19. Juli 1940 nach dem Sieg im Westen ausgesprochen hat, sind Name und Persönlichkeit des jetzigen Chefs des Generalstabes auch der breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden.
- 101 Der Kampf gegen die feindliche Schiffahrt wurde auch im Juli mit unverminderter Energie weitergeführt. Insgesamt verlor der Feind im Monat Juli 815 000 BRT auf allen Meeren. Der schwerste Schlag wurde ihm versetzt durch die Vernichtung eines britisch-amerikanischen Geleitzuges, der durch das Nordmeer Murmansk und Archangelsk erreichen sollte. Der stark gesicherte Geleitzug von 38 Schiffen wurde im hohen Norden von deutschen U-Booten und Luftwaffenverbänden gefaßt und in pausenlosen, unerbittlichen Angriffen tagelang angegriffen. U-Boote und Kampfflieger vernichteten ein Schiff mit wertvollstem Kriegsmaterial nach dem anderen. Es gelang dem außergewöhnlich starken Geleitschutz nicht, die wertvollen Schiffe zu sichern. Die Regierungen der USA und Englands haben niemals genauere Einzelheiten von dieser Geleitzugkatastrophe bekanntgegeben. Sie haben sich wochenlang darum gedrückt, diesen schweren Schlag gegen ihre Schiffahrt zuzugeben. Auch auf anderen Meeren, an der amerikanischen Küste, im St.-Lorenz-Stronx, an der Westküste Afrikas und im Atlantik war die deutsche U-Bootwaffe erfolgreich. Die Frage des Tonnagemangels entwickelte sich für England und die USA zum Kardinalproblem in der Kriegführung. Es wird in seiner Bedeutung nur noch übertroffen und überschattet von den Katastrophenmeldungen, die von der russischen Südfront kommen, wo Timoschenko vernichtende Schläge einstecken muß. Der Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Admiral Fricke, äußerte sich in einer Unterredung, die er mit dem Hauptschriftleiter der DAZ, Dr. Silex, hatte, über Stand und Bedeutung des U-Boot-Krieges. Er stellte dabei fest, daß die Zahl der deutschen U-Boote ständig wachse und sicherlich die Neubauten der feindlichen Handelsschiffstonnage in ihrer Wirkung und Bedeutung übertreffe. Die große Zahl der deutschen U-Boote mache es auch möglich, den Feind auf allen Meeresfronten anzugreifen und dort zu schädigen, wo es im Sinne einer totalen Kriegführung notwendig sei. Schon jetzt lege der U-Boot-Krieg dem Feinde entscheidende Beschränkungen im Ansatz seiner Kräfte auf. Er sei zur Fessel der feindlichen Kriegführung geworden. Admiral Fricke nannte den U-Boot-Krieg die „Schlacht aller Schlachten“ (siehe Seite 62). Er sei überzeugt, daß Deutschland Schritt um Schritt dem Ziel der Lahmlegung des gesam-

ten feindlichen Kriegsapparats näherkommen werde und damit der siegreichen Entscheidung des Krieges überhaupt.

102 Am 24. Juli hat der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral R a e d e r , dem Befehlshaber der U-Boote, Admiral D ö n i t z , in Würdigung der seit einem halben Jahr in den amerikanischen Gewässern erzielten U-Boots-Erfolge ein Telegramm gesandt, in dem er ihm, den Kommandanten und tapferen Besatzungen für ihren unermüdlichen Einsatz seinen Dank und seine Anerkennung ausspricht. Insgesamt seien in den vergangenen 6 Monaten auf allen Meereskriegsschauplätzen 616 Schiffe mit 3 843 200 BRT versenkt worden, davon allein 467 Schiffe mit 2 917 000 BRT in amerikanischen Gewässern.

Von großer Bedeutung ist eine Erklärung der Reichsregierung und der königlich-italienischen Regierung über die Unabhängigkeit Ägyptens, die am 3. Juli in der deutschen und italienischen Presse veröffentlicht wurde (siehe Seite 96). Diese Erklärung, die in dem Grundsatz: „Ägypten den Ägyptern“ gipfelt, hat in Deutschland, vor allem aber bei den arabischen Ländern und in Ägypten größtes Interesse gefunden. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde darum auch eine Meldung aus Kairo aufgenommen, nach der Nahas Pascha in einer Geheimsitzung des ägyptischen Parlaments erklärt habe, daß Ägypten nicht in den Krieg eintreten werde und König Faruk auch das Land nicht verlassen wolle. Die in Berlin weilenden führenden Männer der arabischen Welt, der Großmufti von Jerusalem, Amin Husseini, sowie Ministerpräsident Raschid Ali el Gailani, äußerten sich zu dieser deutsch-italienischen Erklärung im Rundfunk. Der Großmufti führte u. a. aus, daß die großartigen Siege der deutsch-italienischen Truppen in Nordafrika große Freude im ganzen Orient hervorgerufen hätten. Die arabische Nation sehe in den Achsenstreitkräften Verbündete, die ihr helfen, ihre Ketten abzuwerfen und sich von ihren Feinden zu befreien. Ministerpräsident el Gailani erklärt, die Engländer hätten sich als die erbittertsten Feinde und grausamsten Unterdrücker der arabischen Länder entpuppt. England habe das Blut fremder Völker geopfert und sie nur mit Phrasen abgespeist, anstatt ihnen wirklich Freiheit, Gerechtigkeit und Selbständigkeit zu gewähren. Das geschichtliche Dokument der Achsenmächte über die Selbständigkeit Ägyptens mache es ihm zum Herzensbedürfnis, seinen ägyptischen Brüdern die feste Überzeugung von den guten Absichten der Achsenmächte der gesamten arabischen Nation gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Am 12. Juli feierte der Staatspräsident des Protektorats Böhmen und Mähren, Dr. H a c h a , seinen 70. Geburtstag. Der Führer ließ Präsident Hacha durch den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, Dr. Lammers, seine Glückwünsche und ein Handschreiben überreichen. In einer kurzen Notiz würdigte die deutsche Presse das politische Wirken Dr. Emil Hachas und unterstrich dabei im besonderen die historische Entscheidung, die er im März 1939 durch die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren getroffen habe, die im Erlaß des Führers vom 16. März 1939 ihre staatsrechtliche Festigung fand.

103 Dem D u c e , der am 28. Juli seinen 59. Geburtstag feierte, übermittelte der Führer auf telegraphischem Wege seine herzlichsten Glückwünsche. Er sprach damit die Gefühle des gesamten deutschen Volkes aus. Der Duce dankte dem Führer mit herzlichen Worten und versicherte, daß er als treuer und redlicher Kamerad fortfahren werde, mit dem Führer gemeinsam zu kämpfen.

Am 13. Juli erließ der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Albert Speer, einen Aufruf zur Mobilisierung der Eisenreserven an die deutschen Betriebsführer. Der Minister ging davon aus, daß die vom Führer geforderte Rationalisierung und Leistungssteigerung überragende Ergebnisse gezeitigt habe, die es ermögliche, die Produktion auf allen Gebieten der Rüstung zu erhöhen. Damit wüchsen auch die Anforderungen an Stahl. Um der deutschen Rüstungsindustrie auch in Zukunft den Stahl geben zu können, den sie für die Produktionssteigerung benötige, habe er dem Führer vorgeschlagen, durch eine umfassende Schrottaktion der deutschen Eisenerzeugung eine Reserve zu schaffen, die es ermöglichen soll, die notwendige Mehrforderung sicherzustellen (siehe Seite 153).

Eine Notiz von weittragender Bedeutung wurde am 28. Juli in der gesamten deutschen Presse veröffentlicht. Sie gab kurz und knapp davon Kenntnis, daß der Stand der Befestigungsarbeiten in Nordfrankreich im letzten Monat einen; Vergleich mit der Durchschnittsleistung der Westwallarbeiten aus den Jahren 1938/1939 zuließe. Mit über 200 000 Facharbeitern seien an der Kanalküste monatlich eine halbe Million Kubikmeter Stahlbeton verbaut worden. Rund 100 000 Kubikmeter Felswand wurden hierbei gesprengt und ausgebrochen. Zu den Tausenden bereits fertiggestellten Festungswerke kämen jetzt noch hunderte hinzu, die auf Grund der Erfahrungen dieses Krieges technisch auf das Vollkommenste ausgestattet wurden. Diese Veröffentlichung ist eine klare, wenn auch kurze, so doch sehr ein-

dringliche Antwort auf das vielfältige Geschwätz unserer Gegner von der sogenannten „Zweiten Front“.

Auf Einladung der Reichsregierung traf am 8. Juli der italienische Außenhandelsminister Raffaello Riccardi in Berlin ein, wo er zahlreiche Besprechungen mit Reichsminister Funk sowie anderen deutschen Persönlichkeiten über alle, beide Länder gemeinsam interessierende wirtschaftliche Fragen hatte. Am 10. Juli weilte der Gast der Reichsregierung in München. Hier hatten sich in der kleinen Aula der Universität neben den Reichsministern Funk und Rust zahlreiche Vertreter von Partei, Staat, Wehrmacht und des kulturellen Lebens aus Anlaß der Ehrenpromotion Minister Riccardis an der Münchener Universität eingefunden. In der Urkunde wird Minister Riccardi „Streiter für die Kultur und Ordnung Europas“ genannt. Im Anschluß an die Promotion hielt der italienische Außenhandels-

104

minister einen Vortrag über „Europas wirtschaftliche Selbstversorgung“.

Auf Einladung des Reichsministers der Finanzen, Graf Schwerin von Krosigk, weilte zu Anfang des Monats der königlich bulgarische Finanzminister, Bogiloff, zu einem mehrtägigen Besuch in der Reichshauptstadt. Der bulgarische Gast hatte in Berlin mehrere Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister, mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Weizsäcker. Der Besuch unterstrich das herzliche Einvernehmen, das zwischen Deutschland und Bulgarien seit vielen Jahren besteht.

Eine Delegation der türkischen Presse unter Führung des Abgeordneten Saddak und des Generaldirektors der türkischen Presse, Dr. Sarter, traf am 20. Juli auf Einladung der Reichsregierung in Berlin ein. Reichspressechef Dr. Dietrich gab zu Ehren der türkischen Gäste einen Empfang, bei dem auch Reichsminister Rosenberg, Generaloberst Fromm, Reichsarbeitsführer Hierl, Reichsjugendführer Axmann und mehrere Angehörige der türkischen Botschaft zugegen waren. Der Reichspressechef knüpfte an die gemeinsamen stolzen Erlebnisse aus dem Weltkriege an und würdigte sodann das große Aufbauwerk Kemal Atatürks, dem ähnliche revolutionäre Gedanken zugrundelägen wie dem Aufbauwerk des Nationalsozialismus. Der Reichspressechef betonte im Verlauf seiner Rede die Bedeutung der Pressearbeit für das Zusammenleben der Völker. „Um in der Publizistik der Forderung nach Objektivität gerecht zu werden“, so sagte Dr. Dietrich, „kann man nicht Wahrheit und ‚Lüge nebeneinandersetzen und sie damit gleichbewerten. Über verschiedene Auffassungen kann man verschiedener Meinung sein. Zwischen zwei Weltanschauungen kann man wählen. Aber zwischen Tatsachen und Lügen liegt die Wahrheit nicht in der Mitte. Zwischen ihnen kann ein Journalist nicht neutral sein.“ Der Leiter der türkischen Delegation dankte dem Reichspressechef und gab der Erwartung Ausdruck, daß der Besuch in Deutschland den Einblick der türkischen Pressevertreter in die großen Ereignisse der Zeit vertiefen und ihre Urteilskraft schärfen möge.

Am 6. Juli trafen in Berlin erneut zahlreiche Deutsche aus Südamerika ein, Mitglieder der deutschen Gesandtschaft und der deutschen Konsulate aus Paraguay sowie Reichsdeutsche aus diesem Lande. Sie wurden von Vertretern des Auswärtigen Amtes und der Auslandsorganisation auf dem Potsdamer Bahnhof willkommen geheißen.

Reichsarbeitsführer Hierl empfing am 16. Juli den Kommandeur des flämischen Arbeitsdienstes, van Thillo, der einen Informationsbesuch bei der Leitung des Reichsarbeitsdienstes abstattete. Bei

105

dieser Gelegenheit hatte van Thillo auch eingehende Besprechungen mit dem Chef des Stabes, Obergeneralarbeitsführer Dr. Decker.

Am Sonntag, dem 13. Juli, fand in Posen ein Appell dergermanischen Jugend statt. Es waren dort nahezu tausend Jungen und Mädels aus verschiedenen Ländern des Nordens und Westens unseres Kontinents angetreten, die sich freiwillig zum Landdienst im deutschen Osten gemeldet haben. In seiner Ansprache unterstrich Reichsjugendführer Axmann die Bedeutung der Sendung der Jugend in dieser geschichtlichen Zeit. Der Kriegseinsatz gab ihr das Gesetz des Handelns. Zu den zehntausenden deutscher Jungen und Mädels gesellten sich nun im Osteinsatz 1000 Freiwillige aus den anderen germanischen Ländern. Der Landdienst sei die große Bewegung der Jugend zum Bauerntum. Bauerntum und deutscher Osten seien aber unzertrennbar verbunden. Die Arbeit im deutschen Osten verlange eine idealistische und begeisterungsfähige Jugend, die mit freudiger Hingabe und mit heiligem Ernst am Werk Adolf Hitlers baue. Der Reichsjugendführer hieß dann die Freiwilligen herzlich willkommen und sagte: „Ihr seid der Stoßtrupp eurer jungen aufsteigenden Bewegung. Durch euch spricht die neue Zeit. Wie früher die germanischen Stämme gemeinsam gegen das europabedrohende Chaos kämpften, so streiten heute die tapferen germanischen Freiwilligenverbände an unserer und der Verbündeten Seite gegen den verderbenbringenden Bolschewismus.“ Das gemeinsam geopfert Blut schweiße die Jugend noch fester zusammen. Nun folge sie auch gemeinsam mit der Pflugschar dem Schwerte des

Soldaten. „An diesem Tage des Einrückens germanischer Freiwilliger in die Landdienstlager sprechen wir die Gewißheit aus, daß einmal der Tag kommen wird, da die germanische und europäische Jugend über die Trümmer einer alten zusammenbrechenden Zeit hinwegmarschiert.“ Aus dem Rechenschaftsbericht des Reichsjugendführers über die Landdienstarbeit der HJ ging hervor, daß 30 000 Jungen und Mädels freiwillig dem Rufe zum deutschen Boden Folge geleistet haben. Sie haben sich damit einer in den Frieden weisenden geschichtlichen Aufgabe mitten im Kriege zur Verfügung gestellt und zum Teil ihre neuen Wirkungsstätten bereits bezogen. Mit der deutschen Jugend haben sich tausend germanische Freiwillige eingereiht in die Front der jungen Pioniere für ein neues Bauerntum. Die Zusammenarbeit der europäischen Jugend hat damit auf einem neuen Sektor zu einem weiteren, besonders bedeutungsvollen Ergebnis geführt.

Auf einem der Ausleselehrgänge, die von der deutschen Arbeitsfront und der Hitlerjugend gemeinsam durchgeführt werden, gab Reichsjugendführer A x m a n n in Vogelsang einen Bericht über die im

106 Sinne des praktischen Sozialismus durchgeführten Maßnahmen der Begabtenförderung u n g. Auch im Kriege wurde die Aufgabe, die natürlichen Anlagen der Jugend zur höchsten Meisterschaft zu entwickeln, nicht unterbrochen. Im Frieden diene das gewaltige Werk des Reichsberufswettkampfes der Auslese der beruflich Tüchtigsten. Im Kriege aber hätten die Ausleselager die Aufgabe, für die Begabtesten eine weitere Fortbildung und Förderung zu gewährleisten. Die Aufgaben des Reiches seien heute so gewaltig, daß neben der Zahl seiner Menschen die Leistung und das Können des einzelnen von entscheidender Bedeutung seien. Durch die Leistung des einzelnen werde auch die Leistung der Gemeinschaft gesteigert. Damit ist der Begabtenförderung im Kriege eine breite Grundlage gewährt worden. Allein im Jahre 1941 wurden 36 Jungen- und Mädellager für die Reichsauslese durchgeführt. Die Teilnehmerzahl in der Berufsgruppe „Metall“ betrug allein 1130 Jugendliche. Die harte und gerechte Auslese nach Leistung und Charakter zeitigt Ergebnisse, an denen Partei, Staat, Wirtschaft und Wehrmacht gleichermaßen lebhaftesten Anteil nehmen.

Am 13. und 14. Juli versammelten sich in Berlin die Leiter der Reichspropagandaämter zu einer Arbeitstagung, bei der Gauleiter Sauckel, die Staatssekretäre Backe, Dr. Ganzenmüller und Gutterer über ihre Arbeitsgebiete sprachen. Gauleiter Sauckel berichtete über den ihm vom Führer erteilten Auftrag zur Herbeiführung ausreichender Arbeitskräfte für die erhöhte Anforderung der deutschen Wirtschaft. Gauleiter Sauckel zeigte, wie es ihm gelungen sei, unter Ausschöpfung aller erreichbaren Gebiete diesen Auftrag zu erfüllen. Er gab insbesondere interessante Zahlen über die Arbeitskraftanwerbung aus Frankreich und aus den besetzten Ostgebieten. Staatssekretär Backe gab Einblick in das komplizierte Gebiet der Ernährungswirtschaft. Er ließ erkennen, daß die Ernährung des deutschen Volkes, ja des Kontinents durch weitausschauende Planung und Zusammenfassung aller verfügbaren Arbeitskräfte und Maschinen auch im kommenden Jahre gesichert sei. Aus den Ausführungen des Staatssekretärs ging hervor, daß die Auswinterung des Brotgetreides im vergangenen Winter außergewöhnlich hohe Maße angenommen habe, die aber durch beispiellosen Einsatz des deutschen Landvolks, zum großen Teil durch Neusaat und den vermehrten Anbau von Kartoffeln ausgeglichen worden ist. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Staatssekretärs Backe über die zu erwartenden Ernteerträge im Ostland, die sich als eine wesentliche Hilfe in der Ernährungswirtschaft erweisen werden. Staatssekretär Dr. G a n z e n m ü l l e r sprach über den sogenannten Engpaß in der Transportlage. Er berichtete, daß es möglich gewesen sei, größere Aufträge für rollendes Material von der Rüstungsindustrie abzuzweigen, so daß eine Besserung der Transportbedingungen zu erwarten sei.

107 Hinzu komme, daß der Waggonumlauf durch sinnvolle Maßnahmen beschleunigt wurde und ein großer Teil des Güterverkehrs auf die Binnenschifffahrt umgelagert wurde. — Die Tagung fand ihren Abschluß in einer Rede des Reichsministers Dr. Goebbels, die den Propagandisten einen umfassenden Überblick über die militärische und politische Lage gewährte. Der Minister zeigte auf, wie heute an der Ostfront die vom Führer während des vergangenen harten Winters beschlossenen Abwehrmaßnahmen ihre großartige Rechtfertigung fänden. Die feindlichen Propagandalügen über die Zerstörung der deutschen Wehrkraft seien in sich zusammengebrochen und machten einem zunehmenden Pessimismus auf der Feindseite Platz. Der Kampf werde auch weiterhin äußerst hart sein und von allen den letzten Einsatz fordern. Dennoch berechtige die Lage zu stärkstem Vertrauen in die weitere Entwicklung. Sieg um jeden Preis sei und bleibe die Parole.

Bei einer Universitätsveranstaltung in Heidelberg sprach in der dichtbesetzten Aula Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank über das Thema „Der Rechtsgedanke und die Neuordnung Europas“. Dr. Frank ordnete in seiner Rede das kriegerische Geschehen der Zeit ein in die großen weltgeschichtlichen Zusammenhänge und umriß dann die Rechtsgrundlage der zukünftigen europäischen Neuord-

nung. „Das Großdeutschland Adolf Hitlers und das Italien Mussolinis haben sich“, so führte er aus, „zusammengefunden, um eine europäische Rechtsordnung zu schaffen, an der die anderen Völker und Staaten auch ihren Anteil haben werden. Es wird eine Gemeinschaft auf diesem so oft zerrissenen europäischen Kontinent entstehen, die niemand mehr ungestraft angreifen darf. Niemand wird unterdrückt, sondern alle werden zur freiwilligen Mitarbeit aufgerufen, zur Sicherung der ewigen kulturellen Werte. Europas Jugend, die aus dem Kampf gegen den Bolschewismus zurückkehrt, wird sich mit Fanatismus diesem kulturellen Wiederaufbau zur Verfügung stellen.“ In der zukünftigen Rechtsordnung des deutschen Volkes gebühre aber dem Rechtswahrer ein wichtiger Platz, denn er sei der Diener, Träger und Arbeiter des deutschen Rechts. Dr. Frank forderte die akademische Jugend auf, sich der Rechtswissenschaft zuzuwenden als einem der bedeutungsvollsten Studien in der völkischen Gemeinschaft. „Der Richter“, so erklärte er, „ist eine der germanischen Gemeinschaftsgestalten. Er hat dafür zu sorgen, daß seine Entscheidungen nur nach dem Gesetz und nicht nach anderen Gesichtspunkten gefällt werden. Niemand wird verurteilt, ehe er gehört wird und jeder kann sich verteidigen. Das ist altes deutsches und germanisches Recht. Mit dem Recht hängt auch die Menschlichkeit zusammen. Die künftige Neuordnung Europas kann diese Gerechtigkeitsübung nicht entbehren!“

108 Am 10. Juli wurde das Ergebnis der Altkleider- und Spinnstoffsammlung veröffentlicht. Es wurden gespendet: An Männerkleidung: 5 680 145 Stück Anzüge, Jacken, Westen, Hosen und Mäntel; an Frauenkleidung: 4 413 743 Stück Kleider, Mäntel, Blusen, Jacken, Röcke und Kittel. Hinzu kommen große Mengen an Wäsche und sonstigen Bekleidungsstücken. Insgesamt wurden 51 467 400 kg Spinnstoffe bei den Sammelstellen abgeliefert und der Verwertung zugeführt. Mit den gespendeten Altkleidern können etwa 2% Millionen Männer und 2 Millionen Frauen eingekleidet werden, die an wichtigen Arbeitsplätzen in der Kriegsindustrie verpflichtet worden sind.

Ein weiteres glänzendes Zeugnis für die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes erbrachte die erste Straßensammlung des Kriegshilfswerkes für das Rote Kreuz vom 27. und 28. Juni. Es hatte ein vorläufiges Ergebnis von 29 338 904 RM. Das Ergebnis der gleichen Sammlung im Vorjahre betrug 21 887 614 Reichsmark. Die diesjährige Sammlung weist somit eine Zunahme um 34% auf.

Am 27. Juli gab das Oberkommando der Wehrmacht bekannt, daß im Rahmen der Truppenbetreuung eine neue schnelle Verbindungsmöglichkeit von der Front zur Heimat geschaffen worden ist, die den Frontsoldaten jeden Dienstgrades in dringenden Fällen offensteht: das Kuriertelegramm Front — Heimat. Es ermöglicht den Frontsoldaten in dringenden persönlichen Angelegenheiten ihren Angehörigen in der Heimat Nachrichten schneller zukommen zu lassen, als es mit der Feldpost möglich wäre. Außer der Anschrift darf das Kuriertelegramm 8 Worte umfassen. Es wird vom Felde durch Wehrmachtdraht nach Berlin übermittelt und von dort per Brief an die Heimatanschrift. Das Kuriertelegramm wird dazu beitragen, in vielen Fällen die sorgenvolle Ungewißheit, die bisher oft um das Schicksal der Frontsoldaten in der Heimat schwebte, zu bannen. Seine Einführung ist weiterhin ein Beweis für die hervorragende Leistungsfähigkeit der Nachrichtentruppe, die als Führungstruppe des Heeres auf ihrem Europa umspannenden Netz nicht nur den gesamten militärischen Nachrichtenverkehr trägt, sondern darüber hinaus noch diese neue Aufgabe übernehmen kann.

Der mit der Führung der Geschäfte des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren beauftragte SS-Oberstgruppenführer und Generaloberst der Polizei Daluge hat mit Wirkung vom 3. Juli 1942 den über das gesamte Protektorat Böhmen und Mähren verhängten Ausnahmezustand aufgehoben. Die Standgerichte bleiben jedoch noch zur Aburteilung der in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Anschlag auf SS-Obergruppenführer Heydrich begangenen Straftaten zuständig.

109 Verschiedene Großkundgebungen der Partei wiesen der Bevölkerung die politische Richtung auch im Monat Juli. So erlebte S t r a ß b u r g am 6. Juli die eindruckvollste politische Kundgebung seit seiner Rückkehr ins Reich. Reichsstatthalter und Gauleiter Robert Wagner übergab den zum Appell angetretenen politischen Leitern die ersten 250 Hoheitsfahnen für die elsässischen Ortsgruppen mit dem alten Straßburger Bannerspruch „Viel lieber gestritten und ehrlich gestorben, als Freiheit verloren und Seele verdorben“. Anschließend sprach Reichsorganisationsleiter Dr. Ley vor rund 15 000 Volksgenossen. Seine Rede war ein flammender Appell an die Elsässer zur Mitarbeit an dem großen Aufbauwerk des Führers. „Wir erkaufen das tägliche Brot nicht mit politischen Konzessionen, wie andere Völker es wohl tun, sondern beseitigen die Ausbeutungsherrschaft Englands und des Judentums über die Welt.“ In diesem Ringen, das weltweite Ausmaße angenommen hat, könne kein deutscher Mensch unbeteiligt beiseite stehen.

Am 20. Juli sprach der Reichsorganisationsleiter bei einem Kreistage im Industriegebiet Esch in Luxemburg. Die deutsche Bevölkerung war aus allen Teilen des Luxemburger Landes gekommen, um

diesen Aufruf an ihr nationales Gewissen zu hören. Gauleiter Simon unterstrich bei dieser Gelegenheit die Treue der Luxemburger Bevölkerung zum Großdeutschen Reich, die sich insbesondere in der großen Zahl der Kriegsfreiwilligen dokumentiere. Die Bevölkerung bringe darüber hinaus ständig zahlreiche Beweise ihrer deutschen Gesinnung zum Ausdruck.

Bei einer Arbeitsbesprechung in Berlin berichteten am 25. Juli die Reichsschulungsbeauftragten der Partei und der Gliederungen dem Beauftragten des Führers für die weltanschauliche Schulung und Erziehung der NSDAP., Reichsleiter Alfred Rosenberg, über die Leistungen des vergangenen Schulungsjahres und die Planungen der zukünftigen Arbeit. Reichsleiter Rosenberg umriß in einer Ansprache die Richtlinien, durch die die einheitliche Schulung der gesamten Partei gewährleistet bleiben müsse. Zugleich eröffnete Reichsleiter Rosenberg den ersten Lehrgang über die von ihm gestellten Reichsthemen für das Schulungsjahr 1942/43 mit einer weitausholenden Rede.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz hat die Anrechnungsbestimmungen für die steuerliche Erfassung des Trennungszuschlages vom 1. Juli 1942 an einheitlich geregelt. Er hat dabei den Höchstbetrag des Trennungszuschlages, den das Arbeitsamt für Dienstverpflichtete und Gleichgestellte nunmehr unter Anrechnung aller betrieblichen Leistungen gewähren kann, im Reichsgebiet auf wöchentlich 22.40 RM, kalendertäglich 3.20 RM, heraufgesetzt.

110 Zur Eröffnung des Kriegseinsatzes der deutschen Studenten sprach am 10. Juli der Bevollmächtigte Vertreter des Reichsstudentenführers im Kriege, Dr. G m e l i n, in zwei großen Kundgebungen vor Dozenten und Studenten in Rostock und Hamburg. Während die in der Heimat verbliebenen Studenten im Semester mit allen Kräften ihrer wissenschaftlichen Arbeit nachgehen, opfern sie, so betonte Dr. Gmelin, in selbstverständlicher Pflichterfüllung einen Teil ihrer Semesterferien in Rüstung und Landwirtschaft und stellen damit ihre Fachkräfte in den Dienst des Sieges.

Ende Juli wurde die Segelfliewerschule Ith bei Hannover mit einer Eröffnungsfeier ihrer Bestimmung übergeben. 1934 wurde der erste Ith-Wettbewerb ausgetragen, 1939 wurden hier Höhenflüge über 4000 Meter ausgeführt, außerdem Streckenflüge über 320 Kilometer und ein Zielflug nach Frankfurt a. M. Die jetzt eingeweihte Reichssegelfliewerschule verfügt über massive steinerne Bauten, ein mehrstöckiges Unterkunftshaus sowie Werkstätten. Alterfahrene Segelflieger sind als Fluglehrer eingesetzt. Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren hat im Einvernehmen mit den übrigen zuständigen Reichsbehörden eine Forschungsanstalt geschaffen, die den Namen „Reinhard-Heydrich-Stiftung, Reichsstiftung für wissenschaftliche Forschung in Prag“ führt. Ihre Aufgabe ist es, die völkischen, kulturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Böhmens und Mährens sowie der ost- und südosteuropäischen Räume zu erforschen. Mit dem Aufbau der Reichsstiftung wurde der Sonderbeauftragte des Reichsprotectors für die slawischen wissenschaftlichen Einrichtungen und Inhaber des Lehrstuhls für Volkslehre und Nationalitätenkunde an der Karls-Universität, Dr. Hans Joachim Beyer, beauftragt. Mit der Schaffung dieser Prager Forschungsanstalt wird ein besonderer Wunsch des gefallenen Stellv. Reichsprotectors SS-Obergruppenführers Heydrich erfüllt. Ihm lag daran, die älteste deutsche Universität in den Rang einer großen Reichsuniversität zu erheben.

Am 4. Juli wurde in München im Haus der Deutschen Kunst die Große Deutsche Kunstausstellung durch eine Ansprache des Reichsministers Dr. Goebbels feierlich eröffnet. Der Minister würdigte die künstlerische wie auch die große kulturpolitische Bedeutung dieser Ausstellung. Erneut unterstrich Reichsminister Dr. Goebbels, daß das nationalsozialistische Deutschland auch im Kriege und gerade im Kriege seine kulturelle Sendung durch eine solche Ausstellung dokumentieren wolle. Der Minister wies auf einzelne Künstler hin, deren Werk in besonderem Maße das Problem des Krieges und seine vielfältige Gestalt mit den Mitteln der Kunst bewältigt haben.

111 Dem Vorkämpfer für nationalsozialistisches Ideengut, Prof. Dr. h. c. Ernst K r i e c k, brachten Partei, Staat, Reichsstudentenführung und Universität Heidelberg zu seinem 60. Geburtstag am 8. Juli besondere Ehrungen dar. Der Führer hat dem Jubilar in Würdigung seiner Verdienste um die deutsche Wissenschaft und in Anerkennung seines kämpferischen Einsatzes für die nationalsozialistische Volkswerdung die Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft verliehen. — Dem Dichter Bruno Brehm übersandte der Führer zum 50. Geburtstag ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm. Auch Reichsminister Dr. Goebbels übermittelte dem Dichter in dankbarer Anerkennung seiner großen dichterischen Leistungen telegraphisch seine Glückwünsche.

Am 22. Juli feierte Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, der Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, seinen 50. Geburtstag. In einem Handschreiben übermittelte der Führer dem Reichsminister seine Glückwünsche und ließ ihm zugleich sein Bild mit Widmung überreichen.

In den ersten Tagen des Juli starb in München der bedeutende Architekt und ord. Prof. an der Technischen Hochschule München, der Präsident der Münchener Akademie der Künste, Dr. phil. h. c. German Bestelmeyer, im Alter von 68 Jahren. Bestelmeyer war einer der großen Baumeister der neueren Zeit, der sich durch zahlreiche bedeutsame Bauten, unter ihnen die Bibliothek des deutschen Museums, der Ausbau der Technischen Hochschule in München, mehrere Kirchen und das Luftkreiskommando in München einen Namen gemacht hat. Der Führer ehrte den großen Architekten durch ein Staatsbegräbnis. Der Trauerakt fand am 6. Juli in der Universität zu München statt. Der Beauftragte des Führers, Generalbaurat Prof. Giesler, hielt die Gedenkrede, in der er einen ausführlichen Überblick über Leben und Wirken German Bestelmeyers gab, der stets außerhalb des Kampfes um die Tagesmode stand und stets das Gesetz des Schönen in der Zweckmäßigkeit des Einfachen suchte.

Am 24. Juli starb in München im 74. Lebensjahr der bekannte nationalsozialistische Publizist und Kulturschriftleiter Josef Stolzing-Cerny. Der Verstorbene gehörte zu dem ersten Kreis nationalsozialistischer Journalisten, die sich um Dietrich Eckart sammelten. Zusammen mit Alfred Rosenberg und Wilhelm Weiß arbeitete er schon 1922 in der Schriftleitung des „Völkischen Beobachters“. Der Führer ordnete für Stolzing-Cerny ein Parteibegräbnis an. SA-Brigadeführer Hans Zöberlein zeichnete in der Trauerrede den Werdegang, den Charakter und das Wirken Stolzing-Cernys. Gauleiter Paul Giesler legte an der Bahre den Kranz des Führers nieder.



Artenpolitik

112 Deutschlands Politik und Kriegführung sehen wir im Monat Juli, dem mit dem August den Höhepunkt des Sommers darstellenden Monat, ähnlich wie in den früheren Jahren des Krieges, auf der Höhe glänzenden Erfolges. An der Ostfront hat sich die große Sommeroffensive der deutschen und verbündeten Truppen voll entwickelt. Die gegnerische Front wurde auf einer Länge von fünfhundert Kilometern zum Einsturz gebracht und die deutschen Linien vorgetragen bis zu der Industriestadt Woronesch jenseits des Don, sie erreichten diesen mächtigen Strom südlich Woronesch fast auf der ganzen Länge bis zur Mündung, überschritten ihn in breiter Front und rückten tief in das Gebiet zwischen Don und Kaukasus vor. Im nördlichen Frontabschnitt wurde in der Gegend von Rschew eine feindliche Armee eingeschlossen und vernichtet. Alle bolschewistischen Entlastungsversuche in der Mitte und im Norden der Ostfront wurden abgewiesen.

Schon oft ist von der Publizistik unserer Gegner hervorgehoben worden, Deutschland gelinge es, einen seiner Gegner nach dem anderen zu erledigen. Diese Feststellung ist in letzter Zeit sorgenvoll wiederholt worden. Man betonte ihr gegenüber die dringende Notwendigkeit einer zweiten Front in Europa, d. h. des Versuchs, irgendwo in Westeuropa anzugreifen, um den Sowjets Entlastung zu bringen. Aber alle Hilferufe Moskaus haben London noch nicht dazu gebracht, dieses Wagnis zu unternehmen. England hat vielmehr da, wo wirklich eine zweite Front existiert, in Nordafrika, eine schwere Niederlage erlitten und sieht seine Stellung in Ägypten und im ganzen Vorderen Orient aufs schwerste bedroht.

Es ist unseren Kriegsgegnern auch im Monat Juli nicht gelungen, ihre Kräfte zu vereinigen oder auch nur zu einem gleichzeitigen Einsatz nach einheitlicher Planung zu bringen. Soweit sie überhaupt kämpfen und nicht wie Amerika sich erst auf den Kampf vorbereiten wollen und vorläufig von Kriegsplänen und Hoffnungen auf künftige Taten ihre Propaganda nähren, erfolgt dieser Einsatz getrennt auf weit voneinander entfernten Kriegsschauplätzen, zu denen die Transporte mit Nachschub an Menschen und Material über viele tausend Kilometer Seeweg bei stets mehr schwindender Tonnage
113 und immer stärkerer Gefährdung durch die kriegerische Gegenwirkung Deutschlands und seiner Verbündeten geht.

Ganz anders die Dreierpaktmächte. Im Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 17. Juli hieß es: „An den großen Operationen im Südabschnitt der Ostfront sind die verbündeten Truppen in starkem Maße beteiligt. Seit dem 29. Juni kämpft eine ungarische Armee an deutscher Seite. Seit den ersten Julitagen stehen eine italienische Armee, zu der auch das seit August 1941 an der Ostfront einge-

setzte italienische Expeditionskorps gehört, ein rumänisches Armeekorps, das sich bereits in der Schlacht bei Charkow ausgezeichnet hat, sowie ein kroatischer Verband im Kampf gegen die Armeen Timoschenkos." Der tägliche finnische Heeresbericht bringt uns jeden Tag nahe, daß die gesamte Volkskraft Finnlands an unserer Seite kämpft. Im Mittelmeer und in Nordafrika und in weiten Gebieten des Atlantik kämpfen zu Lande, zu Wasser und in der Luft die deutsche und die italienische Wehrmacht in engster und erfolgreichster Kameradschaft. Einheit und planvoller gemeinsamer Einsatz auf Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten, Zersplitterung, mangelnde Planung und geographische Trennung auf der Seite unserer Gegner, dies ist das Bild, das der Krieg auf der Höhe seiner Entwicklung im Sommer 1942 zeigt. Je weiter sich die von Deutschland und seinen Verbündeten besetzten oder durch ihre Waffen beherrschten Gebiete ausdehnen, um so größer werden die Entfernungen, die unsere Kriegsgegner voneinander trennen, um so länger und gefahrvoller die Verkehrswege, die sie zueinander haben, um so schwieriger also das militärische Zusammenwirken und die Möglichkeit der Kräftesteigerung durch Kräftekombination.

Die vollständige Vernichtung eines Geleitzuges von 38 Schiffen im Nördlichen Eismeer durch deutsche Luft- und Seestreitkräfte zwischen Spitzbergen und dem Nordkap, eine würdige Parallele zur Vernichtung des größten Teiles zweier englischer Geleitzüge im Mittelmeer im Juni d. J., die riesigen Erfolge des U-Boot-Krieges im ganzen Nord- und Mittelatlantik sind hierfür ebenso Beweis wie die Tatsache, daß englisches und amerikanisches Kriegsmaterial vom Persischen Golf über den Iran und das Kaukasusgebiet heute kaum noch den mittleren und nördlichen Abschnitt der Ostfront erreichen kann. Ein ähnlich bedrohliches Bild für unsere Kriegsgegner zeigt sich im großasiatischen Raum, wo das China Tschiangkaischeks von englischen und amerikanischen Lieferungen abgeschnitten ist und die Wege nach Australien und Indien durch Japans Luft- und Seestreitkräfte bereits schwer bedroht sind.

Obwohl Japan von seinen Verbündeten noch immer Tausende von Kilometern getrennt ist, wirkt der Kriegseinsatz der Dreierpaktmächte als eine geschlossene Einheit. Dies ist nirgends deutlicher als

114 hinsichtlich des Kampfes gegen die feindliche Versorgungsschiffahrt. Konnte Deutschland im Monat Juni 886 000 Tonnen feindlichen Handelsschiffsraums als versenkt melden, so gab das japanische Hauptquartier am 18. Juli bekannt, daß von Anfang Juni bis Anfang Juli von japanischen U-Booten im westlichen Indischen Ozean und in südafrikanischen Gewässern fünfundzwanzig feindliche Schiffe mit insgesamt 200000 Tonnen versenkt wurden.

Der einheitliche militärische und zugleich politische Einsatz der Achsenmächte im Mittelmeer und in Nordafrika gipfelte in der am 3. Juli veröffentlichten gemeinsamen Erklärung der deutschen und italienischen Regierung zur ägyptischen Frage (siehe Seite 96).

Der Parole zufolge: „Ägypten den Ägyptern“ kommen die Truppen der Achse also als Befreier von der englischen Beherrschung und Ausnützung nach Ägypten. Die Veröffentlichung dieser Erklärung in dem historischen Moment, wo die Truppen der Achsenmächte vor den Toren Alexandriens stehen, ist ein Akt von hoher politischer Bedeutung, der zum militärischen den politischen Offensivstoß hinzufügt. Es liegt in der gleichen Linie, wenn politische und religiöse Führer, wie der Großmufti von Jerusalem oder der von den Engländern aus Bagdad vertriebene frühere irakische Ministerpräsident el Gailani sich an die Völker des Vorderen Orients wenden, um ihre geistige Ausrichtung auf die bevorstehende Befreiung zu fördern. In gleicher Weise geschieht dies von außerhalb der Grenzen Indiens" durch indische Nationalistenführer hinsichtlich der Völker Indiens.

Das deutsch-italienische Bündnis fand am 29. Juli durch den herzlichen Telegrammwechsel zwischen dem Führer und dem Duce einen für die Interessengemeinschaft der beiden Völker, ihre Waffenbrüderschaft und für das Freundschaftsverhältnis zwischen den beiden großen Gestalten ihres Schicksals gleich symbolhaften Ausdruck, während der Gegenbesuch des Marschalls Mannerheim beim Führer Anfang Juli in ähnlichem Sinne die deutsch-finnische Kampfgemeinschaft unterstrich.

Wie sehr der Kampf gegen den Bolschewismus im ganzen europäischen Raum eine gemeinsame Angelegenheit aller Völker ist, unabhängig davon, ob sie am Krieg gegen die Sowjetunion teilnehmen oder nicht, zeigt der Prozeß gegen die Führung der illegalen kommunistischen Partei Bulgariens, der am 6. Juli in Sofia gegen 52 Angeklagte begann, zeigt ebenso die völkerrechtswidrige Torpedierung schwedischer Handelsschiffe in den schwedischen Hoheitsgewässern durch sowjetische U-Boote, gegen die Schweden in Moskau scharf protestierte. Das schwedische Außenministerium erklärte zu einem sowjetischen Dementi über diese Torpedierungen, es sei bekannt, daß sowjetische U-Boote in der Ostsee operierten. Bei der in schwedischen Hoheitsgewässern erfolgten Torpedierung des Damp-

115 fers „Ada Gorthow“ und bei dem Torpedierungsversuch gegen den Dampfer „Galeon“ seien Torpedos mit Inschriften in russischer Sprache abgeschossen worden. Diese und andere Umstände beweisen, daß die Neutralitätsverletzungen "von Sowjet-U-Booten vorgenommen wurden. Das schwedische Außenministerium hält es für möglich, daß man in Moskau infolge „mangelhaften Kontaktes mit den betreffenden U-Booten nicht hinreichend über deren völkerrechtswidrige Tätigkeit unterrichtet sei". Daher seien zum Zwecke der vollen Klarstellung der Ereignisse und zur Verhinderung weiterer Fälle diplomatische Verhandlungen im Gange. Zum Schluß heißt es in der Erklärung, daß die militärischen Maßnahmen zum Schutz für die schwedische Schifffahrt verstärkt worden seien.

Der schwedische Außenminister Skolt erklärte, daß Schweden die Waffen gebrauchen würde, um sich zu verteidigen, falls ausländische Unterseeboote in schwedische Territorialgewässer einlaufen würden, und daß auf Flugzeuge, die schwedisches Hoheitsgebiet überfliegen, geschossen würde. Die letztere Bemerkung galt offenbar den Engländern, die über schwedisches Gebiet Ostdeutschland angegriffen hatten. Wie wenig sich England bei politischen oder kriegerischen Unternehmungen um das kümmert, was es in seiner Propaganda Recht und Freiheit der kleinen Völker nennt, hatte es in diesem Kriege ja bereits oft genug bewiesen. Die Nichtbeachtung schwedischer Neutralitätsrechte ist nur ein weiterer Vorgang dieser Art.

Das heute innerhalb des französischen Volkes im Gange befindliche Ringen zwischen den Vertretern der Kollaborationspolitik und denen, die diese Politik ablehnen, weil sie entweder Anhänger de Gaulles oder mindestens Attentisten sind, d. h. auf einen Sieg der angelsächsischen Mächte spekulieren, ist der Ausdruck der gleichen Antithese. Man kann aber feststellen, daß Englands Prestige infolge der dauernden englischen Niederlagen und Mißerfolge in Frankreich rapide sinkt und damit der Glaube daran, England werde noch eine Wendung des Kriegsglücks zustande bringen können. Die Hoffnungen derer, die die englische Linie der französischen Politik, die der Entente cordiale, die von 1914/18, von Versailles und von August/September 1939 fortsetzen möchten, richten sich nunmehr auf die Vereinigten Staaten, die also auch in dieser wie in so vieler Hinsicht Englands Erbschaft antreten.

Das Verhalten Washingtons zu Vichy ist auf der diplomatischen Ebene zweideutig, auf der politischen jedoch eindeutig genug. Roosevelt hat seinen Botschafter Leahy zwar abberufen und ihn in seiner nächsten Umgebung als militärischen Berater verwendet, aber die USA-Botschaft ist weiter in Vichy, 116 ebenso wie zahlreiche französische Konsuln im unbesetzten Frankreich und im französischen Kolonialreich amtieren, soweit es zu Vichy hält. Gleichzeitig unterstützen die Vereinigten Staaten jedoch ganz offen den Verrätergeneral de Gaulle. Hierzu wurde Mitte Juli in Washington bekanntgegeben, daß Roosevelt den Admiral Harold Stark und den Brigadegeneral Charles Bolte zu militärischen Beratern bei de Gaulle ernannt habe, und daß es die Absicht der USA-Regierung sei, den Streitkräften de Gaulles bei der Verteidigung der unter ihrer Kontrolle befindlichen Gebiete des französischen Kolonialreichs zu helfen, da dies „für die Verteidigung der Vereinigten Staaten lebenswichtig sei". Die Belassung der USA-Botschaft in Vichy und der konsularischen Vertretungen im französischen Mutterland und im Kolonialreich wurde in Washington ganz offen damit begründet, daß man auf diese „wertvollen Beobachtungsposten" nicht verzichten wolle.

Was man in Washington ebenso wie in London hinsichtlich Frankreichs wünscht, hat Roosevelt selbst anläßlich des 14. Juli, des französischen Nationalfeiertages, in seiner bekannten heuchlerischen Ausdrucksweise in die Worte gefaßt: „An diesem Jahrestag, der eine so tiefe Bedeutung hat für jeden, der die Demokratie liebt, bringe ich die Hoffnung zum Ausdruck, daß das französische Volk sich bald von neuem der Vorteile von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit erfreuen könne." Man wünscht die Rückkehr Frankreichs unter die englische Herrschaft innen- wie außenpolitisch. Dies wird freilich, wie so vieles, was Roosevelt verkündet hat, ein Wunschtraum bleiben, obwohl alle Mittel dafür verwendet werden. Am 14. Juli hielt der englische Außenminister Eden über den Rundfunk eine Rede ans französische Volk, die diesem ebenfalls die Rückkehr zu den zerschlagenen Idealen von 1789, Widerstand und Aufruhr gegen die deutsche Besatzungsmacht und damit gegen die eigene Regierung anriet. Die anglo-amerikanische und die bolschewistische Propaganda arbeiten gegenüber Frankreich im engsten Einvernehmen und für die Attentate, die vereinzelt gegen deutsche Soldaten in Frankreich begangen werden, sind London und Washington ebenso verantwortlich wie Moskau.

Hinsichtlich seines Kolonialreichs hat Frankreich die Besetzung der Insel Mayotte im Kanal von Mozambique am 2. Juli feststellen müssen. In einer Verlautbarung aus Vichy am 12. Juli wurde mitgeteilt, daß diese Insel über keinerlei Verteidigungsmittel verfügte, und daß die französische Regierung gegen diesen neuen Angriff protestiert habe. Am 11. Juli wurde in Saigon unter Vorsitz des japanischen Delegationsführers Makoto Yato der thailändisch-indochinesische Vertrag unterzeichnet, der u.

a. die Abtretung von insgesamt 69 034 qkm Gebiet an Thailand vorsieht. Man erinnert sich, daß die Verhandlungen über diesen Vertrag lange vor dem Kriegseintritt Japans in Tokio geführt worden sind und von der japanischen Presse als ein eindringlicher Beweis für Japans großasiatischen Auftrag bezeichnet wurden.

117

Innerpolitisch standen in Frankreich auch im Juli die Fragen der Ernährung der Bevölkerung, der Umstellung des noch weitgehend attentistischen Verwaltungsapparats auf die entschlossene Kollaborationspolitik des Ministerpräsidenten Laval und der Kampf gegen den Kommunismus im Vordergrund. Die Kommunisten sind nach wie vor die Träger des aktiven Widerstandswillens gegen die Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland und für die Vorbereitung des Aufbruchs gegen die Besatzungsmacht, besonders mit Hinblick auf die Bildung der „zweiten Front“. Sie sind zahlenmäßig gering, während große Teile des französischen Volkes, einschließlich der Arbeiterschaft, die Zusammenarbeit mit Deutschland praktisch betätigen.

Aus dem europäischen Raum ist wenig zu berichten. Die Staaten der iberischen Halbinsel, Spanien und Portugal, setzen ihre politische Linie unentwegt fort. Portugal hat auch im Monat Juli durch Entsendung von weiteren Truppenkontingenten auf seine Inseln im Atlantik seine aktive Neutralitätspolitik zum Ausdruck gebracht.

Spanien beging am 17. Juli die Wiederkehr des Tages, an dem vor sechs Jahren der aktive Widerstand gegen das Linksregime und damit die nationale Revolution begann. Franco gab hierbei die Gründung und Einberufung der neuen Cortes bekannt. In ihnen werden u. a. Sitz und Stimme haben die Regierungsmitglieder, die Nationalräte der Falange, die Vertreter der Syndikate, die Präsidenten der Hohen Staatsgerichte, Vertreter der Stadtverwaltungen und Direktoren der Universitäten. In seiner Rede erklärte Franco Spaniens unveränderliche Gegnerschaft gegen den Bolschewismus und seine Bereitschaft, der bolschewistischen Gefahr nötigenfalls mit der gesamten militärischen Kraft Spaniens entgegenzutreten. Die spanische Regierung hat ihre Haltung im gegenwärtigen Kriege denn auch nicht als neutral, sondern als nichtkriegführend bezeichnet. Ein Sieg des anglo-amerikanischen-bolschewistischen Bundes würde den Sturz des heutigen Regimes herbeiführen und bedeuten, daß alles Blut, das im spanischen Bürgerkrieg geflossen ist, umsonst vergossen wäre.

England spielt mit der Skrupellosigkeit, die seine Politik von jeher gekennzeichnet hat, in den beiden Staaten der iberischen Halbinsel gleichzeitig die monarchistische und die bolschewistische Karte. Von der Wiedereinsetzung der Monarchie in Verbindung mit den monarchistischen Kreisen, die in beiden Ländern traditionell großen Teils nach England tendieren, in dem sie aristokratisch-kapitalistische Grundsätze und Einrichtungen verkörpert sehen, erhofft sich London politischen Anschluß der iberischen Halbinsel. Gleichzeitig werden die linksrepublikanischen und die bolschewistisch-

118

anarchistischen Kräfte gefördert, heimlich mit Propagandamaterial und sogar mit Waffen versehen, um von dieser Seite her das gegenwärtige Regime, das autoritär, d. h. also den verhaßten Achsenmächten entsprechend ausgerichtet ist, zu unterhöhlen. Englands Politik gegenüber der iberischen Halbinsel ist also eine unmittelbare Parallele zu der gegenüber Frankreich, wo man den nationalistischen Gaullismus neben dem Kommunismus unterstützt und zum Einsatz zu bringen sich bemüht.

Auch die Blockade wird gegen die iberische Halbinsel in ähnlichem Sinne wie gegen ganz Europa angewandt. Die Völker der iberischen Halbinsel werden zwar nicht von jeder Zufuhr abgeschnitten, aber knapp gehalten und Verteilung und Verbrauch der Güter, die man dorthin gelangen läßt, werden kontrolliert, so z. B. die von Treiböl und Benzin durch einen der USA-Botschaft in Madrid zugeteilten Ölspezialisten. Daß derartige Kontrolle auch zu Spionagezwecken verwandt wird, ist kaum zu bezweifeln.

Die am anderen Ende Europas und des Mittelmeers gelegene Türkei hält an ihrer Neutralitätspolitik auch weiter fest. Am 8. Juli starb Ministerpräsident Saydam, und der bisherige Außenminister Saracoglu bildete ein neues Kabinett. Bei dieser Gelegenheit wurde in Ankara unterstrichen, daß sich die türkische Außenpolitik nicht ändern werde, und daß die Türkei außerhalb des Krieges zu bleiben wünsche.

Die militärische Entwicklung an der Ostfront und in Afrika hat aber zweifellos bereits jetzt ohne das Zutun der Türkei selbst deren politisch-militärische Lage verändert. Die Türkei war nach der Besetzung des Iraks und Syriens und nach dem Einmarsch der Sowjets und Englands in den Iran von unseren Kriegsgegnern völlig eingekreist. Rommels Vormarsch bis an die Tore Alexandriens hat die Engländer gezwungen, nach der Vernichtung ihrer achten Armee ihre militärischen Kräfte aus dem Vorden Orient großenteils nach Ägypten zu werfen. Das Vordringen der verbündeten Truppen ins Kauka-

susgebiet hinein aber hat den sowjetischen Druck auf die Türkei vermindert und dürfte ihn in Bälde völlig ausschalten.

Was für die Türkei gilt, gilt im verstärkten Sinne für die gesamte arabische Staatenwelt des Vorderen Orients. Mit dem Vormarsch der Truppen Deutschlands und seiner Verbündeten nähert sich ihnen die Freiheit vor dem Druck des bolschewistischen Kolosses und von der Beherrschung und Ausbeutung durch England. Die Erklärung der Achsenmächte über die Freiheit Ägyptens wurde schon erwähnt. Die Antithese zwischen den Zielen Englands und der Achsenmächte hinsichtlich Ägyptens ist einfach: England will den weiteren Einsatz des ägyptischen Volkes für die Interessen der Engländer, die nicht die Interessen der Ägypter sind. Die Achsenmächte wollen die Freiheit Ägyptens und die Herstellung seiner vollen Souveränität. Die grundsätzlich national gerichtete Wafd-Partei, auf die sich jedoch die gegenwärtige englandhörige Regierung in Kairo stützt, ist unter dem Druck der Lage bereits zerbrochen. Sechszwanzig Mitglieder der Partei haben eine Gruppe der nationalen Opposition begründet und die Aufrührstimmung und Aufrührakte gegen die Engländer nehmen zu. König Faruk ist praktisch in seinem Palast in Kairo ein Gefangener der Engländer.

119

Das verbündete Japan beging am 7. Juli den fünften Jahrestag des Ausbruchs des chinesischen Konfliktes. Der 7. Juli des Jahres 1937 hat als eines der wichtigsten Daten der neuesten Geschichte Ostasiens zu gelten. Er bedeutet einen geschichtlichen Wendepunkt, den des entschlossenen Aufbruchs Japans zur Führung Großostasiens. Außenminister Togo erklärte zum fünften Jahrestage:

„Die traditionelle Politik Japans ist es, zur Befriedung der Welt durch die Herstellung des Friedens in Ostasien mit Japan als stabilisierenden Faktor beizutragen. Auf Grund dieser Politik, die sich ein so weites Ziel gesteckt hat, hat Japan nichts unterlassen, was zur Förderung des gemeinsamen Wohlstandes beitragen konnte.“ Togo erinnerte an die englisch-us-amerikanische Einmischung in alle Versuche zur Regelung der zwischen China und Japan schwebenden Probleme und wies darauf hin, daß Japan es peinlich vermieden habe, die Rechte und Interessen dritter Länder in China so lange zu schmälern, als sie anständig und rechtmäßig erworben waren, und daß es sogar so weit gegangen sei, viele Mißstände und Unzuträglichkeiten bei den zahlreichen Kriegsoperationen in Kauf zu nehmen, um die Interessen dritter Mächte zu schützen. England und die USA hätten aber, statt Japans Bemühungen zu würdigen, alles getan, um den Frieden durch aktive Unterstützung des Tschungking-Regimes zu sabotieren. Der letzte Schritt Japans sei die Entsendung des Botschafters Kuru zu Washington gewesen. Dies habe aber keine befriedigenden Ergebnisse gezeitigt, da die USA starrköpfig an ihren verkehrten Ansichten festgehalten hätten. „Die Washingtoner Regierung“, sagte Togo, „schätze die wirklichen Fähigkeiten Japans gering ein und bestand darauf, daß die Lage in Ostasien zurückkehre, wie sie vor den Tagen der Mandschukuo-Affäre war. Wir waren daher gezwungen, die Waffen gegen England und die USA zu ergreifen.“ Togo unterstrich, daß auf Grund des jetzigen Krieges England und die USA aus den strategischen Stützpunkten Ostasiens vertrieben seien, während Tschungking sich in einer kläglichen Lage befinde, weil dort innere Zwietracht, finanzielle Uneinigigkeiten und wirtschaftlicher Niedergang herrschten, nachdem alle Versorgungsstraßen abgeschnitten seien. Der Minister schloß mit den Worten: „Der Fall des Tschungking-Regimes und die Stärkung der Nationalregierung Chinas werden die

120

China-Affäre bereinigen und den Weg für die Errichtung der größeren ostasiatischen Sphäre ebnen.“ Marineminister Shimada gab aus diesem Anlaß einen militärischen Überblick. Er betonte, daß Japan sich heute strategisch in absolut sicherer Lage befinde. Sein Operationsgebiet erstreckte sich von den Aleuten im Norden über den Indischen Ozean und Südafrika im Westen bis zu den ostindischen Inseln im Süden. Australien schwebte in der größten Gefahr. Nicht genug hiermit, erstreckten sich Japans Operationen bis zum Ostpazifik, so daß auch nordamerikanisches Festland ernster Gefahr ausgesetzt sei. Was Japan an diesem Wendepunkt ein weiteres Stärkegefühl gebe, sei die Tatsache, daß die europäischen Achsenpartner ihre erstaunlichen militärischen Fortschritte weiter ausbauten. Während Japans Siege in Ostasien die europäische Kriegslage weitgehend beeinflussten, wirkt sich die deutsch-italienische Kampftätigkeit gleichzeitig vorteilhaft für Japan in Ostasien aus. Der von den engverbündeten Achsenmächten geführte Krieg zur Vernichtung der Vereinigten Staaten und Englands sei auf dem Wege zum Endsieg.

Der Regierungschef der Nankingregierung, Wangtschin g-w e i, erklärte seinerseits, daß die Nankingregierung und das nationalchinesische Volk entschlossen sind, mit Japan alle Leiden und Freuden im Kampf gegen anglo-amerikanische Invasionsabsichten in Ostasien und gegen den Kommunismus zu teilen. Er bezweifelte nicht, daß Tschungking als Mitläufer der USA und Englands dem Untergang verfallen sei. Die Nankingregierung verstehe vollkommen die japanischen Absichten und Ziele im großasiatischen Krieg, und dieses Verständnis werde in dem von Nanking beherrschten Teil Chinas

ebenso wie von den Chinesen im südlichen Raum geteilt. Nur Bevölkerungsteile des Tschungking-Gebietes seien zur Zeit noch der anglo-amerikanischen Propaganda ausgesetzt. Mit der zunehmenden Stärkung des Nanking-Regimes sehe er der Zukunft hoffnungsvoll entgegen und sei überzeugt, daß die intensive japanisch-nationalchinesische Zusammenarbeit in nicht allzu ferner Zeit zur Befriedung des gesamten chinesischen Raumes führen werde.

Demgegenüber konnte Tschiangkaischek in einer Erklärung zum gleichen Jahrestage nur feststellen, China werde die Hauptlast des Kampfes in Ostasien zu tragen haben. Tschungking-China müsse darauf gefaßt sein, daß in den nächsten Monaten noch weitere Rückschläge eintreten würden, und daß China hauptsächlich auf sich selbst angewiesen sei. Wie das die Sprecher in London und Washington zu tun pflegen, ließ er es aber auch nicht an einem Bilde der Hoffnung fehlen und sagte, die Vereinigten Staaten seien entschlossen, Japan niederzuschlagen, wie England und Rußland die Verantwortung

121 Graphik

122 auf anderen Kriegsschauplätzen trügen. Die militärische Lage auf allen Kriegsschauplätzen stellt Tschiangkaischeks Zukunftshoffnungen ins rechte Licht. Das stetige Vordringen der Japaner in den weiten Räumen Chinas bedeutet nicht minder eine Richtigstellung.

Im großasiatischen Raum, den Japan heute beherrscht, setzt es seine Aufbauarbeit konsequent fort. Wie Ministerpräsident Tojo am 7. Juli ausführte, kontrolliert Japan ein Gebiet von 50 Millionen qkm. Wo dies möglich ist, wird die nach der Eroberung eingerichtete Militärverwaltung in eine Zivilverwaltung umgewandelt. So wurde Sumatra in zehn Staaten eingeteilt, an deren Spitze jeweils ein Gouverneur steht. Auf Java hat Japan ähnlich wie schon früher auf der Malaya-Halbinsel die Rechtsstellung der einheimischen Herrscher anerkannt, die künftig ihre Gebiete unter Anleitung und Aufsicht der japanischen Militärbehörden regieren sollen. Der japanische Befehlshaber auf den Philippinen, General Nara, erklärte Ende Juli, Japan habe nicht die Absicht, die Philippinen zu einer Kolonie zu machen, so wie es die Vereinigten Staaten taten, sondern ihnen dabei zu helfen, ein wertvolles Mitglied der gemeinsamen Wohlstandssphäre zu werden. Japan wünsche die Philippinen zu einem starken fortschrittlichen und wohlhabenden Lande für die Philippinos zu machen.

Innerhalb des großasiatischen Raumes bemüht sich Japan um die politische und wirtschaftliche Verflechtung der einzelnen Teile. Am 7. Juli wurde aus Nanking gemeldet, daß Thailand die chinesische Nationalregierung in Nanking anerkannt habe. Am 19. Juli wurde ein japanisch-indochinesischer Wirtschaftsvertrag durch Generalgouverneur Decoux und den japanischen Botschafter in Indochina unterzeichnet.

Japans rascher Fortschritt in der Organisation des großasiatischen Raumes wird sogar in den Vereinigten Staaten gesehen. Der bekannte amerikanische Journalist Raymond Clapper gab Ende Juli in der Zeitschrift „Look“ zu, daß die Japaner in den besetzten Gebieten Ostasiens nahezu durchweg von der eingeborenen Bevölkerung unterstützt werden. Er sei kürzlich aus Asien zurückgekehrt und sei tief beunruhigt über die passive oder aktive Hilfe, die die Japaner fast überall erhielten. Englische Offiziere hätten zugegeben, daß gegebenenfalls das gleiche auch für Britisch-Indien gelten würde. Die Mißstimmung der asiatischen Völker richte sich nicht allein gegen England und Holland, sondern auch gegen die USA. Den Grund hierfür sieht Clapper darin, daß die Alliierten den Asiaten nicht eindeutig genug die Freiheit versprochen hätten. Das japanische Schlagwort „Asien den Asiaten“ habe seinen Eindruck nicht verfehlt. Sogar in China bestehe eine starke Strömung gegen die Wiederherstellung von Privilegien für die Engländer und Amerikaner. Die Angelsachsen sollten sich nicht darüber täuschen, so schreibt Clapper abschließend, daß die Wiedererrichtung ihrer Kolonialreiche unmöglich ist. Der Status quo werde nie wiederkehren. Ob die imperialistischen Mächte es einsähen oder nicht, in Asien erstehe eine neue Welt.

123

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für Japans Erfolge ist die Stärke seiner See- und Luftmacht und die Lage seiner Handelsschiffahrt. Die Beherrschung der Seewege und der Besitz von genügend Handelsschiffen, um den wirtschaftlichen Seeverkehr im großasiatischen Raum zu entwickeln, ist lebenswichtig für Japan. Anläßlich des Marinetages, der am 20. Juli in Japan begangen wurde, stellte der Sprecher des Marineministeriums, Kapitän Hiraide, die Schiffahrtslage Englands und der USA der Japans gegenüber und betonte, die Schiffahrtslage Japans sei völlig gesund, Japan habe eine wesentliche Anzahl von Schiffen in den südlichen Gebieten erbeutet. Sie kämen jetzt den japanischen Seetransporten zugute, die heute größer seien als je zuvor. Das japanische Schiffsbauprogramm werde reibungslos abgewickelt, und die japanische Handelsflotte stehe im Begriff, ungeheuer vergrößert zu werden.

Von großer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang eine Verlautbarung vom 20. Juli, daß von Japan seit Kriegsbeginn 97 feindliche U-Boote versenkt oder außer Gefecht gesetzt wurden. Dadurch seien die ostasiatischen Gewässer von feindlichen U-Booten so gut wie frei. Vor Kriegsausbruch seien etwa dreißig größere amerikanische U-Boote in Manila stationiert gewesen, ein Dutzend britische U-Boote in Hongkong und Singapur und etwa zwanzig holländische U-Boote in Holländisch-Indien. Nachdem die Amerikaner einen großen Teil ihrer Schlachtschiffe und Flugzeugträger verloren hätten, nehme ihnen der Verlust des größten Teiles ihrer U-Boote die letzte Möglichkeit des Seekriegs im ostasiatischen Raum.

Schon seit Jahren geht in Japan neben der gewaltigen Kraftentfaltung nach außen, die zu den großartigen militärischen Erfolgen geführt hat, eine steigende Kräftekonzentration und ein Umbau des öffentlichen Lebens im Sinne dieser Konzentration vor sich. Ende Juli fand eine Propagandawoche zur stärkeren Zusammenfassung aller nationalen Kräfte statt. Zu Beginn dieser Woche sprach Ministerpräsident T o j o in einer Massenversammlung in Osaka.

Er kündigte für die Neuordnung Ostasiens eine ausgesprochen konstruktive Phase an, gab einen umfassenden Überblick über die Weltlage und umriß die Politik zur weiteren Konsolidierung der Nation in Kriegszeiten. Der Ministerpräsident rühmte dann die glänzenden Siege, die an allen Fronten von Deutschland und Italien errungen wurden und fügte hinzu: „Die augenblickliche Lage, die sich für die Achsenmächte so günstig entwickelt, stellt eine Grundlage dar, auf der Japan, Deutschland und Italien sich direkt vereinigen und unseren gemeinsamen Feinden den endgültigen letzten Schlag versetzen werden.“

124 In bezug auf Indien erklärte Tojo: „Japan, das entschlossen ist, die Vereinigten Staaten und England niederzuwerfen, kann auf keinen Fall erlauben, daß sich in Indien weiter englisch-amerikanischer Einfluß geltend macht.“ Japan wird Indien für die Verwirklichung seiner jahrzehntelangen Bemühungen freigebig Hilfe und Unterstützung zuteil werden lassen.

„Australien, das jetzt vollständig isoliert im weiten Ozean liegt, hat seine bejammernswerte Lage, daß es nämlich ohne Hoffnung bei den Vereinigten Staaten um Hilfe betteln muß, klar gezeigt. Wenn die australischen Staatsmänner weiterhin unentschlossen sind, den Zug der Zeit nicht erkennen und nutzlos Widerstand leisten, so ist es nicht nötig, immer von neuem zu wiederholen, daß Japan bei der Niederwerfung Australiens überhaupt keine Gnade kennen wird.“

Dann legte er die 5-Punkte-Politik zur weiteren Konsolidierung der Nation dar:

1. Stärkung der geistigen Einheit der Nation,
2. die Wichtigkeit, notwendige politische Maßnahmen augenblicklich und zum richtigen Zeitpunkt auszuführen,
3. die Absicht der Regierung, den Lebensstandard der Nation aufrechtzuerhalten,
4. die Erhöhung der Produktion und
5. die Erneuerung und Stärkung der Erziehung.

Es liegt auf der Hand, daß der erwähnte Umbau des öffentlichen Lebens in Japan die Presse nicht unberührt lassen kann. Das japanische Zeitungswesen ist stark nach englischen und USA-Vorbildern entwickelt worden, d. h. nach individualistischen und kapitalistischen Gesichtspunkten. Am 24. Juli faßte das japanische Kabinett den Beschluß einer Kontrolle und Neuordnung des japanischen Zeitungswesens, das den Erfordernissen der heutigen Zeit angepaßt werden soll. Zweck dieser Maßnahme ist es, durch die Zusammenlegung von Zeitungen das japanische Pressewesen zu vereinfachen, den Standard der Presse zu erhöhen und gleichzeitig in Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem vor einiger Zeit gegründeten japanischen Zeitungsverband die Kontrolle der Presse zu erleichtern. Der Regierungsbeschluß soll bereits im Laufe des Monats August bzw. im Frühherbst verwirklicht werden. Die Auswirkung dieser Maßnahme ist besonders in Tokio beträchtlich, wo bekanntlich Zeitungen größter Auflage bis zu 1,5 Millionen erscheinen. Hier werden u. a. „Yomiuri Schimbun“ (annähernd 1,5 Millionen Auflage) mit „Hochi Schimbun“ (etwa 350 000) zusammengelegt. Tokio wird künftig nur noch fünf große Tageszeitungen besitzen, während beispielsweise in der bekannten Industriestadt Osaka die Presse sich auf drei große Blätter beschränken wird, nämlich „Osaka Schimbun Asahi“, „Osaka Mainichi Schimbun“ und „Osaka Schimbun“. Die Neuregelung des japanischen Pressewesens

125 Graphik

126 geschieht offenbar im Sinne der Absage an die sogenannten demokratischen Grundsätze und im Sinne autoritärer Staatsführung.

Für die englisch-amerikanisch-sowjetische Koalition war der Monat Juli ein sehr schlechter Monat. Kann man dies hinsichtlich Sowjetrußlands nur an Ausdehnung und Wert der verlorenen Gebiete und

der erlittenen Menschen- und Materialverluste abmessen, so gibt es in England und USA noch andere Maßstäbe, nämlich die Diskussionen in den Parlamenten und in den Zeitungen und Zeitschriften. Wenn auch vieles bei diesen Diskussionen künstlich gestellt ist oder von der Zensur unterdrückt wird, so bleiben doch noch viele Äußerungen, die deutlich genug die Kriegslage unserer Gegner, ihre schweren Sorgen und Schwierigkeiten und die tiefe Mißstimmung über den Verlauf der Ereignisse und über die verantwortlichen Männer enthüllen.

In England fand Anfang Juli im Ober- und Unterhaus eine Diskussion über die Kriegslage statt, während der sogar ein formeller Mißtrauensantrag gegen Churchill zur Abstimmung kam, der allerdings mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Churchill machte selbst längere Ausführungen und wandte die schon so oft von ihm befolgte Taktik an, seine Kritiker zunächst dadurch zu entwaffnen, daß er in beträchtlichem Umfang die englischen Mißerfolge zugab, aber dann zu optimistischen Schilderungen der Zukunftsaussichten überging und wie gewöhnlich mit freilich vorsichtigerweise keineswegs zeitlich bestimmten Siegeshoffnungen schloß. Interessant war besonders, daß er zugab, die Engländer hätten in Afrika erheblich mehr Panzer und Geschütze gehabt als Rommel, alles sei so vorbereitet gewesen, daß man fest auf den eigenen Sieg habe rechnen können. Churchills Schilderung der Kriegsereignisse in Nordafrika ist indirekt ein wahres Heldenlied auf Rommel und seine Truppen, die alle englischen Berechnungen über den Haufen warfen und der Schlacht immer wieder eine für die Engländer völlig unerwartete Wendung gaben.

Über seine Zusammenkunft mit Roosevelt sagte Churchill, die Besprechungen hätten sich fast nur mit den Bewegungen von Truppen, Schiffen, Geschützen und Flugzeugen befaßt und mit den Maßnahmen, die ergriffen werden müßten, um die Verluste auf See zu bekämpfen und die Tonnage wiederherzustellen. Churchill stellte bis Ende 1943 einen erheblichen Tonnagegewinn in Aussicht. Der Prophet Churchill, der früher vom Sommer 1942 als von der Zeit sprach, in der die Überlegenheit der Alliierten sich gegen die Achsenmächte entscheidend fühlbar machen würde, muß seine Hörer jetzt schon auf das Ende des Jahres 1943 vertrösten!

127 Besonders pikant wirken im Lichte der seitherigen Ereignisse an der Ostfront Churchills Ausführungen über die Sowjetkarte im Spiel Englands. Er sagte, trotzdem schon die Hälfte des Sommers vorbei sei, habe Hitler noch keine größere Offensive gegen Rußland eröffnet. Die Sowjets, „die mit Banden des Blutes, des Opfers und der Treue mit den englischsprechenden Demokratien des Westens verbunden sind, werden den Krieg hartnäckig, unerschütterlich und unbesiegbar weiterführen“. Sie würden weiterkämpfen bis zum Tode oder zum Siege. Dies sei im Augenblick die wichtigste Tatsache. Besonders lobend erwähnte er die Verteidigung Sewastopols und Timoschenkos Angriffe bei Charkow. „Diese Tatsachen und die vorgerückte Jahreszeit ermöglichen uns, unsere Anstrengungen auf die Vernichtung der Armee Rommels zu konzentrieren“, so äußerte Churchill wörtlich. Statt vor Charkow steht Timoschenko inzwischen vor Stalingrad und im Kaukasus, Sewastopol ist längst gefallen, und Rommel steht stärker als je am Eingang des Nildeltas!

Dagegen haben die Kritiker Churchills im englischen Parlament und in der englischen Presse, die sich besorgt und pessimistisch äußerten, recht behalten, wie z. B. Lord Bennett, der im Oberhaus am 1. Juli erklärte, er sei noch niemals in seinem Leben so besorgt um das britische Empire gewesen, das er vor dem Verfall sehe, oder wie der Bischof von Bradford, Dr. Blunt, der der „Times“ zufolge Mitte Juli in einer Rede erklärte, man müsse sich endlich dazu entschließen, ganz offen der eigenen Regierung gegenüber festzustellen, daß sie in der Stunde der höchsten Gefahr bewußt dem britischen Volk die wahre militärische Lage verheimliche.

Von den Schwierigkeiten und Gefahren, von denen sich England bedroht sieht, ist wahrscheinlich die Schiffsraumnot die größte und dringlichste (siehe Seite 62). Die tiefe Besorgnis, die die englische Öffentlichkeit hierüber erfüllt, kam in den Debatten zum Ausdruck, die das Unterhaus Mitte Juli über das Kriegsproduktionsproblem durchführte. Produktionsminister Lyttelton bemühte sich, die Gemüter durch optimistisch klingende Angaben über die Steigerung der Kriegsproduktion nach Qualität und Quantität zu beruhigen und machte es wie Churchill und Roosevelt: Er versprach viel Gutes, Wirkungsvolles und für den Feind Gefährliches in der Zukunft. Gleichzeitig mußte er aber feststellen, daß England in der Ausnützung der Arbeitskräfte auf dem Höchststand angekommen sei, d. h. also eine Steigerung der Produktion nicht mehr erreichen kann.

Über den wichtigsten Produktionszweig, den des Schiffsraums, wagte man nicht öffentlich zu diskutieren, sondern tat dies in einer Geheimsitzung des Unterhauses, über die in der Presse nur in allgemeinen jedoch sehr pessimistisch gehaltenen Andeutungen berichtet wurde. Wie die Lage wirklich ist,

128 schilderte der „Daily Express“ am 11. Juli, als er schrieb, es gäbe heute für die Alliierten nur ein erstrangiges Problem, das seien Schiffe und immer mehr Schiffe. Man könne nicht mehr länger über die Unzahl der Schiffsversenkungen hinwegsehen. Die Kluft, die zwischen Schiffsuntergängen und Neubauten liege, werde immer weiter, und aus ihr entwickle sich eine Krise, die an Härte und Gefährlichkeit alles überbiete, was man auf alliierter Seite bisher erlebt habe. Die USA-Zeitschrift „Fortune“ schrieb Ende Juli, das Verhältnis der Zahl der Schiffsversenkungen sei im April d. J. nach recht zuverlässigen Berechnungen etwa vier zu eins gewesen. Die Schiffsraumfrage sei praktisch für die Alliierten zu einem unlösbaren Problem geworden und ihnen über den Kopf gewachsen. Eine Nation könne ebensogut wie der einzelne Mensch einmal mit der Leistungsfähigkeit am Ende sein. Genau an diesem Punkt ständen zur Zeit die Vereinigten Staaten und England. Es ist ihnen unmöglich, allen an sie gestellten Forderungen zu genügen. Großadmiral Lord Chatfield schrieb in der „Sunday Times“ vom 21. Juli, die ständig ansteigende Zahl der Schiffsversenkungen gäbe in jeder Hinsicht zu Beunruhigung Anlaß. Bereits zwei Kriege hätten England gezeigt, daß zwar im Frieden seine Schifffahrt noch seine Stärke sei, im Kriege aber seine Achillesferse.

Die Gesamtlage Englands faßte der Minister für das Studium des Wiederaufbaus nach dem Kriege, Sir William Jowitt, am 21. Juli dahin zusammen, daß Großbritannien nur dank dem Pacht- und Leihgesetz der USA heute noch weitermachen könne. Dies könne aber nicht ewig so weitergehen. Hinsichtlich der Ernährungslage sagte der englische Ernährungsminister, Lord Woolton, am 2. Juli: „Werfen Sie einen Blick auf die Karte und betrachten Sie die Quellen unserer Lieferungen. Überlegen Sie, wieviel wir davon verloren haben. Denken Sie an unsere Schiffsverluste. Sie werden dann erkennen, daß wir niemals dessen gewiß sein können, was sich mit unserer Ernährungslage noch ereignen wird.“

Im Verhältnis Englands zu seinen Bundesgenossen, zu den USA und zur Sowjetunion, hat sich im Monat Juli wenig Neues ergeben. Die englischen Niederlagen in Afrika haben das englische Prestige in den Vereinigten Staaten sichtlich geschwächt, während die großen Erfolge der deutschen Offensive im Osten in England hinsichtlich des sowjetischen Bundesgenossen steigende Besorgnisse ausgelöst haben. Das Problem der zweiten Front wurde immer wieder diskutiert. Aber trotz aller Forderungen in der Öffentlichkeit und aller Hilferufe aus Moskau vermied es die englische Regierung, sich irgendwie festzulegen oder klare Versprechungen zu machen. Am 20. Juli schrieb Garvin im „Sunday Express“: „Unsere bitterste Stunde ist jetzt gekommen. Alles wird von der Krise in Rußland überschattet, die auch unser eigenes, Land und die Sache der Alliierten auf das allerengste angeht.“ Der Kampf um den unteren Don sei das Furchterregendste, was je in der Kriegsgeschichte gesehen worden sei.

129 Neben solchen Stimmen, die sich direkt oder indirekt für die Bildung einer „zweiten Front“ aussprachen, stehen aber auch solche, die kühl und ohne Sentiments die Lage beurteilten und der Ansicht der englischen Regierung nahekommen dürften. Als Molotow in London war, wurde bekanntlich eine englisch-sowjetische Verlautbarung veröffentlicht, in der von der Notwendigkeit einer zweiten Front in Europa im Jahre 1942 gesprochen wird. Die englische Zeitschrift „Economist“ vom 29. Juni gab eine bemerkenswerte Interpretation dieser Formel, als sie schrieb:

„Die Worte dieses Kommuniqués sind für allgemein so ausgelegt worden, daß in naher Zukunft in Europa eine Landfront eröffnet werden wird. Viele Engländer haben die Erklärung angenommen, als wäre sie eine offizielle Verpflichtung. In den Zeitungen erschienen Schlagzeilen: ‚Europa, wir kommen‘, ‚Das russische Volk jubelt in den Straßen‘, ‚Entlang den Küsten Europas wird es Menschen geben, die unter Lebensgefahr Vorbereitungen treffen‘. Vermutlich wurde dieses Kommuniqué, ebenso wie das entsprechende in Washington gleichfalls nach dem Besuch Molotows, nicht leichtfertig herausgegeben, nur um die Deutschen zu ärgern oder das Volk ruhig zu halten. Tatsächlich verpflichtet es niemand zu einer zweiten Front und bestimmt nicht zu einer Landfront. Es ist ein weiter Bereich von Möglichkeiten gegeben, von der Kontinentalinvasion großen Stils bis zu Landungen der ‚Kommandos‘ und zur Verstärkung der Luftangriffe. Das Kommuniqué besagt lediglich, daß die Dringlichkeit des Bedürfnisses voll anerkannt worden sei. Aber das Bedürfnis ist schon lange anerkannt worden. Es wird ganz bestimmt zu einer Invasion kommen, wenn sie militärisch durchführbar ist. Die Frage der Mittel, nicht die der Ziele macht Schwierigkeiten.“

Das ist deutlich genug und echt englisch: Wenn London es für richtig hält und wenn es durchführbar erscheint, wird es zum Angriff auf dem Kontinent antreten; ob das möglich ist, liegt ganz im Belieben Englands. Man hat Molotow in London also mit leeren Versprechungen für die ungeheuren Blutopfer der Sowjetunion entschädigt.

Die Lage in Indien ist Mitte Juli durch den Beschluß des Allindischen Kongreß-Ausschusses, die sofortige Übernahme der gesamten Regierung und Verwaltung Indiens durch die Inder zu verlangen und

die Engländer zum Verlassen Indiens aufzufordern, in eine neue kritische Phase getreten. Der Staatssekretär für Indien, Amery, gab darauf am 30. Juli im Unterhaus die englische Antwort. Die englische
130 Regierung werde den Beschlüssen des Allindischen Kongreß-Vorstandes keineswegs nachkommen und vor keiner Maßnahme zurückschrecken, um der Lage zu begegnen. Schon am 22. Juli war der ausländischen Presse in London erklärt worden, die englische Regierung werde den Vizekönig in Indien rücksichtslos decken, falls dieser gezwungen sein sollte, gegen „Sabotageversuche“ vorzugehen. Der von Gandhi geplante Ungehorsamkeitsfeldzug sei ein solcher Sabotageversuch. Präsident Roosevelt und die Vereinigten Staaten ständen hinter diesem britischen Entschluß und billigten ihn vollkommen. London ist also entschlossen, der Freiheitsforderung der Inder mit Gewalt zu begegnen. Die Verhandlungen von Cripps in Indien erweisen sich demnach aufs neue als das, für was sie die Inder sofort gehalten hatten: als ein Täuschungsmanöver, um die Völker Indiens zum Einsatz für den englischen Imperialismus zu bringen und Indien auch weiterhin unter der Botmäßigkeit Englands zu erhalten. Die Geschichte der englischen Politik in Indien, die eine einzige Kette von Gewalttaten und blutiger Unterdrückung ist, läßt erwarten, daß England nicht zögern wird, auch diesmal den Freiheitsruf Indiens in Blut zu ersticken. Aber diesmal ist die Weltlage so, daß Indien in seinem Kampf nicht mehr allein steht, sondern daß die stärkste Mächtekombination der Welt, die Dreierpaktmächte und ihre Bundesgenossen, ihm zur Seite stehen.

Die Vereinigten Staaten haben im Monat Juli ebensowenig etwas Wesentliches für England oder die Sowjetunion oder gegen Japan tun können wie in den Monaten vorher. Um so eifriger bemühte man sich in Washington mit Reden und Zukunftshoffnungen den unerwünschten Gang der Ereignisse zu kommentieren. Der greise Staatssekretär des Äußeren, Cordeil Hull, hielt am 24. Juli eine Rede an das amerikanische Volk, die als Aufmunterung, als Appell zum Optimismus und als Kriegszielpropaganda gemeint war. Hull sagte, man dürfe sich durch Rückschläge nicht beeinflussen lassen und nicht in der Defensive bleiben, sondern zur Offensive übergehen. Nach einigen wüsten Beschimpfungen an die Adresse der Dreierpaktmächte wagte Hüll die dreiste Lüge, die USA und ihre Alliierten seien zum Kampf gezwungen worden und kämpften für Frieden, Recht und Freiheit. Dann entwarf Hull ein Bild der zukünftigen Welt, das nach Wilsons Punkten abgeschrieben erscheint, eine Kollektion phraseologischer Ladenaufhänger, mit denen man während des letzten Weltkrieges und jahrelang nachher die Völker betrügen konnte, die aber durch die Friedensdiktate und den Genfer Völkerbund längst um jeden Kredit gebracht worden sind. Nichts kann deutlicher als diese verstaubten Gedankengänge eines alten
131 Advokaten, dem die Zeit mit Riesenschritten weggelaufen ist, zeigen, daß unsere Gegner für Vergangenes und Absterbendes kämpfen, daß sie die Uhr der Weltgeschichte zurückdrehen wollen, daß sie völlig im Schatten der weltpolitischen Entwicklung stehen.

Die Realitäten sind ganz anders, auch in Amerika selbst. In steiler Kurve steigen die Staatsschulden und die Steuern an, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme türmet sich höher und höher, und die Engpässe in der Kriegswirtschaft mehren sich. Der von der Propaganda verstärkte, tief im amerikanischen Wesen wurzelnde Glaube, es könne gar keine Beschränkung hinsichtlich der industriellen Leistung geben, ernüchert sich zusehends. Man beginnt zu begreifen, daß man auch in den USA nur über begrenzte Kräfte verfügt, daß alles viel langsamer geht als man sich dachte, und daß man vor Schwierigkeiten steht, auf die man gar nicht gefaßt war.

Um so wichtiger ist es, daß die Sowjetunion weiterkämpft, und man ist daher mehr als je bereit, dieses größte Phänomen staatlich organisierter Tyrannei und kultureller Aushöhlung als fortschrittliche und freiheitsliebende Demokratie anzuerkennen. Der aus Anlaß des Jahrestages der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung am 11. Juli veröffentlichte Telegrammwechsel zwischen Kalinin und Roosevelt ist dafür ein außerordentlich bezeichnendes Beispiel.

Es ist nur logisch, daß die USA ohne weiteren Grund die finnischen Konsuln aus den USA ausgewiesen hat, wenn es auch die diplomatischen Beziehungen mit Finnland nicht abbrach, ähnlich wie in Vichy natürlich in erster Linie aus Spionagegründen. Am 19. Juli wurde auch Roosevelts Bekanntmachung über die Kriegserklärung der USA an Ungarn, Rumänien und Bulgarien veröffentlicht. Man muß eben für den bolschewistischen Bundesgenossen, der so freigiebig mit dem Blute seiner Völker umgeht, politisch etwas bieten.

Auf den Staaten Süd- und Mittelamerikas ruht weiter der Druck der USA. Aber Argentinien und Chile widerstehen ihm auch weiterhin. Der argentinische Staatspräsident C a s t i l l o erklärte anläßlich des argentinischen Nationalfeiertages:

„Wir achten, um geachtet zu werden. Wir verlangen jedoch, daß das Gleichgewicht, das diese Gegenseitigkeit bedeutet, nicht einseitig durchbrochen wird. Diese Haltungswiese zeigt, wie künstlich jene

Taktik berufsmäßiger Agitatoren ist, die Situationen auszunutzen, um als gutgläubige Staatsbürger zu erscheinen und um Konflikte zu erschweren, indem sie sich als eifrige Verteidiger demokratischer Postulate und Staatsinteressen hinstellen. Die Kriegstreiber haben die Freiheit, sich an die wirklichen Fronten des Kampfes zu begeben, wo sie gegen die Feinde der Demokratie kämpfen können, anstatt hier unnütz zu agitieren, wo jene Feinde wohl eher in ihren eigenen Reihen gefunden werden können. Infolgedessen möchte ich, erstmalig als Präsident der Nation sprechend, gleich anfangs feststellen, daß ich nicht dulden werde, daß irgend jemand der Regierung zuvorkommt und Reaktionen beschleunigt. Das Land kann die völlige Sicherheit haben, daß die Regierung die erste sein wird, in Übereinstimmung mit den Umständen die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Würde der Nation unverletzt zu erhalten. Ich darf nicht verbergen, daß die Lage wohl schwierig ist, und daß uns noch unangenehme Überraschungen bevorstehen können. Wer die unzerstörbaren Bande der Brüderlichkeit zwischen den Völkern Amerikas, die wir immer anerkannt haben, vergessend, uns sagen sollte, wir würden allein bleiben und in der Welt ins Hintertreffen geraten, dem können wir sagen, daß dies nicht zutrifft, denn wir besitzen unseren großen Kapitän (San Martin), und mit ihm werden wir unserer großen Zukunft entgegengehen. Aus unserer Tradition heraus haben wir immer den Frieden geliebt. Als Präsident Roosevelt, anlässlich seiner Rede am 1. Dezember 1936, hier erklärte, daß Buenos Aires den Glanz besitze, die Hauptstadt des Friedens zu sein, da sprach er eine öffentliche historische Tatsache und eine prophetische Wahrheit aus, die wir in späteren Tagen bestätigt haben. Wir wünschen nicht, an irgendeiner Auseinandersetzung teilzunehmen, die durch keinen vernünftigen Grund gerechtfertigt ist. Denn wenn wir dies täten, würden wir unser geschichtliches Mandat verletzen und eine glorreiche Tradition zerstören. Der Panamerikanismus wurde als Friedensdoktrin geschaffen, um die Brüderlichkeit unter den Völkern des Kontinents zu fördern. Er ist keine Kriegsdoktrin gewesen, noch war er bestimmt, unsere Länder von den übrigen Nationen zu isolieren.

Das ist eine deutliche Absage an die Kriegspolitik Roosevelts und an den panamerikanischen aggressiven Dollarimperialismus. Ähnliche Gedankengänge brachte der ehemalige Marineminister Admiral Scasso, in einem Interview mit der Wochenschrift „Ahora“ Mitte Juni zum Ausdruck. Er führte aus: Nur ein kleiner Teil der Argentinier könne unter dem Einfluß krankhafter Leidenschaften für die Kriegsteilnahme eintreten. Das Schlagwort der kontinentalen Einheit dürfe nicht dazu führen, das Land in Konflikte zu verwickeln, in denen nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren sei. Das Abweichen von der bisherigen strikten Neutralität sei den Interessen des Landes durchaus abträglich. Der Wohlstand und die geachtete Stellung Argentiniens gründe sich auf der Freundschaft mit allen Völkern. Der Kriegseintritt wäre nur gerechtfertigt, wenn das Land grundlos angegriffen oder wenn seine höchsten Interessen verletzt würden. Aber selbst dann müßten erst alle friedlichen Mittel erschöpft

sein. Argentinien sei jedoch bekanntlich keineswegs angegriffen oder irgendeinem politischen Gewaltakt ausgesetzt gewesen. Weiter führt Scasso aus, daß nach seiner Meinung nicht nur die Kriegsbeteiligung Argentiniens, sondern auch jede andere Störung der freundschaftlichen Beziehungen mit den Auslandsmächten, wie beispielsweise der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, abzulehnen sei. Wie das Beispiel anderer Nationen gezeigt habe, führe dies zwangsläufig zum Kriege. Abschließend wies Scasso darauf hin, daß Argentinien in der bisherigen Geschichte stets seine Unabhängigkeit und seine Friedenspolitik gewahrt habe und deshalb keinen Anlaß habe, diese Tradition zu brechen.

Das argentinische Parlament stimmte am 22. Juli mit allen gegen nur vier Stimmen für die Aufrechterhaltung der Neutralität.

Kurz darauf stimmte der chilenische Senat für die Neutralitätspolitik und gegen den von kommunistischer Seite eingebrachten Antrag auf Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Achsenmächten.

In Uruguay, Brasilien und in anderen Staaten freilich geht die wirtschaftliche, politische und militärische Überfremdung durch die USA unentwegt weiter. Sie auf ganz Ibero-Amerika auszudehnen und so vollständig und dauerhaft wie möglich zu machen, ist zweifellos eines der wichtigsten Kriegsziele des „Freiheitskämpfers“ Roosevelt.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

August-Lieferung
(Nr. 71/72 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



- 89 Im Mittelpunkt allen Interesses standen im Monat August die Kriegsergebnisse an der russischen Südfront. Die deutsche Offensive machte unter härtesten Kämpfen entscheidende Fortschritte, sowohl an der Kaukasusfront wie auch im Donbogen und gegen Stalingrad. Die Heimat, der Feind und die Welt, sie erkannten, daß die deutsche Angriffskraft ungebrochen war. Der Kampf führte die deutschen Divisionen in Gebiete, die für den Feind von lebenswichtiger Bedeutung waren. Bayerische Gebirgsjäger hißten sogar, wie eine Meldung des OKW vom 25. August 1942 bekanntgab, auf dem Elbrus, dem höchsten Berg des Kaukasus, die Reichskriegsflagge. Schnelle Verbände stießen nach Osten und Südosten vor, nahmen Maikop, eines der Ölgebiete im Kaukasus, und besetzten am 13. August 1942 Elista, die Hauptstadt des Kalmückengebietes. Die Eroberung des großen Donbogens folgte bald. Wie schwer die deutschen Schläge gewesen sind und wie empfindlich sie den Feind getroffen haben müssen, geht aus der Tatsache hervor, daß Stalin den britischen Premierminister Churchill nach Moskau zitierte. Im Mittelpunkt der Besprechungen zwischen Stalin und Churchill habe, so berichten alle Stimmen des Auslandes übereinstimmend, die Frage der „zweiten Front“ gestanden. Der sowjetische Druck auf den lendenlahmen britischen Verbündeten muß stark gewesen sein; denn wenige Tage darauf startete Churchill den Invasionsversuch von Dieppe. Dieser aufs genaueste vorbereitete, mit Spezialverbänden unternommene Landungsversuch scheiterte aber sofort im Abwehrfeuer des deutschen Wallen an Europas Küste. Weder eine Entlastung zu Lande für Stalin wurde also erreicht, noch das große Ziel der deutschen Seekriegführung, mehr feindlichen Schiffsraum zu vernichten, als alle unsere Feinde zusammen nachbauen können, irgendwie beeinträchtigt.
- Als 108. Soldat der deutschen Wehrmacht erhielt das Eichenlaub zum Ritterkreuz Oberfeldwebel Beerenbrock, Flugzeugführer in einem Jagdgeschwader. Hauptmann H a c k e 1 folgte als nächster. Nach ihm erhielt als 110. Soldat das Eichenlaub zum Ritterkreuz Generalmajor Herr, darauf General der
- 90 Panzer Kempff, Major C o l l e w e , Gruppenkommandeur in einem Jagdgeschwader, Oberstleutnant G o r n , Kommandeur eines Kradschützenbataillons und schließlich als 114. Offizier Hauptmann B r ä n d l e , Gruppenkommandeur in einem Jagdgeschwader. — Die hohe Auszeichnung des Eichenlaubs mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes erhielt als 16. Soldat der deutschen Wehrmacht Hauptmann Baumbach, Gruppenkommandeur in einem Kampfgeschwader. Die gleiche hohe Auszeichnung verlieh der Führer dem Kapitänleutnant Topp, dem Kommandanten eines U-Bootes, als 17. Offizier, der zugleich zum Korvettenkapitän befördert wurde.
- Die Brillanten und Schwerter zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes erhielt Major G o l l o b , Kommodore eines Geschwaders, der am 29. August an der Ostfront seinen 150. Luftsieg errang.
- Am 15. August wurde gemeldet, daß Oberleutnant Ostermann, Sieger in 102 Luftgefechten, Staffelkapitän in einem Jagdgeschwader, am 9. August am Ilmensee gefallen sei. Oberleutnant Ostermann wird als einer der Besten in der Geschichte der deutschen Luftwaffe, insbesondere der Jagdfliegerei, weiterleben.
- In ihrer ohnmächtigen Wut, keine kriegsentscheidenden Operationen durchführen zu können, lassen es die Engländer auch weiterhin dabei bewenden, ihre Kriegführung der Nadelstiche fortzuführen: Bombenangriffe auf Städte und Dörfer des deutschen Westens und der besetzten Gebiete, das ist ihre Kriegsmethode. Überall, wo die Briten Wohnviertel deutscher Städte und unersetzbare Kulturgüter zerstörten, erwies sich der Wille der Heimat zum Widerstand am stärksten. Jugend und Alter, Männer und Frauen gaben vielmehr in allen Städten, die vom Feind heimgesucht wurden, Zeugnisse heldenmütigen Einsatzes und wahrer Hilfsbereitschaft. Einmütig bekannten alle, daß der britische Terror sie nicht beugen werde, sondern im Gegenteil ihren Widerstandswillen bis zum letzten gesteigert habe. Dafür spricht die Tatsache, daß das Ergebnis der Sammlung für das Deutsche Rote Kreuz am 22. und 23. August dieses Jahres in Mainz, also nach dem schweren Bombenangriff auf diese Stadt, 48 30a. RM gegenüber 44 900 RM im Juni dieses Jahres betrug. Um 10% mehr also spendete die Bevölkerung von Mainz, die viel verloren hatte! Ein stolzes Beispiel für den Geist der Heimat.

Reichsminister Dr. Goebbels, der zu Anfang des Monats August, zwischen 7. und 10. August, die Gaue Köln-Aachen und Düsseldorf besuchte, konnte sich an Ort und Stelle von der Gesinnung und Haltung der von den Briten terrorisierten Bevölkerung überzeugen. Auf einer Großkundgebung in der Werkhalle eines großen Industrieunternehmens in der Nähe von Köln, in der sich rund 15 000 Gefolgschaftsmitglieder mehrerer Kölner Rüstungsbetriebe versammelt hatten, brachte Dr. Goebbels zum Ausdruck, daß der Führer und mit ihm das ganze deutsche Volk in stolzer Dankbarkeit der Leistungen der Volksgenossen gedenke, die ihre harte Kriegsarbeit unter Bedingungen durchführen, denen sonst nur der Frontsoldat unterworfen sei. Die Kölner Bevölkerung sei in diesem gigantischen Kampf mit einem rücksichtslosen Feind leuchtendes und anspornendes Beispiel für die ganze Heimat. Auf die Methode der Kriegführung des Führers eingehend, erklärte Dr. Goebbels, daß es im Gegensatz zur englischen nicht die Absicht der deutschen Führung sei, Tageserfolge zu erringen. Es handele sich für uns darum, im Schlieffenschen Sinne Siege von Format zu erkämpfen und damit den Krieg zu gewinnen. Bei dieser Zielsetzung müsse jede Zersplitterung der Kräfte vermieden und durch einheitlichen Einsatz von Menschen und Waffen der Erfolg errungen werden. Die Bevölkerung Kölns müsse verstehen, daß der Schwerpunkt unserer Kriegführung zur Zeit im Osten liege und wir daher im Westen zu einem gewissen Teil Gewehr bei Fuß stehen müßten. „Ich habe den Mut, vor Arbeitern, Soldaten und Frauen dieser heimgesuchten Stadt Köln zu sagen: Das alles muß ertragen werden im Sinne einer höheren Kriegführung, und ich habe das Vertrauen, daß meine rheinischen Mitbürger diese Notwendigkeit verstehen und billigen.“ Der starke Beifall der Zehntausende bei diesem Satze bezeugte, daß dieser Grundsatz nationalsozialistischer Kriegführung von jedem einzelnen der Anwesenden begriffen und gebilligt wurde.

Das Reichskriegsschädenamt hat durch einen Beschluß zu der Frage der Sachschäden Stellung genommen, die allein durch einen Flieger a l a r m verursacht sind, also nicht durch einen Fliegerangriff. Der Fliegeralarm sei nur eine an die Allgemeinheit gerichtete Aufforderung, die vorgeschriebenen Luftschutzmaßnahmen gegen eine möglicherweise eintretende Luftkampfhandlung vorzubereiten und durchzuführen. Es sei nicht Zweck der Kriegsschädenregelung, alle irgendwie durch den Krieg bedingten Sachschäden als entschädigungspflichtig anzuerkennen. Deshalb ist nur für Ausnahmefälle Abweichendes bestimmt worden.

Nach den geltenden Bestimmungen stehen besondere Reichsmittel im Haushalt des Reichsinnenministeriums zur Verfügung für den Wiederaufbau von Wohngebäuden, die bei Fliegerangriffen ganz oder teilweise zerstört worden sind. Daneben gibt es noch Reichszuschußmöglichkeiten für die Schaffung neuer Wohnungen aus der Teilung, dem Umbau und der Instandsetzung. Auch diese Reichsfonds sind nun zugunsten von Bombengeschädigten mobilisiert worden. "Der Reichsarbeitsminister hat die erforderlichen Anweisungen erlassen. Der Reichszuschuß beträgt 50% der Gesamtkosten, wird aber

92 durch den Reichsarbeitsminister für besondere Ausnahmefälle nunmehr sogar auf 75% erhöht. Die Zuschußanträge müssen rechtzeitig vor Beginn der Bauarbeiten gestellt werden. Für die beschleunigte Wiederunterbringung von Bombengeschädigten kann die Zuweisung von Sondermitteln beschleunigt angefordert werden. Arbeiten, die ohne Zuschuß zur Durchführung kommen, werden von diesen Bestimmungen ausgenommen.

In der Zeitschrift des Reichsinnenministeriums, in der „Deutschen Verwaltung“, sind Ausführungen enthalten über das Neuordnungsverfahren zerstörter oder schwer beschädigter Ortschaften am Oberrhein und Saar. Nach einer Verordnung vom 2. Dezember 1940 soll der Wiederaufbau zerstörter Ortschaften so geschehen, daß er nationalsozialistischer Auffassung über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernisse in deutschen Gemeinden entspricht. Die Einzelmaßnahmen werden durch die Unterstufen der Verwaltung durchgeführt, die Kosten trägt das Reich.

Eine am Anfang des Monats August vom Polizeipräsidenten der Reichshauptstadt erlassene Anordnung verfügt, daß alle in Berlin Ansässigen oder sich aufhaltenden Deutschen als zum Selbstschutz herangezogen gelten. Da der bisherige Stamm der Selbstschutzkräfte bereits ausgebildet ist, kann sich die Ausbildung der weiteren Kreise vorerst auf eine kurze Einweisung von einer Doppelstunde beschränken. In dieser einen Doppelstunde wird die Bevölkerung praktisch in der Bekämpfung der Gefahren unterwiesen, die die englischen Brand-abwurfmittel mit sich bringen. Diese Ausbildung ist notwendig; denn es genügt nicht allein der Abwehrwille, sondern erforderlich sind auch die Kenntnis der Gefahr und ihre Bekämpfung. Die Luftangriffe auf andere deutsche Städte haben bewiesen, daß nur diejenigen Selbstschutzkräfte voll einsatzfähig sind und sich im Einsatz bewährt haben, die auf Grund ihrer Schulung in der Lage waren, richtig zu handeln und anderen beispielhaft im Einsatz voranzugehen.

Am 14. August empfing der Führer im Hauptquartier in Anwesenheit des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop den neuernannten türkischen Botschafter in Berlin, Saffet Ari-kan, zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens. Am gleichen Tage verabschiedete der Führer den von seinem Posten in Berlin abberufenen Kgl. Bulgarischen Gesandten in Berlin, Parvan Draganoff.

Seit dem Ableben des Reichsministers Gürtner war der Posten des Reichsministers für Justiz unbesetzt geblieben. Am 24. August wurde amtlich mitgeteilt, daß der Führer sich in Anbetracht der besonderen Bedeutung, die den Aufgaben der Rechtspflege während des Krieges zukommt, entschlossen habe, den Präsidenten des Volksgerichtshofs, Staatsminister a. D. Dr. Thierack, früher sächsischer Justizminister, zum Reichsminister der Justiz zu ernennen. Gleichzeitig hat der Führer den mit der Führung der

93 Geschäfte des Reichsjustizministers beauftragten Staatssekretär Prof. Dr. Schlegelberger von seinem Auftrag entbunden und ihn auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt. Der Führer hat dem Staatssekretär in einem Handschreiben seinen Dank ausgesprochen und ihn zur persönlichen Abmeldung im Hauptquartier empfangen. Zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium ernannte der Führer zu gleicher Zeit den Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg, Senator Dr. Rothenberger, und zum Präsidenten des Volksgerichtshofs den Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Freisler. Die Reichspressestelle gibt dazu bekannt, daß der bisherige Führer des nationalsozialistischen Rechtswahrbundes, Präsident der Akademie für Deutsches Recht und Leiter des Reichsrechtsamtes der NSDAP, Dr. Frank, den Führer gebeten habe, ihn von diesen Ämtern zu entbinden, damit er sich völlig seinen Aufgaben als Generalgouverneur widmen könne. Der Führer entsprach dieser Bitte und ernannte den Reichsminister der Justiz, Dr. Thierack, zum Präsidenten der Akademie sowie zum Leiter des NS-Rechtswahrbundes. Das Reichsrechtsamt der NSDAP und seine nachgeordneten Stellen hat der Führer aufgelöst und die bisherigen Leiter dieser Ämter in den Gauen und Kreisen den Gau- und Kreisstabsämtern eingegliedert.

Ein Erlaß des Führers vom 20. August hat dem Reichsminister der Justiz, Dr. Thierack, besondere Vollmachten zuerteilt. Es heißt darin: „Zur Erfüllung der Aufgaben des Großdeutschen Reiches ist eine starke Rechtspflege erforderlich. Ich beauftrage und ermächtige daher den Reichsminister der Justiz, nach meinen Richtlinien und Weisungen im Einvernehmen mit dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei und dem Leiter der Parteikanzlei eine nationalsozialistische Rechtspflege aufzubauen und alle dafür erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann hierbei von bestehendem Recht abweichen.“ Dieser Führererlaß ist gegengezeichnet durch den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers,

In seinem Antrittserlaß äußerte sich Dr. Thierack näher über seine Aufgaben. Der Minister erklärte, daß er die Schaffung einer starken nationalsozialistischen Rechtspflege mit aller Kraft vorantreiben und dieses Ziel nie aus den Augen lassen werde. Er fordert vor allen Dingen die ihm unterstellten Menschen und Institutionen auf, mit ihm an die Arbeit zu gehen und die kriegswichtigen Probleme sofort in Angriff zu nehmen. „Vor allem“, so heißt es in diesem Erlaß, „wende ich mich an die Richter, die in Zukunft als tragende Säulen mitten im Gebäude der Deutschen Rechtspflege stehen werden. Rechtsprechen bedeutet keine Übung eines geschulten Verstandes, sondern das Ordnen von Lebensvorgängen im Volke. Ich will keine Richter sehen, deren Kunst sich darin erschöpft, das gesetzte

94 Hecht auf den ihnen unterbreiteten Sachverhalt mehr oder weniger scharfsinnig auszulegen. Das mögen Rechtsgelehrte tun, von denen das Volk kein Urteil verlangt. Der Richter aber ist der beste und kann allein Anerkennung verdienen, dessen Urteile das vom Volke getragene Rechtsgefühl verkörpern. Das gesetzte Recht soll dem Richter hierbei helfen, es soll ihn aber nicht so beherrschen, daß er darüber die Verbindung zum Rechtsgefühl seines Volkes verliert. Das Recht ist Leben, nicht die starre Form eines Rechtsgedankens.“ Es werde seine Aufgabe sein, dem Richter jenes Gesetz zur Verfügung zu stellen, das erforderlich ist, ein lebensnahes Urteil zu fällen. „Ich möchte“, so schließt dieser Erlaß, „im Urteil des Richters den deutschen Menschen erkennen, der mit seinem Volke lebt.“

Auf Vorschlag des Reichsministers für Justiz ernannte der Führer den SA-Brigadeführer Hohn, den HJ-Oberrichter Obergewalt, den Ministerialrat John und Obergewalt zum SA-Brigadeführer auf die Dauer von 5 Jahren zu ehrenamtlichen Mitgliedern des Volksgerichtshofes. — Der Führer beförderte auf Vorschlag des Reichsführers SS den SS-Brigadeführer Franz Breithaupt zum SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS und ernannte ihn gleichzeitig als Nachfolger des kürzlich verstorbenen SS-Obergruppenführers Scharfe zum Chef des SS-Hauptamtes SS-Gericht.

Ende August wurde ein Erlaß des Führers veröffentlicht, der eine klare Scheidung und Aufgabengrenzung auf dem Gebiete des Sanitäts- und Gesundheitswesens vornimmt. Es heißt dort: „Der personelle und materielle Einsatz auf dem Gebiet des Sanitäts- und Gesundheitswesens erfordert eine ein-

heitliche und planvolle Lenkung. Für den Bereich der Wehrmacht beauftrage ich den Heeressanitätsinspekteur als Chef des Wehrmachtsanitätswesens, unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben mit der Zusammenfassung aller gemeinsamen Aufgaben auf dem Gebiet des Sanitätswesens der Wehrmacht, der Waffen-SS und der der Wehrmacht unterstellten oder angeschlossenen Organisationen und Verbände. Der Chef des Wehrmachtsanitätswesens vertritt die Wehrmacht in allen gemeinsamen sanitätsdienstlichen Angelegenheiten gegenüber den zivilen Behörden. Für die zusammenfassende Bearbeitung dieser Aufgaben sind ihm je ein Sanitätsoffizier der Kriegsmarine und der Luftwaffe, dieser mit der Stellung eines Chefs des Stabes zu unterstellen. Grundsätzliche Fragen des Sanitätswesens der Waffen-SS sind im Einvernehmen mit der Sanitätsinspektion der Waffen-SS zu regeln."

95 Für den Bereich des zivilen Gesundheitswesens ist für alle einheitlich zu treffenden Maßnahmen Reichsgesundheitsführer Dr. Conti verantwortlich. Ihm stehen hierfür die zuständigen Abteilungen der obersten Reichsbehörden und ihre nachgeordneten Dienststellen zur Verfügung. Für Sonderaufgaben und Verhandlungen zum Ausgleich des Bedarfs an Ärzten, Krankenhäusern, Medikamenten usw. zwischen dem militärischen und zivilen Sektor des Sanitäts- und Gesundheitswesens bevollmächtigte der Führer Dr. med. Karl Brandt, der nur ihm persönlich unterstellt ist und von ihm unmittelbar Weisungen erhält. Der Bevollmächtigte soll über grundsätzliche Vorgänge auf den beiden Sektoren des Gesundheitswesens laufend unterrichtet werden, und er ist berechtigt, sich verantwortlich einzuschalten. Prof. Dr. Brandt führt den Titel „Generalkommissar des Führers für das Sanitäts- und Gesundheitswesen."

Der Reichsinnenminister hat durch Verordnung den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit im Elsaß, in Lothringen und Luxemburg geregelt. Diejenigen deutschstämmigen Elsässer, Lothringer und Luxemburger erwerben von Rechts wegen die Staatsangehörigkeit, die zur Wehrmacht oder Waffen-SS einberufen sind, oder die als bewährte Deutsche anerkannt werden. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit erstreckt sich im allgemeinen auch auf die Ehefrau und die minderjährigen Kinder. Für diejenigen deutschstämmigen Personen, die die Staatsangehörigkeit nach diesen Bestimmungen nicht erwerben, kann durch besondere Anordnung bestimmt werden, daß sie die Staatsangehörigkeit auf Widerruf erlangen. In einem großen Führerappell der Volksdeutschen Bewegung in Luxemburg gab der Chef der Zivilverwaltung, Gauleiter Simon, diese staatsrechtliche Entscheidung des Führers bekannt. Damit ist der entscheidende Schritt in der völligen Eingliederung des alten deutschen Reichslandes Luxemburg getan und für alle Zukunft der Weg dieses kleinen Landes an Mosel und Saar bestimmt. Denn mit den Freiwilligen der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS erwerben die Mitglieder der Volksdeutschen Bewegung, die in die NSDAP aufgenommen werden, die Angehörigen der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS, die einberufen werden, die Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes, die zum Stammpersonal gehören, die Angehörigen der Polizei, die den Eid auf den Führer leisten, und sonstige Personen, die der Chef der Zivilverwaltung wegen besonderer Verdienste um die deutsche Sache als bewährte Deutsche anerkennt, die deutsche Staatsangehörigkeit. Weiter erwerben alle deutschstämmigen Angehörigen der Volksdeutschen Bewegung die Staatsangehörigkeit auf Widerruf. Da die Volksdeutsche Bewegung heute schon über 75 000 Menschen umfaßt und der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sich grundsätzlich auch auf die Ehefrau und die minderjährigen Kinder erstreckt, ist fast die Gesamtheit der 300 000 ehemaligen Luxemburger in den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit gekommen.

96 Es ist eine übliche Erscheinung, daß das Interesse an landwirtschaftlichem Grund und Boden im Kriege zunimmt. Das war schon im Weltkrieg so und das läßt sich auch heute wieder verfolgen. Die Beweggründe sind verschiedener Art, oft egoistischer Natur. Der Führererlaß (Reichsgesetzblatt vom 4. August 1942) will hier nun Fehlentwicklungen unterbinden. Er bestimmt im einzelnen folgendes: Die Stetigkeit der Eigentums- und Besitzverhältnisse an landwirtschaftlichem Grund und Boden ist besonders während des Krieges eine wichtige Voraussetzung für eine ungestörte Erzeugungsleistung. Es hat deshalb jeder nicht unbedingt notwendige rechtsgeschäftliche Eigentums- und Besitzwechsel zu unterbleiben. Nur wenn Rücksicht auf die Erzeugung oder die ordnungsgemäße Bewirtschaftung einen Wechsel verlangen oder zwingende persönliche Gründe ihn erfordern, kann er zugelassen werden. Es ist besonders ein Grunderwerb durch Personen zu verhindern, die hauptsächlich ihr Geld anlegen wollen oder eine Besserung ihrer Versorgung erstreben. Auch ein unter normalen Verhältnissen unbedenklicher Eigentums- und Besitzwechsel soll möglichst bis nach Beendigung des Krieges zurückgestellt werden, weil sonst Kriegsteilnehmer, die ihre Interessen in der Heimat nicht selbst wahrnehmen können, benachteiligt werden.

Auf Einladung des Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung, Reichsmarschall Göring, versammelten sich die Reichsverteidigungskommissare und Gauleiter des Reiches mit ihren Gauwirtschaftsberatern und den Landesbauernführern in der ersten Woche des Monats zu einer Arbeitstagung in Berlin. Die Sitzung galt insonderheit der Erörterung aktueller kriegswirtschaftlicher und volkspolitischer Fragen. An ihr nahmen u. a. teil neben den Reichsministern Reichsleiter der Partei und die Staatssekretäre der beteiligten Reichsministerien. Im Anschluß an diese Tagung führte der Reichsmarschall im Beisein der Minister des Reichsverteidigungsrates Besprechungen mit den Militärbefehlshabern, Reichskommissaren und Generalgouverneuren der besetzten Gebiete.

In einer Veröffentlichung der Reichsarbeitsdienstleitung am 24. August wird darauf hingewiesen, daß zur Zeit der Wintereinsatz des Kriegshilfsdienstes vorbereitet werde. Eine vorzeitige Entlassung der Arbeitsmädchen sei grundsätzlich nicht möglich. Als Ausnahmen gelten 1. die mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft sowie sonstige Berufstätige in der Landwirtschaft. 2. Hausgehilfinnen in kinderreichen Familien, berufsfertige Volksschul- und Berufsschullehrerinnen, Schwesternvorschülerinnen der Kranken-, Säuglings- und Kleinkinderpflege.

Durch einen Erlaß des Reichsfinanzministers im Reichsgesetzblatt vom 31. Juli wird am 1. Januar 1943 die Hauszinssteuer aufgehoben. Da das Reich aber auf laufende Einnahmen ohne Gegenleistung nicht verzichten kann, hat der Eigentümer einen einmaligen Abgeltungsbetrag in Höhe des Zehnfachen

97 chen des bisherigen Jahresbetrages der Steuer zu leisten. Die bisher bei der Steuer gewährten Ermäßigungen werden berücksichtigt.

In einem gemeinsamen Erlaß an die Preisbildungsstellen haben der Reichskommissar für die Preisbildung und der Staatssekretär für Fremdenverkehr mit Rücksicht auf die kriegsbedingten Leistungsmininderungen der Gaststätten und die veränderten Verhältnisse im Beherbergungsgewerbe die Nachprüfung ihrer Preise angeordnet. In dem Erlaß sind Richtlinien gegeben, nach denen die Preise in Gaststätten für Speisen, Kaffee und Wein, sowie die Preise der Hotels und Pensionen für Zimmer, Tages- und Halbpensionen, soweit sie den gegebenen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, zu senken sind.

In einem Rückblick über ein Jahr deutscher Verwaltung in Galizien gab Generalgouverneur Dr. Frank bekannt, daß auch aus dem Distrikt Galizien fast 200 000 Menschen zur Arbeit ins Reich vermittelt worden seien. Einundzwanzig Monate bolschewistischer Herrschaft hatten genügt, den natürlichen Reichtum dieses Landes zu zerstören. Unter der Führung des Gouverneurs Dr. Wächter hat das Land ein anderes Gesicht bekommen, sich wieder normalisiert. Deutsche Landwirte haben in rastloser Arbeit die Felder wieder ordnungsgemäß bestellt und namentlich die 1600 vorhandenen Großbetriebe wieder mit vollem Einsatz in die Erzeugungsschlacht eingereiht.

Eine Maßnahme von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist das Bemühen der zuständigen Stellen, stark entwaldete Gebiete, wie z. B. den Reichsgau Danzig-Westpreußen, wieder aufzuforsten. Nach vorläufiger Planung werden 200 000 ha in diesem Gau wieder bewaldet. Von 22% auf 32% der Gesamtbodenfläche wird die westpreußische Landschaft nunmehr wieder aufgeforstet. Wenn auch dieser Prozeß sich auf einige Jahrzehnte erstreckt, so ist er doch für das Bild der Landschaft, für die klimatischen Verhältnisse dieses Gebietes von weittragender Bedeutung.

Rund 19 000 BDM-Führerinnen und Mädels aus allen deutschen Gauen sind, so wurde am 27. August berichtet, in kurz- oder langfristigem Einsatz in Nieder- und Oberschlesien, im Warthegau, Danzig-Westpreußen, Ostpreußen und im Generalgouvernement auf Grund freiwilliger Meldungen eingesetzt worden. Viele von ihnen haben sich darüber hinaus als Schulhelferinnen, Kindergärtnerinnen, Siedlerbeauftragte zur weiteren Tätigkeit im Osten verpflichtet. In allen Gebieten hat sich der Einsatz dieser Mädels hervorragend bewährt.

Wie auch in den vergangenen Jahren, hat sich die Hitler-Jugend und der BDM in diesem Jahr weitgehend zur Erntehilfe zur Verfügung gestellt. 17 Tage der Ferien geben Jungen und Mädels daran, die Einbringung der Ernte zu beschleunigen.

98 In der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung ist der 26. August 1932 als stolzer Tag verzeichnet. Es war der Tag, an dem die Nationalsozialisten in Thüringen als erstem deutschen Lande die Regierung übernahmen. Alte Kampfgefährten des Führers traten mit Gauleiter Sauckel als Ministerpräsident und Innenminister an die Spitze der Staatsführung. Am 27. August beging der Gau Thüringen diesen Gedenktag in würdiger Weise. — Am 30. August jährte sich ein anderer denkwürdiger Tag: Vor 10 Jahren übernahm Reichsmarschall Hermann Göring das Präsidium des Deutschen Reichstages. Der Fraktionsführer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Reichsinnenminister Dr. Frick, sandte dem Reichsmarschall zu diesem Tage ein Schreiben, in dem er darauf hinwies, daß in

diesem ereignisschweren Jahrzehnt der Deutsche Reichstag unter dem Vorsitz Hermann Görings stets von neuem bewies, daß er im Reich Adolf Hitlers zu einer wahrhaften Volksvertretung geworden ist, auf die sich das deutsche Volk bedingungslos verlassen könne.

Am 24. August empfing Dr. Ley eine Anzahl führender Wissenschaftler verschiedener Arbeitsgebiete, die im arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF. zu einer mehrtägigen Aussprache über soziale Forschungsprobleme zusammengekommen waren. In einer umfassenden Rede hob Dr. Ley die besondere Bedeutung hervor, die der Wissenschaft im nationalsozialistischen Weltbild zukommt. Die Wissenschaft müsse auch gerade in diese* Zeit des Krieges zum Werkzeug einer sozialen Fortentwicklung werden.

Im Wiener Künstlerhaus wurde eine vom Oberkommando der Wehrmacht veranstaltete Ausstellung, „Krieg und Kunst“, eröffnet. Die Ausstellung ist ein erster Versuch, die künstlerische Darstellung des Krieges in all ihren Möglichkeiten zu zeigen. Dazu haben nicht nur die Werke deutscher Künstler und der Künstler befreundeter Nationen, sondern auch eine mit Bedacht gewählte historische Schau beigetragen, welche die Wandlung der künstlerischen Erfassung des Kriegeserlebnisses erkennen lassen. Die Eröffnung nahm der Befehlshaber im Wehrkreis XVII, General der Infanterie Streccius, vor.

Am 16. August beging der bedeutende Musiker, Dirigent, Komponist, Lehrer und Musikschriftsteller Sigmund von Hausegger seinen 70. Geburtstag. Der Führer verlieh Geheimrat von Hausegger in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um das deutsche Musikleben die Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft. Reichsminister Dr. Goebbels übermittelte ihm telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche.

99 Der Dichter Prof. Dr. Otto Erler erhielt ebenfalls aus Anlaß der Vollendung seines 70. Lebensjahres in Würdigung seines dichterischen Schaffens die Goethemedaille. Die gleiche Ehrung erfuhr am 24. August der frühere Erste Direktor der preußischen Staatsbibliothek, Geh. Regierungsrat Dr. Ernst Kuhnert, in Würdigung seiner Verdienste um das deutsche Bibliothekswesen.

Der ordentliche Professor Dr. Gustav Riehl in Wien wurde in gleicher Weise geehrt anläßlich der Wiederkehr des Tages, an dem er vor 40 Jahren das Ordinariat für Dermatologie an der Universität Wien übernahm.

Am Freitag, dem 21. August, sind bei einem Flugzeugunfall Generalmajor Freiherr von Gablenz, Amtschef im Reichsluftfahrtministerium und Vorstandsmitglied der Deutschen Luft-Hansa, Ministerialdirektor Dr. Krümmel, Amtschef im Reichserziehungsministerium, sowie Bordfunker Oberfeldwebel Klaer tödlich verunglückt. Generalmajor von Gablenz gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der deutschen Luftfahrt, zu den Pionieren des transkontinentalen und transozeanischen Luftverkehrs. Bei dem vom Führer angeordneten Staatsakt im Haus der Flieger würdigte Generalfeldmarschall Milch die hohen Verdienste des Generalmajors von Gablenz, während Reichserziehungsminister Rust die Bedeutung Dr. Krümmeis auf dem Gebiet der Leibeserziehung der deutschen Jugend herausstellte. Als viertem Deutschen verlieh der Führer dem gefallenen Flugpionier das Ritterkreuz des Kriegsverdienstordens mit Schwertern.

Am 5. August verstarb in einem Berliner Krankenhaus der in Kreisen der deutschen Luftfahrt hochgeehrte General der Flieger Thomsen. Als ein entscheidender Förderer des deutschen Militärflugwesens ist der Name dieses Offiziers in den Annalen der Luftwaffe verzeichnet. Seinem Weitblick ist die Einführung des „C-Flugzeuges“, die Entwicklung eines hervorragend verwendungsfähigen Kampfeinsitzers und die planmäßige Organisation des Feldflugwesens im Weltkriege zu danken. Der Führer ordnete für General Thomsen ein Staatsbegräbnis an, bei dem General der Flieger Kastner-Kirdorf die Persönlichkeit des Toten würdigte.

An den Folgen seiner schweren Verwundung, die er in der Schlacht um Charkow erhalten hatte, starb in einem Lazarett in Krakau Oberleutnant Ministerialdirigent Prof. Karl Bömer. Prof. Bömer hat sich als ein Journalist von hohen Qualitäten, als ein Zeitungsfachmann ersten Ranges um die deutsche Publizistik große Verdienste erworben. Er hat mehrere Jahre einsatzfreudig und mit Begeisterung für seine Aufgabe der Abteilung Auslandspresse im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda vorgestanden. Als Soldat hat er sich an der Front aufs höchste bewährt. Reichsminister Dr. Goebbels und Reichspressechef Dr. Dietrich widmeten dem vor dem Feinde Gebliebenen ehrende Nachrufe. Am 26. August wurde Prof. Bömer auf dem Krakauer Kriegerfriedhof mit militärischen Ehren beigesetzt.





100 Politik und Kriegführung im Monat August zeigten auf seiten Deutschlands und seiner Verbündeten die logische und erfolgreiche Fortentwicklung der in den Vormonaten sichtbar gewordenen und zur teilweisen Durchführung gebrachten Planung. An der Front im Osten hat sich der Kampf um die Trennung der feindlichen Kampfkraft in einen nördlichen und einen südlichen Teil zu einem gewaltigen Ringen um den Besitz der sowjetischen Schlüsselstellung von Stalingrad am Wolgaknie konzentriert. Stalingrad, die Stadt Stalins, vielleicht unter den vom Bolschewismus geschaffenen Industriekolossen, in denen eine ungeheuerliche Rüstung für die militärische Durchführung der Weltrevolution geschmiedet werden sollte, der größte, zugleich eine von der Natur begünstigte Festung riesigen Ausmaßes, ist der Einsatz des Kampfes, von dem gegnerische Quellen melden, daß Stalin ihn selbst leite, daß zu seiner Durchführung ungeheure Massen von Reserven an Menschen und Material eingesetzt würden und daß der Verlust Stalingrads viel schlimmer sein würde als der Moskaus oder Leningrads. Ein bekannter amerikanischer Journalist erklärte ferner Anfang August zur Lage der Sowjetunion, es sei Unsinn, wenn man von unerschöpflichen Reserven der Sowjets rede. Die Sowjetunion habe bisher an Deutschland bereits Gebiete in der Größe von England, Frankreich und Deutschland zusammengekommen verloren. Damit sei sie des größten Teiles ihres Getreidelandes und ihrer Rohstoffe, der Hälfte ihrer Eisenproduktion und dreiviertel ihrer Aluminiumproduktion verlustig gegangen. Wenn es Deutschland gelinge, die Sowjetunion auch von ihrer Ölzufuhr abzuschneiden, dann sei die Lage der Sowjets hoffnungslos.

Kein Wunder daher, daß die Engländer zur Entlastung, offenbar in unmittelbarer Auswirkung von Churchills Besuch bei Stalin im Juli dieses Jahres, trotz aller Bedenken, die in der englischen Presse seit Monaten immer wieder in bezeichnender Weise diskutiert worden sind, am 19. August bei Dieppe einen Landungsversuch großen Stils unternommen haben, der nach Ausweis der dabei in deutsche Hand gefallenen Dokumente den Beginn zur Bildung der zweiten Front darstellen sollte — aber kläglich und schnell scheiterte.

In der Erkenntnis, daß der bolschewistische Verbündete keine Erfolge zu erzielen vermag, sondern immer näher an Gegner, der militärisch unbesiegbar erscheint, wenigstens in den Rand des Abgrunds
101 gedrängt wird, daß die zweite Front sich als Utopie erweist, und auch Rommel nach wie vor nahe an den Toren Alexandriens steht, will England durch systematische Luftangriffe auf die Wohngebiete deutscher Städte die deutsche Moral treffen. Deshalb sind die englischen Luftangriffe auf deutsche Städte mit ihrer Vernichtung wertvollster und unersetzlicher Kulturdenkmäler glatte Terrorangriffe. Sie sind nicht militärisch, sondern in erster Linie politisch zu werten. Sie sind echt englisch in der Zielsetzung und in der Methode. Die Antwort der deutschen Luftwaffe, über die der Bericht des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht Aufschluß gibt, bleibt und wird nicht ausbleiben. England wird daher sicherlich in der Zukunft sich Rechenschaft darüber ablegen, daß es durch die Provozierung dieser Art des Krieges sich selbst auf die Dauer am meisten schadet.

Im europäischen Raum ist es immer wieder Frankreich, dessen innere Lage, dessen Reaktion auf das militärische Geschehen, dessen Berührung mit den Ereignissen die Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Dies ergibt sich zwangsläufig aus der geographischen Lage des französischen Mutterlandes und seines Kolonialreichs. Jedes Kalkül der Feindmächte hinsichtlich der sogenannten zweiten Front muß sich auf Frankreich beziehen. An Frankreichs Küsten verläuft ja ein wesentlicher Teil des europäischen Verteidigungswalles, und über Tausende von Kilometern erstrecken sich Frankreichs Besitzungen an den Küsten Afrikas. Wie steht Frankreich zu uns, wird es mit oder gegen uns gehen, wenn wir seine Küsten in Europa und in Afrika angreifen? Wenn Frankreich kämpft, wie weit wird dieser Kampfwille gehen, und welche materielle Mittel werden ihm zur Verfügung stehen? Das sind Fragen, die London und Washington sich unaufhörlich vorlegen. Mit allen Mitteln der Propaganda möchten unsere Feinde die Antwort auf diese Fragen im eigenen Sinne beeinflussen. Die ununterbrochene Reihe schwerer Niederlagen und Mißerfolge ist freilich keineswegs geeignet, dieser Propaganda den einzig möglichen Auftrieb zu geben und die Bedeutung der Niederlage von Dieppe gehört sehr wesentlich in diesen Zusammenhang.

In ähnlichem Sinne ist die Ankunft des ersten Zuges französischer Kriegsgefangener zu werten, der im Rahmen der deutsch-französischen Absprache über die Werbung französischer Facharbeiter für Deutschland am 11. August in Compiègne eintraf, wo er sich mit einem Zug französischer Arbeiter, die nach Deutschland fuhren, begegnete. Ministerpräsident Laval begrüßte die zurückkehrenden Kriegsgefangenen und die abreisenden Arbeiter. Er sagte dabei u. a., bei dem Krieg im Osten gehe es um die ganze europäische Zivilisation. In gigantischen und siegreichen Kämpfen setze Deutschland alle seine Männer ein. Es brauche Arbeitskräfte. Durch ihre Reise nach Deutschland erfüllten die fran-

102

zösischen Arbeiter eine Solidaritätspflicht gegenüber den Kriegsgefangenen, sie trügen durch ihre Arbeit ferner dazu bei, ein Vertrauensklima zwischen den beiden Ländern zu schaffen, von dem das Schicksal der Kriegsgefangenen und die Zukunft Frankreichs im neuen Europa abhängen. Die Rückkehr des ersten Zuges von Kriegsgefangenen nach Frankreich — es sollen gegen 150 000 französische Facharbeiter 50 000 französische Kriegsgefangene, in der Hauptsache Landwirte, freigelassen werden — kennzeichnete einen bemerkenswerten Fortschritt der deutsch-französischen Kollaborationspolitik. So wurde es auch von der französischen Presse begriffen und herausgestellt, die auch unterstrich, daß damit eine der vielen Lügen der Feindpropaganda widerlegt ist, die oft behauptet hatte, Laval könnte noch so viel Arbeiter nach Deutschland schicken, Kriegsgefangene würde er dafür doch nicht zurückerhalten.

Die Frage der Anwerbung französischer Arbeiter zur Arbeit in Deutschland ist allerdings nur ein Teilproblem des europäischen Arbeitseinsatzes. Denn der gegenwärtige Krieg wird hinsichtlich des Arbeitseinsatzes tatsächlich bereits durch Gesamteuropa getragen. Daß Frankreich, dessen Kultur und Lebensform durch den Bolschewismus nicht minder bedroht ist als andere Völker, im Rahmen des europäischen Arbeitseinsatzes den entsprechenden Teil leistet, erscheint selbstverständlich. Dies geschieht in erheblichem Umfang im Lande selbst, in steigendem Maße aber auch dadurch, daß französische Arbeiter nach Deutschland kommen. Die Träger der Kollaborationspolitik, an der Spitze Ministerpräsident Laval, sehen hierin einen Beitrag Frankreichs für den Aufbau des neuen Europa. Sie haben erkannt, daß Frankreich, das an der großen Auseinandersetzung der Gegenwart nicht als politisch und militärisch mitbestimmender Faktor teilzunehmen vermag, immerhin durch Leistung und Arbeit dies tun kann. Sie hoffen, daß die zukünftige Stellung Frankreichs in Europa hierdurch günstig beeinflußt werden könne und sehen deshalb in diesem französischen Einsatz eine nationale Tat. Die gleiche Sinngabung hat für sie der militärische Einsatz der antibolschewistischen Legion, die ebenso wie Verbände aus fast allen Ländern Europas auf den Schlachtfeldern des Ostens kämpft. Wenn auch zahlenmäßig dieser kämpferische Einsatz Frankreichs gering ist, so hat er doch eine erhebliche grundsätzliche und moralische Bedeutung. Sie kam stark zum Ausdruck, als am 27. August der erste Jahrestag der Gründung der antibolschewistischen Legion, die ursprünglich der privaten Initiative einiger politischer Parteigruppierungen ihre Entstehung verdankt, in Paris unter Beteiligung führender Männer des französischen Staates gefeiert wurde. Einer kirchlichen Totenfeier in der Kathedrale von Notre

103

Dame in Paris für die im Osten gefallenen Legionäre folgte nämlich eine militärische im Hof des Invaliden-Doms, bei der auch Auszeichnungen verteilt wurden. Presse und Rundfunk gaben den Feiern im ganzen Lande ein großes Echo. Es wurde insbesondere unterstrichen, daß die antibolschewistische Legion durch ihren Kampf im Osten zugleich dem eigenen Lande und Europa diene.

Je stärker solche Gedankengänge in Frankreich geäußert werden, um so unfreundlicher ist natürlich die Reaktion in England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Sie macht sich innerhalb Frankreichs meistens durch eine Reihe von Attentaten und Sabotageakten bemerkbar, die von bolschewistischen Terrorgruppen, die in gleicher Weise auf den Befehl von Moskau wie von London hören, ausgeführt werden. Die Feindpropaganda bemüht sich dann, diese verbrecherischen Handlungen als einen Ausdruck der „wahren Volksstimmung Frankreichs“ hinzustellen, die eben völlig gegen die Politik Lavais eingestellt sei. Tatsächlich steht aber die ganz überwiegende Mehrheit der Franzosen diesen Dingen fern und verurteilt sie. Die französische Presse hat die Hintergründe solcher Attentats- und Sabotageakte immer wieder eindeutig gekennzeichnet und die wahren Verantwortlichen, die in London und Moskau sitzen, auch aufgezeigt. Dies sei die wirkliche zweite Front, an der England kämpfe, da es zur Herstellung einer anderen nicht in der Lage sei.

Freilich bekommen die Franzosen fortwährend die direkte Waffenwirkung ihrer früheren englischen Verbündeten zu spüren, die immer wieder französische Städte aus der Luft bombardieren, französische Fischerboote angreifen und sogar friedliche Eisenbahnzüge aus der Luft überfallen.

Innerpolitisch ist in Frankreich zu bemerken, daß Ende August ein Gesetz veröffentlicht wurde, durch das die Büros von Kammer und Senat, die bisher formell weiter existierten, obwohl die alte parlamen-

tarische Volksvertretung bereits am 1. Juli 1940 außer Kraft gesetzt worden war, der Auflösung verfielen. Da nun die Büros von Kammer und Senat längst keinerlei Funktion mehr ausübten, so bedeutet das neue Gesetz nur, daß von den Trümmern des bisherigen Regimes einige weitere beiseite geschafft wurden. Neben solch negativem Geschehen steht in Frankreich auch positives. Die bisherigen Gewerkschaften sollen zu einer Einheitsgewerkschaft zusammengefaßt werden; auch über die Bildung einer Einheitspartei wird viel verhandelt und geschrieben. Der autoritäre Staat, der nach dem Zusammenbruch im Sommer 1940 an die Stelle der parlamentarisch-demokratischen Republik getreten ist, bemüht sich, den Ausbau der ihm gemäßen politischen Institutionen zu fördern.

104 Im übrigen europäischen Raum sind im Monat August wenig Ereignisse von Bedeutung zu verzeichnen. Die iberische Halbinsel ist durch den Kriegseintritt Brasiliens insofern berührt worden, als Portugal, das Mutterland Brasiliens, in seinen auf einen moralischen Führungsanspruch gegenüber Brasilien gerichteten Tendenzen betroffen wurde. Die Zeitschrift „Novidades“ schrieb in diesem Zusammenhang zur Lage und Einstellung Portugals nach Brasiliens Kriegseintritt am 28. August:

Die portugiesische Neutralität sei das Ergebnis der geographischen Lage Portugals, seiner Auffassung von der Zivilisation und seiner Bereitwilligkeit, am Wiederaufbau des Friedens mitzuarbeiten. Wenn Portugal nicht am Kampfe teilnehme, so deshalb, weil um Probleme gestritten werde, die nicht seine Probleme seien, weil seine nationale Würde nicht auf dem Spiel stehe und weil alles dafür spreche, daß es seine moralischen und materiellen Kräfte für die Nachkriegszeit intakt halte. Umstände politischer Art hätten die Wege Brasiliens und Portugals getrennt. Diese Wege könnten nicht immer übereinstimmen, um so weniger, als die Weite des Atlantik sie trenne und andere Elemente und andere Freundschaften die Beschlüsse Brasiliens beeinflussten. Die Lusitanität habe heute in Brasilien ihren amerikanischen und in Portugal ihren europäischen Ausdruck, stellt das Blatt fest. Durch seine geographische Lage sei Brasilien durch gemeinsame Wirtschaftsinteressen mit den anderen südamerikanischen Republiken verbunden und gehöre zu einem politischen Block, der sich dem Einfluß der Vereinigten Staaten nicht entziehen könne. Dies habe seine amerikanische Politik bedingt, die zum Kriegseintritt führte. Portugal dagegen könne seine eigenen Interessen nicht von dem Kollektivinteresse des Wiederaufbaues Europas und von der Solidarität mit Spanien, mit dem es eine Friedenszone im äußersten Westen des Kontinents bilde, loslösen und sei fest entschlossen, zur Wiedergutmachung der materiellen und moralischen Schäden des Krieges und der Wiederherstellung des Friedens beizutragen.

Im übrigen verstärkte Portugal auch im Monat August seine Garnisonen auf seinen Inseln im Atlantischen Ozean. Das gleiche tat Spanien hinsichtlich der Kanarischen Inseln. Die Länder der iberischen Halbinsel sind also offenbar nach wie vor gewillt, außerhalb des Krieges zu bleiben und für diesen Grundsatz nötigenfalls auch zu kämpfen.

Die am anderen Ende des Mittelmeers gelegene Türkei hat den gleichen Willen durch den Mund ihres Ministerpräsidenten Saracoglu zum Ausdruck gebracht, der vor der türkischen Nationalversammlung am 6. August erklärte, daß die neue Regierung mit wachsamer Aufmerksamkeit dafür sorgen werde, daß die Türkei aus diesem Kriege fernbleibe. Die türkische Neutralität Bei der Ausdruck eines allgemeinen politischen Systems, das auf allen Gebieten eine beruhigende Aufrichtigkeit und Klarheit auf-

105 weise. Ein Beweis der türkischen Neutralitätspolitik, so sagte Saracoglu, zeige sich in der Form des türkisch-deutschen Paktes, der von neuem die Freundschaft und das gegenseitige Verständnis zwischen den beiden Ländern besiegle. Ein anderer Beweis der türkischen Neutralitätspolitik sei das türkisch-englische Bündnisabkommen. Diese beiden Bündnisse, so stellte der Ministerpräsident fest, seien der schlagende Beweis für die Kraft der aktiven Politik der Türkei und zeigen die türkische Stellung gegenüber den beiden hauptsächlich kriegführenden Mächten. Gegenüber beiden kriegführenden Lagern sei die Haltung der Türkei in gleicher Weise freundschaftlich und loyal. Der Ministerpräsident schloß seine Rede, indem er betonte: „Freundschaftliche Haltung von seiten irgendwelcher Mächte geben wir durch gleiche Freundschaft zurück, und auf Feindseligkeiten antworten wir mit unerschütterlichem Mut und kraftvoller Energie. Nach diesen Richtlinien verfolgt die neue Regierung die Ziele der türkischen Außenpolitik“. Im gleichen Sinne dürfte auch die Ernennung des bisherigen Staatssekretärs Numan Menemencoglu zum türkischen Außenminister zu verstehen sein, die am 13. August erfolgte.

Die Kriegseignisse, die durch das Vordringen der deutschen Truppen im Kaukasus den Krieg immer näher an die Grenzen der Türkei herangetragen haben, können die Türkei freilich bald vor wichtige Entscheidungen stellen. Die nächste dürfte die des Schicksals der sowjetischen Schwarzmeerflotte sein, die durch den deutschen Vormarsch immer weitere Häfen verliert und für die nach dem Verlust

aller sowjetischen Stützpunkte am Schwarzen Meer theoretisch nur drei Möglichkeiten übrigbleiben: die Flucht aus dem Schwarzen Meer durch Dardanellen und Bosphorus ins Mittelmeer, die Internierung in türkischen Schwarzmeerhäfen oder die Selbstversenkung. Die Durchfahrt durch die Meerengen wäre im Widerspruch mit den vertraglichen Verpflichtungen der Türkei. Da nicht anzunehmen ist, daß die Türkei einen derartigen Bruch ihrer Neutralität zulassen würde, scheidet diese Möglichkeit aus. Dem bolschewistischen Charakter würde die Selbstvernichtung, wenn kein anderer Ausweg bleibt, am ehesten entsprechen. Für die Türkei würde die Vernichtung der sowjetischen Seemacht im Schwarzen Meer eine wesentliche Entlastung bedeuten und einen seestrategischen Zustand herbeiführen, so günstig, wie er für die Türkei seit vielen Jahrzehnten im Schwarzen Meer nicht bestanden hat.

Das verbündete Japan hat im Monat August in den riesigen Räumen, die es hauptsächlich mit Flotte und Luftwaffe beherrscht, den Kampf gegen die angelsächsischen Mächte glücklich fortgeführt.

106 Hinsichtlich Indiens wurde auch im August ebenso wie wiederholt in früheren Monaten in Tokio zur Frage der indischen Unabhängigkeit sehr deutlich Stellung genommen. So erklärte am 6. August der Sprecher der Regierung in Tokio, daß Japan der indischen Unabhängigkeitsbewegung mit aufrichtiger Sympathie und großem Verständnis gegenüberstehe. Japan glaube, daß die Frage der indischen Unabhängigkeit allein von den Indern gelöst werden könne und solle. Japan könne es aber niemals dulden, daß Indien für ausschließlich militärische Zwecke von den Alliierten benutzt werde, gleichgültig, ob Indien unabhängig sei oder nicht.

Die Feindmächte haben auch im Monat August nirgends irgendwelche Erfolge von Bedeutung zu erringen vermocht. Wo sie eine militärische Initiative entwickelten, wie bei Dieppe oder auf den Salomon-Inseln, haben sie schwere Schläge einstecken müssen. Der bolschewistische Verbündete im Osten hat unaufhörlich wichtige Gebiete verloren, und wo er offensiv auftrat, wie am mittleren Teil der Ostfront, sind seine zum Teil mit gewaltigem Materialeinsatz erfolgten Angriffe mit ungeheuren Verlusten versandet. Der Kampf um Stalingrad aber, der von der gegnerischen Propaganda als in vieler Hinsicht entscheidungsvoll bezeichnet worden ist, hat das Bild unaufhaltsamen deutschen Vordringens und verbissen kämpfenden Zurückweichens der Sowjets gezeigt.

Kein Wunder, daß der Unzufriedenheit mit der militärischen Führung in England und USA wiederholt recht deutlich Ausdruck verliehen wurde. So schrieb der bekannte englische Militärschriftsteller Liddell Hart in der „Daily Mail“ vom 13. August: Man habe von jeher gesagt, Deutschlands Kriegsmethode sei die, einen seiner militärischen Gegner nach dem anderen aus dem Felde zu schlagen. Englands Kriegsmethode — so würden die Historiker später einmal wahrscheinlich feststellen — bestehe darin, einen General nach dem anderen abzusetzen. Die aufeinanderfolgenden Umbesetzungen auf kommandierenden Posten in Nordafrika zeigten ganz deutlich, daß in der Handhabung der britischen Streitkräfte ernste Fehler gemacht worden seien. Die einzelnen Befehlshaber hätten sich offenbar für die ihnen zugeordneten Posten nicht geeignet. — Nicht minder bezeichnend ist es, daß von amerikanischer Seite die militärische Oberleitung für die USA gefordert wird. So schrieb die „Washington Post“ am 7. August, bisher hätten die englischen Generale nur ihre Unfähigkeit bewiesen. In Zukunft könne daher der Oberbefehl über die englischen und amerikanischen Armeen nur noch in die Hände eines Amerikaners gelegt werden.

Immer, wenn es für ihn besonders schlecht steht, geht Churchill auf Reisen. Nach diesem Muster hat er jüngst auch seine Reise nach Moskau durchgeführt, über die das Ausland früher Bescheid wußte als England selbst.

107 Es war eine lange Reise, und ihre Stationen sowie die Persönlichkeiten, mit denen Churchill zusammengekommen ist, geben deutliche Hinweise auf die Sorgen, die Churchill zu dieser Reise bewogen haben. Churchill war in Ägypten, wo er außer mit den dortigen englischen Persönlichkeiten mit König Faruk und mit dem südafrikanischen Premier Smuts zusammentraf, der aus Pretoria gekommen war. Er besuchte den Irak und war vom 13. bis 17. August in Moskau. Verfolgt man seinen Weg auf der Karte und überdenkt dabei die militärische Lage in den durch Churchills Reise berührten Gebieten, so wird klar, daß seine Reise ihn von einem gefährdeten Punkt zum anderen, von einer Gefahrenzone in die andere geführt hat, vom Mittelmeer, durch das englische Geleitzüge nicht mehr durchkommen, nach Ägypten, vor dessen Kerngebiet die Achsentruppen unter Rommel drohend stehen, in den Vorderen Orient, wo es gärt und wo der Freiheitsdrang der nationalen Kräfte auf die Befreier hofft, nach der Sowjetunion, die unter den schwersten deutschen Schlägen liegt und nach Hilfe durch Waffenlieferungen und durch Aufrichtung einer zweiten Front in Europa ruft.

Über das Ergebnis der Zusammenkunft zwischen Churchill und Stalin gab es die üblichen nichtssagenden Verlautbarungen über „herzliches Einvernehmen und unentwegte Entschlossenheit zum ge-

meinsamen Sieg". Churchill erklärte bei seiner Ankunft in Moskau, „wir sind fest entschlossen, diesen Kampf Hand in Hand als Kameraden und Brüder fortzuführen" und Roosevelts Vertreter bei den Besprechungen, Harriman, sagte, Roosevelt werde sich allen Entscheidungen, die Churchill in Moskau treffen könnte, anschließen, die Vereinigten Staaten würden Hand in Hand an Rußlands Seite an der Front stehen. Churchill, früher der erbitterteste Feind des Kommunismus, will jetzt Hand in Hand und als Bruder mit Stalin kämpfen!

Daß es aber in Wirklichkeit nicht ganz so herzlich in Moskau zugeht, ergibt sich aus der englischen Presse. Die englische Wochenzeitschrift „New Statesman and Nation" schrieb, bei dem Bankett im Kreml sei die Atmosphäre sehr muffig und die äußerlich joviale Unterhaltung innerlich morsch gewesen. Churchill habe es in Moskau mit Leuten zu tun gehabt, auf die seine Natur keinen Eindruck machte. — Über den wirklichen Zweck von Churchills Besuch bei Stalin schrieb der diplomatische Korrespondent der „Times" am 19. August: Die Deutschen erklärten, nur eine Krise ersten Ranges habe Churchill dazu bewegen können, nach Moskau zu reisen. Auf alliierter Seite zweifle man nicht, daß das stimme; denn Churchill habe England mit dem Bewußtsein verlassen, daß sich die Verbündeten in der allerschwersten Krise dieses Krieges befinden. Nach den Berichten neutraler Berichterstatter aus

108 London war es Churchills Hauptabsicht, Stalin darauf vorzubereiten, daß eine zweite Front in Form einer Landung in Westeuropa in diesem Jahre nicht mehr Zustandekommen würde. Es handelte sich also um die Durchführung des alten und zentralen Grundsatzes der englischen Politik, den Bundesgenossen auf die englische Hilfe in der Zukunft zu vertrösten und — ihn inzwischen zum Aushalten, zum Kämpfen, d. h. zur Aufopferung für England zu bewegen.

Das mißglückte Unternehmen von Dieppe hatte in dieser Perspektive wahrscheinlich vom englischen Standpunkt aus den Sinn, Moskau zu demonstrieren, daß es mit der zweiten Front eben tatsächlich nicht gehe. Die „New York Daily News" schrieb denn auch kurz nach Dieppe, das Unternehmen habe gezeigt, wie außerordentlich schwierig und blutig die Aufgabe der vom Meere herkommenden Angreifer sei, Festlandsbefestigungen zu erobern, in denen der Feind nur dazusitzen und zu schießen brauche. Der große Nachteil für die Alliierten in diesem Kriege sei es, daß sie nicht wie im Weltkrieg einen friedlichen Brückenkopf in Frankreich hätten. Noch etwas deutlicher sagte das die englische Zeitung „Economist", die ausführte, eine Invasion in Europa sei ohne die Mitwirkung starker USA-Streitkräfte nicht möglich. Ob man wolle oder nicht, die britischen Landstreitkräfte müßten ebenso wie die englische Luftwaffe vor allem der Verteidigung der Heimat dienen. Ein mißglückter Angriff auf den Kontinent würde aber eine Invasion in England noch wahrscheinlicher machen. Angesichts der Begrenzung der britischen Bevölkerungszahl könne ein Angriff kaum begonnen werden, ehe nicht eine ausreichende Zahl USA-Truppen eingesetzt würde. — In Dieppe waren, außer Offizieren, Engländer daher wieder einmal kaum beteiligt. Die Masse der Toten und Gefangenen waren Kanadier. Falls nun ein solches Unternehmen wiederholt wird, will England offenbar den Männern aus USA den Vortritt lassen. Innerhalb seines eigenen Weltreichs hat übrigens England im Monat August erfahren müssen, daß sein Rezept, andere für sich bluten zu lassen, nicht mehr so gerne angenommen wird, wie dies noch im Weltkrieg der Fall war. Gandhi z. B. und zahlreiche andere indische Nationalistenführer sind sich seit dem Scheitern der Mission von Cripps klar geworden, daß Englands Versprechungen eitel Trug sind. Gandhi legte deshalb am 5. August dem Arbeitsausschuß des Allindischen Kongresses eine Entschlie-ßung vor, in der es folgendermaßen hieß: Die Vorschläge des britischen Kriegskabinetts, die von Sir Stafford Cripps vorgetragen wurden, lassen den britischen Imperialismus in seiner ganzen Nacktheit wie nie zuvor erkennen. Der Ausschuß sei der Ansicht, daß Großbritannien nicht in der Lage sei, Indien zu verteidigen, und daß ein ewiger Kampf zwischen Indien und den britischen Interessen bestehe.

109 Da die Politik des Mißtrauens Indien gegenüber in England immer noch anhalte, gebe es keinen Grund dafür, warum die nationale Verteidigung Indiens nicht den erwählten Vertretern Indiens anvertraut werde. Die Teilnahme Indiens am Kriege habe nicht die Zustimmung des indischen Volkes, sondern sei ein rein britischer Akt. Wenn Indien frei werde, werde wahrscheinlich sein erster Schritt darin bestehen, mit Japan zu verhandeln. Der Ausschuß sei daher der Meinung, daß die Briten sich aus Indien zurückziehen sollten. Dieser Entschlie-ßungsantrag Gandhis wurde vom Arbeitsausschuß des Allindischen Kongresses mit großer Mehrheit angenommen.

Am 8. August lehnte die „Regierung in Indien", d. h. also praktisch der als Zwingherr amtierende englische Vizekönig jede Verhandlung auf der Grundlage der Forderungen des Allindischen Kongresses ab und ließ in den frühen Morgenstunden des 9. August Gandhi, Nehru und zahlreiche andere nationale indische Führer verhaften! Die Folge waren Demonstrationen, Unruhen und Tötlichkeiten überall. Am 10. August glaubte allerdings Indienminister Amery in einer Rundfunkansprache feststellen zu

können, es werde schon ruhiger in Indien, aber seitdem ist es noch viel unruhiger und blutiger geworden. Den Kern der Sache traf Amery jedoch, als er sagte, der Erfolg des Feldzuges, den sich die Mitglieder des indischen Kongresses, an ihrer Spitze Gandhi, vorgenommen hätten, würde die gesamte Kriegsanstrengung Indiens lahmlegen, indem er den Zufluß von Munition, die Errichtung von Flugplätzen und die ganze Armee paralisieren würde. Das sind beachtliche Eingeständnisse!

Der England am nächsten gelegene Teil des englischen Weltreiches, Irland, hat auch im Monat August seinen Willen, außerhalb des Krieges zu bleiben, mit einer Rede de Valeras erneut bestätigt. Über die Gründe der irischen Neutralität veröffentlichte die Londoner Wirtschaftszeitung „Economist“ am 20. August einen Bericht eines Sonderkorrespondenten, in dem es hieß: Dem Durchschnittsengländer erscheint die irische Neutralität immer noch unverständlich, beunruhigend und oft sogar „illoyal“. Die Neutralitätspolitik de Valeras wird jedoch praktisch von allen Iren unterstützt. Eire wolle durch seine Neutralität in erster Linie zeigen, daß seine nationale Unabhängigkeit eine reale Tatsache sei. Die in England vorhandene Meinung, daß es Pflicht Eires sei, sich am Kriege zu beteiligen, werde die Neutralität der Iren nur noch mehr versteifen. Die Geschichte Irlands in den letzten 700 Jahren spiele eine wichtige Rolle für seine heutige Haltung. Diese Geschichte werde als die eines unterworfenen Volkes angesehen, das unablässig und schließlich erfolgreich um seine Unabhängigkeit gekämpft habe. Wenn der Ire auf seine Vergangenheit zurückblickt, wird er skeptisch gegenüber der Richtigkeit der Behauptung der Engländer, sie seien die Verteidiger der Freiheit der kleinen Nationen.

110

Dafür kann England freilich und mit ihm die Sowjetunion auf die Unterstützung und Anerkennung eines anderen „kleinen Volkes“ zählen, nämlich auf die der Juden. Am 31. August meldete Reuter aus London: Führende jüdische Persönlichkeiten aus allen Teilen Englands versammelten sich Sonntag in London. Sie erklärten sich solidarisch mit den Juden in der Sowjetunion, und es wurde beschlossen, einen Fonds zu gründen, um der Sowjetunion zu helfen. Alle Juden Großbritanniens werden aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Der UdSSR-Botschafter Maisky wandte sich mit folgender Botschaft an die Versammlung: „Im Laufe der letzten 14 Monate hat mein Land von allen Verbündeten die Hauptlast des Krieges getragen. Wir hoffen, daß in Kürze diese Last gleichmäßiger auf die anderen Mitglieder der antinazistischen Verbündeten verteilt wird.“ Die jüdische Hilfe beschränkt sich freilich nur auf das Geld; denn schon am 7. Juli erklärte auf eine Anfrage im Unterhaus der englische Kriegsminister, Sir James Grigg, die Anregung, ein jüdisches Heer aufzustellen, habe sich als nicht durchführbar erwiesen.

Dafür helfen die Juden aber ihrem Präsidenten Roosevelt um so eifriger vom sicheren Schreibtisch aus. Denn bekanntlich setzt sich sein „Gehirntrust“ hauptsächlich aus Juden zusammen, und um die durch seine Kriegspolitik geschaffenen schweren wirtschaftlichen und finanziellen Probleme zu meistern, appelliert Roosevelt wiederum an Juden, wie an den schon im letzten Weltkrieg hiermit beschäftigten jüdischen Finanzmann Baruch und andere.

Aus dem Monat August liegen eine größere Anzahl von Meldungen aus und über USA vor, die beweisen, wie wenig die englisch-amerikanische Propagandathese von der unbegrenzten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Vereinigten Staaten mit den Tatsachen in Einklang steht. Über eine besondere Seite der USA-Wirtschaft, das Transportproblem, äußerte sich die bekannte amerikanische Wochenzeitschrift „Saturday Evening Post“ am 11. Juli mit der Fragestellung, ob die USA die „Transportschlacht“ noch gewinnen könnten, die Amerikaner seien das Opfer ihres eigenen Schlagworts: „Die Produktion wird allein uns den Krieg gewinnen.“ Nach den verheerenden Erfolgen der deutschen U-Boote sei plötzlich auch ohne amtliche Erklärung allen Amerikanern offenkundig geworden, daß dieses Schlagwort irreführe, denn das Transportproblem sei nicht weniger maßgebend, denn die ganze Kriegsproduktion müsse an die Front gebracht werden. Auch fehle den Amerikanern die englische und französische Transportflotte. Die Transportschwierigkeiten dieses Krieges seien viel gewaltiger, als

111

man gemeinhin denke. Jeden einzelnen amerikanischen Soldaten, der nach Übersee befördert werde, müsse man laufend betreuen und mit selbst dem Geringsten versorgen. Im Vergleich zu 1917 müsse jetzt jedes amerikanische Truppentransportschiff auch alles mit sich führen, was die Soldaten zum Kampf und zur Verpflegung brauchen. Im ersten Weltkrieg habe man nur Soldaten zu befördern brauchen und habe sich aber in ihrer Versorgung auf die Engländer verlassen können. Wenn man unter diesen Umständen nun frage, welche Aussichten die USA in der Transportschlacht hätten, dann müßten diejenigen, die die Öffentlichkeit mit optimistischen Behauptungen irreführen, zugeben, daß der Feind in seiner Seekriegführung beachtliche Erfolge erzielt habe, die das gesamte Verkehrsnetz der Alliierten ernsthaft gefährdeten. Niemand könne sagen, wie sich diese Lage weiter entwickle. Nicht

einmal der Grundstein sei bis jetzt in der Sicherung des Verkehrsnetzes zu einem Endsieg der Alliierten gelegt, sondern es türme sich ein militärischer Rückschlag auf den anderen.

Roosevelt selbst sah sich am 9. August zu einer Rundfunkbotschaft veranlaßt, worin er eingestand, daß die Kriegsproduktion der USA in ihrer heutigen Form zu keinem Sieg führen könne. Es seien zwar Fortschritte gemacht worden, doch im Hinblick auf das, was wirklich zum Siege benötigt werde, stecke die USA-Produktion erst in ihren Anfängen. Um diesen Krieg zu gewinnen, müsse ein pausenloser Strom von Waffen und Kriegsmaterial alle Produktionsstätten der USA verlassen. Wie berechtigt dieser Stoßseufzer war, zeigte am 14. August der „Daily Herald“, indem er sagte, aus Washington sei die weitere unangenehme Nachricht über die USA-Kriegsproduktion bekannt geworden, daß schon in diesem oder im nächsten Monat die Rüstungsfabriken aus Mangel an Rohstoffen ihre Produktion beträchtlich senken, manche Betriebe sogar sie ganz einstellen müßten. Bei den kürzlichen Besprechungen über die Rohstoffversorgungslage sei mit besonderer Deutlichkeit ein äußerster Stahlmangel festgestellt worden. So habe eine Reihe von Fabriken mit Hunderten von Arbeitern einfach nicht in Betrieb genommen werden können, weil Stahl für die Herstellung von Kriegsmaterial nicht aufzutreiben sei. Auf diesen Stahlmangel sei es auch zurückzuführen, daß ein Vertrag zum Bau von 200 Schiffen der „Liberty“-Klasse annulliert wurde und daß die USA-Marinebehörden keine große Begeisterung für das Angebot des Schiffsbauers Kaiser zeigten, Hunderte von großen Transportflugbooten zu bauen.

Das Kriegsproduktionsamt in Washington teilte ferner am 14. August mit, daß es die Durchführung der Projekte für die elektrischen Licht- und Kraftzentralen wegen des Mangels an Kupfer und Stahl für den Bedarf der Wehrmacht angehalten habe. Anfang August wurden sogar Äußerungen von Roosevelt gemeldet, daß die Vereinigten Staaten eine Knappheit an mindestens einem Hauptnahrungsmittel, nämlich an Fleisch, zu erwarten hätten. Durch eine Fleischrationierung würde man jährlich eine große Anzahl von Schiffen sparen, die bisher für den Fleischtransport aus Australien, Neuseeland und Argentinien in Anspruch genommen würden.

112

Zur Beurteilung der Gesamtkriegslage seien noch zwei USA-Stimmen erwähnt. In einer Rede vor Rüstungsarbeitern erklärte der Unterstaatssekretär im USA-Kriegsministerium, Patterson: „Ich wünschte, daß ich Ihnen sagen könnte, daß die Kriegslage für uns gut ist. Dies ist jedoch nicht der Fall. Wir befinden uns immer noch in der Defensive.“ Roosevelts Marineminister Knox, der vor dem Kriegseintritt Japans sich in Erklärungen gefiel, wie der, in neunzig Tagen würde die japanische Flotte von den Weltmeeren weggefegt sein, äußerte am 12. August vor Werftarbeitern: „Ich möchte nicht zu pessimistisch sein, aber ich möchte doch sagen, daß es niemals einen Augenblick gab, in dem unser Land in einer so ernsten Gefahr war.“

Der Tag, an dem Roosevelt mit Churchill auf dem Deck des inzwischen von den Japanern an der Küste der Malayen-Halbinsel versenkten Schlachtschiffes „Prince of Wales“ die sogenannte Atlantikcharta unterzeichnete, jährte sich am 14. August zum ersten Male. Roosevelt benutzte die Gelegenheit, um an Churchill eine Botschaft mit der üblichen verlogenen Propagandaphraseologie zu richten. Indien, wo fünf Tage vor dem Jahrestag der Atlantikcharta die Probe auf das Exempel für die Wahrheit der angeblich, wie Roosevelt es in seiner Botschaft nannte, von England und den Vereinigten Staaten verteidigten „Grundsätze der Unabhängigkeit, der Freiheit, der Religion, der Bewahrung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit“ gemacht wurde, hat Roosevelt in seiner Botschaft wohlweislich unerwähnt gelassen.

Der einzige „Erfolg“, den die Kriegsgegner der Dreierpaktmächte im Monat August erzielen konnten, war die Kriegserklärung Brasiliens an die Achsenmächte am 21. August. Sie ist freilich ein schwacher Trost neben allen anderen Mißerfolgen. Militärisch ist sie ohne Bedeutung; denn schon vorher stellte sich Brasilien in jeder Hinsicht unseren Kriegsgegnern uneingeschränkt zur Verfügung. Freilich hat die brasilianische Regierung sofort mit der Verhaftung von Angehörigen der Achsenmächte, mit Schließung und Beschlagnahme ihrer Unternehmungen begonnen. Der lachende Dritte bei solcher wirtschaftlichen Torheit sind die USA, gegen die die Gegengewichte beseitigt werden. Brasilien, d. h. seine von den USA bestochenen Politiker stürzen sich in die Knechtschaft. Land und Volk werden die Folgen zu tragen haben.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

September-Lieferung
(Nr. 73/74 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Die Rede des Führers zur Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes

Bei der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes im Berliner Sportpalast hielt der Führer am 30. September folgende Rede (DNB)*):

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

77 Es ist nun schon ein Jahr her, seit ich zum letzten Male von diesem Platz aus zu Ihnen und dem deutschen Volke sprechen konnte. Das ist in mancherlei Hinsicht bedauerlich: Erstens, weil es mir selbst sehr leid tut, nicht öfter vor die Nation hintreten zu können, und zweitens, weil ich natürlich befürchte, daß meine Reden dadurch nicht besser, sondern schlechter werden — denn auch dazu gehört Übung. Meine Zeit ist eben leider viel begrenzter als die meiner Gegner. Wer natürlich wochenlang in der Welt herumreisen kann, mit weißseidenem Hemd, einen breiten Sombrero auf dem Kopf, und anderswo wieder in einer anderen Kluft, der kann sich natürlich auch viel öfter mit Reden befassen.

Ich habe mich in dieser Zeit mehr mit Handeln und mit Taten beschäftigen müssen.

Außerdem kann ich natürlich auch sonst nicht jede Woche oder jeden Monat sprechen. Was heute ausgesprochen werden muß, das wird ausgesprochen durch unsere Soldaten! Auch die Themen, über die ich reden könnte, sind natürlich schwieriger als die Gespräche meiner Gegner, die ihre Plaudereien — wenigstens früher — noch häufiger vom Kamin aus oder von anderen Plätzen über die Welt hinwegschickten. Ich halte es z. B. nicht für richtig, mich jetzt schon mit der Gestaltung dessen zu beschäftigen, was einmal sein wird, sondern ich halte es für richtiger, daß wir uns mit dem beschäftigen, was augenblicklich die Zeit von uns fordert.

Eine „Atlantik-Charta“ zusammenzubrauen, ist natürlich sehr einfach. Dieser Blödsinn wird aber sehr bald durch die Härte der Tatsachen berichtigt werden. Auch aus einem anderen Grunde ist es für unsere Gegner heute etwas leichter, zu reden, denn sie haben nun nach langwierigem, vergeblichem Bemühen plötzlich unser Parteiprogramm entdeckt, und wir sehen mit Erstaunen, daß sie der Welt ungefähr das gleiche für die Zukunft versprechen, was wir unserem deutschen Volk schon gegeben haben und wofür wir von den anderen ja letzten Endes mit Krieg überzogen worden sind.

Es ist auch sehr geistreich, wenn beispielsweise ein Präsident sagt: „Wir wollen, daß in Zukunft jeder das Recht hat,

*) Inhaltstext erscheint im 3. Band des von Reichsleiter Bouhler herausgegebenen „Großdeutschen Freiheitskampfes“.

78 keine Not mehr zu leiden“ oder so ähnlich. Da kann man nur sagen: es wäre wahrscheinlich viel einfacher gewesen, wenn dieser Präsident, statt in einen Krieg hineinzuspringen, die ganze Arbeitskraft seines Landes verwendet hätte, um nützliche Produktionen aufzubauen und vor allem in seinem eigenen Volk dafür zu sorgen, daß nicht in einem Gebiet, das pro Quadratkilometer nur 10 Menschen zu beherbergen hat, Not und Elend herrschen und 13 Millionen Menschen erwerbslos sein müssen. Das hätten diese Herren ja alles tun können! Wenn sie jetzt auftreten und sich plötzlich vor der Welt als Retter hinstellen und erklären: „Wir werden in der Zukunft dafür sorgen, daß die Not der Vergangenheit nicht wiederkehrt, daß es keine Arbeitslosigkeit mehr geben wird und daß jeder eine Wohnung bekommt.“ — Aber das hätten doch diese Weltreichsinhaber ja längst schon vor uns in ihren eigenen Ländern tun können! Nun entdecken sie plötzlich lauter Grundsätze des nationalsozialistischen Programms. Wenn ich dabei höre, daß ein Mensch — ich denke, es war Herr Eden, aber man weiß ja nicht, welche Null da drüben redet — nun sagt: „Das ist der Unterschied zwischen den Deutschen und uns, daß die Deutschen an etwas glauben, was sie nicht glauben, während wir an etwas glauben, an das wir glauben“ — so kann ich nur sagen: „Wenn sie wirklich an das glauben, was sie zu glauben vorgeben, dann hätten sie sich schon früher zu diesem Glauben bekennen können. Warum haben sie uns denn dann den Krieg erklärt? Sie sind ja von uns dann gar nicht so weit entfernt.

Wir haben jedenfalls nicht nur etwas geglaubt, sondern auch das getan, was wir glaubten. Und jetzt glauben wir, daß wir die Feinde schlagen müssen bis zum endgültigen Sieg! Das glauben wir, und das werden wir auch tun!

Über den Begriff Glauben können wir uns mit diesen Leuten überhaupt nicht auseinandersetzen. Wer z. B. glaubt, daß Namsos ein Sieg war oder Andalsnes, oder wer sogar glaubt, daß Dünkirchen der größte Sieg der Weltgeschichte gewesen ist, oder daß meinetwegen irgendeine Expedition, die neun Stunden dauert, ein ebenso staunenswertes, ein ermutigendes Zeichen einer siegreichen Nation war — mit dem können wir uns mit unseren bescheidenen Erfolgen natürlich nicht vergleichen! Denn was sind schon unsere Erfolge dagegen! Wenn wir tausend Kilometer vorstoßen, dann ist das eben nichts,

ein „ausgesprochener Mißerfolg“. Wenn wir zum Beispiel in den letzten paar Monaten — es sind ja überhaupt nur ein paar Monate, in denen man in diesem Lande Krieg führen kann — zum Don vorstoßen, den Don abwärts endlich die Wolga erreichen, Stalingrad berennen und es auch nehmen werden — worauf sie sich verlassen können —, so ist das in ihren Augen gar nichts! Wenn wir zum Kaukasus vorstoßen, so ist das ebensowenig etwas, als wenn wir die Ukraine besetzen, die Donezkohlen in unseren Besitz bringen, 65 oder 70 Prozent des russischen Eisens bekommen, das größte Getreidegebiet der Welt dem deutschen Volk und damit Europa praktisch erschließen und uns die kaukasischen Ölquellen sichern. Das alles ist nichts! Aber wenn kanadische Vortruppen mit einem kleinen englischen Schwänzlein als Anhang nach Dieppe kommen und sich dort neun Stunden, man kann nur sagen, mühselig zu halten vermögen, um dann endgültig vernichtet zu werden — dann ist das ein „ermutigendes, staunenswertes Zeichen der unerschöpflichen sieghaften Kraft, die dem britischen Imperium zu eigen ist“.

Was sind schon dagegen unsere Luftwaffe, unsere Infanterie, was ist unsere Panzerwaffe? Was ist dagegen die Leistung unserer Pioniere, unserer Eisenbahnbautruppen, was sind unsere gigantischen Verkehrseinrichtungen, die in wenigen, man kann sagen, Monaten einen halben Kontinent erschließen und neu aufbauen? Das alles ist nichts! Und unsere Unterseeboote sind natürlich auch nichts!

Schon im Jahre 1939 waren sie nichts, denn damals bereits trat Churchill auf und sagte: „Ich kann die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Unterseebootgefahr als endgültig beseitigt anzusehen ist.“ Nein — einen Augenblick — das war wohl nicht Churchill, sondern Duff Cooper; einer dieser Schwadronneure ist immer größer als der andere, aber man verwechselt sie ununterbrochen. Schon damals hatten sie mehr Unterseeboote vernichtet, als wir überhaupt gehabt haben! Daß wir sie aus dem Balkan geworfen haben, daß wir Griechenland eroberten, daß wir Kreta besetzten, daß wir sie in Nordafrika zurückgetrieben haben — das alles ist wie gesagt nichts. Aber wenn irgendwo auch nur ein paar Mann landen, um einen einsamen Vorposten von uns zu überrumpeln — das sind dann Taten, das sind Werke!

Wer so glaubt, der wird unseren Glauben nie verstehen! Wenn aber die Engländer nun ernstlich an das glauben, was sie zu glauben vorgeben, dann kann man nur um ihren Verstand besorgt sein.

Außer diesen „Taten“ haben sie natürlich auch noch Wechsel für die Zukunft. Sie sagen: „Die zweite Front wird kommen! Sie ist bereits im Anmarsch! Ihr Deutschen paßt auf! Macht kehrt!“ Wir haben nun nicht aufgepaßt und nicht kehrtgemacht, sondern wir sind ruhig weitermarschiert. Damit will ich nicht sagen, daß wir uns nicht auf eine zweite Front vorbereiten. Wenn Herr Churchill jetzt sagt: „Wir wollen es den Deutschen jetzt überlassen, in ihrer Angst darüber nachzugrübeln, wo und wann wir sie eröffnen“ — so kann ich nur sagen: Herr Churchill, Angst haben Sie mir noch nie eingejagt!

Aber daß wir nachgrübeln müssen, da haben Sie recht, denn wenn ich einen Gegner von Format hätte, dann könnte ich mir ungefähr ausrechnen, wo er angreift. Wenn man aber militärische Kindsköpfe vor sich hat, da kann man natürlich nicht wissen, wo sie angreifen, es kann ja auch das verrückteste Unternehmen sein. Und das ist das einzig Unangenehme, daß man bei diesen Geisteskranken oder ständig Betrunknen nie weiß, was sie anstellen werden.

Ob Herr Churchill nun den ersten Platz, an dem er die zweite Front starten wollte, geschickt und militärisch klug ausgewählt hat oder nicht — darüber sind sogar in England — und das will immerhin allerhand heißen — die Meinungen geteilt, ich kann ihm jedenfalls versichern: Ganz gleich, wo er sich den nächsten Platz aussucht, er kann überall von Glück reden, wenn er neun Stunden an Land bleibt!

In meinen Augen haben wir im Jahre 1942 die schicksalhafteste Prüfung unseres Volkes hinter uns. Es war dies der Winter 1941/4 2. Ich darf wohl sagen, daß in diesem Winter das deutsche Volk und insbesondere seine Wehrmacht von der Vorsehung gewogen worden sind. Schlimmeres kann und wird nicht mehr kommen. Daß wir diesen Winter besiegt haben, daß die deutschen Fronten standen und daß wir in diesem Frühsommer wieder antreten konnten, das, glaube ich, hat bewiesen, daß die Vorsehung mit dem deutschen Volk zufrieden war. Es war eine sehr schwere und sehr harte Prüfung, das wissen Sie alle, und trotzdem haben wir diese schwerste Zeit nicht nur überstanden, sondern es fertig gebracht, in aller Ruhe die Angriffsdivisionen, die Motor- und Panzerverbände, die bestimmt waren, die weitere Offensive einzuleiten, zu ordnen und neu aufzustellen. Und auch diese Offensive verläuft anders, als sich das vielleicht unsere Gegner gedacht hatten. Es ist aber ja auch nicht notwendig, daß wir ausgerechnet nach ihrem Rezept verfahren, denn bisher sind gerade diese Rezepte wenig erfolgreich gewesen.

Ich glaube, wir können, wenn wir zurückblicken, mit den hinter uns liegenden drei Jahren zufrieden sein. Es war immer eine sehr nüchterne Zielsetzung, sehr wagemutig dort, wo sie wagemutig sein

mußte, überlegt dort, wo sie überlegt sein konnte, oft bedächtig dort, wo wir Zeit hatten, vorsichtig dort, wo wir glaubten, unter allen Umständen vorsichtig sein zu müssen. Aber wir sind auch sehr kühn gewesen dort, wo Kühnheit allein helfen konnte.

Für dieses Jahr haben wir uns ein sehr einfaches Programm zurechtgelegt:

81 Erstens: Unter allen Umständen das zu halten, was gehalten werden muß, d. h. den anderen anlaufen zu lassen, solange er anlaufen will, dort, wo wir selber nicht vorzugehen beabsichtigen, und eisern zu halten und abzuwarten, wer nun am ehesten hier ermüdet.

Zweitens: Unbedingt dort anzugreifen, wo der Angriff unter allen Umständen notwendig ist. Das Ziel ist dabei ein ganz klares: Vernichtung des rechten Armes dieser internationalen Verschwörung von Kapitalismus, Plutokratie und Bolschewismus, der die größte Gefahr ist, die jemals über unserem deutschen Volke geschwebt hat und gegen die wir seit einem Jahr antreten mußten. Hier haben wir uns einige Ziele gesetzt. Ich darf sie ganz kurz und schlagwortartig erwähnen, um Ihnen zum Bewußtsein zu bringen, was in diesen wenigen Monaten geleistet wurde:

Das erste Ziel war die Sicherung unserer dominierenden Stellung am Schwarzen Meer und die endgültige Bereinigung der Halbinsel Krim. Zwei Schlachten, die Schlacht von K e r t s c h und die Schlacht um Sewastopol, haben diesem Zweck gedient. Wenn unsere Gegner — das darf ich schon sagen — in diesen drei Kriegsjahren nur einen einzigen solchen Erfolg erzielt hätten, so könnte man mit ihnen sicher überhaupt nicht mehr reden, weil sie dann nicht mehr auf der Erde, sondern nur noch in den Wolken schweben würden, aufgebläht vor lauter Einbildung.

Nachdem wir also das in Ordnung gebracht hatten, schien es uns notwendig zu sein, eine Beule, die am W o l c h o w entstanden war, zu beseitigen. Sie wurde abgeschnürt und der Gegner vernichtet bzw. gefangengenommen.

Dann kam die nächste Aufgabe: Vorbereitung des Durchbruchs zum Don. Unterdessen hatte der Gegner seinerseits eine große offensive Zielsetzung gewählt, nämlich von Charkow aus zum Ufer des Dnjepr durchzubrechen, um unsere ganze südliche Front damit zum Einsturz zu bringen. Sie werden sich vielleicht noch erinnern, mit welcher Begeisterung unsere Feinde damals diese Operationen verfolgten. Sie endeten in drei Schlachten mit der völligen Vernichtung von mehr als 75 Divisionen unseres sowjetischen Gegners.

Daraufhin erfolgte nun unser Antreten zur eigenen großen Offensive. Das Ziel war:

Erstens dem Gegner die letzten großen Weizengebiete wegzunehmen,

zweitens ihm den letzten Rest der Kohle zu entziehen, die verkocht werden kann,

drittens an seine Ölquellen heranzurücken, sie zu nehmen bzw. sie ihm zum mindesten abzusperren.

Der Angriff sollte dann

82 viertens weitergeführt werden bis zur Abschneidung seiner letzten und größten Verkehrsader, der Wolga. Hier wurde nun als Ziel die Gegend gesetzt, die zwischen dem Knie des Don und der Wolga selbst liegt, und als Ort Stalingrad bestimmt — nicht etwa, weil dieser Ort den Namen Stalins trägt — das ist gleichgültig —, sondern ausschließlich, weil das ein strategisch wichtiger Platz ist und weil wir uns im klaren darüber waren, daß mit der Ausschaltung des Dnjepr, des Don und der Wolga als Verkehrsstränge für Sowjetrußland dann das gleiche oder Schlimmeres eintritt, als für Deutschland eintreten würde, wenn wir den Rhein, die Elbe, die Oder oder die Donau verlören.

Denn allein auf diesem Riesenstrom der Wolga werden in sechs Monaten etwa 30 Millionen Tonnen Güter befördert. Das ist ebensoviel wie in einem ganzen Jahre auf dem Rhein. Das ist nun abgeschnitten, und zwar schon seit längerer Zeit. Jetzt ist es insbesondere die Inbesitznahme von Stalingrad selbst — die abgeschlossen werden wird —, wodurch dieser Riegel vertieft und verstärkt wird. Und Sie können der Überzeugung sein, daß uns kein Mensch von dieser Stelle mehr wegbringen wird.

Was nun die weiteren Absichten betrifft, so werden Sie verstehen, daß ich darüber nicht rede, weil es sich dabei um Ziele handelt, die zur Zeit verfolgt werden. Darüber spricht statt meiner dann Mr. Churchill. Aber es wird der Augenblick kommen, in dem die deutsche Nation auch volle Klarheit über diese weiteren Ziele erhalten haben wird.

Ich darf Ihnen aber nun sechstens sagen, daß wir uns als weitere Aufgabe natürlich die Organisation dieses gigantischen Riesenraumes stellten, den wir nun besetzten. Es lag uns ja nicht nur daran, sondern diesen Riesenraum der Ernährung unseres Volkes, der Sicherung unserer Rohstoffe, im weiteren Sinne der Erhaltung ganz Europas dienstbar zu machen.

Zu dem Zweck mußte zunächst der Verkehr in Ordnung gebracht werden. Auch die Engländer haben auf diesem Gebiet Leistungen vollbracht und zum Beispiel eine Bahn von Ägypten bis Tobruk gebaut,

die uns jetzt außerordentlich zugute kommt. Aber wenn sie auch damit ziemlich rechtzeitig fertig geworden sind — was bedeutet das schon gegenüber den Bahnen, die wir bauen müssen, und zwar nicht, damit sie dann die Russen benutzen, sondern wir selbst!

Es sind zehntausende und aber zehntausende Kilometer Eisenbahnlinien, die wir nun wieder instandsetzen bzw. längst instandgesetzt haben, dank dem Fleiß und der Tüchtigkeit und der Hingabe vieler Zehntausender deutscher Soldaten, Eisenbahnpioniere, Männer der Organisation Todt und anderer

83 Organisationen, z. B. des Reichsarbeitsdienstes usw. Dieses riesige Verkehrsnetz, das heute bereits zum größten Teil auf deutschen Spuren weiterläuft, war vollständig zerstört. Es sind nicht Hunderte, es sind Tausende von Brücken, die neu gebaut, Sprengstellen, die beseitigt, Übergänge, die neu geschaffen werden mußten. Das alles ist in wenigen Monaten geschehen bzw. wird in wenigen Wochen zum Abschluß gebracht sein.

Nun, meine Parteigenossen, werden Sie auch eines verstehen: Wenn es Leute auf der Seite unserer Gegner gibt, die sagen: „Warum halten sie plötzlich?“ — dann kann ich darauf antworten: Weil wir vorsichtig sind. Weil wir nicht erst, sagen wir, nach Bengasi vorlaufen, um wieder zurücklaufen zu müssen, sondern weil wir so lange irgendwo halten, bis wir mit unserem Nachschub ganz in Ordnung sind.

Das können natürlich Leute, die militärisch ungeschult sind, nicht kapieren. Darum haben sie aber auch keine Erfolge. Alle Menschen jedoch, die nur über einige militärische Kenntnisse verfügen, werden zugeben, daß das, was wir rein raummäßig in wenigen Monaten bezwangen, überhaupt einzigartig in der Weltgeschichte ist.

Ich sage das aber auch deshalb, weil es vielleicht selbst bei uns irgendwo einen alten reaktionären Spießherren geben kann, der sagt: „Ja, was ist denn das, da stehen sie doch jetzt schon seit acht Tagen.“ Ja, mein lieber Spießherren, du gehst uns ab. Du müßtest vorgehen, um einmal den Verkehr in Ordnung zu bringen. Das deutsche Volk, das weiß ich, hat bisher in der Gesamtheit das unbändige Vertrauen zu seiner militärischen Führung und zur Leistung seiner Soldaten, daß es genau weiß, daß ohne Grund nie angehalten wird. Wir bringen diesen Verkehr aber nicht nur auf der Bahn in Ordnung, sondern wir müssen Straßen bauen; denn das „gesegnete Land der Proletarier und Bauern“ hat leider keine Straßen, sondern nur Fragmente von Straßen. Die ersten wirklich gewaltigen Straßen werden durch unsere Organisation dort jetzt erstellt. In manchen Gebieten müssen Wege durch Sumpfgebiete angelegt werden, die man früher glaubte, überhaupt nicht passieren zu können.

Wenn man nun sagt: „Der Russe kommt doch durch“ — ja, das ist eine Art Sumpfmensch und kein Europäer, das müssen wir zugeben. Es ist für uns eben etwas schwieriger, in diesem Sumpf vorwärts zu kommen, als für dieses in Morast geborene Volk.

Wir organisieren dahinter aber auch die Landwirtschaft. Das Gebiet soll ja erschlossen werden, und das ist nicht so einfach, denn es handelt sich ja nicht nur darum, daß gesät und geerntet wird, sondern daß auch der Nutzen in Erscheinung tritt, d. h. daß diese Produkte über endlose Entfernungen zur

84 Bahn gebracht werden, damit sie verladen werden können. Endlich müssen wir einen Teil der Wirtschaft überhaupt umstellen; Tausende von Traktoren, die beschädigt oder beseitigt sind, müssen ersetzt oder verbessert oder durch andere Mittel ersetzt werden. Und ich darf Ihnen nur sagen: was hier geleistet worden ist, ist geradezu ungeheuerlich.

Während vorn die Front kämpft, arbeiten die gleichen Soldaten wenige Kilometer dahinter bereits mit Sichel und Sense, bebauen sie wieder die Felder, und hinter ihnen kommen schon die Einsatzstäbe unserer landwirtschaftlichen Organisationen.

Und wenn so ein Schafskopf, ich kann nicht anders sagen, wie meinetwegen Duff Gooper, Eden oder ein anderer dieser Kerle sagt: „Ja, das war der große Fehler, daß die Deutschen bis in die Ukraine oder in das Kubangebiet vorgerückt sind“ — das werden sie schon noch sehen, ob das ein Fehler war, daß wir in diese Weizengebiete gegangen sind!

Die ersten, wenn auch nur bescheidenen Ergebnisse dieses Handelns konnten wir zu unserem Glück ja dem deutschen Volk schon zugänglich machen, aber seien Sie überzeugt, daß wir erst am Beginn sind. Das ganze vergangene Jahr war ein Kampfsjahr, ein grauenhafter Winter folgte darauf, und jetzt kämpfen wir wieder — aber schon im kommenden Jahr wird dieses Gebiet ganz anders organisiert sein. Sie können sich darauf verlassen, das verstehen wir, so etwas in Ordnung zu bringen.

Und endlich kommt dahinter die Organisation der allgemeinen Wirtschaft. Denn es muß ja die ganze Wirtschaft in Betrieb genommen werden. Tausende von Unternehmen, Fabriken, Mühlen usw. müssen wieder in Gang kommen, denn zunächst ist alles zerstört.

Dahinter aber steht der Bergbau. Auch er muß erschlossen werden, und dazu gehört elektrischer Strom. Ich kann immer wieder nur eines sagen: Wenn Sie sehen würden, wie dort gearbeitet und was dort geschaffen wird, wie wir terminmäßig genau wissen, an diesem Tage wird dieses Werk fertig und in dem Monat kommt der Strom dazu und bis zu dem Termin werden soviel Tonnen Kohle herausgebracht usw. — wir brauchen keine Kohle mehr von Deutschland nach dem Osten zu bringen, sondern wir werden uns dort sogar eigene Industriebasen aufbauen —, dann würden Sie verstehen, daß auch in einer Zeit, in der scheinbar nichts geschieht, trotzdem Ungeheures geschaffen wird.

85 Und dazu kommt nun die Erlösung der Bevölkerung von dem Druck einer bolschewistischen Macht, die seelisch auch heute noch Millionen Menschen dort in einer Verzagttheit und, man darf wohl sagen, in einer Furcht hält, von der man sich in Deutschland und anderen Ländern kaum eine Vorstellung machen kann. Es ist die Angst vor dem Kommissar, es ist die Angst vor der GPU, die Angst vor dem ganzen Regime, das die Millionen Menschen noch immer erfüllt. Das alles muß allmählich behoben werden und wird behoben. Es gibt dort schon heute große Gebiete, in denen die ganze Bevölkerung bereits zu Millionen mit uns arbeitet, und es gibt andere Gebiete, in denen sie bereits in unseren Reihen und an unserer Seite kämpft.

Die Ergebnisse dieser ganzen Riesentätigkeit, die ich nur mit ein paar kurzen Sätzen Ihnen aufzeigen konnte, sind ungeheuer. Während wir im Norden Europas, im Westen und an allen anderen Fronten in Abwehr stehen, erfüllen wir damit eine der gewaltigsten Voraussetzungen für die Organisation Europas im Kriege und für den Sieg.

Sie wissen ja, daß unsere Gegner fortgesetzt nur „Wunder“ vollbringen. Es gibt keinen Tank, den sie bauen, der natürlich nicht „der beste der Welt“ ist. Kein Flugzeug, von dem sie nicht das gleiche behaupten. Wenn sie eine Kanone bauen, eine ganz simple Kanone, so ist es überhaupt die Kanone, die staunenswerteste Kanone der Welt. Sie machen ein neues Maschinengewehr oder eine neue Maschinenpistole. Es ist natürlich, daß auch diese Pistole die allerbeste ist. Sie sagen, die neue Steen-Pistole, das ist überhaupt die Erfindung der Welt. Wenn man sich dann dieses Gelumpe ansieht, kann man nur sagen, wir würden das keinem deutschen Soldaten in die Hand drücken.

Sie sind in allem uns weitaus überlegen. Sie sind überlegen in ihren unvergleichlichen Generalen, sie sind uns überlegen in der Tapferkeit ihrer einzelnen Soldaten. Jeder Engländer würde es ohne weiteres mit drei Deutschen aufnehmen. Aber die großen Helden dieses Krieges, die werden in der Geschichte auf unserer Seite gebucht werden!

Und die Geschichte wird dabei nur der Gerechtigkeit und der Wahrheit die Ehre geben.

Dazu kommt aber nun auf unserer Seite der weitere Ausbau unserer Bündnisse, die Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten, an der Spitze mit unserem ältesten Verbündeten, Italien. Wir kämpfen nicht nur an einer Front gemeinsam, sondern bereits an einer ganzen Reihe von Fronten. Und das ist gut so, denn es zeigt, daß alle die Hoffnungen unserer Gegner, die glauben, diesen Bund lösen zu können, ein Wahnsinn sind. Wir wissen beide ganz genau, was unseren Ländern geschehen würde, wir erfahren es ja aus den verrückten und blödsinnigen Zielsetzungen unserer Gegner, was das Schicksal des deutschen und italienischen Volkes wäre, ja, was das Schicksal ganz Europas sein würde, wenn diese andere Welt jemals einen Sieg erfechten könnte.

86 Wenn sie heute sagen:, „Ja, natürlich, wir übernehmen dann den Schutz Europas vor dem Bolschewismus, dann kann ich nur zur Antwort geben: England mag aufpassen, daß es sich selbst vor dem Bolschewismus zu schützen vermag! Wir brauchen seinen Schutz nicht. Wir sind mit dem Bolschewismus im Innern fertig geworden, wir werden auch nach außen mit ihm fertig! Das haben wir bewiesen!

Wenn aber in einem Lande Erzbischöfe heilige Messen halten und auf ihrem Altartuch auf der einen Seite das bolschewistische und auf der anderen ihr Landeszeichen haben, dann sehe ich schwarz für solch ein Land. Das kennen wir besser, wohin das führt.

Die Engländer werden es noch erleben. Vielleicht wird sie das Schicksal genau so strafen, wie es einst das frühere Deutschland bestraft hat, als es mit diesen Leuten glaubte paktieren zu können.

Deutschland und Italien, genau so wie Spanien und eine ganze Reihe anderer europäischer Völker, Ungarn, Rumänien usw., sie sind mit diesem Problem fertig geworden. Ob die andere Welt auch damit fertig wird, das wird erst dieser Krieg noch ergeben. Daß aber diese andere Welt nicht mit uns fertig wird, davon kann sie überzeugt sein! Wenn wir alle unsere Verbündeten und diejenigen, die an unserer Seite kämpfen, Rumänen und Ungarn, Kroaten und Slowaken und vor allem im Norden die Finnen und dann Spanier usw., wenn wir sie alle zusammenfassen, dann können wir wirklich sagen: Dies ist heute bereits ein Kreuzzug Europas. Dazu kommen dann noch die germanischen Freiwilligen unserer

Waffen-SS und eigene Legionen einzelner europäischer Staaten. Es ist wirklich Europa, das sich hier zusammengefunden hat, genau so wie in alten Zeiten einst gegenüber den Hunnen- oder den Mongolenstürmen.

Und nun ist ja, seit ich das letztmal hier zu Ihnen sprach, Japan ebenfalls in diesen Krieg eingetreten. Es hat natürlich auch nur lauter „Niederlagen“ erlitten, und die japanischen Generale sind natürlich überhaupt nichts gegenüber den unvergleichlichen Helden und berühmten Generalen Englands oder gar Amerikas. Mac Arthur, was ist das schon für ein General! Was ist so ein kleiner Japaner dagegen? Nur haben diese Japaner zwischendurch Hongkong genommen und sie haben sich Singapurs bemächtigt, und sie haben die Philippinen in ihren Besitz gebracht, und sie sitzen auf Neuguinea und werden Neuguinea noch ganz erobern, und sie haben Java besetzt und Sumatra. Aber dies ist ja alles nichts gegenüber den unendlichen Siegen, die England und Amerika dort erkämpft haben, Schlachten, Seeschlachten, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat.

87 Roosevelt aber sagt: „Dazu kann ich nicht Stellung nehmen, darüber kann ich kein Wort sagen, überhaupt will ich mich darüber nicht ausdrücken oder näher auslassen.“ Wir kennen diese Helden nur zu genau!

Es ist heute wirklich ein weltumspannendes Bündnis nicht nur der Habenichtse, sondern all der Völker, die für Ehre und Anstand kämpfen und die entschlossen sind, mit dieser niederträchtigsten Koalition aufzuräumen, die die Welt je gesehen hat.

In diesem Zusammenhang muß ich nochmals von unseren Unterseebooten sprechen. Ihre Erfolge sind seit 1939, unterstützt durch den heroischen Einsatz unserer Luftwaffenverbände, von Monat zu Monat größer geworden. Nun erklären unsere Gegner: „Wir haben ungeheure Abwehrmittel, wir haben neue Methoden, der britische und amerikanische Geist hat ganz neue Maschinen erfunden, durch die wir diese Gefahr bändigen werden.“ Ich kann ihnen nur eines sagen: „Der deutsche Geist ruht auch nicht.“ Wir haben zunächst mit unseren U-Booten alle früheren Leistungen weit übertroffen! Und ich kann ihnen versichern, daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Wir bleiben schon ununterbrochen auf dem laufenden, davon können sie überzeugt sein. Es findet auch bei uns nicht nur ein dauernder Weiterbau, sondern vor allem ein Neubau von **W a f f e n** statt. Bisher jedenfalls sind wir jedes Jahr mit Waffen angetreten, die dem Gegner überlegen gewesen sind. Das wird auch in der Zukunft so sein!

Wenn wir uns das Gesamtergebn ansehen, dann können wir nur feststellen, daß auch die letzten Monate dieses Jahres erfolgreiche gewesen sind. Es wird auch weiter so bleiben.

Nun allerdings hat man neben der „Zweiten Front“ noch ein weiteres Mittel. Der Mann, der den Bombenkrieg gegen die unschuldige Zivilbevölkerung erfunden hat, erklärt, daß demnächst dieser Bombenkrieg sich gegen Deutschland usw. noch weitaus verstärken wird. Ich möchte dazu nur eines sagen: Im Mai 1940 hat Herr Churchill die ersten Bomber gegen die deutsche Zivilbevölkerung geschickt. Ich habe ihn damals gewarnt, fast vier Monate lang — allerdings vergeblich. Dann haben wir zugeschlagen, und zwar so gründlich zugeschlagen, daß er plötzlich dann zu heulen begann und erklärte, es sei eine Barbarei und es sei entsetzlich, und England würde sich dafür rächen. Der Mann, der all das auf seinem Gewissen hat — wenn ich von dem Generalkriegshetzer Roosevelt absehe —, der schuldig ist an allem, der hat es dann gewagt, sich als den Unschuldigen hinzustellen. Heute führt er diesen Krieg wieder. Ich möchte eines hier aussprechen: Die Stunde wird auch dieses Mal kommen, in der wir antworten werden!

88 Mögen dann die beiden Generalverbrecher dieses Krieges und ihre jüdischen Hintermänner nicht zu winseln und zu flennen anfangen, wenn das Ende für England schrecklicher sein wird als der Anfang! Ich habe am 1. September 1939 in der damaligen Reichstagssitzung zwei Dinge ausgesprochen: Erstens, daß, nachdem man uns diesen Krieg schon aufgezwungen hat, keine Macht der Waffen und auch nicht die Zeit uns jemals niederzwingen werden, und zweitens, daß, wenn das Judentum einen internationalen Weltkrieg zur Ausrottung etwa der arischen Völker Europas anzettelt, dann nicht die arischen Völker ausgerottet werden, sondern das Judentum. Die Drahtzieher des Geisteskranken im Weißen Haus haben es fertiggebracht, ein Volk nach dem anderen in den Krieg zu ziehen. Doch in dem gleichen Maße ging über Volk und Volk eine antisemitische Welle hinweg, und sie wird weiter wandern und Staat um Staat erfassen, der in diesen Krieg eintritt, jeder wird eines Tages als antisemitischer Staat daraus hervorgehen. Die Juden haben einst auch in Deutschland über meine Prophezeiungen gelacht. Ich weiß nicht, ob sie auch heute noch lachen oder ob ihnen nicht das Lachen bereits vergangen ist. Ich kann aber auch jetzt nur versichern: es wird ihnen das Lachen überall vergehen. Und ich werde auch mit diesen Prophezeiungen Recht behalten.

Die weltgeschichtlichen Erfolge der letzten Monate sind so gewaltige, daß es nun wohl notwendig ist, derer zu gedenken, denen wir all diese Erfolge verdanken. Denn Sie lesen in den Zeitungen von großen Siegen, von großen Umfangsschlachten — Sie lesen aber auch wochenlang nichts anderes als: „Die Operationen schreiten fort“ oder: „Die Operationen schreiten günstig fort“ oder: „An den und den Fronten herrscht Ruhe“ oder: „An anderen Fronten sind Angriffe abgewiesen.“

Meine Volksgenossen! Was sich unter diesen einfachen Worten des Berichtes der Obersten Wehrmachtführung verbirgt, das ahnen Sie gar nicht. Der Wehrmachtbericht muß schlicht bleiben. Wir müssen dabei versuchen, ein Gleichgewicht zu finden, um den wirklichen Tatsachen je nach ihrer Bedeutung für das Gesamte gerecht zu werden. Aber das heißt nun nicht, daß etwa der Kampf dort, wo er, gemessen an dem großen Geschehen, klein erscheint, für den einzelnen deutschen Soldaten leichter ist als dort, wo es sich um ganz große Entscheidungen handelt. Es ist immer der Mensch mit seinem Leben, der hier einzutreten hat.

89 Es sind oft Hunderttausende von braven Soldaten aller Waffen, der Infanterie, des Heeres, der Pioniere, der Artillerie, Verbände der Waffen-SS, Verbände der Luftwaffe oder zur See unsere Kriegsschiffe über und unter Wasser — sie alle müssen in so einer Lage oft tagelang ihr Leben einsetzen und lesen dann nichts weiter als: „Abwehrkämpfe“ oder: „Einbrüche des Gegners abgeriegelt“ oder: „Eingebrochener Gegner vernichtet“ oder: „Ein Durchbruch erzielt“, „Vormarsch auf dem und dem Gebiet“, „Bezwingung dieses oder jenes Passes“, „Einnahme von der und der Stadt“. Sie, meine Volksgenossen, ahnen nicht, was sich darunter für menschliches Heldentum, aber auch für menschliche Schmerzen und für Leiden und wir können sagen oft natürlich auch an Angst verbirgt, an Todesangst bei all denen, die besonders zum erstenmal vor die Gottesprobe dieses höchsten Gerichtes gestellt werden. Das alles liest sich einfach und ist doch unendlich schwer.

Es ist ähnlich wie im ersten Weltkrieg. Auch dort kamen viele Soldaten nach Hause und wurden gefragt: „Wie ist es nun eigentlich?“ Da mußten sie erkennen, daß man das überhaupt einem, der es nicht erlebt hat, nicht klarmachen kann. Wer das nicht einmal selbst mitgemacht hat, der weiß das nicht, der versteht es auch gar nicht und man kann es ihm nicht erklären. Und daher kommt es, daß manche dann überhaupt schweigen und gar nichts sagen, weil sie die Empfindung besitzen: das kann man doch nicht so schildern, wie es wirklich ist, und vor allem kann man das nicht bei einem so barbarischen Gegner, wie bei dem im Osten, einem Gegner, von dem man weiß, daß er sich nicht aus Menschen, sondern tatsächlich aus Bestien rekrutiert.

Es liegen ein unendliches Leid, eine unendliche Hingabe, unendliche Tatkraft hinter all diesen trockenen Darstellungen. Wenn Sie so lesen, daß einer das Ritterkreuz bekommen hat, so ist das eine ganz kurze Schilderung, die in der örtlichen Presse gegeben wird. Was aber diese Schilderung an Leistungen im einzelnen umfaßt, das wird der großen Masse unseres Volkes gar nicht bewußt werden können. Es ist unmöglich, daß der einzelne genau weiß, was es heißt, wenn ein Flieger 30, 40, 50 Abschüsse zählt oder wenn er gar 80 oder 100 Abschüsse erzielt. Das, sind nicht 100 Kämpfe, sondern dafür setzt er oft tausendmal sein Leben ein. Und wenn er endlich gar auf 150, 180 oder 200 Abschüsse emporsteigt, dann ist das aber auch noch nicht dagewesen. Selbst im vergangenen Kriege nicht. Oder wenn U-Boot-Kommandanten immer wieder angreifen, wenn Kommandanten von kleinen Schnellbooten immer wieder ihre Aufgabe erledigen, Minenräumeinheiten ihre Befehle durchführen, im ununterbrochenen Einsatz, den man im Wehrmachtbericht nur in einem einzigen Satz erwähnen kann — eine fortgesetzte Lebenshingabe während vieler Wochen und Monate gegenüber einer Zeile, die dann gedruckt in der Zeitung steht! Wenn wir uns das vor Augen halten, dann müssen wir erkennen, daß bei allem, was die Heimat auch tut, sie ihren Soldaten überhaupt nicht genug danken kann.

90 Und das gilt nicht nur für unsere Soldaten, sondern das gilt auch für alle Soldaten der mit uns verbündeten Nationen, die an unserer Seite kämpfen. Es ist dabei noch etwas zu erwähnen, nämlich, daß die deutsche Wehrmacht in ihrem Einsatz nicht so handelt wie etwa die Engländer, daß wir die anderen nicht immer dorthin schicken, wo es besonders gefährlich ist, sondern daß wir es als unsere selbstverständliche Pflicht, daß wir es als unsere Ehre ansehen, redlich unsere Blutlast und reichlich gemessen selbst zu tragen. Wir haben keine Kanadier oder Australier, die für uns die Kastanien aus dem Feuer holen müssen, sondern wir kämpfen mit unseren Verbündeten, alles treue, absolut ehrenhafte Bundesgenossen.

Wir halten das aber auch für notwendig. Denn nur aus diesem vielleicht schwersten Kampfe unserer Geschichte wird am Ende das hervorgehen, was uns Nationalsozialisten, die wir aus dem ersten Weltkrieg gekommen sind, immer vorschwebte: das große Reich einer in Leid und Freud verbundenen engen Volksgemeinschaft. Denn eine große, lichte Seite zeigt dieser Krieg ja doch: nämlich die große

Kameradschaft. Was unsere Partei im Frieden immer anstrebte, die Volksgemeinschaft zu bilden aus dem Erlebnis des ersten Weltkriegs heraus, das wird nun gefestigt. Alle deutschen Stämme tragen ihren Anteil. Die Gründung des Großdeutschen Reiches wäre sonst nur ein staatsrechtlicher Akt gewesen. So ist es eine mit dem Blute aller unterzeichnete ewige Urkunde, einer Urkunde, die niemand mehr auslöschen kann, gegenüber der alles Gerede und Geschwätz von den Gegnern vollständig wirkungslos sein wird; vor allem aber auch eine Urkunde, die diesem Staat nicht nur die machtmäßige Form, sondern den inneren Gehalt gibt.

Sie werden es auch bemerken, wenn Sie die Ritterkreuz-Vorschläge lesen. Es ist der einfache Mann, der Gefreite, der Unteroffizier neben dem Feldwebel, neben dem Leutnant, neben dem General. Oder wenn Sie die Beförderungen unserer jungen Offiziere sehen, hier beginnt bereits der Einbruch unserer nationalsozialistischen Volksgemeinschaft in vollem Umfange. Es gibt kein Vorrecht der Geburtsurkunde mehr, es gibt keine frühere Lebensstellung, es gibt keinen Kapitalbegriff, keine sogenannte Herkunft, es gibt auch nicht eine sogenannte Bildung von früher, es gibt nur eine einzige Wertung: das ist die Wertung des braven, tapferen, treuen Mannes, des entschlossenen Kämpfers, des kühnen Mannes, der geeignet ist, Führer seines Volkes zu sein.

Es ist wirklich eine alte Welt zum Einsturz gebracht worden. Aus diesem Krieg entsteht durch Blut
91 gefestigt die Volksgemeinschaft, viel stärker noch, als wir Nationalsozialisten nach dem Weltkrieg durch unser Glaubensbekenntnis es der Nation vermitteln konnten. Und das ist vielleicht in der Zukunft der größte Segen für unser Volk, daß wir aus diesem Kriege herausgehen werden, verbessert für unsere Gemeinschaft, geläutert von so vielen Vorurteilen, daß sich nach diesem Krieg erst recht erweisen wird, wie richtig das Parteiprogramm unserer Bewegung war, wie richtig aber überhaupt auch unsere ganze nationalsozialistische Einstellung ist. Denn das ist ganz sicher: diesen Krieg überlebt kein bürgerlicher Staat!

Hier muß jeder früher oder später Farbe bekennen. Nur der, der sein Volk nicht nur staatlich, sondern auch gesellschaftlich zu einer Einheit zu schweißen vermag, wird aus diesem Krieg als Sieger hervorgehen. Daß wir Nationalsozialisten diese Grundlage schon einst legten, das verdanken wir, danke ich persönlich dem Erlebnis des ersten Krieges. Daß nun das Großdeutsche Reich aber diesen zweiten Krieg durchzukämpfen hat, dem wird unsere Bewegung die Verstärkung und Vertiefung ihres Programms für die Zukunft verdanken können. Davon können auch alle überzeugt sein, die vielleicht im stillen irgendwo als letzter Restbestand einer unbelehrbaren Vergangenheit hoffen mögen, irgendwie durch Redereien oder Nörgeleien vielleicht einmal eine neue Morgenröte ihrer Klassenwelt zu erleben. Diese Herren werden jämmerlich Schiffbruch erleiden. Die Weltgeschichte wird sie beiseite schieben, als wenn sie überhaupt nicht dagewesen wären.

Ich habe, einst als Soldat aus dem großen Kriege zurückkehrend, diese Weltanschauung dem deutschen Volke klargelegt, die Grundlagen der Partei geschaffen. Glauben Sie, daß irgendein Deutscher den Soldaten, die heute aus diesem Kampf siegreich zurückkehren, ein anderes Deutschland würde bieten können als das nationalsozialistische, im Sinne einer wirklichen Erfüllung unserer Ideen einer wahren Volksgemeinschaft? Das ist unmöglich! Und das wird in der Zukunft sicherlich vielleicht der segensreichste Nutzen dieses Krieges sein.

Nicht nur die bloße Raumerweiterung ist das Entscheidende, sondern das Entscheidende wird die Erfüllung dieses Raumes mit einem geschlossenen starken Volk sein, das als wesentlichsten Grundsatz bekennen muß: In diesem Volk hat jeder Soldat den Marschallstab im Tornister — nicht nur in der Theorie, sondern wirklich —, nach diesem Krieg wird erst recht für jeden einzelnen Volksgenossen der Weg geöffnet, den ihm seine Genialität, sein Fleiß, seine Tapferkeit, seine Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft überhaupt zu öffnen vermögen! Ich möchte es aber hier in diesem Augenblick
92 nicht versäumen, der Front gegenüber auch auf die Heimat hinzuweisen. Auch sie hat sehr Schweres zu erdulden. Der deutsche Arbeiter rackert sich ab. Ich habe es in diesem Frühjahr, als es sich darum handelte, sehr schnell neue Abwehrwaffen herauszubringen, erlebt, daß in verschiedenen Betrieben die Arbeiter nicht nur zehn und elf Stunden arbeiteten, sondern auch viele Wochen lang auf Sonntage verzichteten, nur in dem einen Gedanken, der Front die Waffen zu geben und damit zu helfen.

Ich muß darauf hinweisen, daß überhaupt die deutsche Arbeiterschaft Ungeheures leistet und daß sie in Treue zum heutigen Staat, zu seiner Führung und vor allem zu ihren Soldaten steht, zu ihren Kameraden und Arbeitskollegen.

Ich muß darauf hinweisen, daß genau so auch das deutsche Landvolk seine Pflicht erfüllt, daß vor allem Millionen deutscher Frauen sich eingegliedert haben in diesen Arbeitsprozeß, daß die Bäuerin heute oft die Arbeit von zwei Männern allein zu leisten hat. Und endlich muß ich noch darauf hinwei-

sen, daß aber auch unsere Berufe, die geistig tätig sind, sich aufopfern in ihren einzelnen Trägern, daß Millionen und Millionen auch hier alles hingeben im Ersinnen und Arbeiten, um die Nation zu rüsten und um der Front niemals mehr das Beispiel von 1918 zu geben.

Wenn ich daher der Heimat heute sagen kann, daß sie vollkommen beruhigt sein darf, daß im Osten und im Westen, im Norden und im Süden die deutsche Front unserer Soldaten unerschütterlich steht, dann kann ich genau so der Front sagen: Deutscher Soldat, du kannst beruhigt sein, hinter dir steht eine Heimat, die dich niemals im Stich lassen wird.

Das ist keine Phrase. Woche für Woche, Monat um Monat werden die Guten unseres Volkes aus allen Lebensschichten immer mehr zusammengeschweißt zu einer unlösbaren Gemeinschaft. Und diese Gemeinschaft wird sich besonders auch wieder erweisen bei dem großen H i l f s w e r k, das wir in diesem Winter zu vollbringen haben.

Ich habe schon oft darauf hingewiesen, daß es auch möglich gewesen wäre, einen anderen Weg der Hilfeleistung zu gehen, aber wir haben das nicht getan aus der einfachen Erkenntnis, daß es wichtig ist, den einzelnen Volksgenossen selbst mit den Aufgaben vertraut zu machen, die die Nation bewegen und damit auch jeden einzelnen berühren, vor allem aber die Gesegneten der Menschen mit dem Elend der weniger Beglückten zu beschäftigen, ihnen durch die dauernde Propaganda zu zeigen, was alles noch getan werden muß, um hier wirklich von einer Gemeinschaft im wahren Sinne des Wortes reden zu können, daß es sich nicht um ein Lippenbekenntnis handelt, sondern daß jeder einzelne auch tat-

93 sächlich mit seinem ganzen Vermögen dazu beitragen muß, dieser Gemeinschaft nützlich zu dienen, und daß vor allem keiner ein Recht hat, sich von dieser Arbeit auszuschließen, am wenigsten zu einer Zeit, in der Millionen andere die Gemeinschaft mit ihrem Blut zu verteidigen haben.

Ich richte diesen Appell an das ganze deutsche Volk im Namen aller seiner Soldaten und aller derjenigen, die sich in den Rüstungsbetrieben oder auf dem Lande oder irgendwo anders aufopfern.

Ich möchte dabei aber auch nicht versäumen, in dieser Stunde Ihnen zu sagen, daß wir jeden Saboteur dieser Gemeinschaft unbarmherzig vernichten werden. Es hat erst vor wenigen Wochen eine englische Zeitung einmal in einer hellen Stunde sehr richtig geschrieben, daß man über das deutsche Winterhilfswerk nicht lachen solle. Vor allem sei doch eine Tatsache: wenn sich in England einer auf Kosten der anderen bereichere, so erhalte er, sofern man ihn fassen könne, vielleicht ein paar Stunden Unterricht oder schlimmstens ein paar Wochen oder ein paar Monate Gefängnis zudiktiert und lebe dann besser, als jeder Soldat an der Front leben könne — während in Deutschland jeder, der sich an dieser Gemeinschaft versündige, praktisch den Weg in sein Grab antrete. Diese englische Zeitung hat recht: In einer Zeit, in der die Besten unseres Volkes an der Front eingesetzt werden müssen und dort mit ihrem Leben einstehen, in dieser Zeit ist kein Platz für Verbrecher und für Taugenichtse, die die Nation zerstören!

Wer sich an dem bereichert, was für unsere Soldaten bestimmt ist, der kann damit rechnen, daß er unbarmherzig beseitigt wird! Wer sich an dem bereichert, was so viele Arme in unserem Volk an Opfern bringen für unsere Soldaten, der soll nicht erwarten, daß er irgendeine Gnade findet. Es muß jeder Deutsche wissen, daß das, was er seinen Soldaten oder der notleidenden Heimat gibt, auch wirklich denen zugute kommt, die es verdienen und für die es bestimmt ist.

Und vor allem, es soll sich kein Gewohnheitsverbrecher einbilden, daß er durch ein neues Verbrechen über diesen Krieg hinweggerettet wird. Wir werden dafür sorgen, daß nicht nur der Anständige an der Front unter Umständen sterben kann, sondern daß der Verbrecher und Unanständige zu Hause unter keinen Umständen diese Zeit überleben wird!

Ich möchte nicht, daß eine deutsche Frau, die vielleicht des Nachts von ihrer Arbeitsstätte nach Hause geht, immer angsterfüllt aufpassen muß, daß ihr kein Leid geschieht von irgendeinem Taugenichts oder Verbrecher.

94 Wir werden diese Verbrecher ausrotten und wir haben sie ausgerottet. Und dem verdankt es das deutsche Volk, daß heute so wenig Verbrechen mehr geschehen. Ich glaube auch damit nur im Sinne der Erhaltung unserer Gemeinschaft zu wirken, vor allem aber im Sinne unserer Front, die das Recht hat, zu verlangen, daß, während die Soldaten draußen ihr Leben einsetzen, ihre Familie, ihre Frauen oder sonstigen Angehörigen zu Hause geschützt werden.

Ich muß in diesem Moment aber auch der Front noch etwas anderes versichern, nämlich wie grenzenlos tapfer diese deutsche Heimat aber auch ihrerseits den Krieg dort, wo er sie selbst mit der schlimmsten Härte trifft, hinnimmt und erduldet.

Ich kenne eine Stadt, eine friesische Stadt, die ich längst evakuieren wollte, weil sie immer wieder angegriffen wurde. Ich wollte dann die Kinder und die Frauen dort wegnehmen, um sie in Sicherheit

zu bringen. Es war ausgeschlossen, sie kehrten immer wieder in ihre Stadt zurück, sie waren nicht wegzubringen, obwohl sie so schwer gelitten hat.

Es werden auch hier zahllose Heldentaten vollbracht, nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen, und nicht nur von Frauen, sondern von Knaben, die noch kaum das 15., 16., 17. Lebensjahr erreicht haben. Sie setzen sich mit ihrem ganzen Leben ein in der Erkenntnis, daß wir in diesem Krieg eine einzige verschworene Gemeinschaft sind, die weiß, daß wir entweder alle diesen Krieg siegreich überstehen oder gemeinsam zur Ausrottung bestimmt sind!

Wenn der Soldat das nicht wüßte, dann könnten Sie von ihm nicht erwarten, daß er sein Leben einsetzt. Umgekehrt aber muß die Heimat wissen, daß man sie ihrem Einsatz entsprechend bemißt. Ich erwarte daher, daß das neue Winterhilfswerk ein besonders starkes Dokument dieser unlösbaren Gemeinschaft wird, daß die Nation gerade damit vor der ganzen Welt ein Votum abgibt, daß dies etwas anderes ist als eine verlogene Abstimmung, sondern das Votum eines Opfers, indem sie erklärt:

Wir stehen hinter unseren Soldaten, so wie unsere Soldaten für uns einstehen!

Wir stehen gemeinsam zu unserem Volk und unserer Gemeinschaft und werden unter keinen Umständen jemals kapitulieren!

Unsere Gegner mögen diesen Krieg führen, solange sie in der Lage sind. Was wir tun können, um sie zu schlagen, das werden wir tun!

Daß sie uns jemals schlagen, ist unmöglich und ausgeschlossen!

Nur das nationalsozialistische Deutschland und die mit ihm verbündeten Staaten werden als junge Nationen, als wirkliche Völker und Volksstaaten aus diesem Krieg mit einem glorreichen Sieg hervorgehen!



Innenpolitik

95 Der Monat September stand im Zeichen des gewaltigen Ringens um die Festung Stalingrad und im Zeichen des Angriffs an der Kaukasusfront. Einzelheiten nachzuzeichnen ist nicht hier der Platz; es muß aber gesagt werden, daß das ganze Volk in tiefster Anteilnahme diese Kämpfe verfolgt hat und an den einzelnen OKW-Berichten die verschiedenen Phasen des erbitterten und zähen Ringens um Stalingrad, das in diesem Kriege kein Beispiel hat, miterlebte. Die Einnahme der Städte Terek und Wladimirowski an der Kaukasusfront wurde nicht weniger als Zeugnis außerordentlicher soldatischer Leistungen verstanden; und auch was die deutschen Divisionen bei Rschew, Kaluga in wochen- und monatelangen Abwehrkämpfen leisteten, wurde von der Heimat voll gewürdigt.

Nicht geringer war das Interesse für den Kampf auf den Weltmeeren. Er brachte im September die Vernichtung eines Nordmeer-Geleitzuges, die Versenkung von starken Sicherungstreitkräften und schließlich die Torpedierung dreier Ozeanriesen, die (wie eine Sondermeldung aus dem Hauptquartier am 28. September berichtete) mit ihren amerikanischen Truppen und der ganzen Munition im Atlantik versanken. Der Monat September ist der erfolgreichste der Seekriegführung: 1028 000 BRT versanken in ihm auf den Grund des Meeres, den Löwenanteil davon vernichtete die U-Bootwaffe. Das deutsche Volk und die Welt sahen daraus, daß alle Versuche des Feindes, der U-Bootwaffe Herr zu werden, gescheitert sind.

Eine weitere Sondermeldung des OKW verdient ihres großen Echos wegen verzeichnet zu werden, das ist der Bericht aus dem Führerhauptquartier vom 15. September, in dem gesagt wird, daß die Briten in der Nacht zum 14. September unter Einsatz von Luft- und Seestreitkräften den Versuch machten, Truppen bei Tobruk zu landen. Der Feind verlor dabei zwei Kreuzer, vier Zerstörer, einige Korvetten und zahlreiche Landungsboote sowie mehr als ein halbes Tausend Gefangene. Fünf Stunden dauerte dieser britische Spuk vor Tobruk.

Am 27. September jährte sich zum zweiten Male der Tag, an dem in Berlin in der Reichskanzlei in Anwesenheit des Führers der Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan feierlich unterzeichnet wurde. In Erinnerung an dieses große Ereignis und an die aus ihm resultierenden ungeheuren weltpolitischen Wandlungen, wechselte der Führer mit den Staatsoberhäuptern der Dreierpaktmächte und der Außenminister des Reiches mit den Leitern der Politik der verbündeten Mächte Botschaften, in denen die Bedeutung des Paktes unterstrichen wird. Der Reichsminister des Auswärtigen hielt in Berlin im Hotel Kaiserhof vor den versammelten Vertretern der Dreierpaktmächte und der Auslandspresse eine Ansprache. In ihr gab er ein überzeugendes Bild der gewaltigen Kraft der vereinigten jungen Nationen.

Zu Beginn des Monats, am 1. September, veröffentlichte die deutsche Presse den Aufruf des Führers zum Kriegswinterhilfswerk des deutschen Volkes 1942/43. Zum zehnten Male insgesamt, zum vierten Male im Kriege erging dieser Ruf zum freiwilligen Opfer. Der Führer appellierte mit einem nachdrücklichen Hinweis auf die Weltweite des gegenwärtigen Kampfes, auf den Vernichtungswillen des Gegners und auf die Opfer des deutschen Soldaten an das nationale Pflichtbewußtsein jedes einzelnen Deutschen. „Wenn in diesem gewaltigsten Ringen aller Zeiten der deutsche Soldat unter kaum vorstellbaren Entbehrungen im Kampfe seine schweren Opfer bringt, dann ist die Heimat gerade in diesem Jahre noch mehr verpflichtet, auch das Höchste an ihren Opfern zu geben. Selbst dann wird sie nur einen Bruchteil von dem leisten, was unsere Wehrmacht zu Lande, zur See und in der Luft vollbringt.“ Am Schluß dieses Aufrufs sprach der Führer die Überzeugung aus, daß aus diesem Völkerringen das Deutsche Reich als ein durch und durch nationalsozialistischer Staat in den Frieden zurückkehren wird.

Auch am Ende des Monats stand ein Appell des Führers an sein Volk: Am 30. September sprach der Führer anlässlich der Eröffnung des Kriegs-Winterhilfswerks im Sportpalast zu Berlin. Reichsminister Dr. Goebbels gab zu Beginn der Kundgebung den Rechenschaftsbericht über das vorjährige Kriegswinterhilfswerk. Es erbrachte den Betrag von 1,208 Millionen Reichsmark, fast 300 Millionen Mark mehr als im Jahre vorher. Bewundernswert sind die Spenden, die die Front auch zu diesem Sozialwerk beige-steuert hat. Dr. Goebbels berichtete, daß ein Regiment von der Ostfront bei einer einzigen Sammlung die Summe von 50 000 Reichsmark aufgebracht habe. Dieses Beispiel, so sagte er, spreche für die ganze Front. Alles in allem wurde von der Front der Betrag von 123 326 929,48 Reichsmark gespendet.

Die Rede des Führers beschäftigte sich mit der militärischen und politischen Lage des Reiches. An den Stellen, an denen sich der Führer mit den Gegnern befaßte, insbesondere mit Roosevelt und Churchill, war seine Dialektik messerscharf und von ätzendem Sarkasmus. Als er von dem militärischen Programm dieses Jahres sprach, konnte er auf ungeheure Leistungen der deutschen Wehrmacht an allen Fronten hinweisen. Mit großer Befriedigung nahm auch das deutsche Volk die Darstellung all jener Leistungen entgegen, die in der Organisation des besetzten Ostraumes vollbracht wurden. Was der Führer über die Antwort an Englands irrsinnigen Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung sprach, das wurde mit stürmischem Beifall und tiefer Genugtuung aufgenommen. Die Rede war getragen von einem grenzenlosen Vertrauen in den Sieg, das sich gründet auf die Schärfe der deutschen Waffen und die unerschütterliche Kampfesmoral der deutschen Heimat.

Am 28. September sprach der Führer ferner auf einem Appell im Sportpalast in Berlin zu 12 000 Offizieren und kurz vor ihrer Beförderung stehenden Offiziersanwärtern des Heeres, der Kriegsmarine, der Luftwaffe und Junkern der Waffen-SS. Reichsmarschall Göring meldete dem Führer die zu ihren Fronttruppenteilen zurückkehrenden jungen Soldaten. In mitreißenden Worten gab der Führer der jungen Mannschaft einen Einblick in die große deutsche Geschichte, die in dem gewaltigen Schicksalskampf unserer Tage ihre Krönung findet. Der Führer wies die jungen Offiziere auf die hohen Pflichten ihres Berufes hin und schloß, indem er seinem felsenfesten Vertrauen in die überlegene Kampfkraft des deutschen Soldaten Ausdruck verlieh.

Am 23. September empfing der Führer in seinem Hauptquartier den Staatsführer des unabhängigen Staates Kroatien, Dr. Ante Pawelitsch, der sich auf dem Wege zur Besichtigung der an der Ostfront kämpfenden kroatischen Truppen befand, und hatte mit dem Poglawnik eine von herzlichem und freundschaftlichem Geiste getragene Aussprache.

Am Tage darauf empfing der Führer, ebenfalls in seinem Hauptquartier, den stellvertretenden rumänischen Ministerpräsidenten Mihai Antonescu, der zu politischen Besprechungen im Feldquartier des Reichsaußenministers weilte; auch mit ihm hatte er eine längere und herzliche Aussprache.

Am 22. September beging der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, die Vollendung seines 60. Lebensjahres. Die deutsche Presse würdigte aus diesem Anlaß die großartige militärische Laufbahn dieses Offiziers, der als Soldat im Freiheitskampfe unseres Volkes Ungewöhnliches geleistet hat und als treuer Gefolgsmann an der Seite seines Führers steht.

Ein Beispiel für den in der jungen deutschen Wehrmacht üblichen persönlichen Einsatz hoher und höchster Offiziere ist der Heldentod des in Afrika gefallenen Ritterkreuzträgers Generalmajor Georg v. Bismarck. Er starb den Heldentod als Kommandeur einer Panzerdivision an der El-Alamein-Front, nachdem er als leuchtendes Vorbild seiner Offiziere und Soldaten, sowohl im Westen wie im Osten, gekämpft hatte.

Unter den hohen Auszeichnungen, die den Tapfersten der Tapferen vom Führer verliehen wurden, seien an dieser Stelle nur die höchsten genannt, weil diese Ehrungen im Volk mit lebhaftester Anteilnahme verfolgt werden. Die Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes mit Eichenlaub und Schwertern erhielt am 31. August Major Gollob aus Anlaß seines 150. Luftsieges als dritter Soldat der deutschen Wehrmacht. Am 4. September erhielt die gleiche Auszeichnung Oberleutnant Marseille, der an der Afrikafront stets im Einsatz gegen englische Gegner Unvergleichliches leistete, und dessen Siegesreihe bis zum Ende des Monats sich um zahlreiche Erfolge vermehrte. Als fünfter Soldat der deutschen Wehrmacht erhielt das Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes nach Erringung seines 172. Luftsieges Oberleutnant Graf. Allen drei Offizieren teilte der Führer ihre Auszeichnung persönlich mit, der Reichsmarschall beglückwünschte seine Fliegerkameraden in herzlich gehaltenen Glückwunschsreiben.

Im Abwehrkampf gegen die Angriffe der britischen Bomber auf die Wohnstätten der deutschen Zivilbevölkerung errangen Nachtjäger und Flakartillerie Nacht für Nacht bedeutsame Erfolge. Der Reichsmarschall hat daher den an der Abwehr des britischen Angriffs auf das Ruhrgebiet in der Nacht zum 17. September beteiligten Formationen, Nachtjägern und Flakartillerie der Luftwaffe, seinen Dank und seine Anerkennung ausgesprochen. 39 britische Bombenflugzeuge sind in dieser einzigen Nacht zum Absturz gebracht worden.

Aber auch auf dem zivilen Sektor bewiesen weite Kreise der Bevölkerung ungewöhnliche Einsatzbereitschaft und vorbildlichen Mut. Zu diesem Kreise gehören nicht zuletzt die deutschen Eisenbahner. Der Reichsverkehrsminister hat darum am 22. September, um den Einsatz seiner Gefolgschaft insgesamt zu ehren, einer großen Zahl Hamburger Eisenbahner bei einem Betriebsappell zahlreiche Kriegsverdienstkreuze mit Schwertern verliehen.

Auch die Gliederungen der Partei standen im Freiheitskampfe unseres Volkes wieder mit an erster Stelle. Wenig nur erfährt man allerdings von diesen Leistungen, die dem von der Partei im Frieden schon geforderten Führungs- und Leistungsprinzip entsprechen. Eine kurze Meldung vom 24. September beleuchtete aber schlaglichtartig diese Tatsache. Sie berichtete, daß in diesen Tagen als hundertster SA-Angehöriger Hauptmann Erich Bärenfänger, Sturmführer einer Standarte der SA-Gruppe Westfalen, das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes erhielt. Der Führer hat ferner die in der Wehrmacht stehende SA durch folgenden Erlaß ausgezeichnet: „In Würdigung des

99 Einsatzes der SA im Kampf um Großdeutschlands Zukunft verleihe ich dem Infanterieregiment 271 die Bezeichnung „Infanterieregiment Feldherrnhalle“. Durch einen Ärmelstreifen wird dieses Regiment in Zukunft ausgezeichnet sein.“ Dazu erfuhr man, daß nicht weniger als 68% der SA-Männer unter Waffen stehen. Sogar 90% des höheren SA-Führerkorps erfüllen ihre soldatische Pflicht in den drei Wehrmachtsteilen! Den gleichen Beweis der Opferbereitschaft gaben auch die anderen Gliederungen der Partei von neuem. So wurde berichtet, daß der Reichsgeschäftsführer des NS-Lehrerbundes, Heinrich Friedmann, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, in den schweren Kämpfen vor Stalingrad am 24. August gefallen ist.

Mit großer Empörung hat dagegen das deutsche Volk zur Kenntnis genommen, was die von Churchill bezahlte Emigrantenzeitung „Vrij Nederland“ kürzlich forderte und das amtliche englische Reuterbüro verbreitete: den Raub deutscher Kinder. Die Zeitung forderte nicht weniger, als daß alle deutschen Kinder im Alter von 2—6 Jahren den Müttern weggenommen und für die Dauer von 25 Jahren ins Ausland geschickt werden müßten. Bei dieser Methode würden die Deutschen nicht mehr von ihrer Nationalität besessen sein. Es würde ein Völkergemisch entstehen, das nicht mehr als deutsch zu bezeichnen sei. Jede solche Meldung hat den Widerstandswillen des deutschen Volkes nur noch gestärkt — das vergessen Churchill und seine Kreaturen völlig.

Um die Mitte des Monats fand in Wien die Gründung eines europäischen Jugendverbandes statt. Auf Einladung des Reichsleiters Baldur v. Schirach traten in der Zeit vom 14.—18. September in Wien die

Abordnungen der europäischen Jugend zusammen. Sie legten unter Führung Deutschlands und Italiens ein Bekenntnis zu Europa und den revolutionären politischen Erziehungsidealen der jungen Völker ab. In einer großen Rede geißelte Baldur v. Schirach die Wahnsinnsideen des Präsidenten Roosevelt, der sich wenige Tage vorher an „die Jugend der Welt“ gewendet hatte, um sie für die verstaubten Ideale seiner zusammenbrechenden demokratischen Ideologie zu begeistern. Baldur v. Schirach hatte es leicht, den Präsidenten abzufertigen, indem er dem Kinderelend, der Verkommenheit und beruflichen Verlotterung der amerikanischen Jugend die moralische, idealistisch ausgerichtete und beruflich zum höchsten Einsatz bereite Jugend der jungen Völker gegenüberstellte.

Der neue Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Rothenberger entwickelte in der amtlichen „Deutschen Justiz“ zum ersten Male Gedanken darüber, welche Richtlinien bei der Erfüllung der vom Führer erteilten Vollmacht zum Aufbau einer nationalsozialistischen Rechtspflege maßgebend sein

100 sollen. Auch die Rechtspflege habe nämlich in erster Linie in dieser Zeit der Erringung des Sieges zu dienen. Daneben aber stehe die ebenso wichtige Arbeit der Vorbereitung für die Zukunft. Ab morgen müssen, so erklärte der Staatssekretär u. a., nach dem Auftrage des Führers, alle Maßnahmen vorbereitet werden, die zur Erreichung dieses Zieles erforderlich sind. Reiche vergehen, wenn an die Stelle von Recht und Ordnung die Willkür tritt. Für das deutsche Empfinden gelte nicht das Trugbild eines gleichen Rechts für alle, sondern der preußische Spruch „Jedem das Seine!“ Der Staatssekretär betonte sodann die Notwendigkeit eines starken Richtertums. Es sei nicht wahr, daß ein autoritärer Staat kein starkes Richtertum vertrage. Allerdings werde eine grundlegende nationalsozialistische Strafrechtsreform und ein neues Volksgesetzbuch geschaffen werden müssen. Der Führer sei auch oberster Gerichtsherr. Diese seine Befugnis hat er unmittelbar, ohne verwaltungsmäßige Zwischeninstanz, dem einzelnen Richter übertragen. Das ist der Sinn der richterlichen Weisungsfreiheit. Der Staatssekretär kündigte sodann auch eine Ausbildungsreform an, die sich den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen hat. Er stellte eine Justizreform an Haupt und Gliedern in Aussicht, wie sie zwar seit Jahrhunderten diskutiert wird, bisher aber nie zustande kam. Diese Planung müsse bei Kriegsende fertig sein. Der neue Justizminister Dr. Thierack sprach ebenfalls zur Frage der Neuordnung des deutschen Rechts, die ihm vom Führer aufgetragen wurde. Er erklärte, daß die „Akademie für Deutsches Recht“ der wissenschaftliche Helfer sein werde, der ihm bei der Neuordnung zur Hand gehen müsse. Der „NS-Rechtswahrerbund“ mit seinen über 100 000 Mitgliedern habe sich der Aufgabe der Menschenführung zu widmen, nicht aber Gesetzesfragen zu lösen. Interessante Ausführungen machte der Minister auch über die materielle Grundlage der Neuordnung. Es gebe in Deutschland 14 000 Richter, das seien zu viele. Es könne ein hoher Bildungsdurchschnitt des Richterstandes erreicht werden bei materieller Besserstellung, die wiederum in ursächlichem Zusammenhang damit stehe, daß mit 4—5000 Richtern auszukommen sei. Dies allerdings nur dann, wenn die Überorganisation in der Rechtspflege beseitigt, insbesondere eine Vereinfachung im Instanzenweg durchgeführt werde. Dem Richter müsse abgenommen werden, was nicht seines Amtes sei. Richter sein heiße Recht sprechen, nicht verwalten. Wenn es in dem Führererlaß heiße, daß „vom bestehenden Recht abgewichen werden könne“, so bedeute das nicht, daß etwa der Minister in richterliche Entscheidungen eingreifen könne. Ebenso falsch sei die Auffassung, daß nun der Richter tun und lassen könne, was er wolle. Es handele sich bei dem Auftrag des Führers um eine Neuordnung der Rechtspflege, die noch stärker als bisher mit dem Staate verbunden werden soll. Was seit 100 Jahren vergeblich erstrebt werde, solle nun verwirklicht

101 werden: Die Schranken fallen, und ein neues größeres Reich wird sich sein neues Recht schaffen. Am 3. September fand vor dem Standgericht in Prag der Prozeß statt gegen die Helfershelfer der Heydrich-Mörder, gegen den Bischof der tschechisch-orthodoxen Kirche Gerazd, den Pfarrer Cíkl, den Kaplan Petrek und den Kirchenältesten Sonnevend. Dieser Prozeß enthüllte ein unvorstellbares Maß moralischer Verkommenheit der leitenden Persönlichkeiten dieser christlichen Religionsgemeinschaft. Besonders der Bischof zeigte einen Grad von Heuchelei, die alles Erwartete in den Schatten stellte. Auf Grund der eigenen Geständnisse und der Zeugenaussagen verurteilte das Standgericht sämtliche vier Angeklagten zum Tode. Sie haben ihrem christlichen Bekenntnis und dem tschechoslowakischen Volk einen schlechten Dienst erwiesen.

Am Anfang des Monats wurde in Hamburg eine Deutsch-Indische Gesellschaft gegründet. Subhas Chandra Böse formulierte in seiner Rede die Ansprüche des freien Indiens und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Sieg der Achsenmächte auch ein freies Indien schaffen werde.

Am 10. September begann in Weimar eine Tagung der Präsidenten der Landesarbeitsämter, der Reichstreuhänder der Arbeit und der Leiter aller deutschen Arbeitsämter. Gauleiter Sauckel, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, leitete diese Tagung. Unter den bedeutsamen Vorträgen

verdient hervorgehoben zu werden ein Vortrag von Staatssekretär Körner, der sich eingehend mit den Fragen des Arbeitseinsatzes beschäftigte und Zahlen nannte. Es seien heute etwa 9,7 Millionen Frauen in Deutschland tätig, während ihre Zahl im April nur 5,7 Millionen betragen habe. Auch die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte habe sich sehr vermehrt. Die Landwirtschaft sei jetzt, dank den Bemühungen Sauckels, mit Arbeitskräften ausreichend versorgt, und in der Rüstungsindustrie sei der Mangel an Arbeitskräften überwunden, womit ein entscheidender Beitrag zum Siege geliefert wurde.

Gauleiter Sauckel würdigte darauf die Tätigkeit der Arbeitseinsatzverwaltung. Er hob insbesondere die Leistungen derjenigen Männer heraus, die in den besetzten sowjetischen Gebieten unter schwierigsten Verhältnissen die Anwerbung und den Abtransport von zivilen Arbeitskräften besorgen. Demnächst werde für alle in Deutschland tätigen ausländischen Arbeiter ein Arbeitspaß eingeführt werden, damit man einen umfassenden Überblick über diese Menschenheere schaffen könne. Jedenfalls ist im Laufe weniger Monate ein völliger Umschwung im deutschen Arbeitseinsatz herbeigeführt worden, und der Erfolg gibt den dabei angewendeten Methoden recht. Man werde sich weiterhin vor allem darum bemühen, die Umsetzung von Arbeitskräften in die leistungsfähigen Betriebe fortzusetzen. Das Problem der lohnpolitischen Neuordnung werde mit dem Ziele, auch die Leistung zu steigern, seiner Lösung zugeführt.

102

Auf der Weimarer Tagung wurden übrigens auch interessante Beispiele aus der Wirtschaft angeführt, die zeigten, welche Erfolge die Rationalisierung zu erzielen vermag. Eine Gesamtüberschau über die Konsumgüterindustrie zeigte, daß 90% der Friedensproduktion mit einer um 60% reduzierten Gefolgschaft geleistet wird. Natürlich hat sich auch die Kriegsindustrie diese Möglichkeit zunutze gemacht. Aus den Darlegungen des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Albert Speer, ging schließlich vor allem die fortgesetzte Produktionssteigerung an Waffen und Munition hervor, die noch keinesfalls ihr Endstadium erreicht hat.

In einem Erlaß des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz wurde weiter klargestellt, daß im Regelfall auch ein Gefolgschaftsmitglied der privaten Wirtschaft während des Krieges verpflichtet ist, einer Abordnung zum Einsatz in den besetzten Gebieten nachzukommen. Die Zumutbarkeit ist jedenfalls dann anzunehmen, wenn es sich um Arbeiten von staatspolitischer Bedeutung handelt und der Gesundheitszustand und die persönlichen Verhältnisse die Abwesenheit vom Heimatort zulassen.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Reichsmarschall Hermann Göring, hat eine Verordnung erlassen, durch die die bisherigen Vorschriften über den Leistungslohn im Ruhrbergbau und über das sogenannte Gedinge, die besondere Form des Akkordlohnes im Bergbau, geändert und wesentlich verbessert werden. Im Jahre 1939 wurde eine Regelung getroffen, wonach der Hauerlohn erhöht wurde, mit der weiteren Möglichkeit, die Einkünfte des Bergmannes durch eine echte Leistungssteigerung darüber hinaus zu verbessern: der Hauer erhielt für jede Fördermenge, die über die Gedingegrundlage hinausging, einen Zuschlag von 200%. Die Neuordnung bestimmt nun, daß der Mindestschichtlohn des Hauers 7,52 RM zu betragen hat, der Durchschnittsschichtlohn aber 9,42 RM. Das Gedinge ist als richtig anzusehen, wenn auf der Schachanlage ein Vierteljahr lang in 70% der Hauerschichten der genannte Durchschnittssatz von 9,42 RM erreicht wird. Der Bergmann soll also vor Willkür bewahrt bleiben. Die sonstigen neuen Bestimmungen laufen im wesentlichen darauf hinaus, den Unternehmern größere Freiheit und Selbstverantwortung zu geben. Die Neuregelung der Lohnbedingungen schafft im übrigen nur Mindestsätze; Mehrleistungszuschläge sind erlaubt, und der individuellen Regelung bleibt jede Freiheit.

Es kennzeichnet endlich den Geist der NS-Führung gegenüber allen sozialen Erfordernissen der Zeit, daß der Gauleiter und Reichsstatthalter von Steiermark, Dr. Uiberreither, um sich ein Bild von der Lage und den heutigen Lebensverhältnissen des Bergarbeiters zu machen, acht Tage lang als Kumpel, als Füller und Förderer, gearbeitet hat.

103

Am 14. September wurde eine Anordnung des Reichsmarschalls Hermann Göring veröffentlicht, die wie wohl selten eine Verordnung begrüßt wurde. Sie brachte nämlich eine Erhöhung der Brot- und Fleischration in verschiedenem Maße für die einzelnen Altersstufen. Der Normalverbraucher erhält danach ab 19. Oktober 1942 wieder die gleiche Ration Brot wie vor der Kürzung im April d. J., also 2250 Gramm pro Woche. Die Fleischration wird bei sämtlichen Versorgungsberechtigten pro Kopf und Woche um 50 Gramm, bei Lang-, Nacht-, Schwer- und Schwerstarbeitern um wöchentlich 100 Gramm erhöht. Für die Verbesserung der Versorgungslage wurden drei Gründe angegeben. Der erste nennt die Eroberung der fruchtbaren Ostgebiete durch den deutschen Soldaten, der zweite den außerordentlichen Einsatz des deutschen Landvolkes bei der diesjährigen Frühjahrsbestellung und die sehr günstigen Wachstumsbedingungen der letzten Monate, und schließlich wird auf die Erhöhung der

Ernteergebnisse auch in den anderen europäischen Ländern hingewiesen — die zum großen Teil auf die beispielhafte deutsche und italienische Erzeugungsschlacht zurückzuführen ist. Deutschland kann infolgedessen im Wirtschaftsjahr 1942/43 seine Getreidelieferungen an verschiedene Gebiete Europas im Vergleich zu dem gewaltigen Umfang dieser Ausfuhren in den letzten beiden Jahren erheblich herabsetzen. Dieser Erhöhung der deutschen Lebenshaltung steht gegenüber eine Kürzung der Lebensmittelrationen in der Sowjetunion, diesem Riesenreich, dem von der Natur eigentlich ein Überfluß an Nahrungsgütern geschenkt ist. Wenn jetzt beispielsweise nach einem Exchange-Bericht die Fleischration in der Sowjetunion für vier Wochen auf 200 Gramm herabgesetzt ist, das Quantum an Butter, Margarine und Rohfetten für die gleiche Spanne ebenfalls nur 200 Gramm beträgt — dann kann man sich ein Bild von der an das Katastrophale grenzenden Lebensmittellage in der Sowjetunion machen. Der Führer hat auf Vorschlag des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe, Reichsmarschall Göring, den General der Flakartillerie Friedrich Hirschauer, Kommandierender General und Befehlshaber im Luftgau XVII, unter Belassung in seinem militärischen Dienstverhältnis, mit Wirkung vom 1. August 1942 zum Präsidenten des Luftschutzbundes ernannt.

Der Krieg, der überall im Reich wesentliche Veränderungen im großen wie im kleinen brachte, hat auch Deutschlands Polizei völlig gewandelt. Das zeigt ein Überblick, den die im Auftrage des Reichsführers SS herausgegebene Zeitschrift „Die Deutsche Polizei“ veröffentlichte. Der Berichtersteller,

104 Leutnant der Schutzpolizei d. R. G. Doebel, betonte dabei, der Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit habe sich so verlagert, daß eine Begriffswandlung der Polizei festzustellen sei. Heute schützen Polizeibataillone viele Hunderte von Kilometern Nachschubwege im Osten gegen Sabotage. Die Bedeutung der selbstverständlich weiter betriebenen Verfolgung eines Verbrechers ist dagegen, rein arbeitsmäßig, ein wenig zurückgetreten in einer Zeit, da Polizeiregimenter an der Peripherie des Großdeutschen Reiches gegen ganze Banden im Kampfe liegen. In den drei vergangenen Kriegsjahren erlebte die deutsche Polizei auf der einen Seite eine Wandlung zur Truppenpolizei, die im Kampf gegen den Feind mit der Waffe in der Hand ihren Mann zu stehen hat, auf der anderen Seite zur Luftschutzpolizei mit besonders umfangreichen und verantwortungsvollen Aufgaben in der Heimat. Darüber hinaus wurde unsere Polizei vielseitiger, als es je zuvor eine Polizei in der Geschichte der Völker war. Bei Kriegsbeginn waren die „Räumungshundertschaften“ der Polizei im Westen für die zurückflutende deutsche Grenzbevölkerung tätig. Im Polenfeldzug lagen Polizeieinheiten zum ersten Male im Kampf dem Gegner gegenüber. Gelegentlich der modernen Völkerwanderung der Umsiedlung deutscher Volksgruppen erwarben sich die Polizeibeamten Verdienste in der Volkstumsarbeit. Als das gigantische Ringen im Osten begann, war die Truppenpolizei bereits eine erprobte Kampfformation, die auch in diesem schwersten Waffengang sich durchaus bewährte. In der Heimat hat die Luftschutzpolizei eine besonders wichtige Stellung u. a. bei den heimtückischen feindlichen Fliegerangriffen mit Erfolg bezogen. Die Abteilung Luftschutz überflügelte so alle anderen Polizeiparten an Umfang und Bedeutung weit. Endlich erwähnt der Bericht noch weitere zusätzliche Polizeiaufgaben bei der Preisüberwachung, bei den Einberufungen, beim Meldewesen der im Reich lebenden ausländischen Arbeitskräfte usw. Er schließt mit der Betonung, daß die deutsche Polizei ihr Blutopfer in der Geburtsstunde des neuen Europas gebracht habe.

Der Leiter des Amtes für Beamte des Gau Berlin der NSDAP, Oberbereichsleiter Dr. Fabricius, führte ab 15. September Zusammenkünfte der Behördenleiter aller Zweige der Berliner Beamtenschaft durch, die dem Thema des Kriegseinsatzes der deutschen Beamtenschaft gewidmet waren. Grundlegende, den besonderen Zeitumständen Rechnung tragende Ausführungen hierzu machte der Reichsbeamtenführer Hauptdienstleiter Hermann Neef. Der totale Krieg stelle auch an das Beamtentum im Gegensatz zu den Friedensjahren täglich neue Aufgaben und Anforderungen. Der Krieg habe aber gezeigt, in welchem hohem Maße die deutsche Verwaltung in den besetzten Ost- und Westgebieten trotz des beschränkten Personalbestandes den großen Anforderungen gerecht wurde. Hierbei seien Ent-

105 scheidungsfreiheit und Entschlußfreudigkeit die Grundfaktoren gewesen, die oft schier unlösbaren Aufgaben zum Abschluß zu bringen. Nur durch den aufopfernden Einsatz aller Beamten der deutschen Verwaltung, die zum Teil unter Verzicht auf Urlaub und Ferien oft das Mehrfache an Arbeit bewältigen mußten, seien die Erfolge herangereift. Der Aufbau eines neuen Europas erfordere neue Verwaltungsmethoden, und er werde immer wieder neue Anforderungen stellen. Es komme vor allem darauf an, daß der Beamte von dem Gefühl beherrscht werde, statt Sonderrechte zu genießen, Sonderpflichten erfüllen zu müssen.

Die NSK meldete am 5. September: Der Führer hat angeordnet, daß das bisherige Reichsamt für Agrarpolitik der NSDAP ab sofort die Bezeichnung „Reichsamt für das Landvolk“ führt. Die Anord-

nung gilt sinngemäß auch für die nachgeordneten Ämter in den Gauen und Kreisen. Damit ist die Grundlage zur weltanschaulichen und politischen Ausrichtung des Landvolkes durch den damit beauftragten Oberbefehlsleiter Backe im Rahmen der Menschenführung der Partei geschaffen worden.

Der Reichserziehungsminister gab einen Ausbau des deutschen Hochschulwesens bekannt, der zum bisherigen „Dipl.-Ing.“ als neue Hochschulabschlüsse und akademische Grade den „Dipl.-Physiker“ und den „Dipl.-Mathematiker“ einführt. Wie der Minister hierzu betonte, machen es die wachsenden Anforderungen, die Staat, Wehrmacht und Wirtschaft an die Physiker und Mathematiker stellen, notwendig, die Ausbildung der künftigen Vertreter dieser Fachgebiete auf eine neue Grundlage zu stellen. Mit Wirkung vom 1. November 1942 ist daher das Studium der Physik und der Mathematik an den deutschen Hochschulen neu geordnet worden.

Zur Entlastung der Hausfrauen werden jetzt auch hauswirtschaftliche Arbeitskräfte aus den altsowjetischen Gebieten (hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen) eingesetzt. Die Arbeitsbedingungen ähneln denen der Ostarbeiter. Im übrigen ergeben sich folgende Besonderheiten: der Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, die Ostarbeiterin sofort nach Aufnahme in seinem Haushalt polizeilich anzumelden. Sie ist ausschließlich nur für eine Beschäftigung mit hauswirtschaftlichen Arbeiten vorgesehen. Die Entlohnung richtet sich nach den vom Reichstreuhänder der Arbeit herausgegebenen Sätzen, die dem Haushaltungsvorstand bei Vermittlung vom Arbeitsamt bekanntgegeben werden. Die hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen haben keine Lohnsteuer zu zahlen, dagegen ist der Haushaltungsvorstand ostarbeiterabgabepflichtig. Er hat 50% der Ostarbeiterabgabe zu zahlen. Die Abgabe fällt in vollem Umfange fort, wenn eine Ostarbeiterin von einem Haushaltungsvorstand mit mindestens drei minderjährigen Kindern oder anderen minderjährigen Angehörigen beschäftigt wird. Anspruch auf Freizeit be-

106

steht nicht. Die hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen dürfen sich grundsätzlich außerhalb des Haushaltes nur bewegen, um Angelegenheiten der Haushaltung zu erledigen. Bei besonders guten Leistungen kann ihnen einmal wöchentlich als Belohnung Gelegenheit gegeben werden, sich drei Stunden ohne Beschäftigung außerhalb des Haushaltes aufzuhalten. Der Ausgang muß bei Eintritt der Dunkelheit, spätestens um 20 Uhr, beendet sein. Die Arbeitskraft muß außerhalb des Haushaltes stets ihre Arbeitskarte als Personalausweis mit sich führen.

Durch eine Anordnung des Sonderbeauftragten für die Spinnstoffwirtschaft vom 22. September ist die Geltungsdauer der 3. Reichskleiderkarte bis zum 30. Juni 1944, also um 18 Monate, verlängert worden. Ursprünglich war die Geltungsdauer auf den 31. Dezember 1942 festgesetzt. Da jedoch bekanntlich inzwischen die Benutzungsfrist der 2. Reichskleiderkarte bis zum 31. August 1943 verlängert worden ist, war auch eine Verlängerung der 3. Reichskleiderkarte zu erwarten.

Nachdem Reichsmarschall Göring in einem Aufruf an das deutsche Volk aufgefordert hatte, Strom und Gas zu sparen, hat nunmehr Reichsorganisationsleiter Dr. Ley alle Betriebsobmänner beauftragt, in Zusammenarbeit mit den DAF-Waltern der Betriebe die Gefolgschaftsmitglieder anzuhalten, von sich aus dem Aufruf des Reichsmarschalls nachzukommen. Diese Aktion begann auch in solchen Betrieben unterstützend, in denen sich bereits ein vom Reichsminister Speer beauftragter Energieingenieur befand. In größeren Betrieben und Behörden können die Betriebsobmänner geeignete DAF-Walter mit dieser Aufgabe betrauen.

Praktische Fragen der Rheumabekämpfung, der Bekämpfung der Kinderlosigkeit und der Tuberkulose standen, wie DNB am 14. September berichtete, im Mittelpunkt einer Arbeitstagung des Hauptamtes für Volksgesundheit der NSDAP. Die Beratungen fanden in Bad Elster statt, wo besonders die Rheumabekämpfung auf eine erfolgreiche Tradition zurückblicken kann. Reichsgesundheitsführer Dr. Conti erklärte daher Bad Elster zum Zentralpunkt der Rheumabekämpfung.

Das von Gauleiter Lauterbacher ins Leben gerufene Gaugesundheitswerk des Gaus Südhannover-Braunschweig, daß das erste Gaugesundheitswerk des Großdeutschen Reiches ist, hielt am 25. September in Braunschweig seine erste Arbeitstagung ab. Gauleiter Oberpräsident Lauterbacher erklärte dabei in einer Ansprache, die Gesundheit des Volkes müsse gerade inmitten dieses Krieges besonders gehegt und gepflegt werden. Die Zersplitterung des Gesundheitswesens sei Anlaß zu der von der Bevölkerung gewünschten Vereinheitlichung und Vereinfachung der gesamten Gesundheitspolitik innerhalb des Gaus im Rahmen des neu geschaffenen Gaugesundheitswerkes gewesen. Mit besonderem

107

Nachdruck rief der Gauleiter zur Mitarbeit an diesem Werk unter Ausschaltung aller bürokratischen und formalistischen Hemmnisse und Bedenken auf. Abschließend gab der Gauleiter die Richtlinien für die praktische Arbeit.

Eine Gruppe von Volksdeutschen Lehrern aus der Ukraine, die seit längerer Zeit im Reiche mit den Lehr- und Erziehungseinrichtungen des nationalsozialistischen Deutschlands bekanntgemacht worden

sind, wurde zum Abschluß des Lehrganges am 3. September von Reichsminister Rosenberg empfangen.

Seit dem Ende des ersten Weltkrieges hatte die wissenschaftliche Forschung Schlesiens eine besondere Ausrichtung nach Ost- und nach Südosteuropa erhalten; zum Mittelpunkt dieser Forschungsarbeit ist dabei zwangsläufig das Osteuropainstitut zu Breslau geworden, das schon seit einem Vierteljahrhundert als ältestes und größtes unter den ähnlichen Instituten in Deutschland die deutschen wissenschaftlichen Beziehungen zum gesamten Osten pflegt und fördert. In diesen Tagen rief nun das Osteuropainstitut in einer den Ereignissen nicht vorgreifenden, aber doch weit in die Zukunft schauenden Planung ein literarisches Unternehmen ins Leben, das die Aufgabe hat, als zentrales, den gesamten osteuropäischen Raum überschauendes Wirtschaftsorgan innerhalb des deutschen periodischen Schrifttums eine Lücke zu füllen. Mit seinen „Ostraumberichten“ im Verlag Carl Heymann Berlin, die vorläufig als eine Schriftenreihe von 125 Seiten starken Bänden gedacht sind und ausdrücklich als ein Organ „für Wirtschaftskunde und Wirtschaftspolitik Osteuropas“ bezeichnet werden, liefert das Osteuropainstitut in gegebener Stunde einen tatkräftigen Beweis für die im hohen Grade vorhandene Kriegseinsatzfähigkeit der deutschen Wissenschaft, insbesondere ihrer mit der Erforschung der östlichen Räume Europas sich befassenden Faktoren.

In Krakau wurde am 22. September die erste deutsche Lehrerbildungsanstalt des Generalgouvernements feierlich eröffnet, die ein wichtiges Ausstrahlungszentrum deutscher Kultur im Ostraum sein soll. Die neue Anstalt begann ihre Arbeit mit 40 Schülern und Schülerinnen; 38 von ihnen kommen aus den Reihen der Volksdeutschen des Generalgouvernements. Gemeinsam mit einigen neu verpflichteten Fachlehrern führen den Unterricht die Lehrkräfte der deutschen Oberschule in Krakau, an die sich die Lehrerbildungsanstalt eng anlehnen wird.

An Stelle eines angeblich wald- und wildreichen Polens fanden die deutschen Forstleute im Herbst 1939 ein ausgesprochenes Mangelland vor, dessen Bestände durch jahrelangen Raubbau devastiert waren. Erst nach der Eingliederung des Distriktes Galizien, der in den Karpaten größere Wälder besitzt, ist der Bewaldungssatz des Generalgouvernements mit 19% anzugeben, während im Altreich ein Drittel der gesamten Bodenfläche bewaldet ist. Diese Vergleichsziffern geben aber noch kein richtiges Bild; denn der Wald im früheren Polen kann nicht mit dem des Altreichs verglichen werden. Man hat vielmehr errechnet, daß in Deutschland der jährliche Zuwachs je Hektar mit 4 fm zu beziffern ist, während man im Generalgouvernement zur Zeit kaum eine nachhaltige Nutzung von 2 fm je Hektar erreichen kann. Aus diesem Grunde haben die deutschen Forstmänner einen umfangreichen Aufforstungsplan aufgestellt. Im Laufe von 20 Jahren sollen 1,4 Millionen Hektar Wald aufgeforstet werden. Zu diesem Zweck werden nicht weniger als 30 000 Millionen Pflanzen benötigt. Nicht nur die Ödflächen, sondern auch die landwirtschaftlich nicht genügend nutzbaren Böden werden Wald tragen. Im allgemeinen werden die Höhen bewaldet, während die Täler weitgehend der landwirtschaftlichen Produktion dienen sollen.

Es ist bekannt, daß Mussolini nach dem Tode seines Sohnes Bruno ein Buch unter dem Titel „Parlo con Bruno — „Ich spreche mit Bruno“ herausgegeben hat. In Italien kann dieses Buch nur gegen eine Spende für die Witwen und Waisen gefallener italienischer Flieger erworben werden. Jetzt ist nun eine deutsche Ausgabe dieses Buches erschienen, deren Erlös nach dem Willen des Duce den Hinterbliebenen gefallener deutscher Flieger zugute kommen soll. Hermann Göring gab dieser deutschen Ausgabe des Buches ein Vorwort, in dem es heißt: „Deutschland, das Bruno oft und gern als willkommenen Gast begrüßen durfte, wird diesen Akt geistiger Waffenbrüderschaft dankbar verstehen und würdigen. So möge die Stiftung Bruno Mussolini ein Vermächtnis des unsere Völker verbindenden fliegerischen und opferbereiten Geistes werden!“ Darüber hinaus hat der Reichsmarschall die Präsidenschaft der „Stiftung Bruno Mussolini“ übernommen. Dem Präsidium der Stiftung gehören weiter an: der italienische Botschafter in Berlin, Alfieri, Reichskommissar Gauleiter Terboven, Staatssekretär Körner, General der Flieger Bodenschatz und als geschäftsführendes Präsidialmitglied Verlagsleiter Müller-Clemm in Essen.

In Hannover verlieh am 1. September Gauleiter und Oberpräsident Lauterbacher zum ersten Male den Hermann-Löns-Preis 1942. Träger dieses deutschen Literaturpreises sind der im Kampf um die Fischerhalbinsel im Osten gefallene Carl von Bremen und der im Osten schwer verwundete Friedrich Wilhelm Hymmen.

Im Rathaus der Stadt Villach wurde gegen Ende September der Paracelsuspreis der Stadt Villach für 1942 erstmalig verliehen; Oberbürgermeister Kraus teilte mit, daß das Kuratorium den einmütigen Beschluß gefaßt habe, den Preis an E. G. Kolbenheyer zu verleihen.

Hans Pfitzner weilte zu Beginn des Monats in der Hauptstadt des Warthegaues. Ihm zu Ehren begann die 3. Posener Musikwoche mit einem Programm, das zwischen Regers Romantischer Suite und einer Brahms-Sinfonie des Meisters Pfitzner Violinkonzert enthielt. So sprach aus der Posener Musikwoche ein kulturpolitisches Bekenntnis zur Kunst eines Tondichters, der mit dem deutschen Osten blutmäßig (durch seine Mutter) und als musikalischer Herold eines Kleist, Hoffmann und Eichendorff auch schaffensmäßig verknüpft ist. Das Programm der Woche wurde weiter harmonisch durch Veranstaltungen ergänzt, die dem musikalischen Aufbau des Gaues dienten: richtunggebende Vorträge vom Landeskulturwarter, ferner Arbeitstagungen der Musikerzieher, Chordirigenten und Musikbeauftragten des Gaues. Alle diese Darbietungen wurden durch eine Veranstaltung des wartheländischen Musikerziehungswerkes gekrönt, bei dem Gauleiter Arthur Greiser die Eröffnung mehrerer neuer Musikschulen vornahm.

In der Reichshauptstadt endlich wurde um die Mitte des Monats im Anschluß an eine schlichte Gedenkfeier zum zehnjährigen Todestag des Professors Max Slevogt von Freunden seines Schaffens die „Max-Slevogt-Gesellschaft“ e. V. gegründet, die in erster Linie der Aufgabe dient, das Verständnis für das Werk dieses Meisters der Fabulierkunst mit dem Zeichenstift und der Radiernadel zu fördern. Den gleichen Zweck verfolgen auch Ausstellungen und Veröffentlichungen von und über ihn, der Ausbau eines Max-Slevogt-Archivs sowie die Erhaltung von Erinnerungsstätten, so vor allem Neukastells, der letzten Ruhestätte des Meisters.



Außenpolitik

In den Monat September fielen mehrere Jahrestage, die Anlaß gaben, rückwärts und vorwärts zu schauen, und an denen Kundgebungen von großer politischer Bedeutung stattfanden. Am 3. September war der vierte Jahrestag der englischen und französischen Kriegserklärung und damit des eigentlichen Kriegsbeginns. Am 27. September war der zweite Jahrestag der Unterzeichnung des Dreimächtepaktes. Der Reichsminister des Äußeren von Ribbentrop hielt bei dieser Gelegenheit eine hochbedeutende außenpolitische Rede. Es erfolgten Kundgebungen aller am Dreierpakt beteiligten Staaten und Telegrammwechsel der Staatschefs und der Regierungschefs. Am 30. September eröffnete der Führer das zehnte Winterhilfswerk des deutschen Volkes und das vierte des Krieges mit einer großen Rede im Sportpalast.

Die bei diesen Jahrestagen gehaltenen Reden oder dabei erfolgten Verlautbarungen und Kundgebungen liefern ein klares Bild der politischen und militärischen Lage am Anfang des vierten Kriegsjahres, wie sie sich für die Dreierpaktmächte und die mit ihnen verbündeten Staaten darstellt und wie sie sich aus den bisherigen politischen und militärischen Ereignissen seit Kriegsbeginn entwickelt hat.

Der vierte Jahrestag des Kriegsbeginns bietet jedenfalls Veranlassung dazu, die Ursachen und den Anlaß des gegenwärtigen Krieges zu überdenken und sich über sie erneut klar zu werden. Im Verlauf des Krieges sind sie ja, nicht zuletzt durch die in den von den deutschen Truppen eroberten Archiven einer Anzahl der Feindmächte gefundenen Dokumente klar hervorgetreten. Der weitere politische Kriegsverlauf hat zur Klärung der Kriegsverantwortlichkeit ebenfalls grundlegend beigetragen. Wie so oft in der Geschichte, sind die wahren Kriegsursachen auch diesmal andere gewesen als diejenigen, die unsere Kriegsgegner angaben. Nicht die Vertragstreue gegenüber Polen war für England und Frankreich maßgebend, um Deutschland den Krieg zu erklären, sondern die Absicht, Großdeutschland nicht zu dulden und den Aufbau eines von England unabhängigen Europas zu verhindern. Der Einfluß des Judentums bei Kriegshetze und Kriegsverursachung ist ebenfalls klar geworden, und die Kriegsverantwortlichkeit Roosevelts ist immer deutlicher in Erscheinung getreten. Mit der Erweiterung des

Krieges zu einem wirklichen Weltkrieg, die besonders durch den Kriegseintritt Japans und der Vereinigten Staaten erfolgt ist, hat sich auch die Einsicht in das Wesen dieses Krieges erweitert und vertieft. Wir wissen heute, daß dieser Krieg in gleicher Weise um die Lebensrechte unseres und der

mit uns verbündeten Völker wie um die aus tiefen geopolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen notwendig gewordene Bildung großer geschlossener Lebensräume und um ideologische Gegensätze entscheidender Art geht. In unserem eigenen, dem europäischen Raum, sind wir uns besonders bewußt geworden, daß Europa gegen den Bolschewismus alles an geistigen und kulturellen Gütern verteidigt, was die Lebensarbeit vieler Generationen in mehr als tausend Jahren in allen Ländern geschaffen hat, die westlich einer Linie liegen, die vom Ägäischen Meer zur Ostsee läuft.

Diese Erkenntnis von der welthistorischen Bedeutung des Kampfes, in dem wir stehen, kann für alle Nachdenklichen zu einer Quelle der Kraft und der Tatbereitschaft für den weiteren Verlauf und den siegreichen Ausgang dieses Kampfes werden. Indem wir den eisernen Tritt der geschichtlichen Notwendigkeit zu hören glauben, in der tiefen Überzeugung, daß wir mitwirken an einer Neuformung, bei der wir mit dem Gesetz des Werdens im Einklang sind, erfüllen wir uns immer aufs neue mit kraftvoller Selbstsicherheit und Zuversicht.

Die Reden, die am 27. September der Reichsaußenminister und am 30. September der Führer selbst gehalten hat, waren erfüllt von diesem Geiste!

Am Vorabend des 27. September wandte sich der Reichsaußenminister mit folgender Botschaft über den Rundfunk an die verbündeten Nationen:

„Vor zwei Jahren, am 27. September 1940, wurde in der Reichskanzlei zu Berlin in Anwesenheit des Führers der Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan feierlich unterzeichnet. Heute, am Vorabend dieses Tages, grüße ich im Namen des deutschen Volkes und der Reichsregierung die im Pakt mit uns verbündeten Völker und ihre Regierungen: ich grüße das italienische Volk, das japanische Volk, das ungarische Volk, das rumänische Volk, das slowakische Volk, das bulgarische Volk und das kroatische Volk. Das Ziel, das uns bei dem, Abschluß des Dreimächtepaktes vorschwebte, war, eine Ausdehnung des damals schon ausgebrochenen europäischen Krieges zu einem Weltkriege zu verhindern, die Wiederherstellung des Friedens zu erleichtern und einer umfassenden gerechten Neuordnung der Welt den Weg zu ebnet. Die Feinde der Dreierpaktmächte wollten es anders. In ihrem Egoismus und ihrer Habsucht bestritten sie unseren gesunden aufstrebenden Völkern ihr natürlichstes Recht, das Recht auf Raum und Anteil an den Gütern dieser Erde, und ihr Verhalten konnte

112 keinen Zweifel darüber lassen, daß die Frage des Lebensrechtes, ja der Existenz unserer Völker schlechthin aufgeworfen war. In diesen für unsere Länder kritischen Zeiten hat der Dreimächtepakt sich glänzend bewährt. Die schon verbündeten Völker schlossen sich nunmehr noch enger zu einer Schicksalsgemeinschaft auf Leben und Tod zusammen und traten ihren Feinden entgegen. In diesem unabwendbar gewordenen Existenzkampf haben die Dreierpaktmächte gewaltige Siege zu Lande, zu Wasser und in der Luft errungen und sich Machtstellungen geschaffen, die nur noch schwer angreifbar sind. Trotzdem versucht der Feind weiter, uns die erworbenen Stellungen streitig zu machen. Harte Kämpfe werden uns daher noch bevorstehen. Im Bewußtsein ihrer gerechten Sache und mit harter Entschlossenheit werden die Dreierpaktmächte den Feind auch weiterhin überall schlagen, wo er sich zeigt, und zwar so lange, bis er eingesehen hat, daß er in ihren Lebensräumen für alle Zeiten nichts mehr zu suchen hat. Dann werden die Voraussetzungen für die Errichtung einer gerechten Neuordnung geschaffen sein. Der Dreimächtepakt aber, diese stärkste Mächtekoalition, wird auch nach der siegreichen Beendigung unseres Freiheitskampfes das Fundament der neuen Weltordnung bleiben und der Garant für eine lange und glückliche Friedenszeit für unsere Völker sein.“

Die Außenminister aller verbündeten Staaten erließen ähnliche Botschaften. Durch den Austausch von Glückwunschtelegrammen zwischen den verbündeten Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und Außenministern wurde die politisch-militärische Einheit und Stärke des Dreierpaktes vielfältig unterstrichen. Während die für Europa in erster Linie maßgebenden Gedankengänge in der Botschaft des Reichsaußenministers und in seiner Rede zum Ausdruck kamen, beleuchteten die Ausführungen der japanischen Politiker die weltpolitische Bedeutung des Dreierpaktes unter großasiatischen und fernöstlichen Gesichtspunkten. Sie seien deshalb neben denen des Reichsministers des Äußern teilweise zitiert.

Der japanische Außenminister Tani gab folgende Botschaft bekannt:

„Wenn ich jetzt am Vorabend des zweiten Jahrestages des Abschlusses des Dreimächtepaktes auf die Veränderung der Weltlage dieser zwei Jahre zurückblicke, kommen und gehen mir viele Gedanken. Nun stehen die drei Mächte Japan, Deutschland und Italien in Ostasien und Europa zusammen mit den ihnen verbündeten Völkern in einem in der Weltgeschichte einzig dastehenden gewaltigen Ringen gegen England, Amerika und deren Anhänger. Die drei Mächte beabsichtigten ursprünglich bei Ab-

schluß des Paktes, damit die Wirren in Europa und Ostasien einzuschränken und der Ausweitung des Krieges vorzubeugen. Die anglo-amerikanischen Politiker mit ihren unverschämten und anmaßenden Forderungen wollten diese Absicht der drei Mächte nicht verstehen. Sie haben zusammen mit ihren Anhängern den Krieg gegen Japan, Deutschland und Italien herausgefordert. Dadurch sind Wirrsale im Osten und im Westen zum Weltkrieg geworden. Es besteht kein Zweifel, daß die Verantwortung dafür die anglo-amerikanische Seite trägt. Ich möchte hier alle vernünftigen Menschen in der ganzen Welt darauf aufmerksam machen, daß in Japan, Deutschland, Italien und ihren verbündeten Ländern jedermann weiß, daß das Endziel dieses Krieges die Errichtung einer neuen Weltordnung ist, und man daher fest entschlossen ist, diesen Kampf unter allen Umständen durchzukämpfen. Dieses Ziel vor Augen, schreiten wir mit aller Macht an die Erlösung der Menschheit. Mögen sich uns auch noch so große Hindernisse in den Weg stellen, wir sind fest entschlossen, sie zu überwinden und weiter zu marschieren. Ich bin fest davon überzeugt, daß Deutschland und Italien nach langjähriger Vorbereitung in materieller und geistiger Hinsicht wohl imstande sind, diese große Aufgabe durchzuführen. Gerade hierin stehen wir auf einer anderen Grundlage als England und Amerika, die ihre Verbündeten die Hauptlast tragen lassen und keine eigenen Opfer bringen. Hiermit übermittle ich anläßlich des zweiten Jahrestages des Abschlusses des Dreimächtepaktes meine herzlichsten Glückwünsche."

113

Premierminister Tojo erklärte aus gleichem Anlaß in einer Ansprache: „Japan ist seinen Freunden gegenüber loyal und stark in seinem Treuegefühl. Auf diesem Gefühl der Treue basiert die Einigkeit unserer Nationen und die Zusammenarbeit der verbündeten Staaten. Diese Tugend Japans ist über alles erhaben, sie ist unveränderlich und wird niemals durch einen Wechsel der Weltlage erschüttert werden können. Sie wird feststehen, gleich, welche Intrigen der Feind auch gegen uns anwenden möge. Japan ist entschlossen, durch eine strenge Wahrung dieser Tugend der Treue den Endsieg zu erringen, indem es nach außen hin die Bande des Dreierpaktes noch enger knüpft und im Innern die Einigkeit der gesamten Nation weiter stärkt. Am heutigen zweiten Jahrestag des Abschlusses des Dreierpaktes möchte ich erneut das feste Gelübde ablegen, daß wir auf dem Boden der unerschütterlichen Bande, die uns mit dem Dreiermächten vereinen, entschlossen vorwärts marschieren zur Erringung des gemeinsamen Zieles."

Die bedeutsamste Kundgebung zum zweiten Jahrestag des Dreierpaktes war jedoch die Rede, die der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop bei einem Empfang im „Hotel Kaiserhof" in Berlin am 27. September gehalten hat. Er erläuterte zunächst aus der Entstehung des Dreimächtepaktes dessen defensiven Sinn und Zweck, nämlich zu verhindern, daß der europäische Krieg durch Hinzutreten

114

der Vereinigten Staaten zu einem allgemeinen Weltkrieg erweitert und damit verlängert würde. Er schilderte anschließend die Ereignisse in Ostasien, in Afrika und in Europa seit dem Kriegseintritt Japans und gab eine Darstellung der gegenwärtigen Kriegslage, wobei er besonders bei den katastrophalen Auswirkungen des siegreichen Kampfes im Osten auf die Kampfkraft und die Gesamtlage der Sowjetunion einging. Abschließend erklärte der Außenminister: „Aber die Leute seien sich über eins klar: bei der Neuordnung der Dinge in unseren Räumen haben sie nichts mehr zu suchen. Das besorgen sowohl in Ostasien als auch in Europa die dort lebenden Völker mit ihren neuen Führern selber. Die europäische Neuordnung wird kommen, und das neue Europa wird ein besseres sein als das vergangene, und jede Nation wird in demselben den ihr gebührenden Platz finden. Denn es wird nunmehr Zeit, daß unser Erdteil sich findet und verträgt; und nach der Ausschaltung der Bolschewisten und Englands, dieses ewigen Störenfrieds, das für die meisten europäischen Kriege in den letzten Jahrhunderten verantwortlich ist, wird dies auch möglich sein. Tatsächlich ist Europa bereits heute auf dem besten Wege hierzu. Zusammenfassend möchte ich sagen, daß die Dreierpaktmächte heute am Ende des zweiten Jahres ihres Zusammenschlusses nach jeder Richtung Herren der Situation sind. Harte Kämpfe mögen uns noch bevorstehen, darauf sind wir vorbereitet. Denn der Rußlandkrieg hat die verbündeten Armeen nicht erschöpft, wie unsere Gegner behaupten, sondern sie im Gegenteil erst recht hart gemacht. Auf allen Gebieten gesichert, haben Europa und Ostasien heute eine starke Stellung bezogen und warten auf Herrn Roosevelt, der diese beiden Welten ohne Schiffe, ohne erprobte Soldaten, ohne Stützpunkte, ohne Erfahrung und ohne unendlich viele andere Dinge über Tausende von Meilen zweier Ozeane hinweg erobern will. Man kann sich oft des Eindrucks nicht erwehren, als ob bei diesen Gedanken nicht die Vernunft, sondern beginnender Wahnsinn Pate gestanden hat. Die Dreierpaktmächte sind demgegenüber zu allem bereit und entschlossen. Jeden Versuch, unseren Welten irgendwo im Norden, Westen, Osten oder Süden zu nahe zu kommen, wird der Feind mit Hekatomben von Toten zu bezahlen haben. Deutschland, Italien und Japan und ihre Verbündeten aber werden ihren Feinden von ihrer gesicherten Basis aus immer weitere Schläge versetzen, bis sie endgültig

genug haben und bis sowohl England als auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika einsehen, daß sie in unseren Lebensräumen in Europa und Ostasien nichts mehr zu suchen haben. So gehen wir in das dritte Jahr unseres Dreimächtepaktes und das vierte Kriegsjahr mit der felsenfesten Überzeugung, daß die Zeit jetzt endgültig für die Dreierpaktmächte arbeitet." Der Führer hat in seiner Rede vom 30.

115 September selbst die Bilanz des gegenwärtigen Kampfes gezogen und die erreichten Positionen klar gekennzeichnet. Wie immer, gingen die Formulierungen seiner Rede über das Außenpolitische und Militärische hinaus und erhoben sich in die Sphäre von Gedanken und Ideen, die die Gesamtlage der gegenwärtigen Staaten- und Menschenwelt zum Gegenstande haben. Er stellte unsere Welt der der Feindmächte gegenüber, er sagte voraus, daß in der Auseinandersetzung mit dem Weltjudentum jeder Staat, der in diesen Krieg eintrete, ihn als antisemitischer Staat verlassen werde, daß diesen Krieg kein bürgerlicher Staat überleben werde, daß nur der, der sein Volk nicht nur staatlich, sondern auch gesellschaftlich zu einer Einheit zu schweißen vermöge, aus diesem Kriege als Sieger hervorgehen werde. Der Führer schloß mit den Worten: „Unsere Gegner mögen diesen Krieg führen, solange sie in der Lage dazu sind. Was wir tun können, um sie zu schlagen, das werden wir tun. Daß sie uns jemals schlagen, ist unmöglich und ausgeschlossen. Das nationalsozialistische Deutschland und die mit ihm verbündeten Staaten werden als junge Nationen, als wirkliche Völker und Volksstaaten aus diesem Kriege mit einem glorreichen Sieg herausgehen."

Wenn man die staatliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung bei unseren Kriegsgegnern besonders in der letzten Zeit sich vergegenwärtigt, tritt die innere Wahrheit der Voraussagen des Führers deutlich vor das Auge. England und die Vereinigten Staaten, die angeblich für ihre traditionelle Lebensform, für individualistische Freiheit und wirtschaftlichen Liberalismus kämpfen, sehen sich jeden Tag mehr genötigt, unsere Methoden und unsere Lebensform nachzuahmen und die eigenen außer Kraft zu setzen. Die ungeheuren Kriegs- und Rüstungsausgaben, Rohstoffmangel, Transportkrise und die Einwirkungen der bisherigen Kriegserfolge Deutschlands und seiner Verbündeten — um nur einige Faktoren zu nennen — haben England und die USA. in immer größerem Umfang zur Einführung der Rationierung, zur staatlichen Planwirtschaft und zu Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten gezwungen, die eine klare Absage an ihre bisherigen Grundsätze bedeuten. Dies kommt einer ideologischen Niederlage gleich.

Auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen war der Kampf gegen die feindliche Versorgungsschiffahrt im Monat September der erfolgreichste. Kriegsmarine und Luftwaffe versenkten über eine Million Tonnen feindlichen Schiffsraums, darunter in der Mitte des Monats den größten Teil eines nach den Sowjethäfen am Eismeer bestimmten Geleitzuges. Im Osten ging der Kampf um Stalingrad erfolgreich weiter, während an der ägyptischen Front, außer einem mit schweren Verlusten für den Gegner bezahlten englischen Landungsversuch bei Tobruk, nichts besonderes geschehen ist.

116 Von Deutschlands Verbündeten war es besonders Finnland, das von unseren Feinden einer zwar nicht militärischen, aber um so mehr einer propagandistischen Anstrengung für wert erachtet wurde. Wie auf ein geheimes Stichwort schrieb die gegnerische und unseren Gegnern dienstbare sonstige Presse von angeblichen Absichten der finnischen Regierung und des finnischen Volkes, einen Separatfrieden abzuschließen. Dies veranlaßte den finnischen Ministerpräsidenten zu einem energischen Dementi, und die finnische Regierung gab eine formelle Verlautbarung heraus, die gegenüber den gegnerischen Zweckmeldungen über einen von Finnland angeblich erstrebten Sonderfrieden mit der Sowjetunion betonte: „Unter Hinweis auf die unveränderte Politik Finnlands ist hierzu festzustellen, daß alle derartigen Erklärungen und Schlußfolgerungen falsch und ohne Grund sind."

Der Bundesgenosse am anderen Ende der Ostfront, Rumänien, dessen tapfere Wehrmacht in so hervorragender Weise kämpft, hat durch ein am 23. September erschienenenes und von der gesamten Regierung mitunterzeichnetes Dekretgesetz die Zusammenfassung der ganzen gesetzgebenden Macht in der Hand des Staatsführers, des Marschalls Antonescu, erneut bestätigt. Die bisherige Verfassung wurde formell als außer Kraft gesetzt erklärt und dem obersten Staatsgerichtshof, der über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Dekreten zu urteilen befugt war, wurde diese Befugnis entzogen. Marschall Antonescu erhielt damit die uneingeschränkte Führungsvollmacht. Es liegt auf der Hand, daß diese Durchsetzung des autoritären Regimes in Rumänien nur logisch und im Interesse des weiteren Einsatzes des Landes im Kampf gegen den Bolschewismus gelegen ist, dessen Gefährlichkeit ja gerade Rumänien, ebenso wie Finnland, hat erleben müssen.

Neben dem uneingeschränkten Einsatz Finnlands oder Rumäniens nimmt es sich seltsam aus, wenn in Schweden, wie dies am 21. September geschehen ist, Gemeindewahlen stattfinden, bei denen die kommunistische Partei die Zahl ihrer Mandate erheblich zu steigern vermag. Daß Schweden, das doch

zuerst durch Finnlands heldenmütigen Widerstand im finnisch-sowjetischen Krieg des Winters 1939/40 davor bewahrt wurde, die Sowjets an den eigenen Grenzen zu sehen, und dessen Schicksal als bürgerlicher Staat besiegelt wäre, wenn die bolschewistisch-angelsächsische Koalition siegreich wäre, während dieses Krieges und sozusagen im Rücken Finnlands dem Kommunismus eine politische Chance bietet, ist ein unerhörtes und gegen Europas Gewissen und Interesse verstoßendes Schauspiel. Im europäischen Raum zog im Monat September wieder besonders Frankreich die Aufmerksamkeit auf sich, entsprechend seiner durch Niederlage und Besetzung bedingten Lage weniger durch das, was es tat, als durch das, was ihm widerfuhr.

117 Der englische Angriff auf die Insel Madagaskar, der im August begonnen hatte, wurde fortgesetzt, und die Hauptstadt Tananarivo wurde von den Engländern besetzt, sehr viel später offensichtlich als der englische Kriegsplan es vorgesehen hatte. Trotzdem ging die englische Hoffnung, daß der französische Generalgouverneur und die ihm unterstehende nach Zahl und Bewaffnung wenig bedeutende Streitmacht, sich ergeben würde, nicht in Erfüllung. Die französischen Truppen zogen sich vielmehr kämpfend in den Südteil der Insel zurück. Der französische Widerstand auf Madagaskar ist keineswegs, wie Churchill behauptete, „symbolisch“, sondern durchaus effektiv, und gemessen an der sehr großen englischen Überlegenheit, besonders was die technischen Kampfmittel angeht, sehr beachtlich. Die französische Öffentlichkeit hat den Kampf in Madagaskar mit größter Spannung verfolgt, die militärische Haltung der französischen Truppen sehr gewürdigt und Englands Vorgehen gegen den früheren Verbündeten aufs schärfste kritisiert. Die seit den Ereignissen des Sommers 1940 unaufhaltsam sich erweiternde Kluft zwischen Frankreich und England hat sich infolge des englischen Angriffs auf Madagaskar weiter vertieft, und Englands Prestige ist in Frankreich allmählich nahe bis an den Nullpunkt gesunken.

Wiederholt ist in der französischen Presse die Ansicht zum Ausdruck gebracht worden, die Zeit der passiven Hinnahme englischer Angriffe müsse nun endlich vorbei sein, Frankreich müsse zurückschlagen, dies sei die einzige Sprache, die England verstehen werde. Es wurde auch daran erinnert, daß die französische Kriegsmarine noch immer sehr stark und durchaus in der Lage sein würde, England im Mittelmeer höchst unbequem zu werden.

Wie sehr in der Tat Frankreichs Haltung in London und Washington beobachtet und auch mit Besorgnis verfolgt wird, zeigte sich bei verschiedenen Anlässen. Als Vichy Maßnahmen gegen die zahlreichen staatenlosen Juden im unbesetzten Gebiet ergriff, erhob sich bei den angelsächsischen Schutzmächten des Judentums lauter Protest. Roosevelts Außenminister Hüll legte Mitte September auf einer Pressekonferenz in Washington heftigen Einspruch gegen die verstärkte Entsendung französischer Facharbeiter nach Deutschland ein. Auch an Zweckmeldungen über Dakar und Französisch-Nordafrika des Inhalts, dort finde eine militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich statt, fehlte es nicht in England und den USA.

Das Verhältnis zu Deutschland wurde für Frankreich weitgehend durch die Frage der Anwerbung größerer Mengen französischer Arbeiter für Deutschland bestimmt. Die Weiterentwicklung des Krieges, die einen gesteigerten Einsatz deutscher Männer an der Front notwendig machte, hat zugleich die Frage des verstärkten Einsatzes ausländischer und damit besonders auch französischer Arbeiter in der deutschen Industrie akut werden lassen. Von den gegen zwei Millionen Kriegsgefangenen, die während des Westfeldzuges in deutsche Hand gefallen sind, wurden im ganzen schon über 600 000 aus deutscher Kriegsgefangenschaft entlassen, in der sich noch etwa 1,2 Millionen befinden. Sie sind im Einklang mit dem Völkerrecht größtenteils, soweit sie nicht Offiziere sind, zur Arbeit eingesetzt. Freiwillig haben außerdem ungefähr 150 000 französische Arbeiter sich zur Arbeit in Deutschland gemeldet. Aber immer noch ist die Arbeitskapazität Frankreichs, verglichen mit der Deutschlands, recht ungenügend ausgenutzt. In einem Kriege, der über das Schicksal Europas entscheidet, und in dem die deutschen und verbündeten Truppen Frankreich ebenso gut gegen die kommunistische Gefahr verteidigen wie alle anderen Länder unseres Kontinents, ist dies auf die Dauer kein tragbarer Zustand. Laval hat das durchaus begriffen und die Anwerbung und Freistellung französischer Arbeiter zur Arbeit in Deutschland energisch in die Hand genommen. Diese Bemühungen haben im September noch eine Steigerung erfahren, und gegen Ende dieses Monats wurde hierüber eine deutsch-französische Vereinbarung erzielt. Die Arbeitszeit wurde außerdem in Frankreich heraufgesetzt und ein Arbeitsdienstpflichtgesetz erlassen, das alle Franzosen zwischen dem achtzehnten und fünfzigsten Lebensjahr zum Arbeitseinsatz nach den Weisungen der Regierung verpflichtet. Nachdem Frankreich aus dem Kriege ausgeschieden ist, der Krieg andererseits den Charakter eines Kampfes für Gesamteuropas Freiheit und Sicherheit bekommen hat, ist es nur natürlich, daß das französische Volk durch den Bei-

118

trag seiner Arbeit am großen Geschehen der Zeit mitwirkt., Es hat den Anschein, als ob die große Mehrheit des französischen Volkes sich dieser Verpflichtung nicht entziehen will.

Auf der iberischen Halbinsel war im Monat September nur ein politisches Ereignis, die Umbildung der spanischen Regierung zu Anfang September, zu verzeichnen. Sie wurde in der offiziellen Presse als „Wechsel der Wache“ bezeichnet, die keinerlei Richtungsänderung der spanischen Politik bedeute. Wenn man die Persönlichkeiten der aus dem spanischen Kabinett ausgeschiedenen und der zu ihm neu hinzugetretenen Minister sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bindungen sich vergegenwärtigt, dann ergibt sich, daß Franco die in Spanien ja immer vorhandenen starken inneren Spannungen durch die Umbildung seines Kabinetts ausgleichen wollte. Wieweit ihm dies auf die Dauer gelungen ist, kann nur die Zukunft lehren. Das neue Kabinett, in dem der bisherige Außenminister und Schwager Francos, Serrano Suner, durch General Graf Jordana (der schon unter dem alten Primo de Riviera

119 Minister war und als Außenminister Francos im letzten Teil des Bürgerkrieges den Beitritt Spaniens zum Antikominternpakt unterzeichnete), hat vom 17. bis 21. September eingehende Beratungen abgehalten, über die, ganz gegen die Gewohnheit, eine längere Verlautbarung erschienen ist. Darin wurde die antikommunistische Einstellung, die Freundschaft mit Portugal, die Solidarität mit Ibero-Amerika und Spaniens Interesse an der Neuordnung Europas betont. Spaniens Wille, seine militärische Stärke zu entwickeln und für den Kriegsfall vorbereitet zu sein, wurde besonders betont. Die spanische Presse führte dazu aus, daß der bewaffnete Friede für die iberische Halbinsel die erste und wichtigste Aufgabe sei.

Dies ist zweifellos nicht nur ein spanisches, sondern ein europäisches Interesse. Es hatte seinen guten Grund, daß der Bolschewismus im spanischen Bürgerkrieg sich der iberischen Halbinsel bemächtigen wollte, um von dort aus das Volksfront-Frankreich und damit Mitteleuropa vom Westen her zu fassen. Heute ist die bolschewistische Sowjetunion mit England und den USA im Bunde, und die Idee der zweiten Front kommt für Stalin auf etwas sehr ähnliches hinaus, wie seine früheren Pläne während des spanischen Bürgerkrieges. Die Kriegspläne Roosevelts, die im Herbst 1941 von seinen Gegnern enthüllt wurden, und die offenbar auch heute noch die Grundlage der militärischen Planung des Weißen Hauses bilden, sahen eine Umstellung Europas von Island über England und Nordirland, die portugiesischen und spanischen Inseln im Atlantik über die Mitte Afrikas hinweg nach dem Vorderen Orient und nach dem Kaukasus vor. Roosevelts Kriegsplan bezeichnete ausdrücklich Portugal und Spanien als künftige Feindländer, durchaus logisch, da sie zu Europa gehören, Staaten mit autoritärem Regime sind und von ihnen nicht erwartet werden kann, daß sie sich den außereuropäischen Mächten gegen Europa anschließen werden.

In solchen Perspektiven nehmen die Ländergebiete am Atlantik, besonders Frankreich, die iberische Halbinsel und der Nordwestteil Afrikas zwischen Dakar und Tanger eine ähnliche geopolitische Stellung im gegenwärtigen Weltkonflikt ein wie auf der anderen Seite der gewaltigen eurasischen Ländermasse das verbündete Japan. Seiner militärisch-politischen Tätigkeit und Bedeutung im Rahmen des Dreimächtepaktes wurde schon gedacht. Im Monat September hat Japan wohl wesentlich aus klimatischen Gründen, d. h. wegen der Regenzeit, große militärische Operationen nicht durchgeführt. Die Kämpfe auf Neu-Guinea, wo das Ziel, die Hauptstadt des australischen Mandatsgebietes, Port Moresby ist, sind erfolgreich für die Japaner weitergegangen. Auf den Salomon-Inseln sind die auf nur zwei dieser Inseln gelandeten australischen Streitkräfte in schwieriger Lage und in Gefahr abgeschnitten

120 und vernichtet zu werden. Der Krieg in China geht weiter, ohne daß die japanische Führung die Initiative zu umfassenderen Kampfhandlungen ergriffen hätte. Sie ist offensichtlich der Meinung, daß die Abschnürung Tschungkings von allen wichtigen Zufuhrstraßen allmählich ihre Wirkung ausüben müsse. Der größte Teil der japanischen Macht, besonders zu Lande, ist noch gar nicht zum Einsatz gekommen. Die bisherigen großartigen Erfolge sind mit verhältnismäßig geringen Kräften errungen worden. Japan hat schwerlich mehr als 200 000 bis 300 000 Mann eingesetzt, um die bisher von ihm gewonnenen Gebiete zu erobern. Für ein Volk von über hundert Millionen Menschen ist dies natürlich ein zahlenmäßig nicht sehr ins Gewicht fallender Einsatz, auch wenn man schätzt, daß Japan in China vielleicht das Doppelte an Menschen an der Front hat. Da Japans Kriegsmarine und Luftwaffe in den bisherigen Kämpfen offensichtlich schwerer ins Gewicht fallende Verluste nicht erlitten haben, da seine Wehrkraft durch die Erweiterung seiner wehrwirtschaftlichen und ernährungsmäßigen Grundlagen ungeheuer gesteigert worden ist, da Japan beinahe unbegrenzte Reserven an menschlicher Arbeitskraft zur Verfügung stehen, ist es deutlich, wie wenig die englisch-amerikanische Propaganda-Phraseologie, man werde den Krieg sozusagen von selbst durch die Mobilisierung der eigenen Kräfte gewinnen, mit den Tatsachen im Einklang steht. Denn ebenso wenig wie die Hilfsquellen Europas,

besonders auch an Arbeitskräften, heute schon voll zum Einsatz gekommen sind, trifft dies für die im japanischen Machtbereich befindlichen des großasiatischen Raumes zu. Schließlich aber sind die Dreierpaktmächte mit Erfolg bemüht, die eigenen Räume zu erweitern, d. h. die des Gegners zu verkleinern. Das Gerede von der zweiten Front zielt darauf, diese Entwicklung aufzuhalten und rückläufig zugunsten der Kriegsgegner der Achsenmächte werden zu lassen — ohne den geringsten Erfolg bisher.

Wie systematisch Japan den großasiatischen Raum zu organisieren im Begriffe ist, zeigt die am 11. September in Tokio bekanntgegebene Information über den Aufgabenbereich des neubegründeten Groß-Asien-Ministeriums.

Danach bearbeitet das neue Ministerium alle Angelegenheiten mit Ausnahme von rein diplomatischen im großasiatischen Raum. Folgend? Abteilungen werden im Großasien-Ministerium eingerichtet: Allgemeine Verwaltung sowie je eine Abteilung für Mandschurei, China und Südgebiete. Im Zusammenhang mit der Errichtung des Großasien-Ministeriums wird vom Informationsbüro eine kaiserliche Verordnung über die Reorganisation des Außenministeriums bekanntgegeben. Dem Außenamt kommen danach die gleichen Aufgaben zu wie dem Großasien-Ministerium, und zwar in allen Ländern, die nicht dem Amtsbereich des letzteren unterstehen. Die vier Hauptabteilungen des Außenamtes sind

121 künftig: 1. Abteilung für politische Angelegenheiten, 2. Verwaltungsabteilung, 3. Vertragsabteilung, 4. Abteilung für allgemeine Untersuchungen. Die frühere Abteilungszahl im Außenamt betrug 7. Es schloß damals noch das Amerika-Büro, das Europa-Asien-Büro sowie das Südsee-Büro ein.

Nach einer anderen Meldung sollen alle japanischen Botschaften und Gesandtschaften in Großostasien in dem neuen Ministerien aufgehen und durch Dienststellen innerhalb dieses Ministeriums ersetzt werden. Offensichtlich soll also im gesamten großostasiatischen Raum Außenpolitik im traditionellen Sinne des Wortes nicht mehr stattfinden, sondern dieser ganze Raum politisch und diplomatisch zu einer Einheit geformt werden, wie dies auch wirtschaftlich geschehen soll. Daß die endgültige Vernichtung der englischen und amerikanischen Positionen in diesem Raum und die Ausschaltung des angelsächsischen Einflusses aus ihm die wesentlichste Voraussetzung für die japanische Großraumpolitik sei, ist von den führenden Männern Japans immer wieder betont worden.

In diesem Zusammenhange ist das Problem Indien besonders wichtig. Die Aufstandsbewegung in Indien ist im September unentwegt weitergegangen, ebenso die englischen Gewaltmaßnahmen gegen die indische Freiheitsbewegung, die ja nicht nur in Indien selbst sich vollzieht, sondern auch von zahlreichen in außerindischen Ländern lebenden indischen Vertretern der Freiheitsidee getragen wird. Die Inder, die in Japans groß-ostasiatischem Raum leben, fördern die indische Freiheitsidee in engem Anschluß an die Japaner nach besten Kräften.

Mitte September wurden über die durch die indische Aufstandsbewegung verursachten Schäden einige interessante Zahlen bekannt. Es seien 550 Postämter angegriffen und davon 53 niedergebrannt und weitere zweihundert beschädigt worden. 250 Eisenbahnstationen seien beschädigt, Dutzende von Zügen zum Entgleisen gebracht worden, die Zahl der getöteten Inder geht in die vielen Hunderte, die der Verwundeten und Verhafteten in die vielen Tausende. Immer wieder hören wir, daß englisches Militär und englische Polizei in demonstrierende Volksmassen hineinschießen, daß die Inder rücksichtslos niedergeknüppelt werden, und daß man die Massen durch Verhaftung aller ihrer Führer führerlos machen will. Indienminister Amery und Churchill nahmen im Unterhaus zum indischen Problem Stellung. Natürlich verteidigten sie die englische Gewaltpolitik, erklärten die Inder für alles verantwortlich, was in Indien geschehe, stellten es so hin, als ob England gegenüber den indischen Freiheitskämpfern sich in legitimer Verteidigung befinde, daß Indien keineswegs in seiner Gesamtheit gegen

122 Indien gegen Japan wurde von Churchill als das wichtigste und dringlichste Unternehmen bezeichnet. Hiermit befindet sich die englische Politik im schärfsten Gegensatz zu den Lebensinteressen der Inder; denn diese wollen eben gerade verhindern, daß ihr Land zum Kriegsschauplatz wird, und daß England auf dem Boden Indiens nicht für die Interessen Indiens, sondern für sein eigenes Interesse, d. h. praktisch für die Erhaltung seiner Zwangsherrschaft in Indien mit Hilfe der wirtschaftlichen und personellen Kräfte Indiens selbst Krieg führen will.

Im Grunde nimmt England der Sowjetunion gegenüber eine ganz ähnliche Haltung ein. Nach Churchills Besuch in Moskau fand am 8. September eine Unterhausdebatte über die Kriegslage statt, in deren Mittelpunkt Churchills Bericht über seine Reise nach dem Nahen Osten und nach Moskau stand. Churchills Rede war von der üblichen Art. Er suchte die englischen Mißerfolge und Niederlagen durch Verschweigen und Umdeuten und durch optimistische Interpretationen abzuschwächen und durch

optimistische Zukunftsausblicke Eindruck zu machen. Natürlich hat er über den Inhalt seiner Gespräche mit Stalin nicht sehr viel verraten. Immerhin gab er offen zu, daß die Machthaber im Kreml mit der Hilfe aus England und den USA keineswegs zufrieden gewesen seien und dies auch offen zum Ausdruck gebracht hätten. Das wird bestätigt durch die unaufhörlichen Mahnungen und Forderungen der Beauftragten Moskaus, nun endlich die „zweite Front“ zu bilden. Der Sinn von Churchills Reise nach Moskau war offensichtlich, abgesehen von seinem Bedürfnis, der Kritik im eigenen Lande eine Zeitlang durch eine Reise ins Ausland aus dem Wege zu gehen, sich ein Bild darüber zu machen, was der schwer angeschlagene bolschewistische Partner noch leisten könne, ihn, falls nötig, zu weiterem Widerstand und zu noch größeren Opfern anzuspornen und auszumachen, mit welchem Mindestmaß eigener Opfer England die Sowjetunion bei der Stange halten könne.

Wie immer, wenn England seinen machtpolitischen Zielen nachstrebt, hat es den Segen seiner Kirchenführer. „Die Russen sind ehrenvolle und ernsthafte Christen“, erklärte denn auch am 23. September der Dean von Canterbury und fügte hinzu: „Weil ich möchte, daß wir nach dem Kriege Freunde sind, wünsche ich lebhaft, daß Sie Churchill folgen und Rußland jetzt alle mögliche Hilfe zukommen lassen!“ Vielleicht werden wir es noch erleben, daß Stalin zum englischen Nationalheiligen er-Märt wird und ein Denkmal in der Westminster-Abtei erhält!

In ähnlichem Sinne wie Churchill im Unterhaus haben auch der englische Außenminister Eden und Englands Botschafter in Madrid, Sir Samuel Hoare, Propagandareden gehalten. Während Churchill, der gern realistische Töne anschlägt, über die Kriegslage, seine Reise und das Verhältnis zu Rußland

123 sich äußerte, entwickelten Eden und Hoare Zukunftspläne über die schöne Welt, die nach dem englischen Sieg entstehen solle. Schließlich ist es in London nicht unbekannt, daß das Bündnis mit den Bolschewiken, besonders bei den europäischen Völkern ernste Besorgnisse und sogar Abscheu hervorruft. Man fühlt sich deshalb genötigt, die Besorgnisse um die Zukunft für den Fall eines englisch-bolschewistischen Sieges durch schöne Phrasen über angeblich idealistische Ziele und über das Weltbild der Zukunft zu bannen.

Die Hohlheit dieser Phraseologie angesichts der Wirklichkeit des Bolschewismus und seiner Gefahr für Europa, wie sie der Ostfeldzug enthüllt hat, ist jedoch eindeutig. Sie ist es auch angesichts der tatsächlichen Kriegslage, besonders auf dem Gebiete, das England als sein eigenstes Lebensfeld betrachtet, dem des Seekrieges. Der frühere britische Kriegsminister Höre Belisha schrieb hierüber in einer großen südamerikanischen Zeitung, „der Razon“ in Buenos Aires, die britische Seeherrschaft sei ins Wanken geraten. Während sich das Geleitzugsystem im Weltkrieg als der Retter aus höchster Not erwiesen habe, lägen die Verhältnisse in diesem Krieg grundlegend anders. Nach der Einführung des Geleitzugsystems 1917 seien die Schiffsverluste rapid gesunken, heute aber stiegen sie ständig an. Früher sei der Schutz eines Geleitzuges eine Routineangelegenheit gewesen, jetzt dagegen stelle er eine gewaltige Kriegsoperation dar. Bezeichnend sei, daß die britische Admiralität vor kurzem im Zusammenhang mit einem Geleitzugtransport nach Malta den Verlust eines Flugzeugträgers, zweier Kreuzer und eines Zerstörers zugeben mußte. „Was ist geschehen“, fragt Höre Belisha, „daß derartige Kraftanstrengungen nötig sind? Ist es nicht schlecht bestellt um unsere Seeherrschaft, wenn wir solche Transporte, die im Weltkrieg noch selbstverständlich waren, jetzt als einen Sieg darstellen?“ Außer dem Einsatz der Luftwaffe, so beantwortet Belisha selbst seine Frage, sei der neue Krieg dadurch charakterisiert, daß die Achsenmächte wichtige Stützpunkte im Mittelmeer und in Norwegen besäßen. Bisher sei es nicht gelungen, Rommel aus seiner strategischen Stellung in Afrika zu vertreiben. Ebenso wenig konnten die Deutschen aus Norwegen verbannt werden, von wo sie die Geleitzüge nach der Sowjetunion blockierten. Die Besetzung Norwegens, meint Belisha, sei ein „strategischer Meisterstreich“ gewesen. Überall seien Flugplätze errichtet worden, durch die die Schlagkraft der deutschen Luftwaffe entscheidend gefördert werde. Narvik, Tromsø und Drontheim seien Marinestützpunkte und bedrohten gleichfalls die kriegswichtige Verbindungslinie nach der Sowjetunion. Die Reichweite des Feindes, so schließt Höre Belisha, sei daher wesentlich größer, und der Krieg zur See zeige ein anderes Gesicht als 1917.

124 Die Klagen über die außerordentlich schwierige Lage der englischen Schifffahrt werden eben lauter, trotz aller offiziellen Vertuschung. Über die Engpässe der englischen Wirtschaft hört man nicht minder bewegliche Klagen, besonders hinsichtlich des Gummis und der Brennstoffe. Ohne Zweifel machen sich also die Auswirkungen unseres Luft- und Seekrieges gegen die englische Versorgungsschifffahrt in steigendem Maße geltend.

Ebenso muß man in den Vereinigten Staaten, wo die Mittel des Bluffs so sehr in Übung sind und wo man in Ermangelung eigener Erfolge die Propaganda mit Zukunftshoffnungen und mit fast täglicher

Wiederholung von Riesenziffern für Rüstungsausgaben und Rüstungsproduktion bestreitet, immer wieder zugeben, daß der Seekrieg schwierig und gefährlich sei. Erklärte doch Marineminister Knox in einer Rede am 18. September: „Das U-Boot-Problem ist zweifellos das schwierigste. Wir verstärken nach Möglichkeit unsere Abwehrmaßnahmen, und ich bin überzeugt, daß es uns schließlich gelingen wird, die Monatszahl der versenkten Schiffe soweit herabzudrücken, daß für unsere Verbindungswege keine Gefahr mehr besteht. Der Kampf wird langwierig und hart sein; wir könnten unterliegen, wenn wir die Gefahr nicht erkennen und nicht alle Kräfte für den Sieg einspannen.“ Für einen Mann wie Knox, der den Mund immer sehr voll genommen und sogar prophezeit hatte, die Meere würden binnen neunzig Tagen von der japanischen Flotte leer gefegt sein, ist das ein bemerkenswertes Geständnis, das noch eine besondere Beleuchtung durch die Tatsache erfährt, daß im Monat September die Versenkungsziffer höher gewesen ist als in irgendeinem Monat vorher. Etwas deutlicher äußerte sich Anfang September das amerikanische Kongreßmitglied Johnson, der nach seiner Rückkehr von einer aktiven Dienstreise bei der Marine als Korvettenkapitän im Südwestpazifik erklärte: „Wir brauchen uns nichts einzubilden hinsichtlich der Unbesiegbarkeit unserer Schiffe. Wir müßten alle diese unentschiedenen, dummen, egoistischen und unfähigen Leute unter unseren Admiralen, Generalen und anderen höheren militärischen Personen loswerden.“

125 Neben solchen Zeugnissen für die tatsächliche Lage stehen zahlreiche Propagandareden und -äußerungen, die den Amerikanern und der ganzen Welt einreden wollen, daß die Rüstungsproduktion der USA den Schlüssel zur Gesamtkriegslage und damit zu dem Tor darstelle, durch das der Sieg geradezu zwangsläufig ins angelsächsische Lager kommen werde. Diese Propaganda wird offensichtlich für sehr nötig gehalten; denn Roosevelt hat in dem einen Monat September allein zahlreiche Reden dieser Art gehalten. In einer „Plauderei am Kamin“ vom 7. September suchte er ein optimistisches Bild der Gesamtkriegslage zu geben, war freilich dabei realistisch genug zuzugeben, daß „die Macht Deutschlands nur auf den europäischen Schlachtfeldern gebrochen werden könne“. Mit der Angabe, im Jahre 1943 werde der Krieg die Vereinigten Staaten gegen 100 Milliarden Dollar kosten, und mit dem Hinweis, der Krieg werde noch vielen Tausenden von Amerikanern das Leben kosten, ließ der Präsident aber immerhin die Größe und die Schwierigkeit seiner Aufgabe durchblicken. Die Propagandaäußerungen Roosevelts und seiner Leute bewegen sich überhaupt zwischen zwei Polen. Einerseits wird mit möglichst eindrucksvollen Zahlen versucht, die industrielle Macht und die unwiderstehliche Größe der Rüstungsproduktion und die sich angeblich zwangsläufig aus ihr ergebende Gewißheit des Sieges zu behaupten, andererseits muß man immer wieder auf das Zurückbleiben von Produktion und Leistung hinter der Planung hinweisen — schon um zu weiteren Leistungen anzuspornen, wohl auch um sich gegenüber dem Drängen der Bundesgenossen auf größere Lieferungen und effektivere Kriegsanstrengung ein Alibi zu verschaffen.

Daß das 1942 herausgebrachte amerikanische U-Boot „das beste der Welt“ sei, daß, wenn erst die geplante Anzahl derartiger U-Boote gebaut seien, die USA die größte U-Bootsflotte der Welt besäße, daß die amerikanischen Tanks das Beste des Guten seien, daß man demnächst mehr Handelsschiffe bauen werde, als Deutschland je versenken könne, daß die amerikanische Flugzeugproduktion die der Dreierpaktmächte bald weit überflügeln würde — so und ähnlich kann man es jeden Tag aus USA hören. Der bekannte USA-Journalist Walter Lippmann erklärte während eines Aufenthalts in London Mitte September, was die vielen Produktionsziffern, die in den USA bekanntgegeben werden, anbelange, so dürfe man nicht vergessen, daß die Nordamerikaner ein sehr redseliges Volk seien, das nie gerne zu geringe Angaben mache!

126 Was andererseits über die Rohstoffschwierigkeiten der USA und über die wirtschaftlichen Auswirkungen ihrer forcierten Rüstungsproduktion bekannt wird, zeigt, daß hinter dem Bluff mit Zahlen sich ernste Schwierigkeiten verbergen. Roosevelt sah sich daher genötigt, eine besondere Kommission mit dem schon aus dem Weltkrieg bekannten jüdischen Finanzmann Bernhard Baruch an der Spitze zu ernennen, die die Produktion und die Verteilung des Gummis in den Vereinigten Staaten überwachen soll. Anfang September sah man sich ferner veranlaßt, sämtliche Autodroschken in den USA unter Regierungskontrolle zu stellen, um Reifen, Benzin und Wagen zu sparen; und kurz darauf erschien eine Verordnung des Kriegstransportamtes, durch die alle Privat- und Frachtfahrzeuge unter Staatskontrolle gestellt wurden. Ende September wurde auch bekannt, daß in den ganzen USA das Benzin auf Karten rationiert würde. Von Anfang Oktober an, so meldete „United Press“ am 21. September aus Washington, werde eine Armee von Lastkraftwagen durch die Straßen New Yorks und anderer USA-Städte rollen, um von Haus zu Haus und von Straße zu Straße Abfallmetalle zu sammeln. Kein Wunder, daß Ende September aus Washington gemeldet wurde, daß die Zahl der Beamten lawinenhaft

anschwellen. Natürlich macht der durch die Verhältnisse erzwungene Übergang von der „freien“ Wirtschaft zur Planwirtschaft und zur Rationierung eine riesige Ausdehnung des Staatsapparats notwendig. Dies und die Rüstungen selbst erhöhen aber wieder den Finanzbedarf des Staates. Die USA-Staatsschulden haben sich denn auch seit 1940 verdoppelt und bereits den Betrag von 90 Milliarden erreicht. Es liegt auf der Hand, daß der Einstrom solch ungeheurer Geldmengen in die Wirtschaft die Gefahr der Inflation mit sich bringt. Die Preise sind deshalb in den USA im raschen Ansteigen. Ja, Roosevelt sah sich genötigt, ein eigenes Amt zur Bekämpfung der Inflationsgefahr zu schaffen und dem Kongreß einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Präsidenten ermächtigen soll, die Lebenshaltungskosten einschließlich der Preise für alle landwirtschaftlichen Produkte, zu stabilisieren. Roosevelt forderte in energischen Formulierungen die sofortige Annahme des Gesetzes und drohte, „die notwendigen Maßnahmen sonst selbst zu treffen, um Unheil abzuwenden. Die Ermächtigung, die Lebenshaltungskosten zu stabilisieren, sei notwendig, um ein wirtschaftliches Chaos zu verhindern. Andererseits erklärte der jüdische Finanzminister Morgenthau, man müsse den zivilen Verbrauch drastisch einschränken, immer weitere Rationierungsmaßnahmen treffen, neue Steuern einführen und durch ein Zwangssystem die Kaufkraft abschöpfen.

Dies alles in „Gottes eigenem Lande“, im Lande des wirtschaftlichen Individualismus, der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit und Freizügigkeit und nachdem noch nicht ein Jahr verstrichen ist seit dem Eintritt der USA in den Krieg, der von Roosevelt angeblich deswegen geführt wird, um die genannten Arten von amerikanischer Freiheit zu verteidigen! Dies behauptet Roosevelt mit eiserner Stirne nach wie vor, und dies ist die andere Seite seiner Propaganda!

Mit Rüstungsziffern und Zahlenbluff soll die Welt Glauben gemacht werden, daß der Sieg der USA sicher und nur eine Frage der Zeit sei. Mit der verlogenen Phraseologie von Freiheit, höchsten Kulturgütern, Religion usw., für die Roosevelt und seine Leute sich angeblich einsetzen, soll der jüdisch-kapitalistische Imperialismus Roosevelts der Menschheit in- und außerhalb der USA schmackhaft gemacht werden. Dabei vermag Roosevelt durch seine Formulierungen uns immer wieder in Erstaunen zu setzen. Wenn man meint, höher könne die Verlogenheit wirklich nicht mehr gehen, kommt er mit einem Satz, der das Bisherige noch wieder überbietet. So wandte er sich am 2. September in einer von schwülstigen und verlogenen Tiraden wimmelnden Rede an die Jugend der Welt, die er zum heldenmütigen Kampf bis zum Tode aufforderte, und der er versprach, nach dem Siege werde es nicht so gehen wie nach dem Weltkrieg. Diesmal werde die Jugend nicht unter dem wirtschaftlichen Chaos zu leiden haben; denn die USA, England und die Sowjets würden zum erstenmal in der Weltgeschichte nach dem Sieg eine wahre Weltzivilisation schaffen! Was das Verhältnis der USA zu der Sowjetunion angeht, so stand es im Monat September unter dem Druck der dringenden Forderungen Moskaus nach Hilfe, d. h. zur Eröffnung der zweiten Front. Hierüber schrieb die „New York Times“ am 18. September:

„Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß das alte Mißtrauen zwischen Sowjetrußland und den Demokratien noch nicht verschwunden ist.“ Aus London eingetroffene glaubwürdige Berichte ließen keinen Zweifel darüber, daß Moskau mit seinen Verbündeten über die Eröffnung einer zweiten Front nicht übereinstimmt. Die Entscheidung läge in den Händen Churchills und Roosevelts und der Männer, die das Vertrauen der beiden besitzen. Es sei durchaus zum Vorteil Amerikas, den Russen zu helfen, aber nur, wenn solche Hilfe erfolversprechend sei und kein leichtsinniges Glücksspiel darstelle. Jeder Mensch sei sich klar darüber, daß die Alliierten zusammen siegen oder gemeinsam untergehen müßten. Eine zweite Front würde errichtet, sobald die nötigen Kräfte dafür gesammelt seien. Stalin könne dies nicht beschleunigen, ebensowenig wie er die Umstände kontrollieren könne, die eine zweite Front möglich machten.

Die „New York Times“ beschäftigten sich mit dieser Frage erneut und noch etwas deutlicher, in dem sie am 26. September betonten: „Diese russischen Forderungen verlangen eine klare deutliche Antwort: Wir führen nicht Krieg, um Rußland zu retten, und Rußland kämpft nicht gegen Deutschland, um die Vereinigten Staaten zu retten. Rußland hat nicht einmal den kleinen Finger gerührt, als eine deutsche Invasion gegen England unmittelbar bevorzustehen schien. Das sind die wahren Tatsachen. Der Selbsterhaltungstrieb sagt uns, daß es töricht wäre, eine halbe Million Mann nur darum zu opfern, weil wir die Verteidigung Stalingrads bewundern.“

Der frühere Gegner Roosevelts bei der Präsidentenwahl, Wendell Willkie, wurde bei seinem Besuch in Moskau von Stalin unter so scharfen Druck gesetzt, daß er in einer Presseerklärung dessen Forderung hinsichtlich der zweiten Front zu seiner eigenen machte.

Roosevelts Imperialismus hat im übrigen offenbar neuerdings sein Auge besonders auf Afrika geworfen. Die französischen Gebiete in Zentralafrika und der Kongo werden für die wirtschaftliche und militärische Durchdringung der USA mit großem Eifer vorbereitet. Sogar für den Vatikan interessiert sich Roosevelt neuerdings wieder. Da keine diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und dem Vatikan bestehen, hat sich Roosevelt schon vor längerer Zeit Myron Taylor als Sonderbeauftragten beim Papst zugelegt. Taylor traf Ende September in Rom ein und hatte mehrere Besprechungen mit dem Papst. Ob dies ein innerpolitisches Manöver Roosevelts ist, um für kommende Wahlen sich die Katholiken in den USA freundlich zu stimmen, oder ob Roosevelt beim Vatikan Unterstützung für irgendwelche dunklen Pläne gegen die Achsenmächte sucht, ist noch nicht bekannt geworden.

Daß schließlich Roosevelt seinen Dollarimperialismus gegenüber Süd- und Mittelamerika fortsetzt, wird niemand wundern. Sichtbare Fortschritte hat er jedoch neuerdings dabei nicht machen können. Zumal Chile und Argentinien sich aus der von ihnen eingenommenen Position der Neutralität nicht herausdrängen ließen. Ihre führenden Politiker haben auch im Monat September verschiedentliche Male deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie weder den Abbruch der Beziehungen mit den Achsenmächten, noch den Eintritt in den Krieg wünschen. Der in beiden Staaten von den Anhängern der Kriegspolitik inszenierte innerpolitische Kampf gegen die Neutralität ist bisher erfolglos geblieben. Das bedeutet aber natürlich nicht, daß Roosevelt das Rennen aufgegeben hätte. Er wird sicher kein Mittel scheuen, um doch noch zum Ziele zu gelangen. Die führenden Politiker in Argentinien und Chile scheinen aber entschlossen zu sein, das wahre Interesse ihrer Länder, das mit der Erhaltung der Neutralität identisch ist, zu wahren.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

Oktober-Lieferung
(Nr. 75/76 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



99 Im Mittelpunkt der Kriegsgeschehnisse standen auch im Monat Oktober der Kampf um Stalingrad und die Kämpfe im Kaukasus. Mit Aufbietung aller modernen technischen Kampfmittel bricht der deutsche Angriff aus der Festung Stalingrad Stück um Stück heraus. Während der Gegner alle vorhandenen Kräfte in diesen Frontabschnitt hineinpumpt, gewinnt die deutsche Wehrmacht von Tag zu Tag mehr Raum und vernichtet dieses feindliche Rüstungs- und Verteidigungszentrum bis auf die Grundmauern. An der Kaukasusfront fanden im Oktober besonders heftige Kämpfe im Terek-Abschnitt und bei Tuapse statt. Hier geht es um tief gestaffelte Verteidigungslinien des Feindes, der die deutschen Angriffskeile von den Ölzentren und den so wichtigen letzten Häfen am Schwarzen Meer fernzuhalten sucht.

Obwohl die Jahreszeit dem Kampf auf den Meeren nicht günstig war, ernteten die deutschen U-Boote doch in den Stürmen des Herbstes große Erfolge. 720 575 BRT wurden im Oktober nach dem Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 1. November auf allen Meeren versenkt. Die Hoffnung in London und Washington, daß der Herbst ihnen in der Geleitzugschlacht Entlastung bringen könne, hat sich also nicht erfüllt.

In Afrika griffen die Engländer in den letzten Tagen des Monats in groß angelegter Offensive die El Alamein-Stellung an. Obgleich die Briten und Amerikaner alles ihnen zur Verfügung stehende Material und ihre besten Truppen im Vorderen Orient einsetzten, gelang es ihnen in den ersten acht Tagen nicht, die deutsch-italienische Front zu durchbrechen.

Ein Thema, das in Deutschland viel und mit Erbitterung besprochen wurde, war die unmenschliche Behandlung deutscher Gefangener durch die Engländer. Eidliche Aussagen deutscher Soldaten hatten mit Sicherheit ergeben, daß entgegen allen anderslautenden Erklärungen die Briten doch deutsche

100 Gefangene gebunden, gefesselt und erschossen hatten. Die Vergeltungsmaßnahmen des Deutschen Oberkommandos wurden darum, so wenig sie auch in der Art deutscher Kriegführung liegen, vom deutschen Volke als berechtigte Gegenwehr empfunden und verstanden. Den eindeutig klaren deutschen Feststellungen in dieser Frage stellten die Briten nur Ausflüchte und Verdunkelungsversuche gegenüber. Es wird später zu berichten sein, welchen weiteren Verlauf diese Angelegenheit genommen hat.

Am 30. September hatte der Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht gemeldet, daß einer der hervorragendsten aller deutschen Jagdflieger, Hans Joachim Marseille, tödlich verunglückt sei. Mit tiefer Anteilnahme war diese Meldung vom gesamten deutschen Volke aufgenommen worden. Am Freitag, dem 2. Oktober, wurde der Sieger in 158 Luftkämpfen und Träger der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung in Derna beigesetzt. In ehrenden Worten gedachte dabei Generalfeldmarschall Kesselring des verunglückten deutschen Helden, an dessen Grabe Kränze des Führers, des Reichsmarschalls, des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht und des italienischen Oberkommandos niedergelegt wurden.

Am 9. Oktober überreichte der Führer Major Hermann Graf als 5. deutschem Soldaten das Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.

Das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes erhielten im Monat Oktober folgende Soldaten der deutschen Wehrmacht:

Am 3. Oktober: Leutnant Hans Beißwenger, Flugzeugführer in einem Jagdgeschwader, als 130. Soldat der deutschen Wehrmacht;

am 7. Oktober: Feldwebel Ernst R e i n e r t, Flugzeugführer in einem Jagdgeschwader, als 131. Soldat der deutschen Wehrmacht;

am 11. Oktober: Hauptmann T o r l e y, Bataillonskommandeur in einem Infanterieregiment, als 132. und Hauptmann Johannes Kümmel, Abteilungskommandeur in einem Panzerregiment, als 133. Soldat der deutschen Wehrmacht;

am 28. Oktober: Oberstleutnant Kirschner, Kommandeur eines Infanterieregiments, als 135. und Hauptmann H u p f e r, Bataillonskommandeur in einem Infanterieregiment, als 136. Soldat der deutschen Wehrmacht;

am 29. Oktober: Oberleutnant Günther R a l l, Flugzeugführer in einem Jagdgeschwader, als 134. Soldat der deutschen Wehrmacht;

101 am 31. Oktober: Oberfeldwebel Max S t o t z, Flugzeugführer in einem Jagdgeschwader, anlässlich seines 100. Luftsieges als 137. Soldat; Hauptmann Heinrich Schweickhardt, Flugzeugführer in einem Kampfgeschwader, als 138. Soldat; Hauptmann Wolf gang S c h e n c k, Flugzeugführer in einem Zerstörergeschwader, als 139. Soldat; Oberstleutnant S e i t z, Kommandeur eines Panzergrenadierregiments, als 140. Soldat und Oberfeldwebel Josef Zwernemann, Flugzeugführer in einem Jagdgeschwader, anlässlich seines 101. Luftsieges als 141. Soldat der deutschen Wehrmacht.

Die Ehrung einer besonderen kriegerischen Leistung verdient in diesem Rahmen verzeichnet zu werden: der Führer hat am 7. Oktober dem Kommandanten des italienischen Unterseebootes „Barbarigo“, Fregattenkapitän Enzo Grossi, das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen. Kapitän Grossi hatte kurz vorher ein amerikanisches Schlachtschiff der „Mississippiklasse“ versenkt; wenige Monate vorher hatte er bereits ein anderes USA-Schlachtschiff vom Typ der „Maryland“ torpediert und vernichtet.

Die Feiern zum Erntedanktag nahmen in Berlin ihren Auftakt mit der Kundgebung der NSDAP im Berliner Sportpalast, auf der Reichsmarschall Hermann Göring eine umfassende Rede hielt. In dieser Rede verlieh der Reichsmarschall dem Dank der Nation für den rastlosen Arbeitseinsatz des deutschen Landvolkes Ausdruck und bot darüber hinaus einen umfassenden Überblick über die deutsche Ernährungslage. Vor der großen Rede des Reichsmarschalls aber gab Staatssekretär Backe bekannt, daß zwei Angehörige des Bauernstandes, der Landwirtschaftsführer Leffler und der Bauer Ritter, als die beiden ersten Angehörigen des deutschen Landvolkes vom Führer mit dem Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet worden seien. Der Reichsmarschall begann seine Rede mit einem Dank an alle Angehörigen des deutschen Landvolkes, die dazu beigetragen haben, in harter und unermüdlicher Arbeit eine Ernte einzubringen, die weit besser war, als nach dem letzten Winter zu erwarten stand. In einem umfassenden Überblick entwarf er dann ein klares Bild von der Lage auf dem Ernährungsgebiet. Unter dem tosenden Beifall der Tausende schickte er diesem Bericht die Feststellung voran, daß das Schreckgespenst einer feindlichen Hungerblockade heute nicht mehr existiert. Besonders starker Beifall erfüllte ferner das Haus, als der Reichsmarschall verkündete, daß in den luftbedrohten Gebieten die Fleischrationen um weitere 50 Gramm erhöht würden, auch darüber hinaus eifrig daran gearbeitet werde, dem deutschen Volke zum Weihnachtsfest eine besondere Zulage an Fleisch, Mehl und vermutlich noch anderen Dingen zukommen zu lassen, sowie daß von jetzt ab jeder deutsche Soldat, der auf Urlaub komme, an der Grenze im Auftrage des Führers ein Paket mit Lebensmitteln erhalte. Unter jubelnder Zustimmung stellte der Reichsmarschall dann fest, daß es im Hinblick auf
102 die weiten eroberten Gebiete im Osten in der Ernährungslage unaufhaltsam weiter aufwärts gehe und mit weiteren Besserungen gerechnet werden könne.

Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit einer klugen Vorratswirtschaft auch bezüglich der Rohstoffe und auf die Erschließung umfangreicher Kohlen- und Erzgebiete im eroberten Osten richtete der Reichsmarschall an das deutsche Volk einen glühenden Appell, sich bedingungslos und freudig mehr denn je hinter unseren Führer Adolf Hitler zu stellen.

In der Reichshauptstadt fand wenige Stunden nach der Rede des Reichsmarschalls im Mosaiksaal der Neuen Reichskanzlei ein besonderer Festakt des Reichsnährstandes statt. Staatssekretär Backe würdigte hierbei die Verdienste, die sich das Landvolk, aber auch die Stadtbevölkerung im Kampf um die Sicherung des Endsiegs erworben haben. Seite an Seite mit den beiden Trägern des Ritterkreuzes zum Kriegsverdienstkreuz, Landwirtschaftsführer Leffler und Bauer Ritter, nahmen rund 115 Bauern und Bäuerinnen, Landarbeiter und Landarbeiterinnen, sowie eine Anzahl von Landwirtschaftsführern, vor allem aus der Ukraine, die sich durch tatkräftigen Einsatz besonders hervorgetan haben, Ehrenplätze in dem herrlich geschmückten Festsaal ein. Der mit der Führung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers beauftragte Staatssekretär Oberbefehlsleiter Backe führte in seiner Ansprache u. a. aus, daß die Frauen und Männer des deutschen Landvolkes soeben aus beruflichem Munde eine Ehrung erlebt hätten, bei der ihre Leistungen und die Leistungen des Landvolkes überhaupt vor der ganzen Nation dargestellt wurden. Insbesondere sei es die deutsche Landfrau und die Bäuerin, die in schwerer Arbeit ihren Mann, ihre Brüder, ihre Söhne draußen ersetzen mußte, um ihrer hohen Pflicht zu genügen, die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern. „Die

Raumenge ist gesprengt. Aber das soll uns", so erklärte Staatssekretär Backe, „nicht dazu verleiten, jetzt etwa weniger zu arbeiten." Wir alle müssen mit der Größe der Aufgabe wachsen. In Zukunft werde einmal die Arbeit für die Ernährung leichter sein. Dafür werde dem deutschen Volke eine neue zweite und noch größere Aufgabe erwachsen, die große Fläche zu deutschem Besitz zu machen; denn das sei eine Tatsache: „Dieser Boden wird erst deutsch, wenn die deutsche Hand den Pflug durch diese Felder führt." Unter den hundert Frauen und Männern, die hier ausgezeichnet werden, sehen wir die ersten Vorkämpfer, die ersten Pioniere, denen einmal Zehntausende und Hunderttausende deutscher Bauern und Landarbeiterfrauen nach dem Osten folgen werden. An sie sich wendend schloß Staatssekretär Backe: „Ihr, die ihr heute schon in der ersten Reihe steht, ihr habt eure Nachbarn hochzureißen, so wie ihr heute hier hochgerissen werdet zur Zuversicht und zum Kampf für die größere Zukunft des Deutschen Reiches." Hieran schloß sich die feierliche Aushändigung der Verdienstkreuze.

103

Zum Erntedanktag 1942 hat der Reichsbauernführer eine besondere Ehrungsordnung für die landwirtschaftliche Gefolgschaft erlassen. Sie bringt in wertvollen äußeren Zeichen den Dank für die Treue zum Ausdruck, die gerade in der deutschen landwirtschaftlichen Gefolgschaft sich so häufig durch jahrzehntelange Arbeit auf dem gleichen Hofe bekundet. Diejenigen, die 50 Jahre ihrer Arbeitsstätte die Treue gehalten haben, wurden ja bekanntlich schon seit Jahren vom Führer durch die Verleihung der Sonderstufe des Treudienst-Ehrenzeichens ausgezeichnet. Die neue Ehrungsordnung aber bringt darüber hinaus nun auch für solche Landarbeiter besondere Ehrungen, die 10, 25 und 40 Jahre in Treue der Scholle auf gleichem Arbeitsplatz gedient haben. Es wird ihnen jeweils am Erntedanktag eine Ehrenurkunde ausgehändigt; für 25- und 40jährige Gefolgschaftstreue ist darüber hinaus auch eine Medaille geschaffen worden, die sichtbar getragen werden darf. Außerdem läßt der Reichsbauernführer künftig jedem so Ausgezeichneten noch ein Geschenk überreichen, und zwar bei 10-jähriger Gefolgschaftstreue im Werte von 50 RM, bei 25jähriger von 125, bei 40jähriger im Werte von 200 und bei 50jähriger Gefolgschaftstreue von 250 RM.

Es ist nur recht, wenn der nationalsozialistische Staat für seine verwundeten Soldaten und für die Hinterbliebenen der Gefallenen in der bestmöglichen Weise auf eine Art sorgt, wie sie weder früher bei uns noch heute in anderen Staaten üblich ist! Ein großzügiges Versorgungswerk für die Kriegsoffer, dessen Einzelheiten am 2. Oktober durch die deutsche Presse veröffentlicht wurden, soll ein soziales Absinken der Verwundeten und der Angehörigen der Gefallenen verhindern. Dieses Versorgungswerk ist ein Dokument des Dankes und der Anerkennung für die besten Söhne Deutschlands. An erster Stelle der diese Maßnahmen treffenden Verordnung des Oberkommandos der Wehrmacht stehen die Witwen, Waisen und Eltern der gefallenen Soldaten: eine zusätzliche Elterngabe stellt eine einmalige, ehrenvolle Ergänzung der bisherigen Bestimmungen dar. Ein Zuschuß zur Witwen- und Waisenrente ermöglicht es, daß die Erhaltung der hinterbliebenen Familie in der bisherigen sozialen Schicht sichergestellt wird. Die Schaffung einer vierten Versehrtengeldstufe, die Möglichkeit von Übergangsunterstützungen und von Zuschüssen für diejenigen, die nicht mehr arbeitsfähig sind, deuten die Entwicklung der künftigen und endgültigen Versehrten-Versorgung schon heute an. — Mit allen diesen Hilfsmaßnahmen soll jedoch der fundamentale Grundsatz der eigenen Verantwortung für den ferneren Le-

104

bensweg und der Einsatz der noch verbleibenden Leistungsfähigkeit keineswegs ausgeschlossen werden. Diese positiven Kräfte, die am meisten geeignet sind, auch den Schwerekriegsverletzten über seine Leiden und Gebrechen hinwegzuhelfen, sollen sogar in Zukunft aufs intensivste gefördert werden. Die neue Ergänzungsordnung wird viele verwundete Soldaten in den Lazaretten von Sorgen befreien. Sie wird den Hinterbliebenen die Gewißheit geben, daß der schwere Schicksalsschlag, der sie getroffen hat, sie nicht aus der bisherigen Lebensbahn herausreißt, und sie wird schließlich den kämpfenden Frontsoldaten aufs neue die Gewißheit geben, daß die Heimat in unlösbarer Kameradschaft zu ihnen und zu ihrer Familie steht, daß also auf dem Gebiete der Versorgung der Kriegsoffer der deutsche Sozialismus bereits volle Wirklichkeit ist.

Eine Bestimmung, die sich ebenfalls zugunsten der Hinterbliebenen der gefallenen Soldaten auswirkt, ist eine Verordnung des Reichsverteidigungsrates über die Ernennung und Beförderung der Beamten während des Krieges. Sie bestimmt in einem Absatz, daß, wer während des Krieges gefallen, gestorben oder vermißt ist, beim Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen dennoch ernannt bzw. befördert werden kann, wenn die Ernennung von der zuständigen Stelle eingeleitet worden war, bevor der Tod oder das Vermißtsein des Betroffenen bekannt war. Eine Beförderung kann auch eintreten, wenn sich der Gefallene durch hervorragende Leistungen vor dem Feinde ausgezeichnet hat, oder wenn seine Ernennung aus Gründen verzögert wurde, die nicht an ihm gelegen haben. Diese Regelung

ist vor allem für die Familien bedeutsam, weil ihnen nunmehr die Hinterbliebenenbezüge aus der höheren Stellung ebenfalls zugute kommen.

Nach einer Mitteilung des Reichserziehungsministers wird in Dresden im Laufe des Novembers ein sechsmonatiger S a m m e l lehr gang für Kriegsversehrte aus dem ganzen Reichsgebiet eingerichtet. Er steht Verwundeten offen, die noch nicht aus dem Wehrdienst entlassen sind, wenn sie von ihrer militärischen Dienststelle einen Urlaub von sechs Monaten erhalten.

Nach der seinerzeit vom Reichserziehungsminister angeordneten Sonderförderung der studierenden Kriegsteilnehmer an wissenschaftlichen Hochschulen erhalten seit dem Sommersemester 1941 Teilnehmer des gegenwärtigen Krieges während des Studiums ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse Gebührenbefreiung und laufende Unterhaltszuschüsse. Die Dauer der Gebührenbefreiung und des Unterhaltszuschusses richtet sich nach der Dauer des Wehrdienstes. Der Zuschuß beträgt monatlich 50 RM, er erhöht sich auf monatlich 100 RM für Kriegsteilnehmer, die nicht an ihrem Heimat-

105

ort studieren können. Verheiratete Kriegsteilnehmer erhalten mit Wirkung vom 1. Oktober einen Zuschuß von 100 RM, und, sofern sie das 24. Lebensjahr vollendet haben, für die Dauer der ihnen gewährten Sonderförderung vom Reichsstudentenwerk eine weitere laufende Beihilfe von monatlich 60 RM, wenn die wirtschaftlichen und Familienverhältnisse dies erfordern. Die Beihilfe erhöht sich auf monatlich 70 RM vom 26. Lebensjahr, auf 80 RM vom 28. Lebensjahr an. Daneben kann das Reichsstudentenwerk Kinderzuschläge nach den für Reichsbeamte geltenden Sätzen gewähren.

Am 10. Oktober gab das Oberkommando der Wehrmacht eine Verlautbarung heraus, die von größter Bedeutung für den Offiziersnachwuchs der nationalsozialistischen Wehrmacht ist. Die Verordnung bestimmt, daß gemäß dem Führerwort „In der nationalsozialistischen Wehrmacht trägt jeder den Marschallstab im Tornister!“ jeder junge Deutsche, ohne Rücksicht auf seine Herkunft, nur ausgelesen auf Grund seiner Persönlichkeit und seiner Bewährung vor dem Feinde, Offizier werden kann. Ab sofort werden daher bei allen drei Wehrmachtsteilen Bewerber für die aktive Offizierslaufbahn angenommen.

Als Anerkennung für den Kriegseinsatz besonders bewährter Kraftfahrer hat der Führer ein „Kraftfahrbewährungsabzeichen“ gestiftet. Es wird an Kraftfahrer verliehen, die, unter erschwerten Bedingungen eingesetzt, sich beim Fahren und um die Erhaltung und Pflege des ihnen anvertrauten Kraftfahrzeuges besondere Verdienste erworben haben.

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller hat am 22. Oktober an die deutschen Eisenbahner einen Aufruf erlassen. Mit Worten höchster Anerkennung gibt er davon Kenntnis, daß die Maßnahmen zur Leistungssteigerung in solcher Weise in die Tat umgesetzt wurden, daß die Erwartungen übertroffen sind. Die Verbesserungen der Ernährungslage im vierten Kriegsjahr hingen nunmehr, sagt der Minister, im wesentlichen von den Eisenbahnern ab, nachdem das deutsche Landvolk seine Pflicht so wunderbar erfüllt habe. Allein der Gedanke, daß Tausende von Wagen, die bisher an die Ostfront führen, jetzt nicht mehr leer, sondern mit kostbaren Gütern zurückrollten, müsse jeden Eisenbahner mit Stolz erfüllen und anspornen, diese Leistungen von Tag zu Tag zu erhöhen.

Am 13. Oktober sprach Reichsminister Dr. Goebbels auf einer Großkundgebung in München vor der Feldherrnhalle zu vielen tausend Münchnern. Gauleiter Giesler erinnerte in seiner kurzen Begrüßungsansprache an die Ströme der Hilfsbereitschaft, der Opferwilligkeit, der Herzlichkeit, der Treue, des Mitgefühls und der unendlichen Kraft, die als Folge des ruchlosen Luftangriffes auf die Münchener Bevölkerung gerade in dieser Stadt erwachsen sind. Anschließend führte Reichsminister Dr. Goebbels in seiner Rede aus, daß er nicht nur als Minister des Reiches, sondern auch als Gauleiter der Reichshauptstadt spreche. „Ich komme also nicht vom grünen Tisch, ich kenne sehr wohl die Schwierigkeiten, vor die in dieser harten und schweren Zeit ein Gemeinwesen gestellt ist. Ich weiß aber auch — und das scheint mir das Wichtigere zu sein —, daß wir in diesen Jahren zwar die letzte, aber auch die größte Chance unserer nationalen Geschichte besitzen. Wir kämpfen um Sein oder Nichtsein! Wenn wir diesen Kampf gewinnen, dann steht uns das ganze Leben offen. Wenn wir ihn verlören — allein der Gedanke daran ist zu grauenvoll, als daß man ihn ausdenken könnte —, würden wir damit überhaupt das Anrecht auf eine nationale Geschichte verlieren. Unsere Feinde sind offen genug gewesen, uns zu sagen, was uns droht. Sie sprachen davon, daß Deutschland ein zweites Versailles, ein Übersaillles, aufgezwungen werden müsse. Es wäre also nicht nur dumm, sondern auch feige, inmitten dieser Auseinandersetzung zwischen Großmächten und Kontinenten von einem Gegensatz zwischen Preußen und Bayern, zwischen Sachsen oder Württembergern überhaupt sprechen zu wollen. Es geht diesmal um unser Lebensrecht, aber auch um unsere Lebensmöglichkeit! Der Raum, den wir als Volk besiedeln, ist zu eng. Wir können uns auf diesem Raum nicht ernähren — er muß also ausgeweitet

106

werden! Eine günstigere Gelegenheit dazu als die, die wir heute besitzen, werden wir nie bekommen. Dieser Krieg ist also nicht eine Sache der Preußen oder Bayern, der Sachsen oder Württemberger, sondern unsere gemeinsame deutsche Sache, die uns alle angeht! Wir wollen, daß durch den Krieg der Lebensstandard unseres Volkes geändert wird, daß sich das deutsche Volk endlich einmal an den Fettapf der Welt setzen kann. Bisher kämpften wir, national gesehen, um Scheinziele, um Preußen oder Habsburger, Sozialismus oder Nationalismus, um die Frage Proletariat oder Bürgertum, oder darum, ob man das Abendmahl in einfacher oder zweifacher Gestalt reichen solle. Diesmal geht es um wichtigere Dinge: um Kohle, Eisen, Öl und vor allem um Weizen, um das tägliche Brot auf dem Tisch unseres Volkes." Zum Schluß richtete Dr. Goebbels seine Worte direkt an die Stadt München: „Ich rufe dieser Stadt ins Gedächtnis zurück, welche Aufgaben sie dem deutschen Lande gegenüber zu erfüllen hat, rufe ihr ins Gedächtnis, daß der Führer dieser Stadt die wertvollsten und kostbarsten Jahre seines Lebens geschenkt hat. Sie wird es sich zum Ehrgeiz machen, an nationaler Opferbereitschaft, an hoher patriotischer Gesinnung, an Fähigkeit, an Stärke und Ausdauer allen anderen Städten ein Bei-

107 spiel zu geben. Von dieser Stadt soll immer für das ganze Reich vornehmlich in den kritischen Stunden dieses Krieges der Ruf erschallen, den wir so oft Adolf Hitler entgegenriefen, wenn es hart auf hart geht: „Führer, befehl, wir folgen!“

Zu einer würdigen Feier gestaltete sich die zwanzigjährige Wiederkehr des Tages, an dem der Führer den Marsch nach Koburg befahl. Am 19. Oktober fanden sich dort die alten Marschierer wiederum zusammen. Gauleiter Wächtler mit dem Führerkorps des Gau Bayreuth, die Führer der SA-Gruppen mit Stabschef Lutze an der Spitze und Reichsminister Rosenberg sowie Reichsorganisationsleiter Dr. Ley nahmen an der Feier teil. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete eine Rede von Reichsminister Rosenberg. Darin schilderte er den beispiellosen Kampf der nationalsozialistischen Bewegung: „Aus dem Marsch nach Koburg wurde später der Marsch durch das Brandenburger Tor, der Marsch nach Wien und Prag und schließlich der Marsch nach Warschau, Paris und endlich zum Don und zur Wolga.“ Reichsleiter Rosenberg ging dann auf die Lage im Osten ein, die weiteste Teile des deutschen Volkes aufs tiefste interessiert. Er schilderte das Ausmaß der Zerstörungen, die die Sowjets hinterlassen hatten, bis dann sofort nach den Soldaten die wirtschaftlichen Inspektoren des Vierjahresplanes, die Organisation Todt und der deutsche Arbeitsdienst kamen, um mit allen Kräften die Wiederherstellung und den Wiederaufbau zu betreiben. So konnte nach und nach ein Werk nach dem anderen wieder in Tätigkeit gesetzt werden. Das allgemeine Bemühen richtete sich in allererster Linie darauf, die Kriegswirtschaft Deutschlands zu stärken, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und die Wehrmacht mit allem Notwendigen zu versorgen. Die alten nationalsozialistischen Eigenschaften unserer Revolution, Unbeirrbarkeit und Einsatzwille, sind auch im Osten wieder in Erscheinung getreten. Umsicht und Härte, jetzt gepaart mit einer unmittelbaren Kenntnis der Menschen und Räume, und der Wille zur unbedingten Verteidigung der deutschen Lebensnotwendigkeiten sind die Voraussetzungen für jede Arbeit im Osten.

Am Ende des Monats feierte die faschistische Partei in Italien ebenfalls ein zwanzigjähriges Jubiläum: den Marsch auf Rom. Auf Befehl des Führers begab sich eine Delegation der NSDAP zu dieser Feier nach Rom. An ihrer Spitze stand Reichsorganisationsleiter Dr. Ley; außerdem gehörten ihr an: Reichsjugendführer Axmann, Reichsstudentenführer Gauleiter Dr. Scheel und Gauleiter Hanke. Mit der Entsendung dieser Delegation bekundete der Führer und mit ihm das nationalsozialistische Deutschland ihre tiefste innere Verbundenheit mit der faschistischen Revolution, die vor 20 Jahren den geistigen Umbruch Europas einleitete. Der Führer selbst nannte in einem Glückwunschtelegramm diesen Tag

108 vor 20 Jahren „einen Wendepunkt in der menschlichen Geschichte“. Der Duce gab in seiner Antwort auf die Glückwünsche des deutschen Volkes der Überzeugung Ausdruck, daß „der Sieg die beiden Nationen für ihre Opfer entschädigen werde“.

In einer Rede vor der Reichsdeutschen Gemeinschaft in Zürich, der über 10 000 Deutsche beiwohnten, befaßte sich der Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP., Gauleiter Bohle, mit dem Schicksal der Auslandsdeutschen. Er dankte dem Internationalen Komitee vom Genfer Roten Kreuz für seine Bemühungen, die sich auch in diesem Kriege ungeheuer segensreich ausgewirkt haben. Trotzdem aber konnte Gauleiter Bohle nicht verschweigen, daß vielen Zivilinternierten in diesem Kriege eine unerträgliche Behandlung zuteil geworden sei. „Auslandsdeutsche und andere Auslandsbürger wurden nicht nur verschleppt und ins Gefängnis geworfen sowie härtesten und schwersten Mißhandlungen ausgesetzt. Viele haben dabei ihr Leben lassen müssen, und Unzählige zogen sich schwere körperliche Schäden für ihr ganzes weiteres Leben zu. Deutsche Internierte sind nicht nur in ihrem Eigentum schwer geschädigt worden, sondern auch von den Wachmannschaften willkürlich eingesperrt, von der

Bevölkerung mit Steinen beworfen und beschimpft worden. Das aber geschah nicht im barbarischen Deutschland, sondern in den Ländern, die angeblich für Freiheit und Leben Staatsfremder eintreten."

Vor einer Arbeitstagung der Gaufrauenschaften sprach am 20. Oktober in Gegenwart der Reichsfrauenführerin, Frau Scholtz-Klinck, Reichsminister Dr. Goebbels. Er bat die Frauenführerinnen, Dank und Anerkennung für die aufopfernde Tätigkeit der Frau an alle schaffenden deutschen Frauen im Lande weiterzuleiten. Die Frauenarbeit habe während des unerbittlichen Ringens um unsere nationale Existenz hervorragende Ergebnisse erzielt und entscheidend dazu beigetragen, daß unser Volk im vierten Kriegsjahr in seiner kämpferischen Entschlossenheit gefestigter denn je dastehe. Diese Tatsache sei um so höher einzuschätzen, als der Fraueneinsatz auf freiwilliger Grundlage beruhe. Die Reichsfrauenführerin versicherte anschließend, daß die deutschen Frauen jeden in ihren Kräften stehenden Beitrag zum Siege leisten würden.

Am 24. Oktober erließ der Stabschef der SA, Lutze, nach Abschluß der Wehrkampftage der SA einen Tagesbefehl. Aus diesem Befehl wird bekannt, daß in 600 Wehrkampfveranstaltungen mehr als 500 000 SA-Männer ein Beispiel der wehrhaften Haltung der deutschen Heimat im vierten Kriegsjahr gegeben haben.

109 Der Reichsstudentenführer hat eine Anordnung zur Neufassung aller Bestimmungen über Leben und Arbeit der Studentenkameradschaften unter Auswertung der inzwischen besonders im Kriege gemachten Erfahrungen gegeben. Das Ergebnis liegt in den „Grundsätzen der Kameradschaftsarbeit des NSD-Studentenbundes" vor. Diese „Grundsätze" enthalten nicht nur die 1937 verkündeten „Gesetze des deutschen Studenten" und legen nicht nur das Wesen der Aufgaben und Ziele der Kameradschaft fest, sie umreißen vielmehr auch den Aufbau und die Stellung, die Mitgliedschaft und Führung der Kameradschaft und geben vor allem feste Maßstäbe für die Arbeit und Form der studentischen Selbsterziehung. Das Kameradschaftsleben des deutschen Studenten kennt danach einen Politischen Abend, die Gemeinschaftsstunde, den Kameradschaftsring, ferner die Berufs- und Fachstunde, den Wissenschafts- und Facheinsatz und schließlich den Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten.

Wie der Reichsminister des Inneren auf Grund der nunmehr vorliegenden Abschlußberichte der Gesundheitsämter über die Durchführung der im vergangenen Winter stattgefundenen zusätzlichen Vitamin C-Versorgung der Schulkinder sowie der werdenden und stillenden Mütter und der Säuglinge bekanntgab, ist den Aktionen wiederum ein voller Erfolg beschieden gewesen. An 2,2 Millionen Schulkinder wurden durch die Lehrer 186 Millionen Tagesgaben Vitamin C in Form von Cebionzucker verausgabt. Im Rahmen der Säuglingsfürsorge wurden von den Gesundheitsämtern in enger Zusammenarbeit mit der NSV etwa 1,75 Millionen Mütter und Kinder mit insgesamt 264 Millionen Tagesgaben Vitamin C zusätzlich versorgt. Die werdenden Mütter erhielten in diesem Abschnitt erstmalig ein kombiniertes Vitamin C-Kalkpräparat, um den während der Schwangerschaft erhöhten Kalkbedarf sicherstellen zu helfen. Der Gesundheitszustand wurde allerorts als überaus befriedigend bezeichnet. Daher ist eine Wiederholung der vorbeugenden Maßnahme im kommenden Winter und Frühjahr in Aussicht genommen.

Bisher brachten Kriegszeiten stets ein schnelles Ansteigen der Geschlechtskrankheiten mit sich. In diesem Krieg ist es Deutschland gelungen, diese Erscheinung zu verhindern. Auf einer in Würzburg eröffneten Kriegstagung der Deutschen Dermatologischen Gesellschaft gab Reichsgesundheitsführer Dr. Conti ein umfassendes Bild der erfolgreichen Maßnahmen in der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die gesetzlichen Bestimmungen haben zu einem Bekämpfungssystem geführt, das heute als lückenlos bezeichnet werden könne. Der große Erfolg, der sich in der Niederhaltung der Erkrankungszahlen ausdrücke, beruhe vor allem auf den neuesten Forschungsergebnissen der Wissenschaft,

110 den durchgreifenden organisatorischen Maßnahmen und der Mitwirkung der Ärzte bei der Aufdeckung der Infektionsquellen. Dieser Weg geht auf die persönliche Initiative des Reichsgesundheitsführers zurück. Dr. Conti erklärte, der Arzt könne von der Verpflichtung nach der Erforschung der Infektionsquellen nicht entbunden werden. Gleichzeitig sei aber die ärztliche Schweigepflicht als Grundlage des unbedingt notwendigen Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Patienten sichergestellt.

Die Technische Hochschule München hat ein Institut für Kunstfaserforschung errichtet, zu dem die Vorarbeiten im wesentlichen abgeschlossen sind. In der ersten Hälfte des Oktober hat das Institut seine Forschungsarbeit aufgenommen. Zum Leiter dieses Institutes wurde Dozent Dr. phil. habil. Hans Erbring, bisher Universität Leipzig, berufen. Das Institut ist ein reines Hochschulinstitut. Seine Aufgabe ist es, die gesamten Probleme der synthetischen Fasern zu erforschen und auf diesem Arbeitsgebiet Nachwuchs für Forschung und Industrie heranzubilden.

Am 13. Oktober wurde im Palais der Deutschen Reichspost in Wien der Europäische Postkongreß in Anwesenheit von 16 Ländern durch Reichspostminister Ohnesorge zugleich im Namen des italienischen Verkehrsministers Host-Venturi feierlich eröffnet. Es handelte sich dabei um eine Arbeitstagung, die als ein weiteres erfreuliches Beispiel immer intensiveren Zusammenwirkens der Nationen unseres Kontinentes anzusehen ist. Reichsminister Ohnesorge begrüßte in seiner Ansprache die Teilnehmer namens der Regierungen Deutschlands und Italiens sowie ihrer Postverwaltungen. Die am 8. Oktober 1941 erfolgte Unterzeichnung eines Post- und eines Telegraphenabkommens zwischen Deutschland und Italien mit wesentlichen Gebührensenkungen bezeichnete Ohnesorge als den Ausgangspunkt für die Erweiterung der europäischen Zusammenarbeit. Welch ein Fortschritt sei es, wenn in Zukunft ein Brief von Lissabon nach Helsinki oder von Narvik nach Syrakus nicht mehr oder wenigstens nicht viel mehr als ein Inlandsbrief kostet. In diesem Zusammenhang umriß der Reichsminister einige Aufgaben, die in Zukunft dem Post- und Fernmeldegebiet gestellt sein werden, wobei er den Luftpostdienst, den neuzeitlichen Ausbau des Fernkabelnetzes durch ganz Europa und die Entwicklung des Fernsehens anführte. Am 24. Oktober fand die feierliche Abschlußsitzung des Postkongresses statt. In seiner Tagung ist jedenfalls ein wichtiges Vertragswerk zustande gekommen, dessen wertvolle Ergebnisse Reichspostminister Ohnesorge würdigte. Im einzelnen sind dies folgende: 1. die Schaffung einer europäischen Einheitsbriefgebühr, 2. die allseitige Anwendung des wesentlich vereinfachten Gewichtsstufensystems für Briefe, 3. die Beseitigung der Landdurchgangsgebühren für Brief

111 post, 4. die Schaffung einer einheitlichen Telegrammgebühr, 5. der Wegfall der gegenseitigen Abrechnung im Telegrammdienst.

Im März dieses Jahres hat der Führer dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition den Auftrag erteilt, innerhalb des Rüstungsprogrammes die Lokomotiv- und Waggonerzeugung zu übernehmen und zu steigern. Innerhalb dieses Auftrages wurde eine neue Kriegslokomotive entwickelt, die allen berechtigten Anforderungen gerecht wird.

Im Laufe des Monats Oktober waren in größerer Zahl Arbeitsverträge ausländischer Arbeiter in Deutschland abgelaufen. Der weitaus größte Teil dieser Kräfte hat, wie DNB erfährt, von sich aus diese Verträge verlängert, um in Deutschland weiterarbeiten zu können. Besser als alles andere zeigt diese Tatsache, daß sich die ausländischen Arbeiter in Deutschland wohlfühlen.

Reichsmarschall Göring hat eine Verordnung über die Neuregelung der Rentenversicherung im Bergbau bekanntgegeben. Sie bedeutet einen entscheidenden Beitrag zu dem Bestreben, den Bergmann wieder an die Spitze der deutschen Arbeiter zu stellen. Mitten im Kriege wurde durch diese Neuregelung die Lage der Bergarbeiterschaft in außerordentlichem Maße verbessert: die Neuregelung beseitigte die Doppelversicherung des Bergmanns und vereinfachte sein Rentenrecht in volkstümlicher Weise. Ja, sie staltete seine Rentenversorgung mit solchen Leistungen aus, daß sie als eine der stolzesten bergmännischen Tradition entsprechende Bevorzugung anerkannt werden muß; denn hier wurde eindeutig bei der Bemessung der Leistungen die schwere, kräfteverzehrende Untertagearbeit des eigentlichen Bergmannes vor Ort berücksichtigt. Damit aber wurde gleichzeitig der Arbeitseinsatz gefördert.

Anläßlich der Umbenennung der Prager Moldaulände in Reinhard-Heydrich-Ufer hielt Staatssekretär Frank am 18. Oktober in Prag eine Rede, in der er eingangs die Persönlichkeit Heydrichs würdigte. Staatssekretär Frank fuhr dann u. a. fort: „Nach der formellen staatsrechtlichen Einverleibung Böhmens und Mährens in das Reich heißt nun die Aufgabe: restlose geistige und seelische Rückeroberung Böhmens und Mährens und seiner Bevölkerung für das Reich und den Reichsgedanken. Angesichts des uns aufgezwungenen Krieges gibt es für Böhmen und Mähren in der Gegenwart des Kriegsgeschehens nur die eine Aufgabe: äußerste Anspannung und Arbeitsleistung auf allen Gebieten für den deutschen Sieg. Der oberste Vertreter dieses Grundsatzes war der gefallene Reinhard Heydrich. Die Blutschuld, mit der die Mörder das ganze tschechische Volk beladen und belastet haben, ist so ungeheuerlich, daß sie erst getilgt erscheint, wenn Heydrichs politisches Vermächtnis erfüllt ist. Die tsche-

112 chische Emigrantenclique in London, der es eine Zeitlang den Atem verschlagen hatte, hetzt neuerdings zu Aufstand und Sabotage. Daher haben wir zunächst einmal die Angehörigen dieser gegen ihre eigenen Volksgenossen so rücksichtslosen Schwätzer in Gewahrsam genommen und einem Internierungslager zugeführt. Wenn wir bisher scharf Stellung bezogen haben gegen die tschechische Intelligenz, so taten wir es deshalb, weil 90% aller staatspolizeilich festgestellten Reichsfeinde, die Träger der hier so beliebten verlogenen Feindpropaganda, der Helferskreis der Heydrich-Mörder und der feindlichen Agenten aus der tschechischen Intelligenz stammten.“ Der Redner gedachte dann mit Anerkennung des tschechischen Bauern, der einige Entgleisungen des vergangenen Jahres durch gute Arbeit auszugleichen bestrebt war, restlos seinen Pflichten gegenüber Volk und Reich nachkommt,

und des tschechischen Arbeiters, der in den Bergwerken, in den großen Rüstungsbetrieben, in der sonstigen Industrie und im Verkehrswesen gute und saubere Arbeit geleistet hat.

Es gibt täglich unzählige Beispiele, die von der hervorragenden Haltung einen Begriff vermitteln, von der das ganze deutsche Volk beseelt ist. Zwei Beispiele — diesmal aus der Jugend — sollen für viele stehen: Der Berliner Gauleiter Reichsminister Dr. Goebbels empfing am 12. Oktober in den Räumen seines Ministeriums eine 50 Mann starke Abordnung des Reichsarbeitsdienstes aus dem Osten, die sich im Fronteinsatz besonders ausgezeichnet hat. Bei dieser Gelegenheit überreichte Obergeneralarbeitsführer Dr. Decker dem Minister im Namen des Reichsarbeitsführers die von einer im Osten eingesetzten RAD-Einheit gesammelte Summe von 68 356 RM für das Kriegswinterhilfswerk. — Am Tage darauf sah Reichsminister Dr. Goebbels im Beisein des Reichsjugendführers Axmann 31 Hitlerjungen bei sich, die sich bei feindlichen Fliegerangriffen durch besonders tapfere Haltung und Uner-schrockenheit hervorgetan haben. Dr. Goebbels begrüßte die Jungen, von denen zwei mit dem Eisernen Kreuz und die anderen mit dem Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern ausgezeichnet worden sind, einzeln mit Handschlag und ließ sich von ihnen eingehend über ihre Erlebnisse während der Alarm-nächte berichten. — In einer herzlichen Ansprache an die Hitlerjungen führte der Minister dann aus, dies sei einer der schönsten Besuche, die er je in seinem Ministerium empfangen habe. Er sei auf das tiefste bewegt durch die Tatsache, Knaben vor sich zu sehen, die das Eisernen Kreuz trügen. Daß hier 15jährige Jungen, fast möchte man sagen noch Kinder, mit diesen ehrenvollen Auszeichnungen vor ihn träten, das sei für ihn eine besondere Freude. Es habe sich beim Luftkrieg insgesamt eine Haltung des deutschen Volkes gezeigt, die zu einem beachtlichen Teil auf die nationalsozialistische Erzie-

113 hungsarbeit zurückzuführen sei. Daß Männer sich bei Luftangriffen tapfer benähmen, das halte man für selbstverständlich. Von den Frauen pflege man dagegen oft zu sagen, sie seien das schwache Ge-schlecht. Sie haben jedoch bei den Luftangriffen dieses Wort Lügen gestraft, betonte der Minister, denn unsere Frauen hätten sich in den Alarmnächten in aufopferungsvollster und tapferster Weise gezeigt. Daß aber unsere Knaben und unsere Mädchen sich bei den Luftangriffen als Helden erweisen würden, das hätten wir alle in dem Umfang nicht für möglich gehalten.

Die im ganzen Reichsgebiet durchgeführten Jugendfilmstunden der Spielzeit 1942/43 wurden am Sonntag, dem 25. Oktober, durch eine Filmfeierstunde im Ufa-Palast mit Reden von Reichsminister Dr. Goebbels und Reichsjugendführer Axmann eröffnet. In seinen Ausführungen wies Reichsjugend-führer Axmann darauf hin, daß die Jugendfilmstunden während des Krieges eine Steigerung von 2,5 auf 5,5 Millionen Besucher aufzuweisen hätten. Bedenke man, welch hochwertige Filme, welch be-deutendes geschichtliches Anschauungsmaterial der Jugend durch die Filmstunden vermittelt wird, so ermesse man den Wert dieser Einrichtung. Reichsminister Dr. Goebbels gab in seiner Rede seinem großen Vertrauen auf die Haltung und den inneren Wert der Jugend Ausdruck, die jetzt im Kriege sich an allen Stellen, wo sie hingestellt wird, bewährt.

Zu Anfang des Monats Oktober erfuhr der neue von Wolfgang Liebeneiner gedrehte Tobis-Film „Die Entlassung“ mit Jannings als Bismarck seine Uraufführung. Ihm wurde das höchste deutsche Film-Prädikat „Film der Nation“ zuerkannt. Zum vierten Male ist damit diese höchste Anerkennung ausge-sprochen worden, nachdem sie den Filmen „Ohm Krüger“, „Heimkehr“ und „Der große König“ bisher zuteil geworden war. Zu Beginn des Monats fanden sich in Weimar zum Deutschen Dichtertreffen zum ersten Male nach der Gründung die Mitglieder des Europäischen Schriftstellerverbandes zusam-men. Das Treffen war in diesem Jahr eine Arbeitstagung, in deren Mittelpunkt Vorträge von hervor-ragenden deutschen Schriftstellern standen. So sprach Edwin Erich Dwinger über „Der Bolschewismus als Bedrohung der Weltkultur“. Die Tagung erlebte ihren Höhepunkt in einer Festrede Wilhelm Schä-fers, deren Thema lautete: „Krieg und Dichtung.“ Von namhaften deutschen Schriftstellern hatten u. a. Hermann Burte, Georg von der Vring und Gerhard Schumann das Wort ergriffen. Bei dieser Tagung wurde auch eine Adolf-Bartels-Stiftung ins Leben gerufen, um das Werk und den Mann zu ehren, der für eine arbeitsbewußte Betrachtung des deutschen Schrifttums bahnbrechend war. Altmeister Adolf Bar-tels begeht am 15. November dieses Jahres seinen 80. Geburtstag.

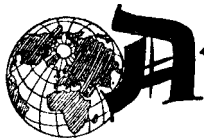
114 Am 16. Oktober wurde in der Reichshauptstadt eine Gesellschaft der „Berliner Freunde der Deutschen Akademie“ gegründet. Ministerpräsident Siebert führte selbst den Vorsitzenden, Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Leopold- Gutterer, ein. In einer programma-tischen Ansprache umriß sodann Staatssekretär Gutterer das Arbeitsprogramm, das er in den kom-menden Wintermonaten mit dem Berliner Freundeskreis der Deutschen Akademie durchzuführen ge-denkt.

Die Wiener Akademie der bildenden Künste feierte am 24. Oktober den Jahrestag ihres 250jährigen Bestehens. Bei der Festsitzung sprach Reichsleiter Reichsstatthalter von Schirach. Er entwickelte Leitgedanken, die für die Kunst im Kriege gelten sollen. Diese Zeit gehöre den Soldaten; was in der Heimat geschehe, müsse in ihrem Geist geschehen.

Mit Zustimmung des Reichsleiters und Reichsstatthalters Baldur von Schirach hat der Generalintendant der Staatsoper in Wien, Lothar Müthel, den bisherigen Staatsoperndirektor in Dresden, Prof. Dr. Karl Böhm, zum Direktor der Staatsoper Wien berufen. An seine Stelle tritt in Dresden Generalmusikdirektor Karl Elmendorff.

Ein Jubiläum seltener Art verzeichnete Alfred Rosenbergs „M y t h u s des 20. Jahrhunderts“ im Oktober: Die Auflage dieses Werkes, das für die nationalsozialistische Entwicklung von größter Bedeutung war und ist, hat die Millionengrenze überschritten.

Am 12. Oktober verschied nach kurzer schwerer Krankheit Generalleutnant Ewald von Massow, ein in Krieg und Frieden hochverdienter Offizier. Generalleutnant von Massow hat sich besondere Verdienste um die Förderung der deutsch-bulgarischen Beziehungen erworben und war auch Präsident der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft. Auf Befehl des Reichsführers SS Himmler wurde Generalleutnant von Massow durch ein Ehrenbegräbnis ausgezeichnet.



Außenpolitik

- 115 Im Rahmen einer Kundgebung des Reichsgaues Wartheland anlässlich der dreijährigen Wiederkehr seiner Eingliederung in das Großdeutsche Reich wurde mitgeteilt, daß bisher 60 000 deutsche Umsiedlerfamilien mit rund 300 000 Köpfen im Wartheland ansässig gemacht wurden, weitere 9000 alteingesessene deutsche Bauern auf größeren Wirtschaften eingesetzt wurden und 11000 Volksdeutsche Bauern Landzulagen erhielten, und daß auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugung das Wartheland hinsichtlich der Ablieferungsziffern von Brotgetreide und Kartoffeln an die erste Stelle aller deutschen Gaue gerückt sei. Anfang Oktober wurde zwischen dem Deutschen Reich und Kroatien ein Abkommen über die Übersiedlung von 20 000 verstreut in Bosnien, der Herzegowina und Slowenien lebenden Volksdeutschen getroffen mit ähnlichen Bestimmungen wie diejenigen, die aus anderen während des Krieges abgeschlossenen Umsiedlungsverträgen bekannt sind. Die gesamten Umsiedlungen, die während dieses Krieges stattgefunden haben, stellen eine Wanderung dar, die zahlenmäßig bedeutender sein dürfte als manche der in der Geschichte bekannten Völkerwanderungen. Sie sind volkstumpspolitisch ebenso bedeutsam wie hinsichtlich der Ausdehnung des deutschen Ernährungsraumes. Vergessen wir nicht, daß sie nur möglich wurden durch die Siege deutscher Waffen!
- Anfang Oktober wurde ein Brief bekannt, den Stalin an den Vertreter der amerikanischen Nachrichtenagentur „United Preß“ sandte. Darin führte Stalin aus, die Möglichkeit einer zweiten Front nehme in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage der Sowjetunion eine Stellung von erstklassiger Bedeutung ein. Die Hilfe, die die Sowjetunion bisher von ihren Verbündeten erhalten habe, sei nur wenig wirksam gewesen. Dieser Brief Stalins hat in England und den USA außerordentliches Aufsehen erregt. Churchill wurde im Unterhaus mit Fragen über die Bedeutung von Stalins Brief und über die Absichten Englands hinsichtlich der zweiten Front bestürmt. Er verweigerte aber jede Auskunft. Die „Times“ vom 9. Oktober aber nannten Stalins Brief ein beunruhigendes Dokument, das offensichtlich in der Absicht verfaßt worden sei, Aufregung hervorzurufen. Auch in der Unterhaussitzung vom vergangenen Dienstag habe man Auswirkungen dieses Briefes feststellen können. Die lange Reihe feindlicher
- 116 Siege habe, wie die „Times“ fortfuhr, unter den Alliierten Spaltungen hervorgerufen, die sich für ihr Zusammenwirken als hauptsächliches Hindernis erwiesen hätten. Deutschland habe die Sowjetunion und Japan habe Tschungking-China von den Alliierten isoliert. Die „Times“ führte weiter aus, es müsse ein gemeinsamer Plan aller Alliierten geschaffen werden, der das Mißtrauen unter den Alliierten beseitige. Nach jüngsten Äußerungen führender Persönlichkeiten der Alliierten hätten sich aber die

Aussichten dafür verringert, daß im 4. Kriegsjahre ein solcher umfassender Plan zustande komme. Die Rolle der USA in einem derartigen Plan sei jedoch am schwierigsten zu bestimmen. Welche Bedeutung Moskau dem Brief Stalins beimaß, geht u. a. daraus hervor, daß die Sowjetbotschaft in Tokio den japanischen Zeitungen den Brief Stalins mit der Bitte übersandte, ihn im vollen Wortlaut zum Abdruck zu bringen. Auf der Pressekonferenz im Weißen Hause am 6. Oktober wurde Roosevelt um eine Stellungnahme zu Stalins Brief gebeten. Er weigerte sich jedoch ihn zu kommentieren. Besonders bemerkenswert war ein Bericht der „Times“ aus Moskau vom 7. Oktober, in dem es hieß, Versäumnisse in den Rußlandlieferungen würden den bereits weitverbreiteten Eindruck in der Sowjetunion verstärken, daß die Alliierten beabsichtigten, ihr Menschenmaterial und ihre Aufrüstung aufzusparen, um später die Zukunft Europas diktieren zu können. Rußland wünsche natürlich, wenn seine Alliierten einen Angriff auf Deutschland im Westen eröffneten, möglichst stark zu sein, um seine Rolle im Osten spielen zu können, und falls die Alliierten ihm nicht ihr bestes Material schickten, so werde in Moskau der Verdacht noch mehr um sich greifen, daß Einflüsse am Werke seien, die Rußlands Anteil an der Offensive beschränken wollten. Wenn man die Haltung Rußlands richtig beurteilen wolle, müsse man bedenken, daß das russische Volk fast das ganze Jahr 1942 hindurch geglaubt habe, daß der Sieg im Jahre 1942 möglich sei. Bei der Bevölkerung der Sowjetunion bestehe jetzt kein Zweifel mehr an der Schuld der Alliierten daran, daß die Aussichten auf einen Sieg in weite Ferne gerückt seien.

Die Ausführungen der „Times“ werfen ein bezeichnendes Licht auf das Mißtrauen, das offensichtlich in Moskau gegenüber England und den Vereinigten Staaten herrscht, und vielleicht auch auf die Hintergedanken, die in London und Washington gegenüber dem bolschewistischen Verbündeten bestehen! Die USA-Presse beschäftigte sich eingehend mit Stalins Brief. Sie war der Meinung, Stalin verlange offensichtlich die Einlösung eines Wechsels, und sein Brief verfolge den Zweck eines Appells an die Öffentlichkeit über die Köpfe der Regierung hinweg. Es wurde jedoch betont, daß der Zeitpunkt für die Aufstellung einer zweiten Front nicht durch den Druck der öffentlichen Meinung bestimmt

117 werden könne. Noch deutlicher war der Präsident des außenpolitischen Ausschusses des USA.-Kongresses, als er ausführte, bei der Entscheidung über die zweite Front müßten rein militärische Erwägungen und solche der Opportunität maßgebend sein.

Für die Lage der Sowjetunion war es weiter bezeichnend, daß am 10. Oktober das Präsidium des Obersten Sowjets einen Erlaß über die Abschaffung der Kriegskommissare in der bolschewistischen Armee veröffentlichte. Darin wurde gesagt, daß das System der Kriegskommissare, das in den Jahren des Bürgerkrieges eingeführt worden sei, dem Mißtrauen gegen das „kommandierende Personal“ entsprungen sei, das damals nicht an die Sowjetmacht geglaubt habe. In den Jahren nach dem Bürgerkrieg habe aber eine Erziehung und Heranbildung des Führerbestandes stattgefunden, und der jetzige Krieg habe eine große Schicht von neuen, begabten Kommandeuren herangebildet, die ihrer militärischen Pflicht bis zum Ende treu gewesen seien. Andererseits hätten auch die Kriegskommissare und Polit-Arbeiter ihre militärischen Kenntnisse erhöht. Viele könnten in Kommandostellen unverzüglich oder nach gewissen militärischen Vorbereitungen eingesetzt werden. Der Grund zum Bestehen des Systems der Kriegskommissare sei also nicht mehr vorhanden. Sein Weiterbestand könne sogar zur Bremse der „Verbesserung der Truppenverwaltung“ führen und „für die Kommissare selbst eine falsche Lage schaffen“.

Wie aus dem Erlaß weiter hervorgeht, soll nunmehr „die Verantwortung für alle Seiten der Tätigkeit der Truppen ganz und gar den Kommandeuren“ auferlegt sein. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR bestimmt hiervon ausgehend: 1. In der Roten Armee die vollständige Einheitsführung (Ausübung der Befehlsgewalt durch eine Person) zu errichten und den Kommandeuren und Chefs die Verantwortung für alle Seiten des militärischen und politischen Lebens der Truppenteile und Behörden der Roten Armee aufzuerlegen. 2. Die Einführung der Einrichtung der stellvertretenden Kommandeure für politische Arbeit. 3. Einführung der militärisch am besten ausgebildeten und erfahrensten Kriegskommissare und Polit-Arbeiter auf Führerposten in verstärktem Maße. 4. Einführung der für die Kommandeure der Roten Armee geltenden Ränge und Rangabzeichen für die stellvertretenden Kommandeure für politische Arbeit und für alle übrigen Polit-Arbeiter.

Die Abschaffung der politischen Kommissare und damit der Aufspaltung der Kommandogewalt in der Wehrmacht der Sowjetunion in einen politischen und einen militärischen Teil kann schwerlich anders interpretiert werden als dahingehend, daß die Vereinheitlichung der Befehlsgewalt offenbar zu einer unausweichbaren Notwendigkeit geworden ist, was wiederum Rückschlüsse in verschiedenen Richtungen nahelegt.

118 So entscheidend wichtig der Krieg im Osten ist, wir dürfen nie vergessen, daß der Gegner, der der eigentliche Hauptschuldige dieses Krieges ist, England, Seekrieg führt und nur zur See entscheidend getroffen werden kann. Da wir die nötigen Kampfmittel für die Seekriegsführung nicht besitzen und im Laufe des Krieges auch nicht schaffen können, führen wir den Seekrieg mit der Seekriegswaffe des Schwächeren, mit dem Unterseeboot. Die Erfolge waren auch im Monat Oktober sehr beträchtlich. Unsere U-Boote, die nach dem Kriegseintritt Amerikas zur größten Überraschung unserer Gegner ihr Operationsgebiet an die Ostküste der Vereinigten Staaten, in die Karibische See und bis an die Nordostküste Südamerikas ausgedehnt haben, sind im Monat Oktober bis an die Südküste des afrikanischen Kontinents und in den Indischen Ozean vorgedrungen, wo sie für den Gegner offenbar völlig überraschend auftraten und große Erfolge erzielten.

Der Unterseebootkrieg wird von uns, abgesehen vom Mittelmeer, im Norden in dem ganzen Raum zwischen den russischen Eismeerhäfen und Neufundland, den Küsten Amerikas entlang bis hinunter nach Brasilien und entlang der ganzen Westküste Europas und Afrikas bis in den Indischen Ozean hinein geführt. Zum Unterschied vom Weltkriege, wo das U-Boot, wenn es den Heimathafen verlassen hatte, ohne Verbindung mit der Heimat war, ist das U-Boot heute während seiner ganzen Fahrt jederzeit in Verbindung mit dem Heimatkommando. Dieses ist also in der Lage, Bewegung und Einsatz jedes einzelnen Bootes fortlaufend zu kontrollieren und zu lenken und Gruppen von Booten auf Ziele, wie etwa Geleitzüge, entsprechend den eingehenden Meldungen der Unterseeboote anzusetzen. Immer wieder hören wir im Wehrmachtsbericht, daß feindliche Geleitzüge tagelang von Gruppen von Unterseebooten verfolgt, angegriffen und ganz oder größtenteils vernichtet werden. Ende September belief sich der von deutschen U-Booten, anderen Seestreitkräften und Luftwaffeneinheiten seit Beginn des Krieges vernichtete feindliche Schiffsraum auf 21,3 Millionen BRT. Da die italienischen Streitkräfte bis Mai d. Js. über 1,3 Millionen und Japan bis Juli nahezu 2 Millionen vernichteten feindlichen Schiffsraum gemeldet hatten, ergibt sich ein Gesamtverlust von 24,6 Millionen BRT. In dieser Zahl sind aber nicht die Ergebnisse des Minenkrieges und die zahlreichen Schiffe enthalten, die beschädigt wurden und die feindlichen Werften beschäftigten und am Neubau von Schiffen verhinderten.

Selbst Churchill mußte in einer Rede am 12. Oktober eingestehen, die U-Bootkriegsführung sei das größte Problem für England und seine Verbündeten, und ein englischer Kommentator sagte anlässlich des Trafalgar-Tages am 21. Oktober, Deutschland könne zur See nicht zum Kampf gestellt werden.

119 Es könne den Krieg mit einer Waffe gewinnen, nämlich mit seinen Unterwasserstreitkräften. Da es das Ziel des U-Bootes sei, sich ungesehen zu machen und zu entkommen, sei es unmöglich, Deutschland auf See zum Kampf zu stellen. Die Bedrohung durch die Deutschen sei dringend und ständig, was bedeute, daß man Tag und Nacht gegen sie kämpfen müsse und sich keinen Augenblick Ruhe gönnen dürfe.

In Afrika hat die britische achte Armee unter Einsatz eines riesigen Kriegsmaterials in den letzten Oktobertagen eine Offensive gegen die Armee Rommels begonnen, die zu schweren Kämpfen geführt hat. Nach englischen Ankündigungen ist das englische Ziel kein geringeres, als die Armee Rommels vernichtend zu schlagen und ganz Nordafrika in englische Hand zu bekommen. Es wird sich zeigen, was aus der Verwirklichung dieses weitreichenden Planes werden wird.

Im Monat Oktober ist hinsichtlich der Kriegsführung im allgemeinen eine Diskussion stärker geworden, die in jedem Kriege, besonders wenn er von längerer Dauer ist, aufzutreten pflegt, die der völkerrechtlichen Führung des Krieges. Der Führer hat in seiner Rede zur Eröffnung des Winterhilfswerkes am 30. September die Frage des Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung erwähnt, und Reichsmarschall Göring hat in seiner oben erwähnten Rede ebenfalls festgestellt, daß Churchill den Bombenkrieg eingeleitet habe. Es ist Tatsache, daß der Bombenangriff auf nichtmilitärische Ziele in diesem Kriege von Seiten Englands gegen uns begonnen worden ist, und daß die Verantwortung für alles Leid, was der Zivilbevölkerung im Verlauf dieses Krieges in ganz Europa durch Luftangriffe zugefügt wird, Churchill zur Last fällt. Der Führer und der Reichsmarschall haben unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß die Stunde auch diesmal kommen werde, in der Deutschland antworten werde.

Völkerrechtswidrige Kriegsführung ist durch eine Verlautbarung des Oberkommandos der Wehrmacht vom 7. Oktober den Engländern nachgewiesen worden. Bei Dieppe und bei anderen englischen Unternehmungen haben sie die wenigen Gefangenen, die sie machen konnten, entgegen dem Völkerrecht, gefesselt. Nachdem sie zunächst auf deutsche Repressalien hin entgegen der Wahrheit versichert hatten, nie seien ähnliche Befehle erteilt worden, mußten sie auf Grund deutscher Zeugenaussagen die völkerrechtswidrige eigene Haltung zugeben. Die Verlautbarung des Oberkommandos der Wehrmacht

brachte weitere Beispiele völkerrechtswidriger Kriegführung, auch vom afrikanischen Kriegsschauplatz und vom Kampf zur See.

Bekanntlich haben die Engländer die Humanität sozusagen in Erbpacht genommen. Ihrer Agitation nach führen sie auch diesen Krieg für edle humanitäre Ziele — als Verbündete des Bolschewismus!

120 Neuerdings bemühen sie sich sogar, derartige Agitationslügen bis zum Ende durchzudenken und erörtern allen Ernstes die Frage, was sie tun werden, wenn sie erst den Sieg errungen haben sollten. In diesem Falle wollen sie die „Kriegsverbrecher“ bei ihren Feinden, also bei uns, vor Gericht stellen und aburteilen. Es ist genau die Methode aus dem Weltkrieg: auch damals hat die Feindagitation unter Führung der englischen die angebliche völkerrechtswidrige Führung des Krieges durch die Mittelmächte mit allen Mitteln und mit schlimmster Hetze in die Köpfe gehämmert, und das Ende war Teil VII des Versailler Vertrages, durch den Deutschland verpflichtet wurde, den deutschen Kaiser und Hunderte von Heerführern und anderen Einzelpersonen den feindlichen Gerichten auszuliefern. Das ist schließlich vermieden worden. Aber es gibt schon feindliche Stimmen, die sagen, diesmal werde man Ernst machen und sich nicht durch Proteste abweisen lassen. Man sieht, England bleibt sich gleich. Es hat nichts gelernt und nichts vergessen. Kein Wunder auch; denn derselbe Churchill, der schon im letzten Kriege eine führende Rolle spielte, verkörpert auch heute wieder die englische Tradition eines durch keinerlei Rücksicht eingeschränkten Herrschaftswillens.

Die Verlautbarung des Oberkommandos der Wehrmacht und die darin angekündigten Repressalien dürften London belehrt haben, daß Deutschland in der Lage und Willens ist, Gleiches mit Gleichem zu vergelten.

Hierzu wurde aus dem verbündeten Japan im Monat Oktober ein interessanter Parallellfall bekannt. Bei dem einzigen Luftangriff, den amerikanische Bombenflugzeuge bisher, wahrscheinlich von chinesischen Flugplätzen aus, auf Japan durchführen konnten, haben sie nach englischem Beispiel nichtmilitärische Ziele bombardiert und in einem Fall sogar auf Kinder mit Bordwaffen geschossen. Hierzu gab der Befehlshaber der japanischen Landesverteidigung am 19. Oktober bekannt, daß in Gefangenschaft geratene Besatzungen feindlicher Flugzeuge, die bei Luftangriffen auf das japanische Empire oder auch auf von Japanern kontrollierte Gebiete sich unmenschlichen Vorgehens schuldig machen, vor ein Militärgericht gestellt und zum Tode verurteilt oder schwer bestraft werden. Das gleiche gelte für Mandschukuo oder Gebiete, in denen japanischerseits militärische Operationen durchgeführt werden. Ferner gab der Chef der Presseabteilung des kaiserlichen Hauptquartiers bekannt, daß diejenigen Angehörigen der USA-Luftwaffe, die bei den Luftangriffen am 18. April dieses Jahres auf Japan in Gefangenschaft gerieten und in stattgefundenen Untersuchungen unmenschlichen Vorgehens für schuldig befunden wurden, auf Grund der Militärgesetze schwer bestraft werden.

121 Der Sprecher der japanischen Regierung stellte vor der ausländischen Presse am 21. Oktober fest, es handle sich weder um Repressalien noch um Drohungen, sondern um die Prinzipien, die Japan künftig gegenüber völkerrechtswidriger Führung des Luftkrieges anwenden werde. Die bei dem Luftangriff auf Tokio am 18. April in japanische Gefangenschaft geratenen USA-Flieger hätten im Verlauf der Untersuchung vor dem Militärgericht zugegeben, daß sie nichtmilitärische Ziele mit Bomben und Maschinengewehren angegriffen hätten, und daß sie sich über die Bedeutung der Angriffsziele und über ihre Handlungsweise völlig im klaren gewesen seien. Feindliche Flieger, die künftig in völkerrechtswidriger Weise ihre Angriffe durchführten, müßten mit der Todesstrafe oder einer anderen schweren Bestrafung rechnen. Diejenigen amerikanischen Flieger jedoch, die sich keiner unmenschlichen Handlung schuldig gemacht hätten, würden als reguläre Kriegsgefangene behandelt.

Wer wird, wenn von völkerrechtswidriger Kriegführung die Rede ist, nicht sofort an die Ostfront denken, wo die deutschen und verbündeten Truppen einem Gegner gegenüberstehen, für den Begriffe von Recht, Gesetz und Humanität höchstens einen Sinn haben, nämlich den der Verwendung als Instrumente der Macht oder der Agitation. Die Art der sowjetischen Kriegführung hat erst den ganzen Abgrund sichtbar werden lassen, der alles, was in dem Begriff europäische Kultur sich zusammenfaßt, von unserem Gegner im Osten, dem Bolschewismus, trennt. Kein Wunder, daß die Völker Osteuropas, die an unserer Seite kämpfen, aufs tiefste überzeugt sind, einen wirklichen Kampf um das Dasein auszufechten.

Für Finnland hat Staatspräsident Ryti dies erneut in einer Rede am 25. Oktober zum Ausdruck gebracht. Er unterstrich die rücksichtslose Kriegführung des Gegners, der seine Angriffe auch gegen alle finnischen Kulturstätten und sozialen Einrichtungen richte. Das Beispiel der kleinen baltischen Völker zeige die Methoden der Sowjetunion. Sie habe sich der Länder vollständig bemächtigt, ihre Selbständigkeit vernichtet und einen großen Teil ihrer Bewohner in die fernsten Winkel der Sowjetunion ver-

schleppt. Das gleiche Schicksal würde zweifellos auch die übrigen Völker, erwarten, wenn sie unter die Herrschaft der Sowjetunion kämen. Finnland wolle nicht in dem uferlosen Völkermeer des Ostens verschwinden, wie es vielen finnischen Stämmen bereits früher ergangen sei, sondern seine ihm eigene Lebensform und seinen Volkscharakter bewahren und was es im Laufe seiner Geschichte errang, weiterentwickeln. Finnland wolle auch nicht, daß seine Kinder in dem geschmacklosen und sinnlosen Götzendienst der Bolschewisten erzogen würden. „Wir wollen unsere Kirchen nicht zu Pferdeställen und Filmtheatern herabwürdigen lassen, wie es in Karelien durch die Bolschewisten geschah. Wir wollen unserem Volke den Frieden und die Sicherheit garantieren, damit nicht jede Generation unter andauernder Kriegsfurcht zu leben braucht und unter den Verwüstungen und den Schrecken des Krieges leidet. Seit uns die Bolschewisten im Herbst 1939 überfielen, haben wir voll und ganz begriffen, daß uns kein anderer Weg geblieben ist als die Verteidigung mit unserer ganzen Kraft.“

122

Für Ungarn sagte es Propagandaminister Anthal in einer Rede in Oedenburg, indem er ausführte, daß er die Stadt Oedenburg als das Symbol der deutsch-ungarischen Schicksalsgemeinschaft ansehe. Diese Schicksalsgemeinschaft und Zusammenarbeit sei die Frucht von historischen Kräften und einer gerechten Notwendigkeit, die über die Interessen hinaus mit einer gemeinsamen Vergangenheit im gemeinsamen Kampf und in gemeinsamem Gefühl verwurzelt sei. Die deutschen und die ungarischen Soldaten, die an der Wolga im Zeichen dieser Schicksalsgemeinschaft ihr Blut vergossen, verrichteten ein Höchstmaß an kameradschaftlicher und brüderlicher Zusammenarbeit. „Auch wir zu Hause“, fuhr Anthal fort, „müssen die Möglichkeit der vollkommenen brüderlichen und kameradschaftlichen Zusammenarbeit finden. Beide Völker haben zu viel Feinde und zu viel Gerechtigkeit, gegen die bzw. wofür sie kämpfen müssen. Wir würden also gegen das gemeinsame Interesse verstoßen, wollten wir nicht alle unsere Kräfte zur Besiegung des gemeinsamen Feindes und zur Erringung des gemeinsamen Sieges einsetzen. Dies wird aber um so leichter gehen, als wir gemeinsam im ersten Weltkrieg kämpften und gemeinsam wegen Versailles bzw. Trianon leiden mußten. Das Deutschtum hat das ungarische Volk auch damals an seiner Seite gefunden und es wird die Ungarn auch jetzt und weiterhin an seiner Seite finden.“

Bulgariens Stellung kennzeichnete König Boris in seiner Thronrede vom 28. Oktober wie folgt: „Die Außenpolitik des Landes ist in diesen schicksalhaften Zeiten völlig bestimmt. Sie wird seitens der Regierung mit Entschlossenheit und Entschiedenheit im Rahmen des Dreimächtepaktes und des Antikominternpaktes weitergeführt. Diese Politik gründet sich auf die aufrichtige Zusammenarbeit und herzliche Freundschaft mit den Achsenmächten und ihren Verbündeten. Verbunden mit den Ideen des Aufbaues der neuen europäischen Ordnung, die einen langen Frieden sichern wird, der auf Gerechtigkeit gegründet ist, gibt Bulgarien bereitwillig seine Mitarbeit zur Verwirklichung dieser Ideen.“

Spaniens Staatschef Franco, unter dessen Führung die nationalen Kräfte Spaniens den Bolschewismus im eigenen Lande in fast dreijährigem schweren Ringen niedergeworfen haben, führte in einer Rede vor 2300 Amtsleitern der Falange, die in einem Schulungslager der spanischen Jugendorganisation im

123

Escorial teilgenommen haben, am 3. Oktober aus: „Wir wiesen den Kommunismus wegen seines materialistischen und zersetzenden Charakters zurück. Wir hassen nichts, sondern lieben unseren Staat wie uns selbst, weil das Spaniens Weltanschauung ist. Spaniens jüngste Geschichte hat bewiesen, daß diejenigen, die in Rußland oder im spanischen Freiheitskampf ihr Leben an der Front aufs Spiel setzten, die wertvollsten Mitglieder der Volksgemeinschaft sind, in denen die schönsten vaterländischen Tugenden vereint sind. Spaniens Jugend muß die Herzen eines jeden Volksgenossen für die Falange gewinnen.“

Diese Ausführungen Francos finden eine bezeichnende Beleuchtung durch eine Meldung aus Madrid vom 29. Oktober, der zufolge es der Polizei in Sevilla gelang, eine kommunistische Geheimorganisation aufzudecken und das aus zehn Mitgliedern bestehende Revolutionskomitee zu verhaften. Die Haussuchungen bei den Kommunisten förderten umfangreiches englisches Propagandamaterial zutage, das die Organisation regelmäßig von der amtlichen englischen Vertretung in Spanien bezog und nach einem geschickt ausgearbeiteten Plan in Andalusien verbreitete, zusammen mit einer verbotenen kommunistischen Zeitung.

Ebenso hat Frankreichs Ministerpräsident Laval die Gefahr des Kommunismus klar erkannt. In einer Rundfunkrede, die er am 20. Oktober an die französischen Arbeiter richtete, um sie zur Aufnahme von Arbeit in Deutschland aufzufordern, führte er aus, Frankreich könne gegenüber den ungeheuren Opfern, die Deutschland bringe, um ein Europa aufzurichten, in dem Frankreich seinen Platz einnehmen werde, nicht passiv und gleichgültig bleiben. Die in der ganzen Welt sich gegenwärtig vollziehenden Ereignisse hätten nur die eine klare Bedeutung, daß Deutschland sich gegen den Bolschewismus erho-

ben habe und ihn zusammen mit allen denen, die an seiner Seite kämpften, zurückhalte und hindere, Europa zu verschlingen. Es sei klar, daß, wenn die Achse den gegenwärtigen Krieg verlieren würde, die Sowjets morgen das Gesetz Europas diktieren würden. Unabhängigkeit und Patriotismus wären dann beseitigt, ebenso wie jede Möglichkeit eines wahren Sozialismus.

Die Rede Lavais war ein Teil seiner im Einvernehmen und nach dem Wunsch der Reichsregierung unternommenen Bemühungen, einen verstärkten Einsatz französischer Arbeiter in der deutschen Industrie durchzuführen. Gesucht wurden vor allem 150 000 Spezialarbeiter der Metallindustrie, für die 50 000 französische Kriegsgefangene freigegeben werden sollten. Diese Aktion, für die sich Laval mit der Zähigkeit und dem Geschick einsetzte, die diesen Politiker seit je gekennzeichnet haben, verläuft

124 offensichtlich recht erfolgreich, obwohl die englische und gaullistische Propaganda sich die größte Mühe gibt, sie auf jede nur denkbare Weise zu stören. Wieder zeigt sich aber, daß diese Propaganda, mindestens im besetzten Frankreich, sehr viel weniger Wirkung hat, als vielfach angenommen wird.

Der französische Widerstand gegen den englischen Angriff auf Madagaskar ist im Monat Oktober im Süden der Insel gegen die immer größer werdende englische Überlegenheit fortgesetzt worden. Ohne Aussicht auf Hilfe haben die schwachen französischen Kräfte jede Möglichkeit des Widerstandes ausgeschöpft. Dies verhinderte freilich Churchill nicht, im Unterhaus es so hinzustellen, als ob der Widerstand nur scheinbar gewesen wäre. Der französische Staatssekretär für die Kolonien, Generalgouverneur Brevie, gab demgegenüber am 3. Oktober eine Darstellung der Ereignisse in Madagaskar und führte aus, wenn Churchill sich darin gefalle, den heroischen Widerstand der französischen Streitkräfte auf der Insel als „symbolisch“ zu bezeichnen und diese Bemerkung vom Unterhaus mit Lachen quittiert wurde, so berühre diese Feststellung peinlich, schon allein im Hinblick auf die Tatsache, daß drei Bataillone französische Truppen ohne Tanks und Flugzeuge zwei auf das modernste ausgerüsteten englischen Brigaden gegenübergestanden hätten, denen neben einer starken Luftflotte auch Einheiten der englischen Marine zur Verfügung standen. Man verstehe in England besser die Kapitulation von 90 000 Engländern vor 50 000 Japanern bei Singapore. Was Churchill aber verschwiegen habe, die Geschichte jedoch einmal verzeichnen werde, sei die Tatsache, daß der Angriff auf Madagaskar ein Unrecht sei und durch nichts eine Rechtfertigung finden könne. Wenn England heute die Versicherung gebe, daß die Insel eines Tages Frankreich zurückerstattet werde, so wisse man aus anderen englischen Versprechen, was man davon zu halten habe. Nach Aufzählung der Einzelphasen des Kampfes schloß der Staatssekretär mit der Feststellung, daß sich Frankreich auf Madagaskar noch nicht als geschlagen bekenne.

Der französische Staatssekretär für Informationswesen, Marion, hielt am 12. Oktober auf einem Empfang für rund 300 französische Zeitungsdirektoren und Schriftleiter aus ganz Frankreich und Nordafrika eine Rede, in der er sich scharf gegen die englische Propaganda wandte und u. a. sagte, die Wahrheit von morgen sei, dem französischen Volke klar zu machen, daß es jetzt das einzige, was die Niederlage ihm gelassen habe, nämlich sein Kolonialreich, zu verteidigen gelte. „Wir können das Empire nur verteidigen“, so sagte Marion, „indem wir uns auf Europa stützen, und die Weigerung, uns Europa einzufügen, wird, wenn sie andauert, für unser Volk zu den schlimmsten Folgen führen; denn sie bedeutet überhaupt die Weigerung zu leben.“

125 Es kann nicht bezweifelt werden, daß Frankreichs Lage besser wäre, als sie heute ist, wenn das französische Volk und seine Führung rechtzeitig begriffen hätten, daß in Zeiten wie den gegenwärtigen, wo entschlossene Tatbereitschaft in erster Linie zählt, durch Abwarten und Stillsitzen nichts gewonnen, aber viel verloren werden kann. Dies war der Sinn der Politik von Montoire, die durch den Sturz Lavais am 13. Dezember 1940 an ihrer logischen Weiterentwicklung verhindert worden ist. Laval hatte die politische Konzeption, der französischen Politik eine Wendung um 180 Grad zu geben, die Tatsache des Versagens des englischen Verbündeten zum Ausgang einer ganz neuen politischen Entwicklung zu machen und die von der französischen Politik seit der Entente Cordiale eingenommene Frontstellung mit England gegen Deutschland in die gegenteilige mit Deutschland gegen England zu verwandeln. Hierzu war weder der Marschall Petain noch die große Mehrheit des französischen Volkes innerlich bereit. Die Folge war jene Politik des Abwartens und Zögerns, der halben Maßnahmen und des Sichanklammerns an die Hoffnung auf die Vereinigten Staaten, die man sich als Attentismus zu bezeichnen gewöhnt hat.

Diese Politik hat Frankreich nichts genützt und viel geschadet. Sie hat unter anderem dazu geführt, daß Frankreich aus der Lage des unter dem Waffenstillstandsvertrag stehenden Besiegten, an den Forderungen gestellt werden, ohne daß er auf Gegenleistungen Anspruch erheben kann, nicht irgendwie wesentlich herausgekommen ist. Aus dieser Lage herauszukommen, Frankreich durch freiwillige tat-

kräftige Eingliederung in das neue politische System Europas wieder, wenn vielleicht auch nur in beschränktem Maße, zu einem mitbestimmenden Faktor in der europäischen Politik zu machen, war aber von Anfang an der Sinn der Politik Laval. Als er sie nach seiner Wiederbetrauung mit der Ministerpräsidentschaft Mitte April dieses Jahres wieder aufnahm, mußte er von neuem anfangen und hatten sich die Voraussetzungen für eine solche Politik nicht verbessert.

Während die in Vichy tätigen Gegenkräfte gegen die von Laval definierte Politik sich von der englisch-amerikanischen Orientierung Frankreichs nicht lösen wollten, hat England dem früheren Verbündeten gegenüber eine Politik des nackten eigenen Kriegsinteresses geführt, in einem Maße, das dieses unmittelbare Kriegsinteresse oft noch überstieg. Ohne jede Schonung ging es dabei abwechselnd gegen die Städte des französischen Mutterlandes, gegen das französische Kolonialreich und die französische Schifffahrt vor und bezog Frankreich in die Blockade ein, was eine beträchtliche Notlage in der französischen Lebensmittelversorgung zur Folge hat. England hat es jedoch nicht zu hindern

126 vermocht, daß Deutschland von den französischen Küsten aus den Luftkrieg und besonders den Unterseebootkrieg führen kann.

Der Unterseebootkrieg wird aber in England als die größte Gefahr angesehen. Der Erste Lord der Admiralität, Alexander, führte hierzu in einer Rede in London am 19. Oktober aus, daß drei Veränderungen in der Seekriegführung seit dem letzten Weltkrieg die Gefahren für die britischen Seeverbindungen ungeheuer erhöht hätten. Zunächst sei der bedeutend vergrößerte Aktionsradius und die Feuerkraft der Flugzeuge zu nennen, dann komme die ungeheuer erweiterte Leistungsfähigkeit der U-Boote und endlich folge das Ausmaß und die Verschiedenartigkeit der feindlichen Verminungsoperationen. Zur Bekämpfung dieser Gefahren müsse das Gros der britischen Flotte eingesetzt werden, um die Seeverbindungen offen zu halten. Eben bei dieser Arbeit habe die Marine die meisten Verluste erlitten. Alexander führte weiter aus, „diese Verluste sind leider große gewesen, selbst wenn sie nach dem Standard der Jahre 1914/18 bemessen werden.“ Der Schlag bei Pearl Harbour habe die gesamte Kriegsstrategie im Fernen Osten umgeworfen. Alexander schloß mit den Worten: „Die Grundlage der gesamten alliierten Strategie hängt von der Beibehaltung unserer Seeverbindungen ab. Nicht nur, damit wir selbst überleben können, sondern auch weil wir letzten Endes diese Verbindungswege nötig haben werden, wenn wir den Krieg in das Land des Feindes tragen wollen.

Da den U-Bootkrieg hauptsächlich Deutschland führt, wird Deutschland als der gefährlichste Feind angesehen. Immer wieder ergehen sich englische Minister, wie Churchill und Eden, deshalb in haßerfüllten Äußerungen gegen Deutschland, wobei ihre Phantasie sich gerne mit der Frage beschäftigt, was man mit Deutschland anfangen werde, wenn es erst einmal besiegt sei. Während man früher, als man noch hoffte, das deutsche Volk, wie seinerzeit im Weltkrieg, von seiner Führung zu trennen, zwischen dem Nationalsozialismus und dem deutschen Volke einen Unterschied zu machen beliebt, hat es Eden in einer Rede Ende Oktober mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß der Zorn Englands dem deutschen Volke als solchem gilt. Das ist nur eine neue Phase des jahrhundertealten Kampfes Englands gegen jede in Europa sich erhebende Führungsmacht.

127 Im gleichen Sinne nahmen Attlee und Indien-Minister Amery am 7. Oktober erneut zur indischen Frage Stellung. Sie verstiegen sich zu Behauptungen, wie „England kämpfe für die Minderheiten“ und die „indische Demokratie würde verraten“, wenn England den Forderungen der Kongreßpartei nachgeben würde. Die indischen Führer müßten zunächst den Ungehorsamkeitsfeldzug einstellen, bevor ein Gespräch mit ihnen möglich sei, d. h. England fordert nach wie vor die bedingungslose Unterwerfung der Inder.

Über die Auswirkungen des U-Bootkrieges auf England, über die es schwer ist, einen genauen Überblick im einzelnen zu gewinnen, dringen trotz aller Tarnungsbemühungen immer wieder Nachrichten an die Außenwelt. Zur Rohstofffrage im allgemeinen äußerte der englische Botschafter in Washington, Lord Halifax, in einer Rede in Pittsburg am 7. Oktober, man müsse sich vor leichtfertiger Optimismus hinsichtlich der Kontrolle über die Rohstoffe hüten. Nur wenige Leute seien sich im klaren darüber, wie sehr sich die Lage seit 1939 ins Gegenteil verwandelt habe, besonders seit dem Eintritt Japans in den Krieg. „Wir verloren die Ölfelder in Niederländisch-Ostindien und Burma an die Japaner. Die galizischen und einige der sowjetrussischen Ölfelder gingen an die Deutschen verloren, während ‚weitere in höchster Gefahr‘ schweben. Im Jahre 1939 stand den Achsenmächten kein Gummi zur Verfügung, abgesehen von ihren angehäuften Vorräten und von den synthetischen Erzeugnissen. Heute verfügen sie über 91% der Gesamterzeugung der Welt. Damals standen ihnen 25% des Bauxits zur Verfügung, jetzt 66%. Sie besaßen 7% der Welteisenerzvorräte, jetzt besitzen sie 44%. Damals gehörten ihnen 9% des Zinnerzes, jetzt 74%, damals 10% des Manganerzes, jetzt 35%. Sie verfügten damals

über 8% der Bleierzvorkommen, jetzt über 21%. Auch die ihnen gehörende Flachserzeugung der Welt betrug damals nur 6%, während sie jetzt 36% ausmacht. Dies sind ungünstige Zahlen." Dementsprechend wurde Ende Oktober angesichts der ernststen Gummiknappheit eine Zählung aller stillgelegten Fahrzeuge und aller Autoreifen in England angekündigt. Von Mitte Oktober an fand in ganz England eine Sammlung von nicht eisenhaltigem Altmetall statt, nämlich von Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Messing, Bronze und Aluminium, bzw. von daraus hergestellten Gegenständen. Über die englische Kohlenlage fand Anfang Oktober im Unterhaus eine Debatte statt, in der festgestellt wurde, England sei in diesem Herbst schlechter gegen die Kälte des Winters gerüstet als im letzten Jahre, und das vorgesehene Defizit der Kohlenförderung werde rund 11 Millionen Tonnen betragen. Die Kriegführung erfordere aber die Aufbringung ungeheurer Mittel! Schatzkanzler Wood teilte am 20. Oktober im Unterhaus mit, bisher habe England zweieinhalbmal so viel für den Krieg bezahlt als in den ersten drei Jahren des vorigen Weltkrieges, nämlich über 12 Milliarden Pfund Sterling. Hierin seien jedoch die englischen Schulden nicht einmal einbegriffen, die im Rahmen des Pacht- und Leihgesetzes in den USA gemacht worden seien und weiter gemacht würden.

128 Die Mangelerscheinungen greifen auch auf die Länder des englischen Empires über, das nach englischen Propagandaschlagworten ja doch über angeblich unerschöpfliche Hilfsquellen verfügt. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ vom Ende Oktober hat der Verkehrsminister der Südafrikanischen Union drastische Einschränkungen des Automobilverkehrs angekündigt und sogar die baldige Stilllegung des gesamten Autoverkehrs in Aussicht gestellt. Der U-Bootkrieg wirkt sich also bereits in Südafrika aus!

In den USA sieht man sich auf manchen Gebieten zu Rationierungsmaßnahmen und, was mehr ist, in immer verstärktem Maße zur Aufgabe liberaler Wirtschaftsmethoden gezwungen. Roosevelt hat in einer seiner bekannten „Kaminplaudereien“ am 13. Oktober, in der er sich wie immer bemühte, seine Politik den Amerikanern begreiflich zu machen und als in jeder Hinsicht erfolgreich hinzustellen, gesagt, „wir haben gelernt unsere Materialien zu rationieren. Jetzt müssen wir lernen, die Arbeitskräfte zu rationieren. Vielleicht ist die schwerste Phase des Arbeitsproblems der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften“. Roosevelt gab anschließend zu verstehen, daß, wenn der freiwillige Arbeitseinsatz nicht genüge, man zum zwangsweisen übergehen müsse. Das sind interessante Geständnisse: Die Vereinigten Staaten, deren Hilfsmittel und Produktionsmöglichkeiten angeblich unbeschränkt sind, müssen eine immer schärfere Rationierung von Menschen und Material vornehmen! Bei einer anderen Gelegenheit hat Roosevelt selbst eingestanden, daß die geplanten Rüstungsziffern keineswegs erreicht worden sind. Man geht schon daran, Arbeitskräfte aus den den USA schon völlig hörig gewordenen Staaten Mittelamerikas zu suchen, um dem eigenen Arbeitermangel abzuweichen. Aus ähnlichen Gründen wurde das militärpflichtige Alter von zwanzig auf achtzehn Jahre herabgesetzt. Daß die USA-Agitation, an ihrer Spitze Roosevelt selbst, sich trotzdem bemüht, den Nimbus der alles je Dagesene oder Vorstellbare überschreitenden Rüstungsproduktion aufrechtzuerhalten und womöglich noch zu steigern, wird niemand wunder nehmen.

129 Immer deutlicher stellt sich heraus, daß das Pacht- und Leihgesetz, auf Grund dessen die USA ihren Verbündeten Kriegsmaterial und Lebensmittel liefern, nicht nur ein Kriegsinstrument gegen die Dreierpaktmächte ist, deren Militärmacht, wie Roosevelt in seiner Kaminrede vom 13. Oktober es ausdrückte, vollständig vernichtet werden sollte, um sie auf Generationen hinaus dem angelsächsischen Willen zu unterwerfen, sondern daß dieses Gesetz sich ebenso gegen die eigenen Verbündeten richtet. Sie werden dadurch in immer stärkerem Maße finanziell an die USA gekettet, von ihnen wirtschaftlich abhängig und ihrer Wirtschaftsbeobachtung unterworfen. Überall hin werden amerikanische Beobachter, Kontrolleure, Agenten und Konsuln entsandt, die die Durchführung des Pacht- und Leihgesetzes kontrollieren, Möglichkeiten der amerikanischen Wirtschaftsexpansion ausfindig machen und dem Dollarimperialismus die Wege ebnen. Das Pacht- und Leihgesetz ist im Grunde eine die ganze Welt umfassende Aktion des Dollarimperialismus. Sie wird auch im negativen Sinne angewandt, z. B. gegenüber Chile und Argentinien, den beiden einzigen Staaten Amerikas, die sich dem USA-Herrschaftswillen noch nicht gebeugt und weder die Beziehungen zu den Achsenmächten abgebrochen, noch ihnen den Krieg erklärt haben. Dafür werden sie von den USA hinsichtlich der Belieferung mit Industriewaren möglichst schlecht behandelt.

Aber auch an direkter politischer Bedrohung fehlt es nicht. Der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen, Sumner Welles, hielt am 9. Oktober vor der Nationalen Konferenz für die Organisation des Außenhandels eine für den amerikanischen Imperialismus höchst charakteristische Rede, in der er Chile und Argentinien mit sehr undiplomatischer Deutlichkeit vorwarf, daß sie die Beziehungen zu

den Achsenländern nicht abgebrochen hätten und diesen Abbruch von ihnen forderte. Dies führte freilich zu einer für Sumner Welles wahrscheinlich unerwartet scharfen Reaktion von Chile und Argentinien. Beide Staaten protestierten durch ihre Botschafter bei Roosevelt persönlich scharf und die Presse beider Länder ließ es an energischen Antworten an die Adresse von Sumner Welles nicht fehlen.

Der Unterstaatssekretär im argentinischen Außenministerium, Gacho, übergab der Presse eine amtliche Verlautbarung über die von der argentinischen Regierung in Washington erhobenen Vorstellungen. In dieser Verlautbarung hieß es, daß die Rede von Sumner Welles anlässlich der Außenhandlungs-Anschuldigungen gegen die argentinische Regierung enthalte, die sich auf eine angeblich gemeldete Betätigung gegen die Sicherheit der us-amerikanischen Schifffahrt bezögen. Die Regierung Argentiniens habe daher ihren Botschafter in Washington ausdrücklich beauftragt, der Regierung der Vereinigten Staaten die Mißbilligung auszusprechen, womit die Regierung Argentiniens diese Äußerungen aufgenommen habe, da diese weder mit der Wirklichkeit noch mit dem gegenwärtigen Zustand der argentinischen Beziehungen zu den USA übereinstimmten. Wörtlich hieß es in der Verlautbarung weiter: „In der Tat enthalten diese Anwürfe keinerlei konkrete Angaben über irgendeinen Fall, sie sind vielmehr leichtfertige Behauptungen, die ungenau und allgemein sind und überdies im Gegensatz zu der freundschaftlichen Haltung stehen, die Argentinien gegenüber den us-amerikanischen Belangen einnimmt“. Bereits im vergangenen Juli habe, so fährt die Verlautbarung fort, die argentinische Regierung der USA-Regierung mitgeteilt, daß sie keine konkrete Angabe über etwaige Spionagezentren

130 oder irgendwelche Betätigungen, die für die Verteidigung des Kontinents gefährlich werden könnten, zurückweisen würde. Die Angriffe hinsichtlich der Versenkung von Handelsschiffen seien jedoch absolut zurückzuweisen. Letztere seien unterschiedslos auf der Reise von oder nach argentinischen Häfen versenkt worden und stets in großer Entfernung von den argentinischen Gewässern. Botschafter Espil habe Anweisungen erhalten, besonders auf den unglücklichen Zeitpunkt dieser Erklärungen hinzuweisen, nachdem die argentinische Regierung bereits verschiedene Kontrollmaßnahmen verfügt und noch gerade vor der Rede von Sumner Welles alle Fernverbindungsunternehmen, -Gesellschaften und -Linien unter staatliche Kontrolle gestellt habe. Zum Schluß wolle die argentinische Regierung noch darauf hinweisen, daß die „äußerst merkwürdigen“ Erklärungen von Sumner Welles zusammenfielen mit der Wiederaufnahme der Tätigkeit des argentinischen Botschafters in Washington.

Die chilenische Presse brachte an erster Stelle eine amtliche von Außenminister Barros unterzeichnete Erklärung, in der es u. a. heißt, daß Sumner Welles in einer jeder diplomatischen Gepflogenheit fremden Rede Chile vor den anderen südamerikanischen Staaten als in einer undankbaren Stellung hinstellte und ihm eine Verantwortlichkeit aufzuhalsen versuchte, die es nicht annehmen könne. Sumner Welles habe es für angebracht gehalten, so heißt es in der von Außenminister Barros unterzeichneten Erklärung weiter, Chile öffentlich der Verantwortung für die Schiffsversenkungen und Lebensverluste in den Ozeanen zu bezichtigen und Chile eine den kontinentalen Verpflichtungen zuwiderlaufende Haltung zu unterstellen. Zu diesen Anschuldigungen Sumner Welles wird in der Erklärung festgestellt, daß bis heute kein Schiff im Pazifik von Panama bis Magalhaes versenkt worden sei, und nach Anhören der technischen Informationen des Chefkommandanten der chilenischen Marine, Admiral Allard, stelle die chilenische Regierung fest, daß die Anschuldigung, wonach Mitteilungen aus Chile die Versenkungen von USA-Handlesschiffen in Tausende von Meilen von den chilenischen Küsten entfernten Meeren verursachen, keiner Prüfung im Lichte der Vernunft und der Eigenarten des modernen Krieges standhalten könne. Abschließend stellt die Erklärung fest, daß sich der nordamerikanische Unterstaatssekretär Welles von der außenpolitischen Linie der gegenseitigen Achtung entfernte und die Würde Chiles beleidigte.

Diese beiden Verlautbarungen sind in einer zwischen „befreundeten“ Staaten nicht gewöhnlichen Deutlichkeit und Schärfe gehalten. Für die Stimmung, die sie in Washington auslösten, war ein Artikel der „Washington Post“ bezeichnend, in dem es hieß, die Geduld der USA gegenüber der unsicheren
131 Politik der beiden einzigen Staaten der westlichen Halbkugel, die neutral geblieben seien, sei erschöpft. Wenn Sumner Welles sich so ausgedrückt habe, wie dies geschehen sei, so habe er offenbar ganz genau gewußt, welchen Zweck er verfolgt habe. Der Zwischenfall hat jedenfalls erneut gezeigt, was man in Washington unter den Rechten und Freiheiten anderer Völker, für die man angeblich kämpft, in Wirklichkeit versteht. Auch gegenüber dem „Mutterland“ England nimmt man zuweilen kein Blatt vor den Mund. So wurde in einem von zwei bekannten USA-Journalisten veröffentlichten Buche gesagt, falls England den Krieg gewinne, werde es dies ausschließlich den USA zu verdanken haben. Die britische Monatszeitschrift „World Digest“ veröffentlichte Anfang Oktober einen Artikel mit der Überschrift, „Was die Amerikaner von den Engländern denken“, in dem es u. a. hieß: „Die heutigen

Amerikaner neigten zu der Auffassung, daß es mit Englands Stärke und Herrlichkeit vorbei sei. Gerade der Mann auf der Straße in den USA erblicke in der sogenannten Kriegsanstrengung Großbritanniens nichts anderes als eine Reihe von Feldzügen, die die Australier mit amerikanischem Kriegsmaterial für England ausfechten. Selbst in der RAF bestehe die Mehrzahl der Truppen aus Empiresoldaten, während ein großer Teil der Flugzeuge in den USA produziert worden sei. Schon lange sei Englands früherer guter Ruf in Amerika geschwunden. Dabei habe die amerikanische Öffentlichkeit nicht mehr den Eindruck, daß die Engländer alle Schläge, die ihnen der Feind versetzt, aushielten. Man frage sich sogar bereits, ob Großbritannien überhaupt noch eine Zukunft habe. Allen Ernstes werde davon gesprochen, daß England am Ende dieses Krieges seine Bevölkerung nach Kanada evakuieren und als das Zentrum eines Empires zu bestehen aufhöre."

Die USA-Wochenschrift „Forum“ veröffentlichte am 8. Oktober einen offenen Brief an das britische Volk, in dem es in einem Hinweis darauf, daß die USA die Absicht hätten, England zu helfen, u. a. heißt: „Wir möchten ganz klar wissen, inwieweit Ihr Engländer Euch vorbereitet habt, uns zu helfen. Was wir brauchen, ist etwas, was wir in unserer ganzen Geschichte mit nur wenigen Ausnahmen nie vom englischen Volk erlangt haben, nämlich Zugeständnisse in der Politik. Wir Amerikaner sind vielleicht unter uns nicht ganz einig darüber, wofür wir kämpfen, aber sicherlich kämpfen wir nicht dafür, das englische Weltreich zusammenzuhalten. Wir sprechen dies nicht gern so unverblümt aus, wir möchten jedoch nicht, daß Ihr Illusionen habt. Wenn Eure strategische Planung im Kriege darauf ausgeht, das Weltreich zusammenzuhalten, dann werden Eure Strategen früher oder später finden, daß sie mit ihrer Strategie allein auf weiter Flur sind. In einem Kriege, mit dem man das Empire zusammenhalten will, ist die zweite Front

131

vielleicht nicht so wichtig, aber in einem Kriege ‚zur Sicherung des Sieges für die vereinigten Nationen‘ scheint sie doch von außerordentlicher Dringlichkeit zu sein. Dies ist also das konkrete Zugeständnis, das wir von Euch verlangen. Hört damit auf, einen Krieg um der Erhaltung des Empires willen zu führen, und schließt Euch uns, Rußland und den übrigen Verbündeten im ‚Kampf für den Sieg an, und zwar mit der Strategie, die die beste für uns alle ist. Wenn Ihr Euch auf Kosten der vereinigten Nationen an das Empire klammert, dann werdet Ihr den Krieg verlieren.“

Solche Stimmen sind bemerkenswert. Sie zeigen, daß die Amerikaner offenbar nicht gewillt sind, nur für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen, sondern daß sie diese Kastanien nachher auch selber essen wollen.

Freilich, es sind teure Kastanien. Immer neue ungeheure Milliardenbeträge müssen für die Fortführung des Krieges bewilligt werden, was zur Folge hat, daß die Steuerschraube immer stärker angezogen wird. Im Oktober wurde die größte Steuervorlage in der Geschichte der USA im Parlament eingebracht, die gegen 9 Milliarden Dollar jährlich ergeben soll. Die riesigen Summen, die auf diese Weise für unproduktive Zwecke in die USA-Wirtschaft hineingepumpt werden, müssen naturgemäß inflationistische Wirkungen haben. Roosevelt hat deshalb ein Anti-Inflationsgesetz zur Annahme gebracht, daß das bereits sehr erheblich gestiegene Preis- und Lohnniveau stabilisieren soll. Ob dies gelingen wird, besonders bei der speziellen amerikanischen Mentalität, kann erst die Zukunft lehren.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

November-Lieferung
(Nr. 77/78 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Die Rede des Führers in München

Die Rede des Führers am Vorabend des 9. November in München hatte folgenden Wortlaut (DNB)*):

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen! Parteigenossen!

54 Es ist, glaube ich, etwas Seltenes, wenn ein Mann nach rund 20 Jahren vor seine alte Anhängerschaft hintreten kann und dabei in diesen 20 Jahren an seinem Programm keinerlei Änderungen vorzunehmen brauchte. Die heutige Zusammenkunft erinnert uns aber vor allem an jenen Abend vor zehn Jahren, den wir noch in dem früheren Saal feiern konnten, erinnert uns deshalb daran, weil wir auch damals mitten in einem sehr schweren Kampf standen: Denn der Kampf um die Machtübernahme in Deutschland war ja genau so schicksalsentscheidend als der Kampf, den wir heute führen.

Im ganzen Umfang ist uns das erst im letzten Jahr bewußt geworden, denn wenn im Jahre 1933 der Sieg nicht erfochten worden wäre, dann wäre Deutschland geblieben, was es war, ein machtloser Staat mit einer Armee von 100 000 Mann, die zwangsläufig verurteilt war, in sich selbst zu verkümmern. Schon zu dieser Zeit hatte sich aber im Osten der Koloß aufgetan, der nur ein Ziel ins Auge gefaßt hatte: über dieses schwache, faule, defaitistische und in sich zerrissene Europa herzufallen. Wenn damals dieser Kampf um die Macht nicht erfolgreich ausgegangen sein würde, dann wäre nicht der Staat wieder in die Weltgeschichte eingetreten, der allein in der Lage sein konnte, dieser Gefahr entgegenzutreten. Wir wissen heute, daß es im andern Falle wahrscheinlich ein Europa heute nicht mehr geben würde. So ist der Kampf, den wir damals führten, nur scheinbar ein Kampf um die Macht im Innern gewesen. In Wirklichkeit wurde er bereits damals um die Erhaltung Deutschlands und im weiteren Sinne um die Erhaltung Europas geführt.

Wir standen damals schon lange vor dem Sieg, und trotzdem — als wir uns vor zehn Jahren in dem früheren Saal trafen — wußte das keiner ganz genau, wie nahe er war. Nur eines war für uns selbstverständlich: nämlich die Überzeugung, daß dieser Sieg unter allen Umständen kommen mußte und kommen würde. Und das ist auch heute meine Überzeugung, mit der ich vor Ihnen stehe, die mich nicht mehr verlassen hat seit dem Tage, an dem ich als unbekannter Mann in dieser Stadt den Kampf um die Seele des deutschen Volkes begonnen hatte. Ich hatte im Anfang wirklich nicht viel mehr zu vergeben als Glauben,

*) Inhaltstext erscheint im 3. Band des von Reichsleiter Bouhler herausgegebenen „Großdeutschen Freiheitskampfes“.

55 nämlich den Glauben, daß, wenn jemand ein richtiges Ziel mit unabänderlicher und unbeirrbarer Treue verfolgt, wenn er sich niemals davon abbringen läßt, sondern alles dafür einsetzt, sich dann andere finden werden, die seine Anhänger zu sein entschlossen sind, und daß aus dieser Schar allmählich ein immer stärkerer Glaube auf das Volk ausstrahlen, der wertvollste Teil des ganzen Volkes sich zusammenfinden und endlich dieser wertvollste Teil die Macht im Staate erhalten muß.

Heute stehe ich genau auf dem gleichen Standpunkt: Das Schicksal oder die Vorsehung werden denen den Sieg geben, die ihn am meisten verdienen! Wir hätten ihn bereits im Jahre 1918 haben können. Das deutsche Volk hat ihn damals nicht verdient. Es ist an sich selbst irre und ist sich selbst untreu geworden. Das war ja auch der Grund, warum ich als unbekannter Namenloser mich damals entschloß, inmitten eines völligen Zerfalls und Zusammenbruchs wiederaufzubauen und den Glauben hatte, daß es doch gelingen müsse. Denn ich sah vor mir ja nicht die defaitistischen Erscheinungen einer zerfallenen, bürgerlich-marxistischen Welt, sondern die Millionen tapferer Männer, die das Äußerste getan hatten und die einfach strauchelten, weil die Heimat in der kritischen Stunde ihrer nicht mehr würdig war und versagte. Ich war damals der Überzeugung, daß, wenn es gelingen würde, erst einmal das deutsche Volk im Innern zu ordnen und seinen besten Kern zu erfassen, dann ein Jahr 1918 sich nicht mehr würde wiederholen können.

Seit ich diesen Entschluß gefaßt habe, sind nun weit über 20 Jahre vergangen. Vor zehn Jahren standen wir vor einer Generalprobe, nachdem schon zehn Jahre zuvor die Bewegung bereits einmal auf das schwerste geprüft wurde, manche den Glauben verloren hatten und unsere Gegner uns bereits als tot bezeichneten. Wir brauchen uns nur diese Zeit ins Gedächtnis zurückzurufen! Es war fast ein Wunder. Eine Bewegung, die sich anschickte, gerade nach der Macht zu greifen, stürzte in ein Nichts zusammen. Ihre Führer waren entweder tot oder verwundet, ins Gefängnis geworfen oder auf der Flucht. Und trotzdem waren nur knapp zehn Jahre nötig, um die Bewegung wieder wie ein Phönix aus der Asche erstehen zu lassen. Und als wir vor zehn Jahren uns hier trafen, hatten wir gerade wieder

einen Rückschlag hinter uns. Viele glaubten, besonders von unseren Gegnern, wir hätten die Zeit verpaßt, weil wir nicht in dem Augenblick Zugriffen, in dem sich in ihren Augen für uns etwas bot, was aber der Bewegung nur eine Belastung gebracht hätte, aber keine Möglichkeit zur Auswertung ihrer Absichten und Ziele. Ich stand damals auch vor euch, meine alten Parteigenossen, in dem gleichen Kreis wie jetzt, unbedingt überzeugt, daß der Sieg demjenigen zuteil werden würde, der ihn am meisten verdient, und daß es daher unsere erste Aufgabe sein würde, ihn uns zu verdienen.

56

Wenn ich jetzt nach zehn Jahren die Entwicklung überblicke, so kann ich sagen: Mehr als uns hat die Vorsehung überhaupt noch kein Volk mit Erfolgen beschenkt! Was wir in den letzten drei Jahren an Wunderbarem erreicht haben einer ganzen Welt von Feinden gegenüber, das steht in der Geschichte einmalig da. Daran ändert es nichts, daß es in diesen Jahren natürlich auch Krisen gegeben hat. Ich darf Sie nur an die große Krise, die wir in Norwegen auszustehen hatten, wo es auch auf Spitze und Kopf stand, erinnern, wo wir uns die Frage vorlegen mußten: Werden wir Narvik halten können oder wird das ganze Unternehmen nicht am Ende doch scheitern? Es war ein unermeßlicher Glaube notwendig, um damals nicht zu verzagen. Dieser Glaube ist am Ende belohnt worden. Weitab von der Heimat, kaum durch einen einzigen sicheren Verbindungsstrang auf diesem vorgeschobenen Posten mit ihr verbunden, kämpfte eine kleine deutsche Heldenschar. Sie mußte am Ende sogar Narvik räumen, so daß unsere Gegner jubilierten. Aber ihre Tapferkeit und der fanatische Wille, unter keinen Umständen zu kapitulieren, brachten am Ende doch den Sieg uns und nicht den Gegnern.

Wenn wir nun diese Zeit seit 1923 noch einmal überblicken und an unseren Augen vorbeiziehen lassen, dann wird uns eines bewußt: Wir stehen heute vor denselben Gegnern, die wir damals vor uns hatten. Im großen Kriege waren es die gleichen Gegner, die wir auch in diesem Kriege zu besiegen haben. Zwei Dinge allerdings unterscheiden unsere Zeit von der damaligen:

1. eine klarere Erkenntnis der Hintergründe des Handelns unserer Gegner und ihrer treibenden Kräfte und

2. unsere unterdes errungenen weltgeschichtlichen Erfolge. Mancher wird sich dabei die Frage vorlegen: Warum kämpfen

wir nun so weit in der Ferne? Wir kämpfen deshalb so weit in der Ferne, um die eigene Heimat zu schützen, um den Krieg möglichst weit von uns entfernt zu halten und ihr das zu ersparen, was sonst insgesamt ihr Schicksal sein würde und was jetzt nur einige deutsche Städte erleben oder erleben müssen. Es ist deshalb besser, tausend und wenn notwendig zweitausend Kilometer von der Heimat entfernt eine Front zu halten, als eine Front an der Grenze des Reiches zu haben und halten zu müssen.

Die Gegner sind immer die gleichen, und hinter diesen Gegnern steht die gleiche treibende Kraft: Das ist der inter-nationale Jude. Es ist wieder kein Zufall, daß sich diese Kräfte einst im Innern fanden und sich jetzt im Äußern wieder gefunden haben. Im Innern stand uns die bekannte Koalition gegenüber, die alle Feinde des Reiches umschloß, angefangen von der damaligen „Frankfurter Zeitung“ und dem Börsenspekulantentum bis zur „Roten Fahne“ samt allem, was dazwischen lag. Heute haben wir von außen die gleiche Koalition zum Feind, angefangen von dem Chef dieser internationalen Freimaurerloge, dem Halbjuden Roosevelt und seinem jüdischen Gehirntrust bis zu dem Judentum in Reinkultur im marxistischbolschewistischen Rußland.

57

Es sind die gleichen Feinde wie einst, die gleichen Gegner wie damals, und es ist kein Zufall, daß der gleiche Staat, der damals im Weltkrieg, um mit einer Welle verlogener Propaganda Deutschland zum Einsturz zu bringen, einen Mann vorschickte, es heute mit der gleichen Version wieder versucht: Damals hieß er Wilson, heute Roosevelt. Das damalige Deutschland, ohne jede Staats- und nationalpolitische Erziehung, ohne jede Einigkeit, ohne jede Aufklärung über das Problem der Judenfrage und ihrer Auswirkung, ist dieser Macht zum Opfer gefallen. Es ist der große Irrtum, daß unsere Gegner sich nun einbilden, das würde sich ein zweites Mal wiederholen: denn wenn wir damals vielleicht das schlechtest organisierte Volk der Welt waren, das es überhaupt gab, dann sind wir heute ohne Zweifel das disziplinierteste Volk der Welt. Wenn sich daher irgend jemand in der anderen Welt heute noch einbildet, dieses Volk erschüttern zu können, dann kennt er den heutigen Kern dieses Volkes nicht, die tragende Kraft nicht, die dieses Volk heute politisch führt, er kennt nicht die Nationalsozialistische Partei und ihre gewaltige Organisation!

Er hat auch keine Ahnung von dem, was diese Bewegung seitdem geleistet hat, wie sie durch ihre Leistungen unser Volk erfaßt hat und wie sie den sozialistischen Gedanken, befreit von allem internationalen Schwindel und allen verlogenen Tiraden, in einer Weise verwirklicht hat, wie kein anderer Staat.

An jeden Deutschen, der heute im Osten kämpft, kann ich die Frage richten: Sehen Sie sich unsere Einrichtungen an, vergleichen Sie unsere Heimstätten, unsere Siedlungen, die wir bauen, vergleichen Sie unsere nationalsozialistischen Einrichtungen mit dem, was Sie nun drüben gesehen haben. Vergleichen Sie das Los des deutschen Bauern mit dem Los des russischen Bauern, vergleichen Sie das alles miteinander und dann sagen Sie mir Ihr Urteil: Wer hat es besser gemacht und wer hat es ehrlicher gemeint? Sicher ist noch keiner zurückgekehrt, der eine andere Auffassung als die hätte äußern können, daß, wenn überhaupt ein sozialistischer Staat irgendwo in der Verwirklichung begriffen war, dies nur in Deutschland allein geschah.

58 Gerade das ist aber der Grund, warum diese andere Welt, soweit sie besonders die kapitalistischen Interessen vertritt, gegen uns vorgeht, Es ist ein Konzern, der sich auch heute noch anmaßt, die Welt nach seinen privatkapitalistischen Interessen regieren, dirigieren und, wenn notwendig, auch malträtiert zu können. Wenn z. B. vor wenigen Tagen ein richtiger snobistischer parfümierter Bengel wie dieser Mister Eden erklärt: „Wir Engländer, wir haben eine Erfahrung im Regieren“ — so kann man nur sagen: im Regieren? — im Ausbeuten, im Ausplündern! Was heißt denn hier „Erfahrung im Regieren“, wenn im Frieden in einem Lande, das selber mit 46 Millionen Menschen 40 Millionen Quadratkilometer der ganzen Erde beherrscht, 22 Millionen Erwerbslose sind? Wo ist hier die Kunst des Regierens oder gar die Kunst des Führens? Es ist nur die Gewissenlosigkeit des Ausbeutens. Und wenn dieser selbe Mann dann sagt: „Wir haben einen feinen Instinkt für ideelle und materielle Werte“ — jawohl, den haben sie! Die ideellen Werte haben sie überall zerstört, und die materiellen Werte haben sie geklaut! Und zwar geklaut und sich angeeignet immer nur durch brutale Gewalt. Denn in 300 Jahren hat dieses Volk da drüben Staat um Staat, Volk um Volk, Stamm um Stamm unterdrückt, unterjocht und sich Untertan gemacht. Wenn sie wirklich so glänzende Regenten gewesen wären, dann hätten sie jetzt, nachdem das indische Volk den ausdrücklichen Wunsch, sie möchten endlich gehen, geäußert hat, ja gehen können, um dann zu warten, ob sie die Inder nicht wieder zurückrufen würden. Sie sind merkwürdigerweise nicht gegangen, obwohl sie so wunderbar zu regieren verstehen. Und darüber sind sie sich allerdings sehr einig diese Ausplünderer, ob sie mit einer marxistischen Kappe oder mit einer privatkapitalistischen Maske herumlaufen. Nein, meine Freunde, regieren können sie nicht! Sie können nur die Völker sich unterwerfen und dann verelenden lassen. Ein Haufen allerdings sehr reicher Leute jüdischer und nichtjüdischer Abkunft bestimmt hier das Schicksal der Welt. Deutschland selbst hat ja ein Beispiel von der Art bekommen, wie diese Leute regieren.

Als im Jahre 1918 das Reich zusammenbrach, da wandte sich das damals verblendete deutsche Volk in seinem naiven Glauben an diese Leute in der Hoffnung, es könnte von ihnen vielleicht ein Weg gezeigt werden, der es aus seiner Not wieder herausführen würde. Es war das demokratische Deutschland, nicht das nationalsozialistische. Denn wir wären ja gar nicht gekommen, wenn dieses demokratische Deutschland nicht in solcher Weise ausgeplündert und ausgepreßt worden wäre. Sie haben sich damals bemüht, aus Deutschland ein zweites Indien zu machen, und es ist ihnen zum großen Teil auch gelungen. Sie haben es beispielsweise fertiggebracht, daß sieben Millionen Männer keinen Verdienst mehr hatten und weitere sieben Millionen Halbarbeiter waren. Sie haben es fertiggebracht, daß man Hunderttausende von Bauern von ihren Höfen vertrieben hat, daß Handel und Verkehr zum Stillstand kamen und von irgendeiner sozialen Fürsorge keine Rede mehr sein konnte. Und wenn erst dieser

59 Oberstrolch — ich kann ihn nicht anders bezeichnen — von Roosevelt daherkommt und erklärt, er müsse durch amerikanische Methoden Europa retten, so kann ich nur sagen: Der Herr hätte gefälligst sein eigenes Land retten sollen! Dann hätte er nicht den Krieg zu beginnen brauchen! Es wäre zweckmäßiger gewesen, seine 13 Millionen Erwerbslosen zu beseitigen. Aber er tat es nicht, weil er mit seinen inneren Problemen nicht fertig wurde und weil er genau so wie sein britischer Verbündeter immer nur auf Raub ausging; nicht auf ideelle Werte, sondern auf materielle Werte; denn ideelle Werte weiß er noch weniger zu schätzen als ein Engländer.

Aus dieser Regierungskunst unserer Gegner und ihren grauenhaften Folgen in unserem demokratischen Deutschland ist die nationalsozialistische Bewegung allmählich entstanden. Hätten sie nämlich Deutschland damals wirklich glücklich gemacht, dann hätten wir ja keine Veranlassung und ich keinen Grund besessen, mich Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat und Jahr für Jahr dieser Arbeit zu widmen, denn das wissen ja auch alle meine alten Mitkämpfer: Ich habe damals nicht auf der faulen Haut gelegen, ich habe nicht hier und da einmal in einem feinen Klub gesprochen und mich hier und da einmal vor einen Kamin gesetzt, um eine Plauderei zu veranstalten. Ich bin damals herumgepilgert, kreuz und quer durch die deutschen Lande, von oben nach unten und von Osten nach Westen und habe mich abgerackert, nur um mein Volk wieder aus dieser Not zu erlösen, in die diese Regenten

des internationalen Kapitalismus es gestürzt hatten. Wir wollten diese Verschwörung von Juden, Kapitalisten und Bolschewisten beseitigen, und wir haben sie endlich auch beseitigt. Aber kaum waren sie in Deutschland gestürzt, da begann die andere Welt uns sofort wieder wie vor 1914 einzukreisen. Damals war es das kaiserliche Deutschland, jetzt ist es das nationalsozialistische. Damals war es der Kaiser, jetzt bin ich es. Nur ein Unterschied ist: Das damalige Deutschland war theoretisch kaiserlich, praktisch jedoch völlig in sich zerfallen. Der Kaiser von damals war ein Mann, dem jede Stärke im Widerstand gegen diese Feinde fehlte, in mir aber haben sie nun einen Gegner gegenüber, der an das Wort Kapitulieren überhaupt nicht denkt!

Es war immer, schon als ich ein Knabe war, meine Angewohnheit — damals vielleicht eine Unart, aber im großen doch vielleicht eine Tugend — das letzte Wort zu behalten.

Und alle unsere Gegner können überzeugt sein: Das Deutschland einst hat um $\frac{3}{4}$ die Waffen niedergelegt — ich höre grundsätzlich immer erst 5 Minuten nach 12 auf!

Das haben vor zehn Jahren meine inneren Gegner kennengelernt. Sie hatten alle Macht auf ihrer Seite und ich. war ein einziger Mann mit einem kleinen Häufchen von Anhängern.

60 Und heute muß ich sagen, der Glaube unserer äußeren Gegner, uns durch ihre Macht erdrücken zu können, ist schon fast lächerlich, denn in Wirklichkeit sind w i r heute die Stärkeren. Wenn ich die Zahl der Menschen zusammenrechne, die heute in unserem Lager sind und in unserem Lager kämpfen und arbeiten, dann übertrifft das die Zahl derjenigen, die gegen uns ihre Stellung bezogen haben. Das ist gar kein Vergleich mehr mit der Situation von damals.

Und es kommt noch etwas anderes dazu. Heute wird dieser Kampf militärisch geführt. Wir haben, meine Parteigenossen, hier eine gewaltige deutsche Geschichte hinter uns. Die Engländer sagen, sie hätten noch keinen Krieg verloren. Sie haben viele Kriege verloren, aber sie haben in jedem Krieg bis zu ihrem letzten Verbündeten gekämpft. Das ist richtig und das unterscheidet die englische Art der Kriegführung von der unseren.

Ich brauche nur einen Heroen aus unserer Vergangenheit herauszugreifen und dessen Schicksal mit unserem Schicksal zu vergleichen. Einem Friedrich dem Großen stand tatsächlich in seiner schlimmsten Zeit eine Koalition von 54 Millionen gegen rund 3,9 Millionen gegenüber. Wenn ich heute unsere Stellung mit der seinen vergleiche, die überall weit über die Grenzen vorgeschobenen Bastionen unserer Truppen, dann muß ich schon sagen: Sie sind schon ganz blöde, wenn sie sich einbilden, daß sie jemals Deutschland zerschmettern können und vor allem, daß sie mir vielleicht durch irgend etwas imponieren könnten! Ich weiß ganz genau, daß der Kampf ein sehr schwerer ist. Das ist vielleicht auch der Unterschied zwischen mir und, sagen wir einmal, einem Mann wie Churchill. Churchill sagt, wir, der Reichsmarschall und ich, hätten in der letzten Zeit weinerliche Reden gehalten. Ich weiß nicht, wenn ich einem eine links und rechts hineinschlage und er sagt dann: „Sie sind ein absoluter Defaitist“ — dann kann man sich mit ihm nicht unterhalten.

61 Mir ist seit dem Jahre 1939 überhaupt nicht „weinerlich“ zumute. Ich war allerdings vorher sehr traurig, denn ich habe ja alles getan, um den Krieg zu vermeiden. In diesen Tagen hat Sven Hedin ein Buch herausgegeben, in dem er dankenswerterweise mein damals den Engländern übermitteltes Angebot für die Polen wortwörtlich zitiert. Ich habe eigentlich ein Frösteln gefühlt, als ich dieses Angebot wieder durchgelesen habe, und ich kann nur der Vorsehung danken, daß sie das alles anders geleitet hat, danken auch aus dem, was ich seitdem nun weiß. Denn wenn damals dieses Angebot angenommen worden wäre, dann wäre wohl D a n z i g deutsch, aber im übrigen alles doch beim alten geblieben. Wir hätten uns unseren sozialen Aufgaben gewidmet, hätten gearbeitet, unsere Städte ver-
schönt, Wohnungen und Straßen gebaut, Schulen eingerichtet, wir hätten einen richtigen nationalsozialistischen Staat aufgebaut, und wir hätten dann natürlich wahrscheinlich weniger für die Wehrmacht ausgegeben. Und eines Tages wäre dann das Ungewitter aus dem Osten losgebrochen und wäre über Polen hinweg, ehe wir es uns versehen hätten, weniger als hundert oder fünfzig Kilometer östlich von Berlin gestanden. Daß das nicht so kam, verdanke ich den Herren, die damals mein Angebot ablehnten. Allerdings vor drei Jahren konnte ich das auch noch nicht ahnen. Vor drei Jahren, als der Polenfeldzug zu Ende war, wollte ich noch einmal die Hand zum Frieden bieten, der diesen Gegnern ja nichts gekostet haben würde. Sie wissen, man hat es abgelehnt. Ich war gezwungen, noch einen weiteren und noch einen Feldzug zu führen. Im Jahre 1940 habe ich es dann noch einmal versucht, die Hand zum Frieden zu bieten. Es wurde wieder abgelehnt. Damit war für mich der Fall erledigt. Jedes Friedensangebot wurde von unseren Gegnern als Schwäche ausgelegt und daher eigentlich zuungunsten des Deutschen Reiches ausgewertet. Somit wäre es pflichtvergessen gewesen, noch einmal etwas Derartiges zu versuchen. Ich war mir klar: Jetzt gibt es nur eins — einer muß fallen, entweder wir oder

sie! Wir werden nicht fallen — folglich fallen die anderen! Sie werden sich erinnern, meine alten Mitkämpfer, wie oft ich genau so meine Hand den inneren Gegnern entgegengestreckt habe. Wie lange habe ich um sie geworben, wie habe ich mich um sie bemüht. Was habe ich alles getan, um eine vernünftige Verständigung herbeizuführen. Erst nachdem es vergeblich war, entschloß ich mich, zu den Mitteln zu greifen, die allein, wenn die Vernunft zu schweigen beginnt, in dieser Welt sich durchzusetzen in der Lage sind. Das waren unsere SA und *fä*. Und endlich kam die Stunde, da wir mit diesen Gegnern fertig geworden sind, und zwar wie! Dieser Kampf im Innern ist vielleicht nur scheinbar leichter gewesen als der Kampf nach außen. In Wirklichkeit sind die Männer, die einst den Kampf im Innern führten, auch die Kämpfer nach außen gewesen und sind heute wieder die Kämpfer im Innern und nach außen. Denn, meine Parteigenossen, das ist für uns Nationalsozialisten ein Grund, stolz zu sein — als das bürgerliche Deutschland einst kämpfte, das aus Marxisten, Bürgerlichen, Zentrümlern und so weiter zusammengesetzt war, da sind — um nur ein Beispiel zu erwähnen — im Laufe des Krieges von den Reichstagsabgeordneten bei über zwei Millionen Toten zwei Abgeordnete gefallen, der nationalsozialistische Reichstag hat bisher ich glaube bereits 39 seiner Mitglieder auf dem Felde gelassen bei einer Zahl von kaum 350 000 Toten im gesamten. Das ist doch ein anderes Verhältnis! Und wenn ich das Verhältnis der Parteigenossen rechne, dann muß ich sagen: Überall, wo meine SA-

62 Männer, wo die Parteigenossen oder wo die SS -Männer an der Front stehen, erfüllen sie vorbildlich ihre Pflicht.

Auch hier hat sich das Reich geändert. Wir kämpfen ja auch mit einer anderen Erkenntnis. Wir wissen, welches Schicksal uns bevorstehen würde, wenn die andere Welt siegreich sein sollte. Weil wir dieses Schicksal genau kennen, gibt es hier auch nicht den leisesten Gedanken an irgendein Kompromiß. Wenn die Herren von Zeit zu Zeit sagen, es sei wieder ein Friedensangebot von uns unterwegs — so erfinden sie das nur allein, um ihren eigenen Leuten wieder etwas Mut zu machen. Von uns gibt es kein Friedensangebot mehr. Das letzte ist im Jahre 1940 ausgesprochen worden. Es gibt jetzt nur noch eines, und das heißt Kampf! Genau so wie ich von einem gewissen Augenblick an auch dem inneren Gegner sagte, mit euch kann man sich also nicht friedlich verständigen, ihr wollt die Gewalt — folglich werdet ihr sie jetzt bekommen! Und diese inneren Gegner, sie sind beseitigt worden!

Auch eine andere Macht, die einst in Deutschland sehr gewärtig war, hat unterdes die Erfahrung gemacht, daß die nationalsozialistischen Prophezeiungen keine Phrasen sind. Es ist die Hauptmacht, der wir all das Unglück verdanken: das internationale Judentum. Sie werden sich noch der Reichstags-sitzung erinnern, in der ich erklärte: Wenn das Judentum sich etwa einbildet, einen internationalen Weltkrieg zur Ausrottung der europäischen Rassen herbeizuführen zu können, dann wird das Ergebnis nicht die Ausrottung der europäischen Rassen, sondern die Ausrottung des Judentums in Europa sein. Man hat mich immer als Propheten ausgelacht. Von denen, die damals lachten, lachen heute Unzählige nicht mehr, und die jetzt noch lachen, werden es vielleicht in einiger Zeit auch nicht mehr tun. Diese Erkenntnis wird sich über Europa hinaus über die ganze Welt verbreiten. Das internationale Judentum wird in seiner ganzen dämonischen Gefahr erkannt werden, dafür werden wir Nationalsozialisten sorgen. In Europa ist diese Gefahr erkannt, und Staat um Staat schließt sich unseren Gesetzgebungen an.

So gibt es in diesem gewaltigen Ringen ohnehin nur eine einzige Möglichkeit, die des restlosen Erfolges. Und es bleibt nun nur die Frage, ob überhaupt Gründe vorhanden sind, an diesem Erfolg zu zweifeln. Wenn man die Propaganda unserer Gegner verfolgt, dann kann man sie nur mit dem Ausdruck „Himmelhochjauchzend und zu Tode betrübt“ bezeichnen. Der kleinste Erfolg irgendwo — und sie schießen förmliche Purzelbäume vor Freude. Sie haben uns dann bereits vernichtet. Dann wendet sich das Blatt — und sie sind wieder ganz betrübt und niedergedrückt. — Ich darf nur auf ein Beispiel hinweisen: Wenn Sie den sowjetischen Heeresbericht seit dem 22. Juni 1941 studieren, dann werden

63 Sie jeden Tag folgendes lesen: „Kämpfe unbedeutenden Charakters“ oder auch „bedeutenden Charakters“. Sie haben immer das Dreifache an deutschen Flugzeugen abgeschossen. Die Zahl der von ihnen angeblich versenkten Tonnage der Ostsee ist bereits größer als die gesamte Tonnage, die Deutschland überhaupt vor dem Kriege besaß. Sie haben so viel Divisionen von uns vernichtet, wie wir gar nicht aufstellen können. Vor allem aber sie kämpfen immer am gleichen Platz. Hier und da sagen sie dann bescheiden nach vierzehn Tagen: „Wir haben eine Stadt evakuiert.“ Aber im allgemeinen kämpfen sie seit dem 22. Juni am gleichen Platz immer erfolgreich; immer werden wir zurückgeschlagen — und sind bei diesem fortgesetzten Zurückschlagen jetzt langsam bis zum Kaukasus gekommen. Ich sage „langsam“; ich möchte das für meine Gegner sagen, nicht für unsere Soldaten. Denn was unsere Soldaten an Tempo hier zurückgelegt haben, ist gigantisch. Auch das, was in diesem Jahre wieder zurückgelegt wurde, ist gewaltig und geschichtlich einmalig. Daß ich die Sachen nun

nicht immer so machte, wie die anderen es gerade wollten — ja, ich überlege mir eben, was die anderen wahrscheinlich glauben, und mache es dann grundsätzlich anders. Wenn also Herr Stalin erwartet hat, daß wir in der Mitte angreifen — ich wollt gar nicht in der Mitte angreifen. Nicht nur deswegen nicht, weil vielleicht Herr Stalin daran glaubte, sondern weil mir daran gar nicht so viel lag. Ich wollte zur Wolga kommen, und zwar an einer bestimmten Stelle, an einer bestimmten Stadt. Zufälligerweise trägt sie den Namen von Stalin selber. Aber denken Sie nur nicht, daß ich aus diesem Grund dorthin marschiert bin — sie könnte auch ganz anders heißen —, sondern weil dort ein ganz wichtiger Punkt ist. Dort schneidet man nämlich 30 Millionen Tonnen Verkehr ab, darunter fast 9 Millionen Tonnen Ölverkehr. Dort floß der ganze Weizen aus diesen gewaltigen Gebieten der Ukraine, des Kubangebietes zusammen, um nach Norden transportiert zu werden. Dort ist das Manganerz befördert worden; dort war ein gigantischer Umschlagplatz. Den wollte ich nehmen und — wissen Sie — wir sind bescheiden, wir haben ihn nämlich! Es sind nur noch ein paar ganz kleine Plätzchen da. Nun sagen die anderen: „Warum kämpfen Sie dann nicht schneller?“ — Weil ich dort kein zweites Verdun haben will, sondern es lieber mit ganz kleinen Stoßtrupps mache. Die Zeit spielt dabei gar keine Rolle. Es kommt kein Schiff mehr die Wolga hoch. Und das ist das Entscheidende!

Sie haben uns auch den Vorwurf gemacht, warum wir bei Sewastopol so lange warteten. Nun, weil ich auch dort nicht ein gigantisches Massenmorden ansetzen wollte. Aber Sewastopol ist in unsere Hand gefallen, und die Krim ist in unsere Hand gefallen, und wir haben Ziel um Ziel zäh beharrlich erreicht.

64 Und wenn nun der Gegner seinerseits Anstalten macht, anzugreifen — glauben Sie nur nicht, daß ich ihm zuvorkommen will. Wir lassen ihn angreifen, wenn er will, denn die Verteidigung ist dann immer noch billiger. Er soll ruhig angreifen, er wird sich dabei schwer ausbluten, und wir haben Einbrüche noch immer korrigiert. Jedenfalls stehen nicht die Russen an den Pyrenäen oder vor Sevilla — das sind nämlich dieselben Entfernungen, wie für uns heute bis nach Stalingrad oder sagen wir bis zum Terek. Und wir stehen doch dort, das kann am Ende nicht abgestritten werden, das ist doch eine Tatsache. Wenn es natürlich gar nicht mehr anders geht, dann stellt man sich plötzlich um und sagt, es sei überhaupt ein Fehler, daß die Deutschen nach Kirkenes gegangen sind, oder nach Narvik, oder jetzt z. B. nach Stalingrad. Man soll doch abwarten, ob das ein strategischer Fehler war. Wir merken es schon an sehr vielen Anzeichen, ob es ein Fehler war, daß wir die Ukraine besetzten, daß wir das Erzgebiet von K r i w o j R o g besetzten, daß wir die Manganerze in unsere Hand brachten. Ob es wirklich ein großer Fehler war, daß wir das Kuban-Gebiet, die vielleicht größte Kornkammer der Welt überhaupt, besetzten? Ob das auch ein Fehler war, daß wir wohl rund vier Fünftel oder fünf Sechstel aller Raffinerien zerstörten oder einnahmen, daß wir allein eine Produktion von 9 bis 10 Millionen Tonnen Öl zunächst einmal in unsere Hand brachten bzw. vollständig stilllegten, oder daß wir einen weiteren Transport von vielleicht 7, 8 oder 9 Millionen Tonnen auf der Wolga verhindert haben. Ich weiß wirklich nicht, ob das alles nur Fehler waren. Wir merken es ja schon. Wenn es den Engländern gelungen wäre, uns das Ruhrgebiet zu nehmen und den Rhein dazu und dann auch die Donau und noch die Elbe und dann auch Oberschlesien — das ist ungefähr das Donezgebiet und das Erzgebiet von Kriwoj Rog —, und wenn sie noch einen Teil unserer Petroleumquellen und nachher auch die Magdeburger Börde bekommen hätten, ob sie dann wohl auch sagen würden, daß das ein großer Fehler war, daß sie den Deutschen diese Sachen weggenommen hatten.

Das mögen sie einigen geistig beschränkten Völkern einreden, ob die ihnen dann einen Teil davon auch glauben wollen oder nicht. Uns können sie das nicht einreden. Und wenn sie es gar vielleicht mir einreden wollen, so kann ich nur sagen: meine strategischen Pläne habe ich noch nie nach den Rezepten oder Auffassungen anderer gemacht. Es war ja auch sicherlich fehlerhaft, daß ich in Frankreich den Durchbruch machte und nicht oben herum ging. Aber es hat sich gelohnt. Jedenfalls sind die Engländer aus Frankreich hinausgerückt worden. Sie sind damals so nahe an unserer Grenze gewesen. Sie hatten 13 Divisionen dort und außerdem noch über 130 französische Divisionen und noch ungefähr 24 belgische Divisionen und noch 20 holländische Divisionen ganz nahe unserer Grenze am

65 Rhein, an unserem Rhein, und wo sind sie jetzt? Und wenn sie deshalb heute sagen, sie rückten irgendwo in der Wüste etwas vor, sie sind schon einige Male vorgerückt und sind wieder zurückgerückt — das Entscheidende ist in diesem Krieg, wer den endgültigen Haken austeiht. Und daß wir dies sein werden, davon können Sie überzeugt sein! So ist es auch mit ihrer Produktion. Sie produzieren alles und natürlich alles viel besser als wir. Ich las vor ein paar Tagen, daß die Amerikaner ein neues U-Boot konstruieren — als ich das las, dachte ich gleich: das wird sicherlich auch wieder das beste sein —, und richtig, darunter stand „das beste U-Boot der Welt“ — es ist das schnellste, und auch sonst ist es das beste. Wir sind die reinen Stümper mit unseren U-Booten dagegen!

Meine deutschen Volksgenossen, wir schlafen nicht und auch nicht unsere Konstrukteure! Im Winter 1939/40 hat ein gewisser Herr Churchill erklärt, die U-Boot-Gefahr sei beseitigt, einfach erledigt. Er hat jeden Tag zwei, drei, fünf U-Boote vernichtet. Er hat mehr vernichtet, als wir seinerzeit überhaupt besessen hatten. Er hat nichts vernichtet, sondern ich habe damals wieder „einen sehr großen Fehler“ gemacht. Der Fehler war nämlich der, daß ich nur einen ganz kleinen Teil unserer U-Boote kämpfen ließ und den größeren Teil zurückhielt für die Ausbildung der Mannschaften neu auslaufender U-Boote. Es war damals nur eine so kleine U-Boot-Zahl am Feind, daß ich mich heute noch geniere, es überhaupt zu sagen. Die größere Zahl, und zwar mehr als die zehnfache, war damals in der Heimat geblieben und hat immer neue Besatzungen ausgebildet. Dann, von einem gewissen Moment an, begann auch bei uns die Massenanfertigung. Es können ja nicht nur die Amerikaner Massenanfertigung betreiben, wenn sie auch so tun, als ob sie das allein verstünden. Wenn sie sagen: Wir bauen soundso viele Kriegsschiffe — ja, wenn sie ihre Korvetten und ihre Heringsschiffe und was alles dazurechnen und dann eine Kanone darauf stellen, mag das ja der Fall sein. Wenn wir aber alles rechnen, bauen wir garantiert nicht weniger, nur, glaube ich, zweckmäßigerer Schiffe als sie. Das hat sich wieder einmal bewiesen. Wir haben jetzt immerhin über 24 Millionen Tonnen versenkt — das sind fast zwölf Millionen Tonnen mehr als im Weltkrieg insgesamt, und die Zahl der U-Boote übertrifft heute die Zahl der U-Boote im Weltkrieg um ein Bedeutendes. Und wir bauen weiter, und wir konstruieren weiter, und zwar in allen Waffen. Und wenn die Herren da drüben sagen, daß sie eine wunderbare neue Waffe haben — ja, sie wissen doch gar nicht, ob wir sie nicht schon längst besser besitzen. Ich habe die Gepflogenheit, eine neue Waffe nur dann herauszugeben, wenn die alte tatsächlich nichts mehr taugt. Warum denn vorher neue Waffen preisgeben? Es hat sich diese Taktik immer bewährt. Wir haben

66 immer schlechtere Waffen gehabt, selbstverständlich! Wir haben die schlechteren Soldaten, das ist ganz klar. Wir hatten weiter eine schlechtere Organisation. Wen will das wundern! Wenn man diese Organisationsgenies Churchill und Duff Cooper und Chamberlain und alle die Leute, oder gar Roosevelt, diesen Organisator par excellence — wenn man diese Leute mit uns vergleicht, dann sind wir eben organisatorisch lauter Stümper. Aber wir haben einen Erfolg nach dem andern erzielt, und darauf kommt es an. Es war ja auch im Innern so. Wir waren im Innern dauernd die Schlechteren. Wir haben überhaupt nichts gekonnt, wir haben gar keine Fähigkeiten besessen — aber eines Tages haben wir die Macht in die Hand bekommen, und das war entscheidend.

Es ist verständlich, daß man in einem so weltweiten Ringen, wie es sich heute uns darstellt, nicht damit rechnen kann, von Woche auf Woche einen neuen Erfolg zu bekommen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es ist auch gar nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß man allmählich die Positionen bezieht, die den Gegner vernichten müssen, und daß man sie auch hält, daß man sie so befestigt, daß sie nicht mehr genommen werden können. Und das kann man mir schon glauben: Was wir einmal besitzen, das halten wir dann auch tatsächlich so fest, daß dort, wo wir in diesem Kriege in Europa stehen, ein anderer nicht mehr hinkommt.

Im übrigen ist dieser Krieg seitdem ungeheuer ausgeweitet worden. Zu unseren Verbündeten Italien, Rumänien, Ungarn, Finnland und all den anderen europäischen Völkern, Slowaken, Kroaten, Spaniern usw., die zum Teil Freiwillige abstellten, wie die nordischen Freiwilligen, ist jetzt noch eine weitere Weltmacht dazugekommen, eine Weltmacht, die auch fortgesetzt Niederlagen erleidet. Seit Beginn des Eintrittes der Japaner haben sie nur Mißerfolge. Alles war ein Fehler, was die Japaner gemacht haben, aber wenn sie die Fehler zusammenzählen, so ergibt das auch etwas Entscheidendes. Sie haben bei der Gelegenheit allein etwa 98 Prozent der Gummiproduktion der Amerikaner bekommen, sie haben bei der Gelegenheit die größte Zinnproduktion der Welt erhalten, sie haben riesige Ölquellen bekommen usw. Also wenn man lauter solche Fehler macht, kann man auch damit zufrieden sein. Und umgekehrt haben die anderen nur lauter Siege vollbracht, geniale, tapfere, heroische, durchdachte Siege — mit ihren großen Feldherren wie Mc Arthur und Wavell oder irgendeinem von diesen ganz Großen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Diese Gauner schreiben bereits dicke Bücher über die Feldherren der Vergangenheit, und trotzdem, trotz allem, die Leute, die keine Feldherren hatten, haben es in diesem Krieg jedenfalls etwas weiter gebracht als die mit Feldherren so reich gesegneten.

67 Gerade an dem heutigen Tag, der ja für uns die Erinnerung an den größten Zusammenbruch unserer Bewegung darstellt, einen Zusammenbruch, der damals für viele das Ende der Partei zu bedeuten schien, kann ich nur sagen: Für uns Nationalsozialisten muß diese Erinnerung eine ungeheure Stärkung bedeuten, eine Stärkung, allen Gefahren zu trotzen, nie zu wanken, nie zu weichen, jeder Not mutig zu begegnen und auch standzuhalten dann, wenn der Feind noch so dräut. Dann muß man sich

schon zu dem Lutherschen Wort bekennen: „Und wenn die Welt voll Teufel war, es wird uns doch gelingen.“

Ich sehe gerade heute mit einer so großen Zuversicht in die Zukunft. Nachdem wir den vergangenen Winter überstanden haben, einen Winter, den man damals, als ich vor einem Jahr zu Ihnen sprach, noch nicht in seiner ganzen furchtbaren Gefahr erkennen konnte. Damals lastete doch irgendwie auf vielen Menschen die Erinnerung an das napoleonische Schicksal von 1812. Und nun war der Winter von 1812 nur genau 50 Prozent so kalt als der Winter, den wir im vergangenen Jahre hinter uns gebracht haben. In diesem Jahre sind wir nun anders vorbereitet. Es mag auch in diesem Winter dem einen und anderen dies und jenes fehlen. Aber im großen sind wir für diesen Winter sicher anders gerüstet. Das kann ich sagen. Auch wenn er genau so schwer werden sollte wie der letzte. Alles das, was uns im vergangenen Winter passierte, passiert uns diesmal nicht mehr, und ich sagte schon einmal, ein großer Philosoph sprach das Wort, daß, wenn ein Stoß einen starken Mann nicht umwirft, er ihn dann nur stärker macht. Der Sturm, der uns im vergangenen Winter nicht umgeworfen hat, der hat auch uns nur stärker gemacht!

Ganz gleich wo immer auch die Fronten stehen — immer wieder wird Deutschland parieren und wird zum Angriff vorgehen, und ich zweifle keine Sekunde, daß unseren Fahnen am Ende der Erfolg beschieden sein wird.

Wenn heute Roosevelt seinen Angriff auf Nordafrika ausführt mit der Bemerkung, er müsse es vor Deutschland und vor Italien schützen, so braucht man über diese verlogene Phrase dieses alten Gangsters kein Wort zu verlieren. Er ist ohne Zweifel der Heuchlerischste dieses ganzen Klubs, der uns gegenübersteht. Aber das entscheidende und letzte Wort spricht sicherlich nicht Herr Roosevelt, davon kann er überzeugt sein. Wir werden alle unsere Schläge vorbereiten — wie immer gründlich —, und sie sind immer noch zur rechten Zeit gekommen, und kein Schlag, den der andere gegen uns zu führen gedachte, hat bisher zum Erfolg geführt. Es gab auch einmal ein Triumphgeschrei, als die ersten Engländer in Boulogne landeten und dann vorrückten. Und sechs Monate später ist dieses Triumphgeschrei vorbei gewesen. Es ist anders gekommen und wird auch hier anders kommen. Sie können das volle Vertrauen besitzen, daß Führung und Wehrmacht alles das tun, was getan werden muß und was getan werden kann.

68 Ich habe die felsenfeste Überzeugung, daß hinter Führung und Wehrmacht vor allem aber die deutsche Heimat steht und hinter mir besonders die ganze Nationalsozialistische Partei als eine verschworene Gemeinschaft!

Das, was die jetzige Zeit von der einstigen unterscheidet, ist eben doch das, daß damals hinter dem Kaiser kein Volk war, während hinter mir eine der großartigsten Organisationen steht, die je auf dieser Erde aufgebaut worden ist. Sie repräsentiert das deutsche Volk. Und was ferner die heutige Zeit von der damaligen unterscheidet, ist, daß an der Spitze dieses Volkes niemand steht, der jemals in kritischen Zeiten in das Ausland gehen würde, sondern daß an seiner Spitze jemand ist, der immer nur den Kampf und damit immer nur ein Prinzip gekannt hat: Schlagen, schlagen und wieder schlagen!

Und noch eines unterscheidet das heutige Deutschland vom damaligen: Damals hatte es eine Führung, die keine Wurzeln im Volke hatte, es war doch letzten Endes ein Klassenstaat gewesen. Heute sind wir mitten in der Vollendung dessen, was aus dem damaligen Krieg herausgewachsen ist. Denn als ich aus dem Kriege zurückkehrte, brachte ich das Fronterlebnis in die Heimat. Aus diesem Fronterlebnis heraus baute ich mir meine nationalsozialistische Volksgemeinschaft auf. Heute tritt die nationalsozialistische Volksgemeinschaft an die Front, und Sie werden aus diesen Dingen bemerken, wie diese Wehrmacht von Monat zu Monat mehr nationalsozialistisch wird, wie sie immer mehr das Gepräge des neuen Deutschland annimmt, wie alle Vorrechte, Klassenvorurteile usw. immer mehr beseitigt werden, wie sich hier die deutsche Volksgemeinschaft von Monat zu Monat mehr durchsetzt, und wie am Ende dieses Krieges die deutsche Volksgemeinschaft vielleicht ihre stärkste Bewährung erfahren haben wird — das unterscheidet das heutige Deutschland vom damaligen. Diesem Geist verdanken wir ein unermeßliches Heldentum an der Front, ein Heldentum von Millionen einzelner Soldaten, bekannten und unbekannt, ein Heldentum von Zehn- und Zehntausenden tapferer Offiziere, die sich heute mit ihren Männern auch immer mehr als eine Gemeinschaft fühlen. Sie sind zum Teil bereits aus dieser Gemeinschaft hervorgegangen. Wir haben ja alle Hemmnisse beseitigt. So wie in der Partei jeder jede Stellung erreichen kann, wenn er nur fähig ist, wie jedem, auch dem Ärmsten unseres Volkes, jede, auch die höchste Staatsstelle nunmehr offen ist, seit unsere Partei die Führung besitzt, so ist es genau auch in der Wehrmacht, und zwar nicht mehr nur theoretisch und als eine hie und da durchgeführte Ausnahme, sondern in der Praxis ist es heute so. Heute sind Unteroffiziere oder Gefreite Rit-

terkreuz- oder Eichenlaubträger. Zahllose Offiziere sind aus dem Mannschaftsstand hervorgegangen. Wir bauen uns ein Kriegsheer auf mitten im Kriege, wie es die Welt noch nie gesehen hat.

69 Und zu Hause, da arbeitet ein Volk, und das muß ich nun — ich habe es schon im Reichstag ausgesprochen — auch der deutschen Heimat bescheinigen: Im Jahr 1917 auf 18 der Streik in den Munitionsfabriken — und heute Überstunden, Arbeit über Arbeit! Heute weiß der deutsche Arbeiter zu Hause, daß er für seine Kameraden draußen die Waffen schmiedet. Was hier geschaffen wird auf dem Lande und in der Stadt, vom Mann und vor allem auch von unzähligen Frauen, das ist tatsächlich ungeheuer.

In einem können wir allerdings mit unserem Gegner nicht konkurrieren: So wie einst die Partei die ärmste gewesen war und nur durch den Idealismus ihrer Anhänger gesiegt hat, so ist heute natürlich auch das deutsche Volk an Gold das ärmste vielleicht aller Völker der Welt. Wir haben kein Gold. Aber was wir haben, ist lebendige Arbeitskraft. Was wir haben, das ist ein heiliger Fleiß und ein heiliger Wille, und das ist am Ende in einem solchen Kampf auf Leben und Tod tausendmal entscheidender als Gold. Denn was nützen jetzt den Amerikanern ihre Goldtresors, außer daß sie sich künstliche Gebisse machen lassen. Wenn sie zehn synthetische Gummifabriken hätten, dann wäre das mehr wert als ihr ganzer Goldvorrat. Ich habe andere Sachen bauen lassen. Wir haben allerdings kein Gold in diesen Krieg hineingebracht, aber die Voraussetzung der Führung dieses Kampfes. Und jedenfalls einen Tank ohne Gummirollenräder haben wir Deutschen nicht, aber die Engländer haben ihn heute. Wir werden den Krieg materialmäßig durchstehen, und jetzt erst recht! Denn wir haben uns in den Besitz der Rohstoffgebiete gesetzt, die notwendig sind, um diesen Krieg unter allen Umständen durchhalten zu können. Und wenn einer sagt: „Davon merkt man ja noch nichts!“ — Ja, sehr einfach: Glauben Sie nur nicht, meine internationalen Kritiker, daß wir im Osten etwa vor den zerstörten Eisenbahnbrücken oder Eisenbahnstrecken, vor den zerstörten Wasserkraftwerken oder Erzgruben, vor den zerstörten Kohlengruben mit den Händen in den Hosentaschen gestanden und sie dauernd betrachtet haben. Nein, in diesem Jahre ist gearbeitet worden, und wie! Das beginnt sich jetzt allmählich bezahlt zu machen. Und wenn das nächste Jahr kommt, dann werden erst recht die Früchte dieser Arbeit kommen. Ich kann auch hier mit Stolz sagen, daß sich gerade dabei die Partei ungeheuer bewährt hat. Ungezählte tapfere Parteigenossen stehen draußen und organisieren hier mit einer Handvoll Menschen als geborene nationalsozialistische Kreisleiter oder Ortsgruppenleiter Riesengebiete und erschließen diese Gebiete für unsere Wirtschaft, für unsere Kriegswirtschaft, für unsere Ernährung und im weiteren Sinne tatsächlich für die Ernährung und die Erhaltung ganz Europas. Es ist eben kein Krieg, den

70 Deutschland für sich allein führt, sondern ein Krieg, der für Europa geführt wird! Nur aus diesem Grunde ist es zu verstehen, daß sich so viele Freunde gefunden haben, vom Norden angefangen bis zum Süden, die teils in unseren Reihen kämpfen oder als selbständige Armeen unserer Verbündeten eingereiht sind in diese gewaltigste Front der Weltgeschichte. Es ist daher auch unser unumstößlicher Entschluß, daß der Friede, der ja nun einmal kommen wird, weil er kommen muß, wirklich dann ein Friede für Europa sein wird, und zwar ohne die Bevormundung jener Leute mit dem feinen Instinkt für ideelle und materielle Werte.

Denn welchen Instinkt Herr Eden für ideelle Werte hat, das wissen wir nicht. Er hat das noch niemals bewiesen. Sein Umgang spricht auch nicht dafür. Vor allen Dingen die Kultur seines eigenen Landes ist keineswegs so, daß sie uns vielleicht imponieren könnte. Von dem Mann drüben jenseits des Ozeans will ich gar nicht reden. Ihr Instinkt für ideelle Werte ist sicherlich kleiner als unser. Wir haben wahrscheinlich mehr ideelle Werte der Welt gegeben als die Gesellschaft, die von Mister Eden betreut wird. Das gleiche gilt für die Länder, die mit uns verbunden sind.

Sie blicken zum Teil auf Kulturen zurück, gegenüber denen die Kultur des angelsächsischen Inselreiches wirklich eine unendlich junge, um nicht zu sagen infantile ist.

Was die materiellen Werte aber betrifft, so glaube ich daß sie dafür allerdings einen feinen Instinkt haben. Aber den haben wir auch. Nur mit einem Unterschied, daß wir unter allen Umständen dafür sorgen, daß die materiellen Werte Europas in der Zukunft auch den europäischen Völkern zugute kommen und nicht einer außerkontinentalen kleinen internationalen Finanzclique. Das äst unser unerschütterlicher und unerbittlicher Entschluß. Die Völker Europas kämpfen nicht dafür, daß hinterher wieder ein paar Leute mit „feinem Instinkt“ kommen und die Menschheit ausplündern und Millionen an Erwerbslosen zurücklassen, nur damit sie ihre Tresors füllen. Wir haben einen guten Grund gehabt, warum wir uns von dem Goldstandard entfernten. Wir wollten damit eine der Voraussetzungen für diese Art von Wirtschaftsbetrachtung und Wirtschaftsbetriebung beseitigen. Und das ist ganz sicher: aus diesem Krieg wird Europa wirtschaftlich weitaus gesünder hervorgehen als zuvor. Denn ein großer

Teil dieses Kontinents, der bisher gegen Europa organisiert war, wird nunmehr in den Dienst der europäischen Nationen gestellt.

71 Wenn mir jemand nun sagt: „Sie wollen also die Holländer verpflanzen.“ — Ich will niemand verpflanzen, aber ich glaube, daß viele Menschen dann glücklich sind, wenn sie eine eigene Scholle bekommen und arbeiten können und wenn sie sich nicht so mühen und plagen müssen, wie es zur Zeit noch in diesem übervölkerten Kontinent der Fall ist. Vor allem aber werden sie glücklich sein, wenn der Lohn dieser Arbeit ihnen selber und ihren Völkern zugute kommt, und nicht einem Tresor, der meinetwegen in einer Bank in London oder New York liegt. Ich glaube daher, daß das Ende dieses Krieges auch der Sturz dieser Goldherrschaft sein wird und damit das Ende der ganzen Gesellschaft, die schuld ist an diesem Krieg.

Die Mission der Nationalsozialistischen Partei ist uns allen klar. Ich verlange von jedem Parteigenossen, daß er mit äußerstem Fanatismus genau so wie in der Kampfzeit der Träger des Glaubens an den Sieg und an den Erfolg ist. Heute ist es vielleicht leichter als damals. Ich muß heute jeden meiner damaligen Parteigenossen bewundern, diese vielen Männer, die an den kleinen unbekanntem Soldaten aus dem Weltkrieg geglaubt haben. Diese Männer, die mir damals nachgegangen sind, die ihr Leben für mich damals einsetzten, die ihr Leben gegeben haben nicht nur im Altreich, sondern in der Ostmark, im Sudetenland und darüber hinaus auch noch in anderen Ländern, ich muß sie bewundern.

Heute steht vor uns das allen gemeinsame gewaltige große Reich in seinem Kampf um Sein oder Nichtsein unseres ganzen Volkes. Jeder Nationalsozialist, der damals an mich geglaubt hat, kann auch heute nur ein Fanatiker sein im Kampf nach außen. Er muß sich zur gleichen fanatischen Konsequenz durchringen, die wir damals schon hatten. Es gibt Gegner, bei denen gibt es keinen Pardon, sondern es gibt nur eine einzige Möglichkeit: Entweder es fallen wir oder es fällt dieser Gegner. Wir sind uns dessen bewußt, und wir sind Männer genug, dieser Erkenntnis eiskalt ins Auge zu sehen.

Und das unterscheidet auch mich von diesen Herren da in London und Amerika: Wenn ich vom deutschen Soldaten viel verlange, so verlange ich nicht mehr, als was ich auch immer selber zu leisten bereit war. Wenn ich vom deutschen Volke viel verlange, so verlange ich nicht mehr, als was ich selber auch arbeite. Wenn ich von Vielen Überstunden verlange — ich weiß überhaupt gar nicht, was in meinem Leben eine Überstunde ist. Denn jeder einzelne hat das Glück, daß er in einer gewissen Zeit sich aus seiner Arbeit entfernen kann und dann frei ist. Meine Arbeit ist das Schicksal des Reiches. Ich kann mich von ihr nicht entfernen, sie folgt mir Tag und Nacht, seit ich an die Spitze der Nation getreten bin, ja schon in jenen Tagen des grauen Elends, des Jammers, der Bekümmernis und des Zusammenbruchs. Seit dieser Zeit würde auch jeder Urlaub für mich lächerlich sein. Was heißt für mich Urlaub? Meine Arbeit ist Deutschland, ist mein Volk, ist seine Zukunft, ist die Zukunft seiner Kinder.

72 Ich verlange daher von keinem anderen mehr, als ich von mir selber verlange oder was ich selber zu tun bereit bin.

Ich weiß, daß meine alten Parteigenossen den Kern dieser Bewegung darstellen, und daß sie schon in Erinnerung an die ersten Blutopfer, die wir brachten, den Weg vorbildlich in der Nation voranschreiten, und daß sich ihnen die Hunderttausende und Millionen von nationalsozialistischen Funktionären anschließen, von Parteimitgliedern und von Angehörigen der angeschlossenen Verbände, daß mitmarschieren alle unsere Männer der SA und *fä*, mitmarschieren die Männer der Arbeitsfront, mitmarschieren die Männer des Reichsarbeitsdienstes usw., kurz das ganze nationalsozialistische deutsche Volk. Das ist heute das Wunderbare, daß wir nicht mehr vereinsamt als Prediger in der Wüste stehen, wie es mir einst gegangen ist, sondern daß jedes Wort, das wir in das Volk hineinrufen, heute einen tausendfältigen Widerhall findet. Und wenn der Gegner glaubt, uns durch irgend etwas mürbe zu machen, dann irrt er sich. Er kann mich nicht bewegen, von meinem Ziel abzugehen. Es kommt die Stunde, da schlage ich zurück, und dann mit Zins und Zinseszins.

Sie erinnern sich an die lange Zeit, da wir als Parteigenossen legal sein mußten. Wie oft sind damals Parteigenossen zu mir gekommen und sagten: Führer — sie sagten damals zu mir „Chef“, oder sagten auch „Adolf Hitler“ — warum dürfen wir nicht zurückschlagen, warum müssen wir uns das bieten lassen? Ich mußte sie jahrelang zwingen, legal zu bleiben. Ich habe schmerzenden Herzens Parteigenossen aus der Bewegung ausschließen müssen, weil sie glaubten, diesem Befehl nicht folgen zu können. Jahr für Jahr, bis die Stunde gekommen ist, in der ich sie aufrufen konnte.

So ist es auch heute. Ich muß manchmal monatelang irgendwo zusehen. Glauben Sie nur nicht, daß mir dann nicht auch das Herz von Grimm zerfressen wird, wenn ich von diesen Luftangriffen höre. Sie wissen, ich habe lange Zeit das nicht getan. Ich habe zum Beispiel in Paris nicht eine Bombe in die Stadt werfen lassen. Ich habe, bevor wir Warschau angriffen, fünfmal die Aufforderung zur Ergebung

an sie gerichtet. Ich habe gebeten, man solle die Frauen und Kinder Herausschicken. Nicht einmal der Parlamentär wurde von ihnen empfangen. Es wurde alles abgelehnt, und erst dann habe ich mich entschlossen, das zu tun, was nach jedem Kriegsrecht statthaft ist. Als England anfang, unsere Städte zu bombardieren, habe ich zunächst dreieinhalb Monate gewartet. Es gab schon damals viele, die sagten: „Warum wird nicht geantwortet, warum dürfen wir nicht zurückschlagen?“ Wir waren stark genug, es zu tun. Ich habe gewartet in der Meinung, es würde doch noch die Vernunft zurückkehren. Sie kam nicht. Glauben Sie, heute ist es nicht anders. Ich merke mir das alles genau. Sie werden es drüben noch erleben, daß der deutsche Erfindergeist nicht geruht hat, und sie werden eine Antwort bekommen, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.

73

Ich habe schon früher einige Male gesagt: Wenn ich hier und da längere Zeit nicht rede, heißt das nicht, daß ich die Stimme verloren habe, sondern daß ich es nicht für zweckmäßig hielt zu reden. Auch heute ist das so. Was soll ich jetzt viel reden? Heute spricht letzten Endes die Front. Nur in den seltensten Fällen möchte ich das Wort ergreifen. Denn die Sprache der Front ist so eindringlich, ist eine so einmalige Sprache, daß sie ohnehin jeden einzelnen Deutschen verpflichtet. Wer den täglichen Bericht unserer Wehrmacht liest und sich dann nicht fanatisch zu seinem Volk bekennt, wenn er immer wieder diese Unsumme von Heldentaten vernimmt, dem würde auch durch Reden nicht zu helfen sein. Für das feindliche Ausland rede ich ohnehin nicht. Wenn Herr Roosevelt sagt, er hört meine Reden nicht —, ich rede ja gar nicht für Herrn Roosevelt. Mit ihm rede ich nur durch das Instrument, durch das jetzt allein gesprochen werden kann, und dieses Instrument spricht laut und deutlich genug. Ich rede nur in den seltensten Fällen, zur Bewegung und zu meinem eigenen deutschen Volk. Und alles, was ich durch eine solche Rede sagen kann, ist immer nur eines:

Denkt ausnahmslos, Mann und Weib, nur daran, daß in diesem Krieg Sein oder Nichtsein unseres Volkes entschieden wird. Und wenn ihr das begreift, dann wird jeder Gedanke von euch und jede Handlung immer nur ein Gebet für unser Deutschland sein!

74

Am Vorabend des 9. November hielt der Führer seine traditionelle Rede. Wenn er sich auch, wie jedesmal an diesem Tage, besonders an seine alten Parteigenossen wandte, so berührte diese Rede doch Fragen, die nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt in höchstem Maße interessieren. Nachdem der Führer aus dem Weg der Partei die Gewißheit des Sieges für Deutschland hergeleitet hatte, befaßte er sich auch mit den aktuellsten militärischen und politischen Fragen, nämlich dem Überfall der Engländer und Amerikaner auf Französisch-Afrika. Er sagte dann, daß das entscheidende und letzte Wort sicherlich nicht Herr Roosevelt sprechen werde. „Wir werden alle unsere Schläge vorbereiten — wie immer gründlich — und sie sind immer noch zur rechten Zeit gekommen.“ Diese Sätze fügten sich dem großen Rahmen der Münchener Rede mit einer auf Tatsachen basierenden Logik ein. Mit besonderer Schärfe behandelte der Führer den Präsidenten der USA, den er den „heuchlerischsten aller unserer Feinde“ nannte. Der Führer wies auf die großen Machtmittel hin, die dem Deutschen Reich nach der Eroberung wertvollster Gebiete zusätzlich zur Verfügung stehen. „Wir haben daher das beste Recht, zuversichtlicher zu sein als je.“

Am 25. November jährte sich zum sechsten Male der Tag, an dem das Deutsche Reich und das Kaiserreich Japan ihr Abkommen gegen die kommunistische Internationale schlossen, das sich am 6. November 1937 durch den Hinzutritt des Königreichs Italien zu dem weltpolitischen Dreieck erweiterte, dessen Wirksamkeit die ganze Welt in der gegenwärtigen Auseinandersetzung erkennen mußte. Wohl ist dieses Ereignis von eminent wichtiger außenpolitischer Bedeutung. Man muß sich aber darüber klar sein, daß dieses weltumspannende Bündnis dreier großer Mächte aufgebaut ist auf dem logisch und konsequent zu Ende gedachten antibolschewistischen Kampf, den die NSDAP in Deutschland seit Beginn ihrer Tätigkeit gekämpft hat.

Am 18. November hielt Reichsminister Dr. Goebbels in Wuppertal eine große Rede, nachdem er den luftbedrohten Gebieten im Westen erneut einen Besuch abgestattet hatte. Der Minister wies darauf

75

hin, daß er sich bei diesem Besuch wieder einmal von der beispielhaften Haltung der Bevölkerung in den deutschen Westprovinzen hätte überzeugen können. Hier sei in der Tat „ein moralischer Westwall deutscher Kampfgesinnung gegen den Terror der britisch-plutokratischen Kriegshetzer“ aufgerichtet worden. Auf den Krieg gegen die Sowjetunion hindeutend, erklärte er, daß dieses gewaltige Land sich mit den Potentialen Mitteln fast eines ganzen Erdteils zum Angriff gegen das Deutsche Reich und damit gegen Europa gerüstet habe. Der Feldzug gegen die Sowjets sei auch in den vergangenen Monaten mit wahrhaft entscheidenden Siegen weitergeführt worden. Die Ereignisse in Nordafrika streifend, erklärte Dr. Goebbels, dieser Angriff sei ein Beweis dafür, daß die Feindmächte weder die Kraft noch den Mut besäßen, die Achsenmächte in ihren lebensentscheidenden militärischen Positionen anzugrei-

fen. Der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung sei, so betonte der Minister nachdrücklich, ebenfalls als ein Ausweg aus diesem Unvermögen, eine zweite Front zu eröffnen, geboren worden. Mit Worten höchster Anerkennung gedachte Reichsminister Dr. Goebbels der heroischen Haltung der Bevölkerung in den luftbedrohten Gebieten. Insbesondere gebühre neben den Männern, die die schwere und gefährvolle Abwehr auf sich genommen hätten, höchstes Lob den Frauen und der Jugend, die vor allem hier beweise, daß sie entschlossen sei, schon frühzeitig in die Fußtapfen der kämpfenden Männer einzutreten. Im übrigen habe der Führer schon verschiedentlich erklärt, daß die Stunde der Vergeltung kommen und England dann eine Antwort erhalten werde, die es sich heute noch nicht träumen lasse.

Am 3. November befaßte sich bei einer Jahresveranstaltung des Vereins der Ausländischen Presse in Berlin Reichspressechef Dr. Dietrich mit dem Begriff der Neutralität in der Presse. Eine Neutralität, die sich auf dem Gebiet der geistigen Kriegführung nicht einer objektiven Haltung befleißigt, sei keine Neutralität. Als Mindestforderung einer neutralen Haltung der ausländischen Presse bezeichnete der Reichspressechef absolute Objektivität in der nachrichtlichen Unterrichtung der Öffentlichkeit. Ein solcher Wille zur Objektivität sei zwar in den meisten Fällen bei den Korrespondenten der neutralen Presse in Berlin vorhanden, leider aber nicht bei den Redaktionen im Ausland. Es gebe heute auf diesem Kontinent ein europäisches Gewissen, dem alle europäischen Journalisten verpflichtet seien.

Die Kriegsergebnisse dieses Monats sind gekennzeichnet durch harte Kämpfe an verschiedenen Fronten.

An allen Fronten haben sich auch im November einzelne Soldaten und Offiziere besonders hervorgetan. Neben der großen Zahl der Ritterkreuzträger erhielten auch Soldaten das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes und als erster Offizier einer verbündeten Armee der rumänische General L a s c a r. Die Reihenfolge der Träger des Eichenlaubs zum Ritterkreuz ist folgende:

Am 15. November: Generalmajor R a m c k e , Kommandeur eines Fallschirmjägerverbandes in Nordafrika, als 145. Soldat, und Leutnant Josef Wurmheller, Flugzeugführer in einem Jagdgeschwader, als 146. Soldat der deutschen Wehrmacht;

am 17. November: Oberstleutnant Hyazinth Graf Strachwitz , Abteilungskommandeur in einem Panzerregiment als 144. Soldat; Kapitänleutnant Wolfgang Lueth, Kommandant eines Unterseebootes, als 142. Soldat sowie Kapitänleutnant Werner Toeniges, Kommandant eines Schnellbootes, als 143. Soldat der deutschen Wehrmacht;

am 18. November: Korvettenkapitän Karl-Friedrich M e r - t e n , Kommandant eines Unterseebootes, als 147. Soldat der deutschen Wehrmacht;

am 30. November: Hauptmann Friedrich Lang, Staffelpkapitän in einem Sturzkampfgeschwader, als 148. und Oberleutnant Boerst, Staffelpkapitän in einem Sturzkampfgeschwader, als 149. Soldat der deutschen Wehrmacht.

Eine besondere, aber höchst verdiente Ehrung wurde im November dem Oberst Galland zuteil. Der Führer hat diesen hervorragenden Flieger mit Wirkung vom 19. November 1942 zum Generalmajor befördert. Eine erstaunliche militärische Laufbahn hat damit eine außergewöhnliche Anerkennung erfahren; denn Adolf Galland ist heute erst 30 Jahre alt und damit der jüngste Generalmajor der deutschen Wehrmacht.

In diesem Krieg, den man mit Recht den totalen Krieg nennt, werden auch an die Frau große Anforderungen gestellt. Unter denen, die sich besonders auszeichneten, steht die bekannte Fliegerin Flugkapitän Hanna Reitsch an erster Stelle; denn unter stetem Einsatz ihres Lebens hat sie sich um die Entwicklung des deutschen Fluggeräts bleibende Verdienste erworben. Der Führer verlieh ihr dafür das Eiserne Kreuz 1. Klasse, mit dem damit zum ersten Male eine deutsche Frau ausgezeichnet wurde. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse tragen neben Hanna Reitsch Elfriede Wnuk und Schwester Marga, die diese Auszeichnung am 25. November für ihre heldenmütige Bergung schwerverwundeter Soldaten bei Bombenhagel und stärkstem Flakbeschuß erhielt.

Nachdem der Führer vor kurzem für die Schützenregimenter der Panzerdivisionen die Bezeichnung „Panzergrenadiere“ befohlen hat, erhalten nunmehr sämtliche Infanterie-Regimenter, mit Ausnahme der Jäger- und Gebirgsjäger-Regimenter, die Bezeichnung „Grenadier-Regimenter“. Die Mannschaftsgrade lauten „Grenadier“ und „Obergrenadier“.

Am 17. November wurde berichtet, daß der Führer einem Polizeiregiment den Namen „Polizeiregiment Todt“ verliehen habe, da dieses zur Lösung bestimmter, der Organisation Todt gestellter Aufgaben wesentlich beigetragen hat.

Am 1. November beging der Preußische Finanzminister Prof. Dr. Popitz sein 10jähriges Dienstjubiläum. Der Reichsmarschall hat dem Staatsminister aus diesem Anlaß in einem Handschreiben herzliche

Glückwünsche übermittelt und ihm seine Anerkennung für die dem preußischen Staate gewidmete schöpferische Arbeit ausgesprochen. Als preußischem Finanzminister gelang es Dr. Popitz, die besonders im Beginne seiner Tätigkeit gefährdeten Finanzen des preußischen Staates wieder auf gesunde Grundlagen zu stellen. Da er als preußischer Finanzminister gleichzeitig Chef der preußischen Hochbauverwaltung ist, konnte Dr. Popitz sein starkes künstlerisches Interesse bei den mannigfaltigen staatlichen Bauten in Preußen zur Geltung bringen.

Am Dienstag, dem 3. November, fand im Haus der Flieger ein Festakt anlässlich der Gründung der Deutsch-Finnischen Gesellschaft statt. Den vielfachen und erprobten Verbindungen zwischen den beiden Völkern fehlte bisher noch ein fester Rahmen, der jetzt geschaffen wurde. SS-Obergruppenführer und General der Polizei Lorenz wies in seiner Rede auf die gemeinsame soldatische Tradition der beiden Völker hin. Der Rektor der Universität Helsinki Prof. Dr. Nevalinna deutete die gemeinsamen Erlebnisse als schicksalsgegebenen Auftrag, den beide Völker im Kampf gegen den Osten zu erfüllen hätten. Zum Präsidenten der deutsch-finnischen Gesellschaft wurde SS-Obergruppenführer Staatsrat Johst bestimmt.

In Den Haag wurde am 20. November das Deutsche Theater in den Niederlanden durch eine Festvorstellung von Mozarts „Don Giovanni“ eröffnet. Der Vorstellung wohnten Reichsminister Dr. Goebbels und Reichskommissar Seyß-Inquart bei. Mit der Eröffnung des Deutschen Theaters, so sagte der Reichskommissar, beginne in den deutsch-niederländischen Kulturbeziehungen eine Zeit neuer Entwicklungsmöglichkeiten.

Auf Einladung des Reichspostministers traf am 25. November der Generaldirektor der niederländischen Post und Telegraphenverwaltung, van der Vegte, zu einem mehrtägigen Besuch in Berlin ein, um die Organisation der Deutschen Reichspost und ihre sozialen Einrichtungen kennen zu lernen. Der holländische Gast hatte im Verlauf seines weiteren Besuches auch die Möglichkeit, sich postalische Einrichtungen in Wien, Frankfurt a. M. und München anzusehen.

Der Reichsmarschall hat als Präsident der Deutschen Akademie für Luftfahrtforschung den Reichsminister Speer zum Ehrenmitglied der Akademie ernannt. Reichsminister Speer übernimmt damit auch in der Luftfahrttechnik die Nachfolge von Reichsminister Dr. Todt. Gleichzeitig wurde der Präsident des „Consiglio Nazionale della Ricerche“, Exz. Professor Dr. Vallauri, zum Ehrenmitglied der Akademie ernannt.

78

Über „Staatliche Lenkung und Unternehmerinitiative“ äußerte sich Reichswirtschaftsminister Walther Funk am 28. November in einem bemerkenswerten Artikel in der DAZ. Reichsminister Funk betonte in diesem Aufsatz, daß die deutsche Wirtschaftspolitik gegenwärtig drei kardinale Aufgaben habe: erstens, Leistungssteigerung auf allen kriegswichtigen Gebieten, um die Rüstungsproduktion zu erhöhen und zu verbessern unter rationellem Einsatz von Rohstoffen und Arbeitskräften. Zweitens müsse die deutsche Wirtschaft auch während des Krieges so gestaltet und ausgerichtet werden, daß unsere Frontkämpfer nach dem Kriege eine ordentliche, saubere und konsequent nationalsozialistisch geführte Wirtschaft vorfinden. Drittens müßten die gesamten europäischen Wirtschaftskräfte mobilisiert und eine europäische Wirtschaftspolitik mit klarer Zielsetzung einheitlich ausgerichtet werden. Dadurch solle die europäische Wirtschaft in der Zukunft krisen- und blockadefest werden, damit es keinen Sinn mehr habe, europäische Wirtschaftskriege zu führen, andererseits aber solle die Wirtschaftsfreiheit des Kontinents gesichert werden. Im Rahmen dieser Aufgaben gebe es für den verantwortungsbewußten Unternehmer gewisse ungeschriebene Gesetze, die im völkischen Denken und Fühlen wurzeln. Für den wahren Unternehmer sei es eine unerläßliche Voraussetzung, in seinem Betrieb eine Zelle der deutschen Volksgemeinschaft zu sehen und für die Verwirklichung aller nationalsozialistischen Grundsätze innerhalb dieser Gemeinschaft zu sorgen.

Alle Maßnahmen zur Vereinfachung des staatlichen Lenkungsapparates hätten zum Ziele, die Bewegungsfreiheit der Unternehmer unter Erhöhung ihrer Selbstverantwortung zu fördern. Es könne aber nicht heißen staatliche Lenkung oder Unternehmerinitiative, sondern es müsse heißen staatliche Lenkung und Unternehmerinitiative. In dieser Synthese liege das Geheimnis der deutschen Erfolge.

In Berlin begann am 17. November im Anschluß an die feierliche Tagung der Reichsarbeitskammer, auf der Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und Reichsminister Speer im Auftrag des Führers weiteren 25 deutschen Betrieben die Auszeichnung „Kriegsmusterbetrieb“ verleihen konnten, eine Arbeitstagung der DAF. Dr. Ley umriß dabei die großen Aufgaben, die in den kommenden Monaten zu leisten sind. Die besondere Fürsorge, so betonte Dr. Ley, gilt im 4. Kriegsjahr mehr als je der Erhaltung der Schaffenskraft der deutschen Menschen. Der schaffende deutsche Mensch kann in dem Bewußtsein

79 arbeiten, daß jede erhöhte Anforderung eine entsprechende soziale Betreuung mit sich bringt. Unter die vielfältigen Maßnahmen gehört die Einführung des Leistungslohnes, die eine revolutionäre Tat im Kriege darstellt und als Vorarbeit für die Reichslohnordnung zu werten ist. — Reichsminister Funk sprach anschließend über die Leistungen der deutschen Kriegswirtschaft. Drei Imperative stünden heute im Vordergrund des deutschen Wirtschaftslebens: Arbeit, Rechnen und Sparen. Produktion sei das Ergebnis unserer in der ganzen Welt bewunderten Arbeitsleistung, Rechnen sei die Voraussetzung für eine durchgreifende Rationalisierung der Wirtschaft und Verwaltung, und Sparen gehöre zur Bereitstellung jener Mittel, die zur kriegsentscheidenden Rüstung notwendig sind. Durch eine gesunde Preis- und Lohnpolitik ist es gelungen, in Deutschland die Währungsstabilität zu erhalten. Die Wirtschaft habe die Forderung erfüllt, die der Führer an sie gestellt hat. — Die Reichsfrauenführerin, Frau Scholtz-Klink, sprach über den vorbildlichen Einsatz der schaffenden Frau im Arbeitsleben des deutschen Volkes.

Staatssekretär Generalfeldmarschall Milch widmete in einem fesselnden Vortrag dem deutschen Arbeiter ehrende Worte der Anerkennung und des Dankes. Er verglich die gesteigerten Leistungen der Rüstungswirtschaft, die durch außerordentlichen Einsatz der schaffenden Menschen ermöglicht wurden, mit den Heldentaten unserer kämpfenden Truppen. Der heldenmütige Kampf der Soldaten spiegelt den Geist des nationalsozialistischen Deutschland wider, und die gleiche eiserne Disziplin und der gleiche eiserne Wille wie in der deutschen Wehrmacht beseele auch die deutsche Arbeiterschaft. Durch Haltung und Vorbild müsse der deutsche Arbeiter die ausländischen Kräfte mitreißen, damit auch sie ihr Letztes hergeben zur Erfüllung ihrer Pflichten. Die Leistungen des deutschen Arbeiters seien so hervorragend, daß z. B. die schon bisher gewaltige Rüstung für die Luftwaffe in der letzten Zeit verdoppelt werden konnte. Die Deutsche Arbeitsfront habe die Menschenführung im Betrieb so erfolgreich durchgesetzt, daß sie damit ihre höchste Bewährungsprobe bestanden habe. Der Feldmarschall schloß seine aufrüttelnden Ausführungen mit den Worten: „Wir haben das Gleichgewicht auf dem Gebiete der Ernährung und Rüstung erreicht, so daß Deutschland unbesiegbar ist!“

80 Im weiteren Verlauf der Arbeitstagung der Deutschen Arbeitsfront nahm Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Ganzenmüller das Wort. Aus seinen Ausführungen ergab sich das Bild außerordentlicher Anstrengungen aller Teile des Verkehrs, sowohl der Reichsbahn als auch der Binnenschifffahrt. Alle Teile des Verkehrs zusammen bewältigen gewaltige Aufgaben, die sich aus der Kriegführung sowie in diesem Herbst aus der ausgezeichneten Ernte, insbesondere an Kartoffeln ergaben. Selbstverständlich stehen bei der Reichsbahn Transporte für die Wehrmacht und die Kriegswirtschaft sowie zur Sicherung der Ernährung im Vordergrund. Der Reiseverkehr muß auch weiterhin auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben. Der Redner gab ferner mit anschaulichem Bildmaterial einen interessanten Einblick in die Aufbauarbeit der Eisenbahn im besetzten Osten und bewies an Hand von Bilddokumenten, wie unvorstellbar schnell die Tatkraft deutscher Eisenbahner, der Organisation Todt und der deutschen Wehrmacht den Nachschub für die kämpfende Truppe auf dem Schienenwege gesichert hat. Nicht nur Zerstörungen des Feindes, auch Eis, Hochwasser und die ständige Bereitschaft gegen Bandenüberfälle stellten sämtliche Eisenbahner vor größte Aufgaben, deren erfolgreiche Durchführung die volle Anerkennung der Öffentlichkeit verdient und ein glänzendes Zeugnis für ihre Tüchtigkeit und Einsatzbereitschaft bedeutet. — Reichsminister Rosenberg erklärte in seinem Referat, der im Osten eroberte Raum sei groß genug, um die Zukunft Deutschlands und Europas sicherzustellen. Das deutsche Volk und die ihm verbündeten europäischen Mächte würden im Osten Nahrung und Rohstoffe für alle Zeiten finden. Zur Judenfrage übergehend, erklärte Reichsminister Rosenberg, daß dieses Problem erst gelöst sei, wenn es in Deutschland und auf dem gesamten europäischen Kontinent keinen Juden mehr gebe. Diese Lösung der Judenfrage sei auch eine Humanität; denn sie mache die Völker unseres Kontinents wieder gesund. — Von den Ausführungen des Gauleiters Sauckel war besonders das Problem des Einsatzes der Ostarbeiter von Interesse. Die Menschen, die aus dem Ostraum nun bereits in größtem Umfang zur Arbeitsleistung nach Deutschland gekommen seien, hätten 20 Jahre bolschewistischer Agitation kennen gelernt. Der Versuch, so viele Menschen nach Deutschland zur Arbeit und damit in enge Berührung mit den deutschen schaffenden Menschen zu bringen, habe zweifellos manche Gefahren in sich getragen. Schon heute aber könne festgestellt werden, daß sich die Menschen aus dem Ostraum insgesamt wider Erwarten gut geführt hätten. Dies sei eine vernichtende Kritik am Sowjetsystem. Man könne ohne Übertreibung behaupten, daß sie sich von diesem System erlöst fühlten. Vor allem aber komme darin die vorbildliche Haltung der deutschen Arbeiter gegenüber diesen fremdländischen Kräften zum Ausdruck. Jeder deutsche Arbeiter sei an seinem Arbeitsplatz, wenn neben ihm ein Ausländer arbeite, ein Vertreter und Repräsentant des Nationalsozialismus und bewähre sich auch

als solcher. Nicht nur die politische Überzeugungskraft der deutschen Arbeiter öffne den Ostarbeitern die Augen, auch die Leistungshöhe unserer schaffenden Menschen sporne die ausländischen Arbeitskräfte an, diesem Vorbild nachzueifern.

81 Wie aus einem Bericht des von Reichsminister Speer eingesetzten Hauptausschusses Munition hervorgeht, hat der Auftrag, in der Munitionsfertigung Arbeitskräfte und Material einzusparen, bemerkenswerte Ergebnisse gezeitigt. Es ist dank der regen Mitarbeit der Firmen und der Sonderausschüsse gelungen, eine erhebliche Einsparung von Arbeitskräften zu erreichen. Durch die Einführung von Prüfmaschinen und Prüfvorrichtungen für die Werkrevision wurden etwa 4660 Arbeitskräfte eingespart. Dadurch, daß eine doppelte Prüfung der Munition einmal durch das Werk und einmal durch die Abnahmestelle beseitigt wurde, konnten 12 500 Arbeitskräfte eingespart werden. In vielen Fällen wurde eine Zusammenfassung der Fertigung auf Bestbetriebe durchgeführt. Auf Grund der Leistungssteigerungsvorschläge ergaben sich weiterhin Einsparungen an Material, die besonders beim Stahl sehr erheblich sind.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter und Reichsstatthalter Sauckel, hat am 5. November an die Beamten und Angestellten der Arbeitseinsatz- und Treuhänderbehörden im Großdeutschen Reich einen Aufruf gerichtet, in dem er seinen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für ihre Leistung übermittelt. Der Aufruf unterstreicht die Schwere der in den vergangenen Monaten erfüllten Aufgaben, die der deutschen Kriegswirtschaft Millionen neuer Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt und die Voraussetzung für den erfolgten Masseneinsatz geschaffen hat.

Als der Reichsmarschall zum Erntedankfest sprach, konnte er feststellen, daß das Schwerste auf dem Gebiete der Ernährung überwunden sei. Die Heraufsetzung der laufenden Rationen bekräftigte seine Feststellungen besser als alle Worte. Die Sonderzuteilung zu Weihnachten läßt jeden an ihrer Reichhaltigkeit und Zusammensetzung erkennen, daß der neue Osten wirklich einen beachtlichen Beitrag zu unserer Kriegsernährung leistet. Dieser Beitrag wird in Zukunft noch größer werden; denn es sind die fruchtbarsten Gebiete Rußlands, die unsere Wehrmacht eroberte. Bis vor wenigen Monaten noch hat die Versorgung von Wehrmacht und Heimat fast ausschließlich auf der innerdeutschen Erzeugung basiert. Sie wird auch weiter die Grundlage unserer Lebensmittelzuteilung sein müssen, und sie allein ist vorerst in der Lage, die großen Mengen heranzuschaffen, die zur Befriedigung von 80 Millionen Menschen notwendig sind. Die Rationsaufbesserung soll, so sagte der Reichsmarschall, nicht ein einmaliges Pflaster sein, sondern den Auftakt zu einer allgemeinen Besserung unserer Ernährung bilden, die eben nur aus maximaler Eigenerzeugung und Zuschußleistung des Ostens erzielt werden kann. Im einzelnen werden folgende Sonderrationen an die Normalverbraucher zu Weihnachten ausgegeben:

82 Weizenmehl
Fleisch
Butter
Käse
Zucker
Hülsenfrüchte
Zuckerwaren
Bohnenkaffee
über 18 Jahre 500 Gramm 200 „ 125 „
62,5 „ 250 „ 125 „ 125 „
50 „
bis zu 18 Jahre

500 Gramm
200 „
125 „
62,5 „
250 „
125 „
250 „

1/2 Flasche (0,35 Liter) Trinkbranntwein.

Außerdem werden im Rahmen der laufenden Eierteilung im Dezember 1942 an die Inhaber der Reichseierkarte 4—6 Eier ausgegeben. Alle Lang-, Nacht-, Schwer- und Schwerstarbeiter erhalten je eine Flasche Wein und alle Verbraucher über 18 Jahre in den stark luftgefährdeten Gebieten eine ganze Flasche Trinkbranntwein an Stelle der im übrigen Reich vorgesehenen halben Flasche. Für den Bezug der Weihnachtzuteilung werden vier verschiedene Weihnachtssonderkarten ausgegeben.

Im Hinblick auf diese Sonderzuteilungen ist ferner ein Bericht interessant, den der italienische Minister für Landwirtschaft kürzlich über die Ernährungslage Italiens gegeben hat. Dort sind ebenfalls Erhöhungen der Rationen vorgesehen, vor allem eine Erhöhung der Brotration für Jugendliche von 9 bis 18 Jahren und für Arbeiter. Mit Wirkung vom 16. November wird für die Dauer des Winters die Brotration für Jugendliche von 9 bis 18 Jahren von 150 Gramm auf 200 Gramm erhöht. Die Grundration für Arbeiter beträgt in Zukunft 300 Gramm, die Ration der Schwerarbeiter 400 und die der Schwerstarbeiter 500 Gramm. Die monatliche Zusatzration von 500 Gramm Nudeln oder Reis bleibt aufrechterhalten. Aus deutscher Einfuhr wird in größeren Städten eine nicht unbedeutende Menge Kartoffeln verteilt, weiterhin Obst, Marmelade und Zucker.

Eine Kundgebung des wartheländischen Bauernvolkes in der Aula der Reichsuniversität Posen gab am 29. November den festlichen Rahmen für eine Rede des Staatssekretärs Backe über die Aufgaben der Bauernschaft für die Erzeugungsschlacht des kommenden Jahres. Staatssekretär Backe stellte einleitend fest, daß die Leistungen des Landvolkes in den letzten zwei Jahren beispielhaft gewesen seien. Was in den neuen Gauen des Ostens produziert worden sei, komme fast schon an die Durchschnittsleistungen des Altreichs heran. Nicht ohne Grund ergreife er das Wort im Osten; denn die vorbildlichen Leistungen des Warthegaues in der Erzeugungsschlacht seien Anlaß genug, über zwei besonders wichtige Fragen zu sprechen, nämlich erstens über die Erzeugungsschlacht im 4. Kriegsjahr und zweitens

83 über die Nachwuchsgewinnung nebst der Nachwuchserziehung für das Landvolk. „Tausende von Lebensmittelzügen aus dem Osten haben bereits die deutsche Grenze passiert. Es wäre jedoch falsch, aus dieser Tatsache schließen zu wollen, daß nunmehr der Boden in Deutschland nicht mehr so intensiv wie bisher bewirtschaftet zu werden brauche. Man müsse sich vielmehr darüber im klaren sein, daß die Überschüsse der Ostgebiete im wesentlichen den Ausfall der früheren Einfuhren auszugleichen haben. Unser Bemühen, die Erzeugung zu steigern, darf daher in keiner Weise nachlassen. Nicht nur Deutschland, sondern alle Länder Europas müssen jetzt und immer ihr Äußerstes tun, um dem Boden Höchstserträge abzurufen. — Der Staatssekretär verbreitete sich dann ausführlich über die Mittel und Wege, die für die Intensivierung der Erzeugungsschlacht im vierten Kriegsjahr noch zur Verfügung stehen. Er verlangte, alle Möglichkeiten zur Produktionssteigerung auszuschöpfen und nannte dazu: 1. sorgsamste Bodenbearbeitung, 2. beste Pflege des Wirtschaftsdüngers, 3. größtmöglichen Saatgutwechsel und schließlich 4. geschickteste Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte. Der Redner verwies ferner darauf, daß wir voraussichtlich im nächsten Frühjahr eine Million Tonnen mehr Pflanzkartoffeln zur Verfügung haben als im letzten Jahr, was eine Zunahme von 50 Prozent bedeutet. Ferner teilte er mit, daß in diesem Jahre wesentlich mehr Arbeitskräfte eingesetzt werden konnten als im Vorjahr. Die wichtigsten Aufgaben, die in diesem Jahre im Vordergrund stehen, wären: 1. Erreichung der normalen Brotgetreideflächen; 2. Erzielung von Höchstserträgen im Hackfruchtbau, vor allem bei Kartoffeln und Zuckerrüben; 3. Höchstleistung im Gemüsebau; 4. neue Großleistung im Ölsaatenanbau; 5. weiterhin verstärkte Milcherzeugungsschlacht; 6. Wiederaufbau des Schweinebestandes. Staatssekretär Backe führte weiter aus, daß die Notwendigkeit der Fortsetzung der Erzeugungsschlacht für die Landwirtschaft in allen Ländern Europas gegeben sei. Als Beispiel für die auch jetzt im Kriege gegebenen Möglichkeiten zur Produktionssteigerung erwähnte er das Protektorat Böhmen-Mähren. Dieses Gebiet hätte im Kriegsjahr 1940/41 noch einen Zuschuß von 360 000 Tonnen Brotgetreide gefordert, im letzten Jahr aber betrug der Zuschuß nur 250 000 Tonnen. Im Wirtschaftsjahr 1942/43 dagegen wird das Protektorat, obwohl es die Brotrationen erhöhte, sogar einen Überschuß von über 200 000 Tonnen Brotgetreide zur Verfügung stellen. Staatssekretär Backe wandte sich sodann dem zweiten Teil seines Vortrags zu, der die Nachwuchsgewinnung und Nachwuchserziehung für das Landvolk behandelte. Er führte dazu u. a. aus: „Erst wenn der deutsche Volksboden nach Osten durch ein starkes deutsches Bauerntum erweitert worden ist, wird die entscheidende Aufgabe gelöst sein, die das 20.

84 Jahrhundert unserem Volke und Europa gestellt hat. Unser Bauerntum wird in Zukunft eine außerordentlich große politische Aufgabe zu bewältigen haben und dieser nur Herr werden können, wenn es gelingt, unserm Landvolk einen ausreichenden Nachwuchs zu sichern. Jeder deutsche Arbeiter, Bauer und Soldat muß wissen, daß jedes seiner Kinder die Möglichkeit hat, freier Bauer und Bäuerin auf

eigenem Grund und Boden im deutschen Osten zu werden. Wer im Osten siedeln will, braucht kein Vermögen und kein Hochschulexamen. Um im deutschen Osten zu siedeln, braucht man gesunde Fäuste, ein deutsches Herz und eine vielseitige gründliche Berufsausbildung."

Die Einrichtung der Ferntrauung hat sich in den vergangenen Kriegsjahren hervorragend bewährt. Zehntausende von jungen Ehen sind auf diesem Wege zustande gekommen. Die Erfahrungen der Praxis haben aber nun zahlreiche z. T. sehr wesentliche Änderungen und Ergänzungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Ferntrauung erforderlich gemacht, in erster Linie eine beachtliche Erweiterung der Anwendungsmöglichkeit dieses Weges zur Ehe geschaffen. Die wichtigste bereits amtlich bekanntgegebene Neuerung liegt wohl darin, daß nun auch die Frau eine Ferntrauungserklärung abgeben kann, so daß also auf diesem Wege jetzt Frauen als aktiver Teil die Heirat herbeizuführen vermögen. Ferner ist aber bedeutsam, daß die Ferntrauung nicht mehr unbedingt vor einem inländischen Standesbeamten, sondern auch vor dem deutschen Konsul vorgenommen werden kann. Die Ehe gilt als an dem Tage geschlossen, an dem der Mann bzw. die Frau ihren Willen, die Ehe einzugehen zur Niederschrift erklärt haben. Die Ferntrauungserklärung sowohl des Mannes wie auch der Frau ist unwiderruflich. Sie verliert ihre Kraft nach neun Monaten, wenn der Mann seine Erklärung, die Ehe einzugehen, bis zu diesem Zeitpunkt nicht vor einem Standesbeamten bzw. einem Konsul abgegeben hat. Das Oberkommando der Wehrmacht und die Reichsminister des Innern und der Finanzen haben für die Opfer des gegenwärtigen Krieges zur Erleichterung des Übergangs von den bisherigen Einkünften aus öffentlichen Mitteln auf die gesetzliche Versorgung und zur Erleichterung der im Kriege besonders erschwerten Umstellung in der Lebenshaltung die Zahlung von Umstellungsbeihilfen vorgesehen. Diese werden gewährt für die familienunterhaltsberechtigten Angehörigen eines Gefallenen oder für einen im Einsatz Beschädigten, wenn dieser arbeitsunfähig ist, für seine Angehörigen, für die Empfänger von Kriegsbesoldung und ihre Hinterbliebenen. Die Umstellungsbeihilfe wird in folgenden Formen gewährt: Familienunterhalt und Wirtschaftsbeihilfe werden bis zum Ablauf des 12. Monats nach dem Sterbemonat weiter bezahlt. Es wird der Unterschiedsbetrag zwischen Kriegsbesoldung und

85

Gesamtversorgung für neun Monate nach der dreimonatigen Sterbegeldperiode ausgezahlt. Es wird ferner der Unterschiedsbetrag zwischen den Friedensdienstbezügen und der Gesamtversorgung für 12 Monate gewährt. Diese Unterstützungen in Form des Familienunterhalts sind einkommensteuerfrei. Für Wehrdienst- und Einsatzbeschädigte wie auch für ihre Hinterbliebenen sind einmalige und laufende Übergangsbeihilfen vorgesehen.

Die Hitlerjugend veranstaltete zusammen mit Dienststellen der Arbeitsfront im Reichsarbeitsministerium am 17. November eine Reichskundgebung, in der Dr. Ley und Reichsjugendführer Axmann über Probleme der Berufslenkung und Berufserziehung sprachen. In seinem Appell an die aus der Schule entlassene Jugend und ihre Eltern, die Jugend solle sich vor allem den staatspolitisch wichtigen Berufen zuwenden, unterstrich der Reichsjugendführer, daß Berufswahl und Berufserziehung im vierten Kriegsjahr mehr denn je unmittelbar kriegswichtig seien. Als Beispiel nannte der Reichsjugendführer die landwirtschaftlichen Berufe, zu denen die städtische Jugend über den Landdienst der HJ den Weg findet, um später als Wehrbauer auf eigenem Hof im Osten zu leben. Ferner nannte er den Bergbau, der durch seine hohen sozialen Vergünstigungen und durch die Tatsache, daß Deutschland schlechthin zum Kohlenland Europas geworden sei, für die Jugend besondere Bedeutung gewonnen habe. Endlich führte er die Hauptberufe der Metallindustrie, der chemischen Industrie, des Baugewerbes, der Verkehrswirtschaft, der Textilindustrie sowie der erzieherischen Berufe und für die Mädel die sozialen und pflegerischen Tätigkeiten an.

Es werden jetzt Zahlen bekannt über die vom Reich gezahlten Schul- und Studiengelder. Bis Ende September 1942 hat der nationalsozialistische Staat in 625 687 Fällen Schul- und Studiengelder wie auch Ausbildungsbeihilfen gewährt, und zwar in Höhe von 118,41 Millionen RM. Wie von zuständiger Seite erklärt wird, stellt die Ausbildungsbeihilfe eine rein bevölkerungspolitische Maßnahme im Rahmen des Familienlastenausgleichs für Kinderreiche dar. Die Gewährung erfolgt daher unabhängig von einer etwaigen besonderen Begabung der Kinder und unabhängig von der Stellung, dem Einkommen und Vermögen der Eltern. Infolgedessen hat jede kinderreiche Familie mit vier und mehr lebenden Kindern, gleich welchen Alters, Anspruch auf die Ausbildungsbeihilfen. Die Vollbeihilfe für die Lebenshaltungskosten beträgt höchstens 50, die Teilbeihilfe höchstens 30 RM. monatlich; diese Zuwendungen sind einkommensteuerfrei.

Die am 24./25. Oktober durch die DAF durchgeführte 2. Reichsstraßensammlung des Kriegswinterhilfswerks hatte ein Ergebnis von 42 377 614 RM. Bei der gleichen Sammlung des Vorjahres wurden

86 nur 30 106 325 RM. aufgebracht. Die Steigerung beträgt also 40,76 Prozent. — Das Ergebnis des 3. Opfertags macht 43149 867 RM aus; die gleiche Sammlung des Vorjahres brachte nur 32 320 816 RM zusammen, was eine Zunahme von 33,5 Prozent bedeutet. — Ein eindrucksvolles Zeugnis für den Kriegswillens des deutschen Volkes ist auch das Ergebnis der Altkleider- und Spinnstoffsammlung, die nun vorliegt: mit den abgelieferten brauchbaren Altkleidern für Männer und Frauen können 4 bis 5 Millionen zusätzlich eingesetzter Arbeitskräfte mit Arbeitskleidung versorgt werden. Wie am 10. November berichtet wurde, hat der Reichsmarschall eine Verordnung über die Vermietung freier Wohnungen erlassen, die am 1. November 1942 in Kraft getreten ist. Die Ausführungsbestimmungen besagen, daß von nun an bis auf weiteres alle freier Wohnungen in erster Linie an kinderreiche Familien oder Familien von Kriegsverwundeten und Kriegshinterbliebenen zu vermieten sind.

Eine Anordnung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz verfügt, daß Weihnachtsgratifikationen in diesem Jahr in der gleichen Höhe erlaubt sind, in der sie zulässigerweise bereits unter gleichen Voraussetzungen im Vorjahr gegeben wurden.

Mit einer eindrucksvollen Kundgebung in der Berliner Staatsoper am Königsplatz ging die SS-Gemeinschaft Kraft durch Freude in das zehnte Jahr ihrer Arbeit. Im Berichtsjahr wurden, wie Oberdienstleiter Dr. Lafferentz in seiner Rede ausführte, rund 142 000 kulturelle Veranstaltungen durchgeführt. Und zwar vor allen Dingen an der Front und in den luftgefährdeten Gebieten. Im letzten Jahr haben mehr als 15 Millionen Teilnehmer die Veranstaltungen des Deutschen Volksbildungswerkes besucht, gegenüber nur 8 Millionen im letzten Friedensjahr.

Am 15. November beging der Senior der deutschen Dichtung, Gerhart Hauptmann, seinen 80. Geburtstag. Reichsminister Dr. Goebbels hat dem Dichter an diesem Tage in herzlichen Worten gratuliert und ihm seine besten Wünsche für das persönliche Wohlergehen und noch viele Jahre reichen dichterischen Schaffens ausgesprochen. Am Vortage seines Geburtstages wurde Gerhart Hauptmann in Breslau eine besondere Auszeichnung mit der Ernennung zum 1. Ehrenbürger der Friedrich-Wilhelm-Universität zuteil. Prof. Dr. Meißner, der über die Verbundenheit des Dichters der „Weber“ mit der Grenzlandhochschule seiner Heimat sprach, überreichte „dem Gestalter schlesischer Art und Kämpfer deutscher Seele“ die Ernennungsurkunde. Der Breslauer Ordinarius für neuere deutsche Literatur, Prof. Dr. Merker, umriß in seiner großangelegten Rede das gewaltige Lebenswerk des Dichters, das in der neueren deutschen Dichtung einmalig sei und über die Grenzen des Reiches weit hinausgreife. Im Oberpräsidium überreichte Gauleiter Hanke dem Dichter den zum ersten Male verliehenen Sielingring

87 und gab die Verleihung des niederschlesischen Schrifttumspreises an Gerhart Hauptmann bekannt. Gauleiter Hanke verlas weiter ein Glückwunschtelegramm des Führers und überbrachte dem Dichter als Geschenk des Führers eine kostbare Vase der staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin. Reichsleiter Baidur von Schirach verlieh dem Dichter den Ehrenring der Stadt Wien und feierte Gerhart Hauptmann in seiner Ansprache als die Verkörperung der ewigen Schöpferkraft des deutschen Geistes. Gerhart Hauptmann dankte in bewegten Worten und sagte, was an den Ehrungen, die ihm zuteil wurden, groß ist, sei die Ehrung des deutschen Geistes, gleichgültig, wer sein Träger sei. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat die Stellung eines Beauftragten für die politische Gestaltung des Großdeutschen Rundfunks geschaffen und diese dem Ministerialdirektor Hans Fritzsche übertragen, der zugleich die Leitung der Abteilung Rundfunk im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda übernimmt.

Am 12. November feierte Kommerzienrat Dr. Hermann Roechling seinen 70. Geburtstag. Im Kreise führender Männer von Partei, Staat und Wehrmacht, unter ihnen Reichswirtschaftsminister Funk und Gauleiter Bürckel, würdigte General der Infanterie Steppuhn das soldatische und kämpferische Wesen des Jubilars und gedachte seiner großen Verdienste um die Versorgung der deutschen Wehrmacht mit Waffen, Kriegsgerät und Munition.

Am Anfang des Monats, am 1. November, starb plötzlich nach kurzer Krankheit der bayerische Ministerpräsident, Finanz- und Wirtschaftsminister Ludwig Siebert, Präsident der Deutschen Akademie, SA-Obergruppenführer und Ehrenführer des Reichsarbeitsdienstes. Der Führer hat für den Verstorbenen ein Staatsbegräbnis angeordnet. Im Kongreßsaal des Deutschen Museums war der Sarg aufgebahrt. Bei dem Staatsakt waren zahlreiche Reichsminister und Reichsleiter anwesend. Reichsstatthalter General Ritter v. Epp legte an der Bahre den Kranz des Führers nieder. Oberbürgermeister Reichsleiter Fiehler hielt die Gedenkrede auf den Verstorbenen, in der er ein eindrucksvolles Lebensbildnis Ludwig Sieberts zeichnete. Er würdigte dabei die aufopfernde Tätigkeit des Ministerpräsidenten in seinen

staatlichen Ämtern, wie auch seine leidenschaftliche Hingabe an seine Arbeit als Präsident der Deutschen Akademie. In Lindau am Bodensee wurde Ludwig Siebert zur letzten Ruhe gebettet.



Außenpolitik

88 Zu Deutschlands Politik und Kriegführung liegen aus dem Monat November drei bedeutsame Äußerungen von höchster Stelle, vom Führer selbst, vor. Die Rede des Führers zum 9. November, dem historischen Tage des deutschen Zusammenbruchs von 1918 und des ersten Versuchs der Machtergreifung des Nationalsozialismus 1923, sowie die beiden Briefe des Führers an Marschall Petain vom 11. und 26. November 1942. Diese drei Dokumente geben einerseits Rückblicke auf Entstehung und Sinn des gegenwärtigen Krieges und auf die gesamte Kriegslage, zum anderen wird in ihnen, besonders in den beiden Führerbriefen an Marschall Petain, das Verhältnis zu Frankreich in Vergangenheit und Gegenwart dargelegt und die Maßnahmen angekündigt und begründet, die der Angriff der Amerikaner und Engländer auf Französisch-Nordafrika und der Verrat führender französischer Generale und Admirale von Seiten der Achsenmächte notwendig gemacht haben. Die beiden Führerbriefe bezeichnen zugleich eine tiefgehende Veränderung der Stellung Frankreichs, was bei der historischen Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses für Deutschlands Politik auch für diese selbst ein Ereignis von erheblicher Bedeutung darstellt.

Die traditionelle Rede des Führers im Löwenbräukeller kennzeichnete erneut den Sinn dieses Krieges als einen Kampf nicht nur für die Freiheit des deutschen Volkes, sondern für Europa gegen die Beherrschung durch die Angelsachsen einerseits und durch den Bolschewismus andererseits. Die bisherigen ungeheuren Erfolge in diesem Ringen, die Stärke der Stellung der Dreierpaktmächte und die absolute Siegeszuversicht, die sich für sie daraus ergibt, waren die drei wesentlichsten Elemente dieser Rede. Wie immer in den Reden des Führers fand sich auch in der vom 8. November eine Menge packender und treffsicherer Formulierungen, in denen er die Propagandareden Churchills und Edens abfertigte, die Kriegserfolge der Japaner, des Unterseebootkrieges oder die an der Ostfront kennzeichnete, neue Vorbereitungen und neue wuchtige Schläge gegen den Feind, besonders gegen England, als Antwort auf die völkerrechtswidrigen Luftangriffe gegen deutsche Städte ankündigte und hinsichtlich der Versorgung Deutschlands für das kommende Jahr neue große Verbesserungen in Aussicht stellte.

89 „Es ist unser unumstößlicher Entschluß“, so sagte der Führer im letzten Teil seiner Rede, „daß der kommende Friede dann wirklich ein Friede für Europa sein wird, ohne die Bevormundung von jenen Leuten mit dem angeblich feinen Instinkt für ideelle und materielle Werte. Die ideellen Werte auf Seiten Englands sind zweifellos geringer als diejenigen, die das deutsche Volk und die mit ihm verbundenen Nationen der Welt gegeben haben. Auch unsere Verbündeten blicken auf eine Kultur zurück, der gegenüber die der Engländer unendlich jung, um nicht zu sagen, infantil ist. Was die materiellen Werte aber betrifft, so glauben wir, daß die Engländer dafür einen feinen Instinkt haben. Den haben wir aber auch, und deshalb werden wir dafür sorgen, daß die materiellen Werte Europas in Zukunft auch den europäischen Völkern zugute kommen und nicht einer internationalen kleinen Finanzclique. Die Völker Europas kämpfen nicht dafür, daß hinterher wiederum die paar Leute mit dem feinen Instinkt kommen und die Menschheit auszuplündern anfangen und Millionen Erwerbslose zurücklassen, damit ihre Tresore gefüllt werden können. Sicher ist, daß Europa aus diesem Kriege wirtschaftlich gesünder hervorgehen wird als zuvor.“

Der Führer schloß seine Rede mit der Bemerkung, er habe nicht die Absicht, in Zukunft viel zu reden. Heute rede die Front. Das sei das einzige Instrument, das jetzt sprechen könne, und es spreche laut und deutlich genug.

Die Kriegereignisse des Monats November illustrieren die Worte des Führers. In diesem Monat, in dem über die weiten Ebenen Rußlands der Winter mit Kälte und Schneestürmen sich auszubreiten pflegt, hat auf allen Teilen der Front, abgesehen vom hohen Norden, eine außerordentliche Verstärkung der Kampfbarkeit begonnen. Nördlich und südlich von Stalingrad, auf breiter Front am Don

nordwestlich der deutschen Riegelstellung zwischen Don und Wolga, im Kaukasus und im nördlichen Teil des mittleren Frontabschnittes, im Raum von Rschew und nordwestlich davon haben die Sowjets mit sehr starken Kräften und riesigem Kriegsmaterial Offensiven begonnen, die einmal den Zweck verfolgen, Stalingrad zu entsetzen und die Wolga, diese lebenswichtige Verkehrsader der Sowjetunion, wieder frei zu kämpfen, zum anderen die schwerbedrohten russischen Petroleumgebiete diesseits und jenseits des Kaukasus zu entlasten und womöglich die deutsche Front überhaupt auf der ganzen Linie zum Einsturz zu bringen. Alle diese mit ungeheuren russischen Verlusten an Menschen und Material geführten Angriffe sind über Anfangserfolge nicht hinausgekommen, sondern überall stecken geblieben, wie alle sowjetischen Offensiven großen und kleinen Ausmaßes seit dem Beginn des Kampfes im Osten. Der Ausbildungsstand der eingesetzten Truppen, vor allem aber ihr Lebensalter,

90 zeigt — und dies ist ein wesentlicher Unterschied gegenüber der Lage vor einem Jahre —, daß allmählich der Boden des bisher unerschöpflich scheinenden Menschenreservoirs der Sowjetunion sichtbar wird. In diesen Kämpfen sind deutscherseits wieder neue, besonders wirkungsvolle Waffen, Maschinengewehre und Tanks in Erscheinung getreten, während bei den großen Mengen vernichteten sowjetischen Materials auffallend wenig Kriegsmaterial englischer und amerikanischer Fertigung festgestellt werden konnte, auch dies wohl ein Beweis für die Wirksamkeit unserer Unterseeboot- und Luftangriffe gegen die nach der Sowjetunion bestimmten englisch-amerikanischen Geleitzüge. Aus den Aussagen der Kriegsgefangenen wird immer wieder die Verschlechterung der Nahrungsmittellage der Sowjetunion durch die Wegnahme der besten Getreidegebiete der Sowjetunion hervorgehoben.

Die Winteroffensive der Sowjets will, wie dies im letzten Jahre geschehen ist, jene Wochen zu Wintersonnenwende, in denen in Rußland zwar schon Kälte herrscht, aber die großen Schneefälle, die erst gegen Jahresende niederzuziehen pflegen, noch nicht eingetreten sind (die dann Offensivbewegungen großen Stils außerordentlich erschweren oder unmöglich machen), ausnützen, um die deutschen Truppen aus ihren vorbereiteten Winterstellungen zu werfen und ihnen das Schicksal der Napoleonischen Armeen von 1812 zu bereiten. Offenbar setzen die Sowjets alles, was überhaupt einsatzfähig ist, für diesen Zweck ein, wohl auch deswegen, weil sie unter allen Umständen die verlorenen fruchtbaren Gebiete wieder gewinnen wollen, um gefährliche Hungersnot zu vermeiden. Der Führer hat in seiner Rede vom 8. November darauf hingewiesen, daß wir im Osten auf den russischen Winter und auf die Winteroffensive ganz anders vorbereitet sind als im letzten Winter, und daß wir zu Verteidigung und Angriff bereitstehen.

Für den gegen den anderen Hauptfeind, gegen England, in erster Linie wirksamen Krieg zur See war der Monat November ganz besonders erfolgreich. Marine und Luftwaffe haben dem Gegner über eine Million Tonnen Schiffsraum, die höchste bisher erreichte Monatsziffer, versenkt! Wie der Führer in seiner Rede vom 8. November erwähnte, hat Churchill im Winter 1939 und im Winter 1940, als die Versenkungen aus Gründen der Jahreszeit heruntergingen, erklärt, die U-Bootsgefahr sei überwunden. Diesen Winter hat er eine solche Erklärung noch nicht abgegeben. Es liegen vielmehr von englischer und amerikanischer Seite zahlreiche Eingeständnisse des Gegenteils vor. So erklärte der südafrikanische Ministerpräsident Smuts in einer Rede in London am 12. November: „Der U-Bootkrieg bleibt weiterhin die ernsteste Gefahr für uns. Deutschland konzentriert sich wie nie zuvor darauf, Materialien,

91 en, Be-, Satzungen und Maschinen für den Bau und den Einsatz von U-Bootrudeln bereitzustellen. Sie sind auf allen Meeren in einer Anzahl, in Entfernungen und während langer Zeiträume zu finden, die man früher für unmöglich hielt. Trotz unserer Bemühungen ist der U-Bootkrieg noch im Wachsen. Es müßte unsere erste und oberste Aufgabe sein, diesen U-Bootkrieg zu bekämpfen . . . Ich bin besorgt über die Dringlichkeit, mit der wir den Feind dieser Offensivwaffe berauben müssen. Wir wissen nur zu gut, daß die U-Bootsgefahr ernst, sehr ernst, äußerst ernst ist." Hierzu schrieb die „Daily Mail“ am 14. November, die U-Bootgefahr sei die ernsthafteste von allen. Man stelle sich nur einmal vor, was der U-Bootfeldzug der Achsenmächte für die alliierten Streitkräfte in Übersee und neuerdings in Nordafrika bedeutet. Wenn Smuts sich in seiner Rede derart ausführlich mit der Unterseebootsgefahr beschäftigte, dann werde man wohl mit Recht vermuten, daß seine Ausführungen auf erstklassigen Informationen beruhten. Das Gebiet der U-Bootangriffe im Atlantik ändere sich ständig. Auf Seiten der Alliierten fehle es an jeder planmäßigen Verfolgung der U-Bootgefahr. Der erste Lord der Admiralität, Alexander, aber erklärte am 17. November: „In dem größten aller Probleme, denen wir gegenüberstehen, nämlich in dem der U-Boote, haben wir noch keinen endgültigen Sieg errungen.“ In seiner Rundfunkrede vom 29. November äußerte Churchill: „Denkt daran, daß der U-Bootkrieg nicht nachläßt, sondern schlimmer wird!“

Diese Äußerungen sind eine klare Bestätigung für die Bemerkungen des Führers in seiner Rede vom 8. November, die zum Ausdruck brachten, daß wir gegenwärtig mehr U-Boote besitzen als je, und daß ihre Zahl immer weiter zunimmt.

Auf dem dritten Kriegsschauplatz, in Nordafrika, ist eine bedeutsame Wendung insofern eingetreten, als die Offensive der englischen achten Armee aus dem ägyptischen Raum durch einen amerikanisch-englischen Angriff auf Französisch-Nordafrika ergänzt worden ist. Als Ziel beider Unternehmungen wurde von Seiten unserer Kriegsgegner erklärt, man wolle die Achsenstreitkräfte in Afrika vernichten und von der Nordküste Afrikas den Angriff auf die Südküsten Europas, in erster Linie auf Italien, beginnen. Die achte englische Armee hat zweifellos einen Teilerfolg errungen. Die Ergebnisse der großartigen Offensive Rommels, die im Frühsommer dieses Jahres von der großen Syrte bis an die Tore Ägyptens geführt hat, sind wieder verloren gegangen. Aber das operative Ziel, das sich die Engländer gesetzt hatten, nämlich die Einkreisung der Armee Rommels und ihre Vernichtung durch den Einsatz überlegener Menschen- und Materialmengen, ist nicht erreicht worden. Rommel hat sich als ein ebenso großer Meister in der Defensive und im Rückzugsmanöver wie früher in der Offensive und in umfassenden Vorwärtsbewegungen erwiesen. Seine Armee steht an der Grenze von Tripolis zu neuem Kampf bereit.

92 In den Nacht- und Morgenstunden des 8. November griffen amerikanische und englische Seestreitkräfte die Atlantik- und Mittelmeerküste von Französisch-Nordafrika an, landeten an zahlreichen Orten beträchtliche, mit viel schweren Waffen versehene Verbände und besetzten in den folgenden Tagen alle wichtigen Häfen von Französisch-Marokko und Algier. Während die französischen Flotteneinheiten in Casablanca und in Oran den Kampf mit den Angreifern aufnahmen und gegen eine erdrückende Übermacht bis zur Selbstvernichtung kämpften, war der Widerstand der französischen Armee nur gering. In Casablanca, besonders aber in Algier, gingen beträchtliche Formationen sofort zum Angreifer über, während an anderen Stellen nur geringer Widerstand geleistet wurde. Dies geht schon aus den geringen Verlusten der französischen Landtruppen hervor, die während der ganzen Dauer der Kämpfe in Marokko an Toten nur 20 Offiziere und 138 Unteroffiziere und Mannschaften betrogen, während die französische Marine allein in Casablanca mehr als das Zehnfache an Toten zu verzeichnen hatte. Am auffälligsten trat der mangelnde Kampfwille und der offene Verrat in der Stadt Algier, der Hauptstadt Algeriens, das bekanntlich keine Kolonie, sondern verwaltungsmäßig ein Teil Frankreichs mit derselben Verwaltungseinteilung in Departements ist, und das auch die zahlreichste weiße französische Bevölkerung aller überseeischen Besitzungen Frankreichs hat, in Erscheinung. Die Garnison der Stadt, in der sich zugleich das Hauptquartier der Verteidigung Algeriens befand, ging sofort zur Dissidenz über, während in der zweiten wichtigen Hafenstadt Algeriens, in Oran, die dort liegenden Marineeinheiten wirklich kämpften und auch die Landarmee einige Tage Widerstand leistete. In ganz Marokko, wo General Nogues das Kommando führte, wurde nur scheinbar Widerstand geleistet und schon am 12. November mit den Amerikanern ein Waffenstillstand abgeschlossen.

Eine besondere Rolle spielte bei den ganzen Ereignissen der Admiral Darlan, der bekanntlich nach dem Sturz Lavais am 13. Dezember 1940 dessen Nachfolge antrat und bis zur Wiederbetrauung Lavais am 15. April d. J. unter Petain die Regierung Frankreichs führte. Darlan war „zufällig“, angeblich zum Besuch eines schwerkranken Sohnes, in Algier. Zuerst hörte man, er sei von den abtrünnigen Truppen in Algier gefangen genommen worden und sei der Gefangene des dort kommandierenden amerikanischen Generals. Aber in Vichy gingen Telegramme von ihm ein, und er antwortete auf Telegramme des Marschalls Petain.

93 Inzwischen hat sich alles geklärt und ist die Rolle Darlans eindeutig geworden: Darlan hat offensichtlich ebenso wie zahlreiche andere hohe französische Offiziere und Verwaltungsbeamte nicht nur die Verteidigung von Französisch-Nordafrika verraten, als der amerikanisch-englische Angriff erfolgte, sondern er und eine ganze Gruppe anderer, praktisch die ganzen leitenden französischen Männer in Nordafrika waren mit den Angreifern seit langem im Einverständnis. Die amerikanische Landungsoperation ist erfolgt nach monatelanger intensiver Vorbereitung nicht nur in England und in den Vereinigten Staaten selbst, sondern auch an Ort und Stelle in Nordafrika.

General Weygand, der in Nordafrika nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand längere Zeit das Oberkommando führte, hatte 1941, zwar im Einverständnis mit Vichy, aber doch weitestgehend selbständig ein Wirtschaftsabkommen mit den USA noch vor deren Eintritt in den Krieg abgeschlossen, auf Grund dessen die Amerikaner nach Nordafrika Benzin, Zucker und verschiedene andere Waren lieferten, gegen die Ausfuhr einheimischer nordafrikanischer Produkte. Angeblich zur Kontrolle der Verteilung dieser amerikanischen Einfuhr und zur Sicherung dagegen, daß sie wieder zu den Ach-

senmächten ausgeführt würde, schickte Roosevelt nach Französisch-Nordafrika zahlreiche „Konsuln“ mit einem noch zahlreicheren Hilfspersonal. In Wirklichkeit waren es größtenteils Offiziere in Zivil und Agenten jeder Art, deren Aufgabe die Spionage, die Anknüpfung von Beziehungen, die Propaganda, kurz die Vorbereitung der amerikanischen Invasion, gewesen ist! Sie wußten natürlich nicht nur aufs genaueste über Stärke und Bewaffnung der französischen Streitkräfte, sondern auch über die Einstellung jedes Offiziers und jedes Beamten Bescheid. Ihre Arbeit bereitete die Ereignisse des 8. November und der folgenden Tage, den Verrat und die Auslieferung Französisch-Nordafrikas an die Amerikaner vor.

Gleichzeitig geschah dasselbe in Vichy durch die zahlenmäßig außerordentlich starke amerikanische Botschaft und deren Waffenattaches, die in Vichy selbst und auch sonst im unbesetzten Gebiet ihre Agenten und Mittelsleute unterhielten. Ohne Zweifel hat sich Darlan, dessen Ehrgeiz tief gekränkt wurde, als er Laval wieder den Weg zur Macht freigeben mußte, mit den Amerikanern — er ist mit einer Amerikanerin verheiratet — gefunden. Die große Inspektionsreise, die ihn im Oktober d. J. durch ganz Nordafrika und bis hinunter nach Dakar führte, stand offenbar schon im Dienste des großen verräterischen Planes. Überall stellte er damals angeblich befriedigt Kampfgeist, Verteidigungsbereitschaft und Vorbereitung für die Abwehr jedes möglichen Angriffes fest — ein einziges großes Täuschungsmanöver, bei dem die führenden Leute in Französisch-Nordafrika, besonders Nogues, irgendwie im Einverständnis gewesen sein müssen.

Schon die geringe Zahl der von den Amerikanern am 8. November und den folgenden Tagen an Land gesetzten Truppen, die Zahl ihrer Divisionen war nicht größer als die der in Nordafrika stationierten

94 französische — wäre völlig ungenügend gewesen, vielleicht nicht um die Hafenstädte zu besetzen, sicher aber um die umfangreichen Ländergebiete, die ein Mehrfaches der Fläche Frankreichs, nämlich etwa 2,8 Millionen Quadratkilometer groß sind, zu erobern und zu besetzen, wenn die französischen Truppen und ihre Führer zum Kampf entschlossen gewesen wären. Der „Kampf“ wurde aber beendet, ohne daß der größte Teil der einsatzfähigen französischen und eingeborenen Truppen überhaupt zum Einsatz kam. Die französischen Marinestreitkräfte in Oran und Casablanca, deren Befehlshaber man offensichtlich auf Seiten der Verräter nicht sicher war, wurden kaltblütig geopfert.

Offensichtlich gingen die Pläne der Verräter aber noch weiter. Man wollte nicht nur die französische Flotte in Toulon zum Anschluß an die Anglo-Amerikaner bringen, sondern man hatte auch Angriffsabsichten auf Punkte an den Südküsten Europas.

Auf den amerikanisch-englischen Angriff und den französischen Verrat antworteten die Achsenmächte schnell, drastisch und wirksam. In den frühen Morgenstunden des 11. November wurde in Vichy von der amtlichen deutschen Vertretung der französischen Regierung mitgeteilt, daß die Truppen der Achse sofort in das bisher unbesetzte Frankreich einrücken würden, um die Mittelmeerküste Frankreichs und die Insel Korsika zu besetzen und einem Angriff von englisch-amerikanischer Seite zuvorzukommen. Schon vorher war von der französischen Regierung verlangt und auch zugestanden worden, daß Truppen der Achse in Bizerta landeten, um Tunis gegen den Einmarsch amerikanischer und englischer Streitkräfte zu sichern.

Gleichzeitig mit der deutschen Demarche in Vichy wurde ein Brief des Führers an Marschall Petain übergeben. Anlässlich des Einmarsches der deutschen Truppen in das bisher unbesetzte Frankreich wurde ein Aufruf des Führers an das französische Volk durch Rundfunk, Straßenanschlag und Abwurf aus der Luft bekanntgegeben.

Beide Dokumente begründen die militärische Initiative der Achsenmächte und müssen deshalb hier im Wortlaut zitiert werden. Der Brief des Führers hat folgenden Wortlaut:

Herr Marschall!

95 Seit dem Tag, seitdem mich das Schicksal zur Führung meines Volkes berief, habe ich mich ehrlich bemüht, ein besseres Verhältnis zu Frankreich, selbst unter schweren Verzichten Deutschlands herzustellen. Wenn diese Versuche erfolglos blieben, war es nicht meine Schuld. Die am 3. September (3. 9. 1939) von England und Frankreich Deutschland übersandten Kriegserklärungen haben mich und das deutsche Volk deshalb um so tiefer berührt, als weder für England, noch für Frankreich ein auch nur einigermaßen triftiger Grund hierfür vorhanden war. Der schnelle und für Frankreich so unglücklich ausgehende Feldzug konnte mich trotzdem nicht von dem Gedanken befreien, die Bildung einer besseren europäischen Solidarität wenigstens für die Zukunft noch offen zu lassen. Ich habe in diesem Sinne in die Waffenstillstandsbedingungen nichts eingefügt, was der in der Präambel angekündigten Zielsetzung widersprechen würde oder in ihrem Sinne nicht unbedingt notwendig gewesen wäre. Das Deutsche Reich hat deshalb auch die damalige Schwäche Frankreichs nicht ausgenutzt, um Erpressun-

gen auszuüben, sondern nur das gefordert, was ein Sieger in einem solchen Falle zu fordern gezwungen ist, nämlich: die Sicherstellung des Erfolges, das heißt die Garantie dafür, daß der Waffenstillstand nicht eine vorübergehende Episode, sondern die praktische Beendigung des Krieges bedeutet und endlich, daß dieser Waffenstillstand unter keinen Umständen infolge seiner Milde zu einer Verschlechterung der militärischen Situation des Reiches führen dürfte für den Fall einer durch die Intransigenz des früheren Verbündeten Frankreichs verschuldeten Fortdauer dieses Krieges.

Deutschland hat in dieser Zeit keine Forderung auf die französische Kriegsflotte erhoben, es hat auch nicht im geringsten eingegriffen in die Souveränität der französischen Regierung in ihrem Kolonialreich.

In der Hoffnung, den Krieg doch noch nach Europa tragen zu können, haben England und Amerika nunmehr begonnen, französische Gebiete in West- und Nordafrika anzugreifen und sie zu besetzen. Frankreich ist seinerseits nicht in der Lage, diesem Angriff auf die Dauer zu widerstehen. Deutschland und Italien können aber unter keinen Umständen zusehen, daß hier der Waffenstillstandsvertrag eine Auswirkung erhält, die sich auf die Dauer gegen die beiden Staaten richten muß.

In genauer Beobachtung der Bewegungen der amerikanisch-englischen Transportverbände sowie durch eine Anzahl von nicht mehr anzuzweifelnden Meldungen haben die deutsche und die italienische Regierung erfahren, daß das nächste Ziel der britisch-amerikanischen Invasion Korsika und Südfrankreich selbst sein sollen.

Damit sind die Voraussetzungen und Grundlagen des Waffenstillstandsvertrages ohne Verschulden Deutschlands und Italiens beseitigt.

Die deutsche und italienische Regierung sind unter diesen Umständen übereingekommen, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um der Fortsetzung der englisch-amerikanischen Anschläge wirksamst entgegenzutreten.

96 Ich beehre mich, Ihnen, Herr Marschall, unter diesen Umständen zu meinem Leidwesen mitteilen zu müssen, daß ich zur Abwehr der uns drohenden Gefahr mich gezwungen gesehen habe, in Übereinstimmung mit der italienischen Regierung meinen Truppen den Befehl zu geben, auf schnellstem Wege durch Frankreich hindurch die Mittelmeerküste zu besetzen und zweitens am Schutze Korsikas gegen den drohenden Angriff der amerikanisch-englischen Streitkräfte teilzunehmen.

Ich bin zu diesem Schritte besonders gezwungen worden durch das Verhalten eines französischen Generals, der in seiner Kriegsgefangenschaft eine Krankheit simulierte und aus diesem Grunde dank der ihm gegebenen Erleichterungen zu fliehen vermochte und der dann entgegen der mir erteilten Versicherung seiner ehrenhaftigen Verpflichtung Ihnen, Herr Marschall, gegenüber im Dienste der angelsächsischen Einbruchsmächte nunmehr wieder nicht nur gegen Deutschland, sondern sogar gegen sein eigenes Land zu kämpfen entschlossen ist.

Ich darf Ihnen daher an dieser Stelle mitteilen, Herr Marschall, daß sich das Vorgehen der deutschen Truppen nicht gegen Sie als Staatsoberhaupt und verehrungswürdigen Führer tapferer französischer Soldaten des Weltkrieges oder gegen die französische Regierung richtet, als auch nicht gegen all jene Franzosen, die den Frieden wünschen und die vor allem es vermeiden wollen, daß ihr eigenes schönes Land noch einmal zum Kriegsschauplatz wird.

Ich möchte Ihnen in diesem Sinne auch versichern, daß sich der Einmarsch der verbündeten Truppen in Frankreich nicht richtet gegen die französische Wehrmacht, sondern daß ich noch immer in der Hoffnung lebe, eines Tages mit ihr gemeinsam Europa und den zu Europa gehörenden afrikanischen Besitz gegenüber der angelsächsischen räuberischen Koalition zu verteidigen.

Endlich soll sich dieser Einmarsch nicht richten gegen die französische Verwaltung, von der ich hoffe, daß sie ihren Aufgaben wie bisher nachgehen wird; denn das einzige Ziel unseres Vorgehens ist es nur, zu verhindern, daß sich die nordafrikanischen Zustände plötzlich auch an der südfranzösischen Küste wiederholen. Dagegen Vorsorge zu treffen, fühle ich mich vor meinem Volk und in weiterem Sinne vor ganz Europa verantwortlich; denn das Aufgehen dieses Kontinents in einem neuen Kriege könnte nur zur Vernichtung aller europäischen Staaten und vor allem der gesamten europäischen Kultur führen.

Ich möchte Ihnen dabei noch versichern, Herr Marschall, daß ich im selben Augenblick, in dem sich die Lage im Mittelmeer soweit gebessert hat, daß von einer Gefährdung der im Waffenstillstandsvertrag niedergelegten Interessen des Reiches nicht mehr gesprochen werden kann, entschlossen bin, meine Truppen sofort wieder hinter die alte Demarkationslinie zurückzuführen.

Ebenso möchte ich Ihnen, Herr Marschall, endlich noch versichern, daß Sie und Ihre Regierung sich von jetzt ab in ganz Frankreich frei und ungehindert bewegen können; denn ich habe mich seinerzeit

97 gegen die Verlegung der Regierung nach Versailles nur deshalb ausgesprochen, weil ich fürchtete, daß von der feindlichen Propaganda immer nur behauptet worden wäre, Sie, Herr Marschall, und Ihre Regierung seien der Freiheit beraubt und unter diesen Umständen nicht mehr in der Lage, Ihre Geschäfte wahrzunehmen. Nachdem nun durch die oben geschilderten Umstände das Reich und Italien gezwungen sind, zum Schutze der durch die Waffenstillstandsverträge niedergelegten Interessen der drohenden englisch-amerikanischen Invasion entgegenzutreten und damit auch die Grenzen des übrigen Frankreich zu besetzen, fällt dieser Grund für das Verbleiben der französischen Regierung in Vichy weg.

Ich möchte daher diesen Augenblick benutzen, um Ihnen die Zurücknahme dieses bisherigen Vorbehaltes mitzuteilen.

Ich kann verstehen, wie schwer Sie, Herr Marschall, das Schicksal Ihres Landes trifft, allein ich darf Sie bitten, an das Schicksal meines eigenen Volkes zu denken, das seit Jahren einen ihm ohne seine Schuld aufgezwungenen Krieg zu führen hat und auch jetzt nur unter dem Zwang der härtesten Notwendigkeit die oben mitgeteilte Entscheidung hat treffen müssen. Ich spreche die Hoffnung aus, daß es nicht nur aus diesem Anlaß zu keinem neuen Blutvergießen zwischen Frankreich und Deutschland kommt, sondern daß im Gegenteil durch diesen Schritt gegen die außerkontinentalen Friedensstörer eine Annäherung der europäischen Völker stattfinden wird. Deutschland ist deshalb entschlossen, wenn irgend möglich, Seite an Seite mit den französischen Soldaten die Grenzen Ihres Landes und damit auch die Grenzen der europäischen Kultur und Zivilisation zu verteidigen. Was an den deutschen Truppen liegt, um diesem Zweck durch ihre Haltung und Einstellung dem französischen Volk und seinen Soldaten gegenüber zu dienen, wird geschehen. Ich möchte Sie aber, Herr Marschall, noch bitten, daß auch die französische Regierung in dieser Stunde alles veranlaßt, was geeignet ist, Spannungen zu beseitigen und einen reibungslosen Verlauf dieses im Sinne der Interessen auch Frankreichs notwendigen Schrittes garantieren kann.

Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Verehrung bin ich, Herr Marschall,
Ihr ergebener
gez. Adolf Hitler.

Der Aufruf des Führers an das französische Volk lautet wie folgt:
Franzosen!

Offiziere und Soldaten der französischen Wehrmacht!

Am 3. September 1939 wurde durch die englische Regierung ohne Grund und ohne jede Veranlassung Deutschland der Krieg erklärt.

98 Es ist damals leider den verantwortlichen Arrangeuren dieses Krieges gelungen, auch die französische Regierung zu bewegen, sich ihrerseits der englischen Kriegserklärung anzuschließen..

Für Deutschland bedeutete dies eine unverständliche Herausforderung.

Die deutsche Regierung hatte von Frankreich nichts gefordert und nichts verlangt. Sie hatte an Frankreich keine Zumutungen gestellt, die es hätten verletzen können.

Das deutsche Volk, das nun mit dem Blute seiner Männer diesem Angriff entgetreten mußte, hatte keinen Haß gegen Frankreich empfunden. Trotzdem brachte dieser damit ausgelöste Krieg über zahllose Familien in beiden Ländern Leid und Unglück.

Nach dem Zusammenbruch der französisch-englischen Front, die mit der Flucht der Engländer aus Dünkirchen zur Katastrophe ausartete, erging an Deutschland das Ersuchen um die Gewährung eines Waffenstillstandes.

Das Deutsche Reich hat in diesem Waffenstillstand nichts verlangt, was der Ehre der französischen Armee hätte Abbruch tun können. Aber es mußte Vorsorge getroffen werden dagegen, daß, wie es im Interesse der britischen Kriegsanstifter liegt, durch bezahlte Agenten früher oder später der Kampf wieder würde beginnen können.

Das Ziel Deutschlands aber war es nicht, Frankreich zu demütigen oder zu vernichten oder das französische Weltreich zu zerstören, sondern das Ziel war im Gegenteil, durch eine» späteren vernünftigen Frieden eine allgemeine Atmosphäre der gegenseitigen Verständigung in Europa herbeizuführen.

Seit dieser Zeit haben England und nunmehr auch Amerika versucht, wieder auf französischem Boden Fuß zu fassen, um den Krieg — so wie es in ihrem Interesse liegt — auf fremder Erde weiterzuführen. Nachdem diese Anschläge überall jämmerlich zusammengebrochen waren, fand nun der englisch-amerikanische Überfall auf die west- und nordafrikanischen Kolonien statt. Hier ist der Kampf infolge

der Schwäche der französischen Besetzungen leichter zu führen als gegen die von Deutschland verteidigten Küsten im Westen.

Seit 24 Stunden ist nun der deutschen Regierung bekannt, daß in Ausweitung dieser Operation der nächste Angriff gegen Korsika zur Inbesitznahme der Insel und gegen die südfranzösische Küste stattfinden soll.

Ich habe mich unter diesen Umständen entschließen müssen, der deutschen Wehrmacht den Befehl zum sofortigen Durchmarsch durch das bisher unbesetzte Gebiet an die von den englisch-amerikanischen Landungstruppen vorgesehenen Stellen zu geben.

99 Die deutsche Wehrmacht kommt deshalb aber nicht als Feind des französischen Volkes und als Feind seiner Soldaten. Sie hat nicht die Absicht, in diesen Gebieten zu regieren. Sie hat nur ein Ziel: jeden amerikanisch-englischen Landungsversuch im Verein mit seinem Verbündeten zurückzuschlagen.

Marschall Petain und seine Regierung sind vollständig frei und können ihren verantwortlichen Pflichten nachgehen wie bisher. Es steht von jetzt ab auch einer Verwirklichung ihres früheren Wunsches, nach Versailles zu ziehen und von dort aus Frankreich zu regieren, nichts mehr im Wege. Die deutschen Truppen sind angewiesen, durch ihre Haltung dem französischen Volk so wenig als möglich Belastungen zuzufügen. Möge das französische Volk aber bedenken, daß es durch die Haltung seiner Regierung im Jahre 1939 das deutsche Volk in einen schweren Krieg gestürzt hat, der über Hunderttausende von Familien tiefes Leid und Bekümmernis gebracht hat.

Es ist der Wunsch der deutschen Regierung und ihrer Soldaten, wenn irgend möglich nicht nur mit den Angehörigen der französischen Wehrmacht gemeinsam die französischen Grenzen zu schützen, sondern vor allem auch mitzuhelfen, die afrikanischen Besitzungen der europäischen Völker für die Zukunft vor räuberischen Angriffen zu bewahren.

Nur dort, wo ein blinder Fanatismus oder wo durch bezahlte englische Agenten dem Vormarsch unserer Verbände Widerstand entgegengesetzt werden sollte, wird die Waffe die Entscheidung erzwingen. Im übrigen werden sicher zahlreiche Franzosen den verständlichen Wunsch besitzen, von der Besetzung erlöst zu werden. Aber sie alle dürfen überzeugt sein, daß es auch dem deutschen Soldaten lieber wäre, in seiner Heimat bei Frau und Kind oder im Elternhaus leben und friedlich arbeiten zu dürfen. Je schneller deshalb die Macht niedergeschlagen wird, die seit 300 Jahren in Europa Staat gegen Staat hetzt und die auch Frankreich in der Vergangenheit so oft beraubte und augenblicklich wieder zu berauben im Begriff ist, um so früher werden die Wünsche der besetzten französischen Lande und der besetzenden deutschen Soldaten gemeinsam in Erfüllung gehen.

Alle besonderen Fragen werden im Einvernehmen mit den französischen Behörden geregelt und gelöst.

Den 11. November 1942.

gez.: Adolf Hitler.

100 Beide Dokumente ergänzen sich. Sie umreißen Sinn und Inhalt des deutsch-französischen Verhältnisses, die Feindschaft von früher, den Sieg Deutschlands über Frankreich, die Bereitschaft des Siegers, Frankreich zu schonen und dadurch die Versöhnung mit ihm im Rahmen eines neuen Europa einzuleiten. Der Brief des Führers fixiert ferner die völkerrechtliche Seite des Problems, die Tatsache, daß, während Deutschland sich an die Bestimmungen des Waffenstillstandes gehalten hat, durch die Aktion unserer Feinde „die Voraussetzungen und Grundlagen des Waffenstillstandsvertrages ohne Verschulden Deutschlands und Italiens beseitigt“ worden sind. Der Marsch der Achsentruppen in das bisher unbesetzte Frankreich solle aber keine Besetzung dieser Gebiete in dem Sinne sein, wie es der Waffenstillstandsvertrag für das bisher schon besetzte Frankreich vorsah, sondern die französische Verwaltung solle dadurch nicht berührt werden. Die französische Regierung solle in ihrer Souveränität nicht beschränkt sein und auch die Möglichkeit haben, sich wieder in Paris niederzulassen. Schließlich wird sowohl im Briefe des Führers wie in seinem Aufruf an das französische Volk der Wunsch zur Zusammenarbeit mit der französischen Wehrmacht bei der Verteidigung der französischen Küsten gegen eventuelle Angriffe Englands und der USA ausgesprochen.

Als der Oberbefehlshaber des deutschen Westheeres, Generalfeldmarschall von Rundstedt, am Vormittag des 11. November Marschall Petain in Vichy einen Besuch machte, sprach Petain den Wunsch aus, von der Besetzung der französischen Mittelmeerküste möge Frankreichs Kriegshafen Toulon, in dem das Gros der Frankreich verbliebenen Kriegsflotte lag, ausgenommen werden. Diesem Wunsche entsprach der Führer sofort. Die Verteidigung Toulons wurde der französischen Armee und der französischen Marine überlassen. So erschien die französische Wehrmacht praktisch eingereicht in die eu-

ropäische Verteidigungsfront, gewiß ein Akt großen Vertrauens der Siegermacht gegenüber dem besiegten Frankreich und vermutlich wesentlich bedingt durch die damals noch vorliegenden Nachrichten über eine tatsächliche Verteidigung Französisch-Nordafrikas gegen den amerikanisch-englischen Angriff. Die Pariser Presse unterstrich gerade dieses Faktum mit freudiger Genugtuung. Nun sei endlich Frankreich an die Seite Deutschlands getreten, um an Verteidigung und Aufbau Europas seinen Teil zu übernehmen und als ein mithandelnder Faktor aufzutreten.

Der Durchmarsch der deutschen und italienischen Truppen und die Besetzung der französischen Mittelmeerküste und der Insel Korsika vollzogen sich ohne Zwischenfälle. Die Bevölkerung des unbesetzten Gebietes erlebte zum erstenmal jenes Schauspiel, das das besetzte Frankreich seit dem Juni 1940 immer wieder vor sich hat, das Bild einer mit den modernsten Mitteln ausgerüsteten, disziplinierten, gegenüber der Zivilbevölkerung höchst rücksichtsvollen Armee, die so völlig im Widerspruch ist zu der historischen Barbarenlegende französischer chauvinistischer Geschichtsschreibung und Propaganda. Diese Armee bewegte sich seit dem frühen Morgen des 11. November mit erstaunlicher Schnelligkeit und mit gewohnter Präzision in die ihr befohlenen Aufmarschräume am Mittelmeer, während die ita-

101

lienenischen Truppen von der italienischen Grenze her ihren Aufmarschräumen zustrebten. Schon am 12. November waren alle Marschziele erreicht. Am 16. November hieß es im Tagesbericht des Oberkommandos der Wehrmacht aus dem Führerhauptquartier: „Deutsche und italienische Truppen sind in vollem Einverständnis mit den französischen zivilen und militärischen Behörden in Tunesien gelandet.“ Der Hafen von Bizerta, der wichtigste französische Flottenstützpunkt an der Nordküste Afrikas, zugleich diejenige Stelle, wo der afrikanische Kontinent sich Sizilien am meisten nähert, war damit in der Hand der Achsentruppen, die so die kürzeste Verbindungslinie nach Afrika gewannen. Der strategisch wichtigste Punkt Französisch-Nordafrikas war also dem amerikanisch-englischen Angriff entzogen. Seitdem liegen die Landungshäfen für den englischen und amerikanischen Nachschub, besonders Algier und Bone, fortgesetzt unter den Angriffen der deutschen und italienischen Luftwaffe.

Kurze Zeit war es strittig, ob die in Tunesien stehende französische Division dem Befehl Petains entsprechend sich der amerikanisch-englischen Invasion entgegenstellen und somit mit den Achsentruppen gemeinsam zur Verteidigung des ihrem Schutz anvertrauten Protektorats Tunis antreten würde. Der dort kommandierende General Barre erklärte sich jedoch für Darlan, d. h. für den Abfall von Vichy. Damit war also der Verrat im gesamten französischen Nordafrika vollständig.

Während so Frankreichs nordafrikanische Kolonialarmee für die Verteidigung dieser Gebiete gegen die fremde Invasion völlig versagte, traten Unterseeboote und Flugwaffe der Achsenmächte ihr wirkungsvoll entgegen. Am 17. November wurde mitgeteilt, daß die in den Küstengewässern Französisch-Nordafrikas vernichtete oder beschädigte Transporttonnage der Amerikaner und Briten sich bereits auf 440 000 Tonnen belaufe. Inzwischen sind weitere beträchtliche Verluste eingetreten.

Am 27. November gab das Oberkommando der Wehrmacht folgendes bekannt: „Nach dem Überfall britisch-amerikanischer Streitkräfte auf das französische Kolonialgebiet rückten deutsche und italienische Truppen in das bis dahin unbesetzte Frankreich ein, um dieses gemeinsam mit der französischen Wehrmacht gegen weitere Übergriffe der britisch-amerikanischen Angreifer zu schützen. Nach ehrenwörtlicher Verpflichtung französischer Truppen- und Flottenbefehlshaber, sich mit ihren Verbänden in den Rahmen der Gesamtverteidigung einzugliedern, wurde nach dem Willen des Führers die französische Wehrmacht nicht nur unangetastet gelassen, sondern zum Teil verstärkt und aufgerüstet sowie der besonders wichtige Festungsabschnitt Toulon mit der französischen Mittelmeerflotte selbständiger französischer Verteidigung überlassen.“

102

In der Zwischenzeit haben sich Ehrenwortbrüche und Fluchtversuche hoher französischer Offiziere gehäuft. Ebenso wurde erkennbar, daß eine systematische Verhetzung der zur Zusammenarbeit bereiten französischen Wehrmacht durch angelsächsische Einflüsse immer weiter um sich griff und in den letzten Tagen auch bei der Flotte in Toulon Eingang fand. In der Erkenntnis, daß diese politische Spaltung der französischen Wehrmacht in zunehmendem Maße die Sicherheit der deutschen und italienischen Besatzungstruppen gefährdete und die Autorität der französischen Staatsführung untergrub, gaben Führer und Duce in der vergangenen Nacht den Befehl, die Festung Toulon zu besetzen, die französische Mittelmeerflotte an der geplanten Ausfahrt zu verhindern und die unsicheren Kontingente der französischen Wehrmacht zu demobilisieren. Deutsche und italienische Truppen haben diesem Befehl blitzartig Folge geleistet, den an einzelnen Stellen aufflammenden Widerstand durch angelsächsische Einwirkung verhetzter Elemente im Keime erstickt und in wenigen Stunden die gestellten Aufgaben durchgeführt. Stadt und Hafen Toulon sind seit den frühen Morgenstunden fest in der Hand

unserer Truppen. Ein Teil der französischen Flotte hat sich trotz des Gegenbefehls der französischen Regierung versenkt. Die Demobilisation der zersetzten französischen Verbände ist im Gange und wird in Kürze durchgeführt werden."

Am gleichen Tage wurde in Vichy in den frühen Morgenstunden ein Brief des Führers an den französischen Staatschef Marschall Petain überreicht, der folgenden Wortlaut hat:

Berlin, den 26. November 1942.

Herr Marschall! Als ich mich am 11. November 1942 im Einvernehmen mit den Verbündeten Deutschlands entschließen mußte, zur Sicherung der Verteidigung des Reiches gegenüber dem uns einst von Frankreich und England aufgezwungenen Kriege die französische Südküste zu besetzen, geschah es zugleich in der Hoffnung, damit eine Klärung der inneren Verhältnisse Ihres Landes herbeizuführen, die nicht nur im deutschen und italienischen, sondern ebenso im französischen Interesse liegt.

Ich darf rückblickend noch einmal feststellen, daß es im September 1939 nicht Deutschland war, das Frankreich oder England den Krieg erklärt hat, sondern daß ich im Gegenteil seit der Übernahme der Regierungsgewalt kaum eine Möglichkeit verstreichen ließ, um das Verhältnis gerade zwischen Deutschland und Frankreich aus den Belastungen des Versailler Diktates heraus in eine wirkliche freundschaftliche Zusammenarbeit zu verwandeln. Deutschland hat dabei an Frankreich keine andere Forderung gerichtet als nur die eine, die von Deutschland angebotene Hand nicht zurückzustoßen.

103 Leider ist es den gewissenlosen angelsächsischen und letzten Endes auch dort in erster Linie jüdischen Drahtziehern gelungen, jede versöhnliche Geste des neuen Reiches als ein Zeichen der deutschen Schwäche auszulegen, jedes Friedensangebot späterhin als den Beweis eines bevorstehenden Zusammenbruchs. Während im Deutschen Reich weder durch die Regierung noch von irgendeiner anderen Seite, sei es durch Reden oder durch die Presse, an Frankreich Forderungen oder gar die französische Ehre verletzende Anträge gerichtet waren, verlangten die verantwortlichen Hetzer in Paris die Zerstückelung des Deutschen Reiches, die Versklavung des deutschen Volkes, die Beseitigung der Grundlagen unserer sozialen Gesetzgebung, vor allem aber die restlose Wiederherstellung der unbeschränkten Ausplünderungsrechte der in Deutschland in die gebührenden Schranken zurückgewiesenen jüdischen Rasse.

Es ist mir bekannt, daß Sie selbst, Herr Marschall, an diesem Treiben zum Kriege keinen Anteil haben. Es wird aber auch Ihnen bekannt sein, daß ich noch nach dem Polenfeldzug meine früheren Erklärungen wiederholte und ohne jede Forderung des Deutschen Reiches einen Frieden anbot, der nur der europäischen Zusammenarbeit dienen sollte. So wie schon in den ersten Tagen des September 1939 haben auch nach der Beendigung des Polenfeldzuges die Interessenten der europäischen Selbstzerfleischung sowie der finanziellen Ausnützung des Krieges diesen Appell an die Vernunft überschrien und die Weiterführung des Krieges um jeden Preis gefordert. So mußte denn der von Ihrer damaligen Regierung dem Deutschen Reiche und damit letzten Endes dem mit dem Deutschen Reich verbündeten Italien aufoktroierte Kampf mit den Waffen statt mit der Vernunft ausgetragen werden.

Trotz dem weltgeschichtlich einmaligen Siege habe ich nichts getan, was die französische Ehre hätte kränken können, sondern im Waffenstillstandsvertrage nur jene Sicherungen gefordert, die eine Wiederaufnahme des Kampfes unter allen Umständen verhindern sollten. Es ist auch später niemals eine Forderung erhoben worden, die damit im Widerspruch gestanden wäre.

Es ist Ihnen bekannt, Herr Marschall, daß alle Behauptungen, die von englischer oder amerikanischer Seite als von den an diesem Kriege hauptsächlich interessierten Antreibern ausgestreut wurden, Deutschland wolle sich der französischen Flotte bemächtigen, oder es habe in diesem Sinne Forderungen gestellt, glatte Erfindungen bzw. bewußte Lügen sind. Während das Deutsche Reich infolge des ihm von Frankreich mit aufgezwungenen Krieges immer noch schwere Opfer zu tragen hat, konnte das französische Volk seitdem im Frieden leben, insoweit ihm nicht seine Verbündeten selbst durch Überfälle zur See oder in der Luft Blutopfer zufügten. In dieser gleichen Zeit hat das Deutsche Reich von 1
104 960 000 Gefangenen über 700 000 nach und nach entlassen, ein Vorgang, der in der Kriegsgeschichte, glaube ich, einmalig ist. Wenn dieser Prozeß sich allmählich totlief, dann nur, weil leider in Ihrem Lande die intransigenten Elemente selber es immer wieder fertigbrachten, eine wirkliche Zusammenarbeit zu sabotieren.

Es war Ihr eigener Wunsch, Herr Marschall, mich einst zu sprechen, um die Möglichkeiten einer solchen Zusammenarbeit zu finden und niederzulegen. Ich bin diesem Wunsche nachgekommen, und es wurden nun in Montoire Besprechungen geführt, die — wie ich der Überzeugung war — die Grundlage zu einer allgemeinen Entspannung hätten geben können. Es ist leider damals den Interessenten des

Krieges in Frankreich selbst gelungen, schon wenige Wochen später diese Zusammenarbeit zu Fall zu bringen, unter einer Motivierung, die für mich auch persönlich unendlich verletzend wirken mußte. Ich bin gezwungen, hier festzustellen, daß ganz offen die Behauptung ausgesprochen wurde, der Sohn Napoleons wäre von mir nur zu dem Zwecke nach Paris gebracht worden, um Sie, Herr Marschall, dabei einzuladen und damit in deutsche Hände bringen zu können. Ich muß nun feststellen, daß Sie, Herr Marschall, selbst damals immer wieder gebeten hatten, nach Versailles übersiedeln zu dürfen und ich dies immer wieder ablehnte, mit dem Hinweis darauf, die übrige Welt würde daraus — und wenn auch noch so zu Unrecht — die Behauptung ableiten, die französische Regierung befände sich unter deutscher Gewalt.

Obwohl sich schon dieser Vorgang in einem direkten krassen Gegensatz zu meiner Haltung anlässlich des Waffenstillstandes befand, habe ich keine Konsequenzen daraus gezogen, weil es mir klar war und ist, daß sich auch im französischen Volke Millionen fleißiger Arbeiter, Bauern und Bürger befinden, die in ihrem Innern mit diesen Machenschaften nichts zu tun haben, sondern selbst auch nur den Frieden ersehnen.

Ich darf aber hier noch einmal feststellen, Herr Marschall,, daß ich überhaupt nicht ein einziges Mal selbst Veranlassung genommen habe, ein Mitglied der französischen Regierung zu mir zu bitten, sondern daß alle Aussprachen immer nur stattfanden auf Grund des Wunsches der französischen Regierung selbst. Auch die beiden Unterredungen mit Admiral Darlan fanden nur statt auf dessen ausdrückliche Bitte und in Ihrem Namen, Herr Marschall. Die — wie sich nunmehr herausstellt — im Einvernehmen mit zahllosen verräterischen Generalen und Offizieren vorgenommene Landung der amerikanischen und englischen Truppen in Französisch-Nordwest- und -Nordafrika hat die in der Präambel des Waffenstillstandsvertrages festgelegte Voraussetzung des ganzen Vertrages beseitigt und Deutschland gezwungen, im Verein mit seinem Verbündeten unverzüglich die notwendigen Sicherungsmaßnahmen durchzuführen.

105 Es waren mir aber am 11. November noch nicht alle Vorgänge bekannt, die zu dieser englisch-amerikanischen Aktion geführt hatten. Heute weiß ich und Sie, Herr Marschall, wissen es auch, daß diese Besetzung auf ausdrücklichen Wunsch jener französischen Elemente stattfand, die einst zum Kriege getrieben hatten und die auch jetzt in Frankreich noch nicht aus der Atmosphäre des öffentlichen und vor allem des militärischen Lebens verschwunden sind. Daß französische Generale und Admirale deutschen Stellen gegenüber ihre Ehrenworte gebrochen haben — und zwar zahllose Male — ist an sich bedauerlich. Daß Sie, Herr Marschall, aber zugeben müssen, daß selbst Ihnen gegenüber solche Generale, Admirale und Offiziere den Treueid verletzt, zwingt mich zu der Erkenntnis, daß Abmachungen mit diesen Elementen völlig zwecklos sind.

Ich übermittle Ihnen anliegend nun die Beweise, daß seit dem Einmarsch am 11. November 1942 erneut feierliche Versicherungen abgegeben worden sind, und zwar in Gestalt von ehrenwörtlichen Erklärungen, die man durch die nun aufgedeckten Befehle noch am gleichen Tage wieder gebrochen hatte. Es steht fest, daß der Admiral durch seine Versicherung, die französische Marine würde in Toulon gegen jeden feindlichen Angriff kämpfen, Deutschland und Italien abermals getäuscht hat. Denn während er am 11. November diese Erklärung gegeben hatte, ging bereits am 12. November ein Befehl hinaus, gegen eine eventuelle Landung englischer und amerikanischer Streitkräfte unter keinen Umständen zu schießen. Zahlreiche andere Übertretungen der Waffenstillstandsverpflichtungen sind unterdes aufgedeckt worden.

Ich darf Ihnen, Herr Marschall, nun daraufhin folgendes zur Kenntnis bringen:

1. Ich bin mir bewußt, daß Sie persönlich, Herr Marschall, an diesen Dingen keinen Anteil haben und daher am schwersten darunter leiden werden.

2. Ich habe die Interessen eines Volkes zu vertreten, dem der Krieg aufgezwungen wurde, und das verpflichtet ist, um seiner Selbsterhaltung willen gegen jene zu kämpfen, die diesen Krieg veranlaßten, und die ihn heute weiterführen, und zwar weiterführen mit dem Ziel einer Vernichtung ganz Europas im Dienst einer europäischen teils außereuropäischen jüdisch-angelsächsischen Clique.

3. Ich bin gezwungen, diesen Krieg endlich weiterzuführen im Namen jener Millionen Menschen, nicht nur meines eigenen Landes, die sich aus dem Druck einer kapitalistischen rücksichtslosen Ausplünderung befreit haben und nicht gewillt sind, für alle Zeiten das Opfer nicht nur einer internationalen Ausplünderung, sondern der endgültigen Vernichtung ihres Volkstums zu werden.

106 4. Das deutsche Volk, in dessen Namen ich Ihnen, Herr Marschall, diese Erklärung abgebe, hat keinen Haß gegen das französische. Aber ich bin als sein Führer und Vertreter entschlossen, unter keinen Umständen durch die Duldung von Manipulationen jener Elemente, die diesen entsetzlichen Krieg

verursachten, Deutschland und darüber hinaus ganz Europa einem Chaos auszuliefern. Ich werde daher gegen jene Einrichtungen und vor allem jene Personen Stellung nehmen, die zwischen dem französischen und dem deutschen Volke auch in der Zukunft jede Zusammenarbeit verhindern wollen, die schon einst mit der schweren Blutschuld des Ausbruchs des Krieges beladen, jetzt anscheinend zum zweiten Male ihre Stunde für gekommen erachten, im Süden Europas ein Einfallstor für Einbrüche außerkontinentaler Mächte zu schaffen.

5. Ich habe deshalb nunmehr nach der Kenntnis der neuen Ehrenwortbrüche französischer Offiziere, Generale und Admirale durch die nunmehr bewiesene Absicht, den englisch-jüdischen Kriegsverbrechern auch Frankreich ähnlich wie Nordafrika zu öffnen, den Befehl gegeben, Toulon sofort zu besetzen, die Schiffe am Ausfahren zu verhindern oder sie zu vernichten und jeden Widerstand, wenn notwendig, mit äußerster Gewalt zu brechen. Es ist dies kein Kampf gegen ehrliebende französische Offiziere oder Soldaten, sondern gegen jene Kriegsverbrecher, denen auch jetzt noch nicht genug Blut geflossen ist, sondern die unentwegt nach neuen Möglichkeiten der Fortdauer und der Erweiterung dieser Katastrophe ausspähen.

Ich habe deshalb den Befehl gegeben, alle jene Einheiten der französischen Wehrmacht zu demobilisieren, die, entgegen den Befehlen der eigenen französischen Regierung, durch Offiziere verhetzt und zum aktiven Widerstand gegen Deutschland aufgeputscht werden.

6. Auch diese Maßnahmen, zu denen mich nur das treulose Verhalten Ihrer Admirale und Generale gezwungen hat, richten sich — wie schon erwähnt — nicht gegen Frankreich oder den französischen Soldaten als solchen. Es ist meine aufrichtige Hoffnung — und ich weiß mich darin einig mit der Auffassung meines Verbündeten —, daß es möglich sein muß, dem französischen Staat wieder eine Wehrmacht zu geben, deren Offiziere wenigstens dem eigenen Staatsoberhaupt gegenüber gehorsam sind und damit die Gewähr bieten für den Abschluß irgendwelcher zwischenstaatlichen Abmachungen und Verträge. So schmerzlich dies im Augenblick für Sie, Herr Marschall, sein mag, so beruhigend und entlastend wird aber doch die Erkenntnis wirken, daß ein Staat ohne eine disziplinierte und gehorsame Wehrmacht auf die Dauer undenkbar ist. Und daß deshalb der Neuaufbau einer Ihnen, Herr Marschall, selbst im blinden Gehorsam ergebenden Marine, Armee und Luftwaffe nicht nur kein Unglück, sondern im Gegenteil Glück für Frankreich sein wird.

107

Ich möchte endlich aber diesen Brief nicht schließen, ohne Ihnen erneut zu versichern, daß dieser mir aufgezwungene Schritt nicht im geringsten meinen Willen zur Zusammenarbeit mit Frankreich schmälert, sondern wahrscheinlich erst die Voraussetzung für die praktische Verwirklichung schafft.

Es ist weiter mein unbeirrbarer Entschluß, Frankreich bei der Rückgewinnung der ihm trotz aller gegenteiligen Behauptungen von den Angelsachsen geraubten kolonialen Gebiete zu helfen, und zwar mit allen Mitteln, die dem Reiche zur Verfügung stehen. Es war weder die deutsche noch die italienische Absicht, das französische Kolonialreich zu zerstören oder zu vernichten.

Es liegt nun in den Händen der französischen Staatsgewalt selbst, die unumgänglich notwendig gewordenen deutschen Maßnahmen so aufzunehmen, daß dadurch kein weiteres Blutvergießen entsteht, sondern daß sich endlich die Voraussetzungen für eine wirklich erfolgreiche, allen Teilen nützliche Zusammenarbeit ergeben.

Feldmarschall von Rundstedt ist, insoweit es sich um die deutsche Aktion handelt, befugt, alle notwendigen Anordnungen und Abmachungen zu treffen und wird Ihnen selbst, Herr Marschall, jederzeit zur Verfügung stehen.

Ich schließe diesen Brief mit der Hoffnung, daß damit nun eine Zusammenarbeit eingeleitet wird, von der wir von seiten Frankreichs nichts anderes erwarten als Einsicht in das Wesen des gemeinsamen Schicksals Europas und Loyalität.

Nehmen Sie, Herr Marschall, die Empfindung meiner persönlichen Verehrung entgegen.

Ihr gez. Adolf Hitler.

Dieser Brief, der zweite, den der Führer in so kurzer Zeit an den französischen Staatschef gerichtet hat, ist ein diplomatisches Dokument von großer Bedeutung. Es umreißt in einem historischen Augenblick das deutsch-französische Verhältnis nach rückwärts und nach vorwärts mit eindringlicher Klarheit. Eines vor allem macht es deutlich: Die wahrhaft tragische Lage, in der Frankreich nach der militärischen Besetzung aller seiner Grenzen und nach der Auflösung seiner Wehrmacht, der Versenkung seiner Flotte und dem Verlust des größten Teiles seines Kolonialreichs sich befindet, ist selbst verschuldet. Sie ist nicht, wie oft in der Geschichte der Völker Zusammenbruch und schwerste Not hervorgerufen worden sind durch unverschuldeten Angriff von außen, von Deutschland oder der Achse

zu verantworten, sondern von jenen, die die französische Politik vor und während des Krieges geführt haben und von jenen, die nach Montoire die konsequente Fortentwicklung der Verständigungspolitik mit Deutschland in der Hoffnung sabotiert haben, daß England und Amerika zusammen mit dem Bolschewismus die Dreierpaktmächte doch noch niederringen könnten.

108

Nach dieser Feststellung der Verantwortlichkeit an der heutigen Lage Frankreichs mag diese nüchtern und kurz charakterisiert werden.

Wenn der Besitz einer starken Wehrmacht mit Recht als eine der wesentlichsten Grundlagen nationaler Selbstbestimmung und nationaler politischer Handlungsfähigkeit angesehen wird, so ist festzustellen, daß Frankreich, seit Jahrhunderten einer der bestimmenden militärischen Faktoren Europas, diese Grundlage verlor. Hatte die Niederlage von 1940 den Kern von Frankreichs militärischer Stärke, die Wehrmacht des Mutterlandes auf eine kleine Freiwilligen-Armee von weniger als hunderttausend Mann reduziert, so war der Hauptteil der französischen Kriegsmarine und der französischen Kolonialarmee doch erhalten geblieben. Die französische Politik hätte, in entschlossener Abkehr von der französischen Bündnispolitik, diese ihr noch verbliebenen militärischen Kräfte zum Kampf für die Verteidigung Europas gegen die englisch-amerikanische Invasionspolitik zur Verfügung stellen können. In Syrien und auf Madagaskar hatten die französischen Truppen trotz starker materieller und personeller Unterlegenheit den Kampf aufgenommen und ihn bis zur äußersten Möglichkeit fortgeführt. In Nordafrika aber, wo die besten Voraussetzungen für die Verteidigung vorhanden waren, wo außerdem die französische Flotte hätte eingreifen können und wo die Hilfe der Achsenmächte möglich war und angeboten wurde, versagte der Kampfwille, weil politisierende Generale und Admirale der angelsächsischen Lockung unterlegen waren. Die Flotte in Toulon zog es sogar vor, sich ruhmlos zu versenken; denn die Versenkung war keine heroische Geste und ist nicht im Kampf gegen die Achsentruppen erfolgt, wie es feindliche Legendenbildung hat hinstellen wollen, sondern sie geschah angeblich nach einem alten Befehl — in Wirklichkeit, weil die französischen Seeoffiziere die Flotte, wie sie in der Mehrzahl sicher gern gemocht hätten, nicht rechtzeitig in Marsch setzen konnten, um sich der Dissidenz anzuschließen, sondern auf jeden Fall vermeiden wollten, daß sie den Achsenmächten in die Hände fiel. Man darf nur die Frage stellen, ob der von früher bestehende Versenkungsbefehl befolgt worden wäre, wenn plötzlich eine amerikanische Flotte vor Toulon erschienen wäre und den französischen Schiffen die Ausfahrt ermöglicht hätte. Dann wäre das französische Toulon-Geschwader sicherlich abgedampft, ebenso wie einige wenige Unterseeboote, die es tatsächlich getan haben. Nur der rasche Zugriff der Achsentruppen hat dies verhindert. Die Enttäuschung in London, daß dieser schon

109

einkalkulierte Gewinn an maritimer Kampfkraft ausblieb, kam denn auch in der englischen Presse unverhüllt zum Ausdruck. Frankreich aber hat nach den Ereignissen des November 1942 noch weniger als vorher die Möglichkeit der Wahl seiner Politik. Es muß für Europa optieren, ob es will oder nicht, aber es tritt in die europäische Gemeinschaft ein mit leeren Händen, ohne Wehrmacht, ohne Kolonialreich, mit einer jahrzehntelang vernachlässigten und daher für die Ernährung der eigenen Bevölkerung nicht genügend starken Landwirtschaft, mit einer Industrie, die für die Belieferung von Kohle und Rohstoffen vom Sieger abhängig ist, und mit einer Bevölkerung, deren physische und moralische Situation sehr fragwürdig ist.

Die Reaktion der Franzosen auf die Ereignisse des November war hierfür bezeichnend. Nirgends flammte Widerstandswille auf, und der innere Unwille richtete sich selbstzerfleischend gegen diejenigen, die man für verantwortlich hielt, und das waren je nach Einstellung immer wieder andere Gruppen. Die innere Zerspaltung, die viele Jahrzehnte des politischen Lebens der dritten Republik allmählich hervorgerufen hatten, hat sich zu einer wahrhaften Atomisierung dessen gesteigert, was man die „öffentliche Meinung“ nennt. Seit vielen Jahrhunderten war Frankreich nicht so uneins wie heute. Auch nüchterne französische Beobachter geben zu, daß ein leidenschaftlicher Kampf aller gegen alle entstehen würde, wenn nicht der feste Griff der deutschen Besetzung alles zusammenhielte. Die innere Einheit Frankreichs muß von Grund auf neu geformt werden und die Kraft, die dieses schwierige Werk vollbringen könnte, ist gegenwärtig noch nicht sichtbar.

Die Reaktion von Vichy, d. h. die des Marschalls Petain und der Regierung auf die Ereignisse des November war im ganzen gesehen weder stark noch imponierend. Offensichtlich — die Briefe des Führers bringen es im übrigen deutlich genug zum Ausdruck — wurde Vichy von den Ereignissen überrascht, folge ihnen unsicher und zögernd und war offenbar ohne wirkliche Autorität auf die verräterischen Generale und Admirale. Jedoch zeigte Ministerpräsident Laval Energie und Entschlossenheit, auch insofern, als er nicht nur außenpolitisch, sondern auch innerpolitisch die Konsequenzen

zu ziehen sich entschloß. Am 17. November erhielt er vom Staatschef erweiterte Regierungsvollmachten. Durch ein neues Verfassungsgesetz wurde er ermächtigt, mit seiner Unterschrift allein Gesetze und Dekrete zu erlassen, mit Ausnahme von verfassungsändernden Gesetzen. Das bedeutet, daß Laval künftig seine Minister nach eigenem Gutdünken wählen und daß er in allen Fragen der inneren und äußeren Politik selbst entscheiden kann. Außerdem wurde das Verfassungsgesetz über die Nachfolgerschaft des Staatschefs dahin geändert, daß Laval für den Fall der Behinderung des

110 Staatschefs seine Funktionen auszuüben diese selbst ausübt, und daß im Falle endgültiger Verhinderung der Ministerrat mit Stimmenmehrheit den neuen Staatschef bestimmt.

Laval hat damit nunmehr die staatsrechtlichen Voraussetzungen, autoritär zu regieren. Er hat seitdem deutlich gemacht, daß er entschlossen sei, von diesen Vollmachten jeden nur möglichen Gebrauch zu machen. Kein Zweifel, daß angesichts der geistig-moralischen Deroute, in der sich das französische Volk befindet, die neuen Vollmachten für Laval einer nationalen Notwendigkeit entsprechen. Kein Zweifel auch, daß Laval seine Vollmachten nur in enger Anlehnung und in Zusammenarbeit mit den Achsenmächten sinnvoll ausnützen kann. Eine entschlossene Führung des französischen Staates im Sinne europäischer Zusammenarbeit und Verantwortung ist für Frankreich das Gebot der Stunde.

Die verräterischen französischen Admirale und Generale haben den Namen des Marschalls Petain und seine Autorität systematisch mißbraucht. Darlan hat den verräterischen Waffenstillstand mit den Amerikanern „im Namen Petains“ abgeschlossen. Wahrscheinlich würden die französischen Truppen in Nordafrika ebenso gekämpft haben wie die in Syrien und auf Madagaskar, wenn ihre Generale den Befehl dazu gegeben hätten und nicht vielmehr, angeblich auf Weisung Petains, die Einstellung der Feindseligkeiten befohlen hätten. Petain hat versucht, diesem Mißbrauch seines Namens entgegenzuwirken, er hat Darlan, der ja den Oberbefehl über die französische Wehrmacht tatsächlich innehatte, schon am 10. November dieses Amtes entkleidet und den Oberbefehl selbst übernommen. Am 27. November wurde Admiral Darlan und General Giraud die französische Staatsbürgerschaft aberkannt. Am 16. November richtete Marschall Petain eine Botschaft an das französische Heer in Afrika, in der er ausdrücklich den General Giraud desavouierte und Offiziere und Soldaten warnte, sich an dessen Verrat mitschuldig zu machen sowie sie aufforderte, ihm jeden Gehorsam zu verweigern. In einer Rundfunkansprache am 19. November stellte Petain einleitend fest, daß französische Generale im Solde einer fremden Macht sich seinen Befehlen widersetzt hätten und forderte die Offiziere und Soldaten Französisch-Nordafrikas auf, diesen „unwürdigen Führern“ nicht zu gehorchen. Er forderte weiterhin das gesamte französische Volk auf, den Nachrichten der ausländischen Propaganda keinen Glauben zu schenken, da ihr einziger Zweck sei, den Widerstand des französischen Volkes zu schwächen, sich der von ihm, dem Staatschef, geforderten Disziplin zu widersetzen, heiße Verrat üben. Im Interesse Frankreichs, so fuhr der Marschall fort, habe er die Befugnisse des Regierungschefs Laval erweitert, um ihm zu ermöglichen, in diesen tragischen Augenblicken, die Frankreich durchmache, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

111 „Es gibt für alle Franzosen“, so schloß Petain, „nur eine Pflicht« nämlich die, zu gehorchen, und nur eine Regierung, nämlich die, an deren Spitze zu stehen ich die Ehre habe, und ein Vaterland: Frankreich.“

Der amerikanische Angriff auf Französisch-Nordafrika hätte logischerweise zum Kriegszustand zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten und, da sich an dem Angriff auch englische Streitkräfte beteiligten, mit England führen müssen. Zu einer Kriegserklärung oder auch nur zur Erklärung des Kriegszustandes hat sich Vichy jedoch nicht entschlossen. Es kam nur zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Roosevelt richtete am 8. November eine Botschaft an das französische Volk, in der er den Angriff als den Beginn der Befreiung Frankreichs und als einen Akt der Freundschaft und Hilfe hinstellte, der sich nicht gegen das französische Volk richte. Eine ähnliche Erklärung richtete der amerikanische General Eisenhower, der die Angriffsoperationen befehligte, an die französischen Streitkräfte und die Bevölkerung Nordafrikas. Roosevelt wandte sich ferner in einer persönlichen Botschaft an Marschall Petain, in der er u. a. sagte, das Ziel der Operationen in Nordafrika sei, einer Besetzung dieser Gebiete durch die Achsenmächte zuvorzukommen. Hierauf antwortete noch am 8. November Marschall Petain:

Mit größtem Erstaunen und mit Trauer habe ich in dieser Nacht von der Aggression Ihrer Truppen auf Nordafrika erfahren. Ich habe Ihre Botschaft gelesen. Sie berufen sich dabei auf Vorwände, die durch nichts gerechtfertigt sind. Sie unterschieben Ihren Feinden Absichten, die niemals in die Tat umgesetzt worden sind. Ich habe immer erklärt, daß wir unser Kolonialreich verteidigen würden, falls man es angreifen sollte. Sie wußten auch, daß wir es gegen jeden Aggressor verteidigen würden, wer es auch

immer sei. Sie wußten, daß ich mein Wort halten würde. In unserem Unglück hatte ich, indem ich um Waffenstillstand nachsuchte, unser Kolonialreich bewahrt, und Sie sind es, der im Namen eines Landes, mit dem uns so viele Erinnerungen und Freundschaftsbande verbinden, einen so grausamen rücksichtslosen Schritt ergreift. Frankreich und seine Ehre stehen auf dem Spiel. Wir sind angegriffen. Wir werden uns verteidigen. Das ist der Befehl, den ich erteile.

Der französische Ministerrat stellte am 8. November fest> daß die USA durch ihren Angriff auf Nordafrika die Beziehungen mit Frankreich abgebrochen hätten. Hierzu erklärte der amerikanische Staatssekretär des Äußeren, Hüll, am gleichen Tage, es sei den USA gleichgültig, wenn Vichy die Beziehungen abbreche. Die Regierung der USA habe seit 1940 die Beziehungen zu Vichy nur als ein Mittel betrachtet, die Vorbereitungen für die jetzigen Militäraktionen und für die Befreiung Frankreichs zu erleichtern. Damit gab also Hüll zu, daß die Hauptaufgabe der USA-Diplomaten und Konsuln in

112 Frankreich und in Französisch-Nordafrika die Vorbereitung des Angriffs auf das französische Kolonialreich gewesen sei. Der Leiter der USA-Konsulate in Französisch-Nordafrika, Murphy, wurde denn auch (wie am 18. November aus London gemeldet) dem alliierten Nordafrika-Hauptquartier als „Berater“ zugeteilt. Die USA aber beschlagnahmten alle französischen Schiffe in amerikanischen Häfen, ließen die französischen Guthaben in den USA einfrieren und erklärten das kontinentale Frankreich als feindliches Gebiet. Roosevelt teilte am 11. November mit, er habe die Frage einer Offensive gegen die Achsenmächte schon vor längerer Zeit mit Churchill besprochen, der sie seinerseits mit Stalin in Moskau behandelt habe. Es sei sowohl der Angriff gegen Nordafrika wie der gegen Europa erörtert worden, und es sei beschlossen worden, daß eine zweite Front in Europa vor 1943 nicht durchführbar sei. Die Offensive gegen Nordafrika sei die zweite Front.

Über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen ging Vichy nicht hinaus, wenn auch Laval in einer Rundfunkansprache am 20. November erklärte, daß Präsident Roosevelt durch seinen Angriff auf Französisch-Nordafrika die Beziehungen der USA zu Frankreich auf eine nicht wieder gutzumachende Weise unterbrochen habe. In dieser programmatischen Rundfunkrede gab Laval sodann die Erklärungen bekannt, die er am 27. April dieses Jahres dem USA-Botschafter Leahy in Vichy abgegeben habe und in denen er betonte, daß Frankreich von sich aus nie etwas unternehmen würde, weder in Worten noch in Gesten, was die USA als unkorrekt oder nicht fair auslegen müßten. Er habe dem Admiral Leahy erklärt, daß er eine absolute Verständigung mit Deutschland wünsche, da dies die einzige Basis für einen Frieden in Europa sei, und zwar um so mehr, seit die bolschewistische Gefahr in voller Größe klar geworden sei. Er, Laval, glaube unerschütterlich an den Sieg Deutschlands, aber er würde die Verständigungspolitik mit Deutschland auch betreiben, wenn das Reich besiegt wäre. Frankreich, so betonte Laval, habe sein Wort gehalten, die USA dagegen hätten ihre Haltung Frankreich gegenüber geändert und etwas nicht wieder Gutzumachendes begangen. Weiter erklärte der französische Regierungschef, daß die Regierung einer Freiwilligenlegion zur Verteidigung des Imperiums keine Hindernisse in den Weg legen und sie nicht entmutigen werde. Wir wollen nicht, sagte Laval, daß die „fürchterliche Gefahr des Bolschewismus“ hinter den angelsächsischen Mächten über Europa herfällt und seine alte Kultur vernichtet. Dank Roosevelt sind alle europäischen Staaten zu einem gemeinsamen Schicksal verbunden.

113 Die Engländer hätten im Laufe der Geschichte stets ihren Egoismus gezeigt. Sie hätten Indien, Kana da und andere Besitzungen in Übersee Frankreich geraubt. Jetzt habe Japan den Angelsachsen am anderen Ende der Welt ihre Kolonien genommen. Dafür suchten sie nun Kompensationen in den französischen Kolonien zu finden. Laval appellierte an die Franzosen, sich nicht durch den Rundfunk und durch die Propaganda des Feindes beirren zu lassen. Es seien immer Emigranten, die über den feindlichen Rundfunk sprächen. Laval betonte sodann, daß er diesen Krieg niemals gewollt habe. Vielmehr sei er für eine Verständigung mit Deutschland gewesen, und auch mit Italien habe er im Jahre 1936 einen Vertrag schließen wollen. Ebenso sei er auch stets für eine Friedenspolitik gegenüber den USA gewesen. Laval wies darauf hin, daß eine Niederlage Deutschlands dem Kommunismus in ganz Europa freien Lauf geben würde. Er sei — so sagte er weiter — für ein freies Regime, werde aber niemals zulassen, daß die Demokratie, die Frankreich früher hatte, von neuem in Frankreich ans Ruder komme. Der Regierungschef gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Tag kommen werde, da über Algier die französische Fahne von neuem wehen werde. Frankreich werde seine Kräfte wieder sammeln. Jetzt strömten von allen Seiten Freiwillige, die nach Afrika zum Schutz der französischen Besitzungen gegen die Angelsachsen fahren wollten. Laval erinnerte dann an die Haltung Madagaskars, der Antillen und Alexandriens und sagte, Roosevelt habe durch eine methodische Vorbereitung die Verteidigungsmittel Frankreichs in Nordafrika blockiert und geschwächt. Er habe sich eingeborene Häuptlinge

zu Komplizen gemacht. Seit ihrem Eintreffen in Nordafrika hätten die USA-Behörden gezeigt, welches Schicksal Frankreich morgen erwarten würde, wenn Roosevelt den Sieg davontrüge. Frankreich würde sich dann der Herrschaft von Kommunisten und Juden zu beugen haben.

Der Verrat Darlans und die ihm von den Amerikanern in Nordafrika zugebilligte Stellung, die Darlan zum Oberkommissar für ganz Französisch-Nordafrika bestimmte und ihm praktisch die Rolle eines Vertreters des französischen Staatschefs zubilligte, stieß auf die schärfste Ablehnung de Gaulles, des anderen französischen Verrätergenerals, der schon gleich nach dem Waffenstillstand von Vichy abgefallen war und sich in London an der Spitze eines sogenannten französischen Nationalkomitees als Chef einer Quasi-Gegenregierung gegen Vichy etabliert hatte. De Gaulle und seine Anhänger veröffentlichten scharfe Erklärungen gegen Darlan, dem sie sich nie unterordnen würden. Die englische Presse und zahlreiche englische Parlamentarier stellten sich auf denselben Standpunkt, und die Diskussion über Darlan nahm in England immer schärfere Formen an, richtete sich auch gegen General Eisenhower und sogar gegen die USA-Regierung. Dies rief schleunigst Roosevelt selbst auf den Plan, der am 18. November auf der Pressekonferenz im Weißen Hause erklärte, er habe die politischen Vereinbarungen, die General Eisenhower für den gegenwärtigen Zeitpunkt in Nord- und Westafrika abgeschlossen habe, gebilligt. Damit sei keine auf die Dauer gültige Vereinbarung getroffen worden, sondern man habe damit in erster Linie militärische Ziele verfolgt. Der englische Außenminister Eden mußte daraufhin gegenüber einer Anfrage im Unterhaus über die Position Darlans antworten, die Ernennung Darlans sei nicht so sehr eine britische als eine Angelegenheit der USA. Ferner erklärte er, jede öffentliche Debatte über die Stellung Darlans sei unzweckmäßig.

114

Hinter diesen Erörterungen über die Rolle und die Stellung Darlans steht ein tiefgehender Gegensatz zwischen England und den USA. Alles weist darauf hin, daß die USA sich im französischen Kolonialreich, besonders in Französisch-Nord-, -West- und -Äquatorialafrika auf die Dauer festsetzen wollen. Nachdem sie von Japan aus Ostasien verdrängt worden sind, suchen sie überall nach Ersatz für die verlorenen Rohstoffquellen und wirtschaftlichen Expansionsgebiete. Zu diesem Zweck haben sie das viele Millionen Quadratkilometer umfassende französische Kolonialreich 'sich ausersehen. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt, daß die USA, wenn sie Französisch-Nord-, -West- und -Äquatorialafrika in der Hand haben, ganz Ibero-Amerika wie in einer großen Zange umfassen, daß sie den mittleren und südlichen Atlantik vollkommen beherrschen und außerdem eine dominierende Position im Mittelmeer gewinnen würden. Es liegt auf der Hand, daß dies eine entscheidende Minderung von Englands bisheriger Stellung im Atlantik, in Afrika und im Mittelmeer bedeuten würde. Beide Hauptverbindungslinien Englands zu seinen Besitzungen in Afrika und rings um den Indischen Ozean, nämlich die durchs Mittelmeer und die durch den Atlantik, um das Kap der Guten Hoffnung herum, würden unter die Kontrolle der Vereinigten Staaten kommen.

Dies sind die Perspektiven, unter denen man den Gegensatz zwischen de Gaulle und Darlan und die mit zunehmender Heftigkeit in England geführte Diskussion um die Position von Darlan sehen muß. De Gaulle als Chef aller von Vichy abgefallenen Franzosen und französischer Gebiete bedeutet die Hand Englands auf den geopolitischen, militärischen und wirtschaftlichen Positionen des bisherigen französischen Kolonialreiches in Afrika und den diesen Kontinent umgebenden Meeren, während Darlan als dieser Chef bedeutet, daß diese Positionen in der Hand des USA-Imperialismus sind. Es handelt sich hier um eine der wichtigsten Fragen, um die es für England und die USA in diesem Kriege geht.

In ihrem gegenseitigen Wettlauf um die bisher von Frankreich besetzten Positionen beeilte sich England, einen der wenigen noch freien Punkte seinerseits zu besetzen. Am 28. November landeten auf der Reede von St. Denis, der Hauptstadt der im Indischen Ozean gelegenen Insel Reunion Truppen, die angeblich auf Befehl de Gaulles handelten. Bereits am 6. November wurde zwischen den geringen Resten der französischen Verteidiger auf Madagaskar und den angreifenden Engländern ein Waffenstillstand abgeschlossen. Madagaskar war also damit ganz in englischer Hand.

115

Über den Perspektiven des Wettlaufs zwischen England und den Vereinigten Staaten um macht- und wirtschaftspolitische Positionen, die bisher in französischer Hand waren, darf man die unmittelbaren und gemeinsamen Ziele nicht vergessen, die beide Mächte mit dem Kampf um Nordafrika verfolgen. Das Hauptziel ist, neue Angriffspositionen gegen Europa, und besonders gegen Italien zu gewinnen. Niemand hat das deutlicher ausgesprochen als Churchill in einer Rundfunkrede am 29. November. Afrika sei keine Station, es sei ein Sprungbrett, um den Feind besser fassen zu können. Er malte mit geradezu wilder Freude aus, wie dann von Nordafrika der Luftkrieg gegen Italien mit aller Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit geführt werden solle. Seine mit Drohungen und mit persönlichen Schmä-

hungen gegen Mussolini erfüllte Rede rief den Duce auf den Plan. Am 2. Dezember antwortete Mussolini mit einer längeren Rede vor der faschistischen Kammer. Einleitend betonte Mussolini, er spreche zum ersten Male seit achtzehn Monaten wieder zum italienischen Volke und nachdem Italien seit dreißig Monaten im Kriege sei. Er wolle auch keine politische Rede halten, sondern einen Rechenschaftsbericht geben. Der Duce unterstrich dann, daß der Krieg gegen die Sowjetunion unvermeidbar gewesen sei und daß der Augenblick für den Beginn des Kampfes gegen den Bolschewismus richtig gewählt worden sei. Dann wies Mussolini auf die Kriegsschuld Roosevelts hin und sagte: Wenn es in der Welt einen Mann gibt, der den Krieg teuflisch gewollt hat, dann ist dieser Mann der Präsident der Vereinigten Staaten. Seine Herausforderungen, die Maßnahmen, die gegen uns ergriffen wurden, und seine ganze Propaganda weisen darauf hin, daß jener Mann, der den amerikanischen Müttern heilig versprochen hatte, daß nicht einer ihrer Söhne außerhalb der Grenzen der USA fallen würde, den Krieg mit Absicht herbeiführte. Natürlich konnte Japan nicht abwarten, bis die USA den ersten Schuß abgaben. Das wäre eine Ritterlichkeit vergangener Zeiten gewesen, vorausgesetzt, daß es solche Zeiten überhaupt gab. Infolgedessen hat Japan sehr gut daran getan, daß es nicht die letzte Stunde abwartete, um den übermütigen Amerikanern jene schreckliche Niederlage zuzufügen, die heute ganz Amerika zu einem Trauer- und Schweigetag veranlaßt. (Stürmischer Beifall.) Der Eintritt Japans in den Krieg des Dreierpaktes ist absolute Kriegsgarantie, weil Japan unerreichbar und unschlagbar ist. Mussolini kam anschließend auf die amerikanisch-englische Landung in Afrika zu sprechen, die durch die Besetzung von Tunis, Korsika und der ganzen französischen Mittelmeerküste beantwortet sei. Ferner gab der Duce genaue Zahlen über die von den Engländern durch ihre Luftangriffe in Genua, Mailand und Turin angerichteten Zerstörungen und die dabei entstandenen Verluste an Menschenleben. Schließlich kam Mussolini zu dem, was er den Hauptteil seiner Rede nannte, nämlich zu einer scharfen Abrechnung mit Churchill, die in ein eindrucksvolles Bekenntnis des Glaubens an den Sieg ausklang. Dieser Teil der Rede sei hier im Wortlaut wiedergegeben. Mussolini führte aus:

116

Nun gelange ich zu dem eigentlichen Zweck meiner Rede. Der englische Premierminister hielt am vorigen Sonntag eine Ansprache über den Rundfunk, von der ein großer Teil für das italienische Volk bestimmt war. Er dachte sich, daß wir diese Rede nicht bekanntgeben würden. Das kommt nicht in Frage. Die Rede verlese ich heute. Ich verlese jenen Teil, der das italienische Volk und auch mich persönlich betrifft.

Churchill sagte: „Die Luftfront, die die Amerikaner und die RAF an den Mittelmeerküsten entlang zu errichten im Begriff sind, muß zu neuen großen Möglichkeiten für das Jahr 1943 führen. Unsere Operationen in Französisch-Nordafrika müssen es uns ermöglichen, das Gewicht des Krieges auf das faschistische Italien zu bringen, und zwar in einer Weise, die bisher sich noch nie die schuldigen Führer und noch weniger das unglückliche italienische Volk, das Mussolini ausbeuten ließ, und ins Unglück stürzte, träumen ließen. Schon wurde den Industriezentren Norditaliens eine härtere Behandlung zuteil als einigen unserer Städte im Winter 1940. Aber sollte der Feind bei gegebener Zeit aus der tunesischen Spitze herausgeworfen werden, wie es unser Ziel ist, würde ganz Süditalien, alle Seestützpunkte, alle Kriegsfabriken sowie alle anderen militärischen Ziele, ganz gleich wo sie liegen, wissenschaftlich ausgeführten und vernichtenden Luftangriffen ausgesetzt werden. Es steht dem italienischen Volk zu, den 40 Millionen Italienern (auch hier müssen wir Ihre Angst abwenden, denn wir sind nur 46 Millionen), die Entscheidung zu treffen, ob sie soviel Schreckliches über sich ergehen lassen wollen oder nicht. Diese Rede muß ernst genommen werden. Schon seit langer Zeit habe ich keine Illusionen, vorausgesetzt, daß ich jemals welche hatte, über den Kulturzustand des englischen Volkes. Wenn ihr den Engländern den Smoking herunterreißt, mit dem sie den 5-Uhr-Tee einnehmen, werdet ihr den primitivsten britannischen Barbaren wiederfinden, dessen Haut mit verschiedenen Farben bemalt ist, und der von den Legionen von Cäsar und Claudius bezwungen wurde. 50 Generationen genügen nicht, um die innere Struktur eines Volkes tief zu verändern. Inzwischen wurde auf dieser

117

primitiven Struktur ein heuchlerischer Lack aufgetragen. Nun darf man nicht mehr von einer inneren und äußeren Front sprechen. Es besteht nur noch eine Front, die in verschiedene Abschnitte aufgeteilt ist, und nach einer guten militärischen Regel muß auch der innere Abschnitt der Front tiefgegliederte Bereitstellungen errichten. 1938, vor fünf Jahren, sagte ich: „Wartet nicht, bis es 12 Uhr geschlagen hat. Beginnt euch auf unserem schönen Land auszubreiten. Man könnte sagen, daß es mir manchmal so ergeht wie jenem Dichter, der mehr zitiert als gelesen wird, und den man mehr anhört, als daß man ihm folgt. Man muß die Städte vor allem von Frauen und Kindern räumen. Man muß organisieren. Alle diejenigen, die sich von den Städten und Industriezentren weit entfernt niederlassen können, haben die Pflicht, dies zu tun. Dann muß man einzelne und gemeinsame Auswanderungen organisieren,

so daß in der Stadt bei Nacht nur die Kämpfenden bleiben, die die zivile und moralische Pflicht haben zu bleiben. Es wird dann leichter sein, Luftschutzkeller einzurichten, die stärker sind als die, für die wir Hunderte von Millionen Lire ausgegeben haben und die bei Volltreffern von Bomben großen Kalibers nicht Widerstand leisten können. Das ist sozusagen der negative Teil der Verteidigung gegen die Angriffe. Dann kommt der positive Teil der Verteidigung. Diese kann nie genügend vervollkommen werden. Ich bin aber erfreut, mitteilen zu können, daß uns Deutschland eine gewaltige Unterstützung an Flakartillerie geben wird. Deshalb werden unsere Artillerie und die deutsche Artillerie unserem Feind einen Empfang zu bereiten wissen, wie er ihn verdient.

Der Zweck der Churchill-Rede war es, das italienische Volk einzuschüchtern. Die These ist aber folgende: Wir sind die harte und starke Rasse. Werden die Italiener, die so sensibel und leicht erregbar sind, die notwendige Widerstandskraft haben? Ich antworte. „Ja“ Ich weigerte mich, in der absolutesten Weise zu glauben, daß das italienische Volk dem russischen Volk an Widerstandskraft nachstehe. Und wenn das geschehen würde, müssen wir auf unsere Hoffnungen verzichten, ein großes Volk zu sein. Rom war siegreich. Es ist groß gewesen nach Cannae. Wir werden beweisen, daß in unseren Adern das gleiche Blut fließt, das auch in den Adern der alten Römer floß. Daher werden wir durchhalten, das erfordert unsere Ehre, Pflicht und unsere Würde. — Jetzt lese ich euch den Teil, der mich betrifft: „Ein Mann und nur ein Mann hat es bis zu diesem Punkt gebracht.“

In der Tat, ich müßte heute sehr stolz darauf sein, als Gegner des britischen Reiches anerkannt zu werden, und daß ich das italienische Volk mit in diese Gegnerschaft hineingezogen habe.

118 Das italienische Volk hätte nicht in den Krieg eintreten müssen, wenn damals nicht jemand im Begriff gestanden hätte es anzugreifen. Ich möchte aber wissen, ob der englische Premier jemals das englische Volk gefragt hat, ob es in den Krieg wolle oder ob er heute den Mut hat, das englische Volk zu fragen, ob der Krieg noch länger fortgesetzt wird. Denn das ist die Demokratie, die an dem entscheidenden Moment ihren Zweck verfehlt. Man spricht nicht mehr von Anfragen, von Wahlen oder Abstimmungen. Das Volk wird in die Reihen eingegliedert und muß folgen. Wir versuchten unser Bestes, um das italienische Volk zu veranlassen, neutral zu bleiben und in Frieden sein Wohlergehen in einer Welt voller Sturm zu genießen. Wären wir aber neutral geblieben, wären wir in Unehre und in die schrecklichste Not gestürzt worden, denn es ist offensichtlich, daß keiner der beiden Teile uns zu Hilfe gekommen wäre.

Churchill: „Aber Mussolini konnte sich nicht der Versuchung entziehen, dem niedergeworfenen Frankreich und einem England in den Rücken zu fallen, das er schon hoffnungslos glaubte.“ Nun ist es höchste Zeit, daß wir ein für allemal über diesen berühmten Dolchstoß sprechen. Der Kriegseintritt Italiens war für den 5. Juni vorgesehen. Das war der Zeitpunkt, den ich festlegte. Es war das deutsche Oberkommando, das uns bat, aus technischen Gründen, über die es heute umsonst wäre zu sprechen, unseren Kriegseintritt bis auf den 10. Juni zu verschieben. Niemand glaubte, daß der Krieg in Frankreich einen so jähen Abschluß finden würde. Vor allem glaubte dies Churchill selbst nicht, der vor einigen Monaten vorher in Paris am 14. Juli einer französischen Parade beiwohnte und das französische Heer mit dem mächtigsten und glänzendsten Heer der Welt verglich. Andererseits war, als wir angriffen, die französische Alpenarmee unberührt, die Luftwaffe fast unversehrt und die Marine gänzlich unversehrt. Letztere war für einen Krieg sehr wichtig, der sich im Mittelmeer abspielen sollte. Aber der Polemik zuliebe wollen wir auch zugeben, daß wir Frankreich diesen Dolchstoß versetzt haben. Es wäre dann nur einer für die Hunderte von Dolchstichen gewesen, die Frankreich während vieler Jahrhunderte uns in den Rücken gab.

Churchill führte weiter aus: „Sein wahnsinniger Traum eines imperialen Ruhmes, seine Eroberungs- und Beutegier und seine Tyrannei führten ihn zu jener fatalen und schamvollen Geste. Vergebens habe ich ihn gewarnt. Er wollte nicht diskutieren. Sehr wenig blieb in seinem steinernen Herzen von dem weisen Appell des Präsidenten der Vereinigten Staaten.“ Wäre ich dem Appell Roosevelts gefolgt, dann hätte ich ein Herz aus Schweinefett.

Churchill: „Seine Hyänennatur unterschritt alle Grenzen der Vernunft und des Anstandes.“

119 Nun sagt man, daß dieser Herr ein Nachkomme aus einer Herzogsfamilie sei und daß in seinen Adern viel blaues Blut fließe. In meinen Adern hingegen fließt das gesunde und reine Blut eines Schmiedes. Aber in diesem Augenblick fühle ich mich als ein viel größerer Herr als jener, aus dessen nach Alkohol und Tabak stinkendem Munde diese miserablen Niedrigkeiten kommen.

Churchill: „Heute ist sein Imperium (Mussolinis) entschwunden.“ Es ist darüber noch nicht das letzte Wort gesprochen worden. Ich weiß, daß es nicht einen einzigen Italiener gibt, der nicht das Frühjahr 1937 wieder erleben will.

Churchill: „Was haben die Italiener dafür? Einen kurzen Spaziergang entlang der Riviera mit Erlaubnis der Deutschen. Einen flüchtigen Besuch auf Korsika, einen blutigen Kampf gegen die heldenhaften jugoslawischen Patrioten, eine Schande in Griechenland und die Ruinen von Genua, Turin und Mailand.“ Nun darf es niemandem erlaubt werden, und vor allem am wenigsten dem englischen Premier, das Heldentum des italienischen Soldaten zu bezweifeln. Die deutschen Kameraden sind die ersten, die es bestätigen können, daß der italienische Soldat zu Lande, in der Luft und zur See besser ist, gut geführt und gut ausgerüstet ist und in bezug auf Mut, Widerstand und Intelligenz einen Vergleich mit dem besten Soldaten der Welt nicht fürchtet.

Churchill: „Ein Mann und das Regime, das er begründet hat, haben dieses unermeßliche Unglück über das italienische Volk gebracht, das arbeitsam, genial und einmal glücklich war.“ Das italienische Volk war nie glücklich. Das italienische Volk ist das große unbekannte Volk, niemand kennt es. Vom italienischen — waren es nur seine zeitgebundenen und oberflächlichen Seiten — herausgestellt, aber in seiner inneren tieferen Struktur ist dieses Volk jenen Menschen unbekannt, die sich in sein Land mit einem schon vorgedruckten Vademecum begeben. Es ist ein Volk, das nicht genügend Brot hat, und jedesmal, als wir versucht haben, uns einen Platz zu schaffen, haben wir immer versperrte Wege vorgefunden, die nicht nur für das faschistische Italien gesperrt waren, sondern auch für das vom Faschismus reine und einfache Italien. Ja, sogar vielleicht auch für das Italien von Giolitti. Die Existenz eines Italien ist nicht erwünscht, eines Italien, das Träume von nationaler Größe hat. Man will ein lustiges und immer zum Dienste bereitendes Volk. Das ist der Traum, der in den Seelen der Angelsachsen gärt. Zum Schluß sagt dieser Herr, daß bis zur Machtübernahme Mussolinis das englischsprechende Volk für das italienische Volk große Sympathien hegte. Es ist eine schmutzige Lüge, das beweise ich euch. Wer war der erste, der in der Gesetzgebung Rassenunterscheidungen einführte? Das war die erdzdemokratische gesternte Republik. Die USA waren die ersten, die einen Unterschied zwischen Europäern und Italienern machten und, als ob dies nicht genüge, auch einen Unterschied zwischen Italienern und Italienern. Wenn heute Columbus in Amerika landen würde, würde er zurückgewiesen und unter Quarantäne gestellt werden. Ich schließe.

120

Wie lange wird dies alles dauern? — Ich antworte in der feierlichsten und kategorischsten Weise: Dies wird bis zum Siege und noch darüber hinaus dauern. So sprach der englische Historiker Carlyle: „Es ist eine Tatsache, daß alles, was unsere Regierung und wir unternehmen und alles, wovon wir sprechen, nur ein Gewebe von Lügen ist. Keine Rasse ist nach Adam mit so schmutzigen, lügenhaften Lumpen angezogen, aber wir tragen diese Lumpen mit Stolz wie ein Priestergewand oder einen königlichen Mantel. Ein Engländer darf nie die Wahrheit sprechen, das ist die allgemeine Meinung. Seit 220 Jahren lebt England von Lügen aller Art. Von Kopf bis Fuß ist England mit traditioneller Heuchelei umhüllt, wie von den Wellen des Ozeans.“ Und der Dichter Byron schrieb am 16. April 1820, bevor er an der Malaria starb, seinem Freund: „Die Engländer sind das miserabelste Volk, das unter dem Himmel existiert. Auch ich wäre nach Neapel gefahren, wenn ich nicht gewußt hätte, daß dort eine große Zahl Engländer sich aufhält. Ich ziehe es vor, die Engländer aus einer gewissen Entfernung zu sehen. Nur ein außerordentlicher Ausbruch des Vesuvs könnte mir ihre Anwesenheit erträglich machen. Außer der Hölle kenne ich keinen anderen Ort, wo ich mit ihnen gemeinsam leben könnte. Ich hoffe, daß mich eines Tages niemand zwingen wird, nach England zurückzufahren. Ich bin überzeugt, daß meine Gebeine unter englischer Erde keine Ruhe haben würden. Meine Asche könnte sich nicht mit der Erde dieses Landes vermischen!“ Man braucht nur das Geschichtsbuch Großbritanniens dieser letzten drei Jahrhunderte durchzublättern. Wenn es ein Land gibt, das seine Hyänen an allen Enden der Welt entfesselt hat, um das Blut ganzer Generationen aufzusaugen, um alle Reichtümer auszubeuten und das ganze Gold zu stehlen, dann ist das Land England. Warum haben viele Italiener die Niedrigkeit des Admirals Nelson vergessen, der den neapolitanischen Admiral Caracciolo am Mast der „Minerva“ aufhängte, nachdem er ihn verraten hatte? Warum haben viele Italiener vergessen, daß die Gebrüder Bandiera erschossen wurden, weil sie die Engländer, die die Post von Mazzini zensierten, bei den Bourbonen meldeten? Warum vergessen viele Italiener, daß die Engländer 1858 Genua zu bombardieren drohten, wenn Piemont mit Frankreich den Krieg an Österreich erklären würde? Meine Herren, man macht nicht einen Krieg, ohne den Feind zu hassen. Man kann nicht einen Krieg führen, ohne den Feind von morgens bis abends zu hassen, während aller Tages- und Nachtstunden. Man muß sich ein für allemal von den falschen Sentimentalitäten befreien, denn wir stehen Barbaren und Wüstlingen

121

gegenüber. Man muß also mit der höchsten Energie reagieren gegen alle Tendenzen, die unseren Geist schwächen möchten. Diese Schwäche würde das falsche Bild eines italienischen Volkes geben, das nur schöner Dinge fähig ist. Unser Volk war während des frühen Mittelalters äußerst hart. Leider wa-

ren wir unter uns selbst hart. Das ist das italienische Volk. Nach dem Fall der glänzenden florentinischen Republik gab es auch damals eine Art von 5. Kolonne, die von Malatesta geführt war. Damals begannen Italien und Piemont unkriegerisch zu werden. Seit damals verbreitete sich in der Welt die Vorstellung, Italien beschäftige sich nur mit Pinsel und Musikinstrumenten. Nun werde ich euch eine Sache sagen, die paradox erscheinen wird. Gut, ich würde es vorziehen, weniger Denkmäler, weniger Gemälde in den Museen zu besitzen, dafür aber mehr Fahnen dem Feind entrissen zu haben. Das italienische Volk ist bewundernswert. In allen seinen Klassen, von der Aristokratie bis zum kleinsten Mann. Mehr kann man vom italienischen Volk nicht verlangen. Man kann vom italienischen Volk nicht anhaltende Begeisterungskundgebungen fordern. Ich möchte das Volk kennen, bei dem während dieses Krieges dauernd Begeisterungskundgebungen stattfinden. Die Begeisterung ist ein lyrisches Moment im Leben, und lyrische Momente sind sehr selten im Leben eines Volkes. Wenn ich ein Individuum kennen würde, das vom frühen Morgen bis zum späten Abend begeistert ist, würde ich an seinem gesunden Menschenverstand zweifeln. Das italienische Volk ist diszipliniert. Niemals hat es Sabotageakte begangen. Niemals gab es auch nur ein Zeichen einer Demonstration gegen den Krieg. Nur eine Frau. — Das ist nicht der Rede wert. Ich will den Namen nicht nennen, man würde ihr zuviel Ehre damit antun. Es ist wahr, daß einer den Tempel der Diana zerstörte, um in die Geschichte einzugehen. Nur eine Frau in Genua rief, daß sie den Frieden wolle, und ich finde, daß in diesem Wunsch nichts ist, was nicht menschlich ist. Dann konnte man feststellen, daß sie reich mit Ringen geschmückt war, woraus man schließen konnte, daß sie zur Klasse des Volkes gehörte, die man vor langer Zeit als wohlhabende Klasse bezeichnete. Die Frauen sind bewundernswürdig im Dulden, in ihrer Disziplin. Sie sind wirklich die unerschöpflichen moralischen Reserven der Nation. Die Disziplin dieses Volkes kann gewiß nicht durch die, die ich Bazillenträger nenne, angegriffen werden. In einem Millionenvolk gibt es verschiedene Temperamente. Es gibt sehr viele Nuancen moralischer Möglichkeiten. Es gibt auch solche, die ein zartes Nervensystem oder ein krankes Nervensystem haben. Diese Leute sind im Grunde unschädlich. Sie glauben an alles und vergessen alles. Ich habe ein Bändchen, das betitelt ist: „Dokumente der menschlichen Dummheit.“ Und hier sind alle Stimmen gesammelt, die mich erreichen. 122

Erinnert ihr euch zum Beispiel an die „Woche der Helden“, als das italienische Volk eine ganze Woche hindurch kein Brot essen durfte, wie mir scheint als Anerkennung für die heldenmütige Haltung unserer Soldaten. Das italienische Volk hat eine beispiellose Disziplin gezeigt. Das ist ein Krieg, den ich als heilig bezeichne. Unsere Lage in Anbetracht der See- und Landgrenzen zwingt uns stets zur Verteidigung. Wir sind stolz darauf, daß wir an diesem Kampf teilnehmen. Ich liebe es nicht, Propehezeiungen über die Zukunft zu machen. Sein oder Nichtsein stehen auf dem Spiele. Unser ist heute der schreckliche Kampf. Man darf sich keine Illusionen über die „Pax Britannica“ machen. Die „Pax Britannica“ wird ein hundertfaches Versailles sein. Die Briten haben bei diesem Krieg nur ein Ziel. Die ganze Welt soll in den Zustand versetzt werden, wie es Indien heute ist. Sie wollen eine Welt von Sklaven. Sie wollen, daß die ganze Welt arbeitet, um England ein Jahrhundert der Ruhe zu geben, um dem englischen Volk seine täglichen fünf Verdauungen zu sichern. Jetzt, Kameraden, heißt es für die Lebenden zu kämpfen, denn man kämpft für die Zukunft. Es gilt jedoch, auch für die Toten zu kämpfen, denn ihr Opfer soll nicht vergeblich sein. Das Opfer derjenigen, die in unseren ruhmreichen Reihen fielen, und derer, die im Krieg von Äthiopien und Spanien fielen, und derer, die im gegenwärtigen Krieg gefallen sind und auch nicht die Opfer der 34 000 Faschisten, darunter 1500 Führer. Diese unsere Toten befehlen uns mit gebieterischer Stimme, bis zum Sieg zu kämpfen. Wir gehorchen!

Im Anschluß an diese Rede des Duce nahm die Faschistische Kammer einstimmig folgende Entschlie-
ßung an:

„Nach Anhörung der stolzen und festen Worte des Duce antwortet die faschistische Kammer auf die Lügen und Beleidigungen des Feindes, indem sie der heldenhaft Gefallenen an allen Kampffronten gedenkt und den tapferen italienischen Soldaten sowie der von den feindlichen Angriffen betroffenen Bevölkerung ihren Gruß entbietet. Die Kammer bekräftigt den entschlossenen Widerstands- und Kampfwillen des italienischen Volkes, das in unerschütterlicher Gewißheit für den Endsieg zu kämpfen entschlossen ist.“

Die Rede Mussolinis und die Entschlie-
ßung der Faschistischen Kammer sind eine unmißverständliche Antwort an die Adresse Churchills und seine Propaganda- und Luftangriffe auf Italien. In Berlin wurde in diesem Zusammenhange von offizieller Stelle erklärt, Churchill habe offenbar immer noch nicht begriffen, daß die Achse eine Schicksalsgemeinschaft darstellt, die jedem Angriff mit geschlossener Kraft entgretent wird.

Der amerikanisch-englische Angriff auf Französisch-Nordafrika hat den Krieg näher an die iberische Halbinsel herangebracht. War es Zufall, daß in den Tagen vor diesem Angriff in Lissabon plötzlich

123 Streikbewegungen ausbrachen, die die Regierung Salazar durch rasches und energisches Eingreifen zwar sofort unterdrückte, über deren Zusammenhänge mit der unterirdisch von England in Portugal und Spanien mit Hilfe der kommunistischen Agitation geschürten Unruhe jedoch kein Zweifel sein konnte. Die Funde an Waffen und Sprengstoffen, die in Lissabon im Zusammenhang mit den zahlreich vorgenommenen Verhaftungen gemacht wurden, zeigten, daß es sich um eine langvorbereitete Aktion handelte.

Roosevelt sandte gleichzeitig mit der Landung seiner Truppen in Nordafrika eine Botschaft an Franco, in der er erklärte, daß diese Landung „in keiner Weise gegen die spanische Regierung, das spanische Volk oder spanisches Gebiet im Mutterland oder Übersee gerichtet sei.“ Spanien habe von den USA nichts zu fürchten. Ein gleiches Schreiben schickte Roosevelt an den Staatspräsidenten Portugals, General Carmona. London gab in Madrid und Lissabon ähnliche beruhigende Versicherungen ab und versprach sogar wirtschaftliche Erleichterungen. Freilich hieß es in einer Reutermeldung aus London vom 10. Dezember, ein weitblickender politischer Beobachter habe erklärt, die amerikanische Aktion sei vielleicht der Beginn einer großen Offensive, die die Besetzung von ganz Nordafrika, einschließlich Spanisch-Marokko und ebenfalls der iberischen Halbinsel zum Ziele habe, um den Achsenmächten zuvorzukommen.

Die Staatschefs Portugals und Spaniens antworteten auf Roosevelts Versicherungen zwar mit den in der Diplomatie in solchen Fällen üblichen freundlichen Worten, aber Franco ordnete wenige Tage danach die Mobilisierung mehrerer Jahrgänge der spanischen Wehrmacht an. Die spanische Einheitspartei der Falange gab ein Flugblatt heraus, das die „zehn Gebote eines guten Spaniers“ wiedergab, mit folgendem Wortlaut:

Gehorche dem Caudillo. Denke daran, daß Spanien und die totalitären Staaten in dieser Stunde ein gemeinsames Ziel haben, nämlich den Triumph der Gerechtigkeit. Vergiß niemals, daß der beste Spanier der ist, der in Rußland kämpft. Verbreite keine falschen Gerüchte und Verleumdungen, denn sie werden in verbrecherischer Weise vom englischen Geheimdienst in die Welt gesetzt. Vergiß nicht, daß für alles Schlechte, das dein Vaterland erdulden mußte, allein Großbritannien verantwortlich ist. Überzeuge deine Freunde, daß der englische Kapitalismus und der russische Kommunismus die gleiche Sache sind, nämlich Machenschaften des Judentums. Wenn man in deiner Gegenwart den Marxismus und die Demokratie zu verteidigen sucht, so tritt solchen Verfälschungen mannhaft entgegen. Sorge dafür, daß deine Kinder nicht auch in solch schmachvoller Zeit leben müssen, in der Spanien eine Kolonie der Juden und Freimaurer war. Hasse England!

Als neuen Kommandeur der spanischen Truppen in Marokko entsandte Franco- den General Jague,

124 dessen Name aus dem spanischen Bürgerkrieg bekannt ist als eines der tatkräftigsten und besten spanischen Heerführer und als eines Mannes, der zugleich als ein überzeugter Falangist gilt. Die Mobilisierungsmaßnahmen Spaniens sollen den Stand der Armee auf 1 350 000 Mann bringen.

Gegen Ende des spanischen Bürgerkrieges sind Tausende von Rotspaniern nach Französisch-Nordafrika geflohen, wo sie z. T. in Internierungslagern untergebracht wurden. Sie wurden durch die Amerikaner freigelassen, und dies hat in Spanien im Zusammenhang mit der Erkenntnis, daß hinter den kommunistischen Unruhen auf der iberischen Halbinsel die Engländer stecken, erhebliche Besorgnis, besonders in den sozial bessergestellten Schichten hervorgerufen, auch bei solchen Persönlichkeiten, die Neigungen für England haben.

Ohne Zweifel stellt der englisch-amerikanische Angriff auf Französisch-Nordafrika eine unmittelbare Bedrohung der beiden autoritären Staaten Spanien und Portugal dar, deren gegenwärtiges Regime mit allen seinen Trägern durch einen Sieg unserer Kriegsgegner mit der Vernichtung bedroht würde. Die von Roosevelt Franco und Carmona abgegebenen beruhigenden Versicherungen sind natürlich nur dazu bestimmt, einzuschläfern und hinzuhalten, bis die USA und England in der Lage sein könnten, auf der iberischen Halbinsel mit Erfolg dasselbe zu versuchen, was sie in Nordafrika getan haben. Die von Franco verordneten Mobilisierungsmaßnahmen zeigen, daß er die drohende Gefahr erkannt hat.

Im Zusammenhang mit den Plänen unserer Kriegsgegner in Afrika, im Mittelmeer und gegen die Südküsten Europas fällt immer wieder der Name der Türkei. Wenn die iberische Halbinsel gegenüber dem linken Flügel einer vom afrikanischen Kontinent gegen den Süden Europas gerichteten Angriffsstellung liegt, so befindet sich die Türkei auf dem rechten Flügel dieser von Ägypten nach dem Vorderen Orient erweiterten Angriffsposition. Sie liegt zugleich dort, wo sich über Iran diese Position mit der Ostfront berührt. Kein Wunder, daß die Türkei für unsere Kriegsgegner ein eifrig bearbeitetes Feld

diplomatischer und propagandistischer Arbeit ist. Das Ziel ist natürlich, die Türkei zum Anschluß an die angelsächsisch-bolschewistische Koalition zu bringen. Dabei wird mit Geld und guten Worten, mit Versprechungen und Lockungen nicht gespart. Die türkische Politik hat aber bisher die Linie der Neutralität, der guten Beziehungen nach allen Seiten und des möglichen Nutzens von allen Seiten nicht verlassen. Der türkische Staatspräsident İnönü hat bei der Eröffnung des türkischen Parlaments am 1. November die türkische Neutralitätspolitik erneut bekräftigt und sich zugleich scharf gegen Spekulantentum und Preistreiberei ausgesprochen, „von denen man nicht wisse, für Rechnung welcher fremden

125

Nation sie arbeiten.“ Er bezog sich damit offenbar auf recht ausgedehnte englisch-amerikanische Bemühungen, durch systematischen Aufkauf von Lebensmitteln und Vorräten aller Art die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und den Achsenmächten, koste es was es wolle, zu stören und die türkische Ausfuhr lahmzulegen.

Besondere Aufmerksamkeit wenden die Amerikaner neuerdings der Presse und sonstigen Propaganda in der Türkei zu, wo sie hierfür eine über das ganze Land ausgedehnte Propagandaorganisation gegründet haben. In England und in den Vereinigten Staaten waren im Monat November die Ereignisse in Nordafrika das große Thema. Man bemühte sich, sie als einen riesigen Erfolg hinzustellen, als eine geradezu entscheidende Wendung des Krieges, als Beginn einer kriegsentscheidenden Offensive und als die zweite Front, auch zur Entlastung der Sowjetunion. Dies ist begreiflich, da der bisherige Kriegsverlauf unseren Feinden ja wirklich nicht viel Gelegenheit gegeben hat, die eigene Lage günstig und erfolgreich erscheinen zu lassen und somit das Bedürfnis nach propagandistischer Aufmunterung in den Feindländern naturgemäß groß sein muß. Churchill, Roosevelt und sogar der englische König beteiligten sich an diesem Propagandafeldzug. Rommel und seine ganze Armee wurden schon Anfang November so ungefähr totgesagt, und Churchill stellte es in seiner Rede, auf die der Duce dann kraftvoll antwortete, so dar, als ob Italien geradezu vor dem Zusammenbruch stünde. Derartige Propaganda richtet sich letzten Endes gegen ihre Urheber, sobald sich zeigt, daß sie von den Ereignissen nicht bestätigt wird.

Von einer Bedrohung der durch den bisherigen Kriegsverlauf geschaffenen Positionen der Achsenmächte und ihrer Verbündeten in Europa zu sprechen, ist lächerlich. Haben doch Churchill und andere ausdrücklich gestehen müssen, daß ihre Aktion in Afrika nur unternommen worden ist, weil sie es für unmöglich hielten, einen aussichtsreichen Angriff gegen Europa selbst zu machen. In einer Rede im englischen Unterhaus am 11. November gestand Churchill, daß er bei seinem Besuch in Moskau Stalin die englisch-amerikanischen Pläne hinsichtlich Afrikas und die Unmöglichkeit einer zweiten Front in Europa mitgeteilt und daß dies Stalin gar nicht gefallen habe. Stalin hat denn auch in einer Rede, die er zum fünfundzwanzigsten Jahrestag der bolschewistischen Revolution am 6. November hielt, ausgeführt, welche schwere Folgen es für die Sowjetunion gehabt habe, daß ihre angelsächsischen Verbündeten keine zweite Front in Europa eröffneten, und die Notwendigkeit für die Sowjetunion, daß dies schleunigst geschehe, energisch unterstrichen. Stalin wurde aber auf das Jahr 1943 vertröstet und erhielt Ende November in Form eines zwischen England, der USA und der Sowjetunion unterzeichneten Protokolls über die Lieferung von Kriegsmaterial einen weiteren Wechsel ausgestellt, dessen Honorierung

126

freilich nicht nur von den drei Unterzeichnern, sondern auch von den U-Booten und der Luftwaffe der Achsenmächte abhängen wird. Kriegsmaterial kann aus England und USA nun einmal nur zu Schiff nach der Sowjetunion gelangen, und der Verkehr zur See wird immer wieder von unseren Kriegsgegnern als ihr schwacher Punkt offen eingestanden. So schrieb am 17. November Lord Hankey in der Sunday Times: „Die vor uns liegende Aufgabe ist gewaltig. Der Angelpunkt, um den sich alles dreht, ist die Schifffahrt. Schwere feindliche Angriffe muß sie nach wie vor über sich ergehen lassen und manchen Verlust einstecken. Daneben werden aber Englands Versorgungsaufgaben immer größer anstatt kleiner. Lord Hankey führt dann weiter aus, daß man gegenwärtig auch noch große Tonnagemengen für den Nachschub General Eisenhowers freimachen müsse, ohne daß eine Entlastung an anderen Fronten einsetze. Demgegenüber habe Hitler die großen zwischen Pyrenäen und Ostfront liegenden Gebiete in eine einzige Festung verwandelt, die auf keinerlei überseeische Zufuhren in ihrer Versorgung mit allem, was man brauche, angewiesen sei.“ Unter dem Titel „Die schweigende Front“ veröffentlichte der britische Admiral Sir Herbert Richmond im „Economist“ eine Bilanz der bisherigen britischen Schiffsverluste. Admiral Richmond enthüllte die Tatsache, daß England ein Drittel seiner Schlachtschiffe, mit denen es in den Krieg eintrat, verloren habe, ebenso nahezu die Hälfte seiner Kreuzer und Zerstörer. Einen kleinen Teil dieser Verluste habe die englische Flotte im Kampf auf See in den Gewässern vor Norwegen und Kreta verloren. Die Hauptvernichter der englischen Marineeinheiten seien jedoch die Unterseeboote, die

Minen und die Luftwaffe, die die tödliche Gefahr für die britische Seemacht darstellten. Es sei höchst beunruhigend, so fuhr Admiral Richmond fort, daß die Versenkungsrate der alliierten Schifffahrt immer weiter ansteige, obwohl die britische Admiralität behauptete, seit Kriegsbeginn mehrere hundert feindlicher Unterseeboote vernichtet zu haben. Der Marinekorrespondent des „Observer“ erklärte, selbst wenn kein neues U-Boot mehr in Dienst gestellt werde, müsse sich England immer noch nach Mitteln umsehen, um mit den Hunderten von U-Booten fertig zu werden, die jetzt die alliierten Schifffahrtswege bedrohten. Anderenfalls werde England einer sicheren Katastrophe entgegengehen. Churchill selbst habe zugegeben, daß immer noch mehr deutsche U-Boote gebaut als versenkt würden, so daß sich die Gefahren für die alliierte Schifffahrt unaufhörlich erhöhten. „Daily Mail“ erklärt: „Die U-Boot-Gefahr ist heute wie gestern in der Lage, uns den Sieg aus den Händen zu nehmen.“

127 Es berührt angesichts solcher Stimmen und angesichts der gesamten Kriegslage recht merkwürdig, daß in England und den USA neuerdings über Kriegsziele, die Neuordnung Europas und eine neue Weltordnung nach dem Kriege wieder viel diskutiert und alle möglichen Pläne ausgesponnen werden. Dies ist auch ein Propagandatricks. Man möchte der Welt glauben machen, die Kriegslage sei so, daß man schon darüber diskutieren könne, wie man den Sieg ausnützen wolle. Diese Propaganda kann sich auf die Dauer ebenfalls nur gegen ihre Urheber selbst richten. Für uns aber mag es immer wieder eine Lehre sein, wenn wir hören, wie man Deutschland besetzen, zerstückeln, ausbeuten, dem Kommunismus ausliefern und als Machtfaktor auslöschen will. All dies kann die sowieso vorhandene Entschlossenheit, derartige Pläne unserer Kriegsgegner auf jeden Fall zu vereiteln, nur bestärken.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1942

Dezember-Lieferung
(Nr. 79/80 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Silvesteransprache Reichsminister Dr. Goebbels

Reichsminister Dr. Goebbels hielt am Silvesterabend um 20 Uhr über alle deutschen Sender folgende Ansprache an das deutsche Volk:

„Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

77 Eine Ansprache zum Jahresschluß vor dem ganzen Volke ist immer eine Art von nationaler Bilanz. Man muß die allgemeine Lage, in der wir uns überhaupt und der uns umgebenden Welt gegenüber befinden, einer sorgsam Prüfung unterziehen und dabei festzustellen versuchen, ob sie im Verlaufe des zu Ende gehenden Jahres eine grundlegende Wandlung erfahren hat, und wenn ja, ob zum Guten oder zum Schlechten. Zumal im Kriege ist das notwendig. Die Frage lautet also: Wo standen wir im vorigen Jahr um diese Zeit, und wo stehen wir heute?

Als ich das letztmal am Silvesterabend zum deutschen Volke sprach, war die Winterkrise im Osten auf den Höhepunkt gestiegen. Nur unter Aufbietung aller Reserven gelang es unseren Truppen, dem infernalischem Ansturm der bolschewistischen Militärmaschine standzuhalten. Es schien, als hätten sich nicht nur alle menschlichen, sondern auch alle Kräfte der Elemente gegen uns verschworen. Wir waren uns klar darüber, daß das Reich gerettet werden konnte und mußte, aber nur durch eine stählerne Willenskraft seiner Führung und durch eine nationale Kraftanstrengung des ganzen Volkes, insbesondere der Front, ohnegleichen.

Der Führer hat diese geschichtliche Willenskraft aufgebracht und Front und Heimat zu diesem spontanen Ausbruch ihrer letzten Energien hochgerissen. Die Krise begann langsam zu schwinden, und zwar von dem Augenblick an, in dem wir sie erkannten und ihr mutig entgegentraten, und es bewährte sich nun in der nächsten Folgezeit am deutschen Volke die Richtigkeit des Satzes, daß das, was einen nicht umbringt, einen nur stärker macht. Gestählt und gefestigt kamen wir aus dieser Prüfung heraus. Wir lernten zum ersten Male in diesem Kriege, daß kein Sieg von Format ohne schwerste seelische und materielle Belastung errungen werden kann, und daß, wie Schlieffen einmal sagt, eine Schlacht ohne Krise keine Schlacht, sondern ein Gefecht ist. Wenn einer vorher noch daran gezweifelt hätte, ob uns der große Endsieg gewiß sei, hier lieferte ihm die Nation den letzten und überzeugendsten Beweis. Ein Volk, das sich solchen Prüfungen gewachsen zeigte, war und ist für die Zukunft zu Großem berufen; es muß das Große nur unentwegt wollen.

78 Unter diesen Auspizien traten wir damals in das Jahr 1942 ein. An jenem grauen, klirrend kalten Dezemberabend lag es vor uns wie ein dunkel drohendes Geheimnis, und es bedurfte der Aufbietung einer gigantischen Willenskraft, um den geschichtlichen Kampf mit ihm ohne Zittern und Zagen aufzunehmen. Wir Nationalsozialisten fanden die innere Seelenstärke und Bereitschaft dazu in einer langen kämpferischen Erfahrung, die uns in der Vergangenheit manchmal vor schier aussichtslose Situationen gestellt hatte, deren wir überhaupt nur Herr werden konnten dadurch, daß wir an unsere Kraft, an unsere Mission und an unseren guten Stern glaubten. Wir hatten den Führer schon im Ringen mit ungleich viel größeren Schwierigkeiten gesehen und immer noch erlebt, daß er sie überwand und an ihnen nur seinen kämpferischen Elan erprobte und stärkte.

Welche Prognosen haben uns unsere Feinde heute vor einem Jahr gestellt, und was ist aus ihren düsteren Prophezeiungen geworden? Man muß sich das alles wieder ins Gedächtnis zurückrufen, um dem abgelaufenen Jahre Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Es war in der Tat ein gesegnetes Jahr für uns. Es wird zwar als eines der gefährlichsten, aber auch als eines der größten und entscheidendsten in die Geschichte unseres Volkes übergehen. Wenn dieser Krieg einmal in die Hände der Historiker hineingeraten wird, dann werden sie sicherlich feststellen, daß die Kurve unserer Sieghaftigkeit am Anfang dieser zwölf Monate der stärksten Zerreißprobe unterworfen wurde, daß sie sich aber nach dem Bestehen dieser Probe durch das deutsche Volk endgültig und für immer nach oben gewandt habe. Die Krise schwand dann vollends, als die Elemente den Kampf gegen uns ergebnislos abbrachen. Auch der vergangene härteste Winter seit Menschengedenken nahm ein Ende. Ihm folgte ein Frühling des Wartens und fieberhaftester Vorbereitung, und mit dem Sommer trat die deutsche Wehrmacht, die unsere Feinde in ihren leichtsinnigen und überheblichen Siegesphantasien schon zerfallen und aufgelöst auf dem Rückzug gesehen hatten, erneut zum Angriff im Osten an. Ich brauche nicht die triumphalen Siege in unser Gedächtnis zurückzurufen, die sie in den darauf folgenden Monaten errang; sie gehören bereits der Geschichte an.

Ein Gebiet etwa doppelt so groß wie das englische Mutterland kam in diesem Sommer in unseren Besitz. Wir nahmen dem Feind seine wichtigsten Rohstoff-, Rüstungs- und Getreidezentren. Er erhielt damit einen Schlag, von dem er sich in seiner weiteren Kriegführung überhaupt nicht mehr erholen

kann. Das Problem des Raumes fand in diesem Jahr im Osten seine Lösung. Nun sitzen wir am längeren Hebelarm. Während bis dahin noch vielfach die Dauer des Krieges am Mark unserer nationalen

79 Kraft zehrte, ist von da ab die Zeit unser Bundesgenosse geworden. Uns fehlen jetzt nicht mehr die Gebiete, die Kohle, Eisen, Mangan, Weizen und Getreide hergeben können; was uns vorläufig noch fehlt, das ist die Zeit, ihre Reichtümer in unsere Dienste zu stellen. Unser Kriegspotential hat eine Erweiterung erfahren, die, erst einmal richtig ausgenutzt, dem Krieg die entscheidende Wendung geben wird. Die Zeit, die sich bis dahin mit unheilvoller Kraft gegen uns wandte, steht nun in unserem Dienst. Das Jahr 1942 ist das Jahr einer weiteren Sicherung unseres Sieges geworden. Wir könnten jetzt nur noch verlieren durch eigene Schuld.

Unterdes ist der Krieg zu einem globalen Ringen geworden. Kein Erdteil und fast kein Land wird mehr von ihm verschont. Über alle Weltmeere rast die Furie der Zerstörung, eine rächende Göttin der Geschichte, ihren strafenden Arm gegen die angelsächsischen Mächte erhebend, deren Führungen frivol und ohne jeden Grund diesen Krieg vom Zaune brachen und deren Völker den zynischen Größenwahn ihrer Regierungen einmal sehr teuer werden bezahlen müssen. Je weiter sich die Dimensionen dieses Krieges ausdehnen, um so gigantischer werden natürlich auch die Probleme, die er aufwirft. Wir stehen vor dem in der Geschichte nur sehr seltenen Ereignis, daß die Erde neu verteilt wird. Die alte Verteilung hat sich als ungerecht und deshalb auf die Dauer nicht haltbar erwiesen. Es gab nur reiche und arme Völker. Die reichen hatten kein moralisches Anrecht mehr auf ihren Reichtum, und die armen sahen keinen geschichtlichen Zwang mehr zu ihrer Armut. Es gibt keine ewige Ordnung im Weltbesitz. Der hat einen Anspruch auf Reichtum und Macht, der bereit ist, sie kämpfend zu erwerben. In diesem Kriege müssen wir das beweisen. Alle Voraussetzungen dazu sind uns gegeben: eine geniale Führung, ein hartes, tapferes Volk, ein ausreichendes Kriegspotential und eine große Chance, die die Geschichte uns bietet.

Die Dauer des Krieges hängt von der Weite seiner Problematik ab. Wir stehen heute vor der teils günstigen, teils ungünstigen Notwendigkeit, in einem Gang alles das zu erledigen, wofür wir sonst Jahrzehnte und Generationen nötig gehabt hätten. Wir mögen das bedauern oder begrüßen, aber ändern können wir es nicht. Wir sind in die Weite unserer Kriegführung eingespannt. Sie muß bis zum siegreichen Ende durchgehalten werden. Was vor drei Jahren noch lediglich eine Sache der Tapferkeit und des nationalen Enthusiasmus war, das ist jetzt dazu eine Sache der Zähigkeit und moralischen Standfestigkeit geworden. Und gerade darauf hat der Feind seine Hoffnungen gesetzt. Er glaubt uns der längeren Dauer des Krieges zwar materiell, aber nicht seelisch gewachsen. Er spekuliert darauf und gibt das auch offen zu, daß sich eines schönen Tages für ihn das Wunder vom November 1918 wiederholen werde.

80 Selbstverständlich wird er sich in dieser Annahme täuschen. Wir haben als Volk in diesem Krieg so viele Beweise unserer moralischen Standfestigkeit gegeben, daß darüber eigentlich überhaupt kein Zweifel mehr herrschen könnte. Das Reich wird verteidigt von einer Front, die jeder Belastung gewachsen ist. Sie hat ihre Kampfstärke nicht nur in der Offensive, sondern auch in der Defensive, und zwar unter den schwierigsten Bedingungen, oft genug gezeigt. Unsere Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft stellen das stolzeste und zuverlässigste Mannestum dar, über das die deutsche Nation je verfügte. Selbst der Feind versagt ihm nicht seinen Respekt, der ja ohnedies schon dadurch bewiesen wird, daß er lieber aus der Ferne als aus der Nähe mit ihm Bekanntschaft macht. Für diese Front hat die Heimat nur ein Gefühl des Stolzes und der tiefsten Dankbarkeit. Front und Heimat sind so eins geworden, daß man nach der Haltung kaum unterscheiden kann, wo der Soldat aufhört und wo der Zivilist anfängt. Wir sind in den vergangenen dreieinhalb Jahren ein kriegsführendes und kriegstüchtiges Volk im besten Sinne des Wortes geworden. Wenn ich mich heute zum Dolmetsch der Gefühle höchster Anerkennung und Bewunderung mache, die die Heimat der Front gegenüber hegt, so weiß ich, daß sich im ganzen Reiche niemand findet, in dessen Namen ich dabei nicht sprechen dürfte. Aber auch die Heimat hat sich wenigstens ein wohlwollendes und beifälliges Gutachten der Front verdient. Sie will sich zwar nicht neben unsere kämpfenden Soldaten stellen, aber was sie tun konnte und was von ihr verlangt und erwartet wurde, das hat sie auch getan. Zumal in den luftbedrohten Gebieten hat unsere Bevölkerung mit einer bewundernswerten Haltung vielfach Belastungen und Gefahren auf sich genommen, die sich in mancher Beziehung neben der Front zeigen dürfen. Männer und Frauen und sogar Kinder haben sich hier wahrhaft heldenmütig bewährt.

Auch im übrigen Reich wird richtig kriegsmäßig gelebt und gewerkt. Unsere Bauern und Arbeiter nehmen ein Maß von Pflichten auf sich, das für normale Zeiten gänzlich unerträglich scheinen würde. Sie wissen, was sie dem Kriege um unser Leben schuldig sind. Kaum einer schließt sich dabei aus.

Gelegentliche Faulenzer und Parasiten zählen nicht mit. Sie sind der Abfall unseres Kriegslebens, der auf den Kehrichthaufen gehört. Aber betrachtet doch unser Volk in seiner Gesamtheit: unsere Männer, die 12 und 14 Stunden am Tage in den Rüstungsfabriken oder auf den Äckern werken, unsere Frauen, die die ganze Last des Kriegshaushalts auf sich nehmen, dazu oft zu schwerer Tages- oder Nacharbeit in die Betriebe gehen und obendrein noch der Nation Hunderttausende von Kindern schenken. Seht unsere Geistesschaffenden, unsere Ärzte, Lehrer, Beamten, Journalisten, Künstler, unsere Wissenschaftler,

Techniker und Erfinder, nicht die intellektuellen Halbgebildeten, nein, unsere bewundernswerte nationale Intelligenz und stimmt mir zu, wenn ich sage, daß die große Zeit das deutsche Volk in seiner Gesamtheit auch groß gefunden hat, groß im Ertragen von Belastungen und Leiden, aber auch groß im Handeln.

Es kämpft und arbeitet und tut alles, um den Krieg zu gewinnen! Das ist der Krieg um unser Leben, wir wissen es alle. Das ist der Krieg, den seine Toten und ihre Hinterbliebenen uns in stolzer Trauer als geschichtliches Vermächtnis in die Hand legen. Er bestimmt die Zukunft unseres Reiches, für die unsere Mütter selbst in dieser schweren Zeit noch ihre Kinder gebären. Wenn es für ein Volk überhaupt eine historische Verpflichtung geben kann, hier stehen wir vor ihr. Es geht um alles.

Das deutsche Volk hat in seiner Gesamtheit eine starke und unüberwindliche nationale Verteidigung aufgebaut, und zwar an der Front wie in der Heimat. Tief im Feindesland stehen unsere Soldaten und halten die Wacht. Selbst die infernalischste Wut und die stumpfe Zähigkeit eines wilden Untermenschentums im Osten vermag sie nicht zu erschüttern. Wenn wir von härtesten Kämpfen an allen Fronten hören und lesen, so wissen wir, daß wir ihrem weiteren Verlauf mit ruhiger Gewißheit entgegen schauen können. Wir verlassen uns auf die sieghafte Kraft des ewigen deutschen Soldatentums, das seiner großen geschichtlichen Vorbilder würdig sein will und auch würdig ist. An unserer Seite stehen in Treue mit uns verbunden starke und mächtige Bundesgenossen. Das faschistische italienische Volk kämpft zusammen mit Finnland, Rumänien, Ungarn, der Slowakei und Kontingenten aus fast allen übrigen europäischen Staaten mit uns gegen die bolschewistische Weltpest, die ohne unseren sieghaften Widerstand Europa überfluten würde. Das nationalbewußte japanische Volk hat sich in Ostasien erhoben, um in gewaltigen militärischen Schlägen die sein Leben beengende angelsächsische Fesselung abzuschütteln. Die Kontinente erzittern vom Dröhnen unserer Waffen. Nie stand eine so mächtige Koalition wie die unsere in einer derartigen Geschlossenheit im Kampf gegen die Weltunterdrücker, die kein Mittel unversucht lassen, unsere Einheit zu zerspalten, und doch am Ende unter den Angriffen der Achsenmächte zusammenbrechen werden. Wie in Ostasien, so sind in Europa die Kräfte der seelischen und materiellen Wiedergeburt der jungen Völker am Werke. Dieser Krieg wird enden mit der Neuordnung der Welt, nach der die gequälte Menschheit sich seit Jahrzehnten sehnt, die nach dem Weltkrieg nicht vollendet werden konnte und für die die um ihr Leben ringenden Nationen, die

82 auf zu engem Raum ihre wachsende Kinderzahl nicht mehr ernähren können, deshalb ein zweites Mal antreten müssen. Heute kämpfen sie alle in der richtigen Front. Heute stehen die unterdrückten Völker geschlossen und einig, zu jedem Kampf bereit, gegen ihre Unterdrücker. Im Namen Europas, seiner Kultur und Zivilisation führen wir Schwert und Fahne, verteidigen wir die alten Rechte und ewigen Werte unseres Kontinents mit dem festen Entschluß, die Waffen nicht aus der Hand zu legen, bis das große Ziel erreicht ist.

Im Jahre 1932 stand die nationalsozialistische Bewegung vor einer ähnlichen inneren, aber auch zeitentscheidenden Wende. Auch damals schien es manchmal, als habe sich die ganze Welt gegen uns verschworen. - Doch was vermögen nicht Menschenkraft und Menschenwille, wenn sie für das Gute und Edle kämpfen und gegen eine infernalische Tyrannei zu Felde ziehen! So ist es auch heute. Wir sind so fest durchdrungen von der Reinheit unserer Sache und der Sieghaftigkeit unserer Waffen, daß wir aus der starken Kraft unserer Herzen heraus das alte Jahr mit derselben inneren Gläubigkeit beschließen, mit der wir das neue beginnen.

Wir wissen nicht, wie lange dieser Krieg dauern wird. Es hieße die Zeit verschwenden, darüber Vermutungen anzustellen. Es mag sein, daß uns noch ein hartes und erbittertes Ringen bevorsteht, es mag sein, daß er so plötzlich wie er angefangen hat auch einmal sein Ende finden wird. Wer nur an den Sieg denkt, nur für ihn kämpft und arbeitet, der kürzt am meisten seine Dauer ab.

Jedes Zeichen von Schwäche aber kann nur zu seiner Verlängerung beitragen. Darum laßt uns mutig und unbeirrt durch die Zeitläufe unsere Pflicht tun und das neue Jahr mit derselben kämpferischen Gesinnung begrüßen, mit der wir das alte entlassen; dann wird es unser sein, wie das vergangene unser war. Es wird dann als ein deutsches Jahr in die Geschichte unseres Volkes übergehen.

Welch eine Wandlung hat unsere allgemeine Lage seit dem letzten Jahresabschluß durchgemacht! Damals standen wir in der Dunkelheit einer furchtbaren Krise, und nur unsere eigene unbeirrbar gläubige Helligkeit verbreitete noch Helligkeit um uns. Heute sehen wir in der Ferne schon Licht: das Licht eines neuen Morgens, der auf uns wartet, für den wir kämpfen und arbeiten und dem wir mit der ganzen Kraft unserer Herzen zustreben. Unser Volk hat ihn sich verdient und will ihn sich weiter verdienen. An der Front wie in der Heimat erfüllt es in Treue seine harten Kriegspflichten. Ihm gebührt dafür höchster Dank und stolzeste Anerkennung. Es hat sich der geschichtlichen Stunde würdig erwiesen.

83 Wenn wir am heutigen Abend um das Vaterland versammelt stehen, dann gilt unser erster Gruß dem Führer. Er hält die Nation mit starker Hand und führt sie sicher über alle Gefahren hinweg. Es ist sein Zeitalter, das wir durchschreiten, ein Zeitalter des Kampfes, an dessen Ende der stolze Triumph stehen wird. Solange er bei uns ist, sind wir mutig, stark und voll von kühnen Hoffnungen. Wenn wir heute den Segen des Allmächtigen auf ihn und sein Werk herabflehen, dann ist das ein Gebet des ganzen Volkes. Möge eine gütige Vorsehung ihn uns gesund und voll von Kraft und Entschlußfreudigkeit erhalten. Wenn er befiehlt, wollen wir ihm folgen. Es gibt keine Treue, die wir ihm nicht schenken, keine Stärke, die wir ihm vorenthalten, keine tiefe Gläubigkeit, die wir ihm verweigern wollen. Mit ihm betreten wir das neue Jahr mit dem festen Willen, es uns ganz und gar zu erobern.

Wir wissen, daß es kein leichtes werden wird. Für uns gilt das Wort, das der große Preußenkönig mitten im Siebenjährigen Kriege an einer entscheidenden Jahreswende für seine Soldaten und Generale schrieb: „Es wird das Jahr stark und scharf hergehen. Aber man muß die Ohren steifhalten, und jeder, der Ehre und Liebe vor das Vaterland hat, muß alles daransetzen. Wie damals Preußen nach schwerstem Kampf am Ende doch durch die Seelengröße seines Königs zur Großmacht emporstieg, so wird das Reich in diesem Kriege, fußend auf denselben Tugenden, seinen Weg zur Höhe siegreich durchschreiten.“

Also lasset uns die Ohren steifhalten und alles daransetzen. Wenn die Elemente uns umbrausen, seien wir als Volk ein fester Felsblock im stürmischen Ozean der Zeit. Stehen wir auf der Wacht und bieten wir dem Schicksal die Stirne. Wenn wir unerschüttert bleiben, dann wird uns am glücklichen Tage des Sieges seine Göttin den Lorbeer reichen.

Ich grüße das ganze deutsche Volk an der Front und in der Heimat, in Stadt und Land sowie überall in der weiten Welt. Kampf und Arbeit sei unsere Parole für das neue Jahr. Mag es uns rütteln und schütteln, wir wollen tapfer sein und ihm standhalten.

Und über seine Eingangspforte schreiben wir für unser kämpfendes und arbeitendes Volk das Wort Friedrich Nietzsches:

„Du gehst deinen Weg der Größe: das muß dein bester Mut sein, daß es hinter dir keinen Weg mehr gibt. Jetzt muß das Mildeste an dir noch zum Härtesten werden. Wer sich schont, der kränkelt zuletzt an seiner Schonung.“

G e l o b t s e i, was hart macht!"



Innenpolitik

84 Der Weihnachtsmonat brachte an innerpolitischen Ereignissen nur wenig. Dagegen warfen einige außenpolitische Ereignisse ihre Reflexe auf den Verlauf der Dinge. Am meisten wohl bewegte unter diesen Ereignissen die Rede des Duce das deutsche Volk. Mussolini hat zu den Italienern gesprochen. Doch wird es niemand in Deutschland gegeben haben, der nicht gefühlt hätte, daß die Sätze des Duce, die wie wuchtige Hammerschläge niederfielen, auch uns Deutsche genau so angehen. Sie bewegten das deutsche Volk nicht nur, weil es durch die Waffenbrüderschaft mit den Italienern verbunden ist,

sondern auch, weil es Worte waren, die ihrer ganzen Haltung nach und auch dem Geist nach, aus dem sie gesprochen wurden, unserem Wesen gemäß sind. Aus der Rede des Duce vernahm das , deutsche Volk, wie hart und zielbewußt das faschistische Italien kämpft!

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte das deutsche Volk ebenfalls die Besuche des italienischen Außenministers Graf C i a n o und des Chefs des italienischen Generalstabes Marschall Cavallero im deutschen Hauptquartier am 18. und 19. Dezember. Von nicht geringerer Bedeutung war am Tage darauf der Besuch des französischen Regierungschefs Pierre Laval beim Führer, der in Gegenwart des Reichsmarschalls und der beiden Außenminister der Achse Graf Ciano und von Ribbentrop eine längere Unterredung über die aktuellen Probleme Frankreichs hatte. Der Jahrestag des Kriegseintrittes Japans (11. Dezember) gab ferner Anlaß, der im ostasiatischen Krieg durch die Japaner gewonnenen Siege zu gedenken.

Obwohl der Winter im Dezember an der Ostfront seinen Einzug gehalten hatte, wurden doch die Kämpfe mit unverminderter Heftigkeit fortgeführt. Wieder wie im vorigen Jahr versuchten die Russen mit Beginn des Wintereinbruchs eine Offensive vorzutragen. Vergeblich!

85 In Nordafrika hatte sich Generalfeldmarschall R o m m e l vom Feinde abgesetzt. In einer Stellung an der Grenze der syrischen Wüste und Tripolitaniens erwartete er die britische Armee, der er ungeheure Anmarschwege aufgezwungen hat. Diese Schwierigkeiten waren es auch, die die Bewegungsfreiheit und Aktionsfähigkeit Montgomerys lahmlegten. In Französisch-Nordafrika und Tunis kämpften die deutsch-italienischen Verbände unter starker Luftüberlegenheit erfolgreich gegen die britischen, vor allem aber gegen die amerikanischen Streitkräfte.

Unablässig griffen auch im Monat Dezember die deutschen U-Boote auf den verschiedenen Meeren feindliche Geleitzüge an. Sondermeldungen berichteten von hohen Versenkungsziffern, die in diesem Wintermonat insgesamt 447 800 BRT ausmachten. Im Jahre 1942 hat die deutsche Wehrmacht, wie der OKW-Bericht vom 1. Januar meldete, aus der britisch-amerikanischen Handelsflotte 8 940 000 BRT vernichtet! Das ist eine Zahl, die nach Auffassung von Sachverständigen jedem Einsichtigen auch im Lager der Feinde beweisen müßte, daß die Schlacht auf dem Atlantik von England und Amerika nicht mehr gewonnen werden kann.

Unter den Kriegsauszeichnungen, die der Führer im Dezember verlieh, sind an erster Stelle zu nennen die Verleihungen des Eichenlaubs mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Als 21. Soldat der deutschen Wehrmacht erhielt diese Auszeichnung Generalmajor Karl E i b l, Kommandeur einer Infanteriedivision, nach ihm General der Panzertruppen Hans Hube, Kommandierender General eines Panzerkorps, und als 23. Soldat der deutschen Wehrmacht der Kommodore des Jagdgeschwaders Udet, Major Wolf-Dieter Wilcke. — Unter der großen Zahl der neuen Eichenlaubträger ist besonders zu nennen der Kommandeur der spanischen Division* Generalleutnant Munoz Grande, dem der Führer am 13. Dezember im Hauptquartier die Ehrung selbst überreichte. Sie ist nicht nur eine Auszeichnung und Anerkennung für den persönlichen Einsatz und Heldenmut des spanischen Generals, sondern auch für die tapferen spanischen Freiwilligen, die in schweren Angriffs- und Abwehrkämpfen Seite an Seite mit ihren deutschen Kameraden im Osten für die Freiheit Europas standen. Die spanischen Blätter heben die Ehrung des Generals Munoz Grande stark hervor und unterstreichen seine und der Blauen Division vom Führer anerkannte Einsatzbereitschaft und Tapferkeit.

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht verlieh außerdem im Laufe des Monats Dezember folgenden Angehörigen der Wehrmacht das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes:

Am 4. Dezember: Oberleutnant Eckehard K y l l i n g - Schmidt, Kompaniechef in einem Grenadierregiment, als 150. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

86 am 5. Dezember: Oberstleutnant N o b i s, Kommandeur eines Jägerregiments, als 151. Soldaten der deutschen Wehrmacht; am 9. Dezember: Generalleutnant Wolfgang Fischer, Kommandeur einer Panzerdivision, als 152. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 13. Dezember: Generalleutnant Karl Allmendinger, Kommandeur einer Jägerdivision, als 153. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 22. Dezember: dem vom Feindflug nicht zurückgekehrten Hauptmann Heinrich P a e p c k e, Gruppenkommandeur in einem Kampfgeschwader, als 154. Soldaten; Generalmajor Hermann B a l c k, Kommandeur einer Panzerdivision, als 155. Soldaten; General der Artillerie Walter R e i t z, Kommandierender General eines Armeekorps, als 156. Soldaten; AA-Oberführer Hermann Fegelein, Kommandeur einer Kampfgruppe im Osten, als 157. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 23. Dezember: Kapitän z. S. Hellmuth von Ruckte s c h e l, Kommandant eines Hilfskreuzers, als 158. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 29. Dezember: SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Felix Steiner, Kommandeur einer SS-Panzergrenadierdivision, als 159.; Generalleutnant Hubert Lanz, Kommandeur einer Gebirgsdivision, als 160.; Generalmajor Helmuth Schlömer, Kommandeur einer mot. Infanteriedivision, als 161.; Oberst Maximilian Reichsfreiherr von Edelsheim, Kommandeur eines Panzergrenadierregiments, als 162.; Oberst Hartwig von Ludwiger, Kommandeur eines Jägerregiments, als 163.; Hauptmann Harald von Hirschfeld, Bataillonskommandeur in einem Gebirgsjägerregiment, als 164.; Oberleutnant d. R. Josef B r e m m, Kompaniechef in einem Grenadierregiment, als 165.; Oberst Helmuth Thumm, Kommandeur eines Jägerregiments, als 166.; Oberst Helmuth von Pannwitz, Führer einer Kampfgruppe, als 167.; Generalleutnant Martin Fiebig, Kommandierender General eines Fliegerkorps, als 168. Soldaten der deutschen Wehrmacht.

Am 7. Dezember berichtete das DNB, daß der Führer dem Marschall von Italien und Gouverneur von Libyen, Ettore B a s t i c o, in Anerkennung seiner vorbildlichen Zusammenarbeit mit der deutsch-italienischen Panzerarmee und der ihr stets gewährten tatkräftigen Unterstützung am 5. Dezember das Deutsche Kreuz in Gold verliehen hat.

An der Ostfront errang am 13. Dezember das unter Führung von Ritterkreuzträger Major Trautloff stehende Jagdgeschwader seinen 3000. Luftsieg. Der Abschluß wurde von Eichenlaubträger Leutnant S t o t z über dem mittleren Frontabschnitt erzielt; Leutnant Stotz erhöhte damit die Zahl seiner Luftsiege auf 111.

In Anerkennung des pflichtgetreuen Einsatzes der Waffen-SS im Kampf um die Freiheit und Zukunft des deutschen Volkes hat der Führer der SS-Division „Leibstandarte Adolf Hitler“,

87 „Das Reich“, „Totenkopf“ und „Wiking“ an Stelle der bisherigen Benennung „SS-Division“ die Bezeichnung SS-Panzer-Grenadier-Division“ verliehen.

Neben seinen vielfachen Aufgaben auf dem Gebiete der motorischen Wehrrertüchtigung hat das NSKK. eine neue und wesentliche dazu übernommen: die Ausbildung von Sturmbootfahrern und Fahrern anderer motorisierter Wasserfahrzeuge der Pionierwaffe. Mit dem ersten Lehrgang, der im Zusammenhang hiermit stattfand, verband am 5. Dezember Korpsführer Kraus eine Einweisung der Führer der Motor-Obergruppen und Motorgruppen des NSKK., der auch der General der Pioniere, Jacob, beiwohnte. Kriegsmäßige Vorführungen der Pioniere zeigten das hohe Ausbildungsziel dieser stolzen Waffe.

Am 2. Dezember empfing der Führer in Anwesenheit des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop den neuernannten spanischen Botschafter Gines Vidal y Saura zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens. Anschließend verabschiedete sich vom Führer der bisherige spanische Botschafter Graf von Mayalda.

Auf Einladung der Internationalen Rechtskammer weilte anfangs Dezember eine Delegation des unabhängigen Staates Kroatien in Berlin, der unter Führung von Prof. Dr. S l a - d o w i c maßgebliche kroatische Wissenschaftler und Vertreter mehrerer kroatischer Ministerien angehörten. Die Delegation pflog mit der Internationalen Rechtskammer Verhandlungen über die Beteiligung Kroatiens an der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gesamtgebiete des Rechtswesens.

Am 8. Dezember empfing Reichsminister Dr. Goebbels den Minister für Volksaufklärung und Jugendziehung in Böhmen und Mähren, Dr. M o r a v e c, zu einer längeren Unterredung über aktuelle Fragen. Minister Moravec weilte auf Einladung des Staatssekretärs Gutterer zusammen mit Kulturschaffenden aus Böhmen und Mähren zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Berlin. Er besichtigte während seiner Anwesenheit in der Reichshauptstadt verschiedene soziale und kulturelle Einrichtungen und hatte mehrere Arbeitsbesprechungen über die von ihm betreuten Arbeitsgebiete.

Zur gleichen Zeit besuchte der italienische Minister für Erziehung, Exzellenz B o l l a i, Berlin. Er wohnte einer besonders feierlichen akademischen Festsitzung in der Aula der Berliner Universität bei, in der das auf seine Veranlassung ins Leben gerufene Institut „S t u d i a H u m a n i t a t i s“ gegründet wurde. Reichserziehungsminister Rust begrüßte Exzellenz Bottai, der nach Berlin gekommen sei, um dem Institut für sein Wirken eine Wegweisung zu geben. Nicht minder, herzlich bewillkommnete er den greisen italienischen Rechtsgelehrten Exzellenz Ricco B o n o. In deutscher Sprache führte Exzellenz Bottai seine Hörer in die Zielsetzungen des neuen Instituts ein. Es gelte ein neues Verständnis für den Begriff der Wissenschaft zu erarbeiten. Für Italien bedeute Wissenschaft Selbstbehauptung des Geistes. Alles nur Subjektive sei unvereinbar mit wissenschaftlicher Methode, wofern sie nur eine Bestätigung vorgefaßter Zwecke sein solle, entarte sie. Er proklamierte Maß und Abgewogenheit als wissenschaftliche Methode, die immer zur Ganzheit vorzudringen trachte. — In lateinischer Rede kennzeichnete sodann Exzellenz Ricco Bono den Einfluß der deutschen Wissenschaft auf das Ver-

ständnis der Entwicklung des römischen Rechts. Den deutschen Beitrag zur Eröffnung des Instituts gab Prof. Eduard Spranger. Humanismus, so führte er aus, dürfe nicht nur im Sinne der Weimarer Klassik gewürdigt werden; es sei vielmehr notwendig, aus dem Zusammenklang von Griechentum, römischer Wesensart und Germanentum ein neues Verständnis der Humanität zu entwickeln. Die „Studia Humanitatis“ hätten eine dreifache Aufgabe: sie seien berufen, Erleuchtung der Vergangenheit, Vertiefung der Gegenwart und Wegweisung in die Zukunft zu bewirken. Das Institut wird in Berlin ein eigenes Haus eröffnen, eine Bibliothek besitzen und in Vorträgen und in Publikationen die gemeinsamen Probleme entfalten, um der jungen studierenden Generation durch Stipendien den Zugang zu den Forschungsgebieten der „Studia Humanitatis“ zu ebnet.

Im „Haus der Flieger“ fand aus Anlaß des Idu Adha, des höchsten islamischen Festes, eine Feier zur Eröffnung des „Islamischen Kulturinstituts“ in Berlin statt, auf der der Großmufti von Jerusalem zur islamischen Welt sprach. Als Schirmherr dieses neugegründeten Instituts führte der Großmufti aus, daß es die Aufgabe habe, die ethischen Forderungen des Islam in den Dienst der Neuzeit zu stellen. Selbstaufopferung und persönlicher Einsatz seien im Sinne dieses Feiertages die höchste Pflicht. Junge Völker opferten ihre Söhne und alles sonst noch Kostbare und Edle auf dem Altar des Vaterlandes. Der Islam sei aus dem Opfergeist seines Gründers hervorgegangen und groß geworden. Heute stehe die islamische Welt vor der Frage des Kampfes um ihre Befreiung von Unterdrückung und Knechtschaft. Nur bedingungsloser Einsatz und Opferfreudigkeit könnten die Berechtigung zu Freiheit und Dasein geben. Dem arabischen Volk hätten die Juden den Existenzkampf aufgezwungen. Schon habe der Judenführer Chaim Weizmann erklärt, daß Französisch-Nordafrika die erste Brücke zwischen den beiden gewaltigen jüdischen Zentren bilde zwischen New York und Jerusalem. Dagegen sei der jetzige Krieg, auf jüdische Veranlassung entfesselt, die beste Gelegenheit für die Mohammedaner, sich von der ständigen Verfolgung und dem Terror zu befreien, von denen die arabische Heimat Erde seit langem heimgesucht wurde.

89 Der Großmufti hat mit seiner Behauptung, daß dieser Krieg ein jüdischer Krieg sei und die jüdische Weltherrschaft zum Ziel habe, ein Thema angeschnitten, das in Deutschland nicht neu ist. Die jüdische Presse hat es der Welt oft genug dargelegt, daß diese Herrschaft mit der brutalen Niederwerfung aller Völker, denen ihre Freiheit am Herzen liegt, beginnen müsse. Darum der rücksichtslose Kampf auch gegen das nationalsozialistische Deutschland!

Es bedarf kaum einer besonderen Ansprache von seiten der nationalsozialistischen Führung, um dem deutschen Volke den Stand der politischen und militärischen Lage darzustellen und den Willen zum Siege immer stärker zu entfachen, wie es z. B. Reichsminister Dr. Goebbels am 5. Dezember in der historischen Kampfstätte der NSDAP., im Berliner Sportpalast, tat. Dort gab der Minister der Führerschaft des Gaues Berlin die Parole für die kommenden Kampfmonate. In seiner Begrüßungsrede versicherte zunächst der stellvertretende Gauleiter von Berlin, Staatsrat Görlitzer, daß „die Berliner die Führung in diesem Kriege bis heute nicht enttäuscht hätten. Sie würden es auch nicht tun, ganz gleich, wie lange dieser Krieg dauern und welche Formen er auch noch annehmen möge“. Reichsminister Dr. Goebbels gab dann einen Überblick über die militärische und politische Lage, der ein ungeschminktes Bild von den Fronten vermittelte. Er erklärte, daß es heute kein Problem gebe, das man nicht mit dem deutschen Volke, vor allem aber nicht mit der Parteigenossenschaft erörtern könne. Zu Beginn des Krieges, so sagte er, habe es sich nicht darum gehandelt, das Reich nur an seinen Grenzen zu beschützen, sondern es sei darauf angekommen, den Krieg gleich in die gegnerischen Räume hineinzutragen und damit die Basis für seine siegreiche Fortsetzung und Beendigung zu schaffen. „Hätte man uns im September 1939 vorausgesagt, daß wir im Dezember 1942 um die Wolga, in Stalingrad und um Tunis westlich von Bizerta kämpfen würden, dann wären wir vieler damaliger Sorgen enthoben gewesen. Denn damals haben wir nicht nach der Wolga, sondern nach dem Rhein geschaut, und wir haben nicht um Bizerta, sondern um Saarbrücken gekämpft. Daran mag man den Unterschied unserer Lage zwischen heute und damals am besten erkennen. Aus der außerordentlich begrenzten und beengten Operationsbasis, die wir 1939 besaßen, sind wir so weit vor allem in den Osten hineingestoßen, daß uns seine fruchtbarsten Felder und seine reichen Rohstoffgebiete für unsere weitere Kriegführung zugutekommen. Das ist das Entscheidende! Nach einer eingehenden Darstellung der Kriegslage, die für das Reich ebenso hoffnungsvoll wie für den Feind düster ist, beschäftigte sich Dr. Goebbels mit den geradezu lächerlichen Versuchen der Gegner, Volk und Führung zu trennen. „Das Volk“, so sagte

90 er, „ist in seinen breiten arbeitenden und kämpfenden Massen seit jeher der Träger unserer nationalsozialistischen Anschauung gewesen. Es wird niemals von uns lassen und wir niemals von ihm. Ihm hat der Nationalsozialismus den Weg in das Offizierskorps freigemacht. Das Volk steht dort gleichberech-

tigt und artverwandt neben jenem preußischen Schwertadel, der noch in jedem Kriege seine Söhne auf dem Schlachtfeld für Deutschlands Zukunft geopfert hat. Wir wissen, wenn aus diesen drei Komponenten, der nationalsozialistischen Führung, den breiten Volksmassen und einem so ausgerichteten Offizierskorps und Soldatentum eine Einheit wird — dann wird Deutschland ewig unüberwindlich sein. Dann wird auch die soziale Frage ihre Lösung finden; denn auf solchem Fundament läßt sich unser breit ausgelagerter weiträumiger Staat sicher errichten!"

Wie sich seit alters her die deutschen Menschen am 24. Dezember um den Lichtenbaum versammeln, so ist es im Laufe der letzten Jahre guter Brauch geworden, sich zur vorbestimmten Stunde um den Lautsprecher zu scharen, damit alle Menschen deutscher Zunge, ganz gleich, ob sie in der Heimat, außerhalb der Grenzen oder, wie jetzt im Kriege, an der Front stehen, eine kurze Stunde der Einkehr und der Besinnung halten. Dr. Goebbels gedachte in seiner Weihnachtsansprache des Führers und seiner Soldaten, denen an diesem Abend der Dank dafür entgegenschlage, daß die Heimat in Frieden dieses Fest feiern könne. Der Minister wußte in dieser Stunde noch nicht, daß sogar in der „Heiligen Nacht“ die bigotten Engländer und Amerikaner ihre Bombenangriffe auf deutsche Städte unternahmen würden. Dies mag den Weihnachtsfrieden gestört haben, den Haß hat eine solche verwerfliche Tat nicht nur bei den Betroffenen, sondern im ganzen deutschen Volke noch vertieft. Abgesehen von dieser Schandtats aber konnte die deutsche Heimat wirklich unter dem Schutze ihrer Soldaten ihr Weihnachtsfest feiern. Ja, die kämpfende Front hatte im wahrsten Sinne des Wortes dazu beigetragen, das Fest zu verschönern: die im ganzen Reich verteilten Sonderrationen, die aus den Vorräten des Ostens allen Familien zugutegekommen waren, hatten dazu beigetragen, den äußeren Rahmen des Festes zu bereichern. Dr. Goebbels gedachte in jener Stunde all derer, die von ihren Lieben getrennt sind. Er machte sich insbesondere zum Dolmetsch aller deutschen Kinder, die ihren Vätern draußen ihre weihnachtlichen Grüße übermitteln wollten. „Wer sähe nicht im Geiste“, so sagte er, „die Millionen glänzender Augenpaare, die heute um den Weihnachtsbaum aufleuchten! Für unsere Kinder arbeiten und kämpfen wir. Wir müssen durch das Inferno dieses Krieges hindurch, um für sie den Eingang in eine schönere und edlere Welt zu finden.“ Den Soldaten an der Front aber wolle er sagen, daß die Heimat

91

treu und unbeirrt hinter ihnen stehe. Der Soldat brauche, wenn er mit dem Gesicht gegen den Feind stehe, überhaupt nicht zurückzuschauen. Er sei im Rücken gedeckt durch ein Millionenheer von Arbeitern, Bauern und Geistesschaffenden, besonders aber auch von deutschen Frauen, die mit edlem Fanatismus der Sache des Krieges trotz all seiner Belastungen dienen und niemals dulden möchten, daß sie irgendeiner Gefährdung ausgesetzt würde. Die Worte von Dr. Goebbels, die in einen Dank an den Führer und einer Bitte an den Allmächtigen, den Führer zu schützen, endeten, verbanden für eine Stunde die Heimat mit der Front und in einer Ringsendung die Soldaten von Narwik mit denen in Tunis, die Posten an der Biskaya mit denen am Kaukasus und bei Leningrad. Die technisch meisterhafte Sendung des deutschen Rundfunks, die an jedes Herz rührte, klang aus in die krafttrotzenden Verse des Lutherliedes „Und wenn die Welt voll Teufel war...“

Der Schluß des Jahres und der Beginn des neuen sind nicht zu denken ohne die Aufrufe des Führers an die deutschen Soldaten und an das deutsche Volk. In diesen Aufrufen, die im Januar-Bericht ausführlicher erwähnt werden sollen, gab der Führer eine umfassende Darstellung der Leistung von Front und Heimat im Jahre 1942. Die Worte des Führers waren getragen von dem felsenfesten Glauben an den Endsieg, dem das Deutsche Reich und seine verbündeten Nationen dank der Tapferkeit und dem Heldentum ihrer Soldaten im vergangenen Jahr um ein beträchtliches Stück nähergekommen seien.

Unter der Leitung des Generalbevollmächtigten für die Reichsverteidigung und Reichsministers des Innern, Dr. F r i c k, und in Anwesenheit des Leiters der Parteikanzlei Bormann sowie des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, hat am 11. Dezember eine Arbeitstagung der Reichsverteidigungskommissare stattgefunden. Nunmehr sind sämtliche Gauleiter Reichsverteidigungskommissare geworden. Dementsprechend sind die räumlichen Bereiche der Reichsverteidigungskommissare auf die Parteigäue ausgerichtet worden; auch die Bezirke der Wirtschaftsverwaltungen werden in dieser Weise eingeteilt werden, allerdings werden kleinere Gäue zu Wirtschaftsbezirken zusammengefaßt. Den Aufgaben nach hat sich aber für die Verteidigungskommissare nichts geändert.

Am 7. und 8. Dezember versammelten sich die Leiter der Reichspropagandaämter in Berlin zu einer Arbeitstagung, bei der Reichsminister Dr. Goebbels, nachdem Reichsminister Dr. Thierack, die Staatssekretäre Gutterer und Dr. Landfried sowie eine Reihe weiterer Persönlichkeiten aus Partei und Staat über die besonderen Probleme ihrer Arbeitsbereiche gesprochen hatten, einen Einblick in die militärische und politische Lage gab.

92 Am 14. Dezember wurde das Ergebnis der 3. Reichsstraßensammlung für das WHW vom 21. und 22. November veröffentlicht. Die Sammlung durch die SA, ff, NSKK und NSFK erbrachte 29 843 647 RM gegenüber 21384 560 RM im Vorjahr. Die Steigerung beträgt also 39,56%, d. h. noch mehr als ein Drittel!

Wie früher schon einmal berichtet wurde, erhalten alle Fronturlauber, Verwundeten und Kranken aus dem Bereich der Ostfront an der Reichsgrenze ein Lebensmittelpaket. Da es in vielen Fällen nicht möglich war, daß Verwundete oder Kranke dieses „Führerpaket für Ost Urlauber“ in Empfang nehmen konnten, ist nunmehr die Gelegenheit geschaffen worden, diese Führergabe in der Heimat durch das OKW zu erhalten. Eine Karte, die den Kranken oder Verwundeten ausgehändigt wird, berechtigt sie, in der Heimat 2,5 kg Weizenmehl, 1 kg Zucker, 1,5 kg Nahrungsmittel, 1 kg Butter und 1 kg Fleisch oder Fleischwaren zu bekommen. Wie so vieles, was der Heimat zugutekommt, ist auch diese Sonderzuteilung ein sichtbarer Erfolg des deutschen Kampfes im Osten!

Eine kurze Meldung vom 28. Dezember berichtete, daß eine Abänderung der Heiratsordnung für die Wehrmacht bestimmt, daß mit sofortiger Wirkung allen Wehrmachtangehörigen schon nach Vollendung des 21. Lebensjahres unter den üblichen Voraussetzungen die Heiratsgenehmigung erteilt werden kann.

Im Laufe des Dezember ist das vom Reichssportführer von Tschammer und Osten angekündigte Reichssportabzeichen für Kriegsversehrte zum erstenmal ausgegeben worden. In einer Feierstunde im Kuppelsaal des Reichssportfeldes fanden in Gegenwart des Reichsinnenministers Dr. Frick die ersten Verleihungen statt. 58 Verwundete, Offiziere und Mannschaften, nahmen diese Auszeichnung als erste in Empfang. Es handelt sich dabei nicht nur um Arm- und Beinamputierte, sondern auch um Blinde, die, durch Kriegsverletzung des Augenlichtes beraubt, dennoch die Bedingungen des Abzeichens erfüllten. Die Bedingungen wurden auf Grund jahrelanger Erfahrungen in den Lazaretten wie auch in der Sportheilstätte Hohenlychen durch deren Leiter Prof. Dr. Gebhardt für bestimmte Körperschäden festgelegt. Dem neugeschaffenen Abzeichen widmete der Führer folgendes Geleitwort: „Der Reichssportführer hat mit meiner Zustimmung für Verwundete und sonstige körperbehinderte Männer eine besondere Klasse des Reichssportabzeichens geschaffen. Möge diese Auszeichnung jeden ermutigen und anspornen, die von ihm mannhaft getragenen Schäden zu seinem Besten und zum Nutzen der Volkskraft zu überwinden.“

Der Ehreणाusschuß der „Stiftung für Opfer der Arbeit“ trat am 21. Dezember im Propagandaministerium zu seiner Jahressitzung zusammen, bei der Ministerialrat Prof. Dr. Z i e g l e r den Jahresbericht

93 gab. Es wurden dem Ehreणाusschuß 3672 Gesuche zur Beschlußfassung vorgelegt, von denen 2374 Gesuche mit einmaligen oder laufenden Unterstützungen in einer Gesamthöhe von 531 980 RM bedacht wurden. Darunter befindet sich eine erhebliche Anzahl von Gesuchstellern, die bereits zum zweiten oder dritten Male eine Zuwendung erhielten. In diesem Betrage sind auch die von der „Stiftung für Opfer der Arbeit auf See“ betreuten Hinterbliebenen enthalten. Seit Bestehen der Stiftung wurde damit ein Gesamtbetrag von 7,7 Millionen RM an rund 33 100 Hinterbliebene von Opfern der Arbeit verteilt. Im nächsten Jahr sollen in Zusammenarbeit mit der NSV Kinder, deren Väter im Beruf tödlich verunglückt sind, durch Mittel der Stiftung aufs Land zum Erholungsurlaub geschickt werden. In der Kriegsversorgung der Beschädigten und Hinterbliebenen sind vom 1. Oktober des vergangenen Jahres ab bedeutende Leistungssteigerungen eingeführt worden. Die Antragsfrist, die bis 31. Dezember gestellt war, ist nunmehr bis zum 31. März verlängert worden. Die Fristverlängerung gilt für Weltkriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen, sofern in Frage kommen: 1. Anträge von Leichtbeschädigten wegen hohen Alters auf Gewährung von Zusatzrente. 2. Zuschüsse für Erwerbsunfähige, die eine hohe wirtschaftliche Einbuße erleiden. 3. Anträge für Witwen, die wegen ihrer erst nach dem 6. Juni 1931 geschlossenen Ehe bisher keine Rente beziehen konnten. — Für Hinterbliebene, die Witwen- und Waisenbeihilfe beziehen, ist auf Antrag eine Erhöhung der bisherigen Bezüge vorgesehen. Die Fristverlängerung gilt auch für Teilnehmer dieses Krieges und ihrer Hinterbliebenen, sofern es sich handelt: 1. Um Anträge Schwerstbeschädigter auf Einstufung in die neue Versehrten-Geldstufe IV. 2. Um eine Übergangsunterstützung für arbeitsverwendungsfähige Beschädigte. 3. Um einen Zuschuß zur Rente für Arbeitsverwendungsfähige, die einen wirtschaftlichen Nachteil erlitten haben. — Witwen und Waisen kann ferner auf Antrag ein Zuschuß zu ihrer Rente gewährt werden, wenn der Lebensunterhalt mit Rücksicht auf die bisherige Lebenshaltung durch die gesamten Versorgungsbezüge nicht ausreichend gesichert ist.

Der Reichswirtschaftsminister hat eine neue Fassung der Richtlinien für die allgemeine betriebliche Erziehung innerhalb der Berufsausbildung in Kraft gesetzt. Es handelt sich dabei um eine wesentliche

Erweiterung und Verbesserung, die (wie am 3. Dezember berichtet wird) vom Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe, von der DAF und von der Reichsjugendführung geschaffen wurde. Der betriebliche Berufserzieher trägt die Verantwortung für die Leistungssteigerung, für die charakterliche und berufliche Ausbildung der ihm anvertrauten Zöglinge. Da auch die beste Berufserziehung nicht in der Lage ist, mangelnde Eignung zu ersetzen, soll vor Eintritt in den Beruf bereits ein Überblick über die besondere Eignung vorhanden sein. Über die notwendigen Anlagen unterrichten dabei die jeweiligen Berufseignungsanforderungen. Berichtshefte der Lehrlinge sollen ein Spiegelbild des Ablaufs der Berufsertüchtigung sein; Zwischenprüfungen und Zeugnisse sowie Prämien, auch Teilnahme am Reichsberufswettkampf sind weitere wirksame Mittel der Berufserziehung. Zwei Abschnitte der Lehre werden unterschieden: Grundlehre und Fachlehre. Die Grundlehre als arbeitscharakterliche Erziehung vermittelt eine breite Basis des beruflichen Könnens und die wichtigsten Arbeitstechniken, die Fachlehre die besonderen fachlichen Fertigkeiten. Die Eintragung des Lehrlings in sein Berichtsheft werden vom Meister bewertet und von den Eltern zur Kenntnis genommen.

94

Am Anfang Januar trat Reichsorganisationsleiter Dr. L e y eine Reise an, die ihn in eine große Zahl von Betrieben Westdeutschlands und Nordwestdeutschlands führte. Dr. Ley besuchte dort die schaffenden Menschen an ihren Arbeitsplätzen, unterrichtete sich über ihre Wünsche und sprach zu ihnen auf Betriebsappellen. Während der ersten beiden Tage dieser Reise weilte Dr. Ley in seinem Heimatgau Köln-Aachen. Die Reise wurde im Gau Düsseldorf fortgeführt und endete bei den Kohlen- und Eisenarbeitern des Ruhrgebietes. Die besuchten Orte liegen alle in einem Gebiet des Reiches, das stärker als andere von britischen Terrorangriffen heimgesucht wird. Die schaffenden Menschen tragen infolgedessen außer ihrer Arbeitsbeanspruchung noch jene Belastung, die sich aus Luftalarmen und Bombenabwürfen ergibt. Dr. Ley konnte sich überall von der vorbildlichen Haltung und der unerschütterlichen Widerstandskraft der arbeitenden Bevölkerung überzeugen. Er dankte ihnen für ihren beispielhaften Einsatz, der für alle Zeiten ein Ruhmesblatt bleiben wird. „Ich bringe Ihnen die Grüße des Führers, der beglückt ist, immer wieder festzustellen, daß der deutsche Arbeiter in Leistung und Haltung der beste der Welt ist“, sagte Dr. Ley. „Der Kampf wird noch hart sein, aber wir haben die Fesseln der Umklammerung bereits gesprengt. Wir werden die Bolschewisten und England so schlagen, daß diese Länder und das hinter ihnen stehende Judentum sich nicht noch einmal dem deutschen Volke auf seinem Marsch in eine gesicherte Zukunft des Wohlstandes und Sozialismus entgegenstellen können. Dafür bürgt der Führer, dem die schaffende Nation bedingungslos folgt!“

Der Reichsstudentenführer, Gauleiter Dr. Scheel, hat für die deutsche Studentenschaft eine neue Kameradschaftsordnung erlassen. Sie wird dem Kameradschaftsleben eine bestimmte und klare Form geben. In dem grundsätzlichen Teil der Kameradschaftsordnung wird klargestellt, daß die Kamerad

95

schaft das Leben des Studenten ganz erfaßt. Er soll ihr auch nach Beendigung des Studiums, in der Altherrenschaft bis zu seinem Tode angehören. Als wesentlichen Teil dieser Erziehung verlangt die Kameradschaft den praktischen Einsatz an den Brennpunkten völkischen Lebens. Die Kameradschaft besteht aus Jungburschen (Studentenbundsanwärter), Burschen und Altburschen (Studentenbundmitglieder). Der Kameradschaft sind eng verbunden die Alten Herren ihrer Altherrenschaft. Der Kameradschaft sind Gastkameraden und Gäste angeschlossen. Jeder an der Hochschule eingeschriebene Student, der den Aufnahmebedingungen der Partei entspricht und seinen Arbeits- und Wehrdienst ehrenvoll erfüllt hat, kann sich um die Aufnahme in die Kameradschaft bewerben. Der Jungbursch unterliegt in den zwei Semestern seiner Jungburschenzeit im besonderen Maße der studentischen Selbsterziehung. Am Ende des zweiten Semesters unterzieht er sich der Burschenprobe, die über seine Entwicklung und Reife Aufschluß gibt. Die Burschenprobe besteht aus einem weltanschaulich-politischen und einem sportlichen Teil. Der eigentliche Träger der Arbeit in der Kameradschaft ist der Bursch. Durch persönliche Haltung, Lebensführung und Erfüllung der Studentenpflichten muß er stets Vorbild sein. Bei Abschluß der Burschenzeit wird er zum Altburschen ernannt. Die Formen des Kameradschaftslebens sind der politische Abend, die Gemeinschaftsstunde als kulturelle Veranstaltung und der Kameradschaftsring. Die Jungburschenstunde ist die Erziehungsstunde für die Jungburschen. Die Fechtstunde ist verbindlich für Jungburschen und Burschen.

Zur Inspektion der Wehrrertüchtigungslager der Hitler-Jugend weilte Reichs Jugendführer Artur Axmann zu einem kurzen Aufenthalt im Reichsgau Steiermark. In Begleitung des Vertreters des OKW, Oberstleutnant Kretzschmer, wohnte der Reichsjugendführer dem Dienst der beiden steierischen Wehrrertüchtigungslager bei und sprach zu den Ausbildern und Jungen über die Bedeutung dieser vormilitärischen Ausbildung der Jugend. Gemeinsam mit Gauleiter Dr. Uiberreither besuchte Artur Axmann in Graz auch die Gebietsmusikschule der Hitler-Jugend, das Anwesen der geplanten Adolf-

Hitler-Schule und in Marburg a. D. die Lehrerbildungsanstalt, wo er sich von den Erziehern eingehend über den Lehrplan berichten ließ.

Der Weihnachtsmarkt der Hitler-Jugend im Berliner Lustgarten ist am 19. Dezember mit einer Ansprache des Reichsjugendführers Axmann eröffnet worden. Damit nahmen alle 6000 Weihnachtsmärkte der Hitler-Jugend ihren Anfang. Der Reichsjugendführer ging in seiner Ansprache davon aus, daß alle Arbeit der Hitler-Jugend auf die Notwendigkeit des Krieges ausgerichtet sei. Jede Aufgabe, die sie übernehme und erfülle, habe dem Sieg zu dienen. „Auch mit ihrer Werkarbeit hat sich die Hitler-Jugend in den Dienst des Krieges gestellt. In den vergangenen Monaten haben unsere Jungen und Mädchen in allen Teilen des Reiches fröhlich gebastelt. In ihren Heimen, in den Lagern der KLV, im Landdienst haben sie mit wahrer Begeisterung gearbeitet. Auch unsere Lehrlinge haben sich vorbildlich nach ihrer Arbeitszeit in den Dienst der guten Sache gestellt. Es war wunderbar zu sehen, welch ein großer Reichtum an handwerklicher Begabung in unserer Jugend steckt. So wurde durch die Werkarbeit ein entscheidender Beitrag für die kulturelle Erziehung der deutschen Jugend geleistet.“ Die Hitler-Jugend hat 8 500 000 Stück Spielzeug hergestellt und damit einen wesentlichen Teil der im Krieg ausgefallenen Spielzeugproduktion ersetzt.

Wenn in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern Schieberereien und Wucher nur in geringem Umfange als unerfreuliche Begleitumstände des Krieges in Erscheinung treten, wenn vor allen Dingen alle lebenswichtigen Nahrungsmittel in ausreichendem Maße allen zur Verfügung stehen, dann ist dieser Umstand wohl u. a. auch auf die Schärfe der Gerichtsurteile zurückzuführen, die jeden treffen, der sich gegen die Interessen der Allgemeinheit vergeht. Im Dezember berichteten die Zeitungen von einzelnen Urteilen gegen solche Kriegsverbrecher. So wurde mitgeteilt, daß das Sondergericht in Hannover einen Schlächtermeister zum Tode verurteilt habe, weil er in großem Umfange Schwarzschlachtungen vorgenommen hatte: 17 Großtiere, 17 Kälber und 14 Schweine, und außerdem sogar noch für verschiedene Selbstversorger weitere Schwarzschlachtungen von 31 Schweinen, 9 Kälbern und 5 Schafen. Das Sondergericht verurteilte den Mann zum Tode, seine Ehefrau erhielt 8 Jahre, seine mitangeklagten Lieferanten 3 und 4 Jahre Zuchthaus. Das Todesurteil wurde sofort vollstreckt. — Wegen fortgesetzten Betruges, schwerer passiver Bestechung, wegen Verbrechens nach der Kriegswirtschaftsverordnung und wegen Amtsunterschlagung mußte sich ferner der Leiter des Wirtschaftsamttes Sonthofen vor dem Sondergericht in München verantworten. Unter Mißbrauch seiner Amtsstellung hatte er bei der Bewinklung von Fahrzeugen und der Ausgabe von Tankausweiskarten Personen begünstigt, die ihm durch Gewährung von Darlehen über seine finanziellen Schwierigkeiten hinweghelfen. Insgesamt entzog er dadurch über 1500 Liter Benzin der normalen Bedarfsdeckung. Das Gericht verurteilte den Angeklagten als Volksschädling zu einer Zuchthausstrafe von 9 Jahren. Auf die gleiche Dauer wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. — Ein Bäckermeister schließlich aus Hanau beschaffte sich ohne Bezugschein Mehl in größeren Quantitäten. Bei verschiedenen Kaufleuten tauschte er dafür bewirtschaftete Lebensmittel und sonstige Mangelwaren ein. Das Sondergericht in Kassel verurteilte den Angeklagten als Volksschädling zum Tode. Seine Frau, die nur zum Teil von den Schieberungen Kenntnis hatte, erhielt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Das Todesurteil wurde ebenfalls sofort vollstreckt.

Das Problem der Errichtung von Lagerhäusern für Verbraucherkartoffeln wurde, wie die DAZ vom 14. Dezember berichtete, bereits im Jahre 1937 in Angriff genommen. Damals wurde in einem Berliner Vorort eine Versuchslagerhalle mit einem Fassungsvermögen von 1000 Zentnern gebaut, und zwar in die Erde und mit Hordenlagerung. Die Erfahrungen, die man in diesem Versuchshaus machte, haben aber dazu geführt, daß solche Häuser jetzt in wesentlichen Punkten anders angelegt werden. In diesem Jahr ist nun zum ersten Male die Erstellung von Verbrauchslagerhäusern in großem Maßstabe durchgeführt worden. In dem kurzen Zeitraum von dreieinhalb Monaten wurden, begünstigt durch die bis in den Dezember hinein kältefreie Wetterlage, im Reich 235 Kartoffellagerhäuser mit einem Fassungsvermögen von 242 000 Tonnen gebaut — sicher eine große Leistung, da Schwierigkeiten sowohl hinsichtlich des Materials als auch besonders der Arbeitskräfte zu überwinden waren. 95 Prozent der Häuser sind bis Dezember fertig geworden und zum größten Teil auch bereits mit Kartoffeln gefüllt.

Der Führer empfing am 10. Dezember in seinem Hauptquartier den Leiter der nationalsozialistischen Bewegung in den Niederlanden, M u s s e r t, zu einer längeren, vertrauensvollen Aussprache. Mussert war vom Oberbürgermeister und Parteibevollmächtigten der NSB für Rotterdam, Müller, begleitet. Beim Empfang waren zugegen der Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, Reichsminister Dr. Lammers, Reichsleiter Bormann und Reichsführer *ii* Himmler. — Wenige Tage darauf wurde dann berichtet, daß die niederländische Nationalsozia-

listische Partei in Zukunft verantwortlich in die Verwaltung der Niederlande eingeschaltet werden wird.

Um Europa vor den aus dem Osten drohenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen, ist in Lemberg am 10. Dezember ein Fleckfieber-Forschungsinstitut, das den Namen Emil von Behrings trägt, eröffnet worden. Reichsminister Dr. Frank würdigte die Bedeutung dieser Tat: die Völker des Ostraumes würden alsbald den Segen der deutschen Führung daran erkennen, daß mit dem deutschen Schwert auch die deutsche Wissenschaft auf allen Gebieten der Höherführung menschlicher Kräfte hier ihren Eingang gehalten habe. Zum Leiter des bedeutsamen Instituts wurde Direktor Gerhard Zahn ernannt.

98 Der Reichskommissar für das Ostland hat angeordnet, wie am 15. Dezember gemeldet wurde, daß für die Generalbezirke Lettland, Litauen, Estland und Weiß-Ruthenien zwei landwirtschaftliche Forschungsanstalten eingerichtet werden. Sie sollen die in diesen Gebieten vorhandenen landwirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen zentral zusammenfassen und die Unterlagen für alle Maßnahmen der Tier- und Pflanzenzüchtung liefern.

In den Vorweihnachtstagen ist auf dem deutschen Buchmarkt eine bedeutende Neuerscheinung ausgelegt worden: die Sammlung von Artikeln des Reichsministers Dr. Goebbels aus der jüngsten Vergangenheit unter der Überschrift „Das eiserne Herz“. Wie in dem Titel, so sind auch in allen diesen Aufsätzen, die zumeist in der Wochenzeitschrift „Das Reich“ zuerst erschienen, alle seelischen Kräfte und Anspannungen der deutschen Gegenwart zusammengeballt. In den Reden aber, die hier ebenfalls wiedergegeben sind, werden dem Leser noch einmal jene tiefgründigen Gedanken vergegenwärtigt, die Dr. Goebbels über den „Film als Erzieher“ über „Buch und Schwert“ ausgesprochen hat. Ein Stück Zeitgeschichte bietet sich also in diesem von M. A. von Schirmeister herausgegebenen Buche dar.

Einem der bedeutendsten deutschen Architekten, dem ordentlichen Professor an der technischen Hochschule Stuttgart, Paul Bonatz, verlieh der Führer am 7. Dezember aus Anlaß des 65. Geburtstages in Würdigung seiner Verdienste um die deutsche Baukunst die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft. Weiterhin hat der Führer dem Präsidenten der bayrischen Akademie der Wissenschaften Prof. Dr. Karl Alexander von Müller aus Anlaß der Vollendung des 60. Lebensjahres in Anerkennung seiner Verdienste um die deutsche Geschichtswissenschaft die Goethe-Medaille verliehen. Frühzeitig hatte Prof. von Müller im Hause des Verlegers Bruckmann bereits den Weg zu Adolf Hitler gefunden. Neid aber, Mißgunst und politischer Haß warfen ihre Schatten auf den Lebensweg, den Karl Alexander von Müller unbeirrbar und mutig bis zum Erfolg weiterschritt.

Am 7. Dezember verstarb der Direktor der Dresdener Gemäldegalerie, Dr. Hans Posse. Dem Verstorbenen war die hohe Ehre zuteil geworden, im Auftrage des Führers eine Sammlung von Gemälden, Graphiken und Stichen für das neu zu errichtende Linzer Museum zusammenzustellen. Unermüdlich hat sich Dr. Posse bis zur letzten Stunde seines Lebens dieser Aufgabe hingeeben, so daß ihn die Stadt Linz mit Recht zu ihrem Ehrenbürger ernannte. Durch ein Staatsbegräbnis ehrte der Führer den verdienten Gelehrten, und Reichsminister Dr. Goebbels hielt ihm dabei die Gedenkrede.

99 Am 10. Dezember verstarb schließlich wenige Monate nach seinem 65. Geburtstag der Staatsrat Emil von Stauß. Als Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, als ein Mann mit weitem politischen Gesichtsfeld, der in der Wirtschaft nie den Selbstzweck sah, hat er Außerordentliches geleistet. Seit 1930 gehörte Staatsrat von Stauß dem Deutschen Reichstag an, dessen Vizepräsident er vom Jahre 1934 an war. Am 16. Dezember fand das vom Führer angeordnete Staatsbegräbnis statt, bei dem Reichsminister Funk die Trauerrede sprach.

99



Außenpolitik

100 Mit dem Monat Dezember endete das vierte Kalenderjahr, in dem der Krieg dauert, und begann das fünfte. Die Jahreswende fordert stets zu Rückblick und Ausblick auf. Sie wurden vom Führer selbst in seinem Neujahrsaufruf an das deutsche Volk und in seinem Tagesbefehl an die Wehrmacht vollzogen.

In ihnen wurden Kriegführung und Politik des Reiches erneut knapp und klar gekennzeichnet. Der Aufruf des Führers an das deutsche Volk hatte folgenden Wortlaut:

In diesen vier Jahren ist auch dem deutschen Volke klar geworden, daß es in diesem Kampf, der uns wie so oft in der deutschen Geschichte von den habgierigen alten Feinden aufgezwungen worden war, wirklich um Sein oder Nichtsein geht. Wenn in früheren Jahrhunderten dynastische Streitigkeiten die Welt mit ihrem Kriegslärm erfüllten, dann waren die Resultate eines solchen Kampfes für Sieger und Besiegte in ihren Folgen oft doch nur sehr bescheiden. Dennoch ist nach einem jahrhundertelangen Verfall des ersten deutschen Reiches unser Volk infolge seiner inneren Zersplitterung und der daraus entsprungenen Ohnmacht von seiner einst achtungsgebietenden Stellung in Europa heruntergesunken Und für lange Zeiten nur zum Kulturdünger der anderen Welt geworden. Ungezählte Millionen Deutsche waren gezwungen, um das tägliche Brot zu finden, die Heimat zu verlassen. Gerade sie haben unbewußt mitgeholfen, jenen Kontinent aufzubauen, der nunmehr Europa zum zweiten Male mit Krieg zu überziehen versucht. Das Volk, das in seiner politischen Hilflosigkeit und unter dem Druck der materiellen Not sich immer mehr in das Reich der Gedanken flüchten mußte und endlich zur Nation der Dichter und Denker wurde, war für die übrige Welt eine genau so angenehme Erscheinung wie das von romantischen Ruinen erfüllte staatlich zerrissene und materiell bettelarme Italien.

Seit der preußische Staat aber aufhörte, nur der Degen fremder Mächte zu sein und von erleuchteten Geistern geführt, sich seiner wahren Mission entsprechend anschickte, das deutsche Volk zu einen, begannen die Nutznießer des alten Zustandes, das neue Reich mit ihrem Haß zu verfolgen und in immer kürzeren Intervallen mit Kriegen zu überziehen. Je nützlicher die Argumente dafür waren, um so verlogener konnten sie sein. Einst hatte das feudale Frankreich das Deutsche Reich bekämpft unter der Führung des Hauses Habsburg, das bürgerliche Frankreich führte seine Kriege gegen das Deutschland unter der Führung Preußens, das Frankreich von 1939 hat wieder dem Reich den Krieg erklärt, und dieses Mal nicht mehr dem kaiserlichen, sondern dem nationalsozialistischen Staat. England bekämpfte erst die parlamentarisch-konstitutionelle Monarchie, heute hetzt es gegen den deutschen Volksstaat, Amerika schloß sich dem Krieg im Jahre 1917 an gegen das damalige Deutschland Wilhelms II. Es hat den neuen Krieg provoziert gegen das Deutschland der sozialistischen Erneuerung. Rußland verwickelte früher das monarchistische Europa in Kriege, es hat nunmehr seinen Weltkampf unter der Firma der bolschewistischen Staaten mit Hilfe der kapitalistischen Länder gegen Europa und das sozialistische Deutschland vorbereitet.

101

Ganz gleich unter welchen Motiven sie diese Kriege aber angefangen haben, der innere Grund war stets der gleiche: Haß gegen ein starkes deutsches Reich als Schutzmacht Mitteleuropas, Ablehnung der Lebensansprüche des deutschen und des italienischen Volkes und nicht zuletzt ein allgemeines kapitalistisches Interesse am Krieg überhaupt. Denn alle ihre Staatsmänner sind zugleich Inhaber der Rüstungsaktien ihrer Länder. Aus dem Blut der von ihnen gedungenen Söldner oder auch ihrer eigenen Soldaten wachsen die Dividenden. Was ist natürlicher, als daß vor allem die Macht, die fern jeder menschlichen Ethik steht und nur im Gold allein den Zweck des Lebens sieht, als Hauptgewinner bei allen Streitigkeiten auch der größte Organisator der Kriege ist: Das internationale Judentum ist seit jeher der Meister im Anstiften der Entzweiung der Menschen und Völker.

Im Weltkrieg 1914—18 ist es dieser internationalen Koalition von Geschäftemachern und ihren jüdischen Hintermännern gelungen, das deutsche Volk durch ihre Phrasen zu benebeln und es mit Blindheit zu schlagen gegenüber der ihm drohenden Gefahr. Als es dann im Innern durch die Revolution geschwächt, die Waffen niederlegte, glaubten einfältige Menschen, den Versprechungen dieser charakterlosen Feinde vertrauend, einen Frieden der Gerechtigkeit, der Versöhnung und der Verständigung erwarten zu dürfen. Der Name eines amerikanischen Präsidenten ist seitdem für alle Zeiten verbunden mit dem darauffolgenden größten Betrug der Weltgeschichte. Indem Wilson mit 14 Punkten es fertigbrachte, das auf dem Schlachtfeld unbesiegte deutsche Volk in seiner geistigen Haltung zu zersetzen, um es daraufhin zu vernichten, hat er für alle kommenden Zeiten die deutsche Nation aber auch immun gemacht gegen jede Wiederholung derartiger Versuche. Das Wort eines amerikanischen Präsidenten gilt seitdem für die deutsche Nation jedenfalls nicht mehr als in den Vereinigten Staaten selbst: nämlich nichts!

102

Unabhängig davon aber ist das deutsche Volk von heute nicht mehr das deutsche Volk der Jahre 1914—18. Aus dem einstigen bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaat ist ein Volksstaat entstanden. Wenn ich selbst als Soldat des Weltkrieges aus dem damaligen Fronterlebnis die Grundlagen der Lehren meiner späteren nationalsozialistischen Auffassung erhalten habe, dann ist der heute tobende zweite Weltkampf als geschichtlicher Vorgang von einmaligem Ausmaß nur eine Erhärtung dieser Ideen-

welt. Das deutsche Volk wird in diesem Kampf von seiner nationalsozialistischen Volksidee deshalb auch nicht nur nicht entfernt, sondern im Gegenteil von Monat zu Monat mehr auf sie verschworen. Schlacke um Schlacke einer alten überlebten Gesellschaftsordnung fällt ab. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß am Ende dieses Kampfes der nationalsozialistische Staat als ein unerschütterlicher und unzerstörbarer Block in Europa bestehen wird. Es soll sich aber auch weiter niemand darüber täuschen, daß dieser Staat den Kampf um die Existenz unseres Volkes mit einer anderen Energie führen wird, als dies im alten Deutschland einst der Fall war.

Wenn ich am 1. September 1939 vor dem deutschen Reichstag erklärte, daß, ganz gleich, was noch kommen möge, weder Zeit noch Waffengewalt den heutigen Staat würden brechen können, dann weiß Jeder Deutsche schon jetzt, daß an der Richtigkeit dieser Prophezeiung nicht gezweifelt werden kann. Und wenn ich weiter versicherte, daß die Hoffnung des internationalen Judentums, durch einen neuen Weltkrieg das deutsche oder andere europäische Völker vernichten zu können, der schwerste Irrtum des Judentums seit Jahrtausenden sein wird, daß es jedenfalls nicht das deutsche Volk zerstören, sondern sich selbst ausrotten wird, dann wird auch darüber schon heute kein Zweifel mehr bestehen. Es werden diesmal nicht wieder ungestraft Millionen anständiger Menschen durch eine fluchbeladene Rasse auf das Schlachtfeld getrieben und hingeopfert, damit das internationale Judentum seine Geschäfte machen oder seinen alttestamentarischen Haß austoben kann. Daß aber diese Rasse die Haupturheberin dieses Krieges ist, kann am ehesten erwiesen werden durch die Tatsache der Verbindung scheinbar extremster Gegensätze im Kampf gegen die europäischen Nationalstaaten. Das Bündnis zwischen den erzkapitalistischen Staaten des Westens oder gar von Amerika mit dem verlogenen sozialistischen Scheinregiment des Bolschewismus ist nur denkbar aus dem Grunde, weil die Führung in beiden Fällen in den Händen des internationalen Judentums liegt, auch wenn die nach außen hin sichtbaren Persönlichkeiten dem scheinbar widersprechen. Aber der jüdische Gehirntrust Roosevelts, die jüdische Presse Amerikas, der jüdische Rundfunk dieser Länder, die jüdischen Parteiorganisationen usw., sie sind nichts anderes als das ebenso jüdische Führungsgerippe der Sowjet-Union. Sowie sich

103

aber in diesen Staaten die wirklich nationalen Interessen auch nur im geringsten zu regen beginnen, treten auch sofort die schärfsten Gegensätze im Handeln und vor allem in der Zielsetzung des Krieges selbst auf. Dies geht dann so weit, daß die Kunst des vom britischen Intelligence Service so hoch entwickelten politischen Mordes als letzte Helferin dort einspringen muß, wo sich andere Wege zur Überbrückung der vorhandenen Differenzen nicht mehr finden lassen.

Die Stellungnahme des nationalsozialistischen Staates wird in diesem gewaltigsten Kampf der Weltgeschichte nun von zwei Gesichtspunkten aus bestimmt.

Dem einen: Wir haben weder Frankreich noch England oder gar Amerika irgend etwas getan. Wir haben von diesen Ländern nichts verlangt, was einen Anlaß zu diesem Krieg hätte geben können. Ja selbst jeder Friedensvorschlag im Krieg wurde von den internationalen Kriegsverbrechern schroff zurückgewiesen und nur als deutsche Schwäche ausgelöst. So hat man uns wie vor 25 Jahren nicht nur formal den Krieg erklärt, sondern den Kampf aufgezwungen.

Dem anderen: Wir sind, nachdem der Krieg nicht vermeidbar war, entschlossen, ihn mit dem ganzen Fanatismus zu führen, dessen wir Nationalsozialisten fähig sind. Wir sind vor allem gewillt, ihn bis zu einer endgültigen und klaren Entscheidung zu führen, so daß uns und unseren Nachkommen eine Wiederholung dieser Katastrophe in Zukunft erspart bleiben wird.

Hätte das deutsche Volk im Jahre 1918 statt den verlogenen heuchlerischen Phrasen Wilsons zu glauben, den Kampf in eiserner Entschlossenheit weitergeführt, so wäre schon damals die feindliche Umwelt zusammengebrochen. Daß dies nicht geschehen ist, hat über unser Volk nicht nur namenloses wirtschaftliches Elend gebracht, Millionen Deutsche von der Heimat fortgerissen, sondern letzten Endes auch den heutigen Krieg verschuldet. Denn wir wissen es, daß man gerade in England und in Paris 1939 der Meinung war, das deutsche Volk würde vielleicht schon in kurzer Zeit wieder wie einst die Waffen von selber strecken. Das deutsche Volk und die übrige Welt aber müssen es wissen, daß dieser Vorgang in der deutschen Geschichte nur ein einmaliger war.

Wenn deshalb englische und amerikanische Juden verkünden, daß es die Absicht der Alliierten sei, dem deutschen Volke die Kinder wegzunehmen, Millionen junge Männer abzuschlachten, das Reich zu zersplittern und es auf alle Zeit zum wehrlosen Ausbeutungsobjekt seiner kapitalistischen oder bolschewistischen Umgebung zu machen, dann brauchen sie uns dies gar nicht erklären, denn wir wissen das ohnehin. Nur scheint man es in dieser anderen Welt nicht zu wissen, daß ein national

104

sozialistisches Deutschland für ein solches Experiment nicht mehr geeignet ist, daß es weder besiegt werden wird, noch jemals zu kapitulieren gedenkt, sondern daß es im Gegenteil entschlossen ist, er-

füllt von dem Geiste der größten Zeiten unserer Geschichte, diesen Kampf nur mit einem klaren Siege zu beenden. Der sicherste Garant für diese Gesinnung und die Stärke des dazu notwendigen Willens aber ist die nationalsozialistische Partei mit ihren Organisationen und über allem das von ihr erzogene Volk. Das Recht, an diesen Sieg zu glauben, besitzen wir dank unserer eigenen Kraft, dem Mut unserer Truppen, der Treue und der Arbeit unserer Heimat sowohl als auch dank dem Wirken der mit uns verbündeten tapferen Völker in Europa und Asien.

Wenn es der deutschen Wehrmacht und den mit uns verbündeten anderen Staaten im vergangenen Jahre gelungen ist, die Europa besonders bedrohenden Fronten des Bolschewismus noch weiter hinauszudrängen, dann hat die deutsche Heimat umgekehrt in Stadt und Land mit Männern und mit Frauen unter den schwersten Bedingungen ebenfalls etwas Einmaliges geleistet. Der deutsche und die verbündeten Soldaten aber, sowie unsere deutsche Wirtschaft haben nicht nur den Lebensraum des kämpfenden Europa gewaltig erweitert, sondern auch in einem großen Ausmaß bereits für sich erschlossen. Es wurde möglich, vor allem dank der Arbeit des deutschen Bauern und der deutschen Bauersfrau, unsere Ernährung sicherzustellen. Die Millionen, die in unserer Industrie tätig sind, haben nicht nur die Armeen mit dem notwendigen Material versorgt, sondern die Voraussetzung geschaffen für das in viel höherem Ausmaß geplante Anlaufen unserer Rüstung.

Was Amerika hier zu arbeiten beabsichtigt, wurde unserem Volke durch die phrasenreichen Schwätzereien seines Hauptkriegshetzers oft genug mitgeteilt. Was es wirklich leisten kann und geleistet hat, ist uns nicht unbekannt. Was Deutschland und Europa letzten Endes aber leisten werden, wird auch unseren Gegnern im kommenden Jahr nicht verborgen bleiben.

Der Rückblick auf dieses Jahr großer Erfolge und gewaltiger Kämpfe verpflichtet die deutsche Heimat, in erster Linie ihrer Soldaten zu gedenken. Wo immer sie stehen, haben sie dem Buch der deutschen Geschichte neue Ehrenblätter eingefügt. Was sie an ruhmreichen Schlachten geschlagen haben, wird durch die Sondermeldungen und durch die Wehrmachtberichte bekannt, was sie erleiden und dulden, kann aber die Heimat nicht ermessen. Und zu dieser Front der Kämpfer gehört auch die Front derjenigen Männer und Frauen, die als Helfer und Helferinnen in ihr und hinter ihr tätig sind. Auch von ihnen wird besonders im Osten oft Unvorstellbares verlangt und gegeben. Allein indem sie alle diese Sorgen, Entbehrungen, Opfer und Leiden auf sich nehmen, wahren sie das Reich vor einem tausendmal größeren Unglück. Sie behüten und beschirmen es vor den Schrecken eines Krieges, die der Heimat selbst in den schwersten Bombenangriffen nur andeutungsweise bekannt werden können.

105

Der Beginn des neuen Jahres verpflichtet mich, im Namen des deutschen Volkes für all das Heldentum und die geleistete Arbeit der Heimat und der Front zu danken. Denn ich selbst bin nur einer der vielen, die Glieder dieses Volkes sind; was mich aus der Masse meiner Volksgenossen hervorhebt, ist nur die Ehre, ihr Führer sein zu dürfen. Im übrigen aber ist ihr Leid das meine, genau so wie mein Stolz und meine Freude dereinst der Stolz und die Freude des ganzen Volkes sein werden. Der einzelne muß und wird wie immer vergehen, allein das Volk muß bleiben. Daß wir ihm im kommenden Jahr unsere ganze Kraft widmen, soll am 1. Januar 1943 unser Gelöbnis sein. Nur dann dürfen wir es wagen, wie immer unseren Herrgott zu bitten, daß er uns so wie bisher seinen Beistand nicht versagen möge. Der Winter mag schwer sein, härter wie im vergangenen Jahr kann er uns nicht treffen. Nach ihm aber kommt die Stunde, da wir unter Zusammenfassung aller Kraft wieder antreten wollen, um der Freiheit und damit der Zukunft und dem Leben unseres Volkes zu nützen. Einmal wird dann in diesem Kampf eine Macht als erste stürzen — daß dies nicht Deutschland ist, das wissen wir. Das deutsche Volk wird dieses Mal als letztes den Kampfplatz behaupten. So wird dann endlich jener lange Friede kommen, den wir ersehnen zum großen Aufbau unserer Volksgemeinschaft und damit als einzig würdiger Dank für unsere toten Helden. —

Aus dem Tagesbefehl des Führers an die Wehrmacht sind unter außerpolitischem Gesichtspunkt besonders die Schlußsätze zu zitieren: In diesem Kampf kann es nunmehr keine Kompromisse mehr geben. Was Europa braucht und auch die übrige Welt, ist nicht ein Zustand, in dem alle 20 oder 25 Jahre die jüdisch-kapitalistischen Hyänen sich wieder gegen den friedlichen und vor allem den sozialen Aufbau einer neuen Welt wenden können, sondern eine lange Ruhezeit der ungestörten Entwicklung. Deutschland aber benötigt vor allem die Voraussetzungen zum Aufbau einer von außen nicht mehr bedrohten nationalsozialistischen Volksgemeinschaft. Wenn dieser Staat und das übrige Europa dann zugleich in ihrer räumlichen Begrenzung die Grundlagen der sicheren Ernährung besitzen sowie über jene Rohstoffe verfügen, ohne die menschliche Kulturen heute nicht mehr denkbar sind, dann werden eure Leiden, meine Soldaten, keine vergeblichen sein. Dann werden einst zu den Gräbern unserer gefallen Kameraden Generationen wandern, um ihnen zu danken für das Opfer, das sie dem Le-

ben der Nachwelt gebracht haben. Indem wir für dieses Ziel des Lebens und der Freiheit unserer Völker und nicht für Geld und Geschäfte kämpfen, glauben wir, den Herrgott wieder bitten zu dürfen, uns auch im kommenden Jahr wie in den vergangenen seinen Segen zu geben.

106

Also keine Kompromißlösung, sondern Sieg! Der Sieg aber bedeutet für die Völker Europas die Selbstbehauptung gegen den Bolschewismus einerseits und gegen den englischen und USA-Imperialismus andererseits. Den von Deutschland und seinen Verbündeten militärisch beherrschten Raum endgültig zu sichern, sich in diesem Räume so einzurichten, daß die in ihm befindlichen Völker leben und gedeihen, d. h. ihre Lebenshaltung allmählich wieder steigern können, dies bedeutet den Sieg. In ähnlicher Weise hat Japan gesiegt, wenn es jeden Einbruch in den gewonnenen Lebensraum verhindern und sich zusammen mit den anderen in diesem Raum lebenden Völkern entfalten kann.

Solches festzustellen, erweist, wie weit der Krieg schon zugunsten der Dreierpaktmächte entschieden ist. Sie könnten, im großen gesehen, den Krieg defensiv weiterführen, bis die Gegner, durch schwerste Verluste belehrt, jedes Anrennen gegen die Großraumposition Europas einerseits und die Großostasiens-Position andererseits aufzugeben sich gezwungen sähen. Hierbei könnte dem Krieg zur See, den Japan wesentlich mit Überwasserstreitkräften, die Achsenmächte wesentlich mit der Unterseebootswaffe, sämtliche Dreierpaktmächte gleichzeitig mit der Luftwaffe führen würden, im Laufe der Zeit eine kriegsentscheidende Bedeutung zukommen. Natürlich ist auch eine andere Entwicklung denkbar, und sie dürfte sogar die wahrscheinlichere sein, daß nämlich die Dreierpaktmächte auch im fünften Jahre des Krieges die Kriegsentscheidung durch weitere große Offensivaktionen herbeizuführen suchen werden.

Die gegnerische Propaganda hat zum Jahresende verschiedentlich militärische und politische Bilanzen zu ziehen sich bemüht. Sie waren von dem verständlichen Bestreben diktiert, das abgelaufene Jahr unter politischen und militärischen Gesichtspunkten als für die eigene Seite erfolgreich darzustellen. Als Aktivposten wurden besonders von englischer Seite der Rückzug der Achsentruppen aus Ägypten bis nach Tripolis, die Landung der Amerikaner in Französisch-Nordafrika und die Tatsache, daß Rußland verbissen weiterkämpfte, aufgeführt. Wenn man die politischen und militärischen Ereignisse des vergangenen Jahres aber in ihrer Gesamtheit ins Auge faßt, so ist klar, daß es für unsere Kriegsgegner ein sehr schlechtes Jahr gewesen ist.

Diese Tatsache trat besonders hervor, als am 8. Dezember der erste Jahrestag von Japans Kriegseintritt und am 11. Dezember der des Kriegseintritts Deutschlands und Italiens gegen die USA gefeiert wurde. Beide Jahrestage bilden eigentlich einen einzigen. Denn als die ersten Bomben der japanischen Flug-

107

zeuge auf Pearl Harbour niedergingen, als damit Japan den ihm von Roosevelt und Churchill wiederholt hingeworfenen Fehdehandschuh aufhob, war klar, daß Roosevelt seinen Krieg, nur scheuer und sehr viel anders als er ihn gewünscht, bekommen hatte. Gegenüber Deutschland und Italien waren die USA ja längst praktisch eine kriegführende Macht, und als die Achsenmächte am 11. Dezember 1942 an die Seite Japans traten und den USA den Krieg erklärten, zogen sie nur den letzten Schluß aus einer Entwicklung, die Roosevelt bewußt herbeigeführt hat.

Die bisherigen Erfolge der Dreierpaktmächte während des ersten Jahres, seitdem der Krieg zum Weltkrieg geworden ist, rechtfertigen durchaus die Siegeszuversicht, die in dem Telegrammwechsel zwischen dem Führer und dem Reichsaußenminister und den Souveränen, Ministerpräsidenten und Außenministern Italiens und Japans zum 11. Dezember gewechselt wurden. Die enge Verbundenheit, die Schicksalsgemeinschaft und die Entschlossenheit der Dreierpaktstaaten, gemeinsam bis zum Siege weiterzukämpfen, kam dabei ebenfalls zum Ausdruck.

Die Außenminister der Dreierpaktmächte sprachen zum 11. Dezember über den Rundfunk zu den Völkern der verbündeten Nationen. Reichsaußenminister von Ribbentrop führte folgendes aus: „Am 11. Dezember 1941 haben Deutschland, Italien und Japan sich getreu dem Geiste des Dreimächte-Paktes zu einer unlösbaren Kampfes- und Schicksalsgemeinschaft zusammengeschlossen. Sie haben dabei ihren Willen, den ihnen aufgezwungenen Krieg mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Machtmitteln gemeinsam zum siegreichen Ende zu führen, in einem feierlichen Vertrage besiegelt. Dieser Vertrag war die Antwort auf die Politik des Präsidenten Roosevelt, der diesen Krieg systematisch herbeigeführt hat, um den jungen Völkern den Weg zum Aufstieg zu versperren und seine eigenen imperialistischen Ziele durchzusetzen. Ein Jahr des gemeinsamen Kampfes der Dreierpaktmächte und ihrer Verbündeten liegt heute hinter uns. Es war ein Jahr gewaltiger Siege in Europa und Ostasien. Die heldenhaften Truppen unseres japanischen Verbündeten haben den Amerikanern und Engländern zu Lande, zur See und in der Luft entscheidende Schläge versetzt und sie für immer aus Ostasien vertrieben. In den dann folgenden Kämpfen mit den amerikanischen See- und Luftstreitkräften hat die japanische

Marine den Amerikanern auch weiterhin gewaltige Verluste zugefügt, so daß ihre Offensivkraft in diesen Gewässern auf lange Zeit hinaus gelähmt sein wird. In Europa haben Deutschland und Italien und ihre Verbündeten die Sowjetunion in harten und siegreichen Kämpfen weiter zurückgeschlagen, den Kontinent gegen jeden Angriff gesichert und neue starke Positionen für die weitere Kriegführung bezogen. Zur See haben die Achsenmächte der englischen und amerikanischen Schifffahrt auf allen

108 Meeren ungeheure Verluste zugefügt, so daß die Transportlage der Feinde sich immer katastrophaler gestaltet. Demgegenüber sind die Erfolge unserer Feinde mehr als bescheiden: Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung, ein taktischer Zeiterfolg in Afrika sowie eine gefahrlose Landung in den afrikanischen Kolonien Frankreichs, die durch den Treubruch französischer Offiziere wehrlos geworden waren. Auf keinem Kriegsschauplatz haben also unsere Feinde einen Erfolg erringen können, der die Siege der Dreierpaktmächte irgendwie in Gefahr brächte. Voller Stolz auf die unvergleichlichen Taten ihrer Soldaten blicken Deutschland und Italien und Japan heute mit unerschütterlicher Zuversicht auf die kommenden Ereignisse. Jeder deutsche, italienische und japanische Soldat weiß, um was es geht, denn die Feinde haben ihr Kriegsziel, erst Deutschland und Italien und dann Japan zu vernichten, offenbart. Er weiß daher auch, daß ihm noch mancher harte Kampf bevorsteht. Aber ebenso bewußt ist er sich seiner Kraft und seiner großen Überlegenheit über den Gegner, die ihn bisher von Erfolg zu Erfolg geführt hat. Hinter den Soldaten der Dreierpaktmächte und ihrer Verbündeten aber stehen geschlossen die Völker. Auch sie wissen, daß es bei diesem gigantischen Kampf um Sein oder Nichtsein von uns allen geht. Gerade dieses Bewußtsein der schicksalhaften Verbundenheit der drei Völker und ihrer Verbündeten gibt ihnen den Willen und die Kraft, ihr Letztes einzusetzen, und gibt ihnen die Gewißheit, daß ihre gerechte Sache siegen wird. Von diesem Kampfgeist und von unerschütterlichem Siegeswillen erfüllt, grüßt heute das deutsche Volk die verbündeten Völker Japans Italiens und der ihnen angeschlossenen Länder."

Der italienische Außenminister, Graf Ciano, äußerte sich wie folgt: „In seiner denkwürdigen Ansprache vor den gesetzgebenden Ausschüssen der Kammer der Fasci und Korporationen am 2. Dezember fand der Duce Worte, die hervorragend geeignet sind, Japans Kriegseintritt, dessen erster Jahrestag dieser Tage wiederkehrt, erneut vor uns erstehen zu lassen. Wie sagte doch der Duce: ‚Japans Eintritt in den Krieg der Dreierpaktmächte ist eine unbedingte Bürgschaft für den Sieg, weil Japan nicht zu treffen und nicht zu schlagen ist. Alle englischen Positionen im Fernen Osten sind wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. Es hat sich dieser in der Geschichte einzigartige Fall ergeben, daß Japan, vorher ein armes Land wie wir, wenn auch nicht das erste Land unter den Ländern der Welt in bezug auf Reichtümer geworden ist, so doch gewiß in der Reihe der ersten steht. Nun, man muß anerkennen, daß dies gerecht, daß es der Lohn für seine Leistungen ist.‘ Die Worte des Duce sind wie immer klar, eindringlich und unmißverständlich. Mit Japans Kriegseintritt, auf den sofort die deutschitalienische Er-

109 klärung des Kriegszustandes an das Weiße Haus folgte, stehen alle Hauptdarsteller der Geschichte unserer Zeit auf dem Schauplatz des Geschehens, in dem großen Konflikt, der durch seine Ausdehnung über alle Kontinente dazu bestimmt ist, die Welt geographisch, politisch und geistig umzuwandeln. Man kann nie genug daran erinnern, daß die Aktion Japans, Italiens und Deutschlands nur eine zwangsläufige Reaktion der Verteidigung war gegen den angekündigten und bewiesenen Kriegswillen der Gegner. Man kann nie genug daran erinnern, daß der in Berlin am 27. September 1940 unterzeichnete Dreierpakt gegen niemand gerichtet war, niemand bedrohte und niemand herausforderte. Sein Zweck war lediglich eine Festlegung der wesentlichen Bedürfnisse, der gerechten Forderungen, der natürlichen geschichtlichen Positionen unserer drei Völker, die, eingeschlossen von harten und geizigen Mächten der Vorherrschaft, ohne Raum und ohne Luft zum Atmen geblieben waren. Diese Ansprüche sollten möglichst durch ein gerechtes Verständnis und eine tätige, wechselseitige Solidarität verwirklicht werden. Wenn diese der Klärung und dem Schütze dienende Zielsetzung scheiterte, so nur deshalb, weil schließlich Monate gerade durch die dabei geübte Geduld mühseligen Verhandeln den Nachweis erbrachten, daß jede Möglichkeit einer Versöhnung endgültig und unrettbar durch den dagegengestellten Willen der Anglo-Amerikaner zunichte gemacht worden war. Der Krieg im Osten und im Stillen Ozean hat also die gleichen tiefen Gründe wie der Krieg in Europa und auf dem Atlantik. Er wird gespeist aus den gemeinsamen unabdingbaren Ansprüchen auf Leben und Arbeit, auf Luft und Raum, welche die Dreierpaktmächte stellen. Ihre friedliche Erfüllung haben das italienische, das japanische und das deutsche Volk jähre- und jahrzehntelang vergeblich gefordert. Ohne sie aber war und wäre der Friede der Welt dazu bestimmt, immer nur vorläufig und trügerisch, unsicher und schwankend zu sein. Zwölf Monate nach seinem Kriegseintritt kann heute das japanische Kaiserreich mit berechtigtem Stolz eine Kriegsbilanz ziehen. Die Soldaten und Matrosen des Tenno haben im Ver-

lauf kurzer Zeit ein gewaltiges Imperium erobert, alle Bollwerke, die dem Gegner zum Angriff und zum Schütze dienten, zerbrochen und schicken sich an, in enger Zusammenarbeit mit den Achsenmächten den feindlichen Streitkräften neue Schläge zu versetzen, und zwar da, wo es die einheitliche Auffassung des Krieges erfordert, die alle Entschlüsse der Dreierpaktmächte ausrichten muß und tatsächlich ausrichtet, die sie koordiniert und lenkt.

110 Die gesamte italienische Nation, die seit 30 Monaten neben dem großen verbündeten Deutschland vom Mittelmeer bis zum Atlantik, vom Balkan bis nach Rußland und Afrika ihren harten Kampf kämpft, begrüßt heute, an diesem Jahrestage, im Geist der Kameradschaft das große- japanische Volk und seine unbesiegt Kämpfer zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Der Duce hat die Aufgaben der Stunde festgelegt. Seine Worte sind es, die ich zum Schluß hier noch einmal ins Gedächtnis rufen möchte: „Sogar die Ziele territorialer und politischer Art haben bei dieser Kriegsausweitung etwas von ihrer Wichtigkeit eingebüßt. Heute stehen die ewigen Werte auf dem Spiel. Es geht um Sein oder Nichtsein. Heute erleben wir wirklich das gewaltige Ringen zwischen zwei Welten. Niemals hat die Geschichte der Menschheit ein derartiges Schauspiel erlebt, und wir gehören zu den Hauptdarstellern dieses Dramas. Die Stunde kennt nur ein Gebot: Den Kampf, den gemeinsamen Kampf mit unseren Verbündeten. Den Kampf für die Lebenden, den Kampf für die Zukunft, aber auch für die Toten. Wir müssen kämpfen, damit das Opfer unserer Toten nicht umsonst ist. Sie, die Toten, befehlen uns gebieterisch den Kampf bis zum Siege. Wir gehorchen.“

Der japanische Außenminister führte aus, daß durch die von den drei Mächten im vergangenen Jahr erzielten Erfolge die Grundlage für den Aufbau einer neuen Weltordnung geschaffen worden sei. Die Schuld an diesem Kriege, so stellte Tani fest, treffe einzig und allein die Führer Englands und der Vereinigten Staaten, die diesen Krieg provozierten. Die Ziele, die Japan lange Jahre hindurch vor Kriegsausbruch verfolgte, seien keine anderen, als den Frieden in Ostasien zu sichern und damit zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens beizutragen. Alle diese Versuche Japans wurden jedoch von England und den Vereinigten Staaten verhindert. Damit hatten England und die USA den Krieg unvermeidlich gemacht. Man brauche kaum zu erwähnen, daß sich England und Amerika in ihrer Politik Deutschland und Italien gegenüber im gleichen Sinne verhielten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte Tani, England und Amerika seien nicht in der Lage, die Geburt einer neuen Weltordnung zu erkennen, einer Welt, die auf ethischer und moralischer Weltanschauung beruhe. Als vor zwei Jahren Deutschland, Japan und Italien zum Aufbau einer neuen Weltordnung in Ostasien und Europa ein Bündnis schlossen, hofften sie, daß selbst die Führer Englands und Amerikas die Entwicklung der neuen Zeit richtig erkennen und damit ihre Weltherrschaftspläne aufgeben würden. Die rettungslose Arroganz Englands und der USA und ihr Mangel an Vernunft seien es schließlich gewesen, die alle Hoffnungen der Dreierpaktmächte, den Weltfrieden zu sichern, über Bord warfen und schließlich die gegenwärtige Weltkrise herbeiführten. Heute marschieren Japan, Deutschland und Italien Schulter an Schulter als Vorkämpfer der Welterneuerung. Abschließend sagte der Außenminister: „Wenn wir mit diesem erhabenen Ideal vor Augen eng miteinander verbunden vorwärtsmarschieren, werden wir jeden

111 Widerstand brechen, der uns im Wege steht, und ich bin fest überzeugt, daß die Zeit nicht mehr weit entfernt ist, wo alle Völker in Asien und Europa unter dem starken Schutz der Dreierpaktmächte, vom Druck Englands und Amerikas befreit, gemeinsam und glücklich leben werden.“

Des weiteren sei im Wortlaut zitiert die Botschaft, die der japanische Ministerpräsident Tojo am 10. Dezember an das deutsche und italienische Volk gerichtet hat:

„Am 11. Dezember feiern wir den Jahrestag des Abkommens zwischen Japan und Deutschland und Italien, worin sich die drei Staaten verpflichten, den Krieg gegen Amerika und England zum Endsieg durchzukämpfen, keinen Sonderfrieden abzuschließen und zum Aufbau einer neuen Weltordnung engstens zusammenzuarbeiten.“

Seit diesem Tag ist aus dem Krieg in Asien und Europa ein einziger, eng miteinander verbundener Kampf entstanden. Japan, Deutschland und Italien setzen gemeinsam ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte für die Errichtung dieser neuen Weltordnung ein.

Im Verlaufe dieses einen Jahres sind sämtliche englischen und amerikanischen Stützpunkte in unsere Hände gefallen. Großostasien hat damit seine eigentliche Gestalt zurückgewonnen. Japan hat eine Lage geschaffen, die den vollen Sieg sicherstellt und ist heute in den Stand gesetzt, auch einen langen Krieg bis zum Endsieg durchzukämpfen.

Der gegenwärtige Krieg ist ein heiliger, sein Endziel ist nicht die Gewinnung von Rohstoffen, sondern die Sicherstellung eines dauerhaften Weltfriedens. Er zielt infolgedessen auf die Schaffung einer neu-

en Ordnung ab, die auf moralischer und ethischer Grundlage aufgebaut ist und in welcher allen Völkern der ihnen gebührende Raum gewährt wird.

Japan, Deutschland und Italien fühlen sich mit diesen erhabenen Idealen engstens verbunden, wobei sich jede Nation ihrer ernstesten Verantwortung bewußt und stolz darauf ist, an der Schaffung einer neuen Weltgeschichte mitzuwirken. An dem Tage, da wir in das zweite Jahr des Krieges eintreten, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, meiner Hochachtung und Bewunderung gegenüber den glänzenden Waffenerfolgen des deutschen und italienischen Volkes Ausdruck zu geben und herzlichst für die Zusammenarbeit der beiden Völker mit Japan zu danken.

Ich hoffe, daß unsere Zusammenarbeit auf geistigem und materiellem Gebiet sich weiter vertieft und lege erneut das Gelöbnis ab, Schulter an Schulter mit den Bundesgenossen bis zu unserem Endsieg vorwärts zu schreiten."

Im Verlauf der Unterhaltung wies Tojo darauf hin, daß die feindlichen Staaten nur an sich selber dächten und nur ihre eigenen materiellen Interessen im Auge hätten. Bei einer derartigen Einstellung sei es

112 nur allzu verständlich, daß immer wieder ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen auftauchten. Zwischen den Staaten des Dreierpakt es dagegen seien alle Fragen und Probleme bereits am 8. Dezember 1941 in so klarer und eindeutiger Weise festgelegt gewesen, daß kein Raum für Zweifel und Meinungsverschiedenheiten vorhanden sei.

Der Premierminister ging alsdann auf Wirtschaftsprobleme Japans ein, die sich vor allem auf die Auswertung und den Einsatz der reichsten Rohstoffvorkommen der besetzten Südgebiete für die japanische Kriegsindustrie bezogen. Die Reichtümer der Südgebiete werden selbstverständlich weitgehendst eingespannt. Er empfinde aber, auch als eine Ehrenpflicht, einen Teil dieser Reichtümer den Verbündeten für deren Kriegführung zur Verfügung zu stellen.

Die heutige Lage gebe keinerlei Anlaß zu irgendwelchen sorgenvollen Betrachtungen hinsichtlich des weiteren Kriegsverlaufes. Dieser Krieg werde mit ihrem gemeinsamen Sieg enden.

Der japanische Außenminister Tani forderte in einer Rundfunkrede das japanische Volk auf, den Krieg durchzukämpfen, bis Großbritannien und die USA auf die Knie gezwungen seien, da es kein anderes Ende der augenblicklichen Auseinandersetzungen geben könne.

Den gegenwärtigen Kampf charakterisierte Tani als einen Krieg des Aufbaues, durch den von Japan, Deutschland und Italien eine neue Weltordnung geschaffen werde. Es sei eine unbedingte Notwendigkeit, die USA niederzuschlagen, um die Ziele dieses Krieges zu erreichen. Durch die Aufstellung verschiedener Forderungen, wie z. B. die praktische Loslösung Japans vom Dreierpakt, die Zurückziehung der gesamten Truppen aus China und Französisch-Indochina, ferner durch die Forderung, die Unterstützung der Nanking-Regierung aufzugeben, hätten die USA versucht, Japan zu einer Anerkennung der us-amerikanischen Herrschaft über Ostasien zu bringen. Durch diese Forderungen sei Japans eigentliche Existenz bedroht worden.

Auf das Verhältnis Japans zu seinen Achsenpartnern eingehend, stellte Tani fest, daß der am 11. Dezember vorigen Jahres mit Deutschland und Italien abgeschlossene Vertrag über die gemeinsame Kriegführung, ferner über die Unmöglichkeit eines Separatfriedensabschlusses sowie über die Schaffung einer neuen Weltordnung die Beziehungen zu diesen Mächten noch enger gestaltet und den Großostasienkrieg vom europäischen Krieg untrennbar gemacht habe. Die Achsenmächte seien dem Feind nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch in ihren Bemühungen um den Wiederaufbau überlegen. Der augenblickliche Krieg dürfe nicht als ein gewöhnlicher bewaffneter Konflikt, sondern

113 müsse als offener Zusammenprall zwischen einer alten und neuen Ideologie gewertet werden.

Nachdem Tani das japanische Volk vor einer Unterschätzung der Anstrengungen des Feindes gewarnt hatte, erklärte er abschließend, es sei keinerlei Grund für Befürchtungen gegenüber den Feinden, insbesondere nicht wegen der Anstrengungen der USA zur Guerillakriegführung und ihres Programms zur Rüstungserweiterung vorhanden.

Ursachen, Zwecksetzung und Stand des Krieges der Dreierpaktmächte gegen England und die USA werden in diesen Verlautbarungen mit aller Deutlichkeit klargestellt. Immer wieder muß man herausstellen, daß die Verantwortung für diesen Krieg in erster Linie Roosevelt trägt, daß er der große Kriegsschuldige ist. Dies wurde erneut bestätigt durch ein Anfang Dezember aus den Akten des französischen Außenministeriums veröffentlichtes Dokument, einen Bericht des französischen Botschafters in Washington, La Boulaye, vom 5. Mai 1933. Nach diesem Bericht war Roosevelt damals überzeugt, daß der polnische Korridor zwischen Ostpreußen und dem Reich eine Gefahr für den Frieden darstellte und beseitigt werden mußte. Er hatte dem polnischen Botschafter gegenüber „auf Errichtung vollkommen freier Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland und Ostpreußen bestanden,

beispielsweise überhöhten Eisenbahnen, sowie auf Aufhebung jeder Paß- und Zollkontrolle". Im Jahre 1933 hielt also Roosevelt Zugeständnisse Polens in der Korridorfrage für absolut notwendig, die den Vorschlägen des Führers vom August 1939 erstaunlich glichen. Aber 1939 trieben die diplomatischen Vertreter Roosevelts, voran sein Botschafter in Paris, Bullitt, Polen und Frankreich in den Krieg, um derartige Zugeständnisse an Deutschland zu verhindern!

Ließ der Jahrestag des 8. bzw. 11. Dezember die Schicksalsverbundenheit der Dreierpaktmächte und deren gemeinsamen Siegeswillen in Erscheinung treten, so geschah dies hinsichtlich der beiden Achsenmächte untereinander durch den Besuch des italienischen Außenministers, Grafen Ciano, und des Chefs des italienischen Generalstabes, Marschall Cavallero, beim Führer in dessen Hauptquartier am 18. und 19. Dezember. In der Verlautbarung über den Besuch hieß es: „Der Führer hatte mit Graf Ciano und Marschall Cavallero am 18. und 19. Dezember Unterredungen über alle Fragen der gemeinsamen Kriegführung Deutschlands und Italiens. An den politischen und militärischen Besprechungen beim Führer nahmen der Reichsmarschall Hermann Göring, der Reichsaußenminister von Ribbentrop und der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, teil. Die Zusammen-

114 kunft im Führerhauptquartier stand im Zeichen des entschlossenen Willens der Achsenmächte, alle Kräfte zur Erringung des Endsieges einzusetzen. Über alle besprochenen Fragen wurde die volle Übereinstimmung der Auffassungen festgestellt. Die unerschütterliche Freundschaft und Waffenbrüderschaft des Führers und des Duce und ihrer beiden Völker gaben den Besprechungen mit Graf Ciano und Marschall Cavallero wie immer den Charakter besonderer Herzlichkeit."

Diese Begegnung war ein weiteres Glied in der fortlaufenden Kette von Begegnungen und Besprechungen zwischen den führenden Männern der Achsenmächte, die sich seit Jahren vollziehen und der Durchführung der gemeinsamen Politik und Kriegführung dienen. Insofern sind solche Begegnungen eigentlich Selbstverständlichkeiten. Die des 18. und 19. Dezember war aber noch in zweifacher Hinsicht bedeutungsvoll, einmal weil sie in einer Zeit stattfand, in der die gegnerische Propaganda sich darin gefiel, von angeblichen Spannungs- oder Schwächemomenten innerhalb der Achse zu reden, zum anderen, weil am 19. Dezember der französische Ministerpräsident Laval, begleitet von dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Botschafter Rochat, sowie dem französischen Handelsminister Bichelonne, im Führerhauptquartier eintraf, zunächst vom Reichsaußenminister und anschließend vom Führer in Gegenwart des Grafen Ciano empfangen wurde.

Zu dem Besuch Lavals im Führerhauptquartier wurde in Berliner politischen Kreisen der historische Ablauf der Ereignisse vom Waffenstillstand über die Ansätze der Politik von Montoire bis zum Verrat französischer Generale und Admirale und dem Brief des Führers an Marschall Petain sowie dessen Antwort umrissen. Hierbei betont man, daß das Verhältnis des neuen Europa zu Frankreich heute nicht in Berlin oder in Rom, sondern in Berlin und Rom, d. h. durch die Achse, bestimmt werde. Wenn Laval sobald nach den Ereignissen von Toulon von den deutsch-italienischen Staatsmännern empfangen worden sei, sei dies ein Beweis dafür, daß die großzügige Haltung, die der Führer auch in seinem zweiten Brief an Marschall Petain einnahm, keine hohle Geste gewesen sei. Laval und seine Mitarbeiter dürften die Gelegenheit zu' der neuerlichen Aussprache Deutschlands und Italiens wohl um so höher bewerten, wenn sie sich der mannigfachen Komplikationen und Krisen erinnerten, denen das Verhältnis zwischen Frankreich und der Achse seit dem Waffenstillstand ausgesetzt war. Keine dieser Hemmungen, so erklärt man hier, sei in Berlin oder in Rom ausgelöst worden. Deutschland und Italien hätten sich vielmehr, was auch von Marschall Petain schriftlich anerkannt worden sei, getreu an ihre sich aus dem Waffenstillstand ergebenden Verpflichtungen gehalten. Der Waffenstillstand sei jedoch von Großbritannien und den USA gestört und schließlich von verantwortungslosen französischen Mi-

115 litärs gebrochen worden. Die Schwierigkeiten bestehen heute darin, eine neue und dauerhaftere Grundlage zu finden, auf der sich das deutschfranzösische und das italienisch-französische Verhältnis entwickeln könne. Lavals Empfang im Führerhauptquartier müsse als Beitrag hierzu angesehen werden. Die Aussprache, die der französische Regierungschef mit maßgebenden deutschen und italienischen Staatsmännern hatte, wird deshalb in Berlin als Anzeichen für die Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit angesehen.

In Vichy wurde in offiziösen und amtlichen Kreisen besonders unterstrichen, daß die letzten Besprechungen im Führerhauptquartier ein neuer Ausgangspunkt für weitere Einzelnen fragen betreffende Unterhaltungen seien. Frankreich stehe vor einem neuen Anfang, der eine vollkommen gewandelte französische Auffassung in bezug auf die deutsch-französische Zusammenarbeit zur Voraussetzung haben müsse. Nach den Ereignissen in Nordafrika sei die Aufgabe Lavals von Tag zu Tag schwieriger geworden. Der Verrat einiger militärischer Führer habe die Lage des Landes so bedrohlich gestaltet, daß

es fast aussichtslos geschienen habe, sie je wieder bessern zu können. Nach der letzten Reise Lavals könne man aber mit Sicherheit herausstellen, daß der Beweis dafür erbracht worden sei, daß eine Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien möglich bleibe und daß diese Zusammenarbeit für Frankreich eine Lebensnotwendigkeit sei. Diese Feststellung zu treffen sei um so notwendiger, als Frankreich, mit aller Klarheit und Deutlichkeit erkennen könne, was es nach einem Siege der Angelsachsen zu erwarten habe. Frankreich müsse in dieser Erkenntnis seine ganze Kraft daransetzen, an dem Neuaufbau Europas mitzuhelfen, an dessen solider Gestaltung es selbst das größte Interesse habe. Regierungschef Laval sei entschlossen, an diesem Werk mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln mitzuarbeiten. Man gibt sich in amtlichen und politischen Kreisen Vichys darüber keiner Täuschung hin, daß die Meisterung der fast ausweglos erscheinenden Lage nur Laval zu danken sei und daß er deshalb berechtigten Anspruch auf das Vertrauen des Volkes in seine kommende Arbeit erheben könne.

Diese beiden Äußerungen aus Berlin und Vichy charakterisieren ziemlich genau Sinn und Tragweite von Lavals Besprechungen beim Führer: Nach dem Verrat so vieler französischer Militärs und Beamter bedurfte es der Klarstellung, ob eine Fortsetzung der Politik der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich, wie sie 1940 in Montoire begonnen worden war, noch möglich sei. Diese Möglichkeit wurde bejaht. Das bedeutet, daß Laval als der Träger dieser Politik und als französischer Regierungschef auf das Vertrauen des Führers und des Reichsaußenministers rechnen kann, und daß

116

deutscherseits mit ihm die Politik von Montoire fortgesetzt werden soll. Das Vertrauen zu Laval ist die schmale in Zukunft durchaus verbreitungsfähige Brücke zwischen Deutschland und Frankreich, über die sich das Hinüber und Herüber dieser Politik trotz allem weiter vollziehen kann. Der Führer hat in seinem Tagesbefehl an die Wehrmacht zum Jahreswechsel die Ereignisse, die dazu geführt haben, daß die Politik der deutsch-französischen Zusammenarbeit zeitweilig in Frage gestellt schien, wie folgt gekennzeichnet:

Während unsere Soldaten mit denen unserer Verbündeten — besonders auch in Nordafrika — im heldenhaften Kampfe stehen, haben verräterische französische Generale und Admirale den Waffenstillstand gebrochen und unter der Verletzung feierlicher Verpflichtungen und Ehrenworte, selbst gegenüber ihrem eigenen Staatsoberhaupt, das französische Kolonialreich, das wir als Sieger Frankreich belassen hatten, unseren Feinden auszuliefern versucht. In wenigen Tagen wurde daraufhin in Übereinstimmung mit dem Willen des Duce der Rest Frankreichs besetzt, die südfranzösische Mittelmeerküste zur gemeinsamen Verteidigung eingerichtet, die französische Armee und Flotte entwaffnet, Tunis und Bizerta in unseren Besitz genommen. Damit erhielten wir nun jene Position, die für die Führung des Kampfes in Nordafrika von wichtiger, ja ausschlaggebender Bedeutung ist.

Der Besuch Lavals beim Führer bildet den Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses. Die hierbei geführten Besprechungen sind die Grundlage für die Prüfung und Lösung zahlreicher Einzelfragen. Das deutsche Interesse ist hier wesentlich bedingt durch die Kriegsnotwendigkeiten, das französische durch den Willen, innerhalb der deutschen Kriegsnotwendigkeiten der französischen Bevölkerung möglichst viele Erleichterungen zu verschaffen.

Die gegnerische Propaganda versucht immer wieder, der französischen Regierung den Charakter einer souveränen Regierung zu bestreiten und ihr Ansehen gegenüber der französischen Bevölkerung des Mutterlandes und der Kolonien herabzusetzen. Im gleichen Sinne haben die Vasallenstaaten des englischen Empires und die der USA in Mittel- und Südamerika die diplomatischen Beziehungen mit Vichy abgebrochen oder ihre Vertreter aus Vichy zurückgezogen. Nicht wenige Mitglieder des französischen auswärtigen Dienstes haben der Regierung in Vichy den Gehorsam aufgesagt und sich für de Gaulle erklärt. Sie bilden aber doch nur eine Minderheit.

Ebenso wie die Franzosen im Mutterland, unter denen die alten weltanschaulichen und parteimäßigen Gegensätze trotz Beseitigung des parlamentarischen Regimes natürlich nicht verschwunden sind, sich in ihren Ansichten und Wünschen über den Krieg und seinen Ausgang und damit auch über das Ver-

117

hältnis zu den kriegführenden Mächten höchst uneins sind — ebenso ist dies auch hinsichtlich der Franzosen innerhalb des französischen Kolonialreiches der Fall. Bei ihnen kommt jedoch zu den unter den Franzosen im Mutterland wirksamen Elementen der Gegensätzlichkeit und Spaltung noch ein neues hinzu, weil die Amerikaner in Französisch-Nordafrika gelandet sind, und Darlan, bis dahin französischer Oberbefehlshaber und designierter Nachfolger des Staatsoberhauptes, sich ihnen zur Verfügung gestellt und damit Verrat an seiner eigenen Regierung begangen hatte. Das Auftreten Darlans in Nordafrika wurde von dem Verrätergeneral de Gaulle, der seinen Sitz in London hat und dort eine Art Scheinregierung in der Form eines „französischen Nationalkomitees“ gebildet hat, aufs heftigste kriti-

siert und befiehlt. Zuerst konnte man meinen, hierbei sei persönliche Ranküne und politischer Ehrgeiz allein maßgebend. Inzwischen hat sich aber gezeigt, daß der Gegensatz zwischen de Gaulle und Darlan eine sehr viel größere Tragweite hat und daß dahinter ein tiefer machtpolitischer Gegensatz und Interessenkampf zwischen dem englischen und dem französischen Imperialismus steht. Dies wurde völlig deutlich, als am 2. Dezember bekannt wurde, daß Darlan, der bis dahin den Anschein zu erwecken versucht hatte, daß er im Auftrage Petains handle, die Aufgaben des französischen Staatschefs in Französisch-Nordafrika übernommen und daß er für Französisch-Nord- und -Westafrika eine Art Verfassung verkündet habe. Ihm zufolge trat Darlan als Oberkommissar mit den Pflichten und Rechten des Staatschefs auf. Ein ihm zur Seite stehendes Oberkommissariat sollte die Funktionen der Regierung ausüben. Ein Reichsrat sollte die einzelnen Gebiete des französischen Kolonialreiches vertreten und aus den wichtigsten zivilen und militärischen Chefs zusammengesetzt sein. Es wurde ferner mitgeteilt, daß die Generalgouverneure von Algerien, Marokko und Französisch-Westafrika dieser neuen Regelung zugestimmt hätten, die nicht nach „demokratischen“, sondern nach autoritären Gesichtspunkten entwickelt war.

118 Somit stand also in den ausgedehnten Gebieten Französisch-Nord- und -Westafrikas, in denen sich zudem der größte Teil der noch intakten französischen Kolonialstreitkräfte befand, eine französische „Regierung“ auf. An ihrer Spitze stand in Darlan ein Mann, der eineinhalb Jahre lang in Vichy die französische Regierung geleitet hatte und sich in dieser Zeit in Wort und Tat als scharf antienglisch gezeigt hatte. Natürlich konnte dieser neue politische Status in Französisch-Nord- und -Westafrika nur mit Zustimmung der Amerikaner entstehen und andauern. Er war im Einvernehmen mit dem amerikanischen Oberkommandierenden, General Eisenhower, und dem politischen Bevollmächtigten Roosevelts in Nordafrika, dem früheren amerikanischen Generalkonsul in Algier, Murphy, entwickelt worden. Die Amerikaner wollten die von ihnen besetzten Ländergebiete nicht etwa dem Nationalkomitee de Gaulles in London unterstellen, d. h. also dem politischen Einfluß Londons unterwerfen, sondern sie wollten mit Hilfe Darlans, des Englandfeindes, der mit einer Amerikanerin verheiratet war, die afrikanischen Gebiete nicht nur militärisch, sondern auch politisch selbst in der Hand behalten.

Die Reaktion bei de Gaulle und seinen Anhängern gegen diese Politik war äußerst scharf, aber auch die der englischen Presse und Öffentlichkeit ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die englische Presse griff Darlan scharf an. Es kam zu Interpellationen im englischen Parlament. Die englische Regierung wagte aber nicht in öffentlicher Sitzung zu dem „Darlan-Skandal“, wie man sich in London ausdrückte, Stellung zu nehmen, sondern tat dies in zwei Geheimsitzungen des englischen Parlaments. In Washington erklärte Roosevelts Staatssekretär des Äußeren, Hüll, auf der Pressekonferenz trocken, die USA seien zu sehr mit dem Kampf gegen die Achse in Nordafrika beschäftigt, als daß sie mit Diskussionen über die Übernahme der Befugnisse des Staatschefs durch Darlan Zeit verschwenden könnten. Es sei jetzt nicht die Zeit, mit den verschiedenen französischen Interessengruppen über Politik zu sprechen. Roosevelt selbst aber äußerte, die Regelung mit Darlan sei nur eine vorläufige, wozu in Washington kommentierend gesagt wurde, „vorläufig“ bedeute bis zum Ende des Krieges. Man war also in Washington entschlossen, über die Proteste Londons einfach hinwegzugehen!

Da wurde Darlan am 24. Dezember das Opfer eines Mordanschlages. Der Mörder, ein junger Franzose, dessen Name erst mehrere Wochen später bekanntgegeben wurde, schoß ihn in den Büroräumen des Oberkommissariats in Algier nieder. Reuters diplomatischer Korrespondent aber schrieb dazu: Darlans Schicksal ist ein warnendes Beispiel für alle jene Verräter, die versucht haben, mit Deutschland zusammenzuarbeiten. Sein Tod, so tragisch er an sich ist, wird die große Aufgabe des Wiederaufbaues der französischen Streitkräfte erleichtern und wird der Furcht vor dem Verrat ein Ende bereiten, die nie ganz hätte verschwinden können, solange Darlan an einem wichtigen Posten stand.

Darlans Tod wird Giraud zusammen mit de Gaulle an die Spitze der großen französischen Patriotenfront stellen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß, wenn die Verhandlungen zwischen den beiden Soldaten gut gedeihen, wir vielleicht Giraud an der Spitze der kämpfenden französischen Armee sehen werden, während de Gaulle sich politischen und diplomatischen Aufgaben widmet. Die Tragödie Darlans wird nirgendwo großes Mitleid erregen.

119 Dieser außerordentlich bezeichnende Kommentar der Reuter-Agentur wurde alsbald wieder zurückgezogen. Er ließ die Katze eben allzu sichtbar aus dem Sack. Der Täter wurde schon am Tage nach der Tat vor ein Kriegsgericht gestellt und tags darauf erschossen. Man hatte es offenbar eilig, ihn zu beseitigen. Kein Wunder, daß vielerorts spontan vermutet und gesagt wurde, Darlan sei das Opfer des berüchtigten englischen Intelligence Service geworden. Dies wird sich vielleicht nie beweisen lassen; sicher ist aber, daß die englische und die de Gaulle-Hetze gegen Darlan mindestens die Atmosphäre

geschaffen hat, aus der der Mord entstand. So wenig Mitleid mit dem Verräter Darlan begründet erscheint, so bezeichnend ist sein Fall für die Gegensätze und Spannungen im Lager unserer englisch-amerikanischen Feinde.

Wenn man freilich in London geglaubt hatte, nun sei der Weg für de Gaulle, d. h. für den englischen Einfluß in Nordafrika, frei, so hatte man sich getäuscht. Denn nicht de Gaulle wurde Nachfolger Darlans, sondern der Armeegeneral Giraud, jener General, der gegebene Erleichterungen ausnutzend, aus deutscher Gefangenschaft entflohen und sich trotz des schärfsten Drucks der französischen Regierung weigerte, in sie zurückzukehren, der Petain schriftlich sein Ehrenwort als Offizier gab, keinesfalls Frankreich zu verlassen, sondern sich als ein pensionierter General ruhig zu verhalten, um dann, als die USA-Invasion in Nordafrika erfolgte, sofort dieses Ehrenwort zu brechen und nach Nordafrika zu entweichen. Alle Bemühungen de Gaulles und Londons, mit Giraud zu einer Abmachung zu gelangen, deren Ziel natürlich die Unterordnung Girauds unter de Gaulle und der Übergang der politischen Führung in Französisch-Nord- und -Westafrika von den Amerikanern auf die Engländer wäre, sind bisher ohne Erfolg geblieben. Man kann unschwer prophezeien, daß die Amerikaner politisch wie militärisch in diesen Gebieten das Heft in der Hand behalten wollen und werden, solange es nur die Engländer sind, die es ihnen streitig zu machen versuchen können.

Aber ohne Gegenzug wollte London die politische Niederlage in Nordafrika nicht einstecken. Am 14. Dezember wurde aus London gemeldet, über den künftigen Status von Madagaskar sei ein Abkommen zwischen der britischen Regierung und dem französischen Nationalkomitee durch Außenminister Eden und General de Gaulle unterzeichnet worden: als Oberkommissar in Madagaskar wurde ein Anhänger de Gaulles eingesetzt; als eine seiner Hauptaufgaben wurde die Reorganisation der französischen Streitkräfte auf Madagaskar bezeichnet, um die Teilnahme dieser Streitkräfte an Operationen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen sicherzustellen, während die britischen Streitkräfte auf Madagaskar mit der Aufgabe betraut wurden, Madagaskar gegen eventuelle Angriffe von außen zu verteidigen. Ein echt englischer Vertrag! Denn er sieht vor, daß die wertvolle Insel Madagaskar, die

120 etwa die Größe von ganz Frankreich hat, militärisch fest in englischer Hand bleibt, daß die dort vorhandenen oder neu aufzustellenden französischen Streitkräfte jedoch sich überall da, wo Englands Interesse es erfordern kann, verbluten sollen. Etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen dem französischen Oberkommissar und dem tatsächlichen Machthaber, dem englischen kommandierenden General, sollen zwischen der englischen Regierung und de Gaulle in London ausgeglichen werden. Auch dies sichert Englands Interesse natürlich in jeder Weise.

Das einzige nun noch übrige französische Kolonialgebiet in Afrika, Französisch-Somaliland, das lange und unter erheblichen Opfern Vichy treu geblieben war, fiel kurz darauf durch militärischen Druck und durch Verrat ebenfalls in englische Hand. Am 28. Dezember schloß es sich de Gaulle an und wurde von englischen Truppen besetzt.

Nunmehr war das ganze riesige und über die ganze Welt zerstreute französische Kolonialreich in die Hände der Engländer und der Amerikaner übergegangen mit Ausnahme von Martinique, das noch zu Vichy hält, und das die USA vermutlich nur deshalb noch nicht besetzt haben, weil es ihnen sowieso nicht entgehen kann und weil die Respektierung der französischen Souveränität sich propagandistisch für sie gut ausnimmt. Ferner untersteht noch Indochina der Autorität von Vichy, jedoch übt Japan dort auf Grund vertraglicher Abmachungen ein Besatzungsrecht aus.

Am Ende des Jahres 1942 hat also Frankreich praktisch sein Kolonialreich verloren. Ob nun in einzelnen Teilen desselben eine französische Scheinherrschaft unter de Gaulle oder in anderen eine solche unter Giraud ausgeübt wird, tatsächlich ist das französische Kolonialreich in englischer und amerikanischer Hand. Die Engländer haben im Laufe der Geschichte öfter französische Kolonialgebiete besetzt, aber nie welche zurückgegeben. Offensichtlich haben auch die Amerikaner nicht die Absicht, die von ihnen besetzten französischen Kolonialgebiete Frankreichs je wieder zu räumen. Zum Unterschied vom ersten Weltkrieg, wo der Sieg Englands und der Vereinigten Staaten zugleich der Frankreichs war, würde heute ein Sieg der Engländer und Amerikaner, mindestens hinsichtlich des französischen Kolonialreiches Frankreichs Niederlage bedeuten. Nur durch den Sieg Europas gegen den englischen und amerikanischen Imperialismus hat Frankreich Aussicht, als Kolonialmacht fortzubestehen.

Die meisten Franzosen haben dies anscheinend freilich noch nicht begriffen, aber die politische Urteilsfähigkeit ist innerhalb des französischen Volkes ja leider ungenügend entwickelt.

Dies ist übrigens ein wesentlicher Grund seiner Niederlage von 1940 und der zweiten Niederlage, die sich seit dem 8. November 1942, dem Beginn der amerikanisch-englischen Invasion in Französisch-

- 121 Nordafrika, vollzogen hat. Wenn man vergleicht, was Frankreich an Macht und politischer Stellung nach dem Waffenstillstand des Juni 1940 noch geblieben war und was es nach dem 8. November 1942 darüber hinaus verloren hat, ist man geneigt, festzustellen, daß die zweite Niederlage beinahe folgen-schwerer und schlimmer für Frankreichs gegenwärtige Lage und für seine Zukunft ist als die erste. Die Ereignisse in Nordafrika haben im Monat Dezember auch auf der zwischen Frankreich und Fran-zösisch-Nordafrika sich erstreckenden iberischen Halbinsel ihre Auswirkungen gehabt. In den Tagen vor Weihnachten weilte Spaniens Außenminister, Graf Jordana, zu längeren Besprechungen mit Por-tugals Staatschef, General Carmona, und dem portugiesischen Regierungschef und Schöpfer und Trä-ger des autoritären Regimes in Portugal, Salazar, in Lissabon. Als Ergebnis dieser Verhandlungen, deren Bedeutung durch mehrere offizielle Veranstaltungen und während derselben gehaltene Reden unterstrichen wurde, ist die Bildung eines iberischen Blocks zur Erhaltung des Friedens auf der Iberi-schen Halbinsel von spanischer und portugiesischer offizieller Seite herausgestellt worden. Spanien und Portugal sind autoritäre Staaten. In Portugal ist das autoritäre Regime durch die überra-gende Persönlichkeit Salazars schrittweise und aus den Notwendigkeiten der Stunde als ein Werk na-tionaler Errettung und Wiedergeburt entstanden, zugleich als Befreiung aus langer und vollständiger finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von England. In Spanien erstand das autori-täre Regime in dreijährigem blutigem Bürgerkrieg gegen Kommunismus, Anarchismus, Marxismus und Liberalismus. Die Invasion der USA und Englands in Nordafrika und deren Angriffspläne gegen Europa stellen eine unmittelbare Bedrohung Spaniens und Portugals dar, nicht nur hinsichtlich des Regimes, da England und die USA ja doch für die Demokratie und ihre Herrschaftsformen kämpfen, sondern auch hinsichtlich deren nationaler Zwecksetzung der Politik, die sich für Portugal im Namen Salazars und für Spanien in dem Francos verkörpert. Beide Länder erstreben mit dem autoritären Re-gime jahrhundertelangen Niedergang in neuen Aufstieg zu wandeln. Der Sieg der angelsächsischen Mächte würde ihnen nicht nur auf absehbare Zeit das so mühselig und unter so schweren Opfern beseitigte Elend des Parlamentarismus aufzwingen, sondern ihnen auch jede Aussicht auf nationalen Wiederaufstieg nehmen. Man braucht sich nur vorzustellen, daß die USA Französisch-Nord- und -Westafrika ihrer Herrschaft auf die Dauer unterwerfen würden, um sich die Lage der Iberischen Halb-insel zu vergegenwärtigen.
- Der spanische Staatschef Franco hat in einer Rede aus Anlaß der Konstituierung des Nationalrats der Falange am 8. Dezember alle Spanier aufgefordert, jegliche liberalistische Vorurteile fallen zu lassen.
- 122 Er schilderte die Entwicklung und die Zielsetzung der faschistischen und der nationalsozialistischen Bewegung und deren Methoden zur Lösung der sozialen Probleme. Nur der Weg des autoritären und sozialen Regimes sei gangbar für Spanien. Alle jene irrten sich, die von der Errichtung eines Europas mrt demokratisch-liberalem Regime und einer Grenznachbarschaft mit dem russischen Kommunismus träumten, und es irrten alle, die auf bürgerliche Lösungen spekulierten. Die Welt laufe andere Wege. Franco fügte hinzu, es seien nicht nur Gebietsforderungen, die in diesem Augenblick an die gegenwärtige spanische Generation herantreten, sondern es gehe zugleich um die Existenz des spanischen Le-bensraumes und um seine Zivilisation!
- Diese Rede Francos, in der Spaniens Stellung zum gegenwärtigen Weltkonflikt klar gekennzeichnet ist, verursachte in London einige Aufregung. Außenminister Eden wurde im Unterhaus gefragt, ob die britische Regierung nicht beabsichtige, gegen diese Rede zu protestieren; er erwiderte jedoch, er halte es nicht für vorteilhaft, Protest einzulegen. Dafür fand es der britische Botschafter in Madrid, Sir Sa-muel Hoare, angebracht, in einer Rede vor Mitgliedern der englischen Kolonie in Barcelona nicht nur Englands Sieg zu prophezeien, sondern die nach der Geschichte der englisch-spanischen Beziehungen seit Jahrhunderten und nach Englands Haltung im spanischen Bürgerkrieg im besonderen nur als gründlich verlogen zu bezeichnende Behauptung aufzustellen, England habe keinen anderen Wunsch, als Spanien einig, frei und glücklich zu sehen!
- Wie sich England die Freiheit und das Glück für Europa nach diesem Kriege vorstellt, falls es in die Lage käme, hierüber entscheiden zu können, ist in London auch im Monat Dezember wieder mit aller Deutlichkeit erklärt worden. Das Versailler Diktat wäre ein reines Kinderspiel gegen das, was man sich in London für diesen Fall vorgenommen hat. So erklärte der englische Arbeiterpartei-er Greenwood, man müsse Deutschland u. a. jede chemische und Flugzeugindustrie einfach verbieten und diese ausrotten. Der bekannte englische Abgeordnete und Schriftsteller Vernon Bartlett äußerte, England und seine Verbündeten müßten nach dem Kriege Deutschland militärisch so lange besetzt halten, „bis die jungen Leute dort Zeit gehabt haben, sich die bestialischen Ideen des Nazisystems aus dem Kopf zu schlagen"! Bekanntlich ist dagegen englischerseits der — Sowjetunion in diesem neuen Europa

eine führende Rolle zugeordnet. In der „Contemporary Review“ führte Lord Robert Cecil am 25. Dezember aus, die Methode des Versailler Vertrages müsse in der Nachkriegszeit auch auf alle Wirtschafts- und Sozialfragen, ausgedehnt werden. In territorialer Hinsicht könnten in Mittel- und Osteuropa keine Veränderungen ohne die Zustimmung der Sowjetunion getroffen werden, deren politische und militärische Stellung in diesen Gebieten überragend sein werde. Derselbe Robert Cecil, der im Genfer Völkerbund viele Jahre hindurch eine führende Rolle spielte und geradezu die Stellung eines Friedensapostels in Anspruch nahm, findet es jetzt ganz selbstverständlich, dem Bolschewismus Mittel- und Osteuropa auszuliefern!

123

Andererseits hat man offenbar in Moskau nicht die Absicht, sich mit solchen englischen Zugeständnissen zu begnügen, sondern man will schon während des Krieges die Bolschewisierung Englands selbst in die Wege leiten. Wie Reuter am 21. Dezember meldete, hat die britische kommunistische Partei ein Gesuch zur Aufnahme in die englische Arbeiterpartei eingereicht. Der Zentralausschuß der kommunistischen Partei Englands sagte hierzu, „eine geeinte Arbeiterbewegung könnte bei der Gewinnung des Krieges und der Lösung der Nachkriegspläne eine bedeutende Rolle spielen“. Die Erfahrungen, die in anderen Ländern mit der „Einigung“ zwischen der kommunistischen Partei und anderen marxistischen Gruppen, sei es in der Form der Volksfront, sei es in anderer Weise gemacht worden sind, haben jedoch längst bewiesen, und die Moskauer Komintern hat es oft genug selbst ausdrücklich bestätigt, daß alle Bestrebungen des Kommunismus zum Zusammenschluß mit marxistischen Parteien nur dem einen Zweck dienen, diese dem Kommunismus zu unterwerfen. Es ist recht bezeichnend, daß Moskau die sozialen Verhältnisse in England offenbar für kommunistische Durchdringungsmanöver für geeignet hält.

Immerhin hielt sogar Churchill trotz aller zur Schau getragenen Siegeszuversicht es in einer Rede, die er am 5. Dezember in Bradford hielt* für angezeigt, die Engländer davor zu warnen, das Fell des Bären allzu eifrig zu verteilen, bevor man ihn erlegt hat. Er führte aus, England müsse seine ganzen Kräfte zusammennehmen, da sich der Krieg seinem gespanntesten Stadium nähere. Englands Feinde seien sehr mächtig, verfügten über Millionen von Soldaten, hätten reiche Länder erobert, und bisher sei es noch nicht gelungen, „den harten Kern des Nazi-Widerstandes anzuknacken“.

Als die Achilles-Ferse Englands wird immer wieder die Schiffsraumfrage, d. h. also der Krieg Deutschlands und seiner Verbündeten gegen die feindliche Versorgungsschiffahrt in England selbst bezeichnet. So erklärte am 13. Dezember der kanadische Munitionsminister Howe, die alliierten Verluste an Handelsschiffsraum seit Ausbruch des Krieges, seien zweimal größer als die Neubauten. Die Kosten der Schiffsneubauten in England sind nach einem Bericht der „Times“ von Mitte Dezember seit Ausbruch des Krieges um rund 100% gestiegen. Über neun Millionen Tonnen Schiffsraum sind im Jahre 1942 allein von deutschen See- und Luftstreitkräften versenkt worden. Roosevelt gab an,

124

daß im gleichen Zeitraum über 8 Millionen Tonnen Schiffsraum in den USA gebaut worden seien. Diese beiden Ziffern liefern aber, vorausgesetzt, daß Roosevelts Neubauziffer der Wirklichkeit entspricht, ein durchaus falsches Bild. Denn bei der deutschen Versenkungsziffer handelt es sich um Bruttoregistertonnen, bei der Roosevelts aber um Gewichtstonnen, die Bruttoregistertonne aber entspricht 1,4 Gewichtstonnen. Es ergibt sich also (entsprechend der Berechnung des kanadischen Ministers Howe) ein Verhältnis zwischen Neubauten und Versenkungen von eins zu zwei, wobei die Versenkungsziffern der italienischen und japanischen Marine- und Luftwaffen noch nicht einmal mitgerechnet sind! — Die bekannte englische Zeitschrift „New Statesman and Nation“ beschäftigte sich Ende Dezember 1942 mit dem wachsenden Mangel an Seeleuten bei den Alliierten und führte aus, obgleich der Verschleiß an Schiffen groß sei, sei der an Männern noch ernster und unersetzlicher. Seeleute der Handelsmarine hätten einen hohen Seltenheitswert. Man könne nur in beschränktem Maße auf die eigenen Kräfte und die des Empires zurückgreifen und müßte sich in erster Linie an die Vereinigten Staaten wenden, damit diese die Besatzungen für die zusätzlichen Schiffe stellen, die im Rahmen ihres Expansionsprogrammes gebaut werden sollen. Vollständig wirksame Verstärkungen könne man aber durch Amerika für die nächste Zeit nicht erwarten, da dieses zur Zeit dieselben Umstellungsschwierigkeiten durchmache, wie England im Jahre 1940.

China müßte der größte Lieferant von Menschenmaterial für die verbündeten Nationen sein, aber hier müsse man sich darüber klar werden, daß diese wichtige Lieferquelle für Seeleute abgeschnitten sei, weil Japan die chinesische Küste beherrsche.

In England ist deshalb kürzlich ein Anti-U-Boot-Kriegführungskomitee gebildet worden, das Churchill als Kriegsminister persönlich untersteht und das allwöchentlich Sitzungen abhält, um die Anti-U-Boot-Kriegführung zu leiten und zu aktivieren.

Der Krieg zur See ist überhaupt im Jahre 1942 für England und die USA höchst verlustbringend gewesen. Dazu hat außer dem Unterseebootkrieg in erster Linie die Seemacht Japans Beiträge geleistet. In seinem Bericht vor dem japanischen Reichstag gab Marineminister Admiral Shimada am 28. Dezember eine Gesamtübersicht über die bisherigen japanischen und englisch-amerikanischen Verluste seit dem Kriegseintritt Japans.

Danach versenkten die japanischen Streitkräfte 11 feindliche Schlachtschiffe, 11 Flugzeugträger, darunter ein Flugzeugmuttersschiff, 46 Kreuzer, 48 Zerstörer, 93 U-Boote und 54 andere Schiffe. Der Gesamtverlust des Feindes beläuft sich auf 1100 000 BRT Kriegsschiffsraum, gleich 38% der vereinigten Stärke der Angelsachsen und der Holländer vor Kriegsausbruch. Schwer beschädigt wurden auf seiten des Feindes insgesamt 9 Schlachtschiffe, 4 Flugzeugträger, 19 Kreuzer, 23 Zerstörer, 60 U-Boote, 39
125 andere Schiffe. Japanische Streitkräfte versenkten oder beschädigten schwer 424 Handelsschiffe mit 2 700 000 BRT und

9 Kriegsschiffe. Japanische Streitkräfte schossen ab oder zerstörten am Boden 3853 Flugzeuge. Die japanischen Verluste betragen 1 Schlachtschiff, 3 Flugzeugträger, 4 Kreuzer, 15 Zerstörer, 9 U-Boote, 20 andere Schiffe und 65 Handelsschiffe, die den Seestreitkräften beigegeben waren, mit insgesamt 200 000 BRT sowie 568 Flugzeuge. Schwer beschädigt wurden 1 Schlachtschiff, 2 Flugzeugträger, 3 Kreuzer, 9 Zerstörer, 1 U-Boot und

10 andere Schiffe. Der Marineminister schloß mit dem Hinweis, daß der Krieg in sein entscheidendes Stadium trete und daß der Feind im Vertrauen auf seine Produktionskapazität Gegenangriffe versuchen werde. Die japanische Marine, so betonte Shimada, sei aber unter der Führung des Tenno und mit einmütiger Unterstützung des Volkes fest entschlossen, alle Schwierigkeiten und Entbehrungen zu überwinden, um den Feind auf die Knie zu zwingen.

Angesichts jener enormen Verluste konnte denn auch Churchill in einer Botschaft, die er am 8. Dezember aus Anlaß des Jahrestages des amerikanischen Kriegseintritts an Roosevelt richtete, nicht anders als festzustellen, „der Schaden, der uns allen im Laufe des vergangenen Jahres von den Japanern zugefügt worden ist, ist in der Tat sehr schwer“. Churchill sprach anschließend die Hoffnung aus, daß sich England eines Tages mit seiner ganzen Kraft „mit den USA zur endgültigen Vernichtung Japans vereinigen könne“. In seiner Antwort bestätigte Roosevelt, daß der von den Japanern zugefügte Schaden in der Tat sehr groß sei. Er, Roosevelt, sei aber ebenso wie Churchill fest entschlossen, die Macht Japans endgültig zu zerstören.

Es ist die alte Methode der Churchill-Rooseveltschen Propaganda: Man vertröstet auf die Zukunft. Gegenüber den aus den USA verbreiteten Meldungen über neue Kriegsschiffbauten bemerkte der Sprecher der japanischen Marine am 8. November, dem Schiffsbauprogramm Amerikas stehe Japan keineswegs unvorbereitet gegenüber. Unberührt von den großen Worten der Feindpropaganda arbeite es mit voller Zuversicht Tag und Nacht an der Verstärkung seiner Flotte. Seit Kriegsausbruch seien mehrere neue Schlachtschiffe, mehrere neue Flugzeugträger und Kreuzer und viele andere Kriegsschiffe in Dienst gestellt worden, während weitere zur Zeit gebaut würden. Japans Schiffsbaukapazität ist tatsächlich durch die Gewinnung bedeutender Werften in den von ihm eroberten Gebieten, so in Hongkong, Singapur und in Niederländisch-Indien, nicht unbeträchtlich vergrößert worden; abgesehen davon, daß die während der Kriegshandlungen in Küstennähe versenkten Schiffe wieder gehoben werden. So wurden nach einer Meldung aus Tokio vom 16. Dezember im Seegebiet von Soerabaya auf

126 Java über dreißig feindliche Schiffe, darunter Kriegsschiffe, Handelsschiffe und Tanker, sowie Schwimmdocks verschiedener Größe für Japan geborgen.

Auch die optimistischsten Betrachter der Kriegslage im pazifischen Raum kamen in England und' den USA bei ihren Betrachtungen zum Jahrestag von Japans Kriegseintritt naturgemäß nur zu negativen Feststellungen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Ende Dezember aus Washington gemeldet wurde, die Tschungkingregierung sei mit der unbedeutenden Rolle, die China in der Strategie der Alliierten zugewiesen sei, höchst unzufrieden, und die Lieferungen an Kriegsmaterial würden dort als völlig ungenügend betrachtet.

Demgegenüber bezeichnete der japanische Ministerpräsident Tojo in seiner Neujahrsbotschaft an das japanische Volk die militärischen Ergebnisse der vergangenen zwölf Monate als einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur gänzlichen Vernichtung des Feindes. Japan sei gewillt, in weiterer enger Zusammenarbeit mit seinen Verbündeten diesen Endsieg auch künftig durch fortgesetzte Offensiven sicherzustellen. „In diesem Augenblick möchte ich“, so führte Tojo weiter aus, „meiner freudigen Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß die befreundeten Länder in Europa, nämlich Deutschland und Italien, ihre Bande mit Japan im letzten Jahre weiterhin festigten. Sie beweisen eine überraschende

Kampfstärke auf allen Kriegsschauplätzen. Ich möchte daher meiner herzlichen Bewunderung Ausdruck verleihen und meine Glückwünsche aussprechen für die von ihnen errungenen großen Erfolge. Von ganzem Herzen danke ich ihnen für ihre aufrichtige Zusammenarbeit mit Japan. In diesem Augenblick möchte ich gleichzeitig für die weiteren Erfolge unserer Verbündeten beten."

Tojo ging alsdann auf die Beziehungen zu Mandschukuo ein und führte aus, daß Mandschukuo Hand in Hand mit Japan die nördlichen Grenzen verteidige. Hiermit trage Mandschukuo wesentlich zur Erhöhung der Kampfstärke Japans bei. Die chinesische Nationalregierung in Nanking werde täglich gefestigter und erfülle ihre neue Aufgabe mit Unterstützung Japans. Was Thailand anbelange, so habe vor wenigen Tagen in feierlicher Weise das einjährige unverbrüchliche Waffenbündnis begangen werden können. Thailand marschiere Seite an Seite mit Japan zur Erreichung des gemeinsamen Zieles. Tojo dankte schließlich den Völkern der besetzten Südgebiete für ihre verständnisvolle und enge Zusammenarbeit mit den japanischen Militärbehörden. Hierdurch sei es nicht nur möglich, eine schnelle Aufbauarbeit zu leisten, sondern auch die wichtigen Rohstoffmaterialien dieser Gebiete in genügenden Mengen zu erhalten und sie zur Erringung des Sieges einzusetzen.

127 Während so Japan die Wirtschaftsblockade seiner Feinde vereitelt und aus der Mangelwirtschaft zur Überfluwirtschaft vorgedrungen ist, zeigen sich selbst in den USA, auf deren angeblich unbeschränkte, in Wirklichkeit natürlich durchaus beschränkte Produktionsmöglichkeiten die amerikanische Propaganda immer wieder hinweist, Mangelercheinungen. So wurde Anfang Dezember aus New York gemeldet, die USA-Presse kündige eine strikte Rationierung für das Jahr 1943 an. Die Regierung habe bereits Lebensmittelkarten drücken lassen, und die Rationierung werde sich auf Fleisch, Butter, Margarine, Speck, Speiseöl, Fruchtkonserven, Fleischkonserven, Fischkonserven, Käse und wahrscheinlich auch Frischmilch und Kondensmilch beziehen. Der Verkauf von Schokolade, Kleidung und Schuhen solle ebenfalls geregelt werden. Auch die Menschenkräfte der USA erweisen sich als keineswegs unerschöpflich: Roosevelt hat einen besonderen Diktator über das USA-Menschenmaterial ernannt! Er hat die erforderlichen Vollmachten erhalten, zu bestimmen, wer in die Streitkräfte einzutreten habe, und wie die Daheimgebliebenen zu beschäftigen seien. Er habe ferner die Vollmachten, die Jahrgänge der Frauen zu bestimmen, die zu Hilfsdiensten verpflichtet werden sollen. Er sei auch ermächtigt, die Arbeitgeber, besonders die Rüstungsindustrie zu verpflichten, alle neuen erforderlichen Arbeiter über den von der Regierung eingerichteten Arbeitervermittlungsdienst anzufordern. Zu gleicher Zeit habe Roosevelt die freiwilligen Einstellungen von Männern im Alter von 18 bis 38 Jahren in Heer, Marine und Luftwaffe aufgehoben. Dadurch habe er die drei Wehrmachtsteile dazu gezwungen, künftig alle für sie benötigten Leute durch Rekrutierung einzuberufen. Die Rekrutierung selbst sei ebenfalls dem Ausschuß für den Einsatz des Menschenmaterials unterstellt.

Der Preisdiktator Roosevelts, Henderson, der den Kampf gegen die drohende, richtiger schon im Gange befindliche Inflation zu führen hatte, ist im Dezember zurückgetreten. Offensichtlich weil er sich nicht in der Lage sah, seine Aufgabe mit Erfolg durchzuführen. Dies hindert Roosevelt freilich nicht, immer neue Diktatoren für einzelne Gebiete des amerikanischen Lebens aufzustellen. Nach einem Jahre Krieg hat es Roosevelt dazu gebracht, daß es in den USA so viele „Diktatoren“ gibt, wie in keinem Lande der Welt. Ein merkwürdiger Erfolg seines angeblichen Kampfes für die Freiheit!



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1943

Januar-Lieferung
(Nr. 81/82 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Rede Dr. Goebbels zum 30. Januar — Proklamation des Führers

Am Nachmittag des 30. Januar sprach Reichsminister Dr. Goebbels in einer öffentlichen Kundgebung im Berliner Sportpalast zu den bewährten Kämpfern der Bewegung und vor zahlreichen Solda-

ten, Rüstungsarbeitern und Verwundeten dieses Krieges. Gipfelpunkt seiner Ansprache bildete die Verlesung der Proklamation des Führers.

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen! Parteigenossen und Parteigenossinnen!

58 Seit der Machtergreifung am 30. Januar 1933 hat der Führer jedes Jahr persönlich, meistens vom Sportpalast aus, zum deutschen Volk gesprochen und ihm die Parole für das kommende Kampffahr gegeben. Der Führer hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß es sein herzlichster Wunsch gewesen ist, auch heute zur Nation zu sprechen. Er bedauert ebenso wie wir, die uns allen zu einem inneren Bedürfnis gewordene Tradition der Begehung dieses Gedenktages dieses Jahr unterbrechen zu müssen. Aber die harten Notwendigkeiten der Kriegführung gestatten ihm augenblicklich nicht, sein Hauptquartier, von dem aus er die großen Abwehrschlachten im Osten führt, zu verlassen. Er wendet sich deshalb statt in einer Rede in einer Proklamation an das deutsche Volk. Ich werde diese Proklamation im Auftrage des Führers im Verlauf meiner Ansprache zur Verlesung bringen.

Lassen Sie mich diese durch einige Gedanken über die gegenwärtige Lage einleiten.

Es ist nicht das erstemal, daß ich in einer schwierigen Stunde unseres nationalen Lebens von dieser Stelle aus vor dem ganzen deutschen Volke das Wort ergreife. Im Berliner Sportpalast erlebten wir in den vergangenen 15 Jahren alle Höhen und Tiefen der deutschen politischen und im Kriege militärischen Entwicklung. Die Gefahren, die in diesen bewegten anderthalb Jahrzehnten das Reich umdrohten, erfuhren von dieser Stelle aus vor dem deutschen Volke ihre Klarstellung, aber hier wurden auch vor dem ganzen Volk die entscheidenden Entschlüsse zu ihrer Behebung proklamiert. Niemals sah dieser Saal eine Gefolgschaft, die entmutigt oder ohne Hoffnung gewesen wäre. Viele Schläge haben wir in diesen 15 Jahren von unseren Feinden empfangen; aber jedesmal noch haben wir Schlag mit Gegenschlag beantwortet. Wer erinnert sich nicht der ungezählten Gelegenheiten, da die Partei oder der

59 nationalsozialistische Staat in eine mehr oder weniger große Krise hineingeraten waren und ihre Feinde glaubten, nun endgültig über sie triumphieren zu können! Sie haben immer noch zu früh triumphiert.

Feindliche Männer und Kräfte, die heute schon vollkommen aus unserem Gedächtnis entschwunden sind, deren Namen und Bezeichnungen man sich kaum noch erinnert, sind uns in diesen 15 Jahren entgegengetreten. Die Zeit ist über sie hinweggeschritten. Wir aber sind geblieben. Wir sind mit allen Gefahren und Krisen fertig geworden. Und so, wie das in der Vergangenheit war, so wird es auch in der Gegenwart und in aller Zukunft sein. Wir haben uns nie dazu hergegeben, auftauchende Schwierigkeiten vor dem Volke zu verkleinern oder gar zu verleugnen. Im Gegenteil, es war immer ein Zeichen unseres ungebrochenen Kraftgefühls, jede Gefahr vor unserer Anhängerschaft und vor dem ganzen deutschen Volke klar aufzuzeichnen, damit die Partei und unser Volk sich dagegen wappne und bereitstelle. Es ist immer eine Frage der inneren Selbstsicherheit und der kämpferischen Entschlossenheit, ob eine Bewegung oder ein Volk mit manchmal auch übermächtig scheinenden Schwierigkeiten fertig werden. Sind sie bereit und fecht gewillt, dagegen ihre ganze innere und äußere Kraft zur Anwendung zu bringen, dann werden sie sie auch immer überwinden. Nur wenn sie vor den Gefahren kapitulieren, kommen sie darin um. Für uns aber war es seit jeher feststehender und unumstößlicher Grundsatz, daß das Wort Kapitulation in unserem Sprachschatz nicht existierte. Dabei verbleiben wir und werden wir i m m e r verbleiben!

Wenn ich in dieser bewegenden Stunde am zehnten Jahrestag der Machtübernahme durch den Führer von der Tribüne des Berliner Sportpalastes aus zu Ihnen und über die Ätherwellen zum ganzen deutschen Volke spreche, so erfüllt mich das gerade heute mit tiefer Ergriffenheit. Ich stehe wiederum auf diesem Podium, auf dem Geschichte gemacht worden ist. Als wir zum ersten Male in diese weite, geräumige Halle Einzug hielten, wurde damit eine politische Kampfarena eröffnet, in der in der Folgezeit die entscheidenden Auseinandersetzungen um die Macht in Deutschland ausgetragen wurden. Ich weiß nicht, wie viele hundert Male der Führer und wir, seine nächsten Mitarbeiter, von dieser Stelle aus in hellen und in dunklen Stunden zu Ihnen, zur nationalsozialistischen Bewegung in Berlin, und mit einer Tiefenwirkung weit in das Reich hinein zum ganzen deutschen Volke gesprochen haben. Hier fand das Ringen um die Macht in der Reichshauptstadt seinen prägnantesten Ausdruck; hier erlebten wir die hinreißenden Stunden nationalsozialistischer Kampfbegeisterung, aber auch einer wilden Entschlossenheit, wenn sich Gefahren und Schwierigkeiten bergehoch vor uns auftürmten. Hier

60 versammelten wir uns in Stunden stärkster Belastung und härtester Willenskraft, in denen wir uns gegen unsere Gegner behaupten mußten, wenn sie uns Nackenschläge versetzt oder auch empfindliche Niederlagen beigebracht hatten.

Wie es damals war, so ist es heute. Von diesem Podium aus gingen und gehen die zündenden politischen Parolen ins Volk hinein, die die Nation zu einem fanatischen Kampfeswillen zusammenschlossen und zusammenschließen.

Wieder befindet sich das deutsche Volk mitten im schwersten Ringen um sein Schicksal. Seine traditionellen Feinde, mit denen wir uns bis zum Jahre 1933 so oft, manchmal unter den aussichtslosesten Bedingungen, aber am Ende doch immer siegreich, auseinandersetzen mußten, haben sich wieder gegen uns zusammengefunden. Die alte, uns wohlbekanntes Feindkoalition ist aufs neue erstanden, nur daß dieses gigantische Ringen um unser Leben nunmehr überkontinentale Formen angenommen hat.

Kampf war damals die Parole der nationalsozialistischen Bewegung von Anfang an, und Kampf ist unsere Parole bis zum heutigen Tage geblieben. Wie uns damals nichts geschenkt wurde, so wird uns auch heute nichts geschenkt. Wir müssen uns alles selbst erobern und erarbeiten.

In der Stunde der augenblicklichen schwersten Kämpfe im Osten glaubt der Gegner wieder einmal, über uns triumphieren zu können. Die englischen und USA-Blätter wiegen sich in diesen Tagen in einer selbstgefälligen Sicherheit, als ständen Plutokratie und Bolschewismus kurz vor Erreichung ihres Zieles. Das internationale Judentum frohlockt. Die feindlichen Zeitungen lügen das Blaue vom Himmel herunter, in Deutschland sei der Ausnahmezustand proklamiert worden, die Nation falle auseinander u. ä. Ich kann dagegen feststehende Tatsachen konstatieren: Es herrscht in Deutschland nur der Zustand einer totalen Bereitschaft unseres Volkes zur Konzentration seiner Kräfte auf den Krieg und auf die Erringung des Sieges. In dieser festen und fanatischen Entschlossenheit ist sich das ganze deutsche Volk einig. Aus den Breiten und Tiefen unserer Nation dringt der Schrei nach totalster Kriegsanstrengung im weitesten Sinne des Wortes an unser Ohr. Wie wir vor dem 30. Januar 1933 alle Kraft der Erringung der Macht widmeten und damit auch an die Macht kamen, so ist es heute unser harter Entschluß, alle Kraft der Nation der Erringung des Sieges zu weihen. Und wir sind fest davon überzeugt, daß wir ihn damit auch schneller als manche denken mögen, erringen werden.

Wir wollen von nun an nichts mehr versäumen und alles nur Erdenkbare tun, um den Sieg zu beschleunigen. Es ist uns dabei vollkommen gleichgültig, wenn unsere Feinde uns in unserer Entschlossenheit nicht ernst nehmen. Vom Feind unterschätzt zu werden ist immer eine gute Hilfe im Kriege. Man wird die Ergebnisse unserer fanatischen Arbeit auf der Feindseite, schneller als man denkt, schon im weiteren Kriegsverlauf kennenlernen. In englischen Blättern war in diesen Tagen zu lesen, die deutsche Führung beriefe sich in ihrer gegenwärtigen Not und Belastung auf die Widerstandskraft des englischen Volkes nach der Katastrophe von Dünkirchen, um dem deutschen Volke Mut zuzusprechen. Ich erkläre darauf in aller Form: Kein deutscher Staatsmann und keine deutsche Zeitung haben sich zu dieser Entwürdigung hergegeben. Ich wüßte auch keinen Grund, warum das deutsche Volk sich ausgerechnet auf das englische Volk berufen müßte, um mit den riesigen Schwierigkeiten dieses zweiten Winterkrieges im Osten fertig zu werden. Ein Volk, dessen Geschichte einen Friedrich den Großen verzeichnet, braucht nicht in der englischen Geschichte nach Vorbildern suchen zu gehen. Eine Nation, die von Adolf Hitler geführt wird, braucht sich nicht einen Trinker wie, Churchill zum Beispiel zu nehmen. Und was den Kampf gegen den Bolschewismus anlangt: Wir haben gegen diese terroristische, jüdische Welteroberungsidee im Innern unseres Reiches 14 Jahre lang unter den denkbar ungünstigsten Umständen gekämpft. In diesen 14 Jahren wogte der Kampf ewig hin und her, und manchmal schien er verzweifelt für uns zu stehen. Aber am Ende kam der große Sieg.

Genau so ist es heute in unserem Kampf gegen den sowjetischen Bolschewismus auf militärischem Felde. Kein Mensch denkt daran, die Schwierigkeiten dieses Weltringens zu bagatellisieren. Es ist denkbar hart und stellt übermenschliche Anforderungen an unsere Truppen und ihre Führung. Aber wie damals, so wissen wir auch heute, worum es dabei geht. Wir kämpfen im Osten nicht nur gegen eine Anschauung, sondern gegen die elementarste Bedrohung unseres nationalen und individuellen Lebens. Wenn der Feind sich auf militärische Erfolge in diesem Winter beruft, so können wir darauf nur zur Antwort geben, daß gerade die uns aus der letzten Behaglichkeit und Bequemlichkeit aufgerüttelt haben. Jetzt geht das deutsche Volk in seiner umfassenden Gesamtheit in Stellung. Es will von dieser Stunde ab nur noch kämpfen und arbeiten für den Sieg. In London höhnt man, daß wir keine Reserven mehr zur Verfügung hätten. Man wird diese Reserven eher, als man denkt und wünscht, kennenlernen.

Auch im vergangenen Jahr hat die Feindseite ihre Hoffnungen auf eine militärische Niederlage der Achsenmächte im Winter gesetzt. Auch da haben wir Rückschläge ernster Art erlitten. Aber kaum kam der Frühling und nahte der Sommer, da hat die deutsche Wehrmacht unsere Einbußen wieder wettgemacht

Und den Feind erneut weiter in den Osten hineingetrieben.

62 Genau wie im vorigen Winter ist die ganze deutsche Nation entschlossen, auch alle Schwierigkeiten, die dieser Winterkrieg mit sich bringt, beschleunigt wieder zu überwinden.

Wie im Kampf um die innere Macht stürmt auch in diesem gigantischen Ringen das Judentum von zwei Seiten gegen uns an. Der Bolschewismus schickt seine Massenheere vor, und die Plutokratie läßt ein Trommelfeuer von Lüge und verleumderischer Propaganda auf uns niederprasseln. Der Kampf um unser Leben naht sich seinem dramatischen Höhepunkt. Es ist nicht nur ein Ringen um die Freiheit und Sicherheit der deutschen Nation, sondern eine gigantische Auseinandersetzung um das zukünftige Schicksal Europas, ja des ganzen zivilisierten Abendlandes.

In diesem Zeichen steht der 30. Januar 1943, der zehnte Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme. Vor zwanzig Jahren, am 9. November 1923, erlitt die Partei ihre furchtbarste Katastrophe. Wer spricht heute noch von ihren Folgen? Sie hat sie durch den glänzendsten Sieg unserer inneren Geschichte wieder wettgemacht. Heute stehen wir im Zeichen des schwersten Schicksalskampfes unseres Volkes auf den Schlachtfeldern. Es ist geradezu von symbolischer Bedeutung, daß der junge nationalsozialistische Staat am zehnten Jahrestag seines inneren Sieges der gegenwärtigen schweren Belastung unterworfen wird.

Es ist klar, warum unsere Feinde von allen Seiten wie verzweifelt gegen das neue Reich anrennen. Sie wollen in Deutschland keinen Volksstaat dulden. Das ist der einzige Grund, warum Plutokratie und Bolschewismus uns zu diesem Krieg gezwungen haben. Die demokratische Republik, die aus dem Friedensvertrag von Versailles hervorging, wurde von den ewigen Feinden des Reiches nicht angegriffen, weil sie nur von ihren Lakaien geführt wurde. Sie war schwach und ehrlos. Wir waren ein Helotenvolk geworden, ohne innere Widerstandskraft, wehrlos den Ausplünderungsversuchen unserer Feinde preisgegeben.

Der Nationalsozialismus hat hier Wandel geschaffen. Was er innerpolitisch begründete, muß er nun heute außenpolitisch und militärisch verteidigen. In diesem Kampf um Sein oder Nichtsein geht es nicht um eine Staatsform, sondern um unser nationales Leben. Wir haben nur noch die Wahl zwischen einem Sklavendasein und dem Dasein eines freien Volkes im sozialistischen Gemeinschaftsstaat. Dieser Krieg stellt uns also vor die geschichtliche Aufgabe, das außenpolitisch und militärisch zu bestätigen, was wir vor zehn Jahren innerpolitisch erkämpft haben.

63 Ich brauche kein Wort zu verlieren über unsere fanatische Entschlossenheit, nunmehr alle Kräfte des deutschen Volkes zum Vernichtungskampf gegen den Bolschewismus auszuschöpfen und anzusetzen. Die gigantische zweite Winterschlacht im Osten ist für die deutsche Nation das Fanal zum totalen Krieg. 25 Jahre hat die Sowjetunion gerüstet, um dieses Ringen militärisch vorzubereiten. Der Bolschewismus machte aus Menschen Roboter des Krieges. Wenn wir 1936 die Parole ausgaben: „Erst Kanonen, dann Butter!“, dann hat der Bolschewismus sie seit 25 Jahren übersteigert durch die Parole: „Soziales Elend, Hunger und Massennot, aber fußend darauf nur Waffen, Kanonen und Rüstung!“ Gegen diese abnorme militärische Drohung müssen wir, uns mit unserer ganzen nationalen Kraft zur Wehr setzen, wenn wir nicht unsere Freiheit und unser nationales Leben verlieren wollen. Mitten in den Riesenaufmarsch Stalins fuhr das deutsche Schwert hinein. Heute kämpfen unsere Truppen tief im Feindesland. Ein ganzer Erdteil liegt drohend vor uns. Wir haben ihn in den triumphalen Siegen zweier Sommer zu einem bedeutenden Teil in unsere Hand gebracht. Wie im vergangenen Kriegswinter im Osten, so müssen wir das Eroberte in diesem zweiten Kriegswinter im Osten elastisch und unter übermenschlichen Prüfungen verteidigen. Ein zweites Mal also liegt das deutsche Soldatentum in seiner Widerstandskraft und in seinem Heroismus auf der Waage der Schicksalsgöttin.

Unser Vertrauen zu unseren Soldaten ist unbegrenzt. Sie waren und sind dem bolschewistischen Gegner überlegen. Sie verfechten die bessere Sache mit dem tieferen Glauben. Sie haben schon im vergangenen Winter ihre Überlegenheit in überzeugendster Weise unter Beweis gestellt. In diesem Winter stehen sie in einem neuen Abwehrkampf von unvorstellbarer Härte. Die übermenschlichen Belastungen und Gefahren, denen sie ausgesetzt sind, haben die Heimat zu letzten Entschlüssen reif werden lassen. Es gibt niemanden mehr zu Hause, der nicht von dem fanatischen Willen beseelt wäre, durch seine Arbeit und durch seinen Siegesglauben dieser kämpfenden Heldenfront würdig zu sein.

Die deutsche Führung hat die Härte und Schwere dieses Kampfes in aller Offenheit vor dem Volke und vor der Welt dargelegt. Die Heimat antwortet darauf mit dem festen Willen zum höchsten Kraft-einsatz. Jeder zu Hause fragt sich nur noch, was er tun kann, um unseren Soldaten zu helfen, das Reich zu beschützen und den Sieg zu erkämpfen. In ungezählten Briefen aus allen Schichten unseres Volkes dringt der Schrei nach der totalsten Kriegsanstrengung an unser Ohr. Millionen noch unausgeschöpfter oder nicht ganz ausgeschöpfter Energien stehen bereit, um sich in den riesigen Kriegsprozeß unseres zivilen Lebens einzuschalten. Sie mobilzumachen, ist das Gebot der Stunde.

64 Wenn der Feind glaubte, uns durch einige Schläge entmutigen zu können, so irrt er sehr. Diese Schläge waren und sind für uns nur ein Alarmsignal zum totalen Krieg, zu dem wir nunmehr fest entschlossen sind. Es wird in Deutschland nicht mehr geredet werden von der verlorengegangenen Bequemlichkeit, die wir uns wenigstens in letzten Resten aus dem Frieden erhalten wollten. Unser Volk opfert sie freudigen Herzens, um die bisher darauf verwandte Kraft in Panzern, Waffen, Munition und nationalen Widerstand umzusetzen. Wir sind mehr noch als bisher eine kämpfende und arbeitende Gemeinschaft, die sich mit fanatischer Entschlossenheit für den Krieg und seine Erfordernisse einsetzt und mit Sehnsucht auf die Stunde wartet, da der Führer seinen Truppen wieder den Befehl zum Angriff geben kann. Wenn wir bisher vielfach nur vom Volkskrieg redeten, so sind wir jetzt entschlossen, ihn in der Tat zu führen. Der totale Kriegseinsatz heißt Aufgabe aller bequemen bürgerlichen Gepflogenheiten. Eine restlose Einsatzbereitschaft dazu erfüllt unser ganzes Volk. Es wird nicht geduldet werden, daß auch nur einer den Versuch zur Drückebergerei macht. Wir antworten den frechen und überheblichen Siegesdrohungen des Bolschewismus und der Plutokratie mit einem Volksaufstand der nationalen Kraftanstrengung. Das internationale Judentum, das wie so oft schon wieder einmal glaubt über uns triumphieren zu können, hat seine Rechnung ohne uns gemacht. Die Bluffpropaganda unserer angelsächsischen Gegner imponiert uns nicht. Was sollte uns auch veranlassen, auch nur mit dem leisesten Gedanken an Nachgiebigkeit zu denken, angesichts der Tatsache, daß die glänzenden Siege unserer Soldaten uns und unseren Achsenpartnern fast den ganzen europäischen Erdteil zu Füßen gelegt haben! Wir sind entschlossen, diese Siege auszunutzen.

Partei und Staat werden in der Vorbereitung des totalen Krieges beispielhaft vorangehen. Es sind Maßnahmen getroffen worden und es werden deren in den nächsten Tagen noch getroffen werden, die den totalen Kriegseinsatz organisieren und praktisch durchführen sollen. Die Lage gebietet, daß wir schnell und rücksichtslos handeln. Unsere nationalsozialistische Parteigeschichte ist ein einziger Beweis dafür, daß wir Nationalsozialisten das können und immer, wenn es nötig ist, auch die Kraft dazu aufbringen. Die Partei wird, wie stets in großen nationalen Schicksalsstunden, der Motor dieser grandiosen Umstellung des Lebens und der Arbeit unserer Heimat sein. Ihr revolutionärer Elan wird das Tempo dieses umwälzenden Prozesses bestimmen.

65 Die Führung erwartet vom ganzen Volke, daß nicht nur Befehle und Gesetze durchgeführt werden. Jeder stellt sich darüber hinaus für jede kriegsnotwendige Mitarbeit zur Verfügung, weil er weiß, daß er vom Führer dazu aufgerufen ist. Die Kriegsgesetze sind selbstverständlich für alle bindend. Ausnahmen können nicht gemacht werden. Ob hochgestellt oder niedrig, ob arm oder reich, im Lebenskampf des deutschen Volkes ist keiner zu schade, seine ganze Kraft und alles, was ihm gehört, zum Einsatz zu bringen. Gegen Saboteure unserer Kriegführung sind wir bisher mit härtesten Strafen vorgegangen und werden das auch in Zukunft tun. Aber sie verdienen kaum eine öffentliche Brandmarkung, da sie zahlenmäßig überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Wir brauchen nur an den Idealismus, den Fanatismus und die Anständigkeit des deutschen Volkes zu appellieren, und wir besitzen eine Gefolgschaft, die die ganze Nation umfaßt. Wenn wir also am 30. Januar vor die Welt hintreten, um zum zehnten Jahrestag unserer Revolution unsere Entschlossenheit, diesen Kampf mit allen gebotenen Mitteln bis zum siegreichen Ende fortzusetzen, zu bekunden, so soll die Welt wissen, daß hinter unseren Worten schon die Taten stehen.

Wir befinden uns mitten in der dramatischen Entscheidung der geschichtlichen Auseinandersetzung des 20. Jahrhunderts. Ungeheures haben unsere Soldaten geleistet, Ungeheures bleibt ihnen immer noch zu tun übrig. Unter den unvorstellbaren Belastungen eines zweiten Kriegswinters im Osten kämpfen sich unsere heldenhaften Truppen tapfer, zäh und verbissen durch alle Gefahren und übermenschlichen Schwierigkeiten hindurch. Die Sowjetunion wirft ihnen Menschen- und Materialmassen entgegen, die unerschöpflich scheinen. Wir müssen uns in diesem Kampf behaupten, wenn das deutsche Volk nicht sein Leben verlieren will. Wiederum ist dieses Riesenringen vielen Schwankungen und Zufälligkeiten ausgesetzt. Wir kennen das, denn wir haben es zu oft in der Zeit vor der Machtübernahme, wenn auch in bescheidenen Dimensionen, erlebt. Wir wissen aber auch, daß, wenn ein

Volk von kampfentschlossenen Männern und Frauen bereit ist, koste es, was es wolle, für sein großes Ziel einzutreten und dafür zu kämpfen, es dieses am Ende auch erreichen wird. Krisen und Schwankungen kommen und vergehen. Aber ewig bestehen bleibt eine Nation, die sich tapfer, mutig und unbeirrt den Weg nach oben bahnt.

Dieselben Gegner wie damals stehen uns heute wieder gegenüber. Sie wenden dieselben Methoden an, um uns zu überlisten und niederzuringen. Dieselben Krisen und Beängstigungen wie damals stürzen auf uns ein; aber an ihrem Ende wird einmal, wie damals, derselbe Sieg stehen.

Dieser Krieg ist ein nationaler Verteidigungs-K r i e g. Er ist uns von unseren Feinden aufgezwungen worden. Sie wollen uns niederschlagen, um uns wieder auf die Stufe eines Sklavenvolkes herabzudrücken.

66 Dagegen gibt es nur ein Mittel: eisernen Verteidigungswillen. Der Kampf muß und wird durchgestanden werden. Am Ende winkt uns, daran glauben wir fest und unverbrüchlich, der große Sieg. Auch dieser Winter wird zu Ende gehen. Der Führer leitet die gigantische Abwehrschlacht im Osten. Wenn sie auch unter denkbar schwierigen Umständen vor sich geht, so setzen wir doch unser festes und gläubigstes Vertrauen in seine Führung und in die geschichtlich bewährte Tapferkeit unserer Soldaten. Wie es uns so oft gelungen ist, auch die härtesten Belastungen zu überwinden, so wird es uns auch diesmal gelingen, und wiederum wird sich an uns das Wort des Philosophen bewahrheiten, daß das, was uns nicht umbringt, uns nur stärker macht.

Der Führer wendet sich an diesem geschichtlichen Erinnerungstag in einer Proklamation an das deutsche Volk. Von seinem Hauptquartier aus richtet er seinen Appell an die Nation. Es ist für mich in dieser denkwürdigen Stunde eine stolze Ehre, vor dem ganzen deutschen Volke die Proklamation des Führers zur Verlesung bringen zu dürfen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die Proklamation des Führers

Zum zehntenmal jährt sich heute der Tag, an dem mir der Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg die Verantwortung für die Führung des Reiches übergab. Das 14jährige Ringen der nationalsozialistischen Bewegung um die Macht, die, selbst aus kleinsten Anfängen entstehend, nunmehr als weitaus stärkste Partei des Reiches das legale Recht der Regierungsbildung besaß, erhielt damit seinen erfolgreichen Abschluß.

Diese Übernahme der Verantwortung fand allerdings erst statt, nachdem sämtliche Parteien in mehr oder weniger langer Dauer ihre Unfähigkeit, Deutschland wieder emporzuführen, erwiesen hatten. Das Reich litt immer mehr unter den Folgen der Niederlage nach einem Krieg, den es nicht gewollt und für den es deshalb auch in keiner Weise vorbereitet war. Nach einem heldenhaften Widerstand, der über vier Jahre durch keine Feindesgewalt gebrochen werden konnte, war es den von innen und außen her geförderten defaitistischen Elementen gelungen, endlich zur offenen Revolution zu schreiten. Der amerikanische Präsident W i l s o n hatte mit der Aufstellung von 14 Punkten der Welt die Vision eines künftigen Friedens vorgegaukelt, die um so begieriger vom deutschen Volke für wahr gehalten wurde, als es sowohl im Wollen seiner breiten Masse, wie auch in den Gedankengängen seiner leitenden Männer keinerlei positive Kriegsziele besaß. Die Nation führte den Kampf für ihre Selbsterhaltung und war deshalb in manchen Schichten fast dankbar, einen Frieden der Versöhnung und Verständigung angeboten

67 zu erhalten. Sofort nach der dadurch vom deutschen Volk herausgelockten Übergabe seiner Waffen erfolgte der historische Betrug. Ein Wortbruch, wie ihn die Weltgeschichte bisher noch nicht erlebt hatte.

An Stelle des Friedens, der Versöhnung und Verständigung kam jenes Versailler Diktat, das die deutsche Nation und die mit ihr verbündeten Völker zu Sklaven erniedrigte, militärisch wehrlos machte, politisch entrechtete und wirtschaftlich auf unabsehbare Zeiten vernichtete.

Alles das aber, was seit dem Jahre 1919 bis 1933 dem deutschen Volk an Unrecht, an Unterdrückungen, wirtschaftlicher Ausplünderung und politischer Diskriminierung zugefügt wurde, traf kein nationalsozialistisches, sondern das durch und durch demokratisch-marxistische Deutschland. Jeder Versuch der demokratischen, zentruerlichen und marxistischen Machthaber, die andere Welt durch einen Appell an die dort scheinbar vermutete gleiche Geistesrichtung zu besänftigen oder gar zur Einsicht in die Vernunftlosigkeit dieser Diktatur der sinnlosen Gewalt zu bringen, schlugen fehl. Mit zäher Beharrlichkeit versuchte da? internationale Judentum, die Nation erst kapitalistisch auszuplündern, um sie so wirtschaftlich und damit stimmungsmäßig für den jüdischen Bolschewismus reif zu machen.

Der Wahnwitz des sogenannten Versailler Friedensvertrages führte aber nicht nur zur Zerstörung der deutschen Wirtschaft, sondern in der Folge zu einer nicht minder großen Verwüstung des wirtschaftlichen Lebens auch in den anderen Ländern einschließlich dem in den sogenannten Siegerstaaten. Als das Jahr 1932 zur Neige ging, war die Welt im Zustand einer dauernden, sich ununterbrochen verschärfenden wirtschaftlichen Krise. Die Arbeitslosigkeit bedrückte nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die reichen Länder des Westens und in Amerika besonders die Vereinigten Staaten. Im Winter 1932 auf 1933 war im Reiche die Zahl der Erwerbslosen auf sieben Millionen und die der Kurzarbeiter auf etwa die gleiche Zahl angestiegen. Das englische Mutterland, das über ein Viertel der Erdoberfläche beherrschte, besaß 2¹/₂ Millionen Erwerbslose. Die nordamerikanische Union mit ihren gigantischen Reichtümern des Bodens und einer unbegrenzten Fruchtbarkeit zählte rund 13 Millionen.

In Deutschland selbst entsprach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Zustand des allgemeinen Lebens. In zahllose Parteien zerrissen, gehemmt durch die egoistische Verbohrtheit der Vertreter der Länder sowie der Interessenten der verschiedenen Berufsstände und Parteien, erschien es für jede Regierung von vornherein aussichtslos, auch nur den dringlichsten Aufgaben zur Erhaltung des Lebens

68 unseres Volkes mit den bisherigen Methoden und den vorhandenen Kräften gerecht werden zu können. Die innere Zersetzung des Volkskörpers hatte solche Fortschritte gemacht, daß nur noch der Übergang zum Chaos als einziger Ausweg für eine mögliche Lösung übrigzubleiben schien. Während die jüdischen Parteiführer und Wirtschaftshyänen auf der einen Seite die Grundlagen des politischen und wirtschaftlichen Lebens immer mehr vernichteten, predigten die gleichen jüdischen Agitation die Notwendigkeit der bolschewistischen Revolution. Es war dabei klar, daß, wenn es 14 Jahre Marxismus, Demokratie und Parlamentarismus fertiggebracht hatten, Deutschland zu ruinieren, ein Jahr Bolschewismus genügen mußte, um das Reich restlos zu vernichten. So stand das deutsche Volk, innerlich uneins und zerfallen, in seinen Staats- und Landesfinanzen verschuldet und zerrüttet, vor dem völligen Bankrott. 14 Millionen arbeitende Menschen hatten zur einen Hälfte ungenügende, zur anderen überhaupt keine Arbeit, die Wirtschaft kam immer mehr zum Erliegen, der Handel erlosch, Schifffahrt und Verkehr schrumpften immer mehr zusammen, der Bauer verlor Haus und Hof, die Freude am Leben begann zu schwinden, die sinkende Zahl der Geburten aber ließ das Ende unseres Voller fast mathematisch voraussehen und berechnen. Dies also war das Erbe, das mir am 30. Januar 1933 verantwortlich übergeben wurde.

In der ersten Proklamation an das deutsche Volk verkündete ich als Kanzler namens der damaligen Reichsregierung den Entschluß, die Nation als Voraussetzung jedes Emporstiegs zu einigen, ihre Rechte nach bestem Wissen und Gewissen von jetzt ab wieder wahrzunehmen, sowohl gegen die wahnsinnigen Leidenschaften im Innern, als auch gegenüber den Erpressungen der Umwelt. Vor allem aber versprach ich, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und den deutschen Bauer vor dem Vertreiben von Haus und Hof in Zukunft zu bewahren.

Ich bat damals das deutsche Volk, mir vier Jahre Zeit zu schenken, um das wieder gutzumachen, was in 14jährigem Verfall vernichtet oder zerstört worden war.

Ich habe nun, unterstützt durch meine Mitkämpfer, in ruhe- und rastloser Tätigkeit Jahr um Jahr an der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches im Innern und nach außen hin gearbeitet. Noch ehe die von mir erbetene Frist verstrichen war, befand sich schon der letzte Erwerbslose wieder in Arbeit. – Der jüdische Angriff gegen den Grund und Boden des deutschen Bauertums war abgeschlagen worden, die Erhaltung der Höfe sichergestellt, das Gewerbe und die übrige Wirtschaft begannen wieder aufzublühen, die Reichs-, Landes- und Kommunalfinanzen waren in Ordnung gebracht, es gelang, das Verkehrswesen neu zu beleben, Straßen und Eisenbahnen wurden verbessert, neue Kanäle gebaut, der Reichsautobahnbau begonnen.

69 Mit der Gesundung des wirtschaftlichen Lebens ging Hand in Hand die Entwicklung des kulturellen. Baukunst, Theater, Musik, der Film, der Rundfunk, sie erlebten einen Aufschwung wie nie zuvor. Dabei stand über allem ein Gebot: Immer mehr das breite Volk teilnehmen zu lassen, nicht nur an den materiellen, sondern auch an den kulturellen Gütern und Schöpfungen der Nation. Dem entsprachen die Grundsätze der neuen Erziehung. Ohne Rücksicht auf Herkunft, Stand oder Beruf der Eltern sollte jedem fähigen Kinde unseres Volkes auf Kosten der Volksgemeinschaft das Studium und damit der soziale Aufstieg ermöglicht werden.

Was auf den Gebieten der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung seit dem Jahre 1933 im Deutschen Reich unter der neuen Führung geleistet wurde, ist so einmalig, daß besonders in den demokratischen Ländern dem nicht Ebenbürtiges zur Seite gestellt werden kann. Nur das faschistische Italien hat durch seinen Duce in seiner inneren Aufbauarbeit vergleichbare Taten vollbracht.

Dies alles aber konnte nur gelingen durch eine Zusammenfassung aller Kräfte der Nation und ihre einheitliche Ausrichtung auf die als notwendig erkannten Ziele. So sind in wenigen Jahren zahllose Erscheinungen unseres inneren Verfalls beseitigt worden. An Stelle des in Konfessionen, Parteien und Klassen zerrissenen und daher in Ohnmacht vegetierenden Weimarer Reiches war das Deutschland der Konzentration der nationalen Kraft getreten. An Stelle des allgemeinen Parteiunfugs eine einzige volksverbundene Bewegung. Die Länderparlamente wurden abgelöst durch eine gemeinsame Vertretung des deutschen Volkes im Reichstag, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zusammengefaßt in der Deutschen Arbeitsfront, Presse, Film und Rundfunk hörten auf, Elemente der Zersetzung unseres Volkskörpers zu sein und wurden statt dessen in den Dienst der nationalen Einigung gestellt. Ein gewaltiges Werk der Gesetzgebung schuf die Grundlagen für ein neues Deutsches Reich, wie es in dieser Form in der Geschichte bisher noch nicht bestanden hat.

Aus der damit gewonnenen inneren Kraft unseres Volkes ergab sich erst die Möglichkeit der Lösung der äußeren Aufgaben. Ich habe in diesen langen Jahren der Welt immer wieder praktische Angebote für eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen, für eine loyale Zusammenarbeit gemacht. Spätere Geschichtsforscher werden einst feststellen, daß aber noch niemals den friedlichen Vorschlägen eines Mannes mit mehr Haß begegnet wurde als den meinen. Die Interessenten der kapitalistischen und bolschewistischen Völkerausplünderung begannen das neue Deutschland in eben dem Maß zu hassen, in

70 dem - anfang, ein Vorbild zu werden für die friedliche Lösung vorhandener Gegensätze, sozialer Probleme oder wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Besonders das internationale Judentum steigerte seine Hetze gegen das neue Deutschland, das weder gewillt war, sich vor internationalen Börseninteressen zu verbeugen, noch von bolschewistischen Bedrohungen einschüchtern zu lassen. Trotz dieser Feindschaft gelang es, Jahr für Jahr immer größere Fortschritte zu erzielen, auch auf dem Wege der friedlichen Revision des Versailler Diktats und der Wiederherstellung der deutschen Lebensrechte. Erst nach Ablehnung aller meiner Vorschläge für eine gemeinsame Rüstungsbeschränkung habe ich den Aufbau der neuen deutschen Wehrmacht befohlen und durchgeführt.

Heute, am zehnten Jahrestage nach der Machtübernahme, erkennen wir aber erst ganz, was aus Deutschland und aus Europa geworden wäre, wenn am 30. Januar 1933 die Vorseeung durch den Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg dem Nationalsozialismus die Macht nicht übertragen haben würde. Denn das Deutschland der Systemzeit wäre nicht geblieben, wie es war, sondern seine politische und wirtschaftliche Verelendung und militärische Hilflosigkeit hätten zwangsläufig zu einer immer größeren Ohnmacht der Umwelt gegenüber geführt. In diesem selben Zeitraum hat aber schon seit zehn Jahren vorher der Bolschewismus zum Überfall auf Europa eine planmäßige Aufrüstung von wahrhaft gigantischem Ausmaß betrieben. Was wäre aus dem deutschen Volk und aus Europa geworden, wenn am 22. Juni 1941 nicht in letzter Minute die neue deutsche Wehrmacht ihren Schild vor den Kontinent gehalten hätte! Wer will glauben, daß die lächerlichen Garantien oder ebenso belanglosen papierernen Erklärungen angelsächsischer Staatsmänner die Welt gerettet hätten vor dem Überfall durch eine Macht, die, wie es heute amerikanische Korrespondenten ruhig aussprechen, seit zwanzig Jahren nur ein Ziel hatte, so wie einst zur Zeit der Völkerwanderung oder der Mongolenstürme, Europa zu überfallen, seine Kultur zu vernichten, vor allem aber seine Menschen auszurotten, um Sklavenarbeiter für die sibirischen Tundren zu gewinnen? Welcher Staat hätte außer Deutschland dieser Gefahr entgegentreten vermocht? Wenn sich seit dem Jahre 1941 der größte Teil Europas um Deutschland im Kampf gegen die Gefahren des Ostens schart, dann kann dies nur geschehen, weil dieses Deutschland im Jahre 1933 die politischen, moralischen und materiellen Voraussetzungen erhielt zur Führung eines Kampfes, der heute das Schicksal der Welt entscheidet. So wie damals im Innern nur zwei Möglichkeiten bestanden: entweder der Sieg der nationalsozialistischen Revolution und damit ein planmäßiger sozialer Neuaufbau des Reiches oder der bolschewistische Umsturz und damit die Zerstörung und Versklavung aller, so gibt es

71 auch heute nur diese beiden Alternativen: entweder es siegen Deutschland, die deutsche Wehrmacht und die mit uns verbündeten Länder und damit Europa, oder es bricht von Osten her die innerasiatisch-bolschewistische Welle über den ältesten Kulturkontinent herein, genau so zerstörend und vernichtend, wie dies in Rußland selbst schon der Fall war. Nur weltabgewandte Phantasten können dem jüdischen Geflunker ernstlich glauben, daß irgendeine britische oder amerikanische papierne Erklärung einer solchen Völkerkatastrophe Einhalt zu gebieten vermöchte.

Als im Jahre 1939 Frankreich und England ohne jeden Grund an Deutschland den Krieg erklärten und damit den zweiten Weltkrieg auslösten, haben sie unbewußt nur das eine Gute vollbracht, nämlich: Die größte Auseinandersetzung der Geschichte gerade im Augenblick der Erreichung der höch-

sten Kraft des Reiches auszulösen, ein Kampf, der, wie wir es heute wissen, von den Machthabern des Kreml längst beschlossen worden war und der mit jedem Jahr nur noch schwerer hätte werden müssen.

Vor der Größe dieses gigantischen Ringens verblassen alle anderen Vorgänge. Denn wenn der neue Ansturm Innerasiens gegen Europa Erfolg haben würde, müßte die heutige Welt genau so zerbrechen, wie einst die alte am Sturm der Hunnen zerbrochen ist. Eine mehrtausendjährige menschliche Arbeit wurde damit wieder vergeblich gewesen sein, an Stelle des blühenden Kontinents der Erde käme das Chaos, statt seiner Kultur unvorstellbare Barbarei.

Was daher seit dem Jahre 1933 geleistet wurde auf wirtschaftlichem, kulturellem oder auch politischem Gebiet, tritt trotz aller Größe zurück gegenüber der Aufgabe, die uns heute gestellt ist. Wenn der Nationalsozialismus nichts geschaffen hätte als das, was hinter ihm liegt, wurde er schon eine der gewaltigsten Erscheinungen der Weltgeschichte sein, allein Europa wäre trotzdem verloren.

Nein: Der wunderbare Weg unserer Bewegung von den wenigen Männern der ersten Zeit bis zum Tag der Machtübernahme und seitdem bis heute ist nur denkbar und begreiflich als ein Ausdruck des Willens der Vorsehung, dem deutschen Volk und darüber hinaus ganz Europa die Möglichkeit zu geben, der größten Bedrohung aller Zeiten erfolgreich begegnen zu können. Es wird deshalb nur an uns liegen, den Sinn dieses Krieges zu begreifen, den uns aufgezwungenen Kampf so entschlossen und so lange zu führen, bis dieser Kontinent als endgültig gerettet angesehen werden darf.

Was uns dabei im einzelnen an Schicksalsschlägen treffen mag, ist nichts gegenüber dem, was alle erleiden würden, wenn sich die Barbarenhorden des Ostens über unseren Erdteil hinwegzuwälzen

72 vermöchten. Einst zogen deutsche Ritter in weite Fernen, um für das Ideal ihres Glaubens zu streiten, heute kämpfen unsere Soldaten in der Unendlichkeit des Ostens, um Europa vor der Vernichtung zu bewahren. Jedes einzelne Menschenleben, das in diesem Kampf fällt, wird Generationen der Zukunft das Leben sichern.

Ich habe, solange ich es irgendwie für möglich hielt, der übrigen Welt immer wieder die Hand zur Versöhnung hingehalten. Im Juli 1940 nach der Ablehnung meines letzten Friedensangebotes aber wurde es klar, daß jede Wiederholung nur als Schwäche ausgelegt werden würde, da die verantwortlichen Hetzer für diesen Krieg unter keinen Umständen den Frieden wünschen. Die Verschwörung vom internationalen Kapitalismus und Bolschewismus ist dabei keineswegs eine widersinnige Erscheinung, sondern eine natürliche Gegebenheit, da die treibende Kraft in beiden jenes Volk ist, das durch seinen Haß seit Jahrtausenden die Menschheit immer wieder aufs neue zerfleischt, im Innern zersetzt, wirtschaftlich ausplündert und politisch vernichtet hat. Das internationale Judentum ist das „Ferment der Dekomposition der Völker und Staaten“ heute noch genau so wie im Altertum, und wird es so lange bleiben, als nicht die Völker die Kraft finden, sich dieses Krankheitserregers zu entledigen.

In diesem gewaltigsten Kampf aller Zeiten dürfen wir nicht erwarten, daß die Vorsehung den Sieg verschenkt. Es wird jeder einzelne und jedes Volk gewogen, und was zu leicht befunden wird, muß fallen. Ich habe daher schon am 1. September 1939 erklärt, daß, ganz gleich, was auch kommen möge, weder Zeit noch Waffengewalt die deutsche Nation bezwingen werden.

Die hinter uns liegenden zehn Jahre sind deshalb nicht nur erfüllt von gewaltigen Leistungen auf allen Gebieten friedlicher Arbeit, der kulturellen Fortschritte und der sozialen Genesung, sondern auch durch militärische Taten einmaliger Größe. Den Siegen, die die deutsche Wehrmacht und ihre Verbündeten in diesem Krieg erfochten haben, steht bisher geschichtlich nichts Ebenbürtiges zur Seite.

Angesichts der Erkenntnis, daß es in diesem Krieg nicht Sieger und Besiegte, sondern nur Überlebende oder Vernichtete geben kann, wird daher der nationalsozialistische Staat den Kampf mit jenem Fanatismus weiterführen, den die Bewegung vom ersten Augenblick an besaß, als sie begann, die Macht in Deutschland zu erobern. Ich habe es deshalb bereits am 30. Januar 1942 ausgesprochen, daß Siege jeder Schwächliche zu ertragen vermag, während sich das Schicksal mit seinen Schlägen erst an dem Starken erprobt. Schon im vergangenen Winter jubelten in den Plutokratien die jüdischen Führer über den in ihren

73 Augen unvermeidlichen Zusammenbruch der deutschen Wehrmacht. Es ist anders gekommen. Sie mögen in diesem Winter wieder das gleiche erhoffen. Sie werden aber erleben, daß die Kraft der nationalsozialistischen Idee stärker ist als ihre Sehnsucht. Sie wird dieses Volk, je länger der Krieg dauert, um so mehr zusammenfassen, mit ihrem Glauben erfüllen und dadurch seine Leistungen steigern. Sie wird jeden anhalten zur Erfüllung seiner Pflicht, und sie wird jeden vernichten, der es versucht, sich seinen Pflichten zu entziehen. Sie wird diesen Kampf so lange führen, bis als klares Ergebnis ein neuer 30. Januar kommt, nämlich: der unzweideutige Sieg!

Wenn ich am heutigen Tage zurückblickend die Ergebnisse der Leistungen des Friedens in den hinter uns liegenden zehn Jahren bedenke, dann erfaßt mich das Gefühl tiefster Dankbarkeit all denen gegenüber, die als Mitkämpfer und Mitgestalter in dieser Arbeit so reichen und entscheidenden Anteil haben. Nicht weniger aber auch muß ich den Millionen unbekannter deutscher Männer und Frauen danken, die in den Fabriken und Kontoren, auf den Bauernhöfen, an all den unzähligen Einrichtungen unseres staatlichen und privaten Lebens ihren Fleiß und ihre Fähigkeit zur Verfügung stellten. Seit dem 1. September 1939 gebührt dieser Dank aber in erster Linie unseren Soldaten, den Marschällen, Admiralen, Generalen und Offizieren, besonders aber den Hunderttausenden und Millionen unbekannter Unterführer und Soldaten. Was unser Heer, unsere Marine und unsere Luftwaffe an stolzen Ruhmestaten vollbracht haben, wird vom Lorbeer des Unvergänglichen umkränzt in die Geschichte eingehen. Was der unbekannte Grenadier erdulden muß, können Gegenwart und Zukunft wohl kaum ermessen. Angefangen vom hohen Norden bis zur afrikanischen Wüste, vom Atlantischen Ozean bis in die Weiten des Ostens, von der Ägäis bis nach Stalingrad erklingt ein Heldenlied, das Jahrtausende überdauern wird.

Daß diesen einmaligen und gerade in den jetzigen Tagen so schweren Taten die Heimat ebenbürtig bleibe, ist ein Gebot ihrer Ehre. Wenn sie bisher in Stadt und Land ihren gewaltigen Beitrag leistete zur Durchführung dieses Kampfes, dann muß die Gesamtarbeit der Nation nun noch gesteigert werden. Der Heldenkampf unserer Soldaten an der Wolga soll für jeden eine Mahnung sein, das Äußerste zu tun für den Kampf um Deutschlands Freiheit und unseres Volkes Zukunft und damit im weiteren Sinn für die Erhaltung unseres ganzen Kontinents.

Die nationalsozialistische Partei aber hat die Pflicht, so wie ihre Angehörigen in allen Waffenteilen unserer Wehrmacht in vorbildlicher Tapferkeit miteinander wetteifern, auch die Führerin der Heimat zu sein. Es war der Wille unserer Feinde, friedliche Städte und Dörfer mit den Mitteln der grausamen Vernichtung zu bedrohen. Es ist aber schon heute erwiesen: daß sie nur Häuser oder Menschen vernichten, aber den Geist nicht brechen, sondern nur zu stärken vermögen! Was bei Beginn dieses Krieges vielen deutschen Männern und Frauen noch unbekannt war, ist ihnen nunmehr klargeworden: Der Kampf, den uns die gleichen Feinde wie einst im Jahre 1914 aufgezwungen haben, entscheidet über das Sein oder die Vernichtung unseres Volkes.

Der Allmächtige wird der gerechte Richter sein. Unsere Aufgabe aber ist es, unsere Pflicht so zu erfüllen, daß wir vor ihm, als dem Schöpfer aller Welten, nach dem von ihm gegebenen Gesetz des Kampfes um das Dasein zu bestehen vermögen, daß wir, ohne jemals zu verzagen, keine Leben schonen und keine Arbeit scheuen, um das Leben unseres Volkes für die Zukunft zu erhalten. Dann wird in diesem Kampf einst die große Stunde schlagen, in der unser Volk befreit sein wird vom äußeren Feind. Aus den Opfern der Toten und den Ruinen unserer Städte und Dörfer wird dann ein neues Leben erblühen, um den Staat weiter zu gestalten, an den wir glauben, für den wir kämpfen und arbeiten: Den germanischen Staat der deutschen Nation, als ewige und gleiche Heimat aller Männer und Frauen unseres Volkes: Das nationalsozialistische Großdeutsche Reich.

In ihm aber wird dann für alle Zeiten jene Kraft vorhanden sein, die notwendig ist, um auch in der Zukunft die europäische Völkerfamilie gegenüber den Gefahren des Ostens zu beschützen. Das Großdeutsche Reich und die mit ihm verbündeten Nationen werden sich darüber hinaus aber auch noch jene Lebensräume gemeinsam sichern müssen, die für die Erhaltung der materiellen Existenz dieser Völker unentbehrlich sind.

Hauptquartier, den 30. Januar 1943 gez. Adolf Hitler

So weit die Proklamation des Führers. Sie enthält alles das, was wir in dieser Stunde wissen müssen und die Befehle, auf die das deutsche Volk mit Ungeduld gewartet hat. Hier finden wir die Parolen des Kampfes und einer wilden Entschlossenheit, die unsere Herzen erheben und unsere Gemüter stärken und aufrichten. Die deutsche Nation weiß nun, was sie zu tun hat. Ein kriegführendes und kriegsbereites Volk geht jetzt wieder an die Stätten seines Kampfes und seiner Arbeit zurück.

Gläubiger denn je wollen wir uns dabei vor allem in diesen schicksalhaften Stunden dem Führer verpflichtet fühlen. Kürzlich fragte ein englischer Journalist, woher wir Nationalsozialisten immer wieder die Kraft nehmen, so stark und unerschütterlich in allen Schwankungen des Kriegsglücks an die Sicherheit des Sieges zu glauben. Ich will dem Fragesteller unsere nationalsozialistische Antwort geben:

Wir Nationalsozialisten glauben an den Sieg, weil wir unser Volk kennen, dem wir entstammen. Wir glauben an den Sieg, weil wir überzeugt sind, daß dieses Volk bei richtiger politischer Führung jede Gefahr und jede Belastung überwinden wird. Wir glauben an den Sieg, weil wir die unerschöpflichen materiellen und seelischen Hilfsmittel und Reserven dieses Volkes kennen, die wir selbst erweckt, aufgebaut und organisiert haben. Wir glauben an den Sieg, weil uns unsere Feinde nicht unbekannt sind, weil wir genau wissen, was an ihren Drohungen und Prahlereien Schein und was Wirklichkeit ist. Wir glauben an den Sieg, weil wir uns schon einmal mit diesen Feinden auseinandergesetzt haben. Damals schien es uns manchmal, als sei unsere Sache aussichtslos; und am Ende erlebten wir dann doch immer wieder, daß wir stärker waren als sie, wenn wir nur unsere Kraft gebrauchten und gläubig und treu auf den Führer vertrauten.

Wir glauben aber vor allem an den Sieg, weil die deutsche Nation diesmal weiß, worum es geht. Sie umgibt sich in diesen harten Proben ihres politischen und militärischen Charakters mit einem Stahlpanzer gegen alle feindlichen Einflüsterungen und Versuchungen. Sie reichen nicht bis an ihr ehernes Herz heran.

Wir sind entschlossen, hart zu bleiben und verbissen zu arbeiten und zu kämpfen, bis der Sieg in unseren Händen ist.

Es ist nun nötig, unter Deutschen und vor allem unter Nationalsozialisten noch das letzte und überzeugendste Argument für unseren unerschütterlichen Glauben an den Sieg anzuführen. Wir glauben an den Sieg, weil wir den Führer haben. Er hat uns Nationalsozialisten von 1919 bis zu dieser Stunde geführt. Durch welche Gefahren sind wir nicht mit ihm hindurchgeschritten, und waren am Ende doch immer siegreich! Wie viele Schläge haben wir nicht im Kampf um ein neues Deutschland empfangen, aber wie viele Schläge haben wir nicht auch zurückgegeben! Die stolze Kette unserer geschichtlichen Erfolge von 1919 bis zu dieser Stunde ist ein einziger überzeugender Beweis für die tiefe Berechtigung unseres unerschütterlichen Glaubens an den totalen Endsieg des deutschen Volkes und seiner Verbündeten über die Tyrannei der internationalen Plutokratie und die frechen Bedrohungen durch den jüdischen Bolschewismus.

76 Wenn wir also heute auf den Führer schauen, so sehen wir gerade in ihm die sichere Garantie dieses kommenden Endsieges. Was bedeuten seiner geschichtlichen Erscheinung gegenüber die politischen Glücksritter vom Schlage eines Churchill oder Roosevelt oder Stalin. Wir wissen ganz genau, daß die weltentscheidende Auseinandersetzung dieses Krieges zwischen dem nationalsozialistischen Reich und der bolschewistischen Sowjetunion fallen wird. Auch im Ringen um die Macht war es so. Bis zum Tage der Machtübernahme haben wir mit dem Kommunismus kämpfen müssen, ja, noch lange darüber hinaus. Und immer standen die Dinge auf Spitz und Kopf. Aber dann kam doch endlich die sehnlichst erwartete beseligende Stunde, in der die Göttin der Geschichte uns für alle Mühen und Sorgen, für allen Mut und für alle überstandenen Gefahren den Lorbeer des Sieges reichte.

Wer weiß, wann und wo wir in diesem Kriege zur letzten Entscheidung gerufen werden! Je fester wir an ihren siegreichen Ausgang glauben, und je fanatischer wir dafür kämpfen und arbeiten, um so sicherer wird sie unser sein.

Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen!

An diesem Tage scharen wir uns mit dem ganzen deutschen Volke in gläubigem Vertrauen um unseren Führer. Vor allem seine alte Kämpferschar entbietet ihm heute aus bewegtem Herzen die tiefsten Gefühle ihrer Verehrung, ihres blinden Vertrauens, aber auch ihrer heißen, unauslöschlichen Dankbarkeit. Er hat uns durch die Fährnisse dieser stürmisch bewegten Zeit hindurchgeführt. Er hat das Reich aus dem Nichts heraus wieder zur Großmacht emporgehoben. Es würde zertreten am Boden liegen, wenn er nicht gekommen wäre und uns zur Besinnung aufgerufen hätte. Weil er uns auch heute voranschreitet, darum sehen wir den Weg zum Siege offen.

So wollen wir denn zum zehnten Jahrestag unserer Revolution in dieser dramatischen Stunde unseres Gigantenkampfes gegen unsere alten Feinde beim Gedächtnis an unsere innere Erhebung nur die eine Bitte an den Allmächtigen richten, uns den Führer gesund und voll von Kraft und Entschlußfreudigkeit zu erhalten. Wir wissen, daß wir dann alle Gefahren überwinden und am Ende Sieg und Frieden erringen werden.

Der Glaube versetzt Berge. Dieser bergeversetzende Glaube muß uns alle erfüllen. Er treibt uns zur Arbeit und zum Kampfe für Volk und Reich an.

An der Stelle, an der ich jetzt stehe und zum deutschen Volke spreche, wurde zum ersten Male vor unserer alten Kämpferschar in schweren und kritischen Notzeiten das Wort ausgesprochen, das uns all

die folgenden Jahre bis zu dieser Stunde treu begleitet hat. Heute steht es wieder als Mahnung und Forderung

77 über uns und unserer Bereitschaft. Wieder ist eine Zeit der Belastung und des höchsten Einsatzes über Reich und Volk gekommen. Mehr denn je ist es da notwendig, die Blicke der Nation auf den Mann zu richten, der für uns die Verkörperung unserer fanatischen Entschlossenheit, unseres ungebrochenen Kampfeswillens und unserer tiefen Gläubigkeit ist.

So rufe ich denn dem Führer im Namen des ganzen deutschen Volkes am zehnten Jahrestag der inneren Erhebung durch unsere Revolution für den schwersten Kampf um unsere äußere Freiheit unsere alte Parole als Bestätigung unserer zu allem entschlossenen Bereitschaft zu: Führer befehl, wir folgen!

Wir erheben uns von unseren Plätzen. Mit uns erhebt sich das ganze deutsche Volk in Ehrfurcht vor seinen Helden und grüßt den Führer in diesem Augenblick fanatischen Kampfeswillens mit unserem alten Gruß: Adolf Hitler — Sieg Heil!



Appell des Reichsmarschalls an die Wehrmacht

Am 10. Jahrestage der Machtergreifung richtete Reichsmarschall Göring folgenden Appell an die Wehrmacht:

Meine Kameraden!

78 Ihr steht heute hier als Abordnung der gesamten deutschen Wehrmacht. Es soll dies ein Appell sein, der sich am heutigen Tage an alle Kameraden der Wehrmacht richtet, wo immer auch sie in diesem Augenblick stehen und ihre Pflicht erfüllen. Ein Appell, um jenes Tages zu gedenken, da das Schicksal des Deutschen Reiches sich von Grund auf änderte. jenes Tages heute vor zehn Jahren.

Es war genau in dieser Stunde vor zehn Jahren, da der Führer und damalige Reichskanzler Adolf Hitler zusammen mit seinen nächsten Mitarbeitern dem Reichspräsidenten und Feldmarschall v. Hindenburg den Eid leistete. Und dieser Eid war nicht ein gewöhnlicher Ministereid jener Regierungen, die alle Augenblicke die Sessel wechselten, sondern dieser Eid galt für Volk und Reich. Es war ein Eid, daß von nun ab eine neue Zeit in der Geschichte unseres Volkes beginnen sollte, eine Zeit, die eine furchtbare Vergangenheit auszulöschen, eine schreckliche Gegenwart zu liquidieren und eine große Zukunft herbeizuführen hatte.

Die damalige Lage kennt ihr alle am besten, und Millionen unter euch hatten damals ebenfalls das ganze Elend zu fühlen, das auf dem deutschen Volk und in erster Linie auf seinen arbeitenden Schichten lastete. Es war eine Zeit, da der Deutsche sein Haupt senken mußte vor Scham über das, was in den letzten zwei Jahrzehnten nach Schluß des Weltkrieges sich abgespielt hatte.

Es war ein Tiefpunkt unserer Geschichte, so tief, daß nur ganz starke Herzen noch an eine Wiederaufrichtung glauben konnten. Die Gegenwart selbst bot sich im grauen Elend dar. So galt es nun, für die Zukunft Hand anzulegen und ein neues Reich aufzubauen. Deshalb gedenken wir heute des Tages, weil dieser Tag eine Schicksalswende im Ablauf unseres weiteren Volkswerdens darstellt, eine Schicksalswende, an der damals auch die kleine Wehrmacht, die Reichswehr, nicht vorbeigehen konnte. Diese Reichswehr wurde von jenen Machthabern nur als eine Art parlamentarische Schutzwache betrachtet. Sie dachten nicht einmal an die Möglichkeit, daß sie nach außen gegnerischen Übergriffen entgegenzutreten hatte. Diese Reichswehr wurde nun umgebaut und zu einem gewaltigen Volksheer umgestaltet.

79 Bei dieser Umgestaltung mußte von den Führern wie von den Geführten nun eines erkannt werden: daß dieses neue Volksheer auch nur auf der breiten Basis der neuen Volksgemeinschaft aufgebaut werden konnte. So wie wir im Volk eine neue Gemeinschaft der deutschen Menschen untereinander und zueinander schufen, so wurde das auch für die Kämpfer der neuen Wehrmacht notwendig. Man hat früher immer gesagt:

„Um Gottes willen, nur keine Politik in die Wehrmacht hineinbringen, das Reichsheer muß sich von jeder Politik fernhalten.“ Soweit es sich damals um jene lächerlichen tagespolitischen Erscheinungen handelte, war dies richtig. Aber, meine Kameraden, nur der kann kämpfen, der mit leidenschaftlicher

Seele Anteil nimmt am gesamten Werden seines Volkes und vor allen Dingen an der Weltanschauung, auf Grund deren die große Politik gestaltet wird. Es ist unmöglich, daß ein Volk sich neu formt und auf der granitene Unterlage einer Weltanschauung eint, die Soldaten aber draußen stehenbleiben. Denn der Soldat ist ja nichts anderes als ein Sohn des gleichen Volkes, der nur die Ehre hat, die Waffen für sein Volk tragen zu dürfen. Wenn es überhaupt in irgendeiner Gemeinschaft unseres Volkes notwendig ist, hart und kristallklar eine Weltanschauung in sich aufzunehmen und zu vertreten, so muß dies in erster Linie in dem bewaffneten Teil des Volkes, in seinem Volksheer und seiner Wehrmacht, der Fall sein. Nur der, der hier zur Klarheit kommt, nur der, der das Gedankengut dieser Weltanschauung, die unser Führer geschaffen hat, ganz in sich aufgenommen hat, wird auch jene letzte Kraft daraus empfangen, die sie zu geben vermag. Sie ist nicht eine Weltanschauung der Schwäche oder der Zerstörung, auch nicht eines bequemen Lebens, sondern unsere Weltanschauung gipfelt darin, daß das Volk ewig ist, und daß jeder einzelne verpflichtet ist, alles, aber auch alles, selbst sein Leben zu jeder Stunde für den Bestand seines Volkes einzusetzen und zu geben.

Diese Weltanschauung gab neue Erkenntnisse, und dem Soldaten geziemt es in erster Linie, mit offenen Augen, aber auch offenem Herzen, sich diesen neuen Erkenntnissen hinzugeben. Vor allem ist es die Pflicht der Führerschaft, hier ein Vorbild zu sein. Gewiß, die Jugend ist heute schon voll durchdrungen vom Nationalsozialismus, sie ist schon in den Jahren der Schule in die Hitler-Jugend und damit in diese neue Weltanschauung hineingewachsen. Sie bringt deshalb die nationalsozialistische Weltanschauung als absolute Selbstverständlichkeit mit. So kann auch die Wehrmacht, unser Volksheer, nur dann eine Einheit bilden, wenn die in der nationalsozialistischen Weltanschauung großgewordene Jugend auch eine Führerschaft findet, die ebenso klar und ebenso fest auf diesem Fundament steht und führt.

80 Welche Kraft aus dieser Weltanschauung erwächst und welche Segnungen sie zu bringen vermag, das haben wir besonders stark in diesen zehn Jahren erlebt. Es ist in diesem Augenblick nicht meine Aufgabe — es würde auch zu lange Zeit in Anspruch nehmen —, euch, meine Kameraden, auch nur die bedeutendsten und gewaltigsten Marksteine dieses gigantischen Aufbaus wieder ins Gedächtnis zu rufen. Denkt nur selbst noch einmal zurück und laßt eure Gedanken noch einmal den Weg zu jenem 30. Januar 1933 zurücklaufen, so werdet ihr erkennen, welch eine Herkulesarbeit unser Führer geleistet hat, um aus dem damaligen deutschen Volk — zerrissen in Parteien, Konfessionen, Stände und Klassen, sich gegenseitig hassend und befehdend, außenpolitisch ohnmächtig — aus diesem ganzen Brei eine stahlharte Nation werden zu lassen.

In früheren Zeiten hätte man es nicht für möglich gehalten, daß zehn Jahre genügen würden, eine solche grundsätzliche Wandlung zu vollbringen. Aber zwei Voraussetzungen waren hier gegeben, die es möglich machten: ein im Grunde todanständiges, braves und tapferes Volk und ein Führer wie Adolf Hitler.

Immer und überall kann man eine Gefolgschaft nur beurteilen, wenn man ihre Führer sieht. Nach den Führern gestaltet sich die Gefolgschaft. Wir haben dieses Beispiel ja an uns selbst erlebt. Dasselbe Volk, dieselben Menschen, die 4 1/2 Jahre in allen Schlachten des ersten Weltkrieges gekämpft und gefochten hatten, dieselben Menschen wurden nachher schwach, schwach bis zur Feigheit, ja bis zur Erbärmlichkeit. Zwei Jahrzehnte später wiederum sind dieselben Menschen fähig, ein neues Schicksal zu gestalten, werden sie wieder tapfer. Allerdings strömt ihnen nun die Jugend hilf spendend hinzu. Sie werden wieder anständig. Und warum? Wir brauchen nur als Spiegelbild die Führung anzusehen. Wenn wir die Führung nach Ablauf des ersten Weltkrieges bis zu dem Tage vor zehn Jahren betrachten, dann allerdings wird uns auch klar, was aus dem Volk werden mußte. Denn diese erbärmliche Führung mußte selbst das Beste zerstören. Ihr Hauptverbrechen aber wird immer in der Geschichte bleiben, daß der Geist dieser Führung das Ende des Weltkrieges bereits überschattete und dieses grauenhafte Ende des ersten Weltkrieges herbeiführte. Nie und nimmer hätte der Soldat trotz der schwersten Kämpfe, die er zu bestehen hatte, sich damals das Schwert aus der Hand ringen lassen. Die gleisnerischen verlogenen Versprechungen von außen und die Feigheit der Gesinnung der marxistischen Führung des Volkes im Innern brachten diesen Zusammenbruch zuwege, der durch gar nichts Militärisches bedingt war. Gewiß war damals die Zeit schwer und hart, aber keinesfalls so, daß sie eine Kapitulation erforderte.

81 In diesen zehn Jahren nun, in denen der Aufbau der neuen Nation vorgenommen wurde, begann aber auch gleichzeitig der Kampf von außen her gegen dieses Deutschland, das soeben den Kampf im Innern beendet und sich wieder geeint hatte. Dieser Kampf von außen gegen Deutschland ist ja nichts Neues. Immer, wenn das Deutsche Reich unter starker Führung stark und einig wurde, traf es jedesmal

auf die gleichen Gegner. In einer wahnwitzigen Kurzsichtigkeit erkannten die Völker Europas nicht, daß Europa nur bestehen kann, wenn ein starkes Deutschland als sein Herz lebt. Aber noch etwas Interessantes trat in Erscheinung. Die gleichen Gegner, die wir eben innerhalb des Reiches und Volkes überwunden hatten, traten nun unter anderer Firmierung von außen her wieder gegen uns an: die Plutokratie, das heißt die Ausbeutung des arbeitenden Volkes, der Bolschewismus, d. h. die Zerschlagung des Volkes und seine Versklavung und Verelendung. Beide führt und beide vereinigt der Jude! Und wie überhaupt jeder von euch in diesem Kampf, der zu einem zweiten noch gewaltigeren Weltkriege geworden ist, erkennen muß, haben wir letzten Endes in diesem Kriege einen Kampf der Weltanschauungen und der Rassen zu sehen.

Darum sind in diesem Krieg die Weltanschauung und die aus ihr erwachsene Einheit von so großer Bedeutung, und ganz besonders wieder von größter Bedeutung für uns, für die Kämpfer, für die Wehrmacht. Denn sie soll uns ja die Kraft geben. Wir sehen es ja immer wieder, daß die Völker, die innerlich zerrissen sind, zwar zeitweise Erfolge davontragen können, aber letzten Endes doch versagen. Heute sind wir Deutsche durch eine Weltanschauung geeint, und wir vertreten diese Weltanschauung bis zur letzten Konsequenz. Vergessen wir aber nicht: von allen unseren Gegnern gibt es auch einen, der durch eine Weltanschauung geformt ist. Und seien Sie überzeugt, meine Kameraden, diese Sowjetunion wäre längst unter unseren Schlägen zusammengebrochen, wenn sie nicht durch die brutale Prägung der Vertreter der bolschewistischen Weltanschauung tyrannisch zusammengehalten worden wäre. Und damit stehen wir wieder heute nach außen, wie einst im Innern, der gleichen Kampffront gegenüber. Letzten Endes ging der Kampf im Innern ja damals auch nur gegen diesen Gegner. Diese lächerlichen bürgerlichen Parteien und ihre ganzen Mitläufer waren ja des Kampfes gar nicht wert. Diese hin und her schwankenden Gestalten zählten überhaupt nicht. Nur einen Gegner hatten wir auch damals, und das war der Kommunismus. Das ganze Schicksal Deutschlands hing auch damals nur davon ab, welche dieser beiden Weltanschauungen, die der Zerstörung oder die des Aufbaues, siegen würde. Das Jahr 1932 ließ beide Weltanschauungen auf ihrem Höhepunkt erscheinen. Es gab damals einen Reichstag, in dem über

82 hundert Abgeordnete aus den kommunistischen Reihen saßen. Das darf nie vergessen werden: die stärksten Parteien des Reichstags waren auf der einen Seite wir, auf der anderen Seite der Bolschewismus. Und heute vor zehn Jahren entschied sich das Schicksal: über unseren deutschen Städten stieg das Banner des Aufstiegs, des Sieges, des Glaubens an die Zukunft, das Hakenkreuz empor, nicht aber Hammer und Sichel. Darum ging der Kampf im Innern: ob Deutschland wieder auferstehen sollte oder ob es im Blutrausch des Bolschewismus untergehen mußte.

Heute geht es nun um das gleiche nach außen, nur daß der Kampf heute in anderer Form geführt wird. Der Kampf damals, meine Kameraden, war auch durch ein Jahrzehnt hindurch ein unendlich schwerer. Nur wurde er damals selbstverständlich auf einer sehr viel kleineren Plattform ausgetragen. Aber letzten Endes erforderte er von den Kämpfern selbst die gleiche innere Härte und den gleichen inbrünstigen Glauben, so wie das heute auch sein muß: den Glauben an die Größe des eigenen Volkes. Darum unterschätzen Sie niemals, wie wichtig es ist, daß die deutsche Wehrmacht einen einheitlichen, festgefühten Block nationalsozialistischer Weltanschauung darstellt. Dann werden wir auch die Härteren sein, dann wird, ebenso wie im Innern, auch hier dereinst das siegreiche Hakenkreuz, das Zeichen unserer Ahnen, über dem Zeichen der Versklavung emporsteigen. Und das ist ja letzten Endes der innerste Sinn dieses Kampfes.

Als schließlich unsere Gegner glaubten, selbst stark genug zu sein und die phantastischen Hoffnungen auf erneute Revolutionen usw. im Innern Deutschlands setzten, begann dieser entscheidendste aller Kriege. Auch hier brauche ich nur an die gewaltigen Schlachten, die einmaligen Siege in Polen und Norwegen, in Holland, Belgien, in Frankreich, in Jugoslawien und Griechenland, auf dem Balkan, in der Luft, auf dem Meere und unter den Meeren zu erinnern. Überall siegten die deutschen Waffen. Und das deutsche Volk begann zu glauben, daß die Siege eine Selbstverständlichkeit wären. Das Schicksal aber verschenkt so leicht nichts, und besonders nichts Großes. Sondern hier macht das Schicksal die letzte Probe an den Völkern. Damals glaubte nun unser Volk — wir hatten ja überall gesiegt —, der Krieg könne bald beendet sein. Den Osten aber sahen viele in unserem Volk als keine Gefahr an. Dort war soeben ein Krieg von einigen Monaten abgelaufen. Ein kleines, ungeheuer tapferes und entschlossenes Volk hatte sich des großen Rußland erwehrt. Rein äußerlich gesehen, war sehr schwer zu erkennen, daß der erste Krieg der Bolschewisten gegen Finnland bisher vielleicht die größte Tarnung in der Weltgeschichte gewesen ist. Während der Bolschewist einige Armeen in Finnland kämpfen ließ, und zwar

83 zum Teil mit veralteten Waffen, hatte er längst durch anderthalb Jahrzehnte die gewaltigste Rüstung aufgebaut, die je ein Volk hervorbrachte. Er konnte es. Denn diese Rüstung war aufgebaut worden nicht mit freien Menschen aus innerer Verpflichtung heraus, sondern mit Sklaven. Er hatte verstanden, sein Volk zu versklaven und in das tiefste Elend hinabzudrücken. Für den zivilen Bedarf wurde in der Sowjetunion nichts mehr hergestellt. Kaum gab es Kleidungsstücke. Das gewöhnliche Volk hatte gar nichts, was irgendwie das Leben verschönern konnte. Nichts als Einheitsmütze, Einheitsrock, Einheitshose, überall äußerstes Elend, keine Kaufläden, keine Industrien, die Schönes herstellten, kurzum all das, was in einem kulturell hochstehenden Volk nun einmal vorhanden ist. All das war längst verschwunden. Die gesamte Industrie dieses Riesenreiches mit ihren ganzen Rohstoffen arbeitete nur für ein einziges Ziel. Allein in dem neuen Gebiet Polens, das wir ihm überlassen mußten, hatte er fast tausend Flugplätze in Bau genommen.

Dies alles hörten wir, und dieses alles gab zu denken. Und da muß man nun auch noch einmal einen tieferen Blick in die ganze Zielsetzung des Bolschewismus tun. Was ist denn für die Sowjetunion überhaupt Europa? Wenn ihr euch das gewaltige Reich ansieht, das damals von der Weichsel bis an den Stillen Ozean reichte, wenn man das auf dem Globus sieht und dann mit Europa vergleicht, so muß man sich wirklich einmal fragen, ob wir uns zu Recht einen eigenen Erdteil nennen. Diese Frage hat ein sowjetischer Offizier, der Stalin sehr nahestand, ganz klar beantwortet. Er sagte: „Europa, ja Europa ist ja bestenfalls eine große russische Provinz. Europa, was ist es denn? Ein Konglomerat von unzähligen Staaten, die sich alle untereinander befehlen. Ist die Schweiz Europa oder Schweden, ist Dänemark oder Frankreich Europa, oder Polen? Das alles hätte uns nie gestört. Aber seitdem wir nach dem Westen drängen, hat sich in diesem Europa stets ein Wall aufgetan, und dieser Wall bestand aus Deutschen. Und die Deutschen waren es, die uns die Tür nach Europa bisher verwehrt haben. Alles andere bedeutet uns nichts. Überwinden wir Deutschland, dann besitzen wir Europa.“

Ich glaube, daß dieser Auffassung wohl keiner widersprechen kann. Immer und zu allen Zeiten ist Deutschland der Wall gewesen, an dem sich die östlichen Horden brachen.

Heute steht nun Deutschland für ganz Europa auf äußerster Wacht. Und ob nun in diesem Europa Bundesgenossen, Freunde, neutrale oder feindlich gesinnte Staaten sind, im Innersten müssen sie erkennen und es wissen, daß, wenn dieses Deutschland zusammenbrechen würde, der Bolschewist ja nicht aus innerer Hochachtung etwa vor der schwedischen oder schweizerischen oder sonst einer Neutralität stehenbleiben würde. Der Bolschewismus würde im gleichen Augenblick Europa bis zur letzten Spitze durchrasen.

84 Später einmal werden diese Staaten das aussprechen, was sie heute innerlich wissen. Europa ist für den Bolschewismus ein Sprungbrett und für die Sowjetunion ein Anhängsel, aber beides erst dann, wenn es kein deutsches Volk und keine deutsche Wehrmacht mehr gibt. Solange Volk und Wehrmacht stehen, ist Europa der Felsen, an dem sich die bolschewistische Blutwelle brechen wird. Die Sowjets hatten sich das sehr klug überlegt. Indem sie zunächst Deutschland wirtschaftlich auf allen Gebieten entgegenzukommen trachteten, legten sie die letzte Hand an ihre gewaltige Rüstung und versuchten nun dummdreist, die Einkreisung zu vollenden. Herr Molotow ließ durchblicken, daß doch mit Deutschland weiterhin ein sehr gutes Einvernehmen möglich sei, wenn wir bei einem zweiten Angriff auf Finnland die Augen schließen würden. Das hätte die endgültige Vernichtung Finnlands bedeutet. Darüber hinaus würde selbstverständlich der Bolschewist sofort auf die schwedischen Erzfelder übergegriffen und sich die eisfreien Häfen gesichert haben, die er von jeher suchte. Auf der anderen Seite wollte er Rumänien in seine Einflußsphäre einbeziehen, d. h. er wollte Rumänien und dabei das rumänische Öl einstecken, dann von Rumänien über Bulgarien den Balkan durchdringen und so, wie es sich gerade am besten geben würde, einmal in der Maske des Panslawisten und ein andermal in der des Bolschewisten als Befreier dieser Völker erscheinen. So sollte allmählich auf dem rechten und linken Flügel das Vorschieben beginnen, und stand er erst einmal auf den Flanken und im Rücken Deutschlands, dann stand er auch im Rücken Europas.

Und nun, meine Kameraden, ob Feldmarschall oder Rekrut, nun bitte ich euch alle, einmal zu überlegen, in welcher Lage unser Führer war, als er mit seinem politischen Genius ganz klar diese tödliche Gefahr erkannte! Gewiß, es kamen damals Schwächlinge und sagten: Die Sowjetunion hat drei-, vier-, fünfmal soviel Panzer, zehnmal soviel Flugzeuge wie wir. Die Sowjetunion hat soeben zum ersten Male deutschen Ingenieuren erlaubt, ihre Waffenfabriken zu besuchen, sie sind die größten, die man sich denken kann. Also um Gottes willen, die Sowjetunion nicht antasten, sie nicht reizen! Das ist stets die Haltung der Feiglinge. Und nicht umsonst wird der komische Vogel Strauß der Vogel der Feigheit genannt. Wenn sich eine Gefahr ihm nähert, steckt er seinen Kopf in den Sand. Wenn er die Gefahr

nicht hört und nicht sieht, hält er sie für beseitigt. Und so gab es auch damals in Deutschland Leute, die Vogel Strauß spielten. Daß dieses Vogel-Strauß-Spielen aber die Vernichtung Deutschlands bedeutet, das wollten sie ja unter dem Sand weder sehen noch hören.

Unser Führer stand nun vor dem schwersten, allerschwersten Entschluß seines Lebens, aber auch vor

85 der geschichtlich bedeutendsten Entscheidung. Es ist ihm nicht leicht geworden, das deutsche Volk in diesen Kampf zu führen. Mit seiner Klarheit, mit seinem Weitblick, mit seinem politischen und strategischen Ingenium wußte der Führer, daß dies der schwerste aller Kämpfe sein würde. Man hat in der Geschichte manche Schlachten und Kämpfe als entscheidend für das Abendland betrachtet. Man wird in kommenden Zeiten einmal feststellen müssen, daß es nur einen einzigen Entschluß gegeben hat, der wirklich der entscheidendste für das Abendland war, für das Abendland mit seiner ganzen Vergangenheit, seiner Kultur, seiner Größe, den unerhörten Werten, die seine Menschen geschaffen haben. Das war der Entschluß des Führers, sich dieser Blutwelle entgegenzustemmen, um endlich das zu vernichten, was sonst früher oder später zur Vernichtung Europas geführt hätte. Jedenfalls wird die Geschichte zum 22. Juni 1941 einmal feststellen müssen: Hier wurde der gewaltigste, historisch bedeutendste, aber auch kühnste und bewunderungswürdigste Entschluß von einem starken Herzen gefaßt.

Siegreich stürmte die deutsche Wehrmacht dann in den sowjetischen Raum hinein. Sieg auf Sieg folgte, massenweise wurden die Divisionen des Gegners, wurde eine Armee nach der anderen vernichtet. Aber mit den weiteren Siegen wuchsen die Tiefe des Raumes, die Entfernungen und die Schwierigkeiten des Nachschubes. Obwohl unerhörte Anforderungen gestellt wurden, befand sich die ganze Wehrmacht im siegreichen Vorwärtstürmen. Da wurde unserer seit Jahren ununterbrochen von Sieg zu Sieg eilenden Wehrmacht die Schicksalsprobe gestellt. Nicht der Feind, sondern die Elemente erhoben sich und boten den siegreichen Truppen zum erstenmal ein Halt. Der eisige Winter des Ostens brach in unvorstellbarer Schärfe und Kraft herein. Auch hierüber brauche ich zu euch nicht zu sprechen. Viele von euch haben ihn erlebt, auch die Härte des Kampfes, auch da und dort auftretende Schwäche. Aber auch hier war es wieder der Führer, der allen Schwächlingen zum Trotz mit seiner Kraft die Ostfront gehalten hat. Und aus seiner Kraft und seinem Genie trat, nachdem die Welt im Winter 1941/42 glaubte, Deutschland sei im Osten schon niedergeschmettert, mit den emporsteigenden Sonnentagen die deutsche Wehrmacht zum neuen gewaltigen Stoß an und warf aufs neue den Gegner in Schlacht auf Schlacht zurück. Kein Mensch hätte für möglich gehalten, daß nach diesem Winter eine solche Offensive folgen würde. Sie ist tief, tief in den Raum der Sowjetunion hineingestoßen. Sie hat dem Gegner unersetzbare Hilfsquellen seiner Rüstung weggenommen. Dann kam im vorigen Sommer der Tag, da zum ersten Male deutsche Panzergrenadiere und Pioniere in die Hochburg von Stalingrad hineinstießen und sich an der Wolga, diesem Schicksalsstrom Rußlands, festklammerten.

86 Es folgte der zweite Winter im Osten, nicht in der gleichen Strenge wie der erste. Wenn auch der Winter nicht jenes Extrem erreichte wie im vergangenen Jahr, so war er immer noch eisig genug, um alles, was sonst im Frühjahr, Sommer und Herbst sich regte, um alle Flüsse, Seen und Sümpfe wieder in eisigen Bann zu schlagen. Dort, wo man vorher mit einigen Kompanien halten konnte, weil vor einem der gewaltige Sumpf, das breite Flußbett, der weite See sich ausdehnte, war auf einmal Eis, und das ganze Gelände für den Gegner wieder gangbar. Nun standen die Kompanien nicht mehr hinter einem gewaltigen Naturhindernis, sondern jetzt konnte nur mehr ihr Mut und ihre Waffe das Hindernis für den Gegner sein.

Und dieser Gegner ist hart. Er ist besonders in seiner Führung barbarisch hart. Die Ausführung seiner Befehle wird in einer Form gefordert, daß selbst die technische Unmöglichkeit der Ausführung den Tod bedeutet. Dem russischen Volk — prügelgewohnt und unter der schweren Faust seiner Tyrannen ächzend — war das nichts Neues. Wenn unsere Flieger Bahnhöfe und Geleise durch ihre Bomben zersprengten, dann holte der Bolschewist nicht erst große Eisenbahnbauzüge oder Soldaten heran, dann schlug der Herr Kommissar mit einem Zirkel einen Kreis von 20 Kilometern um diese Stelle, und in wenigen Stunden wurde in diesem Kreis alles, was da an Menschen lebte, ob Greise, Frauen oder Kinder — mit der Nagaika an diese Stelle zur Arbeit zusammengetrieben. Ihre Werkzeuge mußten sie mitbringen, hatten sie keine, dann mußten sie ihre Hände zerschneiden. Der Kommissar kümmerte sich nicht darum, ob Versorgung, ob Transportmittel bereitgestellt waren: das alles war ihm gleichgültig. Wer aufbegehrt, bekam die Peitsche. Wenn einer vor Erschöpfung hinsank, bekam er die Kugel.

Und doch konnte der Bolschewist auch mit den brutalsten Methoden seine Rüstung nicht mehr aufrechterhalten. In weitestem Umfang waren ihm die beiden Grundvoraussetzungen — Kohle und Eisen — genommen. Er mußte also, wenn er den Kampf fortsetzen wollte, koste es, was es wolle, den Versuch machen, seine Kohlen- und Eisengebiete zurückzuerobern. So sehen wir, wie er zum letztenmal eine allerdings gigantische Anstrengung macht. Neue Divisionen werden aufgestellt, andere werden aufgefüllt. Aber es sind nicht neue Jahrgänge, die jubelnd zu den Fahnen eilen — nein, müde Greise, 16jährige Jungen werden in die vordersten Kampfbataillone eingereiht. Aber hinter diesen Kampfbataillonen werden die Maschinengewehre der Kommissare verdreifacht und vervierfacht, und so wird der sowjetische Soldat in den Tod hineingejagt. Was macht es schon Herrn Stalin aus, ob er Hekatonben von Toten zu opfern hat.

87 Wir haben jetzt ein wahres Bild der sowjetischen Verluste, die zu gegebener Zeit bekanntgegeben werden. Ein Schauer läuft einem den Rücken herunter, wenn man diese Verluste sieht. Das Menschenmaterial, das die Sowjetunion noch zur Verfügung hat, ist unterernährt und friert. Trotzdem wird das letzte aus ihm herausgeholt. Die Panzer sind viel schlechter geworden, aber sie sind wieder zur Stelle gewesen. Der Bolschewist kennt keine Ruhe, er läßt seinem Volk keine Ruhe. Was bedeutet es für ihn, wenn die Menschen bei der Arbeit vor Erschöpfung umklappen. Das alles ist ihm völlig gleichgültig. Durch dieses Rußland knallen ununterbrochen Peitsche und Pistole.

Mit den gewaltigen Massen, die er nun für diesen Winter noch zusammengetrieben hat, brach er da und dort in Stellungen ein. Er hatte ja das letzte herausgeholt und alles zusammengefaßt, um überall, wo ihm irgendwie die Gelegenheit günstig erschien, anzugreifen. Ich bin aber der Überzeugung: das ist auch das letzte Aufgebot, die letzte Reserve, die nur herausgequetscht werden konnte, weil eben diese Härte schon keine Härte mehr ist, sondern reine Barbarei, weil eben der Bolschewist das Menschenleben überhaupt nicht mehr achtet. Das sind für ihn nur Lebewesen, die er zur Durchsetzung seiner Ziele braucht. Diese Führung ist brutal bis zum äußersten. Und trotzdem: Wir haben ihn bisher geschlagen, wir werden ihn auch wieder schlagen. Es gilt jetzt, seinen Plan, sich wieder in den Besitz seiner Rohstoffe zu setzen, zu vereiteln und ihn zurückzuschlagen, und das geschieht dort, wo es entscheidend darauf ankommt.

Allerdings ist nunmehr auch die Härte des Kampfes ins Gigantische gewachsen. Dabei muß nicht außer acht gelassen werden, daß Deutschland ja an allen Fronten kämpft und vom Nordkap bis zur Biskaya, hinunter bis in die Wüsten Afrikas und bis in den fernen Osten an der Wolga mit seinen Verbündeten die Wacht hält.

Aus all diesen gigantischen Kämpfen ragt nun gleich einem gewaltigen Monument der Kampf um Stalingrad heraus. Es wird der größte Heroenkampf in unserer Geschichte bleiben. Was dort jetzt unsere Grenadiere, Pioniere, Artilleristen, Flakartilleristen und wer sonst in dieser Stadt ist, vom General bis zum letzten Mann leisten, ist einmalig. Mit ungebrochenem Mut, und doch zum Teil ermattet und erschöpft, kämpfen sie gegen eine gewaltige Übermacht um jeden Block, um jeden Stein, um jedes Loch, um jeden Graben. Wir kennen ein gewaltiges Heldenlied von einem Kampf ohnegleichen, es heißt „Der Kampf der Nibelungen“. Auch sie standen in einer Halle voll Feuer und Brand, löschten den Durst mit dem eigenen Blut, aber sie kämpften bis zum letzten. Ein solcher Kampf tobt heute dort, und noch in tausend Jahren

88 wird jeder Deutsche mit heiligem Schauer von diesem Kampf in Ehrfurcht sprechen und sich erinnern, daß dort trotz allem Deutschlands Sieg entschieden worden ist.

Europa beginnt jetzt vielleicht zu verstehen, was dieser Kampf bedeutet. Europa und nicht zuletzt die Staaten, die heute in einem neutralen Wohlleben noch dahindämmern, lernen nun begreifen, daß diese Männer, die todesmutig dort noch bis zum Letzten Widerstand leisten, nicht allein Deutschland, sondern die ganze europäische Kultur vor der bolschewistischen Vernichtung retten. England war nie fähig, für Europa einzutreten. England hat sein Imperium gehabt, das wir ihm zu allen Zeiten gegönnt haben. England war nie eine Macht, die für europäische Interessen mit eigenem Blut auf dem Plan erschien. In diesem Augenblick aber übt England den gewaltigsten europäischen Verrat, den gewaltigsten Verrat am Schicksal des Abendlandes.

Aber, meine jungen Soldaten, um so stolzer und freudiger muß das Herz in eurer Brust jetzt schlagen, einem solchen Volk, einer solchen Wehrmacht angehören zu dürfen. Und es ist schon ein wunderbares Gefühl, das über einen kommt, wenn man weiß: Hier stehe ich in meinem Volk, das heute der Garant dafür ist, daß Deutschland und Europa bestehen können. Das europäische Schicksal liegt in unserer Hand und damit auch Deutschlands Freiheit, seine Kultur und seine Zukunft. Das ist der höchste Sinn dieses Opfers, das zu jeder Stunde und an jedem Ort ebenfalls von euch, meine Kamera-

den, gefordert werden kann. Denke jeder von euch an die Kämpfer von Stalingrad, dann wird er hart und eisern werden. Vergoßt nicht, daß zu den vornehmsten Grundtugenden des ganzen Soldatentums neben Kameradschaft und Pflichttreue vor allem die Opferbereitschaft gehört. Es hat immer kühne Männer gegeben, die sich geopfert haben, um etwas Größeres für die anderen zu erreichen.

Hätten die Kämpfer von Stalingrad nicht diesen heroischen Kampf auf sich genommen, nicht mehr und nicht weniger als sechzig oder siebzig bolschewistische Divisionen auf sich gezogen, wären diese Divisionen damals mit durchgebrochen: der Bolschewist hätte voraussichtlich sein Ziel erreicht. Jetzt kommt er zu spät. Der deutsche Widerstand konnte organisiert werden; die neuen Linien sind gefestigt, aber sie konnten nur befestigt werden, weil dort draußen in dem Trümmerfeld dieser Stadt Helden kämpfen und noch kämpfen. Und wenn es nur noch wenige sind: solange ein deutscher Soldat steht, wird gekämpft.

89 Meine Soldaten, die meisten von euch werden von einem ähnlichen Beispiel der großen gewaltigen Geschichte Europas gehört haben. Wenn auch damals die Zahlen klein waren, so gibt es letzten Endes doch keinen Unterschied der Tat als solcher. Vor 2 1/2 Jahrtausenden stand in einem kleinen Engpaß in Griechenland ein unendlich tapferer und kühner Mann mit dreihundert seiner Männer, stand Leonidas mit dreihundert Spartiaten, aus einem Stamm, der wegen seiner Tapferkeit und Kühnheit bekannt war. Eine überwältigende Mehrheit greift diese kleine Schar immer wieder aufs neue an. Der Himmel verdunkelte von der Zahl der Pfeile, die abgeschossen wurden. Auch damals war es ein Ansturm von Horden, der sich hier am nordischen Menschen brach. Eine gewaltige Zahl von Kämpfern stand Xerxes zur Verfügung, aber die dreihundert Männer wichen und wankten nicht, sie kämpften und kämpften einen aussichtslosen Kampf, aussichtslos aber nicht in seiner Bedeutung. Schließlich fiel der letzte Mann. In diesem Engpaß steht nun ein. Satz: „Wanderer, kommst du nach Sparta, so berichte, du habest uns hier liegen sehen, wie das Gesetz es befahl!“

Es waren dreihundert Männer, meine Kameraden, Jahrtausende sind vergangen, und heute gilt jener Kampf und jenes Opfer dort noch so heroisch, immer noch als Beispiel höchsten Soldatentums. Und es wird auch einmal in der Geschichte unserer Tage heißen: Kommst du nach Deutschland, so berichte, du habest uns in Stalingrad kämpfen sehen, wie das Gesetz, das Gesetz für die Sicherheit unseres Volkes, es befohlen hat. Und dieses Gesetz trägt jeder von euch in seiner Brust. Das Gesetz, für Deutschland zu sterben, wenn das Leben Deutschlands diese Forderung an euch stellt. Das ist aber nicht nur Verpflichtung für uns Soldaten. Dieses Heldentum, dieses Opfer ist verpflichtend für das ganze Volk. Die Kämpfer von Stalingrad mußten stehen, das Gesetz befahl es so, das Gesetz der Ehre und der Kriegführung. Dieses Gesetz der Kriegführung gilt ja allein der Rettung unseres Volkes. Es ist letzten Endes, das mag hart klingen, ja für den Soldaten gleichgültig, ob er bei Stalingrad, bei Rschew oder in der Wüste Afrikas oder oben im Eise Norwegens kämpft und fällt. Wenn er sein Opfer bringt, ist es gleich groß. Er bringt es für das Leben seines Volkes wie einst die dreihundert Männer des Leonidas, von denen wir heute mit Andacht noch ebenso sprechen wie von dem Heldenkampf der letzten Goten in den Schluchten des Vesuvs. Das Gesetz befahl auch ihnen, zu sterben, damit die Rasse weiter siegen und leben konnte.

Auch unser Kampf geht um diese Entscheidung. Um die große Entscheidung, von der ich die ganze Zeit jetzt sprach. Dieser Kampf und diese Entscheidung geht nicht nur uns Soldaten, es geht auch das ganze Volk an. Wenn jetzt der Führer befohlen hat, daß alle Kräfte des deutschen Volkes, ob Mann oder Frau, zu mobilisieren sind, so wird das deutsche Volk diesen Appell mit Selbstverständlichkeit ganz auf sich nehmen und ihn verstehen, wie er verstanden sein soll.

90 Dreieinhalb Jahre währt der Krieg, und niemand kann in seiner gewohnten Bequemlichkeit verharren, wenn unsere Kämpfer draußen ihr Leben unerschrocken einsetzen und treu ihre Pflicht erfüllen. So muß sich auch in der Heimat jeder danach drängen, das Letzte zu geben. Wir sind keine Bolschewisten. Wir treiben nicht unsere Frauen und Kinder mit einer Nagaika zu ihrer Arbeit. Wir appellieren an die Ehre jedes Volksgenossen und jeder Volksgenossin, sich nun auch stolz einzureihen, die Bequemlichkeit fahren zu lassen und liebgewordenen Dingen abzusagen. Dafür haben wir in einem siegreichen Frieden noch Zeit genug. Die jetzige Zeit erfordert Härte. Härte im Nehmen, Härte im Geben, Härte im Durchhalten. Die größte Schande und Schmach aber ist es, wenn ein Deutscher statt zu arbeiten oder zu kämpfen heute noch herummeckert. Er wird der Verachtung des ganzen Volkes preisgegeben sein.

In der Sowjetunion wird die Mobilisierung der allerletzten Kräfte durch die barbarische Härte der Sklaverei durchgeführt. Bei uns setzen wir an Stelle dieser Barbarei das Gesetz der Pflicht. So richte ich denn in dieser Stunde in dem Appell an die Wehrmacht auch den Appell an die ganze deutsche

Volksgemeinschaft und rufe alle zur letzten Bereitschaft und zum höchsten Einsatz auf. Gebe jeder alles, was er zu geben vermag. Es ist nicht so, wie unsere Feinde das nun gegen uns deuten wollen, als pfeifen wir auf dem letzten Loch! Nein. Wenn ein Kampf ein so gigantisches Ausmaß angenommen hat, dann kann niemand mehr ein bequemes und sattes Leben führen. Da muß sich jeder als Kämpfer fühlen, an der Front und in der Heimat und da oder dort einsatzbereit sein. Ich weiß, es ist hart und schwer, wenn die Bomben herniederprasseln und Frauen und Kinder töten. Es ist furchtbar. Aber auch der Schlag muß hingenommen werden. Nicht einen Augenblick dürfen wir deshalb weicher werden. Der Sinn dieses Kampfes ist ja nur: Freiheit oder Vernichtung.

Der ist fürwahr ein wahnsinniger Trottel, der noch glauben möchte, man könne irgendein Arrangement treffen. Man kann wohl ein Arrangement mit einem anständigen Gegner treffen, aber keinesfalls mit Bolschewisten. Hier geht es um die klare Entscheidung: du oder ich. Es geht auch nicht darum, ob Kriegskosten mehr oder weniger zu bezahlen sind, ob die eine oder andere Provinz abzutreten ist, diesmal geht es darum, ob das deutsche Volk bestehen bleibt oder endgültig auf satanische Weise vernichtet wird. Vergeßt nicht, daß es ja der Jude ist, der gegen uns den Kampf führt. Man muß nur ein einziges Mal den Juden in seinem alttestamentarischen Haß kennengelernt haben, dann weiß man, was uns blühen würde, wenn der Jude an uns Rache nehmen könnte. Was glaubt ihr, was mit euren Frauen, euren Bräuten,

91 euren Töchtern geschehen würde! Was glaubt ihr, wie dieser teuflische Haß sich bestialisch im deutschen Volk austoben würde? Nein, wer nicht kämpfen will, der fällt ebenso. Da ist es schon besser, ich kämpfe, und mit diesem Kampf erringe ich den Sieg und die Freiheit und entgehe selbst der Vernichtung. Wenn euch Schwächlinge mit lauen und dummen Reden kommen, dann schaut auf den Führer und richtet euch an seiner Größe auf! Laßt ihn als das leuchtende große Vorbild vor euch erscheinen, diesen Mann, der keine Rast und Ruhe hat, diesen Mann, auf den ja letzten Endes alle Anforderungen einströmen, der alles als Letzter tragen und entscheiden muß. Für jeden von uns gibt es noch irgendeinen, der über ihm steht und der für ihn sorgen kann. Der Führer ist der Letzte, er steht allein mit seiner eigenen Kraft und seinem eigenen starken Herzen. Für ihn kann keiner denken und handeln. Er ist nicht nur der Organisator unserer gewaltigen Wehrmacht, er ist auch der Feldherr, der sie führt, und ist der Führer unseres gesamten Volkes.

Es gibt auch eine Logik in der Weltgeschichte. Glaubt ihr denn, meine Kameraden, daß das Schicksal, oder hier möchte ich sagen, die Vorsehung, der Allmächtige, einen unbekanntem Mann, einen Mann ohne Namen und Vermögen, einen einfachen Kämpfer des Weltkrieges emporsteigen, durch unzählige Wirren gehen oder immer größer werden läßt, und auf einmal soll das alles sinnlos sein? Wenn die Vorsehung dem deutschen Volk einen solchen Mann von dieser Größe gesandt hat wie den Führer — und unsere Ahnen hatten für solche großen Führergestalten den richtigen Namen: du gottgesandter Mann —, und wenn es ihm gelang, aus dem einst zersplitterten und ohnmächtig daniederliegenden deutschen Volk die stärkste Nation der Welt zu gestalten, dann sind das Garantien, die uns berechtigen, an den Sieg zu glauben.

Und jetzt wende ich mich an alle Soldaten der Wehrmacht, vom Feldmarschall bis zum Rekruten: die Lage kann nie so schlimm bei uns werden, daß wir nicht die Kraft besitzen, sie zu meistern.

Vergleichen Sie einmal rückblickend das Jahr 1932! Wer damals in der Partei kämpfte und nur irgendwie in die Dinge hineingesehen hat — da gab es auch Situationen, die scheinbar hoffnungslos waren. Was ist demgegenüber heute geschehen? Wir haben ein gewisses Gebiet in der weiten Sowjetunion vorübergehend preisgegeben. Damit wir das alles ordnen konnten, stehen Tausende von Kämpfern und opfern sich auf. Das hat es in allen Kriegen gegeben. Wir brauchen jetzt keine Klubstrategen, die ihr armseliges Hirn zermartern, wie das so oder so hätte anders kommen können. Nicht das „hätte“ interessiert, nicht das „Wenn“ und das „Aber“, sondern einzig und allein das „Ist“. Und das ist gewaltig.

92 Das Opfer ist heroisch. Aber nicht nur um Stalingrad, auch an anderen Frontabschnitten ist schon mit dem gleichen Heroismus gekämpft worden. Wenn wir Soldaten nicht bereit wären, unser Leben einzusetzen, brauchten wir ja nicht Soldaten zu sein. Dann könnten wir ja in ein Kloster gehen. Der Soldat fragt nicht. Er tut seine Pflicht, er kämpft für den Sieg. Ich sage euch: Entscheidend ist die Härte. Entscheidend ist die Frage: Sind wir hart genug in uns selbst? Die Wehrmacht ist in Führung und Gefolgschaft, so wie unsere kampferprobte Partei, die Inkarnation des härtesten Willens. So haben auch in der Heimat Mann und Frau den gleichen entschlossenen Willen und ihre Härte in diesem Kampf zu beweisen. Nur so verdienen sich Front und Heimat voll und ganz den Sieg.

Wenn vor uns ein an sich müder Gegner wegläuft, dann ist es kein Kunststück, wenn gesiegt wird, wenn alle Armeen siegreich vorwärtsstürmen. Wenn wir so Schlag auf Schlag gewinnen, so ist das sehr schön, aber nicht erschütternd. Erst wenn Krisen kommen, wenn's schwer wird, dann bewährt sich die Führung, dann zeigt es sich, wer ein Mann ist. Da gibt es manchen, dem man gar nichts zugemutet hat, ein einfacher Mann — im Leben hat er einen kleinen Beruf, in dem er nie hervorgetreten ist, man denkt, er wird schlecht und recht kämpfen. Auf einmal kommt die Schwere des Kampfes, auf einmal kommen ungewohnte Entschlüsse, es wird immer schwerer, immer härter, und nun sieht man, wie dieser kleine Mann plötzlich über sich hinauswächst und zum Helden wird. Auf einmal zucken aus diesem Mann klare Befehle, auf einmal ist er die Seele des Widerstandes einer Truppe geworden. An solcher Haltung erweist sich der Mann, erweist sich sein Wert, und ebenso ist es beim ganzen Volk.

Auch das Volk muß in den Prüfungen seine Bewährung zeigen. Und das Volk kann sicher sein, daß ich gerade als Oberbefehlshaber der Luftwaffe außerordentlich darunter leide, wenn mir gemeldet wird, welche Verheerungen durch feindliche Bomben angerichtet worden sind, daß Frauen und Kinder getötet wurden, daß andere ihr ganzes Hab und Gut verloren haben. So traurig das ist, und so sehr wir alles tun, um es zu verhindern, so ist es doch unvermeidbar und darf den Widerstandswillen nicht schwächen. Was Menschenhände wieder schaffen können, kann wiedergegeben werden. Vielleicht denkt so mancher Volksgenosse: Wir kriegen hier immer wieder Bomben ins Ruhrgebiet usw., dahin oder dorthin. Warum vergelten wir das nicht? Vergeßt nicht, Volksgenossen, daß wir einen gewaltig ausgedehnten Kriegsschauplatz haben. Die Hauptmacht der deutschen Luftwaffe kämpft im Osten, im Süden, kämpft im Norden. Aber dieser Kampf im Osten wird nach meiner heiligsten Überzeugung eines Tages sein Ende finden. Und dann wird auch die Macht frei, die vergelten kann.

93 Ich habe euch das zugesagt: An diesem Tage werde ich mich sehr genau erinnern, was man bei uns angerichtet hat: die Zerstörung der Wohnviertel der Städte und der Mord an Frauen und Kindern. Ich werde mich dann dieser Tatsache erinnern und genügend Härte zeigen, den Schlag zurückzugeben. Jetzt aber heißt es, sich nicht durch den Feind zu etwas verleiten lassen, was wir nicht selber wollen. Es müssen Schwerpunkte geschaffen werden. Ob der Schwerpunkt im Luftkampf liegt oder im Kampf auf der Erde oder auf den Meeren, ob im Osten, Westen, Norden oder Süden, ob der Schwerpunkt der Arbeit in dieser oder jener Fabrik liegt, das alles ist gleich, aber dort, wo er ist, da muß auch die Schwere der Kraft stehen, und alles andere muß dagegen zurücktreten.

Wenn wir auch, Kameraden, in diesem Winter wieder die ganze Schwere des östlichen Kampfes fühlen mußten, so weiß ich es: wenn die Sonne wieder hoch steht, wird sie die deutschen Truppen wieder im Angriff finden, genau so wie im vorigen Jahr. Dieser Angriff wird nicht schwächer sein, er wird nichts an seiner Wucht verloren haben, im Gegenteil, wir werden neue, noch bessere Waffen in der Faust haben, es werden gestählte Divisionen antreten, Divisionen, die in sich die Verpflichtung mitbringen: Wir denken an Stalingrad, wir werden uns des Opfers der Helden dort würdig erweisen. Noch eins sei für Schwache gesagt. Sie sehen immer nur die Schwere der Lage bei uns und denken dabei nicht an den Gegner. Würden sie sich aber einmal die Zeit nehmen und ganz logisch die Verhältnisse auf der Gegenseite prüfen, dann würden sie staunen, wie es dort aussieht. In der Geschichte rückblickend möchte ich nur an jene furchtbaren Wochen des deutschen Zusammenbruchs im November 1918 erinnern. Auch damals haben die Schwächlinge nur unsere Schwierigkeiten, nicht aber die des Gegners gesehen. Und wie war es beim Gegner? Hätten wir nur noch ein halbes Jahr ausgehalten, dann wäre dort der Zusammenbruch gekommen. Wer hat von uns gewußt, daß ein Vierteljahr lang in Frankreich drüben uns nur ganz wenige kampfgewillte Divisionen gegenüberstanden, daß ganze Divisionen gemeutert hatten, schon nach Paris marschieren wollten, wer hat gewußt, daß die Franzosen schon den Krieg verloren geglaubt hatten. Heute können wir uns nun an unseren zehn Fingern abzählen, wie es drüben aussehen muß. Wenn sie keine Kohle und kein Eisen haben, können sie keinen Stahl machen. Wenn sie keinen Stahl haben, können sie keine hochwertigen Waffen fertigen. Sie haben Land und Waffen, Leute und Fabriken in gewaltigem Ausmaß verloren, wie können sie auf die Dauer dann noch leistungsfähig sein. Wer, frage ich, ist denn so gottvergessen, daß er nicht sehen will, wo wir dagegen heute stehen? Steht etwa der Bolschewist in

94 Deutschland? Und der Engländer? Steht der in Deutschland? Wo stehen denn unsere Feinde? Wer steht denn vom Nordkap bis Afrika und von der Biskaya bis zur Wolga? Das sind doch wir! Und welche Uneinigkeit beim Gegner. Einig sind sie nur in ihrem Haß und in ihrem Vernichtungswillen gegen uns. Das ist aber auch das einzige, worin sie einig sind. Sonst ist ihr Bündnis nur ein fauler Zauber!

Und nun zum Schluß, meine Kameraden, besonders meine jungen kämpfenden Kameraden, möchte ich euch bitten, als Abschluß dieses Appells ein Glaubensbekenntnis von mir in euch aufzunehmen:

Es ist mein unzerstörbarer Glaube an den deutschen Sieg, und dieser Glaube kommt aus der tiefsten Erkenntnis der Zusammenhänge. Er ist aber auch der innigste Glaube an die Gerechtigkeit der Allmacht. Ich sehe vor mir das Heldentum unserer Kämpfer. Ich sehe die Kraft der nationalsozialistischen Weltanschauung, die uns durchdringt, und ich sehe vor mir den Führer und die allgewaltige Kraft seines Ingeniums. Das alles sehe ich. Ich sehe die vergangenen zehn Jahre, eine Sekundenspanne im Ablauf der Weltgeschichte, und doch ist in dieser Sekundenspanne aus einem zerlumpten, ohnmächtigen, in Haß zerrissenem Volk eine einige, kämpfende starke Nation und Wehrmacht geworden. Das sind die Erkenntnisse, die mir den unerschütterlichen Glauben an den deutschen Endsieg geben. Zehn Jahre, meine Kameraden, hat uns der Führer jetzt von Größe zu Größe geführt, aus Ohnmacht, aus Armut, aus schrecklichen Verhältnissen heraus, und in den nächsten Jahren — und damit will ich als meine heilige Überzeugung schließen — wird uns der Führer zum größten aller Siege der Deutschen führen.

Und jetzt, meine Kameraden, sei dieses Heil nicht ein leeres Wort, sondern in diesem Gedenken an den vergangenen zehnjährigen Kampf und in dem Glauben an den größeren, der uns beschieden ist, und damit auch an den größeren Sieg geloben wir mit diesem Ruf dem Führer unsere ganze Hingabe, unsere ganze Treue, bereit, ihm jedes Opfer zu geben; denn er fordert es nicht für sich, er fordert es für sein deutsches Volk. Darum, Kameraden, unser Führer, unser geliebter Führer: Sieg Heil!



Innenpolitik

95 Zu Beginn des neuen Jahres richtete der Führer zum vierten Male im Krieg seinen Aufruf an das deutsche Volk. Nach einem großgesehenen geschichtlichen Rückblick über den Weg Deutschlands zu Einigkeit und Weltmachtstellung befaßte sich der Führer darin mit dem gegenwärtigen Schicksalskampf des deutschen Volkes. „Aus dem einstigen bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaat ist ein Volksstaat entstanden. Der heute tobende zweite Weltkrieg als geschichtlicher Vorgang von einmaligem Ausmaß bedeutet nur eine Erhärtung der nationalsozialistischen Ideenwelt. Das deutsche Volk wird in diesem Kampf von seiner nationalsozialistischen Volksidee deshalb nicht nur nicht entfernt, sondern im Gegenteil von Monat zu Monat immer mehr auf sie verschworen. Schlacke um Schlacke einer alten überlebten Gesellschaftsordnung fällt ab. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß am Ende dieses Kampfes der nationalsozialistische Staat als ein unerschütterlicher und unzerstörbarer Block in Europa bestehen wird!“ Im weiteren schilderte der Führer den Anteil, den das Judentum am Ausbruch und an der Führung dieses Weltkrieges genommen hat. Erhebend sind die Worte, die der Führer für die übermenschlichen Leistungen der Front und das gewaltige Arbeitswerk der Heimat fand. Der Aufruf des Führers schloß mit dem Ausdruck der felsenfesten Siegesgewißheit und der Verkündigung des unbeugsamen Willens, diesen Sieg zu erzwingen.

Wie der Führer an das deutsche Volk, so richteten auch die Befehlshaber der Wehrmachtteile, Reichsmarschall Hermann Göring an die Luftwaffe und Großadmiral Raeder an die Kriegsmarine Aufrufe an ihre Soldaten. Beide gaben dem Gedanken Ausdruck, daß es Pflicht jedes einzelnen Solda-

ten sei, im Geiste der gefallenen Helden bis zum letzten Atemzug für das ewige Deutschland zu kämpfen.

Der ganze Januar war denn auch von einem heroischen Kampf größten Ausmaßes an der Ostfront erfüllt. Wohl nie zuvor hatte der Feind so gewaltige Anstrengungen unternommen, die deutsche Front im Osten zu zertrümmern, wie in diesen letzten Wochen des neuen Jahres. Alles, was er an Massen

96 Material aufzubieten hatte, wart er in die Schlacht. Von den deutschen Soldaten wurden gewaltigere Opfer als je in diesem Krieg gefordert. Über alles erhaben ist daher ihre Leistung!

Die politische und militärische Führung des Reiches scheute sich nicht, vor dem deutschen Volk einzugestehen, daß die Entwicklung der Kämpfe an der Südfront, insbesondere um Stalingrad, einen Rückschlag bedeutet. Wer nun geglaubt hatte, daß die nationalsozialistische Führung verzweifeln würde, der wurde bald eines anderen belehrt. Im Gegenteil! Auf Befehl des Führers wurden nunmehr weitere deutsche Kräfte für den Endsieg mobilisiert. Das Denken, Fühlen, der Wille und die Arbeitskraft des deutschen Volkes wurden auf eine neue Grundlage gestellt. Denn der Kampf im Osten hat gezeigt, daß der Feind nicht nur den Willen hat, das deutsche Volk niederzuwerfen und zu vernichten, sondern auch noch genügend Kräfte besaß, um das Reich ernsthaft zu bedrohen. Darum wurden alle im deutschen Volk lebendigen Arbeits- und Verteidigungskräfte mobilisiert. Es sind in diesen Wochen in Deutschland Vergleiche gezogen worden zwischen der seelischen Einstellung des deutschen Volkes heute und in dem letzten Jahr des Weltkrieges. Man hat gesagt, daß das deutsche Volk heute zu einer Konsequenz kommen muß, die geradezu mit traumwandlerischer Sicherheit den Sieg verbürgt. Dies ist, mit einem Wort zusammengefaßt, der Gedanke, „in allem das Gegenteil von 1918 tun“. Wenn in der letzten Phase des ersten Weltkrieges nicht überall das Äußerste an militärischer Kraft Wirklichkeit werden konnte, so lag dies damals daran, daß das politische Bewußtsein der weltgeschichtlichen Entscheidung, um die es ging, der Zersetzung preisgegeben war, und weil die Rückwirkungen dieser Zersetzung auf dem militärischen Sektor nicht ausblieben. Dieses Bewußtsein von der Größe der Entscheidung ist dagegen heute vorhanden und im ganzen Volk, ja darüber hinaus in ganz Europa, lebendig! Im Januar 1918 konnte der üble Munitionsarbeiterstreik unter Billigung großer Parteien stattfinden. Heute aber weiß in Deutschland jeder, worum es geht. Es geht um alles, um unsere Zukunft auf Jahrhunderte hinaus!

Das Wehrgesetz vom Mai 1935 enthält den Satz: „Im Krieg ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zu Dienstleistungen für das Vaterland verpflichtet.“ Am 27. Januar 1943 griff die nationalsozialistische Staatsführung auf dieses Gesetz zurück. Sie verfügte die „Meldepflicht für Männer und Frauen zum Dienste der Reichsverteidigung“. Diese Meldepflicht hat eine politische und eine wirtschaftliche Seite. Die politische und moralische Seite ist einfach und klar: In einem Zeitpunkt, in dem der Krieg von den Männern an der Front Opfer unerhörtesten Ausmaßes verlangt, hat

97 die Heimat es ihnen an Einsatzbereitschaft gleichzutun. Auf den bolschewistischen Gegenangriff antwortet Deutschland mit der totalen Mobilisierung. Diese Antwort ist ein Faktum von größter politischer Bedeutung und findet Gehör im Gewissen jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau. Die Meldepflicht bestimmt, daß sich grundsätzlich alle Männer vom 16. bis 65. Lebensjahr und alle Frauen vom 17. bis 45. Lebensjahr, die im Reichsgebiet wohnen, bei dem für ihren Wohnort zuständigen Arbeitsamt zu melden haben, sobald sie hierzu vom Arbeitsamt durch öffentliche Bekanntmachungen, durch Presse oder Anschlag oder auch durch schriftlichen Bescheid aufgerufen werden. Von der Meldung befreit sind nur einige Gruppen, unter diesen vornehmlich werdende Mütter und Mütter mit zwei und mehr Kindern unter 14 Jahren. Durch eine nähere Prüfung wird festgestellt, wieweit die Gemeldeten zu Aufgaben der Reichsverteidigung herangezogen werden können. Die Arbeitsämter werden ferner durch bewährte und geschulte Fachkräfte in jedem Einzelfall prüfen, in welcher Weise die Gemeldeten für den Kriegseinsatz verfügbar sind. Bei Frauen erstreckt sich diese Prüfung besonders darauf, wieweit sie bereits durch ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter in Anspruch genommen sind.

Im weiteren Verfolg dieser Maßnahmen wird eine ganze Anzahl von Berufszweigen für die Dauer des Krieges überhaupt stillgelegt. Zu diesen Berufsgruppen gehören: Vergnügungsetablissemments, Bars, Süßwarenläden, die Bijouterie- und Juwelierbranche sowie ähnliche Erwerbszweige. Alle in diesen Berufsgruppen tätigen Menschen werden umgeschult oder in ähnliche Berufe geführt, wo sie kriegswichtige Arbeit zu leisten haben. Die Entschlossenheit der nationalsozialistischen Führung und der Kampfeswille des deutschen Volkes, das sich in diesem Schicksalskampf seiner Helden würdig

erweisen will, ist ungebrochen und verbissener denn je. — Die Einberufung zahlreicher weiterer Jahrgänge zur Wehrmacht liegt auf der gleichen Linie wie diese Maßnahmen.

In dieser Zeit der Selbstbesinnung auf die unerschöpflichen Quellen der eigenen Kraft beging das deutsche Volk den Zehn Jahrestag der Machtergreifung durch die NSDAP. Am 16. Januar sprach daher Reichsminister Dr. Frick auf einem großen Treffen in Lemgo in Erinnerung an den Wahlsieg von Lippe, der den 30. Januar vorbereitet hatte. „Die damals an sich unbedeutende Wahl“, so sagte Dr. Frick, „hat der Führer in seinem Weitblick richtig eingeschätzt. Dieser Wahlsieg ist auch der Anlaß für den Reichspräsidenten gewesen, den Führer an die Stelle zu setzen, für die er seinen Fähigkeiten und Leistungen nach bestimmt war. Die gleiche Ausdauer, die die nationalsozialistische Bewegung vor zehn Jahren zum Siege geführt hat, wird das deutsche Volk auch in diesem schwersten

98 Schicksalskampf genau so siegreich sehen.“ Vor dem Siege aber stünde die Bewährung, der sich gerade in diesen Tagen das deutsche Volk mit zusammengebissenen Zähnen unterziehen müsse. Nicht Massen und Material würden die Entscheidung in diesem Kampfe bringen, sondern „siegen werden schließlich die härteren und stärkeren Herzen, und die haben wir“. Der 30. Januar selbst stand völlig unter dem Zeichen des Heldenkampfes von Stalingrad. Der Führer sprach an diesem Tage nicht wie sonst alljährlich zum deutschen Volk, sondern widmete seine ganze Arbeitskraft seinen Soldaten. An seiner Stelle sprach am Vormittag des 30. Januar Reichsmarschall Hermann Göring. Seine Rede war ein flammender Appell an die unbesiegbare Kraft des deutschen Volkes, eine nüchterne, dafür aber um so großartigere Darstellung dessen, was der deutsche Soldat an der Front leistet. Die unbeugsame Entschlossenheit, die aus jedem einzelnen Wort des Reichsmarschalls sprach, mußte auch den verblendetsten Gegner davon überzeugen, daß die schweren Prüfungen an der Ostfront die nationalsozialistische Führung wie auch das deutsche Volk nur noch härter gemacht haben. — Am Nachmittag sprach ferner Reichsminister Dr. Goebbels auf einer öffentlichen Kundgebung. In einem Überblick auf die Ereignisse der vergangenen Jahre wies der Minister darauf hin, daß Deutschland mit allen Gefahren und Krisen fertig geworden ist. „Und so, wie das in der Vergangenheit war, so wird es auch in der Gegenwart und in aller Zukunft sein. Für uns war es seit jeher feststehender und unumstößlicher Grundsatz, daß das Wort „Kapitulation“ in unserem Sprachschatz nicht existiert. Dabei verbleiben wir und werden wir immer verbleiben. Der Kampf um unser Leben naht sich seinem dramatischen Höhepunkt. Er ist nicht nur ein Ringen um die Freiheit und Sicherheit der deutschen Nation, sondern eine gigantische Auseinandersetzung um das zukünftige Schicksal Europas, ja des ganzen zivilisierten Abendlandes. Wenn der Feind glaubt, uns durch einige Schläge entmutigen zu können, so irrt er sehr. Diese Schläge waren und sind für uns nur ein Alarmsignal zum totalen Krieg!“

Die Proklamation des Führers zum 30. Januar gab eine geschichtliche Darstellung der nationalsozialistischen Politik seit dem Januar 1933. Sie schildert die einzelnen Etappen der Wiederaufrichtung des Reiches, das gebaut wurde durch ein gewaltiges Werk der Gesetzgebung aus nationalsozialistischem Geiste. Danach zeigt der Führer in kurzen Worten den Verlauf der Kriegseignisse bis zum 22. Juni 1941 auf und schließlich den gewaltigen Schicksalskampf, der an diesem Tage einsetzte. „Vor der Größe dieses gigantischen Ringens verblassen alle anderen Vorgänge; denn wenn der neue Ansturm Innerasiens gegen Europa Erfolg haben würde, müßte die heutige Welt
99 genau so zerbrechen, wie einst die alte am Sturm der Hunnen zerbrochen ist. Eine mehrtausendjährige menschliche Arbeit würde damit wieder vergeblich gewesen sein. An Stelle des blühendsten Kontinents der Erde käme das Chaos, statt seiner Kultur unvorstellbare Barbarei. In diesem gewaltigsten Kampf aller Zeiten dürfen wir nicht erwarten, daß die Vorsehung den Sieg verschenkt. Es wird jeder einzelne und jedes Volk gewogen, und was zu leicht befunden wird, muß fallen. Der Kampf, den uns die gleichen Feinde wie einst im Jahre 1914 aufgezwungen haben, entscheidet über das Sein oder über die Vernichtung unseres Volkes. Der Allmächtige wird der gerechte Richter sein; unsere Aufgabe aber ist es, unsere Pücht so zu erfüllen, daß wir vor ihm als dem Schöpfer aller Welten nach dem von ihm gegebenen Gesetz um das Dasein zu bestehen vermögen, daß wir, ohne jemals zu verzagen, keine Leben und keine Arbeit scheuen, um das Leben unseres Volkes für die Zukunft zu erhalten!“

Zum zehnten Jahrestag der Machtübernahme waren aus vielen europäischen Ländern Gäste in Berlin eingetroffen; auch das faschistische Italien hatte eine Abordnung geschickt, die bei ihrer Ankunft in Berlin von der Bevölkerung herzlich begrüßt wurde. Im Hinblick auf die schweren Kämpfe bei Stalingrad und an der Südfront fand aber am 30. Januar keine Beflaggung statt. Es wurden auch keine größeren Kundgebungen abgehalten, lediglich würdige Feiern, in denen die Reden des Reichsmarschalls, des Reichsministers Dr. Goebbels und die Führerproklamation gehört wurden.

Außer im Räume von Stalingrad wurde auch an den übrigen Teilen der Ostfront im Laufe des Januars erbittert gekämpft, doch gelang es dem Feind nirgends, die so sehr erstrebten Durchbrüche zu erzielen. In Afrika zog sich die Armee des Generalfeldmarschalls Rommel bis an die südliche Grenze von Tunis zurück. In mehreren harten Stößen brachten die italienisch-deutschen Verbände den in Französisch-Nordafrika gelandeten englisch-amerikanischen und französischen Streitkräften harte Schläge bei. Operierend von der gemeinsamen Basis in Tunis, hat die Armee Generalfeldmarschall Rommels wie auch die Armee des Generals v. Arnim starke Positionen eingenommen, die sie mit Zähigkeit verteidigten und in einzelnen offensiven Schlägen festigten.

Am 30. Januar empfing der Führer in seinem Hauptquartier den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Raeder, und ernannte ihn in Anerkennung und Würdigung seiner geschichtlichen Verdienste um den Aufbau der neuen Kriegsmarine und um deren Führung im großdeutschen Freiheitskampf zum Admiralinspekteur der Kriegsmarine des Großdeutschen Reiches. Der Führer hat sich auf Bitten des Großadmirals hierzu entschlossen, um ihn von der täglichen Arbeit in der Führung der

100 Kriegsmarine zu entlasten, ihn aber als seinen ersten Berater in marinopolitischen Fragen zu behalten. Gleichzeitig hat der Führer den Befehlshaber der Unterseeboote, Admiral D ö n i t z, zum Großadmiral befördert und zum Oberbefehlshaber der Kriegsmarine ernannt. Die hohe Ehrung, die Großadmiral Raeder zuteil geworden ist, unterstreicht Umfang und Größe des Lebenswerkes, auf das der Großadmiral, der seit 1. Oktober 1928 an der Spitze der Kriegsmarine gestanden hat, zurückblicken kann. Werden und Kämpfen, Wagen und Siegen der Kriegsmarine werden zu allen Zeiten mit dem Namen des ersten Großadmirals des Großdeutschen Reiches verknüpft sein. Mit Großadmiral Dönitz übernimmt ein Offizier die Führung der Kriegsmarine, dessen Wirken an vorderster Front seit dem Wiedererstehen der deutschen U-Boot-Flotte bereits zum Sinnbild für die Härte des Einsatzes unserer schärfsten Seekriegswaffe im Ringen um die Zukunft des deutschen Volkes geworden ist. Unter seiner persönlichen Führung haben die deutschen Unterseeboote unvergleichliche Heldentaten vollbracht und dem Feind vernichtende Schläge zugefügt. In seiner Person liegt die Gewähr, daß der kühne Angriffsgeist, der die Kriegsmarine von Beginn des Krieges an erfüllte, sie auch in Zukunft beseelen wird, bis der Endsieg erkämpft ist.

Im Monat Januar wurde eine große Anzahl von Offizieren und Soldaten vom Führer durch Verleihung des Eichenlaubes zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet. Die Reihe der Eichenlaubträger im Januar nennt folgende Namen verdienster Soldaten aller Waffengattungen:

Oberst Rainer S t a h e l, Kommandeur einer Luftwaffenkampfgruppe, als 169., Oberleutnant d. R. Fritz F e ß m a n n, Kompaniechef in einem Kradschützenbataillon, als 170. Soldaten der deutschen Wehrmacht (5. 1.);

Kapitänleutnant Friedrich Guggenberger, Kommandeur eines Unterseebootes als 171. Soldaten der deutschen Wehrmacht (9. 1.);

Oberleutnant Heinz Frank, Staffelfkapitän in einem Schlachtgeschwader, als 172., Major Dr. Ernst Kupfer, Gruppenkommandeur in einem Sturzkampfgeschwader, als 173., Hauptmann Bruno D i l l e y, Kommandeur in einem Sturzkampfgeschwader, als 174. Soldaten der deutschen Wehrmacht (12. 1.);

Oberleutnant Gerhard Barkhorn, Staffelfkapitän in einem Jagdgeschwader, als 175., Oberst Wend v. Wietersheim, Kommandeur eines Panzergrenadierregiments, als 176. Soldaten der deutschen Wehrmacht (13. 1.);

Kapitänleutnant Johann Mohr, Kommandant eines Unterseebootes, als 177., Generaloberst Paulus, Oberbefehlshaber einer Armee, als 178. Soldaten der deutschen Wehrmacht (15.1.);

101 Major Karl Willig, Bataillonskommandeur in einem Grenadierregiment, als 179., Hauptmann Günther G ö b e l, Führer einer Kampfgruppe, als 180., Generalfeldmarschall Günther v. Kluge, Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe, als 181., Hauptmann Waldemar v. Gazen, gen. Gaza, Führer einer Kampfgruppe, als 182. Soldaten der deutschen Wehrmacht (18. U):

Generalleutnant Hans Kreysing, Kommandeur einer Gebirgsjägerdivision, als 183. Soldaten der deutschen Wehrmacht (26. 1.);

Major Reinhard G ü n z e l, Gruppenkommandeur in einem Kampfgeschwader, als 184. Soldaten der deutschen Wehrmacht (22. 1.);

Oberwachtmeister Hugo P r i m o z i c in einer Sturmgeschützabteilung als 185., Hauptmann Willy R i e d e l, Bataillonskommandeur in einem Grenadierregiment, als 186., Oberleutnant d. R. Georg Michael, Bataillonsführer in einem Panzergrenadierregiment, als 187., Hauptmann Gustav Preßler, Gruppenkommandeur in einem Sturzkampfgeschwader, als 188. Soldaten der deutschen Wehrmacht (28. 1.);

Generalleutnant Karl Rodenburg, Kommandeur einer Infanteriedivision, als 189. Soldaten der deutschen Wehrmacht (31. 1.).

Während der Krieg auf seinem dramatischen Höhepunkt steht, versäumt die deutsche Führung nicht, weiter in die Zukunft zu schauen und den kommenden Frieden vorzubereiten. Ein Akt von großer Bedeutung in dieser Hinsicht ist die Unterzeichnung der Wirtschaftsverträge Berlin-Rom-Tokio, die am 20. Januar im Führerhauptquartier vorgenommen wurde. An diesem Tage haben der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop und der kaiserlich-japanische Botschafter Oshima einen „Vertrag zwischen Deutschland und Japan über die wirtschaftliche Zusammenarbeit“ unterzeichnet. In Rom wurde ein gleichlautender Vertrag zwischen Außenminister Graf Ciano und dem kaiserlich-japanischen Geschäftsträger Shunichi Kase abgeschlossen. Diese Verträge werden die gleiche Geltungsdauer wie der Dreimächtepakt haben und diesen in wirtschaftlicher Hinsicht ergänzen. Die Verträge sehen in ihren fünf Artikeln den Austausch wirtschaftlicher Leistungen zwischen den einzelnen Wirtschaftsräumen vor. Sie fassen eine finanzielle Zusammenarbeit der drei Mächte ins Auge. Sonderbeauftragte werden die Entwicklung ständig beobachten, und für die Durchführung der Verträge sollen zu gegebener Zeit die notwendigen Einzelheiten vereinbart werden. Auch in Tokio sind zwischen dem deutschen Botschafter Ott und dem kaiserlich-japanischen Minister für auswärtige Angelegenheiten, Tani, drei

102 Durchführungsabkommen abgeschlossen worden, die konkrete Einzelheiten über den Warenverkehr, die technische Zusammenarbeit und den Zahlungsverkehr enthalten.

Am 18. Januar traf auf Einladung von Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt der spanische Parteiminister A r r e s e zu einem mehrtägigen Besuch in Berlin ein. Am Tage darauf empfing der Führer in seinem Hauptquartier in Anwesenheit des Reichsministers des Auswärtigen, von Ribbentrop, und des Leiters der Parteikanzlei, Bormann, den spanischen Parteiminister, um mit ihm eine längere Aussprache im Geiste der aufrichtigen Freundschaft zwischen Deutschland und Spanien zu haben. Am 21. Januar stattete schließlich der kaiserlich-japanische Botschafter in Berlin, Oshima, aus Anlaß der Unterzeichnung des deutsch-japanischen Wirtschaftsabkommens dem Führer einen Besuch ab, und um die Mitte des Monats weilte der kroatische Finanzminister Dr. Kosak als Gast des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk in Deutschland.

Im Januar haben die Engländer nach langer Pause erneut einen Luftangriff auf die Reichshauptstadt B e r l i n durchgeführt. Der Angriff verursachte zahlreiche Gebäudeschäden und forderte 114 Todesopfer. Unter den beschädigten Gebäuden befindet sich auch die Deutschlandhalle, deren Dach von Brandbomben /erslür wurde. Die Hallung der Berliner Bevölkerung war mustergültig. Als Dank für den aufopfernden Einsatz bei diesem und dem tags darauf erfolgenden zweiten Luftangriff wurden an 125 Berliner Kriegsverdienstkreuze verliehen. Die Briten, die zum Teil mit starken Kräften die Reichshauptstadt angriffen, mußten feststellen, daß die deutsche Flakabwehr und die Nachtjäger auf ihrem Posten waren. Der zweite Angriff kostete den Briten 24 schwere, meist viermotorige Bomber! Acht englische und amerikanische Journalisten, die bei diesen Angriffen mitflogen, konnten sich davon überzeugen, daß die Verteidigung der Reichshauptstadt vorbildlich war. Der „Daily Mail“-Korrespondent, der diesen Angriff mitflog, nennt nach dieser Erfahrung „Deutschland das bestverteidigte Land der Welt“. Unverzüglich hat die deutsche Luftwaffe die Angriffe auf die Reichshauptstadt vergolten: In der Nacht nach dem ersten Angriff auf Berlin haben starke deutsche Luftverbände die britische Hauptstadt angegriffen;

aber nicht nur bei Nacht, sondern auch am Tage warfen deutsche Kampfflugzeuge ihre Bomben mit sichtbar festgestelltem Erfolg über kriegswichtigen Zielen der britischen Hauptstadt ab.

Eine Reichsgerichtsentscheidung bestimmt, daß Soldaten, die beim Feindflug verschollen sind, für tot erklärt werden können. In einem solchen Falle ist ausschließlich das Amtsgericht Berlin zuständig, auch wenn der betreffende Soldat seinen Wohnsitz in anderen Teilen des Großdeutschen Reiches gehabt hat, wo das Verschollenheitsgesetz noch nicht in Kraft getreten ist. — Durch Entgegenkommen des

103 Reichswirtschaftsministeriums ist es dem Deutschen Roten Kreuz möglich geworden, vom 1. Januar ab alle deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in Feindesland gleichmäßig mit der Menge Tabak und Zigaretten zu versorgen, die der deutsche Soldat an der Front erhält.

Am 25. Januar hielt Reichswirtschaftsminister Walther Funk im Rahmen der „Gesellschaft der Berliner Freunde der Deutschen Akademie“ eine bedeutsame und hochaktuelle Rede über „Die geistigen und materiellen Grundlagen der deutschen Kriegswirtschaft“. Die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 habe sich zur Richtschnur den Satz gestellt, daß, wenn der Soldat an der Front

kämpfe, niemand am Krieg verdienen soll. Der Minister wies auf das bewunderungswürdige Ergebnis der deutschen Wirtschaftspolitik hin, die sogar im Stadium der Vollbeschäftigung noch eine weitere Produktionssteigerung verzeichnen könne.

Am 7. Januar versammelten sich die Männer der Arbeitseinsatzstäbe des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz in Weimar zu einer Arbeitstagung. Der Beauftragte für das Reichskommissariat Ukraine, Staatsrat Peukert, kennzeichnete da? Wirken der Arbeitseinsatzverwaltung im letzten Jahr als eine Leistung, die in der Kriegführung aller Zeiten einzig dastehe. Gauleiter und Reichsstatthalter Sauckel behandelte die Erfordernisse und Grundprinzipien des Arbeitseinsatzes, um seinen Mitarbeitern das Wesen und die Bedingungen ihrer schweren, verantwortungsvollen Tätigkeit eindringlich vor Augen zu führen. Als oberstes Ziel des Arbeitseinsatzes kennzeichnete er die Mobilisierung aller erreichbaren Leistungsreserven in größtem Ausmaße.

Im Mosaiksaal der Neuen Reichskanzlei waren am 29. Januar Betriebsführer, Betriebsobmänner und Rüstungsarbeiter aus mehr als 50 Werken und Arbeitsstätten des ganzen Reichsgebietes versammelt, um für ihre Werke und Gefolgschaften Ehrungen von Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und Reichsminister Speer entgegenzunehmen. Der Beauftragte für den Leistungskampf der deutschen Betriebe, Oberdienstleiter Dr. Hupfauer, erklärte, daß es für das um sein Lebensschicksal ringende deutsche Volk nur eine Parole geben könne, nämlich die: Jede Arbeit für den Sieg!

Wie bekannt, ruht auch im Krieg die Tätigkeit der Partei nicht. In einer Kundgebung in Kempten sprach am 13. Januar Reichsinnenminister Dr. Frick zu dem Thema „Der Weg der Freiheit“. Diese Rede wie auch die anderer führender Männer 'ollen dazu beitragen, die Einsatzbereitschaft der Heimat zu erhöhen und den Menschen in Stadt und Land die Leistungen der- Front als Beispiel vor Augen zu führen.

104 — Am 15. Januar sprach auf Einladung des NS-Fliegerkorps vor Soldaten, Arbeitern und Jungen der Flieger-HJ Major Graf, der Sieger in 202 Luftkämpfen, im Berliner Sportpalast. NSFK-Obersturmbannführer Major Graf, Träger des Eichenlaubes mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, schlug mit seinen Worten die Tausende junger und alter Hörer in seinen Bann. Er schilderte die zahllosen Erlebnisse bei seinen Frontflügen und stellte damit, ohne es zu wollen, der Jugend ein Beispiel hin, dem nachzueifern sie sich bemühen wird. Der Jagdflieger schloß mit einem Dank an die Arbeiter. Die Soldaten an der Front wüßten, daß die Heimat in Ordnung sei. Alle trügen die Verpflichtung zur Härte in sich. Mit dem Bekenntnis zu Adolf Hitler verband der Jagdflieger die Feststellung: „Man darf heute nicht nur Soldat sein, sondern man muß auch Nationalsozialist sein!“

Am 11. Januar 1943 wurde das Ergebnis der Reichsstraßensammlung vom 19. und 20. Dezember 1942, die von Hitlerjugend und BDM durchgeführt worden war, bekanntgegeben. Das Sammelergebnis betrug 33434083 RM. Bei der gleichen Sammlung des Vorjahres wurden 20 179 668 RM aufgebracht. Es ist also eine Zunahme von 65,68% zu verzeichnen.

Am 7. Januar sprach auf einer Veranstaltung der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Dortmund der Vizepräsident der Deutschen Reichsbank Emil P u h l über das Thema „Notenbankarbeit und K r i e g s f i n a n z i e r u n g“. „Die Reichsbank sieht“, wie der Redner ausführte, „in ihrer Mitwirkung an der Kriegsfinanzierung und in der Verhinderung wirtschaftsschädigender Auswirkungen des gewaltigen Geldeinsatzes gegenwärtig eine ihrer wichtigsten Aufgaben.“ Unter den Finanzierungsmöglichkeiten des gegenwärtigen Krieges nähmen zwei die beherrschende Rolle ein: Die Steuerfinanzierung und die Anleihefinanzierung. Demgegenüber hat die unmittelbare Inanspruchnahme der Notenpresse in engem Rahmen gehalten werden können. Die Reichsbank hat an der Kriegsfinanzierung vor allem dadurch mitgewirkt, daß sie sich erfolgreich um die Placierung der verschiedenen kurz-, mittel- und langfristigen Reichspapiere bemüht hat. Von gleich großer Bedeutung wie die Mitwirkung an der Kriegsfinanzierung ist für die Reichsbank die Abschöpfung der überschüssigen Kaufkraft gewesen, die um so wichtiger ist, als der Entwicklung auf der Güterseite der Kriegswirtschaft nicht ein Rückgang, sondern eine Ausdehnung der gesamten Geldeinkommen und des Zahlungsmittelumsaßes gegenübersteht.

Im Auditorium Maximum der Berliner Universität sprach am 12. Januar der Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Rothenberger über den Aufbau einer starken Rechtspflege. „Eine neue Epoche für die deutsche Justiz begann“, so sagte er, „mit jener denkwürdigen Rede des Führers am 26.

105 April des vorigen Jahres vor dem Reichstag, in der er die bisherige Justiz brandmarkte.“ Diese Rede sei für einige lähmend, ja niederschmetternd gewesen, andere fanden in ihr die große Befreiung und den Auftakt für die Revolutionierung der deutschen Justiz. Der Führer habe dem neuen Justizminister

alle Vollmachten gegeben, um die notwendigen Maßnahmen für den Aufbau eines neuen Rechts zu treffen. Diese Befugnisse bedeuten aber nicht, daß der Justizminister Richtersprüche abzuändern oder gar aufzuheben berechtigt sei. Weder der Minister, noch irgendeine andere Instanz habe hierzu das Recht. Auch der Richter seinerseits sei an die Gesetze gebunden.

Ein Institut für Betriebswirtschaft des Fremdenverkehrs wurde am 13. Januar an der Heidelberger Universität eröffnet, nachdem es seit 1½ Jahren seine Arbeit bereits aufgenommen hat. Staatssekretär Esser umriß in seinen Darlegungen den Aufgabenbereich des Instituts. — Im Reichsanzeiger vom 9. Januar ist eine Anordnung des Staatssekretärs für Fremdenverkehr zur Lenkung des Fremdenverkehrs veröffentlicht, die am 15. Januar in Kraft tritt. Sie enthält im wesentlichen die bisherige bewährte Regelung, derzufolge der gewerbliche Beherbergungsraum bevorzugt zur Verfügung zu stellen ist in erster Linie Fronturlaubern, in zweiter Linie sonstigen Wehrmachtsangehörigen, Volksgenossen, die kriegswichtige Arbeit leisten, Schwerekriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, kinderreichen Müttern und Volksgenossen aus besonders stark gefährdeten Gebieten. Wie bisher sollen abweichend von der allgemeinen Regelung die Heilbäder und heilklimatischen Kurorte entsprechend ihrer vordringlichen volksgesundheitlichen Aufgabe an erster Stelle Kurbedürftige mit einwandfreien ärztlichen Attesten aufnehmen. Die Beherbergungsdauer bleibt nach wie vor auf drei Wochen innerhalb eines Jahre? begrenzt, ausgenommen bei ärztlich verordneten längeren Kuren.

Vor den nationalsozialistischen Ärzten und den deutschen Angehörigen der übrigen Heilberufe und den Parteigenossen von Prag sprach am 19. Januar Staatssekretär Dr. Conti über die Aufgaben der Reichsgesundheitsführung. In seiner Rede legte Dr. Conti die Ziele der deutschen Gesundheitsführung dar, wobei er betonte, daß zu ihrer Erreichung die Mitarbeit aller in den Gesundheitsberufen tätigen Menschen notwendig sei. In seinen Ausführungen arbeitete Dr. Conti mit Nachdruck heraus, daß es tatsächlich die letzte Minute gewesen war, in der der Führer die Macht ergriff, um sein Volk vor dem sicheren Untergang zu retten. Der Reichsgesundheitsführer stellte dann die Forderung nach einer weiteren Steigerung der Geburtenzahl auf. Die großen Aufgaben der Volksgesundheitsführung lägen in der Zukunft auf diesem Gebiete. Aufgabe des deutschen Arztes sei es weiterhin, das Volk zu einer gesunden und

106 vernünftigen Lebensführung zurückzubringen. — Eine gleichgeartete Rede hielt Dr. Conti in Krakau vor der Deutschen Verwaltungsakademie am 23. Januar.

Der Reichswohnungskommissar Dr. Ley hat zusammen mit dem Reichsjustizminister das Mieterschutzgesetz neu gefaßt und mit Wirkung vom 1. Januar 1943 neue Bestimmungen getroffen, die den Wohnungstausch, den Vollstreckungs- und Kündigungsschutz betreffen: 1. Das Recht auf Wohnungstausch wird nicht mehr durch ein bevorstehendes Mietende ausgeschlossen. 2. Auch der rechtskräftig zur Räumung verurteilte Mieter kann tauschen; natürlich nur, sofern nicht wichtige Gründe entgegenstehen. 3. Der Aufhebungsprozeß wegen Belästigung oder Mißbrauch kann auf bestimmte Zeit ausgesetzt werden, wenn eine Besserung des Verhaltens des Mieters zu erwarten ist. 4. Als Grundregel bleibt bestehen, daß diejenigen Untermieter Mieterschutz haben, die entweder zwar Einzelperson sind, aber mit überwiegend eigenen Möbeln wohnen, oder aber verheiratet sind und mit dem Ehegatten selbständig haushalten oder wirtschaften.

Am 13. Januar wurde durch die deutsche Presse bekanntgegeben, daß jeder Jugendliche vom 1. April 1943 an, und zwar beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1926, bei der Standortführung der Hitlerjugend persönlich die Ausstellung einer Ausbildungslaufkarte zu beantragen hat. Diese Bestimmung gilt unabhängig davon, ob der Jugendliche von der Hitlerjugend erfaßt ist oder nicht. Die Einrichtung der Ausbildungslaufkarte ist von der Hitlerjugend im Einvernehmen mit dem Oberkommando der Wehrmacht geschaffen worden. Sie enthält Daten über Ort und Stand der Ausbildung des Inhabers in Leibesübungen und in der Wehrrertüchtigung. Sämtliche Ausbildungsbescheinigungen, Bescheinigungen über bestandene Prüfungen sowie erworbene Abzeichen der Leibesübungen und Wehrrertüchtigung einschließlich aller Sonderausbildungen sind auf dieser Karte einzutragen. Die Karte wird bei jeder Musterung oder freiwilligen Untersuchung vorgelegt.

In Salzburg fand am 23. Januar unter Leitung des Reichsstudentenführers Dr. Scheel eine Tagung der Studentenführung statt. In seiner Rede legte Dr. Scheel insbesondere die Anstrengungen dar, die von der Reichsstudentenführung seit je in der Fürsorge und Betreuung der von der Front zum Studium kommandierten oder beurlaubten und der Versehrten Studenten gemacht worden sind. Nur ein verschwindend kleiner Teil aller Studenten könne sich heute dem Studium widmen. Der größte Teil stünde an der Front. Dr. Scheel wies seine Mitarbeiter an, sich ganz besonders für die Frontstudenten einzusetzen und sie mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Sonderförderung für Soldaten und verheiratete

107 Studenten sei ein großer Erfolg geworden. Ein weiterer Ausbau der Fürsorgemaßnahmen, vor allem für die verheirateten Studenten, sei beantragt worden. Reichsstudentenführer Dr. Scheel gab auch besondere Weisungen für die Arbeit der deutschen Studentinnen. Er erkannte die Einsatzfreudigkeit der Studentinnen in der Heimat an, die sich vor allem im Rüstungseinsatz, aber auch beim Studium selbst gezeigt habe. Ganz allgemein unterstrich er die Bedeutung und die Notwendigkeit des Frauenstudiums. Im besonderen betonte er, daß es Pflicht der deutschen Studentinnen sei, sich neben voller Hingabe an das Studium auch am politischen Leben der Nation zu beteiligen.

Am 19. Januar war es ein Jahr, daß die gegenwärtige Regierung des Protektorats ihre Tätigkeit begonnen hatte. Der Antritt der Regierung Krejci bedeutete einen entscheidenden Einschnitt in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht in den Ländern Böhmen und Mähren. Große Aufbauarbeit ist von dieser Regierung unter starker Anteilnahme des Reiches geleistet worden. Das neugebildete Ministerium für Wirtschaft und Arbeit hat im verflossenen Jahre seine vornehmste Aufgabe darin gesehen, die Protektoratswirtschaft für die Kriegswirtschaft des Reiches einzusetzen. Der Aufbau der Arbeitsämter war hierbei von größter Bedeutung. Die wirtschaftliche Mehrleistung im Dienste der Rüstung wie auch die Versorgung des Hinterlandes; waren dabei zwei der wichtigsten Ziele. Dazu kamen starke Bemühungen um die soziale Hebung des Arbeiterstandes, wobei insbesondere die stark vernachlässigte Heimarbeit unter besonderen Schutz gestellt wurde, das Urlaubsrecht sowie Kranken- und Invalidenversicherung, die Schutzvorschriften für Frauen und Jugendliche und die unzureichende Versorgung der Kriegsbeschädigten des ersten Weltkrieges und ihrer Hinterbliebenen erheblich verbessert wurden. Nach dem Vorbild des Reiches wurde auch eine Standesorganisation der Landwirtschaft geschaffen, die in unzähligen Schulungskursen die bäuerliche Bevölkerung des Protektorats über Rationalisierungsmethoden unterrichtete, um die Erträge der Landwirtschaft zu verbessern. So konnte im Laufe des Jahres 1942 die Anbaufläche des Protektorats um 60 000 ha erweitert werden! Als erfreulicher Fortschritt auf kulturellem Gebiet darf vor allem eine großzügig durchgeführte Schulreform genannt werden. Nach dem Muster der deutschen KdF-Organisation ist eine Einrichtung „Freude und Arbeit“ geschaffen worden, die die kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterschaft befriedigen soll. Von zukunftstragender Bedeutung ist schließlich die Zusammenfassung der gesamten tschechischen Jugend im Alter von 10 bis 18 Jahren in einem staatlichen Erziehungswerk. Die ganze auf diesen Gebieten geleistete Arbeit zeigt, daß es Schritt um Schritt gelingt, das tschechische Volk in den inneren Aufbau des Reiches einzugliedern und in den Grenzen des Großdeutschen Reiches heimisch zu machen.

108 Das Wartheland ist der Gau der Rücksiedler aus fremden Ostgebieten. Hier ist auch der größte Teil der Baltendeutschen beheimatet worden. Allein in der Gauhauptstadt Posen zählt das baltendeutsche Element über 20 000 Menschen. Im Volkstumskampf bildet es eine wertvolle Stütze, da es seit Jahrhunderten eine scharf abgegrenzte und gerade Haltung gegenüber fremdem Volkstum bewiesen hat. — Zu Beginn des vierten Jahres der Parteiarbeit im Reichsgau Wartheland wurde am 11. Januar eine Schulungstagung der NSDAP in Posen durchgeführt. Gauleiter Greiser betonte in seiner Ansprache, daß es oberster Grundsatz für die Schulungsarbeit der Partei in den vor drei Jahren zum Reich gekommenen Gebieten gewesen sei, die Ausrichtung der jungen erst in der Bildung begriffenen Volksgemeinschaft nach großdeutschen Gesichtspunkten durchzuführen. Anschließend sprach Reichsleiter Rosenberg über die Aufgaben, die die Erschließung und Neugestaltung des Ostraumes in Zukunft erfordern wird.

Die Entwicklung der deutschen Siedlungsgebiete im Osten wirft verschiedene Probleme auf, von denen die bedeutendsten nicht zuletzt in der Neugestaltung der Landschaft liegen. Zwischen Reichsforstmeister Hermann Göring als der obersten Naturschutzbehörde und dem Reichsführer SS als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums ist eine Vereinbarung zustande gekommen, durch die als Sonderbeauftragter Professor Wiepking-Juergensmann die Landschaftspflege in den neuen Siedlungsgebieten leiten soll. In der Monatsschrift „Odal“ sind wissenschaftlich erarbeitete Richtlinien für die landschaftliche Gestaltung des Warthegaues, Oberschlesiens und des Generalgouvernements niedergelegt. Auch von vorbereitenden Arbeiten in den übrigen Ostgebieten wird dort gesprochen. Die im Osten sich überall hin erstreckende Kultursteppe, in der vor allen Dingen der Getreidebau gepflegt wurde, muß wieder in eine gesunde Kulturlandschaft überführt werden. Der Hauptfaktor dabei wird der Wald sein, der Wetterbildner und Wetterhalter ist. Es ist festgestellt worden, daß insbesondere die Ostwinde die Landschaftsgestaltung geschädigt haben. Aus diesem Grunde soll ein System von Waldstreifen in Zukunft die Kraft des Ostwindes abfangen. Etwa 20 bis 35 Meter breite Waldstreifen werden in Abständen von 600 bis 800 Metern das ganze Land in annähernd nordsüdlicher Richtung durchziehen, während ihnen in ostwestlicher Richtung 5 bis 6 Meter breite Feldhecken

mit 500 bis 600 Meter Zwischenräumen entsprechen werden. Waldstreifen und Hecken haben ihren Sinn und Wert als Windfänger, Erhalter der Bodenfeuchtigkeit, der Bodenkohlensäure, als Unkrautfänger und Vogelschutz. Baumgruppen sollen das Landschaftsbild auflockern, vor allem aber werden

109 Grünanlagen harmonisch in diesen Großgrünplan einfügen. Obstgehölze und Straßenbäume sollen die Verbindungen von Dorf zu Dorf herstellen. Die gesamte Landschaft des Ostens dürfte damit ein anderes Gesicht bekommen.

Am 18. Januar fand in Berlin eine Kriegsarbeitstagung der deutschen Presse statt, auf der Reichspressechef Reichsleiter Dr. Dietrich die publizistische Aufgabe im gegenwärtigen Stadium des Kriegsgeschehens umriß, in dem die Entscheidung letzten Endes bei den Menschen, bei ihren höheren Werten, bei ihrer Haltung und ihrem Charakter liege. Die Tagung wurde eingeleitet von einer Sondertagung der Gaupresseamtsleiter der NSDAP und einer Sondertagung der Hauptschriftleiter der nationalsozialistischen Parteipresse.

Um die Arbeit der Deutsch-Italienischen Gesellschaft im neuen Jahre möglichst vielseitig und fruchtbar zu gestalten, hatte der Reichssportführer das Ehrenpräsidium und den Vorstand der Gesellschaft sowie die Vorsitzenden der 26 Zweigstellen und Gruppen im Reich, die fast ausnahmslos wichtige Ämter in Staat und Partei bekleiden, am 12. Januar zu einer Arbeitstagung nach Berlin geladen. An der Arbeitstagung nahmen u. a. Reichsleiter Bouhler und Gauleiter Lauterbacher teil. In einer Reihe von Vorträgen wurden die Teilnehmer durch berufene Persönlichkeiten über wichtigste und entscheidende Einzelfragen der deutsch-italienischen Zusammenarbeit unterrichtet.

In einer geschlossenen Vorstellung im Ufa-Palast in München gelangte am 16. Januar der Film „Geheimnis Tibet“, das Dokument der Asienexpedition der Münchener Forschungs- und Lehrgemeinschaft, zur festlichen Uraufführung. Unter den Ehrengästen sah man auch Sven Hedin. Der große schwedische Asienforscher äußerte sich über den Tibet-Film der Schäferschen Expedition in höchst lobenden und anerkennenden Worten. Am gleichen Tage wurde dem verdienten schwedischen Forscher durch den Präsidenten Prof. Dr. Karl Alexander v. Müller die goldene Medaille der „Bayerischen Akademie der Wissenschaften“ überreicht als „dem kühnen und erfolgreichsten Pionier wissenschaftlicher Asienforschung und treuen Freund Deutschlands, der in zwei Weltkriegen unerschrocken für die Rechte des deutschen Volkes und Reiches eingetreten ist“.

Am 12. Januar begingen der Reichsmarschall Hermann Göring und Reichsminister Alfred Rosenberg ihren 50. Geburtstag. Die deutsche Presse würdigte an diesem Tage die Leistungen beider, die für die Wiedererhebung des deutschen Volkes von größter Bedeutung gewesen sind. —tz



110 Das Bündnis der Achsenmächte mit Japan wurde am 20. Januar durch ein Wirtschaftsbündnis erweitert und ergänzt. Hierzu wurde am 20. Januar aus dem Führerhauptquartier gemeldet: Der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop und der Kaiserlich Japanische Botschafter Hiroshi Oshima haben am 20. Januar d. J. im Führerhauptquartier einen Vertrag zwischen Deutschland und Japan über die wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Am selben Tage wurde in Rom ein gleichlautender Vertrag zwischen Italien und Japan durch den Königlich Italienischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Graf Galeazzo Ciano, und den Kaiserlich Japanischen Geschäftsträger, Shunichi Käse, gezeichnet. Diese Verträge, die die gleiche Geltungsdauer wie der Dreimächtepakt haben und diesen in wirtschaftlicher Hinsicht ergänzen, stellen eine kraftvolle weitere Ausgestaltung des Paktes der drei verbündeten Nationen dar. In konsequenter Fortsetzung der politischen Grundidee dieses Bündnisses der drei Großmächte auf längste Sicht wird nunmehr in umfassenden Verträgen eine großzügige Wirtschaftsplanung vorgenommen. Damit werden die Großwirtschaftsräume Europas und Ostasiens mit allen ihren Kräften für den totalen Krieg gegen unsere Feinde zum vollen Einsatz gebracht. Gleichzeitig wird mit diesen Verträgen für die Nachkriegszeit die Grundlage für die dauernde wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsgroßräumen gelegt. In den Verträgen wird der Austausch der wirtschaftlichen Leistungen jeder Art und ihre weitestgehende Förderung bestimmt und die Zusammenarbeit in allen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen festgelegt.

Der zwischen Deutschland und Japan über die wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossene Vertrag hat folgenden Wortlaut: Die Regierung des Deutschen Reiches und die Kaiserlich Japanische Regierung haben beschlossen, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit noch enger zu gestalten, um in diesem Kriege für den Aufbau der neuen Ordnung in Europa und Großostasien mit ihren gesamten wirtschaftlichen Kräften einander zu unterstützen und nach siegreicher Beendigung des Krieges jede in ihrem Wirtschaftsraum durch umfassende Aufbauplanung eine Neuordnung durchzuführen, die Wohlstand und Gedeihen aller beteiligten Völker sicherstellt. Sie haben daher folgendes vereinbart:

111 Artikel 1. Deutschland und Japan werden den Austausch wirtschaftlicher Leistungen zwischen ihren Wirtschaftsräumen in jeder Hinsicht und mit allen Kräften fördern und ausbauen Sie werden sich bei der Beschaffung von Waren und der Errichtung von Anlagen gegenseitig unterstützen und eine enge technische Zusammenarbeit durchführen.

Artikel 2. Deutschland und Japan werden eine enge finanzielle Zusammenarbeit durchführen, um die sich aus der Durchführung des Artikels I ergebenden Zahlungen zu erleichtern.

Artikel 3. Deutschland und Japan werden enge Verbindung miteinander halten, um ihre Zusammenarbeit für die Durchführung ihrer Wirtschaftspolitik immer wirksamer zu gestalten. Die beiden Regierungen werden zu diesem Zweck die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern durch Sonderbeauftragte ständig beobachten lassen.

Artikel 4. Die zuständigen Stellen der beiden Regierungen werden die zur Durchführung dieses Vertrages notwendigen Einzelheiten vereinbaren.

Artikel 5. Dieser Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft und bleibt ebensolange in Geltung wie der Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan vom 27. September 1940.

Gleichzeitig mit der im Führerhauptquartier erfolgten Unterzeichnung des Vertrages zwischen Deutschland und Japan über die wirtschaftliche Zusammenarbeit sind in Tokio zwischen dem deutschen Botschafter Oft und dem Leiter der deutschen Wirtschaftsdelegation, Staatsrat Wohltat, einerseits und dem Kaiserlich Japanischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Tani, andererseits drei Durchführungsabkommen abgeschlossen worden, die konkrete Einzelheiten über den Warenverkehr, die technische Zusammenarbeit und den Zahlungsverkehr enthalten. Verhandlungen über die Einzelheiten zur Durchführung des Vertrages zwischen Italien und Japan sind noch im Gange.

Offiziös wurde in Berlin zum Vertragsabschluß folgendes verlautet: „Der Dreimächtepakt vom 27. September 1940 bestimmt, daß Japan einerseits die Führung Deutschlands und Italiens bei der Schaffung einer neuen Ordnung in Europa, und Deutschland und Italien andererseits die Führung Japans bei der Schaffung einer neuen Ordnung im großasiatischen Raum anerkennen, daß die drei Mächte auf dieser Grundlage zusammenarbeiten wollen und die Verpflichtung übernehmen, sich mit allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln gegenseitig zu unterstützen.

Nach dem Kriegseintritt Japans ist durch Vertrag vom 11. Dezember 1941 zwischen den drei Ländern weiter vereinbart worden. daß sie die Waffen nicht niederlegen werden, bis der gemeinsame Krieg gegen

112 die Vereinigten Staaten von Nordamerika und England zum siegreichen Ende geführt worden ist, daß sie diesen Krieg mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln gemeinsam führen und auch danach zum Zweck der Herbeiführung einer gerechten Neuordnung auf das engste zusammenarbeiten werden.

Auf der gleichen grundsätzlichen Übereinstimmung der Dreierpaktmächte hinsichtlich einer totalen und vorbehaltlosen gegenseitigen Unterstützung beruht auch der neue Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, der gleichzeitig und gleichlautend zwischen Deutschland und Italien einerseits und Japan andererseits gezeichnet worden ist. Eine solche Abmachung auch zwischen Deutschland und Italien zu treffen war nicht nötig, weil zwischen den beiden Achsenmächten eine solche wirtschaftliche Zusammenarbeit schon seit langem besteht.

Der neue Vertrag umreißt die im Dreimächtepakt selbst vereinbarte wirtschaftliche Zusammenarbeit und schafft die feste Grundlage für die zu ihrer Durchführung erforderlichen Maßnahmen. In seiner Geltungsdauer ist er mit dem zunächst auf 10 Jahre abgeschlossenen Dreimächtepakt gekoppelt. Als Zielsetzung der abgesprochenen Zusammenarbeit sieht er die vollständige Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte der verbündeten Staaten Deutschland, Italien und Japan zur gegenseitigen Unterstützung beim Aufbau der neuen Ordnung in Europa und Großostasien einmal für die Zeit des Krieges und darüber hinaus auch für die Zeit des geplanten umfassenden Aufbaues nach der siegreichen Beendigung des Krieges vor, um durch die gemeinsame Arbeit und sinnvolle Entwicklung und Ergänzung der beiderseitigen wirtschaftlichen Möglichkeiten den Wohlstand und das Gedeihen aller beteiligten Völker sicherzustellen. Es handelt sich also um einen Vertrag, der in seiner Zielsetzung und Bedeutung weit über ein gewöhnliches Handelsabkommen hinausgeht. Während der Dreimächtepakt den Grundsatz der gegenseitigen Unterstützung mit allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln festlegt und durch den Vertrag vom 11. Dezember 1941 in Durchführung dieses Grundsatzes auf militärischem Gebiet ein Militärbündnis abgeschlossen wurde, wird nunmehr durch den neuen Vertrag auf wirtschaftlichem Gebiet die schon bisher geübte Zusammenarbeit zu einem formellen Wirtschaftsbandnis ausgebaut und über den Krieg hinaus auch für die Friedenszeit festgelegt. Die Möglichkeiten, die sich aus diesem Wirtschaftsbandnis der drei Länder und ihrer Wirtschaftsräume ergeben, sind so groß, daß man ihr Ausmaß heute kaum völlig überblicken kann. Die Wirtschaftsräume ergänzen sich in der denkbar glücklichsten und vollkommensten Weise:

Europa unter deutsch-italienischer Führung mit seinen hochentwickelten technischen Leistungen und Fähigkeiten, seiner ungeheuer vielfältigen Industrieerzeugung und seinen erprobten

113 Entwicklungserfahrungen einerseits und Großostasien mit seinen gewaltigen Schätzen an unentbehrlichen wichtigen Rohstoffen andererseits. Es ist für den neuen Wirtschaftsgeist der jungen Völker kennzeichnend, daß sie die berüchtigten, auf kolonialer Ausbeutung beruhenden Rohstoffmonopole der anglo-amerikanischen Mächtegruppe nicht zerschlagen haben, um an ihre Stelle neue, nach plutokratisch-kapitalistischen Gesichtspunkten arbeitende Monopole zu setzen, sondern bewußt auch in dem neuen Vertrag die Wohlfahrt und das Gedeihen der beteiligten Völker und Wirtschaftsräume erstreben. Sie stellen nicht die Gesichtspunkte privatwirtschaftlicher Rentabilität in den Vordergrund, sondern die Idee eines planvollen, für den Gesamttraum und für die Hebung des Lebensstandards seiner Bevölkerung gedeihlichen wirtschaftlichen Aufbaues. Die Grundlagen und Voraussetzungen für diese neue Wirtschaftsordnung in den Dreierpakträumen werden schon jetzt geschaffen. Sie zeigen sich in Europa, wo trotz des Krieges die Koordinierung der wirtschaftlichen Kräfte zwischen den verschiedenen Ländern immer weiter fortschreitet und die Erschließungsarbeiten in den neu gewonnenen Ostgebieten bereits die ersten Erfolge aufweisen. Gleichzeitig hat im großostasiatischen Raum unter der zielbewußten japanischen Führung eine planvolle verwaltungsmäßige und produktionsordnende Neuorientierung des Wirtschaftslebens eingesetzt und bereits große Ergebnisse gezeitigt.

Im Gegensatz zur anglo-amerikanischen Mächtegruppierung entwickeln die Dreierpaktmächte nicht theoretische Programme, sondern gehen planmäßig durch die Tat an den Aufbau einer neuen Wirtschaft. Und während im gegnerischen Lager sich die beiden Hauptpartner über die Auslegung ihrer gemeinsamen Atlantik-Charter immer noch nicht einigen konnten, sich vielmehr in den wichtigsten Fragen, nicht nur auf politischem und militärischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet, in dauernden schweren Meinungsverschiedenheiten befinden, herrscht zwischen den Dreierpaktmächten völlige Harmonie und totale Solidarität. Wenn auch die naturgegebene gegenseitige wirtschaftliche Ergänzung des europäischen und großostasiatischen Wirtschaftsraumes erst nach der schon heute sichergestellten siegreichen Beendigung des Krieges für die Dreierpaktmächte zur vollen Entfaltung gelangen kann, so bilden doch jetzt bereits der unbeugsame Wille der beteiligten Völker und die durch

den neuen Vertrag wiederum bekräftigte zielbewußte Zusammenarbeit ihrer Regierungen die sichere Garantie für die Erreichung dieses Zieles.

114 Aus Anlaß der Unterzeichnung des „Vertrages zwischen Deutschland und Japan über die wirtschaftliche Zusammen arbeit“ richtete der japanische Außenminister Tani an Reichsaußenminister Ribbentrop folgendes Telegramm: „Die Tatsache, daß heute zwischen Japan und Deutschland ein Wirtschaftsvertrag unterzeichnet wurde, ist für beide Länder ein Anlaß zu besonderer Freude. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern werden durch diesen Vertrag gefestigt und enger gestaltet und nun werden die gesamten Wirtschaftskräfte der beiden großen Wirtschaftsräume Großasiens und Europas für die gemeinsame Kriegführung zum vollen Einsatz gebracht. Ich bin der festen Überzeugung, daß dadurch der Endsieg in den Händen der Achsenmächte liegt Anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages übermittle ich Eurer Exzellenz meine Glückwünsche. Zugleich bekräftige ich meinen Entschluß zu einer weiteren verstärkten Zusammenarbeit, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen.“. Von Ribbentrop dankte mit nachstehendem Telegramm: „Eurer Exzellenz danke ich bestens für die freundschaftlichen Glückwünsche, die Sie mir aus Anlaß der heutigen Zeichnung der Verträge zwischen Deutschland und Japan über die wirtschaftliche Zusammenarbeit übermittelt haben. Im Geiste des Dreimächtepaktes wird durch diese Verträge die totale gegenseitige Unterstützung in Krieg und Frieden festgestellt. Damit ist eine weitere Garantie für unseren Endsieg und die Grundlage für die Neugestaltung unserer beiderseitigen Wirtschaftsräume für die kommende Friedenszeit geschaffen.“ In einer Rede vor dem japanischen Reichstag am 27. Januar nahm Außenminister Tani erneut zu dem Verhältnis zwischen Japan und den Dreierpaktmächten Stellung und führte aus: Japans Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien auf militärischem, politischem, kulturellem und allen anderen Gebieten sei eng und fest, so daß alle Versuche der Gegenseite, zwischen den Staaten des Dreierpaktes Zwietracht zu säen, lächerlich wirkten. Die gegenseitige Unterstützung und die Zusammenarbeit zwischen Japan, Deutschland und Italien sei nicht nur für die Zeit des Krieges, sondern auch für die Nachkriegszeit gedacht und schließe alle Gebiete ein. Am klarsten finde diese Tatsache in dem richtungweisenden neuen Wirtschaftsabkommen ihren Ausdruck, das den Geist des Dreierpaktes auf wirtschaftlichem Gebiete widerspiegele. Japans Ministerpräsident Tojo gab ebenfalls im japanischen Reichstag am 27. Januar einen ausführlichen Überblick über die militärische Lage sowie über die in Wirtschaft und Verwaltung Japans zu ergreifenden Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, den Endsieg sicherzustellen. Tojo führte aus, in den besetzten Gebieten sei man heute dabei, die strategische Lage immer weiter und mächtiger auszubauen. Man könne sagen, daß jene Positionen sowohl für Offensiven als auch für die Defensive bereits gesichert seien. Die Rohstoffe, die im Verlaufe des ersten Kriegsjahres in die Hände Japans fielen, ermöglichten es, den Krieg erfolgreich weiterzuführen, wie lange er auch dauern möge. Für den Gegner

115 jedoch bedeute der Ausfall dieser lebenswichtigen und kriegswichtigen Rohstoffe einen schweren Schlag. Das sei auch der Grund, weshalb der Feind nunmehr entscheidende Schlachten suche, selbst auf die Gefahr hin, strategisch im Nachteil zu sein. Daher sei das Jahr 1943 sicherlich ein Jahr, das als Periode für entscheidende Schlachten bezeichnet werden könne, durch die eine weitere Voraussetzung für den sicheren Sieg geschaffen würde. Japan sei gewillt, in noch engerer Zusammenarbeit mit seinen Verbündeten seine Offensivoperationen zu verstärken, bis der Gegner unfähig sei, diesen Krieg noch weiter fortzuführen. Premierminister Tojo würdigte dann die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan einerseits und Mandschukuo, China, Thailand andererseits, um sich schließlich den Vorgängen in Europa zuzuwenden. Hier finde man Deutschland, Italien und die übrigen Verbündeten, die im engsten Zusammenwirken mit Japan allenthalben ihre die Welt in Erstaunen setzende Kampfstärke demonstrieren und alle Schwierigkeiten überwinden. Sie würden zweifellos ihre bisherigen erfolgreichen Offensivoperationen weiter ausdehnen und damit ihre Stellung immer mehr festigen. Eine Entwicklung, wie sie jetzt in Nordafrika zu verzeichnen sei, sei nicht? als ein Zwischenakt im Verlaufe des Kriegsgeschehens und könne keineswegs die allgemeine Entwicklung des Kriege» beeinflussen. Eine solche Entwicklung bedeute vielmehr die Gelegenheit, um den anglo-amerikanischen Kräften schwere und entscheidende Schläge beizubringen. Deutschland und Italien hätten diese Gelegenheit bereits ergriffen. Der Gegner werde diese Schläge in Ost und West weiterhin zu spüren bekommen. Die Freundschaft zwischen den verbündeten Nationen de- Dreierpaktes nehme von Jahr zu Jahr an Herzlichkeit zu. Hier demonstriere sich eine Zusammenarbeit für ein gemeinsames Ziel, wie sie enger kaum gedacht werden könne. Im Gegensatz hierzu erkenne die Welt immer mehr, daß zwischen England und Amerika weitgehende Differenzen bestünden, wie sie sich aus den eigensüchtigen Interessen der beiden Länder über das Ziel dieses Krieges und Nachkriegsprobleme natürlicherweise ergäben.

Allein diese Tatsache erkläre am besten, auf welcher Seite das Recht ist und welcher Seite der Sieg zufallen werde. Er möchte bei dieser Gelegenheit, so erklärte Tojo, zusammen mit den Mitgliedern des Reichstages den Verbündeten Japans herzlichste Wünsche aussprechen für die heute bereits erzielten großen Erfolge und gleichzeitig Dank sagen für die wunderbare Zusammenarbeit mit Japan.

Premier Tojo beschäftigte sich alsdann mit den besetzten Südgebieten. Die Bevölkerung dieser Gebiete demonstrierte von ganzem Herzen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Japan zur Schaffung einer Neuordnung Großasiens. In Malaya, Sumatra, Java, Borneo, Celebes und den übrigen Gebieten.

- 116 herrsche allenthalben Ruhe und Frieden. Die japanische Wehrmacht unternehme alles, um diesen Gebieten und ihren Menschen diesen Frieden zu erhalten. Das burmesische Volk unter seinem Führer Dr. Maung vollbringe große Leistungen beim Aufbau des Landes und leiste so einen wertvollen Beitrag für die Schaffung eines großasiatischen Lebensraumes. Diese Anstrengung des burmesischen Volkes verfehlte nicht, Japan stark zu beeindrucken. Japan beabsichtige daher, noch in diesem Jahr die Schaffung eines burmesischen Staates anzuerkennen, und zwar mit den Gebieten, die heute unter den Amtsbereich der gegenwärtigen burmesischen Zentral Verwaltung fallen. Damit nähere sich der langgehegte Wunsch des burmesischen Volkes nach Unabhängigkeit, für die Japan stets eintrat, seiner Erfüllung. Er könne die Versicherung abgeben, daß sich diese Entwicklung völlig mit den Wünschen Japans decke. Was die Philippinen anbelange, so möchte er seine früheren Erklärungen wiederholen, daß Japan bereit sei, auch diesem Lande die Unabhängigkeit zu gewähren, sofern seine Bevölkerung Japans wirkliche Ziele verstehe und bereit sei zur Zusammenarbeit für die Schaffung des gemeinsamen Lebensraumes. Es sei ermutigend, zu sehen, wie sich in den Philippinen eine immer stärkere Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Japan bemerkbar mache und der Frieden und die Ordnung immer mehr Platz greifen. Er hoffe, daß die Filipinos diese Zusammenarbeit noch mehr verstärken und so ihrerseits die Voraussetzung schaffen dafür, daß ihrem Lande sobald wie möglich die Unabhängigkeit gewährt werde. Wenn man so die erfolgversprechende Entwicklung in Burma und auf den Philippinen sehe, erfülle es mit größtem Bedauern, daß der Nachbar Burma, das indische Volk, weiterhin in seinem Verlangen nach Freiheit einer unglaublichen Unterdrückung ausgesetzt sei. England versuche nach wie vor, diese Nationalbewegung in Indien mit Gewalt zu unterdrücken. Heute schon kämpften Inder zusammen mit Japan in vorderster Front gegen ihren gemeinsamen Feind. Dem indischen Volke und seinen Führern möchte er auch bei dieser Gelegenheit noch einmal die vollste Sympathie Japans für seinen Freiheitskampf ausdrücken. Japan sei jederzeit bereit und gewillt, dem indischen Volke jede nur mögliche Hilfe zukommen zu lassen. Gegenüber Australien sei Japans Haltung die gleiche wie in bezug auf Tschungking. Auch hier sei es unvermeidlich, Australien so lange weitere Schläge beizubringen, bis die Australier aus ihren Illusionen erwachten.

Mit Französisch-Indochina entwickelt Japan systematisch die Wirtschaftsbeziehungen.

Am 9. Januar erklärte die chinesische Nationalregierung in Nanking den Krieg gegen England und die

- 117 Vereinigten Staaten. Hierzu äußerte Premierminister Tojo, diese Kriegserklärung sei ein großer Schritt weiter zum Siege über die Mächte, die unter Außerachtlassung der Lebensrechte von einer Milliarde Ostasiaten reine Ausbeutungspolitik getrieben hätten. Die japanische Regierung veröffentlichte ferner zur Kriegserklärung Nankings folgende Erklärung: „Die Nationalregierung der Republik China hat heute, am 9. Januar 1943, den USA und dem britischen Empire den Krieg erklärt. Der Grund für diese Maßnahme geht klar aus der Kriegsproklamation hervor, die die Nationalregierung veröffentlicht. Japan, das viele Jahre hindurch in gleicher Weise unter den feindseligen Mächtschaften der USA und Englands zu leiden hatte, nimmt zu diesem Schritt eine verständnisvolle und sympathisierende Haltung ein. Die Regierungen Japans und Chinas haben sofort eine gemeinsame feierliche Erklärung abgegeben, worin klar dargelegt wird, daß zum Zwecke der gemeinsamen Kriegführung gegen die USA und das britische Empire die beiden Staaten militärisch, politisch und wirtschaftlich mit unerschütterlicher Entschlossenheit und Treue zusammenarbeiten werden. Japan ist von dem ernstesten Willen beiseelt, die Übel mit der Wurzel auszurotten, die Störungen in Großasien hervorzurufen geeignet sind, und auf der Grundlage ethischer Prinzipien eine neue Weltordnung in diesem Raum aufzubauen, womit es für den dauernden Weltfrieden seinen Beitrag leisten wird. Nach ihrer Neugestaltung hat die Nationalregierung die Absichten und Bestrebungen Japans stets geteilt, und nun tritt sie entschlossen auf, um mit Japan eine gemeinsame Front zu bilden und die USA und das britische Empire niederzukämpfen.“

In London und Washington versuchte man die militärische Bedeutung der Kriegserklärung Nankings verständlicherweise möglichst zu verkleinern. Demgegenüber veröffentlichte die in Tokio erscheinende „Weekly Gazette“, das Organ des japanischen Informationsamtes, interessante Zahlen über die Stärke der der Regierung Wangtschingweis zur Verfügung stehenden Streitkräfte. Danach besteht die Armee Nankings aus über 42 Divisionen, außerdem stehen in Nordchina zwölf Armeekorps. Nachdem die Stellung der Nationalregierung in Nanking außenpolitisch gefestigt war, habe die Zahl der Tschungkinggenerale und -Soldaten, die sich der Nationalregierung angeschlossen hätten, von Tag zu Tag zugenommen. Die übergetretenen Tschungkingverbände beständen aus 20 Divisionen, sechs unabhängigen Brigaden und drei unabhängigen Armeekorps, mit insgesamt mehr als 200000 Mann. Die Rückgabe der Konzessionen durch Japan an C h i n a erfüllt eine alte immer wieder erhobene Forderung der Chinesen und bedeutet zweifellos einen großen Erfolg der Nankingregierung. Von den Achsenmächten besaß nur Italien bisher Konzessionen in China. Die italienische Regierung hat sie

118 inzwischen mit einer Erklärung aufgegeben. Deutschland hat dies bereits 1922 getan. Die Vereinigten Staaten und England sahen sich nunmehr genötigt, ebenfalls auf ihre Konzessionen in China zu verzichten und schlossen daher eine entsprechende Vereinbarung mit Tschungking. Dieses Zugeständnis ist praktisch wertlos, denn England und die USA haben seit dem Kriegseintritt Japans alle ihre Konzessionen, Niederlassungen und Besitzungen in Ostasien verloren. Sie sind in den Besitz Japans übergegangen! Die Aufgabe der Konzessionen durch Japan hat demnach praktischen, die durch England und die USA dagegen höchstens propagandistischen Wert.

Über die Bildung eines Iberischen Blocks hat das spanische Außenministerium am 20. Januar ein Rotbuch veröffentlicht, das nach einer Einleitung die Reden wiedergibt, die während der Lissaboner Besprechungen vor Weihnachten 1942 von dem portugiesischen Staatspräsidenten, Carmona, Portugals Ministerpräsidenten Salazar, dem Präsidenten der portugiesischen Nationalversammlung und dem spanischen Außenminister, Grafen Jordana, gehalten wurden. In der Einleitung zu dem Rotbuch heißt es: „Der vielleicht größte Vorwurf Spaniens gegen das liberalistische System besteht darin, daß es über dem kleinlichen Parteienstreit die großen äußeren Unternehmen außer acht gelassen hat. Der Abstieg der Geltung Spaniens im Auslande nach den napoleonischen Kriegen erreichte im 19. Jahrhundert durch das liberalistische System seinen Tiefpunkt. Nach der Selbstbesinnung unseres Vaterlandes ist es notwendig, vor allen Dingen den außenpolitischen Problemen die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Das ist die Wurzel der Politik der Halbinsel, die so naturgegeben und notwendig ist, daß die frühere Haltung kaum verständlich wird. General Franco gehört das Verdienst, diese Notwendigkeit erkannt und eine Politik des vollkommenen Verständnisses mit Portugal auf der Basis aufrichtiger Freundschaft, absoluter Gegenseitigkeit, Achtung und engster Zusammenarbeit beschlossen zu haben. Unter jedweden Umständen wären beide Länder unter der Führung ihrer großen Staatsmänner zu einem raschen Verständnis gekommen. Der gegenwärtige Krieg aber hat noch einen weiteren Punkt in der Übereinstimmung zwischen den beiden Nationen hervorgerufen. Sie fühlen sich verpflichtet, innerhalb des sie umgebenden Krieges eine friedliche Insel zu bilden. Das ist die Politik von General Franco. Das ist der Iberische Block.“ Der Iberische Block will sich also keineswegs als Angriffsbasis gegen Europa mißbrauchen lassen! Da seine beiden Staaten solche des autoritären Regimes sind, da sie ferner eine eindeutige antibolschewistische Haltung einnehmen, die bei Spanien sich auch praktisch durch die Teilnahme der Blauen Division am Kampf im Osten ausdrückt, ist allen Spekulationen unserer Gegner, auf der

119 Iberischen Halbinsel ohne wirklichen Kampf Fuß zu fassen, ein Riegel vorgeschoben.

In diesem Sinne bezeichnend war der Redewechsel zwischen dem neuen deutschen Botschafter in Madrid, von Moltke, und Spaniens Staatschef, Franco, der bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens erfolgte. Botschafter von Moltke erklärte: „Ich trete die mir vom Führer anvertraute hohe Mission, die darin besteht, die traditionelle deutsch-spanische Freundschaft zu fördern, in einem Augenblick an, wo der Entscheidungskampf um die ganze Zukunft der alten europäischen Kultur seinen Höhepunkt erreicht hat. Ebenso wie das deutsche und das italienische Volk, so hat auch das spanische Volk nach der glorreichen Besiegung der inneren Feinde dieser Kultur seine nationale Wiederauferstehung erlebt. Als das spanische Volk unter Führung seines Caudillo in einer noch nicht weit zurückliegenden Vergangenheit Europa gegen die Angriffe des Bolschewismus, siegreich verteidigte, kämpfte die deutsche Legion an der Seite der Truppen des nationalen Spaniens. Heute steht die spanische Freiwilligendivision an der Ostfront, um zusammen mit ihren deutschen Kameraden in heroischem Kampf die bolschewistischen Angriffe zurückzuschlagen. Die dauerhafte, durch gemeinsam vergossenes Blut

besiegelte Freundschaft zwischen unseren beiden Nationen bildet eine der Garantien für die Zukunft Europas."

General Franco betonte in seiner Antwort u. a., daß das spanische Volk wie kaum ein anderes den heldenmütigen und geschichtlichen Kampf verstehe, den das deutsche Volk gegen den Bolschewismus im Osten Europas führt. Franco fuhr fort:

„Das spanische Volk weiß die Opfer des deutschen Volkes und die Tatsache ehrlich zu würdigen, daß das Schicksal den Führer dazu ausersehen hat, die Macht des Bolschewismus zu vernichten. Das spanische Volk, das am eigenen Leibe die Schrecken des Kommunismus erfahren mußte, versteht wie kein anderes die entscheidende Bedeutung, die der harte und siegreiche Kampf im Osten für die Zukunft der europäischen Kultur und Zivilisation hat. Darum ist die spanische Nation stolz darauf, daß bei der Erfüllung dieser geschichtlichen Aufgabe spanisches und deutsches Blut für ein gemeinsames Ideal vergossen wird. Ihre Mission, Herr Botschafter, wird bei uns herzlich und aufrichtig verstanden werden, zumal die traditionelle Freundschaft, die unsere Völker in der Geschichte gepflegt haben, heute durch die Freundschaft und das Vertrauen des Führers und durch das Opfer, das die deutschen Freiwilligen im spanischen Freiheitskampf gebracht haben, gestärkt und vertieft wird."

Die deutsch-spanische Freundschaft und die Gemeinsamkeit der ideologischen Grundlagen der Regime in

120 beiden Ländern auch in dem Besuch des spanischen Parteiministers A r r e s e in Deutschland zum Ausdruck. Der spanische Minister, in dessen Begleitung sich eine Anzahl hervorragender, meist auch im spanischen Bürgerkrieg an der Front bewährter und z. T. für ihren Einsatz in der Blauen Division mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnete Mitglieder der Falange befand, besichtigte hauptsächlich deutsche Sozialeinrichtungen und wurde am 18. Januar vom Führer empfangen.

Am fünfundzwanzigsten Jahrestage, an dem Marschall Mannerheim im Freiheitskampf des finnischen Volkes den Oberbefehl über die finnischen Truppen übernahm, um die Freiheit und Eigenstaatlichkeit Finnlands zu gewinnen, hat der Marschall am 28. Januar folgenden Tagesbefehl an die finnische Wehrmacht erlassen: „In diesem Winter und Frühling sind 25 Jahre seit den entscheidenden Ereignissen verflossen, die zu der tatsächlichen Selbständigkeit unseres Landes führten. Die bolschewistische Macht im Osten, die uns als großsprecherisches Geschenk die Freiheit versprach, hat damals gleichzeitig beschlossen, sie im finnischen Blut zu ertränken. Als erste Nation der Welt haben wir damals unter tragischen Opfern unseres ganzen Volkes der Pest des Ostens einen Riegel vorgeschoben. Dieser schwere Kampf rettete damals unsere Freiheit und gab unserem Volke das Recht, zu den selbständigen Völkern gerechnet zu werden. Das vergangene Vierteljahrhundert hat in gemeinsamer Anstrengung und aufbauender Arbeit unter der ständigen Bedrohung durch das bolschewistische Riesenreich die alten Wunden geheilt und dem finnischen Volk die wunderbare Kraft der inneren Einheit und nationalen Opferbereitschaft gegeben. Die Stärke der Einmütigkeit dieses kleinen Volkes zeigte sich in ihrer ganzen Größe in den schweren Monaten des Winterkrieges vor drei Jahren, und die gleiche Kraft gibt uns jetzt den Antrieb, da wir zum drittenmal unseren heiligen Freiheitskrieg um unsere Existenz und Zukunft führen. Wir haben gelernt, daß das Vaterland als gemeinsamer Schatz allen gehört. Unser Krieg geht weiter. Das Schicksal des Landes steht immer noch auf der Waagschale. Seiner Zukunft gelten alle unsere Gedanken, unsere Gefühle, unsere Anstrengungen und unsere Gebete. In der Einmütigkeit liegt unsere Kraft."

Finnlands Stellung in Vergangenheit und Gegenwart wird durch dieses militärische Dokument treffend gekennzeichnet.

Zum zehnten Jahrestage der Machtübernahme durch Adolf Hitler hat Rumäniens stellvertretender Ministerpräsident eine Erklärung veröffentlicht, die im Anschluß an den Tagesbefehl Mannerheims zitiert werden muß. Es heißt darin: „Heute, wo man weiß, daß der Osten sich zum Sturm auf Europa gerüstet hatte, kann man ermessen, was es bedeutet, daß das Reich die Ausbreitung der Gefahren des

121 Bolschewismus verhindert hat, und daß es als Schildträger Europas die Flut abgewehrt hat, die ganz Europa über Skandinavien bis zum Atlantik, bis zur Adria und bis zu den Dardanellen überschwemmt hätte.“

Am 10. Januar empfing der Führer in seinem Hauptquartier den Staatsführer Rumäniens, Marschall Antonescu. Hierüber wurde folgende offizielle Verlautbarung veröffentlicht: Der Führer empfing am 10. Januar in seinem Hauptquartier den Staatsführer Rumäniens, Marschall Antonescu. An den vom Geiste der Freundschaft und der kampferprobten Waffenbrüderschaft der beiden Völker getragenen Aussprachen nahmen von deutscher Seite der Reichsaußenminister von Ribbentrop, von rumänischer Seite der den rumänischen Staatsführer begleitende stellvertretende Ministerpräsident Mihai Antones-

cu teil. An den militärischen Besprechungen waren von deutscher Seite Generalfeldmarschall Keitel, der Chef des Generalstabes, General Zeitzier, und General Jodl, von rumänischer Seite der Rüstungsminister, Divisionsgeneral Dobre und der Chef des rumänischen Generalstabes, Divisionsgeneral Stefla, beteiligt. Die Besprechungen erstreckten sich auf alle Fragen des Kampfeinsatzes der beiden Völker und die entschlossene Fortführung des Krieges gegen den gemeinsamen Feind bis zum totalen Sieg unserer Waffen. Die volle Übereinstimmung der Auffassungen über die weitere Kriegführung auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet wurde festgestellt. Für die wirtschaftlichen Besprechungen waren der Reichswirtschaftsminister Dr. Funk sowie der Vorsitzende des deutsch-rumänischen Regierungsausschusses, Gesandter Clodius, im Hauptquartier anwesend. Anlässlich dieser Zusammenkunft besuchten der rumänische Staatsführer, Marschall Antonescu, und sein stellvertretender Ministerpräsident, Mihai Antonescu, auch den Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, zu einer abschließenden Besprechung. Der Besuch des rumänischen Staatsführers im Hauptquartier des Führers fand im Geiste des herzlichen Einvernehmens der beiden Völker statt.

Mit der Türkei, die in ähnlichem Sinne wie Spanien zwischen den Kriegführenden liegt und für die die Sowjetunion, schon wegen der historischen russischen Aspirationen auf die Meerenge zweifellos die größte Gefahr darstellt, hat Deutschland am 31. Dezember 1942 endgültig die Ausführungsbestimmungen über das im Juni 1942 vereinbarte Kreditabkommen abgeschlossen. Darin ist ein deutscher Kredit an die Türkei in Höhe von hundert Millionen Reichsmark sowie deutsche Waffenlieferungen gegen beträchtliche Chromerzlieferungen der Türkei vorgesehen. Auch die Türkei will nach wie vor dem Kriege fernbleiben, wie Ministerpräsident Saracioglu in einem Interview mit englischen Zeitungen am 20. Januar erneut

122 feststellte. Daß er diese Feststellung gerade in einem Interview mit den beiden führenden englischen Zeitungen „Times“ und „Daily Telegraph“ gemacht hat, dürfte nicht ohne Absicht geschehen sein. Der türkische Staatsmann hielt es offenbar für angebracht, sich mit der Äußerung, die Türkei sei gewillt, jeden Angriff auf ihr Territorium abzuwehren, an die englische Adresse zu wenden. Kurz vorher hatte die Regierung des Irak, die bekanntlich seit der Besetzung des Landes durch die Engländer nichts weiter als eine Marionettenregierung in der Hand Londons ist, den Achsenmächten und Japan den Krieg erklärt. Was kann diese Kriegserklärung anderes bedeuten als den Willen Englands, an den Südgrenzen der Türkei einen formellen völkerrechtlichen Zustand zu schaffen, der eventuellen militärischen Unternehmungen Englands innerhalb dieses Raumes und aus demselben jeden diplomatischen Einwand nehmen könnte? Es gehört in diesen Zusammenhang, wenn von London und Washington aus immer wieder Nachrichten über ein bevorstehendes türkisch-sowjetisches Freundschafts- und Bündnisabkommen ausgestreut werden. Der USA-Botschafter in Ankara scheint in diesem Sinne eifrig zu wirken. Aber maßgebende türkische Kreise haben das Bestehen solcher Absichten immer wieder energisch dementiert. Man weiß natürlich in Ankara sehr wohl, was Verträge mit Moskau wert sind und sieht keinen Anlaß, durch den Abschluß eines praktisch doch wertlosen Vertrages mit der Sowjetunion die eigene Position zwischen den kriegführenden Parteien zu schwächen.

Politik und Kriegführung unserer Feinde bewegen sich rings um die von den Achsenmächten und ihren Verbündeten besetzte Stellung Europa. Die sowjetische Winteroffensive versucht den Einbruch in diese Stellung vom Osten. Trotz erheblicher Anfangserfolge wird diese Winteroffensive der Sowjets aller Voraussicht nach ein ähnliches Schicksal haben wie ihre Winter-offensive 1941/42. Der diesjährige sowjetische Einbruchsversuch in die europäische Kontinentalstellung von Osten her wurde begleitet durch ein kombiniertes englisch-amerikanisches Unternehmen in Nordafrika mit dem Ziel, zunächst die Achsenmächte aus Afrika völlig zu vertreiben und dann von Afrika die europäische Südflanke anzugreifen. Dieser gemeinsam englisch-amerikanisch-sowjetischen militärischen Aktion gegen Europa sollte in der zweiten Hälfte Januar eine gemeinsame parallele politische Großaktion hinzugefügt werden. Dies war der Sinn des Zusammentreffens Churchills und Roosevelts mit großen Sachverständigenstäben in Casablanca, der Hafenstadt Marokkos an der Atlantischen Küste. Hierüber wurde am 27. Januar folgende Verlautbarung in London und Washington herausgegeben: „Der Präsident der USA und der britische Premier haben seit dem 14. Januar in der Nähe von Casablanca Beratungen abgehalten. Sie

123 waren von den Stabschefs der beiden Länder begleitet, welche zehn Tage hindurch ununterbrochen konferierten. Die Beratungen, über welche den beiden Staatsmännern laufend Bericht erstattet wurde, erstreckten sich auf das gesamte Gebiet der Kriegführung und befaßten sich mit der Erschließung aller Hilfsmittel zwecks intensiverer Kriegführung zu Lande, zur See und in der Luft. Über die Kriegspläne und Operationen gegen die Achsenmächte im Laufe des Jahres 1943 sowie über die Ausnutzung der

unverkennbar günstigen Wendung der Kriegslage wurde vollständiges Einverständnis zwischen den Konferenzteilnehmern erzielt. Stalin, der zur Teilnahme an den Besprechungen eingeladen war, jedoch mit Rücksicht auf die Offensive an der Ostfront Rußland nicht verlassen konnte, wurde ebenso wie Generalissimus Tschiangkaischek vom Verlauf der Zusammenkunft informiert. General de Gaulle und General Giraud, die auf Einladung der beiden Staatschefs in Marokko zusammengekommen waren, gaben folgendes gemeinsames Kommuniqué heraus: Wir haben beim Verlauf unserer Besprechung die volle Übereinstimmung unserer Ansichten betreffend des anzustrebenden Zieles, nämlich die Befreiung Frankreichs und den Triumph der menschlichen Freiheiten durch die vollkommene Niederlage des Feindes festgestellt. Wir werden dieses Ziel durch die Vereinigung aller Franzosen zwecks gemeinsamer Kriegführung auf Seiten der Alliierten erreichen. — Im Verlaufe einer Pressekonferenz, die nach dem Abschluß der Besprechungen in Casablanca stattfand, betonte Präsident Roosevelt seinen Entschluß, den Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation des Feindes weiterzuführen, da ein Weltfrieden nur durch vollständige Ausschaltung der deutschen und japanischen Kriegsmacht sichergestellt werden könne. Roosevelt fügte hinzu: Es ist notwendig, klar festzustellen, daß die bedingungslose Kapitulation des Feindes nicht die Vernichtung des deutschen Volkes, des Volkes Italiens oder Japans bedeutet, sondern das Ende der Weltanschauungen, die auf der Gewalt und der Beherrschung der anderen Völker beruhen. Abschließend erklärte der Präsident: Die von den vereinigten Nationen für 1943 vorgesehenen Ziele sind 1. die Erhaltung der in den letzten Monaten des Jahres 1942 ergriffenen Initiative, ihre Ausdehnung auf die Kriegsschauplätze und ihre Steigerung; 2. das der Hilfe an Rußland zugestandene Vorrecht, weil die russische Offensive die Verringerung der deutschen Schlagkraft bezweckt. Über die Bedeutung der Hilfe an China erklärte der Präsident, die militärischen und politischen Führer der vereinigten Nationen seien entschlossen, ihre militärischen und wirtschaftlichen Hilfsquellen zusammenzulegen. — Die Beratungen fanden Sonntag ihren Abschluß. Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill reisten nach Washington und London zurück; General de Gaulle begab sich ebenfalls wieder nach London."

124 Die Zusammenkunft in Casablanca war sorgsam geheimgehalten worden, und die Verlautbarung darüber wurde wie ein Theatercoup, wie ein ganz großes politisches Ereignis von der feindlichen Propaganda herausgebracht und kommentiert. Man tat so, als ob damit der Krieg nun endgültig gegen die Dreierpaktmächte entschieden sei, als ob die in Casablanca gefaßten Beschlüsse gleichsam das Todesurteil für sie bedeuten, und als ob das in Casablanca verabredete Programm für die weiteren militärischen Operationen mit mathematischer Sicherheit und ziemlich schnell dazu führen müsse, daß die Dreierpaktmächte bedingungslos kapitulieren müßten.

Es war ein echt amerikanischer Propagandabluff, dessen hohle Unwirklichkeit schnell zum Vorschein kam.

Es zeigt sich sofort, daß die Konferenz von Casablanca als politische Konzeption schon ein Fehlschlag war, bevor sie begonnen hatte. Denn der dritte Hauptverbündete, derjenige, der allein im europäischen Raum überhaupt kämpft, die Sowjetunion, war in Casablanca nicht erschienen. Stalin war eingeladen, aber weder selbst erschienen, noch hatte er eine Vertretung geschickt. Churchill gab später bekannt, Roosevelt sei trotz seiner körperlichen Behinderung bereit gewesen, bis nach Khartum am Nil sich zu begeben, nur um mit Stalin zusammenzutreffen. Aber „leider sei Stalin so sehr mit der Leitung der sowjetischen Winteroffensive beschäftigt, daß er die Sowjetunion noch nicht einmal für einen Tag hätte verlassen wollen“. Warum er dann nicht wenigstens, wie zu früheren anderen Konferenzen, Molotow entsandte, — diese Frage hat Churchill weder gestellt noch beantwortet!

Aus vielen Anzeichen ergibt sich, daß Roosevelt die Reise über den Atlantik gemacht hat, nicht um Churchill, sondern um Stalin zu treffen. Zu Beratungen mit Churchill pflegt sich der Herr im Weißen Hause nicht nach anderen Erdteilen zu bemühen, sondern sich Churchill nach den USA kommen zu lassen. Gemeinsame militärische Beratungen, wie sie nach der Verlautbarung auf der Konferenz zehn Tage lang zwischen den militärischen Sachverständigen der USA und Englands stattgefunden haben, machten ebenfalls keine Reise nach Marokko nötig. Man wollte Stalin treffen, nicht so sehr, um militärische Fragen mit ihm zu besprechen, sondern um sich mit ihm über Politik, d. h. darüber zu unterhalten, wie er sich Europa nach einem etwaigen Sieg vorstellt. Der schweigsame Stalin sollte zum Reden über seine Kriegsziele gebracht und auf diese festgelegt werden. Daß Stalin fernblieb und auch Molotow nicht schickte, beweist, daß er nicht reden und sich nicht festlegen lassen wollte. Dies ist für jeden, der nicht vergessen hat, daß die Rote Armee als die Armee der Weltrevolution aufgebaut und erzogen worden ist, nur ganz natürlich.

125 In Casablanca wurde über Kriegführung, also auch über Kriegführung zur See und natürlich auch über den U-Boot-Krieg gesprochen. Die Verlautbarung über diese Konferenz erwähnt ihn aber mit keinem Wort. Auch dies ist bezeichnend. Nach der Konferenz wollte man Propagandafanfaren blasen, um so mehr, als das Hauptthema der Konferenz, die Unterhaltung mit Stalin, gar nicht angeschnitten werden konnte. Der U-Boot-Krieg eignet sich nun aber einmal nicht zu Fanfarenklängen Englands und der USA!

Da die Konferenz in Nordafrika stattfand, war das nächstliegende Problem der Gegensatz zwischen den beiden Verrätergeneralen Giraud und de Gaulle, d. h. darüber, ob die USA oder England in Französisch-Nord- und Westafrika zu bestimmen haben. Das Konferenzkommunique spricht von erreichter Übereinstimmung. Aus der Pressereaktion in London ergab sich ferner schnell, daß die Einigung zugunsten Girauds erfolgt ist. De Gaulles und damit Londons Anspruch, alle von Vichy abtrünnigen Franzosen und französischen Kolonialgebiete zu dirigieren, wurde also abgelehnt. Die USA behalten in Französisch-West- und Nordafrika das Heft in der Hand, weil sie diese Gebiete eben überhaupt behalten wollen, und England hat sich damit abzufinden. Der Streit Giraud—de Gaulle ist damit entschieden, und zwar mit einer klaren englischen Niederlage. Sowohl de Gaulle wie Giraud, bei denen freilich persönlicher Ehrgeiz eine entscheidende Rolle spielt, mögen sich einbilden, sie handelten als französische Patrioten, die die Wiederherstellung der französischen Machtstellung betreiben. In Wirklichkeit sind sie Marionetten im Gegenspiel des englischen und des amerikanischen Imperialismus. Frankreich selbst aber und die Regierung des Marschalls Petain sind aus der Entscheidung ausgeschaltet und nicht viel mehr als machtlose Zuschauer.

Welche Rolle könnte aber England selbst gegenüber einem Europa spielen, das von Stalin beherrscht und dessen industrielle Kräfte ausschließlich für die Produktion von Kriegsmaterial angewandt würden? Die industrielle und militärische Kraft Englands mit seinen 46 Millionen Einwohnern wäre demgegenüber in hoffnungsloser Lage. Schon jetzt ist England offensichtlich dazu gezwungen, seine letzten Menschenreserven aufzubieten. Das englische Unterhaus widmete der Frage der Menschenreserven Ende Januar zwei Geheimsitzungen. Die Mobilisierung der Frauen ist bereits sehr weitgehend durchgeführt und Anfang Januar veröffentlichte das britische Kriegsministerium einen Aufruf, durch den vierzehn- und fünfzehnjährige Knaben für die technischen Dienste des Heeres als Stahlarbeiter, Schweißer usw. gesucht wurden.

Als das dringendste und gefährlichste Problem wird aber in England nach wie vor der U-Boot-Krieg und die von ihm verursachten Verluste bezw. deren Ersatz angesehen.

126 Auch hinsichtlich der Schiffsraumfrage, der wirklichen Lebensfrage Englands, ist dieses völlig auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten angewiesen, da Englands Werften allein auch nicht entfernt die durch den U-Boot-Krieg entstehenden Ausfälle ersetzen können. Kein Wunder also, daß die englische Politik, wenn ernsthafte Gegensätze mit der Washingtons auftreten, wie dies der Fall Nordafrikas gezeigt hat, eben einfach nachgeben muß.

Roosevelt ist entschlossen, im weiteren Verlauf des Krieges die Machtmittel der USA voll und ganz zum Einsatz zu bringen und dabei in der Wahrung dessen, was er bzw. seine Hintermänner für die Interessen der USA halten, nicht schüchtern zu sein. Sein Land folgt ihm hierbei offensichtlich keineswegs ohne Widerstreben und nimmt die Opfer, die ihm Roosevelt zumuten will, nur widerwillig auf sich. Hierfür war bezeichnend, wie Roosevelt seine Botschaft, die er am 6. Februar an den Kongreß richtete, und mit der er den Amerikanern ein riesiges Ausgaben- und Rüstungsprogramm und zugleich schwere Einschränkungen der Lebenshaltung ankündigte, propagandistisch vorbereitet hat. Er gab einige Tage vorher ein Weißbuch über die Außenpolitik der USA in dem Jahrzehnt von 1931 bis 1941 heraus, in dem er nachzuweisen suchte, daß seine Politik stets auf nichts anderes als auf die Erhaltung des Friedens gerichtet gewesen sei. Dabei hat Roosevelt natürlich die zahlreichen Dokumente, die in den Außenministerien von Warschau und Paris in deutsche Hand fielen, und die eindeutig die systematische und gehässige Kriegshetze Roosevelts beweisen, völlig außer acht gelassen. — Unser Botschafter Dieckhoff, der das Deutsche Reich lange Jahre bis zum Kriegseintritt Amerikas vertrat und die Politik Roosevelts an Ort und Stelle studierte, hat in einem Rundfunkvortrag zu dem Weißbuch Stellung genommen und dazu folgendes ausgeführt: Für diejenigen, die die Außenpolitik Roosevelts beobachtet haben und sein Spiel kennen, sind, wie der Botschafter offen sagte, die Dinge sehr einfach. Es ist kein Körnchen Wahrheit an der Erklärung Mr. Hulls, daß die Roosevelt-Regierung den Frieden wünsche, jedoch zum Kriege gezwungen worden sei. Denn niemand hat die USA in den Krieg gezwungen! Wenn Mr. Roosevelt wirklich den Frieden wünschte, warum mischte er sich dann in europäische Angelegenheiten gegen den Willen der Europäer? Die Antwort ist sehr einfach: Der

Präsident hat bis zum Jahre 1937 bei allen innerpolitischen Problemen versagt. Eine Depression, die sogenannte Roosevelt-Depression, machte sich fühlbar. Arbeitslosigkeit und finanzielle Ausschweifungen waren so stark im Ansteigen, daß er keine andere Lösung sah als die, die Aufmerksamkeit seiner Landsleute von der eigenen Lage abzulenken und sie mit der Vorspiegelung einer internationalen Gefahr aufzuscheuchen!

127 Die Botschaft, die Roosevelt durch sein Weißbuch vorbereiten wollte, hat er dann am 6. März im Kongreß verlesen. Er kündigte in ihr riesige Kriegsausgaben an und machte seinen Hörern klar, daß das Jahr 1943 ein schweres Jahr voller Entbehrungen und Opfer sein werde. Ausführlich verweilt er bei der Rüstungsproduktion. Neben dem Bemühen, durch riesige Ziffern Eindruck zu machen, stand jedoch das Geständnis, daß lange nicht alles wie geplant verlaufe und daß große Schwierigkeiten zu überwinden seien. Am Schluß seiner Botschaft kam Roosevelt auch auf seine Kriegsziele zu sprechen und bezeichnete als solche die völlige Entwaffnung der Dreierpaktmächte und aller ihrer Verbündeten. Dies würde Europa dem Bolschewismus, die übrige Welt dem Amerikanismus widerstandslos ausliefern. Fürwahr, eine schöne Welt! In der nach Roosevelt Freiheit und Frieden herrschen soll!

Es ist schwer zu übersehen, wie stark in den USA die Kritik an Roosevelt, seiner Politik und seiner Kriegführung ist und wie sie sich in Zukunft weiterentwickeln wird. Immerhin ist festzustellen, daß selbst in der so stark verjudeten Presse, noch mehr aber in den Zeitschriften sich immer wieder kritische Stimmen zum Wort melden. Daß Roosevelt vor seiner Kongreßbotschaft ein Weißbuch zur Verteidigung seiner Politik für nötig hielt, daß er sich in seiner Kongreßbotschaft auch direkt und indirekt gegen Vorwürfe verteidigte, scheint anzuzeigen, daß er keineswegs die öffentliche Meinung geschlossen hinter sich hat. Aber bis Ende 1944, wenn seine Amtsperiode abläuft, ist Roosevelt an der Macht, und er wird alles tun, um sie im Sinne seiner Kriegspolitik und seines weltweiten Imperialismus bis zum letzten auszunutzen. Ob das amerikanische Volk ihm auf die Dauer dabei folgen wird, kann erst die Zukunft uns enthüllen



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1943

Februar-Lieferung
(Nr. 83/84 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Proklamation des Führers zur Parteigründungsfeier

Bei der Parteigründungsfeier im Münchener Hofbräuhaus verlas Staatssekretär Esser folgende Proklamation des Führers:

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

75 Parteigenosse Adolf Wagner, der euch im vergangenen Jahr meine Grüße übermittelte, ist seit vielen Monaten schwer erkrankt und damit behindert, an der heutigen Kundgebung teilzunehmen.

Ich habe deshalb Parteigenossen Esser gebeten, als einer meiner ersten Mitkämpfer, der an der Gründungsversammlung der Bewegung teilgenommen hat, euch in meinem Namen das auszusprechen, was ich — durch die Umstände gezwungen — zum zweiten Male selbst nicht tun kann.

Die deutsche Wehrmacht, die sich — so wie seit Beginn des Krieges — auch in diesem Winter hervorragend geschlagen hat, steht in einem erbitterten Ringen gegen die von den Bankhäusern von New York und London gemeinsam mit den bolschewistischen Juden in Moskau angezettelte Weltgefahr.

Ich selbst befinde mich im Osten und kann deshalb leider an dem Tage nicht in eurer Mitte sein. Dennoch sind meine Gedanken in diesem Jahr noch mehr bei euch als früher. Denn welches Schicksal hätte unser Volk und darüber hinaus ganz Europa betroffen, wenn am 24. Februar 1920 in diesem Saale, in dem ihr euch befindet, nicht die Thesen der nationalsozialistischen Revolution verkündet worden wären, die das deutsche Volk erfaßten und zu jener Kraft führten, die heute befähigt ist, der jüdischen Weltgefahr nicht nur Einhalt zu gebieten, sondern sie am Ende zu zerschmettern.

Das Sturmlied unseres unvergeßlichen alten, treuen Dietrich Eckart erweist sich in diesen Monaten wieder als eine Fanfare, die die Menschen aufwecken kann, um ihnen den Blick zu öffnen für das Schicksal, das uns in der Gegenwart und unseren Kindern in der Zukunft — und darüber hinaus allen europäischen Völkern — drohen würde, wenn es nicht gelänge, den teuflischen Plan der jüdischen Weltverbrecher zum Scheitern zu bringen.

Euch allen sind die Umstände bekannt, weshalb es dem Feind im Osten gelungen ist, ähnlich wie durch die Naturgewalten im vergangenen Winter, auch in diesem Winter einen Teil jener Erfolge aufzuheben, die durch das Heldentum unserer Soldaten im Sommer erkämpft worden sind. Allein ihr wißt auch, daß der Weg unserer Partei ebenfalls kein sicherer oder gar bequemer Pfad zum Erfolg war, sondern daß uns

76 zahllose Schwierigkeiten und Rückschläge von den gleichen Feinden bereitet und zugefügt worden sind, die wir heute — einer ganzen Welt gegenüber — bekämpfen müssen.

Als ich im Jahre 1920 in diesem Saal das Parteiprogramm und den Entschluß, die Feinde unseres Volkes mit allem Fanatismus zu vernichten, verkündete, war ich ein einsamer Unbekannter. Deutschland aber befand sich in seiner tiefsten Erniedrigung. Die Zahl derjenigen, die an einen Wiederaufstieg glaubten, war verschwindend, die Menschen, die dies noch in unserer Generation erhofften, noch weniger.

Den paar Anhängern, die sich mir damals anschlossen, stand eine geradezu erdrückende Übermacht der Feinde gegenüber. Auf 100 Nationalsozialisten kamen zahlreiche Millionen teils verblendete, teils haßerfüllte Gegner, nicht zu rechnen die Zahl jener Kleingläubigen, die stets den Erfolg abwarten, um dann tapferen Herzens an der siegreichen Seite zu marschieren.

Welch ein Unterschied gegenüber dem Kampf von heute! Denn wie groß auch die Koalition unserer Feinde sein mag, sie ist als Macht geringer als die Kraft des Bündnisses der Völker, die sich der bolschewistisch-plutokratischen Vernichtung entgegenwerfen.

Der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung befand sich oft in einem Stadium, daß nur die fanatischen Anhänger noch an einen Erfolg zu glauben vermochten, während die sonst doch so gerissenen Gegner schon felsenfest davon überzeugt waren, Idee und Partei getötet zu haben. Und dennoch ist die Bewegung stets von neuem entstanden, hat jeden Rückschlag überwunden und kam aus jeder Krise stärker heraus, als sie es vorher war. Immer war die Partei erfüllt von dem unbeugsamen Entschluß, unter keinen Umständen zu kapitulieren und auf keinen Fall den Kampf aufzugeben, ehe nicht die Verschwörung unserer Gegner im Innern zerschlagen und beseitigt sein würde.

Meine Parteigenossen! Diesen Fanatismus habt ihr von mir gelernt. Nehmt die Versicherung entgegen, daß mich selbst aber der gleiche Fanatismus auch heute genau so beseelt, daß er mich nie verlassen wird, solange ich lebe. Auch den Glauben habt ihr von mir empfangen, und seid versichert, daß auch dieser Glaube heute in mir noch stärker als je zuvor ist. Wir werden die Macht der jüdischen Weltkoalition zerbrechen und zerschlagen, und die um ihre Freiheit, das Leben und um das tägliche Brot ringende Menschheit wird sich in diesem Kampf den endgültigen Sieg erkämpfen.

So wie mich in der Zeit des Ringens um die Macht jeder Anschlag unserer Gegner und jeder ihrer scheinbaren Erfolge nur noch verbissener machte in meiner Entschlossenheit, auch nicht einen Schritt vom Wege abzuweichen, der früher oder später zum Ziele führen mußte, so bin ich auch heute vom

77 gleichen Willen erfüllt, die mir vom Schicksal übertragene Aufgabe bis zur letzten Konsequenz zu lösen.

Ich habe ein Recht zu glauben, daß mich die Vorsehung bestimmt hat, diese Aufgabe zu erfüllen, denn ohne ihre Gnade hätte ich nicht als unbekannter Mann den Weg aus diesem Saale antreten können durch alle Hindernisse und Anschläge hindurch bis zur Übernahme der Macht und endlich weiter bis zu diesem Kampf, gekrönt von Siegen, wie sie die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat, allerdings auch belastet mit Sorgen,, an denen vielleicht zahllose schwächere Charaktere zerbrochen wären.

Ich habe aber von der Vorsehung auch das Glück erhalten, in solchen Stunden um mich stets eine verschworene Gemeinschaft zu besitzen, die mit hingebender Gläubigkeit ihr Schicksal als ein einziges gemeinsames ansah und mir als Führer in diesem Kampf immer treu zur Seite stand und stehen wird.

Wenn ich diese Botschaft an euch richte, dann geschieht es wie im vorigen Jahr aus tiefer Dankbarkeit heraus, in euch, meine lieben Parteigenossen und Parteigenossinnen, die ersten Träger nicht nur der nationalsozialistischen Weltanschauung, sondern der nationalsozialistischen Haltung gefunden zu haben, jener Haltung, die sich gerade in den Zeiten schwerster Prüfungen so unerhört bewährt hat. Die Opportunisten unseres bürgerlichen Lebens haben diese Charaktertugend so wenig begriffen wie die vom Judentum verhetzten Massen unserer alten Parteien. Warum also soll es heute anders sein? Nur ein Unterschied ist vorhanden: die gigantische Masse des deutschen Volkes steht heute hinter dem neuen Reich. Sie ist entschlossen, der neuen Reichsidee und der sie erfüllenden nationalsozialistischen Gedankenwelt bedingungslos zuzustimmen. Die Partei aber ist die unerschütterliche Verkörperung dieser Macht geworden und heute der innere Garant nicht nur der Erringung des Sieges, sondern damit der Erhaltung unseres Volkes für die Zukunft. Sie hat besonders in diesen Monaten und vielleicht in den kommenden Jahren ihre zweite große historische Aufgabe zu erfüllen: die deutsche Nation unentwegt auf- zurütteln, ihr die Größe der Gefahren klarzumachen, den heiligen Glauben an ihre Überwindung zu stärken, schwachen Naturen Kraft einzuflößen, Saboteure aber rücksichtslos zu vernichten. Aufklärend soll sie wie einst wirken dort, wo man willig Aufklärung entgegennimmt; Terror mit zehnmal größerem Terror brechen; Verräter aber ausrotten, wer immer sie sein mögen und ganz gleich, unter welcher Tarnung sie ihre volksfeindlichen Absichten verwirklichen wollen.

Wenn auch die Blüte der Männer der nationalsozialistischen Bewegung heute am Feinde steht und dort vorbildlich als Soldat ihre Pflicht erfüllt, so sind doch selbst die ältesten Kämpfer heute noch immer die stärksten Fanatiker der

78 Behauptung des deutschen Lebenswillens, und zu ihnen stößt Jahr für Jahr ein neuer Jahrgang der deutschen Jugend, völlig erzogen in nationalsozialistischen Grundsätzen, zusammengeschweißt in den Ideen unserer Volksgemeinschaft und willens, gegen jeden vorzugehen, der es wagen sollte, sich an unserem Freiheitskampf zu versündigen. Und so wie in den Zeiten des Kampfes der Partei um die Macht gerade die Parteigenossinnen, die deutschen Frauen und Mädchen, die zuverlässigsten Stützen der Bewegung waren, so ist auch jetzt wieder die Masse unserer Frauen und Mädchen das stärkste Element im Kampf für die Forterhaltung unseres Volkes. Denn was vor allem dem deutschen Volk für ein Schicksal zudedacht ist, haben, Gott sei Dank, nicht nur die Juden in London und New York, sondern auch die von Moskau eindeutig ausgesprochen. Wir aber sind entschlossen, ihnen eine nicht minder klare Antwort zu geben. Dieser Kampf wird deshalb auch nicht, wie man es beabsichtigt, mit der Vernichtung der arischen Menschheit, sondern mit der Ausrottung des Judentums in Europa sein Ende finden. Darüber hinaus aber wird die Gedankenwelt unserer Bewegung selbst von unseren Feinden — dank diesem Kampf — Gemeingut aller Völker werden. Staat um Staat werden, während sie selbst im Kampf gegen uns stehen, immer mehr gezwungen sein, nationalsozialistische Thesen zur Führung des von ihnen provozierten Krieges anzuwenden, und damit wird sich auch die Erkenntnis von dem fluchbeladenen verbrecherischen Wirken des Judentums gerade durch diesen Krieg über alle Völker hinweg verbreiten.

Als unsere Gegner 1923 einst meinten, die nationalsozialistische Partei endgültig niedergeschlagen zu haben und mich durch einen Prozeß vor dem deutschen Volk als erledigt dachten, haben sie gerade dadurch wie mit einer Explosion die nationalsozialistische Weltauffassung im ganzen deutschen Volk verbreitet und die Erkenntnisse des Wesens des Judentums mit einem Schlage so vielen Millionen Menschen vermittelt, wie wir dies unter normalen Verhältnissen selbst nie hätten tun können. So wird das internationale Judentum, indem es diesen neuen Krieg angezettelt hat, erfahren, daß Volk um Volk sich mit dieser Frage immer mehr beschäftigen wird, um endlich dieses Weltproblem in seiner ganzen gefahrdrohenden Größe zu erkennen.

Durch diesen Krieg wird vor allem unwiderlegbar die völlige Gleichartigkeit von Plutokratie und Bolschewismus erwiesen sowie die sich ewig gleiche Zielsetzung aller Juden, die Völker auszuplündern und zu Sklaven ihrer internationalen Verbrechergilde zu machen.

79 Die gleiche Allianz zwischen dem einstigen Organ der Frankfurter Börse und der „Roten Fahne“ in Berlin, die wir damals in Deutschland als gemeinsame Feinde vor uns hatten, zeigt sich jetzt wieder zwischen den jüdischen Bankhäusern von New York, der jüdisch-plutokratischen Führungsschicht in London und den Juden des Kremls in Moskau. Genau so wie aber das deutsche Volk im Zuge dieser Erkenntnis den jüdischen inneren Feind erfolgreich bekämpft hat und endgültig zu erledigen im Begriffe ist, so werden sich auch die anderen Völker im Laufe dieses Krieges immer mehr auf sich selbst besinnen und endlich gemeinsam gegen jene Rasse Front machen, die sie alle gemeinsam zu vernichten trachtet.

Wie immer aber einst im Inneren des Reiches während unseres Kampfes um die Macht die Juden bei jedem vermeintlichen Rückschlag jubelten und ihre fiebernde Hoffnung mit der harten Wirklichkeit verwechselten, so glauben sie auch jetzt genau wie im vergangenen Winter schon vor der Erreichung ihres tausendjährigen Zieles zu stehen. Aber genau so wie im vergangenen Jahr, so werden sie auch diesmal die furchtbarste Enttäuschung erleben. Im Gegenteil: Das deutsche Volk wird jetzt erst recht alle seine Kräfte in einem Ausmaß aufrufen und einsetzen, wie dies in der Geschichte der Menschheit noch niemals für einen Krieg geschah. Wir werden auch keine Sekunde zögern, die Länder, die für den Ausbruch dieses Krieges verantwortlich sind, zu den Leistungen in diesem Schicksalskampf heranzuziehen. Wir werden es als selbstverständlich ansehen, nicht fremde Leben zu schonen in einer Zeit, die von unserem eigenen Leben so harte Opfer fordert. Wir werden in unlösbar treuer Gemeinschaft mit unseren Bundesgenossen eine Mobilisierung der seelischen und materiellen Werte Europas durchführen, wie dies unser Kontinent in seiner mehrtausendjährigen Geschichte bisher noch nie erlebte. Sie ist aber auch notwendig, um ganz Europa jenes völkische Eigenleben zu sichern, das die Grundlage nicht nur unserer großen gemeinsamen Kultur, sondern auch der materiellen Existenz dieses Kontinents gewesen ist.

Euch, meine alten Parteigenossen, grüße ich, wie immer, aus übervollem Herzen. Ich danke euch, daß ihr es mir einst ermöglicht habt, den Weg mit Erfolg zu beginnen, der die Voraussetzung war für die Rettung des Deutschen Reiches und darüber hinaus ganz Europas.

Meine Gedanken sind in dieser Stunde bei euch, so wie sie es immer gewesen sind. Die Pflicht aber zwingt mich, in diesen Monaten, Wochen und Tagen unentwegt für die zu denken, zu arbeiten und die kommende Wende vorzubereiten, die als Kämpfer unseres Volkes mit unseren Verbündeten das Schicksal der Welt gestalten, bei unseren Brüdern und Kameraden, den deutschen Soldaten vor allem an der kämpfenden Front des Ostens, denn dort wird Deutschlands und darüber hinaus Europas Zukunft entschieden. Das Ergebnis aber muß und wird unser Sieg sein!

Dr. Goebbels im Berliner Sportpalast

Reichsminister Dr. Goebbels hielt am 18. Februar im Berliner Sportpalast folgende Rede:

80 Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Es ist jetzt knapp drei Wochen her, daß ich das letztmal bei Gelegenheit der Verlesung der Proklamation des Führers zum Zehnjahrestag der Machtergreifung von dieser Stelle aus zu Ihnen und zum deutschen Volke gesprochen habe. Die Krise, in der sich unsere Ostfront augenblicklich befindet, stand damals auf dem Höhepunkt. Wir hatten uns im Zeichen des harten Unglücksschlages, von dem

die Nation im Kampf um die Wolga betroffen wurde, am 30. Januar dieses Jahres zusammengefunden zu einer Kundgebung der Einheit, der Geschlossenheit, aber auch der festen Willenskraft, mit den Schwierigkeiten, die dieser Krieg in seinem vierten Jahre vor uns aufbürdet, fertig zu werden.

Es war für mich und wohl auch für Sie alle erschütternd, einige Tage später zu vernehmen, daß die letzten heldenhaften Kämpfer von Stalingrad, in dieser Stunde durch die Ätherwellen mit uns verbunden, an unserer erhebenden Sportpalastkundgebung teilgenommen haben. Sie funkten in ihrem Schlußbericht, daß sie die Proklamation des Führers vernommen und vielleicht zum letzten Male in ihrem Leben mit uns zusammen mit erhobenen Händen die Nationalhymnen gesungen hätten. Welch eine Haltung deutschen Soldatentums in dieser großen Zeit! Welche Verpflichtung aber schließt diese Haltung auch für uns alle, insbesondere für die ganze deutsche Heimat in sich ein! Stalingrad war und ist der große Alarmruf des Schicksals an die deutsche Nation. Ein Volk, das die Stärke besitzt, ein solches Unglück zu ertragen und auch zu überwinden, ja, daraus noch zusätzliche Kraft zu schöpfen, ist unbesiegbar. Das Gedächtnis an die Helden von Stalingrad soll also auch heute bei meiner Rede vor Ihnen und vor dem deutschen Volke eine tiefe Verpflichtung für mich und für uns alle sein.

Ich weiß nicht, wie viele Millionen Menschen, über die Ätherwellen mit uns verbunden, heute abend an der Front und in der Heimat an dieser Kundgebung teilnehmen und meine Zuhörer sind. Ich möchte zu Ihnen allen aus tiefstem Herzen zum tiefsten Herzen sprechen. Ich glaube, das ganze deutsche Volk ist mit heißer Leidenschaft bei der Sache, die ich Ihnen heute abend vorzutragen habe. Ich will deshalb meine Ausführungen auch mit dem ganzen heiligen Ernst und dem offenen Freimut, den die Stunde von uns erfordert, ausstatten. Das im Nationalsozialismus erzogene, geschulte und disziplinierte deutsche Volk

81 kann die volle Wahrheit vertragen. Es weiß, wie schwierig es um die Lage des Reiches bestellt ist, und seine Führung kann es deshalb gerade auch auffordern, aus der Bedrängtheit der Situation die nötigen harten, ja auch härtesten Folgerungen zu ziehen. Wir Deutschen sind gewappnet gegen Schwäche und Anfälligkeit, und Schläge und Unglücksfälle des Krieges verleihen uns nur zusätzliche Kraft, feste Entschlossenheit und eine seelische und kämpferische Aktivität, die bereit ist, alle Schwierigkeiten und Hindernisse mit revolutionärem Elan zu überwinden.

Es ist jetzt nicht der Augenblick, danach zu fragen, wie alles gekommen ist. Das wird einer späteren Rechenschaftslegung überlassen bleiben, die in voller Offenheit erfolgen soll und dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit zeigen wird, daß das Unglück, das uns in den letzten Wochen betroffen hat, seine tiefe, schicksalhafte Bedeutung besitzt. Das große Heldenopfer, das unsere Soldaten in Stalingrad brachten, ist für die ganze Ostfront von einer ausschlaggebenden geschichtlichen Bedeutung gewesen. Es war nicht umsonst. Warum, das wird die Zukunft beweisen.

Wenn ich nunmehr über die jüngste Vergangenheit hinaus den Blick wieder nach vorne lenke, so tue ich das mit voller Absicht. Die Stunde drängt! Sie läßt keine Zeit mehr offen für fruchtlose Debatten. Wir müssen handeln, und zwar unverzüglich, schnell und gründlich, so wie es seit jeher nationalsozialistische Art gewesen ist.

Von ihrem Anfang an ist die Bewegung in den vielen Krisen, die sie durchzustehen und durchzukämpfen hatte, so verfahren. Und auch der nationalsozialistische Staat hat sich, wenn eine Bedrohung vor ihm auftauchte, ihr mit entschlossener Willenskraft entgegengeworfen. Wir gleichen nicht dem Vogel Strauß, der den Kopf in den Sand steckt, um die Gefahr nicht zu sehen. Wir sind mutig genug, sie unmittelbar ins Auge zu nehmen, sie kühl und rücksichtslos abzumessen und ihr dann erhobenen Hauptes und mit fester Entschlußkraft entgegenzutreten. Erst dann entwickelten wir als Bewegung und als Volk immer auch unsere höchsten Tugenden, nämlich einen wilden und entschlossenen Willen, die Gefahr zu brechen und zu bannen, eine Stärke des Charakters, die alle Hindernisse überwindet, zähe Verbissenheit in der Verfolgung des einmal erkannten Zieles und ein ehernes Herz, das gegen alle inneren und äußeren Anfechtungen gewappnet ist. So soll es auch heute sein. Ich habe die Aufgabe, Ihnen ein ungeschminktes Bild der Lage zu entwerfen und daraus die harten Konsequenzen für das Handeln der deutschen Führung, aber auch für das Handeln des deutschen Volkes zu ziehen.

82 Wir durchleben im Osten augenblicklich eine schwere militärische Belastung. Diese Belastung hat zeitweilig größere Ausmaße angenommen und gleicht, wenn nicht in der Art der Anlage, so doch in ihrem Umfang der des vergangenen Winters. Über ihre Ursachen wird später einmal zu sprechen sein. Heute bleibt uns nichts anderes übrig, als ihr Vorhandensein festzustellen und die Mittel und Wege zu überprüfen und anzuwenden bzw. einzuschlagen, die zu ihrer Behebung führen. Es hat deshalb auch gar keinen Zweck, diese Belastung selbst zu bestreiten. Ich bin mir zu gut dazu, Ihnen ein täuschendes Bild der Lage zu geben, das nur zu falschen Folgerungen führen könnte und geeignet wäre, das deut-

sche Volk in eine Sicherheit seiner Lebensführung und seines Handelns einzuwiegen, die der gegenwärtigen Situation durchaus unangepaßt wäre.

Der Ansturm der Steppe gegen unseren ehrwürdigen Kontinent ist in diesem Winter mit einer Wucht losgebrochen, die alle menschlichen und geschichtlichen Vorstellungen in den Schatten stellt. Die deutsche Wehrmacht bildet dagegen mit ihren Verbündeten den einzigen überhaupt in Frage kommenden Schutzwall. Der Führer hat schon in seiner Proklamation zum 30. Januar mit ernsten und eindringlichen Worten die Frage aufgeworfen, was aus Deutschland und aus Europa geworden wäre, wenn am 30. Januar 1933 statt der nationalsozialistischen Bewegung ein bürgerliches oder ein demokratisches Regime die Macht übernommen hätte! Welche Gefahren wären dann, schneller als wir es damals ahnen konnten, über das Reich hereingebrochen, und welche Abwehrkräfte hätten uns noch zur Verfügung gestanden, um ihnen zu begegnen? Zehn Jahre Nationalsozialismus haben genügt, das deutsche Volk über den Ernst der schicksalhaften Problematik, die aus dem östlichen Bolschewismus entspringt, vollkommen aufzuklären. Man wird jetzt auch verstehen, warum wir unsere Nürnberger Parteitage so oft unter das Signum des Kampfes gegen den Bolschewismus gestellt haben. Wir erhoben damals unsere warnende Stimme vor dem deutschen Volk und vor der Weltöffentlichkeit, um die von einer Willens- und Geisteslähmung ohnegleichen befallene abendländische Menschheit zum Erwachen zu bringen und ihr die Augen zu öffnen für die grauenerregenden geschichtlichen Gefahren, die aus dem Vorhandensein des östlichen Bolschewismus erwachsen, der ein Volk von fast 200 Millionen dem jüdischen Terror dienstbar gemacht hatte und es zum Angriffskrieg gegen Europa vorbereitete.

Als der Führer die deutsche Wehrmacht am 22. Juni 1941 im Osten zum Angriff antreten ließ, waren wir uns alle im klaren darüber, daß damit überhaupt der entscheidende Kampf dieses gigantischen Weltringens anbrach. Wir wußten, welche Gefahren und Schwierigkeiten er für uns mit sich bringen würde. Wir waren uns aber auch klar darüber, daß die Gefahren und Schwierigkeiten bei längerem Zuwarten nur wachsen, niemals aber abnehmen könnten. Es war zwei Minuten vor zwölf. Ein weiteres Zögern hätte leicht zur Vernichtung des Reiches und zur vollkommenen Bolschewisierung des europäischen Kontinents geführt.

83

Es ist verständlich, daß wir bei den großangelegten Tarnungs- und Bluffmanövern des bolschewistischen Regimes das Kriegspotential der Sowjetunion nicht richtig eingeschätzt haben. Erst jetzt offenbart es sich uns in seiner ganzen wilden Größe. Dementsprechend ist auch der Kampf, den unsere Soldaten im Osten zu bestehen haben, über alle menschlichen Vorstellungen hinaus hart, schwer und gefährlich. Er erfordert die Aufbietung unserer ganzen nationalen Kraft. Hier ist eine Bedrohung des Reiches und des europäischen Kontinents gegeben, die alle bisherigen Gefahren des Abendlandes weit in den Schatten stellt. Würden wir in diesem Kampf versagen, so verspielten wir damit überhaupt unsere geschichtliche Mission. Alles, was wir bisher aufgebaut und geleistet haben, verblaßt angesichts der gigantischen Aufgabe, die hier der deutschen Wehrmacht unmittelbar und dem deutschen Volke mittelbar gestellt ist.

Ich wende mich in meinen Ausführungen zuerst an die Weltöffentlichkeit und proklamiere ihr gegenüber drei Thesen unseres Kampfes gegen die bolschewistische Gefahr im Osten.

Die erste dieser Thesen lautet: Wäre die deutsche Wehrmacht nicht in der Lage, die Gefahr aus dem Osten zu brechen, so wäre damit das Reich und in kurzer Folge ganz Europa dem Bolschewismus verfallen.

Die zweite dieser Thesen lautet: Die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk allein besitzen mit ihren Verbündeten die Kraft, eine grundlegende Rettung Europas aus dieser Bedrohung durchzuführen.

Die dritte dieser Thesen lautet: Gefahr ist im Verzuge. Es muß schnell und gründlich gehandelt werden, sonst ist es zu spät.

Zur ersten These habe ich im einzelnen zu bemerken: Der Bolschewismus hat seit jeher ganz offen das Ziel proklamiert, nicht nur Europa, sondern die ganze Welt zu revolutionieren und sie in ein bolschewistisches Chaos zu stürzen. Dieses Ziel ist seit Beginn der bolschewistischen Sowjetunion seitens des Kreml ideologisch vertreten und praktisch verfochten worden. Es ist klar, daß Stalin und die anderen Sowjetgrößen, je mehr sie glauben, sich der Verwirklichung ihrer weltzerstörerischen Absichten zu nähern, um so mehr auch bestrebt sind, diese zu tarnen und zu verschleiern. Das kann uns nicht beirren. Wir gehören nicht zu jenen furchtsamen Gemütern, die wie das hypnotisierte Kaninchen auf die Schlange schauen, bis sie es verschlingt. Wir wollen die Gefahr rechtzeitig erkennen und ihr auch

rechtzeitig mit wirksamen Mitteln entgegentreten. Wir durchschauen nicht nur die Ideologie, sondern auch die Praktiken

84 des Bolschewismus, denn wir haben uns schon einmal mit ihnen, und zwar mit denkbar größtem Erfolg, auf innerpolitischem Felde auseinandergesetzt. Uns kann der Kreml nichts vormachen. Wir haben in einem vierzehnjährigen Kampf vor der Machtübernahme und in einem zehnjährigen Kampf nach der Machtübernahme seine Absichten und infamen Weltbetrugsmanöver demaskiert. Das Ziel des Bolschewismus ist die Weltrevolution der Juden. Sie wollen das Chaos über das Reich und über Europa hereinführen, um in der daraus entstehenden Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung der Völker ihre internationale, bolschewistisch verschleierte kapitalistische Tyrannei aufzurichten.

Was das für das deutsche Volk bedeuten würde, braucht nicht näher erläutert zu werden. Es würde mit der Bolschewisierung des Reiches eine Liquidierung unserer gesamten Intelligenz- und Führungsschicht und als Folge davon die Überführung der arbeitenden Massen in die bolschewistisch-jüdische Sklaverei nach sich ziehen. Man sucht in Moskau Zwangsarbeitsbataillone, wie der Führer in seiner Proklamation zum 30. Januar schon sagte, für die sibirischen Tundren. Der Aufstand der Steppe macht sich vor unseren Fronten bereit und der Ansturm des Ostens, der in täglich sich steigender Stärke gegen unsere Linien anbrandet, ist nichts anderes als die versuchte Wiederholung der geschichtlichen Verheerungen, die früher schon so oft unseren Erdteil gefährdet haben.

Damit aber ist auch eine unmittelbare akute Lebensbedrohung für alle europäischen Mächte gegeben. Man soll nicht glauben, daß der Bolschewismus, hätte er die Gelegenheit, seinen Siegeszug über das Reich anzutreten, irgendwo an unseren Grenzen haltmachen würde. Er treibt eine Aggressionspolitik und Aggressionskriegführung, die ausgesprochen auf die Bolschewisierung aller Länder und Völker ausgeht. Papierene Erklärungen, die von Seiten des Kreml oder als Garantieverpflichtungen von Seiten Londons oder Washingtons gegen diese nicht zu bestreitenden Absichten abgegeben werden, imponieren uns nicht. Wir wissen, daß wir es im Osten mit einer infernalischen politischen Teufelei zu tun haben, die die sonst unter Menschen und Staaten üblichen Beziehungen nicht anerkennt. Wenn beispielsweise der englische Lord Beaverbrook erklärt, daß Europa dem Sowjetismus zur Führung überantwortet werden müsse, wenn ein maßgeblicher amerikanisch-jüdischer Journalist Brown diese These durch die zynische Verlautbarung ergänzt, daß eine Bolschewisierung Europas vielleicht überhaupt die Lösung unseres kontinentalen Problems darstellte, so wissen wir genau, was damit gemeint ist. Die europäischen Mächte stehen hier vor ihrer entscheidenden Lebensfrage. Das Abendland ist in Gefahr. Ob ihre Regierungen und ihre Intelligenzschichten das einsehen wollen oder nicht, ist dabei gänzlich unerheblich.

85 Das deutsche Volk jedenfalls ist nicht gewillt, sich dieser Gefahr auch nur versuchsweise preiszugeben. Hinter den anstürmenden Sowjetdivisionen sehen wir schon die jüdischen Liquidationskommandos, hinter diesen aber erhebt sich der Terror, das Gespenst des Millionenhungers und einer vollkommenen Anarchie. Hier erweist sich wiederum das internationale Judentum als das teuflische Ferment der Dekomposition, das eine geradezu zynische Genugtuung dabei empfindet, die Welt in ihre tiefste Unordnung zu stürzen und damit den Untergang jahrtausendealter Kulturen, an denen es niemals einen inneren Anteil hatte, herbeizuführen. Wir wissen damit also, vor welcher geschichtlichen Aufgabe wir stehen. Eine zweitausendjährige Aufbauarbeit der abendländischen Menschheit ist in Gefahr. Man kann diese Gefahr gar nicht ernst genug schildern, aber es ist auch bezeichnend, daß, wenn man sie nur beim Namen nennt, das internationale Judentum in allen Ländern dagegen mit lärmenden Ausführungen Protest erhebt. So weit also ist es in Europa schon gekommen, daß man eine Gefahr nicht mehr eine Gefahr nennen darf, wenn sie eben vom Judentum ausgeht.

Das aber hindert uns nicht daran, die dazu notwendigen Feststellungen zu treffen. Wir haben niemals Angst vor den Juden gehabt und haben sie heute weniger denn je. Wir haben das auch früher in unserem innerpolitischen Kampfe getan, als das kommunistische Judentum sich des demokratischen Judentums im „Berliner Tageblatt“ und in der „Vossischen Zeitung“ bediente, um eine Gefahr, die von Tag zu Tag drohender wurde, zu verniedlichen und zu bagatellisieren, um damit die von ihr bedrohten Teile unseres Volkes in Sicherheit einzuwiegen und ihre Abwehrkräfte einzuschläfern. Wir sähen, wenn wir dieser Gefahr nicht Herr würden, im Geiste schon das Gespenst des Hungers, des Elends und einer Millionenzwangsarbeit für das deutsche Volk heraufziehen, sähen den ehrwürdigsten Erdteil in seinen Grundfesten wanken und unter seinen Trümmern das geschichtliche Erbe der abendländischen Menschheit begraben. Das ist das Problem, vor dem wir stehen.

Meine zweite These lautet: Allein das Deutsche Reich mit seinen Verbündeten ist in der Lage, die eben geschilderte Gefahr zu bannen. Die europäischen Staaten einschließlich Englands behaupten,

stark genug zu sein, eine Bolschewisierung des europäischen Kontinents, sollte sie einmal praktisch gegeben sein, rechtzeitig und wirksam entgegenzutreten. Diese Erklärung ist kindisch und verdient überhaupt keine Widerlegung. Sollte die stärkste Militärmacht der Welt nicht in der Lage sein, die Drohung des Bolschewismus zu brechen, wer brächte dann noch die Kraft dazu auf? Die neutralen europäischen Staaten besitzen weder das Potential noch die militärischen Machtmittel noch die geistige Einstellung ihrer Völker, um dem Bolschewismus auch nur den geringsten Widerstand entgegenzusetzen. Sie würden

- 86 im Bedarfsfall von seinen motorisierten Roboterdivisionen in wenigen Tagen überfahren werden. In den Hauptstädten der mittleren und kleinen europäischen Staaten tröstet man sich mit der Absicht, man müsse sich gegen die bolschewistische Gefahr seelisch rüsten. Das erinnert verzweifelt an die Erklärungen der bürgerlichen Mittelparteien aus dem Jahre 1932, daß der Kampf gegen den Kommunismus nur mit geistigen Waffen ausgefochten und gewonnen werden könne. Diese Behauptung war uns auch damals zu albern, als daß wir uns damit auseinandergesetzt hätten. Der östliche Bolschewismus ist nicht nur eine terroristische Lehre, sondern auch eine terroristische Praxis. Er verfolgt seine Ziele und Zwecke mit einer infernalischen Gründlichkeit, unter restloser Ausschöpfung seines inneren Potentials und ohne jede Rücksichtnahme auf Glück, Wohlstand und Frieden der von ihm unterjochten Völkerschaften. Was wollten England und Amerika tun, wenn der europäische Kontinent im größten Unglücksfall dem Bolschewismus in die Arme fiel? Will man Europa von London aus vielleicht einreden, daß eine solche Entwicklung an der Kanalgrenze haltmachen würde. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß der Bolschewismus seine Fremdenlegionen auf dem Boden aller demokratischen Staaten bereits in den kommunistischen Parteien stehen hat. Keiner dieser Staaten kann von sich behaupten, gegen eine innere Bolschewisierung immun zu sein. Eine jüngst vorgenommene Nachwahl zum englischen Unterhaus ergab, daß der unabhängige, d. h. kommunistische Kandidat in einem Wahlkreis, der bisher unumschränkte Domäne der Konservativen war, von insgesamt 22371 Stimmen 10741 erhielt, das heißt, daß die Rechtsparteien allein in diesem einen Kreise im Verlaufe von nur kurzer Zeit rund 10000, also die Hälfte aller Wählerstimmen an die Kommunisten verloren, ein Beweis mehr dafür, daß die bolschewistische Gefahr auch in England gegeben ist und daß sie nicht dadurch gebannt wird, daß man sie nicht sehen will. Alle territorialen Verpflichtungen, die die Sowjetunion auf sich nimmt, besitzen in unseren Augen keinen effektiven Wert. Der Bolschewismus pflegt seine Grenzen auch ideologisch und nicht nur militärisch zu ziehen, und darin ist eben seine über die Grenzen der Völker hinwegspringende Gefahr gegeben. Die Welt hat also nicht die Wahl zwischen einem in seine alte Zersplitterung zurückfallenden und einem unter der Achsenführung sich neu ordnenden Europa, sondern nur die zwischen einem unter dem militärischen Schutz der Achse stehenden und einem bolschewistischen Europa.

Darüber hinaus bin ich der festen Überzeugung, daß die lamentierenden Lords und Erzbischöfe in London überhaupt nicht einmal die Absicht haben, der bolschewistischen Gefahr, die bei einem weiteren Vordringen der Sowjetarmeen für die europäischen Staaten gegeben wäre, praktisch entgegenzutreten.

- 87 Das Judentum hat die angelsächsischen Staaten geistig und politisch schon so tief durchdrungen, daß sie diese Gefahr überhaupt nicht mehr sehen und wahrhaben wollen. Wie es sich in der Sowjetunion bolschewistisch tarnt, so tarnt es sich in den angelsächsischen Staaten plutokratisch-kapitalistisch. Die Methoden der Mimikry sind bei der jüdischen Rasse bekannt. Sie geht seit jeher darauf aus, ihre Gastvölker einzuschläfern und damit ihre Abwehrkräfte gegen von ihr stammende akute und lebensgefährdende Bedrohungen zu lahmen. Unsere Einsicht in diese Problematik hat uns schon früh die Erkenntnis vermittelt, daß das Zusammengehen zwischen internationaler Plutokratie und internationalem Bolschewismus durchaus keinen Widersinn, sondern einen tiefen und ursächlichen Sinn darstellt. Über unser Land hinweg reicht sich bereits das westeuropäische scheinzivilisierte Judentum und das Judentum des östlichen Ghettos die Hände. Damit ist Europa in Todesgefahr.

Ich schmeichle mir nicht, mit diesen Ausführungen die öffentliche Meinung in den neutralen oder gar in den feindlichen Staaten alarmieren zu können. Das ist auch nicht ihr Zweck und ihre Absicht. Ich weiß, daß die englische Presse morgen mit einem wütenden Gekläff über mich herfallen wird, ich hätte angesichts unserer Belastung an der Ostfront die ersten Friedensfühler ausgestreckt. Davon kann überhaupt keine Rede sein. In Deutschland denkt heute kein Mensch an einen faulen Kompromiß, das ganze Volk denkt nur an einen harten Krieg. Ich beanspruche aber als ein verantwortlicher Sprecher des führenden Landes dieses Kontinents für mich das souveräne Recht, eine Gefahr eine Gefahr zu nennen, wenn sie nicht nur unser eigenes Land, sondern unseren ganzen Erdteil bedroht. Als Natio-

nalsozialisten haben wir die Pflicht, Alarm zu schlagen gegen die versuchte Chaotisierung des europäischen Kontinents durch das internationale Judentum, das sich im Bolschewismus eine terroristische Militärmacht aufgebaut hat, deren Bedrohlichkeit überhaupt nicht überschätzt werden kann.

Die dritte These, die ich hier näher erläutern will, ist die, daß Gefahr unmittelbar im Verzuge ist. Die Lähmungserscheinungen der westeuropäischen Demokratie gegen ihre tödlichste Bedrohung sind herzbeklemmend. Das internationale Judentum fördert sie mit allen Kräften. Genau so, wie der Widerstand gegen den Kommunismus in unserem Kampfe um die Macht in unserem eigenen Lande von den jüdischen Zeitungen künstlich eingeschlafert und nur durch den Nationalsozialismus wieder erweckt wurde, genau so ist das heute bei den anderen Völkern der Fall. Das Judentum erweist sich hier wieder einmal als die Inkarnation des Bösen, als plastischer Dämon des Verfalls und als Träger eines internationalen kulturzerstörerischen Chaos.

88 Man wird, um das hier nur zu erwähnen, in diesem Zusammenhang auch unsere konsequente Judenpolitik verstehen können. Wir sehen im Judentum für jedes Land eine unmittelbare Gefahr gegeben. Wie andere Völker sich gegen diese Gefahr zur Wehr setzen, ist uns gleichgültig. Wie wir uns aber dagegen zur Wehr setzen, das ist unsere eigene Sache, in die wir keinerlei Einsprüche dulden. Das Judentum stellt eine infektiöse Erscheinung dar, die ansteckend wirkt. Wenn das feindliche Ausland gegen unsere antijüdische Politik scheinheilig Protest einlegt und über unsere Maßnahmen gegen das Judentum heuchlerische Krokodilstränen vergießt, so kann uns das nicht daran hindern, das Notwendige zu tun. Deutschland jedenfalls hat nicht die Absicht, sich dieser Bedrohung zu beugen, sondern vielmehr die, ihr rechtzeitig und, wenn nötig, mit den radikalsten Gegenmaßnahmen entgegenzutreten.

Im Zeichen all dieser Überlegungen steht die militärische Belastung des Reiches im Osten. Der Krieg der mechanisierten Roboter gegen Deutschland und gegen Europa ist auf seinen Höhepunkt gestiegen. Das deutsche Volk erfüllt mit seinen Achsenpartnern im wahrsten Sinne des Wortes eine europäische Mission, wenn es dieser unmittelbaren und ernstesten Lebensbedrohung mit den Waffen entgegentritt. Wir lassen uns nicht durch das Geschrei des internationalen Judentums in aller Welt in der mutigen und aufrechten Fortführung des gigantischen Kampfes gegen diese Weltpest beirren. Er kann und darf nur mit Sieg enden.

Das Ringen um Stalingrad wurde in seiner tragischen Verwicklung geradezu zu einem Symbol dieses heroischen, männlichen Widerstandes gegen den Aufruhr der Steppe. Es hatte deshalb nicht nur eine militärische, sondern auch eine geistige und seelische Bedeutung für das deutsche Volk von tiefstgreifender Wirkung. Erst hier sind uns unsere Augen für die aus diesem Kriege erwachsende Problematik vollkommen geöffnet worden. Wir wollen jetzt gar nichts mehr von falschen Hoffnungen und Illusionen hören. Wir wollen den Tatsachen, und wenn sie noch so hart und grausam sind, mutig in die Augen schauen. Denn jedesmal noch hat es sich in der Geschichte unserer Partei und unseres Staates erwiesen, daß eine erkannte Gefahr bald schon auch eine gebannte Gefahr ist. Im Zeichen dieses heroischen Widerstandes stehen unsere weiteren schwersten Abwehrkämpfe im Osten. Sie beanspruchen unsere Soldaten und ihre Waffen in einem Umfange, der uns bei allen bisherigen Feldzügen vollkommen unbekannt gewesen ist. Im Osten tobt ein Krieg ohne Gnade. Der Führer hat ihn richtig charakterisiert, als er erklärte, es werden aus ihm nicht Sieger und Besiegte, sondern nur noch Überlebende und Vernichtete hervorgehen.

Das deutsche Volk hat das ganz klar erkannt. Mit seinem gesunden Instinkt hat es sich auf eigene Weise

89 einen Weg durch das Gestrüpp der tagesaktuell bedingten geistigen und seelischen Schwierigkeiten dieses Krieges gebahnt. Wir wissen heute genau, daß der Blitzkrieg des Polen- und Westfeldzuges für den Osten nur noch eine bedingte Gültigkeit hat. Hier kämpft die deutsche Nation um ihr Alles. Wir sind in diesem Kampf zu der Erkenntnis gekommen, daß das deutsche Volk hier seine heiligsten Güter, seine Familien, seine Frauen und seine Kinder, die Schönheit und Unberührtheit seiner Landschaft, seine Städte und Dörfer, das zweitausendjährige Erbe seiner Kultur und alles, was uns das Leben lebenswert macht, zu verteidigen hat.

Für diese Schätze unseres reichen Volkstums hat der Bolschewismus natürlich nicht das geringste Verständnis, und er würde auch im Bedarfsfalle darauf nicht die geringste Rücksicht nehmen. Er tut das ja nicht einmal seinem eigenen Volke gegenüber. Die Sowjetunion hat das bolschewistische Kriegspotential seit 25 Jahren in einem Umfange ausgeschöpft, der für uns gänzlich unvorstellbar war und deshalb von uns auch falsch eingeschätzt wurde. Das terroristische Judentum hat sich in Rußland 200 Millionen Menschen dienstbar gemacht, dabei seine zynischen Methoden und Praktiken mit der

stumpfen Zähigkeit der russischen Rasse vermählt, die deshalb eine um so größere Gefahr für die europäischen Kulturvölker darstellt. Im Osten wird ein ganzes Volk zum Kampf gezwungen. Hier werden Männer, Frauen, ja Kinder nicht nur in die Rüstungsfabriken, sondern auch in den Krieg getrieben. 200 Millionen stehen uns hier teils unter dem Terror der GPU, teils befangen in einer teuflischen Anschauung, mit wilder Stumpfheit gegenüber. Die Massen von Panzern, die in diesem Winter unsere östliche Front berennen, sind das Ergebnis eines 25jährigen sozialen Unglücks und Elends des bolschewistischen Volkes. Dagegen müssen wir mit entsprechenden Gegenmaßnahmen antreten, wenn wir nicht das Spiel als verloren aufgeben wollen.

Ich gebe meiner festen Überzeugung Ausdruck, daß wir die bolschewistische Gefahr auf die Dauer nur niederringen können, wenn wir ihr, wenn auch nicht mit gleichen, so doch mit gleichwertigen Methoden entgegentreten. Die deutsche Nation steht damit vor der ernstesten Frage dieses Krieges, nämlich der, die Entschlossenheit aufzubringen, alles einzusetzen, um alles, was sie besitzt, zu erhalten, und alles, was sie zum späteren Leben nötig hat, dazu zu gewinnen. Es geht also nicht nur darum, heute einen hohen Lebensstandard auf Kosten unserer Verteidigungskraft gegen den Osten aufrechtzuerhalten, es geht vielmehr darum, unsere Verteidigungskraft zu stärken auf Kosten eines nicht mehr zeitgemäßen hohen Lebensstandards. Das hat durchaus nichts mit Nachahmung bolschewistischer Methoden zu tun. Wir haben auch früher im Kampf gegen die Kommunistische Partei andere Methoden angewandt, als wir sie

90 gegen die bürgerlichen Parteien anwandten. Denn hier trat uns ein Gegner gegenüber, der anders angefaßt werden mußte, wenn man mit ihm fertig werden wollte. Er bediente sich des Terrors, um die nationalsozialistische Bewegung niederzuschlagen. Terror aber wird nicht mit geistigen Argumenten, sondern nur mit Gegenterror gebrochen.

Die geistige Bedrohung, die der Bolschewismus darstellt, ist bekannt; sie wird auch im neutralen Ausland nicht bestritten. Über die geistige Bedrohung hinaus aber stellt er nun für uns und Europa eine unmittelbare militärische Bedrohung dar. Ihr nur mit geistigen Argumenten entgegentreten zu wollen, würde bei den Kreml-Gewaltigen wahrscheinlich stürmische Heiterkeit auslösen. Wir sind nicht so dumm und so kurzichtig, den Kampf gegen den Bolschewismus mit derartig unzulänglichen Mitteln auch nur zu versuchen. Wir wollen auch nicht auf uns das Wort angewandt sehen, daß nur die allergrößten Kälber sich ihre Metzger selber wählen. Wir sind entschlossen, unser Leben mit allen Mitteln zu verteidigen ohne Rücksicht darauf, ob die uns umgebende Welt die Notwendigkeit dieses Kampfes einsieht oder nicht.

Der totale Krieg also ist das Gebot der Stunde. Es muß jetzt zu Ende sein mit den bürgerlichen Zimperlichkeiten, die auch in diesem Schicksalskampf nach dem Grundsatz verfahren wollen: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!“ Die Gefahr, vor der wir stehen, ist riesengroß. Riesengroß müssen deshalb auch die Anstrengungen sein, mit denen wir ihr entgegentreten, Es ist also jetzt die Stunde gekommen, die Glacehandschuhe auszuziehen und die Faust zu bandagieren. Es geht nicht mehr an, das reiche Kriegspotential nicht nur unseres eigenen Landes, sondern der uns zur Verfügung stehenden bedeutenden Teile Europas nur flüchtig und an der Oberfläche auszuschöpfen. Es muß ganz zur Ausschöpfung gelangen, und zwar so schnell und so gründlich, als das organisatorisch und sachlich überhaupt nur denkbar ist. Hier wäre eine falsche Rücksichtnahme vollkommen fehl am Orte. Europas Zukunft hängt von unserem Kampf im Osten ab. Wir stehen zu seinem Schütze bereit. Das deutsche Volk stellt sein kostbarstes nationales Blut für diesen Kampf zur Verfügung. Der übrige Teil Europas sollte hierfür wenigstens seine Arbeit zur Verfügung stellen. Wer diesen Kampf im übrigen Europa heute noch nicht versteht, wird uns morgen auf den Knien danken, daß wir ihn mutig und unbeirrt auf uns genommen haben.

Es ärgert uns nicht einmal, wenn unsere Feinde im Ausland behaupten, die Maßnahmen, die wir jetzt zur Totalisierung des Krieges durchführten, kämen denen des Bolschewismus ziemlich nahe. Scheinheilig erklären sie, darum müsse man also folgern, daß sich unter diesen Umständen der Kampf gegen den Bolschewismus überhaupt erübrige. Es geht hier nicht um die Methode, mit der man den Bolschewismus

91 zu Boden schlägt, sondern um das Ziel, nämlich um die Beseitigung der Gefahr. Die Frage ist also nicht die, ob die Methoden, die wir anwenden, gut oder schlecht sind, sondern ob sie zum Erfolge führen. Jedenfalls sind wir als nationalsozialistische Volksführung jetzt zu allem entschlossen. Wir packen zu, ohne Rücksicht auf die Einsprüche des einen oder des anderen. Wir wollen nicht mehr im Interesse der Aufrechterhaltung eines hohen, manchmal fast friedensmäßigen inneren Lebensstandards für eine bestimmte Volksschicht das deutsche Kriegspotential schwächen und damit unsere Kriegsfüh-

rung gefährden. Im Gegenteil, wir verzichten freiwillig auf einen bedeutenden Teil dieses Lebensstandards, um das Kriegspotential so schnell und so gründlich wie möglich zu erhöhen.

Im übrigen herrscht darüber, wie mir aus ungezählten Briefen aus der Heimat und Zustimmungskundgebungen von der Front mitgeteilt wird, im ganzen deutschen Volke überhaupt nur eine Meinung. Jedermann weiß, daß dieser Krieg, wenn wir ihn verlören, uns alle vernichten würde. Und darum ist das Volk mit seiner Führung entschlossen, nunmehr zur radikalsten Selbsthilfe zu greifen. Die breiten arbeitenden Massen unseres Volkes machen der Regierung nicht zum Vorwurf, daß sie zu rücksichtslos, sondern höchstens, daß sie zu rücksichtsvoll vorgeht. Man frage landauf, landab das deutsche Volk; man wird überall nur die eine Antwort erhalten: Das Radikalste ist heute eben radikal, und das Totalste ist heute eben total genug, um den Sieg zu erringen.

Darum ist die totale Kriegführung eine Sache des ganzen deutschen Volkes. Niemand kann sich auch nur mit einem Schein von Berechtigung an ihren Forderungen vorbeidrücken. Als ich in meiner Rede vom 30. Januar von dieser Stelle aus den totalen Krieg proklamierte, schwollen mir aus den um mich versammelten Menschenmassen Orkane der Zustimmung zu. Ich kann also feststellen, daß die Führung sich in ihren Maßnahmen in vollkommener Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volk in der Heimat und an der Front befindet. Das Volk will alle, auch die schwersten Belastungen auf sich nehmen und ist bereit, jedes Opfer zu bringen, wenn damit dem großen Ziel des Sieges gedient wird.

Die Voraussetzung dazu aber ist selbstverständlich die, daß die Lasten gerecht verteilt werden. Es darf nicht geduldet werden, daß der weitaus größte Teil des Volkes die ganze Bürde des Krieges trägt und ein kleiner passiver Teil sich an den Lasten und an der Verantwortung des Krieges vorbeizudrücken versucht. Die Maßnahmen, die wir getroffen haben und noch treffen müssen, werden deshalb vom Geiste einer nationalsozialistischen Gerechtigkeit erfüllt sein. Wir nehmen keine Rücksicht auf Stand und Beruf. Arm und reich und hoch und niedrig müssen in gleicher Weise beansprucht werden. Jedermann wird in dieser

92 ernsten Phase unseres Schicksalskampfes zur Erfüllung seiner Pflicht der Nation gegenüber angehalten, wenn nötig, gezwungen werden. Wir wissen uns auch dabei in voller Übereinstimmung mit dem nationalen Willen unseres Volkes. Wir wollen lieber zu viel als zu wenig Kraft zur Erringung des Sieges anwenden. Noch niemals ist ein Krieg in der Geschichte der Völker verlorengegangen, weil die Führung zu viel Soldaten und Waffen hatte. Sehr viele aber gingen verloren, weil das Umgekehrte der Fall war.

Ich habe schon in der Öffentlichkeit erklärt, daß die kriegsentscheidende Aufgabe der Gegenwart darin besteht, dem Führer durch einschneidendste Maßnahmen in der Heimat eine operative Reserve bereitzustellen, die ihm die Möglichkeit gibt, im kommenden Frühjahr und Sommer die Offensive aufs neue aufzunehmen und den Versuch zu machen, dem sowjetischen Bolschewismus den entscheidenden Schlag zu versetzen. Je mehr wir dem Führer an Kraft in die Hand geben, um so vernichtender wird dieser Schlag sein. Es ist also nicht mehr angebracht, unzeitgemäßen Friedensvorstellungen zu huldigen. Das deutsche Volk hat alle Veranlassung, nur an den Krieg zu denken. Das trägt nicht zu seiner Verlängerung, sondern nur zu seiner Beschleunigung bei. Der totalste und radikalste Krieg ist auch der kürzeste. Wir müssen im Osten wieder offensiv werden. Wir müssen dazu die nötigen Kräfte, die im Lande noch in reichem Maße vorhanden sind, mobilisieren, und zwar nicht nur auf organisatorische, sondern auch auf improvisatorische Weise. Ein umständliches bürokratisches Verfahren führt hier nur langsam zum Ziel. Die Stunde aber drängt; Eile ist ihr Gebot. Auch früher im Kampf der nationalsozialistischen Bewegung gegen den demokratischen Staat haben wir nicht nach einem schwerfälligen Verfahren gearbeitet. Auch damals lebten wir oft von der Hand in den Mund und trieben unsere politische Strategie als System der ewig sich wiederholenden Aushilfen. Das muß auch heute wieder der Fall sein.

Es ist also an der Zeit, den Säumigen Beine zu machen. Sie müssen aus ihrer bequemen Ruhe aufgerüttelt werden. Wir können nicht warten, bis sie von selbst zur Besinnung kommen und es dann vielleicht zu spät ist. Es muß wie ein Alarmruf durch das ganze Volk gehen. Eine Arbeit von Millionen Händen hat einzusetzen, und zwar landauf, landab. Die Maßnahmen, die wir bereits getroffen haben und noch treffen müssen und die ich im weiteren Teil meiner Ausführungen des näheren erläutern werde, sind einschneidend für das gesamte private und öffentliche Leben. Die Opfer, die der einzelne Bürger dabei zu bringen hat, sind manchmal schwer; aber sie bedeuten nur wenig den Opfern gegenüber, die er bringen müßte, wenn er sich zu diesen Opfern weigerte und damit das größte nationale Unglück über unser Volk

93 heraufbeschwörte. Es ist besser, zur rechten Zeit einen Schritt zu tun, als zuzuwarten und die Krankheit sich erst richtig festsetzen zu lassen. Man darf aber dem Operateur, der den Schnitt tut, nicht in den Arm fallen oder ihn gar wegen Körperverletzung anklagen. Er schneidet nicht, um zu töten, sondern um das Leben des Patienten zu retten.

Wiederum muß ich hier betonen, daß, je schwerer die Opfer sind, die das deutsche Volk zu bringen hat, um so dringender die Forderung erhoben werden muß, daß sie gerecht verteilt werden. Das will auch das Volk. Niemand sträubt sich heute gegen die Übernahme von auch schwersten Kriegslasten. Aber es muß natürlich auf jeden aufreizend wirken, wenn gewisse Leute immer wieder versuchen, sich an den Lasten überhaupt vorbeizudrücken. Die nationalsozialistische Staatsführung hat die moralische, aber auch staatspolitische Pflicht, solchen Versuchen mannhaft, wenn nötig, mit drakonischen Strafen entgegenzutreten. Schonung wäre hier vollkommen fehl am Platze und würde allmählich zu einer Verwirrung der Gefühle und Ansichten unseres Volkes führen, die eine schwere Gefährdung unserer öffentlichen Kriegsmoral nach sich ziehen müßte.

Wir sind somit auch gezwungen, eine Reihe von Maßnahmen zu treffen, die zwar für die Kriegführung an sich nicht von lebenswichtiger Bedeutung sind, die aber für die Aufrechterhaltung der Kriegsmoral in der Heimat und an der Front erforderlich erscheinen. Auch die Optik des Krieges, d. h. das äußere Bild der Kriegführung, ist im vierten Kriegsjahr von ausschlaggebender Wichtigkeit. Die Front hat angesichts der übermenschlichen Opfer, die sie täglich zu bringen hat, ein elementares Anrecht darauf, daß auch nicht ein einziger in der Heimat das Recht für sich in Anspruch nimmt, am Kriege und seinen Pflichten vorbeizuleben. Aber nicht nur die Front fordert das, sondern auch der weitaus überwiegende anständige Teil der Heimat. Die Fleißigen besitzen einen Anspruch darauf, daß, wenn sie zehn und zwölf und manchmal vierzehn Stunden täglich arbeiten, sich direkt neben ihnen nicht die Faulenzer räkeln und gar noch die anderen für dumm und nicht raffiniert genug halten. Die Heimat muß in ihrer Gesamtheit sauber und intakt bleiben. Nichts darf ihr kriegsgemäßes Bild trüben.

Es sind deshalb eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, die dieser neuen Optik des Krieges Rechnung tragen. Wir haben beispielsweise die Schließung der Bars und Nachtlokale angeordnet. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es heute noch Menschen gibt, die ihre Kriegspflichten voll erfüllen und gleichzeitig bis tief in die Nacht in Amüsierlokalen herumsitzen. Ich muß daraus nur folgern, daß sie es mit ihren Kriegspflichten nicht allzu genau nehmen. Wir haben diese Amüsierlokale geschlossen, weil sie

94 anfangen, uns lästig zu fallen und das Bild des Krieges trübten. Wir verfolgen damit durchaus keine muckerischen Ziele. Nach dem Kriege wollen wir gern wieder nach dem Grundsatz verfahren: Leben und leben lassen. Während des Krieges aber gilt der Grundsatz: Kämpfen und kämpfen lassen!

Auch Luxusrestaurants, deren Aufwand in keinem Verhältnis zum erzielten Effekt steht, sind der Schließung verfallen. Es mag sein, daß der eine oder der andere auch während des Krieges noch in der Pflege des Magens eine Hauptaufgabe sieht. Auf ihn können wir dabei keine Rücksicht nehmen. Wenn an der Front unsere kämpfenden Truppen vom Grenadier bis zum Generalfeldmarschall aus der Feldküche essen, so glaube ich, ist es nicht zuviel verlangt, wenn wir in der Heimat jeden zwingen, wenigstens auf die elementarsten Gebote des Gemeinschaftsdenkens Rücksicht zu nehmen. Feinschmecker wollen wir wieder nach dem Kriege werden. Heute haben wir Wichtigeres zu tun, als den Magen zu pflegen. Auch ungezählte Luxus- und Repräsentationsgeschäfte sind mittlerweile zur Auflösung gekommen. Sie waren für das kaufende Publikum vielfach ein ständiger Stein des Anstoßes. Zu kaufen gab es dort praktisch kaum noch etwas, höchstens einmal, wenn man hier und da statt mit Geld mit Butter oder mit Eiern bezahlte. Was haben Geschäfte für einen Zweck, die keine Waren mehr verkaufen und nur elektrisches Licht, Heizung und menschliche Arbeitskraft verbrauchen, die uns anderswo, vor allem in der Rüstungsproduktion, an allen Ecken und Enden fehlen.

Man wende hier nicht ein, die Aufrechterhaltung eines holden Friedensscheines imponiere dem Auslande. Dem Ausland imponiert nur ein deutscher Sieg! Wenn wir gesiegt haben, wird jedermann unser Freund sein wollen. Würden wir aber einmal' unterliegen, so könnten wir unsere Freunde an den Fingern einer Hand abzählen. Wir haben deshalb mit diesen falschen Illusionen, die das Kriegsbild verwischen, Schluß gemacht. Wir werden die Menschen, die dort untätig in den leeren Geschäften herumstanden, einer nutzbringenderen Tätigkeit in der öffentlichen Kriegswirtschaft zuführen. Dieser Prozeß ist eben im Gange und wird bis zum 15. März abgeschlossen sein. Er stellt natürlich eine' riesige Umorganisation unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens dar. Wir gehen dabei nicht planlos vor. Wir wollen auch niemanden zu Unrecht anklagen oder Tadel und Vorwurf nach allen Seiten verteilen. Wir tun lediglich das, was notwendig ist. Das aber tun wir schnell und gründlich.

Wir wollen lieber ein paar Jahre geflickte Kleider tragen, als einen Zustand heraufbeschwören, in dem unser Volk ein paar Jahrhunderte in Lumpen herumlaufen müßte. Was sollen heute noch Modesa-
lons, die Licht, Heizung und menschliche Arbeitskraft verbrauchen? Sie werden nach dem Kriege,
wenn wir wieder

95 Zeit und Lust dazu haben, neu erstehen. Was sollen Frisiersalons, in denen ein Schönheitskult gepflegt wird, der ungeheuer viel Zeit und Arbeitskraft beansprucht, der für den Frieden zwar sehr schön und angenehm, für den Krieg aber überflüssig ist. Unsere Frauen und Mädchen werden einmal unseren siegreich heimkehrenden Soldaten auch ohne friedensmäßige Aufmachung gefallen.

In den öffentlichen Ämtern wird in Zukunft etwas schneller und unbürokratischer gearbeitet werden. Es ergibt durchaus kein gutes Bild, wenn dort nach achtstündiger Arbeitszeit auf die Minute genau Schluß gemacht wird. Nicht das Volk ist für die Ämter, sondern die Ämter sind für das Volk da. Man arbeitet also so lange, bis die Arbeit erledigt ist. Das ist das Gebot des Krieges. Wenn der Führer das kann, so werden auch die Diener des Staates das können. Ist für eine längere Arbeitszeit nicht genügend Arbeit da, so gibt man 10 oder 20 oder 30 Prozent der Mitarbeiter an die kriegswichtige Wirtschaft ab und stellt damit wieder eine entsprechende Anzahl Männer für die Front frei. Das gilt für alle Dienststellen in der Heimat. Vielleicht wird gerade dadurch auch die Arbeit in den Ämtern etwas schneller und etwas weniger schwerfällig vor sich gehen. Wir müssen im Kriege lernen, nicht nur gründlich, sondern auch prompt zu arbeiten. Der Soldat an der Front hat auch nicht wochenlang Zeit, sich eine Maßnahme zu überlegen, sie von Hand zu Hand weiterzugeben oder in den Akten verstauben zu lassen. Er muß sofort handeln, weil er sonst sein Leben verliert. Wir in der Heimat verlieren zwar durch schwerfälliges Arbeiten nicht unser eigenes Leben, aber wir gefährden damit auf die Dauer das Leben unseres Volkes.

Auch alberne Arbeiten, die mit dem Krieg überhaupt nichts zu tun haben, müssen bei Industrie und Verwaltung abgestellt werden. Vieles, was im Frieden schön erstrebenswert war, wirkt im Kriege nur lächerlich. Wenn sich beispielsweise, wie mir berichtet wurde, eine Reihe von Stellen wochenlang mit der Frage beschäftigen, ob man das Wort Akkumulator durch das Wort Sammler ersetzen solle, und darüber sogar umfangreiche Aktenvorgänge anlegen, so habe ich den Eindruck, und ich glaube, das deutsche Volk teilt diesen, daß Personen, die sich im Kriege mit solchen Kindereien beschäftigen, nicht ganz ausgelastet sind und zweckmäßigerweise in eine Munitionsfabrik gesteckt oder an die Front geschickt würden.

Überhaupt müssen alle, die im Dienste des Volkes tätig sind, dem Volke in der Arbeit sowohl wie in der äußeren und inneren Haltung stets ein leuchtendes Beispiel geben. Auch an Kleinigkeiten entzündet sich manchmal der öffentliche Unmut. Es ist beispielsweise aufreizend, wenn junge Männer und Frauen morgens um 9 Uhr in Berlin durch den Tiergarten reiten und dabei vielleicht einer Arbeiterfrau begegnen,

96 die eine zehnstündige Nachtschicht hinter sich hat und zu Hause drei oder vier oder fünf Kinder betreuen muß. Das Bild einer wie im vollen Frieden vorbeigaloppierenden Kavalkade kann in der Seele dieser braven Arbeiterfrau nur Bitterkeit erregen. Ich habe deshalb das Reiten auf öffentlichen Straßen und Plätzen der Reichshauptstadt für die Dauer des Krieges verboten. Ich trage auch damit, glaube ich, den psychologischen Forderungen des Krieges Rechnung und wohl auch den Forderungen der Rücksichtnahme auf die Front. Der Soldat, der für ein paar Tage von der Ostfront nach Hause in Urlaub fährt und vielleicht in Berlin einen Tag Pause macht, wird durch den Anblick eines solchen Schauspiels einen ganz falschen Eindruck von der Reichshauptstadt bekommen. Er sieht ja nicht die in den Rüstungsfabriken täglich zwölf, vierzehn und manchmal sechzehn Stunden werkenden Hunderttausende fleißiger und anständiger Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern eine fröhliche Reitgesellschaft. Man kann sich denken, welche Eindrücke aus der Heimat er an die Front weitervermittelt. Überhaupt muß jeder' es sich zu einem selbstverständlichen Gebot der Kriegsmoral machen, auf die berechtigten Forderungen des arbeitenden und kämpfenden Volkes die größte Rücksicht zu nehmen. Wir sind keine Spielverderber, aber wir lassen uns auch nicht das Spiel verderben.

Wenn beispielsweise gewisse Männer und Frauen sich wochenlang in den Kurorten herumräkeln, sich dort Gerüchte zutratschen und schwer Kriegsversehrten und Arbeitern und Arbeiterinnen, die nach einjährigem, hartem Einsatz Anspruch auf Urlaub haben, den Platz wegnehmen, so ist das unerträglich und deshalb abgestellt worden. Der Krieg ist nicht die richtige Zeit für einen gewissen Amüsierpöbel. Unsere Freude ist bis zu seinem Ende die Arbeit und der Kampf, darin finden wir unsere tiefe innere Genugtuung. Wer das nicht aus eigenem Pflichtgefühl versteht, der muß zu diesem Pflichtgefühl erzogen, wenn nötig, auch gezwungen werden. Hier hilft nur hartes Durchgreifen.

Es macht z. B. auf das Volk keinen guten Eindruck, wenn wir mit einer Riesenpropaganda die Parole ausgeben: „Räder müssen rollen für den Sieg!“, das ganze Volk daraus die Folgerung zieht und keine unnützen Reisen antritt, dagegen arbeitslose Vergnügungsreisende dadurch nur mehr Platz in der Eisenbahn bekommen. Die Eisenbahn dient heute kriegswichtigen Transporten und kriegsnotwendigen Geschäftsreisen. Urlaub hat nur der zu beanspruchen, der sonst in seiner Arbeits- oder Kampfkraft schwer gefährdet würde. Der Führer hat seit Beginn des Krieges und lange vorher nicht einen Tag Urlaub gehabt. Wenn also der erste Mann im Staate seine Pflicht so ernst und so verantwortungsvoll auffaßt, dann muß

97 das für jeden Bürger und jede Bürgerin des Staates eine stumme, aber doch unüberhörbare Aufforderung sein, sich auch danach zu richten.

Die Regierung tut andererseits alles, um dem arbeitenden Volke in dieser schweren Zeit die nötigen Entspannungsmöglichkeiten zu erhalten. Theater, Kinos, Musiksäle bleiben voll im Betrieb. Der Rundfunk wird bestrebt sein, sein Programm noch zu erweitern und zu vervollkommen. Wir haben durchaus nicht die Absicht, über unser Volk eine graue Winterstimmung heraufzubeschwören. Was dem Volke dient, was seine Kampf- und Arbeitskraft erhält, stählt und vermehrt, das ist gut und kriegswichtig. Das Gegenteil ist abzuschaffen. Ich habe deshalb als Ausgleich gegen die eben geschilderten Maßnahmen angeordnet, daß die geistigen und seelischen Erholungsstätten des Volkes nicht vermindert, sondern vermehrt werden. Soweit sie unseren Kriegsanstrengungen nicht schaden, sondern sie fördern, müssen sie auch von selten der Staats- und Volksführung eine entsprechende Förderung erfahren. Das gilt auch für den Sport. Der Sport ist heute keine Angelegenheit bevorzugter Kreise, sondern eine Angelegenheit des ganzen Volkes. UK-Stellungen sind auf dem Sportgebiet gänzlich sinnlos. Der Sport hat ja die Aufgabe, die Körperkraft zu stählen, doch wohl in der Hauptsache zu dem Zweck, sie wenigstens in der schlimmsten Notzeit des Volkes zum Einsatz zu bringen.

Das alles will auch die Front. Das fordert mit stürmischer Zustimmung das ganze deutsche Volk. Es will jetzt nichts mehr hören von kriegsunwichtiger Betriebsamkeit und ähnlichen Wichtigtuereien, die Zeit und Aufwand erfordern. Es will nichts mehr hören von einem überspannten umständlichen Fragebogenunwesen für jeden Unsinn. Es will sich nicht in tausend Kleinigkeiten verzetteln, die für den Frieden vielleicht wichtig waren, für den Krieg aber keine Bedeutung besitzen. Es weiß, was es zu tun und was es zu lassen hat. Es will eine spartanische Lebensführung für alle, für hoch und niedrig und arm und reich. So wie der Führer dem ganzen Volke ein Beispiel gibt, so muß das ganze Volk in allen seinen Schichten sich dieses Beispiel auch zum Vorbild nehmen. Wenn er nur Arbeit und Sorgen kennt, so wollen wir ihm Arbeit und Sorgen nicht allein überlassen, sondern den Teil, den wir ihm abnehmen können, auch auf uns nehmen.

Die Zeit, die wir heute durchleben, hat in ihrer ganzen Anlage für jeden echten Nationalsozialisten eine verblüffende Ähnlichkeit mit der Kampfzeit. Da und immer haben wir so gehandelt. Wir sind immer mit dem Volke durch dick und dünn gegangen, und darum ist das Volk uns auch auf allen Wegen gefolgt. Wir haben immer mit dem Volk gemeinsam alle Lasten getragen, und deshalb schienen uns die Lasten nicht schwer, sondern leicht zu sein. Das Volk will geführt werden. Noch niemals gab es in der Geschichte ein

98 Beispiel dafür, daß in einer kritischen Stunde des nationalen Lebens das Volk einer tapferen und entschlossenen Führung die Gefolgschaft versagt hätte.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch über einige praktische Maßnahmen des totalen Krieges, die wir bereits getroffen haben, ein paar Worte verlieren.

Das Problem, um das es sich dabei handelt, heißt: Freimachung von Soldaten für die Front, Freimachung von Arbeitern und Arbeiterinnen für die Rüstungswirtschaft. Diesen beiden Zielen müssen alle anderen Bedürfnisse untergeordnet werden, selbst auf Kosten unseres sozialen Lebensniveaus während des Krieges. Das soll nicht eine endgültige Stabilisierung unseres Lebensstandards darstellen, sondern gilt nur als Mittel zur Erreichung des Zweckes, nämlich des eines totalen Sieges.

Es müssen im Rahmen dieser Aktion Hunderttausende von UK-Stellungen in der Heimat aufgehoben werden. Diese UK-Stellungen waren bisher notwendig, weil wir nicht ausreichend Fach- und Schlüsselkräfte zur Verfügung hatten, die die durch Aufhebung der UK-Stellungen leer werdenden Plätze besetzen konnten. Es ist der Sinn der getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen, die dafür benötigten Arbeitskräfte zu mobilisieren. Darum geht unser Appell an die noch außerhalb der Kriegswirtschaft stehenden Männer und die bisher noch außerhalb des Arbeitsprozesses stehenden Frauen. Sie werden sich diesem Appell nicht versagen wollen und auch nicht versagen können. Die Arbeitspflicht für Frauen ist sehr weitschichtig gefaßt worden. Das heißt aber nicht, daß nur diejenigen, die

im Gesetz genannt worden sind, arbeiten dürfen. Jeder ist uns willkommen, und je mehr sich für den großen Umschichtungsprozeß in der inneren Wirtschaft zur Verfügung stellen, um so mehr Soldaten können wir für die Front freimachen.

Unsere Feinde behaupten, die deutschen Frauen seien nicht in der Lage, den Mann in der Kriegswirtschaft zu ersetzen. Das mag für bestimmte schwere körperliche Arbeiten unserer Kriegsfertigung zutreffen. Darüber hinaus aber bin ich der Überzeugung, daß die deutsche Frau fest entschlossen ist, den Platz, den der Mann, der an die Front geht, freimacht, in kürzester Frist voll auszufüllen. Wir brauchen uns da gar nicht auf bolschewistische Beispiele zu berufen. Auch in der deutschen Kriegswirtschaft sind seit Jahren schon Millionen bester deutscher Frauen mit größtem Erfolg tätig, und sie warten mit Ungeduld darauf, daß ihre Reihen baldigst durch neuen Zuzug vermehrt und ergänzt werden. Alle die, die sich für diese Arbeit zur Verfügung stellen, erfüllen damit nur eine Dankespflicht der Front gegenüber. Hunderttausende sind schon gekommen, Hunderttausende werden noch kommen. In kürzester Zeit hoffen wir, damit Armeen von Arbeitskräften freizumachen, die ihrerseits

99 wieder Armeen von kämpfenden Frontsoldaten freistellen werden.

Ich müßte mich sehr in den deutschen Frauen täuschen, wenn ich annehmen sollte, daß sie den hiermit an sie ergehenden Appell überhören wollten. Sie werden sich nicht in engherzigster Weise an das Gesetz anklammern oder gar noch versuchen, durch seine Maschen zu entschlüpfen. Im übrigen würden die wenigen, die solche Absichten verfolgen, damit bei uns nicht landen. Ärztliche Atteste werden statt der aufgerufenen Arbeitskraft nicht als vollwertig angenommen. Auch eine etwaige Alibi-Arbeit, die man sich beim Mann oder beim Schwager oder bei einem guten Bekannten verschafft, um sich unbeaufsichtigt weiter an der Arbeit vorbeidrücken zu können, wird von uns mit entsprechenden Gegenmaßnahmen beantwortet werden. Die wenigen, die solche Pläne verfolgen, können sich damit in der öffentlichen Wertung nur selbst erledigen. Das Volk wird ihnen die größte Verachtung zollen. Niemand verlangt, daß eine Frau, die dazu nicht die nötigen körperlichen Voraussetzungen mitbringt, in die schwere Fertigung einer Panzerfabrik geht. Es gibt aber eine Unmenge von Fertigungen auch in der Kriegsindustrie, die ohne allzu starke körperliche Anstrengung geleistet werden können und für die sich eine Frau, auch wenn sie aus bevorzugten Kreisen stammt, ruhig zur Verfügung stellen kann.

Es wäre auch angebracht, daß Frauen, die Dienstpersonal beschäftigen, jetzt schon diese Frage einer Überprüfung unterzögen. Man kann sehr wohl sich selbst dem Haushalt und den Kindern widmen und sein Dienstmädchen freigeben oder den Haushalt und die Kinder dem Dienstmädchen oder der NSV überantworten und sich selbst zur Arbeit melden. Allerdings ist dann das Leben nicht mehr so gemütlich wie im Frieden. Aber wir leben ja auch nicht im Frieden, sondern im Kriege. Gemütlich werden wir es uns wieder machen, wenn wir den Sieg in Händen haben. Jetzt aber müssen wir für den Sieg unter weitestgehender Aufopferung unserer Bequemlichkeit kämpfen.

Auch und gerade die Kriegerfrauen werden das verstehen. Sie werden es für ihre höchste Verpflichtung halten, ihren Männern draußen an der Front dadurch zur Seite zu treten, daß sie sich einer kriegswichtigen Arbeit zur Verfügung stellen. Das betrifft vor allem die Landwirtschaft. Die Frauen der Landarbeiter haben hier ein gutes Beispiel zu geben. Es gilt für alle Männer und Frauen der Grundsatz, daß es für niemanden angebracht ist, im Kriege sogar noch weniger zu tun als im Frieden; die Arbeit muß auf allen Gebieten vermehrt werden.

Man darf übrigens nicht den Fehler machen, alles, was jetzt nötig ist, auf die Regierung zu schieben. Die Regierung kann nur die großen Rahmengesetze schaffen. Den Rahmengesetzen Leben und Inhalt zu

100 geben, ist Aufgabe des arbeitenden Volkes; und zwar soll das unter der befeuernden Führung der Partei geschehen. Schnelles Handeln ist hier erstes Gebot.

Über die gesetzliche Verpflichtung hinaus also gilt jetzt die Parole: Freiwillige vor! Hier appelliere ich vor allem als Berliner Gauleiter an meine Berliner Mitbürgerinnen. Sie haben im Verlaufe dieses Krieges schon so viele edle Beispiele einer tapferen Lebensgesinnung gegeben, daß sie sich gewiß auch dieser Forderung gegenüber nicht beschämen lassen wollen. Sie haben sich durch ihre praktische Lebensart sowie durch die Frische ihrer Lebensauffassung auch im Kriege in der ganzen Welt einen guten Namen erworben. Diesen guten Namen gilt es jetzt, durch eine großzügige Handlungswelse zu erhalten und zu verstärken. Wenn ich also meine Berliner Mitbürgerinnen aufrufe, sich schnell, prompt und ohne viel Einwendungen einer kriegswichtigen Arbeit zur Verfügung zu stellen, so weiß ich, daß alle diesem Appell Folge leisten werden. Wir wollen jetzt nicht über die Schwere der Zeit klagen oder uns einander etwas vorräsionieren, wir wollen, wie das nicht nur Berliner, sondern deut-

sche Art ist, zupacken, handeln, die Initiative ergreifen, selbst etwas tun und nicht alles den anderen zu tun überlassen.

Welche deutsche Frau wollte es übers Herz bringen, sich einem solchen Appell, den ich vor allem für die kämpfende Front an die deutsche Frauenwelt richte, zu entziehen? Wer wollte jetzt eine spießige Bequemlichkeit über das nationale Pflichtgebot stellen? Wer wollte jetzt noch angesichts der schweren Bedrohung, der wir alle ausgesetzt sind, an seine egoistischen privaten Bedürfnisse denken und nicht an die über alledem stehenden Notwendigkeiten des Krieges?

Ich weise mit Verachtung den Vorwurf, den uns unsere Feinde machen, zurück, daß das eine Nachahmung des Bolschewismus sei. Wir wollen den Bolschewismus nicht nachahmen, wir wollen ihn besiegen, und zwar mit Mitteln und Methoden, die ihm gewachsen sind. Die deutsche Frau wird das am ehesten verstehen, denn sie hat längst erkannt, daß der Krieg, den heute unsere Männer führen, ein Krieg vor allem zum Schütze ihrer Kinder ist. Ihr heiligstes Gut wird also in diesem Kriege durch den Einsatz des kostbarsten Blutes unseres Volkes beschirmt. Mit diesem Kampf der Männer muß die deutsche Frau auch nach außen hin spontan ihre Solidarität bekunden. Sie muß sich lieber morgen als übermorgen in die Reihen der Millionen schaffender Angestellten und Arbeiterinnen einreihen und das Heer der arbeitenden Heimat auch durch ihre eigene Person vermehren. Es muß wie ein Strom der Bereitschaft durch das deutsche Volk gehen. Ich erwarte, daß sich nun ungezählte Frauen und vor allem Männer, die bisher noch keine kriegswichtige Arbeit taten, bei den Meldestellen melden. Wer sich schnell gibt, der gibt sich doppelt.

101 Daneben vollziehen sich großzügige Zusammenlegungen in unserer allgemeinen Wirtschaft.

Ich weiß, daß große Teile unseres Volkes dabei schwere Opfer bringen müssen. Ich habe Verständnis für diese Opfer, und die Volksführung ist bemüht, diese auf ein Mindestmaß zu beschränken. Aber ein gewisser Rest wird übrig bleiben, der getragen werden muß. Nach dem Kriege werden wir das, was wir heute auflösen, größer und schöner denn je wieder neu aufbauen und der Staat wird dazu seine helfende Hand leihen.

Ich wende mich in diesem Zusammenhang eindringlich gegen die Behauptung, daß mit unseren Maßnahmen eine Stilllegung des Mittelstandes oder eine Monopolisierung unserer Wirtschaft bezweckt würde. Nach dem Kriege wird der Mittelstand sofort wieder in größtem Umfange wirtschaftlich und sozial wiederhergestellt. Die augenblicklichen Maßnahmen sind ausschließlich Notmaßnahmen für die Kriegszwecke und Kriegsbedürfnisse. Sie streben nicht eine strukturelle Veränderung der Wirtschaft an, sondern sind lediglich auf das Ziel ausgerichtet, den Sieg so schnell und so gründlich wie möglich erkämpfen zu helfen. Denn hier liegt der Weg zum Siege.

Ich streite nicht ab, daß uns auch angesichts der Durchführung der eben geschilderten Maßnahmen noch sorgenvolle Wochen bevorstehen. Aber damit schaffen wir jetzt endgültig Luft. Wir stellen diese Maßnahmen auf die Aktionen des kommenden Sommers ein und begeben uns heute, ohne den Drohungen und Großsprechereien des Feindes irgendeine Beachtung zu schenken, an die Arbeit. Ich bin glücklich, dieses Programm des Sieges einem deutschen Volke vortragen zu dürfen, das diese Maßnahmen nicht nur willig auf sich nimmt, sondern sie fordert, und zwar dringender, als das je im Verlaufe dieses Krieges der Fall gewesen ist. Das Volk will, daß durchgreifend und schnell gehandelt wird. Es ist Zeit! Wir müssen den Augenblick und die Stunde nützen, damit wir vor kommenden Überraschungen gesichert sind.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren oft in unseren Zeitungen und Reden auf das friderizianische Beispiel berufen. Wir hatten gar keine Berechtigung dazu. Friedrich II. stand im 3. Schlesischen Krieg zeitweilig mit fünf Millionen Preußen, wie Schlieffen berechnet, 90 Millionen Europäern gegenüber. Und schon im zweiten der sieben höllischen Jahre erlitt er eine Niederlage, die den ganzen preußischen Staats ins Wanken brachte. Er hat niemals genug Soldaten und Waffen gehabt, um seine Schlachten ohne größtes Risiko zu schlagen. Er betrieb seine Strategie immer als ein System der Aushilfen. Aber er verfolgte dabei den Grundsatz, den Feind anzugreifen, wo sich ihm eine Gelegenheit dazu bot, und ihn zu schlagen, wo er sich ihm stellte. Daß er Niederlagen erlitt, ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist viel mehr, daß der

102 große König in allen Schicksalsschlägen ungebrochen blieb, daß er unerschütterlich das schwankende Kriegsglück auf sich nahm und sein ehernes Herz jede Gefahr überwand. Am Ende der sieben Jahre stand er, 51jährig, ein zahnloser, gichtkranker und von tausend Schmerzen gepeinigter Greis, doch als Sieger auf dem verwüsteten Schlachtfeld. Was haben wir denn dem entgegenzusetzen? Höchstens nur den Willen und die Entschlußkraft, es ihm, wenn die Stunde das gebietet, gleichzutun, wie er uner-

schütterlich zu bleiben in allen Fügungen des Schicksals, wie er den Sieg auch unter den ungünstigsten Umständen herbeizuzwingen und niemals an der großen Sache, die wir verfechten, zu verzweifeln.

Ich gebe meiner tiefen Überzeugung Ausdruck, daß das deutsche Volk durch den tragischen Schicksalsschlag von Stalingrad innerlich auf das tiefste geläutert worden ist. Es hat dem Krieg in sein hartes und erbarmungsloses Antlitz hineingeschaut. Es weiß nun die grausame Wahrheit und ist entschlossen, mit dem Führer durch dick und dünn zu gehen.

An unserer Seite stehen treue und zuverlässige Bundesgenossen. Das italienische Volk wird mit uns unter der Führung seines großen Duce unbeirrt den Weg zum Siege fortsetzen. Die faschistische Lehre hat es reif für alle großen Schicksalsproben gemacht. In Ostasien fügt das tapfere japanische Volk der angelsächsischen Kriegsmacht Schlag über Schlag zu. Drei Welt- und Großmächte zusammen mit ihren Verbündeten führen den Kampf gegen die plutokratische Tyrannei und die bolschewistische Bedrohung. Was kann uns geschehen, wenn wir uns den harten Proben dieses Krieges mit fester Entschlossenheit unterziehen! An der Sicherheit unseres Sieges gibt es bei uns keinen Zweifel. Während unsere Fronten im Osten ihre gigantischen Abwehrschlachten gegen den Ansturm der Steppe schlagen, rast der Krieg unserer U-Boote über die Weltmeere. Der feindliche Tonnageraum erleidet Einbußen, die auch durch künstlich noch so hochgeschraubte Ersatz- und Neubauten bei weitem nicht wieder wettgemacht werden können. Im übrigen aber wird der Feind uns im kommenden Sommer wieder in alter Offensivkraft kennenlernen! Das deutsche Volk ist entschlossen, dem Führer dazu unter Aufbietung all seiner Energien die nötige Möglichkeit zu verschaffen.

In diesen Tagen hat sich die englische und amerikanische Presse sehr ausgiebig mit der Haltung des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Krise befaßt. Die Engländer kennen das deutsche Volk nach ihren Angebereien bekanntlich viel besser als wir, seine eigene Führung. Sie geben uns scheinheilig Ratschläge, was wir zu tun und zu lassen hätten, immer in der irrigen Ansicht, das deutsche Volk von heute gleiche dem deutschen Volk vom November 1918, das auf ihre Verführungskünste hereinfiel. Ich habe es nicht

103 nötig, gegen diese Annahme den Gegenbeweis zu führen. Der Gegenbeweis wird vom kämpfenden und arbeitenden deutschen Volk jeden Tag aufs neue erhärtet.

Ich möchte aber zur Steuer der Wahrheit an euch, meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen, eine Reihe von Fragen richten, die ihr mir nach bestem Wissen und Gewissen beantworten müßt. Als mir meine Zuhörer auf meine Forderungen vom 30. Januar spontan ihre Zustimmung bekundeten, behauptete die englische Presse am anderen Tag, das sei ein Propagandatheater gewesen und entspreche in keiner Weise der wahren Stimmung des deutschen Volkes. Ich habe heute zu dieser Versammlung nun einen Ausschnitt des deutschen Volkes im besten Sinne des Wortes eingeladen. Vor mir sitzen reihenweise deutsche Verwundete von der Ostfront, Bein- und Armamputierte, mit zerschossenen Gliedern, Kriegsblinde, die mit ihren Rote-Kreuz-Schwestern gekommen sind, Männer in der Blüte ihrer Jahre, die vor sich ihre Krücken stehen haben. Dazwischen zähle ich an die fünfzig Träger des Eichenlaubes und des Ritterkreuzes, eine glänzende Abordnung unserer kämpfenden Front. Hinter ihnen erhebt sich ein Block von Rüstungsarbeitern und -arbeiterinnen aus den Berliner Panzerwerken. Wieder hinter ihnen sitzen Männer aus der Parteiorganisation, Soldaten aus der kämpfenden Wehrmacht, Ärzte, Wissenschaftler, Künstler, Ingenieure und Architekten, Lehrer, Beamte und Angestellte aus den Ämtern und Büros, eine stolze Vertreterschaft unseres geistigen Lebens in all seinen Schichtungen, dem das Reich gerade jetzt im Kriege Wunder der Erfindung und des menschlichen Genies verdankt. Über das ganze Rund des Sportpalastes verteilt sehe ich Tausende von deutschen Frauen. Die Jugend ist hier vertreten und das Greisenalter. Kein Stand, kein Beruf und kein Lebensjahr blieb bei der Einladung unberücksichtigt. Ich kann also mit Fug und Recht sagen: Was hier vor mir sitzt, ist ein Ausschnitt aus dem ganzen deutschen Volk an der Front und in der Heimat. Stimmt das? Ja oder nein!

Ihr also, meine Zuhörer, repräsentiert in diesem Augenblick die Nation. Und an euch möchte ich zehn Fragen richten, die ihr mir mit dem deutschen Volke vor der ganzen Welt, insbesondere aber vor unseren Feinden, die uns auch an ihrem Rundfunk zuhören, beantworten sollt:

Die Engländer behaupten, das deutsche Volk habe den Glauben an den Sieg verloren.

Ich frage euch: Glaubt ihr mit dem Führer und mit uns an den endgültigen totalen Sieg des deutschen Volkes?

Ich frage euch: Seid ihr entschlossen, dem Führer in der Erkämpfung des Sieges durch dick und dünn und unter Aufnahme auch der schwersten persönlichen Belastungen zu folgen?

104 Zweitens: Die Engländer behaupten, das deutsche Volk ist des Kampfes müde.

Ich frage euch: Seid ihr bereit, mit dem Führer als Phalanx der Heimat hinter der kämpfenden Wehrmacht stehend diesen Kampf mit wilder Entschlossenheit und unbeirrt durch alle Schicksalsfügungen fortzusetzen, bis der Sieg in unseren Händen ist?

Drittens: Die Engländer behaupten, das deutsche Volk hat keine Lust mehr, sich der überhandnehmenden Kriegsarbeit, die die Regierung von ihm fordert, zu unterziehen.

Ich frage euch: Seid ihr und ist das deutsche Volk entschlossen, wenn der Führer es befiehlt, zehn, zwölf und, wenn nötig, vierzehn und sechzehn Stunden täglich zu arbeiten und das Letzte herzugeben für den Sieg?

Viertens: Die Engländer behaupten, das deutsche Volk wehrt sich gegen die totalen Kriegsmaßnahmen der Regierung. Es will nicht den totalen Krieg, sondern die Kapitulation. (Zurufe: Niemals! Niemals! Niemals!)

Ich frage euch: Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?

Fünftens: Die Engländer behaupten, das deutsche Volk "hat sein Vertrauen zum Führer verloren.

Ich frage euch: Ist euer Vertrauen zum Führer heute größer, gläubiger und unerschütterlicher denn je? (Die Menge erhebt sich wie ein Mann. Die Begeisterung der Masse entlädt sich in einer Kundgebung nicht dagewesenen Ausmaßes. Vieltausendstimmige Sprechchöre brausen durch die Halle: „Führer befehl, wir folgen!“ Eine nichtabbende Woge von Heilrufen auf den Führer braust auf. Wie auf ein Kommando erheben sich nun die Fahnen und Standarten, höchster Ausdruck des weihvollen Augenblicks, indem, die Massen dem Führer huldigen.) Ist eure Bereitschaft, ihm auf allen seinen Wegen zu folgen und alles zu tun, was nötig ist, um den Krieg zum siegreichen Ende zu führen, eine absolute und uneingeschränkte?

Ich frage euch als sechstes: Seid ihr bereit, von nun ab eure ganze Kraft einzusetzen und der Ostfront die Menschen und Waffen zur Verfügung zu stellen, die sie braucht, um dem Bolschewismus den tödlichen Schlag zu versetzen?

Ich frage euch siebentes: Gelobt ihr mit heiligem Eid der Front, daß die Heimat mit starker Moral hinter ihr steht und ihr alles geben wird, was sie nötig hat, um den Sieg zu erkämpfen?

Ich frage euch achtens: Wollt ihr, insbesondere ihr Frauen selbst, daß die Regierung dafür sorgt, daß auch die deutsche Frau ihre ganze Kraft der Kriegführung zur Verfügung stellt und überall da, wo es nur

105 möglich ist, einspringt, um Männer für die Front frei zu machen und damit ihren Männern an der Front zu helfen?

Ich frage euch neuntes: Billigt ihr, wenn nötig, die radikalsten Maßnahmen gegen einen kleinen Kreis von Drückebergern und Schiebern, die mitten im Kriege Frieden spielen und die Not des Volkes zu eigensüchtigen Zwecken ausnutzen wollen? Seid ihr damit einverstanden, daß, wer sich am Krieg vergeht, den Kopf verliert?

Ich frage euch zehntens und zuletzt: Wollt ihr, daß, wie das nationalsozialistische Parteiprogramm es gebietet, gerade im Kriege gleiche Rechte und gleiche Pflichten vorherrschen, daß die Heimat die schweren Belastungen des Krieges solidarisch auf ihre Schultern nimmt und daß sie für hoch und niedrig und arm und reich in gleicher Weise verteilt werden?

Ich habe euch gefragt; ihr habt mir eure Antwort gegeben. Ihr seid ein Stück Volk, durch euren Mund hat sich damit die Stellungnahme des deutschen Volkes manifestiert. Ihr habt unseren Feinden das zugerufen, was sie wissen müssen, damit sie sich keinen Illusionen und falschen Vorstellungen hingeben.

Somit sind wir, wie von der ersten Stunde unserer Macht an und durch all die zehn Jahre hindurch, fest und brüderlich mit dem deutschen Volk vereint. Der mächtigste Bundesgenosse, den es auf dieser Welt gibt, das Volk selbst, steht hinter uns und ist entschlossen, mit dem Führer, koste es, was es wolle, und unter Aufnahme auch der schwersten Opfer den Sieg kämpfend zu erstreiten. Welche Macht der Welt könnte uns jetzt noch hindern, alles das durchzusetzen und zu erfüllen, was wir uns als Ziel gesteckt haben. Jetzt wird und muß "es uns gelingen! Ich stehe hier vor euch nicht nur als Sprecher der Regierung, sondern auch als Sprecher des Volkes. Um mich herum sitzen meine alten Freunde aus der Partei, die hohe Ämter in der Führung von Volk und Staat bekleiden. Neben mir sitzt Parteigenosse Speer, der vom Führer den geschichtlichen Auftrag erhalten hat, die deutsche Rüstungswirtschaft zu mobilisieren und der Front Waffen in Hülle und Fülle zu liefern. Neben mir sitzt Parteigenosse Dr. Ley, der vom Führer den Auftrag erhalten hat, die Führung der deutschen Arbeiterschaft durchzuführen und sie in unermüdlichem Einsatz für ihre Kriegspflichten zu schulen und zu erziehen. Wir fühlen

uns verbunden mit unserem Parteigenossen Sauckel, der vom Führer den Auftrag erhalten hat, ungezählte Hunderttausende von Arbeitskräften ins Reich zu bringen, die einen Zuschuß an die nationale Wirtschaft darstellen, der vom Feind überhaupt nicht eingeholt werden kann. Darüber hinaus sind mit uns vereinigt alle Führer der Partei, der Wehrmacht und des Staates.

Wir alle, Kinder unseres Volkes, zusammengeschweißt mit dem Volke in der größten Schicksalsstunde

106 unserer nationalen Geschichte, wir geloben euch, wir geloben der Front und wir geloben dem Führer, daß wir die Heimat zu einem Willensblock zusammenschweißen wollen, auf den sich der Führer und seine kämpfenden Soldaten unbedingt und blindlings verlassen können. Wir verpflichten uns, in unserem Leben und Arbeiten alles zu tun, was zum Siege nötig ist. Unsere Herzen wollen wir erfüllen mit jener politischen Leidenschaft, die uns immer in den großen Kampfzeiten der Partei und des Staates wie ein ewig brennendes Feuer verzehrte. Nie wollen wir in diesem Kriege jener falschen und scheinheiligen Objektivitätsduselei verfallen, der die deutsche Nation in ihrer Geschichte schon so viel Unglück zu verdanken hat.

Als dieser Krieg begann, haben wir unsere Augen einzig und allein auf die Nation gerichtet. Was ihr und ihrem Lebenskampf dient, das ist gut und muß erhalten und gefördert werden. Was ihr und ihrem Lebenskampfe schadet, das ist schlecht und muß beseitigt und abgeschnitten werden. Mit heißem Herzen und kühlem Kopf wollen wir an die Bewältigung der großen Probleme dieses Zeitabschnittes des Krieges herantreten. Wir beschreiten damit den Weg zum endgültigen Sieg. Er liegt begründet im Glauben an den Führer. So stelle ich denn an diesem Abend der ganzen Nation noch einmal ihre große Pflicht vor Augen. Der Führer erwartet von uns eine Leistung, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Wir wollen uns seiner Forderung nicht versagen. Wie wir stolz auf ihn sind, so soll er stolz auf uns sein können.

In den großen Krisen und Erschütterungen des nationalen Lebens erst bewähren sich die wahren Männer, aber auch die wahren Frauen. Da hat man nicht mehr das Recht, vom schwachen Geschlecht zu sprechen, da beweisen beide Geschlechter die gleiche Kampfentschlossenheit und Seelenstärke. Die Nation ist zu allem bereit. Der Führer hat befohlen, wir werden ihm folgen. Wenn wir je treu und unverbrüchlich an den Sieg geglaubt haben, dann in dieser Stunde der nationalen Besinnung und der inneren Aufrichtung. Wir sehen ihn greifbar nahe vor uns liegen; wir müssen nur zufassen. Wir müssen nur die Entschlußkraft aufbringen, alles andere seinem Dienst unterzuordnen. Das ist das Gebot der Stunde. Und darum lautet die Parole: Nun, Volk steh auf und Sturm brich los!



Innenpolitik

107 Stalingrad, der Name, der inzwischen durch das Heldentum der 6. Armee Geschichte geworden ist, war am Beginn des Monats Februar noch lebendigste und aufrüttelndste Gegenwart. Mit atemloser Spannung verfolgte das deutsche Volk die letzten Tage dieses Heldenkampfes, der sich Anfang Februar seinem erschütternden Ende zuneigte. Am 1. Februar meldete der UKW-Bericht, daß „die Südgruppe der 6. Armee unter Führung des Generalfeldmarschalls Paulus nach mehr als zwei Monaten heldenhafter Verteidigung von der Übermacht des Feindes im Kampf überwältigt worden sei“. Das war ein Satz, der dem deutschen Volk die gigantische Größe des Kampfes, die riesengroße Gefahr, die vom Osten her drohte und zugleich den unaussprechlichen Heldenmut der Kämpfer von Stalingrad vor Augen führte. Niemand war in Deutschland, dessen Herz nicht gebebt hätte in dieser Stunde, in der das harte und grausame Schicksal von Tausenden deutscher Soldaten zur Gewißheit geworden ist.

Tags darauf berichtete der OKW-Bericht, daß „der Gegner nach stärkster Artillerievorbereitung mit weit überlegenen Kräften gegen die letzte Bastion der Verteidiger, das Traktorenwerk, zum Angriff angesetzt habe. In der Nacht sei es ihm gelungen, nachdem die heldenhaft kämpfenden deutschen Truppen ihre Munition nahezu verschossen hatten, an mehreren Stellen einzubrechen und den bis dahin zusammenhängenden Verteidigungsring des XI. Armeekorps aufzusprengen“. Der OKW-Bericht vom 3. Februar meldete schließlich:

„Der Kampf um Stalingrad ist zu Ende.“ Voll Schmerz und doch in stolzer Trauer vernahm das deutsche Volk, daß „die 6. Armee ihrem Fahneneid bis zum letzten Atemzuge getreu unter der vorbildlichen Führung des Generalfeldmarschalls Paulus der Übermacht des Feindes und der Ungunst der Verhältnisse erlegen sei“. Es gibt keinen Opfergang in der Geschichte, der größer und heroischer gewesen wäre als der Heldenkampf der Männer von Stalingrad. Die Divisionen der 6. deutschen Armee, die rumänischen und kroatischen Verbände, die ebenfalls eingeschlossen waren, haben eine soldatische Leistung vollbracht, die ohne Beispiel ist. Noch sei es nicht an der Zeit, so sagt der OKW-Bericht, den Verlauf der Operationen zu

108 schildern, die zu dieser Entwicklung geführt haben. Eines aber könne heute schon gesagt werden, das Opfer der 6. Armee war nicht umsonst. Als Bollwerk der historischen europäischen Mission hat sie viele Wochen hindurch den Ansturm von sechs sowjetischen Armeen gebrochen. Sie gab damit der deutschen Führung die Zeit und die Möglichkeit, von deren Durchführung das Schicksal der gesamten Ostfront abhing.

Mit dieser Darstellung hat das deutsche Oberkommando den Schleier hinweggezogen, der bis in diese Tage hinein die riesenhaft große Bedrohung nicht nur der Ostfront und des Reiches, sondern ganz Europas verbarg. Die Völker Europas, die bisher längst noch nicht die ganze Gefahr erkannt hatten, die durch den Bolschewismus ihre Kultur, ja darüber hinaus ihre gesamte Existenz in Frage stellte, sahen nunmehr blitzartig, wie nahe sie dem Abgrund gekommen waren. Die gewaltige sowjetische Kriegsmaschine, die in den Feldzügen der beiden vergangenen Sommer von den deutschen Armeen furchtbar mitgenommen worden war — sie war von Stalin noch einmal unter Aufbietung infernalischer Kräfte in Bewegung gesetzt worden mit einer Wucht und satanischen Zerstörungswut, die ihresgleichen sucht. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß nur die deutsche Armee, der Heldenmut und die Opferbereitschaft des deutschen Soldaten fähig waren, die Gewalt dieses Kolosses zu brechen. Das Opfer der Männer von Stalingrad hat den schier unwiderstehlichen Lauf der sowjetischen Armeen gehemmt, die Kraft ihres Angriffs gebrochen. Wenn auch die darauffolgenden Wochen an der ganzen Ostfront, vor allem aber am südlichen Sektor, voller Kämpfe von unvorstellbarer Härte waren, wenn auch die deutschen Armeen mit teurem Blut eroberte Gebiete aufgegeben haben, so gelang es ihnen doch, den Gegner zum Stehen zu bringen, ehe er die strategischen Ziele seiner Winteroffensive erreicht hatte! In diesen Wochen erkannte das deutsche Volk, zum erstenmal wohl in allen seinen Teilen und mit einer Klarsichtigkeit, die der Mensch nur in Stunden höchster Gefahr besitzt, daß es -in diesem Kampf um Sein oder Nichtsein gehe. Stalingrad ist dadurch zum Fanal geworden, das alle bisher noch ungenutzten Kräfte entbunden hat. Auch in dieser Hinsicht ist darum Stalingrad nicht umsonst gewesen.

Spätere Zeiten werden kaum ermessen können, wie tief die innere Wandlung gewesen ist, die durch das Opfer der 6. Armee in Stalingrad im deutschen Volke bewirkt wurde. Die deutsche Heimat, an Siege, nur an Siege gewöhnt, erfuhr zum ersten Male, daß hier im Osten ein barbarischer Feind stand, der aus der Größe des ihm zur Verfügung stehenden Raumes, kraft eines beispiellosen Antreibersystems, das eine gewaltige Rüstungsproduktion ermöglichte, und einer keine Verluste scheuenden Kriegführung imstande

109 war, deutsche Divisionen zu überwältigen. Wenn auch der Schmerz über die Opfer von Stalingrad nicht nur bei denen, die ihren Mann, ihren Vater, ihren Bruder in dieser Hölle verloren haben, groß war, und Niedergeschlagenheit vielleicht eine naheliegende Reaktion gewesen wäre, so hat doch dieses deutsche Volk noch niemals im Laufe seiner Geschichte einen härteren Willen zum Widerstand bewiesen als in diesen Tagen. Die nationalsozialistische Führung war sich in diesen Tagen und Stunden ihrer ganzen Verantwortung bewußt und mobilisierte alle seelischen und materiellen Kräfte der deutschen Nation in einer Weise, die in der Geschichte noch niemals vorgekommen ist.

Am 5. und 6. Februar fand eine Tagung der Reichsleiter, Gauleiter und Verbändeführer der Partei statt, die im Zeichen der Zusammenfassung aller Kräfte der Nation für die totale Kriegführung stand. Die Zusammenkunft der Parteiführerschaft gestaltete sich zu einer Kundgebung des fanatischen Willens der gesamten Partei, alles einzusetzen, um die vollständige Mobilisierung der Heimat durchzuführen.

ren und damit der kämpfenden Front die Kräfte und Mittel zur Erringung des Sieges zu geben. Die Tagung würde geleitet vom Leiter der Parteikanzlei, Reichsleiter Bormann. Es sprachen Reichsminister Dr. Goebbels, Reichsminister Speer, Staatssekretär Ganzenmüller, Gauleiter Sauckel, Reichsminister Funk, Staatssekretär Backe, General von Unruh und Reichsleiter Dr. Ley. Die NSDAP, die immer ihre Aufgabe darin erblickte, in entscheidenden Phasen der politischen Entwicklung dem Gesamtvolk Antrieb zu sein, sah sich in dieser Stunde vor eine ihrer größten Aufgaben gestellt. Am Schluß ihrer Tagung begaben sich die Parteiführer ins Hauptquartier. Im Verlauf des Zusammenseins sprach der Führer über die militärische und politische Lage. In seiner Ansprache, die von größter Entschlossenheit und absoluter Siegeszuversicht getragen war, brachte der Führer die Gewißheit zum Ausdruck, daß die Härte der Zeit und der Geist, der unserem Volke aus ihr erwächst, der deutschen Nation eine ungeheure Stärke verleihe und sie unüberwindlich machen werde. Es ist völlig falsch gewesen, wenn die Feinde des Reiches annahmen, daß die schweren Tage von Stalingrad ein Nachlassen des deutschen Widerstandswillens herbeiführen würden. Das Gegenteil ist der Fall. Gerade dieser Rückschlag ist zum Anlaß einer neuen unermesslichen Kraftanstrengung von Wehrmacht und Heimat geworden. Die verbündeten Völker, aber auch die neutralen, haben mit Staunen und Bewunderung gesehen, mit welcher moralischen Haltung das deutsche Volk diesen Schicksalsschlag überwand.

Einer der Männer, die in diesen Tagen und Wochen dem deutschen Volke am klarsten den Weg in die Zukunft wiesen, ist Reichsminister Dr. Goebbels gewesen. Am 2. Februar schon sprach der Minister vor

110 mehreren hundert Offizieren des Standortes Berlin. Er gab den versammelten Truppenführern in einer umfassenden Darstellung Einblick in die politische und militärische Lage des Reiches und vermittelte ihnen durch seine Worte erneut die unumstößliche Gewißheit des deutschen Endsieges. Am 4. Februar sprach Dr. Goebbels ferner auf einem Appell vor Rüstungsarbeitern in einem großen Berliner Industriebetriebe. Zuerst richtete Reichsminister Speer Worte an die Arbeiterschaft. Er wies darauf hin, daß gerade in diesem Betriebe auf Befehl des Führers in oft monatelanger Arbeit, ohne Sonntagsruhe, mit 16-stündiger Arbeitszeit, das Letzte von Arbeitern und Arbeiterinnen hergegeben wurde, die damit die Forderung des Führers voll erfüllten. Reichsminister Dr. Goebbels ging natürlich in seiner Ansprache von der Tatsache aus, daß dieser Krieg ein wahrer Volkskrieg ist. Gerade die Arbeiterschaft wisse, daß alle brennenden nationalen Probleme des Reiches gelöst werden könnten, wenn wir diesen Krieg gewinnen, daß aber ebenso unser aller Schicksal besiegelt wäre und auch der schaffende Mensch alles verlieren würde, was dieses Leben lebenswert macht, wenn wir im Kampf unterlägen. Wie eine allgewaltige Woge brandete der Beifall durch die riesige Halle, als Dr. Goebbels in diesem Zusammenhang davon sprach, daß nun die Zeit gekommen sei, da in der Heimat niemand mehr untätig und faulenzend beiseite stehen dürfe. Der Minister gab im weiteren Verlauf seiner Rede zum ersten Male eine Reihe von Maßnahmen bekannt, die im Zuge der Totalisierung der gesamten Kriegführung beschlossen und bereits in den darauffolgenden Tagen durchgeführt wurden.

Eine Bekundung des Kampfwillens ohne Beispiel war dann ebenso die Sportpalast-Kundgebung vom 18. Februar, in der Reichsminister Dr. Goebbels die deutsche Nation aufrief zum totalen Krieg, zur Rettung des Reiches und der europäischen Kultur. Mit einer Offenheit, deren sich nur eine starke Staatsführung im Zwiegespräch mit dem Volke bedienen darf, legte Dr. Goebbels die Situation des Reiches, die politische wie die militärische, vor den Zehntausenden seiner Zuhörer dar. Die Bedeutung dieser Rede geht weit über den innerpolitischen Rahmen hinaus. Sie ist vor der ganzen Welt gesprochen, richtet sich an die Völker, denen ihre eigene Existenz, der Bestand ihrer Kultur und ihre Zukunft am Herzen liegt. Drei Thesen entwickelte der Minister vor dem Forum der Welt. Die erste lautet: „Wäre die deutsche Wehrmacht nicht in der Lage, die Gefahr aus dem Osten zu brechen, so wäre damit das Reich und in kurzer Folge ganz Europa dem Bolschewismus verfallen.“ Die zweite besagt: „Die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk allein besitzen mit ihren Verbündeten die Kraft, eine grundlegende Rettung Europas aus dieser Bedrohung durchzuführen.“ Die dritte stellt fest: „Gefahr ist im Verzuge, es

111 muß schnell und gründlich gehandelt werden, sonst ist es zu spät.“ Die Ausführungen von Dr. Goebbels schilderten im weiteren die Gefahr für das Abendland, sie zeigten der Welt, daß Deutschland nicht im entferntesten an ein faules Kompromiß denkt, sie kündigten dem Judentum, der Inkarnation alles Bösen, Kampf bis zum Letzten an und proklamierten den totalen Krieg als das Gebot der Stunde. Gegen den Schluß seiner Rede hin richtete Reichsminister Dr. Goebbels zehn Fragen an seine Hörer, zehn Fragen an die Nation, die ihm aus der Versammlung mit Bekundungen fanatischen Kampfes- und Siegeswillens beantwortet wurden. Das Echo dieser Rede war ungeheuer. Nicht nur in der Hei-

mat, auch im Auslande hat sie tiefsten Eindruck gemacht und die Überzeugung vermittelt, daß Deutschland nunmehr aufs Ganze geht und keinen Gedanken mehr kennt als den: Kampf und Sieg!

Zum 23. Male beging am 24. Februar des vierten Kriegsjahres die Alte Garde der Bewegung in München den Gründungstag der Partei und die Verkündung des nationalsozialistischen Parteiprogramms. Der Führer, der auch an diesem Tage im Hauptquartier verweilte, hatte Hermann Esser mit der Verlesung einer Proklamation beauftragt. Ihre entschlossenen und gläubigen Worte gaben der Gedenkstunde den Schwung und die innere Kraft einer Kampfkundgebung, die ihre Ausstrahlungen in alle Gaue des Reiches hinausandte. Die Botschaft des Führers an seine alten Münchener Parteigenossen hat dem ganzen Volke wieder Sinn und Ziel der weltgeschichtlichen Revolution zum Bewußtsein gebracht, und aus den Worten des Führers ging mit unwiderlegbarer Deutlichkeit hervor, daß sich gegen das Reich heute die gleichen Gegner im haßerfüllten Angriff zusammengetan haben, die vor 23 Jahren innerpolitisch das Reich zersetzten und in Ohnmacht hielten. Die nationalsozialistische Bewegung hat von kleinsten Anfängen her Volk und Reich erobert ausschließlich durch die sieghafte Kraft der Idee. Heute ist die nationalsozialistische Bewegung im Besitz aller Machtmittel des Reiches, das die Kräfte ganz Europas für den Endkampf mobilisiert. Wie sollte da jemand zweifeln, daß es dem Reich gelingt, unter Einsatz all dieser Machtmittel den Kampf siegreich zu beenden! Des Führers Proklamation hat diese Siegesgewißheit erneut gefestigt und noch tiefer in die Herzen seiner alten Mitkämpfer gesenkt.

Von größter Bedeutung für die vom Führer befohlene Produktionssteigerung in der Rüstungsindustrie ist der Einsatz der Arbeitsämter. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter S a u c k e l, hat an die Präsidenten der Landesarbeitsämter am 4. Februar einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt, daß

112 dieser Krieg nicht zuletzt ein Kampf der gewaltigsten Arbeitsleistung und der Konzentrierung aller Kräfte in der Heimat ist, um unseren Soldaten die besten Kampfmittel aller Art zu schaffen und ihre und der Heimat Versorgung zu gewährleisten. „Die Organisation des Arbeitseinsatzes, die Treuhänderschaft für Millionen Schaffender ist uns anvertraut. Ich appelliere an Ihr Pflichtbewußtsein, Ihren Fleiß, die Schärfe Ihres Verstandes, Ihr fachliches Können, vor allem aber an Ihr nationalsozialistisches Herz. Unsere Aufgabe ist im höchsten Sinne eine nationalsozialistische. Wenn jetzt die Männer und Frauen unseres Volkes zu uns kommen, um sich für den Kriegseinsatz zu melden, dann sollen sie das Gefühl erhalten, daß ihr Dienst der schönste Ehrendienst sein wird. Darum verpflichte ich Sie, allen diesen Menschen Begeisterung und Kraft zum Arbeitsanfang zu geben. Bürokratische Gleichgültigkeit muß überwunden werden. Wir sind es aber den anständigen Deutschen, die zu uns kommen, schuldig, daß sie gegenüber den unanständigen nicht benachteiligt werden. Darum soll Drückebergerei irgendwelcher Art schärfstens unterdrückt werden. Um so gerechter vermögen wir dann gegenüber den Frauen und Müttern unseres Volkes zu sein, deren Schutz dem Führer so außerordentlich am Herzen liegt.“

Zugleich haben die Arbeitsämter Anweisung erhalten, den Aufruf der für Aufgaben der Reichsverteidigung meldepflichtig erklärten Männer und Frauen bis zum 31. März 1943 abzuschließen. Die Erfassung kann gruppenweise erfolgen, etwa nach den Anfangsbuchstaben der Zunamen oder nach dem Alter oder nach beruflichen Gesichtspunkten. Zu den selbständigen Berufstätigen, die der Meldepflicht unterliegen, rechnen alle im Handwerk, in der Industrie oder in der sonstigen Wirtschaft oder in den freien Berufen selbständig tätigen Personen, wenn sie am 1. Januar 1943 keine oder nicht mehr als fünf Gefolgschaftsmitglieder beschäftigten, und zwar jedes mindestens 48 Stunden. Ausgenommen von der Meldepflicht sind selbständige Bauern, auch im Gesundheitswesen hauptberuflich Tätige sind frei. Zu melden haben sich dagegen unselbständig Tätige, die halbtagsweise oder halbwochentlich beschäftigt waren, so z. B. Sprechstundenhelferinnen und ähnliche Berufe. Die Meldung erfolgt auf Grund von Listen, die von den Arbeitsämtern oder Bürgermeistereien ausgegeben werden. Die zum Einsatz Aufgerufenen dürfen Wünsche äußern bezüglich ihrer künftigen Betätigung. Bei Angabe von Krankheiten erfolgt erforderlichenfalls eine Untersuchung durch den Arzt des Arbeitsamtes. Die Arbeitsämter sind angewiesen, die Erfassung im Geiste der Volksgemeinschaft und frei von lebensfremdem Bürokratismus durchzuführen.

113 Auch der Reichswirtschaftsminister Funk hat auf den ihm unterstellten staatlichen Sektor tief einschneidende Maßnahmen durch drei Anordnungen verfügt, die für Handel, Handwerk und Gaststättengewerbe den umfassenden Einsatz von Arbeitskräften für die Aufgaben der Kriegführung ermöglichen sollen. Die wichtigsten Bestimmungen sind: alle Handelsbetriebe, die für die Versorgung der Bevölkerung nicht unbedingt erforderlich sind, werden geschlossen. Die Handwerksbetriebe wer-

den überprüft. Nur der lebenswichtige Bedarf, vor allem bei Reparaturen, wird in Zukunft befriedigt werden können. Im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe werden alle Betriebe stillgelegt, die für die Kriegswirtschaft oder die Versorgung der Bevölkerung nicht unbedingt notwendig sind. Die große Zahl der von diesen Maßnahmen betroffenen Betriebsinhaber des Handels und des Handwerks behält die Berechtigung zur Ausübung ihres Berufes. Sie bedürfen bei späterer Wiedereröffnung ihrer Geschäfte keiner Genehmigung. Ein Mietausgleich und Härteausschleich wird im Bedarfsfälle gewährt. Diese Anordnung ist eine Ergänzung der Arbeitsmeldepflicht für Männer und Frauen.

Auch von der finanziellen Seite her hat Reichsminister Funk das Problem der Leistungs- und Produktionssteigerung unter dem Gesichtspunkt des totalen Krieges durchdacht und in Angriff genommen. Auf der Jahresversammlung der Deutschen Reichsbank hat der Minister, wie die deutsche Presse vom 12. Februar meldet, u. a. zu dem Problem der verschärften Kaufkraftabschöpfung Stellung genommen. Näheres darüber bringt „Die Wirtschaftspolitik“ auf Seite 150 dieses Buches.

Bei der Tagung der Reichspropagandaämter am 15. und 16. Februar sprach Reichsminister Funk ebenfalls. In seinen Ausführungen sind eine ganze Reihe interessanter Einzelheiten niedergelegt, die sich als positive Auswirkung der Stilllegung in Handel und Handwerk ergeben. Diese Aktion bringt eine wesentliche. Ersparnis an volkswirtschaftlicher Energie, indem nämlich die stillgelegten Betriebe in Zukunft keinen elektrischen Strom, keine Kohle und keine Pack-, Schreib- und sonstige Materialien mehr verbrauchen, weder Reichsbahn, Post, Spediteur noch andere Arbeitskräfte in Anspruch nehmen und eine große Anzahl für die kriegswichtige Wirtschaft notwendiger Geräte wie Schreibmaschinen, Telefonapparate freistellen. Schließlich werden auch durch die Schließung der Betriebe für die Rüstungsproduktion geeignete Räumlichkeiten frei. Die Arbeitskräfte, deren Tätigkeit jetzt vielfach aus Achselzucken gegenüber den von Laden zu Laden eilenden Kauflustigen bestand, werden nunmehr unter anderem auch in die Läden mit lebensnotwendigen Gütern übergeführt, besonders in die Lebensmittelgeschäfte, in denen sich seit langem ein starker Mangel an Arbeitskräften fühlbar gemacht

114 hat. In Branchen, die völlig geschlossen werden, so z. B. im Juwelen-, Schmuck- und Kunsthandel, werden vorerst Bestandsaufnahmen genügen, die Vorsorge treffen, daß mit diesen Waren nicht ein schwarzer Markt mit all seinen üblen, auch psychologisch gefährlichen Auswirkungen entsteht. Es sei die Absicht der Staatsführung, richtig und gerecht vorzugehen, so daß die einzelnen, die zum Teil schwer betroffen werden, die Notwendigkeit der Maßnahmen erkennen und sich ihnen willig fügen.

Zum Problem der Energieersparung, das Reichsminister Funk in seinen Ausführungen angeschnitten hatte, nahm Reichsminister S p e e r in einem Runderlaß vom 18. Februar an die Landeswirtschaftsämter ebenfalls Stellung. Als der zuständige Ressortminister verfügte er, daß Haushaltungen mit mehr als zehn Zimmern nunmehr nur noch 80% derjenigen Strom- und Gasmenge verbrauchen dürfen, die sie im gleichen Zeitraum des Vorjahres entnommen haben. Berechtigte Verbrauchssteigerungen müssen berücksichtigt werden. Ernsthafte Verstöße gegen diese Anordnung sollen ihre gesetzliche Ahndung finden. Von allen übrigen Haushaltungen wird beim Gas- und Stromverbrauch eine Einsparung von 10% erwartet. Die Überwachung dieser Anordnung geschieht durch einen Sonderbeauftragten für Energieersparung. Dieser hat auch die Aufgabe, bei Behörden und Dienststellen der Partei und Wehrmacht eine 30%ige Verringerung der Energieentnahme durchzusetzen.

So streng auch die Anordnungen für die Erfassung aller brauchbaren Arbeitskräfte sein mögen, die Staatsführung ist sich dennoch bewußt, daß die Leistungsforderungen nicht über die physischen Kräfte der Berufstätigen hinausgehen dürfen. Vor allem geht die Sorge dahin, die Anforderungen an die deutsche Frau und Mutter nicht zu überspannen. Bei einer Tagung der Präsidenten der Landesarbeitsämter erhob Gauleiter Sauckel die Mahnung, in der Frage des Arbeitseinsatzes der deutschen Frauen behutsam vorzugehen. In erster Linie müsse die deutsche Mutter geschützt werden. Ihr sei auch heute das größte Verantwortungsbewußtsein zu widmen. Es müsse mit äußerster Sorgfalt vermieden werden, daß die deutsche Frau, wenn endlich der Sieg errungen ist, Schaden an ihrer Gesundheit genommen habe. Das Deutsche Frauenwerk erließ am Ende des Monats Februar einen Aufruf an diejenigen deutschen Frauen und Mädchen, die sich in Friedenszeiten einen Führerschein für Kraftwagen erworben haben. Sie sollen sich zur Verfügung stellen, leichte Fahrzeuge in der Heimat zu steuern, damit Männer freigestellt werden für die Steuerung von schwereren Fahrzeugen oder von Fahrzeugen in Gefahrenzonen. In Lehrgängen des NSKK sollen die Frauen, die sich für diese Tätigkeit zur Verfügung stellen, geschult werden. Auch Grundausbildungskurse werden vom NSKK durch Vermittlung des Frauenwerks angesetzt und geben

115 Tausenden von Frauen die Möglichkeit, dem Erlaß des Führers nachzukommen.

Die NS-Landpost berichtete im Februar, daß auch für dieses Jahr der Erlaß des Reichsmarschalls vom 7. März 1942, der den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte für die Ernährungssicherung des deutschen Volkes vorsieht, Geltung behält. Damit können auch in diesem Jahre Männer und Frauen auf dem Lande und in Landstädten, soweit sie nach Alter, Familienstand, Gesundheitszustand und Pflichtenkreis in Betracht kommen, von den Arbeitsämtern auf begrenzte Zeit zu landwirtschaftlicher Arbeit verpflichtet werden.

Am 23. Februar berichtete die deutsche Presse, daß durch eine gemeinsame Anordnung des Reichsmarschalls, des Leiters der Parteikanzlei, des Reichsinnenministers, des Reichserziehungsministers und des Jugendführers des Deutschen Reiches ein Teil der deutschen Schuljugend auf Grund der Notdienstverordnung vom 15. Oktober 1938 zur Dienstleistung als Luftwaffenhelfer einberufen werden können. Die Dienstpflicht erstreckt sich auf alle Schüler der höheren und mittleren Schulen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, und währt bis zur Einberufung zum Reichsarbeitsdienst oder zum Wehrdienst. Diese Maßnahme ist nicht improvisiert getroffen, sondern sorgfältig vorbereitet. Sie kommt längst nach ähnlichen Anordnungen in verschiedenen Feindländern. Es ist Sorge getragen für die gesundheitliche Kontrolle der als Luftwaffenhelfer eingezogenen Jugend. Eine Beschränkung des bisherigen Umfanges des Schulunterrichts wird sich nicht vermeiden lassen, jedoch soll sich diese Einschränkung in tragbaren Grenzen halten. Der wöchentliche Gesamtunterricht soll mindestens 18 Stunden betragen, und zwar ist diese Unterrichtszeit den wissenschaftlichen Disziplinen vorbehalten.

Auch im Rahmen der deutschen Wehrmacht wird alles getan, um die Schlagkraft aufs höchste zu steigern. Zu den Maßnahmen, die nach außen hin dieses Bestreben erkennen lassen, gehört die Ernennung des Generaloberst Guderian zum Generalinspekteur für die Panzerwaffe, die der Führer am 21. Februar befahl. Generaloberst Guderian ist dem Führer unmittelbar unterstellt. Er tritt damit in die Reihe der Männer, die der Führer bevollmächtigt hat, in ihrem Bereich alle Kräfte für den Sieg unserer Waffen zusammenzufassen.

Der vom Kampf erfüllte Monat Februar brachte eine ganze Reihe von V e r l e i h u n g e n des Eichenlaubs zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.

Am 7. Februar: dem gefallenem Hauptmann Reinhold Knacke, Staffelfkapitän in einer Nachtjägerstaffel, als 190. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

116 am 10. Februar: Hauptmann Erwin Fischer, Staffelfkapitän in einer Fernaufklärungsgruppe, als 191. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 20. Februar: Hauptmann Hermann Hogeback, Gruppenkommandeur in einem Kampfgeschwader, als 192. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 21. Februar: Hauptmann Helmut Brück, Gruppenkommandeur in einem Sturzkampfgeschwader, als 193. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 23. Februar: Hauptmann d. R. Alfons König, Kommandeur eines bayerischen Grenadierbataillons, als 194., SS-Obersturmbannführer Kurt Meyer, Kommandeur einer Aufklärungsabteilung in einer ^-Panzergrenadier-Division, als 195. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 27. Februar: dem gefallenem Oberleutnant und Flugzeugführer in einem Nachtjagdgeschwader Paul G i l d n e r als 196., Major Werner S t r e i b, Gruppenkommandeur in einem Nachtjagdgeschwader, als 197. Soldaten der deutschen Wehrmacht.

Die Anstrengungen für den totalen Krieg beschränkten sich nicht auf das alte Reichsgebiet, sondern sie griffen auch über in jene Gebiete, die durch das Schwert des deutschen Soldaten erobert wurden oder unter seinem Schutz bisher der Alltagsbeschäftigung nachgehen konnten. In diesem Sinne hat Staatspräsident H a c h a einen Aufruf erlassen, in dem er das tschechische Volk auffordert, auch in seinem Lebensraum jede Kraft für den totalen Kriegseinsatz mobil zu machen. Das tschechische Volk könne sich der Schande und der Vernichtung nicht ausliefern, mit der morgen die Geschichte Völker und einzelne beurteilen wird, die sich im Jahre 1943 als unschlüssig und feige erwiesen. In einer Großkundgebung am 27. Februar in Prag vollzog die Protektoratsregierung vor vielen tausend Tschechen eine eindrucksvolle Manifestation der Schicksalsverbundenheit des tschechischen Volkes mit dem Großdeutschen Reich. Minister M o r a w e c rechnete in einer Ansprache scharf mit dem Bolschewismus ab und wies mit überzeugenden Worten den für die Tschechen einzig möglichen Weg auf, der nur in einer bedingungslosen Mitarbeit und Unterstützung der deutschen Kampffront, die heute ganz Europa vor dem Bolschewismus schützt, bestehen könne. Staatssekretär K. H. Frank kennzeichnete in offener Weise die politische und militärische Situation des Reiches. Nach einer scharfen Abrechnung mit dem tschechischen Volksfeind Nr. 1, Benesch und seiner bezahlten Hetzerclique, verkündete Staatssekretär Frank, daß das Protektorat als Reichsland bei der Gesamtmobilmachung aller

Kräfte nicht abseits stehen könne. „Wir haben deshalb die Durchführung genau derselben Maßnahmen in Böhmen und Mähren angeordnet und begonnen wie im Altreich. Nicht mehr und nicht weniger Betriebe sind im Reichsland Böhmen und

117 Mähren stillgelegt, zusammengelegt oder geschlossen worden. Auch hier sollen die freiwerdenden männlichen und weiblichen Arbeitskräfte kriegswichtigen Produktionen zugeführt werden.

Auch in Norwegen wurden im Februar alle Kräfte für den deutschen Sieg mobilisiert. Auf einer deutsch-norwegischen Kundgebung in Oslo verkündete Ministerpräsident Quisling am 23. Februar ein Gesetz über die Einführung der nationalen Dienstpflicht für alle norwegischen Männer zwischen 18 und 55 Jahren und für alle Frauen zwischen 21 und 40 Jahren. Das Gesetz sieht die Aushebung aller noch nicht genügend ausgenützten Arbeitskräfte in Norwegen sowie die Schließung aller nicht lebenswichtigen Betriebe vor. Ein Härteausgleichsfonds ist geschaffen worden. Das Gesetz ist mit sofortiger Wirkung in Kraft getreten. In seiner Rede hob Ministerpräsident Quisling den tödlichen Ernst der jüdisch-bolschewistischen Bedrohung gegen Europa hervor. Angesichts der schicksalsschweren Entwicklung sei die Solidarität des europäischen Kontinents eine unabdingbare Notwendigkeit geworden. Norwegen müsse sich darum ohne Vorbehalte mit den Lebensinteressen der europäischen und germanischen Gemeinschaft vereinigen. Kein Opfer sei heute zu groß.

Vor Soldaten der wallonischen Legion und vor wallonischen Arbeitern und Arbeiterinnen sprach am 12. Februar Leon Degrelle, der als Leutnant der wallonischen Legion im Osten bereits zweimal verwundet und mit dem EK I ausgezeichnet wurde, im Kuppelsaal des Reichssportfeldes in Berlin. Er gab ein packendes Bild vom Kampf der mit dem Bolschewismus verbundenen jüdischen und plutokratischen Mächte gegen die von Adolf Hitler begonnene soziale Revolution Europas. Die in Deutschland arbeitenden wallonischen Arbeiter forderte er auf, sich der in den Reihen der wallonischen Legion an der Ostfront kämpfenden Kameraden würdig zu erweisen und mit ganzer Kraft am Kampf um die Rettung der Zivilisation Europas teilzunehmen.

Mit dem 13. Dezember 1942 ist die Anerkennung Anton Adrian Musserts als Führer des niederländischen Volkes nach außen hin dokumentiert worden. Die Bedeutung dieser Tatsache kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Sie erhält jetzt durch eine Anzahl von Maßnahmen ihre staatspolitische Untermauerung. Mussert hat durch die Einschaltung der NSB in die niederländische Staatsverwaltung einen engeren Kontakt zwischen der Partei und der deutschen Zivilverwaltung, aber auch eine engere Verbindung mit den Abteilungen der allgemeinen Verwaltung hergestellt. Die erste dieser Maßnahmen ist die Schaffung eines Staatspolitischen Sekretariats der NSB, an dessen Spitze mit Wirkung vom 1. Februar Dr. J. H. Carp berufen wurde. Darauf folgte die Ernennung einer Reihe weiterer staatspolitischer

118 Bevollmächtigter, die ebenfalls mit Wirkung vom 1. Februar ihr Amt antraten.

Wie am 23. Februar gemeldet wurde, hat der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Reichsminister R o s e n b e r g, im Einvernehmen mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan eine Verordnung über die Wiederherstellung des dortigen Privateigentums veröffentlicht und das Eigentum an die früheren Besitzer wieder übertragen. Diese Wiederherstellung des Privateigentums erfolgt in konsequenter Fortführung der vom Großdeutschen Reich nach der Befreiung der Ostgebiete im Jahre 1941 begonnenen Politik der Liquidierung des bolschewistischen Systems und der Wiederherstellung europäischer Rechtsverhältnisse.

In einem Vortrag vor der juristischen Fachgemeinschaft der Hansischen Universität machte Staatssekretär Dr. R o t h e n b e r g e r weitere Mitteilungen über die Ausbildung der künftigen Rechtswahrer. Im Hinblick auf die Frontkämpfereigenschaft vieler junger Rechtswahrer werde das juristische Studium erheblich abgekürzt werden und nur noch vier Semester betragen. Weiterhin betonte Staatssekretär Rothenberger, daß der junge Jurist eine Einheitsausbildung bekommen und durch planmäßige Beschränkung des Lehrstoffes jeder überflüssige Wissensballast fortfallen müsse. Er habe sich angeboten, jedem Dozenten die Möglichkeit zu geben, gleichzeitig praktisch wieder tätig zu sein, um seine Vorlesungen aus dem Leben schöpfen zu können. An Stelle der wissenschaftlichen Abschlußprüfung solle die staatliche Eignungsprüfung treten. Für die Assessorprüfung sei die Forderung bereits durchgeführt, daß der Prüfer Frontkämpfer dieses oder des ersten Weltkrieges sein müsse. Die Referendanzzeit sei nach einer soeben erlassenen Verordnung auf anderthalb Jahre, gegebenenfalls sogar auf ein Jahr herabgesetzt worden.

Über die Leistung der deutschen Feldpost im Jahre 1942 legte Feldposttrat Dr. Pflüger vom Stabe des Heeres-Feldpostmeisters in der „Deutschen Post“ einen eindrucksvollen Bericht vor. Die Weite der Räume, die die Feldpost im Jahre 1942 zu versorgen hatte, stellte erneut an die Feldpost mit allen

ihren Einrichtungen und Kräften außerordentliche Anforderungen. Wurden doch insgesamt täglich rund 12,5 Millionen Feldpostsendungen zwischen Front und Heimat ausgetauscht. An reiner Briefpost gingen bei den Feldpostämtern 5,7 Millionen Beutel ein, an Feldpostpäckchen 8 Millionen Beutel. Von der Front zur Heimat wurden 2,4 Millionen Beutel mit Briefpost und 6,8 Millionen Beutel mit Päckchenpost abgefertigt. Dazu kamen noch über 3 Millionen Dienstpakete im Verkehr Heimat-Front und umgekehrt.

119 Die im Januar durchgeführten Sammlungen des Kriegs-WHW hatten den bisher größten Erfolg. Das vorläufige Ergebnis beträgt 63035128,44 RM. Bei der gleichen Sammlung des Vorjahres wurden 39 575 225,75 RM aufgebracht. Es ist somit eine Steigerung von 59,28 Prozent zu verzeichnen. Die am 6. und 7. Februar 1943 durchgeführte 5. Reichsstraßensammlung erbrachte, obwohl Abzeichen nicht verkauft wurden, 50081839,42 RM gegenüber 25111874 RM im Vorjahr. Das bedeutet eine Zunahme von 99,43 Prozent.

Auf einer Kundgebung in der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin wurde durch Reichsleiter Dr. Ley und Reichsgesundheitsführer Dr. Conti eine „Arbeitsgemeinschaft für Arbeits- und Leistungsmedizin“ gegründet. Denn der harte Zwang des Krieges verlange von jedem einzelnen höchsten Arbeitseinsatz, um so größer müsse die Sorge um die Erhaltung der Gesundheit und damit der Arbeitsleistung aller schaffenden deutschen Menschen sein. Die ärztliche Betreuung des deutschen Volkes entspreche noch nicht ganz den Forderungen, die im Kriege billigerweise gestellt werden müssen. Vor allem im Betriebsleben müsse der Arzt seine klinischen Erfahrungen und seine Kenntnisse von der Leistungsfähigkeit zur Verfügung stellen. Die Reden von Dr. Ley und Dr. Conti zielten darauf hin, die Wissenschaftler dazu anzuregen, neue Erkenntnisse auf dem Gebiete der Arbeits- und Leistungsmedizin zu gewinnen und sich für weitere Forschungen auf diesem so außerordentlich kriegs- und volksgesundheitlich wichtigen Gebiete einzusetzen.

Der Führer hat auf Vorschlag des Reichsinnenministers den bisherigen geschäftsführenden Direktor des Robert Kochinstitutes, Prof. Dr. Gildemeister, zum Präsidenten dieses Instituts ernannt.

Eine eindrucksvolle Bekundung geistig führender Köpfe zum Reich und zum Lebenskampf des deutschen Volkes in schwerer und kritischer Stunde war die Sendung des deutschen Rundfunks, „Der Glaube an Deutschland“. In ihr sprachen berufene Männer aus Wissenschaft, Forschung und Kunst. Aus den Äußerungen der Künstler und Wissenschaftler, die in dieser Stunde zu Worte kamen, ging mit überzeugender Deutlichkeit hervor, daß es des Reiches geschichtliche Aufgabe ist, Schutz und Schirm des Abendlandes zu sein. „In diesen ernsten Stunden des Krieges, der in seiner Totalität nunmehr das ganze deutsche Volk erfaßt hat, glühen unsere Herzen vor Schmerz und Sehnsucht nach Erringung des großen befreienden Zieles“, mit diesen Worten leitete Erwin Guido Kolbenheyer die Reihe der Gespräche ein, an denen sich Männer der Wissenschaft wie Geheimrat Planck, Professor von Bergmann, Wehrwirtschaftsführer wie Geheimrat Röchling, Professor Messerschmitt und Professor Tank, aus

120 Gebieten der Kunst Professor Arno Breker, Staatsrat Gustaf Gründgens und Staatsrat Wilhelm Furtwängler beteiligten.

Am 2. Februar beging Freiherr von Neurath seinen 70. Geburtstag. Einer der bedeutendsten Politiker und Diplomaten des Deutschen Reiches, hat er eine glänzende Laufbahn hinter sich. Vom 2. Juni 1933 bis in den Februar des Jahres 1938 war Freiherr von Neurath Außenminister des nationalsozialistischen Deutschlands. Mit seinem Namen verbinden sich in dieser Zeit die außenpolitischen Erfolge des nationalsozialistischen Aufstiegs. Nachdem der verdiente Diplomat nach Erreichung seines 65. Lebensjahres im Februar 1938 auf sein eigenes Ansuchen vom Amt des Reichsaußenministers entbunden und unter Würdigung seiner großen Verdienste zum Präsidenten des neugebildeten Geheimen Kabinettrates ernannt worden war, wurde Freiherr von Neurath am 18. März 1939 erneut zu einem hohen Amt berufen, zum Reichsprotector von Böhmen und Mähren. Vor Jahresfrist schied der Reichsminister aus diesem Amt, um es in die bewährten Hände des inzwischen von Mörderhand gefallenen ^-Obergruppenführers Heydrich zu legen.

Am 8. Februar verstarb in Berlin Ritterkreuzträger und Generaloberst Kurt Haase, Oberbefehlshaber einer Armee. Der Führer ordnete für den im Frieden und in zwei Kriegen hochbewährten Offizier ein Staatsbegräbnis an. Wenn heute die Artillerie in harten Abwehrkämpfen die Infanterie auf tatkräftigste unterstützt und ihr im Angriff den Weg zum Siege bahnt, so ist das nicht zuletzt ein Verdienst des Generalobersten Haase, der für diese seine alte Waffe bahnbrechend gewirkt hat.

Am 3. Februar ist auf seinem Ruhesitz, der oberen Burg in Rheinbreitbach, der bekannte Schriftsteller Rudolf Herzog im Alter von 73 Jahren gestorben. Mit Rudolf Herzog ging ein Schriftsteller

dahin, der lange Jahre zu den meist gelesenen Autoren des Reiches gehört hat und dessen Werke auch in Zeiten des Verfalls von einer positiven Geisteshaltung durchdrungen waren.

Ein Schriftsteller von ähnlicher Prägung schied mit Bogislav von Selchow dahin, der am 6. Februar in einem Berliner Krankenhaus verstarb. Als Mensch wie als Schriftsteller hat Bogislav von Selchow, der als Soldat und Freikorpskämpfer seinen Mann stand, stets mit der ihm eigenen stilistischen Klarheit zu den bewegenden Fragen des deutschen Schicksals Stellung genommen.



- 121 Deutschlands Politik und Kriegführung standen im Monat Februar im Zeichen des Heldenganges der sechsten Armee in Stalingrad, und der Erklärung des totalen Krieges. Am 3. Februar gab das Oberkommando der Wehrmacht bekannt, daß die letzten Verteidiger in Stalingrad durch die Übermacht der Angreifer überwältigt worden waren. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda verordnete für die Zeit vom 4. bis 6. Februar die Schließung aller Theater, Filmtheater, Varietes und ähnlicher Unterhaltungsstätten und verbot jede öffentliche Veranstaltung künstlerischer oder unterhaltender Art für diese Tage. — In stolzer Trauer stand das deutsche Volk vor dem Heldenopfer seiner sechsten Armee. —

Indessen, militärische Rückschläge, die auch den größten Männern der Geschichte nicht erspart geblieben sind, können die Kampfkraft des Großdeutschen Reiches und seiner Verbündeten höchstens verstärken. Dies brachte der Führer in seiner Proklamation zum Ausdruck, die er am 24. Februar bei der Parteigründungsfeier in München verlesen ließ. Es hieß darin: So wie mich in der Zeit des Ringens um die Macht jeder Anschlag unserer Gegner und jeder ihrer scheinbaren Erfolge nur noch verbissener machte in meiner Entschlossenheit, auch nicht einen Schritt vom Wege abzuweichen, der früher oder später zum Ziele führen mußte, so bin ich auch heute vom gleichen Willen erfüllt, die mir vom Schicksal übertragene Aufgabe bis zur letzten Konsequenz zu lösen. Ich habe ein Recht zu glauben, daß mich die Vorsehung bestimmt hat, die Aufgabe zu erfüllen, denn ohne ihre Gnade hätte ich nicht als unbekannter Mann den Weg aus diesem Saale antreten können durch alle Hindernisse und Anschläge hindurch bis zur Übernahme der Macht und endlich weiter bis zu diesem Kampf, gekrönt von Siegen, wie sie die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat, allerdings auch belastet mit Sorgen, an denen vielleicht zahllose schwächere Charaktere zerbrochen wären.

Den Einsatz des Kampfes bezeichnete der Führer mit den Worten: Denn was vor allem dem deutschen Volk für ein Schicksal zudedacht ist, haben Gott sei Dank nicht nur die Juden in London und New York,

- 122 sondern auch die von Moskau eindeutig ausgesprochen. Wir aber sind entschlossen, ihnen eine nicht minder klare Antwort zu geben. Dieser Kampf wird deshalb auch nicht, wie man es beabsichtigt, mit der Vernichtung der arischen Menschheit, sondern mit der Ausrottung des Judentums in Europa sein Ende finden.

Die gegenwärtige Lage unseres Kampfes charakterisierte der Führer schließlich wie folgt: Wie immer aber einst im Innern des Reiches während unseres Kampfes um die Macht die Juden bei jedem vermeintlichen Rückschlag jubelten und ihre fiebernde Hoffnung mit der harten Wirklichkeit wechselten, so glauben sie auch jetzt genau wie im vergangenen Winter schon vor der Erreichung ihres tausendjährigen Zieles zu stehen. Aber genau so wie im vergangenen Jahre, so werden sie auch diesmal die furchtbarste Enttäuschung erleben. Im Gegenteil:

Das deutsche Volk wird jetzt erst recht alle seine Kräfte in einem Ausmaß aufrufen und einsetzen, wie dies in der Geschichte der Menschheit noch niemals für einen Krieg geschah. Wir werden auch keine Sekunde zögern, die Länder, die für den Ausbruch dieses Krieges verantwortlich sind, zu den Leistungen in diesem Schicksalskampf heranzuziehen. Wir werden es als selbstverständlich ansehen, nicht fremde Leben zu schonen in einer Zeit, die von unserem eigenen Leben so harte Opfer fordert. Wir werden in unlösbar treuer Gemeinschaft mit unseren Bundesgenossen eine Mobilisierung der seelischen und materiellen Werte Europas durchführen, wie dies unser Kontinent in seiner tausendjährigen Geschichte bisher noch nicht erlebte. Sie ist aber auch notwendig, um ganz Europa jenes völkische Eigenleben zu sichern, das die Grundlage nicht nur unserer großen gemeinsamen Kultur, sondern auch der materiellen Existenz dieses Kontinents gewesen ist.

Mit größter Eindringlichkeit brachte ferner Reichsminister Dr. Goebbels in einer Massenversammlung im Berliner Sportpalast die Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Krieg im Osten und zum totalen Krieg zum Ausdruck. Die ungeheure Gefahr des Bolschewismus als eines Ansturms gegen Gesamteuropa und gegen alle Werte, die den Inhalt der europäischen Kultur ausmachen, die Unerbittlichkeit dieses Krieges und damit die Notwendigkeit die Kräfte ganz Europas bis zum letzten einzusetzen, die Entschlossenheit zum Äußersten, auch zur äußersten Entsagung und zum höchsten Opfer, wurden von Reichsminister Goebbels in eindrucksvollster Weise gekennzeichnet. Gegen Schluß seiner Rede sagte der Minister: Wir müssen uns also zu dem Entschluß durchringen, nun ganze Sache zu machen, d. h., den Krieg um das Leben unseres Volkes auch mit dem Leben des ganzen Volkes zu bestreiten. Der totale Krieg also ist das Gebot der Stunde. Die Gefahr, vor der wir stehen, ist riesengroß. Riesengroß müssen

123 deshalb auch die Anstrengungen sein, mit denen wir ihr entgegentreten. Es ist jetzt die Stunde gekommen, die Glacehandschuhe auszuziehen und die Faust zu bandagieren. Es geht nicht mehr an, das reiche Kriegspotential nicht nur unseres eigenen Landes, sondern der uns zur Verfügung stehenden bedeutenden Teile Europas nur flüchtig und an der Oberfläche auszuschöpfen. Es muß ganz zur Ausschöpfung gelangen.

Europas Zukunft hängt von unserem Kampf im Osten ab. Das deutsche Volk stellt sein kostbares nationales Blut für diesen Kampf zur Verfügung. Der übrige Teil Europas sollte hierfür wenigstens seine Arbeit zur Verfügung stellen.

Zahlreiche Maßnahmen zur praktischen Durchführung des totalen Krieges sind inzwischen verkündet und teilweise schon zur Durchführung gebracht worden. Sie zielen einerseits daraufhin, aus Verwaltung und Wirtschaft Millionen deutscher Männer zum Kampf an der Front freizumachen, andererseits deren Arbeitsplätze, soweit nötig, durch andere Kräfte zu besetzen. Es widerspräche dem Charakter des gegenwärtigen Krieges als eines Kampfes für Gesamteuropa, wenn nicht die gesamte Volkskraft des weiten Raumes, den die Achsenmächte und ihre Verbündeten militärisch beherrschen, für den Kriegseinsatz in ebenso totaler Weise mobilisiert würde, wie das in Deutschland selbst der Fall ist oder bald sein wird. Wesentlich ist vor allem der Arbeitseinsatz. Für jeden Kämpfer an der Front muß eine ganze Gruppe von Menschen in der Kriegswirtschaft, im Transportwesen usw. tätig sein, um ihn mit Waffen, Munition, Kleidung und Nahrung zu versehen. Der unerbittliche Charakter des Krieges erfordert, daß dieser Einsatz Gesamteuropas nötigenfalls auch mit Härte erzwungen wird, soweit Verständnis und freiwilliger Einsatz nicht genügen. Wenn Millionen europäischer Menschen Heimat und Familie verlassen müssen, um in Landwirtschaft und Industrie des Großdeutschen Reiches eingesetzt zu werden, so bedeutet dies gewiß ein Opfer, aber ein notwendiges und eines, das nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern ebenso in dem jedes europäischen Heimatlandes gebracht wird, weil der Sieg des Bolschewismus auch die Bolschewisierung der anderen Länder Europas zur Folge haben würde, ferner aber auch deshalb, weil das deutsche Volk außer vielen anderen Opfern noch schwere Blutopfer in diesem Kampf um und für Europa auf sich nimmt.

Wie unsere westlichen Kriegsgegner, in erster Linie England, mit uns zu verfahren gedächten, wenn sie durch den Sieg ihrer Waffen in die Lage kämen, uns ihren Willen aufzwingen zu können, ist auch im Monat Februar wieder verschiedentlich in der englischen Presse und von Seiten englischer Regierungsmitglieder gesagt worden. Diese Pläne laufen auf ein Übertersailles hinaus, wie dies mit aller

124 Deutlichkeit Lordkanzler Simon am 18. Februar in London ausführte. Er erklärte: Das Fiasko des letzten Krieges bezüglich der Hängung des Kaisers und Bestrafung der Kriegsverbrecher dürfe nicht wiederholt werden. Die Kriegsverbrecher, die „leben und erreichbar sind“, müßten diesmal ausgeliefert werden, ehe man den Kampf als endgültig beendet ansehen kann, und die Vorkehrungen für ihre

Auslieferungen müßten beim Waffenstillstand getroffen und nicht bis zur endgültigen Regelung der Vertragsklauseln zurückgestellt werden.

Die Mitglieder der vielen Phantom-Regierungen in London, der polnischen, tschechischen, belgischen usw. ließen sich in ähnlicher Weise vernehmen, nämlich, daß sie noch mehr fremdes Land und Volkstum, als ihnen in Versailles zugeschoben wurde, haben wollen. In erster Linie natürlich auf Kosten des deutschen Volkes und seines Lebensraums. Diese Forderungen wirken um so grotesker, je weniger Macht diese Phantom-Regierungen hinter sich haben, und je näher sie geographisch der Sowjetunion lagen. Denn es liegt auf der Hand, daß z. B. die polnische Emigrantenregierung in London, die über keinerlei nennenswerte militärische Machtmittel verfügt, sich gegenüber einer siegreichen Sowjetunion in völlig hoffnungsloser Lage befinden würde. Das hindert sie freilich nicht, mit der gleichen Sowjetunion, die mit demselben England verbündet ist, das die polnische Emigrantenregierung in London aushält, einen munteren Noten- und Pressekrieg zu führen. Am 25. Februar gab sie nämlich eine Erklärung heraus, in der sie die Unversehrtheit des polnischen Gebiets in den Grenzen vom 1. September 1939 und die Souveränität der polnischen Republik als unantastbar und unteilbar erklärte. Einige Tage zuvor hatte die „polnische Regierung“ an die Sowjetregierung eine Protestnote wegen gewisser gegen das frühere polnische Staatsgebiet gerichteter sowjetrussischer Machenschaften gesandt. Denn Mitte Februar hatte die Sowjetbotschaft in Washington einen Leitartikel der Moskauer „Prawda“ in Umlauf gesetzt, in welchem die Sowjetunion in kategorischer Weise Anspruch auf Bessarabien, Litauen, Estland, Lettland und Ostpolen erhob und die allgemeine These bestätigte, daß die Sowjetunion diese Gebiete als ihre eigenen betrachte. Die andere führende Zeitung Moskaus, die „Iswestia“, richtete wenige Tage später einen scharfen Angriff gegen die Haltung gewisser polnischer Kreise in London und New York und sprach die Hoffnung aus, die Alliierten würden sich hoffentlich in Grenzfragen nicht von den polnischen Emigranten beeinflussen lassen. Kaum hatte die Sowjetunion mit ihrer Winteroffensive gewisse Teilerfolge errungen, die von der angelsächsischen und natürlich auch von der sowjetischen Propaganda selbst als kriegsentscheidender Umschwung der militärischen Lage hingestellt wurden, da wurde schon der Zwiespalt um die polnischen Grenzen wieder lebendig! Es kann ja nicht der leiseste Zweifel bestehen, daß

125 Stalin, wenn er Sieger bliebe, das gesamte Gebiet des Versailles-Polens in Form einer polnischen Sowjetrepublik ebenso der Sowjetunion eingliedern würde, wie er dies vorübergehend während dieses Krieges schon mit Estland, Lettland und Litauen, Galizien und Bessarabien getan hat, bis ihn der Siegeszug der deutschen Armeen nach dem Osten aus diesen Gebieten wieder hinauswarf. Ebenso wenig wie England damals in der Lage war, dem Vordringen des Bolschewismus ein Hindernis in den Weg zu legen, würde es hierzu im Falle eines militärischen Sieges der Roten Armee über die Heere Deutschlands und seiner Verbündeten in der Lage sein.

Ähnlich bezeichnend war eine Pressediskussion zwischen der jugoslawischen Emigrantenregierung und Moskau. Bekanntlich führen in den Gebirgen des früheren jugoslawischen Staates serbische Banden einen Bandenkrieg. Ihr Anführer, Mihailowitsch, wird als Kriegsminister der jugoslawischen Emigrantenregierung in London bezeichnet. Man will dadurch den Eindruck erwecken, als ob das frühere Jugoslawien nicht nur in der Form einer Phantom-Regierung in London, sondern als kriegführende Macht auf dem eigenen Territorium bestehe. Mihailowitschs Autorität wird aber nicht von allen im früheren jugoslawischen Gebiet noch vorhandenen Banden anerkannt, von denen einige rein kommunistisch sind und auf Moskaus Befehl hören. Hiergegen hat nun die jugoslawische Emigrantenregierung in aller Form protestiert, weil es eine Einmischung in das nationale jugoslawische Gebiet bedeute. Der Protest ist ein solcher des serbischen Nationalismus gegen den im bolschewistischen Gewand auftretenden alten russischen Panslawismus. Der Streit zeigt jedenfalls, daß Moskau auf dem Höhepunkt seiner Winteroffensive bereits die Reichweite seines panslawistisch-bolschewistischen weltrevolutionären Machtstrebens bis an die Ufer des Adriatischen Meeres ausdehnte! Die Uferlosigkeit russischen Denkens und die Schrankenlosigkeit weltrevolutionärer Ideologie haben eben im Bolschewismus eine sich gegenseitig steigernde Synthese gefunden, die den Kern der bolschewistischen Gefahr für Europa darstellt. Die bolschewistische Winteroffensive ist aber bereits Ende Februar sichtlich im Abflauen begriffen, und deutsche Gegenmaßnahmen kündigen bereits die rückläufige Bewegung an. Mit der besseren Jahreszeit werden sich die hochfliegenden militärischen Pläne Stalins als unreal erweisen.

Inzwischen geht der Krieg zur See mit steigendem Erfolg weiter. Im Monat Februar wurden insgesamt von den deutschen See- und Luftstreitkräften 576 800 BRT feindlichen Handelsschiffsraums vernichtet. Zahlreich waren auch wieder die Stimmen aus England und den Vereinigten Staaten, die

sich mit dem U-Boot-Krieg beschäftigten. Das britische Oberhaus Widmete ihr am 4. Februar eine Geheimsitzung. Die

126 „Times“ bezeichneten am 4. Februar die mit jedem Tag größer werdende U-Boot-Gefahr als das Problem Nr. 1, mit dem man vor allem übrigen fertig werden müsse. Sowohl in den USA als auch in England sei man beunruhigt darüber, daß die Alliierten im Kampf auf den Meeren bisher immer nur Rückschläge erlitten. Nach wie vor bauten die Deutschen mehr U-Boote als die Alliierten. Dieser Zustand währe nun schon seit Kriegsbeginn und könne nicht mehr lange weiter anhalten. Es müsse sogar damit gerechnet werden, daß die Schiffsverluste in den nächsten Monaten weiter zunähmen. Wieviel die Rüstungsbetriebe der Verbündeten auch immer produzierten, solange es nicht gelinge, die Seewege wieder freizumachen, sei es unmöglich, dieses Kriegsmaterial auszunutzen. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge sei der Prozentsatz der versenkten Schiffe derart hoch, daß die Kraftanstrengung der Alliierten sich nicht voll gegen den Feind auswirken könne.

Der bekannte Militärkritiker General Füller führte am 4. Februar im „Evening Standard“ aus, es scheine, als lebten die Alliierten im Trancezustand. Sie ließen sich viel zu sehr von Wunschträumen leiten. Leider verlaufe aber dieser Krieg trotz aller Träumereien keineswegs so, wie man sich das wünsche. Selbst heute nach vierzigmonatigem Schlafwandel gehe den Alliierten der Krieg der Massen von 1914/18 noch immer nicht aus dem Sinn. Zwar zähle auch der Masseneinsatz, aber in erster Linie die Qualität sowohl der Truppe als auch des Materials. Zu allem sei auch ein fester militärischer Plan erforderlich, der nach den Gesetzen der Logik ausgearbeitet würde. Bildete man sich in den Jahren vor Kriegsausbruch ein, England habe infolge der technischen Entwicklung aufgehört, eine Insel zu sein, so zahle man für diesen geographischen Irrtum heute teuer. Wie sehr England eine Insel geblieben sei, beweise niemand besser als der Gegner mit seiner U-Boot-Flotte. Lord Jellicoe habe seinerzeit einen wahren, aber leider vergessenen Ausspruch getan, daß das deutsche U-Boot bereits 1914/18 ganz England, seine Bevölkerung und sein Empire in eine tödliche Gefahr gebracht habe. In einer gleichen Lage befinde es sich heute. Der Höhepunkt der Dummheit sei, daß die Alliierten auf die U-Boot-Gefahr mit sinnlosen Plänen reagierten. Zwei einander widersprechende Offensiven würden in Aussicht genommen, eine durch Bomben, die andere durch Invasion. Die erste erfordere eine astronomische Zahl von Flugzeugen, die andere eine Menge Transportschiffe. Beide aber benötigten Jagdmaschinen zum Schutz in der Luft. Alle drei aber besitze man nicht in ausreichender Zahl. Entscheidend sei bei allem eine Überlegung: Wie könne man den Gegner mit Bomben auf die Knie zwingen, solange sich die Flugzeugstützpunkte auf einer Insel befinden,

127 die der Feind langsam, aber sicher von See her erdrosselt? Es sei heller Wahnsinn, so betont Füller abschließend, unter diesen Umständen von der „derart gefährdeten Insel“ her eine Invasion nach Europa zu versuchen, da diese doch nur mit einem Fiasko enden müsse. — „Manchester Guardian“ sagte weiter Anfang Februar: Sowohl in England als auch in den USA werde die Sorge von Tag zu Tag größer, und man frage sich, ob sich die verbündeten Flotten auf die Dauer gegen die U-Boote halten könnten. Bereits seit Anfang 1942 dauere die verschärfte Angriffsperiode der feindlichen U-Boote, doch sei der amtliche Ton zum U-Boot-Krieg in Washington wie London derartig optimistisch gewesen, daß man ihm mißtrauen könne. Weite Kreise der Öffentlichkeit hätten sich von dieser optimistischen Erklärungen einlullen lassen, doch habe es auch nicht an eindeutigen Feststellungen gefehlt. Vor einiger Zeit habe der USA-Admiral Land gesagt, im Laufe dieses Winters werde die U-Boot-Gefahr von Monat zu Monat katastrophalere Formen annehmen. Die Verbündeten aber seien voraussichtlich nicht in der Lage, mit dieser verschärften U-Boot-Drohung fertig zu werden. Weder Großbritannien noch die USA könnten sich derartig gewaltige Schiffsverluste erlauben, wie man sie zur Zeit erleide. Sie bedeuteten eine Überbeanspruchung der menschlichen Reserven und den schließlichen Zusammenbruch der Rohstoffversorgung. Die Aufgabe der alliierten Flotten, die Seeverbindungen Englands und der USA offenzuhalten, werde von Woche zu Woche schwieriger, stellt „Scotsman“ fest. Von diesen Verbindungen hänge jedoch nicht nur die Möglichkeit ab, weiter Krieg zu führen, sondern für England die Existenz selbst. Wenn England seine wesentlichen Verbindungen nicht behalte, werde es erbarmungslos ausgehungert. Von einer Bannung der U-Boot-Gefahr könne durchaus keine Rede sein, eine immer größere Zahl feindlicher U-Boote gefährde den alliierten Schiffsverkehr, und der Gegner wende in seiner Seekriegführung ständig neue Methoden an. Am 3. Februar sah sich schließlich als Sprecher der englischen Regierung Attlee im Unterhaus auf eine Anfrage zu der Erklärung genötigt, daß die Verschärfung der Rationierung in England in engem Zusammenhang mit der ernststen Lage der Schifffahrt stehe!

Auch auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz sind die Ereignisse für England und die USA keineswegs nach Wunsch gegangen. Der Militärkritiker der Newyork Times, Hanson Baldwin, stellte Anfang Februar zur Lage in Nordafrika fest, daß Rommels Rückzug aus Libyen und Tripolis ein wohl-durchdachter strategischer Plan war, den die britische 8. Armee seinem Afrikakorps nicht aufgezwungen hatte. Augenscheinlich seien die Engländer enttäuscht, daß Rommel den verschiedenen englischen Fallen entgangen sei. Die letzte Hoffnung, einen Keil zwischen die beiden Achsenarmeen in Nordafrika zu

128 treiben, sei verschwunden. Im Augenblick hätten die Deutschen in Nordafrika den strategischen Vorteil. Sollte es ihnen gelingen, den Kampf um Tunis bis in den Sommer hineinzuziehen," so würden sie damit die alliierten Kriegspläne für 1943 über den Haufen werfen. — Ein deutsch-italienisches Angriffsunternehmen in Südosttunesien brachte den Engländern und Amerikanern in der zweiten Hälfte des Februars eine schwere Niederlage, den Achsentruppen aber über viertausend Gefangene und Hunderte von Panzern und Geschützen als Beute ein.

Der Kampf um Afrika und im Mittelmeer berührt natürlich in erster Linie das uns verbündete Italien; ja, auch an Italien stellt der Krieg höchste Anforderungen. Die italienische Regierung hat daher Anfang Februar ein Gesetz über die bürgerliche Zivilmobbilmachung erlassen, das ähnlich wie die in Deutschland etwa gleichzeitig ergriffenen Maßnahmen der Zwecksetzung des totalen Krieges dient. Gleichzeitig hat der Duce, wie er dies seit der Machtergreifung des Faschismus schon mehrfach getan hat, eine Konzentrierung der Regierungsmacht auf seine Person vorgenommen. Er übernahm neben dem Ministerpräsidium selbst die Leitung des Außenministeriums, des Innenministeriums, des Kriegs-, des Marine- und des Luftwaffenministeriums. Das neue italienische Kabinett trat am 6. Februar die Regierung an.

Am 1. März wurde folgende deutsch-italienische Verlautbarung über einen im Auftrag des Führers erfolgten Besuch des Reichsaußenministers in Rom veröffentlicht:

Der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop weilte im Auftrage des Führers vom 24. bis zum 28. Februar in Italien. Zu seinem Empfang hatten sich der Unterstaatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten Bastianini, die Unterstaatssekretäre Rossi und Albini, hohe Persönlichkeiten des italienischen Staates, der faschistischen Partei und der italienischen Wehrmacht sowie Botschafter von Mackensen mit den Mitgliedern der Deutschen. Botschaft eingefunden. In Begleitung des Reichsaußenministers befanden sich der Botschafter im Auswärtigen Amt Ritter, der stellvertretende Chef des Wehrmachtsführungsstabes Generalleutnant Warlimont und die zuständigen Abteilungsleiter des Auswärtigen Amtes. Der königlich-italienische Botschafter in Berlin, Dino Alfieri, nahm gleichfalls an der Reise des Reichsaußenministers teil.

Am 25. Februar empfing der Duce den Reichsaußenminister von Ribbentrop, der eine persönliche Botschaft des Führers überbrachte. Anschließend fand in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Bastianini und der Botschafter von Mackensen und Dino Alfieri eine erste Besprechung statt, die über vier Stunden dauerte. Am Freitag, Sonnabend und Sonntag wurde die Besprechungen zwischen dem Duce und dem Reichsaußenminister fortgesetzt. In ihrem Verlaufe wurden alle Fragen der europäischen Politik und der

129 gemeinsamen Kriegführung der Dreierpaktmächte erschöpfend behandelt. An einer der Besprechungen nahmen außer Unterstaatssekretär Bastianini — der bereits eine längere Unterredung mit dem Reichsaußenminister geführt hatte — auch der Chef des italienischen Generalstabes Generaloberst Ambrosio und der stellvertretende Chef des Wehrmachtsführungsstabes Generalleutnant Warlimont teil. Die Unterredungen zwischen dem Duce und dem Reichsaußenminister fanden in einer Atmosphäre offener Herzlichkeit und in dem Geiste der Freundschaft statt, die den Führer und den Duce verbindet. Sie ergaben die völlige Übereinstimmung der Auffassungen, die immer zwischen Deutschland und Italien bestanden hat und die die Gewähr für den Sieg in dem gemeinsamen Kampfe bietet, den Deutschland und Italien in vollständiger Solidarität mit Japan und den übrigen Verbündeten führen. Der Duce und der Reichsaußenminister betonten erneut die Entschlossenheit der beiden Länder, den Krieg mit aller erforderlichen Kraft bis zur vollständigen Vernichtung der feindlichen Streitkräfte und bis zur endgültigen Beseitigung der tödlichen Gefahr zu führen. Sie stellten noch einmal nachdrücklich den entschlossenen Willen Deutschlands und Italiens fest, nach Erringung des Endsieges in Europa eine Neuordnung zu errichten. Diese wird allen europäischen Völkern ein gesichertes Dasein in einer Atmosphäre der Gerechtigkeit und der Zusammenarbeit bieten. Frei von allen jüdischen und plutokratischen Einflüssen soll den europäischen Völkern die Möglichkeit zu produktiver Arbeit und

sozialer Gerechtigkeit innerhalb der gesicherten Grenzen des großeuropäischen Raumes garantiert werden.

Ergänzend meldete das Deutsche Nachrichtenbüro über die Besprechungen in Rom am 1. März: Neben den Besprechungen zwischen dem Duce und Ribbentrop fanden in Anwesenheit vom Duce und dem Reichsaußenminister Besprechungen zwischen den militärischen und politischen Sachbearbeitern statt. An diesen Besprechungen nahmen u. a. teil: Deutscherseits der Botschafter Ritter, Generalleutnant Warlimont, der deutsche Botschafter von Mackensen, italienischerseits: der Staatssekretär Bastianini, General Ambrosio und Botschafter Alfieri. Ribbentrop war viermal beim Duce. Außerdem hatte der Duce den Reichsaußenminister zu einem Frühstück im kleinsten Kreise eingeladen. Die Begleitung Ribbentrops bestand aus einem ausgesprochenen Arbeitsstab des Reichsaußenministers: Botschafter z. B. V. Ritter, dem Sachbearbeiter für besondere Aufgaben im Auswärtigen Amt, Generalleutnant Warlimont, dem Vertreter Jodls im Wehrmachtsführungsstab, dem Protokollchef, Gesandten v. Doernberg, den beiden Gesandten Schmidt, dem Chef des Ministerbüros und dem Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, sowie Sachbearbeitern aus dem Stabe von Ribbentrops. Außer

130 den Besprechungen beim Duce hatte Ribbentrop Unterredungen mit dem neuen Leiter des italienischen Außenministeriums, Staatssekretär Bastianini. Der Reichsaußenminister stattete ferner dem ehemaligen italienischen Außenminister Graf Ciano einen Privatbesuch ab und empfing am Sonntagvormittag den japanischen Geschäftsträger, den spanischen Botschafter, die Gesandten von Finnland, Rumänien, Ungarn, Kroatien, der Slowakei und den Geschäftsträger Bulgariens. Am Sonntagabend reiste Ribbentrop aus Italien ab und begab sich nach Deutschland zurück, um dem Führer über das Ergebnis der Reise Bericht zu erstatten. Der Aufenthalt und die Besprechungen von Ribbentrops in Italien standen im Zeichen besonderer Herzlichkeit und waren von der Atmosphäre echter Kameradschaft durchdrungen.

Von den anderen Verbündeten Deutschlands in Europa war im Monat Februar Finnland, wie schon früher mehrfach, Gegenstand der Aufmerksamkeit der feindlichen Agitation. Diese versucht es immer wieder so hinzustellen, als ob das finnische Volk kriegsmüde, einer englisch-amerikanischen Vermittlung gegenüber der Sowjetunion geneigt und ev. zu einem Sonderfrieden zu haben sei. Es wird dabei offen zugegeben, daß für diese Versuche in erster Linie die geographische Lage Finnlands maßgebend sei, da es gerade an der Stelle Europas liege, wo die englischen und amerikanischen Schiffe vorbei müssen, die Lebensmittel und Kriegsmaterial nach den nördlichen Häfen der Sowjetunion bringen sollen.

Die finnische Regierung hat dagegen am 20. Februar dem finnischen Reichstag einen Tätigkeitsbericht über das Jahr 1942 unterbreitet, in dem eindeutig ausgeführt wurde, die Beziehungen Finnlands zu Deutschland seien die gleichen geblieben. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind gebe dem gegenseitigen Verhältnis das Gepräge. Die fruchtbare Wechselwirkung auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet habe sich weiter entwickelt und vertieft. Der Handelsaustausch zwischen Finnland und Deutschland sei für die Versorgung des finnischen Volkes von entscheidender Bedeutung. Der Krieg gegen die Sowjetunion habe Finnland auch an die anderen in diesem Kampf stehenden Völker, wie Rumänien, Ungarn und die Slowakei weiter angenähert. Die durch keinerlei ausländische Propagandamanöver gestörte Kontinuität der finnischen Politik wurde im übrigen durch die am 16. Februar vollzogene Wiederwahl des finnischen Staatspräsidenten Ryti gekennzeichnet. Diese mit sehr großer Mehrheit erfolgte Wiederwahl stellte zugleich eine Vertrauenskundgebung für Ryti und seinen außen- und innenpolitischen Kurs dar. Das finnische Volk kennt eben die Gefahr des Bolschewismus aus eigener Erfahrung; und alles, was über Moskaus territoriale Absichten und über Londons Bereitschaft ihnen zuzustimmen in letzter Zeit bekanntgeworden ist, beweist den Finnen, daß weder die Sowjetunion

131 die finnischen Lebensrechte zu respektieren gedenkt, noch England in der Lage oder willens wäre, sie seinerseits sicherzustellen. Für Finnland gilt in besonderem Maße, was für ganz Europa gilt, daß die deutsche Wehrmacht den einzigen Schutz gegen die bolschewistische Flut darstellt!

Der große Verbündete der Achsenmächte in Ostasien, Japan, hat im Monat Februar den Krieg im pazifischen Raum und auf dem asiatischen Festland erfolgreich fortgesetzt. Vor dem japanischen Unterhaus erklärte am 5. Februar Premierminister Tojo, Japan stehe in einem Krieg auf Leben und Tod, der noch lange dauern werde, aber auch bei Kriegsende werde Japan keineswegs etwa sofort abrüsten und seine Wehrkraft plötzlich beschränken; denn Japan habe als führende Macht Groß-Asiens bedeutende Aufgaben hinsichtlich der Verteidigung dieses Lebensraumes zu erfüllen.

Über Japans Gesamtlage führte Tojo am 2. Februar aus, Japan habe keine territorialen Ansprüche gegenüber den USA oder Südamerika. Trotzdem werde Japan dabei verharren, bis zum Ende zu kämpfen und die USA zu vernichten, solange diese darauf beständen, sich Japans Kriegszielen in den Weg zu stellen. Dank seiner Siege im vergangenen Jahr habe Japan bereits eine feste Grundlage für einen sicheren Sieg gelegt. Japan sei heute ein „besitzendes Land“ geworden, an Hilfsquellen den USA und Großbritannien weit überlegen. Japan habe sich alle Mittel gesichert, die notwendig sind, um diesen Titanenkampf erfolgreich zu führen. Während Japans materielle Kampfkraft in geradezu phänomenaler Weise zunehme, müßten Großbritannien und die USA mit jedem Tag ihre Frontlinien in der ganzen Welt weiter verlängern. Hieraus ergebe sich die Tatsache, daß nicht nur die USA, sondern alle gegen die Achse kämpfenden Mächte sich der dringenden Notwendigkeit gegenübersehen, einen ununterbrochenen Strom riesiger Nachschubmengen zu liefern. In diesem kritischen Augenblick seien die USA ihrer wichtigsten Quellen für ihr Kriegsmaterial, wie zum Beispiel Gummi und Zinn, beraubt worden. Infolgedessen sei es den USA praktisch unmöglich, ihre Produktion an Kriegsmaterial zu erhöhen, um mit dem gewaltigen Verbrauch Schritt zu halten. Premierminister Tojo befaßte sich dann mit der Frage der Kriegsmoral in den USA und stellte fest, daß der vollständige Mangel einer wirklichen Tradition in den USA eine Schwächung der nationalen Verteidigung Amerikas bedeute. Demgegenüber verbürge die geeinte nationale Struktur Japans und die rückhaltlose Entschlossenheit des japanischen Volkes den totalen Krieg durchzukämpfen bis zum Endsieg. Tojo ging ferner in ironischer Weise auf die anglo-amerikanischen Pläne für eine neue Weltordnung ein, die, wie er sagte, nur dazu dienten, die bittere Niederlage der Anglo-Amerikaner zu verheimlichen und den Amerikanern sowie den neutralen Ländern etwas

132 vorzumachen. „Ich freue mich, heute in der Lage zu sein, feststellen zu können, daß mit der sich täglich zu unseren Gunsten bessernden Kriegslage Japan mit jedem Tage seinem Ziele näherkommt.“

Die Ausführungen Tojps fanden eine merkwürdige Bestätigung durch die Gattin des Herrn von Tschungking, Frau Tschiangkaischek, die eine Reise nach den Vereinigten Staaten unternommen hat, um dort den Beschwerden Tschungkings über ungenügende Waffen- und Materiallieferung Nachdruck zu verleihen. Sie sprach vor dem amerikanischen Kongreß und erklärte dabei: „Wir dürfen nicht vergessen, daß Japan, solange es im Besitz der eroberten Gebiete ist, täglich stärker wird.“ Der australische Ministerpräsident Curtin aber sagte am 19. Februar anlässlich des Erscheinens japanischer Flugzeuge über Sidney, dieser Fliegeralarm beweise, daß der Feind sich ausgebreitet habe. Es sei klar, daß kein Teil Australiens vor den Japanern sicher sei.

Dies wird weiterhin verdeutlicht durch die Mitte Februar in Tokio bekanntgegebenen Verlustziffern der japanischen Kriegsmarine und derjenigen ihrer Gegner zwischen dem 7. August 1942 und dem 7. Februar 1943. Die japanische Kriegsmarine hat danach in dieser Zeit versenkt acht feindliche Schlachtschiffe, vier Flugzeugträger, sechsunddreißig Kreuzer, zweiundzwanzig Zerstörer, dreizehn Torpedoboote, 13 U-Boote, 1 Minensucher, 3 Aufklärungsboote und 33 weitere Wasserfahrzeuge, während viele feindliche Kriegsschiffe der verschiedenen Typen schwer beschädigt wurden. Die japanischen Verluste wurden dagegen angegeben als: versenkt ein Schlachtschiff, 3 Kreuzer, 4 U-Boote, 20 Zerstörer und 1 Aufklärungsboot. Das für die Japaner so günstige Verhältnis der Verlustziffern erklärt sich vielleicht durch die Mitteilung, daß sich 466 japanische Flugzeuge freiwillig auf feindliche Objekte stürzten oder vermißt wurden. Der in verschiedenen Kampfhandlungen seit dem Kriegsausbruch beobachtete wahrhaft unbegrenzte und religiös fundierte Geist der Selbstaufopferung der japanischen Flieger gleicht offenbar immer wieder die zahlenmäßige und materielle Überlegenheit der gegnerischen Kampfmittel aus.

Was China angeht, so erklärte der Großostasienminister Aoki über Japans China-Politik, Japan werde zusammen mit Nationalchina den Krieg gegen Tschungking mit der Waffe bis zum Zusammenbruch des Tschungking-Regimes durchführen. Anschließend erklärte Generalmajor Muto, daß Japan mit dem Tschungking-Regime nichts mehr zu tun haben wolle, und daß kein Verständigungsfrieden mit Tschungking geschlossen werden würde. Mitte Februar fand in Nanking eine dreitägige Militärkonferenz statt, die erste seit Chinas Eintritt in den Krieg. Als Zweck der Konferenz wurde der Aufbau einer

133 einheitlichen Wehrmacht Nankings angegeben. In der Abschlußverlautbarung hieß es, China habe sich entschlossen, mit Japan zu leben und zu sterben und seinen Pflichten auch in der schwierigsten Lage nachzukommen. Es seien Beschlüsse zur Stärkung der Nationalregierung, zur Aufrechterhaltung der Sicherheit sowie zur besseren Ausbildung und Ausrüstung der chinesischen Truppen gefaßt worden. — An mehreren Frontabschnitten Chinas haben die japanischen Truppen neue Offensivaktionen

eingeleitet und beträchtliche Erfolge erzielt. Es wurde berichtet, daß die Kampfmoral der Tschungkingtruppen im Absinken begriffen sei, während die zum erstenmal eingesetzten Nankingstreitkräfte sich überall vorzüglich geschlagen hätten. Die Haltung der Nankingtruppen berechtige zu der Hoffnung, daß die völlige Säuberung des von den Japanern besetzten Gebietes allmählich vom Nankinger Militär übernommen und die Befriedigung des Landes von der Nankingregierung mit eigenen Kräften durchgeführt werden könne.

Überall in dem von ihm militärisch gewonnenen Großasiatischen Raum ist die Politik Japans auf Zusammenarbeit und auf inneren Anschluß der Völker dieses Raumes gerichtet. Diese Politik ist weitgehend auch eine wirtschaftliche, wobei während des Krieges natürlich kriegswirtschaftliche Notwendigkeiten im Vordergrund stehen. Ministerpräsident Tojo erklärte hierüber am 20. Februar im japanischen Reichstag, das wichtigste Ziel der japanischen Verwaltung in den besetzten Südgebieten sei die Erfüllung der Kriegsbedürfnisse der japanischen Armee und Marine. Im Warenaustausch zwischen den Völkern der Südgebiete sei nicht nur die Selbstgenügsamkeit bereits erreicht, sondern auch die großzügigen Pläne der japanischen Regierung zur Schaffung einer vollständigen Autarkie dieser Länder unter Einschluß Chinas, Indochinas, Thailands und Mandschukuos seien der Verwirklichung beträchtlich näher gebracht worden. Die jetzige Militärverwaltung solle schrittweise nach Maßgabe der strategischen Erwägungen durch die Zivilverwaltung ersetzt werden.

Japans Politik im großasiatischen Raum bietet manche Parallelen zu der Deutschlands im europäischen Raum. Die den Achsenmächten und ihren Verbündeten in Europa gehörenden Gebiete sind durch die im Verlaufe der Kriegshandlungen besetzten weiten Räume in Nord-, West-, Südost- und Osteuropa erweitert worden. Die Gesamtheit der in diesem europäischen Raum vorhandenen menschlichen und wirtschaftlichen Kräfte muß für den Sieg nutzbar gemacht werden. Hierbei wird, soweit irgend möglich, die freiwillige Mitarbeit der Völker der besetzten Gebiete mobil gemacht. Das bedeutendste Beispiel hierfür ist Frankreich.

134 Die französische Regierung wird von Laval geführt, der mehrfach erklärt hat, er glaube an den Sieg Deutschlands, und er wünsche ihn. Die größte Gefahr, die Europa drohe, sei der Bolschewismus. Aus dieser von Laval und seiner Regierung eingenommenen Grundhaltung ergibt sich einerseits, daß sie innerhalb Frankreichs mit aller Schärfe und Konsequenz den Kommunismus bekämpft, der bekanntlich von England her in jeder Weise unterstützt wird, zum anderen die Heranziehung der menschlichen und industriellen Kräfte Frankreichs für die Kriegführung, d. h. für den Sieg Deutschlands nach Möglichkeit fördert. Der Kampf gegen den Kommunismus in Frankreich vollzieht sich in enger und wirkungsvoller Zusammenarbeit zwischen der deutschen und französischen Polizei, ferner im Rahmen der gesamten Verwaltungsarbeit des französischen Staates und schließlich durch besondere Maßnahmen. Ende Februar wurde im gesamten neubesetzten französischen Gebiet allenthalben die Gründung einer französischen Miliz vollzogen. Sie ist aus dem Ordnungsdienst des Frontkämpferverbandes entstanden, untersteht Ministerpräsident Laval persönlich und hat als Hauptaufgabe den Kampf gegen den Kommunismus. Generalsekretär der Miliz ist der Leiter des Ordnungsdienstes des Frontkämpferverbandes, Darnand. Zweck der Miliz sei, so erklärte er am 17. Februar, daß sie ein Instrument des Staates gegen alle diejenigen Personen darstelle, die das Unglück und die Zerstörung Frankreichs wollen. Innerpolitisch gebe es eine Gefahr, die sich mit einem einzigen Wort zusammenfassen lasse, den Bolschewismus. Wäre dieser erfolgreich, dann würde sich der Bürgerkrieg über das ganze Land ausbreiten. Frankreich, das keine Armee und keine Marine habe, dürfe bei der Bekämpfung dieser Zersetzungsgefahren nicht auf die Hilfe des Auslandes rechnen. Deshalb habe die französische Miliz als erste Aufgabe die Verpflichtung, Frankreich vor dem Bolschewismus zu retten.

Frankreich ist, nachdem sein Kolonialreich fast völlig sich England und den Vereinigten Staaten angeschlossen hat, bzw. on diesen mit Gewalt besetzt worden ist, für seine Ernährung und Erhaltung auf die eigene Kraft angewiesen. Dies bedingt eine möglichst intensive Ausnutzung des eigenen Bodens, d. h. verstärkte Arbeit in der Landwirtschaft, die Ausnützung aller im Lande vorhandenen Rohstoffe usw. Die Notwendigkeit, zum Sieg Europas gegen seine Feinde beizutragen, was sowohl durch Lebensmittellieferung für die Besatzungsmacht und durch die Arbeit der französischen Industrie für die deutsche Kriegswirtschaft, wie durch die Entsendung von Hunderttausenden von französischen Arbeitern nach Deutschland geschieht, zwingt dazu, die menschlichen Kraftreserven Frankreichs zu mobilisieren. Unter dem Einfluß des marxistischen Materialismus ist aber nach dem I. Weltkrieg die Arbeitsmoral innerhalb des französischen Volkes gesunken. Der Grundsatz, daß mit möglichst wenig Arbeit möglichst

135 viel Geld zu verdienen und möglichst bequem zu leben das soziale Evangelium darstelle, ist eine der Ursachen von Frankreichs Niedergang. In einer Zeit, in der die Achsenmächte für sich selbst den totalen Krieg erklärt haben, kann natürlich die Lebensanschauung und -haltung des bequemen Lebens auch in Frankreich nicht fort dauern. Mitte Februar wurde daher von der französischen Regierung für alle jungen Leute, die zwischen dem 1. Januar 1920 und dem 31. Dezember 1922 geboren sind, die Arbeitsdienstpflicht auf die Dauer von zwei Jahren eingeführt. Weitere zehn Jahrgänge werden statistisch erfaßt, um nach Maßgabe der Notwendigkeiten zur Arbeit eingesetzt zu werden. Ein Arbeitsbuch nach deutschem Muster wird ferner eingeführt. So vollzieht sich unter dem Druck der Notwendigkeiten des Krieges unaufhaltsam der Umbau Frankreichs vom liberalen zum autoritären System auf dem Gebiete der Politik ebenso wie auf dem der Verwaltung und der Wirtschaft. Staatliche Lenkung, Erfassung und Kontrolle treten an die Stelle des traditionellen *aissez-faire, Laissez-faire*.

Eine französische Regierung, die diese Umstellung mit Konsequenz vollzieht, und die die erwähnte Einstellung zum gegenwärtigen Kriege hat, erweckt natürlich in London und Washington kein Wohlgefallen. Roosevelts Staatssekretär für Auswärtiges, Cordell Hull, erklärte deshalb am 25. Februar ganz einfach, die Vichy-Regierung werde vom USA-Staatsdepartement als nicht bestehend betrachtet. Auf die Frage, ob dies heißen solle, es gebe zur Zeit keine französische Regierung, erwiderte Hull, gerade dies habe er sagen wollen.

Anderer Ansicht hierüber sind jedoch der Generalgouverneur von Martinique, Admiral Robert, und der Kommandant des von den Engländern nach dem Waffenstillstand in Alexandrien internierten französischen Geschwaders. Trotz aller Lockungen und Drohungen sind sie Vichy treu geblieben und haben ihre Royalität gegenüber Vichy auch im Monat Februar erneut bekräftigt. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, wann die angelsächsischen „Vorkämpfer für Recht und Freiheit“ von der Lockung und Drohung zur offenen Gewalt übergehen werden.

Das Spiel zwischen Giraud und de Gaulle ist auch im Februar unentwegt weitergegangen. Auf beiden Seiten wurde viel von der notwendigen Einigkeit aller französischen Dissidentengruppen gesprochen und geschrieben. Aber da de Gaulle unter dieser Einigkeit versteht, daß Giraud sich ihm unterordnet, während Giraud das genaue Gegenteil meint (womit Giraud der Auffassung Washingtons und de Gaulles der Londons entspricht), will eine Einigung nicht zustande kommen. Sollte dies doch einmal der Fall sein, so wird sie eben nach dem zwischen Washington und London bestehenden Machtverhältnis ausfallen, d. h. so, daß die USA in Französisch-Nord- und Westafrika das Heft in der Hand behalten. Denn an all den

136 Punkten des weiten Erdenrundes, wo sie sich im bisherigen Verlaufe des Krieges „Stützpunkte“ angeeignet haben, wollen die Nordamerikaner auch bleiben, ob dies den Engländern gefällt oder nicht; und französisches Interesse ist ihnen angesichts der völligen Machtlosigkeit Frankreichs natürlich erst recht kein Hinderungsgrund. Die französischen „Patrioten“, für die Laval ein Verräter ist, Giraud aber ein Nationalheld, und die dementsprechend handeln, spielen, schließlich, ob sie wollen oder nicht, die Rolle von Marionetten des amerikanischen Imperialismus.

Dieser Imperialismus ist in seinen Zielsetzungen und in seinen Mitteln so völlig bedenkenlos wie sein Hauptträger und Exponent, Präsident Roosevelt. Das gleiche gilt vom englischen Imperialismus und dessen Exponenten Churchill. Beide haben sich im Februar über ihre Ziele und Absichten ausführlich geäußert, Churchill in einer Unterhausrede am 11. Februar, Roosevelt in einer Rede zum Geburtstag Abraham Lincolns am 3. Februar und in einer zweiten zum Geburtstag George Washingtons am 22. Februar. Diese drei Reden enthalten ein Kriegs- und Nachkriegsprogramm, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Durch die Niederringung der Achsenmächte und ihrer Verbündeten in Europa und Japans in Ostasien soll der Weg für eine angelsächsische Weltbeherrschung freigemacht werden, neben der dann nur der in Europa siegreiche Bolschewismus als Machtfaktor von Bedeutung stehen würde. Beide Redner haben, sicher nach Verabredung, einen herausfordernd optimistischen Ton angeschlagen, beinahe als ob der Krieg von ihnen schon gewonnen wäre. Nur bedingungslose Kapitulation aller Gegner werde ihn beenden können, so sagten sie beide; und mit der lügnischen Selbstgefälligkeit, die Roosevelt ebenso kennzeichnet wie Churchill, erkündeten sie beide, daß nach dem Siege ein schweres Strafgericht über „die schuldigen feindlichen Führer“ hereinbrechen würde. Dieser durch die Kriegslage in keiner Weise gerechtfertigte Optimismus legt jedenfalls die Vermutung nahe, daß beide Redner ihn aus propagandistischen Gründen für notwendig gehalten haben. Roosevelt hat in seinen beiden Reden, besonders in der vom 13. Februar, sich scharf gegen die Kritiker, gegen die Kleingläubigen und gegen die Unsicheren gewandt — ein Zeichen, daß es deren in den USA eine genügende enge geben muß, um ihm bei der Durchführung seiner Pläne hinderlich zu erscheinen. In der Tat, was man über die Schwierigkeiten innerhalb der

der Tat, was man über die Schwierigkeiten innerhalb der USA-Kriegswirtschaft, die Eingriffe in die persönliche Freiheit und in die Lebenshaltung des Amerikaners, über die psychologischen Wirkungen der Menschenopfer und besonders des U-Boot-Krieges erfährt, läßt es durchaus begreiflich erscheinen, daß die breite Masse der Amerikaner an diesem

137 Kriege, in den sie gegen ihren Willen durch Roosevelt und seine jüdischen Hintermänner hineingeführt worden ist, kein Vergnügen empfindet. Von seiner Notwendigkeit wann sie nach Lage der Dinge sowieso nicht überzeugt sein.

Churchill und Roosevelt haben sich übrigens besonders mit er Konferenz in Casablanca und Churchill mit der in Adana beschäftigt, in dem Sinne natürlich, daß diese Konferenzen große Erfolge und wichtige Etappen auf dem Wege zum Sieg seien. Den Sieg stellen sich beide so vor, daß zuerst die Macht der Achse und ihrer Verbündeten in Europa zerbrochen werden soll, um dann nachher mit Japan abzurechnen. Erstaunlich war dabei, daß beide Redner es so hinzustellen versuchten, als ob die Macht Japans schon schwer getroffen und fortlaufend im schwinden begriffen sei, während doch (wie oben gezeigt wurde) gerade das Gegenteil der Fall ist! Roosevelt und Churchill hoben auch hervor, es bestehe unter ihnen völlige Einigkeit darüber, daß nach der Niederwerfung der Achsenmächte gemeinsam bis zum endgültigen Sieg über Japan gekämpft werden müsse. Ja, Roosevelt unterstrich, daß es hierüber einer vertraglichen Abmachung nicht bedürfe, sondern daß ihm das von Churchill gegebene Wort völlig genüge. Hieraus ist zu schließen, daß über die Reihenfolge, mit der die einzelnen Mächte des Dreierpakt angegriffen werden sollen, offenbar Diskussionen stattgefunden haben, und daß es auch hierüber an Interessengegensätzen zwischen jenen „Verbündeten“ nicht fehlt.

In einer Hinsicht war Churchill merkwürdigerweise aufrichtiger als Roosevelt: er hat die Gefahr und die schweren Folgen des Unterseebootkrieges für die Kriegführung Englands und der USA offen zugegeben. Er ging sogar so weit zu sagen, der U-Boot-Krieg stelle noch die „einzige Möglichkeit für einen Sieg Deutschlands“ dar, was einen vollkommenen Widerspruch zu seinem sonst zur Schau getragenen Siegesoptimismus darstellt. Freilich ließ er darauf eine Zahlenberechnung über die angeblichen gesteigerten Erfolge der Bekämpfung der U-Boote sowie eine solche über die Schiffsneubauten in England und in der USA folgen, um seiner üblichen Methode entsprechend auch das Kapitel U-Boot-Krieg in seiner Rede optimistisch ausklingen lassen zu können. — Roosevelt und Churchill haben in ihren Reden dann natürlich besonders ihres bolschewistischen Verbündeten, der Sowjetunion, rühmend gedacht. Die Teilerfolge der sowjetischen Winteroffensive mögen den Überoptimismus ihrer Reden erheblich mit beeinflußt haben. Kurz vorher ja war die deutsche 6. Armee in Stalingrad dem bolschewistischen Massenansturm erlegen, die sowjetische Winteroffensive war noch in vollem Fluß und aus Moskau kamen Siegesberichte, als ob die deutschen Armeen besiegt und demoralisiert zurückfluteten. In Moskau, London

138 und Washington erfürte dies offensichtlich zu einer völligen Verkennung der Kriegslage und zu dem Irrglauben, die Rote Armee hätte den Hauptteil ihrer schweren Aufgabe, nämlich den Sieg zu gewinnen, bereits geschafft. Welche Wirkungen ein Sieg der Roten Armee über die Heere Deutschlands und seiner Verbündeten für die ganzen Ländergebiete zwischen Norwegen und dem östlichen Mittelmeer sowie für alle Völker in diesem Raume haben würde, läßt Roosevelt und Churchill natürlich völlig kalt. Dementsprechend wurde der fünfundzwanzigste Jahrestag der Roten Armee am 22. Februar in den USA, noch eher freilich in England, wie ein nationaler Feiertag begangen. nicht weniger als zwölf englische Minister hielten in verschiedenen englischen Städten zu diesem Tage Reden, in denen die Rote Armee und ihre Waffentaten gepriesen und das Bündnis mit dem Bolschewismus gefeiert wurde. Sogar der englische König sandte ein Glückwunschtelegramm an den Staatspräsidenten der Sowjetunion, Kalinin, und verlieh der Stadt Stalingrad einen Ehrendegen. Zwischen dem Erzbischof von Canterbury und Stalin aber fand ein — herzlicher Telegrammwechsel statt!

Freilich verhinderte all dies die englische Arbeiterpartei nicht, einen Antrag der englischen Kommunistischen Partei auf Aufnahme in die Arbeiterpartei rundweg abzulehnen, weil „die Kommunistische Partei sich eine vollständige Unverantwortlichkeit bezüglich der britischen Politik zu eigen gemacht habe, und weil ihre Auffassungen sich durchaus nicht mit der Philosophie und den Zielen der Arbeiterpartei vereinigen lassen“. In ähnlicher Weise lehnte die amerikanische Arbeitergewerkschaft einen Zusammenschluß mit den sowjetischen Gewerkschaften ab, „weil diese keine freie Arbeiterorganisation im demokratischen Sinne darstellen“. Bei den marxistischen Parteien und Gewerkschaften in England und USA scheint also immerhin noch ein Rest von Klarblick hinsichtlich des Kommunismus vorhanden zu sein. Diese Kreise kennen allerdings die gefährliche Wühlarbeit des Kommunismus unter ihren eigenen Anhängern aus eigener Erfahrung besonders gut.

Zur Diskussion über die Rote Armee und über das Bündnis mit den Sowjets gehört in England und USA unverbrüchlich die Erörterung über die „zweite Front“. Daß die Eröffnung der zweiten Front zur Entlastung der Sowjetunion unbedingt nötig sei, daß sie bald kommen müsse, und daß es, wenn man damit noch länger warte, vielleicht zu spät sein könnte, um den Sowjets noch etwas zu nützen, wird zwar immer und immer wieder betont; aber die zitierten Reden Churchills und Roosevelts vermieden hierzu eine klare Stellungnahme, und alle offiziellen oder offiziösen Äußerungen aus London und Washington zu diesem Thema sind bewußt zurückhaltend. Die Sprecher der Sowjetunion, Botschafter

139 Litwinow in London und Litwinow in Washington erheben die Forderung nach der zweiten Front immer wieder, und in seinem Tagesbefehl zur Fünfundzwanzigjahrfeier der Roten Armee hat Stalin das Fehlen der zweiten Front deutlich unterstrichen. Dies war bemerkenswerterweise die einzige Erwähnung seiner demokratischen Verbündeten, zu der er sich in diesem Tagesbefehl herbeiließ.

Die Übereinstimmung und die Herzlichkeit zwischen Moskau und London-Washington sind natürlich nur scheinbar, nur gespielt, und sie werden eifriger von London-Washington als von Moskau aus gespielt. Churchill erwähnte in seiner zitierten Rede, bei der Konferenz in Casablanca hätte man die Anwesenheit Stalins dringend gewünscht, und Roosevelt wäre trotz seiner körperlichen Behinderung sogar bereit gewesen, ihm bis Khartum am Nil entgegenzukommen. Stalin aber habe Rußland nicht einmal einen Tag verlassen wollen. Daß er nicht mal einen Vertreter geschickt hat, beweist jedoch, daß er Churchill und Roosevelt eben einfach nicht begegnen wollte, weil er jedes Gespräch über Nachkriegsziele d. h. jede Festlegung vermeiden wollte. Auch dies war sicher durch die Überschätzung der sowjetischen Winteroffensive bedingt. In einem Augenblick, wo Stalin den Sieg greifbar vor sich zu sehen glaubte, wollte er sich offenbar hinsichtlich der Hereinnahme der Früchte des Sieges keinerlei Beschränkungen auferlegen lassen.

Dieses Schweigen Stalins erweckt in London und Washington offensichtlich schwere Besorgnisse, die auch öfter in der Presse zum Ausdruck kommen. Das offizielle London freilich will davon nichts hören und setzt den Zweiflern immer wieder den Hinweis auf die Notwendigkeit, Möglichkeit und unbefristete Dauer einer engen Zusammenarbeit mit den Sowjets entgegen. Sie läßt sich für die Nachkriegszeit in die einfache Formel fassen: Das östliche Europa für die Sowjets, das westliche für England! Bewaffnete Großmächte werde es in Europa nach dem Kriege eben nur noch zwei geben, England und die Sowjetunion. Daß die Rote Armee von Stalin selbst als die Armee der Weltrevolution bezeichnet worden ist, wird dabei geflissentlich übersehen, weil man sonst Deutschlands Kampf gegen den Bolschewismus anerkennen und die eigene Politik verneinen müßte.

In diesem Zusammenhang bedarf die Türkei einer besonderen Erwähnung. Am 30. und 31. Januar hat Churchill, wie es in der amtlichen Mitteilung aus London hieß, „auf seinen Wunsch als Gast der türkischen Regierung sich nach der Türkei begeben“. In Adana traf er sich mit dem türkischen Staatspräsidenten, dem türkischen Außenminister und anderen politischen und militärischen Persönlichkeiten. Churchill war selbst von zahlreichen politischen und militärischen Sachverständigen begleitet. Die offiziellen Verlautbarungen über die Zusammenkunft sprachen in üblicher Weise von Herzlichkeit und Einverständnis, und in seiner Rede im Unterhaus unterstrich Churchill, daß in Adana

140 ausgiebige englische Waffenlieferungen an die Türkei verabredet worden seien. Es ist klar, daß Churchill zu einer Verabredung über Waffenlieferungen sich nicht mit einem großen Stab von Sachverständigen in die Türkei hätte zu begeben brauchen, noch auch um die guten Beziehungen zwischen Ankara und London zu unterstreichen. Denn das geschieht in Ankara auch ohnedies von Zeit zu Zeit, freilich unter gleichzeitigem Hinweis auf die guten Beziehungen mit Deutschland.

Die Reise Churchills hatte offensichtlich ein viel weitergehendes Ziel, nämlich den Kriegseintritt der Türkei an der Seite Englands, um mit ihrer Hilfe den Krieg auf den Balkan zu tragen und ein Unternehmen zu starten, wie seinerzeit im Weltkrieg über Saloniki. Die türkischen Staatsmänner haben sich diesem Wunsch versagt! Sie wollen bei der Neutralität, die der Türkei so vorteilhaft ist, auch weiterhin verbleiben. Sicher hat Churchill die Türken auch hinsichtlich der von der Sowjetunion drohenden Gefahren beruhigen wollen. Denn zum sowjetischen Expansionsprogramm gehören nun einmal die Dardanellen. Für solche Beruhigungsversuche war aber der Moment, da die bolschewistische Winteroffensive auf dem Höhepunkt des Erfolges, Stalin jeder Festlegung seiner Kriegsziele in Casablanca ausgewichen war, und von London immer wieder die Bereitschaft versichert wurde, den Sowjets im östlichen Europa freie Hand zu lassen, außerordentlich schlecht gewählt. Wenn aus der Konferenz schließlich für die Türken ein umfangreiches Waffengeschäft herausprang, so ist auch dies ein indi-

rekter Beweis dafür, daß die Türken militärisch so stark wie möglich sein wollen, besonders auch gegenüber der Sowjetunion.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1943

März-Lieferung
(Nr. 85/86 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Die Rede des Führers zum Heldengedenktag 1943

87 Der Führer hielt zum Heldengedenktag am 21. März 1943 im Ehrenhof des Berliner Zeughauses folgende Rede*) (DNB):

Zum viertenmal begehen wir den Heldengedenktag unseres Volkes in diesem Räume. Die Verlegung der Frist fand statt, weil ich glaubte, erst jetzt die Stätten meiner Arbeit, an die ich seit Monaten gebunden war, mit ruhigem Gewissen verlassen zu können. Denn dank dem Opfer- und Heldentum unserer Soldaten der Ostfront ist es gelungen, nunmehr endgültig die Krise, in die das deutsche Heer — durch ein unverdientes Schicksal — gestürzt worden war, zu überwinden, die Front zu stabilisieren und jene Maßnahmen einzuleiten, die den vor uns liegenden Monaten wieder den Erfolg bis zum endgültigen Sieg sichern sollen. Daß es unter diesen Umständen verantwortet werden kann, die nunmehr seit vielen Monaten bestehende Urlaubssperre mit dem heutigen Tage aufzuheben, um in den kommenden Monaten in steigendem Maße unseren braven Männern wieder den Weg zu ihren Lieben in der Heimat zu erschließen, macht es auch mir seelisch leichter, am heutigen Tage hier zu sein.

Wenn es noch notwendig gewesen wäre, um unserem Volk den ganzen Ernst dieser gigantischen Auseinandersetzung zu Lande, auf den Meeren und in der Luft auf Leben und Tod zu erläutern, dann hat vor allem der zurückliegende Winter auch die letzten Zweifel darüber beseitigt. Die Steppen des Ostens haben noch einmal ihre Millionenmassen sich gegen Europa wälzen lassen. Vorwärtsgepeitscht von der gleichen Macht, die seit alters her Kriege organisiert, an ihnen profitiert und damit gerade im heutigen Zeitalter kapitalistische Interessen und bolschewistische Instinkte dem gleichen Ziele dienen läßt. Wie groß die Gefahr einer Überrennung des ältesten Kulturkontinents der Welt in diesem Winter war, bleibt der Darstellung der späteren Geschichtsforschung überlassen. Daß sie nunmehr gebrochen und damit von Europa abgewendet wurde, ist das unvergängliche Verdienst jener Soldaten, deren wir heute gedenken. Aber schon der Blick in die gigantischen Vorbereitungen, die der Bolschewismus zur Vernichtung unserer Welt getroffen hat, läßt mit Schaudern erkennen, wohin Deutschland und der ganze übrige Kontinent geraten wären, wenn nicht die nationalsozialistische Bewegung vor zehn Jahren die Macht im Staat erhalten hätte und mit der ihr eigenen Entschlossenheit nach

*) Der Wortlaut erscheint im S. Band der von Reichsleiter Bouhler herausgegebene Sammlung der Kriegsreden des Führers unter dem Titel „Der Großdeutsche Freiheitskampf“.

88 zahllosen fehlgeschlagenen Bemühungen um eine Rüstungsbeschränkung den sofortigen Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht eingeleitet haben würde. Denn das Weimarer Deutschland unserer zentristisch - marxistisch - demokratischen Parteienwirtschaft wäre durch diesen Ansturm Innerasiens hinweggefegt worden wie Spreu vor einem Orkan. Immer klarer erkennen wir, daß die Auseinandersetzung, in der sich seit dem ersten Weltkrieg Deutschland und Europa befinden, allmählich den Charakter eines Kampfes annimmt, die nur mit den größten geschichtlichen Ereignissen der Vergangenheit verglichen werden kann. Ein mitleid- und erbarmungsloser Krieg wurde uns von dem ewigen Judentum aufgezwungen, der, wenn er nicht vor den Grenzen Europas den Elementen der Zerstörung Einhalt zu gebieten vermöchte, diesen Kontinent in ein einziges Ruinenfeld verwandeln würde. Aber nicht die verbrannten Städte wären es, die zerstörten Kulturdenkmäler, die als schlimmste Folge dieses Kampfes dann übrigblieben, sondern die bestialisch niedergemetzelten Menschenmassen, die dieser innerasiatischen Flut genau so zum Opfer fallen würden, wie es in der Zeit der Hunnen- und Mongolenstürme einst schon der Fall war.

Was der deutsche und die mit ihm verbündeten Soldaten heute im Osten beschirmen, ist nicht das steinerne Antlitz oder das soziale und geistige Gepräge dieses Kontinents, sondern es sind die ewigen menschlichen Substanzen, von denen seit grauen Vorzeiten alle Werte ausgegangen sind, die nicht nur Europa und Amerika, sondern darüber noch weit hinaus der menschlichen Kultur überhaupt ihren heutigen Ausdruck geben.

Neben dieser aus dem Osten drohenden Welt der Barbarei erleben wir nicht weniger die satanische Zerstörungswut des mit ihm verbundenen sogenannten Westens. Die Kriegsziele unserer Feinde sind uns aus zahllosen Publikationen, Reden und offenen Forderungen bekannt. Das Geschwätz einer Atlantikcharta wiegt dagegen genau so viel wie die einstigen 14 Punkte Wilsons gegenüber der dann gekommenen realen Gestaltung des Versailler Diktats. So wie der Kriegshetzer Churchill in der parlamentarischen englischen Demokratie, als er 1936 noch nicht verantwortlicher Leiter Großbritanniens war, mit seinem Ausspruch, daß Deutschland wieder vernichtet werden müßte, der kommenden Entwicklung den Weg gewiesen hat, so projektieren in diesen gleichen Demokratien die Elemente der jetzigen Friedensforderungen schon heute den von ihnen angestrebten Zustand Europas nach dem Kriege.

Und ihre Ziele decken sich vollständig mit den uns nicht nur bekannten, sondern erlebten Demonstrationen ihrer bolschewistischen Verbündeten: Ausrottung aller nationalbewußten kontinentalen Völker und an der Spitze unseres eigenen deutschen. Ob dabei englische oder amerikanische Blätter,

89 Parlamentarier, Volksredner und Literaten als Kriegsziel die Zerstörung des Reiches, die Wegnahme der Kinder unseres Volkes, die Sterilisierung der männlichen Jugend usw. als erstes Kriegsziel fordern, oder ob der Bolschewismus kurzerhand die Abschachtung ganzer Völkerschaften von Männern, Frauen und Kindern in der Praxis betreibt, ist ein und dasselbe. Denn die letzte treibende Kraft ist ohnehin der ewige Haß jener verfluchten Rasse, die seit Jahrtausenden als wahre Gottesgeißel die Völker so lange züchtigt, bis sich diese in Zeiten der Selbstbesinnung ihrer Peiniger wieder erwehren.

Ich spreche dies nicht aus für das deutsche Volk. Es braucht heute keines Zuspruches in seiner moralischen Haltung. Die Front beweist ihr stilles Heldentum seit über tausend Tagen, und ihr zur Seite steht heute die deutsche Heimat, die selbst in großen Teilen des Reiches Kriegsgebiet geworden ist. Nicht nur, daß sie arbeitend und schaffend unseren Soldaten die Waffen liefert. Nein: Sie ist gezwungen, ihren eigenen Kampf zu kämpfen, und im Erdulden und Ertragen der feindlichen Zerstörungswut wachsen Frauen, ja Kinder empor zu einem Heldentum, das sich oft in nichts mehr von dem an vielen Stellen der Front unterscheidet. Was aber die sogenannte „neutrale“ Welt betrifft, so ist die Voraussetzung für die dort so beliebte überhebliche, bald beschauliche, bald belehrende Betrachtung der Ereignisse doch nur ausschließlich in der Opferbereitschaft derjenigen zu sehen, die sie davor bewahren, die harte Wirklichkeit am eigenen Leibe selbst kennen und spüren zu lernen.

Denn eines ist sicher: In einer solchen Zeit können Völker auf die Dauer nur mit klarer Haltung bestehen. Wir dürfen deshalb den Gegnern nur dankbar sein, daß sie mit eigener Hand den Geist falscher Objektivität im deutschen Volk auslöschen und an Stelle dessen die natürlichen Instinkte setzen: heiße Liebe zur Heimat und zu unserem Volk, hinweggehend über alle Schranken der Herkunft und Geburt, und brennenden Haß gegen jeden Feind. Die Feuer in unseren Städten und Dörfern werden immer mehr jene Entschlossenheit unseres Volkes härten, die, nicht mehr getrübt durch weltbürgerliche Empfindungen, sondern genährt von der Erkenntnis einer tödlichen Gefahr und erfüllt von grimmigem Fanatismus, gewillt ist, diese Gefahr nun einmal für immer aus Europa und von unserem eigenen Volk selbst zu entfernen. Und ich wiederhole meine einstige Prophezeiung, daß am Ende dieses Krieges nicht Deutschland oder die mit ihm verbündeten Staaten dem Bolschewismus zum Opfer gefallen sein werden, sondern jene Länder und Völker, die, indem sie sich immer mehr in die Hand des Judentums begeben, eines Tages am bolschewistischen Gift, gegenüber dem sie selbst am allerwenigsten — schon infolge ihrer überlebten

90 Gesellschaftsordnung — immun sind, den Zusammenbruch und damit ihr Ende erleben. Nicht vom nationalsozialistischen oder faschistischen Regime werden keine Fetzen mehr übrigbleiben, sondern ein Weltreich wird sich in Fetzen auflösen. Die Sünde gegen das eigene und gleiche Blut wird sich verwandeln in ein einst zum Himmel schreiendes Elend und Unglück in diesen Ländern selbst.

Der Helden zu gedenken hat zu allen Zeiten nur der das Recht, wer sich vor ihnen nicht zu schämen braucht. Der Winter dieses Jahres hat aber das deutsche Volk nicht nur nicht zum Defaitismus geführt, sondern zu einer noch gigantischeren Mobilisierung aller seiner Kräfte. Ihr Einsatz findet zur Zeit laufend statt. Die Produktion von Kriegsmaterial ist in dauerndem Steigen. Der Front strömen an jungen Soldaten, freigewordenen Männern und Wiedergenesenen Millionen zu. Alte Jahrgänge und junge Knaben werden zusätzlich die Abwehrwaffen der Heimat bedienen, Hunderttausende und aber Hunderttausende Frauen und Mädchen sie dabei unterstützen. So verwandelt sich die deutsche Wehrmacht immer mehr in eine kämpfende Nation. Der Nationalsozialismus, der einst in einem erbitterten Ringen — ohne jemals auch nur den leisesten Gedanken an einen Kompromiß gehabt zu haben — seine Gegner im Innern niedergeworfen hat, wird heute und in Zukunft als führende Macht des Reiches auch mit seinen äußeren Feinden fertig werden. Das Reich wird dabei unterstützt von jenen mit uns verbündeten Völkern, die von Europa bis nach Ostasien entschlossen sind, ihre blutmäßigen Substanzen genau so wie ihre kulturellen Werte zu verteidigen. Es hat Mitkämpfer, vor allem aber in jenen Nationen, die sich klar darüber sind, daß ihre eigene Zukunft nur im Rahmen einer Ordnung möglich ist, die gegenüber dem Bolschewismus als dem teuflischen Instrument der Zerstörung erfolgreich standhält.

Je entschiedener diese Auseinandersetzung erfolgt, je kompromißloser sie geführt wird, um so langdauernder wird dann der Friede sein, dessen besonders unser Kontinent zur Heilung seiner Wunden bedarf. Über das Wesen dieser kommenden Zeit aber werden nicht jene Menschen bestimmen, die den Wert des vergangenen Friedens nicht erkannten und in ihrer geistigen Verblendung zum Kriege hetzten und damit ihre eigenen Völker dem Ruin entgegenführten, sondern nur jene Staatsmänner, die es

schon vor diesem Kriege verstanden haben, selbst bei bescheidenen irdischen Reichtümern für ihre Völker trotzdem ein hohes Maß sozialer und kultureller Leistungen zu erzielen.

Es wird daher die Zukunft der wahren Kulturvölker weder jüdisch-bolschewistisch noch jüdisch-kapitalistisch sein, sondern sie wird im Dienste der nationalen Interessen überall immer mehr der wahren Volksgemeinschaft als höchstem Ideal zustreben. Der deutsche nationalsozialistische Staat, dem diese

- 91 Zielsetzung. von Anfang an zu eigen war, wird nach diesem Kriege erst recht unermüdlich an der Verwirklichung eines Programms arbeiten, das in seiner letzten Konsequenz zur völligen Auslöschung der Klassengegensätze und zur Herstellung einer wahren sozialistischen Gemeinschaft führen muß.

Damit werden die 542 000 Männer, die dieser zweite Weltkrieg bisher von uns an Toten gefordert hat, nicht vergeblich gefallen sein, sondern als unvergängliche Helden und Pioniere eines besseren Zeitalters in unseren Reihen für ewig weiterleben. Der Allmächtige, der uns durch alle Prüfungen hindurch seinen Segen nicht versagt und die uns innewohnende Kraft dadurch gestärkt hat, möge uns daher auch in Zukunft seinen Beistand geben, um das zu erfüllen, was zu tun wir gegenüber unserem Volke bis zum Sieg schuldig sind. Damit verneigen wir uns wieder in Ehrfurcht vor den toten Kameraden, vor den um sie trauernden Angehörigen, vor den hingemordeten Männern, Frauen und Kindern in unserer Heimat und all den Opfern unserer Verbündeten.



Innenpolitik

- 92 Im Monat März gestattete es die Kriegslage an der Ostfront, ohne Einschränkung zu behaupten, daß die Winterkrise endgültig überwunden sei. Es war gelungen, die Front zu stabilisieren „und damit wieder jene Maßnahmen einzuleiten, die in den kommenden Monaten den Erfolg bis zum endgültigen Sieg sichern sollen“.

Am 21. März beging das deutsche Volk den Heldengedenktag. Der Führer sprach bei der Feier im Berliner Zeughaus. Seine Rede ließ noch einmal die ganze Größe der Gefahr des Winters vor aller Augen treten. Voller Ernst hat er zugleich die beiden Europa bedrohenden Feindmächte bei Namen genannt: die aus dem Osten sich heranwühlende Welt der Barbarei und die satanische Zerstörungswut des mit ihr verbundenen antieuropäischen Westens. Es geht in dem vor uns stehenden Kampf um Sein oder Nichtsein aller Werte, die Europa in der Geschichte der letzten zweitausend Jahre zum führenden Kontinent gemacht haben. Denn von diesem Kontinent, so sagte der Führer, und von seinen menschlichen Substanzen seien fraglos seit grauen Vorzeiten alle Werte ausgegangen, die nicht nur Europa und Amerika, sondern darüber noch weit hinaus der menschlichen Kultur überhaupt ihren heutigen Ausdruck geben. Dieser Kampf, der mit letzter Kompromißlosigkeit geführt werden muß, ist der geringste Dank, dem wir dem Andenken der 542000 gefallenen deutschen Soldaten abtatten können, eine Zahl, die der Führer in seiner Rede bekanntgab. So war des Führers Rede Appell zu reglosem Einsatz im totalen Krieg. Er wandte sich dabei insbesondere an das deutsche Volk. Von nicht untergeordneter Bedeutung war auch ein Satz dieser Rede, in dem gesagt wurde, daß „in der Gegenwart auf die Dauer nur Völker von klarer Haltung bestehen können“. Dieses Wort, an die europäischen Völker gerichtet, hat seine Unterstreichung durch die schicksalhaften Kämpfe dieses Winters erhalten. Vor diesem Wort verblasen die Atlantik-Charta und die vielen anderen betrügerischen Zweideutigkeiten, die von der Gegenseite immer wieder den kleinen Völkern vorgespiegelt werden.

93 Für die hohe Kampfmoral der deutschen Armee, für das Können und die Leistungsfähigkeit des einzelnen Soldaten spricht die Tatsache, daß der Führer am 5. März zum 200. Male die hohe Ehrung des Eichenlaubs zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen hat. Höchste soldatische Tugenden sind die Voraussetzung dafür. Daß sie sich so zahlreich finden, ist ein glänzender Beweis für den hervorragenden Geist der gesamten Armee. Im Laufe des Monats März wurde folgenden Soldaten der deutschen Wehrmacht das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen:

Hauptmann Ludwig Becker, Führer einer Nachtjagdstaffel, der von einem Feindflug am gleichen Tage nicht mehr zurückkehrte, an dem ihm der Führer als 198. Soldaten der deutschen Wehrmacht das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verlieh; Oberleutnant Werner Baumgarten C r u s i u s, Bataillonsführer in einem westfälischen mot. Grenadierregiment, als 199. Soldaten der deutschen Wehrmacht (27. Februar);

am 1. März: SS-Standartenführer Fritz Witt, Regimentskommandeur in einer SS-Panzergranadierdivision, als 200. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 6. März: Oberst Hans Mikosch, Führer einer Kampfgruppe, als 201. Soldaten; Hauptmann Walter Scheunemann, Bataillonskommandeur in einem Grenadierregiment, als 202. Soldaten; Generalleutnant Gustav Schmidt, Kommandeur einer Panzerdivision, als 203. Soldaten; Hauptmann d. R. Dr. Eberhard Zahn, Abteilungsführer in einer Panzerdivision, als 204. Soldaten; Oberst Johann Micki, Kommandeur einer Panzergranadierbrigade, als 205. Soldaten; Hauptmann Wilhelm v. Malachowski, Kommandeur einer Sturmgeschützabteilung, als 206. Soldaten; und Oberfeldwebel Bruno K o h n z, Zugführer in einem Jägerregiment, als 207. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 7. März: Kapitänleutnant Georg Lassen, Kommandant eines Unterseebootes, als 208. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 14. März: Generalfeldmarschall Erich v. Manstein, Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe, als 209. Soldaten; Unteroffizier Georg Rietscher, Beob.-Unteroffizier in einem Grenadierregiment, als 210. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 15. März: Major Karl Langesee, Bataillonskommandeur in einem bayerischen Jägerregiment, als 211. Soldaten;

Oberleutnant d. R. Josef Kult, der am 22. Februar an der Spitze seines württembergisch-badischen Jägerbataillons fiel, als 212., und Generalleutnant Walther H o e r n l e i n, Kommandeur der Infanteriedivision Großdeutschland, als 213. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

94 am 17. März: Oberleutnant Theodor Nordmann, Gruppenkommandeur in einem Sturzkampfgeschwader, als 214. Soldaten der deutschen Wehrmacht;

am 28. März: Generalmajor P o s t e l, Kommandeur einer Infanteriedivision, als 215. Soldaten der deutschen Wehrmacht.

Ein Heldentum, von dem gemeinhin nicht allzu viel gesprochen wird, liegt in der Bewährung der Propagandakompanien. Hauptmann Werner Stephan, Ministerialrat in der Presseabteilung der Reichsregierung, gab von dem Einsatz der Propagandakompanien im Presseklub der „Union nationaler Journalistenverbände“ in Wien zu Beginn des Monats ein eindrucksvolles Bild. Die höchste Weihe habe die Kriegsberichterstattung der Propagandakompanien, so führte Hauptmann Stephan aus, in Stalingrad erhalten, wo ihre dort eingesetzten Männer bis zum Abreißen der letzten Verbindung über den Heldenkampf der 6. Armee berichteten in Schilderungen, die Jahrhunderte überdauern werden.

Die satanische Zerstörungswut der Angelsachsen hat sich auch im März zahlreiche deutsche Städte als ihr Betätigungsfeld aussucht. In der Nacht vom 1. auf den 2. März flogen britische Bomber mit einem Terrorangriff größten Ausmaßes die Reichshauptstadt Berlin an. Drei Krankenhäuser wurden schwer beschädigt, die Hedwigskirche wie auch vier andere Kirchen erlitten schwere Schäden und brannten zum Teil gänzlich aus. Altersheime wurden zerstört und — wie immer — kaum irgendwelche kriegswichtigen Ziele getroffen. Ja, man muß den Eindruck haben, daß der Feind sie überhaupt nicht gesucht hat! Nach zwei weiteren Angriffen auf Nürnberg und Essen haben am 10. März britische Bomber auch die Stadt der deutschen Kunst, München, zum Ziel ihrer Angriffe gewählt. Die Zerstörungen an unersetzbaren Baudenkmalern sind schwer. Die Feinde Europas und der europäischen Zivilisation, Kultur und Kunst haben mit diesen Angriffen die letzte Hemmung fallen lassen! Sie zerstören systematisch die ehrwürdigsten Baudenkmalern in Deutschland und Italien, die bis in diesen Krieg hinein der ganzen Menschheit als kostbarer Besitz unantastbar waren. Es hat sich aber gezeigt, daß alle diese feindlichen Luftangriffe wohl unermeßliches Leid über die deutsche Zivilbevölkerung bringen können, daß es aber dem Feind nicht gelingen wird, die Haltung des deutschen Volkes zu brechen. Im Gegenteil, härter noch und verbissener in ihrem Willen zum Endsieg gehen die Frauen, Greise, ja die

Kinder aus diesen Bombennächten hervor. In beispielloser Hilfsbereitschaft beweist sich in solchen Nächten die Volksgemeinschaft, die über alle Stände und Unterschiede, über gelegentliche Unzufriedenheit und Mißmut hinweg alle umfaßt.

Eine ganze Anzahl von behördlichen Maßnahmen ist getroffen, um den Luftgeschädigten zuhelfen. In

95 erster Linie ist es die Partei, die hier eingreift. Sie organisiert in großzügiger Weise die Nachbarschaftshilfe. Die NSV, die Organisationen der HJ, der SA, des Luftschutzes, sie alle helfen, wo es notwendig ist. Von Seiten der Behörden wird darauf hingewiesen, daß sich jeder, der die Aufnahme von Obdachlosen ohne stichhaltigen Grund ablehne, strafbar macht. Durch einen Aufruf der Reichsgruppe Fremdenverkehr sind die Hoteliers und Wirte in den von britischen Mordbrennern bombengeschädigten Städten aufgefordert worden, ihre Betten sofort den obdachlos Gewordenen zur Verfügung zu stellen. Sie sind auch angehalten, ihre Einrichtungen der Verpflegung und Versorgung für die Bombengeschädigten einzuräumen. Organisationen des Handwerks, wie z. B. die Tischler, Dachdecker, Glasermeister usw., erließen an ihre Mitglieder Anweisungen, sofort mit allen verfügbaren Kräften an die Beseitigung der Fliegerschäden heranzugehen. In Berlin hat der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums S p e e r im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister der Hauptstadt einen Aufruf erlassen. Er ist kennzeichnend für die durchgreifenden Methoden, die bei der Bekämpfung der Fliegerschäden nicht nur in der Reichshauptstadt, sondern überall in den bombengetroffenen Gebieten angewendet werden. Er lautet folgendermaßen: „An die Berliner Bevölkerung! Fliegerschäden! Der Umfang des letzten Fliegerschadens in der Reichshauptstadt macht einen geordneten und zweckmäßigen Einsatz aller zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte bei den Aufräumungs- und Sofortmaßnahmen und den Wiederinstandsetzungsarbeiten erforderlich. Facharbeiter — besonders Glaser, Tischler, Dachdecker, Zimmerer — werden dringend für die sofortige Behebung der Schäden benötigt. Der Einsatz erfolgt einheitlich und planmäßig. Es ist nicht angängig, diese wertvollen Fachkräfte mit Nebenarbeiten zu beschäftigen. Es wird allen Geschädigten und in verstärktem Maße den nichtbetroffenen Nachbarn zur selbstverständlichen Pflicht gemacht, Facharbeiter nicht mit Nebenarbeiten — Aufräumungs- und Hilfsarbeiten — zu beschäftigen, vielmehr den Facharbeitern bei der Durchführung ihrer Arbeiten in jeder Weise behilflich zu sein. Gemeinnutz geht vor Eigennutz! Das gilt ganz besonders in dieser Stunde, damit den so schwer geschädigten Volksgenossen schnellstens geholfen werden kann.“

Bei dem Angriff auf Berlin hat sich die gesamte Bevölkerung einer so tadellosen Haltung befleißigt, daß Reichsminister Dr. Goebbels in einem öffentlichen Aufruf den Berlinern und Berlinerinnen seinen Dank aussprach. Er weist darauf hin, daß der britische Terrorangriff in der Nacht vom 1. auf den 2. März die Berliner Bevölkerung vor außerordentliche Aufgaben gestellt habe. Da das Ausmaß der Bombenschäden bedeutend sei, seien alle zur Verfügung stehenden Kräfte angesetzt worden, diese Schäden so weit und so

96 schnell wie überhaupt möglich zu beseitigen. Die ganze Fürsorge der Partei sowie der Staats- und Kommunalbehörden gelte den Hinterbliebenen der Opfer, den Schwer- und Leichtverletzten sowie den Evakuierten. Die reichshauptstädtische Bevölkerung habe während des Angriffes und kurz danach in einer praktischen Gemeinschaftshilfe ohne Beispiel den Auswirkungen des feigen Terrorangriffes getrotzt und dabei wunderbare Beweise eines echten Sozialismus der Tat abgelegt. Der Minister spreche dafür der gesamten Bevölkerung seinen Dank und seine besondere Anerkennung aus. Dr. Goebbels gab zugleich seiner Überzeugung Ausdruck, daß es dem Feinde nicht gelingen werde, die deutsche Bevölkerung mit feigen Terrorangriffen mürbe zu machen. Wenn die Engländer behauptet hätten, was London auszuhalten in der Lage sei, das werde die Berliner Bevölkerung nicht aushalten können, dann hätten die Berliner dem Feind bei diesem letzten Angriff eine klare Antwort gegeben. Sie hätten dabei gezeigt — und sie würden es in Zukunft immer zeigen —, daß Berlin würdig sei, die Hauptstadt des Großdeutschen Reiches zu sein.

In einer kleinen Pressenotiz wurde am 13. März bekanntgegeben, daß 97 Politische Leiter des Gau- es Berlin, unter ihnen Kreisleiter und ihre Stellvertreter, Ortsgruppenleiter, Kreisamtsleiter und Politische Leiter der Ortsgruppen, weil sie sich bei der Bekämpfung der Fliegerschäden unter Einsatz ihres Lebens besonders hervorgetan haben, das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern erhalten haben.

Der Führer hat in Anerkennung des tapferen Verhaltens der gesamten Bevölkerung im Reich bei Fliegerangriffen bestimmt, daß das Verwundetenabzeichen auch für Verletzungen und Beschädigungen, die durch Auswirkung feindlicher Luftangriffe entstanden sind, an alle deutschen Männer, Frauen

und Kinder nach den gleichen Grundsätzen wie für die im eigentlichen Kriegsgebiet eingesetzten Soldaten verliehen werden kann. Die Verwundung oder Beschädigung muß durch ärztliche Bescheinigung nachgewiesen werden. In Luftschutzorten erster Ordnung ist der Nachweis durch Eintragung in das Krankenbuch der Luftschutz-Rettungsstelle erbracht. Verleihungsberechtigt für Nichtwehrmachtangehörige ist der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe bzw. die von ihm beauftragten Stellen. Die Anträge werden an das zuständige Luftgaukommando gerichtet.

Ende März wurde in Berlin eine Zählung der Doppelwohnungen vorgenommen. Dabei geht man von dem Gedanken aus, daß bei der heutigen Wohnraumknappheit, die dadurch noch eine Verschärfung erfährt, daß Hunderte von Familien durch die Fliegerangriffe ihr Heim verloren haben, die Benutzung von doppelten Wohnungen völlig unangebracht ist. Es mußten also alle diejenigen den Doppelbesitz von

97 Wohnungen angeben, die z. B. in der Reichshauptstadt und in den neugewonnenen Gebieten, sei es in der Ostmark, im Sudetengau oder in den neu besetzten Ostgebieten zusätzlich eine Dauerwohnung besitzen. Dabei ist darauf hingewiesen worden, daß vorerst eine behördliche Inanspruchnahme dieses Wohnraums nicht beabsichtigt ist.

Bedauerlicherweise erzwingt die totale Kriegführung auch äußerste Einschränkung der Wohnungsneubautätigkeit. Um so mehr muß sichergestellt werden, daß der freiwerdende Wohnraum nach gerechten Gesichtspunkten verteilt wird. Nachdem bei der Vergebung freiwerdender Wohnungen zunächst die kinderreichen Familien berücksichtigt wurden, gab man danach den Kriegsversehrten und Kriegshinterbliebenen unter bestimmten Voraussetzungen die gleichen Vergünstigungen. Alle diese Maßnahmen aber können die bestehenden Bedürfnisse nicht befriedigen. Die Reichsregierung hat daher neue Maßnahmen ergriffen, durch eine wirksame Kontrolle die Vergebung freiwerdender Wohnungen zu regulieren. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley hat in seiner Eigenschaft als Reichswohnungskommissar im Reichsgesetzblatt eine Verordnung erlassen, die darauf hinzielt, die Verteilung freier Wohnungen denjenigen Volkskreisen zugute kommen zu lassen, die sich vor der Allgemeinheit durch besondere Leistungen oder Opfer ausgezeichnet haben, das sind Ritterkreuzträger, Kriegsversehrte, Kriegshinterbliebene, Bombengeschädigte und kinderreiche Familien. Die neue Verordnung beschränkt sich nicht darauf, die Vergebung der freien Wohnungen zu regeln. Sie sieht vielmehr auch die erforderlichen Maßnahmen vor, um den Kreis dieser Wohnungen so weit wie möglich zu erweitern. Vor allem werden die für andere als für Wohnzwecke benutzten Wohnungen in großem Ausmaße wieder für Wohnzwecke freigemacht, und man wird neue Wohnungen durch Um- und Ausbau aller geeigneten Räume sowie durch Teilung freiwerdender Großwohnungen zu gewinnen versuchen. Durchführung dieser Verordnung ist Sache der Gauleiter als Gauwohnungskommissare bzw. nach deren Weisungen Sache der Gemeinden.

Am 19. März beging die arabische Welt den Geburtstag des Propheten. An diesem Tage hielt der Großmufti von Jerusalem, Amin al Husseini, in der Berliner Moschee eine Ansprache, in der er sich an die islamische, insbesondere aber an die arabische Welt wandte. Er wies darauf hin, daß die Lehre des Propheten den Kampf gegen Unterdrückung und Tyrannei für die Gerechtigkeit fordere. Die Feinde des Islams beabsichtigten, mit Hilfe der Juden die völlige Beherrschung des Heiligen Landes Palästina zu erreichen. Wie zur Zeit des vergangenen Weltkrieges bedienten sie sich zur Erlangung dieser Ziele der

98 gleichen verlogenen Methoden und Mittel. Die Atlantik-Charta, die durch die Vertreter der USA veröffentlichte perfide Denkschrift, sei ein Beweis für die Gefahr, von der die Existenz der Araber im Falle eines Sieges der achsenfeindlichen Mächte bedroht würde. Die Araber und die Moslems hätten die Pflicht, mitzuhelfen, jüdische Gier und Unersättlichkeit zu zerschlagen. Der Kampf gehe auch gegen das infame Spiel der Briten und Amerikaner, deren Vergewaltigung Länder wie der Irak zu spüren bekämen. Wenn der Tag der Rechenschaft komme, dann würden alle Araber und Mohammedaner befreit aufatmen, und sie würden dann alle gemeinsam mit den Völkern der Achse im Kampf gegen die Räuber ihres Besitzes, die Brandstifter und Vernichter ihrer Dörfer dafür sorgen, daß der endgültige Sieg auch zu ihrer endgültigen Befreiung führe.

Am 19. März sind im Reichsverfügungsblatt der NSDAP Anordnungen des Leiters der Parteikanzlei, Reichsleiter Bormann, über Stilllegungsmaßnahmen in der Partei und in mehreren angeschlossenen Verbänden erschienen. So werden z. B. das Hauptamt für Beamte mit den Gau- und Kreisämtern für Beamte und der Reichsbund der Deutschen Beamten, das Hauptamt für Erzieher mit den Gau- und Kreisämtern für Erzieher sowie der NS-Lehrerbund, das Kolonialpolitische Amt und der Reichskolonialbund stillgelegt. Der Reichsbund Deutscher Familien stellt ab sofort seinen Beitragseinzug ein.

Die weitere vermögensrechtliche Verwaltung dieser Verbände regelt der Reichsschatzmeister. Die NS-Volkswohlfahrt, die NS-Kriegsopferversorgung und der NSD-Ärztebund legen einen Großteil ihrer Verwaltungsarbeit still. Durch diese Maßnahmen werden Arbeitskräfte und Arbeitsmittel freigemacht, die für Aufgaben der Reichsverteidigung eingesetzt werden können. Zugleich bedeuten diese Maßnahmen auch eine Vereinfachung und Konzentration der Parteiarbeit im Kriege, da die in den angeschlossenen Verbänden hauptsächlich ehrenamtlich tätig gewesenen Mitglieder nunmehr für andere vordringlichere Kriegsaufgaben in der NSDAP zur Verfügung stehen.

Der Führer hat angeordnet, daß die Verleihung des T r e u e dienstabzeichens bis Kriegsende eingestellt wird. Der Reichsminister des Innern teilte hierzu mit, daß davon auch das Treudienstehrenzeichen für Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, die Polizeidienstauszeichnung und das Feuerwehrehrenzeichen betroffen worden sind. Diese Maßnahmen, so nebensächlich sie zu sein scheinen, belegen doch die Tatsache, daß in Deutschland alle Kräfte auf den totalen Krieg abgestellt werden und daß man sich bemüht, jede Verzettelung der Kräfte zu vermeiden.

99 Das Sammelergebnis der 6. Reichsstraßensammlung vom 6. und 7. März ist ein Ausdruck für die Einsatzbereitschaft des ganzen deutschen Volkes. In dem Augenblick, da die Heimat in ihrer Gesamtheit sich für den totalen Einsatz bereitstellt, hat sich das Ergebnis um 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht! Die Sammlung erbrachte 43205494,99 RM. Die gleiche Sammlung des Vorjahres hatte das Ergebnis von 28 364 767,25 RM.

Über die Mobilmachung unserer wirtschaftlichen Kraftreserven sprach, wie am 25. März berichtet wurde, vor den Leitern der Landeswirtschaftsämter aus dem gesamten Reich Reichswirtschaftsminister Funk. Der Krieg, so sagte der Minister, schaffe unbarmherzig eine Auslese der Besten, Härtesten und Stärksten. Bei den jetzt durchzuführenden Stilllegungen komme es nicht allein auf die Freisetzung von Arbeitskräften, sondern auch auf die Freisetzung von wirtschaftlichen Leistungen, wie Rohstoffen, Materialien und Energien an, die der Rüstung zugeführt werden müßten, da diese sie unbedingt brauche. Jede überflüssige Verwendung von Kohlen und Energie, jede Verschwendung von Materialien, Räumen, Transportmitteln und sonstigen wirtschaftlichen sowie persönlichen Leistungen, die für nicht kriegsnotwendige und lebenswichtige Arbeiten in Anspruch genommen werden, müßten unterbleiben. Jede Arbeitskraft, auch wenn sie nicht sogleich einsatzfähig sei, habe ihren Wert für den totalen Krieg; denn der Arbeitseinsatz gehe heute in einem mehrschichtigen Umsetzungs- und Umschulungsprozeß vor sich. Am Ende dieses Prozesses aber stehe die Freisetzung von Kämpfern für die Front und von zusätzlichen Arbeitskräften für die Rüstung. Zunächst müssen daher die nicht kriegswichtigen Betriebe geschlossen werden, bei denen eine möglichst beachtliche Einsparung von Arbeitskräften und Arbeitsleistungen gesichert ist. Es ist von großer Bedeutung, daß die von der Durchführung der Stilllegungsaktion Betroffenen die Notwendigkeit dieser Maßnahmen erkennen und daß gleichzeitig vernünftig und einheitlich vorgegangen wird und der Nutzen auch sichtbar zum Ausdruck kommt. — Mit Rücksicht auf die weitgehenden Arbeitseinsatzmaßnahmen wurde zu Beginn des Monats durch den Reichswirtschaftsminister ein Erlaß herausgegeben, der eine Sonderregelung auch für die Erteilung neuer gewerblicher Berechtigungen prüft. Neue gewerbliche Berechtigungen, wie Konzessionen, Erlaubnisse und Genehmigungen sowie sonstige Zulassungen sind in erster Linie an den Verordnungen für die Stilllegungsaktion zu prüfen. Es muß auf jeden Fall verhindert werden, daß neue Gewerbebetriebe errichtet werden, die in Kürze wieder geschlossen werden können. — Veröffentlichungen in der deutschen Presse lassen erkennen, daß in manchen Kreisen der Bevölkerung die Befürchtung vorhanden ist, die durch den totalen Krieg notwendig gewordenen Stilllegungsmaßnahmen könnten sich in ihrem Prinzip gegen den

100 Mittelstand richten. Dieser Auffassung ist Reichsminister Dr. Goebbels schon im Februar entgegengetreten. Er hatte gesagt, daß nach dem Krieg der Mittelstand sofort und in noch größerem Umfange wirtschaftlich und sozial wiederhergestellt werden würde. Die augenblicklichen Maßnahmen seien ausschließlich Notmaßnahmen für Kriegszwecke und Kriegsbedürfnisse. Das gleiche Thema behandelte im März der Gauwirtschaftsberater von Berlin, Prof. Dr. Hunke. Er wies darauf hin, daß die Mittelstandsfrage nicht etwa nur ein wirtschaftliches Problem, sondern zugleich auch eine Angelegenheit von größter politischer Bedeutung sei; denn der Mittelstand sei das große Reservoir, aus dem geistiger und materieller Reichtum sich immer von neuem regeneriere. Ein gesundes Volk könne man sich ohne Mittelstand überhaupt nicht vorstellen. Die Sowjetunion dagegen sei ein Beispiel dafür, wohin die Vernichtung des Mittelstandes führe. Die einzelnen Leidtragenden der derzeitigen Kriegsmaßnahmen seien gewiß zu bedauern, aber sie müßten sich darüber klar sein, daß sie mit der nur vorübergehenden Aufgabe ihres Betriebes einen wichtigen Kriegsbeitrag leisteten, indem sie ihre Arbeitskraft und die

bisher von ihnen benötigten Materialien und Energien der Kriegswirtschaft für die Erringung des Sieges zur Verfügung stellten.

Die Reichsstelle für Kleidung hat Anfang März eine Verordnung erlassen, wonach in Zukunft die Reparatur von Kleidungsstücken in erster Linie gesichert werden muß. Den Unternehmungen der Bekleidungsindustrie, des Handwerks und des Handels ist eine entsprechende Verpflichtung auferlegt worden. Bis zum 15. Mai dürfen Neuanfertigungen aller Art nicht in Auftrag genommen oder begonnen werden. In dieser Zeit dürfen auch die in Arbeit befindlichen Neuanfertigungen nicht weiter bearbeitet werden.

Nach einer Anordnung der „Reichsstelle Chemie“ sind Herstellungsverbote verhängt worden für Wachswaren, Feuerwerkskörper, Badesalze sowie für sämtliche Riech- und Schönheitsmittel.

Die durch den Krieg hervorgebrachte Einschränkung der Urlaubsrechte in den öffentlichen und Kriegsbetrieben, die nur einen Höchsturlaub von drei Wochen vorsahen, ist durch eine Anordnung des Reichsministers des Innern erneut den Kriegsmaßnahmen angepaßt worden. Für das Gebiet des Großdeutschen Reiches wird danach im Urlaubsjahr 1943 Erholungsurlaub nur gewährt, wenn nach Ansicht des Vorgesetzten eine Urlaubsbedürftigkeit vorliegt und die Lage der kriegswichtigen Arbeiten den Urlaub zuläßt. Der Erholungsurlaub beträgt grundsätzlich höchstens 14 Werktage, für Beamte und Angestellte, die vor dem 1. April 1894 geboren sind, grundsätzlich höchstens 20 Werktage. Eine

101 Übertragung von Urlaubsresten aus dem Urlaubsjahr 1942 über den 31. März 1943 hinaus findet nicht statt. Eine Abgeltung nicht erhaltenen Erholungsurlaubs erfolgt in keinem Falle.

Zur Meldepflicht von Männern und Frauen für die Aufgaben der Reichsverteidigung hat der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz am 24. März eine Reihe von ergänzenden Anordnungen zur Klarstellung von Einzelfragen erlassen. Als Stichtag für die in der Verordnung vom 27. Januar zum Arbeitseinsatz vorgesehenen Männer und Frauen gilt der 29. Januar 1943. Männer, die an diesem Tage das 16., Frauen, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind von der Meldepflicht befreit. Desgleichen sind frei Männer, die an diesem Stichtag das 65. Lebensjahr, Frauen, die das 45. Lebensjahr vollendet haben. Meldepflichtige, die kein Arbeitsbuch besitzen, erhalten eine Ersatzkarte. Meldepflichtigen, die sich nicht freiwillig zur Verfügung stellen und noch kein Arbeitsbuch besitzen, wird bei ihrem Einsatz ein Arbeitsbuch ausgestellt.

Nicht unwichtig ist es, daß der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, eine Überprüfung der Anstellung von Haushaltsgehilfinnen angeordnet hat. Haushaltsvorstände, die hauswirtschaftliche Arbeitskräfte ohne Zustimmung des Arbeitsamtes einstellen, werden streng bestraft. Haushaltungen, die eine oder mehrere hauswirtschaftliche Kräfte beschäftigen, haben dies dem zuständigen Arbeitsamt nach Maßgabe eines besonderen Aufrufes anzuzeigen. Es wird geprüft werden, welche hauswirtschaftlichen Kräfte unter den gegenwärtigen Arbeitseinsatzverhältnissen den einzelnen Haushaltungen entzogen werden müssen. Auf die Versorgung kinderreicher Haushalte mit Hausgehilfinnen wird besonderer Bedacht genommen werden.

Der Einsatz der Arbeitsreserven, der in Deutschland in so totalen Maße in die Wege geleitet worden ist, wurde vom Gauleiter Sauckel auch in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten sinngemäß durchgeführt. Der Beauftragte für den Arbeitseinsatz sprach in Paris über den europäischen Kampf gegen den Bolschewismus. Dabei wies er die Franzosen auf die Proklamation des Führers hin, der gesagt hat, daß die vollen Arbeitsreserven Europas und damit auch Frankreichs eingesetzt werden müssen, um dem deutschen Soldaten die Waffen in die Hand zu geben, die im Kampf gegen den Bolschewismus und die englisch-amerikanischen Mächte notwendig sind. Maßnahmen für den totalen Krieg sind in Belgien und Holland, im Protektorat und den besetzten Ostgebieten ebenfalls durchgeführt worden.

102 Eine kleine Notiz, die am 13. März in der deutschen Presse erschien, zeigte, mit welcher inneren Bereitschaft das deutsche Volk seiner Führung in den Fragen des totalen Krieges gefolgt ist. Der Reichsminister Dr. Goebbels teilte in dieser Notiz mit, daß ihn täglich zahlreiche Anregungen und Vorschläge für die Durchführung des totalen Krieges erreichen. Die in diesen Zuschriften zum Ausdruck kommende Anteilnahme aller Schichten der Bevölkerung an den Maßnahmen der Reichsregierung sei ein Beweis dafür, daß überall die Wichtigkeit und Bedeutung der totalen Kriegführung anerkannt werde. Der Minister hat eine besondere Dienststelle mit der Sichtung und Bearbeitung aller eingehenden Vorschläge beauftragt. Unter dem Kennwort „Totaler Krieg“ nimmt das Reichspropagandaministerium alle Anregungen, die der totalen Kriegführung zugute kommen sollen, entgegen.

Im Rahmen einer Veranstaltung der Industrieabteilung der Wirtschaftskammer in Düsseldorf wurde die Frage der Wiedereingliederung der Kriegsversehrten in den Arbeitsprozeß behandelt. Dabei wurde

von der erfreulichen Tatsache Kenntnis gegeben, daß 90 Prozent der Kriegsversehrten in ihren alten Betrieben wieder Arbeit gefunden haben. Dies ist nur möglich, weil sich alle zuständigen Stellen, Fürsorgeoffiziere, Sachverständige für Kriegsversehrtenfragen in der Industrie, die Betriebsführer und schließlich auch die Arbeitskameraden um diese Opfer des Krieges bemühen und alles tun, um ihnen zur vollen Ausnützung ihrer Kräfte zu verhelfen.

Auf Grund von Richtlinien, die das OKW ausgab, werden, soweit es die Kriegslage gestattet, Soldaten und Wehrmachtbeamte zur Aufnahme und Fortsetzung ihres Studiums zur Ablegung von Prüfungen und zur Weiterbildung im Beruf beurlaubt. Gebührenbefreiung, laufende Unterhaltszuschüsse und bei Verheirateten Familienbeihilfen erleichtern den beurlaubten Soldaten die Erreichung ihrer Ziele. Der eigentliche Unterhaltszuschuß beträgt zwischen 40 und 50 RM monatlich. Wenn der Prüfungsurlaubter die zur Vorbereitung auf die Prüfung und zur Ablegung erforderliche Zeit außerhalb seines Heimatortes verbringen muß, dann erhöht sich der Unterhaltszuschuß auf 80 bis 100 RM. monatlich. Für Verheiratete beträgt er von vornherein 80 bis 100 RM. Verheirateten Prüfungsurlaubtern, die das 24. Lebensjahr vollendet haben, wird daneben eine Familienbeihilfe von 60 RM, vom vollendeten 26. Lebensjahr von 70 RM und vom vollendeten 28. Lebensjahr eine Familienbeihilfe von 80 RM monatlich gewährt. Kinderzuschläge kommen nach den für Reichsbeamte geltenden Grundsätzen hinzu.

Der Reichsverband der Standesbeamten Deutschlands hat durch eine Klarlegung sichergestellt, daß Soldatenheiraten ohne bürokratische Erschwerungen erfolgen können. Der Standesbeamte kann sich in Zukunft mit der vorgelegten Heiraterlaubnis, die von einer Militärdienststelle gegeben wird, zufrieden

103 geben, sofern kein Fall offensichtlicher Unzuständigkeit vorliegt. Im übrigen würde eine von einer nichtzuständigen Stelle ausgestellte Heiraterlaubnis die Gültigkeit der geschlossenen Ehe nicht berühren. Bei Angehörigen der Waffen-SS ist stets die Heiraterlaubnis des Reichsführers SS — Rasse- und Siedlungshauptamt SS — notwendig.

Eine Pressenotiz vom 2. März meldete, daß im Kriegsjahr 1942 aus Reichsmitteln im Gebiet des Deutschen Reiches 102 849 Ehestandsdarlehen ausgezahlt worden seien. Diese Ziffer liegt um etwa 70000 unter der des Vorjahres. Die verminderte Inanspruchnahme der Ehestandsdarlehen beruht aber nicht auf einem Rückgang der Zahl der Eheschließungen. Vielmehr sind die Eheschließungen 1942 sogar wieder etwas gestiegen. Der Rückgang der Ehestandsdarlehen ist vielmehr darin begründet, daß viele junge Paare unter den Kriegsverhältnissen vorerst keinen eigenen Hausstand gründen können und daher auf die Auszahlung oder Beantragung von Darlehen verzichten. Die Summe der Nachlässe von Darlehenszahlungen, die durch lebendgeborene Kinder eintreten, stellte sich im Dezember 1942 im ganzen Reichsgebiet bereits auf 2 287 552 Darlehensteile. Dies bedeutet, daß von je 100 RM der im Deutschen Reich gewährten Ehestandsdarlehen bisher im Durchschnitt 29 RM durch Geburten getilgt werden konnten.

Bei einer Dienstbesprechung in der Reichsschule Donndorf bei Bayreuth in Anwesenheit von Stabsführer Möckel und Gauleiter Wächtler wurde auf den großen Erfolg der K i n d e r - landverschickungsaktion hingewiesen. Stabsleiter Möckel gab den versammelten HJ-Führern und Erziehern neue, aus der Praxis erarbeitete Richtlinien für die zukünftige Arbeit. Der Erfolg der KLV-Aktion wurde vor allem in der vorbildlichen Zusammenarbeit aller Träger dieses Werkes, zu dem sich Hitler-Jugend und Erzieherschaft nach dem Willen des Führers zusammengefunden haben, gesucht.

Der Reichserziehungsminister hat für 1943 eine bewegliche Gestaltung der großen Ferien angeordnet. Sie erlaubt den einzelnen Gauen die beste Anpassung an die jeweilige Kriegslage und Rücksichtnahme auf die regional verschiedenen Auswirkungen der Kriegsverhältnisse. Vor allem bleibt die dreifache Staffelung der Sommerferien aufrecht erhalten. Sie hat wegen der Verkehrsverhältnisse im Kriege und im Interesse einer Angleichung saisonmäßig zu starker Belastung der Verkehrsmittel erhöhte Bedeutung gewonnen.

Aus einem Bericht über die Arbeit und Ziele der größten Soldatenorganisation der Welt, des NS-Reichskrieger b u n d e s , geht hervor, daß der Verband die Aufgaben, die ihm der Führer gestellt hat und die in der Stärkung der deutschen Abwehrkraft liegen, vollauf erfüllt hat. In 42 000 Kriegerkameradschaften wird der Wehrgeist gepflegt. Von den drei Millionen Angehörigen der NSKOV

104 sind heute 300000 wieder in den Reihen der Wehrmacht. 132 tragen das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, 10 das Eichenlaub und einer, Major Graf, das Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten. Mehr als 2 1/2 Millionen Männer des NS-Reichskriegerbundes stehen in der Front der Heimat, insbesondere in der Länderwacht, der Heimatflak, im Dienste des Roten Kreuzes, des Luftschutzes und auch anderer Organisationen. Diese Durchdringung von Dorf und Stadt allein durch einen einzigen der

nationalsozialistischen Verbände gibt einen Begriff von der propagandistischen und weltanschaulichen Breiten- und Tiefenarbeit, die die Partei auf allen Lebensgebieten des Volkes zu leisten vermag.

Als Grundlage für die spätere Leistungsfähigkeit hat das Reichsarbeitsministerium und die Reichsjugendführung im vergangenen Jahre eine systematische Aufklärungsaktion über die Berufswahl der Jugendlichen vorgenommen. Die richtige Berufswahl, so führte bei einer Arbeitsbesprechung Stabsführer Möckel aus, sei die Grundlage für eine erfolgreiche Berufsausbildung. Auf beiden aber gründe sich eine spätere berufliche Höchstleistung. Diese werde nachdrücklich durch die Kriegserfordernisse verlangt. Vor allem habe sich gezeigt, daß es bei sinnvoller Nachwuchslenkung möglich ist, bei den nachwuchsarmeren Berufen eine Entwicklung einzuleiten, die geeignet ist, den Nachwuchsschwierigkeiten zu begegnen.

Eine Anordnung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz hat mit Wirkung vom 1. März die Erziehungsbeihilfen und die sonstigen Leistungen an Lehrlinge vereinheitlicht. Sie gilt für die private Wirtschaft des Deutschen Reiches mit Ausnahme einiger Wirtschaftszweige, in denen besondere Verhältnisse vorliegen. Die neue Erziehungsbeihilfe ist so bemessen, daß sie einen wirksamen Beitrag zu den Unterhaltskosten des Jugendlichen während seiner Berufsausbildung darstellt.

Der Sommerdienstplan der gesamten Hitler-Jugend steht unter der vom Reichsjugendführer Axmann gegebenen Parole: Kriegseinsatz. Er erfolgt reichseinheitlich für die Jugend vom 10. Lebensjahre an auf folgenden Gebieten: Osteinsatz und Erntehilfe, Erweiterte Kinderlandverschickung, Wehrtüchtigung, Feldscher- bzw. Gesundheitsmädelausbildung. Hinzu kommen Haushalts- und Kindergarteneinsatz, Geschäfts- und Nachbarschaftshilfe, Wehrmacht- und Lazarettbetreuung, Haushilfe, Verkehrs- und Transportwesen. Den Höhepunkt des Sommerkriegsdienstes bilden die Leistungswochen der großen Ferien.

Am 28. März wurden die Zehnjährigen in das Jungvolk und Vierzehnjährigen in die H J aufgenommen. In würdigen Verpflichtungsfeiern, bei denen die Eltern, aber auch namhafte Vertreter der Partei und des Staates zugegen waren, wurden in diesem Jahre Jungen und Mädchen in die Reihen der HJ aufgenommen.

105 Erstmals sind in diesen Wochen Reichslehrgänge für Gärtnerinnen durchgeführt worden, die Anfang März in Hameln, Straßburg, Wien und Posen stattfanden. Zweck und Absicht dieser Lehrgänge ist es, erstmalig die Frauenkräfte des Gartenbaues im Reichsnährstand zusammenzuführen, damit sie in gemeinsamer Arbeit und Aussprache Berufsziele, Ausbildungsfragen und Probleme, die besonders aus den gegenwärtigen Zeitverhältnissen erwachsen, erörtern. Der Reichsnährstand hat bestimmt, daß auf dem Gebiete des hausfraulichen Gartenbaues künftig auch die Meisterprüfung abgelegt werden kann. Die Ausbildung für die Meisterprüfung dauert zwei Jahre; sie umfaßt als Hauptfächer Gartenbau, Kleintierhaltung und Hauswirtschaft.

Der Reichsbauernführer hat die einheitliche Einrichtung der Hofbegehungskommissionen für das gesamte Reich angeordnet. Sie soll den sehr zahlreichen Landwirtschaftsbetrieben, deren Betriebsführer sich seit langem an der Front befinden, den erforderlichen unparteiischen und sachverständigen Rat für die volle Auswertung der Flächen zur Sicherstellung der Volksernährung im Kriege verschaffen. Es muß nämlich die Gewähr dafür gegeben sein, erst recht im vierten Kriegsjahr, daß die 5 Millionen Landwirtschaftsbetriebe ihre höchste Leistungsfähigkeit aufrecht erhalten sowohl hinsichtlich der Erzeugung wie in bezug auf die Ablieferung. Die Kommissionen haben daher folgende Aufgaben: Die Erzeugung anzuregen, eine Nachprüfung über die gerechte Verteilung der Arbeitskräfte vorzunehmen, zu kontrollieren, ob die Anbaufläche, die Viehbestände voll ausgenützt sind; schließlich sollen sie die Marktleistung der einzelnen Betriebe gewährleisten.

Im Zuge der Eigentumsrückgabe im Reichskommissariat Ostland übergab der Generalkommissar von Lettland, Staatsrat Dr. Drexler, in einer feierlichen Veranstaltung im Saal der großen Gilde in Riga einer großen Anzahl Bauern und Hausbesitzer die Urkunden zu dem Besitz, der ihnen unter sowjetischer Herrschaft enteignet war und den sie nunmehr von den deutschen Behörden zurückerhalten. Zunächst wurden die Höfe zurückgegeben, deren Eigentumsverhältnisse leicht zu klären waren und deren Besitzer durch anfeuerndes Beispiel und opferfreudige Tat bekundet hatten, daß sie bereit waren, sich für die Freiheit und den Sieg einzusetzen.

Anfang März wurde in Brunn eine deutsche Tagung des Verbandes der Land- und Forstwirtschaft in Mähren abgehalten, bei der der Leiter der Abteilung Landwirtschaft beim Reichsprotector einen Rechenschaftsbericht abgab. Der Rückgang in der Milcherzeugung und -Ablieferung zwang zur Kürzung der Milchrationen und zur Einführung entrahmter Frischmilch. Nur so habe man die Buttermationen auf

106 gleicher Höhe halten können. Der Schweinebestand konnte nach vorübergehendem Absinken wieder auf den Vorkriegsstand gebracht werden, während der Rinderbestand nahezu gleich geblieben sei. Während zu Beginn des Jahres 1941 unter rund 600000 Landwirtschaftsbetrieben nur in 301000 Betrieben Schweine gehalten worden sind, waren es im September 1942 bereits 527 000 Betriebe. Allerdings muß jetzt darauf geachtet werden, daß durch diese Vermehrung des Schweinebestandes die Lieferfähigkeit für Brot, Getreide und Kartoffeln nicht beeinträchtigt wird.

Der Rückgang der Auslandszufuhren an Eiern und Geflügel hat im Protektorat eine Erhöhung der Ablieferungspflicht mit sich gebracht. Die Abgabe von 65 Eiern je Legehennen ist indessen durchaus erfüllbar. Die im vorigen Jahre angeordnete Ausdehnung des Ölfruchtanbaues wird weiter beibehalten werden müssen. Die Einsaat von Mohn und Zuckerrüben und Futterrüben hat sich bewährt. Die Leistungssteigerung der Kartoffelerzeugung im Vergleich zum Jahre 1941 beträgt 25 Prozent.

Anfang März beging die Universum Film A.-G. den Tag ihres 25jährigen Bestehens. Reichsminister Dr. Goebbels sprach bei dieser Gelegenheit auf einem Betriebsappell der Ufa. Er würdigte die technische, organisatorische, künstlerische und wirtschaftliche Kraft, die dieses deutsche Filmunternehmen zu einem der bedeutendsten in der ganzen Welt gemacht hat. Nachdem Generaldirektor Klitzsch die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte dargestellt hatte, umriß Dr. Goebbels die Einwirkung des nationalsozialistischen Kunstwillens auf den deutschen Film. Am Schluß seiner Rede ehrte er diejenigen Männer, die sich um die Entwicklung der Ufa die größten Verdienste erworben haben: Geheimrat Dr. Alfred Hugenberg, dem der Führer als „Bahnbrecher des deutschen Films“ die erste und höchste Ehrung aus Anlaß dieses Tages überreichen ließ, erhielt den Adlerschild des Deutschen Reiches. Generaldirektor Dr. Ludwig Klitzsch und Dr. Max Winkler, der Organisator der deutschen Filmindustrie, wurden durch die Verleihung der Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft geehrt. Den beiden bedeutenden Regisseuren Veit Harlan und Wolfgang Liebeneiner aber erkannte der Führer für ihre hervorragend künstlerischen Leistungen den Titel Professor zu. An die Veranstaltung schloß sich die Uraufführung des Farbfilms „Münchhausen“, der das jüngste und schönste Dokument für die kulturelle und technische Leistung des deutschen Filmschaffens bildet.

Nachdem am 21. Februar die große deutsche Kunstaussstellung 1942 geschlossen war, wurde Anfang März das Ergebnis der Ausstellung bekanntgegeben. Die Ausstellung wurde von fast 850 000 Menschen besucht. 66 v. H. aller Werke wurden verkauft. Der Künstlerschaft floß daraus ein Reingewinn von fast 3

107 900 000 RM zu. Trotz der Einstellung aller Kräfte auf den totalen Krieg kann damit gerechnet werden, daß die diesjährige deutsche Kunstschau im Laufe des Monats Juni 1943 eröffnet wird.

Am 16. März ist in Wien der alpenländische Dramatiker Karl Schönherr im Alter von 76 Jahren gestorben. Dieser Schriftsteller ostmärkischer Mundart schrieb Novellen und Gedichte voll bitteren Humors und scharf in der Zeichnung. Er war ein schwer mit sich ringender Gestalter, ein Fanatiker der Wahrheit, der an seinen Werken schwer arbeitete, immer unzufrieden mit sich selbst.

Am 22. März verstarb unerwartet der deutsche Botschafter in Madrid von Moltke. Mit ihm ging ein verdienstvoller Diplomat des neuen Deutschland dahin. Der Führer ordnete daher für den Verstorbenen ein Staatsbegräbnis an, das, nachdem Spanien und sein Staatschef dem Abgesandten des Führers hohe militärische und diplomatische Ehren erwiesen hatten, am 29. März im Breslauer Landeshaus stattfand. Reichsminister von Ribbentrop würdigte bei dem Staatsakt das Leben und die Verdienste des Verstorbenen, den er „einen Kronzeugen für die Kriegsschuld der Feinde“ nannte.

Einen großen Verlust erlitt das nationalsozialistische Deutschland durch den viel zu frühen Tod des Reichssportführers SA-Obergruppenführers Hans von Tschammer und Osten, der am 25. März an den Folgen einer Lungenentzündung verschied. Das große Werk des Reichssportführers, die Vereinheitlichung des deutschen Sports, die Erfüllung des Sportgedankens mit dem Geiste der Wehrhaftigkeit und nationalsozialistischen Disziplin sind sein Werk. In die Geschichte wird er außerdem eingehen als der Gestalter der unvergeßlichen Olympiade 1936, die dem deutschen Sport 29 Goldmedaillen eintrug. Auch ihm hat der Führer die Ehre eines Staatsbegräbnisses erwiesen, bei dem Reichsminister Dr. Goebbels die lautere Persönlichkeit und das in aller Welt mit hoher Anerkennung und Bewunderung betrachtete Werk Tschammers würdigte.

Am 17. März verlieh der Führer einem der größten deutschen Baumeister der Gegenwart, Prof. Wilhelm Kreis, den Adlerschild des Deutschen Reiches aus Anlaß des 70. Geburtstages. Reichsminister Dr. Goebbels überreichte in Gegenwart von Reichsminister Speer dem Jubilar die ihm vom Führer verliehene hohe Auszeichnung und gedachte dabei des bedeutsamen Schaffens dieses Könners auf allen Gebieten der Baukunst.



108 Sinn und Zielsetzung von Deutschlands Politik und Kriegführung hat im Monat März der Führer in seiner Rede zum Heldengedenktag am 21. März erneut klargestellt. Er wies einleitend darauf hin, daß der vierte Heldengedenktag, den das deutsche Volk in diesem Kriege begehe, verlegt worden sei, weil er erst jetzt das Hauptquartier habe verlassen können, nachdem an der Ostfront die Krise, die durch die sowjetische Winteroffensive hervorgerufen wurde, überwunden sei. Die Größe der Gefahr, die der Bolschewismus für die alten Kulturvölker Europas darstellt, wurde vom Führer gekennzeichnet. Er wies darauf hin, daß die Auseinandersetzung, in der wir uns befinden, nur mit den größten geschichtlichen Ereignissen der Vergangenheit verglichen werden kann. Aber nicht die verbrannten Städte wären es, so fuhr der Führer fort, die zerstörten Kulturdenkmäler, die als die schlimmste Folge dieses Kampfes dann übrig blieben, sondern die bestialisch niedergemetzelten Menschenmassen, die dieser innerasiatischen Flut genau so zum Opfer fallen würden, wie es in der Zeit der Hunnen- und Mongolenstürme einst schon der Fall war. Was die deutschen und die mit ihm verbündeten Soldaten heute im Osten beschirmen, ist nicht das steinerne Antlitz oder das soziale- und geistige Gepräge dieses Kontinents, sondern es sind die ewigen menschlichen Substanzen, von denen seit grauen Vorzeiten alle Werte ausgegangen sind, die nicht nur Europa und Amerika, sondern darüber noch weit hinaus der menschlichen Kultur überhaupt ihren heutigen Ausdruck geben. Neben dieser aus dem Osten drohenden Welt der Barbarei erleben wir nicht weniger die satanische Zerstörungswut des mit ihm verbündeten sogenannten Westens. Die Kriegsziele unserer Feinde sind uns aus zahllosen Publikationen, Reden und offenen Forderungen bekannt. Das Geschwätz einer Atlantik-Charta wiegt dagegen genau so viel wie die einstigen vierzehn Punkte Wilsons gegenüber der dann gekommenen realen Gestaltung des Versailler Diktats. So wie der Kriegshetzer Churchill in der parlamentarischen englischen Demokratie, als er 1936 noch nicht verantwortlicher Leiter Großbritanniens war, mit seinem Ausspruch, daß Deutschland wieder vernichtet werden mußte, der kommenden Entwicklung den Weg gewiesen hat, so projektieren in diesen gleichen Demokratien die

109 Elemente der jetzigen Friedensforderungen schon heute den von ihnen angestrebten Zustand Europas nach dem Kriege. Und ihre Ziele decken sich vollständig mit den uns nicht nur bekannten, sondern erlebten Demonstrationen ihrer bolschewistischen Verbündeten: Ausrottung aller nationalbewußten kontinentalen Völker, zuerst unseres eigenen deutschen Volkes! Ob dabei englische oder amerikanische Blätter, Parlamentarier, Volksredner und Literaten die Zerstörung des Reiches, die Wegnahme der Kinder unseres Volkes, die Sterilisierung der männlichen Jugend usw. als erstes Kriegsziel fordern, oder ob der Bolschewismus kurzerhand die Abschachtung ganzer Völkerschaften von Männern, Frauen und Kindern in der Praxis betreibt, ist ein und dasselbe.

Daß das deutsche Volk und seine Verbündeten diesem Vernichtungswillen mit äußerster Kampfesgeschlossenheit begegnen und dafür alle Kräfte mobilisieren, charakterisierte der Führer mit den Worten: „Der Helden zu gedenken hat zu allen Zeiten nur der das Recht, der sich vor ihnen nicht zu schämen braucht. Der Winter dieses Jahres hat aber das deutsche Volk nicht nur nicht zum Defaitismus geführt, sondern zu einer noch gigantischeren Mobilisierung aller seiner Kräfte. Ihr Einsatz findet zur Zeit laufend statt. Die Produktion von Kriegsmaterial ist in dauerndem Steigen. Der Front strömen an jungen Soldaten, freigewordenen Männern und wiedergenesenen Soldaten Millionen zu. Alte Jahrgänge und junge Knaben werden zusätzlich die Abwehrwaffen der Heimat bedienen, Hunderttausende und aber Hunderttausende Frauen und Mädchen sie dabei unterstützen. So verwandelt sich die deutsche Wehrmacht immer mehr in eine kämpfende Nation.“

Wie richtig der Führer den Einsatz des Krieges für das deutsche Volk und die mit ihm verbündeten Völker gezeichnet hat, geht aus den Äußerungen der Politiker der Gegenseite über die von unseren Feinden verfolgten Kriegsziele und über das Weltbild hervor, das sie sich von der Zeit nach dem Krie-

ge machen. Solche Äußerungen liegen aus dem Monat März besonders reichlich vor. Churchill hat am 21. März eine Rundfunkrede gehalten, die größtenteils diesem Thema gewidmet war. Der englische Außenminister Eden hat während seines Aufenthaltes in den USA am 25. März sich in ähnlichem Sinne wie Churchill geäußert.

Der Vizepräsident der USA Wallace hat in einer Rede vom 9. März in Delaware in Ohio im Rahmen einer hauptsächlich aus schwülstigen Propagandaphrasen für die angebliche allein christliche und seligmachende Demokratie sich grundsätzlich zu den Gedankengängen Churchills und Edens bekannt. Dazu kommen noch mancherlei Äußerungen anderer Politiker und von Presseleuten.

Das feindliche Weltbild der Nachkriegszeit, d. h. also die Kriegsziele, denen unsere Gegner zustreben,

110 sehen folgendermaßen aus: Zunächst sind die weltanschaulichen Grundlagen — und diese hat Wallace ausführlich entwickelt —, auf denen die staatlichen und politischen Auffassungen der Dreierpaktmächte beruhen, in jeder Hinsicht schädlich und minderwertig, böse schlechthin. Sie müssen deshalb vernichtet werden. Damit diese Völker aber niemals mehr den „Weltfrieden“ gefährden können, müssen sie völlig entwaffnet und in einen Zustand militärischer und politischer Ohnmacht versetzt werden. Dieser Zustand sei durch geeignete Maßnahmen auf materiellem und auf geistigem Gebiete gleichzeitig zu sichern. Zunächst sei eine längere militärische Besetzung nötig, während der Nationalsozialismus, Faschismus und — in Japan — alle nationalen Traditionen beseitigt werden müßten. Die „Kriegsschuldigen“ müßten schwer bestraft werden, aber nicht nur auf dem Papier, wie seinerzeit nach dem Weltkrieg, sondern auch tatsächlich. Die Jugend der unterlegenen Völker muß in einem ganz neuen Geist erzogen werden, nämlich im demokratischen, d. h. im Geist des Verzichts auf nationale Selbstbehauptung und in der völligen Unterwürfigkeit unter die Siegermächte.

Churchill stellt sich nach seiner Rede vom 21. März den weiteren Kriegsverlauf so vor, daß zunächst die Achsenmächte und ihre Verbündeten in Europa niedergeworfen und dann anschließend Japan mit aller Macht angegriffen und zu Boden gezwungen werden soll. Churchill ließ allerdings die Frage offen, ob nicht vielleicht umgekehrt Japan vielleicht zuerst zusammenbrechen könne, erklärte jedoch als seine persönliche Überzeugung, daß man zuerst in Europa zum Sieg gelangen könne. Hinsichtlich der Nachkriegsorganisation meinte Churchill, man werde für Europa einen europäischen Rat begründen, der nach ähnlichen Grundsätzen wie der frühere Genfer Völkerbund aufgebaut, die Geschicke Europas bestimmen würde. Wie die Machtverteilung in diesem europäischen Rat sich gestalten würde, wenn die Achsenmächte und ihre Verbündeten entwaffnet wären, nachdem Frankreich, das frühere Polen usw. bereits militärisch nicht mehr zählen, auf dem europäischen Festlande als einziger militärischer Machtfaktor also nur die Sowjetunion übrig bliebe, hat Churchill uns nicht verraten. Nichts hat die Geschichte des Genfer Völkerbundes so eindeutig erwiesen wie die Tatsache, daß er entgegen aller schönklingenden Phraseologie nichts anderes war als ein Parallelogramm der in ihm vertretenen militärischen und politischen Kräfte. In dem von Churchill skizzierten europäischen Rat könnte aber von einem Parallelogramm der Kräfte nicht einmal mehr die Rede sein; denn in Europa gäbe es dann nur noch eine Kraftlinie, den Willen Stalins, neben dem alles andere, einschließlich des Willens Englands, nicht zählen würde.

111 England, das diesen Krieg angeblich wegen Danzigs und des polnischen Korridors begonnen hat, das in Wirklichkeit aber Großdeutschland die ihm gebührende führende Stellung nicht gönnte, weil sie seiner europäischen Gleichgewichtspolitik nicht ein-, d. h. nicht unterzuordnen war, erklärt sich nunmehr bereit, dem Bolschewismus eine noch viel entscheidendere Stellung in Europa zuzubilligen! Daß dies in erster Linie die völlige) Auslieferung der an den Westgrenzen der Sowjetunion liegenden Völker an den Bolschewismus bedeutet, vornehmlich auch desselben Polens, für dessen Integrität England 1939 angeblich den Krieg erklärt hat, ist offensichtlich.

Nimmt man die Erklärungen der englischen Politiker, so wie sie gesagt sind, setzt man voraus, daß die Churchill, Eden und Genossen auch tatsächlich meinen, was sie sagen, so steht man entweder vor einem politischen Rätsel oder vor einem Verbrechen nicht nur an Europa, sondern auch an England selbst von geradezu ungeheurem Ausmaß. Wenn man aber annimmt, daß die englischen Nachkriegspläne nur Propagandawert haben, so können sie nichts anderes sein als ein riesiger Täuschungsversuch gerade gegenüber dem Bundesgenossen, mit dessen militärischer Kraft und unermeßlichem Blutzoll man in erster Linie den Sieg in Europa zu gewinnen hofft, also gegenüber der Sowjetunion. Nichts entspräche freilich mehr den Traditionen englischer Politik als Täuschung und Verrat an den eigenen Bundesgenossen. Indem Churchill und Eden den Sowjets für ihren die Kraft der Völker der Sowjetunion bis aufs äußerste erschöpfenden Kriegseinsatz freie Bahn in Ost- und Mitteleuropa versprechen,

hoffen sie offensichtlich, daß der Sieg die Sowjets so geschwächt hätte und die den eigenen Kriegseinsatz so höchst schonam behandelnde englische Kriegführung London in die Lage versetzen würde, selbst auf dem europäischen Festlande bestimmend aufzutreten.

Dies wären freilich, falls man in London tatsächlich so schlußfolgern sollte, Wunschträume. Denn in mehr als einem Lande Europas würde ein Zusammenbruch der europäischen Verteidigungsfront im Osten allein schon genügen, um den Kommunismus an die Macht zu bringen. Der Einmarsch sowjetischer Divisionen wäre dazu gar nicht nötig. Die Nachkriegsspekulationen, die man in London anstellt, sind somit noch ein weiteres Glied in der Illusionspolitik, auf Grund deren England diesen Krieg begonnen und bisher geführt hat.

Besondere Hoffnung setzte England auf den **L u f t k r i e g**, d. h. auf die Terrorangriffe gegen offene Städte in dem von den Achsenmächten beherrschten Raum. Wenn sie auch behaupten, daß sie dadurch in erster Linie die Kriegsindustrie treffen wollten, zeigt doch die Durchführung und Wirkung dieser

- 112 Luftangriffe, daß sie vor allem auf die Zerstörung der moralischen Widerstandskraft gerichtet sind. Niemand wird sich bei unseren Kriegsgegnern über den völkerrechtswidrigen Charakter dieser Art Kriegführung Gedanken machen. Humanitäre und völkerrechtliche Phrasen haben ja bekanntlich für sie seit je nur Propagandawert gehabt. Hierfür ist vielleicht das eindrucksvollste Beispiel von Theorie und Praxis Englands These von der „Freiheit der See“. Ihr ist übrigens eine zweite, die der „Freiheit in der Luft“ zur Seite gestellt worden, die in den Erörterungen unserer Kriegsgegner über die Nachkriegszeit neuerdings eine erhebliche Rolle spielt. Unter „Freiheit in der Luft“ ist natürlich Luftherrschaft für diejenigen zu verstehen, die diese Freiheit — nur für sich selbst — fordern. Hier stoßen der englische und der amerikanische Imperialismus aufeinander. Die Engländer fordern Luftherrschaft als wesentliches Bindeglied ihres Weltreiches, die Amerikaner im Namen der Verteidigung der westlichen Hemisphäre, und ihre Stützpunktpolitik überall auf der Welt hat wesentlich zum Ziel, die Bodenorganisation für diese Luftherrschaft zu schaffen. In England haben sich schon viele besorgte Stimmen deswegen erhoben, weil die Vereinigten Staaten schon jetzt während des Krieges ihre Weltluftherrschaft vorbereiten, u. a. durch die Schaffung einer zahlreichen Lufttransportflotte. Es wurde in England deshalb vielfach die Forderung erhoben, England solle selbst dem amerikanischen Beispiel folgen.

Daß die Dreierpaktmächte vollkommen entwaffnet und ihre Rüstungsindustrien zerstört werden sollen, ist vom englischen Außenminister Eden, dem USA-Unterstaatssekretär Sumner Welles, Lordkanzler Simon, dem früheren Staatssekretär im englischen Auswärtigen Amt, Vansittard, im Laufe des Monats März wieder gefordert worden. Die „Sicherheit“ und der „Friede“ sollen durch die Luftwaffen der Siegermächte, die als internationale Luftpolizei bezeichnet wurden, gewährleistet werden. Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung würden dann in allen Fällen, wo es zu „internationalen Unruhen“, d. h. also zu Regungen gegen die Tyrannei der Sieger käme, das Mittel der „Befriedung“ sein. Es sind „wirklich erfreuliche und beruhigende Aussichten für die Menschheit“, diese englisch-amerikanischen Pläne einer künftigen „Sicherung von Friede und Gerechtigkeit“ durch Terrorangriffe auf die friedliche Bevölkerung von Ländern, die etwa dem Weltimperialismus der Angelsachsen sich nicht restlos beugen würden!

Im Rahmen der Nachkriegspläne, wie sie in London und Washington diskutiert werden, spielt Frankreich keine Rolle. Es wurde unter den Mächten, die nach dem Kriege in der Welt den Ton angeben und durch ihre Bewaffnung ausschlaggebendes Gewicht haben sollen, überhaupt nicht erwähnt. Dies ist in Vichy und Paris natürlich nicht unbemerkt geblieben, und die französische Presse hat das Thema

- 113 aufgenommen. Sie hat aus der Tatsache der Nichterwähnung Frankreichs im Rahmen der englisch-amerikanischen Nachkriegspläne den Schluß gezogen, daß Frankreich offenbar nicht mehr als Großmacht in der Zukunft angesehen werde und daß es einfach zum Einflußgebiet Englands gehören solle. Daß die Engländer und Amerikaner sowieso nicht die Absicht hätten, Frankreich sein Kolonialreich zurückzugeben, wurde ebenfalls betont. — Die Ereignisse des Monats März konnten die Franzosen in solchen Überzeugungen auch nur bestärken. Sie mußten zusehen, wie die USA den einzigen noch unabhängigen französischen Kolonialbesitz, Französisch-Guayana in Südamerika und die französischen Antillen-Inseln der gesetzmäßigen Regierung in Vichy wegnahmen oder wegzunehmen sich anschickten. In Französisch-Guayana wurde eine Bewegung gegen Vichy inszeniert. Bezeichnenderweise schickten sowohl de Gaulle wie Giraud eilends einen Gouverneur nach Französisch-Guayana. Der von Giraud entsandte kam aber zuerst an und übernahm die Kolonie für Giraud, während der von

de Gaulle entsandte Herr, der aus New York starten sollte, durch Paß- und Abreiseschwierigkeiten von den Amerikanern so lange festgehalten wurde, bis der Giraud-Vertreter in Französisch-Guayana das Heft in die Hand genommen hatte. Dieser Vorgang wirft ein neues bezeichnendes Licht auf den Wettlauf zwischen dem Imperialismus der USA und dem Englands. — Hinsichtlich der Antillen hat Washington die Maske fallen lassen. Es hat verfügt, daß diese Inseln, die auf Lebensmittelzufuhr vom amerikanischen Festland angewiesen sind, diese Zufuhren nicht mehr erhalten. Am 8. März erklärte der USA-Unterstaatssekretär für Auswärtiges, Welles, als er auf der Pressekonferenz gefragt wurde, warum die Lieferungen nach Martinique unterbrochen worden seien, er ziehe es vor, diese Frage nicht näher zu besprechen und meinte, seine Zuhörer könnten daraus ihre eigenen Schlüsse ziehen. Etwas deutlicher war Marinesekretär Knox, der am 13. März erklärte, man sei über den Kommandanten der Insel verärgert, weil er „so verbohr“ sei. Eine Washingtoner Zeitung erklärte noch deutlicher, die fortgesetzte Loyalität des französischen Admirals Robert gegenüber Petain sei in jeder Beziehung eine „unhaltbare Abnormität“ geworden. Über die Auswirkung der Lebensmittelblockade gegen Martinique, die wieder einmal die Humanitätsphraseologie der Amerikaner beleuchtet, erklärte Knox mit Befriedigung, daß der Bevölkerung allmählich die Lebensmittel auszugehen anfangen. Der Streit zwischen Giraud und de Gaulle ist auch im Monat März, abgesehen von dem erwähnten Zwischenfall hinsichtlich Französisch-Guayanas, munter weitergegangen. Der sogenannte französische Nationalausschuß de Gaulles in London hat Mitte März den Wortlaut eines längeren Memorandums veröffentlicht, das am 23. Februar Giraud zugeleitet

114 wurde und die Bedingungen de Gaulles für eine Einigung mit Giraud und für die zukünftige Politik der französischen Dissidenz enthielt. De Gaulle beanspruchte mit diesem Memorandum für seinen Nationalausschuß die politische Führung der gesamten Dissidenz, deren Einheit durch den Zutritt von Vertretern Girauds zum Nationalkomitee in London hergestellt werden sollte. Formelle Aufkündigung des Waffenstillstandes sowie sämtlicher seit dem Waffenstillstand von der Regierung Petains in Vichy erlassenen Gesetze, Wiederherstellung der 3. Republik ohne jede Einschränkung, ausschließliche politische, militärische und diplomatische Führung der Dissidenz durch den Londoner Nationalausschuß sind die Forderungen von de Gaulles Memorandum, das natürlich nicht nur die Absichten de Gaulles, sondern zugleich die der englischen Regierung (von der de Gaulle völlig abhängt) wiedergibt. Es ist kaum zu bezweifeln, daß diese Forderungen de Gaulles bei Giraud keine Annahme finden werden; einesteils, weil Giraud bisher nicht die geringste Lust gezeigt hat, sich de Gaulle unterzuordnen, vor allem aber, weil Washington jede Einmischung de Gaulles und damit Londons in die von den USA mit der Besetzung von Französisch-Marokko und von Algier geschaffene Machtsphäre abgelehnt hat. Roosevelts Politik ist auf eine dauernde Inbesitznahme von Nordwest- und Westafrika gerichtet, um beide Ufer des Mittelatlantik zu beherrschen. Die amerikanische Nachrichtenagentur „United Preß“ meldete denn auch am 21. März, England und die USA sollten sich dahin geeinigt haben, endgültig General Giraud die militärische Leitung der dissidenten Franzosen zuzuerkennen. De Gaulle werde als Mithelfer willkommen sein, werde aber mit keiner Unterstützung rechnen können, wenn er versuchen sollte, sich die französische Führerschaft anzueignen.

Wie wenig indessen Giraud in Nordafrika selbst Herr im Hause ist, zeigt eine Verordnung, die er am 14. März erließ und durch die alle seit dem Juni 1940 von der französischen Regierung in Vichy erlassenen Verordnungen gegen die Juden.. außer Kraft gesetzt wurden. Giraud stammt nämlich innerpolitisch von der Rechten und galt als Anhänger autoritärer Regierungsmethoden und als antijüdisch. Sein Erlaß vom 14. März, der ganz von der Ideologie der französischen 3. Republik erfüllt ist, zeigt dagegen, daß nicht sein Wille, sondern der seines vom jüdischen Einfluß beherrschten Auftraggebers Roosevelt ausschlaggebend ist! —

L a v a l bildete am 25. März seine Regierung im Sinne einer weiteren Konzentration der Macht in seiner Hand um, entwickelte die von ihm gegründete Miliz als Machtinstrument des Staates, besonders gegen den Kommunismus, weiter fort, und die Arbeiterwerbung zur Durchführung des zweiten Saukel-Programms, das die Verbringung von weiteren 250000 französischen Arbeitern nach Deutschland,

die vor uns an der Macht waren. Die inneren Parteistreitigkeiten fielen stets mit den traurigen Tagen unserer Dekadenz zusammen, während die Einigkeit die reichsten Ruhmestage unseres Imperiums brachte. Wir müssen die Rückkehr zu den vergangenen Fehlern vermeiden. Wir sind entschlossen, die nationale Revolution durchzuführen. Zwei Jahrhunderte politischer Dekadenz erzeugten in unserem Volk einen Minderwertigkeitskomplex. Unser Dilemma ist: Wiederauferstehen oder Untergehen. Hier darf keiner gleichgültig bleiben. Und wir bauen nicht allein auf die moralische Wertung der Machthabenden, sondern auch auf den Glauben an unser großes Werk. Wir wollen Freiheit, dabei aber Ordnung! Niemand wird Gott lästern oder sich gegen das Vaterland oder die soziale Ordnung erheben können. „Gott, Vaterland und Gerechtigkeit!“ ist unser Grundsatz, auf dem unsere Bewegung basiert. Eine gerechte und fruchtbare soziale Arbeit ist unmöglich, wenn sie nicht durch den katholischen und sozialen Geist geleitet wird. Hauptsache ist und bleibt die furchtbare Bedrohung durch den sowjetrussischen Kommunismus.

117 Nicht in der gewaltigen Kraft der sowjetrussischen Heere liegt die Hauptgefahr, sondern in der Lösung von der Weltrevolution. Die sowjetischen Heere brauchen gar nicht erst die Grenzen der anderen Nationen zu überschreiten, um Unheil und Tod über uns zu bringen. Europa hat viel größere und wichtigere Probleme zu lösen als die viel lächerlichen Dinge, über die sich manche heute unnützerweise den Kopf zerbrechen. Der große Krieg ist an einem toten Punkt angelangt. Die Gegenwart Sowjetrußlands an der Seite der einen kriegführenden Partei hat zur Folge, daß der Kampf auf Leben und Tod geht. Der Krieg kann noch viele Überraschungen bringen. Das Einzige, was man gegenwärtig kennt, ist das, was zerstört wird, und das, was der Krieg kostet. Keiner denkt heute an einen letzten Krieg, noch an einen Frieden, der hundert Jahre dauert. Deutschland mit seinen hundert Millionen Einwohnern in Mitteleuropa, Italien mit der Hälfte Einwohner am Mittelmeer und England mit ungefähr der gleichen Bevölkerungsziffer können nicht zerstört werden. Ich gebe diesen Ausblick auf die internationale Lage, um euch einen Begriff, von den Pflichten und Verpflichtungen zu geben, die die Spanier ihrer Nation gegenüber haben, damit ihr“ — so schloß Franco — „die Lage richtig seht und die Welt, wenn einmal der Augenblick gekommen ist, da es wieder eine Hoffnung gibt, einwandfrei unterstützen könnt.“

Franco unterstrich also hinsichtlich der weltpolitischen Lage in erster Linie die Gefahr des Bolschewismus. Wenige Männer der Gegenwart können über diese Gefahr mit so viel Autorität und mit so gründlicher Kenntnis sprechen, wie Franco, der in mehrjährigem blutigen Bürgerkrieg sein Land von ihr befreit hat. Am Kampf im Osten nimmt Spanien aktiv durch die Blaue Division teil, deren hervorragende Tapferkeit im deutschen Heeresbericht wiederholt mit besonderer Anerkennung erwähnt worden ist. Spaniens Politik im Gesamtrahmen des gegenwärtigen Weltkonfliktes kann im übrigen als die einer wachsam und bewaffneten Neutralität bezeichnet werden.

In der Türkei ist am 8. März die am 28. Februar gewählte neue türkische Nationalversammlung in Ankara zusammengetreten. Aus ihrer Zusammensetzung ergibt sich, daß die maßgebende politische Körperschaft der Türkei die gleiche politische Marschrichtung verfolgen wird wie ihre Vorgängerin. Dies ist auch durch die Wiederwahl des Staatspräsidenten und des bisherigen Präsidenten der Nationalversammlung zum Ausdruck gekommen. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Saracoglu brachte außenpolitisch nichts Neues und war in der Hauptsache innerpolitisch orientiert.

Seit Churchills Besuch in Adana ist jedoch ein verstärktes Bemühen der Engländer festzustellen, in der

118 Türkei die Propaganda für England und seine Verbündeten weiter zu verstärken. Die Besuche hoher englischer Militärs oder sonstiger englischer Persönlichkeiten reißen nicht ab, und die englische Presse gibt sich die größte Mühe, das englisch-türkische Bündnis zu unterstreichen und journalistisch zu aktivieren. Die englische und USA-Propaganda führt ja schon seit geraumer Zeit einen intensiven Nervenkrieg gegen die Neutralität der Türkei. Der Wille der Türkei, ihre Neutralität aufrechtzuerhalten, ist jedoch unerschüttert geblieben. Der türkische Ministerpräsident Saracoglu hat dies Mitte März in einem Presseinterview erneut zum Ausdruck gebracht. Er schloß diese Erklärung mit der Feststellung, daß die Türkei als ewiger Hüter der Meerengen sich gegen jede kriegerische Absicht wehren werde. Damit hat Saracoglu wieder einmal jenes Thema angeschlagen, das für die türkische Politik eines der wichtigsten ist, das der Meerengen und der Stellung der Türkei auf dem Balkan, das Thema also, das auch die Beziehungen zur Sowjetunion wesentlich berührt. Man weiß in der Türkei, daß der Drang des zaristischen Rußland nach den Meerengen in der Sowjetunion weiterlebt und durch die weltrevolutionären Zielsetzungen des Bolschewismus verstärkten Antrieb erhält.

Daß dies nicht nur hinsichtlich der Türkei, sondern unmittelbar für alle Nachbarn der Sowjetunion gilt, hat sich im Verhältnis Moskaus zu der polnischen Emigrantenregierung in London im Monat März mit aller Deutlichkeit gezeigt. Die offiziöse Sowjetagentur Taß gab am 2. März eine Stellungnahme zu einer am 25. Februar von der polnischen Emigrantenregierung in London veröffentlichten Erklärung heraus, die die Frage der polnisch-sowjetischen Grenzen für den Fall eines bolschewistischen Sieges zum Gegenstand hatte. Die polnische Phantomregierung in London hatte die Forderung nach Wiederherstellung der polnischen Ostgrenzen vor Beginn des gegenwärtigen Krieges erhoben und ausdrücklich die nach dem Zusammenbruch Polens vorübergehend von der Sowjetunion besetzten Grenzen abgelehnt. Die Taß-Erklärung wies nun diese Forderung energisch ab und sprach von polnischer Usurpationspolitik und polnischem Imperialismus und von der Notwendigkeit einer slawischen Einheitsfront gegen Deutschland. Die in der Taß-Erklärung gewählten Formulierungen hatten offensichtlich panslawistische Tendenz, wie sie in Moskauer Verlautbarungen seit einiger Zeit wiederholt festgestellt werden konnte. Der Kreml bezweckt damit offenbar einerseits, der von London und Washington in Umlauf gesetzten Propagandathese, der Bolschewismus habe seine weltrevolutionären Ziele aufgegeben und sei heute nichts anderes mehr als eine Erscheinungsform des traditionellen russischen Nationalismus, Vorschub zu leisten, — zum ändern sollen dadurch die bolschewistischen Herrschaftsansprüche auf weite Teile Europas in eine zu dem Bündnis mit den „Demokratien“ passende

119 Form gebracht werden. Die Taß-Erklärung ist jedoch von der polnischen Emigrantenregierung nicht mit Stillschweigen hingenommen worden. Diese hat vielmehr mit der Gegenerklärung geantwortet, daß sie auf den Grenzen Polens von vor dem 3. September 1939 unbedingt bestehe. Höchst bedeutsam war in diesem Zusammenhange die Haltung Londons und Washingtons, wo die Presse (sichtlich inspiriert) erklärte, es sei jetzt nicht an der Zeit, über Grenzfragen zu diskutieren, das müsse bis nach dem Kriege zurückgestellt werden, unter den heutigen Umständen sei eine öffentliche Erörterung von Grenzfragen sogar durchaus unzweckmäßig. Auch wurde zum Ausdruck gebracht, die Polen müßten sich mit der Sowjetunion unmittelbar verständigen, eine Vermittlung von selten Englands oder der USA komme nicht in Frage. Dasselbe England, das 1939 angeblich den Krieg erklärte, weil es den Verlust Danzigs und des Korridors mit Polens Unabhängigkeit und Sicherheit nicht für vereinbar hielt, läßt also die Polen jetzt gegenüber den Sowjets einfach fallen. Denn was kann die Aufforderung an die völlig machtlose polnische Phantomregierung in London, sich mit dem bolschewistischen Koloß ohne englische oder USA-Vermittlung zu verständigen, anderes bedeuten?

Eine ähnliche Haltung nehmen England und die Vereinigten Staaten gegenüber den Verbündeten im Fernen Osten, gegenüber Australien und China, ein. Der von Churchill und Roosevelt und neuerlich wieder von Eden verkündete Kriegsplan, den Krieg zunächst gegen die Achsenmächte und ihre Verbündeten in Europa „zum siegreichen Ende“ zu bringen, um dann erst mit Japan abzurechnen, stößt auf den Widerspruch Tschungking-Chinas und Australiens. Der australische Premierminister Curtin erklärte Ende März, die Entscheidung Churchills und Roosevelts, den Krieg in Europa an die erste Stelle zu setzen, zwingt Australien, einen hinhaltenden Krieg gegen Japan mit der Aussicht auf eine langandauernde Belastung der australischen Hilfsquellen zu führen und hauptsächlich mit seinen eigenen Kräften auszukommen. Curtin drang jedoch kurz darauf auf die sofortige Entsendung stärkerer Streitkräfte für den Pazifik —, denn Japan sei ein furchtbarer, unermüdlicher Gegner, der nicht nachlassen werde. Der holländische Vizeadmiral Helferich aber, der Kommandeur der geringen Reste holländischer Seestreitkräfte, die Japans See- und Luftmacht entgangen sind, erklärte: Die im Pazifik zur Verfügung stehenden alliierten Kräfte seien völlig ungenügend, nicht nur für die Eröffnung einer Offensive, sondern auch für die Abwehr eines späteren japanischen Angriffs.

Sogar die amerikanischen Befehlshaber im Stillen Ozean ließen in aller Öffentlichkeit Hilferufe ertönen. Der Oberkommandierende der USA im Pazifik, der weniger durch seine Verteidigung als durch seine Flucht aus Corregidor bekanntgewordene Mac Arthur, entsandte ihm unterstehende Generale nach

120 Washington, um dort klarzumachen, daß die Politik, den Krieg gegen Japan auf Eis zu legen, endlich aufgegeben werden müsse, da Japan dadurch in die Lage versetzt werde, seine Gewinne nicht nur zu konsolidieren, sondern auch zu verstärken.

Sehr viel bedrohlicher als die Lage Australiens ist jedenfalls die Tschungking-Chinas. Der Berichterstatter für das Pacht- und Leihgesetz, Stettinius, erklärte Anfang März vor dem Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats, die USA versorgten innerhalb des Pacht- und Leihgesetzes 24 Länder mit Nahrungsmitteln und Ausrüstungsgegenständen. Die Hilfe für China sei nicht annähernd so

groß gewesen, wie die Lage es erfordert hätte. Der militärische Mitarbeiter der USA-Zeitung „New York Herald Tribune“ stellte gleichzeitig fest, die USA könnten Tschungking-China künftig überhaupt nicht mehr helfen, da es keine Verbindung nach Tschungking außer in der Luft gebe. Es ist deshalb verständlich, daß Frau Tschiangkaischek, die eine Reise nach den USA unternahm, um dort die Notwendigkeit einer intensiven Hilfe klarzumachen, am 5. März in New York erklärte, es müsse ein amerikanisches Expeditionskorps nach Tschungking-China entsandt werden, damit „die Welt sehen könne, daß es den Vereinigten Staaten ernst mit der Sache ist“.

Daß die Kriegslage im Pazifik eindeutig zugunsten Japans ist, wird in England und den USA immer wieder rückhaltlos anerkannt. „Wir müssen uns in Fernost auf einen sich lange hinziehenden Krieg gefaßt machen ... Kann Japan besiegt werden? Es ist gewiß ein ziemlich schwieriges Ansinnen, die Japaner zu besiegen, denn bevor sie nicht aus Burma, Neu-Guinea und den benachbarten Inseln vertrieben sind, ist ihre strategische Stellung außerordentlich stark. Sie mag fast als uneinnehmbar gelten. Das ist keine erfreuliche Aussicht“, so schrieb die „Fortnightly Review“. Die Erklärungen der japanischen Staatsmänner zur Kriegslage und über Japans Kriegsziele atmen denn auch Selbstsicherheit, Siegeszuversicht und Kampfbeschlossenheit bis zum Äußersten. Ministerpräsident Tojo erklärte am 5. März im japanischen Repräsentantenhaus, es sei die geschichtliche Aufgabe des japanischen Kaiserreiches, England und Amerika zu vernichten und eine neue Weltordnung zu schaffen. Das japanische Volk müsse eine große Einheit bilden und den Staat bei seinen Kriegsanstrengungen unterstützen, um so das gesteckte Ziel zu erreichen. Der Ministerpräsident brachte weiter den Willen Japans zum Ausdruck, seine Kriegsanstrengungen zu erhöhen, da der Großostasienkrieg in ein Stadium der Entscheidungsschlacht getreten sei. Es sei die Aufgabe der Regierung, die Aufloderung des Volkes zu lenken und sie nutzbar zu machen für die Maßnahmen, die bei der militärischen Beherrschung von Großostasien wichtig sind. Die Regierung lege großen Wert darauf, die ganzen Völker in Großostasien zu einer Einheit zu formen und in

121 der Neuordnung Großasiens vorwärtszuschreiten, um damit ihre weltgeschichtliche Aufgabe zu erledigen. — Auch im Monat März sind neue japanische Gesetze und kaiserliche Verfügungen in Kraft getreten, die die Kriegsstruktur des Landes weiter vervollkommen und eine maximale Kriegsproduktionssteigerung sicherstellen sollen.

Japans Verhältnis zu Nanking-China ist auch im März positiv weiterentwickelt worden. Mitte März wurde bekanntgegeben, daß auf Grund eines neuen Abkommens zwischen Japan und National-China die Rückgabe der japanischen Konzessionen und Sonderrechte in China bereits am 3. März erfolgen werde. Damit seien sämtliche ausländischen Konzessionen in China aufgehoben oder zurückgegeben, da sich die Rückgabe auch auf die Konzessionen Englands und der USA bezögen, die alle unter militärischer japanischer Kontrolle seien. Hierzu wurde am 5. März aus Nanking gemeldet, dieses Abkommen werde sich für die zukünftige Entwicklung der chinesischen Nationalregierung als außerordentlich nützlich erweisen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Durch die Durchführung der Rückgabe der japanischen Konzessionen an China wurde der Welt bewiesen, daß die Außenpolitik der japanischen Regierung allein auf moralischen Prinzipien begründet ist und daß es Japan niemals an der Erfüllung der Versprechen fehlen läßt, die es einmal gegeben hat.

2. Der Schritt Japans, den es zur Durchführung der verschiedenen Versprechen, die es China gegenüber gegeben hat, unternimmt und durch den Japan seine eigenen Interessen opfert, steht in scharfem Gegensatz zu der anglo-amerikanischen Praxis, leere Versprechungen zu machen und irgendwelchen Opfern aus dem Weg zu gehen.

3. Japans Politik China gegenüber gründet sich auf die unerschütterliche Politik des beiderseitigen chinesisch-japanischen Wohlstandes und der Entwicklung dieses Wohlstandes. Mit dem gegenwärtig von Japan unternommenen Schritt ist es noch offensichtlicher geworden, daß es im wesentlichen die Politik Japans China gegenüber ist, die zahlreichen Hindernisse zu beseitigen, die einem Gedeihen Chinas im Wege stehen.

4. China wird in seiner Entschlossenheit zum Einsatz für eine befriedigende Durchführung des großostasiatischen Krieges durch die gegenwärtige Aktion Japans noch bestärkt werden.

Am 30. März wurde in Nanking ein italienisch-chinesisches Abkommen unterzeichnet, das die Rückgabe des italienischen Verwaltungsanteils im Gesandtschaftsviertel von Peking vorsieht. Gleichzeitig hatte auch die dänische Regierung ihre Bereitschaft erklärt, auf ihre exterritorialen Rechte in China zu verzichten. Zum dritten Jahrestag der Rückkehr der chinesischen Nationalregierung nach

Nanking erklärte deren Präsident, Wangtschingwei, in einer „Botschaft an die gesamte Nation“ am 30. März, daß die

122 nationale Erneuerung Chinas einen Teil der Verteidigung Großostasiens gegen die anglo-amerikanische Aggression und Ausbeutung darstelle. Der Krieg in Großostasien sei ein totaler Krieg, in dem die Völker Großostasiens alle Kräfte auf die Fortführung des Krieges konzentrieren müßten, wenn sie nicht das gleiche Schicksal wie die Völker Afrikas und Australiens erleiden wollten. Nur die Gewinnung des Krieges könne den anglo-amerikanischen Imperialismus daran hindern, China wieder zu einer seiner Kolonien zu machen. Die oberste Aufgabe sei, mit Japan zusammen den Krieg erfolgreich weiterzuführen. „Abschließend“, so sagte Wangtschingwei, „möchte ich einen Punkt besonders hervorheben: Wir werden niemals die Not und das Elend vieler unserer Landsleute unter den Fesseln des Tschungking-Regimes vergessen. Wir werden sie befreien. Wenn sie jedoch ihre falsche Haltung nicht aufgeben, werden wir sie nicht als unsere Landsleute anerkennen können, sondern sie als das Werkzeug Großbritanniens und der Vereinigten Staaten betrachten müssen. Wir werden jedoch jeden Kompromiß zurückweisen und vorwärtsmarschieren, um die englisch-amerikanische Herrschaft in Ostasien zu brechen. Gleichzeitig werden wir die gleiche unerbittliche Haltung gegenüber den Handlungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten beibehalten.“

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und China erklärte Ministerpräsident Tojo auf einer Wirtschaftskonferenz mit den bedeutendsten japanischen Industrie- und Finanzleuten: „Ich möchte alle, die enge Wirtschaftsbeziehungen zu China haben, auffordern, in der neu gekennzeichneten China-Politik in positiver Weise mitzuarbeiten. Die Regierung ist entschlossen, gerechte und rationale Verbesserungen durchzuführen. Ich möchte besonders betonen, daß die Zeit für uns gekommen ist, mit China auf dem Grundsatz der gegenseitigen Existenz und des gegenseitigen Wohlstandes zusammenzuarbeiten, wobei der Gedanke einer Arbeit innerhalb eines Bollwerks von Sonderrechten und Sonderinteressen verworfen wird.“ Er glaube, die neue China-Politik Japans nehme Tschungking jeden Grund, den japanfeindlichen Widerstand fortzusetzen, und dieses erleichtere sehr die gemeinsame Fortführung des Krieges durch National-China und Japan. Es ist unter solchen Umständen nicht verwunderlich, wenn die japanische Nachrichtenagentur Domei am 13. März melden konnte, daß in der Provinz Shantung 25 000 Tschungking-Soldaten die Waffen niedergelegt hätten und daß damit sich die Zahl der in dieser Provinz von Tschungking abgefallenen Truppenteile auf etwa 70 000 Soldaten erhöht habe.

Hinsichtlich des Verhältnisses Japans zur Sowjetunion wurde am 25. März ein Protokoll zur Verlängerung des Fischereiabkommens zwischen beiden Staaten unterzeichnet, ein sich regelmäßig jedes Jahr um diese Zeit wiederholendes Ereignis. Hierdurch wird Japans Stellung zum Kommunismus natürlich

123 nicht berührt. Am 2. März erklärte der Chef des militärpolitischen Büros des Kriegsministeriums, Generalmajor Sato, auf Anfrage vor dem Unterhaus, die japanische Wehrmacht werde alles tun, um den Kommunismus möglichst bald in Großostasien ganz auszurotten. Was den Kommunismus in China betrifft, werde die Ausrottung des Kommunismus in enger Zusammenarbeit mit der chinesischen Nationalregierung durchgeführt. Abschließend machte Sato darauf aufmerksam, daß die Antikommunistenbewegung in China ständig zunehme und immer stärker werde.

Während die Politik der Dreierpaktmächte auf der klaren Erkenntnis der Gefahr des Bolschewismus aufgebaut ist und Deutschland und seine Verbündeten im Osten diesen Kampf mit allen Mitteln führen, bemüht sich die englische Politik, eine Einheitsfront mit den USA und allen anderen auf ihrer Seite stehenden Staaten für den Bolschewismus zu bilden. Hier für waren im Monat März zwei Ereignisse höchst bezeichnend, die Veröffentlichung eines Leitartikels in den „Times“ am 10. März und die Reise Edens nach Washington, die sich über die ganze zweite Hälfte des Monats erstreckte und am Ende des Monats noch nicht abgeschlossen war. In dem Leitartikel der „Times“ wurde mit historischen Ausblicken Englands Politik gegenüber dem europäischen Kontinent einer grundsätzlichen Erörterung unterzogen. Diese kam zu dem Ergebnis, daß die alte Gleichgewichtspolitik Englands nicht fortgesetzt werden könne, daß die bisherige Struktur Europas mit ihrem Nebeneinander einiger Großmächte und vieler Kleinstaaten nicht mehr den Forderungen der Zeit entspreche, daß besonders die an den Westgrenzen der Sowjetunion liegenden Staaten sich unbedingt in ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion zu setzen hätten, kurz, daß Europa künftig in zwei Großraumzonen, eine östliche unter sowjetischer und eine westliche unter englischer Führung, zu gliedern haben werde.

Die Reise Edens nach Washington diene offensichtlich neben der Erörterung außereuropäischer Fragen dem Zweck, dieses Europaprogramm Londons den USA schmackhaft zu machen. Eden erklär-

te selbst auf der Pressekonferenz im Weißen Hause am 12. März, daß bei den Verhandlungen über allgemeine Nachkriegsprobleme, denen sich die Alliierten gegenübersehen, die Zusammenarbeit zwischen England, den USA und der Sowjetunion ganz besonders nützlich und sogar unerlässlich sei, wenn die Alliierten nach dem Kriege einen anhaltenden Frieden wünschten. Diese Zusammenarbeit werde die Grundlage eines Systems der Collaboration sein. Reuters diplomatischer Korrespondent führte am gleichen Tage aus, bei Edens Besprechungen werde sicher die Erörterung der Nachkriegsfragen einen großen Platz einnehmen. Hier werde Litwinow, der Botschafter der Sowjetunion, seine Rolle spielen. Man wisse, daß

124 die britische Regierung der Zusammenarbeit mit Rußland nach dem Kriege eine grundlegende Bedeutung zuschreibe.

Es muß auffallen, daß kaum sechs Wochen, nachdem Churchill und Roosevelt sich mit einem großen Stab von Mitarbeitern zehn Tage lang in Casablanca über Kriegs- und Nachkriegsfragen beraten haben, bereits eine neue, alle diese Fragen umfassende Beratung des englischen Außenministers mit Roosevelt und seinen Leuten für nötig befunden wurde. Das zeigt zum mindesten, daß in Casablanca wichtige Fragen ungelöst blieben. Man erinnert sich, daß Stalin weder selbst nach Casablanca ging noch einen Vertreter entsandte und daß Roosevelt und Churchill hierüber öffentlich ihr besonderes Bedauern zum Ausdruck gebracht haben, — ferner daran, daß Stalins Fernbleiben und Schweigen allenthalben so gedeutet wurde, daß Stalin jeder Diskussion über Nachkriegsprobleme, d. h. über seine wirklichen Kriegsziele, aus dem Wege gehen wollte. Eden fuhr nun nach Washington, um die Amerikaner dazu zu gewinnen, das in dem „Times“-Artikel vom 10. März verkündete Programm anzunehmen, d. h. zu allen territorialen Forderungen der Sowjets, ebenso wie das England längst getan hat, Ja und Amen zu sagen, weil England sich ganz einfach gezwungen sieht, jeder Forderung Stalins nachzugeben, da die Rote Armee als entscheidender militärischer Faktor angesehen wird, ohne den London jede Aussicht auf einen für England günstigen Ausgang des Krieges entschwinden sehen würde.

Ob Eden in Washington alle seine Ziele erreicht hat, ist zweifelhaft, daß Washington und London aber ganz einfach gezwungen sein werden, sich Stalins Forderungen zu beugen, und daß sie, falls die Rote Armee die deutschen und verbündeten Truppen im Osten niederringen könnte, keineswegs in der Lage wären, irgendeinen Teil Europas gegen die bolschewistische Flut zu schützen, ist eindeutig; nicht minder, daß Eden, bekanntlich seit je einer der energischsten Verfechter des englischen Imperialismus gegenüber dem nach allen Seiten und in alle Interessensphären Englands ausgreifenden USA-Imperialismus, bei seinen Gesprächen in Washington natürlicherweise am kürzeren Hebel saß.

Für den USA-Imperialismus seien zwei bezeichnende Pressestimmen zitiert: die bekannte USA-Vierteljahresschrift „Foreign Affairs“, das führende Blatt der USA auf dem Gebiete der außenpolitischen Publizistik, und ein Artikel der türkischen Zeitung „Cumhuriyet“. Die „Foreign Affairs“ also beschäftigten sich mit dem Vordringen der USA in Afrika. Die USA, so schrieb das Blatt, interessierten sich heute bereits nicht nur für Nord- und Westafrika, sondern auch in immer höherem Maße für O s t a f r i k a. Ein Beweis hierfür sei die im vergangenen Jahr erfolgte Errichtung eines USA-

125 Stützpunktes im Gebiet von Massaua und Asmara in Italienisch-Ostafrika. Die USA-Regierung habe zwar erklärt, sie erhebe keinerlei territoriale Ansprüche auf irgendeinen Teil von Ostafrika, aber das Vorhandensein eines solchen USA-Stützpunktes erhöhe das Gewicht der amerikanischen Politik in Abessinien und sei „ein weiterer Grund für die USA, sich in die britische Politik gegen die wiedereingesetzte Regierung Haile Selassies einzumischen“. Die USA-Regierung werde wahrscheinlich sehr bald die diplomatischen Beziehungen zu Haile Selassie wieder aufnehmen und konsularische Vertretungen in Addis Abeba und anderen abessinischen Städten einrichten. Diese konsularischen Vertretungen würden die Aufgabe haben, „dringend benötigte Informationen über ein Gebiet zu erlangen, das für uns Amerikaner plötzlich in den Vordergrund des Interesses gerückt ist“. Auf Grund des Prestiges der USA würden, so meint das Blatt, die amerikanischen Diplomaten besonders geeignet sein, eine enge Zusammenarbeit zwischen den Abessiniern und den Westmächten zu fördern.

Die türkische Zeitung aber erörterte den verstärkten Ausbau der amerikanischen Positionen im Nahen Osten, im Irak und nun auch in Ägypten, wo die Amerikaner ihre Streitkräfte mittlerweile auf die Zahlenstärke der Engländer gebracht hätten. In Ägypten hätten sie darüber hinaus am 2. März durch ein Abkommen ihre selbständige Gerichtsbarkeit erreicht. Damit stünden dort heute zwei voneinander getrennt verwaltete und gleichberechtigte Armeen, die britische, die sich aus den verschiedensten Elementen zusammensetze, und die amerikanische, die eine vollkommene Einheit in sich bilde. Dergleichen hält diese Entwicklung von großer Bedeutung für Ägypten, das seit 1882 von den Engländern

besetzt sei und trotz aller unterzeichneten Verträge die versprochene Unabhängigkeit nicht erlangen konnte. Innerhalb von zwanzig Jahren hätte nach ihnen eine ägyptische Nationalarmee gebildet werden sollen, aber niemand anders als Gott allein wisse, ob die Schaffung dieser Armee in zehn oder in fünfzig Jahren verwirklicht werde. Denn mit ihrem Bestehen hätte England Ägypten wahrscheinlich Lebewohl sagen müssen. So habe sich die Bildung eines ägyptischen Heeres verzögert und die englische Besatzungsperiode verlängert. Nun aber habe England durch diesen Krieg begriffen, daß es sein Empire dank der Hilfe der USA behalten könne. Mit dem Pacht- und Leihgesetz breite Amerika wie überall so auch in Ägypten seinen Einfluß aus. Es fragt sich nun, ob Ägypten durch die Lieferung amerikanischer Waffen jetzt zu seiner Nationalarmee komme. Besondere Aufmerksamkeit verdiene, daß Amerika überall dort, wo es eindringe, sehr schnell in die Positionen gelange, die England nur durch große Anstrengungen in den letzten Jahren erringen konnte. Amerikas Vorrücken im Nahen Osten werde als ein gutes Zeichen

126 angesehen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß die Besatzungsarmeen eines Tages alle zusammen abziehen werden. Man müsse sich fragen, ob die Entwicklung nicht derartig verlaufe, daß an Stelle der englischen Armee, auf deren Abzug man seit Jahren warte, nicht eine andere, nämlich die amerikanische, bleiben werde.

Im Monat März wurde ferner bekannt, daß die USA mit der Südafrikanischen Union und mit Britisch-Indien über den Abschluß von Abkommen, über die Eingliederung in das Pacht- und Leihabkommen verhandelten, das bekanntlich für die USA überall ein Instrument wirtschaftlicher Durchdringung und politisch-militärischer Stützpunktbildung darstellt.

Im Verhältnis der USA zur Sowjetunion gab es am 9. März einen bezeichnenden Zwischenfall. Roosevelts Botschafter in Moskau, Admiral Standley, erklärte auf einer Pressekonferenz amerikanischer und britischer Journalisten: „Seitdem ich hier bin, habe ich in der russischen Presse sorgfältig nach einer Anerkennung der Tatsache gesucht, daß Rußland nicht nur durch das Leih- und Pachtabkommen, sondern auch durch das amerikanische Rote Kreuz und die russisch-amerikanische gegenseitige Hilfe materielle Unterstützung erhält. Und bis heute habe ich keinerlei Anerkennung dieser Tatsache gefunden.“ Nach der Ursache befragt, die seiner Meinung nach die sowjetischen Behörden bewegen könnten, das sowjetische Volk nicht über diese Hilfe zu unterrichten, antwortete Standley: „Es scheint so, als ob sie im In- und Ausland den Eindruck erwecken wollen, daß sie diesen Krieg allein durchführen mit ihren eigenen Mitteln. Und sie wollen nicht irgendwelche fremde Hilfe, von woher sie auch kommen mag, zugeben.“

In Washington beeilte man sich, hierzu offiziell zu erklären, der Botschafter habe diese Äußerung ohne jeden amtlichen Auftrag ganz aus eigener Initiative getan, — aber abgerufen wurde Standley, wie dies von verschiedener Seite gefordert wurde, trotzdem nicht. Man darf seine Äußerungen wohl im Rahmen der USA-Bemühungen sehen, Moskaus eisiges Schweigen zu brechen.

Derselbe Roosevelt, der sich Stalin unterwirft, läßt aber auch den New Yorker Erzbischof Spellman nach Europa, Afrika und dem Nahen Osten reisen, angeblich zu rein kirchlichen Zwecken, in Wirklichkeit mit politischen Aufträgen des Weißen Hauses, nicht zuletzt auch mit solchen propagandistischen Charakters. Spellman erklärte in einer Ansprache an die USA-Truppen: „Unsere Kriegs- und unsere Friedensziele sind kein Geheimnis. Unsere Verbündeten, unsere Feinde und die ganze Welt wissen, daß die Weltherrschaft nicht ein amerikanisches Kriegs- oder Friedensziel ist. Wir Amerikaner wünschen

127 glühend, unsere Freiheit, unsere eigene Regierungsform und unsere Lebensrechte zu erhalten. Wir verteidigen ein Leben in Frieden mit Gott und den Nachbarn. Unsere Kriegs- und Friedensziele sind also die Verteidigung gegen eine totalitäre Weltordnung, die uns anwidert. Die amerikanische Kriegs- und Friedensziele repräsentieren die Wünsche und Hoffnungen aller freiheitsliebenden Völker.“ — Mit solchen salbungsvollen Propagandareden aus bischöflichem Munde werden offenbar zweierlei Ziele verfolgt. Man will einmal das Bündnis mit dem Bolschewismus mit einem moralischen Feigenblatt versehen, zum anderen den USA-Bürgern klarmachen, daß die schweren Opfer, die Roosevelts jüdischer Krieg von ihnen fordert, höchsten Zwecken dienen. Wie sehr die Einwohner von „Gottes eigenem Lande“ für Roosevelts Krieg, der sie im Grunde gar nichts angeht, opfern sollen, zeigen Ausführungen, die einer der Hauptmitarbeiter Roosevelts, Harry Hopkins, in der Zeitschrift „American Magazine“ von Ende März gemacht hat. Er schrieb dort, der amerikanische Bürger müsse sich in den nächsten Monaten mindestens bis zum Kriegsende auf folgende Maßnahmen gefaßt machen: „Jeder muß arbeiten, und niemand darf seine Stellung in einem kriegswichtigen Betrieb verlassen. Niemand darf mehr streiken. Zwangsweises Sparen und hohe Steuern werden die Kaufkraft auf ein

angemessenes Maß zurückschrauben. Die Rationierung wird sich auf Lebensmittel, Kleidung, Wohnung und Art der zugelassenen Geschäftsbetriebe erstrecken. Benutzung der Eisenbahnen, das Senden von Telegrammen und Anmeldung von Ferngesprächen wird nur bei nachgewiesener Notwendigkeit gestattet. Jede Universität und jede Hochschule wird ausschließlich zur Ausbildung von Soldaten für Heer und Marine verwandt werden. Schüler, die auf den Gymnasien nicht unterkommen, müssen abgehen und in die Kriegsproduktion eingereiht werden. Das Gleiche gilt für Frauen und Mädchen. Sie sollen nicht, wie in Sowjetrußland, an die Front geschickt werden, aber sie können die Flak in allen Küstenstädten bedienen. Fremdenzimmer und sonstige unbenutzte Räume müssen vermietet werden. Manche prominente Damen der Gesellschaft werden Inhaberinnen einer Pension werden. Niemand wird mehr in Luxus leben können. Wir werden gezwungen sein, auf alles außer dem Notwendigen zu verzichten. Die meisten werden weniger zu essen bekommen als die Soldaten. Bald wird es keine Konserven mehr geben, und die Fleisch- und Milchprodukte werden rationiert werden müssen. Der Verbrauch von elektrischer Kraft muß aufs schärfste gedrosselt werden. Sämtliche Haushalts- und Gartengegenstände aus Metall werden nicht mehr zu kaufen sein. Sämtliche Eisschränke werden knapp. Kaminanlagen in Hotels, Theatern, Warenhäusern, ja auch in Bürogebäuden werden ausgebaut werden, da wir die großen Kompressoren zur Herstellung von künstlichem Kautschuk benötigen. Ende 1944 wird es keine neuen Telefonapparate mehr geben. Die

128 Wäsche muß fortan zu Hause gewaschen werden. Jedes Metall im Hause und in den Läden muß abgegeben werden, ebenso sämtliche Gummiwaren. Es darf nicht mehr sein, daß jemand, der ein Paar alte Gummischuhe abgibt, in ein Geschäft geht und sich neue kaufen kann. Wenn die Einzelhandelsgeschäfte infolgedessen schließen müssen, um so besser, dann können die Verkäufer in die Kriegsarbeit eingeschaltet werden. Leute, die bisher 10 000 Dollar im Jahre verdienten, werden kriegswichtige Stellen für 3000 Dollar übernehmen müssen. Wenn sie dadurch die Raten für die Lebensversicherung nicht mehr durchhalten können, müssen sie eben auf diese Versicherung verzichten. Der Soldat bekommt ja auch nur 50 Dollar im Monat.“ Hopkins schließt seine Ankündigungen mit dem Trost: „Es wird viele Opfer und Schmerzen, aber auch viel Aspirin geben.“

Am 13. März nahm das USA-Repräsentantenhaus mit 268 gegen 131 Stimmen ein Gesetz an, durch das die nationale Schuldengrenze, die beim Amtsantritt Roosevelts etwa 30 Milliarden betrug, auf 210 Milliarden Dollar erhöht wurde. Man sieht, dieser Krieg kommt die Amerikaner teuer zu stehen, und es wird sich noch zeigen müssen, wie lange sie gewillt sind, Roosevelt trotzdem zu folgen.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1943

April-Lieferung
(Nr. 87/88 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Reichsminister Dr. Goebbels zum Geburtstag des Führers

Reichsminister Dr. Goebbels hielt am Vorabend des Geburtstages des Führers folgende Ansprache:

- 82 Das deutsche Volk begeht diesmal den Geburtstag des Führers in einer besonders ernsten Haltung und Stimmung. Der Krieg hat in seinem vierten Jahre sein bisher härtestes Stadium erreicht, und ein Ausweg aus seinen Belastungen und Leiden oder sein Ende ist vorerst noch nirgendwo zu entdecken. Die ungeheuren Dimensionen seines politischen und militärischen Geschehens umspannen jetzt schon alle fünf Kontinente, und wohin man blickt, werden die Menschen und Völker von seinen Schmerzen und Opfern geschlagen. Es gibt kaum noch ein Land, das von den schweren politischen und wirtschaftlichen Begleiterscheinungen dieses gewaltigen militärischen Dramas verschont geblieben wäre. Hier und da machen sich sogar nerven- und charakterschwache Kritiker der Zeit in den am wenigsten am Krieg beteiligten Staaten ans Werk, die weitere Lebensfähigkeit und den weiteren Bestand der menschlichen Kultur und Zivilisation überhaupt in Frage zu stellen und mit sorgenvollem Fleiß auszurechnen, was von dem stolzen Erbe, das die heute lebende Generation der Völker von ihren Vorfahren übernommen hat, am Ende dieses Krieges noch übriggeblieben sein werde. Man vergißt in den Sorgen und Belastungen unserer Tage allzu leicht, daß dieser Krieg im Gegensatz zu allen ihm vorangegangenen, ob ausgesprochen oder unausgesprochen, einen durchaus völkischen und rassischen Charakter trägt. Deshalb wird er auch auf beiden Seiten mit einer so zähen Erbitterung durchgekämpft. Die daran beteiligten Völker wissen genau, daß es diesmal nicht um eine mehr oder weniger wichtige oder auch belanglose Grenzkorrektur, sondern um ihr nationales Leben geht. Das haben sich wohl die Väter und ruchlosen Verursacher dieses gigantischen Völkerringens nicht träumen lassen, als sie im September 1939 zum Schwert griffen, um zu verhindern, daß die deutsche Stadt Danzig wieder in den Verband des Reiches zurückkehrte. Auch hier hat ein kleiner Anlaß eine weltweite Wirkung erzielt. Und trotzdem wäre es falsch, darin auch die eigentliche Ursache dieses Krieges sehen zu wollen. Es gab damals auf selten unserer Gegner tausend Möglichkeiten, unseren berechtigten nationalen Forderungen Genüge zu tun, ohne auch nur die geringste Einbuße an
- 83 Macht, Ansehen und Prestige zu erleiden. Man hat das auf der Feindseite nicht gewollt. Man wollte den Krieg, weil Deutschland, wie der gegenwärtige englische Premierminister schon 1936 zynisch erklärte, zu stark geworden war. Das europäische Kräftebild hatte auf die natürlichste Weise, und zwar nicht so sehr durch unser Handeln, als vielmehr und in der Hauptsache durch unser bloßes nationalpolitisches Vorhandensein, eine Verschiebung erfahren. Damit glaubte England sich nicht abfinden zu können. Es warf seine nationale Existenz in die Waagschale der Entscheidung und muß nun im Verlaufe von etwas über dreieinhalb Jahren Krieg zu seinem Entsetzen feststellen, daß es diese, ohne auch nur das Geringste von seinen Kriegszielen erreichen zu können, Stück für Stück preis- und verlorengehen muß.
- Es erscheint hin und wieder notwendig, an den Ausgangspunkt des Krieges zurückzukehren, um seine weitere Entwicklung zu seinem heutigen dramatischen Höhepunkt begreifen und verstehen zu lernen. Eine gleisnerische feindliche Propaganda ist unentwegt an der Arbeit, seine Ursachen mit ihren Schmutzfluten zu überspülen, die liberal-demokratischen Phrasen und Redensarten von gestern vergessen zu machen, sie durch neue, verführerische Thesen von heute zu ersetzen und dabei die Schuldigen zu Unschuldslämmern und die Schuldlosen an diesem großen Unglück zu den eigentlichen Schuldigen zu stempeln. Wir brauchen demgegenüber nur darauf zu verweisen, wie viele, leider vergebliche Versuche der Führer vor Ausbruch dieses Krieges unternommen hat, um die Rüstungen auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen und auf diese und jede nur erdenkbare andere Weise das von ihm sonst mit absoluter Sicherheit vorausgesehene Völkerdrama womöglich doch noch zu vermeiden, ja wie oft er diese Versuche auch noch während des Krieges wiederholt hat, um ihn zum ehestmöglichen Zeitpunkt zu beenden. Es war alles umsonst. Die gewissenlosen Kreise, die diesen Krieg mutwillig, zynisch und frivol vom Zaune gebrochen hatten, wollten und wollten ganze Sache machen. Was schert sie das Leid und Unglück der Völker, ihre eigenen Völker mit eingerechnet, wenn sie nur ihrem verbrecherischen Trieb nach persönlicher Bereicherung und damit schrankenloser Machtentfaltung über alle Länder und Kontinente frönen können! Sie sind nicht, wie wir, aus dem Volke hervorgegangen. Sie werden deshalb auch niemals für die eigentlichen Interessen selbst ihrer eigenen Völker Verständnis aufbringen können. Aus ihrer volksfremden, um nicht zu sagen volksfeindlichen Gesinnung entspringt ihr brutaler Zynismus, und daher rührt auch ihr infernalischer Haß gegen die nationalsozialistische Volksbewegung, gegen das nationalsozialistische deutsche Volk und Reich und vor allem gegen den Führer selbst. Sie betrachten ihn
- 84 als einen Eindringling in die Bezirke der staatlichen Führungsgeschäfte, die für sie immer gleichbedeutend sind mit Volksbetrug und Geldherrschaft. Es gibt nichts Schamloseres und Ekelregenderes, als sie von Freiheit und Würde der Menschheit reden zu sehen, sie, die, wo sie nur eine Gelegenheit dazu

erspüren, die Freiheit der Menschen mit Füßen treten und ihre Würde mit dem Blut unschuldiger Kinder selbst ihrer ehemaligen Verbündeten färben. Sie führen die Begriffe eines höheren Menschentums vergeblich im Munde. Sie wagen es vor ihren eigenen und den anderen Völkern nicht einzugehen, und doch ist dem so: Sie haben diesen Krieg planmäßig vorbereitet und ihn im ihnen geeignet erscheinenden Augenblick provoziert, um den ersten Versuch der Bildung wahrer Volksstaaten in Europa damit zu torpedieren und ihn unter der Reaktion ihrer plutokratischen Freibeuterei zu ersticken. Das ist die Ursache, der Anlaß, der Grund und ihr Ziel dieses Krieges.

So wie auf der Feindseite die uns verhaßte Welt durch Menschen personifiziert wird, so auch durch Menschen auf unserer Seite die von uns geliebte und verteidigte. Es liegt in der Natur der Sache eines so gigantischen Krieges, daß der, der ihn führt und repräsentiert, ihm auch seinen Namen gibt. Und nicht nur das. So wie dieser sein Glück und seinen Erfolg doppelt und dreifach empfindet, so trägt er auch an seinem Unglück und an seinem schweren Schicksal doppelt und dreifach schwer. Naive Gemüter mögen sich in normalen Friedenszeiten das Regieren und Führen leicht und bequem vorstellen, in Kriegszeiten mit den Belastungen der geschichtlichen Verantwortung, wie diese sie mit sich bringen, werden selbst sie in den kritischen Stunden von dem dunklen Gefühl angesprochen, daß der am besten fährt, der ganz unten steht und nur zu gehorchen braucht, und der am schwersten trägt, der ganz oben steht und befehlen muß. Hier paßt das Bild vom Atlas, der die Welt auf seine Schultern nimmt. Gewiß gibt es keine große Persönlichkeit in der Geschichte, die nicht auch einmal von dem berauschenden Bewußtsein erfüllt gewesen wäre, Völkerschicksale wie Ton in des Schöpfers Hand zu halten. Ungleich viel zahlreicher aber waren und sind immer die Stunden eines erbitterten und leidvollen Ringens mit der Verantwortung für geschichtliches Werden, eines stummen und zähen Kampfes mit manchmal übermenschlich scheinenden Kräften widriger Umstände und unverdienter harter Schicksalsschläge, die oft und oft ein kunstvoll errichtetes Gebäude der Planung unter seinen Trümmern begraben und damit den schon nahe winkenden Erfolg wieder zunichte machen.

Man spricht so leicht in Gesprächen und schreibt so leicht in Artikeln vom Beginn oder vom Ende einer

85 militärischen Krise. Aber nur der weiß zu ermessen, was das bedeutet, der sich einer wichen ein einziges Mal nur mit der Kraft des eigenen starken Herzens entgegengeworfen hat. Durcharbeitete Tage und durchwachte und zersorgte Nächte schreiben in solchen Wochen und Monaten ihre unverkennbaren Züge in sein Gesicht. Das Leid und die Schmerzen der einzelnen Menschen türmen sich vor ihm bergehoch zum Leid und Schmerz des ganzen Volkes auf, und während der Geführte nur an seinem eigenen Schicksal trägt, so schwer es manchmal auch sein mag, trägt der Führer das Schicksal der ganzen Nation. Auf ihn richten sich in kritischen Zeiten Millionen Augenpaare, um aus seinem Gesicht Trost und Hoffnung zu schöpfen, um aus der Festigkeit seines Ganges, aus der Sicherheit seiner Gesten und aus der Zuversichtlichkeit seines Auftretens das zu schließen, wozu die Gespanntheit der Lage keine anderen Ausdrucksmöglichkeiten freigibt. Es ist schon oft gesagt worden, daß der Führer für uns alle ein Abbild des deutschen Volkes darstelle. Das stimmt in einem überraschenderen Sinne, als wir uns das meistens klarmachen. Könnte man das Gesicht unseres Volkes nachzeichnen, es würde im Verlauf dieses Krieges wahrscheinlich dieselben tiefen Wandlungen aufzuweisen haben, die wir mit ernstem Stolz am Gesicht des Führers feststellen. Die Züge der Härte, der Entschlossenheit, aber auch eines tiefen Leidens um das Volk und im weiteren Sinne um die Menschheit, die ganz gegen seinen Willen und seine Absichten so Bitteres und Schweres ertragen und erdulden müssen, sind hier unverkennbar geworden. Es könnte fast zynisch wirken, damit das dummdreiste und frivole Grinsen zu vergleichen, das der gegenwärtige Leiter der britischen Politik bei seinem öffentlichen Auftreten zur Schau zu tragen beliebt. Man braucht angesichts dieser eklatanten Verschiedenheit nicht lange zu fragen, wem von beiden der Krieg Freude bereitet und wer ihn deshalb vermutlich auch gewollt und provoziert hat. Das Gesicht allein schon verrät den Schuldigen. Trotz all ihres Geschreis haben unsere Feinde es nicht fertigbringen können, die starke magische Gewalt der Persönlichkeit des Führers auf die übrige Welt zum Stillstand zu bringen. Sie wirkt sich täglich mehr und mit wachsender Kraft aus. Eine Zeit, die wie die unsere so arm an ganz großen menschlichen Erscheinungen ist, wird eine solche bei uns auch auf der Seite des Gegners zum Gegenstand der Bewunderung machen. Nicht umsonst schütten die angelsächsischen Agitatoren ihre Lügen und Verleumdungen täglich über Namen und Werk des Führers aus. Sie wissen, daß sein Programm und Ziel sich auf eine ganz natürliche Weise allüberall und selbst in ihren eigenen Ländern durchzusetzen beginnen. Ein Volk kann kein größeres Kapital sein eigen nennen, als das einer überragenden, über die Zeit hinaus wirkenden Persönlichkeit, die auf die Dauer Freund und Feind in ihren Bann zwingt.

86 Es wird vielfach auch im deutschen Volke beklagt, daß der Führer, vor allem während des Krieges selbst, obgleich der bestimmende Faktor des ganzen politischen und militärischen Geschehens, fast vollkommen hinter sein Werk zurücktritt. Er steht dabei in sprechendstem Gegensatz zu der Praxis der Alltagserscheinungen auf der Gegenseite, die keine Gelegenheit versäumen, sich im vollen Rampenlicht der Bühne der Weltöffentlichkeit zu zeigen. Sie haben das offenbar nötig und empfinden wohl auch einen gewissen Zwang dazu aus der Erkenntnis heraus, daß ihr Leben und Wirken vermutlich ihre eigene Zeit nicht allzu lange überdauern werden. Männer von wirklichem geschichtlichem Format sind über solche Überlegungen erhaben. Sie schöpfen ihre tiefsten Kräfte nicht aus dem wandelbaren Beifall dessen, was man Publizität nennt. Diese entspringen vielmehr der Dämonie ihres historischen Auftrags, den sie nach einem höheren Gesetz erfüllen. Wir kennen kein Beispiel in der Geschichte der Völker, daß eine überragende menschliche Leistung ohne Heimsuchung durch schwerste Schläge des Schicksals vollbracht worden wäre. Im Gegenteil scheint sich an der Härte und Unerbittlichkeit der Prüfungen, denen sie unterworfen wird, erst ihr innerer Rang erproben zu wollen. Wenn wir in den vergangenen zwei furchtbaren Wintern im Osten den Führer an der Spitze seiner Wehrmacht und seines Volkes den Kampf gegen ein fast übermächtiges Schicksal aufnehmen und bestehen sahen, so fühlen wir uns dabei an die ergreifendsten und bewegendsten Kapitel unserer preußisch-deutschen Geschichte erinnert. Er und wir alle brauchen uns dieses Vergleiches nicht zu schämen. Wenn das deutsche Volk im Spätherbst 1918 infolge des vollkommen charakterlichen Versagens seiner Führung schwach wurde und damit das größte Unglück über das Reich heraufbeschwor, so hat der Führer mit seinem Volke in diesen zwei Wintern bewiesen, daß er und mit ihm wir alle bereit und entschlossen sind, den geschichtlichen Fehler von damals wiedergutzumachen und gerade dafür den Preis des großen Sieges heimzubringen.

Es ist für den Sprecher nicht ganz leicht, die Persönlichkeit des Führers zu seinem vierten Geburtstag im Kriege in richtigem Verhältnis zu den gigantischen Ereignissen, deren Zeugen wir sind, in Erscheinung treten zu lassen. Er selbst steht nach eigenem Willen vollkommen hinter seinem Werk, das in der Vollendung begriffen ist. So sehr wir diese Tatsache auch im einzelnen manchmal bedauern mögen, so ist er doch gerade in dieser gänzlich unaufdringlichen Lebens- und Schaffensweise unseren Herzen nur um so näher gekommen. In den großen berausenden Siegesphasen dieses Krieges haben wir ihn bewundert und verehrt; heute, da er sich mit zäher Verbissenheit gegen auch manchmal harte und schmerzhaft

87 Schläge des Schicksals behauptet und durchkämpft, haben wir ihn erst ganz aus der Tiefe unseres Herzens lieben gelernt. Welch eine tröstliche Gewißheit muß es einem Volke geben, an der Spitze der Nation einen Mann zu sehen, der die ganze Unerschütterlichkeit des festen Glaubens an den Sieg für alle sichtbar verkörpert! Hier ist keine Spur von der bei unseren Feinden beliebten Phrasenhaftigkeit und Großsprecherei zu entdecken;

hier wird alles auf die Sache selbst ausgerichtet, um die es geht. Sie wird mit dem kühlen Realismus, aber auch mit dem heißen Fanatismus, den sie erfordert, betrieben. Als wir kürzlich in einer Rede im Berliner Sportpalast neben vielen anderen Argumenten für die Sicherheit unseres endgültigen Erfolges in diesem Kriege auch das anführten, daß wir an den Sieg glaubten, weil wir den Führer haben, gingen uns einige Wochen später gerade von der Front Ströme von Briefen zu, geschrieben zumeist in heißumkämpften Stellungen, Bunkern und Erdlöchern, die diesen Beweis gegenüber allen anderen, nur rein sachlichen, als den überzeugendsten empfanden. Wir wissen heute noch gar nicht zu ermessen, was das für uns als kriegführende Nation bedeutet. Man huldigt vielfach, zumal in diesem Kriege der technischen Waffen, der Ansicht, daß die endgültige Entscheidung ausschließlich durch die Fülle und Güte des Materials gefällt werde. Wir wollen seine Bedeutung nicht unterschätzen. Mehr aber noch kommt es auf die seelische Bereitschaft eines kriegführenden Volkes an, alles, auch das Schlimmste, zu ertragen, aber niemals sich vor der Gewalt des Feindes zu beugen. Diese Bereitschaft sehen wir für uns alle im Führer verkörpert. Wie er früher ganz dem Frieden diente, so dient er heute ganz dem Kriege. Er hat ihn nicht gewollt und ihn mit allen nur erdenklichen Mitteln zu vermeiden gesucht; aber da er ihm aufgezwungen wurde, kämpft er ihn auch an der Spitze seines Volkes mit allen Konsequenzen durch. Wie oft sahen wir ihn bei solchen und ähnlichen Anlässen in der Geschichte unserer Bewegung lange einer Auseinandersetzung aus dem Wege gehen, die er für überflüssig, ja schädlich hielt, sie dann aber mutig auf sich zu nehmen, wenn sie unvermeidlich geworden war, und immer auch trotz aller manchmal unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten siegreich zu Ende zu führen. So wird es auch hier sein. Wenn wir uns am heutigen Tage zum Vorabend seines 54. Geburtstages wieder nach alter Sitte um ihn versammeln, um ihm als einiges und geschlossenes Volk in Ehrfurcht und Dankbar-

keit unsere Grüße und alle nur erdenkbaren guten Wünsche für seine Person und sein geschichtliches Werk entgegenzubringen, so tun wir das in diesem Jahre im Gefühl eines besonders gläubigen Vertrauens. Die Gefahr, die uns umgibt, hat uns nicht schwach, sondern hellhörig gemacht. Wenn ein Volk für sein Weiterleben große Risiken auf sich nehmen

88 muß, dann tut es gut daran, den Teufel des Zweifels und der Zwietracht zu verbannen und sich standhaft auf seine geschichtliche Aufgabe zu konzentrieren. Es ist nicht immer möglich, jedem einzelnen diese Aufgabe in all ihren weiten Verzweigungen vor Augen zu führen. Er muß sie deshalb im Wyien und Befehl des Führers ausgedrückt finden. Vertrauen ist die beste moralische Waffe im Kriege. Erst wenn sie zu fehlen begänne, dann wäre der Anfang vom Ende gekommen. Wir sehen weit und breit nicht den geringsten Grund zu solcher Besorgnis. Sie existiert nur in den propagandistischen Wunschträumen unserer Feinde. Je größere Hoffnungen sie auf die moralische Anfälligkeit des deutschen Volkes setzen, desto schwerere Enttäuschungen werden sie dabei erleben. Daß wir nicht jeden Tag davon reden, ist kein Beweis dafür, daß dem nicht so wäre. Vom Selbstverständlichen pflegt man im allgemeinen nicht viel zu sprechen. Wenn etwas für uns Deutsche aber selbstverständlich geworden ist, dann die treue und bedingungslose Gefolgschaft aller an der Front und in der Heimat zu dem Manne, der für uns heute nicht nur die Sicherheit der deutschen Gegenwart, sondern auch die Anwartschaft auf die deutsche Zukunft verkörpert.

Ich sage das im Namen des ganzen deutschen Volkes, als dessen Sprecher ich mich in dieser Stunde mehr denn je fühle. Ich sage das im Namen von Millionen Soldaten aller Waffengattungen, die an der Front ihre harte Pflicht erfüllen, von Millionen Arbeitern, Bauern und Geistesschaffenden, sowie von Millionen Frauen, die die Schwere des Krieges mit Geduld und tapferer Haltung tragen, vor allem aber auch für die ganze deutsche Jugend, die mit Stolz seinen Namen führt. Als Volk von neunzig Millionen legen wir heute erneut unser Bekenntnis zu ihm ab. Wir glauben an den großen deutschen Sieg, weil wir an ihn glauben. Aus der tiefsten Tiefe unserer Herzen steigen unsere heißen Wünsche für ihn auf. Gott gebe ihm Gesundheit, Kraft und die Gnade des Entschlusses! Treu und unbeirrt wie immer sonst wollen wir ihm folgen, wohin er uns führt. Er ist unser Glaube und unsere stolze Hoffnung. Festen Schrittes wollen wir den Weg in die Zukunft beschreiten, den seine Hand uns weist. Ein Volk, das einen solchen Führer sein eigen nennt und ihm mit einer so bedingungslosen Treue anhängt, ist zu Großem berufen. Es muß das Große nur unentwegt wollen. Wir alten Mitkämpfer des Führers aber stellen uns in dieser Stunde ganz nahe zu ihm und bilden um ihn wieder den festen Ring, mit dem wir ihn immer noch in den großen Schicksals- und Entscheidungsstunden unseres geschichtlichen Kampfes umgaben. Zu ihm gehören wir. Uns rief er als erste. Oft gingen wir mit ihm durch Not und Gefahr; am Ende des Weges stand immer das leuchtende Ziel. Auch heute. Wir wollen es nie aus dem Auge verlieren. Mit festem Blick darauf kämpfen

89 und arbeiten wir, sind wir alle allen ein Beispiel des Glaubens und der Tapferkeit des Herzens, der unbeirrbareren Festigkeit der Gesinnung, die alte Garde der Partei, die niemals wankt. Als Vortrupp unseres Volkes rufen wir dem Führer in dieser Stunde zu, was noch jedesmal als Wunsch und Bitte zu seinem Geburtstage unsere Herzen bewegte:

Er möge uns auch in Zukunft bleiben, was er uns heute ist und immer war: unser Hitler!



Innenpolitik

90 Das Ereignis, das im Monat April am meisten die Gemüter des deutschen Volkes bewegte, war der Geburtstag des Führers. Dieser Tag wurde der Zeit entsprechend ernst und ohne große öffentliche Feiern begangen. Dennoch aber waren alle Deutschen mit ihren Herzen am 20. April bei dem Führer,

der auch diesmal wieder ohne Unterlaß im Hauptquartier arbeitete und seinen Pflichten nachging. Am 19. April würdigte Reichsminister Dr. Goebbels in einer Feierstunde in der Philharmonie zu Berlin die historische Sendung und säkulare Persönlichkeit des Führers und überbrachte ihm als Sprecher des ganzen deutschen Volkes die Glückwünsche der Nation, die in diesem Kriege fester als je und in unwandelbarer Treue und Liebe zu ihrem Führer steht. Der Krieg, so sagte Dr. Goebbels, habe in seinem vierten Jahre sein bisher härtestes Stadium erreicht, und ein Ausweg aus seinen Belastungen und Leiden oder sein Ende seien vorerst noch nirgendwo zu entdecken. Die ungeheuren Dimensionen seines politischen und militärischen Geschehens umspannen jetzt schon alle fünf Kontinente und wohin man blicke, werden die Menschen und Völker von seinen Schmerzen und Opfern geschlagen. In dieser Zeit komme es auf die seelische Bereitschaft jedes kriegführenden Volkes an, alles, auch das Schwerste zu ertragen, niemals aber sich vor der Gewalt des Feindes zu beugen. Diese Bereitschaft sehe das deutsche Volk im Führer verkörpert. Wie Adolf Hitler früher ganz dem Frieden gedient habe, so diene er heute ganz dem Kriege. Er habe diesen Weltbrand nicht gewollt und ihn mit allen nur erdenklichen Mitteln zu vermeiden gesucht. Da er ihm aber aufgezwungen wurde, kämpfe er ihn auch an der Spitze seines Volkes mit allen Konsequenzen durch. Wenn etwas für uns Deutsche heute selbstverständlich geworden sei, dann die treue und bedingungslose Gefolgschaft aller an der Front und in der Heimat zu dem Manne, der für die deutsche Nation nicht nur die Sicherheit der deutschen Gegenwart, sondern auch die Anwartschaft auf die deutsche Zukunft verkörpert. „Als Volk von 90 Millionen legen wir Deutsche heute erneut unser Bekenntnis zum Führer ab. Wir

91 glauben“, so sagte Dr. Goebbels, „an den großen deutschen Sieg, weil wir an ihn glauben. Aus der tiefsten Tiefe unserer Herzen steigen unsere heißen Wünsche heute für ihn auf.“

Der Reichsmarschall erließ am Geburtstag des Führers einen Aufruf an das ganze deutsche Volk, in dem dieser nächste Mitarbeiter des Führers darauf hinweist, daß sich Adolf Hitler seit Jahrzehnten in angespanntestem Dienst für Volk und Reich aufopfere. Er gönne sich keine Ruhe, auf ihm laste eine fast übermenschliche Arbeitsbürde. Seine schlichte soldatische Haltung, seine rastlose, zu jedem Opfer bereite Pflichterfüllung gelten allen als leuchtendes Vorbild. Das deutsche Volk eifere ihm nach, heute mehr denn je; denn es gehe um Sieg oder Vernichtung.

Ein Tagesbefehl des Reichsmarschalls an die Soldaten der deutschen Wehrmacht wies auf den Soldateneid hin, durch den sich jeder deutsche Soldat in unwandelbarer Treue und Liebe mit dem Führer verbunden fühle. Der Aufruf schloß mit dem Ausdruck des Bewußtseins von der Unüberwindlichkeit der deutschen Waffen und der ewigen Größe des Reiches.

Die deutsche Presse würdigte in Leitartikeln die Persönlichkeit des Führers, dessen staatsmännische und soldatische Leistungen im Mittelpunkt der Aufsätze stehen. In einem Leitartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wurde das Wesen des nationalsozialistischen Führerstaates aus diesem Anlaß klar und scharf umrissen. Es heißt dort, daß der innerste Kern der noch ungeschriebenen Verfassung des nationalsozialistischen Führerstaates in seiner Wesenheit ein Volksstaat sei: Was Führer und Bewegung vom Volke fordern, das ist identisch mit dem, was das Volk von Führung und Bewegung erwartet. „Unter dem Führer Adolf Hitler hat die deutsche Nation“, so fährt der Artikel fort, „angepackt oder schon erreicht, was eines Tages gewagt werden mußte: die Aufrichtung des Reiches aller Deutschen, aller Deutschen im Doppelsinn der geographischen Erfassung und des sozialen Zusammenschlusses. Der Führer war vor 20 Jahren als politischer Denker derjenige, der das Problem der Zeit am klarsten erfaßt hat. Da er seit 20 Jahren immer der Überlegene war, so wird er es gewiß auch dann sein, wenn einmal die Stunde reif sein wird, überlegen in der Formung der neuen Europakarte, die jetzt allmählich aus dem Nebel sichtbar wird.“

Die gesamte europäische Presse würdigte am 20. April die Leistungen und Verdienste des Führers, die heute längst nicht mehr im Rahmen der großdeutschen Dinge gelegen sind, sondern europäisches, ja darüber hinaus weltgeschichtliches Ausmaß gewonnen haben.

92 Im Laufe des Monats April hat der Führer in seinem Hauptquartier eine ganze Reihe von Besprechungen mit den führenden Staatsmännern der Achse und den der Achse befreundeten Nationen geführt. Der Inhalt der Gespräche ist im einzelnen nicht bekannt. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß die Kriegslage erörtert worden ist, darüber hinaus aber Probleme, die durch die Organisation und Neuordnung Europas aufgeworfen worden sind.

Als ersten dieser Besuche verzeichnet die deutsche Presse am 2. April den Empfang des Königs Boris, der in Anwesenheit des Reichsministers des Äußeren von Ribbentrop eine lange und herzliche Aussprache hatte, die im Geiste der traditionellen Freundschaft zwischen Deutschland und Bulgarien verlief.

Eine außerordentlich lange und ausgedehnte Besprechung führte der Führer in den ersten Tagen des April mit dem Duce und den übrigen italienischen Staatsmännern. Drei Tage dauerten die Beratungen und die Namen der teilnehmenden Persönlichkeiten weisen auf die Wichtigkeit gerade dieser Besprechungen hin. Obwohl die politische Lage in dem Kommuniqué an erster Stelle als Gesprächsgegenstand genannt wurde, liegt der Akzent der Parole, die vom Führer und von Mussolini gemeinsam ausgegeben worden ist, in der Unterstreichung des absoluten und kompromißlosen militärischen Siegeswillens. Bemerkenswert ist, daß in dem Kommuniqué nicht nur von der Meisterung der gegenwärtigen politischen Probleme gesprochen wird, sondern von der völligen Beseitigung jeder zukünftigen Gefahr. Dieses Wort „zukünftig“ ist zweifelsohne mit weitausgreifender Überlegung eingefügt worden; denn nicht nur heute droht dem europäisch-afrikanischen Raum die größte Gefahr, sondern es muß darüber hinaus erreicht werden, daß eine solche Gefahr auch in der Zukunft nicht mehr auftreten kann. Das Kriegsziel der beiden Achsenmächte ist das gleiche, wie es am ersten Tage des uns aufgezwungenen Krieges gewesen ist: Vernichtung der Gegner, die uns vernichten wollen; Beseitigung der Feinde, die uns an der Entwicklung unseres Lebens hindern wollen und die im Dienste des internationalen Judentums die völkische Konsolidierung Europas zu hintertreiben versuchen! Aus dieser gigantischen Aufgabe ergibt sich die Mobilisierung aller Kräfte, die gerade in den letzten Wochen und Monaten sowohl in Deutschland wie in Italien, ja in ganz Europa zu einer gewaltigen Steigerung der Rüstung geführt hat. Der Duce war begleitet von dem Chef des italienischen Generalstabes, Armeegeneral Ambrosio, dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Bastianini sowie von Beamten des italienischen Außenministeriums und Offizieren des italienischen Oberkommandos. Mit dem Führer waren zu der Zusammenkunft erschienen Reichsmarschall Hermann Göring, Reichsaußenminister von Ribbentrop, Generalfeldmarschall Keitel, Großadmiral Dönitz und der Chef des Generalstabes des Heeres, General Zeitzier.

93 Wenige Tage darauf, am 12. April, sah der Führer den Staatsführer Rumäniens, Marschall Antonescu, zu einem zweitägigen Besuch bei sich im Hauptquartier. Die beiden Staatsführer bekräftigten ihre feste Entschlossenheit, den Kampf gegen die Feinde Europas unbeirrbar unter Einsatz aller Kräfte bis zum kompromißlosen Siege fortzusetzen. Das rumänische Volk wird Seite an Seite mit den Völkern der Achse den Kampf bis zum Endsieg führen und mit diesem historischen Beitrag zur Befreiung Europas die Grundlage schaffen für die Sicherstellung der Zukunft der rumänischen Nation.

Am 16. April traf der Reichsverweser des Königreiches Ungarn, Nikolaus von Horthy, zu einem zweitägigen Besuch im Führerhauptquartier ein. Es fanden Unterredungen statt, an denen auch der ungarische Generalstabschef, Generaloberst Vitez Ferenó Szombathelyi, teilnahm. In sorgfältiger Abwägung der realistischen Gegebenheiten und im Gefühl der langandauernden deutsch-ungarischen Freundschaft wurde mit diesen Besprechungen ein neuer Stein in das massive Verteidigungswerk gesetzt, das gegen die Bedrohung aus Osten und Westen aufgerichtet worden ist.

Am 19. April empfing der Führer den norwegischen Ministerpräsidenten Vidkun Quisling in seinem Hauptquartier. Bei der Unterhaltung, die in vollem gegenseitigen Vertrauen geführt wurde, ergab sich erneut die beiderseitige Übereinstimmung in der Beurteilung des europäischen Schicksalskampfes. Es kam die unerschütterliche Entschlossenheit zum Ausdruck, zusammenzustehen im Kampf für den Fortbestand der europäischen Kultur, für die Freiheit und das Eigenleben der Völker des europäischen Kontinents und die gemeinsamen großgermanischen Ziele. An der Aussprache nahmen der Reichskommissar Terboven, der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers, der Leiter der Parteikanzlei Reichsleiter Bormann sowie der Reichsführer SS Himmler teil.

Am 22. April empfing der Führer den slowakischen Staatspräsidenten Dr. Tiso, der mit dem slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Tuka, Innenminister Sano Mach und Verteidigungsminister Catlos zu einem Besuch im Führerhauptquartier eintraf. Die Besprechung war von herzlichem Geiste getragen und berührte alle Fragen des europäischen Schicksalskampfes, der beide Völker gegen Bolschewismus und anglo-amerikanische Plutokratie vereint. In dem amtlichen Kommuniqué wird besonders der Kampf der tapferen Verbände des slowakischen Heeres an der Seite der deutschen Armeen hervorgehoben und der feste Bund der Slowakei mit den Dreierpaktmächten, ihre ganze Kraft/Für den Endsieg einzusetzen.

94 Am 18. April wurde die deutsche Öffentlichkeit von bedeutsamen Veränderungen im deutschen diplomatischen Dienst unterrichtet. Auf Vorschlag des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop wurden im Auswärtigen Amt folgende Ernennungen vollzogen: Der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Weizsäcker, wurde zum Botschafter des Reiches beim Vatikan ernannt. Der bisherige Botschafter beim Vatikan, v. Bergen, tritt in den Ruhestand. Zum Staatsse-

ekretär des Auswärtigen Amtes wurde der Gesandte I. Klasse, Dr. Adolf v. Steengracht, ernannt. Der Botschafter im Auswärtigen Amt, Hans Heinrich Dieckhoff, letzter deutscher Botschafter vor Kriegsausbruch in Washington, ist zum deutschen Botschafter in Madrid ernannt worden. Der bisherige Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Unterstaatssekretär Dr. Ernst Woermann, wurde zum Botschafter des Reiches in Nanking ernannt. Der bisherige Botschaftsrat an der Botschaft Madrid, Gesandter I. Klasse, Andor Hencke, wurde zum Unterstaatssekretär und vom Reichsaußenminister zum Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes berufen. Der bisherige Leiter der Rechtsabteilung, Unterstaatssekretär Dr. Friedrich Gaus, wurde zum Botschafter zur besonderen Verwendung des Auswärtigen Amtes ernannt.

Der Krieg gegen Frauen und Kinder wurde von Briten und Amerikanern mit gleicher Heftigkeit und Rücksichtslosigkeit weiter geführt. Sie wollen Europa zerstören, das ist die Auffassung, die man nach der Art der Kriegführung über die britisch-amerikanischen Kriegsziele erhalten muß. In diesen Tagen des April wurde in der deutschen Presse sehr ausführlich ein Buch des Juden Ilja Ehrenburg besprochen, das in England und den Vereinigten Staaten unter dem Titel: „Trust für die Zerstörung Europas“ erschienen ist in diesem Buch wird mit aller Brutalität und Offenheit das ausgesprochen, was das internationale Judentum durch seine Handlanger: die Sowjets, Engländer und Amerikaner durchführen läßt. Die Angriffe der Briten auf Paris, bei denen mehr als 400 Franzosen getötet wurden, auf Antwerpen, wo 2000 Belgier, darunter Hunderte von Schulkindern, ums Leben kamen, sind Zeugnisse dafür, wie rücksichtslos und ohne Wahl die alliierten Mordbrenner gegen Europa wüten. Japan allerdings hat in diesem Monat ein Beispiel gegeben, wie man diesen Gangstermethoden der Piraten aus der Luft wirkungsvoll begegnet. Nach einer korrekten Untersuchung sind in Japan amerikanische Flieger, die am 18. April 1942 bei hellichtem Tage japanische offene Städte angriffen, Schulen und spielende Kinder beschossen, zum Tode verurteilt worden. Das Urteil ist, wie am 22. April d. J. berichtet wurde, nunmehr vollstreckt worden. Überall in der Welt, wo man sich den Sinn für anständigen Kampf, das Unterscheidungsvermögen für Krieg und Verbrechen erhalten hat, besonders aber in den luftbedrohten deutschen Gebieten, billigt man die

95 japanische Aburteilung solchen Banditentums. Es ist nichts anderes als die gerechte Strafe für eine unmenschliche Barbarei.

Eine Angelegenheit, die die deutsche Öffentlichkeit und, danach auch die Weltöffentlichkeit, leidenschaftlich erregt hat, ist die Aufdeckung des bolschewistisch-jüdischen Massenmordes im Walde von Katyn. Dort ist von deutschen Soldaten ein Massengrab von 12 000 polnischen Offizieren gefunden worden, die von den Sowjets und ihren jüdischen Henkersknechten grauenvoll hingeschlachtet wurden. Die Entdeckung dieser Tat hat dem deutschen Volke erneut das wahre Gesicht des Bolschewismus vor Augen geführt, den Polen jede Illusion darüber genommen, was sie bei einem sowjetischen Siege zu erwarten hätten sowie schließlich den europäischen Völkern und der Welt gezeigt, wer die Verbündeten der von schönen Redensarten tiefenden Briten und Amerikaner sind. Dadurch, daß durch polnische Abordnungen, durch eine Kommission aus den bekanntesten europäischen Gerichtsmedizinern und durch zahlreiche Persönlichkeiten des europäischen Kulturlebens, die die Massengräber untersuchten, die Tatsachen erhärtet worden sind, waren die Ablehnungsversuche der Sowjets zwecklos. Die Tat von Katyn wird in der Geschichte einer der vielen Anklagen gegen die Blutschuld des Bolschewismus bleiben.

Der Führer hat Staatssekretär Rothenberger im Hinblick auf seine Berufung in das Justizministerium vom Amt des Präsidenten des Prisenhofes entbunden und an seiner Stelle den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Albert Schmidt-Egk ernannt.

Über die „Schicksalsgemeinschaft Europa“ sprach auf einer großen Kundgebung am 4. April der Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, in der Hauptstadt der niederländischen Provinz Friesland. Dort, in Leuwarden, betonte der Reichsminister, daß alle Europäer in diesen Wochen und Monaten erkennen müßten, daß sie eine Schicksalsgemeinschaft seien, in der sie auf Gedeih und Verderben miteinander verbunden wären und die sie alle zusammen zu verteidigen hätten. Durch die zuchtvolle Ordnung und die Sammlung der Kräfte würden die wichtigsten Grundlagen für den Aufbau einer besseren europäischen Zukunft geschaffen. — Auf einer Großkundgebung am 11. April in Luxemburg sprach Reichsleiter Alfred Rosenberg über den „Reichsgedanken und die Aufgaben der Bewegung“. — Reichsleiter Rosenberg hat nicht nur hier, in Luxemburg, sondern auch am 3. April in München und am 10. April in Köln zum gleichen Thema gesprochen. — Auch die Reichsfrauenführerin wandte sich im April mehrmals an die deutschen Frauen,

96 so am 10. April an die Frauen der luftbedrohten rheinischen Gebiete. In ihrer Rede in Köln betonte sie, daß „die deutsche Frau heute wieder wie in der Kampfzeit, ja sogar darüber hinaus die Kampf-, Arbeits- und Lebensgefährtin des deutschen Mannes sei. Sie schmiede für den Mann die Waffen und sie bleibe trotz aller Arbeit und allen Kampfes die Lebensgefährtin ihres Mannes und die Mutter der deutschen Kinder.“ Gauleiter •Grobe gab der Überzeugung Ausdruck, daß sich der Führer auf die Frauen, die sich im Westen unter Einsatz ihres Lebens bewährt hätten, ebenso felsenfest verlassen könne wie auf die Männer.

Die „Reichsstelle für Arbeitsschutz“ führte im Auftrage des Reichsministers für Bewaffnung und Munition zahlreiche Kurzlehrgänge unter dem Thema „Die Arbeit der Frau in der Kriegswirtschaft“ durch. Bei einem dieser Lehrgänge in Berlin sprach u. a. Reichsarbeitsminister S e l d t e. Er unterstrich die Tatsache, daß Menschenführung und Menschenbetreuung in den Betrieben und damit auch der Arbeitsschutz der deutschen Frau ein Kernproblem unserer gesamten Sozialpolitik seien. Auch die größten Kriegsschwierigkeiten gestatteten es nicht, auf ein bestimmtes Maß dieser Menschenbetreuung zu verzichten. Um aufzuzeigen, daß die Konstitution des Mannes und der Frau naturgemäß verschieden sind und aus diesem Grunde die Arbeitsbedingungen auch verschiedenartig sein müssen, kennzeichnete Obergewerbemedizinalrat Dr. Gerbis diese Wesensunterschiede. Das neue Mutterschutzgesetz, das einmalig in der Welt dastehe, sichere bei aller sonstigen Beanspruchung die größte Leistung der Frau für die Volksgemeinschaft: die Geburt gesunder Kinder. Es folgten Vorträge über Arbeitszeit und Betriebsschutz, über Unfall- und Krankheitsverhütung und schließlich Ausführungen über die Erfahrungen bei dem jetzigen Fraueneinsatz, über die Gesichtspunkte für ihre Auswahl und über ihre Eignung.

Das Oberkommando der Wehrmacht hat nach dem Vorbild des Oberkommandos des Heeres für seinen Bereich die Ausbildung von Stabshelferinnen angeordnet. Der Einsatz der Frauen für die verschiedensten Verwaltungsaufgaben im Kriege hat sich so hervorragend bewährt, daß seine wesentliche Erhöhung zur Ablösung von Soldaten für die Front angeordnet worden ist. Die Uniformierung der in den besetzten Ostgebieten tätigen Stabshelferinnen hat sich als dringend notwendig erwiesen. Bisher waren nur die „Blitzmädel“ in Uniform. Die Pflichten der Stabshelferinnen sind vielseitig. Sie haben nicht nur in der Schreibstube zu arbeiten, sondern müssen sich ständig auch der hohen Verpflichtung bewußt sein, deutsches Frauentum dem Ausland gegenüber würdig zu vertreten. Die Ausbildung erfolgt durch

97 Schulungslehrgänge, die Kenntnisse werden einer Prüfung unterzogen und durch eine Urkunde bescheinigt.

Am 4. April wurde das Ergebnis des letzten Opersonntages des WHW bekanntgegeben. Es beträgt 56179 613 RM gegenüber einem Vorjahrsergebnis von 38 083 696 RM. Diese Steigerung bedeutet eine Zunahme um 47 Prozent. Die Straßensammlung des Kriegs-WHW am 27. und 28. März ergab, wie die deutsche Presse am 14. April veröffentlichte, das Ergebnis von 62700135 RM gegenüber 44 718 552 RM im Vorjahr. In Prozentzahlen ausgedrückt beträgt diese Steigerung 40,21 v. H. Bewundernswert und immer wieder erstaunlich bleiben die Leistungen der Front auf dem Gebiete der Sammelstätigkeit. Nicht genug, daß das Jagdgeschwader Udet bisher 4000 Abschüsse zählte, am Tage dieses ruhmreichen Jubiläums spendete das Jagdgeschwader für das Kriegs-WHW auch noch 50 000 RM. — Die SS-Gebirgs-Division „Nord“ hat, wie ebenfalls im April bekanntgegeben wurde, für das Kriegs-WHW 1942/43 1175 936 RM gesammelt.

Alle bisherigen Sammlungen aber übertraf das Ergebnis des Tages der Wehrmacht, der am 3. und 4. April begangen wurde. An diesem Tage spendete das deutsche Volk 84112 907 RM. Im vorigen Jahre wurden am Tag der Wehrmacht 56980647 RM gesammelt, so daß die Zunahme in diesem Jahre 47,6 Prozent ausmacht. Diese gewaltige soziale Leistung beweist aufs neue die enge Verbundenheit des deutschen Volkes mit seiner Wehrmacht.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung hat unter dem 9. März eine Verordnung zum Schutz von Ehe, Familie und Mutterschaft erlassen, deren Bestimmungen im April bekanntgegeben worden sind. Die Verordnung schließt einige Lücken des geltenden Strafrechts. Sie bestimmt, daß derjenige Ehegatte, der Familienhabe böswillig veräußert oder den anderen Ehegatten schädigt, mit Gefängnis bestraft wird. Auch der Versuch ist strafbar. Die Verordnung sichert ferner die Unterhaltspflichten. Wer seine Frau, seine Kinder oder seine Eltern zu unterhalten hat, darf den Lebensbedarf seiner Angehörigen nicht gefährden und sie auch nicht auf öffentliche Hilfe oder auf die Hilfe anderer verweisen. Auch die Fürsorge und Erziehungspflicht wird schärfer umrissen. Vernachlässigung von Fürsorge- und Erziehungsbefohlenen wird zukünftig mit ernster Strafe geahndet. Ferner sieht die Verordnung

eine ganz erhebliche Verschärfung der Strafvorschriften gegen die Abtreibung vor. Im ganzen gesehen gewährleistet die neue Verordnung dem Kinde als dem wichtigsten Gut des Volkes erhöhten Schutz.

98 Mit dem 1. April ist eine Durchführungsverordnung zum Ehegesetz in Kraft getreten, die es erlaubt, auch noch nach dem Tode eines zur Scheidung berechtigten Ehegatten gerichtlich festzustellen, daß dem Verstorbenen ein Recht zugestanden hat, die Scheidung seiner Ehe wegen Verschuldens des anderen Ehegatten zu verlangen. Damit wird ein Weg geöffnet, noch nach dem Heldentode die Befreiung vom unwürdigen Ehepartner zu sichern. Nach dem Tode darf dieses Verfahren nur vom Staatsanwalt eingeleitet werden, und zwar in besonders schwerwiegenden Fällen, in denen die Gründe des öffentlichen Wohles es erfordern, dem überlebenden Ehegatten die rechtliche Stellung eines verwitweten zu entziehen. Die Folge eines solchen Verfahrens ist, daß der überlebende Ehegatte nicht gesetzlicher Erbe des Verstorbenen, des Gefallenen, sein kann, und daß ihm kein Recht auf Hinterbliebenenbezüge zusteht, sowie daß der Frau außerdem vom Staatsanwalt die Weiterführung des Ehenamens untersagt werden kann.

Um den Reiseverkehr zu Ostern zu drosseln, hatte die Reichsbahn auch in diesem Jahre die Benutzung aller Schnell- und Eilzüge sowie einiger Personenzüge zwischen dem 21. und 25. April vom Besitz einer Zulassungskarte abhängig gemacht. Die gleichen Bestimmungen galten für das Wochenende danach, da der 1. Mai auf einen Sonntag fiel.

Der Reichsführer SS gab bekannt, daß von zahlreichen Reisenden immer noch beim Übertritt verschiedener Binnengrenzen Verstöße vorkommen. Er weist erneut darauf hin, daß beim Übertritt in das Generalgouvernement, in das Protektorat, in die Reichskommissariate Ostland und Ukraine behördliche Durchlaßscheine vorgewiesen werden müssen. Durchlaßscheine werden grundsätzlich nur beim Nachweis eines kriegswichtigen Reisegrundes erteilt. Bei Übertretung dieser Anordnung sind Strafen zu gewärtigen, in besonders schweren Fällen können sogar Zuchthausstrafen ausgesprochen werden.

Die NSK berichtete am 22. April, daß nach einer Verfügung des Führers die überörtlichen Dienststellen des NS-Reichskriegerbundes im Zuge der kriegsnotwendigen Stilllegungsaktionen aufzulösen seien. Die freiwerdenden hauptamtlichen Arbeitskräfte und Arbeitsmittel werden für Aufgaben der Reichsverteidigung eingesetzt. Die Aufgaben des Reichskriegerbundes werden von den Hoheitsträgern der Partei übernommen. Das Vermögen des Reichskriegerbundes wird in einer „Kyffhäuser-Stiftung“ zusammengefaßt. Die vermögensrechtliche Abwicklung der überörtlichen Organisation liegt beim Reichsschatzmeister der NSDAP. Dieser wird dafür Sorge tragen, daß der Wald, der das Kyffhäuser-Denkmal umschließt, im erforderlichen Umfang gekauft und der „Kyffhäuser-Stiftung“ geschenkweise übereignet wird. Der Führer hat dem General Reinhard, der die Leitung der Kyffhäuser-Stiftung übernehmen wird, den Dank für seine geschichtlichen Verdienste um die
99 Zusammenfassung und Ausrichtung der früheren Soldatenbünde und Landeskriegerverbände ausgesprochen.

In der Kriegssachschädenverordnung, deren großzügige Regelung des Entschädigungsverfahrens einmalig ist, wurde auch die Möglichkeit einer Entschädigungsminderung für den Fall vorgesehen, daß ein Geschädigter bei der Entstehung des Schadens mitgewirkt hat. Eine Veröffentlichung des Reichsrichters Dr. Dankelmann in der „Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht“ stellt dieses verschulden an verschiedenen Einzelbeispielen dar. Die Unterlassung der Entrümpelung, fehlendes Löschwasser usw. könnten unter Umständen bei Folgeschäden zur Herabsetzung der Entschädigung führen. Dies gelte auch, wenn der Geschädigte entgegen einer gerechtfertigten Weisung des Luftschutzwartes Kontrollgänge unterlassen habe. Bei einem Brande könne auch die fehlende Mithilfe eines Geschädigten und seiner Hausgenossen ein grobes Verschulden sein, das den Schaden vergrößere. Abschließend wird festgestellt, daß auch ein mitwirkendes Verschulden nicht zur völligen Versagung der Entschädigung führen könne. In der Regel werde das Kriegsereignis doch als zu starke Ursache auch für alle Folgeschäden erscheinen, so daß eine Herabminderung der Entschädigung auf weniger als die Hälfte selbst bei schwerem Verschulden kaum zu rechtfertigen wäre.

Durch eine im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung des Reichsministers der Justiz vom 6. April 1943 haben die Bestimmungen über die Zahlung des Versicherungsbeitrages für den Fall, daß der Versicherungsnehmer in der Schadensversicherung an der Fortsetzung der Versicherung kein Interesse mehr hat, eine bedeutsame Änderung erfahren. Bisher mußte der Versicherer, auch wenn sein Interesse an der Versicherung erloschen war, die Prämie bis zum Ende des Versicherungsjahres zahlen. Bei gänzlicher oder teilweiser Zerstörung des Besitzes durch Kriegsereignisse oder bei Stille-

gung der Betriebe erwies sich diese Regelung als untragbar. Sie ist infolgedessen durch die Versicherungen weitgehend gemildert worden. Wird beispielsweise ein Geschäft vom 15. April an geschlossen, so erhält der Versicherer die Prämie nur für einen Zeitraum von dreieinhalb Monaten. Fällt das Interesse für die Versicherung fort, weil der Schadensfall eingetreten ist, so hat der Versicherer auch künftig den Anspruch auf die Prämie für das laufende Vereinsjahr, weil er in diesem Falle den Schaden zu ersetzen hat.

Am 9. April wurde berichtet, daß der Krankenversicherungsschutz für die Opfer von Kriegs- und Bombenschäden einen Ausbau erfahren habe. Durch einen Runderlaß der zuständigen Reichsbehörden ist

100 eine Krankenversicherung der Angehörigen erwerbsunfähiger Kriegs- und Bombengeschädigter gegründet worden. Die Ehefrau und die Kinder der Verehrten werden ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens auf ihren Wunsch hin bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Krankheitsfall versichert. Voraussetzung ist, daß sie nicht schon auf Grund der Reichsversicherungsordnung einschließlich der Krankenversicherung gegen Krankheit versichert sind.

Nach einem Erlaß des Reichserziehungsministers werden aus Kriegsgründen die Anwärter und Anwärterinnen, die 1943 in das 5. Ausbildungsjahr der Lehrerbildungsanstalt eintreten, zum Schuljahresbeginn im Herbst den Volksschulen zu einem verlängerten, schulpraktischen Einsatz zugewiesen.

Auf der Ordensburg Sonthofen ist um die Mitte des Monats der zweite Jahrgang von Adolf-Hitler-Schulen nach bestandener Abschlußprüfung entlassen worden. Die Abschlußdiplome wurden den Schülern in Anwesenheit des Reichsschatzmeisters Schwarz, des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley zugleich im Namen des Reichsleiters von Schirach übergeben. Gleichzeitig erfolgte die feierliche Aufnahme der nun ins Leben tretenden und demnächst fast vollständig zu den Fahnen einrückenden Adolf-Hitler-Schüler in die Partei.

Die Hitlerjugend hat aus ihren Reihen HJ. -Feuerwehrscharen gebildet, die als Schnellkommandos wirksame Mithilfe bei der Brandbekämpfung leisten. Diese Scharen haben sich so bewährt, daß ihnen in zahlreichen Fällen Auszeichnungen zuteil wurden. Die HJ-Zeitschrift „Das Junge Deutschland“ berichtete, daß bisher 228 Hitlerjungen das Luftschutzehrenzeichen, 92 die Kriegsverdienstmedaille, 134 das Kriegsverdienstkreuz, 147 das Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern erhielten. Sechs Hitlerjungen wurde das Eiserne Kreuz II. Klasse überreicht.

Das Deutsche Rote Kreuz meldet einen wesentlichen Ausbau. Beginnend in Norwegen, im November 1942 und bald auch in Dänemark sowie in den Niederlanden und in Belgien bei den Flamen und Wallonen, machte sich immer stärker der Wunsch der Frauen, Bräute und Schwestern der germanischen Freiwilligen und anderer Frauen und Mädchen bemerkbar, ebenfalls helfend im großen Kampfe mitzuwirken. Infolgedessen sind zu den Männern der germanischen Legionen zahlreiche germanische Frauen getreten. Der Hauptwunsch dieser Frauen, deren Altersgrenze auf 18 bis 30 Jahre festgesetzt wurde, richtet sich auf den Einsatz im Osten. Die Bewerberinnen werden sorgfältig ausgebildet, eine Prüfung ermöglicht den Einsatz innerhalb der Reichsgrenzen. Nach einem weiteren Jahr der Bewährung und am Ende eines nochmaligen dreimonatigen Lehrganges können die germanischen Schwesterhelferinnen auch in den Kriegsgebieten arbeiten. Sie erhalten die Dienstkleidung des Deutschen
101 Roten Kreuzes, ferner freie Unterkunft, Verpflegung, sozialen Versicherungsschutz, ein Taschengeld, sowie Familienunterhalt.

Seit 1. April ist die neue T u b e r k u l o s e h i l f e des Reiches in Kraft, die von Reichsgesundheitsführer Dr. Conti ins Leben gerufen worden ist. Sie erstreckt sich auf den Teil der Bevölkerung, dessen steuerpflichtiges Jahreseinkommen den Betrag von 7200 RM nicht übersteigt. Die Leistungen der Fürsorge umfassen die Behandlung in der Wohnung, die Unterbringung in Krankenhäusern und Heilstätten und eine umfassende wirtschaftliche Fürsorge für die Kranken selbst und ihre Familien. Einer Zeitungsnotiz vom 21. April zufolge haben die zuständigen Stellen von Partei und Staat angeordnet, daß in diesem Jahre zum ersten Male ein ganzer Jungenjahrgang den Zahnarzt aufsuchen muß. Man hat nämlich die Erfahrung gemacht, daß oft andere Krankheiten, so Gelenkentzündungen, Nieren- und Herzscheidungen von Zahnerkrankungen und Zahnfäulnis herkommen. Die Beseitigung der Zahnschäden steigert also insgesamt die Leistungsfähigkeit der deutschen Jugend. Aus den ergangenen Verordnungen sind folgende Bestimmungen hervorzuheben: die Jungen des Geburtsjahrganges 1926 haben sich nach den gesetzlichen Vorschriften sowie dem zugestellten Befehl sofort in Zahnbehandlung zu begeben. Zur Behandlung sind alle Zahnärzte und Dentisten verpflichtet. Für Kinder von Eltern mit geringem Einkommen übernimmt das Wohlfahrtsamt die Kosten.

Der Reichsinnenminister hat zusammen mit dem Reichsgesundheitsführer eine Neuordnung des Praktikums in der Krankenpflege angeordnet. Der Krankenpflagedienst dauert künftighin nur vier Monate und kann während der Hochschulferien abgeleistet werden. Das Praktikum muß allerdings bei der Meldung zur ärztlichen Vorprüfung beendet sein. Fabrik- oder Landdienst wird in Zukunft von Medizinstudierenden, ausschließlich in Einrichtungen und Betrieben des Gesundheitswesens abgeleistet werden. So in Gesundheitsämtern, chemischen Laboratorien, bei praktischen Ärzten oder in Werkrevierschulen.

Der Reichsminister der Justiz hat durch eine Verordnung vom 19. April 1943 im Reichsgesetzblatt bestimmt, daß im Deutschen Vereinswesen Versammlungen der obersten Vertretung und Mitgliederversammlungen im Jahre 1943 grundsätzlich nicht mehr stattfinden. Hierdurch soll der Geschäftsbetrieb für Unternehmen entlastet und vereinfacht werden. Auch für Genossenschaften ist die gleiche Bestimmung gültig. Die Verordnung enthält ferner eine neue Regelung für die Feststellung des Jahresabschlusses und der Gewinnverteilung, die im gleichen Sinne gelegen ist.

In Anerkennung der Verdienste des verstorbenen Reichsministers SA-Obergruppenführers Hanns Kerri

102 und des verstorbenen Reichssportführers SA-Obergruppenführer Hans von Tschammer und Osten hat der Führer unter dem 7. April 1943 der SA-Standarte Burgdorf, Gruppe Niedersachsen, die Bezeichnung „Hanns Kerri“ und der SA-Standarte Bautzen die Bezeichnung „von Tschammer und Osten“ verliehen. Gleichzeitig erhielt die SA-Standarte 99, Standort Zabern, Gruppe Oberrhein, zur Erinnerung an den von den Franzosen erschossenen elsässischen Freiheitskämpfer Karl R o o s die Bezeichnung SA-Standarte 99 „Karl Roos“.

Anfang April bestand die Einrichtung der H i t l e r f r e i platzspende zehn Jahre. Der 50. Freiplatz für einen Soldaten wurde jetzt im Gauhaus der NSV. in Berlin ausgegeben. Er ist zugleich der 800000. Platz der Hitlerfreiplatzspende seit dem Jahre 1933. Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt verband mit einem Hinweis auf die Bedeutung dieser sozialen Tat den Dank an die Spender.

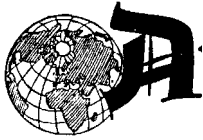
Dem Generalintendanten der bayerischen Staatsoper, Generalmusikdirektor Clemens Krauß, wurden, wie am 1. April berichtet wurde, zu seinem 50. Geburtstag hohe Ehrungen zuteil. Der Führer ließ dem berühmten Musiker durch Gauleiter Giesler ein Handschreiben und sein Bild mit eine persönlichen Widmung überreichen. Unter den brieflichen Gratulanten befanden sich Dr. Goebbels und Reichsleiter von Schirach. Als besondere Ehrung der Wiener Philharmoniker, mit denen Clemens Krauß seit Jahren aufs engste künstlerisch verbunden ist, empfing er den „Ring der Wiener Philharmoniker“.

Reichsleiter Baldur von Schirach hat den Direktor der österreichischen Galerie, die im Wiener Belvedere-Schloß untergebracht ist, Prof. Dr. Bruno Grimschitz, mit der Errichtung und Führung eines „Prinz-Eugen-Museums“ in Wien beauftragt. Die Vorarbeiten sind schon so weit gediehen, daß das museale Material bereits erfaßt und die Prunkräume im Winterpalais des Prinzen in der Himmelsfortgasse zu Wien vorbereitet sind.

Am 2. April wurde ein Senior der deutschen Presse, der Hauptschriftleiter Friedrich Hussong vom Scheriverlag, nach einem arbeitsreichen Leben zur Ruhe gebettet. Dem in den letzten Märztagen Verstorbenen hatte die Presseabteilung der Reichsregierung eine würdige Trauerfeier veranstaltet, an der alle namhaften Vertreter der deutschen Presse teilnahmen. Reichsminister Dr. Goebbels und Reichspressechef Dr. Dietrich ließen Kränze niederlegen.

Im Alter von 62 Jahren starb schließlich am 14. April der Mitinhaber und Betriebsführer der weltbekannten Leipziger Verlagsbuchhandlung und Buchdruckerei Philipp Reclam jun. Dr. h. c. Hans Emil Reclam.





Außenpolitik

103 Deutschlands Politik und Kriegführung zeigten im Monat April eine deutliche Verstärkung der politischen Aktion gegenüber der militärischen. Während diese an der Hauptkampffront im Osten infolge von Winterwende und beginnender Schlamperperiode nach einer allgemeinen Stabilisierung und Begradigung der Front erhebliche Kampfhandlungen nur am Kuban-Brückenkopf brachte, wo die Sowjets die in dieser Gegend schon fortgeschrittenere Jahreszeit benutzten, um starke Angriffe zu führen, denen jeder wesentliche Erfolg jedoch versagt blieb, gingen die Kämpfe auf dem Nebenkriegsschauplatz Nordafrika mit größter Heftigkeit weiter und erfuhren auch der Luft- und Seekrieg keine Abschwächung.

Auf dem Gebiet der Politik spielte sich im April jedoch eine außergewöhnlich rege Tätigkeit ab. Der Führer empfing nacheinander die Besuche der führenden Männer aus fast allen verbündeten Staaten. Vom 7. bis 10. April war Mussolini mit einem Stabe politischer und militärischer Mitarbeiter bei ihm, anschließend am 11. April der König von Bulgarien, am 12. und 13. April der Staatsführer Rumäniens, Marschall Antonescu, am 19. April der norwegische Ministerpräsident Vidkun Quisling, am 22. April der slowakische Ministerpräsident Dr. Tuka, am 27. April der Staatsführer des unabhängigen Staates Kroatien, Dr. Ante Pawelwitsch, und schließlich am 29. April der französische Regierungschef Pierre Laval.

Über alle diese Zusammenkünfte wurden offizielle Verlautbarungen veröffentlicht, durch die die Öffentlichkeit Aufschluß über die beteiligten Persönlichkeiten und in allgemeinen Wendungen auch über den Inhalt und das Ergebnis der Besprechungen erhielt. Aus diesen Verlautbarungen ergibt sich, daß die Besprechungen, wie gar nicht anders zu vermuten, den Fragen der politischen und militärischen Kriegführung gedient haben. Der Entschluß, den Kampf gegen die gemeinsamen Feinde mit letzter Entschlossenheit und vollständigem Einsatz weiterzuführen, die Siegesgewißheit und der Siegeswille, sowie die vollständige Gemeinsamkeit der Interessen wurden in all diesen Verlautbarungen zum Ausdruck gebracht.

Die größte Bedeutung kam natürlich den Besprechungen zwischen dem Führer und dem Duce vom 7. bis 10. April zu. Hierüber wurde offiziell mitgeteilt: In den umfassenden Besprechungen wurde sowohl

104 die allgemeine politische Lage als auch alle Fragen der gemeinsamen Kriegführung behandelt. Über die auf allen Gebieten zu treffenden Maßnahmen wurde völlige Übereinstimmung erzielt. Der Führer und der Duce gaben ihrer und ihrer Völker harten Entschlossenheit erneut Ausdruck, den Krieg durch den totalen Einsatz aller Kräfte bis zum endgültigen Siege und bis zur völligen Beseitigung jeder zukünftigen Gefahr, die dem europäischen Räume von Westen und Osten droht, zu führen. Die gemeinsamen Ziele, die die Achsenmächte zur Verteidigung der europäischen Zivilisation und für die Rechte der Nationen auf freie Entwicklung und Zusammenarbeit verfolgen, wurden aufs neue bekräftigt. Der Sieg der im Dreierpakt verbündeten Nationen soll Europa einen Frieden sichern, der die Zusammenarbeit der Völker auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen gewährleistet und eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Güter der Welt herbeiführt. Die Besprechungen zwischen dem Führer und dem Duce und die Unterredung ihrer Mitarbeiter verliefen im Geiste großer Herzlichkeit.

In einer ergänzenden Mitteilung aus dem Führerhauptquartier wurden Einzelheiten über die an den verschiedenen Tagen geführten Besprechungen und über die daran beteiligten Persönlichkeiten gegeben. Hieraus war zu schließen, daß die viertägigen Verhandlungen alle Gebiete der Politik und der Kriegführung betrafen und unter Zuziehung der führenden Männer der Sachgebiete erfolgten. Der weitere Kriegsplan der Achsenmächte dürfte der Hauptgegenstand der Besprechungen gewesen sein. Daß über die gefaßten Beschlüsse nichts bekanntgegeben wurde, ist selbstverständlich.

Während bei allen Zusammenkünften unserer Feinde die Zukunftsmusik eine außerordentliche Rolle zu spielen pflegt, Nachkriegspläne und Rachedrohungen gegen uns und unsere Verbündeten formuliert werden, halten sich die Verlautbarungen über Besprechungen und Beratungen auf unserer Seite stets im Rahmen knappster Berichterstattung über Tatsächliches. In der Mitteilung über die Zusammenkunft zwischen dem Führer und dem Duce ist kurz jedoch auch ein Zukunftsprogramm angedeutet. Es

wird von den Rechten der Nationen auf freie Entwicklung und von einem Frieden für Europa gesprochen, der die Zusammenarbeit der Völker auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen gewährleistet. Damit ist ein Bild Europas skizziert, das sich von demjenigen, das unsere Feinde immer wieder als ihr Kriegsziel angeben, ebenso unterscheidet, wie von dem, das sie uns als unser Kriegsziel immer wieder unterzuschieben sich bemühen.

Nach den Zusammenkünften zwischen dem Führer und den Regierungschefs der verbündeten Staaten fand am 29. April ein Besuch des französischen Ministerpräsidenten Laval beim Führer statt. Hierüber

105 wurde folgendes offiziell mitgeteilt: Der Führer empfing am 29. April in seinem Hauptquartier in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop und des italienischen Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Bastianini, den französischen Regierungschef Pierre Laval. Während der Unterredung zeigten die Beteiligten, volles Verständnis für die Fragen, die sich zwischen Deutschland und Italien einerseits und Frankreich andererseits ergeben. In voller Objektivität wurde geprüft, welchen Anteil Frankreich an den Anstrengungen und den Opfern zu tragen hat, die die Achsenmächte für den Aufbau des neuen Europas im Kampfe gegen den Bolschewismus und gegen die mit diesem verbündeten anglo-amerikanischen Plutokratien auf sich genommen haben und welche Vorteile sich für Frankreich aus dieser Beteiligung ergeben.

Die offizielle französische Nachrichtenagentur Oft gab ergänzend hierzu folgenden Kommentar: „Die Gedanken, die diese Verlautbarung zum Ausdruck bringt, geben ihr eine Bedeutung, die unterstrichen werden muß. Es ist das erstemal seit Montoire, daß eine Besprechung mit dem französischen Regierungschef zu einem offiziellen Kommentar dieser Art Veranlassung gab. Wenn festgestellt wird, daß die Besprechungen in vollem gegenseitigen Verständnis stattgefunden haben, so ergibt sich daraus, daß die Beziehungen zwischen Frankreich, Deutschland und Italien einen neuen Charakter angenommen haben. Was den Anteil Frankreichs an den Bemühungen für die Organisation des neuen Europas betrifft, so kann es niemand entgehen, daß der Beitrag der französischen Arbeiter zum Kampf gegen den Bolschewismus in seinem vollen Werte anerkannt wird. Die Achsenmächte leisten ihrerseits ein schwereres Opfer, weil sie die Last des Kampfes tragen. Frankreich trägt nach Maßgabe seiner Mittel zu der gemeinsamen Verteidigung bei und sichert sich dadurch seine Beteiligung an der Reorganisation Europas sowie einen Platz, den es sich durch seine Opfer verdient haben wird. Die Erwähnung der Vorteile, die Frankreichs Beitrag ihm verschaffen wird, zeigt den außerordentlichen Charakter der stattgefundenen Besprechungen an. Der Sinn und die Tragweite des von der französischen Regierung und deren Chef in persönlicher und ausdauernder Tätigkeit durchgeführten Werkes sind in einem offiziellen und im Anschluß an bedeutsame Besprechungen redigierten Dokument klar gestellt. Von nun an sind die Beziehungen Frankreichs mit den Achsenmächten auf eine solche Grundlage gestellt, daß man berechtigt ist, davon eine günstige Entwicklung für die Zukunft unseres Landes zu erhoffen. Die Ergebnisse, die man erwarten darf, werden um so leichter erreicht werden, als die französische öffentliche Meinung sich verständnisvoll zeigt. Denn man kann die Innen- und Außenpolitik eines Landes nicht voneinander

106 trennen. Es ist miteinander unvereinbar, zu behaupten, daß man die nationale Revolution durchführe und sich gleichzeitig den außenpolitischen Erfordernissen entziehen zu wollen.“

Die französische Presse stellte die Verlautbarung aus dem Führerhauptquartier und den offiziellen französischen Kommentar dazu groß heraus und gab besonders der Auffassung Ausdruck, daß zwischen Frankreich und den Achsenmächten etwas grundsätzlich Neues vorgegangen sei. Der Hinweis darauf, daß sich für Frankreich aus dem Anteil an den Opfern für den gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus und gegen die mit diesem verbündeten anglo-amerikanischen Plutokratien Vorteile ergeben würden, bedeute, daß Frankreich zu den Achsenmächten in ein neues Verhältnis getreten sei.

Der Sinn von Lavais Kollaborationspolitik ist ja seit Montoire immer gewesen, Frankreich aus der Rolle des besiegten Feindes in die des mitsiegenden Freundes zu erheben und ihm im Nachkriegs-Europa einen seiner Vergangenheit und seinen Werten entsprechenden Platz zu verschaffen. Nachdem Frankreich, wesentlich durch eigene Schuld, nämlich durch die falsche Politik, die zwischen dem Sturz Lavais am 13. Dezember 1940 und seiner Wiederbetrauung mit der Regierungsführung am 17. April 1942, von Vichy gemacht wurde, sein Kolonialreich, seine Flotte und sein Heer verloren hat, militärischer Einsatz für das neue Europa ihm damit unmöglich geworden ist, bleibt ihm als einzige Möglichkeit nur der Arbeitseinsatz, wenn es sich durch Leistung Ansprüche erwerben will. Dies hat Laval klar erkannt. Der Sieger kann an sich vom Besiegten jede Leistung fordern, die er von ihm erzwingen kann, ohne daß dadurch der Besiegte Ansprüche hinsichtlich des künftigen Friedens erwirbt.

Frankreichs Geschichte zu den Zeiten, in denen Frankreich als Sieger in Europa auftrat, gibt hier genügend Beispiele, auf die man sich berufen könnte. Die Verlautbarung über die Besprechung vom 29. April deutet jedoch an, daß tatsächlich sich zwischen den Achsenmächten und Frankreich ein neues Verhältnis anbahnt, das aus Krieg und Feindschaft in die gemeinsame Zukunft des neuen Europas weist.

Wohl zufällig, aber irgendwie in einem inneren Zusammenhang mit den Besprechungen beim Führer im Monat April ist am Ende des Monats ein „Europa-Handbuch“ erschienen, das umfangreiches dokumentarisches Material über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte der europäischen Neuordnung enthält und in dem führende europäische Persönlichkeiten bedeutsame Aufsätze veröffentlicht haben. Der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop hat dem Buche folgendes Geleitwort beigegeben: „Jahrhunderte hindurch haben sich die europäischen Völker für die alte engli-

107 Doktrin vom Gleichgewicht der Kräfte in Europa zerfleischt. Auch der zweite Weltkrieg wurde von England herbeigeführt, um durch die Erhaltung dieses Gleichgewichts und die dadurch bedingte Zersplitterung den europäischen Völkern noch einmal seinen Willen aufzuzwingen. Diese rein egoistische Machtpolitik hat die Engländer dazu gebracht, die Amerikaner auf Europa zu hetzen und sich mit dem Todfeind Europas, dem bolschewistischen Rußland, zu verbünden. In seiner Verblendung verkennt England, daß die Beherrschung Europas durch das bolschewistische Rußland und der dadurch bedingte ungeheure Machtzuwachs der Sowjetunion zwangsläufig auch den Untergang Englands und seines Imperiums zur Folge haben müßte. Um Europa vor einem solchen Schicksal zu bewahren, kämpfen Deutschland, Italien und seine Verbündeten. Sie haben die Engländer aus Europa vertrieben und alle Feinde einer Neuordnung in Europa besiegt. Heute steht Europa in gewaltigem Ringen um seine Zukunft nach außen. Im Osten tobt die Schlacht gegen den bolschewistischen Feind, und fast alle europäischen Völker beteiligen sich an dem Kampf. Im Norden, Westen und Süden stehen Deutschland und seine Verbündeten auf der Wacht gegen englisch-amerikanische Angriffe. Dieser Kampf wird so lange fortgeführt werden, bis das Gegengewicht und die Stärke eines einigen Europas die Gefahr des bolschewistischen Ostens ein für allemal bannt und bis Europa vor der Amerikanisierung von Westen endgültig gesichert ist. Deutschland, Italien und seine europäischen Verbündeten sind glücklich, diesen Kampf gemeinsam mit ihrem fernöstlichen Bundesgenossen Japan bestehen zu können, das die Engländer und Amerikaner in kühnem Siegeszug aus Ostasien vertrieben hat und das entschlossen ist, mit seinen europäischen Verbündeten die gemeinsamen Feinde zu schlagen, bis der Endsieg errungen ist. Am Ende dieses gewaltigen Kampfes unseres Kontinents aber wird dann ein neues Europa stehen, das sein Leben ohne Einflüsse von außen gestalten wird und in dem alle europäischen Völker einen gerechten und würdigen Platz finden werden. Eine lange Zeit des Friedens und der Blüte für unseren Kontinent wird dann kommen.“

108 In diesen Sätzen des Reichsaußenministers wird nicht nur Sinn und Ziel des gegenwärtigen Krieges umrissen, sondern auch das künftige Europa in allgemeinen Umrissen gezeichnet, und zwar in Formulierungen, die der Verlautbarung über das Zusammentreffen zwischen dem Duce und dem Führer vom 7. bis 10. April recht ähnlich sind. Solchen positivem künftigem Aufbau und zukünftiger europäischer Zusammenarbeit zugewandten Formulierungen stehen von seifen unserer Feinde zahlreiche Äußerungen völlig negativen Charakters, der Zerstörung und Unterwerfung Europas unter außereuropäischen Willen, gegenüber. Das Nachkriegsbild, das die Politiker in London und Washington im Monat April, ähnlich wie schon oft vorher, gezeichnet haben, ist eindeutig genug, ob es nun aktive Minister, Abgeordnete, Journalisten, Arbeitervertreter oder sonstige Leute sind, die sich gedrun- gen fühlen, ihren Wünschen, Hoffnungen oder Zielsetzungen Ausdruck zu geben. Zunächst einmal wird die bedingungslose Kapitulation der Dreierpaktmächte und ihrer Verbündeten gefordert, sodann ihre vollständige Entwaffnung einschließlich der Zerstörung ihrer Industrien, ferner eine langjährige militärische Besetzung, um die Entwaffnung auch radikal durchzuführen und um die Jugend der besiegten Länder in einem „neuen Geiste“, nämlich dem völliger Unterwürfigkeit gegenüber den Siegerstaaten, erziehen zu können. Eine Aufteilung der Welt zwischen den angelsächsischen Plutokratien und der Sowjetunion ist das offen ausgesprochene Ziel, wobei nur Zweifel und Rivalität über die Frage herrscht, wo die Interessengrenzen gezogen werden sollen, in London und Washington jedoch kein Zweifel gelassen wird, daß Europa mindestens größtenteils dem Bolschewismus ausgeliefert werden soll. Hinsichtlich Deutschlands hat sich der frühere i ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Lord Vansittard, in einem kürzlich unter dem Titel „Meine Lebenserfahrungen“ erschienenen Buche durchaus eindeutig ausgedrückt. Er entwickelt darin die These, daß Deutschland nach einem verlore-

nen Kriege restlos und einseitig abgerüstet werden müsse. Das bedeute nicht allein, daß Deutschland sein Heer, seine Flotte und seine Luftwaffe verliere, sondern daß auch jegliche Organisation, die einen militärischen Zweck verbergen könnte, wie Jugendbewegungen oder Sportbewegungen, total und ständig unterdrückt werden müßten. Das bedeute aber auch die Vernichtung der deutschen Industrie und das Ende der wirtschaftlichen Voraussetzung Deutschlands. Eine solche Abrüstung des deutschen Volkes könne nur durchgeführt werden, wenn Deutschland für längere Zeit von den Streitkräften der Alliierten besetzt werde.

Mitte April wurde im englischen Oberhaus allen Ernstes über die Besetzung Deutschlands nach dem Kriege debattiert, und Lord Cranborne gab als Sprecher der Regierung die Erklärung ab, daß die Besetzung für sehr lange Zeit aufrecht erhalten bleiben und mit militärischem Nachdruck durchgeführt werden müsse. Während seiner Reise nach den Vereinigten Staaten erklärte der englische Außenminister im kanadischen Parlament, für einen dauerhaften Frieden sei die völlige Entwaffnung Deutschlands, Italiens und Japans nach dem Siege unerlässlich. Sir Stafford Cripps erklärte am 17. April auf einer Konferenz der britischen Jugendorganisation in Bristol, nach dem Kriege müsse die Wiedergutmachung einer die ganze Welt umfassenden Organisation der vier mächtigsten Nationen der Welt, der USA, Sowjetrußlands, Chinas und des britischen Commonwealth, zufallen, die in der Lage sein müsse,

109 grundlegende Entscheidungen darüber zu treffen, was im internationalen Leben Recht und Unrecht sei. Sir Stafford Cripps will also für die Nachkriegszeit den Begriff von Recht und Unrecht mit dem Machtwillen und dem Nutzen der genannten vier Staaten identifizieren!

Wie sich ferner ein guter englischer Konservativer Englands Verhältnis zum künftigen Europa vorstellt, hat Anfang April die „Daily Mail“ mit herzerfrischender Offenheit dargelegt. Sie stellte die Forderung auf, daß England die ausschlaggebende Macht in Europa bleiben müsse. Deutschland habe das Gleichgewicht der Mächte gestört und müsse daher völlig entwaffnet werden. Dann werde England wieder das „Balance of Power“ herstellen, und der Friede wäre ein für allemal gesichert. Das britische Imperium sei das einzige Weltimperium. Das französische Imperium sei europäisch, asiatisch und afrikanisch. Das russische Imperium sei europäisch und asiatisch. Das amerikanische Imperium sei ein Imperium eines Kontinents und zweier Ozeane. Allein das britische Imperium sei ein Imperium aller Kontinente und aller Ozeane. Das Wort „Imperium“ sei heutzutage nicht überall beliebt. Wer sich „Imperialist“ nenne, stehe im Verdacht, ein „Faschist“ oder ein „Reaktionär“ zu sein. Die Wahrheit sei, daß das britische Empire für all das eintrete, was der Faschismus hasse, und was das „Reaktionär sein“ betreffe, so stehe das britische Empire in bezug auf friedlichen Fortschritt unerreicht in der Welt da. Man solle deshalb keine Bedenken haben, das Wort „Imperium“ als etwas, auf das man stolz sein könne, zu gebrauchen. England selbst sei einzigartig in seiner Lage, weil es zu Europa gehöre, aber nicht in Europa liege. Es habe einen ausschlaggebenden Einfluß auf Europa, aber keinen tatsächlichen Halt. Alle die anderen europäischen Großmächte wünschten Europa ganz oder teilweise zu beherrschen. Großbritannien sei die einzige europäische Großmacht, die in neuerer Zeit durchweg den bloßen Gedanken einer Herrschaft in Europa verworfen habe, obwohl es von allen europäischen Großmächten diejenige sei, deren Herrschaft am wenigsten abstoßend wäre. Keine Macht in Europa traue den benachbarten Mächten, Da England eine Insel sei, sei es niemandes Nachbar. Deshalb sei es Gegenstand des Vertrauens, das sich immer wieder einstellen werde. Dieses Vertrauen könne England immer bewahren, unter der Bedingung, daß es stark sei. Wenn England abrüste, fürchte sich Europa. Wenn es rüste, sei Europa beruhigt. Zwei Dinge hätten die Entstehung der beiden Weltkriege verursacht: der deutsche Militarismus und der englische Pazifismus. Das sei der Grund, weshalb selbst jetzt die wachsende Sorge unter den Völkern Europas herrsche, daß England nach dem Kriege abrüsten werde. Ein entwaffnetes Europa könne kein

110 freies Europa sein, und es könne nur einen Herrn haben, Deutschland. Weil England keine großen Eroberungen machen möchte, brauche es keine überwältigende Rüstungslast zu tragen; um seine Aufgabe in Europa zu erfüllen, müsse es das Gleichgewicht der Kräfte wahren. Das Gleichgewicht der Kräfte sei oft als veraltete Lehre abgetan worden. Aber es sei nichts dergleichen. Ein Sichabschließen sei unmöglich; denn die britischen Inseln seien dem Kontinent so nahe, daß sie jeder Macht ausgeliefert sein würden, die Herr des Kontinents sei. Herrschaft werde von dem britischen Volk nicht erstrebt. Das Gleichgewicht der Kräfte sei die andere Möglichkeit. Die Friedensverträge, die den letzten Krieg beendeten, seien gute Verträge gewesen, trotz vieler Mängel. Nicht diese Verträge, sondern die Unfähigkeit, sie durchzusetzen, habe den zweiten Weltkrieg heraufbeschworen. Trotz der Konflikte und Krisen der Zeitspanne zwischen den beiden Weltkriegen sei Europa seiner völligen Wiedergenesung

entgegengegangen. Alle wiedergeschaffenen oder neugegründeten Staaten hätten sich bewährt. Der zweite Weltkrieg sei die Wiederaufnahme des ersten. Das Gleichgewicht der Kräfte, das durch den deutschen Militarismus unter stillschweigender Einwilligung des britischen Pazifismus zerstört worden sei, müsse wiederhergestellt werden. Mit denjenigen Großmächten, die jetzt Englands Alliierte seien, müsse England versuchen, verbündet zu bleiben. Aber alle kleinen Nationen seien Englands natürliche Verbündete und würden es immer sein. Die Unabhängigkeit der kleinen Nationen sei wesentlich für Englands insulare Freiheit. Die Menschen in der ganzen Welt seien der Theorien und Schwärmereien, der Diktatoren und Führer müde; alles, was sie wünschten, sei, in Ruhe gelassen zu werden, um ihrer Arbeit nachgehen zu können. Keine Macht sei so dazu geschaffen wie Großbritannien, diese bescheidenen Wohltaten auszuteilen; das sei kein bloßer Akt der Nächstenliebe, sondern die Vorbedingung seines eigenen Bestehenbleibens als freies Land und als Herz eines Weltreiches.

Wenn wir es nicht längst gewußt hätten, so würden wir es aus diesem Artikel der „Daily Mail“, die das Blatt der englischen Regierungspartei ist, erfahren, warum uns England im September 1939 den Krieg erklärt hat, und was es mit dem Vorwand von Danzig und dem polnischen Korridor auf sich hatte.

Das Bild der künftigen Welt, wie es unsere Feinde sich ausmalen, wäre aber unvollständig, wenn man unerwähnt ließe, welche Weltwirtschafts- und Weltfinanzpläne in Washington und London für die Nachkriegszeit erwogen werden. Am 5. April meldete nämlich Reuter aus London:

111 Einzelheiten über den Plan des USA-Schatzamtes zur Schaffung einer internationalen Währung stehen jetzt zur Verfügung. Der amtliche Titel des Vorschlages lautet: „Vorschlag für den Stabilisierungsfonds der vereinigten und assoziierten Nationen“. Der Fonds wird mindestens 5 Milliarden Dollar betragen. Es würden dazu Gold, Währungen und Staatspapiere der beteiligten Regierungen gehören. Jede Regierung würde sich an dem Fonds auf der Grundlage ihrer Goldreserven, ihrer Handelsbilanz und ihres Nationaleinkommens beteiligen. Das Stimmrecht werde von den geleisteten Beiträgen abhängen, wobei sich das Maximum der auf jedes Einzelland entfallenden Stimmen auf höchstens 25 Prozent der Gesamtstimmen belaufen würde. Zu dem Vorschlag gehört die Schaffung einer neuen internationalen Geldeinheit, die den Namen „Unitas“ führen würde und 137,14 Gramm Feingold, die 10 Dollar gleichkämen, wiegen soll. Der leitende Ausschuß des Stabilisierungsfonds wird absolute Vollmacht haben, die Wechselkurse der teilnehmenden Länder festzusetzen. Er hat auch das Recht, in einem besonderen Ausmaß Schwankungen zu genehmigen. Entscheidungen des Ausschusses werden im allgemeinen eine Mehrheit von vier Fünftel erfordern. Die Leitung des Fonds kann von jedem Mitgliedsland verlangen, die Währung eines anderen Mitgliedslandes zu kaufen, um die ungünstige Handelsbilanz des letzteren dem ersteren gegenüber zu decken. Der Fonds wird seine eigenen Obligationen herausgeben, die mit der Zustimmung der betreffenden Regierung in jedem teilnehmenden Lande verkauft oder diskontiert werden können. Die Mitgliederländer übernehmen es erstens, ihre vom Fonds festgesetzten Wechselkurse aufrechtzuerhalten und dieselben nicht abzuändern, es sei denn, der Fonds billige diese Maßnahme. Zweitens nehmen es die Mitgliederländer auf sich, auf alle Devisenrestriktionen zu verzichten, mit Ausnahme von Kapitalübertragungen, sobald es das Mitgliedsland für gangbar hält. Ferner dürfen nicht weitere Restriktionen ohne die Zustimmung des Fonds auferlegt werden. Der Fonds kann die Abschaffung solcher Restriktionen empfehlen. Nicht autorisierte internationale Kapitalbewegungen sollen durch eine engere Zusammenarbeit verhindert werden.

Obwohl keiner der beiden Pläne amtlich veröffentlicht worden ist, scheint dieser Plan des amerikanischen Schatzamtes, was die Hauptgrundsätze anbetrifft, dem „K e y n e s - P l a n“ des britischen Schatzamtes sehr ähnlich, wenn auch in verschiedenen Punkten Unterschiede bestehen. In Anbetracht der ungeheuren Goldreserven der Vereinigten Staaten würde dieses Land wahrscheinlich sofort die maximale Grenze des Gesamtstimmrechtes in Höhe von 25 Prozent erreichen. Gemäß der Vier-Fünftel-Regel würden die Vereinigten Staaten daher das absolute Vetorecht besitzen. Andere Länder, die nicht einmal rechnen können, dieses hohe Stimmrecht zu erreichen, dürften jedoch ernstlich zögern, so ganz und gar auf die Bestimmung über ihre Wechselkurse Verzicht zu leisten.

112 Diese ganze Meldung ist nicht nur interessant durch das, was sie über die USA-Pläne für *ein* Weltwährungssystem nach dem Kriege enthält, sondern ebensowohl durch die Kritik, die in ihr gegen diesen Plan geübt wird. Die USA wollen zum Goldstandard zurück, weil sie neun Zehntel des Goldes der ganzen Welt zusammengerafft haben, weil sie diesen Goldschatz durch das Abgehen vom Golde entwertet sehen würden und weil sie vielmehr diesen Besitz zur Grundlage ihrer finanziellen Weltbeherrschung machen wollen. London, das so lange das führende finanzielle Weltzentrum gewesen ist, hat an solchen Plänen Washingtons naturgemäß ein höchst negatives Interesse. Der englische und der

amerikanische Finanz-Imperialismus stoßen daher in der Londoner Reutermeldung ganz offen aufeinander.

Vergleicht man die Nachkriegspläne, wie sie von London und Washington in die Welt gesetzt werden, mit den auf Europa und das Kriegsziel der Achsenmächte bezüglichen Sätzen der Verlautbarung über die Zusammenkunft zwischen dem Führer und Mussolini und in dem zitierten Vorwort des Reichsaußenministers zu dem Europa-Handbuch, dann wird eindeutig klar, daß sich hier Auffassungen und Zielsetzungen gegenüberstehen, zwischen denen es gar keine Möglichkeit des Brückenschlages gibt. Die These der Achsenmächte heißt „Selbstbehauptung, Neuorganisation und neue Blüte des europäischen Kontinents“, die These unserer Feinde dagegen heißt „Unterjochung, Ausbeutung, Aufteilung des europäischen Kontinents zugunsten eines jüdisch-plutokratischen Weltherrschaftsanspruchs einerseits und des Bolschewismus andererseits“, Europa kämpft also im wahrsten Sinne des Wortes um sein Dasein!

Die Kampfentschlossenheit und der Siegeswille der Achsenmächte, wie er in allen Verlautbarungen über die verschiedenen Besprechungen des Führers im Laufe des Monats April zum Ausdruck gebracht wurde, ist daher identisch mit dem Lebenswillen und der Selbstbehauptung Europas. Die in Casablanca von unseren Feinden aufgestellte Forderung der bedingungslosen Kapitulation der Dreierpaktmächte drückt deren Weltherrschaftsplan aus. Als der spanische Außenminister, Graf Jordana, auf einer Columbus-Feier in Barcelona es als Mission Spaniens bezeichnete, den Weg zum Frieden zu erleichtern und unter Hinweis auf die bolschewistische Gefahr alle Kriegführenden ermahnte zum Frieden zu kommen, fand diese Äußerung auf allen Seiten ein negatives Echo. Angesichts der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Achsenmächten und Spanien, das sich am Kampf gegen den Kommunismus mit seiner Blauen Division ja sogar aktiv beteiligt, wollte es die Propaganda aus London und Washington so hinstellen, als ob die Friedensworte Jordanas im Einverständnis mit den Achsenmächten erfolgt seien.

113 Dies wurde sofort eindeutig dementiert. In der Tat, von Friedensmöglichkeiten kann so lange nicht die Rede sein, als sich bei unseren Gegnern nicht die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß die Gestaltung Europas, wie sie aus dem bisherigen Kriegsverlauf sich ergeben hat, von ihnen nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Dies ist auch in den Äußerungen, die zum Geburtstag des Führers von Seiten des Reichsmarschalls Göring und des Reichsministers Dr. Goebbels gemacht wurden, zum Ausdruck gebracht worden. Die Feindpropaganda hat, wie nicht anders zu erwarten, diesen Tag zu verstärkten Haßgesängen gegen den Führer selbst wie gegen das deutsche Volk und seine Verbündeten benutzt.

Ein beliebtes Thema der feindlichen Propaganda ist fortlaufend die sogenannte zweite Front, d. h. der geplante Angriff der Anglo-Amerikaner auf die Festung Europa. Nachdem man sich besonders in London lange Zeit der Illusion hingegeben hatte, die Achsenmächte würden ganz von selbst durch die Blockade auf die Knie gezwungen werden können, hat man diese Illusion inzwischen als solche erkannt. „Dieser Krieg wird nur gewonnen werden, wenn wir unsere Armee auf dem Kontinent an Land setzen“, so sagte ein englischer Admiral Anfang April. Daß dies ein außerordentlich schwieriges Unternehmen sein würde, wird in England immer wieder betont.

Der Zeitgewinn, den der hinhaltende Kampf der Achsentruppen in Tunesien für die Verstärkung des Atlantikwalles und für die Verteidigung der südeuropäischen Küsten bedeutet, wurde auch auf selten unserer Gegner bisweilen offen eingestanden.

Es ist unter solchen Umständen nicht verwunderlich, wenn die Anglo-Amerikaner unentwegt nach Anzeichen dafür Ausschau halten, ob etwa irgendwo in der politisch-militärischen Front Europas sich Schwächemomente oder irgendwelche Angriffsmöglichkeiten zeigen. Von Finnland über Norwegen, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, dem Balkan und bis zur Türkei tastet ihre Propaganda, ihr subversives Streben und ihre diplomatisch-politische Aktion unaufhörlich Europa ab, um herauszufinden, wo man vielleicht leichter als anderswo zufassen könnte, wo irgendwie ein Vorteil zu erringen wäre. Auf Finnland wird — ohne jeden Erfolg — auf jede erdenkliche Weise eingewirkt, um es aus der europäischen Verteidigungsfront in der Form eines Sonderfriedens mit der Sowjetunion herauszubrechen. Auf der iberischen Halbinsel wird die kommunistische Wühlarbeit ebenso gefördert, wie man durch die Gewährung wirtschaftlicher Vorteile günstige Stimmungen zu schaffen versucht. In Portugal hat dessen großer Staatsmann, Ministerpräsident Salazar, aus Anlaß des fünfzehnten Jahrestages seines Eintritts in die Regierung eine Rundfunkansprache an das portugiesische Volk gehalten, die die Stellung Portugals

114 und indirekt auch die Spaniens im gegenwärtigen Kriege erneut klargelegt hat. Salazar erläuterte die Bedeutung der nationalen Revolution in Portugal und gab einen Überblick über den Ursprung und die

Ziele der portugiesischen Politik, wobei er vor allem auf die kommunistische Gefahr hinwies. Nach einer Schilderung der innerpolitischen Lage ging Salazar zur Außenpolitik über. Die Neutralität Portugals, so führte er aus, sei an gewisse Voraussetzungen gebunden; denn über ihr stehe der Glaube der Nation und das Interesse des Landes. Auch das Bündnis mit England, zu dem Portugal sich in einem trüben und schwierigen Augenblick erneut bekenne, dürfe man nicht vergessen. Die Lage Portugals sei empfindlich; denn das Land besitze nicht in allen Lagen Freundschaften, und außerdem seien Nationen in den Krieg verwickelt, mit denen Portugal durch enge Bande der politischen Kameradschaft und durch tiefst empfundene Zuneigung verbunden sei, wie England und Brasilien. Es stehe aber fest, daß die Neutralität Portugals aufrecht erhalten wurde, trotz der Schwierigkeiten, die zu überwinden gewesen seien. Die Freundschaft mit Spanien habe Portugal eine wertvolle außenpolitische Hilfe gebracht. Die Neutralität Portugals und Spaniens habe auf der iberischen Halbinsel eine Zone des Friedens geschaffen. Wenn Portugal dem Konflikt auch fernstehe, so sei es doch keineswegs uninteressiert an seinem Ausgang. Auch die Länder, die nicht kämpften, stünden gewissermaßen im Kriege. Man erwarte eine neue Ordnung, die von dem Ausgang des Krieges abhängen und an der auch Portugal interessiert sei. Aller Aufbau nach dem Kriege müsse von zwei Grundsätzen ausgehen: der Ordnung und der internationalen Zusammenarbeit. Der Ministerpräsident sprach sodann über den zerstörenden Einfluß des Kommunismus. „Der Kommunismus“, sagte Salazar, „ist nach meiner Ansicht das größte menschliche Problem aller Zeiten, das heißt ein Problem von grundsätzlicher Bedeutung für die Menschheit und für das individuelle und soziale Leben und demzufolge eine ernste Bedrohung für die abendländische oder christliche Zivilisation. Wo der Staat und die Maschine den Menschen zu ihren Sklaven machen, dort ist kein Raum mehr für menschliche Freiheit“. Am Schluß seiner Rede richtete der Ministerpräsident eine ernsthafte Mahnung an das portugiesische Volk. Der Portugiese, so führte er aus, sei verwöhnt und nicht genügend auf Opfer vorbereitet worden, die der Krieg nun einmal fordere. Es sei verständlich, daß unbemittelte Leute, die die dringend benötigten Dinge nicht erhielten, unzufrieden seien. Es gehe aber nicht an, wenn andere, denen es noch nicht am nötigsten fehle, sich ständig beklagten und die Regierung angriffen. Verglichen mit dem Elend, das auf der Welt herrsche, stehe diese Haltung keineswegs im Einklang mit den Forderungen der Bescheidenheit und des Mitleides. Solange das Heer, das die portugiesische Revolution verwirklicht, auf

115 seinem Posten stehe, habe auch die Nation die Pflicht, ihre Einigkeit und Kraft zu beweisen. Einige Leute seien am Werk, die Geschlossenheit der Nation zu untergraben. Ein Teil von ihnen gebe sich Hoffungen hin, die nie verwirklicht werden könnten, und andere entschuldigten sich damit, daß sie mit der Politik der Regierung nicht übereinstimmten. Portugal, so bemerkte Salazar, sei zu anderen Zeiten auch schon von den großen europäischen Kriegen bedroht gewesen. Jetzt aber könne man die Regierung nicht beschuldigen, daß sie ihren Pflichten nicht nachkomme.

Wenn man bedenkt, daß der Kommunismus in Portugal, in Spanien und überall in Europa Englands Verbündeter ist, so versteht man, wie sehr Salazars Rede letzten Endes sich gegen England richtet.

In ähnlichem Sinne hat sich Spaniens Außenminister Graf Jordana in der bereits zitierten Rede in Barcelona geäußert. Er wies auf die großen Gefahren hin, die die Nationen auch nach dem Ende dieses Krieges in Gestalt von revolutionären Umsturzplänen bedrohen. Er warnte in eindringlichen Worten die Völker vor dem Bolschewismus und erklärte: „Auch diejenigen Völker, die räumlich von Rußland weit entfernt sind, sollen nicht glauben, daß der Bolschewismus sie verschonen wird. Der Bolschewismus kennt keinen Unterschied der Nationen und macht vor keiner Landesgrenze Halt.“ Der Außenminister wandte sich dann an Amerika und sagte: „Auch Nationen, die weit von Rußland entfernt liegen und die die Schuld an der Verlängerung des Krieges tragen, sollen sich nicht in Sicherheit vor dem Bolschewismus wiegen“. Jordana wies ferner darauf hin, daß es in diesem Kriege unmöglich sei, die eine oder andere kriegführende Großmacht vollständig aus der Welt zu schaffen. Er betonte, daß Spanien nur den einen Wunsch habe, zusammen mit allen Völkern in Frieden zu leben — stellte dann aber mit Entschiedenheit fest, daß Spanien jederzeit bereit sei, neue Blutopfer zu bringen und den Heldenmut seiner Soldaten aufs neue unter Beweis zu stellen, wenn seine Unabhängigkeit angetastet würde.

Die beiden Staaten der Iberischen Halbinsel wollen sich jedenfalls aus dem Kriege heraushalten! Sie wollen neutral oder mindestens nichtkriegführend bleiben. Einerseits fühlen sie sich als autoritäre Staaten von eindeutig antibolschewistischer Prägung mit Europas Kampf gegen den Bolschewismus durch eine vitale Interessengemeinschaft verbunden, andererseits wissen sie, daß ihre exponierte geographische Lage und erst recht die ihrer Inseln und Kolonialbesitzungen sowie ihre ungenügende Rüstung ihnen ein militärisches Eingreifen an der Seite der Achsenmächte ein großes Risiko auferlegen

würde. Auch ihre wirtschaftlichen Interessen, besonders ihr Überseehandel, der für ihre Lebensmittelversorgung höchst

116 wichtig ist, legen ihnen Zurückhaltung nahe. Es erhebt sich jedoch die Frage, ob England und Amerika sie nicht irgendwann einmal vor die Entscheidung stellen werden, mit ihnen zu gehen, sei es auch nur in der Form, daß sie die Iberische Halbinsel als Aufmarschgebiet freigegeben — oder aber, wenn sie dies nicht tun wollen, sie zum Kampf unter nicht sehr günstigen Bedingungen zwingen werden. Freilich ist die Iberische Halbinsel infolge ihrer geographischen Struktur und ihrer Weiträumigkeit für den, der sie gegen den Willen ihrer Bewohner kämpfend durchschreiten muß, ein schweres Hindernis. Unsere Feinde müßten sich auch darüber klar sein, daß ihrem Vordringen auf iberischem Boden von den Achsenmächten nicht ohne militärisches Eingreifen zugesehen werden würde.

Lage und Haltung der Türkei, der anderen Landbrücke nach Europa im Südosten, sind der der iberischen Staaten recht ähnlich. Die Türkei liegt ebenfalls zwischen den Kämpfenden und will dem Kampfe fernbleiben. Daran hat sich auch im Monat April nichts geändert. Die Zeitung „Ulus“ brachte hierzu am 18. April bemerkenswerte Ausführungen, in denen betont wurde, daß im Jahre 1943 die Türkei zunehmend in den Brennpunkt der Ereignisse rücke und daß es falsch sei, zu glauben, daß in einem Augenblick, da bei allen kriegführenden Mächten die letzten Anstrengungen gemacht würden, eine Entscheidung herbeizuführen, für den Frieden der Türkei keine Gefahr mehr bestehe. Schon die strategische und geographische Lage zwischen dem Schwarzen und dem Mittelmeer sei gefährlich. Aber in einem solchen Augenblick müsse sich das türkische Volk stärker noch als bisher um den Staatschef scharen und seinen Anweisungen folgen. Über die Außenpolitik der Türkei sei kein Wort mehr zu verlieren. Sie sei innerhalb und außerhalb der Türkei völlig klar und so dargelegt, daß nichts hinzuzufügen sei. Nur solle die Welt wissen, daß nach wie vor die Türkei entschlossen sei, die größten Opfer zu bringen, wenn einer daran denken sollte, der Türkei etwas anzutun. Die türkische Nation werde sich glücklich schätzen, auch durch die kommende Kriegsphase in Frieden durchzukommen. Der außenpolitisch führende Journalist Sadak stellte am 1. April in der Zeitung „Akscham“ fest, die Türkei habe nur ein Interesse:

die eigene Sicherheit. Daher habe sie nur ein Ziel, nicht in den Krieg getrieben zu werden. Mit dieser Zielsetzung sei die Türkei neutral geblieben. Die Türkei hat denn auch Anfang April sowohl mit Deutschland wie mit Italien neue Handelsabkommen abgeschlossen. Die englischen Bemühungen, den eigenen Einfluß in der Türkei weiter auszudehnen, werden andererseits eifrig fortgesetzt. Die türkische Außenpolitik wird offensichtlich weiter von dem Bestreben geleitet, auf der bisher innegehaltenen mittleren Linie zwischen den Kriegführenden sich weiter fortzubewegen.

117 Das verbündete Japan hat im April seine Politik und Kriegführung mit derselben Konsequenz und mit dem gleichen Erfolg fortgesetzt wie bisher. Zur militärischen Lage Japans stellte der Sprecher der japanischen Armee am 30. April fest, daß die japanische Wehrmacht nicht nur die Offensive des Feindes an den verschiedenen Frontabschnitten blutig zurückgeschlagen, sondern darüber hinaus selber neue militärische Vorbereitungen in großem Ausmaße getroffen habe. Die Stützpunkte, die Japan besitze, seien so ausgebaut, daß sie jederzeit eine großzügige Offensive ermöglichen. Yakagi ging dabei auf die Lage in den einzelnen Frontabschnitten ein. Im Aleuten-Gebiet führe der Gegner täglich mit großen Formationen Luftangriffe auf die japanischen Basen durch. Da im Aleuten-Gebiet in der Zeit von Ende Mai bis September starker Nebel herrsche, müsse damit gerechnet werden, daß der Feind unter Ausnützung dieser Witterungsverhältnisse eine Landung versuchen werde. Die japanische Wehrmacht sei daher auf derartige Eventualitäten entsprechend vorbereitet. An der burmesisch-indischen Front setze jetzt die Regenzeit ein, die weitere Operationen praktisch unmöglich mache. Die letzten Monate hätten darüber hinaus jedoch gezeigt, daß es den Engländern auch bei günstigeren Witterungsbedingungen nicht möglich ist, ein Offensive mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen. Diese Front scheidet daher für die nächste Zeit aus. Aus diesem Grunde habe man auf der Gegenseite die Truppen in Südchina, also die Streitkräfte Tschiangkaischeks, die Burma vom Norden her bedrohen sollen, verstärkt. Die täglichen amerikanischen Luftangriffe auf das burmesische Gebiet seien bisher in keiner Weise von militärischem Erfolg begleitet gewesen.

Während die japanische Wehrmacht im Südpazifik gerade in jüngster Zeit ihre Stellungen weiter habe festigen können, herrschte im Gebiet China Ruhe und Frieden. Von ihren vorgeschobenen Basen aus führten japanische Truppen immer wieder Operationen gegen die Streitkräfte Tschiangkaischeks durch. Die amerikanisch-chinesische Luftwaffe in China sei seit Januar wesentlich verstärkt worden. Man müsse mit Luftangriffen auf Japan rechnen, die immer stürmischer aus innerpolitischen Gründen in Amerika gefordert werden. An der mandschurisch-sowjetrussischen Grenze herrsche Ruhe. Die,

Fälle ungesetzlicher Überschreitung der Grenzen durch sowjetrussische Streitkräfte hätten abgenommen. Die japanische Wehrmacht im Norden Mandschukuos stehe hier auf Wache und sei auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Die Fortschritte der Japaner auf wirtschaftlichem Gebiet werden auch von ihren Kriegsgegnern nicht mehr geleugnet. Die englische Zeitschrift „News Review“ schrieb hierüber Mitte April, der Direktor des japanischen Groß-Ostasien-Ministeriums habe kürzlich den Gesamtplan der Japaner enthüllt. Das

118 Programm sei erstaunlich, und noch viel erstaunlicher, daß es nicht nur ein Traum sei, sondern Japan hier tatsächlich auf fester Grundlage baue. Einige der „Seitenwände“ des neuen japanischen Empire-Gebäudes stünden bereits. Folgendes sei schon geschehen:

Nordchina: Gewaltige Steigerung der Kohlenproduktion, so daß schon im vergangenen Jahre Kohle nach Japan, Mittelchina und der Mandschurei und jetzt auch erstmalig in die südlichen Gebiete hätte ausgeführt werden können.

Hongkong: Die Gummifabriken von Hongkong seien wieder voll in Betrieb. Die ersten Rohstofflieferungen aus Malakka seien schon eingetroffen.

Mandschurei: 1942 hatten die japanischen Behörden in der Mandschurei 113 neue Bergwerkslizenzen erteilt, wodurch deren Gesamtzahl nun auf 1188 gestiegen sei. Der Bau eines riesigen Hochofenwerks, mit dessen Fertigstellung man zu Ende dieses Jahres rechne, sei im Dezember in Mukden in Angriff genommen worden. Daneben hätten die Elektrizitätswerke von Dairen mit der Produktion begonnen. Zum ersten Male verwendeten die Japaner jetzt Aluminium-Kabel mit einem Stahlkern. Weiter errichteten sie eine Glasfabrik in Mukden, die später die ganze Mandschurei mit Glas beliefern könne.

Philippinen: Hier veränderten die Japaner entsprechend ihrem Bedarf die gesamte wirtschaftliche Struktur. Die landwirtschaftliche Erzeugung werde von der Zucker-, Kobra- und Hanferzeugung auf die Baumwoll-, Jute- und Rizinusölsamenerzeugung umgestellt. Letztere brauche man dringend für die Herstellung von Schmieröl. Die Hauptanstrengungen der Japaner konzentrierten sich hier jedoch auf die Baumwollerzeugung. 40 Prozent des früher für die Zuckerproduktion benötigten Bodens werden jetzt dort für die Anpflanzung von Baumwollstauden benutzt.

Thailand: Hier arbeiten die Japaner ausgezeichnet mit den Siamesen zusammen. Zur Entlastung des Transportwesens hätten die zum Teil im Staatsbesitz befindlichen siamesischen Reisgesellschaften und die siamesischen Schiffsversicherungsgesellschaften eine neue Reederei unter dem Namen Siamesische Leichter-Gesellschaft gegründet. Mit dieser Neugründung verfolge man das Ziel, das gesamte Seetransportwesen zu zentralisieren und auszudehnen.

Holländisch-Ostindien: Die hier von den Holländern bei der Räumung zerstörten Ölquellen, insbesondere die auf Sumatra, befinden sich in der Mehrzahl wieder in Betrieb.

Malakka: Die Kraftstation von Perak habe schon Ende des vergangenen Jahres wieder gearbeitet, während im übrigen die Zinnindustrie in großem Stil wieder für die Japaner produziere. In Said stellen sich die Erzeugungen schon wieder auf 90 Prozent gegenüber den in Friedenszeiten. Drei Privatgesellschaften

119 betrieben allein 35 Zinn-Minen, während insgesamt Mitte Januar 110 Zinnbergwerke Malakkas wieder voll arbeiteten. Daneben entstehe auf Malakka eine neue Flaschenindustrie mit einer Jahresproduktion von 10 Millionen Flaschen. Dadurch würden Japans Brauereien in Zukunft von der Flascheneinfuhr unabhängig.

Die Entwicklung im pazifischen Raum erweckt steigende Besorgnis in Australien, von wo auch im Monat April mehrfach besorgte Hilferufe nach London und Washington gingen. Die australischen Politiker und Generale unterstrichen verschiedentlich die Notwendigkeit, den pazifischen Kriegsschauplatz nicht zu vernachlässigen. Die Japaner gewannen immer mehr Zeit, die es ihnen gestatte, ihre militärischen Stellungen auszubauen und zu befestigen. Die im Pazifik vorhandenen Streitkräfte erlaubten keineswegs einen Angriff auf die Japaner, sie seien vielmehr nicht einmal genügend, um Australien vor Japan zu schützen.

In ähnlicher Lage sieht sich Tschungking-China. Die Japaner dringen in dem weiten chinesischen Raum in verschiedenen Gegenden immer weiter vor, wobei die Inbesitznahme wichtiger Rohstoff- und Lebensmittelproduktionsgebiete sowie solcher Gegenden für sie im Vordergrund steht, von denen das japanische Inselreich mit Flugzeugen angegriffen werden könnte. Tschiangkaischek sagte denn auch Anfang April, daß Tschungking-China seine dunkelste Stunde während der sechs Jahre, die der Krieg schon dauere, erreicht habe. Eine in Tschungking erscheinende Zeitschrift schrieb, die Konfe-

renz in Casablanca sowie die Reden Churchills, Edens und Hulls seien ein schlagender Beweis dafür, daß der Krieg in Ostasien von den Alliierten zugunsten des europäischen Krieges vernachlässigt werde. Daher sei es für Tschungking zwecklos, sich auf die alliierte Hilfe zu verlassen.

Der Selbstbehauptungswille Japans hat im Monat April zu einem interessanten Ereignis geführt. Von amerikanischer und englischer Seite ist immer wieder die Drohung ausgesprochen worden, man wolle Flugbasen in der Nähe Japans gewinnen, von denen aus man die japanischen Städte bombardieren könne, um damit Japans Widerstandswillen schließlich zu brechen. Bisher ist es mit einer Ausnahme nicht gelungen, diese Drohung wahrzumachen. Bei dieser Gelegenheit ist eine Anzahl amerikanischer Flieger in japanische Hand gefallen. Sie haben beim Verhör nachher gestanden, daß sie bewußt nichtmilitärische japanische Ziele angegriffen haben. Die Japaner haben sie deshalb wegen unmenschlicher und völkerrechtswidriger Kriegshandlung zur Rechenschaft gezogen. Der Sprecher der japanischen Regierung gab hierzu am 22. April folgendes bekannt:

Japans Haltung in dieser Frage gehe klar aus den beiden Proklamationen vom 19. Oktober 1942 hervor,

- 120 wonach alle feindlichen Flieger, die sich unmenschlicher Aktionen bei Luftangriffen schuldig machen und gefangen werden, zum Tode verurteilt bzw. schwer bestraft werden. Am 17. Dezember 1942 habe die japanische Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten folgende Mitteilung zukommen lassen: „Die kaiserlich-japanische Regierung beabsichtigt diejenigen Besatzungsmitglieder der feindlichen Flugzeuge, die nach einem Luftangriff auf Japan, Mandschukuo oder von Japan besetzte Gebiete in Gefangenschaft geraten und welche unmenschlichen Verhaltens bei ihrem Angriff für schuldig befunden werden, vor einem Militärgericht als Feinde der Menschheit schwer zu bestrafen. Es ist jedoch nicht beabsichtigt, sie schwer zu bestrafen, weil sie an militärischen Operationen teilgenommen haben, wie die amerikanische Regierung unterrichtet worden sein will. Diese seitens der japanischen Regierung ergriffenen Maßnahmen zielten darauf ab, die Schrecken des Krieges nach menschlichen und moralischen Gesichtspunkten auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Mitglieder der amerikanischen Flugzeuge, die am 18. April 1942 Japan angriffen, bombardierten jedoch mit Willen nichtmilitärische Einrichtungen, wie Hospitäler und Schulen, bezw. setzten sie in Brand und griffen Zivilisten an, die weit von militärischen Einrichtungen entfernt waren. Besonders verdammenswert ist die Tatsache, daß sie auf einem Schulhof spielende Kinder, obwohl sie diese klar als solche erkannt hatten, absichtlich mit ihren Maschinengewehren angriffen und töteten bzw. verwundeten. Die erwähnten Mitglieder der Besatzung gaben diese Tatsache zu, bezeichneten dieses Vorgehen als selbstverständlich und bereuten dieses in keiner Weise. Die amerikanische Regierung muß verstehen, daß derartige Männer Feinde der Menschheit und unverzeihliche Verbrecher sind. Die japanische Regierung kann daher solche Verbrecher nicht als Kriegsgefangene behandeln. Nachdem ihre Schuld auf Grund der Ermittlungen eines Kriegsgerichts klar erwiesen war, wurden sie gemäß den militärischen Bestimmungen zum Tode verurteilt. Das Urteil ist jedoch bei den meisten von ihnen abgemildert und nur gegen einen Teil von ihnen vollstreckt worden. Die japanische Regierung beabsichtigt alle diejenigen Besatzungsmitglieder feindlicher Flugzeuge wie Kriegsgefangene zu behandeln, die nach Luftangriffen auf Japan, Mandschukuo und die anderen Operationsgebiete in Gefangenschaft geraten und sich keine unmenschlichen Aktionen zuschulden kommen ließen. So wurden beispielsweise amerikanische Flieger, die nach einem Luftangriff auf Hongkong in Gefangenschaft geraten sind, wie Kriegsgefangene behandelt. Die japanische Regierung könne jedoch niemals zugeben, daß feindliche Soldaten lediglich durch das Tragen einer Uniform immun sind gegen eine Verantwortung für absichtlich begangene unmenschliche Aktionen.“

- 121 Aus Washington wurde hierzu am 22. April gemeldet: Roosevelt teilte heute in einer formellen Erklärung die barbarische Hinrichtung von einigen Mitgliedern der amerikanischen Streitkräfte mit, die infolge eines „Kriegszwischenfalls“ in japanische Hände fielen. Die Erklärung, die von Roosevelt in Corpus Christi (Texas) abgegeben ist, wurde zur gleichen Zeit vom Weißen Haus zugleich mit der Protestnote des Staatsdepartements an die japanische Regierung veröffentlicht. Roosevelt sagte in seiner Erklärung, daß die Presse Einzelheiten über die amerikanischen Bombardements Japans vor einem Jahr veröffentlichen würde. Der Präsident fügte hinzu, daß die Besatzungen von zwei amerikanischen Bombern von Japanern gefangengenommen wurden. Die amerikanische Regierung erfuhr am 19. Oktober 1942 durch japanische Rundfunksendungen von dem Erscheinen dieser Amerikaner vor dem Tribunal und den ersten Schwierigkeiten, die ihnen gemacht wurden. Es wurden fortgesetzt Anstrengungen gemacht, um eine Bestätigung zu erhalten. Erst am 12.

März 1943 erhielt die amerikanische Regierung die Mitteilung der japanischen Regierung, daß diese Amerikaner in der Tat vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt worden seien.

Die Japaner sind demnach entschlossen, die von den Engländern und Amerikanern ihnen gegenüber beabsichtigte barbarische Luftkriegführung nicht hinzunehmen, sondern die Piloten, die dabei in ihre Hand fallen, als Kriegsverbrecher abzuurteilen. Dies ist auch vom völkerrechtlichen Standpunkt höchst bedeutsam.

In London und Washington reagierte man auf diese völkerrechtlich durchaus begründete Haltung der Japaner gegenüber den amerikanischen Fliegern mit Schimpfworten und Drohungen und nahm für sich in Anspruch, von „barbarischen Methoden“ japanischer Kriegführung zu sprechen./ Die Hohlheit derartiger Phraseologien zeigte sich gleichzeitig außerordentlich eindrucksvoll in der Stellungnahme, die dieselben Engländer und Amerikaner gegenüber den grausigen Feststellungen in den Massengräbern von Katyn in der Gegend von Smolensk einnahmen.

Am 12. April meldete das DNB aus Smolensk: Nach Feststellung der deutschen Militärbehörden in Smolensk wurden in den Monaten Februar und März 1940 über 12000 polnische Offiziere, d. h. vermutlich die Gesamtheit des nach dem Zusammenbruch Polens 1939 auf sowjetischem Gebiet befindlichen polnischen Offizierkorps, auf dem Gelände des GPU-Erholungsheims Kosegory in der Nähe des Ortes Grasnybor erschossen. Die deutschen Militärbehörden haben auf Grund von Informationen aus der Bevölkerung auf dem Waldgrundstück des früheren GPU-Erholungsheims Katyn am 12. April gesehen, bei denen es gelang, nach wenigen Tagen ein Massengrab von 28 m Breite und 17 m Länge freizulegen. In diesem Massengrab lagen in zwölf Schichten übereinander 3000 polnische Offiziere in voller Uniform mit dem Gesicht nach unten, z. T. die Hände auf dem Rücken gefesselt und z. T. den Mund mit Sägemehl verstopft. Alle waren durch einen Pistolenschuß in das Genick getötet. Eine genaue Identifizierung der Leichen ist trotz der fortgeschrittenen Verwesung sehr gut möglich, da die Leichen sich zum größten Teil in stark mumifiziertem Zustand befinden und den Offizieren bei der Erschießung die Papiere gelassen worden sind. Unter den Erschossenen befindet sich Brigadegeneral Smorawinsky aus Lublin. Wie Zeugenaussagen ergeben, wurden die Erschossenen aus dem Internierungslager Koselsk bei Orel, in das die polnischen Offiziere nach dem Zusammenbruch Polens von den Sowjets gebracht worden waren, in Bahntransporten nach Gnesdowa-Smolensk befördert und von dort in Lastkraftwagen auf das Gelände des GPU-Erholungsheims geschafft. Weitere Grabungen haben ergeben, daß auch unter den übrigen Anpflanzungen zweijähriger Kiefern Leichen in großer Anzahl verscharrt sind. Auf Grund des Ergebnisses der bisherigen Ausgrabungen nennen die deutschen Militärbehörden eine Gesamtziffer von mindestens 12000 erschossenen polnischen Offizieren (!).

Polnische Delegationen aus verschiedenen polnischen Städten sowie eine solche von kriegsgefangenen polnischen Offizieren, ferner eine internationale Kommission von Gerichtsmedizinern und zahlreiche Journalisten aus den verschiedensten Ländern haben die Massengräber von Katyn besucht. Die Feststellungen, durch zahlreiche Lichtbilder belegt, sind eindeutig: Die Sowjets haben viele Tausende polnischer kriegsgefangener Offiziere im Frühjahr 1940 glatt ermordet!

Am 17. April teilte das Kriegsministerium der polnischen Emigrantenregierung in London mit: Die polnische Regierung hat beim Internationalen Roten Kreuz vorgefühlt, damit eine Abordnung an Ort und Stelle geschickt wird, wo nach Angabe der deutschen Propaganda polnische kriegsgefangene Offiziere hingemordet worden seien. Weiter teilte die polnische Emigrantenregierung mit, als sie daran gegangen sei, in der UdSSR eine polnische Armee aufzustellen, wurden 8300 Offiziere und 7000 Unteroffiziere, Soldaten und Zivilisten vermißt. Bei seinem Besuch in Moskau am 3. Dezember 1941 schnitt Sikorski in seinen Unterredungen mit Stalin die Freilassung aller polnischen Kriegsgefangenen an. Stalin gab die Versicherung, daß alle Militärs und Zivilisten freigegeben werden sollten und daß die Sowjetregierung alle polnischen Offiziere aus der Gefangenschaft entlassen hätte. Das Schicksal der polnischen Kriegsgefangenen ist Gegenstand mehrerer Vorstellungen des Botschafters Raczynski beim

123 Sowjetbotschafter Bogomolow gewesen. Die polnische Regierung hat keine Antwort auf die Frage bekommen, wo sich die Offiziere und die anderen aus drei Lagern entlassenen Personen befänden.

Die polnische Emigrantenregierung bestätigte also selbst die Richtigkeit der deutschen Angaben und wandte sich an das Internationale Rote Kreuz mit der Bitte um eine Untersuchung der Angelegenheit. Der Zentralausschuß des Polnischen Roten Kreuzes richtete am 22. April folgendes Schreiben an den Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in Genf:

„Angesichts seiner Pflicht, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Aufklärung des schmerzlichen Falles von Smolensk beizutragen, beehrt sich das Polnische Rote Kreuz, Ihnen den Inhalt des Berichts unseres Generalsekretärs zur Kenntnis zu bringen, der sich an der Spitze des technischen Ausschusses unseres Informationsbüros auf Einladung der deutschen Behörden nach Smolensk begeben hat. Herr Skarzynski stellte folgendes fest: In der Umgebung von Smolensk befinden sich an einem mit Katyn bezeichneten Ort die Massengräber polnischer Offiziere, die zum Teil geöffnet sind. Auf Grund der Untersuchung von ungefähr 300 ausgegrabenen Leichen läßt sich feststellen, daß diese Offiziere durch Pistolenschüsse in das Genick ermordet worden sind. Aus der typischen Gleichförmigkeit der Wunden kann auf eine Hinrichtung durch fachlich geschulte Henker geschlossen werden. Der Mord trägt nicht die Züge eines Raubmordes. Die Toten sind noch mit Uniformen und Stiefeln bekleidet und tragen noch Auszeichnungen, außerdem befinden sich bei den Ermordeten erhebliche Beträge polnischen Geldes. Aus den bei den Leichen vorgefundenen Papieren und Urkunden muß geschlossen werden, daß der Mord ungefähr in den Monaten März bis April 1940 stattgefunden hat.

Bis jetzt konnte lediglich eine beschränkte Anzahl von Leichen (ungefähr 150) identifiziert werden. Zur Identifizierung und Registrierung aller Ermordeten wäre es zweckmäßig, die nach Smolensk entsandte technische Mannschaft des Polnischen Roten Kreuzes um 5 bis 6 Mann zu verstärken. Die Arbeiten des technischen Ausschusses können nur in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen örtlichen deutschen Militärbehörden weitergeführt und gefördert werden.: Unser technischer Ausschuss erfreute sich am Orte seiner Tätigkeit seitens der deutschen Militärbehörden einer sehr verbindlichen Unterstützung und Mitarbeit. Auf Grund des im vorstehenden Bericht enthaltenen Tatbestandes und unter Bezug auf Artikel 4, Lt. DEH. der Satzung des Internationalen Ausschusses des Roten Kreuzes (28. August 1930) bitten wir Sie, Herr Präsident, alle Schritte und Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die in der Satzung des Internationalen Ausschusses vorgesehen sind und für die der Ausschuss auf Grund der internationalen Abkommen zuständig ist.

124 Am 24. April wurde aus London folgendes gemeldet: Die polnische Emigrantenregierung erklärt in einem Memorandum an die alliierten Regierungen unter Bezug auf die 12000 polnischen Offiziere, die aus sowjetischen Gefangenenlagern verschwunden sind, daß alle Spuren dieser Offiziere verloren gingen. In dem Memorandum heißt es: Nach Informationen, die die polnische Regierung empfangen hat, wurden die Offiziere nicht freigelassen, wenigstens eine große Anzahl von ihnen wurde nach der Yakut-Republik und den Franz-Joseph- und Nowaja-Semlja-Inseln deportiert. Im Gegensatz zu Stalins Versprechen, das er dem polnischen Botschafter Kot gab, wurden die Offiziere weder freigelassen, noch hörte man von ihnen. Im Januar 1942 bemerkte Polen, daß Moskau sein Versprechen nicht gehalten hat, worauf die Sowjets in ihrer Antwort versprachen-, ihre Zusagen einzuhalten. Sie dementierten, daß viele der Offizier in die obengenannten Gebiete verschickt wurden.

Zwei Tage darauf wurde aus Moskau mitgeteilt, daß der Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Molotow, im Namen der Sowjetregierung diese Erklärung abgegeben habe: Radio Moskau verbreitete am Montagabend folgende Erklärung, die der Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Molotow, im Namen der sowjetischen Regierung abgab: „Das jüngste Verhalten der polnischen Regierung der UdSSR gegenüber wird von der sowjetischen Regierung als absolut anormal betrachtet, es mißachtet alle Regeln und normalen Gepflogenheiten, die die Beziehungen der beiden alliierten Länder beherrschen. Die polnische Regierung bemächtigt sich plötzlich der feindlichen, von den deutschen Faschisten gegen die sowjetische Regierung entfachten Kampagne bezüglich der von ihnen ermordeten polnischen Offiziere, und die amtliche polnische Presse verbreitet sie in jeder Weise nicht nur, daß Polen diese gemeine faschistische Verleumdung gegen die UdSSR nicht zurückweist, sondern es hält es nicht einmal für nötig, eine Bitte um Stellungnahme oder Erklärung über diese Angelegenheit an die sowjetische Regierung zu richten. Die Hitler-Behörden, die das ungeheure Verbrechen gegen die polnischen Offiziere begangen haben, veranstalten jetzt eine groteske Untersuchung, und um sie durchzuführen, bedienen sie sich gewisser polnischer pro-faschistischer Elemente, die sie im besetzten Polen ausgewählt haben, wo jedermann unter der Knute Hitlers gehalten wird und wo kein anständiger Pole wagt, sich frei und offen auszusprechen. Sowohl die polnische wie die Hitler-Regierung luden das Internationale Rote Kreuz zur Untersuchung ein, das zu den Bedingungen dieses Terrorregimes mit seinen Blutgerüsten und der Massenvernichtung der friedlichen Bevölkerung zur Teilnahme an dieser von Hitler organisierten Untersuchungskomödie gezwungen wird. In jedem Falle

125 kann eine solche hinter dem Rücken der sowjetischen Regierung durchgeführte Untersuchung nicht das Vertrauen anständiger Menschen erwecken. Die Tatsache, daß die feindliche Kampagne gegen die Sowjetunion gleichzeitig von der deutschen und polnischen Presse begonnen wurde und im gleichen Geiste geführt wird, läßt keinen Zweifel, daß zwischen dem Feind der Alliierten — Hitler — und der polnischen Regierung eine Verbindung und Abmachung für die Verfolgung dieser Kampagne vorhanden ist. Während das Volk der Sowjetunion sein Blut in dem schwierigen Kampf gegen das Hitler-Deutschland vergießt und alles tut, was in seiner Macht steht, um die Niederlage des gemeinsamen Feindes der russischen und polnischen Völker und aller demokratischen Nationen, die die Freiheit lieben, herbeizuführen, führt die polnische Regierung in Hörigkeit der Hitler-tyrannei einen hinterhältigen Schlag gegen die Sowjetunion. Die sowjetische Regierung weiß, daß diese feindliche Kampagne gegen die Sowjetunion von der polnischen Regierung mit dem Ziel unternommen wurde, die verleumderische Lüge Hitlers zu einem Druck auf die sowjetische Regierung zu benutzen, um von ihr Gebietszugeständnisse auf Kosten der sowjetischen Ukraine, Weißrußlands und Sowjetisch-Litauens zu erhalten. Alle diese Tatsachen zwingen die sowjetische Regierung zu dem Standpunkt, daß die augenblickliche polnische Regierung, die den Weg des Verhandeln mit der Hitler-Regierung eingeschlagen hat, in Wirklichkeit die Verbindungen des Bündnisses mit der Sowjetunion unterbrochen hat und der Sowjetunion gegenüber eine feindliche Haltung eingenommen hat. Nach Prüfung des Vorgefallenen entschloß sich die sowjetische Regierung, die Beziehungen zur polnischen Regierung abzubauen." Der Text der Erklärung war in einer Note enthalten, die von Molotow dem polnischen Botschafter in Moskau, Romer, übergeben wurde.

Diese Note Molotows ist ein wahres Prachtstück bolschewistischer „Diplomatie“. Nicht der Mörder hat Unrecht, sondern der Ermordete! Ein einwandfreier, durch Hunderte von Augenzeugen festgestellter Tatbestand wird brüsk abgestritten, das eigene Verbrechen dem Gegner in die Schuhe geschoben! Dies alles kann freilich niemanden im geringsten wundernehmen, der die inner- und außenpolitischen Kampfmethoden des Bolschewismus etwas kennt. Das politisch Interessante an der Note Molotows war jedoch der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der polnischen Emigrantenregierung in London, d. h. mit einer formell verbündeten Regierung, und damit ein Riß in der Front der „Alliierten Mächte“.

Die politischen Wirkungen dieser Tatsache waren äußerst bezeichnend. In London und Washington wurde „aufrichtiges Bedauern“ zum Ausdruck gebracht, „unglückliche Auswirkungen“ befürchtet und der

126 lebhafter Wunsch ausgesprochen, daß dieser Abbruch der Beziehungen keinen wirklichen Abbruch, sondern nur eine „Unterbrechung“ darstelle. Reuter meldete am 28. April aus London: Die sowjetische Regierung hat ihre diplomatischen Beziehungen mit Polen „unterbrochen“ und nicht abgebrochen. Der polnische Botschafter Romer hat Moskau nicht verlassen — dies erfuhr man in London aus glaubwürdiger Quelle. Auf der Basis dieses Hintergrundes sind gestern in London wichtige Schritte unternommen worden, die darauf hinzielten, eine Annäherung zwischen Sowjetrußland und Polen zu erleichtern. Der britische Außenminister Eden empfing den polnischen Außenminister Graf Raczynski. Dann gingen beide zur Downingstreet, um Churchill aufzusuchen, mit welchem bereits der polnische Premierminister General Sikorski eine Besprechung hatte. Außerdem hatte Eden den Besuch des Botschafters der Vereinigten Staaten, Winant. Es ist offensichtlich, daß die Regierungen Englands und Amerikas alles tun, um so schnell wie möglich den Riß, der in der Union der Vereinigten Nationen zutagegetreten ist, zu reparieren. Zweifellos vergißt die sowjetische Regierung nicht, daß es für die Sache, für welche die Vereinigten Nationen kämpfen, von vitaler Bedeutung ist, die Einheit der Vereinigten Nationen unbeschädigt aufrecht zu erhalten. Jedenfalls wurde die Wichtigkeit der Angelegenheit bei der Unterredung zwischen Eden und Graf Raczynski betont. Von der polnischen Regierung wurde gestern keine Erklärung veröffentlicht, aber man hält es für möglich, daß eine offizielle Erklärung heute abgegeben wird.

Weder in London noch in Washington wurde offiziell oder offiziös auch nur ein einziges Wort der Kritik und des Tadels gegenüber Moskau oder auch nur des Bedauerns gegenüber den Ermordeten im Walde von Katyn geäußert! Niemand machte im englischen Parlament von dem Rechte einer Anfrage an die englische Regierung über Katyn Gebrauch. Die Engländer, die bekanntlich seit jeher alle ihre Kriege „für Recht, Menschlichkeit und Menschenwürde“ geführt haben, schlossen ganz einfach die Augen vor dem furchtbaren Tatbestand im Walde von Katyn. Das einzige Bedauern, das sie aufbrachten, war ein rein politisches darüber, daß in der Front ihrer Verbündeten ein „Riß“ entstanden war. Ihr ganzer Zorn aber richtete sich gegen Deutschland, dem es durch die Aufdeckung des Verbrechens von

Katyn gelungen war, diesen Riß herbeizuführen. Dasselbe England, das die Polen 1939 angeblich wegen Danzigs und des Korridors in den Krieg gehetzt hat, läßt den polnischen Verbündeten angesichts der drohenden Haltung Moskaus einfach im Stich! Kenner der englischen Geschichte werden sich hierüber freilich nicht im geringsten wundern.

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen England und den Vereinigten Staaten auf der einen und

127 der Sowjetunion auf der anderen Seite hat im übrigen im Monat April die gleichen Merkmale gezeigt, die man schon lange beobachten konnte. Einerseits wird die Gemeinsamkeit des Ziels, nämlich die Besiegung der Achsenmächte und ihrer Bundesgenossen unterstrichen, die Notwendigkeit und die Bereitschaft seitens der Angloamerikaner, der Sowjetunion die größtmögliche Hilfe durch die Entsendung von Kriegsmaterial und Lebensmitteln zukommen zu lassen, betont — andererseits wird in London und Washington unaufhörlich zum Ausdruck gebracht, man müsse sich mit Moskau über die Nachkriegsziele einigen, Stalin müsse über seine Kriegsziele zum Sprechen gebracht werden, ohne eine aufrichtige und eindeutige Verständigung mit der Sowjetunion über den Aufbau der Welt nach dem Kriege sei kein dauernder Friede möglich. Obwohl Stimmen der Kritik gegen die Sowjetunion möglichst hintangehalten oder gar unterdrückt werden, um den Herrn im Kreml nicht zu reizen, da man vor nichts mehr Sorge hat, als davor, daß er vielleicht in seiner Entschlossenheit zum Nutzen der westlichen Plutokratien weitere Millionen seiner Soldaten in den Tod zu schicken, wankend werden könnte, kommt doch das tiefe Mißtrauen gegen Stalin und sein Regime und die Besorgnis vor seinen letzten Absichten in England und den USA immer wieder zum Ausdruck. Der Plan einer Konferenz zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin wird deshalb unaufhörlich diskutiert. Man will Stalin an den Konferenztisch bringen, damit er sein geheimnisvolles Schweigen aufgeben und über seine wirklichen Absichten sprechen soll. Diesem Wunsch liegt die Illusion zugrunde, daß man auf ein Wort, ein Versprechen Stalins oder auf eine von ihm übernommene Verpflichtung sich verlassen könnte — als ob nicht die ganze bisherige Geschichte der Sowjetunion das Gegenteil beweisen würde.

Die Bündnisfront unserer Feinde, die mit dem Abbruch der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der polnischen Emigrantenregierung einen deutlichen Riß gezeigt hat, steht eben nicht auf der Grundlage einer wirklichen soliden Interessengemeinschaft. Sie wird zusammengehalten durch die gemeinsame Feindschaft gegen gemeinsame Gegner, besteht aber weder ideologisch noch in den letzten Zielen. Ebenso wie der englische und der USA-Imperialismus sich zutiefst feindlich sind, weil der der USA den englischen beerben d. h. verdrängen möchte, ebenso verhält sich der englische und der amerikanische Imperialismus als Gesamterscheinung zu der kommunistischen Weltrevolution, nach der Moskau hinstrebt, völlig gegenpolig. Das eigentlich verbindende Element zwischen den drei Mit- und Gegenspielern Moskau, London und Washington ist nur der jüdische Geist und der jüdische Machtwille, der sich die verschiedensten völkischen, politischen und traditionellen Kräfte zu Werkzeugen gemacht hat!



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1943

Mai-Lieferung

(Nr. 89/90 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



Innenpolitik

80 Am 1. Mai beging die gesamte deutsche Nation den Tag der Arbeit. Der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Reichsorganisationsleiter Dr. L e y, richtete aus diesem Anlaß an alle schaffenden Deutschen einen Aufruf, in dem er unterstrich, daß „die Leistung für die Zukunft unseres deutschen Volkes die Ehre jedes Deutschen sei“. Dr. Ley verwies auf die feste deutsche Abwehrfront am Atlantischen Ozean, am Mittelmeer, am Nordkap und in Rußlands Steppen. Er unterstrich die Bedeutung der Rüstungsproduktion und nannte insbesondere den Bau von U-Booten, deren Kampf dem Feind die Lebensader durchschneidet. Dr. Ley wies ferner darauf hin, wie wichtig es sei, die Produktion zu erhöhen, obwohl sie in einzelnen Sparten verdoppelt, verdreifacht, ja verzehnfacht sei. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Leistungsreserven der deutschen Nation nie ausgeschöpft werden können. Jede Aufgabe werde gemeistert, Aufgaben, bei denen Europa dem Reich nach Kräften helfe. Hart, stark, stolz und einsatzbereit, das sei die Haltung der deutschen Nation im vierten Kriegsjahr.

Am 1. Mai wurde in diesem Jahr nur ein einziger Mann zum Pionier der Arbeit ernannt, ein Mann, der aus dem Arbeiterstand hervorgegangen ist, der Fahrsteiger G r e b e. Er hat sich bei der Entwicklung neuartiger Kohlenabbaugeräte bedeutende Verdienste erworben. In diesen Mann sind hunderttausend pflichtbewußte deutsche Bergarbeiter, darüber hinaus aber die Millionen Schaffenden geehrt worden, die sich rückhaltlos für den Aufbau der Rüstung einsetzen.

Bei der Tagung der Reichsarbeitskammer, die aus Anlaß des 1. Mai schon am Vortage stattfand, wurde die Benennung von 13 neuen nationalsozialistischen Musterbetrieben und 106 Kriegsmusterbetrieben bekanntgegeben. Zugleich machte bei dieser Tagung Oberbefehlsleiter Marrenbach bemerkenswerte Ausführungen über die vom Reichsorganisationsleiter getroffene Neuordnung der Arbeitskammern. Es werden von jetzt an Betriebsführer wie auch sonst geeignete Männer und Frauen aus der Betriebsgemeinschaft zur Mitarbeit herangezogen und bei der Lösung aller Fragen des Arbeitslebens mitwirken. Für die Auswahl der Mitarbeiter ist ihre betriebliche Bewährung, ihre Befähigung und ihre Verantwortensfreudigkeit, Pionierarbeit auf spezialwirtschaftlichem Gebiete zu leisten, maßgebend. Dr. Ley hat folgende Grundsätze hierfür aufgestellt: 1. „Die Arbeitskammern sind Organe der sozialen Selbstverwaltung und als solche das Instrument der Deutschen Arbeitsfront zur Zusammenarbeit mit den Persönlichkeiten aus den Betrieben, aus Staat und Wirtschaft, die für die Ordnung des Arbeitslebens einsatzwichtig sind. Die personelle Besetzung muß allein dem Arbeitscharakter der Kammern entsprechen.“ 2. „Die Arbeitskammern sollen einen einheitlichen Aufbau erhalten und im Interesse einer vollständigen Auswertung ihrer Arbeit vom Amt Soziale Selbstverantwortung der Deutschen Arbeitsfront zentral gesteuert werden.“ 3. „Die Arbeitsausschüsse müssen in engster Arbeitsverbindung mit den Arbeitskammern stehen. Es dürfen nur noch solche Ausschüsse errichtet werden, die gleichzeitig als Sachverständigenausschüsse der Reichstreuhänder der Arbeit gelten.“

81 Oberdienstleiter Dr. Hupfauer, der Beauftragte Dr. Leys für den Kriegsleistungskampf der deutschen Betriebe, kam in seinen Ausführungen auf die technischen und organisatorischen Rationalisierungsarbeiten zu sprechen. Die Deutsche Arbeitsfront sei bemüht, alle ihre Kräfte für eine gesunde Lohn- und Leistungsgerechtigkeit einzusetzen. Die neue Lohnordnung biete die Möglichkeit, durch eine entsprechend hohe Eingruppierung dem größeren Können und der wertvolleren Leistung durch eine höhere als leistungsgerecht anzusprechende Grundentlohnung gerecht zu werden. Für die Arbeitszeit der Frauen seien in verschiedenen Betrieben beachtenswerte Sonderregelungen getroffen worden. Ein Brandenburger Betrieb stelle je drei Frauen zu einer Arbeitsgruppe zusammen, innerhalb derer immer zwei Frauen täglich arbeiten. Jede der Frauen hat dadurch bei 40 Wochenstunden zwei freie Tage. Die Kürze der Arbeitszeit rechtfertige einen intensiven Einsatz, so daß die für den Betrieb erzielte effektive Leistung eine absolut günstige ist.

Der Reichsorganisationsleiter sprach bei dieser Tagung über das Thema „Zehn Jahre Deutsche Arbeitsfront“. Dr. Ley proklamierte in seiner Rede die Welt der Leistung und des Willens als die Welt

des Nationalsozialismus. „Wir erklären“, so sagte er, „daß wahrer Wille alles vermag. Wir Nationalsozialisten kapitulieren niemals und schrecken vor keinem Hindernis zurück.“

Am 13. Mai berichtete eine kurze Meldung in der deutschen Presse, daß der Führer auf Vorschlag des Chefs der Organisation Todt, Reichsminister S p e e r, das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern dem Leiter der OT-Zentrale, Ministerialdirektor Dorsch, verliehen habe. Auf einer

82 Kundgebung, zu der sich Frontarbeiter und Ingenieure am Atlantikwall vereinten, überreichte Reichsminister Speer mit herzlichen Worten der Anerkennung seinem verdienstvollen Mitarbeiter diese hohe Auszeichnung.

Am 21. Mai gedachte die deutsche Presse des vor vier Jahren abgeschlossenen Bündnisses Berlin — Rom. In diesen vier Jahren hat sich diese „Achse“ als ein stählerner Pakt bewährt. Aus Anlaß dieses Tages hat der Führer an König und Kaiser Viktor Emanuel sowie an den Duce ein Telegramm gerichtet.

Um die Mitte des Monats weilte die Präsidentin der finnischen Frauenorganisation Lotta-Svärd, Frau Fanni Luukkonen, auf Einladung der Reichsfrauenführerin zu einem Besuch in Deutschland. Bei dieser Gelegenheit überreichte der Führer der finnischen Frauenführerin den Stern des Deutschen Adlerordens. Der Führer ehrte damit den hervorragenden Einsatz der finnischen Frauen im gemeinsamen Freiheitskampf gegen den Bolschewismus.

Nachdem das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes mit einem großartigen Ergebnis abgeschlossen worden ist, eröffnete der Führer am 10. Mai durch einen Aufruf das diesjährige Kriegshilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz. In seinen Eingangsworten sagte der Führer, daß die deutschen Soldaten im Osten im vergangenen Winter eine Krise erfolgreich überwunden haben, an der jede andere Wehrmacht der Welt zerbrochen wäre. Wie groß die Anforderungen körperlicher und seelischer Art an sie gewesen seien, könne die Heimat nie ermessen. Auch von der deutschen Heimat werde im Arbeitseinsatz und an Opferbereitschaft Schweres gefordert. Dies aber verblasse gegenüber den Entbehrungen und Leiden der deutschen Soldaten im Osten. „Ich rufe daher das deutsche Volk zum vierten Male auf, im Kriegshilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz seinen gemeinsamen Bund der Opferbereitschaft zu erneuern und damit an unsere Soldaten jenen Dank abzustatten, den sie in überreichlichem Maße verdienen.“

Die erste Haussammlung für das Deutsche Rote Kreuz am 17. Mai zeigte, daß die Heimat diesen Aufruf des Führers verstanden hat. Sie erbrachte, wie am 17. Mai bekanntgegeben wurde, ein vorläufiges Ergebnis von 54 093 619 RM. Die Zunahme gegenüber der gleichen Sammlung des Vorjahres beträgt mehr als 10 000 000 RM, das sind 24 Prozent.

Zu Beginn des Kriegshilfswerkes für das Deutsche Rote Kreuz 1943 gab Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt einen Rechenschaftsbericht ab. Daraus wurde ersichtlich, daß der Sammelbetrag des Vorjahres insgesamt 357 412 945 RM erbracht hat. Dieser stattliche Betrag ist ein beredter Beweis für die Opferwilligkeit und das Vertrauen des deutschen Volkes. In seiner Rede machte Parteigenosse Hilgenfeldt ins einzelne

83 gehende Angaben über die Verwendung der Gelder. Sie kommen den Soldaten auf die verschiedenste Weise zugute: in Lazaretten, in Pflege und Betreuung, in Herrichtung vorbildlicher Kranken- und Kuranstalten, in Ersatz verlorener Gegenstände, in Zuschüssen für Soldatenheime und Feldpostpäckchen, Zeitungen und Zeitschriften, Broschüren und Büchern.

Bewundernswert ist es, daß unsere Soldaten über ihre Leistungen an Blut und Leben auch noch für die Sammlungen spenden, die die Heimat in erster Linie für die Front veranstaltet. So spendete die SS-Panzer Grenadierdivision „Leibstandarte Adolf Hitler“ zum Geburtstag des Führers 2 126 512 RM für das Kriegshilfswerk. — Eine Spende der schweren Seestreitkräfte betrug 528786 RM, wobei auf dem Schlachtschiff „Tirpitz“ und dem schweren Kreuzer „Lützow“ jedes Besatzungsmitglied über: 100 RM gespendet hatte. Die SS-Panzer Grenadierdivision „Das Reich“ hatte mehr als 1500000 RM, die SS-Gebirgsdivision fast 1,2 Millionen RM, eine sudetendeutsche Infanteriedivision im Osten mehr als eine halbe Million RM gespendet. Dies alles sind Zeichen enger Verbundenheit unserer Soldaten mit der großen sozialistischen Aufbau- und Betreuungsarbeit. Sie sind zugleich für die Heimat eine unabdingbare Verpflichtung, nie nachzulassen in ihren Opfern für die Front.

Am 10. Mai wurde in Berlin eine deutsch-rumänische Gesellschaft gegründet. Präsident der Gesellschaft wurde Botschafter Graf von der Schulenburg, früher Gesandter in Bukarest. Vizepräsident wurde Reichskriegsopferführer Oberlindober.

Gegen Ende des Monats sprach Reichswirtschaftsminister F u n k in Anwesenheit von Gauleiter Hanke auf einer Tagung der Gauwirtschaftskammer Niederschlesien in Breslau. In einem umfassenden

den Überblick über die wirtschaftspolitischen Gegenwartsfragen des Reiches kam er auch auf die besondere Bedeutung Schlesiens im Wirtschaftsleben Großdeutschlands zu sprechen. Die gewaltige Raumausweitung nach Osten bedinge für Niederschlesien neue wirtschafts- und raumpolitische Maßnahmen. Niederschlesien und insbesondere Breslau werde die hervorragende Stellung in Wirtschaft und Handel, die es jahrhundertlang innegehabt hat, im Rahmen der großen sich im Ostraum eröffnenden Perspektiven wiedererringen.

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der „Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften“ fand in Berlin eine Vortragsreihe statt, in der Botschafter z. D. von Dirksen über das Thema „Die Unvermeidbarkeit des deutsch-sowjetischen Krieges vom wehrpolitischen und staatspolitischen Gesichtspunkt aus“ sprach. Der Vortragende traf zu Beginn die Feststellung, daß die dem Sowjetstaat inwohnenden Tendenzen und destruktiven Ideologien zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit

84 dem nationalsozialistischen Deutschland führen mußten. Die zersetzende europafeindliche Politik und staatspolitische Konzeption des Bolschewismus sei gerade vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges zu einer akuten Bedrohung Europas geworden. Der Krieg gegen Finnland, die Einverleibung der baltischen Randstaaten, Bessarabiens und des Buchenlandes haben Europa und der Welt die unmittelbare sowjetische Bedrohung gezeigt.

Um die Mitte des Monats ist eine größere Anzahl k r i e g s versehrt Frontsoldaten unmittelbar aus den Lazaretten und Standorten auf der nationalsozialistischen Ordensburg Krössinsee eingetroffen. Dort hat ein mehrmonatiger Lehrgang begonnen, um diesen Männern das Rüstzeug für die Übernahme politischer Führungsaufgaben in der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront zu vermitteln. Auf Veranlassung von Dr. Ley wird die Auffüllung der Lücken, die von den in großem Umfang zur Wehrmacht eingerückten Politischen Leitern der NSDAP und der DAF hinterlassen worden sind, zur Zeit in erster Linie aus den Reihen der kriegsversehrten Frontsoldaten vorgenommen.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Reichsstatthalter Sauckel, hat in einem Aufruf darauf hingewiesen, daß der Einsatz aller Arbeitsreserven so sparsam und zweckmäßig wie möglich zu erfolgen habe. Die Ausrichtung der in den Betrieben mit Ausländern zusammenarbeitenden deutschen Volksgenossen spiele für die Durchführung unserer Kriegswirtschaftsaufgaben eine besondere Rolle. Ständige politische und charakterliche Schulung gäben die Voraussetzungen für eine Ausrichtung der ausländischen Arbeitskräfte. Die deutschen Arbeiter müßten überall in Haltung und Leistung das Vorbild sein! Der gleiche Grundsatz der Leistung gelte auch für den Einsatz der Arbeitskräfte in den besetzten Gebieten.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, sprach am 21. Mai in Bremen auf einer Tagung der Gauwirtschaftskammern vor Vertretern aus Partei, Staat und Wirtschaft über das Problem des Ausländereinsatzes. Zu Anfang seiner Rede gab Gauleiter Sauckel einen Vergleich über den Arbeitseinsatz des entsprechenden Kriegsjahres im Weltkrieg 1914/18. Damals, sagte der Redner, sei bereits der Munitionsarbeiterstreik in Deutschland ausgebrochen, und es mußte Munition an allen Fronten gespart werden. Den Arbeitseinsatz der Ausländer in diesem Krieg bezeichnete Sauckel als einen beispiellosen Erfolg der ihm zur Verfügung stehenden Behörden der Arbeitseinsatzverwaltung, die mit nationalsozialistischem Bewußtsein die ihnen vom Führer gegebenen Aufträge erfüllte. Oberste Richtschnur sei für ihn der Grundsatz, in Deutschland beim Arbeitseinsatz keine Schanghai-Methoden englischer Erfindung zu benutzen, sondern er habe Prinzipien aufgestellt, die er für verbindlich im deut schen

85 Arbeitseinsatz bezeichnete: gute Ernährung der Ausländer, saubere und gesunde Unterbringung und eine gute Behandlung im Sinne absoluter deutscher Gerechtigkeit. Diese Grundsätze gäbe ihm die Vernunft ein. Sodann erörterte Gauleiter Sauckel die vor allem die Betriebsführer berührenden Fragen des alltäglichen Umganges mit den Ausländern, die bei uns für den Sieg und für die Rüstung schaffen.

Für die in Deutschland arbeitenden Ausländer ist „d a s Arbeitsbuch für Ausländer“ nach einem besonderen Muster eingeführt worden. Der ausländische Arbeiter oder Angestellte hat das Arbeitsbuch bei Beginn der Beschäftigung unverzüglich dem Unternehmer zu übergeben. Nach Beendigung der Beschäftigung hat der Unternehmer das Arbeitsbuch nach Vornahme der vorgeschriebenen Eintragung vor der Rückgabe an den Inhaber dem Arbeitsamt zur Eintragung einer amtlichen Bescheinigung über Beendigung der Beschäftigung vorzulegen. Die Mitnahme des Arbeitsbuches in das Ausland ist nicht gestattet. Das Buch muß dem Arbeitsamt vom Inhaber zurückgegeben werden, wenn er das Reichsgebiet verläßt. Für alle im Reichsgebiet eingesetzten ausländischen Arbeiter wird in Berlin eine zentrale

Kartei eingerichtet, die laufend geführt wird. Sie enthält die wesentlichen Angaben über Person und Beschäftigung des Inhabers des Arbeitsbuches. Die Verordnung ist am 10. Mai in Kraft getreten.

Durch eine vom Ministerrat für die Reichsverteidigung erlassene Verordnung über die Reichswasserstraßen sind dem Generalinspektor für Wasser und Energie, Reichsminister Speer, neue Aufgaben auf diesem Gebiete zugewiesen worden. Gleichzeitig wird nunmehr die Übernahme der verkehrswichtigen Wasserläufe von den Ländern auf das Reich als abgeschlossen erklärt. Es soll in Kürze ein Verzeichnis der jetzt als Reichswasserstraßen anzusehenden Gewässer im „Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger“ veröffentlicht werden. In Zukunft bedarf es nicht erst besonderer Staatsverträge oder sonstiger Abmachungen zwischen dem Reich und den Ländern, sondern nur einer einfachen Erklärung des Generalinspektors für Wasser und Energie, um den Bestand einer Reichswasserstraße festzustellen. Durch die straffe Zusammenfassung ist es möglich geworden, die Rechte an den Reichswasserstraßen und die Entschädigungsfragen einheitlich zu regeln. Die Nutzungsrechte Dritter bleiben auch in Zukunft erhalten. Hierher gehören insbesondere Fischereiberechtigungen und Fährberechtigungen sowie Fähr- und Brückenregale, aber auch die Sondernutzungen an Gewässern.

86 Am 15. Mai hat der Reichswirtschaftsminister an das deutsche Volk einen Aufruf erlassen. Er bezweckt, den zur Rüstungsindustrie strömenden Volksgenossen die entsprechende Arbeitskleidung und das Arbeitsschuhwerk zur Verfügung zu stellen, damit ihre Leistungsfähigkeit voll ausgenutzt werden kann. Es sollen alle im eigenen Haushalt irgendwie entbehrlichen oder nicht mehr gebrauchsfähigen Spinnstoffwaren, Lumpen und Flicker, alte Kleidung, Wäsche sowie Schuhe und Stiefel jeder Art zur Spinnstoff- und Schuhsammlung 1943 gespendet werden (siehe S. 79).

Am 12. Mai erschien in der deutschen Presse eine Notiz, daß der Reichskommissar für die Preisbildung in einem Erlaß daran erinnere, daß für Arzthonorare das gleiche Preiserhöhungsverbot gelte wie für andere Berufe. Der Stichtag der Preisstopppverordnung ist der 17. Oktober 1936.

Auf einer Kundgebung der Ärzteschaft, Vertretern der medizinischen Wissenschaft und der Gesundheitspflege in Breslau sprach Reichsgesundheitsführer Dr. C o n t i über das Thema „Volksgeundheit — Volksschicksal“. Der Reichsgesundheitsführer betonte, daß das Aufgabengebiet der Volksgeundheit ein Arbeitsbereich von allergrößter Kriegswichtigkeit sei. Auf die gegenwärtige Gesundheitsführung eingehend, gab Dr. Conti ein Bild von dem Gesundheitszustand des deutschen Volkes, das erkennen läßt, daß dem deutschen Volke von dieser Seite aus nirgends eine Gefahr droht. Der Gesundheitszustand der deutschen Jugend sei gut und hebe sich von dem in der Weltkriegszeit wie Licht vom Schatten ab. Einen ähnlichen Gesundheitsniedergang, wie er im Weltkriege war, würde es auch in Zukunft und trotz Einschränkung der Fleischrationen nicht geben. Auch der Gesundheitszustand der Kleinkinder sei gut. Die Säuglingssterblichkeit z. B. habe man von 8 Prozent im Jahre 1933 bis auf 6,2 Prozent im vergangenen Jahre herunterdrücken können, obwohl Gebietsteile mit über dem Durchschnitt liegender Sterblichkeitsziffer zum Reich gekommen seien. Ganz besonders erfreulich seien die Erfolge in der Eindämmung der Müttersterblichkeit. Während z. B. bei einer Million Geburten 1938 noch 1200 Todesfälle durch Sepsis nach der Geburt oder durch Fehlgeburten zu verzeichnen gewesen seien, betragen sie heute nur noch 400. Die ganze Einsatzfreudigkeit der deutschen Ärzteschaft belegen folgende Zahlen: Gegenwärtig üben rund 300 schon 80jährige und 3000 70jährige Ärzte die volle Praxis aus!

Die Reichsjugendführung machte im Laufe des Monats Mai Mitteilungen über zusätzliche Maßnahmen für die Jugend im Kriegsarbeitseinsatz. Millionen von Jugendlichen, so heißt es dort, ständen heute in den deutschen Rüstungsbetrieben. Sie leisteten damit einen Kriegsbeitrag, der, gemessen an ihren Kräften, des Einsatzes an der Front durchaus würdig sei. Durch ihre Kriegsarbeit seien die Jugendlichen aber so sehr in Anspruch genommen, daß es in vielen Fällen unmöglich sei, sie regelmäßig zum HJ-Dienst

87 heranzuziehen. Der Reichsjugendführer hat darum durch besondere Aktionen die Möglichkeit geschaffen, auch diese Jungen und Mädels der Gemeinschaft der Jugend wieder näherzubringen. Im übrigen seien vom Jugendamt DAF und vom sozialen Amt der Reichsjugendführung Richtlinien ausgearbeitet, um durch eine zusätzliche Erziehung die Disziplin und Kriegsleistung der schaffenden Jugend noch weiter zu fördern. Für die Jugendbetriebsappelle werde in jedem Monat eine Parole herausgegeben. Um etwaige Lücken in der Berufsausbildung auszufüllen, würden die Jugendlichen in die Berufserziehungsmaßnahmen der DAF eingefügt. Zur Sicherstellung der theoretischen Ausbildung werden Sonderlehrgänge für Werkberufsschullehrer entstehen, und zwar vorerst für bestimmte Wirtschaftszweige. An allen diesen Dingen sei die Hitlerjugend auf das lebhafteste interessiert. Sie gäbe ihre besten Kräfte für die Mitarbeit an diesen Aufgaben ab.

Da sich die Unterbringung jugendlicher Berufstätiger, die fern vom Elternhaus im Betrieb ausgebildet werden oder arbeiten, in Jugendwohnheimen in zunehmendem Maße bewährt, sind jetzt Richtlinien vom Reichsjugendführer ausgearbeitet und vom Reichswirtschaftsminister gebilligt worden. Die Errichtung solcher betrieblicher Jugendwohnheime hält sich gegenwärtig im Rahmen der durch die Kriegsverhältnisse bedingten Möglichkeiten. Da die Hitlerjugend die Aufgabe hat, die Jugend außerhalb von Elternhaus und Schule zu erziehen, kann die Unterbringung berufstätiger ortsfremder Jugendlicher in Jugendwohnheimen durch die Betriebe nur im engsten Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen der HJ vorgenommen werden. Die in den Heimen untergebrachten Jugendlichen werden nach den für die HJ geltenden Bestimmungen körperlich, geistig und sittlich erzogen. In einem Reichsappell der schaffenden Jugend am 3. Mai in einem Berliner Großbetrieb machte der Reichsjugendführer interessante Ausführungen über den Einsatz der Jugend. Man hörte dadurch zum ersten Male, daß etwa sechs Millionen schaffende Jungen und Mädchen in den Betrieben stehen! Was nur eine weitschauende Organisation für diese tun könne, das sei getan worden.

Zu der Urlaubsregelung in der Privatwirtschaft während des Kriegsjahres 1943 wurden bei Beginn des Monats Mai von zuständiger Stelle im Reichsarbeitsblatt Erläuterungen und Ergänzungen mitgeteilt. Danach ist die Urlaubsdauer auf grundsätzlich höchstens 14 Arbeitstage bemessen. Diese Regelung gilt für den Arbeiter wie für den Angestellten. Beträgt der Urlaubsanspruch nicht mehr als 14 Tage, so bleibt er in vollem Umfange aufrechterhalten. In einzelnen Fällen ist es jedoch gestattet, daß der Betriebsführer

88 erholungsbedürftigen Gefolgschaftsmitgliedern einen längeren Erholungsurlaub im Rahmen des ihnen früher zustehendenurlaubes gibt, wenn es die betrieblichen Verhältnisse zulassen. Von der Urlaubskürzung wird nicht betroffen der etwa noch rückständige Urlaub aus dem Jahre 1942. Er soll nach Möglichkeit bis zum 1. Juli noch gegeben werden. Ein Zusatzurlaub ist für Jugendliche in Aussicht genommen sowie für Schwerbeschädigte oder Inhaberinnen des Ehrenkreuzes der deutschen Mutter. Die werktätige Kriegerfrau hat weiterhin anlässlich des Wehrmachturlaubes ihres Ehemannes Anspruch auf Freistellung von der Arbeit.

Durch einen im Reichsanzeiger veröffentlichten Erlaß über die Durchführung des Kartensystems in der 50. Zuteilungsperiode wurde mitgeteilt, daß die Rationen der Versorgungsberechtigten aller Altersstufen an Fleisch und Fleischwaren um wöchentlich 100 Gramm gekürzt werden. Die Zulagen für Lang-, Nacht-, Schwer- und Schwerstarbeiter bleiben jedoch unverändert. Die von der Fleischkürzung betroffenen Verbraucher erhalten dafür laufend je Kartenperiode 300 Gramm Brot und 50 Gramm Fett zusätzlich sowie einige Rationen an Gerste, Grütze, Kartoffelstärkemehl, Reis und Sonderzuteilungen an Käse. Begründet wird diese Kürzung damit, daß der stärkere Verbrauch an Brotgetreide im vergangenen Winter, der zum Teil auf die Gersteernte des vorigen Jahres zurückgriff, Einschränkungen in der Schweinehaltung notwendig machte. Diese Lücke muß nunmehr durch Einsparung wieder aufgefüllt werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die deutsche Ernährungspolitik solche Dispositionen auf weitere Sicht trifft, damit die Ernährung nicht nur des Reiches, sondern des ganzen Kontinents für eine lange Dauer gesichert ist.

Gelegentlich der Besichtigung der Leistungsschau des Rüstungshandwerks gab Reichswirtschaftsminister Funk am 21. Mai bedeutsame Erklärungen ab über die Zukunft des selbständigen Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe in Deutschland. Ein selbständiges Handwerk, das sich im totalen Krieg so gut bewähre und behaupte, brauche um seine Zukunft nach dem Siege keine Sorge zu haben. Auch die Stilllegungsaktion könne diese Überzeugung nicht beeinträchtigen, denn sie habe einzig und allein dem totalen Krieg zu dienen und sich nur auf die vorübergehende Einstellung solcher Betriebe zu erstrecken, die im Krieg entbehrlich sind oder im Verfolg der im zunehmenden Maße notwendig gewordenen Herstellungsverbote über kurz oder lang doch zum Erliegen kommen müßten. Der nationalsozialistische Staat werde nach dem Kriege tatkräftig die Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe fördern und darüber hinaus auch die Neuerrichtung von Handwerksbetrieben erleichtern, vor allem zugunsten der Kriegsteilnehmer. Die Grundlage selbständiger kleinerer und mittlerer Betriebe, auf der

89 jede gesunde Volks-Wirtschaft ruhen müsse, solle nach dem Kriege in Deutschland noch breiter und kräftiger werden.

70 Berliner Volksgenossen, die sich bei dem britischen Terrorangriff auf die Reichshauptstadt am 1. März durch beispielhafte Hilfeleistung und rückhaltlosen Einsatz ihrer Person besonders hervorgetan haben, wurden am 3. Mai von Reichsminister Dr. Goebbels durch Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet.

Am 26. Mai ehrte die Bevölkerung Düsseldorfs in schlichten weihervollen Feiern das Andenken an Albert Leo Schlageter, der in der Frühe dieses Tages vor 20 Jahren auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf den Mordkugeln der haßerfüllten Eindringlinge zum Opfer gefallen war.

Am 24. Mai beging die Geburtsstadt von Nikolaus K o p e r n i k u s, Thorn, in würdiger Form den 400. Todestag ihres größten Sohnes. Auch die preußische Krönungsstadt Königsberg i. P r. gedachte dieses Tages in besonders feierlicher Weise. In der Aula der alten Albertus-Universität, die das Erbe des Domherrn aus Frauenburg zusammen mit dem Nachlaß des großen Königsberger Philosophen Kant zu wahren hat, fand die Gedenkstunde statt. Reichsminister R u s t unterstrich die Bedeutung dieser Feier durch seine Anwesenheit. Er sagte u. a., daß Deutschland auf Kopernikus, dessen Werk heute keines Fürsprechers mehr bedürfe, mit dem Gefühl des Stolzes und der Verpflichtung als eines der Großen blicke. Kopernikus sei ein Mann deutschen Blutes gewesen, der sich auch seiner Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum voll bewußt gewesen sei. Es gebe kein einziges Zeugnis gegen sein Deutschtum und kein einziges Zeugnis für eine irgendwie geartete Zugehörigkeit zum Polentum, das vor dem Urteil echter Forschung bestehen könne. Diese Feststellung erhärtete der Minister eingehend aus dem Lebenslauf und der Lebensarbeit von Kopernikus sowie aus Urkunden der damaligen Zeit. Er widerlegte damit alle Ansprüche, die das Polentum gerade im Laufe der letzten 20 Jahre auf die Persönlichkeit dieses großen deutschen Gelehrten erhoben hatte. Der Direktor der Universitätssternwarte, Prof. Dr. Przybyliok, hielt einen Vortrag über „Kopernikus und den Wandel im Weltbild“. Im Anschluß an die Reden nahm der Rektor der Albertus-Universität die Verleihung von drei Kopernikus-Preisen vor. Den Preis des Reichsmarschalls erhielt Prof. Dr. Francesco Severi-Rom, die Kopernikus-Preise der Universität Königsberg fielen an Prof. Heisenberg vom Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem und an Prof. Unsoeld-Kiel. Prof. Heisenberg hat sich durch seine Arbeiten auf dem Gebiete der theoretischen Physik, Prof. Unsoeld durch die Forschungsergebnisse seiner Astrophysikalischen Messungen einen Namen gemacht.

90 Am 3. Mai brachte die deutsche Presse die Kunde von dem plötzlichen Tod des Stabschefs der SA Lutze. Viktor Lutze wurde am 1. Mai nachmittags auf der Rückkehr von einer Dienstreise in der Nähe von Potsdam bei einem Kraftwagenunfall schwer verletzt. Am Sonntagabend ist er dann im städtischen Krankenhaus in Potsdam seinen schweren Verletzungen erlegen. Wieder ist damit einer der ältesten und bewährtesten Mitkämpfer und Mitarbeiter des Führers durch einen jähen Tod abberufen worden. Trauernd stand mit der SA und der Partei das deutsche Volk an der Bahre des Stabschefs Lutze. Der Führer ordnete für seinen Stabschef ein Parteibegräbnis an.

In Gegenwart des Führers und aller namhaften Vertreter der Partei fand der Parteitrauerakt im Mosaiksaal der Neuen Reichskanzlei in Berlin am 7. Mai statt. Reichsminister Dr. Goebbels würdigte in einer von tiefem Mitempfinden getragenen Ansprache das Werk und die Persönlichkeit des Dahingegangenen und verlieh zugleich dem Gefühl der Trauer des ganzen deutschen Volkes ergreifenden Ausdruck. Der Führer selbst aber gedachte des Stabschefs durch folgende Abschiedsworte: „In einer Zeit, da der Krieg so schmerzliche Opfer an Männern und Frauen, ja leider sogar an Kindern von unserem Volke fordert, trägt die nationalsozialistische Partei eine besonders hohe Blutlast. In allen Formationen des Heeres, der Marine, der Luftwaffe und der Waffen-SS befinden sich Mitglieder und Anhänger unserer Bewegung und erfüllen dort in vorbildlicher Weise ihre Pflicht. Vom nationalsozialistischen Reichstag angefangen bis zu den reifen Jahrgängen der Hitlerjugend liegen die Zahlen der Toten unserer Bewegung prozentual weit über dem Durchschnitt der Anzahl des übrigen deutschen Volkes.“ Es sei für den Führer besonders tragisch, zu erleben, wie fast jedes Jahr der eine oder der andere unersetzliche Kämpfer, Mitarbeiter und Gestalter unseres neuen Reiches abberufen werde. Als einer seiner treuesten Gefolgsleute habe Stabschef Viktor Lutze in Erfüllung seines Auftrages die SA zu jenem Instrument ausgebaut, die der Führer ihr im Laufe der Jahre zuweisen mußte. Der Stabschef der SA Viktor Lutze sei Zeit seines Lebens Soldat gewesen. Der Führer habe den ihm aus dieser Gesinnung heraus oft vorgetragenen heißen Wunsch des Stabschefs, selbst an die Front gehen zu dürfen, nicht erfüllen können. Er habe nun einen Tod gefunden, der seinem soldatischen Leben einen männlichen Abschluß gegeben habe. Der Führer ehrte sodann den Stabschef der SA durch die höchste Auszeichnung, die das nationalsozialistische Deutschland zu verleihen hat, durch die höchste Stufe des Deutschen Ordens (siehe auch S. 92).

91 Am 9. Mai ist der heldenmütige Verteidiger des im Winter 1941/42 monatelang vom Feind umschlossen gewesen Brückenkopfes südlich vom Ilmensee, der unter der Bezeichnung „Festung Demjan'sk“ in die Geschichte eingegangen ist, General der Infanterie Graf Brockdorff-Ahlefeldt, seiner schweren Krankheit, die er sich bei seinem rücksichtslosen Einsatz zugezogen hatte, erlegen.

Unter starker Anteilnahme der Berliner Bevölkerung fand am 15. Mai die vom Führer angeordnete Trauerfeier für Graf Brockdorff-Ahlefeldt im Berliner Zeughaus statt. Die Soldaten des toten Generals waren durch Abordnungen aller Divisionen vertreten. Vier Generale des Heeres hielten am Sarkophag die Ehrenwache. Als Vertreter des Führers erschien Generalfeldmarschall Busch, der auch die Trauerrede hielt. Im Auftrage des Führers spreche er an dieser Stelle zu Ehren des verstorbenen Generals. „Hinter mir stehen hunderttausend deutsche Soldaten des Heeres, der Waffen-SS und der Luftwaffe, an deren Spitze der Verstorbene den schwersten Kampf seines Lebens siegreich bestand, den Kampf in der Festung Demjansk. Wenn die Geschichte dieses Krieges geschrieben wird, dann werden Seiten dieses Buches den Stempel des hohen kämpferischen Soldatentums des Generals der Infanterie Graf Brockdorff-Ahlefeldt tragen. Er gab sein Bestes für seinen Führer, für seine Soldaten, für sein Volk.“ Generalfeldmarschall Busch zeichnete im weiteren Verlauf seiner Rede das Bild der militärischen Laufbahn dieses hervorragenden Soldaten, der überall, wo er stand, Außerordentliches geleistet hat.

Der Hamburgische Reichsstatthalter hat zum nationalen Feiertag des deutschen Volkes den staatlichen Dietrich Eckart-Kulturpreis der Hansestadt Hamburg für das Jahr 1943 zu gleichen Teilen an den Dramatiker Friedrich Wilhelm Hymmen und den Graphiker Bruno Karberg verliehen.

Am 15. Mai beging der Vorsitzende des Deutschen Nachrichtenbüros, Dr. Gustav Albrecht, den Tag, an dem er zehn Jahre an entscheidender Stelle im Deutschen Nachrichtenwesen steht. Am 15. Mai 1933 wurde Dr. Albrecht Verlagsdirektor des damaligen WTB, das er durch seine verlegerische Arbeit zu einem bedeutsamen Glied in der neuen nationalsozialistischen Pressepolitik umgestaltete. Bei der Zusammenlegung des WTB und der TU am 1. Januar 1934 zum Deutschen Nachrichtenbüro wurde Dr. Albrecht zunächst Betriebsführer und später Vorsitzender des Vorstandes des DNB. Seinem unermüdlichen Wirken ist es zu verdanken, daß das deutsche Nachrichtenwesen sich aus der Enge alter Bindungen befreit hat und heute nicht mehr wie im letzten Krieg der deutschen Nachricht der Weg in die Welt versperrt ist.



Außenpolitik

- 100 Außenpolitik und Kriegführung im Monat Mai ließen keine Anzeichen zu grundsätzlichen Wendungen oder entscheidenden Ereignissen sichtbar werden. Durch den Kriegsverlauf in Nordafrika ist aber der Krieg vor allem dem verbündeten Italien nicht nur näher gerückt, sondern er hat den Charakter unmittelbarer und vitaler Bedrohung für Italien angenommen. Der Propagandakrieg gegen Italien wird mit Drohung und Lockung seitdem von den Feinden aufs intensivste geführt. Demgegenüber stehen neben dem unentwegten Kriegseinsatz Italiens und der tapferen Haltung seiner Bevölkerung trotz der Luftangriffe eine Anzahl höchst eindeutiger Äußerungen von führender Stelle über die politischen und militärischen Auffassungen Italiens zur gegenwärtigen Kriegslage: Am 5. Mai fand auf der Piazza Venezia in Rom eine gewaltige Kundgebung des italienischen Volkes für den Duce statt. Im

Anschluß an einen Empfang sämtlicher Hoheitsträger der Faschistischen Partei durch den Parteisekretär Minister Scorza sammelte sich auf dem weiten Platz vor dem Palazzo Venezia eine vieltausendköpfige Menschenmenge, die dichtgedrängt auch die nebenliegenden Straßen füllte. Als sich die Tür des historischen Balkons des Palazzo Venezia, von dem aus der Duce so oft in den 20 Jahren des faschistischen Regimes zu seinem Volk gesprochen hat, öffnete und der Duce auf den Balkon trat, brach ein Sturm des Jubels aus. In einer kurzen Ansprache erklärte der Duce u. a.: „Vor neun Jahren ist von dieser Stelle aus der Abschluß der afrikanischen Kampagne und die Bildung des italienischen Imperiums verkündet worden. Diese Entwicklung ist keineswegs heute abgeschlossen. Wenn die Ereignisse der letzten Zeit zu der gegenwärtigen Lage geführt haben, so bedeutet dies nur eine Pause und nicht den Abschluß einer Entwicklung. Italien muß und wird nach Afrika zurückkehren.“

Der Duce erklärte weiter: „Viele Millionen von Italienern leiden heute „an der Afrikakrankheit“. Ihr ganzes Sehnen und Trachten geht danach, nach Afrika zurückzukehren und dort die historische Mission weiterzuführen, die Italien auf dem afrikanischen Kontinent übernommen hat. Gott ist gerecht. Italien ist unsterblich. Wir werden siegen. Wir müssen den Frontkämpfern die Ehre erweisen und alle Verräter, alle

101 Feiglinge und Schwächlinge von uns weisen. Den Verrätern aller Art gehört das Blei.“ Drei kategorische Forderungen beherrschen heute, so führte der Duce abschließend aus, das ganze italienische Volk: „Ehre den Frontkämpfern, Verachtung für die Feiglinge, das Blei den Verrätern. Für die Millionen von Italienern, die heute an der Afrikakrankheit leiden, gibt es nur ein Heilmittel, die Rückkehr. Und wir werden zurückkehren!“

Zum vierten Jahrestag des deutsch-italienischen Freundschafts- und Bündnispaktes fanden bedeutungsvolle Telegrammwechsel zwischen dem Führer, König und Kaiser Viktor Emanuel III. und dem Duce, sowie zwischen Reichsaußenminister von Ribbentrop, dem Duce und dem Unterstaatssekretär im italienischen Außenministerium, Bastianini, statt. Es sei der zwischen dem Führer und dem Duce hier im Wortlaut wiedergegeben: Der Führer an den Duce:

„Duce, anlässlich der Wiederkehr des Tages, an dem unsere beiden Länder vor vier Jahren durch den Abschluß des Freundschafts- und Bündnispaktes eine unauflösliche Kampf- und Schicksalsgemeinschaft miteinander eingingen, sende ich Ihnen zugleich im Namen des ganzen deutschen Volkes meine aufrichtigsten und wärmsten Grüße und Wünsche. Ich gedenke hierbei mit dem Gefühl herzlicher Verbundenheit des heldenhaften Kampfes der italienischen Wehrmacht in dem gemeinsamen großen Ringen für die Freiheit und die Zukunft unserer Völker und verbinde damit den Ausdruck meiner unerschütterlichen Gewißheit, daß am Ende dieser weltgeschichtlichen Auseinandersetzung der Einsatz und die Opfer, die gebracht werden mußten, in dem ruhmvollen Siege unserer gerechten Sache ihren höchsten und letzten Lohn finden werden.“ — Der Duce an den Führer: „Heute, bei der Wiederkehr des vierten Jahrestages der Unterzeichnung des historischen Paktes, während unsere Heere und unsere Völker den heroischen Kampf gegen die gemeinsamen Feinde führen, möchte ich Ihnen, Führer, die unlösbare Solidarität der Waffen und der Gefühle des faschistischen Italiens für das nationalsozialistische Deutschland und unser vollkommenes Vertrauen in den Sieg der Achse und der Dreierpaktmächte von neuem bestätigen.“

Vor der italienischen Kammer legten am 18. und 20. Mai sodann der Berichterstatter für den Etat des Auswärtigen Amtes, Senator Salata, sowie der Leiter des italienischen Außenamtes, an dessen Spitze bekanntlich Mussolini selbst steht, Unterstaatssekretär Bastianini, ausführliche Berichte über die italienische Außenpolitik dar. Salata führte aus: Die Einheit der Achse auf politischem und militärischem Gebiet im Rahmen des Dreimächte- und Antikominternpaktes findet ihren Ausdruck und ihre Garantie durch die immer engere Freundschaft zwischen dem Duce und dem Führer, eine Freundschaft, die auch

102 die Beziehungen zu dem anderen großen Verbündeten, Japan, bestimmt. Auch die Beziehungen mit den anderen Verbündeten oder neutralen Mächten entsprechen den gemeinsamen weltanschaulichen und praktischen Interessen der europäischen Einheit. Wenn in dem Geheimabkommen zwischen London und Moskau Sowjetrußland eine Interessensphäre und eine Kontrolle über Osteuropa einschließlich des Donauraumes zugestanden wird, so werden außer europäischen Interessen auch die Interessen Italiens verletzt. Der Bericht unterstreicht dann die Stellung Spaniens, das, obwohl es nicht in den Krieg eingetreten ist, nach den Erklärungen des Caudillo von der absoluten Neutralität zu der „Nichtkriegführung“ übergegangen sei und die gegenwärtige Mittelmeerphase des Konfliktes aufmerksam verfolge. Größte Zustimmung hätten in Italien die Worte des argentinischen Botschafters in Madrid über die Bande, die sein Land mit Europa verknüpften, hervorgerufen; zeigten sie doch, daß die große

südamerikanische Republik, die sich trotz wiederholter Drohungen noch allein der Herrschaft der USA widersetze, darauf stolz sei. Ebenso hat am äußersten Rande des östlichen Mittelmeerraumes die Türkei mit Italien das bestehende Regime der Neutralität und der Schiedsgerichtsbarkeit erneuern wollen, während immer deutlicher die gemeinsame Sorge wegen der Rückkehr Sowjetrußlands zu den Aspirationen auf die Meerengen zutage trete, so daß die Türkei sich kaum an der künftigen Regelung der Mittelmeerfragen zugunsten der Mittelmeerländer desinteressieren könne. Besonders eingehend behandelte der Bericht sodann die Aktion Italiens im Balkanraum, indem sie die Bevölkerung gegen die Ansteckung fremder Ideologien schütze und gleichzeitig jenen Völkern eine friedliche Entwicklung ihres Lebens, ihrer Kultur und ihrer Traditionen ermögliche. Der tiefe Sinn der Menschlichkeit hat uns auch die Feinde von gestern nähergebracht zu dem gemeinsamen Werk der Befriedung und Normalisierung, das die zerstörerische Propaganda und Aktion des unter dem Deckmantel des Slawentums operierenden Kommunismus nur verzögern und beschränken konnte. Diese im Einklang mit den von Italien vertretenen Prinzipien stehende Aktion ist ein Beweis für unsere Aufrichtigkeit und muß bei der künftigen Politik für die Unabhängigkeit und Zusammenarbeit der europäischen Völker in Rechnung gestellt werden. In Albanien wurden die im Anschlußvertrag von 1939 festgesetzten Richtlinien befolgt. Der Geist und der Inhalt der italienisch-kroatischen Abkommen von Rom wurde erneut bestätigt. In Montenegro weist die politische Lage und die öffentliche Meinung eine wesentliche Besserung gegenüber dem Vorjahre auf. In Griechenland hat sich die Versorgungslage dank der Lieferung Italiens und Deutschlands und dank der

103 durch die Vermittlung Schwedens erfolgten Sendungen des Internationalen Roten Kreuzes bedeutend verbessert. Die Beziehungen Frankreichs zu den Achsenmächten haben nach der englisch-amerikanischen Landung in Nordafrika eine tiefe Veränderung — wenn auch nicht de jure, so doch de facto — erfahren. Zu den italienischen Forderungen gegenüber Frankreich weist der Bericht auf die letzte Begegnung des Führers mit Laval in Gegenwart des italienischen Unterstaatssekretärs Bastianini hin und erklärt dazu wörtlich: „Ohne ein diplomatisches Geheimnis preiszugeben oder den Ereignissen vorzugreifen, können wir auch hier wiederholen, daß im Vorjahresbericht anläßlich der Fühlungnahme der italienischen Regierung mit Vichy gesagt worden war, diese Fühlungnahme ändert nichts an den wohlbekannten Zielen, um deren willen wir in den Krieg eingetreten sind. Unterstaatssekretär Bastianini hat am 17. April vor den Kammerausschüssen bestätigt, daß unsere berechtigten Aspirationen gegenüber Frankreich — eine der wichtigsten Ursachen unseres Kriegseintrittes, was Deutschland immer spontan und zu wiederholten Malen anerkannt hatte, in keiner Weise beeinträchtigt sind. Diese Zusicherung und diese Anerkennung behalten auch nach der Begegnung mit Laval ihren vollen Wert. Der Bericht beschäftigt sich dann eingehend mit der Verantwortung der USA und Englands gegenüber Europa und weist darauf hin, daß das Eindringen des amerikanischen Imperialismus in das Mittelmeer die Probleme noch komplizierter gestalte. Was Afrika betreffe, das geographisch wie wirtschaftlich ein Anhängsel Europas bilde, betont der Bericht, daß die Idee, einen Bund europäischer Nationen zu bilden, der imstande sei, ohne gegenseitige Mißgunst in Afrika zu wirken, zwar nicht neu sei, aber sich inzwischen entwickelt habe und heute von der Achse angesichts der angelsächsischen Gefahr den freien Völkern Europas als Ziel aufgezeigt werde. Eingehend wird in dem Bericht ferner die bei der letzten Begegnung zwischen dem Führer und dem Duce verkündete „Botschaft an die Europäer“ behandelt. Dabei wird besonders die Schuld Englands herausgestellt, das stets in einem geeinten Europa einen möglichen Feind sah und deshalb alle Krisen und Kriege begünstigt hat. Da es nicht imstande ist, einem geeinten Europa allein entgegenzutreten, hat es auch in diesem Kriege ganze Kontinente mobilisiert. In Casablanca wurde ein Programm aufgestellt, das die Diktatur der vier Hauptalliierten, die sämtlich außereuropäische Mächte sind, vorsieht, eine Diktatur, der alle großen und kleinen europäischen Mächte ihre Rechte und lebenswichtigen Interessen, ja, ihre Souveränität und Unabhängigkeit opfern sollten. Diesem Programm wurde nach der Begegnung Mussolini—Hitler erneut das Programm der Unabhängigkeit und Einheit Europas und der

104 Zusammenarbeit der europäischen Völker entgegengestellt. Das von der Achse geführte Europa wird bei der Abwehr des Angriffs auf die „Festung Europa“ auch das Letzte einsetzen, auf daß das Steuer Europas in der Hand der Europäer bleibe. Dies, so stellt der Bericht abschließend fest, ist der Sinn der letzten Zusammenkunft der beiden Führer und die in der Botschaft an die Europäer enthaltene Verpflichtung. Wenn Europa dieser Botschaft Folge leisten und sie mit dem Einsatz der Waffen und der Standhaftigkeit der Völker beantworten wird, werden die Feinde ihr Ziel nicht erreichen. — Staatssekretär Bastianini erklärte: Die Darlegung der neuesten politischen und diplomatischen Tätigkeit Italiens wird nicht lang sein, da sie sich nur auf die kurze Zeit von drei Monaten bezieht, die seit der Beru-

fung des Staatssekretärs ergangen sind. In diesem Zeitablauf waren zu verzeichnen der Besuch des Reichsaußenministers von Ribbentrop in Rom und die Bedeutsamkeit des Grundprinzips, an das sich Italien und Deutschland bei der Vorbereitung der Bedingungen und der Voraussetzungen der zukünftigen Weltordnung halten wollen: kein Regime der Unterdrückung der kleinen Staaten durch die großen Mächte, keine Streichung oder Begrenzung der nationalen Individualität der kleineren Staaten, sondern Garantie für die freie Entwicklung aller Nationen und Sicherung ihrer spontanen Zusammenarbeit. Diese Grundsätze sind, was auch immer die interessierte feindliche Propaganda sagen mag, in Wirklichkeit die Gradlinie und zusammenhängende Fortsetzung unserer Außenpolitik, die ihre tiefverwurzelte Tradition eben aus dem italienischen Nationalgefühl ableitet. Unsere Politik hat immer den Grundsatz der Nationalität vertreten, für die anderen ebenso wie für uns, und hat niemals als Ziel ihrer Handlung die Beherrschung und Unterdrückung anderer europäischer Völker im Auge gehabt. Italien als erstes hat seine Stimme in Europa erhoben gegen die territorialen Ungerechtigkeiten und die rechtlichen Ungleichheiten, gegen das Regime des Zwanges und der Unterdrückung, das durch die pazifistischen Ideologien von Genf nur schlecht getarnt wurde und das die größeren Mächte unter den Siegermächten den anderen Staaten auferlegt hatten. Und in diesen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten hatte der Duce bereits damals den schicksalhaften Keim des augenblicklichen Konfliktes herausgefunden und angezeigt. Die angelsächsischen Mächte, die heute gegen Europa Krieg führen, haben seit 1919 eine Politik des „wirtschaftlichen Angriffs“ verfolgt und dabei in steigendem Maße den Protektionismus verschärft, die Auswanderung behindert, Zollschränken aufgerichtet und imperiale Präferenzsysteme erfunden. Dieses völlig falsche Vorgehen ist übrigens auch vom amerikanischen Unterstaatssekretär Sumner Welles zugegeben. Unsere Feinde

105 beginnen also ihre Schuld zu erkennen und müssen deshalb anerkennen, daß die erste Gerechtigkeit und die erste Freiheit der Nationen die materielle Möglichkeit zu arbeiten und zu leben ist, d. h. eben das, was man uns immer verweigert hat. Um der Welt einen ehrenvollen Frieden zu sichern, ist es notwendig, daß die beiden Probleme der politischen Freiheit und der wirtschaftlichen Freiheit zu gleicher Zeit auf internationalem Gebiete gelöst werden. Eine gerechte Verteilung der Hilfsquellen der Welt ist unlöslich verbunden mit der freien Entwicklung und der spontanen Zusammenarbeit der Völker. Das sind die Grundsätze und zugleich die Bedeutung der Entschlüsse, die vom Duce und vom Führer in Salzburg gefaßt worden sind. Das sind die Linien der zukünftigen europäischen Regelung, die der geradlinigen Tradition der Außenpolitik des Faschismus entspricht und die mit den Kriegszielen unseres Landes sich identifiziert. Italien, das im Laufe von 30 Jahren sein Volk von 29 auf 45 Millionen und in entsprechendem Verhältnis seine nationalen Notwendigkeiten hat anwachsen lassen, hat von dem Augenblick, an dem seine Einheit errichtet wurde, niemals über eines der Produktionsmittel verfügen können, die es brauchte, um in wirklicher Unabhängigkeit mit anderen Völkern zusammenarbeiten zu können, die solche Mittel im Überfluß hatten. Diese Lebensnotwendigkeit unseres Volkes hat beständig die italienische Politik von Cavour bis Mussolini beseelt: niemand kann leugnen, daß der Duce gewiß alle Mittel angewandt hat, bevor er an den Krieg appelliert hat, um das italienische Problem im Rahmen einer wohlverstandenen und breiten Zusammenarbeit zu lösen. Die Ziele Italiens waren und sind die Freiheit seiner Arbeit und die Freiheit auf dem Meere, das Italien umgibt. Das ist das Ziel, das die Italiener dazu trieb, auf der Krim zu kämpfen, sich im Roten Meer zu installieren, für Tunis zu leiden und Libyen zu erobern. Die Feststellung des Duce, daß das Mittelmeer für andere Völker eine Verbindungsstraße ist, für uns aber das Leben, ist bekräftigt worden durch den Heldenkampf der 35 Monate, den unsere Soldaten in Afrika geführt haben, jenseits jenes Meeres, welches die Lebensbedingung unseres Volkes ist und dessen wirkliche Freiheit wir immer noch nicht besitzen. Das Gesetz, von der Notwendigkeit zu leben, hat uns zu der Notwendigkeit geführt, zu kämpfen und legt uns jetzt die Notwendigkeit auf, Widerstand gegen einen Feind zu leisten, der unsere zukünftige Bestimmung im Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Sklaverei und einer politischen Unterjochung sieht, der im Innern nur ein hinterhältiger Defaitismus Folge leisten könnte. Dieses Schicksal will Italien nicht auf sich nehmen. Es ist nicht gewöhnt, auf seine Ehre, den einzig wirklichen Besitz der armen Völker, zu verzichten. Italien hat sich niemals verkauft oder

106 verschachert und von Novara bis zum Piave hat es immer einen König und Herren gehabt, um sie zu verteidigen. Angesichts der terroristischen Methoden unserer Gegner, die eine bedingungslose Übergabe zu erwarten scheinen, wie sie irgendeiner rebellischen Völkerschaft auferlegt werden könnte, betonen wir, was unser Volk gelitten hat, um Nation zu werden, und was es für die anderen zu schaffen gewußt hat, vorher noch als für sich selbst. Europa steht heute aufrecht gegenüber den Angriffen zweier Mächte, die sich als „die Vorkämpfer des Rechtes und der Freiheit“ proklamieren, und die sich

mit dem Bolschewismus in der verrückten Hoffnung verbündet haben, daß dieser nur ihren eigenen Zielen dienen würde und nicht den seinigen; während doch der heutige Sowjetimperialismus seinen Marsch auf den alten Wegen des slawischen Imperialismus aufgenommen hat zu jenen Meeren, die die Angelsachsen den Mittelmeervölkern verweigern, indem sie, wie kürzlich in dem Fall Polen, eben jene Garantien und Verpflichtungen mit Füßen treten, die die Angelsachsen zur Grundlage und Rechtfertigung ihres Krieges gemacht haben. Niemand möge sich Illusionen darüber hingeben, daß er morgen England und die USA einen neuen Krieg führen sehe, um Europa vor der Bolschewisierung zu retten oder Rußland sich einer Unterwerfung der europäischen Nationen durch die angelsächsischen Plutokratien widersetzen sehe. Vor der gemeinsamen Aktion dieser drei heterogenen Mächte, Amerika, England und Rußland, außereuropäischer Völker, die uns jede materielle Widerstandsfähigkeit und sogar unsere nationalen Energien, unseren Stolz als Europäer rauben wollten, muß Europa sich allein verteidigen und in sich selbst die Energien für den Widerstand finden und das bleiben, was es bis jetzt nach den Worten des Duce gewesen ist, der Führer und das Licht für alle Völker.“

In diesem Zusammenhange ist es angebracht, auch eine autoritative Stimme aus Ungarn, nämlich die des Ministerpräsidenten von Kallay, zu zitieren, der auf einer Versammlung von mehreren tausend politischen Leitern der Regierungspartei am 29. Mai eine grundsätzliche Rede zur Außen- und Innenpolitik Ungarns hielt. Darin führte er u. a. aus: An der Seite unserer Freunde haben unsere Honveds mit ihrem Blut diese ungarische Politik besiegelt, und unseren Kräften entsprechend haben wir teilgenommen an dem großen Verteidigungskampf für unseren Kontinent und für uns selbst. Das Leben der Nationen besteht aus einer laufenden Kette von Opfern, und wir Ungarn haben immer ehrenhaft diesen Opferzoll geleistet. Ich will diese Opfer jetzt nicht aufzählen. Aber als Mensch und als Politiker habe ich gleicherweise die Pflicht, das Ungarntum an diese Opfer zu erinnern, wenn ich von den Grundprinzipien unserer Außenpolitik spreche. Denn die Außenpolitik beruht, wie auch jede andere Politik, letzten Endes

107 auf der Opferbereitschaft der Nation, und weil man in Zeiten, da sich die elementarsten Kräfte austoben, nicht ohne Opfer leben kann. Aber den Opfern ziehen die Möglichkeiten natürlich eine Grenze, weil das Opfer kein Selbstzweck ist, sondern nur im Dienste der nationalen Interessen gebracht werden kann. Diesen grundlegenden Gesichtspunkt lasse ich niemals außer Augen und übernehme daher nur solche Opfer, die zu den Kräften der Nation im Verhältnis stehen. Ein weiterer Charakterzug der ungarischen Außenpolitik ist die europäische Solidarität. Wir sind ein europäisches Volk. Wir sind treue Bürger des Kontinents, der im Laufe seiner erhebenden und tragischen Geschichte die Wiege der christlichen Kultur und der Vorkämpfer des menschlichen Fortschritts war. Dieses europäische Selbstbewußtsein und europäische Pflichtgefühl hat uns geführt. Es hat uns die Waffe in die Hand gegeben, um all das zu schützen, was wir als wert betrachten. Wir führen einen Abwehrkrieg und unser einziges Interesse ist es, innerhalb unserer Grenzen im Frieden leben zu können als eine der selbständigen und unabhängigen europäischen Nationen, die im Rahmen ihrer eigenen Traditionen, ihrer eigenen Institutionen und ihrer eigenen Lebensform mitarbeiten wollen an den großen Zielen der menschlichen Entwicklung. In der letzten Zeit haben wir sehr viel gehört über die Lebensfähigkeit der kleinen Nationen und darüber, daß sie eigentlich nur das Recht haben, im Schatten der großen Nationen zu leben, in Interessensphären, immer nachgebend den Wünschen des Mächtigeren und Stärkeren. Davon will Ungarn nichts wissen. Ungarn vertritt die Prinzipien, die die letzten Erklärungen der Achsenstaatsmänner und besonders des italienischen Staatssekretärs so beredt und überzeugend niedergelegt haben: Das unveräußerliche Recht der kleinen Nationen zu einem selbständigen Leben. Wir sind uns im klaren darüber, daß wie ein jedes Recht auch dieses mit Pflichten und Verantwortungsbewußtsein verbunden ist, und wir nehmen diese Pflichten bereitwillig auf uns. Der Ministerpräsident erwähnte dann, daß Ungarn mit der Slowakei und mit Kroatien ein gutes Verhältnis aufrechterhalte und die noch bestehenden Gegensätze im Rahmen der Möglichkeiten beseitigen wolle. „Es ist kein Zufall, daß wir, alle Donauvölker, uns im Lager der Dreierpaktmächte gefunden haben. Unsere nationale Eigenart, unser staatliches Leben sind von den gleichen Gefahren bedroht. Wenn während des gemeinsamen Lebens die tausend Jahre im Karpathenbecken lebenden Völker ihre nationale Eigenart bewahren konnten, auch in Zeiten, als das Nationalgefühl noch nicht die Spannkraft hatte wie heute, und als das ungarische Imperium unbegrenzt das ganze Karpathengebiet umfaßte, dann ist es ganz unwahrscheinlich, daß wir uns heute entnationalisieren könnten.“

108 Der andere Donau-Balkanstaat, der an der Seite der Achsenmächte für die Erhaltung seines im Laufe dieses Krieges erweiterten Staates und für Europa steht, Bulgarien, blieb ebenso wie Ungarn besonderer Gegenstand der feindliche Propaganda und politischen Kombinationen sowie der terroristischen

Wühlarbeit, wie sie überall in Europa im engsten Verein von Moskau und London aus, sehr wesentlich mit jüdischen Helfershelfern, organisiert wird. Nachdem verschiedentlich Attentate gegen politische im antikommunistischen Kampf besonders hervorgetretene Persönlichkeiten erfolgt waren, hat die bulgarische Polizei Anfang Mai eine "große Fahndungsaktion in Sofia durchgeführt, wobei eine starke Beteiligung des jüdischen Elements an den Terrorgruppen festgestellt wurde. Der bulgarische Innenminister Gabrowski gab hierzu am 15. Mai vor der Presse folgende Erklärung ab: „Die Feinde Bulgariens versuchen mit allen Kräften die Ordnung, Sicherheit und Ruhe im Lande zu stören. Diese Versuche begegneten einer entschiedenen Abwehr seitens des Volkes und der Staatsgewalt. In der Überzeugung, daß sie nichts anderes tun können, gehen die Feinde Bulgariens zum individuellen Terror über. Die letzten sechs Morde wurden in ein und derselben Weise durchgeführt und von ein und demselben Drahtzieher dirigiert. Die Polizei erzielte in letzter Zeit große Erfolge, welche aber im Interesse der Sache nicht bekanntgegeben wurden. Es wird auch eifrig und erfolgreich an der Entdeckung der kleinen Terrorgruppen gearbeitet, zwei von ihnen sind unschädlich gemacht worden. Die Verhafteten waren alle Werkzeuge fremder Interessen. Der Anteil der Juden ist sehr groß. Das Volk weiß, daß die Feinde Bulgariens in der Wahl ihrer Mittel nicht wählerisch sind. Der Bulgare kennt seine Pflicht, auf der Hut und der Staatsgewalt in jeder Hinsicht behilflich zu sein. Auch die Staatsgewalt ist auf ihrem Posten und wird auch in Zukunft mit aller notwendigen Strenge vorgehen.“ Die bulgarische Regierung hat die Aussiedlung aller Juden aus Sofia angeordnet und ergreift laufend Maßnahmen, um die Judenfrage zu lösen.

Bei den Kombinationen unserer Feinde über mögliche Entwicklungen auf dem Balkan spielen kommunistische Partisanengruppen und der frühere serbische Oberst Mihailowitch seit langem eine große Rolle. Mihailowitch wird sogar als „Kriegsminister“ der jugoslawischen Emigrantenregierung in London geführt. Nachdem deutsche, italienische, bulgarische und kroatische Verbände in mehreren erfolgreichen Unternehmungen gegen das Bandenunwesen in den Bergen Serbiens, Montenegros und Südkroatiens vorgegangen und die Banden als militärischen Faktor ausgeschaltet haben, ist es in dieser Hinsicht bei unseren Kriegsgegnern schon sichtlich stiller geworden.

109 Dasselbe kann hinsichtlich unseres nordischen Verbündeten, Finnland, gesagt werden. Die Gerüchtemacherei unserer Feinde betreffend angebliche Sonderfriedenswünsche Finnlands ist im Monat Mai kaum noch in Erscheinung getreten, ohne daß andererseits die USA ihre Drohungen wahrgemacht hätten, die diplomatischen Beziehungen mit Finnland abzubrechen. Finnlands Standpunkt hat Ministerpräsident L i n k o m i e s am 15. Mai in einer Gedenkrede auf die Gefallenen des ersten Befreiungskrieges Finnlands erneut unzweideutig dargelegt, indem er ausführte: Wenn ein Volk in Freiheit leben wolle, so sagte er u. a., dann dürfe es keine Opfer scheuen und könne nicht anders als zu den Waffen greifen, wenn Gegner ihm über alle Verträge hinweg sein Teuerstes rauben wollten. Der Krieg sei noch nicht zu Ende, und man könne das Ende auch noch nicht absehen, ebenso wie man auch noch nicht den endgültigen Preis für die Freiheit abschätzen könne. Finnland wisse nur, daß es auf dem richtigen Wege sei und daß es im Gedenken an seine Helden den Kampf in ihrem Sinne so fortsetzen müsse, wie er begonnen und bisher geführt wurde. Der Krieg habe zwar vieles genommen, aber man müsse sich auch vergegenwärtigen, daß er schon vieles gegeben habe, vor allem die Fähigkeit, Schwierigkeiten leichter als früher zu überwinden. Da gegenwärtig noch keine Friedensmöglichkeiten zu erblicken seien, dürfe man noch nicht damit rechnen, daß die Frontsoldaten schon nach Hause kommen könnten. Der Kampf müsse ohne Rücksicht auf alle seine Widerwärtigkeiten fortgesetzt werden. Es sei am besten, sich diese Tatsachen direkt vor Augen zu halten und sich damit abzufinden, daß Finnland an dem gegenwärtigen Zustand nichts ändern könne. Aber diese Lage dürfe auch nicht dem finnischen Volk die Schlagkraft und den Glauben nehmen. Das finnische Volk idealisiere nicht den Krieg, aber es werde sich auch niemals beugen, wenn eine fremde Macht mit ihren imperialistischen Bestrebungen in der einen oder anderen Form auf Finnland abziele, ihm seine Selbständigkeit rauben und sein nationales Dasein vernichten wolle. Und darum handele es sich immer noch. Deswegen sei noch keine Möglichkeit vorhanden, von dem beschrittenen Weg, auf den Finnland durch den Angriff vom Osten her geführt wurde, abzutreten. Das finnische Volk sei auch realistisch genug, um das zu verstehen, und es werde niemals daran glauben, daß ein Staat, der vor dem Winterkrieg rücksichtslos die geschlossenen Verträge gebrochen habe und der auch die von ihm selbst diktierten Bedingungen des Zwangsfriedens nicht befolgte, sich nun so geändert hätte, daß man ihm trauen könnte. Das finnische Volk wolle lieber bis zum allerletzten kämpfen, als sich der Gnade seines östlichen Nachbarn unterwerfen, den es aus schwersten

110 Erfahrungen gründlich kenne. Im Glauben an die Gerechtigkeit der eigenen Sache wisse das finnische Volk, daß sein Kampf allein von dem Bestreben geleitet werde, die Freiheit und Sicherheit des Landes sicherzustellen. Sodann ging Ministerpräsident Linkomies auf innenpolitische Fragen ein und ermahnte angesichts der großen Aufgaben des Volksganzen zur Einigkeit; denn die Zeit sei noch nicht da, um sich mit den kleinen Tagesfragen zu beschäftigen.

So herrscht nicht nur im Kern Europas, den Großdeutschland darstellt, sondern ringsum in Europa Kampftschlossenheit und klares Bewußtsein dessen, worum es geht. Unsere Feinde, die bei ihrer Kriegführung der Propaganda einen so überaus großen Platz zuweisen, tun im übrigen fortwährend das ihre, um den Völkern Europas zum Bewußtsein zu bringen, daß sie tatsächlich einen Kampf auf Leben und Tod führen, daß es ums Ganze geht, und daß der Vernichtungs- und Machtwille der Feinde Europas keine Grenzen kennt.

Schon seit einiger Zeit hat sich die Propaganda unserer Gegner der Fragen der Nachkriegszeit bemächtigt. Dies geschieht offensichtlich aus verschiedenen Beweggründen. Indem man fortwährend vom künftigen Frieden und wie man die Welt dann organisieren wolle, spricht — wobei der eigene Sieg als eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt wird —, versucht man den Eindruck zu erwecken, als ob dieser Sieg schon in so greifbarer Nähe läge, daß man sich geradezu beeilen müsse, über die Nachkriegsprobleme nachzudenken. Das soll aufmunternd für die eigenen Völker und entmutigend auf die des Gegners wirken. Dabei ist das, was über die angeblichen oder tatsächlichen Nachkriegspläne gesagt wird, durchaus zwiespältig. Neben einer idealistischen Weltbeglückungsphraseologie, wie sie schon im ersten Weltkrieg Wilson entwickelt hat und deren Hauptträger heute Roosevelt ist, stehen Äußerungen der krassesten Macht- und Vernichtungspolitik. Dieses Nebeneinander von Weltbeglückungsphraseologie sowie von angeblich idealen Zielsetzungen und von Plänen rücksichtsloser Unterdrückung und Vergewaltigung gegen uns ist uns aus der Kriegspropaganda unserer Gegner im ersten Weltkrieg, von den Verhandlungen der Pariser „Friedenskonferenz“ und schließlich aus dem Versailler Diktat, wo der Text des Völkerbündpactes neben den gehässigen „Strafbestimmungen“ des Teiles VII des Diktats steht, nur zu genau bekannt! Von einer Verwirklichung von Wilsons Weltbeglückungsphrasen hat das deutsche Volk nie etwas verspürt, wohl aber desto gründlicher und viele Jahre hindurch die für sein ganzes Dasein beinahe vernichtenden Auswirkungen des Versailler Diktats.

Das Versailler Diktat soll aber nach unzähligen Äußerungen unserer heutigen Feinde von dem
111 „Frieden“, den man uns jetzt zudenkt, noch weit übertroffen werden! Diesmal will man nämlich nicht wieder in den „Fehler“ verfallen, uns so „zuvorkommend“ wie damals zu behandeln — diesmal soll es ernst werden und wirklich aufs Ganze gehen. Aus der Fülle der Äußerungen, wie es diesmal gemeint ist, seien nur einige wenige zitiert. Der USA-Journalist Kingsbury Smith, der in engem Kontakt mit dem Weißen Hause steht, forderte in „American Mercury“ die totale Besetzung Deutschlands und seine Unterstellung unter ein anglo - sowjetisch - amerikanisches Militärregime, das im Falle eines Sieges der Alliierten die deutsche Verwaltung übernehmen und die Auflösung der gesamten deutschen Industrie überwachen solle. Die deutschen Soldaten müßten, in Arbeitsbataillone eingeteilt, außerhalb des Landes zu Arbeitsleistungen eingesetzt werden. Die Bildung nationaler Parteien müsse in Deutschland aufs strengste verboten werden. Das Reich soll in kleine Staaten aufgeteilt werden. Die Einkünfte der deutschen Arbeitsproduktion dürften dem deutschen Volke nur so weit zugutekommen, daß es sich notdürftig ernähren könne!! Am 19. Mai meldete Reuter aus London folgendes: Eine Gruppe vorwiegend konservativer Ober- und Unterhausmitglieder, die sogenannte Gruppe für Nachkriegspolitik, deren Vorsitzender Sir John Wartlow Milne ist, hat in einem Memorandum die Politik festgelegt, die England Deutschland gegenüber nach dessen Niederlage einzuschlagen habe. Die 36 Unterzeichner dieses Memorandums setzen sich aus 29 konservativen Unterhausmitgliedern, 2 konservativen, 2 nationalliberalen, sowie 2 weiteren politisch unabhängigen Oberhausmitgliedern und einem Labour-Unterhausmitglied zusammen. In der Denkschrift heißt es u. a.: Nach Ansicht dieser Parlamentariergruppe müsse der bedingungslosen Übergabe Deutschlands eine wirksame Besetzung des Reichsgebietes sowie die Errichtung eines interalliierten Aufsichtsrates folgen. Dieser Aufsichtsrat sei für die Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb Deutschlands verantwortlich sowie u. a. für die sofortige Demobilisierung aller deutschen Streitkräfte. Zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland könne es erst nach Ablauf mehrerer Jahre mit Rücksicht auf die vielen schwierigen Fragen kommen, die vorher gelöst werden müßten. Als zu den ersten Pflichten des interalliierten Aufsichtsrates gehörig stellt das Memorandum auf: 1. Abbruch sämtlicher Flugzeugwerke sowie die Errichtung einer Kontrolle über die schwere und chemische Industrie. 2. Verhaftung und Vorgerichtstellung aller Personen, die eines Kriegsverbrechens beschuldigt würden. 3. Bildung von Militärgerichtshöfen, vor denen die Aburteilung erfolge. Diese Militärgerichtshöfe stelle jeweils der

höfen, vor denen die Aburteilung erfolge. Diese Militärgerichtshöfe stelle jeweils der Staat, dessen Staatsangehörige von den Handlungen der jeweiligen

- 112 Angeklagten betroffen worden seien. 4. Verhinderung der Flucht dieser Personen in das neutrale Ausland. 5. Auflösung des Offizierkorps und Verhinderung jeder militärischen Betätigung von einzelnen Personen oder Personengruppen. 6. 6 Monate nach der Kapitulation Deutschlands muß die gesamte Demobilisierung beendet sein. — obgleich die einzelnen Friedensbedingungen erst nach Jahren festgesetzt würden, müßten sie u. a. folgende Punkte enthalten: 1. Besetzung Deutschlands durch alliierte Land- und Luftstreitkräfte, und zwar so lange, als die Verbündeten das für notwendig erachten. 2. Ostpreußen als geographische und historische Einheit und Hauptquartier der Junker müsse von P r e u ß e n und dem Reich abgespalten werden. 3. Rheinland und Westfalen seien zu einem unabhängigen deutschen Staat zu erklären. 4. Der interalliierte Aufsichtsrat habe gegebenenfalls für die Umsiedlung von Personen zu sorgen. 5. Volle Souveränität aller von den Achsenmächten besetzten Länder. 6. Aufstellung örtlicher Polizeiabteilungen, die jedoch keinen militärischen Charakter trügen und völlig frei von irgendeiner zentralen Kontrolle wären. Frühere Offiziere dürfen nicht aufgenommen werden. 7. Übernahme des deutschen Rundfunks, der Presse und Aufsicht über die Propaganda. Der Lehrplan der Universitäten und Studienanstalten werde von den Alliierten festgesetzt und überwacht. 9. Eine Armee, Flotte oder Luftwaffe werde Deutschland vorläufig nicht zugestanden. 10. Auch eine zivile Luftfahrt oder Flugindustrie dürfe Deutschland vorläufig nicht unterhalten. 11. Was im Laufe des Krieges von den Deutschen in den besetzten Ländern beschlagnahmt worden sei, müsse zurückgegeben bzw. ein Ausgleich geschaffen werden. 12. Die deutschen Staaten hätten für die Besatzungskosten aufzukommen.

H. G. Wells, der bekannte englische Schriftsteller, schrieb am 8. Mai im „Sunday Express“, er unterstütze die von dem polnischen Schriftsteller F. B. Czarnomski erhobene Forderung nach lebenslänglicher Internierung aller 250000 deutschen Offiziere in überseeischen Lagern!

Ist man sich einig wegen der Behandlung, die man uns und unseren Verbündeten zuteil werden lassen will — Finnern, Rumänen und Bulgaren mindestens will man ja der Obhut des Bolschewismus anvertrauen, dessen „Befriedungsmethoden“ durch die Gräber in Katyn eindeutig gekennzeichnet werden —, so ist man sich völlig uneins, wenn man in Hotsprings, auf den Bermudas oder sonstwo in großmäulig aufgezogenen Konferenzen über die Organisation der Welternährung nach dem Kriege, die Regelung der

- 113 Flüchtlings p r o b l e m e oder über die Fragen einer Weltwährung oder finanzieller Nachkriegssanierung diskutiert. Dann ergibt sich, daß zwischen den Verbündeten größte Uneinigkeit herrscht, daß der USA-Imperialismus raffgierig in alle Richtungen greifen will, der englische Imperialismus dagegen diesem Zugriff nach Möglichkeit ausweichen und selbst sich möglichst vielseitigen Zugriff sichern möchte, daß Stalin weiterhin sich in verstocktes Schweigen hüllt, über seine Kriegsziele so wenig wie möglich preisgibt und offensichtlich nicht bereit ist, sich nach irgendeiner Seite festzulegen — deswegen letzten Endes, weil er trotz scheinbarer Auflösung der Dritten Internationale seine Weltrevolutionspläne, denen sein ganzes Denken und Fühlen von Jugend auf verhaftet ist, natürlich unentwegt weiterverfolgt und in den Plutokratien Londons und Washingtons im Grunde Todfeinde sieht.

Von den Ländern Europas steht immer wieder Frankreich im Scheinwerferlicht der Propaganda unserer Kriegsgegner. Dies gilt für den Monat Mai ganz besonders. Das Ende der Kämpfe in Tunesien hat den verschiedenen Führern der französischen Dissidenz, besonders de Gaulle und Giraud, erheblichen Auftrieb gegeben. In zahlreichen Verlautbarungen propagandistischen Charakters bezeichneten sie die Ereignisse in Tunis als den Beginn der „Befreiung“ Frankreichs, und je geringer ihr eigener militärischer Anteil in Tunesien war, um so größere Worte hinsichtlich ihrer Zukunftspläne und -aussichten gebrauchten sie. Gleichzeitig gingen Verhandlungen zwischen de Gaulle und Giraud über eine Einigung weiter. Man stritt sich über alle möglichen Fragen, u. a. auch bezeichnenderweise sogar darüber, wo in Nordafrika die geplante Zusammenkunft stattfinden sollte, ohne daß es bis Ende Mai zu einer Einigung gekommen wäre. — Hinsichtlich desjenigen Teiles der französischen Flotte, der bei Abschluß des französischen Waffenstillstandes in Alexandrien stationiert war und dessen Befehlshaber sich allen Versuchen, ihn zum Anschluß an die Dissidenz zu veranlassen, standhaft widersetzt hatte, wurde aus Vichy am 30. Mai mitgeteilt, daß dieser Widerstand sein Ende gefunden habe. In der Verlautbarung wurde auf das rücksichtslose Vorgehen der Engländer hingewiesen, die vor keiner Erpressung zurückschreckten, um die französischen Seeleute ihren Wünschen gefügig zu machen. Seit langem schon war es unmöglich, den französischen Seeleuten die ihnen zustehende Löhnung zukommen zu lassen. Die vom Befehlshaber des französischen Geschwaders, Admiral Godefroy, gezeichnete

ten Wechsel wurden von den Banken in Alexandrien, denen die Engländer die Annahme dieser Papiere untersagt hatten, zurückgewiesen. Die französische Regierung hatte versucht, durch schweizerische und türkische Vermittlung die für die

- 114 Besatzung erforderlichen Devisen nach Alexandrien gelangen zu lassen. Die Engländer hatten dies jedoch jedesmal verhindert. Auf diese Weise gerieten die französischen Seeleute in schlimmste Bedrängnis und konnten nicht einmal mehr ihren bescheidenen Lebensunterhalt bestreiten. Seit einigen Wochen herrschte auf den französischen Schiffen in Alexandrien große Not. — Ein ähnlicher Druck, wie auf den Kommandeur der französischen Flotte in Alexandrien, wurde auf Admiral Robert, den französischen Befehlshaber auf Martinique ausgeübt, wo 47 000 Tonnen Kriegs- und 74 000 Tonnen Handelsschiffsraum liegen. Washington hat Anfang Mai in aller Form die Beziehungen mit Robert abgebrochen. Die Insel wird schon seit längerer Zeit blockiert, um durch Hunger den Abfall von Vichy und den Übergang zur Dissidenz zu erzwingen. Admiral Robert hielt aber weiter aus. Martinique ist damit neben Indochina das einzige französische Kolonialgebiet, das Frankreich bisher erhalten geblieben ist.

Die Regierung L a v a l hat den Admiral E s t e v a, der in Tunis die Politik Vichys getreulich durchführte, nach seiner Rückkehr nach Frankreich hoch geehrt. Reichsaußenminister von Ribbentrop hat am 20. Mai an Esteva folgendes Telegramm gerichtet: „Herr Admiral, aus der Berichterstattung des Beauftragten des Auswärtigen Amtes in Tunesien habe ich Kenntnis erhalten von dem Beitrag Eurer Exzellenz zu der Verteidigung des tunesischen Raumes gegen die englisch-amerikanischen Eindringlinge und die abtrünnigen Generale, deren Verrat an Frankreich und Europa Sie das Beispiel loyaler und soldatischer Pflichterfüllung und einer mutigen und ehrenvollen Durchführung der Weisungen Ihres Marschalls entgegengestellt haben. Durch Ihre Mitwirkung bei der Aufstellung des französischen Freiwilligenverbandes des französischen Arbeitsdienstes und durch den Einsatz Ihres Verwaltungsapparates haben Sie das reibungslose Zusammenwirken der verschiedenen Bevölkerungsteile in Tunesien mit den deutsch-italienischen Verbänden und damit die Kriegführung der Achsenmächte erleichtert, wofür ich Ihnen den Dank und die Anerkennung der Reichsregierung zum Ausdruck bringen möchte. Genehmigen Sie, Herr Admiral, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.“

Die französische Regierung hat seit dem Juni 1942 den Einsatz französischer Arbeiter in Deutschland im engen Einvernehmen mit dem Reichsbeauftragten für den europäischen Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, energisch gefördert. Seit Anfang Juni 1942 bis Ende Mai 1943 sind über 500 000 französische Arbeiter zur Arbeit nach Deutschland gegangen, ohne daß dadurch der Arbeitseinsatz für europäische Verteidigungszwecke innerhalb Frankreichs selbst eine wesentliche Abschwächung erfahren hätte. Ende

- 115 Mai veröffentlichte die französische Regierung einen längeren Bericht über „Die französische Arbeit in Deutschland.“ Die französische Arbeit in Deutschland, so heißt es darin, erhält nicht ihren vollen Sinn, wenn man sie nicht als freiwillige Leistung Frankreichs ansieht, die gegeben wird, um Frankreich bei der Neugestaltung Europas wieder den Platz zu schaffen, den es sich erarbeitet. Diese Leistung hat bisher zur Freilassung von 100 000 Kriegsgefangenen und zur Änderung des Status von 250 000 weiteren geführt. Frankreichs Anteil an der gemeinsamen Verteidigung des Kontinents bietet aber noch weitere Vorteile. Die französische Regierung widmet der Bedeutung dieses Problems erhöhte Aufmerksamkeit, wie es auch Regierungschef Laval und Gauleiter Sauckel bei ihren kürzlichen Pariser Ausführungen unterstrichen haben. Dieses Problem ist darüber hinaus Gegenstand von ständigen Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Behörden. Da sich zur Zeit neue Operationen bezüglich französischer Arbeitskräfte für Deutschland anspinnen, die eine neue für Frankreich sehr vorteilhafte Etappe darstellen und im Hinblick auf viele Ungenauigkeiten und übelwollende Auslegungen, die darüber verbreitet worden sind, ist es angezeigt, die Bedingungen darzulegen, unter denen sich die Erfassung abspielt. Zu Beginn des Monats April war zwischen der französischen und deutschen Regierung beschlossen worden, daß 220000 französische Arbeiter vor dem 30. Juni nach Deutschland abreisen. Die Hauptsorge der Regierung hat stets darin bestanden, die Erfassung dieser Arbeitskräfte möglichst gleichmäßig auf alle -Franzosen zu verteilen, damit alle an den Lasten, die durch die Arbeit in Deutschland entstehen, in gleichem Maße teilnehmen. Wie bekannt, sind drei Jahresklassen (1940, 1941 und 1942) zur allgemeinen Dienstverpflichtung einberufen worden. Eine große Zahl dieser jungen Leute, aber hauptsächlich Landwirte, Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Eisenbahnarbeiter genossen gewisse Vergünstigungen. Am Ende also wurde nur ein Teil der dienstverpflichteten Franzosen in Deutschland eingesetzt.

Am 26. Mai sprachen Gauleiter Sauckel und der französische Regierungschef Laval auf der Deutschen Botschaft in Paris vor der deutschen, französischen und ausländischen Presse. Dieser Winter und dieses Frühjahr seien — wie Gauleiter Sauckel ausführte — für Deutschland und die mit Deutschland verbündeten Völker und für Europa überhaupt schwer und hart gewesen. Das Material der deutschen Wehrmacht habe jedoch total ergänzt werden können. Deutschland mache mit seiner Wehrmacht und mit seiner Arbeit für Europa die größten Anstrengungen, um den Sieg zu erringen. Das Schicksal zwingt die europäischen Völker, eine bessere Form der Solidarität zu finden als diejenige, die das marxistische Judentum den Völkern vorgespiegelt habe. Früher seien Klassenkampf und Klassenhaß in Europa

116 gepredigt worden, weil der Bolschewismus als Nutznießer sich auf diese Weise habe durchsetzen wollen, um die Völker zu beherrschen oder zu vernichten. Er, Sauckel, wisse um die Schwierigkeiten, mit denen die französischen Stellen fertig werden müßten, um einen Weg zu finden, der beiden Völkern zur Ehre gereiche. Aber der Arbeitseinsatz der europäischen Nationen sei eine undiskutierbare Notwendigkeit, weil er zur Verteidigung der Existenz Europas erforderlich sei. Es wäre naiv, zu glauben, daß die Rote Armee im Falle ihres Sieges am Rhein Halt machen würde. Der Bolschewismus kenne keine Grenzen. Er sei maßlos und unberechenbar. So ergebe sich aber auch die europäische Zusammengehörigkeit geradezu gesetzmäßig. Er, Sauckel, rufe dem europäischen und damit auch dem französischen Arbeiter zu, die Stunde zu verstehen und zu begreifen, daß es das Wichtigste sei, jene Macht zu vernichten, die angetreten sei, um die blutige Gewalt nach den Anweisungen des Judentums auf die Heimat der Deutschen ebenso wie auf die Heimat der Franzosen auszudehnen. Die französischen Arbeiter leisteten in Deutschland nicht nur praktisch, sondern auch ideell einen großen Beitrag zur Meisterung des Schicksals Europas. Sie würden in Deutschland aufrichtig, anständig und wohlwollend betreut. — Laval ergriff anschließend das Wort. Er erklärte u. a., er habe stets die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich gewollt und es bedauert, daß nach dem ersten Weltkrieg nicht ein entsprechendes Abkommen verwirklicht wurde. Die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich sei heute nicht weniger dringend. In dem großen Drama von heute könne Frankreich weder passiv noch gleichgültig bleiben. Das Blut der deutschen Jugend fließe im Osten und anderswo, um dem Bolschewismus als der größten Gefahr den Weg zu verlegen. Frankreich müsse seinen Beitrag leisten.

Frankreich, das in der ganzen neueren Geschichte und sogar schon im Mittelalter der deutschen Reichsidee widerstrebte und dessen Hegemonialpolitik immer wieder kriegerische Verwicklungen hervorgerufen hat, bekennt sich also durch Laval zu einer Neuordnung Europas, in der dem Großdeutschen Reich und der Achse die führende Rolle zufällt. Denn Lavals Politik will durch die Mobilisierung der französischen Arbeits- und Produktionskraft an der Formung dieses neuen Europas mitarbeiten und den Platz Frankreichs darin mitbestimmen.

Der Verbündete der Achsenmächte in Ostasien, Japan, hat im Monat Mai eine schon früher begonnene Offensive im mittleren China, die sich den Jangtsekiang entlang gegen Tschungking und damit gegen den Kern des dortigen Widerstandes richtet, mit großem Erfolg vorwärtsgetrieben und landwirtschaftlich sowie industriell wichtige Gebiete neu gewonnen. Mehrfach wurde der Übertritt beträchtlicher bisher auf

117 den Befehl Tschiangkaischeks hörender Truppenverbände zu Japan und Nankingchina gemeldet. Die Klagen Tschungkings über ungenügende bzw. überhaupt nicht bestehende Unterstützung durch England und die Vereinigten Staaten wurden immer wieder gehört. Tatsächlich bestehen keinerlei Möglichkeiten mehr, Tschungking-China Waffen, Ausrüstungsgegenstände und Benzin in irgendwie wesentlichen Mengen zu schicken, nachdem englische Versuche, von Indien aus nach Burma vorzustoßen, endgültig gescheitert sind und die Witterungsverhältnisse erst im Spätherbst eine Wiederaufnahme dieser Bemühungen ermöglichen. Über das Verhältnis zwischen Burma und Japan hat der burmesische Premierminister, Dr. Ba Maw, in den ersten Maitagen einem deutschen Korrespondenten gegenüber interessante Äußerungen getan. Auf die Frage, wie sich die Mitarbeit Burmas Japan gegenüber auswirke, erwiderte Ba Maw, daß die Burmesen bereits zu einer Zeit, als die Dinge noch ungewiß waren und bevor sie tatsächlich die zukünftigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern kannten, spontan voll mit Japan zusammenarbeiteten, ohne die Opfer, die daraus folgten, zu scheuen. Jetzt, da die Unabhängigkeit Burmas gesichert sei, sei es selbstverständlich, daß das Land die Zusammenarbeit fortsetze, da Japan und Burma um der Sache Großasiens willen fest aneinander gebunden sind. Bezüglich der militärischen Zusammenarbeit erklärte Ba Maw, Burma würde binnen kurzem die Organisation eines Schemas vervollständigen, das die Schaffung einer Armee vorsieht, die imstande ist,

ihre rechtmäßige Rolle bei dem Kriege zu spielen, der der Verteidigung der Rechte des burmesischen Volkes, der Freiheit desselben, wie auch der Grundsätze der neuen Ordnung in Ostasien dient. Er wies darauf hin, daß die Burmesen die japanischen Streitkräfte mit offenen Armen aufnehmen. Die Einheit des Blutes, der Gedankenwelt und der Zivilisation bestanden bereits, bevor die britische Armee ihre Wut an dem Besitztum und dem Leben der Burmesen ausließ. Die britische Politik der „versengten Erde“ führte dann zu einem Höhepunkt der antibritischen Gefühle, die ständig wuchsen, seitdem Burma im vergangenen Jahrhundert annektiert wurde. Diese antibritischen Gefühle dauern in gleicher Stärke an, da die englischen Luftangriffe zum Verlust von Menschenleben führten und die Beschädigung der Pagoden und Heiligtümer klar bewies, welchen Zwecken diese Angriffe dienen.

Bei unseren Kriegsgegnern England, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion haben im Monat Mai hauptsächlich zwei Ereignisse die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, der am 12. Mai begonnene Besuch Churchills in Washington und die am 15. Mai verkündete und natürlich von Stalin angeordnete formelle

118 „Auflösung der Dritten Internationale, der Komintern“. Beide Ereignisse standen durch die Reise des früheren Botschafters Roosevelts in Moskau, Davies, nach Moskau, wo er Stalin einen höchst geheimgehaltenen Brief Roosevelts übergab, in engem Zusammenhang. Über den Besuch Churchills bei Roosevelt wurde gleich zu Beginn aus London die Version verbreitet, er verfolge rein militärische Zwecke und keinesfalls politische. Bis zum Abschluß der Besprechungen zwischen Churchill und Roosevelt, der am 22. Mai bekanntgegeben wurde, sind unaufhörlich die widersprechendsten Zweckmeldungen ausgegeben worden. Regierungsoffiziös wurde in Washington gesagt, als Abschluß ihrer Beratungen würden Churchill und Roosevelt eine hoch bedeutsame gemeinsame Erklärung abgeben. Diese blieb jedoch aus, und es wurde als Abschlußverlautbarung nur ein einziger Satz mitgeteilt, der besagte, die Konferenz der kombinierten Generalstäbe habe mit einer völligen Einigung über die künftigen Operationen auf allen Kriegsschauplätzen geendigt. Damit wurde also die zu Beginn der Besprechungen mitgeteilte Version, die Zusammenkunft habe einen militärischen Charakter, wieder aufgenommen. Sie bedeutet wahrhaftig eine allzu große Zumutung an das politische Urteil der Öffentlichkeit Wer kann glauben, daß das Verhältnis zur Sowjetunion und andere schwierige politische Fragen, wie z. B. die Uneinigkeit unter den französischen Dissidentengeneralen, in Washington nicht besprochen worden seien? Wen könnte man glauben machen, daß die formelle Auflösung der Dritten Internationale während der Besprechungen zwischen Roosevelt und Churchill durch Stalin, gerade als dieser den Brief Roosevelts erhalten hatte, nicht in direktem Zusammenhang mit den Themen der Washingtoner Besprechungen gestanden haben sollte?

Man darf ferner nie vergessen, daß die bolschewistische Sowjetunion trotz des Bündnisses, das die Plutokratien mit ihr haben, weiten Teilen der öffentlichen Meinung in den Plutokratien selbst keineswegs als ein unverdächtiger und ungefährlicher Partner vorkommt, daß vielmehr kirchliche, gewerkschaftliche, sozialistische und plutokratische Kreise in den angelsächsischen Ländern eben diesen Sowjets trotz aller offiziellen Lippenbekenntnisse zu dem Kriegsbündnis und zu späterer Zusammenarbeit mit den größten inneren Vorbehalten gegenüberstehen und das Kriegführen an ihrer Seite zum Zwecke ihres Sieges im Grunde keineswegs populär ist. Andererseits sind die Regierungen in London und Washington längst nicht mit dem obstinaten Schweigen Stalins über seine Kriegsziele einverstanden, sondern sie versuchen immer wieder, ihn zum Sprechen, d. h. an den Konferenztisch zu bringen. Da Stalin jedoch am

119 Konferenztisch in Washington ebenso wie seinerzeit in Casablanca fehlte, sollte dieser Mangel wenigstens zum Teil durch den Brief Roosevelts an ihn und durch Stalins Antwort ausgeglichen werden. Es ist indessen nicht anzunehmen, daß in Stalins Antwortschreiben präzise Verpflichtungen irgendwelcher Art übernommen worden sind. Stalin hat nur die Komintern formell auflösen lassen, d. h. das Instrument der Weltrevolution scheinbar aufgegeben. Dies ist ähnlich zu werten, wie wenn ein Jäger sein Gewehr in die Zimmerecke stellt, weil die Schonzeit für das Wild beginnt. Die Komintern paßt gegenwärtig nicht in die politische Landschaft, und Stalin ist Realist genug, um angesichts der propagandistischen Bedürfnisse seiner Verbündeten und seiner eigenen prekären Lage daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Er „löst die Komintern auf“, verstärkt gleichzeitig durch die Abhaltung eines sogenannten panslawistischen Kongresses in Moskau nach innen und außen die schon seit längerem angeschlagene national russische Note und läßt sogar die Fata Morgana religiöser Duldsamkeit aufleuchten, ohne daß natürlich die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern deshalb aufhörten, ihre Wühlarbeit fortzusetzen und sich der geistigen Führung Moskaus zu unterwerfen. Außerdem setzen die übrigen kommunistischen Weltorganisationen, die schon oft als Deckorganisationen

für die Komintern einsprangen, insbesondere die Mopr, die Internationale Rote Hilfe und die Kommunistische Gewerkschaftsorganisation, ihre Arbeit fort. — Daß in London und Washington Stalins Beschluß trotzdem als ein historisches Ereignis, als ein Wendepunkt in der Geschichte der Sowjetunion, als das Aufhören der kommunistischen Gefahr usw. laut gepriesen wurde, wird niemand wundernehmen. Ebenso wenig die Tatsache, daß überall da, wo ein solches Propagandabedürfnis nicht vorlag, Stalins Schachzug als das erkannt und gewertet wurde, was er tatsächlich ist, ein Propagandamanöver und ein offener Betrug! — Die beste Illustration zu ihm bildet der Massenmord von Katyn, dessen Aufdeckung auch im Monat Mai weiterhin recht bemerkenswerte politische Ergebnisse gezeitigt hat. Am 6. Mai gab nämlich der stellvertretende Außenkommissar der Sowjetunion, Wyschinsky, vor Vertretern der britischen und amerikanischen Presse in Moskau eine lange Erklärung über die Bildung einer polnischen Armee in der Sowjetunion ab, wie sie nach Abschluß des polnisch-sowjetischen Übereinkommens vom 13. Juli 1941 und in Übereinstimmung mit einem Militärabkommen, das am 14. August 1941 abgeschlossen wurde, aufgestellt worden ist. Die Darstellung Wyschinskys warf den Mitgliedern der polnischen Botschaft in Moskau und den Offizieren der polnischen in der Sowjetunion aufgestellten Truppenteile Spionage, Propaganda gegen die Sowjets, feindselige Einstellung usw. vor. Die polnische Emigrantenregierung in London antwortete mit einer massiven

120 Gegenerklärung. Der frühere Präsident der Tschechoslowakei, Benesch, jetzt das Haupt der tschechischen Emigration, erklärte in einseitiger Stellungnahme zugunsten der Sowjets, daß die seit einiger Zeit zwischen der tschechischen und der polnischen Phantomregierung in London geführten politischen Verhandlungen abgebrochen seien, bis die Polen sich mit den Sowjets geeinigt hätten. Die englische Regierung legte der polnischen Emigrantenpresse in England eine politische Zensur auf — kurz: der wahre Charakter der bolschewistischen Sowjetunion als einer äußersten Lebensgefahr, mindestens für alle ihre Nachbarn, blieb so auch mitten im Lager unserer Kriegsgegner trotz Stalins Kominternauflösung und nationaler Tarnung höchst wirksam. Dies war sogar sicherlich einer der Gründe, weswegen Stalin die „Auflösung“ verfügte.

Als Churchill am 18. Mai vor dem USA-Kongreß in Washington eine lange politisch-militärische Propagandarede hielt, hat er daher gerissenerweise weder die Auflösung der Komintern, noch den Abbruch der polnisch-sowjetischen Beziehungen, noch das Schweigen Stalins über seine Kriegsziele mit irgendeinem Wort erwähnt. Um so mehr gefiel er sich in optimistischen Schilderungen der Kriegslage, und nur am Schluß machte er ein bemerkenswertes Geständnis. Er bezeichnete es als die größte Gefahr, wenn der Krieg „eine unnötige Verlängerung erfahre“. Denn die schönste Hoffnung Deutschlands und Japans müsse es jetzt sein, daß der so furchtbar kostspielige Krieg sich so lange hinschleppe, bis die Demokratien müde oder uneinig würden. Roosevelt hat schon früher ähnliche Besorgnisse geäußert. Dies beweist, daß beide der Überzeugung sind, daß die Zeit nicht ihr Verbündeter, sondern der der Dreierpaktmächte ist!



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium
Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1943

Juni-Lieferung
(Nr. 91/92 **der Gesamtlieferung**)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



Innenpolitik

91 Das bemerkenswerteste Ereignis im Juni war die große Kundgebung im Berliner Sportpalast, auf der Reichsminister Dr. Goebbels und Reichsminister Speer vor Tausenden von Rüstungsarbeitern spra-

chen. Die beiden Minister gaben einen Überblick über den Stand der deutschen Rüstung. Sie ehrten zugleich überragende Verdienste von deutschen Rüstungsarbeitern, Wirtschaftlern und Konstrukteuren. Nachdem die nationalsozialistische Staatsführung lange Zeit geschwiegen hatte, die feindliche Propaganda dagegen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Registern Prognosen, Hypothesen und Phantasien über ihr Kriegspotential in die Welt gesetzt und zugleich den Versuch unternommen hatte, die deutsche Kriegsrüstung zu verkleinern und herabzusetzen, war diese Kundgebung die authentische Erklärung der deutschen Regierung über die deutsche Kriegsproduktion. Reichsminister Speer führte einleitend aus, daß dieser Tag ein Ehrentag für die deutsche Rüstungsindustrie sei. Er sei dazu ausersehen, dem deutschen Volk die Erfolge, die die deutsche Rüstung in einem Jahre zu verzeichnen gehabt habe, bekanntzugeben. Der Minister betonte mit Nachdruck, daß er an diesem Tage feststellen könne, daß die deutsche Rüstung von Jahr zu Jahr gestiegen sei und am 1. Mai 1943 auf allen Gebieten eine Rekordhöhe erreicht habe. Es sei das historische Verdienst des Reichsmarschalls Hermann Göring, daß er dem deutschen Volk durch den Vierjahresplan die Grundlage zur Aufrechterhaltung, Steigerung und Erweiterung der deutschen Rüstungsindustrie gesichert habe. Reichsminister Speer wies darauf hin, daß er zu Beginn seiner Tätigkeit vor beinahe unlösbaren Aufgaben stand. Es seien aber neue Produktionsmethoden entwickelt worden, ein planmäßiger Austausch unter den einzelnen Fabriken und Wirtschaftszweigen habe stattgefunden, so daß es schließlich unter Einsatz der gesamten Arbeitskraft des deutschen Volkes und der Bevölkerung der besetzten Gebiete gelungen sei, das Unmögliche möglich zu machen. Mit Worten höchster Anerkennung sprach Reichsminister Speer von der einzigartigen Leistung des deutschen Arbeiters. Er habe es mit seinem Idealismus und seinem Arbeitswillen ermöglicht, die gesteckten Ziele zu erreichen.

94 Organisation der Selbstverantwortungsorgane der deutschen Rüstungsindustrie zu danken sind. Der Führer sprach allen Beteiligten seinen herzlichen Dank und seine vollste Anerkennung aus. — In Anerkennung der einmaligen Leistungen auf dem Gebiete der deutschen Technik überreichte der Führer dem Reichsminister Albert Speer den Fritz-Todt-Ring der deutschen Technik in einer mit der Bildnisplakette von Dr. Fritz Todt gezierten silbernen Kasette.

Bei der Auszeichnung der vom Führer in Anerkennung außergewöhnlicher, hervorragender Leistungen auf dem Gebiete der Rüstungswirtschaft mit dem Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes besonders geehrten deutschen Rüstungsarbeiter sprach Oberbürgermeister Liebel. Er wies auf die Bedeutung dieser Auszeichnungen hin. Fünf Arbeiter der deutschen Rüstung und der OT sowie vier führende Männer der deutschen Rüstung erhielten das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes. Als erster empfing die Ehrung der langjährig um die Serienfertigung schwerer Panzer hochverdiente Schlosser, nunmehrige Betriebsleiter eines großen Rüstungswerkes Albin Sawatzki aus der Hand des Generaloberst Guderian. Der um die Entwicklung und Herstellung hervorragenden Qualitätsstahles bewährte Rüstungsarbeiter Obermeister Johannes Holtmeyer erhielt das Ritterkreuz aus den Händen des Generals der Waffen-SS Sepp Dietrich. Der im OT-Einsatz in Ost und Welt im feindlichen Feuer höchst bewährte, mitreißende Kameradschaftsführer OT-Frontarbeiter Josef Hinkerohe erhielt als neunter Deutscher das Ritterkreuz mit Schwertern aus der Hand des Eichenlaubträgers Generalleutnant Wolf. Der als Schlosser in einem Flugzeugwerk um die Entwicklung der besten deutschen Jäger und Zerstörer hochverdiente Karl Schmid erhielt sein Ritterkreuz aus der Hand des Trägers des Eichenlaubs mit Schwertern und Brillanten, Generalmajor Galland. Der beim Bau und der Inbetriebnahme zahlreicher neuer deutscher Treibstoffwerke immer wieder an maßgebender Stelle eingesetzte und wegen seiner hohen technischen Kenntnisse besonders geschätzte und bewährte Obermeister Christian Davidshöfer erhielt das Ritterkreuz aus der Hand des Eichenlaubträgers Korvettenkapitän Liebe. Der um die deutsche Rüstung hochverdiente Leiter des Hauptausschusses Panzerwagen beim Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Direktor Dr.-Ing. Walter R o h l a n d, empfing das Ritterkreuz aus der Hand des mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichneten Leutnants der Panzerwaffe Primozic; und der um die Steigerung der deutschen Erzeugung von Mineralöl, Leichtmetall, Buna, Pulver und Sprengstoff hochverdiente Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsaufbau Prof. Karl Krauch erhielt das Ritterkreuz aus der Hand des Ritterkreuzträgers Oberfeldwebel Schönfeld.

95 Der Führer hat dem General der Pioniere Jakob in Würdigung seiner besonderen Verdienste um den Aufbau der Befestigungswerke im großdeutschen Freiheitskampf das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern verliehen.

Bereits im Herbst des vergangenen Jahres hatte der Führer geplant, den ruhmvoll bekannten Namen des Wiener „Hoch- und Deutschmeister-Regiments“ in der neuen Wehrmacht wieder aufleben zu lassen und seinen Symbolgehalt in den Dienst des großdeutschen Freiheitskampfes zu stellen. Nachdem

die vorwiegend aus Wien rekrutierte 44. Infanterie-Division in Stalingrad geblieben und nunmehr aus den Kräften desselben Heimatgebiets neu erstanden ist, wurde dieser Gedanke verwirklicht. Im Rahmen eines feierlichen Appells überreichte General der Panzertruppen v. Hubicki als einer der rangältesten Offiziere der alten österreichisch-ungarischen Armee am 1. Juni 1943 dem Kommandeur der 44. I.-D., Generalleutnant Beyer, einen Erlaß des Führers, in dem der Führer sagt, daß er mit dieser Ehrung die Gewißheit verbinde, daß die Angehörigen der wiederaufgestellten Division ihrer bei Stalingrad gebliebenen Kameraden würdig bleiben und nun erst recht dazu mithelfen werden, den Kampf um Großdeutschlands Freiheit und Zukunft zum siegreichen Ende zu führen. Die Namensverleihung fand in feierlicher Form im großen Konzerthausaal zu Wien statt. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Wehrmacht, Partei und Staat wohnten dem Festakt bei, an ihrer Spitze Reichsleiter Baldur von Schirach. Kämpfer der Ostfront, Soldaten und Offiziere aller Formationen des Heeres und der Waffen-SS füllten mit den Hinterbliebenen und Angehörigen der Stalingradkämpfer den großen Saal. Generalleutnant Göritz, der vorletzte Kommandeur des Infanterie-Regiments 134, des Traditions-Regiments des K. u. K. Inf.-Regts. Hoch- und Deutschmeister Nr. 4, gab einen Überblick über die stolze und ruhmreiche Geschichte der Deutschmeister in den 250 Jahren ihres Bestehens.

Im Rahmen eines Aufenthaltes in Prag sprach am 9. Juni der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter und Reichsstatthalter Sauckel, vor einem großen Kreis geladener Gäste über den Arbeitseinsatz im Dienste der Kriegführung in Deutschland und Europa. In einer weit ausholenden Schau gab Reichsstatthalter Sauckel einen Überblick über den Stand des Arbeitseinsatzes von heute im Vergleich zur Weltkriegszeit, wobei er die aufschlußreichen Ausführungen von Reichsminister Speer und Dr. Goebbels nochmals unterstrich. Im ersten Weltkrieg verfügte Deutschland mit seinen damaligen Verbündeten über ein Menschenreservoir von 136 Millionen, den Gegnern aber stand damals ein Menschenheer von 1422 Millionen zur Verfügung. Das Verhältnis stand damals also 1:10. Damals seien

96 die Mittelmächte trotz dieses Verhältnisses militärisch wie praktisch unbesiegt geblieben. Im jetzigen Krieg verfügt die Achse in Kontinentaleuropa über rund 350 Millionen Menschen, durch Japan und den japanischen Einflußbereich über weitere 500 Millionen Menschen. Die Achsengegner haben, wenn man auch die unerschlossenen Kolonialgebiete hinzurechnet, insgesamt etwa 1200 Millionen Menschen. Ein Vergleich zum ersten Weltkrieg ergibt das Verhältnis von 9:11. Demnach hat sich dieses Verhältnis also sehr wesentlich zu unseren Gunsten verschoben. Wichtig ist auch die Zählung der erwerbstätigen Menschen, und hier kommen wir zu einem Verhältnis von 380 Millionen Menschen der Dreierpaktmächte gegenüber 536 Millionen Menschen der Gegner. Diese buchmäßige Gegenüberstellung der Zahlen aber ergibt in Wirklichkeit kein richtiges Bild. Wir können der absoluten Überzeugung sein, daß das Arbeitspotential Europas aus den verschiedensten Gründen viel größer ist, als es aus den vorgetragenen Verhältniszahlen hervorgeht.

Im Rahmen eines feierlichen Appells wurde am 21. Juni der 60. Infanterie-Division (mot.) ein Erlaß des Führers bekanntgegeben, in dem dieser Division in Anerkennung des hervorragenden Einsatzes der SA. im Kampf für das Großdeutsche Reich mit dem Tage der Eingliederung des SA-Regiments „Feldherrnhalle“ der Name „Panzergrenadier-Division Feldherrnhalle“ verliehen wird. Der Name „Feldherrnhalle“, geweiht durch den Tod von 16 nationalsozialistischen Kämpfern, die als erste ihr Leben für den Führer dahingaben, ist für die SA wie für die ganze deutsche Nation zum Inbegriff aufopfernden Kampfes geworden. Auf dem Reichsparteitag 1936 verlieh der Führer der SA-Wachstandarte den Ehrennamen „Feldherrnhalle“. Sie empfing damit zugleich den Auftrag, die kämpferische Gesinnung der SA zu pflegen und vorbildlich zu verkörpern. Am 12. Juli 1937 ernannte der Führer den Reichsmarschall Hermann Göring, den ersten Führer der SA, zum Chef der Standarte „Feldherrnhalle“. Der Krieg brachte für die SA die Stunde der Bewährung. Inzwischen hat dieses Regiment an allen Fronten vorbildliche soldatische Leistungen vollbracht. Beim Heldenkampf der 6. Armee hefteten auch die Regimenter der 60. Infanterie-Division unvergänglichen Ruhm an ihre Fahnen. Neuaufgestellt trägt die Division also jetzt nach dem Willen des Führers den Namen „Panzergrenadier-Division Feldherrnhalle“ und zeigt damit die enge Verbundenheit zwischen SA und Wehrmacht besonders sinnfällig.

Der Reichsmarschall hat aus Anlaß dieser Namensverleihung an den SA-Obergruppenführer J ü 11 n e r ein Schreiben gerichtet, in dem er als der erste SA-Führer und Chef der Standarte „Feldherrnhalle“ seinem besonderen Stolz Ausdruck gibt, daß der Führer den Einsatz der SA in dieser Weise gewürdigt habe.

97 Der britische Luftterror, der im Laufe der letzten Monate barbarische Formen angenommen hatte, wurde auch im Juni weiterhin fortgesetzt. Die Briten haben sich nicht gescheut, gerade im Monat Juni ihre Angriffe auf Kulturdenkmäler zu aktivieren, die der ganzen Welt bekannt und heilig sind. An erster Stelle ist hier der Kölner Dom zu nennen. Er wurde bei einem Angriff in der Nacht zum 29. Juni schwer beschädigt. Dies alles ist kein Zufall, sondern mit Absicht und Berechnung in die britische Kriegführung einbezogen. Die deutsche Kriegführung, das Auswärtige Amt und die deutsche Presse haben mehrfach Stellung gegen diese Terrorangriffe genommen und vor allem die eindeutige Verantwortung Englands für den Bombenkrieg gegen Frauen, Kinder, Greise und Kulturdenkmäler festgestellt. Denn diese Verantwortung liegt ausschließlich bei England! Die „Deutsche Diplomatische Korrespondenz“ beschäftigte sich besonders am 4. Juni ausführlich mit der britischen Einstellung zum Luftkrieg. Der britische Innenminister Morrison hatte in einer Erklärung die erlogene Behauptung aufgestellt, daß nicht Großbritannien, sondern Deutschland mit dem schrankenlosen Luftkrieg begonnen habe. Als Beweis hat Morrison angeführt die Feldzüge in Abessinien, Spanien, die Bombardierungen von Warschau und Rotterdam. Die „Deutsche Diplomatische Korrespondenz“ wies nun diese völlig unberechtigt herbeigezogenen Beispiele im einzelnen zurück und zeigte, daß dort, wo die deutsche Luftwaffe zum Einsatz gekommen ist, stets nur die Niederwerfung feindlichen militärischen Widerstandes beabsichtigt war. Der Luftkrieg zwischen Deutschland und Großbritannien dagegen ist von den Engländern begonnen worden. Und zwar berichtete schon am 5. September 1939 der deutsche Wehrmachtbericht erstmalig von einem Bombenangriff britischer Kampfflugzeuge auf Wilhelmshaven und das Seebad Cuxhaven. Am 25. April 1940 wurde ferner auf der Insel Sylt der Badeort Wenningstedt mit Bomben belegt und mehrere Häuser beschädigt. Auch am Rande der kleinen Stadt Heide in Schleswig-Holstein warfen feindliche Flugzeuge in der Nacht zum 24. April 1940 mehrere Bomben ab, obwohl sich weder in Heide noch in seiner weiteren Umgebung irgendwelche militärischen Ziele befanden! Der OKW-Bericht vom 25. April 1940 stellt kategorisch fest: „Der Feind hat damit den Luftkrieg gegen unverteidigte Orte ohne militärische Bedeutung eröffnet.“ Am 20. Juni 1940 aber meldete der Wehrmachtbericht: „Seit dem 10. Mai haben feindliche — und zwar vorwiegend britische — Flugzeuge fortgesetzt in der Nacht offene deutsche Städte angegriffen, auch in der vergangenen Nacht fielen diesen Angriffen wiederum acht Zivilpersonen zum Opfer. Die deutsche Luftwaffe hat nunmehr mit der Vergeltung gegen England begonnen.“

98 Tatsächlich: Erst nach dem achten Angriff der Briten auf die Reichshauptstadt wurde die deutsche Luftwaffe in der Nacht vom 6. zum 7. September 1940 zum ersten Vergeltungsangriff auf London angesetzt. Dies alles sind klare und eindeutige Zahlen, die die britische Verantwortung und Schuld am Luftkrieg unwiderlegbar dartun!

Reichsminister Dr. Goebbels hat im Laufe des Juni mehrfach Städte des deutschen Westens besucht, die vom Terror der britischen Bombenangriffe besonders grausam angefaßt worden sind. So hart die letzten Wochen für die deutsche Zivilbevölkerung auch gewesen sein mögen, der Eindruck, den Dr. Goebbels von der Lage des Westens bei all diesen Reisen bekommen hat, festigte die Überzeugung, daß wohl Hab und Gut und kostbare Menschenleben manch schwere Einbuße zu verzeichnen hatten, nicht aber die Haltung der Bevölkerung in ihrer Gesamtheit. Der große Krieg unserer Tage hat zwar neue Runen in das Antlitz des deutschen Volkes gezeichnet; der Feind hat es aber fertiggebracht, daß jener Teil des deutschen Volkes, den er am brutalsten aus der Front des Volkes herauszubombardieren versucht hatte, der härteste der Heimat geworden ist. An den Gräbern von Wuppertal, Düsseldorf, Essen, Bochum, Köln standen Tausende von Angehörigen, Freunden, Mitbewohnern, neben ihnen aber alle Männer und Frauen des ganzen Reiches, die wissen, daß sich über alle Belastungen des Krieges in der Heimat die Opfer der Bevölkerung in den Bombengebieten erheben. In allen deutschen Veröffentlichungen, auch in den OKW-Berichten, ist immer wieder betont worden, daß einmal über England eine furchtbare Vergeltung niedergehen werde.

Im Zusammenhang mit der Kriegsschädenabgeltung nach feindlichen Angriffen auf die Zivilbevölkerung ist längst die großzügige Abgeltung der erlittenen Sachschäden durch das Reich angeordnet. In der Praxis bestanden aber noch manche Unklarheiten, so daß in der Zeitschrift „Deutsche Verwaltung“ ein klarstellender Bericht hierzu von Obermagistratsrat Dr. Brombach veröffentlicht wurde. Darin wird auch die Frage des Abzugs neu für alt behandelt. Es heißt, daß maßgebend für die Höhe der Entschädigung im Falle der Zerstörung oder des Verlustes von Sachen diejenigen Kosten sind, die bei einer Wiederbeschaffung oder Wiederherstellung aufgewendet werden müssen oder im Zeitpunkt der Entscheidung aufzuwenden wären. Die Entschädigung bemißt sich also nicht nach dem sogenannten gemeinen Wert der verlorenen oder zerstörten Sachen, sondern nach dem Kaufpreis für die zu erset-

zenden Gegenstände. Dies betrifft Möbel, Kleidungsstücke, Hausrat, Lampen, Porzellan und andere Dinge. Der Bericht hebt noch hervor, daß der Geschädigte bei der Wiederbeschaffung auch das Risiko etwaiger

99 Preissteigerungen auf das Reich abwälzen kann. Dies sei dadurch möglich, daß der Antrag gestellt wird, die Entscheidung über die Höhe der Entschädigung so lange auszusetzen, bis die Wiederbeschaffung oder Wiederherstellung tatsächlich erfolgen kann.

Zur Regelung der Unterbringung für die Bombengeschädigten ist eine Verordnung zur Wohnraumversorgung der Luftkriegsbetroffenen erlassen worden. In dieser Verordnung wird bestimmt, daß zunächst alle Inhaber von mehreren Wohnungen ihre Nebenwohnungen für Luftkriegsbetroffene zur Verfügung stellen sollen. Ferner ist vorgesehen, daß der Reichswohnungskommissar zugunsten der Luftkriegsbetroffenen in von ihm zu bestimmenden Gauen weitere Maßnahmen in Kraft setzen kann. Dazu gehört, daß unterbelegte Wohnungen zur Unterbringung luftkriegsbetroffener Volksgenossen als Untermieter herangezogen werden können, wobei in erster Linie der Grundsatz der Freiwilligkeit gilt. Eine Heranziehung kleinerer Wohnungen von Einzelpersonen, die vielfach mit Unrecht befürchtet worden war, ist dabei nicht in Aussicht genommen. Ferner kann bestimmt werden, daß durch Dachausbau neugeschaffene und solche Wohnungen, die bisher anderen als Wohnzwecken dienten, lediglich Luftkriegsbetroffenen zugewiesen werden dürfen.

Die Kontrolle von Wohnungen und Böden auf abgeworfene Brandbomben während des Fliegeralarms ist für die Verhütung und Beschränkung von Fliegerschäden von größter Bedeutung. Deshalb hat jetzt der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe in einem Erlaß zu dieser Frage Stellung genommen. Die mit Kontrollgängen beauftragten Selbstschutzkräfte müssen die Möglichkeit haben, diese Kontrolle in allen Räumen des Hauses durchzuführen. Der Erlaß des Reichsministers für die Luftfahrt stellt sicher, daß die nicht zu Wohnzwecken benutzten Räume auf den Dachböden ständig offen gehalten werden. Bei Fliegeralarm haben die Wohnungsinhaber die Schlüssel mit deutlicher Beschriftung unverzüglich dem Luftschutzwart oder seinem Vertreter zur Mitgabe an die Selbstschutzkräfte, die die Kontrollgänge durchführen, auszuhändigen. Wer es durch Nichtbeachtung der Anordnungen schuldhaft unterläßt, Schäden von seinem Eigentum abzuwenden, muß in diesem Falle mit einer Minderung seines Ersatzanspruches rechnen. Personen, die sich andererseits unter Ausnutzung dieser Maßnahmen an fremdem Eigentum vergehen, werden nach der Volksschädlingsverordnung mit dem Tode bestraft.

Am Jahrestag des Kriegsbeginns gegen Sowjetrußland fanden sich in Wien die Journalisten des jungen Europa zusammen, um vor der Welt ein Zeugnis abzulegen für den Gedanken und die Macht der europäischen Kultur. Was Rang und Namen hat an Journalisten im Neuen Europa, das sich der Achse

100 innerlich verbunden fühlt, hatte sich nach Wien begeben. Eine außergewöhnlich große Zahl bedeutender Persönlichkeiten, die aus allen Völkern des Kontinents nach Wien kamen, wollte vor dem Forum dieser Journalistentagung ihre Stimme abgeben und ihr Bekenntnis zu der europäischen Zukunft ablegen in der Absicht, durch die Presse den Gedanken der Zukunft in die Welt hinauszutragen und im Bewußtsein der Völker zu verankern. Der Führer wie auch der Duce sandten der Tagung Begrüßungstelegramme. Der Führer brachte seine Wünsche für die publizistische Arbeit im Kampf für das neue Europa zum Ausdruck und der Duce sprach von seiner Überzeugung, daß die Presse ein leuchtendes Zeugnis des Glaubens für den Sieg und für eine neue Aera der Gerechtigkeit unter den Völkern ablegen werde. Alle Vertreter der in der Union nationaler Journalistenverbände geeinten Staaten sprachen auf der Tagung. Aus der Geschichte der jüngsten Vergangenheit ihrer eigenen Länder steuerten sie ihren Beitrag zu der Kampfansage gegen den Bolschewismus und die Plutokratie bei. Von besonderem Eindruck war die Rede des greisen Dichters Knut Hamsun, die in dem Satz gipfelte: „England muß auf die Knie!“ Alle aufbauenden und positiven Gedanken aber, die zu dem Thema der Sendung des Abendlandes beigesteuert werden können, konzentrierten sich in der Rede, die der Reichspressechef Dr. Dietrich über den Kampf des Kontinents gegen die Mächte des Rückschritts und der Zerstörung hielt. Das Ziel des gegenwärtigen Kampfes formulierte der Reichspressechef kurz und prägnant in dem Satz: „Der Kampf geht um Europa. Wir führen den Kampf um alles das, was Europa der Welt gegeben und der Menschheit geschenkt hat.“ Im einzelnen führte der Reichspressechef die vielen großen Ideen, Erfindungen, philosophischen Gedanken und Probleme auf, die alle Völker Europas, jedes nach seiner Veranlagung, hervorgebracht haben, um in der Welt Kultur und Zivilisation zu fördern. Die Rede war ein starkes Bekenntnis zu Europas heute noch nicht erloschener Schöpferkraft. Sie war eine Kampfansage gegen die Mächte der Zerstörung, die im Judentum ihren sichtbar-

sten Ausdruck finden. Zum Schluß führte Dr. Dietrich die große Mission des neuen revolutionären Sozialismus vor aller Augen. Es sei die große Mission dieses revolutionären Journalismus, der Wahrheit in der Welt eine Gasse zu bahnen. Das aber sei eine harte und schwere, dafür 'aber desto größere und schönere Aufgabe. Sie erfordere Klarheit des Blickes, Lauterkeit des Charakters, Unbestechlichkeit des Urteils, aber auch Härte und Unerbittlichkeit gegenüber dem Verbrechen. Die Rede schloß mit dem Appell an die Männer der Feder, daß sie die Kraft finden müßten, die Herzen der europäischen Menschen mit dem Feuer der Leidenschaft für dieses erhabene Ziel zu entflammen.

101 In der Zeit der starken inneren Belastung erweist sich auch weiterhin die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes als vorbildlich. Die am 23. Mai durchgeführte 2. Haussammlung für das Kriegshilfswerk des Deutschen Roten Kreuzes hatte, wie am 11. Juni veröffentlicht wurde, ein Ergebnis von fast 57½ Millionen RM, während die gleiche Sammlung des Vorjahres die Summe von etwas mehr als 44 Millionen RM erbrachte. Die Zunahme beträgt somit mehr als 30 Prozent. Die 3. Haussammlung für das Deutsche Rote Kreuz vom 6. Juni erbrachte ebenfalls etwas mehr als 57 Millionen RM gegenüber 44½ Millionen RM im vergangenen Jahr. Die Zunahme macht in diesem Falle 28,6 Prozent aus.

Auf einem Truppenübungsplatz sprachen am 1. Juni Reichsführer SS Himmler und Reichsjugendführer Axmann vor mehreren tausend Kriegsfreiwilligen der Hitler-Jugend. Zur gleichen Zeit fanden in den Wehrrüchtigungslagern aller Gaue Appelle statt, bei denen weitere Kriegsfreiwillige der Hitlerjugend in die Waffen-SS feierlich übergeführt wurden. In seiner Ansprache an die Kriegsfreiwilligen betonte Reichsjugendführer Axmann, daß die Jugend in diesem Kriege, der für ihre Zukunft geführt werde, an der Front und in der Heimat erhebende Beispiele der Tapferkeit und des Einsatzes gegeben habe. Ein wunderbarer Beweis für die Haltung und den Geist der Jugend im vierten Kriegsjahr seien vor allem diese jungen Kriegsfreiwilligen der Hitler-Jugend, die nunmehr in die Einheiten der Waffen-SS einrücken. Tausende von Angehörigen des ältesten Jahrganges der HJ hätten sich aus eigenem und freiem Entschluß für den Kampf mit der Waffe gemeldet. Der Reichsjugendführer schloß mit den Worten: Der Krieg ist hart und ihr müßt deswegen noch härter sein. Es gibt keinen Krieg ohne Wechselfälle. In diesen Wechselfällen des Krieges aber müßt ihr euch auszeichnen durch Beständigkeit. Ich entlasse euch aus dem Dienst in der Hitler-Jugend, die euch in den acht Jahren das Erlebnis der Kameradschaft gegeben hat. Rückt nun ein als Soldaten des Führers zu den stolzen Einheiten der Waffen-SS. Der Reichsführer SS unterstrich in seiner Rede, daß, in der Waffen-SS schon Zehntausende von Freiwilligen aus der Hitlerjugend stünden, die ruhmvoll und ehrenvoll gekämpft haben. In der Zeit der opferschweren Wochen dieses Winters sei der Wunsch der Jugend am stärksten gewesen, als freiwillige Waffenträger sich des Opfers der Front würdig zu erweisen. Zur Freude des Führers hätten sich die Tausende heute angetretener Freiwilliger aus der Hitler-Jugend in den schwersten Wochen des erbitterten Winter-Ringens zur Waffe gemeldet.

Am 26. Juni sah die Akademie für Deutsches Recht auf ihr zehnjähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlaß äußerte sich der Reichsminister der Justiz Dr. Thierak in der Zeitschrift der Akademie über das Ziel

102 und die Bedeutung der nationalsozialistischen Gesetzgebungsarbeit. Auf dem „neutralen“ Boden der Akademie außerhalb des Bereichs der Behörden und Dienststellen haben sich hervorragende Vertreter der Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaft, der Partei, der Wirtschaft und der Berufskreise zusammengefunden, um an der großen Aufgabe eines arteigenen deutschen Rechts mitzuarbeiten. Der Führer hat der Akademie die Stellung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft verliehen und ihr die Aufgabe gestellt, die Neugestaltung des deutschen Rechtslebens zu fördern. Eine kleiner Ausschnitt aus der bisherigen Gesetzgebungsarbeit zeigt die Bedeutung der Akademie. Durch ihre Mitwirkung sind folgende Arbeiten verkündet worden: Die grundlegend neuen Steuergesetze, die Deutsche Gemeindeordnung, das Wehrgesetz, das Patentgesetz, das Deutsche Beamtenengesetz, das Aktiengesetz, das Depotgesetz, das Ehegesetz, das Jugendgesetz, die Jugendarrestverordnung und die Verordnung über die unbestimmte Verurteilung Jugendlicher. Die große Aufgabe der Akademie, zu der sie dank ihrer Zusammensetzung im besonderen! Maße berufen ist, besteht darin, den Gesetzen, die der Verwirklichung des nationalsozialistischen Programms dienen, eine Form zu geben, die ihre Grundsätze einprägsam hervortreten läßt, gleichzeitig aber auch ihre sichere Anwendung ermöglicht. Bisher bestanden auf gewissen Rechtsgebieten noch erhebliche Unterschiede zwischen dem Bereich der Alpen- und Donau-Reichsgaue und dem Altreich. Der Reichsminister der Justiz hat nun jetzt eine Verordnung zur Angleichung des Strafrechts des Altreichs und der Alpen- und Donau-Reichsgaue erlassen. Diese Verordnung überträgt einzelne in den Donaугauen sehr viel einfachere Rechtsgedanken auf das Alt-

reich, so z. B. die Bestimmungen über die Bestrafung des Anstifters und Gehilfen bei einer Straftat, über die Urkundenfälschung, Erpressung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz hat eine für die private Wirtschaft verbindliche Regelung getroffen über die Verschickung von Gefolgschaftsmitgliedern, die durch den Kriegseinsatz oder durch Kriegseinwirkungen besonders erholungsbedürftig geworden sind. Die Dauer der Verschickung beträgt in der Regel zwei Wochen, bisweilen auch drei Wochen. Die Kosten werden von den Erholungswerken oder von den Betrieben übernommen. Nach den neuen Richtlinien muß im allgemeinen daran festgehalten werden, daß die Verschickungen während des Urlaubs erfolgen. Arbeitgeberleistungen anlässlich der Verschickung von Gefolgschaftsmitgliedern sind steuerfrei, sofern der Wert der einzelnen Leistung nicht 150 RM übersteigt.

103 In einer Rede am 24. Juni bei einem Großappell der Gaustudentenführung behandelte Reichsstudentenführer Gauleiter Dr. Scheel die Frage „Wo steht der deutsche Student?, Wo steht die deutsche Studentin?“ Dr. Scheel betonte, daß der Student vor allem seiner Pflicht als Soldat genüge; in welcher Weise, das beweise die große Zahl der Ritterkreuzträger in seinen Reihen, vor allem aber der hohe Blutzoll, den der deutsche Student bisher geleistet habe. Hier stehe der Gau Wien mit seinen Opfern einzig da. Im weiteren Verlauf seiner Rede verkündete der Reichsstudentenführer unter stürmischem Beifall die Rückgabe der beim Umbruch eingezogenen Vermögen von Altherrenverbänden, die im Einvernehmen mit dem Führer erfolgt ist. Somit werden auch die Altherrenschaften wieder die Pflege ihrer Tradition in der Unterstützung des Nachwuchses besser durchführen können. Schließlich ging der Reichsstudentenführer auch auf die Aufgaben der Studentenführung im Hinblick auf die Begabtenförderung ein. Nur die Begabtesten sollen an unsere Hochschulen kommen. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei hat im Laufe des Juni durch eine Neufassung die Polizeiverordnung zum Schutz der Jugend den Kriegsschutz der Minderjährigen bis zu 18 Jahren auf Grund der in den letzten drei Jahren gesammelten Erfahrungen neugestaltet. Die Polizeiverordnung verbietet Minderjährigen unter 18 Jahren den Aufenthalt auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder sonstigen öffentlichen Orten während der Dunkelheit. Sie schränkt weiterhin den Gaststättenbesuch dieser Jugendlichen ein. Minderjährige unter 16 Jahren ohne Begleitung eines Erziehungsberechtigten dürfen sich in Gaststätten überhaupt nicht aufhalten, Minderjährige von 16 bis 18 Jahren ohne Begleitung nur bis 21 Uhr. Der Kinobesuch nach 21 Uhr ist den Minderjährigen ohne Begleitung der Eltern verboten, gänzlich untersagt ist ihnen der Besuch von Kabarett- und Varietevorstellungen. Im Interesse der Gesunderhaltung der Jugend sind die Bestimmungen über die Einschränkung des Alkoholgenusses und das Verbot des Rauchens in der Öffentlichkeit unverändert in die neue Fassung übernommen. Gegen säumige und pflichtwidrig handelnde Erziehungsberechtigte, Unternehmer oder Veranstalter sieht die Verordnung Geldstrafe oder Haft vor.

Das im Jahre 1938 neugegebene Jugendschutzgesetz hat sich, wie Prof. Dr. Siebert, Leiter des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Berlin, im Organ der Reichsjugendführung feststellt, auch im Kriege bewährt. Bis in die Gegenwart hinein wird an dem Grundsatz festgehalten, daß der Kinderschutz den Belangen des Arbeitseinsatzes voranzugehen hat. Für den Arbeitseinsatz der Jugendlichen ist eine Verlängerung der Arbeitszeit in dringenden Fällen bis zu zehn Stunden täglich einschließlich der Berufsschulzeit zulässig. Die Wochenarbeitszeit für Jugendliche unter, 16 Jahren ist auf höchstens

104 48 Stunden ausschließlich der Berufsschulzeit begrenzt, für Jugendliche über 16 Jahre auf 56 Stunden einschließlich der Berufsschulzeit. Der Urlaub der Jugendlichen sei im Kriege nicht nur voll erhalten geblieben, sondern noch verstärkt worden.

Mitte Juni sind es fünf Jahre gewesen, seit das Reich die „Ausbildungsbeihilfe“ und damit eine wichtige Maßnahme des echten Familienlastenausgleichs schuf. Sobald es sich um eine gesunde deutsche Familie handelt, aus der vier oder mehr Kinder hervorgegangen sind, steht die Ausbildungsbeihilfe des Reiches allen Kindern zu, die eine mittlere und höhere Schule, Berufsfachschule, Fachschule oder Hochschule besuchen. Im Kriege ist auch ein Ausbau dahingehend erfolgt, daß alleinstehende Mütter, vor allem Witwen von Gefallenen, aber auch gewisse Gruppen von Verehrten bzw. Schwerkriegsbeschädigten, die Ausbildungsbeihilfe unabhängig von der Zahl der Kinder erhalten. Insgesamt hat das Reich in den ersten fünf Jahren bis zum 1. März 1943 in 828839 Fällen die Ausbildungsbeihilfe gewährt und dafür 162,43 Millionen RM aufgewendet. Eine Neufassung der Bestimmungen im Kriegsjahr 1942 führte zu dem Ausbau der Beihilfen. In den ersten vier Jahren wurden zusammen rund 100 Millionen RM, im fünften Jahr allein aber mehr als 62 Millionen RM aufgewendet.

Auch in diesem Jahre sind viele Tausende von deutschen Kindern von dem großen Werk der Kinderlandverschickung erfaßt worden. Die Verschickung geht nicht nur von den luftgefährdeten Gebieten und den übrigen Großstädten des Reiches vor sich nach anderen deutschen Gauen, sondern auch nach außerdeutschen Gebieten, so nach Dänemark, Bulgarien und der Slowakei. Die Kinderlandverschickung sieht einen längeren Aufenthalt mit Schulunterricht vor. Für die neuen Lager hat man sich alle Erfahrungen der vergangenen Jahre nutzbar gemacht. Die Regierungen in den befreundeten Ländern aber stellten sich bei der Durchführung der erweiterten Kinderlandverschickung in dankenswerter Weise zur Verfügung.

Eine neue Verordnung erweitert die Möglichkeiten für den späteren Berufsweg der in das Militäranwärterverhältnis übergeführten Berufssoldaten. Die Bewerbungs- und Meldeverfahren sind so verbessert worden, daß der Militäranwärter möglichst sofort im Anschluß an seine Militärzeit in den Beamtenberuf eintreten kann. Es gibt acht Vormerkstellen für die verschiedenen Verwaltungsdienste, zwölf für den technischen Dienst sowie eine für den Schuldienst. Bei entsprechender Vorbildung können die Militäranwärter auch in Fachschulen der Wehrmacht, des Reichsarbeitsdienstes, künftig aber auch als Volksschullehrer oder Berufs- und Fachschullehrer angestellt werden. Aufstellung des Reichsgesundheitsführers sind von den zuständigen Stellen erleichternde Bestimmungen zum Medizinstudium ergangen, um auch denjenigen Studierenden, die im Verlauf des vorklinischen Studiums zum Wehrdienst eingezogen wurden, einen gewissen Abschluß ihrer Studien zu ermöglichen. Es dürfen die Prüfungen in naturwissenschaftlichen Fächern, Physik, Chemie, Zoologie und Botanik schon nach dem zweiten Semester vorweggenommen werden. Der Rest der Vorprüfung kann nach dem vierten Semester vollzogen werden. Wehrunfähige und weibliche Studierende müssen nachweisen, daß sie seit Beginn des Studiums einer Bereitschaft des Deutschen Roten Kreuzes oder dem Gesundheitsdienst der HJ angehören. Die Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse können andererseits, um auch weiterhin einen hohen Stand der wissenschaftlichen Ausbildung des Nachwuchses zu gewährleisten, Studierende von der Prüfung zurückweisen, die ihr Studium nicht mit dem nötigen Eifer betrieben haben oder ihrer ganzen Persönlichkeit nach als noch nicht geeignet erscheinen.

Einer Mitteilung der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz entsprechend hat der Führer den mit der Führung der Geschäfte des Gaues Westfalen-Süd beauftragten stellvertretenden Gauleiter Albert Hoffmann zum Gauleiter der NSDAP ernannt.

In Erinnerung an den am 2. Mai 1943 tödlich verunglückten Stabschef der SA Viktor Lutz verlieh der Führer der SA-Standarte 99 (Standort Hattingen) die Bezeichnung „Standarte 99 Viktor Lutz e“. Die Wahrung des Vermächnisses des verstorbenen Stabschefs wurde hierdurch in besonderer Weise der Standarte anvertraut, mit der Viktor Lutz als ehemaliger „Gausturmführer Ruhr“ aufs engste verbunden war und in deren Reihen die ersten Mitkämpfer Viktor Lutzes standen.

Der Leiter des Arbeitsbereiches der NSDAP in den Niederlanden und Generalkommissar für die besetzten-niederländischen Gebiete, Hauptdienstleiter Fritz Schmidt, ist auf einer Dienstreise in Frankreich am 28. Juni tödlich verunglückt. Der Führer hat für den Verstorbenen ein Parteibegräbnis angeordnet.

Am 26. Juni wurde in München durch eine Rede des Reichsministers Dr. Goebbels die Große Deutsche Kunstausstellung 1943 vom Gauleiter Paul Gießler eröffnet. Reichsminister Dr. Goebbels schilderte den tieferen Sinn des gigantischen Kampfes, den die Achsenmächte in diesem Kriege zu bestehen haben, als einen Verteidigungskampf für die elementarsten Werte, die Europa in seiner mehrtausendjährigen Geschichte hervorgebracht hat und um die eigentlichen Zeugungskräfte, von denen diese Werte in der Vergangenheit, in der Gegenwart wie auch in der Zukunft ihren Ursprung herleiten.

Europa sei in seinen Lebenswurzeln angegriffen und bedroht. Es gehe heute um viel mehr als nur um eine Terrorisierung der Zivilbevölkerung, von einem angeblichen Krieg gegen die deutsche Rüstungsproduktion ganz zu schweigen. Es tobe sich in diesen britisch-amerikanischen Angriffen ein geschichtlicher Minderwertigkeitskomplex aus, der auf unserer Seite das zu zerstören trachtet, was der Gegner selbst nicht zustande bringt und auch in der Vergangenheit nie zustande gebracht habe. Die neue Deutsche Kunstausstellung demonstriert gegenüber diesem kulturzerstörerischen Vernichtungswillen der Gegenseite den Kulturwillen Deutschlands im Kriege. Diese Ausstellung gebe uns heute schon einen Abglanz dessen, so schloß Dr. Goebbels, was unser warte, wenn wir den Sieg, der uns gehört, in Händen haben.

Aus Anlaß der Eröffnung der Deutschen Kunstausstellung gab der Vorsitzende des Vorstandes des Hauses der Deutschen Kunst den Rechenschaftsbericht. Mit Einschluß der im Dezember vorgenommenen Auswechslung von Werken sind im ganzen 1850 Werke der Malerei, der Plastik und der Gra-

phik aufgenommen worden. Die Zahl der Besucher betrug mehr als 840000. Die 214 verkauften Arbeiten erbrachten den Gesamterlös von annähernd 3,9 Millionen RM.

Am 10. Juni wurde bekanntgegeben, daß die vom Reichsleiter Rosenberg ins Leben gerufene Büchersammlung der NSDAP für die deutsche Wehrmacht in ihrer vierten Kriegssammlung 1942/43 das bisher größte Ergebnis mit 10413481 gesammelten Büchern, aus denen 48755 Büchereien erstellt werden konnten, erbracht hat. Alle vier Büchersammlungen hatten ein Ergebnis von fast 36 Millionen Büchern, die zu mehr als 150000 Büchereien zusammengestellt wurden. Das deutsche Volk hat durch diese einzig dastehende kulturpolitische Leistung seinen Soldaten die größte Bücherei der Welt geschenkt.

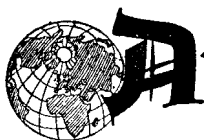
In Tübingen wurde in den ersten Tagen des Juni im Gedenken an den 100. Todestag Hölderlins eine Hölderlin-Gesellschaft gegründet, deren Schirmherr Reichsminister Dr. Goebbels ist und zu dessen Präsidenten Gauleiter und Reichsstatthalter Murr den Träger des Nationalpreises Gerhard Schumann berief. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Tübingen. Sie sieht ihre Hauptaufgabe darin, das Werk Hölderlins dem deutschen Volke nahezubringen.

Anfang Juni beging der Bildhauer Professor Arnold Waldschmidt - Berlin seinen 70. Geburtstag. Der Führer hat dem verdienten Bildhauer, der das große Relief der Fahnenkompanie am Luftfahrtministerium in Berlin schuf, dem verdienten nationalsozialistischen Kämpfer, die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen. Reichsminister Dr. Goebbels hat dem Bildhauer und

107 Maler Arnold Waldschmidt zur Vollendung seines 70. Lebensjahres telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt.

Am 25. Juni feierte Geheimrat Prof. Finder, der hochverdiente deutsche Kunstwissenschaftler, seinen 65. Geburtstag. Die gesamte deutsche Kunstwelt gedachte und ehrte an diesem Tage Professor Pinder, diesen kompromißlosen Vorkämpfer einer deutsch ausgerichteten Kunstbetrachtung und Kunstbeurteilung.

Im Monat Juni verstarb in Magliaso bei Lugano die höchstbedeutende Sängerin Sigrid Onegin im Alter von nur 52 Jahren. Bis vor wenig Jahren war ihre strahlende Erscheinung als Altistin und Trägerin dramatischer Sopranpartien (sie beherrschte drei Oktaven liebste Koloratur!) an der Berliner Staatsoper rühmlichst bekannt. Als Tochter deutscher Eltern in Stockholm geboren — ihr Mädchenname ist Hoffmann — heiratete sie den Pianisten und Komponisten Eugen Onegin, dem sie in ihrer künstlerischen Entwicklung viel verdankte. Ihre Laufbahn als Opernsängerin führte sie von Stuttgart über München nach Berlin an die damalige Städtische Oper, das heutige Deutsche Opernhaus



Außenpolitik

108 In den Juni fielen hinsichtlich der Politik und Kriegführung Deutschlands und seiner Verbündeten zwei Jahrestage: Am 9. Juni war der dritte Jahrestag des Kriegseintritts Italiens und am 22. Juni war der zweite Jahrestag des Beginns der großen Auseinandersetzung zwischen Europa und dem Bolschewismus.

Der dreijährige Krieg hat Italien nicht nur Verluste gebracht. Im Gegenteil, er hat auf dem Balkan eine völlige Änderung der militärischen und politischen Lage zugunsten Italiens herbeigeführt. Die Gründung Kroatiens als selbständiger Staat, die Eingliederung Montenegros in den italienischen Herrschaftsbereich, die Vergrößerung des mit der italienischen Krone vereinigten Albaniens, die militärische Ausschaltung Griechenlands und die Reduzierung Jugoslawiens auf das altserbische Gebiet haben die Lage Italiens im Verhältnis zum Balkan ungeheuer zu seinen Gunsten geändert und ihm nach dieser Seite Rückenfreiheit geschaffen. Andererseits ist durch die Besetzung von Korsika und Nizza

und erheblicher Teile Frankreichs durch italienische Truppen auch in westlicher Richtung die Stellung Italiens wesentlich verbessert worden.

Nachdem es nicht gelungen ist, die Verteidigungsfront Europas an den Nordrand der Sahara zu legen, wodurch allein Italien gegen Luftangriffe von Süden her hätte gesichert werden können, ist Italien nunmehr von Nordafrika und Malta her in gesteigertem Maße luftgefährdet, während Norditalien von England aus unter Verletzung der Lufthoheit der Schweiz schon seit längerer Zeit wiederholt angegriffen worden ist.

Die Angriffe der englischen und amerikanischen Bomber auf Italien haben es ebenso wie die Terrorluftangriffe gegen Deutschland in erster Linie nicht auf die Bekämpfung der Kriegsindustrie, der Häfen oder Verkehrseinrichtungen, sondern auf die Zerstörung des Wohnraums der Zivilbevölkerung und die Niederkämpfung ihrer Moral abgesehen. Da die Städte Italiens besonders in ihrem Kern alte Städte sind, die in Architektur- und sonstigen Kunstschöpfungen einen großen Teil des wertvollsten kulturellen Erbes des Abendlandes enthalten, bedroht der Luftkrieg gegen Italien dieses Erbe mit der Vernichtung. Der Charakter des gegenwärtigen Krieges als eines Kampfes gegen Europa und seine gesamten geistigen

109 und kulturellen Werte, der in der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus für jeden klar und eindeutig ist, erreicht im Luftkrieg eine noch schärfere und eindeutige Ausprägung. Denn während der Kampf Europas gegen den Bolschewismus dieses gefährliche und bösartige Ungeheuer tausend Kilometer und mehr von unseren Grenzen zurückgedrängt hat und es auf einer ungeheuren Front vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer eisern festhält, vermögen die anglo-amerikanischen Verbündeten des Kommunismus von England und von Nordafrika aus die Schutzwälle der Festung Europa zu überfliegen und durch den Masseneinsatz von Bombern die wertvollsten Güter europäischer Kultur, die höchsten Schöpfungen der abendländischen Menschheit überhaupt, anzugreifen und zu zerstören. Schon ist Unersetzbares verloren gegangen, vieles, was nicht nur geistiger Besitz der Völker war, die es im Laufe ihrer Geschichte geschaffen haben, sondern was geistiger Besitz der ganzen Kultur-menschheit gewesen ist. Man schaudert vor dem Gedanken, wie viele der alten Kulturstätten Europas aussehen werden, wenn der Krieg vorbei ist.

Das innerste Wesen des anglo-amerikanisch-sowjetischen Bündnisses als eines Kampfes gegen Europa, gegen das alte Europa, das die Wiege der abendländischen Kultur ist, wird durch nichts so deutlich gemacht wie durch die Terrorangriffe gegen die alten Städte dieses Europa, die die Kunst- und Geistesgeschichte des Erdteiles personifizieren. Es ist leider eine traurige Gewißheit, daß in diesem Kampfe nicht nur von der lebendigen Substanz der Völker, die die Schöpfer und Träger dieser Kultur waren und sind, schwere Verluste gefordert werden, sondern daß auch das Erbe der Vergangenheit, wie es sich in der bildenden Kunst verkörpert, noch schwere Einbußen erleiden wird. Der Luftkrieg gegen die Städte Europas und ihre Einwohner — völkerrechtlich eine wahre Monstrosität — ist leider vorläufig die große Hoffnung der Engländer und Amerikaner. In ihn setzen sie ihre größten Erwartungen. Mit ihm wollen sie der Moral der Achsenvölker das Rückgrat brechen, einerlei welche Verluste an wertvollstem Kulturbesitz dabei eintreten. Es handelt sich wirklich um die Völker Europas! Denn auch diejenigen, die nicht mehr kämpfen, wie Franzosen, Belgier und Holländer, verlieren fortwährend wertvollsten Besitz an alten Kirchen- und Profanbauten durch, die Terrorangriffe auf ihre alten Städte; und wenn die Anglo-Amerikaner es erst riskieren würden, zum Kampf gegen den Atlantikwall anzutreten und die besetzten Westgebiete Kriegsgebiet würden, würde alles der Gefahr der Vernichtung anheimfallen, was bisher an Architekturschöpfungen und alten Städtebildern Westeuropas den zerstörenden Wirkungen der Zeit in Jahrhunderten entgangen ist.

Im Rahmen solcher Betrachtungen sollen gewiß die Opfer nicht unterschätzt werden, die die Bevölkerung

110 der deutschen Städte erdulden muß, die das Opfer der Terrorangriffe unserer Feinde bisher schon geworden sind und es vielleicht noch weiter sein werden. Ihre Leiden haben ihresgleichen nur in den Zeiten einer durch keinerlei Humanitäts- und Rechtsbegriffe gehemmten Kriegführung, als die Erstürmung und Zerstörung einer feindlichen Stadt und die Vernichtung oder die Versklavung ihrer Bevölkerung eine reguläre Kriegsmethode war. Eine solche Art der Kriegführung wieder zur Anwendung gebracht zu haben, ist die traurige Verantwortung der Anglo-Amerikaner, die die Schlagworte des Kampfes für Freiheit und Zivilisation so heuchlerisch im Munde führen. Daß sie dabei vor nichts, aber auch vor gar nichts zurückschrecken werden," wurde von ihnen immer wieder erklärt. So sagte der englische Außenminister Eden am 30. Juni im Unterhaus, die Engländer würden nicht zögern, Rom so

heftig wie möglich zu bombardieren, wenn die Entwicklung des Krieges dieses als notwendig oder auch nur als angemessen erscheinen lasse.

Daß die Amerikaner gegenüber dem ihnen fremden Kontinent, von dem aus sie bei dem gegenwärtig bekannten Stand der Technik Vergeltungsmaßnahmen nicht befürchten, mit diesem Zynismus über alle humanitären und völkerrechtlichen Bedenken hinweggehen, kann noch eher verstanden werden, als daß dies auch die Engländer tun, deren Städte in der Reichweite unserer Waffen liegen. Reichsminister Dr. Goebbels hat das Problem der Vergeltung in einer Rede auf einer Trauerkundgebung für die Opfer des Luftterrors in der Elberfelder Stadthalle am 18. Juni angeschnitten, als er sagte: Es ist sonst nicht üblich, an offenen Gräbern dem Haß das Wort zu geben. Der Tod hat anderswo meistens neben dem Leid, das er bringt, etwas Versöhnliches an sich. In diesem Falle aber schreit er nach Vergeltung. Denn die Toten, deren Gedächtnis wir heute feierlich begehen, sind einem kalten, berechnenden Zynismus des Gegners zum Opfer gefallen. Dieser Zynismus wird erst dann ein Ende finden, wenn er durch schmerzhaftes, immer sich wiederholende Gegenschläge niedergeschlagen wird. Das deutsche Volk gelobt durch meinen Mund unseren Toten, daß wir ihr Opfer in diesem Sinne verstehen und es deshalb auch nicht umsonst gewesen ist. Es wird einmal die Stunde kommen, daß wir Terror durch Gegenterror brechen. Der Feind häuft Gewalttat über Gewalttat und macht damit eine blutige Rechnung auf, die eines Tages beglichen werden muß. Ungezählte Arbeiter, Ingenieure und Konstrukteure sind am Werk, um diesen Tag beschleunigt herbeizuführen. Ich weiß, daß das deutsche Volk ihn mit brennender Ungeduld erwartet. In unsere Herzen hat der Feind in unverwischbaren Buchstaben ein Schuldbekennnis hineingeschrieben, das ihm eines Tages als Gegenrechnung und Begründung für unser Handeln vorgelegt werden wird.“

111 Die Engländer sind sich offenbar der Gefahr, die der Luftkrieg auch für sie bedeutet, bewußt und möchten aus innen und außenpolitischen Propagandagründen die Schuldfrage, wer mit dem Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung angefangen hat, gern verwischen. Das hat der englische Innenminister Morrison Anfang Juni erneut versucht. Ihm gegenüber hat die Deutsche Diplomatische Korrespondenz am 4. Juni folgendes ausgeführt:

In Polen fanden deutsche Luftangriffe lediglich in Verbindung mit den militärischen Operationen des Heeres statt. Sie richteten sich ausschließlich gegen militärische Ziele. Die Luftwaffe spielte hier die Rolle eines verlängerten Armes der Artillerie. Wenn Warschau unter diesen Bombardements zu leiden hatte, so vornehmlich deshalb, weil auf britischen Rat mehrmalige Aufforderungen zur Übergabe der verteidigten Stadt abgelehnt worden sind. Ohne diese Ablehnung hätte Warschau so wenig Schaden erlitten wie später Brüssel, Paris oder sonstige unverteidigte Städte in diesen Ländern. Die humanen Gesichtspunkte, die die deutsche Kriegführung in Polen leiteten, kommen eindeutig in der Rede zum Ausdruck, die der Führer am 6. Oktober 1939 nach Abschluß des polnischen Feldzuges vor dem Reichstag hielt. In ihr heißt es: „So wie die Genfer Konvention einst es fertig brachte, wenigstens bei den zivilisierten Staaten die Tötung Verwundeter, die Mißhandlung Gefangener, den Kampf gegen Nichtkriegsteilnehmer usw. zu verbieten, und, so wie es gelang, diesem Verbot im Laufe der Zeit zu einer allgemeinen Respektierung zu verhelfen, so muß es gelingen, den Einsatz der Luftwaffe, die Anwendung von Gas usw., des U-Bootes, aber auch die Begriffe der Konterbande so festzulegen, daß der Krieg des furchtbaren Charakters eines Kampfes gegen Frauen und Kinder und überhaupt gegen Nichtkriegsteilnehmer entkleidet wird.“ Ich habe mich bemüht, schon in diesem Krieg mit Polen die Luftwaffe nur auf sogenannte militärische Objekte anzuwenden bzw. nur dann in Erscheinung treten zu lassen, wenn ein aktiver Widerstand an einer Stelle geleistet wurde. Es muß aber möglich sein, in Anlehnung an das Rote Kreuz eine grundsätzliche allgemein gültige internationale Regelung zu finden.

Bei den Westmächten blieb diese Aufforderung ohne Echo. Nichtsdestoweniger hielt die deutsche Kriegführung während der Feldzüge in Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich an ihrer humanen Einstellung fest. Auch Rotterdam wurde erst bombardiert, nachdem die holländischen Militärs das deutsche Angebot auf Übergabe ablehnten und die Verteidigung der Stadt proklamierten. Erst dann ging die Luftwaffe in Verbindung mit den Formationen des Heeres zum Angriff über. Andernfalls wäre Rotterdam so unversehrt geblieben wie Amsterdam.

112 Der Luftkrieg zwischen Deutschland und Großbritannien wurde von den Engländern begonnen. Am 5. September 1939 berichtete der deutsche Wehrmachtbericht erstmalig von einem Bombenangriff britischer Kampfflugzeuge auf Wilhelmshaven und das Seebad Cuxhaven. Am 25. April 1940 heißt es im deutschen Wehrmachtbericht: „Bei dem bereits gemeldeten Einflug britischer Flugzeuge auf die Insel Sylt wurde der Badeort Wenningstedt mit Bomben belegt und mehrere Häuser beschädigt. Auch am

Rande der kleinen Stadt Heide in Schleswig-Holstein warfen feindliche Flugzeuge in der Nacht zum 24. April mehrere Bomben ab, obwohl sich weder in Heide noch in seiner weiteren Umgebung irgendwelche militärischen Ziele befinden. Der Feind hat damit den Luftkrieg gegen unverteidigte Orte ohne militärische Bedeutung eröffnet."

Im Wehrmachtbericht vom 20. Juni aber heißt es: „Seit dem 10. Mai haben feindliche — und zwar vorwiegend — britische Flugzeuge fortgesetzt in der Nacht offene deutsche Städte angegriffen. Auch in der vergangenen Nacht fielen diesen Angriffen wiederum acht Zivilpersonen zum Opfer. Die deutsche Luftwaffe hat nunmehr mit der Vergeltung gegen England begonnen."

Am 26. August griffen britische Flugzeuge zum erstenmal Berlin an. Aber erst nach dem achten Angriff auf die Reichshauptstadt, nach vergeblichen Warnungen und monatelangem Warten wurde die deutsche Luftwaffe in der Nacht vom 6. zum 7. September 1940 zum ersten Vergeltungsangriff auf London angesetzt.

Die Auffassung der deutschen Kriegführung über den deutschenglischen Luftkrieg formulierte der Führer in seiner Reichstagsrede vom 4. Mai 1941 folgendermaßen: „Meine Warnungen gegen die Anwendung des von Herrn Churchill propagierten Nachtbombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung wurde nur als Zeichen der deutschen Ohnmacht ausgelegt. Dieser blutigste Dilettant der Geschichte aller Zeiten glaubte im Ernst die monatelange Zurückhaltung der deutschen Luftwaffe nur als Beweis ihrer Unfähigkeit in der Nacht zu fliegen, ansehen zu dürfen. So ließ dieser Mann durch seine bezahlten Schreiber monatelang dem englischen Volk vorlügen, daß die britische Luftwaffe allein und als einzige in der Lage sei, auf solche Weise Krieg zu führen, und daß man damit das Mittel gefunden hätte, um durch den rücksichtslosen Kampf der englischen Luftwaffe gegen die deutsche Zivilbevölkerung und Anwendung der Hungerblockade das Reich niederzuringen. Ich habe gerade davor immer wieder gewarnt, und zwar über 3¹/₂ Monate lang. Daß diese Warnungen auf Herrn Churchill ohne Eindruck blieben, wundert mich nicht. Was gilt diesem Mann das Leben anderer? Was gilt ihm die Kultur, was gelten ihm

113 Bauwerke? Er hat es ja bei Beginn des Krieges bereits ausgesprochen, daß er seinen Krieg haben will, auch wenn selbst die Städte Englands dabei in Schutt und Trümmer sinken sollten."

Das sind die historischen Tatsachen, an denen weder Morrison noch Eden und Churchill noch sonst irgend jemand deuteln kann. Sie ergeben, daß nicht Deutschland, sondern Großbritannien den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, gegen Kirchen, Krankenhäuser, Schulen und Wohnungen begonnen hat. Sie ergeben, daß vor allem die Nachtangriffe mit ihrer geringeren Möglichkeit des Zielens auf britische Initiative zurückgehen. Sie ergeben endlich, daß deutscherseits immer wieder und im Interesse der Humanisierung des Krieges vor diesen Methoden gewarnt wurde.

Die Deutsche Diplomatische Korrespondenz hob die tapfere Haltung der Bevölkerung der luftgefährdeten Gebiete hervor, die trotz allem durchhalten werde, und schloß mit dem bezeichnenden Satz: „Inzwischen dürfte das englische Volk noch genügend Gelegenheit bekommen, darüber nachzudenken, ob der von Herrn Churchill erfundene und begonnene Luftterror gegen Frauen und Kinder ein vorteilhaftes Kampfmittel darstellt."

Noch eindeutiger drückte sich Reichsminister Dr. Goebbels in seiner Rede im Sportpalast in Berlin am 5. Juni aus: Wir Deutschen von heute gehören nicht zu der Sorte von Menschen, die bei einem Feind, der auf unsere Vernichtung ausgeht, um Nachsicht betteln. Wir wissen, daß es gegen den britisch-amerikanischen Bombenterror nur ein wirksames Mittel gibt: Gegenterror. Das ganze deutsche Volk ist heute nur von dem einen Gedanken beseelt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Es liegt uns fern, zu prahlen oder zu drohen. Wir registrieren nur. Jede englische Stimme von heute, die im Bombenkrieg gegen deutsche Frauen, Greise und Kinder ein durchaus humanes oder gar christliches Mittel zur Besiegung des deutschen Volkes sieht, wird uns einmal eine willkommene Begründung für unsere Antwort auf diese Schurkereien sein. Das britische Volk hat keine Veranlassung, zu triumphieren. Es wird die Rechnung bezahlen müssen, die hier seine verantwortlichen Männer im Auftrage ihrer jüdischen Einpeitscher und Hetzer durch ihre Blutschuld aufmachen.

Wenn man die Erörterungen verfolgt, die im Lager unserer Feinde über den Luftkrieg stattfinden, so stellt man immer wieder fest, daß der Feind mit dem Luftkrieg zwar ein militärisches Ziel verfolgt, nämlich die Niederlage der Dreierpaktmächte, daß er zu diesem Ziel aber wesentlich über einen nichtmilitärischen Umweg, nämlich über die Zerstörung der Moral der Zivilbevölkerung, zu gelangen hofft. Der Luftkrieg stellt also im gegenwärtigen Kriege das dar, was im letzten Weltkrieg die Blockade gewesen ist und was nach den ursprünglichen englischen Plänen auch *in* diesem Krieg die Blockade sein

114 sollte. Auch zu Beginn und im ersten Teile des gegenwärtigen Krieges hofften die Engländer, uns durch die Blockade, und zwar schneller als im Weltkrieg, auf die Knie zu zwingen. Sie haben inzwischen einsehen müssen, daß sie sich darin getäuscht haben. Nun soll der Luftterror demselben Zwecke dienen. Ein englischer Luftmarschall hat kürzlich sogar die Hoffnung ausgesprochen, der Luftkrieg werde hoffentlich solche Auswirkungen haben, daß „der Sieg dieses Mal ohne die furchtbaren Menschenverluste des letzten Krieges“ errungen werden könne. Dies ist eine typisch englische Denkweise. Von seiner sicheren Inselstellung aus hat England seit Jahrhunderten unter möglichster Schonung eigenen Blutes und mit dem Einsatz des Blutes anderer Völker seine Kriege geführt. Diesmal möchte es sich sogar noch mit geringeren Opfern als im letzten Weltkrieg durch den Einsatz der industriellen Produktion und der Piloten Amerikas den Erfolg sichern.

Wie wenig es aber bisher gelungen ist, durch Luftangriffe denjenigen Faktor zu treffen, dessen Ausfall neben dem Kampf auf dem Schlachtfelde wirklich wesentlich kriegsentscheidend sein könnte, nämlich die Rüstungsproduktion, hat Reichsminister S p e e r in seiner großen Rede am 5. Juni mit einem hochinteressanten Zahlenmaterial nachgewiesen. Nachdem unsere Kriegsgegner, besonders die Amerikaner, es zu einem wesentlichen Teil ihrer Kriegspropaganda nach innen und außen gemacht haben, die Steigerung ihrer Rüstungsproduktion und deren angebliche Überlegenheit gegenüber der der Dreierpaktmächte herauszustellen, war es außerordentlich nützlich, daß die bei uns für diese Frage kompetente Persönlichkeit, der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, zu diesem Thema das Wort ergriffen hat.

Am 22. Juni waren zwei Jahre verflossen, seitdem der Krieg gegen die Sowjetunion begann. Im Sturm der Ereignisse und inmitten der Aufgaben, die sie für jeden einzelnen von uns fortwährend bringen, vergessen wir zu leicht, was in diesen beiden schicksalsschweren Jahren im Osten gewonnen und geleistet wurde. Die ungeheuren Erfolge der deutschen und verbündeten Waffen haben nicht nur die Invasion Nord-, Mittel- und Süd-Europas durch die bolschewistische Flut verhindert, sondern auch dem kämpfenden Europa riesige Gebiete hinzugefügt, deren Menschenreserven, Rohstoffe und landwirtschaftliche Produktion wesentliche Elemente für die Selbstbehauptung Europas darstellen. Es muß immer wiederholt werden, daß die Engländer in der Blockade den kriegsentscheidenden Faktor gesehen haben und daß die Erweiterung der landwirtschaftlichen Basis, die in Europa die militärischen Erfolge der Achsenmächte und ihrer Verbündeten und in Ostasien die Siege Japans gebracht haben, den Anglo-Amerikanern die Blockadewaffe aus der Hand schlugen! Die Ostgebiete für den weiteren Verlauf des Krieges zu sichern und damit zugleich der Sowjetunion vorzuenthalten, ist deshalb in mehrfacher Hinsicht

115 eine Frage von kriegsentscheidender Bedeutung. Nicht weiteres Vordringen in den russischen Raum, sondern Sicherung und Nutzbarmachung desjenigen Teiles dieses Raumes, den die deutschen und verbündeten Truppen dem Bolschewismus entrissen haben, ist das Problem.

Der zweite Jahrestag des Kriegsbeginns im Osten gab im übrigen Anlaß, rückblickend die unausweichbare Notwendigkeit dieses Kampfes zu unterstreichen. Die Entwicklung der Vertragsverhältnisse zwischen der Sowjetunion und allen ihren Nachbarn beweist ebenso wie viele diplomatische Geheimdokumente, die veröffentlicht werden konnten, daß die Politik der Sowjetunion völkerrechtlichen Bindungen gegenüber alle nur möglichen Vorbehalte macht und diese Bindungen zerreißt, sobald sie ihr nicht mehr nützlich erscheinen. Die Sowjetunion ist eben immer das geblieben, was sie seit ihrer Entstehung gewesen ist, die Vorkämpferin der kommunistischen Weltrevolution, die grundsätzlich alle nichtkommunistischen Staaten der Erde als Feinde und als Objekte ihrer weltrevolutionären Bestrebungen ansieht.

Auf der zweiten Tagung der Union nationaler Journalistenverbände, die in Wien vom 22. bis 26. Juni stattfand, ist von einer größeren Anzahl deutscher und ausländischer Redner der Sinn des gegenwärtigen Krieges und die Gefahr des Bolschewismus in zum Teil außerordentlich eindrucksvollen Reden gekennzeichnet worden. Die ganze Tagung stand wesentlich unter dem Losungswort der Verteidigung der europäischen Kultur gegen den Kommunismus.

Die anglo-amerikanische Propaganda dagegen hat den 22. Juni zum Anlaß genommen, um die Notwendigkeit und Vorbehaltlosigkeit des Bündnisses mit der Sowjetunion zu unterstreichen. Aus England und den USA liefen von Roosevelt und anderen Glückwünsche und Treuebotschaften bei Stalin ein, und englische Bischöfe fanden sich bereit, sich „an die Christen der Sowjetunion“ zu wenden und Glückwünsche „für die Sowjetunion und den großen Führer Stalin“ auszusprechen. Diese

Propaganda dient natürlich nicht zuletzt dazu, den Bedenken, die in den plutokratischen Ländern gegenüber der Sowjetunion weitgehend bestehen, entgegenzuwirken.

Deutscherseits ist Anfang Juni ein weiterer bedeutsamer Schritt hinsichtlich der Ostgebiete erfolgt. Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete hat im Zuge seiner Maßnahmen zur Liquidierung des bolschewistischen Systems und Einleitung einer neuen Ordnung eine Deklaration über das bäuerliche Eigentumsrecht in den besetzten ukrainischen, weißrussischen, ruthenischen und russischen Gebieten herausgegeben, die den Inhalt der für diese Gebiete bereits erlassenen Agrarordnung vom Februar 1942 in grundlegender Weise erweitert.

116 Im einzelnen enthält die Deklaration den Grundsatz, daß die deutsche Reichsregierung das Privateigentum fördert und stützt. Das Land, das im Rahmen der neuen Agrarordnung den einheimischen Bauern zur ständigen individuellen Nutzung zugewiesen worden war, wird mit dem heutigen Tage als privates Eigentum des Bauern anerkannt. Die Landzuweisung und die Übertragung des Eigentums wird fortgesetzt. Das Recht auf Land haben alle, die imstande sind, das Land werktätig zu bearbeiten, auch wenn sie gegenwärtig nicht am Orte der Landzuweisung wohnen.

Diese Maßnahmen decken sich mit einem wesentlichen Punkt des Programms, das die von dem russischen Generalleutnant Andrej Andrejewitsch W l a s s o w geführte Antisowjet-Bewegung aufgestellt hat. In diesem Programm wird die Aufhebung der Kolchoswirtschaft und planmäßige Übergabe des Landes in den Besitz des Bauern als eine der dem Neuaufbau Rußlands zugrunde liegenden Richtlinien bezeichnet.

In diesem Zusammenhang verdienen auch die anderen Programmpunkte Wlassows Beachtung, nachdem die Zielsetzung dieses ehemaligen sowjetischen Generals, der an die Spitze einer „russischen Befreiungsarmee“ getreten ist, allenthalben lebhaftes Interesse ausgelöst hat. Sie lautet: 1. Vernichtung des Bolschewismus, Stalins und seiner Clique, 2. Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens mit Deutschland, 3. in Zusammenarbeit mit Deutschland und den Völkern der europäischen Neuordnung eine neues Rußland ohne Bolschewisten und Kapitalisten zu schaffen.

Für den Neuaufbau Rußlands werden u. a. folgende Richtlinien aufgestellt: Abschaffung der Zwangsarbeit, Aufhebung der Kolchoswirtschaft, Wiederaufrichtung von Handel, Handwerk und Heimindustrie, soziale Gerechtigkeit und Schutz aller Werktätigen gegen Ausbeutung, Beseitigung des Terrors und der Vergewaltigung, Amnestie für die durch den Bolschewismus verurteilten politischen Gefangenen, Wiederherstellung der während des Krieges zerstörten Städte und Dörfer auf Staatskosten, Sicherstellung eines Existenzminimums für alle Kriegsinvaliden und deren Angehörige.

Im Osten vollzieht sich einerseits der Aufbau ganzer Armeen von Kriegsfreiwilligen aus den Gebieten, die von der Herrschaft des Bolschewismus befreit worden sind, andererseits zielen die Maßnahmen der Besatzungsmacht auf wirtschaftlichem, besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet, dahin ab, die praktischen Auswirkungen des Bolschewismus allmählich, aber zielbewußt abzubauen, ein freies Bauerntum wieder zu schaffen und zugleich die landwirtschaftlichen Erträge möglichst zu steigern. Es sind ungeheure Aufgaben, die der Krieg hier stellt, sowohl an der Front wie hinter der Front, Aufgaben von kontinentalen Ausmaßen und von historischer Tragweite.

117 Die kriegerischen Ereignisse der Ostfront waren auch im Juni durch defensives Verhalten auf der deutschen Seite und durch Angriffsunternehmungen der Sowjets, besonders am Kuban-Brückenkopf, gekennzeichnet. Den sowjetischen Unternehmungen blieb der Erfolg versagt, und die ganze riesige Front verharrte auf den Linien, auf denen sie sich gegen Ende des Winters festgelegt hatte.

Trotzdem die Kriegslage im ganzen hierzu keinen Anlaß bietet, wird in London und Washington schon seit geraumer Zeit eifrig das Fell des deutschen Bären, den man noch gar nicht erlegt hat, verteilt, und es werden Pläne gesponnen, wie man mit uns Deutschen zu verfahren gedenkt, falls man uns besiegt hätte. Regierungsmänner, einzelne Parteien und erst recht manche Journalisten und Schriftsteller veröffentlichen derartige a n g l o -amerikanische Nachkriegspläne. Bei aller Verschiedenheit im einzelnen haben diese Pläne eines gemeinsam:

Sie sind von Haß und Rachsucht und von einem geradezu widerwärtigen Vernichtungswillen diktiert. Völlige, lückenlose Entwaffnung, jahrelange Besetzung des gesamten Reichsgebiets, Ernährung des deutschen Volkes auf der Basis des äußersten Existenzminimums, Einsatz der deutschen Arbeitskraft zur Fronarbeit für andere Völker, Erziehung der deutschen Jugend durch feindliche Ausländer zwecks Ertötung jedes Nationalgefühls, völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von England und USA, Auflösung des Deutschen Reiches in eine Anzahl kleiner machtloser Staatsgebilde, Bestrafung der „Kriegsverbrecher“, worunter natürlich nicht Leute wie Roosevelt und Churchill, sondern die führenden Persönlichkeiten der Dreierpaktmächte verstanden werden — das sind so einige Kernpunkte des künfti-

gen „Friedens“, wie man ihn uns gerne diktieren möchte! Mit welchem brutalen Zynismus die USA-Politiker über die europäischen Nachkriegsverhältnisse denken, zeigte eine Rede des Unterstaatssekretärs im USA-Außenministerium, Sumner Welles, die er Anfang Juni vor Studenten hielt und in der er u. a. sagte;

„Wir müssen uns alle zusammen mit gewissen Umständen, die bei Kriegsende unvermeidlich eintreten werden, abfinden. In einer Anzahl von Ländern, hauptsächlich in Europa, wird sich die soziale und wirtschaftliche Lage in schwankendem Zustand befinden. In einigen der augenblicklich von der Achse besetzten Ländern wird es politische Schwankungen geben. Sowohl in diesen Ländern als auch in den Achsenländern werden Millionen Menschen verhungern. Andere Millionen müssen in ihre Heimat, aus der sie vertrieben wurden, zurückgeführt werden. Ü b e r a 11 in der Welt wird das Chaos herrschen, und in einigen Gebieten wird Anarchie entstehen. In dieser Übergangsperiode sowie während der noch

118 verbleibenden Kriegszeit könnten die Vereinigten Staaten voraussichtlich die Ausarbeitung einer Form der internationalen Organisation, über die sie gemeinsam beschließen, vornehmen.“

So sehen also die Grundlagen aus, auf denen man in Washington „das amerikanische Jahrhundert“ aufbauen möchte. Damit treten die USA nur konsequent in die Fußtapfen der Engländer. Ebenso wie diese in Indien und anderwärts in ihrem Weltreich, ohne mit der Wimper zu zucken, Millionen Menschen dem Hungertod preisgeben, wenn das in ihre Pläne paßt, so gedenkt Herr Welles, einer der krassesten Vertreter des jüdisch- plutokratischen USA-Imperialismus, auch künftig mit den alten Kulturvölkern Europas zu verfahren. Seine Äußerungen sind ein neuer Beweis dafür, welche innere Verwandtschaft zwischen solchen Leuten und den Herren im Kreml besteht und wie sehr in dem Bündnis zwischen den Anglo-Amerikanern und den Bolschewisten die Partner einander wert sind. Der frühere USA-Botschafter in der Sowjetunion, Joseph Davies, drückte das in einer Rede, die er Ende Juni in New York in einer Versammlung zu Ehren der Sowjetunion hielt, folgendermaßen aus:

„Zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten gibt es keine Interessenkonflikte, und es besteht kein Grund, daß künftige Generationen welche haben sollten. Wir haben vielmehr zahlreiche gemeinsame Interessen. Für die Sowjetunion und für uns ist es unbedingt nötig, daß au? diesem Kriege eine internationale Zusammenarbeit entsteht. Die Sowjetunion, Großbritannien, China oder irgendeine andere der Vereinigten Nationen darf nicht durch Intoleranz oder gegenseitige niedrige Kritiken zersetzt werden. Wenn wir einig bleiben, können wir den Krieg gewinnen, die Zukunft unserer Kinder sichern und die Verpflichtungen unseren Soldaten gegenüber erfüllen.“

Wenn der Hungertod von Millionen europäischer Menschen für Herrn Sumner Welles die nötige Voraussetzung für die „internationale Ordnung“ ist, die den USA vorschwebt, d. h. also für ihre Herrschaft auf der Welt, dann hat Davies allerdings recht mit der Ansicht, es bestehe die schönste Interessenharmonie zwischen New York und Moskau. Denn wie Katyn und Winnitza neuerdings wieder bewiesen haben, gehört zur praktischen Durchführung der Bolschewisierung eines Gebietes der Massentod der besten Träger der nationalen und kulturellen Werte eines Volkes. Solcher Erkenntnis gab der stellvertretende Ministerpräsident Rumäniens, Mihai Antonescu, Ausdruck, als er bei der Eröffnung einer antibolschewistischen Ausstellung am 22. Juni ausführte, daß Rumänien mit dem am 22. Juni 1941 begonnenen legitimen Verteidigungskampfe nicht nur das eigene Leben verteidigt habe, sondern auch die Einrichtungen der alten Zivilisation dieses Kontinents. Wäre damals der Kampf gegen die Sowjetgefahr nicht aufgenommen worden, so hätte die gleiche Gefahr, die Rumänien bedrohte, bald auch den Bosphorus

119 und die Adria bedroht. Rumänien habe mit dem siegreichen Vordringen seiner Armee 4 Millionen Rumänen vom Joche des Bolschewismus befreit und werde dieselben niemals wieder preisgeben. Es habe aber gleichzeitig der europäischen Funktion gedient, die es an den Donaumündungen ebenso übernommen habe, wie sie die Türkei am Schwarzen Meer und am Bosphorus erfülle. Der stellvertretende Ministerpräsident drückte dann den Dank des rumänischen Volkes für die Leistungen seiner Armee aus sowie das Gefühl der Verpflichtung für im Kampf gebrachte Opfer. In diesem Zusammenhang gedachte er besonders auch der deutschen und italienischen Soldaten, die für die Befreiung des rumänischen Bodens und des rumänischen Volkes gefallen seien.

Von unserem Verbündeten in Ostasien, Japan, liegen aus dem Monat Juni eine Anzahl politischer und militärischer Meldungen vor, die die fortschreitende Konsolidierung und Verstärkung seiner militärischen Lage, seine Kampfbereitschaft und seinen Siegeswillen sowie seine politischen Zielsetzungen und Methoden erneut klarstellen.

Am 16. Juni fand in Anwesenheit des Kaisers und des gesamten Kabinetts die feierliche Eröffnung der Sondersitzung des japanischen Reichstages statt, auf der Ministerpräsident Tojo eine hochbedeutende Rede hielt. Tojo gedachte zunächst des gefallenen Großadmirals Jamamoto und der Helden von Attu und sagte, es gebe keinen Japaner, der nicht gewillt und entschlossen sei, diesem Beispiel zu folgen. Das gesamte Volk sei mehr denn je bereit, seine gesamten Kräfte einzusetzen und nicht eher zu ruhen, bis der Feind vernichtend geschlagen sei. Japans militärische Positionen in Groß-Ostasien würden täglich verstärkt, während gleichzeitig die großen Rohstoffvorkommen und Naturschätze dieses Gebietes in immer zunehmendem Maße für Japans Kriegsindustrie zur Verfügung ständen. So seien hier die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen worden, die den Endsieg sichern würden. Angesichts dieser Tatsache habe der Gegner unter Mobilisierung seiner gesamten Materialkräfte Gegenoffensiven vorbereitet. Der Krieg sei damit in ein ernstes entscheidendes Stadium eingetreten. In erfreulichem Maße, so fuhr Tojo fort, arbeiteten heute bereits alle Völker Ostasiens mit Japan zusammen, dem sie größtes Vertrauen entgegenbringen. Seine Besuche in Mandschukuo, China und auf den Philippinen hätten diese Erkenntnis nur verstärkt. Tojo ging sodann im einzelnen auf die Beziehungen Japans zu den verschiedenen Nationen ein. Die herzliche Freundschaft, die Japan mit Mandschukuo verbinde, lasse nichts zu wünschen übrig. Hier bestehe sowohl materiell als auch geistig völlige Einigkeit und engste Harmonie. Die Zusammenarbeit mit dem nationalen China erfolge auch weiterhin aufrichtig und im Geist der gemeinsamen Erklärungen. China, das jahrhundertlang der anglo-amerikanischen Ausbeutung

120 unterworfen war, sei jetzt endlich frei und unternehme alles zur Stärkung und zum Aufbau des Landes. Zusammen mit Japan setze China heute als unabhängige Nation seine ungeheuren Kräfte für die Schaffung eines neuen Ostasiens ein. Die Tatsache, daß in der letzten Zeit zahlreiche führende Persönlichkeiten zur Nationalregierung übergetreten sind, spreche für die gesunde Wiedergeburt des Landes. Japan sei gewillt, China auch künftighin auf jede nur mögliche Weise zu unterstützen. Das gleiche gelte für Thailand, das heute alle Schwierigkeiten zu überwinden verstehe und heute eng mit Japan verbunden sei. Was Burma anbelange, so sei damit zu rechnen, daß die Vorbereitungen für die Unabhängigkeit baldigst abgeschlossen werden. Auf den Philippinen unternähmen Jorge Vargas und andere Führer alles, um das Land so schnell wie möglich wieder aufzubauen. Das gesamte Volk arbeite darüber hinaus mit größtem Verständnis mit Japan zusammen, dessen Haltung in der Frage der Unabhängigkeit der Philippinen bereits mehrfach klargestellt wurde. Wir möchten heute jedoch noch einen Schritt weitergehen, so fuhr Tojo fort, und erklären, daß wir gewillt sind, den Philippinen noch im Laufe dieses Jahres die Unabhängigkeit zu gewähren. Damit wird bereits in weniger als zwei Jahren nach Ausbruch des Krieges in Groß-Ostasien der langgehegte Wunsch der Philippinos erfüllt. Was die besetzten Südgebiete, wie Malaya, Java, Borneo, Celebes anbelangt so ist vorgesehen, die dortige Bevölkerung entsprechend ihren Fähigkeiten noch im Laufe dieses Jahres für die Verwaltung heranzuziehen. Dies trifft vor allem für Java zu, welches am weitesten fortgeschritten ist. Zu Französisch-Indochina stellte Tojo fest, daß hier Japan immer engere Zusammenarbeit anstrebe. Dem indischen Volk gegenüber hege Japan die allergrößte Sympathie und sei fest entschlossen, alle Möglichkeiten und Mittel zu erschöpfen, damit Indien endlich vom anglo-amerikanischen Einfluß befreit und das indische Volk unabhängig werde.

Wenn wir uns der Lage in Europa zuwenden, dann sehen wir, daß Deutschland und Italien und ihre Verbündeten auf dem Wege zum Endsiege fortschreiten, indem gleichzeitig die Bande mit Japan immer enger werden. Ich glaube fest an den Erfolg Deutschlands, Italiens und ihrer Verbündeten dank der glänzenden Kriegführung, der unüberwindlichen Stellungen, die bereits gesichert sind, und dank der entschlossenen Führung. Japan gelobt, Schulter an Schulter mit Deutschland, Italien und den anderen Verbündeten zu kämpfen in engster Waffenkameradschaft und in beiderseitiger Hilfe und Unterstützung!

Überall in der Welt versuchen die Angelsachsen, den Frieden zu stören und die neutralen Mächte in das Kriegsgeschehen hineinzuziehen. Skrupellos opfern sie Blut und Gut anderer Nationen für die eigenen

121 Vorteile und lassen sie die Hauptlast des Krieges tragen. Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um meine Bewunderung denjenigen Nationen auszusprechen, die trotz der anglo-amerikanischen Intrigen entschlossen an ihrer Neutralität festhalten. Zwischen diesen Ländern und Japan bestehen freundschaftliche Beziehungen.

Tojo wandte sich dann innerpolitischen Problemen zu und befaßte sich mit den Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Kriegsindustrie und zur Sicherung der Ernährung des japanischen Volkes. Die

industrielle Produktion Japans, so stellte er fest, hat seit Ende des letzten Jahres beträchtlich zugenommen dank der großen Anstrengungen der gesamten Nation. Die Regierung ihrerseits sei fest entschlossen, alle auftauchenden Schwierigkeiten zu überwinden und werde daher auch die Kriegsstruktur des Landes zur Stärkung seiner Kampfkraft weiterhin ausbauen. Diesen Zielen diene auch die Sondersitzung des Reichstages, dem Gesetzentwürfe und Sonderbudgets unterbreitet werden, deren Ziel die Reorganisation bzw. die Stärkung der Wirtschaft und die Zunahme der Produktion an Lebensmitteln sei. Hierfür seien mehrere Milliarden Yen vorgesehen. Das gesamte japanische Volk werde aufgefordert, die Maßnahmen und Absichten der Regierung auch künftig im weitesten Maße zu unterstützen, damit die Wirtschaft keine Störungen erleidet, sondern im Gegenteil weiter gestärkt werden kann. Was das Ernährungsproblem anlangt, so wird die Regierung alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um die Lebenshaltung und die Ernährung während der Kriegszeit zu sichern. In diesem Kriegsabschnitt sind jedoch besondere Anstrengungen nötig, um die Selbstversorgung mit Lebensmitteln zu erzielen. Die Regierung beabsichtigt eine außerordentliche Steigerung der Produktion von Reis, Weizen, Gerste, Kartoffeln und anderen Lebensmitteln, damit die Ernährung in diesen kritischen Zeiten keinen Grund zur Beunruhigung findet. Heute müssen alle Kräfte ausschließlich eingesetzt werden für die Kriegsproduktion und für die Maßnahmen, die in direkter Wirkung zum Kriegsgeschehen stehen, alles andere hat hinter diesen Erwägungen zurückzubleiben.

Auf der gleichen Sondersitzung des Reichstages gab der Großostasien-Minister Aoki erstmalig eine zusammenfassende Übersicht über die Ernährungslage Groß-Ostasiens und befaßte sich dabei mit den Problemen, denen Japan auf diesem Gebiet gegenübersteht. Aoki stellte einleitend grundsätzlich fest, daß eine Selbstversorgung mit Lebensmitteln im großostasiatischen Lebensraum durchaus möglich ist. Die Schwierigkeit liege lediglich in der Transportfrage. Die weitgehende Förderung der Eigenproduktion in den einzelnen Gebieten müsse daher als vordringliche Aufgabe betrachtet werden. Die Pläne, die auf diesem Gebiet im vergangenen Jahr für Japan und Mandschukuo ausgearbeitet wurden, hatten bereits

122 heute dazu geführt, daß die Lebensmittelproduktion in beiden Ländern angestiegen ist. In der Ernährungslage Chinas dagegen seien einschneidende Änderungen erforderlich, um die Lebenshaltung des chinesischen Volkes zu sichern und die Lieferung wichtiger Kriegsmaterialien an Japan zu gewährleisten. Da Japan große Erwartungen in die Lieferungen von wichtigen Rohstoffen und Materialien aus den nordchinesischen Gebieten setze, sei es erforderlich, wie Aoki betonte, daß Japan an der Lösung des dringlichen Ernährungsproblems in Nord-China mitarbeite. Die Einschaltung Japans in das Produktionsprogramm wichtigster Lebensmittel habe auch hier bereits zu einer wesentlichen Besserung der Ernährungslage geführt. Darüber hinaus mache man die allergrößten Anstrengungen, um ganz National-China zu einem sich selbst versorgenden Gebiet zu machen. Aoki betonte dann, daß Japan ebenfalls in den Gebieten, die unter seiner Militärverwaltung stehen, alles tue, um sie ernährungsmäßig unabhängig zu machen und damit gleichzeitig eine Entlastung der Schifffahrt zu erreichen. Abschließend unterstrich Aoki, daß die Regierung nicht nur alle Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung in den einzelnen Gebieten, sondern auch zur Sicherung eines Austausches von Produkten ergreife. Zur Groß-Ostasien-Frage sprach auch im Budgetausschuß des Unterhauses am 17. Juni Außenminister Shigemitsu, indem er zugleich die Grundgedanken der japanischen Außenpolitik darlegte. Shigemitsu erklärte, daß der Aufbau einer großostasiatischen Wohlstandssphäre eine vollkommene politische Zusammenarbeit aller Völker Groß-Ostasiens bedeute. Auf dem Gebiete der Wirtschaft werde im Gegensatz zu der monopolistischen Politik der geschlossenen Tür der anglo-amerikanischen Mächte eine Politik der offenen Tür in Ostasien verfolgt. Auf die Frage, in welcher Weise das Außenministerium die Erklärung Tojos, Japan sei bereit, den Völkern der Wohlstandssphäre volle Unabhängigkeit oder das Recht der Teilnahme an der Regierung zu gewähren, in der Praxis auszuführen gedenke, erklärte Shigemitsu, eine Milliarde Menschen in Groß-Ostasien sei jetzt erwacht und habe erkannt, daß der Aufbau einer Wohlstandssphäre oder die Sicherheit der darin lebenden Völker ohne eine erfolgreiche Weiterführung des Krieges nicht möglich ist. Die Engländer, Amerikaner und Niederländer hätten immer eine Politik des Teilens und Herrschens verfolgt. Die britische Herrschaft in Indien sei zum Beispiel auf der Politik aufgebaut, das indische Volk zu teilen, und in Ostasien seien die Anglo-amerikaner ständig bemüht, die Völkerstämme zu teilen und die Chinesen und Japaner zum Kampf gegeneinander aufzuhetzen. Japan sei entschlossen, eine solche zerstörende Politik zu beseitigen.

123 Gegenüber National-China hat Japan im Monat Juni seine Politik der Zusammenarbeit erneut unter praktischen Beweis gestellt. Am 30. Juni wurde vom Außenminister der nationalchinesischen Regierung Chuminyi und dem japanischen Botschafter Tani eine Vereinbarung über die Rückgabe der

internationalen Siedlung Schanghai an die Nationalregierung mit folgenden fünf Artikeln unterzeichnet:

1. Die Verwaltungsrechte über die internationale Niederlassung Schanghai werden am 1. August 1943 an die Nationalregierung übertragen. 2. Alle öffentlichen Einrichtungen und Guthaben sowie die Eigentumsrechte, die dem Schanghai Stadtrat gehören, werden in ihrem gegenwärtigen Zustand ohne Kompensation der Nationalregierung übergeben. Ebenso übernimmt die Nationalregierung alle Verpflichtungen. 3. Die Nationalregierung anerkennt und bestätigt alle Rechte und Interessen, die das Eigentum betreffen, das im Besitz der japanischen Regierung und im Besitz japanischer Bürger ist. 4. Die Nationalregierung soll durch ihre Verwaltungsorgane den bisherigen Standard der japanischen Bürger in bezug auf Wohnung, Beschäftigung und Wohlfahrt aufrechterhalten. 5. Die praktische Durchführung der vorliegenden Vereinbarung soll durch die zuständigen Schanghai chinesisch-japanischen Stellen geschehen.

Aus gleichem Anlaß gab die japanische Botschaft in Nanking am 30. Juni folgende Mitteilung aus: Am 8. Februar kündigte Japan die Übergabe des feindlichen Eigentums an die chinesische Nationalregierung an. Es handelt sich um mehr als 1000 Stücke, von denen bisher 771 an die Nationalregierung zurückgegeben wurden. Die Überprüfung des feindlichen Eigentums ist abgeschlossen, so daß der Übergabe nichts mehr im Wege steht. In Hankau wurden 121 Besitztümer, darunter die Elektrizitätsgesellschaft, Geschäftshäuser, Universitäten, Mittelschulen und Hospitäler, der Nationalregierung übergeben, in Amoy 120, in der Provinz Kwantung 220, darunter alle Gebäude und Ländereien der bekannten amerikanischen Methodisten-Missions-Gesellschaft. Die japanische Botschaft gibt der Hoffnung Ausdruck, daß China alle diese Dinge im Interesse der Kriegführung benutzt. Der nationalchinesische Außenminister Tschu Min-Yi sprach im Namen der Nationalregierung der japanischen Botschaft seinen Dank aus.

Zur Übertragung der Verwaltungsrechte über den feindlichen Besitz in Kanton, Hankau und Amoy an die chinesische Nationalregierung erklärte der Außenminister der Nationalregierung, Chuminyi, die japanische Regierung habe damit erneut bewiesen, daß sie gewillt sei, die Souveränität National-Chinas zu respektieren. Chuminyi unterstrich den großen Wert des Feindbesitzes in Kanton, Hankau und Amoy für die chinesische Nationalregierung und wies darauf hin, daß seine Regierung durch die Verbesserung der verfügbaren industriellen und kulturellen Anlagen und Einrichtungen bereit sei, am

124 kulturellen Aufbau in China stärker mitzuarbeiten und ebenso das Erziehungswesen zu fördern. Abschließend brachte er die feste Entschlossenheit National-Chinas zum Ausdruck, mit Japan immer positiv bei der siegreichen Weiterführung dieses Krieges zusammenzuarbeiten.

In einer Botschaft anläßlich der Wiedererstattung der internationalen Konzession in Schanghai an National-China erklärte Premierminister Tojo, dieser Schritt stehe im Einklang mit den Zielen des Pazifik-Krieges, den anglo-amerikanischen Ehrgeiz auf die Ausübung der Hegemonie in Ostasien zunichte zu machen, wodurch die befreiten Asiaten wieder in ihre ererbten menschlichen Rechte eingesetzt werden würden. Tojo erklärte:

„Schon das Bestehen internationaler Konzessionen in China bildete eines der größten Hindernisse zu einer Wiedergeburt Chinas, da sie wie ein Krebsgeschwür der Schaffung Groß-Ostasiens im Wege standen. Die Tatsache, daß diese alten Übel im Begriff sind, durch die vereinigten Anstrengungen Japans und Chinas ausgemerzt zu werden, ist in der Tat tief bedeutsam.“ Nach einem Hinweis auf die Zusammenarbeit zwischen Japan, China, Thailand und Mandschukuo erklärte Tojo zu der zukünftigen Rolle Schanghais: „Die internationale Konzession von Schanghai wird nach ihrer Rückgabe an China eine völlig neue Entwicklung als Teil des größeren Schanghai, das sowohl dem Namen nach als auch in Wirklichkeit die Hauptstadt Chinas ist, nehmen und eine ganz neue Gestalt ostasiatischen Charakters erhalten. Es ist mein fester Glaube, daß die Regierungen Japans und National-Chinas mit unveränderter Entschlossenheit die Verantwortung für den Wiederaufbau und die Entwicklung dieser Metropole übernehmen werden.“

Der Staatspräsident National-Chinas, Wangtschingwei, äußerte sich zur Groß-Ostasien-Frage gegenüber japanischen Journalisten am 28. Juni wie folgt: für die großostasiatische Unabhängigkeit sei die Einheit aller ostasiatischen Völker auf der Basis gegenseitigen Vertrauens charakteristisch. Es dürfe keine Spaltungen mehr geben. Er wies auf die vier Richtlinien der Ostasien-Liga hin: Politische Unabhängigkeit, Militärbündnis, wirtschaftliche Zusammenarbeit und kultureller Austausch. Bei der Verwirklichung dieser Richtlinien könne es keine Unzufriedenheit oder Spaltung in Ostasien mehr geben. Die Völker könnten hier unter der japanischen Führung harmonisch zusammenleben.

Hinsichtlich der Haltung Thailands äußerte der thailändische Ministerpräsident am 15. Juni gegenüber japanischen Journalisten, es sei ein unabänderlicher Beschluß der Regierung und der Bevölkerung von Thailand in engster Zusammenarbeit mit Japan alles zu tun, was zur Erringung des Endsieges in Ostasien erforderlich sei. Wörtlich sagte er: „Ich habe nicht den geringsten Zweifel darüber, daß Japan seine

125 überragende Stellung in Ostasien beibehält und hege auch keine Befürchtungen über die weitere Entwicklung des Krieges in Europa. Epochale Ergebnisse, die Japan auf dem weit ausgedehnten Kriegsschauplatz erzielt, machen es den USA vollkommen unmöglich, einen wirksamen Gegenangriff auf Japan zu unternehmen, und Japans Sieg dürfte unumstößlich feststehen.“

Gegenüber den Verhandlungen Churchills in Washington über die Weiterführung des Krieges im Pazifik durch die Angelsachsen, wobei angeblich eine Verstärkung ihrer Kriegsanstrengungen gegen Japan angekündigt wurde, erfolgten in Tokio bemerkenswerte Klarstellungen. Der amerikanisch-englische Kriegsplan gegen Japan wurde in einer Reuter-Meldung aus Canberra (Australien) dahin gekennzeichnet, daß der „hinhaltende Krieg im Pazifik nun zu Ende geht“. Die nächste Phase werde Japan durch eine Kräftekonzentration in einem Ausmaß bedroht finden, wie es solche sicherlich nie von australischen Stützpunkten aus erwartet hat. Durch den Aufbau von Luftstützpunkten wird Japan in eine gigantische Zange genommen werden, deren eine Backe durch die Aleuten und die andere durch Niederländisch-Indien und die Philippinen sich erstrecken wird. Diese Bewegung würde größer in der Reichweite und schneller sein als das Vorgehen der Infanterie von Insel zu Insel. Die Zusammenarbeit zwischen den Pazifik-Streitkräften werde eine größere Beweglichkeit zur Konzentration für entscheidende Schläge gegen die japanische Flotte ermöglichen, falls diese es wagen sollte, in Erscheinung zu treten, um eine Schlacht zu liefern.

Demgegenüber betonte der neue japanische Botschafter in Rom, Hiraide, am 9. Juni in einem Interview mit einer italienischen Zeitung, daß Japan für alle Ereignisse bestens gerüstet sei und weder die britischen noch die nordamerikanischen Drohungen fürchte. Was immer Churchill und Roosevelt sowie ihre Generalstäbe im Hinblick auf die Priorität des Angriffs gegen Europa oder gegen Asien beschlossen hätten, so würden sie noch einsehen, daß es zweierlei ist, Pläne auf dem Papier zu machen und ihnen eine konkrete Form zu geben.

Marineminister Shimada sagte am 16. Juni im japanischen Reichstag, die japanische Verteidigung im Gebiet des Indischen Ozeans und in den besetzten Südgebieten sei derartig ausgebaut, daß heute jeder feindliche Angriff unmöglich sei. Der hauptsächliche Einsatz der japanischen Marine-Luftwaffe finde gegenwärtig auf dem Kriegsschauplatz im Südpazifik statt, der das Bild eines Entscheidungskampfes zeige. Den feindlichen Absichten, die nachteilige Lage durch eine Gegenoffensive wieder gutzumachen, werde Japan zu begegnen wissen.

Von Kennern der japanischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten liegen Äußerungen vor, die eine Bestätigung des japanischen Kraft- und Siegesbewußtseins darstellen. So erklärte am 17. Juni Joseph

126 Grew, der frühere USA-Botschafter in Tokio, in einer Rede in Indianapolis, wenn man Japan die Zeit gebe, seine Eroberungen zu konsolidieren und die jetzt in seinem Besitz befindlichen natürlichen Rohstoffquellen zu entwickeln, so "werde das Potential Japans dasjenige der USA, Großbritanniens oder der Sowjetunion übertreffen. Grew betonte, daß der Kampf der USA mit Japan sich als lang und hart erweisen werde. „Die militärischen Führer Japans“, so sagte der frühere Botschafter, „denken in Begriffen von Jahrhunderten, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, die USA anzugreifen und zu besiegen.“

Besonders bemerkenswert aber erscheint in diesem Zusammenhang die Meinung des früheren USA-Oberkommandierenden auf Corregidor, des Generalleutnants Jonathan Wainwright, der die Japaner im Kampf kennen gelernt hat. Er sagte, daß zwar durch die ständige Gefahr von Angriffen auf die Seeverbindungswege eine gewisse Verwundbarkeit bedingt sei, daß Japan jedoch durch die Konsolidierung seiner gewaltigen Eroberungen im Kriege in den südlichen Gebieten, die es nach und nach vervollkommnet, in der Lage sein werde, eine der mächtigsten Kriegsmaschinen aufzurichten, die je geschaffen wurden. Zu der Kriegslage im Pazifik erklärte er, daß die Strategie der USA, eine Gegenoffensive gegen Japan in der Südsee zu führen, mit gewaltigen Schwierigkeiten verknüpft sei. Wainwright fügte hinzu, daß der japanische Begriff einer gemeinsamen Wohlstandssphäre den USA vielleicht nur als bloßer Traum erschienen sei. Jetzt aber sei Ostasien Zeuge davon, daß dieser Traum Wirklichkeit wird. „Ich selbst war einmal der Meinung“, sagte Wainwright, „daß die neue Ordnung in Ostasien ein Empire-Traum sei, durch den Japan auf die Eroberung ganz Asiens abzielte. Die Ent-

wicklung der neuen japanischen Politik in China, Burma und auf den Philippinen hat mich aber zu anderer Ansicht bekehr“. Wainwright ließ durchblicken, daß angesichts der tatsächlichen Lage in Ostasien strategische Maßnahmen der Alliierten gegen Japan sich zur Zeit als zwecklos erweisen würden.

In wie schwieriger Lage sich gegenüber den militärischen und politischen Erfolgen Japans sein zähester Gegenspieler, Tschiangkaischek, der Herr von Tschungking-China, befindet, ergab sich wieder einmal aus der Rede, die seine Gattin vor beiden Häusern des kanadischen Parlaments in Ottawa gehalten hat. Sie führte aus: Es ist unbedingt erforderlich, daß China genug Nachschub erhält, denn Japan befestigt dauernd seine Stellungen und nützt mehr und mehr seine Hilfsquellen aus. Der wunderbare Widerstandswille der chinesischen Armee und des chinesischen Volkes kann nur in die Tat umgesetzt werden, wenn es genügend Kriegsmaterial erhält. Es darf auch nicht über menschliches Leistungsvermögen hinaus angestrengt werden. Wenn es Japan gelingen würde, China zu unterjochen, so würden die Folgen, die daraus für die Vereinigten Staaten entstünden, von katastrophaler Wirkung sein.

127 Kanadas Beitrag war noch nicht außergewöhnlich. Und ich bin in der Zwangslage, Ähnliches von Großbritannien und den USA zu sagen.

Die Reise von Frau Tschiangkaischek nach Amerika hat offensichtlich der Mobilisierung der Hilfe der USA gedient. In ähnlichem Sinne soll offenbar der Außenminister Tschiangkaischeks, Dr. Soong, in England wirken, wohin er in diesem Sommer eine Reise machen wird. Tschiangkaischeks Botschafter in Großbritannien, Dr. Wellington Koo, sprach Mitte Juni die Hoffnung aus, daß die Konferenz zwischen Churchill und Roosevelt in Washington eine Verstärkung des Krieges im Fernen Osten, nicht allein bei den Operationen gegen Japan, sondern auch in der Hilfe für China, herbeiführen werde. „Mehr Flugzeuge aller Art und Wiedereroberung der Burmastraße, das will China“, so erklärte der Botschafter.

Die Frage, ob, wie und in welchem Ausmaß England und die Vereinigten Staaten Tschungking-China gegen Japan Unterstützung geben können, nicht nur durch unmittelbare Hilfe, sondern durch Angriffsoperationen großen Stils im gesamten Pazifik, hat Churchill und Roosevelt bei ihrer Zusammenkunft in Washington sehr beschäftigt. Dies hat Churchill in seiner Rede im Unterhaus am 8. Juni bestätigt, und es ergibt sich aus allen Nachrichten, die über die Zusammenkunft in Washington bekanntgeworden sind. Australische Politiker, für die die Frage der Strategie im Pazifischen Ozean eine ähnlich vitale Bedeutung hat wie für Tschiangkaischek, haben ihrer Befriedigung über die Ergebnisse von Washington zum Ausdruck gebracht.

Es ist natürlich nicht bekannt, wie diese Beschlüsse im einzelnen aussehen und ob die australische Befriedigung echt oder nur für Propagandazwecke ist. Von großen Operationen gegen Japan im Pazifischen Ozean hat sich seit der Washingtoner Konferenz jedenfalls noch nichts gezeigt. Im ganzen hat sich offensichtlich Churchills Standpunkt durchgesetzt, zuerst müsse man die Festung Europa berennen und erobern und dann gegen Japan sich wenden. Churchill hat in seiner Rede vom 8. Juni zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in USA, die nicht in den Achsenmächten, sondern in Japan den eigentlichen Feind sieht, versprechen müssen, daß nach einem Sieg über die Achsenmächte „jeder Mann, jedes Schiff und jedes Flugzeug Englands, die nach dem Pazifik gebracht werden könnten, dorthin gehen und dort in Aktion verbleiben würden, so viel Jahre lang, wie es notwendig sein würde, um Japan zur Kapitulation zu zwingen oder ins Gras beißen zu lassen“. Diese Verpflichtung Englands war offenbar die Bedingung dafür, daß Roosevelt zugestimmt hat, den Krieg im Pazifik dem gegen Europa nachzuschalten. Hierfür ist sicher die Forderung Stalins auf die endliche Errichtung der zweiten Front einerseits und die anglo-amerikanische Hoffnung auf die Ausnützung der sowjetischen Offensivkraft, solange sie noch besteht, andererseits maßgebend gewesen.

128 Ebenso wie Stalin sich aus inner- und außenpolitischen Propagandagründen immer wieder bemüht, die Kampflage und die Stärkeverhältnisse an der Ostfront in einem für die Sowjetunion möglichst günstigem Lichte erscheinen zu lassen, so geschieht dies im allgemeinen auch von London und Washington aus. Dies verhindert freilich nicht, daß dort zuweilen auch objektivere Stimmen laut werden. So nannte der aus der Sowjetunion zurückgekehrte Korrespondent des „Evening Standard“, Godfrey Blunden, die Rote Armee in ihrer gegenwärtigen Kampfstärke das letzte Aufgebot. Die Mobilisierung sei heute so weit gediehen, führt der englische Korrespondent aus, daß auch jedes entlegene Dorf der Sowjetunion nach Männern ausgekämmt ist. Weitere Reserven stünden der Sowjetunion nicht zur Verfügung. Nach dem Urteil Blundens ist die Sowjetarmee der deutschen in ihrer Ausrüstung vielleicht gleichwertig, kommt ihr aber an Kampfqualität nicht gleich. Die Vorstellung von einer „russischen Dampfwal-

ze" hält Blunden für völlig falsch. Niemand wisse besser als das Oberkommando der Sowjetrussen, wie machtlos Massen allein gegen die Feuerkraft moderner Armeen sind.

Zum zweiten Jahrestag des Krieges an der Ostfront erklärte der Moskauer Rundfunk, alles hänge von der Art ab, wie die Alliierten die günstige Lage zur Durchführung einer zweiten Front auf dem europäischen Kontinent ausnützten, denn ohne zweite Front sei ein Sieg über Deutschland unmöglich. Sowohl von sowjetischer wie von anglo-amerikanischer Seite wurde als Wunschtraum für die kriegsrische Entwicklung dieses Sommers die Hoffnung ausgesprochen, daß durch die Kombination einer gewaltigen Sowjetoffensive im Osten und einer anglo-amerikanischen im Westen eine entscheidende Wendung der Kriegslage erzielt werden könne. Churchill hat freilich in seiner Rede vom 8. Juni ausdrücklich vor Optimismus gewarnt, ja sogar unterstrichen, daß harte und verlustreiche Kämpfe bevorstünden und sich wohl gehütet, irgendwelche Voraussagen, besonders auch hinsichtlich der zeitlichen Abwicklung der Kriegsereignisse, auszusprechen.

Was das politische Verhältnis zwischen England und USA zur Sowjetunion angeht, so ist man beiderseits weiter bestrebt, besonders von Washington und London aus, dieses Verhältnis so günstig wie möglich und als wirklich vertrauensvoll hinzustellen. Churchill konnte jedoch in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Unterhaus am 8. Juni über seine Besprechungen mit Roosevelt die Bemerkung nicht unterdrücken, „es tut mir sehr leid, daß wir noch nicht in der Lage waren, Marschall Stalin oder andere Vertreter unseres großen russischen Verbündeten zur Beratung heranzuziehen, unseres Verbündeten, der die schwerste Last trägt und bei weitem den höchsten Preis an Blut und Menschenleben zahlt". Wie wenig gegenüber den Absichten Stalins bei den Anglo-Amerikanern im Grunde Vertrauen herrscht, hat folgende Reuter-Meldung aus Washington wieder einmal gezeigt:

„Der Präsident der Senatorenkommission für militärische Angelegenheiten, Senator Robert Reynolds, erklärte im Senat, daß er Roosevelt dringend aufgefordert habe, sobald wie möglich Großbritannien und Rußland über ihre Nachkriegsforderungen zu befragen. Er schlug vor, daß Roosevelt, Churchill und Stalin bald zusammenkommen, um, wie er sagte, die neuen Fragen, die dem Geist des amerikanischen Volkes und dem der eroberten Länder gestellt wurden, zu klären."

Die Besorgnis, was die Sowjetunion nach einem eventuellen Siege tun würde und welches die letzten Absichten des Diktators im Kreml sind, besteht fort. Dies ist besonders in denjenigen Kreisen in England und USA der Fall, die die Gefahr des Kommunismus unmittelbar durch seine revolutionäre Wühlarbeit zu spüren bekommen. Nach der Scheinauflösung der Komintern hat die Kommunistische Partei in England, den Antrag zur Aufnahme in die Labour-Partei gestellt. Diese hat den Antrag jedoch auf ihrem Kongreß mit 1951000 gegen 712000 Stimmen abgelehnt. Der Kommunistischen Partei wurde die Selbstauflösung als Folge der Scheinauflösung der Komintern nahegelegt. Die Kommunistische Partei hat dies ihrerseits aber abgelehnt.

Im Rahmen des Pacht- und Leihgesetzes haben Lebensmittel, wie aus einem Bericht des Verwalters der Pacht- und Leihhilfe, Stettinius, hervorgeht, in erster Linie England und in zweiter Linie die Sowjetunion erhalten, und es wird beabsichtigt, künftig nach der Sowjetunion die gleiche Menge Lebensmittel zu schicken wie nach England. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die Lebensmittellage in der Sowjetunion. Denn welche relative Bedeutung haben Lebensmittelmengen für eine Bevölkerungsmasse, wie sie die Sowjetunion auch heute noch besitzt, die als genügend erachtet werden für die Bevölkerung Englands, die etwa ein Drittel dieser Bevölkerungsmasse ausmacht?

Auch in den USA, wo man jede Art von Produktion gerne als unerschöpflich hinstellt, bleibt der Krieg auf die Produktion von Lebensmitteln nicht ohne Wirkung. Die Ernteaussichten sind, verglichen mit dem Vorjahr, nicht günstig, und man rechnet mit Getreide-Erträgen in der Höhe der Hälfte des Vorjahres. Am 11. Juni wurde aus den USA gemeldet, die Amerikaner müßten sich auf weitere Lebensmittelrationierungen gefaßt machen, da mindestens 25% der in den USA erzeugten Nahrungsmittel für die Versorgung der amerikanischen Truppen sowie für Pacht- und Leihverschiffungen nach Übersee gebraucht würden. Im Jahre 1942 seien für diese Zwecke nur 13 und 1941 nur 4% benötigt worden. Der amerikanische Kriegskommissar für Ernährung machte für das Absinken der Nahrungsmittelproduktion

das Wetter, die ungenügende Beschaffung landwirtschaftlicher Maschinen und die Frage der Arbeitskräfte verantwortlich.

Verknappung hat in der liberalen Wirtschaft zwangsläufig Teuerung zur Folge. Die Lebenshaltungskosten sind in den USA seit deren Kriegseintritt erheblich gestiegen. Die Streiks, die immer wieder ausbrechen, sind hierdurch wesentlich bedingt, da die Arbeiter, denen die riesigen Gewinne der Rüstungsindustrie natürlich nicht verborgen bleiben, nicht einsehen wollen, warum sie bei steigenden

Lebenshaltungskosten keine höheren Löhne haben sollen. So haben die Bergarbeiter im Juni eine beträchtliche Lohnerhöhung gefordert und sind, als sie ihnen verweigert wurde, in den Streik getreten, der die Nichtförderung von 11 Millionen Tonnen Kohle zur Folge hatte. Roosevelt setzte gegen die Arbeiter die Staatsgewalt in schärfster Form ein und verlangte sogar die Erhöhung der Militärdienstpflicht auf das 65. Lebensjahr, um die Arbeiter durch Militarisierung den militärischen Gesetzen unterwerfen zu können. In Detroit kam es gegen Ende Juni zu heftigen Unruhen, und in diesem vielleicht wichtigsten Rüstungsindustrienzentrum der USA mußte zeitweilig der Belagerungszustand erklärt werden. Die Gefahr der Inflation schwebt über der Wirtschaft der USA. Alle Gegenmaßnahmen Roosevelts können ihr stetiges Fortschreiten nicht anhalten. Kein Wunder, wenn man hört, daß die Staatsschulden der USA sich in kurzer Zeit von 76 auf 140 Milliarden Dollar erhöht haben.

Dabei sind sehr viele Amerikaner auch heute noch nicht für den Krieg und fragen sich, wozu die USA diesen Krieg eigentlich führen. Die bekannte USA-Zeitschrift „Life“ widmete im Juni ihren Leitartikel der Fragestellung „Wofür kämpfen eigentlich unsere Jungen in diesem Krieg?“ und führte aus: „Gewiß wollen wir Hitler und die Japaner schlagen, aber was ist der wirkliche Zweck dieses Kampfes? Im vorigen Krieg wollten wir den Kaiser besiegen, aber Tatsache ist, daß wir den Sinn nicht entdeckten, für den unsere Jungen 1918 gefallen waren. Wir benahmen uns seinerzeit so, als ob der einzige Zweck ihres Kampfes der gewesen wäre, daß wir uns besser amüsieren könnten. Welche Idee liegt nun unserem Kampf in diesem Kriege zugrunde? Viele Amerikaner sind darauf bedacht, aus diesem Kriege so viel wie möglich herauszuholen, anstatt so viel wie möglich hineinzustecken. Es genügt nicht, daß wir Hitler und Hirohito besiegen. Wir müssen die Opfer dieses Krieges rechtfertigen, indem wir unserem Kampf einen Sinn unterstellen. Wir glaubten, daß unsere Führer in Washington uns hierbei helfen würden. Aber diese können es entweder nicht oder wollen es nicht. Es ist z. B. eine sonderbare Tatsache, daß wir vom Premierminister Großbritanniens eingehendere Informationen über diesen Krieg bekommen haben als von

131 unserem eigenen Präsidenten oder dem Office of War Information. Aber auch der Premierminister von Großbritannien ist nicht imstande, uns etwas über die Bedeutung dieses Krieges für uns Amerikaner zu sagen. Auch er kann keineswegs den Zweck definieren, für den unsere amerikanischen Jungen gefallen sind. Wenn wir also eine Wiederholung der Zustände am Ende des letzten Krieges vermeiden wollen, müssen wir selbst an die Losung dieses Problems herangehen.“ „Life“ schlägt vor, daß sich jeder Amerikaner bei seinen Handlungen Rechenschaft vor den Gefallenen ablegen müßte.

Solche für den Kriegshetzer Roosevelt und seine jüdischen Hintermänner sehr unbequeme Fragestellungen sind ebenso wie Streiks und im Senat gegen Ende Juni erfolgte Abstimmungsmißerfolge des Präsidenten Anzeichen dafür, daß Roosevelts Kriegspolitik weder ohne Kritik noch ohne Wirkungen auf Lebenshaltung und Stimmung der USA-Bevölkerung bleibt. Roosevelt muß sich im November 1944 erneut zur Wahl stellen. Ohne Zweifel stehen Politik und Kriegführung für ihn heute schon unter dem Druck dieses Datums. Er hat daher keineswegs unbeschränkt Zeit vor sich, sondern er braucht ins Auge fallende Erfolge — und zwar bald!



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1943

Juli/August-Lieferung
(Nr. 93/96 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



Innenpolitik

142 Mit den verbrecherischen Kriegsanstrengungen der Briten und Amerikaner, d. h. mit den Terrorangriffen gegen deutsche Städte ist nach Auffassung der Sowjets die von ihnen verlangte zweite Front nicht eröffnet worden. Dabei soll nicht verkannt werden, daß die Anglo-Amerikaner mit einer geradezu beispiellosen Brutalität das deutsche Heimatgebiet, die Wohnviertel deutscher Städte angriffen und Massenmord an Frauen, Kindern und Greisen verübten. Man mag absehen von den Zerstörungen und der Vernichtung einmaliger Kulturgüter der abendländischen Menschheit, die sowohl in Deutschland wie auch in Italien für immer vernichtet wurden— immer wird die Schuld für diese barbarische Kriegführung jene Männer treffen, die jahrelang vor diesem Kriege den Terror gegen die Zivilbevölkerung als Mittel des modernen Krieges gutgeheißen haben. Es sind dies die Briten, die sich, wie ein im Juli veröffentlichtes neues Weißbuch des deutschen Auswärtigen Amtes feststellt, für den Luftkrieg entschieden haben —und zwar schon zehn Jahre vor diesem Krieg! Sie sind es auch, die am 11. Januar 1940 als erste kriegführende Macht eine Ortschaft in ihren Wohnvierteln, Westerland auf Sylt, angegriffen haben. Die zahlreichen, anfangs unbeantworteten Angriffe gegen den deutschen Westen und schließlich auf die Reichshauptstadt sind weitere Beweise für die Alleinschuld Englands an diesem Luftkrieg gegen Frauen und Kinder.

Den feindlichen Terrorangriffen gegenüber blieb die deutsche Kriegführung nicht untätig. Nicht nur, daß die gesamte militärische Organisation der Luftverteidigung straff zusammengefaßt wurde, neue Abwehrmittel und Abwehrmethoden zum Einsatz kamen —, es wurden auch in großzügigster Weise alle Voraussetzungen geschaffen, um den feindlichen Angriffen auszuweichen und ihre Wirkungen herabzusetzen. Diesem Ziele diente ein vom Führer eingesetzter interministerieller Luftkriegsschadensausschuß, dessen Leiter Reichsminister Dr. Goebbels ist und als dessen Stellvertreter Ministerialdirektor Alfred Ingemar B e r n d t wirkt. Der Ausschuß faßt alle Institutionen des Staates, der

143 Partei, der Wehrmacht und des Luftschutzes zu gemeinsamer Arbeit zusammen und leitet alle durchzuführenden Fürsorge- und Hilfsmaßnahmen rasch und planvoll ein. Die unvorstellbar schwierigen Aufgaben der Evakuierung zahlreicher Großstädte, die Bewältigung aller damit zusammenhängenden Versorgungs- und Verkehrsprobleme, die Frage der Unterbringung der Bombengeschädigten in luftgeschützten Gauen des Reiches gehören zu diesem weiten Arbeitsgebiet. Hinzu kommen all die Hilfsmaßnahmen, die notwendig sind, um so schwer getroffene Städte wie Hamburg, Köln, Essen und andere wieder zu produktivem Leben zu erwecken. Solche Aufgaben können und werden gemeistert unter beispielloser Mithilfe der gesamten Bevölkerung.

Führende Männer des Reiches haben im Laufe der Monate Juli und August die am schwersten getroffenen Städte besucht. So weilte Reichsminister Dr. Goebbels am 8. Juli in K ö l n, wo er in Begleitung von Gauleiter Grohe eine Reihe von Schadenstellen besichtigte. Besonders eingehend nahm Dr. Goebbels die Zerstörungen des Kölner Domes und des Gürzenich in Augenschein. Der Minister hatte ferner in Köln wiederholt Gelegenheit, im Gespräch mit den von Bombenschäden Getroffenen und Verwundeten festzustellen, wie die Bevölkerung von Köln in unbeugsamer Haltung und entschlossener Härte dem feindlichen Terror Widerstand leistet. Am 9. August weilten Reichsmarschall Hermann Göring und Reichsjugendführer Axmann im schwer heimgesuchten Hamburg. Obwohl erst wenige Tage seit dem letzten Terrorangriff vergangen waren, konnte sich der Reichsmarschall dennoch von dem ungebrochenen Abwehrwillen der Bevölkerung, ihrem zähen Aufbauwillen und vorbildlichen kameradschaftlichen Hilfsbereitschaft überzeugen. Gegenüber der Bevölkerung erklärte der Reichsmarschall, daß alles getan würde, um dem Gegner heimzuzahlen, was er an menschlichem Leid und materieller Zerstörung über die Hansestadt Hamburg gebracht habe. — Reichsjugendführer Axmann konnte an 200 Jungen und Mädeln der Hitlerjugend Hamburgs für ihre beispielhafte soldatische Haltung beim Einsatz während der Bombenangriffe Worte höchsten Lobes spenden. Eine Anzahl dieser Jungen und Mädeln erhielt das Eiserne Kreuz, das Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern und das

Kriegsverdienstkreuz II. Klasse. — Die Berliner Bevölkerung, die in der Nacht vom 23. zum 24. August ihren ersten schweren Terrorangriff erlebte, hat sich ebenfalls mustergültig gehalten. Dank der Vorbeugungsmaßnahmen, die viele tausend Frauen und Kinder aus der Reichshauptstadt evakuiert hatten, waren die Opfer an Blut und Leben nicht übermäßig groß. Reichsminister Dr. Goebbels hat am 28. August in einem Aufruf den Berlinern, insbesondere den vollständig zum Einsatz gekommenen Organisationen der Partei, der Wehrmacht, der Feuerlöschverbände,

144 des Luftschutzes, des Deutschen Roten Kreuzes, der OT, der Technischen Nothilfe, der HJ, den Behörden und den Frauen der NS-Frauenschaft für ihren Einsatz gedankt. Ein besonderes Lob wurde auch den Angehörigen der lebenswichtigen Betriebe und des Handwerks gespendet, die alle Kraft daransetzten, Schäden auszumerzen und Schwierigkeiten zu überwinden. Als ein besonderes Zeichen der Widerstandskraft der Reichshauptstadt muß das reibungslose Funktionieren der sozialen Betreuung der bombenbeschädigten Berliner gelten.

Durch einen Erlaß hat der Reichsminister der Luftfahrt die Überwachung der Luftschutzbereitschaft der Zivilbevölkerung im Juli neu geregelt. Der Erlaß stellt klar, daß die Luftschutzwarte und Führer der Selbstschutzbereiche, die von den örtlichen Polizeiverwaltern mit der Überwachung der Bereitstellung von Geräten, von Wasser und Sand beauftragt sind, eine gewissenhafte Erfüllung dieser Obliegenheiten durchzuführen haben. Dazu gehört die unverzügliche Abstellung vorgefundener Mängel. Beanstandete Schäden, die nicht behoben werden, können Anlaß zu schweren Bestrafungen geben. — Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes werden in Zukunft die Werkschutzangehörigen, sofern bei ihnen eine gesteigerte Verantwortung und erhöhte Tätigkeit vorliegt, als Angestellte angesehen. — Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz stellte in einem Erlaß vom 5. Juli klar, daß Gefolgschaftsmitglieder, deren Fernbleiben von der Arbeit nach Bombenschäden unumgänglich notwendig ist, unter Fortzahlung des Lohnes oder Gehalts von der Arbeit befreit werden können. Als Höchstgrenze der bezahlten Freizeit gelten in diesem Falle 14 Tage. — Auf Veranlassung der Reichsgruppe Handwerk sind solche selbständige Handwerker in den Schutz der gesetzlichen Krankenversicherungen einbezogen worden, die im Sondereinsatz an der Beseitigung von Fliegerschäden arbeiten. — Der Reichsminister des Innern hat ferner im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister einen Erlaß über Bergungsschäden ausgearbeitet, der bestimmt, daß durch Diebstahl abhandene, aus Bombentrümmern gerettete Gegenstände ebenfalls ersetzt werden. — Das Reichskriegschädenamt hat sich zur Frage des Ersatzes von Kunstgegenständen geäußert, die durch Kriegseinwirkung vernichtet oder beschädigt worden sind: auch Kunst- und Sammlergegenstände können ersetzt werden, sofern ihr Wert nicht anormal übersteigert ist. Es wird ausdrücklich anerkannt, daß die Wiederbeschaffung von zerstörten Kunstgegenständen zu einem normalen Preise durchaus möglich und erlaubt ist.

Ein Ereignis, das außerhalb der Reichsgrenzen das deutsche Volk aufs tiefste bewegt hat, ist der am 25.

145 Juli erfolgte „Rücktritt“ des Duce gewesen, der sich späterhin als ein schändlicher Betrug und eine niederträchtige Freiheitsberaubung dieses großen Mannes herausstellte. Jedermann in Deutschland fühlte, ohne es sagen zu können, daß damit Italiens Widerstandskraft in seiner stärksten Persönlichkeit getroffen war. Die Beteuerungen der Bundestreue und die Versicherung des Weiterkämpfens durch Viktor Emanuel und Badoglio stellten sich wenig später als Täuschungsmanöver heraus. Der weitere Kampf der italienischen Truppen war nur noch eine Farce, in Wirklichkeit haben in Italien späterhin nur noch deutsche Verbände gekämpft. — Desto aufrichtiger und herzlicher gedachte am 29. Juli das deutsche Volk des 60. Geburtstages Benito Mussolinis. Die deutsche Presse zeichnete an diesem Tage (während die gesamte italienische Presse den Geburtstag schweigend übergang) sein Bild als das eines Mannes, dessen Leistung in der Geschichte seines Volkes durch alle Wechselfälle des Krieges nicht mehr geschmälert werden könne. Der große Mann wurde gefeiert als der Vorkämpfer einer besseren Gerechtigkeit zwischen den Völkern und als ein Streiter für das Europa von morgen. — Der Führer hat dem Duce zu diesem seinem 60. Geburtstag als persönliches Geschenk die gesammelten Werke von Nietzsche in einer besonders gefertigten einmaligen Ausgabe mit einer herzlichen Widmung zu-gesandt.

Ein innerpolitisches Ereignis von großer Bedeutung im August bildeten die Veränderungen in höheren Reichsstellen. Am 25. August wurde mitgeteilt, daß der Führer den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Freiherrn von Neurath, auf seinen Wunsch von seinem Amt entbunden habe. Zu seinem Nachfolger hat der Führer den Reichsminister des Inneren, Dr. Wilhelm Frick, ernannt und ihn zugleich von den Ämtern des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern sowie des Generalbe-

vollmächtigten für die Reichsverwaltung entbunden. Freiherr von Neurath und Dr. Frick bleiben weiterhin Reichsminister. — Den leitenden, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Hans Pfundtner, hat der Führer auf seinen Antrag in den Wartestand versetzt. — Zum Reichsinnenminister und Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung hat der Führer den Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, ernannt, der nunmehr die Bezeichnung führt: Reichsführer SS und Reichsminister des Innern. — Der Reichsarbeitsdienst scheidet aus dem Geschäftsbereich des Reichsministers des Innern aus; der Reichsarbeitsführer untersteht als Chef einer Obersten Reichsbehörde dem Führer unmittelbar. Dem Reichsarbeitsführer Konstantin H i e r l hat der Führer Titel, Rang und Befugnisse eines Reichsministers verliehen. — SS-Oberstgruppenführer und Generaloberst der Polizei D a l u e g e beendigte seinen

146 Auftrag als geschäftsführender Reichsprotector. — Den Staatssekretär beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren, Karl Hermann Frank, ernannte der Führer zum Staatsminister und stellte ihn im Range den Reichsministern gleich.

Am 18. August meldete die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz, daß der Führer den SA-Obergruppenführer Wilhelm Schepmann, den bisherigen Führer der SA-Gruppe Sachsen, mit der Führung der Geschäfte des Stabschefs der SA beauftragt habe. In einem Appell des Gruppenführerkorps der SA gab der neue Stabschef die Grundlinien bekannt, nach denen er die SA zu führen gedenke. „Der vom Führer der SA erteilte Auftrag, das nationalsozialistische Gedankengut durch Vorleben und Tat in das wehrfähige deutsche Mannestum hineinzutragen, sei die schönste Aufgabe, die je einer Organisation zugewiesen worden sei. Ihre Erfüllung setze voraus, daß jeder einzelne von fanatischer nationalsozialistischer Entschlossenheit durchdrungen sei und sich immer bewußt bleibe, daß er als Nationalsozialist zu handeln habe.“

Von 2 1/2 Millionen Wehrmännern, die seit Kriegsbeginn durch die SA auf den Wehrdienst vorbereitet wurden, erwarben 310.000 das SA-W e h r a b z e i c h e n. Seit Schaffung dieser Auszeichnung durch den Führer wurden bis heute insgesamt 1 879 099 Abzeichen verliehen.

Am 1. Juli beging in Erinnerung an die Gründung der ersten nationalsozialistischen Ortsgruppe des Auslandsdeutschtums im Jahre 1928 die Auslandsorganisation der NSDAP den Tag ihres 15-jährigen Bestehens. Die erste Ortsgruppe entstand damals in Benevito Timbo in Südbrasilien.

Nach der bisherigen 12-jährigen Dienstverpflichtung in der Kriegsmarine ist nunmehr durch eine Anordnung des OKM auch für die Seemannslaufbahn in der deutschen Wehrmacht die Möglichkeit einer 4-jährigen Dienstverpflichtung geschaffen worden. Damit wird allen Freiwilligen, die aus beruflichen oder wirtschaftlichen Gründen eine Verpflichtung von 12 Jahren nicht eingehen können, die Gelegenheit gegeben, über die aktive Dienstzeit hinaus bei der Marine zu dienen.

Um sich einen Begriff zu machen von den Ausmaßen der Produktionssteigerung, die sich aus dem Serienbau ergibt, sei ein Beispiel angeführt. Der von Reichsminister Speer eingesetzte „Sonderausschuß Räder“ berichtet, daß für die Herstellung von Flugzeugrädern die Zahl der Typen von 27 auf 20 und die Zahl der Bearbeitungsstücke von 21 auf 13 reduziert worden sei. Die Rationalisierung der Betriebe erbrachte eine Arbeitszeiterparnis beim Drehen von Rädern im Jahre 1942 um den dritten Teil der Arbeitszeit gegenüber dem Jahre 1937/38. Die zur Fertigung des gleichen Werkstückes aufgewendete Arbeitszeit sank in den Jahren 1939/40 um etwa 20% , im Jahre 1941 um weitere 30% und im Jahre 1942

147 um mehr als 20% gegenüber dem Vorkriegsstand! Dieses eine Beispiel, übertragen auf den großen Bereich der Rüstungsindustrie, läßt ahnen, welche Arbeitszeiterparnis und welche Produktionssteigerung durch die Maßnahmen des Ministeriums Speer ganz allgemein erreicht worden sind.

Daß die Steigerung der Produktion nicht nur eine Frage der Organisation, sondern auch des Leistungswillens der deutschen Arbeiterschaft ist, bestätigte Reichsmarschall G ö r i n g in seinen Dankesworten an den deutschen Bergmann. Am 28. August veröffentlichte die deutsche Presse den Dank, den der Reichsmarschall den deutschen Bergleuten für ihre freiwilligen Schichten ausspricht, die unter dem Namen „P a n z e r s c h i c h t“ die Einsatzbereitschaft des deutschen Bergmannes verkünden. In den letzten Monaten hat nämlich jeder Bergmann über seine Sonntagspflichtschicht hinaus eine freiwillige Schicht gefahren, deren Lohn er sogar noch für die Rüstung zur Verfügung stellte. „Ihr habt“, so sagte der Reichsmarschall, „der heldenhaft ringenden Front ein leuchtendes Beispiel von dem Einsatz und der Haltung der Heimat gegeben.“ Seine besondere Anerkennung gelte den Arbeitskameraden im luftbedrohten Westen, die trotz des brutalen Feindterrors ihre Pflicht unverzagt erfüllt und in ihrem Schaffenseifer nicht nachgelassen haben.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, hat die Errichtung von 42 Gauarbeitsämtern verfügt, die, wie am 31. August berichtet wurde, am 1. September ihren Dienstbetrieb aufnehmen. Die bisherigen Landesarbeitsämter und Reichstreuhand der Arbeit gehen von diesem Zeitpunkt an in den Gauarbeitsämtern auf. Die Gauarbeitsämter decken sich gebietlich mit den Gauen der Partei und haben auch ihren Sitz in den Gauhauptstädten. In den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland gilt zur Zeit noch eine Sonderregelung.

Gauleiter Sauckel sprach im Rahmen einer Großkundgebung der Landesgruppe Frankreich der NSDAP am 10. Aug. in Paris. Er wies darauf hin, daß im 4. Jahr dieses Krieges das deutsche Volk das Vielfache von Arbeitern in den Fabriken zur Deckung seiner Rüstungsbedürfnisse beschäftigte, während die deutsche Rüstungsindustrie von 1918 durch schwere Streiks erschüttert war. Die französische Öffentlichkeit solle sich vergegenwärtigen, daß Deutschland heute über alles, was es brauche, verfüge. Die Ernährung sei sichergestellt, und eine reiche Ernte werde vom Atlantik bis zu den Steppen Rußlands eingebracht.

Auf einer Tagung des Gauamtes für das Landvolk sprach am 12. 7. in Stettin Staatssekretär Backe. Durch den Krieg seien von Jahr zu Jahr die Anforderungen an die deutsche Ernährungswirtschaft gestiegen. Eine Entlastung sei eingetreten, als im Osten neue Gebiete zur Verfügung standen. Die

148 zahlreichen dort sich aufbäumenden Probleme der Ernährungswirtschaft seien durch die Landwirtschaftsführer mit einer so bewundernswerten Leistung gemeistert worden, daß wir im Gegensatz zum vorigen Weltkrieg heute Herren der Ernährungslage seien. — In Hildesheim sprach im Laufe des Juli der Reichsobmann des Reichsnährstandes, Bauer Gustav B e h r e n s, zu verschiedenen Fragen der Ernährungspolitik. Wenn unser Bauerntum nicht nach den Grundsätzen der nationalsozialistischen Agrarpolitik ausgerichtet worden wäre, sondern sich nach dem Grundsatz des besten Geldverdienens betätigte, so wäre die Fettversorgung des deutschen Volkes längst zusammengebrochen. Wenn die agrarpolitische Führung auch manchmal unpopuläre und harte Maßnahmen treffen müsse, so sei sie doch immer geleitet von dem Gesichtspunkt der Gesamternährung aller europäischen Völker. Sie müsse vor allen Dingen die Bedürfnisse der Rüstungsarbeiter, wo auch immer sie in dem von uns besetzten Europa arbeiten, richtig und gebührend einschätzen. Der Reichsarbeitsminister hat entschieden, daß werdende Mütter während der Zeit ihrer Schwangerschaft eine für ihren Zustand geeignete Arbeit erhalten müssen. Es ist unter anderem die Möglichkeit geschaffen, um die Bewältigung großer Entfernungen auf den Verkehrsmitteln auszu-schalten, urlaubsweise die Überführung in einen anderen Betrieb vorzunehmen. Die Anwartschaft auf den bisherigen Arbeitsplatz bleibt trotzdem erhalten.

Die Reichsgruppe Handwerk hat, wie am 30. Juli gemeldet wurde, mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß in der Zeit vom 1. August bis 30. September Aufträge für Neuanfertigung von Kleidern weder angenommen, noch bereits vorliegende Aufträge zur Neuanfertigung ausgeführt werden dürfen. Das Verbot erstreckt sich auch auf die Hausschneiderei. — Eine weitere Verordnung bestimmt, daß alle überflüssigen und vor allen Dingen zeitraubenden Arbeiten in Zukunft für die Garnierung und Ausstattung von Kleidung und Wäsche vermieden werden. Darunter fallen folgende Arbeiten:

Anbringung von überstehenden Säumen und Rüschen, Applikationen, Maschinen- und Handhohl-saumarbeiten bei Wäsche, Haus- und Berufskleidern. Dies ist eine zwar nebensächliche, aber doch bezeichnende Maßnahme, wie die Konzentration aller Arbeitskräfte auf die wesentlichen Dinge vor-genommen wird.

Reichsminister S p e e r hat in seiner Eigenschaft als Leite des Hauptamtes für Technik eine Neubesetzung der Führungsämter im „Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik“ durchgeführt. Nachfolger des verstorbenen Reichsministers Todt in seiner Eigenschaft als Leiter der Fachgruppe „Mechanische Technik“ wurde Hauptdienstleiter Sauer zum Vorsitzenden des „Vereins Deutscher

149 Ingenieure“ ernannte Reichsminister Speer Direktor Dr. Heinz B e n k e r t; VDI-Kurator wurde Bergrat Dr. h. c. Hans Melzacher; Prof. Dr. Gladenbeck übernahm den Vorsitz des „Verbandesdeutscher Elektrotechniker“. Direktor Dr. Benkert erhielt von Reichsminister Speer den Auftrag, zusammenfassende Maßnahmen auszuarbeiten, um eine einheitliche Gestaltung auf dem Gebiete der deutschen Normung und Typisierung herbeizuführen.

Im Juli jährte sich zum 10. Male die Einführung des E h e-standsdarlehn in Deutschland. Aus diesem Anlaß berichtete das Reichsfinanzministerium, daß im Laufe dieses ersten Jahrzehnts insgesamt 1 996 839 Ehestandsdarlehen ausgegeben wurden. Der darauf ausgezahlte Betrag hat die Milliarden-grenze bereits überschritten. Er beläuft sich gegenwärtig auf 1127 330 000 RM. Es ist bekannt, daß das Reich den Darlehensnehmern bei Geburten von Kindern jeweils die Summen von 125 bzw. 250

RM erläßt. Im Zuge dieses Nachlasses verzichtete der Staat auf die Rückzahlung von 580 Millionen Reichsmark. Dies sind etwa 2 350 000 Darlehensviertel.

In Anwesenheit des Chefs des Erziehungs- und Bildungswesens des Heeres, des Eichenlaubträgers Generalleutnant Wolff und sämtlicher Kommandeure der Unteroffiziersschulen sprach Reichsjugendführer Axmann am 22. Juli vor über 1000 jungen Offizieren der Infanterieschule Döberitz. Seine Ausführungen über die Maßnahmen einer praktischen und engen Zusammenarbeit zwischen Hitlerjugend und Heer wurden von verschiedenen Offizieren des Heeres-Personalamtes unterstrichen. Eine amtliche Verlautbarung des Heerespersonalamtes besagte sogar, daß die Qualität des Offiziersnachwuchses des Heeres bestimmt werde durch die Qualität des deutschen Hitlerjungen. Sie anerkannte ferner den formenden Einfluß der Parteigliederungen, der seinen Ausdruck in einem erhöhten Eigenungsgrad der Offiziersbewerber findet.

Auch aus anderem berufenen Munde, von Großadmiral Dönitz, konnte zu Beginn des Monats August die Hitlerjugend eine Anerkennung ihrer Leistungen und ihres Wollens hören. Die Marine-HJ. war am 2. August zu einem Leistungskampf angetreten. Großadmiral Dönitz und Reichsjugendführer Axmann wohnten diesen Kämpfen bei und sprachen zu den Wettkampfmanschaften. Die Ergebnisse der Wettkämpfe, der Geist, mit dem sie ausgetragen wurden, erhärteten die Feststellung des Reichsjugendführers, daß die nationalsozialistische Jugendbewegung ihre schönste Aufgabe darin sehe, der kämpfenden Front mit jedem weiteren Kriegsjahre einen in Haltung und Können besseren Nachwuchs zu stellen. Großadmiral Dönitz brachte seine Freude über die Haltung, Leistung und den Gesamteindruck der Jugend zum Ausdruck, die er im Wettkampf erlebt habe. Die Jugend, so sagte er, müsse

150 überschäumen vom Willen zum Leben, müsse sich ein Können an eignen, das sie zu größten Taten führe, vor allem aber müsse sie ein standhaftes Herz zur größten Leistung befähigen und sie durchhalten lassen über alle Augenblickshemmnisse hinweg. Er habe einen unerschütterlichen Glauben und festes Zutrauen zur Jugend des Führers.

Während des Julis besuchte die Leiterin der spanischen Frauenorganisation, Frau Pilar Primo de Rivera, Deutschland in einem längeren Aufenthalt. Die spanische Frauenführerin informierte sich besonders über alle Fragen der Sozialarbeit. Sie war Gast der AO und wurde bei ihrem Deutschlandaufenthalt von Gauleiter Bohle empfangen. — Auf Einladung des Reichserziehungsministers weilte zu Anfang des Monats Juli der Königl. rumänische Unterrichtsminister Prof. Dr. Petrovici zu einem mehrtägigen Besuch in Berlin. Der Minister, ein Kenner der deutschen Schuleinrichtungen, benutzte seine Anwesenheit in Deutschland dazu, zahlreiche wissenschaftliche und schulische Einrichtungen zu besichtigen. — Gegen Ende Juli fand in Heidelberg eine deutsch-spanische Studententagung statt, auf der die Vertreter beider Länder eingehende Schilderungen der studentischen Arbeit auf den Gebieten der Erziehung und der sozialen Fortbildung austauschten. Die spanischen Gäste hatten in Heidelberg Gelegenheit, alle sozialen Einrichtungen der deutschen Studentenschaft an Ort und Stelle zu studieren.

Am 1. Juli wurde der Öffentlichkeit eine erste Bilanz des Kriegshilfsdienstes der Arbeitsmädchen unterbreitet. Etwa 47 000 Arbeitsmädchen des Sommersemesters 1941 haben den neuen Kriegshilfsdienst abgeleistet. 61% dieser Arbeitsmädchen waren bei der Wehrmacht, bei Behörden und Verkehrsgesellschaften eingesetzt, 35% in Lazaretten, Krankenhäusern, Einrichtungen der NSV und bei der Kinderlandverschickung, die restlichen 4% in Familien. Der zweite Einsatz des Kriegshilfsdienstes wurde im wesentlichen in der Rüstung, in Munitionsfabriken und Verkehrsgesellschaften abgeleistet, 13% bei der Wehrmacht und 11% in Lazaretten und Krankenhäusern.

Am 1. Juli sprach in der alten Universität Heidelberg Reichsminister Dr. Goebbels vor einem bedeutenden Gremium von Wissenschaftlern, Rektoren und Dekanen fast aller deutschen Universitäten, den Direktoren der wissenschaftlichen Forschungsinstitute, prominenten Männern der Wissenschaft und Forschung aller Disziplinen, Ritterkreuzträgern und Kriegsverehrten der Studentenschaft. In seiner Rede ging der Minister auch auf die Begriffsverwirrung ein, die um das Schlagwort vom „Intellektualismus“ entstanden war. Der Minister klärte diesen Begriff und sagte, daß die nationalsozialistische Staatsführung vor der wissenschaftlichen Arbeit im Großen wie im Kleinen die größte Hochachtung empfinde, ihr

151 verdanke die Nation einen großen Teil ihres heutigen zivilisatorischen Lebens, die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz, das Fundament ihres sozialen Standards. Wenn wir auf der anderen Seite mit Recht von der Degeneration eines hohlen Intellektualismus sprechen, so meinen wir damit eine Art von Halbbildung, die nur selten an deutschen Universitäten Platz gefunden habe. Der Minister schloß mit einer hohen Anerkennung für die Bedeutung der Wissenschaft bei der Führung des modernen

Krieges. — Reichsmarschall Hermann Göring sandte an diese Kundgebung der deutschen Wissenschaft, die ihm ihren Gruß entboten hatte, seine herzlichsten Glückwünsche und unterstrich seinerseits die Bedeutung der Wissenschaft für die Führung des modernen Krieges.

Oft schon haben wir betont, daß im Kriege die Musen nicht schweigen. Einen Beweis dafür bringt die Tatsache, daß auch im Jahre 1943 die Bayreuther Festspiele stattfanden. Allerdings standen sie im Zeichen des Krieges. In Bayreuth waren während des Juli und August 30000 Soldaten und Rüstungsarbeiter Gäste des Führers, denen die Kunst Richard Wagners durch die erhebende Darbietung seiner „Meistersinger von Nürnberg“ zum unvergeßlichen Erlebnis wurde.

Im Laufe des Julis fanden in Reval Kulturtage 1943 statt. Sie sind ein überzeugender Beweis der ungebrochenen Kraft und des Kulturwillens dieser Stadt geworden. Deutsche und estnische Dienststellen sowie deutsche und estnische Künstler haben bei den festlichen Veranstaltungen in bester Kameradschaft zusammengewirkt. Nicht weit von der Front, indem vom russischen Joch befreiten Ostland, gaben diese Kulturtage einen überzeugenden Beweis des schöpferischen deutschen Kulturwillens.

Am 12. August vermerkte eine kleine Notiz in der Presse die Tatsache, daß die Universität Freiburg i. Br. nunmehr als erste deutsche Hochschule eine planmäßige Professur für Rundfunkwissenschaft besitze. Ordentlicher Professor dieses Lehrstuhls wurde Dr. Fritz Roedemeyer, der dieses Fach bisher in außerordentlichem Lehrauftrag betreut hatte.

Am 12. Juli fand in der Aula der Universität Berlin eine Kundgebung der deutsch-bulgarischen Gesellschaft aus Anlaß der Wahl des neuen Präsidenten statt. Nach dem Tode des Generalleutnants von Massow wurde Oberbürgermeister S t e e g zum Präsidenten der Deutsch-bulgarischen Gesellschaft gewählt. —

Am 14. Juli beging Reichsleiter Konstantin H i e r l, der Schöpfer des deutschen Arbeitsdienstes, das 50 jährige Militärjubiläum. In einer kurzen Feier würdigte Obergeneralarbeitsführer Tholens das Lebenswerk des Reichsarbeitsführers, der als Soldat Adolf Hitlers in den Jahren des Friedens mit dem

152 Reichsarbeitsdienst ein Werk aufgebaut habe, das im Kriege seine Bewährung erfuhr. — Am 6. Juli sahen Generalfeldmarschall S p e r r l e und General der Artillerie Otto Hartmann auf eine 40jährige Laufbahn als Soldaten zurück. Beide Offiziere haben sich in der nationalsozialistischen Wehrmacht durch ungewöhnliche Verdienste einen Namen gemacht.

Am 21. August wurde der vorzeitig dahingeschiedene Chef des Generalstabes der Luftwaffe, Generaloberst Jeschonnek, im Hauptquartier der Luftwaffe zu Grabe getragen. Generaloberst Jeschonnek war plötzlich einem tückischen Leiden erlegen, da er als ein unermüdlicher Arbeiter von höchstem Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein keine Schonung gekannt hatte. Reichsmarschall Hermann Göring sagte in seinem Nachruf, Generaloberst Jeschonnek habe sich zu den Männern gesellt, die unvergeßlich bleiben werden. Eine kurze Laufbahn, aber voller Erfolge, voller Auszeichnungen und voller gewaltiger Arbeit sei durch ein hartes Geschick beendet worden. — Als Nachfolger des Generalstabschefs der Luftwaffe wurde General der Flieger Günther Korten, zuletzt Befehlshaber eines Luftflottenkommandos, berufen. Der neue Generalstabschef der Luftwaffe ist Träger des Ritterkreuzes und Blutordensträger.

Ein Ereignis, das im deutschen Volke Mitgefühl und Trauer auslöste, war der plötzliche Tod des dem Deutschen Reiche in Treue verbundenen Königs der Bulgaren, Zar Boris III. Nach kurzer, schwerer Krankheit war König Boris III. am 28. August in Sofia verstorben. An der Trauer des bulgarischen Volkes nahm das deutsche Volk aufrichtigen Anteil. Der Führer würdigte die Persönlichkeit des Königs in seinem Beileidstelegramm an die Königinwitwe mit den Worten, daß „Bulgarien einen Monarchen verloren habe, der die Geschicke seines Volkes mit bewunderungswürdigem Mut und ungewöhnlicher Klugheit geleitet habe.“



153 Politik und Kriegführung boten in den Monaten Juli und August ein Bild dramatischen und wechselvollen Geschehens. Am 5. Juli begann, ausgelöst durch ein deutsches Angriffsunternehmen sehr begrenzten Ausmaßes, der gewaltige Aufeinanderprall der deutschen Verteidigungskräfte an der Ostfront und der ungeheuren Angriffsmaschine der Sowjets. Seitdem hält die Abwehrrschlacht im Osten auf der ganzen riesigen Front mit wechselnder Stärke an.

In der Nacht zum 10. Juli sind ferner Engländer und Amerikaner mit einem riesigen Einsatz von Kriegs-, Handels- und Landungs-Spezialschiffen und mit nicht geringem Einsatz der Flugwaffe zum Kampf gegen die Festung Europa von Süden aus gegen Sizilien angetreten, das infolge verräterischer Haltung des italienischen Oberkommandos und nur schwacher Verteidigung durch die italienischen Verbände nach vierzigtäglichem harten Ringen, bei dem nur zwei deutsche Divisionen die Hauptlast des Kampfes trugen, von den Achsentruppen geräumt wurde.

Am 25. Juli ereignete sich in Rom ein wahrer Staatsstreich der Dynastie Savoyen, hoher Militärs und einer Gruppe von Abtrünnigen der Führerschaft des Faschismus gegen Mussolini. Der Duce wurde vom König Victor Emanuel „entlassen“ und beim Verlassen des Königspalastes verhaftet. Es wurde eine Regierung unter dem früheren Generalstabschef Marschall Badoglio gebildet, die Faschistische Partei aufgelöst und mit verdächtiger Eile der Versuch unternommen, das faschistische Regime auszulöschen. Zwar erklärte die Regierung Badoglio immer wieder, „der Krieg geht weiter“, aber der italienische Kampfeinsatz nahm zusehends ab. Am 8. September abends erfolgte zunächst von anglo-amerikanischer Seite und kurz darauf durch eine Rundfunkrede Badoglios die Mitteilung, daß Italien bedingungslos kapituliert habe und daß der Waffenstillstand bereits am 3. September unterzeichnet worden sei!

Die Veröffentlichung erfolgte so spät, damit der Feind Gelegenheit bekäme, durch eine Landung großen Stils und im Zusammenwirken mit der italienischen Armee, die an die Seite der Angelsachsen treten

154 sollte, die über die langgestreckte italienische Halbinsel verteilten deutschen Truppen schnell zu erledigen und binnen Kürze Italien in die Hand zu bekommen. Aber es zeigte sich, daß der Verrat Badoglios für die deutsche Führung offensichtlich nicht so überraschend gekommen war, wie die Verräter und der Feind geglaubt hatten, und daß die Wiederherstellung der Situation militärisch und politisch deutscherseits ebenso wuchtig wie schnell erfolgen konnte.

Der Luftkrieg verschärfte sich auf der Höhe der Sommerzeit immer mehr. Die Terrorangriffe der Anglo-Amerikaner gegen die Achsenländer und die besetzten Westgebiete haben eine außerordentliche Steigerung erfahren und große Schäden verursacht. Daß sie sich nicht in erster Linie gegen die Rüstungsindustrie und militärische Ziele richten, wird vom Feind immer wieder ausdrücklich bestätigt, der offen zugibt, daß man die Moral der Zivilbevölkerung niederzwingen wolle. In London und Washington muß man freilich die wachsende Stärke der deutschen Abwehr feststellen. Der U-Boot-Krieg ist in den Monaten Juli und August nur mit geringem Einsatz geführt worden, offenbar weil technische Neuerungen in Vorbereitung waren.

Der Sturz Mussolinis und des Faschismus hat bei unseren Kriegsgegnern hochgespannte Erwartungen hervorgerufen. Er brachte die Feindpropaganda an die Adresse des italienischen Volkes auf den Höhepunkt. Schon lange verfolgten England und die USA mit den Bombenangriffen auf italienische Städte das offen eingestandene Ziel, die Widerstandskraft der Italiener zu zermürben und den italienischen Partner aus der Achse und aus dem Dreierpakt auszuschalten. Der Sturz des Faschismus schien die Verwirklichung dieser Absicht zu bedeuten, die Südflanke Europas zu öffnen, und der Verrat des Hauses Savoyen und Badoglios schien sogar die Aussicht auf aktive Teilnahme des bisherigen Verbündeten Deutschlands am Kampf gegen Europa in Aussicht zu stellen.

Der Verlauf der Ereignisse in Italien vom Beginn der Landung der Feinde auf Sizilien in der Nacht zum 10. Juli bis zur Veröffentlichung von Badoglios Verrat am 8. September zeigt an einem wahren Musterbeispiel die politisch-militärische Kriegführung der Anglo-Amerikaner. Schon vor der Landung erfolgten starke Luftangriffe auf zahlreiche italienische Städte. Neben ihnen ging eine intensive Propaganda des Feind-Rundfunks, der Presse und von Reden führender Politiker einher, die sich an das italienische Volk wandten und ihm mit einer Mischung von Drohung und Lockung in immer neuen Variationen einhämmerte: Ihr habt den Krieg verloren, trennt euch von den verbrecherischen Führern, die euch in dieses Unglück gestürzt haben, tretet auf unsere Seite, bei uns findet ihr die Freiheit und späteres Wohlergehen als Nation; denn wir führen den Krieg nicht gegen das italienische Volk, sondern nur gegen

155 den Faschismus. Wenn ihr aber unserem Ruf nicht folgt, werden wir alle eure Städte zerstören, und auch Rom wird nicht geschont werden.

Diese Propaganda wurde durch schwere Luftangriffe unterstrichen, die sich auch gegen Rom selbst richteten und von seiten des Vatikans eine nicht mißzuverstehende Verurteilung auslösten. Nach dem Sturz Mussolinis, erklärte die Regierung Badoglio Rom als offene Stadt. In London und Washington stellte man Bedingungen. Es wurde anscheinend unter Vermittlung vatikanischer Kreise verhandelt, um eine Schonung Roms zu erreichen, in dessen Mitte ja der neutrale Vatikanstaat des Papstes liegt, und das nicht nur ein Kulturzentrum ersten Ranges, sondern auch die Zentralstadt des Katholizismus ist. Immerhin hörten die Angriffe gegen Rom schließlich auf. Aber in anderen Städten, wie in Neapel, Palermo, Messina, Genua, Mailand, Turin wurden nicht nur ganze Wohnviertel zerstört, sondern auch nicht wieder zu ersetzender Kunstbesitz an ziviler und sakraler Architektur unwiederbringlich zerstört. Die jeder Humanität hohnsprechende Art der gegnerischen Kriegführung, die die Engländer und Amerikaner zu würdigen Bundesgenossen des kulturvernichtenden Bolschewismus macht, trat erschreckend in Erscheinung. Kaum eine Stimme erhob sich, selbst in kirchlichen Kreisen unserer Kriegsgegner, gegen diese Barbarei, so wenig wie dies übrigens hinsichtlich der durch die Terrorangriffe auf deutschem Boden angerichteten Zerstörungen geschehen ist. Im Verlauf der englisch-amerikanischen Propaganda zur moralischen Entwaffnung des italienischen Volkes begab sich sogar der merkwürdige Fall, daß Roosevelt und Churchill sich Mitte Juli mit einer gemeinsamen Botschaft an das italienische Volk wandten, das sie zum Sturz Mussolinis und zur Kapitulation aufforderten. Dieser Aufforderung zur Feigheit und zum Verrat sind das italienische Königshaus, das in seiner Geschichte ja jahrhundertlang immer wieder Fälle von Verrat am Bundesgenossen zu verzeichnen hat, ferner führender Kreise der Armee und ein Teil der Führerschaft der Faschistischen Partei selbst unterlegen. Das Ergebnis war die „Entlassung“ Mussolinis durch den König und seine Verhaftung am 25. Juli. Sie vollzog sich in schmähhlichen Formen, nachdem die große Mehrheit des faschistischen Großrats in vielstündiger Sitzung sich gegen Mussolini erklärt hatte. Die neue Regierung Badoglio und deren Außenminister Guariglia beeilten sich, Berlin und Tokio zu erklären, daß Italien dem Achsenbündnis und dem Dreimächtepakt treu bleibe und weiter Seite an Seite mit seinen Verbündeten zu kämpfen beabsichtige. Die Formel, die hinsichtlich des Krieges gewählt wurde, hieß: Der Krieg geht weiter. Dies war eine dopsinnige Formel, die die Regierung Badoglios zu nichts verpflichtete. Daß der Krieg weitergehe, war evident, ob aber Italien an ihm in der bisherigen Weise

156 weiter teilnehmen werde, das war die Frage. Es bestand weder in Berlin noch in Tokio Grund, die Formel Badoglios anders als im positiven Sinn zu interpretieren — und im übrigen sich darauf vorzubereiten, um die Folgerungen aus einem etwaigen Versagen des italienischen Partners ziehen zu können.

Inzwischen hat man in London und Washington über den Verlauf der Ereignisse ziemlich klare Auskunft gegeben. Schon am 15. August traf ein italienischer Unterhändler in Madrid ein, um die Kapitulation anzubieten, und am 3. September wurde der Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen. Seine Veröffentlichung erfolgte aber aus dem schon erwähnten Grunde erst am 8. September!

Die Regierung Badoglios bemühte sich sofort nach ihrer Einsetzung alles zu tun, um den Forderungen der Rundfunk-Botschaft Churchills und Roosevelts vom 16. Juli nachzukommen. Nicht nur wurde Mussolini verhaftet, sondern die Faschistische Partei wurde aufgelöst und viele ihrer führenden Leute festgenommen. Mit schuldhafter Eile wurden auch die gesetzlichen Grundlagen des faschistischen Regimes, die Mussolini geschaffen hatte, abgebaut, andererseits die Bildung neuer Parteien verboten, da man mit Recht marxistische und kommunistische Umtriebe befürchtete, die in einigen Großstädten Italiens sich auch zeigten. Gleichzeitig wurden freilich zahlreiche politische Häftlinge entlassen und damit der Agitation linksgerichteter Elemente neue Kraft zugeführt. Natürlich erfolgte auch eine weitgehende Neubesetzung führender Verwaltungsstellen. Offensichtlich wollte die Regierung Badoglio die innerpolitischen Verhältnisse schaffen, die der Feind als angebliche Voraussetzung für einen tragbaren Frieden in seiner Propaganda angekündigt hatte. Der Vergleich mit den Ereignissen des Oktobers und Novembers 1918 in Deutschland drängt sich auf. Auch damals wurde ja der Feindpropaganda, der Krieg gehe nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen den Kaiser und den „preußischen Militarismus“, in ähnlich törichter Weise Glauben geschenkt.

Wenn man die letzte große Rede Mussolinis, die er am 24. Juni vor dem Direktorium der Faschistischen Partei hielt, überliest, so klingt sie wirklich prophetisch. Mussolini sagte damals: „Entweder wir gewinnen diesen Krieg, wie ich selbst mit aller Entschiedenheit gemeinsam mit den Kameraden der Achse und des Dreierpaktes glaube, oder Italien erhält einen Frieden der Schande und wird als Macht

auf den vierten oder fünften Patz zurückgedrängt. Man darf den Einflüsterungen des Feindes keinen Glauben schenken. Kapitulation würde für Italien Schande und Zusammenbruch, Entwaffnung, Vernichtung der Industrie, mit denen sich der Gegner bezahlt machen würde, und äußerste Einschränkung der Landwirtschaft bedeuten.“

157 Diese Warnung des größten Italieners der neueren Zeit hat das Königshaus in feiger Angst um Leben und Besitz mißachtet und in Badoglio, der Mussolini den stolzen Titel eines Herzogs von Addis Abeba verdankt, das Werkzeug für seine feige Kapitulation gefunden. Die grenzenlose Torheit des Verrats des Hauses Savoyen und der Kapitulation Badoglios wird durch nichts deutlicher illustriert als durch die Erklärungen über die Kriegsziele unserer Feinde, die immer wieder abgegeben werden und von denen auch neuerdings verschiedene erfolgt sind. Am 14. August war der zweite Jahrestag der Verkündung der sogenannten Atlantik-Charta, jenes Propagandapapiers, das Roosevelt und Churchill bei ihrem Treffen zwei Jahre zuvor in der Nähe der amerikanischen Küste verkündet haben. Es war ein schlechter Aufguß der vierzehn Punkte Wilsons und in erster Linie darauf berechnet, durch die Erregung von Hoffnungen und durch die Vorspiegelung künftigen Glücks die englisch-amerikanischen Machtziele schmackhaft zu machen bzw. zu verdecken. Roosevelt hielt zum Jahrestag eine seiner üblichen schwüchtig-verlogenen Reden über die angeblich bessere Welt, für die die Alliierten kämpften. Daß man sich aber durch die an sich schon völlig vagen Versprechungen der Atlantik-Charta in keiner Weise die Hände binden lassen will, falls man in die Lage käme, durch die Niederlage der Dreierpakt-Mächte ein verbessertes Versailler Diktat aufzustellen, zeigt eine interessante Debatte, die im englischen Oberhaus am 22. Juli stattfand. Im Namen der Regierung lehnte dort Lord Cranborne den Vorschlag ab, eine volkstümliche Ausgabe der Atlantik-Charta mit einem Kommentar zur Verbreitung in allen Ländern herauszugeben. Er tat es mit der Begründung, eine solche Veröffentlichung würde erhebliche Schwierigkeiten verursachen. Churchill habe klar zu verstehen gegeben, daß er sich nicht dazu verpflichten könne, Dokumente einseitig zu interpretieren, die inzwischen mehrseitig geworden seien. Wenn jede Regierung eine Auslegung der verschiedenen Klauseln der Atlantik-Charta herausgeben würde, so müßte dies zur größten Verwirrung führen. Nach Befreiung der besetzten Gebiete werde es Aufgabe der Vereinten Nationen und insbesondere der britischen Regierung sein, die in der Atlantik-Charta festgelegten Grundsätze anzuwenden. — Der Sprecher der englischen Regierung im Oberhaus gab also offen zu, daß jede der Regierungen, die sich die Atlantik-Charta mit großtönenden Phrasen zu eigen gemacht hat, sich unter ihr etwas anderes denkt, nämlich das, was sie an Macht und Besitz aus diesem Krieg davonzutragen hofft. Was mit Wilsons vierzehn Punkten erst auf der Friedenskonferenz geschah, d. h. ihre Verleugnung und damit der Bruch des Vorfriedensvertrages in jedem Punkt und in jeder Zeile, das geschah mit der Atlantik-Charta schon mitten im Kriege! Man will eben diesmal die Hände völlig frei haben, um den unterlegenen

158 Feind wirklich ohne die geringste Rücksicht zu erledigen. Mit welchen Plänen man sich z. B. hinsichtlich Italiens in Washington trägt, ergibt sich aus einem Ende August bekanntgewordenen Artikel eines der bestunterrichteten Korrespondenten Washingtons, Kingsbury Smith, in der Zeitschrift „American Mercury“. Es heißt darin, Italien müsse ein „kleines bescheidenes Land“ werden, das sich hauptsächlich vom Fremdenverkehr ernähren solle. Die Gedanken eines römischen Reiches mit großen Kolonien müsse es vergessen. Weiter müsse Italien für die Dauer von 1¹/₂ Jahren unter eine Militär- und Zivilregierung der Alliierten gestellt werden. Es dürfe auch nicht zugelassen werden, daß Italien sich nur den USA bedingungslos unterstelle, da die USA sich in dem Vertrag der Vereinten Nationen verpflichtet hätten, keinen separaten Waffenstillstand zu schließen. Nach der Unterwerfung, die durch die italienische Armee zu erfolgen habe, werde die USA-Regierung, so schildert Kingsbury Smith die geheimen Pläne der USA-Regierung weiter, alle führenden Italiener zur Rechenschaft ziehen, auch den italienischen König. Als nächstes werde Italien dann entwaffnet werden. Italien könne eventuell das Gebiet von 1861 behalten. An der Grenze bei Triest werde jedoch „eine kleine Änderung“ nötig sein. Eine Ansiedlung von Italienern in Lybien unter italienischer Souveränität komme nie mehr in Frage. Italien müsse ferner den Plan aufgeben, sich in der Waffenproduktion autark zu machen. In der Schwerindustrie müsse Italien sich auf den Bau von Luxusdampfern und Luxusautomobilen mit besonderen Motoren beschränken. Weizen und Milch dürfe Italien herstellen, Petroleum, Baumwolle, Kautschuk, Eisen und Zinn werde Italien von den Alliierten „je nach Bedarf“ zugeteilt werden. Falls Italien nicht das Geld zur Bezahlung haben sollte, so würden die Alliierten ein „System von Prämien für Nichtanbau von Weizen“ einführen.

Auch den Teil VII des Versailler Diktats, den berüchtigten Teil über die sogenannten Kriegsverbrecher, will man diesmal in verbesserter Form wieder auflegen. Am 27. August wurde daher in London

ein „Weißbuch über die Bestrafung der Kriegsverbrecher“ veröffentlicht. Es enthält den Wortlaut der zwischen den alliierten Regierungen ausgetauschten Noten und Erklärungen der Vertreter der britischen, amerikanischen und sowjetischen Regierungen und manches andere Material. Am 30. Juli erklärte Roosevelt: Am 7. Oktober 1942 habe ich mitgeteilt, daß es die Absicht der USA-Regierung sei, eine Klausel in den Friedensvertrag aufzunehmen, die die Auslieferung der Kriegsverbrecher an die Vereinten Nationen vorsehen soll. Es folgte eine an die Neutralen gerichtete Drohung, sich ja nicht zu erlauben, etwa Leuten wie Mussolini oder führenden Faschisten Zuflucht zu gewähren. In London beilte

159 man sich, diese Erklärung Roosevelts sich zu eigen zu machen. Die britische Regierung, so hieß es, begrüßt Roosevelts Erklärung in dieser Frage und tritt ihr bei. Der bekannte englische Kronjurist, Sir Cecil Hurst, wurde offiziell zum britischen Mitglied des „Untersuchungsausschusses der Vereinten Nationen für Kriegsverbrecher“ ernannt. Dieselben Leute, die zur See und in der Luft den Krieg durch Hungerblockade und Luftterror gegen die Zivilbevölkerung in einer allen Grundsätzen des Völkerrechts zuwiderlaufenden Weise führen, maßen sich also an (ebenso wie sie das nach 1918 getan haben), für den Fall, daß sie niedergebrogene Gegner vor sich hätten, diese wie Verbrecher zu behandeln!

Am 31. Juli gab man dazu in Moskau bekannt, die Sowjetregierung habe an die Türkei und Schweden Noten gerichtet mit der Forderung, Mussolini oder anderen führenden Faschisten keine Zuflucht zu gewähren. Am 1. August meldete ferner das Staatsdepartement in Washington, daß die diplomatischen Vertreter der USA in Stockholm, Ankara, Madrid, Lissabon, Bern, Buenos Aires und beim Vatikan Anweisung erhalten hätten, den dortigen Regierungen Roosevelts Erklärung in der Frage der Asylgewährung an Flüchtlinge aus den Achsenländern zur Kenntnis zu bringen. Die britischen Vertreter in den oben angegebenen Hauptstädten und die Sowjetvertreter in Stockholm und Ankara haben ähnliche Schritte unternommen.

England und die Vereinten Staaten haben sich also nicht gescheut, zusammen mit der Sowjetunion, die bekanntlich nicht einmal dem Internationalen Roten Kreuz beigetreten ist und jede Auskunft über Kriegsgefangene ablehnt, gegenüber den neutralen Staaten als Vertreter des Völkerrechts aufzutreten, die führenden Persönlichkeiten der Länder ihrer Kriegsgegner als Verbrecher zu bezeichnen und von den Neutralen zu fordern, auf das ihnen nach dem Völkerrecht einwandfrei zustehende Asylrecht für politische Flüchtlinge zu verzichten. Welche Verkennung einerseits der Gesamtkriegslage, andererseits der Persönlichkeiten der führenden Männer bei den Dreierpaktmächten und schließlich welche Verhöhnung jedes Rechtsgedankens! Die Antworten, die die neutralen Länder auf die ungeheuerliche Zumutung gegeben haben, sind im einzelnen nicht bekanntgegeben worden, wohl aber erfuhr man Hauptinhalt und Tendenz. Sie war einheitlich ablehnend unter Hinweis auf das bestehende Völkerrecht. Dies bedeutet für das anglo-amerikanisch-sowjetische Trio eine beachtliche diplomatische Schlappe.

Auf welcher Seite in Wirklichkeit die Kriegsverbrechersitzen, ist durch zwei Veröffentlichungen der Archivkommission des deutschen Auswärtigen Amtes im Juli erneut dargetan worden. Bekanntlich sind während der Feldzüge in Polen, Norwegen, Frankreich, Holland und Belgien und auf dem Balkan große

160 Bestände an diplomatischen Akten der Auswärtigen Ämter dieser Feindstaaten in deutsche Hand gekommen. Das Berliner Auswärtige Amt hat die Sicherung und Bearbeitung dieses Materials und seine Verwertung im Kampf um die Frage der Verantwortlichkeit für den gegenwärtigen Krieg übernommen. Anfang Juli begann nun die Archivkommission des Auswärtigen Amtes mit der Veröffentlichung einer Schriftenreihe. Sie trägt den Gesamttitel: „Die Entstehung des Krieges von 1939, Geheimdokumente aus europäischen Archiven“.

In den einzelnen in sich geschlossenen und einem klar umrissenen Thema gewidmeten Bänden werden besonders charakteristische Dokumente aus den Archiven der Feindmächte zusammengestellt, die jeweils bestimmte Zusammenhänge aus der Zeit zwischen dem Weltkrieg von 1914 und dem heutigen beleuchten. Ihr Zweck ist, an der Hand von einwandfreiem Material, das sich dabei spannend liest, die politischen Vorgänge aufzuzeigen, die auf den verschiedensten Schauplätzen zur Entstehung und Ausdehnung des gegenwärtigen Kriegesgeführt haben. Der wesentliche Inhalt einer solchen Schrift ist immer in einer den Dokumenten vorangestellten Übersichtzusammengestellt. Der besondere Wert dieser Serie dürfte darin bestehen, daß in ihr nicht etwa irgendwelche deutsche Thesen vorgetragen werden, sondern ausschließlich unwiderlegliche Zeugen aus dem Lager unserer Gegner zu Worte kommen.

Band 1 der Serie „Roosevelts Weg in den Krieg“ enthält 83 Urkunden französischer, polnischer, belgischer und anderer Herkunft, die einen tiefen Einblick in die Motive, Methoden und Ziele der Außenpolitik des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika gewähren. Das Werk beginnt mit einem Bericht des französischen Botschafters in Washington vom 26. Januar 1934, in dem dieser die politische Einstellung Roosevelts — „Abneigung nicht nur gegen das Deutschland Hitlers, sondern gegen Deutschland allgemein“ — erschöpfend kennzeichnet. Diese Abneigung gegen Deutschland, die sich mit einer ähnlichen Haltung gegenüber den anderen totalitären Mächten, Japan und Italien, verband, wurde zum wesentlichen Motiv der nordamerikanischen Politik, seit Roosevelt nach dem Festfahren seiner innerpolitischen Reformpläne im Herbst 1937 seine ganze Energie der Außenpolitik zuzuwenden begann. Zur Durchführung einer aktiven antitotalitären Außenpolitik mußte der amerikanische Präsident jedoch zunächst die Widerstände der amerikanischen Öffentlichkeit überwinden und die Mitarbeit, ja das Vorgehen geeigneter Verbündeter sicherstellen. Die in dem Bande vereinigten Berichte polnischer und französischer Diplomaten bezeugen immer wieder, „wie weit der Präsident der öffentlichen Meinung des

161 Landes und sogar seinen unmittelbaren Mitarbeitern und den Mitgliedern seiner Regierung voraus war“. Deshalb war es vor allem notwendig, die amerikanische Öffentlichkeit zur Interventionspolitik zu „erziehen“. Als einflußreiche Helfer stehen hierbei Roosevelt die Juden zur Seite, die nach Angabe des polnischen Botschafters in Washington „zu fast 100% Rundfunk, Film, Tagespresse und Zeitschriften“ kontrollieren und als Vorkämpfer für die Schaffung der Kriegsstimmung, welche die ganze Welt in den Krieg stürzen und eine allgemeine Katastrophe herbeiführen soll, tätig sind. Im Mittelpunkt dieses ganzen Treibens aber steht der Präsident selbst, der, dem gleichen polnischen Botschafter zufolge, mehr und mehr „in der Außenpolitik seines Landes ein Mittel zur Befriedigung des eigenen Ehrgeizes“ erblickt. Die persönlichste Methode der außenpolitischen Geschäftsführung des Präsidenten wird in den Berichten der in Washington akkreditierten Diplomaten besonders deutlich. Jeder Anlaß wird wahrgenommen, um die weltpolitischen Gegensätze zu verschärfen und die europäischen Mächte zur Stellungnahme gegen die autoritären Staaten anzutreiben. Als letztes Argument dient Roosevelt dabei immer wieder das mehr oder minder deutliche Versprechen bewaffneter amerikanischer Hilfe im Kriegsfall. So sucht er schon im Herbst 1937 Frankreich zu antijapanischen Maßnahmen in Indochina zu veranlassen, indem er — wenige Monate, nachdem der amerikanische Kongreß dem Willen des amerikanischen Volkes, überseeischen Verwicklungen fernzubleiben, durch Erneuerung der Neutralitätsgesetzgebung Ausdruck gegeben hatte — dem französischen Geschäftsträger versichert, die gemeinsamen ostasiatischen Interessen Frankreichs, Englands, Hollands und der Vereinigten Staaten würden „gemeinsam geschützt werden müssen“. Dieses Bemühen, Frankreich gegen Japan voranzutreiben, wird auch in den Jahren 1938 und 1939 mit Eifer fortgesetzt, wobei der Wunsch, „die rote Armee als Sieger aus einer Auseinandersetzung mit Japan hervorgehen zu sehen“, auf der gleichen Linie liegt. Die friedlichen Erfolge der deutschen Außenpolitik seit März 1938 führen dann zu einer Intensivierung der antideutschen Bemühungen des amerikanischen Präsidenten. Aus dem Anschluß Österreichs an das Reich zieht Roosevelt den Schluß, „daß es unbedingt nötig sei, die Widerstandskraft der Westmächte zuzustärken“. Während der Sudetenkrise sucht der amerikanische Präsident Frankreich unter stärkster Betonung der Gemeinsamkeit der französischen und amerikanischen Lebensinteressen auf eine antideutsche Kriegspolitik festzulegen und die Besorgnisse der Franzosen wegen der einer aktiven Unterstützung der Westmächte entgegenstehenden Neutralitätsgesetzgebung durch die Versicherung des Unterstaatssekretärs Sumner Welles zu beheben,

162 „alle durch das Neutralitätsgesetz aufgeworfenen Fragen seien sorgfältig geprüft worden“, und diese Prüfung sei in einem für die Westmächte „günstigen Sinn durchgeführt worden“. Für Roosevelt war unter diesen Umständen das Abkommen von München nichts anderes als „ein schändlicher Frieden, eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus“, auf die der amerikanische Präsident mit verstärktem Kampfwillen reagierte. Jetzt sollte Lateinamerika unter Führung Washingtons zu klarer Frontstellung gegen die totalitären Staaten veranlaßt, die Kriegsbereitschaft der „europäischen Demokratien“ durch Einwirkung auf die Regierungen und durch Förderung der kriegslüsternden Parteien gestärkt und schließlich das eigene Land endgültig für die Kriegspolitik gewonnen werden.

In Lateinamerika hatte Roosevelt bereits seit Jahren systematisch an der Festigung der militärischen Herrschaft über die Staaten des karibischen Raumes gearbeitet und die Erweiterung des Netzes der nordamerikanischen Stützpunkte zunächst im Bereich des Panamakanals vorbereitet. Darüber hinaus war auch unter dem Schlagwort vom „guten Nachbarn“ die wirtschaftliche, kulturelle und militäri-

sche Durchdringungspolitik der Vereinigten Staaten gegenüber ganz Lateinamerika fortgesetzt worden. Für seine Beziehungen zu den südamerikanischen Staaten, deren Methoden und Ziele die Berichterstattung der französischen Botschaft in der nordamerikanischen Bundeshauptstadt in allen Einzelheiten aufzeigt, bediente sich Roosevelt der panamerikanischen Phraseologie, die Botschafter de Saint Quentin als einen „panamerikanischen Nationalismus“ bezeichnet, der „stark das Gepräge eines Imperialismus trägt, der sich schlecht hinter unverdienten Komplimenten an die Schwesterrepubliken verbirgt“. Ende Dezember 1938 gab die panamerikanische Konferenz von Lima der nordamerikanischen Diplomatie Gelegenheit, die südamerikanischen Delegierten durch Erzählungen über die Gefahr angeblicher wirtschaftlicher und politischer Drohungen Deutschlands gegenüber dem lateinamerikanischen Kontinent zu bearbeiten und durch Staatssekretär Cordell Hull erklären zulassen, „daß die Vereinigten Staaten sich im Falle eines europäischen Konfliktes veranlaßt sehen könnten, nicht neutral zubleiben, sondern sich auf die Seite der liberalen Mächte zustellen“.

Seit dem Herbst 1938 wandte Roosevelt seine ganze Aufmerksamkeit der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen zu, sah er doch in einer Versteifung der polnischen Haltung das beste Mittel, um die gewünschte Explosion in Europa doch noch herbeiführen zu können. Wieder bearbeitete er die möglichen Gegner Deutschlands mit dem Versprechen amerikanischer Kriegsbeteiligung. Schon im

- 163 November 1938 erklärte Botschafter Bullitt, Roosevelts besonderer Vertrauensmann in Europa, dem polnischen Botschafter in Washington, zweifellos würden die Amerikaner am Kriege teilnehmen, allerdings erst nachdem Frankreich und England ihrerseits losgeschlagen hätten. Und während die Polen von Bullitt auch in den folgenden Monaten vor jeder Kompromißpolitik in der Danziger Frage gewarnt werden, läßt Roosevelt in London alle Minen springen, um England zur Abgabe der verhängnisvollen Garantieerklärung an die Warschauer Machthaber zu bewegen. Alle Wege werden ausgenutzt, um die Westmächte von der Kriegsbereitschaft Washingtons zu überzeugen. So bespricht Staatssekretär Hull die Möglichkeit eines Konfliktes in Westeuropa mit einem belgischen Sondergesandten, der zu wirtschaftlichen Verhandlungen nach Washington gekommen ist, und sagt ihm wörtlich: „Wir würden vielleicht drei Tage, drei Wochen oder drei Monate brauchen „but we would move“. Wie sehr die antideutsche Einkreisungspolitik Englands und Frankreichs dann tatsächlich auf amerikanisches Anraten und unter amerikanischem Druck erfolgt ist, bezeugt der französische Außenminister Bonnet, wenn er im Mai 1939 seinen Botschafter in Washington daran erinnert, daß Amerika „keine Gelegenheit versäumt, um den großen Demokratien eine Politik des Widerstandes und der Festigkeit zu empfehlen“, und wenn er gleichzeitig betont, daß das Einschwenken der europäischen Westmächte auf diese Linie „nur die volle Zustimmung der Regierung der Vereinigten Staaten finden kann, wie es übrigens Herr Bullitt in Paris und Herr Kennedy in London in freundschaftlicher Weise anerkannt haben“. Das Weiße Haus ist dieser Haltung auch Polen gegenüber bis zuletzt treu geblieben. Noch im Juli 1939, als Warschau bereits seine Provokationspolitik durch Drohungen gegen Danzig und Verfolgung der deutschen Volksgruppe auf die Spitze treibt, bescheinigt Sumner Welles dem polnischen Geschäftsträger in Washington „die großartige Haltung Polens“. Schließlich bemüht sich Washington sogar noch am Tage vor der englischen und französischen Kriegserklärung an Deutschland, ein mögliches Zögern der Franzosen zu überwinden und Zweifel, ob Amerika wirklich helfen werde, zu zerstreuen: Sumner Welles wird beauftragt, dem französischen Botschafter gegenüber in schärfster Form der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß es notwendig sein werde, „ein für allemal mit der Hysterie des Neutralitätsgesetzes Schluß zu machen“.

Als Roosevelt im September 1939 sein Ziel erreicht hat und der europäische Krieg wirklich ausgebrochen ist, müssen freilich die Gegner Deutschlands erkennen, daß der amerikanische Präsident erheblich mehr versprochen hat, als er halten kann. Von amerikanischer Kriegsbeteiligung ist vorläufig nicht mehr die Rede; ja selbst das Neutralitätsgesetz kann nur in wenigen— allerdings für die Westmächte

- 164 wesentlichen — Punkten abgeändert werden. Denn noch einmal hat die amerikanische Öffentlichkeit den Präsidenten zum Einhalten gezwungen; muß doch der französische Botschafter Anfang November 1939 seiner Regierung berichten, „daß der Prozentsatz der Befürworter einer bewaffneten Intervention der Vereinigten Staaten an der Seite Englands und Frankreichs in den beiden letzten Monaten auf weniger als 5% gesunken ist“. Diese eindeutige Bekundung des amerikanischen Volkswillens aber hindert den Autokraten im Weißen Haus nicht, auch weiter den Weg zum Kriegseintritt vorzubereiten. Wenige Wochen nach dem Kriegsbeginn bereits setzen die neutralitätswidrigen Maßnahmen ein, durch die die Vereinigten Staaten den Westmächten im Kampf gegen die U-Boot-Gefahr Hilfestellung

leisten. Wenn Roosevelt der nordamerikanischen Öffentlichkeit und auch den im September 1939 in Panama zusammengetretenen ibero-amerikanischen Staaten Vorsicht und Zurückhaltung vorspiegelt, wissen die englischen und französischen Staatsmänner sehr wohl, daß der Präsident sein eigenes Volk betrügt und die amerikanischen Gesetze bricht. Im Februar 1940 stellt der französische Ministerpräsident Daladier in einer Sitzung des obersten alliierten Kriegsrates ausdrücklich fest: „Roosevelt hat das Neutralitätsgesetz bereits verletzt, er ist bereit, es erneut zu tun“.

Vor allem aber gilt es, in diesen ersten Monaten des Krieges, als die Waffen in Westeuropa noch kaum zu sprechen begonnen haben, von vornherein jeden Gedanken an einen Verständigungsfrieden im Keime zu ersticken. *Dies ist, wie die Urkunden zeigen, einer der Hauptzwecke der Europa-Reise des Unterstaatssekretärs Sumner Welles im Winter 1940.* Noch vor der Abfahrt dieses amerikanischen Emissärs läßt Roosevelt dem französischen Botschafter in Washington die Mitteilung zukommen, daß er „sich niemals dazu hergeben würde, einen Kompromißfrieden mit den Diktatoren zu empfehlen“. Wenige Tage darauf bestätigt der Präsident diese Erklärung durch ein Handschreiben, das Sumner Welles dem französischen Ministerpräsidenten überreichen soll. Wenn Roosevelt in diesem Brief der Hoffnung Ausdruck gibt, daß schließlich ein Friede zustande kommen werde, der „weder unentschieden noch unsicher ist“, so ist dies eine völlig unmißverständliche Aufforderung zur Kriegsverlängerung, die der französischen Regierung in besonders feierlicher Weise übermittelt wird. Es liegt auf der gleichen Linie, wenn Roosevelt dann auch nach Beginn der deutschen West-Offensive alles tut, um Frankreich bis zuletzt zur Fortsetzung des bereits aussichtslos gewordenen Widerstandes anzuweisen. Frankreich ist an dem Glauben an Roosevelt zugrunde gegangen. Inzwischen ist Roosevelt die lang erstrebte globale Kriegsausweitung gelungen. Auch das amerikanische Volk wird die Kosten dieser Politik zu tragen haben.

165 Daß diese Politik das eigenste Werk des Herrn des Weißen Hauses ist, wird bereits heute immer deutlicher erkennbar. Die in dem Dokumentenband „Roosevelts Weg in den Krieg“ vereinigten Urkunden bezeugen diese Tatsache aufs neue in überzeugendster Weise. Somit ist diese Veröffentlichung ein besonders wesentlicher Beitrag zur Klärung der Entstehungsgeschichte dieses Krieges.

Roosevelt ist sich offenbar der Schwäche seiner Position hinsichtlich der Kriegsverantwortlichkeit bewußt; denn am 2. Juli wurde aus Washington gemeldet, das USA-Staatsdepartement bereite die Herausgabe eines Weißbuches zur Verteidigung der amerikanischen Außenpolitik vor, das eine Sammlung von diplomatischen Dokumenten enthalten werde, die die Beziehungen Amerikas zu dem Rest der Welt innerhalb des letzten Jahres behandeln und natürlich die angebliche Friedenspolitik Roosevelts beweisen sollen. Die Washingtoner Meldung schloß mit dem Satz: „Das Weißbuch will zeigen, daß die Grundlage der amerikanischen Außenpolitik die Wahrung internationaler Ordnung auf Grund eines in der ganzen Welt geltenden Gesetzes unter Berücksichtigung der Freiheit und legitimen Rechte aller Nationen war und ist.“ Man darf auf diese Dokumentensammlung wahrlich gespannt sein angesichts der durch einwandfreie Dokumente längst nachgewiesenen Politik Roosevelts, die darin bestand, in immer schnellerem Tempo hinter dem Krieg herzulaufen, bis er ihn schließlich eingeholt hatte.

Eine zweite Veröffentlichung der Archivkommission des deutschen Auswärtigen Amtes erschien Mitte August 1943 unter dem Titel: „Ein französischer Diplomat über die bolschewistische Gefahr“. Sie enthält 28 bisher nicht veröffentlichte Berichte des Botschafters der französischen Republik in Moskau, Jean Herbet, aus den Jahren 1927 bis 1931 über dessen Beobachtungen in der Sowjetunion. Die Berichte Herbets stammen aus den in Frankreich erbeuteten Akten des französischen Außenministeriums. — Jean Herbet, aus der bekannten Familie, die die außenpolitisch führende Tageszeitung Frankreichs, „Le Temps“, besaß, war ein Politiker, Journalist und Publizist mit klarem Blick und sicherem Urteil. Seine Berichte geben interessante Aufschlüsse über die Bolschewisierungstätigkeit Moskaus, über die sowjetischen Kriegsvorbereitungen und über die Vorbereitungen des Kremls auf außenpolitischem Gebiet zum Zwecke der Herbeiführung der Weltrevolution.

Zu einer Rede Stalins auf dem 5. Kongreß der Kommunistischen Partei bemerkt Herbet am 10. November 1927: Stalin will den Angriff. Seine Ausführungen weisen nur auf den Angriff hin, sie lassen den Willen erkennen, mit den sogenannten „bürgerlichen“ Staaten kein aufrichtiges noch dauerhaftes Abkommen

166 zu schließen. Wenn Stalin zu den fremden Regierungen friedliche Beziehungen pflegt, so ist die „Aufrechterhaltung“ dieser friedlichen Beziehungen für ihn lediglich ein Mittel, um eine europäische Revolution oder eine allgemeine Auflehnung der Kolonialvölker oder auch einen Krieg zwischen den sogenannten kapitalistischen Staaten heranreifen zu lassen“. — Über den Zweck des Abrüstungsvor-

schlages, den der Außenkommissar der Sowjetunion, Litwinow, im Frühjahr 1928 beim Völkerbund in Genf einbrachte, äußert sich Herbetts unter Hinweis auf ein Wort Stalins auf dem 10. Jahrestag der Roten Armee, wonach diese Armee „die Armee der Weltrevolution“ ist: „Die Rüstungen der UdSSR und ihr Abrüstungsentwurf sind nur zwei verschiedene Formen ein und desselben revolutionären Bemühens. Wenn die UdSSR ihre Armee verstärkt, so geschieht das, um, wie Herr Woroschilow sagte, den Arbeitern des Auslandes, die die Kommunistische Internationale gegen ihre Regierungen zu treiben hofft, „Mut zu geben“. Wenn die Sowjetregierung eine Abrüstungskonvention vorschlägt, so tut sie es, um in allen Ländern unter dem Verwände einer Friedenspropaganda und Friedensüberwachung ein System von Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Sowjets einzuführen, die von einem internationalen Sowjet geleitet werden. Diese Politik einer beschleunigten Weltrevolution betrachtet den Krieg als einrechtmäßiges und vielleicht unentbehrliches Werkzeug“. Am 1. Mai 1928 schreibt Herbetts: „Im Innern wird ihre (der Sowjets) Armee immer stärker und immer besser ausgerüstet. Gerade die heutige Truppenschau in Moskau vermittelte noch diesen Eindruck. Die Führer der Kommunistischen Partei können sich sagen, daß die geballte revolutionäre Kraft der Massen unter der Wirkung der täglichen und aufpeitschenden Artikel in der Presse zunimmt.“

Das enge Zusammenspiel zwischen der Sowjetregierung und der Komintern ist Herbetts vollkommen klar. Als Ziel dieser Propaganda bezeichnet Herbetts am 9. November 1928 die Absicht, „die UdSSR als von einer Invasion, die Arbeiterklasse als von der Versklavung bedroht hinzustellen“. „Das kommunistische Regime lebt in der Erwartung und Vorbereitung des Krieges“ . . . „Die UdSSR kann auch Bündnisse mit bürgerlichen Staaten abschließen“ ... In den Staaten, die auf Seiten der UdSSR kämpfen, werden die Kommunisten für den Krieg sein. Sie wird aber versuchen, die Führung des Krieges zu übernehmen und bei dieser Gelegenheit sogar die Regierungen zu stürzen, die mit der UdSSR verbündet sind“. Einen Monat später, am 7. Dezember 1929, schreibt er über die allgemeine Lage: „Die russischen Kommunisten sind überzeugt, daß in China eine soziale Umwälzung hervorsticht, aus der ein Sowjetregime hervorgehen wird. Sie erwarten Revolutionen in Britisch-Indien, in Niederländisch-Indien,

167 sogar in Lateinamerika, und arbeiten darauf hin. Zur Durchführung dieses Programms müssen sie die großen Seemächte schwächen. England und die Vereinigten Staaten sind somit für sie natürliche Feinde. Das ist noch nicht alles. Sie arbeiten sogar — wie eine kürzlich erschienene Broschüre beweist — auf eine türkische Revolution hin. Im Grunde genommen sind sie in ihren Beziehungen zu den ausländischen Regierungen nicht gegen eine, sondern gegen alle.“ Alle seine Feststellungen belegt Herbetts immer mit Reden, Schriften und Kundgebungen führender Sowjets. Herbetts wurde zu Beginn des Jahres 1931 aus Moskau abberufen, nachdem er sich schon vorher durch einen Zusammenstoß mit Litwinow die Ungnade der Kremlgewaltigen zugezogen hatte.

Schließlich ist in den ersten Julitagen ein Weißbuch des Berliner Auswärtigen Amtes über die Alleinschuld Englands am Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung erschienen. Die Lektüre des Weißbuches vermittelt dem Leser zwei Ketten von einander völlig widersprechenden Handlungen. Nämlich einmal das deutsche Bestreben zur Humanisierung des Krieges in der Luft, zum anderen das gegensätzliche britische Bestreben, den Bombenkrieg als Kriegsmittel beizubehalten und von jeder Beschränkung freizuhalten. Das Weißbuch enthält zunächst reiches Material über die Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz, wo die von der deutschen Delegation gemachten Vorschläge ja ein totales Verbot der Unterhaltung jeglicher Luftstreitkräfte forderten oder notfalls das Abwerfen von Kampfmitteln jeder Art aus der Luft ohne jede Einschränkung untersagt wissen wollten. Das Weißbuch bringt dann dokumentarisches Material zu den britisch-französischen Generalstabsverhandlungen, das beweist, daß schon Anfang März 1938, eineinhalb Jahre vor Kriegsausbruch, die Engländer und Franzosen begonnen haben, Ziele für den Bombenkrieg in Deutschland auszusuchen. Weiter bringt das Weißbuch die dokumentarischen Belege für die humane deutsche Luftkriegführung im ersten Kriegsjahr und die Tatsachen des englischen Bombenkrieges. Das deutsche Weißbuch schließt wie folgt: „Die deutschen Bestrebungen scheiterten an dem bei unseren Gegnern vorhandenen Willen zur Anwendung des Lufterrors als eines bis in seine letzten Einzelheiten durchdachten Planes zur Vernichtung Europas. Die Engländer wollten, wie es in der Niederschrift des britischen Generalstabs heißt, „von vornherein die Handschuhe ausziehen“. Damit ist aber die Schuldfrage im Bombenkrieg eindeutig geklärt. Die zerstörten Städte des europäischen Kontinents, die Tausende durch britische und nordamerikanische Bomben ermordeten Frauen und Kinder sind eine flammende Anklage gegen die beiden Hauptkriegsschuldigen,

168 Churchill und Roosevelt. Das Urteil der Weltgeschichte hat sie bereits gerichtet. Die amtliche deutsche Verlautbarung vom 29. Mai 1943 schließt mit den in diesem Zusammenhang bedeutsamen Worten: „Für die Verbrechen, die sie an Europa begangen haben und weiterhin begehen, werden sie büßen müssen, wenn die Stunde der Abrechnung gekommen ist. Auge um Auge, Zahn um Zahn wird ihnen vergolten werden. Und vor dieser gerechten Strafe wird sie kein noch so frecher Versuch der Ablehnung ihrer Verantwortung zu retten vermögen.“

Dazu sei nur noch eine Meldung aus New York vom 25. Juli zitiert, der zufolge der britische Informationsminister Brenden Bracken erklärt habe, daß Roosevelt, Churchill und Mackenzie King in Quebeck zur Zeit die letzte Hand an die Pläne legten, „um das deutsche Volk zu bombardieren, zu verbrennen und auf alle mögliche Art und Weise rücksichtslos zu vernichten“.

Die Verantwortlichkeit des Kriegsverbrechens des Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung ist also für Vergangenheit und Gegenwart vollkommen klargestellt!

Diese Verantwortlichkeit Englands besteht nicht nur gegenüber Deutschland und seinen Verbündeten, sondern tatsächlich gegenüber ganz Europa. Denn der englisch-amerikanische Terror-Luftkrieg richtet sich gegen den ganzen Kontinent, und zeitweilig bekommen davon selbst neutrale Staaten, wie die Schweiz und Schweden, Proben. Sehr stark wurden bisher die besetzten Westgebiete, Holland, Belgien und Frankreich, betroffen. Länder also, die durch die englische Politik in den Krieg getrieben worden sind, die an der Seite Englands gekämpft haben und von ihm schmachvoll verlassen wurden. Die Bevölkerung dieser Staaten wird nun von der englischen Propaganda unaufhörlich aufgefordert, sich gegen die deutsche Besatzungsmacht zu erheben, Terror- und Sabotageakte zu begehen, d. h. sich erneut für England zu opfern. Diese Propaganda, die aus der Luft durch Abwurf von Waffen und Spionen unterstützt wird, hat sich seit der Invasion der Engländer und Amerikaner in Nordafrika erheblich verstärkt. Ihr Ziel ist es, den ruhigen Fortgang von Leben, Verkehr und Produktion möglichst zu stören, jede Art von Unzufriedenheit zu steigern oder zu wecken, die Jugend unter der Ausnutzung ihres Nationalgefühls für die englischen Ziele einzuspannen, den Einsatz französischer Arbeitskräfte in Deutschland zu behindern oder unmöglich zu machen, die auf Grund des Waffenstillstandes der Besatzungsmacht zustehenden Lieferungen zu unterbinden, durch Sabotage an den Verkehrsmitteln die Versorgung der Truppen und der Bevölkerung zu stören, durch systematische Attentate auf die Anhänger der Kollaborationspolitik diese einzuschüchtern und zur Aufgabe ihrer positiven Haltung gegenüber Deutschland zu bringen, durch heimliche Organisation von Widerstandszentren und durch die

169 Aufstellung geheimer bewaffneter Verbände für den Fall einer Invasion den deutschen Truppen in ihrem Rücken Schwierigkeiten zu machen und schließlich ganz Frankreich so weit zu bringen, daß es, wenn Engländer und Amerikaner sich zu einem Großangriff auf Frankreich entschließen, sich gegen die deutschen Truppen erhebt.

Bei diesen Bemühungen spielt England die kommunistische und gaullistische Karte gleichzeitig. Immer wieder zeigt sich, wenn die Täter von Sabotage- und Attentatsakten gefaßt werden, daß es in der Mehrzahl Kommunisten sind, die mit Waffen englischen Ursprungs ausgerüstet sind. Die verbrecherischen Methoden des Intelligence Service sind schwerlich jemals in solchem Umfang und in so weiten Gebieten zur Anwendung gebracht worden wie im gegenwärtigen Kriege.

Führende französische Publizisten machen immer wieder darauf aufmerksam, daß der Leidtragende hierbei nicht in erster Linie die deutsche Besatzungsmacht, sondern das französische Volk selbst ist. Denn alle Sabotage an Verkehrseinrichtungen, gegen Lebensmittelvorräte oder Industriewerke trifft französisches Volksvermögen, und die Täter, die in den meisten Fällen ermittelt werden, bezahlen ihr Verbrechen mit französischem Leben. Es liegt außerdem auf der Hand, daß eine Invasion Frankreichs überall da, wo sich Kämpfe auf französischem Gebiet entwickeln würden, unabsehbare Zerstörungen an französischem Besitz zur Folge haben müßte. Auch dies wird von vernünftigen Franzosen durchaus ein gesehen, aber lange nicht von allen Franzosen wird die Vernunft als Ratgeber in Anspruch genommen. Selbst die englisch-amerikanischen Bombenangriffe haben bei denen, die nicht unmittelbar davon betroffen werden, vielfach nicht die Wirkung, die man erwarten sollte, nämlich Haßgefühle gegen diejenigen zu erwecken, die diese Angriffe befehlen und durchführen. Allerdings hat es den Anschein, als ob die schweren Angriffe, die auf die Zentren einiger französischer Städte neuerdings stattgefunden haben, doch allmählich die Abneigung und den Haß der Franzosen gegen England verstärkt haben.

Diejenigen Franzosen, die entweder schon vom deutsch-französischen Waffenstillstand an oder seitdem sie sich auf die englisch-amerikanische Seite geschlagen haben und unter Verrat ihrer eigenen

Regierung gegen Europa kämpfen, de Gaulle, Giraud und ihre Anhänger, das ganze sogenannte Befreiungskomitee, das in Algier seinen Sitz hat, — sie werden von England und den USA keineswegs so behandelt, wie sie sich das wohl selbst vorgestellt hatten. Freilich haben es die unaufhörlichen Streitigkeiten, die zwischen de Gaulle und Giraud und ihren Anhängern immer wieder vorgekommen sind, der Kampf um Macht und Einfluß und die Parteikämpfe, die sich unter den Anhängern des Komitees in Algier entwickelten, den

170 Engländern und Amerikanern leicht gemacht, diese französischen Gruppen für ihre eigenen politischen und militärischen Zwecke auszunutzen.

Die Politik Londons und Washingtons gegenüber dem Algier-Komitee ist in mehrfachem Sinne zwiespältig, einmal insofern, als London lange Zeit de Gaulle unterstützte, der ja Jahre hindurch in London saß, während die Amerikaner sich auf Giraud stützten; einmal um Nordafrika und die französische Dissidenz nicht unter alleinigen englischen Einfluß kommen zulassen, zum anderen, weil England und Amerika zwar der französischen Dissidenz möglichsten Auftrieb geben wollten, um ihre eigenen Kriegszwecke zu fördern, der Dissidenz jedoch keine zu starke militärische oder politische Stellung zubilligen wollten, um nicht gezwungen zu sein, sie als gleichberechtigten Partner und Verbündeten behandeln zu müssen. Bei aller Rivalität zwischen London und Washington um den entscheidenden Einfluß auf die französische Dissidenz waren sich aber England und die Vereinigten Staaten darüber einig, die Dissidenz militärisch und politisch nicht zu stark werden zu lassen, offenbar, weil man Frankreich für den Fall des eigenen Siegesmöglichst wenig Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung des Nachkriegs-Europas zubilligen wollte, und erst recht, weil man bei der Verteilung des Kolonialbesitzes auch zuungunsten Frankreichs ganz freie Hand behalten will. Kein Kenner der englischen Geschichte kann sich Illusionen darüber machen, daß England etwa beabsichtige, das französische Kolonialreich wieder herzustellen. Der USA-Imperialismus und seine Stützpunktpolitik in aller Welt werden ebensowenig vor französischem Besitz haltmachen.

Nachdem England lange de Gaulle und die Vereinigten Staaten Giraud gestützt hatten und jeder von beiden die eine der angelsächsischen Mächte soviel er konnte gegen die andere ausgespielt hatte, wurde jedenfalls von London und Washington den beiden streitenden Generalen und ihren Anhängern wiederholt geraten, sich doch endlich zu verständigen, da ihre Streitigkeiten die Kriegsanstrengungen der Alliierten beeinträchtigten. Am 1. August verkündete das Komitee in Algier, daß diese Einigung erfolgt und eine Abgrenzung der Befugnisse von de Gaulle und Giraud stattgefunden habe. Giraud wurde zum Oberbefehlshaber ernannt und mit der Ausübung des Oberkommandos über sämtliche französischen Streitkräfte beauftragt, während der Vorsitz des Befreiungskomitees de Gaulle und Giraud gleichzeitig zufallen sollte. In der Folge zeigte sich, daß de Gaulle, der offenbar mehr politisches Geschick als Giraud und so gerissene Taktiker wie den früheren Botschafter Massigli zur Seite hat, immer mehr die Führung innerhalb des Komitees an sich brachte.

Hieraus hat jedoch de Gaulle nicht den Nutzen ziehen können, den er wohl erwarte; und zwar aus
171 Gründen, die sich aus grundlegenden Fragen des englisch-amerikanischen Verhältnisses ergaben. Gegen Mitte August wurde eine Veröffentlichung in der „Washington Post“ bekannt, die indirekt aus dem Weißen Haus stammen sollte, und in der sehr konkrete Angaben über eine Änderung der englischen Politik gegenüber de Gaulle gemacht wurden. England habe de Gaulle nach dem Fall Frankreichs mit allen Mitteln unterstützt. Seit einiger Zeit habe sich die Haltung der britischen Regierung de Gaulle gegenüber aber geändert, da de Gaulle immer wieder versucht habe, England gegen die Vereinigten Staaten auszuspielen. Es sei aber absolut notwendig, die britisch-amerikanischen Beziehungen nicht durch Meinungsverschiedenheiten unter den französischen Emigranten stören zu lassen.

Nachdem das Komitee in Algier monatelang sich darum bemüht hatte, von England und den Vereinigten Staaten als französische Regierung anerkannt zu werden, ist am 26. August eine solche Anerkennung — freilich nur eine sehr teilweise und begrenzte — ausgesprochen worden. Sie wurde offensichtlich zwischen Churchill und Roosevelt auf der Konferenz von Quebeck oder in den im Anschluß an die geführten Verhandlungen beschlossen. Gleichzeitig hat auch Moskau das Algier-Komitee anerkannt.

Man hätte nun erwarten sollen, daß London, Washington und Moskau das Komitee in einer gemeinsamen Erklärung und in gleicher Weise anerkennen würden. Dies geschah jedoch nicht, sondern jede der drei Regierungen gab über die Anerkennung eine eigene Erklärung heraus, und alle drei sind sogar wesentlich voneinander verschieden, was den Kern der Sache, nämlich den Grad und Umfang der Anerkennung, angeht! Am weitesten geht die Anerkennung von selten Moskaus, die besagt, „daß die Regierung der Sowjetunion beschlossen habe, das Komitee als Vertreter der Staatsinteressen der fran-

zösischen Republik anzuerkennen“. In Roosevelts Erklärung hieß es, diese Erklärung bedeute nicht eine Anerkennung einer Regierung Frankreichs oder des französischen Imperiums durch die USA-Regierung, sondern die Anerkennung des französischen Komitees innerhalb der spezifischen, durch den Krieg bedingten Grenzen. Die Anerkennung der englischen Regierung war mit Vorbehalten und Verkläuterungen reichlich versehen und zeigte das deutliche Bestreben der englischen Politik, die Aktionsfähigkeit des Komitees jederzeit so weit zu beschränken als es den englischen Interessen dienlich sein könnte. Es ist also de Gaulle und Giraud nicht gelungen, ihr Komitee als eine verbündete Regierung zu konstituieren und damit für die Dissidenz die Stellung eines gleichberechtigten Partners zu gewinnen. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die politischen Zukunftspläne Englands und der Vereinigten

172 Staaten, falls sie in die Lage kämen, diese auf Grund einer siegreichen Beendigung des Krieges in die Tat umzusetzen. Unvoreingenommene französische politische Beobachter haben dies wohl erkannt und daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß der Krieg der Anglo-Amerikaner sich, wie dies deutscherseits längst erkannt und ausgesprochen ist, **gegen den europäischen Kontinent als Ganzes richtet.**

De Gaulle hat aus der ganzen Entwicklung ebenfalls eine bemerkenswerte Schlußfolgerung gezogen. Nachdem ihm durch die Änderung in der Haltung der britischen Regierung, wie es in dem erwähnten Churchill-Dokument dargestellt ist, das Ausspielen von London und Washington gegeneinander unmöglich geworden war und er sich einer englisch-amerikanischen Einheit gegenüber sah, steuerte er einen ausgesprochenen Linkskurs und stützte sich immer stärker auf die kommunistischen Elemente in Nordafrika, wohin eine größere Anzahl der bekanntesten früheren kommunistischen Abgeordneten geflohen war. So erklärt sich auch die Tatsache, daß Moskau in der Anerkennung des Algier-Komitees am weitesten gegangen ist. Stalin sieht in de Gaulle eines der Elemente, um seinen Einfluß im Mittelmeerraum und in Westeuropa zu stärken. Der französische General de Gaulle, früher eine erklärter Gegner des Kommunismus und Bannerträger des französischen traditionellen antideutschen und proenglischen Nationalismus, sucht gegen den vordringenden englisch-amerikanischen Imperialismus Halt am Bolschewismus! Die Abneigung gegen Deutschland und die Negation seines natürlichen Führungsanspruchs in Europa treiben den französischen Nationalisten de Gaulle nachdem Waffenstillstand zunächst nach London, er muß die Gefahr des anglo-amerikanischen Imperialismus für die Zukunft seines Landes und dessen Kolonialreich selbst für den Fall eines Sieges feststellen und sieht keinen anderen Ausweg mehr als die Hilfe des Bolschewismus, dessen weltrevolutionäre Pläne die französische Nation und ihre ganze kulturelle Existenz tödlich bedroht — — —.

Erscheint es unter solchen Perspektiven nicht als der Gipfelpunkt politischer Sinnlosigkeit, wenn das sogenannte Befreiungskomitee in Algier die mit äußerster Skrupellosigkeit, d. h. durch Hungerblockade erzwungene Übergabe des Vichytreaun Befehlshabers auf der französischen Antillen-Insel Martinique unterstützte und den Fall Martiniques Anfang Juli wie einen Sieg feierte? Wer kann sich angesichts der Stützpunktpolitik, die Roosevelt gegenüber den englischen Besitzungen in der westlichen Hemisphäre während dieses Krieges unter Ausnutzung der englischen Notlage mit so großem Erfolg durchgeführt hat, auch nur dem leisesten Zweifel darüber hingeben, was die USA hinsichtlich der Besitzungen Frankreichs im Karibischen Meer letzten Endes im Schilde führen? Mit dem Übergang Martiniques zur Dissidenz ist

173 nun, abgesehen von Indo-China, das gesamte französische Kolonialreich in der Hand Englands und der USA. Ob bzw. in welchem Umfang dies das Ende des französischen Kolonial-Imperialismus herbeiführen wird, kann nur die Zukunft lehren.

Nachdem Engländer und Amerikaner ganz Nordafrika mit Ausnahme von Spanisch-Marokko und der Tanger-Zone besetzt haben und die italienischen Inseln im Kanal von Sizilien sowie Sizilien selbst in ihrer Hand sind, hat sich die strategische Lage im Mittelmeer sehr erheblich geändert. Der Sturz des Duce und der Verrat Badoglios haben eine weitere Änderung gebracht. Die Kampflinie ist jetzt unmittelbar an die Südküste Europas herangerückt. Italien wird aller Voraussicht nach zum Schlachtfeld werden, und die ganze Inselstellung von Sizilien über Sardinien nach Korsika wird für die Verteidigung Italiens voraussichtlich ausfallen. Der Krieg im Mittelmeer, der solange für die Achsenmächte ein Krieg über See gewesen ist, bei dem die große Überlegenheit des Feindes zur See entscheidend zu dessen Gunsten wirkte, wird nunmehr zum reinen Landkrieg, bei dem die Verteidiger Europas über sichere Landverbindungen verfügen. Andererseits ist die gegnerische Luftwaffe näher an Europa herangerückt.

Für die beiden neutralen Staaten, die am westlichen und am östlichen Ende des Mittelmeeres liegen, für Spanien und die Türkei, hat sich eine bedeutsame Änderung ihrer militärisch-politischen Lage ergeben. In Spanien mußte man befürchten, daß die Engländer und Amerikaner, wenn es ihnen nicht gelang, gegen die italienische oder gegen die Balkan-Halbinsel militärisch zum Zuge zu kommen, versuchen würden, auf der Iberischen Halbinsel Fuß zu fassen, um von dort aus den Angriff auf die Festung Europa einzuleiten. Diese Gefahr für die Iberische Halbinsel scheint vorläufig vorüber zu sein, mindestens so lange, als unsere Feinde sich der Hoffnung hingeben, über Italien ihren Angriff gegen Europa mit Erfolg durchführen zu können. Spanien gewinnt dadurch wertvolle Zeit, seine Wehrmacht auszubauen, ihre Bewaffnung zu verbessern und die Küstenverteidigung zu verstärken. Kein Zweifel, daß Spanien, das die Gefahr erkannt hat, auch bemüht ist, die Zeit zu nutzen.

Die neutrale Macht am östlichen Ende des Mittelmeeres, die Türkei, wird durch die Entwicklung im Mittelmeer ebenfalls berührt. Auch für sie gilt, daß unsere Feinde, wenn sie mit dem Angriff gegen Italien beschäftigt sind, den Gedanken eines Angriffs gegen Europa über die Türkei, der in ihren Erwägungen sicher lange eine bedeutende Rolle gespielt hat, zurückstellen werden, die Türkei also in absehbarer Zeit nicht in die Lage kommen dürfte, zu einer derartigen Forderung Englands und der USA Stellung nehmen

174 zu müssen. Andererseits hat sich in der politischen Lage der Türkei durch den Zusammenbruch der italienischen Machtstellung im Mittelmeer und auf dem Balkan eine bemerkenswerte Änderung vollzogen. Man erinnert sich, welchen Einfluß auf die Haltung der Türkei die Besetzung Albaniens durch Italien gehabt hat. Italiens Vordringen auf dem Balkan, die Tatsache, daß es nach dem Weltkrieg den Dodekanes besetzt hat und daß in dem ursprünglich für die Türkei nach dem Weltkrieg vorbereiteten Friedensdiktat, das nachher durch den Vertrag von Lausanne ersetzt wurde, auch Teile Anatoliens für Italien bestimmt waren, haben die Türkei zu einem Bündnis mit England gebracht, dem es bis dahin eher feindlich gegenüberstand. Vor der Wahl zwischen einem Italien, das den Balkan beherrschte und das Mittelmeer zum mare nostrum zu machen drohte, und der Seeherrschaft Englands im Mittelmeer entschied sich die Türkei für die zweite Eventualität; letzten Endes wohl deshalb, weil es von England keine weiteren territorialen Aspirationen im Vorderen Orient befürchten zu müssen glaubte. Soweit die türkischen Befürchtungen begründet gewesen sind, mag dahingestellt bleiben. Der Zusammenbruch der italienischen Machtstellung in Nordafrika, im Mittelmeer und auf dem Balkan entzieht allen türkischen Befürchtungen, soweit sie sich auf italienische Expansion bezogen, die Grundlage. Das Vordringen Englands im Iran, im Irak und in Syrien hat andererseits den englischen Imperialismus so verstärkt und den politisch-militärischen Sicherheitsgürtel, der die Türkei vor der englischen Machtsphäre bisher einigermaßen isolierte, so völlig beseitigt, daß die Türkei ihre Sicherheit von dieser Seite gefährdet sehen muß, — es sei denn, daß sie im Heranrücken der englischen Machtsphäre einen Rückhalt gegen die Sowjetunion zu sehen sich veranlaßt fühlt. Soviel scheint jedoch sicher, daß die englisch-amerikanische Propaganda einer angeblichen Gefährdung der Türkei durch die Achsenmächte gegenstandslos geworden ist und der Neutralitätswille der Türkei eine verstärkte innere Festigkeit gewinnen muß.

Einer der außenpolitisch geschultesten türkischen Journalisten, Sadak, hat in der Zeitung „Akscham“ am 31. Juli ausgeführt, die italienischen Ereignisse seien eine Phase des Krieges, die wert sei, daß die Türkei die Bilanz ihrer Neutralitätspolitik von vier Jahren ziehe. Das faschistische Italien habe eine neue dynamische Kraft entwickelt und die türkische Regierung gezwungen, in erster Linie eine Sicherheitspolitik zu betreiben, weil Italien das Mittelmeer mare nostrum nannte und auf dem Balkan Fuß faßte. Sadak äußert, er könne seine Freude über das Ende der imperialistischen italienischen Politik nicht verbergen, die für die Türkei eine dauernde Gefahr im Mittelmeer bedeutet habe. Er lobt dann die türkische Außenpolitik der letzten Jahre und sagt, die Türkei habe nur das eine Ziel, nämlich die

175 Schaffung eines dauerhaften Friedens, der die Rechte aller Länder achte, ohne zwischen großen und kleinen Nationen zu unterscheiden. Die Ereignisse könnten die Türkei nicht hindern, auch weiterhin mit Aufmerksamkeit der Politik der Neutralität zu folgen und, gestützt auf ihre nationale Kraft, ohne Furcht ihre Pflicht in dieser Beziehung zu erfüllen.

Der Neutralitätswille der Türkei war freilich schon vor den italienischen Ereignissen immer wieder klar zum Ausdruck gebracht worden. Zuletzt ist dies in einer Rede geschehen, die der türkische Ministerpräsident Saradschoglu am 15. Juni zum Abschluß des Kongresses der türkischen Volkspartei gehalten hat. Dieser Kongreß tagt alle vier Jahre und legt die Richtlinien der türkischen Politik jeweils neu fest. Auf der Abschlußsitzung führte Saradschoglu zur Außenpolitik folgendes aus: „Wir stehen

seit vier Jahren einem bitteren Kriege gegenüber, der die Welt umtobt. In diesen vier Jahren haben wir verschiedentlich der Kriegsgefahr ins Auge gesehen, aber die Gradlinigkeit unserer Politik, die mit Atatürk begann, die Einigkeit unter den Menschen dieses Landes und ihre Opferwilligkeit kannten keine Grenzen, so daß wir vollständig von dieser Gefahr gerettet sind.“ Auf die Beziehungen der Türkei zu den fremden Mächten eingehend, sagte der Ministerpräsident, die Sowjetunion habe der Türkei während ihres Unabhängigkeitskrieges die Hand gereicht, während umgekehrt auch die Türkei der Sowjetunion beigestanden habe. Diese gegenseitige Verknüpfung habe die beiden Länder zueinander gebracht und ihre Beziehungen nach und nach durch langfristige Verträge auf eine solide Basis gestellt. Beide Parteien zeigten heute Treue zu den getroffenen Abmachungen und schützten die Rechtmäßigkeit dieser Verträge. Das Bündnis mit England beschränke sich nicht auf festgelegte und befristete Jahre, sondern gelte für eine lange Zeitdauer und erstrecke sich auf weitreichende Gebiete. „Die herzlichen Unterredungen, die wir mit Eden hatten und später mit Churchill“, sagte Saradschoglu, „lassen das klar erkennen. Sie haben die Staatsmänner beider Länder miteinander vereint auf der Grundlage gleicher Gesichtspunkte. Deutschland reichte uns die Hand, als es zum Balkan herunterkam, und wir haben mit ihm einen Freundschaftsbund und Nichtangriffspakt unterzeichnet. Die Ereignisse haben gezeigt, daß dieser Pakt den wahren Interessen der beiden Parteien entspricht und auch weiterhin dazu angetan ist, sich gedeihlich für die beiden Partner auszuwirken. Aus allem ist zu erkennen, daß unsere Außenpolitik, die auf einem einigen Volk und einer starken Armee beruht, uns bis jetzt vor der Gefahr des Krieges bewahrt hat.“

176 Die „Times“ schrieben am 5. Juli über die türkische Politik, trotz aller Bemühungen der britischen Regierung, den nationalen Kurs der Türkei zugunsten einer alliiertenfreundlichen Politik zu beeinflussen, hätte diese einen Mißerfolg zu verzeichnen. Die türkische Regierung behandle die Kriegführenden „geradezu skrupellos national“ und halte an ihrer Politik der Freundschaft auch mit Deutschland fest, wie sie in dem deutsch-türkischen Freundschaftspakt festgelegt sei. Am 18. Juni konnte der dritte Jahrestag des Abschlusses dieses Paktes begangen werden, der sich drei Jahre lang als ein für beide Beteiligten und für den Frieden im Vorderen Orient nützliches Instrument erwiesen hat.

Im Fernen Osten haben sich in den Monaten Juli und August keine militärischen oder politischen Ereignisse vollzogen, die als eine wesentliche Änderung der Lage angesprochen werden könnten. In den äußersten Vorpostenstellungen des japanischen Machtbereichs, den Aleuten im Norden und den nordöstlich von Australien gelegenen Inselgruppen im Süden, haben die Japaner einige Stellungen geräumt. Die Insel Kiska, die letzte Aleuten-Insel, die die Japaner noch hielten, wurde in der zweiten Hälfte Juli ohne Störung durch den Feind geräumt. In den Südgebieten hat es an verschiedenen Stellen heftige Kämpfe, besonders zur See und in der Luft, gegeben, bei denen die angreifenden australischen und amerikanischen Einheiten geringe Raumgewinne mit sehr schweren Verlusten haben erkaufen müssen. Solche Erfahrungen haben die realistische Betrachtungsweise der Stärke Japans, die in Washington und in London schon seit längerer Zeit im Wachsen begriffen ist, verstärkt. So äußerte der Chef des USA-Luftfahrtbüros, Konteradmiral Dewitt Clinton Ramsay, am 20. August: „Ich glaube, daß wir Japans Produktionsfähigkeit im Flugzeugbau unterschätzt haben. Es scheint mit überraschender Leichtigkeit seine Verluste zu überwinden.“

Bekanntlich soll nach den Deklamationen Roosevelts und Churchills der künftige Weltfriede, wenn erst unsere Feinde gesiegt hätten, auf einer engen Zusammenarbeit zwischen den USA, England, der Sowjetunion und Tschungking-China aufgebaut werden. Der englische Außenminister Eden hat in einer Versammlung anlässlich des Jahrestages des Ausbruchs des chinesisch-japanischen Krieges mit echt englischer Selbstgerechtigkeitsphraseologie ausgeführt: „In unserem Herzen sind wir unerschütterlich und unerbittlich entschlossen, Japan ein für allemal zu lehren, daß die gemeinsame Wohlfahrt nicht durch Grausamkeit und Unterdrückung zu erzielen sei, und daß, wer das Schwert ziehe, durch das Schwert umkommen werde. Gegenüber unseren Verbündeten und insbesondere gegenüber unserem chinesischen Bundesgenossen haben wir die Pflicht, die japanische Gefahr im Fernen Osten zu bannen, unseren Beitrag zur Schaffung einer besseren Ordnung zu leisten, in der alle Rechtschaffenen in Frieden leben können . . .

177 Genau so, wie wir im Westen auf Kollektivverträge hinzielen, um eine geordnete Entwicklung des zivilisierten Lebens zu sichern, werden wir im Osten ein Kollektivsystem der Sicherheit schaffen müssen.“

Dieser Versuch Edens mit der alten Genfer Völkerbundsterminologie, die Eden in den Anfängen seiner Karriere in Genf vor zehn und mehr Jahren gelernt hat, die englische Machtpolitik im

Fernen Osten plausibel zu machen, erfährt eine treffliche Beleuchtung durch einen Artikel in der Zeitung „Readers Digest“ von Ende August, in dem es heißt: „Tschungking-China ist keine Nation in unserem Sinne. Es hat den Krieg niemals gewonnen und wird es auch künftig nicht tun. Tschungking-China hat keine Armee im heutigen Sinne. Daher reichen Lieferungen allein nicht aus. Für viele Tschungking-Heerführer ist Krieg noch heute ein Mittel, sich persönlich zu bereichern. Die chinesische Kriegslage wird noch auf Jahre hinaus schlecht sein, da Japan alle strategisch und wirtschaftlich bedeutsamen Punkte besetzt hält. Die Japaner führen eine aktive Verteidigung durch und benutzen China gleichzeitig als Ausbildungsgelände für ihre Truppen. Überdies kann man Heeresberichten Tschungkings nicht glauben. Oft wird darin von Schlachten berichtet, die überhaupt nicht stattfanden. Ein großer Teil des tschungking-chinesischen Heeres besteht aus Guerilla-Soldaten, die nur eine sehr lockere Verbindung mit Tschungking aufweisen.“ Ebensowenig könne, so heißt es indem Artikel weiter, Japan besiegt werden, indem man eine große Luftmacht in Tschungking-China aufbaue und von hieraus Tokio angreife, wie so viele Amerikaner glaubten. Die Chinesen könnten ihren Gegner nicht daran hindern, gefährliche Luftstützpunkte sofort zu besetzen. Bevor also China Luftstützpunkt der USA werden könne, müsse nicht nur die Burma-Straße zurückgewonnen, sondern zahlreiche andere Wege nach China müßten gefunden werden, vor allem Häfen an der Ostküste. Alle diese Plätze seien jedoch in japanischer Hand. Der Weg nach Tokio über China ist nach allem nicht der einfachste. Japan ist eine große Land- als auch Seemacht. Es ist mehr als gefährlich, wenn die Amerikaner glaubten, die Chinesen könnten eine entscheidende Rolle im Endsieg gegen Japan spielen. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß die Hauptlast des Pazifik-Krieges durch uns allein getragen werden muß.

Auf ein solches Land, wie „Readers Digest“ es realistisch beschreibt, will der englische Außenminister ein Kollektivsystem der Sicherheit auf bauen! Worum es sich im Kampf gegen Japan wirklich handelt, sagte der frühere japanische Botschafter in Washington, Kurusu, anläßlich des japanischen Unabhängigkeitstages am 4. Juli: Aller Wahrscheinlichkeit nach feierte die Mehrzahl der Amerikaner diesen Tag, ohne sich darüber im klaren zu sein, daß sie an einem verlustreichen, brutalen Krieg teilnehmen, um einer Milliarde Menschen in Ostasien die Vorrechte der Freiheit zu verweigern. Kurusu fuhr fort: „Es ist in der Tat ein einzigartiger Anblick, zu sehen, wie die Vereinigten Staaten sich jetzt mit Gewalt der Befreiung der asiatischen Völker widersetzen, nachdem sie früher als Kämpfer für die Freiheit auftraten. Er fügte hinzu, er sei der Überzeugung, daß der Prozeß der Befreiung Asiens ohne Rücksicht auf die heuchlerische Haltung der Vereinigten Staaten fortschreiten würde, und versicherte, daß er fortgesetzt würde bis zu dem Tag, an dem nicht nur Japan, sondern alle Völker in Ostasien für alle Zeiten jedes Jahr, wie die Amerikaner es heute tun, die Unabhängigkeit Großostasiens feiern werden. Wir kämpfen diesen Krieg mit der vollen Zuversicht auf den Sieg.“

In der Organisation Groß-Ostasiens, der Entwicklung der eigenen und der Hilfsquellen der riesigen Räume, die Japan gewonnen hat, sowie in deren politischer und militärischer Vorbereitung zum Kampfeinsatz schreitet Japan mit stetiger Energie vorwärts. Der totale Kriegseinsatz der eigenen Volkswirtschaft wird in Japan auf allen Gebieten durchgeführt. Der Präsident des Planungsamtes, Generalleutnant Suzuki, berichtete vor dem Zentralrat der „Bewegung zur Unterstützung des Kaiserthrones“ am 25. Juli, daß die Ergebnisse der Produktionssteigerung der Industrie im ersten Halbjahr 1943 überaus günstig seien. Dennoch könne es niemals „genug“ geben. Ein besonders wichtiges Erfordernis im Sinne der kürzlichen Gesetze sei es, alle Unternehmungen und Einrichtungen, die noch nicht für den totalen Krieg eingesetzt sind, schnell und reibungslos zu mobilisieren. Die bisherigen Reorganisationen der Industrie hätten sozusagen einen negativen Charakter gehabt, indem die Unternehmer selbst versucht hätten, auf Grund der kriegsbedingten Veränderungen der Gesamtwirtschaft ihre Betriebe umzustellen. Die neuen von seiten der Regierung geplanten Änderungen würden nunmehr durchaus positiv sein. Alle noch nicht umgestellten Betriebe würden auf dem schnellsten Wege für die Notwendigkeit des Krieges eingesetzt werden.

Mitte Juli wurde aus Tokio gemeldet, daß die bisher bestehenden vierzig großen Schiffsfahrtsunternehmungen zusammengelegt würden, um ihre Leistungsfähigkeit zu steigern und den Einsatz noch mehr den Kriegsbedürfnissen anzupassen.

Ministerpräsident Tojo hat im Juli und August eine Besichtigungsreise durch die von Japan im Verlauf des Krieges besetzten südlichen Gebiete, d. h. die Philippinen, Niederländisch-Indien und Malaya, durchgeführt, offensichtlich, um die zivile verwaltungsmäßige Durchorganisation der Gebiete zu fördern. Überall sind die Japaner bemüht, diese Länder von der militärischen Besetzung auf zivile Verwaltung

179 umzustellen und dort, wo dies bereits möglich ist, eigene Regierungen einzusetzen. So wurde am 1. August die japanische Militärverwaltung in Burma aufgehoben und eine burmesische nationale Regierung unter Dr. Ba Maw gebildet. Gleichzeitig wurde ein japanisch-burmesischer Bündnisvertrag unterzeichnet. Burma werde, so wurde bekanntgegeben, die allgemeine Wehrpflicht einführen. Vorläufig beschränke man sich auf die Einziehung und Ausbildung von Freiwilligen. Selbstverständlich würden die burmesischen Streitkräfte aufs engste mit den japanischen Truppen zusammenarbeiten.

Hinsichtlich Indiens ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Subhas Chandra Bose, der sich bis vor einigen Monaten in Deutschland aufgehalten hat, sich dann nach dem Fernen Osten begab, um den Befreiungskampf Indiens mit Hilfe der Millionen Inder, die außerhalb Indiens leben, und mit Unterstützung Japans aufzunehmen, kündigte Anfang Juli die Bildung einer provisorischen Regierung des freien Indiens an. Als ihre Aufgabe bezeichnete er, das ganze indische Volk in seinem Kampfe um die Freiheit der Heimat zu sammeln und anzuführen. Bose erklärte ferner: „Ich habe, als ich die Heimat im Jahre 1941 verließ, verschiedene Male öffentlich erklärt, daß dies in Übereinstimmung mit dem Wunsch der großen Mehrheit meiner Landsleute geschah. Seitdem bin ich trotz, aller Hindernisse, die mir vom britischen Secret Service in den Weg gelegt wurden, fortwährend in Fühlung mit meinen Landsleuten zu Haus geblieben. Heute kann ich mitteilen, daß in den letzten zwölf Monaten eine große Anzahl unserer Vertreter aus allen Gegenden nach Indien gesandt wurde. Eine Anzahl von ihnen wurden gefangen genommen und erschossen, wofür wir volle Vergeltung ausüben werden. Viele von ihnen konnten jedoch der Gefangennahme entgehen, und den letzten Berichten zufolge schreitet ihre Arbeit zufriedenstellend fort. Die patriotischen Inder im Ausland arbeiten als echte Treuhänder für die Freiheit der Kämpfer im Innern. In Indien selbst wird die militärische, politische und wirtschaftliche Ausbeutung, die sicher noch intensiver gestaltet wird, dazu beitragen, die indischen Massen noch mehr zu erbittern und dadurch die Stärke der sich zusammenfindenden Kräfte der Revolution noch zu erhöhen. Diejenigen von euch, die die Geschichte der Freiheitsbewegungen in anderen Ländern studiert haben, müssen beobachtet haben, daß zur Erlangung der Unabhängigkeit zwei Bedingungen notwendig sind, erstens eine günstige inter-nationale Lage und zweitens die nötigen opferreichen Anstrengungen. Die erste der beiden Bedingungen ist bereits erfüllt. Wenn Indien ganz auf sich gestellt gegen das britische Empire kämpfen müßte, so wäre seine Aufgabe außerordentlich schwierig. Die Dreierpaktmächte jedoch bekämpfen Indiens Feind, sie fügen ihm zerschmetternde Niederlagen zu und erleichtern uns daher unsere Aufgabe in wesentlichem Maße.“

180 Am 8. Juli wurde bekannt, daß Bose zum obersten Befehlshaber der neugegründeten indischen Nationalarmee ernannt worden sei, daß Japan diese Armee offiziell als verbündete Armee anerkenne, daß sie nur aus Indern bestehe und von indischen Offizieren ausgebildet werde. Die Grundlage zur indischen Nationalarmee sei bereits im Frühjahr 1942 gelegt worden und zähle schon einige Zehntausende ausgebildeter Soldaten.

Thailand, das noch vor dem Kriegseintritt Japans durch japanische Vermittlung einen beträchtlichen Teil von Französisch Indo-China erwerben konnte, hat nach einem am 5. Juli in Bangkok veröffentlichten gemeinsamen japanisch-thailändischen Kommuniqué die beiden Schan-Provinzen Burmas, Kengtung und Mongpan, sowie die vier nördlichen malaiischen Staaten Kedan, Perlis, Kelantan und Trangganu annektiert. Die vier malaiischen Staaten umfassen zusammen ein Gebiet von 14770 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von über einer Million Einwohnern. Sie gehörten bereits zu Thailand, bevor sie von den Engländern wegen ihres Reichtums an Zinn, Gummi und Reis dem unter englischer Herrschaft stehenden malaiischen Staatenbund angegliedert wurden.

Die zunehmende Konsolidierung des großasiatischen Herrschaftsraumes Japans wirkt in London und Washington offenbar um so beunruhigender, als Tschungking-China seine Mißstimmung über die ungenügende Waffenhilfe gegen Japan immer wieder zum Ausdruck bringt. Als deshalb vom 11. bis 24. August Roosevelt und Churchill sich in Quebeck trafen, wurde in dem gemeinsamen Abschlußkommuniqué vom 24. August mitgeteilt, „daß die militärischen Besprechungen der Generalstabschefs sich eingehend mit dem Kriege gegen Japan und einer wirksamen Hilfe für China beschäftigt haben. Soong, Vertreter des Marschalls Tschiangkaischeks, hat an den Besprechungen teilgenommen.“ Tschungking-China ist also wiederum Hilfe versprochen worden. Die Zukunft wird zeigen, ob dieses Versprechen angesichts der militärischen Stärke Japans gehalten werden kann.

Die Konferenz in Quebeck, an die sich noch ein längerer Aufenthalt Churchills in Washington anschloß, hätte, wenn man dem Wortlaut des Abschlußkommuniqués glauben dürfte, in erster Linie der Beratung und Beschlußfassung über die Kriegführung gedient. Dies entspricht jedoch sicher nicht den Tatsachen. Denn das Kommuniqué besagt selbst an einer anderen Stelle: „Es ist auch Einvernehmen

über die auf dem Spiel stehenden politischen Fragen auf Grund der militärischen Operationen oder deren Verlauf erzielt worden. Es wurde vereinbart, vor Jahresende zwischen den britischen und amerikanischen Vertretern, eine neue Konferenz abzuhalten, unbeschadet einer Dreier-Konferenz, die vielleicht mit der

181 Sowjetunion vereinbart werden kann. Der Sowjetregierung werden ausführliche Berichte über die Beschlüsse zugeleitet werden, soweit diese den Krieg gegen Deutschland und Italien betreffen.

Vor und während der Konferenz von Quebeck kamen aus London und Washington immer wieder Meldungen des Inhalts, man rechne mit einer Beteiligung Stalins oder eines Beauftragten von ihm. Es wurde geradezu ein Rätselraten angestellt, kommt Stalin oder kommt er nicht? Am 13. August veröffentlichte plötzlich Moskau folgendes Kommuniqué: „Die Nachrichtenagentur Taß dementiert Nachrichten, denen zufolge Stalin oder irgendein anderer Vertreter der Sowjetregierung an dem Treffen zwischen Präsident Roosevelt und Churchill teilnehmen werde. Britische Zeitungen veröffentlichten eine Meldung, daß ein sowjetischer Militärattache als Beobachter an der Konferenz teilnehmen werde. Taß erklärt hiermit, daß diese Nachricht auf einem Mißverständnis beruht. Die Sowjetregierung hat zu dem Treffen keine Einladung erhalten. Es geht daraus klar hervor, daß der Charakter der Konferenz in Quebeck die Beteiligung irgendeines Mitgliedes der Sowjetregierung nicht vorgesehen hat und nicht vorsieht.“

Wenige Tage später wurde der bisherige Botschafter Stalins in Washington, Litwinow, plötzlich abberufen und an seiner Stelle Andrey Gromyko ernannt. Reuters Sonderkorrespondent in Washington berichtet hierzu: „Die Entscheidung der Sowjetregierung, Litwinow als Botschafter in den Vereinigten Staaten abzurufen, ist für die meisten hiesigen Beobachter eine große Überraschung gewesen. Offizielle Kreise enthalten sich jeglichen Kommentars, gut unterrichtete Beobachter meinen, es sei noch zu früh, um Schlüsse zu ziehen.“

Das Taß-Kommuniqué vom 13. August, die Abberufung Litwinows, der Passus des Abschlußkommunikés von Quebeck über eine geplante Dreier-Konferenz mit Stalin sowie mancherlei Reaktionen der englischen und amerikanischen Presse lassen darauf schließen, daß auf der Konferenz von Quebeck politische Fragen verhandelt worden sind, die mit dem Verhältnis zwischen den Anglo-Amerikanern und den Sowjets zusammenhängen. Ob es sich dabei nur um die Frage der sogenannten zweiten Front gehandelt hat, hinsichtlich deren Moskau ja immer wieder seine dringlichen Wünsche angemeldet und seine Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht hat, oder ob die Frage der Nachkriegsgestaltung Europas, d. h. wie weit nach einem eventuellen Siege unserer Feinde der Bolschewismus in Europa sich ausdehnen dürfte, zur Debatte stand, ist schwer zu entscheiden. Wenn auch wegen der zweiten Front zwischen Moskau und den Anglo-Amerikanern immer wieder erhebliche Spannungen sichtbar geworden sind, so geht aus vielen Feindäußerungen hervor, daß England und die USA offenbar weite Teile Europas dem Bolschewismus auszuliefern bereit sind.

182 Ihr Verhalten, z. B. gegenüber der polnischen Emigrantenregierung in London anlässlich Katyns und nach dem Abbruch der polnisch-sowjetischen Beziehungen, lassen darüber keinen Zweifel. Ob letzte Klärungen über diese Fragen der Zukunft Europas, wie sie sich unsere Feinde vorstellen, mit Moskau bereits erfolgt sind, ist jedoch nicht sicher. Es sei denn, daß die in London und Washington unaufhörlich erfolgenden Beteuerungen, ein enges Einvernehmen mit den Sowjets für die Nachkriegszeit sei unbedingt nötig, ja die Grundlage jeder soliden Friedensmöglichkeit, eitel Trug sind und nur dem Zwecke dienen sollen, den Verrat Europas an den Bolschewismus zu verdecken.

Auch zwischen England und den USA besteht keineswegs eitel Freundschaft und Einvernehmen. Es klang wie ein Vorwurf an die Adresse der USA, als der englische Produktionsminister Oliver Lyttelton auf einem Essen in London erklärte: England setze gegenwärtig 65 Prozent seines Menschenmaterials direkt für die Kriegführung ein. Das sei eine höherer Prozentsatz, als er von irgendeinem anderen alliierten Staat aufgebraucht werde. Doch bliebe das nicht ohne Folgen für Englands Wirtschaft. Seine normalen Exporte seien bedeutend zurückgegangen, und man habe einen großen Teil der ausländischen Investitionen verkaufen müssen. Außerdem sei England aufs schwerste verschuldet und habe fast bei allen verbündeten Nationen Schulden. Das sei darauf zurückzuführen, daß es einen guten Teil des Krieges allein finanzieren müsse. Es sei natürlich bereit, diese Schulden abzarbeiten. Doch brauche England trotz allem insbesondere von seiten der Nordamerikaner größtes Entgegenkommen. Die Nordamerikaner müßten einsehen lernen, was England alles in diesem Krieg leiste. Er, Lyttelton, hoffe, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie einmal ernsthaft hierüber nachdächten, den Eindruck gewöhnen, daß England allezeit „zum Schütze der amerikanischen Kultur“ eine Rolle zu spielen habe.

Eine Rede, die Eden Anfang Juli zum 25. Jahrestag des Bestehens der „English Speaking Union“ hielt, enthielt so viele Mahnungen zum besseren Verständnis zwischen und USA und England und so viel Wünsche für eine gemeinsame Politik nach dem Kriege, daß darüber die Betonung der bestehenden Einigkeit sehr schwach klang. Nichts kann natürlich die Tatsache aus der Welt schaffen, daß der unter Roosevelt ungeheuer expansiv gewordene Imperialismus der USA den Englands zu überrunden und zu verschlingen droht, und daß die ungeheure Anspannung der englischen Finanz- und Wirtschaftskraft zusammen mit den großen Gebietsverlusten Englands, je länger der Krieg dauert, gegenüber den USA in eine immer hoffnungslosere Unterlegenheit und Abhängigkeit bringt. — England hat offenbar mit seiner

183 Kriegsanstrengung hinsichtlich des Arbeitseinsatzes die Grenze des Möglichen so ziemlich erreicht. Denn Reuter gab Mitte Juli bekannt, die Lage auf dem Gebiete der Kohlenförderung sei ernst, sie drohe die Erfüllung des vorgesehenen Programms der Kriegsanstrengung erheblich zu beeinträchtigen. Arbeitsminister Bevin sagte am 20. Juli vor der Bergarbeitergewerkschaft in Blackpool in bezug auf den Mangel an Arbeitskräften: „Im kommenden Jahr müssen verzweifelte Mittel angewandt werden. Wir müssen Menschen aus höheren Jahrgängen als bisher in die Gruben schicken, vielleicht unter 18 bis hinab zu 16 Jahren.“

Auch in den USA gibt es schwere Wirtschaftsprobleme, besonders das der Inflation. Kein Wunder, wenn man sich die riesigen Milliardenbeträge vergegenwärtigt, die in die amerikanische Wirtschaft hineingepumpt werden. Andererseits wurden neuerdings aus Washington mehrfach Klagen laut, daß die Kriegsproduktion immer noch unter dem Bedarf liege und daß sie im Juli und August zum Teil nicht unerheblich hinter der Planung zurückgeblieben sei. Ob dies bedeutet, daß die amerikanische Produktion an den Grenzen ihrer Möglichkeit angelangt ist, läßt sich noch nicht beurteilen. Daß aber 130 Millionen Einwohner der USA nicht, wie die Feindpropaganda der Welt glauben machen möchte, unbeschränkte Produktionsmöglichkeiten besitzen, ist ganz selbstverständlich!



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1943

September/Oktober-Lieferung
(Nr. 97/100 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Ansprache des Führers an das deutsche Volk

Der Führer hielt am 10. September 1943 aus seinem Hauptquartier folgende Ansprache an das deutsche Volk, die über alle Sender übertragen wurde:

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

102 Befreit von der schweren Last der seit langer Zeit auf uns drückenden Erwartung, sehe ich nunmehr den Augenblick gekommen, um wieder zum deutschen Volk sprechen zu können, ohne vor mir selbst oder der Öffentlichkeit zu Lügen Zuflucht nehmen zu müssen. — Der eingetretene Zusammenbruch Italiens war längst vorauszusehen, nicht infolge des Fehlens geeigneter italienischer Möglichkeiten zu einer wirkungsvolleren Verteidigung oder des Ausbleibens der erforderlichen deutschen Hilfe, als vielmehr infolge des Versagens oder besser des Nichtwollens derjenigen Elemente, die nunmehr als Abschluß ihrer planmäßigen Sabotage die Kapitulation veranlaßten. Denn nur was diese Männer schon seit Jahren anstrebten, wurde jetzt vollzogen: der Übergang der italienischen Staatsführung von dem mit Italien verbündeten Deutschen Reich zu den gemeinsamen Feinden.

Als England und Frankreich im September 1939 an das Deutsche Reich den Krieg erklärten, wäre Italien durch die Verträge gezwungen gewesen, sich mit Deutschland sofort solidarisch zu erklären. Dabei war diese Solidarität nicht nur begründet in den Abmachungen des Paktes, sondern in dem von den Feinden sowohl Deutschland als aber auch Italien für die Zukunft zgedachten Schicksal. Es ist bekannt, daß Mussolini den festen Entschluß hatte, in Italien — entsprechend den Verträgen — die sofortige Mobilisierung anzuordnen. Den gleichen Kräften, die heute die Kapitulation herbeiführten, gelang es im August 1939, den Kriegseintritt Italiens zu verhindern. Als Führer des deutschen Volkes mußte ich Verständnis haben für diese außerordentlichen inneren Schwierigkeiten des Duce. Ich habe daher weder damals noch später Italien auf die Einhaltung der Bundesverpflichtungen gedrängt. Im Gegenteil: Ich habe es der italienischen Regierung völlig anheimgestellt, in den Krieg entweder überhaupt nicht einzutreten oder, wenn doch, dann zu einem Zeitpunkt, der ihr selbst genehm war und den sie vollständig frei bestimmen konnte. Im Juni 1940 war es Mussolini gelungen, die inneren Voraussetzungen für den Beitritt Italiens an die Seite des Reiches zu erlangen.

Der Kampf in Polen war zu dieser Zeit ebenso entschieden wie der in Norwegen und der gegen

103 Frankreich und seine verbündeten englischen Armeen auf dem Festland. Dennoch mußte ich dem Duce für eine Haltung danken, die, wie mir bekannt war, im Inneren — nicht gegen das italienische Volk, sondern nur gegen bestimmte Kreise — unter äußersten Schwierigkeiten durchgesetzt werden konnte. Seit dieser Zeit haben das Reich und Italien zusammen im Kampf gestanden; auf vielen Kriegsschauplätzen wurde gemeinsam Blut vergossen; in keiner Sekunde war sich der Duce und ich darin im Zweifel, daß der Ausgang dieses Kampfes über Sein oder Nichtsein unserer Völker entscheidend sein wird. Dementsprechend hat Deutschland, selbst im schwersten Ringen liegend, bis an die Grenze des Möglichen seinem Bundesgenossen geholfen. Viele Angebote für diese Hilfe sind von den militärischen Machthabern Italiens von Anfang an entweder überhaupt abgelehnt oder nur unter Bedingungen angenommen worden, die unerfüllbar waren. Es werden der Öffentlichkeit zur gegebenen Zeit die Unterlagen unterbreitet, aus denen hervorgeht, was Deutschland in dem gemeinsamen Schicksalskampf für seinen Bundesgenossen an Beiträgen geleistet hat und auch weiter zu leisten bereit war. Der deutsche Soldat selbst aber hat auch auf diesen gemeinsamen Kriegsschauplätzen jene Haltung eingenommen, die ihn überall auszeichnet, denn ohne sein Eingreifen wäre schon im Winter 1940 auf 41 Nordafrika für Italien verloren gewesen. Der Name des Marschalls Rommel ist mit dieser deutschen Leistung auf ewig verbunden. Als sich im Frühjahr 1941 das Reich entschloß, Italien auf dem Balkan zu helfen, geschah es nicht der Erfüllung eigener Absichten wegen, sondern nur, um dem Bundesgenossen beizustehen und eine durch dessen Vorgehen ausgelöste Gefahr, die natürlich auch Deutschland bedrohte, zu beseitigen. Deutschland brachte diese Opfer fast im gleichen Augenblick, da es unter der Furcht des fast stündlich zu erwartenden bolschewistischen Großangriffs gegen ganz Europa an eigenen Sorgen mehr als genug zu tragen hatte. Das Blut zahlreicher Volksgenossen besiegelte die Bundestreue des deutschen Volkes.

Das Deutsche Reich und ich als sein Führer konnten aber diese Haltung nur einnehmen im Bewußtsein der Tatsache, daß an der Spitze des italienischen Volkes einer der bedeutendsten Männer stand, die die neuere Zeit hervorgebracht hat, der größte Sohn des italienischen Bodens seit dem Zusammenbruch der antiken Welt. Seine bedingungslose Treue gab dem gemeinsamen Bund die Voraussetzung zum erfolgreichen Bestand. Sein Sturz, die ihm zugefügten ehrlosen Kränkungen werden dereinst von Generationen des italienischen Volkes als tiefste Schmach empfunden werden.

Das letzte auslösende Moment zu dem schon lange beschlossenen Staatsstreich war aber die Forderung des Duce nach erhöhten Vollmachten zur erfolgreicherer Führung des Krieges.

104 Härteste Maßnahmen gegen die offenen und versteckten Saboteure der Kriegführung, gegen die reaktionären Feinde der sozialen Gerechtigkeit und damit der Widerstandsfähigkeit des italienischen Volkskörpers sollten dem dienen. Mussolini wollte noch in letzter Minute die heimtückischen Feinde des italienischen Volkes im Kampf um Sein oder Nichtsein ausschalten, um damit Italiens Zukunft sicherzustellen. Der Schmerz, der mich persönlich erfaßte angesichts des historisch einmaligen Unrechtes, das man diesem Mann angetan hat, seiner entwürdigenden Behandlung, die ihn, der über 20 Jahre lang nur der einen Sorge für sein Volk lebte, nun in die Ebene eines gemeinen Verbrechers hinabstieß, ist verständlich.

Ich war und bin glücklich, diesen großen und treuen Mann als meinen Freund bezeichnen zu dürfen. Ich habe außerdem nicht gelernt, meine Gesinnung nach Bedarf von Fall zu Fall zu wechseln oder auch nur zu verleugnen. Ich glaube, daß trotz manchen gegenteiligen Auffassungen auch im Völkerleben genau so wie im einzelnen die Treue ein unersetzbarer Wert ist, ohne den die menschliche Gesellschaft ins Wanken geraten und ihre Organisationen früher oder später zerbrechen müßten. Trotzdem haben auch nach diesem schmachvollen Vorgang die deutschen Truppen auf Sizilien, deutsche Flieger, Männer der U-Boote, Schnellboote, Transporter aller Art usw. zu Lande, in der Luft und auf dem Meere ihre Pflicht im höchsten Ausmaß weiter getan. Es mag heute aus Gründen einer taktischen Zweckmäßigkeit der Gegner das verschweigen, die Nachwelt aber wird einmal feststellen, daß es, von wenigen braven italienischen Verbänden als Ausnahmen abgesehen, seit dieser Zeit in erster Linie nur deutsche Truppen gewesen sind, die mit ihrem Blut nicht nur das Deutsche Reich, sondern auch den italienischen Boden verteidigten.

Daß nun die italienische Staatsführung sich entschlossen hat, das Bündnis zu brechen und aus dem Kriege auszuschneiden und damit Italien selbst erst recht zum Kriegsschauplatz zu machen, mag sie mit was immer für Gründen motivieren. Sie kann dies als eine Notwendigkeit hinstellen, sie wird aber niemals eine Entschuldigung finden für die Tatsache, daß dies geschehen ist, ohne den Verbündeten vorher wenigstens zu verständigen. Nicht nur das: Am gleichen Tage, an dem Marschall Badoglio den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet hatte, bat er den deutschen Geschäftsträger in Rom zu sich und versicherte ihm, daß er, ein Marschall Badoglio, Deutschland niemals verraten würde, daß wir Vertrauen zu ihm haben müßten, und daß er es beweisen werde durch seine Taten, daß er dieses Vertrauens würdig sei, daß Italien vor allem niemals zu kapitulieren gedenke. Noch am Tage der Kapitulation aber rief der König den deutschen Geschäftsträger und versicherte ihm ebenfalls ganz besonders, daß Italien niemals

105 kapitulieren werde, sondern mit Deutschland auf Gedeih und Verderb verbunden, treu an unserer Seite zu stehen gedenke. Ja, noch eine Stunde nach Bekanntgabe des Verrats erklärte der italienische Generalstabschef Roatta diese Meldung gegenüber unserem Militärbevollmächtigten als gemeine Lüge und englische Propagandaente. Im gleichen Augenblick versicherte der Vertreter des italienischen Außenministeriums, diese Nachricht sei nur ein typisch britischer Schwindel, den er zu dementieren gedenke, um 15 Minuten später zuzugeben, daß natürlich die Angelegenheit doch stimme und Italien tatsächlich aus dem Kriege ausgetreten sei. In den Augen der demokratischen Kriegshetzer sowohl als in denen der heutigen italienischen Regierungsmänner mag dieses Verhalten als ein glänzendes Beispiel einer taktisch geschickten Staatskunst gelten. Die Geschichte wird einst anders urteilen, und Generationen Italiens werden sich schämen, daß man diese Taktik einem verbündeten Freunde gegenüber zur Anwendung brachte, der mit Blut und Opfern aller Art seine Pflicht mehr als nur dem Buchstaben des Vertrages nach erfüllte.

Meine Volksgenossen! Nachdem ich schon seit zwei Jahren steigenden Einfluß dieser auch gegenüber den sozialen Aufgaben Italiens ablehnend eingestellten reaktionären und deutschfeindlichen Kreise mehr als genügend zu beobachten Gelegenheit hatte, war seit dem Sturz des Duce kaum mehr ein Zweifel möglich über die wahre Absicht dieses Regimewechsels.

Ich habe daher pflichtgemäß alle jene Maßnahmen angeordnet, die für diesen Fall getroffen werden konnten, um das Deutsche Reich vor einem Schicksal zu bewahren, das Marschall Badoglio und seine Männer nicht nur dem Duce und dem italienischen Volk zugefügt haben, sondern in das sie auch Deutschland stürzen wollten. Die Interessen der nationalen Kriegführung des deutschen Volkes sind für uns ebenso heilige wie verpflichtende. Wir alle wissen, daß in diesem erbarmungslosen Kampf nach den Wünschen unserer Feinde der Unterlegene vernichtet wird, während nur dem Sieger die Möglichkeiten des Lebens bleiben sollen. Wir sind daher gewillt, in kalter Entschlossenheit im großen und im einzelnen immer jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Hoffnungen unserer Geg-

ner zuschanden zu machen. Aber auch zahlreiche ehrliebende Italiener haben sich jetzt erst recht mit dem bisherigen Kampfe der beiden Völker als unlösbar verbunden erklärt.

Der Ausfall Italiens bedeutet militärisch nur wenig. Denn der Kampf in diesem Lande wurde seit Monaten in erster Linie durch deutsche Kräfte gestützt und getragen. Wir werden diesen Kampf nunmehr frei von allen belastenden Hemmungen fortsetzen.

Der Versuch des internationalen Plutokratenkomplotts, den deutschen Widerstand wie in Italien zu zerreden, ist kindlich.

106 Sie verwechseln das deutsche Volk in dem Fall mit einem anderen. Die Hoffnung, in ihm heute Verräter wie in Italien zu finden, fußt auf der vollkommenen Unkenntnis des Wesens des nationalsozialistischen Staates. Ihr Glaube, in Deutschland auch einen 25. Juli herbeiführen zu können, beruht auf dem grundlegenden Irrtum, in dem sie sich sowohl über meine persönliche Stellung befinden, als auch über die Haltung meiner politischen Mitkämpfer, meiner Feldmarschälle, Admirale und Generale. Mehr als jemals zuvor tritt diesem Vorhaben gegenüber gerade die deutsche Führung als eine fanatisch geschlossene Gemeinschaft entgegen. Jede Not wird uns nur in unserer Entschlossenheit festigen. Das persönliche Leben hat dabei für mich ohnehin schon längst aufgehört, mir selbst zu gehören. Ich arbeite in der Erkenntnis und im Pflichtbewußtsein, durch meinen Beitrag das Leben meines Volkes für Generationen in der Zukunft sichern zu können.

Daß ich ein Recht besitze, an diesen Erfolg bedingungslos zuglauben, liegt nicht nur in meinem eigenen Lebensweg begründet, sondern im Emporstieg unseres Volkes.

Im Jahre 1939 mußten wir allein und verlassen die Kriegserklärungen unserer Gegner entgegennehmen. Wir haben gehandelt nach den Bekenntnissen eines Clausewitz, daß ein heroischer Widerstand unter allen Umständen besser als eine feige Unterwerfung sei. Ich habe deshalb auch schon am 1. September 1939 im Reichstag erklärt, daß weder Zeit noch Waffengewalt das deutsche Volk jemals niederzwingen werden. Seitdem ist in erster Linie durch unsere eigene Kraft der Feind zum Teil mehr als 1000 km von den deutschen Grenzen zurückgedrängt worden. Nur auf dem Luftweg vermag er die deutsche Heimat zu terrorisieren. Allein auch hier sind die technischen und organisatorischen Voraussetzungen im Entstehen, um nicht nur seine Terrorangriffe endgültig zu brechen, sondern durch andere und wirkungsvollere Maßnahmen zu vergelten. Es mögen uns nun taktische Notwendigkeiten zwingen, in diesem gewaltigen Schicksalskampf das eine oder andere Mal an einer Front etwas aufzugeben oder besonderen Bedrohungen auszuweichen, so wird aber niemals der stählerne Reif zerbrechen, der durch die deutsche Heimat geschmiedet, durch das Heldentum und Blut unserer Soldaten gehalten, das Reich beschirmt.

Ich erwarte nun gerade in dieser Zeit, daß die Nation mit verbissenem Trotz auf sämtlichen Gebieten dieses gewaltigen Kampfes erst recht ihre Pflicht erfüllt. Sie hat jeden Grund, auf sich selbst zu vertrauen. Die Partei aber hat in allem das Vorbild zu sein. Die Heimat kann mit Stolz auf ihre Soldaten blicken, die unter heroischem Bluteinsatz und unter schwersten Bedingungen immer wieder ihre Pflicht erfüllen. Die Front aber mag sich in leidensvollen Stunden, bei den oft übermenschlichen Forderungen vieler Wochen

107 und Monate, ihrer Heimat erinnern, die heute ebenfalls kämpfende Front geworden ist, nur daß hier das Heldentum von Greisen und Knaben, von Müttern, Frauen und Mädchen seine Erfüllung findet. Jeder Soldat hat daher die heilige Pflicht, mehr noch als bisher die höchste Standhaftigkeit zu bewahren und das zu tun, was der Kampf erfordert. Das deutsche Volk war dann in seiner ganzen Geschichte noch niemals mit mehr Recht stolz auf sich selbst als in diesem gewaltigsten Ringen aller Zeiten. An diesem Willen und dieser Leistung werden alle Versuche, Deutschland ebenfalls das Los einer versklavten Nation aufzubürden, scheitern. Mag jeder einzelne Deutsche, ganz gleich wo er steht, sich dessen bewußt sein, daß von ihm selbst, von seinem Einsatz und seiner Opferbereitschaft die Erhaltung unseres Volkes das Schicksal und die Zukunft vieler Generationen abhängen.

Ich kann daher auch dem deutschen Volk, den Männern und Frauen der Heimat, den Soldaten an der Front mit Worten nicht danken für das, was sie tun, was sie willig ertragen und geduldig erleiden. Diesen Dank werden einmal kommende Geschlechter aussprechen in der Erkenntnis dessen, daß ihr freies und sozial gesichertes Leben die Frucht des Opfers unserer Zeit ist. Ich selbst bin unendlich stolz, der Führer dieses Volkes sein zu dürfen, und dem Herrgott dankbar für jede Stunde, die er mir schenkt, durch meine Arbeit den größten Kampf unserer Geschichte zu einem erfolgreichen gestalten zu können.

Die zum Schutze der deutschen Interessen angesichts des Vorganges in Italien angeordneten Maßnahmen sind sehr harte. Soweit sie Italien betreffen, verlaufen sie schon jetzt planmäßig und erfolg-

reich. Das Beispiel des Verrates Jugoslawiens hat uns schon vorher eine heilsame Aufklärung und wertvolle Erkenntnisse gegeben.

Das Schicksal Italiens selbst aber mag für alle auch eine Lehre sein, um in Stunden der härtesten Bedrängnis und der bittersten Not niemals dem Gebot der nationalen Ehre zu entsagen, treu zu unseren Bundesgenossen zu stehen und gläubigen Herzens das zu erfüllen, was die Pflicht zu tun uns auferlegt. Dem Volke, das diese Prüfungen vor der Vorsehung besteht, wird am Ende der Allmächtige als Lohn den Lorbeerkrantz des Sieges und damit den Preis des Lebens reichen.

Dies muß und wird aber unter allen Umständen Deutschland sein!



Innenpolitik

- 108 Die beiden Monate September und Oktober standen stark im Zeichen der bedingungslosen Kapitulation des Hauses Savoyen und des Marschalls Badoglio. Dieses Ereignis außerhalb der politischen Grenzen hat in Deutschland einen starken Niederschlag gefunden, nicht etwa aber in dem Sinn, daß die deutsche Kampfmoral durch die ent-ehrende und verächtliche Waffenniederlegung des Bundesgenossen gesunken wäre, — im Gegenteil: die Vorgänge des Verrates und die darauffolgenden Ereignisse haben den Kampfwillen des deutschen Volkes in einer unvergleichlichen Weise empor gerissen!

Am 10. September sprach der Führer vom Hauptquartier aus zum deutschen Volke über den italienischen Verrat, und befreit von der Last am Horizont aufdämmernder Ereignisse stellte er der deutschen Nation die Entwicklungsgeschichte dieses Treubruches dar und legte ein Bekenntnis zu Mussolini, dem größten Sohn Italiens, ab. Zum Schluß seiner Rede gab der Führer der harten Entschlossenheit des deutschen Volkes Ausdruck, den Krieg weiter bis zum siegreichen Ende zu führen.

Die Kapitulation Italiens hatte aber nicht nur Nachteile, sie brachte auch Vorteile mit sich. Das Verhältnis Deutschlands zu den Völkern des Südostens sowie zu Frankreich wurde dadurch geklärt und von Belastungen befreit. In der Folge setzte vor allen Dingen eine Neuordnung auf dem Balkan ein, über die an anderer Stelle noch zu reden sein wird.

Höchste Anteilnahme des deutschen Volkes erheischen in den beiden Monaten September und Oktober die Kämpfe an der Ostfront. Mit unverminderter Heftigkeit griffen während dieser zwei Monate die Sowjets von Leningrad bis zum Asowschen Meer an. In unvergleichlichem Heroismus hielten die deutschen Truppen die mit großer menschen- und materialmäßiger Überlegenheit vorgetragenen Angriffe der Sowjets auf und gaben nur schrittweise das seiner militärischen Bedeutung beraubte Land preis, unter

- 109 riesigen Verlusten erkämpften die Sowjets den Raumgewinn; einen strategischen Erfolg zu erringen, gelang ihnen auch in diesen beiden Monaten wiederum nicht!

Die feindlichen Luftterrorangriffe vom Westen her wurden im September und Oktober ebenfalls weitergeführt. Es ist allerdings auffallend, wie sehr sich während dieser beiden Monate die Verlustziffern für den Feind erhöhten. Bei einzelnen Angriffen verlor der Feind ein Drittel, ja sogar die Hälfte der eingesetzten Flugzeuge. Die deutsche Bodenabwehr und die Nachtjagd haben sich eben in einer solchen Weise vervollkommenet, daß die Angriffe für den Feind wohl zu kostspielig geworden sind.

In London und Washington sind daher laute Einwendungen gegen diese Art der Führung des Bombenkrieges gemacht worden.

Wenngleich der Bombenterror des Feindes noch nicht aufgehört hat, so ist doch in der deutschen Heimat eine fühlbare Entlastung durch die hervorragende deutsche Abwehr eingetreten. Nicht zuletzt

haben die zivilen Maßnahmen des Staates und der Partei dazu beigetragen, die Menschen- und Materialverluste zu vermindern.

Unter all diesen Kriegsumständen bewährte sich die weitsichtige und straffe Führung, die den nationalsozialistischen Staat vor anderen auszeichnet. Am 6. Oktober fand eine Tagung der Reichsleiter, Gauleiter und Verbandsführer der NSDAP statt, die im Zeichen der Entschlossenheit zum äußersten Kriegseinsatz aller Kräfte der Nation stand. Die Tagung wurde geleitet vom Leiter der Parteikanzlei, Reichsleiter Bormann. Auf ihr sprachen Reichsminister Speer, Generalfeldmarschall Milch, Großadmiral Dönitz, Stabschef der SA Schepmann, Reichsleiter Dr. Ley und Reichsführer SS Reichsminister Himmler. Im Anschluß an diese Tagung weilten die Reichsleiter und Gauleiter auf Einladung des Führers am 7. Oktober im Hauptquartier. Dort gab der Führer einen umfassenden Überblick über den bisherigen Kriegsverlauf und die derzeitige militärische und politische Lage. Der Führer zollte den Soldaten an der Front, aber auch der kampftenschlossenen Heimat hohe Anerkennung. Er schloß mit der Versicherung, daß Deutschland sich überall schlagen und niemals nachgeben werde, bis das Ziel erreicht sei. „Nehmen Sie“, so schloß der Führer, „unerschütterlich und fest in Ihren Herzen den Glauben mit, daß, wenn unser Wille nicht wankend wird, dieser Krieg mit einem großen deutschen Sieg endet.“

Wenige Tage danach, am 19. Oktober, fand eine Tagung statt, die vom Chef des Oberkommandos der Wehrmacht einberufen war. Vor dieser Tagung hoher und höchster Offiziere sprachen führende Persönlichkeiten des Staates und der Partei über weltanschauliche und innerpolitische Fragen. Zum

110 Abschluß empfing der Führer die Tagungsteilnehmer und sprach zu ihnen über die politische und militärische Lage. An der Tagung nahmen teil die Wehrkreisbefehlshaber, die Oberbefehlshaber der Marineoberkommandos, die Kommandierenden Admirale sowie die Kommandierenden Generale der Luftgaukommandos mit ihren Chefärzten und Chefintendanten, ferner eine Reihe höherer Offiziere und Beamte des Oberkommandos. Wenn irgendwelche Ereignisse, so zeigen diese Tagungen die harte Entschlossenheit der deutschen Führung, den Krieg durch die Zusammenballung aller militärischen und politischen Kräfte zum siegreichen Ende zu führen.

Reichsminister Dr. Goebbels, der sich allwöchentlich durch die Leitartikel im „Reich“ an das deutsche Volk wendet, ergriff im Monat Oktober das Wort bei der Feier des E r n t e -danktages. Im Sportpalast zu Berlin hielt er eine große Rede über „Die Elemente des Sieges“. Die Hoffnung des Feindes auf ein neues 1918 werde in jeder Beziehung fehlschlagen:

ernährungspolitisch, militärisch, innenpolitisch und psychologisch. Wenn es noch einer Warnung bedurft hätte, so habe das Beispiel Italiens diese Warnung gegeben. Das Deutschland von 1943 kenne nur noch ein „Vorwärts!“ Aus dieser Gesinnung wachse dem deutschen Volke unaufhaltsam der kommende große Sieg zu.

Das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern erhielt u. a. SS-Oberstgruppenführer und Generaloberst der Polizei Daluge sowie Generalarzt Geheimrat Prof. Dr. med. Ferdinand Sauerbruch. Das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes überreichte der Führer auch dem Gesandten Dr. Hermann Neubacher für seine hervorragenden Leistungen im Dienste des Reiches. Am 28. 9. wurde der Gesandte Dr. Neubacher, bisher Sonderbeauftragter der Reichsregierung für wirtschaftliche und finanzielle Fragen in Griechenland, zum Sonder-bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für den Südosten mit dem Sitz in Serbien ernannt. Nach dem Zusammenbruch Italiens ist Deutschland in diesem Raum die Aufgabe gestellt, die sich vielfach widerstrebenden Kräfte zu koordinieren. Der Gesandte Neubacher hat diesen verantwortungsvollen Auftrag erhalten. Mit großzügigen Entscheidungen ging er ans Werk.

Im Rahmen der zivilen Abwehrmaßnahmen gegen die feindlichen Luftterrormethoden sind Einzelheiten von Bedeutung zu erwähnen. Die Bevölkerung der luftgefährdeten Gebiete ist im Laufe der beiden Monate September/Oktober wiederholt aufgefordert worden, die Kinder in Sicherheit zu bringen. Wie sehr diese Maßnahme in der Lage ist, Todesopfer zu verhindern, zeigen einige Zahlen aus Berlin. Bei dem Luftangriff auf die Reichshauptstadt am 1. März wurden 49 Kinder getötet, am 23. August nur noch 27 Kinder und in der Nacht zum 4. September nur zwei Kinder.

111 Ein Bericht des Landesbauernführers Freiherrn von Eitz gibt Einblick in die Erfahrungen über die Sicherstellung der Ernährung in den luftgefährdeten Gebieten an Rhein und Ruhr. Die Elastizität und Schlagkraft der Marktordnung des Reichsnährstandes habe sich vor allem darin gezeigt, daß an keiner Stelle Brotversorgungsschwierigkeiten aufgetreten seien, nach kürzester Zeit die Schlachthofeinrichtungen überall wieder benutzbar gemacht wurden und durch großzügige Hilfeleistungen auch die Milchversorgung sichergestellt werden konnte.

Zahlreiche neue Verordnungen regelten die Erledigung der Schadenabgeltung der Luftkriegsschädigten. Die Praxis des Kriegssachschädenverfahrens hat gezeigt, daß die Aufstellung eines Inventarverzeichnisses notwendig ist. Die Behörden stehen den Schadenersatzansprüchen in jeder Weise großzügig gegenüber, warnen jedoch vor einer Überspannung der Anforderungen. Für die Rechtsgültigkeit eines solchen Verzeichnisses ist nicht eine gerichtliche Beglaubigung notwendig; es genügt die eidesstattliche Versicherung eines deutschen Staatsangehörigen. Gerichtsvollzieher stehen, soweit es für notwendig erachtet wird, nach Maßgabe ihrer Tätigkeit zur Verfügung.

Auch das Recht des ausgebombten Mieters auf die Wohnung ist nunmehr reichsgesetzlich geregelt. Das Mietverhältnis erlischt nur dann, „wenn das Gebäude infolge des Kriegssachschadens zerstört ist oder die Mieträume nicht mehr benutzbar sind und ihre Instandsetzung nicht innerhalb eines Jahres nach Eintritt des Schadens in Angriff genommen ist“. In den wiederhergestellten Gebäuden oder den als Ersatz geschaffenen neuen Räumen werden die alten Mieter bevorzugt berücksichtigt.

Ein anderer Erlaß des Reichsinnenministers bestimmt, daß Schadenersatzansprüche auch bei den Behörden des Aufnahmegauges eingereicht werden können, in den der Bombengeschädigte umquartiert worden ist. Dem Umquartierten stehen Beamte, Angestellte und Arbeiter gleich, die wegen Verlegung ihrer Dienststelle oder ihres Betriebes ihren Aufenthalt verändern müssen.

Eine bedeutsame Maßnahme, die dazu beitragen soll, die Auswirkungen des Bombenterrors zu mildern, ist das „Wohnungshilfswerk“, das Anfang Oktober von Reichsleiter Dr. Ley der deutschen Öffentlichkeit unterbreitet wurde. Vor der Parteiführerschaft gab Dr. Ley bekannt, daß in Form der Selbst- und Gemeinschaftshilfe die Aufstellung von einfachen Behelfsheimen in Siedlungsform auf dem Lande bewerkstelligt werden soll. Trotz aller durch die Baustoff- und Arbeitslagegegebenen Schwierigkeiten soll es durch das Deutsche Wohnungshilfswerk gelingen, soviel wie möglich Notunterkünfte für die vom Bombenterror betroffene Zivilbevölkerung zu schaffen.

112 Die Behelfsheime, von denen einige Muster bereits unter Führung von Dr. Ley besichtigt wurden, umfassen zwei Räume — eine Wohnküche und einen Schlafräum. Außerdem wird jedem Besitzer eine kleine Gartenfläche beigegeben. Damit wird — so erklärte Dr. Ley — der im deutschen Volke vorhandene Gedanke des kleinen Wochenendhäuschens oder der Gartenwohnlaube eine glückliche Verbindung mit den Erfordernissen finden, die der totale Krieg nun einmal an die möglichste Sicherung gegen Luftangriffe und an die unbedingte Einsparung von Material und Arbeitskräften stellt. Selbstverständlich können diese Heime, deren Errichtung in großer Zahl erstrebt wird, gegenüber dem bisherigen Wohnungsstandard für Luftkriegsbetroffene in vielen Fällen nur als eine Notlösung bezeichnet werden. Nach dem Kriege sind die Behelfsheime als Wochenendhäuser zu verwenden. Sie geben darüber hinaus die Möglichkeit, in Ruhe und ohne Überstürzung an das große Wohnungsbauprogramm heranzugehen.

Die Errichtung der Heime soll in Selbst-, Nachbar- und Gemeinschaftshilfe erfolgen, wie das schon früher bei Hunderttausenden von Wohnlauben geschehen ist. Das Schwergewicht liegt aber in der Aufstellung von in Fabriken serienmäßig hergestellten Heimstätten, deren einzelne Teile montagemäßig geliefert werden, so daß sie an der Baustelle von der Bevölkerung nur noch zusammengesetzt zu werden brauchen.

Dr. Ley teilte weiter mit, daß die Durchführung der Wohnungsaktion den Gauleitern als Gauwohnungskommissaren zuübertragen sei.

In einem Kommentar zu diesem deutschen Wohnungshilfswerk wird berichtet, daß nach einer Statistik vom Oktober des Jahres 1943 Großdeutschland vor dem Luftkrieg bei 89 Millionen Einwohnern 92 Millionen Wohnräume besaß, von denen etwa 2 Millionen Wohnräume (nicht Wohnungen) zerstört worden sind. Durch Rückführung des zu Büro Zwecken entfremdeten Wohnraumes werden etwa 100 000 Wohnungen gewonnen. Die Fertigstellung der im Bau befindlichen Neubauten wird weitere 100 000 Wohnungen ergeben. Der Ausbau von Dachgeschossen wird sich im gleichen Sinne auswirken. Von der DAF sind bisher über die Bauhöfe 25 000 Wohnungen geschaffen. Das deutsche Wohnungshilfswerk wird in sehr viel größerem Maße hier Abhilfe schaffen.

Aus der Tatkraft, mit der die Verwüstungen der feindlichen Terrorangriffe bekämpft werden, und der Einmütigkeit, zu der sich das ganze deutsche Volk zusammenfindet, kann man ersehen, mit welcher Entschlossenheit es sich dem Ansturm seiner Feinde entgegenstellt. Bemerkenswert ist, daß der Feind über seinen Willen, das deutsche Volk zu vernichten, keinen Zweifel läßt. Dafür gibt es einige

113 Verlautbarungen aus der Feindpresse, die man vermerken muß. So hat die englische Zeitschrift „Spectator“ in einem Aufsatz von W. B. Howell dieser Absicht deutlich in folgenden Sätzen Ausdruck gegeben. Es heißt dort: „Ich halte es für richtig, Deutschland, sobald wir es besiegt haben, für alle Zeit

zu verkrüppeln. Ich würde die deutsche Bevölkerung um ein Drittel oder vielleicht auf die Hälfte reduzieren. Die Waffe, die ich dabei zur Anwendung bringen würde, ist die Aushungerung. Wenn mich ein gutmütiger Engländer fragt: „Würden Sie dabei auch nicht die deutschen Frauen und Kinder aushungern?“, so würde ich ihm antworten: „Jawohl, ich würde es tun.“ — Eine andere Stimme aus der Schweiz sagt, daß die Sowjetregierung den Briten und Amerikanern einen Plan vorlegen werde, daß deutsche Arbeiter in die Sowjetunion als Zwangsarbeiter geschickt werden sollen. Dies soll ein Teil der von Deutschland zu leistenden Reparationen sein. Über diesen Plan sei zwar schon früher berichtet worden, aber jetzt hätten ihn die Sowjets bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet. Demnächst werde auch die Zahl der verlangten deutschen Arbeiter, die Dauer ihrer Zwangsarbeit und die von Deutschland zu liefernden Materialmengen angegeben werden. — Solche Stimmen sind natürlich nur dazu angetan, die Kampfschlossenheit des deutschen Volkes auf das höchste zu entflammen.

In der Reihe seiner Artikel im „Reich“ hat Reichsminister Dr. Goebbels Ende September einen Aufsatz unter der Überschrift „Kriegsartikel für das deutsche Volk“ veröffentlicht. Dieser Aufsatz enthält in 30 Absätzen in programmatischer Formulierung die fordernde Festlegung soldatischer Pflichten für das ganze deutsche Volk. In dem Aufsatz faßt der Minister kurz und präzise, wie es seine Art ist, alle Gedanken zusammen, die für das deutsche Volk und die entschlossene Kriegführung bis zum siegreichen Ende notwendig sind.

Am 2. September wurde bekanntgegeben, daß der Führer durch einen Erlaß vom 20. August 1943 den Staatsminister SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank zum deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren mit dem Sitz in Prag ernannt und die Errichtung eines deutschen Staatsministeriums für Böhmen und Mähren in Prag verfügt habe. Der deutsche Staatsminister führt alle die Wahrung der Reichsinteressen im Protektorat umfassenden Regierungsgeschäfte, während der Reichsprotektor der Vertreter des Führers in seiner Eigenschaft als Reichsoberhaupt ist.

Die früher schon gemeldete Berufung des Reichsministers Dr. Frick zum Reichsprotektor in Böhmen und Mähren wurde durch seine Amtseinführung am 14. Oktober d. J. Tatsache. Nachdem der Reichsminister von Staatsminister Frank begrüßt und auf die Burg geleitet worden war, empfing er dort den Staatspräsidenten Dr. H a c h a. Anschließend fand ein Festakt im Spanischen Saal der Burg statt, an

114 dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Dr. L a m m e r s im Auftrag des Führers die Amtseinführung von Dr. Frick vornahm. In seiner Rede gedachte Reichsminister Dr. Lammers der Tätigkeit des bisherigen Reichsprotektors von Neurath sowie der stellvertretenden Reichsprotektoren H e y d r i c h und D a l u e g e. Der Führer hoffe, daß sich „das Verhältnis zwischen Reich und Protektorat während der Amtszeit des neuen Reichsprotektors fortschreitend inniger und vertrauensvoller gestalten möge, zum Wohle und Nutzen von Reich und Protektorat wie für das ganze neue Europa“.

Am 22. September ist der Generalkommissar für den Generalbezirk Weißruthenien, Gauleiter Wilhelm Kube, in Minsk einem Mordanschlag der Bolschewisten zum Opfer gefallen. Der Führer ordnete für den verdienten Gauleiter ein Staatsbegräbnis an, das am 27. 9. in Minsk die Deutschen zu einer ergreifenden Trauerfeier vereinigte. Der Reichskommissar für das Ostland, Gauleiter L o h s e, würdigte in einer längeren Ansprache die Verdienste des Toten um Weißruthenien. Wie sehr es ihm gelungen sei, der gestellten Aufgabe gerecht zuwerden, beweise der Haß der bolschewistischen Feinde. In ohnmächtiger Wut hätten sie die Erfolge seiner Arbeit, die Früchte seines Schaffens und das Vertrauen der weißruthenischen Bevölkerung beobachtet. Der Bolschewismus habe dieser Entwicklung machtlos gegenübergestanden. Darum hätte man keinen anderen Ausweg gewußt, als Gauleiter Kube durch einen Mordanschlag zu Fall zu bringen.

Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete hat nach dem Tode von Gauleiter Kube den SS- und Polizeiführer beim Generalkommissar in Minsk, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei von Gottberg, mit der Führung des Generalbezirks Weißruthenien beauftragt.

Als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen SS-Gruppenführers und Generalleutnants der Polizei Weinreich wurde der SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei Schmelcher zum Chef der „Technischen Nothilfe“ ernannt.— Der Reichsführer SS und Reichsminister des Inneren hat den Generalmajor der Polizei Rumpf zum Generalinspekteur für das Feuerlöschwesen in Stadt und Land ernannt. Generalmajor Rumpf war Kommandeur des I. Mobilien Feuerschutzpolizei-Regiments.

Von großer Bedeutung für den weiteren Verlauf des europäischen Schicksalskampfes ist die Mobilisierung der Arbeitskraft. Die nationalsozialistische Staatsführung tut alles, um hier die großen Reserven des Kontinents zu aktivieren. Reichsleiter Dr. L e y als der Verantwortliche und der Generalvollmächtigte für den Arbeitseinsatz Gauleiter Fritz Sauckel haben im September und Oktober

115 mehrfach das Wort ergriffen, um diese so wichtigen Fragen darzulegen. Am 24. September fand eine große Versammlung von mehreren tausend deutschen und ausländischen Arbeitern aus 21 Völkern in einem Berliner Rüstungsbetrieb statt, bei der Reichsleiter Dr. Ley sprach.

Am 19. Oktober wurden die gleichen Fragen vor Fachmännern in einer Reichsarbeitsstagung der ausländischen Reichs- und Gauverbindungsmitglieder der Deutschen Arbeitsfront behandelt und am 25. Oktober von Dr. Ley eine Leistungsschau aus dem „Wettbewerb im betrieblichen Vorschlagswesen“ eröffnet.

In Berlin befaßte sich Reichsorganisationsleiter Dr. Ley im wesentlichen mit der weltanschaulichen Grundlage des deutschen Freiheitskampfes, der den Völkern Europas eine neue soziale Ordnung bringen werde. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte Dr. Ley den Satz, daß der Jude als Weltfeind Nummer 1 der Feind aller europäischen Völker sei. Er stehe hinter dem Kapitalismus ebenso wie hinter dem Bolschewismus. Der deutsche Sieg werde also ein Sieg über den Juden, ein Sieg der Arbeit sein. Er bedeutet damit den Sieg des Menschentums über seinen Feind, seinen Ausbeuter. Im weiteren Verlauf seiner Rede stellte Reichsleiter Dr. Ley vor den deutschen und ausländischen Arbeitern die Kraft des Reiches heraus. Als Beweis führte er an, daß Deutschland heute im fünften Kriegsjahr eine Erhöhung der Brotproduktion durchführe. Deutschland sei heute blockadefest. Es könne kommen, was wolle,— das Großdeutsche Reich werde immer genügend Rohmaterialien und Nahrung für den Krieg besitzen, um Menschen und Material zu aktivieren!

Gauleiter Sauckel sagte bei der Arbeitstagung der Reichs- und Gauverbindungsmitglieder, daß ihm das Wohlergehen der in Deutschland tätigen ausländischen Arbeitskräfte sowohl in den Betrieben, wie in den Lagern und während der Freizeit am Herzen liege. Zur Durchführung aller Betreuungsmaßnahmen bediene sich die Deutsche Arbeitsfront in großem Ausmaß ausländischer Mitarbeiter, da diese ihre Landsleute nicht nur in der Sprache, sondern auch in ihrer Mentalität richtig verständen. Das deutsche Volk gehe in seiner Gesamtheit einen überwältigenden Opfergang, um den deutschen und damit den europäischen Sieg sicherzustellen. Es fordere von den Millionen ausländischer Arbeiter nicht mehr oder längst noch nicht so viel, wie es selbst in jeder Stunde mit seinem Blut und seinem Schweiß einsetzt. Die Geschichte werde es dereinst anerkennen müssen, welche gewaltige Leistung darin liege, diese Millionen geordnet und erfolgreich zur Arbeit einzusetzen, ausreichend zu ernähren, geistig und kulturell zu betreuen und ihnen die Freizeit angenehm zu gestalten. Der Arbeitseinsatz der fremden Nationen im Reich verkörpere in sich bereits das neue, unwiderruflich kommende sieghafte Europa.

116 Die in Stuttgart gezeigte Leistungsschau des betrieblichen Vorschlagswesens zeigte die von Arbeitern angeregten und von den verschiedenen Betrieben mit Erfolg durchgeführte technischen und organisatorischen Verbesserungen für die Produktion.

Die Erfordernisse des Krieges haben eine weitere Zusammenfassung und Vereinheitlichung der Lenkung und Organisation der Kriegswirtschaft notwendig gemacht. Die wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes werden daher in Zukunft noch wirkungsvoller für die Kriegsführung zum Einsatz gebracht werden.

Auf Einladung des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches, Hermann Göring, hatte der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Speer, die führenden Männer der deutschen Rüstung zu einer Arbeitstagung auf einem Flugplatz der Luftwaffe im Osten einberufen. Die mehrtägigen Veranstaltungen, an denen maßgebliche Vertreter der Luftwaffe, an ihrer Spitze der Staatssekretär der Luftfahrt und Generalinspekteur der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Milch, sowie die bedeutendsten Persönlichkeiten aus Entwicklung und Fertigung der deutschen Rüstungsindustrie teilnahmen, wurden durch einen Vortrag des Reichsministers Speer über „Die Entwicklung und Steigerung des deutschen Rüstungspotentials“ eingeleitet. Die Arbeitstagung, auf der u. a. Prof. Messerschmitt, Prof. Hertel, Prof. Tank, Dr.-Ing. Werner, Direktor Herne und Direktor Frydag sowie Generalmajor Galland, Oberst i. G. von Loßberg und Oberst Peitz das Wort ergriffen, schloß mit einer Ansprache des Generalfeldmarschalls Milch. Anschließend fand eine eindrucksvolle Vorführung neuer deutscher Waffen und eine Besichtigung jüngst erbeuteter Feindflugzeuge statt.

Auch an die deutsche Jugend richtete sich der Appell zur Leistungssteigerung. Von der riesigen Halle eines großen Berliner Rüstungsbetriebes aus sprach im Rahmen eines Reichsappells Reichsminister Speer zu 6 Millionen Jugendlichen. Er sagte, daß gerade dieser Krieg eindeutig zeige, daß nur die Qualität der Erzeugung, die technische Überlegenheit und der wissenschaftliche Fortschritt unseren Soldaten das Rüstzeuggeben können, um siegreich zu bestehen. Nach dem siegreichen Ende dieses Krieges werden diese Forderungen vermehrt vordem deutschen Volke stehen. Von ihrer Erfüllung

hänge es entscheidend ab, ob uns in späteren Generationen unser Lebensraum und damit unsere Existenz erhalten bleiben werde.

Ende Oktober sind an den Litfaßsäulen in Deutschland öffentliche Aufforderungen erschienen, die die Jungen und Mädels zu einer erstmaligen Generalerfassung durch die Hitler-Jugend aufrufen. Ein einfaches

117 unbürokratisches Meldesystem soll den letzten Jugendlichen erfassen, nicht nur zur Eingliederung in die Hitler-Jugend, sondern um die Unterlagen zu erbringen für den späteren Berufseinsatz.

Erstmals im Kriege wird am 15. Januar des nächsten Jahres ein Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend stattfinden. Am 30. 10. rief der Führer die schaffende Jugend zu diesem Wettkampf auf, indem er darauf hinwies, daß unser Vorbild das Heldentum des deutschen Soldaten sei, und daß jeder die Pflicht habe, dieses Heldentums im Kriegseinsatz der Heimat würdig zu sein. Zum Kriegseinsatz gehöre aber die Leistung im Beruf. Der Einsatz der deutschen Jugend im Reichsberufswettkampf solle ein Beweis für den unerschütterlichen Glauben der Jugend an den Sieg sein.

Auch die Wehrrüchtigung wird im Rahmen der Hitler-Jugend weiterbetrieben. Am 4. und 5. September legte die Hitler-Jugend in allen Gebieten des Reiches vor dem deutschen Volke Zeugnis ab über ihr Können in der vormilitärischen Ausbildung als Vorbereitung zum Waffendienst in der Wehrmacht.

In einem Geleitwort zu diesem Tage sagte der Führer, daß die bisher durch die Hitler-Jugend ausgerichteten Jungen sich bereits in den Reihen der Wehrmacht bewährt hätten. Erspreche dafür der Reichsjugendführung seinen Dank aus.

Mitte Oktober ist überall in den HJ-Gebieten ein Ausbau des Führerschulungswerks angelaufen, das eine Erweiterung der HJ-Erziehung für die gesamte deutsche Jugend ins Auge faßt. Mit der wachsenden Härte des Krieges gewinnt diplommäßige Schulung und Erziehung des Führerkorps der deutschen Jugend kriegsentscheidende Bedeutung. Viele weltanschauliche Themen aus Geschichte und Gegenwart, vorgetragen von erprobten Kämpfern der Bewegung und bewährten Wissenschaftlern, sollen im Mittelpunkt dieser Erziehung stehen.

Das große Werk der Kinderlandverschickung ist auch zu Beginn dieses Winters weiter fortgeführt worden. Als Neueinrichtung, so wurde am 1. 10. bekanntgegeben, seien nunmehr geschlossene Elternbesuche in den KLV-Lagern geplant. Eine Einrichtung, die zwar nicht im Übermaß benutzt werden soll, die aber doch in vielen Fällen von den Eltern dankbar begrüßt werden wird.

Am 1. Oktober war es 10 Jahre her, seit das Erbhofgesetz in Kraft getreten ist. Damals wurde das Fundament der stabilen deutschen Agrarpolitik gelegt. In manchen Teilen allerdings ist das Gesetz nicht so elastisch gewesen, daß es sich allen Anforderungen des Lebens und der Praxis anzupassen vermochte. Aus diesem Grunde sind im Einvernehmen zwischen dem Reichsminister der Justiz Dr. Thierack und dem mit der Führung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft beauftragten

118 Staatssekretär Backe ergänzende Anordnungen herausgegeben, die dem Gesetz die notwendige Elastizität und Anpassungsfähigkeit verleihen.

Am 3. Oktober beging das deutsche Volk den Erntedanktag. Staatssekretär Backe ergriff an diesem Tage im Sportpalast das Wort, um dem deutschen Bauern Dank zu sagen für die fast übermenschliche Arbeit, die dem deutschen Volke auch in diesem Jahre wieder die Brotfreiheit gegeben hat. Zum äußeren Zeichen dieses Dankes verlieh der Staatssekretär im Auftrage des Führers zahlreichen besonders verdienstvollen Bauern und Landwirtschaftsführern Kriegsverdienstkreuze.

Nach einem Erlaß des Führers vom 11. 10. 43 übernimmt der Reichsarbeitsminister vom Oberkommando der Wehrmacht die gesamte Fürsorge und Versorgung für alle Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen der alten und neuen Wehrmacht. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Berufssoldaten der neuen Wehrmacht und ihre Hinterbliebenen, deren Fürsorge und Versorgung beim Oberkommando der Wehrmacht verbleibt. Die Überleitung erfolgt schrittweise und ist bis zum 31. 3. 44 durchzuführen.

Am 9. 9. ist auf der Ordensburg Krössinsee ein Lehrgang einer größeren Anzahl kriegsversehrter Frontsoldaten, die zur Übernahme als politische Leiter in die verschiedensten Aufgabengebiete der Partei vorgesehen sind, beendet worden. Die Teilnehmer tauschen nunmehr den feld-grauen mit dem braunen Rock und nehmen an anderer Stellden Kampf für Deutschlands Freiheit wieder auf. In Vortragführender Persönlichkeiten der Partei, der Wehrmacht und des Staates wurden diese Männer, die sich alle an der Front hervorragend bewährt haben, mit den weltanschaulichen Fragen und politischen Problemen unserer Zeit vertraut gemacht.

Auf Veranlassung des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley wurde Ende Oktober in Prag ein Forschungsinstitut für Arbeitsverletzte und Berufsgeschädigte gegründet, das sich zum Ziel gesetzt hat, diese Volksgenossen und schwerverletzten deutschen Soldaten wieder in den Gebrauch ihrer körperlichen Kräfte zu setzen.

Ein Runderlaß des Reichswirtschaftsministers regelte im Einvernehmen mit dem OKW, wie am 26. 10. berichtet wurde, die Versorgung der Kriegsversehrten und der Schwerekriegsbeschädigten der Organisation T o d t, des Reichsarbeitsdienstes, des NSKK und anderer Organisationen. Für den Einzelhandel ist dabei besonders die Regelung des Normalbedarfs wichtig, da diese durch die Einzelhandelsgeschäfte geschieht. Der Einzelhandel ist verpflichtet, die bevorzugten Kriegsverletzten mit den besten noch vorhandenen Qualitäten zu beliefern. Die Reichsstelle für Kleidung und verwandte Gebiete wird gute und dauerhafte Stoffe auf besonderen Lagern bereitstehen haben, mit denen nur die Schwerekriegsbeschädigten beliefert werden.

119 Ende Oktober wurde durch das OKW eine Verfügung erlassen, die sicherstellt, daß die besondere Ernährungsvergünstigung der Heimatverpflegungszulage auch wirklich nur den Soldaten zugute kommt, für die sie gedacht ist, nämlich den Frontkämpfern. Deshalb wird mit Wirkung vom 1. Dezember die Zulage auf diejenigen Angehörigen der Wehrmacht und der im Wehrmachtseinsatz stehenden Einheiten der Polizei, der OT und des RAD beschränkt, die sich vor Urlaubsantritt in Gefechtsgebieten befinden.

Für den Geist der Heimat zeugen die Sammelergebnisse für das Deutsche Rote Kreuz und das WHW. Am 4. 9. wurde das Ergebnis der letzten DRK-Sammlung bekanntgegeben, das den Betrag von 57 607 381,— RM ausmachte, das bisher höchste Ergebnis aller Haussammlungen. Die Zunahme gegenüber dem vergangenen Jahr beträgt 28%.

Im Laufe der letzten Monate brachten die deutschen Zeitungen mehrfach Meldungen, daß Volksverräter und Volksschädlinge hingerichtet worden seien. Jede dieser Notizen enthielt die Begründung für die Todesstrafe. Aus ihr war zu ersehen, daß die Staatsführung sich ihrer Pflicht bewußt ist, alle Gefahrenmomente zur rechten Zeit und endgültig auszuschalten.

Am 5. Oktober wurde in L i n z durch Reichserziehungsminister Rust im ehemaligen Stift Wilhering die neue Technische Hochschule mit ihrer ersten Abteilung Architektur eröffnet. Diese neue Linzer Technische Hochschule ist die 19. ihrer Art in Deutschland, die dritte Hochschule, die im Auftrag des Führers neu geschaffen worden ist. In seiner Rede verwies Reichsminister Rust auf die Tatsache, daß die Bedürfnisse der Gegenwart ein ganzes Heer neuer Techniker, Chemiker und geistiger Arbeiter benötigen, während diese Berufe vor der Machtübernahme ebenfalls oft brotlos waren. Die Gründung der neuen Hochschule lege Zeugnis ab von der unerschütterlichen Siegeszuversicht des deutschen Volkes.

Am 16. Oktober beging in völliger Schaffensfrische der Reichsstatthalter in Bayern, General Franz Ritter von E p p, seinen 75. Geburtstag. Der Führer, Partei und Staat ehrten an diesem Tage den verdienten nationalsozialistischen Vorkämpfer.

Am 29. Oktober vollendete Verlagsbuchhändler Otto Stollberg, ein verdienter deutscher Verleger, sein 60. Lebensjahr. Otto Stollberg hat eine Reihe wertvoller nationalpolitischer Werke und Gesamtausgaben, so die „Gesammelten Werke Bismarcks“, die „Deutsche Geschichte von 1918 bis 1933“ und u. a. auch „Deutschland im Kampf“ herausgegeben. Dem Jubilar wurden zahlreiche Ehrungen zuteil.

120 In der Dresdener Technischen Hochschule fand die Eröffnungstagung der Zentrale für Ostforschung statt, auf der Reichsminister Reichsleiter Rosenberg ein Bild von den Aufgaben und den Zielen der Zentrale für Ostforschung gab. Es sei Aufgabe der Ostforschung, so betonte er, ein neues Weltbild des Ostens zu formen, der zum Schicksal des deutschen Volkes geworden sei. Der Osten biete die Möglichkeit der Entfaltung aller schöpferischen Kräfte. Die wissenschaftliche Forschung sei berufen, neben der Untermauerung praktischer Erfahrungen dem deutschen Volke ein gründliches Wissen über den Osten zu sichern. Viele der Aufgaben der Ostforschung seien nicht regional bedingt, sondern von gesamteuropäischem Interesse. Daher begrüßte Rosenberg das Zusammengehen der Zentrale für Ostforschung mit dem Reichsforschungsrat.

Der Reichsinnenminister ordnete zur Vereinfachung der Verwaltung an, daß Kennkarten allgemein über die darin ein-getragene fünfjährige Geltungsdauer hinaus bis auf weiteres gültig bleiben, ohne daß dies in der einzelnen Karte vermerkt wird.

Postausweise gelten bis Kriegsende.

Die Sicherstellung von Möbeln und Hausrat vor feindlichen Terrorangriffen sowie die Bergung der geretteten Habe von Bombengeschädigten stellte unser deutsches Verkehrswesen voreine bedeutende

Aufgabe. Angesichts der großen Zahl der bestehenden Beförderungswünsche war es daher nötig, für die Verbringung von Möbeln und Hausrat eine Regelung zu treffen, die den vorhandenen Transportraum nach der Rangfolge der Dringlichkeit verteilt.

Der Reichsverkehrsminister hat hierfür zwei Anordnungen erlassen, in denen folgendes bestimmt wird: 1. Für die Benutzung von Möbelwagen, Lastkraftwagen und Eisenbahngüterwagen zu Umquartierungstransporten ist die Zustimmung der Bevollmächtigten für den Nahverkehr (Fahrbereitschaftsleiter) erforderlich. Totalumzüge werden nur bei behördlich angeordneten Versetzungen, bei der Verlegung des Wohn- oder Betriebssitzes aus kriegswirtschaftlichen Gründen sowie bei der Sicherstellung des Hausrats Bombengeschädigter genehmigt. Darüber hinaus können Privatpersonen im allgemeinen nur die Genehmigung zum Abtransport eines Zimmers erhalten. Für die Genehmigung ist die Befürwortung folgender Dienststellen Voraussetzung: Bei Privatpersonen des Wohnungsamtes, bei gewerblichen Betrieben der für ihre Betreuung zuständigen Stelle, bei Behörden die Reichsverteidigungskommissare. — 2. Für die Stellung von Eisenbahnwagen zur Beförderung des kleinen Hausrats, der in den Räumungszügen der NSV mitgeführt werden soll, ist eine besondere Genehmigung nicht nötig. — 3. Möbel und anderer Hausrat, die nicht in Kisten, Körben oder festen Verschlägen verpackt sind, können vorläufig als Fracht- oder Eilgut nicht mehr befördert werden. Ausgenommen sind

121 folgende Gegenstände: Bettstellen, Bettzeug (Matratzen, Kopfkissen, Federbetten u. ä.), Decken, Teppiche und alle Güter mit dem Stichwort „Fliegerchäden“.

Auf einer Bauernkundgebung in Salzburg gab Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Scheel in seiner Eigenschaft als Reichsstudentenführer eine neue Verfügung für das Langemarckstudium bekannt:

Das Langemarckstudium der Reichsstudentenführung stellt 600 Freiplätze für das Studium der Landwirtschaft an einer Hochschule oder höheren Fachschule zur Verfügung. Das Reichsamt für das Landvolk wird unter Einschaltung der Dienststellen des Reichsnährstandes jährlich die entsprechende Anzahl geeigneter Nachwuchskräfte vorschlagen. Die für das Studium Ausgelesenen übergibt der Reichsbauernführer dem Reichsstudentenführer alljährlich am Reichsbauerntag. Durch die Aufnahme in das Langemarckstudium werden sie dann nach einem Jahr mit einem Hochschulstudium beginnen können. Denn das Langemarckstudium ermöglicht es durch seine Einrichtungen, daß tüchtige und begabte Nachwuchskräfte, die keine höhere Schulausbildung haben und sich in ihrer Berufsarbeit besonders bewähren, nach Teilnahme an einer einjährigen Sonderausbildung ein Hochschulstudium auf ihrem Berufsgebiet beginnen können.

Durch die Einrichtung des Langemarckstudiums, der Begabtenprüfung und der Sonderreifeprüfung wurden bekanntlich neue einheitliche Wege für den Zugang zur wissenschaftlichen Hochschule eröffnet. Die mit der Sonderreifeprüfung und der Begabtenprüfung gemachten Erfahrungen veranlaßten jetzt den Reichserziehungsminister, durch Erlasse zahlreiche Zweifelsfragen zu klären:

Bei der Begabtenprüfung trat eine wesentliche Änderung dadurch ein, daß der Antrag jetzt von dem Bewerber selbst einzureichen ist. Er hat dabei neben den sonstigen Unterlagen die Anschriften von mindestens zwei urteilsfähigen Persönlichkeiten zu verzeichnen, die ein einwandfreies Gutachten über seine Leistung, charakterliche und politische Haltung abgeben können.

Umfangreicher sind die Änderungen, die die S o n d e r-reifeprüfung jetzt erfahren hat. Die Sonderreifeprüfung hat den Zweck, Fachschulabsolventen, die überdurchschnittlichbegabt sind und bestimmte Voraussetzungen erfüllen, Gelegenheit zu geben, die Zulassung zum Studium in einer ihrer Fachschulvorbildung entsprechenden Fachrichtung an den wissenschaftlichen Hochschulen zu erlangen. Die Sonderreifeprüfung kann abgelegt werden zum Studium folgender Fachrichtungen:

122 Wirtschaftswissenschaft, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Holzwirtschaft, Gartenbau, Gartengestaltung, Brauerei- und Brennereiwesen, Zuckerfabrikwesen, Chemie, Architektur, Bauingenieurwesen, Maschinenbau, Elektrotechnik, Schiffsbau, Schiffsmaschinenbau, Schiffselektrotechnik, Luftfahrt, Bergbau, Markscheidewesen, Hüttenwesen, Textiltechnik, Papiertechnik, Geologie oder Vermessungswesen. Die Zulassung zur Sonderreifeprüfung für das Studium der Wirtschaftswissenschaft wird dahin erschwert, daß jetzt eine praktische Tätigkeit statt von einem von zweieinhalb Jahren sowie das Bestehen der Handlungsgehilfenprüfung gefordert wird. Zu dieser Sonderreifeprüfung werden auch Bewerber zugelassen, die das Abschlußzeugniseiner Mittelschule besitzen und keine Fachschule besucht haben, wenn sie die übrigen Bedingungen erfüllen. Neu ist die Festsetzung einer Höchstaltersgrenze für die Zulassung zur Sonderreifeprüfung. Der Bewerber darf nicht unter 21 Jahre alt sein und das 40. Lebensjahr nicht vollendet haben. Während des Krieges können Fachschulabsolventen schon nach vollendetem 20. Lebensjahr zugelassen werden. Die Zulassung ist nicht auf Ausnahmefälle beschränkt, sondern erfolgt stets, wenn die Zulassungsvoraussetzungen erfüllt sind. Sinn und Zweck der

Sonderreifeprüfung entsprechend werden bei der Zulassung wie bei der Prüfung strenge Anforderungen gestellt. Die bisherigen Befreiungen von Fachschulabsolventen von der Ablegung der Sonderreifeprüfung sind in die Durchführungsbestimmungen zur Prüfungsordnung eingebaut. Für Kriegsteilnehmer gelten besondere Vergünstigungen. Die Zweiteilung der Prüfung kommt in Fortfall, außerdem soll ihnen bei der Stoffauswahl entgegengekommen werden. Bei der Bewertung der Prüfungsleistungen ist die Gesamtpersönlichkeit zu berücksichtigen.

Der Reichsminister der Justiz setzte durch eine Verfügung die bisherige Mindestdauer des Studiums der Rechts- und Staatswissenschaften für Kriegsteilnehmer und Kriegsversehrte auf vier Semester herab („Deutsche Justiz“, S. 432). Im Interesse einer gründlichen Vorbereitung der Studenten auf ihren künftigen Beruf muß diese verkürzte Studienzeit durch zwei Zwischenkurse während der Semesterferien ergänzt werden. Der Aufbau des Studiums während der abgekürzten Gesamtzeit wird demnächst durch eine Studienordnung für Kriegsteilnehmer sichergestellt werden.

Mit dieser Neuregelung soll Frontsoldaten und Kriegsversehrten die Möglichkeit gegeben werden, ihr Studium schon nach zwei Jahren abzuschließen und damit den zum Teil erheblichen Zeitverlust etwas auszugleichen, den sie durch ihren Einsatz im Kriege erlitten haben. Die mit der Ausbildung des Nachwuchses betrauten Männer werden ihnen hierzu nach Kräften helfen. Im übrigen ist durch den Erlaß dafür Sorge getragen, daß die sich anschließende abgekürzte Prüfung von ehemaligen Frontkämpfern abgenommen wird.

Reichsstudentenführer Gauleiter Dr. Scheel veranlaßte für alle Kriegsteilnehmer, die als Verwundete oder Beurlaubte auf den deutschen Hochschulen studieren, besondere Maßnahmen zur gesundheitlichen

123 Betreuung. So wurde jetzt für alle Kriegsteilnehmer bereits eine Zahnsanierung durchgeführt.

Die Kosten werden voll und ganz vom Reichsstudentenwerk getragen. Mit der Führung der deutschen Zahnärzte und Dentisten hat das Reichsstudentenwerk vereinbart, daß die Behandlung der Kriegsteilnehmer, die sich im Rahmen dieser Aktion des Reichsstudentenführers einfinden, während der Beurlaubungszeit erfolgt und damit vor der Rückkehr zur Truppe zum Abschluß kommt. Neben der Zahnsanierungsaktion wird durch Reihenuntersuchungen der Kriegsteilnehmer der gesamte Gesundheitsbefund dieser Studenten genau festgestellt und eine Behandlung überall in die Wege geleitet, wo sie sich erforderlich zeigt.

Auf Grund der Leistungen der deutschen Landwirtschaft und der planvollen Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist es möglich, auch im Jahre 1943 wieder dem deutschen Volk zu Weihnachten neben den laufenden Lebensmittelrationen Sonderzuteilungen zu gewähren.

Es erhalten daher alle Verbraucher einschl. der Selbstversorger 500 Gramm Weizenmehl und 250 Gramm Zucker. Ferner werden allen Versorgungsberechtigten und nichtlandwirtschaftlichen Selbstversorgern 125 Gramm Butter zugeteilt. An alle über 18 Jahre alten Verbraucher einschließlich der Selbstversorger werden außerdem 125 Gramm Zuckerwaren oder 100 Gramm Zucker, 50 Gramm Bohnenkaffee und 1/2 Flasche Spirituosen ausgegeben. Kinder und Jugendliche bis zu 18 Jahren einschließlich der Selbstversorger dieser Altersstufe erhalten 250 Gramm Zuckerwaren oder 200 Gramm Zucker.

Der durch seine rein germanische Sinnesweise berühmte Dichter Prof. Dr. Otto Erler (Weimar) starb im 72. Lebensjahre an einem Herzschlag auf der Bühne des Dresdener Staatsschauspiels, als sich der Vorhang zum 25. Male nach der erfolgreichen Uraufführung seines letzten Dramas „Blutsfreunde“ gesenkt hatte.



Außenpolitik

124 In die Monate September und Oktober 1943 fielen zwei Jahrestage, die Anlaß boten, neben den militärischen und politischen Ereignissen dieser Monate selbst, den bisherigenpolitischen und militärischen Gesamtverlauf des Krieges ins Auge zu fassen —, nämlich der vierte Jahrestag des Kriegsbeginns am 3. September und der dritte Jahrestag des Abschlusses des Dreimächtepaktes am 27. September. Am 3. Oktober beging das deutsche Volk außerdem das Erntedankfest, auf dem der Leiter des Ernährungsministeriums, Backe, und Reichsminister Goebbels feststellen konnten, daß die diesjährige Getreideernte alle Blockadehoffnungen unserer Feinde zuschanden mache.

Der Eintritt in das fünfte Kriegsjahr veranlaßt nicht nur zur Rückschau über den bisherigen Kriegsverlauf, sondern lädt auch dazu ein, fünfundzwanzig Jahre zurück zu denken an die Wochen und Monate, die Deutschlands innerem Zusammenbruch und dem Waffenstillstand des 11. November 1918 vorausgingen. Es ist sehr auffällig, daß die Propaganda unserer Kriegsgegner es peinlich vermeidet, Parallelen zwischen damals und heute zuziehen, natürlich deswegen, weil aus solchem Vergleich sich keinerlei Propagandanutzen zugunsten unserer Feinde ergeben könnte. Um so mehr haben wir Grund, den Vergleich zwischen damals und heute zu machen und die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Sie sind ebenso eindeutig wie günstig. Damals einausgehungertes Volk, das schon lange von völlig ungenügenden Rationen lebend die schweren Versäumnisse einer liberalen Ernährungswirtschaft ertragen mußte. Innenpolitisch ein schwacher Staat, der gegen das revolutionäre Treiben des Marxismus und Kommunismus nicht die nötigen Gegenmittel besaß und deshalb diesem Treiben unterlag — dies um so mehr, als die politische Führung des Reiches völlig versagte. Es braucht gar nicht gesagt zu werden, wie ganz anders heute die Lage ist;

denn jeder Deutsche weiß es und zieht aus dieser Erkenntnis die Richtschnur für das eigene Denken und Handeln.

Nach dem Sturz des Faschismus am 25. Juli d. J. und der schmachvollen Kapitulation der Dynastie Savoyen und der Regierung Badoglio am 8. September kamen in den feindlichen Hauptstädten vereinzelt

125 Stimmen auf, die sich selbst und der Welt glauben machen wollten, nun neige sich die Waage des Glücks zuungunsten Deutschlands und seiner Verbündeten und man könnte ähnliches, wie es in Italien sich ereignet hatte, auch hinsichtlich Deutschlands erwarten. Der Führer hat darauf in seiner Ansprache an das deutsche Volk am 10. September eine schlagende Antwort erteilt. Er sagte unter anderem:

Der Ausfall Italiens bedeutet militärisch nur wenig; denn der Kampf in diesem Lande wurde seit Monaten in erster Linie durch deutsche Kräfte gestützt und getragen. Wir werden diesen Kampf nunmehr frei von allen belastenden Hemmungen fortsetzen. Der Versuch des internationalen Plutokratenkomplotts, den deutschen Widerstand wie in Italien zu zerreden, ist kindlich. Sie verwechseln das deutsche Volk in dem Fall mit einem anderen. Die Hoffnung, in ihm heute Verräter wie in Italien zu finden, fußt auf der vollkommenen Unkenntnis des Wesens des nationalsozialistischen Staates. Ihr Glaube, in Deutschland auch einen 25. Juli herbeiführen zu können, beruht auf dem grundlegenden Irrtum, in dem sie sich sowohl über meine persönliche Stellung befinden als auch über die Haltung meiner politischen Mitkämpfer, meiner Marschälle, Admirale und Generale. Mehr als jemals zuvor tritt diesem Vorhaben gegenüber gerade die deutsche Führung als eine fanatisch geschlossene Gemeinschaft entgegen. Jede Not wird uns nur in unserer Entschlossenheit festigen!

Der Führer fügte hinzu:

Ich habe deshalb auch schon am 1. September 1939 im Reichstag erklärt, daß weder Zeit noch Waffengewalt das deutsche Volk jemals niederzwingen werden. Seitdem ist in erster Linie durch unsere eigene Kraft der Feind zum Teil mehr als tausend Kilometer von den deutschen Grenzen zurückgedrängt worden. Nur auf dem Luftweg vermag er die deutsche Heimat zu terrorisieren. Allein auch hier sind die technischen und organisatorischen Voraussetzungen im Entstehen, um nicht nur seine Terrorangriffe endgültig zu brechen, sondern durch andere und wirkungsvollere Maßnahmen zu vergelten. Es mögen uns nun taktische Notwendigkeiten zwingen, in diesem gewaltigen Schicksalskampf das eine ödere andere Mal an einer Front etwas aufzugeben oder besonderen Bedrohungen auszuweichen. So wird aber niemals der stählerne Reif zerbrechen, der, durch die deutsche Heimat geschmiedet, durch das Heldentum und Blut unserer Soldaten gehalten, das Reich beschirmt.

Seine Rede aber schloß der Führer mit folgender Mahnung:

Das Schicksal Italiens selbst mag für uns alle auch eine Lehre sein, um in Stunden der härtesten Bedrängnis und der bittersten Not niemals dem Gebot der nationalen Ehre zu entsagen, treu zu unseren Bundesgenossen zu stehen und gläubigen Herzens das zu erfüllen, was die Pflicht zu tun uns auferlegt.

126 Dem Volke, das diese Prüfungen vor der Vorsehung besteht, wird am Ende der Allmächtige als Lohn den Lorbeerkranz des Sieges und damit den Preis des Lebens reichen. Dies muß und wird aber unter allen Umständen Deutschland sein!

Auf dem Erntedankfest am 3. Oktober stellte Reichsminister Goebbels folgendes fest:

„Eine Kriegsopposition existiert im nationalsozialistischen Deutschland nicht.“ Wenn man sich in London und Washington der trügerischen Hoffnung hingegeben habe, nach dem 25. Juli auch in Deutschland ein Badoglio-Experiment nach italienischem Beispiel durchzuführen, damit das deutsche Volk in die Kniegezwungen werde und vermutlich noch härtere Kapitulationsbedingungen auferlegt bekomme, so beruhe diese kindische Hoffnung auf einer gänzlich falschen Einschätzung der inneren deutschen Machtverhältnisse und des Willens und der Entschlossenheit des deutschen Volkes zum Krieg.

Vor der versammelten Parteiführerschaft erklärte der Führer am 8. Oktober, in der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Auseinandersetzung, die in ihrem Ablauf wie alle großen historischen Entscheidungen ihren eigenen Rhythmus von Höhepunkten und Spannungen zeige, seien neben der Stärke der Waffen der Wille und die Ausdauer ihrer Träger von ausschlaggebender Bedeutung für den Sieg. Die Waffen allein bedeuteten nichts, wenn nicht der Wille der Menschen dahinterstehe. Ohne Rücksicht auf die jeweilige Kriegslage müsse die Willenshaltung, die unentwegte Beharrlichkeit in der Verfolgung der Ziele stets die gleiche sein. Verkörperung dieses Willens sei die nationalsozialistische Partei. Für den heutigen Schicksalskampf des deutschen Volkes sei ihr Ringen um die Macht Vorbild gewesen. Sie habe sich nie durch Rückschläge entmutigen lassen. Ihr kämpferischer Geist, ihre Tatkraft, ihre harte Entschlossenheit und äußerste Hilfsbereitschaft gäben auch heute wieder dem Volke vor allem in der Schwere des Luftkrieges Rückgrat und Halt. Der Krieg könne, wenn sich das deutsche Volk diesen Geist, der sich auf den Schlachtfeldern ebenso wie in der Heimat offenbart, erhalte, niemals verlorengehen, sondern müsse und werde einen großen deutschen Sieg bringen.

Es ist sehr illustrativ, mit diesen Äußerungen von autoritativer deutscher Seite solche aus dem Feindlager zu vergleichen. Sie beweisen, daß trotz aller Propaganda, durch die unsere Gegner den eigenen Völkern und den Neutralen und möglichst auch uns selbst Glauben machen wollen, sie hätten den Krieg eigentlich schon gewonnen und nur der Zeitpunkt des Sieges sei noch zweifelhaft, die Erkenntnis der wirklichen Kriegslage bei ihnen immer wieder zum Durchbruch kommt. So erklärte Roosevelt in einer Botschaft an den Kongreß am 17. Dezember: „Die Alliierten sind noch weit vom Endsieg entfernt. Trotz

127 unseres großen Sieges im Mittelmeer stehen wir vor einem harten und verlustreichen Kampf in Italien und vor der noch größeren Aufgabe, unsere Stellungen zu organisieren, bevor wir sie benutzen können. Wir müssen auf schwere Verluste gefaßt sein. Japans Macht wird nicht zusammenbrechen, bis dieses Land buchstäblich zerschmettert ist. Es wäre Wahnsinn, wenn wir versuchen sollten, anders zu denken.“ Roosevelts jüdischer Finanzminister Morgenthau besuchte im September die amerikanische Invasionsarmee im Mittelmeer und in einem Feindbericht über die Eindrücke Morgenthau hieß es, „er verurteilte die Rücksichtslosigkeit, mit der die Deutschen kämpfen“. Das klingt gerade, als ob die amerikanischen Soldaten erwartet hätten, die deutschen Grenadiere würden unter dem Eindruck amerikanischer Bluffs vergessen, ihnen gegenüber den richtigen Gebrauch von ihren Waffen zu machen. Einer der engsten Mitarbeiter Roosevelts, Harry Hopkins, veröffentlichte Anfang September in der Zeitschrift „American Magazine“ unter der bezeichnenden Überschrift „Können wir Amerikaner im Jahre 1945 siegen?“ einen Artikel mit der Schlußfolgerung:

„Ich glaube, vor uns stehen zwei Jahre härtesten Kampfes. Wir müssen hart arbeiten und eine Menge Dinge entbehren lernen.“ Der stellvertretende Generalstabschef des USA-Geheimdienstes, General Strong, erklärte Ende September, Deutschland sei weit davon entfernt, schwächer zu sein als vor vier Jahren. Es habe jetzt dreimal soviel Divisionen im Felde als beim Angriff auf Polen. Seine Luftwaffe sei größer als 1939. Die Ziffer der in der Kriegsindustrie Beschäftigten sei von 23 auf 35 Millionen angestiegen. Deutschland verfüge über einige Waffen, die wesentlich besser seien als die der Alliierten, die deutschen Lebensmittelzuteilungen seien kalorienreicher als bei Kriegsausbruch. Die japanischen Hilfsquellen seien ungeheuer. Die Moral der Armee und der Bevölkerung sei ausgezeichnet. Außerdem verfüge Japan über geographische Vorteile, die seiner Verteidigungsstellung eine gewaltige Stärke verleihen. Japans Luftwaffe sei sowohl quantitativ wie qualitativ im Aufstieg begriffen. Der englische Informationsminister, Brandon Bracken, erklärte am 1. September auf einer Pressekonferenz, daß er nicht glaube, die deutsche Armee werde in kurzer Zeitzusammenbrechen. Er nehme nicht an, daß die Achse 1943 vernichtet werde. Die Deutschen seien ein sehr zähes Volk mit einer großen Armee

von 200 bis 260 Divisionen. Die Japaner seien ebenfalls ein zähes Volk. Am 5. September meldete Reuter aus Washington: In hohen britischen und amerikanischen Beamtenkreisen wird die Ansicht vertreten, daß der deutsche Kriegsapparat immer noch nicht nur zu einer starken Verteidigung der europäischen Festung, sondern auch zu Gegenangriffen im Jahre 1944 fähig ist. Die einzige Hoffnung einerschnellen Niederlage liegt in einem Zusammenbruch der Moral und des Vertrauens in Deutschland selber.

128 Am 31. Oktober schrieb der New Yorker Korrespondent der Londoner Zeitung „Sunday Dispatch“, in höheren militärischen USA-Kreisen wird auf Grund von Zahlen und zuverlässigen Berichten die Meinung vertreten, daß Deutschland immer noch äußerst stark und voller Kampflust ist. Deutschland verfüge zur Zeit über 10,5 Millionen gut ausgebildete Krieger (rund 300 Divisionen). 60 neue Divisionen seien in diesem Jahre zusammengestellt worden. Das deutsche Heer sei doppelt so stark als 1939. 35 Millionen Arbeiter ständen für die Kriegsindustrie zur Verfügung, und die deutsche Produktion sei alles andere als lahmgelegt durch die Luftangriffe der Alliierten.

Am 7. Oktober brachte Reuter aus Washington folgende Meldung: Einer der fünf Senatoren, die kürzlich von ihrer Reise vom USA-Kriegsschauplatz in Europa zurückkehrten, Albert Chandler, erklärte Mittwoch, man solle versuchen, Deutschland durch Luftangriffe zur Kapitulation zu zwingen und keine Invasion über den Ärmelkanal zu unternehmen. „Eine solche Invasion“, erklärte Chandler, „ist gleichbedeutend mit einem Massenmorden der angreifenden Truppen. Die Deutschen haben Bollwerk auf Bollwerk gebaut. Es ist unnütz, Hunderttausende von Menschenleben bei einer Invasion zu opfern, wenn der Krieg mit anderen Mitteln gewonnen werden kann. Ich weiß nicht, ob wir das nur durch unsere Luftmacht erreichen können; immerhin ist es wert, es zu versuchen.“

Solche Äußerungen machen es klar, welchen Sinn und Zweck die englisch-amerikanischen Terrorluftangriffe auf die Wohnviertel deutscher Städte haben. Da man es für unmöglich oder mindestens für zweifelhaft hält, die deutsche Wehrmacht auf dem Schlachtfeld niederzuringen, so will man versuchen, die Moral der Heimat zu zerbrechen, um, ebenso wie dies 1918 mit der Hungerblockade geschehen ist, diesmal mit dem Bombenterror ans Ziel zu gelangen.

Reichsminister Dr. Goebbels hat hierauf in seiner Rede zum Erntedankfest am 3. Oktober die gebührende Antwort erteilt und zum Thema der Vergeltung erklärt, daß er aus naheliegenden Gründen darüber nur sagen könne, die Engländer huldigten einem außerordentlich verhängnisvollen Irrtum, wenn sie glaubten, es handele sich dabei um ein rhetorisches oder propagandistisches Schlagwort, hinter dem keine Wirklichkeit stehe. Der Reichsminister sagte wörtlich: „England wird diese Wirklichkeit eines Tages kennen lernen. Das britische Volk wird sich dann bei seiner Regierung dafür bedanken können. Ich möchte zu diesem Thema nicht mehr sagen, als unbedingt nötig ist. Man soll aber nicht glauben, daß meine Zurückhaltung ein Zeichen von Schwäche oder Unsicherheit sei. Die englischen und amerikanischen Bäume werden nicht in den Himmel wachsen, dafür sorgen schon unsere deutschen Techniker, Erfinder, Ingenieure und Arbeiter.“

129 Diese Stimmen aus dem eigenen und dem Feindlager zur Gesamtkriegslage werfen ein eindeutiges Licht auf den Stand der politischen und militärischen Kriegführung Deutschlands und seiner Verbündeten zu Beginn des fünften Kriegsjahres.

Am 27. September, dem dritten Jahrestag des Abschlusses des Dreimächtepaktes, richteten die Außenminister bzw. die Regierungschefs der Teilnehmerstaaten dieses Paktes Rundfunkansprachen an ihre und an die befreundeten Völker. Diese Reden waren der Ausdruck der Kampfentschlossenheit und der Bündnistreue der Paktstaaten und ihres Willens, das politische Ziel des Dreierpaktes, nämlich die Sicherung von Lebensraum und Lebensmöglichkeit für die im Dreierpakt vereinten Völker auf jeden Fall zu verwirklichen. Von den Reden sei die des japanischen Außenministers Shigemitsu zitiert. Er sagte:

Die Länder der Achse haben sowohl als Staaten und Völker wie als Mitglieder der Völkerfamilie ein ebenso unbestreitbares Lebensrecht wie irgendein anderer Staat oder irgendein anderes Volk. Weil dieses Lebensrecht bedroht ist, haben wir schließlich zum Schwerte gegriffen. Dieser Krieg ist für uns nichts anderes als ein Krieg der Selbstverteidigung. Unsere Gegner haben in Mißachtung unseres ureigenen Rechtes mit allen politischen, militärischen, wirtschaftlichen und sonstigen Mitteln versucht, uns die Schlinge um den Hals zu legen. Selbst heute erkennen wir in ihren offen erklärten Kriegszielen eine Bestätigung ihrer Absicht, eine Welt diktatur zu errichten, die ihnen erlaubt, andere Nationen nach ihrem Gutdünken zu regieren und zu beherrschen und die Achsenmächte, die sich ihrem Vorhaben entgegenstellen, zu vernichten. Während der letzten drei Jahre ist es der Achse trotz harter Proben gelungen, ihr konstruktives Programm durchzuführen. Zur Zeit leisten wir im Osten und Westen ge-

gen heftige feindliche Gegenangriffe Widerstand, die wir überall zurückschlagen. Dieser denkwürdige Tag ist daher geeignet, unseren festen Entschluß, den gemeinsamen Kampf bis zum erfolgreichen und ruhmvollen Ende fortzuführen, zu erneuern. Unsere Verbündeten in Europa verteidigen unter der Führung des Großdeutschen Reiches die gewaltige Festung Europa. Sie werfen den Feind im beispiellosen Kampfegeist nieder und vollbringen Tag für Tag kühne und tapfere Waffentaten. Dafür möchte Japan seine uneingeschränkte Hochachtung zum Ausdruck bringen.

130 Auf der anderen Seite erteilt Japan dem Feind an den verschiedenen Fronten Großostasiens vernichtende Schläge, die ihm große Verluste an Menschen und Material zufügen. Was Japan erstrebt, ist die Verwirklichung der Gerechtigkeit in Ostasien, die geeignet ist, allen Nationen und Völkern, die hier leben, Frieden und Wohlstand zu bringen. Diese Politik und dieses Ziel Japans ist nicht nur gerecht, sondern deckt sich auch mit den natürlichen und legitimen Wünschen der Völker Ostasiens. Warum müssen wir Gut und Blut und das Schicksal unseres Landes in einem ungeheuerlichen Krieg zur Verwirklichung dieses klaren und vernünftigen Zieles einsetzen? England und die Vereinigten Staaten, die vor vielen Jahren in Asien eingebrochen sind, haben einen Großteil davon auf einen kolonialen und halbkolonialen Status herabgedrückt. Sie, die skrupellos genug waren, alle Mittel anzuwenden, um die Völker Asiens zu entrechten und sie schonungslos auszubeuten, haben sogar Japans Lebensrechte bestritten. „Teile und herrsche“ ist ihre traditionelle Politik. Wenn wir also unser Lebensrecht verteidigen, so bedeutet das auch, daß wir damit Ostasien von der Beherrschung und Ausbeutung durch England und Amerikabefreien. Andererseits führen England und Amerika, die sich weiter an die Vergangenheit klammern und ihre alten Positionen in Asien wiedergewinnen wollen, hartnäckige Gegenangriffe. Doch die Tapferkeit und der Heldenmut unserer Land-, See- und Luftstreitkräfte sind mehr als ausreichend, um ihnen ihre Ambitionen auszutreiben. —

Das Bild der politischen und militärischen Gesamtkriegslage hat durch die militärischen Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen während der Monate September und Oktober keine wesentliche Korrektur erhalten. An der Ostfront wurde zwischen dem 13. September und 8. Oktober der Kubanbrückenkopf planmäßig und unter Mitnahme aller Waffen und Vorräte geräumt und vollzog sich auf dem mittleren und südlichen Frontabschnitt unter vielen schweren Kämpfen eine großräumige Absetzbewegung der deutschen Armeen auf die Dnjeprlinie. Trotz ungeheueren Einsatzes von Menschen und Material gelang es den Sowjets nie, zum operativen Erfolg, d. h. zum Durchbruch und zur Einkesselung größerer deutscher Verbände zu kommen. Das eigentliche Ziel der sowjetischen Sommeroffensive blieb damit unerreicht!

Die englisch-amerikanische Invasionsarmee, die zu-gleich mit der Kapitulation Badoglios in der Bucht von Salerno mit einem ungeheuren Einsatz von Kriegs-, Transport- und Speziallandeschiffen an Land gesetzt wurde, stieß dort auf kampferprobte deutsche Divisionen. Ohne den Feuerschutz der englisch-amerikanischen Kriegsflotte wäre sie ins Meer zurück-geschlagen oder vernichtet worden. Aber auch so erlitt sie die schwersten Verluste an Menschen und Material und verlor gegen fünftausend Gefangene. Nachdem die in Süditalien stehenden deutschen Verbände sich mit den deutschen Divisionen bei Salerno vereinigt hatten, wurde die deutsche Italienfront zwischen dem Adriatischen und dem Tyrrhenischen Meer gezogen, die seitdem mit verhältnismäßig geringen Kräften einen 131 inhaltenden Kampf gegen die achte englische und die; fünfte amerikanische Armee führt. Der deutsche Widerstand ist je länger um so härter geworden. Aus den in der Schlacht von Salerno erbeuteten Papieren eines amerikanischen Stabes ergab sich, daß der vorbereitete Stundenplan den Einzug des Oberkommandierenden der englisch-amerikanischen Streitkräfte, des Generals Eisenhower, in Rom für den 16. September vorsah. Im Augenblick der Verkündung des Waffenstillstandes sollte nämlich, wie auch Churchill in seiner Rede im Unterhaus vom 21. September zugab, eine amerikanische Luftlandedivision die Flugplätze bei Rom überraschend besetzen. Infolge der Besetzung der römischen Flugplätze vor Verkündung des Waffenstillstandes durch deutsche Truppen sei dies aber nicht möglich gewesen.

Anstatt, wie man sich das erträumt hatte, durch den Verrat Badoglios die deutschen Divisionen, die in Italien standen, in wenigen Tagen zu erledigen und mit Hilfe der italienischen Armee ganz Italien bis zu den Alpen in die Hand zu bekommen, ward die italienische Armee nicht nur in Italien, sondern auch auf dem ganzen Balkan und in Südfrankreich in wenigen Tagen entwaffnet — und so kamen die ganzen Gebiete militärisch in deutsche Hand!

Schon am 10. September gab eine Sondermeldung aus dem Führerhauptquartier bekannt, daß überall in Italien, Südfrankreich und auf dem Balkan die italienischen Divisionen entwaffnet worden seien. Die Meldung schloß: „Ein Verrat, wie er größer und hinterhältiger in der Geschichte kaum zu finden

ist, ist auf die Verräter selbst zurückgefallen. Die italienische Wehrmacht besteht nicht mehr. Was aber für alle Zeiten bestehen bleiben wird, ist die Verachtung der Welt für die Verräter." Am 13. September wurde ferner aus dem Führerhauptquartier gemeldet: „Die Entwaffnung des italienischen Badoglioheeres ist im wesentlichen abgeschlossen. Die Zahl der entwaffneten Soldaten hat eine halbe Million überschritten.“

Von der Kapitulation Badoglios und dem am 3. September abgeschlossenen, am 8. September abends veröffentlichten Waffenstillstand nahm nicht nur eine neue militärische, sondern auch eine neue politische Entwicklung auf der italienischen Halbinsel und in den bisher von italienischen Truppen besetzten Gebieten ihren Ausgang. Sie basiert wesentlich auf dem Waffenstillstandsvertrag, dessen Bestimmungen am 12. September von Reuter aus dem alliierten Hauptquartier in folgender Form bekanntgegeben wurde:

1. Die sofortige Einstellung jeder feindseligen Handlung der italienischen bewaffneten Streitkräfte.
2. Italien wird alles im Bereich des Möglichen stehende tun, um den Deutschen Erleichterungen vorzuenthalten, die im Kampf gegen die Vereinigten Nationen von Vorteil sein würden.
- 132 3. Alle Kriegsgefangenen oder Internierten der Vereinigten Nationen sind sofort dem alliierten Oberbefehlshaber auszuliefern, keine Kriegsgefangenen oder Internierten dürfen jetzt oder zu irgendeinem anderen Zeitpunkt nach Deutschland verbracht werden.
4. Die italienische Flotte und die italienischen Luftstreitkräfte haben sich zur Übergabe sofort an die Stellen zu begeben, die von dem alliierten Oberbefehlshaber mit Einzelheiten für die Entwaffnung bekanntgegeben werden.
5. Die italienische Handelsflotte kann von dem alliierten Oberbefehlshaber zum Zwecke der Durchführung des militärischen Flottenprogramms requiriert werden.
6. Sofortige Übergabe Korsikas und des gesamten italienischen Gebietes — der italienischen Inseln und des italienischen Festlandes — an die Alliierten zum Zwecke der Errichtung von Operationsstützpunkten und zu anderen Zwecken, die von den Alliierten für notwendig erachtet werden.
7. Die sofortige Zusicherung des freien Zuganges der Alliierten zu allen Flugplätzen und Flottenstützpunkten auf italienischem Gebiet, ohne Rücksicht darauf, in welchem Tempo der italienische Boden von deutschen Truppen gesäubert wird. Diese Häfen und Flugplätze müssen unter dem Schutz der italienischen bewaffneten Streitkräfte stehen, bis diese Funktionen von den Alliierten selbst übernommen werden.
8. Der sofortige Rückzug der italienischen bewaffneten Streitkräfte von allen Kriegsschauplätzen, auf denen sie sich zur Zeit befinden, nach Italien.
9. Die Garantie der italienischen Regierung, daß — wenn nötig — alle zur Verfügung stehenden bewaffneten Streitkräfte zur prompten und exakten Ausführung der Bedingungen dieses 10. Der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte behält sich das Recht vor, jede Maßnahme zu ergreifen, die seiner Meinung nach für den Schutz und die Interessen der alliierten Streitkräfte zur Weiterführung des Krieges notwendig sein mag. Die italienische Regierung verpflichtet sich, ihrerseits jede Verwaltungsbehörde oder Behörde anderer Art hinzunehmen, die der Oberbefehlshaber für notwendig erachtet. Vor allem wird der Oberbefehlshaber eine alliierte Militärregierung in den Teilen des italienischen Gebietes errichten, in denen er eine derartige Maßnahme in militärischem Interesse der alliierten Nationen für erforderlich hält.
11. Der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte hat das volle Recht, die Maßnahmen der Entwaffnung, zur Demobilisierung und zur Abrüstung durchzuführen.
12. Andere Bedingungen, politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Natur, die Italien zu erfüllen haben wird, werden zu einem späteren Zeitpunkt übermittelt.
- 133 13. Die Bedingungen des gegenwärtigen Waffenstillstandes werden nicht ohne die vorherige Zustimmung des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte veröffentlicht werden. Der Text wird offiziell in englischer Sprache abgefaßt.

Besonders bezeichnend sind die Artikel 10 und 11, die Italien politisch, wirtschaftlich, finanziell und administrativ vollständig dem Willen der Sieger ausliefern und diesen die Möglichkeit geben, jede Forderung, die sie für sich für nützlich halten, zu stellen, jede Erpressung zu üben, die ihnen beliebt, und das italienische Volk in jeder Hinsicht sich dienstbar zu machen. Von irgendeiner Vergünstigung, die für den schmachvollen Verrat von den Angloamerikanern zu gewähren wäre, ist nirgends die Rede. Wenn Badoglio etwa gehofft hatte, durch seinen Verrat aus der Rolle des besiegt Feindes in die des Verbündeten zu gelangen, so mußte er sehr bald seinen fundamentalen Irrtum feststellen. Obwohl er sich in schmachvollen Aufrufen an das italienische Volk und in Erklärungen über die an-

geblichen Gründe und Ziele seines Verrates nicht genug tun konnte, wobei er die Tatsachen aufs äußerste entstellte, wurde ihm von der Feindseite in allen Tonarten versichert, der Waffenstillstand sei die einzige Grundlage der Beziehungen zu ihm.

Am 1. Oktober wurde die Bildung einer neuen Badoglio-Regierung mit General Ambrosio als Chef des allgemeinen Generalstabs und General Roatta bekanntgegeben. Gegen diese beiden Generale, die zum engsten Kreis von Badoglios Verräterclique gehörten, erhob sich in London sofort scharfer Protest, weil sie als ehemalige Kommandeure auf dem Balkan auf der sogenannten Kriegsverbrecherliste der jugoslawischen Exilregierung standen. Im englischen Oberhaus erklärte Lord Cranborne, die britische Regierung wünsche keineswegs, daß zur italienischen Regierung Männer gehörten, denen man erwiesenermaßen barbarische Handlungen gegen eine der vereinigten Nationen während des Krieges vorwerfen könne. Eine Untersuchung sei gegen Ambrosio und Roatta eingeleitet worden. Sollten die Beschuldigungen sich als wahr erweisen, so werde ein entsprechendes Einschreiten erfolgen.

Die „Regierung“ Badoglio erklärte am Tage ihrer Bildung Deutschland den Krieg. Hierzu erklärte Lord Cranborne in der gleichen Sitzung des Oberhauses, die Kriegserklärung Viktor Emanuels ändere nichts am Waffenstillstandsstatus. Sie werde begrüßt als ein Beweis der Aufrichtigkeit seiner Absicht, mit aller Kraft gegen den gemeinsamen Feind vorzugehen. Das zwingt aber die Vereinigten Nationen zu keinem Zugeständnis, und es gebe auch keinerlei geheime Abmachungen. Eine englische Zeitung „Sunday Express“ jedoch schrieb am 17. Oktober: „Wir dürfen nicht vergessen, daß die Italiener, die heute unsere

134 Verbündeten sind, gestern noch gehässige und hinterhältige Feinde waren. Erst mit ihrer Niederlage haben sie sich zu unserem Verbündeten gemacht. Jetzt sollen sie leiden und schufteten wie Galeeren-sklaven.“

Kurz nach der Veröffentlichung des Waffenstillstandes am 11. September wandten sich Roosevelt und Churchill in einer Botschaft an das italienische Volk und forderten von ihm, daß es sich gegen die deutschen Truppen erhebe und sie bekämpfe. Aber bald mehrten sich im Feindlager die Stimmen, die feststellten, das italienische Volk sei offensichtlich völlig kriegsmüde und wolle keinesfalls mehr kämpfen!

Nachdem etwa ein Monat seit Badoglios Verrat verflossen war und die Angloamerikaner erlebt hatten, wie sehr die militärischen Maßnahmen Deutschlands ihnen das Konzept verdarben, und daß in Italien keine schnellen Erfolge, sondern nur harte Kämpfe zu erwarten seien, erklärte man sich in London bereit, Badoglio den Status als mitkriegführende Macht zu gewähren und seinen Truppen sogar Waffen zu liefern. Das alte Rezept der Engländer, andere Völker für sich bluten zulassen, geruhte man nun sogar auf die ansonsten so verächtlich behandelte Badoglio-Regierung anzuwenden!

Ganz anders sieht die politische Entwicklung aus, die sich in dem von den deutschen Truppen besetzten größten und wichtigsten Teil Italiens vollzog. Schon am 9. September bildete sich eine vorläufige, im Namen Mussolinis auftretende italienische faschistische Nationalregierung, die sich mit Aufrufen an die italienischen Truppen und das italienische Volk wandte und zum Kampf an der Seite des deutschen Verbündeten und zu dessen Unterstützung aufforderte.

Am 13. September kam dann aus dem Führerhauptquartier folgende Sondermeldung:

Deutsche Fallschirmtruppen und Männer des Sicherheitsdienstes und der Waffen-SS führten heute eine Unternehmung zur Befreiung des von der Verräterclique in Gefangenschaft gehaltenen D u c e durch. Der Handstreich ist gelungen. Der Duce befindet sich in Freiheit. Die von der Badoglio-Regierung vereinbarte Auslieferung an die Angloamerikaner ist damit vereitelt.

Am 15. September wurden die dramatischen Einzelheiten der Befreiung Mussolinis bekannt. Die Nachricht von seiner Befreiung und erst recht die Einzelheiten dieser erstaunlichen Aktion machten überall auf der Welt einen ungeheuren Eindruck. Selbst in den angelsächsischen Ländern konnte man dafür die Anerkennung und Bewunderung nicht versagen. Wenn man sich auch bemühte, die große politische Bedeutung des Ereignisses zu verkleinern, müsse man doch zugeben, daß nun in Italien eine neue politische Situation entstanden sei, die sich auch außerhalb Italiens psychologisch auswirken würde.

135 Am 15. September verbreiteten die Sender der Republikanisch-Faschistischen Nationalregierung folgende Tagesbefehle des Duce:

Tagesbefehl der Regierung Nr. 1 An die treuen Kameraden in ganz Italien. Ab heute, den 15. September 1943, übernehme ich wieder die oberste Leitung des Faschismus in Italien. Mussolini.

Tagesbefehl der Regierung Nr. 2

Ich ernenne Alessandro Pavolini zum vorläufigen Sekretär der faschistischen Nationalpartei, die ab heute Republikanische Faschistische Partei heißen wird. Mussolini.

Tagesbefehl der Regierung Nr. 3

Ich befehle, daß alle militärischen, politischen Verwaltungs- und Schulbehörden sowie alle anderen, die von der Regierung der Kapitulation ihres Amtes enthoben wurden, unverzüglich ihre Stellen und Ämter wieder einnehmen. Mussolini.

Tagesbefehl der Regierung Nr. 4

Ich befehle die sofortige Wiedererrichtung aller Parteidienststellen mit folgenden Aufgaben:

- a) Die deutsche Wehrmacht, die sich auf italienischem Boden mit dem gemeinsamen Gegner schlägt, täglich und kameradschaftlich zu unterstützen.
- b) Dem Volke sofort tatkräftigen moralischen und materiellen Beistand zu leisten.
- c) Den Stand der Parteimitglieder in bezug auf ihr Verhalten angesichts des Staatsstreiches der Kapitulation und der Unehre zu überprüfen und die Feigen und Verräter exemplarisch zu bestrafen. Mussolini.

Tagesbefehl der Regierung Nr. 5

Ich befehle die Wiedereinrichtung aller Verbände und Spezialabteilungen der Freiwilligen Miliz für die nationale Sicherheit. Mussolini.

Am 18. September verbreitete der italienische Rundfunk folgenden Tagesbefehl Nr. 7:

Die Faschistische Nationalregierung entbindet die Angehörigen der Wehrmacht von ihrem Treueid gegenüber dem König, der durch seine Kapitulation und Verlassen seines Postens die Nation dem Feind ausgeliefert und die Nation in Schande und Elend gestürzt hat.

Am 27. September fand in einer Stadt Norditaliens die 1. konstituierende Sitzung der Faschistischen Republikanischen Regierung Italiens unter dem Vorsitz Mussolinis statt. Der Führer richtete aus diesem Anlaßfolgendes Telegramm an den Duce:

136 „An den Chef der Faschistischen Republikanischen Regierung Italiens, Benito Mussolini. Duce, mit Freude und Genugtuung habe ich Ihre Mitteilung von der Gründung der Faschistischen Republikanischen Regierung Italiens erhalten. Ich beehre mich, Ihnen, Duce, mitzuteilen, daß die Regierung des Großdeutschen Reiches die von Ihnen gebildete neue Faschistische Republikanische Regierung Italiens anerkennt und entschlossen ist, in treuer Bundesgenossenschaft Seite an Seite mit ihr den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen. Adolf Hitler.“

Die Anerkennung der Regierung Mussolinis durch Rumänien, Bulgarien, Kroatien und die Slowakei erfolgte gleichzeitig und durch Ungarn, Japan und andere Staaten bald danach. Die bedeutsamste Neuerung in dem neuen Italien Mussolinis ist die Absetzung der Dynastie Savoyen und die Begründung eines Republikanisch-Faschistischen Staates. Hierzu erließ der Duce am 29. September an die Italiener folgenden Auf ruf:

„Mit der durch den Ministerrat vom 26. September 1943 gebilligten Erklärung ist der neue Republikanisch-Faschistische Staat ins Leben getreten, der in der demnächst zu berufenden konstituierenden Nationalversammlung die Bestätigung seiner endgültigen verfassungsmäßigen Funktionen erhalten wird. Bis zu diesen Tagen übernehme ich heute die Obliegenheiten des Oberhauptes des neuen Republikanisch-Faschistischen Staates.“

Am 18. November konnten die Italiener zum erstenmal wieder die Stimme des Duce im Rundfunk hören. Nach einer kurzen Schilderung der Ereignisse und dem Ausdruck seines Dankes an den Führer für seine Befreiung zog der Duce, der, wie sich bei jeder Gelegenheit zeigte, den für ihn selbst, für sein Werk, für den Faschismus und für Italien so furchtbaren Ereignissen mit klarem und unbeugsamem Realismus gegenübertrat, die Schlußfolgerungen aus der neuen Lage mit folgenden Worten:

„Nachdem wir die Ehre verloren haben, haben wir auch die Länder verloren, die wir während dieses Krieges erworben hatten, Besitzungen im Adriatischen Meer, im Jonischen Meer, im Ägäischen Meer, in Südfrankreich und auf dem Balkan. Das Heer, das erniedrigt und im Stich gelassen worden ist, ist von heute auf morgen auseinandergelaufen und von seinem eigenen Verbündeten unter dem Gelächter der Zivilbevölkerung entwaffnet worden. Diese Demütigung mußte von Soldaten ertragen werden, die auf so viel Schlachtfeldern an der Seite ihrer deutschen Verbündeten tapfer gekämpft haben. Auch auf den Heldenfriedhöfen Rußlands und der anderen Schlachtfelder, wo die Deutschen und Italiener nebeneinander ruhen, muß diese Schande empfunden werden. Die Königlich-Italienische Marine, die während dieser zwanzigjährigen Aufbauarbeit geschaffen worden ist, wurde nach Malta ausgeliefert, jener Insel, die ein Eckpfeiler des englischen Imperialismus im Mittelmeer war und eine ständige Be-

drohung für die italienischen Lebensinteressen darstellte. Nur die Luftwaffe hat einen wesentlichen Teil ihres

137 Materials retten können, aber praktisch besitzt sie keine Einsatzkraft mehr.

Das sind die Verantwortlichkeiten, die auch in der letzten Rede des Führers aufgezeigt und belegt worden sind und die auch den Verrat Badoglios unterstreichen, der noch nach der Kapitulation die großen und kleinen Städte Mittel- und Südtaliens bombardieren ließ, um die Deutschen hinters Licht zu führen.

Es ist nicht der Faschismus gewesen, der die Monarchie verraten hat, sondern die Monarchie hat den Faschismus verraten. Dieser Verrat hat es mit sich gebracht, daß im italienischen Volke niemand mehr der Monarchie Glauben schenkt."

Hinsichtlich seiner Zukunftsabsichten sagte Mussolini:

„Der Staat, den wir neu errichten wollen, soll national und sozial sein im weitesten Sinne des Wortes. Ein faschistischer Staat im Sinne seiner Anfangszeit. In der Erwartung, daß unsere Bewegung unwiderstehlich sein wird, wollen wir folgende Forderungen erheben:

1. Wieder zu den Waffen greifen an der Seite Deutschlands, Japans und der anderen Verbündeten. Nur Blut kann eine solche schändliche Seite aus der Geschichte unseres Vaterlandes auslöschen.

2. Sofortiger Wiederaufbau der Armee, die sich um den Kern der Miliz scharf. Nur wer die Waffe trägt und für seinen Glauben kämpft, kann siegen.

3. Beseitigung der Verräter, insbesondere derjenigen, die am 25. Juli um 21.30 Uhr sich zur neuen Regierung bekannt haben und damit in die Reihen des Feindes übergewechselt sind.

4. Beseitigung der Plutokratie und Errichtung einer sozialen Basis, auf der sich der Staat aufrichten kann, gestützt durch die Arbeit seiner Bürger.

Der Duce schloß seine Rede mit dem Ruf: Es lebe Italien! Es lebe die neue Faschistische Republikanische Partei!"

Im neuen Italien ist somit der Duce Staatschef, Regierungschef und Führer der Partei.

Es war lange vor dem 25. Juli 1943 klar geworden, daß der Faschismus sich nur in der politischen Sphäre wirklich durchgesetzt hatte, aber weder in der wirtschaftlichen noch in der sozialen und erst recht nicht in der Wehrmacht. Der Unterschied der Entwicklung zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien war in dieser Hinsicht längst offenkundig geworden. An diesem Versagen des Faschismus hat zweifellos die Dynastie Savoyen und die um sie in einer Abwehrstellung gegen den Faschismus gruppierten traditionellen und antisozialen Kräfte die entscheidende Verantwortung. Die Beseitigung der Dynastie und die entschlossene Wendung zum republikanischen, streng sozial orientierten Regime erscheint deshalb logisch. Die faschistische Revolution ist in ihr zweites republikanisches und soziales Stadium getreten.

138 Nachdem die auf das Haus Savoyen vereidigte italienische Wehrmacht zu bestehen aufgehört hatte, war die Begründung einer neuen, den veränderten staatlichen Verhältnissen entsprechenden Wehrmacht eine dringende Aufgabe. Schon der zweite Ministerrat der Faschistisch-Republikanischen Regierung nahm am 27. Oktober ein neues Wehrmachtgesetz an. Danach hat die frühere königliche Wehrmacht mit dem 8. September 1943 aufgehört zu bestehen, auch wird als Gründungstag der nationalen republikanischen Wehrmacht der 9. September 1943 festgesetzt. Die neue Wehrmacht soll nach dem Muster der deutschen entwickelt werden. An der Spitze der Wehrmacht steht der durch die Eroberung Libyens berühmt gewordene Marschall G r a z i a n i. Auch die faschistische Miliz unter dem Befehl des Generals Ricci soll völlig neu entwickelt werden.

Diesen politischen und militärischen Ereignissen auf der italienischen Halbinsel gingen andere auf den italienischen Inseln im Tyrrhenischen Meer, Sardinien und Korsika, sowie im gesamten Balkanraum parallel. Am 6. Oktober meldete das Oberkommando der Wehrmacht, daß im Anschluß an die Überführung sämtlicher auf Sardinien eingesetzter deutscher Truppen nach Korsika nun auch diese Insel befehlsgemäß geräumt und alle Truppen einschließlich ihrer schweren Waffen, Geschütze, Panzer, Kraftfahrzeuge und allen Geräts auf das Festland übergesetzt worden seien. Zwischen 25 000 und 30 000 Mann, über 6000 Tonnen Wehrmachtsgut, fast 6000 Kraftfahrzeuge, Geschütze und Panzer wurden von den Inseln auf das Festland übergeführt. Diese Leistung grenzt, wenn man an die riesige Flottenmacht denkt, über die die Angloamerikaner im Mittelmeer verfügten, an Unglaubliche.

Im Balkanraum und im Ägäischen Meer vollzog sich die Entwaffnung der Badoglioarmee im großen und ganzen schnell. Freilich sind nicht unerhebliche Waffenbestände in die Hände von teils unter nationalem, teils unter kommunistischem Vorzeichen kämpfenden Banden gefallen. Die Vernichtung dieser Banden ist in vielen Gegenden inzwischen durchgeführt, in anderen im Gange. Vor allem ge-

lang es bis Ende Oktober alle wichtigeren Adria-Häfen von Pola bis hinunter nach Kattaroin deutsche Hand zu bringen. Ebenso wie einen großen Teil der vorgelagerten Inseln, einschließlich der vor der griechischen Adriaküste liegenden. Im Ägäischen Meer gelang es, die wichtigsten Inseln des Dodekanes zu besetzen. Trotz ihrer riesigen Überlegenheit zur See vermochten die Angloamerikaner nicht die Riegelstellung der von den deutschen Truppen besetzten Inseln, deren Kern Kreta darstellt, in Frage zu stellen. Die wenigen

139 Inseln, auf denen sie mit Hilfe von Badogliotruppen sich festzusetzen vermochten, sind durch die in deutscher Hand befindlichen Inselgruppen isoliert und deshalb gefährdet.

In den bisher von italienischen Truppen besetzten Balkangebieten haben sich aber infolge des politisch-militärischen Erdbebens in Italien auch sehr beachtliche neue politische Entwicklungen angebahnt. Durch das Ausscheiden Italiens aus dem Südostraum hat sich dort die politische Situation wesentlich geändert. Die juristischen Bindungen, die das königliche Italien in Albanien und in Kroatien eingegangen war, sind gegenstandslos geworden. Deutschland sah sich genötigt, die Probleme des Balkanraumes selbst anzufassen. Der Führer betraute Anfang Oktober den Gesandten Neubacher mit der Mission, darauf hinzuwirken, daß der europäische Südosten möglichst noch während des Krieges einer Befriedung zugeführt wird. In Albanien, das bisher mit der italienischen Krone vereinigt war, wurde die volle Unabhängigkeit erklärt und eine nationale Regierung gebildet. Das deutsche in Albanien stationierte Militär fungiert dort nicht als Besatzungsmacht. In Montenegro und in Serbien schreitet die Befriedungsaktion fort. Der Führer empfing am 18. September den serbischen Ministerpräsidenten, Generaloberst Milan Nedic. Vorher hatte Nedic mit dem Reichsminister des Auswärtigen eine längere Unterredung über die Frage der künftigen Gestaltung Serbiens. Am 25. Oktober meldete DNB aus Tirana:

Über die bisherigen Ergebnisse der seit dem 16. Oktober hier tagenden Nationalversammlung gibt die Regierung eine Verlautbarung heraus, in der der einmütige Entschluß der Nationalversammlung unterstrichen wird, unter Zusammenfassung aller Kräfte für ein freies und unabhängiges Albanien zuarbeiten.

Durch einstimmigen Beschluß wurde die Vereinigung der albanischen Krone und des italienischen Königreiches in der Person Viktor Emanuels sowie seiner Erben als nichtig erklärt. Gesetze und Verordnungen, die seit dem 7. April 1939 herausgebracht wurden, sind, soweit sie im Gegensatz zu den Staatsinteressen stehen, außer Kraft gesetzt worden. Die Exekutivgewalt aber wurde dem aus vier Mitgliedern bestehenden Regentschaftsrat übertragen. Die gesetzgebende Gewalt soll in Zusammenarbeit zwischen dem Regentschaftsrat und dem Parlament gemäß den Eigenschaften der alten Verfassung ausgeübt werden. Das Parlament kann seine Rechte für eine bestimmte Zeit der Exekutivmacht übertragen. Das Gesetz vom 9. Juni 1940, wonach sich Albanien mit den gleichen Staaten im Krieg befindet wie das Königreich Italien, wurde außer Kraft gesetzt. Die Mitglieder des nationalen Regentschaftsrates sollen in der Nationalversammlung in einer der nächsten Sitzungen den Eid ablegen.

140 Hinsichtlich Griechenlands erklärte der Sprecher der Wilhelmstraße am 14. September auf die Anfrage eines Pressevertreters, die Führerrede vom 4. 5. 41 zum Thema Griechenland habe noch am heutigen Tage ihre volle Gültigkeit. Der Führer erklärte damals seine große Bewunderung und seine Verehrung für den Hort der hellenischen Kultur. Deutschland hat keine politischen und territorialen Ansprüche gegenüber Griechenland. Es liegt im deutschen Interesse, wenn nachdem Kriege ein freier und unabhängiger griechischer Staat entsteht. Selbstverständlich wird die Reichsregierung alle Maßnahmen treffen, um das Eindringen feindlicher Kräfte in Griechenland, das die Bedrohung des europäischen Raumes bedeutet, zu verhindern.

Was Kroatien angeht, so hat sich der kroatische Staatsführer nach dem Bekanntwerden der Kapitulation Badoglios am 9. September mit einer Proklamation an das kroatische Volk gewandt. Darin verwies er auf die Verträge und Grenzen, die italienischerseits dem kroatischen Volk bei der Entstehung des unabhängigen Staates Kroatien aufgezwungen worden seien und durch die ein großer Teil der kroatisch-adriatischen Küste vom kroatischen Staatskörper losgerissen worden sei. Zweieinhalb Jahre hindurch habe das kroatische Volk dies mit größtem Schmerz ertragen. Nunmehr habe die Regierung Badoglio durch ihr Vorgehen das kroatische Volk und den kroatischen Staat jeder Verpflichtung gegenüber den aufgezwungenen Verträgen enthoben. Die kroatische Wehrmacht habe den Befehl erhalten, die fraglichen Gebiete zu besetzen. Am 28. September gab das kroatische Ministerpräsidium den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Regierung Badoglio und die Anerkennung der Republikanisch-Faschistischen Regierung unter Mussolini bekannt. Ferner wurde mitgeteilt, daß die

Verwaltung der durch die Proklamation vom 9. September neu angegliederten Gebiete an der Adria durch Gesetz geregelt werde.

Der bedeutendste militärische Faktor auf dem Balkan ist Bulgarien, das mit Deutschland durch die Waffenbrüderschaft des Weltkrieges, durch gemeinsame Not unter dem Diktatsystem der Pariser Vorortverträge und durch erneute Waffenbrüderschaft seit dem Frühjahr 1941 verbunden ist. Durch den Tod des Königs Boris ist das bulgarische Volk in tiefe Trauer und infolge der Minderjährigkeit des Thronerben in eine politische Schwierigkeit gekommen, die die Feindpropaganda in ihrem Sinne zu nutzen versucht hat. Die verfassungsrechtliche Schwierigkeit, die sich aus der Minderjährigkeit des Thronerben ergab, wurde durch die Schaffung eines Regentschaftsrates mit Prinz Cyrill an der Spitze beseitigt. Am 18. Oktober empfing der Führer die Mitglieder des bulgarischen Regentschaftsrates und hatte mit ihnen Besprechungen über die allgemeine Lage und die gemeinsam interessierenden Fragen. Die

141 nach der Bildung des Regentschaftsrates neugebildete bulgarische Regierung äußerte sich in ihrer am 18. September in der Sobranj verlesenen Regierungserklärung, das neue Kabinett mache sich die Grundsätze der Regierungserklärung vom Jahre 1942 zueigen. Es führe die bisherige Außenpolitik weiter und sei von dem Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit mit dem großen Deutschen Reich und seinen Verbündeten erfüllt. Ferner sei es von dem festen Entschluß beseelt, die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen mit allen neutralen Staaten, besonders mit der freundschaftlich verbündeten Türkei aufrechtzuerhalten und zu vertiefen. Hinsichtlich der Innenpolitik werde die Regierung alle Maßnahmen zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit des Landes mit unnachgiebiger Härte gegen jeden anwenden, der seine Pflicht als Bulgare in diesen schicksalhaften Tagen vergesse. Eine Erklärung gleichen Inhaltes enthielt die von Prinz Cyrill am 20. Oktober in der Sobranje verlesene Thronrede.

Anläßlich des dritten Jahrestages der Unterzeichnung des Dreimächtepaktes sagte der bulgarische Außenminister Kiroff am 27. September: „Die Gedenkfeiern des dritten Jahrestages des Dreimächtepaktes geben Bulgarien die Möglichkeit, seine Dankbarkeit gegenüber dem Großdeutschen Reich und seinen Verbündeten zum Ausdruck zu bringen, die Bulgarien dazu verholfen haben, seine nationalen Ideale zu verwirklichen. Bulgarien wird seiner Mission als Wahrer des Friedens und der Zivilisation auf dem Balkan treu bleiben. Bulgarien strebt nach keinen fremden Gebieten, es wird aber seine Rechte verteidigen.“

Für Ungarn erklärte dessen Ministerpräsident Kallay am 10. Oktober: „Eine ungarische Politik ist nur in enger und aufrichtiger Zusammenarbeit mit Deutschland möglich. Unser Kampf gegen den Bolschewismus und die Sowjetunion ist ein nationaler Kampf. Wir kämpfen in diesem Krieg für die ungarische Unabhängigkeit, für die Integrität der ungarischen Heimat, um unser soziales Dasein und um unsere Ehre.“

So schließt sich das militärische und politische Bild des Balkan- und Donaauraums zwei Monate nach dem Verrat Badoglio und dem Zusammenbruch Italiens: Die englisch-amerikanische Invasion in Italien wurde weit südlich von Rom aufgehalten und ihre Offensivbewegung durch den fortwährend wachsenden deutschen Widerstand zum Schneckentempo verurteilt. Auf dem Balkan und im Ägäischen Meer trat an die Stelle der militärisch minderwertigen, vielfach korrupten und schon lange durch Verräterei durchsetzten italienischen Okkupation die militärische Besetzung durch deutsche Truppen, mit der eine neue Politik der politischen Konsolidierung auf nationaler Grundlage und eine energische Beseitigung des während der italienischen Besetzung und erst recht nach deren Zusammenbruch entstandenen Bandenwesens Hand in Hand ging.

142 erinnert man sich des Propagandafeldzugs unserer Gegner und der Hoffnungen, die er auf Grund des italienischen Zusammenbruches hinsichtlich des Balkan- und Donaauraumes, nicht zuletzt auch hinsichtlich angeblich bevorstehender politischer Auswirkungen in Ungarn, Bulgarien und Rumänien zu erwecken versuchte — von London und Washington aus wurde der Abfall dieser Länder von Deutschland und ihre Kapitulation ähnlich der Italiens in nahe Aussicht gestellt —, so zeigt sich wiederum, welche fundamentalen Irrtümer unsere Gegner immer wieder begehen und in wie falschen Hoffnungen sie aus Propagandagründen sich selbst und die Welt zu wiegen sich bemühen.

Die Ereignisse in Italien, weit davon entfernt, zur Nachahmung anzureizen, haben vielmehr mit furchtbarer Deutlichkeit dargetan, welche bittere Früchte Verrat und Feigheit zur Reife bringen. Mehr denn je ist Italien Kriegsgebiet mit allen Folgen, die sich für Leben und Besitz seiner Einwohner daraus ergeben. Das Land erfährt, soweit es vom Feindbesetzt ist, die ganze schonungslose Härte des Siegers, ohne dadurch irgendwelche Aussicht auf Berücksichtigung auch seiner primitivsten nationa-

len Interessen durch England und Amerika zu gewinnen, falls diese in die Lage kämen, den Frieden zu diktieren. Solche Erfahrungen sind nicht geeignet, der Feindpropaganda, Kapitulation sei die Eingangspforte zu künftigem Glück, Vorschub zu leisten.

Was erst über die angeblichen oder tatsächlichen Nachkriegspläne unserer Feinde immer wieder verlautet, ist erst recht dazu angetan, die Völker Europas davon zu überzeugen, falls dies noch etwa notwendig sein sollte, daß nur ein für die Achse siegreiches Kriegsende in ihren Gedanken und in ihrem Willen Raum haben darf. Denn schon verlangen Sowjetprofessoren und Mitglieder des Obersten Sowjetrates die Zahlung von „Reparationen“ nach Versailler System von Deutschland und seinen Verbündeten. Es werden Systeme aus-geklügelt, um die Schäden, die das Versailler Tributsystem verursacht hat, zu vermeiden. Die sowjetische Formel dabei ist außer der Wegnahme deutscher Maschinen, Verkehrsmittel, Vorräte usw. die Beanspruchung deutscher Arbeitskräfte. So verlangte der Moskauer Professor Varga, angeblich auf Grund genauer Kenntnis der Pläne Stalins, wie die amerikanische Zeitschrift „News Week“ Mitte September mitteilte, daß zehn Millionen deutscher Facharbeiter zehn Jahrelang in der Sowjetunion Zwangsarbeit leisten müßten. Diese Forderung ist schließlich, moralisch betrachtet, auch nicht schlimmer als diejenige, die auf eine Anfrage eines Abgeordneten im Unterhaus der englische Staatssekretär Law dahin formulierte, England beabsichtige, in die Waffenstillstandsbedingungen die Klausel aufzunehmen, daß die „Kriegsverbrecher“ ausgeliefert

143 werden müßten. Am 22. Oktober wurde aus London gemeldet, daß dort die Vertreter von 17 Nationen übereingekommen seien, eine gemeinsame Kommission zu gründen, die sich damit beschäftigen soll, alle Kriegsverbrechen festzustellen. Den Vorsitz der Kommission hat der englische Justizminister Simon. Immer von neuem bestätigt sich, wie sehr alle Kriegsziele unserer Feinde auf ein Über-Versailles allerschlimmster Art hinzielen!

Wo indessen die wirklichen Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen sitzen, ist längst erwiesen. Bekanntlich sind es England und Frankreich gewesen, die Deutschland den Krieg erklärt haben und nicht umgekehrt, und die kriegshetzerische Tätigkeit Roosevelts ist außer durch die von ihm tatsächlich geführte Politik sogar noch durch zahlreiche in den Außenämtern unserer Kriegsgegner gefundene diplomatische Dokumente erwiesen! Am 7. Oktober wurde aus Washington gemeldet, daß als Anhang zu einem früher veröffentlichten Weißbuch „Krieg und Frieden“ weitere Dokumente über die Beziehungen zu Frankreich veröffentlicht worden seien. Danach hat u. a. der USA-Außenminister Hull an den USA-Botschafterin Frankreich am 17. Juni 1940, also kurz vor dem deutsch-französischen Waffenstillstand, gekabelt, daß, falls die französische Regierung vor Abschluß eines Waffenstillstandes nicht dafür sorgen würde, daß die französische Flotte nicht in die Hände der Deutschen fallen könne, die französische Regierung hierdurch eine Politik verfolgen würde, die der Aufrechterhaltung des französischen Kolonialreiches und einer eventuellen Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Frankreichs einen tödlichen Schlag versetzen müsse. Falls die französische Regierung es unterlassen sollte, diese Maßnahmen zutreffen, und gestatten würde, daß die Flotte den Deutschen ausgeliefert würde, werde sie auf immer auf die Freundschaft und das Wohlwollen der USA-Regierung verzichten müssen.

Zur Zeit der Absendung dieses Telegramms waren die USA noch neutral und hielten diplomatische Beziehungen mit dem Deutschen Reich aufrecht. Das Telegramm Hulls beweist, was ja aber längst bekannt war, daß die USA mindestens politisch und moralisch schon lange vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour kriegführend auf der Seite unserer Feinde waren.

Im europäischen Raum sind neben den Kriegsereignissen und den Ereignissen in Italien nur wenige Tatsachen oder neue Entwicklungen während der Monate September und Oktober zu verzeichnen. In den von Deutschland besetzten Gebieten wurden die Bemühungen der kommunistischen und englischen Propaganda fortgesetzt, um durch die Anzettelung von Terror- und Sabotageakten, durch die Ermordung deutschfreundlicher Persönlichkeiten, die Organisierung von Widerstandsgruppen usw. das Verkehrs- und Wirtschaftsleben zu stören und der deutschen Kriegführung direkte und indirekte Schwierigkeiten zu bereiten.

144 Dem gleichen Zwecke dienten, besonders in den besetzten Westgebieten, zahlreiche Luftangriffe, durch die Leben und Besitz vieler Landeseinwohner, besonders in Frankreich, vernichtet worden sind. Am 1. September wurde über Ereignisse in Dänemark, die dort zur Verhängung des Ausnahmezustandes geführt hatten, folgendes bekanntgegeben:

Die Zahl der Sabotagefälle in Dänemark hatte sich in den letzten Wochen, vor Verhängung des Ausnahmezustandes, bedenklich vermehrt. Dänische und britische Fallschirmspringer waren nach Dänemark geschickt worden, um bei der Organisierung der Sabotageakte behilflich zu sein. Gleichzeitig setzte von England aus eine starke Propagandawelle ein. In den größeren Städten wie

zeitig setzte von England aus eine starke Propagandawelle ein. In den größeren Städten wie Aalborg, Aarhus, Odense und selbst in Kopenhagen brachen Streiks aus. Obwohl das Verhalten der deutschen Soldaten allenthalben, selbst von dänischer Seite, als mustergültig bezeichnet worden war, wurden diese immer häufiger von unverantwortlichen Provokateuren angerempelt und sahen sich gelegentlich genötigt, sich mit der Waffe zur Wehr zu setzen.

Es darf nicht verkannt werden, daß sich die dänische Regierung unter Billigung des Königs bemüht hatte, durch entsprechende Aufrufe beruhigend auf die dänische Bevölkerung einzuwirken. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist leider unbefriedigend gewesen. Die Unruhestifter traten immer hemmungsloser hervor, und die deutschen Stellen sahen sich genötigt, die Einführung entsprechender Maßnahmen von der dänischen Regierung zu fordern, wie das Verbot von Ansammlungen, von Streiks, das Versammlungsverbot, die Ablieferungspflicht von Schußwaffen, die Einführung der Pressezensur, die Einführung dänischer Schnellgerichte und die Einführung der Todesstrafe für Sabotage und Angriffe auf die deutsche Wehrmacht.

Die dänische Regierung erklärte jedoch, nicht in der Lage zusein, die erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu treffen, so daß der deutsche Befehlshaber genötigt war, von sich aus das Notwendige zu veranlassen und am 29. August den militärischen Ausnahmezustand für ganz Dänemark zu erklären. Die dänische Regierung hat daraufhin demissioniert.

Was die tatsächliche Lage in Dänemark anbetrifft, so ist die dänische Restarmee aufgelöst und entwaffnet worden. Die größte Zahl der dänischen Kriegsfahrzeuge wurde sichergestellt. Hier und da erfolgreicher Widerstand wurde leicht und unter geringsten Verlusten gebrochen. Der König und der Kronprinz befinden sich auf ihren Schlössern. Inzwischen ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden. Im ganzen Lande herrscht Ruhe. Bisher brauchte nur ein einziges Standgericht
145 zusammenzutreten, wobei 1 Mann und 1 Mädchen wegen Abreißen von Plakaten zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Die dänische Polizei und die dänischen Beamten arbeiten in Verfolg des bekannten Aufrufs der dänischen Regierung loyal mit den deutschen Stellen zusammen.

Die in Dänemark von den Engländern angewandten Methoden werden erst recht in den besetzten Westgebieten, besonders in Frankreich, zur Anwendung gebracht, wo Sabotage- und Terrorakte erheblich zugenommen haben. Besonders haben es die Terroristen auf Persönlichkeiten abgesehen, die für die Zusammenarbeit mit Deutschland eintreten und diese praktisch betätigen. Demgegenüber sind bei den kollaboristisch eingestellten politischen Gruppen Frankreichs Bemühungen in Gang gekommen, die darauf hinzielen, dem kommunistisch-gaullistischen Terror mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten.

Das sogenannte „Französische Freiheitskomitee“ in Algier, dessen Vorsitz de Gaulle führt, gerät immer stärker unter kommunistischen Einfluß. Am 17. Oktober wurde gemeldet, daß der ehemalige französische kommunistische Abgeordnete Andre Marty, der beim Zusammenbruch Frankreichs nach der Sowjetunion geflohen war, im Flugzeug in Algier eingetroffen sei. Er erklärte in einem Presseinterview, daß er bereits seit dem Monat Mai mit den Generalen de Gaulle und Giraud in Verbindung gestanden habe. Marty hat jahrelang in der Sowjetunion gelebt und sich als Emissär Moskaus auch im spanischen Bürgerkrieg betätigt, wo er sich durch die Hinschlachtung von Hunderten von Anhängern des nationalen Spaniens in der Stadt Albacete den kommunistischen Ehrentitel des „Schlächters von Albacete“ erworben hat. Der Händedruck dieses Mannes muß für französische Generale wie Giraud, der früher eine betont antikommunistische Haltung an den Tag legte, besonders erfreulich gewesen sein! Dies hat auch die Pariser Presse mehrfach unterstrichen, wie denn das Ansteigen der Terror- und Sabotageakte und der wachsende Einfluß des Kommunismus im Algierkomitee und in ganz Französisch-Nordafrika innerhalb Frankreichs viele bisher gaullistisch und anglophil eingestellte Leute nachdenklich zu stimmen beginnen.

Die äußersten Enden Europas, im Südwesten Spanien und Portugal, im Südosten die Türkei und im Nordosten Finnland, sind immer wieder Gegenstand der Propaganda und des politischen Drucks unserer Kriegsgegner. Das mit Deutschland verbündete Finnland möchte man zu einem Separatfrieden verlocken und dadurch aus der Abwehrfront Europas gegen den Bolschewismus herausbrechen — ganz ohne Erfolg. Die Erklärung des finnischen Ministerpräsidenten im finnischen Reichstag am 3. September über die politische Lage unterstrich ebenso wie eine Rede des Ministers Tanner am 25. September, daß Finnland die Lage realistisch betrachtet. Tanner sagte in seiner Rede u. a.: Vom Kriege loszukommen, ist keine

146 leichte Angelegenheit. Dazu muß vor allem ein Friede mit dem Feind geschlossen werden, aber keineswegs ein beliebiger Friede. Der reine Friedenswunsch, so lebendig er im Volke ist, kann das

gewünschte Ergebnis nicht garantieren. Als jüngstes Beispiel dafür ist das Schicksal Italiens anzuführen. Auch sein Volk wünschte den Frieden und kapitulierte, in der Hoffnung, ihn zu erhalten. Es erhielt aber nicht den Frieden, und das Ergebnis war, daß in den italienischen Stiefel mehrere Füße eindrangen. Mehrere Großmächte kämpfen jetzt um diesen Stiefel, und das Land wurde Schauplatz eines noch verwüstenderen Krieges als zuvor.

In der Türkei hat sich nichts ereignet, was den Neutralitätswillen dieses Landes abgeschwächt hätte.

Die Südwestecke Europas, Portugal jedoch, das mit England den ältesten Bündnisvertrag besitzt, den die Geschichte kennt — er datiert vom Jahre 1373 —, das jedoch dem britischen Druck auf Aktivierung dieses Vertrages bisher erfolgreich Widerstand geleistet hat, ist diesem englischen Druck, wie Churchill in einer Erklärung im Unterhaus am 12. Oktober verkünden konnte, erlegen. Churchill führte dazu aus: Auf Grund des alten Bündnisses hat die britische Regierung jetzt die portugiesische Regierung darum gebeten, ihr bestimmte Erleichterungen auf den Azoren einzuräumen, die einen besseren Schutz der Handelsmarine im Atlantik gestatten werden. Die portugiesische Regierung hat dieser Bitte entsprochen, und zwischen beiden Regierungen ist eine Regelung getroffen worden, die sofort in Kraft tritt, und zwar 1. über die Bedingungen der Benutzung der Erleichterungen durch die britische Regierung und 2. über eine britische Unterstützung durch Lieferungen von Material für die portugiesische Wehrmacht und für die Aufrechterhaltung der portugiesischen Volkswirtschaft. Das Abkommen über die Gewährung von Erleichterungen auf den Azoren ist zeitlich begrenzt und beeinträchtigt in keiner Weise die Aufrechterhaltung der portugiesischen Souveränität auf portugiesischem Gebiet. Alle britischen Streitkräfte werden bei Beendigung der Feindseligkeiten aus den Azoren abgezogen werden. Nichts in diesem Abkommen widerspricht dem von der portugiesischen Regierung immer erneut bekundeten und von der britischen Regierung mit Sympathie aufgenommenen Wunsch, auf dem europäischen Festland die Neutralitätspolitik fortzusetzen und dadurch die iberische Halbinsel als Friedenszone zu erhalten.

Die Reuteragentur meldete ergänzend hierzu, daß dieses Abkommen am 12. Oktober in Kraft getreten sei, Einzelheiten über die den englischen Streitkräften auf den Azoren gewährten Vergünstigungen würden noch nicht veröffentlicht, es solle jedoch die Benutzung von Luftstützpunkten und Häfen geplant

147 sein. Aus anderen Feindmeldungen ergab sich, daß es sich um englische Stützpunkte für die Bekämpfung der deutschen U-Boote handelte. Wie immer in solchen Fällen, versuchte die Feindpresse aus dem Ereignis Kapital zu schlagen, und die USA-Zeitung „New York Times“ schrieb: „Portugal gibt den anderen Nationen, vor allem der Türkei und Irland, ein zu lobendes Beispiel.“ Beide Staaten denken freilich nicht daran, das Beispiel nachzuahmen.

Wenn man sich daran erinnert, mit welcher Zähigkeit Portugals hervorragender Ministerpräsident Salazar seit vielen Jahren, besonders aber seit Kriegsbeginn, den englischen Forderungen auf Aktivierung des ja längst in mehrfacher Hinsicht historisch gewordenen Bündnisses mit England Widerstand geleistet hat, so ist klar, daß nur schärfster Druck ihn bewogen haben kann, diesmal nachzugeben. Dieser Druck ist auch auf dem innerpolitischen Sektor geübt worden in der Form der Drohung mit gewaltsamem Umsturz des Regimes. Das Ganze ist ein neues Beispiel dafür, wie die englische Politik mit Bundesgenossen umspringt und was sie unter der Freiheit der kleinen Völker versteht.

Über die deutsche Reaktion gegen den Bruch der portugiesischen Neutralität berichtete das deutsche Nachrichtenbüro am 15. Oktober:

Die Reichsregierung hat am Freitag durch ihren Gesandten in Lissabon bei der portugiesischen Regierung in einer formellen Note schärfsten Protest dagegen erhoben, daß Portugal dem englischen Druck nach Einräumung von militärischen Stützpunkten auf den Azoren nachgegeben und sich damit einer schweren Neutralitätsverletzung schuldig gemacht hat. Die Reichsregierung hat sich vorbehalten, die Maßnahmen zu treffen, die sich aus der veränderten Lage auf den Azoren ergeben.

Von portugiesischer und von spanischer Seite wurde, und zwar auf Grund diplomatischer Fühlungnahme, die vor der Zustimmung Salazars zu der englischen Azorenforderung stattgefunden hatte, festgestellt, daß die Neutralitätspolitik des Iberischen Blocks durch das neue Ereignis nicht tangiert werde, und daß die Aufrechterhaltung des Friedens auf der Iberischen Halbinsel nach wie vor das Ziel der Politik beider Mächte sei. Da Deutschland ebenfalls kein Interesse an kriegerischen Verwicklungen auf der Iberischen Halbinsel hat, die Angloamerikaner andererseits offensichtlich nicht die Absicht haben, etwa auf portugiesischem oder spanischem Gebiet eine Landung vorzunehmen, dürfte

die Neutralität des portugiesischen Festlandes und die Spaniens in absehbarer Zeit nicht gefährdet sein.

148 So scheint an keiner der drei Ecken Europas, die immer wieder bei unseren Feinden den Willen zum Zu- und Eingriff wachrufen, weder an der finnischen, noch an der iberischen, noch auch an der türkischen, sich eine diesen Wünschen entgegenkommende Entwicklung anzuzeigen. An den langen Linien der Kampffronten, die sich über Land und Meer über viele Tausende von Kilometern zwischen diesen Eckpunkten der Festung Europa ausdehnen, stehen die Heere Deutschlands und seiner Verbündeten auf der Wacht oder in hartem Kampf zur Verteidigung der Festung.

Sehr ähnlich ist die Lage Japans im großasiatischen Raum, den es durch seine erstaunlichen Waffenerfolge zusammenzuschließen vermocht hat. Auf der asiatischen Landfront herrscht zwischen Japan und der Sowjetunion nach wie vor ein bewaffneter Friede, den aufrechtzuerhalten Tokio und Moskau offensichtlich gleichermaßen bestrebt sind, obwohl die Angloamerikaner sich immer wieder die größte Mühe geben, um Moskau zum Bruch mit Japan zu veranlassen. Die in Tokio erscheinende Zeitschrift „Contemporary Japan“ schrieb Mitte September in einer Untersuchung über die russisch-japanischen Beziehungen, der Neutralitätspakt zwischen Japan und der Sowjetunion zwingt Moskau, sich von der angelsächsischen Aktivität im Pazifikkrieg zu lösen. Der Pakt eröffne also einen breiten Riß in den Beziehungen der Sowjets zu den Angelsachsen. Aus diesem Grunde machten England und die USA beim Kreml verzweifelte Anstrengungen, um die Kündigung des Neutralitätspaktes, eine russische Kriegserklärung an Japan oder mindestens die Überlassung von sibirischen Stützpunkten zur Durchführung von USA-Angriffen gegen das japanische Kernland zu erreichen. Moskau stellte sich taub. Moskau habe es verstanden, die Pacht- und Leihhilfe und ein Bündnis mit England zu erhalten, ohne sich zu einem Bruch mit Japan zu verpflichten. Die Interessen der Angelsachsen im Fernen Osten seien nicht dieselben wie die dortigen Interessen Moskaus; sie seien nicht parallel, sondern entgegengesetzt. Sollten die Sowjets in den Pazifikkrieg eintreten, so würden sie höchstens für London und Washington die Kastanien aus dem Feuer holen. Die Interessen Moskaus und der Angelsachsen in Europa deckten sich lediglich im Bestreben, Deutschland niederzuringen. Diese Zusammenarbeit werde aufhören, sobald ihr praktischer Zweck verschwinde. Im Falle eines Sieges wäre Moskau isoliert oder vielleicht sogar Gegenstand eines angelsächsischen Angriffs. Um sich gegen ein derartiges Risiko zu schützen müsse Moskau mit wenigstens einem seiner stärksten Nachbarn „herzliche Beziehungen“ pflegen. Der Neutralitätspakt mit Japan halte also eine Hintertür offen im Hinblick auf künftige Ereignisse. Sollte Moskau den Neutralitätspakt brechen, so mußten die Sowjets sofort mit einem Krieg in Sibirien und damit einem Zweifrontenkrieg rechnen. Zum Schluß unterstreicht „Contemporary Japan“ das Wegbleiben Stalins von den Konferenzen in Casablanca, Washington und Quebec. Stalin lasse also die Frage der Beziehungen zu Tokio ganz absichtlich außerhalb des Rahmens seiner Beziehungen zu den Angelsachsen.

149 Die Hauptkampffront Japans auf dem asiatischen Kontinent ist die chinesische, und die gegen Indien ist nur deren Fortsetzung. Japan hat alle Straßen, Eisenbahnlinien und Wasserwege, auf denen militärische und industrielle Produkte Tschungkingchina erreichen können, abgeriegelt. Diesem Zweck dient auch die japanische Front in Burma gegen Indien. Roosevelt sah sich denn auch genötigt, vor dem Kongreß zu erklären, man sei sich in den USA darüber im klaren, daß Lieferungen nach Tschungkingchina nur in sehr beschränktem Maße möglich seien. Um so großzügiger ist man Tschiangkaischek gegenüber mit — Versprechungen!

Die neueste Hoffnung, die man ihm macht, ist die angeblich für sehr bald geplante englisch-amerikanische Offensive gegen Burma, um die Burmastraße wieder zu öffnen. Über die Vorbereitungen zu dieser Offensive werden aus naheliegenden Propagandagründen von englischer und USA-Seite immer wieder Meldungen verbreitet. Da zwischen Burma und Indien ein hohes, unwegsames und mit Urwäldern erfülltes Gebirge liegt, dürfte ein Angriff ohne gleichzeitige Landungsoperationen großen Stils an den Küsten Burmas, der Malaiischen Halbinsel und Sumatras kaum aussichtsreich sein. Vorher müßten jedoch die im Indischen Ozean liegenden und von den Japanern besetzten Inselgruppen der Andamanen und Nikobaren von den Engländern genommen sein. Außer den eigenen Streitkräften und der im Aufbau begriffenen burmesischen Armee stehen Japan die Kontingente der im Aufbau bereits erheblich fortgeschrittenen indischen Nationalarmee zur Verfügung.

Mancherlei Anzeichen weisen darauf hin, daß die Offensive der Amerikaner und Australier im südwestlichen Pazifik, die durch ein „Hüpfen von Insel zu Insel“ allmählich dem japanischen Inselreich so nahe zu kommen beabsichtigt, daß der Masseneinsatz von Bombenflugzeugen gegen die japanischen Großstädte möglich wird, zugleich die Absicht verfolgt, die japanischen Seestreitkräfte durch

allmähliche Abnützung oder durch große Seeschlachten so zu schwächen, daß ein in riesiger Zangenbewegung gleichzeitig aus dem Südwestpazifik und aus dem Indischen Ozean gegen die großasiatische Stellung Japans angesetzter Generalangriff möglich wird. An ihm soll sich dann Tschungking von der asiatischen Landseite her beteiligen. Die Angloamerikaner vertrauen für die Durchführung dieses strategischen Planes auf ihre zahlenmäßige Überlegenheit an See- und Luftstreitkräften, die sie besonders durch den Einsatz von Dutzenden von Flugzeugträgern entscheidend gestalten wollen. In dieser Rechnung spielt der Übergang des Großteils der italienischen Flotte an England infolge des Verrats Badoglios und das Freiwerden der bisher durch die italienische Flotte im Mittelmeer gebundenen englisch-amerikanischen

150 Seestreitkräfte eine beträchtliche Rolle. Für entscheidend wird jedoch in London und Washington die überlegene Baukapazität der englischen und amerikanischen Werften gehalten.

Der bisherige Kriegsverlauf hat jedoch gezeigt, daß die Japaner in ihrer Luftwaffe ein Mittel besitzen, um auch schwere feindliche Seestreitkräfte mit geringsten eigenen Verlusten vernichtend zu treffen, hauptsächlich deshalb, weil in diesen Flugzeugen Männer sitzen, die jeden Augenblick zur Opferung der eigenen Person bereit sind.

Daß auf allen japanischen Werften fieberhaft gebaut wird, ist sicher, obwohl schon lange vor dem Kriege Japan hierüber keinerlei Nachrichten hat durchkommen lassen. Daß Japan seiner Flugwaffe mit Erfolg die größte Aufmerksamkeit zuwendet, wird auch in Washington erkannt. Aus einer Geheimsitzung des amerikanischen Repräsentantenhauses, in der den Abgeordneten ein ausführlicher Überblick über die Kriegslage gegeben wurde, teilten Kongreßmitglieder der Presse nachher mit, Japan fabriziere schneller Flugzeuge, als die Alliierten sie zerstören könnten, und hinsichtlich des Menschenpotentials stehe Japan sogar sehr viel besser da als die USA! Japan ist entschlossen, wie Ministerpräsident Tojo in einer Rundfunkrede am 22. September ausführte, den totalen Kriegseinsatz seiner Menschenreserven bis zum letzten durchzuführen. Tojo sagte u. a., es seien Maßnahmen vorgesehen, die eine epochale Erhöhung der Kriegsproduktion und vor allem der Munitions- und Flugzeugproduktion sicherstellen.

Die militärischen Maßnahmen werden von den Japanern fortlaufend durch politische im großasiatischen Raum ergänzt. Am 30. Oktober wurde zwischen Japan und Nationalchina ein Bündnisvertrag geschlossen. Die aus diesem Anlaß in Tokio veröffentlichten Dokumente umfassenden Bündnisvertrag, der aus sechs Artikeln besteht, und ein dem Bündnisvertrag angeheftetes Protokoll aus zwei Artikeln und den Noten, die zwischen dem japanischen Botschafter Tani und dem chinesischen Staatspräsidenten Wangtschingwei ausgetauscht wurden. Der abgeschlossene Vertrag besagt, daß die Regierungen beider Länder entschlossen sind, in enger Zusammenarbeit einander zu unterstützen und unter Aufrechterhaltung der guten Nachbarschaft gemeinsam daran zu arbeiten, Großostasien auf eine gerechte Grundlage zu stellen, wobei eines des anderen Unabhängigkeit zu respektieren sich verpflichtet. Diese beiden Länder seien gewillt, auf diese Weise zum Weltfrieden beizutragen. Sie wünschen die besten Freundschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten und versprechen sich gegenseitig jede Hilfeleistung, um in Großostasien stabile Verhältnisse zu sichern.

Am 14. Oktober wurde die Unabhängigkeit der Philippinen erklärt. Der neue Staat wurde alsbald von

151 Japan anerkannt. Gleichzeitig ist ein Bündnisvertrag unterzeichnet worden. Der Vertrag enthält folgende Bestimmungen: 1. Beide Länder werden verbunden sein durchdauernde gutnachbarliche Beziehungen und durch Freundschaft auf der Basis gegenseitiger Achtung der Souveränität und Hoheitsgebiete. 2. Beide Länder werden eng zusammenarbeiten in Angelegenheiten politischer, wirtschaftlicher und militärischer Natur für die erfolgreiche Durchführung des großostasiatischen Krieges. 3. Beide Länder werden eng zusammenarbeiten für die Errichtung eines größeren Ostasiens. 4. Einzelheiten der Ausführung dieses Vertrages werden durch die zuständigen Behörden der beiden Länder beraten werden. 5. Der Vertrag tritt in Kraft an dem Tage, an dem er von den beiden Partnern ratifiziert worden ist. 6. Der Vertrag wird ratifiziert werden und die entsprechenden Schriftstücke werden in Manila sobald wie möglich ausgetauscht werden.

Weiterhin sind dem Vertrag folgende Ausführungsbestimmungen angeschlossen. Der Hauptgrundsatz der engen militärischen Zusammenarbeit für die erfolgreiche Durchführung des Großostasienkrieges soll sein, daß die Philippinen Japan jede Unterstützung angedeihen lassen für die Durchführung militärischer Aktionen und daß weiterhin Japan und die Philippinen eng zusammenarbeiten werden, um den Gebietsbestand und die Unabhängigkeit der Philippinen zu schützen.

Am 16. Oktober meldete DNB: Der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop hat dem Präsidenten der Republik der Philippinen auf die amtliche Mitteilung, daß die Philippinen eine unabhängige Republik gebildet haben, in einem Telegramm die Anerkennung der Republik der Philippinen durch die Reichsregierung mitgeteilt. Ferner übermittelte der Reichsminister der Regierung und dem Volk der Philippinen die aufrichtigen Wünsche der Reichsregierung und des deutschen Volkes für eine glückhafte Zukunft.

Am 26. Oktober hat auch die Regierung Mussolini den neuen Staat der Philippinen anerkannt. Gleichzeitig mit der Unabhängigkeitserklärung teilte die japanische Regierung mit, daß die japanische Militärverwaltung auf den Philippinen aufgelöst worden sei.

Diese Entwicklung wurde in Washington mit scheelen Augengesehen, und Roosevelt gab am 23. Oktober eine Erklärung heraus, die sich gegen die neue Regierung der Philippinen richtete. Die Selbständigkeitserklärung suchte er in ihrer Wirkung dadurch abzuschwächen, daß er den Philippinen Freiheit und Sicherheit „nach dem Siege“ versprach.

Hinsichtlich Indiens verfolgt Japan die gleiche Politik. Von Schonan, dem früheren englischen Singapur, gab am 21. Oktober die von Subhas Chandra Böse gebildete provisorische Regierung Azid Hind die erste Erklärung heraus, in der es u. a. hieß: Der 21. Oktober 1943 wird in die indische Geschichte als der Tag eingehen, an dem die freien Inder ihre eigene Regierung errichtet haben mit dem einzigen Ziel, das britische Empire in Indien zu vernichten und 388 Millionen ihrer Landsleute vom jahrhundertalten britischen Joch zu befreien. Diese Regierung des freien Indiens ist einzig in ihrer Art. Es ist nicht eine reine Kriegsregierung, es ist keine Flüchtlingsregierung, die durch nichts von ihrem Ziel abgelenkt wird. Sie wird ihre ganze Energie, Menschen und Material zum Kampf gegen die anglo-amerikanischen Armeen, die den indischen Boden besetzt haben, einsetzen, bis sie aus Indien vertrieben oder vernichtet sind und bis Indien frei ist. Hinter der provisorischen Regierung des freien Indiens steht ein Heer, „AzadHind Fauj“, die Befreiungsarmee Indiens. Sie ist eine wohlausgebildete und ausgerüstete Armee, die sich jeden Tag vergrößert. Jeder einzelne Offizier und Soldat dieses Heeres hat einen heiligen Eid geschworen, sein Leben im Kampf für die Befreiung seines Mutterlandes zu opfern. Dies» revolutionäre Armee wird wie eine Dampfwalze die amerikanischen Feinde auf ihrem Pfad zermalmen. „Auf nach Delhi“ ist ihr Schlachtruf, Weiter hieß es in der Erklärung: Japan hat der Welt die Aufrichtigkeit seiner Absichten in diesem Kriege durch die Wiederherstellung der chinesischen Souveränität und durch Verzicht auf die territorialen Rechte in China und durch die Anerkennung der Unabhängigkeit Burmas und der Philippinen sowie durch die Abtretung von Gebieten an Burma und Thailand bewiesen. Japan hat außerdem wiederholt erklärt, daß es in Indien keinerlei politische, wirtschaftliche, militärische oder territoriale Absichten hat. Die provisorische Regierung des freien Indiens wird daher nicht zögern, Japans umfangreiche Hilfe in diesem Krieg gegen die Angloamerikaner, die gemeinsame Feinde sind, anzunehmen.

Die japanische Regierung hat die neue indische Nationalregierung sofort anerkannt. Seitens Deutschlands geschah dies am 28. Oktober. Die provisorische indische Regierung hat an Großbritannien und die USA sofort nach ihrer Bildung den Krieg erklärt.

Zu diesen in der Geschichte Indiens erstmaligen Ereignissen bildet die in großen Teilen Indiens, besonders in der dem burmesischen Kriegsschauplatz am nächsten gelegenen Provinz Bengalen herrschende Hungersnot einen düsteren Hintergrund. Viele Millionen Inder sind vom Hungertod bedroht, und die Zahl der Todesopfer infolge Hungers und infolge der wegen Unterernährung sich ausbreitenden Seuchen geht bereits in die Hunderttausende. Der Generalsekretär des Komitees Indischer Kongreßanhänger in Großbritannien, A. N. Böse, sagte am 19. Oktober auf einer Pressekonferenz: „Ich fürchte, daß die Gesamtverluste in Indien dieses Jahr die Gesamtverluste an allen Kriegsfrenten überschreiten werden — nämlich etwa 15 Millionen Menschen. In diesem Jahr fehlt es allein in Bengalen an Lebensmitteln für mindestens 15 Millionen Menschen, und diese bedrohliche Knappheit war der Regierung von Indien mindestens schon vor 6 Monaten bekannt. Trotz genügender Hinweise hat Lord Linlithgow es versäumt, irgendwelche Vorkehrungen zu treffen, um der Lage zu begegnen, die sich nunmehr ergeben hat. Durch die Politik einer meisterhaften Untätigkeit hat er mindestens 10 Millionen Menschen in Bengalen dem Hungertod preisgegeben. Lord Linlithgow hat selbst in der Zeit, als die Inder hungerten, Nahrungsmittel aus Indien ausgeführt, er hat das inflationsmäßige Ansteigen der Preise bewußt unterstützt und dadurch breite Massen der indischen Bevölkerung ihres für das tägliche Leben notwendigen Bedarfs an Nahrung und Bekleidung beraubt.“

Die englische Wochenzeitschrift „New Leader“ stellte am 20. Oktober fest, England trage die Verantwortung für die Hungerkatastrophe in Indien. Das große Verbrechen der britischen Regierung be-

stehe darin, daß sie schon seit zwölf Monaten die Notlage des indischen Volkes gekannt habe, aber anstatt für Abhilfe zu sorgen, leere Dementis veröffentlichte. Indien produziere genügend Lebensmittel, aber die Engländer entzögen sie dem indischen Volke, um sie ihren Truppen zuzuleiten. Diese „militärische Notwendigkeit“ gelte England mehr als das Leben des ganzen indischen Volkes. Jahr um Jahr habe außerdem das indische Volk mit einem Existenzminimum leben müssen, um den Engländern in Indieneinen großen Export zu ermöglichen, der wiederum zum Import von Luxuswaren für die herrschende britische Klasse gebraucht wurde. Die Zustände in Indien führten auch zu einer Debatte im englischen Parlament, bei der ein Labour-Abgeordneter mehr Entgegenkommen gegenüber den politischen Wünschen des indischen Volkes forderte. Im Namen der Regierung erklärte jedoch Lord Haley am 21. Oktober im Oberhaus, jeder Vorschlag einer Geste Indien gegenüber sei abzulehnen. Indien habe nur ein Ziel und einen Ehrgeiz, und das sei die Unabhängigkeit. Dies ist ein bemerkenswertes Geständnis, das wieder einmal die völlige Verlogenheit der von der englischen Propaganda immer wieder mißbrauchten Freiheitsideologie erweist, mit der die Engländer bei den Völkern Europas politische Geschäfte zumachen sich bemühen.

Die Wahrheit hat jedoch der burmesische Staatschef, Dr. Bamaw, gesagt, als er in einem Aufruf an das indische Volk am 30. September äußerte, „vertreibt die Engländer aus Indien, und auch die Hungersnot wird beseitigt werden!“ Burma sei in der Lage, Indien jederzeit große Mengen Reis zu liefern.

Über den Stand der Verwirklichung von Japans Großasien-Politik führte Ministerpräsident Tojo am 26.

154 Oktober im japanischen Reichstag aus, die Befreiung Ostasiens schreite innerhalb der festgesetzten Linien ständig fort. Die Unabhängigkeitserklärungen Burmas und der philippinischen Republik bewiesen, daß, was immer Japan verspreche, in jedem Falle in konkreter Form eingelöst würde. In Zusammenarbeit mit Mandschukuo und dem nationalen China sei ein immer fester gefügtes Fundament der Kriegführung gelegt worden. Nach Besprechungen mit Wangtschingwei, der in vollkommenem Einverständnis mit Japan für ein „China den Chinesen“ und für die Befreiung der Völker Ostasiens kämpfe, sehe er sich genötigt, seinem Gefühl tiefster Sympathie und des Mitleids mit den Völkern unter dem Tschungkingregime Ausdruck zu geben. Es sei bedauerlich, daß Tschungking den Bruderzwist fortsetze und nicht am gemeinsamen Kampf der Völker Ostasiens teilnehme. Für die täglich größere Hilfe Thailands sei Japan zutiefst verpflichtet und verspreche, seinerseits alles zu tun, um den Wohlstand Thailands zu fördern. Auch Burma und die philippinische Republik seien gewillt, mit allen Kräften an dem Aufbau Ostasiens mitzuarbeiten. Sie seien dafür andererseits der Hilfe Japans gewiß. Gegenüber den Einwohnern Sumatras, Javas, Borneog und Celebes sei das früher gemachte Versprechen, zu politischer Mitarbeit herangezogen zu werden, jetzt eingelöst worden. Durch alle diese Maßnahmen sei ein großes Ostasien für die Ostasiaten entstanden. Japan sei auch nicht gewillt, das Massensterben der Inder und die Verwirrung dort im Lande ruhig mit anzusehen. Aus diesem Grunde werde Japan in Zukunft auch der freien indischen Regierung unter Subhas Chandra Böse größte Zusammenarbeit angedeihen lassen.

Die Parallelität militärischer, politischer und wirtschaftlicher Zielsetzungen, die die Großasien-Politik Japans kennzeichnet, findet in diesen Worten Tojos einen deutlichen Ausdruck. Dieser Politik vermögen die Angloamerikaner für die Völker des großasiatischen Raumes nichts Entsprechendes entgegenzustellen. Sie haben außer einer unwahren Phraseologie nur die Aussicht auf politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung zu bieten, wofür Indien mit seiner schweren Hungersnot und der schon seit Jahr und Tag währenden Einkerkierung aller seiner politischen Führer die treffendste Illustration darstellt.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1943

November/Dezember-Lieferung
(Nr. 101/104 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



Innenpolitik

140 Am 11. Dezember 1943 jährte sich zum zweiten Male die Wiederkehr des Jahrestages der Unterzeichnung des deutsch-italienisch-japanischen Zusatzabkommens zum Dreimächtepakt. Die Deutsch-Japanische und die Deutsch-Italienische Gesellschaft hatten daher in Berlin zu einer Feierstunde im Europahaus eingeladen, bei der der Kaiserlich japanische Botschafter, General Oshima, der italienische Botschafter Anfuso und Staatsminister Dr. Meißner sowie andere hohe Persönlichkeiten zugegen waren. Staatsminister Dr. Meißner eröffnete die Veranstaltung mit einer Ansprache, in der er die Bedeutung des Tages würdigte. General Oshima gab in deutscher Sprache einen Rückblick auf die großen militärischen und politischen Erfolge, die der Dreimächtepakt gegenüber den imperialistischen Demokratien gehabt hat. Der italienische Botschafter Anfuso bekräftigte erneut das Gelöbnis des neu-erstandenen faschistisch-republikanischen Italiens, an der Seite Deutschlands und Japans im gemeinsamen Kampf gegen die Gegner bis zum Endsiege durchzustehen.

Der Führer, der Tenno und der Duce haben aus Anlaß dieses Jahrestages Telegramme miteinander gewechselt, in denen der Führer gleich den befreundeten Staatsmännern der Überzeugung Ausdruck gab, daß der Freiheitskampf der verbündeten Völker für eine gerechte Neuordnung in Europa und Ostasien durch den Endsieg der verbündeten Streitkräfte gekrönt sein werde.

In der Tat, nicht nur an den Fronten, sondern auch auf dem Gebiete der geistigen Kriegführung ist auf deutscher Seite in den beiden Monaten November und Dezember viel geschehen. Immer noch haben Reden des Führers das deutsche Volk emporgerissen und mit neuem, festem Vertrauen an den Sieg erfüllt. Die Rede des Führers zum 9. November im Bürgerbräukeller zu München (am 8. November 1943) hat durch ihre eindringliche Sprache voller Entschlossenheit und fester Zuversicht die feindlichen Hoffnungen erschüttert, das deutsche Volk militärisch, wirtschaftlich und moralisch niederzuringen. Die militärische Lage, so führte der Führer aus, zeige trotz großer Veränderungen auf der Gesamtlagekarte des Weltkrieges nach wie vor den souveränen Griffel der deutschen Führung. Aus des Führers Worten ging wiederum eindeutig hervor, daß der Schicksalskampf im Osten die große militärisch-politische Sendung sei, für deren weiteren Verlauf die ganze Kraft der deutschen Nation mobilisiert werde. Auf den anderen Kriegsschauplätzen aber, bestätigte die Führerrede, stehe die Initiative und Wachsamkeit der deutschen Strategie in voller Aktion. Noch einmal hat der Führer in seiner Rede darauf hingewiesen, daß auch die stärksten Prüfungen das deutsche Volk nicht wankend machen könnten. Mit eindrucksvollen Worten dankte der Führer vor allen Dingen den deutschen Frauen, deren Heroismus in der Heimat dem der Front durchaus gleichkomme. (Vgl. den Wortlaut der Führerrede S. 120).

141 Am Tage nach der denkwürdigen Feier des 9. November fand unter Vorsitz des Leiters der Parteikanzlei, Reichsleiter Martin Bormann, eine Tagung der Reichsleiter, Gauleiter und Verbändeführer der NSDAP, statt. Auf ihr sprach der Reichsmarschall und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Hermann G ö r i n g, über Fragen der Luftverteidigung und des Einsatzes der deutschen Luftwaffe. Vor der Parteiführerschaft behandelte der Reichsmarschall eingehend alle Probleme der Verteidigung und des Angriffs, wie sie sich für die deutsche Luftkriegführung an der Front und in der Heimat darstellen. — Der Chef des Wehrmachtführungsstabes, General der Artillerie J o d l, sprach über die strategische Lage am Anfang des fünften Kriegsjahres. General Jodl gab einen umfassenden Überblick über die gesamte militärische Lage, den bisherigen Kriegsverlauf und die augenblickliche Kampfsituation. Er nannte unter den Gesichtspunkten, die die Voraussetzung für den deutschen Sieg seien, an erster Stelle die geistigen und moralischen Grundlagen unseres Kampfes. Seine tiefste Zuversicht aber gründe sich darauf, daß an der Spitze Deutschlands ein Mann stehe, der nach seiner ganzen Entwicklung, seinem Wollen und Streben vom Schicksal nur dazu ausersehen sein könne, unser Volk in eine hellere Zukunft zu führen. Er sei die Seele nicht nur der politischen, sondern auch der militärischen Kriegführung, und die Kraft seines Willens wie der schöpferische Reichtum seiner Gedanken durchpulse in

strategischer, organisatorischer und rüstungstechnischer Beziehung die gesamte deutsche Wehrmacht. — Im Anschluß an General Jodl sprachen bewährte Truppenführer des Heeres zur Parteiführerschaft.

Anfang Dezember fand eine Kriegsarbeitstagung der deutschen Presse statt, auf der Reichspressechef Dr. Dietrich eine Rede über den Nervenkrieg unserer Gegner, den Zukunftsweg Europas und die sozialen Bedingungen einer künftigen Ordnung hielt. Dr. Dietrich wies vor allen Dingen die anmaßenden Versuche der Gegner zurück, durch demagogische und nicht der Wirklichkeit gemäße Nachkriegspläne die Welt und das deutsche Volk zu bluffen. Die große Generallinie der politischen Kriegführung unserer Gegner, so sagte Dr. Dietrich, bilde zur Zeit in weitestem Ausmaß die Strategie des Bluffs. Die Gegner wollten mit ihren unaufhörlich neu dargebrachten Friedensplänen das eigene Denken der Menschen, ihre Leichtgläubigkeit und Urteilskraft überfahren. Die deutsche Kriegführung dagegen richte sich an den Realitäten aus und handele dementsprechend. — Auf der gleichen Tagung ergriff auch Reichsführer SS Reichsinnenminister Himmler das Wort. Der Reichsführer erörterte verschiedene Fragen der inneren Sicherheit des Reiches. Er erklärte, daß sich auf diesem Gebiet heute in sichtbarster Weise die zielbewußten Maßnahmen zur Bekämpfung des Berufsverbrechertums und zur Ausschaltung der asozialen Elemente auswirkten, die der nationalsozialistische Staat seit 1933 planmäßig durchgeführt habe. Beispielsweise zeige die Statistik für das dritte Kriegsjahr die niedrigste jährliche Verbrechensziffer seit Bestehen des Deutschen Reiches überhaupt. Von diesen Darlegungen ausgehend, betonte Reichsführer Himmler, daß es im Gesamtbereich der innerdeutschen Sicherheitslage nicht ein Moment gebe, das sich irgendwie mit den innerdeutschen Zuständen von 1917 bis 1918 vergleichen lasse. Während damals ein organisiertes politisches Verbrechertum dem Kampf von Front und Heimat in den Rücken fiel, stehe heute die deutsche Heimatfront fest und geschlossen im Innern gesichert, durch Prüfungen gehärtet dem Bewußtsein gegenüber, daß der Kampf um Sein oder Nichtsein gehe. Sodann zeichnete der Reichsführer SS in großen Linien die zukünftige Entwicklung der innerpolitischen Gestaltung des Reiches. Er sagte, daß es sein besonderes Ziel sei, die Reichsfreudigkeit jedes Reichsgaues zu fördern und das Vertrauen zwischen der deutschen Öffentlichkeit und jedem Zweige der deutschen Staatsverwaltung zu stärken. Der Reichsführer wies schließlich darauf hin, daß es die besondere Aufgabe der Presse sei, ein Beispiel zu geben in der Erfüllung der Pflichten, die den geistig führenden Schichten des Volkes gestellt sind.

An den Fronten in erfolgreicher Abwehr stehend und geistig und moralisch gerüstet, hatte das deutsche Volk im Laufe der letzten Monate des Jahres 1943 schwere Prüfungen durchzustehen. Die schwerste von

142 ihnen ist zweifellos der Luftkrieg, mit dem der Feind in rücksichtslosester Weise die Widerstandskraft der Nation zu brechen versucht. Nach den schweren Angriffen auf die Städte im Westen des Reiches, auf die blühenden Hansestädte im Nordwesten und auf die Industriestädte im Südwesten richtete der Feind zum erstenmal schwerste Terrorangriffe gegen die Reichshauptstadt am 22. und 23. November. Mit starken Verbänden griff er das Zentrum von Berlin, wichtige Wohnviertel und Verkehrsanlagen an, wodurch schwere Verwüstungen angerichtet wurden. Zahlreiche Brände vernichteten ehrwürdige Kulturstätten, die unwiederbringlich verloren sind. Hunderttausende von Berlinern verließen auf Anordnung der Behörden die Reichshauptstadt; vor allem wurden Frauen und Kinder evakuiert. Zahlreiche Behörden, deren Arbeitsstätten durch Spreng- oder Brandbomben zerstört waren, verlegten ihre Tätigkeit in die Provinz. Die Haltung der Berliner Bevölkerung, die Einsatzbereitschaft aller staatlichen Organe und die Hilfsmaßnahmen der Partei waren musterhaft und großzügig.

Es verlohnt sich, bei dieser Gelegenheit einmal in kurzen Zügen aufzuzählen, auf welche Art dem Vernichtungswillen des Feindes durch die Maßnahmen des Staates und der Partei begegnet wurde.

Entscheidend für das Gelingen aller organisatorischen Maßnahmen, die nach den Luftangriffen eingeleitet wurden, ist die Energie gewesen, mit der die politische Führung ans Werk ging. Reichsminister Dr. Goebbels, der noch während des Alarms von allen Phasen des Angriffs unterrichtet wurde, leitete persönlich den ersten Einsatz gegen Brand und Zerstörung. In einem politischen Aufruf rüttelte er ferner das nationale Gewissen der Berliner auf. „unser Siegeswille“, so erklärte er, „ist unerschütterlich. Unsere Entschlossenheit kann durch keinen Terror gebrochen werden. Der Feind täuscht sich, wenn er annimmt, daß die Kriegsmoral der Reichshauptstadt schlechter wäre als die irgendeiner anderen deutschen Stadt. Wir halten stand!“ Zugleich richtete er einen Appell an die Selbsthilfbereitschaft der Bevölkerung und an die großzügige Einsatzfreudigkeit aller nationalsozialistischen Organisationen. Er forderte alle berufstätigen Berliner auf, unverzüglich die Arbeitsstätten aufzusuchen und gab der Bevölkerung der Reichshauptstadt die Überzeugung, daß alles getan werde, um Verkehrs- und Versorgungswesen schleunigst wieder in Gang zu bringen.

In der Tat: Kaum waren die letzten Detonationen von den Terrorangriffen auf Berlin verhallt, da setzten auch schon die ersten Maßnahmen ein, um das so jäh gestörte Leben der Stadt wieder in einen einigermaßen geregelten Lauf zu bringen. Die ersten Hilfsmaßnahmen galten der Bevölkerung, die an Leib und Leben geschädigt war. Sonderkommandos des NSKK und der Wehrmacht durchführten die Straßen und brachten Verletzte zu Unfallstellen und Krankenhäusern. Von außerhalb brachten Kolonnen des NSKK die ersten Hilfsmannschaften. Einsatztrupps der Partei, Wehrmacht-Sonderkommandos und Kolonnen der Bauwirtschaft und der städtischen Betriebe räumten die Straßen und bargen die Verschlackten. Fahrzeugkolonnen des NSKK und der Wehrmacht fuhren die geretteten Möbel ab. Omnibusse brachten diejenigen, die Berlin verlassen wollten, zu den Bahnhöfen, nachdem sie in den Auffangsammlern der Partei betreut worden waren, in denen alle Dienststellen von Partei, Staat und Gemeinden unbürokratisch und schnell am „langen Tisch“ gemeinsam die Abfertigung, Ausstellung der Papiere, Zahlung von Entschädigungsvorschüssen, Zuweisung der Quartiere, Ausgabe der Fahrscheine und vieles andere mehr vornahm. Die NSV regelte großzügig die Verpflegung ganzer Stadtteile, die ohne Wasser, Gas und Licht waren. Ihre Großküchen und die Hilfszüge des Interministeriellen Luftkriegsschädenaussschusses waren allen Anforderungen gewachsen. In den ersten Tagen verteilte die NSV 750000 Portionen Verpflegung täglich, bis nach Wiedereingangssetzung der Versorgungsbetriebe die Volksgenossen wieder selbst kochen konnten und die Zahl der Esser aus dem „großen Topf“ schnell abnahm.

143 Mit erstaunlicher Schnelligkeit hat das vorzüglich durchorganisierte Versorgungssystem ferner die großen Zerstörungen und Unterbrechungen in der normalen Lebensmittelzufuhr und -belieferung überwunden. Die Partei griff hier mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften ein. Am 24. November 1943 wurde schon bekanntgegeben, daß von den Blockwaltern der NSV an alle Verbraucher eine Sonderkarte über 200 g Fleisch verteilt werde. Ferner wurden sofort weitere Sonderzuteilungen ausgegeben, und zwar an alle Verbraucher 1 Dose Fischkonserven, 1 Dose Kondensmilch, 0,5 kg Frischobst, 50 g Bohnenkaffee. Weiterhin wurden Sonderrationen von Gemüse, und zwar zweimal wöchentlich, verabfolgt. Speisekartoffeln wurden ebenfalls ausgegeben, und schließlich Nahrungsmittel.— Fliegergeschädigte erhielten auf ihre Fl-Bezugscheine Spinnstoffwaren, Schuhwaren, Öfen, Herde, Kocher und elektrische Raum-Heizgeräte, Fahrräder, eiserne Haushaltsgeräte, ferner Tische, Stühle und Kleinmöbel, Reinigungsmittel, Scheuer- und Wischtücher. Man sieht, wie weit die Sorge für die Fliegergeschädigten geht, bis zu welchen Einzelheiten die Führung von Staat und Partei die Geschädigten zu unterstützen bestrebt ist.

Eine besondere Verordnung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ermöglichte fliegergeschädigten Gefolgschaftsmitgliedern sogar einen Urlaub von sieben Tagen zur Sicherung der eigenen Familie, zu Aufräumarbeiten in der Wohnung und zur Durchführung der notwendigen Schutzmaßnahmen für alle Haushalts- und Sachwerte. (Für besondere Fälle kann ein Urlaub von 14 Tagen gegeben werden.) Das Arbeitsamt Berlin hat sofort nach den Bombenangriffen besondere Meldestellen eingerichtet für diejenigen Berliner, deren Arbeitsstätten zerstört worden sind. Dort wurde Auskunft erteilt über die sofort notwendigen Einsatzmaßnahmen. Alle Betriebsführer privater und öffentlicher Dienststellen meldeten dort ihren Sofortbedarf an Arbeitskräften an, die vom Arbeitsamt nach Maßgabe der Notwendigkeit befriedigt wurden. In lebenswichtigen städtischen Betrieben ist für männliche und weibliche Angestellte im Alter von 17 bis 30 Jahren, die nach den Angriffen in ihren eigenen Betrieben und Verwaltungen nicht beschäftigt werden können, ein kurzfristiger vorübergehender Einsatz im städtischen Büro- und Verwaltungsdienst vorgesehen.

Sofort nach den Großangriffen auf Berlin richtete der Reichsverteidigungskommissar für Berlin, Reichsminister Dr. Goebbels, an alle Fahrzeughalter und Fahrer die Bitte, bis zur Wiedereingangssetzung eines normalen Stadtverkehrs bei Fahrten durch Berlin in ihren Fahrzeugen unter Ausnutzung aller verfügbaren Plätze möglichst viele Volksgenossen, die zu ihren Arbeitsstätten wollen, mitzunehmen. Besonders Frauen und ältere Personen empfahl er der Fürsorge aller Fahrer. Auch die Fahrer aller Wehrmachtfahrzeuge haben vom Oberkommando der Wehrmacht Befehl erhalten, im Sinne dieses Appells zu handeln.

Eine Bekanntmachung in der Presse informierte weiter sofort nach den Angriffen die Bevölkerung, von welchen Fernbahnhöfen die einzelnen Fernzüge abfahren, eine andere Verlautbarung gab Auskunft über die noch im Betrieb befindlichen Straßenbahn-, Omnibus- und U-Bahnlinien. Die Reichsbahn setzte für den Abtransport der bombengeschädigten und umquartierten Bevölkerung alle ihr zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel ein. Tausende wurden nach den Angriffen mit Gepäck und vielen Kindern durch Kleinfahrzeuge von der Reichsbahn in die Provinz befördert.

Unter den zerstörten öffentlichen Gebäuden befanden sich auch viele Bankhäuser. Die Großbanken teilten ihren Kunden daher alsbald durch die Presse mit, welche Depositenkassen den Dienst für die zerstörten Dienststellen übernommen hätten. Den Vorrang bei Bankabfertigungen erhielten in diesen Tagen Behörden und kriegswichtige Unternehmen. Postscheckämter traten ebenfalls sofort nach den Angriffen wieder ihre Dienste an.

Alle Postämter in Berlin arbeiteten weiter, Schäden wurden schnellstens beseitigt. Wenn ein Postamt

144 durch Feindeinwirkung ausgefallen war, wurde es einem Nachbarpostamt angegliedert, das seine Aufgaben, auch die Zustellung, übernahm. Der Reichspostminister hat einen Eilnachrichtendienst eingerichtet, der der Bevölkerung in den ersten vier Tagen nach schweren Bombenangriffen Gelegenheit gibt, den Angehörigen auswärts auf einfache und schnelle Weise ein Lebenszeichen zu übermitteln. Am ersten Sonntag nach den feindlichen Terrorangriffen nahm Dr. Goebbels eine Veranstaltung der Hitler-Jugend zum Anlaß, dem feindlichen Terror das unbeugsame „Niemals!“ der Berliner Bevölkerung entgegenzustellen. Der Minister erklärte, daß die Frucht dieses Terrors der täglich wachsende Haß des deutschen Volkes sei. Wo früher vielleicht den Engländern noch ein Rest von Verständnis oder Achtung entgegengebracht worden sei, da schwele jetzt nur noch Empörung, Wut und nationale Raserei. Das deutsche Volk, so fuhr der Minister fort, könne darüber beruhigt sein: Tag und Nacht werde mit fieberhaftem Fleiß an den Vorbereitungen zur Vergeltung gearbeitet. Wenn sie eines Tages über England hereinbrechen werde, dann möge sich das britische Volk bei dem Verbrecherpack bedanken, das bei Nacht und Nebel friedliche deutsche Städte überfalle und Brand und Verwüstung und damit Leid und Tod über unsere Frauen und Kinder herabstürzen lasse. Nur mit Bewunderung wird eine spätere Zeit auf den Heldenmut des deutschen Volkes in diesen Wochen und Monaten zurückblicken, in denen die gesamte deutsche Nation voll Aufopferung und Einsatzbereitschaft dem Feinde Trotz bietet.

Nicht nur deutsche Städte und Kulturdenkmäler wurden vom Feinde angegriffen, auch die „Heilige Stadt“ Rom, und hier der Vatikan, waren das Ziel britisch-amerikanischer Terrorbomber. Anfang November wurde der Sitz des Papstes bombardiert. Politische Kreise des Vatikans haben nach diesem Bombardement hervorgehoben, daß dieser Angriff auf die Vatikanstadt auffallend kurz nach dem Abschluß der Moskauer Konferenz verübt wurde. Damit schließt sich die Kette der Verbrechen unserer Gegner, die nicht gegen Deutschland, sondern gegen die europäische Kultur insgesamt gerichtet sind.

Am 7. Dezember beging die Deutsche Reichsbahn einen Ehrentag: den Tag des deutschen Eisenbahners. Bei dieser Gelegenheit würdigte Staatssekretär Dr. Ganzenmüller die außerordentliche Leistung der Deutschen Reichsbahn, die im Zeichen des totalen Krieges und der großen kooperativen Bewegungen gewaltiger Fronten Aufgaben unerhörten Ausmaßes bewältigt habe. Der Staatssekretär wies auf die große Steigerung im Personen- und Güterverkehr während dieses Krieges hin und auf die besonderen Leistungen, die von dem deutschen Eisenbahner in den Jahren 1941, 1942 und 1943 gefordert wurden. So sind in diesen drei Jahren 26700 km Gleise umgespurt worden, 5500 km Gleise wiederhergestellt und neugebaut, 450 Lokomotivschuppen errichtet und 1200 Brücken gebaut worden. Ohne Berücksichtigung der Wehrmachttransporte seien im Jahre 1942 glatt 1 Milliarde Menschen mehr befördert worden als im Jahre 1938. Im Jahre 1943 seien diese Zahlen durch die Evakuierung großer Städte noch weiterhin erheblich erhöht worden! Viele Tausende von Eisenbahnern versehen in den Frontgebieten ihren Dienst mit der Waffe in der Hand, sind in der Heimat bedroht bei ihren Transporten in den Bombengebieten und leisten dennoch Außerordentliches. Seinen Dank an den Eisenbahner richtete Staatssekretär Dr. Ganzenmüller auch an die Frauen, die als bewährte Hilfskräfte ihren Dienst bei der Reichsbahn erfüllen.

Der Führer ehrte besonders verdienstvolle Angehörige der Deutschen Reichsbahn durch Verleihung des Ritterkreuzes zum Kriegsverdienstkreuz. Die Einsatzbereitschaft des ganzen deutschen Volkes ging auch in den Monaten November und Dezember aus den hohen Beträgen bei den Sammlungen des K r i e g s - W H W hervor. Die am 10. Oktober 1943 durchgeführte Sammlung erbrachte ein Ergebnis von 52 879 000 RM. Die Zunahme gegenüber der gleichen Sammlung des Vorjahres betrug 24,1%.

145 Die Sammlung am 5. Dezember 1943 hatte das Ergebnis von 59 229 234 RM und überstieg damit die gleiche Sammlung des Vorjahres um 29,3%.

Im Rahmen der Förderungsmaßnahmen für studierende Kriegsteilnehmer hat der Reichserziehungsminister mit Wirkung vom Wintersemester 1943/44 an eine Neuerung an den wissenschaftlichen Hochschulen des Reiches eingeführt. Eine fachliche Grundausbildung wird un-abhängig neben den normalen Lehrveranstaltungen, der Vertiefung und Ergänzung des Semesterstoffes dienen. Sie wird

gewährt in den Fächern Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Latein, Griechisch, Englisch, Französisch, Mathematik und Biologie.

Eine Verordnung auf Grund des Erlasses des Führers vom 11. Oktober 1943 regelte neu die Reichsversorgung der Kriegerfamilien. Mit dem 1. Dezember 1943 wurden die Kriegereltern von den Wehrmacht-Fürsorge- und -Versorgungsämtern auf die zivilen Versorgungsämter übergeführt. Zuständig ist das Versorgungsamt, dem der Wohnsitz der Kriegereltern zugeteilt ist. Es ist beabsichtigt, auch die Fürsorge und Versorgung der Witwen, Waisen und Beschädigten auf die Versorgungsämter zu übertragen.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Landfried, der seit März 1939 zugleich das Amt des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium geführt hat, wurde am 18. November 1943 von diesem Amt entbunden. Der Führer dankte dem scheidenden Staatssekretär und stellte ihm in Aussicht, ihn auch in Zukunft mit besonderen wirtschaftspolitischen Aufgaben zu betrauen. Auf Vorschlag des Reichswirtschaftsministers wurde der bisherige Leiter der Reichsgruppe Handel, SS-Brigadeführer Dr. Hans H a y l e r, mit der Führung der Geschäfte des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium und SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf mit der Führung der Geschäfte eines Hauptabteilungsleiters im Reichswirtschaftsministerium beauftragt.

Anfang November fand in München eine Tagung von Vertretern aller bayerischen Schulen und Hochschulen statt. In einer Kundgebung im Festsaal des Deutschen Museums sprach Reichsminister Dr. Rust zu den Problemen der deutschen Erziehung im Kriege. Nach 1939 sei es das wesentlichste Ziel seiner Tätigkeit gewesen, eine wirkliche nationalsozialistische Schule zu schaffen. Die Voraussetzung für das deutsche Schulwesen sei die Tatsache, daß alle Söhne und Töchter des deutschen Volkes die gleiche Schule besuchten. Die Erziehung könne nur im Gleichklang mit der Weltanschauung stehen. Von großer praktischer Bedeutung ist der Berufsnachwuchsplan, den der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, für 1944 aufgestellt hat. Er bestimmt eine besondere Stärkung des Nachwuchses für die verschiedenen Berufe, die in Kategorien eingeteilt sind. Sie stehen in der Reihenfolge: 1. Landwirtschaft, 2. Forstwirtschaft, 3. Bergbau, 4. Steine und Erden, 5. Chemie, 6. Textil, 7. Bau, 8. Gast- und Schankwirtschaft, 9. Verkehr. Alle Berufe, so erklärte der Generalbevollmächtigte, hätten mit einem biologisch bedingten Rückgang zu rechnen. Trotzdem solle versucht werden, in einigen Berufen diesen Rückgang aufzuhalten oder die Zahl des Nachwuchses sogar noch zu steigern. Dies müßte auf Kosten solcher Berufe gehen, die auch heute noch als überbesetzt angesprochen werden.

Am 22. November fand in Prag der erste Reichslehrgang aller Jugendführer und -Führerinnen statt, die auf dem Gebiete des Landdienstes und der volkspolitischen Arbeit tätig sind. Bei dieser Gelegenheit dankte Reichsjugendführer A x m a n n der bäuerlichen Jugend für ihre hervorragenden Leistungen im Kriegseinsatz. Sie habe sich während dieses Krieges in ganz hervorragendem Maße in der Erzeugungsschlacht eingesetzt und bewährt, aber auch die städtische Jugend habe in diesem Jahre mit 722000 Jungen und Mädeln ihren Anteil an der Einbringung der Ernte gehabt. In Süddeutschland sei fast die gesamte Hopfenernte allein von der Jugend eingebracht worden. Trotz der äußerst schwierigen

146 Führungslage der Hitler-Jugend würden vierteljährlich tausend Führer und Führerinnen für den einjährigen Osteinsatz abgestellt. Dadurch sei der deutsche Osten zum inneren Besitz der gesamten deutschen Jugend geworden. Bei dieser Gelegenheit richtete der Reichsjugendführer auch einen nachhaltigen Appell an die bäuerliche Jugend, sich am Berufswettkampf zu beteiligen.

Anfang November verkündete der Reichsjustizminister Dr. Thierack eine Verordnung über die Vereinfachung und Vereinheitlichung des Jugend-Strafrechts. Sie bringt eine völlige Neugestaltung des Reichsjugendgesetzes und regelt in bedeutsamer Weise diese Materie abschließend für das ganze Reichsgebiet. Das neue Reichsjugendgerichts-Gesetz stellt eine Gemeinschaftsarbeit des Reichsjustizministeriums, der Reichsjugendführung und des Jugendrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht dar. In dem neuen Gesetz wurden zahlreiche wertvolle Gedanken des ostmärkischen Rechts berücksichtigt. Es ist vor allen Dingen gekennzeichnet durch eine fast völlige Loslösung vom Erwachsenen-Strafrecht. Während das Erwachsenen-Strafrecht zur Ahndung von Straftaten nur die kriminelle Strafe kennt, werden in dem neuen Jugendgerichtsgesetz Strafen und Zuchtmittel gleichwertig nebeneinandergesetzt. Als einzige Strafe für Jugendliche sieht das Gesetz die Jugendgefängnisstrafe vor, die sich aber in jeder Weise von der Gefängnisstrafe für Erwachsene unterscheidet. Das Gesetz kennt auch die Jugendgefängnisstrafe von unbestimmter Dauer, die sich sehr bewährt hat. Es kennt ferner die Auferlegung des Jugendarrestes und besonderer Pflichten sowie die Verwarnung. Bei einer Arbeitstagung der Jugendrichter, Jugendstaatsanwälte und Rechtsreferenten der Hitler-Jugend in

Bad Salzungen umriß der Reichsjustizminister Dr. Thierack die Grundgedanken dieses Gesetzes. Er betonte, daß der endgültige Erfolg dieses sorgfältig ausgearbeiteten Jugendgesetzes entscheidend abhängen würde von der Persönlichkeit des deutschen Jugendrichters. — Reichsjugendführer Axmann dankte im Namen der deutschen Jugend dem Reichsjustizminister für die Schaffung dieses so bedeutsamen Gesetzeswerkes.

Am 18. Dezember beging die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ den Tag ihres zehnjährigen Bestehens durch eine Kundgebung im Festsaal der Neuen Reichskanzlei zu Berlin. Reichsminister Dr. Goebbels zeichnete in einer Rede die große Arbeitsleistung dieses national-sozialistischen Werkes in Krieg und Frieden und bestätigte, daß es sich in jeder Weise bewährt habe. Reichsleiter Dr. Ley wies darauf hin, daß die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ ein sichtbarer Ausdruck des neuen deutschen Sozialismus sei, den sowohl der Kapitalismus wie auch der Bolschewismus als den größten Feind erkannt hätten und deshalb erbittert bekämpften. Der Führer grüßte die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ in Würdigung ihrer vorbildlichen Leistungen auf sozialem und kulturellem Gebiet. Er sprach dem Reichsleiter Dr. Ley als ihrem Leiter und Schöpfer seinen besonderen Dank aus.

Diese Jahrestagung von KdF steht in geradezu schlagendem Gegensatz zu allem, was den deutschen Arbeiter erwarten würde, wenn Deutschland den Krieg verlöre. Eine amtliche Reutermeldung vom 13. November 1943 erklärte nämlich klipp und klar, daß die Bolschewisten entschlossen seien, Deutschland bis zum Äußersten seiner physischen Fähigkeit für die eigenen Zwecke heranzuziehen! „Die Sowjets meinen es ernst“, so hieß es wörtlich bei Reuter. Die Sowjets wollen deutsche Waren, deutsche Dienste und deutsche Arbeiter. Die sowjetischen Arbeiter fürchteten keine Arbeitslosigkeit und würden sich daher gegen die Zwangsverschickungen nicht auflehnen. Aber auch die anderen Gegner Deutschlands hätten hohe Rechnungen zu stellen. Solche Erklärungen sind nur dazu geeignet, die deutsche Widerstandskraft und den Willen zum Kampf zu erhöhen.

Das Weihnachtsfest stand in diesem Jahre in Deutschland besonders im Zeichen des Krieges. Viele Familien verlebten das Fest getrennt voneinander, die Väter an der Front, Mütter und Kinder fern der Heimat, oft auch noch nicht einmal beieinander. Der Reichsverkehrsminister und der Reichspropagandaminister erließen am 10. Dezember aus Anlaß der Einschränkung des Weihnachts-Reiseverkehrs einen gemeinsamen Aufruf. Vom 15. Dezember bis 3. Januar wurden alle nicht-kriegswichtigen Reisen untersagt, um den Personenverkehr den Volksgenossen vorzubehalten, die aus kriegsbedingten Gründen oder weil sie bombengeschädigt sind, von ihren Familien getrennt leben müssen. Nur die wichtigsten Reisen wurden durch besondere Genehmigung gestattet. Um den deutschen Kindern trotz der Schwere des Krieges einen Schimmer des wirklichen Weihnachtsfestes zu vermitteln, hatte die Hitler-Jugend in großzügiger Weise ein Spielzeugwerk organisiert. Wochenlang waren Jungen und Mädchen tätig, um jedem deutschen Kinde ein Spielzeug zum Geschenk machen zu können. Verwundete Soldaten, Soldaten an der Front, NS-Frauenschaft, Reichsbahn und Polizei hatten nach ihren Kräften beigesteuert, diese Aktion zum Erfolg zu führen. So waren denn 8,5 Millionen Spielsachen hergestellt worden, die in 15000 Ausstellungen der Öffentlichkeit gezeigt wurden und auf 7000 Weihnachtsmärkten zum Verkauf gelangten.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz hat auch im Jahre 1943 in einem Erlaß die zulässigen Weihnachts- und Abschlußgratifikationen geregelt. Der Erlaß bestimmte, daß jeder einzelne Betrieb die gleichen Aufwendungen wie im Vorjahre machen durfte. Ein Rechtsanspruch auf die vorjährige Höhe bestehe dagegen nicht. Der Betriebsführer solle bei der Verteilung neue Dienste, einwandfreie Führung, Leistungen und Familienstand entsprechend berücksichtigen.

Reichsminister Dr. Goebbels hielt am Weihnachtsabend eine Ansprache an das deutsche Volk. Er nannte dieses Weihnachtsfest das „Fest der Getrennten“. Er gedachte all der deutschen Familien, die in sich getrennt seien und deren Sehnsucht an diesen Tagen und Stunden kreuz und quer durch das Reich und in weite Fernen gehe. „Wir alle“ — so sagte der Minister — „leben in einer Zeit der Neugeburt der Welt. Es gehört ein starkes Herz dazu, diese Zeit zu begreifen und zu verstehen. Nur in ganz langen Zeiträumen von meistens mehreren Jahrhunderten brausen Stürme wie die dieses Krieges über die Menschheit hin.“ Dieses Weihnachtsfest werde für alle Deutschen in den kommenden Jahren des Lebens gerade deshalb unvergeßlich bleiben, weil es, wie nie zuvor, eine Feier der nationalen Gemeinschaft sei.

Am 23. Dezember veröffentlichte die deutsche Presse eine umfangreiche Darstellung, die den Kriegseinsatz der NSDAP in Zahlen veranschaulichte. Sie bestätigte, daß es eines der hervorragendsten Wesensmerkmale der nationalsozialistischen Bewegung sei, daß sie dort, wo sie Kampf oder Aufbau predige, auch stets kämpfend oder aufbauend mit gutem Beispiel vorgehe und keine Opfer

scheue. Wenn eines Tages die Archive ohne Gefährdung der Reichssicherheit geöffnet werden könnten (so heißt es in dieser Darstellung), werde die Welt von Bewunderung darüber erfüllt sein, wie schonungslos die Partei im Innern unpopuläre Maßnahmen übernommen und sich nach außen in den Kampf geworfen habe. Von den 6,5 Millionen männlichen Parteimitgliedern stünden zur Zeit etwa 40 Prozent bei der Wehrmacht oder in einem ähnlichen Einsatz. Weitere 6 Prozent hätten einen solchen Einsatz bereits hinter sich. In den militärpflichtigen Jahren gingen 68,5 Prozent, also mehr als zwei Drittel, in den Wehr- oder Kriegsdienst. Weitere seien dort, zumeist durch Verwundung, wieder ausgeschieden. Von knapp 3 Millionen im Kriegseinsatz befindlichen Parteigenossen seien etwa 237 000 im Besitz des schwarzen, silbernen oder goldenen Verwundetenabzeichens. 429000 erhielten Tapferkeits- und 726500 andere Kriegsauszeichnungen. Jeder neunte sei verwundet worden, jeder sechste errang sich eine Tapferkeitsauszeichnung. 3,5 v. H. aller männlichen Parteimitglieder seien gefallen oder vermißt; innerhalb der fronttauglichen Altersstufe habe ungefähr jeder Dreizehnte sein Leben verloren. Bemerkenswert dabei ist, daß dieser Anteil am Blutzoll des Krieges um so höher steigt, je mehr die darüber unternommenen Erhebungen sich auf führende Parteikreise konzentrieren.

148 Die alte Garde z. B. hat ein Mehrfaches an Blutopfer gebracht, die der männlichen deutschen Bevölkerung im Durchschnitt auferlegt wurden. Das Politische Leiterkorps opferte im Verhältnis dreibis viermal so viel Gefallene als der Durchschnitt der männlichen Bevölkerung. Das Schulungslager Tölz verlor von zehn Abteilungsleitern neun. Zwei Drittel der führenden Kräfte der Reichsstudentenführung blieben vor dem Feinde. Von 39 Gaustudentenführern fielen 23. Im Führerkorps der HJ seien die Verhältnisse ähnlich. Der Bericht nennt eine weitere Zahl höchst eindrucksvoller Ziffern, die dem deutschen Volke und der Welt einen Begriff davon geben, in welcher geradezu einmaliger Weise sich die nationalsozialistische Bewegung zu der vom Führer geforderten Opferbereitschaft bekennt!

Am 15. November jährte sich der Tag der Gründung der Reichskulturkammer zum zehnten Male. Ihr ist es zu verdanken, daß Presse, Schrifttum, Theater, Film, Musik und Bildende Kunst in klarer Weise auf die nationalen Belange ausgerichtet worden sind. Der energischen Initiative des Präsidenten der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, gelang es, die beiden großen Sozialwerke „Künstlerdank“ und „Goebbels-Stiftung für Kulturschaffende“ ins Leben zu rufen. Heute bezeugen die deutschen Künstler durch ihren Künstlerdienst im Amt für Truppenbetreuung ihre tätige Anteilnahme am gemeinsamen Kampf der Nation.

Auf Vorschlag von Reichsminister Dr. Goebbels wurde Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, der Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, zum Präsidenten der Deutschen Akademie berufen.

Am 16. Dezember 1943, dem 173. Geburtstag Beethovens, überreichte Reichsleiter Baldur von Schirach dem bejahrten und hochverdienten deutschen Tondichter Hans Pfitzner den Beethoven-Preis. Zahlreiche Vertreter des Wiener Musiklebens waren bei dieser Ehrung zugegen und beglückwünschten den durch diese Auszeichnung würdig geehrten Senior des deutschen Musikschaffens.

Am 22. November 1943 starb in München der bekannte völkische Vorkämpfer, der nationalsozialistische Schriftsteller und Journalist Ernst Graf Reventlow im Alter von 74 Jahren. Am 26. November 1943 würdigte bei einer Trauerfeier im Spiegelsaal des Neuen Palais in Potsdam Reichsprotektor Dr. Frick das Werk und den Kampf Graf Reventlows für ein neues völkisch ausgerichtetes Deutsches Reich.



Außenpolitik

149 Mit den Monaten November und Dezember 1943 ging ein weiteres Kriegsjahr zu Ende, das vierte volle Kalenderjahr, über das der Krieg sich erstreckt hat, das fünfte, in dem der Krieg dauert. Mit dem 1. Januar 1944 begann das sechste Kalenderjahr, in dem der Krieg sich fortsetzt. Wie alljährlich hat der Führer sich am 8. November an seine alten Mitkämpfer, an die Partei und an das deutsche Volk in

einer jener großen Reden gewandt, die Rückschau und Ausblick, Deutung und Wertung des Geschehens Zielsetzung und Aufruf zum Einsatz in gleicher Weise enthalten. Weihnachten und Neujahr gaben sodann zu einer Reihe von Stellungnahmen der führenden deutschen Männer und auch wieder des Führers selbst in einem Aufruf an das deutsche Volk und in einem Tagesbefehl an die Wehrmacht Anlaß, während am 11. November zur zweiten Wiederkehr des Jahrestages des deutsch-italienisch-japanischen Waffenbündnisses, der Reichsminister des Äußeren, von Ribbentrop, eine bedeutsame außenpolitische Rede hielt

Alle diese Reden waren erfüllt von dem Geiste unbeugsamen Kampf- und Siegeswillens und getragen von dem Ernst der Verantwortung in schwerer Zeit. Daß das Jahr 1943 das bisher schwerste des Krieges gewesen ist, daß es ungeheure Anforderungen an das deutsche Volk gestellt hat, daß aber das deutsche Volk und seine Wehrmacht den gewaltigen Anforderungen und Belastungen, die der Krieg an der Front und in der Heimat in steigendem Maße stellte, sich in jeder Hinsicht gewachsen zeigte, daß das Jahr 1944 voraussichtlich das Kriegsgeschehen aufs höchste Steigern würde und vielleicht kriegsentscheidend werden würde — das wurde in allen diesen Reden und Kundgebungen klar ausgesprochen. Es waren realistische, die Dinge ohne Schönfärberei in ihrem vollen Ernst nennende Reden, Reden zugleich, die die unerbittliche Notwendigkeit unseres Siegeswillens, die wilde Entschlossenheit, den Kampf bis zum siegreichen Ende durchzustehen, zum Ausdruck brachten. Die Rückschläge und Krisen, die das Jahr 1943 der deutschen Kriegführung an der Ostfront, in Afrika und mit der Kapitulation Badoglios in Italien und auf dem Balkan gebracht hat, die schwere Belastung der Heimatfront durch die Terrorangriffe auf deutsche Städte wurden nüchtern und realistisch in das Bild unserer Lage eingezeichnet, aus ihrer Gesamtheit jedoch nur die einzig richtige Schlußfolgerung gezogen, daß alle Voraussetzungen für die weitere erfolgreiche Fortsetzung des Kampfes gegeben sind, und daß Führung und Volk in unbeugsamer Kampfschlossenheit und im Bewußtsein vor der Alternative, Sieg oder Untergang zu stehen, zugleich im vollen Vertrauen auf endgültige siegreiche Selbstbehauptung in das sechste Kalenderjahr des Krieges hinüberschreiten.

Jedem Deutschen und vielen der besten und klügsten Europäer ist der gesamteuropäische Charakter dieses Krieges immer deutlicher geworden. In den vorerwähnten Reden und Kundgebungen ist diese Tatsache mehrfach in prägnanten Formulierungen herausgestellt worden. Es ist eindeutig, daß nur die deutsche Wehrmacht den bolschewistischen Koloß daran verhindern kann, das alte Europa, Wiege und Träger unserer Kultur, zu erdrücken und über die blühende Vielfalt seiner geistigen und kulturellen Werte das dumpfe Grau kommunistischer Kulturlosigkeit auszubreiten, daß die Völker-Individualitäten Europas und alle Werte, die sie geschaffen haben, ohne den grandiosen Opfergang des deutschen Volkes von der

150 ungeheuren Woge des Kommunismus ertränkt werden würden. Es war deshalb kaum nötig, noch besonders darzulegen oder zu unterstreichen, daß das deutsche Volk gegen jegliche Propaganda des Feindes, die es in falsche Hoffnungen wiegen, seine Kampfmoral untergraben oder wie im letzten Weltkrieg einen Keil zwischen Führung und Volk treiben möchte, völlig gefeit ist, daß es vielmehr genau weiß, worum es geht, weil ja unsere Feinde ihrem Vernichtungswillen uneingeschränkt Ausdruck gegeben haben und dies auch weiterhin bei jeder Gelegenheit tun. „Es ist daher!“, so sagte der Führer in seinem Neujahrsaufruf, „unserem ganzen Leben, unserem Trachten und unserem Sein nur eine einzige Aufgabe gestellt: Nämlich die teuflischen Pläne der jüdischen Weltbrandstifter und ihrer Trabanten zum Scheitern zu bringen. So schwer deshalb dieser uns aufgezwungene Kampf im einzelnen ist, er steht trotzdem in keinem Verhältnis zu dem Los, das alle treffen würde im Falle einer Niederlage. Es kann daher nur einen kategorischen Befehl für unser Volk geben, nämlich: Diesen Krieg unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu einem siegreichen zu gestalten!“

In seiner Rede am 8. November nahm der Führer zu der Feindpropaganda Stellung und sagte: „Ich erwähnte schon, daß unsere Gegner glauben, heute in erster Linie durch Bluff und Propaganda das deutsche Volk zermürben zu können, indem sie so tun, als wäre ihr Sieg bereits errungen. Wäre es nicht so ernst, so könnte man manchmal über dieses Verfahren lachen. In demselben Augenblick, in dem sie von einer Konferenz in die andere jagen, um die verschiedenen Zwiste zu überbrücken und Möglichkeiten zu irgendeinem gemeinsamen Ansatz zu finden, tun sie so, als ob sie schon die Sieger wären. Sie rufen Kommissionen zusammen für die Gestaltung der Welt nach dem Siege*. Es würde viel zweckmäßiger sein, wenn sie sich mit der Gestaltung ihrer eigenen Welt beschäftigen würden. Sie rufen Kommissionen zusammen, die dafür zu sorgen haben, daß die Welt nach dem Kriege mit Lebensmitteln versorgt wird. Es wäre besser, wenn sie ihre eigenen Völker mit Lebensmitteln versorgen würden, die zur Zeit zu Millionen vom Hungertode bedroht sind. Es ist eine echt britisch-jüdische

Unverschämtheit und Frechheit, wenn sie heute so tun, als ob sie überhaupt in der Lage wären, die Probleme der Welt zu meistern, sie, die doch ihre eigenen Probleme nicht meistern können und den Krieg benötigten, um der Verantwortung zu entgehen, zu der sie wegen ihres inneren Versagens von ihren eigenen Völkern gezwungen worden waren.“

Die ganze Hohlheit der Feindpropaganda, nicht nur derjenigen, die sich an unsere Adresse wendet, sondern auch der anderen, die man als Weltpropaganda bezeichnen könnte, und die es so hinstellen möchte, als ob unsere Feinde für eine bessere und schönere Welt kämpften, ist damit vom Führer treffend gekennzeichnet worden. Der Führer hat auch zu einigen anderen Problemen Stellung genommen, die das deutsche Volk besonders beschäftigen, d. h. zur Vergeltung und zum schnellen Wiederaufbau des deutschen Wohnraums nach dem Kriege. „Die Herren mögen es glauben oder nicht, aber die Stunde der Vergeltung wird kommen. Wenn wir auch im Augenblick Amerika nicht erreichen können, so liegt uns doch Gott sei Dank ein Staat greifbar nahe, und an den werden wir uns halten“, so äußerte der Führer. In einer Ansprache zur Eröffnung der HJ-Filmstunden im Winterhalbjahr 1943/44 sprach Reichsminister Dr. Goebbels das gleiche Problem folgendermaßen an: „Das deutsche Volk kann darüber beruhigt sein, Tag

151 und Nacht plane zur Zeit den Wiederaufbau Deutschlands. Ein Unterschied aber wird sein: Während der Wiederaufbau der Welt durch die Amerikaner und Engländer nicht stattfindet, wird der Wiederaufbau Deutschlands durch den Nationalsozialismus präzise und planmäßig durchgeführt werden!“

In seinem Neujahrsaufruf äußerte der Führer hierüber: „Der Bombenkrieg gegen deutsche Städte greift uns allen tief ans Herz. Es sind weniger die Städte selbst, ihre Häuser und öffentlichen Bauten. Denn sicher: Wir beklagen unsere endgültig verlorenen Kunstdenkmäler, aber wir werden unsere Städte schöner errichten, als sie vorher waren. Der organisierte nationalsozialistische Volksstaat wird in wenigen Jahren die Spuren dieses Krieges beseitigt haben. Aus den Ruinen wird eine neue deutsche Städteherrlichkeit erblühen, Berlin und Hamburg, München und Köln, Kassel und alle die anderen großen und kleinen beschädigten Städte wird man wenige Jahre nach Kriegsende kaum mehr wieder erkennen. Dort, wo die historischen Werte wieder ersetzt werden können, werden wir sie getreu wiederherstellen. Wenn es uns gelungen ist, im Frieden im nationalsozialistischen Staat im Jahre über 380000 Wohnungen zu bauen, dann wird es für unsere Gemeinschaftsarbeit überhaupt kein Problem sein, nach dem Krieg 2 bis 3 Millionen Wohnungen pro Jahr herzustellen.“

Die in sich zusammenhängenden Fragen des feindlichen Luftterrors, der Vergeltung gegen England und des Wiederaufbaus unserer Städte nach dem Kriege veranlassen immer wieder auch die Frage der Verantwortung für den Luftkrieg zu stellen. An Hand dokumentarischer Unterlagen steht fest, daß England allein schuldig am Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung ist und daß es für alle seine zukünftigen Folgen, auch für die zu erwartende Vergeltung, die volle geschichtliche Verantwortung trägt. Schon während der Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes hat England sich der Abschaffung des Bombenkrieges aus der Luft systematisch widersetzt. Bei den Aktenfunden aus den französischen Geheimarchiven befindet sich eine Aufzeichnung über die britisch-französischen Generalstabsbesprechungen vom 3. April 1929, auf der hervorgeht, daß man beabsichtigte, in einem kommenden Krieg gegen Deutschland die Bomberwaffe gegen das deutsche Heimatgebiet einzusetzen, um damit zum „schließlichen Zusammenbruch des deutschen Widerstandes beizutragen“.

Daß England die treibende Kraft zur Eröffnung des Luftkrieges gegen das zivile Hinterland war und ist, erhellt ferner eindeutig aus dem ebenfalls in Frankreich vorgefundenen Protokoll der Besprechung Chamberlains und Daladiers vom 17. November 1939. Der Linie dieses Protokolls folgend, bombardierten englische Bomber erstmals am 12. Januar 1940 deutsches Gebiet, nachdem sie bereits am 5. September 1939 die ersten Bomben auf Zivilisten in der dänischen Stadt Esbjerg geworfen hatten. Am 10. Mai 1940 erfolgte der erste größere britische Luftüberfall. Er galt Freiburg im Breisgau. 63 Zivilpersonen fanden den Tod. Es folgten die ersten Luftangriffe auf Großstädte, darunter am 17./18. Mai 1940 auf Hamburg, wobei 29 Zivilisten getötet wurden. Demgegenüber hat die deutsche Luftwaffe vor dem 20. Juni 1940 keine Luftoperation durchgeführt, die nicht mit einer Operation der Erdtruppen in unmittelbarer Verbindung stand. England ist somit allein schuldig an dem Ausbruch und der Entwicklung des Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung und trägt - für alle seine Folgen, auch für die im Jahre 1940 bereits einmal begonnene und für die in Zukunft erneut zu erwartende Vergeltung die volle geschichtliche Verantwortung.

In seiner Rede anlässlich der zweiten Wiederkehr des Jahrestages des deutsch-italienisch-japanischen Waffenbündnisses hat der Reichsminister des Auswärtigen am 11. Dezember zur Frage von Kriegsschuld und Kriegsgreuel wie folgt Stellung genommen: „Wie aber der Verbrecher immer wieder zum

Ort oder dem Thema seines Verbrechens zurückkehrt, kann es nur das eigene schlechte Gewissen sein, was diese Herren immer wieder zu dem Thema der Kriegsschuld und der begangenen Kriegsgreuel zurückführt.

152 Denn eines steht ja heute vor der Geschichte schon unumstößlich fest, nämlich, daß die wahrhaft Schuldigen an diesem ungeheuren Weltbrand gerade die drei Männer sind, die jetzt in Teheran zusammenkamen und sich dort wiederum die Rolle des Anklägers und Richters anmaßten, d. h. Churchill, der Hauptverantwortliche für die Kriegserklärung Englands an Deutschland, Stalin, der zwanzig Jahre lang die Rote Armee zur Eroberung Europas aufrüstete und im Krembankett vom 5. Mai 1941 die bevorstehende Offensive gegen Deutschland verkündete, und dann vor allem Roosevelt, der bereits mitten im Frieden den Schießbefehl gegen Deutschland gab und deutsche Schiffe versenkte. Kein Wunder, daß diese drei wahren Kriegsverbrecher, die das Urteil der Welt und ihrer eigenen Völker fürchteten, bereits heute alles daran setzen, um die Kriegsschuld und die Verantwortung für ihre von ihren Armeen begangenen Greuelthaten auf die Dreierpaktmächte und ihre Führer abzuwälzen.“

Diese Feststellungen des Reichsaußenministers wurden wenig später durch ein Ereignis in der Sowjetunion in das Licht höchster und geradezu tragischer Aktualität gerückt. Die Sowjets veranstalteten Mitte Dezember in Charkow einen Schauprozeß, in dem alle vier Angeklagten, drei deutsche Kriegsgefangene und ein Russe, der als Chauffeur in deutschen Diensten gestanden hatte, zum Tode verurteilt wurden. Hierzu wurde am 22. Dezember folgende amtliche deutsche Verlautbarung auf der Pressekonferenz des Auswärtigen Amtes herausgegeben:

1. In Charkow fand ein sogenannter „Prozeß“ gegen drei Kriegsgefangene, Angehörige des deutschen Heeres (2 Offiziere, einen Unteroffizier) und einen russischen Chauffeur statt wegen angeblicher Ermordung von Angehörigen der Zivilbevölkerung in den besetzten Ostgebieten. Der gegen sie erhobene Vorwurf ist so krankhaft und dumm, daß er nur im Gehirn jener perversen Kreaturen geboren werden konnte, die sich schon früher solcher Verfahren als Schauprozesse bedienten, um die Unzufriedenheit im eigenen Lande von den wirklich Schuldigen abzulenken. Als der Bolschewismus durch seine wirtschaftlichen Maßnahmen die Bevölkerung an den Rand der Verzweiflung gebracht hatte, wurden sogenannte „Schädlinge“ ausfindig gemacht, um auf sie die Wut der Masse zu konzentrieren und von der Sowjetregierung als der allein Verantwortlichen wegzuleiten. Zu solchen Schädlingen gehörten bekanntlich auch die ausländischen Ingenieure, u. a. englische Vertreter der Firma „Metropolitan Vickers“. Später waren es hohe staatliche Funktionäre, Generäle und sogar Marschälle, die in dieser Weise angeklagt und in öffentlichen Verfahren, ähnlich wie bei mittelalterlichen Hexenprozessen, zu den wahnsinnigsten Selbstbeschuldigungen veranlaßt wurden. Durch ausgeklügelte Methoden einer physischen und seelischen Folter zermürbt, gestanden diese Unglücklichen Verbrechen gegen den Staat, die sie niemals begangen hatten, ja überhaupt gar nicht begangen haben konnten. Die Versuche einzelner, wie zum Beispiel des Ingenieurs Baschkin oder des stellvertretenden Außenkommissars Krestinsky, ihre in der Untersuchungshaft gemachten Geständnisse während der Gerichtsverhandlungen wieder zurückzuziehen, wurden sofort korrigiert. Während der Zeit einer kurzen Unterbrechung der Verhandlung war den Angeklagten inzwischen durch die Folter erneut so zugesetzt worden, daß sie in ihrer Widerstandskraft fertig waren und eine Stunde später erneut alles zugaben, was man von ihnen verlangte.

Die englische Presse schrieb damals, es sei ein widerliches Schauspiel, das man bei diesen Schauspielprozessen aufführe und in denen der Welt vorgemacht werde, als könnten die Opfer durch ihre freiwilligen Geständnisse nicht schnell genug an den Galgen kommen. Das schlagendste Urteil über diese Schauprozesse hat kein anderer als Churchill am 4. September 1936 ausgesprochen, nämlich: „Vielen, die an sich über die spätere Sühne der Missetaten dieser Schurken, die ungezählte Tausende guter Menschen bedenkenlos ins Verhängnis geschickt hatten, nicht schockiert waren, 153 nichtsdestoweniger übel bei der kunstvoll aufgezogenen Farce ihres Prozesses. Wir sehen den Abgrund, der zwischen der kommunistischen Denkart und der übrigen Welt klafft.“

2. Im Lande der Sowjetregierung herrschen Hungersnot und eine wachsende Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung. Stalin kann es heute nicht mehr wagen, eigene Leute vor das Forum so widerwärtiger Monstergerichte zu zerren. Um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den Verbrechen der Sowjetregierung abzulenken, werden jetzt einzelne wehrlose deutsche Kriegsgefangene durch Folter und nervenmäßige Zermürbung entweder gemeinsam zu Aufrufen an das deutsche Volk oder an die deutschen Soldaten gezwungen oder einzeln in Prozessen abgeurteilt. Auch von ihnen hat man mit den bekannten Mitteln einer jüdisch-sadistischen Folter Geständnisse von Unmenschlichkeiten erpreßt, die sie selbstverständlich niemals begangen haben und nach Lage der Dinge überhaupt niemals begehen

konnten. Es ist charakteristisch, daß bei diesem Schauprozeß in Charkow die gleichen Verteidiger Kasnatschew und Komodow auftraten, denen es im Zusammenwirken mit dem blutbefleckten Wjatschinski früher jedesmal gelungen ist, die Opfer der damaligen Schauprozesse zum Geständnis und damit zum Genickschuß oder an den Galgen zu bringen.

3. Daß die Verbrecher der Sowjetregierung ihre Propaganda mit derart bestialischen Methoden betreiben, nimmt uns nicht wunder. Wir kennen sie als die Mörder von Katyn und Winnitza, und wir haben keinen Zweifel darüber, daß alle Gefangenen, die diesen Bestien in die Hand fallen, früher oder später ohnehin verloren sind, ob sie an Ort und Stelle erschossen werden oder verstümmelt werden, ob sie als Arbeitssklaven zu Tode getrieben oder ob sie mit den raffiniertesten Mitteln, die nur ein bolschewistisches Gehirn sich ausdenken kann, zu Propagandisten für die Sowjetunion gezwungen werden —, am Ende erwartet sie immer nur der Tod. Was jeden anständigen Menschen an diesem Schauprozeß aber zutiefst anwidert, das ist die Scheinheiligkeit, mit der drei unschuldige deutsche Kriegsgefangene unter dem Schein des Rechts ermordet werden, so, als ob sie die einzigen Opfer der bolschewistischen Brutalität wären.

Das alles aber, wie schon betont, nimmt uns nicht wunder. Es ist das Schicksal, das ganz Europa treffen würde, wenn der Bolschewismus den Krieg jemals gewinnen könnte. Wenn aber, wie das Reuterbüro berichtet, der sowjetische Staatsanwalt erklärt, dieser Prozeß wäre in Übereinstimmung mit den Prinzipien durchgeführt, die für die „Aburteilung von Greuelthaten“ in der von Präsident Roosevelt, Marschall Stalin und Premierminister Churchill in Teheran unterzeichneten Erklärung niederlegt sind, so gewinnt diese Mordtat ein anderes Gesicht. Damit werden die Staatsmänner der beiden angelsächsischen Völker mitverantwortlich an diesem Verbrechen.

Die deutschen Militärgerichte werden sich daher in der nächsten Zeit mit jenen englischen und amerikanischen Gefangenen zu beschäftigen haben, denen schwere Völkerrechtsverletzungen zur Last gelegt sind, ohne daß ihnen bisher der Prozeß gemacht worden ist.“

Der sowjetische Staatsanwalt bei dem Schauprozeß von Charkow hat sich in seinem Plädoyer darauf berufen, daß das über 3 deutsche Soldaten verhängte Urteil im Einklang mit den kurz vorher auf der Konferenz von Teheran zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill gepflogenen Abmachungen stehe. Churchill und Roosevelt tragen also die Mitverantwortung an dem von den Bolschewiken in Charkow an deutschen Kriegsgefangenen begangenen Justizmord! Sie haben sich dadurch mit Stalin und den bolschewistischen Justizmethoden, die vor Jahren in England und in den USA ebenso wie in der ganzen zivilisierten Welt den größten Abscheu erregten, als sie von Stalin zum erstenmal vor der ganzen Weltöffentlichkeit in den Moskauer Schauprozessen gegen die alte bolschewistische Führergarde angewandt wurden, solidarisch erklärt und sich mit Stalin auf die gleiche moralische Stufe gestellt — dieselben Männer, die sich anläßlich der Erklärung der Atlantik-Charta betend und christliche Choräle

154 singend fotografieren ließen, um ihre Propagandabehauptung glaublich zu machen, die Atlantik-Charta sei ein neues politisches Welt-Evangelium!

Der gleiche Roosevelt wandte sich am 24. Dezember 1943 in einer Weihnachtsrede an die amerikanische und an die Weltöffentlichkeit, die er mit den Worten schloß: „Gott segne euch und uns alle“. Der englische König aber hielt zum gleichen Tage eine bigotte Rede, in der er die göttliche Gnade für Englands Politik und Kriegführung beanspruchte. Beide Männer nahmen in ihren Weihnachtsreden ausdrücklich Bezug auf die Teheraner Konferenz, d. h. auf die dort mit Stalin getroffenen Vereinbarungen und somit auch auf Churchills und Roosevelts Zustimmung zu dem Charkower Justizmord an deutschen Kriegsgefangenen. In der an blasphemischer Heuchelei wahrhaftig nicht armen politischen Geschichte Englands und der Vereinigten Staaten stellen diese beiden Weihnachtsreden einen Höhepunkt dar, der freilich zugleich einen Tiefpunkt politischer und moralischer Erniedrigung vor dem blutigen Herrn des Kreml bildet. Diese hat ihren Grund in den militärischen Kräfteverhältnissen, die Stalin in Teheran eine überlegene Stellung verschafften und die Anglo-Amerikaner zwingen, sich seinen Forderungen zu beugen. Die schweren Sorgen, die die Kriegslage in London und Washington hervorruft, bestimmten den ernsten Tenor der Weihnachtsreden Roosevelts und des englischen Königs. Der König sagte: „Wir wissen, daß viele harte Arbeit und harter Kampf und vielleicht härtere Arbeit und härterer Kampf als je zuvor für den Sieg notwendig sind.“ Roosevelt aber erklärte, daß das Ende des Krieges noch nicht sichtbar sei und sagte hohe Verluste im Kampf gegen Deutschland und Japan voraus.

Auf einen ähnlichen Ton waren im allgemeinen die Äußerungen gestimmt, die von seiten unserer Feinde hinsichtlich des weiteren Verlaufes des Krieges in den letzten Wochen vor dem Jahresende 1943

getan wurden. So erklärte der südafrikanische Ministerpräsident Smuts am 10. Dezember: „Obwohl die Amerikaner wie eine Lawine heranrollen, glaube ich nicht, daß der Krieg bald zu Ende sein wird.“ Der Unterstaatssekretär im USA-Kriegsministerium, Patterson, sagte in einer Rede am 21. November: „Harte Kämpfe stehen uns bevor. Das kommende Jahr wird das Jahr der Entscheidung sein. Kein vernünftiger Mensch wird voraussagen wollen, wann der Krieg beendet sein werde. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß 1944 Schläge fallen werden, die den Ausgang des Krieges bestimmen werden. Die Eroberung von Leros durch die Deutschen ist militärisch nicht sehr wichtig, sie stellt aber eine bemerkenswerte Antwort an jene Leute dar, die eine baldige Schwächung des deutschen Widerstandswillens vorausgesagt haben. Der Krieg in Italien ist ein Zermürbungskampf geworden, und es besteht keine Aussicht auf einen schnellen Bewegungskrieg auf diesem Kriegsschauplatz.“

Churchill seinerseits erklärte in einer Rede am 6. November, der Weg dieses Krieges sei schwer und lange, und niemand wäre so töricht, daß er irgendeinen Termin festzulegen versuchte, an dem der Krieg zu Ende gehe.

Alle diese von berufenster Feindseite stammenden Voraussagen hinsichtlich des weiteren Verlaufes des Krieges klingen sehr viel anders als diejenigen, die einige Monate zuvor nach der Kapitulation Badoglio zu hören gewesen sind. Dies hindert freilich nicht, daß die Feindpropaganda sich fortlaufend die größte Mühe gibt, einen intensiven Nervenkrieg, besonders gegen Deutschlands Verbündete in Europa, gegen Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn, zu führen unter dem Motto: Beeilt euch, euch von Deutschland zu trennen, damit ihr nicht in Deutschlands Niederlage mit allen ihren Folgen hineingezogen werdet.

Für Finnland nahm hiergegen Staatspräsident R y t i anlässlich der sechsundzwanzigsten Wiederkehr der finnischen Selbständigkeitserklärung Stellung. Er führte aus, Europa stehe heute in der Verteidigung seiner weltpolitischen Stellung großen außereuropäischen Mächten gegenüber. Seine geographische Lage habe Finnland gegen seinen Willen zur Verteidigung seiner Freiheit zum Kampf gezwungen, der den

155 Einsatz des ganzen Volkes erfordere. Wörtlich äußerte Ryti; „Wir haben alle unsere Kräfte nur auf die Verteidigung unseres eigenen Landes konzentriert. Jetzt schlägt man uns eine bedingungslose Kapitulation vor, und die Sowjetblätter schreiben über die unterdrückte Lage des finnischen Volkes und über die Notwendigkeit, ein demokratisches System in Finnland einzuführen. Wir haben bereits in einem Falle eine bedingungslose Kapitulation in der Praxis gesehen. Das Beispiel fordert nicht zur Nachahmung auf. An diesem fünften Selbständigkeitstage Finnlands während der Kriegszeit setzt das finnische Volk den Kampf fort“, so schloß Staatspräsident Ryti, „die Reihen geschlossen und von dem starken Bewußtsein getragen, daß Gemeinschaftsgeist und harte Selbstdisziplin notwendig sind, damit das kämpfende Land dem würgenden Griff des Schicksals standhält.“

Für Rumänien erklärte Staatsführer Marschall Antonescu, Rumänien führe einen heiligen Kampf der Verteidigung des rumänischen Bodens und nehme alle Opfer auf sich, die die Ehre des Krieges vom ihm fordert. Mit Würde wisse Rumänien seine Verantwortung zu tragen und sei nicht gewillt, weder vor einer Drohung noch vor den Nöten des Krieges das Haupt zu beugen. „Diese Tatsache, Rumänen, möchte ich in eurem und in aller Namen heute vor der ganzen Welt, vor unseren Freunden und vor unseren Feinden bekunden. Das rumänische Volk beweist an der Südostfront Europas, in einem Augenblick, in dem der Sturm der Anarchie die Grundsätze der Zivilisation bedroht und in dem viele Völker ihre Glaubenskraft gleichzeitig mit dem Glauben an ihre Kraft verloren haben, daß es ein gesundes, lebenskräftiges, fest auf den Füßen stehendes und glaubensstarkes Volk ist.“

Für Bulgarien, auf das die Feindmächte ihren Nervenkrieg besonders konzentrierten und durch Terror-Luftangriffe auf die Hauptstadt Sofia verschärften, führte Außenminister Schischmanoff im Sorbranje am 3. Dezember im Rahmen eines Überblicks über die bulgarische Außenpolitik aus, an erster Stelle des außenpolitischen Horizontes erhebe sich die Silhouette des Staates, dem Bulgarien seine heutige Stellung zu verdanken hat, eines Staates, der wie eine Mutter nacheinander alle Kinder an sich zieht. Dieser Staat, der heute so grausam von seinen Feinden angegriffen werde und der so heldenmütig vor der ganzen Welt seinen stählernen Willen zur Selbsterhaltung und zum Siege bekundet, sei das Großdeutsche Reich, dem Bulgarien für alles, was es getan habe, zu tiefstem Dank verpflichtet sei. Seine Hilfe und das Werk der Einigung Bulgariens verpflichte dieses, niemals zu vergessen, daß alle Erfolge dank der Unterstützung des großen Deutschen Reiches erreicht seien und daß Bulgarien dieselben Forderungen jahrelang von allen Mächten verlangt habe, ohne daß irgendeine dieser Mächte auch nur das Versprechen zur Rückerstattung der verlorenen Gebiete gegeben habe.

Wie DNB am 9. November meldete, empfing der Führer am 5. November 1943 den königl. bulgarischen Ministerpräsidenten B o j i l o f f und den königl. bulgarischen Außenminister Schischmanoff zu einer umfassenden Aussprache über alle das Reich und Bulgarien interessierenden Fragen. Die Besprechung beim Führer, an der von deutscher Seite der Reichsminister des Auswärtigen v. Ribbentrop, Generalfeldmarschall Keitel und General Jodl teilnahmen, verlief im Geiste herzlichen Einvernehmung und der bewährten traditionellen Freundschaft. Nach dem Empfang beim Führer waren der bulgarische Ministerpräsident und der bulgarische Außenminister Gäste des Reichsaußenministers v. Ribbentrop. Die freundschaftliche Aussprache wurde hier fortgesetzt und am Abend beendet.

Der Nervenkrieg gegen Deutschlands Bundesgenossen in Europa bleibt somit erfolglos. Darüber hinaus aber hat sich im ganzen Balkanraum in den Monaten November und Dezember 1943 die Lage allenthalben konsolidiert. Die deutsche Wehrmacht hat mit steigendem Erfolg die Bandenbekämpfung, die Besetzung und Sicherung der strategisch wichtigen Gebiete und den Ausbau ihrer Verteidigung fortgesetzt. Daneben ist die Politik der Stabilisierung der Balkanverhältnisse auf der Grundlage des

156 Ausbaus der Selbständigkeit von Albanien, Montenegro und Kroatien sowie der Besserung der Verhältnisse in Serbien und Griechenland fortgesetzt worden.

Ähnlich wie die Kapitulation Badoglios die Verteidigungsposition in Italien letzten Endes eher gestärkt hat, konnte dies zum Jahresende 1943 auch hinsichtlich des gesamten Balkanraumes, einschließlich des Ägäischen Meeres, festgestellt werden. Die Anglo-Amerikaner haben auch nicht einmal den Versuch einer Landung auf dem Balkan unternommen, sondern nur der dortigen Bandenbildung nach Möglichkeit Vorschub geleistet. Anscheinend in der Erwartung, so allmählich eine Lage zu schaffen, die es ihnen erlauben würde, im gegebenen Moment ohne großen eigenen Einsatz entscheidend eingreifen zu können. Inzwischen hatte jedoch der Eintritt des Winters Operationen größeren Stils seitens unserer Feinde unmöglich gemacht, während andererseits die Bandenbekämpfung durch die Wehrmacht sehr guten Fortgang nahm. Es ist den Engländern und Amerikanern nicht gelungen, die Früchte, die der Verrat Badoglios im Balkanraum zur Reife zu bringen schien, zu pflücken.

In Italien ist die politische Entwicklung wesentlich durch die militärische bestimmt worden. Das Schnecken tempo der Feindoffensive in Süditalien hat sich zur großen Enttäuschung von London und Washington bis zum Jahresende 1943* nicht geändert, es hat sich sogar noch verlangsamt. Aus der Vorwärtsbewegung im Schnecken tempo ist ein Treten auf der Stelle geworden. So erhielt die faschistische Republikanische Nationalregierung, auf deren Gebiet mehr als drei Viertel der Italiener wohnen, Zeit, sich zu konsolidieren und das Land wieder in die Hand zu bekommen. Am 14. November tagte in Verona die erste Nationalversammlung der Republikanisch-Faschistischen Partei, auf der ein in allgemeinen Leitsätzen zusammengefaßtes staatliches Aufbauprogramm der Partei angenommen wurde, das die Grundlage der künftigen republikanischen Verfassung bilden soll.

In dem Manifest wird das Bekenntnis der Partei zur Fortsetzung des Krieges an der Seite Deutschlands und Japans bis zum Endsieg ausgesprochen, der schnelle Wiederaufbau der Wehrmacht sowie exemplarische Bestrafung der am Verrat Schuldigen gefordert. Das staatliche Aufbauprogramm der Partei gliedert sich somit in drei Teile:

1. Verfassungsmäßige und innere Angelegenheiten, 2. Außenpolitik und 3. Sozialpolitik. — Im ersten Teil wird Einberufung der gesetzgebenden Versammlung zur Aufhebung der Monarchie gefordert sowie deren Zusammensetzung festgelegt. Die gesetzgebende Versammlung soll die soziale Republik ausrufen und das Oberhaupt benennen. Die neue republikanische Verfassung soll dem Bürger, Soldaten, dem Arbeiter und dem Steuerzahler das Recht auf Kontrolle und Kritik an der öffentlichen Verwaltung sichern. Ein neues gemischtes Wahlsystem für die Kammerabgeordneten und für die Verwaltung, teils durch Ernennung, teils durch Wahl, wird gefordert. Die Religion der Republik ist römisch-katholisch, andere Kulte werden geachtet. Die Angehörigen der jüdischen Rasse sind Fremde. Während des Krieges sind Juden als Angehörige einer feindlichen Nation zu betrachten. — Im zweiten außenpolitischen Teil wird die Befreiung des Landes von der fremden Besatzung, Unabhängigkeit, gebietsmäßige Geschlossenheit und Anerkennung der notwendigen Lebensräume für die Ernährung des 45-Millionen-Volkes gefordert, ferner Verwirklichung einer europäischen Gemeinschaft in Form einer Konföderation aller europäischen Nationen. — Der dritte sozialpolitische Teil des Programms erklärt die Arbeit jeglicher Art als die Grundlage der Republik. Das Privateigentum wird durch den Staat gewährleistet, darf sich aber nicht als Ausbeutung auswirken. Öffentliche Einrichtungen und Kriegsindustrie müssen vom Staat durch halbstaatliche Dienststellen verwaltet werden. In den industriellen Betrieben jeder Art sollen die Arbeiter für eine gerechte Lohnfestsetzung und Verteilung der Gewinne mitwirken. In der Landwirtschaft findet

157 die Privatinitiative des Eigentümers ihre Grenze bei mangelhafter Bewirtschaftung. In einem solchen Fall tritt Enteignung und Aufteilung ein. Die freien Berufe haben das Recht unter Einhaltung der staatlichen Verpflichtungen auf freie Entfaltung. Das Programm fordert weiter die Schaffung einer nationalen Dienststelle für „Das Haus des Volkes“. Jeder hat Anspruch auf sein Haus wie auf das Privateigentum. Der Mietzins gilt als Abschlagszahlung zum Eigentumserwerb nach Rückzahlung des Kapitals und der Zinsen. Die Arbeiterschaft ist in Gewerkschaften zusammenzufassen. Jeder Arbeiter hat das Recht zur freien Wahl der Gewerkschaft. Die großen sozialen Einrichtungen des faschistischen Regimes bleiben unangetastet. Eine Revision der Arbeiter- und Angestelltenlöhne wird gefordert. Auf Schwarzhandel und Spekulation steht die Todesstrafe. — In dem Schlußabsatz wird dieses Aufbauprogramm als die Einleitung zur gesetzgebenden Versammlung bezeichnet und programmatisch die Losung ausgegeben: Kämpfen und arbeiten zur Befreiung Italiens von der angelsächsisch-plutokratischen Invasion.

Am 25. November beschloß der italienische Ministerrat unter Vorsitz des Duce u. a., daß Italien vom 1. Dezember an den Namen „Italienische Sozialrepublik“ führen solle. Ferner wurde die Schaffung einer Einheitsfront der Arbeit, der Technik und der Künste unter Ausschluß des Kapitals sowie die Einführung eines einheitlichen Arbeitsdienstes beschlossen. Schon vorher war am 17. Dezember die Zivilliste des ehemaligen Königs und der Mitglieder des ehemals regierenden Königshauses aufgehoben worden.

Hinsichtlich des Neuaufbaus der italienischen Wehrmacht wurde am 29. November aus Rom gemeldet, es bestehe nicht die Absicht, die aufgelöste königlich italienische Armee der Vergangenheit wieder aufzubauen. Es solle vielmehr ein ganz neuer militärischer Organismus geschaffen werden. Zu Offizieren können nur diejenigen ernannt werden, die unmittelbar aus dem Truppendienst hervorgehen und sich durch ihre militärischen Eigenschaften ausgezeichnet haben. Eine bevorzugte Ernennung zum Offizier auf Grund privilegierter Stellung oder Bildung findet nicht mehr statt; während die frühere italienische Armee eine Klassenstaats-Armee gewesen ist, in der es z. B. verschiedene Verpflegung für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften gab, zwischen Offizierkorps und Mannschaft wirkliche Kameradschaft fehlte, und Generalstabs- und Generalskarriere weniger durch militärisches Können als durch Herkunft, Standesbeziehungen und ähnliches bedingt wurde. In der neuen Armee soll auch jede politische Betätigung verboten bleiben. Es hat sich im gegenwärtigen Krieg immer wieder gezeigt, daß die Rückschläge in erster Linie durch italienische Generale und Offiziere verschuldet worden sind.

Die von Mussolini begründete italienische soziale Republik schlägt also einen entschlossenen sozialistischen Kurs ein. Das faschistische Italien hat dies nicht vermocht. Die soziale Dynamik des Faschismus blieb in den Anfängen stecken und drang in die Sphäre der Wehrmacht am wenigsten ein. Die Krone und die mit ihr verbundenen Schichten von Adel, Großkapital und Großgrundbesitz vermochten sich in der sozialen Sphäre siegreich gegen den Faschismus zu behaupten, ja einen großen Teil von dessen führenden Männern zu sich herüberzuziehen. Das Endergebnis war jene letzte Sitzung des faschistischen Großrats, bei der das faschistische Führerkorps den Duce im Stich ließ und zur Krone, zum Verrat und zu den Feinden Italiens überlief. Die Richtung, die Mussolini mit der Begründung der italienischen Sozialrepublik eingeschlagen hat, erscheint deshalb logisch und durchaus zwangsläufig. Sie eröffnet Perspektiven auf tiefgreifende Strukturwandlungen im sozialen Gefüge des italienischen Volkes.

Eine ganz andere politische Entwicklung ist im von Feindtruppen besetzten Italien festzustellen. Eine Anzahl Politiker, die während des faschistischen Regimes in der Emigration gelebt haben, an ihrer Spitze

158 der frühere Außenminister Graf Sforza und der Philosoph Benedetto Croce, die zugestandenermaßen Churchill und Roosevelt bei ihren schließlich gelungenen Bemühungen um die propagandistische Erschütterung der italienischen Heimatfront unterstützten, haben mit Sitz in Neapel versucht, politische Agitationszentren und Gruppierungen liberaler und republikanischer Prägung aufzubauen. Sie forderten den Rücktritt Victor Emanuels und die Bildung einer Koalitionsregierung unter Beteiligung der Kommunisten. Da diese auch an Jahren überalterten Politiker weder wirklichen Anhang in weiteren Volksschichten haben noch über tatsächliche Macht verfügen, auch eine mehr als propagandistische Unterstützung von Seiten der Feindmächte offenbar nicht bekommen, konnte Victor Emanuel sich der Abdankung entziehen und Badoglio seine Regierung so formieren, daß von hier aus der Krone und den traditionell führenden Schichten keine Gefahr droht.

Die politische Diskussion in Badoglio-Italien vollzieht sich im übrigen mehr oder weniger im luft-, d. h. machtlosen Raum; denn die Macht ist in den Händen der Invasionstruppen. Dies wurde am 1.

November noch dadurch besonders unterstrichen, daß der Oberbefehlshaber der Feindtruppen, der amerikanische General Eisenhower, die Bildung einer „Alliierten Kontrollkommission für Italien“ bekanntgab. Die Kommission erhielt den Auftrag, die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zu überwachen und die italienische Wirtschaft für die volle Unterstützung des Kampfes der Alliierten gegen Deutschland einzusetzen. Wörtlich sagte Eisenhower: „Die Kommission hat dafür zu sorgen, daß die gesamten wirtschaftlichen Hilfsquellen und Menschenreserven Italiens für den Kampf der Alliierten gegen Deutschland auf die zweckmäßigste Weise eingesetzt werden.“ Sie besteht aus Vertretern der USA, Englands, der Sowjetunion und des de Gaulle-Komitees in Algier. Weiter hieß es in der Erklärung Eisenhowers: „Bei dieser Neugestaltung soll daran erinnert werden, daß die italienische Regierung durch die Bedingungen des Waffenstillstandes gebunden ist, die ausdrücklich vorsehen, daß der alliierte Oberbefehlshaber sich das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu treffen, die seiner Ansicht nach für den Schutz der Interessen der alliierten Streitkräfte für die Fortsetzung des Krieges notwendig sind, und die italienische Regierung verpflichtet sich, verwaltungsmäßige oder andere Maßnahmen v.u. treffen, wie es der alliierte Oberbefehlshaber verlangt.“ Die Vereinten Nationen gestalten Italien zu einem wirksamen Werkzeug des Krieges gegen Deutschland um. Sie sorgen dafür, daß die italienische Regierung ins Gewicht fallender Ergebnisse zeitigt. Durch die Organisation der gesamten Bevölkerung zu einem tatkräftigen Widerstand gegen die Deutschen kann die italienische Regierung ihr Land freikaufen und ihren Wert für die Vereinten Nationen beweisen.

Hinsichtlich der Waffenstillstandsbedingungen, auf die in dieser Erklärung Bezug genommen wird, machte der diplomatische Korrespondent der englischen Zeitung „Observer“ am 5. Dezember folgende bezeichnende Mitteilung: Die wirtschaftlichen und politischen Klauseln sind auf Badoglio's besonderen Wunsch nicht veröffentlicht worden. Badoglio habe die Ansicht geäußert, daß keine italienische Regierung ihre Veröffentlichung überleben könnte und daß diese Klauseln dem Ansehen des Landes abträglich seien. Die Geheimhaltung der Klauseln habe im italienischen Volk großes Mißtrauen erzeugt und zur politischen Sackgasse und örtlichen Unruhen in Süditalien geführt.

Gleichzeitig mit der Alliierten Kontrollkommission wurde ein „Konsultativrat“ für Italien gebildet, der sich ebenfalls aus Vertretern der USA, Englands, der Sowjetunion und des de Gaulle-Komitees zusammensetzt. Er sollte „laufende Fragen behandeln, die nicht zum Gebiet der militärischen Vorbereitungen gehören und Empfehlungen zur Gleichschaltung der alliierten Politik bezüglich Italien machen“.

Wenn man sich Tätigkeitsbereich und rechtliche Stellung der Interalliierten Kontrollkommission und des Konsultativrates vergegenwärtigt, muß man sich fragen, welche
 159 Befugnisse und Einflußmöglichkeiten Victor Emanuel und der Badoglioregierung verbleiben. Badoglio's Verrat und die Propagandaphrase unserer Feinde, daß sie als Befreier nach Europa kämen, erfahren durch die Zustände in den von den Invasionstruppen besetzten Teilen Italiens eine gleichermaßen eindeutige Beleuchtung.

In dem anderen Raum, der durch Badoglio's Verrat dem Feind geöffnet werden sollte, auf dem Balkan, haben sich seitdem ebenfalls militärische und politische Entwicklungen vollzogen, die keineswegs den Erwartungen entsprechen, die unsere Kriegsgegner gehegt hatten. Zwar nahm das Bandenwesen nach dem italienischen Zusammenbruch erheblich zu, weil einzelne Badoglio-Verbände zu den Banden übergingen sowie Waffen, Munitions- und Verpflegungsvorräte der italienischen Divisionen auf dem Balkan in die Hände der Banden fielen; die Bandenbekämpfung hat aber besonders in den letzten Wochen des Jahres 1943 sehr erhebliche Fortschritte gemacht, so daß selbst aus London die Lage der Banden mit großer Besorgnis verfolgt wurde.

Während in Griechenland die Bandenbildung sich in beschränkterem Rahmen hielt und die bestehenden Bandengruppen sich außerdem noch untereinander befehdeten, kam es in den Gebirgen Montenegros, Kroatiens und Serbiens zu Bandenbildungen von beträchtlicher Stärke. Neben Mihailowitsch, einem früheren Oberst der jugoslawischen Armee, der von König Peters Emigrantenregierung in Kairo als Kriegsminister geführt wird, und der lange vor Badoglio's Verrat den Bandenkrieg im Gebiet des früheren jugoslawischen Staates geleitet hatte, trat als neuer Bandenchef ein Mann namens T i t o auf, über den man erst Mitte Dezember durch eine englische Zeitung Näheres erfuhr. Danach ist er 53 Jahre alt, heißt Josip Broz, ist der Sohn eines wahrscheinlich jüdischen Vaters und einer Tschechin, hat, von Hause aus Metallarbeiter, eine Ausbildung auf der Moskauer Bürgerkriegsschule erhalten und trat zum erstenmal in den Internationalen Brigaden während des spanischen Bürgerkrieges hervor. Daß er auch mehrjährige Zuchthausstrafen hinter sich hat, rundet das Bild dieses Vertre-

ters Stalinscher Weltrevolutionsideen aufschlußreich ab! Anfang Dezember erfuhr man, daß dieser Tito eine „jugoslawische Freiheitsregierung“ gebildet habe, die sich als „die einzige legitime Vertretung des jugoslawischen Volkes“ bezeichnete und sich scharf gegen die Emigrantenregierung Peters in Kairo wandte, der sie jedes Recht der Interessenvertretung im Auslande absprach. Wenig später erließ der Bandit Tito sogar eine neue „Verfassung“ für Jugoslawien und nahm den — Marschalltitel an! Die Emigrantenregierung in Kairo reagierte heftig und scharf. In einer von ihr am 24. Dezember veröffentlichten Erklärung hieß es: „Wir können unsere Zeit nicht darauf verschwenden, Hochstaplern zu antworten, die in unverschämter Weise unsere Monarchie und die gesetzmäßige Regierung angreifen. Die Alliierten können helfen, wem immer sie zu helfen wünschen.“ Mihailowitsch aber erklärte die Tito-Banden offen als Feinde.

Die Haltung der Anglo-Amerikaner und der Sowjets zu dieser Entwicklung war höchst bezeichnend. In London und Washington erklärte man, man werde sowohl Tito wie Mihailowitsch durch Waffensendungen unterstützen. Wer immer auf dem Balkan die Deutschen bekämpfe, könne der Unterstützung im Rahmen des Pacht- und Leihgesetzes von Seiten der USA sicher sein, erklärte Roosevelts Staatssekretär des Äußeren, Hull, am 10. Dezember 1943. Bald jedoch wehte aus London und Washington ein Wind einseitiger Begünstigung Titos. Am 22. Dezember 1943 meldete Reuter aus Kairo, daß die dort tagende Konferenz der Alliierten Marschall Tito in den Rang eines „Oberbefehlshabers der Alliierten“ erhoben habe. Die Londoner Presse stellte fest, daß die Entwicklung ganz zu Ungunsten König Peters laufe, der sich mit Tito einigen müsse, wenn er nicht jede Chance verlieren wolle, wieder einmal König zu werden. Reuter meldete am 22. Dezember: General Mihailowitsch wird bald ausgeschaltet sein. Die britische Militärmission in seinem Hauptquartier wird zurückgezogen, wenn sie nicht schon

160 zurückgezogen wurde. Die Erhebung Marschall Titos zum alliierten Oberbefehlshaber als Ergebnis der Geheimkonferenz in Alexandrien und die Tatsache, daß König Peters jugoslawische Regierung in Kairo, deren hervorragendster Vertreter Mihailowitsch ist, nicht einmal über die Besprechungen unterrichtet war, zeigen, daß vom militärischen Standpunkt aus der Tätigkeit Mihailowitschs gar keine Bedeutung mehr beigemessen wird.

Völlig eindeutig war die Haltung Moskaus. Mitte Dezember veröffentlichte das russische Außenkommissariat eine Erklärung, die gegen Mihailowitsch und für Tito Stellung nahm und den Entschluß der Sowjetregierung mitteilte, eine Militärmission zu Tito zu entsenden, d. h. ihn praktisch anzuerkennen. Seine „Regierung“ wurde als eine Vertretung aller Volksklassen, aller Völker und aller Parteien Jugoslawiens bezeichnet.

Zweifellos ist Tito als der Exponent Stalins auf dem Balkan zu betrachten, der von Moskau dazu ausersehen ist, den Kommunismus in den Gebieten des früheren jugoslawischen Staates zur Herrschaft zu bringen und damit Stalins Machtsphäre bis an die Küsten der Adria zu erweitern. Wenn London und Washington die Exilregierung König Peters in Kairo fallen lassen, den kommunistischen Bandenführer Tito als alliierten Oberbefehlshaber anerkennen, sich an Mihailowitsch desinteressieren, so ist auch dies ein Beweis dafür, daß England und die USA sich bereitgefunden haben, nicht nur ganz Osteuropa, sondern auch den Balkanraum dem Bolschewismus auszuliefern.

Eine ähnliche Entwicklung hinsichtlich der Politik der Feindmächte wie auf dem Balkan ist schon lange in Französisch-Nordafrika, dem Herrschaftsbereich de Gaulles, sichtbar. Auch dort hat der Kommunismus erheblich an Einfluß gewonnen und setzt sich Moskau gegen London und Washington immer stärker durch. De Gaulle steuert einen Volksfrontkurs. Es ist ihm damit gelungen, den politischen Einfluß seines Rivalen Giraud allmählich völlig auszuschalten. Während auf Grund der unter dem Druck der Anglo-Amerikaner erfolgten „Einigung“ zwischen de Gaulle und Giraud beide gemeinsam den Vorsitz des sogenannten französischen Befreiungskomitees in Algier ausübten, wurde am 9. November gemeldet, daß Giraud den Vorsitz niedergelegt habe. Zugleich wurde eine neue Zusammensetzung des Komitees veröffentlicht, wobei auffiel, daß mehrere Sitze an bekannte jüdische Politiker fielen. Zugleich wurde klar, daß von kommunistischer Seite heftig gegen Giraud agitiert wurde und daß die kommunistische Partei, die in Nordafrika wieder legal existiert und besonders auch unter den Eingeborenen eine höchst intensive Propaganda betreibt, über die Entsendung von Vertretern in das Algierkomitee verhandele.

Besonders bezeichnend für den kommunistischen Einfluß ist die Tätigkeit der vom Algierkomitee eingesetzten sogenannten „Säuberungskommission“, die alle diejenigen zur Rechenschaft ziehen soll, die früher die Politik Vichys vertreten haben oder gar als deutschfreundlich galten. In dieser Kommission führen die Kommunisten das große Wort und benutzen sie, um ihre politischen Gegner zu erledigen.

gen oder mindestens zu verdrängen und einzuschüchtern. Die Kommission hat ihre Tätigkeit auch auf die Armee ausgedehnt trotz des Widerstandes, den Giraud dem entgegengesetzte. Hohe Verwaltungsbeamte, Richter, Politiker, Generale und Stabsoffiziere wurden in großer Zahl vor die Säuberungskommission zitiert, abgesetzt oder verurteilt. Wer irgendwie antikommunistische Einstellung verrät, hat alle Aussicht, vor die Kommission zitiert zu werden. Eine ganze Anzahl von früher führenden Persönlichkeiten, die entscheidend am Verrat Nordafrikas zugunsten der anglo-amerikanischen Invasion beteiligt gewesen sind, sitzen heute in Untersuchungshaft. Alle Hilfsdienste, die de Gaulle den Kommunisten leistet, schützen ihn aber trotzdem nicht vor deren Angriffen: in kommunistischen Versammlungen erhoben kommunistische Drahtzieher, an ihrer Spitze der berühmte kommunistische Abgeordnete Marty, wegen seiner blutigen Tätigkeit im spanischen Bürgerkrieg „der Schlächter von Albacete“ genannt, heftige Angriffe gegen

161 gegen de Gaulle. Marty erklärte, de Gaulle verstehe Frankreichs demokratische Gebräuche nicht!

In der sogenannten Widerstandsbewegung im französischen Mutterland, die von den Engländern durch den Abwurf beträchtlicher Mengen von Waffen aus Flugzeugen, durch eine systematische Rundfunkpropaganda und auch sonst ohne jeden Skrupel unterstützt wird, haben die Kommunisten so ziemlich die Führung inne. Sie tarnen ihre kommunistischen Umsturzpläne patriotisch, und dementsprechend treten die Kommunisten in Nordafrika und besonders vor dem Algierkomitee als die Führer und Wegbereiter des französischen Patriotismus und der Befreiung Frankreichs auf. Demgegenüber konnte am 4. Dezember die bekannte monarchistische Tageszeitung „Action française“ ein geheimes Rundschreiben der kommunistischen Partei Frankreichs an alle Parteigliederungen veröffentlichen, das die Grundfrage der kommunistischen Politik, warum Terroristen und Partisanen organisiert und unterstützt werden müssen, beantwortet. Die Antwort ist ein Bekenntnis zum Mittel des Terrors und des unterirdischen bewaffneten Kampfes an Stelle der bisherigen kommunistischen Propaganda in den Städten, zu dem Zweck, die gegenwärtige Ordnung in Frankreich zu beseitigen und durch ein sowjetisches System der kommunistischen Herrschaft zu ersetzen. Dieses Rundschreiben erweist, was ja ohnehin schon klar war, daß die patriotische Tarnung nur ein Mittel zum Zweck ist, zur Bolschewisierung Frankreichs. Dies erkennen trotz aller Voreingenommenheit gegenüber der deutschen Besatzungsmacht immer weitere Kreise des französischen Volkes. Die Erkenntnis wird nicht nur durch die Entwicklung in Nordafrika gefördert, sondern besonders auch durch das zunehmende Terror- und Banditenunwesen in Frankreich selbst. Vom englischen Standpunkt wird das Ziel verfolgt, durch Terror- und Sabotageakte der deutschen Besatzungsmacht Schwierigkeiten zu bereiten, durch systematische Attentate auf die Vertreter der Kollaborationspolitik diese zu erledigen oder mindestens einzuschüchtern und schließlich durch die Organisierung möglichst zahlreicher geheimer Widerstandsgruppen im Falle der englisch-amerikanischen Invasion im Rücken der deutschen Armee den Kampf gegen deren Nachschub und auch gegen sie selbst vorzubereiten, d. h. also in gewohnter Weise die Franzosen für englische Interessen antreten zu lassen. Die eifrige und führende Beteiligung der Kommunisten an diesem Treiben, die natürlich auf Weisung Moskaus erfolgt, hat für den Kommunismus den Sinn, die eigene Machtergreifung vorzubereiten!

Dies hat man allmählich auch in V i c h y begriffen. Am 30. Dezember wurde der Leiter der französischen Miliz in der Südzone, Joseph D a r n a n d, zum Polizeichef Frankreichs mit weitgehenden Vollmachten ernannt. In einer amtlichen Erklärung hieß es: „Eine der vorherrschenden Sorgen der Regierung unter den gegenwärtigen Umständen ist die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Erhaltung der Sicherheit der Franzosen, sowohl ihrer Person wie ihres Besitzes, ist eine vordringliche Notwendigkeit ebenso wie das Erfordernis, die Zukunft Frankreichs zu bewahren, indem man es zunächst gegen die Unordnung schützt. Die Regierung ist entschlossen, mit verstärkter Kraft den Kampf gegen Banditentum und Terrorismus zu führen, die sich in hassenswerter Form in Stadt und Land äußern und überall Erregung und Unruhe hervorrufen. Zu diesem Zweck sind Beschlüsse gefaßt worden zur Reorganisation und Verstärkung des Innenministeriums, dem die Aufgabe zufällt, die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten. Die Reorganisation und Verstärkung haben zum Ziel, den Dienststellen, die dem Regierungschef, der gleichzeitig Innenminister ist, unterstehen, die Mittel zur wirksameren Aktion in die Hand zu geben. Die Änderungen bewiesen sowohl durch die Reform der Struktur, die sie mit sich bringen, als auch durch die Wahl der Persönlichkeiten, den Willen der Regierung, die Ordnung aufrechtzuerhalten und das Land vor dem Schrecken des drohenden Bürgerkrieges zu bewahren.“

162 Was die Führer der Kollaborationsparteien, die Doriot, D e a t, B u c a r t, Constantini und die führenden Pariser Zeitungen und Zeitschriften immer wieder gefordert haben, daß nämlich der französische Staat sich endlich aufraffen müsse, um die öffentliche Ordnung zu sichern und damit sich selbst

zu verteidigen, soll also nun endlich Tatsache werden. Gleichzeitig wurde der frühere Abgeordnete der Rechten, Philipp Henriot, zur Zeit vielleicht der wirkungsvollste Versammlungs- und Rundfunkredner Frankreichs, zum Informationsminister, d. h. zum Leiter der Regierungspropaganda ernannt. Darnand und Henriot sind klare, energische, politisch eindeutige Persönlichkeiten, von denen man erwarten darf, daß sie den Kampf des Geistes und der Waffen gegen den Kommunismus im Innern und gegen die angelsächsischen Feinde Europas nach außen mit aller Entschiedenheit führen werden. Sie haben erkannt, daß der wahre Feind der französischen Zukunft der Kommunismus und die Anglo-Amerikaner sind.

Hierfür wurde in den Monaten November und Dezember 1943 im Vorderen Orient, wo englischer und französischer Einfluß schon solange miteinander ringen, ein neuer Beweis erbracht. Als nämlich die Engländer im Herbst 1941 in das französische Mandatsgebiet Syrien eindringen und mit Unterstützung der französischen Dissidenz das Gebiet schließlich besetzten, versprach im Namen de Gaulles der General Catroux dem Libanon und Syrien die Unabhängigkeit. Als nun das libanesische Parlament am 8. November 1943 ein Gesetz annahm, durch das der Libanon praktisch seine Unabhängigkeit von der französischen Mandatsverwaltung erklärte, griff das Algierkomitee ein, ließ Kolonialtruppen antreten und Parlament und Regierung des Libanon verhaften! Hierdurch wurde das Signal zu einem politisch propagandistischen Kesseltreiben Londons gegen das Algierkomitee gegeben, das zeigte, daß die Aktion der libanesischen Regierung offensichtlich unter Einfluß Englands inszeniert worden war und einen Schachzug in der Vorderorientpolitik Englands darstellte. Diese Politik, die auf die Beherrschung und Ausbeutung der arabischen Länder hinzielt, bemüht sich einerseits, die gegenwärtige machtpolitische Schwäche Frankreichs auszunützen und den französischen Konkurrenten loszuwerden, andererseits die Panarabischen Bestrebungen, die besonders die ägyptische Regierung fördert (weil sie die geistige und politische Führung der arabischen Völker an sich bringen will), als Vorspann für die eigenen Ziele zu benutzen. England mobilisierte gegen die „Unterdrückung des Libanon“ durch de Gaulle eine Protestbewegung durch die von ihm abhängigen Regierungen. Ägyptens, des Iraks und sogar der Moslemliga in Indien, startete durch Reuter und die englische Presse eine Propagandakampagne gegen das Algierkomitee, erhob auch diplomatische Vorstellungen in Algier und gebrauchte besonders den Vorwand, daß bei der geographischen Bedeutung Syriens für die alliierte Kriegführung seitens Englands keine Politik de Gaulles geduldet werden könne, die Unruhen hervorrufe. Washington unterstützte den Londoner Standpunkt: Staatssekretär Hull teilte am 19. November mit, die USA-Regierung habe in einer Botschaft an das Algierkomitee diesem geraten, dem Libanon völlige Unabhängigkeit zu gewähren. Es blieb de Gaulle daraufhin nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen, am 21. November die libanesische Regierung wieder freizulassen und den von dieser geschaffenen neuen Zustand anzuerkennen. Frankreich hatte damit gegen England und die USA im Vorderen Orient eine Position verloren! Die Anglo-Amerikaner wollen eben im Vorderen Orient, wo sie besonders die reichen Ölvorkommen interessieren, allein Herr im Hause sein. Alles weist freilich darauf hin, daß die amerikanische Unterstützung damit erkaufte werden muß, daß die USA sehr maßgeblich an der Ausbeutung der Ölvorkommen beteiligt werden.

Der Charakter des gegenwärtigen Krieges, soweit er England und besonders die USA angeht, als eines Krieges mit weitgesteckten Zielen eines die ganze Welt umspannenden politischen und wirtschaftlichen

163 Imperialismus — leuchtete in der Libanon-Affäre hell auf. Dieser Imperialismus schiebt im Vorderen Orient den französischen Bundesgenossen ebenso rücksichtslos zur Seite, wie er dies im Fernen Osten mit Japan tun möchte. Hier aber trifft er auf einen starken und tapferen Feind. Die Kämpfe im Südwestpazifik um die vorgeschobenen Inselstellungen des japanischen Großostasienraumes sind in den Monaten November und Dezember 1943 mit großem Einsatz und mit wachsender Heftigkeit weitergegangen. Die amerikanisch-australische Offensive im Südpazifik konnte, freilich nur unter sehr schweren Opfern, einigen Raum gewinnen, ohne daß jedoch dadurch in die äußere Verteidigungslinie Japans eine wirkliche Bresche geschlagen worden wäre.

In seiner Eigenschaft als Kriegsminister gab Ministerpräsident T o j o vor dem japanischen Oberhaus am 27. Dezember einen Überblick über die Kriegslage und die Waffenerfolge Japans an den verschiedenen Fronten, der ein eindrucksvolles Bild der militärischen Stärke Japans bot. In den Kämpfen im Pazifik wenden die Japaner nach wie vor mit großem Erfolg die Taktik an, ihre Kriegsflotte, besonders die schweren Schiffe, möglichst zu schonen und den Kampf zur See nur unter Einsatz leichter Seestreitkräfte und besonders mit Hilfe der Marineflugwaffe zu führen. Diese Taktik hat bisher große Erfolge gebracht.

Auf den Landkriegsschauplätzen Japans, im weiten chinesischen Raum und an der burmesisch-indischen Grenze, hat sich nichts Wesentliches ereignet. Die geplante gemeinsame englisch-chinesische Offensive, die durch eine Zangenbewegung aus Tschungking-China nach Südwesten einerseits und aus Indien in östlicher und nordöstlicher Richtung andererseits Japans Riegelstellung über der Burmastraße aufbrechen sollte, ist entgegen allen englischen Ankündigungen nicht in Gang gekommen. Sie sollte nach den englisch-amerikanischen Plänen ihrerseits wieder eine Seite einer zweiten und noch größeren Zangenbewegung bilden, deren andere Seite die australisch-amerikanische Offensive im Südwestpazifik darstellt. Durch eine gewaltige Zangenbewegung sollte die von Japan im ersten Kriegsjahr errungene Stellung, die sich von Burma über die Malaiische Halbinsel, Französisch-Indochina, Holländisch-Ostindien und die Philippinen und über Teile Neu-Guineas, Bismarck-Archipel, Marschall-Inseln, Karolinen usw. erstreckt, umfaßt und wie eine Riesennuß in einer ungeheuren Zange zerbrochen werden. Während die östlich angesetzte Zange in mühsamem und höchst verlustreichem „Inselhüpfen“ in die äußerste Schale der Riesennuß immerhin eindringen konnte, ist der westlich gegen Burma angesetzte Zangenteil überhaupt nicht in Bewegung gekommen. Jedoch haben die Japaner ihrerseits die von Tschungking aus gegen Burma in Vorbereitung befindliche innere Zangenbewegung in schnellen und erfolgreichen Offensivstößen zerbrochen. Sie bereiten sich außerdem offensichtlich darauf vor, der geplanten Offensive Mountbattens aus dem indischen Raum ebenfalls zuvorzukommen und in dessen Offensivvorbereitungen und Bereitstellungen hineinzustoßen. Hierbei ist der indischen Nationalarmee von Subhas Chandra Böse eine auch politisch und propagandistisch bedeutungsvolle Rolle vorbehalten.

In diesem militärischen Rahmen vollzog sich Anfang November in China der „Kongreß der Staaten Großostasiens“, an dem alle Völker und Staaten des japanischen Großostasiensraumes teilnahmen. Der Kongreß schloß mit folgender gemeinsamer Erklärung: Für die Errichtung des Weltfriedens gilt als Grundprinzip, daß jede Nation auf der Welt ihren eigenen Raum besitzt und am gemeinsamen Wohlstand durch gegenseitige Hilfe und Unterstützung teilhat. Die USA und das englische Reich haben, indem sie nur ihren eigenen Wohlstand zu fördern suchten, andere Nationen und Völker unterdrückt. Vor allem in Ostasien haben sie sich unersättlicher Angriffslust und Ausbeutung schuldig gemacht und haben versucht, ihren grenzenlosen Ehrgeiz, die Bevölkerung des gesamten Gebietes zu Sklaven zu machen, zu verwirklichen. Schließlich sind sie zu einer ernststen Bedrohung der Sicherheit Ostasiens geworden. Hierin

164 liegt der Grund des gegenwärtigen Krieges. Die Länder Großostasiens, vom Wunsch beseelt, zum Weltfrieden beizutragen, verpflichten sich zur Durchführung des Großostasiens-Krieges zusammenzuarbeiten, ihr Gebiet von dem Joch der britisch-amerikanischen Unterdrückung zu befreien und ihre eigene Existenz und Verteidigung sicherzustellen und weiterhin auf Grund der folgenden fünf Prinzipien zu der Errichtung Großostasiens beizutragen:

1. Die Länder Großostasiens werden nach dem Grundsatz der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit die Sicherheit und die Stetigkeit ihrer Gebiete sicherstellen und werden eine Ordnung gemeinsamen Wohlstandes und Wohlergehens nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit errichten.
2. Die Länder Großostasiens werden die brüderlichen Beziehungen unter den Nationen in diesem Gebiet sicherstellen durch Achtung vor der Souveränität und Unabhängigkeit der anderen und durch die Ausübung gegenseitiger Hilfe und Freundschaft.
3. Die Länder Großostasiens werden die Kultur und Zivilisation von Großostasien dadurch verstärken, daß sie die Überlieferung der einzelnen Völker achten und die schöpferischen Kräfte jeder Rasse weiterentwickeln.
4. Die Völker Großostasiens werden sich bemühen, durch enge Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ihre wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen und dadurch zum gemeinsamen Wohl ihres Gebietes beizutragen.
6. Die Länder Großostasiens werden freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern der Welt unterhalten, für die Abschaffung von Rassenunterschieden eintreten, den kulturellen Austausch und die Ausschließung von Naturschätzen in der gesamten Welt fördern und dadurch zum Fortschritt der Menschheit beitragen.

Mitte November 1943 fand sodann in Tokio eine Großostasiatische Journalistenkonferenz statt, an der 82 Pressevertreter aus allen Gebieten Ostasiens teilnahmen. Der Kongreß hat einen Vorschlag zur Bildung einer „Großostasiatischen Presse Vereinigung“, in der alle Presseverbände, Zeitungen und Nachrichtenagenturen Großostasiens zusammengefaßt werden sollen, einstimmig angenommen. Die Großostasiatische Pressevereinigung „GEAPJF“ (Abkürzung nach der englischen Bezeichnung: Greater East Asia Press Federation) genannt, hat folgende Ziele: Aufbau der großostasiatischen Wohlstandssphäre durch einen großen Zusammenschluß der Zeitungen und Nachrichtenbüros in die-

sem Gebiet. die Förderung gegenseitigen Verstehens und der Freundschaft unter diesen Zeitungen und Nachrichtenbüros und Zusammenarbeit für den Aufstieg von Asien. Die „GEAPF“ wird Sekretariate in den verschiedenen Ländern bzw. Gebieten Großasiens errichten. Ein Zentralsekretariat für die Geschäftsführung der „GEAPF“ soll in Tokio errichtet werden.

So ist weder das Bild der politischen noch das der militärischen Entwicklung in Ostasien am Ende des Jahres 1943, nachdem dort der Krieg zwei Jahre gedauert hat, für England und die USA günstig oder aus-sichtsreich. Da aber auch in Europa der militärisch-politische Anfangserfolg der Kapitulation Italiens an der süditalienischen Front steckenblieb und sich im Balkanraum und im Ägäischen Meer überhaupt nicht auswirkte, die deutsche Atlantikfront dagegen immer stärker wurde, blieb als einziger „Erfolg“ der englisch-amerikanische Bombenterror gegen die Festung Europa.

Demgegenüber waren die Raumgewinne des sowjetischen Verbündeten der Anglo-Amerikaner sehr viel offensichtlicher, und Moskau verstand es trefflich, sie durch phantastische Ziffern angeblicher deutscher Verluste und durch immer wieder gesteigerte Schilderungen des angeblich unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs der deutschen Ostfront noch sehr viel eindrucksvoller erscheinen zu lassen. Zugleich gab man in Moskau immer wieder seiner Unzufriedenheit über die ungenügenden militärischen Leistungen der Bundesgenossen Ausdruck. Man lobte zwar die Kapitulation Italiens und schickte Glückwünsche, kritisierte aber bald darauf das Schneckentempo der Offensive in Italien und stellte fest, diese Unternehmung sei nicht die zweite Front, die man Moskau versprochen habe. Die zweite Front

165 müsse vielmehr erst kommen, und zwar bald, damit die Sowjetunion endlich eine militärische Entlastung erfahre. So hin und wieder wurden dann von den Sowjets über Stockholm, Ankara oder Lissabon Nachrichten von angeblichen deutsch-sowjetischen Friedensgesprächen ausgestreut, um den eigenen Bundesgenossen das Schreckgespenst eines möglichen Ausscheidens der Sowjetunion aus dem Kampf auf die Leinwand des politischen Bewußtseins zu projizieren.

Man erinnert sich, daß auf der Konferenz von Casablanca der für Stalin selbst oder seinen Vertreter bereitgestellte Stuhl leer blieb und daß Roosevelt und Churchill geradezu ein Klagelied darüber anstimmten, daß Stalin nicht von der Partie war, ja, daß Roosevelt versicherte, er wäre Herrn Stalin gern bis an den Nil und sogar noch weiter entgegengekommen. Aber Stalin war offenbar entschlossen, sich nur in Moskau oder höchstens nahe der sowjetischen Grenze sprechen zu lassen. Das Problem einer Dreierkonferenz zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill erwies sich als so schwierig, daß man sich zur Abhaltung einer Vorkonferenz der drei Außenminister Molotow, Hull und Eden entschloß. Sie sollte in London stattfinden nach dem Wunsch Englands und der USA. Aber Stalin beharrte auf Moskau als Tagungsort und setzte sich durch!

Wochenlang dauerte die Vorbereitung der Konferenz. Ihre diplomatische Seite ist unbekannt geblieben, die publizistische hat sich vor unseren Augen abgespielt. Sie war interessant genug und läßt die unbekannt gebliebenen diplomatischen Hintergründe einigermaßen erraten. Die offizielle englisch-amerikanische These war: Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zur Erringung des gemeinsamen Sieges und im späteren Frieden. Beide Probleme müssen gleichzeitig diskutiert werden. Stalin muß seine Friedensziele bekanntgeben und sein hartnäckiges Schweigen darüber endlich brechen. Um Stalin zu zeigen, wie gut man es mit der Sowjetunion meine, wurde kurz vor Beginn der Moskauer Konferenz ein britisch-amerikanisch-kanadisch-sowjetisches Protokoll über gesteigerte Lieferungen im Rahmen des Pacht- und Leihabkommens an die Sowjetunion abgeschlossen.

Aber die Sorge, was Stalin nun eigentlich wolle, ließ sich in der englischen und USA-Presse nicht ganz unterdrücken. Hierfür gäbe es zahlreiche Zitate. Als besonders prägnant sei eines aus der bekannten englischen Monatszeitschrift „Nineteenth Century and after“ gebracht. Sie schrieb Ende September 1943, die Sowjetunion strebe die Auflösung ganz Europas und besonders der Gebiete zwischen Ostsee und Ägäischem Meer an. Die Ziele der Sowjetunion würden aus ihrer Politik, ihrer Propaganda und der Unterstützung klar, die sie bewaffneten Partisanengruppen und politischen Parteien gewährten. Diese seien in allem außer in ihrem Namen kommunistisch. Nach dem Hinweis darauf, daß aus der Komintern. jetzt ein „permanenter Kongreß“ geworden sei, der sowohl kommunistische als auch sowjetische Anschauungen vertrete, umriß das Blatt die territorialen Ansprüche der Sowjetunion in Europa. So habe die Sowjetunion bereits die zukünftige Annexion Ostpolens erklärt. Durch die Aktivität gewisser Gruppen sei es auch klar, daß die Sowjets auch Westpolen sich einverleiben wollten. Die Sowjetunion sei darüber hinaus fest entschlossen, die Industrien Mittel- und Südeuropas, insbesondere Böhmens, zu kontrollieren. Gelingen ihr das, dann würde sie die wichtigsten Werke in den Ural schaffen und die tschechischen Arbeiter in das Innere der Sowjetunion bringen. Auch an der Auflösung

Rumäniens arbeite die Sowjetunion. Hier gebe es keinen Zweifel darüber, daß sie das Donau-Delta und die Ölfelder unter ihre Gewalt zu bringen beabsichtige. Die Sowjets strebten ferner einen direkten und durch nichts behinderten Zugang zum Mittelmeer und vielleicht auch zum Adriatischen Meer an. Es liege im Bereich der Wahrscheinlichkeit, daß die Sowjets vom Iran aus die Türkei zu isolieren trachteten und sich eine Einflußsphäre bis zum Persischen Golf zu schaffen suchten. Offen herausgesagt, so schloß das Blatt,

166 sähen die Sowjets in diesem Kriege eine Gelegenheit, mehr als jemals in der Geschichte zu erobern. Dann würden sie die Herren Europas werden und beherrschten ein Gebiet, das vom Mittelmeer bis nach Indien reichen würde.

Erst am 13. Oktober 1943, kaum eine Woche vor dem Beginn der Konferenz am 19., veröffentlichte die Sowjetpresse die erste Stellungnahme zu ihr. Das Regierungsorgan, die „Prawda“, führte aus: Einige Schwätzer versuchten durch unsinnige Behauptungen bezüglich der Tagesordnung der Konferenz Unruhe zu stiften. Sie behaupteten u. a., daß die Frage der russischen Grenzen und das Statut der baltischen Staaten erörtert werden würde. Jeder wisse, daß Rußlands Grenzen nicht mehr Diskussionsgegenstand sein könnten als z. B. die Grenzen der USA oder das Statut Kaliforniens. Das wichtigste Problem sei eine Verringerung der Kriegsdauer. Je enger und wirksamer die Alliierten zusammenarbeiteten auf politischem und militärischem Gebiet, desto eher werde Deutschland besiegt werden können, desto stärker werde die Grundlage des künftigen Friedens und desto glücklicher die Lösung der Nachkriegsordnung im Interesse aller Alliierten sein. In diesem Lichte erhelle sich die Bedeutung der Dreierkonferenz. Was die Erklärungen der USA-Presse angehe, die meine, der wichtigste Gegenstand der Konferenz sei nicht die militärische Frage, sondern das politische Problem und der Komplex der Nachkriegsordnung, und deshalb werde die Frage der zweiten Front nicht zur Erörterung gelangen, so scheine die USA-Presse zu vergessen, daß die wichtigste Aufgabe der Alliierten zur Zeit die sei, die Nachkriegsperiode zu erreichen.

In einem weiteren Artikel der „Prawda“ am 14. Oktober hieß es: Die erste Frage auf der Tagesordnung der bevorstehenden Dreierkonferenz in Moskau werde die konkrete militärische Frage der Errichtung einer zweiten Front in Westeuropa sein. Es müsse eine konkrete und befriedigende Lösung oder Antwort gefunden werden, bevor die Konferenz sich anderen Problemen zuwenden könne.

Der Sowjetstandpunkt sei von Stalin immer klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden: 1. müsse die deutsche Militärmacht so schnell wie möglich gebrochen werden. Die alliierte Kriegführung trage diesem Faktor der Schnelligkeit nicht genügend Rechnung. 2. Ein Teil der Kriegsziele der Vereinigten Nationen sei nicht nur, den Feind aus den besetzten Gebieten zu vertreiben, sondern das politische Nazi-System auf immer zu brechen. Es müsse also erwartet werden, daß Eden und Hull in ihren Aktentaschen klare Anweisungen ihrer Regierung bezüglich des ersten Punktes mitbrächten. Anderenfalls sei es schwer, einzusehen, wie die Konferenz etwas anderes zustande bringen könnte, das wirksam sein könnte.

Diese Äußerungen ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

Moskau wollte keine Erörterungen geschweige denn Entscheidungen darüber, wo künftig die Grenzen der Sowjetunion verlaufen sollen, sondern es wünschte nur Abmachungen über die Hilfe, die ihm seine Verbündeten gewähren würden, um durch eine schnelle und siegreiche Beendigung des Krieges die machtpolitischen Voraussetzungen für die Verwirklichung der territorialen und sonstigen Ziele des Sowjet-Imperialismus zu schaffen. England und die USA, die diesen Sowjet-Imperialismus fürchten und Garantieverprechungen an Staaten wie Polen übernommen haben, die die nächsten Opfer des sowjetischen Imperialismus sein würden, die also am Vordringen der Sowjets an die Dardanellen oder an die Adria ein höchstnegatives Interesse haben müssen, wollten auf der Moskauer Konferenz Ausmaß und Tempo ihrer militärischen Unterstützung der Sowjetunion davon abhängig machen, daß Stalin feste Bindungen hinsichtlich seiner territorialen Absichten, d. h. also hinsichtlich einer Beschränkung seiner imperialistischen Ziele einging, die diese Ziele auf ein den Anglo-Amerikanern erträglich erscheinendes Maß beschränkten.

167 Es lagen also ganz entgegengesetzte Absichten und Zielsetzungen beiden drei Teilnehmern der Moskauer Konferenz vor. Kein Wunder, daß die Konferenz ziemlich lange dauerte und daß die offizielle Verlautbarung über die Ergebnisse der Konferenz zwar ein langes Dokument ist, aber einem geübten Leser diplomatischer Dokumente auf den ersten Blick verrät, daß es eine Notgeburt ist, daß es hinter vielen Worten wenig Tatsächliches enthält und daß es nur mühsam Gegensätze verbirgt und Uneinigkeiten überbrückt, die nach außen nicht sichtbar werden zu lassen offensichtlich mit die schwierigste Aufgabe der Verfasser der Verlautbarung gewesen ist. Das Kommuniqué lautet:

Die Konferenz der Außenminister Hull (USA), Eden (England) und Molotow (Sowjetunion) fand vom 19. bis 30. Oktober in Moskau statt. Es wurden zwölf Sitzungen abgehalten. Außer den drei Außenministern nahmen auf USA-Seite noch Botschafter Harriman, Generalmajor John L. Leane, Green H. Hackworth, James C. Dünn und Sachverständige, auf britischer Seite Botschafter Sir Archibald Clark Kerr, William Strang, Generalleutnant Sir Hastings Ismay und Sachverständige, auf sowjetischer Seite Marschall Woroschilow, Wyschinski, Litwinow, Sergejew, Generalmajor Guysiow, Saksin und Sachverständige an den Besprechungen teil.

Die Tagesordnung umfaßte alle von den drei Regierungen zur Erörterung vorgelegten Fragen. Einige dieser Fragen drängten auf eine Schlußentscheidung, die getroffen wurde. Über andere Fragen wurden nach Aussprache grundsätzliche Beschlüsse gefaßt. Diese Fragen wurden zur näheren Prüfung Sonderkommissionen zugeleitet oder für eine Abfertigung auf diplomatischem Wege zurückgestellt. Wieder andere Fragen wurden durch einen Gedankenaustausch erledigt. Die Regierungen der drei Mächte haben in allen Fragen, die die gemeinsame Kriegsanstrengung betreffen, in enger Kooperation gestanden. Es ist aber das erstmal, daß die Außenminister der drei Regierungen sich in einer Konferenz zusammensetzen konnten. Es gab offene und erschöpfende Erörterungen über die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, um den Krieg gegen Deutschland und seine Trabanten in Europa abzukürzen. Die Anwesenheit militärischer Berater, die die gegenseitigen Generalstäbe vertreten, wurde zur Erörterung bestimmter militärischer Operationen benutzt, über die Beschlüsse getroffen wurden und die bereits auf dem Wege der Vorbereitung sind, um in Zukunft die Grundlage zu der engsten militärischen Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern zu schaffen. Als zweite Frage nach der Hauptfrage hinsichtlich der Abkürzung des Krieges erkannten die drei Regierungen, daß es in ihrem eigenen nationalen Interesse und im Interesse aller friedliebenden Völker liegt, daß sie die jetzige enge Zusammenarbeit und Kooperation in der Kriegführung auch nach Beendigung der Feindseligkeiten fortsetzen und daß nur auf diese Weise der Friede aufrechterhalten und die politische, wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt ihrer Völker vollauf begünstigt werden kann. Diese Überzeugung findet ihren Ausdruck in einer Erklärung, der die chinesische Regierung während der Konferenz beitrug und die von den drei Außenministern und dem chinesischen Botschafter in Moskau im Namen ihrer Regierungen unterzeichnet wurde.

Diese Erklärung, die veröffentlicht wurde, sieht eine noch engere Zusammenarbeit in der Fortsetzung des Krieges und für alle Fragen vor die die Kapitulation und die Entwaffnung der Feinde angehen, mit denen die vier Länder sich im Kriege befinden. Sie enthält die Grundsätze, auf denen nach Ansicht der vier Regierungen ein breites System der internationalen Zusammenarbeit und Sicherheit beruhen soll. Die Konferenz beschloß, Organismen ins Leben zu rufen, um die engste Zusammenarbeit der drei Regierungen bei der Prüfung der europäischen Fragen zu gewährleisten, die im weiteren Verlauf des Krieges auftauchen können. Zu diesem Zweck beschloß die Konferenz, in London eine beratende e u r o p ä i s c h e K o m m i s s i o n zu errichten, um diese Fragen zu studieren und den drei Regierungen gemeinsame Empfehlungen zu machen.

168 Die Konferenz beschloß gleichfalls die Errichtung eines konsultativen Rates für die Italien betreffenden Fragen. Dieser Rat soll aus Vertretern der drei Regierungen und des französischen Befreiungsausschusses bestehen. Dem Rat, so ist vorgesehen, sollen auch Vertreter Griechenlands und Jugoslawiens zugeteilt werden auf Grund ihrer Sonderinteressen infolge des Angriffs des faschistischen Italiens gegen ihr Gebiet in diesem Kriege. Dieser Rat wird die täglich auftauchenden, nichtmilitärischen Fragen behandeln und Empfehlungen zwecks einer Koordinierung der alliierten Politik gegenüber Italien machen. Die drei Außenminister erachteten es für zweckmäßig, erneut durch eine heute veröffentlichte Erklärung die Haltung der Alliierten zugunsten der Wiedereinrichtung der Demokratie in Italien zu bestätigen.

Um das magere Ergebnis der Moskauer Konferenz wenigstens etwas zu garnieren, verfiel man ausgerechnet auf die Verlegenheitslösung, „zu verkünden, daß es das Ziel der drei Regierungen sei, die Unabhängigkeit Österreichs wiederherzustellen“.

Die Außenminister gaben auf der Konferenz Erklärungen Roosevelts, Churchills und Stalins bekannt, die eine Warnung beinhalten, daß bei der Gewährung eines Waffenstillstandes an irgendeine deutsche Regierung die deutschen Offiziere und Soldaten und Mitglieder der Partei, die irgendwie in Verbindung mit den von den deutschen Streitkräften in den besetzten Gebieten „verübten Grausamkeiten und Hinrichtungen“ stehen, in das Land, wo diese Verbrechen verübt wurden, gebracht werden sollen, um vor Gericht gestellt und nach den Gesetzen dieses Landes bestraft zu werden. Es ist nicht uninteressant, daß in der offiziellen Erklärung der vier Mächte, die deutlich den Stempel einseitiger

sowjetischer Formulierungen trägt, die von den Sowjets an 12000 polnischen Offizieren verübten Morde den Deutschen in die Schuhe geschoben werden.

Welches ist der politische Kern, der langen Rede kurzer Sinn? Auskunft hierüber wird man sich zunächst bei denen holen wollen, die das lange Dokument fabriziert haben, also bei Molotow, Hull und Eden. Aus Moskau liegen keine Kommentare vor, jedoch hat sich Hull nach seiner Rückkehr in die USA kurz hintereinander dreimal und Eden im englischen Unterhaus einmal ausführlich geäußert. Ihre Kommentare sind aber ebenso wortreich und unsubstantiell wie das Abschlußkommunique von Moskau selbst. Hull bezeichnete als wichtigstes Ergebnis, daß sich in Moskau die beteiligten Regierungen verpflichtet hätten, „ein breites und fortschrittliches Programm internationaler Zusammenarbeit durchzuführen“. Zum politischen Kern der Sache aber dringen folgende Sätze Hulls vom 18. November vor: „Die zweiwöchigen Besprechungen in Moskau sollten nicht die Lösung aller vorliegenden Probleme bringen. Wir konnten noch viel weniger die Probleme erledigen, die in der Zukunft auftauchen werden. Es gibt z. B. Probleme, wie die der Grenzen, die bis nach Beendigung der Feindseligkeiten zurückgestellt werden müssen. Das Wichtigste ist, daß auf der Konferenz der ganze Geist internationaler Zusammenarbeit in und nach dem Kriege einen praktischen Ausdruck erhielt. Die Konferenz hat also eine Bewegung gefördert, die hoffentlich ständig an Breite und Tiefe gewinnen wird. So werden viele schwierige Probleme, die jetzt noch der Lösung harren, zu einer befriedigenden Lösung geführt werden können.“

Bei einer anderen Gelegenheit sagte Hull, die territorialen Probleme könnten jetzt nicht geregelt werden. Sie hätten an sich mit dem Kriege nichts zu tun und müßten bis nach Kriegsschluß zurückgestellt werden. Man könne den Krieg nicht abstoppen, um dreißig bis vierzig Streitfragen über die Grenzen zu regeln.

Eden hat in seiner Erklärung im Unterhaus über die Konferenz die Tatsache als besonders wichtig herausgestellt, daß die beteiligten Regierungen beschlossen hätten, die Zusammenarbeit auch nach dem Kriege fortzusetzen, und daß man jetzt schon in der Form des auf der Konferenz beschlossenen Konsultativrats mit Sitz in London dafür ein Sonderorgan geschaffen habe. Er fügte freilich vorsichtig und

169 einschränkend hinzu: „Wenn die auf der Konferenz geschaffenen Organe gut arbeiten, so dürften sie zur Gewinnung des Krieges und noch mehr zur Gewinnung des Friedens erheblich beitragen.“

Schon die Londoner „Times“ hatte am 2. November geschrieben, die bei weitem wichtigste praktische Entschließung der Konferenz sei die Einsetzung einer europäischen Beratungskommission der drei Mächte in London. Abgesehen von der Mittelmeerkommission, die noch nicht konstituiert sei, sei dies das erste gemeinsame Organ der Vereinigten Nationen.

Das Ergebnis der Moskauer Konferenz kann also, wenn man die Phraseologie beiseite läßt und nur die Tatsachen bei ihren Namen nennt, wie folgt formuliert werden: England und die USA haben bei Stalin die erstrebte Festlegung und Einschränkung der bolschewistischen territorialen Kriegsziele nicht erreicht! Stalin hat vielmehr seinen Anspruch, sich überall alles zu nehmen, was im Laufe der militärischen Ereignisse in seine Reichweite kommen könnte, durchgesetzt! Das bedeutet, daß ihm England und die USA mindestens Osteuropa und den Balkan, d. h. also gerade jene Staaten überlassen haben, zu deren Schutz England angeblich in den Krieg eingetreten ist oder die es mit Garantieverprechungen zum Kriegseintritt bewogen hat! Die einzige Festlegung Stalins ist seine Zustimmung zu der beratenden Dreimächtekommission für Europa und das ganz allgemein gehaltene Versprechen der Zusammenarbeit nach dem Kriege. Da aber die Londoner Kommission nur beratenden Charakter hat und man in der Diplomatie unter Zusammenarbeit alles verstehen kann, was nicht gerade Krieg ist, so hat Stalin in Moskau in Wirklichkeit sich überhaupt jeder Festlegung entzogen, d. h. er hat die eigentliche Absicht, mit der England und USA zur Konferenz kamen, vereitelt!

Andererseits kam Molotow für Stalin zur Konferenz, um England und die USA auf möglichst schnelle und wirksame militärische Unterstützung für seine eigene Angriffspolitik gegen Europa, d. h. in erster Linie hinsichtlich der Bildung der sogenannten zweiten Front festzulegen. Wenn Eden und Hull mehrfach zugegeben haben, die Entscheidungen der Konferenz hätten sich auf militärische Fragen bezogen und man sei sich darüber klargeworden, wie man von nun ab den Krieg gemeinsam weiterführen wolle, so heißt dies, daß es Stalin gelungen ist, sein Konferenzziel durchzusetzen. Die Moskauer Konferenz bedeutet also einen klaren diplomatischen Sieg Stalins über England und die USA! Beide Staaten wurden gezwungen, nicht nur vor den machtpolitischen Ansprüchen Stalins zurückzuweichen, d. h. Europa dem Bolschewismus auszuliefern, sondern sich auch noch zu verpflichten, ihre ganze militärische Macht bedingungslos zur Niederwerfung des einzigen Machtfaktors in Europa, der

sich der bolschewistischen Flut mit Erfolg entgegenwerfen kann, nämlich des Großdeutschen Reiches, einzusetzen.

Es kann schwerlich anders denn als ein letzter verzweifelter Versuch Londons und Washingtons, an diesem Ergebnis vielleicht noch etwas zu ändern, angesehen werden, wenn der durch ein chronisches Leiden in seiner Bewegungsfähigkeit stark behinderte Roosevelt und der 69-jährige Churchill in den letzten Novembertagen die weite Reise nach der Hauptstadt des Iran, nach Teheran, unternahmen, um dort vier Tage lang mit Stalin in der sowjetischen Botschaft erneut zu beraten. Am 6. Dezember 1943 wurde über diese Verhandlungen folgende Verlautbarung veröffentlicht:

„Wir, Präsident der USA, Premierminister von Großbritannien und Ministerpräsident der UdSSR, sind in den vier letzten Tagen hier in der Hauptstadt unseres iranischen Verbündeten zusammengetroffen und haben unsere gemeinsame Politik gestaltet und bestätigt. Wir haben unsere Entschlossenheit ausgedrückt, daß unsere Nationen im Kriege und im nachfolgenden Frieden zusammenarbeiten sollen. Was den Krieg angeht, unsere militärischen Stäbe haben an unseren Erörterungen am runden Tisch teilgenommen und wir haben Pläne zur Vernichtung der deutschen Streitkräfte vereinbart. Wir haben ein volles Einvernehmen über das Ausmaß und den Zeitplan der Operationen erzielt, die vom Osten, Westen und Süden aus unternommen werden sollen. Das erzielte Einvernehmen bürgt dafür, daß der Sieg unser sein wird. Was den Frieden angeht, so sind wir davon überzeugt, daß unser Einvernehmen zu einem Dauerfrieden führen wird.

Wir erkennen die volle Verantwortung an, die auf uns und allen Vereinigten Nationen lastet, damit wir daraus einen Frieden machen, der den guten Willen der überwältigenden Massen der Völker der Welt führen und auf viele Generationen hinaus die Geißel und die Schrecken des Krieges bannen wird. Mit unseren diplomatischen Ratgebern haben wir die Zukunftsprobleme überprüft. Wir werden Zusammenarbeit und aktive Beteiligung aller Nationen, groß und klein, suchen, deren Völker in ihrem Herzen und Geist sich wie unsere eigenen Völker der Ausrottung der Tyrannei, der Versklavung und Unterdrückung und der Unduldsamkeit widmen. Wir werden sie willkommen heißen, wenn sie sich entschließen, in die Weltfamilie der demokratischen Nationen einzutreten. Keine Macht auf Erden kann uns daran hindern, die deutschen Armeen zu Lande, die deutschen U-Boote zur See und ihre Kriegsbetriebe von der Luft aus zu vernichten. Unsere Angriffe werden pausenlos sein und an Wucht zunehmen. Von dieser freundschaftlichen Aussprache blicken wir vertrauensvoll dem Tag entgegen, wo alle Völker der Welt von der Tyrannei unbehelligt und entsprechend ihren verschiedenen Wünschen und ihrem Gewissen ein freies Leben werden führen können. Wir sind mit Hoffnung und Entschlossenheit hierher gekommen. Wir verlassen diesen Ort als wirkliche Freunde, dem Geiste und den Absichten nach. Teheran, den 1. Dezember 1943.“

Außerdem wurde eine Erklärung der drei Konferenzmächte über den Iran bekanntgegeben, die diesem von englischen, amerikanischen und sowjetischen Truppen besetzten und wirtschaftlich in jeder Weise ausgebeuteten Staat Hilfe und Freiheit versprach!

Vergleicht man die Verlautbarung über die Konferenz von Teheran mit der über das Moskauer Treffen, so ergibt sich, daß offenbar auch Roosevelt und Churchill bei Stalin nicht mehr erreichten als Eden und Hüll bei Molotow. Teheran hat Moskau bestätigt!

Auf der Hinreise nach Teheran trafen sich Roosevelt und Churchill in Kairo mit Tschiangkaischek. Von den 320 Mitgliedern dieser Dreierkonferenz in Kairo waren 200 Engländer, 90 Amerikaner und die restlichen Chinesen, ein Riesenaufmarsch von Politikern und Generälen. Es wurde am 2. Dezember 1943 folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht: Roosevelt, Tschiangkaischek und Churchill haben mit ihren militärischen und diplomatischen Ratgebern ihre Konferenz in Nordafrika nach fünf Tagen beendet. Mehrere militärische Missionen haben ein Einvernehmen über die künftigen militärischen Operationen gegen Japan erzielt. Die drei Alliierten haben ihren Entschluß ausgedrückt, gegen ihre brutalen Feinde einen pausenlosen Druck zur See, zu Lande und in der Luft auszuüben. Die drei Alliierten führen diesen Krieg zur Niederhaltung und Bestrafung der Aggression Japans. Sie begehren für sich selbst keinen Gewinn und haben keinen Gedanken an eine territoriale Expansion. Es sei ihr Ziel, daß Japan alle Pazifik-Inseln, die es seit Beginn des ersten Weltkrieges 1914 in seine Gewalt gebracht oder besetzt habe, abgenommen würden und daß die Mandschurei, Formosa und die Fischerinseln China zurückerstattet würden. Ferner ist beschlossen worden, daß Korea zu gegebener Zeit frei und unabhängig werden solle. Mit diesen Zielen vor Augen werden die drei Alliierten zusammen mit den im Krieg befindlichen Vereinigten Nationen auch weiterhin die schweren und langen Operationen durchhalten, die notwendig sind, um eine bedingungslose Kapitulation Japans zu erlangen.

Der Sinn der Konferenz in Kairo war offenbar, dem schwerbedrängten Tschiangkaischek Mut und Hoffnung einzuflößen und, im Verhältnis von Hwer bedrängten Verhältnis von USA zu England, das letztere erneut darauf festzulegen, daß es bei der Besiegung Japans ebenso bis zum letzten durchhalten werde, wie es dies seinerseits von den USA im Kampfe gegen Deutschland und seine Bundesgenossen erwartet. Angesichts der militärischen Lage in Ostasien kann man die in Kairo gegen Japan verkündeten Kriegsziele nur als großspurig und propagandistisch bezeichnen. Daß man mit Tschiangkaischek in Kairo und mit Stalin in Teheran getrennt verhandelt hat, erklärt sich aus der entschiedenen Weigerung Stalins, sich von seinen Alliierten in einen Gegensatz zu Japan drängen zulassen. Krieg zwischen Japan und der Sowjetunion ist ein immer wieder ausgesprochener Wunschtraum der Engländer und Amerikaner, weil sie das fernöstliche Gebiet der Sowjetunion für die Gewinnung von Luftbasen gegen Japan gebrauchen möchten. Moskau hat diesen Wünschen gegenüber aber stets völlig taube Ohren gezeigt.

Auf der Rückreise aus Teheran trafen sich Boosevelt und Churchill in Kairo mit dem Präsidenten der türkischen Republik, I n o e n u e. Reuter berichtete hierüber am 8. Dezember 1943: Churchill und Roosevelt schlossen mit dem Präsidenten der türkischen Republik, Inoenue, über militärische, politische und wirtschaftliche Probleme des Balkans Regelungen ab. Damit beendeten die beiden großen demokratischen Führer gestern abend ihre dritte große Konferenz im Mittelosten. Präsident Inoenue, Menemencioglu, Generalsekretär Acikalin und 16 andere Personen begaben sich am 4. Dezember auf dem Luftwege nach Kairo, wo der türkische Präsident und der Außenminister Aufenthalt in der von General Tschiangkaischek für die frühere Konferenz benutzten Villa nahmen. Die Türken waren begleitet von Sir Hughe Knatchbull Hugessen, dem britischen Botschafter in der Türkei, von dem britischen Rat Helm, von Luftvizemarschall George, USA-Botschafter Steinhardt und UdSSR-Botschafter Winogradow. Präsident Inoenue besuchte seit 33 Jahren das erstmal Ägypten.

Erwägungen der gesamten Balkanlage und die Möglichkeit militärischer und strategischer Entwicklungen waren die vorherrschenden Themen der Konferenz. Churchill hatte Stunden dauernde Unterredungen mit General Maitland Wilson, dem Oberbefehlshaber im Mittelosten, und mit Luftmarschall Sholto Douglas, Oberbefehlshaber der Luftwaffe im Mittelosten. Es wurden keine offiziellen Erklärungen über die diskutierten Fragen abgegeben, man glaubt aber, daß die folgenden Probleme auf der Konferenz erörtert wurden: 1. Die Möglichkeit einer aktiveren Rolle der Türken im Kriege, 2. die Möglichkeit militärischer Abtretungen an die Alliierten auf der Linie des kürzlich mit Portugal hinsichtlich der Azoren abgeschlossenen Abkommens, 3. Regelung des Status der Türkei als Balkanmacht, 4. Regelung der Beziehungen zwischen der Türkei und den UdSSR und Umreißung der Nachkriegsinteressen der beiden Mächte im Donaugebiet, 5. Bildung eines soliden Mächteblockes im Osten von der Arktis bis zum Mittelmeer entsprechend der soliden anglo-amerikanischen Front. Der türkische Außenminister Menemencioglu erklärte nach der Rückkehr aus Kairo über die dortige Konferenz vor der Presse folgendes:

„Die Konferenz von Kairo war eines der wichtigsten Ereignisse in der jetzigen Kriegsphase. Wir kehren außerordentlich zufrieden über unsere Unterredungen zurück. Wir haben dort über alle Aspekte der Politik und des Krieges gesprochen. Sie wissen zweifellos, daß die Einladung zu dieser Konferenz von England, den USA und der Sowjetunion ausgegangen ist. Die Sowjetregierung hätte durch Herrn Wyschinsky vertreten sein sollen, doch konnte dieser nicht rechtzeitig eintreffen. Ich kann Sie indes versichern, daß die Sowjets auch ohne Herrn Wyschinsky dort anwesend waren. Wie Sie bereits aus dem Kommuniqué ersehen konnten, ist unser Bündnis mit England aus dieser Konferenz verstärkt hervorgegangen. Unsere Besprechungen waren so intim und so weitreichend, daß wir auch sagen können, unsere Beziehungen zu den USA und zur

Sowjetunion seien fast so herzlich und stark wie jene zu England. Wir haben alle Aspekte und Probleme mit einer manchmal brutalen Offenheit, jedoch mit Verständnis geprüft. Wir haben vieles erfahren, was wir nicht wußten, unsere Freunde wiederum haben manche Dinge, die ihnen unbekannt waren, zur Kenntnis genommen. Wir haben uns ihnen genähert, sie haben sich uns genähert, damit wir einander besser verstehen in unseren Interessen und unseren Möglichkeiten. Da alle unsere Unterredungen das Gepräge dieses Geistes trugen, konnten wir Kairo in einer Atmosphäre vollkommener Herzlichkeit verlassen. Ich kann Ihnen sagen, daß wir in unseren Unterredungen auf der Linie der Direktiven unserer Volkspartei verblieben sind und daß unsere türkische Außenpolitik unverändert bleibt.“

Die Konferenz von Kairo war also ein eindeutiger diplomatischer Mißerfolg Roosevelts und Churchills. Ihre Absicht, die Türkei zum Kriegseintritt zu bewegen, mißlang ebenso, wie dieses dem engli-

schen Außenminister Eden einen Monat vorher mißlungen war, als er sich auf der Rückreise von der Moskauer Konferenz am 5. und 6. November mit dem türkischen Außenminister ebenfalls in Kairo traf.

Nach beiden Konferenzen nahm die türkische Presse eindeutig gegen den Kriegseintritt der Türkei Stellung. Ihre Argumentation gipfelte in der Feststellung, wenn die drei Großmächte in Moskau und in Teheran beschlossen hätten, den Krieg beschleunigt zu beenden, so sei es nicht Aufgabe der Türkei, durch ihren Kriegseintritt im Sinne dieses Konferenzbeschlusses sich zu betätigen, sondern dies sei ausschließlich Aufgabe dieser drei Großmächte selbst.

Im Lichte der englisch-amerikanischen Bemühungen, die Türkei in den Krieg zu bringen, versteht man die großspurige, durch die militärische Lage keineswegs begründete siegesbewußte Diktion der Kommuniqués von Moskau, Kairo und Teheran: Man wollte den türkischen Staatsmännern einreden, sie müßten jetzt schleunigst in den Zug zum Siege einsteigen, wenn sie nicht bei der Verteilung der Siegesbeute endgültig zu spät kommen wollten. An dem kühlen Realismus der türkischen Staatsmänner ist dieser Versuch jedoch wirkungslos abgeprallt.

So endete auf seilen unserer Kriegsgegner das Jahr 1943 auf der politisch-diplomatischen Ebene mit einem Sieg Stalins über England und die USA und mit einer weiteren Niederlage im Kampf um den Kriegseintritt der Türkei. Damit scheiterte zugleich ihr Bemühen, die türkische Armee von 1 bis 1,5 Millionen Mann zum Sturm gegen den Balkan in Bewegung zu setzen. An keiner der drei Ecken der Festung Europa, weder an der südöstlichen, auf dem Balkan, noch an der südwestlichen, auf der Iberischen Halbinsel, noch an der nordöstlichen, auf der skandinavischen Halbinsel und in Finnland, zeigten sich diplomatische, politische oder militärische Einbruchsmöglichkeiten für die Feinde Europas. Auf allen Verbindungslinien zwischen diesen drei Ecken Europas aber stand die deutsche Wehrmacht mit ihren Verbündeten entweder in festen Stellungen den Angriff des Feindes erwartend oder in hartem Verteidigungskampf für Europa aufrecht!



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1944

Januar/Februar-Lieferung
(Nr. 106/109 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Rede des Führers zum 30. Januar 1944

Der Führer hielt zum 11. Jahrestag der Machtübernahme aus seinem Hauptquartier folgende Rede an das deutsche Volk (DNB)*:

129 Im fünften Jahr des größten Krieges können niemand mehr die Ursachen und damit der Sinn und Zweck dieses Weltkampfes unklar sein. Denn die Zeit, in der es noch den Anschein haben konnte, als handle es sich auch bei diesem Kampf nur um eine der von England immer wieder angezettelten europäischen Streitigkeiten zur Verohnmachtung des Kontinents für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Kräfte zugunsten des britischen Empire, ist längst vorbei. Was seit dem Jahre 1936 in London planmäßig zum Kriege hetzte, ist heute vom Antreiber zum Getriebenen geworden. Die Geister, deren sie sich nach altbritischer Gepflogenheit auch dieses Mal zu bedienen gedachten, sind ihnen als Herren selbst über den Kopf gewachsen. Ganz gleich, wie dieser Kampf auch ausgehen würde: England hat seine Rolle auf dem Kontinent endgültig ausgespielt. Die Frage ist nicht mehr die, ob in dem heutigen Krieg das alte Gleichgewicht der Kräfte erhalten oder wiederhergestellt wird, sondern sie lautet nur:

wer am Ende dieses Kampfes in Europa die Vormacht sein wird. Entweder die europäische Völkerfamilie, repräsentiert durch ihren stärksten Staat, oder der bolschewistische Koloß. Der erste Fall aber ist nur denkbar, wenn Deutschland diesen Krieg, der ein Kampf nicht nur für es selbst, sondern für ganz Europa ist, gewinnt. Im zweiten würde Sowjetrußland Sieger sein.

Die von gewissen englischen Zeitungen ausgestreuten Bemerkungen, daß Rußland nach einer eventuellen Besiegung Deutschlands keinen Anlaß mehr hätte, in Europa weiter vorzudringen und sich deshalb einfach mit der Erziehung, d. h. Ausrottung des deutschen Volkes zufriedengäbe, ist eine genau so für europäische Dummköpfe berechnete jüdische Zumutung, wie die andere, daß, ehe dieser Krieg noch beendet sein wird, England ohnehin sofort die Führung des neuen Kampfes gegen Sowjetrußland zu übernehmen gedächte. Denn erstens wird sich der Siegerin diesem Völkerringen seine Zielsetzung nicht von britischen Zeitungsschreibern bestimmen lassen und zweitens würde im Falle des Sieges des Bolschewismus der traurige Rest Europas gegen den dann Europabeherrschenden europäisch-asiatischen Koloß der Sowjetunion wohl kaumunter englischer Führung weiter streiten, um so mehr, als die militärischen Aussichten eines solchen Kampfes nur von einem kompletten Strohkopf als aussichtsreich gewertet werden könnten. Außerdem weiß ja jeder Europäer, daß in einem solchen Fall der vielleicht vorübergehendübriggebliebene kleine westeuropäische Staatenrest nur die Ehre besäße, ähnlich den Empiretruppen der Kanadier, Australier, Neuseeländer, Südafrikaner usw. die alleinige Blutlast zu tragen im Kampf für die Erhaltung der britischen Herrschaft und zur Schonung ihrer eigenen Menschenleben.

Eines ist deshalb ganz sicher: In diesem Kampf kann es nur einen Sieger geben, und der wird entweder Deutschland oder Sowjetrußland sein! Der Sieg Deutschlands bedeutet die Erhaltung Europas und der Sieg Sowjetrußlands seine Vernichtung. Das ist, wie gesagt, so klar, daß es vor allem auch jeder nicht völlig verblödete Engländer genau wissen mußte. Wenn dort trotzdem mit echt britischer Heuchelei getan wird, als könnte es auch anders sein, dann hängt dies nur damit zusammen, daß

*) Inhaltstext erscheint im 3. Band des von Reichsleiter Buhler herausgegebenen „Großdeutschen Freiheitskampfes“.

130 die schuldigen Kriegsverbrecher in London doch keine Möglichkeit mehr sehen, durch die sie sich aus ihrer eigenen Verstrickung herauslösen konnten, und daß ihnen vor allem der Weg nach rückwärts durch ihre jüdischen Drahtzieher und Antreiber auch innerpolitisch bereits verbaut ist. Es ist deshalb für England und für die USA überhaupt nicht mehr die Frage, ob sie nach diesem Kriege den Bolschewismus selbst bekämpfen wollen oder können, sondern nur noch die Frage, ob sie sich des Bolschewismus in den eigenen Ländern zu erwehren vermögen. Was aber Europa in der Praxis von britischen Hilfsversprechungen überhaupt zu erwarten hat, beweist am schlagendsten die englisch-amerikanische Haltung gegenüber dem Schicksal der Polen, der Finnen, der baltischen Staaten sowie ganz Südosteuropas. Mit dem gewissenlosen Garantieverprechen, Polen helfen zu wollen, hat man diesen Staat einst in den Krieg gegen Deutschland gehetzt; mit der verlogenen Behauptung, andere Staaten vor Deutschland retten zu müssen, hat man ihnen Beistandspakte aufoktroziert, und nun werden unter genau so verlogenen Phrasen alle diese Länder heute fallen gelassen und geopfert. Sie müssen aberpreisgegeben werden, nicht weil vielleicht jeder einzelne Engländer das will, sondern weil England unfähig ist, im Falle eines Sieges des Bolschewismus diese Entwicklung zu verhindern. Ja nicht nur das; weil sie nicht einmal in der Lage sind, ihrer eigenen bolschewistisch verseuchten Opposition gegenüber eine andere Politik vertreten, geschweige denn mit Erfolg durchführen zu können. Übrigens wird jeder Staat, der sich sowie England dem Judentum erst einmal verschrieben hat, früher

oder später dieser Pest erliegen, es sei denn, er rafft sich in letzter Minute noch auf und entfernt mit Gewalt diese Bakterien aus seinem Körper. Die Meinung, zu einem friedlichen Zusammenleben oder gar zu einem Ausgleich der eigenen Interessen mit denen der Fermente dieser Völkerzersetzung kommen zu können, ist nichts anderes, als zu hoffen, daß der menschliche Körper in der Lage sei, auf die Dauer auch Pestbazillen zuassimilieren. Die Frage der Errettung der europäischen Staaten und damit der Errettung Europas ist deshalb eine Frage, die ausschließlich durch das nationalsozialistische deutsche Volk und seine Wehrmacht und die mit ihm verbündeten Staaten entschieden wird. Wenn aber das Reich zerbrechen würde, könnte kein anderer Staat 4n Europa dem neuen Hunneneinbruch einen wirkungsvollen Widerstand entgegensetzen. Und das weiß man auch im Kreml. Daher würde im Falle seines Sieges — schon aus Vorsicht für die Zukunft — das Schicksal der deutschen Nation die völlige Ausrottung durch den Bolschewismus sein. Und dieses Ziel ist auch die offen zugegebene Absicht des internationalen Judentums.

Es ist dabei belanglos, ob die jüdischen Verfechter dieses Zieles in England oder in Amerika sitzen, ob sie sich in den verschiedenen Staaten Europas herumtreiben oder ob sie in ihrer Zentrale in Moskau dirigieren. Es ist auch gleichgültig, ob europäische oder außereuropäische Staatsmänner diese Tatsache einsehen oder nicht wahrhaben wollen, und es ist erst recht ohne Belang, ob man in dem einen oder anderen Lande glaubt, durch untertäniges Streicheln die selbstgezüchteten jüdischen Bakterien vielleicht entgiften zu können: Wenn Deutschland nicht siegen würde, wäre das Schicksal der nord-, mittel- und südeuropäischen Staaten in wenigen Monaten entschieden. Der Westen aber käme in kürzester Frist nach. Zehn Jahre später hätte der älteste Kulturkontinent die Wesenszüge seines Lebens verloren, das uns allen so teuer gewordene Bild einer mehr als zweieinhalbtausendjährigen musischen und materiellen Entwicklung wäre ausgelöscht, die Völker als Träger dieser Kultur, ihre Repräsentanten der geistigen Führung der Nationen aber würden irgendwo in den Wäldern oder Sümpfen Sibiriens, soweit sie nicht durch Genickschuß ihre Erledigung gefunden hätten, verkommen. Der verwüstende jüdische Ahasver aber könnte dann das zerstörte Europa in einem zweiten triumphierenden Purim-Fest feiern. Daß aber das deutsche Volk fähig ist, diesen entscheidenden Schicksalskampf für seine und des

131 ganzen europäischen Kontinents Erhaltung zu führen, verdankt es jener gnädigen Führung Gottes, die nach einem langen Kampf um die Macht nunmehr vor 11 Jahren den Nationalsozialismus siegreich das Ziel erreichen ließ. Ohne den 30. Januar 1933 und ohne die national-sozialistische Revolution, ohne ihre gewaltige innere Reinigungs- und Aufbauarbeit gäbe es heute keinen Faktor in Europa, der dem bolschewistischen Koloß entgegentreten in der Lage wäre. Denn das damalige Deutschland war selbst so krank und durch die zunehmende jüdische Infektion so geschwächt, daß es kaum daran denken konnte, der bolschewistischen Gefahr im eigenen Innern Herr zu werden, geschweige denn sich ihrer nach außen hin zu erwehren... Der, genau so wie in den anderen Ländern, vom Judentum herbeigeführte wirtschaftliche Ruin, der Arbeitslosmachung von zahlreichen Millionen deutscher Menschen, die Vernichtung des Bauerntums, die Zerstörung von Gewerbe und Industrie, galten nur der planmäßigen Vorbereitung des inneren Zusammenbruchs. Dieser wurde unterstützt durch die Aufrechterhaltung eines sinnlos gewordenen Klassenstaates, der nur noch dazu dienen konnte, die Vernunft der breiten Masse in Haß zu verwandeln, um sie so als willfähiges Instrument der bolschewistischen Revolution verwenden zu können. Indem man den proletarischen Sklaven mobilisierte, durfte man hoffen, ihn nach der Vernichtung der nationalen Intelligenz erst recht zum endgültigen Kuli erniedrigen zu können. Aber selbst wenn dieser Prozeß der bolschewistischen Revolte im Innern Deutschlands nicht zum vollen Erfolg geführt hätte, so wäre doch der Staat in seiner demokratischen Weimarer Verfassung den großen weltpolitischen Aufgaben der Gegenwart gegenüber nur eine lächerlich hilflose Erscheinung gewesen. Um für diese Auseinandersetzung gerüstet zu sein, mußten deshalb nicht nur machtmäßige, sondern vor allem gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufgaben ihre Lösung finden. Indem der Nationalsozialismus vor 11 Jahren unverzüglich mit der Verwirklichung seines Programms begonnen hatte, gelang es ihm gerade noch zur rechten Zeit, den Staat aufzurichten, der nicht nur kraftmäßig im Innern, sondern auch machtmäßig nach außen fähig ist, jene europäische Mission zu erfüllen, die im Altertum einst Griechenland gegen die Perser, Rom gegen die Punier und in späteren Jahrhunderten das Abendland endlich gegen die Einbrüche des Ostens übernommen hatten. Vier große Aufgaben waren deshalb im Jahre 1933 unter vielen anderen gestellt, von deren Lösung nicht nur die Zukunft des Reiches, sondern die Rettung Europas, ja vielleicht der ganzen menschlichen Zivilisation abhing.

1. Das Reich mußte durch die Lösung der sozialen Fragen wieder den verlorengegangenen inneren gesellschaftlichen Frieden erhalten. Das heißt, die Elemente der Klassenspaltung — Bürgertum und Proletariat — waren in all ihren zahlreichen Erscheinungsformen zu beseitigen und an ihre Stelle eine Volksgemeinschaft zu setzen. Der Appell an die Vernunft war zu ergänzen durch die rücksichtslose Beseitigung der bösewärtig widerstrebenden Elemente in allen Lagern.

2. Die sozialpolitische Einigung des Volkes war zu ergänzen durch die nationalpolitische: das heißt, an die Stelle des nicht nur politisch, sondern auch staatlich zerrissenen Reichskörpers mußte der nationalsozialistische Einheitsstaat treten, in einer Konstruktion und mit einer Führung, die geeignet sein konnten, auch den schwersten Angriffen und Belastungsproben der Zukunft wirkungsvoll entgegenzutreten und standzuhalten.

3. Der volklich und politisch untermauerte Einheitsstaat hatte die Aufgabe, sofort jene Wehrmacht zu schaffen, die in ihrer geistigen Einstellung, moralischen Haltung, ihrer zahlenmäßigen Stärke und in ihrer materiellen Rüstung als Instrument den Aufgaben der Selbstbehauptung genügen konnte. Nachdem die andere Welt alle deutschen Angebote einer Rüstungsbegrenzung ablehnte, mußte das Reich seine eigene Rüstung dementsprechend gestalten.

132 4. Um überhaupt mit Aussicht auf Erfolg seinen Bestand in Europawahren zu können, war die Zusammenfassung aller jener Länder notwendig, die von Deutschen bewohnt oder über einem Jahrtausend zum Deutschen Reich gehörig Räume darstellen, die völkisch und wirtschaftlich für die Erhaltung des Reiches, das heißt für seine politisch-militärische Verteidigung unentbehrlich sind.

Nur die Lösung all dieser Aufgaben konnte einen Staat ergeben, der dann innerlich und äußerlich befähigt war, den Kampf für die Verteidigung seiner selbst und für die Erhaltung der europäischen Völkerfamilie zu führen. Als vor elf Jahren die nationalsozialistische Bewegung die Macht im Staate nach einem langen legalen Ringen erhalten hatte, waren allerdings große Voraussetzungen für die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe bereits geschaffen worden. Die deutsche Volksgemeinschaft hatte ihre Verkörperung in der Bewegung selbst gefunden. Es hat daher nicht der Staat die Bewegung im Laufe der kommenden Jahre gestaltet, sondern die Bewegung formte den Staat. Was nun auch immer Großes seit dieser Zeit geleistet wurde, an der Spitze aller Taten der nationalsozialistischen Revolution steht ohne Zweifel der Aufbau der deutschen Volksgemeinschaft, die ebenso behutsame wie beharrliche Umgestaltung des einstigen Klassenstaates in einen neuen sozialistischen Organismus als Volksstaat. Denn dadurch allein ist das Deutsche Reich immun geworden gegenüber allen bolschewistischen Infektionsversuchen. Daß in diesem Staate heute jeder junge Deutsche, ohne Ansehen seiner Geburt, seiner Herkunft, seines Vermögens, der Stellung seiner Eltern, ihrer sogenannten Bildung usw. nur nach eigenem Verdienst alles werden kann, ist eine der entscheidendsten Taten der nationalsozialistischen Revolution. In welcher rapiden Weise sich dieser sozialistische Aufbau unseres Volkskörpers vollzieht, erweist sich am stärksten heute im Kriege. Denn auch die Wehrmacht ist nun in den Bereich dieser Entwicklung einbezogen. Mehr als 60 v. H. des jungen Offizierskorps stammen aus dem Mannschaftsstande und schlagen damit die Brücke zu Hunderttausenden von Arbeitern und Bauern oder Angehörigen des kleinen Mittelstandes. Es wird dereinst in der Geschichte als eine der größten Leistungen bezeichnet werden, daß es dabei in diesem großen Staate gelungen ist, eine sozialistische Revolution einzuleiten und durchzuführen, die ohne jede Zerstörung an nationalem Eigentum und ohne jede Beschränkung der schöpferischen Kraft der alten Stände trotzdem die völlige Gleichstellung aller erreicht hat. Diese Entwicklung wird der Nationalsozialismus in unbeirrbarer Entschlossenheit und Konsequenz weiter fortführen. Er wird damit aber auch dem internationalen Judentum alle Ansatzpunkte für eine innere Aushöhlung unseres Volkskörpers nehmen. Die nationalsozialistische Gemeinschaft ist daher schon jetzt als das unangreifbare Zentrum jeder europäischen Selbstbehauptung anzusehen. Denn nur der Staat, der in seinem eigenen Inneren völlig frei von unsozialen Infektionsherden ist, kann dem Bolschewismus mit Sicherheit auch nach außen entgegentreten. Das Judentum selbst hat in unserem großen Reich alle Macht verloren! Indem es den Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland verbrochen hat, wird es mithelfen, die Gedanken der nationalsozialistischen Revolution zu verbreiten und die Elemente einer wissenschaftlichen Erkenntnis und sachlichen Lösung dieser Frage auch anderen Nationen nahezubringen. Der Weltkrieg vom Jahre 1939 wird einst in die Geschichte eingehen als eine gigantische Wiederholung des Prozesses gegen die Partei im Jahre 1924. So wie damals dieser zur Vernichtung der Bewegung gedachte Angriff ihr Ideengut förmlich mit der Gewalt einer Explosion über das übrige Deutschland verbreitete, so wird dieser Kampf den Völkern in wenigen Jahren die Augen über die Judenfrage öffnen und die nationalsozialistische Ant-

wort und die Maßnahmen zu ihrer Beseitigung ebenso als nachahmenswert wie selbstverständlich erscheinen lassen. Die Größe der weltgeschichtlichen

133 Auseinandersetzung wird dabei die Augen und den Verstand der Nationen für das Denken und Handeln in so gewaltigen geschichtlichen Dimensionen schulen. Aus den Millionen von Soldaten und Kriegsgefangenen erwachsen dereinst Millionen von Propagandisten dieser Erkenntnis. Daß die nationalsozialistische Revolution darüber hinaus innerorganisatorisch, wirtschaftlich und machtmäßig dem deutschen Volk die Waffen zur Selbstbehauptung gegeben hat, kann durch nichts stärker belegt werden als durch den gigantischen Kampf, der nunmehr seit fünf Jahren tobt. Dieses Ringen kann dabei keinen anderen Verlauf nehmen, als ihn bisher noch jeder andere große Krieg auf dieser Erde nahm. Es kann das Auf und Ab der Ereignisse deshalb nur den bedrücken, der geschichtlich weder sehen noch denken gelernt hat. Der Weg von der Vision des halbblinden Soldaten vom Jahre 1918 bis zur Realität des nationalsozialistischen Staates im Jahre 1944 war ein gewaltigerer und sicher schwierigerer als der Weg des heutigen Reiches zum endgültigen Siege. Daß am Ende dieses Ringens aber der Sieg Deutschlands und damit Europas stehen wird gegen seine westlichen und östlichen verbrecherischen Angreifer, ist für jeden Nationalsozialisten nicht nur der Ausdruck seines Glaubens, sondern als Abschluß des ganzen bisherigen Kampfes eine innere Gewißheit. Die Garanten dieses Sieges sind heute nicht nur die Soldaten an der Front, sondern auch die Kämpfer in der Heimat. So wie aus dem ersten Weltkrieg der Nationalsozialismus geboren wurde, so wird er im zweiten seine äußerste Stärkung und Festigung erhalten. Die Heimat wird, wie schwer es auch sein mag, am Ende doch niemals verzweifeln, denn sie weiß um ihr Schicksal und sieht ihre Söhne an den Fronten für sich kämpfen. Die Front wird nie verzagen, sondern sich auch nach schwersten Tagen wieder fangen, denn in ihre Hand ist nicht nur die arbeitende, sondern die nicht minder tapfer kämpfende Heimat gelegt, als sie selbst es zu tun gezwungen ist. Der Versuch unserer Gegner, durch Spreng- und Brandbomben das deutsche Volk und Reich zum Zusammenbruch zu bringen, wird diese am Ende immer mehr in ihrer sozialistischen Einheit festigen und jenen harten Staat schaffen, der von der Vorsehung bestimmt ist, die Geschichte Europas in den kommenden Jahrhunderten zu gestalten. Daß sich dieser gewaltige, die Welt erschütternde Prozeß unter Leid und Schmerzen vollzieht, entspricht dem ewigen Gesetz einer Vorsehung, die nicht nur alles Große im Kampfe entstehen, sondern sogar den einzelnen Erdenbürger unter Schmerzen das Licht der Welt erblicken läßt.

Das 12. Jahr der Neuorganisation unseres Volkes wird an die Front und an die Heimat härteste Anforderungen stellen. Wie sehr aber auch der Sturm an unsere Festung toben und heulen mag, am Ende wird er sich, wie jedes Gewitter, eines Tages legen, und aus' finsternen Wolken wird dann wieder eine Sonne hervorleuchten auf diejenigen, die standhaft und unerschütterlich, ihrem Glauben treubleibend, die Pflicht erfüllten. Je größer deshalb auch heute die Sorgen sind, um so größer wird dereinst der Allmächtige die Leistung derjenigen wägen, beurteilen und belohnen, die gegenüber einer Welt von Feinden ihre Fahne in treuen Händen hielten und unverzagt vorwärts trugen. Dieser Kampf wird deshalb am Ende trotz aller Teufeleien unserer Gegner zum größten Sieg des Deutschen Reiches führen.



Innenpolitik

134 Die ersten beiden Monate des Jahres 1944 standen im Zeichen schwerer Abwehrkämpfe an allen Fronten. Die Feinde des Reiches haben zu Beginn des Jahres keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie

es als ihr Ziel betrachten, Deutschland im Jahre 1944 niederzuringen. Demgegenüber steht der unbeugsame Wille von Führer, Volk und Armee, diesen Kampf siegreich zu bestehen. Wie üblich, - hat der Führer zu Beginn des Jahres Aufrufe an das deutsche Volk und an die Wehrmacht erlassen. Sie waren, großartig zusammengefaßt. Rückschau und Ausblick über die kriegerischen und politischen Ereignisse (siehe Seite 108. 116).

Die Befehlshaber der übrigen Wehrmachtteile, Kriegsmarine, Luftwaffe und der Waffen-SS erließen ebenfalls Tagesbefehle, aus denen die Zuversicht auf den Sieg überzeugend zum Ausdruck kam (siehe Seite 121). Auch Reichsbauernführer Herbert Backe forderte das deutsche Landvolk in einem Aufruf auf, wie bisher seine Pflicht zu tun (siehe Seite 123). Reichsminister Speer wendete sich zum Jahresbeginn an die Schaffenden der deutschen Rüstung (siehe Seite 122).

Mit Beginn des neuen Jahres haben die Engländer und Amerikaner ihren Luftkrieg gegen deutsche Städte, insbesondere gegen die Reichshauptstadt, mit verstärkter Grausamkeit aufgenommen. Fast täglich fliegen Geschwader von Hunderten feindlicher Bomber in das Reichsgebiet ein, um Tod und Verderben über die Wohnviertel deutscher Städte abzuladen. Mit bewundernswertem Heldenmut hält die deutsche Zivilbevölkerung diesem Terror stand. Welche Bedeutung der Feind diesen seinen Anstrengungen beimißt, geht aus der Tatsache hervor, daß er von der Schlacht um Berlin spricht. Der Mann, der in der Reichshauptstadt den zivilen Widerstand gegen den angelsächsischen Luftterror leitet, Gauleiter Reichsminister Dr. Goebbels, nahm in der Wochenzeitschrift „Das Reich“ zu dem Kampf um die ihm anvertraute Stadt das Wort. Was er zu sagen hat, geht nicht nur die Berliner, sondern das ganze deutsche Volk an: „Die englische Presse hat der Serie der nun schon durch drei Monate sich hinziehenden, nur durch gelegentliche Pausen unterbrochenen Terrorangriffe auf die Reichshauptstadt den Namen „Schlacht um Berlin“ gegeben. Sie hat dabei keinen Zweifel darüber gelassen, daß es in der Absicht der britischen Kriegführung liegt, mit diesen rohen und gemeinen Überfällen die Reichshauptstadt zu zerschlagen oder, wie sie selbst sagt, zu entmannen, die Kriegsmoral ihrer Bevölkerung zu zermürben und damit an der deutschen Heimatfront jenen entscheidenden Sieg zu erringen, der den Anglo-Amerikanern im bisherigen Verlauf des Krieges an der Front unserer kämpfenden Soldaten versagt geblieben ist. Es gibt niemanden in Berlin, der das nicht wüßte., aber auch niemanden, der nicht fest entschlossen wäre, sich diesen terroristischen Absichten des Feindes mit der ganzen Kraft seiner Seele und seines ungebrochenen Herzens entgegenzustemmen und sie so durch eine große Gemeinschaftsleistung des Heroismus zum Scheitern zu bringen.“ Der Minister verweist im weiteren Verlauf seines Artikels auf die steigende und

135 zum Teil schon überwältigende Abwehrkraft der deutschen Luftwaffe. Er erwähnt auch die langsam anwachsendenmassiven Gegenschläge, die allerdings nur als ein Vorspiel zu dem zuwerten sind, was noch kommen werde. Die britische Hauptstadt wird noch Gelegenheit haben, zu beweisen, ob sie den hohen Heroismus aufbringen wird wie die Reichshauptstadt. In den Herzen aller deutschen Männer, der Frauen und Kinder wachse ein brennender Haß auf gegen die Urheber dieses Unglücks, das sich über die deutschen Städte ausgieße.

Wer die Schwere der feindlichen Luftangriffe auf die deutschen Städte kennengelernt hat, der weiß, daß sie nur zu überwinden sind durch den großzügigsten und überlegtesten Einsatz der Abwehrkräfte. Gauleitereichsminister Dr. Goebbels, der selbst der verantwortliche Mann für die Organisation des Widerstandes in der Reichshauptstadt ist, weiß am besten die Verdienste der reichshauptstädtischen Bevölkerung aus diesen Wochen zu würdigen. Wenn er einzelne Männer und Frauen aus den Reihen der Bevölkerung hervorhebt, so um die besonders verdienstvollen Männer zuehren und der Bevölkerung insgesamt zu zeigen, daß die Staatsführung diese heldische Haltung vollauf zu würdigen weiß. Wie die Presse meldet, verlieh der Führer am 10. Februar 1944 auf Vorschlag des Berliner Gauleiters Reichsminister Dr. Goebbels das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern an den Gau-Stabsamtsleiter des Gaues Berlin der NSDAP Hauptbereichsleiter Gerhard Schach und den Berliner Polizeipräsidenten SA-Obergruppenführer und General der Polizei Wolf Heinrich Graf v. Helldorf. Gau-Stabsamtsleiter Schach und Graf von Helldorf haben sich im Kampf um Berlin während und nach den britischen Terrorangriffen hervorragende Verdienste erworben und sich besonders aus-gezeichnet.

In steigendem Maße wehren die deutschen Jagdverbände die feindlichen Terrorflieger ab. Schon am 14. Oktober des vorigen Jahres haben die Amerikaner bei dem Angriff auf Schweinfurt über 100 Maschinen verloren. Diese Zahl von über 100 Abschüssen hat sich im Laufe der letzten Monate des öfteren wiederholt. Die deutschen Jäger greifen mit unvorstellbarer Kühnheit bei Tage und bei Nacht, vertrauend auf die Überlegenheit ihrer Waffen, die im Verbands fliegenden, von Zerstörern und Jägern geschützten Bombergeschwader an und zersprengen sie oft schon, ehe sie das Ziel ihrer Angriffe

erreichen. 80, 100, 120, ja sogar 140 Abschüsse sind keine Seltenheit mehr. Solche Niederlagen führten oft dazu, daß der Feind nicht zum planmäßigen Angriff kam und die Wucht seiner Terroraktionen zerschlagen wurde. Die Flüge über Deutschland wurden mehr und mehr für den Feind zu Verlustunternehmungen, wobei der endgültige Ausfall an feindlichen Maschinen deutscherseits nicht zu übersehen ist, denn ein gewisser Prozentsatz feindlicher Flieger wird auch, ohne abgeschossen zusein, den Heimathorst nicht mehr erreicht haben oder dort bei der Landung zu Bruch gegangen sein. Tiefe Befriedigung hat die Tatsache erregt, daß den Meldungen aus dem Hauptquartier zufolge die deutsche Luftwaffe in zunehmendem Maße die britische Hauptstadt angreife. Diese Aktionen hatten die Briten nicht erwartet. Sie hatten geglaubt und diese Meinung in der Welt zu verbreiten versucht, daß der Luftkrieg für sie auf die Dauer ein immer ungefährlicheres und schließlich einseitiges Unternehmen sein werde. Darin täuschen sie sich, denn die Luftwaffe hat in harten, kurzen Schlägen mehrfach die britische Hauptstadt angegriffen. Die dabei angewandte Taktik verursachte schwere Schäden in Industrievierteln und im Zentrum von London, ohne daß es der wütenden britischen Flak- und Jagdabwehr gelungen wäre, nennenswerte Abschüsse zu erzielen. Es gab in der Serie dieser Angriffe gegen London Operationen, bei denen nicht eine einzige deutsche Maschine abgeschossen wurde. Dieses für die Briten so offensichtliche Mißverhältnis zwischen Angriffe erfolg und Abschußzahlen hat in militärischen und politischen Kreisen in London wie auch unter der Bevölkerung große Bestürzung hervorgeufen. Man sieht sich plötzlich vor eine Situation gestellt, die man nicht erwartet hat und aus der man in London bis heute noch keinen Ausweg gefunden hat.

136 Im Rückblick auf das Gesagte kann man feststellen, daß die Kriegereignisse der ersten beiden Monate für das deutsche Volk harte und bittere Belastungen bringen mögen, daß aber genügend Gründe vorhanden sind, die Zuversicht und Hoffnung rechtfertigen. Das deutsche Volk vertraut ebenso auf die Härte der Bevölkerung in allen Luftkriegsgebieten wie auf die Tapferkeit und Kühnheit der Soldaten.

Welchen Geistes unsere Soldaten sind, dafür hat die berüchtigte amerikanische Zeitung „Life“ ein beredtes Zeugnis abgelegt. Dort schildert einamerikanischer Armeegeistlicher den Eindruck, den deutsche Kriegsgefangene auf ihn gemacht haben: Er hebt besonders hervor, daß diese deutschen Soldaten fanatisch an den Führer glauben. „Diese Deutschen sind“, so heißt es in dem Bericht u. a. weiter, „außerordentlich kräftig. Obwohl Transportschiffe für Kriegsgefangene keine Luxusdampfer sind und Eisenbahnzüge keine Salonwagen, so marschieren diese deutschen Kriegsgefangenen, nachdem sie monatelang gereist sind, noch zahlreiche Meilen bis zu ihrem Lager, stets im Gleichschritt und oft während des Marsches singend. Sie sind stolz und selbstbewußt, sie kennen das nationalsozialistische Parteiprogramm sehr genau, wissen über die Nachkriegsziele Bescheid, kennenden Versailler Vertrag und seine verhängnisvollen Folgen, wissen um den Verlust der deutschen Kolonien und um den Verrat durch Wilsons 14Punkte. Sie wissen sehr gut, worum es in diesem Kampf für Deutschland geht, während die amerikanischen Soldaten sich durchaus nicht bewußt sind, wofür sie kämpfen. Die deutschen Soldaten sind auch gut in der Geographie beschlagen und sind 'ich klar darüber, daß in den USA ein großer Teil der Bevölkerung deutscher Abstammung ist. Sie sind überzeugt, daß die Sowjets Barbaren sind. Wird ihnen gesagt, daß Deutschland den Krieg verlieren werde, dann lachen sie nur darüber und behaupten im Chor, das sei alles nur törichte Agitation. Alle diese Soldaten“, so schließt der Bericht des Armeegeistlichen, „gleich welcher Rangstufe, sind fanatische Nazis und dem Führer blind ergeben.“

Einen großen Verlust erlitt die deutsche Luftwaffe durch den Tod des erfolgreichsten Nachtjägers, des Majors Prinz zu Sayn-Wittgenstein. Der gefallene Kommodore eines Nachtjagdgeschwaders hat 83feindliche Terrorbomber vernichtet. Er selbst starb den Fliegertod, nachdem er bei seinem letzten Fluge fünf Terrorbomber abgeschossen hatte. Die Nachricht von der Verleihung des Eichenlaubs mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, mit dem der Führer die außerordentlichen Leistungen dieses erfolgreichen Nachtjägers würdigt, hat Major Prinz zu Sayn-Wittgenstein nicht mehr erreicht.

In Würdigung der oft höchste Anforderungen stellenden Kämpfe gegen die Banden hat der Führer ein Bandenkampfabzeichen gestiftet. Es wird als Tapferkeits- und Leistungsabzeichen an die zur Bandenbekämpfung hinter der Ostfront und in den Gebirgen des Südostens eingesetzten deutschen Soldaten und auch an die auf den Führer vereidigten Angehörigen der nichtdeutschen Kampfverbände in drei Stufen: Bronze, Silber und Gold für jeweils 20, 50 und 100 Kampftage verliehen.

Während der Kampf an allen Fronten tobt, hat die nationalsozialistische Führung nicht versäumt, alles auf dem nicht weniger wichtigen Gebiet der politischen Kriegführung zu tun, was notwendig ist.

Am 30. Januar 1944 hat der Führer, dem alten nationalsozialistischen Brauch entsprechend, das Wort ergriffen, um am Tage der Machtübernahme zum deutschen Volke zu reden (siehe Seite 129).

137 Am 24. Februar jährte sich der Tag der Parteigründung. Er wurde begangen mit einer Tagung der Reichs- und Gauleiter, die unter dem Vorsitz des Leiters der Parteikanzlei, Reichsleiter B o r m a n n, stand. Reichsleiter Reichsminister Dr. Goebbels vermittelte der Parteiführung eine Gesamtschau des politischen und militärischen Geschehens. Dieser Krieg sei ein Kampf um unsere nackte Existenz und eine Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen, der wie alle Kämpfe weltanschaulicher Art in der Geschichte mit besonderer Schärfe ausgefochten werde. Der Minister erklärte, daß auf zahlreichen wichtigen Gebieten unserer politischen und militärischen Kriegführung die Aussicht bestünde, daß wir in absehbarer Zeit das Gesetz des Handelns wieder voll in unsere Hand bekämen. „Wir alten Reichsleiter und Gauleiter“, so sagte er, „haben schon so oft große geschichtliche Entwicklungen an der Seite des Führers mitgemacht, um genau zu wissen, daß nach Krisen immer die erlösende Stunde der gesegneten Gelegenheit kommt. Davon sind wir auch heute alle fest überzeugt.“ Gauleiter Grohe referierte über den Einsatz der Partei im Luftkrieg und schilderte, wie auch unter schwierigsten Verhältnissen die Partei neben der praktischen Hilfe für die vom Luftterror betroffene Bevölkerung jederzeit auch ihrer Aufgabe in der Menschenführung und Betreuung nachkäme und dadurch wesentlich zur moralischen Festigung unseres Volkes beitrage. Aus dem Geist, den die Nationalsozialistische Partei unserem Volke in seiner Gesamtheit einimpfe und aus ihrer ständigen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit erwachse jene Haltung, die die Menschen opferfähig mache und jene männliche Initiative erwecke, die allein den feindlichen Luftterror überwinde. Reichsbauernführer Backe umriß die Aufgaben und die Entwicklung des Reichsamtes für das Landvolk. Er würdigte die großen Verdienste der deutschen Bauernführer, die wesentlich dazu beigetragen haben, die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern. Oberbereichsleiter M a r r e n b a c h sprach über die Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront im Kriege. Er zeigte ein eindrucksvolles Bild der großen Leistungen dieser Organisation, deren Aufgaben im Kriege noch wichtiger geworden seien als im Frieden. Im Auftrage des Reichswohnungskommissars Dr. Ley wurde ein Bericht gegeben über die Arbeit auf dem Gebiet des Wohnungsbaues. Die Behelfsheimaktion sei eine Waffe in diesem Kriege, um der Wohnraumblockade, die uns der Gegner zudedacht habe, wirksam entgegentreten zu können. Ihr Ziel sei, so viel Herdstellen, wenn auch in primitiver Form, wieder zu erstellen, wie der Gegner uns Wohnungen zerstört. Der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, Generaloberst J o d l, gab der versammelten Parteiführerschaft einen umfassenden und klaren Überblick über die Kriegslage an allen Fronten. Seine Ausführungen, die im einzelnen keineswegs die Schwierigkeiten verkennen ließen, denen die deutsche Kriegführung im vergangenen Jahr gegenübergestanden ist und die sie allen Plänen und Absichten unserer Gegner zum Trotz gemeistert hat, klangen aus in einem von tiefstem Vertrauen getragenen Ausblick in die Zukunft. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley beschloß die Reihe der Vorträge mit einem von leidenschaftlicher Anteilnahme erfüllten Hinweis auf den persönlichen Einsatz des Führers.

Am 27. und 28. Januar fand unter Leitung des Reichswohnungskommissars Dr. Ley eine Arbeitsbesprechung aller Gauwohnungskommissare statt. Der größte Teil der Gaue war durch die Gauleiter persönlich in ihrer Eigenschaft als Gauwohnungskommissar vertreten. Insbesondere nahmen die Gauleiter aus Gebieten mit größeren Bombenschäden selbst an der Tagung teil, auf der außerdem Vertreter der übrigen interessierten obersten Dienststellen der Partei und des Staates anwesend waren. In einem grundlegenden Eröffnungsvortrag gab Reichswohnungskommissar Dr. Ley einen Überblick über die bisherige Aktivität der Partei auf dem Gebiet des Wohnungsbaues. „Wir stehen jetzt“, erklärt Dr. Ley, „am Anfang des Deutschen Wohnungshilfswerkes. Dieser im großen Stil beginnende Bau von Behelfsheimen wird wenigstens während der Kriegszeit die dringendsten Wohnraumbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen. Dr. Ley gab einen Überblick über alle wirtschaftspolitischen, kontingentmäßigen und rechtlichen Maßnahmen, die einen umfangreichen Bau von Behelfsheimen mit der Eigenhilfe der Bevölkerung sichern und fördern sollen. Das Deutsche Wohnungshilfswerk könne nie etwa von einer Behörde durchgeführt werden. Diese könne zwar Gesetze erlassen und Verordnungen herausgeben, also die Wege ebnen, aber nicht selbst bauen. Hier müßten die staatlichen Gesetze und Verordnungen durch die motorische Kraft der Partei und die private Initiative ergänzt und zum Erfolg geführt werden.

138 Das Deutsche Wohnungshilfswerk müsse auch von den Behörden ohne bürokratische Hemmungen bearbeitet und gefördert werden. Reichswohnungskommissar Dr. Ley gab dann neue Anweisungen bekannt, die die Durchführung des Deutschen Wohnungshilfswerkes regeln und den erfolgreichen Einsatz der Partei, der Behörden und der Bauwirtschaft in jeder Weise gewährleisten. Alle bisher be-

stehenden Zwischenregelungen werden durch die neuen Weisungen aufgehoben. Den Gauleitern wird in ihrer Eigenschaft als Gauwohnungskommissaren in jedem Gau ein besonders befähigter Fachmann beigegeben, der als Leiter des Gauführungsstabes des Deutschen Wohnungshilfswerkes für die Zusammenarbeit aller beteiligten Dienststellen, Behörden, Einrichtungen und Persönlichkeiten im Interesse einer rationellen Zusammenarbeit zu sorgen hat. Der Reichswohnungskommissar und die Gauwohnungskommissare als Behörde haben die gesetzlichen Regelungen zu treffen und Weisungen an nachgeordnete Organe wie Landräte und Bürgermeister zu geben. Von der Partei geht die politische Initiative aus, die zum Einsatz der Selbst- und Gemeinschaftshilfe der Volksgenossen führt. Während die Landräte und Bürgermeister im Wohnungs- und -Siedlungsamt ihre fachliche Leitung und ihre vorgesetzte Behörde besitzen, werden das Reichsheimstättenamt und die Gauheimstättenämter wieder aktiviert und zur Lenkung aller Maßnahmen, die im Deutschen Wohnungshilfswerk von der Partei, der Deutschen Arbeitsfront und den angeschlossenen Verbänden ergriffen werden, eingesetzt. Mit der Leitung des Reichsheimstättenamtes wurde Pg. Walter beauftragt, der für die Durchführung des Deutschen Wohnungshilfswerkes verantwortlich ist und gleichzeitig im Rahmen des Reichswohnungskommissariats mit der Regelung aller Kontingent- und Materialfragen beauftragt wurde.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Gauleiter und Reichsstatthalter Fritz Sauckel entwickelte auf einer Tagung vor Tausenden von deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen seine Gedanken über den Arbeitseinsatz für 1944. Er sprach in einem Kriegsbetrieb am 22. Januar 1944. Seine Rede war ein leidenschaftlicher Appell an alle schaffenden Deutschen, Tempo und Leistung zu steigern.

Am 11. Januar versammelten sich in Berlin die Kreispropagandaleiter der NSDAP aus dem ganzen Reich zu einer Arbeitstagung, auf der in einer Reihe von Vorträgen namhafte Persönlichkeiten der Partei, der Wehrmacht und des Staates zur politischen und militärischen Lage das Wort ergriffen. So gab u. a. Reichsminister Speer ein eindrucksvolles Bild vom Stand der deutschen Rüstung, während Großadmiral Dönitz über die Seekriegslage und die kommenden Möglichkeiten des U-Bootkrieges sprach. Generalfeldmarschall Milch behandelte das Thema des Luftkrieges, wobei er unsere ständig wachsende Abwehrkraft in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte. General der Infanterie Jäschke sprach über die Aufgaben des Heeres, erörterte dabei eingehend die militärische Lage und charakterisierte mit Zuversicht die kommende Entwicklung an den Fronten. In weiteren Referaten kamen SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner, der Chef des Propagandastabes, Wächter, und Ministerialdirektor Dr. Naumann vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zu Wort. Zum Schluß der Tagung sprach der Reichspropagandaleiter, Reichsminister Dr. Goebbels, der in grundsätzlichen Ausführungen die Lage darlegte, in der sich das Reich politisch und militärisch zu Beginn dieses entscheidungsreichen Kampffjahres befindet. Die Rede des Ministers gab den Versammelten das geistige Rüstzeug mit, dessen sie bedürfen, um die nationalsozialistische Vorstellungswelt immer tiefer im Bewußtsein des deutschen Volkes zu verankern und so auch politisch und moralisch die Voraussetzungen zu schaffen, allen Fährnissen zum Trotz die Chancen unseres sicheren Sieges wahrzunehmen. Die Versammelten legten am Schluß der Arbeitstagung ein einmütiges Bekenntnis der Treue, der Kampfbereitschaft und des entschlossenen Siegeswillens ab. Der Geist, der die Veranstaltung erfüllte,

139 bildete einen überzeugenden Beweis für die politische und moralische Kraft der Bewegung, während die Vorträge und Referate selbst die sachliche Begründung und Untermauerung für die Sicherheit unseres Sieges lieferten.

Im Laufe des Januar ergriff Reichsminister Dr. Goebbels auch voreiner Anzahl höherer Truppenführer aus dem Osten sowie Kommandeuren und Offizieren der im Raum von Berlin stationierten Truppenteile das Wort. Dr. Goebbels stellte in seiner Rede die Zusammenhänge zwischenmilitärischer und politischer Kriegführung dar und leitete von den aus der engen Verschmelzung politischer Intelligenz und militärischer Machtmittel entspringenden unerschöpflichen Energien die Gewißheit unseres Sieges ab.

Auch Reichsminister Rosenberg ergriff im Laufe der letzten Monate, namentlich im Februar, mehrfach das Wort, um die weltanschaulichen Hintergründe des gegenwärtigen gigantischen Ringens darzulegen. Der Theoretiker der nationalsozialistischen Bewegung zeichnete in weit ausholenden Reden jene Gründe auf, die zum 30. Januar 1933 führen mußten. Im Hinblick auf den Krieg erklärte er, daß je länger der Krieg dauere, um so mehr sich die Frage nach seinem Sinn erhebe. Kein Krieg habe einen tieferen Sinn gehabt als dieser. „Auf dem Spiel stehen“, so sagte Rosenberg, „2000 Jahre deutscher Geschichte, alle deutschen Zukunftsmöglichkeiten und alle Lebensgrundlagen des Kontinents. Im

Kampf gegen die bolschewistische Kraft des Ostens ist die Nationalsozialistische Partei großgeworden. Sie hat ständig vor den Sowjets gewarnt. Fragt man sich, ob die nationalsozialistische Bewegung richtig gesehen hat, so ergibt sich, daß die These von der Verknüpfung der Juden mit allen politischen Verschwörungen sich auch beim Sowjetstaat bewahrheitet hat. Die Behauptung, daß der Bolschewismus eine bauernfeindliche Bewegung ist, ist ebenfalls richtig gewesen. Die in Sowjetrußland durchgeführte Technisierung ist kein technisches, sondern ein politische» Mittel, das bezweckt, jede subjektive Schöpferkraft zu unterbinden. Wären die deutschen Armeen nicht in die bolschewistischen Ansammlungen hineingestoßen, so hätten die Schlachtfelder dieses Krieges in Deutschland gelegen. Dafür, daß dies nicht geschah, wird man dem Nationalsozialismus immer dankbar sein müssen. Praktisch stehen sich in diesem Kampfe zwei Revolutionen gegenüber: der Nationalsozialismus und der Bolschewismus. Von dem Ergebnis dieses Kampfes hängt das Schicksal Europas und der anderen Erdteile ab. Diesen Kampf kann man nicht ohne innere Überzeugung führen, und deshalb sind diesmal die deutschen Soldaten Revolutionssoldaten wie nie in ihrer Geschichte.“ — Reichsleiter Rosenberg sprach ebenfalls am 14. Februar in Danzig und am 18. Februar in Riga.

Auch über die Grenzen des Reiches hinaus hat die nationalsozialistische Führung jene Ideen getragen, um die in diesem Weltkampfe gerungen wird. So sprach z. B. Reichspressechef Dr. Dietrich am 15. Januar auf einer Pressekonferenz der französischen Journalisten in Paris, wobei er eine Reihe von Problemen erörterte, die zur Zeit auch die französische Öffentlichkeit besonders beschäftigen. Er zeigte den großen Unterschied auf zwischen den Phrasen unserer Gegner und der grauenvollen Wirklichkeit, in der sie ihre Programme durchzuführen beabsichtigen. Er gab eine Ausschau auf die neuen großen fortschrittlichen und sozialen Ideen, die, aus europäischem Geiste geboren, der Menschheit den Weg in eine glückliche Zukunft eröffnen würden. Die Ideen, die unsere Gegner heute als Fahne einer angeblich besseren Zukunft noch herabhängen, hätten längst abgewirtschaftet. Diese alten abgestandenen Medizinen seien heute kein Heilmittel mehr, sondern zum Gift für die Organismen der Völker geworden. Unter den schweren Erschütterungen dieses Krieges versinke die alte Welt endgültig, und eine neue werde aus ihr hervorgehen, die den sozialen und fortschrittlichen Forderungen der Menschheit einen neuen Weg durch die Jahrhunderte zu weisen vermöge. „Auch die Zukunft Frankreichs“ — so fuhr der Reichspressechef fort — „ist nicht einer Welt der Vergangenheit verhaftet, nicht den Mächten, die auf der Vernichtung

140 Europas ihre plutokratische und bolschewistische Weltherrschaft errichten wollen, sondern das Schicksal Frankreichs ist unlösbar mit der Erneuerung dieses europäischen Kontinents verbunden. Was Frankreich von der anti-europäischen Koalition, von den Vereinigten Staaten, von England und den Bolschewisten im Falle ihres Sieges zu erwarten hätte, unterliegt heute nicht mehr dem leisesten Zweifel. Einer ihrer prominentesten Sprecher, Ministerpräsident Smuts, hat das, was Frankreich betrifft, kürzlich mit brutaler Offenheit vor der parlamentarischen Vereinigung des britischen Empire ausgesprochen.“ Am Schluß seiner Ausführungen wies Dr. Dietrich darauf hin, daß viele Männer der französischen Presse heute schon die Idee des Neuen Europa mit dem Einsatz ihres Lebens vertreten.

Einen überwältigenden Beweis für das Verantwortungsbewußtsein, das dem deutschen Volke in dem gegenwärtigen schicksalhaften Augenblickeigen ist, geben die Ergebnisse der WHW-Sammlungen in den ersten Monaten des beginnenden Jahres: Die im Januar 1944 durchgeführte Gaustraßensammlung des Kriegs-WHW 1943/44 hatte das bisher höchste Ergebnis aller WHW-Sammlungen. Es betrug nach vorläufigen Feststellungen 81 036 553,75 RM. Bei der gleichen Sammlung des Vorjahres wurden 65 262 507,07 RM erzielt. Es ist somit eine Steigerung des Ergebnisses um 15 774 046,66 RM gleich 24,2 Prozent zu verzeichnen. — Solche Ergebnisse sind im wahrsten Sinne Vertrauenskundgebungen der Nation für die Staatsführung. Dieses Vertrauen beruht auf der Tatsache, daß die führenden Männer alle Energien einsetzen, um den Sieg zu gewinnen, andererseits aber sich nicht scheuen, streng zu sein gegen Schmarotzer am Volkskörper. Urteile gegen derartige Schmarotzer, die hin und wieder in der deutschen Presse veröffentlicht wurden, bestätigen und stärken dieses Vertrauen zur Führung. So berichtete die deutsche Presse am 10. Januar, daß ein Dienststellenleiter für die Feststellung von Bombenschäden in Hamburg in zahlreichen Fällen die Schäden zu hoch eingeschätzt oder totale Schäden angegeben habe, obwohl diese gar nicht eingetreten waren. Es kam ihm darauf an, von den Bombengeschädigten besondere Zuwendungen zu erhalten. Durch diese Betrügereien hatte er sich über 5000 RM ergaunert und dem Reich einen Schaden von mehr als 30 000 RM zugefügt. Das Sondergericht in Hamburg sprach gegen den Betrüger die Todesstrafe aus, einer seiner Mitangestellten, der in geringerem Umfange straffällig geworden war, wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Todesurteil wurde vollstreckt.

Im Rahmen der inneren Verwaltung sind im Januar einige nicht un-bedeutende Veränderungen in höheren Positionen vorgenommen worden. Zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium wurde Ministerialrat Direktor Herbert Klemm ernannt. Nach einer Berufslaufbahn bei der Dresdner Staatsanwaltschaft, im sächsischen Justizministerium und als Oberstaatsanwalt im Reichsjustizministerium wurde der damalige Ministerialrat Klemm zum Reichskommissar Dr. Seyß-Inquart mit der Aufgabe, die deutsche Justiz in den besetzten niederländischen Gebieten zu organisieren, abkommandiert. Vom März 1941 bis zum 3. Januar 1944 war Ministerialdirektor Klemm in der Parteikanzlei München als Gruppenleiter und stellvertretender Abteilungsleiter tätig.

Anlässlich einer Tagung der Berliner Kreisleiter führte Gauleiter Reichsminister Dr. Goebbels den Präsidenten der Gauwirtschaftskammer Prof. H u n k e, den Gauwirtschaftsberater P e t z k e und Gaurechtsberater Wagner in ihre Ämter ein.

Staatsminister Karl Hermann Frank, der als Sachkenner in Fragendes Deutschtums in Böhmen und Mähren zu gelten hat, gab in der Schrift „Böhmen und Mähren im Reich“, die im Volk und Reich-Verlag in Pragerschienen ist, in klassischer Gedrängtheit einen Aufriß des gesamten Problemkreises, der diese alten Reichsländer betrifft. Staatsminister Frank geht dabei von dem Wort aus: „Der Herr von Böhmen ist der Herr Europas“. Er weist an Hand des geschichtlichen Ablaufs nach, daß dieser Kernraum stets

141 Blütezeiten erlebte, wenn er fest in die Reichsgemeinschaft eingebettet war, und niederging, sobald er sich einem engbeschränkten Eigengeist verschrieb. „Der Führer revidierte“, so sagte Frank, „eine irreführende geschichtliche Zwischenperiode und fügte wieder zusammen, was von Natur aus zusammengehörte, Böhmen und Mähren und das Reich, wobei der völkischen Eigenart dieses Raumes, in dem 7 Millionen Tschechensiedeln, ebenso Rechnung getragen wurde wie dem Reichswohl.“ Frank umreißt in eindringlicher Darstellung das Wesen des Protektorats, das eine „selbständige Schöpfung nationalsozialistischen Staatsdenkens ist und weder Vorbild noch Parallelen hat. Alle autonomen Rechte des Protektorats müssen im Einklang mit den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Belangen des Reiches ausgeübt werden. Die Autonomie schließt die Befugnis in sich, eigenes Recht auf den Gebieten zu setzen, die das Reich nicht in seine Verwaltung genommen hat, und so das Leben des tschechischen Volkes in eigener Verantwortung zu gestalten“. — Durch den Führererlaß vom 20. August 1943 wurde das Deutsche Staatsministerium für Böhmen und Mähren errichtet, durch das die Organisation der Reichsgewalt im Protektorat wesentliche Veränderungen erfahren hat. Neben dem Reichsprotektor als dem Vertreter des Führers in dessen Eigenschaft als Reichsoberhaupt steht nunmehr der im Rang den Reichsministern gleichstehende Deutsche Staatsminister für Böhmen und Mähren als Träger der Regierungsgewalt. Dem Reichsprotektor obliegen in Sonderheit die Bestätigung der Mitglieder der Regierung des Protektorats, die Ernennung und Entlassung der deutschen Beamten im Protektorat sowie deren Versetzung in den Ruhestand und schließlich die Ausübung des Gnaden- und Niederschlagungsrechts außer in Sachen der Militärgerichtsbarkeit und der SS- und Polizeigerichtsbarkeit. Demgegenüber fallen in die Zuständigkeit des Deutschen Staatsministers alle die Wahrung der Reichsinteressen im Protektorat umfassenden Regierungsgeschäfte.

„Die durch den Führererlaß vom 16. März 1939 dem Reichsprotektor übertragenen Aufgaben und Befugnisse obliegen nunmehr ausnahmslos dem Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren in eigener Verantwortung. Er wacht in Durchführung der vom Führer erteilten politischen Richtlinien darüber, daß das Protektorat seine ihm im Rahmen der Autonomie zustehenden Rechte im Einklang mit den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Belangen des Reiches ausübt. Zugleich ist er Chef der gesamten reichseigenen Verwaltung im Protektorat, die teils zur Betreuung der Reichsangehörigen, teils im gemeinsamen Interesse von Deutschen und Tschechen eingerichtet worden sind. Von der Unterstellung aller Dienststellen des Reiches unter den Deutschen Staatsminister ist aus militärischen Gründen allein die Wehrmacht ausgenommen; durch die Einrichtung des als militärischer Berater tätigen Wehrmachtbevollmächtigten — zugleich als Befehlshaber im Wehrkreis Böhmen und Mähren — ist jedoch auch auf diesem Gebiet die notwendige Einheit verbürgt. Der Staatsminister hat somit die Möglichkeit, sich über alle Maßnahmen der Protektoratsregierung unterrichten zu lassen und ihr Ratschläge zu erteilen. Erkann gegen Maßnahmen, die das Reich zu schädigen geeignet sind, Einspruch einlegen und bei ‚Gefahr im Verzuge‘ selbst die im gemeinsamen Interesse notwendigen Anordnungen treffen. Das Protektorat wurde in einer bestimmten politischen Situation des Reiches errichtet und hat seine derzeitige rechtliche und politische Ordnung aus dieser Situation erhalten. Die Aufgabe jeder deutschen und europäischen Politik der Zukunft muß es sein, dem seit Jahrhunderten

politisch aufgewühlten und daher friedlosen Raum im Herzen des Kontinents den dauernden Frieden zu bringen;

das bedeutet die endgültige Lösung des tschechischen Problems. Gegenwärtig befindet sich das tschechische Volk", so sagte Staatsminister Frank, „in einer echten und überaus starken seelisch-politischen Krise. Der Zusammenbruch ist jäh und katastrophenartig gekommen. Aus dem Zusammenbruch der alten Werte, Auffassungen und Orientierungen haben die Tschechen noch nicht herausgefunden. Doch ist es auch eine politisch bedeutsame Tatsache, daß vor allem die handarbeitende

142 Schicht, Arbeiter, Bauern, Handwerker, trotz aller Auslandspropaganda loyal und tüchtig in der Erzeugungs- und Rüstungsschlacht des Reiches ihren Mann steht." Staatsminister Frank kommt zu folgendem Schluß: „Es wird sich im ganzen Volk die unumstößliche Geltung des folgenden Satzes durchsetzen müssen:

Da Europa ohne die Tschechen, die Tschechen aber in Zukunft nicht mehr ohne ein starkes Deutsches Reich leben können, müssen 7 Millionen Tschechen den unbedingten Vorrang von 85 Millionen deutscher Menschen anerkennen und ihre partikulären Interessen dem Reichsinteresse unterordnen."

Ob nun die heutige Form des Reichsprotectorats als Dauerform angemessen ist oder einmal einer anderen Konstruktion Platz machen muß, bleibt in dem Aufsatz von Staatsminister Frank offen. Zweifellos werde im Bereich der Verwaltung weiterhin noch manches zu vereinfachen sein. Nach den vierjährigen Erfahrungen habe sich jedenfalls die Einsetzung einer nur dem Führer unterstellten zentralen starken Reichsgewalt für Böhmen und Mähren als absolut richtig erwiesen. Wer in diesem Krieg Gelegenheit hatte, die Entwicklung im Protectorat von Zeit zu Zeit selbst zu verfolgen, konnte nur zu der gleichen Erkenntnis kommen, der der Staatsminister in seiner inhaltsschweren Schrift über eine Kernfrage der Reichsexistenz Ausdruck gegeben hat.

Der persönliche Referent des Reichsleiters Fiehler, des Chefs im Amte für kommunale Politik, Dr. Heinz J o b s t, äußerte sich über bedeutsame Fragen nationalsozialistischer Kommunalpolitik. Er betonte in einem Aufsatz in der „Nationalsozialistischen Gemeinde" erneut den Grundsatz der Allzuständigkeit der Gemeinden. Aus dieser Maxime heraus werden die Forderungen nach einer großzügigen Dezentralisation der Verwaltung und einer durchgreifenden Vereinheitlichung in der Ortsinstanz abgeleitet. Verwaltungsaufgaben nicht reichswichtiger Art sollen so weit als möglich auf die Selbstverwaltungskörperschaften übertragen werden. Die Gemeinden würden wieder zum Verwaltungsmittelpunkt und zur echten Einheitsbehörde gemacht. Während früher der Bürgermeister die entscheidenden Befugnisse zur Ordnung aller in seinen Bereich fallenden Aufgaben besessen habe, stünden heute neben den Gemeinden zahlreiche Sonderbehörden und wirtschaftliche und staatliche Organisationen. Zur Vereinfachung und Verbilligung des Verwaltungsapparates und zur Erhöhung seiner Schlagkraft, zum Ausgleich widerstreitender Ressortinteressen, zur Erleichterung des Behördenverkehrs für die Volksgenossen und zur Erzielung einer höchstmöglichen Kräfteökonomie sei eine Rückführung verschiedener Sonderverwaltungen in die Allgemeinverwaltung dringend erforderlich. Wenn ein Volksgenosse amtliche Hilfe in Anspruch nehmen wolle, dann wende er sich gewöhnlich in erster Linie an seine Gemeinde. Die Verwaltung werde nicht volkstümlicher, wenn der Bürgermeister die Antragsteller oft gleich zu mehreren rivalisierenden Spezialbehörden schicken müsse. Der Grundsatz der Selbstverwaltung besage, daß von den Gemeinden alles ferngehalten werden müsse, was ihre Entschlußkraft lahmen und ihre Entfaltung behindern müßte.

Der Luftkrieg ist zu einer steten Quelle für die Schaffung neuer Verordnungen auf den verschiedensten Gebieten des Verwaltungswesens geworden. Der Reichsführer-SS Reichsminister des Innern stellte in einem Erlaß fest, daß wiederholt die Erfahrung gemacht werden mußte, daß die im Interesse der Beteiligten und ihrer Angehörigen liegende Erfassung von Opfern bei Terrorangriffen in unerwünschter Weise verzögert worden sei. Nach Luftangriffen seien, wie der Erlaß betont, vielfach verletzte oder erkrankte Personen in Krankenanstalten und Hilfskrankenanstalten der näheren und weiteren Umgebung des Schadensortes aufgenommen worden, ohne daß dies der Polizeibehörde des Wohnortes mitgeteilt worden wäre. Dies führe dazu, daß den ohnehin schwer betroffenen Angehörigen solcher Verwundeten weitere seelische Belastungen erwüchsen. Gleichzeitig entstehe für die mit der Ermittlung der Vermißten beschäftigten Dienststellen eine beträchtliche Mehrarbeit. Aus diesem Grunde ordnet der Reichsführer SS

143 an, daß die von den Krankenanstalten zu erstattenden Meldungen, soweit es sich um Opfer von Luftangriffen handelt, von der örtlichen Meldebehörde auf schnellstem Wege an die Meldebehörde des Wohnortes des Betroffenen weiterzuleiten seien. Die Meldungen der Krankenanstalten sollen möglichst unmittelbar nach der Aufnahme erfolgen. Auch die Standesbeamten werden angewiesen,

ihre Benachrichtigung über Sterbefälle in Zusammenhang mit Luftangriffen mit besonderer Beschleunigung vorzunehmen.

Große Schwierigkeiten bereitet eine gerechte Ordnung des Entschädigungswesens, soweit es den Luftkrieg betrifft. Oft ist die Wiederherstellung oder die Neuanschaffung verlorengegangener Güter, Möbel und Gebrauchsgegenstände nicht möglich. Die Luftkriegsgeschädigten sollen aber wirklich vor jedem Nachteil bewahrt werden. Im Hinblick darauf sind grundsätzliche Feststellungen des Reichskriegsschädenamtes von Interesse, die in einem Entscheidungsverfahren über zerstörte Wohnhäuser getroffen wurden. Es handelt sich um die Aussetzung des Entschädigungsverfahrens, die nach den Vorschriften der Kriegsschäden-Verordnung möglich ist. Sowohl der Geschädigte selbst wie auch die Feststellungsbehörde können danach das Abgeltungsverfahren zunächst auf die Feststellung beschränken, daß ein vom Reich zu entschädigender Kriegssachschaden vorliegt. Das Verfahren über die Höhe der Entschädigung kann ausgesetzt werden. Wenn die Feststellungsbehörde das tut, kann sie dabei schon eine Summenennen, bis zu der Vorauszahlungen auf die zukünftige Entschädigung gegeben werden können, wenn der Luftkriegsbetroffene diese Mittel zur Beseitigung des Schadens braucht, etwa zur Anschaffung von Ersatz oder zu Instandsetzungsarbeiten. Für den Geschädigten ist die Aussetzung nicht nur ohne Nachteil, sondern sogar vorteilhaft. Denn er erreicht damit, daß erst in einem Zeitpunkt, in dem die Beseitigung des Schadens tatsächlichmöglich ist, endgültig bestimmt wird, welche Reichsmittel dafür zugeben sind.

Um alle Arbeitskräfte, die wegen Luftgefährdung oder nach Fliegerangriffen ihre Tätigkeit aus triftigen Gründen aufgegeben oder gewechselt haben, für den kriegswichtigen Arbeitseinsatz zu erfassen, hat der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, eine Verordnung erlassen, durch die für solche Personen eine Meldepflicht beim Arbeitsamt eingeführt wird. Nach dieser Verordnung müssen sich alle Personen, die seit dem 1. April 1943 eine selbständige Berufstätigkeit oderein Arbeitsverhältnis wegen Luftgefährdung oder nach Fliegerangriffen aufgegeben haben oder künftig noch aufgeben, unverzüglich bei dem für ihren jeweiligen Aufenthaltsort zuständigen Arbeitsamt melden. Von der Meldepflicht ist lediglich befreit, wer unter Mitwirkung des Arbeitsamts bereits anderweitig eingesetzt wurde. Meldepflichtig sind auch solche Personen, die inzwischen wieder ohne Mitwirkung des Arbeitsamtes eine Berufstätigkeit aufgenommen haben.

Da die feindlichen Einflüge in deutsches Reichsgebiet oft nur mit wenigen Maschinen und zu Störzwecken durchgeführt werden, hat sich die Notwendigkeit ergeben, das Alarmwesen elastischer zu gestalten, um eine übermäßige Beanspruchung der Bevölkerung zu vermeiden. Anfang Januar wurde zu dem bisherigen Sirenenzeichen die Ankündigung einer Vorwarnung eingeführt: 1. Die Sirene warnt durch, das Signal: „öffentliche Luftwarnung“ dreimal mit einem hohen Dauerton in einer Minute. Dieses Signal gibt an, daß sich zwar einzelne Feindflugzeuge innerhalb des Warngbietes befinden, daß jedoch keine Gefahr eines Großangriffs besteht. Es können also vereinzelt Bomben fallen, und die Flakartillerie kann in Tätigkeit treten. Wirtschafts- und Verkehrsleben gehen bei Tagevoll weiter, bei Dunkelheit ebenfalls, jedoch wird der Betrieb von elektrischen Bahnen, die Funkenbildung aufweisen, eingestellt. Es ist nicht Pflicht, bei „Öffentlicher Luftwarnung“ die Luftschutzräume aufzusuchen. Größere Ansammlungen von Menschen in Kinos, Theatern, Sportveranstaltungen und dgl. werden wegen der immerhin

144 vorhandenen Gefahr aufgelöst. — 2. Die Sirene alarmiert durch das Signal „Fliegeralarm“ mit einem eine Minute lang auf- und abschwellenden Heulton. Dieses Signalbedeutet stets akute Gefahr. Mit größeren Angriffen muß gerechnet werden. Das Signal kann auch im Anschluß an „Öffentliche Luftwarnung“ gegeben werden, wenn schwachen feindlichen Luftstreitkräften stärkere Verbände folgen. Bei „Fliegeralarm“ müssen alle Vorkehrungen für einen Großangriff mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Luftschtzbunker und Luftschtzräume müssen stets so schnell wie möglich aufgesucht werden. Wer sich bei Fliegeralarm gleichgültig verhält und sich nicht bestmöglichst schützt, gefährdet sein Leben und schädigt die Volksgemeinschaft. — 3. Die Sirene gibt „Vorentwarnung“ mit einem dreimal hohen Dauerton in der Minute, desgleichen wie bei „Öffentlicher Luftwarnung“. Das Signal bedeutet nach „Fliegeralarm“, daß sich die Masse der Feindflugzeuge im Abflug befindet, daß sich aber noch einzelne Feindflugzeuge über dem Ort befinden. Es bestehen also dieselben Gefahrengrade wie bei „Öffentlicher Luftwarnung“, d. h. es können zwar noch vereinzelt Bomben fallen, und die Flakartillerie kann in Tätigkeit bleiben, mit einer großen Gefahr, besonders mit massierten Angriffen, ist aber nicht mehr zu rechnen. — Bei „Vorentwarnung“ am Tage geht das Verkehrs- und Wirtschaftsleben sofort wieder weiter, während der Dunkelheit werden die elektrisch betriebenen Verkehrsmittel noch nicht wieder in Betrieb gesetzt, öffentliche Ansammlungen von Men-

schen in Kinos, Theatern, Sportveranstaltungen usw. dürfen noch nicht fortgesetzt werden. —4. Die Sirene entwarnt durch das Signal „Entwarnung“ (eine Minute hoher Dauerton). Dieses Signal wird gegeben, wenn alle Feindflugzeuge abgeflogen sind.

Die größten Probleme durch die Luftangriffe werden auf dem Gebiete der Wohnraumversorgung aufgeworfen. Die schwer betroffenen Städte haben deshalb eine Meldepflicht für freiwerdenden Wohnraum ein-geführt, deren Bestimmungen die Wohnraumerfassungs- und die Wohnraumlenkungsverordnung ergänzen sollen. Die feindlichen Terrorangriffe machen eine planmäßige Erfassung und Nutzung allen noch verfügbaren Wohnraums zur dringenden Pflicht. Es wurde daher eine systematische straßenweise Durchkämmung aller Wohnungen durchgeführt. Es wurde Vorsorge getroffen, um in jedem Falle eine gerechte und gewissenhafte Auswertung der Angaben zu gewährleisten und Härtefälle auf das denkbar geringste Maß herabzumindern.

In der Hauptversammlung der Deutschen Reichsbank, die Anfang Februar stattfand, ergriff Reichsminister und Reichsbankpräsident Walther Funk das Wort zu längeren Ausführungen über die Wirtschaftspolitik unter besonderer Herausstellung der Währungs- und finanzpolitischen Probleme. Das vergangene Kriegsjahr war, wie er mitteilte, ein Jahr höchster Bewährung von Front und Heimat. Die deutsche Wirtschaft, die für die Materialschlachten dieses Krieges den materiellen Rückhalt bietet, konnte im abgelaufenen Jahr dank einer verstärkten Konzentration aller Kräfte und der Mobilmachung bedeutender Arbeitsreserven die Leistungen weiter erhöhen und die Rüstungsproduktion aufs neue steigern und verbessern. Für die deutsche Wirtschaftspolitik gibt es im Kriege nur eine Aufgabe und ein Ziel: Steigerung der Kriegsproduktion bis zur letzten Möglichkeit. Auch die Geld- und Währungspolitik hat sicherfolgreich eingeordnet und auf dieses Ziel hin ausgerichtet. Der Wert der Reichsmark ist stabil geblieben und vor jeder Erschütterung bewahrt worden. Die Kriegsfinanzierung ließ sich reibungslos in der seit Anfang des Krieges geübten Form erfolgreich fortführen. Die beiden Hauptquellen — Steuern und Anleihen — blieben so ergiebig, daß die unmittelbare Kredithilfe der Reichsbank nach wie vor in währungsmäßig vertretbaren Grenzen gehalten werden konnte. Eine ins Gewicht fallende Verschiebung der bisherigen gesunden Relationen der Finanzierung der Staatsausgaben ist nicht eingetreten. Unsere Preis- und Lohnüberwachung und unser Bewirtschaftungssystem sowie die

145 Kreditbedarfs waren in der Lage, auch im vergangenen Jahr die Spannungen zwischen Geld- und Güterseite zugunsten der Stabilerhaltung der deutschen Währung abzufangen. Daß diese Spannungen 1943 zugenommen haben, kann nicht verwundern. Es hätten noch weniger Güter für den normalen zivilen Verbrauch — von Anlagewerten ganz zu schweigen — zur Verfügung gestanden, während andererseits allein der Bargeldumlauf um rund 4,2 Milliarden RM stärker angestiegen sei als im Vorjahr. Um so höher ist der Erfolg zu werten, der sich in beinahe unveränderten Großhandelspreisen und Lebenshaltungskosten niedergeschlagen hat. Das aber sind die Grundpfeiler für eine gesunde und stabile Währung. Im weiteren Verlauf seiner Rede befaßte sich der Reichsbankpräsident mit den großen Sorgen der Angloamerikaner, bei denen sich die sozialen Probleme, insbesondere das Preis- und Lohnproblem, ständig komplizieren. Er gab einen Überblick über die sich heute schon abzeichnende Neuordnung des europäischen und großasiatischen Wirtschaftsraumes, der unter Führung Deutschlands und Japans bereits weitgehend realisiert worden sei. Mitberechtigtem Stolz stellte er fest, daß Deutschland seine Warenausfuhr in fast vorkriegsmäßigem Umfang aufrechterhalte. Weitere Partien der Rede des Reichswirtschaftsministers befaßten sich mit dem Umlauf der Reichsbanknoten, der Kriegsfinanzierung sowie der Rationalisierung im Geld- und Kreditsektor. — Der Minister schloß mit dem Ausdruck seiner Überzeugung, daß die Deutsche Reichsbank auch in Zukunft allen Anforderungen und Schwierigkeiten gewachsen sein und vor allen Dingen ihre Hauptaufgabe erfüllen werde, Hüterin der Währung zu sein.

Interessant ist eine Verlautbarung in der deutschen Presse über den Verlauf des Sparkassenjahres 1943, die im Anfang Januar gegeben wurde. Die Geldkapitalbildung hat auch im Jahre 1943 kräftige Fortschritte gemacht. Die Gesamteinlagen in der Sparkassen- und Giroorganisation belaufen sich nunmehr auf die stattliche Summe von 77 Milliarden RM. Im Jahre 1943 ist bei den öffentlichen Sparkassen ein Spareinlagenzuwachs von 14,3 Milliarden RM zu verzeichnen. Dies kann als ein hervorragendes Zeichen des ungebrochenen Vertrauens der Bevölkerung zu ihrer politischen Führung und als ein Beweis des hohen Sparwillens aller Bevölkerungskreise in Stadt und Land gewertet werden. Bemerkenswert ist, daß sich auch die Giroeinlagen, also die kurzfristigen Betriebsgelder beachtlicherhöhten, nämlich um 2,6 auf etwa 12 Milliarden RM.

Am 15. und 16. Januar ist die schaffende Jugend des Reiches in allen Orten und Betrieben zum Kriegsberufswettkampf 1944 angetreten. Dem Aufruf des Führers zur Teilnahme an diesem Wettkampf der beruflichen Leistung haben die Jungen und Mädel der Hitler-Jugend in einer eindrucksvollen Weise Folge geleistet. Die Teilnehmerzahlen 'dieses Jahres stehen denen der Friedensjahre nicht nach. Gelegentlich eines Aufenthaltes im Rhein-Ruhr-Gebiet besuchte Dr. Ley eine Anzahl von Wettkampfstätten der Jugend. Bei einer dieser Kundgebungen erstattete Oberbefehlsleiter Marrenbach dem Reichsleiter Meldung, daß sich mehr als 2¼ Millionen Jungen und Mädel zum Kriegsberufswettkampfs gemeldet hätten, darunter rund 700000 Jugendliche des Landvolkes.

Mitte Januar fand in Zakopane eine landwirtschaftliche Führertagung statt, in deren Mittelpunkt eine große Anzahl von Fachvorträgen über die wichtigsten landwirtschaftlichen Probleme des Generalgouvernements standen. Die Pflege des Bodens, der Aufbau der Tierzucht, die Förderung einer gutentwickelten Düngewirtschaft, die Organisation landwirtschaftlicher Großbetriebe, Fragen aus dem Agrarrecht und dem Saatgutwesen und nicht zuletzt der Aufbau von Musterwirtschaften und ihr Einsatz in der Wirtschaftsberatung gehörten zu den Hauptthemen der Tagung.

Am 5. Februar berichtete vor Vertretern der deutschen Presse in Berlin Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank über den Erfolg und den Stand der Aufbauarbeit und die allgemeine Lage im Generalgouvernement, wie sie sich im fünften Jahr deutscher Führung und Verwaltung offensichtlich für alle Welt darstellt. Die Darlegungen Dr. Franks zeigten, daß entgegen aller feindlicher Greuelhetze und entgegen allen wirklichkeitsfernen Wunschträumen eines kleinen und unbedeutenden landesflüchtigen und volksfremden polnischen Emigrantenklüngels die Millionenmasse der polnischen Arbeiter und Bauern unter deutscher Führung im Generalgouvernement ein sozialbefriedetes Leben ruhiger steter Arbeit führe und dem europäischen Aufbau diene. Zur Einstellung des polnischen Volkstums im Generalgouvernement zu all dem, was in den fast fünf Jahren deutscher Führung aufgebaut worden ist, erklärte Generalgouverneur Dr. Frank, daß im Generalgouvernement die namentlich in der ersten Zeit vorhanden gewesene antideutsche Ausrichtung der Bevölkerung heute als nahezu überwunden bezeichnet werden könne. Das Gerechtigkeitsstreben, die Aufgeschlossenheit und die Fürsorge der deutschen Führung für die allgemeinen Volksinteressen im Generalgouvernement hätten die Masse der dort lebenden Polen zu ihrer heutigen Einstellung geführt.

Angesichts der Tatsache, daß die Kämpfe an der Ostfront der estnischen Grenze immer näherrückte, wurde das estnische Volk, wie am 6. Februar berichtet wurde, durch seinen Ersten Landesdirektor, Dr. Mae, zur allgemeinen Mobilmachung aufgerufen. Die estnische landeseigene Verwaltung hat sich zu diesem Schritt insbesondere im Hinblick auf die grauenhaften Erfahrungen, die das estnische Volk während des einen Jahres der bolschewistischen Schreckensherrschaft 1940 und 1941 gemacht hat, veranlaßt gesehen. Mehrere Zehntausende estnischer Frauen, Männer und Kinder sind damals von den Bolschewisten in die Steppen Sibiriens verschleppt worden und dort umgekommen. Seit der Befreiung Estlands durch die deutsche Wehrmacht im Spätsommer 1941 ist es der vielfach ausgesprochene Wunsch weitester Kreise der estnischen Bevölkerung gewesen an dem Kampf gegen ihren Todfeind teilnehmen zu dürfen.

Gegen Ende Januar fand in Posen eine Tagung des VDA statt, bei der Reichsstatthalter Greiser und ^-Obergruppenführer Lorenz über die Volkstumsarbeit im Warthegau sprachen. Gauleiter Greiser würdigte mit Dankesworten die große Hilfe, die der Gau bei seiner Aufbauarbeit durch das Patenschaftswerk des VDA erfahren habe. In bezug auf die Volkstumsarbeit des Warthegaues habe der VDA noch die große Aufgabe zu erfüllen, das gesamte deutsche Volk auf die Bedeutung und die Grundsätze der Volkstumspolitik hinzuweisen. Es sei die große Zielsetzung dieser Volkstumspolitik, den hartumkämpften Schicksalsraum des deutschen Ostens für alle Zeiten zu sichern. Es gelte, das Volk zu befähigen, die großen Aufgaben der Zukunft zu meistern und ihm den Platz an der Sonne zu sichern, der ihm nicht nur auf Grund seiner Leistungen, sondern auch auf Grund seiner Opfer und seines Einsatzes zukomme. Der Präsident des VDA, SS-Obergruppenführer Lorenz, umriß in seiner abschließenden Ansprache im einzelnen die Kriegsaufgaben des VDA, die in erster Linie im Einsatz aller Kräfte für die Festigung des deutschen Volkstums in den völkisch gefährdeten Gebieten lagen, und zwar sowohl innerhalb der Grenzen des Reiches als auch im Rahmen der kriegsbedingten Möglichkeiten vor seinen Toren. Als weitere Aufgabe des VDA bezeichnete er die Betreuung der Volksdeutschen aus der Sowjetunion, die trotz bolschewistischen Druckes ihre deutsche Art bewahrt hätten und sich nunmehr zu neuem Einsatz auf dem Weg ins Reich befänden. Diese Volksdeutschen in unsere Volksgemeinschaft aufzunehmen und einzugliedern und sie entsprechend ihren Fähigkeiten einzusetzen, sei eine der größten Aufgaben, die den verantwortlichen Stellen der Menschenführung und Menschenformung gestellt

seien. Aus den Erfahrungen der Volkstumsarbeit der letzten Jahre zog SS-Obergruppenführer Lorenz die Schlußfolgerung, daß der Krieg das Gefüge unseres Volkes an und außerhalb der Grenzen des Reiches nicht erschüttert habe. Es sei ein Trugschluß, zumeinen, daß nach dem Siege die Volkstumsarbeit ihre Daseinsberechtigung verliere. Der Sieg werde durch die Waffen erfochten, durch die Kraft des Volkstums aber erhalten.

147 Zu Beginn des Jahres wurde eine neue Anordnung über das L a n d j a h r herausgegeben, wonach der Landjahraufenthalt 1943 für diejenigen Landjahrpflichtigen, die wegen der Kriegsverhältnisse nicht in die Heimat zurückkehren können, bis zum 20. März 1944 verlängert wird.

Am 19. Januar fand in einem niederschlesischen Dorfe der Reichsappell der ländlichen Jugend statt, den Reichsbauernführer Backe, Reichsjugendführer Axmann und Gauleiter Hanke eröffneten. Reichsjugendführer Axmann sagte vor der ländlichen Jugend, daß vor allem die ungebrochene Kraft des deutschen Bauerntums dazu beigetragen habe, die schweren Schicksalsschläge, die unser Volk in seiner wechselvollen Geschichte ertragen mußte, zu überwinden. Mit dieser Kraft würden wir auch die größten Wechselfälle dieses Krieges meistern. — Reichsbauernführer Backe hob in seiner Rede den rassisch-blutmäßigen, den ernährungspolitischen und den erzieherischen Auftrag an die deutsche Landjugend hervor und unterstrich, daß in der Reinerhaltung unseres Blutes und unserer Art die wichtigste Lebensquelle des deutschen Volkes zu sehen sei. Es sei dringend notwendig, dem Bauerntum seine besten Kräfte und Menschen in Zukunft zu erhalten, damit es seine Aufgabe für das Volk wieder in vollem umfange jetzt und in Zukunft erfüllen könne.

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat die Zulassungsvoraussetzungen zum wissenschaftlichen Studium an den deutschen Hochschulen durch die Öffnung eines neuen Zuganges zu den Hochschulen erweitert. Der Erlaß bestimmt, daß nunmehr zum wissenschaftlichen Studium auch die nach erfolgreichem Besuch einer Lehrerbildungsanstalt erworbenen Abschlußzeugnisse berechtigen, also die Zeugnisse über die erste Prüfung für das Lehramt an Volksschulen. Diese Neuregelung gibt die Möglichkeit, daß junge Volksschullehrer beim Vorliegen besonderer Voraussetzungen unmittelbar im Anschluß an die Lehrerbildungsanstalt ein Vollstudium an der Hochschule durchführen können. Die Lehrerbildungsanstalten haben im übrigen durch diese Neuordnung nun auch auf diesem Gebiete ihren angemessenen Platz im Gesamtgefüge des deutschen Schul- und Erziehungswesens erhalten. Gleichzeitig ist die Idee der Begabtenauslese um eine weitere Verzweigung bereichert worden.

Über die Aufgaben der Studenten der Hochschulen und der Wissenschaft im Kriege sprach am 27. Januar Reichsstudentenführer Gauleiter Dr. Scheel auf einer Frontstudentenkundgebung in Erlangen und verkündete dabei den Wahlspruch, der fortan in Krieg und Frieden jedem deutschen Studenten voranleuchten soll. In Anwesenheit zahlreicher Hochschullehrer und führender Vertreter von Partei und Staat bekundeten die versammelten Frontstudenten, meist Kriegsversehrte und Studienurlauber, durch mehrfache stürmische Zustimmung zu den Worten Dr. Scheels ihre Entschlossenheit, leidenschaftlich als Nationalsozialisten auf dem Kampfabschnitt Hochschule und Wissenschaft im Glauben an den Führer zuringen und zu arbeiten. — Dr. Scheel gab ein Bild von den umfangreichen Arbeiten des Studententums und den zahlreichen Problemen, die sich für die Generationen der Kriegsstudenten im Laufe der letzten Jahre ergeben haben. Zusammenfassend stellte er hierzu fest: „Es ist der Auftrag an uns Studenten ergangen, politische Kraft, Tapferkeit und Treue der Herzen auf das engste mit der geistigen Leistung zu verbinden. Unserem Volke wird daraus größter Nutzen, unseren Feinden größter Schaden erwachsen.“

Die Reichsstudentenführung hat sich bemüht, durch ihre Maßnahmen zur Berufsförderung des akademischen Nachwuchses im Kriege Wege einzuschlagen, die sowohl dem Fronteinsatz des Studententums als auch der Notwendigkeit der Bereitstellung ausreichender Nachwuchskräfte für die Hochschulberufe gerecht werden. Aus diesen Gedankengängen heraus hat sie Vorschläge zur Einführung von Fronthochschulen ausgearbeitet, die von der Wehrmacht gefördert und inzwischen verwirklicht worden sind. Seit Monaten finden somit an der Front Hochschulkurse in den rückwärtigen und besetzten Gebieten statt, bei denen Vertreter des Reichsstudentenführern und Professoren

148 deutscher Hochschulen zu den Frontstudenten sprechen. Die „Bewegung“ berichtet über die Bewährung dieser neuen Einrichtung. Sie weist darauf hin, daß erst im Zusammenhang mit den weiteren Maßnahmen der Reichsstudentenführung diese Kurse werden von den OKW-Außenstellen für Truppenbetreuung durchgeführt. Für die Teilnahme an den Kursen kommen in Betracht die Studiumswilligen Abiturienten, die Studenten und fertigen Akademiker, deren Abschlußprüfung nicht länger als drei Jahre zurückliegt. Außerdem haben auch Fachschüler und Kunstschüler höherer Semester

die Möglichkeit, an den Kursen teilzunehmen. Die Soldaten werden meist zu den Kursen von ihren Einheiten kommandiert. Über den Erfolg dieser neuen Einrichtung wird mitgeteilt, daß die Professoren von der regen und lebendigen Teilnahme der Frontstudenten begeistert waren.

Das Statistische Reichsamtsamt gibt in „Wirtschaft und Statistik“ einen Überblick über die Bevölkerungsentwicklung in den drei ersten Vierteljahren des Jahres 1943. In diesem Zeitraum wurden im Deutschen Reich ohne die eingegliederten Ostgebiete 440 903 Eheschließungen, 995 774 Lebendgeburten und 725257 Sterbefälle (ohne die Sterbefälle von Wehrmachtangehörigen und die durch Feindeinwirkung getöteten Zivilpersonen) gezählt. Die Heiratshäufigkeit war trotz der Anspannung aller Kräfte durch den Krieg nach wie vor verhältnismäßig hoch. In den Monaten Januar bis September 1943 wurden schätzungsweise 35000 Ehen mehr geschlossen als nach dem beträchtlich verminderten Bestand an heiratsfähigen Männern erwartet werden konnte. Damit ergibt sich für die gesamte Kriegsdauer bis Ende September 1943 ein Überschuß an 300000 Familiengründungen, während im ersten Weltkrieg 1914/18 bei ungefährgleicher Kriegsdauer ein Ausfall von fast 800000 Eheschließungen zu verzeichnen war. — Auch die Zahl der Geburten, die im Jahre 1942 stärker zurückgegangen war, nahm wieder zu. Von Januar bis September 1943 wurden 42000 Kinder mehr geboren als in dem gleichen Zeitraum von 1942, so daß die durch den jetzigen Krieg bedingte Geburtenverminderung weit hinter dem Geburtenausfall des ersten Weltkrieges 1914/18 zurückbleibt. In den vier Jahren 1940 bis 1943 wurden insgesamt 892000 Kinder weniger geboren, als wenn die Geburtenzahl ständig so hoch geblieben wäre wie im Jahre 1939, während die Jahre 1915 bis 1918 mit einem Geburtenverlust von fast 3 Millionen abgeschlossen haben. — Die Sterblichkeit der deutschen Zivilbevölkerung ist in den ersten drei Vierteljahren von 1943 weiterhin zurückgegangen. Im ganzen wurden rund 20700 Sterbefälle weniger gezählt als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die auf 1000 Einwohner berechnete Sterbeziffer war im Durchschnitt der Monate Januar bis September mit 11,8 um 0,5 je 1000 niedriger als im Durchschnitt der gleichen Monate von 1942 (12,3). Diese günstige Entwicklung ist u. a. auch dem Umstand zu verdanken, daß das epidemische Auftreten der Grippe, das seinem bisherigen zeitlichen Turnus nach in diesem Jahre zu erwarten war, ausgeblieben ist.

Am Sonntag, dem 28. Februar, fand in allen Teilen des Reiches die Aufnahme der Besten der Hitlerjugend in die Kampfgemeinschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt. Diese Jungen und Mädels, Führer und Führerinnen, haben sich während ihrer Dienstzeit in der nationalsozialistischen Jugendbewegung durch Haltung und Geist besonders ausgezeichnet. Reichsjugendführer Axmann sprach in einem Monatsappell zu dieser Aufnahme der Jugend in die Partei. Er wies darauf hin, daß die Härte des Krieges für sie die Gelegenheit gewesen sei, sich neben den sachlichen Leistungen in ihren charakterlichen Eigenschaften zu bewähren. Viele hätten schon in frühester Jugend ein tapferes Herz gezeigt. Die Anforderungen unserer Zeit seien ein sorgfältiger Maßstab der charakterlichen Auslese gewesen. Dies sei gut, denn nur die Besten sollten immer wieder Parteigenossen

149 werden, und nur sie verdienten es, der nationalsozialistischen Bewegung und dabei der Führerschicht des deutschen Volkes anzugehören.

Das Hilfswerk „Mutter und Kind“ beging am 28. Februar seinen zehnten Gründungstag. Diese segensreiche Organisation, die den Kern der nationalsozialistischen Volkspflege darstellt, hat im Laufe ihres zehnjährigen Wirkens Hunderttausenden von Müttern zu Erholung und Gesundheit verholfen, sie und ihre Kinder materiell betreut und durch Hebung der Freude am Kind sowie durch hygienische Maßnahmen zur Geburtensteigerung und zur Senkung der Säuglingssterblichkeit wesentlich beigetragen. In Feierstunden und Appellen in allen deutschen Gauen erfuhr die Tätigkeit des Hilfswerkes eine besondere Würdigung. Außerdem fanden in den Umgruppierungslagern Nachmittagsveranstaltungen für die umquartierten Mütter und Kinder statt.

Vor wenigen Monaten — inmitten unserer großen Zeit, in der über die Zukunft Europas entschieden wird und germanische Freiwillige sich in den Verbänden der Waffen-SS an der Seite der deutschen Kameraden auf dem Schlachtfeld der kriegerischen Auseinandersetzung bewähren — stiftete der Reichsführer SS Heinrich Himmler die Germanische Leistungsrune. Sie soll ein Ansporn sein für Leibesertüchtigung und Wehrerziehung im Geiste der nationalsozialistischen Weltanschauung und eine Bestätigung des freiwilligen Bekenntnisses zur germanischen Schicksalsverbundenheit, eine Auszeichnung für nachgewiesene Leistungen in der geistigen und körperlichen Wehrvorbereitung. Diese Germanische Leistungsrune wurde am 16. Februar erstmalig verliehen. Der Reichsführer-SS zeichnete während eines Besuches der Niederlande persönlich die ersten Männer aus, die ihre Bedingungen auf den Gebieten des sportlichen Wettkampfes, der militärischen Ausbildung und der geistigen Haltung erfüllt haben. Führer, Unterführer und Männer des SS-Ausbildungslagers Avegoot hatten sich aus

diesem Anlaß zu einer Feierstunde versammelt, Soldaten der Waffen-SS im feldgrauen Rock, Kameraden der Germanischen SS-Niederlande in der schwarzen Uniform und Männer der niederländischen Polizei, 1200 Mann waren in der Exerzier- und Turnhalle angetreten. Der Reichsführer-SS ergriff dabei das Wort und legte die Grundsätze der von ihm gestifteten Germanischen Leistungsrune dar, sprach von den Anfängen der Aufstellung germanischer Einheiten der Waffen-SS und besonders von den Niederländern, die tapfer und treu Schulter an Schulter mit den deutschen Soldaten gefochten haben und in diesen Tagen an einem Brennpunkt der Ostfront vielleicht den schwersten Kampf ihres Lebens bestehen, dem Entschluß ihres Herzens, der Stimme ihres Blutes folgend im heiligen Glauben an die Idee des germanischen Reiches. Das Abzeichen der Germanischen Leistungsrune sei zugleich das Abzeichen der ruhmreichen germanischen SS-Division „Wiking“, das Sonnenrad, auf dem die Sigrunen stünden. Diese Wahl verpflichte jeden, dem Beispiel des heldenhaften Einsatzes der Wikinger nachzueifern. Um diese Leistungsrune zu erwerben, müßten harte Prüfungen bestanden werden. Sie würde nicht leicht verliehen. Sie solle ein Mittel der Selbsterziehung sein, ein Ansporn, immer mehr zu leisten, immer härter gegen sich selbst zu werden, niemals stille zu stehen, sondern immer weiterzuarbeiten.

Um Schwerekriegsbeschädigten und Gleichstehenden, zu denen auch die Schwerverwundeten aus Terrorangriffen gehören, die Inanspruchnahme der ihnen zuerkannten Vergünstigungen zu erleichtern und gleichzeitig die Verwaltung zu vereinfachen, ist an Stelle der bisherigen einzelnen Ausweise ein einheitlicher „Schwerekriegsbeschädigtenausweis“ eingeführt worden.

Zu Beginn des Jahres hielt der Große Rat des Internationalen Bäderverbandes, dessen Ehrenpräsident Staatssekretär Esser ist, in Preßburg eine Kriegstagung ab. In der Eröffnungssitzung sprach Staatssekretär Esser über die Aufgaben des Heilbäderwesens und über den Fremdenverkehr im europäischen Gemeinschaftswerk. Die Heilbäder, so erklärte er u. a., hätten ihre natürlichen Heilmittel zunächst dafür

150 einzusetzen, daß die Wunden und Krankheiten des Krieges ausgeheilt werden. Das gelte nicht nur im Hinblick auf die Frontsoldaten, sondern auch in Beziehung auf die kämpfenden und arbeitenden Menschen in der Heimat. Als Vorbereitung auf die großen Aufgaben des Bäderwesens in der Zukunft forderte Esser eine klare Durcharbeitung der Heilanzeigen nachinternational übereinstimmenden Gesichtspunkten.

In einer öffentlichen Festsitzung gedachte am 28. Januar die Preußische Akademie der Wissenschaft des Geburtstages Friedrichs des Großen und des Tages der Reichsgründung. Viele hervorragende Wissenschaftler und hohe Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, an ihre Spitze Staatsminister Prof. Dr. Popitz, nahmen an der Feier teil, die im von Schinkel gestalteten Festsaal des Preußischen Finanzministeriums stattfand. Professor Dr. Grapow gab die Jahresübersicht über die abgeschlossenen und begonnenen Arbeiten des Jahres 1943. Er wies auf die besondere Bedeutung der heutigen Festsitzung hin, indem er rückblickenderklärte, daß vor 200 Jahren die Akademie von Friedrich dem Großen in ihre heutige Form umgewandelt worden sei, während im Jahre 1844 Friedrich Wilhelm IV. den Verdun-Preis für das beste Werk deutscher Geschichtsschreibung gestiftet habe. In diesem Jahre sei besonders hervorzuheben, daß Professor Max Planck sein goldenes Jubiläum als ordentliches Mitglied der Akademie begehen könne. Professor Grapow gab ferner der Überzeugung Ausdruck, daß die unsterbliche deutsche Wissenschaft immer wieder neue Antriebe durch die Mitarbeit der jüngeren Generation bekommen werde. Dann sprach der Festredner Professor Dr. Rörig. Am Beispiel der deutschen Hanse führte er aus, daß die völkische Kraft im Verein mit der Gewalt eines einigen Reiches allein in der Lage sei, die Erfüllung des Volkes als organische Einheit zu gewährleisten. In seinen weiteren Ausführungen betonte Professor Dr. Rörig, daß Friedrich der Große mit der Schaffung einer zentralen staatlichen Gewalt erst wieder die Voraussetzungen zur neuen Schmiedung eines Reiches gelegt hätte. Seine Leistung, die in der ordnenden Gewalt des Staates ihren Höhepunkt gefunden habe, und die völkische Dynamik der Hanse seien heute zu einer unlöslichen Verbundenheit geworden, die sich im heutigen Ringen an allen Fronten wie auch in der Wissenschaft bewähre.

Im Laufe der ersten beiden Monate des Jahres 1944 nahm Reichsminister Rosenberg mehrfach Gelegenheit, zu den geistigen Problemen unserer Zeit zu sprechen. So hielt er in einer Feierstunde der NSDAP in Prag am 16. Januar einen Vortrag über deutsche und europäische Geistesgeschichte. Er sagte dabei, daß es über die Freiheit des Willens und des Geistes stets philosophische Kämpfe gegeben habe. Erbe schränkte den Begriff der Freiheit im politischen Leben dahin, daß nach außen hin eine solche nicht existiere, denn jede staatliche Souveränität sei durch Nachbarn und Gegner begrenzt. Selbst der stärkste Großstaat müsse mit den Rechten anderer Großmächte und Gemeinschaften rech-

nen.— Rosenberg ging sodann auf die Verfälschung der Freiheit ein, die der Liberalismus allenthalben geprägt habe. Ein liberaler Staat, so sagte Rosenberg, sei unfähig, die Freiheit zu garantieren, weil er selbst schon privatisiert sei durch die Wirtschaftsinteressen, sich also die Macht zu wirklich politischen Entschlüssen rauben ließ. Er führte das Beispiel der bezahlten Presse an, der es gelungen sei, die Völker so zu hypnotisieren, daß ihr Wille gelähmt wurde. Wahre Freiheit, so führte er den Gedankengang weiter, sei stets Gestalt, Gestalt aber sei immer rassistisch bedingt, sie sei plastisch begrenzt. In bestimmten Völkern verkörpere sich eine gewisse Gestaltungsmöglichkeit. Die politische Freiheit entspreche der Größe und Einsatzkraft der jeweiligen Völker. Die geistige Freiheit aber bedeute eine Chance auch für die sogenannten kleinen Völker, weil die gestaltbedingte Freiheit von Quantität weitgehend unabhängig sei. Der gegenwärtige Krieg werde geführt um die Freiheit des indogermanischen Geistes, gegen den die Feinde aufträten mit einem verlogenen Schwulst der verschiedensten Freiheitsproklamationen. Die deutsche Wehrmacht sei der

151 Garant dafür, daß Deutschland, der Hort indogermanischen Freiheitswillens, die Zeiten der Prüfung bestehe und sich bewähre.

Am 10. Februar wurde der neue Präsident der Deutschen Akademie, Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, von Reichsminister Dr. Goebbels feierlich in sein Amt eingeführt. Reichsminister Dr. Goebbelsgedachte in warmherzigen Worten des verstorbenen früheren Präsidenten, des bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert, der die Deutsche Akademie mit einem neuen Schwung und mit einer bis dahin ungekannten Initiative erfüllt habe. Ludwig Siebert sei es zu verdanken, daß die Deutsche Akademie mit ihren Ausstrahlungen in tiefe Kreise des deutschen Volkes und des Auslandes drang. Der verstorbene Präsident habe der Deutschen Akademie klare Aufgaben gestellt nicht nur in kultureller, sondern auch in politischer Hinsicht. Der Minister unterstrich weiter, daß die Deutsche Akademie in dem gewaltigen militärischen und geistigen Ringen unserer Tage einen noch viel größeren und umfassenderen Wirkungsbereich gewonnen habe. Die Akademie habe keine schönere und auch keine zeitgemäßere Aufgabe, als die Verbreitung, Kultivierung und den Schutz unserer Muttersprache. „Die deutsche Sprache“, sagte Dr. Goebbels, „ist ein scharfgeschliffenes Schwert zur geistigen Verteidigung der Nation.“ — Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Dr. Goebbels auch auf die Gefahren zu sprechen, die der deutschen Sprache drohen, durch Deutschtümelei und Fremdwörtersucht gleichermaßen. Welch einen bedeutsamen Faktor der Kriegsgestaltung die Sprache darstellen könne, wies der Minister am Beispiel der Freiheitskriege nach. Kaum ein General habe sich ein so großes Verdienst um die Abschüttelung des napoleonischen Jochs erworben wie Johann Gottlieb Fichte mit seinen Reden an die Deutsche Nation. Auch in diesem Kriege stehe das deutsche Volk vor der Notwendigkeit, Männer hervorzubringen und Männern sein Ohr zu leihen, die mit derselben Gewalt der Sprache nicht nur zum eigenen Volke, sondern auch zur Welt zu sprechen verstünden. — Dr. Goebbels übergab sodann dem neuen Präsidenten Reichsminister Dr. Seyß-Inquart die vom Führer unterzeichnete Urkunde, indem er ihm die deutsche Sprache und die mit ihr im Zusammenhang stehenden geistigen und kulturellen Güter besonders ans Herz legte und ihm, wie allen Freunden der Deutschen Akademie, eine erfolg- und segensreiche Tätigkeit bei der Führung einer der wertvollsten und angesehensten Organisationen des geistigen und politischen Lebens der Nation wünschte



Außenpolitik

152 In seiner Rede zum elften Jahrestag der Machtergreifung am 30. Januar hat der Führer am Ende des ersten Monats des sechsten Kalenderjahres „in dem der Krieg dauert, dem deutschen Volke und der Welt erneut Sinn und Einsatz des Krieges aufgezeigt. Nach einem Hinweis auf die Tatsache der entscheidenden Kriegsverantwortung Englands, das nach einem jahrhundertealten politischen Rezept den Aufbau der deutschen Führungsmacht in Europa verhindern wollte, sagte der Führer:

„Die Frage ist nicht mehr die, ob in dem heutigen Krieg das alte Gleichgewicht der Kräfte erhalten oder wiederhergestellt wird, sondern sie lautet nur: Wer am Ende dieses Kampfes in Europa die Vormacht sein wird;

entweder die europäische Völkerfamilie, repräsentiert durch ihren stärksten Staat, oder der bolschewistische Koloß. Der erste Fall aber ist nur denkbar, wenn Deutschland diesen Krieg, der ein Kampf nicht nur für es selbst, sondern für ganz Europa ist, gewinnt. Im zweiten würde Sowjetrußland Sieger sein. Eines ist deshalb ganz sicher: In diesem Kampf kann es nur einen Sieger geben, und der wird entweder Deutschland oder Sowjetrußland sein. Der Sieg Deutschlands bedeutet die Erhaltung Europas und der Sieg Sowjetrußlands seine Vernichtung. Das ist, wie gesagt, so klar, daß es vor allem auch jeder nicht völlig verblödete Engländer genau wissen müßte. Was aber Europa in der Praxis von britischen Hilfsversprechungen überhaupt zu erwarten hat, beweist am schlagendsten die englisch-amerikanische Haltung gegenüber dem Schicksal der Polen, der Finnen, der baltischen Staaten sowie ganz Südosteuropas. Mit dem gewissenlosen Garantieverprechen, Polen helfen zu wollen, hat man diesen Staat einst in den Krieg gegen Deutschland gehetzt. Mit der verlogenen Behauptung, andere Staaten vor Deutschland retten zu müssen, hat man ihnen Beistandspakte aufoktroziert, und nun werden unter genau so verlogenen Phrasen alle diese Länder heute fallen gelassen und geopfert. Sie müssen aber preisgegeben werden, nicht weil vielleicht jeder einzelne Engländer das will, sondern weil England unfähig ist, im Falle eines Sieges des Bolschewismus diese Entwicklung zu verhindern. Ja, nicht nur das. Weil sie nicht einmal in der Lage sind, ihrer eigenen bolschewistisch verseuchten Opposition gegenüber eine andere Politik vertreten, geschweige denn mit Erfolg durchführen zu können. Übrigens wird jeder Staat, der sich so wie England dem Judentum erst einmal verschrieben hat, früher oder später dieser Pest erliegen, es sei denn, er rafft sich in letzter Minute noch auf und entfernt mit Gewalt diese Bakterien aus seinem Körper. Die Meinung, zu einem friedlichen Zusammenleben oder gar zu einem Ausgleich der eigenen Interessen mit denen der Fermente dieser Völkerzersetzung kommen zu können, ist nichts anderes, als zu hoffen, daß der menschliche Körper in der Lage sei, auf die Dauer auch Pestbazillen zuassimilieren. Die Frage der Errettung der europäischen Staaten und damit der Errettung Europas ist deshalb eine Frage, die ausschließlich durch das nationalsozialistische deutsche Volk und seine Wehrmacht und die mit ihm verbündeten Staaten entschieden wird. Wenn aber das Reich zerbrechen würde, könnte kein anderer Staat in Europa dem neuen Hunneneinbruch einen wirkungsvollen Widerstand entgegensetzen. Wenn

153 Deutschland nicht siegen würde, wäre das Schicksal der nord-, mittel- und südeuropäischen Staaten in wenigen Monaten entschieden. Der Westen aber käme in kürzester Frist nach. Zehn Jahre später hätte der älteste Kulturkontinent die Wesenszüge seines Lebens verloren, das uns allen so teuer gewordene Bild einer mehr als 2 ½ tausendjährigen musischen und materiellen Entwicklung wäre ausgelöscht, die Völker als Träger dieser Kultur, ihre Repräsentanten der geistigen Führung der Nationen aber würden irgendwo in den Wäldern oder Sümpfen Sibiriens, soweit sie nicht durch Genickschuß ihre Erledigung gefunden hätten, verkommen. Der verwüstende jüdische Ahasver aber könnte dann das zerstörte Europa in einem zweiten triumphierenden Purim-Fest feiern."

Anschließend unterstrich der Führer als entscheidenden Faktor für die Widerstandskraft des deutschen Volkes das Aufbauwerk des Nationalsozialismus, besonders auf sozialem Gebiet, und zog die Schlußfolgerung: Die nationalsozialistische Gemeinschaft ist daher schon jetzt als das unangreifbare Zentrum jeder europäischen Selbstbehauptung anzusehen. Denn nur jener Staat, der in seinem eigenen Inneren völlig frei von unsozialen Infektionsherden ist, kann dem Bolschewismus mit Sicherheit auch nach außen entgegentreten. Mit einem Ausblick auf die sieghafte Zukunft schloß der Führer seine Rede: Das zwölfte Jahr der Neuorganisation unseres Volkes wird an die Front und an die Heimat härteste Anforderungen stellen. Wie sehr aber auch der Sturm an unserer Festung toben und heulen mag, am Ende wird er sich, wie jedes Gewitter, eines Tages legen und aus finsternen Wolken wird dann wieder eine Sonne hervorleuchten auf diejenigen die standhaft und unerschütterlich, ihrem Glauben treu bleibend, die Pflicht erfüllten. Je größer deshalb auch heute die Sorgen sind, um so größer wird der einst der Allmächtige die Leistung derjenigen wägen, beurteilen und belohnen, die gegenüber einer Welt von Feinden ihre Fahne in treuen Händen hielten und unverzagt vorwärts trugen. Dieser Kampf wird deshalb am Ende trotz aller Teufeleien unserer Gegner zum größten Sieg des Deutschen Reiches führen.

Es bedürfte gar nicht des Vertrauens in die Persönlichkeit des Führers, um diese seine Worte als das aufzufassen, was sie sind: Ausdruck einer klaren und völlig realistischen Erkenntnis der Lage und der großen Zusammenhänge. Man brauchte die Worte des Führers, ohne zu wissen, aus wessen Munde sie

stammen, nur im Zusammenhang mit Äußerungen aus Presse und Rundfunk oder aus Reden unserer Feinde zu lesen, um ihren unerbittlichen Wahrheitsgehalt festzustellen. Fast jede Woche bringt uns neue eindeutige Äußerungen von seilen unserer Feinde über die Absichten, die sie uns gegenüber haben. Wir haben es nicht nötig, uns auf derartige Äußerungen älteren Datums zu berufen, da fortlaufend neue erfolgen.

Man fühlt sich veranlaßt, zu fragen, warum unsere Feinde immer wieder so offenherzig hinsichtlich ihrer Kriegsziele sind, da sie doch wissen müßten, daß dies den Kampfwillen des deutschen Volkes höchstens steigern könnte. Im ersten Weltkrieg hat man in London und Washington eine andere Taktik für richtig gehalten. Damals hieß es: Wir werdenden Kaiser hängen, wir wollen den preußischen Militarismus zerstören, wir wollen dem deutschen Volke die Segnungen der Demokratie bringen, wir kämpfen nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen seine schlechte Führung und seine mit dem Frieden unter den Völkern nicht zu vereinbarenden staatlichen Einrichtungen. Heute verzichtet man auf solche propagandistischen Spiegelfechtereien und zieht es vor, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Offensichtlich, weil man begriffen hat, daß die zur Unterhöhnung der deutschen Heimatfront im Weltkrieg erfundene lügnerische Phraseologie heute auf das deutsche Volk keinen Eindruck mehr machen würde. Man weiß, daß das deutsche Volk 1918 und was darauf folgte, nicht vergessen hat, daß bei der heutigen Staatsführung eine Unterhöhnung der Heimatfront nicht mehr möglich ist, daß man innerhalb der Heimatfront auf keinerlei Hilfe rechnen kann, und daß das deutsche Volk sich über den wirklichen Einsatz dieses Krieges völlig klar ist. Deshalb findet es die Feindpropaganda richtiger, die Dinge wenigstens

teilweise beim wahren Namen zu nennen, vor allem auch, weil sie, je länger der Krieg andauert, auf die niedrigen Instinkte des Hasses und der Vernichtung gegenüber dem Gegner innerhalb der eigenen Völkerzurückgreifen zu müssen glaubt, um deren an sich nicht großen Kampfelan zu stärken.

So liegen auch wieder aus den Monaten Januar und Februar von der Feindseite zahlreiche Äußerungen über ihre Nachkriegspläne vor, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Reuter meldete am 25. Februar, ein Londoner Sachverständigenausschuß der alliierten Regierungen arbeite zur Zeit Pläne für eine militärische und wirtschaftliche Kontrolle Deutschlands aus, die u. a. auch auf eine genaue wirtschaftliche Versklavung hinausliefen. Im einzelnen teilte Reuter mit: Auf rein militärischem Gebiete ist außer der völligen Vernichtung der Armee, der Waffen und der Munition eine gründliche Zerstörung aller militärischen Anlagen, einschließlich der Siegfriedlinie, der Kasernen, Bunker, Kasematten, strategischen Eisenbahnen, Brücken und Flugplätze vorgesehen. Es wird auch die Zerstörung des Nord-Ostsee-Kanals angeregt. Auf wirtschaftlichem Gebiet würde die Einfuhr und Erzeugung von Rohstoffen und Materialien, die für die Kriegsindustrie, aber auch für die normale Friedensindustrie unentbehrlich sind (wie z. B. Öl, Eisenerz, Gummi, Zusatzmetalle) unter strenger alliierter Kontrolle auf eine von den Alliierten vorgeschriebene Höchstmenge begrenzt werden. Der Flugzeugbau würde gänzlich untersagt sein, auch für die Zivilluftfahrt und den Luftsport. Die alliierte Kontrolle würde dafür zu sorgen haben, daß die Produktionsfähigkeit der deutschen Fabriken so beschränkt wird, daß sie nicht zu einer Kriegsproduktion übergehen können. Diese Beschränkungen der deutschen Produktion werden als völlig mit Artikel 4 der Atlantikcharta vereinbar betrachtet, der nach Edens Unterhauserklärung sich gleichermaßen auf Sieger und Besiegte bezieht. Artikel 4 bestimmt, daß England und die USA unter Beachtung ihrer bestehenden Verpflichtungen versuchen werden, dahin zu wirken, daß alle Staaten, groß und klein, Sieger und Besiegte, unter gleichen Bedingungen Zugang zum Handel und den Rohstoffen der Welt erhalten sollen, die für ihre wirtschaftliche Wohlfahrt erforderlich sind. Die alliierten Vorschläge zur Fixierung einer Höchstgrenze der deutschen Produktion würden eine Linie ziehen, die Deutschland nicht überschreiten dürfte.

Wir befinden uns also vor einem bis ins einzelne gehenden Plane militärischer und wirtschaftlicher Knechtung des deutschen Volkes, die über das Zwangssystem von Versailles noch weit, weit hinausgeht. Wie weit sich solche Pläne erstrecken, geht aus den Forderungen der englischen Zeitung „Sunday Express“ vom 6. Februar hervor, „man müsse alle deutschen Kinder im Alter von drei bis vierzehn Jahren in der ganzen Welt zur Erziehung verteilen, damit Deutschland für die Demokratie reif werde. Zur Welt gehört auch die Sowjetunion, und Stalin würde sicher Anspruch erheben, an der Erziehung der deutschen Jugend entsprechendbeteiligt zu werden!“

Während man in London wenigstens noch Pläne macht, d. h. noch so etwas wie eine „Ordnung“ für Europa vorausieht, beschäftigten sich die U S A - Zeitungen und -Zeitschriften in ihren Neujahrsartikeln mit der Zukunft Europas auf andere Weise. Alle sprachen die Hoffnung und den Wunsch auf einen Zusammenbruch Deutschlands 1944 aus. Der größte Teil der Artikel sah in diesem Falle jedoch

für Europa eine furchtbare Zeit heraufkommen mit Revolution, Bürgerkrieg, Hungersnot und Zerstörung. Es werde eine Zeit des Massenterrors einsetzen. Man müsse dabei u. a. mit der Zerstörung von Paris, Marseille, Amsterdam, Brüssel und Budapest rechnen. In Deutschland und auf dem Balkan werde einerbitterter Bürgerkrieg einsetzen, von dem wahrscheinlich auch die übrigen europäischen Länder nicht verschont blieben. Die arbeitslos werdenden und hungernden Länder Europas würden sich politisch immer mehr nach links orientieren. Eines der USA-Blätter sagt auch außerdem Streiks in England voraus.

155 Das Blatt meint, mit Widerwillen würden die befreiten Völker von den Alliierten Wohltaten und Anweisungen annehmen. Es werde in Europa und auch in Südamerika eine verstärkte Abneigung gegen England und die USA heranwachsen. Andere Artikelschreiber wieder rechneten mit vermehrten Schwierigkeiten auch in den alliierten Staaten, schon bevor der Krieg sein Ende findet.

Die amerikanische Zeitschrift „Army and Navy Journal“ teilte Mitte Januar mit, auf der Konferenz in Teheran sei zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill verabredet worden, nach dem Sieg über Deutschland das Reichsgebiet zu je einem Drittel durch englische, amerikanische und sowjetische Besatzungstruppen besetzen zu lassen. Das ist ein offenes Eingeständnis, wie weit man Europa dem Bolschewismus auszuliefern bereit ist. Denn wenn weite Gebiete Deutschlands von der Roten Armee besetzt wären, würde das bedeuten, daß alle Ländergebiete östlich davon ebenfalls von den Sowjets militärisch besetzt sein müßten. Daß aber eine Besetzung durch die Rote Armee gleichbedeutend mit der Bolschewisierung ist, ist völlig eindeutig erwiesen. Kann es eine unzweifelhaftere Bestätigung für die Äußerungen des Führers in seiner Rede zum 30. Januar geben?

Was unter solchen Umständen aus Europa würde, scheint auch manche Leute in England zu beschäftigen. Denn am 18. Februar wurde im Unterhaus Außenminister Eden gefragt, welche Möglichkeiten einer europäischen Auswanderung nach Amerika wohl nach dem Kriege bestehen würden, worauf Eden erwiderte, daß bisher kein einziger amerikanischer Staat sich bereit erklärt habe, europäische Auswanderer nach dem Kriege in großer Anzahl aufzunehmen. Man will also alle Grundlagen des Wohlergehens in Europa rücksichtslos zerstören, aber den Europäern, die dann in Europa nicht mehr leben können, auch alle Türen zu anderen Kontinenten verschlossen halten.

Das Malen von Zukunftsbildern, die den Zustand nach dem Siege zeigen sollen, geschieht offensichtlich in erster Linie für inneren Gebrauch, d. h. zu Propagandazwecken in den Feindländern selbst, nicht zuletzt in der Absicht, der Bevölkerung dieser Länder den Sieg als eine Selbstverständlichkeit hinzustellen und als eine solche, die in greifbarer Nähe liegt. Es ist eine optimistische Zweckpropaganda, die sich natürlich auch an die Adresse der Neutralen richtet. Diesen gegenüber will man die Überzeugung des eigenen Endsieges möglichst oft und eindringlich wiederholen, um so mehr, wenn die militärischen Ereignisse eine gegenteilige Sprache sprechen und wenn man diplomatische Aktionen unternimmt, um diese Staaten aus der Neutralität teilweise oder ganz herauszumanövrieren. Auch an die Kriegführenden auf der Gegenseite, besonders an die mit Deutschland verbündeten kleineren Staaten in Europa richtet sich diese feindliche Zweckpropaganda. Mit ihr sollen sie entmutigt werden, will man ihr Vertrauen in die eigene Sache und die Großdeutschlands erschüttern und politische Kräfte wachrufen oder stärken, die den Kriegseinsatzschwächen und im Endziel eine politische Umkehr und eine Kapitulation nach dem Muster Badoglio hervorrufen sollen.

Diese Politik der Feindmächte wurde besonders gegenüber Finnland angewandt. Die Rückverlegung der deutschen Front von Leningrad nach Narwa und die sonstigen Gebietsgewinne der sowjetischen Winteroffensive wurden dazu benutzt, um Finnland zur Aufgabe des Kampfes und zu einem nach außen scheinbar ganz erträglichen Waffenstillstand zu bewegen, der in der Wirkung jedoch Kapitulation bedeuten würde. Moskau, London und Washington arbeiteten dabei einträchtig zusammen. Am 9. Februar wurde aus Helsinki berichtet, daß der USA-Geschäftsträger dem finnischen Außenministerium eine ultimative Forderung des USA-Außenministeriums übermittelt habe, über deren Inhalt Reuter am 10. Februar meldete, in der Note werde erklärt, daß eine Besserung der Beziehungen zwischen Finnland und den USA durch zwei Tatsachen behindert werde: 1. Die deutsch-finnische Zusammenarbeit und 2. den Kriegszustand zwischen Finnland und der Sowjetunion, einer Alliierten der USA. Wenn Finnland weiter

156 die Wegräumung dieser beiden Hindernisse verzögere, so könne die Lage nur noch schlimmer werden. Das Schicksal der an Deutschlands Seite kämpfenden Länder werde um so mehr gefährdet sein, je länger sie an der Front weiterkämpften.

Finnland aus der gegen den Kommunismus kämpfenden Front Europas herauszubrechen und es zugleich Stalin auszuliefern, war der Sinn der amerikanischen Aktion, die durch gleichzeitig aus Moskau

über Stockholm ausgestreckte diplomatische Fühler und durch eine systematische englisch-amerikanische Presse- und Rundfunkpropaganda ergänzt wurde. Hierbei war es bezeichnend, daß man einerseits von den USA aus so tat, als ob die Finnen bei Verhandlungen mit den Sowjets seitens der USA Stütze und Rückhalt zu erwarten hätten, während die Presse in London, wo die Unterordnung unter die Politik Stalins längst zum Führungsgrundsatz der englischen Außenpolitik geworden ist, betonte, daß Finnland seitens England auf keinerlei Unterstützung gegen die Sowjetunion rechnen könne oder, wie es Vernon Bartlett am 15. Februar in der Zeitung „News Chronicle“ ausdrückte, „daß es für die Finnen nutzlos ist, die Atlantikcharta anzurufen, um günstigere Waffenstillstandsbedingungen zu erhalten“. Am 14. Februar meldete Reuter, daß die sowjetischen Friedensbedingungen für Finnland u. a. 1. die Wiederherstellung der Grenze vom Jahre 1940 mit einigen kleineren Änderungen zugunsten der Sowjets, 2. die Besetzung aller größeren finnischen Städte, aber Beibehaltung der finnischen Verwaltung, 3. Umbildung der finnischen Regierung unter Ausschluß der „Russenfeinde“ vorsehen.

Gleichzeitig machten die Sowjets auf die finnische Hauptstadt mehrere schwere Luftangriffe, um die durch die englisch-amerikanische Presse- und Rundfunkpropaganda und die USA-Note an die finnische Regierung ausgeübte Pression durch den Bombenterror zu unterstützen. Hierzu wurde am 11. Februar aus London geäußert, diese Luftangriffe „dürfen von den Finnen nur als eine höfliche Warnung aufgefaßt werden“.

Die sowjetischen Waffenstillstandsbedingungen bedeuteten natürlichpraktisch die bedingungslose Kapitulation Finnlands. Was mit einem Lande geschieht, das die Rote Armee in seine Grenzen läßt, hat die Geschichte der Baltischen Staaten gezeigt. Wenn als dritte der angeblichen sowjetischen Waffenstillstandsbedingungen die Umbildung der finnischen Regierung unter Ausschluß der „Russenfeinde“ angegeben wird, so ist auch dies nach den Vorgängen in den baltischen Ländern eine eindeutige Forderung. „Russenfeinde“ sind ganz einfach alle jene, die der Bolschewisierung sich widersetzen, d. h. alle Nichtkommunisten. Die dritte sowjetische Waffenstillstandsbedingung besagt also, daß eine bolschewistische Regierung in Finnland zu bilden wäre. Kein Zweifel, daß der erste Akt einer solchen Regierung die „Bitte“ an die Sowjetunion wäre, in die Sowjetunion aufgenommen zu werden. Die geistige, wirtschaftliche und politische Führungsschicht Finnlands aber würde den Genickschuß oder die Deportation nach Sibirien zu erwarten haben.

Die Äußerungen der finnischen Presse erweisen, daß es den Finnen, die ja mit den Bolschewiken ihre Erfahrungen gemacht haben, weder an der nötigen Klugheit, um das bolschewistisch-anglo-amerikanische Manöver zu durchschauen, noch an dem Mut fehlt, den Kampf um die Selbständigkeit und Freiheit des eigenen Volkes mit aller Entschlossenheit weiterzuführen.

Das Manöver gegen Finnland ist aber nur ein Teil einer größeren Aktion, die sich gegen alle noch neutralen Staaten in Europa und gegen alle an der Seite Deutschlands im Kriege befindlichen kleineren Nationen richtet. Die Neutralen sollen zu einer Verminderung oder zur Aufgabe ihrer Ausfuhr nach den Achsenländern oder gar zum Kriegseintritt auf der Seite der Feindmächte gebracht werden. War die Spitze dieser diplomatisch-propagandistischen Feindoffensive hinsichtlich der Verbündeten Deutschlands gegen Finnland gerichtet, so war sie hinsichtlich der Neutralen auf die Türkei eingestellt. Nachdem aller Druck, der auf die türkischen Staatsmänner auf den beiden Konferenzen in Kairo Anfang November und Anfang

157 Dezember 1943 ausgeübt wurde, wirkungslos geblieben war, ohne daß man in London der Türkei gegenüber zu einer deutlicheren Sprache übergegangen wäre, geschah dies allmählich im Laufe des Januar und Februar 1944, nicht ohne, daß dies auch wenigstens von seiten der türkischen Presse zu kräftiger Erwidern Anlaß gab. So schrieb am 8. Februar die englische Zeitung „News Chronicle“: „Es wäre unzweckmäßig, noch länger die Tatsache zu verheimlichen, daß es tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten und den Türken auf rein materieller Ebene gibt.“ Am 9. Februar sprach Reuter von einer Vertrauenskrise zwischen der Türkei und den Alliierten und fuhr wörtlich fort: In einigen alliierten Kreisen ist kürzlich der Verdacht entstanden, daß die Türkei dem englisch-türkischen Bündnis nur Lippendienste leiste und gar nicht die Absicht habe, ihre Bündnisverpflichtungen zu erfüllen, und daß die türkischen Einwände nur Ausreden seien, um sich der Bündnisverpflichtung zu entziehen. Andererseits werfen einige Türken den Alliierten absichtliche Mißachtung der türkischen Gefühle und Interessen vor. Die Alliierten — so heißt es — möchten die Türken unvorbereitet und ohne Kenntnis der alliierten Pläne in den Krieg hineinziehen. Am 11. Februar stellte der Ankara-Korrespondent des „News Chronicle“ fest, daß die Türkei weder gewillt noch bereit sei, in den Krieg einzutreten. Die Türkei sei dem Krieg nicht um einen Schritt nähergerückt. Die bündigste Antwort auf

der türkischen Seite gab der bekannte türkische Journalist und Abgeordnete der Nationalversammlung Sadak mit der Feststellung, das türkische Volk fürchte den Krieg nicht, aber die Türkei werde nicht das Vaterland für Kriegsziele anderer hergeben.

Eine ähnliche Pressionspolitik war seitens der Anglo-Amerikaner auch gegenüber den Ländern der iberischen Halbinsel zu beobachten, besonders gegenüber Spanien. Auf spanischem Boden hat sich bekanntlich 1936 bis 1939 der erste Akt des europäischen Kampfes gegen den Bolschewismus abgepielt. Er hat zur Ablösung der parlamentarisch-demokratischen Linksrepublik durch den autoritären Einheitsparteistaat Francos geführt, dessen natürliche Sympathien in Erinnerung an die von den Achsenländern während des Bürgerkrieges empfangene Hilfe zu diesen tendieren. Durch Entsendung der Blauen Division hat Spanien auch aktiv am Kampf gegen den Bolschewismus an der Ostfront teilgenommen. Sein Wirtschaftsaustausch mit Deutschland umfaßt die Hälfte seines gesamten Außenhandelsvolumens. Von etwa Mitte Januar an war nun ein ansteigender diplomatischer und propagandistischer Nervenkrieg von seiten unserer Feinde gegen Spanien im Gange. So schrieb am 7. Februar die englische Zeitung „Observer“, daß weite Kreise in England für eine „sehr ernste und entschlossene Politik“ gegenüber General Franco eintreten. Es werde gefordert, daß der Caudillo die politischen Häftlinge aus den Gefängnissen entlasse, daß freie Wahlen abgehalten werden und das Ergebnis der Wahlen auch wirklich respektiert werde. Wenn er nicht darauf eingehe, dann sollten die Alliierten erklären, daß „alle diejenigen, die eine spanische Befreiungsbewegung nach jugoslawischem oder französischem Muster führen, vollste Unterstützung erhalten“.

Am 13. Februar schrieb der diplomatische Korrespondent des „Sunday Dispatch“: „Glacehandschuhe gegenüber Franco bedeutet Glacehandschuhe gegenüber Hitler, eine starke Politik gegenüber Franco bedeutet eine starke Politik gegenüber Hitler. Beide sind unteilbar. Franco ist kein Mann, der leicht dazu gebracht werden könnte, eine Politik aufzugeben, die er einmal eingeschlagen hat. Der spanische Diktator weiß, daß er mit Hitler steht und fällt. Er glaubt, daß der Sieg der faschistischen Sache, der nur durch einen deutschen Sieg möglich ist, seinem Lande und seinem Regime großen Ruhm einbringen würde.“ Der Korrespondent führte weiter aus, die Alliierten müßten einen möglichst scharfen Druck besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiet auf Franco ausüben, damit Franco immer größere Schwierigkeiten habe, sein Regime dadurch geschwächt und die innere spanische Opposition gestärkt werde. Die spanischen

158 Republikaner müßten die Siege der Alliierten als eigene Siege begrüßen. In einem Sonderaufsatz unter der Überschrift „Spanien am Scheidewege“ schrieben die „Times“ am 8. Februar, Klugheit und Staatskunst müßten den Spaniern die Bildung eines neuen Regimes nahelegen, eines Regimes, das demokratischen Charakter haben müsse.

Am 29. Januar gab das USA-Außenministerium bekannt, daß durch seinen Beschluß die Petroleumsendungen nach Spanien unterbrochen wurden. Im Kommunique des Staatsdepartements wurde erklärt, daß diese Maßnahme auf Grund der allgemeinen sowie der Handelsbeziehungen zwischen Spanien und den USA im Lichte der politischen Tendenzen Spaniens, die gewisse Widersprüche aufweisen, erfolge. In spanischen Häfen fahre man fort, einige italienische Kriegs- und Handelsschiffe zu internieren und Spanien liefere weiter gewisse kriegswichtige Materialien, darunter Wolfram, an Deutschland. Achsenagenten entwickelten in Spanien sowie in spanischen Gebieten Afrikas, so in Tanger, lebhafte Tätigkeit. Ein Teil der Blauen Division schein immer noch am Krieg gegen einen der Alliierten teilzunehmen und nach letzten Informationen sei ein Finanzabkommen zwischen der spanischen und der deutschen Regierung abgeschlossen worden mit dem Ziel, Deutschland bedeutende Kredite in Peseten zur Verfügung zu stellen, die Deutschland unbestritten zur Ausdehnung der Spionage und Sabotage in spanischen Gebieten sowie zur Intensivierung der Opposition gegen die Alliierten auf der iberischen Halbinsel verwenden werde. Diese Maßnahme des Staatsdepartements sei nach Besprechung und Übereinstimmung mit der britischen Regierung getroffen worden.

Ebenfalls am 29. Januar meldete Reuter aus London: der diplomatische Korrespondent des „Evening Standard“ glaubt zu wissen, daß England gegen Spanien ähnliche Sperrmaßnahmen ergreifen werde wie die USA. Das könne nur bedeuten, daß alle britischen Quellen für Weizen- und Öllieferungen an Spanien gesperrt werden sollen. Im vorigen Jahr habe England 120000 Tonnen Kohle und 50000 Tonnen Koks geliefert. Aus Washington Verlaute, daß die USA noch andere Lieferungen an Spanien, u. a. auch Weizenlieferungen, sperren würden. Spanien habe z. B. auch sehr viel Weizen aus Kanada und 100 000 Tonnen Weizen aus Südamerika bezogen. Die spanische Reaktion auf diesen Nervenkrieg war scharf. Der spanische Außenminister, Graf Jordana, bezeichnete in einem Interview mit der Falangezeitung „Arriba“ am 27. Februar die äußerste Kaltblütigkeit als das beste Mittel, um die fremden

Absichten zu vereiteln. Graf Jordana erklärte u. a.: Angesichts eines Nervenkrieges, der heute nicht nur gegen den Feind, sondern ebenso auch gegen die neutralen Länder geführt wird, ist es notwendig, eine objektive und kaltblütige Position einzunehmen und sich in keiner Weise aus der Ruhe bringen zu lassen. Wir sind erhaben über diese leidenschaftlichen und unverständlichen Anwürfe, die man gegen uns erhebt. In einer Reihe von Zeitungen und Rundfunksendern des Auslandes werden in der letzten Zeit zahlreiche ungerechtfertigte Angriffe gegen Spanien veröffentlicht. Es werden Dinge erfunden und entstellt und unserer Politik eine Ausrichtung untergeschoben, die sie nicht hat. Auf dieser falschen Grundlage wird im Innern Spaniens und jenseits seiner Grenzen eine der wirklichen Situation unseres Vaterlandes völlig fremdartige Atmosphäre geschaffen, durch die Spanien von seiner politischen Linie abgedrängt und erreicht werden soll, daß es sich für die eine oder andere kriegführende Partei entscheide. Eine solche Entscheidung ist aber ausschließlich Sache unseres eigenen Staates und kann unmöglich zu einem Thema des Auslandes gemacht werden. Spanien hat es in keiner Weise nötig, seine Haltung zu definieren, die mit aller Klarheit eingenommen wurde und die eine dem internationalen Recht entsprechende Neutralität darstellt. Die Verpflichtungen dieser Neutralität werden von Spanien aufrichtig und gutwillig geachtet und alle Mittel eines starken Staates, der völlig Herr der Lage ist, werden in den Dienst dieser Neutralität gestellt. So wie

- 159 Spanien bereit ist, seine Verpflichtungen als neutrales Land zu erfüllen, ist es auch entschlossen, seinen Rechten, die ihm als neutraler Staat zustehen, Achtung zu verschaffen und mit aller Schärfe die Absichten gewisser Ausländer, die die innere Ordnung und die politische Linie Spaniens gefährden, zu vereiteln. Spanien ist ferner entschlossen, mit aller Energie jener übelwollenden Zweckpropaganda entgegenzutreten, einer Propaganda, die von Feinden unseres Vaterlandes und von spanischen Emigranten in unverantwortlicher Weise in die Welt getragen wird.

Spaniens Presse, Rundfunk und Öffentlichkeit reagierten energisch gegen die Pressionen der Anglo-Amerikaner. Hinsichtlich des Versuches der Einmischung in die inneren Verhältnisse Spaniens stellte das führende Blatt der Falange „Arriba“ fest, nichts könne Spanien zwingen, seine politische Ausrichtung zu ändern. Die Falange und Franco hätten das Land gestern den Klauen der geheimen Gesellschaften entrissen. Spanien sei entschlossen antikommunistisch und werde es bleiben. Am 2. Februar schrieb dieselbe Zeitung, mit Drohungen erreiche man bei Spanien gar nichts. Das ganze Volk stehe derartigen Methoden gegenüber geschlossen hinter seiner Führung, weil es sich in seiner Unabhängigkeit und in seinem Lebensrecht bedroht fühle.

In längeren Ausführungen nahm am 29. Januar die deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz zu der Frage Stellung und schloß wie folgt:

Was ist nun das letzte Ziel der britischen Spanienpolitik? Diese Politik steht seit Jahrhunderten unter dem klassischen Gesetz, Spanien zu schwächen. Spanien ist die stärkste Macht am westlichen Ausgang des Mittelmeers. Solange dieser Ausgang selbst in britischer Hand ist, wird die britische Politik auf die Schwächung Spaniens hinarbeiten. Franco hat Spanien stärker gemacht als irgendeine Regierung vor ihm seit dem Ablauf des spanischen goldenen Jahrhunderts. Die Wurzel dieser Stärke ist das falangistische Spanien und seine innere Neuordnung. Den Begründer dieser Ordnung zu beseitigen und die Neuordnung selbst zu zerstören und durch eine Linksregierung bolschewistischer Prägung unter Herrn Negrin und Genossen zu ersetzen, ist das Ziel der englischen Politik. Ein auf diese Weise geschwächtes Spanien, in dem dann wieder Bürgerkrieg und chaotische Zustände eintreten würden, möchten die Engländer und Amerikaner dann ihren europäischen Kriegsplänen nutzbar machen. Das spanische Volk hat einmal die furchtbare Erfahrung des Bürgerkrieges durchgemacht. Es weiß, daß ein Erfolg der englischen und nordamerikanischen dunklen Machenschaften es zwangsläufig in einen zweiten Bürgerkrieg stürzen würde. Es weiß aber auch, daß ein solcher nicht nur Spaniens europäische Machtstellung endgültig beseitigen, sondern die Existenz des spanischen Volkes schlechthin vernichten würde. Gegen diese ernste Gefahr einer Bolschewisierung Spaniens gibt es nur das Mittel straffster Zusammenfassung aller nationalen Kräfte in der Hand seiner Staatsführung. Nur so ist diese in der Lage, die der Freiheit und Unabhängigkeit Spaniens drohenden Gefahren zu bannen und seine nationalen Traditionen und Aspirationen würdig seiner stolzen ruhmreichen Vergangenheit aufrechtzuerhalten. Das spanische Volk und seine Staatsführung haben in voller Erkenntnis der ihnen drohenden Gefahr diesen Weg beschritten und sehen gelassen und entschlossen der weiteren Entwicklung entgegen.

In geringerem Maße richtete sich der feindliche Nervenkrieg auch gegen die Balkanländer, besonders gegen Rumänien und Bulgarien. Rumänien wurde in die feindlichen Spekulationen über Finnland einbezogen und ausgeführt, wenn erst die Finnen kapituliert hätten, würden die Rumänen schnell folgen. Hinsichtlich Bulgariens wurden alle möglichen Falsch- und Störmeldungen in die Welt gesetzt

über angebliche Unruhen, über Gegensätze zwischen Volk und Armee, über angebliche Absichten der bulgarischen Regierung, das Bündnis mit Deutschland aufzugeben und sich den Feindmächten anzuvertrauen. Mehrfach griff die bulgarische Regierung zu scharfen Dementis gegen diese

160 Falschmeldungen, die verschiedentlich auch die bulgarisch-türkischen Beziehungen zu stören versuchten. Der bulgarische Innenminister Christoff erklärte am 9. Februar: „Es kann keine Rede davon sein, daß Bulgarien sein Bündnis mit Deutschland aufgibt. Bulgarien befolgt seine Politik in Treue zu diesem Bündnis.“ Am 23. Februar erklärte derselbe Minister: „Die bulgarischen Beziehungen zur Türkei sind von aufrichtiger Freundschaft und dem Wunsche nach Zusammenarbeit beseelt. Heute sind unsere Beziehungen zu dem südlichen Nachbarn die herzlichsten und freundschaftlichsten. Unser Verhältnis zur Türkei ist klar und bestimmt. Keiner von uns beiden wünscht etwas vom anderen. Streitfragen zwischen uns und der Türkei existieren nicht.“

Ebenso wie gegenüber Finnland wurde der Nervenkrieg auch gegenüber Bulgarien durch Luftangriffe auf die Landeshauptstadt unterstrichen, mit dem gleichen negativen Erfolg.

Wenn es ein Teil dieses Nervenkrieges war, die militärische Lage Deutschlands und seiner Verbündeten möglichst ungünstig hinzustellen, um aus der Kriegslage Argumente für Kapitulation oder Änderung der politischen Einstellung bei Deutschlands Verbündeten bzw. den Neutralen zugewinnen, so fehlte es doch nicht an Stimmen auf der Feindseite, die sich einer nüchterneren Darstellung der Kriegslage befleißigten. So erklärte das Kriegsinformationsamt der USA am 5. Januar in einem Bericht, es seien keine Anzeichen dafür vorhanden, daß es Deutschland und Japan an Kriegsmaterial oder Moral fehlt, um den Kampf noch lange Zeit fortzusetzen. Deutschland habe nur ein Fünftel der im Vorjahre besetzten Gebiete verloren. Es besitze eine mächtige Luftwaffe und seine Lage hinsichtlich der Produktion von Steinkohle, Gummi, Petroleum und hochgradigem Flugzeugbenzin sei sehr befriedigend. Die deutsche Bevölkerung bekomme genügend zu essen und die letzte Ernte sei die beste seit 1939. Japan habe nur ein Zwanzigstel der Gebiete verloren, die es vor einem Jahr besaß. Es habe keinen Mangel an Menschenkräften und es besitze genug Rohstoffe, um den Krieg lange Zeit fortsetzen zu können.

Auch der in den Monaten Januar und Februar von den Anglo-Amerikanern in steigendem Maße gegen Europa geführte Luftterrorkrieg wurde zwar von der Feindpropaganda immer wieder stark herausgestellt und propagandistisch ausgewertet, jedoch fehlten auch hierzu die kritischen Stimmen nicht, die die schweren Verluste der feindlichen Bombengeschwader und die Stärke der deutschen Moral unterstrichen. Die größten Sorgen machte der Feindpropaganda jedoch der Krieg in Italien, wo alle Angriffe bei C a s s i n o trotz riesigen Materialeinsatzes unter schwersten Verlusten für die Invasionstruppen immer wieder scheiterten. Trübselig stellten die „Times“ am 14. Januar fest, Tatsache sei jedenfalls, daß in Italien etwas schief gegangen sei. Der Hauptgrund für das Versagen sei die Taktik der deutschen Generale und die erstklassige Kampfkraft der deutschen Soldaten. Trotz der durch die Kapitulation entstandenen äußerst gefährlichen Lage hätten es die Deutschen verstanden, den Marsch von Salerno nach Rom zu verhindern und die Pläne der Alliierten über den Haufen zu werfen.

Da man bei Cassino nicht weiterkam, entschloß man sich zu einem Landungsunternehmen im Küstengebiet von Rom, einmal um die italienische Hauptstadt zu besetzen und dadurch einen „glänzenden“ Erfolg zu erzielen, zum anderen, um die Verbindungslinien der bei Cassino kämpfenden deutschen Truppen abzuschneiden und sie einzukreisen. Zwar gelang bei Nettuno und Anzio die Bildung eines Landekopfes, aber das operative Ziel wurde nicht erreicht!

Der Krieg in Italien, der so enttäuschend und so verlustreich für die Anglo-Amerikaner und die von ihnen eingesetzten Truppen aus aller Welt verlief, hat unsere Feinde zu einem immer rücksichtsloseren Einsatz ihrer Luftwaffe gegen die schönen und alten Städte Italiens veranlaßt. Dieser Einsatz ist ohne jede militärische Notwendigkeit in einer Weise erfolgt, die nur als ein bewußter Angriff auf die höchsten künstlerischen

161 und kulturellen Werte des Abendlandes bezeichnet werden kann. Weder Rom mit all dem, was es an unersetzlichen Werten dieser Art enthält, noch der neutrale Kirchenstaat der Vatikanstadt, noch die ebenfalls neutrale päpstliche Sommerresidenz, Castel Gandolfo in den Albaner Bergen wurden geschont. Das größte Aufsehen erregte die sinnlose und ohne jeden militärischen Zweck am 15. Februar erfolgte Zerstörung der Abtei Monte Cassino, des berühmten Stammklosters des Benediktinerordens, das, hoch oben auf der Bergspitze gelegen, ein wahres Juwel kirchlicher Architektur und einer der historischen kulturellen Brennpunkte des Abendlandes gewesen ist.

Der Oberbefehlshaber der in Italien kämpfenden deutschen Truppen, Generalfeldmarschall Kesselring, gab zu der Zerstörung des Klosters am 17. Februar folgende Erklärung ab: 1. Am 15. Februar

1944 in der Zeit von 9 Uhr 30 bis 10 Uhr haben mehrere Wellen angreifender viermotoriger anglo-amerikanischer Kampfflugzeuge zahlreiche Bomben auf die Abtei von Monte Cassino, das Stammkloster des Benediktinerordens abgeworfen. Hierbei ist das Kloster vollständig zerstört und eine große Anzahl der Klosterinsassen getötet, verschüttet oder verwundet worden. Das Kloster hatte bereits am 13. Januar durch feindliches Artilleriefeuer starke Beschädigungen erlitten. — 2. Die feindliche Führung behauptet, den Angriff zur Vernichtung der im Kloster befindlichen deutschen Truppen und Verteidigungsanlagen geführt zu haben. Demgegenüber stelle ich eindeutig fest: Als der Vatikan vor einigen Monaten durch Vermittlung der deutschen Botschaft beim Heiligen Stuhl an mich mit der Bitte herantrat, das Kloster Cassino nicht in die Kampfhandlungen einzubeziehen, habe ich diesem Vorschlag sofort unter der Voraussetzung zugestimmt, daß die Gegenseite sich entsprechend verhalte. Ich habe daraufhin verboten, daß deutsche Soldaten das Kloster sowie seine nähere Umgebung betreten. Die strikte Durchführung dieses Befehls ist durch die zuständigen Truppenführer und besonders eingesetzte Absperrposten und Feldgendarmarie ständig überwacht worden. Selbst von der Erlaubnis, im Notfalle Schwerverwundete vorübergehend im Kloster unterzubringen, ist bis zur Bombardierung kein Gebrauch gemacht worden. Dagegen wurde zahlreichen italienischen Flüchtlingen gestattet, sich in den Schutz des Klosters zu begeben. Am Angriffstage befanden sich daher mehrere hundert Flüchtlinge in der Abtei, die im Vertrauen auf die Heiligkeit des geistlichen Bezirks und seine Neutralisierung das Kloster als Asyl aufgesucht hatten. Um die in dem Kloster befindlichen unersetzlichen Kulturwerte, insbesondere die Bibliothek, auf alle Fälle sicherzustellen, ist bereits vor längerer Zeit ihre Überführung durch deutsche Truppen in die Vatikanstadt durchgeführt worden. — 3. Die Behauptung, daß das Kloster zum „stärksten Artilleriesperrfort der Welt“ ausgebaut worden sei, ist eine ungeheuerliche Zwecklüge. — 4. Auch die weiteren Behauptungen, daß die Abtei und das zu ihr gehörende Gelände zu sonstigen militärischen Anlagen, MG-Ständen, Artilleriebeobachtungsstellen usw. benutzt oder ausgebaut worden sei, sind frei erfunden. Tatsächlich befand sich seit dem Abtransport der Kulturschätze kein deutscher Soldat mehr innerhalb des Klosters Monte Cassino, so daß weder der Beschuß der Abteigebäude durch amerikanische Artillerie am 15. Januar noch der Luftangriff vom 15. Februar irgendwelchen militärischen Schaden anrichtete oder auch nur einen deutschen Soldaten verwundete. Betroffen wurden lediglich die noch im Klosterbereich verbliebenen Mönche und die italienischen Zivilflüchtlinge. — 5. Die Tatsache, daß sich im Klosterbereich kein deutscher Soldat aufgehalten hat, wird durch die nachstehenden schriftlichen Erklärungen erhärtet: a) Der Abt des Klosters Monte Cassino, Bischof Gregorio Diamare, erklärte: „Ich bescheinige auf Wunsch, daß sich im Kloster von Monte Cassino kein deutscher Soldat befand oder sich befindet. 15. II. 1944. Gregorio Diamare, Ciscovo Abate di Monte Cassino.“ b) Der Verwalter der Abtei von Monte Cassino, Don Nicola Clementi, und der bischöfliche Delegierte des Verwaltungsbüros der

162 Diözese von Monte Cassino, Don Francesco Salconio, erklärten: „Don Nicola Clementi, Verwalter der Abtei von Monte Cassino, und Don Francesco Salconio, bischöflicher Delegierter des Verwaltungsbüros der Diözese von Monte Cassino, die sich vor dem Bombenangriff vom 13. Februar gerettet haben, durch den die gesamte Abtei zerstört wurde, erklären, daß im Innern des Klosters und in seinem ganzen Umkreis keine deutschen Verteidigungsanlagen oder Truppen oder Kriegsmaterial irgendwelcher Art vorhanden waren. 16. II. 1944. Don Nicola Clementi, Verwalter der Abtei von Monte Cassino. Don Francesco Salconio, bischöflicher Delegierter des Verwaltungsbüros der Diözese von Monte Cassino.“ — 6. Nach der nunmehr erfolgten Vernichtung der Klosteranlagen ist die Einbeziehung des Klosters Monte Cassino in die deutschen Verteidigungsanlagen eine militärische Selbstverständlichkeit. — 7. Die päpstliche Residenz Castel Gandolfo, die gleichfalls von angloamerikanischen Bombern angegriffen und schwer beschädigt worden ist und wobei über 500 Personen, darunter 16 Klosterschwester, getötet wurden, ist niemals durch deutsche Truppen belegt gewesen. Die Exterritorialität dieses Gebietes ist ganz besonders geachtet worden. — 8. Ich stelle somit als der verantwortliche Oberbefehlshaber in Italien fest: Eine kultur-lose amerikanische Soldateska hat in ohnmächtiger Wut eines der kostbarsten Baudenkmäler Italiens sinnlos zerstört und italienische Zivilflüchtlinge — Männer, Frauen und Kinder — durch Bomben und Artilleriefeuer erschlagen. Damit ist wiederum erwiesen worden, daß die angelsächsische und bolschewistische Kriegführung kein anderes Ziel kennen, als die ehrwürdigen Zeugen der europäischen Kultur zu vernichten. Für die zynische Verlogenheit und die scheinheiligen Erklärungen, mit denen die angelsächsische Führung die Schuld dafür mir und meinen Soldaten zuschiebt, kann ich nur die tiefste Verachtung zum Ausdruck bringen. gez. Kesselring, Generalfeldmarschall.“

Der Abt von Monte Cassino, Bischof Gregorio Diamare, verlas am 20. Februar im römischen Rundfunk einen Bericht über die Zerstörung seines Klosters, in dem er unterstrich, daß kein deutscher Soldat das Klostergebiet betreten habe. Am 21. Februar gab der Abt über das tragische Ende seines Klosters dem deutschen Botschafter am Vatikan, Freiherrn von Weizsäcker, die folgende Erklärung ab: Obwohl seit einigen Wochen die Hauptkampflinie dem Monte Cassino immer nähergerückt war, glaubte man auf Grund der zugegebenen und immer wieder verbreiteten Versicherungen als sicher annehmen zu können, daß wenigstens der Bezirk des heiligen Klosters von direkten Angriffen verschont bleiben würde. Bis zum 3. Februar befand sich in diesem heiligen Bezirk nur die kleine Gruppe der Klostergemeinschaft, die zu seinem Schutz zurückgeblieben war, und etwa 15 Personen — darunter nur drei Männer —, die wegen Verwundung oder Krankheit von der letzten Evakuierung ausgenommen worden waren, weil ihre gesundheitliche Verfassung ihren Abtransport nicht zuließ. Aber da sich das Gerücht von der Sicherheit von Monte Cassino hartnäckig hielt, eilten immer mehr Leute herbei, die, wenn auch gegen meinen Willen, in den umliegenden Gehöften Unterkunft suchten. Nach der von den Amerikanern am 5. Februar durchgeführten starken Kanonade, bei der bereits eines dieser Gehöfte getroffen wurde, flehten einige arme Frauen erschrocken und weinend um Unterkunft in dem Kloster selbst. Aus Gründen der Menschlichkeit ließ ich ihnen das Tor öffnen. Leider stürzte aber mit diesen etwa 50 Personen eine weitere Menge Menschen herein, die bis zu dem Zeitpunkt sich verstreut in der Umgebung aufgehalten hatte und nun in alle Räume des Klosters eindrang. Als am Nachmittag des 14. Februar Flugblätter vorlagen, die von englisch-amerikanischer Seite alle Zivilpersonen zur Räumung von Monte Cassino aufforderten, war es aber infolge der andauernden wütenden Kanonade den meisten fast unmöglich, sich hinauszuwagen. Daher befand sich im Zeitpunkt des Bombenangriffs am 15. im Kloster eine große Anzahl Menschen, von denen eine nicht mehr anzugebende, aber wohl beträchtliche Anzahl vermutlich unter den Trümmern

163 begraben worden ist. Ich kann erneut in aller Form und mit Bestimmtheit versichern, daß sich im heiligen Bezirk von Monte Cassino bis zu dem Augenblick, in dem es der kleinen Klostergemeinschaft mit den Verwundeten und Schwerkranken gelang, sich zwischen den Trümmern einen Weg zu bahnen und in Sicherheit zu bringen — also bis zum 17. Februar, 17.30 Uhr nachmittags — keine deutsche Kampfgruppe auch nur geringerer Stärke oder Waffen irgendwelcher Gattung dort befunden hat.

Trotz dieses eindeutigen Tatbestandes scheute sich Präsident Roosevelt, der freilich wie kaum ein Staatsmann in der Geschichte die Kunst des Lügens zu wahrhaft seltener Höhe entwickelt hat, nicht, auf der Pressekonferenz in Washington am 16. Februar zu erklären, die alliierte Bombardierung des Benediktinerklosters Monte Cassino hätte ihre Berechtigung, da die deutschen Truppen das Kloster für militärische Zwecke benutzt hätten.

Hinsichtlich der Reaktion des Vatikans wurde am 17. Februar aus Rom gemeldet, der Papst habe sich seiner Umgebung gegenüber geäußert:

„Wenn sie gewollt hätten, wäre Monte Cassino erhalten geblieben. Es hätte nur des guten Willens und der Achtung nicht gegenüber meiner Person, wohl aber der katholischen Welt bedurft.“ Angesichts der außer-ordentlichen Erregung, die die Vernichtung des Klosters im Vatikan ausgelöst hat, fühlte sich der Geschäftsträger der USA beim Vatikan, Tittman, zu der Äußerung dem Kardinal-Staatssekretär Maglione gegenüberveranlaßt, das Kloster könne ja wieder aufgebaut werden, und die USA würden sich daran finanziell gewiß interessieren. Der Kardinal-Staatssekretär erwiderte: „Selbst wenn sie es in Gold und in Diamanten wiederaufbauen, deshalb ist es doch nicht mehr das Kloster.“ In vatikanischen Kreisen wurde gleichfalls betont, daß der von nordamerikanischer Seite veranschlagte Verlust von 200 Millionen Lire nichts bedeute gegenüber dem geistigen und kulturellen Verlust.

Nach einer Reuter-Meldung vom 23. Februar hat der bekannte Erzbischof von Neuyork, Spellman, der vor einiger Zeit — wenn nicht im Auftrag, so doch im engsten Einvernehmen mit Roosevelt — Reisen nach Europagemacht hat, in einer Ansprache in der Sankt Patricks-Kathedrale gesagt, er bedauere die alliierte Bombardierung von Castel Gondolfo und hoffe, daß Rom nicht das gleiche Schicksal ereile. Spellman fügte hinzu: „Ich finde die Tatsache, daß unsere Streitkräfte neutrales Territorium, den Wohnsitz des Heiligen Vaters in Castel Gondolfo, wo heimatlose und hilfeschende Menschen Unterkunft gefunden hatten und wo den Aussagen des Sekretärs Seiner Heiligkeit zufolge kein deutscher Soldat die Erlaubnis erhielt, die Grenzen der neutralen päpstlichen Villa zu passieren und wo auch jetzt kein deutsches Militär ist, äußerst bedauerlich. Ich hoffe und bete, daß militärische Findigkeit eine Möglichkeit erdenkt, durch die eine Zerstörung Roms, der Zitadelle der Zivilisation und der für die ganze Welt so wertvollen Stadt vermieden werden kann.“

Für den Eindruck, den die Zerstörung von Monte Cassino und zahlreicher anderer Kulturdenkmäler in Italien allmählich in der Welt hervorgerufen hat, war ein Artikel der gewöhnlich proenglisch eingestellten portugiesischen Zeitung „Jornal do Comercio“ vom 22. Februar bezeichnend, der die Alliierten wegen des Feldzugs in Italien scharf kritisierend ausführte: „Italien hätte man nie als Schlachtfeld wählen dürfen. Die alliierte Landung unter dem dulddenden Auge Badoglios hätte sich auf örtliche Operationen an der Messinastraße beschränken müssen. Statt dessen hat man eine lähmende Invasion an beiden Küsten durchgeführt. Der richtige Weg war sicher nicht, die Deutschen durch Abteien, Bibliotheken, römische Denkmäler, Museen und Kathedralen zu jagen. Wenn ganz Italien nur noch ein einziger Trümmerhaufen sein wird, was wird dann durch dieses ungeheure Verbrechen gegen die Kultur der Menschheit erreicht sein? Die vereinigten Nationen müssen diese Falle meiden. Der italienische Feldzug wird in der ganzen

164 zivilisierten Welt unpopulär. Es muß ein Weg gefunden werden, um Italien zu Fall zu bringen, ohne seine Denkmäler zu zerstören.

Während die Front in Italien, sowohl die zwischen den beiden Meeren wie die am Brückenkopf von Anzio unerschütterlich steht, vollzieht sich in ihrem Schutz der Neuaufbau des republikanisch-faschistischen Italiens Mussolinis. Mussolini ist offensichtlich bemüht, mit Entschlossenheit und unbeugsamer Konsequenz alle Folgerungen aus den Ereignissen zu ziehen, die die Lage erfordert. Den ungeheuerlichen Verrat des Hauses Savoyen hat er mit der Beseitigung der Monarchie beantwortet. Gegen die Unterzeichner jener von Grandi verfaßten Tagesordnung für die Sitzung des Großen Faschistenrates, die am 25. Juli 1943 den Sturz Mussolinis herbeiführte, fand am 8. Januar 1944 im Castel Vecchio in Verona vor einem Sondergericht ein Prozeß statt. Sämtliche Angeklagte mit Ausnahme eines einzigen wurden zum Tode verurteilt. Von den achtzehn Todesurteilen wurden dreizehn in Abwesenheit der Angeklagten ausgesprochen. Unter den fünf in Anwesenheit zum Tode Verurteilten befand sich der Schwiegersohn des Duce, Graf Ciano, und der Marschall de Bono. Ciano und die vier anderen in Anwesenheit Verurteilten wurden am 10. Januar hingerichtet.

Der Prozeß von Verona warf neues bestätigendes Licht auf den Verrat des Hauses Savoyen, Badoglios und seiner Clique, besonders durch die Verlesung einer Denkschrift des Marschalls Cavallero über seine eigenen Umtriebe und über die Vorgänge, die zu dem Staatsstreich vom 25. Juli führten. Aus ihr ergibt sich, daß die Anfänge dieses Verrates bis weit in das Jahr 1942 zurückreichen.

Mit gleicher Konsequenz geht Mussolini auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet seinen Weg. Am 14. Januar 1944 beschloß unter seinem Vorsitz der Ministerrat ein Gesetz über die Nationalisierung der lebenswichtigen Betriebe. Alle derartigen Betriebe, besonders die Produzenten von Kohle sowie von elektrischer, hydraulischer oder anderer Energie, werden vom Staat übernommen. Ihr Kapital wird von einem hierzu ins Leben gerufenen staatlichen Finanzinstitut verwaltet. Die Aktien und Kuxe werden in Staatskreditbriefe konvertiert, die frei gehandelt werden können. Die Leitung der Betriebe wird sozialisiert. Vertreter der Arbeiter sowie der technischen und kaufmännischen Beamten aller Betriebe mit einer Belegschaft von mindestens 50 Personen werden in den Betriebsrat aufgenommen. Jeder Betrieb muß einen persönlichen verantwortlichen Betriebsführer besitzen, der dem Staat für die Leitung des Betriebes politisch und juristisch verantwortlich ist.

Der Aufbau der neuen italienischen Wehrmacht unter Marschall G r a z i a n i wird energisch betrieben. Am 31. Januar erfolgte in Anwesenheit des Duce die Vereidigung aller Generale der neuen republikanischen Armee. Bei dieser Gelegenheit gab der Duce in einer Ansprache seiner Freude Ausdruck, so viele seiner alten Kriegskameraden im Rahmen des neuen italienischen Heeres wiederzusehen. Mussolini erwähnte sodann Badoglios Verrat, der nicht nur eine Schändlichkeit gegenüber den Bundesgenossen gewesen sei, sondern sich in seinen Folgen immer mehr als das furchtbarste Verbrechen der Geschichte gegen Italien selbst erweise. Weiter würdigte der Duce die Verdienste Marschall Grazianis um die Wiedererstehung der italienischen Wehrmacht und des ganzen italienischen Vaterlandes. Die neue republikanische Wehrmacht, so betonte Mussolini, dürfe auf keinen Fall eine bloße Kopie der früheren Armee werden. Der Duce erinnerte dann an den Fahneneid, den die bei ihm versammelten Generale sich mit ihren Stäben anschickten, zu leisten. Dieser "Fahneneid" bedeute in seiner neuen Formulierung nicht nur die Unterwerfung unter die Republik, sondern soll zugleich der Ausdruck einer neuensittlichen Norm sein. Wer diesen Eid schwöre, der breche alle Brücken hinter sich ab. Die Aufgabe der neuen Wehrmacht sei, wie der Duce weiter ausführte, nur von einem einzigen Problem beherrscht, nämlich von dem kategorischen Imperativ, endlich den Kampf an der Seite der

165 deutschen Wehrmacht wieder aufnehmen zu können. Mussolini schloß seine Ausführungen mit einer Würdigung der Leistungen der deutschen Soldaten im Kampf um Europa. Er stellte der jungen italie-

nischen Wehrmacht die deutsche Wehrmacht als ihr schönstes und erstrebenswertestes Vorbild vor Augen.

Das andere Italien, das Italien Badoglios jenseits der Front von Cassino, bietet weiterhin ein klägliches Bild. Hunger und Krankheiten, ein stetes Vordringen des bolschewistischen Einflusses, Macht- und Hilflosigkeit des Exkönigs Viktor Emanuel bilden dort die Kennzeichen der Lage. Es wird unaufhörlich wegen der Umbildung der „Regierung“ Badoglio verhandelt. Männer aus der vorfaschistischen Zeit, wie Graf Sforza und Benedetto Croce, die aus dem Exil zurückgekommen sind, um eine politische Rolle zu spielen, fordern die Abdankung Viktor Emanuels und die Einführung der Republik. Immer mehr zeigt sich aber, daß die Kommunisten, von Moskau aus dirigiert, der stärkste politische Faktor geworden sind und mit unheimlicher Konsequenz ihre Ziele verfolgen. Der Verrat des Hauses Savoyen hat nicht nur ganz Italien in ein sich täglich steigendes Unglückgestürzt, sondern auch dem Kommunismus, dem die faschistische Revolution einst den Weg versperrt hatte, die Tore geöffnet. Die Alternative, die für ganz Europa das entscheidende Kennzeichen der Epoche darstellt, Nationalsozialismus bzw. Faschismus, d. h. autoritärer-sozialer Führungsstaat, oder Bolschewismus, offenbart sich auf dem Boden Italiens mit erschreckender Deutlichkeit.

Auch in Frankreich und in Französisch-Nordafrika tritt diese Alternative immer schärfer in Erscheinung. Die französische Regierung in V i c h y hat dies erkannt und sich darauf eingestellt. Allzulange hatte es in Vichy, wenn nicht an klarer Erkenntnis der bolschewistischen Gefahr, so doch an eindeutigen und scharfem Zugriff gegen diese gefehlt. Ende 1943 sind in die französische Regierung mit D a r n a n d als Chef aller Polizei- und Ordnungskräfte und H e n r i o t als Propagandaminister zwei Männer von Format eingetreten. Sie haben den Kampf gegen den Bolschewismus, der als Terrorismus mit nationaler Tarnung in gefährlichem Maße die Auflösung der staatlichen Ordnung, die Zerstörung der Verkehrs- und Produktionsmittel des Landes und die Ermordung aller diesen Zielen widerstrebenden Elemente in Angriff genommen hat, mit Entschlossenheit begonnen. Täglich zweimal spricht Henriot im Rundfunk. Es ist ihm gelungen, die Hetz- und Lügenoffensive, die der feindliche Rundfunk aus London und Algier täglich und stündlich nach Frankreich hineinführt, aufzuhalten. Henriots sittlicher Ernst, seine hervorragende rednerische Begabung, sein unermüdlicher und instinktsicherer politischer Elan haben die bisher unbestrittene Herrschaft des Feindrundfunks im französischen Raum gebrochen und der Propaganda der französischen Regierung eine große propagandistische Stoßkraft verliehen, die sich auch im Nordafrika de Gaulles bereits erheblich geltend macht. Mit immer neuem Material, mit immer neuen Argumenten greift Henriot den hohlen und verlogenen Patriotismus de Gaulles und der Widerstandsbewegung an, zeigt er seinen Hörern den Egoismus der englischen Politik, deren Bemühung, die Franzosen für englische Interessen einzuspannen und bluten zu lassen, die Größe und Dringlichkeit der bolschewistischen Gefahr, die Notwendigkeit der Einigung aller Franzosen unter Petain und Laval und des Zusammengehens Frankreichs mit Deutschland und seiner Einordnung in das neue Europa auf. Henriot gehörte seit 1932 der französischen Kammer als Abgeordneter der Rechten an. Man weiß, daß er nie weder in einen parlamentarischen Skandal verwickelt war, noch seine persönliche Unabhängigkeit kompromittiert hat. Anklagen und Verleumdungen sind deshalb gegen ihn machtlos. Durch seine Aktion als Propagandaminister hat er sich in wenigen Wochen zu einer politischen Potenzentwickelt, die im heutigen Frankreich an vorderster Stelle steht.

Darnand hat den Kampf gegen den Terrorismus und damit gegen Moskau, London und Algier auf der

166 materiellen Ebene mit steigendem Erfolg aufgenommen. Er hat sich hierzu die gesetzlichen Handhaben zunächst schaffen müssen, einmal gegenüber der liberalistischen französischen Gesetzgebung, die noch wesentlich die der Dritten Republik war, zum anderen gegenüber der überwiegend gaullistisch eingestellten oder vom Terrorismus eingeschüchternen französischen Justiz. Um eine schnelle und exemplarische Unterdrückung des Terrorismus zu ermöglichen, hat die französische Regierung die Schaffung von Kriegsgerichten beschlossen, wie aus einem Gesetz hervorgeht, das am 21. Januar im Staatsanzeiger verkündet wurde. Die Kriegsgerichte bestehen aus drei Mitgliedern. Ihre Zusammensetzung und ihr Tätigkeitsbereich wurden durch Erlasse des Generalsekretärs für die Aufrechterhaltung der Ordnung festgesetzt. Um den außerordentlichen und zeitlich begrenzten Charakter dieses Gesetzes zu kennzeichnen, ist seine Gültigkeit vorläufig nur bis zum 30. Juni des Jahres begrenzt worden. Die Schaffung der Kriegsgerichte bezeugt, wie es in der französischen Mitteilung heißt, den Willen der Regierung den terroristischen Verbrechen, die in letzter Zeit einen immer größeren Umfang angenommen hätten, ein Ende zu bereiten. Jeder Terrorist, der auf frischer Tat ertappt werde, werde erschossen.

Der französische Ministerpräsident L a v a l bat Ende Januar vor den versammelten Präfekten und Polizei-Intendanten in Vichy eine bedeutsame Ansprache über den Sinn der von ihm geführten Politik gehalten. Von dem politischen Treffen in Montoire ausgehend, wies Laval zunächst darauf hin, daß seine außenpolitische Linie stets fest umrissen auf das Ziel einer deutsch-französischen Zusammenarbeit gerichtet gewesen sei. Vor einiger Zeit habe er in einer Rundfunkansprache erklärt, daß er den Sieg der deutschen Wehrmacht wünsche, weil er darin die Garantie für die Existenz des französischen Volkes gegen die bolschewistische Gefahr sehe. Jetzt wolle er noch einen Schritt weitergehen und klar bekennen, daß er den deutschen Sieg für eine europäische Notwendigkeit halte, das sonst auch Frankreich der tödlichsten Gefahr, die es jemals bedroht habe, nämlich dem Bolschewismus, erliegen würde. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache betonte Laval, daß Frankreichs Schicksal aufs engste mit dem Schicksal Gesamteuropas verbunden sei. Weder ein Sieg des angelsächsischen materialistischen Kapitalismus noch ein solcher der bolschewistischen Barbarei würde den Bestand des französischen Volkes und Reiches garantieren.

Am 27. Februar gab Jacques Doriot, der Chef der Französischen Volkspartei, der seit längerer Zeit bei der französischen Freiwilligen-Legion an der Ostfront steht und für kurze Zeit nach Paris zurückgekommen war, vor der Presse bemerkenswerte Erklärungen über seine Mission während seines Aufenthaltes in Frankreich ab. Sie bestehe darin, die Meldungen für die französische Freiwilligenlegion zu vermehren und die Legionäre, die, bereits seit 1941 in den Reihen der Legion kämpften, abzulösen. Bis zur Erfüllung dieser Aufgabe werde er sich jeder politischen Tätigkeit enthalten. Er sei nicht mehr der Chef der Französischen Volkspartei, sondern nur noch der Leutnant Doriot. Er habe in die Hände des exekutiven Komitees das Schicksal seiner Partei gelegt. Zum Schluß drückte Doriot seinen unerschütterlichen Glauben an den Sieg der deutschen Armee und die Schaffung des neuen Europas aus.

So ist endlich ein Zusammenschluß jener nicht unbeträchtlichen Kräfte in Frankreich im Gange, die sich vom traditionellen Bündnis mit England, d. h. von der Unterordnung Frankreichs unter die englische Politik los-gesagt haben, die nationale Zukunft Frankreichs im Rahmen eines geeinigten Europas unter deutscher Führung, in der Abkehr von Liberalismus und Parlamentarismus, im Aufbau eines sozialen und autoritären Staates und in der europäischen Selbstbehauptung gegen Bolschewismus einerseits und Amerikanismus andererseits erblicken.

Die Entwicklung des Terrorismus, für den englische Flugzeuge in riesigen Mengen die Waffen abwerfen, die steigenden Zerstörungen und Verluste Frankreichs durch die militärisch oft sinnlosen englisch-amerikanischen Luftbombardements, die in der Zeit vom 1. Oktober 1941 bis zum 10. Januar 1944 insgesamt 15000 Tote, über 20000 Verwundete und rund eine Million Obdachlose verursachten, die Entwicklung der Verhältnisse in Französisch-Nordafrika, wo de Gaulle immer mehr unter kommunistischen Einfluß gerät, all dies beginnt auf die Masse des französischen Volkes, die bisher in einem engstirnigen, von der Phraseologie des Londoner und Algier-Rundfunks beherrschten Nationalismus traditioneller, d. h. antideutscher Prägung verharrte, doch allmählich Einfluß in gegenteiligem Sinne zu gewinnen. Der historizistisch-nationalistische Sentimentalismus weiter französischer Volkskreise, den die englische und die bolschewistische Propaganda geschickt auszunutzen verstehen, begegnet sich mit der militärischen und politischen Wirklichkeit. Viele Franzosen sehen sich dadurch innerlich genötigt, bisherige Urteile zu revidieren und nach neuen Standpunkten zu suchen.

In dieser Entwicklung spielen viele Momente eine Rolle. Eines der entscheidendsten ist der in vielen französischen Herzen wachgewordene Zweifel, ob der bisherige Glaube, Frankreichs nationale Zukunft und dies eines Kolonialreiches, d. h. die europäische und die Weltstellung Frankreichs seien nur durch einen anglo-amerikanischen Sieg zu sichern, nicht doch falsch sei. Die immer lautere Verkündung der Kriegsziele der Anglo-Amerikaner und die unheimlich zielstrebige Vorwärtsbewegung des Bolschewismus nähren diesen Zweifel.

Wenn die in London und Washington verkündeten Kriegsziele gegenüber Deutschland und seine Verbündeten in Europa an Deutlichkeit immerweniger zu wünschen übriglassen, so gilt dies auch hinsichtlich der Kriegsziele, die Japan gegenüber verkündet werden. Anfang Februar gab ein bekannter USA-Publizist, Kingsbury-Smith, in der Zeitschrift „American Mercury“ einen klaren Aufriß dieser Kriegsziele. Smith, der stets über zuverlässige Informationen aus dem USA-Außenamt verfügt, teilt mit, man wünsche im Gegensatz zu dem Verhalten gegenüber Deutschland und Italien nicht, daß Japan um Frieden bitte. Zunächst müsse Japan bestraft werden, d. h. man werde jede Bitte um Waffenstillstand oder das Angebot eines Kabinettswechsels ignorieren und alle Städte Japans rücksichtslos verwüsten, um den Japanern die Lust an weitere Kriegen auszutreiben. Man werde ihnen alle Kolonien, einschließlich der Mandatsinseln, der Mandschurei, Korea und Formosa wegnehmen und sie auf

die japanischen Inseln zurückdrängen. Japan habe bisher alle Kriege gewonnen und müsse nun lernen, daß es nie wieder einen Krieg führen dürfe. Wenn man Japan aus den Philippinen und allen anderen Gebieten einschließlich Insulinde, Burma und China herausgeworfen habe, wenn die japanische Flotte auf dem Boden des Stillen Ozeans liege und die Amerikaner ihre Siegesparade durch die Straßen Tokios veranstalteten, dann werde man den Japanern sehr scharfe Maßnahmen auferlegen. Das gesamte japanische Imperium werde natürlich aufgelöst. Japan werde für alle Ewigkeit völlig entwaffnet werden, und das japanische Volk müsse die verwüsteten Gebiete in China und im Südpazifik wieder aufbauen. Ein alliierter Ausschuß werde Japan verwalten, und er werde darin durch eine starke Besatzungsarmee unterstützt werden. Sämtliche Generäle und sonstigen Kriegsverbrecher würden bestraft und alle Geheimgesellschaften aufgelöst werden. Es sei zweifelhaft, ob man je gestatten werde, daß die Japaner sich selbst verwalten werden, denn es handle sich um eine halb-wilde Rasse, die für eine moderne Staatsführung nicht reif ist. Selbst die zivile Luftfahrt werde man den Japanern nicht ohne scharfe Beschränkung und strenge Kontrolle überlassen können. Statt der Armee werde man eine kleine Polizeitruppe mit Kleinkaliberwaffen zulassen. Die Einfuhr aller strategisch benutzbaren Rohstoffe werde man verhindern. Was den Tenno betreffe, so sei er vielleicht nicht am Kriege schuld, aber andererseits müsse man den ungeheuren Einfluß bedenken, den die japanische Dynastie auf das Volk ausübe. Wenn man den Japanern den Tenno belasse, dann nur als Oberhaupt eines völlig entwaffneten wehrlosen Volkes.

168 Die japanische Industrie werde man so einschränken, daß sie gerade noch die Bedürfnisse des Landes decken könne. Die Japaner könnten sich statt dessen mit Fischfang und der Herstellung typischer „Japaner-Waren“ beschäftigen.

Man muß sich wirklich fragen, worüber man sich einem solchen Elaborat gegenüber mehr wundern soll, über den törichten Hochmut, den blinden Haß oder die politische und militärische Kurzsichtigkeit des Verfassers. Aber dessen Stimme ist nur eine aus einem vieltönigen Chor, der ja zu uns ebenso gehässig herübertönt wie zu unserem japanischen Verbündeten.

Auch gegen Japan läuft eine ähnliche Kriegsverbrecherpropaganda wie gegen Deutschland und seine Verbündeten. Es gibt bekanntlich bei unseren Feinden und sogar bei den Sowjets Untersuchungskommissionen, um unsere angeblichen Kriegsverbrechen festzustellen. Am 1. Februar wußte Reuter aus Washington zu melden: Das USA-Staatsdepartement hat bei der japanischen Regierung gegen die brutalen Grausamkeiten und Schändlichkeiten, die an amerikanischen Gefangenen auf den Philippinen verübt worden sind, Protest eingelegt. Der Protest wurde der japanischen Regierung am 27. Januar überreicht, wie Montagabend bekanntgegeben wurde.

Die japanische offizielle Nachrichtenagentur Domei meldete am gleichen Tage: Der Sprecher der Regierung, Igumchi, erklärte Pressevertretern gegenüber zu der angloamerikanischen Presse- und Rundfunkkampagne gegen Japan wegen angeblicher japanischer Grausamkeiten an alliierten Truppen, diese sei in der Absicht begonnen worden, die eigenen Grausamkeiten zu vertuschen. Ferner beabsichtige man damit, die eigenen Völker aufzuputzen, deren Kriegsbegeisterung beträchtlich im Absinken sei. Die Anglo-Amerikaner hätten im übrigen nach der Versenkung eines japanischen Lazarett-schiffes und nach den von ihnen begangenen Grausamkeiten an japanischen Zivilinternierten kein Recht, sich beschwerdeführend an die Welt zu wenden. Auch könnten die von den Alliierten ausgestreuten Meldungen über angebliche deutsche und japanische Grausamkeiten die Staatsmänner in London und Washington keinesfalls von ihrer Verantwortung reinwaschen.

Den wirklichen Hintergrund der Greuelhetze gegen Japan aber gab die „Daily Mail“ preis, die am 12. Februar aus Neuyork berichtete, daß Churchill und Roosevelt die Entscheidung, Greuelgeschichten gegen USA-Gefangene in die Welt zu setzen, persönlich getroffen hätten. Die beiderseitigen Völker sollten durch die Veröffentlichung des Materials in Erregung versetzt werden, um damit den Kampfgeist zu entflammen und den Absatz von Kriegsanleihen zu heben.

Im übrigen ist Japans Politik und Kriegführung nach wie vor erfolgreich bemüht, den Krieg, wie es Premierminister Tojo am 8. Februar vor dem japanischen Unterhaus erneut bekräftigte, bis zum siegreichen Ende durchzukämpfen und diesem Ziele alle Kräfte Japans ein- und unterzuordnen.

Bei aller zeitweilig in den USA beliebten Großsprecherei fehlt es in den USA nicht an Stimmen, die den japanischen Gegner nach seinem wirklichen Wert einschätzen. So erklärte Marineminister Knox, derselbe, der vor Japans Eintritt in den Krieg die japanische Seemacht in höchstens neunzig Tagen zu vernichten versprach, am 8. Januar auf der Pressekonferenz des Weißen Hauses, die japanische Flotte und andere Streitkräfte im Pazifik warteten nur auf den geeigneten Zeitpunkt, herauszukommen und die USA in eine Schlacht zu verwickeln. Es sei töricht, zu behaupten, die Japaner hätten Angst vor den

USA. Es liege nur zur Zeit nicht in den Plänen der Japaner, herauszukommen. Am 9. Februar erklärte Admiral Nimitz, Chefkommandant der USA-Pazifikflotte, auf der Pressekonferenz:

169 Unser Ziel ist es, unsere Erd- und Luftstreitkräfte in China so weit als möglich auszubauen. Ich glaube nicht, daß wir die Japaner einzig und allein auf dem Meer schlagen können. Ich glaube, daß wir die Japaner nur von den Basen in China aus werden schlagen können, wenn wir die Lebensmittelfuhrer aus der Mandschurei und aus China abschneiden und wenn wir mehr Flugplätze in China errichten, von denen aus wir ununterbrochen Japan bombardieren können, ähnlich wie dies heute mit Deutschland getan wird.

Wie der USA-Marinebefehlshaber das chinesische Festland in die Hand bekommen will, ohne die japanische Flotte und Luftwaffe auszuschalten, und wie die militärische und politische Stellung Japans im chinesischen Raum beseitigt werden könnte, ist nach der heutigen Kriegslage unerfindlich, um so mehr, als die so lange und laut angekündigte Burma-Offensive Lord Mountbattens ausgeblieben ist und an ihre Stelle eine Offensive der japanischen und nationalindischen Armee gegen Indien begonnen hat.

Die militärischen Leistungen unserer anglo-amerikanischen Kriegsgegner sind zu Lande somit auf allen Kriegsschauplätzen in den ersten Monaten des Jahres 1944 erstaunlich gering. Dies konnte auch Churchill in seinem ausführlichen Lagebericht, den er am 22. Februar im Unterhaus gab, nicht verheimlichen. Entgegen der Wahrheit begann er mit der Behauptung, er habe nie versprochen oder auch nur durchblicken lassen, daß 1944 das Ende des europäischen Krieges bringen würde. Dann feierte er die Erfolge der Roten Armee und anschließend verbreitete er sich ausführlich über die Kriegsanstrengungen Englands, mit einer deutlichen Wendung nach Moskau hin, zwecks Entkräftung des von dort immer wieder kommenden Vorwurfes, England tue nicht genug für die gemeinsame Sache. Den Luftkrieg gegen Deutschland bezeichnete er als die Hauptoffensivanstrengung Englands. Von der Erschöpfung der deutschen Jagdwaffe, durch die es den englisch-amerikanischen Terrorbomben möglich sein würde, ohne wesentliches Risiko überallhin zu fliegen, versprach Churchill seinen Hörern entscheidenden Erfolg. Ähnlich müsse Japan durch Erschöpfung seiner Luftwaffe niedergewungen werden. Anschließend feierte Churchill die Invasion in Italien als „unsere zweite große gemeinsame anglo-amerikanische Offensive“, unterstrich deren Schwierigkeiten und versprach größere Erfolge mit der Besserung des Wetters. Von der Invasion Europas von England aussprach Churchill kaum, um so mehr lobte er den Kampfeinsatz der Tito-Banden auf dem Balkan.

Hinsichtlich der politischen Fragen unterstrich er die angebliche völlige Einigkeit mit Moskau und redete lange über Italien und den Balkan, während er Frankreich überhaupt nicht erwähnte.

Die Rede, die Außenminister Eden am 23. Februar im englischen Unterhaus hielt, war mit vielen Wenn und Aber gespickt und ließ deutlich die schwierige politische Lage Englands zwischen dem Imperialismus der USA und dem der Sowjetunion durchblicken. Bezeichnend für den Tenor seiner Rede waren folgende Sätze: Ich kann dem Hause nur eines versprechen: Viel Schwierigkeiten, viel Enttäuschungen für die Zeit, die vor uns liegt. Soweit ich denken kann, hat es nie eine Zeitspanne gegeben, in der es wie jetzt so schwer war, die Außenpolitik zu leiten. Wir werden all unsere Kräfte einsetzen, um die Ziele zu verwirklichen, die ich dem Hause erklärt habe und ich habe die feste Zuversicht, daß es uns gelingen wird.

Beide Reden haben ebenso wie das gesamte einschlägige Nachrichten-material erneut erwiesen, daß die englische Europapolitik überall vor den Machtansprüchen Stalins zurückweicht, und daß die „Garantien“, mit denen England hintereinander Polen, Jugoslawien und Griechenland in den Krieg trieb, in London vor den Machtansprüchen Stalins zurückgezogen worden sind. Die Emigrantenregierungen der genannten Länder befinden sich vor dieser Tatsache in einer traurigen Lage.

Der Kreml ist sich dieser Schwäche der englischen Position wohl bewußt, wie ein Zwischenfall Mitte Januar zeigte. Am 17. Januar meldete Reuter aus Moskau: Die „Prawda“ veröffentlicht an der Spitze ihrer Rubrik „Auslandsnachrichten“ unter der Überschrift „Gerüchte aus Kairo“ eine Kairo-Meldung ihres

170 Korrespondenten, wonach aus zuverlässigen griechischen und jugoslawischen Quellen verlautete, daß zwei prominente englische Persönlichkeiten vor kurzem in einer Küstenstadt der iberischen Halbinsel zu einer geheimen Beratung mit Ribbentrop zusammengetroffen seien. Gegenstand dieser Zusammenkunft soll die Klarstellung der Bedingungen für einen Sonderfrieden mit Deutschland gewesen sein. Man glaube, daß die Zusammenkunft nicht ergebnislos gewesen sei. Reuter fügt hinzu:

Diese Geschichte wird von keiner anderen Seite bestätigt. Der Moskauer BBC-Korrespondent zitierte in seinem Montags-Rundfunkbericht die „Prawda“-Meldung und fügte hinzu: „Amtliche Sowjetkom-

mentare fehlen. Britische Beamte erklären, sie könnten weder die Meldung der „Prawda“ noch ihre Veröffentlichung begreifen. Sie glauben den Inhalt der Meldung nicht.“

Am 18. Januar meldete Reuter aus London: Der größte Teil der Londoner Dienstag-Zeitungen vermeidet, die aus Kairo stammende und in der „Prawda“ veröffentlichte Information, nach der eine geheime Beratung zwischen zwei britischen Persönlichkeiten und v. Ribbentrop stattgefunden haben soll, zu kommentieren. Indessen „Daily Mail“ schreibt: Diese „lächerliche Geschichte“ ist eine Beleidigung für das britische Volk und trägt alle Merkmale feindlichen Ursprungs. Es ist erstaunlich, daß eine verantwortliche Zeitung wie die „Prawda“ diese „Geschichte“ veröffentlicht, und es ist noch erstaunlicher, daß der Moskauer Rundfunk es für gut befunden hat, sie seiner Zuhörerschaft mitzuteilen. Niemand, der Großbritannien oder unser Volk kennt, wird unseren Staatsmännern eine solche Doppelseitigkeit zuschreiben. Die Zeitschrift „Prawda“ muß unsere nationalen Grundsätze sehr wenig kennen. Dies ist die einzige Entschuldigung, die wir für sie finden können.“

Am 17. Januar meldete Reuter: Die „Prawda“-Meldung über ein Zusammentreffen von Ribbentrop mit britischen Persönlichkeiten wird hier amtlich dementiert.

Am 18. Januar brachte die englische Nachrichtenagentur folgende Meldung aus Moskau: Der britische Geschäftsträger in Moskau, John Balfour, hatte am späten Montagabend eine Besprechung mit dem Vizekommisarin russischen Außenamt, Dekanozow, über die in der „Prawda“ veröffentlichte Meldung des Kairoer Korrespondenten. Die Unterredung fand vor dem offiziellen Dementi des Foreign Office statt. In offiziellen britischen Kreisen erklärt man, daß Balfour, wenn er auch die Aufmerksamkeit der sowjetischen Behörden auf die „Prawda“-Depesche gelenkt habe, energisch erklärt habe — wie man wissen will —, daß die Nachricht jeder Grundlage entbehre.

Schließlich sei noch die folgende Reutermeldung aus Moskau vom 18. Januar zitiert: Die „Prawda“-Meldung über ein angebliches geheimes Zusammentreffen v. Ribbentrops mit zwei britischen Persönlichkeiten hat in Moskauer alliierten Kreisen höchstes Erstaunen erregt. Niemand hat der Meldung Glauben schenken wollen. Die russischen Zeitungsleser waren ebenfalls überrascht und mehrere britische Pressevertreter wurden wiederholt von russischen Journalisten mit der Frage angerufen, was das alles bedeuten soll. In alliierten diplomatischen Kreisen wird fortwährend die Frage aufgeworfen, wie man die Veröffentlichung dieser „Kairo“-Gerüchte erklären soll. Solange keine amtliche Klarstellung vorliegt, glaubt man, daß jede Erörterung der Gründe für diese „Prawda“-Veröffentlichung unzweckmäßig wäre. In gut unterrichteten britischen Kreisen wird die Meldung als eitles Geschwätz abgetan. Es ist verschiedentlich versucht worden, von der „Prawda“-Redaktion die Namen der beiden britischen Persönlichkeiten in Erfahrung zu bringen, die angeblich mit v. Ribbentrop zusammengetroffen sein sollen. Es war aber nicht möglich, darüber Auskunft zu erhalten.

Ebenfalls nach Reuter erklärte Präsident Roosevelt am 18. Januar auf der Pressekonferenz, er sei recht unangenehm berührt über die „Prawda“-Meldung. Er selbst habe nicht die leiseste Idee, um was es sich

171 dabei handle. Über die russisch-polnische Angelegenheit habe er keinen Kommentar zu machen.

Als letzte Meldung Reuters zur Sache sei die folgende vom 20. Januar aus Washington zitiert: Der britische Botschafter Lord Halifax und Staatssekretär Cordell Hull hatten Mittwoch eine Besprechung über das „Geheimnis“, das die „Prawda“-Meldung über die Friedensbesprechungen umgibt. Unterrichteten Kreisen zufolge hatte niemand eine Erklärung für die Veröffentlichung dieser Geschichte. Es heißt auch, daß sie über die Frage der russo-polnischen Schwierigkeiten gesprochen haben.

Die „Prawda“ ist das offizielle Sprachrohr des Kremls. Es klagt England offen des Verrats am Bündnis und der Konspiration mit dem Feinde an! Kann es eine eindrucksvollere Bestätigung für die oben zitierten Sätze aus der Rede Edens über die Schwierigkeiten der englischen Außenpolitik geben?

Es bedarf keiner Erwähnung, wie völlig erlogen die Störmeldung der „Prawda“ war und wie grotesk und abwegig der in ihr gemachte Versuch war, den Reichsaußenminister hereinzuziehen. Aber was war der wirkliche Zweck der Meldung? Sie hing offensichtlich zusammen mit den Diskussionen zwischen der polnischen Emigrantenregierung in London und der Sowjetregierung über die künftigen Grenzen Polens — nach einem Sieg unserer Feinde, wohl zu merken. Die USA-Zeitung „New Herald Tribune“ schrieb am 18. Januar, die Prawda-Meldung sei ein Stock, mit dem Moskau den Engländern einen Denkart geben möchte, um sie zu veranlassen, in der polnisch-sowjetischen Diskussion über die Grenzfrage Farbe zu bekennen.

Vorausgegangen war am 5. Januar, nachdem im Verlaufe der russischen Winteroffensive die Rote Armee an einer Stelle bis an die frühere Ostgrenze Polens gelangt war, eine Erklärung des Kreml, durch die Stalin auf alle früher zu Polen gehörigen Gebiete östlich der sogenannten Curzon-Linie An-

spruch erhob und der polnischen Emigrantenregierung in London anbot, hierüber ein Abkommen mit den Sowjets zu schließen. Stalin präsentierte also den auf den Konferenzen in Moskau und Teherangezogenen und von den Anglo-Amerikanern unterschriebenen Wechsel auf die Einverleibung weiter früher polnischer Gebiete. Dies war Londonhöchst unangenehm, weil dadurch der englische Verrat an demselben Polen, das man durch eine Grenzgarantie in den Krieg getrieben hatte, offensichtlich wurde. Wegen Danzigs und einiger weniger Quadratkilometer Gebiet hatte man Polen 1939 in Krieg und Niederlage gestürzt, jetzt beanspruchte Stalin 185 000 Quadratkilometer früher polnischen Gebietes mit 11,5 Millionen Einwohnern! Man hätte sich in London gerne um eine klare Stellungnahme gedrückt, deshalb griff Stalin in seiner brutalen Art zu dem Stock der „Prawda“-Meldung.

Er erreichte sofort seinen Zweck: Während die polnische Emigrantenregierung Stalins Gebietsforderung entrüstet ablehnte, sekundierte die Presse in England und USA dem Kreml, forderte die Polen zum Teil in scharfen Tönen zum Nachgeben auf und erklärte kaltblütig, man denke nicht daran, sich wegen der polnischen Grenzforderungen mit Stalin zu überwerfen. Die polnische Emigrantenregierung wandte sich hilfeschend an die USA-Regierung mit der Bitte um eine Vermittlungsaktion bei Stalin. Washington erklärte sich dazu bereit, aber Stalin lehnte jede Vermittlung rundweg ab, und in Moskau wurde schließlich erklärt, mit den polnischen Emigranten werde man überhaupt nicht mehr verhandeln, die polnische Emigrantenregierung in London müsse vielmehr grundlegend umgebildet werden. Gleichzeitig wurde aus London die Bildung eines „Polnischen Befreiungskomitees“, d. h. der Beginn der Aufstellung einer kommunistischen polnischen Gegenregierung gemeldet.

Wie man sich Mitte Februar Stalins Forderung und Englands Stellungnahme zu ihr vorstellte, geht aus einem Aufsatz der Londoner Zeitung „Observer“ vom 13. Februar hervor, in dem es hieß: „Die Sowjetregierung hat ihre Bedingungen für eine Grenzregelung mit Polen erneut formuliert. Moskau ist immer noch bereit, die Curzon-Linie als Verhandlungsbasis anzunehmen, aber es lehnt jetzt unumwunden die Abtretung Lembergs an Polen ab. Es legt besonderen Nachdruck auf eine Entschädigung Polens mit deutschem Gebiet, einschließlich einer Aufteilung Ostpreußens zwischen Polen und der Sowjetunion, Austausch der Bevölkerung usw. Moskau fordert erneut eine Neubildung der polnischen Regierung in London. Auch der britische Standpunkt ist geklärt worden. Die allgemeinen territorialen Vorschläge Moskaus werden nicht abgelehnt. Es wird aber gegen jede Einmischung in innere polnische Angelegenheiten in London oder in Polen feste Verwahrung eingelegt. Die neuesten Vorschläge Moskaus betreffen insbesondere die Aufteilung Ostpreußens. Polen soll das Gebiet der Masurischen Seen erhalten, die Sowjetunion würde die nördliche Hälfte einschließlich Königsberg einverleiben. Polen würde westlich von Königsberg einen Küstenstrich besetzen. So würde der frühere Korridor mit Danzig wieder an Polen fallen und bis Kolberg, wenn nicht bis Stettin, erweitert werden. Oberschlesien mit Oppeln würde ebenfalls an Polen fallen, das jedoch das Gebiet Teschen wieder an die Tschechoslowakei abtreten soll. Die russischen Gebietsforderungen auf Grundlage der Curzon-Linie werden in London und Washington günstig aufgenommen. Das Problem Ostpreußen und die Frage der Gebietsentschädigungen für Polen werden zur Zeit noch geprüft, aber es scheint, daß man in dieser Hinsicht keine allzu tiefen Meinungsverschiedenheiten zu befürchten hätte. Auf jeden Fall wird der Vorschlag einer Aufteilung Ostpreußens nicht als unannehmbar angesehen. Moskaus Recht auf eine Kontrolle der Ostsee durch die Rote Flotte wird als gerecht betrachtet.“

Die Auslieferung Europas an den Bolschewismus durch England ist wahrhaftig keine Phrase, sondern eine Tatsache! Immer neue Taten erweisen dies!

Am 13. Dezember 1943 war in Moskau ein russisch-tschechischer Bündnisvertrag veröffentlicht worden, der die nach dem Sieg unserer Feinde natürlich größer denn je wieder erstehen sollende Tschecho-Slowakei in ein enges politisches Bündnis- und Abhängigkeitsverhältnis zur Sowjetunion bringen und Stalin damit den Weg ins Herz Mitteleuropas öffnen sollte.

Der weitausgreifende, ganz Europa bedrohende Imperialismus Stalins wurde im Dezemberheft der bekannten englischen Zeitschrift „19th Century and after“ wie folgt analysiert: Nach einem Hinweis darauf, daß die Komintern keineswegs aufgelöst worden sei, sondern jetzt erst recht in Aktion zu treten beginne, schreibt das Blatt: Wenn Stalin erkläre, Polen solle stark und unabhängig sein, dann meine er ein

von Sowjetrußland abhängiges Polen, das später zu einer Sowjetrepublik werde, und mit dem Wort „unabhängig“ ein von Kapitalisten, Großgrundbesitzern und Imperialisten freies Polen. Dr. Benesch sei, was er war: Stalins präsumptiver Kommissar im gegenwärtigen Protektorat. Die zukünftigen Westgrenzen Sowjetrußlands umfassen, wie das Blatt weiter erklärt, neben Polen auch die baltischen Länder sowie Bessarabien und das Moldaugebiet. Daneben gebe es aber auch noch andere, die die Sowjets als halb

unabhängig oder zumindest als innerhalb ihrer Interessensphäre liegend mit dem Ziel ansehen, das mitteleuropäische Gebiet zu beherrschen und sich einen Ausgang zum Atlantik, der Ägäis und vielleicht durch Slowenien zum Adriatischen Meer zu sichern. Hier kämen in Frage: Bulgarien, Serbien, Slowenien, Ungarn, Österreich, Ostpreußen und vielleicht der nördliche Teil Norwegens, denn Sowjetrußland versuche Unfrieden unter den nordischen Staaten zu stiften wie unter den Staaten der europäischen Mittelzone. Dafür spreche ein gegen Finnland und Schweden und vor allem gegen die Bildung eines nordischen Blocks gerichteter Artikel in der Zeitschrift „Woina i Rabotschi Klass“ vom 14. November 1943. Ähnliche sowjetrussische Bestrebungen ließen sich in Asien beobachten, wo die Sowjets ihr Augenmerk auf die Mandschurei gerichtet hätten. Die sowjetische Durchdringung des Iran sei schon jetzt

172 sehr weit fortgeschritten. Selbst in Teheran herrsche der sowjetrussische Einfluß vor. In der persischen Innenpolitik wirkten, großmächtige Einflüsse, die bei den nächsten Wahlen zum Ausdruck kommen dürften und darauf abzielten, den Sowjets den Zugang zum Persischen Golf zu sichern. Abschließend erklärte die Zeitschrift: Sowjetrußland sehe für sich eine Aussicht, alle territorialen Wünsche zu befriedigen, die es in seiner Geschichte hegte. Seine Außenpolitik habe viele Wandlungen durchgemacht. Aber es gebe bestimmte Konstanten, die es immer wieder dorthin zurückbrächten, wo es gestanden habe, und stets mit verstärkter Wirkung.

Diese klarblickende Analyse der sowjetischen Machtpläne war bereits geschrieben, als am 2. Februar Reuter aus Moskau folgende Meldung brachte: Molotow hat in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet vorgeschlagen, daß die verschiedenen Republiken der Sowjetunion das Rechterhalten sollten, autonome Beziehungen zu fremden Ländern zu unterhalten. Er schlug auch die Bildung unabhängiger Armee-Einheiten für jede Sowjetrepublik vor. Er erklärte weiter, daß dadurch eine Umbildung des Verteidigungs- und des Außenkommissariats notwendig werden würde. Diese Kommissariate müßten jetzt in Union republikanische Volkskommissariate verwandelt werden. Die Sowjetrepubliken sollen, alle Vollmachten erhalten, um mit fremden Staaten Beziehungen aufzunehmen und Verträge abzuschließen. Dadurch müssen Auslandskommissariate der Sowjetrepubliken und außerdem noch ein Auslandskommissariat der Union der Sowjetrepubliken gebildet werden. Diese Maßnahme stelle eine große Erweiterung der Tätigkeit der Union-Republiken in politischer, wirtschaftlicher, kultureller und nationaler Beziehung dar. Sie werde ihren Widerschein aber nicht nur in der Entwicklung jeder Sowjetrepublik finden, sondern auch in der der Sowjetunion als Ganzem. Die geplante Umbildung des Verteidigungs- und des Außenkommissariats könne als Beweis des Vertrauens der Sowjetunion in ihre wachsende Macht um so mehr angesehen werden, als sie in Kriegszeiten vorgenommen werde. In der Roten Armee gebe es schon jetzt litauische, armenische und andere selbständige Einheiten. Unter dem Sowjetregime mache man bei dem Ruf zur Fahne keinen Unterschied der Nationalitäten. Es sei nur einige Zeit nötig gewesen, um die Rekrutierung in allen Teilen der Sowjetunion durchzuführen, dies sei nun aber geschehen und es könnten jetzt schon praktisch Formationen selbständiger Einheiten verschiedener Nationalitäteneingesetzt werden. Es sei kein Zweifel, daß damit die Struktur der Armeeverstärkt und ihre Macht vergrößert wurde. Es würden jetzt alle Anstrengungen gemacht werden, um Litauen, Lettland, Estland und Finnisch-Karelien schnell zu befreien, wo man mit Ausnahme derer, die durch den Faschismus blind seien, überzeugt sei, daß die Rote Armee ihre Befreiungsmision nicht nur für das Vaterland, sondern auch für alle demokratischen Länder erfülle, die für ihr Ehre, Freiheit und Selbständigkeit

Gegen die tödliche Gefahr des Faschismus kämpfen. Die Feinde der Sowjetunion brauchten nicht daran zu zweifeln, daß das Ergebnis dieser Maßnahme eine Verstärkung des Staates sein werde. Über die Auslandsbeziehungen erklärte Molotow, daß die Zeit lange vorüber sei, in der fremde Staaten versuchten, die Existenz der UdSSR zu ignorieren. Man wünsche jetzt im Gegenteil, diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion anzuknüpfen oder zu entwickeln. Gewiß sei dies unter den Bedingungen des jetzigen Weltkrieges mit Schwierigkeiten verbunden, deren Anzeichen nicht fehlten. Man könne aber selbst erklären, daß sich besonders während der Kriegsjahre die Außenbeziehungen der Sowjetunion zu einer neuen Höhe entwickelten. So seien während des Krieges zum ersten Male nicht nur freundschaftliche Beziehungen, sondern selbst Bündnisse mit Großbritannien und den USA hergestellt worden. Eine mächtige Anti-Hitler-Koalition mit der UdSSR, Großbritannien und den USA an der Spitze sei gegründet worden. Der kürzlich abgeschlossene sowjetisch-tschechische Vertrag könne als Beispiel der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den europäischen Ländern

174 dienen. Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages sei der Grundstein gelegt worden für die freundschaftliche Zusammenarbeit der großen und kleinen demokratischen Länder gegen den gemeinsamen

Feind nicht nur während des Krieges, sondern auch für die Nachkriegszeit und die Friedensverhandlungen. Die Konferenzen von Moskau und Teheran nahmen in der Entwicklung und Befestigung der Anti-Hitler-Koalition einen hervorragenden Platz ein. Der Glaube der Völker im Anti-Hitler-Lager an den baldigen und vollkommenen Sieg sei viel größer, als er jemals vorher gewesen sei. Die geplante Umbildung der Kommissariate werde dazu beitragen, diesen Sieg zu erringen."

Der Antrag Molotows wurde selbstverständlich vom Obersten Sowjet sofort angenommen. Die USA-Nachrichtenagentur „Associated Press“ schrieb zu diesem Moskauer Manöver „Die sowjetischen Pläne, die den 16 Mitglieder-Republiken der Union einen ziemlich hohen Grad von Souveränität zu bewilligen scheinen, werden möglicherweise weitreichende Auswirkungen haben. Erstens würde dadurch die Sowjetunion 16 Stimmen in jedem etwaigen Nachkriegsvölkerbund erhalten, während die USA nur eine einzige Stimme hätten.“ Ein weiterer interessanter Punkt, der vielleicht nicht ganz so offensichtlich, jedoch immerhin möglich ist, ist folgender: Dieses „neue Commonwealth“ wird eine völlig anpassungsfähige Organisation darstellen, die ihre Mitgliederzahl ganz unbehindert ohne beschwerliche Annektierungen oder Beeinflussung der Souveränität des neuen Mitgliedes erhöhen kann. So könnten zum Beispiel Länder wie Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland trotz der geographischen Trennung von Sowjetrußland Mitglieder des sowjetischen Commonwealth werden, und zwar ohne auf ihre Unabhängigkeit zu verzichten.

Diese Ausführungen treffen so ziemlich den Kern der Sache. Durch eine scheinbare Verfassungsrevision, die natürlich weder eine Demokratisierung der Diktatur Stalins noch die geringste Lockerung von deren scharfer Zentralisierung im Sinne eines Föderativsystems bedeutet, will sich der Kreml den politischen Rahmen schaffen, in dem er alle Eroberungen, die er mit Waffengewalt oder durch bolschewistischen Umsturz zu erringen hofft, einpassen kann. Molotows Plan soll den Rahmen schaffen, um den Sowjetstaat zur europäischen Union und in der letzten Schlußfolgerung zum kommunistischen Weltstaatsgebäude auszubauen. Wie früher bei der Krönung eines neuen französischen Königs in der Kathedrale von Reims gerufen wurde „der König ist tot, es lebe der König!“, so sagt Stalin miteiserner Stirne: Die Komintern ist tot, es lebe die Welt-Sowjetunion. Er benutzt die demokratisch-liberale Phraseologie der Atlantik-Charte, um sich den Rahmen für das erträumte Weltrevolutionsstaatsgebilde zu schaffen!• Vor uns steigt so das Bild eines Sowjet-Imperialismus auf, der nach allen Grenzen Europas und darüber hinaus nach anderen Erdteilen greift, dessen Vordringen im Nordafrika de Gaulles und im Vorderen und Mittleren Orient sich aufs klarste abzeichnet.

Ihm gegenüber erhebt sich ein anderer nicht minder nach allen Weltrichtungen ausgreifender Imperialismus, der der USA. Einer der engsten Mitarbeiter Roosevelts, Harry Hopkins, schrieb am 2. Dezember 1943 in der Zeitschrift „American Magazine“: „Die USA müssen sich im Bewußtsein ihrer Stärke an den Tisch der Friedenskonferenzsetzen. Wir werden aus diesem Kriege als das reichste und mächtigste Volk der Welt hervorgehen. Wenn die Feindseligkeiten beendet sind, werden wir allein von allen Großmächten unser Land unbeschadet, unser Volk gut ernährt und stark und unseren Brotkorb bis zum Überfluß gefüllt vorfinden. Wir werden die größte Kriegs- und Handelsflotte auf allen Meeren und mehr Flugzeuge als irgendeine andere Nation besitzen. Unsere Ausfuhr dürfte in den ersten Jahren nach dem Kriege wohl einen Wert von 7 Milliarden Dollar haben. Wir müssen Kapital auf privatem und staatlichem Wege exportieren. Das von den USA verliehene Geld muß für Ankäufe innerhalb der USA und nicht für Ankäufe draußen durch Einsatz fremder Arbeit verausgabt werden.“

175 Auf der Presse-Konferenz im Weißen Hause am 28. Dezember 1943 äußerte Roosevelt die Meinung, daß in der Welt nach dem Kriege die amerikanische Wirtschaft sich nicht mehr isolieren könne. Er empfahl, ein soziales und wirtschaftliches Programm aufzustellen für eine größte Ausbreitung der USA nach dem Kriege. Ein neues Programm werde nötig sein, um der neuen Situation, welche die Nachkriegsperiode bringen werde, gerecht zu werden.

Am 28. Februar meldete Reuter aus USA: Der Chef des USA-Schiffsbauamtes, Konteradmiral Edward Cochrane, erklärte, daß die Stärke der USA-Kampfflotte Ende 1944 der der Flotten aller anderen Mächte zusammengenommen gleich sein würde. Die Beibehaltung dieser relativen Stärke in der Nachkriegszeit sei die sicherste Bürgschaft des Weltfriedens. „Ich hoffe, daß die in den beiden letzten Jahren erzielten Fortschritte, die sich bis Kriegsende zweifellos fortsetzen lassen werden, nicht mit dem Abschluß des Waffenstillstandes enden werden. Die Beibehaltung unserer Seevorherrschaft ist für unsere Nation Pflicht.“

Wie ernst es den USA mit diesen Seeherrschaftsplänen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß Roosevelt am 17. Februar für das Finanzjahr 1941 einen Kredit von 30,789 Milliarden Dollar für die USA-Flotte gefordert hat, während im Finanzjahr 1944 für die Flotte 27,435 und im Jahre 1943 23,809 Mil-

liarden Dollar aufgewandt worden sind. Das bedeutet einen Aufwand von 82 Milliarden Dollar für die USA-Kriegsflotte innerhalb von drei Jahren, ungefähr der Summe, die England in derselben Zeit für alle staatlichen Bedürfnisse einschließlich seiner gesamten Kriegführung aufwenden kann. Erinnert man sich der gewaltigen Anstrengungen der USA hinsichtlich seiner Luftrüstung, ihrer den ganzen Erdball umfassenden Stützpunktpolitik, so sieht man einen USA-Imperialismus vor sich, der über alle Weltmeere und an den Küsten aller Kontinente wie mit zahllosen Tentakeln das geplante Sowjetweltmachtsgebäude Stalins zu umklammern gedenkt.

Der Sieg unserer Feinde wäre nicht nur der sichere Niedergang der englischen Weltmachtstellung, sondern ebenso sehr der Auftakt zum dritten Weltkrieg zwischen amerikanischer und sowjetischer Weltherrschaftsidee!



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1944

März/April-Lieferung
(Nr. 109/112 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO

Rede Dr. Goebbels am Vorabend des Führergeburtstages

126 Am Vorabend des 55. Geburtstages des Führers hielt Reichsminister Dr. Goebbels in der Staatsoper in Berlin folgende Rede:

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Nicht nur das Glück, auch der Ruhm schwankt im Kriege ewig zwischen den großen Männern und Völkern hin und her. Es ist deshalb auch in seinem Verlaufe sehr schwer, wenn nicht gar überhaupt unmöglich, seinen einzelnen Ereignissen auf dem militärischen oder politischen Kraftfeld eine gerechte Würdigung zuteil werden zu lassen. Was gestern noch der Weisheit letzter Schluß zu sein schien, kann sich in einigen Wochen oder Monaten bereits als kapitaler Fehler erweisen, und ebenso das, was eben noch als kurzsichtige und verfehlte Maßnahme verurteilt wurde, in Kürze eine Entscheidung tiefster Ein- und Weitsicht darstellen. Frühestens am Ende eines Krieges, meistens aber erst eine geraume Zeit später, wenn der Krieg in seinen geschichtlich bleibenden Ergebnissen vor aller Augen sichtbar zutage tritt, wird man auch seine Einzelereignisse bzw. seine bestimmenden Faktoren objektiv und gerechtmäßig können. Das war noch in allen Kriegen so, es wird also vermutlich auch für diesen Krieg zutreffen. Der Krieg kann nur als Ganzes gewertet werden. Er besitzt neben seiner aktuellen auch eine geschichtliche Entwicklung, und man muß ihn schon mit einem historisch sehr geschulten und geübten Auge sehen und verfolgen, um diese bereits während seines Verlaufes erkennen zu können. Vergleicht man beispielsweise die Wertung, die Friedrich dem Großen seitens seiner Zeitgenossen während des Siebenjährigen Krieges, vor allem etwa von 1760 bis 1763, zuteil wurde, mit seiner heutigen, d. h. geschichtlichen Wertung, so wird man erstaunt sein, hier einen so klaffenden Widerspruch zu entdecken. Das Urteil seiner Zeit über die historische Bedeutung seiner Persönlichkeit und seines Wirkens war durch Parteinahme verzerrt und entstellt; unser heutiges Urteil über ihn ist geschichtlich bedingt, d. h. objektiv und gerecht. Auch seine einzelnen Maßnahmen und Entschlüsse, die je nach der Lage und den Umständen zu seinen Siegen oder Niederlagen führten, konnten zu dem Zeitpunkt, da sie getroffen oder gefaßt wurden, nicht immer selbst von seiner engeren Umgebung richtig gewürdigt werden. Denn das Genie schafft und wirkt, wenn auch oft unbewußt, aus geschichtlichem Instinkt, der sich der Wertung und Erkenntnis aus dem bloßen Begreifen heraus entzieht. Die große, über die Zeit hinausreichende Persönlichkeit hat neben dem aktuell gegebenen, für alle sichtbaren Auftrag auch einen solchen geschichtlicher Art zu erfüllen, und beide stimmen leider nicht immer miteinander überein. Aus den geschichtlichen Problemen eines Krieges aber entspringen seine hauptsächlichsten schwersten Belastungen und Opfer, je weniger diese Probleme jedoch in ihrer tieferen und unausweichlichen Bedeutung und Notwendigkeit von der Allgemeinheit erkannt werden können, um so mehr wird die kämpfende- und leidende Generation, die ihre Belastungen und Opfer auf sich zunehmen hat, geneigt sein, sie mißzuverstehen oder doch für vermeidbar zu halten. Aus diesem latenten Gegensatz rührt die Verschiedenartigkeit des Urteils, das die Mitwelt der Nachwelt gegenüber geschichtlichen Erscheinungen zuteil werden läßt. Dieser Gegensatz ist bei den uns bekannten und geläufigen historischen Beispielen geradezu in die Augenspringend. Wir können es heute kaum verstehen, daß das weit über

127 seine Zeit hinaus wirkende Auftreten eines Alexander des Großen, eines Cäsar oder eines Friedrich nicht gleich auch von der davon betroffenen Mit- und Umwelt in seiner ganzen Tiefe und Bedeutung erkannt wurde, zumal es unserer eigenen Beurteilung kaum noch ein Geheimnis bietet. Gerade diejenigen aber, die sich über dieses offenbare Mißverhältnis am meisten ereifern, sind meistens auch am ehesten geneigt, ihrer eigenen Zeit dieses von ihnen der Vergangenheit gegenüber geforderte geschichtliche Urteil vorzuenthalten. Es handelt sich bei ihnen um Menschen, die zwar die Fähigkeit besitzen, Ereignisse und Entwicklungen, die abgeschlossen und fertig aus früheren Epochen vorliegen, unter geschichtlichen Aspekten zu werten, denen es aber an der Kraft des Begreifens fehlt, im geschichtlichen Erleben der eigenen Zeit eine Würdigung zuteil werden zu lassen, die sich auch vor dem Urteil der Nachwelt nicht zuschämen braucht.

Welche Ereignisse dieses Krieges werden nun auch etwa in hundert Jahren noch von bleibender Bedeutung sein? So schwer das in jedem Einzelfalle vorauszusagen ist, so klar schälen sich doch auch heute schon aus diesem Riesendrama der europäischen Völker einige grundlegende Entwicklungen heraus, von denen man mit einiger Sicherheit prophezeien kann, daß sie die spätere geschichtliche Gesamtwertung dieses Krieges maßgeblich bestimmen werden. Es handelt sich dabei weniger um Ereignisse, deren Spuren auch nach unserer heutigen Berechnung einige Jahre nach dem Kriege im großen und ganzen verschwunden sein werden. Man wird beispielsweise zehn Jahre nach Friedensschluß in deutschen Städten vermutlich kaum noch Überbleibsel der Zerstörungen entdecken können, die der feindliche Luftterror in ihnen angerichtet hat. Aus diesem Kriegskapitel wird also wahrscheinlich

hauptsächlich die Gesinnung und Haltung übrig bleiben, die seine Schrecken überwand. Ob aber Europabolschewistisch wird oder ob es uns gelingt, unseren Kontinent vor dieser Gefahr zu bewahren und seine Völker damit aus dieser tödlichsten Bedrohung zu erretten, diese Entscheidung wird das Bild der zukünftigen Welt auf viele Generationen hin, wenn nicht gar für immer, maßgeblich bestimmen. Hier also liegt demnach auch der geschichtliche Angelpunkt dieses Krieges. Der Mann, der unseren Kontinent aus dieser geistigen und wenigstens geplanten militärischen Umklammerung endgültig befreit, wird am Ende dieses gewaltigen Ringens, geschichtlich gesehen, der Mann dieses Krieges sein. Das ändert sich in keiner Weise dadurch, daß seine Gegenspieler nichts unversucht gelassen haben und lassen, ihm seine weit über unsere Zeit hinaus wirkende, im wahrsten Sinne des Wortes historische Aufgabe zu erschweren, ihm Hindernisse und Fallstricke in den Weg legen und alle ihnen zur Verfügung stehende materielle Überlegenheit an Menschen und Waffen aufbieten, um ihn und sein Werk zum Scheitern zu bringen. Im Gegenteil, das alles wird dann nur geeignet erscheinen, seine Ehre vor der Geschichte zu mehren und seinen Namen mit unsterblichem Ruhm zu überhäufen. Von dem Augenblick an, in dem die trüben Nebel einer verdorbenen und schnöden Kriegspolemik fallen, wird er plötzlich als die große geschichtliche Erscheinung dieses gigantischen Völkerdramas vor den Augen der lebenden und mehr noch vor den Augen aller kommenden Generationen stehen. Von seinen Gegenspielern aber, die bereit und gewillt waren, die zweitausendjährige Geschichte und zivilisatorische Entwicklung unseres Kontinents dem Chaos und der Versteppung auszuliefern, wird dazu nur noch das übrig bleiben, was dazu dienen kann, den dunklen Hintergrund dieser strahlenden Erscheinung menschlicher Größe und weitblickender Voraussicht zu bilden. War es nicht auch in den Zeiten unseres Kampfes um die Macht so? Wie viele tagesbedingte Erscheinungen längst vergessener Parteien sind damals dem Führer in seinem Ringen um die Errettung des Vaterlandes entgegengetreten, und wie oft haben uns ihre feilen Journalisten klarzumachen versucht, daß sie ihm nicht nur ebenbürtig, sondern in ihrer politischen Bedeutung weit überlegen

128 wären! Sie sind uns heute nicht einmal mehr dem Namen nach bekannt. Geblieben ist nur die geschichtliche Persönlichkeit, d. h. jene, die über die Zeit hinaus wirkte und trotz aller äußeren Bedrängnis den Auftrag durchführte, der, so undurchführbar er auch damals manchmal erscheinen mochte, trotzdem die Lösung des großen deutschen Dilemmas in sich schloß und damit der Nation die Rettung brachte. Der Sieg wird wie damals, so auch heute alles entscheiden. Entweder würde das Ende des Krieges auch das Ende der europäischen Geschichte und damit jeder geschichtlichen Wertung in unserem Sinne überhaupt bringen, oder aber unser Sieg gibt unserem Kontinent die Chance eines neuen großen Anfangs. Dann aber gebührt der Ruhm dafür allein dem Manne, der Europa vor seiner schrecklichsten Gefahr bewahrte und sie in seinen Triumphen und Rückschlägen am Ende doch bewältigte, damit neben seinem eigenen Lande auch seinem Kontinent die Erlösung brachte.

Diese Feststellungen entspringen in keiner Weise der Ruhmredigkeit oder dem Gefühl einer nationalen Überheblichkeit, die ohnedies der Ernst der Stunde vollkommen verbieten würde. Sie sind einfach Ausfluß eines geschichtlichen Gerechtigkeits sinnes, der heute von den Besten in allen Ländern Europas geteilt wird. Ich bin mir bewußt, daß ich damit nicht nur jedem alten Nationalsozialisten, sondern jedem Deutschen schlechthin aus dem Herzen spreche. Wir fühlen uns heute alle in einem geschichtlichen Auftrag stehend. Für uns ist das Ziel dieses Krieges nicht nur klar, sondern auch unabdingbar und unabänderlich. Je länger es andauert, um so verantwortungsbewußter und fanatischer dienen wie ihm. Dem Ziel aber dienen, das heißt dem Führer folgen, treu und ergeben an seinem Werke mitwirken und in allen Stürmen dieses Krieges nach ihm jedes persönliche Denken und Handeln ausrichten. Wir können glücklich sein, ihn zu besitzen; denn er gewährleistet in seiner Person nicht nur unseren festen Glauben an den Sieg, sondern daneben auch die Stetigkeit unserer nationalen Führung, die charaktervolle Grundhaltung unserer Kriegsauffassungen und die Lauterkeit unserer Kriegszielsetzung. Man braucht nur den Blick über die Grenzen unseres Reiches sauf die fremden und feindlichen Völker zu lenken, um in aller Klarheit zu erkennen, was er für die Nation bedeutet und was er uns allen ist.

Es mag billig und bequem sein, sich in Zeiten großer nationaler Erfolge, die zudem noch ohne viel Aufwand an Blut und Opfern erreicht werden, dem Kreis der lauten Hurraschreier zuzugesellen und Leistungen der nationalen Führung zu feiern, die offen zutage liegen. Schwerer ist es, in einem langandauerndem zähen Ringen um das Leben der Nation, das den Einsatz aller Energien fordert und für niemanden von Perioden der Müdigkeit oder einer gelegentlichen nervlichen Erschlaffung verschont bleibt, treu und unbeirrt zur Sache zu stehen, die, so hart und erbittert sie durchgesetzt werden muß, um so mehr auch ihren tiefen geschichtlichen Sinn offenbart. Wir alten Nationalsozialisten haben den

Führer nie in einer anderen Rolle als dieser gesehen, und es war immer unser höchstes Glück, uns gerade in solchen Stunden fest um ihn zuscharen, ihm den Rücken zu decken, wenn er den Schritt in noch un-erforschtes, gefährliches Neuland lenken mußte, und ihm dabei das sichere Gefühl zu geben, daß er keine Sekunde allein stände. Aus dieser Gesinnung heraus ist die nationalsozialistische Gemeinschaft geworden, die Keimzelle unserer heutigen Gemeinschaft des Volkes. Was in den schweren Jahren unseres Kampfes um die Macht die große und mitreißende, alle Schwierigkeiten und Hindernisse siegreich überwindende erhabene Tugend der kämpfenden Bewegung war, das ist in diesem Kriege, an Millionen Beispielen in Not und Gefahr erprobt, die erhabene Tugend unseres kämpfenden Volkes geworden: die Treue zu uns selbst, die in der Treue zum Führer ihren sichtbarsten, für jedermann verständlichen aber auch tief verpflichtenden Ausdruck findet. Wo gäbe es das anderswo, zumal in dieser fruchtbaren Wechselwirkung von der Gefolgschaft zum Führer und umgekehrt, als bei uns? In anderen kriegführenden Ländern

129 mag die Führung Sachwalterin von Klassen- oder Standesinteressen sein, von parlamentarischen Mehrheiten mehr oder weniger unlustig gedeckt, als notwendiges Übel angesehen und hingenommen, weil keine bessere zur Verfügung steht, oder gar das furchterregende Ergebnis eines blindwütigen Massenterrors, der über Millionen Leichen schreitet. Bei uns ist der Führer Wortführer und Vollstrecker des Willens des ganzen Volkes. Es hat vom ersten Tage des Krieges bis zu dieser Stunde entgegen allem feindlichen Verleumdungsgeschrei in Deutschland nicht einen einzigen Fall gegeben, wo ein Soldat seinem Führer die Treue brach, in dem er die Waffen, oder wo ein Schaffender in der Heimat seinem Führer die Treue aufkündigte, indem er die Arbeit niederlegte. Wir wissen, daß das feindliche Ausland das nicht verstehen kann und deshalb diese Tatsache auf Druck oder Gewalt zurückführt. Was wir als Volk und Führung in diesem Kriege durchgemacht und gemeistert haben, kann mit solchen Mitteln überhaupt nicht bezwungen werden. Hier müssen schon andere Kräfte am Werke sein, Kräfte der Treue und der Zusammengehörigkeit, die von Menschen, die sie nicht selbst in sich verspüren, auch nicht begriffen werden können. Was wir vor dem Kriege in jahrelanger Arbeit gesät haben, das geht in diesem Kriege auf: die reiche Ernte der Solidarität zwischen Führung und Volk.

Ich muß mir die Freiheit nehmen, in dieser Ansprache an das ganze deutsche Volk in der Heimat und an der Front auch einige Worte über den Führer persönlich zu sagen. Ich hatte das Glück, wie früher in den Zeiten unseres Kampfes um die Macht, so auch jetzt in denen dieses gigantischen Krieges, in vielen, ja in den meisten besonders glücklichen und auch besonders kritischen Stunden in seiner unmittelbaren Nähe zusein. Er ist sich immer gleich geblieben. Ich sah ihn niemals zweifeln und niemals wanken. Er folgte stets der Stimme seines Blutes, und wo die ihn rief, da ging er seinen Weg, gleichgültig, von welchen Schwierigkeiten er begleitet sein mochte. Er zeichnete sich vor allen anderen Staatsmännern unserer Zeit dadurch aus, daß er Gefahren rechtzeitig erkennt und ihnen dann auch mutig entgegentritt. Das dankt ihm heute das deutsche Volk. Die ganze zivilisierte Menschheit wird es ihm später einmal danken müssen. Wenn es auf dem Gebiet der Volks- und Staatsführung eine divinatorische Begabung gibt, die aus dem Instinkt heraus das Richtige und Notwendige wittert, und wenn diese zusammen mit der unbeirraren Erkenntnis des jeweilig Zweckmäßigen das höchste geschichtliche Führertum darstellt, dann ist er sein begnadeter Träger. Daß die parlamentarischen Eintagsfliegen auf der Gegenseite das nicht wahrhaben wollen, ist eher ein Beweis dafür als dagegen. Auch das größte Führertum bleibt in seinem Wirken nicht von Rückschlägen und Niederlagen verschont. Sie sind die einzigen Gelegenheiten, in denen es sich ganz beweisen kann. Darum stellt der Krieg unter allen Menschen und Völkern jene harte und mitleidlose Auslese dar, die das Starke vom Schwachen und das Tüchtige vom Untüchtigen scheidet. Wo hätte das Reich und seine Führung vor einer dieser Proben versagt? Wo standen wir jemals ratlos und verzweifelt vor den Gewalten eines über uns hereinbrechenden Schicksals, denen wir keinen Halt mehr zu bieten vermocht hätten? Sie trafen uns immer in der Bereitschaft. Immer stand an der Spitze der Nation ein Mann, der, für das ganze Volk ein leuchtendes und anfeuerndes Beispiel, auch den härtesten Schlägen Trotz bot und durch seinen Gleichmut und die Standhaftigkeit seines Herzens am Ende auch das größte Unglück wieder zum Besseren wandte. Wir sprechen heute nicht oft davon, aber wir wissen es alle. Niemals hat das deutsche Volk so gläubig zu seinem Führer aufgeschaut wie in den Tagen und Stunden, da ihm die ganze Schwere dieses Kampfes um unser Leben bewußt wurde, es sich dadurch aber nicht entmutigen ließ, sondern sich nur um so fester und unbeirrbarer zu seinen Zielen bekannte. Wenn wir im November 1918 strauchelten und zu Fall kamen, so konnten wir in all den Jahren danach das bittere Gefühl nicht loswerden, daß unsere

130 eigene Schuld daran mitgeholfen hatte. Diesmal aber haben wir den Sieg verdient, und die Göttin der Geschichte wird ihn uns nicht vor-enthalten können. Er wird in der Stunde unseres kommenden Triumphes der Preis unserer Treue sein. Der Krieg bietet keinerlei Gelegenheit zu Ruhmredigkeiten und leeren Versprechungen. Es ist die Zeit, in der wir nur das wahr zumachen haben, was wir früher so oft gelobten. Es ruht als Eid auf unseren Fahnen und als stummer Schwur in unseren Herzen. Wo in allen Ländern Europas unsere Soldaten im Kampf oder auf der Wacht stehen, wo deutsche Arbeiter werken, deutsche Bauern säen und ernten, wo die Gedanken hinter den gefurchten Stirnen unserer Erfinder, Künstler und Gelehrten um das Reich und seine Zukunft kreisen, wo unsere Mütter für den Sieg beten und unsere Kinder in ruhiger Gewißheit darauf vertrauen, überall in fernen Ländern und Kontinenten, auf allen Weltmeeren, wo Deutsche atmen, steigen in dieser Stunde die heißesten Wünsche aus den treuesten Herzen für den Führer zum Himmel empor. Daß er an der Spitze der Nation steht, das ist für uns alle das sicherste Zeichen des kommenden Sieges. Nie war er uns so nahe wie in den Augenblicken der Gefahr, nie fühlten wir uns ihm so verbunden, wie dann, wenn wir das Empfinden hatten, daß er uns so sehr brauchte, wie wir ihn brauchten. Wir haben damit die große Hoffnung unserer Feinde zerschlagen. Sie wollten, daß wir selbst das täten, was sie aus eigener Kraft nicht vollbringen können, nämlich uns zu überwältigen. Hier lag für sie die einzige Möglichkeit unserer Niederlage. Wir haben daraus die größte Chance unseres Sieges gemacht.

Ich bin glücklich, das in dieser Stunde vor dem deutschen Volk aussprechen zu dürfen. Wenn wir uns ein ganzes Jahr durch unseren Fleiß und durch unsere Tapferkeit zum Werke des Führers bekennen, dann wollen wir uns an seinem Geburtstag einmal auch in Worten, die aus der Tiefe unserer Herzen kommen, zu seiner Person bekennen dürfen. Sagen wollen wir ihm dabei, wie er uns alles ist, sowohl in dieser leidvollen Gegenwart wie auch in der kommenden lichtereren Zukunft. Wünschen wollen wir ihm Gesundheit und Kraft und eine gesegnete Hand. Wissen soll er zu jeder Stunde, daß er sich auf sein Volk verlassen kann. Wenn Not und Gefahr dicht vor ihm stehen, dann stehen wir dichter noch hinter ihm. Wir glauben an ihn und an sein geschichtliches Werk und daran, daß er es am Ende mit dem Sieg krönen wird. Nicht seine Widersacher, er wird der Mann dieses Jahrhunderts sein. Denn er gab ihm den Sinn, den Inhalt und das Ziel. Diesen Sinn bejahend und diesen Inhaltbegreifend, werden wir dieses Ziel erreichen. Er aber ist der Wegweiser dahin. Er befiehlt, wir folgen. In der ersten Reihe hinter ihm marschieren wir, seine alten Kampfgenossen. Erprobt in der Gefahr, gestählt im Unglück, gehärtet in Sturm und Not, aber auch ruhmbedeckt mit Siegen und Erfolgen, in denen der Anfang der kommenden neuen Welt liegt, so bilden wir hinter ihm die Spitze der unübersehbaren Millionen-

Gefolgschaft, die des Reiches Zukunft trägt und verteidigt. Es ist die Sache des Volkes, die wir dabei verfechten. Sie hat im Führer selbst ihre Gestalt gefunden. Auch in diesem Kampfe auf Leben und Tod ist und bleibt er uns das, was er uns immer war: unser Hitler!



Innenpolitik

131 In die Berichtsspanne fällt der 55. Geburtstag des Führers. Diesen Tag beging das deutsche Volk nicht wie in Zeiten des Friedens in freudig bewegten Festen, sondern im Gedanken an des Führers Lebenswerk, das ganz der deutschen Nation und ihrer Zukunft gewidmet ist. Wie üblich an diesem Tage, sprach Reichsminister Dr. Goebbels am Vorabend des Führergeburtstages vor den Spitzen der Partei, des Staates und der Wehrmacht in der Berliner Staatsoper. Reichsminister Dr. Goebbels stellte in den Mittelpunkt seiner Rede eine Betrachtung über die geniale Persönlichkeit schlechthin. Er gedachte sodann des Führers als des Erneuerers des deutschen Volkes und schilderte seine Persönlich-

keit, die ganz der Arbeit, der Pflicht und dem Kampfe gewidmet ist. Seine Redeklang aus in der Versicherung, daß das deutsche Volk heute mehr denn je an den Führer, sein Werk und den Sieg in dem weltgeschichtlichen Kampfe glaube.

Als erste Gratulantin am Führergeburtstag stellte sich Großdeutschlands Jugend ein. Eine Ringsendung des Großdeutschen Rundfunks vereinte die Wünsche der Jugend aus allen Gauen. Reichsjugendführer Axman sprach dem Führer zur Mitternachtsstunde den Glückwunsch der Hitlerjugend aus.

Reichsmarschall Goering erließ anläßlich des Führergeburtstageseinen Aufruf an das deutsche Volk, in dem er sagt, daß das feste Fundament der Einheit zwischen Führer und Volk niemals zerstört werden würde, was auch kommen möge. „Zu tief hat sich das Vertrauen zu Adolf Hitler in Herz und Sinn aller Volksgenossen gesenkt. Soldat und Staatsmann aus innerer Berufung, hat der Führer das Volk in den wenigen Friedensjahren, die ihm die Mißgunst und die Anspannung der Feinde ließen, aus tiefstem Elend aufwärts zu neuem Leben geführt und ein machtvolles, fest gefügtes Reich geschaffen. In ihm verkörpert sich unsere Siegeszuversicht, in ihm lebt unser Glaube an die Größe und Herrlichkeit des Reiches. Sein leidenschaftlicher Wille durchglüht, brennt und erhebt, sein heldenmütiger Geist erfüllt uns alle auch in schweren und dunklen Tagen immer wieder mit neuem Mut und neuer Kraft.“ — Auch an die deutsche Wehrmacht richtete der Reichsmarschall als rangältester Offizier der Wehrmacht einen Tagesbefehl zum Geburtstag des Führers. Darin kommt das Gelöbnis zum Ausdruck, daß die deutsche Wehrmacht ihre Waffen nicht eher ruhen lassen werde, bis die Zukunft des Reiches gesichert ist. — Reichspressechef Dr. Dietrich würdigte den Führer als Vorbild und Beispiel in einem Aufsatz, der in der gesamten deutschen Presse erschienen ist. „Der Führer“, so heißt es dort, „besitzt jene Stärke und Unerschütterlichkeit des Glaubens, ohne die nichtswahrhaft Großes geschaffen und vollbracht werden kann. Das unerschrockene Kämpfertum und die Seelengröße des Führers leuchten in dem Dunkel der Gegenwart heller und strahlender noch als von den lichten Höhen erfolgreicher Friedensjahre.“

Am 14. März waren fünf Jahre vergangen, daß mit der Errichtung des Protektorates das neue Deutschland einen politischen

132 Ordnungswillen bekundete, der seitdem immer wieder Gegenstand insbesondere der ausländischen Betrachtung gewesen ist. Die fünf Jahre deutscher Politik in den alten Reichslanden Böhmen und Mähren bedeuten, so sehr sie auch unter den immer größeren Erschwernissen des Krieges vor sich gegangen sind, den ersten, aber sehr aufschlußreichen Schulfalleiner Zusammenarbeit Deutschlands mit anderen Völkern. Während die feindlichen Kombinationen und Pläne über Neuordnung europäischen Raumes immer neue und sehr voneinander verschiedene Fassungen annehmen, hat sich hier im Siedlungsraum der Tschechen ein Arbeitsprozeßvollzogen, der heute nicht nur in der deutschen Reichspolitik hoch zu Buche steht, sondern auch für die Tschechen selbst von sehr bedeutsamer Wirkung war. In der Sondernummer der Zeitschrift „Böhmen und Mähren“ bilanzieren diese Entwicklung der deutsche Staatsminister für Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer Frank, und der tschechische Minister für Schulwesen und Volksaufklärung Moravec. — Staatsminister Frank erläutert, wie die selbstverständliche Einordnung des böhmisch-mährischen Raumes in die historische deutsche Reichspolitik in diesen Jahren von dem tschechischen Volk selber allmählich als die sinnvolle Wiederkehr früherer Entwicklungen erkannt werde. Insbesondere habe die Entwicklung Europas in diesem Kriege den Tschechen klargemacht, daß ihr Schicksal Raumschicksal sei, und daß der Sinn ihrer Geschichte nicht im Kampf gegen den deutschen Nachbarn, sondern nur in engster Zusammenarbeit mit ihm liegen könne. — Wie wenig die Bilanz des Staatsministers Frank, die außerdem noch den Aufschwung im wirtschaftlichen sozialen und kulturellen Dasein des Protektorates darstellt, nur mit den Augen Deutschlandsgesehen ist, geht aus dem umfassenden Überblick des tschechischen Ministers Moravec hervor, der am Anfang seiner Rechnungslegung über die verschiedenen Sparten des kulturellen Lebens der Tschechen in dieser Zeit schreibt: „Die abgelaufenen fünf Jahre einer neuen politischen Form des tschechischen völkischen Lebens bieten hinreichende Beweise dafür, wie sehr das tschechische Volk durch das aufrichtige Einvernehmen mit dem deutschen Volke an Lebenskraft gewonnen hat. Es gibt eine Fülle von Anzeichen dafür, wie vielversprechend sich das tschechische Leben im Rahmen des Großdeutschen Reiches weiterentwickeln wird.“

Der Führer selbst hat aus Anlaß dieses Jahrestages durch den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Reichsminister Dr. Frick, dem Staatspräsidenten Dr. Hacha ein herzlich gehaltenes Handschreibenüberreichen lassen. Der Führer weist in diesem Schreiben darauf hin, daß sogar in der Zeit des großen europäischen Schicksalskampfes die neuenstaatsrechtlichen Verhältnisse in Böhmen und Mähren eine geschichtliche Erprobung erfahren haben, die stärker für die neuen Zustände spricht als

die vielen Jahrzehnte des Friedens für die frühere Lösung. Vor allen Dingen erwähnt der Führer, daß es dem tschechischen Volke unter dem Schutz der kämpfenden deutschen Wehrmacht ermöglicht worden ist, seinen Bestand und seine Lebenswerte unversehrt zu erhalten. Staatspräsident Dr. Hacha hat auf das Handschreiben des Führers in einem Schreibengeantwortet, in dem er betont, daß ihn mit besonderer Freude die Feststellung des Führers erfülle, daß sich das Protektorat Böhmen und Mähren in den seit seiner Errichtung verflorenen fünf Jahren bewährt habe. „Wir erblicken darin zugleich die Verpflichtung, auch weiterhin im Schütze der deutschen Waffen unbeirrbar alles zu tun, was dem Reich in seinem historischen Kampf gegen die bolschewistischen und angloamerikanischen Feinde von Nutzen ist. Ich bin mir bewußt“, so schließt das Schreibendes Staatspräsidenten Dr. Hacha, „daß ohne Ihre Unterstützung und Ihr überragendes staatsmännisches Verständnis die Entwicklung des Protektorates in den verflorenen fünf Jahren nicht die Fortschritte hätte zeitigen können, wie sie nunmehr auf allen Gebieten vorliegen. Ich bitte Euer Exzellenz um Entgegennahme des aufrichtigen Dankes nicht nur von mir, sondern auch von der Regierung des Protektorates und von meinem Volke, für das ich auch für die Zukunft Schutz und Förderung erbitte.“

133 Aus Anlaß des fünften Jahrestages der Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren hat der Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Reichsminister Dr. Frick, eine Stiftung für verdiente Protektoratsangehörige errichtet und ihr namhafte Mittel zugewiesen. Zweck der Stiftung ist die Unterstützung solcher Protektoratsangehörigen, die sich unmittelbar oder mittelbar um Reich und Protektorat verdient gemacht haben, sowie ihrer Hinterbliebenen durch einmalige und laufende Beihilfen. Hierunter fallen insbesondere Kriegsversehrte und Hinterbliebene von Gefallenen des ersten Weltkrieges sowie Protektoratsangehörige, die in der Rüstungswirtschaft oder als Dienstverpflichtete verunglückte der ums Leben gekommen sind.

Das Verhältnis des Deutschen Reiches zur tschechischen Nation könnte ein Beispiel sein für die Haltung einer Großmacht einem kleinen Volke gegenüber.

Eine andere Gesinnung aber erfüllt unsere Gegner. In Zeitungen, Zeitschriften und Büchern dokumentieren sie stets von neuem, in welcher Weise sie sich anderen Nationen gegenüber verhalten würden, sofern sie die Macht hätten. Ein jüdischer Emigrant veröffentlichte in England vorkurzem ein Buch unter dem Titel „Der Weg zur Freiheit“, das dieser Gesinnung in sprechender Weise Ausdruck gibt. Es wird dort gefordert, daß die Entwaffnung Deutschlands nach gewonnenem Kriege absolut sein müsse, nicht einmal ein Förster dürfe mehr im Besitz einer Jagdflinte sein. Deutschland müsse bis zum letzten Dorf besetzt werden, und jeder junge Deutsche müsse bis zu einem festgesetzten Alter in die Arbeitssklavereigeschickt werden, um Frondienste zu leisten. Kein deutscher Mann, keine deutsche Frau dürfte mehr als je ein Kleidungsstück besitzen. Auch die Haushaltungen müßten so weit ausgeplündert werden, daß keiner zeitlebens mehr als eine Decke und ein Laken besitze.

Dieser verbrecherischen Gesinnung unserer Gegner entspricht die Art ihrer Kriegführung. Über ihre unmenschlichen Luftterrormethoden ist in früheren Berichten genügend gesagt worden. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß die Luftgangster weder Frauen, Kinder, Greise noch Kulturdenkmäler und Kirchen schonen. Es ist auch gesagt worden, daß sie unersetzliche Werte, die der ganzen Menschheit bisher heilig gewesen sind, zerstört haben. Im Monat März haben englisch-amerikanische Bomber indessen erneut ihre Verbrechen verübt, so u. a. den Vatikanbombardiert, in der Nähe der Kolonnaden von St. Peter ihre schweren Sprengbomben abgeworfen, den Uffizien-Palast beschädigt; und auch Kulturdenkmäler in den Ländern ihrer ehemaligen Verbündeten, in Belgien, Frankreich und Holland, zerstörten sie ohne Rücksichtnahme auf die Bevölkerung. Daß der Feind auch weiterhin die deutsche Zivilbevölkerung, vor allen Dingen die Bevölkerung der Reichshauptstadt terrorisierte, erscheint dabei fast überflüssig zu bemerken. Heldenmütig, wie immer, begegnete das deutsche Volk diesen Terrormethoden, ungebrochen weiter-arbeitend in der Rüstung und vertrauend auf den endgültigen Sieg.

Die Ereignisse an der Front wurden auch in den Monaten März und April mit innerster Anteilnahme verfolgt.

Am 1. März ist in jedem Jahr der Erinnerungstag, an dem Hermann G o e r i n g auf Befehl des Führers im Jahre 1935 die deutsche Luftwaffe ins Leben rief. Aus diesem Anlaß richtete der Reichsmarschall einen Tagesbefehl an die Soldaten der Luftwaffe. Darin bestätigt er als Oberbefehlshaber der Luftwaffe seinen Kameraden, daß sie sich auch im 9. Jahre der wiedererstandenen deutschen Luftwehr in Angriff und Verteidigung in härtester Pflichterfüllung bewährt hätten. Die heroische Haltung des deutschen Volkes allem grausamen Bombenterror zum Trotz sei für die deutsche Luftwaffe höchste Verpflichtung. Dem Feinde werde mit neuen Kräften und neuen Waffen die Antwort gegeben, die er verdiene. Der Führer könne sich in der Stunde der großen Entscheidung auf die Luftwaffe verlassen.

„Die Aufgaben der deutschen Luftwaffe sind ungeheure“, heißt es weiter. „Sie kämpft ihren schweren Kampf an der

134 riesigen Front vom Weißen bis zum Schwarzen Meer, sie hilft in Italien den Feind im Zaume halten, sie sucht ihn heim auf den Meeren, auf dem Atlantik, im Mittelmeer, in der Ägäis, in der Nordsee und in den nordischen Gewässern, sie wirft sich in fast ganz Europa den feindlichen Terrorfliegern entgegen und hilft so die Pläne des Gegners zu durchkreuzen.“— Mit knappen Worten umreißt Tag für Tag der Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht Leistungen der Luftwaffe, die in ihrer Gesamtheit niemals gebührend gewürdigt werden können. Wenn sich die deutschen Sturzkampfflieger und Schlachtflieger Tag für Tag aufs neue, unbeirrt durch die Widrigkeiten des östlichen Winters auf die Anmarschwege, Versammlungen und Konzentrationen des Gegners stürzen, wenn Transport- und Lastenflieger ohne jede Rücksicht auf das besondere Maß der Gefährdung zeitweise abgeschnittenen deutschen Verbänden Munition und Lebensmittel zuführen, ja im Bereich der feindlichen Artillerie landen und starten, um Verwundete heimzubringen, wenn die Kampfflieger, der ins Übermaß gesteigerten feindlichen Abwehr trotzend, ins Herz des Gegners vorstoßen, wenn die Tag- und Nachtjäger sich auf die waffenstarrten Terrorbomber werfen, ja sich zum Rammstoß auf sie stürzen, um sie an der Erreichung des Zieles zu verhindern, so hat jeder von ihnen dabei das Gefühl im Herzen, das der Reichsmarschall hier mit treffenden Worten umschreibt, daß die unvergleichliche Haltung des deutschen Volkes angesichts des feindlichen Bombenterrors den Männern der deutschen Luftwaffe tatsächlich höchste Verpflichtung bedeutet.

Von welcher Härte die deutsche Luftverteidigung ist, und zu welchen Erfolgen sie im Angesicht der überlegenen feindlichen Kräfte sich durchkämpft, das mag an einem Einzelbeispiel dargetan werden: In den Mittagsstunden des 11. April waren nordamerikanische Bomberverbände mit einem außerordentlich starken Aufgebot von Langstreckenjägern in das mittel- und norddeutsche Reichsgebiet eingedrungen. Im Zusammenwirkender deutschen Jagd- und Zerstörerverbände mit der Flakartillerie wurden 129 nordamerikanische Flugzeuge, darunter 105 viermotorige Bomber, vernichtet! Zu diesen Abschüssen kamen noch die sogenannten stillen Verluste, über deren Art und Höhe Genaueres naturgemäß nicht gesagt werden kann. Sie sind aber ebenfalls nicht unbeträchtlich. Besonders empfindlich muß sich für den Feind der starke Ausfall an fliegendem Personal bemerkbar machen. Jedenfalls können die Engländer und Amerikaner nach diesen zahlreichen Großverlusten ihrer Bomber nicht mehr mit ihrer Lügenagitation fortfahren, daß sie bereits die Niederzwingung der deutschen Luftabwehr erreicht hätten.

Die Stärke der deutschen Kriegführung wird ganz allgemein sogar von Außenstehenden anerkannt und unterstrichen. So hat Mitte März die schweizerische Zeitung „Die Tat“ der festen Moral und Beweglichkeit der deutschen Kriegführung hohe Anerkennung gezollt. Sie schrieb: „Während die militärischen Operationen der Achsenmächte straff geführt sind, was sich für das anglo-amerikanisch-sowjetische Bündnisverhältnis auf die Dauer kaum vorteilhaft auswirkt, beschränkt sich die angelsächsische Kriegführung gewissermaßen auf eine „Ausputzarbeit, die vor drei Jahren logischer gewesen wäre.“ Die „Suisse“ ihrerseits erklärt bei einer Untersuchung der Lage im Osten, die ganze Entwicklung zeuge von einer ausgezeichneten Moral der deutschen Soldaten im Osten. Die „Gazette de Lausanne“ spricht anlässlich der jüngsten Operationen zur Sicherung einer strafferen Zusammenarbeit der Dreierpaktmächte von einer glänzenden Beweglichkeit. Die Wehrmacht habe ein schlagendes Dementi auf alle Gerüchte, die von einem Zusammenbruch wissen wollten, erbracht. Die Genauigkeit und die Schnelligkeit ihrer Operationen wären unübertroffen.

Einer der jüngst ausgezeichneten und beförderten verdienstvollen Heerführer, Generaloberst Hube, ist am 21. April bei einem Flugzeugunfall ums Leben gekommen. In einem Tagesbefehl von ergreifender Sprache würdigte der Führer die Verdienste dieses Oberbefehlshaber seiner Panzerarmee. — Am 27. April wurde Generaloberst Hube durch ein

135 Staatsbegräbnis, dem ein Staatsakt im Mosaiksaal der Neuen Reichskanzlei vorausging, auf dem Invalidenfriedhof in Berlin beigesetzt. Reichsmarschall Goering widmete dem Generalobersten die letzten Abschiedsgrüße, wobei er ihn als Frontkämpfer im besten Sinne des Wortes bezeichnete.

Auf Befehl des Führers ist eine „Ehrenblatt-Spange“ eingeführt worden. Sie soll die Soldaten, die durch Tagesbefehl namentlich im „Ehrenblatt des Deutschen Heeres“ genannt werden, vor der Öffentlichkeit kennzeichnen. Die Spange besteht aus einem goldenen Hakenkreuz im Eichenkranz und wird auf dem schwarz-weiß-roten Band des Eisernen Kreuzes von 1939 im Knopfloch getragen. Die Ausgezeichneten erhalten eine besondere Anerkennungsurkunde des Führers. Voraussetzung für die Nennung im „Ehrenblatt“ ist die Verleihung des Eisernen Kreuzes Erster Klasse. Die auf diese Weise aus-

gezeichneten Soldaten können mit Rechtstolz auf die hohe Ehrung sein, die jetzt auch durch die „Ehrenblatt-Spange“ äußerlich gekennzeichnet wird. Teilnehmer des ersten Weltkrieges mit dem EK II von 1914 tragen, sofern sie im „Ehrenblatt des Deutschen Heeres“ genannt sind, die Spange ebenfalls auf dem schwarz-weiß-roten Band im Knopfloch.

Durch die am 1. März im Oberkommando des Heeres erfolgte Ernennung des „Generalinspektors für den Führernachwuchs“ wurden nationalsozialistische Erziehung und Führung sowie einheitliche Ausbildung des gesamten Führernachwuchses im Heere in eine Handgelegt. Damit unterliegen Erziehung und Ausbildung der Offizierbewerber von ihrer Einstellung ins Heer bis zu Ihrer Beförderung zum Leutnant und Unteroffizierbewerber bis zum Abschluß ihrer Ausbildung zum Unteroffizier einer durchaus einheitlichen Ausrichtung und straffen Zusammenfassung. Diese Neuordnung gilt sowohl für die Berufssoldaten als auch für die Freiwilligen und Wehrpflichtigen, die während des Krieges ihre Pflicht als Soldaten erfüllen. Die für die angehenden Offiziere und Unteroffiziere notwendigen Führereigenschaften durch eine einheitlich ausgerichtete nationalsozialistische Erziehung und Führung zu entwickeln und zuzufestigen, ist Hauptaufgabe des Generalinspektors für den Führernachwuchs des Heeres. Durch enge Verbindung mit der Hitler-Jugend und durch Unterstützung und Ausrichtung ihrer vormilitärischen Ertüchtigung stellt der Generalinspekteur sicher, daß das Heer einen den Forderungen der Front entsprechenden körperlich und geistig leistungsfähigen und wehrfreudigen Führernachwuchs erhält. Alle diese Maßnahmen gipfeln in dem Gedanken, der Front gerade den Nachwuchs an Führern zuzuführen, der in dem harten Ringen des fünften Kriegesjahres auch einer feindlichen Überzahl sicher überlegen ist.

Wenn einstmals die Geschichte dieses Krieges geschrieben wird, so dürfen unter all den zahlreichen Helfern der deutschen Wehrmacht nicht die Männer im grauen Rock der Feldeisenbahner vergessen werden. Es ist bis heute wenig berichtet worden von der stillen Pflichterfüllung dieser Männer, die als Lokomotivführer und auf kleinen Bahnhöfen im unmittelbaren Frontbereich, oftmals sogar unter Feindeinwirkung die Voraussetzung dafür schaffen, daß die kämpfende Truppe mit den so wichtigen Nachschubgütern versehen werden kann. Denn trotz dem Siegeszuge des Motors bleibt die Eisenbahn gerade bei den schlechten Straßenverhältnissen des Ostens das Rückgrat des gesamten Versorgungsverkehrs. In Würdigung ihres tapferen Einsatzes hat der Führer Auszeichnungen an fünf Feldeisenbahner verliehen. Die Überreichung der Ritterkreuze zum Kriegsverdienstkreuz erfolgte durch den Chef des Generalstabes des Heeres im Rahmen einer militärischen Feier am 7. April 1944. Die ersten Ausgezeichneten sind folgende Soldaten: 1. Unteroffizier Wilhelm Pol z i u s, seit Beginn des Feldzuges im Osten als Lokomotivführer eingesetzt, hat sich in vielen schwierigen Lagen bewährt. 2. Unteroffizier Friedrich Poggemeier, ebenfalls seit Beginn des Ostfeldzuges als Lokführereingesetzt, hat sich schon in den ersten schweren Wintermonaten, als Feindeinwirkung und starker Frost den Nachschub zu unterbinden drohten, her-

136 vorragend bewährt. Als Abnahme-Lokführer und Lokdienstleiter verwendet, meisterte er schwierige Krisenlagen im Raum von Newel und hatte einen nicht geringen Anteil daran, daß die Versorgung der Front mit Truppen und Nachschubgut sichergestellt werden konnte. Von allen Lokführern seines Bereiches hat er die meisten Fahrten freiwillig durchgeführt und war seinen Kameraden in schwierigsten Lagen ein Beispielhöchster soldatischer Pflichterfüllung. 3. Gefreiter Rochus I b r o m, steht bereits seit September 1941 als Eisenbahner im Osteinsatz und wurde im August 1942 zur Wehrmacht übernommen. Stets war er im Spitzenbetriebeingesetzt und fuhr mit seinen Zügen so weit vor, wie es die Feindlage irgendwie erlaubte. Die Fahrten an die Front und zurück in den Raum Welikije Luki erfolgten meist unter starker Einwirkung durch den Feind, und oftmals mußten sich Ibrom und seine Kameraden mit sowjetischen Banden herumschlagen. Als ein Wagen eines von ihm gefahrenen Munitionszuges einen Volltreffer erhielt, zeichnete sich Ibrom durch besonders großen Mut und Unerschrockenheit aus. Er trennte den getroffenen Wagen unter Einsatz seines Lebens vom Zuge und konnte somit größeren Schaden vermeiden. Bei einem Tieffliegerangriff wurde seine Lokomotivemehrfach getroffen und der Heizer schwer verletzt. Trotz des an zwölf Stellen austretenden Dampfes gelang es Ibrom, den Zug an den Zielbahnhof zu bringen. — Das Deutsche Kreuz in Silber erhielten Feldwebel R o m f e l d und Unteroffizier B i o c k.

Die Polizei hat wie die Reichsbahn in diesem Kriege ebenfalls Leistungen aufzuweisen, die mit denen keines früheren Krieges zu vergleichen sind. Dank und Anerkennung gebühren auch ihr. Am 5. März stattete daher Gauleiter Reichsminister Dr. Goebbels in Begleitung von Polizeipräsident Graf Helldorf und Stellv. Gauleiter Oberbereichsleiter Schachverschiedenen Einheiten der Berliner Polizei Besuche ab, um sich über ihre Luftschutzbereitschaft zu unterrichten und bei dieser Gelegenheit allen Polizei-

formationen der Reichshauptstadt seinen Dank und seine Anerkennung für die besonders im Kampf gegen den feindlichen Luftterror und in der Beseitigung der Luftkriegsschäden geleistete vorbildliche Arbeit auszusprechen. Dr. Goebbels besichtigte bei seinem Besuch im Dienste des Gemeinwohls stehende Einrichtungen der Schutzpolizei und wohnte einer Reihe technischer Vorführungen der Luftschutzpolizei, im besonderen des Feuerlösch- und des Instandsetzungsdienstes bei, die u. a. praktische Übungen der Brandbekämpfung, Sprengungen einsturzgefährdeter Häuser sowie die Bergung von Verwundeten und Verschütteten zeigten. Dr. Goebbels konnte sich dabei vom Können, vom hohen Ausbildungsstand und von den vielseitigen Einsatzmöglichkeiten der Berliner Polizeikräfte überzeugen und sich vergewissern, daß die Polizei der Reichshauptstadt als Beschützer, Helfer und wahrer Freund der Bevölkerung selbst den schwierigsten Anforderungen gerade auch im Zeichen des feindlichen Luftterrors gerecht werden kann. — Auf einem sich anschließenden Appell, der die Offiziere der Schutz- und Luftschutzpolizei Berlins versammelte, sprach Dr. Goebbels in seiner Eigenschaft als Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar sowie auch im Namen der gesamten Berliner Bevölkerung den tapferen Offizieren und Männern für ihre beispielhaften Leistungen Dank und Anerkennung aus und würdigte dabei den vorbildlichen Eifer sowie die Dienstfreudigkeit, die die Berliner Polizei in un-gesählten Einsätzen stets bewiesen hat. Die Berliner Polizei, so erklärte Dr. Goebbels, sei schon vor dem Kriege eine weltbekannte Einrichtung und eine höchst populäre Erscheinung im Straßenbild der Reichshauptstadt gewesen, vom Jahre 1933 an sei sie in steigendem Umfange eine Volkspolizei und eine allezeit treue Helferin des Publikums geworden. Dr. Goebbels umriß dann die umfangreichen Arbeiten und Aufgaben der Polizei im Luftkrieg und betonte, daß, wenn nach feindlichen Terrorangriffen das Leben in der Reichshauptstadt so schnell und immer wieder in Gang kommen konnte, die Berliner Polizei in besonderem Maße Anteil daran habe. Sie habe dabei ihre Verdienste mit unauslöschlichen Buchstaben in die Chronik

137 der Stadt eingetragen. Die Auszeichnung, die dem Berliner Polizeipräsidenten Graf Helldorf kürzlich durch die Verleihung des Ritterkreuzes zum Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern durch den Führer zuteil geworden sei, stelle zugleich eine hohe Ehrung aller Polizeieinheiten der Reichshauptstadt dar und müsse für sie ein Ansporn sein, auch in Zukunft tapfer, treu und standhaft die Aufgaben zu erfüllen, die ihnen noch gestellt würden.

Der Führer hat den Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Herbert Backe zum Reichsminister ernannt. Reichsminister Backe bleibt weiterhin mit der Führung der Geschäfte des Reichs- und Preußischen Ministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers beauftragt. Ende Juli 1942 wurde Backe als Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit der Führung der Geschäfte des Ministers beauftragt. Die Ernennung Backes zum Minister gilt einem Manne, der als Exponent der deutschen Kriegsernährung Vorbildliches geleistet hat. Backes weitreichender Einfluß auf die gesamte ideologische und praktische Gestaltung der Agrarpolitik des Dritten Reiches ist bekannt und oft genug herausgestellt worden. Er, der schon 1923 zur Partei kam und aus seinem ländlichen Wirkungskreis — zunächst als Assistent der Technischen Hochschule in Hannover, dann als Domänenpächter — bald engen Anschluß an Darre fand, hat grundlegende Vorarbeit für die Festigung des deutschen Bauerntums geleistet. Erbhofgesetz und Marktordnung, Erzeugungsschlacht und Kriegsernährungswirtschaft sind im wesentlichen unter seiner Formung entstanden und tragen sein geistiges Gesicht. Backe hat als Staatssekretär die Führung der Ernährungspolitik in einem Augenblick übernommen, als sich die betriebswirtschaftlichen Erschwerungen mehrerer Kriegsjahre recht spürbar auszuwirken begannen. Aber er war nicht der Mann, der vor Schwierigkeiten kapitulierte. Darin liegt das unbedingte Vertrauen begründet, das er bei seinen Mitarbeitern genießt, das aber auch durch die Leistung der deutschen Kriegsernährung seine glänzendste Rechtfertigung findet.

Anfang April trat in der Führung der Reichshauptstadt eine bedeutsame Änderung ein. Der Führer hat dem Gauleiter von Berlin, Reichsminister Dr. Goebbels, in Abweichung von den darauf bezüglichen Bestimmungen des „Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt“ die Lenkung der Verwaltung der Reichshauptstadt zur Konzentration ihrer Kräfte insbesondere für die Zwecke des Krieges übertragen. Reichsminister Dr. Goebbels, dessen bisherige Funktionen als Reichsleiter und Gauleiter der Partei sowie als Reichsminister durch diese Ernennung nicht berührt werden, führt in seiner neuen Eigenschaft die Bezeichnung „Stadtpräsident“. Nach seinen persönlichen Richtlinien und Weisungen leiten der Oberbürgermeister, die Gemeindeverwaltung und der Vizepräsident, auf den die dem bisherigen Stadtpräsidenten zustehenden Aufgaben und Befugnisse übergehen, die staatliche Verwaltung der Reichshauptstadt gemäß den Bestimmungen des „Gesetzes über die

Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt". Die Stellung der Reichshauptstadt in ihrem Verhältnis zu den Obersten Reichs- und Preußischen Landesbehörden bleibt unberührt.

Zweckentsprechende Lenkung der Verwaltung der Reichshauptstadt zur Konzentration ihrer Kräfte insbesondere für die Zwecke des Krieges — in dieser Formulierung ist das Grundmotiv der Betrauung des Reichsministers Dr. Goebbels mit seiner neuen verantwortungsschweren Funktion zu erblicken. Seine Beauftragung ist zugleich eine Selbstverständlichkeit angesichts dessen, was er als Gauleiter in langen, harten Kampf- und Arbeitsjahren in der Reichshauptstadt und für sie geleistet hat. Sie ist nicht zuletzt die folgerichtige Abrundung seines Tätigkeitsbereiches als Reichsverteidigungskommissar der Reichshauptstadt und damit eine neue, zusätzliche Bürgschaft dafür, daß sein zäher Wille, seine unermüdliche Initiative und seine zukunftsichere Aktivität bis zum letzten alle jene in der

138 Reichshauptstadt verfügbaren Kräfte erfassen und sachgemäß ansetzen werden, die dem so oft und schwer heimgesuchten Gemeinwesen schon bisher seine vorbildliche Widerstandsfähigkeit verliehen haben.

Der Stellvertretende Gauleiter von Berlin, G ö r l i t z e r, ist vom Reichsminister für die besetzten Ostgebiete zur Erfüllung eines besonderen Auftrages in das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete berufen worden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Stellvertretenden Gauleiters von Berlin wurde Hauptbereichsleiter Schach beauftragt.

Der Führer hat den Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Leopold Gutterer, auf seine Bitte aus gesundheitlichen Gründen in den Wartestand versetzt und gleichzeitig auf Vorschlag von Reichsminister Dr. Goebbels den bisherigen Leiter des Ministeramtes, Ministerialdirektor Dr. Werner Naumann, zum Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ernannt. Reichsminister Dr. Goebbels hat Pg. Leopold Gutterer zum Vorsitzenden des Vorstandes der Ufa Film G. m. b. H., der Dachgesellschaft sämtlicher deutscher Filmbetriebe, berufen. In einem Betriebsappell des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda hat Reichsminister Dr. Goebbels ihm den besonderen Dank für seine bisherige Treue, unermüdliche und erfolgreiche Mitarbeit in den Jahren des Friedens wie in den schweren Kriegszeiten zum Ausdruck gebracht und den neu ernannten Staatssekretär Dr. Werner Naumann in sein Amteingeführt.

Von Interesse ist ferner ein Einblick in die Verwaltungsinstitutionen einer deutschen Großstadt im Kriege. Einen solchen Einblick gab der neuernannte Bürgermeister von Wien, Dipl. Ing. Blaschke, in einer Rede vor städtischen Beamten und Arbeitern. Zu-gleich erfuhr man Neues über die Stellung der Bezirkshauptmannschaften und anderer Eigenarten der früher ostmärkischen Verwaltung. In einer Zweimillionenstadt wie Wien, der flächenmäßig größten Stadt des Reiches, könne eine bloß zentrale Lenkung durch eine einzige Behördenstelle nicht mehr durchdringen, da zahlreiche Probleme eine unmittelbare Einflußnahme und eine unmittelbare Kontrolle erforderten. In Wien handle es sich aber auch darum, die ländlichen Bezirke wirklich einzubeziehen und ihren Bewohnern zu beweisen, daß sie nun tatsächlich Wiener geworden seien. Die durch die früher angeordnete Großraumgestaltung Wiens (das Werden Groß-Wiens erfolgte 1938 durch Eingemeindung von 98 früher zu Niederdonau gehörenden Gemeinden) sei in einem Augenblick vor sich gegangen, der wegen des bald danach ausbrechenden Krieges nicht mehr die Zeit für ein wirksames Durchgreifen der notwendigen Änderungen zur Lösung der neuentstandenen Sozial- und Verkehrsprobleme gelassen habe. Auch Fragen der Stadtrandsiedlungen und der Behelfsbauten sowie verschiedene Sozial- und Fürsorgefragen erforderten verwaltungsorganisatorische Maßnahmen, die dringendste Bedürfnisse schon im Kriege berücksichtigen. — Wenn jetzt eine Reihe von Kompetenzen aus dem Rathaus in die Bezirkshauptmannschaften verlegt würden, müsse ein Gesinnungswechsel in der Auffassung über die Bezirkshauptmannschaften sowohl in der Zentralverwaltung als auch in den Bezirkshauptmannschaften selbst eintreten. Eine befriedigende Lösung schwebender Fragen sei vor allen Dingen in den neu aufgenommenen ländlichen Gemeinden nur dann möglich, wenn der Bezirkshauptmann tatsächlich selber auch in die Gebiete hinausgehe und innigen Kontakt mit der Bevölkerung suche, um ihre Wünsche und Probleme kennenzulernen. Ein Bezirkshauptmann, der seine Obliegenheiten bloß am Schreibtisch erledige, werde sich das Vertrauen der Bürger auf die Dauer nicht erhalten können, da die Dinge am Schreibtisch anders aussähen als im Leben, so wie auch der Bürgermeister selber nach eigenen Erfahrungen immer wieder sich veranlaßt sehe, die Darstellungen in den Akten durch persönliche Wahrnehmungen an Ort und Stelle zu berichtigen. Der Bezirkshauptmann als der Gebietsführer der Verwaltung habe auch die organisch bedingten Eigenarten der

139 ihm Unterstellten initiativ zu fördern. Seine rechtliche Stellung werde durch die Beziehung von Beiräten aus verschiedenen Fachgebieten gehoben, wie denn durch diese Maßnahme auch das ehrenamtliche Beamtentum gefördert und gepflegt werden könne.

Eine bemerkenswerte Neuerung, die von der gesamten Bevölkerung der luftbedrohten Gebiete dankbar aufgenommen wurde, hat der Großdeutsche Rundfunk durch seine Luftlagemeldungen eingeführt. Der Reichsrundfunk gibt nämlich seit Ende März einen Meldedienst über die jeweilige Luftlage. Während des Tages und der Nacht erstatten alle Sender des Reichsprogramms und der Deutschland-Sender im Laufe ihrer ganzen Sendezeit zu jeder vollen Stunde eine Meldung über die jeweilige Luftlage. Bei Änderung der Luftlage wird auch zwischen den stündlichen Meldungen eine Mitteilung über die Luftlage gegeben. Dieser Meldedienst über die Luftlage begann am 21. März um 18 Uhr.

Die Ergebnisse der Reichsstraßensammlung des Kriegs-Winterhilfswerkes sind von uns stets als Barometer für die Stimmung und Haltung des Volkes betrachtet worden. Sieht man dieses soziale Werk der Partei unter diesem Gesichtspunkt, so bezeugen auch die Ergebnisse der 6. Reichsstraßensammlung vom 4. und 5. März, die von den Gliederungen der Partei durchgeführt wurde, den hohen Stand der deutschen Kriegsmoral. Diese 6. Reichsstraßensammlung hatte ein Ergebnis von 57 159 122 Reichsmark. Bei der gleichen Sammlung des Vorjahres wurden 44309972 Reichsmark aufgebracht. Es ist somit eine Steigerung des Ergebnisses um 12849149 RM = 29 Prozent zu verzeichnen. Vorher kommt die opferbereite Gesinnung des deutschen Volkes in einer Zusammenstellung der Ergebnisse des Kriegs-Winterhilfswerkes und des Kriegshilfswerkes des Deutschen Roten Kreuzes für das Jahr 1943 zum Ausdruck. Sie sind ein überwältigendes Treuebekenntnis der Nation zu ihrer Führung. Der Schutz der deutschen Familie und die Betreuung unserer verwundeten Soldaten werden vom ganzen Volk als eine Ehrenpflicht der Nation empfunden. Die Steigerung der Aufkommen für beide Hilfswerke entspricht der ständig wachsenden Opferbereitschaft im Kriege. Es ist kein Zufall, daß in den vom Bombenterror heimgesuchten Gegenden des Reiches die Haltung und Opferbereitschaft Formen gefunden hat, die der geschichtlichen Größe des Kampfes unserer Wehrmacht entsprechen. Die Ergebnisse der Sammlungen unterstreichen vielmehr diese Erfahrung auf das Nachdrücklichste. Sie sind dort am größten, wo die Brutalität der Luftgangster den Vernichtungswillen unserer Feinde am stärksten kundgibt.

Das Gesamtergebnis des Kriegs-WHW 1942/43 beträgt 1 595 743 508,34 RM. Beim Kriegs-WHW 1941/42 wurden 1 208 793 752,16 RM erzielt. Es ist somit eine Steigerung des Ergebnisses um 386 949 756,18 RM = 32 Prozent zu verzeichnen. Die Steigerung gegenüber dem letzten Vorkriegs-WHW 1938/39 beträgt 181,8 Prozent.

Das Kriegshilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz 1943 erbrachte insgesamt 470 663 439,13 RM gegenüber 357 412 945,84 RM im Jahre 1942. Die Steigerung beträgt somit 113 250 493,29 RM = 31,7 Prozent. Im Vergleich zum ersten Kriegshilfswerk im Jahre 1940 ist eine Steigerung um 79,4 Prozent eingetreten.

Am 29. März jährte sich zum 10. Male der Erlaß des preußischen Landjahrgesetzes, mit dem der Gedanke der Erziehung der Jugend zum Bauerntum erstmalig als Teil des staatlichen Erziehungsauftrages anerkannt und in die Tat umgesetzt wurde. Das Gesetz bezeichnet es als das Ziel dieser Erziehungsarbeit, die seelische Verbundenheit der schul-entlassenen Jugend mit Heimat und Volkstum und das Verständnis für den völkischen Wert gesunden Bauerntums zu vertiefen. Alljährlich wird seitdem für diese besondere Förderung ein Teil der schulentlassenen 14-jährigen ausgelesen und zur Landjahrpflicht einberufen. Da sich weitere deutsche Länder und die Reichsgaue dem preußischen Beispiel angeschlossen haben, ist das Landjahr des Reichserziehungsministeriums zu einer Sache

140 des ganzen Volkes geworden. Die Zahl der Jungen und Mädels, die in diesen zehn Jahren ihre Landjahrpflicht schon erfüllt haben, beträgt rund 270000. Sie haben im Landjahr eine allgemeinbildende und berufsvorbereitende Erziehung genossen, die sich außerordentlich segensreich ausgewirkt hat. Ein großer Teil des Landjahres steht der Gemeinschaftserziehung und der Schulung in den Lagern zur Verfügung, da die Hilfe beim Bauern auf einen halben Tag beschränkt ist. Diese Schulung erstrebt die Erziehung zum Bauerntum, zu Härte und Einfachheit; sie pflegt ferner die praktische und vorberufliche Arbeit, wozu auch die Übung in den Fertigkeiten des Rechnens und der Rechtschreibung gehört. Daneben aber steht die weltanschauliche, sportliche und musische Schulung einschließlich der Werkerziehung im Mittelpunkt der Erziehungsaufgabe des Landjahrlagers. Die Landjahrlager sind in den Einsatzdörfern in der Regel Mittelpunkte des dörflichen Gemeinschaftslebens geworden. Ganz besonders gilt das für die neuen Ostgaue, wo die Lager im Dienste der Stärkung des deutschen Volkstums arbeiten. Die Landjahrarbeit ist als kriegswichtig anerkannt worden und wird deshalb im Kriege

weitergeführt. Wegen des Mangels an Führern beschränkt sich für die Jungen das Landjahr allerdings jetzt ausschließlich auf die neuen Ostgaue, das Sudetenland und Luxemburg. Rund 2000 Jungen werden in diesen Gauen jährlich zum Landjahr einberufen. Die Lager werden ausschließlich von kriegsversehrten Landjahrführern geleitet.

Da das Mädellandjahr unverändert weitergeführt wird, entfallen von den 260 gegenwärtig eingerichteten Landjahrlagern 240 auf Mädellager. Das Landjahr wird auf die Landarbeits- bzw. die ländliche Hausarbeitslehre angerechnet und hat damit für die Nachwuchssicherung in der Landwirtschaft große Bedeutung erlangt.

Neben der Einrichtung des Landjahres gibt es einen freiwilligen Landdienst der Hitler-Jugend. Die Zahl der Landdienstfreiwilligen stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 30 Prozent auf über 38 000. Entsprechend mußte die Zahl der Landdienstlager auf fast 1500 vermehrt werden. Durch den Einbau von Ausleselagern wurde sichergestellt, daß die Verstärkung des Landdienstkontingents nicht auf Kosten der Qualität ging. Man ist der Auffassung, daß gerade die Besten unserer Jugend für die ernährungspolitischen und biologischen Aufgaben des Landes gut genug sind. Die Schärfe der Auslese wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Zahl der Ablehnungen bei der Auslese 21 Prozent betrug. Mehr als 7000 Freiwillige wurden im deutschen Osten und anderen rückgegliederten Gebieten eingesetzt, in denen es besonders auf die Stärkung des deutschen Volkstums ankommt.

Am Sonntag, dem 26. März, legten nahezu eine Million Jungen und Mädelfeierlich ihre Verpflichtung zu höherem Dienen und noch strengerer Erfüllung ihrer Pflichten ab. An der Grabstätte des ersten Reichsgründers, Heinrich I., in Quedlinburg sprach Reichsjugendführer Artur Axmann zu diesen in allen Gauen angetretenen Jungen und Mädchen und deren Eltern über den Sinn dieser Verpflichtung. Er bezeichnete einleitend die Verpflichtung der Jugend als eine Feier des Dankes an die Eltern. Dieser Dank gebühre vor allem den Müttern, deren ganze Sorgetrotz der harten Prüfungen dieses Krieges den Kindern gelte. „Der Gehorsam, der Anstand und die Hilfe gegenüber der Mutter“, so sagte der Reichsjugendführer, „ist die größte Freude für den Vater. So betrachte ich eure vorbildliche Haltung im Elternhaus als euren schönsten Kriegseinsatz.“ Der Reichsjugendführer verwies auf die vielfältigen Kriegseinsatzaufgaben der deutschen Jugend und gedachte der Leistungen der Jugend in den Luftnotgebieten mit den Worten: „Ich habe nur den einen Wunsch und die Hoffnung, daß ihr vom gleichen Geist der Hingabe beseelt und erfüllt seid.“ Den Jugendlichen, die ihre Berufsarbeit in den Betrieben und auf den Bauernhöfen aufnehmen werden, prägte Axmann ein: „Bedenkt immer, daß die Arbeit vom Volke her geadelt ist. Sie ist nicht nur Voraussetzung für das Dasein des einzelnen, sie ist notwendig

141 für die Ewigkeit unseres Volkes.“ Allen Berufen sei die gleiche Ehre gemein. Allein die Leistung rechtfertige Unterschiede. Die Feier schloß mit einem eindrucksvollen Bekenntnis zum Reich.

Die Staatsführung betrachtet es als ihre besondere Pflicht, den Nachwuchs in allen Berufen in jeder nur möglichen Weise zu fördern. In diesem Gedanken ist der Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend seinerzeit ins Leben gerufen worden, desgl. der technische Wettbewerb der Hitler-Jugend „Technik hilft siegen“. Der diesjährige Kriegsberufswettkampf fand am 29. April seinen Abschluß mit einer Kundgebung in einer Dresdener Werkhalle, an der Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, Reichsjugendführer Axmann, die Reichsminister Backe und Dr. Dörpmüller, Staatssekretär Kessler, Gauleiter Mutschmann und zahlreiche Vertreter der Partei, Wehrmacht und Wirtschaft teilnahmen. Am Vormittag waren die in den einzelnen Orts- und Gauwettkämpfen unterrund 2,5 Millionen Wettbewerbern ermittelten 373 Reichssieger und -Siegerinnen von Reichsorganisationsleiter Dr. Ley im Beisein des Reichsjugendführers Axmann, des Reichsstatthalters Gauleiter Mutschmann und des Kommandierenden Generals und Befehlshabers im Wehrkreis IV, General der Infanterie von Schwedler durch Überreichung der Siegerdiplome geehrt worden. Die am Nachmittag folgende Kundgebung, der 20 000 Schaffende, vorwiegend Jugendliche beiwohnten, wurde von Reichsstatthalter und Gauleiter Mutschmann eröffnet. Anschließend nahm Reichsjugendführer Axmann das Wort, der seinen Ausführungen den Leitsatz zugrundelegte: „Dieser Krieg bringt den deutschen Sozialstaat.“ „Die Besten“, so führte der Reichsjugendführer dann aus, „die wir heute hier ehren, stammen aus allen Teilen des Reiches, aus Stadt und Land, aus allen Schichten unseres Volkes. Indem wir die siegreichen Wettkämpfer ehren, bekennen wir uns zum deutschen Sozialismus.“ Der Kriegsberufswettkampf bringe den Führergrundsatz zum Durchbruch, die Begabung in unserem Volke zu fördern. Es könne aber nicht das Ziel sein, einige wenige Spitzenkünstler ausschließlich zu fördern, vielmehr solle diese Förderung einer Vielzahl von Talenten zuteil werden. „Damit leisten wir ein gewaltiges Werk für die Größe und die Zukunft unserer Nation. Daß wir dies gerade im Kriege tun können, ist ein erneuter Beweis für

die Stärke unseres Volkes, und der Krieg wird erst dann, wie es unser Führer einmal erklärt hat, gewonnen sein, wenn an seinem siegreichen Ende der deutsche Sozialstaat ersteht." — Dann nahm Reichsernährungsminister Backe das Wort. Er führte u. a. aus: „Um die Schöpferischen und Leistungsfähigen, Einsatzbereiten zu erkennen, um diese Menschen auf allen Gebieten unseres Lebens zur Führung zu bringen, ist der Kampf notwendig; denn der Kampf ist die Voraussetzung jeder Auslese. Der Berufswettkampf soll höchstes handwerkliches Können fördern, das notwendig ist, um die vor uns stehenden gewaltigen Aufgaben zu meistern. Er soll der Tüchtigkeit im Berufe wieder den ihr gebührenden Platz im Leben verschaffen. Wie in diesem Kriege, so wird es auch im Frieden darauf ankommen, dem Massenaufgebot unserer Feinde die qualifizierte Arbeitskraft entgegenzusetzen, die infolge ihres größten Berufskönnens diesem immer überlegen sein wird. Es kommt daher in erster Linie darauf an, noch mehr junge Qualitätsarbeiter zu gewinnen. Das gilt für alle Berufe, insbesondere aber für die Landarbeit, die gerade heute ein vielseitiges Berufswissen voraussetzt. Die ländliche Jugend ist diesem Ruf mit Begeisterung gefolgt. Wenn 1934 schon 67 000 Jungen und Mädels vom Lande am Reichs-Berufswettkampf teilnahmen und 1938 bereits 290000, so haben sich im Kriegsjahr 1944 über 600 000 Jungen und Mädels der Gruppe Nährstand freiwillig zu diesem Leistungswettkampf zusammengefunden.

Reichsminister S p e e r und Reichsjugendführer Axmann haben sowohl die Jungen als auch die Mädels zu einem „Technischen Wettbewerb der Hitler-Jugend" aufgerufen, der insofern bemerkenswert ist, als sich jeder Teilnehmer seine Aufgabe selbst wählen kann. Diese Aktion ist ein Beweis dafür, wie stark die nationalsozialistische Jugend

142 die Technik in ihr Lebensgefühl und in ihre Erziehungsaufgabe einbezogen hat. Zugleich werden mit dem technischen Wettbewerb der Hitler-Jugend auf breitester Basis die technischen Begabungen der deutschen Jugend angesprochen. Auf Grund freiwilliger Meldungen können an ihm alle begabten und interessierten Jungen im Alter von 14 bis 18 Jahren und Mädels von 14 bis 21 Jahren teilnehmen. Reichsminister Speer und Reichsjugendführer Axmann erließen zum Auftakt dieses technischen Wettbewerbes an die deutsche Jugend einen Appell, in dem es heißt: „Unser ganzes Volk arbeitet und kämpft unermüdlich, um Deutschland als das Herzstück der Festung Europa und als Heimat ihrer Kultur vor dem Ansturm aus West und Ost zu verteidigen und den Sieg zu erringen. Dieser entscheidende Kampf verlangt heute und in aller Zukunft die unbedingte technische Überlegenheit unserer Bewaffnung und unserer Produktion. Es ist daher deine Pflicht, dich nicht nur auf deine soldatische Bewährung vorzubereiten, sondern mit der gleichen Leidenschaft auch deine geistigen und schöpferischen Fähigkeiten auszubilden. Im „Technischen Wettbewerb der Hitler-Jugend 1944" bist du aufgerufen, deine erfinderische Begabung, dein Wissen und Können auf allen technischen und wissenschaftlichen Gebieten zu beweisen und dich im edlen Wettstreit mit deinen Kameraden zu messen. Auf deinen Einsatz kommt es entscheidend an! Lerne und arbeite mit der Leidenschaft und Begeisterung, die deine kämpfenden Väter und Brüder von dir erwarten. Technik hilft siegen!"

Auch die akademische Jugend ist sich ihrer Pflicht der Gegenwart gegenüber bewußt. Dies kam auf einer „Arbeitstagung der Studentenschaften der deutschen Hochschulen und der Gaustudentenführer des Reiches" zum Ausdruck, die sich auf der Burg Hohenwerfen im Reichsgau Salzburg versammelt hatten. In seiner Rede sagte Reichsstudentenführer Gauleiter Dr. Scheel, daß die Frontstudentengeneration des fünften Kriegsjahres sich mit Leidenschaft zu einer wissenschaftlichen Tätigkeit bekenne, die als eine Vereinigung von bestem Fachwissen und den kämpferischen Werten einer völkischen Weltanschauung erfüllt ist. Sie lehnt jede Entwicklung ab, die den Studenten von dieser seiner Sendung wegführt und zum Schüler machen will, insbesondere wolle der Frontstudent auf der Hochschule als gelbständiger Mensch gewertet sein!

In einer Stunde von erhebender Feierlichkeit gedachte am 13. März in S a l z b u r g Reichsminister Dr. Goebbels jener Tage, da vor sechs Jahren die Alpen- und Donaugäule heimkehrten und sich die deutschen Menschen dieser Landstriche mit ihren Brüdern und Schwestern vereinigten zum Reich aller Deutschen. In der großen Kundgebung im Salzburger Festspielhaus sagte Dr. Goebbels, er sei der Überzeugung, daß gerade am heutigen Tage alle Deutschen dieser Gauen stolz sein müßten, vor Beginn der schweren Prüfungen zum Reich heimgekehrt zu sein, um als Bürger des großdeutschen Vaterlandes diesen geschichtlichen Prozeß mit bestehen zu können. Der vom Führer gewählte Zeitpunkt des Anschlusses sei in Wirklichkeit eine glückliche geschichtliche Lösung; denn wir hatten so die einmalige Gelegenheit, den Beweis dafür zu liefern, daß wir alle unzertrennlich zusammengehören. Der Minister befaßte sich auch in dieser Rede mit der Kriegslage. Zu den Chancen unseres Sieges sagte er, daß wir heute eine Vielzahl von Trümpfen in unseren Händen hielten. In nicht zu ferner Zeit werde die

Initiative wieder auf uns übergehen, und langsam aber sicher würden wir den vorübergehenden technischen Vorsprung des Feindes nicht nur aufholen, sondern darüber hinaus selbst einen Vorsprung gewinnen. Der Minister löste Beifall und Zustimmung bei den vielen Tausenden aus, als er sagte: „Wenn wir jetzt in dieser entscheidenden Stunde standhalten, nie die Nerven verlieren, unerschütterlich an unsere gerechte Sache glauben, an unser Schicksal und an unser Leben, dann werden wir dieses geschichtliche Ringen meistern und siegreich bestehen.“

Reichsjustizminister Dr. Thierack sprach am 25. März im Großdeutschen Rundfunk über die Aufgabe der Justiz im Kriege. Er

143 sagte dabei, diese Aufgabe sei in diesem Zusammenhang keine andere als die im Frieden, da die Justiz dafür zu sorgen habe, daß es in unserer Volksgemeinschaft gerecht zugehe und daß derjenige, der glaube, ohne dieses Grundgesetz leben zu können, zur Rechenschaft gezogen werde. Es sei kein Geheimnis, daß die Strafen, die im Krieg verhängt würden, hart, manchmal sogar sehr hart seien. Der Minister wandte sich nachdrücklich an alle Einzelgänger im deutschen Volk, die den Siegesglauben durch staatsfeindliche Reden und falsche Nachrichtenverbreitung zu untergraben versuchten. „Wir nennen sie Defaitisten. Diese Kreaturen besorgen damit die Geschäfte unseres Feindes und fallen der kämpfenden Front in den Rücken. Hier gibt es kein Zurück! Aber auch hier versteht die Justizwohl zu unterscheiden zwischen einem Volksgenossen, der in einer Bombennacht einmal die Nerven verliert, und einem Staatsfeind, der den Siegeswillen unseres Volkes planmäßig untergraben will. Und auch hier und gerade hier gilt der Satz: „Je höher die Stellung, desto größer die Verantwortung- Wir sind es unseren Kameraden an der Front, ihren Opfern und ihrem Vertrauen zur Heimat schuldig, daß wir nicht versagen, sondern solche Elemente ausrotten, ehe sie ihr Gift weiter ausgestreut haben.“

Der Reichsführer SS Reichsminister des Innern Himmler hat angeordnet, daß alle Flugblätter und sonstigen staatsfeindlichen Schriften, die zur Verbreitung gelangen, unverzüglich der nächsten Polizeistelle abzuliefern sind. Das Aufheben von Sammelstücken ist ebenfalls verboten. Der Reichsführer ^ Reichsminister des Innern machte besonders darauf aufmerksam, daß auf Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung Gefängnisstrafe und in schweren Fällen Zuchthaus oder die Todesstrafe steht.

Am Mittwoch, dem 1. März, hielt die Reichsarbeitskammer in der Werkhalle eines großen Rüstungsbetriebes unter Teilnahme von Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen dieses Werkes und in Gegenwart von Vertretern des gesamten schaffenden Volkes eine Tagung ab, die sich zu einem feierlichen Appell gestaltete. 134 der leistungsbesten Betriebsgemeinschaften aus dem Reich erhielten in dieser Stunde ihre Auszeichnung als Kriegsmusterbetriebe. Während des Krieges haben bisher schon insgesamt 336 deutsche Betriebe diese höchste vom Führer verliehene Auszeichnung erhalten.

Auf einer Reichsschulungsstätte der NSDAP sprach Reichsorganisationsleiter Dr. Ley vor Gausozialwaltern der Deutschen Arbeitsfront und den Bezirksarbeitseinsatzingenieuren des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion. Dr. Ley behandelte Probleme des innerbetrieblichen Arbeitseinsatzes, deren Lösung in enger Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der DAF, dem Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion und dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz zu dem Wunder unseres heutigen Leistungsstandes wesentlich beigetragen hat. Trotz Terror und Zerstörung nehme unsere Rüstungsfertigung auch jetzt noch dauernd zu. Es sei ermöglicht worden, die gegenwärtige Höhe der Rüstungsfertigung nicht nur zu erreichen und zu halten, sondern die deutsche Fertigung sei auf nahezu allen Gebieten von Waffen, Munition und Ausrüstung höher als das Soll! Hier wirkt die Erziehung der politischen Führung mit den technischen Begabungen des deutschen Volkes zusammen. Das deutsche Volk trete in diesem Jahre mit Leistungen, die uns den Erfolg bringen werden, an. Dr. Ley würdigte in diesem Zusammenhang die anerkennenswerten Leistungen der Betriebsführer, die trotz aller Lenkungsmaßnahmen unserer Wirtschaftsführung alle Verantwortung für ihre Betriebe tragen. Es sei nicht notwendig gewesen, zur Erhöhung der Leistungsstärke Experimente anzustellen. Die sozial- und betriebswirtschaftlichen Maßnahmen, die vordem Kriege durchgeführt worden waren, hätten in kraftvoller Linie fort-gesetzt werden können. Zu den Maßnahmen, die sich allgemein leistungs-steigernd auswirken, gehören insbesondere der Leistungskampf der deut-

144 sehen Betriebe, der Kriegsberufswettkampf der deutschen Jugend, das betriebliche Vorschlagwesen, das Leistungsertüchtigungswerk des Amtes für Leistungsertüchtigung, Berufserziehung und Betriebsführung, die verschiedenen Rationalisierungsmaßnahmen, u. a. solche lohnordnender Art, sowie verschiedene Möglichkeiten von Einzelauszeichnungen, insbesondere das Leistungsbuch und der Dr.-Fritz-Todt-Preis. Der Ansprache Dr. Leys ging eine mehrtägige Aussprache voran, in der alle Möglichkeiten des zweckmäßigen innerbetrieblichen Arbeitseinsatzes von fachmännischer Seite erörtert und Wege aufgezeigt wurden, wie mit den vorhandenen Arbeitskräften ein Höchstmaß von Leistungen

zu erzielen sei. Dabei sprachen u. a. der Leiter des Amtes Soziale Selbst-Verantwortung der DAF, Dr. H u p f -a u e r, Chef der Amtsgruppe Arbeitsordnung im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, Reichshandwerksmeister Schramm, Arbeitseinsatzingenieur Friedrich und Dipl.-Ing. Steinwarz, Leiter des Amtes für Leistungserhöhung, Berufserziehung und Betriebsführung.

Um den gesteigerten Kräftebedarf der deutschen Kriegswirtschaft zu erfüllen, ohne daß deshalb die Anforderungen der Wehrmacht nach Ersatz zu kurz kommen, hat die Arbeitseinsatzverwaltung im Jahre 1943 eine Reihe von Maßnahmen und Sonderaktionen durchgeführt, über deren Ergebnis jetzt in dem Fachorgan „Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe“ berichtet wird. Insgesamt hat das vergangene Jahr im Arbeitseinsatz große Erfolge aufzuweisen, konnte doch die Zahl der Beschäftigten im Verlaufe des Jahres 1943 um rund 2 Millionen erhöht werden. Das Jahr 1944 wird noch größere Aufgaben im Arbeitseinsatzstellen, weil die deutsche Kriegswirtschaft abermals Verstärkungs- und Ersatzbedarf hat. Die besondere Aufgabe des Arbeitseinsatzes lautet dabei diesmal, mit den vorhandenen Kräften mehr zu leisten!

Am 13. April sprach der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Gauleiter S a u c k e l über die Gesamtlage seines Arbeitsgebietes. Das Problem des Arbeitseinsatzes, so führte der Gauleiter u. a. aus, hänge nicht allein von der Zahl, sondern vor allem auch von der Leistung der Menschen im Dienste unserer Kriegführung ab. Im Verlauf des ersten Weltkrieges seien Zahl und Leistung im deutschen Arbeitsprozeß ständig abgesunken. Heute könnten alle Abgänge zur Wehrmacht auf dem Arbeitsmarkt ersetzt und die Leistungen auf dem Arbeitssektor noch gesteigert werden. An dieser Leistungssteigerung seien nicht nur die deutschen Arbeitskräfte, sondern auch die ausländischen Arbeiter mitbeteiligt. Ein Apparat, wie ihn die deutsche Arbeitsverwaltung aufzuweisen habe, sei einzigartig in der ganzen Welt. An Hand von Zahlen illustrierte Gauleiter Sauckel sodann die gegenwärtige Situation des Arbeitseinsatzes, aus der klar zu ersehen war, daß diese hinsichtlich der Kriegsproduktion auch in der Zukunft gemeistert wird.

Seine weiteren Ausführungen behandelten den Einsatz der deutschen Frau im Arbeitsprozeß. Durch die Fürsorge des Führers für die deutsche Frau und Mutter seien Rücksichten geboten, so daß gesetzmäßig nur die Frau im Alter von 17 bis 45 Jahren für den Arbeitseinsatz mobilisiert werden könne. Der größte Teil der deutschen Frauen habe in einer wunderbaren Weise seine Pflicht in diesem Kriege erfüllt.

Am 23. März brachte die deutsche Presse eine Verlautbarung über die Durchführung und den Erfolg des „Freiwilligen Ehrendienstes“. Es wurde darin gesagt, daß der Appell des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz sich an die freiwilligen Kräfte wende. Die Anwendung irgendwelcher Zwangsmaßnahmen käme nicht in Betracht. Daher hat der Generalbevollmächtigte auch zugestimmt, daß von einer Dienstverpflichtung abzusehen sei. Auf die häuslichen Bedingungen solle bei den zum Einsatz sich freiwillig Meldenden weitgehend Rücksicht genommen werden. Persönlichen Wünschen über die Art des Arbeitsverhältnisses solle daher so weit wie irgend möglich Rechnung getragen werden.

Die Ideen und Taten der deutschen Sozialpolitik wirken schon lange als Sauerteig in der europäischen Sozialverfassung. Ein wichtiger Schritt in

145 der Ausrichtung Europas auf ein gemeinsames Sozialprogramm erfolgte vor kurzem in Bad Salzbrunn, Schlesien, wo auf Einladung des „Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF“ in der Zeit vom 14. bis 19. März d. J. maßgebende Sozialwissenschaftler und Sozialpolitiker Europas zu einer Tagung zusammentraten. In mehrtägigen Aussprachen wurden die künftigen Grundlagen der Sozialordnung der europäischen Völker behandelt. Das Ergebnis der Tagung kann als durchaus fruchtbar bezeichnet werden. Die Teilnehmer stimmten überein in der Ablehnung der Methoden einer kapitalistischen Fürsorgepolitik sowie der zersetzenden Parolen des klassenkämpferischen Marxismus. Der Versuch des früheren Genfer Internationalen Arbeitsamtes wurde als negativ und fruchtlos bezeichnet. Demgegenüber bekannte sich die Tagung zu den Gedanken des völkischen Sozialismus, der die soziale Sicherheit und kulturelle Entwicklung der Schaffenden verbürgt. Als gemeinsame Grundlage der künftigen Arbeit an einer solchen sozialen Ordnung der Vernunft und Gerechtigkeit wurden die Kräfte der Volksgemeinschaft, Persönlichkeit und Leistung erkannt.

Für die vielen Millionen Deutscher, die in kleinen Betrieben tätig sind, wurden von der DAF die „S o z i a l g e w e r k e“ ins Leben gerufen. Jeder dieser Kleinbetriebe führt sozusagen sein eigenes Leben. Wirtschaftlich mögen sie sich gesinnungs- oder sonstwie verbandsmäßig das Leben gegenseitig erleichtern. Sozial gesehen stehen sie allein. Der Gedanke, die sozialen Fragen dieser Kleinbetriebe auf genossenschaftlicher Grundlage zu regeln, löste mit einem Schlage ein vorher höchst schwieriges Problem. Die Entwicklung der Sozialgewerke zeigt ihre Bedeutung. Zur Zeit sind etwa gegen 200000

Betriebe den Sozialgewerken angeschlossen. Zahlreiche Heime für die Betriebsangehörigen, Jugend- und Erholungsheime, gemeinschaftliche Betriebskassen, Lager für zusätzliche Arbeitskräfte, Gemeinschaftsküchen und Verpflegungsstationen geben ein Bild von den bisher durchgeführten Sozialmaßnahmen. Besondere Einrichtungen des Gesundheitsdienstes, der ärztlichen Betriebsbetreuung, des Betriebssportes, des Betriebswesens, der Freizeitgestaltung usw. runden dieses Bild ab. Damit ist aber die Arbeit der Sozialgewerke bei weitem nicht erschöpft. Vielmehr berührt diese Arbeit im besonderen wieder das Gebiet der vorbildlichen Arbeits- und Menschenführung im Sinne der betrieblichen Leistungssteigerung und Leistungsförderung.

Eine Rede des Reichsministers und Reichsbankpräsidenten **W a l t h e r F u n k** auf einem Betriebsappell am 5. April in der Deutschen Reichsbank zu Berlin gehalten, gab einen aufschlußreichen Einblick in die Widerstandskraft der deutschen Großbetriebe gegenüber dem feindlichen Bombenterror. Am Beispiel der Deutschen Reichsbank wies Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Funk nach, daß der Bombenterror weder die Moral der Bevölkerung brechen, noch ein geregeltes Wirtschaftsleben unterbinden kann, wenn die darin tätigen Menschen entschlossen sind, sich dem feindlichen Terror nicht zu beugen und danach zu handeln. Selbst nach den schwersten Terrorangriffen ist der Geschäftsbetrieb der Reichsbank auch nicht für fünf Minuten unterbrochen worden. In vorbildlicher Zusammenarbeit mit den anderen Banken der Reichshauptstadt wurde so die Aufrechterhaltung eines reibungslos arbeitenden Geld- und **K r e d i t v e r k e h r s** gewährleistet! Reichsminister Funk schloß seine Ansprache mit dem Gelöbniß, daß das für geordnete Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse entscheidende Geld- und Kreditwesen seine Pflicht auch weiterhin tun werde, im Kriege und erst recht in dem durch den Sieg gesicherten Frieden. Reichsminister Dr. Goebbels sprach als Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar von Berlin allen, die an der Ordnung und Aufrechterhaltung des deutschen Bankgewerbes vor allem in der Reichshauptstadt während des Krieges und namentlich im feindlichen Bombenterror mitgeholfen haben, seinen Dank und seine Anerkennung *aus*. Die Anstrengungen für die Erringung

146 des Endsieges seien nicht nur militärischer oder wirtschaftlicher Art, sondern umfaßten alle Gebiete unseres öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens. Standhaftigkeit ist eine politische Tugend, ohne die es keinen Erfolg gibt!

Im Verfolg des Führererlasses vom 11. Oktober 1943 ist die Versorgung der Kriegseltern am 1. Dezember 1943 von den Dienststellendes Oberkommandos der Wehrmacht auf die Versorgungsämter des Reichsarbeitsministeriums übergeleitet worden. Nunmehr ist auch die Versorgung der Witwen und Waisen dieses Krieges auf die Versorgungsämter übergegangen. Dabei hat der Reichsarbeitsminister gewisse Vorschriften auf dem Gebiet der Witwen- und Waisenversorgung umgestaltet. So sind die einschlägigen Bestimmungen des Einsatz-Wehrmachtfürsorge- und -versorgungsgesetzes vereinheitlicht, ferner ist bei der Neuregelung der Vorschriften den besonderen Bedürfnissen der Zeit Rechnung getragen worden.

Die Deutsche Arbeitsfront hat in Zusammenarbeit mit dem OKW zum Teil in Anlehnung an die Lazarette Übungsstätten errichtet, um die fachlichen Übungen der Versehrten schon während der Lazarettbehandlung zu ermöglichen. Die Ausbildung sieht darauf, daß der Kriegsversehrte seinem alten Beruf erhalten bleibt. Berufsförderung und Leistungssteigerung sind das Ziel, während die Umschulung nur eine Ausnahme bei besonders schwer Versehrten sein soll. Im allgemeinen beteiligen sich deshalb die Kriegsversehrten an den laufenden DAF-Lehrgemeinschaften für Gesunde, von denen monatlich etwa 5600 neue anlaufen, während man bei den Sonderlehrgemeinschaften zur Umschulung Schwerversehrter mit etwa monatlich 40 auskommt. Insgesamt konnten bisher rund 62 000 Kriegsversehrte auf diese Weise wieder voll in die Zivilberufe eingegliedert werden und so das Bewußtsein erhalten, daß sie sehr wohl imstande sind, aus eigener Kraft voll am Arbeitseinsatz und beruflichen Aufstieg teilzunehmen. Selbstverständlich spielen dabei auch die natürlichen Fähigkeiten, der Fleiß und der Wille des Versehrten eine wesentliche Rolle.

In keiner Phase des Krieges hat die Partei darauf verzichtet, Führerin des Volkes zu sein. Auch in den Monaten März und April ist der Ruf an das deutsche Volk ungezählte Male ergangen, hart zu bleiben und die Probleme des Tages zu meistern. Nicht zuletzt ist es Dr. Goebbels, der immer wieder seine Stimme erhebt und im Volk den fanatischen Willen zum Sieg auslöst. Ob Dr. Goebbels auf einer Studentenkundgebung in Salzburg oder vor der Berliner Parteiführerschaft, in einer alten Versammlungsstätte der nationalsozialistischen Bewegung oder in einem Arbeiterviertel spricht, immer ist es das Gleiche. Sein Appell an den Kampfeswillen wird von seinen Hörern verstanden und mit stürmischer Begeisterung aufgenommen und hinaus ins Volk getragen.

Anlässlich einer Gauarbeitstagung des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig sprach Reichsorganisationsleiter Dr. L e y vor den Politischen Leitern. Er wies darauf hin, welche großen Aufgaben die Partei ganz besonders in der augenblicklichen Kriegszeit habe. Der Politische Leiter sei vor allem verantwortlich für die Erhaltung der Moral und für die weltanschauliche Vertiefung unserer Idee. Hinzu komme aber die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Produktion. Der Politische Leiter habe sich um alle Dinge innerhalb seines Bereichs zu kümmern, und der Ausgang des Krieges werde nicht zuletzt auch von seiner Tätigkeit und einem Verantwortungsgefühl mitbestimmt. Der Sieg setze sich zusammen aus vielen kleinen Dingen. Dr. Ley würdigte in diesem Zusammenhang die Maßnahmen der Partei und führte vor allem die vielseitigen Bestrebungen der Deutschen Arbeitsfront und des Deutschen Wohnungshilfswerks als Beweis an.

Vor Angehörigen aller Waffengattungen und Arbeitsmännern sprach Gauleiter S a u c k e l auf einer von der Auslandsorganisation der NSDAP

147 veranstalteten Kundgebung in Paris. Sauckel bezeichnete als Ziel, die Juden aus dem neuen Europa endgültig auszuschalten. Die nationalsozialistische Führung mache dem deutschen Volk keine Versprechungen. Der Sieg werde die Frucht harter gemeinsamer Arbeit sein. Die Parole heiße, auf unsere eigene Kraft vertrauen, unser Volk am höchsten achten und dem Nachbarn die Ehre geben, die ihm gebühre.

Im Kampf gegen den Bolschewismus erheben diejenigen am lautesten und überzeugendsten ihre Stimme, die ihn selbst kennengelernt haben und daher einen Vergleich ziehen können zwischen dem aufbauenden Werk des Nationalsozialismus und den zerstörenden Kräften des Bolschewismus. Am 13. März sprachen vor Ostarbeitern in einem deutschen Industrierwerk der ehemalige sowjetische Oberst M a l z o w und die ehemals sowjetischen Fliegeroffiziere Antilowski und Bitschkow, die— heute" in deutscher Uniform in den Freiwilligenverbänden aus den Reihen der Ostvölker kämpfen. Alle drei, die früher überzeugte Bolschewisten waren, und von denen die beiden letzten sogar als sogenannte „Helden der Sowjetunion" ausgezeichnet wurden, sind heute unter dem Eindruck des deutschen Sozialismus zu fanatischen Hassern des Bolschewismus und Kämpfern für die Befreiung ihrer Heimat vom jüdisch-bolschewistischen Joch geworden. Die Versammlung wurde in den russischen Sendungen des deutschen Rundfunks übertragen. In allen Ostarbeiterlagern fanden Gemeinschaftsempfänge statt.

Die Südosteuropa-Gesellschaft, die von ihrem Initiator Reichsminister Funk berufen wurde, in Wien die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den Südost-Staaten zusammenzufassen und zu fördern, verzeichnet, wie am 25. April berichtet wurde, einen Wechsel in ihrer Leitung. Reichsleiter von Schirach hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft Wiens Bürgermeister Blaschke zum Vizepräsidenten berufen. Der bisherige Hauptgeschäftsführer der Gesellschaft, August Heinrich Bauer, der sich um den Aufbau anerkannte Verdienste erworben hat, wurde als Hauptgeschäftsführer des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins und der Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Oberschlesien nach Gleiwitz berufen und hat die Geschäftsführung der Südosteuropa-Gesellschaft dem Ministerialrat Dr. Hans A u g e n t h a l e r als Hauptgeschäftsführer und Dr. Leonhardt Oberascher übergeben. Heinrichsbauer ist in das Präsidium der Gesellschaft berufen worden.

In Anwesenheit des Königlich Rumänischen Gesandten in Berlin, General Jon Ghoerghe, des Präsidenten der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft, Botschafter Graf von der Schulenburg, Gauleiter Hanke und einer großen Anzahl rumänischer und deutscher Ehrengäste fand am 25. April in Breslau die Gründung der niederschlesischen Zweigstelle der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft statt. Bei dem feierlichen Gründungsakt, dem der kulturhistorische Musiksaal der Breslauer Universität den Rahmen gab, wurden insbesondere die natürlichen, wirtschaftlichen und verkehrsgeographischen Voraussetzungen und die engen kulturellen Beziehungen unterstrichen, die Niederschlesien und seine Hauptstadt mit Rumänien verbinden. Gauleiter Hanke stellte in seiner Ansprache vor allem die erprobte deutsch-rumänische Waffenbrüderschaft in dem Kampf gegen den Bolschewismus heraus. Botschafter Graf von der Schulenburg hob insbesondere hervor, daß für die Gründung der ersten Zweigstelle der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft im Altreich der Platz ausersehen worden ist, der dank seiner wirtschaftsgeographisch und verkehrspolitischbedeutsamen Lage im deutschen Osten von jeher starke Beziehungen zu Rumänien gepflegt habe und auch dazu berufen sei, in der Zukunft eine hervorragende Rolle im deutsch-rumänischen Wirtschafts- und Geistesaustausch zu spielen. In den Wirtschaftsbeziehungen lägen die Voraussetzungen für die wechselseitigen kulturellen und geistigen Beziehungen beschlossen.

148 Am 19. März waren 10 Jahre vergangen, seitdem der „Reichsverband deutscher Verwaltungsakademien“ der Leitung von Reichsminister Dr. Lammers unterstellt wurde. Der Geschäftsführer des Reichsverbandes veröffentlichte aus diesem Anlaß in der Zeitschrift der „Akademie für Deutsches Recht“ einen Bericht über den Aufschwung, den die nationalsozialistische Hochschulbewegung seitdem genommen hat. In den Richtlinien, die Dr. Lammers der Arbeit damals gab, wurde bewußt an die bewährten Einrichtungen der deutschen Beamtenhochschulbewegung angeknüpft. Insbesondere sollten die Semesterlehrgänge mit mehrjährigem Studium fortgeführt werden und daneben besondere Einrichtungen dafür sorgen, daß sich die verschiedenen Gruppen der Beamtenschaft an die veränderten Verhältnisse des staatlichen Lebens und die umwälzenden Veränderungen in Verwaltung und Gesetzgebung anpassen konnten. Die ordentlichen Lehrgänge von drei- bis vierjähriger Dauer wurden zum Kern des Studiums an den Verwaltungsakademien gemacht und damit der Weg zu den ordnungsmäßigen Schlußprüfungen, d. h. zu der Akademie-Diplomprüfung, der Angestellten-Akademieprüfung, der Diplomprüfung für Kommunalbeamte und der Diplomprüfung für Sozialbeamte geöffnet. Neben dem Fachwissen erhielten die geschichtlichen und weltanschaulichen Themen einen breiten Raum im Lehrplan. Jeder Absolvent eines vollen Lehrgangs hat an 432 Vorlesungsstunden teilgenommen, von denen 72 auf weltanschaulich-nationalpolitische Vorträge, 140 auf rechtswissenschaftliche, 100 auf volkswirtschaftliche Vorlesungen, 48 auf Teilnahme an allgemeinen Vortragsreihen und Einzelvorträgen über Tagesfragen der Politik, der Verwaltung und der Staatslehre und 72 auf Fachvorlesungen je nach der Zugehörigkeit der Hörer zu den verschiedenen Fachgruppen der Verwaltung entfallen. Führende Männer von Partei und Staat bedienen sich in steigendem Maße des Forums der Verwaltungsakademien, um in grundsätzlichen Ausführungen zu Tagesfragen ihres Verwaltungsbereiches Stellung zu nehmen. Die Verwaltungsakademien haben auch im Kriege ihren Lehrbetrieb in meist unveränderter Form weitergeführt. Zu den ursprünglich vorhandenen 48 Verwaltungsakademien und Zweiganstalten sind im Laufe der Jahre immer neue hinzugekommen. Selbst im Kriege gab es noch einige Neugründungen, so daß heute im Reichsverband deutscher Verwaltungsakademien 41 Hauptanstalten und 59 Zweigstellen vereinigt sind. Die Zahl der Hörer ist nach einem Rückgang im Wintersemester 1939/40 wieder erheblich angestiegen.

Der feindliche Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung hat eine Regelung notwendig gemacht, die die Bergung und Inanspruchnahme von Gegenständen aus den zerstörten Häusern einwandfrei klärt. Ein Erlaß des Reichsministers regelt diese Fragen. Der Erlaß trifft zu Beginn die grundsätzliche Feststellung, daß bei Zerstörung eines Gebäudes die Eigentumsverhältnisse an den erhaltenen oder beschädigten Teilen des Gebäudes, seinem Zubehör, den Einrichtungsstücken sowie an zurückgelassenen Vorräten und Hausrat unverändert bleiben. Private sind daher nicht befugt, über solche Gegenstände ohne Einwilligung des Eigentümers zu verfügen. Verfügungen ohne Einwilligung des Berechtigten dürfen allein durch die zuständige staatliche Dienststelle auf Grund des Gemeinwohles erfolgen.

Das Reichskriegsschädenamt hat in der Zeitschrift „Deutsche Wohnwirtschaft“ eine Entscheidung zur Veröffentlichung gebracht über die Miete für luftkriegsbeschädigte Wohnungen: Wenn Mieträume dauernd unbenutzbar geworden sind und ihre Instandsetzung nicht innerhalb eines Jahres nach Eintritt des Schadens in Angriff genommen ist, erlischt das Mietsverhältnis. Liegt aber nur eine Beschädigung vor, durch die ein Teil der Wohnung unbenutzbar geworden ist, dann kommt eine Minderung des Mietzinses in Betracht, deren Ausmaß dem Umfang entspricht, in dem der Gebrauch der Räume beeinträchtigt ist.

Nach der Verordnung über die Meldepflicht von Männern und Frauen, die aus Anlaß des Luftkrieges ihre bisherige Tätigkeit aufgegeben haben, müssen sich alle Personen, die seitdem 1. April 1943 eine selbständige Berufsarbeit in ihrem bisherigen Unternehmen oder eine unselbständige Berufsarbeit in ihrem bisherigen Betrieb wegen Luftgefährdung oder nach Fliegerangriffen aufgegeben haben oder künftig aufgeben, unverzüglich bei dem für ihren jeweiligen Aufenthaltsort zuständigen Arbeitsamt melden. Hierzu hat nun der Reichsführer ^, Reichsminister des Innern Himmler, eine Anweisung an die polizeilichen Meldebehörden erteilt. Die polizeilichen Meldebehörden haben, wie der Erlaß mitteilt, vom Zuzug Umquartierter jeweils dem für den neuen Wohnort zuständigen Arbeitsamt unmittelbar Kenntnis zu geben und bei dieser ganzen Frage auf das engste mit den Arbeitsämtern zusammenzuarbeiten.

Mit der Rückkehr der deutschen Volksgruppen aus dem Schwarzmeer-Gebiet hat die deutsche Bevölkerungszahl im Reichsgau Wartheland die Millionengrenze erreicht. Bei einer Kundgebung in Litzmannstadt konnte der Gauleiter und Reichsstatthalter Artur Greiser den millionsten Deutschen im

Gau willkommen heißen, einen Heimkehrer aus dem Gebiet zwischen Dnjepr und Don. Damit ist man dem großen Ziel der Auffüllung des Gaues Wartheland mit; zuverlässigendeutschen Menschen, was bereits vor 100 Jahren der General von Grolman, der Erbauer der Festung Posen, in einer Denkschrift an den König von Preußen anstrebte, wieder ein Stück nähergerückt! Nach der Durchführung der Umsiedlungsaktion der Deutschen aus dem Schwarzmeer-Gebiet werden sich in der Bevölkerungsstärke das eingesessene deutsche Volkstum und die Rücksiedler aus den fremden Ostgebieten die Waage halten. Es sind bisher etwa sechs deutsche Volksgruppen aus den Ostgebieten im Reichsgau Wartheland angesiedelt worden. Die große Umsiedlungsaktion wurde Ende 1939 mit der Heimkehr der Baltendeutschen ein-geleitet, es folgten dicht darauf die Deutschen aus dem Narew-Gebiet und die aus dem Cholmer Land. die aus Wolhynien und Galizien; dann kamen die Bessarabier und die Buchenländer. Nun sind die deutschen Volksgruppen aus dem Schwarzmeer-Gebiet zwischen Dnjepr und Don zurückgeführt worden. Rund 160 000 Deutsche aus diesem Raum werden im Reichsgau Wartheland eine neue Heimat finden. Davon sind bereits über 80 000 während des März im Gau eingetroffen.

Zu Ehren des auf Schloß Windischleuba bei Altenburg wohnenden Dichters Börries Freiherr von Münchhausen fand am 24. März aus Anlaß seines 70. Geburtstages im Altenburger Rathaussaal eine Feierstunde statt, in der dem Dichter die Urkunde über seine Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Altenburg überreicht wurde. In der Festrede entwarf der alemanische Dichter Hermann B u r t e ein Bild des Dichters und Menschen Börries von Münchhausen. Die Stiftung eines Börries-von-Münchhausen -Preises von jährlich 10 000 Mark durch den Oberpräsidenten von Hannover, Gauleiter Lauterbacher, wurde bei dieser Feier bekanntgegeben.

Durch feindliche Luftangriffe sind auch die Bücherbestände der zahlreichen privaten Bibliotheken gefährdet. Der Reichserziehungsminister hat es den öffentlichen Bibliotheken zur Pflicht gemacht, bei der Sicherung wertvoller privater Bibliotheken mitzuwirken. Die Sicherstellung privater Buchbestände, soweit sie wissenschaftlich, künstlerisch oder sonst von besonderem Wert sind, soll von den verantwortlichen Leitern der öffentlichen Bibliotheken unterstützt werden.

Der erste Gauleiter des Gaues München-Oberbayern Adolf Wagner ist Mitte April nach langer schwerer Krankheit gestorben. Der Tod des Gauleiters Adolf Wagner riß wiederum in den Kreis der ältesten Mitarbeiter des Führers eine schmerzliche Lücke. Denn in ihm verkörperte sich der Geist der Männer, aus denen das Führerkorps der Partei zusammenwuchs. In seinem ganzen Leben war Gauleiter Wagner ein Revolutionär der Tat. Ob er im Weltkrieg an der Front Außergewöhnliches leistete, ob

150 er in den Anfängen der Bewegung als Kämpfer sich an die Seite des Führers stellte, ob er sich für die Kunst einsetzte oder die Jugend förderte —überall begegnet man seinem unbedingten Glauben an ein großes Ziel. Dem ganzen Volke war er durch die Verlesung der Proklamation als Sprecher des Führers zur Eröffnung der Reichsparteitage bekannt. Am 1. November 1929 berief ihn der Führer zum Gauleiter des neugegründeten Gaues Groß-München. Am 16. November 1930 wurde Gauleiter Wagner nach Zusammenlegung der Gaue Groß-München und Oberbayern Gauleiter des Gaues München-Oberbayern. Nach der Machtübernahme betraute ihn der Führer am 16. März 1933 mit der Leitung des bayerischen Innenministeriums, am 29. März 1933 erzwang Adolf Wagner durch seinen persönlichen Einsatz den Rücktritt der bayerischen volksparteilichen Regierung. Am 29. November 1936 ernannte ihn der Führer zum bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus. Neben seiner Tätigkeit in Partei und Staat hatte Gauleiter Wagner noch eine Reihe anderer öffentlicher Ehrenämter inne. Zu Beginn des jetzigen Krieges wurde Gauleiter Wagner zum Reichsverteidigungskommissar der Wehrkreise VII und XIII ernannt. Die Hauptstadt der Bewegung verlieh ihm zu seinem 50. Geburtstag am 1. Oktober 1940 das Ehrenbürgerrecht. Gauleiter Wagner war Mitglied des Reichstages, Träger des Blutordens, des Goldenen Ehrenzeichens und der Dienstausszeichnung der NSDAP in Gold. Der aufopferungsfreudige Einsatz dieses alten Kämpfers der Bewegung hat seine Kräfte vorzeitig verbraucht. In der Hauptstadt der Bewegung wurde am 17. April Adolf Wagner zu Grabe getragen. An der Spitze der Reichsleiter, der Reichsminister, der Gauleiter, der Generale der Wehrmacht, der Vertreter von Partei, Staat und der Hauptstadt der Bewegung sowie der Wehrmacht war der Führer erschienen, um seinem hervorragenden Mitkämpfer in einem Trauerakt im Kongreßsaal des Deutschen Museums die letzte Ehre zu erweisen. Der Führer hat dabei Gauleiter Adolf Wagner das Goldene Kreuz mit Eichenlaub des Deutschen Ordens verliehen. Das Kämpfertum und die Bewährung Adolf Wagners erfuhr überdies noch eine besondere Ehrung durch die Beisetzung seiner sterblichen Überreste bei den Ehrentempeln am Königsplatz in München.

Am 13. April brachte die deutsche Presse die Nachricht, daß die älteste der deutschen Dichterinnen Isolde Kurz im Alter von fast 91 Jahren gestorben ist. Die deutsche Presse und der Rundfunk würdig-

ten das Werk dieser bedeutenden Frau, deren Lebenswerk eine reiche und vielseitige nationale Entwicklung widerspiegelt. Die Dichterin wurde in einem Ehrengrab der Stadt Tübingen auf dem Tübinger Friedhof beigesetzt. Die Denkrede hielt Georg Schmückle. Kränze wurden niedergelegt im Namen von Reichsminister Dr. Goebbels und Gauleiter Reichsstatthalter Murr. Bei der Einäscherung der Verstorbenen in Reutlingen hatte Prof. Dr. Kluckhohn im Auftrag der Universität Tübingen und deren Philosophischer Fakultät, der Isolde Kurz als Ehrendoktor angehörte, Worte des Andenkens gesprochen.

Anfang April starb ferner die bekannte Staatsschauspielerin Maria B a r d. Mit ihr, die, von den Münchener Kammerspielen kommend, durcheine große Reihe von tragenden Rollen bekannt wurde, ist eine hervorragende Darstellerin der deutschen Bühne dahingegangen; auch als Filmdarstellerin hat sich Maria Bard einen Namen gemacht.

Der Schauspieler Christian Kayssler, der Sohn Friedrich Kaysslers, ist ebenfalls Ende März nach längerem Leiden gestorben. Mit ihm verlor das Berliner Theater eine seiner charaktvollsten Gestalten der mittleren Generation, einen Darsteller, der vor der nicht leichten Aufgabestand, sich neben einem bedeutenden Vater zu behaupten. Bekannt sind seine Rollen als Gneisenau im Schauspiel von Wolfgang Götz, als Posain Schillers Drama und als Florian Geyer in Gerhart Hauptmanns Schauspiel. Vielen Offiziersgestalten preußischer Prägung hat Christian Kaysslermarkanten und bedeutenden Ausdruck verliehen.

151 Während der Sohn allzu frühzeitig aus dem Leben schied, konnte sein Vater Friedrich Kayssler Anfang April sein 70. Lebensjahr in erstaunlicher Fülle der Leistungsfähigkeit begehen. Die Öffentlichkeit nahm herzlichen Anteil an diesem besinnungsvollen Tage, der Anlaß war, das große schauspielerische Können Friedrich Kaysslers, seine tiefe Menschlichkeit und sein artbewußtes Mannestum zu würdigen. Neben dem Schauspieler gedachte man des Dramatikers und des Lyrikers, des Verfasserseindrucksvoller Aufsätze und Notizen über Schauspiel und Theater. Eine breite Kunstgemeinde erwies dem Künstler Dank dafür, daß er in den Jahrzehnten seiner Bühnentätigkeit den schönsten männlichen Gestaltender deutschen Dichtung stets die reife Kraft seiner inneren reichen Weltgeliehen hat.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirektor A. J. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberst von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

1944

Mai/Juni-Lieferung
(Nr. 113/116 **der Gesamtlieferung**)
Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin WO



Innenpolitik

131 Den 1. Mai beging auch in diesem Jahr die Nation als den Nationalen Feiertag, und die Tagung der Reichsarbeitskammer war die namhafteste Veranstaltung zur Feier des Festtages. In seinem Verlaufsüberreichte Reichsorganisationsleiter Dr. Ley an 14 Betriebe die Urkunden zur Auszeichnung als nationalsozialistischer Musterbetrieb. 71 Betriebe wurden als Kriegsmusterbetriebe geehrt. Zugleich gab Dr. Ley die Ernennung von neun besonders verdienten Männern der Wirtschaft und des Handwerks durch den Führer zu „Pionieren der Arbeit“ bekannt.

Die Festfeier geschah in einer großen Fabrikhalle eines Berliner Betriebes vor einer tausendköpfigen Schar von Werktätigen. Oberbefehlsleiter Marrenbach eröffnete sie und erinnerte in seiner Ansprache an die ungeheuren Leistungen der Schaffenden in der Heimat, die überhaupt nur in einem nationalsozialistischen Deutschland denkbar seien. Diese Leistungen seien überall anerkannt worden und fänden jetzt ihre Würdigung durch Hervorhebung und Ehrung derjenigen, die als Beste aus dem Leistungswettkampf der Betriebe hervorgegangen seien. Ihre Auszeichnung erfolge nach drei Gesichtspunkten: 1. persönlichkeitswertende Menschenführung, die geeignet sei, die Arbeitsfreudigkeit besonders zu stärken, 2. Leistungshöhe auf allen Gebieten der betrieblichen Arbeit und 3. vorbildlicher Einsatz bei Terrorangriffen. Nach dieser Ansprache schritten Reichsleiter Dr. Ley und Reichsminister Funk zur Übergabe der Urkunden an die Betriebsführer. Die Verleihung der höchsten Auszeichnung „Pionier der Arbeit“ als Ehrung für hervorragende Bewährung bei Erfüllung wirtschaftlicher, technischer und sozialer Aufgaben erfolgte, wie schon angedeutet, an 9 Persönlichkeiten, von denen einige längst wegen ihrer Leistungen für die deutsche Volksgemeinschaft der breiten Öffentlichkeit bekannt und vertraut sind. Unter den „Pionieren der Arbeit“ befinden sich außerdem mehrere Handarbeiter. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als zum ersten Male am 1. Mai 1943 ein Arbeiter zum Pionier der Arbeit ernannt wurde, und zwar der Bergmann Konrad Grebe aus Westfalen. Diesmal sind bereits vier Arbeiter durch ihre vom Führer vollzogene Ernennung zum Pionier der Arbeit als leuchtendes Beispiel an Charakter und Leistung aus der großen Zahl ihrer Arbeitskameraden herausgehoben worden. Der Führer ernannte folgende Persönlichkeiten zum Pionier der Arbeit: Reichsminister Dr.-Ing. e. h. D o r p m ü l l e r, Kommerzienrat Dr. rer. pol. Dr.-Ing. e. h. Hermann R ö c h l i n g, Dr.-Ing. e. h. Albert Vogler, Prof. Dr.-Ing. e. h. Claudius D o r n i e r, Dipl.-Ing. Helmut Stein, Dreher Ernst B e c k e r, Uhrmachermeister John Schwarzer, Horizontalbohrer Peter Küsters, Werkmeister Eugen Wieczorek. Unter lebhafter Begrüßung nahm dann Dr. Ley das Wort zu einer Rede, in der er sich zunächst mit der sogenannten „Arbeitskonferenz“, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten inszeniert wird, auseinandersetzte. Den alten abgedroschenen Parolen der Westmächte, die doch nie in die Tat umgesetzt würden, stellte er das tatsächliche Aufbauwerk des Nationalsozialismus nach der Machtergreifung gegenüber.

132 Am 1. Juni wurden ebenfalls hervorragende Leistungen der deutschen Rüstungsindustrie geehrt. An diesem Tage sprach in einer durch Fliegerangriff beschädigten Munitionsfabrik Reichsminister Albert Speer anlässlich einer Betriebsbesichtigung zu den Arbeitern und dankte ihnen mit Worten hoher Anerkennung für die unerwartet schnelle Wiederingangsetzung der Produktion und die rasche Wiederaufnahme der Arbeit. Er betonte, daß er überall im Reich die gleiche hervorragende Haltung der Munitionsarbeiter gefunden habe. Ihnen allen gelte sein Dank. Gerade in den letzten Monaten seien auch auf dem Gebiet der Munitionsfertigung trotz der feindlichen Luftangriffe laufend immer höhere Produktionsleistungen vollbracht worden. — Im Auftrag des Führers überreichte dann Reichsminister Speer am Schluß des Appells Direktor Edmund Geilenberg das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern. Geilenberg hat mitaußerordentlicher Tatkraft über den Rahmen seines Werkes hinaus als Leiter des „Hauptausschusses Munition“ beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion in zweijähriger Aufbauarbeit die Munitionserzeugung auf die heutige Rekordhöhe gebracht. Als Betriebsführer seines Werkes ist er der Gefolgschaft durch den bedingungslosen Einsatz seiner Person ein jederzeit bewährtes Vorbild. Am gleichen Tage sprach Reichsminister Speer in einer ebenfalls von einem Bombenangriff betroffenen Waffenfabrik zu seinen Rüstungsarbeitern. Er hob auch hier den unermüdlichen und selbstlosen Einsatz des deutschen Rüstungsarbeiters hervor, durch den die

deutsche Waffenindustrie in den letzten beiden Jahren — bisweilen unter schwierigsten Bedingungen — eine erhebliche Steigerung ihrer Produktion sowohl an Zahl als auch an Güte der Waffen erreichen konnte. Vor der seinen Ausführungen aufmerksam folgenden Belegschaft des Werkes überreichte Reichsminister Speer dann im Auftrage des Führers Direktor Arthur T i x das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern. Tix ist Leiter des „Hauptausschusses Waffen“ beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion. In großzügiger Planung hat er hier mit beispielloser Energie das Instrument geschaffen, mit dessen Hilfe es möglich war, die überragenden Erfolge auf dem Gebiet der Waffenfertigung zu erreichen. Stets in persönlicher Berührung mit den Männern an der Werkbank und am Zeichentisch, gehört Tix zu den bewährtesten deutschen Wirtschaftlern.

Im gleichen Zusammenhang steht die hohe Auszeichnung, die der Führer dem Chef des Heereswaffenamtes, General der Artillerie Leeb, durch Verleihung des Ritterkreuzes zum Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern zugesprochen hat. General Leeb erwarb sich durch hervorragende Sachkenntnis, schöpferische Energie und zielbewußte Führung des Heereswaffenamtes entscheidende Verdienste um die Bewaffnung des Heeres. Er hat das Heereswaffenamt vorbehaltlos in den Dienst der Gesamtaufgaben der vom Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion Speer geführten deutschen Rüstung gestellt und durch sein enges Vertrauensverhältnis, zu Reichsminister Speer an der qualitativen Vollendung und dem ständigen Fortschritt der Heeresrüstung in stärkstem Maße mitgewirkt.

Am 26. Juni wurden erneut zwei Ritterkreuze zum Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern auf Vorschlag des Reichsmarschalls, des Großdeutschen Reiches Hermann Göring und des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion Albert Speer vom Führer an verdiente Männer der Luftrüstung verliehen. Es sind dies Generaldirektor Karl F r y d a g, Leiter des „Hauptausschusses Flugzeugzelle“, und Direktor Dr.-Ing. Hans H e y n e, Leiter des „Hauptausschusses Flugzeugrüstung“. Frydag und Heyne haben sich um die deutsche Luftrüstung hervorragende Verdienste erworben. Die von Frydag durchgeführten neuartigen Fertigungsmethoden im Großserienbau der Flugzeugzelle haben zu einer Steigerung der gesamten Flugzeugproduktion beigetragen. Heyne hat als Leiter des „Hauptausschusses Flugzeugausrüstung“ durch umfassende Maßnahmen den Bau von Flugzeugen erheblich vereinfacht und damit eine wesentliche Leistungssteigerung, insbesondere auf dem Gebiet der Flugzeugausrüstung, erreicht. Auch in anderen von ihm betreuten Fertigungszweigen konnte Heyne eine kurzfristige Ausbringung der von der Front

133 benötigten Geräte durchführen. Bei einer Vorführung der Luftwaffe überreichte im Beisein des Reichsministers Speer Generalfeldmarschall Milch im Auftrage des Führers die hohe Auszeichnung.

Am gleichen Tage verlieh der Führer auf Vorschlag des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion Speer daß Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern an Dr.-Ing. e. h. Gustav K n e p p e r. Seit Beginn des Krieges widmete Dr. Knepper, der 74 Jahre alt ist, seine ganze Kraft dem Kriegseinsatz des deutschen Bergbaues, den er dank seiner bedeutenden Erfahrungen wesentlich förderte und die Leistungssteigerung im Bergbau erheblich beeinflusste. Die Dr.-Ing. e. h. Knepper zuteilgewordene Ehrung bedeutet zugleich eine Würdigung der Verdienste aller im gesamten Bergbau Schaffenden.

Als eine ganz gewaltige Leistung muß ferner die Steigerung der deutschen Rüstungsfertigung im fünften Kriegsjahr angesehen werden. Sie ist ein Verdienst sowohl der Wirtschaftsführung wie auch des deutschen Arbeiters, die gemeinsam unermüdlich oftmals unter Einsatz ihres Lebens Tag und Nacht für die Front gearbeitet haben. Darüber sprach vor zahlreichen Betriebsführern eines großen Industrieviers Mitte Juni der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion Speer. Er legte das im Bereich seines Ministeriums durchgeführte System der Selbstverantwortung der Industrie und die großen Erfolge dar, die dank der Heranziehung dieser Selbstverantwortungskräfte auf allen Gebieten der Rüstung und kriegswichtigen Erzeugung erzielt worden sind. In seiner Rede sagte Reichsminister Speer u. a. folgendes: „Daß die Rüstungs- und Kriegsproduktion bis heute ständig gestiegen ist, ohne daß der Bombenterror uns hier wesentliche Einbußen brachte, ist meiner Ansicht nach die erstaunlichste und wunderbarste Leistung unserer Industrie. Dieses Wunder der Rüstung, das uns von Monat zu Monat trotz zunehmender Fliegerangriffe zu weiteren Steigerungen befähigte, hat seine erste und wichtigste Voraussetzung in der Haltung unseres deutschen Arbeiters, . Alle unsere organisatorischen Fähigkeiten verblissen in ihren Auswirkungen vor dem selbstlosen Einsatz unseres deutschen Arbeiters und der Betriebsleitungen. Die zweite entscheidende Voraussetzung ist die im Jahre 1942 für die gesamte Rüstung eingeführte sogenannte Selbstverantwortung der Industrie. Bis zum Jahre 1942 bekam die deutsche Industrie ihre Staatsaufträge — um solche handelt es sich überwiegend während des Krieges— von behördlichen Stellen des Reiches, von den Waffenämtern der Wehrmachtteile usw. Die

Verantwortung für den Ablauf der Rüstung, für die Aufstellung der Programme, für die Belegung der Werke, für Rationalisierungsmaßnahmen und für den Erfahrungsaustausch lag damit überwiegend bei dafür bestimmten Verwaltungsdienststellen des Reiches und der Wehrmachtteile. Dr. Todt und auch ich selbst haben unsere Laufbahnerfolgreich in dem privaten Unternehmertum und im freien Beruf begonnen, und auf Grund unserer Erfolge in diesem Wirkungskreis sind uns wichtige staatliche Aufgaben übertragen worden. Wir kannten die Kräfte, die in der Initiative des privaten Unternehmers liegen, aus eigener Anschauung und bejahten sie aus eigener Überzeugung. Wir kannten auch den Fanatismus, der den Techniker beseelt, wenn er mit einer großentechnischen Aufgabe betraut wird. Die Durchführung umfassender industrieller Aufgaben kann nur von Männern gelenkt werden, die aus der Industrie selbst hervorgegangen sind. Es ist in ruhigen Zeiten sehr wohl zu überlegen, ob auf die Dauer eine ehrenamtliche Tätigkeit von Industrieführern, die nach wie vor in der Wirtschaft verankert sind, Nachteile mit sich bringen kann. In diesem Kriege sind allein der Erfolg und die Schnelligkeit entscheidend. So beschloß ich 1942, aus der gesamten mir zur Verfügung stehenden Industrie die besten führenden Techniker und alle diejenigen Kräfte, die sich bis dahin bereits durch ihre Leistungen in ihren Betrieben hervorgetan hatten, mit der Gesamtverantwortung zunächst für die Produktion an Waffen, Munition und Panzern zu betrauen. Heute zählt man 21 Hauptausschüsse, die die

134 Endfertigung der Rüstung zu verantworten haben, und 12 Ringe, die die hierzu notwendigen Zulieferungen gewährleisten müssen und die gesamte Rüstung—und Kriegsproduktion steuern. Diese einmalige Organisation der Selbstverantwortung der Industrie setzt sich aus etwa 6000 ehrenamtlich von den Betrieben zur Verfügung gestellten Technikern und Ingenieuren zusammen. Diese ehrenamtlichen Mitarbeiter aus der Industrie tragen bis in die Einzelheiten Verantwortung dafür, was in den einzelnen Werken und wie es gefertigt wird, und sie haben dabei die Möglichkeit, alle Bestimmungen zu treffen, die notwendig sind, um ihren Standpunkt durchzusetzen und den Betriebsführern die hierzu notwendigen Anweisungen zugeben. Auch das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, dessen wichtigste Rüstungsorgane die Hauptausschüsse und Ringe sind, ist in seiner übrigen Zusammensetzung nichts anderes als ein Spiegelbild der Selbstverantwortung der Industrie geworden. Fast sämtliche Ämter sind mit Männern der Industrie besetzt, deren Mitarbeiter größtenteils ebenfalls von der Industrie abgestellt sind.

Als Spitzenleistung der deutschen Industrie darf mit Recht die Vergeltungswaffe „V 1“ betrachtet werden, aber auch andere Rüstungserzeugnisse wie „P a n z e r s c h r e c k“ und „Panzerfaust“, nicht zuletzt der neueste deutsche Panzer, der „P a n t h e r“. Er ist nach den Urteilen der Front der beste Panzer der Welt, ebenbürtig allen feindlichen Panzerkraftwagen, denen er sowohl an der Italienischen als auch an der sowjetischen Front und schließlich auch an der Invasionsfront mit seiner gewaltigen überlegenen Kampfkraft entgegengetreten ist. Die Qualität des neuen Panzers, ist von vier wesentlichen Faktoren beherrscht: von der Feuerkraft, der Beweglichkeit, der Führungsfähigkeit und vom Panzerschutz. Der „Panther“ verdient darum höchste Bewunderung, weil er eine erstaunlich hohe Geschwindigkeit mit starker Feuerkraft und verhältnismäßig sicherem Panzerschutz vereinigt. Mit 15 Tonnen ist der „Panther“ leichter als der mit gleichen Gütern ausgestattete „Tiger“. Er ist darum entsprechend schneller. Er ist dem sowjetischen „T 34“ mit seinen 48 km Stundengeschwindigkeit und dem amerikanischen „Sherman“ mit seinen 35 km Stundengeschwindigkeit weit überlegen. Die Panzerung des „Panther“ beträgt 120 mm, die Schrägstellung der Flächen vermindert dazu noch die Durchschlagskraft feindlicher Geschosse. Er besitzt eine überlange 7,5-cm-Kanone, zudem ein Maschinengewehr. Der „Panther“ bringt mit Sicherheit auch Treffer auf eine Entfernung von 2000 Meter an. Durch diese Reichweite vor allem ist er den feindlichen Panzern bei weitem überlegen!

Am 23. Juni enthielt die deutsche Presse eine in der gegenwärtigen Situation sicherlich notwendige öffentliche Warnung: sie appellierte an die Verschwiegenheit aller in der Rüstungsproduktion Tätigen! Der Einsatz der neuen Waffe gegen England sei für den Feind überraschend gekommen. Die vergeblichen Bemühungen seiner Flak und Luftabwehr zeigten, daß die Feindseite unvorbereitet war und jetzt erst versuchen müsse, wirksame Gegenmittel zu finden. Es ist uns also gelungen, das Geheimnis der Entwicklung, Erprobung und Bereitstellung dieser Waffe zu wahren, obwohl der Feind durch zahlreiche Agenten und Spione versucht hat, sich Einzelheiten und Unterlagen zu verschaffen. Die an der Erzeugung der neuen Waffe beteiligten Stellen und Arbeitskräfte haben alle mögliche Vorsicht und Verschwiegenheit beobachtet! Das ist ein ebenso großes Verdienst wie ihre Rüstungsleistung selbst. Es ist jedoch zu befürchten, daß jetzt im Eifer der Diskussion über die neue Waffe, in die sich der Feind mit Zweifelsfragen, kühnen Behauptungen und wohlüberlegten Suggestivfragen dauernd einmischt, wohlmeinende Volksgenossen aus Waffenstolz Angaben machen, um den Wert dieser Waffe

zu bekräftigen. Die neue Waffe spricht jedoch für sich selbst! Die verantwortlichen Stellen der Rüstung und der Wehrmacht werden vielleicht zu gegebener Zeit der Öffentlichkeit gewisse Informationen über die

135 neue Waffe zugehen lassen, die aber sorgfältig begrenzt sein werden. Auch diese Tatsache lockert nicht die allgemeine Schweigepflicht. Die Führung setzt großes Vertrauen in die Zuverlässigkeit aller Volksgenossen, die mitgeheimen Dingen in der Rüstung zu tun haben. Unsere neuen Waffen und deren Zubehör treten, nachdem sie ihre Erprobung bestanden haben, immer stärker im Arbeitsgang zahlloser Betriebe auf. Der Kreis der Mitwissenden vergrößert sich und damit die Gefährdung der zu bewahrenden Geheimnisse. Wer aus Renommiersucht, Geschwätzigkeit, Besserwisserei sich in Gespräche über Waffen einläßt, fällt den verdienstvollen Forschern und Ingenieuren genau so in den Rücken, wie er sein eigenes Leben und seine eigene Arbeit aufs Spiel setzt. Im Wettlauf der Erfindungen geht es um ein zähes und stummes Ringen. Dasjenige Land, das sich durch Geheimhaltung seiner neuen Waffen in einen wesentlichen Vorsprung der Rüstung versetzt, wird in der Kriegführung entscheidende Vorteile haben und in der Lage sein, vielleicht sogar entscheidend den Krieg zu beeinflussen. Daß es die Staatsführung ernst mit ihren Warnungen nimmt, das beweisen immer wieder schwere Strafen, die gegen leichtsinniges Weitererzählen von kriegswichtigen Geheimnissen ausgesprochen werden. Der Fall des 54-jährigen Betriebsingenieurs Alois Stern aus Sternhammer in Niederbayern zeigt in besonderer Weise, welche Gefahr durch solche Leichtfertigkeit entstehen kann. Stern, der in einem wichtigen Rüstungsbetrieb beschäftigt war, unterhielt sich mit ehemaligen Arbeitskameraden und machte hierbei nähere Angaben über die in seinem Betrieb hergestellten Waffen. Er hatte sich deshalb vor dem Volksgericht wegen Landesverrats zu verantworten. Der Volksgerichtshof stellte in der Verhandlung fest, daß Stern, der seit vielen Jahren in der Rüstungsindustrie tätig ist, mit seinen Erzählungen einem klaren Verbot zuwidergehandelt hat. Er war bei seiner Einstellung in das Rüstungswerk durch Handschlag und schriftliche Erklärung zu unbedingter Verschwiegenheit verpflichtet worden. Der Verteidigung des Angeklagten, er habe diese Mitteilungen „doch nur vertrauenswürdigen Personen“ weiterzählt, konnte der Volksgerichtshof keine Wirkung zubilligen; denn wenn man diese Ausrade gelten lassen würde, gäbe es sehr bald überhaupt kein wohlbehütetes Geheimnis mehr. Mit Rücksicht auf die besondere Art seiner Erzählung und die dadurch herbeigeführte Gefährdung des Reiches mußte Stern daher trotz seiner sonstigen Unbescholtenheit zum Tode verurteilt werden. Das Urteil ist inzwischen vollstreckt worden.

Die besondere Sorge des nationalsozialistischen Staates gilt bekanntlich von jeher den Kriegsoffern. Dr. Goebbels hat seinerzeit davon gesprochen, daß es eine Ehrenpflicht der Nation sei, die Kriegsverletzten in jeder Weise für ihren Einsatz zu entschädigen. Diesem Gedanken entsprechend, haben sich am 24. Juni in Wien führende Männer des Reichsarbeitsministeriums zu einer Arbeitstagung zusammengetan, um Richtlinien für ihre verantwortungsvolle und zugleich schöne Aufgabe auszuarbeiten. Reichsarbeitsminister S e l d e wies darauf hin, daß alle Fragender Sozialpolitik mit der Fortdauer des Krieges eine steigende Bedeutung gewonnen hätten, was sogar von den Feindstaaten allmählich anerkannt würde. Dennoch aber seien in England und Amerika die Kriegsoffern bitterster Not und einem traurigen Schicksal ausgesetzt. Hier zeige sich deutlich, daß bei den Feindstaaten der Sozialismus nur auf dem Papier stehe. Die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen habe mit der Länge des Krieges, da er auch in der Heimat Blutopfer fordere, nebenallgemeinpolitischer noch sozialpolitische Bedeutung erlangt. Die Betreuung der Kriegsoffern sei der Prüfstein für unseren Sozialismus. Die Hauptaufgabe der Dienststellen der Versorgung und Fürsorge in wirtschaftlicher Hinsicht sei es, den ausreichenden Lebensunterhalt für die Beschädigten und Hinterbliebenen sicherzustellen, und zwar im Sinne des Sozialausgleichs. Bei den Unfallverletzten ebenso wie bei den Kriegsbeschädigten gelte der Grundsatz, daß Arbeit wichtiger sei als Rente. Es komme darauf an, daß der Mensch seelisch die

136 Körperbehinderung überwinde. Der Schwerekriegsbeschädigte müsse für einen möglichst hochwertigen Arbeitsplatz mobilisiert werden. Der Minister sprach den Betriebsführern seinen Dank dafür aus, daß sie an der großen sozialen Aufgabe der Kriegsofferbetreuung erfolgreich mitwirkten und gab seiner Freude Ausdruck, daß gerade auf dem Gebiet der Kriegsofferbetreuung die Zusammenarbeit von Staat und Partei vorbildlich sei. Reichskriegsoffernführer Oberlindober führte aus, an erster Stelle stehe die lebendige Sorge um unsere Kriegerhinterbliebenen. Auf dem Gebiet der Elternversorgung werde sich stets die Möglichkeit ergeben, Eltern, die durch den Heldentod ihres Sohnes die einzige Stütze verloren haben, würdig zu versorgen. Als Kernstück der Beschädigtenversorgung bezeichnete er die Berufsfürsorge. Auf dem Felde der eigentlichen materiellen Versorgung bestehe die erste Pflicht darin,

den kriegserkrankten Soldaten wieder lebensfähig zu machen, seine Leistungskraft und Schaffensfreude zu fördern und sie wirksam werden zu lassen. Für die Opfer des Krieges, der Arbeit und des Luftterrors wird ein besonderer steuerfreier Betrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen als pauschale Abgeltung für den Mehraufwand an Werbungskosten, Sonderleistungen und außergewöhnlichen Belastungen, den erfahrungsgemäß die Beschädigten und Körperbehinderten bzw. Hinterbliebenen in größerem Umfang haben als gesunde Menschen, die im freien Gebrauch ihrer Glieder nicht behindert sind. Der Reichsfinanzminister hat nun eine Neuregelung dieser steuerlichen Ausgleichsvergünstigungen verfügt, die eine Reihe von Verbesserungen enthält. Die Höhe der steuerfreien Pauschalbeträge habe ich gegenüber bisher nicht geändert. Der steuerfreie Pauschalbetrag für erwerbstätige Arbeitnehmer ist größer als der für nicht erwerbstätige Arbeitnehmer, Pensionäre usw. Weggefallen ist jedoch die Aufteilung der steuerfreien Pauschalbeträge in einen Anteil an Werbungskosten und Sonderausgaben und einen solchen für außergewöhnliche Belastung.

Ferner kommen alle Schaffenden, die in der Heimat durch feindlichen Luftterror oder sonst durch Feindeinwirkung Schaden erlitten, in den Genuß der weitgehenden sozialen Betreuung des nationalsozialistischen Staates. Bei Tod oder körperlichen Schäden, die durch feindliche Fliegerangriffe verursacht sind, wird grundsätzlich Fürsorge und Versorgung nach den Bestimmungen der Personenschädenverordnung gewährt. Andererseits ist der weit überwiegende Teil der Gefolgschaftsmitglieder in deutschen Betrieben durch die umfassende Unfallversicherung, die auch die Wege zur und von der Arbeitsstelle einschließt, geschützt. Auch der an seiner Maschine wirkende Arbeiter wird, wenn er durch eine Bombe verletzt wird, nicht nach Unfallversicherungsrecht entschädigt, sondern nach Personenschadenrecht versorgt. Für diese Fälle kommt dabei das Personenschadenrecht nicht nur, wie sonst im allgemeinen, mit seinen großzügigen Versorgungsbestimmungen entsprechend dem Wehrmacht-Fürsorge- und -Versorgungsgesetz in Betracht; es werden vielmehr darüber hinaus dem Beschädigten auch die zusätzlichen höheren Leistungen nach dem Einsatz-Fürsorge- und -Versorgungsgesetz gewährt. Für den durch Flaksplinter verletzten Arbeiter gilt dasselbe. Ebenso gilt die Personenschädenverordnung, wenn die Verletzung durch Gebäudeteile erfolgt, die beim Angriff oder in seiner unmittelbaren Folge wegen Sprengbombenwirkung einstürzen, oder durch herumfliegende Splinter eines durch Flakbeschuß zerstörten Glasfensters usw. Bei Fliegeralarm oder sonstigen Maßnahmen deutscher Behörden in unmittelbarer Folge von Kampfhandlungen — z. B. der Sprengung von Blindgängern — oder bei Vorbereitung bevorstehender Fliegerangriffe entstehende Schäden an der Person des Gefolgschaftsmitgliedes werden gleichfalls durch Fürsorge und Versorgung nach der Personenschädenverordnung abgegolten.

Der Führer hat mit Wirkung vom 1. Mai d. J. die Bildung des Truppensonderdienstes innerhalb der Wehrmachtbefohlen. Damit werden diejenigen Wehrmachtbeamten, die als unmittelbare Heiter in der Truppe selbst tätig sind, in das Rechtsverhältnis, als Offizier übergeführt. Diese Wehrmachtbeamten

137 waren bisher an die Bestimmungen des Beamtenrechts gebunden, die sich in wesentlichen Punkten nicht mit den Erfordernissen des Truppendienstes deckten. In Ausführung des Führerbefehls wurden daher die bisherigen Wehrmachtbeamten des Intendantur- und Zahlmeisterdienstes sowie die Wehrmachtrichter als Offiziere des Truppensonderdienstes übernommen. Diese Laufbahnen des Verwaltungsdienstes bzw. der Wehrmachtrichter ergänzen sich in Zukunft ausschließlich aus Truppenoffizieren. Die Offiziere des Truppensonderdienstes tragen die Uniform ihres Wehrmachtteiles und führen mit einigen Ausnahmen ihre bekannten Dienstgradbezeichnungen weiter. Für Offiziere des Verwaltungsdienstes, die als Laufbahnabzeichen den Merkurstab tragen, ist die Waffenfarbe beim Heer und der Luftwaffe hellblau und bei der Kriegsmarine kornblumenblau. Die Wehrmachtrichter haben als Laufbahnabzeichen das altdeutsche Richtschwert und als Waffenfarbe bei Heer und Luftwaffe weinrot, bei der Kriegsmarine karmesinrot.

Im Rahmen der Betreuungsmaßnahmen für unsere deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten hat der Reichserziehungsminister, wie am 30. Mai bekanntgegeben wurde, eine grundsätzliche Regelung für die Weiterbildung und die Ablegung von Prüfungen durch deutsche Kriegsgefangene oder Zivilinternierte getroffen. Danach können in den Lagern folgende Prüfungen abgenommen werden: die ordentliche Reifeprüfung, die Abschlußprüfungen an Fachschulen (Bauschulen, Ingenieurschulen, Textilschulen, Bergschulen, Landwirtschaftsschulen, Höhere Landbauschulen), die Sonder-Reifeprüfung, die 1. und 2. Prüfung für das Lehramt an Volksschulen und die Prüfung für das Lehramt an Hauptschulen. Die Prüfungsausschüsse werden jeweils von Fachleuten aus dem Kreise der Gefangenen gebildet; sie müssen dazu im allgemeinen die Anerkennung durch den Reichserziehungsminister besitzen. Die von ihnen ausgestellten Prüfungszeugnisse erlangen volle Gültigkeit, wenn sie mit

dem Anerkennungsvermerk des Reichserziehungsministers versehen sind. Diese Anerkennung kann bereits während der Gefangenschaft oder Internierung ausgesprochen werden. Die Ausbildung für handwerkliche Berufe kann auf der Grundlage der gegebenen Rahmenlehrpläne für die einzelnen Berufszweige sowie der entsprechenden Soldatenbriefe zur Berufsförderung („Weg zur Meisterprüfung“ und Fachhände) erfolgen. Eine Abhaltung von Abschlußprüfungen für die Gewerbelehrausbildung ist nicht durchführbar. Jedoch können sich die Bewerber weiterbilden und vorbereiten, die so erworbenen Kenntnisse nach Rückkehr aus der Gefangenschaft in einer Prüfung nachweisen und dadurch gegebenenfalls eine Anrechnung auf die Ausbildungszeit erreichen.

Die Abnahme von Hochschulprüfungen aber ist grundsätzlich nicht möglich! Jedoch wird durch eine wirksame Fernbetreuung sowie durch Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften und Kursen Gelegenheit zur Umarbeitung oder Fortbildung im Fachgebiet gegeben. Über einzelne Fachgebiete können Eilprüfungen abgelegt werden, soweit geeignete Prüfer vorhanden sind. Nach Rückkehr aus der Gefangenschaft, frühestens nach Ablauf des ersten Semesters nach Aufnahme oder Wiederaufnahme des Studiums, wird auf Grund einer Zwischenprüfung unter Berücksichtigung der in der Gefangenschaft abgelegten Teilprüfungen entschieden, ob und inwieweit das bisher erworbene Wissen auf das vorgeschriebene Studium stofflich und zeitlich angerechnet werden kann. Zur Regelung einer erfolgreichen und geordneten Fernbetreuung unserer kriegsgefangenen und zivilinternierten Studierenden wurde die Fern-Immatrikulation neu geregelt, und zwar so, daß einzelne Universitäten bestimmte Lehrfächer für die Fernbetreuung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten übernehmen.

Als eine der vornehmsten Pflichten für die vollkommene Ausbildung des deutschen Soldaten erachtet es die Staatsführung, das Offizierkorps in Zeiten der Ruhe mit den politischen Ideen des gegenwärtigen gigantischen Kampfes vertraut zu machen. Der maßgeblichste Sprecher auf diesem Sektor der geistigen Rüstung der deutschen Wehrmacht ist Reichsminister Dr. Goebbels. Er gab am 19. Mai vor einem

138 größeren Kreis bewährter Frontoffiziere, die, von allen Frontabschnitten kommend und mit hohen Auszeichnungen versehen, zu einem Lehrgang versammelt waren, einen Überblick über die allgemeine Kriegslage. Der Minister unterzog die politischen und militärischen Faktoren der gegenwärtigen Situation einereingehenden Betrachtung und stellte sie, über die tagesaktuellen Vorgänge hinausgehend, in den Rahmen einer geschichtlichen Wertung. Es gebe kein Beispiel, so sagte Dr. Goebbels u. a., daß ein Volk jemals in der Geschichte unterlegen sei, das seine Existenz mit unnachgiebiger Zähigkeit und Härte verteidigt habe; denn die Entscheidung um Sein oder Nichtsein eines Volkes werde nicht nur durch Gewalt und materiellen Aufwand bestimmt, sondern durch Ausdauer und Nervenstärke, durch die Standhaftigkeit und durch den festen Entschluß, niemals nachzugeben. Dr. Goebbels legte in diesem Zusammenhang auf die große fortdauernde Aufgabe der politischen Bildung und Erziehung sowohl der Front als auch der Heimat besonderes Gewicht. Dieses globale Ringen, so erklärte er, sei zu einem Kampf der Weltanschauungen geworden, in dem sich nur dasjenige Volk behaupten könne, das über die bessere politische Idee und die größere Kraft der politischen Überzeugung verfüge. Wir verteidigen in diesem Weltanschauungskampf nicht nur unser völkisches Dasein, sondern insgesamt unsere Art zu leben sowie unsere geistige, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Vorstellungswelt, deren Erhaltung uns überhaupt erst den Wiederaufbau und die Neuschaffung von Kulturwerten ermöglichen werde.

Im gleichen Sinne bewegten sich die Ausführungen, die von den Reichsleitern Dr. Ley und Schirach vor der Division „Großdeutschland“ in einer Garnisonstadt der Mark Brandenburg gemacht wurden. Hier war ein Lager errichtet worden, in dem zum ersten Male bei der Ausbildung der aus allen Gauen Deutschlands kommenden künftigen Offiziere völlig neue Wege beschritten werden sollen. Ziel der Lehrgänge wird es sein, neben allen militärischen Fertigkeiten den jungen Soldaten auch eine politische Schulung angedeihen zu lassen. Die Übergabe des Lagers an die Truppe wurde durch Reichsleiter von Schirach vor den in Paradeaufstellung angetretenen Offiziersbewerbern vollzogen. Der Reichsleiter sprach von der Bedeutung dieser soldatischen Feierstunde, die einen neuen Abschnitt in der Geschichte der nationalsozialistischen Erziehung des Nachwuchses unserer Armee einleite, und übergab dem Befehlshaber des Ersatzheeres die Anlage, der sie dem Kommandeur der Panzergrenadierdivision „Großdeutschland“ anvertraute. Vor Vertretern von Partei, Staat und Wehrmacht fand später eine Kundgebung statt, in der Reichsleiter von Schirach die Jugenderziehung des nationalsozialistischen Staates behandelte. Der Redner stellte der Erziehungsarbeit vor der Machtübernahme die neuen Erkenntnisse und Ergebnisse nationalsozialistischer Jugendschulung gegenüber. Es könne nicht hoch genug eingeschätzt werden, was der Führer mit seinem Aufruf zur Gründung der Hitler-

Jugend dem deutschen Volke geschenkt habe. Er habe den jungen Deutschen ein politisches Ideal gegeben, er habe der Jugend mehr als ein Reich, er habe ihr eine neue Welt geschenkt mit der Bindung an eine neue Idee. Schirach verwies auf die Tapferkeit der im Felde stehenden jungen Nationalsozialisten, die ihre Bekräftigung durch viele hohe Auszeichnungen erfahre. Daß die Führung durch die Jugend richtig gewesen sei, erhärte die Tatsache, daß es keinen Jugendführer an der Front gebe, der nicht auch dort seine Einheit führe. Als Reichsorganisationsleiter Dr. Ley anschließend das Wort ergriff, zeichnete er ein Bild von dem einmütigen Arbeits- und Kampfwillen des deutschen Volkes, seiner Soldaten, Arbeiter, Bauern und Bürger, aller deutschen Männer, Frauen und nicht zuletzt unserer Jugend, die schon in der Heimat viel Gelegenheit fand, Mut und Tapferkeit zu beweisen. „Jeder von uns fühlt, daß die Größe dieser Zeit einmalig ist. In der Heimat ist die Haltung des Volkes gerade in den Gauen, die am schwersten unter dem anglo-amerikanischen Luftterror leiden, am festesten. Die Partei ist der Quell all unserer Energie. Verkörpert ist unser Glaube in unserem Führer. Führung und Volk sind durch ein unsichtbares Band des

139 Glaubens und des Ideals verbunden. Wir sind alle überzeugt, daß uns der Führer zum größten Siege der deutschen Geschichte führen wird!“ Die Kundgebung war durch eine Begrüßungsansprache des Kommandeurs der Division „Großdeutschland“, Generalleutnant von Manteuffel, eingeleitet worden, der am Vortage aus der Hand des Führers in dessen Hauptquartier die Schwerter zum Eichenlaub des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes entgegengenommen hatte. Mit dieser Ehrung hatte der Führer seine hohe Anerkennung des heldenmütigen Kampfes der Division „Großdeutschland“ an einem wichtigen Brennpunkt der Kämpfe im Osten zum Ausdruck gebracht.

In der Ausrichtung des Volkes auf die große Zielsetzung dieses Krieges war auch die Partei in den Monaten Mai und Juni unermüdlich. In Tausenden von Versammlungen und Kundgebungen wurde das Volk hingewiesen auf den Ernst der Stunde und die große Verantwortung jedes Einzelnen. Reichsminister Dr. Goebbels machte sich da mehrfach zum eindrucksvollen Sprecher. So richtete er in einer vom feindlichen Bombenterror schwer getroffenen Gauhauptstadt an Zehntausende das Wort, die sich inmitten der von feindlichen Luftgangstern geschändeten historischen Bauten auf dem größten Platz der Stadt zu einer Massenkundgebung versammelt hatten. Diese Stadt und ihre Bevölkerung habe, so sagte Dr. Goebbels in seiner Rede, wie alle anderen vom Luftterror heimgesuchten Städte des Reiches den feindlichen Versuchen, ihre Moral zu brechen, eine hochgemute Tapferkeit und ein standhaftes Herz entgegengesetzt. Wenn der Feind geglaubt habe, die Heimat würde in dem Augenblick, da sie unmittelbar in das Kriegsgeschehen einbezogen wurde, ihre Zähigkeit und Ausdauer verlieren, so habe er sich darin gründlich getäuscht. Im Gegenteil sei die Kampfeentschlossenheit des deutschen Volkes durch den feindlichen Terror nur gehärtet worden. In diesem Sinne forderte der Minister das gesamte deutsche Volk auf, auch in den kommenden entscheidenden Wochen und Monaten die gleiche hohe Kriegsmoral zu beweisen, die sich bisher so hervorragend bewährt habe. Jedermann wisse, daß ein Volk für ein großes und edles Ziel auch schwere und manchmal unerträglich scheinende Opfer bringen müsse. In diesem Kriege werde nicht um strategische Grenzen und territoriale Vorrechte gekämpft, sondern es gehe um Sein oder Nichtsein unseres Volkes. Die weltgeschichtliche Auseinandersetzung, in der wir stehen, werde über die Neuverteilung der Machtverhältnisse auf den Kontinenten entscheiden. Ein Volk, das dabei versage, sinke in ein geschichtsloses Dasein zurück, ein tapferes, standhaftes und entschlossenes Volk aber werde den Sieg und damit endgültig seine Freiheit und sein Lebensrecht erkämpfen. Nach einer eingehenden Darlegung der Kriegslage gab Dr. Goebbels seiner Überzeugung Ausdruck, daß wir allen Grund haben, festen Mutes der Zukunft entgegenzusehen. Diese Überzeugung sei nicht nur in den Tatsachen selbst begründet, sondern auch in den Unwägbarkeiten, die in einer so umfassenden, weltweiten Auseinandersetzung eine maßgebende Rolle spielen.

In seiner Eigenschaft als neu ernannter Stadtpräsident von Berlin sprach Reichsminister Dr. Goebbels Anfang Mai zu den ihm unterstellten Spitzen der Berliner Führungs- und Verwaltungsorgane und ihren engsten Mitarbeitern und legte ihnen die Grundsätze dar, nach denen unter der einheitlichen Führung des Gauleiters und Stadtpräsidenten die Organe der Partei selbst und der Stadtverwaltung in Zukunft die Geschicke der Reichshauptstadt lenken werden. Einleitend wies Dr. Goebbels darauf hin, daß durch den Führererlaß, mit dem er zum Stadtpräsidenten von Berlin ernannt wurde, ein Zustand seine offizielle Bestätigung fand, der praktisch bereits seit der Machtübernahme im Jahre 1933 besteht. Die einheitliche und straffe Führung eines so umfangreichen und wichtigen kommunalen Gebildes, wie es die Hauptstadt des Großdeutschen Reiches ist, machte eine Zusammenfassung aller Füh-

rungsorgane in einer Hand notwendig. Durch die Ernennung von Reichsminister Dr. Goebbels zum Stadtpräsidenten von Berlin ist

140 dieser Zustand am 1. April 1944 durch Führererlaß bestätigt worden. Die heutige Amtseinweisung — so führte Dr. Goebbels weiter aus — erfolge in einem Augenblick, in dem die Reichshauptstadt starken Belastungsproben ausgesetzt sei. Wenn die Stadt Berlin seit dem November 1943 schwere feindliche Terrorangriffe ertragen mußte, dem Feinde aber trotzdem die „Entmannung“ der Reichshauptstadt, wie er es zynisch nannte, in keiner Weise gelang, so ist das neben der über jedes Lob erhabenen Haltung der Berliner Bevölkerung nicht zuletzt auch der hervorragenden Arbeit der Berliner Führungsstellen zu verdanken, die damit ihre große Probe bestanden haben. Alle Schäden — so sagte Dr. Goebbels —, die uns der Bombenterror zufügt, sind zu beheben, wenn dieser Krieg erst siegreich beendet ist. Einige Friedensjahre bereits werden genügen, um die Wunden vernarben zu lassen, und innerhalb weniger weiterer Jahre wird Berlin schöner und großzügiger denn je wieder aufgebaut sein mit lichten weiträumigen Arbeitersiedlungen, mit repräsentativen Straßen und Gebäuden, wie sie der Hauptstadt des Großdeutschen Reiches würdig sind. Wenn die Mauern wieder aufgerichtet und alle Schäden längst vergessen sind, wird das Bleibende allein das Zeichen der Bewährung der Reichshauptstadt in diesen schweren Zeitensein. Dr. Goebbels schloß seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die großen Aufgaben, die der Reichshauptstadt in den kommenden friedlichen Zeiten bevorstehen. Berlin, das sich in diesem Kriege einen moralischen Führungsanspruch erworben habe, werde dann seine ganze Kraft den Aufgaben der Zukunft widmen.

Auf Veranlassung des neuen Stadtpräsidenten von Berlin, Reichsminister Dr. Goebbels, wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte der staatlichen Verwaltung der Reichshauptstadt als Regierungspräsident von Berlin der Stadtrat Dr. Petzke betraut. Dr. Hermann Petzke ist in Schlochau in der Grenzmark geboren und steht heute im 38. Lebensjahr. Bereits im Jahre 1926 trat er der Partei bei, ist Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP sowie des Silbernen Gau-Ehrenzeichens und gehört zu den alten Mitkämpfern des Gauleiters Dr. Goebbels. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften übernahm er schon mehrere Jahre vordem nationalsozialistischen Umbruch die damalige Rechtsstelle des Gaues Berlin der NSDAP und wurde dann Gauamtsleiter des Gaurechtsamtes. Innerhalb der Berliner Stadtverwaltung war Dr. Petzke zunächst nach der Machtübernahme Erster Bezirksstadtrat in Spandau, dann in Steglitz sowie in Wilmersdorf und später in dem letztgenannten Verwaltungsbezirk Bezirksbürgermeister. Im Frühjahr 1940 wurde er auf Anordnung von Dr. Goebbels als Stadtrat in die Hauptverwaltung berufen und mit der Leitung des Hauptwirtschafts- und Haupternährungsamtes betraut. Ein Jahr darauf übernahm er zusätzlich auch die Leitung des Landeswirtschaftsamtes Berlin und 1942 die Leitung des Kriegswirtschaftsstabes beim Reichsverteidigungskommissar.

Anlässlich der zweiten Wiederkehr des Todestages des Stellvertretenden Reichsprotectors SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich wurde am 5. Juni in einer feierlichen Sitzung die Verleihung der diesjährigen Ehrengabe der Reinhard-H e y d r i c h - G e d ä c h t n i s - S t i f t u n g der Stadt Prag an den Generalreferenten des Kuratoriums für tschechische Jugenderziehung, Dr. Franz Toeuner, durch den Primatorstellvertreter Universitätsprofessor Dr. Joseph Pfitzner vorgenommen. Dabei hielt Prof. Pfitzner eine Ansprache, in der er die Persönlichkeit Dr. Toeuners und sein Wirken im Rahmen der tschechischen Jugenderziehung würdigte, in der er aber auch gleichzeitig den Gegensatz aufzeigte, der zwischen der tschechischen Jugend von heute und der der Vergangenheit besteht, sowie die Ursachen, die diesen Wandel mit sich brachten, erläuterte.

Nachdem Prof. Dr. Pfitzner dem Generalreferenten Fr. Toeuner die Ehrengabe überreicht hatte, ergriff dieser das Wort. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß das Reich als Inbegriff der Ordnung, der sozialen Gerechtigkeit und der kulturellen Größe für die jungen Tschechen das lebendige

141 Bild erstrebenswerter Lebensformen darstellt, denen sich anzupassen ihr gemeinsamer Wunsch ist.

Der deutsche Staatsminister für Böhmen und Mähren hat mit Erlaß vom 4. Juni als Auszeichnung für Protektoratsangehörige, die sich durch eine vorbildliche Haltung oder Pflichterfüllung und stetige Einsatzbereitschaft bewähren, den „Ehrenschild des Protektorats Böhmen und Mähren mit dem Herzog-Wenzel-Adler“ gestiftet. Diese Auszeichnung wird in drei Stufen — einfach, in Silber und in Gold — verliehen und durch ein Diplom, das namhafte tschechische Künstler und Kunsthandwerker gestaltet haben, beurkundet.

Reichsminister Dr. Seyß-Inquart äußerte sich vor Pressevertretern der deutschen Presse über bedeutsame Lebensfragen im besetzten niederländischen Raum. Anerkennend sprach der Reichsminister über die niederländischen Behörden, die als Verwaltungsorgane im großen und

über die niederländischen Behörden, die als Verwaltungsorgane im großen und ganzen beibehalten wurden und inzwischen die Ordnung sehr gut aufrecht erhalten, auch schwierige Aufgaben (wie in letzter Zeit die umfangreichen Evakuierungen aus Überflutungsgebieten) reibungslos unter Mitwirkung der Bevölkerung durchführten. Dr. Seyß-Inquart verweilte ausführlicher beim Thema der allgemeinen Haltung der Niederländer, die er als ruhig und vernünftig bezeichnete. Obwohl die Belastungen teilweise schwer seien, kam es außer einzelnen örtlichen Ausbrüchen in den Jahren 1941 und 1943 zu keinen nennenswerten Schwierigkeiten. In Verfolg der Beilegung von Streikbewegungen, die im Jahre 1941 direkt von Juden angezettelt worden waren, wurde die Bereinigung der Judenfrage und damit die Beseitigung der hauptsächlichsten Störenfriede vorgenommen. Anzeichen von allgemeinen Unruhen sind nicht vorhanden! Der Reichsminister sprach dabei vor allem von der ausgezeichneten Haltung der niederländischen Freiwilligen in der Waffen-SS. Diese Männer erwiesen mit ihrem Einsatz, der auch Opfer forderte, und mit ihrer Bewährung als Soldaten und Kameraden ihrem Volk den höchsten Dienst; denn sie haben gezeigt, daß im künftigen Aufbau Europas mit den Niederländern gerechnet werden könne, daß bei ihnen die erforderlichen Qualitäten vorhanden seien und es nur auf den Durchbruch neuer Erkenntnisse ankomme. Der relativ sehr große Beitrag Hollands zum Kampf um ein neues Europa liege im übrigen besonders auf wirtschaftlichem Gebiet und im Arbeitseinsatz. Dr. Seyß-Inquart hob schließlich die Leistung der niederländischen Landwirtschaft, des Gewerbes und das gute Ergebnis des Arbeitseinsatzes in Holland selbst hervor.

Auf die Frage, wie weit man auch heute schon von greifbaren Vorteilen für die Niederlande sprechen könne, antwortete Dr. Seyß-Inquart mit dem Hinweis auf die neuen Einrichtungen im sozialen Sektor, so vor allem auf den Niederländischen Volksdienst, der, entsprechend der NSV im Reich, auf allen einschlägigen Gebieten, wie z. B. Gesundheitspflege, Fürsorge für Mutter und Kind usw., beachtliche Arbeit geleistet und auch eine stetig steigende Zahl von Mitgliedern und ehrenamtlichen Mitarbeitern aufzuweisen habe, vorzugsweise in Arbeiterbezirken. Des weiteren seien die Niederländische Arbeitsfront, der Niederländische Arbeitsdienst und andere Institutionen als schon gut bewährte Organisationen zu nennen. Auch im Verwaltungs- und Steuerwesen wirkten sich eine Reihe neuer eingeführter Maßnahmen gut aus. Der Reichskommissar erinnerte weiter daran, daß es im Mai 1940 in den Niederlanden etwa 300000 Arbeitslose gab, wozu noch über 200.000 demobilisierte Soldaten kamen. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurden diese Kräfte untergebracht, zum Teil in der Industrie des Reiches, sonst im Land. In der Folge wurden die Niederlande durch Aufhebung der Zollgrenzen und der Beschränkungen im Geldverkehr immer mehr in eine Gemeinsamkeit mit dem Reich gebracht. In der inneren Politik der Niederlande spiele heute als einzige politische Gruppe nur die Nationalsozialistische Bewegung der Niederlande (N S B) eine Rolle, weil allein diese Bewegung durch ihre Zielsetzung und

142 antibolschewistische Haltung die notwendigen Konsequenzen gezogen habe. Die vom Leiter A. A. Mussert gegründete und geführte NSB sei eine rein niederländische Angelegenheit. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehe sie ihre Hauptaufgabe weniger im staatlichen Bereich als in der politischen Aufklärungsarbeit. Sie habe sich als krisenfest erwiesen.

Die Verhandlungen um die neuen, in ihren äußeren Symbolen der völkischen Zugehörigkeit Rechnung tragenden Ost-Abzeichen, die an Stelle des bisherigen Ost-Abzeichens treten werden, sind Anfang Mai zu einem Abschluß gelangt. Ein Sonnenblumenkranz auf rotem Grund, in der Mitte das blaue Andreas-Kreuz, wird in Zukunft den russischen Arbeiterkennzeichen. Für ukrainische Arbeiter ist der Dreizack auf blau und gelbem Grunde vorgesehen, das Abzeichen für weißruthenische Arbeiter ist in den Landesfarben Rot und Weiß gehalten.

Diese Neuerung stellt eine äußere Anerkennung dar für im Kampf gegen den Bolschewismus geleistete Arbeit. Die im Reich eingesetzten Arbeiter aus dem Osten tragen damit die gleichen Farben wie die Legionäre, die heute mit der Waffe in der Hand an der Seite Deutschlands gegen den Bolschewismus im Felde stehen. Selbstverständlich ist dieses Abzeichen nur derjenige würdig, der durch seine Leistungen, seine charakterliche und politische Haltung zu erkennen gibt, daß er den Sinn der ihm gestellten Aufgabe verstanden hat. Es wird daher erforderlich sein, daß diejenigen Arbeiter aus den Völkern des Ostens, die diese Voraussetzung nicht erfüllen, weiterhin ein anderes Kennzeichen tragen — ein selbstverständlicher Akt der Gerechtigkeit dem wirklich guten und verlässlichen Arbeiter gegenüber.

Die neuen Abzeichen verpflichten somit Russen, Ukrainer und Weißruthenen erneut zu ausgezeichneter Haltung und bester Arbeitsleistung. Für besondere Leistungen wurde außerdem ein Leistungsabzeicheneingeführt, das Schwert und Hammer gekreuzt darstellt und vom Betriebsführer verliehen wer-

den kann. Die Einführung solcher landsmannschaftlichen Abzeichen verpflichtet auf der anderen Seite auch den Arbeitgeber, in dem bewährten Arbeiter aus den Ostgebieten einen Kämpfer zu sehen, der Schulter an Schulter mit dem deutschen Arbeitskameraden an dem gleichen großen Ziel mitarbeitet. Die dem deutschen Betriebsführer obliegende Fürsorge für seine Gefolgschaftsmitglieder muß sich also auch auf diejenigen erstrecken, die durch das Tragen der neuen Abzeichen ihren kämpferischen Willen unter Beweis gestellt haben.

Falls ein ehemaliger Legionär infolge Verwundung oder Krankheit nicht mehr mit den Waffen kämpfen kann, sondern eine Arbeit im Reich annimmt, so sollen seine Verdienste als Legionär nicht in Vergessenheit geraten. Es ist daher vorgesehen, in diesen Fällen dem landsmannschaftlichen Abzeichen einen Streifen zuzufügen, der durch eine entsprechende Inschrift besagt, daß es sich bei diesem Arbeiter um einen Mann handelt, der bereits mit der Waffe in der Hand gegen den Bolschewismus gestritten hat.

Das Präsidium der Deutschen Akademie für Wohnungswesen wurde am 20. Mai 1944 durch Reichswohnungskommissar Dr. L e y übernommen. Dieses Institut faßt Vertreter aller Zweige der Wohnungswirtschaft, des Wohnungsbaues, des Finanzwesens, der für Wohnungsfragen zuständigen Reichsstellen, daneben hervorragende Einzelfachleute aus den Gebieten des Wohnungsbaues, der Architektur, des Siedlungswesens, der Siedlungsplanung usw. zusammen und stellt nunmehr die Forschungs- und Entwicklungsstelle des Reichswohnungskommissars für alle mit dem Wohnungsbau zusammenhängenden Probleme dar.

Reichswohnungskommissar Dr. Ley hatte die Mitglieder der Deutschen Akademie für Wohnungswesen in Berlin zu einer Arbeitstagung versammelt, um die von ihm gestellten aktuellen Aufgaben der Akademie und ihrer Mitglieder im einzelnen darzulegen und zu begründen. Dr. Ley, der den Vorsitz auf der Arbeitstagung führte, bezeichnete als wichtigste Sofortaufgabe der Akademie die Notwendigkeit, durch Forschungen und Entwicklungen auf dem Gebiete der Baustoffe und des behelfsmäßigen Bauens die

143 Schaffung von behelfsmäßigen Bauten energisch zu fördern. Unter allen Umständen müsse, erklärte Dr. Ley, mit der erforderlichen Schnelligkeit und Umsicht den ausgebombten Volksgenossen eine eigene Wohnstätte geschaffen werden, und sei sie im Augenblick noch so notdürftig und behelfsmäßig.

Die Baureste von zerstörten Gebäuden sind üblicherweise von den Gemeinden beschlagnahmt worden, um eine unregelmäßige Verwertung der Trümmerstätte zu verhindern. Sie werden jedoch für wichtige Zwecke ordnungsgemäß freigegeben. In erster Linie stehen solche Baustoffe natürlich den Eigentümern der betroffenen Grundstücke zur Verfügung, wenn sie eine baldige kriegswichtige Verwendung dafür haben, vor allem, wenn sie ihre eigenen Wohnungen wieder instandsetzen wollen. Aber auch alle anderen Volksgenossen können aus den Trümmern Baustoffe bergen und für Instandsetzungsarbeiten oder für den Bau von Behelfsheimen verwenden. Voraussetzung für die Inanspruchnahme derartiger Baustoffe ist der Besitz eines Berechtigungsscheines, welchen die örtlichen Baubüros für Fliegerschädenbeseitigung ausstellen. Die Abgabe der Baustoffe erfolgt unentgeltlich. Die Schadensstelle, welche für die Gewinnung von Baustoffen benutzt werden darf, wird in jedem Falle von den Baubüros genau bestimmt. Die Entnahme von Baustoffen aus beliebigen Schadensstellen sowie ohne Berechtigungsschein ist verboten.

Die Vorschriften für das Urlaubsjahr 1944 sind im wesentlichen die gleichen, wie sie für das Jahr 1943 vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz festgesetzt worden waren. Für den öffentlichen Dienst war der Urlaub grundsätzlich auf 14 Tage festgesetzt, die gleiche Dauer ist nunmehr auch für die private Wirtschaft für das Urlaubsjahr 1944 abgegrenzt worden. In einem Erlaß vom 3. Mai bestimmt daher der Generalbevollmächtigte, daß der Erholungsurlaub für 1944 grundsätzlich höchstens 14 Arbeitstage beträgt und sich für Gefolgsleute, die vor dem 1. April 1895 geboren sind, auf höchstens 20 Tage erhöht. Von dieser Begrenzung bleiben die Vorschriften über den Urlaub der Jugendlichen, den Heimkehrurlaub entlassener Soldaten usw. unberührt.

Besonders erholungsbedürftigen oder besonders belasteten Gefolgsleuten kann ein längerer Urlaub, höchstens jedoch bis zu 21 Tagen, den Älteren bis zu 28 Tagen, gewährt werden. Schwerbeschädigten und Frauen mit dem Mutterkreuz soll einheitlich ein Zusatzurlaub von drei Tagen gegeben werden. Die Wünsche werktätiger Frauen, ihren Urlaub während der Ferien der Kinder oder des Urlaubs des Ehemannes zu nehmen, sind zu berücksichtigen.

Die Nachwuchsfrage gestaltet sich für fast alle Berufe im Hinblick auf die erhöhten Ansprüche besonders schwierig, wohl am schwierigsten ist sie für den Erzieherberuf. Hier haben die statistischen

Erhebungen ein ungewöhnlich starkes Absinken des zur Verfügung stehenden Nachwuchses erwiesen. Auch in den Jahren 1942/43 ist ein weiteres Absinken zu verzeichnen. Die jetzt vorliegende Übersicht für dieses Prüfungsjahr weist nur noch insgesamt 674 Prüflinge aus, wovon 563 das Examen bestanden. Damit hat die seit 1938 zu beobachtende Entwicklung bisher ihren tiefsten Stand erreicht. Es ergibt sich folgendes Bild: In Preußen unterzogen sich 1938 noch etwas mehr als 1700 Bewerber der Prüfung, was gegenüber 1936/37 bereits einen Rückgang von rund 500 bedeutete (die preußischen Zahlen machen ungefähr zwei Drittel der Gesamtzahl der Prüflinge im Reich aus). Im folgenden Jahr sank die Zahl auf etwas weniger als 1200. Die Reichsübersicht für das Jahr 1939/40 zeigt dann, daß die fallende Tendenz im ganzen Reich vorhanden war: 1690 Kandidaten gingen in die Prüfung.

Die fallenden Zahlen in der Kriegszeit vermitteln nun aber kein wirkliches Bild der Lage; denn im Kriege mußte ja automatisch der Bewerberkreis zusammenschrumpfen. Ein Fingerzeig für die Entwicklung ist jedoch der Umstand, daß in den Vorjahren auch die absolute Zahl der weiblichen Prüflinge zurückging. So sank sie noch 1940/41 von 421 auf 264. Im Prüfungsjahr konnte wieder ein Anstieg verzeichnet werden, der im Verhältnis zu 1940 noch anhält (403 weibliche Prüflinge), gegenüber 1942/43 mit 447 aber wieder aufgegeben ist. Immerhin gibt aber der stärkere *Zustrom* der Frauen zum Lehramt die begründete Hoffnung auf eine Milderung der zu erwartenden Nachwuchsnot. Vorerst deckt der Zugang an jungen Philologen auch noch knapp den jährlichen Abgang, der bis zum Jahre 1938 etwa 450 bis 500 betrug. Allerdings muß die Überalterung der Lehrerschaft an den höheren Schulen jetzt in Rechnung gestellt werden, die sich in Kürze auswirken wird. Für die Volksschule sind Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels eingeleitet worden, die eine Besserung der Lage in Aussicht stellen: Mit der Zuerkennung der Hochschulreife nach der Absolvierung der Lehrerbildungsanstalt hat der junge Lehrer die Möglichkeit zum Studium erhalten! Es bleibt abzuwarten, ob auf diesem Wege der höheren Schule der Nachwuchs zufließen wird, der nach Lage der Dinge dringend notwendig ist, damit ihr bisheriger Bestand erhalten bleibt.

Mit einer Feierstunde wurde Mitte Mai in Posen durch den Vertreter des Reichsjustizministers, Ministerialrat SS-Standartenführer Singer, die zweite Rechtspflegerschule des Reiches eröffnet. (Die erste ist in Hohenlimburg in Westfalen errichtet worden.) Zu dem ersten Kursus der neuen mit einem Internat verbundenen Rechtspflegerschule sind 48 Anwärter aus allen Teilen des Reiches abkommandiert worden. In seiner Eröffnungsansprache betonte Ministerialrat Dr. Singer, daß die Erziehung eines leistungsfähigen Rechtspflegernachwuchses eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung der großen Reformpläne sei, die zur Zeit im Auftrage des Führers im Reichsjustizministerium bearbeitet würden. Wie bekannt, habe der Führer dem Reichsjustizminister den Auftrag erteilt, eine starke nationalsozialistische Rechtspflege aufzubauen. Der Minister wolle die zur Durchführung dieses Auftrages erforderliche Gewinnung eines hochstehenden Richters u. a. dadurch erreichen, daß er einen Teil der im Gesetz dem Richter zugewiesenen Aufgaben dem Rechtspfleger übertrage. Nach einer vorbereitenden Verfügung vom Julivorigen Jahres sei der Rechtspfleger berufen, zahlreiche Richtergeschäfte in Grundbuch-, Vormundschafts-, Nachlaß-, Handelsregister-, Straf- und Zwangsvollstreckungssachen selbständig und eigenverantwortlich wahrzunehmen. Voraussetzung dafür, daß auch der Nachwuchs diese wichtigen Geschäfte ordnungsmäßig erledigen könne, sei aber eine gründlich vertiefte Ausbildung der Rechtspfleger, deren Kernstück der neunmonatliche Besuch eines Lehrganges sein soll. Gauleiter und Reichsstatthalter Greiser, der an der Spitze führender Persönlichkeiten aus Partei und Staat der Eröffnungsfeier beiwohnte, unterstrich die Bedeutung der Neuordnung der Rechtspflege für den deutschen Osten, wo ihre praktische Anwendung sich in noch stärkerem Maße als im übrigen Reich nach den Notwendigkeiten des Volkstumskampfes und des Aufbaugedanken auszurichten habe.

Am 12. Mai sprach Reichsernährungsminister Backe im Großdeutschen Rundfunk über die deutsche Ernährungslage. Der Minister betonte vor allen Dingen, daß den Hauptbestandteil für die deutsche Ernährung die Erzeugung durch den deutschen Bauern im Reiche selbst bilde! Das Ausland irre, wenn es das Fehlen der Ukraine-Ernte für maßgebend halte. Klima- und Bodenverhältnisse unseres Raumes seien so vielgestaltig, daß schlechte Ernten bei allen Kulturarten und in allen Teilen des Reiches ausgeschlossen sind. Das hat auch das vergangene Jahr wieder einmal sehr deutlich gezeigt, in dem einer schlechten Kartoffel- und Gemüse-Ernte eine sehr gute Getreide-Ernte gegenüberstand, die einen Ausgleich der entstehenden Ausfälle erlaubte. Der Saatenstand des Wintergetreides, das ja unser Brotgetreide ist, der Ölfrüchte und der bisherige Witterungsverlauf dieses Jahres lassen uns durchaus beruhigt in die Zukunft

sehen. Auch der derzeitige Stand der deutschen Viehwirtschaft entspricht auf der ganzen Linie unseren Erwartungen. Der Rinderbestand ist annähernd friedensmäßig. Es ist sogar zu erwarten, daß der Frie-

denstand im Laufe dieses Jahres erreicht wird. Die Schweinebestände sind entsprechend unserer Parole und in der berechtigten Hoffnung auf eine bessere Futterlage nach dieser Ernte wieder im Wachsen begriffen. Damit ist der augenblickliche Stand der Fleisch-, Butter- und Fettversorgung für die weitere Zukunft als gesichert anzusehen. Vor allem ist auch die Versorgung unserer Boden mit natürlichem Dünger und damit die Erhaltung ihrer Produktionskraft gesichert. Gewiß kann es einmal auf dem einen oder anderen Ernährungsgebiete Spannungen geben — wie es eben in diesem Jahr bei Kartoffeln und Gemüse der Fall gewesen ist — aber insgesamt gesehen, können wir mit Recht der Zuversicht sein, daß wir es auf dem Ernährungsgebiet nach wie vor schaffen werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß Erzeuger und Verbraucher den Erfordernissen des fünften Kriegsjahres in jeder Richtung Rechnung tragen. Das deutsche Landvolk darf auf keinen Fall in seinem Erzeugungswillen nachlassen, und es muß weiterhin den hohen Stand der Ablieferungsmoral sich erhalten. Wir sind stolz darauf, daß Schleichhandels- und verbotene Tauschgeschäfte bisher zu den Seltenheiten gehören. Der Verbraucher seinerseits muß sich darüber klar sein, daß er heute mehr als je sparsam mit Nahrungsmitteln umgehen muß. Es geht insbesondere nicht an, daß Lebensmittel, die für den menschlichen Verzehr erzeugt und zugeteilt sind, an Kleintiere verfüttert werden. Das erlaubt weder unsere Versorgungs- noch unsere Transportlage. Erzeugen, abliefern und sparsam wirtschaften! — das muß im neuen Ernährungsjahr unser aller Parole sein. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß kleine und manchmal kleinste Mehrablieferungen bei Getreide, Ölfrüchten, Kartoffeln und namentlich Milch bei der hohen Zahl unserer deutschen Betriebe große Summen ergeben, kleine und kleinste Ersparnisse in Millionen von Haushaltungen ebenfalls größte Mengen von Nahrungsgütern ausmachen. Hier ist der Weg, von der Erzeuger- und Verbraucherseite her den Ausfall der Nahrungsmittel aus dem Osten aufzufangen und auszugleichen. An uns liegt es daher, die Versorgung der Gesamtheit zu gewährleisten.

Zur Vertiefung der Zusammenarbeit von Elternhaus, Schule und Hitlerjugend und zur Verwirklichung einer möglichst erfolgreichen Gesamterziehung werden auf Anordnung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugendbetreuung — in der alle berufenen Stellen von Partei, Staat und Wirtschaft mitwirken — nunmehr einheitlich in den Gauarbeitsgemeinschaften besondere Arbeitskreise errichtet

Die Aufgaben der Arbeitskreise sollen aus den innerhalb der Gebiete gemachten Erfahrungen, insbesondere aus etwa aufgetretenen Mängeln abgeleitet werden. Zur Behandlung werden u. a. folgende Themen gestellt: Zeitliche und sachliche Beanspruchung der Jugend durch Elternhaus, Schule und HJ, Leistungssteigerung in der Schule als gemeinsame Aufgabe von Elternhaus, Schule und HJ, Abstimmung von Erziehungsmaßnahmen der Schule und Disziplinarmaßnahmen der Hitler-Jugend, besondere Aufgaben der Erziehung in Gemeinschaftseinrichtungen. — Zu den Arbeitskreisen sollen je zwei Vertreter der drei Erziehungsträger, also zwei Eltern, zwei Lehrer, ein Bannführer und eine Bannmädelführerin hinzugezogen werden sowie je ein Vertreter der Gauleitung, der Schulverwaltung des Gaustudentenführers, des Gauärztesführers, der NSV, der NS-Frauensschaft, des Rassepolitischen Amtes, des Gaubeauftragten für Deutsche Heimschulen und des Reichsbundes „Deutsche Familie“.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugendbetreuung hat die Aufgabe übernommen, ohne die Zuständigkeit der einzelnen ausführenden Stelle anzutasten, solche Fragen der Jugendbetreuung im Kriege zu klären, die eine besonders enge Zusammenarbeit aller am Erziehungswesen beteiligten Faktoren erfordern. Es hat sich aber gezeigt, daß für gewisse Fragen unserer Jugendbetreuung im Kriege eine reichseinheitliche Arbeitsrichtlinie erforderlich ist. Sie ist nun von der Reichsarbeitsgemeinschaft neben

146 dem erwähnten Thema „Elternhaus, Schule und HJ“ noch für zwei weitere wesentliche Aufgabenbereiche gegeben worden, nämlich für das Gebiet „Jugend am Arbeitsplatz“ und die innerhalb der Jugendbetreuung anfallenden „Sonderfragen der weiblichen Jugend“.

Die einzigartige Institution der „Reichsanstalt für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht“, die von Reichserziehungsminister Rust am 26. Juni 1934 ins Leben gerufen wurde, beging Ende Juni 1944 die Feier ihres zehnjährigen Bestehens. Das Unternehmen hat die Aufgabe, alle auf dem Gebiete des wissenschaftlichen und pädagogischen Films, des Lichtbildes und der Schallplatte liegenden Einsatzmöglichkeiten für den Schulunterricht zu entwickeln. In den vergangenen zehn Jahren ist hier ein erstaunliches Werk geschaffen worden. Insgesamt konnten 876 Filme herausgegeben und in mehr als 600 000 Kopien den Schulen zur Verfügung gestellt werden. Über 45 000 Schmalfilmprojektoren stehen für die Vorführung bereit. Weiter wurde eine erhebliche Zahl von Unterrichts-Lichtbildern für alle unterrichtlichen Aufgaben hergestellt und in bisher rund 4 Millionen Diapositiven für 40 000 Lichtbildgeräte den Schulen zugeleitet. Dabei sind die bedeutenden Leistungen unberücksichtigt, die Landes-, Kreis- und Stadtbildstellen selbst besonders auf dem Gebiet der heimatlichen Lichtbildarbeit vollbracht haben.

Bei Kriegsbeginn hat Reichserziehungsminister Rust diese ganze Film- und Bildorganisation auch der Wehrmacht für die Truppenbetreuung zur Verfügung gestellt, namentlich in den Lazaretten, aber auch im Rahmendes Berufsförderungswerkes des Oberkommandos der Wehrmacht. Zum unterschied gegen die besonders der unterhaltsamen Belehrung Erwachsener dienenden Kulturfilme einerseits und gegenüber den rein rationalistischen Lehrfilmen andererseits wurde von der Reichsanstalt der streng-lehrplanmäßige, aber künstlerisch gestaltete Unterrichtsfilm für alle Schulgattungen geschaffen und dazu noch der Wissenschaftsfilm für den Hochschulunterricht und die Forschung. — Zur Zeit bestehen 37 Landesbildstellen und 1260 Kreis- und Stadtbildstellen.

Die Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes gab im Juni einen zusammenfassenden Bericht über die Gesundheitsführung im Reichsarbeitsdienst und ihre Anpassung an die Kriegsverhältnisse bekannt. Sie hat im Kriege keine Einbußen erfahren! Der Bericht stellt fest, daß die laufenden Musterungen der künftigen Arbeitsmänner keine Anzeichen einer Unterernährung wie im ersten Weltkrieg ergeben haben. Die deutsche Jugend rückt in einem ausreichenden Ernährungszustand in die Lager ein und wird hier gerade in dieser Richtung zielbewußt weitergefördert. Beispielsweise sind für die Arbeitsmänner erhebliche Mehrzuteilungen an Lebensmitteln vorgesehen. Denn der Jugendliche muß: nicht nur seine Substanz erhalten, sondern darüber hinaus aufbauen können. Daß dieses Ziel erreicht wird, mag die Feststellung bezeugen, daß sich die vierteljährliche Gewichtszunahme der Männer im Reichsdurchschnitt trotz starker Belastung auf 3 Kilo beläuft.

Im Rahmen der Körperertüchtigung werde durch Leibesübungen ausgesprochene Breitenarbeit gepflegt und auf Spitzenleistungen verzichtet. Über das Spiel mit dem Ball, der Kugel, dem Balken usw. werde allmählich die körperliche Bestform erreicht, bis man dann zum Marschtraining und schließlich zur Baustellenarbeit übergehen könne, die für die Leistungsertüchtigung besonders wichtig sei. Gerade die Baustellenarbeit fördere die Entwicklung der Männer sehr. Parallel neben der Leistungsertüchtigung laufe die Abhärtung, die viele der jungen Männer noch nicht besäßen. Der Reichsarbeitsdienst kenne ferner schon seit langem die Röntgen-Reihenuntersuchung, die das rechtzeitige vorbeugende Eingreifen ermögliche. Im Interesse der Seuchenvorbeugung gebe es beim Reichsarbeitsdienst zusätzlich zu den bei der Wehrmacht üblichen Schutzimpfungen gegen Scharlach und Diphtherie. Die ständige ärztliche

147 Betreuung der Lager sei gesichert, und für Kranke ständen beste Kliniken zur Verfügung.

Zur Reichs-Tuberkulosehilfe, die im Mai 1943 zum erstenmal auf reichseinheitlicher Basis den Großkampf gegen die Volksseuche Tuberkulose aufgenommen hat, um ihn unabhängig von der materiellen Lage des Einzelpatienten nach den Gesichtspunkten der allgemeinen Volksgesundheit mit Energie zu führen, sind im Mai 1944 Durchführungsbestimmungen erlassen worden, die einen Ausbau bedeuten.

Danach gehört zu den Leistungen der Reichs-Tuberkulosehilfe auch die Gewährung der Heilbehandlung für sonstige Krankheiten, an denen der Empfänger der Tuberkulosehilfe leidet! — Im übrigen wird der jeweilige Gaufürsorgeverband verpflichtet, die notwendige ärztliche Behandlung außerhalb des Rahmens der öffentlichen Fürsorge zu gewähren. Die Kostenübernahme darf nicht durch Hinweise auf die Mindestsätze einer Gebührenordnung beschränkt werden, sondern richtet sich ausschließlich nach den im Einzelfall vorliegenden Bedürfnissen. Das gilt auch für Entscheidungen über die Art der stationären Heilbehandlung

Schließlich wird in dem neuen Durchführungserlaß festgestellt, daß nunmehr, da die einheitliche Ausrichtung und Lenkung der Tuberkulosebekämpfung nach den Weisungen des Reichsgesundheitsführers den Reichsstatthaltern und Oberpräsidenten übertragen ist, die Gaufürsorgeverbände als einheitliche Träger der Tuberkulosebekämpfung vor allem für die nicht versicherte Bevölkerung bestellt worden sind.

Im Hinblick darauf, daß gewisse Seuchen des Tierbestandes auch für die menschliche Ernährung von größter Bedeutung sein können, hat das deutsche Veterinärwesen diesen Krankheiten seine Aufmerksamkeit zu allen Zeiten entgegengebracht. Zu den ansteckendsten aller menschlichen und tierischen Seuchen gehört erfahrungsgemäß die Maul- und Klauenseuche.

Noch bis vor einigen Jahren pflegte sie in verheerenden Wellen über ganz Europa hinwegzurasen und die Rindviehbestände zu dezimieren. Den letzten derartigen großen Seuchenzug mußte Europa in den Jahren 1937 bis 1940 über sich ergehen lassen. Allein für die deutsche Landwirtschaft wurde ein Schaden von 1% Milliarden RM errechnet. Der Kampf gegen die Maul- und Klauenseuche wurde in Deutschland seit den Tagen von Robert Koch geführt. Die Namen so bekannter Forscher wie Löffler

und Uhlenhuth sind mit ihm verbunden. Der Durchbruch zur entscheidenden Bekämpfungsmethode aber gelang erst in den letzten Jahren Prof. Dr. Waldmann, dem Präsidenten einer Reichsforschungsanstalt zur Bekämpfung von Tier-Virusseuchen. Er entwickelte einen Schutzimpfstoff (Vakzine), der eine aktive Immunisierung der Rinder in großen Ausmaßen ermöglichte. Seinem Verdienst ist es zu danken, wenn auch die letzte große Seuchenwelle gebrochen werden konnte, und wenn heute nur noch vereinzelte Krankheitsherde vorhanden sind.

Der Führer hat Min.-Rat Prof. Dr. Walter Schultze, wie die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz meldete, auf Antrag seines Amtes als Reichsdozentenführer enthoben und ihm für die der Bewegung geleisteten Dienste seinen Dank ausgesprochen. Zur Konzentration der Kräfte hat der Führer auf Vorschlag des Leiters der Parteikanzlei Gauleiter Dr. Scheel bis auf weiteres kommissarisch mit der Leitung des NS-Dozentenbundes beauftragt.

Der Stabschef der SA, Wilhelm Schepmann, verlieh erstmalig am 21. Mai Männern der SA-Gruppe Alpenland das SA-Bergabzeichen. Hierbei führte der Stabschef aus, daß das SA-Bergabzeichen Symbol sei für die Härte gegen sich selbst und für den nie erlahmenden Willen, angestrebte Ziele zu erreichen. In unermüdlicher, fast über ein Jahr währender Ausbildungszeit hatten sich zahlreiche Männer auf die schwere Leistungsprüfung vorbereitet. Es galt, Strapazen höchsten Ausmaßes zu ertragen, Gefahren und

148 Hochgebirgsschwierigkeiten zu überwinden, Unbilden der Witterung auf sich zu nehmen und unter Erfüllung bergmäßiger Aufgaben anspruchsvolles Hochgebirge zu bezwingen.

In einer großen Rede auf der Gutenberg-Tagung am 25. Mai in Leipzig zeichnete Staatssekretär Dr. Naumann vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda die Fronten der geistigen Entscheidung auf, die der Terrorkrieg der Anglo-Amerikaner im Bunde mit dem Bolschewismus jetzt über Europa und die Welt heraufführt.

Die Angriffe auf Leipzig und andere deutsche Kulturzentren, die die Terrorflieger ausgeführt haben, seien Teile eines systematischen Zerstörungsfeldzugs, den die Feinde gegen die abendländische Gesittung durchführen. Bolschewisten und Anglo-Amerikaner seien sich einig, Deutschland, das Herz Europas, und damit den bedeutendsten Kulturträger dieses Kontinents zu vernichten. „Das gegenwärtige Ringen geht in der Tat um die entscheidenden Werte, die Europa in seiner mehrtausendjährigen Geschichte hervorgebracht hat, und um die Voraussetzungen, aus denen sie ihren Ursprung herleiten. Das ist es, was wir einen Weltanschauungskrieg nennen. Es ist kein Kampf um Grenzkorrekturen oder um Provinzen, sondern ein Ringen um die Wurzeln unseres Daseins, um unsere Substanz.“

Übergehend zu den Aufgaben, die das deutsche Buch hat, um die Kräfte der Seele, des Gemütes, des Charakters und der anständigen Gesinnung — vor allem im Kriege — zu pflegen, erklärte Staatssekretär Dr. Naumann, indem er dem Leipziger Buchschaffen Gruß und Anerkennung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda überbrachte: „Es sei Leipzig unvergessen, was es für die Entwicklung des Buches und damit des deutschen Ansehens in der Welt geleistet hat. Ich stehe deshalb auch nicht an, schon heute zu erklären, daß diese Stadt am Ende des Krieges wieder die Zentrale des Buches werden wird. Mehr noch als früher werden wir später die Konzentration des Könnens und Schaffens durchzuführen haben. Daß kurze Zeit nach dem Kriege Leipzigs Produktionsstätten wieder aufgebaut werden können, darf nicht bezweifelt werden. Ein Volk, das den Atlantikwall, den Westwall, die Aufrüstung u. a. aus dem Boden stampft, wird auch mit diesen Aufgaben fertig werden. Wir sind Schwert und Schild einer erhabenen Mission. Wir sind voll berechtigt, unseren Besitz im Namen Europas zu verteidigen. Hier ist eine Kulturnation am Werk, sie kennt die Verantwortung, die auf ihr liegt, und wird ihr gerecht werden. Der Führer zeigt uns den Weg, wir wollen ihm folgen!“

Am 1. Mai blickte das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung auf sein zehnjähriges Bestehen zurück. Seit der Gründung steht Reichsminister Rust diesem Ministerium vor. Während vor 1934 für Hochschul-, Schul- und Volksbildungsangelegenheiten keine reichsgesetzlichen Richtlinien und Anordnungen bestanden, erhielt das Reichserziehungsministerium erstmalig in der deutschen Geschichte Funktionen, die geeignet waren, die Hoheit des Reiches auch auf diesem Arbeitsgebiet zur Geltung zu bringen. Das Reichserziehungsministerium gewann Überblick und Einfluß auf alle Universitäten, die Technischen Hochschulen, die Berghochschulen, Handels- und Landwirtschaftshochschulen, die tierärztlichen Hochschulen und Akademien. Seit dem 1. April 1939 unterstehendem Reichserziehungsministerium auch die forstlichen Hochschulen und die der Kunst- und Musikausbildung dienenden akademischen Anstalten. Nach der Eingliederung der Alpen- und Donaugäue kamen die Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck unter seine Obhut. Durch die Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren gewann es die Leitung über die alte deutsche Hochschule in

Prag. Während des Krieges wurden schließlich die Reichsuniversitäten in Posen und Straßburg gegründet.

Die reine Forschung untersteht ebenfalls der Obhut des Reichserziehungsministeriums. Durch die Errichtung des Reichsforschungsrates, die Betreuung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat sich das Ministerium für die Förderung der Wissenschaft außerhalb der Hochschulen nachdrücklich eingesetzt. Durch die Schaffung einer auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin und durch die Errichtung des Deutschen auslandswissenschaftlichen Institutes wurden die wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland auf eine neue Grundlage gestellt und der Gelehrtenaustausch mit den befreundeten Nationen gefördert.

Von besonderer Bedeutung für den Schulaufbau im Reich war die Einführung der Hauptschule, durch die das mittlere Schulwesen vereinheitlicht wird. Das zersplitterte höhere Schulwesen erfuhr ferner eine reichseinheitliche Ausrichtung, und schließlich hat das Reichserziehungsministerium die Lehrerbildung neu geregelt, womit der Versuch gemacht wird, den Mangel an Erzieher- und Lehrernachwuchs für die Volks- und höheren Schulen zu beseitigen.

Der Führer hat für hervorragende Verdienste um die wehrmedizinische Forschung und die ärztliche Betreuung verwundeter und kranker Soldaten das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern verliehen an SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Prof. Dr. Gebhardt, Oberstarzt Prof. Dr. Gutzeit, Flottenarzt Prof. Dr. Bacmeister und Oberstarzt Prof. Dr. Tönnis.

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Professor Dr. Karl Gebhardt wurde am 23. November 1897 zu Haag (Oberbayern) geboren. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigte sich Dr. Gebhardt vornehmlich mit der Chirurgie der Knochen und Gelenke. Hervorragende Verdienste erwarb er sich ferner auf dem Gebiet der chirurgischen Wiederherstellungsbehandlung Schwerekriegsbeschädigter, insbesondere Gliedmaßenbeschädigter.

Oberstarzt Prof. Dr. Kurt Gutzeit wurde am 2. Juni 1893 in Berlin geboren. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten behandelte er vordringlich die Klinik und Röntgen-Darstellung des Magen-Darm-Kanals. Als beratender Internist beim Heeres-Sanitätsinspekteur steht er seit Kriegsbeginn in unermüdlichem Einsatz. Sein Verdienst ist es, daß die Behandlung innerer Krankheiten beim Heer an allen Fronten und in der Heimat einheitlich geleitet wird. Bahnbrechende Leistungen auf allen Gebieten der inneren Wehrmedizin sind u. a. seiner Anregung und seinem Einsatz zu verdanken, und er erwarb sich besondere Verdienste um die Behandlung der Kriegsseuchen.

Flottenarzt Prof. Dr. Adolf Bacmeister wurde am 15. Juli 1882 in Geestemünde geboren. Seinen wissenschaftlichen Ruf begründete er durch seine Arbeiten über die Gallensteine, die Lungenkrankheiten, insbesondere über die Tuberkulose. Hervorragende Heilerfolge wurden mit der von ihm empfohlenen konservativen Klimabehandlung der Tuberkulose erzielt. Durch die Erfolge seiner ärztlichen Kunst wurde sein Name weit über die Grenzen unseres Vaterlandes bekannt. Seit Beginn dieses Krieges steht Flottenarzt Prof. Dr. Bacmeister wieder als beratender Sanitätsoffizier für Tuberkulose-Fragen beim Sanitätschef der Kriegsmarine als einer der tatkräftigsten Streiter im Kampfe gegen diese Volksseuche in der Wehrmacht.

Oberstarzt Prof. Dr. Wilhelm Tönnis wurde am 16. Juni 1898 zu Kley (Kreis Dortmund) geboren. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigte er sich in den letzten Jahren vor dem Kriege fast ausschließlich mit der Erkennung und Behandlung der Geschwülste des Gehirns. Seit Beginn des Krieges gilt sein ganzer Einsatz der Sorge um das Schicksal der Hirn- und Rückenmarksverletzten. Als beratender Neurochirurg beim Chef des Sanitätswesens der Luftwaffe gewann er daher richtunggebenden Einfluß auf die Behandlung der Hirnverletzten von der Erstversorgung bis zum Einsatz der nachgehenden Fürsorge.

Am 30. Juni 1944 vollendete Generaloberst Halder das 60. Lebensjahr. Die deutsche Presse würdigte die soldatische Leistung, die Generaloberst Halder während seines langen soldatischen Lebens vollbracht hat. Am 1. September 1938 zum Generalstabschef des Heeres berufen, hat er mitgewirkt, das deutsche Heer zu der machtvollen Waffe zu schmieden, als die es sich im großdeutschen

Freiheitskampf auf allen europäischen Kriegsschauplätzen erwiesen hat. Nach Abschluß des Polenfeldzuges wurde der damalige General der Artillerie Halder mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet und nach siegreicher Beendigung des Feldzuges im Westen am 19. Juni 1940 zum Generaloberst befördert.

Am 6. Mai 1944 vollendete Prof. Dr. Hans Pfitzner sein 75. Lebensjahr. Der Führer hat dem großen deutschen Komponisten zu diesem Tageein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm übersandt; auch Reichsminister Dr. Goebbels sprach dem Jubilar seine und des deutschen Volkes Glückwünsche aus. Die deutsche Presse aber würdigte das umfangreiche und bedeutende Werk Hans Pfitzners und feierte seine Kunst als Ausdruck wahrhaften deutschen Geistes auch zu einer Zeit, in der Ungeist sich vieler deutscher Kunstgebiete bemächtigt hatte.

Einer der verdientesten deutschen Heerführer, Generaloberst Dollmann, Oberbefehlshaber einer Armee an der Invasionsfront, ist am 27. Juni 1944 plötzlich verstorben. Aus diesem Anlaß erließ der Führer einen Tagesbefehl, in dem die Verdienste dieses hervorragenden Soldatengewürdigt wurden. In diesem Tagesbefehl heißt es u. a.: „Im Ringen um unser Großdeutsches Reich hat sich Generaloberst Dollmann auf allen Schlachtfeldern Frankreichs durch seine hervorragende persönliche Führung und durch seinen unermüdlichen Einsatz besonders ausgezeichnet. Das von unseren Feinden als aussichtslos angesehene Wagnis, im Angriff über den Rhein die für unüberwindlich gehaltene Maginot-Linie zu durchstoßen, hat Generaloberst Dollmann im festen Glauben an den Opfermut, an die Tapferkeit und an das Können seiner Armee erfolgreich durchgeführt. Seine Unerschrockenheit und sein hohes Verantwortungsbewußtsein haben dann seine Soldaten von Sieg zu Sieg geführt. Durch die hervorragende Führung einer Armee an der Atlantikküste hat er mit die Voraussetzung für die Abwehr der Invasion geschaffen und im Abwehrkampf selbst die weitgesteckten Pläne des Feindes vereiteln helfen und damit das erste Ziel der Landung des Gegners zunichte gemacht.“



- 151 In den Monaten März und April zeigten Kriegführung und Außenpolitik Deutschlands und seiner Verbündeten ebenso wie bei den Feindmächten das Bild einer Aktivität, die deutlich als Vorbereitung für die politischen und militärischen Zielsetzungen des diesjährigen Sommer-Feldzuges gelten mußten. Während die militärischen Vorbereitungen sich auf beiden Seiten natürlich unter möglichster Tarnung vollzogen, die Rüstungsindustrie überall auf höchsten Touren lief und Truppenkonzentrationen und Verschiebungen, Stellungs- und Festungsbau, Material- und Munitionsbereitstellungen usw. sich überall vollzogen, ohne daß davon mehr geredet wurde, als für bestimmte Zwecke, z. B. den der Täuschung des Gegners, nötig schien, wurde von den diplomatischen Vorbereitungen des Sommerkrieges laufend vieles bekannt. Der politische Krieg überschattete den militärischen.

Zwar wurde an verschiedenen Fronten auch mit den Waffen erbittert gekämpft — in Italien um Cassino, auf dem Balkan gegen die Banden Titos, an der Ostfront an einzelnen Frontabschnitten —, und die Terror-Luftoffensive der Anglo-Amerikaner gegen Europa wurde unentwegt fortgesetzt, ja gesteigert, freilich mit Verlustziffern für die Angreifer, die alles Bisherige übertrafen und auf Tausende von Flugzeugen mit Zehntausenden an fliegendem Personal anstiegen.

Diese feindliche Luft-Offensive wurde von führenden Persönlichkeiten unserer Kriegsgegner und von deren Propaganda immer wieder als kriegsentscheidend und als Beginn der Invasion des europäischen Kontinents bezeichnet. So sagte der USA-Luftwaffenchef, General Arnold, am 30. März, daß die massiven Bombenangriffe gegen Europa nicht nur das Vorspiel zur Invasion, sondern bereits die Invasion seien. Mitte März erklärte nach einer Meldung aus London „eine berufene amerikanische Stelle“, unter günstigen Wetterbedingungen werde der Luftkrieg gegen Deutschland in dreißig bis sechzig Tagen entschieden sein. Die USA-Luftwaffe sei bereit, die höchsten Verluste einzustecken, um die deutsche Luftwaffe aus dem Felde zu schlagen. Demgegenüber mußte USA-Kriegsminister Stimson am 27. April, als von diesen höchstens sechzig Tagen, binnen deren die deutsche Luftwaffe vernichtet sein sollte, bereits zwei Drittelverflossen waren, feststellen, die Deutschen besäßen noch

genügend Flugzeuge auf ihren Flugplätzen, um jeden Angriff der alliierten Bomber in eine Schlacht zu verwandeln. Die von Monat zu Monat steil ansteigende Kurve der Verluste und das Ausbleiben der durch Terrorangriffe auf deutsche Städte erhofften Demoralisierung des deutschen Volkes mußten unsere Kriegsgegner belehren, daß ihre Hoffnungen auf die militärischen und politischen Wirkungen ihres Luftkrieges gegen Europa sich nicht verwirklichten.

Parallel mit der Luftoffensive gegen Europa wurde eine politisch-diplomatische und Propaganda-Offensive geführt. Sie richtete sich gegen die von Deutschland und seinen Verbündeten besetzten Gebiete, gegen Deutschlands Verbündete in Europa und besonders gegen die neutralen Staaten Irland, Spanien, Portugal, die Türkei und Schweden. Diese diplomatisch-politisch-propagandistische Offensive war außerordentlich verschiedenartig nach Form und Mitteln, hatte jedoch den gemeinsamen und einheitlichen

152 Nenner in der Behauptung der Feindpropaganda: Die Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten ist sicher, sie ist nur noch eine Frage der Zeit, unser Sieg ist nicht mehr zweifelhaft, nur der Zeitpunkt seiner Vollendung steht noch nicht fest.

Die Schlußfolgerung der Feindpropaganda aus dieser Prämisse für die Neutralen lautete: Da Deutschland und seine Verbündeten den Krieg grundsätzlich schon verloren haben, müßt ihr jeden Wirtschaftsverkehr mit Deutschland, besonders die Lieferungen kriegswichtiger Rohstoffe sofort einstellen. Denn diese Lieferungen verlängern den Krieg, weil sie den sicheren Sieg der Alliierten verzögern. Die Alliierten können diese Lieferungen deshalb nicht weiterdulden, weil sie den Tod vieler ihrer Soldaten zur Folge haben. Auch die Neutralen selbst haben ein Interesse daran, ihre Lieferungen an Deutschland einzustellen, weil dann der Krieg schneller zu Ende geht und der Friede mit seinen Segnungen auch für die Neutralen wiederkehrt.

Für die Einwohner der besetzten Gebiete wurde der gleiche Gedanke, wie folgt, variiert: Der Sieg und damit eure Befreiung ist sicher. Je stärker ihr den Angriff auf Europa unterstützt, je größere Schwierigkeiten ihr durch Arbeitsverweigerung, Sabotageakte oder Kampf mit der Waffe den Deutschen und ihren Verbündeten macht, um so mehr tragt ihr zu eurer Befreiung, zur Beschleunigung des Sieges der Alliierten und zur Wiederkehr des Friedens bei. Je mehr ihr leistet für die gemeinsame Sache, um so schneller und in um so höherem Maße kommt ihr in den Genuß der Früchte des Sieges.

Für Deutschlands Bundesgenossen hießen die Propagandathesen: Deutschland ist verloren, rettet euch, solange es noch Zeit ist. Bleibt nicht 'bis zuletzt an der Seite des Besiegten, sondern trennt euch rechtzeitig von ihm, dann bekommt ihr sehr viel günstigere Friedensbedingungen, als wenn ihr bis zum Zusammenbruch Deutschlands an dessen Seite kämpft; denn dann erwartet euch das gleiche schwere Schicksal, das wir Deutschland zugebracht haben.

Unter Deutschlands Bundesgenossen konzentrierte sich diese politisch-propagandistische Offensive in den Monaten März und April am stärksten auf Finnland und auf Ungarn; auf Finnland durch eine konzentrische Aktion der Diplomatie und Propaganda Moskaus, Londons und Washingtons, die besonders aus Schweden unterstützt wurde; auf Ungarn durch Propagandaeinwirkung von außen und besonders durch verstärkte Wühlarbeit mit Hilfe der antideutschen und antinationalen Kräfte in Ungarnselbst, besonders der Juden.

Über den Verlauf der diplomatisch-politischen Feindoffensive gegen Finnland, um dieses aus der europäischen Abwehrfront gegen den Bolschewismus herauszubrechen, sind wir durch Verlautbarungen aus Moskau und Helsinki ziemlich genau unterrichtet. Nach einer am 1. März in Moskau erfolgten amtlichen Erklärung hat am 16. Februar in Stockholm eine nichtamtliche Begegnung zwischen dem finnischen Politiker Paasikivi und der Sowjetgesandtin Frau Kollontay stattgefunden. Bei einer zweiten Begegnung seien von Frau Kollontay folgende Friedensbedingungen mitgeteilt worden:

1. Ein Waffenstillstand mit Deutschland und Internierung der deutschen Truppen. Die Sowjetregierung sei bereit, bei dieser Aufgabe Hilfe zu leisten.
2. Wiederherstellung des finnischen Vertrages vom Jahre 1940.
3. Sofortige Freilassung der sowjetischen und alliierten Kriegsgefangenen und internierten Zivilpersonen.
4. Die Frage der Demobilmachung soll so lange, wie die Verhandlungen in Moskau schweben, zurückgestellt werden.
5. Die Frage der Reparationen soll den Verhandlungen in Moskau überlassen werden.
6. Paasikivi sei erklärt worden, daß, wenn die finnische Regierung bereit wäre, diese Bedingungen anzunehmen, die Sowjetregierung bereit wäre, eine finnische Delegation zu empfangen.

153 Auslandsberichte über eine Sowjetforderung nach bedingungsloser Kapitulation und Besetzung Helsinkis seien unwahr.

Die Veröffentlichung dieser Bedingungen erfolgte in Moskau natürlich aus Propagandagründen, sie war selbst ein Teil der diplomatischen Offensive Moskaus. Daher waren diese Bedingungen so formuliert, daß sie auf den ersten Blick gemäßigt erscheinen konnten. So hieß es denn auch in Presse und Rundfunk bei den Feindmächten und besonders in Schweden, während freilich z. B. die Schweizer Presse schnell den Pferdefuß erkannte. So schrieb die „Neue Züricher Zeitung“, von einer „klugen Mäßigung“ der sowjetischen Bedingungen für Finnland könne man nicht sprechen, bei genauer Betrachtung bleibe nicht viel übrig von dem äußeren Schein, wonach der Verzicht auf die bedingungslose Kapitulation die finnische Regierung vor eine günstigere Situation als die Regierung Badoglio gestellt habe. Für die englische Stimmungsmache ist folgende am 6. März aus Stockholm gebrachte Reuter-Meldung bezeichnend:

In schwedischen politischen Kreisen ist man am Sonntag bezüglich der Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Finnland optimistisch. Die neuen Faktoren, die die Situation vielversprechender erscheinen lassen, sind erstens die Klärung der Tatsache, daß Großbritannien und die USA nicht nur von den Bedingungen unterrichtet wurden, sondern daß gewisse britische Abänderungsvorschläge berücksichtigt worden sind. Dies hat in Helsinki beträchtlichen Eindruck hervorgerufen und ist einer englisch-amerikanischen Garantie gleichwertig. Zweitens: Der offiziöse Druck Schwedens, das seiner Haltung in Pressekommentaren und in von Tanner und anderen finnischen Sozialdemokraten durch den schwedischen Journalisten Lindstroem gemachten Darlegungen klaren Ausdruck verlieh. Drittens: Der von den USA ausgeübte Druck. Einer Nachricht von „Tidningen“ zufolge hat die amerikanische Regierung einen Appell an Finnland gerichtet, in dem Finnland dringend darum gebeten wird, mit Rußland zu einer Einigung zu kommen. Man ist der Ansicht, daß augenblicklich in Helsinki die Frage erörtert wird, ob Finnland versuchen wird, neue Verhandlungen in Stockholm einzuleiten oder eine Delegation nach Moskau zu schicken, in der Hoffnung, in verschiedenen Fragen einen Kompromiß zu erreichen.

Der Druck auf Finnland wurde geradezu täglich verstärkt. Am 16. März wurde aus London durch den Rundfunk folgende „letzte Warnung“ an Finnland gerichtet:

„Die finnische Nation steht vor der wichtigsten Entscheidung ihrer Geschichte. In den nächsten Tagen, es kann selbst in den nächsten paar Stunden sein, muß sich das finnische Volk entscheiden, entweder die Waffenstillstandsbedingungen, die von Rußland gestellt werden, und damit seine Souveränität und Unabhängigkeit anzunehmen, oder die Bedingungen abzulehnen und sich damit den Schrecken des totalen Krieges und der Zwangsbesetzung eines durch den Zusammenbruch des Nazi-Deutschland an den Ruin gebrachten Finnlands auszusetzen. Die Weltmeinung hat keinen Zweifel darüber, welchen Weg Ihr einzuschlagen habt. Der größte Teil der Völker, namentlich Amerika und Schweden, betrachten die Waffenstillstandsbedingungen als annehmbar und den Umständen nach sogar als gemäßigt. Sie betrachten sie im Lichte der Tatsachen, welche die finnische Zensur Euch vorenthält. Ihr seht Euren Krieg als Verteidigungskrieg an. Die Welt betrachtet Euch als Angreifer. Keiner finnischen Zeitung war es auch nur gestattet, die ganze Geschichte der dem deutschen Angriff auf Rußland vorangehenden Monate zu berichten. Ohne dem finnischen Reichstag oder der finnischen Presse ein Wort zu sagen, erlaubte die finnische Regierung, Monate vor dem deutschen Angriff deutschen Streitkräften in großer Zahl in Finnland einzudringen und sich auf die Aggression vorzubereiten. Die finnische Regierung muß volle Kenntnis von der zukünftigen Aggression gehabt haben, darum weist die Weltmeinung den Anspruch auf einen Defensivkrieg zurück. Obwohl vielen Finnen die Stärke der finnischen Armee und Wirtschaft

154 unvermindert erscheint, mußte die finnische Regierung die wahre Lage erkennen. Darum ergriff sie die Initiative und ersuchte die sowjetrussische Regierung um einen Waffenstillstand. Die Russen boten die Bedingungen an, welche die allgemeine Billigung der Briten besitzen und von denen die amerikanische Regierung unterrichtet war. Eine endliche Niederlage Deutschlands liegt auf der Hand. Wenn britische und amerikanische Kräfte auf dem Kontinent landen, werden sie einem Kampf ein Ende machen, der nur in der tiefsten Niederlage Deutschlands enden kann. Dieser Kampf wird blutig und unbarmherzig sein und verlangt große Opfer an Menschen, wie er sie bisher von Sowjetrußland gefordert hat. Wenn Finnland sich bei dem Eindringen auf der Seite der Besiegten befindet, dürfte es sich einem nationalen Selbstmord größten Ausmaßes gegenübersehen. Dies ist also unsere letzte Warnung. Die Bedingungen zurückweisen heißt dem nationalen Zusammenbruch entgegenzugehen, die Bedingungen annehmen bedeutet: Weiterleben Finnlands als unabhängiger und souveräner Staat.“

Ebenfalls am 16. März gab das USA-Außenministerium folgenden Kommentar zu letzten Meldungen aus Finnland: „Wir haben klipp und klar unserer Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Finnland aus dem Krieg und seiner Verbindung mit Deutschland herauskommen wird. Die Nachricht, daß das finnische Parlament die russischen Friedensbedingungen abgewiesen hat, wird, wenn sie auf Wahrheit beruht, aufs neue enttäuschen.“

Sogar Roosevelt selbst bemühte sich, um den Druck auf Finnland zu verstärken. Am 16. März meldete Reuter aus Washington: Roosevelt mahnte Finnland erneut, aus dem Kriege auszusteigen. „Für mich war es von jeher peinlich, Finnland als Partner Deutschlands Seite an Seite mit den verschworenen Feinden der Zivilisation kämpfen zu sehen. Das finnische Volk hat nun eine Gelegenheit, sich dieser verhaßten Partnerschaft zu entziehen. Je länger es an Deutschlands Seite verharrt, um so mehr Leid und Sorgen wird es zu tragen haben. Ich glaube hier im Namen aller Amerikaner sagen zu können, daß wir aufrichtig hoffen, daß Finnland jetzt die Gelegenheit benutzen wird, sich von Deutschland zutrennen.“

Roosevelts Erklärung wird in Washington als eine direkte Antwort auf nichtamtliche Berichte aus Stockholm angesehen, wonach das finnische Parlament in Geheimsitzung die russischen Bedingungen abgelehnt habe.

Auch die schwedische Regierung und der schwedische König selbst wurden von der Diplomatie der Feindmächte bewogen, in der Sache Stellung zu nehmen, wie sich aus der folgenden Mitteilung des staatlichen finnischen Informationsamtes vom 18. März ergibt: „Die Presse verschiedener Länder hat die Nachricht enthalten, daß der schwedische König Gustaf V. sich in der finnischen Friedensangelegenheit an die finnische politische Führung gewandt hätte. Das finnische Außenministerium gibt deshalb folgendes bekannt: Montag, 6. März, erhielt der finnische Außenminister vom finnischen Gesandten in Stockholm, Minister Gripenberg, einpersönliches geheimes Telegramm, in dem er das von ihm an dem selben Tag mit dem schwedischen Außenminister geführte Gespräch referierte. In diesem Gespräch hatte Minister Guenther auch die Ansicht König Gustafs mitgeteilt, es sei wünschenswert, daß die einmal begonnene Fühlung nicht abgerissen werde. Er habe gebeten, daß diese Auffassung König Gustafs dem Staatspräsidenten, dem Marschall von Finnland und der Regierung bekanntgegeben werde. Im Telegramm hieß es ferner, daß diese Mitteilung nur diesen Personen bekanntgegeben und als streng vertraulich behandelt werden sollte.“

An demselben Tage wurde das im Telegramm enthaltene Referat der Äußerung König Gustafs an den Staatspräsidenten und den Marschall von Finnland weiterbefördert und vor dem Ministerrat vorgelesen. Minister Ramsay hielt es jedoch für angebracht, Mittwoch, den 8. März, den Inhalt des Telegramms im Außenpolitischen Ausschuß des Reichstages bekanntzugeben und ihm mitzuteilen, daß es die Auffassung maßgebender schwedischer Kreise widerspiegeln würde. Auch in der Rede, die der Ministerpräsident am 15. März

155 in der hinter verschlossenen Türen stattgefundenen Plenarsitzung des finnischen Reichstages hielt, wurde die Mitteilung als eine schwedische Äußerung referiert.

Die Mitteilung ist somit nicht nur genau dem Staatspräsidenten, dem Marschall und der Regierung, sondern in bezug auf den tatsächlichen Inhalt auch den betreffenden politischen Instanzen bekanntgegeben worden. Sie enthält aber gar keine Angaben über Änderungen der von der sowjetischen Regierung aufgestellten Bedingungen. Die letzte Antwort der sowjetischen Regierung, die der Behandlung der Angelegenheit in der Regierung und im Reichstag zugrunde gelegen hat, wurde am 10. März abgegeben.

Niemand wird annehmen, daß die deutsche Diplomatie in der finnischen Frage untätig geblieben ist, wenn auch die deutsche Presse sich eine starke Zurückhaltung auferlegte. Natürlich bemühten sich Politik und Propaganda der Feindmächte, durch Falschmeldungen und mit anderen Mitteln Deutschlands politischer Aktion entgegenzuwirken. Dies rief schließlich eine Stellungnahme von höchster deutscher Seite hervor. Am 19. März meldete DNB aus Stockholm:

Auf Grund einiger im Ausland verbreiteter Meldungen über einen angeblichen Schritt des Führers beim schwedischen König in Zusammenhang mit der finnischen Frage bat der Berliner Korrespondent von „Stockholms Tidningen“ um eine Stellungnahme des Führers zu diesen Veröffentlichungen. Der Führer stellte dem schwedischen Korrespondenten auf seine Fragen folgende Antworten zur Verfügung:

Frage: „In ausländischen Pressemeldungen wurde behauptet, der Führer habe bei König Gustaf von Schweden einen Annäherungsschritt wegen der Vermittlungen des schwedischen Königs bei Finnland unternommen. Entsprechen diese Meldungen den Tatsachen?“

Antwort: „Die Meldungen sind falsch. Ich wüßte auch nicht, weshalb ich einen solchen Schritt getan haben sollte. Es ist mir nicht bekannt, ob überhaupt König Gustaf von Schweden in diesem Sinne auf Finnland ein-gewirkt hat, vor allem auch nicht, wann dieser Schritt geschehen sein soll. Wenn dies aber zutreffen sollte, handelt es sich hier selbstverständlich um eine rein schwedische Angelegenheit.“

Frage: „Darf ich in diesem Zusammenhang fragen, wie Sie überhaupt die Lage auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen beurteilen?“

Antwort: „Ich beurteile die von den Sowjets bekanntgegebenen Waffenstillstandsbedingungen genau so, wie sie gemeint sind. Ihr Ziel ist selbstverständlich, Finnland in eine Situation zu bringen, in der ein weiterer Widerstand unmöglich wäre, um dann das am finnischen Volk zu vollziehen, was Molotow schon seinerzeit in Berlin gefordert hat. Mit welchen Phrasen und unter welchen Vorwänden diese sowjetischen Bedingungen auch immer bekanntgegeben werden, ist praktisch völlig gleichgültig. Es handelt sich hier nur darum, dem Opfer eine Schlinge um den Hals zulegen, um sie dann zu gegebener Zeit zuziehen zu können. Daß Sowjetrußland sich zu diesem Schritt gezwungen sieht, ist nur der Beweis dafür, wie skeptisch es seine militärischen Möglichkeiten selbst beurteilt. An der endgültigen Absicht des Bolschewismus kann niemand zweifeln, die heißt: Ausrottung der nichtrussisch-bolschewistischen Völker in Europa und in diesem Fall vor allem Ausrottung der Finnen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat man, wie unsere Gegner offen zugeben, den Nervenkrieg gegen Finnland entfesselt.“

Frage: „Es ist des öfteren die Frage einer Garantie für Finnland von seiten Englands und der USA aufgeworfen worden. Was halten Sie von derartigen Garantien für Finnland?“

Antwort: „Die Fragen von Garantien für Finnland von seiten Englands und der USA konnten nur den Zweck verfolgen, den Finnen die Unterwerfung schmackhafter zu machen. In der Praxis ist jede Garantie der Engländer oder der Amerikaner eine Utopie. Weder England noch die USA würden in der Lage sein,

156 einem siegreichen Sowjetrußland auch nur die geringsten Vorschriften über die endgültige Zielsetzung zu machen, selbst wenn sie dies wollten. In Wirklichkeit aber haben sowohl England wie Amerika nicht den geringsten ehrlichen Willen, einen solchen Einfluß auszuüben. In beiden Ländern regieren die gleichen Kräfte, wenn auch unter bürgerlicher Maske getarnt, die in Sowjetrußland völlig offen die Gewalt ausüben. Was amerikanische Garantien anbetrifft, so hat Deutschland schon nach Beendigung des Weltkrieges seine Erfahrungen damit gemacht. Die feierlich zugesicherten 14 Punkte Wilsons waren, nachdem Deutschland die Waffen niedergelegt hatte, vergessen. Die praktische Wirklichkeit führte in jedem einzelnen Fall zum Gegenteil dessen, was man damals dem deutschen Volke feierlichst zugesichert hatte. Was britische Garantien für einen Wert besitzen, ist durch den Fall Polen in eklatanter Weise erwiesen. Im übrigen stehen England und Amerika selbst vor schweren inneren Krisen, und die Frage ist nicht, ob sie in der Lage sind, dem Bolschewismus Vorschriften zu machen, sondern wie lange es ihnen gelingen wird, die bolschewistische Revolution in ihren eigenen Ländern zu verhindern. Wie bisher noch immer im Völkerleben ist der einzige Garant für den Bestand einer Nation die eigene Kraft.“

Die militärischen und politischen Hintergründe der gegen Finnland gerichteten Aktion wurden damit durch den Führer eindeutig klargelegt. Finnlands Regierung und Volksvertretung gelangten zu den gleichen Schlußfolgerungen. Das bolschewistische Täuschungsmanöver war von vornherein durch die Erfahrungen diskreditiert, die das finnische Volk mit dem ersten Frieden angeblicher sowjetischer Mäßigung, dem nach dem ersten Krieg mit der Sowjetunion vom März 1940, gemacht hat. Am 21. März meldete DNB aus Helsinki: „Das staatliche Informationsamt gab heute früh eine amtliche Verlautbarung aus, in der die sowjetischen Waffenstillstandsbedingungen als unannehmbar bezeichnet werden. Die finnische Regierung habe, so heißt es in der amtlichen Verlautbarung, am 29. Februar dem Reichstag die Waffenstillstandsbedingungen mitteilen können, die Staatsrat Paasikivi von dem Sowjetgesandten in Stockholmerhalten hatte und die bereits früher veröffentlicht worden seien. Nachdem die Annahme dieser Bedingungen in der vorgelegten Form nicht in Frage gekommen sei, habe die finnische Regierung dennoch nicht die Möglichkeit weiterer Verhandlungen ablehnen wollen. Deshalb habe sie dem Reichstag vorgeschlagen, die Fühlungnahme fortzusetzen. Die Mehrheit des Reichstages habe die Auffassung der Regierung gebilligt. Der sowjetischen Regierung sei mitgeteilt worden, daß die Waffenstillstandsbedingungen genau geprüft worden seien und vorgeschlagen worden, daß der finnischen Regierung die Möglichkeit gegeben würde, ihre eigene Meinung über alle mit den Bedingungen verbundenen Fragen zu äußern. Die Sowjetregierung habe jedoch die Antwort der finnischen Regierung als völlig unbefriedigend bezeichnet. In ihrer Antwort habe sie mitgeteilt, daß die über-

reichten Waffenstillstandsbedingungen als minimale und elementare Bedingungen anzusehen seien und daß erst nach der Annahme derselben es möglich sei, über die Einstellung der Feindseligkeiten zu verhandeln. Weiter forderte sie eine positive Antwort innerhalb einer bestimmten Frist. Darauf habe Ministerpräsident Linkomies in der geheimen Sitzung von 14. März, in der er den finnischen Vorschlag sowie die aus Moskau eingelaufene Antwort bekanntgab, festgestellt, daß es unter diesen Umständen keine andere Möglichkeit gebe, als eine ablehnende Antwort auf die Forderung der Sowjetunion zu erteilen.

In der Antwort an die Sowjetunion habe die finnische Regierung erneut betont, wie notwendig es für den finnischen Reichstag gewesen wäre, über die formale Auslegung der verschiedenen Punkte als auch über den tatsächlichen Inhalt der Bedingungen genauer informiert zu werden. Trotz ihres Bestrebens, die friedlichen Beziehungen wiederherzustellen, habe die Regierung es jedoch nicht für möglich gehalten, die die Existenz der Nation tief beeinflussenden Bedingungen Sicherheit über ihren Inhalt und über ihre Auslegung zu haben.“

157 Hierzu stellte der Sprecher des Auswärtigen Amtes" am 21. März fest: „Der Versuch Moskaus, Finnland mit einer Reihe von unpräzisen Bedingungen aus dem Kriege herauszuschlagen, kann heute als gescheitert angesehen werden.“

Aber die Weigerung Finnlands wurde von den Feindmächten als für sie so unerfreulich und nachteilig empfunden, daß sie sich mit ihr nicht zufrieden gaben. Sofort wurden deshalb Tendenzmeldungen des Inhalts lanciert, Finnland habe noch nicht das letzte Wort gesprochen, die finnische Regierung habe den finnischen Reichstag getäuscht und der finnischen Presse nicht die nötige Freiheit gelassen, um dem finnischen Volke die Mäßigung und die Großmut der Moskauer Bedingungen klarzumachen. In diese Diskussion griff die Sowjetregierung am 23. April mit einer längeren Erklärung des stellvertretenden Außenkommissars Wischinsky ein, die folgendermaßen lautete:

„Die finnische Antwort vom 8. März wurde als unbefriedigend betrachtet. Die Sowjetbedingungen, die Paasikivi überreicht wurden, waren eine Mindestforderung. Eine finnische Delegation kam nach Moskau und konferierte am 27. März mit Molotow. Ihr wurden folgende Bedingungen gestellt:

1. Bruch mit Deutschland und Internierung der deutschen Truppen und Kriegsschiffe oder ihre Vertreibung vor Ende April.
2. Wiederherstellung des finnisch-sowjetischen Vertrages vom Jahre 1940 und Rückzug der finnischen Truppen auf die Grenzlinie von 1940.
3. Sofortige Heimbeförderung der russischen und alliierten Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Diese Heimbeförderung sollte gegenseitig sein.
4. 50 v. H. Demobilmachung der finnischen Armee.
5. Eine Reparationszahlung von 600 Millionen Dollar im Verlaufe von fünf Jahren.
6. Abtretung von Petsamo an Rußland.
7. Wenn diese 6 Bedingungen angenommen werden, will die Sowjetregierung auf ihre Forderung nach Abtretung von Hangoe ohne Entschädigung verzichten.

Am 19. April hat die finnische Regierung über Schweden mitgeteilt, daß sie, trotz ihrem Wunsche, einen Frieden mit Rußland herbeizuführen, diese Bedingungen nicht annehmen könne.

Die Sowjetregierung erklärte in ihrer Antwort: „Heute hat Finnland keine Unabhängigkeit, und jetzt gilt es, diese Unabhängigkeit wiederherzustellen, indem die Deutschen vertrieben werden. Die finnische Regierung ist nicht Herr im eigenen Hause.“

Wischinsky wollte es also hinstellen, als ob die finnische Regierung nicht aus eigener Initiative die sowjetischen Bedingungen abgelehnt hätte, sondern unter deutschem Druck. Die Enttäuschung darüber, daß sich das finnische Volk nicht die Schlinge um den Hals legen ließ, mit der Stalin es ebenso zu erdrosseln gedachte, wie ihm dies früher mit den baltischen Staaten gelang, war sehr groß. Am 24. April meldete Reuter aus Moskau: Überall in der Sowjetunion herrscht große Enttäuschung über das Fehlschlagen der sowjetisch-finnischen Verhandlungen. Die Nachricht darüber wurde in allen Blättern in großer Aufmachung kommentarlos, gebracht. Diese Absage der zweiten sowjetischen Friedensvorschläge läßt in der Sowjetregierung die Folgerung aufkommen, daß Finnland einfach nicht in der Lage ist, über für Rußland annehmbare Friedensbedingungen zu verhandeln. Es herrscht nach diesem zweiten Fehlschlag recht wenig Hoffnung auf eine Möglichkeit, die Mißhelligkeiten zu überbrücken. Gutunterrichtete diplomatische hiesige Kreise neigen allerdings trotzdem zu der Ansicht, daß die Möglichkeiten zu einem dritten erfolgreichen Verhandlungsversuch noch beständen.

Der letzte Satz dieser Meldung zeigte, daß man bei den Feindmächten das Spiel immer noch nicht

158 verloren gab und bereit war, es von neuem zu beginnen, ein eindeutiger Beweis dafür, welcher außerordentlichen Wert man ihm beimaß. Finnland sollte der Probestfall werden, dem dann schnell andere folgen sollten. Die Sowjets wählten zu ihrer diplomatischen Offensive gegen Finnland die Winter- und Frühjahrsmonate, während deren militärische Aktionen großen Stils gegen das im winterlichen Kampf besonders harte und überlegene finnische Volk sowieso nicht in Frage kamen. Auch die Enttäuschung und der Zorn in London und Washington waren groß und fanden in Presse und Rundfunk unverstellten Ausdruck. Die Bestrebungen, dennoch über finnische Linkspolitiker eine Verbindung offen zu halten und bei nächster Gelegenheit Finnland erneut unter stärksten Druck zu setzen, blieben deutlich erkennbar und wurden offen zugegeben.

Eine ähnliche Rolle wie Finnland im Norden war Ungarn im Süden zugeordnet. Die sowjetische Winteroffensive war bis zum Karpatenbogen vorgetragen worden und erst dort zum Stillstand gekommen. Die Feindpropaganda machte sich dies zunutze, um in allen Tonarten den Nervenkrieg gegen Ungarn zu steigern. Ebenso wie gegenüber Finnland hieß es:

Deutschland ist verloren, rettet euch noch rechtzeitig, tretet auf die Seite der Alliierten, dann könnt ihr noch einen leidlich guten Frieden erhoffen. Im Innern Ungarns machten sich im gleichen Sinne jene starken jüdischen Kräfte bemerkbar, die durch Besitz und Familienverbindungen mit Adelskreisen und durch starke Positionen in der Presse über beträchtliche Aktionsmöglichkeiten verfügten. Ungarn war ja das einzige Land unter den mit Deutschland oder von deutschen Truppen besetzten Ländern, wo das Judentum seine frühere Macht ziemlich uneingeschränkt erhalten hatte. Budapest war die Hauptbastion des Judentums in Europa geblieben. Ein deutscher Sieg liegt nicht im Interesse des ungarischen Judentums, aber eindeutig in dem der ungarischen Nation, die seit Jahrhunderten in enger Lebensgemeinschaft mit dem Deutschtum Europa gegen die Angriffe des Ostens mitverteidigt hatte. Die nationalen Kräfte Ungarns drängten nun, wo die bolschewistische Gefahr am Karpatenwallstand, zur Macht, um dem nationalen Ungarertum gegen das Judentum zum Durchbruch zu verhelfen und die ganze militärische Kraft des ungarischen Volkes zur Verteidigung der Heimat zum Einsatz zu bringen.

Das verbündete Großdeutsche Reich trat entschlossen mit militärischer Kraft auf den Plan, um Ungarn in diesem Kampfe zu unterstützen. Deutsche Divisionen marschierten in Ungarn ein. Am 22. März wurde aus Budapest gemeldet: Um im Rahmen der gemeinsamen Kriegführung der im Dreimächtepakt verbündeten europäischen Nationen gegen den gemeinsamen Feind Ungarn zu Seite zu stehen, insbesondere um die wirksame Bekämpfung des Bolschewismus durch die Mobilisierung aller Kräfte und die Schaffung umfassender Sicherungen zu verstärken, sind auf Grund gegenseitiger Verständigung deutsche Truppen in Ungarn eingetroffen.

An Stelle der zurückgetretenen bisherigen Regierung hat Seine Durchlaucht der Herr Reichsverweser den bisherigen Gesandten in Berlin, Stojay, mit der Bildung der neuen Regierung betraut. Das Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Außenminister: Doeme Stojay; Minister ohne Portefeuille, mit der Stellvertretung des Ministerpräsidenten betraut: Jende Rasch; Innenminister: Andor Jaroß; Industrieminister: Lajos Szaß; Finanzminister: Lajos Remenyi-Schneller; Handels- und Verkehrsminister: Antal Kunder; Ackerbau- und Versorgungsminister: Bela Yurczek; Justizminister und provisorisch mit der Leitung des Kultus- und Unterrichtsministeriums betraut: Istvan Antal; Honvedminister: Lajos Czaty.

Die beiden verbündeten Regierungen sind sich darüber einig, daß die getroffenen Maßnahmen dazu beitragen werden, im Sinne der alten Freundschaft und Waffenbrüderschaft zwischen dem ungarischen und dem deutschen Volk alle Hilfsmittel Ungarns für den Endsieg der gemeinsamen Sache einzusetzen.

159 Die neue Regierung nahm beschleunigt eine innerpolitische Flurbereinigung vor, indem sie diejenigen Parteien und politischen Gruppen auflöste, die dem vollen Kriegseinsatz des Landes widerstrebten. Am 2. April veröffentlichte die neue Regierung folgende Regierungserklärung:

„Auf dem östlichen Kriegsschauplatz werden entscheidende Kämpfe geführt, deren Ausgang das Schicksal Europas und damit Ungarns bestimmen wird. Es ist ein Lebensinteresse der ungarischen Nation, daß dieser Kampf mit der Besiegung des Bolschewismus endet, weil sonst unser nationales Dasein in äußerster Gefahr geraten würde. Dieser tödlichen Gefahr gegenüber kann die ungarische Nation allein aus eigenen Kräften nicht standhalten, selbst dann nicht, wenn sie den letzten Tropfen ihrer Kraft in diesem gigantischen Ringen aufopfert. Den Bolschewismus niederzuwerfen und damit den endgültigen Untergang von Europa und unserem eigenen Haupte abzuwenden, ist allein unser mächtiger Verbündeter, der Führer des Großdeutschen Reiches, Adolf Hitler, imstande, dessen Heer

auch im Verlauf der bisherigen fünf Jahre des Krieges den Beweis erbracht hat, übermenschliche und in der Geschichte niemals gekannte Leistungen vollbringen zu können.

Unser Land steht mit dem Großdeutschen Reich in treuem Bundes- und hergebrachten freundschaftlichen Verhältnis mit seinen heldenmütigen Soldaten kämpft es in dem aufgezwungenen Schicksalskampf auch heute Schulter an Schulter in alter Waffenbrüderschaft gegen den gemeinsamen Feind. Der Erfolg der gemeinsamen Sache und des gemeinsamen Kampfes erfordert es unbedingt, daß die ungarische Nation an der Seite ihres Verbündeten mit Anspannung aller Kräfte teilnehme an diesem auch unser Schicksal bestimmenden Kampf auf Leben und Tod.

Auf Grund einer Vereinbarung, die im Geiste der Ungarn und das Großdeutsche Reich verbindenden Schicksalsgemeinschaft zustande gekommen ist, beteiligen sich deutsche Truppen an der Verteidigung des Landes, wie dies auch in Finnland und anderen Ländern der Fall ist, damit wir unsere Grenzen, Europa und die Kultur Menschheit den gemeinsamen Interessen entsprechend gemeinschaftlich beschirmen.

In diesem geschichtlichen Kampfe müssen alle Kräfte des Landes mobilgemacht werden, auch hinsichtlich der inneren Front. Über die Festigkeit und Unerschütterlichkeit der inneren Front in diesen kritischen Zeiten zu wachen, ist nationale Pflicht ersten Ranges, um so mehr, als in den jüngsten Zeiten sich im Innern auch solche Männer fanden, wenn auch nicht in übermäßiger Anzahl, allein mit kraftvoller Aktivität, die das fürchterliche Gewicht und die Nähe der Gefahr nicht fassen konnten oder wollten und gerade die gegenwärtigen kritischen Zeiten als geeignet erachteten, die innere Widerstandskraft des Landes zu untergraben und die seelische Einheit der Nation zu stören. Sie verbreiteten den Glauben, wir könnten außerhalb dieses Kampfes bleiben, der auch unsere Zukunft entscheiden wird. Ja, es meldeten sich sogar Bestrebungen, die bereits absichtlich die Abwehrkämpfe der Nation zu lahmen trachteten. Mit ihrem Verhalten schwächten sie nicht nur die Widerstandskraft der Nation, sondern setzten auch den nationalen Bestand, ja sogar die Ehre des Ungarntums aufs Spiel. Hätten ihre Bestrebungen Erfolg gehabt, so würde die Nation dem endgültigen Untergang zgedrängt worden sein, aus dem es keine Auferstehung gibt.

Gegen dieses Verhalten und diese Bestrebungen nimmt die neue Regierung den Kampf auf, um unter Vernichtung aller Keime der Zersetzung das Selbstvertrauen der Nation wachzuhalten, ihre moralischen und materiellen Kräfte zu organisieren und — die althergebrachten militärischen und männlichen Tugenden des Ungarntums zur Geltung bringend — den Geist des Selbstverteidigungskampfes auf das Höchstmaß zu steigern.

Der in diesen schweren, geschichtlichen Stunden gefaßte Entschluß der ungarischen Regierung macht es zum unerbittlichen Gebot, daß sämtliche gesunden Kräfte der Nation hinter ihr antreten. Es bedarf des

160 Einsatzes alles Wollens, alles Vertrauens und aller Entschlossenheit, damit die Führer des Landes den Erfolg des Selbstverteidigungskampfes der Nation sichern können. Dies ist Wille des ersten Ungarn, des Reichsverwesers des Königreiches Ungarn.

Im Besitz dieses Glaubens, dieser Entschlossenheit und dieses Vertrauens wird die Regierung ihre Pflicht erfüllen, sowohl im Interesse der erfolgreichen Durchführung des Selbstverteidigungskampfes wie der dazu unerläßlichen Schaffung ausgeglichener, gesunder und gerechter innerer Verhältnisse. Sie wird die Ordnung, die Ruhe, den inneren Frieden und alle Vorbedingungen angespannter Arbeit sichern. Sie wünscht gerechte soziale Verhältnisse zu schaffen auf allen Linien des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und will die unumgänglichen Lasten des Krieges im Geiste der ausgleichenden Gerechtigkeit verteilen. Im Geiste harmonischer nationaler Zusammenarbeit will sie sich mit den berechtigten wirtschaftlichen und sozialen Ansprüchen aller Gesellschaftsschichten und besonders der den überwiegenden Teil der nationalen Arbeit leistenden Industrie- und Landarbeiterschaft eingehend beschäftigen. Auf allen Linien des ungarischen Lebens will sie einen gesunden, reinen, ehrlichen und zuversichtlichen Gemeingeist schaffen und zeitgerecht alle Maßnahmen treffen, die notwendig sind zur Steigerung der nationalen Arbeit und Schaffung eines gesicherten Lebens im Innern.

Die Regierung vertraut fest auf den Erfolg ihrer Kraftanstrengungen und richtet daher an jeden treuen Sohn der Nation den Aufruf, sich einmütig zur Rettung und Sicherung des Landes sowie der Schaffung eines glücklichen Ungarn zusammenzuschließen. Im Vertrauen auf unsere heldenmütigen Helden und die Opferbereitschaft der Nation blickt die Regierung mit vollkommener Ruhe und Entschlossenheit der Zukunft entgegen und glaubt unbedingt an den endgültigen Sieg, der Ungarn einen seiner großen und glorreichen Vergangenheit würdigen Platz im neuen Europa sichert."

Am 15. April richtete Reichsverweser Nikolaus v. Horthy einen Tagesbefehl an die ungarische Armee, in dem es u. a. hieß:

„Der Feind steht ganz in der Nähe unserer Grenze. Es handelt sich also wieder um eine unmittelbare Verteidigung unseres Vaterlandes. Daran soll jeder von Euch denken. In diesem Kampf gibt es natürlich kein Zurück, sondern nur ein Vorwärts. Ich erwarte, daß jeder von Euch seine Pflicht tut und daß Ihr würdig der heldischen Vorfahren sein werdet. Es berührt mich schmerzlich, daß ich in diesen schweren Stunden nicht unter Euch sein kann. Ich werde jedoch dafür sorgen, daß zu Hause bis zur letzten Grenze des Möglichen für diejenigen gesorgt wird, die Euch am nächsten stehen.“

Der Armeebefehl erinnert daran, daß die ungarischen Truppen jetzt auf den Spuren der Väter über die Karpaten nach Galizien ziehen, wo in den Jahren 1914 bis 1918 die ungarischen Waffen in so vielen Schlachtenruhreich standgehalten haben. Ebensovienig wie im ersten Weltkrieg stünden die ungarischen Truppen auch diesmal nicht allein. „Auch heute kämpfen wir Schulter an Schulter mit derselben deutschen Armee, die 1914/1918 in ehrlicher Bundestreue neben uns stand und mit der wir durch unlösliche auch in diesem Krieg mit Blut besiegelte kameradschaftliche Bande verbunden sind.“

Diese Entwicklung der Dinge in Ungarn entsprach den Lebensnotwendigkeiten des ungarischen Volkes. Denn für die ungarische Nation steht in diesem Kriege alles auf dem Spiele! Nur Torheit oder Feigheit könnte zu der Illusion führen, daß Ungarn seine gegenwärtigen Grenzen oder seine soziale Struktur aus einer Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten würde retten können. Schon der Zusammenbruch von 1918 hat Ungarn den Bolschewismus unter Bela Khun gebracht, dieses Mal würde der Bolschewismus von der Roten Armee über die Karpatenpässe in die weiten Räume der ungarischen Tiefebene strömen und sich dort mit den bolschewistischen Banden Titos die Hand reichen.

161 Die ungarischen Divisionen haben seitdem im Karpatenvorland den Sowjets beträchtliche Gebietsteile entrissen und ihren Kampfwert unter Beweis gestellt. Ungarn verfügt, da sein Kriegseinsatz bisher nur sehr beschränkt gewesen ist, über militärische Reserven von vielen hunderttausend Mann.

In England und in den USA riefen die Ereignisse in Ungarn eine ähnlich starke Enttäuschung hervor wie die in Finnland. Man suchte sich mit einer Flut von Tendenz- und Falschmeldungen zu entschädigen, konnte jedoch die Tatsache damit nicht aus der Welt schaffen, daß der Versuch, über Ungarn einen Einbruch in die europäische Front zu erzielen, restlos gescheitert war.

Als dritter mit Deutschland verbündeter Staat war Rumänien zum Gegenstand des feindlichen Nervenkrieges-ausersehen. Die Erfolge der sowjetischen Winteroffensive, die die Rote Armee im Süden bis an den Dnjestr und im Norden bis nach Bessarabien und die Bukowina und in die Nähe von Jassy führten, bildeten das tragende Element für diesen Nervenkrieg. Ähnlich wie die Luftangriffe auf Helsinki die „Friedens-offensive“ der Sowjets gegen Finnland begleiteten, geschah dies hinsichtlich Rumäniens durch Luftangriffe auf Bukarest. Rumänien gegenüber wurden von der Feindpropaganda die gleichen Propagandathesen wie gegenüber Finnland und Ungarn angewandt, wobei das Argument hinzugefügt wurde, Rumänien möge sich doch schleunigst England und den USA übergeben, dann sei es ja auch vor dem Bolschewismus sicher. Ein törichtes Argument, da die Rote Armee zwar vor Jassy, Engländer und Amerikaner aber nicht einmal auf Rhodos und Kreta oder irgendeinem Punkte des Balkans standen, dort vielmehr deutsche und verbündete Armeen zur Verteidigung Europas bereit waren. Andererseits richtete der sowjetische Außenkommissar Molotow an die Adresse Rumäniens eine Erklärung, die Sowjetarmee marschiere mit ausschließlich militärischen Zielen, d. h. nur zur Besiegung der deutschen Armee in Rumänien ein. Der feindliche Nervenkrieg veranlaßte den Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop, dem Berliner Vertreter der rumänischen Nachrichtenagentur Rador eine Unterredung zu gewähren und einige Deutschland und Rumänien gemeinsam interessierende Fragen wie folgt zu beantworten:

Frage: „Was ist Ihrer Ansicht nach, Herr Reichsaußenminister, der Zweck der neuesten sowjetischen Erklärungen an Rumänien, in denen behauptet wird, die dort eingedrungenen Sowjettruppen verfolgten reinmilitärische Ziele? Die Sowjetunion beabsichtige keine Änderung der Ordnung Rumäniens und erhebe auch keinen Anspruch auf einen Teil des rumänischen Territoriums?“

Antwort: „Für jeden Kenner der Sowjetpolitik während der letzten 25 Jahre bedeutet die Molotow-Erklärung alles andere als eine Überraschung. Der politische Trick war immer ein Teil der sowjetischen Kriegführung. Hierfür gibt es genug Beispiele. Bemerkenswert ist dabei übrigens, daß die Machthaber des Kreml zur politischen List zu greifen pflegen, wenn ihre militärische Kraftentfaltung den Höhepunkt überschritten hat.“

Nach unserer Auffassung ist der wahre Grund für diese jetzige Taktik der Wunsch Moskaus, den Feldzug nach den furchtbaren Opfern der letzten Jahre mit möglichst geringen weiteren Verlusten zu

beenden. Die Sowjets kennen die Unbeständigkeit des Schlachtenglücks. Sie erinnern sich daran, daß sie schon einmal nahe am Sieg waren, um schließlich doch eine schwere Niederlage einstecken zu müssen. Man möchte deshalb das Risiko weiterer Kämpfe möglichst einschränken. Daher der Versuch der Sowjets, Finnland mit scheinbar gemäßigten Forderungen aus dem Kriege zu bluffen, d. h. man will es in eine Falle locken, um es dann zu erdrosseln. Daher das Werben um Bulgarien, die Drohungen an Ungarn und jetzt die Lockungen an Rumänien. Ich glaube jedoch, jeder Rumäne weiß, was er von solchen Beteuerungen zu

162 halten hat. Das Schicksal ihrer Landsleute in Bessarabien und in der Bukowina voreinigten Jahren war eine furchtbare Lehre für alle Rumänen, denn die bolschewistische Methode bleibt immer die gleiche: Erst eine feierliche Zusicherung der Freiheit und Unabhängigkeit, dann Forderung militärischer Stützpunkte, dann Besetzung durch die Sowjetarmee, dann Einzug der GPU und damit Liquidierung der Intelligenz, Verschleppung der Frauen und Kinder nach Sibirien und Verelendung der Massen. Und als Schluß dann die Einverleibung des betreffenden Staates in die Sowjetunion.

Tatsächlich haben die Sowjets diese Gleichmacherei und die Aufsaugung bodenständigen Volkstums zu einem System beispielloser Brutalität entwickelt. Das weiß heute alle Welt. Deshalb fallen auch auf die Taschenspielertricks der Sowjets wohl nur noch die Dümmeren herein.“

Frage: „Herr Reichsminister, Churchill hat im Unterhaus über die Molotow-Erklärung gesagt, daß er höchst befriedigt sei und dem Kreml die Bewunderung der britischen Regierung über diese Erklärung ausgedrückt habe. Wie denken Sie hierüber?“

Antwort: „Die Erklärung hierüber ist sehr einfach. Churchill gehört gewiß nicht zu den Dümmeren, von denen ich eben sprach. Es handelt sich bei ihm daher nur um pure Heuchelei. Denn die Dinge in England stehen nicht zum Besten. Man erkennt dort täglich klarer, daß Churchill gegen Stalin in Europa einfach nichts mehr ausrichten kann, und man fürchtet, daß dieser Zustand eines Tages für England katastrophale Folgen haben könnte. Die Unruhe im englischen Volk ist deshalb groß, und die Opposition gegen die Churchillsche Politik ist ständig im Wachsen. Da kam nun dem Mann, der Finnland, das Baltikum, Polen, den gesamten Balkan, d. h. also die ganze traditionelle englische Europapolitik an Stalin preisgegeben hat, diese Erklärung Molotows recht gegeben. Denn kaum hat Molotow seine Erklärung abgegeben, was tut der alte Spieler Churchill? Sofort tritt er im Parlament auf und — nachdem er vor kurzem erst die Atlantik-Charta wegen der Russen ohne mit der Wimper zu zucken über Bord geworfen hat — tut er jetzt so, als ob er an diese Erklärung glaube und stellt es so hin, als ob eine Gefahr für die englischen Interessen von Moskau nicht mehr kommen könne. Zweifellos möchte er damit die tiefe Unruhe und Sorge des englischen Volkes und Parlaments über die fatale Entwicklung der englischen Außenpolitik beschwichtigen.“

Frage: „Wie beurteilen Sie, Herr Reichsminister, die Situation Großbritanniens und der USA gegenüber dem politischen Spiel der Sowjetunion? Glauben Sie, daß die Sowjetunion wirklich eine Gefahr für den Bestand Großbritanniens darstellen könnte und daß die bolschewistische Gefahr die Westmächte dazu bringen könnte, der Politik des Kreml entgegenzutreten?“

Antwort: „Zu dem einen Teil Ihrer Frage, der Gefahr Rußlands für Großbritannien, habe ich mich schon verschiedentlich öffentlich geäußert. Es ließe sich heute noch manches sagen, besonders wenn man in die weitere Zukunft blickt. Da dies jedoch zu weit führen würde, nur eine Gegenfrage: Was meinen Sie, wäre z. B. aus den vitalen englischen Interessen im Vorderen Orient schon heute geworden, wenn nicht die deutsche Armee mit ihren Verbündeten die gesamte russische Kraft heute an der Ostfront bände und in Schach hielte? Wäre dem nicht so, glauben Sie, daß das britische Imperium in diesem Augenblick noch über einen Tropfen Öl verfügen würde?“

Auf Ihre Frage, wie ich die Situation Englands und Amerikas gegenüber Moskau beurteile, gibt es nur eine Antwort: Vollkommene Hilflosigkeit — man hat in London und Washington die russische Politik niemals begriffen. Darum fällt man auch von einem Erstaunen ins andere. Das einzige Gefühl, das in England und Amerika bereits heute ziemlich allgemein verbreitet ist, ist, daß Churchill wie Eden, Roosevelt wie Hull von der Sowjetregierung dauernd an der Nase herumgeführt werden. Daher sind die

163 Beziehungen zwischen den Bundesgenossen im Osten und Westen trotz aller gegenseitigen Beteuerungen auch alles andere als brilliant. Neben der brutalen Machtentfaltung und den damit verbundenen rücksichtslosen politischen Methoden Moskaus ist eis aber vor allem die große Sorge vor der Ausbreitung des Bolschewismus innerhalb der Arbeitermassen in den westlichen Staaten selbst, die den Keim zu ernststen Schwierigkeiten enthält.

Wenn Sie mich fragen, ob die Westmächte der Politik des Kreml eines Tages entgentreten werden, so kann ich dazu nur folgendes sagen:

Wenn jemals die Bolschewisten die deutschen Heere besiegen und nach Europa eindringen würden, so hätten weder England noch Amerika —selbst wenn sie wollten— die nötigen Machtmittel, um der bolschewistischen Politik hier entgegenzutreten. Deshalb sind es auch allein die Heere der verbündeten europäischen Nationen, die den Bolschewismus zurückschlagen können und zurückschlagen werden. Und über eins müssen wir uns dabei im klaren sein, nämlich, daß wir in unserem Kampf gegen den Bolschewismus mit den Divergenzen im gegnerischen Lager nicht rechnen, noch gar uns jemals darauf verlassen dürfen. Nur Phantasten können mit solchen Gedanken spielen. Europa ist vielmehr in diesem Kampf gegen den Bolschewismus auf sich selbst gestellt und ganz auf seine eigene Kraft angewiesen. Die verbündeten europäischen Völker wissen dies auch, und ich bin felsenfest überzeugt, daß sie diese härteste Bewährungsprobe in ihrer Geschichte bestehen und den Sieg über die Bolschewisten und ihre plutokratischen Helfershelfer im Westen erringen werden.“

Frage: „Nun noch eine letzte wichtige Frage, Herr Reichsminister. Wie beurteilen Sie die Lage in Rumänien angesichts der zur Zeit über die rumänischen Grenzen vorgetragenen russischen Angriffe?“

Antwort: „Die Ereignisse kann man nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Lage Europas und im Rahmen der weltweiten Gesamtkriegführung der Dreierpaktmächte richtig einschätzen. Ihr Vaterland Rumänien ist in diesem Europa und für dieses Europa ein unlösbarer Bestandteil. Die Bedrohung Ihrer Grenzen richtet sich nicht nur gegen Rumänien allein, sondern gegen alle verbündeten europäischen Nationen. Am Dnjestr wird Europa genau so verteidigt wie an irgendeiner anderen Stelle unseres Kontinents. Wenn der Feind heute Gerüchte austreut, die dem rumänischen Volk weismachen wollen, die deutsche Führung erwäge strategisch die Aufgabe Rumäniens, so können wir hierüber nur lachen. Wir können genau so gut Berlin aufgeben.

Sie wissen, daß wir Berlin gegen die schwersten anglo-amerikanischen Luftangriffe nicht aufgegeben haben, sondern erbittert und mit großem Erfolg verteidigen. Genau so werden wir Rumänien verteidigen. Unsere Völker haben schon in manchem Kampf ihr Blut gemeinsam vergossen. Sie sind durch den letzten Ansturm der Sowjets noch enger zusammengeschweißt, und die deutsch-rumänische Waffenbrüderschaft erfährt jetzt ihre höchste Bewährung. Seien Sie überzeugt, daß der deutsche Soldat den rumänischen Boden genau so verteidigen wird wie seine Heimaterde. Der Führer und Marschall Antonescu kennen die Gefahr genau. Sie blicken ihr furchtlos ins Auge und werden mit ihren Armeen kämpfen, bis Rumänien endgültig befreit und den Bolschewisten der Balkanraum ein für allemal versperrt ist.“

Zu dem ersten nordamerikanischen Terrorangriff auf Bukarest sagte der Reichsaußenminister zum Abschluß des Gesprächs: „Diese Terrorangriffe auf die europäischen Städte und damit auf Frauen und Kinder sind zweifellos eine der härtesten Seiten dieses Krieges. Aber man kann in Rumänien sicher sein, daß wir die Luftgangster aus dem europäischen Raum immer mehr verjagen und im übrigen es ihnen mit Zins und Zinseszins heimzahlen werden. Keinen Augenblick zweifle ich aber daran, daß Bukarest unseren deutschen Städten nicht nachstehen wird, und daß auch seine tapferen Bewohner diesem Terror die Stirn bieten werden.“

164 Die Erklärungen des Reichsministers des Auswärtigen beleuchten die Lage nach allen Seiten. Sie charakterisieren die Methoden der Sowjetpolitik, die Unfähigkeit Englands und Amerikas, dieser Politik Halt zu gebieten, die sich daraus ergebende Aussichtslosigkeit für Rumänien, etwa von den Anglo-Amerikanern irgendwelche Unterstützung gegen die Sowjets zu erhalten und die Entschlossenheit und Fähigkeit Deutschlands, den rumänischen Bundesgenossen genau so zu verteidigen wie das Großdeutsche Reich selbst. Rumäniens Marschall hat in richtiger Erkenntnis der Lage den einzig möglichen Weg gewählt, den der Fortsetzung des Kampfes an der Seite Deutschlands. Es gibt in Rumänien ebenso wie in Finnland und Ungarn natürlich auch Kreise, die ohne Rücksicht auf das Schicksal ihres Volkes und Landes bereit sind, auf die bolschewistischen Lockrufe einzugehen in dem Wahne, dadurch Leben und Zukunft ihres Staates und bestimmter Schichten zu retten. So wird bekannt, daß der rumänische Politiker Prinz Stirbey — sicher nicht ohne Wissen bestimmter politischer Unterweltkreise — nach Kairo geflogen ist, um dort unter anglo-amerikanischer Assistenz mit den Sowjets zu verhandeln und die Schlinge für Rumänien zuknüpfen, um sie ihm bei passender Gelegenheit um den Hals zu werfen.

So war denn die diplomatisch-politisch-propagandistische Offensive der Feindmächte gegen Finnland, Ungarn und Rumänien, die zum Ziele hatte, diese Länder auf den Weg zu führen, den Badoglio und das Haus Savoyen im September 1943 beschritten hatten, zunächst wieder einmal gescheitert!

Verstärkte Kampfentschlossenheit und noch engere militärische und wirtschaftliche gegenseitige Unterstützung zwischen Großdeutschland und den mit ihm verbündeten drei Ländern waren das Ergebnis der Feindaktion.

Parallel mit ihr führten die Feindmächte eine diplomatisch-propagandistische und wirtschaftliche Pression auf alle noch neutralen Länder Europas: Schweden, Spanien, Portugal, Irland, die Schweiz und die Türkei durch. Ihr Ziel war, die wirtschaftlichen oder diplomatischen Beziehungen dieser Länder oder möglichst beide mit Deutschland und seinen Verbündeten zu unterbrechen, einerseits um die Wirtschaftsblockade gegen Deutschland möglichst lückenlos zu gestalten, zum anderen, um alle diese Länder näher an den Krieg heran- und schließlich in ihn hineinzubringen. Dabei wurden alle Register der Propaganda und der politischen und wirtschaftlichen Pression gezogen, um zum Ziele zu gelangen.

Die Haltung Irlands, das, obwohl ein Teil des englischen Weltreiches, Englands Kriegserklärung an Deutschland im September 1939 weder zum Anlaß genommen hatte, die diplomatischen Beziehungen zu den Dreierpaktmächten abubrechen, noch gar ihnen den Krieg zu erklären, hat in London während des Krieges immer wieder Kritik und unfreundliche Maßnahmen gegen Irland ausgelöst. Schließlich gingen England und die USA zu scharfem diplomatischen Druck über. Wie der USA-Staatssekretär Hull am 11. März mitteilte, richteten die USA am 21. Februar an die irische Regierung die Aufforderung, die konsularischen und diplomatischen Beziehungen zu den Achsenmächten abubrechen und die Achsenvertretungen zu schließen. Der irische Ministerpräsident de Valera erklärte sofort dem USA-Gesandten in Dublin, es sei der irischen Regierung unmöglich, einer solchen Aufforderung Folge zu leisten. In einer späteren Note erklärte der irische Ministerpräsident, er bestätige nach eingehendster Prüfung durch die irische Regierung die Antwort, die er mündlich gegeben habe. Die irische Note erklärte, wenn Eire die Achsenvertreter zurückrufen ließe, so würde das den ersten Schritt zum Kriege bedeuten. Die Note fuhr fort: „Die irische Regierung könnte nicht die amerikanischen Vorschläge annehmen, ohne völlig ihren demokratischen Standpunkt zu verraten. Die irische Neutralität ist der Ausdruck des Willens von Volk und Parlament. Sie ist die logische Folgerung von Irlands Geschichte und gehört notgedrungen zu Irlands geographischer Lage.

165 Obwohl die Regierungen Kanadas und Australiens sich der Pression der USA gegen Irland angeschlossen und, wie Churchill am 14. März im Unterhauserklärte, der Schritt der USA im Einvernehmen mit der englischen Regierung erfolgte und von dieser unterstützt wurde, blieb de Valera fest Die einzige moralische Unterstützung aus dem anglo-amerikanischen Bereich erfuhr de Valera durch den Führer der südafrikanischen nationalen Opposition, Dr. Malan, der ihm am 15. März ein Telegramm schickte, in dem es hieß:

„Die eigentliche Opposition und ein sehr großer Teil der südafrikanischen Bürger erklärten sich mit den Anstrengungen de Valeras, die Neutralität Eires aufrechtzuerhalten, solidarisch. Der ganzen Welt geben wir bekannt, daß jede Art von Druck, dem man Sie, Herr Ministerpräsident de Valera, von außen her unterwirft, im Gegensatz zu den Zielen und Idealen steht, für die die Alliierten zu kämpfen vorgeben. Wir betrachten einen solchen Druck als einen Angriff auf die Autonomie der Dominions im allgemeinen, den wir in unserem Falle nicht ruhig hinzunehmen gewillt wären.“ Abschließend wünschte Dr. Malan de Valera vollen Erfolg bei seinem Widerstand gegen jede Aggression, welche Form sie auch annehmen möge.

Charakteristisch für die irische Haltung war eine Erklärung des irischen Gesandten in USA, Robert Brennan, der am 20. März sagte, das irische Volk fühle sich nicht verpflichtet, den Krieg an der Seite der Alliierten zu führen. Eire fasse keine Änderung in seiner Stellungnahme den Achsenvertretern in Eire gegenüber ins Auge. Das irische Volk brauche nur über die Grenzen nach Nordirland zu sehen, um zu erkennen, wie diesem Lande die Demokratie vorenthalten werde, für die die Alliierten zu kämpfen behaupteten.

Auf die Ablehnung Eires reagierte man in London mit allerlei Unfreundlichkeiten und wirtschaftlichen und verkehrlichen Zwangsmaßnahmen, auch dies ohne jeden Erfolg.

Während sich die Pression der Engländer und Amerikaner auf Irland nur auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Eires zu den Dreierpaktmächten beschränkte, richtete sie sich bei den anderen neutralen Staaten Europas in erster Linie gegen deren Wirtschaftsverkehr mit Deutschland. Das Ziel war, diesen Wirtschaftsverkehr womöglich vollkommen zum Erliegen zu bringen, mindestens aber diejenige Ausfuhr der Neutralen nach Deutschland, die man für kriegswichtig ansah, zu unterbinden.

Diese Politik der Feindmächte stellt eine klare Verletzung wesentlicher Grundsätze des Völkerrechts dar. Denn es gibt im Völkerrecht keine wirtschaftliche Neutralität in dem Sinne, daß neutrale Staaten

zu den Kriegführenden keine Wirtschaftsbeziehungen unterhalten dürfen. Es ist vielmehr ein unbestrittener Grundsatz des Völkerrechts, daß ein neutraler Staat seine Wirtschaftsbeziehungen mit kriegführenden Ländern aufrechterhalten darf. Die wirtschaftlichen Pressionsmaßnahmen der Feindmächte und ihr diplomatischer Druck auf die Neutralen, um sie zum Abbruch ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit den Achsenmächten und ihren Verbündeten zu veranlassen, stellten deshalb einseitige Gewaltmaßnahmen dar, die einen schweren Eingriff in die Souveränität der Neutralen beinhalten. Da der Wirtschaftsverkehr der Neutralen mit Deutschland und seinen Verbündeten sich auf Grund von Handelsverträgen vollzieht, bedeuteten die Forderungen der Feindmächte an die Neutralen die Aufforderung zum Vertragsbruch! Darüber hinaus stellten sie einen schweren Eingriff in die Wirtschaft dieser Länder dar, in deren Handelsbilanz der Austausch mit Deutschland und seinen Verbündeten geradezu lebenswichtig ist. Hat sich dieser Wirtschaftsverkehr während des Krieges doch vielfach wesentlich gesteigert. Die Feindmächte verlangten zwar von den Neutralen den Abbruch oder die wesentliche Einschränkung dieses Verkehrs, waren ihrerseits jedoch keineswegs in der Lage, den Neutralen durch eine entsprechende Steigerung ihres eigenen Wirtschaftsverkehrs mit ihnen einen Ausgleich zu bieten.

166 Es ist bei dieser Sachlage nicht verwunderlich, daß die neutralen Länder sich der Pressuren der Feindmächte möglichst widersetzen. Je nach ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage war dieser Widerstand mehr oder weniger erfolgreich.

Die Forderungen der Feindmächte gegen die Türkei konzentrierten sich im Rahmen der türkischen Ausfuhr nach Deutschland am stärksten auf die Chromerz-Ausfuhr. Da die Türkei sich unnachgiebig zeigte, wurden die vertraglich zwischen der Türkei und England festgelegten Waffenlieferungen unterbrochen, mehrere türkische Schiffe, auf denen englisches Kriegsmaterial nach der Türkei unterwegs war, in Kairo festgehalten. Auch die USA-Lieferungen an die Türkei auf Grund des Pacht- und Leihgesetzes wurden Anfang April eingestellt. Die Reaktion der Türkei gab ein Artikel der türkischen Zeitung „Tan“ vom 13. April wieder, in dem es hieß: „Wenn man von der Türkei verlangt, ihre Handelsbeziehungen mit Deutschland abzubrechen, so läuft das unter den heutigen Umständen auf eine Art Selbstblockade hinaus. Die Türkei braucht Kriegsmaterial, Rohmaterial, Maschinen und Werkzeugmaschinen sowie pharmazeutische Erzeugnisse. Solange die Alliierten diese Waren nicht der Türkei liefern, können sie sich auch nicht über die Türkei beschweren, weil sie mit Deutschland Handel treibt.“

Mitte April richteten London und Washington eine gemeinsame Note an die Türkei, in der sie die Unterbrechung der türkischen Ausfuhr nach Deutschland forderten, wobei auf den türkisch-englischen Bündnisvertrag Bezug genommen wurde. Die monatelang fortgesetzte Pressuren auf die Türkei führte schließlich zu einem Teilerfolg der Feindmächte. Der türkische Außenminister Menemencioglu erklärte am 20. April in der türkischen Nationalversammlung ebenfalls unter Bezugnahme auf das türkisch-englische Bündnis, die türkische Regierung habe beschlossen, die Chromerzlieferungen an Deutschland und seine Verbündeten am 21. April einzustellen, während die übrige Ausfuhr fortgesetzt werden sollte. Dies war ein offenkundiger Bruch des deutsch-türkischen Handelsvertrags!

Gegenüber Schweden, dessen Handelsverkehr sich gegenwärtig zu über 80 Prozent mit Deutschland und dessen Verbündeten sowie den von Deutschland besetzten Gebieten vollzieht, konzentrierte sich der Druck der Feindmächte auf die Ausfuhr von Kugellagern nach Deutschland. Der parlamentarische Sekretär für den Wirtschaftskrieg erklärte hierzu im englischen Unterhaus am 26. April: „Wie in der Presse bekanntgegeben wurde, hat der USA-Botschafter in Stockholm am 13. April dem schwedischen Außenminister eine Note überreicht und auf die Wichtigkeit aufmerksam gemacht, die die schwedischen Kugellager-Lieferungen für Deutschland' hätten. Die schwedische Regierung wurde aufgefordert, diesen Export einzustellen. Der USA-Botschafter war vom englischen Botschafter begleitet, der mit dem Inhalt der Note völlig einverstanden war. Ich glaube, daß man das Gleiche von der Sowjetregierung sagen könne. Ich bedauere, daß die schwedische Regierung, deren Antwort vorigen Sonnabend unseren beiden Gesandten übergeben wurde, noch keinen Weg gesehen hat, unsere Bitte zu erfüllen. Ich möchte klarstellen, daß die britische Regierung, deren Ansichten vollständig mit denen der USA übereinstimmen, diese Antwort nicht als zufriedenstellend ansehen kann. Wir legen dieser Frage die größte Bedeutung bei. Seit vergangenem August ist die Zerstörung der in Achsenländern befindlichen Kugellagerfabriken Hauptziel unserer Bomber-Offensive gewesen. Die britischen Luftstreitkräfte und vor allem die USA-Luftwaffe haben unter schwersten Opfern nicht weniger als zwanzig große Angriffe auf Schweinfurt, Steyr, Turin und andere Zentren der feindlichen Kugellagerproduktion durchgeführt. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Kugellagerproduktion nicht nur in

Deutschland, sondern auch in den Vasallenstaaten ernstlich eingeschränkt worden ist. Dies hat wiederum den Ausfall an Panzern und Kraftwagen aller

167 Größen zur Folge. Deswegen betrachten wir heute Schwedens Lieferungen auch in seinem heutigen Quantum als weitaus wichtiger für den Feind denn je zuvor.“

Am 19. April hatte Reuter bereits aus Stockholm gemeldet: Das schwedische Parlament billigte einstimmig in geheimer Sitzung den Beschluß der Regierung, die alliierte Forderung auf Einstellung der Ausfuhr von Kugellagern nach Deutschland formell abzulehnen. Es fand keine Abstimmung statt, aber die Einstimmigkeit ging aus den kurzen Erklärungen der Vertreter der verschiedenen Parteien hervor.

Aber weder London noch Washington wollten sich mit der schwedischen Ablehnung zufrieden geben und kündigten an, daß sie weiter Druck auf Schweden ausüben würden, um trotzdem zum Ziel zu gelangen.

Gegen Spanien und Portugal war es die Ausfuhr von Wolfram, die die Feindmächte in erster Linie zum Gegenstand ihrer diplomatischen und wirtschaftlichen Pression machten. Bei Spanien kamen noch mehrere andere Forderungen hinzu, die der Auflösung der deutschen Vertretung in Tanger, der Freigabe italienischer Handelsschiffe in spanischen Häfen und die Abberufung der letzten Reste der Blauen Division von der Ostfront. Über den Gang der Verhandlungen verlautete wenig. Bis Ende April hatten sie offensichtlich noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Über die Verhandlungen mit Portugal erklärte Eden im englischen Unterhaus am 26. April: „Wir haben es der portugiesischen Regierung klar gemacht, daß wir als Verbündete den Anspruch darauf haben, zu verlangen, daß diese Wolframlieferungen aufhören sollen. Die Verhandlungen zwecks Beschränkung dieser Lieferungen sind noch im Gange. Ich hoffe, bald in der Lage zu sein, über diese Frage eine Erklärung abgeben zukönnen.“

Portugals Ministerpräsident Salazar hat sich gegenüber den Engländern während vieler Jahre immer wieder als ein zäher und geschickter Unterhändler erwiesen, der das nationale portugiesische Interesse im Rahmender alten portugiesisch-englischen Bündnisbeziehungen wirksam zu verteidigen gewußt hat. Es liegt jedoch auf der Hand, daß England gegenüber Portugal über starke Druckmittel verfügt, besonders hinsichtlich der für die portugiesische Wirtschaft unumgänglich notwendigen Zufuhren aus Übersee. Wenn London deshalb entschlossen ist, seine Macht gegenüber Portugal rücksichtslos anzuwenden, ist zu befürchten, daß Salazar in eine ähnlich hoffnungslose Lage gerät wie seinerzeit vor der Besetzung der Azoren durch die Engländer.

Wie wenig sich England bei der Durchsetzung seiner Ziele um Recht und Gesetz kümmert, hat die Geschichte seit Hunderten von Jahren immer wieder erwiesen. Einen neuen drastischen Beweis lieferte England im April. Am 18. April gab das britische Außenamt bekannt: „Die Regierung hat die Leiter aller diplomatischen Vertretungen in England davon in Kenntnis gesetzt, daß sie vom 17. April Mitternacht an bis auf weiteres nicht mehr in der Lage sei, folgendes zu genehmigen: 1. Die Absendung oder den Empfang von irgendwelchen Telegrammen durch diplomatische Missionen in England, die nicht in offener Sprache gehalten sind, 2. die Absendung irgendwelchen Diplomatengepäck, das nicht der Zensur unterworfen wurde, und den Empfang von Diplomatengepäck nach diesem Datum, bevor es nicht zensiert worden ist, 3. die Ausreise von amtlichen Kurieren oder diplomatischen oder Konsularvertretern oder irgendwelche Mitgliedern ihres amtlichen oder persönlichen Mitarbeiterstabes aus England. Nur die Diplomaten der USA, der Sowjetunion und' der britischen Dominions ausschließlich Eire sind von dieser Bestimmung ausgenommen.

Diese außergewöhnliche Maßnahme ist notwendig geworden durch die bevorstehenden militärischen Operationen sowie zur Vermeidung aller Informationen, die dem Feind dienen und nicht notwendige britische oder alliierte Verluste verursachen könnten. Diese Einschränkungen sollen aufgehoben werden, sobald sich dies mit den Sicherheitsnotwendigkeiten vereinbaren läßt.“

168 Diese Verordnung stellte einen bisher noch nie dagewesenen Eingriff in das Völkerrecht dar, und zwar auf einem Gebiet desselben, das zu den anerkanntesten und unbestrittensten des Völkerrechts - überhaupt gehört. Die Schweizer Zeitung „Der Bund“ charakterisierte die Sache am 18. April richtig mit den Sätzen: „Man wird in London sich im klaren darüber sein, daß die gegenüber den offiziellen diplomatischen Missionen des Auslandes ergriffenen Maßnahmen einen Bruch des Völkerrechts ohnegleichen darstellen. Das Odium des Völkerrechtsbruches wiegt bei einer Nation, welche sich immer als die Hüterin des internationalen Rechts aufspielt, doppelt schwer. Auswirkungen im Prestige können nicht ausbleiben. Auch für wirtschaftliche Verhandlungen ist die Maßnahme ein Schlag. Seit langem befindet sich eine schweizerische Wirtschaftsdelegation in London, die andauernd schwerwiegende Unterredungen zu pflegen hat. Auch der Verkehr zwischen Handelsmissionen und ihren Regie-

rungen erfordert den Schutz der diplomatischen Immunität. Es wird der englische Schritt noch in mancher Hinsicht un-erfreuliche Folgen haben.“

Die schwedische Zeitung „Stockholms Tidningen“ schrieb am 19. April:

„Die englische Diplomaten Sperre hat in offiziellen Kreisen Stockholms Erstaunen hervorgerufen, da zum erstenmal ein seit Jahrhunderten unantastbares Prinzip verletzt wurde“. Die englische Aktion sei um so ernster zu betrachten, als die Gefahr bestehe, daß auch andere Mächte nachdem England einen Präzedenzfall geschaffen habe, diesem Beispielfolgen könnten. Dadurch seien die Grundlagen der diplomatischen Beziehungen in bedenklicher Weise bedroht.

Man hätte nun erwarten müssen, daß alle neutralen und nichtkriegführenden Mächte, die diplomatische Vertretungen in London unterhalten, einen gemeinsamen Protest bei der englischen Regierung angebracht hätten. Es sind jedoch — nur vereinzelte Protestschritte bekannt geworden!

Wie wenig die Feindmächte die Rechte der Neutralen berücksichtigen, zeigten auch wiederholte Vorfälle in ihrer See- und Luftkriegführung. So fanden am 11. und 12. März drei grobe Verletzungen der spanischen Neutralität durch britische Kriegsfahrzeuge und Kriegsflugzeuge statt. Sie waren nur die Fortsetzung einer bereits langen Reihe ähnlicher Gewaltakte.

Es stellt eine ungeheuerliche Zumutung an die Vergeßlichkeit und an die Dummheit der Menschen dar, wenn dieselben Mächte, die eine so völlige Verachtung von Recht und Gesetz an den Tag legen, gleichzeitig mit immer neuen Deklamationen über ihre Kriegs- und Nachkriegsziele hervortreten, in deren Mittelpunkt immer wieder die Behauptung steht, sie wollten eine bessere Welt des Rechts, der Sicherheit und der Gesittung schaffen, und sie würden die „Kriegsverbrecher“ auf selten ihrer Feinde, d. h. also bei Deutschland und seinen Verbündeten, aufs schwerste bestrafen.

Solche Erklärungen machte am 9. April der USA-Staatssekretär für Äußeres, Hull. Die kompromißlose Ausrottung des Faschismus und des Nationalsozialismus, der Aufbau einer Weltorganisation nach dem Vorbild des früheren Völkerbundes mit einer starken Polizeimacht, um jede Revision der auf Kosten der Besiegten abzuschließenden Friedensdiktate zu verhindern und ein internationaler Gerichtshof, der jede Forderung gegen das von den Siegern aufgezwungene Unrecht sofort in Acht und Bann zu erklären hätte, waren Hauptprogrammpunkte Hulls, die der Unterstaatssekretär des amerikanischen Außenamts, Long, am 12. April noch weiter präziserte. Den gegenwärtigen amerikanischen Gewalthabern ist also für eine eventuelle Friedensorganisation nach ihrem von ihnen als sicher verkündeten Siege nichts Besseres eingefallen als ein Neuaufguß der durch die politische Entwicklung nach dem letzten Weltkrieg so schmachlich ad absurdum geführten Ideen Wilsons!

Die Erneuerung der verlogenen Menschheitsbeglückungsphraseologie Wilsons soll in Wirklichkeit jedoch nur der Beschönigung und Verhüllung der weitgesteckten Ziele des USA-Imperialismus dienen. So erklärte der nicht selten als Offiziosus des Weißen Hauses auftretende Journalist Walter Lippman am 26. April in einer Ansprache vor der Gesellschaft der amerikanischen Zeitungsdirektoren u. a.: Die USA trachten danach, alle tatsächlichen Gewinne, die sie durch das Opfern von Blut, Geld und Arbeit errungen haben, zu behalten. Im Pazifik sollen die USA die Marshall-Inseln und alle anderen noch zu erobernden japanischen Inseln zwischen Hawaii und den Philippinen in Besitz nehmen. Die USA sollen ihr Bündnis mit China und ihre Verständigung mit Rußland beibehalten, so daß Japan nie mehr auf Asiens Festland Fuß fassen kann. Die USA-Stützpunkte in Australien und Neuseeland sollen so lange aufrechterhalten werden, bis die Kriegshilfe Australiens und Neuseelands für die Zukunft gewährleistet ist. Derselbe Grundsatz soll auch für Europagelten.

Noch etwas offener war in denselben Tagen die bekannte USA-Wochenzeitschrift „United States News“, die als über die Ziele der USA-Außenpolitik besonders gut informiert gilt. Die Zeitschrift verlangte z. B. die Beibehaltung der französischen Insel Martinique und von Dakar als Stützpunkte. Präsident Roosevelt denke ferner an Madagaskar, Neu-Kaledonien, Französisch-Guayana, Miquelon und Saint Pierre, Der Grund, weshalb Roosevelt de Gaulle nicht möge, liege darin, daß de Gaulle diese Annektionen nicht billige. Die USA forderten ferner See- und Luftstützpunkte in den früheren italienischen Besitzungen in Afrika. Weiter hinseien sie besonders stark interessiert an Westindien und Britisch-Guayana. Der Krieg habe auch gezeigt, daß Hongkong, Singapur und Burma lebenswichtig für die USA seien. Schließlich nannte die Zeitschrift auch noch Niederländisch-Indien als Interessensphäre und hob abschließend die große strategische Bedeutung Grönlands, Islands und der Azoren für die Verteidigung im Atlantik hervor.

Als Grundlage für diesen, den ganzen Erdball umfassenden Imperialismus ist der Ausbau der USA-Seemacht vorgesehen. Am 26. April meldete Reuter aus Washington: Der Senat billigte am Dienstag das Marine-Budget in Höhe von 32 645 Millionen Dollar. Das Budget wird jetzt Roosevelt zur Unter-

zeichnung vorgelegt werden. In der Debatte wurde bemerkt, daß die USA die vollständige Schlachtenflotte nach dem Kriege behalten müssen. Der Demokrat Overton erklärte, daß die amerikanische Marine aus dem augenblicklichen Konflikt als „unbesiegbare Herrin der Meere“ hervorgehen werde.

Am gleichen Tage schrieb der Marine-Korrespondent der sowjetischen Zeitschrift „Krasnaya Swesda“, Großbritannien sei gezwungen worden, seine Flotten-Vorrangstellung an die USA abzutreten. „Wir sehen uns einer Tatsache gegenüber, die von größter politischer und strategischer Bedeutung ist, nämlich, daß die Flotte der USA der übrigen Welt vorausist. Großbritannien wurde gezwungen, seine führende Stellung hinsichtlich der Größe seiner Flotte aufzugeben.“

In Moskau hat man also klar erkannt, daß die Kriegspolitik Churchills England in eine Situation hoffnungsloser Unterlegenheit gegenüber den USA gebracht hat. Die Tatsache, daß der ganze englische Staatshaushalt einschließlich der Kriegsausgaben nicht einmal 6 Milliarden Pfund beträgt, während die USA allein für ihre Flottenrüstung 32,645 Millionen Dollar, also ungefähr ebensoviel ausgeben können wie England für seinen ganzen Staatshaushalt, zeigt, wie weit England, das in den Flottenverträgen von Washington 1922 und von London 1936 noch die Rüstungsgleichheit zur See mit den USA zu halten vermochte, von dieser Stellung abgesunken ist.

Trotzdem ertönen aus dem Munde der englischen führenden Politiker die gleichen Haß- und Vernichtungsgesänge gegen uns Deutsche herüber, die wir schon lange gewöhnt sind. Das früher gezeichnete schematische Zukunftsbild einer Welt nach dem Kriege, in der eine enge Zusammenarbeit und uneingeschränkte Verständigung zwischen England, den USA, der

170 Sowjetunion und China herrschen und der Friede durch eine neue Weltorganisation gesichert werden soll, in der diese vier Mächte den Ton angeben, wurde von Churchill und Eden verschiedentlich wiederholt. Als im Unterhaus am 19. April und im Oberhaus am 4. April und am 9. März an die englischen Regierungsvertreter Fragen über die zukünftigen Grenzen in Europa gestellt wurden, insbesondere ob es mit der sogenannten Atlantik-Charta im Einklang wäre, wenn man z. B. deutsches Gebiet gegen den Willen der Bevölkerung anderen Mächten zuteilen würde, erklärten die Regierungsvertreter, daß die Atlantik-Charta auf ein besiegtes Deutschland keine Anwendung finden würde! Die englische Regierung bestätigte damit und durch andere Äußerungen erneut, daß sie den Sowjets gegenüber Bindungen eingegangen ist, die dem sowjetischen Imperialismus in Europa freien Lauf lassen. Für die in England herrschende Mentalität war das am 23. April veröffentlichte Programm der englischen Arbeiterpartei für die internationale Nachkriegsordnung höchst bezeichnend. Diese Partei, die sich früher zum Pazifismus bekannte und viel von Verständigung und Gerechtigkeit unter den Völkern redete, sagte nun, der Pazifismus sei eine unzweckmäßige Grundlage der Politik. Es müsse nach dem Kriege eine internationale Streitmacht gebildet werden. Die Besetzung Deutschlands durch eine gemischte Armee werde dazu die erforderlichen Erfahrungsmöglichkeiten bieten. England und Rußland sollten Stützpunkte auf dem europäischen Festland sowohl in Deutschland als auch nach Vereinbarung in alliierten Ländern erhalten. Deutschland und Japan sollten völlig entwaffnet werden, es wäre gerecht, wenn die Mitglieder der Gestapo und der SS für eine bestimmte Zeit zu Reparationsarbeiten in Rußland und anderswo herangezogen werden würden. Auch sollte es Reparationslieferungen in Form von Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten durch deutsche Arbeiter geben, dort wo die betreffende Regierung es verlangen sollte. Auch die Einsetzung eines neuen internationalen Gerichtshofes und eine internationale Kontrolle des Rundfunkwesens wurde gefordert.

So also sehen die „Friedenspläne der früheren englischen Pazifisten“ Europa gegenüber aus. Sie finden es ganz in der Ordnung, Stalin zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion Millionen deutscher Arbeiter auszuliefern, vermutlich deshalb, weil sie glauben, daß die Konkurrenz dieser deutschen Arbeiter auf dem Weltmarkt sich gegenüber der englischen Produktion dann nicht fühlbar machen könnte.

Wie man sich in London die Zukunft jener Teile Europas denkt, von denen man sich vorstellt, daß sie im Falle eines Sieges der Feindmächte außerhalb des Machtbereiches der Sowjetunion bleiben könnten, erklärte der Ministerpräsident der Südafrikanischen Union, S m u t s, in einer Rede im südafrikanischen Parlament am 18. März. Er lud die Staaten West- und Südeuropas ganz einfach ein, Mitglieder des englischen Weltreiches zu werden! Dadurch könnten sie am besten ihre eigene Position und die des englischen Reiches stärken.

In einer weiteren Rede am 4. April entwarf Smuts das Bild eines südafrikanischen Imperialismus, der nicht nur die endgültige Einverleibung von Deutsch-Südwestafrika, sondern auch des belgischen Kongo, der portugiesischen Kolonien in Afrika sowie Rhodesiens in die Südafrikanische Union vorsah. Im übrigen verkündete Smuts ebenso wie die Londoner Politiker eine enge Zusammenarbeit zwischen England, den USA und Rußland als das Allheilmittel für die Zukunft. Ob eine solche Zusam-

menarbeit, d. h. also praktisch ein Beharren der Sowjetunion auf einmal gewonnenen Positionen, vor allem ein Verzicht auf kommunistische Wühlarbeit in anderen Staaten, d. h. auf die Weltrevolution, im Sinne Stalins liege oder nicht, diese Frage wird von den anglo-amerikanischen Politikern geflissentlich unterdrückt. Worte und Taten der Verantwortlichen in der Sowjetunion erweisen jedoch immer wieder, daß das in London und Washington entworfene Zukunftsbild der Welt keineswegs zu demjenigen paßt, das man sich in

171 Moskau vorstellt. Der sowjetisch-bolschewistische Imperialismus zeigt sich ähnlich schrankenlos wie der der USA.

Überall dehnt die Sowjetunion das Netz ihrer diplomatischen und konsularischen Vertretungen weiter aus. Im Monat März wurden neue Sowjet-Gesandtschaften in Addis Abeba, im Libanon, in Syrien und im Irak errichtet bzw. deren Errichtung angekündigt, wurde die Ankunft des ersten Sowjetvertreters in der Hauptstadt Islands, in Reykjavik, die Entsendung eines Sowjet-Botschafters nach Kanada und zweier Sowjet-Konsulate in Ottawa und Halifax und die erstmalige Bildung einer kommunistischen Partei in Ägypten angekündigt. Daß jede Sowjetvertretung ein Herd kommunistischer Propaganda ist, hat die Erfahrung ja längst bewiesen.

Die sowjetischen Herrschaftspläne in Europa werden durch den Verlauf der polnisch-sowjetischen Diskussion immer wieder aufgezeigt. Während die polnische Emigrantenregierung in London nach dem Sieg unserer Feinde eine Wiederherstellung der früheren polnischen Ostgrenzen fordert, besteht man in Moskau auf der sogenannten Curzon-Linie, durch die etwa 40 Prozent des früheren polnischen Staatsgebildes an die Sowjetunion fallen würden. Das bedeutet aber natürlich nicht, daß der sowjetische Imperialismus an der Curzon-Linie haltmachen will. Westlich der Curzon-Linie soll vielmehr die bolschewistische Sowjetrepublik Polenbeginnen, die man durch weite deutsche Gebiete abzurunden gedenkt. Diese Pläne Moskaus werden durch folgende Reutermeldung aus London vom 29. Februar beleuchtet: Die polnische Regierung veröffentlicht den Wortlaut eines Protestes der polnischen Widerstandsorganisationen gegen die kommunistischen Umtriebe in Polen und gegen „General Rola“, Oberbefehlshaber des von den Kommunisten eingesetzten Nationalrates. In diesem Protest heißt es u. a.: „Eine fremde Kommunistenclique, die im Namen der polnischen Arbeiterpartei auf polnischem Boden tätig ist, betreibt Dinge, die mit Polens lebenswichtigen Interessen nicht vereinbar sind. Beim Versuch, die Einheit der Nation in diesem kritischen Kriegsstadium zu schwächen und zu brechen, hat diese Kommunistengruppe einen Nationalrat gebildet, einen „Oberbefehlshaber der Volksarmee“ eingesetzt und angekündigt, daß eine vorläufige Regierung eingesetzt werden soll. Diese Kräfte sind natürlich unbedeutend und ihre Ankündigungen zielen lediglich auf Wirkungen im Auslande. Wir verurteilen die Tätigkeit dieser „polnischen Arbeitspartei“ aufs schärfste als Verrat gegen Polen. Lediglich die Regierung der polnischen Republik, ihre Vertretung in Polen und auch der Oberbefehlshaber der Armee in Polen sind berechtigt, Befehle zuerteilen, die sich auf den Krieg gegen Deutschland beziehen.

Moskau hat also bereits einen militärischen Oberbefehlshaber für die künftige polnische Armee, „General R o l a“, und einen „polnischen Nationalrat“, d. h. also eine Regierung und einen Oberbefehlshaber für die geplante polnische Sowjetrepublik bei der Hand. Wer erinnerte sich nicht an die „Regierung“ Kuusinen, die in den von der Sowjetunion im ersten finnisch-sowjetischen Kriege 1939/40 „befreiten“ finnischen Gebieten gebildet wurde, um nach der Eroberung Finnlands dann nach dein Muster der baltischen Staaten den Anschluß Finnlands an die Sowjetunion herbeizuführen ?

Auf das Doppelspiel Moskaus gegenüber seinen eigenen Verbündeten fiel ein bezeichnendes Licht durch folgende Meldung der amerikanischen Nachrichtenagentur „United Preß“ vom 5. April: Hauptmann Krewtschenko, der mit der Führung der Metall-Abteilung der sowjetischen Einkaufskommission betraut und seit 1929 Mitglied der russischen Kommunistischen Partei war, hat seinen Rücktritt erklärt, wobei er „die zweigesichtigen politischen Manöver Moskaus gegenüber England und den USA“ brandmarkte. Er erklärte u. a.: „Eine Zusammenarbeit mit den demokratischen Ländern ist nicht möglich, wenn die Sowjetregierung und ihre Führer in Wahrheit eine versteckte Politik nach eigenen Plänen und Absichten

172 verfolgen, die im Widerspruch zu ihren öffentlichen Erklärungen und Versprechungen stehen“. Die Komintern sei nur der Form halber aufgelöst, während Moskau weiterhin die der Komintern angeschlossenen Abteilungen in vielen Ländern unterstütze. Die neue demokratische Terminologie werde von Moskau nur als Manöver benutzt.

In Moskau versuchte man sofort Krewtschenko als eine völlig unter-geordnete Persönlichkeit ohne jede Bedeutung hinzustellen und die englische und USA-Presse bemühten sich, seine Bekenntnisse zu vertuschen. Seine Äußerungen passen eben nicht in das zur Täuschung der Weltöffentlichkeit ge-

zeichnete Bild von der „vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion, England und den USA, aus der nicht nur der Sieg im Kriege, sondern auch Friede und Gerechtigkeit nach dem Kriege erblühen sollen.

Diese trügerischen Zukunftsbilder erfuhren auch eine bezeichnende Beleuchtung durch die Weiterentwicklung der Dinge auf dem Balkan, im Italien Badoglio's und im Nordafrika de Gaulles. Das Ziel Moskaus im früheren jugoslawischen Raum ist die Bildung einer Balkan-Sowjetrepublik, zu der auch Bulgarien gehören würde. Der Exponent dieser Politik ist der kommunistische Bandenhauptling Tito. Die jugoslawische Exilregierung mit Exkönig Peter in Kairo lehnte Tito scharf ab. Da Tito aber von Moskau gestützt wird und die englische Europapolitik im Kielwasser Moskaus fahren muß, gab sich London alle Mühe, zwischen Tito und Peter „zu vermitteln“, was natürlich bedeutete, Peter zur Anerkennung Titos zu bringen. Am 25. März sah sich denn Peter, den man hatte nach London kommen lassen, um ihn dort mit einer griechischen, mit dem englischen Königshaus verwandten Prinzessin zu verheiraten, in einem Interview mit dem „Daily Express“ zu der Erklärung gezwungen, er sei zu Verhandlungen mit „Marschall Tito“ bereit. Aber bis Ende April hatten diese Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis geführt. Tito hatte schon gegen Ende März die Alliierten um die de-jure-Anerkennung seines „Befreiungskomitees“ als einzig rechtmäßige Regierung Jugoslawiens ersucht. Er erhob Anspruch auf die Goldvorräte der Jugoslawischen Nationalbank, die sich in Höhe von 25 Millionen Pfund in der Hauptsache in USA-Banken befinden. Tito verlangte, daß alle Fonds der jugoslawischen Emigrantenregierung gesperrt und auf ihn übertragen würden.

Eine ähnliche Entwicklung war in dem Verhältnis zwischen der griechischen Emigrantenregierung und Exkönig Georg von Griechenland und einem „griechischen politischen Ausschuß irgendwo in den griechischen Bergen“ zu beobachten. Dieser griechische Bandenausschuß, der ebenso wie der Ausschuß Titos unter kommunistischer Führung stand, machte Anspruch darauf, die wirkliche „demokratische“ Vertretung Griechenlands zu sein. London unterstützte diese Forderung aus denselben Gründen wie die Titos. Die griechische Emigrantenregierung sah sich am 6. April veranlaßt, zurückzutreten. Unter englischem Druck fanden dann Verhandlungen statt, um eine Einigung mit dem „Befreiungsausschuß“ herbeizuführen. Kommunistische Elemente auf den in Alexandrien liegenden griechischen Kriegsschiffen inszenierten am 6. April eine Meuterei und die Bildung eines Matrosenkomitees mit der Forderung, eine neue, ganz links, d. h. also kommunistisch orientierte Regierung zu bilden.

Im Italien Badoglio's zeigte sich dasselbe Vordringen des kommunistischen Einflusses. Das Drängen der liberalen und kommunistischen Kreise auf Abdankung des von der faschistischen Republik Mussolinis längst als abgesetzt erklärten Königs Viktor Emanuel war schließlich erfolgreich. Am 12. April erklärte Viktor Emanuel seinen Rücktritt ins Privatleben und die Ernennung des Prinzen Umberto zum Generalstatthalter des Königreiches, jedoch erst nach der Besetzung Roms durch die Alliierten. Die sogenannte „Exekutiv Junta der antifaschistischen Parteien“, in der die Kommunisten den Ton angaben, forderte immer wieder die „Demokratisierung“ der Badoglio-Regierung. Diese Forderung, die unter der

173 Formulierung erhoben wurde, alle zum Kampf gegen Faschismus und Deutschland bereiten Parteien müßten an der Regierung beteiligt sein, wurde von Moskau eifrig unterstützt, natürlich mit dem Zweck, dadurch kommunistische Vertreter in die Regierung zu bekommen.

Stalin war von jeher jedes Mittel recht, um zum Erfolg zu kommen. Während die Kommunisten in Italien eine neue kommunistisch beeinflusste Regierung forderten, wurde am 14. März plötzlich mitgeteilt, daß die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen mit der Badoglio-Regierung wieder aufgenommen habe. Dieser Schritt Stalins erregte in London und Washington größtes Aufsehen. Man beeilte sich, in beiden Städten, Hull am 17. März auf der Pressekonferenz und Eden am 21. März im Unterhaus, zu erklären, daß man seinerseits die Badoglio-Regierung nicht anzuerkennen gedenke und daß die Anerkennung seitens Moskaus ohne vorherige Benachrichtigung der amerikanischen und der englischen Regierung erfolgt sei!

Die Londoner „Times“ schrieben am 15. März: „Die Errichtung voller diplomatischer Beziehungen zu einer Feindregierung nach einem Waffenstillstand und vor der Annahme der Friedensbedingungen ist zumindestens ungewöhnlich und wird vielleicht in einigen Umständen einen ungelegenen Präzedenzfall darstellen. Der Entschluß scheint von der russischen Regierung gefaßt und bekanntgegeben worden zu sein, ohne Beratung mit der britischen oder amerikanischen Regierung und ohne vorhergehende Diskussion im Mittelmeerausschuß. Dieses Vorgehen enthüllt und verkündet der ganzen Welt einen Mangel an jeder umfassenden Kooperation der Politik, die zwischen Alliierten wünschenswert ist und die die Konferenzen des vergangenen Herbstes hatten herstellen wollen. Die Erreichung des

Ideals einergemeinsamen militärischen und diplomatischen Aktion ist äußerst schwierig, und es sind sogar zwischen England und den Vereinigten Staaten Mißerfolge in dieser Hinsicht vorgekommen. Es ist in der Vergangenheit sowohl auf britischer als auch auf russischer Seite in bedauernswerten Rückfällen zu einseitigen Aktionen gekommen."

Am 16. März meldete Reuter aus Washington: Präsident Roosevelt und Staatssekretär Hüll besprachen heute die Anzeichen der wachsenden Unruhe über den politischen Verlauf des Krieges. Eine amerikanische Nachrichtenagentur meldet aus Washington, daß die USA Moskau um Erklärung der Anerkennung Badoglios gebeten habe, wobei hinzugefügt wurde, daß die Regierung „durch verschiedene Punkte der sowjetischen Aktion sehr bestürzt sei."

Stalin hatte also ganz auf eigene Faust gehandelt und weder den sogenannten Mittelmeer-Ausschuß noch den Italien-Ausschuß, die beide gegründet worden sind, um die Fragen des Mittelmeers und Italiens unter den Alliierten gemeinsam zu verhandeln, mit der Frage der Anerkennung der Badoglio-Regierung befaßt, sondern seine Verbündeten einfach vor die vollendete Tatsache gestellt.

Schon am 28. März wurde gemeldet, in Neapel sei von Moskau kommend der Generalsekretär der italienischen geheimen kommunistischen Partei, E r c o l i, angekommen. Ercoli, der seit der Machtergreifung des Faschismus in Moskau gelebt hatte, ergriff nun die Führung des Kommunismus in Italien. Am 31. März forderte die Moskauer „Iswestija" die „sofortige Demokratisierung der Badoglio-Regierung", und am 17. April erklärte der sowjetische Vizekommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Wischinsky, auf der Pressekonferenz, die Sowjetregierung sei an die Regierungen der USA und Großbritanniens mit dem Ansuchen herangetreten, „über die Maßnahmen zur Vereinigung aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte in Italien in der Badoglio-Regierung zu beraten". Stalins alte Methode, Volksfrontregierungen mit nationalem Vorzeichen zu begründen, um über sie dem Kommunismus zunächst einmal zur teilweisen Machtergreifung zu verhelfen, wurde also auf Badoglio-Italien angewandt.

174 Die gleiche Methode setzte Stalin auch im Nordafrika de Gaulles an. Am 5. April wurde in Algier bekanntgegeben, daß das sogenannte Befreiungskomitee, die „Regierung“ de Gaulles, umgebildet worden sei und daß zwei kommunistische Vertreter in das Komitee eingetreten seien.

Höchst bezeichnend für den bestimmenden kommunistischen Einfluß in Algier war der Verlauf des Prozesses gegen den früheren Innenminister der Vichy-Regierung, Pierre Pucheu. Pucheu hatte sich in der Hoffnung, in Algier bei der Dissidenz eine Rolle spielen zu können, nachdem er infolge systematischer Sabotage der Kollaborationspolitik in Vichy ausgeschieden war, nach Nordafrika begeben. Er wurde auf Drängen der Kommunisten verhaftet und am 11. März wegen Zusammenarbeit mit Deutschland und anderer rechtlich in keiner Weise stichhaltiger Gründe zum Tode verurteilt. Seine Berufung wurde abgelehnt und seine H i n r i c h t u n g am 20. März vollzogen! Es war ein eindeutiger Sieg der Kommunisten, deren Widerstandsgruppen in Frankreich Pucheu schonfrüher insgeheim zum Tode verurteilt hatten. Obwohl starke englische und amerikanische Einflüsse sich geltend machten, um Pucheu zu retten, gelang dies nicht. Das war ein besonders deutlicher Gradmesser für den entscheidenden Einfluß, den der K o m m u n i s m u s in Algier erlangt hatte.

Für die Steigerung des Einflusses Moskaus im M i t t e l m e e r war schließlich höchst bezeichnend die Auslieferung eines Teiles der italienischen Flotte an die Sowjetregierung. Diese für England als Mittelmeermacht außerordentlich schmerzliche Tatsache wurde von Roosevelt am 3. März bekanntgegeben mit dem Hinzufügen, die Besprechungen, die die Übertragung von rund einem Drittel der italienischen Flotte an die Sowjetunion bezweckten, ständen vor dem Abschluß. Churchill versuchte am 9. März die Sache abzuschwächen, ohne sie dementieren zu können.

Es kann nicht wundernehmen, daß die vorstehend geschilderten politischen Entwicklungen, das Zurückweichen der englischen Politik vor Moskau, die rücksichtslosen politischen Methoden Stalins gegenüber der englischen Politik und das ungehemmte Vorwärtsdrängen des bolschewistischen Imperialismus in der politischen Führungsschicht Englands all-mählich Besorgnis auslöste und bei ihr Zweifel aufkommen ließ, ob die englische Außenpolitik, wie sie Eden verkörperte, die richtige sei. Es entstand plötzlich eine Eden-Krise. In den letzten Märztagen wurde in London vom bevorstehenden Rücktritt Edens ganz offen gesprochen, und am 5. April meldete Reuter aus London: Man erfährt aus guter Quelle, daß der Rücktritt Anthony Edens von seinem Posten als Außenminister Großbritanniens schon beschlossen ist. Die Erklärung über diesen Beschluß dürfte um einige Tage verzögert werden. Der Nachfolger wird wahrscheinlich Lord Cranborne, der augenblickliche Dominien-Minister, sein. Eden wird Kabinettsmitglied bleiben und den Posten des Vorsitzenden der Unterhausdebatten behalten. Außerdem, sagt man, wird er den Posten des stellvertretenden Ministers für die Verteidigung

übernehmen, der für ihn geschaffen wird. Churchill, der außer Premierminister ebenfalls Verteidigungsminister ist, wird so zwei Stellvertreter haben: 1. Clement Attlee, stellvertretender Premierminister und Eden stellvertretender Verteidigungsminister. Die Anwärtschaft Sir Alexander Cadogans, des ständigen Unterstaatssekretärs im Außenministerium, der früher als eventueller Nachfolger Edens genannt wurde, ist aufgegeben worden. Lord Cranborne soll vor seiner Einwilligung Edens Meinung erbeten haben und seine vollständige Billigung erhalten haben. So wird Edens große Erfahrung in außenpolitischen Angelegenheiten seinem Nachfolger wertvoll sein. Nichts Endgültiges ist bisher über andere Veränderungen in der Zusammenstellung des Kabinetts bekannt.

Aber bald wurde es wieder still um Eden. Die Krise ging vorüber. Offenbar hatte Churchill die Opposition gegen Eden zu beschwichtigen verstanden. Er hatte in einer langen Rundfunkansprache an das

175 englische Volk am 28. März die von ihm geführte Politik zu rechtfertigen gesucht und dabei die Opposition gegen seine Politik scharf zurückgewiesen. Der Erörterung der außenpolitischen Probleme, besonders der Frage der immer hoffnungsloser werdenden Lage Englands zwischen dem USA- und dem Sowjet-Imperialismus ging er einfach aus dem Wege und sprach viel von innerenglischen sozialen Plänen für die Nachkriegszeit. Die militärische Lage bemühte er sich so günstig wie möglich hinzustellen. Damit hoffte er offensichtlich die Kritik der Linken gegen seine Regierung abzufangen.

Der entscheidende Grund, weshalb es Churchill gelungen ist, die Krise um Eden, die, wie führende englische Zeitungen ausführten, eine Krise der Regierung Churchill war, abzufangen, war vermutlich das nahe Bevorstehen der solange und mit so großen Hoffnungen angekündigten Invasion des europäischen Kontinents. Rücksichten auf den sowjetischen Bundesgenossen, von dem man in London ja nie sicher sein konnte, ob er nicht plötzlich unerwartete Entschlüsse fassen würde, mögen ebenfalls mitgewirkt haben.

Churchills Politik wird also fortgesetzt. Die Invasion Europas, der Sturm auf die europäische Festung von allen Seiten soll den Krieg entscheiden. Dazu braucht man die Sowjetunion, und deshalb muß die englische Politik sich Moskau unterordnen. Da England ohne die Hilfe der USA den Krieg nicht fortsetzen könnte, so muß es sich auch Roosevelt beugen. Nach bald fünf Jahren Krieg liegen die Dominanten der englischen Politik in Moskau und in Washington!

